Kriegsbuch.

Die Kriegsgesetze mit der amtlichen Begründung
und der
gesamten Rechtsprechung und Rechtslehre.

Von

Dr. Georg Güthe,
Geh. Justizrat und vortr. Rat
im Justizministerium,

und **Dr. Franz Schlegelberger,**
Kammergerichtsrat.

Dritter Band.

Sonderband des Jahrbuchs des Deutschen Rechtes.

Berlin, 1917.
Verlag von Franz Vahlen.
W 9, Linkstraße 16.



Ewiger Bund

https://www.ewigerbund.org



Vaterländischer Hilfsdienst

https://www.hilfsdienst.net/

Vorwort.

Des Kriegsbuches dritter Band ist nach innerem Aufbau und äußerer Gestaltung eine getreue Nachbildung des zweiten und gleich diesem mit Sorgfalt in den Rahmen eingefügt, den der erste Band gegeben hat; ein weiterer Baustein zur umfassenden in sich geschlossenen wissenschaftlichen Darstellung unseres gesamten von Gesetzgebung, Rechtslehre und Rechtsprechung geschaffenen Kriegsrechts. Er umfaßt die Zeit von Ende Februar 1916 bis Anfang Dezember 1916 für die Rechtslehre und Rechtsprechung und bis Anfang Januar 1917 für die Gesetzgebung. In diesen Abschnitt fallen Kriegsgesetze von weittragendster Bedeutung, so die Kriegssteuergesetze und die Großtat des deutschen Volkes, das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. In demselben Maße mußte die Reichhaltigkeit des dritten Bandes gewinnen.

Auf dem Gebiete des Kriegssteuerrechts bietet die umfassende Mitteilung der Kommissionsberichte die für das Verständnis dieser schwierigen Vorschriften trotz guter Erläuterungsbücher für unabsehbare Zeit unentbehrliche Grundlagen. Bei der Darstellung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst mußte noch ein Schritt weiter gegangen werden. Der Unterzeichnete, der auch diesen Band allein verfaßt hat, hat es für seine Ehrenpflicht gehalten, den ganzen Werdegang dieses Gesetzes lückenlos mitzuteilen und deshalb auch die Verhandlungen im Hauptausschuß und in der Vollversammlung des Reichstages, Vorgänge von geschichtlicher Größe, im Kriegsbuche festzuhalten. Die Art der Verweisung auf diese Verhandlungen im Wortlaut des Gesetzes wird es erleichtern, seine Vorschriften in dem Geiste zu verstehen und anzuwenden, in dem sie geschaffen sind.

Die Aufnahme eines neuen Abschnitts über Gnadenerweise aus Anlaß des Krieges wird namentlich auch den Staatsanwaltschaften und Strafgerichten willkommen sein.

Das in dem Vorwort zum zweiten Bande gegebene Versprechen, die ausführliche Darstellung der Kriegswirtschaft (Abtl. E) zu geeigneter Zeit auch für den früheren Berichtsabschnitt nachzuholen, wird nunmehr eingelöst. Ist die Wirtschaftsgesetzgebung auch noch andauernd in Bewegung, so liegen die Verhältnisse doch jetzt seit Schaffung des Kriegsernährungsamts wesentlich anders als im Februar 1916. Es bestehen keine Bedenken mehr, auch für die

Kriegswirtschaft den im ersten Bande begonnenen Bericht fortzusetzen. Der zu bearbeitende Stoff ist indessen namentlich im Jahr 1916 so gewachsen, daß die Aufnahme dieses Berichtes in den an sich schon umfangreichen dritten Band ausgeschlossen war. Er ist deshalb einem besonderen, vierten Bande vorbehalten. Dieser vierte Band liegt in der Handschrift fertig vor und ist zum Teil schon in Satz gestellt. Er wird in den ersten Monaten des Jahres 1917 erscheinen und über die gesamte Kriegswirtschaft von Mitte 1915 bis zum Zeitpunkte seines Erscheinens berichten.

Berlin, Weihnachten 1916.

Franz Schlegelberger.

Inhaltsübersicht zu Band 1 bis 3.

	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
A. Das Sonderrecht der Kriegsteilnehmer	1	1	1
I. Das Sonderrecht der deutschen Kriegsteilnehmer	1	1	1
II. Das Sonderrecht der österreichisch-ungarischen Kriegsteilnehmer	166	54	
B. Geltendmachung von Ansprüchen während der Kriegszeit	171	56	43
I. Maßnahmen zugunsten des Schuldners	172	57	45
II. Maßnahmen zugunsten des Gläubigers	382	139	122
III. Maßnahmen zugunsten des Gläubigers und des Schuldners	392	141	124
C. Handelssachen und gewerbliches Eigentum	436	159	151
I. Handelspolitik	437		
II. Handelsstand	439	160	154
III. Handelsgesellschaften, Gesellschaften mbH., Genossenschaften	441	160	
IV. Handelsgeschäfte	456	161	154
V. Gewerbliches Eigentum	461	196	258
D. Finanzgesetze	468	199	263
E. Beschaffung und Verwertung der Rohstoffe, Nahrungs- und Futtermittel, Höchst- und Grundpreise	531	265	565
I. Beschaffung der Rohstoffe, Nahrungs- und Futtermittel	535	274	
II. Vorratserhebungen	559	277	
III. Verwendung der Rohstoffe	570	278	
IV. Höchst- und Grundpreise	746	297	
F. Beschaffung und Verteilung der Arbeitskräfte, Arbeiterschutz Kriegswohlfahrtspflege, Kriegsschädenersatz, Wiederaufbau Ostpreußens	796	299	567
G. Vergeltungsmaßregeln	868	403	704
H. Heeresversorgung	919	449	732
J. Verkehrsbeschränkungen und Maßnahmen der öffentlichen Betriebsverwaltungen	932	460	745
K. Entlastung der Gerichte, Änderung der Kostengesetze, Angelegenheiten der Rechtsanwaltschaft, Gnadenerweise aus Anlaß des Krieges		462	754
L. Wiederherstellung vernichteter Standesregister, Grundbücher und Grundbuchblätter — Verordnungen verschiedenen Inhalts		526	803
M. Vaterländischer Hilfsdienst			811
I. Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst			811
A. Begründung			815
B. Bericht über die Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstags			818
C. Bericht über die Verhandlungen im Reichstag			844
II. Bek., betr. Übergangsbest. zu §§ 9, 10 des Gesetzes			897
III. Bek., betr. Best. z. Ausführung des Gesetzes			898
Nachträge	937	526	900
Wortverzeichnis	949	537	1029

Vorbemerkungen.

Ein **Literaturverzeichnis** ist, soweit nötig, dem einzelnen Gesetze beigegeben. Die Abkürzung: „a. a. O." (am angeführten Ort) in Verbindung mit dem Namen eines Schriftstellers weist auf eine Schrift hin, die in dem Literaturverzeichnis unter dem Namen dieses Schriftstellers angeführt ist. Die in verschiedenen Zeitschriften sich findenden Übersichten über das kriegsrechtliche Schrifttum sind nicht besonders verzeichnet; von ihnen verdienen die sorgfältigen Zusammenstellungen der kriegsrechtlichen Entscheidungen und Zeitschriftenaufsätze besondere Hervorhebung, die die Deutsche Rechtsanwalts-Zeitung in jeder Nummer bringt.

Die Verordnungen des Bundesrats sind, soweit nicht etwas Abweichendes angegeben ist, auf Grund des § 3 des sog. Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914, RGBl. 327 (Bd. 1, 392, Bd. 2, 141) ergangen.

D. = Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges (Nr. 26 der Drucksachen des Reichstags, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914).

D. N. I = Nachtrag zu der Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges (Nr. 29 der Drucksachen des Reichstags, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914).

D. N. II = Zweiter Nachtrag zu der Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges (Nr. 44 der Drucksachen des Reichstags, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914).

D. N. III = Dritter Nachtrag zu der Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges (Nr. 73 der Drucksachen des Reichstags, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914).

D. N. IV = Vierter Nachtrag zu der Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges (Nr. 74 der Drucksachen des Reichstags, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914).

D. N. V = Fünfter Nachtrag zu der Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges (Nr. 107 der Drucksachen des Reichstages, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914/15).

D. N. VI = Sechster Nachtrag zu der Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges (Nr. 147 der Drucksachen des Reichstages, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914/15).

D. N. VII = Siebenter Nachtrag zu der Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges (Nr. 162 der Drucksachen des Reichstages, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914/15).

D. N. VIII = Achter Nachtrag zu der Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges (Nr. 225 der Drucksachen des Reichstages, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914/16).

D. N. IX = Neunter Nachtrag zu der Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges (Nr. 403 der Drucksachen des Reichstages, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914/16).

Im übrigen sind die üblichen Abkürzungen, insbesondere die von dem Deutschen Juristentage vorgeschlagenen, verwendet. — Das Zeichen * in der Übersicht einer Abteilung weist darauf hin, daß der dritte Band Erläuterungen zu der betreffenden Verordnung enthält.

Die Tage der Verkündung der Gesetze usw. sind in Klammern [ ] hinter das Wort „Verkündung" in den Wortlaut eingefügt.

Verzeichnis der Kriegsgesetze nach der Zeitfolge.

(Die mit † gezeichneten Gesetze usw. werden in dem im Vorwort angekündigten vierten Bande abgedruckt.)

1914. (31. Juli bis 4. August.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
VO., betr. das Verbot der Ausfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 259)	919		
VO., betr. das Verbot der Ausfuhr von Verpflegungs-, Streu- und Futtermitteln, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 260)	919		
VO., betr. das Verbot der Ausfuhr von Kraftfahrzeugen (Motorwagen, Motorfahrrädern und Teilen davon) und von Mineralien, Steinkohlenteer und allen aus diesen hergestellten Ölen, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 260)	919		
VO., betr. die vorübergehende Einführung der Paßpflicht, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 264)	932		
VO., betr. das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfs und von Gegenständen, die zur Herstellung von Kriegsbedarfsartikeln dienen, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 265)	920		
VO., betr. das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Eisenbahnmaterial aller Art, von Telegraphen- und Fernsprechgerät sowie von Teilen davon, von Luftschiffgerät aller Art, von Fahrzeugen und Teilen davon, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 266)	920		
VO., betr. das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Rohstoffen, die bei der Herstellung und dem Betriebe von Gegenständen des Kriegsbedarfs zur Verwendung gelangen, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 267)	920		
VO., betr. das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Verband- und Arzneimitteln sowie von ärztlichen Instrumenten und Geräten, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 268)	920		
VO., betr. das Verbot der Einfuhr und der Ausfuhr von Tauben, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 269)	920		
Gesetz, betr. die Ergänzung der Reichsschuldenordnung, v. 4. August 1914 (RGBl. 325)	478		
Gesetz, betr. Änderung des Münzgesetzes, v. 4. August 1914 (RGBl. 326)	475		
Gesetz, betr. Änderung des Bankgesetzes, v. 4. August 1914 (RGBl. 327)	477		
Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse, v. 4. August 1914 (RGBl. 327)	392	141	124
Gesetz, betr. den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, v. 4. August 1914 (RGBl. 328)	1	1	1
Gesetz zur Änderung des Gesetzes, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, v. 28. Februar 1888, v. 4. August 1914 (RGBl. 332)	861	363	
Gesetz, betr. Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter, v. 4. August 1914 (RGBl. 333)	808		
Gesetz, betr. Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung, v. 4. August 1914 (RGBl. 334)	814	306	

1914. (4. August bis 19. August.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
Gesetz über die Kriegsversorgung von Zivilbeamten, v. 4. August 1914 (RGBl. 335)	860		
Gesetz, betr. die Abwicklung von börsenmäßigen Zeitgeschäften in Waren, v. 4. August 1914 (RGBl. 336)	456		154
Gesetz, betr. Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen, v. 4. August 1914 (RGBl. 337)	819	307	
Gesetz, betr. vorübergehende Einfuhrerleichterungen, v. 4. August 1914 (RGBl. 338)	543		
Gesetz, betr. Höchstpreise, v. 4. August 1914 (RGBl. 339) in der Fassung der Bek. v. 17. Dezember 1914 (RGBl. 516)	747	161	
Darlehnskassengesetz v. 4. August 1914 (RGBl. 340)	480		
Gesetz, betr. die Reichskassenscheine und die Banknoten, v. 4. August 1914 (RGBl. 347)	470		
Gesetz, betr. die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, v. 4. August 1914 (RGBl. 348)	811		
Bek., betr. vorübergehende Einfuhrerleichterungen für Fleisch, v. 4. August 1914 (RGBl. 350)	548		
Bek., betr. vorübergehende Einfuhrerleichterungen, v. 4. August 1914 (RGBl. 352)	544		
Bek., betr. Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts, v. 6. August 1914 (RGBl. 357)	399		
Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 6. August 1914 (RGBl. 357)	404		
Bek. über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen, v. 7. August 1914 (RGBl. 359), in der Fassung der VO. v. 20. Mai 1915 (RGBl. 290)	172	57	45
Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 7. August 1914 (RGBl. 360)	299	82	103
Bek., betr. die Verlängerung der Fristen für wechsel- und scheckrechtliche Handlungen, v. 7. August 1914 (RGBl. 361)	397		
Bek., betr. die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens, v. 8. August 1914 (RGBl. 363)	326	97	108
Bek., betr. die zeitweilige Außerkraftsetzung einzelner Vorschriften des Handelsgesetzbuchs usw., v. 8. August 1914 (RGBl. 365)	441		
Bek., betr. die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche, v. 10. August 1914 (RGBl. 367)	437		
Bek., betr. die Wirkung des Außerkrafttretens von Handelsverträgen, v. 10. August 1914 (RGBl. 367)	437		
Bek. über die Fälligkeit im Ausland ausgestellter Wechsel v. 10. August 1914 (RGBl. 368)	407		
Bek., betr. vorübergehende Änderung der Eisenbahn-Verkehrsordnung, v. 10. August 1914 (RGBl. 368)	935		
Bek., betr. Auslandswechsel, v. 12. August 1914 (RGBl. 369)	407		
Bek., betr. die Abtretung und Pfändung der Forderungen an die Kriegskasse aus der Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren, v. 12. August 1914 (RGBl. 370)	382		122
Bek. über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung v. 18. August 1914 (RGBl. 377) in der Fassung der VO. v. 20. Mai 1915 (RGBl. 292)	275	74	54
Bek., betr. die Befreiung von der Reichsstempelabgabe zugunsten von Gesellschaften, welche die Befriedigung des geschäftlichen Kreditbedürfnisses bezwecken, v. 19. August 1914 (RGBl. 380)	322		

1914.
(24. August bis 27. September.)

	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
Bek., betr. die Abwicklung von börsenmäßigen Zeitgeschäften in Waren, v. 24. August 1914 (RGBl. 381)	458		154
Bek. über Vorratserhebungen v. 24. August 1914 (RGBl. 382)	560		
Bek., betr. Bestimmung der Hauptmarktorte, v. 24. August 1914 (RGBl. 384)	760		
Bek. über die Zahlung der Vergütung für die Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren an die Militärbehörde, v. 24. August 1914 (RGBl. 384)	385		
Bek., betr. weitere Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckverkehrs, v. 29. August 1914 (RGBl. 387)	397		
Bek., betr. die Ausstellung von Darlehnskassenscheinen auf Beträge von 2 und 1 Mark, v. 31. August 1914 (RGBl. 393)	512		
Bek., betr. vorübergehende Einfuhrerleichterungen für Jutesäcke, v. 3. September 1914 (RGBl. 395)	553		
Bek., betr. die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, v. 4. September 1914 (RGBl. 395)	812		
Bek., betr. Festsetzung der Ortslöhne, v. 4. September 1914 (RGBl. 396)	813		
Bek., betr. die Überwachung ausländischer Unternehmungen, v. 4. September 1914 (RGBl. 397)	869	404	
Bek., betr. weitere Verlängerung der wechselrechtlichen Fristen für Domizilwechsel, die im Stadtkreis Danzig zahlbar sind, v. 8. September 1914 (RGBl. 399)	402		
Bek., betr. die Revision der eingetragenen Genossenschaften, v. 8. September 1914 (RGBl. 400)	453		
Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 8. September 1914 (RGBl. 401)	404		
Bek., betr. vorübergehende Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts, v. 10. September 1914 (RGBl. 403)	461		258
Bek., betr. das vorzeitige Inkrafttreten einer Vorschrift aus dem Gesetze v. 10. Juni 1914 zur Änderung der §§ 74, 75 usw. des Handelsgesetzbuchs, v. 10. September 1914 (RGBl. 404)	439		
Bek., betr. Verbot des vorzeitigen Schlachtens von Vieh, v. 11. September 1914 (RGBl. 405)	681		
Bek. über die Wahlen nach dem Gewerbegerichtsgesetz und dem Gesetze, betr. Kaufmannsgerichte, v. 17. September 1914 (RGBl. 409)	441		
Bek., betr. die Befreiung von Hypothekenpfandbriefen von der Reichsstempelabgabe, v. 18. September 1914 (RGBl. 411)	518		
Bek., betr. weitere Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 24. September 1914 (RGBl. 413)	402		
Bek., betr. die Befreiung von der Reichsstempelabgabe zugunsten von Gesellschaften, welche die Befriedigung eines wirtschaftlichen Kreditbedürfnisses oder die Beschaffung, Verteilung und Verwertung von Rohstoffen für die Landesverteidigung bezwecken, v. 25. September 1914 (RGBl. 415)	523		
Bek., betr. Zollbefreiung verdorbener Waren zur Verwendung als Viehfutter, v. 25. September 1914 (RGBl. 416)	551		
Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 27. September 1914 (RGBl. 419)	404		

1914.

(28. September bis 28. Oktober.)

	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
Bek. über die Unverbindlichkeit gewisser Zahlungsvereinbarungen v. 28. September 1914 (RGBl. 417)	368		
Bek., betr. Zahlungsverbot gegen England, v. 30. September 1914 (RGBl. 421)	887	411	
Bek. über das Mindestgebot bei der Versteigerung gepfändeter Sachen, v. 8. Oktober 1914 (RGBl. 427)	372		
Bek. über die Ladung zur Gesellschafterversammlung einer Gesellschaft mbH. v. 8. Oktober 1914 (RGBl. 428)	447	160	
Bek. über die Zahlung von Brandentschädigungen in der Preußischen Provinz Ostpreußen und dem Kreise Rosenberg in Westpreußen v. 13. Oktober 1914 (RGBl. 431)	867		
Bek., betr. Zollerlaß für Gerstenmalz, v. 13. Oktober 1914 (RGBl. 433)	552		
Bek., betr. die Regelung der wirtschaftlichen Betriebsverhältnisse der Branntweinbrennereien und der Betriebsauflagevergütungen für das Betriebsjahr 1914/15, v. 15. Oktober 1914 (RGBl. 434)	636		
Bek., betr. die Behandlung feindlicher Zollgüter, v. 15. Oktober 1914 (RGBl. 438)	915		
Bek. über Vorratserhebungen v. 15. Oktober 1914 (RGBl. 440)	560		
Bek., betr. Zahlungsverbot gegen Frankreich, v. 20. Oktober 1914 (RGBl. 443)	904		
Bek., betr. die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen, in denen Thomasschlacke gemahlen oder Thomasschlackenmehl gelagert wird, v. 21. Oktober 1914 (RGBl. 445)	809		
Bek., betr. den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie, v. 21. Oktober 1914 (RGBl. 446)	809		
Bek., betr. Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts in ausländischen Staaten, v. 21. Oktober 1914 (RGBl. 450)	464		
Bek., betr. die Überwachung ausländischer Unternehmungen, v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 447)	875		
Bek. über die Fälligkeit im Ausland ausgestellter Wechsel v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 448)	407		
Bek., betr. weitere Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 449)	402		
Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 449)	316		
Bek. über die Ausdehnung des Gesetzes, betr. den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, v. 4. August 1914 (RGBl. 328) auf Kriegsbeteiligte Österreich-Ungarns v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 450)	166		
Bek., betr. vorübergehende Änderung der Eisenbahn-Verkehrsordnung, v. 24. Oktober 1914 (RGBl. 455)	935		
Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20 März 1914, v. 26. Oktober 1914 (RGBl. 457)	404		
Bek. über Höchstpreise v. 28. Oktober 1914 (RGBl. 458)	749		
Bek. über den Verkehr mit Brot v. 28. Oktober 1914 (RGBl. 459)	572		
Bek. über das Verfüttern von Brotgetreide und Mehl v. 28. Oktober 1914 (RGBl. 460)	571		
Bek. über das Ausmahlen von Brotgetreide v. 28. Oktober 1914 (RGBl. 461)	571		

1914.

(28. Oktober bis 10. Dezember.)

	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
Bek. über die Höchstpreise für Getreide und Kleie v. 28. Oktober 1914 (RGBl. 462) in der Fassung der Bek. v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 527, 530)	765		
Bek. über die privatrechtlichen Verhältnisse von Genossenschaften zum Zwecke der Bodenverbesserung v. 28. Oktober 1914 (RGBl. 466)	535		
Bek., betr. statistische Aufnahmen der Vorräte von Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei, v. 29. Oktober 1914 (RGBl. 466)	561		
Bek., betr. Regelung des Verkehrs mit Zucker und der Verwertung der Zuckergewinnung im Betriebsjahr 1914/15, v. 31. Oktober 1914 (RGBl. 467) in der Fassung der Bek. v. 12. Februar 1915 (RGBl. 75)	672		
Bek. über die Höchstpreise für Hafer v. 5. November 1914 (RGBl. 469)	763		
Bek., betr. Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei, v. 5. November 1914 (RGBl. 471)	659		
Bek., betr. die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten, v. 11. November 1914 (RGBl. 474)	810		
Bek. über den Gesamtbetrag der Darlehnskassenscheine v. 11. November 1914 (RGBl. 475)	495		
Bek. über das Verbot des Handels mit in England abgestempelten Wertpapieren v. 19. November 1914 (RGBl. 477)	529		
Bek., betr. Zahlungsverbot gegen Rußland, v. 19. November 1914 (RGBl. 479)	907		
Bek., betr. das Verbot des Agiohandels mit Reichsgoldmünzen, v. 23. November 1914 (RGBl. 481)	371		
Bek., betr. weitere Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 23. November 1914 (RGBl. 482)	402		
Bek. über die Höchstpreise für Speisekartoffeln v. 23. November 1914 (RGBl. 483)	774		
Bek., betr. Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung, v. 26. November 1914 (RGBl. 485)	816		
Bek. über die Anrechnung militärischer Dienstleistungen in der Arbeiterversicherung v. 26. November 1914 (RGBl. 485)	813		
Bek., betr. vorübergehende Änderung des Weingesetzes, v. 26. November 1914 (RGBl. 486)	555	276	
Bek., betr. Änderung der Bestimmungen zur Ausführung des Weingesetzes, v. 26. November 1914 (RGBl. 486)	556	276	
Bek., betr. Verarbeitung von Topinamburs sowie von Rüben und Rübensäften in Brennereien, v. 26. November 1914 (RGBl. 486)	652		
Bek., betr. die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen, v. 26. November 1914 (RGBl. 487)	880		
Bek., betr. Wochenhilfe während des Krieges, v. 3. Dezember 1914 (RGBl. 492)	833	346	
Bek. über die Versagung des Zuschlags bei der Zwangsversteigerung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens v. 10. Dezember 1914 (RGBl. 499)	386	139	123
Bek. über die Höchstpreise für schwefelsaures Ammoniak v. 10. Dezember 1914 (RGBl. 500)	781		
Bek. über Höchstpreise für Kupfer, altes Messing, alte Bronze, Rotguß, Aluminium, Nickel, Antimon und Zinn v. 10. Dezember 1914 (RGBl. 501)	782		

1914. (11. Dezember bis 30. Dezember.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2. Seite	Bd. 3 Seite
Bek. über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation v. 11. Dezember 1914 (RGBl. 505)	780		
Bek., betr. Einigungsämter, v. 15. Dezember 1914 (RGBl. 511)	414	147	127
VO., betr. anderweite Regelung der Paßpflicht, v. 16. Dezember 1914 (RGBl. 521)	932		
Bek. über eine Änderung des Gesetzes, betr. Höchstpreise, v. 4. August 1914 und der Bek. über Höchstpreise v. 28. Oktober 1914, v. 17. Dezember 1914 (RGBl. 513)	750		
Bek. über die Vertretung eines Genossen in der Generalversammlung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft und über das Ausscheiden aus der Genossenschaft v. 17. Dezember 1914 (RGBl. 518)	454		
Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 17. Dezember 1914 (RGBl. 519)	402		
Bek., betr. Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Getreide und Kleie v. 28. Oktober 1914, v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 523)	764		
Bek. betr. Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Hafer v. 5. November 1914, v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 525)	768		
Bek. über die Höchstpreise für Kleie v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 533)	771		
Bek. über das Vermischen von Kleie mit anderen Gegenständen v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 534)	773		
Bek. über das Ausmahlen von Brotgetreide v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 535)	571		
Bek., betr. das Schlachten von Schweinen und Kälbern, v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 536)	681		
Bek., betr. die Zahlungsverbote gegen England, Frankreich und Rußland, v. 20. Dezember 1914 (RGBl. 550)	908		
Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 21. Dezember 1914 (RGBl. 549)	404		
Bek. über die Sicherheitsleistung mit Wertpapieren v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 541)	376		
Bek., betr. die für eine auswärtige Bank im Betrieb einer inländischen Niederlassung entstandenen Ansprüche, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 542)	909		
Bek. über die Verjährungsfristen v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 543)	390		
Bek., betr. die Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypotheken und Grundschulden, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 543) in der Fassung der VO. v. 20 Mai 1915 (RGBl. 293)	296	77	62
Bek. über die Höchstpreise für Wolle und Wollwaren v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 545)	786		
Bek., betr. das Verbot der Verwendung von Kartoffelmehl zur Herstellung von Seife, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 547)	633		
Bek., betr. die zwangsweise Verwaltung britischer Unternehmungen, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 556)	886		
Bek. über die Festsetzung von Höchstpreisen für Erzeugnisse aus Kupfer, Messing und Aluminium v. 28. Dezember 1914 (RGBl. 551)	784	298	
Bek. über Höchstpreise für Erzeugnisse aus Nickel v. 30. Dezember 1914 (RGBl. 553)	786		

1915. (5. Januar bis 4. Februar.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
Bek. über das Ausmahlen von Brotgetreide v. 5. Januar 1915 (RGBl. 3)	618		
Bek. über das Verfüttern von Brotgetreide, Mehl und Brot v. 5. Januar 1915 (RGBl. 6) in der Fassung der Bek. v. 21. Januar 1915 (RGBl. 27)	622		
Bek. über die Bereitung von Backware v. 5. Januar 1915 (RGBl. 8) in der Fassung der Bek. v. 31. März 1915	625	284	
Bek. über die Höchstpreise für Kleie v. 5. Januar 1915 (RGBl. 12)	772	297	
Bek., betr. Änderungen hinsichtlich der Kapitalbeteiligung an einem Unternehmen, v. 5. Januar 1915 (RGBl. 13)	882		
Bek., betr. Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation v. 11. Dezember 1914 (RGBl. 505), v. 11. Januar 1915 (RGBl. 15)	780		
Bek. über die Vertretung der Kriegsteilnehmer in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten v. 14. Januar 1915 (RGBl. 17)	136	31	15
Bek. über die freiwillige Gerichtsbarkeit in Heer und Marine v. 14. Januar 1915 (RGBl. 18)	155	52	39
Bek., betr. die Menge des zum steuerpflichtigen Inlandsverbrauch abzulassenden Zuckers, v. 14. Januar 1915 (RGBl. 20)	677		
Bek. über die Fälligkeit im Ausland ausgestellter Wechsel v. 18. Januar 1915 (RGBl. 23)	409		
Bek. über Änderung des Gesetzes, betr. Höchstpreise, v. 4. August 1914 (RGBl. 339), in der Fassung der Bek. v. 17. Dezember 1914 (RGBl. 516), v. 21. Januar 1915 (RGBl. 25)	750		
Bek., betr. Änderung der Bek. über das Verfüttern von Brotgetreide, Mehl und Brot, v. 5. Jan. 1915 (RGBl. 6), v. 21. Jan. 1915 (RGBl. 26)	623		
Beschluß des Bundesrats über die Sicherstellung des Haferbedarfs der Heeresverwaltung v. 21. Januar 1915 (RGBl. 29)	927		
Bek. über das Füttern der Tiere auf Schlachtviehmärkten und Schlachtviehhöfen v. 21. Januar 1915 (RGBl. 30)	736		
Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 21. Januar 1915 (RGBl. 31)	316		
Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 21. Januar 1915 (RGBl. 32)	402		
Bek., betr. vorübergehende Abgabenfreiheit für Salz, v. 21. Januar 1915 (RGBl. 32)	557		
Bek., betr. vorübergehende Einfuhrerleichterungen für frisches Fett und Festsetzung einer Untersuchungsgebühr, v. 21. Januar 1915 (RGBl. 33)	549		
Bek., betr. vorübergehende Erleichterung der Untersuchung von Schlachtvieh, v. 21. Januar 1915 (RGBl. 31)	550		
Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl v. 25. Januar 1915 (RGBl. 35)	572		
Bek. über die Sicherstellung von Fleischvorräten v. 25. Januar 1915 (RGBl. 45)	683		
Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 25. Januar 1915 (RGBl. 47)	404		
Bek. über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges v. 28. Januar 1915 (RGBl. 49)	814		
Bek. über Vorratserhebungen v. 2. Februar 1915 (RGBl. 54)	559	277	
Bek. über weitere Regelung des Brennereibetriebs und des Branntweinverkehrs v. 4. Februar 1915 (RGBl. 57)	643		

1915.

(4. Februar bis 25. Februar.)

	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
Bek., betr. vorübergehende Abänderung der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetze, v. 4. Februar 1915 (RGBl. 62)	929		
Bek. über Verarbeitung von Nachprodukten der Zuckerfabrikation und von Melasse v. 8. Februar 1915 (RGBl. 67)	716		
Bek., betr. Zahlungsverbot gegen Rußland, v. 4. Februar 1915 (RGBl. 69)	908		
Bek. über die Gegenseitigkeit im Verhältnis zu Österreich-Ungarn hinsichtlich der Kriegsbeteiligten v. 4. Februar 1915 (RGBl. 70)	167		
Bek. einer Änderung der Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl v. 25. Januar 1915 (RGBl. 35), v. 6. Februar 1915 (RGBl. 65)	572		
Bek., betr. Ein- und Durchfuhr von Erzeugnissen feindlicher Länder, v. 11. Februar 1915 (RGBl. 93)	917		
Bek. zur Ergänzung der VO., betr. Regelung des Verkehrs mit Zucker usw. v. 31. Oktober 1914 (RGBl. 467), v. 12. Februar 1915 (RGBl. 73)	672		
Bek. über zuckerhaltige Futtermittel v. 12. Februar 1915 (RGBl. 78)	716		
Bek., betr. Ein- und Durchfuhr von Erzeugnissen feindlicher Länder, v. 12. Februar 1915 (RGBl. 93)	917		
Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Hafer v. 13. Februar 1915 (RGBl. 81)	712		
Bek. über die Höchstpreise für Hafer v. 13. Februar 1915 (RGBl. 89)	768		
Bek. über die Erhöhung des Haferpreises v. 13. Februar 1915 (RGBl. 91)	770		
Bek. über die Höchstpreise für Speisekartoffeln v. 15. Februar 1915 (RGBl. 95)	774		
Bek., betr. Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien, v. 15. Februar 1915 (RGBl. 97)	683	291	
Bek., betr. das Verbot der Verwendung von Mehl jeder Art zur Herstellung von Seife, v. 18. Februar 1915 (RGBl. 99)	635		
Bek. wegen Änderung der Bek. über das Ausmahlen von Brotgetreide v. 5. Januar 1915 (RGBl. 3), v. 18. Februar 1915 (RGBl. 100)	618		
Bek. wegen Änderung der Bek. über die Bereitung von Backware v. 5. Januar 1915 (RGBl. 8), v. 19. Februar 1915 (RGBl. 100)	625		
Bek. über die Verwendung von Rohzucker (Erstprodukt) v. 19. Februar 1915 (RGBl. 103)	676		
Bek., betr. Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts in ausländischen Staaten, v. 20. Febr. 1915 (RGBl. 107)	464		
Bek., betr. Änderung der Bek. über die Sicherstellung von Fleischvorräten v. 25. Januar 1915 (RGBl. 45), v. 25. Februar 1915 (RGBl. 109)	683		
Bek., betr. Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. v. 25. Februar 1915 (RGBl. 111)	378		121
Bek. des Reichskanzlers, betr. Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. v. 25. Februar 1915 (RGBl. 112)	380		
Bek., betr. Zulassung von Kraftfahrzeugen zum Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen, v. 25. Februar 1915 (RGBl. 113)	740		
Bek. über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation v. 25. Februar 1915 (RGBl. 116)	778		
Bek. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 25. Februar 1915 (RGBl. 118)	657		

1915.

(25. Februar bis 26. März.)

	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
Bek., betr. Anwendung der Vertragszollsätze, v. 25. Februar 1915 (RGBl. 123)	554		
Bek., betr. die Bilanzen von Aktiengesellschaften usw., die Vermögen im Ausland oder in den Schutzgebieten haben, v. 25. Februar 1915 (RGBl. 123)	442		
Bek., betr. den Wochenmarktverkehr, v. 2. März 1915 (RGBl. 125)	738	294	258
Bek. über den Anbau von Zuckerrüben v. 4. März 1915 (RGBl. 126)	729		
Bek. über Erhebungen der Vorräte von Kartoffeln v. 4. März 1915 (RGBl. 127)	567		
Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 4. März 1915 (RGBl. 129)	402		
Bek. über die Beschäftigung von Gefangenen mit Außenarbeit v. 4. März 1915 (RGBl. 130)	800		
Bek. über weitere Regelung des Branntweinverkehrs v. 4. März 1915 (RGBl. 131)	650		
Bek. über die Vornahme von Zwischenzählungen der Schweine am 15. März und 15. April 1915 v. 4. März 1915 (RGBl. 132)	569		
Bek. über die zwangsweise Verwaltung russischer Unternehmungen v. 4. März 1915 (RGBl. 133)	887		
Bek. über vorübergehende Zollerleichterungen v. 8. März 1915 (RGBl. 135)	544	551	
Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Gerste v. 9. März 1915 (RGBl. 139)	703		
Bek., betr. Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Roggen, Gerste und Weizen v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 528), v. 9. März 1915 (RGBl. 145)	767		
Bek., betr. Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts in ausländischen Staaten, v. 12. März 1915 (RGBl. 151)	464		
Bek., betr. Ergänzung der Bek. über die Verwendung von Rohzucker (Erstprodukt) v. 19. Februar 1915 (RGBl. 103), v. 12. März 1915 (RGBl. 151)	676		
Bek. betreffs Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 16. März 1915 (RGBl. 153)	404		
Bek., betr. Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. v. 17. März 1915 (RGBl. 154)	380		
Bek., betr. die Befreiung gewisser unter Nr. 3 des Tarifs zum Reichsstempelgesetz fallenden Inhaber-Schuldverschreibungen von der Reichsstempelabgabe v. 17. März 1915 (RGBl. 155)	524		
Gesetz, betr. die Ausgabe von Reichskassenscheinen und Reichsbanknoten zu 10 Mark, v. 22. März 1915 (RGBl. 179)	472		
Bek., betr. Anrechnung militärischer Dienstleistungen in der Angestelltenversicherung, v. 18. März 1915 (RGBl. 181)	829		
Bek. einer Änderung der Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Hafer v. 13. Februar (RGBl. 81), v. 24. März 1915 (RGBl. 182)	712		
Bek., betr. den Ausschank und Verkauf von Branntwein oder Spiritus, v. 26. März 1915 (RGBl. 183)	859	362	
Bek., betr. Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Roggen, Gerste und Weizen v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 528), v. 26. März 1915 (RGBl. 184)	765		

1915.
(26. März bis 23. April.)

	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
Bek., betr. die Erfüllung von Ansprüchen im Falle zwangsweiser Verwaltung von Grundstücken, v. 26. März 1915 (RGBl. 185) . . .	906		
Bek. über den Verkehr mit Futtermitteln, v. 31. März 1915 (RGBl. 195) . . .	736		
Bek., betr. Änderung der Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Hafer v. 13. Februar 1915 (RGBl. 81), v. 31. März 1915 (RGBl. 200)	712		
Bek., betr. Änderung der Bek. über das Verfüttern von Roggen, Weizen, Hafer, Mehl und Brot v. 21. Januar 1915 (RGBl. 27), v. 31. März 1915 (RGBl. 201) . . .	623		
Bek., betr. Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Speisekartoffeln v. 15. Februar 1915 (RGBl. 95), v. 31. März 1915 (RGBl. 202)	774		
Bek. einer Änderung der Bek. über die Bereitung von Backware v. 5. Januar 1915 (RGBl. 8), v. 31. März 1915 (RGBl. 203) . . .	625		
Bek., betr. Einschränkung der Trinkbranntweinerzeugung, v. 31. März 1915 (RGBl. 208) . . .	653	285	
Bek. über die Sicherung der Ackerbestellung v. 31. März 1915 (RGBl. 210) . . .	540		
Bek. über die Verwendung von Erdölpech und die Herstellung von Fußbodenöl v. 31. März 1915 (RGBl. 211) . . .	743		
Bek., betr. weitere Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent- und Gebrauchsmusterrechts, v. 31. März 1915 (RGBl. 212) . . .	464		
Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln v. 12. April 1915 (RGBl. 217) . . .	659		
Bek. über Höchstpreise für Kupfervitriol v. 12. April 1915 (RGBl. 222, 263) . . .	786		
Bek., betr. die Menge des zum steuerpflichtigen Inlandsverbrauch abzulassenden Zuckers, v. 15. April 1915 (RGBl. 223) . . .	677		
Bek. wegen Änderung der VO., betr. Verkehr mit Zucker, v. 12. Februar 1915 (RGBl. 75), v. 15. April 1915 (RGBl. 223) . . .	672		
Bek., betr. Änderung der Bek. über zuckerhaltige Futtermittel v. 12. Februar 1915 (RGBl. 78), v. 15. April 1915 (RGBl. 224) . . .	716		
Bek. einer Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation v. 25. Februar 1915 (RGBl. 116), v. 15. April 1915 (RGBl. 225) . . .	778		
Bek. über Ausnahmen von den Höchstpreisen für Speisekartoffeln v. 15. April 1915 (RGBl. 226) . . .	776		
Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die in Österreich-Ungarn ihren Wohnsitz haben, v. 20. April 1915 (RGBl. 231)	316		
Bek. über die Zwangsverwaltung von Grundstücken v. 22. April 1915 (RGBl. 233) . . .	423	148	127
Bek. über den dinglichen Rang öffentlicher Lasten v. 22. April 1915 (RGBl. 235) . . .	434	157	
Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 22. April 1915 (RGBl. 236) .	316		
Bek. über Reis v. 22. April 1915 (RGBl. 237) . . .	664		
Bek. über die Vornahme einer Erhebung der Vorräte von Getreide und Mehl am 9. Mai 1915, v. 22. April 1915 (RGBl. 241) . . .	563		
Bek., betr. Ausdehnung der Wochenhilfe während des Krieges, v. 23. April 1915 (RGBl. 257) . . .	840	346	
Bek., betr. Verarbeitung von Topinamburs sowie von Rüben und			

1915.

(23. April bis 27. Mai.)

	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
Rübensäften in Brennereien im Betriebsjahr 1915/16, v. 23. April 1915 (RGBl. 2[illegible])	652		
Bek. über Freigabe von Branntwein zur Versteuerung im Mai 1915 v. 28. April 1915 (RGBl. 265)	656		
Bek. einer Änderung der Bek. über das Ausmahlen von Brotgetreide v. 5. Januar 1915 (RGBl. 3), v. 29. April 1915 (RGBl. 268), aufgehoben	618		
Bek. über die Verwendung von Erdölpech und Öl v. 29. April 1915 (RGBl. 275)	743		
Bek. über das Außerkrafttreten der Bek. über die Sicherstellung von Fleischvorräten v. 25. Januar 1915 (RGBl. 45) und der Bek., betr. Änderung der Bek. über die Sicherstellung von Fleischvorräten, v. 25. Februar 1915 (RGBl. 109), v. 6. Mai 1915 (RGBl. 271)	683		
Bek., betr. die Verlängerung der im Artikel 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums v. 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen, v. 7. Mai 1915 (RGBl. 272)	466	196	261
Bek., betr. Verarbeitung von Tapioka in den Brennereien im Betriebsjahr 1914/15, v. 7. Mai 1915 (RGBl. 273)	653		
Bek. über vorübergehende Zollerleichterungen v. 12. Mai 1915 (RGBl. 277)	554		
Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in ausländischen Staaten, v. 13. Mai 1915 (RGBl. 278)	467		
Bek., betr. Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts in ausländischen Staaten, v. 13. Mai 1915 (RGBl. 278)	464		
Bek. über Malz v. 17. Mai 1915 (RGBl. 279)	691	291	
Bek., betr. Änderung der Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Gerste v. 9. März 1915 (RGBl. 139), v. 17. Mai 1915 (RGBl. 282)	703		
Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 17. Mai 1915 (RGBl. 284)	403		
Bek., betr. Aufhebung der für die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts angeordneten dreißigtägigen Verlängerung, v. 17. Mai 1915 (RGBl. 284)	401		
Bek. über die Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen v. 17. Mai 1915 (RGBl. 285)	381	126	122
Bek. über das Verfüttern von grünem Roggen und Weizen v. 20. Mai 1915 (RGBl. 287)	624		
Bek. über Freigabe von Branntwein zur Versteuerung im Juni 1915 v. 20. Mai 1915 (RGBl. 299)	656		
Bek., betr. Änderung der VO. des Bundesrats v. 7. August 1914 (RGBl. 359), v. 18. August 1914 (RGBl. 377) und 22. Dezember 1914 (RGBl. 543), v. 20. Mai 1915 (RGBl. 288)	172, 275, 296		
Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 22. Mai 1915 (RGBl. 302)	404		
Bek., betr. die Vergütung für Furage und Landlieferungen, v. 24. Mai 1915 (RGBl. 301)	928		
Bek. wegen Ergänzung der VO., betr. Verkehr mit Zucker, v. 27. Mai 1915 (RGBl. 307)	672		
Bek., betr. die Menge des zum steuerpflichtigen Inlandsverbrauch abzulassenden Zuckers, v. 27. Mai 1915 (RGBl. 308)	678		
Bek. über Verbrauchszucker v. 27. Mai 1915 (RGBl. 308)	678		

1915.
(27. Mai bis 28. Juni.)

	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
Bek. wegen Ergänzung der Bek. über zuckerhaltige Futtermittel v. 27. Mai 1915 (RGBl. 312)	716		
Bek. einer Änderung der Bek. über den Verkehr mit Futtermitteln v. 31. März 1915 (RGBl. 195), v. 27. Mai 1915 (RGBl. 315)	736		
Bek. über die Höchstpreise für schwefelsaures Ammoniak v. 27. Mai 1915 (RGBl. 316)	781		
Bek. über das Außerkrafttreten der Bek. über die Höchstpreise für schwefelsaures Ammoniak v. 10. Dezember 1914 (RGBl. 500), v. 27. Mai 1915 (RGBl. 317)	781		
Bek. über vorübergehende Einfuhrerleichterungen v. 27. Mai 1915 (RGBl. 317)	555		
BO. über Zulassung von Strafbefehlen bei Vergehen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen v. 4. Juni 1915 (RGBl. 325)	744		
Bek., betr. Betriebsauflage für den Sommerbrand in landwirtschaftlichen Brennereien im Betriebsjahr 1914/15, v. 4. Juni 1915 (RGBl. 326)	651		
Bek. über eine Ernteflächenerhebung v. 10. Juni 1915 (RGBl. 331)	937		
Bek. über die Höchstpreise für Erzeugnisse aus Nickel v. 16. Juni 1915 (RGBl. 340)	785		
Bek. über das Verbot des Vorverkaufs der Ernte des Jahres 1915 und des Vorverkaufs von Zucker v. 17. Juni 1915 (RGBl. 341)	737		
Bek. über die Verarbeitung von Kartoffeln in den Brennereien v. 17. Juni 1915 (RGBl. 343)	651		
Bek. über die abgabenfreie Verwendung von Salz zum Einsalzen von Garneelen (Krabben) v. 17. Juni 1915 (RGBl. 344)	558		
Bek. über das Verbot des Vorverkaufs von Obstfrüchten der Ernte des Jahres 1915 v. 22. Juni 1915 (RGBl. 345)	738	294	
Bek., betr. Ergänzung der BO. über die Überwachung und zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen, v. 24. Juni 1915 (RGBl. 351)	940		
Bek. über den Verkauf von Fleisch- und Fettwaren durch die Gemeinden v. 24. Juni 1915 (RGBl. 352)	682		
Bek. über den Aushang von Preisen in Verkaufsräumen des Kleinhandels v. 24. Juni 1915 (RGBl. 353)	739	180	
Bek. über die Wiederholung der Anzeige der Bestände von Verbrauchszucker v. 24. Juni 1915 (RGBl. 355)	680		
Bek. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf v. 24. Juni 1915 (RGBl. 357)	923	450	
Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die in der Schweiz ihren Wohnsitz haben, v. 25. Juni 1915 (RGBl. 361)	937		
Bek. über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 v. 28. Juni 1915 (RGBl. 363)	572	278	
Bek. über das Ausmahlen von Brotgetreide v. 28. Juni 1915 (RGBl. 379)	616	283	
Bek. über das Verfüttern von Brotgetreide, Mehl und Brot v. 28. Juni 1915 (RGBl. 381)	620	283	
Bek. über den Verkehr mit Gerste aus dem Erntejahr 1915 (RGBl. 384)	695	291	
Bek. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni 1915 (RGBl. 399)	731		
Bek. über zuckerhaltige Futtermittel v. 28. Juni 1915 (RGBl. 405)	725		
Bek. wegen Änderung der Bek., betr. Einschränkung der Trinkbranntweinerzeugung v. 31. März 1915, v. 28. Juni 1915 (RGBl. 409	653		
Bek. über Freigabe von Branntwein zur Versteuerung im Juli, August und September 1915 v. 28. Juni 1915 (RGBl. 410)	656		

1915. (28. Juni bis 17. Juli.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. Seite
Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Frankreich, v. 28. Juni 1915 (RGBl. 411)	937		
Bek. über das Außerkrafttreten der VO. über den Verkehr mit Futtermitteln v. 31. März 1915 (RGBl. 195) und der VO., betr. eine Änderung dieser VO., v. 27. Mai 1915 (RGBl. 315), v. 29. Juni 1915 (RGBl. 412)	736		
Bek. über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger v. 1. Juli 1915 (RGBl. 414)	941	445	
Bek., betr. Anwendung der Vertragszollsätze auf belgisches Obst, v. 1. Juli 1915 (RGBl. 416)	555		
Bestimmungen zur Ausführung der VO. über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger v. 2. Juli 1915 (RGBl. 417)	943	445	
Bek. über das Verbot des Vorverkaufs von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation aus der inländischen Ernte des Jahres 1915 v. 7. Juli 1915 (RGBl. 419)	738		
Bek. über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände v. 8. Juli 1915 (RGBl. 420)	787	298	
Bek., betr. Zollfreiheit für Halbzeug der Tarifnummer 650, v. 8. Juli 1915 (RGBl. 423)	939		
Bek. über die Lohnverarbeitung von Kartoffeln in kleineren Brennereien v. 8. Juli 1915 (RGBl. 424)	652		
Bek. über das Außerkrafttreten von Vorschriften der Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl v. 25. Januar 1915 (RGBl. 35) v. 10. Juli 1915 (RGBl. 425)	598		
Bek. über das Inkrafttreten von Vorschriften der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 v. 28. Juni 1915 (RGBl. 363), v. 10. Juli 1915 (RGBl. 426)	599		
Bek. über Ausnahmen von dem Verbote des Vorverkaufs der Ernte des Jahres 1915 und des Vorverkaufs von Zucker v. 17. Juni 1915 (RGBl. 341), v. 10. Juli 1915 (RGBl. 426)	939		
Bek. über das Inkrafttreten der VO. über die Regelung des Verkehrs mit Hafer v. 28. Juni 1915 (RGBl. 393) v. 11. Juli 1915 (RGBl. 430)	945	292	
†*) Bek. über die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau v. 12. Juli 1915 in der Fassung v. 30. August 1915 (RGBl. 536)	945	296	
†Bek. wegen weiterer Ergänzung der VO., betr. Verkehr mit Zucker, v. 15. Juli 1915 (RGBl. 436)			287
†Bek. wegen Veränderung der Bek. über Verbrauchszucker v. 15. Juli 1915 (RGBl. 437)			287
†Bek., betr. die Menge des zum steuerpflichtigen Inlandsverbrauch abzulassenden Zuckers, v. 15. Juli 1915 (RGBl. 438)			287
†Bek. über den Verkehr mit Ölfrüchten und daraus gewonnenen Produkten v. 15. Juli 1915 (RGBl. 438)			294
Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in ausländischen Staaten, v. 15. Juli 1915 (RGBl. 447)			196
†Bek. über das Inkrafttreten von Vorschriften der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 v. 28. Juni 1915, v. 17. Juli 1915 (RGBl. 443)			278

*) Die mit † bezeichneten Gesetze usw. werden in dem im Vorwort angekündigten vierten Bande abgedruckt oder erörtert.

1915.

(22. Juli bis 13. August.)

	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
Bek. über die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege v. 22. Juli 1915 (RGBl. 449)	340	
Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw. v. 22. Juli 1915 (RGBl. 450)	142	
Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 22. Juni 1915 (RGBl. 451)	90	
†Bek. über vorübergehende Zollerleichterungen v. 22. Juli 1915 (RGBl. 453)	276	
Anordnung für das Verfahren vor dem Reichsschiedsgericht für Kriegsbedarf v. 22. Juli 1915 (RGBl. 469)	451	
†Bek. über die Errichtung einer Reichsfuttermittelstelle v. 23. Juli 1915 (RGBl. 455)	293	
†Bek. über die Höchstpreise für Brotgetreide v. 23. Juli 1915 (RGBl. 458)	297	
†Bek. einer Änderung der BO. über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus der Ernte 1915 v. 28. Juni 1915, v. 23. Juli 1915 (RGBl. 461)	278	
†Bek. über die Höchstpreise für Gerste v. 23. Juli 1915 (RGBl. 462)	297	
†Bek. über die Höchstpreise für Hafer v. 23. Juli 1915 (RGBl. 464)	297	
†Bek. über die Aufhebung des Verbots der Kaufverträge über Brotgetreide, Gerste und Hafer v. 23. Juli 1915 (RGBl. 465)	294	
†Bek. über die Wiederholung der Anzeige der Bestände von Verbrauchszucker v. 23. Juli 1915 (RGBl. 466)	287	
Bek. gegen übermäßige Preissteigerung v. 23. Juli 1915 (RGBl. 467)	182	175
Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 23. Juli 1915 (RGBl. 474)	146	
†Bek. über das Außerkrafttreten der BO. über das Verbot des Vorverkaufs von Ölfrüchten der Ernte des Jahres 1915 v. 22. Juli 1915, v. 24. Juli 1915 (RGBl. 476)	294	
Bek. über die Wahlen nach dem Gewerbegerichtsgesetz und dem Gesetze, betr. Kaufmannsgerichte, v. 26. Juli 1915 (RGBl. 481)	160	
†Bek., betr. den Handel mit Mehl, v. 27. Juli 1915 (RGBl. 477)	278	
†Bek., betr. Übergang der Geschäfte der Reichsverteilungsstelle auf die Reichsgetreidestelle, v. 28. Juli 1915 (RGBl. 483)	278	
†Bek., betr. Zulassung von Motorbooten zum Verkehr, v. 29. Juli 1915 (RGBl. 485)	294	
†Bek. wegen Ergänzung der BO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni 1915, v. 5. August 1915 (RGBl. 489)	293	
†Bek. über Änderung der BO., betr. Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien v. 15. Februar 1915, v. 5. August 1915 (RGBl. 490)	291	
†Bek., betr. Änderung der BO. über Malz v. 17. Mai 1915, v. 5. August 1915 (RGBl. 491)	291	
†Bek. über die Vergütung für Ölfrüchte v. 5. August 1915 (RGBl. 491)	294	
Bek., betr. die Einschränkung der Arbeitszeit in Spinnereien, Webereien und Wirkereien v. 12. August 1915 (RGBl. 495)	305	
Bek., betr. die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung v. 12. August 1915 (RGBl. 497)	305	
†Bek. über das Inkrafttreten von Vorschriften der Bundesratsverordnung v. 28. Juni 1915 über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915, v. 13. August 1915 (RGBl. 499)	278	
†Bek., betr. die Außerkraftsetzung der Bek. über die Festsetzung von Höchstpreisen für Erzeugnisse aus Kupfer, Messing und Aluminium v. 28. Dezember 1914 und der Bek. über die Höchstpreise für Erzeugnisse aus Nickel v. 15. Juni 1915, v. 13. August 1915 (RGBl. 501)	298	

1915.

(17. August bis 11. September.)

	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Belgien, v. 17. August 1915 (RGBl. 511)		197
†Bek. über die Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni 1915 auf weitere Futtermittel v. 19. August 1915 (RGBl. 503)		293
†Bek. über die Preise und sonstigen Vergütungen für Kraftfuttermittel v. 19. August 1915 (RGBl. 504)		293
†Bek. über den Verkehr mit Kakaoschalen v. 19. August 1915 (RGBl. 507)		288
†Bek. einer Änderung der VO. v. 28. Juni 1915 über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 v. 19. August 1915 (RGBl. 508)		278
Bek., betr. Festsetzung der Ortslöhne, v. 19. August 1915 (RGBl. 511)		306
†Vorschriften über das Unbrauchbarmachen von gepulverten Kakaoschalen zum Genusse für Menschen v. 21. August 1915 (RGBl. 513)		288
Bek. über die Berichtigung und Ergänzung der Bek. gegen übermäßige Preissteigerung v. 23. Juli 1915, v. 22. August 1915 (RGBl. 514)		182
†Bek. über ein Schlachtverbot für trächtige Kühe und Sauen v. 26. August 1915 (RGBl. 515)		289
†Bek. über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1915/16 v. 26. August 1915 (RGBl. 516)		287
†Bek. über den Verkehr mit Hülsenfrüchten v. 26. August 1915 (RGBl. 520)		287
†Bek. über das Verbot des Vorverkaufs von Erbsen, Bohnen und Linsen aus der Ernte des Jahres 1915 v. 26. August 1915 (RGBl. 524)		287
†Bek. über das Außerkrafttreten der Bek. über die Höchstpreise für Speisekartoffeln v. 15. Februar 1915, v. 26. August 1915 (RGBl. 524)		298
†Bek. über die Vornahme einer Viehzwischenzählung am 1. Oktober 1915 v. 26. August 1915 (RGBl. 525)		277
Bek., betr. die Angestelltenversicherung während des Krieges v. 26. August 1915 (RGBl. 541)		309
Bek., betr. die Ausprägung von Fünfpfennigstücken aus Eisen v. 26. August 1915 (RGBl. 541)		200
†Bek. über Beschränkung der Milchverwendung v. 2. September 1915 (RGBl. 545)		290
†Bek. zur Erweiterung der Bek. über Vorratserhebungen v. 2. Februar 1915, v. 3. September 1915 (RGBl. 549)		277
Gesetz, betr. den Schutz von Berufstrachten und Berufsabzeichen für Betätigung in der Krankenpflege v. 7. September 1915 (RGBl. 561)		369
VO. über die Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen, die im Inland weder einen Wohnsitz gehabt haben, noch dort geboren sind, v. 7. September 1915 (RGBl. 583)		530
Allerhöchster Erlaß, betr. die Anrechnung der Jahre 1914 und 1915 als Kriegsjahre, v. 7. September 1915 (RGBl. 599)		531
†Bek. über den Verkehr mit Margarine v. 9. September 1915 (RGBl. 555)		294
†Bek., betr. Änderung der VO. v. 28. Juni 1915 über die Regelung des Verkehrs mit Hafer, v. 9. September 1915 (RGBl. 556)		292
†Bek. zum Vollzuge der VO. über die Regelung des Verkehrs mit Hafer v. 28. Juni 1915, v. 9. September 1915 (RGBl. 556)		292
†Bek. wegen Änderung der Bek. über die Sicherung der Ackerbestellung v. 31. März 1915, v. 9. September 1915 (RGBl. 557)		274
Bek. zur Entlastung der Gerichte v. 9. September 1915 (RGBl. 562)		462
†Bek., betr. die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und Futtermitteln v. 11. September 1915 (RGBl. 569)		276
Bek. über die Zuständigkeit zur Beurkundung der Sterbefälle von Militär-		

	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
1915. (11. September bis 9. Oktober.)		
personen, die im Inland weder einen Wohnsitz gehabt haben, noch dort geboren sind, v. 11. September 1915 (RGBl. 584)	531	
†Bek. über die Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni 1915 auf weitere Futtermittel v. 13. September 1915 (RGBl. 584)	293	
†Bek. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 16. September 1915 (RGBl. 585)	285	
†Bek. über die Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation v. 16. September 1915 (RGBl. 588)	285	
†Bek. über die Außerkraftsetzung der Bek. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 25. Februar 1915, v. 16. September 1915 (RGBl. 590)	285	
†Bek. über das Außerkrafttreten der Bek. über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation v. 25. Februar 1915, v. 16. September 1915 (RGBl. 591)	298	
†Bek. über die Aufhebung des Verbots des Vorverkaufs von Erbsen, Bohnen und Linsen aus der Ernte des Jahres 1915, v. 16. September 1915 (RGBl. 593)	287	
†Bek., betr. Verarbeitung von Kartoffeln in Getreidebrennereien im Betriebsjahr 1915/16, v. 16. September 1915 (RGBl. 594)	285	
†Bek., betr. Ergänzung der VO. v. 26. August 1915 über den Verkehr mit Hülsenfrüchten, v. 20. September 1915 (RGBl. 600)	287	
Bek. zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel v. 23. September 1915 (RGBl. 603)	192	192
Bek., betr. Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts v. 23. September 1915 (RGBl. 626)	196	
Bek. über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung v. 25. September 1915 (RGBl. 607)	297	194
†Bek. über zuckerhaltige Futtermittel v. 25. September 1915 (RGBl. 614)	293	
†Bek., betr. die Preise für zuckerhaltige Futtermittel, v. 25. September 1915 (RGBl. 620)	293	
†Bek. über Freigabe von Branntwein zur Versteuerung im Oktober, November und Dezember 1915, v. 25. September 1915 (RGBl. 623)	285	
†Bestimmungen über die Lieferung und Abnahme von Hülsenfrüchten v. 26. September 1915 (RGBl. 625)	287	
Gesetz, betr. Änderung des Gesetzes, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, v. 28. Februar 1888, v. 30. September 1915 (RGBl. 629)	365	
†Bek. über das Verschroten von Brotgetreide zu Futterzwecken v. 2. Oktober 1915 (RGBl. 628)	284	
Bek. zur Entlastung der Strafgerichte v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 631)	521	
Bek. über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 633)	424	
†Bek. über die Regelung der wirtschaftlichen Betriebsverhältnisse der Branntweinbrennereien und der Betriebsauflagevergütungen für das Betriebsjahr 1915/16 v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 637)	287	
Bek. über das Kündigungsrecht der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 642)	131	
Bek., betr. die Änderung der Bek. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf v. 24. Juni 1915, v. 9. Oktober 1915 (RGBl. 645)	450	

1915.

(9. Oktober bis 28. Oktober.)

	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
†Bek. über die Verwendung tierischer und pflanzlicher Öle und Fette v. 9. Oktober 1915 (RGBl. 646)	294	
†Bek. über die Kartoffelversorgung v. 9. Oktober 1915 (RGBl. 647)	285	
Bek., betr. Vorschriften über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten v. 10. Oktober 1915 (RGBl. 653)	425	
†Bek. über das Außerkrafttreten der Bek. über das Verbot des Vorverkaufs von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation aus der inländischen Ernte des Jahres 1915 v. 11. Oktober 1915 (RGBl. 669)	285	
†Bek. über die Verarbeitung von Bucheckern v. 14. Oktober 1915 (RGBl. 670)	294	
†Bek. über das Verbot des Anstreichens mit Farben aus Bleiweiß und Leinöl v. 14. Oktober 1915 (RGBl. 671)	294	
Bek., betr. Zahlungsverbot gegen Ägypten und Französisch-Marokko, v. 14. Oktober 1915 (RGBl. 673)	416	
†Bek. über Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Ölfrüchten usw., v. 19. Oktober 1915 (RGBl. 675)	294	
Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 677)	142	
Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 678)	146	
Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 679)	90	
†Bek., betr. Änderung der VO. v. 26. August 1915 über den Verkehr mit Hülsenfrüchten, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 681)	287	
†Bek., betr. Ergänzung der VO. über den Verkehr mit Gerste aus dem Erntejahr 1915 v. 28. Juni 1915, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 681)	291	
†Bek. über das Verbot des Vorverkaufs von Stroh der Ernte des Jahres 1915 v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 682)	293	
†Bek. einer Änderung der VO. v. 8. Juli 1915 über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 683)	298	
†Bek. zur Erweiterung der Bek. über Vorratserhebungen v. 2. Februar 1915, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 684)	277	
Bek., betr. Veräußerung von Kauffahrteischiffen an Nichtreichsangehörige, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 685)	460	
Bek. über Erlaß und Vergütung von Abgaben v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 687)	232	
Bek., betr. Ausnahme von der Sperre feindlichen Vermögens, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 707)	431	
†Bek. über die Regelung der Butterpreise v. 22. Oktober 1915 (RGBl. 689)	291	
†Bek. über die Vornahme einer Erhebung der Vorräte von Brotgetreide, Hafer und Mehl am 16. November 1915, v. 22. Oktober 1915 (RGBl. 691)	277	
†Bek. über die Festsetzung der Grundpreise für Butter und die Preisstellung für den Weiterverkauf v. 24. Oktober 1915 (RGBl. 705)	298	
†Bek. über die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln und die Preisstellung stellung für den Weiterverkauf v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 709)	298	
†Bek. über die Abänderung der Bek. über die Kartoffelversorgung v. 9. Oktober 1915, v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 710)	286	
†Bek. über die Regelung der Kartoffelpreise v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 711)	298	

1915.

(28. Oktober bis 13. November.)

	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
†Bek. zur Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 714)	289	
†Bek. über Regelung der Fisch- und Wildpreise v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 716)	298	
†Bek. wegen Änderung der Bek., betr. Einschränkung der Trinkbranntweinerzeugung, v. 31. März 1915, v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 718)	285	
†Bek. zur Ergänzung der Bek. über die Festsetzung der Grundpreise für Butter und die Preisstellung für den Weiterverkauf v. 24. Oktober 1915, v. 29. Oktober 1915 (RGBl. 719)	298	
Bek., betr. den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie v. 29. Oktober 1915 (RGBl. 721)	302	
†Bek. über Ausdehnung der VO. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 16. September 1915, v. 1. November 1915 (RGBl. 722)	285	
†Bek. zur Regelung der Milchpreise und des Milchverbrauchs v. 4. November 1915 (RGBl. 723)	290	
†Bek. zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und für Schweinefleisch v. 4. November 1915 (RGBl. 725)	298	
Bek. zur Ergänzung der Bek. über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung v. 25. September 1915, v. 4. November 1915 (RGBl. 728)	297	
Bek. betr. Ergänzung der VO. über das Verbot des Handels mit in England abgestempelten Wertpapieren v. 4. November 1915 (RGBl. 731)	232	
Bek. über die Verjährungsfristen v. 4. November 1915 (RGBl. 732)	140	123
Bek., betr. die Einschränkung der Arbeitszeit in Spinnereien, Webereien, Wirkereien usw., v. 7. November 1915 (RGBl. 733)	304	
†Bek. über Öle und Fette v. 8. November 1915 (RGBl. 735)	294	
†Bek. über den Verkehr mit Stroh und Häcksel v. 8. November 1915 (RGBl. 743)	293	
†Bek. über die Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Kraftfutter v. 28. Juni 1915 auf weitere Futtermittel, v. 8. November 1915 (RGBl. 747)	293	
†Bek. über die Außerkraftsetzung der VO. über das Verbot des Vorverkaufs von Stroh der Ernte des Jahres 1915 v. 21. Oktober 1915, v. 10. November 1915 (RGBl. 749)	293	
†Bek. über Kaffee, Tee und Kakao v. 11. November 1915 (RGBl. 750)	289	
†Bek. über die Regelung der Preise für Buchweizen und Hirse und deren Verarbeitungen v. 11. November 1915 (RGBl. 750)	298	
†Bek. über die Regelung der Preise für Gemüse und Obst v. 11. November 1915 (RGBl. 752)	298	
†Bek. über die Regelung der Preise für Obstmus und sonstige Fettersatzstoffe zum Brotaufstrich v. 11. November 1915 (RGBl. 754)	298	
†Bek. über den Maßstab für den Milchverbrauch v. 11. November 1915 (RGBl. 757)	290	
†Bek. einer Änderung zur VO. v. 14. Oktober 1915 über das Verbot des Anstreichens mit Farben aus Bleiweiß und Leinöl v. 11. November 1915 (RGBl. 758)	294	
Bek., betr. Einwirkung von Höchstpreisen auf laufende Verträge v. 11. November 1915 (RGBl. 758)	173	173
†Bek. über Abänderung der Bek. über die Regelung der Kartoffelpreise v. 28. Oktober 1915, v. 11. November 1915 (RGBl. 760)	285	
†Bek., betr. die private Schwefelwirtschaft, v. 13. November 1915 (RGBl. 761)	295	

1915.

(13. November bis 14. Dezember.)

	Bd. 3 Seite	Bd. 3 Seite
Bek., betr. Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Gold, v. 13. November 1915 (RGBl. 763)	201	
Bek., betr. Einwirkung der Fürsorge für Angehörige von Kriegsteilnehmern auf deren Unterstützungswohnsitz, v. 13. November 1915 (RGBl. 764)	368	
†Bek. über die Vornahme einer Viehzählung am 1. Dezember 1915 v. 15. November 1915 (RGBl. 765)	277	
Anordnung für das Verfahren vor den auf Grund der VO. v. 11. November 1915 bestellten Schiedsgerichten v. 15. November 1915 (RGBl. 769)	174	
†Bek. über die Festsetzung von Preisen für Buchweizen und Hirse und deren Verarbeitungen v. 16. November 1915 (RGBl. 785)	298	
†Anordnung zur Ausführung der VO. über den Verkehr mit Stroh und Häcksel v. 8. November 1915, v. 18. November 1915 (RGBl. 773)	293	
†Bek. über die Festsetzung der Preise für Wild v. 22. November 1915 (RGBl. 775)	298	
†VO. über das Verbot der Durchfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen v. 25. November 1915 (RGBl. 777)	450	
†Bek., betr. Abänderung der VO. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 16. September 1915, v. 25. November 1915 (RGBl. 778)	285	
Bek., betr. Änderung der Bek. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf v. 24. Juni 1915, v. 25. November 1915 (RGBl. 778)	450	
Bek. über die Erneuerung vernichteter Standesregister v. 25. November 1915 (RGBl. 779)	526	
†Bek., betr. Anwendung der Vertragszollsätze auf russisches Bau- und Nutzholz, v. 25. November 1915 (RGBl. 781)	276	
†Bek. wegen Festsetzung anderer Preise im Verkehr mit Stroh und Häcksel v. 27. November 1915 (RGBl. 783)	293	
†Bek. über eine weitere Abänderung der Bek. über die Regelung der Kartoffelpreise v. 28. Oktober 1915, v. 29. November 1915 (RGBl. 787)	298	
†Bek. über die Abänderung der VO. zur Regelung der Preise der Schlachtschweine und für Schweinefleisch v. 4. November 1915, v. 29. November 1915 (RGBl. 788)	298	
†Bek. über eine Bestandsaufnahme von Kaffee, Tee und Kakao v. 29. November 1915 (RGBl. 791)	289	
†Bek. wegen weiterer Freigabe von Branntwein zur Versteuerung in den Monaten Oktober, November und Dezember 1915, v. 1. Dezember 1915 (RGBl. 799)	287	
†Bek. über die Regelung des Verkehrs mit ausländischer Butter v. 4. Dezember 1915 (RGBl. 801)	291	
†Bek. über die Festsetzung von Preisen für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut v. 4. Dezember 1915 (RGBl. 803)	298	
†Bek. über die Festsetzung von Preisen für Süßwasserfische v. 5. Dezember 1915 (RGBl. 804)	298	
†Bek. über den Verkehr mit Butter v. 8. Dezember 1915 (RGBl. 807)	290	
VO. über Verjährungsfristen des Seerechts v. 9. Dezember 1915 (RGBl. 811)	141	123
Bek., betr. Abkürzung der Wartezeit in der Angestelltenversicherung, v. 9. Dezember 1915 (RGBl. 815)	312	593
†Bek. über den Ausgleich der Preise für inländische und ausländische Butter v. 13. Dezember 1915 (RGBl. 816)	298	
†Bek. über die Preise von Marmeladen v. 14. Dezember 1915 (RGBl. 817)	298	

1915.

(16. Dezember bis 30. Dezember.)

	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
†Bek. über die Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade v. 16. Dezember 1915 (RGBl. 821)	287	
†Bek. über die Bereitung von Kuchen v. 16. Dezember 1915 (RGBl. 823)	285	
†Bek. wegen Ergänzung der VO. über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1915/16 v. 26. August 1915, v. 16. Dezember 1915 (RGBl. 826)	287	
Bek. über Zeitungsanzeigen v. 16. Dezember 1915 (RGBl. 827)	296	224
†Bek. über weitere Regelung des Branntweinverkehrs v. 16. Dezember 1915 (RGBl. 829)	285	
†Bek. über die Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni 1915 auf weitere Futtermittel v. 19. Dezember 1915 (RGBl. 831)	293	
Bek., betr. das Verfahren bei Zustellungen, v. 22. Dezember 1915 (RGBl. 833)	8	37
†Bek., betr. die Zuckerungsfrist der Weine des Jahrganges 1915, v. 22. Dezember 1915 (RGBl. 834)	276	
Bek., betr. die Ausprägung von Zehnpfennigstücken aus Eisen, v. 22. Dezember 1915 (RGBl. 844)	201	265
†Bek. über Freigabe von Branntwein zur Versteuerung im Januar, Februar und März 1916 v. 23. Dezember 1915 (RGBl. 843)	285	
Bek. über die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung v. 23. Dezember 1915 (RGBl. 845)	308	588
Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne v. 24. Dezember 1915 (RGBl. 837)	238	295
Gesetz über die Kriegsabgaben der Reichsbank v. 24. Dez. 1915 (RGBl. 840)	260	
†Bek. über die Verwendung von Milch zur Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade v. 29. Dezember 1915 (RGBl. 849)	287	
†Bek. über die Festsetzung der Preise für Wild v. 30. Dezember 1915 (RGBl. 851)	298	

1916.

(6. Januar bis 12. Januar.)

Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 6. Januar 1916 (RGBl. 1)	91	
Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen v. 6. Januar 1916 (RGBl. 2)	141	
†Bek., betr. Ergänzung der Bek. über die Preise und sonstigen Vergütungen für Kraftfuttermittel v. 19. August 1915 (RGBl. 504), v. 6. Januar 1916 (RGBl. 2)	293	
†Bek. über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten zu technischen Zwecken v. 6. Januar 1916 (RGBl. 3)	294	
†Bek., betr. Saatkartoffeln, v. 6. Januar 1916 (RGBl. 5)	286	
†Bek. über vorübergehende Zollerleichterungen v. 6. Januar 1916 (RGBl. 7)	276	
Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Österreich v. 7. Januar 1916 (RGBl. 9)	197	
Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900 v. 9. Januar 1916 (RGBl. 11)	146	
†Bek. über künstliche Düngemittel v. 11. Januar 1916 (RGBl. 13)	275	
†Bek. über die Einfuhr von Margarine aus dem Ausland v. 12. Januar 1916 (RGBl. 25)	284	
†Ausführungsbest. über die Einfuhr von Margarine aus dem Ausland v. 12. Jan. 1916 (RGBl. 26)	294	

1916.

(13. Januar bis 24. Januar.)

	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
†Bek. über Käse v. 13. Januar 1916 (RGBl. 31)	178,	298
†Bek. über Saatgetreide v. 13. Januar 1916 (RGBl. 36)	283	
†Bek. zur Herbeiführung der beschleunigten Ablieferung von Gerste und Hafer v. 17. Januar 1916 (RGBl. 40)	459	
†Bek., betr. Änderung der VO. über die Regelung des Verkehrs mit Hafer v. 28. Juni 1915 (RGBl. 393), v. 17. Januar 1916 (RGBl. 41) . . .	292	
†Bek. einer Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Brotgetreide v. 23. Juli 1915 (RGBl. 458), v. 17. Januar 1916 (RGBl. 43)	297	
†Bek. über Brotgetreide v. 17. Januar 1916 (RGBl. 44)	283	
†Bek. über die Einfuhr von Salzheringen v. 17. Januar 1916 (RGBl. 45)	277	
Bek. zum Schutze von Angehörigen immobiler Truppenteile v. 20. Januar 1916 (RGBl. 47)	51	32
Bek. über die Beglaubigung von Unterschriften und die Legalisation von Urkunden in den besetzten Gebieten v. 20. Januar 1916 (RGBl. 48) . . .	53	41
Bek. über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln v. 20. Januar 1916 (RGBl. 49)	233	271
†Bek. über die weitere Regelung des Brennereibetriebs im Jahre 1915/16 v. 20. Januar 1916 (RGBl. 51)	285	
†Bek. über das Außerkrafttreten der Bek. über die Höchstpreise für schwefelsaures Ammoniak v. 27. Mai 1915 (RGBl. 316), v. 21. Jan. 1916 (RGBl. 53)	298	
Bek., betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, v. 21. Januar 1916 (RGBl. 55)	366	631
Bek., betr. den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln, v. 22. Januar 1916 (RGBl. 53)	234	271
Bek., betr. Ausnahme von dem Verbote von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., v. 22. Januar 1916 (RGBl. 54)	126	
†Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen v. 22. Januar 1916 (RGBl. 59)	277	
†Bek. über die Festsetzung von Preisen für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut v. 25. Januar 1916 (RGBl. 63)	298	
†Bek., betr. Änderung der VO. über den Verkehr mit Gerste aus dem Erntejahr 1915 v. 28. Juni 1915 (RGBl. 384), v. 27. Januar 1916 (RGBl. 65)	291	
†Bek. über die Abänderung der Bek. über die Kartoffelversorgung v. 9. Oktober 1915 (RGBl. 647), v. 27. Januar 1916 (RGBl. 66)	286	
†Bek. über die Abänderung der Bek. über die Regelung der Kartoffelpreise v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 711), v. 27. Januar 1916 (RGBl. 66) . .	298	
†Bek., betr. die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger v. 28. Januar 1916 (RGBl. 67)	277	
†Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger v. 31. Januar 1916 (RGBl. 71) .	277	
†Bek. über die Beschränkung der Herstellung von Fleischkonserven und Wurstwaren v. 31. Januar 1916 (RGBl. 75)	289	
†Bek. über die Herabsetzung der Malz- und Gerstenkontingente der gewerblichen Bierbrauereien für die Zeit v. 1. Oktober 1915 bis 31. Oktober 1916, v. 31. Januar 1916 (RGBl. 77)	292	
†Bek. über Höchstpreise für Heu v. 3. Februar 1916 (RGBl. 79)	298	
†Bek., betr. die Preise für Rohzucker und Zuckerrüben im Betriebsjahr 1916/17, v. 3. Februar 1916 (RGBl. 80)	287	
†Bek. über die Verwendung von Verbrauchszucker v. 3. Februar 1916 (RGBl. 82)	287	
†Allerhöchster Erlaß, betr. die Anrechnung des Jahres 1916 als Kriegsjahr, v. 24. Januar 1916 (RGBl. 85)	532	

1916.

(7. Februar bis 29. Februar.)

	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite
†Bek., betr. die Einfuhr von Kartoffeln v. 7. Februar 1916 (RGBl. 85) . .	286	
†Bek. über die Speisekartoffelversorgung im Frühjahr und Sommer 1916 v. 7. Februar 1916 (RGBl. 86)	286	
Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in ausländischen Staaten, v. 8. Februar 1916 (RGBl. 89)	197	
Bek., betr. Ergänzung der Vorschriften über die zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen, v. 10. Februar 1916 (RGBl. 89)	410	
†Bek. über Erleichterungen für landwirtschaftliche Brennereien im Betriebsjahr 1915/16 v. 10. Februar 1916 (RGBl. 91)	286	
†Bek. zur Ausführung der BO. über die Herabsetzung der Malz- und Gerstenkontingente der gewerblichen Bierbrauereien für die Zeit v. 1. Oktober 1915 bis 31. Oktober 1916 v. 31. Januar 1916 (RGBl. 77), v. 11. Februar 1916 (RGBl. 96)	292	
†Bek. wegen Festsetzung anderer Preise im Verkehr mit Stroh und Häcksel v. 12. Februar 1916 (RGBl. 93)	293	
†Bek. zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und für Schweinefleisch v. 14. Februar 1916 (RGBl. 99)	298	
Bek., betr. Ergänzung der BO. über Veräußerung von Kauffahrteischiffen an Nichtreichsangehörige v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 685), v. 17. Februar 1916 (RGBl. 107).	460	
Bek. wegen der Amtsdauer der Mitglieder von Handwerkskammern v. 17. Febr. 1916 (RGBl. 110).	533	
Bek. über die Vollstreckung von Kostenentscheidungen ausländischer Gerichte v. 18. Februar 1916 (RGBl. 109)	533	
†Bek. über den Verkehr mit Leimleder v. 24. Februar 1916 (RGBl. 113).	535	
†Bek., betr. Ergänzung der BO. über die Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation, v. 16. September 1915 (RGBl. 588), v. 24. Februar 1916 (RGBl. 118).	534	
†Bek., betr. Änderung der BO. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation, v. 16. September 1915 (RGBl. 585), v. 24. Februar 1916 (RGBl. 119)	534	
†Bek., betr. Änderung der BO. über die Regelung der Preise für Gemüse und Obst v. 11. November 1915 (RGBl. 752), v. 24. Februar 1916 (RGBl. 120)	536	
Bek. über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände v. 25. Februar 1916 (RGBl. 111).	533	278
Bek. über das Verbot einer besonderen Beschleunigung des Verkaufs von Strick-, Web- und Wirkwaren v. 25. Februar 1916 (RGBl. 121)	535	
†Bek. über die Verpflichtung zur Abgabe von Kartoffeln v. 26. Februar 1916 (RGBl. 123)	534	
†BO. zur Beschränkung des Zuckerverbrauchs bei der Herstellung von Schokolade v. 28. Februar 1916 (RGBl. 125)	535	
Beschluß des Bundesrats über die Sicherstellung des Heubedarfs der Heeresverwaltung v. 28. Februar 1916 (RGBl. 126)	536	
†Bek. über eine Bestandsaufnahme von Heu und Stroh v. 28. Februar 1916 (RGBl. 127)	534	
†Bek. über das Verbot der Verwendung von Leinöl zur Herstellung von Druckfarben v. 29. Februar 1916	535	
†Bek. über Änderung der Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation v. 29. Februar 1916 (RGBl. 135) .	534	
†Bek. über Freigabe von Branntwein zur Versteuerung v. 29. Februar 1916 (RGBl. 137)	535	

1916.

(1. März bis 23. März.)

Bd. 3 Seite

†Bek. über das Verbot der Verwendung von Ölen oder Fetten zur Herstellung von Degras, von Lacken, Firnissen und Farben v. 1. März 1916 (RGBl. 143) . . .
†Bek. über die Preisfestsetzung bei Enteignung von Kartoffeln v. 2. März 1916 (RGBl. 140) . . . . . .
†Bek. über die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln und die Preisstellung für den Weiterverkauf v. 2. März 1916 (RGBl. 140) . . . . . .
†Bek. über die Einfuhr von Kakao v. 3. März 1916 (RGBl. 145) . . . . . .
†Bek. zur Änderung der Bek., betr. die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl- und Futtermitteln v. 11. September 1915 (RGBl. 569) v. 4. März 1916 (RGBl. 147) . . . . . .
†Bek. über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten sowie Seifen v. 4. März 1916 (RGBl. 148) . . . . . .
†Bek., betr. Regelung des Verkehrs von aus dem Ausland eingeführtem Schmalz (Schweineschmalz) v. 4. März 1916 (RGBl. 149) . . . . . .
†Ausführungsbest. zur BO. des Bundesrats über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten sowie Seifen v. 4. März 1916 (RGBl. 148), v. 8. März 1916 (RGBl. 151) . . . . . .
Bek., betr. die Stellvertretung von Rechtsanwälten und die Beschlußfähigkeit der Vorstände der Anwaltskammern, v. 9. März 1916 (RGBl. 156) 778
†Bek. über die gewerbliche Verarbeitung von Rohharz v. 9. März 1916 (RGBl. 157) . . . . . .
†Bek. über die Einfuhr von Käse v. 11. März 1916 (RGBl. 159). . . . . .
†Bek. über die Außerkraftsetzung der Bek., betr. die Behandlung feindlicher Zollgüter, v. 15. Oktober 1914 (RGBl. 438) hinsichtlich des besetzten Gebiets Rußlands v. 14. März 1916 (RGBl. 163) . . . . . .
†Bek. über das Verbot der Verwendung von Ölen oder Fetten zur Herstellung von Degras, von Lacken, Firnissen und Farben v. 14. März 1916 (RGBl. 164) . .
†Bek. über Rohfette v. 16. März 1916 (RGBl. 165) . . . . . .
†Bek., betr. Änderung der BO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni/5. August 1915 (RGBl. 399, 489), v. 16. März 1916 (RGBl. 168) . . . . .
†Bek., betr. Übertragung von Malzkontingenten, v. 16. März 1916 (RGBl. 170)
Bek., betr. den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland, v. 16. März 1916 (RGBl. 171). 279
†Bek. über die Ausdehnung der BO. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 16. September 1915 (RGBl. 585), v. 17. März 1916 (RGBl. 173) . . . . . .
†Bek. über die Einfuhr von Vieh und Fleisch sowie Fleischwaren v. 18. März 1916 (RGBl. 175). . . . . .
†Bek. über Änderung der Preise für Quark und Quarkkäse v. 18. März 1916 (RGBl. 176) . . . . . .
†Bek. über künstliche Düngemittel v. 19. März 1916 (RGBl. 177). . . . . .
†Ausführungsbest. zur BO. des Bundesrats v. 18. März 1916 über die Einfuhr von Vieh und Fleisch sowie Fleischwaren v. 22. März 1916 (RGBl. 179) . . . .
†Bek. über die Änderung des Gesetzes, betr. Höchstpreise, und der BO. gegen übermäßige Preissteigerung v. 23. März 1916 (RGBl. 183) . . . . . .
Bek., betr. Sperre und Anmeldung des Vermögens von landesflüchtigen Personen v. 23. März 1916 (RGBl. 185) 729
†Bek. über die Vornahme einer Viehzwischenzählung am 15. April 1916, v. 23. März 1916 (RGBl. 186) . . . . . .
†Bek. über Erleichterungen für Brennereien im Betriebsjahr 1916/17 bei Verarbeitung von Rüben und Rübensäften sowie Topinamburs v. 23. März 1916 (RGBl. 191)

1916.

(23. März bis 8. April.)

Bd. Seite

Bek., betr. Ausnahmen von der VO., betr. den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland, v. 16. März 1916, v. 23. März 1916 (RGBl. 195) 279

†Bek. über die Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni 1915 (RGB.. 399) auf weitere Futtermittel, v. 24. März 1916 (RGBl. 193) . . . . . .

†Bek., betr. Abänderung der Bek. über die Preise und sonstigen Vergütungen für Kraftfuttermittel v. 19. August 1915 (RGBl. 504), v. 26. März 1916 (RGBl. 197) . . . . . .

†Bek. über Fleischversorgung v. 27. März 1916 (RGBl. 199) . . . . . .

†Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten sowie Seifen v. 4. März 1916 (RGBl. 148) v. 30. März 1916 (RGBl. 211) . . . . . .

†Bek., betr. die Abänderung des Süßstoffgesetzes v. 7. Juli 1902 (RGBl. 253), v. 30. März 1916 (RGBl. 213) . . . . . .

†Bek., betr. den Absatz von Kalisalzen, v. 30. März 1916 (RGBl. 214) . . . .

Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren v. 30. März 1916 (RGBl. 214. 227

Ausführungsbest. über die nach der Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren v. 30. März 1916 (RGBl. 214) zu errichtenden Schiedsgerichte, v. 30. März 1916 (RGBl. 216) 228

†Bek., betr. Anwendung der Vertragszollsätze, v. 30. März 1916 (RGBl. 221).

†Bek. über die Verpflichtung zur Abgabe von Kartoffeln vom 31. März 1916 (RGBl. 223). . . . . .

†Bek. über eine Erhebung der Vorräte von Kartoffeln sowie von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und Kartoffelstärkefabrikation v. 4. April 1916 (RGBl. 225)

†Bek. über Abänderung der Bek. über Kaffee, Tee und Kakao v. 11. November 1915 (RGBl. 750) v. 4. April 1916 (RGBl. 233) . . . . . .

†Bek. über die Abänderung der Bek. über die Einfuhr von Salzheringen v. 17. Januar 1916 (RGBl. 45) v. 4. April 1916 (RGBl. 234) . . . . . .

†Bek über die Festsetzung von Pachtpreisen für Kleingärten v. 4. April 1916 (RGBl. 234) . . . . . .

†Bek. über die Bereitstellung von städtischem Gelände zur Kleingartenbestellung v. 4. April 1916 (RGBl. 236). . . . . .

†Bek. über die Einfuhr von Salzfischen, Klippfischen und Fischrogen v. 5. April 1916 (RGBl. 237). . . . . .

†Ausführungsbest. über die Einfuhr von Salzheringen usw. v. 5. April 1916 (RGBl. 238) . . . . . .

†Bek. über die Durchfuhr von Salzheringen v. 5. April 1916 (RGBl. 240). . . .

†Bek. zur Ausführung der VO., betr. Übertragung von Malzkontingenten, v. 16. März 1916 (RGBl. 170) v. 5. April 1916 (RGBl. 241) . . . . . .

†Bek. über die Vorverlegung der Stunden während der Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1916 v. 6. April 1916 (RGBl. 243) . . . . . .

†Bek. über die Einfuhr von Kaffee aus dem Ausland v. 6. April 1916 (RGBl. 245)

†Bek. über Kaffee v. 6. April 1916 (RGBl. 247) . . . . . .

†Bek. über die Einfuhr von Tee aus dem Ausland v. 6. April 1916 (RGBl. 250)

†Bek. über Tee v. 6. April 1916 (RGBl. 252) . . . . . .

†Bek. über Zichorienwurzeln v. 6. April 1916 (RGBl. 254). . . . . .

†Bek. über Preise für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut v. 8. April 1916 (RGBl. 257) . . . . . .

†Bek., betr. Höchstpreise für Schwefelsäure und Oleum, v. 8. April 1916 (RGBl. 258) . . . . . .

1916.

(8. April bis 20. April.)

	Bd. 3 Seite
Bek., betr. die verlängerten Prioritätsfristen, v. 8. April 1916 (RGBl. 259) . .	261
†Bek. über den Verkehr mit Verbrauchszucker v. 10. April 1916 (RGBl. 261). . .	
Bek., betr. Ausführungsbest. zu der BO. des Bundesrats über die Erneuerung vernichteter Standesregister v. 25. November 1915 (RGBl. 779), v. 12. April 1916 (RGBl. 289).	804
Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben v. 13. April 1916 (RGBl. 273)	106
Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, v. 13. April 1916 (RGBl. 273).	125
Bek. über die Ausdehnung der Bek. v. 11. November 1915 (RGBl. 758) auf Verträge über Lieferung von Steinkohlen und Braunkohlen v. 13. April 1916 (RGBl. 274)	174
Bek. über die steuerliche Behandlung von Biersendungen an die Truppen v. 13. April 1916 (RGBl. 275)	559
†Bek. über Streu-, Heide- und Weidebenutzung auf nicht landwirtschaftlich genutzten Grundstücken v. 13. April 1916 (RGBl. 275)	
†Bek. über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschläuchen v. 13. April 1916 (RGBl. 276)	
Bek. über Erleichterungen im Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechte v. 13. April 1916 (RGBl. 278)	260
†Bek. über Regelung des Verkehrs mit Branntwein v. 15. April 1916 (RGBl. 279)	
†Bek. über das Verfüttern von Kartoffeln v. 15. April 1916 (RGBl. 284). . . .	
Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 16. April 1916 (RGBl. 287)	126
Bek. über Ausnahmen von der BO., betr. den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland, v. 16. März 1916 (RGBl. 171), v. 17. April 1916 (RGBl. 288)	279
Bek. über die Todeserklärung Kriegsverschollener v. 18. April 1916 (RGBl. 296)	129
†Bek. über die Einfuhr von Eiern v. 18. April 1916 (RGBl. 299)	
†Ausführungsbest. zur BO. des Bundesrats v. 18. April 1916 über die Einfuhr von Eiern v. 18. April 1916 (RGBl. 300)	
†Bek. über die Einfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver v. 18. April 1916 (RGBl. 302)	
†Ausführungsbest. zur BO. des Bundesrats v. 18. April 1916 über die Einfuhr von kondensierter Milch und Milchpulver v. 18. April 1916 (RGBl. 303)	
†Bek. über Druckpapier v. 18. April 1916 (RGBl. 306)	
†Bek. über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln v. 18. April 1916 (RGBl. 307).	
†Bek., betr. Ausführungsbest. zur BO. über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln, v. 18. April 1916 (RGBl. 308) . . .	
Bek., betr. die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, v. 18. April 1916 (RGBl. 321).	575
Bek., betr. Ausnahme von dem Zahlungsverbote gegen Rußland und von der Sperre feindlichen Vermögens, v. 19. April 1916 (RGBl. 312)	725, 728
†Bek. über die Einfuhr von Zigarettenrohtabak v. 19. April 1916 (RGBl. 313).	
†Bek. über die Ausdehnung der Bek. über die Einfuhr von Kakao v. 3. März 1916 auf Kakaopulver und Schokoladenmasse v. 19. April 1916 (RGBl. 315)	
†Ausführungsbest. zur BO. des Bundesrats v. 19. April 1916 über die Einfuhr von Zigarettenrohtabak v. 20. April 1916 (RGBl. 317)	
†Bek. über Mistbeetkartoffeln v. 20. April 1916 (RGBl. 322)	

1916.

(22. April bis 15. Mai)

	Bd. 3 Seite
†Ausführungsbest. zu der BO. des Bundesrats über Regelung des Verkehrs mit Branntwein v. 15. April 1916 (RGBl. 279), v. 22. April 1916 (RGBl. 323)	
†Bek. über die Durchfuhr von Käse v. 25. April 1916 (RGBl. 339)	
†Bek. über den Verkehr mit Süßstoff v. 25. April 1916 (RGBl. 340)	
†Bek. über die Preise von Stroh und Häcksel v. 28. April 1916 (RGBl. 344)	
†Bek., betr. Beschränkung des Verkehrs mit gewissen Arzneimittelstoffen v. 1. Mai 1916 (RGBl. 345)	
†Bek. über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Fetten und Ölen zur Herstellung von kosmetischen Mitteln usw. v. 1. Mai 1916 (RGBl. 346)	
†Bek. über die Regelung der Fischpreise v. 1. Mai 1916 (RGBl. 347)	
†Bek. gegen das Fetten von Brotlaiben v. 1. Mai 1916 (RGBl. 348)	
†Bek., betr. Änderung der BO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni 1915 (RGBl. 399), v. 1. Mai 1916 (RGBl. 349)	
†Bek., betr. Änderung der BO. über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände v. $\frac{\text{8. Juli 1915 (RGBl. 420)}}{\text{21. Oktober 1915 (RGBl. 683)}}$, v. 1. Mai 1916 (RGBl. 350)	
†Bek., betr. Ausführungsbest. zu den Bek. über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände v. 8. Juli 1915 (RGBl. 420), 21. Oktober 1915 (RGBl. 683) und v. 1. Mai 1916 (RGBl. 350), v. 1. Mai 1916 (RGBl. 350)	
†Bek., betr. Änderung der Ausführungsbest. zur BO. über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln v. 18. April 1916, v. 4. Mai 1916 (RGBl. 353)	
†Bek. über das Verbot des Malzhandels v. 4. Mai 1916 (RGBl. 355)	
Bek., betr. die Ausführung des § 8 des Versicherungsgesetzes für Angestellte v. 4. Mai 1916 (RGBl. 364)	597
†Bek. über die Ausdehnung der Bek. über die Einfuhr von Kakao v. 3. März 1916 (RGBl. 145) auf Schokolade v. 5. Mai 1916 (RGBl. 359)	
†Abänderung der Bek., betr. Ausführungsbest. zum Gesetz über Beseitigung von Tierkadavern v. 28. März 1912 (RGBl. 230), v. 5. Mai 1916 (RGBl. 361)	
Bek. über die Beglaubigung von Unterschriften und die Legalisation von Urkunden in den besetzten Gebieten v. 6. Mai 1916 (RGBl. 364)	42
†Bek. über künstliche Düngemittel v. 7. Mai 1916 (RGBl. 365)	
Bek. über die Lieferung von Heu und Stroh für das Heer v. 11. Mai 1916 (RGBl. 367)	788
†Bek. über die Abänderung der Bek. über künstliche Düngemittel v. 11. Januar 1916 (RGBl. 13) v. 11. Mai 1916 (RGBl. 369)	
†Bek. über Änderung der Preise für Quark und Quarkkäse v. 11. Mai 1916 (RGBl. 370)	
Bek., betr. die Beitragserstattung nach § 398 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, v. 11. Mai 1916 (RGBl. 370)	596
Bek., betr. die Prägung von Zehn- und Fünfpfennigstücken aus Eisen, v. 11. Mai 1916 (RGBl. 379)	207
Bek. über Antragsrechte in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung v. 12. Mai 1916 (RGBl. 371)	585
†Bek. zur Ausführung der BO. über den Verkehr mit Verbrauchszucker v. 10. April 1916 (RGBl. 261), v. 13. Mai 1916 (RGBl. 373)	
Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Portugal v. 14. Mai 1916 (RGBl. 375)	709, 725, 728
†Bek. über das Verfüttern von Kartoffeln v. 15. Mai 1916 (RGBl. 377)	

1916.

(16. Mai bis 3 Juni.)

	Bd. 3 Seite
†Bek. über die Zulassung von eisernen Gewichten zur Eichung v. 16. Mai 1916 (RGBl. 460)	
†Bek., betr. die Vorausverwendung von Malzkontingenten, v. 18. Mai 1916 (RGBl. 380)	
Bek. über die äußere Kennzeichnung von Waren v. 18. Mai 1916 (RGBl. 380)	218
†Bek. über eine Ernteflächenerhebung im Jahre 1916 v. 18. Mai 1916 (RGBl. 383)	
†Bek. über die Gründung einer Reichsstelle für Gemüse und Obst v. 18. Mai 1916 (RGBl. 391)	
Bek. über Änderungen der VO. zur Entlastung der Gerichte v. 9. September 1915 (RGBl. 562) v. 18 Mai 1916 (RGBl. 393)	763
VO. über die Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen v. 18. Mai 1916 (RGBl. 405)	808
†Bek. über den Verkehr mit Verbrauchszucker v. 19. Mai 1916 (RGBl. 395)	
†Bek. über den Verkehr mit Fleischwaren v. 22. Mai 1916 (RGBl. 397)	
†Bek. über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung v. 22. Mai 1916 (RGBl. 401)	
†Bek. über Errichtung eines Kriegsernährungsamts v. 22. Mai 1916 (RGBl. 402)	
†Bek., betr. den Übergang der Geschäfte der Reichsstelle für Kartoffelversorgung auf die Reichskartoffelstelle, v. 22. Mai 1916 (RGBl. 407)	
†Bek. über das Außerkrafttreten der VO. über Malz v. 17. Mai 1915 (RGBl. 279) v. 23. Mai 1916 (RGBl. 404)	
Bek. über die Zuständigkeit zur Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen der Kaiserlichen Marine, die im Inland weder einen Wohnsitz haben, noch dort geboren sind, v. 23. Mai 1916 (RGBl. 406)	808
†Bek. über Ergänzung der VO., betr. die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger v. 28. Januar 1916 (RGBl. 67) und der dazu erlassenen Ausführungsbest. v. 31. Januar 1916 (RGBl. 71) v. 24. Mai 1916 (RGBl. 408)	
†Bek. über Ausdehnung der Vorschriften der VO. über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschläuchen v. 13. April 1916 (RGBl. 276) v. 25. Mai 1916 (RGBl. 409)	
†Bek. zur Änderung der Bek. über die Bereitung von Backware v. 31. März 1915 (RGBl. 204) v. 26. Mai 1916 (RGBl. 411)	
†Bek. der Fassung der Bek. über die Bereitung von Backware v. 26. Mai 1916 (RGBl. 412)	
†Bek. über Höchstpreise für Soda v. 26. Mai 1916 (RGBl. 417)	
†Bek. über Montanwachs v. 26. Mai 1916 (RGBl. 419)	
†Bek. über den Verkehr mit Süßstoff v. 26. Mai 1916 (RGBl. 421)	
Bek. über die äußere Kennzeichnung von Waren v. 26. Mai 1916 (RGBl. 422)	219
Bek., betr. Erstattung von Beiträgen zur Angestelltenversicherung an berufsunfähige Kriegsteilnehmer, v. 26. Mai 1916 (RGBl. 425)	593
†Bek. über die Höchstpreise für Benzin v. 27. Mai 1916 (RGBl. 426)	
†Bek. über die Durchfuhr von Kaffee v. 29. Mai 1916 (RGBl. 429)	
†Bek. über die Durchfuhr von Tee v. 29. Mai 1916 (RGBl. 430)	
†Bek. über die Durchfuhr von Kakao v. 29. Mai 1916 (RGBl. 430)	
†Bek. einer Änderung der Ausführungsbest. zu der VO. über die Höchstpreise von Petroleum usw. v. 1. Mai 1916 (RGBl. 350) v. 30. Mai 1916 (RGBl. 431)	
†Bek. zur Vereinfachung der Beköstigung v. 31. Mai 1916 (RGBl. 433)	
†Bek. über weitere Erleichterung des Brennereibetriebs im Betriebsjahr 1915/16 v. 31. Mai 1916 (RGBl. 435)	
†Bek. über Druckpapier v. 3. Juni 1916 (RGBl. 436)	

1916.

(5. Juni bis 17. Juni.)

	Bd. * Seite
†Bek. über Ausfuhrverbote v. 5. Juni 1916 (RGBl. 439).	
†Bek., betr. Abänderung der Bek. über künstliche Düngemittel v. 11. Januar 1916 (RGBl. 13), v. 5. Juni 1916 (RGBl. 440)	
†Bek. über die Abänderung der Preise für künstliche Düngemittel v. 5. Juni 1916 (RGBl. 441).	
†Bek., betr. Abänderung der BO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915/24. März 1916 (RGBl. 1915 S. 399, 1916 S. 193) und der Bek. über die Preise und sonstigen Vergütungen für Kraftfuttermittel v. 19. August 1915/26. März 1916 (RGBl. 1915 S. 504, 1916 S. 197), vom 6. Juni 1916 (RGBl. 443).	
†Bek. über den Verkehr mit Süßstoff v. 7. Juni 1916 (RGBl. 459).	
†Bek., betr. Verbot des Abteufens von Schächten, v. 8. Juni 1916 (RGBl. 445)	
†Bek. über das Verfüttern von Kartoffeln v. 8. Juni 1916 (RGBl. 446). . . .	
†BO. über vorläufige Maßnahmen auf dem Gebiete der Fettversorgung v. 8. Juni 1916 (RGBl. 447)	
Bek., betr. Änderung der BO. über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung (RGBl. 1915 S. 290, 292), v. 8. Juni 1916 (RGBl. 451)	57
Bek. über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer v. 8. Juni 1916 (RGBl. 452)	60
Bek. über Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, v. 8. Juni 1916 (RGBl. 454)	62
Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 10. Juni 1916 (RGBl. 463).	234
Bek., betr. die von der Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung ausgeschlossenen Gegenstände, v. 10. Juni 1916 (RGBl. 468).	237
†Bek. über Bestandsaufnahme von Kakao und Schokolade und über die Regelung des Verkehrs mit Kakao und Schokolade v. 10. Juni 1916 (RGBl. 503)	
Bek., betr. die Änderung der Bek. v. 26. Mai 1916 (RGBl. 422) über die äußere Kennzeichnung von Waren, v. 11. Juni 1916 (RGBl. 505)	219
Gesetz über Erhöhung der Tabakabgaben v. 12. Juni 1916 (RGBl. 507)	537
†Bek. über das Verbot der Verwendung von Eiern und Eierkonserven zur Herstellung von Farben v. 14. Juni 1916 (RGBl. 513)	
Bek., betr. Außerkraftsetzung von Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Unfallversicherung, v. 14. Juni 1916 (RGBl. 515)	583
Bek., betr. § 214 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung, v. 14. Juni 1916 (RGBl. 516)	578
Bek., betr. die Durchführung des § 392 Abs. 3 Nr. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte zugunsten berufsunfähiger Kriegsteilnehmer, v. 14. Juni 1916 (RGBl. 517)	592
Bek. über Arbeitsnachweise v. 14. Juni 1916 (RGBl. 519)	571
Bek., betr. Einschränkung der Arbeitszeit in Betrieben, in denen Schuhwaren hergestellt werden, v. 14. Juni 1916 (RGBl. 519)	572
Bek., betr. die Verlängerung von Prioritätsfristen in Spanien, v. 14. Juni 1916 (RGBl. 524).	261
†Bek. über Ausdehnung der BO., betr. die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger, v. 28 Januar 1916 (RGBl. 67) und der dazu erlassenen Ausführungsbest. v. 31. Januar 1916 (RGBl. 71) v. 17. Juni 1916 (RGBl. 529)	
†Bek. über Mischung von Kunstdünger v. 17. Juni 1916 (RGBl. 539).	
Frachturkundenstempelgesetz v. 17. Juni 1916 (RGBl. 555)	520

1916.

(18. Juni bis 26. Juni.)

	Bd. u. Seite
†Bek. über Änderung von Ausführungsbest. zu VO. über die Einfuhr von Lebensmitteln v. 18. Juni 1916 (RGBl. 530)	
†Ausführungsbest. zur Bek. über die Durchfuhr von Kakao v. 29. Mai 1916, v. 19. Juni 1916 (RGBl. 531)	
†Bek. über die Speisekartoffelversorgung im Frühjahr und Sommer 1916 v. 7. Febr. 1916 (RGBl. 86) v. 19. Juni 1916 (RGBl. 532)	
†Bek. über den Verkehr mit Süßstoff v. 20. Juni 1916 (RGBl. 533)	
†Bek. über Druckpapier v. 20. Juni 1916 (RGBl. 534)	
†VO. über die Bereitung von Backware v. 20. Juni 1916 (RGBl. 540)	
Bek. über untaugliches Schuhwerk v. 21. Juni 1916 (RGBl. 541)	253, 1027
Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Seilerwaren v. 21. Juni 1916 (RGBl. 545)	234
†Bek. über das Verbot des Vorverkaufs der Ernte des Jahres 1916 v. 21. Juni 1916 (RGBl. 545)	
†Bek., betr. die Ernteschätzungen im Jahre 1916, v. 21. Juni 1916 (RGBl. 547)	
†Gesetz, betr. Änderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen v. 21. Juni 1916 (RGBl. 559)	
Kriegssteuergesetz v. 21. Juni 1916 (RGBl. 561)	310
Gesetz, betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe, v. 21 Juni 1916 (RGBl. 577)	550
VO., betr. anderweite Regelung der Paßpflicht, v. 21. Juni 1916 (RGBl. 599)	745
Ausführungsbest. zu der VO. über untaugliches Schuhwerk v. 22. Juni 1916 (RGBl. 543)	255
Bek., betr. gewerbliche Schutzrechte von Angehörigen Portugals v. 23. Juni 1916 (RGBl. 575)	730
†Bek. über die Preise für Dingemittelsäcke v. 23. Juni 1916 (RGBl. 580)	
†Bek. zur Ausführung der VO. über den Verkehr mit Verbrauchszucker v. 10. April 1916 (RGBl. 261), v. 24. Juni 1916 (RGBl. 573)	
Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels v. 24. Juni 1916 (RGBl. 581)	208
†Bek. über die Festsetzung von Preisen für Süßwasserfische v. 24. Juni 1916 (RGBl. 585)	
Bek., betr. Ausführungsvorschriften zu der Paßverordnung v. 24. Juni 1916 (RGBl. 601)	744
Bek., betr. Veräußerung von Binnenschiffen an Nichtreichsangehörige, v. 26. Juni 1916 (RGBl. 587)	750
Bek. gegen irreführende Bezeichnung von Nahrungs- und Genußmitteln v. 26. Juni 1916 (RGBl. 588)	223
†Bek. über fetthaltige Zubereitungen v. 26. Juni 1916 (RGBl. 589)	
†Bek. über die Kartoffelversorgung v. 26. Juni 1916 (RGBl. 590)	
†Bek. über Verwertung von Speiseresten und Küchenabfällen v. 26. Juni 1916 (RGBl. 593)	
†Bek. zur Änderung der Bek. über den Verkehr mit Ölfrüchten und daraus gewonnenen Produkten v. 15. Juli 1915 (RGBl. 438) v. 26. Juni 1916 (RGBl. 595)	
†Bek. über das Außerkrafttreten der Bek. über Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Ölfrüchten usw. v. 19. Oktober 1915 (RGBl. 675) v. 26. Juni 1916 (RGBl. 597)	
†Bek. über Änderung der Höchstpreise für Soda v. 26. Juni 1916 (RGBl. 597)	
Gesetz über einen Warenumsatzstempel v. 26. Juni 1916 (RGBl. 639)	465
Allerh. Erlaß, betr. die Anrechnung eines Kriegsjahres für Angehörige des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine, die auf Befehl dem türkisch-italienischen	

1916.

(26. Juni bis 13. Juli.)

	Bd. 3 Seite
Kriege 1911/12 oder dem Balkankriege 1912/13 beigewohnt haben, v. 26. Juni 1916 (RGBl. 653)	809
†Bek., betr. Zulassung einer Ausnahme von der VO. über die Höchstpreise für Benzin, v. 27. Mai 1916 (RGBl. 426), v. 27. Juni 1916 (RGBl. 611)	
†Bek. zur Änderung der Bek., betr. Regelung des Verkehrs von aus dem Ausland eingeführtem Schmalz (Schweineschmalz) v. 4. März 1916 (RGBl. 149) v. v. 27. Juni 1916 (RGBl. 612)	
†Bek. über Brotgetreide und Mehl aus der Ernte 1916 v. 29. Juni 1916 (RGBl. 613)	
†VO., betr. Änderung der VO. über den Verkehr mit Hülsenfrüchten v. 26. August 1915, v. 29. Juni 1916 (RGBl. 621)	
†VO. über Buchweizen und Hirse v. 29. Juni 1916 (RGBl. 625)	
†Bek. über die Verwertung von Tierkörpern und Schlachtabfällen v. 29. Juni 1916 (RGBl. 631)	
†Bek. über Beschränkungen des Absatzes und der Erzeugung von Zement v. 29. Juni 1916 (RGBl. 633)	
†Bek. über die Aufhebung der Höchstpreise für Heu v. 1. Juli 1916 (RGBl. 647)	
†Bek. über Grünkern v. 3. Juli 1916 (RGBl. 649)	
Bek., betr. Festsetzung der Ortslöhne, v. 3. Juli 1916 (RGBl. 658)	575
Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete v. 3. Juli 1916 (RGBl. 675)	644
Gesetz über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung (Kapitalabfindungsgesetz v. 3. Juli 1916 (RGBl. 680)	609
†Bek. über die Abänderung der Preise für wasserlösliche Phosphorsäure v. 4. Juli 1916 (RGBl. 653)	
Bek., betr. Krankenversicherung bei Ersatzkassen, v. 5. Juli 1916 (RGBl. 655)	579
Kriegskontrollgesetz v. 5. Juli 1916 (RGBl. 691)	560
†Bek. über Gerste aus der Ernte 1916 v. 6. Juli 1916 (RGBl. 659)	
†Bek. über Hafer aus der Ernte 1916 v. 6. Juli 1916 (RGBl. 666)	
†Bek. über Rübensaft v. 6. Juli 1916 (RGBl. 672)	
Bek., betr. Beförderung von Gütern zwischen ausländischen Häfen durch deutsche Kauffahrteischiffe, v. 6. Juli 1916 (RGBl. 673)	752
Bek. zur Ergänzung der VO. über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung v. 25. Sept. 1915/4. Nov. 1915 (RGBl. 607, 728), v. 6. Juli 1916 (RGBl. 673)	194
VO., betr. Inkraftsetzung des Frachturkundenstempelgesetzes v. 17. Juni 1916, v. 11. Juli 1916 (RGBl. 739)	522
†Bek. zur Ausführung der VO. über den Verkehr mit Verbrauchszucker v. 10. April 1916 (RGBl. 261) v. 12. Juli 1916 (RGBl. 743)	
Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 12. Juli 1916 (RGBl. 740)	557
Bek., betr. Änderung der Telegraphenordnung v. 16. Juni 1904, v. 12. Juli 1916 (RGBl. 741)	558
Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 13. Juli 1916 (RGBl. 693)	237
Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 13. Juli 1916 (RGBl. 694)	106
Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, v. 13. Juli 1916 (RGBl. 694)	125
Bek., betr. Verbot der Ausfuhr von Goldwaren, v. 13. Juli 1916 (RGBl. 695)	268
†Bek. über die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln und die Preisstellung für den Weiterverkauf v. 13. Juli 1916 (RGBl. 696)	

1916.

(13. Juli bis 27. Juli.)

Bd. 3 Seite

†Bek. über den Verbrauch von Eiern v. 13. Juli 1916 (RGBl. 697) . . . . .
†BO. über vorläufige Maßnahmen zur Regelung des Verkehrs mit Gemüse und Obst v. 15. Juli 1916 (RGBl. 744) . . . . . .
†Bek. über die Bewirtschaftung des Grünkerns von der Reichsgetreidestelle v. 15. Juli 1916 (RGBl. 753) . . . . . .
†Bek. über Druckpapier v. 16. Juli 1916 (RGBl. 745) . . . . . .
†Bek. über den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln v. 16. Juli 1916 (RGBl. 751) . . . . . .
Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 17. Juli 1916 (RGBl. 753) 126
†Bek. über Speisefette v. 20. Juli 1916 (RGBl. 755) . . . . . .
†Bek. wegen Verwendung von Süßstoff zur Bierbereitung v. 20. Juli 1916 (RGBl. 763) . . . . . .
Bek. über die Wahlen nach dem Gewerbegerichtsgesetz und dem Gesetze, betr. Kaufmannsgerichte v. 20. Juli 1916 (RGBl. 778) 154
†Bek., betr. Änderung der Bek. über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten zu technischen Zwecken v. 6. Januar 1916 (RGBl. 3), v. 21. Juli 1916 (RGBl. 765) . . . . . .
†Bek., betr. Ausführungsbest. zur BO. über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln v. 18. April 1916 (RGBl. 307), v. 21. Juli 1916 (RGBl. 766) . . . . . .
†Bek., betr. Änderung der Ausführungsbest. zu den Bek. über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände v. 1. Mai 1916 (RGBl. 350), v. 23. Juli 1916 (RGBl. 779) . . . . . .
†Bek. der neuen Fassung der BO. über Brotgetreide, über Gerste und über Hafer aus der Ernte 1916 v. 24. Juli 1916 (RGBl. 781) . . . . . .
†Bek. über die Aufhebung der Bek. über die Höchstpreise für Brotgetreide, für Gerste und für Hafer v. 23. Juli 1915 (RGBl. 458, 462 u. 468) v. 24. Juli 1916 (RGBl. 820) . . . . . .
†BO. über Höchstpreise für Brotgetreide v. 24. Juli 1916 (RGBl. 820) . . . .
†BO. über Höchstpreise für Gerste v. 24. Juli 1916 (RGBl. 824) . . . . . .
†BO. über Höchstpreise für Hafer v. 24. Juli 1916 (RGBl. 826) . . . . . .
†Bek. über die Aufhebung des Verbots des Vorverkaufs der Ernte des Jahres 1916 v. 24. Juli 1916 (RGBl. 828) . . . . . .
Bek., betr. die Einfuhr von Fohlen, v. 24. Juni 1916 (RGBl. 829) 742
Bek. zu dem Einfuhrverbote für Fohlen v. 24. Juli 1916 (RGBl. 830) 742
†BO. über Verarbeitung von Nachprodukten der Zuckerfabrikation und von Melasse v. 25. Juli 1916 (RGBl. 831) . . . . . .
†Bek. über die Bewirtschaftung der Hülsenfrüchte sowie von Buchweizen und Hirse v. 25. Juli 1916 (RGBl. 832) . . . . . .
†Bek. wegen Änderung der Bek. über die Sicherung der Ackerbestellung v. 31. März 1915 (RGBl. 210) v. 27. Juli 1916 (RGBl. 834) . . . . . .
†Bek. über Säcke v. 27. Juli 1916 (RGBl. 834) . . . . . .
†Bek. über den Absatz von Brennesseln v. 27. Juli 1916 (RGBl. 839) . . . .
†Bek. der neuen Fassungen der BO. über Ölfrüchte und daraus gewonnene Produkte und über Hülsenfrüchte v. 27. Juli 1916 (RGBl. 841) . . . . . .
†Bek., betr. Zulassung von Motorbooten zum Verkehre, v. 27. Juli 1916 (RGBl. 853) . . . . . .
†Bek. über den Verkehr mit Brotgetreide und Wintergerste zu Saatzwecken v. 27. Juli 1916 (RGBl. 854) . . . . . .
BO. zur Ergänzung der BO. über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln

1916.

(29. Juli bis 16. August.)

Bd. 3 Seite

und zur Bekämpfung des Kettenhandels v. 24. Juni 1916 (RGBl. 581) v. 29. Juli 1916 (RGBl. 861) 208
†Bek., betr. Zulassung einer Ausnahme von der VO. über die Höchstpreise für Benzin v. 27. Mai 1916 (RGBl. 426) v. 29. Juli 1916 (RGBl. 862) . . . . . .
†Bek., betr. die Errichtung einer Reichsstelle für Druckpapier, v. 31. Juli 1916 (RGBl. 863) . . . . . .
†Bek. über Höchstpreise für Metalle v. 31. Juli 1916 (RGBl. 865) . . . . . .
†Bek., betr. die Außerkraftsetzung der Bek. über Höchstpreise für Kupfer, altes Messing, alte Bronze, Rotguß, Aluminium, Nickel, Antimon und Zinn v. 10. Dezember 1914 (RGBl. 501), v. 31. Juli 1916 (RGBl. 867) . . . . . .
†Bek. über Preisbeschränkungen bei metallischen Produkten v. 31. Juli 1916 (RGBl. 868) . . . . . .
†Bek., betr. Abänderung der Bek. über die Verwendung tierischer und pflanzlicher Öle und Fette v. 9. Oktober 1915 (RGBl. 646), v. 31. Juli 1916 (RGBl. 869)
Bek., betr. Liquidation britischer Unternehmungen, v. 31. Juli 1916 (RGBl. 871)
Bek. über die Beglaubigung von Unterschriften und die Legalisation von Urkunden in den besetzten Gebieten v. 31. Juli 1916 (RGBl. 874) 42
Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen vor dem Reichsgericht in Sachen der Konsulargerichtsbarkeit v. 31. Juli 1916 (RGBl. 878) 106
†Bek. über die Verpflichtung der Kommunalverbände und der Kartoffelerzeuger zur Sicherstellung und Abgabe von Kartoffeln v. 2. August 1916 (RGBl. 875)
†Bek. über Gummisauger v. 3. August 1916 (RGBl. 879) . . . . . .
†Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über Gummisauger v. 3. August 1916 (RGBl. 880). . . . . .
Bek. zum Schutze eiserner Gedenkstücke der Reichsbank v. 3. August 1916 (RGBl. 883) 269
†Bek. über die Bestellung eines Reichskommissars für Übergangswirtschaft v. 3. Aug. 1916 (RGBl. 885) . . . . . .
†Bek. über Weintrester und Traubenkerne v. 3. August 1916 (RGBl. 887). . .
†VO. über die Vornahme einer allgemeinen Bestandsaufnahme der wichtigsten Lebensmittel v. 3. August 1916 (RGBl. 891) . . . . . .
†VO. über die Verarbeitung von Obst v. 5. August 1916 (RGBl. 911). . . .
†VO. über die Verarbeitung von Gemüse v. 5. August 1916 (RGBl. 914). . .
†Bek. zur Änderung der Bek. über die Einfuhr von Käse v. 11. März 1916 (RGBl. 159) v. 5. August 1916 (RGBl. 917) . . . . . .
†Bek. der Übergangsvorschriften zur VO. über Speisefette v. 20. Juli 1916 (RGBl. 755) v. 5. August 1916 (RGBl. 917) . . . . . .
†Bek. über Änderung der Preise für Kraftfuttermittel v. 5. August 1916 (RGBl. 923) . . . . . .
†Bek. zur Durchführung der VO. über Gerste v. 5. August 1916 (RGBl. 924). .
†Bek. über Frühkäufe von Tabak v. 7. August 1916 (RGBl. 919) . . . . . .
†Bek. über Rohtabak v. 7. August 1916 (RGBl. 920) . . . . . .
†Bek., betr. Ausnahmen von der Bek. über Rohtabak, v. 7. August 1916 (RGBl. 921) . . . . . .
†Bek. wegen Einfuhr von Tabak v. 7. August 1916 (RGBl. 921). . . . . .
Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 7. August 1916 (RGBl. 924) 237
†Bek. über den Absatz von Karpfen und Schleien v. 8. August 1916 (RGBl. 925)
†VO. über Eier v. 12. August 1916 (RGBl. 927) . . . . . .
†Bek. zur Änderung der Bek. über die Einfuhr von Käse v. 11. März 1916 in der Fassung der Bek. v. 5. August 1916, v. 16. August 1916 (RGBl. 934) . . . .

1916.

(17. August bis 29. August.)

	Bd.	Seite
†Bek., betr. Änderung der Bek. über Fleischversorgung v. 27. März 1916 (RGBl. 199), v. 17. August 1916 (RGBl. 935)		
†Bek. wegen Einfuhr von Tabaklauge v. 18. August 1916 (RGBl. 937)		
Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Norwegen, v. 18. August 1916 (RGBl. 949)		261
†Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats v. 18. April 1916 über die Einfuhr von Eiern v. 18. August 1916 (RGBl. 951)		
†Bek. zur Durchführung der VO. über Hafer v. 19. August 1916 (RGBl. 939)		
Bek. über Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 21. August 1916 (RGBl. 938)		238
†Bek. über die Änderung der Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über die Einfuhr von Eiern v. 18. April 1916, v. 21. August 1916 (RGBl. 938)		
†Bek. über die Änderung der Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über die Einfuhr von Vieh und Fleisch sowie Fleischwaren v. 22. März 1916, v. 21. August 1916 (RGBl. 940)		
†VO. über die Regelung des Fleischverbrauchs v. 21. August 1916 (RGBl. 941)		
†Bek. über die Ausgestaltung der Fleischkarte und die Festsetzung der Verbrauchshöchstmenge von Fleisch und Fleischwaren v. 21. August 1916 (RGBl. 945)		
†Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger v. 22. August 1916 (RGBl. 950)		
†Bek. über Druckpapier v. 22. August 1916 (RGBl. 951)		
†Bek. über die Änderung der Ausführungsbest. über die Einfuhr von Salzheringen usw. v. 5. April 1916, v. 23. August 1916 (RGBl. 949)		
Bek. über die Anmeldung von Wertpapieren v. 23. August 1916 (RGBl. 952)		281
Bek. über die Anmeldung von Wertpapieren v. 23. August 1916 (RGBl. 953)		282
†Bek. über die Regelung der Wildpreise v. 24. August 1916 (RGBl. 959)		
Bek., betr. die Überwachung und zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen v. 24. August 1916 (RGBl. 961)		710
Bek. über die äußere Kennzeichnung der Waren v. 25. August 1916 (RGBl. 962)		221
†Bek. über den Einkauf von Kohlrüben und Grünkohl v. 25. August 1916 (RGBl. 967)		
†Bek. zur Durchführung der VO. über Hafer aus der Ernte 1916 v. 25. August 1916 (RGBl. 968)		
†Bek. über die Errichtung einer Reichsverteilungsstelle für Eier v. 25. August 1916 (RGBl. 970)		
†Bestimmungen über die Errichtung, die Zusammensetzung und das Verfahren der Preisstelle für metallische Produkte in Berlin v. 26. August 1916 (RGBl. 963)		
†VO. über die Nachprüfung der Erntevorschätzungen im Jahre 1916 v. 27. August 1916 (RGBl. 975)		
†Bek., betr. Ergänzung der Ausführungsbest. zur VO. über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln v. 21. Juli 1916 (RGBl. 766), v. 28. August 1916 (RGBl. 970)		
Bek., betr. Zahlungsverbot usw. gegen Rumänien, v. 28. August 1916 (RGBl. 971)		726, 728
†Bek., betr. Ausführungsbest. zu den Bek. über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände v. 8. Juli 1915 (RGBl. 240), v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 683), v. 1. Mai 1916 (RGBl. 350) und v. 23. Juli 1916 (RGBl. 779) v. 28. August 1916 (RGBl. 972)		
†Bek. über Höchstpreise für Zwetschen v. 29. August 1916 (RGBl. 973)		
Bek., betr. Ausnahme von dem Verbote von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., v. 29. August 1916 (RGBl. 993)		122

1916.

(30. August bis 14. September.)

Bd. 3 Seite

†Bek. zur Durchführung der VO. über Hülsenfrüchte v. 29. Juni 1916 (RGBl. 846) v. 30. August 1916 (RGBl. 981) . . . . . .
Bek. über die Bestätigung von Schecks durch die Reichsbank v. 31. August 1916 (RGBl. 985) 285
†Bek., betr. Änderung der VO. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 31. August 1916 (RGBl. 986) . . . . . .
†Bek. über Ernteschätzungen v. 31. August 1916 (RGBl. 989) . . . . . .
†VO. über das Inkrafttreten der VO. über Eier v. 31. August 1916 (RGBl. 991)
Bek., betr. den Übergang der Geschäfte der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise auf das Kriegsernährungsamt, v. 1. September 1916 (RGBl. 997) . . 198
†Bek. über das Außerkrafttreten der Bek., betr. den Handel mit Mehl, v. 27. Juli 1915 (RGBl. 477), v. 4. September 1916 (RGBl. 995) . . . . . .
†Bek. zur Durchführung der VO. über Hafer v. 5. September 1916 (RGBl. 997)
†Bek. von Übergangsvorschriften zur VO. über Speisefette v. 20. Juli 1916 (RGBl. 755) v. 5. September 1916 (RGBl. 998) . . . . . .
†Bek. über die Einfuhr von Walnüssen und Haselnüssen v. 7. September 1916 (RGBl. 999) . . . . . .
†Bek., betr. Ausführungsbest. zur VO. über die Einfuhr von Walnüssen und Haselnüssen v. 7. September 1916 (RGBl. 999), v. 7. September 1916 (RGBl. 1000)
†Bek. über den Verkehr mit Harz v. 7. September 1916 (RGBl. 1002) . . . .
†Bek., betr. Ausführungsbest. zu der VO. über den Verkehr mit Harz v. 7. September 1916 (RGBl. 1002), v. 7. September 1916 (RGBl. 1003) . . . . . .
†Bek. zur Ergänzung der VO. über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten sowie Seifen v. 4. März 1916 (RGBl. 148) v. 7. September 1916 (RGBl. 1006) . . . . . .
Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Dänemark, v. 8. September 1916 (RGBl. 1007) 262
†VO. über die Vorausverwendung von Malz in den Bierbrauereien v. 8. September 1916 (RGBl. 1007) . . . . . .
†Bek. über die Preise für Teichfische v. 9. September 1916 (RGBl. 1008) . . .
Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 9. September 1916 (RGBl. 1009) 238
†Bek. über Höchstpreise für Gerstengraupen (Rollgerste) und Gerstengrütze v. 9. September 1916 (RGBl. 1010) . . . . . .
†Bek., betr. Ausführungsbest. zu den Bek. über Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände, v. 8. Juli 1915 (RGBl. 420), v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 683) und v. 1. Mai 1916 (RGBl. 350), v. 9. September 1916 (RGBl. 1011) . . . . . .
†Bek. über Ausdehnung der Verordnung, betr. die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger, v. 28. Januar 1916 (RGBl. 67) und der dazu erlassenen Ausführungsbest. v. 31. Januar 1916 (RGBl. 71) v. 11. September 1916 (RGBl. 1013) . . . . . .
†Bek. über die Einfuhr von Gemüse und Obst, v. 13. September 1916 (RGBl. 1015)
†Bek. zur Durchführung der VO. über Gerste vom 6. Juli 1916 (RGBl. 800), vom 13. September 1916 (RGBl. 1043) . . . . . .
Bek., betr. Änderung der Bek. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf, v 24. Juni 1915 (RGBl. 357), v. 14. September 1916 (RGBl. 1019) 735
Bek., betr. Änderung der Anordnung für das Verfahren vor dem Reichsschiedsgerichte für Kriegsbedarf, v. 22. Juli 1915 (RGBl. 469), v. 14. September 1916 (RGBl. 1021) 736

1916.

(14. September bis 28. September.)

	Bd. 3 Seite
Bek., betr. Änderung der VO. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren, v. 30. März 1916 (RGBl. 214), v. 14. September 1916 (RGBl. 1022)	228
Bek. über die nach der Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren v. 30. März 1916 (RGBl. 214) zu errichtenden Schiedsgerichte, v. 14. September 1916 (RGBl. 1023)	227
†Bek. über den Verkehr mit Leim v. 14. September 1916 (RGBl. 1023)	
†Bek., betr Ausführungsbest. zur VO. über den Verkehr mit Leim, v. 14. September 1916 (RGBl. 1023), v. 14. September 1916 (RGBl. 1024)	
†VO. über Buchweizen, v. 14. September 1916 (RGBl. 1027)	
†VO. über Buchweizen und Hirse v. 14. September 1915 (RGBl. 1031)	
†Bek. über Saatkartoffeln v. 14. September 1916 (RGBl. 1031)	
†VO. über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1916/17 v. 14. September 1916 (RGBl. 1032)	
†Bek. über weitere Regelung des Branntweinverkehrs v. 14. September 1916 (RGBl. 1043)	
†Ausführungsbestimmungen zu der VO. über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1916/17 v. 14. September 1916 (RGBl. 1085)	
†Bek. über die Verfütterung von Hafer an Zugkühe und an Ziegenböcke v. 15. September 1916 (RGBl. 1045)	
†Bek., betr. die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten v. 16. September 1916 (RGBl. 1045)	
†Bek. zur Durchführung der VO. über Buchweizen und Hirse v. 29. Juni 1916 (RGBl. 625) v. 16. September 1916 (RGBl. 1049)	
†Bek. über die Festsetzung der Preise für Wild v. 17. September 1916 (RGBl. 1046)	
†VO., betr. Abänderung der VO. über Höchstpreise für Hafer, v. 24. Juli 1916 (RGBl. 826), v. 18. September 1916 (RGBl. 1048)	
†VO., betr. Abänderung der VO. über Höchstpreise für Gerste, v. 24. Juli 1916 (RGBl. 824), v. 18. September 1916 (RGBl. 1049)	
Bek., betr. das Verfahren zur Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete, v. 19. September 1916 (RGBl. 1053)	685
Bek. über das Verfahren vor den außerordentlichen Kriegsgerichten v. 21. September 1916 (RGBl. 1067)	777
†Bek. über den Fang von Krammetsvögeln v. 21. September 1916 (RGBl. 1068)	
†Bek. der neuen Fassung der VO. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 22. September 1916 (RGBl. 1069)	
†Bek. über das Inkrafttreten der Bek. über die Einfuhr von Gemüse und Obst v. 13. September 1916 v. 20. September 1916 (RGB.. 1072	
†Bek., betr. Ausführungsbest. zur VO. über Weintrester und Traubenkerne v. 3. August 1916 (RGBl. 887), v. 21. September 1916 (RGBl. 1073)	
†Bek. über die Verfütterung von Kartoffeln v. 23. September 1916 (RGBl. 1075)	
†Bek. über die Gewährung einer außerordentlichen Haferzulage während der Herbstfeldbestellung v. 25. September 1916 (RGBl. 1076)	
Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren v. 28. September 1916 (RGBl. 1077)	249
Bek., betr. Ausführungsbest. zur VO. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren v. 28. September 1916 (RGBl. 1077), v. 28. September 1916 (RGBl. 1080)	251
†Bek. zur Ergänzung der Bek. über die Bereitung von Backwaren v. 28. September 1916 (RGBl. 1084)	

1916.

(28. September bis 12. Oktober.)

	Bd. u. Seite
Bek., betr. zwangsweise Verwaltung rumänischer Unternehmungen, v. 28. September 1916 (RGBl. 1099)	710
†Bek. zu den Ausführungsbest. zur BO. über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1916/17 v. 29. September 1916 (RGBl. 1093)	
Bek. über Versicherungspflicht von Angestellten für Beschäftigungen während des Krieges v. 30. September 1916 (RGBl. 1097)	596
†Bek. über die Einfuhr von Fischen und Zubereitungen von Fischen v. 30. September 1916 (RGBl. 1135)	
†Bek. über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch v. 3. Oktober 1916 (RGBl. 1100)	
†Bek. zur Ergänzung der Bek. von Übergangsvorschriften v. 5. September 1916 (RGBl. 998) zur BO. über Speisefette v. 20. Juli 1916 (RGBl. 755), v. 3. Oktober 1916 (RGBl. 1107)	
†BO. über zuckerhaltige Futtermittel v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1114)	
†Bek. über die Preise für zuckerhaltige Futtermittel v. 6. Oktober 1916 (RGBl. 1120)	
†Bek. über den Verkehr mit Cumaronharz v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1123)	
†Bek., betr. Ausführungsbest. zu der BO. über den Verkehr mit Cumaronharz, v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1125)	
†Bek. zur Ergänzung der Bek. über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschläuchen v. 13. April 1916 (RGBl. 276), v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1128)	
†Bek. zur Ergänzung der Bek. über Ausdehnung der Vorschriften der BO. über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschläuchen v. 25. Mai 1916 (RGBl. 409), v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1129)	
†Bek. über den Verkehr mit fettlosen Wasch- und Reinigungsmitteln, v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1130)	
†Bek., betr. Ausführungsbest. zu der BO. über den Verkehr mit fettlosen Wasch- und Reinigungsmitteln v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1130), v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1131)	
Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1132)	106
Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckverkehrs für Elsaß-Lothringen, v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1133)	125
†Bek. über Druckpapier v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1136)	
Bek., betr. Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent- und Warenzeichenrechts in ausländischen Staaten, v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1144)	259
†BO. über die Malz- und Gerstenkontingente der Bierbrauereien sowie den Malzhandel v. 7. Oktober 1913 (RGBl. 1137)	
Bek. über Lieferung von Heu für das Heer v. 7. Oktober 1916 (RGBl. 1141)	740
†BO. über Höchstpreise für Äpfel v. 7. Oktober 1916 (RGBl. 1143)	
Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 9. Oktober 1916 (RGBl. 1153)	126
†Bek. über Rohtabak v. 10. Oktober 1916 (RGBl. 1145)	
†Bek., betr. Ausführungsbest. zu der BO. über Rohtabak, v. 10. Oktober 1916 (RGBl. 1149)	
†Bek., betr. das Außerkrafttreten von BO. und Bek., v. 10. Oktober 1916 (RGBl. 1152)	
Bek. über die äußere Kennzeichnung von Waren v. 11. Oktober 1916 (RGBl. 1156)	221
†Bek. über die Abänderung der Preise für Knochenmehl v. 12. Oktober 1916 (RGBl. 1155)	
†Bek. über Erleichterungen im Brennereibetrieb und Branntweinverkehr und Rege-	

1916.

(12. Oktober bis 31. Oktober.)

	Bd. 3 Seite
lung der Betriebsauflagevergütungen für das Betriebsjahr 1916/17, v. 12. Oktober 1916 (RGBl. 1159)	
†Bek., betr. Zollerleichterungen für Waren aus den besetzten feindlichen Gebieten, v. 12. Oktober 1916 (RGBl. 1162)	
†Bek. über die Durchfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver v. 13. Oktober 1916 (RGBl. 1163)	
†Bek. über Kartoffeln v. 14. Oktober 1916 (RGBl. 1165)	
†Bek., betr. die Reichsstelle für Druckpapier, v. 18. Oktober 1916 (RGBl. 1171).	
Bek., betr. Änderung der VO. über untaugliches Schuhwerk v. 21. Juni 1916 (RGBl. 541), v. 19. Oktober 1916 (RGBl. 1172)	253
Bek., betr. Ausführungsbest. zu der VO. über untaugliches Schuhwerk v. 21. Juni 1916 (RGBl. 541), v. 19. Oktober 1916 (RGBl. 1173)	255
†Bek. über Festsetzung von Grundpreisen für verdorbene Speisefette und die Preisstellung für den Weiterverkauf im Großhandel v. 20. Oktober 1916 (RGBl. 1174)	
†VO., betr. Abänderung der VO. über Käse v. 13. Januar 1916 (RGBl. 31), v. 20. Oktober 1916 (RGBl. 1175)	
†Bek. der neuen Fassung der VO. über Käse v. 20. Oktober 1916 (RGBl. 1179)	
†Bek. über die Durchfuhr von Fischen und von Zubereitungen von Fischen v. 20. Oktober 1916 (RGBl. 1185)	
†VO. über den Absatz von Weißkohl v. 21. Oktober 1916 (RGBl. 1187)	
†Bek. über die Anmeldung der Bestände von Kornbranntwein v. 23. Oktober 1916 (RGBl. 1189)	
†Bek., betr. Aufhebung des § 1 der VO. über die Höchstpreise für Wolle und Wollwaren v. 22. Dez. 1914 (RGBl. 545), v. 23. Oktober 1916 (RGBl. 1190)	
†Bek. über die Regelung des Betriebs in Kartoffeln verarbeitenden Brennereien im Betriebsjahr 1916/17, v. 24. Oktober 1916 (RGBl. 1191)	
†Bek. über Mischungen von Knochenmehl und Kali, v. 24. Oktober 1916 (RGBl. 1192)	
†Bek. über Änderung der Bek. über die Einfuhr von Kaffee aus dem Ausland v. 6. April 1916 (RGBl. 245), v. 26. Oktober 1916 (RGBl. 1193)	
†Bek. über die Änderung der Bek. über die Einfuhr von Tee aus dem Ausland v. 6. April 1916 (RGBl. 250), v. 26. Oktober 1916 (RGBl. 1194)	
VO. über die Verjährungsfristen v. 26. Oktober 1916 (RGBl. 1198)	124
†VO., betr. Abänderung der VO. über Höchstpreise für Hafer v. 24. Juli 1916 (RGBl. 826), v. 26. Oktober 1916 (RGBl. 1199)	
†VO. über Höchstpreise für Rüben, v. 26. Oktober 1916 (RGBl. 1204)	
†Bek. über den Verkehr mit Schwefel, v. 27. Oktober 1916 (RGBl. 1195)	
†Bek., betr. Ausführungsbest. zu der VO. über den Verkehr mit Schwefel, v. 27. Oktober 1916 (RGBl. 1196)	
†Bek., betr. Ergänzung der Ausführungsbest. v. 10. Oktober 1916 zu der VO. über Rohtabak, v. 27. Oktober 1916 (RGBl. 1200)	
†Bek. zur Änderung der Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats v. 4. März 1916 über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten sowie Seifen v. 8. März 1916 (RGBl. 151), v. 27. Oktober 1916 (RGBl. 1207)	
†Bek. zur Änderung der Ausführungsbest. über die Einfuhr von Margarine aus dem Ausland v. 12. Januar 1916 (RGBl. 26), v. 27. Oktober 1916 (RGBl. 1208)	
Bek., betr. die Anmeldung von Wertpapieren, v. 28. Oktober 1916 (RGBl. 1209)	282
†Bek., betr. Höchstpreise für Schwefelsäure und Oleum v. 28. Oktober 1916 (RGBl. 1210)	
Bek. über Bezugsscheine — Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 10. Juni 1916 (RGBl. 463) —, v. 31. Oktober 1916 (RGBl. 1218)	237

1916.

(31. Oktober bis 23. November.)

	Bd. S. Seite
†Bek. über Druckpapier v. 31. Oktober 1916 (RGBl. 1225)	
†Bek. über Ausdehnung der VO., betr. die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger, v. 28. Januar 1916 (RGBl. 67) und der dazu erlassenen Ausführungsbest. v. 31. Januar 1916 (RGBl. 71), v. 1. November 1916 (RGBl. 1227)	
†Bek. über die Vornahme einer Volkszählung am 1. Dezember 1916, v. 2. November 1916 (RGBl. 1233)	
†Bek. über einen Höchstpreis für Weizengrieß v. 2. November 1916 (RGBl. 1241)	
†Bek. über Höchstpreise für Hafernährmittel v. 2. November 1916 (RGBl. 1242)	
†Bek. über die Überwachung des Verkehrs mit Seemuscheln v. 2. November 1916 (RGBl. 1243)	
†Bek. über die Regelung der Verbrauchsabgabenermäßigungen und weitere Erleichterungen im Brennereibetrieb im Betriebsjahr 1916/17 v. 2. November 1916 (RGBl. 1245)	
Bek., betr. Krankenversicherung von Ausländern während des Krieges v. 2. November 1916 (RGBl. 1247)	582
†Bek. über die Vornahme einer Viehzählung am 1. Dezember 1916 v. 4. November 1916 (RGBl. 1249)	
†VO. über Höchstpreise für Zwiebeln v. 4. November 1916 (RGBl. 1257)	
†Bek. über anderweite Festsetzung der Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 5. November 1916 (RGBl. 1261)	
Gesetz, betr. Änderungen des Gerichtskostengesetzes, der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher, v. 8. November 1916 (RGBl. 1263)	776
†Bek. über Ausdehnung der VO., betr. die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger v. 28. Januar 1916 (RGBl. 67) und der dazu erlassenen Ausführungsbest. v. 31. Januar 1916 (RGBl. 71), v. 10. November 1916 (RGBl. 1275)	
†Bek. über die Einfuhr von frischen Fischen v. 13. November 1916 (RGBl. 1265)	
Gesetz über die Festsetzung von Kursen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere v. 9. November 1916 (RGBl. 1269)	465
†Bek. über Kunsthonig v. 14. November 1916 (RGBl. 1271)	
Bek. über Befreiungen vom Warenumsatzstempel v. 14. November 1916 (RGBl. 1274)	486
VO. über den Handel mit Sämereien v. 15. November 1916 (RGBl. 1277)	217
Bek. über Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung v. 16. November 1916 (RGBl. 1279)	581
†VO. über Saatkartoffeln v. 16. November 1916 (RGBl. 1281)	
†Bek. zur Ergänzung der Bek. über Ausdehnung der Vorschriften der VO. über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschläuchen v. 25. Mai/5. Oktober 1916 (RGBl. 409/1129), v. 17. November 1916 (RGBl. 1283)	
†Bek. zur Änderung der Bek. über die Einfuhr von Kakao v. 3. März 1916 (RGBl. 145), v. 20. November 1916 (RGBl. 1285)	
†Bek. über die Reichsverteilungsstelle für Eier v. 21. November 1916	
†Bek., betr. Ergänzung der Ausführungsbest. v. 10. Oktober 1916 zu der VO. über Rohtabak, v. 21. November 1916 (RGBl. 1288)	
Bek., betr. den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie v. 23. November 1916 (RGBl. 1287)	572
†Bek. zur Änderung der VO. über den Verkehr mit Stroh und Häcksel v. 8. November 1915 (RGBl. 743), v. 23. November 1916 (RGBl. 1288)	
†Bek. über die Verwendung von Chlorzinn zur Beschwerung von Seidenwaren v. 23. November 1916 (RGBl. 1291)	

1916.

(23. November bis 14. Dezember.)

	Bd. 3 Seite
†Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über die Verwendung von Chlorzinn zur Beschwerung von Seidenwaren v. 23. November 1916 (RGBl. 1292)	. .
Bek., betr. die Prägung von Einpfennigstücken aus Aluminium v. 23. November 1916 (RGBl. 1301)	267
Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßregeln gegen Italien, v. 24. November 1916 (RGBl. 1289)	710, 726, 729
†Bek. über Zement v. 24. November 1916 (RGBl. 1294)	. . . . .
Bek. über die Beglaubigung von Unterschriften und die Legalisation von Urkunden in den besetzten Gebieten v. 25. November 1916 (RGBl. 1299)	42
†Bek. zu Änderung des § 7 der Bek. über die Überwachung des Verkehrs mit Seemuscheln v. 2. November 1916, v. 26. November 1916 (RGBl. 1302)	. . . .
†Bek. über die Beaufsichtigung der Fischversorgung v. 28. November 1916 (RGBl. 1303)	. . . . .
†Bek. über Beschaffung von Papierholz für Zeitungsdruckpapier v. 30. November 1916 (RGBl. 1305)	. . . . .
†Bek. über phosphorhaltige Mineralien und Gesteine v. 30. November 1916 (RGBl. 1321)	. . . . .
†VO. zur Ergänzung der Bek. über Gerste aus der Ernte 1916 v. 1. Dezember 1916 (RGBl. 1313)	. . . . .
†Bek. über Kartoffeln v. 1. Dezember 1916 (RGBl. 1314)	. . . . .
†Bek. über Kohlrüben v. 1. Dezember 1916 (RGBl. 1316)	. . . . .
†Bek. über die Durchfuhr von Eiern v. 1. Dezember 1916 (RGBl. 1322)	. . .
Bek., betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften v. 3. Dezember 1916 (RGBl. 1323)	1020
†Bek. über Rohzucker und Zuckerrüben im Betriebsjahr 1917/18 v. 2. Dezember 1916 (RGBl. 1324)	. . . . .
Bek., betr. Verjährung rückständiger Beiträge nach § 29 der Reichsversicherungsordnung v. 2. Dezember 1916 (RGBl. 1341)	1020
†VO. über Höchstpreise für Hafer und Gerste v. 4. Dezember 1916 (RGBl. 1327)	
Gesetz, betr. die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes, v. 4. Dezember 1916 (RGBl. 1329)	809
Gesetz über den Kriegszustand v. 4. Dezember 1916 (RGBl. 1331)	810
VO. zur Ausführung des Gesetzes über den Kriegszustand v. 4. Dezember 1916 (RGBl. 1332)	1026
Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst v. 5. Dezember 1916 (RGBl. 1333)	811
Bek. über das Außerkrafttreten der VO., betr. die Einschränkung der Arbeitszeit in Betrieben, in denen Schuhwaren hergestellt werden, v. 6. Dezember 1916 (RGBl. 1342)	572
†Bek., betr. Erhebungen über Trocknungseinrichtungen, v. 7. Dezember 1916 (RGBl. 1343)	. . . . .
Bek. über Bezugsscheine v. 8. Dezember 1916 (RGBl. 1345)	933
†B k. zur Ausführung des § 4 der VO. über die Malz- und Gerstenkontingente der Bierbrauereien sowie den Malzhandel v. 7. Oktober 1916 (RGBl. 1137), v. 8. Dezember 1916 (RGBl. 1347)	. . . . .
†VO. über Bierhefe v. 10. Dezember 1916 (RGBl. 1351)	. . . . .
†Bek., betr. die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln v. 11. Dezember 1916 (RGBl. 1355)	. . . . .
†Bek. über Pferdefleisch, v. 13. Dezember 1916 (RGBl. 1357)	. . . . .
†Bek., betr. gesundheitsschädliche und täuschende Zusätze zu Fleisch und dessen Zubereitungen, v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1359)	. . . . .
†VO. über Hülsenfrüchte v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1360)	. . . . .

1916.

(14. Dezember bis 23. Dezember.)

	Bd. S. Seite
Bek. über die Verwendung weiblicher Hilfskräfte im Gerichtsschreiberdienste v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1362)	1026
Bek. über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1363)	900
†Bek., betr. Änderung der Ausführungsbest. zur BO. über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln v. 21. Juli/28. August 1916 (RGBl. 766, 970), v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1381)	
Bek., betr. Krankenversicherung von Arbeitern im Ausland, v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1383)	1018
†Bek., betr. Zollerleichterungen für Industrieerzeugnisse aus den besetzten feindlichen Gebieten, v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1386)	
Bek. über Befreiung von Pfandbriefen der ritterschaftlichen Kreditanstalten in Preußen von der Reichsstempelabgabe v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1386)	1015
Bek. über die Stempelpflicht ausländischer Wertpapiere v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1387)	1016
Bek., betr. Ergänzung der Ausführungsbest. v. 10. Oktober 1916 zu der BO. über Rohtabak, v. 15. Dezember 1916 (RGBl. 1389)	
†Bek. zur Ergänzung der BO. v. 18. April 1916 über die Einfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1391)	
†Bek. über die Einfuhr und Durchfuhr von Milcherzeugnissen aller Art v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1392)	
†Bek. über den Verkehr mit Zündwaren v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1393)	
†Bek., betr. Ausführungsbest. über den Verkehr mit Zündwaren, v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1394)	
Bek., betr. Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen, v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1396)	1023
Bek. über die Anmeldung von Auslandsforderungen, v. 16. Dezbr. 1916 (RGBl. 1400)	1025
†BO. über die Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1403)	
Bek. zur Ausführung der BO., betr. Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen v. 16. Dezember 1916, v. 17. Dezember 1916 (RGBl. 1398)	1024
†Bek. über Änderung der Höchstpreise für Soda v. 18. Dezember 1916 (RGBl. 1405)	
Gesetz zur Ergänzung des Kriegssteuergesetzes v. 17. Dezember (RGBl. 1407)	955
†Bek., betr. die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen, v. 18. Dezember 1916 (RGBl. 1408)	
†Bek., betr. Zulassung einer Ausnahme von der BO. über die Höchstpreise für Benzin v. 27. Mai 1916 (RGBl. 426), v. 20. Dezember 1916 (RGBl. 1409)	
†Bek., betr. die Zuckerung von Wein v. 21. Dezember 1916 (RGBl. 1409)	
†Bek., betr. Zollerleichterung für Waren, die zur Verarbeitung auf fette Öle bestimmt sind, v. 21. Dezember 1916 (RGBl. 1410)	
Bek., betr. Übergangsbestimmungen zu den §§ 9 und 10 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, v. 21. Dezember 1916 (RGBl. 1410)	897
Bek., betr. Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, v. 21. Dezember 1916 (RGBl. 1411)	898
†Bek. über Druckpapier v. 21. Dezember 1916 (RGBl. 1414)	
Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Dänemark, v. 22. Dezember 1916 (RGBl. 1430)	954
Bek., betr. Änderung der BO. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 10. Juni 1916 (RGBl. 463), v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1417)	938

1916.

(23. Dezember bis 30. Dezember.)

Bd. 3 Seite

Bek. der Fassung der Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren v. 10. Juni/23. Dezember 1916, v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1420) 938

Bek. über Schuhwaren v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1426) 942

Bek. über den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1427) 944

Bek., betr. Veräußerung von Aktien oder sonstigen Geschäftsanteilen deutscher Seeschiffahrtsgesellschaften ins Ausland, v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1429) . . 1017

†Bek. über die Einfuhr von Wild, zahmen Kaninchen, Geflügel und Wildgeflügel v. 24. Dezember 1916 (RGBl. 1431) . . . . . .

†Bek. über die Verfütterung von Hafer an Einhufer und Zuchtbullen v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1432) . . . . . .

†Bek. einer Änderung der Ausführungsbestimmungen zu der VO. über den Verkehr mit Cumaronharz (RGBl. 1125) v. 24. Dezember 1916 (RGBl. 1433) . . . .

†Bek., betr. Änderung der Ausführungsbestimmungen v. 10. und 27. Oktober 1916 zu der VO. über Rohtabak, v. 30. Dezember 1916 (RGBl. 17, 1) . . . . .

1917.

Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 4. Januar 1917 (RGBl. 5) 1027

Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, v. 4. Januar 1917 (RGBl. 6) 1027

A. Das Sonderrecht der Kriegsteilnehmer.

Übersicht.

I. Das Sonderrecht der deutschen Kriegsteilnehmer.

*1. Gesetz, betr. den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, v. 4. August 1914 (RGBl. 328) 1
*2. Bek. über die Vertretung der Kriegsteilnehmer in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, v. 14. Januar 1915 (RGBl. 17) 15
*3. Bek. zum Schutze von Angehörigen immobiler Truppenteile, v. 20. Januar 1916 (RGBl. 47) 32
*4. Bek., betr. das Verfahren bei Zustellungen, v. 22. Dezember 1915 (RGBl. 833) 37
*5. Bek. über die freiwillige Gerichtsbarkeit in Heer und Marine, v.14. Januar 1915 (RGBl. 18) 39
*6. Bek. über die Beglaubigung von Unterschriften und die Legalisation von Urkunden in den besetzten Gebieten, v. 20. Januar 1916 (RGBl. 48) 41
Hierzu die Bek. des Reichskanzlers v. 6. Mai, 31. Juli und 25. November 1916 (RGBl. 364, 874, 1299) 42
*7. Preuß. Verordnung, betr. die erweiterte Gewährung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand an Kriegsteilnehmer, v. 24. Juli 1915 (GS. 119) . . . 42
*8. Bek. über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer, v. 8. Juni 1916 (RGBl. 452) 42

II. Das Sonderrecht der österreichisch-ungarischen Kriegsteilnehmer.

*1. Bek. über die Ausdehnung des Gesetzes, betr. den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, v. 4. August 1914 (RGBl. 328), auf Kriegsbeteiligte Österreich-Ungarns, v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 450)
*2. Bek. des Reichskanzlers über die Gegenseitigkeit im Verhältnisse zu Österreich-Ungarn hinsichtlich der Kriegsbeteiligten, v. 4. Februar 1915 (RGBl. 70,.

I. Das Sonderrecht der deutschen Kriegsteilnehmer.

1. Gesetz, betr. den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4. August 1914 (RGBl. 328).

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 1ff.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 1, 16; 2, 1.

Kallee, Das Kriegsprozeßrecht und das Verfahren vor den Gewerbegerichten und den Kaufmannsgerichten, GewKfmG. 21 161. — Rasch, Die Unterbrechung und Aussetzung des Prozeßverfahrens im Falle der Teilnahme einer Partei am Kriege, PrVerwBl. 37 376. — Schäffer in Hellberg und Schäffer, Schrifttum und Rechtsprechung zum Kriegsprozeßrecht, JW. 16 218, 451, 874.

§ 1.

(in Bd. 1, 16; 2, 1).

§ 2.

Inhaltsübersicht.

A. Die Voraussetzungen der Unterbrechung I 21, II 3, III 3.
I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten I 21, II 3, III 3.
1. Allgemeines I 21, II 3, III 3.
2. Die einzelnen Verfahrensarten I 21, II 4, III 3.
a) Das Erkenntnisverfahren im Gegensatze zu der Zwangsvollstreckung I 21, II 4.
b) Das Beweissicherungsverfahren I 22, II 5, III 3.
α. Bejahend I 22, II 5, III 5.
β. Verneinend I 22.
c) Das Beschwerdeverfahren I 23.
d) Das Verfahren betreffend Rückgabe einer Sicherheit I 24.
e) Das Berichtigungsverfahren nach § 319 ZPO. I 24.
f) Das Ordnungsstrafverfahren gegen einen Zeugen I 24, II 5.
g) Armenrechtsgesuche I 24, II 5.
α. Bejahend I 24, II 5.
β. Verneinend I 25.
h) Arrest und einstweilige Verfügung I 25, II 6, III 3.
α. Bejahend I 25, II 6, III 3.
β. Verneinend I 29.
i) Alle anderen Verfahrensarten I 30, II 6,
II. Die ordentlichen Gerichte I 30, II 6, III 4.
1. Gehören die Schiedsgerichte dazu? I 31. II 6, III 4.
2. Konsulargerichte und Schutzgebietsgerichte I 31.
a) Bejahend I 31.
b) Verneinend I 31.
3. Der Geheime Justizrat II 7.
III. Der geltend gemachte Anspruch I 31.
IV. Die Anhängigkeit des Rechtsstreits I 31, II 8, III 4.
1. Ist die Erhebung der Klage zulässig? I 31, II 8, III 4.
a) Bejahend I 31, II 8, III 4.
b) Verneinend I 36.
2. Die Art der Zustellung der Klage I 37, II 8.
a) Die Zulässigkeit der Ersatzzustellung nach den gewöhnlichen Vorschriften I 37.
α. Bejahend I 37.
β. Verneinend I 37.
b) Die Zustellung an Rechtsanwälte und andere Prozeßbevollmächtigte II 8.
c) Sonstige Zustellungsfragen I 38, II 9.
3. Der Einfluß der Rechtskraft III 4.
V. Eine Partei im Sinne des § 2 I 39, II 10, III 4.
1. Ist § 2 auch auf den Kriegsteilnehmer als Kläger anzuwenden? I 39.
2. Ist § 2 auch auf juristische Personen anzuwenden? I 40, II 10, III 4.
a) Bejahend I 40, II 10, III 4.
b) Verneinend I 42, II 11, III 5.
3. Die offene Handelsgesellschaft, die Kommanditgesellschaft, die Gesellschaft des bürgerlichen Rechts und der nicht rechtsfähige Verein I 46, II 12.
a) Wird das Verfahren unterbrochen, wenn sämtliche Gesellschafter Kriegsteilnehmer sind? I 46, II 12.
α. Bejahend I 46, II 12.
β. Verneinend I 47.
b) Wird das Verfahren unterbrochen, wenn nur einer oder einige der vertretungsberechtigten Gesellschafter Kriegsteilnehmer sind? I 48, II 13.
α. Bejahend I 48, II 13.
β. Verneinend I 55, II 13.
c) Wird das Verfahren unterbrochen, wenn die Gesellschaft aufgelöst ist? I 60.
4. Streitgenossen I 66, II 14, III 5.
a) Tritt im Falle der notwendigen Streitgenossenschaft Unterbrechung des Verfahrens ein? I 61, II 14, III 5.
α. Bejahend I 61, II 14, III 5.
β. Verneinend I 61.
b) Im Falle der nicht notwendigen Streitgenossenschaft tritt keine Unterbrechung ein I 62, II 14.
5. Der Nebenintervenient I 63, II 15, III 5.
a) Bejahend I 63, II 15, III 5.
b) Verneinend I 64, II 15.
6. Der Streitverkündete I 65, II 15, III 5.
a) Bejahend I 65, III 5.
b) Verneinend I 65, II 15.
7. Der Konkursverwalter und ähnliche kraft Amtes handelnde Personen I 65, III 6.
8. Der Angestellte I 66.
9. Die Vertragspartei I 66.
10. Der Ehemann als Partei I 67, II 15, III 6.
a) Unterbrechung des Verfahrens gegen die Ehefrau?
α. Bejahend III 6.
β. Verneinend I 67, III 6.
b) Umfang der Schlüsselgewalt während des Krieges I 68, II 15.
c) Prozessuale Durchführung und Vollstreckung des Räumungsanspruches gegen die Ehefrau allein I 68.
11. Zeugen sind nicht Partei im Sinne des § 2 I 78, II 15, III 6.
VI. Ein Kriegsteilnehmer I 81, II 17, III 7.
1. Der Begriff des Kriegsteilnehmers I 81, II 17, III 7.
a) Die drei Fälle des § 2 Nr. 1 I 81, II 17, III 7.
α. Das den drei Fällen Gemeinsame I 81, II 17.
β. Die mobilen Teile der Land- oder Seemacht I 81, II 18, III 7.
γ. Die gegen den Feind verwendeten Teile der Land- oder Seemacht I 89, II 19, III 7.
δ. Die Besatzung einer armierten oder in der Armierung begriffenen Festung I 91, II 23, III 8.

b) Der Fall des § 2 Nr. 2 I 92, II 23, III 8.
c) Der Fall des § 2 Nr. 3 I 92, II 23, III 8.
2. Der Nachweis des Kriegsteilnehmerverhältnisses I 93, II 23, III 8.
a) Ist stets von Amts wegen zu prüfen, ob der Beklagte nicht Kriegsteilnehmer ist? I 93, II 23.
α. Bejahend I 93.
β. Verneinend I 94, II 23.
b) Die Erleichterung der Feststellung des Kriegsteilnehmerverhältnisses I 99, III 8.
B. Die Wirkungen der Unterbrechung I 99, II 24, III 9.
I. Im allgemeinen I 99.
II. Ist eine trotz der Unterbrechung erlassene Entscheidung nicht nichtig, sondern nur anfechtbar? I 100, II 24, III 9.
1. Bejahend I 100, II 24, III 9.
2. Verneinend I 102, II 24.
III. Der Unterbrechungsbeschluß und seine Anfechtung I 102.
IV. Wirkt die Unterbrechung gegen den Hauptschuldner zugunsten des Bürgen? I 103, II 24.
1. Bejahend I 103, II 24.
2. Verneinend I 104.
C. Verzicht auf die Unterbrechung I 104.

A. Die Voraussetzungen der Unterbrechung.

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.

1. Allgemeines (Erläuterung a bis e in Bd. 1, 20, 21; f bis i in Bd. 2, 3, 4).

k. PatentBl. 16 21 (Patentamt). Auf das Patenterteilungsverfahren findet das KTSchG. nicht Anwendung; ebenso für das Nichtigkeitsverfahren Erl. g in Bd. 2, 4.

2. Die einzelnen Verfahrensarten.

(Abschnitt a in Bd. 1, 21; 2, 4).

b) Das Beweissicherungsverfahren.

α. Bejahend (Erläuterung αα bis εε in Bd. 1, 22; ζζ bis ϑϑ in Bd. 2, 5).

ιι. BreslauAR. 16 25 (Breslau VII). Auch das Beweissicherungsverfahren wird von der Aussetzung des Rechtsstreits mitbetroffen.

β. Verneinend zu vgl. Bd. 1, 22, 23.

(Abschnitte c bis e in Bd. 1, 23, 24; f, g in Bd. 2, 5, 6).

h) Arrest und einstweilige Verfügung.

α. Bejahend (Erläuterung αα bis ππ in Bd. 1, 25ff.; ϱϱ, σσ in Bd. 2, 6).

ττ. LeipzZ. 16 413, OLG. 32 271 (Braunschweig I). Daß § 2 auch das Arrestverfahren umfaßt, folgt aus der allgemeinen Bedeutung des Ausdrucks „Verfahren" und der Sondervorschrift des § 3 Nr. 1.

νν. DJZ. 16 449, LeipzZ. 16 624 (Dresden VI). Das Arrestverfahren ist eine bürgerliche Rechtsstreitigkeit i. S. des § 2. Das ergibt insbes. der Zweck des Gesetzes, insofern eine Arrestpfändung den KT. ebenso schwer wie eine Klaganstellung treffen und zur Prozeßführung, vor der er geschützt werden soll, nämlich zur Erhebung von Widerspruch, zwingen kann. Eine Ausnahme stellt § 3 des Gesetzes für den persönlichen Sicherheitsarrest besonders auf. Das Arrestverfahren wird daher unterbrochen, sobald es anhängig wird, nämlich wenn das Gesuch um die Anordnung dem Gerichte unterbreitet wird. Die Folge ist, daß dem Antrage nicht stattgegeben werden kann.

φφ. OLG. 32 271 (Karlsruhe I). (Es handelte sich um einen Ehescheidungsstreit) Soweit die Bekl. Ehefrau sich die nötigen Mittel mittels des Anspruchs auf Vorschußzahlung rechtzeitig zu verschaffen vermag, ist sie allerdings nicht außerstande, ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts die Kosten zu bestreiten (JW. 06, 356[17], 560[10]). Anders liegt die Sache dagegen dann, wenn sich dieser Vorschußanspruch nicht verwirklichen läßt. Dies trifft hier zu. Denn schon angesichts der nach § 3 Abs. 2 KTSchG. vom LG. angeordneten Aussetzung und der einstweiligen Verfügung ist es sehr fraglich, ob Bekl. gegenwärtig überhaupt einen vollstreckbaren Titel auf Vorschußzahlung zu erlangen oder doch bei der wesentlichen Einschränkung der Zwangsvollstreckung zufolge § 5 KTSchG. und der ZahlFristVO. durchzusetzen vermöchte. Daher war ihr das Armenrecht zu bewilligen, wenn sie auch vorerst das Widerspruchsverfahren infolge der Aussetzung

des Verfahrens überhaupt nicht betreiben kann. Aber um späterhin jenes seiner Natur nach lange Verzögerungen nicht wohl gestattende Verfahren durchführen zu können, muß sie schon jetzt die zu dessen Vorbereitung nötigen Schritte einleiten und dazu erscheint schon jetzt besonders die Mitwirkung eines Anwalts nach der Sachlage unerläßlich.

β. Verneinend zu vgl. Bd. 1, 29.

(Abschnitt i in Bd. 1, 30; 2, 6.)

II. Die ordentlichen Gerichte.

1. Gehören die Schiedsgerichte hierher?

α. Bejahend zu vgl. Bd. 1, 30; 2, 6.

β. Verneinend (Erläuterung α, β in Bd. 1, 31; γ, δ in Bd. 2, 6).

ε. BayRpflZ. 16 136, Recht 16 246 Nr. 538 (Nürnberg I). Auf Schiedsgerichte finden §§ 2, 3 KTSchG. nicht Anwendung, denn sie sind nicht „ordentliche Gerichte". Demgemäß wird auch ein Verfahren nach §§ 1036, 1045 ZPO. nicht unterbrochen oder ausgesetzt, denn es handelt sich hierbei nur um ein besonderes Verfahren innerhalb eines schiedsrichterlichen Verfahrens.

(Abschnitt III in Bd. 1, 31.)

IV. Die Anhängigkeit des Rechtsstreits.

1. Ist die Erhebung der Klage zulässig?

a) Bejahend (Erläuterung α bis π in Bd. 1, 31ff.; ϱ in Bd. 2, 8).

σ. Fröhlich, JW. 16 1258. Man wird die Zustellung der Klage für zulässig erachten müssen, weil diese Prozeßhandlung bestimmte prozessuale und materielle Wirkungen hat und weil durch kein Kriegsgesetz bestimmt ist, daß es zur Erreichung und Erhaltung dieser Wirkungen der Zustellung der Klage nicht bedarf, wenn der Beklagte Kriegsteilnehmer ist. An der alsbaldigen Zustellung der Klage hat der Kläger z. B. dann ein besonderes Interesse, wenn er auf Zahlung von Alimenten oder Entrichtung einer nach §§ 843, 844 BGB. geschuldeten Geldrente klagt, weil das Urteil insoweit für vorläufig vollstreckbar erklärt werden kann, als die Verurteilung zur Leistung für die Zeit nach Erhebung der Klage und das der Erhebung der Klage vorausgehende letzte Vierteljahr erfolgt. § 708 Ziff. 6 ZPO.

τ. SächsA. 16 281 (KG. VIII).

b) Verneinend zu vgl. Bd. 1, 36.

(Unterabschnitt 2 in Bd. 1, 31ff.; 2, 8.)

3. Der Einfluß der Rechtskraft.

OLG. 32 275, Recht 16, 202 Nr. 453 (Rostock I). Mit Unrecht bestreitet der Kläger, daß bei Kriegsausbruch ein Rechtsstreit, der hätte unterbrochen werden können, noch anhängig gewesen sei. Zwar war damals das ergangene Urteil bereits rechtskräftig, trotzdem dauerte das Verfahren, wiewohl mit sehr schwachen Wirkungen, noch insoweit fort, als es noch durch außergewöhnliche Rechtsbehelfe wie Wiederaufnahme oder Wiedereinsetzung aufleben konnte. Das muß jedenfalls für den Begriff der Anhängigkeit im Sinne des § 2 genügen. Denn den hier geschützten Personen sollen alle ihre Rechtszuständnisse gewahrt bleiben, wie sie bei Beginn ihrer Kriegsteilnahme bestanden.

V. Eine Partei im Sinne des § 2.

(Abschnitt 1 in Bd. 1, 39.)

2. Ist § 2 auch auf juristische Personen anzuwenden?

a) Bejahend (Erläuterung α bis ο in Bd. 1, 40ff.; π bis χ in Bd. 2, 10ff.).

ψ. DJZ. 16 545, LeipzZ. 16 482, OLG. 32 269 (Hamburg III) ebenso wie Hamburg I und II in Bd. 2, π; vgl. JW. 16 1352 (Braunschweig II).

ω. OLG. 32 269 (Karlsruhe II). Der im Felde stehende Geschäftsführer K. der klagenden GmbH. ist alleiniger Geschäftsführer und zugleich alleiniger Inhaber sämtlicher Geschäftsanteile. Wenn er hiernach auch nur mit dem Gesellschaftsvermögen und

nicht persönlich haftet, so schafft doch diese rechtlich zulässige wirtschaftliche Vereinigung sämtlicher Geschäftsanteile in einer Hand, zusammen mit dem Fehlen anderer Geschäftsführer eine derartige Sachlage, daß der Klägerin der Schutz des in erster Linie aus wirtschaftlichen Rücksichten geschaffenen und unter diesem Gesichtspunkt auch auszulegenden Gesetzes nicht vorenthalten werden darf.

b) Verneinend (Erläuterung α bis ψ in Bd. 1, 42ff.; ω bis $\eta\eta$ in Bd. 2, 11ff.).

$\vartheta\vartheta$. Rasch a. a. O. 377. Auf juristische Personen ist das KTSchG. nicht anzuwenden. Hier ist mit den Mitteln der §§ 29 BGB., 37 Abs. 1 GenossG. zu helfen.

(Unterabschnitt 3 in Bd. 1, 46ff.; 2, 12ff.)

4. Streitgenossen.

a) Tritt im Falle der notwendigen Streitgenossenschaft Unterbrechung des Verfahrens ein?

α. Bejahend (Erläuterung $\alpha\alpha$ bis $\zeta\zeta$ in Bd. 1, 61; $\eta\eta$ bis $\iota\iota$ in Bd. 2, 14).

$\varkappa\varkappa$. RG. VI, DJZ. 16 339, PostMSchr. 16 9, WarnE. 16 97. Sind die Beklagten zu 2, 3 und 5 Streitgenossen im Sinne des § 62 ZPO., so muß es für unzulässig erachtet werden, das Verfahren gegen eine oder zwei dieser Beklagten auf Grund des KTSchG. auszusetzen, gegen den anderen Streitgenossen aber das Verfahren fortzusetzen. Denn der Zweck der Vorschrift des § 62 ZPO. geht dahin, eine einheitliche Entscheidung gegen sämtliche Streitgenossen in bezug auf das streitige Rechtsverhältnis herbeizuführen, soweit dies nur einheitlich festgestellt werden kann. Diesem Zwecke würde es aber zuwiderlaufen, wenn gegen einen Teil der Streitgenossen das Verfahren ausgesetzt, gegen den anderen dasselbe fortgeführt wird, da alsdann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß in einem späteren Urteil (z. B. wegen einer anderen Besetzung des Gerichts) über das gleiche streitige, nur einheitlich festzustellende Rechtsverhältnis eine andere Entscheidung ergeht, als in dem früheren.

$\lambda\lambda$. Cöln III 16. 10. 16, 3 U 175/15. Bei Zusage eines Darlehns seitens eines Kreditvereins an Eheleute gegen Erwerbung der Mitgliedschaft seitens des Ehemannes und gegen Bestellung einer 1. Hypothek seitens der Eheleute entsteht ein nach § 432 BGB. zu beurteilendes Rechtsverhältnis, und wenn beide Eheleute auf Erfüllung klagen, notwendige Streitgenossenschaft auf seiten der Kläger im Sinne des § 62 ZPO. Die Aussetzung des Verfahrens gegenüber dem Ehemanne wegen Kriegsteilnahme hat die Unterbrechung des ganzen Verfahrens zur Folge. Setzt die Ehefrau den Rechtsstreit allein fort, so ist das von ihr erwirkte Urteil wegen Unzulässigkeit der Fortsetzung des Verfahrens auf die Berufung des Vereins aufzuheben und die Sache in die I. Instanz zurückzuverweisen.

β. Verneinend zu vgl. Bd. 1, 62.

(Unterabschnitt b in Bd. 1, 62; 2, 14.)

5. Der Nebenintervenient.

a) Bejahend (Erläuterung α bis ζ in Bd. 1, 63; η in Bd. 2, 15).

ϑ. DJZ. 16 352 (Karlsruhe II). „Partei" i. S. des KTSchG. ist auch der nicht streitgenössische Nebenintervenient, dem von dem auf Schadensersatz belangten Beklagten der Streit verkündet wurde. Da seine Verteidigung gegenüber einer späteren Klage des jetzigen Beklagten, gemäß § 68 ZPO., wesentlich eingeschränkt ist, wäre es eine unbillige Härte, den Rechtsstreit fortzusetzen, ungeachtet dessen, daß der Nebenintervenient wegen Kriegsbehinderung seine Interessen namentlich bei der Beweisaufnahme nicht persönlich wahrnehmen könnte.

b) Verneinend zu vgl. Bd. 1, 64; 2, 15.

6. Der Streitverkündete.

a) Bejahend (zu vgl. Bd. 1, 65).

SächsA. 16 189 (Bamberg). Der Streitverkündete ist als „Partei" anzusehen. Das Gesetz will diejenigen Personen schützen, welche infolge des Krieges an der Wahr-

nehmung ihrer Rechte verhindert sind; sie sollen namentlich gegenüber denjenigen in Schutz genommen werden, welche trotz des Krieges zu Hause bleiben und so ihre Rechte selbst in jeder Richtung wahrnehmen können. Dieser Zweck und die offenbar wohlwollende Absicht des Gesetzes zugunsten der Kriegsteilnehmer rechtfertigen die ausdehnende Auslegung dahin, daß auch der Streithelfer zu denjenigen Personen zu rechnen ist, welchen der Schutz des Gesetzes zuteil werden soll, wenn sie Kriegsteilnehmer sind, daß also die Aussetzung nach § 2 mit § 3 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 des Gesetzes auf Antrag auch dann anzuordnen ist, wenn die Partei nicht selbst, sondern der Streithelfer oder Nebenintervenient zu den Kriegsteilnehmern gehört.

7. Der Konkursverwalter und ähnliche kraft Amtes handelnde Personen
(Erläuterung a bis d in Bd. 1, 65, 66.)

c) DJZ. 16 545 (Hamburg VI). Der Antrag des Bekl. zu 1, weil sein Rechtsanwalt X. im Felde stehe, die Sache auszusetzen, wurde abgelehnt, dagegen ist die Sache, soweit der Rechtsanwalt X. als Testamentsvollstrecker mitverklagt ist, ausgesetzt worden, desgleichen gegen den Mit-Testamentsvollstrecker, denn wenn dieser auch ortsanwesend ist, so handelt es sich doch um einen einheitlichen Anspruch gegen die Testamentsvollstrecker; zu vgl. auch Erläuterung c in Bd. 1, 66.

(Abschnitt 8, 9 in Bd. 1, 66.)

10. Der Ehemann als Partei.

a) Unterbrechung des Verfahrens gegen die Ehefrau?

α. Bejahend.

OLG. 32 270 (München IV). Gegen den Bekl. ist das Verfahren nach § 2 Nr. 1 unterbrochen. Die verklagten Ehegatten leben in allgemeiner GG.; die gegen sie als Gesamtschuldner erhobenen Ansprüche betreffen das Gesamtgut; die Bekl. sind daher notwendige Streitgenossen. Deswegen und weil zur Verwaltung des Gesamtguts und zur Führung von Rechtsstreitigkeiten über das Gesamtgut ausschließlich der Mann berufen ist (§ 1443 BGB.), hat die Unterbrechung gegen den Mann die Folge, daß auch das Verfahren gegen die mitverklagte Frau unterbrochen ist.

β. Verneinend (Erläuterung α bis ε in Bd. 1, 67ff.).

ζ. RG. VI, Recht 16 147 Nr. 336. Gegen die mitverklagte Ehefrau als einfache Streitgenossin ist Versäumnisurteil zulässig, obwohl gegen den Ehemann wegen Kriegsteilnahme der Rechtsstreit ausgesetzt worden ist.

11. Zeugen sind nicht Parteien im Sinne des § 2.
(Erläuterung a bis o in Bd. 1, 78ff.; p in Bd. 2, 15.)

q) Rechtshilfe der Militärgerichtsbehörden.
(Unterabschnitt α, β in Bd. 2, 15.)

γ. Ausführung des Rechtshilfeersuchens.
(Erläuterung αα bis δδ in Bd. 2, 16.)

εε. Kaufmann, JW. 16 108. Die Erledigung der Rechtshilfeersuchen durch Gerichtsoffiziere ist ungesetzlich; a. M. Delius, LeipzZ. 16 377, die Zuständigkeit folgt aus § 98 MStGO.

ζζ. Coermann DJZ. 16 432 richtet an die Gerichte die Bitte, bei den Rechtshilfeersuchen anzugeben, ob die Parteien auf persönliche Anwesenheit im Beweistermin verzichten (zu vgl. PrJMVfg. v. 20. 12. 15 in Bd. 2, 16).

δ. Inanspruchnahme der Rechtshilfe.
(Erläuterung αα, ββ in Bd. 2, 17.)

γγ. Hörle, Recht 16 416. Bei der Entscheidung, ob ein Kriegsteilnehmer im Felde als Zeuge zu vernehmen ist oder nicht, kommt es nicht auf die Erheblichkeit der zum Beweise verstellten Tatsache, sondern wesentlich darauf an, ob der Rechtsstreit als solcher,

der Streitgegenstand, so wichtig ist, daß die Vernehmung im Felde gerechtfertigt erscheint. Sie darf unterbleiben, wenn sie sich als unzweckmäßig und im wesentlichen zwecklos erweist, insbesondere bei Beachtung des dem Zeugen zustehenden Prüfungs- und Nachforschungsrechts.

VI. Ein Kriegsteilnehmer.

1. Der Begriff der Kriegsteilnehmer.

a) Die drei Fälle des § 2 Nr. 1.

(Unterabschnitt α in Bd. 1, 81; 2, 17.)

β. Die mobilen Teile der Land- oder Seemacht.

(Erläuterung $\alpha\alpha$ bis $\omega\omega$ in Bd. 1, 82ff.; α/α bis ζ/ζ in Bd. 2, 18).

η/η. SächsA. 16 399 (Dresden FS.). Die Frage, ob eine Person „mobil" ist, ist nach den militärischen Vorschriften zu beantworten.

ϑ/ϑ. Reinhard, Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen und Kriegsteilnehmerschaft, BayNotZ. 16 178/9. Mobil sind diejenigen Formationen, welche für den Gebrauch im Felde mit Personal und Material besonders ausgestattet sind, immobil diejenigen, bei welchen eine derartige Ausstattung unterblieben oder wieder aufgehoben ist (BayKriegsmVOBl. v. 3. 5. 15 S. 381, OLG. 30 275, DJZ. 15 1241).

ι/ι. Reinhard das. 179. Der Übertritt einzelner aus dem mobilen in das immobile Verhältnis findet (im Wege der Versetzung) jeweils auf Anordnung des zuständigen militärischen Befehlshabers (Truppenkommandeurs) statt (BayKriegsminVOBl. v. 6. 1. 16 Nr. 5). Verwundete und kranke Kriegsteilnehmer, die zur Heilung in die Heimatlazarette verbracht werden, hören also dadurch nicht auf, ihren mobilen Truppenteilen anzugehören. In diesem Sinne hat das RMilGericht jetzt mehrfach entschieden (E. 23. 5. 15 Nr. 79 R, 8. 1. 16 Nr. 1532a II 1915; abw. Delius, JW. 16 176) und dabei insbesondere ausgesprochen, daß der BayKriegsminErlaß v. 1. 5. 15 (KriegsminVOBl. 381 Anl.), wonach solche Krieger mit Ablauf der dort angeführten Frist als zur immobilen Formation (Ersatztruppenteil usw.) versetzt gelten, nicht entgegensteht, weil er als Anhang zur Kriegsbesoldungsvorschrift ergangen ist und nicht erkennen läßt, daß er etwas anderes als die Besoldungsfrage regeln will.

$\varkappa/\varkappa$. LeipzZ. 16 1050 (Hamburg VI). Der Bekl. gehört einem in der Zitadelle von Modlin (Nowogeorgiewsk) stehenden Pionier-Ersatzbataillon an. Allerdings sind im Inland befindliche und Dienst tuende Ersatzabteilungen mobiler Regimenter nicht schon als mobile Truppenteile anzusehen. Hier handelt es sich aber um einen in Feindesland befindlichen zur Besatzung einer eroberten Festung gehörigen Truppenteil. Deshalb rechtfertigen es auch innere Gründe, dem Bekl. den Schutz des § 2 KTSchG. zu gewähren.

γ. Die gegen den Feind verwendeten Teile der Land- oder Seemacht.

(Erläuterung $\alpha\alpha$ bis oo in Bd. 1, 89ff.; $\pi\pi$ bis $\sigma\sigma$ in Bd. 2, 19.)

$\tau\tau$. Fallen hierunter die mit der Bewachung Kriegsgefangener betrauten Truppen?

$\alpha\alpha\alpha$. Bejahend zu vgl. Bd. 2, 19, 20.

$\beta\beta\beta$. Verneinend (1 bis 12 in Bd. 2, 20ff.).

13. LeipzZ. 16 959 (Dresden IV). Die Bewachung von Kriegsgefangenen verfolgt zwar den Zweck, zu verhindern, daß diese dem deutschen Heere nach heimlicher Entweichung erneut im Felde gegenübertreten; als Gefangene stehen sie aber in einem natürlichen Gegensatze zu dem bewaffneten Feinde, dessen Niederringung die Aufgabe des Feldheeres ist und den das Gesetz, wie anzunehmen, allein im Auge hat, wenn es von „Verwendung gegen den Feind" spricht.

14. PreußKriegsm. 17. Februar 1916, BadRpr. 16 62, JW. 16 473. Im Sinne des KTSchG. gelten als gegen den Feind verwendete Teile der Landmacht alle im Operationsgebiet verwendeten oder bei der Abwehr eines feindlichen Einfalls mitwirkenden Formationen — also nicht die für die Kriegsgefangenenbewachung Verwendung findenden

Truppenteile sowie alle in einer für bedroht erklärten Festung befindlichen Formationen, gleichgültig, ob sie zur Besatzung gehören oder nicht.

δ. Die Besatzung einer armierten oder in der Armierung begriffenen Festung.

(Erläuterung αα bis γγ in Bd. 1, 91; δδ, εε in Bd. 2, 23).

ζζ. PreußKriegsmin. 17. Februar 1916, BadRpr. 16 62, JW. 16 473. Im Sinne der KTSchG. gelten als zu der Besatzung einer armierten oder in der Armierung begriffenen Festung gehörig die als Kriegsbesatzung bezeichneten Formationen, einschließlich der Rekrutendepots der Ersatzbataillone der Fußartillerie.

b) Der Fall des § 2 Nr. 2.

(Erläuterung α bis δ in Bd. 1, 92; ε bis η in Bd. 2, 23.)

ϑ. Unger, Recht 16, 450. Der Aufenthalt muß dienstlich sein, Beamteneigenschaft ist nicht unbedingtes Erfordernis. Es genügt ein Auftrag, der im Auslande auszuführen ist und von einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft oder Behörde erteilt ist. Die Einkäufer der Zentraleinkaufsgenossenschaft z. B. sind Kriegsteilnehmer, solange sie sich im Auslande befinden.

ι. Unger, Recht 16 450. Der Auslandsaufenthalt muß eine Folge des Krieges sein. Gesandtschafts- und Konsularpersonal z. B. sind nicht ohne weiteres Kriegsteilnehmer, ebensowenig die in den Kolonien befindlichen Beamten. Soweit sie aber infolge des Krieges dienstlich im Auslande oder in den Kolonien verbleiben müssen, wird ihnen Kriegsteilnehmerschaft zuzubilligen sein.

c) Der Fall des § 2 Nr. 3.

(Erläuterung α bis ε in Bd. 1, 92; ζ, η in Bd. 2, 23.)

ϑ. Unger, Recht 16 450. Personen, die an der Rückkehr aus neutralen Ländern gehindert sind, sind nicht Kriegsteilnehmer, weil sie sich nicht in der Gewalt des Feindes befinden.

2. Der Nachweis des Kriegsteilnehmerverhältnisses.

(Abschnitt a in Bd. 1, 93ff.; 2, 23ff.)

b) Die Erleichterung der Feststellung des Kriegsteilnehmerverhältnisses.

(Erläuterung α bis γ in Bd. 1, 99.)

δ. PreußKriegsmin. 17. Februar 1916, BadRpr. 16 62, JW. 16 473. Nach § 2 Ziffer 1 des Gesetzes vom 4. August 1914 (RGBl. 328) wird in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die bei den ordentlichen Gerichten anhängig sind, oder anhängig werden, das Verfahren unterbrochen, wenn eine Partei vermöge ihres Dienstverhältnisses, Amtes oder Berufes zu den mobilen oder gegen den Feind verwendeten Teilen der Land- oder Seemacht oder zu der Besatzung einer armierten oder in der Armierung begriffenen Festung gehört. Die Prüfung der Frage, ob diese Bedingungen bei an Rechtsstreitigkeiten beteiligten Heeresangehörigen erfüllt sind, ist den Gerichten im Einzelfall überlassen. Soweit sie hierzu einer Auskunft bedürfen, werden sie sich solche, wie bisher auch verschiedentlich geschehen ist, von den militärischen Dienststellen beschaffen.

Aus verschiedenen Gründen erscheint es nun zweckmäßig, daß Auskünfte dieser Art nicht die Truppen selbst, sondern ausschließlich die Königlichen stellvertretenden Generalkommandos erteilen, und zwar jedes stellvertretende Generalkommando für die Angehörigen der zu seinem Bereich gehörenden Truppenteile und Behörden und hinsichtlich der Angehörigen mobiler Formationen insoweit, als ihm die entsprechenden Ersatzformationen unterstellt sind. Anfragen, für deren Beantwortung das stellvertretende Generalkommando, an das sie gerichtet sind, hiernach nicht in Betracht kommt, würden an das zuständige stellvertretende Generalkommando oder nötigenfalls — zur Weiterleitung an dieses — an das Kriegsministerium (Allgemeines Kriegsdepartement) abzugeben sein.

Die Königlichen stellvertretenden Generalkommandos werden um gefällige entsprechende weitere Veranlassung ergebenst ersucht.

ε. **Pr. Allgemeine Verfügung vom 11. März 1916, — betreffend das Verfahren bei Anfragen über die Zugehörigkeit einer Partei zu den mobilen oder gegen den Feind verwendeten Teilen der Land- oder Seemacht (JMBl. 55).** Zur Erteilung von Auskünften über die Frage, ob eine Partei zu den mobilen oder gegen den Feind verwendeten Teilen der Land- oder Seemacht im Sinne des § 2 des Gesetzes, betreffend den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4 August 1914 (RGBl. 328) gehört, sind die stellvertretenden Generalkommandos zuständig. Etwaige Anfragen sind an das stellvertretende Generalkommando des Bezirkes zu richten, in welchem die um Auskunft ersuchende Behörde ihren Sitz hat.

B. Die Wirkungen der Unterbrechung.

(Abschnitt I in Bd. 1, 99; 2, 24.)

II. Ist eine trotz Unterbrechung erlassene Entscheidung nicht nichtig, sondern nur anfechtbar?

1. Bejahend (Erläuterung α bis ϰ in Bd 1, 100ff.; λ in Bd. 2, 24).

μ. ElsLothZ. 16 241 (Colmar II). Ist trotz Unterbrechung Urteil ergangen, so kann die Unwirksamkeit nur im Wege des zulässigen Rechtsmittels geltend gemacht werden. Heilung durch ausdrückliche oder stillschweigende Genehmigung ist zulässig (§§ 551 Ziff. 4; 579 Ziff. 4 ZPO.); ebenso SächsA. 16 281 (KG. VIII).

2. Verneinend zu vgl. Bd. 1, 102; 2, 24.

§ 3.

Allgemeines.

Kallee a. a. O. 163. § 3 gilt auch für die Gewerbegerichte und die Kaufmannsgerichte.

(Abschnitt I in Bd. 1, 105.)

II. Die Vorschrift des Abs. 1 Nr. 2.

(Erläuterung 1 bis 8 in Bd. 1, 105ff.; 9 bis 12 in Bd. 2, 24ff.)

13. RG. VI, PosMSchr. 16 8, Recht 16 147 Nr. 335. Nach den vom Beklagten ausgestellten Prozeßvollmachten in Verbindung mit anderen Schriftstücken erscheint die Annahme begründet, daß er zu einem mobilen oder gegen den Feind verwendeten Teile der Landmacht gehört (§ 2^1 KTSchG.). Er war in der ersten und zweiten Instanz durch einen Prozeßbevollmächtigten vertreten (§ 3^2), nicht aber bisher in der Revisionsinstanz. Nach der Sachlage besteht Grund zur Annahme, daß der Beklagte auch zur Zeit der Einlegung der Revision des Klägers in dem vorbezeichneten Verhältnis eines Kriegsteilnehmers gestanden hat. Danach ist mit dem Zeitpunkt, wo der Rechtsstreit in die Revisionsinstanz gelangte, das Verfahren unterbrochen worden, da der Beklagte durch einen zur Tätigkeit in dieser Instanz berufenen Prozeßbevollmächtigten nicht vertreten ist und die für ihn in den Vorinstanzen tätig gewesenen Prozeßbevollmächtigten als „andere zur Wahrnehmung seiner Rechte berufene Vertreter" im Sinne des § 3^2 KTSchG. nicht ohne weiteres angesehen werden können.

Hiernach und gemäß § 249 ZPO. (vgl. Abs. 3) konnte zurzeit ein Urteil nicht erlassen werden.

14 PosMSchr. 16 8 (Posen V), LeipzZ. 16 1262 (Hamburg FS.). Die Niederlegung der Vertretung durch den Anwalt des Kriegsteilnehmers macht diesen mit Rücksicht auf § 87 ZPO. noch nicht unvertreten (a. M. Posen FS. in Bd. 2, 25 und, nach Landsberg, PosMSchr. 16 9, Posen III).

§ 4.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 1, 107; 6 bis 9 in Bd. 2, 25.)

10. JW. 16 1215 (Hamm II). Ohne Ladung und mündliche Verhandlung lediglich auf bloßen Antrag des Gegners — mag auch der Vertreter des Kriegsteilnehmers gehört werden — kann der Aussetzungsbeschluß nicht aufgehoben werden.

11. RG. IV, Recht 16 504 Nr. 997. Sind die Voraussetzungen des Abs. 2 unbestritten gegeben, so ist ohne besondere Entscheidung über die stattgehabte Aufnahme zur Hauptsache zu verhandeln und zu entscheiden, sofern die sonstigen Voraussetzungen für die sofortige Verhandlung und Entscheidung gegeben sind.

12. RG. IV, WarnE. 16 145. Für das nach §§ 330 ff. ZPO. zulässige und notwendige Versäumnisverfahren, in dem die Verpflichtung des Kriegsteilnehmers zur Aufnahme des Verfahrens festgestellt werden muß, wenn der KT. auf Ladung zur Aufnahme nicht erscheint, gilt, was die Anwendung des §§ 331 ZPO. anlangt, die durch § 4 Abs. 2 KTSchG. vorgesehene und dort näher geregelte Ausnahme (Glaubhaftmachung des Fristablaufs).

13. RG. II, WarnE. 16 99. Unstreitig war zur Zeit der Einlegung der Berufung das Verfahren zufolge Beschlusses des Landgerichts noch ausgesetzt. Mit Recht hat daher das Berufungsgericht die nach § 249 ZPO. unwirksame Berufung auf Antrag des Beklagten durch Versäumnisurteil als unzulässig verworfen. Ohne Rechtsirrtum hat sodann das Berufungsgericht in der Erwägung, daß der Kläger auf die Unwirksamkeit des von ihm eingelegten Einspruches gegen das Versäumnisurteil sich nicht berufen könne und die Entscheidung über die bloße prozessuale Zulässigkeit der während der Aussetzung des Verfahrens vorgenommenen Prozeßhandlungen nicht gehindert werde, dem Antrage des Beklagten entsprechend die in dem Versäumnisurteile enthaltene Entscheidung durch das mit der Revision angefochtene Urteil aufrechterhalten.

14. RG. IV, WarnE. 16 145. Der Kl. hat behauptet, der Bekl. gehöre einem mobilen oder gegen den Feind verwendeten Truppenteile nicht mehr an; er wohne vielmehr in B.-W. und werde in einem B.er Lazarett ambulant behandelt. Er hat im Termin am 20. März 1916 ein Schreiben des Bataillons, dem der Bekl. früher angehörte, vorgelegt, wonach der Bekl. sich schon am 21. Januar 1916 infolge seiner Verwundung in einem Lazarett befunden. Durch dieses Schreiben in Verbindung mit der Tatsache, daß der Bekl. die in dem Ladungsschriftsatze enthaltenen Behauptungen des Kl. durch seinen gehörig geladenen Prozeßbevollmächtigten zu bestreiten keine Veranlassung genommen hat, ist auf Grund freier Sachprüfung für glaubhaft gemacht erachtet worden, daß der Bekl. einem mobilen Truppenteil seit mehr als Monatsfrist nicht mehr angehört, und daß deshalb die durch § 4 Abs. 1 Nr. 2 bestimmte Frist zur Aufnahme des Verfahrens abgelaufen ist.

15. Recht 16 148 Nr. 343; 358 N. 659 (Nürnberg). Auch im Falle der Fortdauer des Kriegsdienstes einer Partei kann der früher hierauf gegründete Aussetzungsbeschluß aufgehoben und die mündliche Verhandlung zur Hauptsache angeordnet werden, wenn die weitere Aussetzung offenbar unbillig ist.

16. Kallee a. a. O. 163. § 4 gilt auch für die Gewerbegerichte und die Kaufmannsgerichte.

§ 5.

Inhaltsübersicht.

I. Die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer (Abs. 1) I 108, II 26, III 11.
1. Die Voraussetzungen der Vorschrift des Abs. 1 I 108, II 26, III 11.
a) Unerheblich ist, welche Behörde die Zwangsvollstreckung betreibt I 108, II 26, III 11.
b) Nötig ist Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung I 108, II 26.
c) Zwangsvollstreckung in das Vermögen eines Kriegsteilnehmers I 108, II 27.
d) Die Glaubhaftmachung des Kriegsteilnehmerverhältnisses I 109.
2. Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen I 111, II 27, III 11.
a) Die Pfändung I 111.
b) Die Versteigerung oder anderweite Verwertung I 112, II 29, III 11.
α. Die Zulässigkeit der Versteigerung (Verwertung in bestimmten Fällen I 112

β. Die Wirkung einer unzulässigen Versteigerung I 113, II 28.
γ. Feststellung der Unzulässigkeit der Versteigerung I 114, II 28, III 11.
3. Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen I 114, II 28, III 11.
a) Die zulässigen Maßregeln I 114.
b) Inwieweit ist die Zwangsversteigerung zulässig? I 116, II 28, III 11.
c) Die Wirkungen einer unzulässigen Versteigerung I 118.
4. Die Außerkraftsetzung des Versteigerungsverbots I 118, III 12.
II. Die Zwangsvollstreckung gegen Ehefrauen und Kinder von Kriegsteilnehmern I 119, II 28.
III. Entsprechende Anwendung des § 5 Abs. 2? II 29.
IV. In § 5 nicht geregelte Fälle I 119, III 12.
1. Die Widerspruchsklage des § 771 ZPO. I 119.
2. Die Hauptintervention I 120.
3. Das Offenbarungseidverfahren nach der ZPO. III 12.
4. Das Offenbarungseidverfahren in der freiwilligen Gerichtsbarkeit III 13.

I. Die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer.

1. Die Voraussetzungen der Vorschrift des Abs. 1.

a) Unerheblich ist, welche Behörde die Zwangsvollstreckung betreibt.

(Erläuterung α, β in Bd. 1, 108; γ, δ in Bd. 2, 26.)

ε. Kallee a. a. O. 163. § 5 gilt auch für die Gewerbegerichte und die Kaufmannsgerichte.

(Abschnitt b, c in Bd. 1, 109ff.; 2, 26.)

2. Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen.

(Abschnitt a und b α, β in Bd. 1, 111ff.; 2, 28.)

γ. Feststellung der Unzulässigkeit der Versteigerung.

(Erläuterung αα bis γγ in Bd. 1, 114; δδ bis εε in Bd. 2, 28.)

ζζ. Reinhard, Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen und Kriegsteilnehmerschaft, BayNotZ. 16 178. Der Versteigerungsbeamte hat die Kriegsteilnehmerschaft von Amts wegen zu prüfen, sowohl vor Einleitung des Verfahrens als — in angemessenen Zwischenräumen — auch während seines Verlaufs. Die Erkundigung erfolgt am besten bei der Polizei oder bei der Militärbehörde.

ηη. JW. 16 611 (Hamm II). Eines Ausspruchs der Unzulässigkeit der Vollstreckung im Urteil bedarf es nicht (übereinstimmend mit den Nachweisungen in Bd. 1, 114).

3. Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen.

(Abschnitt a in Bd. 1, 114.)

b) Inwieweit ist die Zwangsversteigerung zulässig?

(Erläuterung α bis μ in Bd. 1, 116ff.; ν bis ο in Bd. 2, 28.)

π. HansGZtg. 16 BBl. 196, Recht 16 463 Nr. 933 (Hamburg III). Das Verbot des § 5 KTSchG. betrifft nur das Versteigerungsgeschäft selbst, nicht auch die Anordnung der Zwangsversteigerung.

ρ. JW. 16 1296 (AG. Wronke). Nach § 5 G. betr. den Schutz der Kriegsteilnehmer ist die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer unter anderem insoweit beschränkt, als die zwangsweise Versteigerung von Grundstücken unzulässig ist. Auch die Wiederversteigerung ist ein Akt der Zwangsvollstreckung; dies geht aus dem Wortlaut des Gesetzes deutlich hervor — § 132, 133 ZVG. Es handelt sich dabei um ein völlig neues Vollstreckungsverfahren, welches sich gegen eine andere Person als im vorigen Verfahren richtet, nämlich den Ersteher des Grundstücks (vgl. Jäckel-Güthe, Anm. 16, § 133 ZVG.). Aus der Art des Verfahrens können deshalb Bedenken gegen die Anwendbarkeit des Schutzgesetzes auf den Fall der Wiederversteigerung nicht hergeleitet werden.

Aber auch der Sinn und Zweck des KTSchG. sprechen nicht gegen seine Anwendbarkeit auf den Fall der Wiederversteigerung. Allerdings mag der Gesetzgeber bei Erlaß des Schutzgesetzes in erster Linie von dem Wunsche ausgegangen sein, den langeingesessenen Eigentümer, dessen wirtschaftliche Existenz auf dem Eigentum beruht, vor plötzlichem Ver-

luſt des Eigentums durch die erſchwerenden Umſtände, welche die Einberufung zum Heeresdienſt mit ſich bringen, zu ſchützen. Es ſind aber auch Fälle denkbar, in denen der Verluſt des eben erſt erworbenen Eigentums mit Rückſicht auf die Kriegsteilnehmerſchaft des Eigentümers unbillig ſein würde. Es ſei nur an den Fall gedacht, daß der Erſteher eines Grundſtücks im Zwangsverſteigerungsverfahren erſt nach dem Verſteigerungstermin Kriegsteilnehmer wird, deshalb ſeinen Kredit verliert und deshalb außerſtand geſetzt wird, den Verſteigerungserlös zu zahlen.

Wenn auch im vorliegenden Falle, wo der Erſteher offenbar in der Abſicht, die Zahlung des Verſteigerungserlöſes unter Berufung auf ſeine Kriegsteilnehmereigenſchaft ſpäter zu verweigern, das Grundſtück erboten hat, nicht verkannt werden kann, daß es nur billig wäre, wenn dem Verfahren Fortgang gegeben würde, ſo bietet doch das Geſetz hierfür keine Handhabe. Der Antrag auf Beſtimmung eines Verſteigerungstermins mußte deshalb abgelehnt werden.

σ. Stillſchweig, JW. 16 1296. Die Entſcheidung [zu *ϱ*] iſt unzweifelhaft zutreffend; ſie entſpricht der Natur der Wiederverſteigerung und der Vorſchrift des § 5 Nr. 2 KTSchG. Nach den getroffenen tatſächlichen Feſtſtellungen verletzt ſie allerdings das Billigkeitsempfinden in hohem Maße.

Dem Gedanken der VO. v. 14. Januar 1915 hätte eine Vorſchrift folgenden Inhalts entſprochen:

> Der § 5 Abſ. 1 Nr. 2 KTSchG. enthält folgenden Zuſatz: Das Gericht hat auf Antrag des das Verfahren betreibenden Gläubigers die Verſteigerung für zuläſſig zu erklären, wenn die Unzuläſſigkeit nach den Umſtänden des Falles offenbar unbillig iſt. Wird die Verſteigerung für zuläſſig erklärt, ſo hat das Gericht dem Kriegsteilnehmer einen geeigneten Vertreter zu beſtellen, der die Rechte des Kriegsteilnehmers im Verſteigerungsverfahren wahrzunehmen hat. Die Vorſchriften des § 1 Abſ. 1 Satz 3 und Abſ. 2 der VO. v. 14. Januar 1915 finden Anwendung.

4. Die Außerkraftſetzung des Verſteigerungsverbots.

(Erläuterung a, b in Bd. 1, 118ff.)

c) KGBl. 16 49 (LG. II Berlin). Der Kriegsteilnehmer kann auf das ihm in § 5 KTSchG. gewährte Recht verzichten.

d) JW. 16 922 (LG. I Berlin). Der Verzicht des Kriegsteilnehmers auf Einhaltung des Verſteigerungsverbots des § 5 KTSchG. iſt zuläſſig.

e) DNotV. 16 192 (LG. Frankfurt a. M.). Das Verſteigerungsverbot kann nur durch den Willen des Kriegsteilnehmers außer Kraft geſetzt werden. Wenn er den Schutz des Geſetzes nicht will und ſogar die Durchführung der Zwangsverſteigerung wünſcht, beſteht kein Grund, ihm die Wohltat des Geſetzes aufzuzwingen. § 5 Abſ. 2 KTSchG. hat nicht etwa das Ziel, daß den Kriegsteilnehmern ihre Immobilien unter allen Umſtänden bis nach dem Kriege erhalten werden ſollen. — Meyer daſ. billigt dieſe Entſcheidung und empfiehlt im Falle rechtskräftiger Verſagung der Verſteigerung den Weg des Eigentumsverzichts (§ 928 BGB., § 787 ZPO.).

(Abſchnitt II, III in Bd. 2, 28ff.)

IV. In § 5 nicht geregelte Fälle.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 1, 119, 120.)

3. Das Offenbarungseidverfahren nach der ZPO.

DJZ. 16 353 (LG. II Berlin). Die Ausdrucksweiſe des KTSchG. zeigt klar, daß in den §§ 2ff. unter Unterbrechung des Verfahrens ausſchließlich die Unterbrechung des Erkenntnisverfahrens verſtanden wird. Die Zwangsvollſtreckung wird durch ſolche Unterbrechung nur im Rahmen des § 5 des KTSchG. beeinflußt. Es iſt daher anerkannt, daß das Offenbarungseidverfahren nicht unter den Schutz des KTSchG. fällt. Ebenſo erſcheint es nicht zuläſſig, allgemeine Erwägungen vorzunehmen, das Offenbarungseidverfahren könne gegen einen Kriegsteilnehmer nicht durchgeführt werden.

Aus §§ 904, 905 ZPO. folgt nur, daß gegen einen Schuldner, der zu einem mobilen Truppenteil gehört, lediglich die Haft unterbrochen und unstatthaft ist. Unbenommen bleibt es dem Bekl., auf Grund der ZahlfrVO. v. 20. Mai 1915, die im § 5 vorgesehene Einstellung, falls die Voraussetzungen dafür vorliegen sollten, zu erwirken, da diese Einstellung sich auch auf das Offenbarungseidverfahren erstreckt.

4. Das Offenbarungseidverfahren in der FreiwGerichtsbarkeit.

Josef, Holdheims MSchr. 16 62. Der § 5 KTSchG., wonach für die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen gegen Kriegsteilnehmer gewisse Beschränkungen vorgeschrieben, über den Offenbarungseid aber keine Bestimmung getroffen wird, will einerseits dem Gläubiger, dessen Anspruch vollstreckbar festgestellt ist, insofern eine Sicherheit gewähren, als dem Schuldner noch kein endgültiger Schaden gebracht wird, andererseits die Gefahren bekämpfen, die einem Schuldner aus der Behinderung in der persönlichen Rechtswahrnehmung erwachsen könnten. Dieser Gesichtspunkt trifft gerade bei dem Offenbarungseidverfahren, auch bei dem der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu; der Schuldner, der z. B. Geschäftspapiere vorzulegen hat (§§ 166, 338 HGB. mit § 145 FGG.) kann der Verhaftung (§§ 883 Abs. 2, 901 ZPO. Art. 17 PrFGG.) nur dadurch entgehen, daß er die Papiere vorlegt. Danach ist in entsprechender Anwendung des § 5 KTSchG. auch die Durchführung des Offenbarungseidverfahrens der Freiwilligen Gerichtsbarkeit in Handelssachen gegenüber einem Kriegsteilnehmer für unzulässig zu halten und dieses Verfahren demzufolge durch die Kriegsteilnehmerschaft des Schuldners für unterbrochen anzusehen.

§ 6.

Inhaltsübersicht.

I. Die Eröffnung des Konkurses (Abs. 1) I 120, II 29, III 13.
1. Die Stellung des Eröffnungsantrages durch den Gemeinschuldner I 120, II 29, III 13.
a) Wenn der Gemeinschuldner eine Einzelperson ist I 120.
b) Wenn der Gemeinschuldner eine Gesellschaft ist. Genügt es, daß ein Gesellschafter Kriegsteilnehmer ist? I 121, II 29, III 13.
α. Bejahend I 121, II 29, III 13.
β. Verneinend I 122, II 29.
c) Wenn der Gemeinschuldner eine juristische Person ist III 14.
2. Die Unzulässigkeit der Konkurseröffnung auf Antrag eines Gläubigers I 122.
3. Die Anordnung vorläufiger Sicherungsmaßregeln I 122, II 30.
4. Die Folgen der Verletzung des Abs. 1 I 123
5. Maßnahmen für den Fall, daß der Konkursverwalter oder Mitglieder des Gläubigerausschusses Kriegsteilnehmer sind I 123.
II. Die Aussetzung des Konkursverfahrens (Abs. 2) I 123, II 30.
1. Die Verpflichtung zur Aussetzung I 123, II 30.
2. Die Bedeutung der Aussetzung I 123, II 30.

I. Die Eröffnung des Konkurses (Abs. 1).

1. Die Stellung des Eröffnungsantrags durch den Gemeinschuldner.

(Abschnitt a in Bd. 1, 120.)

b) Wenn der Gemeinschuldner eine Gesellschaft ist. Genügt es, daß ein Gesellschafter Kriegsteilnehmer ist?

a) Bejahend (Erläuterung *aa*, *ββ* in Bd. 1, 121; *γγ* in Bd. 2, 29).

δδ. JW. 16 683, OLG. 32 395 (Karlsruhe I). Bei der ganz erheblichen Bedeutung des Eröffnungsverfahrens für jeden einzelnen Gesellschafter ist kein Grund erfindlich, aus dem nicht auch der § 6[1] KTSchG. in dem Sinne sollte Anwendung zu finden haben, daß schon die Kriegsbeteiligung bloß eines Gesellschafters ausreichen muß, um einen Gesellschaftskonkurs auf bloßen Gläubigerantrag hin auszuschließen. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob dasselbe auch zu gelten hätte, wenn der Gemeinschuldnerantrag bei Kriegsbeteiligung eines Gesellschafters ohne dessen Zustimmung bloß von den übrigen Gesellschaftern gestellt würde, da hier auch der zweite (nicht kriegsbeteiligte) Gesellschafter einen solchen Antrag nicht gestellt hat.

ee. JW. 16 683, OLG. 32 395 (Karlsruhe I). Das Antragsrecht nach § 6 Abs. 2 KTSchG. ist auch jedem kriegsbeteiligten Gesellschafter für den Gesellschaftskonkurs zuzubilligen, da sonst nach dem Wegfall der Vertretungsbefugnis des Gesellschafters dessen im Gegensatz zu denen der übrigen Gesellschafter stehende Interessen am Gesellschaftsvermögen erheblich gefährdet werden könnten und der Zweck des Gesetzes gerade darin besteht, solche Interessen tunlichst weitgehend und soweit nötig sogar unter Hintansetzung gegenteiliger Interessen anderer zu schützen.

b) Verneinend zu vgl. Bd. 1, 122; 2, 29.

c) Wenn der Gemeinschuldner eine juristische Person ist.

Deumer, Die Einwirkung der Kriegsteilnehmerschaft von Mitgliedern einer eingetragenen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft auf den Konkurs dieser Genossenschaft, GenossGl. 16 129. Die EG. ist eine juristische Person und als solche Gemeinschuldnerin. Der Umstand, daß alle Genossen für die Verbindlichkeiten der EG. persönlich haften, vermag ihren korporativen Charakter nicht zu beeinträchtigen und durch die mit der Konkurseröffnung erfolgte Auflösung endigt sie subjektiv nicht etwa mit der Folge, daß nunmehr alle Genossen Gemeinschuldner seien. Es besteht also mangels positiver Vorschrift die Möglichkeit, daß im genossenschaftlichen Konkursverfahren durch die vollstreckbare Berechnungserklärung (§§ 108, 109 GenG.) auch gegen die Kriegsteilnehmer Zwangsvollstreckungstitel erwirkt werden können; §§ 5, 7 bieten keinen ausreichenden Schutz, § 5 schon deshab nicht, weil er die Mobiliar- und Forderungsvollstreckung nicht ausschließt.

§ 8.

Inhaltsübersicht.

I. Die Verjährung (Abs. 1) I 132, III 14.
II. Die Ausschlußfristen (Abs. 2) I 132, III 15.
1. Die Ausschlußfristen des öffentlichen Rechts I 132.
2. Andere Fristen I 133, III 15.
3. Die Zinsrückstände in der Zwangsversteigerung I 133.

I. Die Verjährung (Abs. 1).

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 1, 132.)

4. Kallee a. a. O. 163. § 8 gilt auch für die Gewerbegerichte und die Kaufmannsgerichte.

5. Süßer und Wendriner, JW. 16 654, 655 erörtern die Gefahren der Verjährung nach Beendigung des Kriegsteilnehmerverhältnisses und die Verantwortlichkeit des Rechtsanwalts. Wendriner schlägt eine VO. etwa folgenden Inhalts vor: Ist das Verfahren auf Grund der Verordnung vom 4. August 1914 unterbrochen oder ausgesetzt oder auf Grund des § 247 ZPO. oder der Verordnung vom 20. Januar 1916 ausgesetzt worden, so beginnt vor Beendigung des Kriegszustandes eine Verjährung der im Streit befangenen Ansprüche nicht zu laufen, solange nicht das Verfahren aufgenommen oder der Aussetzungsbeschluß aufgehoben ist.

6. Gehrlein, JW. 16 955. Die Aufsätze von Süßer und Wendriner gehen von einer falschen Voraussetzung aus. Die Unterbrechung und die Aussetzung enden nicht mit Wegfall der Voraussetzungen des § 2, sondern ausschließlich

1. mit der Beendigung des Kriegszustandes;

2. vor diesem Zeitpunkt mit der Aufnahme des Verfahrens durch den Kriegsteilnehmer, und

3. im Falle der Kriegsteilnehmer die Aufnahme nicht innerhalb der in Abs. 2 § 4 gesteckten Frist selbst betätigt und alsdann vom Gegner zur Aufnahme und zur Verhandlung der Hauptsache gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes geladen wird,

a) wenn er auf die Ladung zur Verhandlung erscheint, mit dem Zeitpunkte, in welchem er den Wegfall des nach § 2 maßgebenden Verhältnisses zugesteht, oder, wenn

er den Wegfall bestreitet, mit dem Zeitpunkt, in welchem das Prozeßgericht den Beweis hierfür als erbracht erachtet, und

b) wenn er nicht erscheint, mit der Verwirklichung der in § 4 Abs. 2 Satz 2 bestimmten Versäumnisfolge durch das Prozeßgericht. Hiergegen Süßer, JW. 16 1108: § 4 behandelt nur die prozessuale Beendigung, ausschlaggebend ist aber die durch § 4 nicht berührte materielle Rechtslage (vgl. 211 Abs. 2 BGB., RG. 72, 185) und dagegen nochmals Gehrlein JW. 16 1331. Ihm erwidert Süsser das. 1466.

II. Die Ausschlußfristen (Abs. 2).

(Abschnitt 1 in Bd. 1, 132.)

2. Andere Fristen.

(Erläuterung 1 in Bd. 1, 133.)

2. AussiAPrivatV., Veröffentl. 15 71. Die zahlreichen in dem Gebiet des Versicherungsrechts vertraglich vereinbarten Ausschlußfristen fallen, auch wenn sie sich auf die Beschreitung des Rechtsweges beziehen, nicht unter § 8 Abs. 2 KTSchG.

§ 9.

(Erläuterung 1—7 in Bd. 1, 137ff.)

8. Kallee a. a. O. 163. § 9 gilt auch für die Gewerbegerichte und die Kaufmannsgerichte.

2. Bekanntmachung über die Vertretung der Kriegsteilnehmer in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vom 14. Januar 1915.

(RGBl. 17.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 136—138.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 2, 31.

Schäffer in Hellberg und Schäffer, Schrifttum und Rechtsprechung zum Kriegsprozeßrecht. JW. 16, 219, 452, 876.

§ 1.

Inhaltsübersicht.

I. Allgemeine Bedeutung des § 1 I 140, II 31. III 16. Findet § 752 ZPO. Anwendung? II 31, III 16.
1. Bejahend II 31, III 16.
2. Verneinend II 32.
II. Für welches Verfahren gilt der § 1? I 140, II 33, III 16.
III. Gilt der § 1 auch für nicht vermögensrechtliche Ansprüche? I 140, II 33.
1. Bejahend I 140, II 33.
2. Verneinend I 140.
IV. Der Antrag des Gegners I 141, II 33, III 17.
a) Der Antragsberechtigte I 141, II 33, III 17.
b) Der Inhalt des Antrags I 141.
V. Die Entscheidung des Vorsitzenden I 142, II 34.
1. Zuständigkeit II 34.
2. Die Anhörung von Verwandten, und anderen Personen I 142.
3. Die Prüfung des Erfordernisses der offenbaren Unbilligkeit I 142, II 34.
4. Die Verpflichtung zur Bestellung eines Vertreters I 144.
5. Die Unzulässigkeit der Bestellung eines Vertreters beim Vorhandensein eines anderen Vertreters I 144, II 34.
6. Die Person des Vertreters I 145, II 34.
7. Die Haftung des Vorsitzenden I 145.
VI. Die Rechtsmittel gegen die Entscheidung I 145, II 34, III 18.
1. Die Beschwerde I 145, II 34, III 18.
2. Kann der Vorsitzende seine Entscheidung nachträglich wieder aufheben? I 146, II 36.
a) Bejahend I 146, II 36.
b) Verneinend I 146.
VII. Die Rechtsstellung des Vertreters I 146, II 36, III 18.
1. Die Rechtsnatur des Vertretungsverhältnisses I 146, II 36, III 18.
2. Das Verhältnis zwischen Vertreter und Kriegsteilnehmer I 148, II 37.

I. Allgemeine Bedeutung des § 1.

Findet § 752 ZPO. Anwendung? (s. hierzu auch Bd. 1, 111 1d β bis ε und 2γ).

1. Bejahend. (Erläuterung a bis e in Bd. 2, 31, 32.)

f) BreslauAK. 16 33 (AG. Brieg). Die in § 752 Abs. 1 ZPO. vorgeschriebene Anzeige an die Militärbehörde erübrigt sich nicht dadurch, daß dem Schuldner auf Grund des § 1 VO. v. 14. Januar 1915 ein Vertreter bestellt ist, denn diese Anzeige ist auch beim Vorhandensein eines Prozeßbevollmächtigten im Sinne des § 79 ZPO. erforderlich und der „Prozeßvertreter" steht dem Prozeßbevollmächtigten gleich; er unterscheidet sich von ihm nur durch die Art der Bestellung.

2. Verneinend zu vgl. Bd. 2, 32.

II. Für welches Verfahren gilt der § 1? (Bd. 1, 140.)

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 33).

3. DRAZ. 16 150 (AG. Darkehmen). Die Bestellung des Vertreters verpflichtet ihn zur Vornahme aller Rechtshandlungen bis zur endgültigen Durchführung des Prozesses einschließlich der Zwangsvollstreckung.

4. Chone, DJZ. 16 435. Das Wort Rechtsstreit im Abs. 1 der VO. muß dahin ausgelegt werden, daß unter Rechtsstreit nicht nur das Erkenntnisverfahren, sondern auch das daran anschließende Vollstreckungsverfahren zu verstehen ist. So hat auch das Reichsgericht, Bd. 54 S. 206, den Ausdruck Rechtsstreit im § 36 Nr. 6 ZPO. ausgelegt. Übrigens geht aus der Fassung des § 2 KTSchG. hervor, daß unter bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach Ansicht des Gesetzgebers das Verfahren und die Vollstreckung zu verstehen ist. Die §§ 2ff. das. bestimmen, wann in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten das Verfahren unterbrochen wird, während der § 5 Bestimmungen darüber enthält, wann in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten die Vollstreckung eingeschränkt wird. Verfahren und Vollstreckung werden aber im § 2 unter den höheren Begriff der Rechtsstreitigkeit subsummiert.

Der bestellte Vertreter hat sonach auch die Rechte und Pflichten des Kriegsteilnehmers im Vollstreckungsverfahren wahrzunehmen. Für die Anwendung des § 5 KTSchG. ist kein Raum, da die VO. vom 14. Januar 1915 nicht die in dem KTSchG. enthaltene Trennung zwischen Verfahren und Vollstreckung vornimmt. Da vielmehr § 5 KTSchG. seinen Grund lediglich darin hat, daß der abwesende Schuldner im Vollstreckungsverfahren möglicherweise nicht genügend vertreten ist, aber andererseits der bestellte Vertreter mit dazu bestellt ist, den abwesenden Schuldner im Vollstreckungsverfahren zu vertreten, ist es ohne Rücksicht auf den § 5 das. für statthaft zu halten, daß die Vollstreckung gegen einen Schuldner, dem gemäß der VO. vom 14. Januar 1915 ein Vertreter bestellt ist, bis zum Ende durchgeführt wird. Anders ist die Rechtslage, wenn der im Kriege befindliche Schuldner einen Prozeßbevollmächtigten hat, und daher die Bestellung eines Vertreters sich zunächst erübrigt hat. Man kann dem Prozeßbevollmächtigten nicht die Pflicht auferlegen, die Einwendungen, die der Schuldner bei der Vollstreckung vielleicht haben könnte, selbst ausfindig zu machen oder bei der Versteigerung darauf zu achten, daß die Rechte des Schuldners gewahrt werden. Derartige Pflichten hat nur ein nach Art eines Vormundes oder Pflegers besonders bestellter Vertreter. Dieser kann auch in Erfüllung der vorerwähnten Pflichten weit über den Rahmen der Prozeßvollmacht hinaus mit dauernder Rechtswirksamkeit für den Kriegsteilnehmer Handlungen vornehmen und Willenserklärungen abgeben. Er wird besonders oft als Geschäftsführer ohne Auftrag handeln müssen, während der Prozeßbevollmächtigte im allgemeinen stets als Beauftragter des Schuldners zu handeln hat. Das Vorhandensein eines Prozeßbevollmächtigten des Kriegsteilnehmers reicht hiernach nicht aus, um die Vollstreckung bis zum Ende durchzuführen. Hier gilt § 5 KTSchG., zumal auch die Fortführung des Rechtsstreits durch einen Prozeßbevollmächtigten des Kriegsteilnehmers ausschließlich in dem KTSchG. geregelt ist, und der § 2 der VO. vom 14. Januar 1915 ebenfalls nur ein Bestandteil des KTSchG. ist.

Die Durchführung der Vollstreckung ist also nur zulässig, wenn ein gemäß § 1 der VO. vom 14. Januar 1915 amtlich bestellter Vertreter des Schuldners vorhanden ist, dann aber stets.

5. BreslauAK. 16 76, JW. 16 1041 (LG. Hamburg). Unter Rechtsstreit im Sinne des § 1 VO. vom 14. Januar 1915 (RGBl. 17) ist die Zwangsvollstreckungsinstanz nicht einbegriffen. Die Vertreterbefugnis endet mit der Rechtskraft des Urteils. Der Kriegsvertreter kann also nicht zum Offenbarungseid geladen werden.

(Abschnitt III in Bd. 2, 33.)

IV. Der Antrag des Gegners.

Der Antragsberechtigte.

(Erläuterung a bis d in Bd. 1, 141; e bis g in Bd. 2, 33.)

h) JW. 16 610, LeipzZ. 16 482 (Bamberg II). Die Bestellung eines Vertreters kann auch schon vor Erhebung der Klage und zum Zwecke der Zustellung der Klageschrift erfolgen, denn die VO. unterscheidet nicht zwischen anhängigen und erst anhängig werdenden Rechtsstreitigkeiten, und eine solche Unterscheidung hat auch gar keinen Zweck, weil auch schon mit der Zustellung der Klage oder des Zahlungsbefehls an den KT. (§§ 172, 201, 202 ZPO.) die Unterbrechung des Verfahrens eintritt und nun die Bestellung eines Vertreters zulässig wäre. Zustimmend Goldschmit, JW. 16 610.

i) DJZ. 16 447, JW. 16 611 (Breslau III). Aus § 2 ist nicht zu folgern, daß die Bestellung erst nach Rechtshängigkeit erfolgen dürfe, sondern nur, wer Kriegsteilnehmer ist. Dies ist aber unabhängig davon, ob er schon Partei geworden ist oder erst werden soll. Die VO. deutet nirgends an, daß die Bestellung eines Vertreters die Rechtshängigkeit voraussetze. Ihr Zweck, einer offenbar unbilligen Verhinderung der Rechtsverfolgung entgegenzutreten, wäre aber oft nicht zu erreichen, wenn eine vorherige Zustellung der Klage an den Kriegsteilnehmer Voraussetzung wäre. Denn öfter ist eine Zustellung unausführbar, z. B. wenn eine Partei Kriegsgefangener oder Geisel ist (§ 2 Nr. 3 KTSchG.). Dann bedarf es der Bestellung eines Vertreters, um die Rechtshängigkeit zu ermöglichen. In anderen Fällen ist dies zwar auch ohne Bestellung zu erreichen, da die Zustellung an einen Kriegsteilnehmer, wenn sie tatsächlich bewirkt werden kann, die Rechtshängigkeit begründet. Auch dann tritt aber, wenn der Kriegsteilnehmer ohne Vertreter ist, mit der Begründung der Rechtshängigkeit die Unterbrechung des Verfahrens ein, die die Bestellung eines Vertreters nötig macht. Es fehlt an einem ausreichenden Grunde, den Kläger zu zwingen, vor Stellung des Antrages den umständlichen und zeitraubenden Weg der Zustellung an den Kriegsteilnehmer zu betreten, um hinterdrein doch zur Beseitigung der Unterbrechung die Bestellung eines Vertreters beantragen zu müssen.

k) Freymuth, JW. 16 1394. Die Bek. ist offenbar zunächst nur auf den Fall der Vertreterbestellung vor Klageerhebung abgestellt. Wenn der Vertreter bestellt wird, während das Verfahren schon unterbrochen oder ausgesetzt ist, muß man die Vorschriften des § 4 Vertret. Bek. entsprechend anwenden. Das Verfahren ist so, daß der Gegner „zur Aufnahme des Verfahrens und zugleich zur Verhandlung der Hauptsache" lädt. Wenn der Vertreter erscheint (im Anwaltsverfahren natürlich sein Anwalt), so ist aber auch jetzt nicht etwa richtig, daß der Vertreter, der den Fortgang des Verfahrens nicht wünscht, einen „Aussetzungsantrag" zu stellen hätte. Denn das unterbrochene oder ausgesetzte Verfahren ist noch gar nicht wieder im Gange, kann also auch nicht „ausgesetzt" werden. Der richtige Antrag des Vertreters geht vielmehr dahin, den Aufnahmeantrag des Gegners abzulehnen. Das Gericht hat richtigerweise nicht darüber zu entscheiden, ob das Verfahren ausgesetzt werden soll, sondern darüber, ob das unterbrochene oder ausgesetzte Verfahren erneut in Gang kommen soll. Soll es dies, so hat das Gericht durch Beschluß dahin zu entscheiden, daß das Verfahren als aufgenommen gelte; dies kann auch im Versäumnisverfahren geschehen (Vertr. Bek. § 4 Abs. 2 Satz 3). Das Verfahren ist dann von diesem Zeitpunkt an wieder in Gang gekommen. Hält das Gericht aber den Weiterlauf des Ver-

fahrens nicht für angebracht, so hat es durch Beschluß den Aufnahmeantrag des Gegners abzulehnen. Ein Verfahren ohne mündliche Verhandlung ist unzulässig. Stets muß geladen und in mündlicher Verhandlung befunden werden. Nur dann ist dies anders, wenn der Vertreter des KT. selbst das Verfahren aufnehmen will. Dies kann er, und zwar dadurch, daß er dem Gegner einen Aufnahmeschriftsatz zustellt (§ 250 ZPO.). Das Verfahren kommt dann mit der Zustellung dieses Schriftsatzes in Lauf. Wollte etwa später der Vertreter den Fortgang des Verfahrens hemmen, so hätte er dann allerdings einen „Aussetzungsantrag" zu stellen, da ja jetzt wirklich ein (wieder) im Gange befindliches Verfahren aufgehalten werden soll.

l) PostMSchr. 16 9 (LG. Graudenz). Solange die Klage nicht zugestellt ist, ist die Bestellung eines Vertreters nicht zulässig, denn die VO. setzt voraus, daß der Rechtsstreit bereits anhängig ist; ebenso Recht 16 Nr. 1139 (LG. Görlitz).

(Abschnitt V in Bd. 1, 142; 2, 34.)

VI. Die Rechtsmittel gegen die Entscheidung.

1. Die Beschwerde.

Ist sie zulässig gegen die Bestellung des Vertreters?

a) Verneinend (Erläuterung α bis λ in Bd. 2, 34ff.).

μ. LeipzZ. 16 829 (Hamburg II), ElsLothZ 16 92 (Colmar I), DZ. 16 547 (Oldenburg). Gegen die Bestellung zum Vertreter gemäß § 1 hat weder die Partei noch der Vertreter ein Beschwerderecht. Das folgt für die Partei aus § 567 ZPO. und für den Vertreter aus der Erwägung, daß er mangels einer bestehenden Annahmepflicht durch die Bestellung allein nicht beschwert wird. → Ebenso KG. III, ζ in Bd. 2, 35. ←

ν. HansGZ. 16 BBl. 132, LeipzZ. 16 413, OLG. 32 281 (Hamburg I). Gegen den Beschluß des Landgerichts, der auf erhobene Beschwerde hin einem auf Bestellung eines Vertreters gerichteten Gesuch stattgegeben hat, ist eine weitere Beschwerde des Gegners nicht zulässig. → Ebenso Dresden, ϑ in Bd. 2, 35. ←

ξ. BreslauAK. 16 25 (Breslau IV). Der Antrag auf Bestellung eines Vertreters ist ein das Verfahren betreffendes Gesuch; da das LG. dem Gesuch stattgegeben hat, findet eine Beschwerde nicht mehr statt (§ 567 ZPO.). Der Bekl. als Kriegsteilnehmer wird durch die Bestellung des Vertreters auch nicht beschwert, denn es ist ihm unbenommen, durch diesen Vertreter nunmehr geltend zu machen, daß die Führung des gegen ihn angestrengten Prozesses offenbar unbillig und das Verfahren demgemäß auszusetzen sei.

b) Bejahend zu vgl. Bd. 2, 36.

VII. Die Rechtsstellung des Vertreters.

1. Die Rechtsnatur des Vertretungsverhältnisses.

(Erläuterung a bis f in Bd. 1, 146ff.; g bis i in Bd. 2, 36, 37.)

k) Zieger, Zur rechtlichen Stellung des Kriegsteilnehmervertreters im Sinne der BRVO. vom 14. Januar 1915, SächsA. 16 129. Der Vertreter ist ein Abwesenheitspfleger besonderer Art. Soweit sich nicht aus der VO. etwas Abweichendes ergibt (Bestellung und deren Aufhebung durch den Vorsitzenden, Vergütungsanspruch), finden auf den Vertreter die Vorschriften der Abwesenheitspflegschaft Anwendung. Daraus folgt:

I. Der Vorsitzende ist, wenn nicht ein Übergehungsgrund (§ 1778 BGB.) vorliegt, an die Berufungsreihe der §§ 1776, 1898, 1899 BGB. gebunden. Der Vertreter ist zur Amtsannahme verpflichtet vorbehaltlich des Rechts, seine Entlassung nachzusuchen (§ 1889 BGB.).

II. Der Vertreter tritt weder zur Gegenpartei noch zum KT. in ein Vertrags- oder vertragsähnliches Verhältnis. Er haftet dem KT. für schuldhafte Pflichtverletzung nach Maßgabe des § 1833 BGB. und bei schuldhafter grundloser Ablehnung der Amtsannahme nach § 1787 das. Sein Anspruch auf Auslagenersatz regelt sich nach § 1835 das.

III. Der Vertreter ist zur Anlegung und Verzinsung des für den KT. empfangenen

Geldes nach Maßgabe der §§ 1806ff., 1834 verpflichtet. Er bedarf nach näherer Vorschrift der §§ 1821ff. BGB. der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung.

IV. Sein Amt endet mit der Rechtskraft des Urteils (zur Einlegung von Rechtsmitteln ist er befugt, dagegen nicht zur Wiederaufnahmeklage), durch Bestellung eines rechtsgeschäftlichen Vertreters seitens des KT. und durch Wegfall der Voraussetzungen. §§ 1919, 1921 Abs. 2 BGB. sind entsprechend anzuwenden, dagegen nicht §§ 1683, 1882 das.

l) Landsberg, PosMSchr. 16 3. Der Vertreter wird dem Kriegsteilnehmer aufgedrängt. Gleichwohl wird man nicht davon sprechen können, daß es sich um einen Interessenvertreter einerseits des Kriegsteilnehmers, andererseits des Gegners handle, daß die Vertreterstellung Amtscharakter bekomme wie die des Konkurs- oder Zwangsverwalters, daß der Vertreter amtsähnlich die sachliche Voraussetzung seiner Bestellung, die offenbare Unbilligkeit, nachzuprüfen habe unter „objektiver Berücksichtigung" der Interessen des Gegners (so Bendix, SächsA. 15 310). Diese unbefangene Prüfung der Unbilligkeitsfrage ist lediglich Sache des Gerichtsvorsitzenden, der den Vertreter zu bestellen hat. Wer zur Vertretung einer Prozeßpartei berufen ist, wird von Rechts wegen einseitig; er kann nicht mehr die Interessen des Gegners in irgendeiner Hinsicht vertreten, und er empfängt vom Gegner auch eine etwaige Vergütung lediglich dafür, daß er rückhaltslos der eigenen Partei dient. Die Zwitterhaftigkeit des Vertreters besteht also nur darin, daß er durch die Tatsache seines Daseins dem Prozeßbetriebszwecke des Gegners, durch die Ausübung seiner Tätigkeit aber einzig und allein den Interessen des Kriegsteilnehmers dient.

m) Landsberg, PosMSchr. 16 2. Der Vertreter kann zur Annahme der Vertreterstellung nicht gezwungen werden.

n) LeipzZ. 16 625 (Breslau II). Ebenso wie der in Aussicht genommene oder zunächst bestellte Vertreter das Recht hat, die Vertretung abzulehnen, da eine Pflicht zu deren Annahme nicht besteht, muß demjenigen, der sie angenommen und eine Zeitlang geführt hat, das Recht zugestanden werden, sie aufzukündigen, da auch keine Pflicht besteht, sie fortzuführen. Es sind hier die Vorschriften des BGB., insbes. § 671, anzuwenden. Der Vorsitzende des Prozeßgerichts hat daher einen anderen Vertreter zu bestellen.

o) PosMSchr. 16 9 (LG. Graudenz). Ein Zwang zur Annahme des Vertreteramts besteht nicht, auch nicht für die Ehefrau des Kriegsteilnehmers.

p) LeipzZ. 16 828 (Celle IV). Für den auf Antrag des Gegners bestellten Vertreter besteht eine Pflicht zur Übernahme des Amtes nicht (Stein, Anm. 5 zu § 57 ZPO.). Weigert er sich, so wird auf Verlangen des Antragstellers ein anderer Vertreter zu bestellen sein. Macht er die Übernahme des Amtes von der Leistung eines Vorschusses abhängig, so steht das einer bedingten Ablehnung gleich. Es bleibt alsdann Sache des Antragstellers, zu prüfen, ob er sich für die Vorschußzahlung entschließen will oder nicht.

q) LeipzZ. 16 1263 (Hamburg FS.). Der Vertreter kann sein Amt nicht einseitig niederlegen, denn er ist nicht Bevollmächtigter, sondern gesetzlicher Vertreter kraft richterlicher Bestallung.

r) Fröhlich, JW. 16 1258. Der Vorsitzende des Prozeßgerichts hat zwar die Befugnis, für den Kriegsteilnehmer einen Vertreter zu bestellen, nicht aber die Befugnis, die Geschäftsführung des Vertreters in der Weise zu beaufsichtigen, wie das Vormundschaftsgericht die Geschäftsführung des Abwesenheitspfleger nach §§ 1915, 1837 BGB. zu beaufsichtigen hat.

§ 2.

Inhaltsübersicht.

I. Vermögensrechtliche Streitigkeiten I 148.
II. Der Begriff der offenbaren Unbilligkeit I 149, II 38, III 20.
1. Allgemeines II 38, III 20.
2. Einzelfälle II 40.
a) Der Kriegsteilnehmer ist Gesellschafter II 40, III 21.
α. Offenbare Unbilligkeit bejaht II 40, III 21.
β. Verneint II 41, III 21.
b) Das Geschäft des KT. wird fortgeführt II 42, III 21.
α. Offenbare Unbilligkeit bejaht II 42, III 21.

β. Verneint II 42, III 21.
c) Bedeutung der Verfahrenslage II 43, III 22.
α. Offenbare Unbilligkeit bejaht II 43, III 22.
β. Verneint II 44, III 23.
d) Bedeutung des Verhaltens der KC. II 45, III 23.
α. Offenbare Unbilligkeit bejaht II 45, III 23.
β. Verneint II 46.
e) Bedeutung der Art des Anspruchs II 46, III 24.
α. Anspruch auf Arbeitslohn II 46.
β. Anspruchkauf Mietzins und Räumung II 47, III 24.
γ. Anspruch auf Herausgabe von Schriftstücken II 47.
δ. Vaterschafts- und Unterhaltsklage II 47, III 25.
ε. Interventionsklage II 47, III 26.
f) Bedeutung der Höhe und Sicherheit des Anspruchs II 47.
g) Vermischtes II 48, III 26.
III. Die Stellung des Aussetzungsantrags durch den nach § 1 bestellten Vertreter I 150, III 28.
1. Bejahend I 150, III 28.
2. Verneinend I 150.
IV. Die Entscheidung über den Aussetzungsantrag und ihre Anfechtung I 151, II 48, III 28.
V. Die Unanwendbarkeit des § 2 auf frühere Aussetzungen I 151.

(Abschnitt I in Bd. 1, 148.)

II. Der Begriff der offenbaren Unbilligkeit.

(Zu vgl. die Erläuterung a bis i in Bd. 1, 150, 151.)

1. Allgemeines.

(Erläuterung a bis s in Bd. 2, 38ff.)

t) HansGZ. 16 170 (Hamburg IV). Der Schuldner kann auch, wenn er keine Einwendungen gegen die Klageforderung hat, ein berechtigtes Interesse an der Aussetzung haben; insbesondere ist dies dann der Fall, wenn sich seine wirtschaftliche Lage infolge seiner Einberufung derart verschlechtert hat, daß ihm die Befriedigung der Forderung nicht möglich ist (vgl. die bei Güthe-Schlegelberger, Kriegsbuch 1, 50; 2, 39 angeführten Entscheidungen).

u) DJZ. 16 642, OLG. 32 276 (Hamburg II). Bekl. ist überraschend abberufen, er konnte seine Angestellten nicht instruieren. Es handelt sich um ein verwickeltes Geschäft und große Summen, so daß Bekl. ein erhebliches Interesse daran hat, persönlich den Rechtsstreit zu instruieren. Demgegenüber muß das Interesse des Kl., bald die Klagesumme zu erhalten, zurücktreten. Auch ist die rein theoretische Erwägung, daß die Vermögensverhältnisse des Bekl. sich verschlechtern könnten, nicht beachtlich.

v) DJZ. 16 447 (Darmstadt II). Offenbar unbillig ist die Aussetzung, wenn sie dem Gegner erhebliche Nachteile bringt, während eine Fortsetzung des Rechtsstreits die Interessen des Kriegsteilnehmers überhaupt nicht gefährdet. B. ist durch das Automobil des B. beträchtlich verletzt und es ist durch den Arzt glaubhaft gemacht, daß eine Hinausschiebung der Entscheidung auf ungewisse Zeit die Gefahr einer weiteren Gesundheitsschädigung für B. in sich schließt. Andererseits ist die Beweisaufnahme beendigt, höchstens noch die Begutachtung der Erwerbsfähigkeit durch Ärzte in Aussicht, wobei die persönliche Anwesenheit des Bekl. nicht erforderlich ist; auch dessen Anwalt ist vollkommen mit der Sache vertraut, so daß persönliche Rücksprache mit ihm entbehrlich ist; endlich führt — wenn auch nicht formell — die hinter dem Bekl. stehende Versicherungsgesellschaft selbst den Prozeß und wahrt sorgsamst die Interessen des Bekl., dem sie im Falle des Unterliegens aufzukommen hat. Die Fortführung des Rechtsstreits braucht daher der Bekl. im Felde auch seelisch nicht zu bedrücken, während die Aussetzung für den Kl. offenbar unbillig wirken würde.

w) Recht 16 357 Nr. 645 (Nürnberg II). Ergibt sich bei der Prüfung der Frage einer offenbaren Unbilligkeit und der gegenseitigen Abwägung der Interessen des Kriegsteilnehmers und seines Gegners ein Widerstreit, so verdienen die Interessen des Kriegsteilnehmers den Vorzug.

x) BreslauAK. 16 23 (LG. Oppeln). Offenbar unbillig gegen den Kriegsteilnehmer ist es, durch die Bestellung eines Vertreters ein ihm ungünstiges, dem Gläubiger sonst nicht

offenstehendes Verfahren zu ermöglichen (das Mahnverfahren war unzulässig, weil die Zustellung des Zahlungsbefehls im Ausland erfolgen mußte, § 688 Abs. 2 ZPO.).

2. Einzelfälle.

a) Der Kriegsteilnehmer ist Gesellschafter.

α. Offenbare Unbilligkeit ist bejaht.

(Erläuterung αα bis λλ in Bd. 2, 40, 41.)

μμ. SächsA. 16 283 (Dresden IX u. VIII). Nach der vom entscheidenden Gericht ständig befolgten Ansicht ist bei Klagen einer offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft die Aussetzung regelmäßig nicht geboten, wenn wenigstens ein vertretungsberechtigter Gesellschafter nicht Kriegsteilnehmer ist. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß dieser an sich nicht allein vertretungsberechtigt ist, falls diese Einschränkung seiner Vertretungsmacht die Fortführung der Geschäfte nicht unmöglich macht.

β. Offenbare Unbilligkeit ist verneint.

(Erläuterung αα bis εε in Bd. 2, 41, 42.)

ζζ. SächsA. 16 121 (Dresden). Es handelt sich im Prozesse um den vom Bekl. der Klageforderung entgegengesetzten Einwand der arglistigen Täuschung, die von dem Gesellschafter X. begangen sein soll, der im Felde steht. Über diesen Einwand ist umfangreiche Beweisaufnahme angeordnet. Daß X. diesen Beweiserhebungen persönlich beiwohne, liegt im besonderen persönlichen Interesse des X. Daß diesem die Verteidigung gegen den Vorwurf der Täuschung wegen seiner Kriegsteilnahme vereitelt werde, widerspricht der Absicht des Gesetzes. Sein persönliches Interesse an der Aussetzung des Verfahrens ist derart überwiegend, daß es nicht gerechtfertigt erscheinen würde, die Aussetzung aus dem formalen Grunde zu versagen, daß er nicht für sich allein Partei ist, sondern daß eine unter seiner Beteiligung stehende offene Handelsgesellschaft klagt.

b) Das Geschäft des Kriegsteilnehmers wird fortgeführt.

α. Offenbare Unbilligkeit ist bejaht.

(Erläuterung αα bis ζζ in Bd. 2, 42.)

ηη. DJZ. 16 350 (Dresden VII). Offenbare Unbilligkeit der Aussetzung zugunsten des im Felde stehenden, auf Zahlung des Mietzinses verklagten Mieters ist angenommen, da das Geschäft nur dadurch fortbetrieben werden könnte, daß der Vermieter den Vertrag über die Ladenmiete fortsetze.

β. Offenbare Unbilligkeit ist verneint.

(Erläuterung αα bis μ in Bd. 2, 42, 43.)

κκ. ElsLothZ. 16 2 (Colmar II). Aus der bloßen Tatsache der Weiterführung des Geschäfts durch Angehörige des Schuldners kann die offenbare Unbilligkeit noch nicht gefolgert werden.

λλ. OLG. 32 270 (Dresden IV). Der Umstand, daß auf Antrag des Klägers vom Registergericht für die Dauer der Kriegsabwesenheit des J. dessen Frau als Geschäftsführerin für den Beklagten bestellt worden ist, steht der Aussetzung nicht entgegen; hierbei handelt es sich augenscheinlich nur um einen Notbehelf, nicht aber um einen vollwertigen Ersatz, durch den die durch die Einberufung des früheren Geschäftsführers entstandenen Schwierigkeiten in der Hauptsache wieder beseitigt worden wären.

μμ. DJZ. 16 349 (Darmstadt II). Zwar steht fest, daß B. einen Geschäftsführer zurückließ, der Geschäfte abschließt, Wechsel ausstellt, Vereinbarungen trifft. Allein das AG. hat gemäß VO. vom 8. August 1914 die Geschäftsaufsicht über das Vermögen des Bekl. verfügt, so daß Konkurs- und ZwVollstr. vorerst verhindert, andererseits die vorhandenen Mittel zur Befriedigung der Gläubiger verwendet werden (§ 8 a. a. O.). Nun hat freilich Bekl. den Klageanspruch bestritten, so daß die Verzögerung seiner Feststellung an sich wohl für Kl. als „offenbar unbillig" erscheinen könnte. Nachdem die bestellte Auf-

sichtsperson fast die ganze Forderung inzwischen anerkannt hat vorbehaltlich der Vorlage der Wechsel, und nur für den Restbetrag einen leicht zu führenden Nachweis mit Recht fordert, ist die Ablehnung des Aussetzungsantrages nicht mehr durch Rücksichtnahme auf Kl. zu rechtfertigen. Der von ihm betonte Gesichtspunkt, er habe das Interesse, Urteil zu erwirken, um nach Aufhebung der Geschäftsaufsicht alsbald in der Vollstreckung anderen Gläubigern zuvorkommen zu können, ist als ein solches schutzbedürftiges Interesse nicht anzuerkennen, da es den Zwecken der Geschäftsaufsicht zuwiderläuft.

c) Die Bedeutung der Verfahrenslage.

a. Offenbare Unbilligkeit ist bejaht.

(Erläuterung *αα* bis *ηη* in Bd. 2, 43, 44.)

θθ. LeipzZ. **16** 560 (Hamburg I). Der Rechtsstreit ist seit März 1913 anhängig; er ist von beiden Seiten sorgfältig vorbereitet worden. Mehrfach hat mündliche Verhandlung und Beweisaufnahme stattgefunden. In der Verhandlung vom 12. Januar 1916, auf welche die Entscheidung noch aussteht, ist ein Aussetzungsantrag nicht gestellt worden, sondern erst nachher, also zwischen der Verhandlung und der Verkündung einer Entscheidung. Eine Aussetzung in diesem Stadium des Rechtsstreits wäre offenbar unbillig. Ob dies auch nach Verkündung der Entscheidung der Fall sein wird, läßt sich noch nicht übersehen.

ιι. SächsA. **16** 400 (Dresden IV). Offenbare Unbilligkeit bejaht wegen Entscheidungsreife des Rechtsstreits.

κκ. SächsA. **16** 199 (Dresden IV). Der Kläger, der bereits seit dem August 1914 bei dem Heere steht, hat zunächst den — seit dem August 1913 anhängigen — Prozeß bis zur Erwirkung des ihm günstigen Urteils erster Instanz vom 17. September 1915 fortbetrieben. Auf Grund dieses Urteils ist er mit Vollstreckungsmaßnahmen gegen die Beklagten vorgegangen. Hiernach ist es unbillig, wenn er jetzt, wo die Beklagten gegen das erste Urteil Berufung eingelegt haben, das Verfahren ausgesetzt wissen will. Hatte er kein Bedenken, die Sache fortzustellen, solange er noch nicht im Besitze eines Schuldtitels gegen den Beklagten war, so kann ihm jetzt die weitere Einlassung auf die Sache bis zu ihrer endgültigen Entscheidung wohl angesonnen werden. Es ist nicht ersichtlich, daß die Prozeßlage für ihn infolge unvorhergesehener neuer Einwendungen der Beklagten eine wesentlich schwierigere geworden wäre.

λλ. Recht **16** 147 Nr. 333 (München). Offenbar unbillig ist die Aussetzung eines durch zwei Instanzen verlorenen Rechtsstreits lediglich zwecks Entschließung über die Revisionseinlegung, sofern der Briefverkehr mit dem unterlegenen Kriegsteilnehmer möglich ist.

μμ. RG. V, Recht **16** 247 Nr. 539. Die Kläger haben eine polizeiliche Bescheinigung beigebracht, wonach der Beklagte sich gegenwärtig bei der leichten Krankenkompagnie des 2. Ers.-Bat. eines Füs.-Reg. in Br. in einer Privatwohnung befindet, und offenbare Unbilligkeit geltend gemacht. Der Beklagte hat zwar widersprochen, weil er nur Krankenurlaub habe, dem Antrag war jedoch stattzugeben. Bei der Revisionsbegründung, worum es sich gegenwärtig handelt, kommen im wesentlichen nur Rechtsfragen in Betracht; auch kann eine etwa erforderliche Information jetzt von dem Beklagten erteilt werden. Da andererseits der Rechtsstreit bereits seit Mai 1913 anhängig ist, würde es in der Tat eine offenbare Unbilligkeit enthalten, wenn ihm jetzt nicht Fortgang gegeben würde.

νν. RG. V, LeipzZ. **16**, 458, WarnE. **16** 50. ... Daß ein Schutz bedürftiges Interesse an der weiteren Aussetzung des Verfahrens besteht, kann um so weniger angenommen werden, als es sich in der Revisionsinstanz nur um Rechtsfragen handelt, für deren geeignete Geltendmachung eine weitere persönliche Tätigkeit des Bekl. kaum in Betracht kommt, nachdem nunmehr ein Anwalt zu seiner Vertretung bestellt worden ist.

ξξ. JW. **16** 1426 (München). Die Klägerin behauptet, daß sie ihre klagbegründenden Tatsachen in der Hauptsache nur durch Eideszuschiebung vertreten könne, was bei der Art des Sachverhältnisses ohne weiteres glaubhaft ist. Es ist in hohem Maße unbillig, wenn ihr dieses Beweismittel durch Zufälligkeiten des Krieges verlorengehen würde. Sie wäre gegenüber den Rechtsnachfolgern des Beklagten fast rechtlos gestellt. Unter diesen Um-

ständen sind die Voraussetzungen des § 1 der erwähnten Bek. gegeben, weshalb die angefochtene Verfügung aufzuheben und die Aufstellung eines Vertreters für den Beklagten anzuordnen war.

β. Offenbare Unbilligkeit ist verneint.

(Erläuterung *aa* bis *γγ* in Bd. 2, 44, 45.)

δδ. JW. 16 684, LeipzZ. 16 698 (Bamberg II). Wenn § 3 Abs. 2 Satz 2 den Schutz dann versagt, wenn er eine offenbare Unbilligkeit bedeuten würde, so ist klar, daß es bei Anwendung dieser Ausnahme darauf nicht ankommen kann, ob eine Forderung anerkannt oder bestritten ist und ob die vorgeschützten Einwendungen mehr oder minder stichhaltig sind; denn das Wesen des Moratoriums besteht gerade darin, daß fällige und als solche auch gar nicht bestrittene Forderungen der Beitreibung zeitlich entzogen werden. Und letzten Endes sind es liquide Forderungen, die die wirtschaftliche Existenz des KT. am ehesten bedrängen und darum den gesetzl. Schutz notwendig machen. Der Ausnahmebestimmung liegt eine Gefährdung des Zwecks der Schutzvorschrift ferne; sie kann ihr Anwendungsgebiet nur dort finden, wo der KT. des gesetzl. Schutzes offensichtlich nicht bedarf oder auf Grund besonderer, sei es während des Krieges erst entstandener, sei es durch ihn und die Kriegsteilnahme überhaupt nicht beeinflußter Verhältnisse nach Treu und Glauben und dem Zwecke des Gesetzes hierauf einen Anspruch nicht erheben kann oder wo überwiegende, unabweisbare Interessen des Gläubigers außer Verhältnis zu den dem KT. drohenden Nachteilen stehen.

εε. SächsA. 16 245 (Dresden IV). Mit Rücksicht auf die besondere Lage des Falles offenbare Unbilligkeit trotz Spruchreife verneint.

ζζ. DJZ. 16 447 (Darmstadt II). Offenbare Unbilligkeit liegt in der Aussetzung im Fragefall nicht, da dem Gesellschafter E. der bekl. offenen HG. die Möglichkeit einer persönlichen Prüfung der Sachlage vor Abgabe seiner Eideserklärung bleiben muß, um so mehr, als sich daran ev. eine Eidesleistung im Felde knüpfen könnte.

d) Die Bedeutung des Verhaltens des Kriegsteilnehmers.

α. Offenbare Unbilligkeit ist bejaht.

(Erläuterungen *aa* bis *γγ* in Bd. 2, 45.)

δδ. DJZ. 16 545, OLG. 32 281, SächsA 16 165 (Dresden III). Der Inhaber der verkl. Firma hat der Kl. auf deren Anfrage nicht nur verschwiegen, daß er sich bereits (damals immobil) im Heeresdienst befand, er hat ihr auch erklärt, daß er schon den richtigen Ersatz hätte. Im Zusammenhang mit seiner weiteren Versicherung, daß die von der bekl. Firma eingegangenen Verpflichtungen jederzeit prompt erledigt werden würden, konnte die Kl. diese Erklärung nur dahin auffassen, daß sein Militärverhältnis die Abwicklung der Geschäfte in keiner Weise beeinflussen werde. Vor allem hat er aber, als er inzwischen mobil wurde, der Kl. diese Tatsache nicht, wie es nach den vorausgegangenen brieflichen Erklärungen unter allen Umständen die Pflicht eines redlichen Mannes war, sofort mitgeteilt, sondern sie die Lieferungen, die sie erst an diesem Tage begonnen hat, ruhig bewirken und fortsetzen lassen. Ein KT., der in solcher Weise trotz seiner Einberufung zur mobilen Truppe die Vorteile eines Geschäfts in Anspruch nimmt und genießt, handelt arglistig, wenn er sich den Verpflichtungen aus dem Geschäft unter Berufung auf den KTSchutz zu entziehen sucht.

εε. JW. 16 513 (Dresden IV). Die erhobene Schadensersatzklage ist darauf gestützt, daß der Beklagte einen bereits an die Klägerin fest verkauften Posten von 4000 Dutzend Strümpfen nachmals anderweit verkauft und der Klägerin die geschuldete Lieferung vorenthalten hat. Diese Handlungsweise, die durch eidesstattliche Versicherungen bescheinigt ist, hat zur Folge gehabt, daß die Klägerin selbst mit erheblichen Schadensersatzansprüchen von seiten ihres weiteren Abnehmers bedroht wird. Es widerspricht der Billigkeit, daß der Beklagte den aus seinem vertragswidrigen Verhalten gezogenen Gewinn bis auf weiteres behalten darf, während die Klägerin ihrerseits der sofortigen Geltend-

machung von Schadensersatzansprüchen ausgesetzt ist. Zur Verhütung offenbarer Unbilligkeit erscheint es bei dieser Sachlage angezeigt, daß das Verfahren zunächst seinen Lauf nimmt und dem Beklagten nach § 1 BRBO. vom 14. Januar 1915 ein Vertreter bestellt wird. Durch Hinausschiebung der Termine kann dem Beklagten Gelegenheit zu ausreichender Unterrichtung des Vertreters gegeben werden. Sollte sich im Verlaufe des Prozesses herausstellen, daß die Voraussetzungen, von denen dieser Beschluß ausgeht, im wesentlichen nicht zutreffen, so kann das Prozeßgericht immer noch der Frage der Aussetzung nähertreten.

β. Offenbare Unbilligkeit ist verneint zu vgl. Bd. 2, 46.

c) Die Bedeutung der Art des Anspruchs.

(Abschnitt *a* in Bd. 2, 46.)

β. Anspruch auf Mietzins oder Räumung.

(Erläuterung *aa*, *ββ* in Bd. 2, 47.)

γγ. OLG. 32 278 (Dresden IV). Die Klägerin hat, weil der Beklagte mit mehr als 10000 M. Miete im Rückstande sei, auf Räumung der Weinschankwirtschaft und der Wohnräume geklagt. Das LG. hat die Aussetzung als unbillig mit Recht abgelehnt. Die Schankräume sind seit einiger Zeit geschlossen und ihre Wiedereröffnung ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten Der Beklagte zahlt seit geraumer Zeit keine Miete Gleichwohl will er die Klägerin an der weiteren Verfügung über die Räume hindern und macht die Räumung von einer beträchtlichen Abfindung abhängig, deren Abforderung sich kaum rechtfertigen läßt. Gegen die Mietansprüche erhebt er drei Einwendungen, deren Instruktion nicht so schwierig sein kann, daß deshalb der Prozeß, in dem für die Klägerin wichtige Interessen auf dem Spiele stehen, während der ganzen Kriegsdauer ruhen müßte. Als Beweismittel kommen lediglich einige Briefe, dazu vielleicht Zeugen und Eid in Betracht. Die Auffindung der Briefe hätte längst bewerkstelligt sein können, zumal der Beklagte einige Male auf Urlaub hier war und dabei wenigstens diese geringen Arbeiten zwecks Zerstreuung der sich aufdrängenden Zweifel hätte leisten können. In Ansehung der letzten Gegenforderung fällt es auf, daß der Beklagte erst jetzt mit ihr hervortritt; soweit sie einer Begründung fähig ist, kann auch diese auf unüberwindliche Schwierigkeiten nicht stoßen. Die für den bisherigen Mangel an ausreichender Information angegebenen Gründe erscheinen nicht genügend. Stellen sich im Laufe des Verfahrens besondere Umstände heraus, die eine andere Beurteilung rechtfertigen, dann mag der Aussetzungsantrag erneuert werden.

δδ. PosMSchr. 16 58 (Posen V). Es ist zwar nicht aufgeklärt, ob der Beklagte in den gemieteten Räumen neben seiner Wohnung sein Kontor hat. Dies kann aber dahingestellt bleiben. Denn wenn Wohnung und Kontor vereint sind, ist die Aussetzung offenbar unbillig, da der geschuldete Mietzins dann zu einem Teile wenigstens aus der Fortsetzung des Gewerbebetriebes entstanden, also als Geschäftsschuld anzusehen ist. Dazu kommt, daß der Beklagte durch sein Gehalt als Oberleutnant bei einem mobilen Truppenteil eine nicht unerhebliche Einnahme hat, rund 6000 M. jährlich, und daß er ferner auch eigenes Kapital besitzt, mithin durch Verkauf oder Verpfändung von Wertpapieren oder Hypotheken Mittel zur Deckung der eingeklagten Mietschuld heranziehen kann. Bei dieser Sachlage, wo neben dem Gewerbebetrieb noch eine nicht unerhebliche Einnahmequelle vorhanden ist, kann der Anspruch des Vermieters nicht für die Dauer des Krieges aufgehalten werden, wenn es sich um eine Forderung handelt, die zum Teil aus der Fortsetzung des Gewerbebetriebs entstanden ist (vgl. OLG. 31 167, DJZ. 16 380).

Die Sachlage würde aber nicht anders zu beurteilen sein, wenn die gemieteten Räume nur als Privatwohnung für den Beklagten und seine Familie dienen. Hier muß entscheidend sein, daß der Beklagte, auch wenn er keinen Reingewinn aus dem Geschäft erzielt, sein Gehalt als Oberleutnant zur Verfügung hat, das in erster Reihe dazu dienen muß, die für seine Familie unbedingt notwendige Wohnung zu beschaffen. Außerdem erscheint es keineswegs unbillig, daß der Beklagte, falls der von ihm für den Unterhalt seiner Familie bestimmte Betrag sich nicht als ausreichend darstellen sollte, seinen durch sein Kapitalvermögen

ihm zustehenden Kredit anstrengt, um die notwendige Unterhaltspflicht zu erfüllen. Bei den dem Beklagten zur Verfügung stehenden Mitteln und der Möglichkeit, sich weitere Mittel zu verschaffen, ist es unbillig, dem Vermieter die Verfolgung seines Mietzinsanspruchs auf ungewisse Zeit hin zu versagen.

(Abschnitt γ in Bd. 2, 47.)

δ. Vaterschafts- und Unterhaltsklage.

(Erläuterung $\alpha\alpha$, $\beta\beta$ in Bd. 2, 47.)

$\gamma\gamma$. Stangl, BayRpflZ. 16 253 empfiehlt unter Hinweis auf eine Entsch. des LG. Straubing, lediglich den Unterhaltsanspruch einzuklagen, damit nicht aus der Bedeutung der Vaterschaftsklage für den Kriegsteilnehmer auch hinsichtlich des Unterhaltsanspruchs Bedenken gegen die Annahme offenbarer Unbilligkeit hergeleitet werden können.

$\delta\delta$. LeipzZ. 16 624 (Bamberg II). Der Rechtsstreit betrifft einen vermögensrechtl. Anspruch, nämlich den Unterhaltsanspruch des Kindes gegen seinen Erzeuger. Die Feststellung der Vaterschaft des B. bildet in diesem Rechtsstreite nur die Voraussetzung des Unterhaltsanspruchs. Übrigens spricht das Gesetz ganz allgemein von „vermögensrechtl. Anspruch", findet also auch Anwendung auf Rechtsstreite über einen teils vermögensrechtl., teils nicht vermögensrechtl. Anspruch. Die Aussetzung wäre zudem offenbar unbillig. Das Kind hat unter dem bisherigen Verhalten des B. zu leiden. B. hat noch keinen Unterhalt geleistet und durch das Bestreiten der Vaterschaft bewirkt, daß das Kind der Vorteile des KTSchG. über die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften nicht teilhaftig wurde. Ohne den Fortgang des Prozesses könnte das Kind in eine Notlage kommen.

$\varepsilon\varepsilon$. JW. 16 975 (München III). Der Beklagte hat eine große Anzahl von Briefen seines Vertreters, in welchen um Information gebeten war, erhalten, hat jedoch, wie sein Vertreter selbst angibt, auf keinen dieser Briefe eine Antwort erteilt. Dagegen hat er während des Prozesses der Mutter des Kindes einen freundschaftlichen Brief geschrieben, in welchem er anfragt, ob denn der Prozeß noch nicht erledigt sei, weil ihm sein Anwalt immer noch Nachricht gebe. Hieraus muß geschlossen werden, daß er selbst auf eine Aussetzung keinen Wert legt, daß er sogar die Erledigung des Prozesses wünscht und keine Einwendungen zu machen hat. Andererseits hat die Kindsmutter auch beschworen, daß sie während der einrechnungsfähigen Zeit nur mit dem Beklagten geschlechtlich verkehrt habe. Unter diesen Umständen würde es offenbar unbillig sein, wenn die Geltendmachung der Rechte des Kindes sich noch auf eine längere Zeit hinaus verzögern würde.

$\zeta\zeta$. Recht 16 357 Nr. 647 (Nürnberg II). Hat das uneheliche Kind Aussicht, auf Grund eines vorläufig vollstreckbaren Urteils nach dem FamUG. den Anspruch auf Unterstützung mit Erfolg geltend zu machen, während der im Felde stehende Beklagte im Berufungsverfahren die Einrede der mehreren Zuhälter neuerlich bringt, deren Erfolg vielfach von seiner Anwesenheit bei der Beweisaufnahme abhängt und schon vorher persönliche Nachforschungen durch ihn erfordert, so ist die Aussetzung des weiteren Verfahrens nach den Umständen des Falles nicht offenbar unbillig.

$\eta\eta$. Recht 16 357 Nr. 646 (Nürnberg II). Ob ein Rechtsstreit auf Feststellung der unehelichen Vaterschaft und auf Unterhalt nicht bloß eine bürgerliche Rechtsstreitigkeit darstellt, deren Aussetzung das Gericht bei der Kriegsteilnahme des Beklagten anzuordnen hat, sondern auch einen vermögensrechtlichen Anspruch betrifft, so daß die Aussetzung bei offenbarer Unbilligkeit unterbleiben kann, bedarf bei Verneinung der Unbilligkeit der Aussetzung keiner Entscheidung.

$\vartheta\vartheta$. SächsA. 16 244 (Dresden III). Für die Bemessung der Höhe des Unterhaltsanspruchs müssen die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Parteien während des Bestehens der Ehe und die jetzigen Einkommens- und Lebensverhältnisse des Bekl. geprüft werden. Hierfür bedarf es insbesondere eines Eingehens auf die Lage und die sonstigen Verhältnisse des früher dem Bekl. gehörig gewesenen Geschäfts. Die Aufrollung dieser Verhältnisse ist umständlich und schwierig und kann vom Bekl. nicht ohne eine Gefährdung

seiner Interessen einem Vertreter überlassen werden. Die Gefährdung der Interessen des Bekl. erscheint noch mit Rücksicht darauf, daß es sich um eine fortlaufende Rente handelt, und diese bei seiner Vermögenslage für ihn erheblich ins Gewicht fallen würde, so wesentlich, daß auch bei Berücksichtigung der Natur des Anspruchs als eines auf dem früheren ehelichen Verhältnis der Parteien beruhenden Unterhaltsanspruchs die Aussetzung nicht als offenbar unbillig bezeichnet werden kann.

u. BadRpr. 16 136 (Karlsruhe II). Nur der Zeuge X. ist noch nicht vernommen, von dem es ungewiß ist, ob er gefallen ist oder sich in einem Lazarett befindet. Ob seine Vernehmung, falls er noch am Leben ist, noch geboten ist, nachdem bereits die Mündelmutter und zwei Zeugen den behaupteten Geschlechtsverkehr der Mündelmutter mit diesen beiden Zeugen eidlich bestritten haben, kann dahingestellt bleiben, denn auch dann, wenn man diese Frage bejaht, liegt kein Anlaß zur Aussetzung vor, da nicht anzunehmen ist, daß der Bek.. persönlich besser als sein Vater imstande wäre, den Aufenthalt des X. zu ermitteln, der ihn im Prozeß vertritt. Andererseits hat die Kl. ein Interesse daran, daß der anhängige Rechtsstreit bald erledigt wird. Mag der Bekl. jetzt noch vermögenslos sein, so daß eine Vollstreckung vorerst keinen Erfolg verspricht, so kann ihm doch möglicherweise Vermögen zufallen, auf das die Kl. greifen kann, falls nicht der Vater des Bekl. aus freien Stücken die Zahlungspflicht seines Sohnes erfüllt. Ist die Verpflichtung des Bekl. einmal festgestellt, so kann die Kl. nach den Bestimmungen der FamUG. wegen ihrer Bedürftigkeit Unterstützung vom Lieferungsverband verlangen.

xx. HessRspr. 17 200 (LG. Gießen). Offenbare Unbilligkeit bejaht mit Rücksicht auf die Mittellosigkeit des Kindes.

ε. Interventionsklage.

(zu vgl. Bd. 2, 47.)

Recht 16 358 Nr. 658 (Nürnberg II). Die Aussetzung eines die Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung bezielenden Rechtsstreits ist offenbar unbillig, wenn der klagende Schuldner vor seinem Eintritt in das Heer den längst anhängigen Rechtsstreit rechtzeitig vorzubereiten unterlassen hat und die längere Einstellung der Zwangsvollstreckung dem in ungünstigen Vermögensverhältnissen befindlichen beklagten Gläubiger Nachteil zu bringen droht.

(Abschnitt f in Bd. 2, 47.)

g) Vermischtes.

(Erläuterung *α* bis *γ* in Bd. 2, 48.)

δ. DJZ. 16 451 (Karlsruhe I). Offenbar unbillig ist es, wenn ein Kriegsteilnehmer, der ohne genügende Glaubhaftmachung seiner Forderung aus Bauvertrag gemäß §§ 648, 885 BGB. und § 942 ZPO. beim AG. eine einstw. Verf. auf Eintragung einer Vormerkung seines Rechts auf Einräumung einer Sicherungshypothek erwirkt, dann den Gegner zur mündlichen Verhandlung über die Rechtmäßigkeit der einstw. Verf. vor das LG. geladen, gleichzeitig aber gemäß §§ 2 und 3 Abs. 2 KTSchG. Aussetzung des Verfahrens herbeigeführt hat, nach Ablauf von $1^1/_2$ Jahren, ohne eine ihm nach seiner Kriegsverwendung leicht mögliche bessere Glaubhaftmachung beizubringen, weitere Aussetzung des Verfahrens verlangt, obwohl sein Gegner durch die einstw. Verf. seither an der Ordnung der Hypothekenbelastung seines Hauses verhindert wurde und ihm die weitere Aufrechterhaltung der Vormerkung einen nach den Vermögensverhältnissen des Kriegsteilnehmers kaum mehr auszugleichenden Schaden zufügen würde.

ε. SächsA. 16 359 (Dresden IV). Der Gesuchsteller will auf Herausgabe von Vieh klagen, das er dem Gegner, bevor dieser zum Kriegsdienst einberufen worden ist, unter Eigentumsvorbehalt (§ 455 BGB.) verkauft hat. Der Gegner läßt sein Gut durch seinen Vater bewirtschaften, zieht auch die Nutzung des Viehs und hat während des Krieges andere Gläubiger befriedigt, dagegen an den Gesuchsteller, der vor dem Kriege nur eine Anzahlung erhalten hat, nichts mehr gezahlt. Unter diesen Umständen ist es offenbar un-

billig, wenn dem Gesuchsteller die Möglichkeit genommen wird, den Herausgabeanspruch klageweise geltend zu machen. Es kommt hinzu, daß der Gesuchsteller erheblichen Schaden erleiden kann, wenn die Rückgabe des Viehs unmöglich wird und der Gegner nicht zahlungsfähig ist.

ζ. OLG. 32 276 (Breslau VIII). Der Beklagte hat als KT. Aussetzung des Verfahrens beantragt. Die Kläger haben dagegen unter Hinweis auf den Gang des Prozesses und die jetzige Prozeßlage ausgeführt, daß der Beklagte durch den Fortgang des Rechtsstreites nicht benachteiligt werde, da nach seinen ausgiebigen Ausführungen zur Sache und zu den einzelnen Beweismitteln die Beibringung neuen Materials nicht mehr zu erwarten, er auch in der Lage sei, seinem Prozeßbevollmächtigten Information zu erteilen. Andererseits werde ihnen durch die Aussetzung ein unverhältnismäßig großer Nachteil erwachsen, da der Beklagte unstreitig im Laufe der Berufung für seine Ehe Gütertrennung eingeführt und seine Grundstücke seiner Ehefrau zwecks Rückgewähr des eingebrachten Guts übertragen hat. Der Beklagte bestreitet die Benachteiligungsabsicht, da sich seine Ehefrau ihm gegenüber verpflichtet habe und in der Lage sei, für den Fall eines für ihn ungünstigen Ausgangs des Rechtsstreits den Anspruch der Kläger zu befriedigen; allerdings habe er dies den Klägern bisher nicht mitgeteilt. Bei dieser Sachlage ist die Aussetzung offenbar unbillig.

η. BadRpr. 16 71 (Karlsruhe II). Die Aussetzung wäre offenbar unbillig, weil der Kl. die Bezahlung von Fleischwaren verlangt, die er dem Bekl. während des Krieges zur Aufrechterhaltung des vom Bekl. fortgeführten Betriebes seiner Gastwirtschaft gemacht hat.

ϑ. DJZ. 16 548 (Posen II). Auch wenn es richtig sein mag, daß es sich um eine unbestrittene Warenforderung handelt und die Ehefrau des Bekl. im Anfange des Krieges aus dem vom Ehemanne betriebenen und von ihr fortgeführten Geschäfte an andere Gläubiger erhebliche Beträge gezahlt hat, so folgt daraus nicht, daß das Verfahren seinen Fortgang haben müsse, weil die Aussetzung offenbar unbillig sei. Nach den getroffenen Feststellungen ist das vom Bekl. betriebene Geschäft bedeutend zurückgegangen. Die Einnahmen reichen kaum zur Bestreitung der Miete, der Steuern, des Lebensunterhaltes für Frau und Kinder hin. Der Rückgang der Einnahmen ist eine Folge der Abwesenheit des Mannes. Bei solcher Sachlage muß es bei der Regel verbleiben, daß gegen einen im Felde befindlichen Schuldner gerichtlich nicht vorgegangen werden soll.

ι. SächsA. 16 245 (Dresden IV). Gegenüber dem Interesse des Bekl. an der persönlichen Wahrnehmung seiner Rechte muß der Umstand, daß die Ungewißheit über den Prozeßausgang den Gesundheitszustand des Kl. ungünstig beeinflusse, an Gewicht zurücktreten.

κ. JW. 16 1142 (Hamm II). Eingeklagt sind die Hypothekenzinsen für 1914 und 1915. Wenn die Klägerin nicht alsbald einen vollstreckbaren Titel für diese Zinsen erlangt und die Beschlagnahme des Grundstücks erreicht, so verliert sie bei der Grundstückszwangsversteigerung für einen Teil der Zinsen den bevorrechtigten Rang (vgl. ZVG. § 10 Nr. 4 und 5, § 13). Die Kriegsgesetzgebung steht auf dem Standpunkt, daß dies offenbar unbillig wäre. Dies sieht man aus folgendem: In der Bundesratsbekanntmachung vom 8. Juni 1916 über die Geltendmachung von Hypotheken usw. (RGBl. 454) ist in § 10 Abs. 2 Satz 2 ausdrücklich vorgeschrieben, daß die sonst dem Vollstreckungsgericht gestattete Einstellung der Zwangsversteigerung des Grundstücks nicht erfolgen darf, wenn fällige „Ansprüche des betreibenden Gläubigers auf wiederkehrende Leistungen für zwei Jahre nicht gezahlt sind". Hierbei ist offenbar die Erwägung maßgebend gewesen, daß der Gläubiger sonst den Rang aus § 10 Nr. 4 ZVG. verlieren könnte. Dies soll verhindert werden. Die Vorschrift, daß in solchem Falle die Einstellung der Zwangsversteigerung nicht erfolgen darf, gilt auch gegenüber Kriegsteilnehmern, wie § 19 der Bekanntmachung vom 8. Juni 1916 ergibt. Es ist also aus den erwähnten Vorschriften der allgemeine Gesichtspunkt abzuleiten, daß es überhaupt — nicht nur im Zwangsversteigerungsverfahren — als „offenbar unbillig" anzusehen ist, wenn der Gläubiger durch die Hemmung des Verfahrens (sei es die

„Einstellung", sei es die „Aussetzung") Gefahr läuft, den ihm gesetzlich zustehenden Rang der Zinsen bei der Zwangsversteigerung des Grundstücks zu verlieren.

λ. SächsA. 16 282 (Dresden IV). Der Bekl. ist aus dem Felde mit einem Nervenleiden zurückgekehrt, wegen dessen er sich zurzeit in ärztlicher Behandlung befindet. Er kann ohne Schädigung seiner Gesundheit die Aufregungen eines Prozesses zurzeit nicht auf sich nehmen. Seine Teilnahme am Feldzuge ist annehmbar die Ursache jenes Leidens und damit zugleich seiner derzeitigen Behinderung an der genügenden Wahrnehmung seiner Interessen. Daß die vom LG. verfügte Aussetzung des Verfahrens aber offenbar unbillig sei, ist ebensowenig anzuerkennen. Zu Abzahlungen, worin ihm der Kl. allerdings ausweislich der vorgelegten Handakten entgegenkommen würde, ist er nach den Darlegungen in jenem Schreiben zurzeit nicht in der Lage, da ihm andere notwendigere Ausgaben obliegen. Nach seinen Ausführungen kommt allem Anscheine nach auch der Einwand des Wuchers in Betracht, der nach Befinden der jetzigen Klage die Stütze entziehen würde. Die Aufrollung dieser Frage würde den Bekl. zu umfänglichen Darlegungen über seine Geldgeschäfte mit dem Kl. nötigen. Die damit verbundene Arbeit ist ihm aber gegenwärtig nicht anzusinnen.

III. Die Stellung des Aussetzungsantrages durch den nach § 1 bestellten Vertreter.

1. Bejahend (Erläuterung α, β in Bd. 1, 150).

γ. KGBl. 16 23 (KG. VII). Wenn dem Bekl. auch ein Vertreter bestellt ist, so ist doch auch dieser nach seiner Erklärung mangels genauer Kenntnis der für die Entscheidung des Rechtsstreits maßgebenden Verhältnisse nicht imstande, die Rechte des Bekl. wirksam wahrzunehmen. Bei Berücksichtigung dieser Umstände würde es unbillig sein, wenn durch Fortsetzung des Rechtsstreits der Bekl. eine Beschränkung in seiner Rechtstellung erleiden würde. Der Antrag des Vertreters auf Aussetzung ist deshalb für gerechtfertigt erachtet; ebenso LeipzZ. 16 1263 (Königsberg I).

2. Verneinend zu vgl. Bd. 1, 150.

IV. Die Entscheidung über den Aussetzungsantrag und ihre Anfechtung.

(Erläuterung a bis d in Bd. 1, 151; e bis g in Bd. 2, 46.)

h) Recht 16 359 Nr. 665 (Stuttgart II). Die Bestellung des Vertreters, die von dem Vorsitzenden des Gerichts ausgeht und der keine eingehende und erschöpfende Prüfung der Sachlage vorauszugehen pflegt, steht nicht im Wege, daß nachträglich das erkennende Gericht zu einer anderen Auffassung kommt und die Frage, ob die Aussetzung eine offenbare Unbilligkeit bedeute, verneint.

i) PosMSchr. 16 59 (Posen IV). Die Beschwerde des Beklagten gegen den seine Ehefrau zu seiner Vertreterin gemäß der BRVO. vom 14. Januar 1915 bestellenden Beschluß des Amtsgerichts ist vom Landgericht mit Recht als unzulässig verworfen worden. Dem Beklagten bleibt es unbenommen, die Aussetzung des Verfahrens zu beantragen, falls er einen Grund hierzu für gegeben hält.

k) Keibel, Beschwerde gegen Ablehnung der Aussetzung nach Urteilsverkündung, LeipzZ. 16 667. Die Zeit von der Urteilsverkündung bis zur Rechtskraft oder Rechtsmitteleinlegung bedeutet keinen Stillstand des Verfahrens, der die Aussf. überflüssig machen würde. Zunächst kann durch Aussf. die Urteilszustellung verhindert werden. Diese ist Voraussetzung der Rechtsmitteleinlegung und der Zwangsvollstreckung (§§ 516 Abs. 2, 552 Abs. 2, 750 Abs. 1 ZPO.). Wegen ihrer Bestimmung, die Rechtsmitteleinlegung vorzubereiten, ev. die Rechtskraft des Urteils herbeizuführen, dient sie der Prozeßführung (Stein, Vorbem. IV 1 vor § 128), ist also auch Prozeßhandlung i. S. des § 249. Daß sie zugleich die Vollstr. einleitet, sohin eine vor der Zustellung erfolgte Aussf. auch die Vollstr. hindert, steht nicht entgegen. Vereitelung oder wenigstens Verzögerung der künftigen Vollstr. ist nicht Zweck, aber unvermeidliche Folge jeder Aussf., auch der vor UrtErlaß erfolgten. Aus der Sondervorschrift in § 5 KTSchG. über die Einschränkung der ZwVollstr.

gegen KT. darf nicht geschlossen werden, daß nicht schon die Unterbrechung oder Aussf. des Verfahrens die Vollstr. hindere oder hindern solle; denn § 5 beschränkt die Vollstr. ohne Rücksicht auf eine Aussf. des Verfahrens und gerade auch in Fällen, wo solche nicht erfolgt war. Aber auch nach Urtzustellung ist noch Raum für die Aussf. Sie verhindert jetzt die Rechtsmitteleinlegung. Diese Wirkung mag tatsächlich von geringerer Bedeutung sein, wenn der Bekl. und Verurteilte die Aussf. herbeiführen will, weil er ja ein Interesse an der Beseitigung des ihn beschwerenden Urteils hat; allein er kann auch ein wesentliches Interesse daran haben, den Rechtsstreit jetzt nicht in die höhere Instanz gelangen zu lassen, weil er durch den behaupteten AussGrund an der Beschaffung wichtigen Prozeßstoffes verhindert ist. Übrigens kann ja auch in der Person des gewinnenden Gegners ein AussGrund eintreten. Jede Partei kann in der neu eröffneten Instanz durch einen AussAntrag das Verfahren alsbald zum Stillstand bringen; es ist nicht abzusehen, warum es ihr verwehrt sein soll, durch einen AussAntrag noch in der Vorinstanz die Rechtsmitteleinlegung zu verhindern und damit z. B. Kosten und Arbeit zu sparen. Wenn nach RG. 36, 403 „das Verfahren in der Instanz rechtshängig bleibt, bis das Urteil der Anfechtung entzogen ist", so ist damit grundsätzlich die Dauer der Rechtshängigkeit in der Instanz über die Urteilszustellung hinaus bis zum Ablauf der Rechtsmittelfrist (oder der früheren Rechtsmitteleinlegung) festgestellt. Solange ist also Aussetzung durch die Instanz, deshalb auch auf Beschwerde gegen die Ablehnung durch das Beschwerdegericht möglich.

§ 3.

Inhaltsübersicht.

1. Der Begriff der besonderen Kosten I 151, II 49, III 29.
2. Der Auslagenvorschuß I 152, II 49, III 30.
3. Die Kostenentscheidung I 152, II 60.
4. Muß der Kriegsteilnehmer die Kosten dem Gegner erstatten? I 153.
   a) Bejahend I 153.
   b) Verneinend I 153.
5. Kann der Vertreter Ersatz seiner Kosten von dem Kriegsteilnehmer verlangen? I 153, II 60, III 31.

1. Der Begriff der besonderen Kosten.

(Erläuterung a bis h in Bd. 1, 151, 152; i bis m in Bd. 2, 49.)

n) SächsA. 16 124 (Dresden V). Unter den „besonderen" Kosten sind nur solche zu verstehen, die nicht entstanden wären, wenn die Kriegsteilnehmer in der Heimat gewesen wären.

o) Striemer, JW 16 689. Der Sinn des § 3 ist: der Obsiegende hat zwar im allgemeinen keine Kosten zu tragen, wohl aber die von den allgemeinen Kosten abgesonderten — die besonderen —, die durch die Vertretung erwachsen. Zu den „besonderen Kosten" gehören also auch die Gebühren des zum Vertreter bestellten Rechtsanwalts.

p) JW. 16 611, OLG. 32 281 (Hamm II). Unter den „besonderen Kosten" sind diejenigen zu verstehen, die vermieden wären, wenn der Kriegsteilnehmer in der Heimat gewesen wäre (v. Harder, in Bd. 1, 151).

q) JW. 16 689 (LG. Frankfurt a. M. KfHS.). Die Gebühren eines zum Vertreter bestellten Rechtsanwalts sind nicht „besondere Kosten", wenn nach dem Lauf des bisherigen Verfahrens anzunehmen ist, daß der Bekl. sich in dem Rechtsstreit auf jeden Fall durch einen Rechtsanwalt hätte vertreten lassen. Wäre das Gegenteil richtig, dann müßte das Gericht Bedenken tragen, zum Vertreter jemals einen Rechtsanwalt zu bestellen. Es müßte sich vielmehr darauf beschränken, eine andere Person zum Vertreter zu bestellen und dieser es überlassen, sich auf Kosten des Kriegsteilnehmers einen Rechtsanwalt zu nehmen.

r) JW. 16 865, Recht 16 148 Nr. 342 (Stuttgart II). Unter den besonderen, durch die Bestellung eines Vertreters entstandenen Kosten i. S. des § 3 sind nur solche Kosten verstanden, die durch die Bestellung eines Vertreters zur Wahrnehmung der Rechte des Kriegsteilnehmers als solche und durch die von diesem Vertreter entwickelte Tätigkeit

entstanden sind, nicht auch Kosten, die dadurch entstanden sind, daß der Kriegsteilnehmer, worüber an seiner Stelle der zur Wahrnehmung seiner Rechte bestellte Vertreter nach pflichtmäßigem Ermessen zu entscheiden hatte, im Rechtsstreit durch einen Rechtsanwalt vertreten war. Daß vorliegend ein Rechtsanwalt zum Vertreter bestellt war und dieser unter Anerkennung der Angemessenheit der Vertretung den Kriegsteilnehmer im Anwaltprozeß vertrat, ändert daran nichts. Die gegenteilige, in Rechtsprechung und Wissenschaft übrigens nur vereinzelt vertretene Auffassung würde zu dem Ergebnis führen, daß der Kriegsteilnehmer infolge Bestellung eines Vertreters günstiger stehen würde, als wenn er selbst sein Recht wahrzunehmen in der Lage wäre. Das will das Gesetz nicht. Es will nur den Schutz des Kriegsteilnehmers gegen solche Nachteile, die ihm daraus entstehen könnten, daß er durch die Kriegsteilnahme an der persönlichen Wahrnehmung seiner Rechte verhindert ist.

s) LeipzZ. 16 1386 Nr. 3 (Hamburg FZS.). Die Frage, ob zu den besonderen Kosten i. S. des § 3 auch Kosten gehören, die dadurch erwachsen sind, daß der bekl. Vertreter nach § 78 Abs. 1 ZPO. einen Anwalt zuziehen mußte, ist zu verneinen. § 3 will nur verhüten, daß durch die Bestellung des Vertreters das Verfahren für den KT. verteuert wird. In der Begr. der BRVO. ist dieser Gedanke unzweideutig zum Ausdruck gelangt. Damit ist die entgegengesetzte Auffassung unvereinbar. Nach ihr würde der Bekl. infolge der Bestellung des Vertreters Kosten ersparen, die er, wäre er nicht KT., aufgewendet hätte. Er würde also durch die Bestellung des Vertreters nicht nur, wie § 3 es will, keinen Nachteil, sondern darüber hinaus einen Vorteil erlangen, der jeder Berechtigung entbehrt. Demgegenüber vermag die an sich richtige Erwägung, daß die Anwaltskosten nicht entstanden wären, wenn der Vertreter nicht bestellt wäre, weil dann eben der Prozeß überhaupt nicht weitergeführt wäre, ein anderes Ergebnis nicht zu zeitigen. Wollte man zu den besonderen Kosten der Bestellung des Vertreters alle Kosten rechnen, die infolge der Bestellung und der dadurch ermöglichten Weiterführung des Rechtsstreits erwachsen würden, so würden folgerecht dem Prozeßgegner des KT. die gesamten Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen sein, gleichgültig ob er im Prozesse obsiegt oder unterliegt. Das ist nicht die Absicht der VO. gewesen.

2. Der Auslagenvorschuß.

(Erläuterung a, b in Bd. 2, 49; zu vgl. auch Bd. 1, 152.)

c) Striemer, JW. 16 690. Eine unmittelbare Antwort auf die Frage, ob der Vertreter für seine Kostenforderung vom Antragsteller Vorschuß fordern kann, gibt das Gesetz nicht. Zwar kann der Anwalt von seinem Auftraggeber Vorschuß fordern, § 84 RAGebO. Aber der Antragsteller ist nicht sein Auftraggeber; er schließt mit dem Anwalt keinen Vertrag, weder Auftrag, noch Dienst- oder Werkvertrag, § 675 BGB. Der Vorsitzende, der den Vertreter bestellt, handelt dabei nicht als privatrechtlicher Stellvertreter des Antragstellers, sondern kraft Amtsgewalt. Gleichwohl ist das Verhältnis, das hierdurch zwischen dem Antragsteller und dem zur Vertretung bereiten Vertreter geschaffen wird, im Kostenpunkte einem Auftrag (Dienst- oder Werkvertrag) analog. Denn wer den Antrag aus § 1 VO. stellt, billigt damit auch alle gesetzlichen Folgen, auch die ihm etwa nicht bekannten, also auch die des § 3, wonach er dem Vertreter für die Kosten wie ein Auftraggeber haftet. Die Fortführung dieses Gedankens, der in § 3 nicht völlig entwickelt ist, zwingt zu dem Schluß, daß § 84 RAGebO. entsprechend anzuwenden ist.

Zweifelhafter ist diese Frage, wenn der bestellte Vertreter nicht Anwalt ist, sondern z. B. Prozeßagent. § 669 BGB. gibt dem Beauftragten ein Recht auf Vorschuß nur wegen seiner Aufwendungen. Dienste des Beauftragten gelten aber im allgemeinen nicht als Aufwendungen, § 670 BGB., RGRKom. § 670. Gleichwohl dürfte es im Sinne des Gesetzes liegen, auch dem Nichtanwalt einen analogen erzwingbaren Anspruch auf Vorschuß auch wegen der Arbeitsvergütung zu gewähren.

Erzwingbar ist der Anspruch auf Vorschuß aber nur im Wege der Klage Das Prozeß-

gericht, dessen Vorsitzender den Vertreter bestellt hat, ist durch keine Vorschrift für zuständig erklärt, solchen Vorschuß im Wege des Beschlußverfahrens anzuordnen.

d) LeipzZ. 16 828 (Celle IV). Es ist kein Rechtsgrund ersichtlich, aus dem der Gegner von dem Kriegsteilnehmer einen Vorschuß an den Vertreter verlangen könnte.

e) MecklZ. 34 308 (Rostock I). Auch wenn die Kosten des von dem Vertreter angenommenen Rechtsanwalts zu den besonderen Kosten i. S. des § 3 zu rechnen wären (zu vgl. 1m in Bd. 2, 49), könnte aus § 3 nicht gefolgert werden, daß gegen den Gegner des Kriegsteilnehmers ein Anspruch auf vorschüssige Zahlung dieser Kosten begründet wäre. Der Vertreter kann jedoch bei dem Vorsitzenden den Antrag stellen, binnen bestimmter Frist den Vorschuß zu leisten zur Vermeidung der Rücknahme der Bestellung des Vertreters.

(Abschnitt 3 in Bd. 1, 152; 2, 50, Abschnitt 4 in Bd. 1, 153.)

5. Kann der Vertreter Ersatz seiner Kosten von dem Kriegsteilnehmer verlangen?

(Erläuterung a bis e in Bd. 2, 50, 51; zu vgl. auch Bd. 1, 153.)

f) Landsberg, PostMSchr. 16 3. Die Besoldung des Vertreters ist nicht Sache des Kriegsteilnehmers oder des Gerichts, sondern ausschließlich Sache des Gegners, auf dessen Antrag er bestellt ist.

g) DJZ. 16 827 (Hamm). Meist wird der Vertreter seine Kosten von dem Kriegsteilnehmer überhaupt nicht einziehen können. Wenn nach der Begr. zu § 3 diese Vorschrift erlassen ist, um den Kriegsteilnehmer nicht darunter leiden zu lassen, daß durch die Mitwirkung eines Vertreters das Verfahren sich verteuere, ist es erst recht unbillig, den Vertreter seine eigenen Kosten tragen zu lassen. Das würde aber fast durchweg geschehen, wenn er sie nur von dem Vertretenen und dieser sie wieder erst vom Gegner erlangen könnte. Denn dann könnte der obsiegende Gegner seine Kostenschuld gegen seine Kosten- oder Hauptforderung aufrechnen und der Vertreter ginge leer aus. Deshalb muß dem Vertreter, wenn das Urteil einen Ausspruch über die Vertretungskosten enthält, die Festsetzung seiner Kosten im eigenen Namen, wie einem Armenanwalt nach § 124 ZPO. zugestanden werden.

h) JW. 16 1292 (Breslau FZS.). In Übereinstimmung mit dem LG. ist davon auszugehen, daß Rechtsanwalt D. als gerichtlich bestellter Vertreter des Antragsgegners Fritz K. berechtigt ist, die ihm in dem Verfahren entstandenen Gebühren in eigenem Namen gegen den Antragsteller als die unterliegende Partei geltend zu machen, und daß für die Höhe dieser Gebühren die Bestimmungen der RAGebO. maßgebend sind. § 3 VRVO. v. 14. Januar 1915 kommt hier nicht zur Anwendung, da der Kriegsteilnehmer in dem Rechtsstreit obgesiegt hat. Die Sache ist vielmehr so zu beurteilen, wie wenn ein Rechtsanwalt in eigenem Namen oder als Konkursverwalter oder als gesetzlicher Vertreter einer Partei den Rechtsstreit geführt hätte und die Gegenpartei zur Tragung der Kosten verurteilt worden wäre (§ 7 RAGebO.). Daraus ergibt sich aber zugleich, daß dem Rechtsanwalt D. dafür, daß er in der Berufungsinstanz mit dem für den Kriegsteilnehmer aufgetretenen Rechtsanwalt L. in Breslau den Schriftwechsel geführt hat, die Gebühr aus § 44 RAGebO. nicht zusteht (vgl. RG. in JW. 90 70[5]; 94 241[10]; 98 54[51]).

§ 4.

(Erläuterung 1 bis 7 in Bd. 1, 154; 8 bis 11 in Bd. 2, 51.)

12. PostMSchr. 16 8 (Posen V). Die Fortdauer der Aussetzung ist offenbar unbillig, wenn der Gläubiger auf Grund eines 10 Jahre alten Anspruchs mit der Anfechtungsklage durchgedrungen ist, aber die zur Vollstreckung des ersten Urteils erforderliche Sicherheit nicht aufbringen kann und der bekl. Kriegsteilnehmer keine wesentliche Erwerbseinbuße gegen früher erlitten hat.

13. MecklZ. 34 309 (Rostock I). Für den Fall des § 4 Abs. 2 ist die Beschwerde gegen den Aussetzungsbeschluß (§ 252 ZPO.) ausgeschlossen. Wird dagegen nicht behauptet, daß der Tatbestand des § 2 vorliege, vielmehr geltend gemacht, der Gegner gehöre nicht

einem mobilen Truppenteil an (maßgebend ist der Zeitpunkt der Beschwerdeentscheidung), so findet die Beschwerde nach § 252 ZPO statt.

14. Wagner, Stillstand und Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Kriegsteilnehmer, DJZ. 16 687. Mangels eines inneren Grundes für das Gegenteil ist § 4 Abs. 2 entsprechend anzuwenden, wenn der Stillstand erst nach dem 14. Januar 1915 eingetreten ist (abweichend KG. in Bd. 1, 154 Ziff. 7).

3. Bekanntmachung zum Schutze von Angehörigen immobiler Truppenteile vom 20. Januar 1916. (RGBl. 47.)

Wortlaut in Bd. 2, 51.

Begründung. (D. R. VIII 100.)

Der Schutz, den die zu den Fahnen einberufenen Personen gegen eine Beeinträchtigung ihrer Rechte auf prozessualem Gebiete genießen, ist verschieden, je nachdem es sich um Angehörige mobiler oder immobiler Truppenteile handelt. Mobile Kriegsteilnehmer fallen unter das KTSchG; danach ist in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in denen sie Partei sind, regelmäßig das Verfahren unterbrochen oder auf Antrag auszusetzen. Angehörigen immobiler Truppenteile kommen diese besonderen Vorschriften nicht zugute. Bei ihnen hängt es nach den allgemeinen Bestimmungen der Prozeßordnung von dem Ermessen des Gerichts ab, ob es im einzelnen Falle das Verfahren aussetzen will oder nicht.

Diese Rechtslage hat dem Schutzbedürfnisse der immobilen Kriegsteilnehmer anfänglich genügt. Im Laufe des Krieges ist jedoch die Zahl der bei immobilen Heeresteilen verwendeten Personen erheblich gestiegen, und es haben sich die Fälle gemehrt, in denen diese Personen infolge ihrer militärischen Tätigkeit, z. B. anstrengenden Lazarettdienstes oder Bewachung von Gefangenenlagern, an der Wahrnehmung ihrer Rechte in ähnlicher Weise behindert waren wie die im Felde stehenden. Eine Verstärkung des Schutzes der Angehörigen immobiler Heeresteile, wie sie auch eine vom Reichstag angenommene Resolution vom 25. August 1915 (StenB. 336) vorschlägt, hat sich daher als notwendig erwiesen. Eine vollständige Gleichstellung mit den mobilen Militärpersonen würde allerdings, wie auch im Reichstag nicht verkannt worden ist, über das Ziel hinausgehen; sie würde dem Umstand nicht gerecht werden, daß die Verhältnisse bei immobilen Truppen je nach der dienstlichen Verwendung im Einzelfalle zu verschieden liegen, um eine Behinderung an der Wahrnehmung von Rechten auch nur als die Regel erscheinen zu lassen. Gerechtfertigt ist es jedoch, daß da, wo eine solche Behinderung tatsächlich vorliegt, die Aussetzung des Verfahrens auf Antrag erfolgen muß.

Eine solche Regelung ist in der auf Grund des § 3 des sog. ErmG. ergangenen Bek. v. 20. Januar 1916 vorgesehen. An Einzelheiten ist hervorzuheben, daß der Aussetzungsantrag in Fällen offenbarer Unbilligkeit, entsprechend dem Grundgedanken der schon für mobile Kriegsteilnehmer getroffenen Regelung, abzulehnen ist, und daß die Aussetzung in einem einfachen Beschlußverfahren wieder aufgehoben werden kann, wenn dies aus besonderen Gründen geboten erscheint.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 2, 52.

Hallbauer, Die Bek. zum Schutze von Angehörigen immobiler Truppenteile vom 20. 1. 16 und ihr Verhältnis zu § 247 ZPO. SächsA. 16 89 ff. — Keidel, Neue BRVO., LeipzZ 16 372. — Rasch, Die Unterbrechung und Aussetzung des Prozeßverfahrens im Falle der Teilnahme einer Partei am Kriege, PrVerwBl. 37 376. — Schäffer in Heilberg und Schäffer, Schrifttum und Rechtsprechung zum Kriegsprozeßrecht. JW. 16 453, 877. — Zieger, Genügt der den Immobilen gewährte Rechtsschutz? DJZ. 16 727.

§ 1.

Inhaltsübersicht.

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten III 33.
II. Anwendung auf Österreicher? III 33.
III. Gestattet ist die Aussetzung III 34.
1. Klagerhebung ist zulässig III 34.
2. Keine entsprechende Anwendung der §§ 5 bis 8 KTSchG. III 34.
IV. Voraussetzung der Aussetzung III 34.
V. Ablehnung der Aussetzung wegen offenbarer Unbilligkeit III 35.
1. Allgemeines III 35.
2. Fälle der Bejahung offenbarer Unbilligkeit III 35.
3. Fälle der Verneinung offenbarer Unbilligkeit III 36.

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.

1. Hallbauer a. a. O. 90. Die BO. bezieht sich auf alle bürgerliche Rechtsstreitigkeiten und unterscheidet sich dadurch von § 2 KTSchG., der nur von den ordentlichen Gerichten spricht. Sie umfaßt deshalb auch ohne weiteres das Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, für die das KTSchG. eine Sonderbestimmung treffen mußte. Sie umfaßt deshalb aber auch das Verfahren bei den bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die nach § 14 GVG. bei besonderen Gerichten anhängig sind (ebenso Schäffer, JW. 16 277). Dem Landesrecht ist hier nicht wie in § 10 KTSchG. die Befugnis eingeräumt, etwas anderes zu bestimmen. Im übrigen ist der Begriff „bürgerliche Rechtsstreitigkeit" ganz derselbe wie im § 2 KTSchG. Die BO. bezieht sich auch auf das schiedsgerichtliche Verfahren, dagegen nicht auf die freiwillige Gerichtsbarkeit.

2. Keidel a. a. O. 373. § 1 Abs. 1 BO. spricht schlechthin von „bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten". Eine sachliche Änderung gegenüber dem KTSchG. hinsichtlich der Arten der in Betracht kommenden Rechtsstreitigkeiten ist mit der vereinfachten Fassung der BO. nicht beabsichtigt; der allgemeine Ausdruck der BO. umfaßt rechtlich alles und nur das, was das KTSchG. besonders aufführt. Die Frage, ob die BO. im Verfahren vor einem Schiedsgericht i. S. der §§ 1025 ff. ZPO. anwendbar ist, dürfte deshalb wie für das KTSchG. zu verneinen sein, da dieses in §§ 2 und 10 nur „staatliche Gerichte" aufführt (so für das KTSchG. Güthe, GruchotsBeitr. 59 33; Mansfeld, BayRpflZ. 14 333; a. M. Sieskind, Prozeßrechtl. Schutz, 2. Aufl. S. 13; Hallbauer, Recht 14 587). Einer Schädigung der Partei im schiedsgerichtlichen Verfahren wird durch richtige Handhabung des § 1034 Abs. 1 ZPO. vorzubeugen sein. Auch der „Partei"-Begriff ist für die BO. der nämliche wie für das KTSchG. Partei ist auch der Konkursverwalter (§ 6 KO., DJZ. 14 1306, OLG. 30 241), der Nachlaßverwalter (§ 1984 BGB.), der Zwangsverwalter (§§ 23, 148 ZVG.), der Testamentsvollstrecker in den von ihm und gegen ihn geführten Prozessen (§§ 2212 f. BGB., OLG. 30 240), dagegen nicht die nach der GeschAufsVO. bestellte Aufsichtsperson.

3. Keidel a. a. O. 374. Der Aussetzungsantrag ist ohne Rücksicht auf die Art des geltend gemachten Anspruchs zulässig, also auch in Prozessen über nicht vermögensrechtliche Ansprüche, insbesondere auch in Ehesachen, bei Statusklagen, im Entmündigungsverfahren. Die Aussetzung ist in allen Verfahrensarten möglich, auch im Kostenfestsetzungs-, Streitwertfestsetzungsverfahren, im Mahnverfahren, im Beweissicherungs-, im Berichtigungsverfahren nach § 319 ZPO. (LeipzZ. 15 153[8], 234[1]), in dem einen Arrest oder eine einstweilige Verfügung betreffenden Verfahren (DJZ. 14 1076; 15 202, 428; a. M. LeipzZ. 15 154[10]). Ausgeschlossen ist sie im ZwVollstreckungs-, ZwVersteigerungs- und ZwVerwaltungsverfahren, im Konkurs-, Aufgebots- und Verteilungsverfahren.

4. Kallee, GewuKfmG. 21 164. Die Vorschriften der Bek. gelten auch für das Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.

II. Anwendung auf Österreicher?

Schäffer, JW. 16 228. Auf österreichische Immobile ist die BO. nicht anzuwenden. Es fehlt eine der Bek. v. 22. Oktober 1914 (in Bd. 1, 169; 2, 54) entsprechende Vorschrift; a. M. Hallbauer a. a. O. 94.

III. Gestattet ist die Aussetzung.

1. Klageerhebung ist zulässig.

Hallbauer a. a. O. 91. Die Klageerhebung gegen den immobilen Kriegsteilnehmer ist nicht ausgeschlossen. Denn unbedenklich zulässig sind Terminsbestimmung, Zustellung der Klage mit Terminsbestimmung und Ladung.

2. Keine entsprechende Anwendung der §§ 5 bis 8 KTSchG.

a) Keidel a. a. O. 374. Sachlich beschränkt die VO. den Schutz auf die Aussetzung des Verfahrens. Mit dieser selbständigen Regelung ist eine entsprechende Anwendung aller weitergehenden Vorschriften des KTSchG. (insbes. §§ 5—8) ausgeschlossen.

b) DJZ. 16 449, LeipzZ. 16 698, OLG. 32 280, SächsA. 16 164 (Dresden VI). In der VO. v. 20. Januar 1916 findet sich überhaupt keine auf die Beschränkung der Zwangsvollstreckung zielende Vorschrift wie im § 5 KTSchG., wie es denn nur der Natur der Sache entspricht, daß der Schutz, der den immobilen Truppenteilen Angehörenden gewährt wird, an strengere Voraussetzungen geknüpft und minder weit erstreckt ist, als Rechtsvergünstigungen, die den bei mobilen Truppenteilen Verwendeten zuteil werden (JW. 16 228). Das Offenbarungseidverfahren kann demnach jedenfalls nach der VO. v. 20. Januar 1916, §§ 1, 4 (§ 247 ZPO.) nicht ausgesetzt werden.

c) Zieger a. a. O. 727. Es ergibt sich der wenig wünschenswerte Zustand, daß den Immobilen im Zwangsvollstreckungsverfahren nur die allgemeinen Vorschriften der Kriegsverordnungen zugute kommen und sonach grundsätzlich eine Versteigerung der ihnen gehörigen beweglichen und unbeweglichen Gegenstände zulässig ist. Es dürfte sich empfehlen, auch insoweit die Immobilen den übrigen Militärpersonen gleichzustellen. Am zweckmäßigsten wird dies vielleicht in der Weise geschehen können, wenn unter gänzlicher Aufhebung der BRVO. v. 20. Januar 1916 bestimmt wird, daß das KTSchG. und die BRVO. v. 14. Januar 1915 auch auf immobile Militärpersonen Anwendung finden sollen.

d) Rothbarth, DJZ. 16 335 empfiehlt, durch eine ZusatzVO. die entsprechende Anwendung des § 8 KTSchG. auf immobile Kriegsteilnehmer anzuwenden. Gaertner, DJZ. 16 723 hält eine solche VO. mit Rücksicht auf die VO. v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 543) und 4. November 1915, RGBl. 732 (in Bd. 1, 390; 2, 140) für überflüssig.

e) Reinhard, Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen und Kriegsteilnehmerschaft, BayNotZ. 16 178, 180. Ist der Schuldner immobil, so geht das Zwangsvollstreckungsverfahren fort. Es ist aber behufs Feststellung, ob das wirtschaftliche Interesse des Gläubigers oder des Schuldners und seiner Angehörigen hinsichtlich des Fortganges der Versteigerung überwiegt, in zweifelhaften Fällen angezeigt, die Beteiligten zu hören oder sonstige (nicht verzögerliche und nicht kostspielige) Ermittlungen vorzunehmen (vgl. PrJMBl. 99, 790 am Schl.). Danach bemißt sich die Entscheidung, wann Termin anzusetzen ist. Ergeben die Erhebungen, daß der Gläubiger selbst in Notlage, der Schuldner böswillig und durch seine Militäreigenschaft nicht behindert ist, seine Interessen zu wahren, so kann unbedenklich bald zur Versteigerung geschritten werden. Liegt der Fall aber nach den Erhebungen ganz oder teilweise anders, so daß überwiegende Gründe für eine Hinausschiebung der Versteigerung sprechen, so ist der Termin mindestens auf einen kürzeren Termin als auf 6 Monate oder noch weiter hinaus zu bestimmen (BayJME. v. 30. Mai 1915, Nr. 1094).

IV. Voraussetzung der Aussetzung.

1. Recht 16 405 Nr. 812 (Nürnberg II). Gehört eine Partei vermöge ihres Dienstverhältnisses zu einem immobilen Truppenteile, so kann die Aussetzung des Verfahrens nicht schon hierwegen, sondern erst dann erfolgen, wenn die Partei infolge ihrer Zugehörigkeit zur bewaffneten Macht an Wahrnehmung ihrer Rechte behindert ist.

2. LeipzZ. 16 625, OLG. 32 280, Recht 16 246 Nr. 536 (Hamburg II). Eine Behinderung i. S. des § 1 Abs. 1 liegt nur vor, wenn der Heeresangehörige nicht in ausreichender Weise für die Wahrnehmung seiner Rechte in dem gegen ihn anhängigen Rechtsstreit sorgen kann. Dies trifft auf den Beschwerdeführer nicht zu. Da er hier anwesend ist

und seine Frau sein Geschäft hier für ihn weiterführt, ist er trotz seiner dienstlichen Beschäftigung als Krankenwärter im Reservelazarett in der Lage, seinem ProzBevollm. alle für die Führung des Mietestreits erforderlichen Mitteilungen und Anweisungen zu geben.

3. Keidel a. a. O. 373. Behinderung kann auch angenommen werden, wenn die Partei einen Prozeßbevollmächtigten oder sonst zur Wahrnehmung ihrer Rechte berufenen Vertreter hat, wenn sie dienstlich so in Anspruch genommen ist, daß sie ihrem Vertreter die nach der Sachlage erforderliche Information nicht erteilen kann; eine strenge Prüfung in letzterer Hinsicht ist aber zur Vermeidung mißbräuchlicher Inanspruchnahme des Schutzes angezeigt.

V. Ablehnung der Aussetzung wegen offenbarer Unbilligkeit.

1. Allgemeines.

a) Hallbauer a. a. O. 92. Bei offenbarer Unbilligkeit muß die Aussetzung abgelehnt werden.

b) Keidel a. a. O. 374. Keine sachliche Abweichung bedeutet die Fassung der VO. „ist abzulehnen" gegenüber der des KTSchG. „kann ablehnen"; ob die Aussetzung unbillig ist, entscheidet das Gericht nach freier Überzeugung. Offenbar unbillig ist die Aussetzung, wenn die unbefangene Betrachtung der tatsächlichen Verhältnisse ergibt, daß sie gegen Treu und Glauben verstößt. Maßgebend ist in erster Linie das Interesse des Antragstellers; verlangt dieses billigerweise die Aussetzung, so ist regelmäßig ein Nachteil für den Gegner für sich allein kein ausreichender Grund zur Ablehnung. Die Rechtspr. zu § 3 Abs. 2 KTSchG. ist hierher an sich verwertbar, allein mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer sorgfältigen Prüfung des Einzelfalls mit Vorsicht zu benutzen.

c) Hallbauer a. a. O. 92. In vielen Fällen ist vor Entscheidung über den Aussetzungsantrag Anhörung des Gegners empfehlenswert.

2. Fälle der Bejahung offenbarer Unbilligkeit.

a) SächsA. 16 200 (Dresden IV). Dem Schuldner die bloße Hinausziehung zu ermöglichen, ist nicht der Zweck der Bekanntmachung vom 20. Januar 1916. Auch in seiner gegenwärtigen militärischen Stellung wird der Beklagte soviel Zeit erübrigen können, um sich darüber Klarheit zu verschaffen, ob er gegenüber den früher von ihm selbst offenbar als richtig angesehenen Kontoauszügen mit Recht Einwendungen zu erheben vermag. Sollte sich im weiteren Verlaufe des Prozesses ein stärkerer Anhalt hierfür ergeben, als er zurzeit besteht, so mag in eine neue Erwägung darüber einzutreten sein, ob der Beklagte infolge seiner Einberufung zur bewaffneten Macht tatsächlich an der Wahrnehmung seiner Rechte verhindert sei.

b) LeipzZ. 16 699, Recht 16 202 Nr. 449 (München I). Der zu einem auswärtigen Ersatzbataillon eingezogene Bekl. hat seinem Anwalt genügende Sachunterweisung zu geben vermocht; daß sein Vorbringen über nachträgliche Verschiebung der Fälligkeit offenbar haltlos und widerlegt ist, bildet keinen Aussetzungsgrund. Die Höhe der Klagesumme ist unbestritten.

c) OLG. 32 279 (Hamburg VI). Die VO. v. 20. Januar 1916 gibt dem Einberufenen grundsätzlich das Recht auf Aussetzung, und nur ausnahmsweise greift es nicht Platz, wenn die Aussetzung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig wäre. Das wird man allerdings dann bejahen können, wenn die Einberufung den Beklagten nicht an der Geltendmachung seiner Rechte behindert und andererseits der Klägerin nicht zugemutet werden kann, auf unbestimmte Zeit die Verfolgung ihres Rechts zu vertagen. In diesem Zusammenhange wird es allerdings von Bedeutung, daß es sich um ein Geschäft handelt, das nach Ausbruch des Krieges geschlossen ist. Auch steht der Beklagte in einer nahe bei Hamburg befindlichen Garnison, und er hält selbst einen Urlaub für nicht ausgeschlossen. Solange noch damit zu rechnen ist, daß der Beklagte, der einen Anwalt zu instruieren in der Lage war, zu der Beweisaufnahme erscheinen kann, erscheint die Aussetzung der Sache nach den Umständen des Falles als offenbar unbillig.

d) LeipzZ. 16 764 (Dresden IV). Der Bekl. hat vor seiner Einberufung genügend Zeit gehabt, seine Einwendungen vorzubereiten, und er hat dies auch getan. Wenn er vermutet, daß er mehr gezahlt habe, als die Klägerin angibt, so ist er auch in seiner jetzigen Stellung nicht behindert, sich die in seinem Besitz befindlichen Posteinlieferungsabschnitte einsenden zu lassen und sie mit der Angabe der Klägerin zu vergleichen — eine Arbeit, die an einem dienstfreien Tage in höchstens einigen Stunden verrichtet werden kann. Daß ihm noch weitere Einwendungen zustehen, ist nicht anzunehmen.

e) RG. IV, Recht 16 462 Nr. 924, WarnE. 16 385. Der Revisionskläger verlangt die Aufrechterhaltung der Aussetzung, indem er sich auf § 1 Abs. 1 der VO. v. 20. Januar 1916 (RGBl. 47) beruft. Allein er ist infolge seiner noch bestehenden Zugehörigkeit zur bewaffneten Macht nicht behindert, seine Rechte in der Revisionsinstanz gehörig wahrzunehmen. Er ist imstande gewesen, zur Wahrnehmung seiner Rechte zweimal einen bei dem Revisionsgerichte zugelassenen Rechtsanwalt zum Prozeßbevollmächtigten zu bestellen und es läßt sich nicht ersehen, daß es für die gehörige Wahrnehmung seiner Rechte in dieser Instanz noch auf eine weitere persönliche Tätigkeit des Revisionsklägers ankommen könnte. Überdies würde die Aufrechterhaltung der Aussetzung angesichts der in dem angefochtenen Berufungsurteile getroffenen tatsächlichen Feststellungen sowie nach dem bisherigen Prozeßverlauf auch nach den Umständen des Falles offenbar unbillig und die Fortsetzung des Verfahrens daher auch nach § 1 Abs. 2 der Bek. v. 20. Januar 1916 gerechtfertigt sein.

f) SächsA. 16 399 (Dresden FS.). Der immobile Mitinhaber der Firma ist nach Lage des Falles sehr wohl in der Lage, die Interessen der Firma wahrzunehmen.

3. Fälle der Verneinung offenbarer Unbilligkeit.

OLG. 32 279 (Hamburg VI). Der Beklagte hat das Recht, der Beweisaufnahme persönlich beizuwohnen. Da die bisherigen Vernehmungen erhebliche Widersprüche ergeben haben, ist sein Interesse an persönlicher Anwesenheit um so größer. Es kommt hinzu, daß nach der Sachlage eine weitere Instruktion erforderlich werden kann. Die Besorgnis der Klägerin, daß sie im Falle der Aussetzung nicht zu ihrem Gelde komme, erscheint angesichts ihrer Behauptung, daß der Beklagte als Mitinhaber der unverändert weitergeführten Firma hinreichende Einkünfte habe, kaum gerechtfertigt.

§ 2.

1. Hallbauer a. a. O. 92. Die Aussetzung fällt nie von selbst weg. Sie kann, wenn nicht der Kriegsteilnehmer selbst nach § 250 ZPO. vorgeht, immer nur durch einen Aufhebungsbeschluß i. S. des § 2 beseitigt werden.

2. Hallbauer a. a. O. 93. Wird die Aussetzung des Verfahrens auf Antrag des Gegners des Kriegsteilnehmers ohne mündliche Verhandlung aufgehoben, so kann nur der Gegner des Kriegsteilnehmers zur mündlichen Verhandlung über den Rechtsstreit laden. Ordnet das Gericht mündliche Verhandlung über den Aufhebungsantrag an, so ist gleichzeitig Verhandlungstermin anzuberaumen und der Gegner hat den Kriegsteilnehmer zur Verhandlung über die Aufhebung der Aussetzung zu laden. Ordnet das Gericht die Aufhebung der Aussetzung an, so können sich die Parteien dem fügen und sofort zur Hauptsache verhandeln. Sonst muß die Rechtskraft des Aufhebungsbeschlusses abgewartet werden, und es kann erst danach zur Verhandlung der Hauptsache geladen werden.

§ 3.

Hallbauer a. a. O. 93. Die VO. findet keine Anwendung, wenn der gesetzliche Vertreter einer juristischen Person zu den immobilen Kriegsteilnehmern gehört. Das Gegenteil wäre angesichts des bekannten Streits über den Inhalt des § 9 KTSchG. zweifellos klar ausgesprochen worden. Die Regelung ist auch angemessen, weil auf Beschaffung geeigneter Ersatzorgane unschwer hingewirkt werden kann; ebenso (aber unter abweichender Würdigung der Angemessenheit) Schäffer, JW. 16 228.

4. Bekanntmachung betr. das Verfahren bei Zustellungen vom 22. Dezember 1915. (RGBl. 833.)

Wortlaut in Bd. 2, 8.

Begründung. (D. N. VIII 101.)

Bei Zustellungen an Rechtsanwälte, die zu den Fahnen einberufen sind, haben sich erhebliche Unzuträglichkeiten daraus ergeben, daß nach einer auch vom Reichsgerichte gebilligten Rechtsauffassung, die der Vorschrift des § 172 ZPO. zwingende Bedeutung beimißt, das einzuschlagende Verfahren ein verschiedenes ist, je nachdem der Rechtsanwalt Offiziersrang bekleidet oder nicht. Diese Verschiedenheit ist bisher regelmäßig unbeachtet geblieben. Es muß also damit gerechnet werden, daß zahlreiche Zustellungen unwirksam erfolgt sind, ohne daß dies von den Beteiligten erkannt worden wäre. Auch in Zukunft würden bei Fortdauer der gegenwärtigen Rechtslage Fälle dieser Art nicht ausbleiben. Um den sich hieraus ergebenden Gefahren für die Rechtssicherheit vorzubeugen, hat der Bundesrat auf Grund des § 3 des sog. ErmG. die Bek. v. 22. Dezember 1915 erlassen, durch die das Verfahren bei Zustellungen an Rechtsanwälte in einer der bisherigen Übung entsprechenden Weise einheitlich gestaltet wird. Diese Regelung findet rückwirkend auch auf die vor dem Inkrafttreten der Verordnung vorgenommenen Zustellungen Anwendung. Härten, die sich daraus ergeben könnten, werden durch Zulassung einer Wiedereinsetzung in den vorigen Stand vermieden.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 2, 9.

Levin, Kriegszustellungen. DJZ. 16 402.

§§ 1, 2.

(zu vgl. die Erläuterung in Bd. 2, 532).

1. Kallee, GewuKfmG. 21 170. Die Bek. gilt auch für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

2. Sintenis, Finanz- und wirtschaftspolitische Kriegsgesetze[2] 307. Es macht keinen Unterschied, ob der Rechtsanwalt die Zustellung als Prozeßbevollmächtigter empfängt oder in einer Parteistellung, kraft der er fremde Interessen wahrnimmt, wie als Konkursverwalter, Zwangs-, Nachlaßverwalter, Testamentsvollstrecker. Dagegen findet die VO. auf Zustellungen an einen RA. als Privatperson keine Anwendung (Keidel, LeipzZ. 16 292; a. M. Schäffer, JW. 16 91).

3. OLG. 32 297 (Hamburg I). Nach §§ 1, 2 gilt eine Zustellung, die wie hier vor dem 22. Dezember 1915, aber nach dem 31. Juli 1914 vorgenommen worden ist, als unwirksam erfolgt, wenn sie bei Anwendung des § 1[1] wirksam wäre. Nach § 1[1] kann an einen Rechtsanwalt, der als Unteroffizier oder Gemeiner dem aktiven Heere angehört, außer auf dem in § 172 ZPO. vorgeschriebenen Wege auch nach den sonstigen Vorschriften der ZPO. zugestellt werden. Nach dem Ges. v. 2. Mai 1874 gehörte A. zur Zeit der Zustellung des Urteils am 20. Juli 1915 als Gemeiner dem aktiven Heere an, da er als landsturmpflichtig zur Waffe eingezogen war. Nach den Vorschriften der ZPO. konnte ihm als Rechtsanwalt gültig zu Händen seines Bureauvorstehers zugestellt werden. Die Zustellung des Urteils ist daher gültig und da diese Berufung zurückgenommen worden ist, war der Kläger des Rechtsmittels für verlustig zu erklären. Hieraus ergibt sich ferner, daß die zweite Berufung, die am 28. Oktober 1915 verspätet eingelegt ist, daher als unzulässig zu verwerfen war. Der § 3 VO. v. 22. Dezember 1915, auf den sich der Kläger ferner beruft, bezieht sich ausschließlich auf den Fall des § 2 das., der hier nicht vorliegt, ganz abgesehen davon, daß der Anwalt des Klägers die Zustellung vom 20. Juli 1915 als zulässig behandelte, indem er Berufung einlegte.

4. RG. VII, Recht 16 355 Nr. 611. Keinesfalls konnte eine wirksame Zustellung an den Rechtsanwalt W. am 20. Mai 1915 erfolgen, wenn er damals nicht mehr lebte. Nach einer Anzeige vom 3. Juli 1915 war W. gefallen. Wann er gefallen war, ist nicht

festgestellt. Von dem Zeitpunkt seines Todes an war eine Zustellung an ihn überhaupt, also auch in Gestalt einer Ersatzzustellung, im Geschäftslokal an den Schreiber nicht mehr möglich. Es mag sein, daß einer nach dem Tode des Empfängers vorgenommenen Ersatzzustellung unter Umständen auf Grund einer besonderen Gesetzesvorschrift, die etwa auf einer Fiktion des Fortlebens zu beruhen hätte, die Wirksamkeit doch innewohnen könnte. Eine Vorschrift solcher Art besteht aber nicht; sie ist weder in der BRVO. v. 22. Dez. 1915 noch in der ferner in Betracht kommenden v. 9. März 1916 (RGBl. 156) getroffen worden.

5. Eingabe der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin an den Reichskanzler, JW. 16 475. Es ist eine alte Klage, daß das Zustellungswesen nach der ZPO. an einem Übermaß von Formen leidet, und daß die große Zahl der tatsächlich vorkommenden mangelhaften Zustellungen das beweisen. Es ist daher sehr zu bedauern, daß die gegenwärtig besonders wichtige Zustellung, nämlich die an Einberufene, noch mehr erschwert wird, als es erforderlich ist. Dabei handelt es sich um die Auslegung des § 172 ZPO., der bestimmt, daß die Zustellung für einen Unteroffizier oder Gemeinen des aktiven Heeres oder der aktiven Marine an den Chef der zunächst vorgesetzten Kommandobehörde erfolgen muß. Es ist streitig, ob eine Zustellung, die nicht in dieser Weise, sondern z. B. nach § 181 an einen zu der Familie gehörigen erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person oder nach § 183 an die Gewerbegehilfen des Gewerbetreibenden, der ein besonderes Geschäftslokal hat, daneben zulässig sind.

Das KG. hat sich in einer Entscheidung v. 31. Dezember 1902, abgedruckt in OLG. 6 394 dahin ausgesprochen, daß auch die letztere Art der Zustellungen wirksam ist. Während des Krieges ist eine Entscheidung des LG. Breslau, vom 9. November 1915, ergangen, abgedruckt in JW. 16 64, die den gleichen Standpunkt vertritt. Für Steuersachen hat z. B. Oberverwaltungsgerichtsrat Mrozek die Ersatzzustellung in der Wohnung des Kriegsteilnehmers für rechtsgültig erklärt; DJZ. 14 1321; vgl. auch Kaufmann in JW. 14 908ff. Das bayerische Justizministerium hat sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Das preußische und das sächsische Justizministerium haben indes Ersatzzustellungen für unzulässig erklärt. Auch die Anweisung über das Verfahren betreffend die postamtliche Bestellung von Briefen mit Zustellungsurkunde (Zentralblatt für das Deutsche Reich 1914, 208) scheint unserer Auffassung zu sein, wenn sie im § 6 Abs. 7 die Ersatzzustellung nur für andere Fälle als die Fälle der im voranstehenden Absatz erwähnten Zustellung an einen Unteroffizier oder Gemeinen des aktiven Heeres oder der Marine vorsieht. Diese Auffassung hat dadurch noch eine wesentliche Stütze erfahren, daß nach der Bek. v. 22. Dezember 1915 (RGBl. 833) an Rechtsanwälte, außer durch Zustellung an den Chef der Kommandobehörde, auch nach anderen Vorschriften zugestellt werden könnte, und daß im § 2 von der früheren Unwirksamkeit derartiger Zustellungen gesprochen worden ist.

Der Streit zwischen der Rechtsprechung und der Verwaltung, der Streit innerhalb der verschiedenen Justizverwaltungen des Deutschen Reiches fordert bei der großen Zahl der Zustellungen an Einberufene schon an sich eine Klarstellung. Darüber hinaus muß aber auch die Ersatzzustellung in Haus und Geschäft der Einberufenen als ein Bedürfnis angesehen werden. Derartige Ersatzzustellungen an den Hausgenossen oder Gewerbegehilfen kommen vielfach vor, nicht nur bei der Post trotz der entgegenstehenden Dienstanweisung, sondern auch in anderen Fällen, zumal da der Auftraggeber oft gar nichts davon weiß, daß der Empfänger zum aktiven Heer oder zur aktiven Marine gehört. Wenn man etwa glaubt, daß es im Interesse des Einberufenen läge, Zustellungen in seiner Wohnung oder in seinem Laden für ungültig zu erklären, so dürfte dies kaum zutreffen. Die Absicht des Gesetzes war es sicher nicht, das Interesse der Soldaten zu wahren. Denn, wie die Begründung des Entwurfs der ZPO. ergibt, wurde die Vorschrift deshalb eingeführt, weil bei Militärpersonen niederen Grades eine Bewirkung der Zustellung in den Kasernements zu Unträglichkeiten führen könne (vgl. Begründung des Entwurfs S. 151). Man hat also vorausgesetzt, daß in der Kaserne zugestellt werden muß, nicht etwa eine solche Zustellung gefordert. Man hat Schwierigkeiten beseitigen, die Zustellung erleichtern, nicht aber sie erschweren wollen. Daß vollends durch das Verbot der Ersatzzustellung die

Interessen der Kriegsteilnehmer gewahrt werden würden, ist sicher nicht richtig. Wenn ein Kriegsteilnehmer seine Wohnung beibehält, oder gar seinen Gewerbebetrieb fortsetzt, so hat er dafür gesorgt, daß seine Angelegenheiten besser wahrgenommen werden, als er dazu in der Kaserne oder gar draußen im Felde imstande ist. Er muß die weitere Erledigung der Angelegenheit in der Regel doch seinen Leuten im Geschäft überlassen. Höchst eigentümlich würde es auch erscheinen, wenn die Rücksicht zwar auf die Gemeinen genommen werden würde, nicht aber auf die Offiziere des aktiven oder des Beurlaubtenstandes, bei denen die Ersatzzustellung im Haus oder Geschäftsraum zulässig ist und die doch sicherlich ebenso oft wie die Gemeinen ein Interesse an der Kenntnis der zugestellten Schriftstücke haben. Endlich ist zu bedenken, daß eine derartige Vorschrift nur für das Prozeßrecht, nicht aber für das bürgerliche Recht gilt; daß demnach auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts, z. B. für Kündigung und dergleichen, Zustellungen in Wohnung und Geschäft zulässig sind.

Das Verbot der Ersatzzustellung ist aber nicht nur zwecklos, es ist auch schädlich. Bei der ungewöhnlich großen Zahl von Personen, die in Frage stehen, hat die Vorschrift, wenn sie richtig ausgeführt, eine ganz außerordentliche Belastung der Kompagnieführer zu Hause und im Felde zur Folge; zu gleicher Zeit bildet sie aber auch bei der großen Zahl der in Betracht kommenden Zustellungen, die im Sinne der strengen Auslegung fehlerhaft gemacht werden, eine Quelle der Rechtsunsicherheit, deren Beseitigung unseres Erachtens ebenso notwendig ist, wie sich dies bei den zum Heeresdienst eingezogenen Rechtsanwälten als erforderlich erwiesen hat. Da die VO. v. 22. Dezember 1915 die Gerichte geradezu daran hindert, gegenüber denen, die nicht Rechtsanwälte sind, von der sachgemäßen Auslegung des § 172 Gebrauch zu machen, so bitten wir, eine entsprechende Feststellung zu treffen, daß der § 172 ZPO. keine zwingenden Vorschriften enthält.

6. Levin a. a. O. 404ff. Aus § 1 Abs. 2 VO. ist als Ansicht des BR. zu entnehmen, daß § 172 ZPO. für andere Personen als RA. zwingend ist. Das führt zu einem schwer erträglichen und innerlich nicht begründeten Rechtszustand, da Ersatzzustellungen für Heeresangehörige äußerst zahlreich sind und in allen diesen Fällen die an die Zustellung geknüpften materiellen und Verfahrenswirkungen nicht eintreten, ohne daß dieses stets dem Gläubiger oder dem Gericht bekannt wird. § 172 hat den Zweck, Zustellungen zu erleichtern, kann diesen Zweck aber bei den durch den Weltkrieg geschaffenen Verhältnissen nicht erfüllen. Es empfiehlt sich, den § 172 ZPO. ausdrücklich zur Ordnungsvorschrift zu machen und deshalb Zustellungen in der Wohnung und im Geschäftslokal (§§ 181 Abs. 1, 183 ZPO.). für wirksam anzuerkennen. Dagegen bestehen Bedenken gegen die Zulassung von Ersatzzustellungen nach § 181 Abs. 2 (Übergabe an den Hauswirt oder Vermieter) oder nach § 182 (Niederlegung auf der Gerichtsschreiberei, bei der Post, dem Gemeindevorsteher oder dem Polizeivorsteher). Das Verhältnis zwischen § 172 und § 201 ZPO. ist zu regeln.

5. Bekanntmachung über die freiwillige Gerichtsbarkeit in Heer und Marine vom 14. Januar 1915. (RGBl. 18.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 156, 157.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 1, 157.

Marcus, Die BRVO. vom 14. Januar 1915 über die freiwillige Gerichtsbarkeit in Heer und Marine, ZBlFG. 16 658.

§ 1.

Ergänzungsvorschriften über die freiwillige Gerichtsbarkeit für die Kaiserliche Marine.

I. Ist die Verordnung rechtswirksam?

Marcus a. a. O. 661. Die Begriffe „wirtschaftliche Maßnahmen" und „wirtschaft-

liche Schäden" dürfen nicht zu eng gefaßt werden. Unbedenklich bewegt sich die VO. v. 14. Januar 1915 (RGBl. 18) im Rahmen des § 3 ErmächtigG.

(Abschnitt II, III in Bd. 1, 158.)

IV. Verhältnis des § 1 zu § 184 FGG.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 1, 158).

3. Marcus a. a. O. 660. Nach § 1 VO. genießen alle Marineangehörigen, auch wenn sie nicht in See sind, diejenigen Rechtserleichterungen, die für das mobile Heer gelten, gleichviel ob sie sich an Bord, auf Reede, auf einer Insel, in einer vom Feinde bedrohten Festung oder auf dem Kriegsschauplatz, z. B. in Russisch-Polen befinden. Insbesondere ist die örtliche Beschränkung des privilegierten Marinetestaments weggefallen; auch kann fortan ein zur aktiven Marine gehöriger Minderjähriger Testaments- und Urkundzeuge sein. Soweit die Vorschriften der §§ 1 bis 4, 6, 7 HeerFGG. in Frage kommen, sind Heer und Marine völlig gleichgestellt.

§§ 3, 4.

Kriegsbeglaubigung von Unterschriften.

(Erläuterung I, II in Bd. 1, 164, 165; III, IV in Bd. 2, 52, 53.)

V. KG. I, JMBl. 16 150, BayNotZ. 16 337, JW. 16 683, RJA 15 85, ZBlFG. 17 133. Die Unterschriftsbeglaubigung in der Fassung: „Die Richtigkeit obiger Angaben bestätigt B., Offz.-Stellvertreter" ist zwar nicht empfehlenswert, indessen nicht ungültig. Aus dem Gesamtbild der Urkunde ist zu entnehmen, daß der Offizierstellvertreter B. die Unterschrift unter der Vollmacht als von J. P. herrührend zu öffentlichem Glauben bestätigt. Der Nachweis, daß B. zur maßgebenden Zeit die Kompagnie geführt hat, also militärischer Disziplinarvorgesetzter des J. P. gewesen ist (ArmeeVBl. 15 297), würde durch ein Zusatzzeugnis der Militärbehörde geführt werden können (Schlegelberger, Kriegsrecht der freiwilligen Gerichtsbarkeit 91, GruchotsBeitr. 59 279).

VI. KG. I, JMBl. 16 150, BayNotZ. 16 337, JW. 16 683, RJA. 15 85, ZBlFG. 17 133. Aus der Fassung des § 3 ist zu entnehmen, daß den militärischen Disziplinarvorgesetzten eine weitergehende Zuständigkeit als den KriegsGR. und OKriegsGR. nicht hat eingeräumt werden sollen. Auch diese sind nach § 1 HeerFGG. v. 28. Mai 1901 (RGBl. 185), auf den die VO. verweist, zuständig zur Unterschriftsbeglaubigung „im Felde". Das führt dahin, den Ausdruck „im Felde" in § 3 VO. ebenso auszulegen wie in § 1 HeerFGG., und daraus folgt wiederum, daß für die Bedeutung dieses Ausdrucks der § 5 EGMStGO. maßgebend ist, auf den § 1 HeerFGG. erweist. Wortlaut und Begr. des § 5 EGMStGO. ergeben, daß die Feldvorschriften des Beurkundungsrechts nur dann anzuwenden sind, wenn der Truppenteil, dem der Beteiligte angehört, zufolge der Anordnung des Kaisers, daß das deutsche Heer nach Maßgabe des Mobilmachungsplans kriegsbereit aufzustellen sei (Art. 63 Abs. 4 RVU., Sonderausgabe des Deutsch. Reichsanzeigers v. 1. August 1914) als mobiler Truppenteil anzusehen ist. Auf diesem Standpunkt steht auch das preußische Kriegsministerium und Rissom in Dietz, Taschenb. des Militärrechts 2 536; a. M. Grosebert, DStrafrZ. 15 251, nach dessen Auffassung es darauf ankommt, ob der Gerichtsherr „mobil" ist. → Dem KG. stimmt Delius, Recht 16 369 zu. ←

§ 5.

Stempelfreiheit der Kriegsbeglaubigung.

(Zu vgl. Bd. 1, 165.)

Vfg. des Direktors der Verkehrssteuern, ElsLothNotZ. 16 282. Auch die notarielle Beglaubigung der Unterschriften im Felde ist stempelfrei.

6. Bekanntmachung über die Beglaubigung von Unterschriften und die Legalisation von Urkunden in den besetzten Gebieten. Vom 20. Januar 1916. (RGBl. 48.)*)

Wortlaut in Bd. 2, 53.

Begründung. (D. N. 102.)

Ausländische öffentliche Urkunden, die im inländischen Rechtsverkehre gebraucht werden, bedürfen des Nachweises, daß sie echt sind. Zu diesem Nachweise genügt die Beglaubigung (Legalisation) durch einen Gesandten oder Konsul des Reichs (§ 438 ZPO.; § 2 Gesetz v. 1. Mai 1878, RGBl. 89). In den besetzten feindlichen Gebieten besteht eine diplomatische oder konsularische Vertretung nicht; infolgedessen fehlt es dort zurzeit an der Möglichkeit einer Legalisation. Neben diesem Mangel, der sich namentlich in den wirtschaftlichen Beziehungen zu Belgien in steigendem Maße fühlbar gemacht hatte, ergab sich in den Ländern des französischen Rechts eine weitere Unzuträglichkeit. Dort ist die öffentliche Beglaubigung einer Privatunterschrift (§ 129 BGB.), wie sie die deutsche Gesetzgebung für zahlreiche Fälle vorsieht, unbekannt. Wer daher nicht in der Lage war, von der Zuständigkeit der Kriegsgerichtsräte und Oberkriegsgerichtsräte oder der militärischen Disziplinarvorgesetzten, der vorgesetzten Beamten oder der Gerichtsoffiziere zur Beglaubigung seiner Unterschrift Gebrauch zu machen (§ 1 HeerFGG. v. 28. Mai 1901, RGBl. 185; § 3 VO. über die freiwillige Gerichtsbarkeit in Heer und Marine v. 14. Januar 1915, RGBl. 18), sah sich gegebenfalls in die Notwendigkeit versetzt, die Form der öffentlichen Beurkundung (§§ 128, 129 Abs. 2 BGB.) zu wählen. Dieser Weg ist zwar dort gangbar, wo, wie in Belgien, das Notariat im allgemeinen in Tätigkeit geblieben ist, er ist aber weit kostspieliger. Bei dem großen Umfang, in dem die öffentlich beglaubigte Urkunde im deutschen Rechtsverkehr, insbesondere in Grundbuchsachen, zugelassen ist, und der zunehmenden Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den besetzten Gebieten und dem Inlande war in Übereinstimmung mit der deutschen Verwaltung in Belgien das Bedürfnis anzuerkennen, daß hier ein Ersatz für die Beglaubigungsbefugnis geschaffen werde, die sonst im Auslande den Konsuln — vermöge des ihnen übertragenen Rechtes der Notare — zusteht (§ 16 des KonsulG. v. 8. November 1867, BGBl. 137). Den dargelegten wirtschaftlichen Übelständen hilft die auf Grund des § 3 des sog. ErmG. ergangene Bek. v. 20. Januar 1916 (RGBl. 48) ab, indem sie dort, wo in den besetzten Gebieten eine deutsche Zivilverwaltung eingerichtet ist, die über die geeigneten Kräfte verfügt, an die bestehenden Einrichtungen anknüpft. Der Geltungsbereich der Verordnung ist vorerst auf die besetzten Gebiete Belgiens und Frankreichs beschränkt; diese umfaßt er, soweit sie unter der Verwaltung des Kaiserlichen Generalgouverneurs in Brüssel stehen (§ 1 Abs. 1). In diesen Gebieten haben die Präsidenten, die in jeder Provinz bestellt sind, die Befugnis erhalten, die nach den Vorschriften eines deutschen Gesetzes erforderliche Beglaubigung einer Unterschrift oder eines Handzeichens vorzunehmen. Um gegebenenfalls einer fortschreitenden Entwicklung der Verhältnisse ohne Weiterungen gerecht werden zu können, ist dem Reichskanzler die Ermächtigung erteilt, neben oder an Stelle der Präsidenten auch andere Dienststellen für zuständig zu erklären (§ 1 Abs. 2). Auf die gemäß § 1 zu bewirkende Beglaubigung finden die Vorschriften des § 183 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechende Anwendung. Die Beglaubigung darf daher nur erfolgen, wenn die Unterschrift oder das Handzeichen in Gegenwart des Präsidenten vollzogen oder anerkannt wird; der Beglaubigungsvermerk muß die auf amtlicher Feststellung des Beglaubigenden beruhende Bezeichnung dessen, der die Unterschrift vollzogen oder aner-

*) Diese Bek. wird wegen des inneren Zusammenhanges mit der Bek. Nr. 5 in Abtl. A mitgeteilt, obwohl sie streng genommen, zum Sonderrecht der Kriegsteilnehmer nicht gehört.

kannt hat, sowie den Ort und Tag der Ausstellung angeben und mit Unterschrift und Siegel oder Stempel versehen sein. Verstöße hiergegen würden die Beglaubigung nichtig machen. Den Präsidenten der Zivilverwaltung ist sodann auch die Legalisationsbefugnis für die in ihrem Bezirk errichteten und beglaubigten Urkunden übertragen (§ 2). Die von ihnen ausgehende Legalisation hat dieselbe Wirkung wie eine nach § 14 des Konsulatsgesetzes vorgenommene, sie genügt zum Nachweis der Echtheit der legalisierten Urkunde (§ 438 ZPO.; § 2 Gesetz v. 1. Mai 1878). Die Legalisation, die zu einer an sich schon mit öffentlichem Glauben versehenen Urkunde hinzutritt, um ihr Wirksamkeit über das Gebiet des Heimatsstaats hinaus zu verleihen, soll anderen Dienststellen als den Präsidenten nicht übertragen werden können.

In anderen besetzten Gebieten als in denen, die der Verwaltung des Generalgouverneurs in Brüssel unterstehen, ist ein Bedürfnis zu entsprechenden Maßnahmen bis jetzt nicht hervorgetreten. Für den Fall, daß es sich als wünschenswert erweisen sollte, die Verkehrserleichterungen der §§ 1, 2 auch in anderen Gebieten einzuführen, hat der Reichskanzler die Befugnis hierzu erhalten (§ 3). In den verschiedenen besetzten Gebieten sind die Verwaltungseinrichtungen nicht gleichmäßig geordnet. Durch die Fassung des § 3 ist deshalb Sorge getragen worden, daß die Zuständigkeit den Verhältnissen des einzelnen Gebiets entsprechend auch abweichend von den Grundsätzen der §§ 1, 2 geregelt werden kann. Da sich die spätere Gestaltung der Verhältnisse nicht übersehen läßt, ist dem Reichskanzler endlich die Befugnis beigelegt worden, die Verordnung ganz oder teilweise, auch für einzelne der besetzten Gebiete oder für Teile davon außer Kraft zu setzen (§ 4 Satz 2).

Auf Grund des § 3 dieser Verordnung hat der Reichskanzler bestimmt:

a) in der **Bekanntmachung vom 6. Mai 1916.** (RGBl. 364).

Die Vorschriften der §§ 1, 2 der Verordnung gelten für die dem Oberbefehlshaber Ost unterstellten russischen Gebiete, in denen die deutsche Verwaltung eingeführt ist, entsprechend. Für die öffentlichen Beglaubigungen sind die dortigen Friedensgerichte, für die Legalisationen die dortigen Chefs der Verwaltungen zuständig.

b) in der **Bekanntmachung vom 31. Juli 1916** (RGBl. 874):

Die Vorschriften der §§ 1, 2 der Verordnung gelten für das Gebiet des Generalgouvernements Warschau entsprechend. Für die öffentlichen Beglaubigungen sind die dortigen Bezirksgerichte (Aufsichtsrichter) und Kaiserlich Deutschen Justizkommissare zuständig. In Warschau ist für die gerichtlichen Beglaubigungen das Bezirksgericht II zuständig. Die Legalisationen gehören zur Zuständigkeit des Verwaltungschefs beim Generalgouvernement Warschau.

c) in der **Bekanntmachung vom 25. November 1916** (RGBl. 1299).

Die Vorschriften der §§ 1, 2 der Verordnung gelten für das besetzte Gebiet von Longwy und Briey entsprechend. Für die öffentlichen Beglaubigungen sind der Chef der Zivilverwaltung beim Gouvernement Metz für dieses Gebiet, der Vorsitzende und Einzelrichter des deutschen Gerichts für dieses Gebiet und die zur Ausübung ihres Amtes innerhalb dieses Gebiets zugelassenen deutschen Notare zuständig. Die Legalisationen gehören zur Zuständigkeit des Chefs der Zivilverwaltung beim Gouvernement Metz.

(Verordnung Nr. 7 als Nr. 6 in Bd. 2, 53, vom Landtag genehmigt, GS. 9.)

8. Verordnung über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer. Vom 8. Januar 1916. (RGBl. 452.)

Mitgeteilt in Abschnitt B unter I 4.

B. Geltendmachung von Ansprüchen während der Kriegszeit.

Übersicht.

I. Maßnahmen zugunsten des Schuldners.

*1. Bek. über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen, v. 7. August 1914 (RGBl. 359) in der Fassung der Verordnung v. 20. Mai 1915 (RGBl. 298) 45
*2. Bek. über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung, v. 18. August 1914 (RGBl. 377) in der Fassung der Verordnung v. 20. Mai 1915 (RGBl. 292) 54
*3. Bek., betr. Änderung der Verordnungen über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung (RGBl. 1915, 290, 292), v. 8. Juni 1916 (RGBl. 451) . . 57
*4. Bek. über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer v. 8. Juni 1916 (RGBl. 452) 60
*5. Bek., betr. die Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypotheken und Grundschulden, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 543) in der Fassung der Verordnung v. 20. Mai 1915 (RGBl. 293) 62
*6. Bek. über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden v. 8. Juni 1916 (RGBl. 454) 62
*7. Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 7. August 1914 (RGBl. 360) 103
*8. Bek., betr. die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens, v. 8. August 1914 (RGBl. 363). 108
9. Bek. über die Unverbindlichkeit gewisser Zahlungsvereinbarungen v. 28. September 1914 (RGBl. 417) . . . . . .
10. Bek., betr. Verbot des Agiohandels mit Reichsgoldmünzen, v. 23. November 1914 (RGBl. 481) . . . . . .
11. Bek. über das Mindestgebot bei der Versteigerung gepfändeter Sachen v. 8. Oktober 1914 (RGBl. 427) . . . . . .
12. Bek. über die Sicherheitsleistung mit Wertpapieren v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 541) . . . . . .
*13. Bek., betr. Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., v. 25. Februar 1915 (RGBl. 111) 121
14. Bek. des Reichskanzlers, betr. Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., v. 25. Februar 1915 (RGBl. 112) . . . . . .
15. Bek. des Reichskanzlers, betr. Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., v. 17. März 1915 (RGBl. 154). . . . . .
16. Bek. des Reichskanzlers, betr. Ausnahme von dem Verbote von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., v. 22. Januar 1916 (RGBl. 54) . . .
*17. Bek. des Reichskanzlers, betr. Ausnahme von dem Verbote von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., v. 29. August 1916 (RGBl. 993) . . . 122
*18. Bek. über die Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen, v. 17. Mai 1915 (RGBl. 285) 122
19. Bek. über das Kündigungsrecht der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern, v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 642) . . . . . .

II. Maßnahmen zugunsten des Gläubigers.

*1. Bek., betr. die Abtretung und Pfändung der Forderungen an die Kriegskasse aus der Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren, v. 12. August 1914 (RGBl. 370) 122
2. Bek. über die Zahlung der Vergütung für die Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren an die Militärbehörde v. 24. August 1914 (RGBl. 384)
*3. Bek. über die Versagung des Zuschlags bei der Zwangsversteigerung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens v. 10. Dezember 1914 (RGBl. 499) 123
4. Bek. über die Verjährungsfristen v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 543) . . .
*5. Bek. über die Verjährungsfristen v. 4. November 1915 (RGBl. 732) . . . 123
*6. Bek. über Verjährungsfristen des Seerechts v. 9. Dezember 1915 (RGBl. 811) 123
*7. Verordnung über die Verjährungsfristen v. 26. Oktober 1916 (RGBl. 1198) 124

III. Maßnahmen zugunsten des Gläubigers und des Schuldners.

*1. Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse v. 4. August 1914 (RGBl. 327) 124
Dazu:
Bek., betr. weitere Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts, v. 29. August 1914 (RGBl. 387) § 1 . . . . . .
Bek., betr. die Verlängerung der Fristen für wechsel- und scheckrechtliche Handlungen, v. 7. August 1914 (RGBl. 361) . . . . . .
Bek., betr. Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts, v. 6. August 1914 (RGBl. 357) . . . . . .
Bek., betr. Aufhebung der für die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts angeordneten dreißigtägigen Verlängerung, v. 17. Mai 1915 (RGBl. 284) . .
Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 4. März 1915 (RGBl. 129) und 17. Mai 1915 (RGBl. 284)
*Bek. über denselben Gegenstand, v. 22. Juni, 21. Oktober 1915 (RGBl. 450, 677), 6. Januar, 13. April, 13. Juli 1916 (RGBl. 2, 273, 694) 125
2. Bek., betr. Änderung der Postordnung:
a) v. 6. August 1914 (RGBl. 357) . . . . . .
b) α. v. 27. September 1914 (RGBl. 419) . . . . . .
β. v. 16. März 1915 (RGBl. 153) . . . . . .
γ. v. 22. Mai 1915 (RGBl. 302) . . . . . .
c) v. 26. Oktober 1914 (RGBl. 457) . . . . . .
d) v. 23. Juli 1915 (RGBl. 474) . . . . . .
e) v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 678) . . . . . .
f) v. 16. April 1916 (RGBl. 287) . . . . . .
g) v. 17. Juli 1916 (RGBl. 753) . . . . . .
*h) v. 9. Oktober 1916 (RGBl. 1153) 126
3. Bek., betr. die Fälligkeit im Ausland ausgestellter Wechsel:
a) v. 10. August 1914 (RGBl. 368) . . . . . .
b) v. 12. August 1914 (RGBl. 369) . . . . . .
c) v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 448) . . . . . .
d) v. 18. Januar 1915 (RGBl. 23) . . . . . .
*4. Bek., betr. Einigungsämter, v. 15. Dezember 1914 (RGBl. 511) . . 127
*5. Bek. über die Zwangsverwaltung von Grundstücken v. 22. April 1915 (RGBl. 233) 127
6. Bek. über den dinglichen Rang öffentlicher Lasten v. 22. April 1915 (RGBl. 235)
*7. Bek. über die Todeserklärung Kriegsverschollener v. 18. April 1916 (RGBl. 296) 129

I. Maßnahmen zugunsten des Schuldners.

1. Bekanntmachung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen vom 7. August 1914 in der Fassung der Verordnung vom 20. Mai 1915. (RGBl. 359, 290.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 172—177.

→ Diese BO. ist geändert durch Art. I der als Nr. 3 abgedruckten Bek. v. 8. Juni 1916 (RGBl. 451). ←

§ 1.

Inhaltsübersicht.

A. Die allgemeine Bedeutung der gerichtlichen Zahlungsfrist I 179, II 59, III 46.
I. Unterschied von einem allgemeinen Moratorium I 179.
II. Wirkung der Zahlungsfrist I 179, II 59, III 46.
1. Hat die Bewilligung der Zahlungsfrist materiell-rechtliche Bedeutung? I 179, II 59, III 46.
a) Bejahend I 179.
b) Verneinend I 179, II 59.
2. Wirkt die Zahlungsfrist auf die gegenseitigen Verträge ein? I 185.
3. Beeinflußt die Zahlungsfrist den Lauf der Verzugszinsen? I 186.
B. Die Bestimmungen des § 1 im einzelnen I 186, II 59, III 46.
I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten I 186, II 59.
1. Übersicht I 186.
2. Arrest und einstweilige Verfügung insbesondere I 186, II 59.
3. Das Mahnverfahren insbesondere I 187.
II. Unabhängigkeit des Rechtsstreits vor den ordentlichen Gerichten I 188, II 59, III 46.
III. Die Personen des Rechtsstreits I 189, II 59.
1. Die Person des Klägers I 189.
2. Die Person des Beklagten I 189, II 59.
a) Darf der Beklagte Ausländer sein? I 189, II 59.
α. Bejahend I 189, II 59.
β. Verneinend I 192.
b) Darf das Rechtsverhältnis sich nach ausländischem Recht richten? I 192.
c) Juristische Personen und Handelsgesellschaften als Beklagte I 193.
d) Verwalter fremden Vermögens als Beklagte I 193.
e) Können Kriegsteilnehmer den Antrag stellen?
α. Bejahend I 193.
β. Verneinend I 193.
IV. Eine vor dem 31. Juli 1914 entstandene Geldforderung I 193, II 60, III 46.
1. Eine Geldforderung I 193.
a) Der Begriff der Geldforderung I 193.
b) Nur privatrechtliche Forderungen I 194.
c) Das Übergehen einer anderen Forderung in eine Geldforderung. Muß der Übergang vor dem 31. Juli 1914 erfolgt sein? I 195.
α. Bejahend I 196.
β. Verneinend I 195.
d) Einzelne Fälle I 197.
2. Entstehung der Forderungen vor dem 31. Juli 1914 I 197, II 60, III 46.
a) Der Begriff der Entstehung der Forderung I 197, II 60.
b) Ist der Beginn oder der Ablauf des 31. Juli 1914 maßgebend? I 203.
c) Einzelne Fälle I 203, II 60, III 47.
α. Wechselforderungen I 203, II 60, III 60.
β. Gekündigte Forderungen I 205.
γ. Haupt- und Nebenforderungen I 205, III 47.
δ. Der Anspruch aus § 636 HGB. I 205.
ε. Der Anspruch wegen Beschädigung der Mietsache I 206.
ζ. Der Anspruch auf die Versicherungsprämie II 61.
η. Der Rückgewährsanspruch des Anfechtungsklägers II 62.
ϑ. Der Rückgewährsanspruch nach Ausübung des Rücktrittsrechts III 47.
V. Die Zulässigkeit der Fristbewilligung I 206, II 62, III 47.
1. Die Rechtfertigung der Fristbewilligung durch die wirtschaftliche Lage der Parteien I 206.
2. Muß ein Zusammenhang zwischen Zahlungsschwierigkeit und Krieg vorhanden sein? I 209, II 62, III 47.
a) Bejahend I 209, II 62, III 47.
b) Verneinend I 209.
3. Die Glaubhaftmachung I 212, III 48.
a) Die Mittel der Glaubhaftmachung I 212.
b) Der Gegenstand der Glaubhaftmachung I 212.
c) Wer hat glaubhaft zu machen, daß die Zahlungsfrist dem Kläger nicht einen unverhältnismäßigen Nachteil bringt? I 212, III 48.
α. Der Gläubiger I 212.
β. Der Schuldner I 214.
4. Bleibt die Bewilligung der Frist trotz

früherer Gewährung einer Vertragsfrist zulässig? I 216, II 62.
a) Bejahend I 215, II 62.
b) Verneinend I 215.
5. Zulässigkeit der Fristbewilligung nur durch das Vollstreckungsgericht I 216.
VI. Das Prozeßverfahren I 216, II 63, III 48.
1. Der Antrag des Schuldners auf Fristbewilligung I 216, II 63.
Gilt für den Antrag der Grundsatz der Mündlichkeit und der Anwaltszwang? I 216.
a) Bejahend I 216.
b) Verneinend I 216.
2. Ein Anerkenntnis des Klageanspruchs ist nicht nötig I 218.
3. Das Urteil I 218.
a) Der Inhalt des Urteils I 218.
α. Im allgemeinen I 218.
β. Die Bestimmung des Anfangspunkts und der Dauer der Zahlungsfrist I 219.
γ. Das Verlangen einer Sicherheitsleistung I 219.
δ. Die kassatorische Klausel I 220.
ε. Die Fassung der Urteilsformel I 221.
b) Die Ergänzung des Urteils I 223.
4. Die Wirkung des Urteils I 223, II 63, III 48.
a) Die Aufhebung der inzwischen vorgenommenen Vollstreckungsmaßregeln I 223, II 63, III 48.
b) Ist eine spätere Verlängerung der Frist ausgeschlossen? I 223.
α. Bejahend I 223.
β. Verneinend I 223.
c) Die Wirkung der einem Gesamtschuldner bewilligten Frist zugunsten des anderen Gesamtschuldners I 223.
d) Wirkt eine dem Hauptschuldner bewilligte Frist zugunsten des Bürgen? I 224, III 48.
α. Bejahend I 224, III 48.
β. Verneinend I 224.
5. Die Rechtsmittel gegen das Urteil I 225.
a) Die Berufung I 225.
α. Berufung und nicht Beschwerde I 225.
β. Die Zulässigkeit der Berufung I 225.
γ. Inhalt der Berufungsentscheidung 227
b) Die Revision I 228, II 63.
c) Der Einspruch. Ist der Einspruch zum Zwecke der Erlangung einer Zahlungsfrist zulässig? I 229.
α. Bejahend I 229.
β. Verneinend I 230.
6. Der Verzicht auf die Bewilligung der Frist I 230.

A. Die allgemeine Bedeutung der gerichtlichen Zahlungsfrist.

I. Unterschied von einem allgemeinen Moratorium

in Bd. 1, 179.

II. Wirkung der Zahlungsfrist.

1. Hat die Bewilligung der Zahlungsfrist materiell-rechtliche Bedeutung?

(Zu vgl. Bd. 1, 179ff.; 2, 59.)

In Betracht kommt jetzt Art. I 1c der VO. v. 8. Juni 1916 (RGBl. 451), wonach die Zahlungsfrist „wie eine von dem Gläubiger bewilligte Stundung" wirkt.

B. Die Bestimmungen des § 1 im einzelnen.

(Abschnitt I in Bd. 1, 186; 2, 59.)

II. Anhängigkeit des Rechtsstreits vor den ordentlichen Gerichten.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 1, 188, 189.)

5. Kallee, GewuKfmG. 21 165. § 1 ZahlfristVO gilt nicht für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, ebensowenig für die Landgerichte als Berufungsgerichte gegen deren Entscheidungen.

(Abschnitt III in Bd. 1, 189ff.; 2, 59ff.)

IV. Eine vor dem 31. Juli 1914 entstandene Geldforderung.

(Unterabschnitt 1 in Bd. 1, 193.)

2. Entstehung der Forderung vor dem 31. Juli 1914.

(Unterabschnitt a, b in Bd. 1, 197, 203; 2, 60.)

c) Einzelne Fälle.

α. Wechselforderungen.

(Erläuterung *aa* bis *μμ* ib Bd. 1, 203ff.; *νν* bis *σσ* in Bd. 2, 60, 61.)

ττ. SächsA. 16 122 (Dresden V). Bei Ansprüchen aus Wechseln entscheidet der Tag der Wechselausstellung, und zwar auch dann, wenn der Wechsel ein Verlängerungswechsel ist.

νν. SeuffA. 16 223 (Dresden V). Bei der Wechselverlängerung ist maßgebend der Tag der Ausstellung des Verlängerungswechsels.

(Unterabschnitt *β* in Bd. 1, 205.)

γ. Haupt- und Nebenforderungen.

(Erläuterung *αα*, *ββ* in Bd. 1, 205.)

γγ. DJZ. 16 826, LeipzZ. 16 415, OLG. 32 287, Recht 16 150 Nr. 368 (Hamburg I). In Rechtspr. und Literatur wird angenommen [zu vgl. Bd. 1, 205*γ*], daß eine Zinsschuld für einen nach den 31. Juli 1914 fallenden Zeitraum als bereits vor dem 31. Juli 1914 entstanden zu gelten habe, wenn nur das Kapital vor dem 31. Juli 1914 aufgenommen sei. Diese Frage ist aber zweifelhaft. Auch der Senat kann sich jener Auffassung nicht anschließen. Der Rechtsgrund für die Zinsverpflichtung ist allerdings die Darlehensaufnahme verbunden mit der Verzinsungsvereinbarung, welche hier der Zeit vor dem 31. Juli 1914 angehört. Aber zur Entstehung der Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen für einen bestimmten Zeitraum ist weiter erforderlich, daß während des letzteren das Kapital dem Schuldner tatsächlich belassen blieb und diese Entstehungstatsache fällt in die Zeit nach dem 31. Juli 1914. Hinzu kommt, daß bei einem Ausnahmegesetz angenommen werden muß, daß der Gesetzgeber seinen Worten keinen weitergehenden Sinn beigelegt wissen will, als ihnen nach dem Sprachgebrauch zukommt. Diesem würde man aber Zwang antun wenn man eine am 1. Oktober 1915 fällige Zinsforderung für das im vorausgehenden Halbjahr belassene Hypothekenkapital als bereits vor dem 31. Juli 1914 entstanden bezeichnen wollte.

(Unterabschnitt *δ* bis *η* in Bd. 1, 205, 206; 2, 61, 62.)

ϑ. Der Rückgewährsanspruch nach Ausübung des Rücktrittsrechts.

OLG. 32 288 (KG. XXI). Verzug und Nichterfüllung sind allerdings nur eine weitere Entwicklung des zugrunde liegenden Schuldverhältnisses und die daraus entstehenden Ansprüche beruhen deshalb auf dem ursprünglichen durch den Hinzutritt jener rechtserheblichen Tatsachen veränderten Schuldverhältnisse, dagegen wird durch den Rücktritt das ursprüngliche Schuldverhältnis ersetzt (RG. 50 266; 71 277). Nur darüber herrscht in der Rechtslehre Streit, ob der Inhalt dieses neuen Schuldverhältnisses durch die gesetzliche Sonderregelung der §§ 346ff. BGB. oder durch die allgemeinen Vorschriften über den Bereicherungsanspruch (§ 812 BGB.) bestimmt wird (Planck, BGB. § 346). Da der Kläger den Rücktritt erst Ende 1914 erklärt hat, ist sein etwaiger Anspruch erst damals entstanden.

V. Die Zulässigkeit der Fristbewilligung.

(Abschnitt 1 in Bd. 206.)

2. Muß ein Zusammenhang zwischen Zahlungsschwierigkeit und Krieg vorhanden sein?

a) Bejahend (Erläuterung *α* bis *ϱ* in Bd. 1, 209ff.; *σ* bis *φ* in Bd. 2, 62).

χ. Scholz, JW. 16 991. Der gesetzgeberische Gedanke zwingt zu dem Schlusse, daß ein ursächlicher Zusammenhang mit den durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorhanden sein muß. Der Gesetzgeber fingiert zwar nicht, daß der Schuldner, der sich vor dem Kriege verpflichtete und im Kriege in Zahlungsschwierigkeit gekommen ist, durch den Krieg in diese Lage geraten sei. Wohl aber geht er von der naheliegenden Wahrscheinlichkeit eines solchen Zusammenhangs aus. Es muß daher genügen,

wenn im gegebenen Falle ersichtlich ist, daß die durch den Krieg hervorgerufenen allgemeinen oder besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wenn auch nur mittelbar, die Verschlechterung der Vermögenslage des Schuldners mitverursacht haben. Zugunsten des Schuldners eines größeren Kapitals, der dieses zurzeit nicht aufbringen kann, wird ohne weiteres angenommen werden können, daß der erforderte Zusammenhang mit der allgemeinen Kriegslage besteht. War der Schuldner jedoch schon vor dem Kriege zahlungsunfähig, so rechtfertigt die durch den Krieg geschaffene Lage die Fristbewilligung regelmäßig nicht.

ψ. JW. 16 514 (München I). Damit die schlechte wirtschaftliche Lage des Schuldners die Einstellung der Zwangsvollstreckung rechtfertigt, braucht sie nicht notwendig die ausschließliche und unmittelbare Folge des Krieges zu sein. Es genügt, daß sie durch den Krieg mitverursacht worden ist.

b) Verneinend zu vgl. Bd. 1, 211.

3. Die Glaubhaftmachung.

(Unterabschnitt a, b in Bd. 1, 212.)

c) Wer hat glaubhaft zu machen?

(Zu vgl. Bd. 1, 212.)

→ Diese Frage ist jetzt entschieden durch Art. I 1a, b der VO. v. 8. Juni 1916 (RGBl. 451). ←

VI. Das Prozeßverfahren.

(Abschnitt 1 bis 3 in Bd. 1, 216ff.; 2, 63ff.)

4. Die Wirkung des Urteils.

a) Die Aufhebung der inzwischen vorgenommenen Vollstreckungsmaßregeln (zu vgl. Bd. 1, 223; 2, 63).

1. Scholz, JW. 16 928. Eine Aufhebung erfolgter Vollstreckungsmaßnahmen auf Grund der ZahlFrVO. ist unzulässig. Die gegenteilige Ansicht von Buhe (Recht 15 532; JW. 15 1469) ist nicht begründet. Gerade der dortige Hinweis auf §§ 775, 776 ZPO. zeigt, daß auch die ZPO. unter einer einstweiligen Einstellung der Vollstreckung nicht die Aufhebung vorgenommener Vollstreckungsmaßnahmen mitbegreift (Gaupp-Stein zu § 776 a. a. O.). Es würde auch, da es sich doch lediglich darum handelt, dem Schuldner, dessen Zahlungspflicht feststeht, gegenüber der Befriedigung des Gläubigers Frist zu verschaffen, jedes Grundes entbehren, daß der Gläubiger die ihm durch Pfändung oder Beschlagnahme des Grundstücks entstandene Sicherheit verlieren sollte und das mit Kosten verknüpfte Verfahren nach Fristablauf neu eingeleitet werden müßte. Für die Richtigkeit der herrschenden Ansicht spricht auch § 11 HypVO. v. 8. Juni 1916: Gerade weil die Einstellung der Zwangsversteigerung nur eine einstweilige im Sinne des ZVG. ist, die Aufhebung des bisherigen Verfahrens also nicht umfaßt, ist der § 31 ZVG. abgeändert worden.

2. Scholz, JW. 16 928 (gegen LG. Karlsruhe in Bd. 1, 223). Ist im Urteil I. Instanz eine Zahlungsfrist abgelehnt, im Urteil II. Instanz aber bewilligt, so stellt das zweite Urteil fest, daß der Klageanspruch infolge nachträglich erfolgter Stundung noch nicht fällig ist. Zwangsvollstreckungshandlungen sind daher von nun an für die Dauer der Frist unzulässig, und, wenn sie trotzdem erfolgen, aufzuheben. Die vor der Bewilligung der Zahlungsfrist, auf Grund des ersten Urteils, erfolgten Vollstreckungsmaßnahmen bleiben dagegen bestehen. Denn die Zahlungsfrist hat die Wirkung einer vom Gläubiger bewilligten Stundung; es ist daher § 775 Nr. 4, § 776 ZPO., nicht § 775 Nr. 1 anwendbar.

(Unterabschnitt b, c in Bd. 1, 223.)

d) Wirkt eine dem Hauptschuldner bewilligte Frist zugunsten des Bürgen?

α. Bejahend (Erläuterung αα bis ηη in Bd. 1, 224).

ββ. Frankenburger, LeipzZ. 16 929. Auch der selbstschuldnerische Bürge ist berechtigt, auf die Wirkung der durch die Anordnung des VollstrGerichts dem Haupt-

schuldner zugebilligten Zahlungsfrist sich zu berufen. Denn unter Einrede i. S. des § 768 ist doch jeder Tatbestand zu verstehen, der den Hauptschuldner zur Verweigerung der Leistung berechtigt. Ein solcher Tatbestand liegt aber in der Bewilligung der Zahlungsfrist seitens des VollstrGerichts.

tt. Marx, HessRspr. 16 121. Durch die Bewilligung der Zahlungsfrist wird der Bürge unter den weiteren Voraussetzungen des § 777 Abs. 1 BGB. frei. Das bedeutet für den Gläubiger einen unverhältnismäßigen Nachteil. Die Frist kann in solchen Fällen also nur gewährt werden, wenn der Bürge dem Fortbestande seiner Haftung zustimmt.

xx. Marx, HessRspr. 16 121. Gegenüber dem Befreiungsanspruch des Bürgen (§ 775 Nr. 1 BGB.) kann der Schuldner eine Zahlungsfrist nicht nachsuchen, weil er keine Geldforderung ist. Läßt sich der Bürge jedoch gemäß § 887 ZPO. ermächtigen, die Befriedigung des Gläubigers auf Kosten des Schuldners selbst vorzunehmen und verlangt er Verurteilung des Schuldners zur Vorauszahlung des Geldbetrages, so kann der Schuldner nunmehr in der Zwangsvollstreckungsinstanz die Gewährung einer Zahlungsfrist beantragen.

β. Verneinend zu vgl. Bd. 1, 224, 225.

§ 2.

Inhaltsübersicht.

I. Die Zulässigkeit der Fristbestimmung im Mahnverfahren II 63.
1. Der Begriff Mahnverfahren im Sinne des § 2 II 63.
2. Darf die Forderung auch nach dem 31. Juli 1914 entstanden sein? II 64.
a) Bejahend II 64.
b) Verneinend II 64.
3. Wann ist der Vollstreckungsbefehl „verfügt"? II 64.
II. Das Verfahren II 64, III 49.
1. Der Antrag II 64.
2. Die Erklärung des Gläubigers auf den Antrag II 65, III 49.
3. Ist die Zurücknahme des als Widerspruch geltenden Antrages zulässig? II 65.
4. Die Fristbestimmung II 65.

(Abschnitt I in Bd. 2, 63ff.)

II. Das Verfahren.

(Unterabschnitt 1 in Bd. 2, 64.)

2. Die Erklärung des Gläubigers auf den Antrag.

(Erläuterung a, b in Bd. 2, 65.)

c) Volkmar, DJZ. 16 592. Für die häufigen Fälle, wo der Gläubiger die verlangte Frist nur teilweise zubilligt oder gänzlich ablehnt, erscheint es zweckmäßig, dem Richter die Bestimmung der Fristlänge, bzw. deren Ablehnung durch den Vollstreckungsbefehl. nach Anhörung der Parteien zu überlassen, statt wie § 2 Abs. 1 der BO. v. 20. Mai 1915 vorschreibt, den Fristantrag des Schuldners als Widerspruch auffassen und Termin anberaumen zu müssen, sowie erst im Urteil dann über die Länge der Frist entscheiden zu können. Denn abgesehen davon, daß durch dies umständliche Verfahren mehr Zeit bis zur Entscheidung vergeht und damit für den Schuldner auch dann Frist gewonnen ist, wenn er sie nicht verdient, erscheint dasselbe auch innerlich nicht berechtigt. Die regelmäßige Voraussetzung des Widerspruchs nämlich, daß der Schuldner „Einwendungen gegen den Anspruch" habe (§ 692 ZPO.), liegt in diesen Fällen nicht vor, da er hier nicht bestreitet, an sich zur Sofortzahlung verpflichtet zu sein, sondern nur die Bitte um Frist stellt. Überdies gibt die schriftliche Erklärung der Parteien über Frist und Fristlänge dem Richter genügende Unterlage zur angemessenen Fristbestimmung durch den Vollstreckungsbefehl, gegen den immer noch auch bez. der Frist Rechtsmittel zulässig sind.

§ 4.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 2, 66.)

6. KGBl. 16 31 (LG. III Berlin). In dem Beschluß des Amtsgerichts erhält der Gläubiger einen vollstreckbaren Titel. Er ist nicht berechtigt, sich einen zweiten Vollstreckungstitel im Prozeßweg zu verschaffen.

7. Kallee, GewuKfmG. 21 166. § 4 gilt nicht, wenn für die Entscheidung über den Anspruch ein Gewerbegericht oder ein Kaufmannsgericht zuständig wäre (ebenso Güthe in Bd. 1, 231)

8. Bovensiepen, DRZ. 16 460. Eine sehr wünschenswerte Vereinfachung zugunsten des kriegsteilnehmenden Schuldners oder des gewesenen Kriegsteilnehmers würde es bedeutet haben, wenn anstatt des Amtsgerichts des Gerichtsstands des Gläubigers (§ 4 der Bek. v. 7. August 1914) das Amtsgericht des Wohnsitzes des Schuldners für die Fristbewilligung für zuständig erklärt wäre.

§ 5.

Inhaltsübersicht.

I. Die allgemeine Bedeutung der Einstellung der Zwangsvollstreckung I 238.
II. Das Vollstreckungsgericht I 239, II 67.
1. Das zuständige Amtsgericht I 239, II 67.
2. Das zuständige Gericht in dem Falle, daß der Rechtsstreit in der Berufungsinstanz schwebt I 240.
III. Die Zulässigkeit der Einstellung I 240, II 68, III 51.
1. Die Zulässigkeit der Einstellung in allen Vollstreckungsverfahren? I 240, II 68, III 51.
a) In dem Verfahren zur Vollstreckung des Urteils eines Kaufmanns- oder Gewerbegerichts? I 240, III 51.
α. Bejahend I 240.
β. Verneinend I 240, III 51.
b) In dem Verfahren zur Vollstreckung der Entscheidung einer Verwaltungsbehörde? I 240.
c) In dem Verfahren zur Vollstreckung jeder Geldforderung? I 240, II 68.
2. Die Zulässigkeit der Einstellung der Vollstreckung auf Grund jedes Schuldtitels I 241.
3. Die Zulässigkeit der Einstellung für alle Akte der Zwangsvollstreckung I 242, II 68, III 00.
a) Übersicht I 242.
b) Das Offenbarungseidverfahren I 242, II 68.
c) Die Pfändung von Forderungen I 243.
d) Die Zwangsversteigerung I 243.
e) Die Zwangsverwaltung I 243, III 51.
4. Zulässigkeit der Einstellung schon vor Beginn der Zwangsvollstreckung? I 244, III 51.
a) Bejahend I 244, III 51.
b) Verneinend I 246.
5. Zulässigkeit der Einstellung während der Rechtshängigkeit des Rechtsstreites? I 247.
a) Bejahend I 247.
b) Verneinend I 247.
6. Zulässigkeit der Einstellung nach § 3 trotz der daneben bestehenden Zuständigkeit eines anderen Gerichts I 248.
7. Zulässigkeit der Einstellung trotz Nichtstellung des Antrages bei dem Prozeßgericht und trotz Bescheidung des Antrages durch das Prozeßgericht oder das Vollstreckungsgericht I 248, II 69.
a) Im Falle der Nichtstellung des Antrages bei dem Prozeßgericht I 247.
b) Im Falle der Ablehnung des Antrages durch das Prozeßgericht I 248, II 69.
α. Bejahend I 248.
β. Verneinend I 249, II 69.
c) Im Falle der Bewilligung einer Zahlungsfrist durch das Prozeßgericht I 251.
d) Im Falle einer früheren Entscheidung des Vollstreckungsgerichts I 251.
8. Die Zulässigkeit der Einstellung im Falle einer vom Gläubiger gewährten Stundung I 252.
a) Bejahend I 252.
b) Verneinend I 252.
IV. Ist eine einstweilige Einstellung zulässig? I 252, III 51.
1. Bejahend I 252.
2. Verneinend I 252.
V. Der Einstellungsantrag und seine Erledigung I 252, II 69.
1. Der Einstellungsantrag I 252.
2. Die Erledigung des Einstellungsantrages
a) Die Anhörung des Gläubigers I 252, II 69.
b) Die Würdigung des Antrags durch das Vollstreckungsgericht I 253.
VI. Der Beschluß des Vollstreckungsgerichts I 254.
1. Der Inhalt des Beschlusses I 254.
2. Die Begründung des Beschlusses I 255.
VII. Die Anfechtung des Beschlusses des Vollstreckungsgerichts I 256, II 69.
1. Ist Abänderung durch das Vollstreckungsgericht zulässig? I 256.
2. Die sofortige Beschwerde I 256, II 69.
a) Ist sofortige Beschwerde zulässig? I 256.
α. Bejahend I 256.
β. Verneinend I 257.
b) Hat der sofortigen Beschwerde eine Erinnerung vorauszugehen? I 257, II 69.
α. Bejahend I 257, II 69.
β. Verneinend I 257.
VIII. Der Inhalt des Beschlusses des Beschwerdegerichts I 257.

(Abschnitt I, II in Bd. 1, 238f.; 2, 67.)

III. Die Zulässigkeit der Einstellung.

1. Die Zulässigkeit der Einstellung in allen Vollstreckungsverfahren?

a) In dem Verfahren zur Vollstreckung des Urteils eines Kaufmanns- oder Gewerbegerichts?

α. Bejahend zu vgl. Bd. 1, 240.

β. Verneinend (zu vgl. Bd. 1, 240).

Kallee, GewuKfmG. 21 166. Keine Einstellung der Vollstreckung aus Urteilen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

(Unterabschnitt 2 in Bd. 1, 241.)

3. Die Zulässigkeit der Einstellung für alle Akte der Zwangsvollstreckung.

(Unterabschnitt a bis d in Bd. 1, 242, 243.)

e) Die Zwangsverwaltung.

(Erläuterung α, β in Bd. 1, 243, 244.)

γ. Scholz, JW. 16 929. Eine nach der ZahlFrVO. zulässige Einstellungsanordnung ist auch die Einstellung der Zwangsverwaltung. Dies folgt daraus, daß § 5 ZahlFrVO. allgemein die Einstellung der „Zwangsvollstreckung" zuläßt, ohne zwischen den einzelnen Vollstreckungsmitteln zu unterscheiden, und ferner daraus, daß die Einstellung der Zwangsverwaltung nach dem ZVG. nicht als unzulässig anzusehen ist, wenn auch das Gesetz sie nicht erwähnt. Trotz der Einstellung, die eben auch hier nur eine einstweilige ist, bleibt, wie im Versteigerungsverfahren, die Beschlagnahme bestehen; auch bleibt der Verwalter im Amt. Doch dürfen Zahlungen auf die beizutreibende Forderung während der Dauer der Einstellung nicht erfolgen.

4. Zulässigkeit der Einstellung schon vor Beginn der Zwangsvollstreckung?

a) Bejahend (Erläuterung α bis ϰ in Bd. 1, 244, 245).

λ. Scholz, JW. 16 929. Daß die Vollstreckung schon vor ihrem Beginn eingestellt werden kann, ist seit der Novelle v. 20. Mai 1915 in der ZahlFrVO. ausdrücklich ausgesprochen. Die erfolgte Zustellung des Vollstreckungstitels ist hiernach jedenfalls nicht Voraussetzung der Einstellung. Dasselbe muß von der Erteilung der Klausel gelten (ebenso Nußbaum, JW. 15 1178; 16 1000). Denn nichts spricht dafür, daß die bereits vor Beginn der Vollstreckung zulässige Einstellung in einer Weise zeitlich beschränkt sein sollte, daß — man denke an die Mobiliarvollstreckung — dem Schuldner die Hinausschiebung des Vollstreckungsbeginns häufig tatsächlich unmöglich ist. Zutreffend sagt die Begründung zu der Novelle v. 20. Mai 1915: „Den praktischen Bedürfnissen entspricht es, die Einstellung zuzulassen, sobald ein vollstreckbarer Titel vorhanden und damit die Möglichkeit der Vollstreckung gegeben ist." Hiernach ist als Wille des Gesetzgebers anzusehen, daß sofort nach Erlaß des Vollstreckungstitels vom Schuldner das Vollstreckungsgericht angegangen werden kann.

μ. JW. 16 514 (München I). Rechtlich belanglos ist es, daß die Gläubigerin bisher die Zwangsvollstreckung nur in das bewegliche und nicht auch in das unbewegliche Vermögen des Schuldners betrieben hat; denn der Umstand, daß eine Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Schuldners bereits begonnen hat, bildet kein gesetzliches Erfordernis für deren Einstellung.

IV. Ist eine einstweilige Einstellung zulässig?

(Zu vgl. Bd. 1, 252.)

→ Hierzu ist jetzt zu vgl. Art. I 2 VO. v. 18. Juni 1916 (RGBl. 451), wonach vor der Entscheidung eine unanfechtbare vorläufige Anordnung erlassen werden kann. ←

§ 6.

→ Der Abs. 3 dieses § ist geändert durch Art. I 3 der VO. v. 8. Juni 1916 (RGBl. 451). ←

Inhaltsübersicht.

I. Die Kostenentscheidung in dem Falle des § 1 I 258.
1. Der Kostenschuldner I 257.
a) Der Beklagte I 258.
b) Der Kläger I 258.
2. Kann für die Kosten des Rechtsstreits eine Zahlungsfrist bewilligt werden? I 259.
a) Bejahend I 259.
b) Verneinend I 260.
3. Die Kostenfestsetzung I 260.
4. Die Höhe der Anwaltsgebühren I 261.
a) Für den Antrag auf Bewilligung oder Ablehnung der Zahlungsfrist I 261.
b) Für den Fall, daß nur über die Bewilligung der Zahlungsfrist gestritten wird I 261.
α. Dem Anwalte steht nur die halbe Gebühr für die Verhandlung über die Hauptsache zu I 261.
β. Dem Anwalte steht die volle Gebühr für die Verhandlung über die Hauptsache zu I 265.
γ. Dem Anwalte steht die halbe Gebühr für die Verhandlung über die Hauptsache und die volle Gebühr für die Verhandlung über die Zahlungsfrist zu I 266.
δ. Dem Anwalte steht die halbe Gebühr für die Verhandlung über die Hauptsache und 3/10 Gebühr für die Verhandlung über die Zahlungsfrist zu I 267.
ε. Im Falle der Einlegung eines Rechtsmittels I 268.
II. Die Kostenentscheidung in dem Falle des § 2 (jetzt § 4) I 268.
1. Der Kostenschuldner I 268.
2. Die Höhe der Anwaltsgebühr I 268.
III. Die Kostenentscheidung in dem Falle des § 3 (jetzt § 5) I 268, II 70.
1. Ist das Verfahren gebührenpflichtig? I 268.
2. Der Kostenschuldner I 269, II 70.
IV. Die Kostenvorschrift des § 4 (jetzt § 6) I 269, II 71, III 52.
1. Fällt jeder Rechtsstreit unter § 4? I 269.
a) Bejahend I 269, III 52.
b) Verneinend I 270.
2. Die Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich oder Anerkenntnisurteil nach § 2 a. F., § 3 n. F. I 271, II 71, III 52.
a) Die Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich I 271, II 71, III 52.
b) Die Erledigung des Rechtsstreits durch Anerkenntnisurteil nach § 2 a. F., § 3 n. F. I 273, II 72.
3. Ermäßigung der Gerichtsgebühren I 274, II 73, III 54.
a) Bezieht sich die Ermäßigung auf sämtliche Gerichtsgebühren? I 274.
α. Bejahend I 274.
β. Verneinend I 274.
b) Die Ermäßigung bezieht sich nicht auf Anwaltskosten und Gerichtskosten, die nicht Gebühren sind I 274, II 73.
c) Bezieht sich die Ermäßigung auf Pauschsätze? I 274, II 73, III 54.
α. Bejahend I 274, II 73, III 54.
β. Verneinend I 274, II 73, III 54.
d) Die Ermäßigung bezieht sich nicht auf Stempelabgaben I 275.
4. Keine Anwendung auf Vergleiche im Privatklageverfahren III 54.

(Abschnitt I bis III in Bd. 1, 258—268, 270.)

IV. Die Kostenvorschrift des § 4 (jetzt § 6).

1. Fällt jeder Rechtsstreit unter § 4?

a) Bejahend (Erläuterung α bis μ in Bd. 1, 269, 270).

ν. Kallee, GewuKfmG. 21 167. § 6 Abs. 1 gilt auch für das Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.

ξ. BreslauAK. 16 40 (AG. Breslau). Die Kostenermäßigung bezieht sich auch auf die Kosten der Beweissicherung.

ο. JW. 16 1215 (Düsseldorf FS.). Die Ermäßigungsvorschrift des § 6 Abs. 1 BO. ist auch für die Gebühr des vorausgegangenen landgerichtlichen Mahnverfahrens (BO. v. 9. September 1915) anzuwenden.

b) Verneinend zu vgl. Bd. 1, 270.

2. Die Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich oder Anerkenntnisurteil nach 92 a. F., 93 n. F.

a) Die Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich.

(Erläuterung α bis τ in Bd. 1, 271, 272; υ bis ωγ in Bd. 2, 71, 72).

ωδ. Heilberg, JW. 16 598. Das Gericht wird trotz allen Wohlwollens prüfen müssen, ob das, was Parteien vereinbaren, ein Vergleich ist oder einen solchen nur, um eine Ermäßigung der Gerichtskosten zu erzielen, vorspiegelt In einem in zwei Instanzen zuungunsten des Beklagten entschiedenen Streit, in dem der Beklagte kostenpflichtig zur

Zahlung von 3000 M. und Zinsen verurteilt war, teilten Parteien vor Ablauf der Revisionsinstanz dem Anwalt mit, der Streit sei dadurch im Wege des Vergleichs erledigt, daß Kläger 10 M. nachlasse und Beklagter den Rest bezahlt und die Gerichtskosten zahlt. Das Ersuchen, diesen „Vergleich" behufs Erzielung der Gerichtskostenermäßigung nach § 6 der VO. v. 20. Mai 1915 dem Gericht anzuzeigen, hat der Anwalt mit Recht abgelehnt, ganz abgesehen davon, daß Revision nicht zulässig, der Rechtsstreit also bereits erledigt war, bevor der angebliche Vergleich geschlossen wurde. Der Anwalt hat keinen Anlaß, auch kein Recht, zu einer augenscheinlich beabsichtigten Umgehung der gesetzlichen Bestimmung mitzuwirken.

ωε. Wolf, BayRpflZ. 16 176. Die Mitteilung der Tatsache des Vergleichsschlusses genügt nicht. Das Gericht muß in der Lage sein, selbst prüfen zu können, ob eine als Vergleich anzusehende Parteivereinbarung vorliegt und ob hierdurch der Rechtsstreit erledigt wird. Eine ausdehnende Auslegung des § 6 ist nicht zulässig (gegen Haberstumpf in Bd. 2, 72 *ωβ*); ebenso ElsLothZ. 16 14 (Colmar I).

ωζ. BreslauAK. 16 40 (Breslau). Das LG. hatte angenommen, der Ehestreit sei nicht durch Vergleich, sondern durch Zurücknahme der Berufung erledigt. Das OLG. führt dagegen aus: Die Parteien haben in dem Vergleich nicht bloß die vermögensrechtlichen Folgen der vom LG. ausgesprochenen Nichtigkeit ihrer Ehe zulässigerweise vom Gesetze abweichend geregelt, sondern auch wechselseitig auf die Berufung gegen das landgerichtliche Urteil verzichtet, indem sie zugleich vereinbarten, daß die Kosten des Ehestreits bei Aufrechnung der außergerichtlichen von jedem Teile zur Hälfte getragen werden sollen. Daß die später erklärte Zurücknahme des Rechtsmittels auf diesem Vergleich beruht, unterliegt keinem Bedenken. Wenngleich der Bestand einer Ehe nicht den Gegenstand eines Vergleichs bilden kann, so besteht andererseits keine Gesetzesvorschrift, wonach die Zurücknahme eines eingelegten Rechtsmittels oder ein Rechtsmittelverzicht mit Bezug auf einen den Bestand einer Ehe betreffenden Rechtsstreit einer vergleichsweisen Regelung entzogen ist.

ωη. BayRpflZ. 16 188 (Nürnberg II). Ist ein Teil der Klagesumme im Laufe des Rechtsstreits gezahlt, im übrigen aber der Rechtsstreit fortgeführt und dieser dann durch Vergleich beendigt, so nimmt auch die gezahlte Summe an der Gebührenermäßigung teil (siehe hierzu in Bd. 2, 72 *ψ* und *ω*).

ωϑ. Reger, BayRpflZ. 16 200. Hat das LG. über den Grund vorab entschieden und ist das Urteil, welches die Berufung hiergegen zurückweist, rechtskräftig, so tritt, wenn die Parteien sich nunmehr vergleichen, in Ansehung des Streites über den Anspruchsgrund die Gebührenermäßigung nicht für die Berufungsinstanz, wohl aber für die erste Instanz ein, denn einerseits muß im Umfang rechtskräftiger Erledigung der Streitpunkt über den Grund entscheiden, andererseits beendet das Zwischenurteil über den Anspruchsgrund die Instanz i. S. der Gebührenerhebung nicht, das Nachverfahren bildet vielmehr mit dem früheren Verfahren vor demselben Gericht eine Instanz.

ωι. RG. III, WarnE. 16 99, JW. 16 598, Recht 16 149 Nr. 366. Die Erinnerung macht geltend, daß die Wohltat des § 4 der BRVO. v. 7. August 1914 (RGBl. 359) und des § 6 der diese Verordnung abändernden BRVO. v. 20. Mai 1915 (RGBl. 290) auch denjenigen Gerichtskostenansätzen zuteil werden müsse, die insoweit entstanden seien, als vom Reichsgericht rechtskräftig entschieden worden sei. Diese Meinung ist unbegründet.

Ein Anspruch, über den zur Zeit des Abschlusses des Vergleichs bereits rechtskräftig entschieden war, ist nicht mehr Gegenstand des Rechtsstreits. Bezüglich dieses Anspruchs konnte der Rechtsstreit durch Vergleich nicht mehr erledigt werden. Die Vorschrift, die die Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich zur Voraussetzung hat, hat damit auch zum Gegenstande den durch Vergleich erledigten Teil des Rechtsstreits, bezieht sich also auch nur auf die Gebühren, die diesen Teil des Rechtsstreits betreffen.

ωκ. BadRpr. 16 155 (LG. Offenburg). Die Gebührenermäßigung gilt auch dann, wenn die Parteien sich vor der Rechtskraft eines bereits verkündeten Urteils vergleichen und den Vergleich dem Gericht anzeigen. → ebenso OLG. Stuttgart in Bd. 1, 271, 2 *αε*. ←

ωλ. KGBl. 16 89 (KG. XIII). Die Ermäßigung tritt auch dann ein, wenn die Parteien sich nach Rechtskraft des Wechselvorbehaltsurteils vergleichen. Ist im Wechselprozeß und im ordentlichen Verfahren verhandelt und dann der Rechtsstreit durch Vergleich beigelegt worden, so sind die Kosten für jeden Abschnitt des Verfahrens nach § 33 GKG. zu berechnen und nach § 6 VO. herabzusetzen.

(Unterabschnitt b in Bd. 1, 275; 2, 72).

3. Ermäßigung der Gerichtsgebühren (zu vgl. Bd. 1, 274; 2, 73).

LeipzZ. 16 892, Recht 16 361 Nr. 687 (München I). Die nachträgliche Gebührenermäßigung zufolge Vergleichsabschlusses mindert auch die Zahlungspflicht nach §§ 89, 84 GKG. Solchenfalls ist der Überschuß ebenso zurückzuvergüten, wie wenn sich der Gebührenansatz zufolge Minderung des Streitwerts geändert hätte.

(Unterabschnitt a, b in Bd. 1, 274; 2, 73.)

c) Bezieht sich die Ermäßigung auf Pauschsätze?

α. Bejahend (Erläuterung αα bis δδ in Bd. 1, 274; εε bis ιι in Bd. 2, 73).

κκ. JW. 16 1215 (Düsseldorf FS.). Die Pauschgebühr des § 80b GKG. ist nur von der auf die Hälfte ermäßigten Vergleichsgebühr zu berechnen.

β. Verneinend (Erläuterung αα bis θθ in Bd. 1, 274, 275; ιι bis λλ in Bd. 2, 73).

μμ. JW. 16 975, Recht 16 302 Nr. 687 (München IV,) LeipzZ. 16 893 (München I). Die Ermäßigung bezieht sich nicht auf die Pauschsätze.

4. Keine Anwendung auf Vergleiche im Privatklageverfahren.

Heslenfeld, BayRpflZ. 16 289. Die VO. bezieht sich nur auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten. § 6 ist deshalb auf die im Privatklageverfahren geschlossenen Vergleiche nicht anwendbar.

2. Bekanntmachung über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung vom 18. August 1914 in der Fassung der Verordnung vom 20. Mai 1915. (RGBl. 377, 292.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 275 bis 277.

§ 1.

Inhaltsübersicht.

A. Die allgemeine Bedeutung der Verordnung I 278.
B. Die Vorschriften des § 1 im einzelnen I 278, II 75, III 55.
I. Das Verfahren vor dem Prozeßgericht I 278, II 75, III 55.
1. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten I 278.
2. Die Anhängigkeit des Rechtsstreits bei den ordentlichen Gerichten I 278, III 55.
3. Die Parteien des Rechtsstreits I 279.
a) Ausländer I 279.
b) Juristische Personen I 279.
c) Kriegsteilnehmer I 279.
d) Zwangsverwalter I 279.
4. Der Gegenstand des Rechtsstreits I 279, II 75, III 55.
a) Im allgemeinen I 279, II 75.
b) Eine vor dem 31. Juli 1914 entstandene Geldforderung I 279.
c) Eine nach dem 30. Juli eingetretene Rechtsfolge I 279, II 75, III 55.
α. Im allgemeinen I 279, II 75.
β. Der Fall der Kündigung I 279, III 55.
d) Die Feststellungsklage I 279.
5. Die Zulässigkeit der Beseitigung der Verzugsfolgen I 279, II 75, III 55.
a) Verknüpfung der Verzugsfolgen mit der Nichtzahlung der Geldforderung I 279, II 75.
b) Dürfen auch die allgemeinen Verzugsfolgen beseitigt werden? I 281, II 76, III 55.
α. Bejahend I 281.
β. Verneinend I 282, II 76.
c) Die Zulässigkeit der Beseitigung der Verzugsfolgen in besonderen Fällen I 284, III 55.
α. Im Falle der Bewilligung einer Zahlungsfrist I 284.
β. Im Falle der Ablehnung einer Zahlungsfrist I 285, III 55.
γ. Im Falle des Bestehens einer Geschäftsaufsicht I 285.
δ. Im Falle der nachträglichen Bezahlung der Geldforderung I 285.
ε. Im Falle der Nichtverschuldung

der Nichtzahlung durch den Krieg I 285.
ζ. Im Falle der an eine künftige Leistung sich anschließenden Rechtsverwirkung I 285.
η. Im Falle der Ausschließung des Verfalls eines Pfandes I 283.
ϑ. Im Falle des § 326 BGB. I 286.
ι. In sonstigen besonderen Fällen I 286.
d) Beispiele für die Zulässigkeit der Beseitigung der Verzugsfolgen I 286, III 56.
6. Das Prozeßverfahren I 287, III 56.
a) Das Verfahren bis zum Urteile I 287, III 56.
b) Der Inhalt des Urteils I 288, III 56.
c) Die Wirkung des Urteils I 289.
α. Die Wirkung des Urteils für einen anderen Gesamtschuldner I 289.
β. Die Wirkung des Urteils für den Bürgen I 289.
d) Die Anfechtung des Urteils I 290.
e) Die Vollstreckung des Urteils I 290.
II. Das Verfahren vor dem Amtsgericht I 290, II 76.
1. Die Zulässigkeit dieses Verfahrens I 290, II 76.
2. Das Urteil I 291
a) Anerkenntnisurteil I 291.
b) Versäumnisurteil gegen den Gläubiger I 291.
III. Kostenermäßigung III 56.

(Abschnitt A in Bd. 1, 278.)

B. Die Vorschriften des § 1 im einzelnen.

I. Das Verfahren vor dem Prozeßgericht.

(Abschnitt 1 in Bd. 1, 278f.; 2, 75.)

2. Die Anhängigkeit des Rechtsstreits bei den ordentlichen Gerichten (zu vgl. Bd. 1, 278).

Kallee GewuKfmG. 21 168. Die Bek. bezieht sich nicht auf die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

(Abschnitt 3 in Bd. 1, 279.)

4. Der Gegenstand des Rechtsstreits.

(Unterabschnitt a b in Bd. 1, 279; 2, 75.)

c) Eine nach dem 30. Juli 1914 eingetretene Rechtsfolge.

(Unterabschnitt α in Bd. 1, 279; 2, 75).

β. Der Fall der Kündigung.

(Erläuterung αα bis δδ in Bd. 1, 279.)

εε. DJZ. 16 352 LeipzZ. 16 1199, PosMSchr. 16 11 (Königsberg II). Ist das Kapital wegen Nichtzahlung der Zinsen gekündigt, so ist die Rechtsfolge i. S. der BO. auch dann am 31. Juli 1914 eingetreten, wenn zwar die Zinsen an diesem Tage fällig waren, die Kündigung aber erst nach diesem Tage erfolgte. Anderenfalls müßte man dem Gesetzgeber die Ungereimtheit zutrauen, den strengen Gläubiger, der sofort kündigt, vor dem milderen Gläubiger, der seinem Schuldner noch weitere Frist gewährt, begünstigen zu wollen.

5. Die Zulässigkeit der Beseitigung der Verzugsfolgen.

(Unterabschnitt a in Bd. 1, 279; 2, 75.)

b) Dürfen auch die allgemeinen Verzugsfolgen beseitigt werden?

(Zu vgl. Bd. 1, 281; 2, 76.) Diese Frage ist jetzt durch Art. II BO. v. 8. Juni 1916 (RGBl 451) im bejahenden Sinne entschieden

c) Die Zulässigkeit der Beseitigung der Verzugsfolgen in besonderen Fällen (α in Bd. 1, 284).

β. Im Falle der Ablehnung einer Zahlungsfrist (zu vgl. Bd, 1, 285).

Scholz, JW. 16 997. Zweckmäßig werden zwar, soweit dasselbe Gericht zuständig ist, was nur im Vollstreckungsverfahren nicht der Fall zu sein braucht, beide Anträge des Schuldners verbunden werden Die Ablehnung der Zahlungsfrist steht aber rechtsgrundsätzlich der Rechtsfolgenbeseitigung nicht entgegen, und umgekehrt. Wird z. B. die Be-

seitigung der Rechtsfolge der Zinserhöhung abgelehnt, so kann doch für die Zinsschuld eine Zahlungsfrist bewilligt werden, und ebenso kann, wenn eine Zahlungsfrist für Kapital oder Zinsen abgelehnt worden ist oder abgelehnt wird, die wegen Nichtzahlung eintretende Zinserhöhung („Damno", „Provision" usw.) beseitigt werden. Ist das Kapital wegen Nichtzahlung von Zinsen fällig geworden, so greift eine Zahlungsfrist, die die Fälligkeit nur auf Frist hinausschiebt, weniger weit als die — gänzliche — Beseitigung dieser Fälligkeit. Wird letztere abgelehnt, so kann trotzdem die erstere bewilligt werden; wird jedoch die erstere aus materiellen Gründen abgelehnt, so ist für die letztere kein Raum mehr, da die materiellen Voraussetzungen diese weitergreifende Maßregel noch weniger zu rechtfertigen vermögen.

d) Beispiele für die Zulässigkeit der Beseitigung der Verzugsfolgen.
(Erläuterung α bis ε in Bd. 1, 286, 287.)

ζ. MecklZ. **34** 186 (Rostock II). Die Abwendung des Verfalls von Kaufpreisraten als Entgelt für Abnutzung der zurückzugebenden Maschine ist an sich zulässig. Notwendig ist aber, daß der Schuldner in vorübergehende Zahlungsschwierigkeiten geraten ist, deren Grund wenigstens in mittelbarem Zusammenhang mit dem Kriege steht und deren Bedeutung nicht so groß ist, daß ein Zusammenbruch doch unausbleiblich ist, andererseits daß durch die Anordnung dem Gläubiger nicht unverhältnismäßiger Nachteil erwächst.

6. Das Prozeßverfahren.

a) Das Verfahren bis zum Urteil.

(Erläuterung α bis δ in Bd. 1, 287, 288.)

ε. RG. VII, LeipzZ. **16** 591, Recht **16** 247 Nr. 540. Der nach § 1 VO. erforderliche Antrag war in den Vorinstanzen nicht gestellt, weshalb in dem Unterlassen jener Anordnung nicht die Verletzung der VO. gefunden werden kann. Die Revision hat die Ansicht vertreten, daß der Antrag auch in der Revisionsinstanz noch zulässig sei, und darin mag auch der nicht besonders ausgesprochene Antrag selbst zu erblicken sein. Jener Ansicht ist aber nicht zuzustimmen. Das RevisionsG. hat, soweit ihm nicht durch besondere Bestimmungen (z. B. § 719 Abs. 2, 3 ZPO.) noch Entscheidungen anderer Art zugewiesen sind, lediglich darüber zu entscheiden, ob das BerufUrt. auf einer Gesetzesverletzung der in §§ 549ff. ZPO. angegebenen Art beruht. Der hier in Betracht kommende Antrag würde nach den gemäß § 1 Abs. 3 VO. entsprechend anzuwendenden Bestimmungen in § 1 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 2 VO. v. 7. August 1914 einer Begründung durch tatsächliche Behauptungen über die Lage des Bekl. und durch Glaubhaftmachung dieser Behauptungen bedurft haben. Für dergleichen neue Anführungen ist in der Revisionsinstanz (abgesehen von den erwähnten Ausnahmefällen) kein Raum.

b) Der Inhalt des Urteils (zu vgl. Bd. 1, 288).

→ Durch Art. II VO. 8. Juni 1916 (RGBl. 451) ist die bedingte Anordnung zugelassen. ←

(Abschnitt II in Bd. 1, 290ff.; 2, 76.)

III. Kostenermäßigung.

DJZ. **16** 353 (Posen V). Für ein nach streitiger Verhandlung über den Eintritt der Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung ergehendes klagabweisendes Urteil sind nach der VO. v. 18. August 1914/20. Mai 1915 nur $^8/_{10}$ der Entscheidungsgebühr in Ansatz zu bringen. Nach § 1 Abs. 3 der VO. des BR. v. 18. August 1914/20. Mai 1915 ist § 6 Abs. 2 der VO. v. 7. August 1914/20. Mai 1915 entsprechend anzuwenden. Hiernach bleiben, wenn durch Endurteil über die Bewilligung einer Zahlungsfrist entschieden wird, für die Berechnung der Gerichtsgebühren die nur auf die Zahlungsfrist sich beziehenden Verhandlungen und Entscheidungen außer Betracht. Die Gebühren sind also so zu berechnen, als wenn nur in der Hauptsache verhandelt und entschieden wäre. Hier ist über die Hauptsache — abgesehen von der Frage, ob die Rechtsfolge, die

wegen der Nichtzahlung der Zinsen an sich eingetreten war, als nicht eingetreten zu gelten habe — streitig überhaupt nicht verhandelt und entschieden worden; denn die Bekl. hatte ihre Zahlungspflicht an sich nicht bestritten. Sie hätte, wenn sie nicht geglaubt hätte, sich auf die BRVO. berufen zu dürfen, den Klageanspruch anerkannt. Es sind die Gebühren so zu berechnen, als ob sie ihrem Anerkenntnis gemäß verurteilt wärden wäre.

§ 3.

Inhaltsübersicht.

I. Zuständigkeit des Gerichts I 293.
II. Der Gegenstand des Rechtsstreits I 293.
III. Zulässigkeit der Beseitigung der Verzugsfolgen I 294, II 76.
1. Zulässigkeit vor Beginn der Vollstreckung I 294, III 57.
2. Ist die Beseitigung der Verzugsfolgen trotz Ablehnung durch das Prozeßgericht oder das Amtsgericht zulässig? I 294, II 76, III 57.
a) Bejahend I 294, III 57.
b) Verneinend I 294, II 76.
IV. Das Prozeßverfahren I 295, II 77.
1. Der Erlaß einer einstweiligen Anordnung I 295.
2. Der Erlaß des Hauptbeschlusses I 295, II 77.
3. Die Anfechtung der Entscheidung I 295.

(Abschnitt I und II in Bd. 1, 293, 294.)

III. Zulässigkeit der Beseitigung der Verzugsfolgen.

1. Zulässigkeit vor Beginn der Vollstreckung.

(Erläuterung a bis c in Bd. 1, 294.)

d) Scholz, JW. 16 996. Im Vollstreckungsverfahren ist der Antrag auch vor Beginn der Vollstreckung, aber nicht vor Erteilung der Vollstreckungsklausel zulässig. Vor Erteilung der Klausel kann der Schuldner einer vollstreckbaren Forderung (falls es sich nicht um ein vorläufig vollstreckbares Urteil handelt, gegen das im Wege der Berufung vorgegangen wird) die Beseitigung der Rechtsfolgen nicht rechtzeitiger Zahlung überhaupt nicht erwirken. Die Ansicht von Sieskind (Prozeßrechtlicher Schutz der Kriegszeit (2) S. 89 Anm. 23) und Nußbaum (JW. 15 1179), die in diesem Falle das Initiativverfahren für gangbar hält, scheitert daran, daß dieses Verfahren bei Vollstreckbarkeit der Forderung unzulässig ist (§ 1 Abs. 3 RechtsfBeseitVO.; § 4 Abs. 1 Satz 4 ZahlFrVO.).

2. Ist die Beseitigung der Verzugsfolgen trotz Ablehnung durch das Prozeßgericht oder das Amtsgericht zulässig?

(Erläuterung α bis γ in Bd. 1, 294.)

δ. Scholz, JW. 16 997. Sind die Rechtsfolgen, um die es sich handelt, bereits im Urteil oder im amtsgerichtlichen Beschluß beseitigt, so sind sie eben beseitigt, und ein nochmaliger gleichlautender Ausspruch im Vollstreckungsverfahren ist dann gegenstandslos und daher unstatthaft. War dagegen die Beseitigung im Urteil oder im amtsgerichtlichen Beschluß nicht ausgesprochen, sei es, daß sie (im Prozeß) nicht beantragt, sei es, daß der Antrag zurückgewiesen worden war, so ist eben „eine Anordnung" (scil. der Beseitigung) nicht „getroffen" worden, und ihrer Anordnung durch das nach den §§ 732, 797 ZPO. zuständige Gericht steht nichts im Wege.

b) Verneinend zu vgl. Bd. 1, 294; 2; 76.

3. Bekanntmachung, betr. Änderung der Verordnungen über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung (Reichs-Gesetzbl. 1915 S. 290, 292). Vom 8. Juni 1916.

(RGBl. 451.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

Artikel I.

Die Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen (RGBl. 1915 S. 290) wird dahin geändert:

1. Im § 1
   a) treten im Abs. 1 an die Stelle von Satz 2 und 3 folgende Vorschriften:
      Die Bestimmung ist zulässig, wenn die Lage des Beklagten sie rechtfertigt, es sei denn, daß die Zahlungsfrist dem Kläger einen unverhältnismäßigen Nachteil bringt. Sie kann für den Gesamtbetrag oder einen Teilbetrag der Forderung erfolgen und von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig gemacht werden.
   b) wird im Abs. 2 der Satz 2 ersetzt durch die Worte:
      Die Parteien haben die tatsächlichen Behauptungen glaubhaft zu machen.
   c) wird im Abs. 3 als Satz 1 eingefügt:
      Die Zahlungsfrist wirkt wie eine von dem Gläubiger bewilligte Stundung.
2. Im § 5 Abs. 1 wird als Satz 5 angefügt:
   Vor der Entscheidung kann das Gericht eine vorläufige Anordnung erlassen; gegen eine vorläufige Anordnung findet kein Rechtsmittel statt.
3. Im § 6 Abs. 3 treten an die Stelle von Satz 1 folgende Vorschriften:
   In den Fällen der §§ 3, 4 und 5 können die Kosten ganz oder teilweise dem Schuldner auferlegt werden, auch wenn seinem Antrag stattgegeben wird. Die Gerichts- und Anwaltsgebühren betragen zwei Zehnteile des Satzes des § 8 des Gerichtskostengesetzes und des § 9 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte.

Artikel II.

Die Verordnung über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung (RGBl. 1915 S. 292) wird dahin geändert:

Im § 1 Abs. 1 werden die Worte „die besonderen" und der Halbsatz:
„das Gericht kann auch anordnen, daß die Folgen nur unter einer Bedingung, insbesondere erst nach dem fruchtlosen Ablauf einer auf höchstens drei Monate zu bemessenden Frist, eintreten"
gestrichen.

Artikel III.

Soweit in Verordnungen auf Vorschriften verwiesen ist, die durch diese Verordnung außer Kraft gesetzt sind, treten an deren Stelle die entsprechenden Vorschriften dieser Verordnung.

Artikel IV.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [9. 6.] in Kraft.

Literatur.

Unger, Die neue ZahlungsfristVO. v. 8. Juni 16. Recht 16 381.

Art. I 1 a.

Unger a. a. O. 383, 384. Außer der Sicherheitsleistung kommen in Betracht etwa: Nachweis der anderen Gläubiger und ihrer Nichtbefriedigung, Aufsuchen einer anderen Erwerbstätigkeit, freiwillige Teilzahlungen, Zinserhöhung (1% über Reichsbankdiskont), Anbieten eines Rechtsgeschäfts zu angemessenen, vorteilhaften Bedingungen.

Art. I 1 c.

Unger a. a. O. 384. Der Satz, daß die Zahlungsfrist wie eine von dem Gläubiger bewilligte Stundung gelte, ist eine Fiktion, deren Nichtberechtigung sich aus dem übrigen Inhalt der VO. ergibt, denn trotz der Zahlungsfrist ist der Schuldner zu verurteilen (§ 4 Abs. 1 Satz 5), auch sollen Verzugszinsen laufen (§ 1 Abs. 3). Man muß sich also über den Satz hinwegsetzen → ein recht bedenklicher Vorschlag ←.

Art. I 2.

Unger a. a. O. 386. In der Regel ist für die vorläufige Anordnung von jeglicher Bedingung abzusehen. Es handelt sich nur um eine kurze Vollstreckungsfrist, die den Schuldner vor Nachteil schützen soll, weil Erhebungen anzustellen sind. Läßt sich von vornherein übersehen, daß die Frist nur bedingt gewährt werden kann, so ist eine vorläufige Anordnung überflüssig. Dagegen wird sich eine solche empfehlen, wenn der Antrag auf Fristbewilligung nicht genügend begründet oder die zur Begründung vorgebrachten Behauptungen nicht genügend glaubhaft gemacht sind und das Gericht eine Ergänzung anregt. Zur Wahrung des Charakters der vorläufigen Anordnung ist es notwendig, dem Gläubiger oder — je nachdem — dem Schuldner eine kurze Frist zur Erklärung zu setzen. Auch in der Beschwerdeinstanz (§ 793 ZPO.) kann von der vorläufigen Anordnung zweckmäßig Gebrauch gemacht werden. Ein Rechtsmittel ist ausdrücklich nicht gegeben. Eines besonderen Antrags bedarf es ebensowenig, wie in § 732 ZPO. Das schließt jedoch nicht aus, daß der Schuldner in eiligen Fällen einen solchen Antrag stellt, namentlich wenn er den Hauptantrag nicht sofort ausreichend begründen kann. Gegen den diesen Antrag ablehnenden Beschluß ist sofortige Beschwerde zulässig. Sie wird aber wenig zweckmäßig sein, weil sie die Entscheidung über den eigentlichen Fristantrag verzögern würde und inzwischen die Zwangsvollstreckung betrieben werden könnte.

Art. II.

1. Scholz, JW. 16 997. Beseitigt werden können nur solche Verzugsfolgen, die in demselben Schuldverhältnis wurzeln, aus dem die Kapitalforderung entspringt, also nicht Rechtsfolgen, die etwa nach Vertrag deshalb eintreten, weil der Schuldner eine fällige Forderung eines anderen Gläubigers nicht bezahlt hat. Nicht beseitigt werden können ferner die Rechtsfolgen, die nicht auf Nichtzahlung oder verspäteter Zahlung einer Geldforderung beruhen, also z. B. die Fälligkeit des Kapitals, die auf Grund einer mit gesetzlicher Frist erfolgten Kündigung eingetreten ist. Dasselbe gilt regelmäßig für Kündigung mit vertraglicher Frist. Ist aber im Vertrage vorgesehen, daß wegen verspäteter Zinszahlung mit kürzerer Frist oder vor Ablauf der Darlehnsfrist gekündigt werden kann, und ist hiervon vom Gläubiger Gebrauch gemacht, so kann die hierauf beruhende vorzeitige Fälligkeit des Kapitals beseitigt werden. Dies wird regelmäßig so zu geschehen haben, daß der Richter nicht die Kündigung als nicht geschehen behandelt, sondern daß er ihr nur die Rechtsfolge gibt, die eintreten würde, wenn ein Zahlungsverzug nicht vorläge. Er würde also die Pflicht des Schuldners zur Kapitalrückzahlung für den Termin aussprechen, der der gesetzlichen oder normalen vertraglichen Kündigungsfrist entspricht.

2. Scholz JW. 16 998. Beseitigt werden können nur Rechtsfolgen des materiellen Rechts, nicht auch prozessuale Folgen der Nichtzahlung, wie das Klagerecht des Gläubigers und die Zwangsvollstreckung, obgleich auch dies Rechtsfolgen sind, die wegen Nichtzahlung der Forderung nach Gesetz eintreten. Denn die „besonderen Rechtsfolgen" (bisherige Fassung) standen gerade im Gegensatz zu der allgemeinen prozessualen Folge der Nichtzahlung, und durch die neue Fassung soll das Beseitigungsrecht des Gerichts nicht erweitert werden. Die Zwangsversteigerung kann also niemals als eine zu beseitigende Rechtsfolge im Sinne der RechtsfBeseitVO. angesehen werden, und die Gefahr einer Verschleuderung des Grundbesitzes wegen unzureichenden Bietungsergebnisses kann hieran nichts ändern. Vielmehr ist zu unterscheiden: Ist die Fälligkeit des Kapitals, wegen dessen vollstreckt wird, durch normale Kündigung herbeigeführt, so kann nur eine Zahlungs- oder Einstellungsfrist nach der ZahlFrVO. in Frage kommen. Trat die Fälligkeit aber wegen Nichtzahlung von Zinsen ein, sei es unmittelbar, sei es infolge einer hierauf beruhenden verkürzten Kündigungsfrist und entsprechender Kündigung, so kann diese materielle Rechtsfolge beseitigt und damit zugleich gemäß § 3 RechtsfBeseitVO., § 732 ZPO. die Aufhebung der Zwangsvollstreckung erreicht werden.

4. Bekanntmachung über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer. Vom 8. Juni 1916. (RGBl. 452.) *)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Auf Antrag eines Schuldners, der Kriegsteilnehmer ist oder gewesen ist, kann die Zahlungsfrist gemäß §§ 1, 4 der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen (RGBl. 1915 S. 290, 1916 S. 451) bis zu sechs Monaten bestimmt werden, wenn die wirtschaftliche Lage des Schuldners durch die Teilnahme am Kriege so wesentlich verschlechtert ist, daß sein Fortkommen gefährdet erscheint.

Der Antrag ist auch bei einer nach dem 31. Juli 1914 entstandenen Geldforderung zulässig, sofern die Forderung vor oder während der Teilnahme des Schuldners am Kriege entstanden ist.

Der Antrag darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil anzunehmen ist, daß der Schuldner nach Ablauf der Frist zur Befriedigung des Gläubigers außerstande sein wird.

§ 2. Unter den im § 1 Abs. 1 und 2 bezeichneten Voraussetzungen kann die Einstellung der Zwangsvollstreckung (§ 5 der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen) für die Dauer von längstens sechs Monaten erfolgen; sie kann mehrfach erfolgen und ist auch zulässig, wenn eine Zahlungsfrist bereits bestimmt ist.

Die Vorschrift des § 1 Abs. 3 ist entsprechend anzuwenden.

§ 3. Auf Antrag des Gläubigers kann das Vollstreckungsgericht die Einstellung der Vollstreckung aufheben, wenn die Einstellung infolge nachträglicher wesentlicher Veränderungen der Umstände dem Gläubiger einen unverhältnismäßigen Nachteil bringen würde, insbesondere wenn die spätere Befriedigung des Gläubigers durch andere Zwangsvollstreckungen erheblich gefährdet wird.

Die Gerichts- und Anwaltsgebühren betragen zwei Zehnteile des Satzes des § 8 des Gerichtskostengesetzes und des § 9 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte. Der Wert des Streitgegenstandes ist von dem Gerichte nach freiem Ermessen, höchstens jedoch auf den zwanzigsten Teil der Forderung festzusetzen.

§ 4. Die Verordnung über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung (RGBl. 1915 S. 292, 1916 S. 451) findet, wenn der Schuldner Kriegsteilnehmer ist oder gewesen ist, auch bei den nach dem 31. Juli 1914 entstandenen Geldforderungen Anwendung, sofern sie vor oder während der Teilnahme des Schuldners am Kriege entstanden sind. Die Vorschrift des § 1 Abs. 1 ist entsprechend anzuwenden.

§ 5. Kriegsteilnehmer im Sinne dieser Verordnung sind außer den im § 2 Abs. 1 des Gesetzes, betreffend den Schutz der infolge des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4. August 1914 (RGBl. S. 328) bezeichneten Personen auch die Personen, die vermöge ihres Dienstverhältnisses, Amtes oder Berufs zu den immobilen Teilen der Land- oder Seemacht gehören.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [9. 6.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Begründung. (D. R. IX 205.)

Die Vermögensverhältnisse zahlreicher Kriegsteilnehmer werden durch den Kriegsdienst schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die zu den Fahnen Einberufenen sind auf

*) Diese streng genommene zu Abschnitt A gehörige BO. wird des Zusammenhanges wegen hier mitgeteilt.

Jahre hinaus ihrer gewohnten Erwerbstätigkeit entfremdet. Mag auch häufig für sie die Möglichkeit bestehen, ihre Geschäfte durch Vertreter betreiben zu lassen, so läßt sich doch in vielen Fällen nicht vermeiden, daß infolge der Inanspruchnahme zum Kriegsdienst ein erheblicher Rückgang in der wirtschaftlichen Lage der Kriegsteilnehmer eintritt. Das Gesetz, betreffend den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4. August 1914 (RGBl. 328) und die zu seiner Ergänzung erlassene Verordnung zum Schutze Angehöriger immobiler Truppenteile vom 20. Januar 1916 (RGBl. 47) vermochten die Aufgabe, diese schädigenden Wirkungen zu mildern und auszugleichen, nur zum Teil zu erfüllen. Abgesehen davon, daß diese Gesetze von dem Gesichtspunkt der prozessualen Behinderung, nicht von dem der wirtschaftlichen Bedrängnis des Kriegsteilnehmers ausgehen und demgemäß ihre Fürsorge auf Maßnahmen prozessualer Natur beschränken, hört ihr Schutz für den einzelnen Kriegsteilnehmer ganz auf, wenn seine Zugehörigkeit zur bewaffneten Macht ihr Ende erreicht hat. Nach diesem Zeitpunkt konnten Prozesse gegen ihn von dem Gläubiger aufgenommen (§ 4 Abs. 2 des Gesetzes v. 4. August 1914), Zwangsvollstreckungen konnten wieder ohne Beschränkung gegen ihn betrieben und fortgesetzt werden. Die bisherigen Vorschriften versagten also gerade in dem Augenblick, in dem eine Fürsorge für den Kriegsteilnehmer besonders geboten war. Mit den erforderlichen Schutzmaßregeln konnte nicht bis zur Beendigung des Krieges gewartet werden. Denn bereits jetzt mehren sich die Fälle, daß Soldaten, die nicht mehr dienstfähig sind, in die Heimat zurückkehren. Die auf Grund des § 3 des sog. ErmG. ergangene Bek. v. 8. Juni 1916 setzt deshalb zugunsten der Schuldner, die Kriegsteilnehmer sind oder gewesen sind, die Höchstdauer der richterlichen Zahlungs- und Einstellungsfristen auf sechs Monate hinauf und bestimmt ferner, daß die Einstellung der Zwangsvollstreckung mehrfach und auch dann erfolgen kann, wenn eine Zahlungsfrist bereits bewilligt ist. Die erweiterten Vergünstigungen sind auch für solche Schulden zugelassen worden, die erst nach dem 31. Juli 1914, aber vor oder während der Teilnahme des Schuldners am Kriege entstanden sind. Vorausgesetzt wird, daß die wirtschaftliche Lage des Schuldners durch die Teilnahme am Kriege so wesentlich verschlechtert ist, daß sein Fortkommen gefährdet erscheint. Um Nachteile für den Gläubiger zu vermeiden, ist die nachträgliche Aufhebung der Einstellung der Zwangsvollstreckung zugelassen, wenn die Fortdauer der Einstellung infolge wesentlicher Veränderung der Umstände dem Gläubiger einen unverhältnismäßigen Nachteil bringen würde, insbesondere wenn die spätere Befriedigung des Gläubigers durch andere Zwangsvollstreckungen erheblich gefährdet wird. Die Vorteile der Verordnung kommen den Angehörigen mobiler wie immobiler Truppenteile gleichmäßig zugute.

Literatur.

Unger, Die Bek. über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer vom 8. Juni 1916. Recht 16 448ff.

1. Unger a. a. O. 451. Für Forderungen, die nach Beendigung der Kriegsteilnehmerschaft entstanden sind, ist die Frist nach der allgemeinen Verordnung zu gewähren. Wird der Schuldner aber wieder Kriegsteilnehmer, z. B. während der Beschwerdefrist, so findet die besondere Verordnung Anwendung.

2. Unger a. a. O. 452. Die Entscheidung über den Fristantrag soll in der Regel endgültig sein und von vornherein — falls notwendig, durch Beifügung einer Bedingung — für die künftige Lage Vorsorge treffen. Die Möglichkeit längerer Fristgewährung forderte naturgemäß ein Mittel zur Beseitigung der Frist, weil sich auf längere Zeit nicht alle Umstände übersehen lassen. Hieraus ergibt sich, daß der Ablehnungsantrag unbedingt zurückzuweisen ist, wenn er für die ersten drei Monate der ersten Frist gestellt wird. Der Kriegsteilnehmer sollte doch sicher nicht schlechter gestellt werden, als ein Schuldner, der auf Grund der allgemeinen Verordnung Frist erhält.

3. Unger a. a. O. 452. Nach dem Wortlaut ist die vorzeitige Aufhebung der Frist

nur bei einer durch Vollstreckungseinstellung gewährten Frist zulässig. Das ist zu eng. Weshalb soll die Bestimmung nicht auf eine im Prozeßverfahren, insbesondere im Anerkenntnisverfahren, gewährte Frist anzuwenden sein? Bei diesen Fristen walten genau dieselben Gründe ob, wie bei der Vollstreckungseinstellung. In Wirklichkeit ist die Fristbewilligung im Prozeßverfahren auch nur ein Vollstreckungsaufschub, so daß der Vollstreckungsrichter die vom Prozeßrichter gewährte Zahlungsfrist unbedenklich aufheben kann. Der Beschluß darf natürlich nicht dahin lauten, daß die Einstellung der Zwangsvollstreckung wieder aufgehoben wird, sondern daß die im Urteil oder Beschluß bewilligte Frist aufgehoben wird oder daß die sofortige Zwangsvollstreckung zulässig ist.

4. Unger a. a. O. 453. Der Schuldner kann dem Fristaufhebungsantrag dadurch begegnen, daß er wegen der anderen Forderungen gleichfalls Zahlungsfrist erwirkt.

5. Bekanntmachung betr. die Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypotheken und Grundschulden vom 22. Dezember 1914 in der Fassung der Verordnung vom 20. Mai 1915.

(RGBl. 543, 293.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 296, Erläuterung dort und in Bd. 2, 77.

→ Diese VO. ist aufgehoben durch § 19 der VO. über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden v. 8. Juni 1916, RGBl. 454 (siehe die nächste Nummer). ←

6. Bekanntmachung über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden vom 8. Juni 1916.

(RGBl. 454.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

I. Bewilligung von Zahlungsfristen.

§ 1. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus einer Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld kann das Prozeßgericht auf Antrag des Beklagten in dem Urteil eine Zahlungsfrist bestimmen, wenn die Lage des Beklagten dies rechtfertigt, es sei denn, daß die Zahlungsfrist dem Kläger einen unverhältnismäßigen Nachteil bringt. Bei Rechtsstreitigkeiten über Forderungen, für die eine Hypothek bestellt ist, gilt das gleiche, soweit der Eigentümer des belasteten Grundstücks zugleich der persönliche Schuldner ist.

Die Parteien haben die tatsächlichen Behauptungen glaubhaft zu machen.

§ 2. Die Zahlungsfrist kann für das Kapital der Hypothek oder Grundschuld oder für die Ablösungssumme der Rentenschuld bis zu einem Jahre, für Zinsen und andere Nebenleistungen bis zu sechs Monaten bemessen werden. Die Bestimmung der Frist kann für den Gesamtbetrag oder einen Teilbetrag des Anspruchs erfolgen und von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig gemacht werden.

Die Zahlungsfrist beginnt mit der Verkündung des Urteils.

§ 3. Der Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist darf bei Kapitalschulden nicht deshalb abgelehnt werden, weil anzunehmen ist, daß der Beklagte nach Ablauf der Frist zur Befriedigung des Klägers außerstande sein wird.

§ 4. Auf Antrag des Schuldners kann das Amtsgericht, bei dem der dingliche Gerichtsstand begründet ist, für einen Anspruch der im § 1 bezeichneten Art, den der Schuldner anerkennt, eine Zahlungsfrist bewilligen. Die Entscheidung, die ohne mündliche Verhandlung ergehen kann, erfolgt durch Beschluß. Vor der Ent-

scheidung ist der Gläubiger zu hören. Der Antrag ist abzulehnen, wenn der Anspruch rechtshängig ist.

Die Vorschriften der §§ 1—3 sind entsprechend anzuwenden. Die Zahlungsfrist beginnt mit der Bekanntmachung des Beschlusses an den Schuldner.

In dem Beschlusse, durch den die Zahlungsfrist bewilligt wird, ist die Verpflichtung des Schuldners zur Zahlung des anerkannten Anspruchs auszusprechen, sofern der Anspruch nicht schon vollstreckbar ist.

Hat der Gläubiger für seinen Anspruch bereits einen vollstreckbaren Schuldtitel, so ist in dem Beschlusse, durch den die Zahlungsfrist bewilligt wird, die Zwangsvollstreckung für die Dauer der bewilligten Frist für unzulässig zu erklären, oder, wenn sie begonnen hat, für die Dauer der bewilligten Frist einzustellen. Vor der Entscheidung kann das Gericht eine vorläufige Anordnung erlassen.

Gegen die Entscheidung über den Antrag auf Bewilligung der Zahlungsfrist findet sofortige Beschwerde, gegen eine vorläufige Anordnung findet kein Rechtsmittel statt.

§ 5. Für Kapitalschulden kann die Bewilligung einer Zahlungsfrist gemäß § 4 mehrfach erfolgen; sie ist auch zulässig, wenn eine Zahlungsfrist gemäß § 1 bereits bestimmt ist.

Für Zinsen und sonstige Nebenleistungen kann eine Zahlungsfrist nur einmal bestimmt werden.

§ 6. Die Zahlungsfrist wirkt wie eine von dem Gläubiger bewilligte Stundung. Der Zinsenlauf wird durch sie nicht berührt. Die Stundung bedarf nicht der Eintragung in das Grundbuch.

§ 7. Wird ein Anerkenntnisurteil nur wegen der Zahlungsfrist angefochten, so erfolgt die Anfechtung durch sofortige Beschwerde.

II. Beseitigung von Rechtsfolgen.

§ 8. In Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche der im § 1 bezeichneten Art kann das Prozeßgericht auf Antrag des Schuldners im Urteil anordnen, daß Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung oder der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Forderung oder auf Grund einer Verwirkungsabrede wegen anderer Umstände eingetreten sind oder eintreten (Fälligkeit des Kapitals wegen Nichtzahlung von Zinsen oder wegen Anordnung der Zwangsverwaltung, Erhöhung der Nebenleistungen usw.), als nicht eingetreten gelten.

Die Vorschriften des § 1 und des § 2 Abs. 1 Satz 2 sind entsprechend anzuwenden.

§ 9. Erkennt der Schuldner den Anspruch an, so kann auf seinen Antrag das Amtsgericht, bei dem der dingliche Gerichtsstand begründet ist, die im § 8 bezeichneten Anordnungen erlassen. Die Entscheidung, die ohne mündliche Verhandlung ergehen kann, erfolgt durch Beschluß. Vor der Entscheidung ist der Gläubiger zu hören. Der Antrag ist abzulehnen, wenn der Anspruch rechtshängig ist.

Die Vorschriften des § 1 und des § 2 Abs. 1 Satz 2 sind entsprechend anzuwenden.

Hat der Gläubiger für seinen Anspruch einen vollstreckbaren Schuldtitel, so sind in dem Beschlusse, soweit die Beseitigung der Rechtsfolgen angeordnet wird, bereits erfolgte Vollstreckungsmaßregeln aufzuheben. Vor der Entscheidung kann das Gericht die vorläufige Einstellung der Vollstreckung anordnen.

Gegen die Entscheidung über den Antrag auf Beseitigung der Rechtsfolgen findet sofortige Beschwerde, gegen eine vorläufige Anordnung findet kein Rechtsmittel statt.

III. Zwangsversteigerung.

§ 10. Auf Antrag des Schuldners kann die Zwangsversteigerung eines Gegenstandes des unbeweglichen Vermögens wegen eines Anspruchs der im § 1 bezeich-

neten Art für die Dauer von längstens sechs Monaten eingestellt werden, auch wenn die Bestimmung einer Zahlungsfrist abgelehnt oder nicht zulässig ist. Die Einstellung ist auch vor der Anordnung der Versteigerung zulässig. Sie kann mehrfach erfolgen.

Die Vorschriften des § 1 und des § 2 Abs. 1 Satz 2 sind entsprechend anzuwenden. Der Antrag ist abzulehnen, wenn fällige Ansprüche des betreibenden Gläubigers auf wiederkehrende Leistungen für zwei Jahre nicht gezahlt sind.

Erfolgt die Einstellung des Verfahrens nach der Anordnung der Versteigerung, so ist der Beschluß allen Beteiligten (§ 9 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung, RGBl. 1898 S. 713) zuzustellen. Auf Antrag eines Beteiligten ist die Einstellung aufzuheben, wenn ihm fällige Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen für zwei Jahre im Range vorgehen.

§ 11. Wird eine Zwangsversteigerung auf Grund des § 4 Abs. 4 oder des § 10 eingestellt, so beginnt die im § 31 Abs. 2 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vorgesehene Frist erst mit dem Ablauf der Frist, für deren Dauer die Einstellung angeordnet ist.

§ 12. Ergibt sich nach Schluß der Versteigerung, daß ein Anspruch, der ein Recht auf Befriedigung aus dem Gegenstande gemäß § 10 Nr. 2 oder Nr. 4 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung gewährt, durch das Meistgebot nicht gedeckt wird, so kann, wenn dieser Anspruch innerhalb der ersten drei Vierteile des zur Berechnung des Reichsstempels für den Zuschlagsbeschluß festzusetzenden Wertes des Gegenstandes steht, auf Antrag des Berechtigten der Zuschlag versagt werden, sofern nicht der betreibende Gläubiger glaubhaft macht, daß ihm die Versagung des Zuschlags einen unverhältnismäßigen Nachteil bringt. Wird der Zuschlag versagt, so ist zugleich von Amts wegen ein neuer Versteigerungstermin zu bestimmen.

Die Versagung des Zuschlags kann mehrfach erfolgen.

IV. Schlußvorschriften.

§ 13. In einem Verfahren nach den §§ 1, 4, 8, 9 oder 10 dieser Verordnung hat das Gericht, sofern die Landeszentralbehörde von der ihr nach § 1 der Verordnung vom 15. Dezember 1914 (RGBl. S. 511) zustehenden Befugnis Gebrauch gemacht hat, das Einigungsamt vor der Entscheidung gutachtlich zu hören.

Die Vorschriften des § 4 Abs. 2 der Verordnung vom 15. Dezember 1914 sind entsprechend anzuwenden.

§ 14. Wird ein Rechtsstreit über einen Anspruch der im § 1 bezeichneten Art durch einen vor Gericht abgeschlossenen oder dem Gerichte mitgeteilten Vergleich erledigt, so werden die Gerichtsgebühren nur zur Hälfte erhoben; übersteigt der Streitgegenstand nicht einhundert Mark, so werden Gerichtsgebühren nicht erhoben.

§ 15. Wird durch Endurteil über die Bewilligung einer Zahlungsfrist oder die Beseitigung von Rechtsfolgen entschieden oder wird in einem Vergleich eine Zahlungsfrist oder die Beseitigung von Rechtsfolgen vereinbart, so bleiben für die Berechnung der Gerichts- und Anwaltsgebühren die nur auf die Zahlungsfrist oder die Beseitigung der Rechtsfolgen sich beziehenden Verhandlungen und Entscheidungen außer Betracht.

§ 16. In den Fällen der §§ 4, 7, 9 und 10 können die Kosten ganz oder teilweise dem Schuldner auferlegt werden, auch wenn seinem Antrag stattgegeben wird. Die Gerichts- und Anwaltsgebühren betragen zwei Zehnteile des Satzes des § 8 des Gerichtskostengesetzes und des § 9 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte. Der Wert des Streitgegenstandes ist von dem Gerichte nach freiem Ermessen, höchstens jedoch auf den zwanzigsten Teil der Forderung festzusetzen.

§ 17. In Fällen des § 8 können die Kosten des Rechtsstreits der obsiegenden

Partei ganz oder teilweise auferlegt werden, wenn sie auf Grund einer gemäß dieser Vorschrift getroffenen Anordnung obsiegt.

§ 18. Wird der Zuschlag auf Grund des § 12 versagt, so dürfen für den Versteigerungstermin Gebühren und Auslagen nicht erhoben werden.

§ 19. Die Verordnungen über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen, über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung und über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer (RGBl. 1915 S. 290, 292; 1916 S. 451, 452) finden auf die im § 1 bezeichneten Ansprüche keine Anwendung.

Die Verordnung, betreffend die Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypotheken und Grundschulden (RGBl. 1915 S. 293) und die Verordnung über die Versagung des Zuschlags bei der Zwangsversteigerung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens vom 10. Dezember 1914 (RGBl. S. 499) werden aufgehoben.

§ 20. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [9. 6.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Für ein bei dem Inkrafttreten der Verordnung schwebendes Verfahren nach den §§ 4 oder 5 der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen sowie nach § 1 Abs. 3 oder § 3 der Verordnung über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung bleibt die bisherige Zuständigkeit bestehen.

Begründung. (Reichsanzeiger Nr. 137.)

Die Lage des Haus- und Grundbesitzes hat im Laufe des Krieges bereits zu einer Reihe gesetzlicher Maßnahmen Anlaß gegeben, die eine Abhilfe und Milderung wirtschaftlicher Schädigungen auf dem Gebiete des Realkredits anstreben. Soweit ein billiger Ausgleich zwischen den Interessen des Eigentümers und seiner Hypothekengläubiger nicht schon im Wege gütlicher Verständigung, insbesondere durch die Vermittlung der auf Grund der Bundesratsverordnung v. 15. Dezember 1914 (RGBl. 511) bestellten Einigungsämter erreicht wird, bieten die Verordnungen über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung (RGBl. 1915, 290, 292) eine Handhabe, um durch richterliche Entscheidung die Zahlungspflicht hinauszuschieben und die infolge Nichtzahlung der Zinsen eingetretenen Rechtsnachteile zu beseitigen. Erweiterte Stundungsmöglichkeiten sind durch die Verordnung, betreffend die Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypotheken- und Grundschulden (RGBl. 1915, 293) für Hypotheken- und Grundschuldkapitalien vorgesehen. Um den zweiten Hypothekengläubiger gegen Verluste bei Zwangsversteigerungen zu schützen, ist durch die Verordnung v. 10. Dezember 1914 (RGBl. 499) die Möglichkeit geschaffen, den Zuschlag bei einem unangemessenen Bietungsergebnisse zu versagen. Endlich ist der Zwangsverwaltung von Grundstücken durch die Verordnung v. 22. April 1915 (RGBl. 233) eine Ausgestaltung gegeben worden, die sowohl dem Gläubiger wie dem Schuldner verschiedene Erleichterungen bringt.

Infolge der längeren Dauer des Krieges haben sich die Verhältnisse des Grundbesitzes weiter verschärft. Die Beschaffung fällig gewordener Hypothekenkapitalien erfordert bei der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes immer erheblichere Opfer. Auch die Aufbringung der Mittel für eine regelmäßige Erfüllung der Zinsverpflichtungen wird durch die fortgesetzte Zunahme der Ausfälle an Mieten ständig erschwert werden. Um dieser Notlage abzuhelfen, bedürfen die bisherigen Vorschriften in verschiedenen Richtungen der Ergänzung. Dabei erscheint es zweckmäßig, die neuen Vorschriften nicht im Wege einer Änderung der bisherigen Verordnungen zu treffen, sondern die in Betracht kommenden Rechtserleichterungen in einer das Gebiet des Realkredits erschöpfenden Verordnung zusammenzufassen.

Die Höchstdauer der richterlichen Zahlungsfrist beträgt zurzeit für Hypotheken- und Grundschuldkapitalien sechs Monate, für Zinsen und sonstige Nebenleistungen drei Monate. Während bei Zinsen und Nebenleistungen die Fristbestimmung nur einmal zulässig ist, kann bei Kapitalforderungen auch nach Ablauf der Zahlungsfrist die Zwangsvollstreckung bis zur Dauer von sechs Monaten eingestellt werden; die Einstellung kann mehrmals erfolgen. Den veränderten Bedürfnissen entspricht es, die Höchstgrenze der einzelnen Zahlungsfrist für Kapitalforderungen auf ein Jahr, für Zinsen und andere Nebenleistungen auf sechs Monate heraufzusetzen. Da die Dauer der Frist vom Gericht unter Abwägung der beiderseitigen Interessen festgesetzt wird, sind von der Zulassung des erweiterten Spielraums Härten gegenüber dem Gläubiger nicht zu besorgen. Sie werden im Einzelfalle, z. B. da, wo Hypotheken von der Friedenszeit her einen verhältnismäßig niedrigen Zins tragen, auch dadurch ausgeglichen werden können, daß die Gerichte die Bewilligung der Zahlungsfrist von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig machen; als eine solche Bedingung wird insbesondere eine angemessene Zinserhöhung in Betracht kommen.

Als unerwünscht ist es vielfach empfunden worden, daß für vollstreckbare Hypothekenforderungen die Fristbewilligung nur im Wege einer Einstellung der Zwangsvollstreckung möglich ist. Nach § 5 der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen ist der Schuldner zwar in der Lage, schon vor dem Beginne der Vollstreckung die Einstellung herbeizuführen und damit von vornherein die Nachteile abzuwenden, die sich für ihn aus einer einmal erfolgten Einleitung der Vollstreckung ergeben. Die Ausübung dieser Befugnis ist aber in der Praxis auf Schwierigkeiten gestoßen und vielfach aus Unkenntnis der einschlägigen Bestimmungen gänzlich unterblieben. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung hat zudem nicht die gleiche Rechtswirkung wie die Bewilligung einer Zahlungsfrist. Während diese einer von dem Gläubiger gewährten Stundung gleichsteht (zu vgl. S. 15 der Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, Drucksachen des Reichstags 13. Legislaturperiode II. Session 1914 Nr. 26), kommt der Einstellung der Zwangsvollstreckung nur eine prozessuale Bedeutung zu. Sie vermag namentlich nicht den Eintritt von Verzugsfolgen zu verhindern. In den beteiligten Kreisen ist deshalb vielfach der Wunsch laut geworden, an die Stelle der prozessualen Einstellung eine materielle Zahlungsfrist zu setzen. Da eine solche Regelung auf dem Gebiete des Realkredits in der Tat gewisse Vorteile bietet, sieht der Entwurf auch bei vollstreckbaren Hypothekenforderungen die Bewilligung von materiellen Zahlungsfristen vor. Auf diese Weise wird die wiederholte Bewilligung einer Zahlungsfrist auch für die Fälle ermöglicht, in denen die erste Bewilligung im Urteil erfolgt war. Die Entscheidung ist dem Amtsgericht übertragen worden, bei dem der dingliche Gerichtsstand begründet ist. Dieses Gericht steht nach der Natur der Sache den in Betracht kommenden Verhältnissen am nächsten und ist regelmäßig das gleiche wie das nach den bisherigen Vorschriften zuständige Vollstreckungsgericht (zu vgl. § 764 Abs. 2 ZPO., § 1 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung, RGBl. 1898, 713).

Mit dieser Regelung ist eine weitere Erleichterung verknüpft worden. Außerhalb eines Rechtsstreits erfolgt nach § 4 der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen die Bestimmung einer Zahlungsfrist durch das Amtsgericht, bei dem der Gläubiger seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. Auch hier sprechen Zweckmäßigkeitsgründe für die Einführung des dinglichen Gerichtsstandes, zumal die bisherige Regelung dann eine Lücke läßt, wenn der Hypothekengläubiger seinen Wohnsitz im Ausland hat. Nach den neuen Vorschriften spielt sich somit für Hypotheken das gesamte Verfahren der Fristbewilligung, soweit es nicht vor dem Prozeßgerichte stattfindet, ausschließlich vor dem Amtsgerichte ab, in dessen Bezirk das Grundstück liegt. Entsprechende Vereinfachungen sind für das Verfahren über die Beseitigung von Rechtsfolgen vorgesehen. Zu einer gleichmäßigen und zweckentsprechenden Handhabung der Verordnung wird es beitragen, wenn im Wege der Geschäftsverteilung, soweit die

örtlichen Verhältnisse dies gestatten, die Entscheidung über die Anträge in die Hand desselben Richters gelegt wird, der die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen bearbeitet.

Bei der Regelung der materiellen Voraussetzungen für die Zahlungsfrist weist der Entwurf die Besonderheit auf, daß die Beschränkung auf solche Hypotheken, die vor dem 31. Juli 1914 entstanden sind, fallen gelassen ist. Bei der Entscheidung über Zahlungsfristgesuche für eine später entstandene Hypothekenforderung wird allerdings der Umstand, daß beide Teile schon bei Begründung der Forderung mit der durch den Krieg bedingten wirtschaftlichen Lage gerechnet haben, regelmäßig erheblich ins Gewicht fallen. Immerhin können die Verhältnisse so liegen, daß eine Zahlungsfrist auch bei sogenannten Kriegshypotheken der Billigkeit entspricht. Von Bedeutung kann dies namentlich dann werden, wenn der Ersteher eines Grundstücks das Bargebot nicht berichtigt und deshalb die Forderung gegen ihn auf die Berechtigten übertragen wird (§ 118 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung). In solchem Falle besteht die Möglichkeit, ihm für die auf Grund des § 128 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung eingetragene Sicherungshypothek eine Zahlungsfrist zu bewilligen und ihm so über die Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, die sich für ihn oft aus der Notwendigkeit ergeben haben, zur Verhütung eigener Verluste das Grundstück zu erstehen. Die Aufgabe der bisherigen Beschränkung verhindert zugleich, daß die neuerdings in der Praxis hervorgetretene Auffassung, eine Stundung der während des Krieges fällig gewordenen Zinsen älterer Hypotheken sei unzulässig, nachteilige Wirkungen äußert. Eine weitere Änderung ist erforderlich geworden, weil die Gerichte vielfach unter Verkennung des Inhalts und Zweckes der bisherigen Vorschriften die Stundung von Hypothekenkapitalien mit der Begründung abgelehnt haben, der Schuldner werde auch nach dem Ablauf der Frist nicht zahlen können. Es wird deshalb nunmehr ausdrücklich vorgeschrieben, daß die Ablehnung eines Stundungsgesuchs für Kapitalschulden aus dem bezeichneten Grunde unzulässig ist.

Neben der Erweiterung der Zahlungsfristen ist die Zulassung einer selbständigen prozessualen Einstellung der Zwangsvollstreckung in dem bisherigen Umfang nicht mehr erforderlich. Dagegen empfiehlt es sich, zum Schutze des Hypothekenschuldners die prozessuale Einstellung hinsichtlich des Vollstreckungsmittels der Zwangsversteigerung auch dann noch zuzulassen, wenn eine materielle Stundung nicht beansprucht wird oder nicht erfolgen kann. Die Verhältnisse können so liegen, daß es bei Abwägung der Interessen unbillig wäre, dem Gläubiger jeden Zugriff auf bereite Vermögensstücke des Schuldners zu untersagen, während andererseits eine Entziehung des Grundstücks im Wege der Zwangsversteigerung für den Schuldner eine zu große Härte bedeuten würde. Dies gilt insbesondere, wenn die Zwangsversteigerung wegen Zinsen und Nebenforderungen betrieben wird, für die eine weitere Stundung nach Ablauf der einmal bewilligten nicht mehr zulässig ist. Wenn auch darauf gehalten werden muß, daß der Schuldner die Zinsen möglichst regelmäßig entrichtet, so ist es doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo auf ein günstiges Bietungsverhältnis nicht zu rechnen ist, besonders unerwünscht, wenn ihm das Grundstück nur wegen geringer Zinsbeträge entzogen wird, ohne daß die Möglichkeit einer richterlichen Interessenabwägung besteht. Die Absicht, Zwangsversteigerungen wegen der Zinsansprüche tunlichst zu vermeiden, liegt auch zahlreichen Anregungen zugrunde, die darauf abzielen, den Rang der vierten Klasse des § 10 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung den länger als zwei Jahre rückständigen Zinsansprüchen bis auf weiteres zu erhalten. Wenn die Verwirklichung dieser Anregung dem Bedenken begegnen muß, daß durch ein unbegrenztes Anwachsen von Zinsrückständen die nachstehenden Berechtigten schwer geschädigt werden, so erscheint der von dem Entwurf eingeschlagene Weg geeignet, dieses Bedenken zu vermeiden. Bei der vorgeschlagenen Regelung bleibt einerseits dem Gläubiger der Weg der Zwangsverwaltung zur Befriedigung wegen seiner Ansprüche, insbesondere wegen seiner Zinsforderungen offen; andererseits ist dem Anschwellen

von wiederkehrenden Leistungen dadurch vorgebeugt, daß der Entwurf die Einstellung untersagt, sofern der Gläubiger Zinsen für zwei Jahre zu beanspruchen hat, und außerdem jedem Berechtigten Gelegenheit gibt, die Aufhebung der Einstellung herbeizuführen, wenn ihm Zinsen für zwei Jahre im Range vorgehen.

Die Einschränkung der Zwangsversteigerungen kommt mittelbar auch den Gläubigern der zweiten Hypothek zugute, insofern sie dadurch vor einem Ausfall ihrer Rechte bewahrt bleiben. Der unmittelbaren Wahrung ihrer Rechte dient eine weitere Neuerung des Entwurfs, durch die zu ihren Gunsten über den Rahmen der VO. v. 10. Dezember 1914 (RGBl. 499) hinaus eine Versagung des Zuschlags schon dann zugelassen wird, wenn ein durch das Meistgebot nicht gedeckter Teil der Hypothek innerhalb der ersten drei Vierteile des Grundstückswerts steht. Mit Rücksicht auf die hierdurch geschaffenen Erleichterungen und auf die nach den Vorschriften des Entwurfs bestehende Möglichkeit, daß gegebenenfalls auch dem Ersteher für die Schuld aus dem Meistgebot eine Zahlungsfrist gewährt wird, kann von weitergehenden Maßnahmen zum Schutze der Nachhypotheken wie sie vielfach angeregt worden sind, abgesehen werden.

Die Vorschriften des Entwurfs gliedern sich in vier Abschnitte. Der 1. Abschnitt (§§ 1 bis 7) behandelt die Bewilligung von Zahlungsfristen für Hypotheken und Grundschulden und tritt insoweit an die Stelle der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen (RGBl. 1915 290); er ersetzt gleichzeitig die Verordnung, betr. die Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypotheken und Grundschulden (RGBl. 1915 293). Der 2. Abschnitt (§§ 8, 9) tritt auf dem Gebiete des Realkredits an die Stelle der Verordnung über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung (RGBl. 1915 292). Der 3. Abschnitt (§§ 10 bis 12) behandelt die Zwangsversteigerung und ersetzt im § 12 die Verordnung über die Versagung des Zuschlags vom 10. Dezember 1914 (RGBl. 499). Der 4. Abschnitt (§§ 13 bis 20) enthält Schluß- und Übergangsvorschriften. In die Verordnung über die Zwangsverwaltung von Grundstücken v. 22. April 1915 (RGBl. 233) greift der Entwurf nicht ein.

Zu den einzelnen Vorschriften ist folgendes zu bemerken:

I. Bewilligung von Zahlungsfristen.

Zu § 1.

Die Regelung des Entwurfs erstreckt sich ebenso wie die der bisherigen Verordnung, betr. die Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypotheken und Grundschulden (RGBl. 1915, 293), auf dingliche Ansprüche aus Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden und, wie der § 1 des Entwurfs noch besonders hervorhebt, sofern der Schuldner Eigentümer des belasteten Grundstücks ist, auch auf die der Hypothek zugrunde liegende persönliche Forderung. Daß es im Streitfall Sache des Gläubigers ist, glaubhaft zu machen, die Zahlungsfrist werde ihm einen unverhältnismäßigen Nachteil bringen, entspricht schon der bisher herrschenden Meinung. Die neue Fassung stellt diese dem Schuldner günstige Auffassung außer Zweifel.

Bei der Abwägung der Interessen des Gläubigers und des Schuldners wird allerdings auch darauf Bedacht genommen werden müssen, den Gläubiger gegen unverhältnismäßige Nachteile zu schützen. Zu berücksichtigen ist namentlich, ob der Gläubiger schon freiwillig Stundung gewährt hat. Wird ihm durch die Bewilligung der Zahlungsfrist die Möglichkeit, wegen Zinsen oder anderer wiederkehrender Leistungen die Befriedigung aus dem Grundstück im Range des § 10 Nr. 4 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung zu erlangen, vereitelt oder ernstlich gefährdet, so müssen gegenüber einem solchen Rechtsverluste die Interessen des Schuldners zurücktreten. Bei der Stundung von Zinsen wird auch der Gesichtspunkt in Betracht kommen, daß der § 10 des Entwurfs dem Gläubiger die Möglichkeit, die Zinsen im Wege der Zwangsversteigerung beizutreiben, erschwert, während ihm andererseits die Zwangsverwaltung im Hinblick auf die im § 155 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vorgesehene Rangordnung unter den gegenwärtigen Ver-

hältnissen kaum Aussicht bietet, mit Zinsrückständen zur Hebung zu gelangen. Ob gegebenenfalls hierdurch die Rechte des Gläubigers in solchem Maße gefährdet werden, daß dies als ein unverhältnismäßiger Nachteil erscheint, wird je nach Lage des einzelnen Falles beurteilt werden müssen. Unter Umständen wird schon eine vorsichtige Abmessung der Dauer der Frist oder die Festsetzung einer geeigneten Bedingung, z. B. rechtzeitiger Tilgung der eintretenden Rückstände, eine Handhabe bieten, um Nachteilen vorzubeugen.

Zu § 2.

Der § 2 enthält die näheren Bestimmungen über die Höchstdauer der Zahlungsfrist für Kapital und Zinsen. Als Kapital im Sinne der Vorschrift sind auch die Beträge anzusehen, die bei Tilgungshypotheken behufs allmählicher Kapitaltilgung als Zuschlag zu den Zinsen zu entrichten sind.

Hervorzuheben ist, daß der § 2 das Gericht ausdrücklich ermächtigt, die Bewilligung der Frist von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig zu machen. Das Gericht kann danach z. B. für das Kapital einer Hypothek die Stundung unter der Bedingung bewilligen, daß der Schuldner sich innerhalb einer bestimmten, naturgemäß möglichst kurz zu bemessenden Frist in grundbuchmäßiger und vollstreckbarer Form zu einer Erhöhung des Zinssatzes verpflichtet. Werden innerhalb der Frist Zinsen fällig, so kann zugleich die Fortdauer der Zahlungsfrist über die Zinstermine davon abhängig gemacht werden, daß der Schuldner die erhöhten Zinsen auch tatsächlich bezahlt. Werden die Bedingungen nicht erfüllt, so tritt die Vergünstigung nicht ein. Den Eintritt der Bedingungen nachzuweisen, ist in jedem Falle Sache des Schuldners.

Zu § 3.

Die vorgesehene Einschränkung des richterlichen Ermessens bezieht sich nur auf Kapitalschulden. Sie rechtfertigt sich hier ohne weiteres dadurch, daß für diese Schulden eine mehrmalige Bewilligung der Zahlungsfrist vorgesehen ist. Damit wäre es nicht vereinbar, wenn die Erwägung, der Schuldner werde nach Ablauf der Frist nicht zahlen können, für sich allein zur Versagung der Zahlungsfrist führen würde. Dagegen ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Umstand, wenn er mit anderen Tatsachen zusammentrifft, zur Annahme eines unverhältnismäßigen Nachteils mitwirken kann. Bei Zinsen und Nebenforderungen liegt zu einer entsprechenden Vorschrift kein Grund vor.

Zu § 4.

Das Verfahren vor dem Amtsgericht des dinglichen Gerichtsstandes, das der § 4 regelt, greift in allen Fällen Platz, wo die Bewilligung der Zahlungsfrist nicht in einem anhängigen Rechtsstreit erfolgen kann. Es tritt an die Stelle sowohl des sogenannten Initiativverfahrens nach § 4 als auch des Verfahrens vor dem Vollstreckungsgerichte nach § 5 der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und eröffnet insbesondere den Weg, auf dem der Schuldner zu einer zweiten und weiteren Bewilligung der Zahlungsfrist für das Kapital gelangen kann. Bei welchem Amtsgerichte der dingliche Gegenstand begründet ist, bestimmt sich nach den §§ 24, 36 der ZPO.

Der Gang des Verfahrens entspricht im wesentlichen den bisherigen Vorschriften. Der Antrag des Schuldners kann schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers gestellt werden. Der Gläubiger ist über den Antrag zu hören. Die Entscheidung kann ohne mündliche Verhandlung ergehen und erfolgt durch Beschluß. Wird die Zahlungsfrist bewilligt, so hat das Gericht in dem Beschlusse die Verpflichtung zur Zahlung des anerkannten Anspruchs auszusprechen, sofern der Anspruch nicht schon vollstreckbar ist. Hat der Gläubiger bereits einen Vollstreckungstitel, so ist bei Bewilligung der Zahlungsfrist zugleich die Zwangsvollstreckung für die Dauer der Frist für unzulässig zu erklären. Ist dies geschehen, so ist während der Frist keine Vollstreckungsmaßregel mehr statthaft; eine gleichwohl erfolgte Vollstreckungsmaßregel unterliegt nach § 775 Nr. 1, § 776 ZPO. der Aufhebung. Hatte die Vollstreckung bei Bewilligung der Zahlungsfrist schon begonnen, so hat das Gericht sie für die Dauer der Frist einzustellen. Eine Aufhebung der bereits

erfolgten Vollstreckungsmaßregel findet in diesem Falle nicht statt; der Verzicht auf wohlerworbene Pfand- oder Beschlagnahmerechte kann dem Gläubiger nicht zugemutet werden. Da die Hinausschiebung der Zwangsvollstreckung nur für die Dauer der Zahlungsfrist erfolgt, sich also als eine einstweilige Einstellung im Sinne des § 775 Nr. 2 der ZPO. darstellt, kann die Aufhebung der erfolgten Vollstreckungsmaßregeln auch nich etwa auf Grund der Vorschriften des § 776 der ZPO. erwirkt werden. Ob das Gericht vor der Entscheidung über das Fristgesuch in entsprechender Anwendung des § 766 Abs. 1 und des § 732 Abs. 2 der ZPO. eine vorläufige Anordnung in bezug auf die Zwangsvollstreckung erlassen kann, ist im Geltungsbereiche des § 5 der allgemeinen Zahlungsfristverordnung strei ig. Den praktischen Bedürfnissen en sprich es, die Anordnung zuzulassen. Durch die spätere Entscheidung verliert sie ohne weiteres ihre Bedeutung.

Zu § 5.

Der Ausdruck Kapitalschulden ist in demselben Sinne gebraucht wie im § 2 Abs. 1 Satz 1. Er umfaßt das Kapital der Hypothek und der Grundschuld, die Ablösungssumme der Rentenschuld sowie die Tilgungsbeiträge von Amortisationshypotheken.

Zu § 6.

Die Auffassung, daß die Zahlungsfrist die materielle Wirkung einer Stundung hat und lediglich den Zinsenlauf unberührt läßt, liegt schon den bisherigen Vorschriften zugrunde. Wegen ihrer praktischen Tragweite ist es zweckmäßig, sie in der Verordnung selbst zum Ausdruck zu bringen. Zur Wirksamkeit gegenüber einem gutgläubigen Erwerber der Hypothek bedarf die Stundung, wie besonders vorgeschrieben ist, nicht der Eintragung in das Grundbuch.

Zu § 7.

Die Vorschrift stimmt mit § 3 der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen überein.

II. Beseitigung von Rechtsfolgen.

Der § 8

entspricht dem § 1 der Verordnung über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung. Wie die Vorschriften über Zahlungsfristen, so sind auch die Bestimmungen über die Beseitigung von Rechtsfolgen auf solche Hypotheken ausgedehnt worden, die nach dem 31. Juli 1914 entstanden sind. Die Beseitigung aller Verzugsfolgen zu ermöglichen, auch solcher, die auf Grund allgemeiner Vorschriften des bürgerlichen Rechtes eintreten, entspricht schon der Absicht der bisherigen Vorschriften. Die Streichung des Ausdrucks „besonderen" bedeutet daher keine sachliche Änderung. Die Wiedergabe der Vorschriften im § 1 Abs. 1 Halbsatz 2 der Verordnung über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung ist infolge der Verweisung auf § 2 Abs. 1 Satz 2 des Entwurfs entbehrlich geworden.

Als eine Lücke hat es sich fühlbar gemacht, daß gegenüber zahlreichen in Hypothekenurkunden vorgesehenen Verfallklauseln eine Beseitigung von Rechtsnachteilen nicht möglich ist. Oft tritt nach den Vertragsbedingungen die vorzeitige Fälligkeit des Kapitals deshalb ein, weil die Zwangsverwaltung des Grundstücks eingeleitet ist, oder weil die Zinsen einer im Range vorgehenden Hypothek nicht rechtzeitig gezahlt werden. In diesen Fällen hat die Verordnung über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung keine Anwendung finden können; denn sie läßt die Beseitigung nur solcher Rechtsnachteile zu, die darauf beruhen, daß der Schuldner den Gläubiger nicht oder nicht rechtzeitig bezahlt. Dem Bedürfnis nach einer entsprechenden Ausdehnung der Vorschrift wird nunmehr Rechnung getragen.

Zu § 9.

Die Bestimmungen über das amtsgerichtliche Verfahren sind dem § 4 des Entwurfs nachgebildet. Sie finden auch Anwendung, wenn der Gläubiger für seine Forderung einen vollstreckbaren Titel hat. Da die richterliche Beseitigung die Rechtsfolgen ein für allemal außer Kraft setzt, entspricht es der Sachlage, daß bereits erfolgte Vollstreckungsmaßregeln aufgehoben werden müssen, soweit die Beseitigung angeordnet wird.

III. Zwangsversteigerung.

Zu § 10.

Die Einstellungsmöglichkeit ist auf die Zwangsversteigerung beschränkt; das Verfahren der Zwangsverwaltung bleibt unberührt. Sie setzt voraus, daß es sich um einen Anspruch der im § 1 bezeichneten Art handelt. Die Einstellung ist schon vor der Anordnung der Versteigerung zulässig, sofern nur der Gläubiger für seinen Anspruch einen vollstreckbaren Titel hat. Sie kann mehrmals erfolgen. Bei der Beurteilung der Frage, ob die Einstellung mit den berechtigten Interessen des Gläubigers vereinbar ist, sind die in den Bemerkungen zu § 1 erwähnten Gesichtspunkte entsprechend in Betracht zu ziehen. Die Berücksichtigung eines etwaigen Rangverlustes ist hier dem Richter ausdrücklich zur Pflicht gemacht. Der Grundsatz, daß die Einstellung nicht lediglich deshalb abgelehnt werden darf, weil von vornherein mit ihrer Wiederholung gerechnet werden muß, gilt selbstverständlich auch hier, und zwar nicht nur wie im Falle des § 3 für das Kapital, sondern auch für die Zinsen.

Die Vorschriften im Abs. 3 beziehen sich auf den Fall, daß die Einstellung erst nach der Anordnung der Versteigerung erfolgt. Sie eröffnen jedem Beteiligten, dessen Rechte durch ein Anschwellen ihm vorgehender Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen über das Maß beeinträchtigt werden, die Möglichkeit, die Aufhebung der Einstellung herbeizuführen. Der Aufhebungsantrag ist an eine Frist nicht gebunden. Ihm ist stattzugeben, wenn die Ansprüche auch nur eines dem Antragsteller im Range vorgehenden Berechtigten auf wiederkehrende Leistungen für zwei Jahre nicht gezahlt sind.

Ob im Sinne des § 10 Nr. 4 und des § 13 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung die ungetilgten Ansprüche laufende Beträge oder Rückstände sind, ist belanglos; auch darauf kommt es nicht an, ob die Beträge gerade für die letzten zwei Jahre vor der Entscheidung geschuldet werden. Maßgebend ist nur, daß zur Zeit der Entscheidung Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen in einer Höhe, die dem Gesamtbetrage zweijähriger Hebungen gleichkommt, nicht getilgt sind und daß sie, was die Anwendung des Abs. 3 betrifft, dem Antragsteller nach den Vorschriften der §§ 10ff. des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung in der Rangordnung vorgehen.

Zu § 11.

Nach § 31 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung ist eine Zwangsversteigerung, die einstweilen eingestellt worden ist, aufzuheben, wenn der Gläubiger nicht binnen sechs Monaten die Fortsetzung des Verfahrens beantragt. Diese Frist würde in den Fällen, wo die Einstellung auf Grund einer Zahlungsfrist (§ 4 Abs. 4) oder auf Grund des § 10 des Entwurfs angeordnet wird, schon mit der Einstellung des Verfahrens beginnen; sie würde also vielfach bereits abgelaufen sein, während die Einstellung noch in Kraft ist. Um den Gläubiger gegen die hieraus entstehenden Nachteile zu schützen, ist es geboten, die Frist erst dann in Lauf zu setzen, wenn die Einstellung ihr Ende erreicht hat.

Zu § 12.

Die Vorschrift tritt an die Stelle des § 1 der Verordnung über die Versagung des Zuschlags v. 10. Dezember 1914 und setzt die dort vorgesehene Wertgrenze auf drei Vierteile herauf. Die Bestimmung im Abs. 2, daß die Versagung des Zuschlags mehrfach erfolgen kann, enthält nur eine Klarstellung (zu vgl. S. 12 des 2. Nachtrags zur Denk-

schrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, Drucksachen des Reichstags 13. Legislaturperiode II. Session 1914/15, Nr. 44).

IV. Schlußvorschriften.

Zu § 13.

Der § 4 der Verordnung, betr. Einigungsämter, v. 15. Dezember 1914 verpflichtet das Gericht, vor der Entscheidung über ein Zahlungsfristgesuch für Hypothekenzinsen das Einigungsamt gutachtlich zu hören. Für die Fälle, in denen es sich um das Hypotheken- oder Grundschuldkapital handelt, ist eine entsprechende Verpflichtung in den bestehenden Vorschriften nicht begründet. Der § 13 beseitigt diese Lücke und schreibt die Anhörung des Einigungsamts überall da vor, wo sein Gutachten für die richterliche Entscheidung von Wert sein kann.

Zu §§ 14 bis 18.

Die §§ 14 bis 18 enthalten Kostenvorschriften, die in der Hauptsache den bisherigen Bestimmungen entsprechen ((zu vgl. § 6 der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen; § 1 Abs. 3, § 2 der Verordnung über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung; § 2 der Verordnung über die Versagung des Zuschlags). Neu ist die aus Billigkeitsgründen gebotene Vorschrift im § 16 Satz 1, durch die das Gericht ermächtigt wird, dem Schuldner in den Fällen der §§ 4, 7, 9 und 10 die Kosten auch dann aufzuerlegen, wenn seinem Antrag stattgegeben wird.

Zu §§ 19, 20.

Der § 19 stellt klar, daß die Regelung des Entwurfs abschließend ist und daß die allgemeinen Verordnungen über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung sowie die neue Verordnung über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer auf Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden keine Anwendung finden. Die Verordnungen über die Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypotheken und Grundschulden und über die Versagung des Zuschlags sind durch die Neuregelung überholt und deshalb aufzuheben.

Im § 20 Abs. 2 sind die nötigen Übergangsvorschriften getroffen. Für ein beim Inkrafttreten der neuen Verordnung schwebendes Verfahren vor einem Gerichte, das nach ihren Vorschriften nicht mehr zuständig sein würde, soll die bisherige Zuständigkeit bestehen bleiben. Im übrigen finden die neuen Vorschriften sofort Anwendung.

Literatur.

v. Miltner, Die neue BRVO. über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden v. 8. Juni 1916. LeipzZ. 16 923. — Nußbaum, Die Hypothekenverordnung v. 8. Juni 1916. JW. 16 933ff., 999ff., 1088ff., 1146. — Seelig, Für die Einigungsämter. PrVerwBl. 37 808. — Schneider, Weiterer Schutz zugunsten kriegsbedrängter Schuldner. DJZ. 16 669. — Scholz, Hinausschiebung der Zwangsversteigerung im Kriege und die BRVO. zum Schutze des Realkredits. JW. 16 923ff., 991ff. — Stillschweig, Die der Hypothekenverordnung v. 8. Juni 1916 unterworfenen Rechtsverhältnisse. JW. 16 1067. — Unger, Die Bek. über die Geltendmachung von Hypotheken usw. v. 8. Juni 1916. Recht 16 530. — Wolff, Die Bek. usw. vom 8. Juni 1916. PrVerwBl. 38 93. — Zweigert, Die BRVO. über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden v. 8. Juni 1916.

§ 1.

Inhaltsübersicht.

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten III 73.
II. Zahlungsfristen für Ansprüche aus einer Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld III 73.
1. Nur diese Ansprüche III 73.
2. Begriff: Anspruch aus einer Hypothek III 73.
3. Ansprüche aus jeder Art Hypothek III 74.
III. Zahlungsfr. für persönl. Forderungen III 74.
1. Für die Forderung muß eine Hypothek bestellt sein III 74.
a) eine Hypothek. Genügt einer Vormerkung? III 74
α. Bejahend.
β. Verneinend.
b) Bestellung einer Hypothek III 74.

2. Der persönliche Schuldner muß der Grundstückseigentümer sein III 76.
a) Die Rechtsstellung des Altschuldners III 76.
b) Der Verzicht auf die Hypothek III 77.
3. Bezieht sich § 1 auch auf die neben der Grundschuld bestehende Forderung? III 77.
a) Bejahend
b) Verneinend.
4. Keine Zahlungsfrist für Ansprüche aus öffentlichen Lasten III 77.
5. Rechtsstellung des Bürgen III 78.
IV. Zahl Fr. trotz mangelnder Kriegswirkung III 79.
V. Keine Zahlungsfrist, falls sie einen „unverhältnismäßigen" Nachteil des Gläubigers enthielte III 79.
1. Allgemeine Leitsätze III 79.
2. Einzelheiten III 81.
VI. Der Antrag auf die Bewilligung der Zahlungsfrist III 81.
VII. Ist Verzicht auf die Bewilligung zulässig? III 82.

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.

1. Zweigert a. a. O. 17. In welcher Instanz der Rechtsstreit schwebt, ist gleichgültig. Nur in der Revisionsinstanz ist die Bewilligung einer Zahlungsfrist nicht zulässig, weil hier für eine tatsächliche Würdigung, wie sie die Abwägung der beiderseitigen Interessen erfordert, kein Raum mehr ist.

2. Zweigert a. a. O. 17. Die bisherige Beschränkung der Zuständigkeit auf die ordentlichen Gerichte (§ 1 ZahlFrVO.) ist weggefallen; sie ist bei den für die HypVO. allein in Frage kommenden Ansprüchen ohne praktische Bedeutung. Ob Schiedsgerichte eine Zahlungsfrist bewilligen können, beurteilt sich nach dem Inhalt des Schiedsvertrags. Enthält er keine Bestimmungen, so greift der allgemeine Grundsatz ein, daß Schiedsrichter nach Billigkeit und freier Überzeugung urteilen können, ohne dabei an die Normen des materiellen Rechts gebunden zu sein (Stein, Bem. I zu § 1034 ZPO.). Sie können daher im Zweifel auch ohne besondere gesetzliche Ermächtigung Zahlungsfristen bewilligen (a. M. Güthe, GruchotsBeitr. 59 54, Wassermann-Erlanger [2] S. 96).

II. Ansprüche aus einer Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld.

1. Nur diese Ansprüche.

a) Zweigert a. a. O. 18. § 1 findet nicht Anwendung auf Ansprüche aus Reallasten oder Schiffspfandrechten.

b) Stillschweig a. a. O. 1068. Ob die Hypothekenvormerkung hierher gehört, ist zweifelhaft. Sieht man in der Vormerkung eine bedingte Hypothek und gibt man dem Berechtigten — unter der Voraussetzung des Nachweises seines materiellen Rechts — eine dingliche Klage aus § 1147 BGB., so ist die Anwendung der VO. nicht zweifelhaft. Hält man an dem obligatorischen Charakter der Vormerkung fest, versagt also dem Berechtigten die dingliche Klage, so entfällt überhaupt ein schutzbedürftiger dinglicher Anspruch. Die Streitfrage ist also hier ohne besondere wirtschaftliche Bedeutung: entweder untersteht der Eigentümer dem Schutz der VO., oder er bedarf seiner nicht.

2. Begriff: Anspruch aus einer Hypothek usw.

a) Zweigert a. a. O. 18. Ansprüche aus der Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld sind die Ansprüche, für die das Grundstück kraft der dinglichen Belastung haftet (§§ 1113, 1118, 1147, 1191, 1199 BGB.). Als Anspruch aus der Hypothek gilt auch der Anspruch auf Duldung der Zwangsvollstreckung gegen den Ehemann, Nießbraucher usw. (§§ 737, 739, 743, 745 Ab. 2, 748 ZPO.).

b) Zweigert a. a. O. 17. Der Anspruch muß auf Leistung, und zwar auf Zahlung gerichtet sein. Andere Ansprüche als Geldansprüche fallen nicht unter die HypVO., so z. B. nicht der Anspruch auf Löschung einer Hypothek, auf Berichtigung des Grundbuchs, auf Herausgabe des Hypothekenbriefs. Feststellungsansprüche scheiden gleichfalls aus. Auch der Schuldner kann seinerseits nicht auf Feststellung klagen, daß er erst nach Ablauf einer Zahlungsfrist zu leisten brauche. Ihm steht, wenn er von sich aus vorgehen will, ausschließlich der Rechtsbehelf des § 4 zu Gebote.

c) v. Miltner a. a. O. 924[2]. Die Zahlungsfrist kann auch bewilligt werden, wenn der Gläubiger auf Grund der §§ 1133 Satz 2, 1192, 1201 BGB. Zahlung fordert. In einem solchen Fall die Bewilligung einer Frist grundsätzlich auszuschließen (in Bd. 1, 298), geht

nicht an. Es handelt sich um einen Anspruch aus einer Hypothek usw. i. S. des § 1, und die Verschlechterung kann auch unverschuldet eingetreten, vielleicht sogar durch den Krieg veranlaßt sein.

3. Ansprüche aus jeder Art Hypothek.

a) Scholz a. a. O. 926. Unter „Hypothek" ist auch die Sicherungs- und die Höchstbetragshypothek (§§ 1184, 1190 BGB.) zu verstehen, ebenso Stillschweig, JW. 16 1067. Zweigert a. a. O. 18; zu vgl. auch Bd. 2, 78.

b) Stillschweig a. a. O. 1067. Auch diejenigen Sicherungshypotheken gehören hierher, die nicht durch rechtsgeschäftliche Bestellung, sondern durch richterliche Anordnung entstanden sind, so die im Wege der Zwangsvollstreckung nach §§ 866ff. ZPO. eingetragene Hypothek, ferner die Arresthypothek (§ 932 ZPO.). Aber auch die eigenartigen, freilich nicht häufig vorkommenden Fälle der gesetzlichen Hypothek des § 848 Abs. 2 ZPO. und des § 1287 Satz 2 BGB. (betr. Pfändung bzw. Verpfändung eines Anspruches auf Übertragung des Eigentums am Grundstück) fallen unter die VO.

III. Zahlungsfristen für persönliche Forderungen.

(Zu vgl. für altes Recht Bd. 2, 78, ferner JW. 16 514, KGBl. 16 48.)

1. Für die Forderung muß eine Hypothek bestellt sein.

a) Eine Hypothek. Genügt eine Vormerkung?

α. Bejahend.

Stillschweig a. a. O. 1070. Geht man vom dinglichen Charakter der Vormerkung aus, sieht man in ihr eine bedingte Hypothek, so wird man sich nach § 1 Abs. 1 Satz 2 VO. für die Anwendbarkeit entscheiden müssen; daß dann die Wirkungen der VO. sich auf die Forderung, aber nicht auf die Vormerkung selbst erstrecken, ist nichts Widerspruchsvolles, denn wir haben die Vormerkung nicht des Schutzes entkleidet, sie vielmehr als nicht schutzbedürftig erklärt. — Aber auch bei der Leugnung des dinglichen Charakters muß man zum gleichen Ergebnis gelangen; auch dann ist die Vormerkung jedenfalls ein Mittel zur Sicherung der dinglichen Wirkungen der künftigen Hypothek; der immobiliare Zusammenhang ist durch die Vormerkung hergestellt. Das ist nach dem Zweck der VO. entscheidend; es ist nicht anzunehmen, daß sie auf die konstruktionelle Seite größeres Gewicht legen wollte als auf die wirtschaftliche; für den beabsichtigten Zweck, den Eigentümer gegen die persönliche, zum Grundstück rechtlich in Beziehung gebrachte Forderung zu schützen, ist es gleichgültig, ob diese mit der Hypothek selbst oder mit deren Vorläufer, der Vormerkung, ausgestattet ist. Daraus folgt: daß auf die Forderung, für die eine Vormerkung auf Einräumung einer Hypothek eingetragen ist, die VO. zu erstrecken ist.

β. Verneinend: Zweigert a. a. O. 22.

b) Bestellung einer Hypothek.

α. Zweigert a. a. O. 22, 39. § 1 gilt nicht nur, wenn es sich um diejenige persönliche Forderung handelt, für welche die Hypothek ursprünglich bestellt war, sondern auch dann, wenn infolge eingetretener Veränderungen die Hypothek nunmehr für eine persönliche Forderung anderer Art haftet, insbesondere also auch, wenn an Stelle der ursprünglichen Forderung ein Ersatzanspruch nach § 1164 Abs. 1 Satz 1 BGB. getreten ist. Maßgebend ist, ob die Hypothek zur Zeit der Entscheidung über das Fristgesuch für die Forderung besteht, nicht ob sie für diese Forderung bestellt worden war; ebenso Stillschweig, JW. 16 1071; a. M. Nußbaum, das. 932.

β. Stillschweig a. a. O. 1069. Es ist zu hoffen, daß das Gericht in Fällen, in denen eine fällige oder kurzfristige Forderung nachträglich mit einer Hypothek ausgestattet wird, z. B. i. F. des § 648 BGB., von seinem Rechte der Gewährung einer Zahlungsfrist oder der Vollstreckungseinstellung, soweit es sich um die Forderung handelt, keinen oder doch nur einen beschränkten Gebrauch machen wird.

γ. Der Fall des § 128 ZVG.

aa. Stillschweig a. a. O. 1067. Auf die nach § 128 ZVG. bei der Übertragung der Forderung gegen den Ersteher einzutragende Sicherungshypothek müssen die Rechtsbehelfe der VO. außer Anwendung bleiben, insoweit der Gläubiger durch ihre Anwendung verhindert werden würde, die Wiederversteigerung des Grundstücks innerhalb der dreimonatigen Frist des § 118 Abs. 2 ZVG. zu beantragen; denn andernfalls würde er, da die Übertragung der Forderung im Falle dieser Verhinderung wie eine Befriedigung aus dem Grundstück wirkt, erhebliche Nachteile erleiden, die der Gesetzgeber nicht beabsichtigt haben kann; auch durch Nichtwahrung der sechsmonatigen Frist des § 129 ZVG. können Rechtsverluste für den Gläubiger eintreten. Daß diese Fristen ruhen, solange der Wiederversteigerungsantrag nicht gestellt werden kann (so Nußbaum JW. 16 932), darf nicht angenommen werden; ein so tiefer Eingriff in das Zwangsversteigerungsrecht hätte einer besonderen Bestimmung bedurft. Die VO. kann daher hier nur mit folgenden Maßgaben bzw. unter folgenden Bedingungen zur Anwendung gelangen:

a) wenn die dem Schuldner (Ersteher) zu gewährende Frist so kurz bemessen wird, daß der Gläubiger die Frist für den Antrag auf Wiederversteigerung wahren kann. Die Kürze der Frist darf den Richter nicht abhalten, sie zu gewähren; denn sie läßt sich nach Eintritt der Voraussetzungen zu b und c stets verlängern bzw. erneuern;

b) nachdem der Gläubiger die Frist hat verstreichen lassen; dann ist der Rechtsverlust ohnehin eingetreten;

c) nachdem der Gläubiger den Antrag auf Wiederversteigerung rechtzeitig gestellt hat; dann ist der Rechtsverlust ausgeschlossen;

d) soweit der Gläubiger (auf Grund seines dinglichen Anspruches aus der Sicherungshypothek) nicht die Wiederversteigerung des Grundstücks, sondern die Zwangsverwaltung oder soweit dies gesetzlich statthaft (§ 865 ZPO.), die Vollstreckung anderer der hypothekarischen Haftung unterliegenden Gegenstände (§§ 1120ff. BGB.), z. B. Pfändung der Mietzinsen betreibt. Die dingliche Mietpfändung auf Grund des Zuschlagbeschlusses unterliegt also schlechthin den Schranken der HypVO.

ββ. Nußbaum a. a. O. 933. Eigentlich hätte der § 118 Abs. 2 ZVG. dahin geändert werden müssen, daß die dort bestimmte dreimonatliche Frist sich um die Zahlungsfrist verlängere. Doch wird man wohl schon jetzt annehmen dürfen, daß die Frist ruht, solange der Antrag auf Wiederversteigerung nicht gestellt werden kann. Ebenso Scholz a. a. O. 1086, Zweigert a. a. O. 36.

γγ. Nußbaum a. a. O. 933. Es ist zweifelhaft, ob die Praxis gegebenenfalls dazu gelangen wird, zugunsten des Erstehers, der das Bargebot nicht berichtigt, anzunehmen, daß die Einstellung „durch seine Lage gerechtfertigt werde". Man wird vielleicht sagen, dann hätte er das Grundstück nicht erstehen sollen. Eine solche Erwägung wäre nicht zutreffend. Es kommt darauf an, ob der Ersteher zum Erwerb des Grundstücks wirtschaftlich gedrängt worden ist, weil er nur so hoffen konnte, sein Kapital zu retten.

δ. Unger a. a. O. 531. Nach der engen Fassung „Forderungen, für die eine Hypothek bestellt ist" fallen Zwangshypotheken hinsichtlich der persönlichen Forderung nicht unter die Verordnung. Insoweit genießen sie also keinen besonderen Schutz.

ε. Stillschweig a. a. O. 1069. Die VO. unterwirft ihren Vorschriften nur solche Forderungen, für die eine Hypothek bestellt ist. Der Ausdruck paßt nur auf rechtsgeschäftliche Entstehung, nicht auf die Vollstreckungs- und Arresthypothek. Die Bestimmungen der VO. führen infolge der wiederholten Zulassung von Fristen und Einstellungen einen moratoriumsähnlichen Zustand ein; ein solcher läßt sich für den dinglichen Anspruch schlechthin ertragen, für die Forderung nur, insoweit sie bei ihrer Schaffung als Anlagekapital gedacht war; insoweit nimmt sie von vornherein am Güterkreislauf des wirtschaftlichen Lebens nur in beschränktem Umfange teil. Das gilt aber nicht von solchen Forderungen, die auf eine alsbaldige Befriedigung gerichtet sind; hier würde eine weitgehende Beschränkung der Einziehungsmöglichkeit jenen Kreislauf in der empfindlichsten Weise stören. Alle die Gründe, die man gegen die Einführung eines Moratoriums geltend gemacht

hat, würden hier zutreffen. Nun sind aber die Forderungen, die der Vollstreckungs- oder Arresthypothek zugrunde liegen, auf alsbaldige Befriedigung von vornherein gerichtet; die Beschränkungen, welche die Anlageforderung hinnehmen kann, wären hier unerträglich; man ist daher durchaus berechtigt, sich an den Wortlaut zu halten und die VO. nur auf solche Forderungen zu erstrecken, für die eine Hypothek bestellt, d. h. rechtsgeschäftlich begründet ist. Daraus folgt: daß diejenigen persönlichen Forderungen gegen den Eigentümer, für die der Gläubiger eine Vollstreckungshypothek oder eine Arresthypothek erwirkt hat, der Verordnung nicht unterworfen sind. Hiergegen Zweigert a. a. O. 23.

2. Der persönliche Schuldner muß der Grundstückseigentümer sein.

a) Die Rechtsstellung des sog. Altschuldners.

α. Nußbaum a. a. O. 931. Die Verordnung hat die Rechtslage der Altschuldner, d. h. der ehemaligen Grundstückseigentümer, die ihr Grundstück unter Übernahme der Hypothekenschulden seitens des Käufers veräußert, jedoch die zur Schuldübernahme erforderliche Genehmigung des Hypothekengläubigers nicht erlangt haben, in der empfindlichsten Weise gegenüber derjenigen des Grundstückerwerbers verschlechtert. Man versetze sich in die Lage des Mannes, der vor dem Kriege sein Grundstück, auf welchem eine erste Hypothek von 300000 M. lastete, verkauft und außer der üblichen bescheidenen Anzahlung den Gegenwert in der Form einer Restkaufgeldhypothek erhalten hat. Jetzt wird die erste Hypothek fällig. Der Hypothekar kann infolge der neuen Verordnung gegen den Eigentümer nicht mit Erfolg vorgehen, er hält sich also an den Altschuldner. Dieser ist aber naturgemäß zur Aufbringung des Hypothekenkapitals noch viel weniger imstande als der Eigentümer, da ihm ja das Grundstück, d. i. die Unterlage für die Aufnahme eines anderweitigen hypothekarischen Kredits, fehlt. Das muß zu den schwersten Bedrängnissen der ehemaligen Eigentümer, mittelbar aber auch zu einer solchen der gegenwärtigen Grundbesitzer führen. Denn wenn der Altschuldner Zahlung leistet und nunmehr auf Grund seines Kaufvertrages gegen den neuen Eigentümer seinen Rückgriff nimmt, so macht er damit nicht mehr eine Forderung geltend, „für die eine Hypothek bestellt ist". Allerdings geht infolge der Zahlung die Hypothek auf den persönlichen Schuldner kraft Gesetzes über (§ 1164 BGB.). Es ist bestritten, ob sich hierbei der Ersatzanspruch des persönlichen Schuldners gegen den Eigentümer mit der Hypothek verbindet (Staudinger-Kober, BGB. [7] Bd. III S. 864b). Doch darf diese Konstruktionsfrage hier dahingestellt bleiben. Denn die Bestellung der Hypothek ist keinesfalls für die Ersatzforderung erfolgt, sondern für eine andere Forderung, und auch sachlich wäre es folgewidrig, aus dem gesetzlichen Übergang der Hypothek einen Nachteil für den persönlichen Schuldner herzuleiten. Zustimmend Stillschweig a. a. O. 1070, Hertel, Recht 16 418.

β. Entscheidung nach altem Recht. DJZ. 16 827, LeipzZ. 16 827 (Karlsruhe II). Der Begriff: „Kapital einer Hypothek" ist nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch aufzufassen und umfaßt dingliche und persönliche Schuld. Wenn und solange dinglicher und persönlicher Schuldner identisch sind, begegnet diese Auslegung keinem Zweifel. Sie trifft aber auch zu, wenn infolge der Weiterveräußerung des Grundstücks persönliche und dingliche Schuld auseinanderfallen. Wollte man dem Schuldner, der bis zur Weiterveräußerung des Grundstücks für die Heimzahlung des Kapitals eine Befristung von sechs Monaten in Anspruch nehmen konnte, nach der Veräußerung nur noch eine solche von drei Monaten zugestehen, so würde das eine nicht gerechtfertigte Verbesserung der Rechtslage des Gläubigers bedeuten. Neben der entsprechenden Verschlechterung der Rechtslage des persönlichen Schuldners würde aber auch dem Grundstückserwerber (dem dinglichen Schuldner) die Wohltat der VO. entzogen und der mit ihr erstrebte Zweck völlig vereitelt. Denn der Gläubiger wird sich zunächst an den persönlichen Schuldner halten, weil er diesem gegenüber nur mit der kurzen Befristung von drei Monaten rechnen muß. Befriedigt aber dieser den Gläubiger, so hat er einen Ersatzanspruch gegen den Eigentümer, der bei dem Erwerb des Grundstücks die

Hypothekenschuld auf den Kaufpreis übernommen hat. Gemäß § 1164 BGB. geht in solchem Fall die Hypothek auf den persönlichen Schuldner über. Die der Hypothek zugrunde liegende Forderung (§ 1113 BGB) ist dann nicht mehr die ursprüngliche Forderung, sondern die Ersatzforderung. Eine Surrogation findet nicht statt. Diese Ersatzforderung würde, weil erst nach dem 31. Juli 1914 entstanden, nicht befristet werden können, auch wenn man sie an sich noch als „Kapital einer Hypothek" ansehen will. Der Grundstückseigentümer und persönliche Schuldner würde daher des zustehenden Schutzes verlustig gehen.

b) Der Verzicht auf die Hypothek.

α. Stillschweig a. a. O. 1070. Die Tatsache, daß die einfache Forderung gegen den Eigentümer in ihrer Verwirklichungsmöglichkeit der mit einer Hypothek ausgestatteten weit überlegen ist, bleibt bestehen; sie wird häufig zur Folge haben, daß Hypothekengläubiger, deren Realrecht nach seiner Rangstellung nur eine geringe Sicherheit gewährt, auf ihre Hypothek verzichten.

β. Stillschweig a. a. O. 1072. Verzichtet der Gläubiger auf die Hypothek, oder wird die Vormerkung nachträglich gelöscht, so muß die Aufhebung des unanfechtbar gewordenen Schutzes als zulässig gelten, und zwar aus den gleichen Gründen, aus denen die prozeßrechtliche Praxis in den Fällen der §§ 707, 719 ZPO dem Beschlußgericht die Befugnis einräumt, bei veränderten Umständen seinen eigenen mit Rechtsmitteln nicht anfechtbaren Beschluß wieder aufzuheben (JW. 00 736 Nr. 4, SeuffA. 50 Nr. 294, RG. 42 372).

3. Bezieht sich § 1 auch auf die neben der Grundschuld bestehende Forderung? (zu vgl. auch Bd. 2, 79).

a) Bejahend.

Nußbaum a. a. O. 931. Es ist nicht ausgeschlossen, den § 1 Abs. 1 Satz 2 entsprechend auf die neben der Grundschuld bestehende persönliche Forderung anzuwenden (zu vgl. in Bd. 2, 79 Nr. 3); ebenso Zweigert a. a. O. 23.

b) Verneinend

α. Stillschweig a. a. O. 1068. Die neben der Grundschuld bestehende Forderung ist nicht unter den Schutz der VO. gestellt; ebenso Scholz a. a. O. 926.

β. Stillschweig a. a. O. 1068. Die Hypothek ist für die persönliche Forderung auch dann bestellt, wenn eine Grundschuld in eine Hypothek umgewandelt wird (§ 1198 BGB.), oder wenn die Forderung an Stelle einer anderen Forderung der Hypothek untergelegt wird (§ 1180 BGB.). Wird dagegen eine zur Eigentümergrundschuld gewordene Hypothek dem Gläubiger zur Sicherung für seine Forderung einfach abgetreten, so liegt — in Ansehung der Forderung — der Fall der VO. nicht vor; die Forderung ist hier nicht hypothekarisches Substrat, es tritt der Charakter der Grundschuld zutage (vgl. zu 1). Deshalb kommt hier nur die ZahlFrVO. in Betracht, die freilich Entstehung der Forderung vor dem 31. Juli 1914 zur Voraussetzung hat.

4. Keine Zahlungsfrist für Ansprüche aus öffentlichen Lasten.

Stillschweig a. a. O. 1068. Andere dingliche Ansprüche als Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden fallen nicht unter die VO., ebensowenig die mit einem Vorrecht ausgestatteten Ansprüche aus öffentlichen Lasten (§ 10 Nr. 3 ZVG.). Das ist anscheinend hart. Der zu Grundsteuern, Kanalisationsgebühren oder gar zu Straßenanliegerbeiträgen herbeigezogene Eigentümer hat keinerlei kriegsrechtlichen Rechtsbehelf, auch die ZahlFrVO. versagt, da sie sich, ebenso wie übrigens die HypVO. nur auf privatrechtliche Geldforderungen bezieht (vgl. Güthe in GruchotsBeitr. 59 62). Es ist aber nicht anzunehmen, daß dieser Mangel eines Schutzes sich in der Praxis besonders fühlbar machen wird.

5. Rechtsstellung des Bürgen.

a) Scholz a. a. O. 926. Bei einem Auseinanderfallen von dinglicher und persönlicher Schuld kann sich der nur persönlich haftende Schuldner auf die HypVO. nicht berufen. Dasselbe gilt vom Bürgen und einem nur persönlich haftenden Gesamtschuldner, aber auch von dem Schuldner, der neben der Grundschuld bestehenden persönlichen Forderung, da letztere mit der Grundschuld keinen rechtlichen Zusammenhang hat und der Grundstückseigentümer nicht gegen alle persönlichen Forderungen den erweiterten Schutz der HypVO. genießen soll, sondern nur gegenüber dinglichen Belastungen seines Grundstücks und ausnahmsweise gegenüber den mit diesen Belastungen rechtlich verbundenen Forderungen. Durch rein wirtschaftliche Erwägungen würden die Grenzen völlig verwischt werden.

b) Nußbaum a. a. O. 932. Eine von dem Hauptschuldner erwirkte Zahlungsfrist kommt, wie jetzt zweifelsfrei ist (für das bisherige Recht vgl. Bd. 1, 224; 2, 79) gemäß § 767 I 1 oder richtiger gemäß § 768 I 1 BGB. auch dem Bürgen zugute. Anders, wenn der Hauptschuldner die Zahlungsfrist nicht erlangt oder nicht beantragt hat, z. B. weil er ihrer als Kriegsteilnehmer nicht bedarf oder weil er dazu durch Aufenthalt im Auslande außerstande ist. Wohl ließe sich die Meinung vertreten, daß schon die Anwartschaft des Hauptschuldners auf die Zahlungsfrist eine Einrede begründe, die gemäß § 768 I dem Bürgen zugute komme, doch ist jene Anwartschaft, um von anderen Bedenken abzusehen, eine zu unbestimmte, als daß sie unter den Begriff der Einrede gebracht werden könnte, der nach den bisher allgemein geltenden Anschauungen ein bereits vorhandenes Gegenrecht (Leistungsverweigerungsrecht) voraussetzt; die Einrede der Zahlungsfrist wird vielmehr erst durch die richterliche Gewährung der Frist begründet. Für sich selbst aber kann der Hypothekenbürge jetzt unzweifelhaft nur die dreimonatliche Frist nach Maßgabe der ZahlFrVO. erlangen; auch die Einrede der Vorausklage kommt schon deshalb kaum in Betracht, weil die Verbürgung im Hypothekenverkehr gewöhnlich selbstschuldnerisch erfolgt. Dieses Ergebnis ist unbillig.

c) Zweigert a. a. O. 23, 39. Der Bürge kann für sich nur auf Grund der allgemeinen ZahlFrVO. Stundung beantragen. Eine andere Frage ist, ob er sich gegenüber dem Gläubiger darauf berufen kann, daß der Hauptschuldner nach Maßgabe der HypVO. Stundung erhalten oder zu beanspruchen habe. Hat der Bürge den Gläubiger befriedigt, so kann der Eigentümer gegenüber dem Anspruche aus § 774 BGB. die Bewilligung einer Zahlungsfrist nach Maßgabe der HypVO. beantragen. Gegenüber dem Regreßanspruche aus dem Innenverhältnis ist dies nicht zulässig.

d) Stillschweig a. a. O. 1071. Der Bürge hat ein eigenes, wenn auch seiner Natur nach akzessorisches Recht auf den Schutz der VO., das keineswegs davon abhängig ist, daß der Schuldner die Rechtsbehelfe der VO. bereits erlangt hat.

e) Stillschweig a. a. O. 1072. Der Ausbietungsgarant wird sich auf die VO. nicht berufen können. Die Ausbietungsgarantie ist keine Bürgschaft; die durch die §§ 767, 768, 774 vermittelten, engen Beziehungen zwischen Schuldner und Bürgen, welche die Anwendbarkeit der VO. für den Bürgen rechtfertigen, fehlen hier. Ersteht der Ausbietungsgarant das Grundstück, so genießt er selbstverständlich als Eigentümer den Schutz der VO.

f) (Altes Recht) Recht 16 146 Nr. 323 (Stuttgart III). Wer sich für eine hypothekarisch gesicherte Forderung als Selbstschuldnerbürge haftbar gemacht hat, kann keine Erstreckung der Zahlungsfrist nach dieser Bestimmung erwirken. Die Zahlungsfrist bis zu sechs statt bis zu drei Monaten ist bei Hypothekenforderungen wegen der Schwierigkeiten zugelassen, mit denen heute die Beschaffung größerer Hypothekenkapitalien verbunden ist. Diese Schwierigkeiten kommen bei dem Selbstschuldnerbürgen nicht in Betracht; er muß von vornherein damit rechnen, daß der Gläubiger sich an ihn hält; die Hypothek bleibt hierbei unberührt. Für den Selbstschuldnerbürgen ist es in dieser Beziehung gleichgültig, ob die Forderung, für die er haftet, hypothekarisch gesichert ist oder

nicht. Der Selbstschuldnerbürge einer Hypothekenforderung ist nicht Hypothekenschuldner, sondern je nach dem der Hypothek zugrunde liegenden Rechtsgeschäft Darlehns-, Kaufpreis- usw. Schuldner. Die akzessorische Natur der Bürgschaft hat hier keine Bedeutung. Auch § 768 Abs. 1 Satz 1 BGB. kommt nicht in Betracht, denn die dem Hypothekenschuldner gewährte Möglichkeit, um Bestimmung einer Zahlungsfrist nachzusuchen, ist keine „Einrede". Für die Nichtanwendbarkeit der HypStundVO. auf einen Fall der vorliegenden Art spricht der zweite Satz des § 768 Abs. 1 und der ihr zugrunde liegende Gedanke.

IV. Zahlungsfrist trotz mangelnder Kriegswirkung.

Scholz a. a. O. 992. Während bisher durch die zeitliche Beschränkung zum Ausdrucke gebracht war, daß die Bewilligung einer Zahlungsfrist voraussetzt, es müsse nach der Begründung des Schuldverhältnisses in wenigstens mittelbarer Einwirkung des Krieges die Lage des Schuldners sich verschlechtert haben, fehlt nunmehr jeder Hinweis auf die Kausalität. Mit Rücksicht auf die Einbeziehung der Kriegshypotheken in die HypVO. kann die Ursächlichkeit des Krieges für die schlechte Lage des Schuldners nicht mehr als Voraussetzung der Fristbewilligung gelten. Dies gilt nunmehr auch für die älteren Hypotheken; denn eine Einteilung der Hypotheken in ältere und jüngere ist nicht mehr begründet. Andererseits muß es aber dabei verbleiben, daß seit Begründung des Schuldverhältnisses durch veränderte Umstände eine Verschlechterung der Schuldnerlage eingetreten sein muß. Denn der bloße Umstand, daß nunmehr die Kriegshypotheken den älteren Hypotheken gleichgestellt sind, ändert nichts an dem in den Bundesratsverordnungen bisher ständig festgehaltenen Gedanken, daß es nicht Aufgabe des Richters im Kriegsnotrecht ist, den Schuldner einer fälligen Schuld auch gegen diejenige Vermögenslage durch Frist zu schützen, in der er sich bei Eingehung des Schuldverhältnisses bereits befand. Allzu strenge Anforderungen an den Nachweis einer inzwischen eingetretenen Verschlechterung können aber nicht verlangt werden. Es wird vielmehr eine tatsächliche Vermutung dafür streiten, daß die Lage eines Schuldners, der eine fällige Hypothek oder fällige Hypothekenzinsen nicht zahlen kann, sich seit der Zeit, da er sich diese Hypothek beschaffte, durch veränderte Umstände verschlechtert hat.

V. Keine Zahlungsfrist, die einen „unverhältnismäßigen" Nachteil für den Gläubiger enthielte.

1. Allgemeine Leitsätze.

a) Zweigert a. a. O 20.

α) Bei Hypothekenkapitalien wird das Gericht dem Interesse des Schuldners meist entgegenkommen können. Die Beschaffung von Kapital ist für ihn unter den heutigen Verhältnissen außerordentlich erschwert (Begr.) und vielfach unmöglich. Es wird oft genügen, wenn er seine allgemeine Vermögenslage darlegt. Ergibt sie, daß er über Kapital nicht verfügt und auch sonst sich in keinen günstigen Verhältnissen befindet, so wird dies vielfach schon den Schluß rechtfertigen, daß ihm die Beschaffung von Hypothekenkapital billigerweise nicht zugemutet werden kann.

β) Bei Zinsen wird meist ein strengerer Maßstab anzulegen sein. Der Schuldner ist zu ihrer Aufbringung in der Regel leichter imstande als zur Rückzahlung des Kapitals. Andererseits sind die Nachteile, die dem Gläubiger durch eine allzulange Hinausschiebung laufender Einnahmen erwachsen, regelmäßig größer als bei der Verlängerung einer festen Kapitalsanlage. Ein unverhältnismäßiger Nachteil liegt bei Zinsen — ebenso bei Tilgungsbeiträgen — stets vor, wenn der Gläubiger infolge der Stundung seinen Rang gemäß § 10 Nr. 4 ZVG. verlieren würde. Auch daß die Zinsansprüche des Gläubigers infolge der Bewilligung der Zahlungsfrist aus laufenden Ansprüchen rückständig im Sinne des § 13 ZVG. werden und so die Aussicht einbüßen können, bei einer Zwangsverwaltung zur Hebung zu kommen (§ 155 ZVG.), wird zu einer Versagung der Frist Anlaß bieten können. Dies um so eher, als dem Gläubiger die Möglichkeit, die Zinsen im Wege der Zwangsversteigerung

beizutreiben, künftig erschwert ist (§ 10). Vielfach wird sich dieser Nachteil jedoch auch schon durch geeignete Bemessung der Dauer der Frist oder durch die Festsetzung einer geeigneten Bedingung, z. B. rechtzeitiger Tilgung der eintretenden Rückstände, vermeiden lassen (Begr.).

γ) Wegen der Einschränkung des richterlichen Ermessens bei Kapitalschulden vgl. § 3.

δ) Zu berücksichtigen sind auch die Verhandlungen über das Stehenbleiben der Hypothek oder Grundschuld, die der Anrufung des Gerichts in der Regel vorausgegangen sein werden. Anhaltspunkte für die richterliche Entscheidung können sich namentlich ergeben, wenn solche Verhandlungen an unbilligen Anforderungen des Gläubigers, z. B. einer übermäßigen Zinserhöhung oder Verlängerungsvergütung gescheitert sind.

ε) Der Umstand, daß der Gläubiger durch die Stundung gehindert wird, sein Kapital mit 5% in Kriegsanleihe sicher anzulegen, ist regelmäßig nicht ein Nachteil, der die Versagung der Zahlungsfrist bei einer niedriger verzinslichen 1. Hypothek rechtfertigen kann.

ζ) Eine vorher freiwillig gewährte Stundung hindert die Fristbestimmung nicht. Bei der Frage, ob die Fristbewilligung angezeigt ist, muß aber das vom Gläubiger bereits gezeigte Entgegenkommen berücksichtigt werden.

η) Bei sog. Kriegshypotheken, d. h. bei solchen, die nach dem 31. Juli 1914 entstanden sind, wird in der Regel der Umstand, daß beide Teile schon bei Begründung der Forderung mit den Kriegsverhältnissen gerechnet haben, ausschlaggebend zugunsten des Gläubigers ins Gewicht fallen (Begr.).

ϑ) Ist infolge einer Verschlechterung des Grundstücks die Sicherheit der Hypothek gefährdet, so ist für den Anspruch des Gläubigers, gemäß §§ 1133 Satz 2, 1192, 1201 BGB. sofort Befriedigung aus dem Grundstücke zu suchen, die Bewilligung einer Zahlungsfrist regelmäßig nicht am Platze. Ausnahmen sind aber möglich. In den durch Feindeseinfall geschädigten Landesteilen wird z. B. die Bewilligung der Frist der Billigkeit entsprechen, wenn es sich um zerstörte Grundstücke handelt, deren Wiederaufbau mit Staatsmitteln in die Wege geleitet ist (v. Miltner, LeipzZ. 16 924).

b) Scholz a. a. O. 994. Der Richter wird sich stets gegenwärtig halten müssen, daß der Zinsendienst nach Möglichkeit aufrechterhalten werden soll. Dies hat der Bundesrat von vornherein dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er in diesem Punkte dem Schuldner weit weniger entgegenkommt als hinsichtlich des Kapitals. Zahlreiche Realgläubiger leben von den Zinsen ihrer Hypothek, und eine Stundung bis zu 6 Monaten kann sie ihrer sonst bereiten Existenzmittel berauben. Es wird daher immer zu prüfen sein, ob der Gläubiger dem Schuldner bereits freiwillig Stundung gewährt hat, und ob nicht dem Gläubiger durch eine weitere (richterliche) Stundung der notwendige Lebensunterhalt verkürzt wird und dadurch ein unverhältnismäßiger Nachteil erwächst.

c) v. Miltner a. a. O. 924[2]. Was man unter einem unverhältnismäßigen Nachteil zu verstehen hat, läßt sich nicht abstrakt angeben. Namentlich kann eine und dieselbe Wirkung in dem einen Falle einen solchen Nachteil darstellen und in dem anderen nicht. Eine offenbare Beeinträchtigung der Rechtslage darf dem Gläubiger unter keinen Umständen zugefügt werden, wie sie z. B. dann vorläge, wenn die Fälligkeit von Ansprüchen auf wiederkehrende Leistungen auf mehr als zwei Jahre hinausgeschoben würde.

d) JW. 16 1138 (HypEinigA. Charlottenburg). Auch wenn die wirtschaftliche Lage des Grundstückseigentümers und Hypothekenschuldners hoffnungslos ist, so kann doch die Einstellung der Zwangsversteigerung gerechtfertigt sein, um dem Schuldner die Haftung für die bei einer Zwangsversteigerung zur Unzeit voraussichtlich ausfallenden Hypotheken zu ersparen.

e) Scholz a. a. O. 993. In der in § 10 enthaltenen besonderen zeitlichen Einschränkung liegt ein bedeutungsvoller Hinweis für den Richter darauf, daß er eine Zahlungsfrist regelmäßig nicht bewilligen soll, wenn hierdurch der Gläubiger im Zwangsversteigerungs-

verfahren den Rang des § 10 Nr. 4 ZVG. verlieren würde. Dies gilt nicht nur für Zinsen und andere „Nebenleistungen", für die eine Zahlungsfrist nur einmal und bis zu 6 Monaten zulässig ist, sondern in Anbetracht des § 10 Nr. 4 ZVG. auch für Kapitaltilgungsbeiträge, für die, da es sich um Kapitalrückzahlungen handelt, eine Zahlungsfrist bis zu einem Jahr, und wiederholt, statthaft ist.

f) Scholz a. a. O. 992. Bei Prüfung der Frage, ob die Lage des Schuldners eine Frist erfordert und dem Gläubiger hierdurch kein unverhältnismäßiger Nachteil entsteht, wird es regelmäßig erheblich ins Gewicht fallen, daß bei Begründung von Kriegshypotheken beide Teile bereits mit der durch den Krieg bedingten wirtschaftlichen Lage gerechnet haben. Insofern wird tatsächlich — nicht rechtlich — eine unterschiedliche Behandlung älterer und neuerer Hypotheken Platz greifen müssen.

g) JW. 16 1290 (HypEinigA. Charlottenburg). Aus einer übermäßig hohen Beleihung des Grundstücks zur I. Stelle dürfen keine Schlüsse zum Nachteile des Hypothekenschuldners gezogen werden, solange nicht eine besondere Entwertung des Grundstücks nachgewiesen ist. Berücksichtigung des nachstehenden Hypothekengläubigers.

2. Einzelheiten.

a) Nußbaum, JW. 16 1146. Vermag der Schuldner die Amortisationszahlung überhaupt aufzubringen, so darf ihm hinsichtlich dieser Zahlung die Frist aller Regel nach nicht gewährt werden; im anderen Falle aber ist die Gleichstellung der Amortisationszahlungen mit den sonstigen Kapitalzahlungen unvermeidlich.

b) JW. 16 972 (HypEinigA. Berlin). Einem persönlich schutzwürdigen Hypothekenschuldner kann nicht zugemutet werden, seine bis zur Höchstgrenze beliehenen Wertpapiere im Kriege zu verkaufen, um einen etwaigen Mehrbetrag zur Befriedigung des Gläubigers zu verwenden.

c) JW. 16 971 (HypEinigA. Berlin). Die Gewährung der Zahlungsfrist an den Hypothekenschuldner bedeutet für eine Hypothekenbank nicht schon deshalb einen unverhältnismäßigen Nachteil, weil die Bank ihre Pfandbriefe einlösen muß.

d) JW. 16 1138 (HypEinigA. Berlin). Eine auswärtige Sparkasse, die zur Erzielung eines höheren Zinsfußes Berliner Grundstücke beleiht, muß die besonderen Schwierigkeiten des Berliner Hypothekenmarktes gegen sich gelten lassen.

e) JW. 16 1352 (HypEinigA. Berlin). Der einzelne Hypothekengläubiger hat, wenn der Schuldner seine gesamten Einnahmen den Gläubigern in geeigneter Weise zur Verfügung stellt, bei seinem Vorgehen auch die Gesamtinteressen der Gläubiger zu berücksichtigen.

f) JW. 16 1426 (HypEinigA. Berlin). Einem im Felde stehenden verheirateten Hypothekenschuldner muß für sich und seine Familie ein angemessener Betrag belassen werden.

g) JW. 16 1426 (HypEinigA. Berlin). Die Kriegsgesetzgebung will verhindern, daß der betreibende Gläubiger infolge der Kriegsnotlage auf Kosten der nachstehenden Hypothekare und des Eigentümers große Vorteile erlange.

VI. Der Antrag auf Bewilligung der Zahlungsfrist.

Zweigert a. a. O. 19. Es macht keinen Unterschied, ob es sich um eine physische oder juristische Person, um den Schuldner selbst oder um einen Verwalter fremden Vermögens (z. B. Testamentsvollstrecker) handelt. Auch Ausländer können den Antrag stellen. Werden mehrere Personen als Gesamtschuldner, z. B. bei der Gesamthypothek verklagt, so ist jeder zu dem Antrage berechtigt; die Frist kann dem einen bewilligt, dem anderen versagt werden (§ 1132 BGB.). Miterben, die auf Befriedigung aus dem ungeteilten Nachlaß in Anspruch genommen werden, können den Antrag nur gemeinschaftlich stellen (§ 2059 Abs. 2 BGB.). Kriegsteilnehmer sind zu dem Antrag berechtigt, gleichgültig, ob sie den Schutz des Gesetzes v. 4. August 1914 (RGBl. 328) genießen oder nicht.

VII. Ist ein Verzicht auf die Bewilligung zulässig?

1. Bejahend.

a) Zweigert a. a. O. 18. Auf die Befugnis, eine Zahlungsfrist zu beantragen, kann der Schuldner im voraus vertragsmäßig verzichten (Bendix, Kriegssonderrecht 41; Mayer, Privatrecht des Krieges 60; Striemer, JW. 14 852; Cohn im Berl. Tagebl. v. 12. August 1916). Wollte man den Verzicht im Hinblick auf die Beteiligung von Interessen der Allgemeinheit für unzulässig halten (so HypEinigA. Berlin, JW. 16 1034), so würde das die Gefahr einer Lähmung des Hypothekenverkehrs nach sich ziehen; der Geldgeber würde vielfach Bedenken tragen, sein Geld in Hypotheken anzulegen, wenn er nicht in der Lage wäre, die Möglichkeit der gerichtlichen Hinausschiebung der Fälligkeit von vornherein durch Vereinbarung auszuschließen. Auch daß der Zweck der Vorschrift über den Bereich privater Interessen hinausgeht, läßt sich gegen die Zulässigkeit eines Verzichts nicht anführen. Es überwiegt der privatrechtliche Gesichtspunkt. Ist die Frist bereits bewilligt, so kann auf sie selbstverständlich ebenso verzichtet werden wie auf jede vertragsmäßige Stundung (§ 6).

b) Cohn, JW. 16 1260. Man kann grundsätzlich künftig die Hingabe von Kapital gegen Hypothek vom Verzicht des Schuldners auf die Rechte aus der Verordnung v. 8. Juni 1916 abhängig machen. In dem von dem Hypothekeneinigungsamt begutachteten Falle [2] handelte es sich aber darum, daß ein — überdies in sehr günstiger Vermögenslage befindlicher — Gläubiger die Stundung der bereits bestehenden Schuld von einem derartigen Verzicht abhängig machen wollte. Es ist etwas wesentlich anderes, wenn jemand eine Stundung, welche dem Schuldner vom Gericht bedingungslos erteilt werden würde, sogar noch, wie es in dem vom Hypothekeneinigungsamt begutachteten Tatbestande der Fall war, unter Ausnutzung der Geschäftsunkenntnis des Schuldners von der Bedingung des erwähnten Verzichts abhängig macht, als wenn man bei Begründung des Schuldverhältnisses sein Geld nur dann hingibt, wenn der Schuldner auf die Stellung des Stundungsantrags verzichtet. Das Hypothekeneinigungsamt verkennt den Rechtsgrund der Unwirksamkeit des Verzichts in dem ihm unterbreiteten Falle. Die Unwirksamkeit hätte sich aus § 138 BGB. (Rechtsgeschäft gegen die guten Sitten), nicht aus einer allgemeinen Unzulässigkeit eines Vorausverzichts auf die Stundungsrechte der Kriegsverordnungen ergeben (gegen die Zulässigkeit des Verzichts Eyck, VossZtg. Nr. 415).

c) Stillschweig, JW. 16 1403. Vereinbarungen, die von den Vorschriften der HypVO. abweichen, sind unwirksam, wenn sie sich auf bereits bestehende, wirksam, wenn sie sich auf erst zu begründende Hypothekenschuldverhältnisse beziehen; a. M. Lesser, JW. 16 1403.

2. Verneinend.

JW. 16 1034 (HypEinigA. Berlin). Ein rechtswirksamer Verzicht auf die Rechtswohltaten der Kriegsgesetze kommt nicht in Frage. Es kann hierbei dahingestellt bleiben, ob der Schuldner auf einen Stundungsanspruch verzichten kann, der ihm bereits aus einem bestimmten Sachverhältnis nach den Kriegsgesetzen erwachsen ist, keinenfalls kann er rechtswirksam im voraus für die ganze Kriegszeit auf den Schutz der Kriegsgesetze verzichten, da dieser Schutz einen Bestandteil der öffentlichen Rechtsordnung bildet. Umgekehrt wird vielmehr dadurch, daß ein in sehr günstiger Vermögenslage befindlicher, geschäftlich sehr erfahrener Gläubiger ohne Not einem unerfahrenen und ungewandten Schuldner einen derartigen Verzicht zumutet, die Schutzbedürftigkeit des Schuldners in besonderem Maße erwiesen, und zwar um so mehr, als die unter der Bedingung des Verzichts erteilte sechsmonatliche Frist dem Schuldner als Ausdruck besonderen Entgegenkommens hingestellt wurde, während dem den Hypothekenbankkreisen nahestehenden Gläubiger nicht unbekannt sein konnte, daß der Schuldner nach der ganzen Sachlage bei Anrufung der Gerichte die Frist bedingungslos erhalten haben würde.

§ 2.

Inhaltsübersicht.

I. Zahlungsfrist für das Kapital einer Hypothek usw. III 85.
II. Zahlungsfrist für Nebenleistungen III 85.
III. Bewilligung der Zahlungsfrist unter einer Bedingung III 84.
1. Arten der Bedingung III 84.
2. Inhalt der Bedingung III 84.
3. Festsetzung der Bedingung III 85.
4. Folgen der Bedingung III 86.
IV. Beginn der Zahlungsfrist III 86.

I. Zahlungsfrist für das Kapital einer Hypothek oder Grundschuld oder für die Ablösungssumme der Rentenschuld.

1. Zweigert a. a. O. 24. Kapital im Sinne der HypBO. sind auch die Beträge, die bei Tilgungshypotheken behufs allmählicher Kapitaltilgung als Zuschlag zu den Zinsen zu entrichten sind (Begr.). Doch darf für sie keine Zahlungsfrist bewilligt werden, die einen Rangverlust nach § 10 Nr. 4 ZVG. zur Folge haben würde. Die banktechnischen Schwierigkeiten, mit denen das Auseinanderhalten von Tilgungsbeträgen und Zinsen verbunden ist, sind überwindbar (vgl. §§ 20 Abs. 2, 21 Abs. 3, 28 Abs. 1 Nr. 6 HypBankG. v. 13. Juli 1899, RGBl. 375). Bei landschaftlichen Amortisationsdarlehen, bei denen die Annuitäten zu einem Tilgungsfonds angesammelt werden, bestehen sie nicht, da die Höhe der Amortisationsbeträge hier keine Änderungen durch allmähliche Kapitaltilgung erfährt.

2. Scholz a. a. O. 926. Daß zu den „Kapitalschulden" auch geschuldete Kapitalabschlagszahlungen und Kapitaltilgungsbeiträge rechnen, letztere auch dann, wenn sie als Zinszuschlag in Form fester Annuitäten zahlbar sind, wurde zutreffend schon bisher angenommen. Dies ist mangels einer gegenteiligen Vorschrift auch für den Geltungsbereich der HypBO. selbstverständlich, ergibt sich übrigens hier aus der Gegenüberstellung der Begriffe „Zinsen und andere Nebenleistungen" (HypBO. § 2 Abs. 1; § 5 Abs. 2) und „Wiederkehrende Leistungen" (HypBO. § 10 Abs. 2, 3).

3. Unger, a. a. O 531. Bei Amortisationshypotheken u. a. wird die Abgrenzung der Kapitalsansprüche von Zinsen und Nebenleistung auf Schwierigkeiten stoßen. Soweit die Annuitäten Kapitalsrückzahlungen sind, müssen sie auch als Kapital behandelt werden. Wo dagegen die Zinsen zur Hypothekensumme eingerechnet werden, wie bei Maximalhypotheken, bleiben sie doch immer Zinsen. Dasselbe gilt hinsichtlich der persönlichen Forderungen.

4. Die Eingabe des Sonderausschusses für Hypothekenbankwesen des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes (EV.) an den Bundesrat v. 24. Juli 1916, auszugsweise mitgeteilt im BankA. 16 403, wendet sich gegen die Zweckmäßigkeit der Anwendung des § 2 Abs. 1 Halbs. 1 auf Tilgungshypotheken.

5. Scholz a. a. O. 927. Eine richterliche Fristbestimmung wird hinsichtlich der Ablösungssumme der Rentenschuld sehr selten Platz greifen, da der Gläubiger das Kapital niemals kündigen und nur im Falle eingetretener Devastation des Grundstücks fordern kann (§ 1201, § 1133 Satz 2 BGB.). Im Falle des § 1133 Satz 2 wird wegen „unverhältnismäßigen Nachteils" des Gläubigers eine Fristbestimmung kaum in Frage kommen. Doch kann sie praktisch werden, wenn der Eigentümer mit langer Frist gekündigt hatte (§ 1202 BGB.) und nachher Umstände eintreten, die eine richterliche Frist rechtfertigen.

II. Zahlungsfrist für Nebenleistungen.

Zweigert a. a. O. 24. Zu den Nebenleistungen gehören auch die zu erstattenden Prozeßkosten. Ob die Fristbewilligung sich auch auf sie erstrecken soll, muß im Urteile besonders zum Ausdrucke kommen. Ist die Erstattung angeordnet, so darf der Kostenfestsetzungsbeschluß während der Frist nur mit der Maßgabe ergehen, daß die Zahlungsfrist in ihm ersichtlich gemacht wird. Für Gerichtskosten kann eine Zahlungsfrist nicht bewilligt werden, weil der Anspruch des Fiskus kein privatrechtlicher Anspruch ist.

III. Bewilligung der Zahlungsfrist unter einer Bedingung.

1. Arten der Bedingung.

a) Scholz a. a. O. 994. Bedingt kann sein sowohl die Anordnung des Gerichts — z. B. dahin, daß dem Antrage nur dann werde stattgegeben werden, wenn binnen einer Woche eine rückständige Zinsrate gezahlt oder Sicherheit geleistet ist — wie auch die Frist selber. Im letzteren Falle kann die Bedingung eine aufschiebende oder auflösende sein. Die aufschiebende Bedingung (z. B Sicherheitsleistung, Abschlagszahlung, Verpflichtung zur Zinserhöhung) wird naturgemäß so zu bestimmen sein, daß sich ihr Eintritt oder Nichteintritt sofort oder tunlichst innerhalb bestimmter, möglichst kurzer Frist entscheiden muß. Denn eine längere Schwebezeit, wodurch die Stundungswirkung hinausgeschoben wird, bringt Beunruhigung und kommt einer vorübergehenden Ablehnung gleich. Praktisch wichtiger sind die auflösenden Bedingungen; sie schaffen sogleich klares Recht und Hilfe und üben trotzdem erzieherischen Zwang auf den Schuldner. Hierher gehört die Anordnung, daß die Zahlungsfrist erlischt, wenn die Zinsen nicht pünktlich bei Fälligkeit, oder wenn nicht den heutigen Geldmarktverhältnissen entsprechend erhöhte Zinsen gezahlt werden, oder wenn zu bestimmtem Termin nicht eine Teilrückzahlung des Kapitals erfolgt. Nur als aufschiebende Bedingung wird freilich zu setzen sein eine Verpflichtung des Schuldners, in Zukunft höhere Zinsen zu zahlen — in urkundlicher oder nach § 794 Nr. 5 ZPO. vollstreckbarer Form, der, um eine Erweiterung auch des dinglichen Rechts herbeizuführen, die Eintragungsbewilligung und Grundbucheintragung hinzutreten muß (§§ 877, 873, 1119 BGB.; KGJ. 29 A 176). Eine solche Bedingung wird aber dem mitzuberücksichtigenden Gläubigerinteresse noch kaum gerecht. Denn hat der Schuldner die Zusage gemacht, oder ist selbst mit dinglicher Wirkung der Zinssatz erhöht, so ist die Bedingung erfüllt und die Zahlungsfrist wirksam geworden, auch wenn der Schuldner nachher die erhöhten Zinsen nicht zahlt. Es wird daher, falls die Zusage als (aufschiebende) Bedingung gesetzt wird, zugleich die auflösende Bedingung zu setzen sein, daß die Zahlungsfrist erlischt, wenn der Schuldner die Bedingung nicht erfüllt. Das Gericht ist nicht befugt, selbständig mit anspruchbegründender Wirkung den Zinssatz zu erhöhen.

b) Zweigert a. a. O. 26. Durch die Fassung („kann von der Erfüllung ... abhängig gemacht werden"), die in erster Linie aufschiebende Bedingungen trifft, wird nicht ausgeschlossen, in der Entscheidung über die Zahlungsfrist zu bestimmen, daß die Frist beim Eintritt einer auflösenden Bedingung wegfällt. Das Gericht kann z. B. anordnen, daß die Frist für das Kapital entfällt, wenn die Zinsen innerhalb der für diese bestimmten Frist nicht gezahlt werden.

2. Inhalt der Bedingung.

1. Zu vgl. Scholz, oben III 1a.

2. Zweigert a. a. O. 25. Von Bedeutung ist, daß bei Hypotheken, deren Zinsfuß unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes unangemessen niedrig erscheint, die Bewilligung der Zahlungsfrist für das Kapital von einer entsprechenden Zinserhöhung abhängig gemacht werden kann (Begr.). Bei der Aufgabe, den Zinsfuß angemessen zu bestimmen, wird die Mitwirkung der Einigungsämter (§ 13) wertvoll sein. Anhaltspunkte für eine sachgemäße Bemessung des Zinsfußes geben auch die Bedingungen, unter denen zahlreiche Realkreditanstalten sich zur Verlängerung der während des Krieges fällig gewordenen Hypothekenkapitalien bereit erklärt haben. In Betracht kommen namentlich:

a) die von dem Schutzverbande für deutschen Grundbesitz und dem Zentralverbande der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands angebahnte Vereinbarung vom Juli 1915. In ihr haben sich eine Reihe von Versicherungsanstalten und Hypothekenbanken verpflichtet, bei den auf Hausgrundstücke gegebenen ersten Hypotheken die Fälligkeit bis auf 3 Monate nach Beendigung des Kriegszustandes zu einem Zinsfuße von 4½ vom Hundert ohne Berechnung von Provision oder anderen Vergütungen

sowie ohne das Verlangen von Teilrückzahlungen hinauszuschieben, unbeschadet jedoch der Rechte des Gläubigers wegen rückständiger Zinsen (DN. 6, 102, Der Tag, Beilage Grundbesitz und Realkredit Nr. 29, 30, 31 v. 22., 29. Juli, 5. August 1915);

b) die im Februar 1916 veröffentlichte Bereitwilligkeitserklärung zahlreicher Hypothekenbanken, die während des Krieges fällig oder kündbar gewordenen Hypotheken bis ein halbes Jahr nach Beendigung des Kriegszustandes im Sinne des § 11 KTSchG zum Zinsfuße von höchstens 4½ vom Hundert ohne jede besondere Vergütung zu verlängern (Berliner Tageblatt Nr. 60 v. 2. Februar 1916).

Zu beachten ist, daß diese Erklärungen sich nur auf erststellige Hypotheken beziehen. Bei Nachhypotheken ist der angemessene Zinsfuß naturgemäß höher.

3. Nußbaum a. a. O. 933. Eine Herabsetzung des Zinsfußes ist auch dann unzulässig, wenn der Schuldner sich bereits während des Krieges infolge des unvollkommenen Schutzes, den die Gesetzgebung früher darbot, zu einer unangemessenen Erhöhung der Zinsen verstanden hatte (solche Fälle sind häufig!). Doch wird in manchem Falle mit einer Treu und Glauben berücksichtigenden Auslegung des Parteiwillens geholfen werden können. Wenn z. B. der Zinsfuß einer ersten Hypothek bis zum 1. Januar 1915 4% betrug, und der Gläubiger eine Verlängerung auf 1½ Jahre zum Zinsfuß von 5% gewährt hat, so wird vielfach die Annahme gerechtfertigt sein, daß der Zinsfuß zunächst eben nur für die 1½ Jahre um 1% heraufgesetzt werden und daß nach Ablauf dieser Zeit eine neue Festsetzung der Zinsbedingungen erfolgen sollte. In diesem Falle könnte bei der demnächstigen richterlichen Bestimmung des Zinsfußes wieder von dem ursprünglichen Satz (4%) ausgegangen und dieser z. B. für die Dauer der gerichtlichen Zahlungsfrist auf 4½% erhöht werden. Trifft ein Schuldner mit seinem Gläubiger eine gütliche Verlängerungsvereinbarung, so empfiehlt es sich für ihn jedenfalls, die zeitliche Begrenzung der Zinserhöhung in dem Abkommen zum klaren Ausdruck zu bringen. Geht der Gläubiger hierauf nicht ein, so wird der Schuldner unter Umständen besser daran tun, die richterliche Fristbewilligung zu beantragen, denn wenn der Richter die Zinsen erhöht, so gilt dies unzweifelhaft nur für die Dauer der von ihm bewilligten Frist.

3. Festsetzung der Bedingung.

a) Zweigert a. a. O. 26. Die Auferlegung der Bedingungen kann erfolgen:

α) durch Zwischenbescheid vor der Entscheidung über das Fristgesuch. Dies bietet den Vorteil, daß der Eintritt oder Nichteintritt der Bedingung schon bei der demnächstigen Entscheidung feststeht. Das Fristgesuch ist abzulehnen, wenn nicht der Schuldner die Bedingung vor der Entscheidung erfüllt hat;

β) in der Entscheidung über das Fristgesuch selbst dergestalt, daß deren Wirksamkeit von dem Eintritte der Bedingung abhängig gemacht wird. In diesem Falle kann der Gläubiger aus dem Urteile zunächst ungehindert vollstrecken, bis die Bedingung erfüllt und damit die Fristbewilligung wirksam wird.

b) Zweigert a. a. O. 26. Besteht die Bedingung in der Übernahme einer Verpflichtung, z. B. zur Zahlung höherer Zinsen, so wird oft darauf Bedacht zu nehmen sein, daß der Gläubiger später nicht erst auf Erfüllung der übernommenen Verpflichtung klagen muß, sondern gegebenenfalls sofort vollstrecken kann. Deshalb wird z. B. zu bestimmen sein, daß der Schuldner die Verpflichtung zur Zahlung höherer Zinsen in vollstreckbarer Form zu übernehmen hat. Daneben kann es angezeigt sein, den Wegfall der Zahlungsfrist für den Fall anzuordnen, daß die erhöhten Zinsen nicht pünktlich gezahlt werden. Beispiel einer entsprechenden Urteilsformel:

> ... Dem Beklagten wird für das Kapital eine Zahlungsfrist von einem Jahre bestimmt, sofern er sich in einer vollstreckbaren gerichtlichen oder notariellen Urkunde verpflichtet, das Kapital für die Dauer der Zahlungsfrist statt mit 4¼% mit 4½% jährlich zu verzinsen. Werden die Zinsen nicht innerhalb der ersten vierzehn Tage jedes Kalendervierteljahres gezahlt, so fällt die Zahlungsfrist weg ...

Wegen der Eintragung der Zinserhöhung in das Grundbuch vgl. § 1119 BGB. Oft wird schon die Übernahme einer bloß persönlichen Verpflichtung genügen.

4. Folgen der Bedingung.

Zweigert a. a. O. 27. Macht der Gläubiger seinen Anspruch unerachtet der bedingten Stundung geltend, so braucht er nicht zu beweisen, daß die Bedingung nicht erfüllt sei. Insbesondere ist ihm die Vollstreckungsklausel ohne weiteren Nachweis zu erteilen (§ 726 ZPO.). Sache des Schuldners ist es, die Erfüllung der Bedingungen, gegebenenfalls nach Maßgabe der §§ 732, 768 ZPO., darzutun. Dies gilt nicht nur bei aufschiebenden Bedingungen, sondern auch bei der kassatorischen Klausel, soweit es sich um den Beweis der Zahlung handelt (Stein, Bem. II zu § 726 ZPO.). Denn auch die richterlich festgesetzte Verwirkungsklausel hat im Zweifel nicht den Sinn, daß bis zur unpünktlichen Zinszahlung gestundet werde, sondern daß der Schuldner berechtigt sein soll, bei pünktlicher Zinszahlung eine Fortdauer der Stundung über den Zinstermin hinaus in Anspruch zu nehmen (so auch Begründung: „die Fortdauer ... kann davon abhängig gemacht werden, daß der Schuldner die erhöhten Zinsen tatsächlich bezahlt").

IV. Beginn der Zahlungsfrist.

Zweigert a. a. O. 27. Erfolgt die Bestimmung schon vor der Fälligkeit des Anspruchs, so beginnt die Frist erst mit der Fälligkeit.

§ 3.

1. Zweigert a. a. O. 28. Nicht ausgeschlossen ist, daß im Zusammenhalte mit anderen Tatsachen auch die mangelnde Aussicht auf Besserung als unterstützendes Moment bei einer Ablehnung mit in Betracht gezogen wird (Begr., v. Miltner, LeipzZ. 16 925).

2. Zweigert a. a. O. 28. Auf Zinsen und Nebenforderungen ist die Vorschrift nicht anzuwenden (Begr.). Bei ihnen ist, wenn von vornherein feststeht, daß die Zahlungsfrist nutzlos sein würde, die Ablehnung des Gesuchs geboten.

§ 4.

Stundungsverfahren außerhalb eines anhängigen Rechtsstreits.

Inhaltsübersicht.

I. Allgemeine Grundsätze III 86.
1. Zuständigkeit III 86.
2. Anerkennung des Anspruchs III 87.
a) Der Anspruch III 87.
b) Die Anerkennung III 87.
3. Mangel der Rechtshängigkeit III 87.
II. Stundung e. nicht vollstreckb. Anspruchs III 88.
III. Stundung eines vollstreckb. Anspruchs III 88.
1. Allgemeines III 88.
2. Vor Beginn d. Zwangsvollstreckung III 88.
3. Nach Beginn d. Zwangsvollstreckung III 88.
IV. Anfechtung der Entscheidung III 89.

I. Allgemeine Grundsätze.

1. Zuständigkeit.

a) Scholz a. a. O. 929. Bestehen beim Amtsgericht mehrere Abteilungen, getrennt für Prozeßsachen und für die Zwangsvollstreckung, so entscheidet über einen Zahlungsfristantrag die Prozeßabteilung; erforderlichenfalls hat sie gleichzeitig die Vollstreckung einzustellen. Die selbständige Versteigerungseinstellung liegt dagegen der Vollstreckungsabteilung ob. In zweifelhaften Fällen wird die Sache dem Prozeßrichter vorzulegen sein. Lehnt er eine Zahlungsfrist ab, so wird er von Amts wegen die Sache an den Vollstreckungsrichter abgeben, der zu prüfen hat, ob nicht wenigstens eine Versteigerungseinstellung zu bewilligen ist. Zweckmäßig wird im Wege der Geschäftsverteilung die Bearbeitung der Zahlungsfristanträge in die Hand des Zwangsvollstreckungsrichters gelegt werden, worauf auch die amtliche Begründung hinweist. Bei einzelnen Gerichten besteht dieses Verfahren schon jetzt.

b) Zweigert a. a. O. 30. Der Gerichtsstand ist ein ausschließlicher. Liegt das

Grundstück in den Bezirken verschiedener Amtsgerichte oder ist es mit Rücksicht auf die Grenzen der Bezirke ungewiß, welches Gericht zuständig ist, so ist das zuständige Gericht durch das zunächst höhere Gericht zu bestimmen (§ 36 Nr 2, 4 ZPO., § 2 Abs. 1 ZVG.). Die Bestimmung durch das zunächst höhere Gericht wird auch zuzulassen sein, wenn der Antrag des Schuldners sich auf eine Gesamthypothek bezieht, die auf Grundstücken in verschiedenen Bezirken haftet (vgl. § 2 Abs. 2 ZVG.).

2. Anerkennung des Anspruchs.

a) Der Anspruch.

Zweigert a. a. O. 30. Daß der Anspruch schon fällig ist, wird nicht vorausgesetzt. Der Schuldner wird oft vor der Fälligkeit ein Interesse daran haben, sich über den Zeitpunkt, zu dem er zahlen muß, zu vergewissern; a. M. LG. Essen, JW. 16 1494.

b) Die Anerkennung.

α. Scholz a. a. O. 929. Die Vorschrift, daß im amtsgerichtlichen Verfahren die Zahlungsfrist nur dann zu bestimmen ist, wenn der Schuldner den Anspruch „anerkennt", ist in den Fällen, wo ein vollstreckbarer Titel zugrunde liegt, nicht nach der Strenge des Wortes aufzufassen. Wird gegenüber einer vollstreckbaren Urkunde (§ 794 Nr. 5 ZPO.) eine Zahlungsfrist beantragt, so genügt es, wenn aus dem Antrage ersichtlich ist, daß der Anspruch und seine Fälligkeit an sich nicht bestritten wird; eines ausdrücklichen Anerkenntnisses bedarf es nicht. Ebenso Nußbaum a. a. O. 1000; Zweigert a. a. O. 30.

β. Zweigert a. a. O. 30. Wird der Anspruch nur teilweise anerkannt, so kann die Zahlungsfrist nach § 4 für den anerkannten Teilbetrag bestimmt werden. Das Anerkenntnis unterbricht die Verjährung (§ 208 BGB.). — Für streitige Ansprüche ist das Verfahren nach § 4 nicht zulässig; bei ihnen greift § 1 Platz.

3. Mangel der Rechtshängigkeit.

1. Nußbaum a. a. O. 1000. Der Gläubiger kann bis zur rechtskräftigen Entscheidung das Beschlußverfahren durch Anrufung des Prozeßgerichts vereiteln; das Prozeßgericht geht dem AG. des dinglichen Gerichtsstandes vor. Es wäre denkbar, daß dies von einem Gläubiger mißbraucht würde und daß insbesondere der Gläubiger vor oder nach Einleitung des Beschlußverfahrens eine Klage erhebt, nur um durch die hohen Kosten des Prozesses einen Druck auf den Schuldner auszuüben. Die Abhilfe liegt hier im § 93 ZPO., denn in solchem Falle wird anzunehmen sein, daß der Beklagte nicht durch sein Verhalten zur Erhebung der Klage Veranlassung gegeben hat.

2. Scholz a. a. O. 929. Solange das Urteil nur vorläufig vollstreckbar ist, kann, da die Rechtshängigkeit bestehen bleibt, der Antrag bei dem AG. nicht gestellt werden. Insoweit hat die HypVO. an dem bisherigen Rechtszustand nichts geändert. Das sog. Initiativverfahren beim AG. ist eben nur für unstreitige Ansprüche, die der Schuldner „anerkennt" bestimmt. Schwebt der Prozeß nach vorläufig vollstreckbarem erstinstanzlichem Urteil in der Berufungsinstanz, so ist der Schuldner auf die prozessuale Vollstreckungseinstellung beschränkt (§§ 719, 707 ZPO.). Nimmt er die Berufung zurück, oder beseitigt er durch Rechtsmittelverzicht die Zulässigkeit einer Berufung und erkennt er den Anspruch beim AG. an, so kann er gegenüber dem nunmehr rechtskräftigen erstinstanzlichen Urteil eine Zahlungsfrist beantragen.

3. Unger a. a. O. 533. Ist ein vorläufig vollstreckbares Urteil ergangen, so ist der Schuldner gezwungen, zur Erwirkung der Zahlungsfrist überflüssige Rechtsmittel einzulegen, da er sonst die Gefahr auf sich nehmen muß, daß vor Rechtskraft gegen ihn Vollstreckungshandlungen vorgenommen werden. Ein Ausweg wäre vielleicht ein formeller Rechtsmittelverzicht, ist aber wohl schwerlich gemeint. § 4 läßt auch die gegenteilige Auffassung zu, da die Vorschrift über Rechtshängigkeit gerade im Zusammenhang mit dem Anerkenntnisverfahren steht. Demnach hindert die Rechtshängigkeit nicht die Fristbewilligung gemäß § 4 Abs. 4.

II. Stundung eines nicht vollstreckbaren Anspruchs.

Zweigert a. a. O. 31. Der Ausspruch der Zahlungspflicht ergeht ohne besonderen Antrag. Er setzt voraus, daß in dem Beschluß eine Zahlungsfrist — wenn auch nicht notwendig von der beantragten Dauer — bewilligt wird. Wird die Zahlungsfrist abgelehnt, so ist die Verurteilung nicht zulässig; wird sie unter einer aufschiebenden Bedingung bewilligt, so darf die Verurteilung nur bedingt erfolgen.

Bei dinglichen Ansprüchen ist die Verpflichtung zur Zahlung aus dem Grundstück oder zur Duldung der Zwangsvollstreckung in das Grundstück auszusprechen (§§ 1113, 1147, 1192, 1200 BGB.). Der Beschluß muß zum Ausdruck bringen, daß die Zahlungspflicht erst nach Ablauf oder Wegfall der Frist eintritt. Beispiel für die Fassung:

> Für das Kapital der im Grundbuche von L Bd. V Bl. 15 in Abt. 3 unter Nr. 16 eingetragenen Darlehensforderung von 100000 M. wird dem Schuldner wegen des dinglichen und persönlichen Anspruchs eine Zahlungsfrist von einem Jahre, beginnend mit der Zustellung dieses Beschlusses an ihn, bewilligt.
>
> Nach Ablauf der Zahlungsfrist hat der Schuldner 100000 M. an den Gläubiger zu zahlen und wegen des Anspruchs die Zwangsvollstreckung in das Grundstück zu dulden. Die Kosten des Verfahrens werden gegeneinander aufgehoben.

Nach Ablauf der Frist findet aus dem Beschluß die Zwangsvollstreckung statt (§ 794 Abs. 1 Nr. 3 ZPO.).

III. Stundung eines vollstreckbaren Anspruchs.

1. Allgemeines.

a) Scholz a. a. O. 930. Die in der HypVO. (§ 4 Abs. 4) vorgesehene unselbständige Vollstreckungseinstellung setzt in formeller Beziehung lediglich voraus, daß gegenüber einem vollstreckbaren Titel das AG. eine Zahlungsfrist bestimmt hat. Ob der Vollstreckungstitel zugestellt und mit der Vollstreckungsklausel versehen ist, ist ohne Bedeutung; ebenso Zweigert a. a. O. 32.

b) Zweigert a. a. O. 32. Der Beschluß muß zum Ausdruck bringen, daß a) die Zahlungsfrist bewilligt, b) die Zwangsvollstreckung für die Dauer der Frist für unzulässig erklärt (oder eingestellt) wird.

2. Vor Beginn der Zwangsvollstreckung.

Zweigert a. a. O. 32. Hat die Zwangsvollstreckung noch nicht begonnen, so ist sie für die Dauer der bewilligten Frist für unzulässig zu erklären. Damit ist jede Vollstreckungsmaßregel (Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung, Mobiliarvollstreckung) für die Dauer der Frist ausgeschlossen. Geht der Gläubiger ungeachtet des Beschlusses im Wege der Zwangsvollstreckung vor, so sind die erfolgten Vollstreckungsmaßregeln aufzuheben. Um dies herbeizuführen, genügt nach § 775 Nr. 1, § 776 ZPO. die Vorlegung des Beschlusses. Erforderlichenfalls kann der Schuldner nach § 766 ZPO. Erinnerung erheben. An der Geltendmachung der Ansprüche aus §§ 1133, 1134 (1192, 1200) BGB. ist der Gläubiger, wenn die Sicherheit der Hypothek gefährdet wird, nicht gehindert; auch Arreste und einstweilige Verfügungen bleiben zulässig.

3. Nach Beginn der Zwangsvollstreckung.

1. Scholz a. a. O. 1086. Die HypVO. kennt nur die sog. unselbständige Einstellung der ZV. in das gesamte Vermögen, als notwendige Folge einer Zahlungsfrist gegenüber einem vollstreckbaren Titel und ferner die selbständige Einstellung der Zwangsversteigerung; ebenso Zweigert.

2. Scholz a. a. O. 930. Nach dem Wortlaut der §§ 775 Nr. 1, 776 ZPO. könnte man annehmen, daß die Aufhebung der vorher erfolgten Vollstreckungsmaßnahmen zu erfolgen hätte. Aber unter der „Einstellung" in § 775 Nr. 1 ist eine unbefristete, keine befristete zu verstehen. Es handelt sich in der HypVO. um eine einstweilige Einstellung, welche, wie im § 775 Nr. 2, § 776 ZPO. und im Zwangsversteigerungsverfahren (ZVG.

§ 28ff.) die vorhergehenden Vollstreckungsmaßnahmen bestehen läßt. In demselben Sinne wird übrigens „einstellen" in HypVO. § 10 Abs. 1 gebraucht. Daß die Einstellung, wenigstens soweit sie die Zwangsversteigerung des Grundstücks betrifft, die Aufhebung des bisherigen Versteigerungsverfahrens nicht nach sich zieht, und zwar auch dann nicht, wenn sie als unselbständige im amtsgerichtlichen Verfahren nach § 4 Abs. 4 HypVO. ausgesprochen ist, folgt schließlich auch aus dem in HypVO. § 11 enthaltenen ausdrücklichen Hinweis auf § 31 Abs. 2 ZVG.: Hiernach ist das Versteigerungsverfahren erst dann aufzuheben, wenn nach Ablauf der Einstellungsfrist der Antrag des Gläubigers auf Fortsetzung des Verfahrens nicht binnen sechs Monaten gestellt wird.

3. Nußbaum a. a. O. 1001. In manchen Fällen wird es sachgemäß sein, die Einstellung von vornherein auf die Zwangsversteigerung zu beschränken, um dem Gläubiger die Mobiliarpfändung und die Zwangsverwaltung offenzulassen.

4. Zweigert a. a. O. 33. Erscheint die Hemmung jeder Art von Vollstreckung zu weitgehend, so ist zu prüfen, ob nicht nach § 10 die Zwangsversteigerung zu untersagen oder einzustellen ist. Der Weg des § 10 ist unter Umständen vorzuziehen, namentlich

a) wenn dem Gläubiger die Möglichkeit der Zwangsverwaltung offengehalten werden soll,

b) wenn eine Zwangsverwaltung bereits schwebt. Die Einstellung auf Grund des § 4 Abs. 4 würde hier dem Gläubiger nur Nachteile, dem Schuldner keinen Vorteil bringen. Denn sie läßt die Beschlagnahmewirkungen unberührt, unterbricht auch nicht die Tätigkeit des Verwalters, sondern hat lediglich zur Folge, daß Zahlungen auf die beizutreibenden Forderungen unterbleiben müssen (Jaeckel-Güthe [5] § 161 ZVG. Anm. 15).

Schwebt eine Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung, so können sich bei einer Einstellung nach § 4 Abs. 4, da die Wirkungen der Beschlagnahme bestehen bleiben, Nachteile daraus ergeben, daß Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen anschwellen und den Rang der Nachberechtigten verschlechtern (§ 13 ZVG.). Soweit diese Nachteile den Gläubiger treffen, können sie einen Grund gegen die Bewilligung oder Erneuerung der Stundung bilden; die Tatsache, daß dem Gläubiger Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen für zwei Jahre vorgehen, ist als unverhältnismäßiger Nachteil anzusehen (vgl. § 10 Abs. 3). Für die Berücksichtigung der Interessen eines anderen Berechtigten gibt dagegen das Verfahren nach § 4 Abs. 4 — anders als im Falle des § 10 — keinen Raum. Soweit einem solchen Berechtigten durch das Anschwellen bevorrechtigter wiederkehrender Leistungen Schädigungen drohen, bleibt ihm im Falle des § 4 Abs. 4 nur die Möglichkeit, dem Verfahren beizutreten und einem etwa auch ihm gegenüber erhobenen Stundungsgesuche des Schuldners mit dem Hinweis auf diese Schädigungen zu begegnen.

5. Scholz a. a. O. 930. Bei Kapitalschulden, wo das AG. wiederholte Zahlungsfristen bewilligen kann, ist im Falle einer solchen Wiederholung auch die Vollstreckungseinstellung zu wiederholen.

6. Nußbaum a. a. O. 1000. Es ist wohl zu beachten, daß das AG. des dinglichen Gerichtsstandes hier vollständig die Aufgaben des Vollstreckungsgerichts übernimmt, und zwar auch hinsichtlich des beweglichen Schuldnervermögens. Die amtsgerichtliche Anordnung gegenüber dem vollstreckbaren Titel, die früher stets in der Form einer Einstellung der Zwangsvollstreckung erfolgte, trägt jetzt einen wesentlich anderen Charakter als früher. Während sie bisher eine rein vollstreckungsrechtliche Maßnahme bedeutete, ist nunmehr das Verhältnis so gestaltet, daß sie lediglich eine Abart der Zahlungsfristbewilligung darstellt.

IV. Anfechtung der Entscheidung.

1. Zweigert a. a. O. 34. Die sofortige Beschwerde ist ohne Rücksicht auf den Forderungsbetrag zulässig. Der § 21 der VO. zur Entlastung der Gerichte v. 9. September 1915/18. Mai 1916 (RGBl. 15, 562; 16, 393), der in den Fällen der §§ 3, 4 ZahlFrVO. die Zulässigkeit der sofortigen Beschwerde von einem die Summe von 50 M. übersteigenden Be-

trag der Forderung abhängig macht, greift gegenüber der Sonderregelung der HypVO. nicht Platz. Weitere sofortige Beschwerde ist nur nach Maßgabe des § 568 Abs. 2 ZPO. zulässig.

2. Nußbaum a. a. O. 999. Die Aufhebung einer einmal bewilligten Frist ist vor ihrem Ablauf nicht möglich, denn die Bewilligung erfolgt entweder durch Urteil oder durch einen der sofortigen Beschwerde unterliegenden Beschluß und solche Entscheidungen sind der nachträglichen Änderung entzogen, §§ 318, 577 Abs. 3 ZPO. Wenn sich also der Schuldner der erteilten Frist nachträglich unwürdig zeigt, z. B. indem er die Grundstückseinkünfte rücksichtslos für sich verbraucht, ohne seine Hypothekengläubiger daran teilnehmen zu lassen, so sind die letzteren wehrlos. Es wird daher wohl eine Ergänzung der Verordnung nach der Richtung zu erwägen sein, daß das Gericht die Frist aufheben kann, wenn das weitere Verhalten des Schuldners ein solches ist, daß es zur Versagung der Frist geführt haben würde.

§ 5.

1. Zweigert a. a. O. 37. Ist für Zinsen und Nebenleistungen eine Zahlungsfrist — gemäß § 1 oder § 4 — einmal bestimmt worden, so ist eine nochmalige Stundung unzulässig. Dies gilt auch dann, wenn die ursprüngliche Zahlungsfrist die Höchstgrenze von 6 Monaten nicht erreicht hatte. Ein ursprünglich nach §§ 1 oder 4 abgelehntes Gesuch um Stundung von Zinsen kann dagegen auf Grund neuer Tatsachen gemäß § 4 erneuert werden; der Ablehnung steht es gleich, wenn eine aufschiebend bedingte Fristbestimmung wegen Nichteintritts der Bedingung nicht wirksam geworden ist. Selbstverständlich hindert die „nur einmal" zulässige Fristbestimmung nicht, eine in erster Instanz bestimmte Frist in zweiter Instanz bis zur Höchstgrenze von 6 Monaten heraufzusetzen.

2. Unger a. a. O. 534. Nach der Fassung des § 5 ist im Anerkenntnisverfahren eine doppelte Fristgewährung zulässig, jedoch nur scheinbar. Denn in welchem Verfahren die frühere Frist auch bewilligt ist, immer ist entweder ein Vollstreckungstitel schon vorhanden oder wird in Verbindung mit der Fristbewilligung geschaffen, so daß also der neue Fristantrag stets zum Vollstreckungsfristverfahren führt (§ 4 Abs. 4).

§ 6.

1. Zweigert a. a. O. 37. Aus Satz 1 folgt: War der Schuldner bei Bestimmung der Frist noch nicht in Verzug, so können während ihrer Dauer keine Verzugsfolgen (Vertragsstrafen, Schadensersatzansprüche, Strafzinsen) eintreten; insbesondere kann, wenn die Zinsen gestundet sind, das Kapital nicht wegen Zinsverzugs vorzeitig fällig werden. War der Schuldner bei Bestimmung der Frist schon in Verzug, so hört der Verzug auf. Die bereits eingetretenen Verzugsfolgen bleiben aber unberührt; ihre Beseitigung kann nach §§ 8, 9 erfolgen. Der Gläubiger kann mit der gestundeten Forderung nicht aufrechnen (§ 387 BGB.); ihm kann nicht das Recht eingeräumt werden, zum Zwecke der Befriedigung die Übertragung des Eigentums an dem Grundstücke zu verlangen oder die Veräußerung des Grundstücks anders als im Wege der Zwangsvollstreckung zu bewirken (§ 1149 BGB.). Sein Recht, bei später eintretender Verschlechterung des Grundstücks nach §§ 1133 Satz 2, 1192, 1201 BGB. vorzeitige Zahlung zu verlangen, wird durch die Zahlungsfrist nicht berührt.

2. Nußbaum a. a. O. 999. Mißlich ist, daß infolge Satz 1 dem Gläubiger für die Dauer der Frist das Recht der Anfechtung gemäß § 2 AnfG. v. 21. Juli 1879 entzogen ist, da die Zulässigkeit der Anfechtung durch die Fälligkeit der Forderung bedingt ist. Ein gewisses Gegengewicht liegt jedoch darin, daß beim Vorhandensein von Anfechtungsgründen die Fristbewilligung durch die Lage des Schuldners nicht gerechtfertigt sein und auch dem Gläubiger einen unverhältnismäßigen Nachteil bringen würde. Es wird also in solchem Falle die Frist nicht gewährt werden dürfen.

3. Zweigert a. a. O. 38. Aus der materiellen Wirkung der Stundung darf nicht gefolgert werden, daß die gegenüber einer vollstreckbaren Hypothekenforderung nach § 4 bewilligte Frist etwa auch im Wege der Vollstreckungsgegenklage (§ 767, § 797 Abs. 5 ZPO.)

geltend gemacht werden könne. Die nachträgliche Stundung erzeugt zwar einen Einwand gegen den vollstreckbaren Anspruch. Soweit der Einwand aber Wirkungen auf die Zwangsvollstreckung äußert, ist dies im § 4 Abs. 4 abschließend geregelt. Für die Vollstreckungsgegenklage fehlt das Rechtsschutzbedürfnis; der Schuldner würde durch sie nicht mehr erlangen können, als ihm der § 4 Abs. 4 schon gewährt.

4. Zweigert a. a. O. 38. Die Stundung wirkt auch zwischen den Rechtsnachfolgern im Falle der Abtretung der Forderung also auch gegenüber dem Zessionar. Daran darf der Umstand nicht irre machen, daß die Stundung unter Abwägung der individuellen Verhältnisse bewilligt wird. Eine Beschränkung der Wirkung auf die Parteien, die auch bei vertragsmäßigen Stundungen die Ausnahme bildet (RG. 71, 30, 32), würde dazu führen, daß die dem Schuldner gewährte Rechtswohltat jederzeit durch Abtretung vereitelt werden könnte, und liegt ersichtlich nicht im Sinne der Vorschrift, die, wie aus Satz 3 hervorgeht, die Stundung auch gegenüber dem gutgläubigen Erwerber wirken läßt.

5. Nußbaum a. a. O. 999. Der amtlichen Begründung zufolge soll durch § 6 Satz 2 die Wirksamkeit der Stundung gegenüber einem gutgläubigen Erwerber der Hypothek sichergestellt werden. Aber wenn dies die Absicht war, so hätte es nach dem Vorbild der Art. 114, 187, 191 Abs. 2 EGBGB. deutlich zum Ausdruck gebracht werden müssen. Jetzt kann die Vorschrift nur dahin verstanden werden, daß es zu der in der Stundung liegenden Änderung des hypothekarischen Rechts nicht der Eintragung bedürfe, daß also durch die Fristbewilligung außer der schuldrechtlich wirkenden rechtsgeschäftlichen Stundung auch die Eintragung (§ 877 BGB.) ersetzt werde. Die Vorschriften über den Schutz des guten Glaubens werden aber hierdurch nicht berührt.

6. Zweigert a. a. O. 39. Zur Wirksamkeit zwischen den Parteien bedarf die Stundung ohnehin keiner Eintragung. Die Vorschrift des Satz 3, die die richterliche Fristbestimmung vom Grundbuchverkehr ausschließen will, hat praktische Bedeutung im wesentlichen für den gutgläubigen rechtsgeschäftlichen Erwerber der Hypothek, dem die Stundung nach § 1157 Satz 2, § 892 BGB. an sich nicht entgegengesetzt werden könnte. Da die Stundung nunmehr für nicht eintragungsbedürftig erklärt ist, kann der Inhalt des Grundbuchs insoweit keine Vollständigkeit beanspruchen; der Erwerber kann sich deshalb nicht darauf berufen, daß er nach dem Inhalt des Grundbuchs auf das Nichtvorhandensein der Stundung vertraut habe (Begr.). Auch ein Berichtigungsanspruch (§§ 894—899 BGB.) ist nach dem Zweck der Vorschrift dem Eigentümer zu versagen.

7. Unger a. a. O. 532. Die Wirkung der Frist ist wie bei der allgemeinen Verordnung. Sie soll nach § 6 einer Stundung gleichkommen, die den Zinsenlauf nicht berührt und der Eintragung ins Grundbuch nicht bedarf. Daß dies nicht der Fall ist, daß sie vielmehr nur einen Vollstreckungsaufschub bedeutet, ist bereits früher dargetan. Recht 16 384ff. [zu vgl. Erl. zu Art. I 1 c VO. Nr. 3].

§ 7.

1. Zweigert a. a. O. 40. Die Anfechtung muß sich auf die Entscheidung über die Zahlungsfrist beschränken. Wird das Urteil auch aus anderen Gründen, z. B. im Kostenpunkte, angefochten, so findet Berufung statt. Wenn gegen ein ursprünglich nur wegen der Zahlungsfrist angefochtenes Urteil demnächst von dem Gegner auch Berufung eingelegt wird, so ist über jedes Rechtsmittel besonders zu entscheiden; nötigenfalls wird das Beschwerdeverfahren bis zur Erledigung der Berufung auszusetzen sein.

2. Zweigert a. a. O. 40. Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn auch in der Sache selbst ein Rechtsmittel zulässig gewesen wäre, also nur gegen Urteile der Amtsgerichte und erstinstanzliche Urteile der Landgerichte. Gegen die Entscheidung des Beschwerdegerichts findet weitere Beschwerde nicht statt.

3. LeipzZ. 16 1387 Nr. 6 (Hamburg VI). Das LG. hat dem bekl. Grundeigentümer für die Zahlung der Hypothekenzinsen auf Antrag eine Zahlungsfrist gewährt, den Eventualantrag der Klägerin auf Anordnung der Zwangsverwaltung aber abgelehnt. Klägerin will dieses Urteil, wie die Begründung ihrer Beschwerde ergibt, im wesentlichen anfechten

wegen der Ablehnung des Eventualantrages. Das ist aber im Beschwerdeverfahren nicht zulässig, da nach § 7 der BRVO. v. 8. Juni 1916 die Anfechtung durch sofortige Beschwerde nur dann zulässig ist, wenn das Anerkenntnisurteil nur wegen der Zahlungsfrist angefochten wird. Da sich die Klägerin aber nicht nur durch die Gewährung einer Zahlungsfrist beschwert fühlt, so kann sie das Urteil nur mit der Berufung anfechten.

II. Beseitigung der Verzugsfolgen.

§§ 8, 9.

1. Scholz a. a. O. 999. Während bisher — und noch jetzt im Anwendungsbereich der RechtsfBeseitVO. — die Rechtsfolge der Fälligkeit des Kapitals nur dann beseitigt werden konnte, wenn sie auf Nichtzahlung oder nicht rechtzeitiger Zahlung von Zinsen oder anderen Geldansprüchen beruht, die in demselben Schuldverhältnis wie die Kapitalforderung wurzeln, kann sie jetzt auch dann beseitigt werden, wenn die Fälligkeit nach der Schuldurkunde wegen Nichtzahlung des Kapitals oder der Zinsen einer anderen Hypothek oder wegen der durch einen anderen Gläubiger betriebenen Zwangsverwaltung oder Zwangsversteigerung, vorgenommenen Mobiliarpfändung usw. eintritt (Verwirkungsabrede).

2. Scholz a. a. O. 999. Unter einer „Verwirkungsabrede" sind solche Vertragsabreden zu verstehen, welche an den Eintritt irgendeiner Tatsache für den Schuldner nachteilige Rechtsfolgen knüpfen. Hierher gehört zwar auch die Abrede der Fälligkeit des Kapitals wegen nicht rechtzeitiger Zinszahlung, und insoweit ist der Begriff auch der RechtsfBeseitVO. bekannt. Die HypVO. (§§ 8, 9) ergreift aber alle denkbaren Rechtsfolgen, die infolge einer Verwirkungsabrede entstehen, z. B. auch die Fälligkeit des Kapitals infolge Verkaufs des Hauses oder Verlegung des Wohnsitzes. Indessen hat auch die HypVO. nur materielle Folgen, nicht prozessuale im Sinne.

3. Scholz a. a. O. 998. Der in § 3 Satz 2 RechtsfBeseitVO. noch jetzt geltende Satz, daß im Vollstreckungsverfahren die Rechtsfolgenbeseitigung unzulässig ist, wenn bereits eine Anordnung im Urteil ergangen ist, fehlt in der HypVO. Es gilt trotzdem dasselbe wie dort: Ist die Rechtsfolge im Urteil beseitigt, so kann sie im Beschlußverfahren nicht nochmals beseitigt werden; ist sie im Urteil nicht beseitigt, weil ein Antrag nicht gestellt oder weil er abgelehnt worden war, so ist die Beseitigung im Beschlußverfahren zulässig. War die Fälligkeit des Kapitals wegen Nichtzahlung der am 1. April fälligen Zinsen eingetreten und ist diese Rechtsfolge beseitigt worden, so ist, wenn später die am 1. Juli fälligen Zinsen nicht gezahlt werden und hierdurch das Kapital fällig wird, eine neue Rechtsfolge eingetreten, die nur durch erneute Anordnung beseitigt werden kann.

4. Zweigert a. a. O. 42. Die Anordnung kann entweder dahin gehen, daß ein bereits eingetretener Rechtsnachteil beseitigt, oder dahin, daß der Eintritt eines bevorstehenden Rechtsnachteils verhindert wird. Die Anordnung hat materielle Wirkung; wegen der Wirkung gegenüber Dritten gilt das gleiche wie bei der Stundung. Die Frage, ob die Anordnung auch gegenüber einem gutgläubigen Erwerber der Hypothek wirkt, hat hier keine praktische Bedeutung, da das Grundbuch regelmäßig nicht dazu dient, den Eintritt oder Nichteintritt der in Frage kommenden Rechtsfolgen zu beweisen; gegebenenfalls, z. B. bei Fälligkeit infolge Konkurses oder Zwangsverwaltung, steht einer entsprechenden Anwendung des § 6 Satz 3 nichts im Wege. Die einmal beseitigte Rechtsfolge lebt nicht wieder auf. Dadurch wird nicht ausgeschlossen, daß eine gleiche Rechtsfolge (Fälligkeit des Kapitals) später auf Grund neuer Tatsachen (z. B. wegen Nichtzahlung späterer Zinsraten) wieder eintritt.

5. Unger a. a. O. 538. Ist der Anspruch begründet (z. B. die Hypothek wegen Nichtzahlung der Zinsen fällig), will aber der Richter trotzdem diese Rechtsfolge beseitigen, so erfolgt einfach Abweisung der Klage. Dies ist in den Gründen — nicht im Urteilstenor — zum Ausdruck zu bringen. Verurteilung und gleichzeitige Beseitigung der im Urteil festgelegten Rechtsfolgen könnte leicht mißverstanden werden.

6. Unger a. a. O. 539. Zulässig und juristisch richtig ist auch die Abweisung der Klage, wenn die Gründe ergeben, daß der Eintritt der Rechtsfolge dahingestellt bleiben soll, weil sie im Fall des Bestehens jedenfalls beseitigt werden müßte. Ein solches Verfahren empfiehlt sich wegen der Kostenvorschrift des § 17 nicht, weil die Möglichkeit, die Kosten ganz oder teilweise dem obsiegenden Schuldner aufzuerlegen, davon abhängt, ob der Gläubiger aus § 8 der Verordnung oder aus sonstigen Gründen abgewiesen wird.

7. Unger a. a. O. 539. Zu vermeiden ist aus praktischen Gründen ein bedingtes Urteil, auch wenn eine bedingte Beseitigung der Rechtsfolgen angestrebt wird. Es empfiehlt sich vielmehr, diese bedingte Beseitigung von vornherein in das Gebiet der Zwangsvollstreckung zu verlegen. Der Schuldner wird verurteilt, es wird ihm aber nachgelassen, die Vollstreckung durch den Nachweis der Erfüllung der Bedingung abzuwenden. Oder es wird angeordnet, daß die Vollstreckung von dem Eintritt der auflösenden Bedingung abhängig sein soll. Der Beweis des Eintritts liegt dem Gläubiger ob. Dem Aufbau des Rechtsinstituts entspricht diese Lösung freilich nicht, weil die Beseitigung der Rechtsfolgen materiell-rechtliche Folgen hat.

8. Unger a. a. O. 540. Bei vertraglichen Vollstreckungstiteln ist darauf zu achten, daß die Zwangsvollstreckung nicht überhaupt für unzulässig erklärt wird, sondern nur für den gegebenen Fall.

III. Zwangsversteigerung.

§ 10.

Inhaltsübersicht.

I. Allgemeines III 93.
1. Verhältnis zur Fristbewilligung III 93.
2. Beschränkung auf d. Versteigerung III 93.
3. Zuständigkeit III 93.
II. Voraussetzung der Einstellung III 93.
1. E. Anspruch d. i. § 1 bezeichneten Art III 94.
2. Ein vollstreckbarer Titel III 94.
3. Überwiegend. Interesse d. Schuldners III 94.
III. Aufhebung der Einstellung III 95.
IV. Vorläufige Anordnungen III 96.

I. Allgemeines.

1. Verhältnis zur Fristbewilligung.

a) Scholz a. a. O. 931, 994. Wird beim AG. ein Antrag auf Zahlungsfrist gestellt, so ist er in erster Linie als solcher, im Falle der Ablehnung aber auch als Einstellungsantrag zu würdigen.

b) Pfeiffer, DRAZ. 16 131. Die Fassung des § 10 ist nicht einwandfrei. Für den ausdrücklich hervorgehobenen Fall, daß die Einstellung der Zwangsversteigerung vor Einleitung derselben erfolgt, bleibt das Verhältnis des § 10 zu § 1, auf den in Abs. 2 verwiesen ist, völlig unklar. Denn in diesem Zeitpunkt sind noch keinerlei Vollstreckungswirkungen eingetreten und die Einstellung der Zwangsversteigerung praktisch gleichbedeutend mit der Bewilligung einer Zahlungsfrist, da durch sie dem Schuldner die gleichen Vorteile gewährt und die Interessen des Gläubigers in gleicher Weise berührt werden wie durch die Bewilligung der Frist.

c) Nußbaum a. a. O. 1001. Rechtlich ruht die Besonderheit der selbständigen Versteigerungseinstellung darauf, daß sie nicht „wie eine von dem Gläubiger bewilligte Stundung" wirkt, sondern den materiellen Anspruch des Gläubigers nach jeder Richtung unberührt läßt. Damit hängt es wohl zusammen, daß die Entscheidung, auch wenn die Zwangsversteigerung noch nicht angeordnet war, nicht auf „Unzulässigkeit", sondern auf Einstellung der Zwangsversteigerung lauten soll.

2. Beschränkung auf die Versteigerung.

Zweigert a. a. O. 46. Die Zwangsverwaltung und die Mobiliarvollstreckung bleiben dem Gläubiger offen.

3. Zuständigkeit.

Zweigert a. a. O. 46. Zuständig für die Einstellung ist das Vollstreckungsgericht, d. h. ebenso wie in den Fällen der §§ 4, 9 das Amtsgericht der belegenen Sache (§ 1 ZVG.).

Wegen Bestimmung des zuständigen Gerichts vgl. § 2 ZVG. Handelt es sich um eine Gesamthypothek, bei der die belasteten Grundstücke in den Bezirken verschiedener Gerichte liegen, so steht es dem Schuldner frei, die Bestimmung eines gemeinschaftlichen Gerichts herbeizuführen oder jedes einzelne Amtsgericht wegen des in Betracht kommenden Grundstücks besonders anzugehen (Kretzschmar, SächsA. 16 294).

II. Voraussetzung der Einstellung.

1. Ein Anspruch der im § 1 bezeichneten Art.

Nußbaum a. a. O. 1001. Der nicht hypothekarisch gesicherte, rein persönliche Gläubiger kann die Zwangsversteigerung unbeschränkt durchführen. Das kann wohl nur auf einem Versehen beruhen. Ein Mißgriff ist es auch, daß die Zwangsversteigerung wegen rückständiger Gemeindegrundstücksabgaben und anderer öffentlicher Lasten in vollem Umfange zulässig geblieben ist. Auch die Zwangsversteigerung aus Rentenreallasten fällt nicht unter den § 10 HypVO., doch ist dies praktisch von geringerer Bedeutung.

2. Ein vollstreckbarer Titel.

a) Zweigert a. a. O. 47. Voraussetzung ist nur, daß ein vollstreckbarer Titel vorhanden und damit die Möglichkeit der Zwangsversteigerung gegeben ist (vgl. RGZ. 32 395; Güthe, GruchotsBeitr. 59 63); die Vollstreckungsklausel braucht noch nicht erteilt zu sein. Erfolgt die Einstellung vor Anordnung der Versteigerung, so ist die Einleitung des Zwangsversteigerungsverfahrens während der Einstellungsfrist unzulässig. Da die Einstellung mehrfach erfolgen kann, ist der Schuldner in der Lage, durch rechtzeitige Stellung und Erneuerung des Antrags die Zwangsversteigerung stets von neuem hintanzuhalten.

b) Erl. der Hamb. Justizverw. v. 30. Juni 1916 (Veröffl. der Sen.-Kom. 16 57). Die Einstellung der Zwangsversteigerung ist nach § 10 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung schon vor der Anordnung der Versteigerung zulässig. Voraussetzung ist nur, daß der Gläubiger für seinen Anspruch einen vollstreckbaren Titel hat. Die Einstellung kann also, wenn über den Anspruch ein Rechtsstreit schwebt, schon im Urteil erfolgen. Ist ein Rechtsstreit nicht anhängig, so bietet, wenn die Bewilligung einer Zahlungsfrist beantragt ist, § 4 die Möglichkeit, eine mündliche Verhandlung anzuordnen und in dieser Verhandlung, wenn gegen die Bewilligung einer Zahlungsfrist Bedenken bestehen, entsprechend dem § 500 der ZPO. auf eine Verhandlung des Rechtsstreits hinzuwirken. Wenn dieses Verfahren zu einem vollstreckbaren Titel, insbesondere einem Vergleich oder einem Anerkenntnisurteil führt, so ist das Gericht in der Lage, in Verbindung damit unter Ablehnung der Bewilligung einer Zahlungsfrist die Zwangsversteigerung zunächst bis zur Dauer von 6 Monaten einzustellen und auf diese Weise die Möglichkeit der Zwangsvollstreckung auf die Zwangsverwaltung zu beschränken.

3. Überwiegendes Interesse des Schuldners.

a) Scholz a. a. O. 995. Der Grundsatz des § 3 HypVO., wonach eine „Zahlungsfrist bei Kapitalschulden" nicht deshalb verweigert werden darf, weil der Schuldner auch nach Fristablauf nicht werde zahlen können, gilt auch für die Versteigerungseinstellung bei Kapitalschulden. Der Umstand, daß § 3 nur von der „Zahlungsfrist" spricht und in § 10 (Versteigerungseinstellung) nicht als entsprechend anwendbar bezeichnet ist, rechtfertigt keinesfalls ein argum. e contrario, denn der in § 3 ausgesprochene Gedanke beruht nicht auf einer Unterscheidung zwischen Zahlungs- und Einstellungsfrist, sondern lediglich auf der Wiederholbarkeit der Frist. Nach der amtlichen Begründung sollte durch § 3 gerade einer Fortwirkung der irrigen bisherigen Praxis entgegengetreten werden, die bei Kapitalschulden die Fristbestimmung dann ablehnte, wenn anzunehmen war, daß der Schuldner auch nach Ablauf der Frist nicht werde zahlen können. Diese Praxis war aber nur da irrig, wo eine Wiederholung der Fristbewilligung zulässig war, und letzteres betraf nur die Einstellungsfrist.

b) Nußbaum a. a. O. 1001. In der Regel dürfte die Zulassung der Versteigerung gegen den Antrag des Schuldners nur dann angemessen sein, wenn nach der wirtschaftlichen Gesamtlage des Schuldners anzunehmen ist, daß er das Grundstück auch im Frieden nicht wird halten können, oder wenn er das Grundstück verfallen läßt. Daß die Einstellung nicht von der Fähigkeit des Schuldners abhängig gemacht werden darf, den Gläubiger alsbald nach Ablauf der Frist zu befriedigen, ist als selbstverständlich nicht besonders hervorgehoben; denn wenn nicht einmal die Zahlungsfrist an solche Bedingung geknüpft werden darf, so noch weniger die bloße Versteigerungseinstellung.

c) Nußbaum a. a. O. 1090. Es ist statthaft, eine vom Schuldner beantragte Versteigerungseinstellung im Hinblick auf die Interessen des zweiten Hypothekars zu rechtfertigen. Denn der vom zweiten Hypothekar befürchtete Ausfall seiner Hypothek würde für den Eigentümer die Folge nach sich ziehen, daß dieser trotz des Grundstücksverlustes für den vollen Betrag der zweiten Hypothek persönlich verhaftet bleiben, mithin einen unverhältnismäßigen Nachteil erleiden würde, der für normale Zeiten — wenn Bieter vorhanden sind — nicht zu gewärtigen ist.

d) Nußbaum a. a. O. 1001. Die Bestimmung des § 10 HypVO. ist nicht nur für den Hypothekenschuldner, sondern auch für den zweiten Hypothekengläubiger von besonderer Bedeutung. Dieser hat heutzutage aller Regel nach das Interesse, die von dem ersten Hypothekengläubiger betriebene Zwangsversteigerung zu verhindern. Er kann nun dem ersten Hypothekar einen durchgreifenden Grund zur Zwangsversteigerung nehmen, indem er dafür sorgt, daß die Zinsen der ersten Hypothek nicht länger als höchstens 1¾ Jahr unbezahlt bleiben, d. h. er muß nötigenfalls von da an die Zinsen unter Ausübung des Lösungsrechts aus eigener Tasche zahlen, §§ 1150, 268 BGB.

e) Erl. der Hamb. Justizverw. v. 30. Juni 1916 (Veröffl. der Sen.-Kom. 16 57). In Gegenden, in denen nicht langfristige Hypotheken die Regel bilden oder Hypothekenurkunden durch Unterwerfung unter sofortige Zwangsvollstreckung mit der Eigenschaft von Vollstreckungstiteln ausgestattet zu sein pflegen, wo vielmehr, wie in Hamburg, fast durchweg Hypotheken mit halbjähriger Kündigungsfrist und ohne Vollstreckbarkeit üblich sind, kann eine übermäßige Ausdehnung der Zahlungsfristen die Gefahr einer Erschütterung des Hypothekenmarktes in sich bergen, namentlich, da die Zwangsverwaltung bei einer materiellen Zahlungsfrist nicht möglich ist. Der Grundeigentümer, dem eine Zahlungsfrist gegeben ist, kann die Mietzinsen seines Grundstückes behalten und für sich verwenden, ohne aus ihnen die Lasten zu begleichen, wie es eine ordnungsmäßige Verwaltung fordert. Zur Vermeidung derartiger Nachteile des Hypothekengläubigers wird es sich unter Umständen empfehlen, unter Ablehnung des Antrags auf Bewilligung einer Zahlungsfrist die Zwangsversteigerung einzustellen, so daß für die Dauer der Einstellung die Zwangsvollstreckung nur durch Zwangsverwaltung betrieben werden kann.

III. Aufhebung der Einstellung.

1. Scholz a. a. O. 996. Auch für den Nachmann als Antragsteller gilt das Erfordernis der Glaubhaftmachung. Die HypVO. sagt hierüber zwar nichts. Da aber für die die Einstellung begründenden Tatsachen die Glaubhaftmachung genügend und erforderlich ist (§ 10 Abs. 2 Satz 1, § 1 Abs. 2), so muß dies auch für die Wiederaufhebung gelten. Ein förmliches Beweisverfahren entspricht nicht dem Sinne der Verordnung.

2. Unger a. a. O. 536. Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen können Zins-, Amortisations- und andere regelmäßige Leistungen sein. Die Gesetzesfassung ist zu weit. Gemeint sind nur solche Ansprüche, die aus dem in § 1 bezeichneten Anspruch sich ergeben. Dies folgt aus der analogen Bestimmung des § 10 Abs. 3 Satz 2, wo ausdrücklich gesagt ist, daß diese Ansprüche einen Rang bei der Zwangsversteigerung haben müssen. Es kommen also nur Ansprüche in Betracht, die ein Recht zur Befriedigung im Wege der Zwangsversteigerung gewähren. Derartige Ansprüche dürfen für 2 Jahre nicht gezahlt sein. Daß es sich gerade um Ansprüche aus den letzten beiden Jahren handelt, ist nicht nötig. Ist eine Amortisationshypothek aus irgendwelchen Gründen ganz fällig geworden, fällt sie

nicht unter die Bestimmung, weil die bisher wiederkehrende Leistung sich in eine einmalige gewandelt hat.

3. Unger a. a. O. 535. „Betreibender Gläubiger" ist nicht wörtlich zu nehmen, da die Frist bereits vor Einleitung der Zwangsversteigerung gewährt werden kann (§ 10 Abs. 1 S. 2). Es handelt sich vielmehr um denjenigen Gläubiger, aus dessen Anspruch die Zwangsversteigerung betrieben werden soll oder wird. Gemeint ist stets der, wegen dessen Anspruch Frist begehrt wird. Wesentlich wenn infolge Anschlusses mehrere als betreibende Gläubiger anzusehen sind. Soweit der Anschluß als selbständiges Versteigerungsbegehren gilt, ist die Zwangsversteigerung fortzusetzen, wenn nicht allen Gläubigern gegenüber Frist beantragt und bewilligt ist.

4. Unger a. a. O. 537. Der Aufhebungsantrag kann an sich, als ein im Belieben der Beteiligten stehendes Recht, nicht abgelehnt werden. Wohl aber wird die Frist gemäß § 10 von vornherein abgelehnt werden können, wenn der Gläubiger die Ablehnung aus Gründen verlangt, die gemäß § 10 Abs. 3 S. 2 den Antrag auf Aufhebung rechtfertigen. Dies gilt aber nur, wenn die Zwangsversteigerung bereits eingeleitet war. Vorher kann die Aufhebung nicht erreicht werden, weil nicht ein Beteiligter im Sinne des § 9 ZVG. vorhanden ist.

IV. Vorläufige Anordnungen.

Unger a. a. O. 537. Die Zulässigkeit vorläufiger Anordnungen ist nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber in analoger Anwendung von § 4 Abs. 4 Satz 2 anzunehmen. Wesentlich, wenn der Antrag bereits eingegangen und die Einleitung unmittelbar bevorsteht oder wenn der Fristantrag im Versteigerungstermine gestellt wird und eine sofortige Entscheidung, sei es wegen notwendiger Ergänzungen, sei es wegen Anhörung des Gläubigers nicht möglich ist.

§ 12.

Inhaltsübersicht.

I. Anwendungsgebiet III 96.
II. Die Wertfestsetzung III 96.
III. Nichtgedeckter Anspruch innerhalb der ersten drei Viertelle des Wertes III 96.
IV. Der Antrag der Berechtigten III 97.
V. Die Entscheidung über den Antrag III 99.
VI. Das Rechtsmittel gegen die Versagung des Zuschlags III 100.

I. Anwendungsgebiet.

Unger a. a. O. 542. § 12 VO. ist für jede Zwangsversteigerung gemäß des ZVG. gegeben, also nicht nur für Grundstücke und grundstücksähnliche Rechte, sondern auch für Schiffe und nicht nur zum Zwecke der Zwangsvollstreckung, sondern auch zum Zweck der Liquidation (§ 180 ZVG.). Er beschränkt sich nicht auf die in § 1 der Verordnung bezeichneten Ansprüche, da es sich um die Verhütung von Verschleuderung von Werten handelt.

II. Die Wertfestsetzung.

(Zu vgl. in Bd. 1, 388; 2, 139.)

Scholz a. a. O. 1086. Es entscheidet nicht nur der für den Reichsstempel maßgebende Wert (gemeiner Wert des Grundstücks ohne Einschluß des Wertes des mitversteigerten Zubehörs; § 93 RStempG.), sondern es ist auch die zur Berechnung des Reichsstempels von den hierfür zuständigen Stellen in dem hierfür geordneten Verfahren vorzunehmende Wertfeststellung formell bindend.

III. Nichtgedeckter Anspruch innerhalb der ersten drei Vierteile des Wertes.

1. Scholz a. a. O. 1086. Die Hypothek braucht, um den Schutz zu genießen, nicht in ihrer vollen Höhe innerhalb der Dreiviertelwertgrenze zu stehen, sondern es genügt, wenn nur ein Teil innerhalb dieser Grenze steht, vorausgesetzt freilich, daß das Meistgebot diese Grenze nicht erreicht. Steht also der Anspruch des Hypothekars zwischen 70 bis 90 v. H. des Grundstückswertes, und erreicht das Meistgebot nicht 75 v. H. des Wertes,

so kann auf Antrag des Hypothekengläubigers der Zuschlag versagt werden; ebenso Zweigert a. a. O. 51.

2. Nußbaum a. a. O. 1088. Die Dreiviertelgrenze ist zu niedrig. Man muß bedenken, daß der zweite Hypothekengläubiger bei Feststellung des auf ihn entfallenden Wertabschnitts sich rückständige und laufende öffentliche Abgaben und andere Ansprüche der drei ersten Rangklassen (§ 10 Ziff. 1—3 ZVG.) sowie namentlich die aufgelaufenen Zinsen und Kosten der ersten Hypothek als vorgehende Ansprüche mitanrechnen lassen muß (OLG. Celle, LeipzZ. 16 80). Mindestens hätte die Vierfünftelgrenze gewählt werden müssen.

3. KGBl. 16 77 (LG. Prenzlau). Nach § 12 VO. v. 8. Juni 1916 kann auf Antrag des Berechtigten der Zuschlag versagt werden, wenn ein nicht gedeckter Anspruch innerhalb der ersten drei Vierteile des zur Berechnung des Reichsstempels festzusetzenden Wertes des Gegenstandes steht. Nach § 11 Nr. 4 des Tarifs zum Reichsstempelgesetz ist der Stempel vom Meistgebot, und, wenn das Meistgebot den Wert des Gegenstandes nicht erreicht, von diesem zu erheben. In Anmerkung c ist weiter bestimmt, daß, wenn der Ersteher Hypothekengläubiger ist, an die Stelle des Meistgebots, falls dieses hinter dem Gesamtbetrage der eigenen und der vorhergehenden Hypotheken des Erstehers zurückbleibt, dieser Gesamtbetrag tritt, sofern er nicht den Wert des Gegenstandes übersteigt. Der Tarif unterscheidet demnach zwischen dem Werte des Gegenstandes und dem Gesamtbetrage. Aus dem ganzen Zusammenhange folgt, daß unter Wert des Gegenstandes nicht etwa, wie es das Amtsgericht tut, die Summe zu verstehen ist, von der schließlich der Stempel erhoben wird. Unter Wert des Gegenstandes ist vielmehr der Wert des Grundstücks zu verstehen, der ja auch dann ermittelt werden muß, wenn eine Berechnung des Stempels nach dem Gesamtbetrag in Frage kommt. Wenn daher § 12 VO. von dem zur Ermittlung des Reichsstempels festzusetzenden Werte des Gegenstandes spricht, so ist darunter ebenfalls der Wert des Grundstücks zu verstehen. Dieser Wert beträgt aber nach der Auskunft des Vorsitzenden der Einkommensteuerveranlagungskommission 12000 M. Der Anspruch der Beschwerdeführerin liegt also wenigstens teilweise innerhalb drei Vierteilen dieses Wertes; daß der betreibende Gläubiger, der nur wegen einer geringen Zinsrate die Versteigerung betreibt, durch die Versagung des Zuschlags einen unverhältnismäßigen Nachteil erleiden würde, erscheint ausgeschlossen. Die Voraussetzungen des § 12 VO. liegen also vor, und deshalb war unter Änderung des angefochtenen Beschlusses der Zuschlag zu versagen. Das Amtsgericht hat einen neuen Versteigerungstermin anzuberaumen.

IV. Der Antrag des Berechtigten.

1. Zweigert a. a. O. 52. Der Eigentümer ist nicht antragsberechtigt. Das Antragsrecht steht nur dem Gläubiger des nicht gedeckten innerhalb der Dreiviertelwertgrenze liegenden Anspruchs zu.

2. Zweigert a. a. O. 52. Daß der Berechtigte selbst das Meistgebot abgegeben hat, steht der Zulässigkeit des Antrags nicht entgegen. Die Vorschrift will gegen die Nachteile schützen, die sich daraus ergeben, daß infolge der Kriegsverhältnisse der Wert des Grundstücks eine Minderung erfahren und der Kreis der Bieter sich verringert hat (Denkschrift, 2. Nachtrag S. 12); von diesen Nachteilen wird der Realberechtigte auch dann betroffen, wenn er Meistbietender bleibt, weil sich die Erwartung, überboten zu werden, als trügerisch erweist. Der Widerspruch zwischen der Abgabe des Meistgebots und dem Antrage auf Versagung des Zuschlags ist, vom wirtschaftlichen Standpunkte angesehen, nur scheinbar. Beide Maßnahmen dienen der Erhaltung der Hypothek, und es liegt kein Grund vor, dem Berechtigten den zweiten Weg deshalb zu verschließen, weil er zunächst vergeblich versucht hat, auf dem ersten zum Ziele zu gelangen; a. M. Pinkus, Voss. Ztg. Nr. 376 v. 25. Juli 1916).

3. Nußbaum a. a. O. 1089. Im Termin selbst wird dem zweiten Hypothekar nichts anderes übrigbleiben, als das Meistgebot abzugeben, um bei einer ungünstigen Auffassung des Versteigerungsrichters doch jedenfalls den Ausfall der Hypothek zu vermeiden. Dann

aber entsteht die Frage: Kann der Hypothekar das Meistgebot abgeben und gleichwohl die Versagung des Zuschlages verlangen? Bereits ist bei den Versteigerungsrichtern die Auffassung hervorgetreten, daß der Antrag des nachstehenden Hypothekars auf Versagung des Zuschlages gegenüber dem Antrage auf Erteilung des Zuschlages, der in der Abgabe des Meistgebots durch dieselbe Person liege, unzulässig sei. Diese Auffassung kann allerdings nicht für zutreffend erachtet werden. Nach § 81 Abs 1 ZVG. ist der Zuschlag dem Meistbietenden zu erteilen, und zwar unabhängig davon, ob der Meistbietende dies wünscht oder nicht. Er erhält den Zuschlag auch trotz einer etwaigen Willensänderung und sogar trotz eines etwaigen Verzichts auf die Rechte aus dem Zuschlag. Es ist deshalb nicht zutreffend, dem Zuschlag noch einen fingierten Antrag des Meistbietenden auf Erteilung des Zuschlages unterzulegen, und keinesfalls liegt ein logischer Widerspruch darin, daß der Meistbietende nach der Abgabe des Gebots dessen Folgen durch einen ihm vom Gesetz hierfür zur Verfügung gestellten Rechtsbehelf abzuwenden sucht. Allerdings muß der zweite Hypothekar beim Ausbieten seiner Hypothek darauf achten, daß er nicht über die Dreiviertelgrenze hinaus bietet, denn anderenfalls ist ja der innerhalb dieser Grenze stehende Teil seines Anspruchs „durch das Meistgebot gedeckt" und die Anwendung des § 12 HypVO. daher ausgeschlossen!

Unzweifelhaft ist die Frage, ob auch der Meistbietende sich auf § 12 HypVO. berufen kann, natürlich nicht. Folgt die Praxis der hier bekämpften Meinung, so ist dem § 12 vollends jeder Wert genommen, und es ist für die tatsächliche Bedeutungslosigkeit der bisher geltenden Zweidrittelgrenze bezeichnend, daß die hier erörterte Frage sich in der Praxis nicht schon früher bemerkbar gemacht hat.

4. LeipzZ. **16** 1200 (Kiel I) (zur VO. v. 10 Dezember 1914). Der Antrag auf Versagung des Zuschlages kann in der Beschwerdeinstanz nicht nachgeholt werden (§ 100 ZVG.).

5. Keine Einstellung nach Schluß der Versteigerung. LeipzZ. **16** 485 (Dresden VI). Den Antrag der Schuldnerin, auf Grund der Kriegsnotgesetze das Zwangsversteigerungsverfahren auszusetzen, hat das AG. abgelehnt, das LG. hingegen hat ihm, nachdem inzwischen der Versteigerungstermin abgehalten und der Schluß der Versteigerung verkündet worden war, stattgegeben und zwar in der Fassung, daß unter Aufhebung des Beschlusses des AG. die Zwangsvollstreckung für die Dauer von 6 Monaten „eingestellt" worden ist. Die weitere Beschwerde des betreibenden Gläubigers zielt auf Wiederherstellung des Beschlusses des AG. ab und verweist auf die von der Schuldnerin unterzeichnete Eingabe, die sich als eine Rücknahme ihres Einstellungsantrags darstellte. Zufolge dieser Rücknahmeerklärung erweist sich der die Einstellung des Verfahrens ablehnende Beschluß des AG. vom Dezember als sachlich gerechtfertigt, weshalb der Beschluß des LG. aufzuheben und die Beschwerde der Schuldnerin gegen den Beschluß des AG. zurückzuweisen ist. Die Aufhebung des Beschlusses des LG. kann aber nur mit dem Erfolge geschehen, daß es bei dem durch den Beschluß herbeigeführten Erlöschen der Gebote gleichwohl endgültig zu verbleiben hat. Denn das LG. ist nicht dem § 33 ZVG. nachgegangen, der vorschreibt, daß nach dem Schlusse der Versteigerung beim Vorliegen eines Grundes zur einstw. Einstellung des Verfahrens die Entscheidung nur durch Versagung des Zuschlags gegeben werden darf. Wäre vom LG. so verfahren worden, so würde das VerstErgebnis jetzt noch aufrecht erhalten und der Zuschlag auf das (sonst zulässige) Meistgebot erteilt werden können, weil erst eine rechtskräftige Versagung die Gebote erlöschen läßt (ZVG § 86). Die verfügte einstw. Einstellung des Verfahrens bringt nach § 72 Abs. 3 ZVG. die Gebote selbst dann zum Erlöschen, wenn auf Versagung des Zuschlags hätte erkannt werden sollen (Jaeckel-Güthe Anm. 4 zu § 33 ZVG.). Alles dies gilt auch für den Einstellungsgrund der BRVO. v. 22. Dezember 1914 i. d. F. v. 20. Mai 1915, die sich, ebenso wie die unmittelbar vorangehende BRVO. v. 10. Dezember 1914 bei den Worten „Versagung des Zuschlags" in den Zusammenhang des ZVG. eingliedert und, gleich der grundlegenden VO. v. 7. August 1914 i. d. F. v. 20. Mai 1915, die vor der Bewilligung der Zahlungsfrist vorgenommenen Maßregeln grundsätzlich aufrecht erhalten sehen will (Jaeckel-Güthe ZVG. Anhang 921).

V. Die Entscheidung über den Antrag.

1. Nußbaum a. a. O. 1089. Es empfiehlt sich dringend, daß die Gerichte vor der Entscheidung ein Gutachten des Hypothekeneinigungsamts einholen. Freilich wird es oft schwierig sein, nach dem Schluß der Versteigerung noch ein Gutachten des Einigungsamts zu erlangen, da der Verkündungstermin nicht über eine Woche hinaus anberaumt werden darf (§ 87 Abs. 2 ZVG.). Aber das Gutachten kann auch vorher eingezogen werden. Denn wenngleich die Frage der Zuschlagsversagung formell erst nach Schluß der Versteigerung entsteht, so ist sie doch materiell schon vorher vorhanden, nämlich überall da, wo der zweite Hypothekar, der innerhalb der Dreiviertelgrenze steht, einem notgedrungenen Erwerb des Grundstücks entgehen möchte. Die Frage an das Einigungsamt würde dann dahin zu lauten haben, ob die Versagung des Zuschlags befürwortet wird, wenn der Anspruch des betreffenden Hypothekars durch das Meistgebot nicht gedeckt werden sollte.

2. Scholz a. a. O. 1087. Das freie Ermessen des Richters (zu vgl. in Bd. 1, 389, bedeutet keine Willkür, sondern die sachgemäße Abwägung der Interessen der Beteiligten Anders als im Zahlungsfristenrecht, wo der Richter nur die Interessen des Schuldners und desjenigen Gläubigers, demgegenüber die Frist erbeten wird, zu berücksichtigen hat, können hier die Interessen auch dritter Gläubiger berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere von einem Zwischenhypothekar, dessen Lage, wenn dem Antrage des dritten Hypothekars auf Zuschlagsversagung stattgegeben wird, durch das Anschwellen der „laufenden" Zinsen der ersten Hypothek eine Verschlechterung erleidet. Diese Verschlechterung wird um so größer, je länger das Versteigerungsverfahren dauert. Sie ist vom Richter insbesondere dann zu beachten, wenn nach erfolgter Zuschlagsversagung ein zweites oder weiteres Mal der Versagungsantrag gestellt wird.

3. Zweigert a. a. O. 52. Die in der Regel kaum feststellbare Aussicht, daß im nächsten Termin ein günstigeres Ergebnis erzielt werde, bildet keine Voraussetzung der Zuschlagsversagung. Aus der Wiederholbarkeit der Anordnung (Abs. 2) folgt vielmehr, daß sie nicht lediglich wegen Fehlens dieser Aussicht abgelehnt werden darf (Scholz, JW. 16 1087). Das richterliche Ermessen scheidet aus, wenn der betreibende Gläubiger glaubhaft macht (§ 294 ZPO.), daß ihm die Versagung des Zuschlags einen unverhältnismäßigen Nachteil bringt; in diesem Falle muß der Zuschlag, wenn nicht sonstige Versagungsgründe vorliegen, erteilt werden (Jaeckel-Güthe, ZVG. [5] S. 916).

4. JW. 16 1212 (HypEinigA. Charlottenburg). „... Würde man der Zwangsversteigerung Fortgang geben, so würde voraussichtlich die Inhaberin der zweiten Hypothek, die ihrerseits das Grundstück zu einem höheren Preise an den gegenwärtigen Eigentümer veräußert hat, es billig zurückerwerben; der Eigentümer würde um seine bare Einzahlung gebracht werden. Das Einigungsamt sieht es nicht als seine Aufgabe an, ein solches Verfahren zu unterstützen, dem der Eigentümer infolge seiner Abwesenheit keinen hinreichenden Widerstand entgegensetzen kann. Die Tatsache, daß der Eigentümer russischer Staatsangehöriger ist, kann an dieser Beurteilung nichts ändern." → Nach Mitteilung von Eyck das. hat das AG. Charlottenburg demgemäß dem Antrag auf Einstellung der Zwangsversteigerung auf die Dauer von 6 Monaten stattgegeben. ←

5. LeipzZ. 16 826 (Dresden VI) (zur VO. v. 10. Dezember 1914). Die Frage, ob beim Vorliegen der formellen Voraussetzungen der VO. dem Gesuch stattzugeben sei, beantwortet sich danach, ob sich annehmen läßt, daß der dem Gesuchsteller bei dem bisherigen Meistgebot drohende Ausfall auf die durch den Krieg geschaffene Sachlage zurückgeführt werden dürfe, ob sich also nach der Gesamtheit der Verhältnisse von einer späteren Versteigerung ein günstigeres Gebot erwarten lasse. Hierzu sind die Interessen beider Teile billig gegeneinander abzuwägen. Zu beachten bleibt einerseits, daß durch die Verschiebung der Versteigerung die laufenden wiederkehrenden Leistungen erwachsen, andererseits ist es der Zweck der VO., daß die Zwangsversteigerung für ein Gebot, das zwar zulässig wäre, aber in einem auffälligen Mißverhältnis zum Wert des Grundstücks stünde, und einen Schleuderpreis darstellen würde, um der nachstehenden Hypothekengläubiger willen ver-

mieden werden soll, wenn es ohne besondere unbillige Gefährdung des betreibenden Gläubigers geschehen kann.

VI. Das Rechtsmittel gegen die Versagung des Zuschlages.

(Zu vgl. Bd. 1, 389; Bd. 2, 140.)

1. OLG. 33 171, SächsOLG. 37 255 (Dresden VI). Die Ablehnung eines nach § 1 ZuschlVersVO. gestellten Antrags auf Versagung des Zuschlags kann durch sofortige Beschwerde gegen den Zuschlagsbeschluß angefochten werden, § 95 ZVG.; ebenso Scholz, JW. 16 1087, Zieger, LeipzZ. 16 995, Zweigert a. a. O. 53.

2. Kretzschmar, JW. 16 766. Will das Vollstreckungsgericht den Antrag auf Versagung des Zuschlags zurückweisen und den Zuschlag erteilen, so erhebt sich die Frage, ob neben dem auf Erteilung des Zuschlags gerichteten Beschlusse ein besonderer Beschluß auf Ablehnung des Versagungsantrags zu erlassen ist oder doch erlassen werden darf. Jedenfalls ist unzweckmäßig, sofort im Versteigerungstermin einen Beschluß auf Ablehnung des Antrags zu verkünden, zur Verkündung der Entscheidung über die Erteilung des Zuschlags aber nach § 87 ZVG. einen besonderen Termin anzuberaumen. Denn hierdurch wird der unzutreffenden Meinung, daß es sich dabei um einen selbständigen, mit sofortiger Beschwerde anfechtbaren Beschluß handle, Vorschub geleistet, und so der Anlaß zur Einlegung eines unzulässigen Rechtsmittels gegeben. Denn in dieser Beziehung kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Entscheidung über einen Versagungsantrag zur Beschlußfassung über den Zuschlag gehört und, wenn der Antrag zurückgewiesen wird, nur ein Element des auf die Erteilung des Zuschlags gerichteten Beschlusses bildet, so daß die den Antrag zurückweisende Entscheidung nur durch sofortige Beschwerde gegen den Zuschlagsbeschluß angefochten werden kann und bis zur Erlassung eines solchen Beschlusses kein Raum für ein Rechtsmittel gegen die Zurückweisung des Versagungsbeschlusses vorhanden ist (§ 95 ZPO.).

Eine andere Frage ist die, ob es sich nicht aus prozeßökonomischen Gründen empfiehlt, die Zurückweisung des Versagungsantrags und die Erteilung des Zuschlags in der Weise je durch einen besonderen Beschluß auszusprechen, daß die beiden Beschlüsse in dem nämlichen Termin verkündet werden. Hierfür spricht, daß sich zu der Zurückweisung des Versagungsantrags zumeist eine eingehendere Begründung erforderlich machen wird, für den Zuschlagsbeschluß aber möglichste Kürze geboten erscheint, weil er nach § 88 ZVG. zuzustellen, auch von ihm in den Fällen der §§ 93, 132, 133 ZVG. vollstreckbare Ausfertigung zu erteilen ist. Selbstverständlich wird jedoch durch die Verkündung zweier besonderer Beschlüsse nichts daran geändert, daß Gegenstand der Anfechtung nicht die Zurückweisung des Versagungsantrags, sondern die Erteilung des Zuschlags ist, und zwar dies auch dann, wenn irrigerweise der den Versagungsantrag zurückweisende Beschluß als angefochten bezeichnet wird.

Die Beschwerde ist darauf zu stützen, daß durch die Erteilung des Zuschlags das sich aus § 1 BRBek. ergebende Recht des Antragstellers auf Versagung des Zuschlags verletzt ist (§ 100 Abs. 1 verb. mit § 83 Nr. 5 ZVG.). Durch die BRBek. ist also ein neuer Versagungsgrund geschaffen, der sich von dem in ZVG. selbst bestimmten Versagungsgründen dadurch unterscheidet, daß dem Ermessen des Gerichts ein gewisser Spielraum eingeräumt ist (vgl. Jaeckel-Güthe [5] S. 917). Zur Beschwerde berechtigt ist nur der Antragsteller (§ 100 Abs. 2 ZVG.). Kommt das LG. zu einer Beachtung des Rechtsmittels, so hat es unter Aufhebung des Zuschlagsbeschlusses den Zuschlag zu versagen und dem Vollstreckungsgerichte die Anberaumung eines neuen Termins aufzugeben (denn selbst anberaumen wird das LG einen Termin des AG. nicht können). Gegen einen solchen Beschluß steht wiederum dem betreibenden Gläubiger, dem Meistbietenden sowie demjenigen, der nach § 81 an dessen Stelle treten soll, sofortige weitere Beschwerde zu, die im Falle ihrer Beachtung dazu führt, daß unter Aufhebung des Beschlusses des LG. die gegen die Erteilung des Zuschlags erhobene Beschwerde zurückzuweisen ist (§ 101 ZVG.). Der Beschluß des

LG., durch den die sofortige Beschwerde des Antragstellers als unbegründet zurückgewiesen wird, ist gemäß § 568 Abs. 2 ZPO. einer weiteren Beschwerde entzogen.

3. Unger a. a. O. 542. Gegen den Zuschlag findet gleichfalls sofortige Beschwerde statt. Als Beschwerdeführer kommt aber nur in Frage, wer rechtzeitig den auf § 12 der Verordnung gestützten Antrag auf Versagung des Zuschlags gestellt hat. Alle anderen Beteiligten sind durch § 100 insbes. Abs. 2 an der Beschwerde gehindert. — Das weitere Verfahren richtet sich nach § 101 ff. ZVG.

4. Starck, DJZ. 16 810. Dem Antragsteller steht die Beschwerde nicht zu, wenn entgegen seinem auf Grund der ZuschlagsversagungsVO. v. 10. Dezember 1914 gestellten Antrag der Zuschlag erteilt wird. Die VO. bestimmt über das Beschwerderecht des nach § 1 berechtigten Antragstellers nichts. Sie ergänzt das ZwVerstGes., ist somit als dessen Bestandteil zu behandeln. Die Zulässigkeit der Beschwerde gegen den Zuschlagsbeschluß bestimmt sich daher auch für § 1 der VO. nach § 100 ZwVerstGes. Diese kann nur darauf gestützt werden, daß eine der Vorschriften der §§ 81, 83 bis 85 des Ges. verletzt ist. Eine Verletzung liegt aber nicht vor, wenn entgegen dem Antrage des Berechtigten der Zuschlag erteilt wird. Als verletzt kommen nur §§ 83 Nr. 5, 6, 85 des Ges. in Frage. Der § 83 Nr. 6 des Ges. wird nicht verletzt, denn § 1 der Verordnung führt nicht eine allgemeine Verfahrensvoraussetzung ein, setzt vielmehr ein zuverlässiges Verfahren voraus. § 1 VO. gewährt dem Antragsberechtigten nicht ein der Versteigerung entgegenstehendes materielles Recht, setzt vielmehr ein der Vollstreckung nicht entgegenstehendes Recht voraus (§ 10 Nr. 2 u. 4 des Ges.) und gibt dem Berechtigten zum Schutze desselben lediglich einen prozessualen Rechtsbehelf in der Vollstreckungsinstanz. Auch § 85 des Ges. wird nicht verletzt. Sein Tatbestand deckt sich nicht mit dem des § 1. Eine entsprechende Anwendung aber ist abzulehnen, da beide Vorschriften wesentlich voneinander abweichen. Denn nach § 85 des Ges. ist der Zuschlag zu versagen, nach § 1 der VO. kann er versagt werden. Der § 85 des Ges. macht die Versagung davon abhängig, daß sich Antragsteller zum Schadensersatz verpflichtet, § 1 der VO. dagegen nicht. Der Umstand allein, daß § 1 der VO. dem § 85 nachgebildet und die Voraussetzungen für die Versagung nach § 1 gegenüber § 85 erleichtert sind, rechtfertigt die Anwendung nicht. Es steht derselben auch entgegen, daß die Aufzählung der Versagungsgründe im § 100 des Ges. erschöpfend, eine Ausdehnung auf andere darin nicht benannte Gründe deshalb ausgeschlossen ist. → Hiergegen Hallbauer, SächsA. 16 379. Der durch § 100 ZVG. in bezug auf § 85 das. eingeführte Rechtsmittelschutz ist entsprechend anzuwenden. ←

VI. Schlußvorschriften.

§ 13.

1. Friedländer, JW. 16 1181. Im Ausnahmefall des § 10 Abs. 2 Satz 2 bedarf es der Anhörung des Einigungsamts nicht, vielmehr ist der Antrag ohne weiteres als unzulässig zurückzuweisen; zustimmend Nußbaum, ebenda.

2. Nußbaum a. a. O. 1001. Die Regel des § 13 gilt auch, wenn der Schuldner den Einstellungsantrag erst im Versteigerungstermin oder so kurz vorher stellt, daß ohne Aufhebung des Termins das Einigungsamt nicht gehört werden kann. Der Schuldner hat es daher stets in der Hand, die Aufhebung des Versteigerungstermins zu erzwingen.

3. Zweigert a. a. O. 54. Im Falle des § 12 (Versagung des Zuschlags) ist die Anhörung des Einigungsamts im Hinblick auf § 87 Abs. 2 ZVG. nicht zwingend vorgeschrieben, wird sich aber oft dringend empfehlen. Auch steht nichts im Wege, gegebenenfalls schon vor dem Versteigerungstermin ein Gutachten des Einigungsamts darüber einzuholen, ob die Versagung des Zuschlags befürwortet wird, falls im Versteigerungstermin der Antrag aus § 12 wegen unzureichenden Bietungsergebnisses gestellt werden sollte (Scholz a. a. O. 1087, Nußbaum a. a. O. 1089).

§ 14.

Zweigert a. a. O. 55. § 14 gilt für alle Rechtsstreitigkeiten der im § 1 bezeichneten Art, auch für solche, in denen eine Zahlungsfrist oder die Beseitigung von Rechtsfolgen nicht in Betracht kommt. Die Ermäßigung trifft sämtliche Gerichtsgebühren, nicht nur die für den Vergleich geschuldeten. Mit jedem einzelnen Gebührensatze ermäßigt sich auch der entsprechende Pauschsatz (§ 80b GKG., RG. JW. 16 46); die sonstigen Gerichtskosten bleiben unberührt. Die Ermäßigung gilt auch, wenn der Vergleich nach Erlaß, aber vor Rechtskraft des Urteils abgeschlossen ist. Wird der Vergleich erst in höherer Instanz geschlossen, so erstreckt sich die Ermäßigung auch auf die Gerichtsgebühren der früheren Instanzen; ebenso auf die Kosten des Verfahrens über den Grund des Anspruchs, wenn der Vergleich erst im Nachverfahren geschlossen wird (RG., LeipzZ. 15 43). War zur Zeit des Vergleichsabschlusses ein Teil des Anspruchs durch Zurücknahme der Klage oder durch rechtskräftiges Urteil ausgeschieden, so gilt die Gebührenermäßigung nur für den durch den Vergleich erledigten Rest. Zuviel erhobene Gerichtsgebühren sind zurückzuzahlen.

§ 15.

1. Zweigert a. a. O. 56. Die Vorschrift bezieht sich auf den Fall, daß in einem durch Endurteil oder Vergleich erledigten Rechtsstreite Verhandlungen, Beweisaufnahmen und Entscheidungen ergangen sind, die lediglich die Zahlungsfrist oder die Beseitigung von Rechtsfolgen betreffen. Erkennt z. B. der Schuldner die Forderung an und wird nur über die Frage der Zahlungsfrist streitig verhandelt, so kommen für die Verhandlung und Entscheidung über den Fristgewährungsantrag weder besondere Gerichts- noch Anwaltsgebühren zum Ansatz. Auslagen (Zeugengebühren, Reisekosten), die durch den Fristantrag entstehen, sind zu vergüten (Unger, Recht 15 330). Die Vergleichsgebühr steht dem Anwalt zu, auch wenn in dem Vergleich nur eine Zahlungsfrist bewilligt wird.

2. Zweigert a. a. O. 56. In der Rechtsmittelinstanz ist § 15 unanwendbar, wenn das Rechtsmittel lediglich die Zahlungsfrist oder die Beseitigung der Rechtsfolgen betrifft. Für den Fall der sofortigen Beschwerde gegen ein Anerkenntnisurteil (§ 7) ergibt sich dies aus § 16; bei einer auf die Zahlungsfrist oder Beseitigung von Rechtsfolgen beschränkten Berufung gegen ein kontradiktorisches Urteil ist § 16 sinngemäß anzuwenden, da § 15 zu dem unannehmbaren Ergebnis führen würde, daß die gesamte Tätigkeit des Gerichts und Anwalts in der Rechtsmittelinstanz unentgeltlich geleistet werden müßte (Menner, LeipzZ. 15 874; a. M. Unger, Recht 15 330, 16 387).

3. JW. 16 1356 (KG. XIII). Die Ansicht, daß die Verhandlung vom . . . hinsichtlich der Gebührenberechnung für eine kontradiktorische zu erachten sei, weil in ihr über die Bewilligung der Zahlungsfrist streitig verhandelt ist, erscheint nicht zutreffend. Der maßgebende § 15 BRBO. v. 8. Juli 1916 lautet in seinem betreffenden Teile nicht dahin, daß für die Verhandlung über die Bewilligung einer Zahlungsfrist Gebühren nicht gefordert werden können, sondern besagt, daß für die Berechnung der Anwaltsgebühren die nur auf die Zahlungsfrist sich beziehenden Verhandlungen außer Betracht bleiben. Hiernach ist der Umstand, daß über die Bewilligung der Zahlungsfrist streitig verhandelt ist, bei der Entscheidung der Frage, ob für die Verhandlung über das Bestehen des Anspruchs deshalb höhere Gebühren anzusetzen sind, weil sie eine kontradiktorische war, nicht zu berücksichtigen. Dasselbe folgt aus dem nach § 16 RAGebO. auch für die Anwaltsgebühren anzuwendenden § 19 GKG., nach welchem eine Verhandlung als kontradiktorisch gilt, soweit in derselben von beiden Parteien einander widersprechende Anträge gestellt werden. Denn in betreff des Bestehens des Anspruchs sind einander widersprechende Anträge nicht gestellt. Die Verhandlung über den Anspruch hat also als eine nicht kontradiktorische hinsichtlich der Gebührenberechnung zu gelten.

§ 18.

Zweigert a. a. O. 57. Der Zweck der Vorschrift rechtfertigt es, sie nicht nur auf die Kosten der eigentlichen Terminsabhaltung zu beziehen, sondern auch auf die Kosten, die

durch den Erlaß der Bekanntmachung des Termins entstanden sind. Soweit nach Landesrecht (z. B. nach § 125 PrGKG.) für den ersten Termin höhere Gebühren erhoben werden als für die folgenden, ist der ergebnislose Termin für die Kostenberechnung nicht mitzuzählen, so daß die ersparten Gebühren bei dem nächsten erfolgreichen Termin zum Ansatz zu kommen haben. Die Vorschrift bezieht sich nur auf die Gebühren und Auslagen des Vollstreckungsgerichts oder der sonstigen Vollstreckungsbehörde (§ 13 EGBGB.), nicht dagegen auf die Kosten eines Beteiligten, namentlich nicht auf Anwaltskosten.

7. Bekanntmachung über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben. Vom 7. August 1914. (RGBl. 360.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 299ff.

Literatur.

Nachtrag zu den Nachweisungen in Bd. 1, 300; 2, 82.

Menner, Ausländer im Inlandsprozeß unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung der jetzigen Kriegszeit (Forts.). JW. 16 454ff., 771ff.

§ 1.

Inhaltsübersicht.

A. Persönliches Geltungsgebiet I 302, II 83, III 105.
I. Natürliche Personen, die ihren Wohnsitz im Auslande haben I 302, II 83.
1. Nur der Wohnsitz, nicht die Staatsangehörigkeit entscheidet I 302.
2. Doppelter Wohnsitz I 302.
3. Bezieht sich das Klageverbot auch auf Personen ohne Wohnsitz? I 302.
a) Bejahend I 302.
b) Verneinend I 302.
4. Maßgebend ist der Zeitpunkt der Klageerhebung II 83.
5. Betrifft die Verordnung auch Ansprüche von Auslandsbewohnern gegen Auslandsbewohner? I 302, II 84, III 105.
a) Verneinend I 302.
b) Bejahend I 302, II 84, III 105.
6. Begriff „Ausland" I 303, II 84.
II. Juristische Personen, die im Ausland ihren Sitz haben I 303.
1. Begriff des „Sitzes" I 303.
2. Sitz sog. unselbständiger Zweigniederlassungen I 303.
3. Das alte hamburgische Testament I 304.
III. Handelsgesellschaft ohne juristische Persönlichkeit I 304, II 84.
IV. Gesamtgläubigerschaft I 304, II 84, III 105.
V. Klage auf Zahlung an einen Dritten I 304.
B. Inhalt des § 1 Abs. 1 Satz 1: Verbot der Geltendmachung vermögensrechtlicher Ansprüche vor inländischen Gerichten I 304, II 85, III 105.
I. Vermögensrechtliche Ansprüche I 304, II 85.
1. Ansprüche jeder Art I 304.
2. Wechselansprüche I 304.
3. Ansprüche auf Abrechnung, Auskunft, Zeugnis usw. I 304.
4. Ansprüche aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes I 305, II 85.
a) Welche Ansprüche kommen in Betracht? I 305.
b) Das Gegenmoratorium und die Pariser Union I 305.
II. Die vor dem 31. Juli 1914 entstanden sind I 306.
III. Geltendmachung I 306, II 85, III 105.
1. Allgemeines I 306.
2. Geltendmachung im Zivilprozesse I 306, II 85, III 105.
a) Fällt unter den Begriff der Geltendmachung auch die negative Feststellungsklage? I 306, II 85.
α. Bejahend I 306, II 85.
β. Verneinend I 306, II 85.
b) Enthält die positive Feststellungsklage eine Geltendmachung? I 307.
c) Liegt eine Geltendmachung in der Erhebung der Widerklage? I 307, III 105.
α. Bejahend I 307.
β. Verneinend I 307, III 105.
d) Geltendmachung durch Streitverkündung? I 307.
e) Geltendmachung durch Nebenintervention I 307.
f) Geltendmachung durch den Antrag auf Beweissicherung? I 306, II 85.
g) Geltendmachung durch Einrede? I 308, II 85.
h) Geltendmachung des Anspruchs auf Kostenerstattung und Rückgabe einer Sicherheit I 308, II 85.
α. der Auslandsbewohner I 308.

β. der Inlandsbewohner I 309, II 85.
i) Geltendmachung im Mahnverfahren I 309.
k) Sind Arreste und einstweilige Verfügungen zulässig? I 309, III 105.
α. Bejahend I 309.
β. Verneinend I 309, III 105.
l) Fällt auch die Geltendmachung im Wege der Zwangsvollstreckung unter § 1 Abs. 1 Satz 1? I 310, II 86.
α. Verneinend I 310, II 86.
β. Bejahend I 311, II 86.
m) Verteilungsverfahren I 313.
n) Findet § 1 Abs. 1 Satz 1 auf Klagen aus §§ 767, 771 ZPO. Anwendung? I 313, II 86.
α. Bejahend I 313.
β. Verneinend I 313, II 86.
o) Anwendbarkeit im Wiederaufnahmeverfahren I 314.
p) Geltendmachung durch Vollstreckungsklage II 87.
3. Geltendmachung im Konkursverfahren. Ist die Anmeldung, Prüfung und Feststellung einer Auslandsforderung statthaft? I 314, II 87.
a) Bejahend I 314, II 87.
b) Verneinend I 314, II 88.
c) Vermittelnd I 315, II 89.
4. Geltendmachung im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit I 316, II 89, III 106.
IV. Geltendmachung vor inländischen Gerichten I 316, II 90, III 106.
1. Anwendung auf Sondergerichte I 316.
2. Anwendung auf Schiedsgerichte? I 316, II 90.
a) Bejahend I 316.
b) Verneinend I 316, II 90.
3. Anwendung auf das Reichsgericht in Sachen der Konsulargerichtsbarkeit III 106.
V. Zeitliche Beschränkung des Verbots I 316, II 90, III 106.
VI. Nicht verboten ist die Geltendmachung gegen den Auslandsschuldner I 316.
C. Der Inhalt des § 1 Abs. 1 Satz 2 I 316, II 91, III 106.
I. Ist § 1 Abs. 1 Satz 2 auch auf die nach Satz 1 verbotene Klage anzuwenden? I 316, II 91.
1. Verneinend I 316, II 91.
2. Bejahend I 317, II 91.
II. Voraussetzung und Wirkung der Unterbrechung des Widerklageverfahrens I 317, II 91, III 106.
1. Keine Unterbrechung des Verfahrens auf die Widerklage des Inländers nach rechtskräftiger Abweisung der Klage I 317.
2. Erfaßt die Unterbrechung des Widerklageverfahrens auch das Verfahren auf die Klage? I 317, II 91.
a) Bejahend I 318.
b) Verneinend I 318, II 91.
c) Vermittelnd I 318, II 93.
3. Erfaßt die Unterbrechung des Klageverfahrens auch das Verfahren zur Widerklage? II 93, III 106.
a) Bejahend II 93.
b) Verneinend II 93, III 106.
III. Wirkt die Unterbrechung bei notwendiger Streitgenossenschaft gegen alle Streitgenossen? I 318, II 94.
1. Bejahend I 318.
2. Verneinend I 318, II 94.
IV. Unterbrechung des Mahnverfahrens I 318.
V. Einwirkung auf das Arrest- und einstweilige Verfügungsverfahren I 318.
1. Unterbrechung des Sonderverfahrens I 318.
2. Unzulässigkeit einstweiliger Verfügungen während der Unterbrechung I 318.
VI. Wird auch das Rückforderungsverfahren nach Beitreibung auf Grund eines vorläufig vollstreckbaren Titels gegen einen ausländischen Beklagten unterbrochen? I 318, II 94.
1. Verneinend I 318, II 94.
2. Bejahend I 319.
VII. Wirkung auf die Vollstreckung ausländischer Urteile und Schiedssprüche I 319.
VIII. Wirkung der Unterbrechung auf das Konkursverfahren I 319.
IX. Wirkung auf die Beitreibung von Gerichtskosten I 320.
D. Rechtsnatur der Vorschriften des Abs. 1 I 320, II 94, III 107.
I. Die Verordnung enthält zwingendes Recht I 320, II 94, III 107.
II. Ist die Terminsanberaumung abzulehnen? II 94.
1. Bejahend I 320, II 94.
2. Verneinend I 320, II 94.
III. Unzulässigkeit des Versäumnisurteils gegen den Beklagten I 320, II 95.
IV. Rechtsmittel I 320, II 95.
E. Materielle Wirkungen I 321, II 95.
I. Allgemeines I 321, II 95.
II. Wird die Verjährung gehemmt? I 321, II 95.
1. Bejahend I 321, II 95.
2. Verneinend I 321.
F. Vom Reichskanzler zuzulassende Ausnahmen I 321, II 96.
I. Allgemeines I 321, II 96.
II. Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die in Österreich-Ungarn ihren Wohnsitz haben vom 20. April 1915, RGBl. 231 I 321, II 96.
III. Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die in der Schweiz ihren Wohnsitz haben vom 25. Juni 1915, RGBl. 361 I 957.

A. Persönliches Geltungsgebiet.

I. (Natürliche) Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben.

(Unterabschnitt 1 bis 3 in Bd. 1, 302; 4 in Bd. 2, 83.)

5. Betrifft die Verordnung auch Ansprüche von Auslandsbewohnern gegen Auslandsbewohner?

a) Verneinend zu vgl. Bd. 1, 302.

b) Bejahend (Erläuterung α bis η in Bd. 1, 302, 303; ϑ in Bd. 2, 84).

ι. BreslauAK. 16 41 (Breslau VII). Ob der Schuldner im Inlande oder im Auslande wohnt, ist nach dem Wortlaut unerheblich.

(Abschnitt II in Bd. 1, 303—304; III in Bd. 1, 304; 2, 84.)

IV. Gesamtgläubigerschaft (Bd. 1, 304).

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 84.)

RG. IV, WarnE. 16 147. Haben auf Grund des preußischen Erbrechts drei Miterben auf Entlassung eines Testamentsvollstreckers Klage erhoben und ist das Verfahren bezüglich eines im Ausland wohnenden Miterben unterbrochen, so sind die anderen Miterben nicht gehindert, das Verfahren fortzusetzen, wobei die Frage, ob es sich in einem solchen Fall um einen „vermögensrechtlichen Anspruch" handelt, offen bleiben kann.

B. Der Inhalt des § 1 Abs. 1.

(Abschnitt I in Bd. 1, 304; 2, 85; II in Bd. 1, 306.)

III. Verboten ist die Geltendmachung vor inländischen Gerichten.

(Unterabschnitt 1 in Bd. 1, 306.)

2. Geltendmachung im Zivilprozeß.

(Unterabschnitt a, b in Bd. 1, 307; 2, 85).

c) Liegt eine Geltendmachung in der Erhebung der Widerklage?

α. Bejahend zu vgl. Bd. 1, 307.

β. Verneinend (Erläuterung $\alpha\alpha$ bis $\beta\beta$ in Bd. 1, 307).

$\gamma\gamma$. RG. IV, JW. 16 753, BayRpflZ. 16 292, Recht 16 243 Nr. 514. Wer widerklagsweise festzustellen beantragt, daß ein vom Gegner aus irgendwelchem Grunde nur zu einem Teil eingeklagter Anspruch seinem ganzen Umfange nach nicht zu Recht bestehe, von dem kann man nicht sagen, daß er seinerseits einen vermögensrechtlichen Anspruch geltend mache; auf Ansprüche bloß prozessualer Art (Rechtsschutzansprüche, vgl. Gaupp-Stein, Bem. III vor § 253 ZPO.) trifft die VO. weder ihrem Wortlaute noch ihrem Zwecke nach zu. Von den das Kriegsrecht behandelnden Schriftstellern wird vielfach in gegenteiligem Sinne ein Beschluß des RG. v. 6. November 1914 in der Sache III 359/14 angeführt. Dort hatte gegenüber der Forderungsklage eines Inländers der ausländische Beklagte Widerklage erhoben, die zum einen Teil Forderungs-, zum anderen Teil negative Feststellungsklage war; der III. ZS. hat das Verfahren im ganzen, sowohl zur Klage als zur gesamten Widerklage, als unterbrochen behandelt, ohne jedoch eine förmliche Entscheidung zu erlassen. Ein Verfahren nach § 137 GVG. kommt daher nicht in Frage.

(Unterabschnitt d, e, i in Bd. 1, 307, 309; f bis h in Bd. 2, 85.)

k) Sind Arreste und einstweilige Verfügungen zulässig?

α. Bejahend zu vgl. Bd. 1, 309.

β. Verneinend (Erläuterung $\alpha\alpha$ bis $\varepsilon\varepsilon$ in Bd. 1, 309, 310).

$\zeta\zeta$. BreslauAK. 16 41 (Breslau VII). Auch die Geltendmachung im Wege der einstweiligen Verfügung ist verboten. Das ergibt der Wortlaut.

(Unterabschnitt 3 in Bd. 1, 314; 2, 87ff.)

4. Geltendmachung im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

(Erläuterung a, b in Bd. 1, 316; c, d in Bd. 2, 90.)

c) Josef ZBlFG. 16 647. Ist die Vermittlung der Erbauseinandersetzung von einem inländischen Erben beantragt, so ist nichts dagegen zu erinnern, daß das Nachlaßgericht einen ausländischen Erben zuzieht, und auf seine Befriedigung hinwirkt, denn es handelt sich dann nicht um die Geltendmachung eines Anspruchs durch den Auslandsbewohner, sondern um die freiwillige Erfüllung seines Anspruchs.

IV. Geltendmachung vor inländischen Gerichten.

1. Anwendung auf Sondergerichte?

(Erläuterung a, b in Bd. 1, 316.)

c) Kallee, GewuKfmG 21 164. Die Bek. gilt auch für das Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.

(Unterabschnitt 2 in Bd. 1, 316; 2, 90.)

3. Anwendung auf das Reichsgericht in Sachen der Konsulargerichtsbarkeit.

Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Geltendmachung von Ansprüchen vor dem Reichsgericht in Sachen der Konsulargerichtsbarkeit. Vom 31. Juli 1916. (RGBl. 878.)

Auf Grund des § 1 Abs. 2 Satz 1 der Bekanntmachung über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, vom 7. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 360) wird zur Beseitigung obwaltender Zweifel eine Ausnahme von den Vorschriften im § 1 Abs. 1 der Bekanntmachung insoweit zugelassen, als es sich um die Geltendmachung vermögensrechtlicher Ansprüche vor dem Reichsgericht in Sachen handelt, die der Konsulargerichtsbarkeit unterliegen.

V. Zeitliche Beschränkung des Verbots (Bd. 1, 360; 2, 90).

Der ursprünglich auf den 31. Oktober 1914 bestimmte Termin ist weiter verlegt, und zwar durch Bek. v. 13. April 1916 (RGBl. 273) auf den 31. Juli 1916, durch Bek. v. 13. Juli 1916 (RGBl. 694) auf den 31. Oktober 1916 und durch Bek. v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1132) auf den 31. Januar 1917.

C. Der Inhalt des § 1 Abs. 1 Satz 2.

(Abschnitt I in Bd. 1, 316; 2, 91.)

II. Voraussetzungen und Wirkungen der Unterbrechung des Widerklageverfahrens.

(Unterabschnitt 1, 2 in Bd. 1, 317; 2, 91ff.)

3. Erfaßt die Unterbrechung des Klageverfahrens auch das Verfahren zur Widerklage?

a) Bejahend zu vgl. Bd. 2, 93.

b) Verneinend (Erläuterung α, β in Bd. 2, 93.)

γ. LeipzZ. 16 562 (Hamburg VI). Die Klage richtet sich auf Entlassung aus einer dem Bekl. gegenüber übernommenen Bürgschaft, hilfsweise auf Feststellung des Nichtbestehens eines bestimmten Anspruchs; Bekl. macht widerklagend diesen Anspruch geltend. Der Zusammenhang zwischen Klage und Widerklage hat nicht zur Folge, daß auch der Prozeß des deutschen Widerklägers gegen den ausländischen Kläger ausgesetzt werden muß. An sich steht nichts im Wege, daß über die Widerklage durch Teilurteil entschieden wird. Unter diesen Umständen liegt kein Grund vor, das Verfahren auch über

die Widerklage auszusetzen. Wird der Widerklage stattgegeben, so ergibt sich damit di Entscheidung über die Klage demnächst von selbst, ohne daß dies im Widerspruch mit den VO. v. 7. August 1914 und 21. Oktober 1915 stehen würde. Wird hingegen die Widerklage abgewiesen, so wird eine Entscheidung über die Klage ohne besondere Schwierigkeiten nach Ablauf der in den VO. festgesetzten Fristen zu ergehen haben.

D. Rechtsnatur der Vorschriften des Abs. 1.

I. Die Verordnung enthält zwingendes Recht. Ihre Bestimmungen sind der Parteiwillkür entzogen.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 1, 320; 6 in Bd. 2, 94.)

7. BreslauAK. 16 41, JW. 16 765 (Breslau VII). Die VO. enthält zwingendes Recht zum Schutz des öffentlichen Interesses. Prozeßhandlungen, die gegen das Verbot der VO. verstoßen, können durch Rügeverzicht (§ 295 ZPO.) nicht wirksam werden. Verbotswidrig ergangene Urteile sind nichtig.

8. RG. II, DJZ. 16 631, JW. 16 1024, LeipzZ. 16 869. In RG. 45, 326; 64, 361 und JW. 15, 1265 ist ausgesprochen, daß ein gerichtliches, während der Unterbrechung erlassenes Urteil nicht ohne weiteres nichtig ist, sondern nur durch Rechtsmittel oder Einspruch, sofern diese Rechtsbehelfe an sich gegeben sind, beseitigt werden kann. Zugleich ist in RG. 64, 361 und JW. 16, 326 ausgesprochen, es müsse, weil die Beseitigung des während der Unterbrechung ergangenen Urteils nur durch Rechtsmittel geschehen könne, auch während der Unterbrechung (ohne vorgängige Aufnahme des Verfahrens) das an sich gegebene Rechtsmittel zulässig sein; denn es werde dadurch nur die Wiederherstellung des gesetzmäßigen Zustandes erstrebt und erzielt. Auf diesem Standpunkt fußt auch das Urt. III 383/15 v. 18. Januar 1916, WarnE. 9, 100. An jener Auffassung ist festzuhalten. Sie hat ihren Grund darin, daß es sich bei Einlegung des Rechtsmittels oder des Einspruchs in Fällen dieser Art nicht sowohl um einen weiteren Betrieb des unterbrochenen Rechtsstreits, nicht um eine Handlung in der Hauptsache handelt, als vielmehr um eine Handlung, durch welche die stattgehabte nach wie vor bestehende Unterbrechung auch zur Geltung gebracht wird. — Zustimmend Heinsheimer, JW. 16 1024 mit dem Wunsche, das Spruchgericht möge in solchen Fällen das Urteil selbst aufheben dürfen.

9. RG. III, JW. 16 597, WarnE. 16 100. Infolge der Unterbrechung entbehrt die erstinstanzliche Schlußverhandlung und demnach auch das landgerichtliche Urteil der rechtlichen Wirkung (ZPO. § 249 Abs. 3). Die Unwirksamkeit der Entscheidung trat jedoch nicht ohne weiteres ein, sondern bedurfte der Feststellung durch einen Ausspruch des Berufungsgerichts. Weil aber nur auf diesem Wege das Urteil beseitigt werden kann, so mußte die Berufung des Klägers, zu dessen Ungunsten die Entscheidung ergangen ist, trotz des Fortbestehens der Unterbrechung für zulässig erachtet werden. Diese Rechtsanschauung ist schon in dem vom Berufungsgericht angezogenen Urt. in RG. 64, 321 zur Geltung gebracht worden. Der Vorderrichter mißversteht die dortigen Ausführungen, wenn er in ihnen eine Stütze für den gegenteiligen Standpunkt findet.

§ 2.

Ausnahmen für Ansprüche, die im Betriebe einer inländischen Niederlassung entstanden sind.

Inhaltsübersicht.

I. Es muß sich um eine Niederlassung im Rechtssinne handeln I 322.
II. Es muß eine gewerbliche Niederlassung vorliegen I 322.
III. Der Anspruch muß im Betriebe jener Niederlassung entstanden sein I 322, II 96, III 108.
IV. Muß die gewerbliche Niederlassung noch zur Zeit der Geltendmachung des Anspruchs bestehen? I 322, II 97.
1. Verneinend I 322.
2. Bejahend I 323, II 97.
V. Keine Anwendung auf inländische Niederlassungen I 323.
VI. Keine Einwirkung auf die Vorschußpflicht nach § 85 GKG. II 97.

(Abschnitt I und II in Bd. 1, 322.)

III. Der Anspruch muß im Betriebe jener Niederlassung entstanden sein.
(Erläuterung 1, 2 in Bd. 1, 322; 3 in Bd. 2, 96.)

4. HansGZ. 16 BBl. 220, Recht 16 457 Nr. 886 (Hamburg III). Ist die Forderung in der inländischen Zweigniederlassung der ausländischen Firma entstanden, so ist die Klage zulässig, selbst dann, wenn das fragliche Geschäft nicht im Inlande, sondern im Auslande ausgeführt ist.

§ 3.

Wirkung gegen Rechtsnachfolger.

Inhaltsübersicht.

I. Begriff der Rechtsnachfolge I 324, III 108.
1. Allgemeines I 324, III 108.
2. Rechtsnachfolge im Wechselverkehr I 324.
II. Mehrfacher Forderungsübergang I 324.
III. Beweislast II 325.

I. Begriff der Rechtsnachfolge.

1. Allgemeines.

(Erläuterung a bis c in Bd. 1, 324.)

d) LeipzZ. 16 501 (Celle IV). Ist der Inlandbewohner lediglich Inkassomandatar für den Auslandgläubiger, so findet § 1 auch dann Anwendung, wenn die Inkassozession vor dem 31. Juli 1914 stattgefunden hat, denn bei der Inkassozession geht das Recht des alten Gläubigers entweder gar nicht verloren, oder es wird nur um seiner besseren Durchführung willen zu Treuhandzwecken vorübergehend aufgegeben.

8. Bekanntmachung betr. die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens. Vom 8. August 1914. (RGBl. 363.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 326f.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 1, 329; 2, 204.

Dittrich, Abänderungsvorschläge zur BO. v. 8. August 1914. DRZ. 16 138 (Mitteilung und Besprechung einer Eingabe von etwa 15 Gläubigerschutzverbänden an den Bundesrat). — Heilberg in Heilberg und Schäffer, Schrifttum und Rechtsprechung zum Kriegsprozeßrecht. JW. 16 220, 1223ff. — Jörissen, Der Krieg als Verbesserer der Rechtspflege (spricht sich mit Nachdruck gegen die Beibehaltung der Einrichtung der Geschäftsaufsicht aus). DRZ. 16 330.

§ 1.

Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Geschäftsaufsicht.

Inhaltsübersicht.

I. Persönliche Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Geschäftsaufsicht. Wer kann unter Geschäftsaufsicht gestellt werden? I 330, II 98, III 109.
1. Natürliche Personen I 330, II 98.
a) Ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit I 330.
b) Auch Kriegsteilnehmer I 330.
c) Muß der Schuldner Gewerbetreibender sein?
α. Bejahend I 330.
β. Verneinend I 330, II 98.
d) Kaufmannseigenschaft ist nicht erforderlich I 330.
e) Keine Geschäftsaufsicht über Gesellschaften des bürgerlichen Rechtes und nicht rechtsfähige Vereine? I 330, II 98.
f) Keine einheitliche Geschäftsaufsicht über eine Personenmehrheit I 330.
2. Juristische Personen I 330, II 98.
3. Handelsgesellschaften und rechtsfähige Vereine I 330.
4. Versicherungsgesellschaften? II 98, III 109.
5. Ein Nachlaß? I 331.
II. Sachliche Voraussetzungen I 331, II 100.
1. Zahlungsunfähigkeit I 331.
2. Genügt Überschuldung? I 331, II 100.
a) Bejahend I 331, II 100.

b) Verneinend I 331, II 100.
3. Zahlungsunfähigkeit infolge des Krieges I 331, II 101.
a) Allgemeines I 331, II 101.
b) Muß der Krieg alleiniger Grund der Zahlungsunfähigkeit sein? I 332, II 101.
α. Bejahend I 332.
β. Verneinend I 332, II 101.
4. Abwendbarkeit des Konkurses I 332, II 101.
5. Behebbarkeit der Zahlungsunfähigkeit nach Beendigung des Krieges I 333.
6. Die Anordnung der Geschäftsaufsicht findet nur auf Antrag statt I 333, II 102.
a) Antragsberechtigt ist der Schuldner I 333. II 102.
b) Antragsberechtigt ist nur der Schuldner I 333, II 102.
c) Wo ist der Antrag zu stellen? I 333, II 102.
d) Wie ist der Antrag zu stellen? I 333.

I. Persönliche Voraussetzung für die Zulässigkeit der Geschäftsaufsicht. Wer kann unter Geschäftsaufsicht gestellt werden.

(Abschnitt 1 bis 3 in Bd. 1, 330; 2, 98.)

4. Versicherungsgesellschaften?

Bendix, ZVersWiss 16 280ff. hält gegenüber der abweichenden Stellungnahme des AufsAfPrivatvers. (in Bd. 2, 99) seine daselbst mitgeteilte Ansicht aufrecht, daß auch VersV. auf Gegenseitigkeit, kleinere Vereine i. S. des VAG. v. 12. Mai 1901 und VersG a. A. eine Geschäftsaufsicht beantragen können.

§ 4.

Bestellung der Aufsichtsperson. — Bekanntmachung der Anordnung der Geschäftsaufsicht.

Inhaltsübersicht.

I. Bestellung der Aufsichtsperson I 337, II 104, III 109.
1. Einer oder mehrerer I 337, II 104.
a) Bilden mehrere Aufsichtspersonen eine Rechtsgemeinschaft? I 337, II 104.
b) Kann für verschiedene, in sich abgeschlossene Geschäftszweige je eine selbständige Aufsichtsperson bestellt werden? I 337, II 104.
α. Bejahend I 337, II 104.
β. Verneinend I 337.
2. Auswahl der Aufsichtsperson I 337, II 104, III 109.
3. Amtsbeginn I 338.
II. Bekanntmachung der Anordnung der Geschäftsaufsicht I 338, II 105.
1. Mitteilung an die Gläubiger I 338, II 105.
a) Umfang der Mitteilung I 338, II 105.
b) Form der Mitteilung I 338.
2. Keine öffentliche Bekanntmachung I 338.
3. Auskunftspflicht der Gerichtsschreiber I 339.
4. Eintragung in öffentliche Bücher und Register? I 339, II 105.
5. Mitteilung an die Richter und Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts I 339.
III. Verweisung auf die Konkursordnung I 339, II 105, III 110.
1. Allgemeines I 339.
2. Akteneinsicht I 337, II 105.
3. Auskunftspflicht der Auskunftsperson II 105.
4. Beweisaufnahme II 106.
5. Beginn der Geschäftsaufsicht III 110.

I. Bestellung der Aufsichtsperson.

(Unterabschnitt 1 in Bd. 1, 337; 2, 104.)

2. Auswahl der Aufsichtsperson (Erläuterung a bis i in Bd. 1, 334, 338; k, l in Bd. 2, 104).

m) Soldan, DRAZ. 16 54. In München besteht ein Ausschuß von 18 Mitgliedern, halb Anwälte, halb Kaufleute, welcher in drei Unterausschüsse zerfällt; jeder Antrag auf Anordnung einer Geschäftsaufsicht wird vom Gericht dem Ausschuß und von diesem wieder einem Unterausschuß zur Begutachtung überwiesen. Die Gutachten machen in der überwiegenden Mehrzahl die Anwälte; in vielen Fällen hat sich gezeigt, daß die Geschäftsaufsicht wieder aufgehoben werden muß; auch hierüber erstattet der Ausschuß Gutachten; das Gericht hat fast in allen Fällen sich den von den Ausschüssen erstatteten Gutachten angeschlossen.

Als Aufsichtspersonen fungieren ebenfalls in überwiegender Zahl Anwälte; die Aufstellung von Kaufleuten als Aufsichtspersonen hat sich im allgemeinen als wenig empfehlenswert erwiesen, vielmehr besteht auf seiten der Kaufleute keine große Geneigtheit, das Ehrenamt der Aufsichtspersonen zu übernehmen.

Von Kaufleuten als Aufsichtspersonen durchgeführte außergerichtliche Arrangements zählen im Verhältnis zu denen, welche von Rechtsanwälten durchgeführt werden, zu den verschwindenden Seltenheiten.

(Abschnitt II in Bd. 1, 338ff.; 2, 105.)

III. Verweisung auf die Konkursordnung.

(Unterabschnitt 1 bis 4 in Bd. 1, 339; 2, 105.)

5. Beginn der Geschäftsaufsicht.

Swond, DJZ. 16 888. Die Geschäftsaufsicht „beginnt" erst mit der von Amtswegen zu bewirkenden Zustellung des Beschlusses an den Schuldner. Da im Interesse des Schuldners eine „öffentliche" Bek. der Anordnung nicht stattfindet, hat diese Zustellung von Amts wegen stets zu geschehen, gleichgültig, ob der Anordnungsbeschluß verkündet wurde oder nicht (§ 329 ZPO.). Auch die Vorschrift der Aushändigung einer Bestallung an die betr. Aufsichtsperson (§ 6 Abs. 2 l. c. § 81 Abs. 2 KO.) spricht gegen die Anwendung des § 108 KO. Abs. 2. Da ferner der Zweck der Geschäftsaufsicht in der Bewahrung des Schuldners vor wirtschaftlichen Nachteilen besteht und letzterer — im Gegensatz zum Gemeinschuldner — Herr seines Vermögens, sowie in seiner Geschäfts-, Verfügungs- und Prozeßfähigkeit unbeschränkt bleibt, muß angenommen werden, daß der Anordnungsbeschluß erst mit der Zustellung an ihn rechtlich in Wirksamkeit tritt; ebenso LeipzZ 16 1149 (LG. Straßburg).

§ 5.

Unzulässigkeit der Konkurseröffnung. — Beschränkte Zulässigkeit von Arresten und Zwangsvollstreckungen.

Inhaltsübersicht.

A. Unzulässigkeit der Konkurseröffnung I 340, II 107.

B. Arreste und Zwangsvollstreckungen in das Vermögen des Schuldners finden nur zugunsten der bevorrechtigten Gläubiger statt I 340, II 107, III 111.

I. Vermögen des Schuldners I 340, II 107.

1. Es gibt kein aufsichtsfreies Vermögen I 340, II 107.

2. Wechselwirkung von Geschäftsaufsicht und Güterstand I 341.

a) Beim gesetzlichen Güterstande I 341.

α. Wirkung des Güterstandes auf die Geschäftsaufsicht I 341.

αα. Geschäftsaufsicht über den Ehemann I 341.

ββ. Geschäftsaufsicht über die Ehefrau I 341.

β. Wirkung der Geschäftsaufsicht auf den Güterstand I 341.

b) Bei Gütergemeinschaft I 342.

α. Wirkung des Güterstandes auf die Geschäftsaufsicht I 342.

αα. Geschäftsaufsicht über den Ehemann I 342.

ββ. Geschäftsaufsicht über die Ehefrau I 342.

γγ. Keine Geschäftsaufsicht über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft I 342.

β. Wirkung der Geschäftsaufsicht auf den Güterstand I 342.

c) Bei Gütertrennung I 343.

3. Geschäftsaufsicht über das Vermögen eines Kindes unter elterlicher Gewalt I 343.

a) Wirkung der elterlichen Gewalt auf die Geschäftsaufsicht I 343.

b) Wirkung der Geschäftsaufsicht auf die elterliche Gewalt I 343.

II. Die Beschränkung betrifft Arreste und Zwangsvollstreckungen I 343, II 107.

1. Arreste I 343, II 107.

2. Zwangsvollstreckungen I 343.

III. Die Beschränkung betrifft nur Arreste und Zwangsvollstreckungen, also nicht:

1. Einstweilige Verfügungen? I 344, II 108, III 111.

a) Bejahend I 344, II 108.

b) Verneinend I 344, II 109, III 111.

2. Neue Klagen und anhängige Streitsachen I 344, II 109, III 112.

a) Sind neue Klagen zulässig? I 344, II 109, III 112.

α. Bejahend I 344, II 109, III 112.

β. Verneinend I 344, II 109.

γ) Vermittelnd II 109, III 113.

b) Anhängige Streitsachen werden weder unterbrochen noch ausgesetzt I 344, II 110.

c) Einwirkung der Geschäftsaufsicht auf die Kostenentscheidung I 344, II 101, III 113.

3. Das Mahnverfahren I 345.

4. Auch nicht die Zulässigkeit der Erteilung der Vollstreckungsklausel? I 345, II 112.

a) Bejahend I 345, II 112.

b) Verneinend I 345.
5. Nicht die Anordnung der Nachlaßverwaltung bei Geschäftsaufsicht über den Nachlaß II 112.
IV. Voraussetzung der Beschränkung ist die Anordnung der Geschäftsaufsicht, der Antrag genügt nicht I 345.
V. Umfang des Arrest- und Vollstreckungsverbots I 345, II 112, III 114.
1. Sachliche Einschränkung I 345, II 112.
a) Unterlassungsansprüche I 345.
b) Vollstreckungen nach § 888 ZPO. I 345.
c) Vollstreckungen nach § 887 ZPO. I 346, III 114.
d) Vollstreckungen nach § 894 ZPO. I 346.
2. Persönliche Einschränkungen I 346, II 112, III 115.
a) Auf der Gläubigerseite I 346, II 112, III 115.
α. Bevorrechtigte Gläubiger I 346, II 112.
β. Anfechtungsrecht nicht bevorrechtigter Gläubiger? I 346, II 112.
αα. Für das Anfechtungsrecht I 346.
ββ. Gegen das Anfechtungsrecht I 346, II 112.
b) Auf der Schuldnerseite. Schließt die Geschäftsaufsicht über eine offene Handelsgesellschaft die Vollstreckung gegen die Gesellschafter wegen einer Gesellschaftsschuld aus? I 347, II 113.
α. Bejahend I 347.
β. Verneinend I 347, II 113.
Sonderfall bei Beaufsichtigung eines Nachlasses II 113.
VI. Ist das Vollstreckungsverbot von Amts wegen zu berücksichtigen und im Urteil auszusprechen? I 348, II 113, III 115.
1. Bejahend I 348.
2. Verneinend I 348, II 113, III 115.
VII. Geltendmachung des Vollstreckungsverbots I 349, II 113.
1. Durch den Schuldner I 341, II 113.
2. Durch die Aufsichtsperson? I 350.
3. Durch die bevorrechtigten Gläubiger? I 350.
VIII. Keine Einwirkung auf den Bestand der nicht vollstreckbaren Forderungen I 350, II 113, III 115.
1. Verjährung I 350.
2. Verzug I 350.
3. Zurückhaltung I 350.
4. Aufrechnung I 350, II 113, III 115.
IX. Einfluß auf die Gestaltung von Schuldverhältnissen I 351, II 114, III 116.

(Abschnitt A in Bd 1, 340; 2, 107.)

B. Arreste und Zwangsvollstreckungen in das Vermögen des Schuldners finden nur zugunsten der bevorrechtigten Gläubiger statt.

(Abschnitt I, II in Bd. 1, 340ff.; 2, 107.)

III. Die Beschränkung betrifft nur Arreste und Zwangsvollstreckungen, also nicht

1. Einstweilige Verfügungen.

a) Bejahend zu vgl. Bd. 1, 344; 2, 108.

b) Verneinend (Erläuterung α, β in Bd. 2, 109).

γ. OLG. 32 284 (München IV). Während die eine Meinung ausnahmslos verneint (Breit, JW. 15 170; OLG. Karlsruhe LeipzZ. 15 1534[2]), ergreift das Verbot nach anderer Ansicht die einstw. Verfügungen insoweit, als daraus eine Vollstreckung in das Vermögen des Schuldners ermöglicht wird (Wassermann 195 IV; Zieger, LeipzZ. 15 420; Mayer 156). Der letzteren Auffassung war beizutreten. Der Wortlaut des § 5 erwähnt zwar die einstw. Verfügungen nicht, er schließt sie aber damit weder schlechthin in das Verbot ein, noch ausnahmslos von ihm aus. Indem er Vollstreckungen der Gläubiger, die vom Verfahren betroffen werden, ganz allgemein für unstatthaft erklärt, verbietet er sie aus Vollstreckungsurkunden jeglicher Art und damit auch aus einstw. Verfügungen, soweit aus ihnen in das Vermögen des Schuldners vollstreckt wird (§§ 936, 928, 929 ZPO.). Daß neben den Zwangsvollstreckungen die Arreste, nicht aber die einstw. Verfügungen noch besonders hervorgehoben sind, hat keine ausschlaggebende Bedeutung. Schon gegenüber dem § 14[1] KO., dem sichtlichen Vorbilde des § 5 der Bek., war trotz des Abs. 2, der für den Konkurs den grundbuchrechtlichen einstw. Verfügungen ausdrücklich die Wirkung versagt, angenommen worden, daß kraft Abs. 1, obgleich dieser die einstw. Verfügungen nicht verbietet, doch solche zur Sicherung künftiger Kapitalsbeitreibung ausgeschlossen seien

(Jäger, KO. § 14[1]). Dem Gesetzgeber der Bek. konnte diese Rechtslage nicht entgangen sein. Wenn er trotzdem im § 5 die einstw. Verfügungen nicht ausdrücklich ausnahm, muß angenommen werden, daß er auch die Zwangsvollstreckung aus solchen dem Verbote des § 5 unterwerfen wollte. Zum gleichen Ergebnis führen der Sinn und der Zweck der Vorschrift. Wie § 14 KO. für den Konkurs, will § 5 der Bek. für die Dauer der Geschäftsaufsicht zur Wahrung der Gleichheit aller vom Verfahren betroffenen Gläubiger verhindern, daß einzelne von ihnen sich vollstreckungsweise befriedigen oder Vorrechte verschaffen. Dieser Zweck würde auch dann vereitelt werden, wenn während der Geschäftsaufsicht aus einstw. Verfügungen in das Vermögen des Schuldners vollstreckt werden dürfte. Es gilt dies besonders für die vollstreckungsweise Vormerkung eines Anspruchs auf Einräumung einer Sicherungshypothek, weil diese schließlich zu einem Absonderungsrechte führt. Ein Anhalt für die hier vertretene Ansicht läßt sich endlich noch aus § 7[2] der Bek. entnehmen, insofern dieser den Schuldner anweist, Verfügungen über Grundstücke zu unterlassen, seine Ansprüche zu befriedigen und sicherzustellen. Es läßt sich nicht denken, daß der Schuldner von freiwilligen Sicherungen absehen soll, ihm aber zwangsweise Sicherungen erlaubt sein sollen. Man würde ihm damit nur unnötige Rechtsstreite aufdrängen.

δ. OLG. 32 283 (KG. XXI). Keineswegs sind einstw. Verfügungen auch sachlich den Arresten gleichzustellen, da sie gänzlich anderen Zwecken dienen. Nur formell werden sie nach der ZPO. im wesentlichen gleich behandelt (JW. 15 161, 170; Mayer, Privatrecht des Krieges 156). Inwieweit etwa eine einstw. Verfügung dann nicht erlassen werden kann, wenn es zu ihrer Durchsetzung einer Vollstreckung bedarf, kann unerörtert bleiben, da hier nur das Verbot einer Handlung gefordert wird.

2. Neue Klagen und anhängige Streitsachen.

a) Sind neue Klagen zulässig?

α. Bejahend (Erläuterung αα bis δδ in Bd. 2, 109).

εε. JW. 16 1212, LeipzZ. 16 1325, Recht 16 552 N. 1053 (München FS.) Neue Klagen sind trotz der Anordnung der Geschäftsaufsicht über den Bekl. zulässig. Für das Gegenteil fehlt in der VO. jeder Anhalt. Hätte der Bundesrat die Klage nicht zulassen wollen, so hätte die Aufnahme einer dem § 12 KO. entsprechenden Bestimmung sehr nahe gelegen. Dem Schuldner steht gegen einen Vollstreckungsversuch der Schutz des § 766 ZPO. zu.

ζζ. Recht 16 552 Nr. 1060 (Nürnberg II). Die Anordnung der Geschäftsaufsicht hindert nicht die Erhebung einer Leistungsklage und die Verurteilung des Beaufsichtigten zur Leistung. — Letzterer bleibt zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten ohne Rücksicht auf die selbständige Stellung der Aufsichtsperson verpflichtet. Die Vorschrift des § 7 Abs. 2 VO. regelt nur das Innenverhältnis; anhängige Prozesse unterliegen weder der Unterbrechung noch der Aussetzung, neue Prozesse können anhängig gemacht werden. Der Gläubiger hat ein Interesse und ein Recht, auf die verweigerte Leistung des Schuldners rechtzeitig einen Vollstreckungstitel zu erwirken. Das Ziel der VO. ist nur, mittels Vollstreckungsaufschubs ohne Konkursverfahren die allmähliche gleichmäßige Befriedigung der Gläubiger zu ermöglichen. Eine weitere Beschränkung der Gläubigerrechte ist mit dem Wortlaut und dem Zwecke der VO. unvereinbar.

ηη. Goldschmit, JW. 16 1326. Entweder hat das Vorliegen zahlreicher Schuldtitel nach Aufhebung der Geschäftsaufsicht den Zusammenbruch des Schuldners zur Folge, dann wird der Zweck des Aufsichtsverfahrens vereitelt und die Gläubiger erhalten auch keine Befriedigung, oder es wird, um die Vollstreckungstitel zu neutralisieren — was sich wohl als notwendig erweisen wird —, ein neues Überleitungsverfahren von der Aufsicht in den freien Gewerbebetrieb geschaffen werden müssen, dann nützt dem Gläubiger sein Urteil auch nichts. Die Berücksichtigung dieser Fälle hätte ein Verbot der Klaganstellung gerechtfertigt, auch jetzt wäre es noch nicht zu spät; erhebliche Kosten würden dem Schuldner erspart.

ϑϑ. Für die Zulässigkeit der Klageerhebung auch BadRpr. 16 153 (Karlsruhe II) und JW. 16 1491 (Cöln I).

εε. LeipzZ. 16 1385 Nr. 2 (Dresden IV). Der Senat hält an der in seinem Urteil v. 14. Januar 1915 zu 4 O 174/15 (SächsA. 15 458) ausgesprochenen und (Kriegsbuch von Güthe-Schlegelberger I, 344; II, 109 unter 2a) als herrschend zu bezeichnenden Ansicht fest, daß dem Gläubiger grundsätzlich trotz Bestehens der GeschAuff. die Klagbefugnis gegen den Schuldner nicht abgesprochen werden darf. Die Bedenken, die der I. Senat dagegen geäußert hat (SächsA. 15 494) vermag man nicht zu teilen. Zu einer anderen Auffassung nötigt nicht der Zweck der wirtschaftlichen Maßnahme der Bek. vom 8. August, durch die allein der Kriegskonkurs vermieden werden soll. Eine Beschränkung der Rechte der Gläubiger, die nur zu deren Benachteiligung führen könnte, war über das Verbot der Konkurseröffnung und der Einzelvollstreckung hinaus (§§ 1, 5 Satz 1 und 2 der Bek.) nicht erforderlich. Für die gegenteilige Ansicht ist auch nicht maßgebend, daß für den Schuldner eine wirtschaftliche Gefahr vorliege, wenn alsbald bei Aufhebung des Kriegsnotgesetzes aus vollstreckbaren Titeln gegen ihn vorgegangen werden könne. Ob und wie die Gesetzgebung die Nachwirkungen der GeschAuff. in die Friedenswirtschaft überleiten wird, bleibt abzuwarten. Es ist also nicht ohne weiteres anzuerkennen, daß der Gläubiger die Kosten tragen muß, wenn er in Kenntnis der GeschAuff. klagt, und der Schuldner den Klaganspruch anerkennt; vielmehr ist von Fall zu Fall zu erörtern, ob dem anerkennenden Schuldner die Vorschrift in § 93 ZPO. zur Seite steht. Dies ist hier zu bejahen. Der Bekl. hat den Klaganspruch nie bestritten, sogar die Schuld schriftlich anerkannt. Er hat nur unter Bezugnahme auf die GeschAuff. und den Mangel von Mitteln Zahlung abgelehnt. Der Bekl. hatte nach Lage der Sache Recht und Pflicht, die Zahlung zu verweigern, er brauchte deshalb auch nicht, um der Kostenpflicht zu entgehen, zugleich mit dem Anerkenntnisse zu zahlen. Unter diesen Umständen müssen nach § 93 ZPO. dem Kläger die Kosten zur Last fallen.

β. Verneinend zu vgl. Bd. 2, 109.

γ. Vermittelnd (vgl. Bd. 2, 109).

JW. 16 866, LeipzZ. 16 762, SächsA. 16 196 (Dresden I). An der Entsch. v. 20. Oktober 1915 SächsA. 15 494, LeipzZ. 16 77, DJZ. 16 44 (in Bd. 2, 109 αγ) wird festgehalten. Ohne die Entziehung der Befugnis zur Leistungsklage kann der Zweck der GeschAuff. nicht erreicht werden. Könnte der Gläubiger die vollstreckbare Verurteilung des Schuldners zur sofortigen Leistung oder zur Leistung nach Aufhebung der GeschAuff. erwirken, so würden erfahrungsmäßig, wenn einmal ein Gläubiger zur Klage geschritten ist, bald andere folgen, und es würde, sobald § 5 Satz 2 der Zwangsvollstreckung nicht mehr entgegensteht, die unausbleibliche Häufung der Zwangsvollstreckungen gegen den Schuldner notwendig den Konkurs herbeiführen. Der Satz, daß dem Gläubiger für die Dauer des Aufsichtsverfahrens die Leistungsklage versagt ist, ist zwar nicht ausdrücklich im Gesetz enthalten, er ergibt sich aber nicht nur aus dessen Zweck, sondern er ist darin auch unzweideutig ausgedrückt, insbesondere in der Pflicht des Schuldners, die Leistung zu verweigern. Hierdurch wird nicht die Klage auf Zahlung nach Aufhebung des Aufsichtsverfahrens nach § 259 ZPO. unter den dort geforderten Voraussetzungen ausgeschlossen. Damit wird dem Gläubigerinteresse auch in den Fällen genügt, wo die Vorbedingung der Geschäftsaufsicht (§ 3 Abs. 1) nur irrtümlich angenommen worden ist oder wo sonst der Schuldner sich des in ihn gesetzten Vertrauens unwürdig zeigt. Auch die Feststellungsklage ist dem Gläubiger nicht zu versagen, wenn er von der Teilnahme an Abschlagsverteilungen deshalb ausgeschlossen wird, weil seine Forderung bestritten wird, oder wenn dies notwendig ist, um eine drohende Verjährung zu unterbrechen, wobei allerdings § 202 BGB. zu beachten ist.

(Unterabschnitt b in Bd. 1, 344; 2, 110.)

c) Einwirkung der Geschäftsaufsicht auf die Kostenentscheidung.

(Erläuterung α bis ε in Bd. 1, 344ff.; ζ bis π in Bd. 2, 110ff.)

ϱ. Recht 16 201 Nr. 441 (Stuttgart I). Ob der unter Geschäftsaufsicht stehende Schuldner, der den Klaganspruch anerkennt, die Kosten des Rechtsstreits zu tragen hat, hängt von dem Einzelfall ab.

Es gibt Fälle, in denen es unbillig wäre, und gegen den Sinn der GeschAufsVO. verstoßen würde, wenn dem beklagten Schuldner trotz seines sofortigen Anerkenntnisses die Kosten einer gegen ihn während der Dauer der Geschäftsaufsicht erhobenen Klage auferlegt würden, z. B. wenn die eingeklagte Forderung erst während des Bestehens der Geschäftsaufsicht fällig geworden ist und die Aufsichtsperson dem Schuldner die in § 7 Abs. 2 GeschAufsVO. geforderte Zustimmung zur Befriedigung dieser Forderung versagt hat. Im gegenwärtigen Fall dagegen hat die Beklagte der Klägerin schon dadurch Veranlassung zur Klage gegeben, daß sie die vor Anordnung der Geschäftsaufsicht fällig gewordenen Forderungen der Klägerin trotz Mahnung nicht bezahlt hat, ehe es überhaupt zur Anordnung der Geschäftsaufsicht kam. Überdies hat die Beklagte der Klägerin dadurch Veranlassung zur Klage gegeben, daß sie die ihr angesonnene Ausstellung einer vollstreckbaren Urkunde über die hernach eingeklagten Forderungen abgelehnt hat.

a. Recht **16** 552 Nr. 1061 (Nürnberg II). Erkennt der Schuldner nur die Entstehung seiner Leistungspflicht an und bekämpft er im übrigen das Klagerecht des Gläubigers mit dem Hinweis auf die gegen ihn angeordnete Geschäftsaufsicht, so liegt kein Anerkenntnis des Klaganspruchs im Sinne der §§ 93, 307 ZPO. vor und ist der unterliegende Schuldner nach der Regel des § 91 ZPO. kostenpflichtig; hiergegen Cahn, BayRpflZ. **16** 317ff.

τ. Recht **16** 552 Nr. 1059 (München). Der Beklagte hat nicht etwa im Sinne des § 307 ZPO. den erhobenen Leistungsanspruch anerkannt, so daß hierauf unbeschadet des Kostenstreits Anerkenntnisurteil ergehen könnte. Er hat vielmehr in erster Instanz Klagabweisung und in der Berufungsinstanz Zurückweisung der Berufung gegen diese Klagabweisung beantragt. Seine Erklärung, daß der Anspruch in Ordnung gehe, bedeutet somit lediglich ein Geständnis des Anspruchsbestandes vorbehaltlich der Bestreitung der Fälligkeit und derzeitigen Leistungspflicht. Auf solche Fälle ist § 93 ZPO. nicht anwendbar, wie denn auch alle Entscheidungen, die zu § 5 GeschAufsVO. den § 93 ZPO. heranziehen, grundsätzlich vor der Zulässigkeit der Leistungsklage ausgehen.

(Abschnitt IV in Bd. 1, 345.)

V. Umfang des Arrest- und Vollstreckungsverbots.

1. Sachliche Einschränkung.

(Unterabschnitt a, b in Bd. 1, 345; 2, 112.)

c) Vollstreckungen nach § 887 ZPO. (zu vgl. Bd. 1, 346).

BadRpr. **16** 138 (Karlsruhe FS.). Im Falle des § 887 ZPO. kann der unter Geschäftsaufsicht stehende Schuldner nicht zur Vorauszahlung der dem Gläubiger erwachsenden Kosten verurteilt werden. Dagegen ist die Ermächtigung des Gläubigers, die Handlung (Befreiung von einer Bürgschaft) auf Kosten des Schuldners vorzunehmen, trotz der Geschäftsaufsicht zulässig.

d) Vollstreckungen nach § 894 ZPO. (zu vgl. Bd. 1, 346).

α. BayRpflZ. **16** 317, Recht **16** 552 Nr. 1062 (Nürnberg II). Ist die Abgabe einer Willenserklärung Inhalt der Leistung und des Urteils, so ist das Klagerecht des Gläubigers nicht anders zu beurteilen als für gewöhnliche Leistungsverbindlichkeiten des Schuldners; die weitere Frage der Vollstreckungswirkung eines solchen Urteils bedarf dann keiner Prüfung, wenn das angefochtene Urteil die Willenserklärung als erst mit der Beendigung der Geschäftsaufsicht abgegeben gelten läßt, und der Kläger hiergegen Berufung nicht ergriffen hat.

β. Hiergegen Cahn, BayRpflZ. **16** 317. Nicht § 5, wohl aber § 7 Bek. hindert die Verurteilung mit dem Ziele der Vollstreckung gemäß § 894 ZPO. Ist die Rechtsmacht des Schuldners eingeengt, so kann auch nicht die Leistung durch die Rechtskraft eines Urteils erzwungen werden.

2. Persönliche Einschränkungen.

a) Auf der Gläubigerseite (zu vgl. Bd. 2, 112).

OLG. 32 283 (KG. XXI). Unbedenklich können auch trotz der Unzulässigkeit von Zwangsvollstreckungen Anfechtungsansprüche gegen einen unter Geschäftsaufsicht stehenden Schuldner erhoben werden. Denn wenn auch nach § 7 AnfG. der Gläubiger verlangen kann, daß das zu seiner Befriedigung Erforderliche von dem Empfänger zurückgewährt wird, so ist ein solcher Anspruch doch einer Zwangsvollstreckung nicht als gleichwertig zu erachten (JW. 15 161, 172).

VI. Ist das Vollstreckungsverbot von Amts wegen zu berücksichtigen und im Urteile auszusprechen?

1. Bejahend zu vgl. Bd. 1, 113.

2. Verneinend (Erläuterung a bis d in Bd. 1, 348; e bis g in Bd. 2, 113).

h) Goldschmit, JW. 16 1326. Das Vollstreckungsverbot ist weder von Amts wegen zu berücksichtigen noch überhaupt im Urteile auszusprechen. § 780 ZPO. ist nicht anwendbar. Denn er enthält eine prozessuale Ausführungsvorschrift für eine im bürgerlichen Rechte begründete Haftungsbeschränkung; bei der Aufsichtsverordnung steht aber lediglich die prozessuale Vollstreckungshemmung in Frage, nicht eine durch das materielle Recht gewährleistete Haftungsbeschränkung. Sohin fehlt es dem Prozeßrichter an der gesetzlichen Ermächtigung, eine Haftungsbeschränkung auszusprechen; ein trotzdem erfolgter Urteilsspruch bindet nach dieser Richtung den Vollstreckungsrichter nicht und enthebt ihn nicht der selbständigen Prüfungspflicht (vgl. Gilbert in Recht 15 187).

Die Geltendmachung des Vollstreckungsverbotes erfolgt nicht gemäß § 732 ZPO.; denn die Voraussetzung, daß die Vollstreckungsklausel zu Unrecht erteilt wurde, besteht nicht.

§ 766 ZPO. bietet den geeigneten Rechtsbehelf; er steht auch dann zur Verfügung, wenn die Unzulässigkeit der Vollstreckung geltend gemacht wird. Und zwar kann zunächst der beaufsichtigte Schuldner sich des § 766 bedienen, ebenso können es die durch § 9 VO. privilegierten Gläubiger; denn sie haben ein berechtigtes Interesse an der Abwehr der Vollstreckung; nicht aber steht dieses Recht der Aufsichtsperson zu; sie hat weder ein eigenes Interesse, noch hat sie Vertretungsbefugnis des Schuldners oder von Gläubigern (vgl. Löwenwarter, JW. 15 288).

Auch kann der Schuldner sich schützen durch Vorzeigung des die Aufsicht aussprechenden Beschlusses. Der Gerichtsvollzieher kann alsdann von einer Vollstreckung absehen, da das in dem Beschluß tatsächlich enthaltene Vollstreckungsverbot von Amts wegen zu berücksichtigen ist. Hat der Gerichtsvollzieher Zweifel, ob die Aufsicht noch besteht oder ob es sich nicht etwa um einen privilegierten Gläubiger handelt, so wird er gut daran tun, zu vollstrecken; der Schuldner oder die privilegierten Gläubiger können dann sowohl nach § 766 ZPO. vorgehen wie nach § 776 ZPO., daß aber nach § 775 ZPO. die Vollstreckung „ohne weiteres" gehindert werden könne, ist in dieser Allgemeinheit nicht zutreffend.

VIII. Keine Einwirkung auf den Bestand der nicht vollstreckbaren Forderungen.

(Unterabschnitt 1 bis 3 in Bd. 1, 350.)

4. Ist die Aufrechnung zulässig?

(Erläuterung α, β in Bd. 1, 350; 2, 113).

γ. PosMSchr. 16 10 (Posen V). Aus § 5 in Verb. mit § 394 BGB. kann das Aufrechnungsverbot nicht gefolgert werden, denn sonst müßte mit Rücksicht auf § 400 BGB. auch die Abtretung für unzulässig gehalten werden. Auch die entsprechende Anwendung der §§ 5, 6, 8 führt nicht zur Versagung der Aufrechnung. Die VO. billigt nicht jedes

Mittel zur verständigen und gerechten Abwicklung der Vermögensverhältnisse. Sie entzieht nicht einmal dem Schuldner die Befugnis, über sein Vermögen zu verfügen (§ 7 Abs. 2 ist nur eine Sollvorschrift). Wenn das Gesetz mithin selbst hier nur schonend in die Rechtsverhältnisse der Parteien einzugreifen für nötig hält, kann man es in anderen Richtungen nicht ausdehnend auslegen, ohne gegen seinen Geist zu verstoßen. Sein Wesen als das einer Ausnahmebestimmung ist daher auch insoweit zu wahren.

δ. JW. 16 1037 (Stuttgart III). Die nur für das Konkursverfahren getroffene Vorschrift des § 55 Ziff. 2 KO. kann auf den Fall der Abtretung zwecks Aufrechnung gegen einen unter Geschäftsaufsicht stehenden Gläubiger nicht entsprechend angewendet werden: das verbietet sich durch die Natur des zur Abwendung von Konkursen eingeführten Instituts der Geschäftsaufsicht, das sich vom Konkursverfahren grundsätzlich unterscheidet: vgl. § 8 BRVO. v. 8. August 1914 und den auf bestimmte einzelne Paragraphen der KO. verweisenden § 9 daselbst.

ε. JW. 16 1037, Recht 16 462 Nr. 917 (Stuttgart III). Es läßt sich unmöglich annehmen, die Aufrechnung habe gegenüber einem unter Geschäftsaufsicht stehenden Schuldner in weiterem Umfange als gegenüber einem Gemeinschuldner, nämlich allgemein ausgeschlossen werden sollen: eine dem § 55 Ziff. 2 KO. entsprechende Bestimmung fehlt aber eben in der BRVO. und läßt sich in diese nicht hineininterpretieren. Der § 394 BGB. kann also auch in einem Fall der vorliegenden Art der Aufrechnung nicht im Wege stehen. Das ergibt aber auch sein Inhalt, der sich nur auf solche Forderungen bezieht, die ihrer besonderen Art nach der Pfändung nicht unterliegen, nicht aber schlechthin auf alle Forderungen, die deshalb nicht gepfändet werden können, weil der Vermögenskomplex, dem sie angehören, dem Zugriff der Gläubiger oder (im Konkurs) einzelner (Konkurs-) Gläubiger entzogen ist.

ζ. JW. 16 1213 (Karlsruhe IV). Die Aufrechnung steht sowohl dem Schuldner wie dem Gläubiger zu. § 394 BGB. ist aus den zutreffenden Gründen des OLG. Celle (in Bd. 2, 113) nicht anwendbar. Auch eine entsprechende Anwendung des § 55 Nr. 2 KO. ist ausgeschlossen. Die BO. steht auf dem Standpunkt, gleichzeitig im Interesse der Aufrechterhaltung des Kredits des Schuldners die Rechte des Gläubigers tunlichst zu wahren.

η. Für die Zulässigkeit der Aufrechnung LG. Flensburg, SchlHolstAnz. 16 85.

IX. Einfluß auf die Gestaltung von Schuldverhältnissen.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 1, 351; 6 ind Bd. 2, 114.)

7. DJZ. 16 1002 (Karlsruhe I). Dem Bürgen steht die Einrede der Vorausklage nicht zu.

§ 6.

Rechtsstellung der Aufsichtsperson.

Inhaltsübersicht.

I. Regelfall (§ 6 Abs. 1 Satz 1): Unterstützung und Überwachung I 352, II 115.
1. Allgemeines I 352, II 115.
2. Einzelheiten I 353, II 116.
II. Sonderfall (§ 6 Abs. 1 Satz 3) I 353, II 117.
III. Übertragung der Geschäftsführung (§ 6 Abs. 1 Satz 2) I 353, II 117.
1. Übertragung auf einen anderen I 353, II 117.
a) Nur die Geschäftsführung, nicht das Aufsichtsamt wird übertragen I 353.
b) Wirkung der Übertragung I 354, II 117.
α. Im Verhältnis zum Schuldner I 354, II 117.
β. Im Verhältnis zu Gehilfen I 354.
γ. Im Verhältnis zu Dritten I 355, II 118.
c) Vergütung des Geschäftsführers I 355.
2. Übernahme der Geschäftsführung durch die Aufsichtsperson I 355, II 118.
a) Ist die Übernahme zulässig? I 355, II 118.
α. Bejahend I 355.
β. Verneinend I 356, II 118.
b) Wirkungen der Übernahme I 356.
IV. Entscheidung bei Widerspruch I 356, II 118.
V. Auslagen und Vergütung der Aufsichtsperson I 356, II 118, III 117.
1. Zeitpunkt der Festsetzung I 356, II 118.
2. Höhe der Vergütung I 356.
3. Wirkung der Festsetzung I 352, II 118, III 117.
a) Außerhalb eines Konkursverfahrens I 356, II 118.

α. Begründet die Festsetzung einen Vollstreckungstitel?
αα. Bejahend III 117.
ββ. Verneinend I 356, II 119, III 117.
β. Ist der Anspruch bevorrechtigt? I 356, II 119.
αα. Bejahend I 356, II 119.
ββ. Verneinend I 356, II 119.
b) Innerhalb eines Konkursverfahrens I 356, II 119, III 117.
Ist der Anspruch bevorrechtigt? I 356, II 119, III 118.
α. Bejahend I 356, II 119, III 118.
β. Verneinend I 356, II 119, III 119.
VI. Entlassung der Aufsichtsperson I 357, II 119.
Ist sie gegen den Willen der Aufsichtsperson zulässig? I 357, II 119.
1. Bejahend I 357, II 119.
2. Verneinend I 357, II 119.

(Abschnitt I bis IV in Bd. 1, 352ff.; 2 115ff.)

V. Auslagen und Vergütung der Aufsichtsperson.

(Abschnitt 1, 2 in Bd. 1, 356; 2, 118.)

3. Wirkung der Festsetzung.

a) Außerhalb eines Konkursverfahrens.

α. Begründet die Festsetzung einen Vollstreckungstitel?

αα. Bejahend.

JW. 16 684, LeipzZ. 16 1051 (Dresden I). Der Festsetzungsbeschluß hat die Eigenschaft eines vollstreckbaren Schuldtitels. Die nach § 85 KO. getroffene Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters liefert, wie das BG. mit Jäger, KO. § 85 Anm. 4, Wolf, KO. § 85 Nr. 5 annimmt, einen sofort verwendbaren Vollstreckungstitel im Sinne von § 794 Nr. 3 ZPO. Nun ist zwar nach § 11 der Bek. v. 8. August 1914 der nach § 6 Abs. 3 zugunsten der Aufsichtspersonen ergehende Festsetzungsbeschluß unanfechtbar. Das ist aber kein ausschlaggebender Grund, ihm die Eigenschaft eines Vollstreckungstitels abzusprechen. Wäre die Bestimmung in § 11 der Bek. nicht getroffen, so wäre entsprechend der Vorschrift in § 83 Abs. 3 KO. die Festsetzung der Gebühren und Auslagen der Aufsichtspersonen mit Beschwerde anfechtbar. Auch nach ihrem Inhalt ist sie geeignet, als Grundlage für die Zwangsvollstreckung zu dienen. In der Literatur ist anerkannt, daß Beschlüsse der Oberlandesgerichte, obwohl sie in § 567 Abs. 2 ZPO. ausdrücklich der Anfechtung entzogen sind, doch als Vollstreckungstitel angesehen werden können, wenn sie ohne diese die Anfechtung ausschließende Vorschrift mit Beschwerde angegriffen werden könnten (Gaupp-Stein, ZPO. § 794 Bem. V). Da die Versagung der Anfechtung in § 11 zweifellos nicht darauf abzielt, den Beschlüssen des Aufsichtsgerichts die Eigenschaft eines Vollstreckungstitels zu entziehen, so steht nichts entgegen, diese Auffassung auch für § 6 Abs. 3 der Bek. v. 8. August 1914 gelten zu lassen. Sie ist auch für den Beschluß auf Festsetzung einer Ordnungsstrafe nach § 6 Abs. 2 verb. mit § 84 Abs. 1 KO. und gegebenenfalls auch für die gemäß § 6 Abs. 1 Satz 3 ergehenden Gerichtsbeschlüsse unerläßlich, da alle diese Beschlüsse sonst der praktischen Bedeutung und Wirksamkeit ermangeln würden.

ββ. Verneinend (außer den in Bd. 2, 118 Genannten).

JW. 16 1221 (AG. Duisburg). Der Festsetzungsbeschluß ist nicht vollstreckbar. Der § 794 Ziff. 3 ZPO. trifft mit Rücksicht auf § 11 VO. nicht zu. Verweigert der Konkursverwalter die Zahlung, so muß die Aufsichtsperson die Zahlung des festgesetzten Betrages als Masseschuld klagend geltend machen. Dabei ist der Inhalt des Festsetzungsbeschlusses der Nachprüfung durch das Prozeßgericht entzogen.

b) Innerhalb eines Konkursverfahrens.

Ist der Anspruch bevorrechtigt?

α. Bejahend (außer den Bd. 2, 119 Genannten, αα und ββ).

γγ. JW. 16 684, LeipzZ. 16 1051, SächsA. 16 191 (Dresden I). Aus den Übereinstimmungen der Bek. mit der Konkursordnung hinsichtlich der Stellung der Aufsichtspersonen und des Konkursverwalters ist zu schließen, daß der Gesetzgeber die Aufsichtspersonen in wesentlichen Punkten dem Konkursverwalter hat gleichstellen wollen. Es liegt kein Grund vor, von dieser Gleichstellung den Anspruch der Aufsichtspersonen auf Ver-

gütung und Auslagenerstattung auszuschließen. Ein solcher Grund ist namentlich nicht darin zu erblicken, daß die Tätigkeit der Aufsichtspersonen vor der Konkurseröffnung liegt, und, wenn eine solche erfolgt, beendet sein muß. Auch die Nachlaßverwaltung endet nach § 1988 Abs. 1 BGB., wenn der Nachlaßkonkurs ausbricht. Und doch sind nach § 224 Nr. 4 KO. (Jäger, KO., 4. Aufl. § 224, Anm. 10, JW. 06 114[13]) die Kosten einer solchen Verwaltung im Nachlaßkonkurse Massenschulden. Der in §§ 57, 58 Nr 2 und § 224 Nr. 4 KO. ausgesprochene Grundsatz, daß die Kosten der dort erwähnten Verwaltungen aus der Masse vorweg zu berichtigen sind, deckt sich auch mit der Vorschrift in § 155 ZVG., wonach bei einer Zwangsverwaltung über ein Grundstück die Vergütung und die Erstattung der Ausgaben des Verwalters aus den Nutzungen des Grundstückes vorweg zu bestreiten sind. Aus allen diesen Vorschriften läßt sich die gesetzgeberische Anerkennung des Rechtsgrundsatzes entnehmen, daß die Kosten einer im Interesse der Gläubiger zur Erhaltung ihrer Befriedigungsrechte gerichtlich eingesetzten Verwaltung aus dem verwalteten Vermögen vorweg also vor allen anderen Verbindlichkeiten zu decken sind. Daraus, daß die Rechtstellung der Aufsichtspersonen der des Konkursverwalters (§ 6 Abs. 2 KO.), des Vermögensverwalters (§§ 1984f. BGB.) und des Zwangsverwalters (§§ 152f. ZVG.) nicht völlig gleich ist, kann aber kein triftiger Grund dafür entnommen werden, daß sie hinsichtlich ihrer Vergütung und Auslagen ungünstiger zu behandeln seien als die erwähnten anderen Verwalter. Der Anspruch der Aufsichtspersonen auf Vergütung und Auslagenersatz ist sonach in einem späteren Konkursverfahren — jedenfalls wenn Aufsichtsverfahren und Konkurs im zeitlichen und inneren Zusammenhang stehen — als Massenschuld anzusehen.

δδ. RG. VII, DJZ. 16 897, JW. 16 1021, WarnE. 16 292. Als allgemeiner Rechtsgrundsatz ist anzuerkennen, daß die Kosten einer im Interesse der Gläubiger eingesetzten Verwaltung aus dem verwalteten Vermögen vorweg zu decken sind und in jedem Vollstreckungsverfahren (einschließlich der Vollstreckungssicherung) nur dasjenige Vermögen des Schuldners zur Befriedigung der Gläubiger zu verwenden ist, welches nach Deckung der Kosten des Vollstreckungsverfahrens übrig bleibt. Danach sind die Gebühren und Auslagen der Aufsichtsperson im nachfolgenden Konkursverfahren als Massekosten i. S. des § 58 Nr. 2 KO. zu behandeln (unter Bestätigung des zu *γγ* mitgeteilten Urteils); im Ergebnis und im wesentlichen auch in der Begründung zustimmend Jäger, JW. 16 1021.

εε. JW. 16 978 (AG. Mühlheim). Die Aufsichtsperson ist ebenso wie der Konkursverwalter als Vertreter des Gemeinschuldners anzusehen. Daran ändert der Umstand nichts, daß die Bestellung durch die Behörde erfolgt. Das Vorrecht aus § 61[1] KO. dessen, der sich für das Erwerbsgeschäft des Gemeinschuldners zur Leistung von Diensten verdungen hat, muß also auch dem zustehen, der behördlich zur Leistung von Diensten bestellt ist.

ββ. Verneinend (außer den in Bd. 2, 119 Genannten *αα, ββ*).

γγ. JW. 16 976, KGBl. 16 50 (KG. XII). Der Anspruch der Aufsichtsperson auf Vergütung ihrer Tätigkeit genießt in einem der Geschäftsaufsicht folgenden Konkursverfahren kein Vorrecht. Die Anordnung der Geschäftsaufsicht bezweckt, den durch die Kriegsverhältnisse in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Geschäftsleuten eine sachkundige Person zur Unterstützung und Überwachung des Geschäfts im Interesse der Gläubiger beizugeben, um dadurch eine Vermögensverschleuderung und ein Konkursverfahren zu verhüten. Diese Absicht des Gesetzgebers ergibt sich klar aus § 3 VO., nach der die Geschäftsaufsicht nur dann angeordnet werden soll, wenn die Behebung der Zahlungsunfähigkeit nach Beendigung des Krieges in Aussicht genommen werden kann. Sie ergibt sich weiter daraus, daß der Gesetzgeber in dem § 6 VO. gerade den § 58 KO. nicht zur entsprechenden Anwendung hineingezogen hat. Es bedürfte eben bei dem Zweck der Verhütung des Konkurses nicht nur nicht dieser Hineinziehung, eine solche hätte sogar zu dem Zweck der Geschäftsaufsicht nach dem Willen des Gesetzgebers geradezu im Widerspruch gestanden.

Aus diesen Erwägungen heraus hat offenbar der Gesetzgeber in § 6 Abs. 3 VO. den Vergütungsanspruch der Aufsichtspersonen dahin geregelt, daß er sich gegen den Schuldner zu richten hat.

Die entsprechende Anwendung der §§ 58, 59 KO. ist demnach unzulässig.

Dem Vorderrichter war auch darin beizutreten, daß eine bevorrechtigte Forderung im Sinne des § 61 Nr. 1 hier nicht vorliegt. Hierher gehören nur die Ansprüche derjenigen Gläubiger, die sich bei dem Gemeinschuldner verdungen hatten. Diese besondere Fassung der Bestimmung ist vom Gesetzgeber nach den Motiven deshalb gewählt, weil er nicht Ansprüchen aus Dienstverträgen aller Art das Vorrecht des § 61 Nr. 1 geben wollte, sondern nur den sogenannten Lidlöhnern, d. h. solchen Personen, die ihrer sozialen Stellung nach ohne Möglichkeit der Sicherung ihrer Forderung sich zu verdingen genötigt sind. Ausschlaggebend war demnach zur Gewährung dieses Vorrechtes die besondere Schutzbedürftigkeit der bezeichneten Personen. In den Kreis dieser Personen kann aber der Geschäftsaufsichtsführende keinesfalls gerechnet werden. Ganz abgesehen aber davon setzt § 61 Nr. 1 ein Dienstverhältnis im Sinne des BGB. voraus. Ein solches liegt hier aber nicht vor, da die Geschäftsaufsichtsperson kraft besonderen Gesetzes dem Schuldner gestellt wird, es sich also, wie der Vorderrichter zutreffend hervorhebt, um ein gesetzliches Schuldverhältnis handelt. Ebenso entfällt die Anwendbarkeit des § 49 KO., da dazu die gesetzlichen Voraussetzungen fehlen.

§ 7.

Beschränkung des Schuldners.

Inhaltsübersicht.

I. Auskunftspflicht gegenüber der Aufsichtsperson I 357, II 120.
1. Inhalt und Ausübung des Auskunftsrechts I 357, II 120.
2. Erzwingung der Auskunft I 357, II 120.
a) Ist Klage auf Auskunft zulässig? I 357, II 120.
α. Bejahend I 357.
β. Verneinend I 357, II 120.
b) Keine Pflicht zur Leistung des Offenbarungseides I 358.
II. Beschränkung der Handlungsfreiheit I 358, II 120.
1. Es handelt sich nicht um eine Beschränkung der Verfügungsmacht I 358, II 120.
2. Anfechtbarkeit I 358, II 120.
a) Allgemeines I 358.
b) Kein Anfechtungsrecht der Aufsichtsperson? I 358.
c) Anfechtung trotz Zustimmung der Aufsichtsperson? I 358, II 120.
α. Bejahend I 358, II 120.
β. Verneinend I 358.
d) Anfechtung der Handlungen der Aufsichtsperson? I 359.
e) Anfechtungsfristen I 359.
3. Nichtigkeit I 359.
4. Der Schuldner bleibt Kaufmann I 359.
5. Der Schuldner bleibt prozeßfähig und Prozeßpartei I 359.
III. Zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte I 359, II 120, III 119.
1. Begriff „Zustimmung" I 359.
2. Unentgeltliche Verfügungen und Verfügungen über Grundstücke usw. I 359.
3. Befriedigung und Sicherstellung von Ansprüchen II 120.
4. Eingehung von Verbindlichkeiten, die nicht erforderlich sind.
a) zur Fortführung des Geschäfts I 359.
b) zu einer bescheidenen Lebensführung I 359, II 121.
α. des Schuldners I 359, II 121.
β. seiner Familie I 360, II 121, III 119.
5. Prozeßführung III 120.
6. Gerichtliche Entscheidung bei Meinungsverschiedenheiten I 360.
IV. Keine Einwirkung auf öffentliche Rechte des Schuldners I 360, II 121.

(Abschnitt I, II in Bd. 1, 357ff.; 2, 119ff.)

III. Zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte.

(Unterabschnitt 1 bis 3 in Bd. 1, 359; 2, 121.)

4. Eingehung von Verbindlichkeiten, die nicht erforderlich sind (a in Bd. 1, 359).

b) zu einer bescheidenen Lebensführung (α in Bd. 1, 359; 2, 121)

β. seiner Familie (zu vgl. Bd. 1, 361; 2, 121).

αα. KGBl. 16 77 (AG. Charlottenburg). Zur Familie gehören nicht nur diejenigen Verwandten, die in häuslicher Gemeinschaft mit dem unter Geschäftsaufsicht Stehenden leben, sondern auch alle seine Verwandten, die einen gesetzlichen Anspruch auf Unterhalt gegen ihn haben, den sie, falls er denselben nicht freiwillig gewährt, erzwingen können.

Die Gläubiger können daher unbeschadet der Geschäftsaufsicht ihre Unterhaltsansprüche gegen die Schuldnerin im Zwangsvollstreckungsverfahren geltend machen, falls diese Ansprüche zu einer bescheidenen Lebensführung erforderlich sind. Da jedem Gläubiger nur eine Rente von monatlich 25 M. zusteht, muß bejaht werden, daß dieser geringe Betrag zu einer bescheidenen Lebensführung erforderlich ist.

ββ. KGBl. 16 77 (LG. II Berlin). Zur Familie gehören begrifflich nur die in der Hausgemeinschaft stehenden Angehörigen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Familienhaupte gegenüber unterhaltsberechtigt sind (vgl. Stein II 1913 Note IV zu 811 ZPO.). Danach gehören vorliegend die Gläubiger nicht zur Familie der Schuldnerin, da sie nicht in ihre Hausgemeinschaft aufgenommen sind.

5. Prozeßführung.

1. KGBl. 16 51 (LG. II Berlin.) Aus einem Kostenfestsetzungsbeschluß, der in einem nach Anordnung der Geschäftsaufsicht gegen den Schuldner eingeleiteten Prozesse gegen den Schuldner erlassen ist, kann auch noch während der Dauer der Geschäftsaufsicht vollstreckt werden. (Die Prozeßführung des Schuldners bedarf nicht der Zustimmung der Aufsichtsperson.)

2. AG. Charlottenburg 44 M 1457/16. Nach § 7 Bek. v. 8. August 1914 gehört die Führung von Prozessen nicht zu den Handlungen, zu denen der Schuldner der Zustimmung der Aufsichtspersonen bedarf. Als „Eingehung einer Verbindlichkeit" im Sinne des angeführten Paragraphen kann die Führung des Prozesses auch bezüglich der den Schuldner etwa treffenden Kosten nicht angesehen werden. Die Kostengläubiger werden daher gemäß § 9 von dem Verfahren nicht betroffen, so daß zu ihren Gunsten bezüglich der Kosten eine Vollstreckung stattfinden kann (§ 5 Bek.).

3. JW. 16 610 (Zweibrücken I). Die Anordnung der Geschäftsaufsicht steht der Unterbrechung und Aussetzung des Rechtsstreits nach dem KTSchG. nicht entgegen; zustimmend Goldschmit, das. In der Praxis dürfte freilich meist die Aufsichtsperson als geeigneter Vertreter anzuerkennen oder zu bestellen sein, so daß der Prozeß weitergehen kann.

§ 9.

Bevorrechtigte Forderungen.

Inhaltsübersicht.

I. Allgemeines I 362, II 122, III 120.
II. Die einzelnen Vorrechte I 363, II 122, III 120.
1. § 9 Nr. 1 I 363, II 122.
a) Begriff der „Zustimmung" I 363, II 122.
b) Widerruf der Zustimmung I 363.
c) Rechtshandlungen I 363, II 123.
α. Allgemeines I 363, II 123.
β. Rechtshandlungen der Aufsichtsperson I 363, II 123.
d) Nach Anordnung der Geschäftsaufsicht (Verlängerungswechsel) I 363, II 123.
2. § 9 Nr. 2 I 364, II 123, III 121.
3. § 9 Nr. 3 I 364, II 124.
4. § 9 Nr. 4 I 365.
5. Bereicherungsansprüche haben kein Vorrecht I 366.

I. Allgemeines.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 1, 362, 363; 5, 6 in Bd. 2, 122.)

7. BadNotZ. 16 78 (Vfg. des LG. Karlsruhe). Es empfiehlt sich, daß der Versteigerungsrichter im Ersuchen auf Eintragung des Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungsvermerks zum Ausdruck bringt, daß die Zwangsvollstreckung wegen eines unter § 9 Bek. fallenden Anspruchs angeordnet ist, dagegen ist nicht zu beanstanden, wenn der Grundbuchrichter sich auch ohne einen solchen Hinweis darauf verläßt, daß der Versteigerungsrichter die Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung nach der GeschAufsBek. geprüft hat.

II. Die einzelnen Vorrechte.

(1. § 9 Nr. 1 in Bd. 1, 363; 2, 122.)

2. § 9 Nr. 2.

(Erläuterung a bis d in Bd. 1, 364; 2, 123.)

e) DJZ. 16 1000, JW. 16 1355, LeipzZ. 16 1198, SächsA. 16 397 (Dresden FS.). § 9 Nr. 2 ist allerdings sinngemäß auszudehnen auf die Ersatzaussonderung des § 46 KO. Dabei ist jedoch zu beachten, daß ein Ersatzaussonderungsanspruch nach § 46 KO., außer im Falle des § 36 das. nicht stattfindet auf dasjenige, was der Hauptschuldner an Stelle des der Aussonderung unterliegenden Gegenstandes erhalten hat. Insoweit ist auch die Anwendung des § 9 Nr. 2 VO. ausgeschlossen.

f) Recht 16 404 Nr. 795 (München). Daß der Antrag auf Geschäftsaufsicht bald nach einem Kreditkauf erfolgte, macht noch nicht glaubhaft, daß dem Verkäufer ein Aussonderungsanspruch zufolge Anfechtung wegen Kreditbetrugs zusteht; die bloße Behauptung, daß der Antrag gerichtsbekannt zeitraubende Vorarbeiten voraussetze, genügt nicht zur Glaubhaftmachung bereits vorhandener Betrugsabsicht.

§ 11.

Unanfechtbarkeit der Entscheidungen.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 1, 367ff.; 6, 7 in Bd. 2, 125.)

8. DJZ. 16 739, ElsLothZ. 16 244 (Colmar). Die sofortige Beschwerde richtet sich nicht gegen eine Entscheidung, die die Anordnung die Durchführung oder die Aufhebung des Geschäftsaufsichtsverfahrens selbst zum Gegenstand hat und gegen die nach § 11 BRVO. v. 8. August 1914 eine Beschwerde nicht zulässig ist. Sie macht vielmehr lediglich eine Einwendung i. S. des § 766 ZPO. gegen die Art und Weise der Zwangsvollstreckung und zwar bei dem AG. als Vollstreckungsgericht geltend. Gegen Entscheidungen aber, die in dieser Hinsicht in Zwangsvollstreckungsverfahren ergehen, findet auch während der Dauer der Geschäftsaufsicht nach § 793 ZPO. die sofortige Beschwerde statt.

9. JW. 16 1355, LeipzZ. 16 1198, SächsA. 16 397 (Dresden FS.). Trotz § 11 ist die (sofortige) Beschwerde zulässig, wenn es sich darum handelt, ob gegenüber den Vorschriften der VO. die Zwangsvollstreckung stattfinden darf.

(Gesetze Nr. 9 bis 12 als 6 bis 9 in Bd. 1, 368 bis 378.)

13. Bekanntmachung, betr. Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren. Vom 25. Februar 1915. (RGBl. 111.)

(Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 378ff.)

LeipzZ. 16 1136, DJZ. 16 822 (KG.). Allerdings wollte die VO. den Anreiz zur Spekulation unterbinden; aber sie hat nach Wortlaut und Sinn nicht alle Angaben verboten, sondern nur solche, die als Anhalt dafür dienen, zu welchem Preise das Papier in der letzten Zeit „gehandelt" ist. An der Hand dieser Feststellung ist dann der gehandelte Kurs mit demjenigen zu vergleichen, der sich durch die Anzeige ermitteln läßt. Hierbei ist Gewicht darauf zu legen, daß der Tatbestand nicht Angaben erfordert, welche zur genauen Errechnung des Kurses führen, sondern nur solche, die als Anhalt zur Feststellung des wirklich gehandelten Kurses dienen. Es genügen also Angaben, nach denen der Leser ungefähr den gehandelten Preis feststellen und nötigenfalls nach weiteren Ermittlungen entscheiden kann, ob der Erwerb eines solchen Papiers und welches Betrages für ihn oder ihm nahestehende Personen in Betracht kommt und ob er dieses Papier mit oder ohne Limit, letzterenfalls mit welchem, zum Ankauf aufgeben soll. Wie groß der Unterschied zwischen dem auf Grund der Angaben zu errechnenden und dem wirklich gehandelten Kurse sein darf, damit die Angaben noch unter § 1 fallen, ist vom Tatrichter unter Berücksichtigung der gesamten Sachlage zu entscheiden. In welcher Art und Form die zahlenmäßigen Angaben, welche als Inhalt zur Kursfeststellung dienen, erscheinen, insbesondere ob sie in einem oder mehreren Zeitungsaufsätzen gemacht sind, ist unerheblich. Es können deshalb bei Ve-

urteilung der Frage, ob solche Angaben vorliegen, zeitlich getrennt erschienene Artikel zusammengefaßt werden.

Dazu: BankA 16 426. Auch wer der VO. v. 25. Februar 1915 ablehnend oder kritisch gegenübersteht, wird sich mit einer einschränkenden Auslegung in der vom KG. gewiesenen Richtung, bei welcher nur die Mitteilung richtiger Kurse strafbar, diejenige unrichtiger Kurse dagegen erlaubt ist, nicht befreunden können.

(Verordnungen Nr. 14, 15 als 11, 12 in Bd. 1, 380ff.; Nr. 16 als Nr. 13 in Bd. 2, 126.)

17. Bekanntmachung des Reichskanzlers, betr. Ausnahme von dem Verbote von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. Vom 29. August 1916. (RGBl. 993.)

Auf Grund des § 1 Abs. 3 der Bekanntmachung, betreffend Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., vom 25. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 111) wird folgendes bestimmt:

Zulässig sind bis auf weiteres Mitteilungen von Personen und Anstalten, die Bankiergeschäfte gewerbsmäßig betreiben, an ihre Kunden über Verkaufspreise, die für ausländische Wertpapiere auf Grund der im Ausland notierten Kurse im Inland zu erzielen sind.

18. Bekanntmachung über die Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen. Vom 17. Mai 1915. (RGBl. 285.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 126.

§ 2.

I. Einwirkung auf bereits erworbene Pfändungspfandrechte.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 2, 129.)

4. Schneider, BayRpflZ. 16 131. Einer Erinnerung bedarf es nicht. Die Unwirksamkeit tritt von Rechts wegen ein. Hierfür spricht auch die Erwägung, daß Kriegsteilnehmer kaum in der Lage sind, rechtzeitig Erinnerung einzulegen; ebenso Dittrich das. 255 und, wie er mitteilt, die Rechtsübung des Amtsgerichts München.

5. Wertheimer, BayRpflZ. 16 255. Tritt der in Bd. 2, 129 unter 2 mitgeteilten Ansicht von Kastner bei, daß es einer Erinnerung bedarf.

6. Dittrich a. a. O. 256. Auf Wunsch des Schuldners erläßt das AG. München folgenden durch Vordruck vorbereiteten Beschluß:

1. Die mit dem Beschluß vom ..... ausgesprochene Lohn-(Gehalts-)Pfändung gilt seit 18. Mai 1915 nur noch für ..... d. jährlich 2000 M., monatlich 166,67 M. übersteigenden Betrag.
2. Dieser Beschluß ist gebührenfrei.

Dieser Beschluß hat nur feststellende Bedeutung und wird in das Vollstreckungsregister nicht eingetragen.

II. Maßnahmen zugunsten des Gläubigers.

1. Bekanntmachung, betr. die Abtretung und Pfändung der Forderungen an die Kriegskasse und die Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren. Vom 12. August 1914. (RGBl. 370.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 382ff.

(Erläuterung 1 bis 7 in Bd. 1, 383ff.)

8. Recht 16 139 Nr. 257 (Nürnberg II). Da zur Pfändung einer Forderung dieser Art, über die eine Urkunde (sog. Anerkenntnis) ausgestellt ist, außer dem Pfändungsbeschluß die Übergabe der Urkunde an den Gläubiger und im Falle der Zwangsvollstreckung ihre Wegnahme durch den Gerichtsvollzieher zum Zwecke der Ablieferung an den Gläubiger erforderlich ist und genügt, so ist die Wirksamkeit einer solchen Pfändung nach den inhaltlich gleichen Grundsätzen für die Pfändung einer Briefhypothek (§ 830 ZPO.) zu beurteilen.

9. Recht 16 139 Nr. 258 (Nürnberg II). Haben mehrere Gläubiger hinsichtlich einer Pferdegeldforderung des Schuldners Pfändungsbeschlüsse erwirkt, hat aber nur einer der Gläubiger einen Gerichtsvollzieher mit der Wegnahme der Anerkenntnisurkunde beauftragt, so wird die Pfändung der Forderung nur für diesen Gläubiger wirksam, da die Wegnahme, abgesehen von dem besonderen Falle des § 854 ZPO. nicht kraft Gesetzes für alle Pfändungsgläubiger wirkt.

(Verordnung Nr. 2 in Bd. 1, 385.)

3. Bekanntmachung über die Versagung des Zuschlags bei der Zwangsversteigerung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens. Vom 10. Dezember 1914. (RGBl. 499.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 386, 387.

Erläuterung in Bd. 1, 386ff.; 2, 139ff.

–> Diese Verordnung ist aufgehoben durch § 19 der Verordnung über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden v. 8. Juni 1916, RGBl. 454. Schrifttum und Rechtsprechung zu der VO. v. 10. Dezember 1914 sind dort bei §§ 10ff. berücksichtigt. ←

(Verordnung 4 in Bd. 1, 390.)

5. Bekanntmachung über die Verjährungsfristen. Vom 4. November 1915. (RGBl. 732.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 140.

Bendix, ZVersWiss. 16 261. Unter die Einzelfälle des § 196 BGB. lassen sich die Ansprüche aus Versicherungsverträgen nicht bringen. Dagegen fallen die 1914 verjährenden Rentenansprüche aus Versicherungsverträgen auch unter den Begriff der Renten in § 197 BGB. Sie verjähren deshalb, wenn die übrigen Voraussetzungen zutreffen, erst Ende 1916. Namentlich gilt das für die sog. Rentenvers. und für die Unfallvers. (Zweifel hinsichtlich der Haftpflichtvers. werden erörtert.) Die vertraglichen Ausschlußfristen für Rentenansprüche (i. Gegens. zur Verfallabrede) sind den Verjährungsfristen nicht gleichzustellen (zweifelnd AussA. Privatvers. Veröffentl. 15 71).

6. Verordnung über Verjährungsfristen des Seerechts. Vom 9. Dezember 1915. (RGBl. 811.)

Wortlaut in Bd. 2, 141.

Begründung. (D. N. VIII 99.)

Nach den §§ 901, 902 des Handelsgesetzbuchs (in der Fassung des Gesetzes v. 7. Januar 1913, RGBl. 90) beträgt die Verjährungsfrist für gewisse seerechtliche Forderungen, insbesondere für die Ansprüche der Ladungsbeteiligten, regelmäßig ein Jahr. Die Frist beginnt für die Ladungsbeteiligten nach § 903 Nr. 2 mit dem Ablaufe des Jahres, in welchem die Ablieferung der Güter erfolgt ist, in Ansehung der

Forderung wegen Nichtablieferung von Gütern aber mit dem Ablaufe des Jahres, in welchem das Schiff den Hafen erreicht, wo die Ablieferung erfolgen sollte, und wenn dieser Hafen nicht erreicht wird, mit dem Ablaufe des Jahres, in welchem der Beteiligte sowohl hiervon als auch von dem Schaden zuerst Kenntnis erlangt Aus den Kreisen des Handels ist darauf hingewiesen worden, daß ein Bedürfnis bestehe, die Fristen zu verlängern, namentlich hinsichtlich der Ladungen auf Schiffen, die nach Ausbruch des Krieges ihre Reise abbrechen mußten und die Waren daher nicht am Bestimmungshafen abliefern konnten. Erfolge eine Fristverlängerung nicht, so würden die Kaufleute genötigt sein, in zahlreichen Fällen noch vor dem 1. Januar 1916 wegen der versandten Waren Klage zu erheben, da sie sich anderenfalls der Gefahr aussetzten, daß man ihnen später den Einwand entgegensetze, sie hätten schon im Jahre 1914 von dem Verluste oder der Beschädigung der Waren Kenntnis erlangt, ihre Forderungen seien daher verjährt; wann die Gerichte eine Kenntnis im Sinne des § 903 Nr. 2 als vorliegend annehmen würden, lasse sich nicht voraussehen. Wenn nun auch rechtlich die bloße Vermutung eines Schadens der Kenntnis nicht gleichsteht, so mußte doch damit gerechnet werden, daß die Beteiligten, schon um sicherzugehen, noch vor Schluß des Jahres 1915, in zahlreichen Fällen bloß zum Zwecke der Unterbrechung der Verjährung Klagen anstellen würden, die bei näherer Aufklärung des Sachverhalts unterblieben wären. Um dies zu vermeiden, hat der Bundesrat durch die auf Grund des § 3 des sog. ErmG. erlassene Bek. v. 9. Dezember 1915 bestimmt, daß die Verjährung hier ebenso wie bei den in den §§ 196, 197 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Forderungen (Bek. v. 4. November 1915, RGBl. 732) nicht vor dem Ende des Jahres 1916 abläuft. Die gleiche Bestimmung wie für die Ansprüche der Ladungsinteressenten ist für die sonstigen nach den §§ 901, 902 des Handelsgesetzbuchs einer kurzen Verjährung unterliegenden Forderungen gegen die Reeder vorgesehen, ferner auch für die entsprechenden Forderungen der Reeder gegen die Ladungsbeteiligten (§ 904 Abs. 2). Die Forderungen gegen die Reeder aus den Dienstverträgen sind ohnehin schon durch die VO. v. 4. November 1915 mitbetroffen. Ausgenommen sind mit Rücksicht auf die internationalen Übereinkommen über den Zusammenstoß von Schiffen und über die Hilfeleistung und Bergung in Seenot vom 23. September 1910 (RGBl. 1913, 49, 66) die Forderungen aus einem Zusammenstoße von Schiffen oder aus einer Hilfeleistung oder Bergung, die in zwei Jahren, von dem Unfall an gerechnet, verjähren (Handelsgesetzbuch § 901 Nr. 2, § 903 Nr. 3, 3a; Übereinkommen über den Zusammenstoß Art. 7 Abs. 1 über die Bergung Art. 10 Abs. 1).

7. Verordnung über die Verjährungsfristen. Vom 26. Oktober 1916. (RGBl. 1198.)

Der Bundesrat hat ... folgende Verordnung erlassen:

In der Verordnung über die Verjährungsfristen vom 4. November 1915 (RGBl. S. 732) und in der Verordnung über Verjährungsfristen des Seerechts vom 9. Dezember 1915 (RGBl. S. 811) tritt an die Stelle der Jahreszahl 1916 die Jahreszahl 1917.

III. Maßnahmen zugunsten des Gläubigers und des Schuldners.

1. Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckverkehrs im Falle kriegerischer Ereignisse. Vom 4. August 1914. (RGBl. 327.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 392—395.

§ 1.

Verlängerung von Wechsel- und Scheckfristen infolge kriegerischer Ereignisse.

Inhaltsübersicht.

I. Allgemeine Bedeutung I 396.
II. Gegenstand der Verlängerung I 396.
III. Voraussetzung der Verlängerung I 396, II 333.
1. Höhere Gewalt I 396, II 111, III 125.
2. Eine im Ausland erlassene Vorschrift (Bek. vom 7. August 1914; RGBl. 361) I 397.
IV. Umfang der Verlängerung I 397.
1. Bek. vom 29. August 1914; RGBl. 387 I 398.
2. Ist diese Bekanntmachung gültig? I 398.
a) Verneinend I 398.
b) Bejahend I 398.
c) Zweifelnd I 398.
V. Berechnung der Frist I 398.
VI. Die Verlängerung ist getroffen im Interesse des Gläubigers I 398.
VII. Außerkraftsetzung durch Vertrag I 398.
VIII. Materielle Wirkungen I 398.

(Abschnitt I u. II in Bd. 1, 396.)

III. Voraussetzung der Verlängerung.

1. Höhere Gewalt (Erläuterung a bis c in Bd. 1, 396; d in Bd. 2, 142).

Adamkiewicz, Die höhere Gewalt im Kriegsnotrecht, Recht 16 177, 184. Die in dem Gesetze v. 4. August 1914 und auf Grund desselben angeordneten Fristverlängerungen kommen nicht zustatten denjenigen, welche an der Vornahme der zur Erhaltung des Wechselrechts oder des Regreßrechts aus dem Scheck erforderlichen Handlungen durch Betätigungen der Naturgewalt, andererseits denjenigen, welche an der Vornahme dieser Handlungen durch eine im Auslande erlassene gesetzliche Vorschrift verhindert werden.

§ 2.

Allgemeine Fristverlängerung.

Inhaltsübersicht.

I. Bek. v. 6. August 1914 (RGBl. 357) I 399.
1. Geltungsgebiet I 400.
2. Fristberechnung I 400.
3. Kein Einfluß auf die Verzinsung I 401.
4. Internationale Rechtsfragen I 401.
5. Außerkraftsetzung (Bek. v. 17. Mai 1915, RGBl. 284) I 401.
II. Sondervorschriften für die Grenzgebiete I 402, II 111, III 125.

(Abschnitt I in Bd. 1, 399 bis 401.)

II. Sondervorschriften für die Grenzgebiete.

Die Bekanntmachungen v. 6. Januar 1916, RGBl. 2 (in Bd. 2, 142), 13. April 1916, RGBl. 273 und 13. Juli 1916, RGBl. 694 sind abgelöst durch die

Bekanntmachung, betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen. Vom 5. Oktober 1916. (RGBl. 1133.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

Die Fristen für die Vornahme einer Handlung, deren es zur Ausübung oder Erhaltung des Wechselrechts oder des Regreßrechts aus dem Scheck bedarf, werden, soweit sie nicht am 31. Juli 1914 abgelaufen waren, für die in Elsaß-Lothringen zahlbaren Wechsel oder Schecks in der Weise verlängert, daß sie mit dem 31. Januar 1917 ablaufen, sofern sich nicht aus anderen Vorschriften ein späterer Ablauf ergibt.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf die Frist innerhalb deren nach den gesetzlichen Vorschriften der Regreßpflichtige von der Nichtzahlung des Wechsels oder Schecks zu benachrichtigen ist.

§ 3.

Die Ermächtigung des Bundesrats. — Das Vetorecht des Reichstags.

I. Die Ermächtigung des Bundesrats (zu vgl. Bd. 1, 403).

1. Der Bundesrat ist ermächtigt zur Anordnung gesetzlicher Maßnahmen (Erläuterung a bis d in Bd. 2, 143).

2. Zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen.

(Erläuterung a bis i in Bd. 2, 143ff.)

k) Lehmann, Die Kriegsbeschlagnahme 23. Gewiß hat niemand in jenen erhebenden Augusttagen daran gedacht, dem Bundesrat die weitgehenden Vollmachten zu erteilen, die er tatsächlich aus dem § 3 abgeleitet hat. Das spricht indessen nicht gegen die Rechtsverbindlichkeit der Bundesratsverordnungen. Das lehrt uns nur die tiefe Wahrheit besser erkennen, daß das Recht eine organische Funktion des gesellschaftlichen Lebens ist, daß es und wir über uns selber hinauswachsen können. Da die Diktatur des Bundesrats immerhin im Wortlaut des Gesetzes eine Stütze findet — jedes Ding hat ja schließlich eine wirtschaftliche Seite oder Beziehung — da sie die Gutheißung des Reichstags gefunden und in der Gemeinüberzeugung des Volkes Wurzel geschlagen hat, ist sie lebendiges Recht unserer Volksgemeinschaft geworden.

2. Bekanntmachungen, betr. Änderung der Postordnung.

(Zu vgl. Bd. 1, 404ff.; 2, 146ff.)

Durch die Bek. v. 16. April, 17. Juli und 9. Oktober 1916 (RGBl. 278, 753, 1153) hat die Postordnung weitere Änderungen erfahren. Diese Änderungen sind sofort in Kraft getreten.

Bekanntmachung vom 9. Oktober 1916. (RGBl. 1153.)

(Damit sind die Bek. v. 16. April und 17. Juli 1916 überholt.)

Im § 18a „Postprotest" erhält der Abs. V unter B und C folgende Fassung:

B. Postprotestaufträge mit Wechseln, die in Elsaß-Lothringen zahlbar sind, werden erst an folgenden Tagen nochmals zur Zahlung vorgezeigt:

a) wenn der Zahlungstag des Wechsels in der Zeit vom 30. Juli 1914 bis einschließlich 29. Januar 1917 eingetreten ist,
am 31. Januar 1917;

b) wenn der Zahlungstag des Wechsels nach dem 29. Januar 1917 eintritt,
am zweiten Werktag nach dem Zahlungstage.

Solange die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts nach der Vorschrift des vorhergehenden Satzes besteht, kann der Auftraggeber verlangen, daß ein davon betroffener Wechsel mit dem Postprotestauftrage schon am zweiten Werktag nach dem Zahlungstage des Wechsels nochmals zur Zahlung vorgezeigt und, wenn auch diese Vorzeigung oder der Versuch dazu erfolglos bleibt, protestiert werde. Dieses Verlangen ist durch den Vermerk „Ohne die verlängerte Protestfrist" auf der Rückseite des Postprotestauftrags auszudrücken. Auch kann die Post damit betraut werden, für solche Wechsel neben der Wechselsumme auch die für die verlängerte Frist vom Tage der ersten Vorzeigung des Wechsels an fälligen Wechselzinsen einzuziehen und im Nichtzahlungsfalle deswegen Protest zu erheben. Wird hiervon Gebrauch gemacht, so ist in den Vordruck zum Postprotestauftrage hinter „Betrag des beigefügten Wechsels" einzutragen „nebst Verzugszinsen von 6 v. H. vom Tage der ersten Vorzeigung, nämlich vom ..... ab". Der Zeit-

punkt, von dem an die Zinsen zu berechnen sind, ist nicht anzugeben, wenn die Post die erste Vorzeigung des Wechsels bewirkt. Hat der Auftraggeber die Einziehung der Zinsen verlangt, so wird der Wechsel nur gegen Bezahlung der Wechselsumme und der Zinsen ausgehändigt, bei Nichtzahlung auch nur der Zinsen aber wegen des nicht gezahlten Betrags Protest mangels Zahlung erhoben.

C. Als Zahlungstag gilt der Fälligkeitstag des Wechsels oder, wenn dieser ein Sonn- oder Feiertag ist, der nächste Werktag. Fällt der Schlußtag der Frist zur Vorzeigung des Wechsels auf einen Sonn- oder Feiertag, so wird der Wechsel am nächsten Werktag zur Zahlung vorgezeigt. Die Postverwaltung behält sich vor, die Vorzeigung der Wechsel, deren Protestfrist am 31. Januar 1917 (Abs. B) abläuft, auf mehrere vorhergehende Tage zu verteilen.

(Gesetze Nr. 3 in Bd. 1, 407 ff.)

4. Bekanntmachung, betr. Einigungsämter. Vom 15. Dezember 1914. (RGBl. 511.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 414 ff.

Erläuterung dort und in Bd. 2, 147, 148.

Dittrich, PrVerwBl. 37 766. Aus der AusfBO. § 2 ergibt sich, daß Frauen zum Vorsitzenden eines nach der Bek. v. 15. Dezember 1914 (in Bd. 1, 414) errichteten Einigungsamtes nicht bestellt werden können. Vom Beisitz sind Frauen nicht ausgeschlossen.

5. Bekanntmachung über die Zwangsverwaltung von Grundstücken vom 22. April 1915. (RGBl. 233.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 423—426.

§§ 1, 2.

Inhaltsübersicht.

1. Die allgemeine Bedeutung der Schuldner-Zwangsverwaltung I 426, II 149.
2. Die Voraussetzungen der Bestellung des Schuldners zum Zwangsverwalter I 427, II 149, III 00.
3. Die Bestellung der Aufsichtsperson II 151.
4. Die Rechtsmittel im Falle des § 1 I 428.
5. Die Wirkungen der Schuldner-Zwangsverwaltung I 428, II 152.
a) Die Stellung der Aufsichtsperson I 428, II 152.
b) Im übrigen I 429, II 154.

1. Die allgemeine Bedeutung der Schulden-Zwangsverwaltung.

2. Die Voraussetzungen der Bestellung des Schuldners zum Zwangsverwalter (zu vgl. Bd. 1, 427, 428).

a) Bei der Einleitung der Zwangsverwaltung.

(Erläuterung α bis δ in Bd. 2, 149, 150.)

ε. RGBl. 16 70 (KG. XI). Nach § 1 der Bek. v. 23. April 1915 (RGBl. 233) ist die Bestellung des Schuldners oder seines gesetzlichen Vertreters als Zwangsverwalter nur bei der Einleitung des Verfahrens zulässig. Dies ergibt der Wortlaut und der Zweck der Bestimmung, das eingeleitete Verfahren nicht ohne schwerwiegende Gründe zu stören (vgl. Güthe, Kriegsbuch I, 247, 2d; Güthe, JW. 15 475). Der Schuldner bzw. dessen Abwesenheitspfleger hätte also bei Einleitung dieses Verfahrens einen solchen Antrag, wenn auch nur in der Beschwerdeinstanz, stellen müssen. Dies ist nicht geschehen. Ein diesbezüglicher Antrag des Abwesenheitspflegers H. v. 20. Januar 1916 ist zwar gestellt worden. Durch den die Zwangsverwaltung anordnenden Beschluß v. 16. Februar 1916 ist jedoch als Verwalter K. bestellt; dies enthielt zugleich die Ablehnung des Antrags, den H. als Verwalter zu bestellen. Dieser Beschluß ist dem H. am 18. Februar 1916 selbst zu-

gestellt. Er hat aber weder die Rechtsmittel des § 766 ZPO. noch § 793 ZPO. ergriffen. Sein Antrag v. 10. März 1916 muß als verspätet angesehen werden, da nunmehr störend in das Verfahren (vgl. insbesondere die Zahlungsverbote usw.) eingegriffen werden würde. Nur aus sachlichen Gründen (vgl. ZPO. § 153; Güthe, Kriegsbuch 247/248) könnte ein Wechsel des Verwalters notwendig werden. Dafür liegt aber kein Anhalt vor.

Hierzu: KGBl. **16** 70. Mit Rücksicht auf diesen Beschluß des Kammergerichts pflegt eine Abteilung des Kgl. Amtsgerichts Berlin-Mitte dem Zwangsverwaltungsschuldner vor dem Eingange des Antrags auf Einleitung der Zwangsverwaltung Nachricht zu geben mit dem Hinzufügen, daß, wenn er nicht binnen 3 Tagen zu den Akten anzeigt, daß er die Zwangsverwaltung unter Aufsicht einer geeigneten Aufsichtsperson selbst führen wolle, ein anderer Zwangsverwalter bestimmt werden würde. Hinzugefügt wird, daß eine schriftliche Erklärung der Aufsichtsperson, daß sie zur unentgeltlichen Führung bereit sei, beizufügen sei. — Dieses Verfahren ist, wenn, was sehr häufig der Fall ist, der Antrag auf Einleitung der Zwangsverwaltung erst kurz vor Ablauf eines Kalenderquartals oder eines Kalendermonats gestellt wird, um den Schuldner an der Einziehung der demnächst fälligen Mietsbeträge zu hindern, mit großem Nachteil für den Gläubiger verknüpft, da in solchen Fällen die Einleitung der Zwangsverwaltung sich nicht unerheblich verzögert, ja regelmäßig erst zu spät erfolgt, um die Einziehung der eben fällig gewordenen Miete zu verhindern.

ζ. Hirsekorn, Berl. Tagebl. v. 2. Oktober 1916, Abendausg. Die Auffassung, daß der Antrag stets „bei Einleitung" der Zwangsverwaltung gestellt werden müsse, mag dem Wortlaut der VO. entsprechen, keinesfalls läßt sie sich mit den Absichten des Gesetzgebers, welcher lediglich dem bedrängten Grundbesitz helfen will, in Einklang bringen.

Einem großen Teil der Gläubiger, die kurze Zeit nach dem 22. April 1915 die Einleitung einer Zwangsverwaltung beantragt haben, ist wahrscheinlich die VO. v. 22. April 1915 noch unbekannt gewesen, oder sie haben zur Zeit der Einleitung der Zwangsverwaltung um so weniger Veranlassung gehabt, von der Bestellung des gerichtlichen Zwangsverwalters abzusehen, als sie damals mit der langen Dauer des Krieges nicht rechnen konnten. Je länger der Krieg währt, und je mehr infolgedessen die Durchführung der Zwangsversteigerungen erschwert ist, desto länger dauern die Zwangsverwaltungen. Sollen nun die Grundstückseigentümer infolge der sich häufenden Zwangsverwaltungskosten und der weniger ergiebigen Verwaltung der Grundstücke verlustig gehen, nur weil aus dem einen oder anderen Grunde versäumt worden ist, gleich bei Einleitung der Zwangsverwaltung den Antrag auf Bestellung eines bestimmten Verwalters zu stellen? Die VO. v. 22. April ist, da die Fälle, in denen die Zwangsverwaltung nach dem 22. April 1915 eingeleitet und nicht gleichzeitig der Antrag auf Bestellung eines besonderen Verwalters gestellt worden ist, sehr zahlreiche sind, gegenüber der ständigen Judikatur des Kammergerichts durch eine Bestimmung zu ergänzen, durch die dem Gericht die Möglichkeit gegeben wird, auch bei einer nach dem 22. April 1915 eingeleiteten Zwangsverwaltung den bisherigen Verwalter durch einen anderen Verwalter nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 1, 3 oder 4 zu ersetzen. Solange die VO. nicht entsprechend ergänzt ist, wird den Beteiligten nichts anderes übrig bleiben, als die nach dem 22. April 1915 eingeleitete Zwangsverwaltung aufheben, sofort wieder eine neue Zwangsverwaltung einleiten zu lassen und hierbei alsdann den Antrag auf Bestellung eines besonderen Verwalters zu stellen. Hierdurch entstehen natürlich nicht unerhebliche Kosten, die im Endergebnis wieder den Grundstückseigentümern zur Last fallen werden.

η. Stillschweig, JW. **16** 1355. Die vom KG. gebilligte einschränkende Auslegung ist innerlich nicht gerechtfertigt.

§ 4.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 1, 432; 3 bis 5 in Bd. 2, 155.)

6. KGBl. **16** 32 (LG. I Berlin). Bei der Verwaltung sind nicht nur die Paragraphen des Gesetzes zu befolgen, sondern mit in erster Linie auch die volkswirtschaftlichen Grundsätze zu beachten. Es ist danach zu streben, daß möglichst gut und zugleich möglichst sparsam

gewirtschaftet wird. Das Amtsgericht hat daher zu prüfen, ob und wie es den entgeltlichen Verwalter ersetzen kann. Es wird außerdem in jedem Falle einer Zwangsverwaltung zu prüfen haben, ob nicht ein geeigneter Verwalter in dem Kreise der Beteiligten zu finden ist, da erfahrungsgemäß die Beteiligung als ein besonderer Sporn zu guter und vorteilhafter, wirtschaftlich nützlicher Verwaltung erachtet werden kann, während die allgemein bestellten Zwangsverwalter zwar formell richtig und zuverlässig arbeiten, aber bei der Menge ihrer Geschäfte meist nicht in der Lage sind, für das einzelne Grundstück das volkswirtschaftlich Nützliche zu erspähen und zu erreichen. Da sich hier nun der zweite Hypothekengläubiger, ein Geschäftsmann, bereit erklärt hat, die Verwaltung unentgeltlich zu übernehmen, und die erste Hypothekengläubigerin, eine große und angesehene Versicherungsgesellschaft, anscheinend die Aufsicht übernehmen will, so spricht vieles dafür, daß hier der geeignete Verwalter gefunden ist. Das Amtsgericht hat den Schuldner und die übrigen Beteiligten zu hören und, falls sich keine Bedenken ergeben, den Beschwerdeführer zum Verwalter zu bestellen.

(Bek. 6 in Bd. 1, 434; 2, 157.)

7. Bekanntmachung über die Todeserklärung Kriegsverschollener. Vom 18. April 1916. (RGBl. 296.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Wer als Angehöriger der bewaffneten Macht des Deutschen Reichs oder eines mit ihm verbündeten oder befreundeten Staates an dem gegenwärtigen Kriege teilgenommen hat (§ 15 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) und während des Krieges vermißt worden ist, kann im Wege des Aufgebotsverfahrens für tot erklärt werden, wenn von seinem Leben ein Jahr lang keine Nachricht eingegangen ist.

Das gleiche gilt für Personen, die nicht zur bewaffneten Macht gehören, wenn sie sich bei ihr aufgehalten haben oder ihr gefolgt sind, oder wenn sie in die Gewalt des Feindes geraten sind.

§ 2. Als Zeitpunkt des Todes ist, sofern nicht die Ermittlungen ein anderes ergeben, der Zeitpunkt anzunehmen, in dem der Antrag auf Todeserklärung zulässig geworden ist. Wird der Verschollene seit einem besonderen Kriegsereignis (einem Gefecht, einer Sprengung, einem Schiffsunfall oder dergleichen), an dem er beteiligt war, vermißt, so ist der Zeitpunkt des Ereignisses als Zeitpunkt des Todes anzunehmen, es sei denn, daß die Ermittlungen die Annahme rechtfertigen, der Verschollene habe das Ereignis überlebt.

§ 3. Solange nicht die Todeserklärung erfolgt ist, wird das Fortleben des Verschollenen bis zu dem Zeitpunkt vermutet, der nach § 2 in Ermangelung eines anderen Ergebnisses der Ermittlungen als Zeitpunkt des Todes anzunehmen ist.

§ 4. Für das Aufgebotsverfahren in den Fällen des § 1 gelten die Vorschriften der Zivilprozeßordnung, soweit nicht im folgenden ein anderes bestimmt ist.

§ 5. Die Aufgebotsfrist muß mindestens einen Monat betragen.

§ 6. Die Bekanntmachung des Aufgebots durch öffentliche Blätter kann unterbleiben.

Das Gericht kann anordnen, daß das Aufgebot außer an die Gerichtstafel in der Gemeinde, in der der Verschollene seinen letzten Wohnsitz gehabt hat, an die für amtliche Bekanntmachungen bestimmte Stelle angeheftet wird.

Die Aufgebotsfrist beginnt mit der Anheftung des Aufgebots an die Gerichtstafel.

§ 7. Die Vorschrift des § 972 Abs. 1 Satz 2 der Zivilprozeßordnung findet keine Anwendung.

§ 8. In dem Urteil ist der Zeitpunkt des Todes nach Maßgabe des § 2 festzustellen.

§ 9. Das Gericht kann das Verfahren auf die Dauer von längstens einem Jahre aussetzen, wenn eine weitere Nachricht nach den Umständen des Falles, insbesondere nach der Entfernung des letzten bekannten Aufenthaltsorts des Verschollenen, nicht ausgeschlossen erscheint. Gegen den Beschluß findet sofortige Beschwerde statt. Nach Ablauf der Frist ist das Verfahren von Amts wegen fortzusetzen.

§ 10. Für die Anfechtung eines nach dieser Verordnung erlassenen Ausschlußurteils gelten die Vorschriften der Zivilprozeßordnung.

Erhebt der für tot Erklärte die Anfechtungsklage, so ist die Klage nicht an die Fristen der §§ 958, 976 der Zivilprozeßordnung gebunden.

§ 11. Hat der Verschollene die Todeserklärung überlebt, so kann er ihre Aufhebung bei dem Aufgebotsgerichte beantragen.

Der Antrag kann schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers gestellt werden. Der Antrag soll eine Angabe der ihn begründenden Tatsachen und die Bezeichnung der Beweismittel enthalten.

§ 12. Vor der Entscheidung ist der Staatsanwalt sowie derjenige zu hören, der die Todeserklärung erwirkt hat.

§ 13. Der § 968 der Zivilprozeßordnung gilt entsprechend.

Ergeben sich Zweifel, ob der Antragsteller der für tot Erklärte ist, so ist der Antrag zurückzuweisen und der Antragsteller auf den Weg der Anfechtungsklage zu verweisen.

§ 14. Die Entscheidung kann ohne mündliche Verhandlung ergehen. Sie erfolgt durch Beschluß. Gegen die Aufhebung der Todeserklärung findet kein Rechtsmittel statt; gegen die Zurückweisung des Antrags steht dem Antragsteller die sofortige Beschwerde zu.

§ 15. Der Antrag auf Aufhebung der Todeserklärung hat dieselben Wirkungen wie die Erhebung der Anfechtungsklage.

Ist die Todeserklärung durch Klage angefochten, so ist das Verfahren über die Anfechtungsklage bis zur Entscheidung über den Antrag auszusetzen.

Wird die Todeserklärung aufgehoben, so wirkt der Beschluß für und gegen alle.

§ 16. In den Fällen des § 1 und des § 11 ist auch der Staatsanwalt antragsberechtigt.

§ 17. In einem Verfahren nach den Vorschriften dieser Verordnung genügt zum Nachweis von Tatsachen, die bei dem Truppenteile des Verschollenen bekannt sind, eine mit dem Dienstsiegel versehene schriftliche Erklärung des militärischen Disziplinarvorgesetzten.

Soweit es sich um Tatsachen handelt, die bei der obersten Militärverwaltungsbehörde bekannt sind, genügt zum Nachweis die schriftliche, mit dem Dienstsiegel versehene Auskunft der Behörde.

§ 18. Für das Verfahren nach den Vorschriften dieser Verordnung werden Gerichtsgebühren nicht erhoben.

Wird ein Ausschlußurteil gemäß § 14 aufgehoben, so können die dem Antragsteller erwachsenen außergerichtlichen Kosten (§ 91 der Zivilprozeßordnung) demjenigen auferlegt werden, der das Ausschlußurteil erwirkt hat. Auch kann angeordnet werden, daß derjenige, der die Todeserklärung erwirkt hat, die Kosten erstattet, die gemäß § 971 der Zivilprozeßordnung dem Nachlaß des für tot Erklärten zur Last gefallen sind.

§ 19. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung [19. 4.] in Kraft.

Begründung.

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 96.)

In der Begründung zu § 15 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der die Todeserklärung wegen Kriegsverschollenheit regelt, ist (Amtliche Ausgabe der Motive Bd. I S. 39

gesagt, daß die Vorschrift insofern nur von beschränkter Bedeutung sein werde, als erfahrungsgemäß das Bedürfnis dazu dränge, daß nach jedem größeren Kriege besondere Gesetze erlassen würden, durch welche das Verfahren und der Zeitpunkt des Todes in einer den besonderen Verhältnissen entsprechenden Weise geordnet werde. Der gegenwärtige Krieg bestätigt diese Erfahrung. Infolge seiner langen Dauer und der großen Zahl der als Angehörige der bewaffneten Macht an ihm teilnehmenden Personen ist das Bedürfnis einer Sonderregelung bereits während des Krieges hervorgetreten. Die Zahl der im Laufe des Krieges vermißten Heeresangehörigen, von deren Leben keine Nachricht mehr eingetroffen ist, obwohl dies den Umständen nach erwartet werden konnte, und die demnach als verschollen anzusehen sind, beläuft sich auf viele Tausende. Es erscheint untunlich, die Rechtsbeziehungen aller dieser Kriegsverschollenen bis zum Ablauf der im § 15 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgesehenen Frist von drei Jahren nach dem Friedensschluß oder auch nur bis zu diesem in der Schwebe zu lassen. Vielmehr erweist es sich zur Verhütung erheblicher wirtschaftlicher Schädigungen und zur Sicherung des Rechtsverkehrs als geboten, daß in den Fällen, in denen der Tod eines Kriegsteilnehmers zwar nicht nachgewiesen, aber den Umständen nach so gut wie gewiß ist, die Hinterbliebenen und die sonst in rechtlichen Beziehungen zu dem mutmaßlich Verstorbenen stehenden Personen baldmöglichst in die Rechtslage versetzt werden, die beim Nachweis des Todes für sie eintreten würde. Bei Benutzung des ausgebildeten, auch das Schicksal der Kriegsgefangenen umfassenden Nachrichtendienstes und der bei den verschiedenen amtlichen Auskunftsstellen gesammelten Nachweisungen erscheint die Gefahr, daß der Tod eines Kriegsverschollenen zu Unrecht angenommen werde, auf ein verschwindendes Mindestmaß beschränkt. Dieser Gefahr wird zudem noch begegnet, wenn durch entsprechende Anordnungen dafür gesorgt wird, daß in dem Verfahren auch der Eigenart besonders zweifelhafter Fälle Rechnung getragen werden kann. Wird schließlich die Beseitigung eines trotzdem zu Unrecht ergangenen Ausschlußurteils zweckmäßig erleichtert, so steht der Zulassung der Todeserklärung Kriegsverschollener schon vor Eintritt des Friedenszustandes kein ernstliches Bedenken entgegen.

Der vorliegende Entwurf schlägt daher vor, den in der Öffentlichkeit in zunehmendem Maße hervorgetretenen wirtschaftlichen Schädigungen durch eine Verordnung gemäß § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen v. 4. August 1914 (RGBl. 327) abzuhelfen. Seine Vorschriften beschränken sich auf eine zweckentsprechende Ausgestaltung des geltenden Rechts. Unter Wahrung der im Bürgerlichen Gesetzbuch aufgestellten Grundsätze sehen die §§ 1 bis 3 die notwendigen Ergänzungen der materiellen Vorschriften vor. Die §§ 4 bis 17 sollen das als Grundlage beibehaltene Aufgebotsverfahren der Zivilprozeßordnung den besonderen Verhältnissen anpassen, der § 18 regelt die Kosten, und der § 19 bestimmt, daß die Verordnung alsbald in Kraft tritt.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Der § 1 bestimmt den Kreis der Personen, auf den die Vorschriften der Verordnung Anwendung finden, und ordnet gleichzeitig an, daß und unter welchen Voraussetzungen diese während des gegenwärtigen Krieges in Verschollenheit geratenen Personen für tot erklärt werden können. Während der § 15 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Kriegsverschollenheit allgemein ohne Rücksicht auf einen bestimmten Krieg regelt, begrenzt der § 1 dem Zwecke der Verordnung entsprechend den Kreis einmal dahin, daß nur die Angehörigen der bewaffneten Macht des Deutschen Reichs oder eines mit ihm verbündeten oder befreundeten Staates unter die Vorschrift fallen. Die bewaffnete Macht des Deutschen Reichs setzt sich nach § 2 des Gesetzes, betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste, v. 9. November 1867 (Bundes-Gesetzbl. 131) aus dem Heere, der Marine und dem Landsturm zusammen. Wer zur bewaffneten Macht eines verbündeten oder befreundeten Staates gehört, ergeben die Gesetze dieses Staates. Als Angehörige der bewaffneten Macht gelten auch, wie durch Verweisung auf § 15 des Bürgerlichen Gesetzbuchs klargestellt wird, die Personen, die sich (§ 15 Abs. 2) in einem Amts- oder Dienst-

verhältnis oder zum Zwecke freiwilliger Hilfeleistung bei der bewaffneten Macht befinden. Darüber hinaus erstreckt der Abs. 2 des § 1, hervorgetretenen Bedürfnissen entsprechend, den Geltungsbereich der Verordnung auf solche Personen, die nicht zur bewaffneten Macht gehören, wenn sie sich bei ihr aufhalten oder ihr gefolgt sind (vgl. § 155 des Militärstrafgesetzbuchs), oder wenn sie, z. B. als Zivilgefangene oder als Geiseln in die Gewalt des Feindes geraten sind.

Eine weitere Einschränkung erfährt das Anwendungsgebiet der Verordnung dadurch, daß sie für die bezeichneten Personen nur dann gelten soll, wenn sie an dem gegenwärtigen Kriege teilgenommen haben und während desselben vermißt worden sind. Die Begriffe der Teilnahme an dem Kriege und des Vermißtseins sind nach der Verordnung grundsätzlich dieselben wie nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche. Bei Personen, die an sich nicht zur bewaffneten Macht gehören, ergibt sich aus den Verhältnissen, die zu ihrer Gleichstellung mit den Angehörigen der bewaffneten Macht führen (z. B. Aufenthalt im Kampfbereiche, Verschleppung oder Internierung durch den Feind) zugleich, worin im Einzelfalle das der Teilnahme am Kriege gleich zu erachtende Tatbestandsmerkmal zu erblicken sein wird. „Während des Krieges vermißt" ist eine Person nicht schon dann, wenn dieser Zustand zeitlich vor Beendigung des Krieges eingetreten ist, vielmehr ist ein sachlicher Zusammenhang des Vermißtseins mit der Teilnahme am Kriege in dem gekennzeichneten Sinne erforderlich. Dieser sachliche Zusammenhang wird häufig auch dann gegeben sein, wenn das Vermißtsein nicht auf dem Kriegsschauplatze, sondern z. B. auf dem Marsche, auf See oder am Orte der Gefangenschaft eingetreten ist. Auch diese Fälle werden von der Verordnung mitumfaßt.

Ist seit dem Eingange der letzten Nachricht von dem Leben einer Person, auf welche die bezeichneten Voraussetzungen zutreffen, einerlei, ob diese Nachricht von ihm selbst oder von einem anderen herrührt, ein Jahr verstrichen, so kann nach den gemachten Erfahrungen nicht mehr damit gerechnet werden, daß der Verschollene noch lebt. Nach Ablauf dieses Zeitraums soll daher das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Todeserklärung eingeleitet werden können. Führt das Verfahren dazu, die Todeserklärung auszusprechen, so muß das ergehende Ausschlußurteil den Zeitpunkt feststellen, der als Zeitpunkt des Todes anzunehmen ist. Entsprechend dem Grundsatze des § 18 Abs. 2, § 14 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist dieser Zeitpunkt in erster Linie nach dem Ergebnisse der veranstalteten Ermittlungen und in Ermanglung eines solchen Ergebnisses auf den Zeitpunkt zu bestimmen, in dem der Antrag auf Todeserklärung zulässig geworden ist (§ 2 Satz 1). Ergeben die Ermittlungen, daß der Verschollene vor oder nach dem Eingange der letzten Nachricht von seinem Leben an einem besonderen Kriegsereignisse, z. B. einem Gefecht, einer Sprengung, einem Schiffsunfall oder dgl., beteiligt gewesen ist, und daß er seitdem vermißt wird, so spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß er bei diesem Ereignisse sein Leben verloren hat. Nach dem Vorgang des § 18 Abs. 2, § 17 des Bürgerlichen Gesetzbuchs soll daher in solchen Fällen der Zeitpunkt des Ereignisses als Zeitpunkt des Todes angenommen werden, es sei denn, daß die Ermittlungen die Annahme rechtfertigen, der Verschollene habe das Ereignis überlebt (§ 2 Satz 2); in diesem letzteren Falle bewendet es bei der Regel des Satzes 1.

Die Todeserklärung begründet nach § 18 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Vermutung, daß der Verschollene in dem in dem Ausschlußurteile bezeichneten Zeitpunkte gestorben sei (vgl. dazu noch § 18 Abs. 3). Der § 3 des Entwurfs sieht entsprechend dem § 19 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vor, daß bis zu jenem Zeitpunkt das Fortleben des Verschollenen vermutet wird. Soweit in den §§ 1 bis 3 nichts Abweichendes bestimmt wird, gelten für die Voraussetzungen und die Wirkungen der Todeserklärung die allgemeinen Vorschriften.

Der § 4, mit dem die Verfahrensvorschriften beginnen, enthält an der Spitze die Anordnung, daß für das Verfahren die Vorschriften der Zivilprozeßordnung gelten, soweit nichts anderes bestimmt ist. In Betracht kommen die allgemeinen Bestimmungen über das Aufgebotsverfahren (§§ 946 bis 959) nebst den Ergänzungen und Abweichungen

der besonderen Bestimmungen der §§ 960 bis 976 über die Todeserklärung, beide im Rahmen der allgemeinen Vorschriften der Zivilprozeßordnung.

Das Aufgebotsverfahren der Zivilprozeßordnung bedurfte nur weniger Ergänzungen. Der § 5 kürzt die Mindestdauer der Aufgebotsfrist gegenüber den §§ 965, 966 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung auf den für ausreichend zu erachtenden Zeitraum von einem Monat ab. Wie nach § 966 Abs. 1 der Zivilprozeßordnung soll auch hier die Bekanntmachung des Aufgebots durch öffentliche Blätter unterbleiben können (§ 6 Abs. 1). Dagegen kann das Gericht behufs Erlangung von Nachrichten aus dem engeren Lebenskreise des Verschollenen die Anheftung des Aufgebots an der Ortstafel der Gemeinde des letzten Wohnsitzes anordnen (§ 6 Abs. 2). Der Lauf der Aufgebotsfrist beginnt in allen Fällen mit der durch § 948 der Zivilprozeßordnung vorgeschriebenen Anheftung an die Gerichtstafel (§ 6 Abs. 3). Wenn eine Landesjustizverwaltung die Erledigung der Aufgebotsanträge für mehrere Amtsgerichtsbezirke einem Amtsgericht überträgt (§ 972 Abs. 1 Satz 1 der Zivilprozeßordnung), so soll dessen Zuständigkeit eine ausschließliche sein und der Antragsteller die Erledigung durch das Heimatgericht des Verschollenen nicht verlangen können (§ 7). Der § 8, der vorschreibt, daß in dem Urteile der Zeitpunkt des Todes nach Maßgabe des § 2 festzustellen ist, entspricht dem § 970 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung.

Nach § 970 Abs. 1 der Zivilprozeßordnung ist die Todeserklärung auszusprechen, wenn die zu ihrer Begründung erforderlichen Tatsachen, das sind für Kriegsverschollene des gegenwärtigen Krieges die im § 1 aufgestellten Voraussetzungen, erwiesen sind. Es ist denkbar, daß in Ausnahmefällen gleichwohl die Annahme nicht ausgeschlossen ist, daß das Ausbleiben von Nachrichten auf anderen Gründen beruht und den Schluß auf den Tod des Verschollenen nicht rechtfertigt, z. B. weil er nach der letzten Nachricht die Möglichkeit, weitere Nachrichten zu senden, nicht oder nur in erschwertem oder beschränktem Maße hatte. Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn die letzte Nachricht aus weit entfernten Gegenden mit schwacher Verkehrsgelegenheit (etwa aus dem Innern Sibiriens oder Afrikas oder von einer Insel der Südsee) gekommen war. Für solche Fälle gewährt der § 9 dem Gerichte die Möglichkeit, das Verfahren auf die Dauer von längstens einem Jahre auszusetzen, , wenn nach seiner pflichtmäßigen Beurteilung der Sachlage eine weitere Nachricht über das Leben des Verschollenen nicht ausgeschlossen erscheint. Gegen den Beschluß findet die sofortige Beschwerde statt. Geht vor Ablauf der Frist, für die das Verfahren ausgesetzt ist, eine Nachricht ein, so wird sich die weitere Behandlung nach dem Inhalte der Nachricht richten; andernfalls wird nach Ablauf der Frist das Verfahren von Amts wegen fortgesetzt.

Für die Anfechtung des Ausschlußurteils, die sich gegen die Tatsache der Todeserklärung oder gegen die Feststellung des Zeitpunktes des Todes richten kann (§ 973 der Zivilprozeßordnung), reichen die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über die Anfechtungsklage im allgemeinen aus. Sie werden deshalb für anwendbar erklärt (§ 10 Abs. 1); nur wird dem Verschollenen, der die Todeserklärung überlebt hat, die Möglichkeit gegeben, die Anfechtungsklage auch dann noch zu erheben, wenn die sonst dafür gesetzten Fristen verstrichen sind (§ 10 Abs. 2). Daneben erscheint es geboten, für den zuletzt bezeichneten Fall dem Kriegsverschollenen einen einfacheren Weg als den der Anfechtungsklage (§§ 957 ff., 973 ff. der Zivilprozeßordnung) zu eröffnen. Er soll die Aufhebung bei dem Aufgebotsgerichte schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers beantragen können (§ 11), das Gericht hat dann den Staatsanwalt und denjenigen, der die Todeserklärung erwirkt hat (§ 12), zu hören, von Amts wegen die erforderlichen Ermittlungen zu veranstalten (§ 13 Abs. 1 des Entwurfs, § 968 der Zivilprozeßordnung) und seine Entscheidung, die ohne mündliche Verhandlung erfolgen kann, durch Beschluß zu treffen (§ 14 Satz 1 und 2). Wird festgestellt, daß der Antragsteller der verschollen Gewesene ist, so ist der das Ausschlußurteil aufhebende Beschluß endgültig. Gegen die Zurückweisung des Antrags steht dem Antragsteller die sofortige Beschwerde zu (§ 14 Satz 3 Halbs. 2); wird der Antrag zurückgewiesen, weil die Persönlich-

keit des Antragstellers nicht zweifelsfrei als die des für tot Erklärten hat festgestellt werden können, so hat der Beschluß ihn auf den Weg der Anfechtungsklage zu verweisen (§ 15 Abs. 2). Der § 15 stellt die Wirkungen des Antrags und des Beschlusses auf Aufhebung einer Todeserklärung denen der Anfechtungsklage und des Aufhebungsurteils gleich (Abs. 1, 3); nur kann prozessual beim Zusammentreffen von Beschlußantrag und Klage nicht die Verbindung wie nach § 976 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung stattfinden, vielmehr ist (Abs. 2) in diesem Falle das Verfahren über die Anfechtungsklage auszusetzen.

Die Frage, ob ein Kriegsverschollener als lebend oder als gestorben anzusehen ist, kann auch öffentliche Interessen berühren. Es geht nicht an, die Wahrung dieser Interessen davon abhängig sein zu lassen, ob ein zum Antrag auf Todeserklärung berechtigter Beteiligter vorhanden ist, und ob er von seiner Antragsbefugnis Gebrauch macht. Erscheint es sonach geboten, die Möglichkeit einer Todeserklärung im öffentlichen Interesse zu schaffen, so empfiehlt es sich, das Antragsrecht der Staatsanwaltschaft zu übertragen, der auch sonst in Sachen der Personenstandsrechte, z. B. bei der Entmündigung, ähnliche Aufgaben zugewiesen sind und deren Mitwirkung in Sachen der Todeserklärung in anderer Hinsicht gleichfalls schon vorgesehen ist (§ 974 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung, § 12 des Entwurfs). Entsprechende Erwägungen greifen Platz, wenn Zweifel auftauchen, ob ein für tot Erklärter nicht den Zeitpunkt, auf den sein Tod angenommen worden ist, überlebt hat. Der § 16 will deshalb der Staatsanwaltschaft das Recht und damit gegebenenfalls auch die Pflicht übertragen, die Todeserklärung oder ihre Aufhebung zu beantragen.

Der § 17 enthält zwei Vorschriften über die Beweisaufnahme Die hauptsächlichsten Hilfsmittel bei der Ermittlung der für die Entscheidung des Gerichts in Betracht kommenden Tatsachen werden in vielen Fällen Wahrnehmungen von Kameraden und Vorgesetzten des Verschollenen sein. Nach den allgemeinen Vorschriften der Zivilprozeßordnung müßten diese als Zeugen vernommen werden, und zwar in der Regel im Wege der Rechtshilfe durch Ersuchen der zuständigen Militärgerichtsbeamten. Es geht jedoch weder an, noch erscheint es erforderlich, die Truppen und die Militärgerichtsbeamten im Felde mit derartigen Ersuchen zu belasten. Zum Nachweise der bei dem Truppenteile des Verschollenen bekannten Tatsachen soll es daher genügen (Abs. 1), wenn der den Vorgängen am nächsten stehende Disziplinarvorgesetzte des Verschollenen, nämlich in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle der Kompagnie-, Schwadrons- oder Batterieführer, sie durch eine schriftliche Erklärung gerichtskundig macht. Dabei macht es keinen Unterschied, ob der Vorgesetzte seine Kenntnis aus eigener unmittelbarer Wahrnehmung, aus dienstlichen Meldungen oder aus etwaigen Ermittlungen hat. Zur Kennzeichnung des dienstlichen Charakters dieser Erklärung und zur sicheren Feststellung ihres Ursprunges und ihrer Echtheit wird die Beifügung des Dienstsiegels vorgeschrieben; führt der Disziplinarvorgesetzte kein eigenes Dienstsiegel, so hat er seine Erklärung der nächst vorgesetzten Dienststelle zur Beifügung des Siegels vorzulegen. Die Vorschrift des Abs. 1 ist nur anwendbar, solange der Truppenteil, dem der Verschollene angehört hat, besteht; ist er aufgelöst, so treten die allgemeinen Vorschriften über die Beweiserhebung ein. Die Frage, ob die durch eine dienstliche Erklärung des Disziplinarvorgesetzten nachgewiesenen Tatsachen zur Begründung der Todeserklärung ausreichen (§ 970 der Zivilprozeßordnung) oder ob daneben noch weitere Ermittlungen erforderlich sind, bleibt nach § 968 der Zivilprozeßordnung dem pflichtmäßigen Ermessen des Gerichts überlassen. Neben den Wahrnehmungen der Kriegsgefährten werden die Nachrichten ein wertvolles Hilfsmittel der Entscheidung bilden, die bei den Nachweisebureaus der deutschen Kriegsministerien, des Reichs-Marineamts und des Kommandos der Schutztruppen zusammenfließen. Auch hier scheint eine Beweiserhebung in den gewöhnlichen Formen untunlich, auch hier soll daher eine schriftliche formgerechte dienstliche Auskunft der Behörde ausreichen. Die Fassung des Abs. 2 beruht auf der Tatsache, daß die bezeichneten Nachrichtenstellen keine selbständigen Behörden, sondern als Abteilungen der obersten Militärverwaltungsbehörden der deutschen Kontingente, der Marine und

der Schutztruppen eingerichtet sind; sie gestattet es, die erleichterte Form der Beweisaufnahme auch dann noch anzuwenden, wenn die zurzeit bestehenden Nachrichtenabteilungen aufgelöst und ihre Geschäfte anderen Abteilungen der betreffenden Behörden zugeteilt sein werden. Die Vorschriften des § 17 sollen in allen nach der Verordnung zu entscheidenden Fällen bei Anträgen auf Todeserklärung, bei Anfechtungsklagen und bei Anträgen auf Aufhebung eines Ausschlußurteils gemäß §§ 11, 16 des Entwurfs angewendet werden.

Für ein durch die Verordnung geregeltes Verfahren sollen Gebühren nicht erhoben werden (§ 18 Abs. 1). Wird eine Todeserklärung ausgesprochen, so können die dem Antragsteller erwachsenen notwendigen Kosten nach § 971 der Zivilprozeßordnung dem Nachlaß auferlegt werden. Es erscheint angemessen, daß das Gericht die Rückerstattung dieser Kosten anordnen kann, wenn die Todeserklärung wieder aufgehoben wird; auch sollen in diesem Falle demjenigen, der die Todeserklärung erwirkt hat, die durch den Antrag auf Aufhebung des Ausschlußurteils dem Antragsteller erwachsenden außergerichtlichen Kosten auferlegt werden können (§ 18 Abs. 2). Über die außergerichtlichen Kosten einer Anfechtungsklage bedarf es keiner besonderen Vorschrift.

Literatur.

Dronke, Die Todeserklärung Kriegsverschollener. JW. 16 632. — Fürnrohr, Die Todeserklärung bei Kriegsverschollenheit. DJZ. 16 332. — Hoffmann, Die Todeserklärung Kriegsverschollener und die Sozialversicherung. DJZ. 16 619, MfAV. 16 344ff. — Krause, Die Todeserklärung verschollener Kriegsteilnehmer und ihre Bedeutung für die Krankenversicherung. Ortskrankenk. 16 492ff. — Kretzschmar, Todeserklärung von Kriegsverschollenen. SächsA. 16 209. — Lafrenz, Todeserklärung Kriegsverschollener. Recht 16 505. — Lemme, Die Todeserklärung Kriegsverschollener. Recht 16 372, Erwiderung von Stern, das. 508. — v. Miltner, Die Todeserklärung Kriegsverschollener. LeipzZ. 16 727. — v. Olshausen, Die Todeserklärung Kriegsverschollener. JW. 16 642. — Riezler, Todeserklärung Kriegsverschollener. BayRpflZ. 16 161. — Schmidt, Die Rechtsverhältnisse der Vermißten, Berlin 1916. — v. Seuffert, Die BRVO. über die Todeserklärung Kriegsverschollener v. 18. April 1916. Recht 16 429ff. — Stern, Die Todeserklärung Kriegsverschollener mit Rücksicht auf die BRVO. v. 18. April 1916. Gruchots Beitr. 60 545ff. — Weyl, Zur Todeserklärung Kriegsverschollener. DJZ. 16 617.

Vorbemerkung.

1. Riezler a. a. O. 162. Die Gültigkeit der VO. ist nicht zu bezweifeln. Vergegenwärtigt man sich, daß ein längeres Unterbleiben der Todeserklärung in der Regel zugleich eine ebensolange Verzögerung der Hinterbliebenenfürsorge und der Auszahlung von Versicherungssummen bedeutet, so wird man anerkennen müssen, daß die VO. in der Tat schwerer wirtschaftlicher Schädigung vorbaut; ebenso Stern a. a. O. 547, Weyl a. a. O 618.

2. Dronke a. a. O. 632. Die Befugnis des Bundesrats, das von vielen Seiten verlangte Gesetz im Verordnungswege auf Grund des sog. Ermächtigungsgesetzes zu erlassen, kann nicht wohl bezweifelt werden. Dasselbe Gebot tunlichster Verminderung und Verhütung der mit der Ungewißheit über Leben und Tod verbundenen wirtschaftlichen Nachteile und möglichster Sicherung des Rechtsverkehrs, das die Einrichtung der Todeserklärung überhaupt rechtfertigt, führt auch zu einer Sonderregelung der Kriegsfälle von Verschollenheit, deren große Zahl und gleichzeitiges Auftreten ihre schädlichen Wirkungen noch verschärft und ihre Abstellung aus einer Forderung schutzbedürftiger Einzelinteressen zu einer solchen des Wirtschaftslebens der Allgemeinheit macht. Damit war die Voraussetzung für die Zuständigkeit des Bundesrats gegeben.

§§ 1 bis 3.

Die sachlichen Voraussetzungen der Todeserklärung.

§ 1.

Inhaltsübersicht.

I. Angehörige der bewaffneten Macht des Deutschen Reiches usw. III 136.
II. Teilnahme am Kriege III 136.
III. „Während des Krieges vermißt" III 136.
1. Vermißt III 136.
2. Während des Krieges III 137.
3. Inwieweit wird ein ursächlicher Zusammenhang mit dem Kriege vorausgesetzt? III 137.
IV. Die Berechnung der Frist III 139.
V. Die Personen des Abs. 2 III 140.

I. Angehörige der bewaffneten Macht des Deutschen Reiches usw.

1. Dronke a. a. O. 633. Die zurzeit in Gemeinschaft mit uns den Krieg führenden Staaten (Österreich-Ungarn, Türkei, Bulgarien) sind alle mit uns verbündet; die Einbeziehung der befreundeten Staaten ermöglicht eine Berücksichtigung der Fälle von Verschollenheit im türkischen Heere, die eingetreten sind, bevor das förmliche Bündnisverhältnis in Kraft trat.

2. Dronke a. a. O. 633. Nach § 1 KrVerschV. können ebensowenig, wie dies nach § 15 BGB. möglich wäre, alle Verschollenen der verbündeten Heere von einem deutschen Gerichte für tot erklärt werden. Auch hier gilt Art. 9 EGBGB., nach dessen Abs. 1 Voraussetzung einer Todeserklärung nach den deutschen Gesetzen ist, daß der Verschollene bei dem Beginn der Verschollenheit ein Deutscher war.

3. Dronke a. a. O. 633. Zur bewaffneten Macht sind auch die Armierungssoldaten zu rechnen. Bei den Schutztruppen fallen deren eingeborene (farbige) Angehörigen nach § 4 SchutzGebG. nicht unter die KrVerschV.

II. Teilnahme am Kriege.

1. Dronke a. a. O. 634. Teilnahme gerade an einer Kampfhandlung ist nicht erforderlich, sogar der immobile Kriegsteilnehmer nimmt am Kriege teil, auch auf ihn kann daher unter Umständen die KrVerschV. Anwendung finden.

2. Dronke a. a. O. 634. Im Aufgebotsverfahren müssen die besonderen Umstände des Falles über das Vorliegen einer „Kriegsteilnahme" entscheiden. Dies gilt vor allem für die Personen, die sich nur beim Heere befinden oder ihm folgen, und die Zivilgefangenen, mögen sie nun von feindlichen Truppen aus der Heimat verschleppt oder fern vom Kriegsschauplatze festgenommen und festgehalten worden sein (Abs. 2). Bei ihnen wird in der Tatsache, die zu ihrer Gleichstellung mit den Angehörigen der bewaffneten Macht führt, in der Regel zugleich auch das der „Teilnahme am Kriege" gleich zu erachtende Tatbestandsmerkmal zu erblicken sein (Begr.). Wenn sie „in die Gewalt des Feindes geraten", so nehmen sie im Sinne der KrVerschV. dadurch am Kriege teil.

III. „Während des Krieges vermißt".

1. Vermißt.

a) Dronke a. a. O. 634. „Vermißt" ist im Sinne beider Vorschriften derjenige Angehörige einer bewaffneten Macht, der sich zu einer bestimmten Zeit nicht mehr bei ihr befindet, während weder über seinen Tod noch über seine Gefangenschaft noch über sein sonstiges Verbleiben irgendwelche Nachrichten vorliegen.

b) Dronke a. a. O. 634. Zivilpersonen, die in feindliche Gewalt geraten (Abs. 2), sind dementsprechend als vermißt anzusehen, wenn sie sich nicht mehr an ihrem letzten aus der Freiheit oder aus der Gefangenschaft bekannten Aufenthaltsorte befinden und Nachrichten über sie dort fehlen.

c) Stern a. a. O. 554. Vermißt ist derjenige, welcher sich zu einer bestimmten Zeit nicht mehr an seinem Wohn- oder Aufenthaltsort oder dem Orte, wo seine Anwesenheit zu erwarten wäre, befindet und über dessen Verbleib an der Stelle keine Nachrichten vorliegen, bei der solche nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge vorhanden sein müßten. Entfernung von dem bezeichneten Orte ist nicht Voraussetzung, z. B. wenn jemand nach Sprengung eines Hauses nicht mehr zum Vorschein kommt. Das Vermißtsein wird zur

Verschollenheit, wenn das Fehlen der Nachrichten fortdauert, während ein Beweis des Lebens oder Todes nicht geliefert werden kann. Die Dauer dieses eigentlichen Zustandes der Verschollenheit ist ohne Belang. Während nach § 15 BGB. die Todeserklärung eines Kriegsverschollenen erst nach Ablauf von drei Jahren, regelmäßig vom Friedensschluß ab gerechnet, erfolgen darf, genügt nach § 1 KrVerschV. der Ablauf eines Jahres seit Eingang der letzten Nachricht. Die Zugrundelegung eines Zeitraums der Nachrichtlosigkeit schließt sich dem im § 14 BGB. geordneten Regelfalle der Verschollenheit an.

d) Dronke a. a. O. 635. Zur Todeserklärung genügt der Zustand des Vermißtseins nicht, er muß in den der Verschollenheit übergegangen sein.

2. Während des Krieges.

a) v. Miltner a. a. O. 729. Vermißtsein seit Kriegsende fällt nicht unter die VO.

b) Dronke a. a. O. 635. Wird der Kriegsteilnehmer erst nach Beendigung des Krieges vermißt, so kann die KrVerschV. keine Anwendung mehr finden. Ebensowenig § 15 BGB. Soweit in einem solchen Fall nicht die besonderen Voraussetzungen der §§ 16 oder 17 BGB. (See- oder Gefahrverschollenheit) gegeben sein werden, wird die Todeserklärung nur nach der allgemeinen Regel des § 14 BGB. erfolgen können.

c) Dronke a. a. O. 635. Nicht notwendig ist, daß die Nachricht noch während des gegenwärtigen Krieges eingeht. Ist jemand noch während des Krieges vermißt worden, so wird die KrVerschV. nicht dadurch unanwendbar, daß eine noch vorher von ihm oder vor- oder nachher von anderen über ihn gegebene Nachricht erst nach Beendigung des Krieges eintrifft.

d) Dronke a. a. O. 635. Eine Bestimmung, wann das Ende des Krieges im Sinne der Vorschrift anzunehmen sein wird, enthält die KrVerschV. nicht. Maßgebend wird der Friedensschluß sein, bei mehrfachem Friedensschluß wird es auf die Umstände ankommen. Ein etwaiger Sonderfriede mit Serbien z. B. würde für die in der Champagne oder in Rußland Vermißten ohne Bedeutung sein; war jemand auf einem Kriegsschauplatze verwendet, auf dem auf der Gegenseite belgische, englische und französische Truppen oder englische und japanische Seestreitkräfte in Tätigkeit waren, so wird die Voraussetzung des § 1 erfüllt sein, wenn er vor dem letzten Friedensschluß mit einer der beteiligten Mächte vermißt worden ist. Für den Fall, daß nach Friedensschluß noch feindliches Gebiet eine Zeitlang besetzt bleibt, gilt nichts Besonderes. Die Sonderregelung der KrVerschV. erstreckt sich auf die dann etwa vorkommenden Fälle nicht, eine entsprechende Anwendung der Ausnahmevorschrift des § 11 KTSchG. („der Zeitpunkt, mit welchem der Kriegszustand als beendet anzusehen ist, wird durch Kaiserliche Verordnung bestimmt") und anderer Kriegsverordnungen erscheint mangels einer dahin gehenden Ermächtigung nicht zulässig.

3. Inwieweit wird ein ursächlicher Zusammenhang mit dem Kriege vorausgesetzt?

a) Dronke a. a. O. 634. Ein sachlicher Zusammenhang des Vermißtseins mit der Teilnahme an dem Kriege ist erforderlich. Zu weit geht aber die Rechtslehre darin, daß sie ferner verlangt, das Vermißtsein müsse auch auf dem Kriegsschauplatze eingetreten sein. Schon rein sprachlich ist diese örtliche Beziehung, im Gegensatz zu der sachlichen Verknüpfung, in dem Ausdruck „während" nicht enthalten. Die Gefahr des spurlosen Verschwindens aus Ursachen, die mit dem Kriege und den durch ihn geschaffenen Verhältnissen und veranlaßten Maßnahmen zusammenhängen, besteht aber sowohl bei den fern vom Kampfplatze festgenommenen Zivilgefangenen als auch bei den aus dem Kampfgebiete fortgeführten Kriegsgefangenen in kaum geringerem Maße als auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen. Man denke nur an Dahome oder Sibirien und an die englischen Konzentrationslager. Ebenso kann ein am Kriege teilnehmendes Schiff außerhalb des Kampfgebietes auf See in Verschollenheit geraten. Alle diese Fälle werden von der KrVerschV. nach ihrem Wortlaut und nach der in ihrer Begründung mehrfach aus-

gesprochenen Absicht mitumfaßt; die Begründung kann in dieser Hinsicht insofern besondere Beachtung für die Auslegung beanspruchen, als der Bundesrat der einzige Gesetzgeber und auf seine Veranlassung die Veröffentlichung der Begründung erfolgt ist.

b) v. Miltner a. a. O. 728. Die Worte „während des Krieges" sind nicht nur zeitlich, sondern auch räumlich zu verstehen. Das Vermißtwerden muß mit der Kriegsteilnahme in offenbarem sinnfälligem Zusammenhange stehen. Nicht notwendig ist, daß das Vermißtwerden auf dem Kriegsschauplatz selbst eingetreten ist.

c) Stern a. a. O. 552. Bei § 1 KrVerschV. bildet, wie auch die Begr. hervorhebt, die zur Gleichstellung mit den Angehörigen der bewaffneten Macht führende Tatsache zugleich die Teilnahme am Kriege. Daraus folgt für den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Vermißtsein und der Teilnahme am Kriege, daß es nur zwischen dem Vermißtsein und dieser Tatsache zu bestehen braucht. Damit ist aber für die Personengruppe der Abs. 2 § 1 KrVerschV. das für den § 15 BGB. zu verlangende Erfordernis des Vermißtseins auf dem Kriegsschauplatze ausgeschaltet. Gilt dies für die bezeichnete Personengruppe, so muß es erst recht für die größerer Kriegsgefahr ausgesetzte in § 1 Abs. 1 KrVerschV. übereinstimmend mit § 15 BGB. behandelte Personengruppe gelten. Durch § 1 KrVerschV. werden daher auch die nicht unter § 15 BGB. fallenden Staudingerschen Beispiele mitgetroffen: der in einem Kriege gegen die Engländer in Afrika gefangene und in England internierte, während der Fortdauer des afrikanischen Krieges in England verschwundene Deutsche, ferner der während des Krieges einen Gefangenentransport aus Frankreich nach Deutschland begleitende Soldat. Zu Unrecht verlangt v. Miltner a. a. O. 728 einschränkend, daß „Ereignisse eingetreten sein müssen, vermöge deren der Gefangene dem Bereich und der Wirkung der eigentlichen Kriegsgefahr aufs neue ausgesetzt ist", z. B. bei Zurückschlagung der Feinde, die die Gefangenen mitgenommen haben. Entkommt aber der Gefangene z. B. nach einem neutralen Lande und gerät er dann in Verschollenheit, so kann auf ihn die KrVerschV. wegen des fehlenden ursächlichen Zusammenhanges zwischen Vermißtsein und Teilnahme am Kriege keine Anwendung finden. Ja es genügt, daß ein immobiler Soldat bei einem militärischen Transport innerhalb Deutschlands während des Krieges in Verschollenheit gerät. Das Gesagte gilt auch für die Besatzung von Schiffen und Luftfahrzeugen, die außerhalb des Kriegsschauplatzes in Verschollenheit geraten, wobei zu bemerken ist, daß auch die hohe See als Kriegsschauplatz gilt. Die für § 15 BGB. wesentliche Unterscheidung zwischen offener See und Binnengewässern besteht für die KrVerschV. nicht; sie umfaßt ferner auch die im BGB. nicht besonders geregelten Fälle der „Luftverschollenheit".

d) Schmidt a. a. O. 34. Nicht erforderlich ist, daß das Vermißtsein gerade auf dem Kriegsschauplatz eingetreten ist. Die Gefahr des spurlosen Verschwindens aus Ursachen, die mit dem Kriege und den durch ihn geschaffenen Verhältnissen zusammenhängen, besteht sowohl auch bei den fern vom Kampfplatz festgenommenen Zivilgefangenen als auch bei den aus dem Kampfgebiet fortgeführten Kriegsgefangenen in keinem geringeren Maße als auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen.

e) v. Miltner a. a. O. 728. Die Gefangenschaft ist eine unmittelbare Folge der Kriegsteilnahme; sie ergibt sich in der Regel aus Gefechten, aus Umzingelungen u. dgl. Sie kann daher sehr wohl den Ausgangspunkt eines Vermißtwerdens im gesetzlichen Sinne bilden. Wenn also bei dem Truppenteil des Vermißten auf Grund des dort bekannten Verlaufes eines Gefechts, einer Erkundung usw. angenommen wird, daß der Vermißte in Gefangenschaft geraten sein müsse, und wenn der Zustand des Vermißtseins fortdauert, so kann es zur Todeserklärung kommen. Was bei dem Truppenteil des Vermißten über seinen Verbleib zuletzt bekannt war, vertritt die Stelle der letzten Nachricht i. S. des § 1 Abs. 1 VO. und es bedarf dann nur noch des Ablaufs der gesetzlichen Fristen, vielleicht auch noch der Abwartung einer Aussetzung nach § 9 VO., die gerade in solchen Fällen am Platze sein mag. Diesem Ergebnis wird man übrigens auch auf Grund der Erwägung beistimmen müssen, daß der Vermißte durch den Akt der Gefangennahme allein, mag diese auch mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen sein, den eigentlichen Gefahren des Krieges

noch lange nicht entrückt war. Wenn endlich die Feststellung, daß eine nicht zur bewaffneten Macht gehörende Person in die Gewalt des Feindes geraten sei, als Voraussetzung der Todeserklärung aufgestellt ist (§ 1 Abs. 2 VO.), so kann die gleiche Feststellung hinsichtlich eines Angehörigen der bewaffneten Macht kein Hindernis der Todeserklärung bilden. Zweifel können entstehen, wenn festgestellt wird, daß ein bei seinem Truppenteil Vermißter in ein feindliches Gefangenenlager eingeliefert und dort am Leben ist, und wenn sodann lange Zeit keine Nachricht von ihm oder über ihn eingeht. Zunächst ist durch die Auskunft der bis dahin bestandene Zustand des Vermißtseins zerstört, und das Ausbleiben von Nachrichten allein wird ihn nicht neu begründen können. Anders aber dürfte die Sachlage werden, wenn ermittelt wird, daß Ereignisse eingetreten sind, vermöge deren der Gefangene dem Bereiche und der Wirkung der eigentlichen Kriegsgefahren aufs neue ausgesetzt worden ist. Man braucht nur daran zu denken, daß die Feinde wiederholt weit in ihr Land zurückgeschlagen worden sind. Wenn sie auf ihrer Flucht Gefangene mitgenommen haben, so sind diese unmittelbar wieder in die Kriegswirren verstrickt worden. Rechtlich sind die Gefangenen auch Kriegsteilnehmer geblieben. Durch die Gefangennahme wurden sie zwar tatsächlich aus dem Kampf ausgeschaltet, aber nur so weit und so lange, als der Feind Macht und Gewalt über sie hat. Ein Ereignis der bezeichneten Art kann daher ein neues Vermißtwerden in Lauf setzen. Es ist aber zuzugeben, daß bei der Vielheit der tatsächlichen Möglichkeiten jeder Fall für sich allein gewürdigt werden muß. Namentlich gilt dies von der Flucht eines einzelnen Gefangenen; ihre Umstände können ihn den Kriegsgefahren wieder aussetzen. Anders wohl, wenn er unmittelbar in ein neutrales Land geflohen ist.

IV. Die Berechnung der Frist.

1. Stern a. a. O. 554. Die für die Einleitung des Aufgebotsverfahrens zum Zwecke der Todeserklärung, und zwar mit Wirkung für alle Kriegsschauplätze ebenso wie für die Feststellung des Todestags maßgebende Jahresfrist rechnet seit dem Eingange der letzten Nachricht von dem Leben einer Person, auf welche die angegebenen Voraussetzungen zutreffen. Diese auch von Dronke a. a. O. 635, Schmidt a. a. O. 25, 35 und v. Miltner a. a. O. 730 vertretene Auslegung ist allerdings nicht ohne gewisse Schwierigkeiten zu gewinnen. Der Wortlaut des § 1 KrVerschV. über die Todeserklärung eines Kriegsverschollenen, „wenn von seinem Leben ein Jahr lang keine Nachricht eingegangen ist", schließt sich eng an den des § 14 BGB. an. Für den § 14 BGB. nehmen aber Rechtslehre und Rechtsprechung zufolge seiner Entstehungsgeschichte (Staudinger zu § 14 BGB.) übereinstimmend an, daß der Zeitpunkt des Einganges der Nachricht für den Fristbeginn unbeachtlich, vielmehr von der Zeit ab zu rechnen ist, „auf welche die letzte Kunde von dem Leben des Verschollenen sich bezieht" (Mot. 1, 38), daß also der Inhalt der Nachricht für den Fristbeginn entscheidet. Daß für den § 14 BGB. nur diese Auslegung möglich ist, ergibt mit Sicherheit dessen Abs. 3 (Schlußworte). Die Möglichkeit des Gedankens besteht, dieselbe Auslegung auch auf den § 1 KrVerschV. anzuwenden. Jedoch mit Unrecht.

Bereits für § 14 BGB. wird anerkannt, daß nach dem Wortlaut des Abs. 1 der Nachrichteneingang, nicht der Nachrchteninhalt für den Fristbeginn entscheidend ist. Für § 1 KrVerschV. fehlt es nun aber nicht nur rein äußerlich an einem klarstellenden Rechtsatze für eine vom Wortlaut abweichende Auslegung, sondern infolge der neuartigen Regelung der Frist als solcher (Abiehen von den fünf und zehn Jahren sowie der Zuhilfenahme des Jahresschlusses) auch innerlich an der Möglichkeit, den Abs. 3 des § 14 BGB. ergänzend zur Auslegung des § 1 KrVerschV. heranzuziehen. Hierzu kommt, daß die Festsetzung der immerhin kurzen Frist von einem Jahre die Bestimmung der späteren Zeit des Einganges der Nachricht rechtfertigt. Mag auch Vermißtsein und Verschollenheit sich an die Person des Verschollenen knüpfen, während die Person des Empfängers und die Zeit des Einganges der Nachricht oft vom Zufall abhängen, so ist doch nicht zu verkennen, daß im allgemeinen der Eingang der (nicht notwendig, aber wohl meist schriftlichen)

Nachricht die größte Gewähr einer sicheren Feststellung und damit einer festen Unterlage, für das Aufgebotsverfahren einschließlich des Ausschlußurteils bildet. (Bei dem häufigen Falle des Vermißtseins seit einem besonderen Kriegsereignisse knüpft auch § 2 KrVerschG. für die Feststellung des Todeszeitpunkts an das Ereignis an.)

2. Lemme a. a. O. 373. Gemeint ist: Die Todeserklärung kann beantragt werden, wenn von der Zeit an, auf die sich die letzte Kunde von dem Leben des Vermißten bezieht, ein Jahr vergangen ist (Staudinger, § 14 I 1, Motive I 38). Hiergegen Stern (Recht 16 508). Es kommt auf den Nachrichteneingang an.

3. Dronke a. a. O. 635. Der Tag des Abgangs und der Zeitpunkt, zu dem nach dem Inhalt der Nachricht der Vermißte noch gelebt hat, können für die tatsächliche Würdigung des Falles von Bedeutung sein, für die Eröffnung des Verfahrens kommen sie nicht in Betracht, mag zwischen jenen Zeitpunkten und dem Eintreffen der Nachricht noch so lange Zeit verstrichen sein. Von wem die Nachricht kommt, ob von dem Vermißten selbst, einem Bekannten, einem Vorgesetzten, einem Lazarett, einer Nachrichtenstelle oder woher sonst, ist gleichgültig. Dies gilt auch für Nachrichten, die von einer feindlichen Behörde, einem neutralen Auskunftsamt oder einer mit dem Schutze der Deutschen betrauten fremden Macht eingehen. Es macht ferner keinen Unterschied, wo die letzte Nachricht eingegangen ist. Sie kann bei Verwandten, bei Personen, die zu dem Vermißten in Rechtsbeziehungen stehen, bei vorgesetzten Dienststellen oder anderen Behörden, bei dem Aufgebotsgericht einlaufen. Zu Zweifeln kann es Anlaß geben, wenn die empfangende Stelle die Nachricht weiter gibt. Erhält der Truppenteil im Felde eine Nachricht über einen Vermißten oder teilt er sie dessen Familienangehörigen in der Heimat mit, so wird man diese Mitteilung als die maßgebende letzte Nachricht anzusehen haben. Wendet sich der Truppenteil, weil ihm die Angehörigen nicht bekannt sind, an die Heimatbehörde des Vermißten, so ist deren Eröffnung an die Beteiligten entscheidend. Das gleiche wird man im Zweifel auch bei den Benachrichtigungen annehmen müssen, die von den verschiedenen Nachweisestellen über das Ergebnis ihrer Nachforschungen gemacht werden. Dagegen wird das Weiterverbreiten einer eingegangenen Nachricht im Familien- oder Bekanntenkreise den Beginn der Frist nicht hinausschieben können. Hier wird es meist darauf ankommen, wann die Nachricht denjenigen erreicht hat, der zu dem Antrage auf Todeserklärung berechtigt ist. Gelangt dieselbe Nachricht später noch an eine andere Person, so ist das unerheblich. Erhält dagegen ein anderer, auch jemand, der selbst nicht antragsberechtigt ist, hinterher eine neue Nachricht von dem Leben des Vermißten, so wird der begonnene Fristlauf hinfällig und das Jahr ist vom Eingang der neuen Nachricht an zu rechnen.

4. Stern a. a. O. 556. Die letzte Kunde über den Verbleib eines Vermißten wird regelmäßig bei seinem Truppenteil vorhanden sein. Sie ist als die letzte Nachricht anzusehen (v. Miltner a. a. O. 728). Bei Weitergabe einer an einen Truppenteil gelangten Nachricht durch diesen an die Verwandten des Verschollenen ist die Mitteilung an diese die letzte Nachricht. Von wem die Nachricht kommt und bei wem sie eingeht, macht keinen Unterschied.

V. Die Personen des Abs. 2.

1. Dronke a. a. O. 633. Unter Abs. 2 fallen z. B. Berichterstatter (ebenso v. Miltner a. a. O. 729 Stern a. a. O. 550), Händler (soweit sie nicht im Dienstverhältnis stehen), Überbringer von Liebesgaben, Schlachtenbummler usw. — fremde Militärbevollmächtigte werden nach Art. 9 EGBGB. hier nicht in Betracht kommen.

2. Dronke a. a. O. 634. Von besonderer Bedeutung ist die erweiternde Vorschrift bei der Flotte, wo sie die sog. Hilfsbeischiffe (z. B. Kohlenschiffe, Vorratsschiffe) ergreift, die nicht Fahrzeuge der Kaiserlichen Marine sind und sich auch nicht immer unmittelbar bei ihr befinden, von denen aber, wenn sie eine Fahrt ausrüsten, stets zu gelten hat, daß sie dann der Marine folgen. Ihre Besatzung untersteht daher der KrVerschG.

3. Dronke a. a. O. 633. In einem Amtsverhältnisse befinden sich beim Heere

z. B. die Beamten der Feldpost und dort, wo im besetzten feindlichen Gebiete eine der Militärgewalt unterstellte deutsche Zivilverwaltung eingerichtet ist, deren Beamte.

4. Dronke a. a. O. 633. Ein Dienstverhältnis kann insbesondere bei Schanzarbeitern und bei Fuhrleuten, aber auch bei Technikern und Nichtleuten (Monteuren) in Betracht kommen. Nicht notwendig ist, daß der Dienstvertrag zwischen der Heeresverwaltung und dem Dienstverpflichteten abgeschlossen ist. Auch der vom Unternehmer auf Grund vertraglicher Verpflichtung zu einer Arbeit auf dem Kriegsschauplatze oder auf einem Kriegsschiff entsandte Angestellte befindet sich dort auf Grund seines Dienstverhältnisses.

5. Dronke a. a. O. 633. Freiwillige Hilfeleistung kommt wohl nur bei der Krankenpflege in Betracht, allenfalls auch bei Händlern, die Heeresbedarf zuführen. Bewaffnete Hilfeleistung durch Personen, die nicht zur bewaffneten Macht gehören (Heckenschützen oder Freibeuter zur See) steht außerhalb des deutschen Gesetzes.

6. Seuffert a. a. O. 432. Zum Begriffe der Feindschaft ist nicht Kriegserklärung erforderlich, sondern auch die tatsächliche Feindschaft ist zu beachten.

7. Riezler a. a. O. 162. „In die Gewalt des Feindes geraten" sind z. B. Geiseln und Zivilgefangene.

8. Stern a. a. O. 551. „Feind" im Sinne dieser Bestimmung ist nur der staatlich organisierte Feind, d. h. die militärische oder Zivilgewalt eines feindlichen Staates, nicht aber Pöbelhaufen, wie in Antwerpen oder Petersburg, oder plündernde Horden russischer Dorfbewohner, wie sie im Anfange des Krieges über die deutsche Grenze drangen. Andererseits bedeutet in die „Gewalt" des Feindes geraten mehr als in „Gefangenschaft" geraten. Werden z. B. Ortschaften von feindlichen Truppen besetzt und vom Verkehr abgeschlossen, so sind die Bewohner, auch ohne gefangen zu werden, in die Gewalt des Feindes geraten. Flüchtlinge aus solchen Ortschaften unterfallen der KrVerschV.

9. Dronke a. a. O. 634. Nicht unter die Verordnung fallen die in deutscher Hand befindlichen fremden Kriegsgefangenen, auch wenn sich darunter zufälligerweise ein Deutscher befinden sollte.

10. Lemme a. a. O. 372. Für die Anwendung des Abs. 2 ist die Kriegsteilnahme keine Voraussetzung. Sachgemäßer würde deshalb Abs. 2 lauten: „Das gleiche gilt für die Personen, die, ohne als Angehörige einer bewaffneten Macht am Kriege teilgenommen zu haben, sich bei ihr aufgehalten haben, oder ihr gefolgt sind oder in die Gewalt des Feindes geraten sind."

§ 2.

Der Zeitpunkt des Todes.

Inhaltsübersicht.

1. Allgemeines III 141.
II. Die seit einem „besonderen Kriegsereignis" Vermißten III 141.

I. Allgemeines.

1. Dronke a. a. O. 636. Zur Feststellung des Todestags eines nachweislich, aber ungewiß wann Verstorbenen, ist das Aufgebotsverfahren nicht gegeben. Hier bleibt nichts übrig, als nötigenfalls im Rechtswege eine Entscheidung zu erwirken. Sollten die Überreste einer Leiche erst gefunden werden, nachdem die Todeserklärung bereits erfolgt ist, so wird es bei dem Ausschlußurteile sein Bewenden behalten.

2. v. Miltner a. a. O. 730. Ist die letzte Nachricht durch Feldpostbrief eingegangen, so wird der Eingangstag durch die inländische Postbehörde ermittelt werden können.

3. v. Miltner a. a. O. 730. Der Zeitpunkt, in dem der Antrag zulässig geworden ist, ist der erste Tag des zweiten Jahres nach Eingang der letzten Nachricht, nicht etwa der letzte Tag des ersten Jahres, denn die einjährige Frist muß abgelaufen sein.

II. Die seit einem „besonderen Kriegsereignis" Vermißten.

1. Dronke a. a. O. 637. Was als ein „besonderes Kriegsereignis" anzusehen ist, ist Tatfrage, für deren Entscheidung die aufgezählten Beispiele Anhaltspunkte bieten.

In dem Besetzen eines eigenen Schützengrabens, dem Beziehen einer Feldwachstellung oder eines Beobachtungspostens, in einem einfachen Patrouillenritt wird in der Regel ein solches besonderes Kriegsereignis nicht zu erblicken sein; ebenso Stern a. a. O. 557, Schmidt a. a. O. 38; a. M. Manthey NaumburgAK. 16 42.

2. Dronke a. a O. 637. Erstreckt sich das maßgebende Kriegsereignis über mehrere Tage, so wird der Zeitpunkt des Todes im Zweifel auf dessen letzten Tag zu verlegen sein, z. B. ist für die Vermißten aus einer mehrtägigen Schlacht der letzte Tag als Todestag anzunehmen, es sei denn, daß einer erweislich schon am ersten Tage vermißt worden ist.

2. Stern a. a. O. 557. Als Beispiele des „besonderen Kriegsereignisses", dessen Annahme sich nach den Umständen des Einzelfalles richten, immer aber — anders als bei der Gefahrverschollenheit des § 17 BGB. — die Beteiligung einer größeren Personenzahl erfordern wird, führt § 2 KrVerschV. an „ein Gefecht, eine Sprengung, einen Schiffsunfall". Danach wird man auch einen Flußübergang oder die Erkundungsfahrt eines Zeppelin-Luftschiffs nach England als besonderes Kriegsereignis anzusehen haben, nicht aber die Fahrt eines mit nur zwei Personen besetzten Flugzeuges, wohl aber eines Flugzeuggeschwaders. Es braucht aber nicht eine eigentliche Kampfhandlung zu sein, ein Eisenbahnunglück, ein Hauseinsturz, die Explosion eines Kriegsschiffs oder eines Magazins können hierher gehören (v. Miltner a. a. O. 730). Bei längerer Dauer des Kriegsereignisses ist im Zweifel der letzte Tag als Todestag anzunehmen. Hat der Kriegsverschollene aber das besondere Ereignis überlebt, ist z. B. ein bei Sprengung eines Schützengrabens Beteiligter nachher noch verwundet gesehen oder die Besatzung eines gestrandeten Zeppelins noch in Fischerbooten beobachtet worden, so bleibt als Zeitpunkt des Todes derjenige, in dem der Antrag auf Todeserklärung zulässig geworden ist. Regelmäßig wird aber bei solchen Kriegsereignissen ein bestimmter Tag als vermutete Todeszeit festzustellen sein. Kommen, wie z. B. bei einem Sturmangriff oder dem Untergang eines Kriegsschiffs, Hunderte von Personen auf einmal ums Leben, so kann dies, zumal wenn zahlreiche verschiedene Amtsgerichte mit Aufgebotsverfahren befaßt sind, zur Feststellung verschiedener Todestage führen. Hierbei ist zu beachten, daß nach herrschender und richtiger Ansicht die Vorschrift des § 20 BGB., wonach beim Umkommen mehrerer in einer gemeinsamen Gefahr ihr gleichzeitiger Tod vermutet wird, für die Todeserklärung gar nicht in Betracht kommt, weil es hier eben an dem Nachweise des Umkommens in einer gemeinsamen Gefahr fehlt (vgl. Planck zu § 20 BGB.). Die schon nach den Vorschriften des BGB. bestehende Gefahr der Feststellung verschiedener Todestage ist jedoch zumal nach § 2 Satz 1 KrVerschV. nur gering. Bei derartigen Massenkriegsunfällen wird die dienstliche Feststellung des Todes durch die zuständige Militärbehörde häufig sein, so daß Todeserklärung gar nicht oder nur bei einzelnen Beteiligten in Betracht kommt.

3. Lemme a. a. O. 372. Als ein „besonderes Kriegsereignis" i. S. des § 2 hat auch ein Automobilunfall zu gelten, den ein Liebesgabentransport im Etappengebiet erleidet (a. M. Stern, Recht 16 508).

4. v. Miltner a. a. O. 730. Da unter den Beispielen auch der „Schiffsunfall" (auch auf Binnengewässern) erwähnt wird, und ein solcher ebensowohl bei Kämpfen wie ausschließlich infolge von Naturgewalten vorkommen kann, ist die Annahme gerechtfertigt, daß unter § 2 Satz 2 nicht bloß eigentliche Kampfhandlungen fallen. Wenn z. B. im Gebirgskrieg eine Abteilung bei der Rückkehr von einer Erkundung unter eine Lawine gerät und nicht mehr aufgefunden werden kann, so ist das ein besonderes Kriegsereignis i. S. des § 2. Dasselbe wird zu gelten haben, wenn Angehörige der bewaffneten Macht oder ihnen Gleichgestellte nach einer Explosionskatastrophe hinter der Front vermißt werden. Auch ein Eisenbahnunglück, das einem Truppentransport zustößt, kann hierher gehören.

5. Lemme a. a. O. 372. Statt „Zeitpunkt des Ereignisses" würde es in § 2 bestimmter „Zeitpunkt der Beendigung des Ereignisses" heißen können, um Zweifel zu vermeiden für den Fall, daß es sich z. B. um ein mehrtägiges Gefecht u. dgl. handelt.

6. Dronke a. a. O. 637. Rechtfertigen die Ermittlungen die Annahme, der Verschollene habe das besondere Kriegsereignis überlebt, z. B. man hat aus einem verschütteten

Werk noch nach Tagen Lebenszeichen gehört oder das Wrack oder ein Boot des untergegangenen Schiffes ist noch mit lebenden Insassen beobachtet worden, so versagt die besondere Vorschrift und die allgemeine Regel greift Platz. In solchen Fällen wird sich dem Gerichte leicht die Möglichkeit bieten, einen bestimmten Tag als Ergebnis der Ermittlungen anzunehmen, und es wird kaum ein Anlaß vorliegen, erst den Tag der Zulässigkeit des Antrags als mutmaßlichen Todestag festzustellen. Auch in solchen Fällen ist, trotz der hohen Wahrscheinlichkeit des Todes, wenn die Militärbehörde nicht in der Lage ist, den Tod z. B. der Besatzung des gesprengten Unterstandes oder des versenkten Schiffes dienstlich festzustellen und unter ihrer Verantwortung zur Eintragung in das Standesregister anzuzeigen, der Antrag auf Todeserklärung erst nach Ablauf eines Jahres seit Eingang der letzten Nachricht von dem Leben des Vermißten zulässig.

§ 3.

Die Lebensvermutung.

Dronke a. a. O. 637. Ihrem Wortlaute nach ist die Lebensvermutung der § 19 BGB., § 3 KrVerschV. nur für Verschollene gegeben. Daraus herleiten zu wollen, für einen einfachen Vermißten gelte die Lebensvermutung nicht, sie trete vielmehr erst ein, wenn sein Zustand in den der Verschollenheit übergegangen sei, würde zu weit gehen. Will man die ausdrückliche gesetzliche Vermutung der bezeichneten Vorschriften nicht wenigstens sinngemäß anwenden, so erscheint als der richtige Standpunkt der: Ist ein Kriegsteilnehmer nur vermißt, aber noch nicht verschollen, besteht hinsichtlich seiner auch nicht die besondere Todesvermutung des § 2 Satz 2 KrVerschV., so kann er nach der gewöhnlichen Erfahrung als lebend angesehen werden; wer seinen Tod behauptet, muß ihn beweisen.

§§ 4 bis 18.

Das Verfahren.

§ 4.

1. Schmidt a. a. O. 30. Zu den Antragsberechtigten gehören auch die Lebensversicherungsgesellschaften, und zwar nicht nur dann, wenn der Kriegsverschollene von der Gesellschaft eine Rente bezog, sondern auch bei Kapitalversicherungen.

2. Güldenstein, Hat der Gläubiger eines Kriegsverschollenen das Recht, dessen Todeserklärung zu beantragen? JW. 16 898. Es ist offensichtlich, daß der Gläubiger eines Kriegsverschollenen dann ein erhebliches Interesse an der Todeserklärung desselben haben kann, wenn für diesen weder ein gesetzlicher, noch ein anderweitig berufener Vertreter bestellt ist. In diesem Fall fehlt ihm, solange die Todeserklärung nicht erfolgt, jede andere Möglichkeit, seine Forderung geltend zu machen: er hat keinen Prozeßgegner. Die Angehörigen des Verschollenen werden häufig aus den verschiedensten Gründen nicht geneigt sein, die Todeserklärung zu beantragen, namentlich dann, wenn der Verschollene überschuldet war. Ein Zwang kann auf sie nicht ausgeübt werden. Der Staatsanwalt wird regelmäßig nicht eingreifen, da er sein Antragsrecht nur ausüben soll, wenn hierfür ein öffentliches Interesse vorliegt (vgl. Begr.). Das Interesse des Gläubigers an der Todeserklärung in diesem Fall ist deshalb ein rechtliches Interesse, wie es § 962 ZPO. verlangt, weil die Forderung durch die Möglichkeit oder Nichtmöglichkeit ihrer Geltendmachung eine rechtliche Veränderung erleidet. Dem Gläubiger muß deshalb für diesen Fall ein Antragsrecht eingeräumt werden.

3. Seuffert a. a. O. 434. Der gesetzliche Vertreter bedarf zu dem Antrage der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Das gilt nicht bloß für den Vormund und den Abwesenheitspfleger, sondern auch für den Inhaber der elterlichen Gewalt (vgl. Gaupp-Stein, ZPO. (9/10) Nr. 1 zu § 962; a. M. Struckmann-Koch, ZPO. (9) Nr. 1 zu § 962.

4. Stern a. a. O. 566. Meldet sich der angeblich Verschollene, so sind zwei Fälle zu unterscheiden. Wird er von dem Antragsteller als der vom Aufgebote Betroffene an

erkannt, so ist das Verfahren erledigt. Der Antrag ist vom Gerichte zurückzuweisen, wenn ihn der Antragsteller nicht zurücknimmt; wegen der sofortigen Beschwerde gilt § 952 Abs. 4 ZPO. Wird er von dem Antragsteller nicht anerkannt, so hat über diesen Streit das Prozeßgericht zu entscheiden; das Aufgebotsverfahren ist bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Prozeßgerichts auszusetzen (§§ 769, 953 ZPO.; Recht 07, 46). Sind Nachrichten nach Erlaß des Aufgebots eingegangen, die das Leben des Verschollenen weniger als ein Jahr (§ 1 KrVerschV.) vor dem Antrag ergeben, so ist die Todeserklärung doch zulässig, wenn der Zeitpunkt des Einganges der letzten Nachricht mehr als ein Jahr vor Erlaß des Urteils liegt (Prot. z. BGB. 1, 23; Gaupp-Stein zu § 970 I). Eine Aussetzung des Aufgebotsverfahrens, in dessen Verlauf eine Nachricht vom Leben des Verschollenen eingegangen ist, bis zur Zulässigkeit der Todeserklärung mit dem Ablaufe des neuen einjährigen Zeitraums seit dem Eingang jener Nachricht erscheint nicht zulässig; § 9 KrVerschV. trifft diesen Fall nicht, vielmehr den umgekehrten, daß die Voraussetzungen der Todeserklärung feststehen. Also muß Abweisung des Antrags erfolgen. § 953 ZPO. kann nicht entsprechend angewendet werden, da es an dem Erfordernisse der „Anmeldung" fehlt, vor allem aber der Zweck der Aussetzung, nämlich die Herbeiführung einer endgültigen Entscheidung über das angemeldete Recht, entfällt (anders Dronke a. a. O. 640); auch § 969 ZPO. kommt nicht in Frage.

§ 6.

Lemme a. a. O. 372. § 6 läßt den Zweifel zu, ob die Aufgebotsfrist stets mit der Anheftung des Aufgebots an die Gerichtstafel beginnt oder nur in den Fällen des Abs. 1 (s. § 966 Abs. 2 ZPO.: „. . . sie beginnt in diesem Fall mit der Anheftung an die Gerichtstafel"). Hierzu Stern, Recht 16 508. Die Aufgebotsfrist nach der VO. beginnt stets mit der Anheftung.

§ 8.

Stern a. a. O. 508. Zur Feststellung des Zeitpunktes des Todes ist zu bemerken, daß das Gericht tunlichst auch die (vermutliche) Todesstunde zu ermitteln hat. Ist die (vermutliche) Todeszeit nur dem Tage nach festgestellt, so hat nach § 18 Abs. 3 BGB. das Ende des Tages als Zeitpunkt des Todes zu gelten. Diese fingierte Todesstunde ist aber nicht ins Ausschlußurteil aufzunehmen (§ 970 Abs. 2 ZPO.; anders Gaupp-Stein zu § 970 ZPO. II).

§ 9.

1. v. Miltner a. a. O. 731. Die Aussetzung kann mehrmals verfügt werden, wenn sie nur im ganzen nicht länger als ein Jahr dauert; ebenso Stern a. a. O. 567.

2. Lafrenz, Recht 16 505 empfiehlt den Amtsgerichten dringend, in weitest möglichem Umfang von der Aussetzungsbefugnis Gebrauch zu machen.

§ 10.

1. Seuffert a. a. O. 446. Ob die zweiwöchige Notfrist der sofortigen Beschwerde mit der Zustellung oder mit der Verkündung der Entscheidung beginnt, ist in der VO. nicht gesagt. Entsprechend §§ 577 Abs. 2, 952 Abs. 4 ist das letztere anzunehmen.

2. v. Miltner a. a. O. 731, Dronke a. a. O. 641. § 10 Abs. 2 gilt nicht für die Erben des für tot Erklärten.

§ 11.

Seuffert a. a. O. 444. Aus dem Worte „soll" ist zu entnehmen, daß der Antrag nicht unwirksam ist, wenn die begründenden Tatsachen oder die Bezeichnung der Beweismittel erst nach dem Antrag angegeben werden.

§ 14.

Lemme a. a. O. 372. Es fragt sich, ob die sofortige Beschwerde dem Antragsteller auch dann zusteht, wenn der Antrag auf Aufhebung der Todeserklärung aus dem in § 13

Abs. 2 angegebenen Grunde zurückgewiesen worden ist. Die Frage wird zu verneinen sein, weil § 14 nicht auf § 13 Bezug nimmt; hiergegen Stern, Recht **16** 508.

2. Stern a. a. O. 572. Gegen jede Zurückweisung des Antrags ist die sofortige Beschwerde gegeben (§ 14 Satz 3 KrVerschV.). Ebenso Dronke 64, Schmidt a. a. O. 44. Anders v. Miltner a. a. O., Riezler a. a. O. 164, die bei Verweisung auf den Weg der Anfechtungsklage keine Rechtsmittel zulassen. Würde die KrVerschV. dies im Falle des § 13 gewollt haben, so hätte es gegenüber dem allgemeinen Wortlaute von § 14 Satz 3 besonders zum Ausdruck gebracht werden müssen.

3. Seuffert a. a. O. 445. Es wäre zweckmäßig, die Beschwerde wegen eines Nichtigkeits- oder Restitutionsgrundes gegen den die Todeserklärung aufhebenden Beschluß zuzulassen, da es doch denkbar ist, daß der Richter, welcher den Beschluß erlassen hat, nach § 41 Nr. 3 ZPO. ausgeschlossen war oder daß eine Urkunde, auf die das Urteil gegründet ist, fälschlich angefertigt oder verfälscht war oder daß ein Zeuge sich einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Verletzung der Eidespflicht schuldig gemacht hat. Aber nach dem jetzigen Recht ist auch aus solchen Gründen keine Beschwerde statthaft.

§ 15.

1. Stern, Recht **16** 509. Daß die VO. nicht bloß den Antrag auf Aufhebung der Todeserklärung in seinen Wirkungen der Erhebung der Anfechtungsklage gleichgestellt hat, sondern das gesamte Beschlußverfahren (§§ 11ff.) dem Anfechtungsprozeßverfahren, ist aus § 15 Abs. 3 zu entnehmen, wonach der Beschluß dem Aufhebungsurteil gleichgestellt ist.

2. Lemme a. a. O. 373. Es ist nicht ausdrücklich bestimmt, daß die Aufhebung der Todeserklärung durch Urteil auf Grund der Anfechtungsklage dieselbe rechtliche Bedeutung hat, wie die Aufhebung der Todeserklärung durch den Beschluß, der auf den Antrag auf Aufhebung der Todeserklärung erlassen worden ist. Wenn deshalb § 1348 Abs. 2 BGB. bestimmt, daß die infolge Schließung der neuen Ehe aufgelöste frühere Ehe auch dann aufgelöst bleibt, wenn die Todeserklärung infolge einer Anfechtungsklage durch Urteil aufgehoben ist, so fehlt es an einer ausdrücklichen Bestimmung darüber, daß das gleiche gelten solle auch für den Fall, daß die Todeserklärung infolge eines Beschlusses aufgehoben ist, der über den Antrag auf Aufhebung der Todeserklärung antragsgemäß entschieden hat. Im Gegenteil sagt § 15 Abs. 3, daß der die Todeserklärung aufhebende Beschluß „für und gegen alle wirkt".

§ 16.

1. Riezler a. a. O. 163, Stern a. a. O. 562. Wo öffentliche Interessen in erheblichem Maße mitspielen, wird nicht nur ein Antragsrecht, sondern auch eine Antragspflicht des Staatsanwalts anzunehmen sein.

2. Seuffert a. a. O. 435. Welcher Staatsanwalt zuständig ist, ist nicht gesagt; anzunehmen ist, daß der Staatsanwalt des zuständigen Amtsgerichts antragsberechtigt ist.

§ 17.

1. Dronke a. a. O. 639. Der Ausdruck „Truppenteil" wird nicht im streng militärischen Sinne zu verstehen sein, sondern alle Formationen einschließlich der Militärbehörden, z. B. Lazarette, umfassen, deren Befehlshaber nach der Disziplinarstrafordnung für das Heer vom 31. Oktober 1872 (ArmeeVBl. 330) oder der DStO. für die Kaiserliche Marine vom 1. November 1902 (MarVBl. 116) und ihren Ergänzungen Disziplinarbefugnis über seine Untergebenen hat. Der Disziplinarstrafgewalt untersteht nach § 2 Nr. 3, § 38 DStO., § 2 Nr. 4, 6, § 44 MarDStO. auch das Heeresgefolge (§ 15 Abs. 2 BGB., § 1 Abs. 2 KrVerschV.). Wenn das Verfahren die Todeserklärung eine dem Heere folgende Zivilperson betrifft, findet die Vorschrift des § 17 Abs. 1 KrVerschV. daher gleichfalls Anwendung.

2. Dronke a. a. O. 640. Die Form, in der z. B. das Zentral-Nachweise-Bureau

des preußischen Kriegsministeriums seine Auskunft erteilt, lautet: Kriegsministerium (Zentral-Nachweise-Bureau). Eine Auskunft in dieser Form entspricht den Anforderungen des § 17 Abs. 2.

3. v. Miltner a. a. O. 733. Die Beifügung eines Dienstsiegels ist namentlich in den Fällen des § 17 Abs. 1 ein beachtenswertes Erfordernis; es soll den dienstlichen Charakter der Erklärung betonen, ihren Ursprung feststellen und so ihre Echtheit gewährleisten. Sollte der Erklärende ein eigenes Dienstsiegel nicht führen, so müßte er seine Erklärung der nächst vorgesetzten Dienststelle zur Beifügung des Dienstsiegels vorlegen. Ist der Truppenteil, dem die maßgebenden Tatsachen seinerzeit bekannt geworden sind, inzwischen aufgelöst worden, so greifen die allgemeinen Vorschriften über die Beweiserhebung Platz.

§ 18.

1. Lemme a. a. O. 372. Für die Übergangszeit ist Art. 161 EGBGB. entsprechend anzuwenden. Indessen wird es nicht der Absicht des Gesetzgebers entsprechen, daß die zur Zeit des Inkrafttretens der Bekanntmachung anhängig gewesenen Aufgebotsverfahren nach den §§ 14ff. BGB. und §§ 965, 966, 948 ZPO. zu erledigen sind (vgl. übrigens Staudinger, Art. 161 a. a. O. Anm. 2).

2. Stern, Recht 16 509. Eigentliche Übergangsfragen können nach der VO. nicht vorkommen. Denn ein Verfahren nach dem BGB. (§ 15) kann für den gegenwärtigen Krieg zur Zeit des Inkrafttretens der VO. nicht anhängig sein. Stellt sich aber innerhalb eines auf Grund der sonstigen Bestimmungen des BGB. über Todeserklärung schwebenden Verfahrens heraus, daß ein Fall der Kriegsverschollenheit i. S. der VO. vorliegt, so handelt es sich um ein Zusammentreffen verschiedener Verschollenheitsfälle, wie es schon nach BGB. möglich ist. Die besondere Festsetzung des Todeszeitpunkts für jeden einzelnen bestimmten Fall (§ 18 BGB.) beweist, daß immer die Gesetzesbestimmungen für die betreffende Art der Verschollenheit anzuwenden sind, hier also die VO.

Anhang.

1. Dronke a. a. O. 637. Die Wirkung der Todesvermutung beschränkt sich nicht auf das Privatrecht, sie erstreckt sich auch auf das öffentliche Recht. Beispielsweise sind Wahlrechte, Mitgliedschaftsrechte an öffentlichen Körperschaften, öffentlich-rechtliche Bezugs- und Nutzungsrechte, Patronatsrechte usw. des Verschollenen als nicht mehr bestehend zu behandeln, gegebenenfalls tritt die für den Fall des Todes vorgesehene Rechtsnachfolge ein, oder es ist auf dem geordneten Wege für Ersatz zu sorgen. Die Steuerpflicht hört auf, wie beim Tode des Pflichtigen. Von besonderer Bedeutung sind die Folgen auf dem Gebiete der Hinterbliebenenversorgung nach Kriegsversorgungs-, Beamten- und öffentlichem Versicherungsrecht.

2. Dronke a. a. O. 637. Auch die Vorschriften der VO. über das Kündigungsrecht der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 642) können die Erben und die Ehefrau eines für tot erklärten Verschollenen für sich in Anspruch nehmen; der erste zulässige Kündigungstermin berechnet sich in diesem Falle von der Verkündung des Ausschlußurteils an (§ 952 Abs. 1, § 312 ZPO.).

3. v. Olshausen a. a. O. erörtert die Einwirkung der Todeserklärung auf die Weiterzahlung der Kriegsbesoldung, die Hinterbliebenenfürsorge und die Leistungen aus der Sozialversicherung.

4. AN. 16 509, ArbVersorg. 16 582 (Runderlaß des RVA. v. 18. Mai 1916). Für das Verfahren bei der Festsetzung von Leistungen für Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern bieten sich für die Versicherungsanstalten zwei Wege. Entweder ist den Antragstellern anheimzugeben, zunächst eine gerichtliche Todeserklärung des Versicherten nach Maßgabe der VO. v. 18. April 1916 zu erwirken, oder der Vorstand prüft selbständig das Vorliegen der Verschollenheit. Dabei wird, wenn auch § 1265 RVO. nach der neuen VO. formell nicht berührt wird, doch die allgemeine Absicht des Gesetzgebers zu beachten sein, wonach die Todeserklärung von Kriegsteilnehmern gegenüber dem bisherigen Recht erleichtert

werden soll. Es werden daher auch vom Standpunkt des § 1265 RVO. keine strengeren Anforderungen zu erheben sein, als sie die VO. v. 18. April 1916 vorsieht. Namentlich werden Belege dafür, daß besondere Umstände den Tod des Versicherten wahrscheinlich machen, nicht mehr verlangt werden können. Denn für das gerichtliche Verfahren ist eine Beweisführung in dieser Richtung den Beteiligten nicht auferlegt, vielmehr begnügt sich der Gesetzgeber mit der Tatsache der Teilnahme an den kriegerischen Ereignissen und des Vermißtseins während des Krieges. Insoweit etwa früher gestellte Anträge von Hinterbliebenen mangels des erwähnten Nachweises abgelehnt worden sind, werden sie einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen sein.

5. Sommer, Recht 16 417 empfiehlt die gesetzliche Zulassung von Gesamttodeserklärungen von Amts wegen durch eine Zentralstelle, der die Beschaffung aller Unterlagen aufzugeben und leicht wäre; namentlich für Fälle der Massenverschollenheit (Untergang der Scharnhorst mit einer Besatzung von 764 Mann) und zum mindesten neben der Einzeltodeserklärung, die für Eilfälle daneben möglich bleiben könnte.

Hierzu:

1. Allgemeine Verfügung des Preuß. Justizministers vom 13. Juni 1916 über die Todeserklärung Kriegsverschollener.

(JMBl. 129.)

1. Nachdem die Verordnung des Bundesrats über die Todeserklärung Kriegsverschollener vom 18. April 1916 (RGBl. S. 296) in Kraft getreten ist, wird nachstehend die zu der Verordnung ergangene amtliche Begründung (Deutscher Reichsanzeiger 1916 Nr. 96) zur Kenntnis der Justizbehörden gebracht [oben S. 130 f.]

2. Zu § 17 Abs. 1 der Verordnung hat der Herr Kriegsminister die nachstehend abgedruckte Verfügung [2] erlassen (Armee-Verordnungsblatt 1916 S. 191).

3. Hinsichtlich des Begriffs der „obersten Militärverwaltungsbehörde" im § 17 Abs. 2 der Verordnung verweise ich auf den vorletzten Absatz der Begründung. Ersuchen um Auskunft sind unmittelbar zu richten:

„An das Zentralnachweisebureau des Preußischen Kriegsministeriums in Berlin NW 7, Dorotheenstraße 48";

„An das Nachweisebureau des Bayerischen Kriegsministeriums in München";

„An das Nachweisebureau des Sächsischen Kriegsministeriums in Dresden";

„An das Nachweisebureau des Württembergischen Kriegsministeriums in Stuttgart";

„An das Zentralnachweisebureau des Reichs-Marineamts in Berlin W 10, Matthäikirchstraße 9";

„An das Kommando der Schutztruppen in Berlin W 8, Mauerstraße 45/46".

4. Die Amtsgerichte werden angewiesen, Abschrift des entscheidenden Teils des die Todeserklärung aussprechenden Urteils und des die Aufhebung der Todeserklärung aussprechenden Beschlusses (§ 14 der Verordnung) sowie eines auf Anfechtungsklage ergangenen abändernden Urteils (§ 10 der Verordnung, § 976 ZPO.) derjenigen Militärbehörde mitzuteilen, an welche nach Abs. 3 Ersuchen um Auskunft zu richten sind. Die Mitteilung hat Angabe des Vor- und Familiennamens, des Geburtstages und -ortes sowie des militärischen Dienstgrades des Verschollenen, ferner eine genaue Bezeichnung des Truppenteils zu enthalten, dem der für tot Erklärte zuletzt angehört hat.

5. War der Verschollene ein Beamter des Reichs oder eines Bundesstaats, so ist von jeder Einleitung und Aussetzung des Aufgebotsverfahrens, sowie von der Todeserklärung und ihrer Aufhebung (oben Abs. 4), die vorgesetzte Dienstbehörde oder, wenn diese hinsichtlich eines außerpreußischen Beamten nicht bekannt ist, diejenige Behörde zu benachrichtigen, welcher der Verschollene zuletzt angehört

hatte. Mit der Nachricht von der Einleitung des Verfahrens wird zweckmäßig das Ersuchen zu verbinden sein, das Ergebnis der von der Dienstbehörde über den Verbleib des Beamten angestellten Ermittelungen (Allg. Verf. vom 25. April 1916 — JMBl. S. 85 [4]) dem Gerichte mitzuteilen.

6. Zweckdienliche Auskunft über den Verschollenen kann möglicherweise auch die Lebensversicherungsgesellschaft, bei welcher der Verschollene versichert war, erteilen. Es empfiehlt sich daher, die Ermittelungen auch darauf zu erstrecken, ob eine solche Versicherung bestand.

2. Verfügung des Preuß. Kriegsministers vom 20. April 1916 über die Mitwirkung der Truppen bei der gerichtlichen Todeserklärung Kriegsverschollener. (AVBl. 191, JMBl. 134.)

Der Bundesrat hat am 18. April 1916 eine Verordnung über die Todeserklärung Kriegsverschollener erlassen. Die Verordnung bezweckt, für den gegenwärtigen Krieg das Verfahren zwecks Todeserklärung Kriegsverschollener tunlichst zu vereinfachen.

§ 17 Abs. 1 der Verordnung bestimmt:

> In einem Verfahren nach den Vorschriften dieser Verordnung genügt zum Nachweise von Tatsachen, die bei dem Truppenteile des Verschollenen bekannt sind, eine mit dem Dienstsiegel versehene schriftliche Erklärung des militärischen Disziplinarvorgesetzten.

Nach dieser Bestimmung ist zu erwarten, daß von jetzt ab des öfteren an die Truppen von den Gerichten das Ersuchen gerichtet werden wird, eine Erklärung der in der Bestimmung bezeichneten Art abzugeben.

Die Erklärung ist abzugeben von dem nächsten Disziplinarvorgesetzten des Verschollenen. Ist ihm die Tatsache, über die die Erklärung abgegeben werden soll, aus eigener Wahrnehmung bekannt, so hat er die Erklärung ohne weitere Ermittelungen abzugeben. Ist das nicht der Fall, so hat er diejenigen Militärpersonen seines Befehlsbereichs, die von der Tatsache wissen, anzuhören. Auf Grund ihrer Angaben prüft er die Sachlage und gibt nach seiner Überzeugung eine den Umständen entsprechende Erklärung, mit Datum, Unterschrift und Dienstgrad versehen, ab.

Führt der Disziplinarvorgesetzte selbst ein Dienstsiegel, so fügt er einen Abdruck davon seiner Erklärung bei und sendet die Erklärung nebst dem sie veranlassenden Ersuchen dem Gerichte zu. Führt er kein Dienstsiegel, so übersendet er das Ersuchen und seine Erklärung dem nächsten Dienstvorgesetzten, der ein Dienstsiegel führt. Dieser fügt Abdruck seines Dienstsiegels bei und übersendet die Erklärung nebst dem Ersuchen dem Gericht.

Die Erledigung der Ersuchen hat mit tunlichster Beschleunigung zu geschehen.

3. Allgemeine Verfügung des Preuß. Justizministers vom 31. Oktober 1916 über die vor der Todeserklärung Kriegsverschollener von den Nachweisebureaus einzuholenden Auskünfte. (JMBl. 291.)

Nach einer Mitteilung des Zentralnachweisebureaus des Preußischen Kriegsministeriums unterlassen es die Amtsgerichte vielfach, vor der Todeserklärung eines Kriegsverschollenen eine Auskunft des zuständigen Nachweisebureaus gemäß § 17 Abs. 2 der Verordnung über die Todeserklärung Kriegsverschollener vom 18. April 1916 (RGBl. 296; vgl. Nr. 3 der Allgemeinen Verfügung vom 13. Juni 1916 — JMBl. 129 —) einzuholen. Hierdurch sind bereits Unzuträglichkeiten entstanden. Es ist z. B. vorgekommen, daß ein Gericht einen Heeresangehörigen

für tot erklärt hat, obwohl sich dieser nach den dem Nachweisebureau vorliegenden Nachrichten tatsächlich in Gefangenschaft befand. Auch sind Verschollene für tot erklärt, deren Tod bereits militärdienstlich festgestellt und dem Nachweisebureau gemeldet war. In diesen Fällen wich mehrfach die militärdienstliche Feststellung des Todestages von der in dem Ausschlußurteil getroffenen ab, was insbesondere dann zu Schwierigkeiten geführt hat, wenn der Sterbefall bereits auf Grund der ersten Feststellung standesamtlich beurkundet war.

Statt unmittelbar bei dem zuständigen Nachweisebureau anzufragen, scheinen die Amtsgerichte häufig als Unterlagen für das Todeserklärungsverfahren die von den Nachweisebureaus den Angehörigen des Verschollenen erteilten Bescheide aus früherer, zum Teil sogar weit zurückliegender Zeit zu benutzen. Zu diesen einfachen Bescheiden an die Angehörigen, die stets ohne Beidrückung des Dienstsiegels erteilt werden, gehören u. a. die Antworten auf die amtlicherseits zur Benutzung für das Publikum bei den Postanstalten vorrätig gehaltenen rosafarbenen Postkarten, ferner sonstige schriftliche Mitteilungen über Vermißte, die einen Hinweis an den Anfragenden auf die Möglichkeit der gerichtlichen Todeserklärung enthalten. Außer diesen Benachrichtigungen erteilt das Zentralnachweisebureau des Preußischen Kriegsministeriums auch an Privatpersonen Bescheinigungen, sogenannte Vermißtbescheinigungen, die mit dem Dienstsiegel versehen werden. In diese werden aber lediglich die militärdienstlichen Meldungen aufgenommen. Auch kennzeichnet der Aufdruck:

> „Dient zur Glaubhaftmachung der Kriegsverschollenheit, nicht aber als Auskunft im Sinne des § 17 der Bundesratsverordnung vom 18. April 1916."

ihre beschränkte Zweckbestimmung hinreichend.

Für die Auskünfte dagegen, die das Zentralnachweisebureau des Preußischen Kriegsministeriums auf Grund von § 17 Abs. 2 a. a. O. den Gerichten erteilt, werden Vordrucke benutzt, die die Überschrift „Auskunft in Aufgebotssachen zum Zwecke der Todeserklärung" tragen. Diese Auskünfte enthalten das gesamte Verlustnachrichtenmaterial einschließlich der Auslandsnachrichten, Roten-Kreuz-Mitteilungen und Nachrichten aus privater Quelle erschöpfend. Sie sind in der Regel auch umfassender als die Mitteilungen der Truppenteile.

Den Amtsgerichten wird bei dieser Sachlage empfohlen, vor der Todeserklärung eines Kriegsverschollenen regelmäßig eine Auskunft des zuständigen Nachweisebureaus unmittelbar einzuholen.

4. Allgemeine Verfügung des Preuß. Justizministers vom 19. September 1916 über die Todeserklärung von kriegsverschollenen Justizbeamten. (JMBl. 254.)

Ist ein preußischer Justizbeamter kriegsverschollen, so hat seine vorgesetzte Dienstbehörde, sobald sie nach Anstellung von Ermittelungen (Allgemeine Verfügung vom 25. April 1916 — JMBl. S. 85 [4] –) den Antrag auf Todeserklärung für gerechtfertigt hält, die Vorgänge dem Staatsanwalt (§ 16 der Verordnung vom 18. April 1916 — RGBl. S. 296 —) zu übersenden.

5. Allgemeine Verfügung des Preuß. Justizministers über die Bezüge vermißter Beamten vom 25. April 1916. (JMBl. 85.)

I. Der § 3 der Bekanntmachung über die Todeserklärung Kriegsverschollener vom 18. April 1916, RGBl. S. 296, verkürzt die Lebensvermutung für die Fälle, in denen der Verschollene seit einem besonderen Kriegsereignisse vermißt wird, an dem er beteiligt war. Hierdurch soll jedoch nichts an den Grundsätzen über Fort-

zahlung der Bezüge vermißter Beamten an deren Familienangehörige (Nr IIb der Grundsätze vom 24. Dezember 1914) geändert werden. Die Einstellung der Gehalts- usw. Zahlung ist deshalb nicht ohne weiteres lediglich auf Grund der Tatsache anzuordnen, daß der Beamte bei einem besonderen Kriegsereignisse vermißt worden ist. Die vorgesetzte Dienstbehörde hat vielmehr die vorgeschriebenen Ermittelungen über den Verbleib des Beamten auch künftig anzustellen. Regelmäßig wird, sofern nicht die besonderen Umstände des einzelnen Falles etwas anderes rechtfertigen, für die Zahlung des Gehalts usw. sowie der Gnadenbezüge der Eintritt des Todes des vermißten Beamten nicht zu einem früheren Zeitpunkt anzunehmen sein als auf den letzten Tag des auf das Kriegsereignis folgenden sechsten Kalendermonats.

II. Wird nachträglich ermittelt, daß der Beamte früher verstorben ist, oder wird eine gesetzliche Todesvermutung für einen früheren Zeitpunkt begründet und stellt sich infolgedessen heraus, daß über den Betrag der Hinterbliebenenbezüge hinaus eine Überhebung stattgefunden hat, so ist gemäß Nr. I der Grundsätze vom 24. Dezember 1914 zu prüfen, ob noch eine Bereicherung vorliegt. Nur wenn dies bejaht wird und eine Wiedereinziehung möglich ist, aus besonderen Gründen aber eine Niederschlagung angezeigt erscheint, bedarf es eines Berichts an den Justizminister.

III. Wird die Zahlung des Gehalts gemäß Nr. IIb der Grundsätze vom 24. Dezember 1914 eingestellt, so sind die Familienangehörigen des Beamten regelmäßig auch zur Räumung der Dienstwohnung mit Ablauf der Gnadenzeit zu veranlassen. Solange die Wohnung aber nicht anderweit verwendet werden kann, darf sie den Angehörigen gegen angemessenes Entgelt vorläufig belassen werden, bis der Tod des Beamten gewiß ist oder eine gesetzliche Todesvermutung besteht. Als angemessen kann ein Entgelt angesehen werden, das zu dem Betrage der gesetzlichen Hinterbliebenenbezüge in demselben Verhältnisse steht wie der Wohnungsgeldzuschuß des Beamten zu seinem pensionsfähigen Diensteinkommen.

Soweit die Wohnungen bisher unter anderen Bedingungen belassen sind, behält es dabei für die Vergangenheit sein Bewenden. Vom 1. Mai 1916 ab ist eine Regelung entsprechend Abs. 1 herbeizuführen; eine Räumung ist jedoch ohne Einwilligung der Wohnungsinhaber nicht vor dem 1. Juni 1916 zu verlangen.

Begegnet die Räumung oder die anderweite Regelung Schwierigkeiten, so ist zu berichten.

C. Handelssachen und Gewerbliches Eigentum.

Übersicht.

A. Handelspolitik.

I. 1. Bek., betr. die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche, v. 10. August 1914 (RGBl. 367) . . . . .
2. Bek., betr. die Wirkung des Außerkrafttretens von Handelsverträgen, v. 10. August 1914 (RGBl. 367) . . . . .
II. Einfuhrerleichterungen . . . . .
III. Ein- und Durchfuhrverbote . . . . .

B. Handelsstand.

I. Bek., betr. das vorzeitige Inkrafttreten einer Vorschrift aus dem Gesetze v. 10. Juni 1914 zur Änderung der §§ 74, 75 usw. des Handelsgesetzbuchs (RGBl. 1914 209), v. 10. September 1914 (RGBl. 404) . . . . .
II. Bek. über die Wahlen nach dem Gewerbegerichtsgesetz und dem Gesetze, betr. Kaufmannsgerichte, v. 17. September 1914 (RGBl. 409) . . . . .
III. Bek. über denselben Gegenstand v. 26. Juli 1915 (RGBl. 481) . . . . .
*IV. Bek. über denselben Gegenstand v. 20. Juli 1916 (RGBl. 778) 154
V. Bek. wegen der Amtsdauer der Mitglieder von Handwerkskammern v. 17. Februar 1916 (RGBl. 110) . . . . .

C. Handelsgesellschaften, Gesellschaften mbH., Genossenschaften.

I. Bek., betr. die zeitweilige Außerkraftsetzung einzelner Vorschriften des Handelsgesetzbuchs usw., v. 8. August 1914 (RGBl. 365) . . . . .
II. Bek., betr. die Bilanzen von Aktiengesellschaften usw., die Vermögen im Ausland oder in den Schutzgebieten haben, v. 25. Februar 1915 (RGBl. 123)
III. Bek., betr. die Veröffentlichung der Handelsregistereintragungen usw., v. 11. Februar 1915 (RGBl. 71) . . . . .
IV. Bek. über die Ladung zur Gesellschafterversammlung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung v. 8. Oktober 1914 (RGBl. 428) . . . . .
V. Bek., betr. die Revision der eingetragenen Genossenschaften, v. 8. September 1914 (RGBl. 400) . . . . .
VI. Bek. über die Vertretung eines Genossen in der Generalversammlung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft und über das Ausscheiden aus der Genossenschaft, v. 17. Dezember 1914 (RGBl. 518) . . . . .

D. Handelsgeschäfte.

I. Lieferungs- und Zahlungsbedingungen (Konventionen) . . . . .
*II. 1. Gesetz, betr. die Abwickelung von börsenmäßigen Zeitgeschäften in Waren, v. 4. August 1914 (RGBl. 336) 154
2. Bek., betr. (denselben Gegenstand), v. 24. August 1914 (RGBl. 381) . . 154
III. Maßnahmen zur Preisregelung und zur Bekämpfung des Wuchers. . . . .
*1. Gesetz, betr. Höchstpreise v. 4. August 1914 i. d. Fass. v. 17. Dezember 1914 (RGBl. 516) 155
Hierzu:
Preußische Ausführungsanweisungen
a) vom 23. Dezember 1914 (HMBl. 3) . . . . .
b) vom 31. Mai 1916 (HMBl. 232) 172

*2. Bek., betr. Einwirkung von Höchstpreisen auf laufende Verträge, v. 11. November 1915 (RGBl. 758) 173
Hierzu: Ausführungsanweisung des Reichskanzlers v. 15. November 1915 (RGBl. 769) . . . . .
*3. Bek. über die Ausdehnung der Bek. v. 11. November 1915 (RGBl. 758) auf Verträge über die Lieferung von Steinkohlen und Braunkohlen, v. 13. April 1916 (RGBl. 274) 173
4. Bek. über den Aushang von Preisen in Verkaufsräumen des Kleinhandels, v. 24. Juni 1915 (RGBl. 353) . . . . .
*5. Bek. gegen übermäßige Preissteigerung, v. 23. Juli 1915 (RGBl. 467) mit den Änderungen v. 22. August, 23. September 1915 und 23. März 1916 (RGBl. 15, 514, 603; 16, 183). 175
*6. Bek. zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, v. 23. September 1915 (RGBl. 603) 192
*7. Bek. über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung v. 25. September 1915 (RGBl. 607), mit den Änderungen v. 4. November 1915 (RGBl. 728) und 5. Juni 1916 (RGBl. 439) 194
*8. Bek., betr. den Übergang der Geschäfte der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise auf das Kriegsernährungsamt v. 1. September 1916 (RGBl. 997) 198

Hierzu:
Preußische Ausführungsvorschriften 199
1. Allgemeine Ausführungsvorschriften
a) v. 6. Oktober 1915, i. Fassg. v. 10. November 1915 (HMBl. 258, 364) 199
b) v. 19. Juli 1916 (HMBl. 233) 200
2. über die Zusammensetzung der Prüfungsstellen
a) v. 6. November 1915 (HMBl. 363) 201
b) v. 20. März 1916 (HMBl. 80) 201
3. über Ausfuhrverbote und Ausfuhrbeschränkungen
a) v. 18. Mai 1915 (HMBl. 155). 201
b) v. 10. Juni 1916 (HMBl. 167) 201
4. Bildung größerer Bezirke und Verbände 202
a) Preisprüfungsstelle für Ostpreußen, v. 2. November 1915 (HMBl. 369) 202
b) Die Viehhandelsverbände
α. v. 19. Januar 1916 (LMBl. 33) 202
β. v. 15. Februar 1916 (LMBl. 63) 203
γ. v. 4. Oktober 1916 (LMBl. 260) 204
5. über Verkehr mit Marmeladen v. 29. Dezember 1915 (HMBl. 16, 3) 207
*9. Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels v. 24. Juni 1916 (RGBl. 581) mit der Änderung v. 29. Juli 1916 (RGBl. 861) 208

Hierzu:
Preußische Ausführungsbestimmungen v. 29. Juni 1916 (HMBl. 205) 211
*10. Bek. über den Handel mit Sämereien v. 15. November 1916 (RGBl. 1277) 217
*11. Bek. über die äußere Kennzeichnung von Waren v. 18. Mai 1916 (RGBl. 380) 218

Hierzu:
Bek. des Reichskanzlers derselben Bezeichnung:

a) v. 26. Mai 1916 (RGBl. 422) mit der Änderung v. 11. Juni 1916 (RGBl. 505) 219
b) v. 25. August 1916 (RGBl. 962) 221
c) v. 11. Oktober 1916 (RGBl. 1156) 221
*12. Bek. gegen irreführende Bezeichnung von Nahrungs- und Genußmitteln v. 26. Juni 1916 (RGBl. 588) 223
*13. Bek. über Zeitungsanzeigen, v. 16. Dezember 1915 (RGBl. 827) . . . 224
*14. Das Kriegswucheramt 224
*15. Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren v. 30. März 1916 (RGBl. 214) mit der Änderung v. 14. September 1916 (RGBl. 1022) 227
Hierzu:
a) Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers v. 30. März 1916 (RGBl. 216) mit der Änderung v. 14. September 1916 (RGBl. 1023) 228
b) Verfügung des Preuß. Handelsministers v. 31. März 1916 (HMBl. 85) 230
c) Richtlinien für die Schiedsgerichte v. 13. April 1916 (ZBl. 82) 230
*16. Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Seilerwaren v. 21. Juni 1916 (RGBl. 545) 234
*17. Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 10. Juni 1916 (RGBl. 463) 234
Hierzu:
*a) Bek. des Reichskanzlers über Bezugsscheine — Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 10. Juni 1916 (RGBl. 463 — v. 31. Oktober 1916 (RGBl. 1218) 237
*b) Ausführungsvorschriften der Reichsbekleidungsstelle v. 31. Oktober 1916 242
*c) Preußische Ausführungsanweisung v. 6. Juli 1916 (HMBl. 249) 248
*18. Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren v. 28. September 1916 (RGBl. 1077) 249
Hierzu:
Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zu der vorgenannten Verordnung v. 28. September 1916 (RGBl. 1080) 251
*19. Bek. über untaugliches Schuhwerk v. 21. Juni 1916 (RGBl. 541) mit der Änderung v. 19. Oktober 1916 (RGBl. 1172) 253
Hierzu:
a) Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers v. 22. Juni 1916 (RGBl. 543) mit den Änderungen v. 19. Oktober 1916 (RGBl. 1173) 255
b) Preußische Ausführungsanweisung v. 27. Juni 1916 (HMBl. 204) 256
*20. Bek. betr. den Wochenmarktverkehr v. 2. März 1915 (RGBl. 125) . . 258

E. Gewerbliches Eigentum.

*1. Bek., betr. vorübergehende Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts, v. 10. September 1914 (RGBl. 403) 258
Hierzu:
Bek. v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 450) . . . . . .
Bek. v. 20. Februar 1915 (RGBl. 107) . . . . . .
Bek. v. 12. März 1915 (RGBl. 151) . . . . . .
Bek. v. 13. Mai 1915 (RGBl. 278) . . . . . .
Bek. v. 23. September 1915 (RGBl. 626) . . . . . .
Bek. v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1144) . . . . . .

II. Bek., betr. weitere Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent- und Gebrauchsmusterrechts, v. 31. März 1915 (RGBl. 212) . . . . . .
III. Ausländische Patente . . . . . .
*IV. Verwertung von Patenten im nichtfeindlichen Ausland 259
*V. Bek. über Erleichterungen im Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechte, v. 13. April 1916 (RGBl. 278) 260
*VI. Bek., betr. die Verlängerung der im Artikel 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums v. 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen, v. 7. Mai 1919 (RGBl. 272) mit der Änderung v. 8. April 1916 (RGBl. 259) 261
Hierzu:
Bek. v. 13. Mai 1915 (RGBl. 278) . . . . . .
Bek. v. 15. Juli 1915 (RGBl. 447) . . . . . .
Bek. v. 17. August 1915 (RGBl. 511) . . . . . .
Bek. v. 7. Januar 1916 (RGBl. 9) . . . . . .
Bek. v. 8. Februar 1916 (RGBl. 89) . . . . . .
*Bek. v. 14. Juni 1916 (RGBl. 524) 261
*Bek. v. 18. August 1916 (RGBl. 949) 261
*Bek. v. 8. September 1916 (RGBl. 1007) 262

(Abschnitt A in Bd. 1, 437.)

B. Handelsstand.

(Gesetze I bis III in Bd. 1, 439f.; 2, 160.)

IV. Bekanntmachung über die Wahlen nach dem Gewerbegerichtsgesetz und dem Gesetz, betr. Kaufmannsgerichte. Vom 20. Juli 1916. (RGBl. 778.)

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Die Amtsdauer der Beisitzer der Gewerbegerichte und der Kaufmannsgerichte wird, soweit sie vor dem 31. Dezember 1917 abläuft, bis zu diesem Tage verlängert.

(Abschnitt C in Bd. 441 ff.; 2, 160.)

D. Handelsgeschäfte.

(Abschnitt I in Bd. 1, 456.)

II. 1. Gesetz, betr. die Abwicklung von börsenmäßigen Zeitgeschäften in Waren. Vom 4. August 1914. (RGBl. 336.)

2. Bekanntmachung, betr. denselben Gegenstand. Vom 24. August 1914. (RGBl. 381.)

Wortlaut und Begründung sowie Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 1, 456ff.

5. RG. II, BankA. 15 359, HoldheimsMSchr. 16 187. Der Kauf von Zucker, der vor Inkrafttreten der Kriegsbestimmungen über die Abwicklung von börsenmäßigen Zeitgeschäften durch Warenlieferung erfüllt, bei dem der endgültige Preis aber auf Grund der amtlichen Notierungen für Lieferung zu einem Zeitpunkt nach Inkrafttreten der Kriegsbestimmungen festgesetzt werden soll, ist kein Börsentermingeschäft und fällt nicht unter die BO. v. 24. August 1914 (RGBl. 381).

6. LeipzZ. **16** 413, Recht **16** 200 Nr. 430 (Hamburg II). Die Bek. v. 24. August 1914 gilt für alle Börsenterminegeschäfte in Kupfer und macht keine Ausnahme für solche Geschäfte, an denen ein Ausländer beteiligt ist. Dem Klaganspruch steht deshalb auch nicht entgegen, daß der Bekl. Ausländer ist. Ebensowenig wird die Anwendbarkeit der Bek. auf die nach den Hamburger Schlußscheinbedingungen abgeschlossenen Geschäfte in Kupfer dadurch ausgeschlossen, daß bei solchen Geschäften nach §§ 1, 15 der Bedingungen der Verkäufer berechtigt ist, bei effektiver Lieferung auch Ware auf einem auswärtigen Lager (mit Vergütung) anzudienen. Die effektive Lieferung durch Andienung von Lagerscheinen (§§ 3, 8 der Bedingungen) ist eben mit der Bek. v. 24. August 1914 weggefallen.

7. LeipzZ. **16** 483, 560, OLG. **32** 291 (Hamburg III). Da die Geschäfte nicht völlig kraftlos geworden sind, sondern auch weiterhin rechtliche Folgen äußern sollen, ist auch die Schiedsgerichtsklausel in Kraft geblieben; ebenso LeipzZ **16** 1264, 2316 (Hamburg IV).

8. RG. VII, GruchotsBeitr. **60** 1026, HansGZ. **16** HBl. 211, JW. **16** 1118, Recht **16** 464 Nr. 937, WarnE. **16** 241 (unter Zurückweisung der Revision gegen das Urteil zu 7). Das Gesetz v. 4. August 1914 und die BRV. haben nicht die Kraftloserklärung und Beseitigung der betreffenden Verträge zum Zwecke gehabt, sondern sie haben, wie ihre Überschriften ausdrücklich besagen, die vorzeitige „Abwickelung" dieser Geschäfte im Hinblick auf die durch den Krieg herbeigeführten Verhältnisse regeln wollen. Die „Abwickelung" aber setzt natürlich voraus, daß das vertraglich begründete Schuldverhältnis seine Kraft an sich nicht verloren hat. Im Einklang damit steht die Begründung zu dem Gesetze ... Angesichts des hiernach klar erkennbaren Zweckes und Sinnes der Vorschrift kann es nur als ein ungenauer Ausdruck bezeichnet werden, daß die Sache so angesehen werden solle, als sei ein Vertragsteil gemäß eines ihm zustehenden Rechtes „zurückgetreten". Gemeint ist nicht sowohl ein Rücktritt, als vielmehr eine berechtigte vorzeitige Kündigung, deren schuldrechtliche Folgen, aber immer auf der Grundlage des Vertrags, besonders geregelt sind. Der Vertrag bleibt somit die rechtliche Grundlage des für den einen oder den anderen Teil erwachsenden Zahlungsanspruchs. Den gesetzgebenden Körperschaften konnte es nicht unbekannt sein, daß in den hier in Betracht kommenden Verträgen wohl durchgängig die Schiedsabrede enthalten ist. Wäre es, wofür innere Gründe nicht ersichtlich sind, die Absicht gewesen, für den Vertragsanspruch durch das Gesetz v. 4. August 1914 die ursprüngliche Schiedsabrede außer Kraft zu setzen, so würde das erkennbar zum Ausdruck gekommen sein.

III. Maßnahmen zur Preisregelung und zur Bekämpfung des Wuchers.

1. Gesetz, betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung. Vom 17. Dezember 1914. (RGBl. 516.)

Geschichtliche Entwicklung, Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 747—752.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 1, 746.

Alsberg, Kriegswucherstrafrecht 1916. — Cohn, Zur Sühne der Überschreitung der Höchstpreise. DJZ. **16** 683 (Entwurf und Begründung einer neuen BRVO., deren wesentlichster Gedanke die Auferlegung einer Buße zugunsten des Verletzten, bei dessen Mitschuld zugunsten des Reiches ist). — Feisenberger, Die Rechtsprechung zum Höchstpreisgesetz. RuWirtsch. **16** 62. — Kronecker, Die neuen Änderungen des HPG., ZStW. **16** 703. — Spitzauer, Höchstpreise und deren Einwirkung auf laufende Verträge. BayRpflZ. **16** 195.

→ In Bd. 1 ist auf Seite 751 der Abs. 2 des § 1 ausgefallen. Der § 1 lautet vollständig:

Für die Dauer des gegenwärtigen Krieges können für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, sowie für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe Höchstpreise festgesetzt werden

Der Bundesrat kann bestimmen, daß auch für andere Gegenstände Höchstpreise festgesetzt werden. ←

Im § 6 wurde durch § 6 der Bek. zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel v. 23. September 1915 (RGBl. 603) folgender Abs. 2 eingefügt:

In den Fällen der Nrn. 1 und 2 kann neben der Strafe angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist; auch kann neben Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

→ Der § 6 hat durch die Bek. v. 23. März 1916 (RGBl. 183) eine neue Fassung erhalten. Diese wird bei § 6 mitgeteilt. ←

§ 1.

Gegenstand — Allgemeine Bedeutung und Wirkung der Festsetzung von Höchstpreisen.

I. Gegenstand (Erläuterung 1, 2 in Bd. 1, 752, 753; 2 bis 5 in Bd. 2, 161).

6. RG. IV, LeipzZ. 16 736, Recht 16 240 Nr. 499. „Kleinhandel" und „Kleinverkauf" und „Einzelverkauf" sind in der Regel gleichbedeutende Ausdrücke in den Anordnungen von Höchstpreisen. Auch die Abgabe von Speisen im Gastwirtschaftsbetriebe ist an sich ein Kleinhandel. Die Festsetzung von Höchstpreisen für Brot bezieht sich aber nicht auf die Verabfolgung von Brotscheiben als Zuspeise in jenem Betriebe.

7. Alsberg a. a. O. 22. Wo der Händler einen gemischten Betrieb in der Weise hat, daß er einerseits direkt an Verbraucher liefert, andererseits an andere Händler oder Verarbeiter, kommen für das einzelne Geschäft je nachdem die für den Großhandel oder die für den Kleinhandel geltenden Preise in Betracht. Es liegt hier eine Analogie zu dem Fall vor, wo ein gemischter Betrieb sich aus Einzelbetrieben zusammensetzt, von denen jeder besonderen gesetzlichen Vorschriften unterliegt.

8. Alsberg a. a. O. 22. Alle diejenigen Personen — mögen sie dabei in kleinem oder großem Umfang verfahren — sind aus dem Begriff des Kleinhandels auszuscheiden, die die Ware verarbeiten und mittelbar oder unmittelbar zu anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs umgestalten. Andererseits ist damit, daß die Preußischen Ausführungsbestimmungen eine „unmittelbare" Abgabe an den Verbraucher verlangen, nicht gesagt, daß das Dazwischentreten eines Stellvertreters oder Vermittlers unbedingt den Begriff des Kleinhandels ausschließt. Insbesondere muß es gleichgültig sein, ob der Abnehmer den Gegenstand nur für seine persönlichen Bedürfnisse bzw. die Bedürfnisse seiner Hausgenossen verwertet, oder ob er ihn anderen Personen zuwenden will, — vorausgesetzt nur, daß er nicht den Kauf für sich abschließt, um die Ware weiterzuverkaufen.

9. Alsberg a. a. O. 23. Wenn im Großhandel ein unbestreitbar feststehender Handelspreis nicht existiert, ist ein Höchstpreis für Kleinhandel nicht unter Zugrundelegung eines Großhandelspreises zu errechnen; gegen das RG. zu vergl. in Bd. 2, 161.

10. RG. II, JW. 16 857, LeipzZ. 16 671, Recht 16 195 Nr. 402, SächsA. 16 233. Die Höchstpreise für Getreide gelten ohne Rücksicht auf die Art seiner Verwendbarkeit und auf seine etwaige Beschlagnahmefreiheit. Mögen die Höchstpreisfestsetzungen für Roggen auch in erster Linie Brotgetreide im Auge haben so folgt daraus noch keineswegs, daß sie für den auf andere Verwendungszwecke gerichteten Handel (zur Bereitung von Kaffeeersatz oder Spiritus) nicht gelten sollen.

11. RG. I, Recht 16 137 Nr. 242. Die Überschreitung der von den Kommunalverbänden festgesetzten Einheitspreise ist nach den Bestimmungen der Bek. v. 28. Juni 1915 strafbar, nicht als Höchstpreisüberschreitung. Die Festsetzung von Höchstpreisen kann nur durch den Bundesrat und die zuständigen Staatsbehörden, nicht durch Kommunalverbände erfolgen. Deren in zulässiger Weise festgesetzte Einheitspreise dürfen zwar auch nicht überschritten, aber auch nicht unterschritten werden und ihre Festsetzung hat nur die Be-

deutung einer Maßnahme zur Verbrauchsregelung hinsichtlich der Vorräte des Kommunalverbandes.

12. Alsberg a. a. O. 21. Zunächst muß die Ware, die sich in dem betreffenden Bezirk befindet, als der Höchstpreisfestsetzung verfangen angesehen werden. Wo also der Geschäftsabschluß stattfindet, ist nicht als ausschlaggebend anzusehen. Auch Geschäftsabschlüsse, die außerhalb des betreffenden Bezirks getätigt werden, können die Höchstpreisfestsetzungen verletzen, die für den Bezirk gelten, in dem sich die geschäftliche Niederlassung eines der Kontrahenten befindet. Innerhalb dieses betreffenden Bezirks sind aber auch die eine Höchstpreisfestsetzung nicht beachtenden Geschäftsverhandlungen insoweit für unzulässig zu erachten, als über eine in einem anderen Bezirk befindliche Ware disponiert werden soll. Denn auch dadurch wird möglicherweise die Versorgung der Bevölkerung des von der Höchstpreisfestsetzung betroffenen Bezirks zu angemessenen Preisen vereitelt. Darüber hinaus wird man aber nicht auch so weit gehen dürfen, daß man dem Käufer eines Bezirks, für den bestimmte Höchstpreise festgesetzt sind, es verwehrt in einem anderen Bezirk, für den diese Höchstpreise nicht gelten, Waren zu höheren Preisen einzukaufen.

II. Begriff Höchstpreis (zu vgl. Bd. 1, 753).

1. Spitzauer a. a. O. 197. Von den Höchstpreisen sind die in zahlreichen Verordnungen festgesetzten Übernahmehöchstpreise zu unterscheiden. Sie unterstehen nur dann dem HPG., wenn sie gleichzeitig als Höchstpreise bestimmt sind (dies ist zu bejahen für die Stroh- und HäckselVO. v. 8. November 1915 (RGBl. 743), zu verneinen für die Öl- und FettVO. v. 8. November 1915 (RGBl. 735) und die ReisVO. v. 22. April 1915 (RGBl. 237), zweifelhaft für die KartoffelVO. v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 16 66)).

2. RG. IV, SächsA. 16 344. Nach der Regelung in der Bek. v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 711) werden Höchstpreise i. S. des HPG. nur von den Gemeinden bzw. Kommunalverbänden für den Kleinhandel mit Kartoffeln, nicht aber auch vom Reichskanzler für den Weiterverkauf festgesetzt.

III. Bedeutung der Höchstpreise für das Schuldrecht.

1. Einwirkung auf laufende Verträge.

(Zu vgl. Bd. 1, 753, s. auch die Bek. v. 11. November 1915, RGBl. 758 in Bd. 2, 176.)

Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 2, 162.

4. SächsA. 16 397 (Dresden I). Die auf Grund des HPG. erlassenen HPBestimmungen können beim Fehlen einer besonders darauf gerichteten Bestimmung die zuvor durch Vertrag festgelegten höheren Preisvereinbarungen für schwebende aber noch nicht erfüllte Lieferungsgeschäfte nicht berühren.

5. Spitzauer a. a. O. 197. Eine Rückwirkung von Höchstpreisfestsetzungen auf laufende Verträge greift, sofern nicht eine Sonderregelung erfolgt ist, nur nach Maßgabe und innerhalb des Anwendungsgebiets der VO. v. 11. November 1915 (in Bd. 2, 173) Platz und bleibt auch auf Höchstpreise beschränkt, die auf Grund der dort angeführten Verordnungen festgesetzt sind.

6. Goldmann, JW. 16 828. Unter Ablehnung der Ansicht, daß Verträge über Gegenstände, für die später Höchstpreise festgesetzt werden, nicht mehr erfüllt werden dürfen, ist anzunehmen, daß solche Verträge, die vorher zu höheren Preisen geschlossen sind, bestehen bleiben, wenngleich dadurch Härten für den Käufer, der zu höheren Preisen eingekauft hat und nun zu den niedrigeren Höchstpreisen verkaufen muß, entstehen können. In besonders krassen Fällen dieser Art wird man ihm ein Rücktrittsrecht wegen veränderter Umstände einräumen oder den Vertrag nach dem Vorbild der Bekanntmachung über übermäßige Preissteigerung v. 23. Juli 1915 für nichtig wegen Verstoßes gegen die guten Sitten erklären können. In den regelmäßigen Fällen aber muß der Käufer den vereinbarten, die Höchstpreise überschreitenden Preis zahlen.

2. Einwirkung auf neue Verträge (zu vgl. Bd. 2, 162).

RG. II, GenossBl. 16 422. GesuR. 17 518, DJZ. 16 814, HoldheimsMSchr. 16 184, JW. 16 1021, LeipzZ. 16 1004. Aus Inhalt und Zweck des Gesetzes ergibt sich, daß die verbotswidrige Überschreitung der HP. nicht die in § 134 BGB. für den Zweifelsfall bestimmte Folge der Nichtigkeit der Verkäufe nach sich ziehen kann. Soll, wie das Gesetz es offenbar will, positiv darauf hingewirkt werden, daß die verfügbaren Vorräte gegen Preise, die sich innerhalb der gesetzten Grenze halten, in den Verkehr kommen, so müssen vielmehr die unter Überschreitung dieser Grenze geschlossenen Verkäufe aufrechterhalten und nur die Preise auf das erlaubte Maß herabgesetzt werden. Dies hat die Wirkung, daß die Ware in den Verkehr gebracht und nicht mehr, als für erschwinglich erachtet, dafür bezahlt wird. Nur diese Herabsetzung der Preise, nicht die Nichtigkeit der Verkäufe ist also die aus dem Inhalt und Zweck des Gesetzes sich ergebende Folge der verbotswidrigen Überschreitung der Höchstpreise. Sie muß gemäß dem Grundsatz des § 134 eintreten; ebenso RG. II, LeipzZ. 16 1291, WarnE. 16 385; abw. LG. Breslau, BreslAK. 16 59, OLG. Kiel III, SchleswHolstA. 16 156. — OGH. Wien, Recht 16 399 Nr. 735, Bendix, ZVersWiss. 16 266.

§ 5.

Festsetzung der Höchstpreise.

I. Festsetzung durch die Landesbehörde.

RG. IV, Recht 16 240 Nr. 501. In der BRVO. v. 23. November 1914 sind Produzentenhöchstpreise für Kartoffeln festgesetzt. Der Großhandel wurde absichtlich von Höchstpreisvorschriften freigelassen. In Ermangelung eines entgegenstehenden Verbots können daher nach § 3 HöchstPG. die Landesbehörden auch für den Großhandel Höchstpreise festsetzen. Daraus, daß die bundesrätliche Höchstpreisfestsetzung Höchstpreise vorschreibt, die sich nach dem Ort der Erzeugung richten, folgt nicht, daß die Landesbehörden gehindert seien, innerhalb der ihnen zustehenden Höchstpreisfestsetzung solche für den Ort des Verbrauchs zu bestimmen.

II. Kann die Festsetzung durch die Militärbehörde erfolgen?

1. Bejahend (Erläuterung a bis f in Bd. 1, 756ff.; g bis i in Bd. 2, 162).

k) RGStr. IV 49 161. Der Militärbefehlshaber ist auch abgesehen von § 4 HPG. auf Grund des § 9b BelagZustG. zur Festsetzung von Höchstpreisen berechtigt.

l) Alsberg a. a. O. 18ff. Das Recht des Militärbefehlshabers, Höchstpreise festzusetzen, ergibt sich aus § 9b BelagZustG. Auf § 4 kann es nicht gestützt werden, da zur „vollziehenden Gewalt" nicht die Gesetzgebung, sondern nur die Ausführung von Gesetzen gehört, die Ausführung des HPG. aber dem Bundesrat und den Landeszentralbehörden vorbehalten ist.

2. Verneinend zu vgl. Bd. 1, 758.

(Abschnitt III in Bd. 1, 758.)

IV. Voraussetzung der Wirksamkeit der Festsetzung überhaupt.

(Erläuterung 1 bis 13 in Bd. 2, 163ff.)

14. RG. III, Recht 16 195 Nr. 401. Maßgebend für die Bedeutung der Festsetzung ist deren Wortlaut, nicht die Absicht der festsetzenden Behörde. Deshalb trifft eine Festsetzung, die sich allgemein auf Fleisch — Rind- und Schweinefleisch — bezieht, dieses allgemein, und es sind die besseren und teueren Teile, namentlich das knochenlose Fleisch nicht ausgenommen.

15. Zu Bd. 2, 164 Nr. 7 ist auch zu vgl. LeipzZ. 16 1050 (RG.), wo die Abweichung der HPFestsetzung von den Grundsätzen des HandMinErl. v. 4. August 1914 (HMBl. 440) für im Strafverfahren unbeachtlich bezeichnet wird.

16. Deutsche Tagesztg. v. 5. Juli 16. Die Firma P. u. H. in Bremen war Eigentümerin einer großen Partie russischer Gerste, die in B. (Oldenburg) bei K. lagerte. Das

zuständige Generalkommando hatte Höchstpreise für Gerste festgesetzt. Das Amt B. forderte daher den Lagerhalter auf, die Gerste zu dem Höchstpreise an die Landwirtschaftskammer Hannover zu überlassen. Die hiervon in Kenntnis gesetzte Firma P. u. H. lehnte das ab, worauf der Amtshauptmann gemäß § 2 des HPG. a. F. die Gerste beschlagnahmte und der Landwirtschaftskammer überwies. Die Firma P. u. H. behauptet, dadurch habe der Amtshauptmann schuldhaft seine Amtspflicht verletzt: nach dem Höchstpreisgesetz in seiner damals geltenden Fassung habe die Beschlagnahme nur erfolgen dürfen, wenn sie sich geweigert hätte, überhaupt zu dem festgesetzten Höchstpreis zu verkaufen; das habe sie aber nicht getan, sie habe nur abgelehnt, an die Landwirtschaftskammer zu verkaufen, weil sie die Gerste für ihre eigenen Kunden gebraucht habe; weiter sei aber die Beschlagnahme auch deshalb unzulässig gewesen, weil inzwischen die Höchstpreise bereits wieder aufgehoben gewesen seien. Die Firma P. u. H. verlangte vom Oldenburgischen Staat, der für die Amtspflichtverletzung des Amtshauptmanns haste, Ersatz des ihr durch die Beschlagnahme entstandenen Schadens.

LG. und OLG. Oldenburg haben die Klage abgewiesen. Das OLG. führt aus: Die Meinung der Kl., die Beschlagnahme sei deshalb gesetzwidrig gewesen, weil die Kl. nicht überhaupt sich geweigert habe, die Gerste zu dem festgesetzten Preise zu verkaufen, sondern sie nur nicht an die Landwirtschaftskammer habe verkaufen wollen, ist unbegründet. Die Kl. mußte sich, wenn ihr von der Behörde ein Käufer genannt wurde, entscheiden, ob sie die Gerste verkaufen wolle; entschied sie sich nicht, so konnte das Amt die Gerste im Wege des Zwangsverkaufs übernehmen und der Landwirtschaftskammer überweisen. Die Behauptung der Kl., daß sie die Gerste zu ihrem eigenen Bedarf brauchte, um ihre Kunden zu befriedigen, ist unerheblich. Auch darauf kann die Klage nicht gestützt werden, daß die Höchstpreise zur Zeit der Beschlagnahme bereits wieder aufgehoben waren. Es kommt nicht darauf an, wann die Aufhebung erfolgt ist. Entscheidend ist vielmehr nur, ob der Amtshauptmann schuldhaft handelte, wenn er die Gerste noch übernahm. Es steht aber fest, daß er damals amtlich noch keine Kenntnis von der Aufhebung hatte. Ob ihm, wie die Kl. behauptet, der Lagerhalter H. Mitteilung von der Aufhebung gemacht hat ist unerheblich; auf Mitteilungen dritter Personen brauchte er sich nicht zu verlassen. War ihm amtlich die Aufhebung der Höchstpreise nicht bekannt, so verletzte er seine Amtspflicht nicht, wenn er trotz der damals tatsächlich schon erfolgten Verfügung der Aufhebung die Gerste im Wege des Zwangsverfahrens nach dem Höchstpreisgesetz übernahm. Die Klage ist hiernach unbegründet.

(Das RG. III hat die Revision zurückgewiesen, JW. 16 1196, LeipzZ. 16 1179, WarnE. 16 295.)

17. RG. I, JW. 16 1346, Recht 16 543 Nr. 1004. Die den Höchstpreis festsetzende örtliche Verwaltungsbehörde kann nicht mit Rechtswirksamkeit bestimmen, daß die betr. Ware „auch auswärts zum Höchstpreis abgegeben werden müsse", weil sie wegen ihrer beschränkten Zuständigkeit mit Wirkung über ihren Bezirk hinaus Höchstpreise nicht festsetzen kann, die Höchstpreisfestsetzung vielmehr an den Grenzen des Bezirks ihre Schranke findet. Nur die im Bezirk befindliche Ware wird davon ergriffen, und nur solange sie sich im Bezirk befindet. Händler und Erzeuger werden durch die Höchstpreisfestsetzung nicht gehindert, die Ware auszuführen und außerhalb des Bezirks abzusetzen ohne Rücksicht auf den Höchstpreis, der bis zur Ausfuhr maßgebend war. Bei Verkauf nach außerhalb ist nicht der Ort des Vertragsschlusses für den Höchstpreis maßgebend, auch nicht schlechthin der gesetzliche Erfüllungsort, sondern der (möglicherweise davon verschiedene) Ort der Ablieferung, der Ort, an dem die Ware aus der Hand des Verkäufers in die des Käufers übergehen soll, der Käufer sie zu übernehmen hat.

V. Zeitliche Begrenzung.

Feisenberger a. a. O. 62. Allerdings läßt § 1 HPG. die Festsetzung von Höchstpreisen nur für die Dauer des gegenwärtigen Krieges zu. Damit soll aber nicht ausgesprochen sein, daß die festgesetzten Höchstpreise sofort mit dem Friedensschluß außer Kraft

treten. Vielmehr werden sie ihre Geltung bis zu ihrer Aufhebung im einzelnen oder bis zur Aufhebung des HPG. als solchen behalten. Nur die Festsetzung neuer Höchstpreise nach Beendigung des Krieges wird nicht stattfinden dürfen.

§ 6.

Strafbestimmungen.

Bek. über Änderung des Gesetzes, betr. Höchstpreise, und .... vom 23. März 1916 (RGBl. 183).

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

Artikel I.

§ 6 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914, ergänzt durch § 6 der Verordnung vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 339, 516; 1915 S. 603) erhält folgende Fassung:

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer die nach § 1 festgesetzten Höchstpreise überschreitet;
2. wer einen anderen zum Abschluß eines Vertrags auffordert, durch den die Höchstpreise überschritten werden, oder sich zu einem solchen Vertrag erbietet;
3. wer einen Gegenstand, der von einer Aufforderung (§§ 2, 3) betroffen ist, beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört;
4. wer der Aufforderung der zuständigen Behörde zum Verkaufe von Gegenständen, für die Höchstpreise festgesetzt sind (§ 4), nicht nachkommt;
5. wer Vorräte an Gegenständen, für die Höchstpreise festgesetzt sind, dem zuständigen Beamten gegenüber verheimlicht;
6. wer den nach § 5 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen Nr. 1 oder 2 ist die Geldstrafe mindestens auf das Doppelte des Betrages zu bemessen, um den der Höchstpreis überschritten worden ist oder in den Fällen der Nr. 2 überschritten werden sollte; übersteigt der Mindestbetrag zehntausend Mark, so ist auf ihn zu erkennen. Im Falle mildernder Umstände kann die Geldstrafe bis auf die Hälfte des Mindestbetrags ermäßigt werden.

Bei Zuwiderhandlungen gegen Nr. 1 und 2 kann neben der Strafe angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist; auch kann neben Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Artikel II. . . .

Artikel III.

Diese Verordnung tritt am 1. April 1916 in Kraft.

Inhaltsübersicht.

I. Äußerer Tatbestand I 759, II 164, III 161.
1. Täterschaft des Käufers II 164, III 161.
2. Täterschaft des Bevollmächtigten II 166, III 161.
3. Täterschaft des Gewerbegehilfen II 165.
4. Haftung des Gewerbetreibenden für Höchstpreisübertretungen seines Gehilfen II 165, III 161.
5. Beihilfe II 166, III 165.
6. Die strafbare Handlung II 167, III 163.
7. Verschleierung der Höchstpreisüberschreitung II 168, III 166.
II. Innerer Tatbestand I 759, II 169, III 167.
1. Vorsatz II 169, III 167.
2. Bedingter Vorsatz II 169.
3. Genügt Fahrlässigkeit? II 169, III 167.
a) Bejahend II 169, III 167.
b) Verneinend II 170.
4. Einzelne Fälle d. Fahrlässigk. II 170, III 167.
5. Bewußtsein der Rechtswidrigkeit II 171, III 168.
6. Irrtum II 171, III 168.
III. Änderung der Höchstpreise nach der Straftat I 760, II 172, III 171.
IV. Zuständigkeit der Strafgerichte I 760.
V. Zwangsweise Schließung der Geschäfte I 760.

I. Äußerer Tatbestand.

1. Täterschaft des Käufers.

(Erläuterung a, b in Bd. 2, 164.)

c) Hagemann, DStrafZ. 16 244. Die Bestrafung des Käufers wird unter Umständen auf Grund des Notstandsparagraphen (§ 54 StGB.) zu unterbleiben haben.

d) Zitzlaff, PrVerwBl. 37 570. Will man die Höchstpreise wirklich durchführen, so müßte man bestimmen, daß bei Überschreitungen sich nur der Verkäufer strafbar macht. Dann hat man in den Käufern ausreichendes Aufsichtspersonal, das peinlich darüber wachen würde, daß die Höchstpreise nicht überschritten werden und das bei Überschreitungen für Abhilfe sorgen würde.

2. Täterschaft des Bevollmächtigten.

(Erläuterung a bis c in Bd. 2, 165.)

d) RG. I, DJZ. 16 536. Daß der Angekl. nicht Eigentümer des Getreides war, steht seiner Bestrafung nicht entgegen. Denn die Strafdrohung trifft auch den Bevollmächtigten, Lagerhalter, Agenten. (Das Urteil äußert sich über die Überschreitung des Höchstpreises durch Provisionsforderung.)

e) RG., DJZ. 16 901. Wenn der Vermittler, mag er gewerbsmäßiger Makler oder Agent sein oder nur im Einzelfall tätig werden, lediglich dem Verkäufer das Gebot des Käufers überbringt und nicht mehr tut, als daß er dieses bekanntgibt, so verletzt er das Verbot des § 4, indem er anderen zum Abschluß eines Vertrages behilflich ist, innerhalb dessen diese die Höchstpreise überschreiten, nicht als Täter, sondern nur als Gehilfe; er unterstützt und ermöglicht nur eine fremde Straftat, er begeht diese nicht mit Täterwillen.

(Abschnitt 3 in Bd. 2, 165.)

4. Haftung des Gewerbetreibenden für Höchstpreisübertretungen seines Gehilfen.

(Erläuterung a bis c in Bd. 2, 165ff.)

d) RG. IV, SächsA. 16 233. Als Leiterin des Geschäfts war die Angekl. für die Einhaltung der auf Grund des HPG. festgesetzten Höchstpreise verantwortlich; denn nach § 151 GewO. trifft den Betriebsleiter die Strafe, wenn bei Ausübung des Gewerbes polizeiliche Vorschriften von ihm übertreten werden. Um polizeiliche Vorschriften aber handelt es sich bei der Festsetzung von Höchstpreisen für die Kriegszeit, denn sie stellt eine Taxvorschrift i. S. der GewO. dar, die einer übermäßigen Preistreiberei vorbeugen soll, also aus Rücksichten des öffentlichen Wohles erlassen worden ist.

e) RG. III, Recht 16 137 Nr. 241. Der Geschäftsherr haftet strafrechtlich für die von seinem Angestellten begangenen Überschreitungen, wenn diese seiner ausdrücklichen oder stillschweigenden Weisung entsprechen, oder wenn sie vorhersehbar waren und durch geeignete Maßnahmen verhindert werden konnten. Im übrigen bemißt sich seine Verantwortung auch nach § 151 GewO.

f) RG. IV, Recht 16 240 Nr. 500. Durch § 151 GewO. wird für den Betriebsunternehmer nicht etwa die aus dem Betrieb sich ergebende Verantwortlichkeit erst begründet, sondern umgekehrt die bestehende eingeschränkt; denn der Unternehmer kann die ihn selbst treffende strafrechtliche Verantwortlichkeit zu einem wesentlichen Teil auf die von ihm bestellten Betriebsleiter abwälzen mit der Wirkung, daß nicht er, sondern nur noch der Betriebsleiter verantwortlich ist, der Unternehmer aber nur dann, und zwar neben dem Leiter haftet, wenn die Übertretung mit seinem Wissen begangen ist oder er es bei der Beaufsichtigung oder der Auswahl der Leiter an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen. Stets ist es also das in Erfüllung der Pflicht zur Oberleitung begangene eigene Verschulden — im ersten Fall der Vorsatz, im zweiten die Fahrlässigkeit —, wodurch die strafrechtliche Haftung des Unternehmers begründet ist, nicht etwa eine im Gesetz geschaffene Verantwortung für fremdes Verschulden.

g) Alsberg a. a. O. 59. Aus § 151 GewO. ist entgegen RGStr. 49 121 (in Bd. 2, 165) nicht zu folgern, daß nur der selbständige Gewerbetreibende, auf dessen Rechnung der Betrieb geht, als der vom Gesetz unmittelbar zum Tun und Unterlassen Verpflichtete gilt, wohl aber folgt daraus, daß derjenige, in dessen Namen und für dessen Rechnung der Betrieb geführt wird, unter den Voraussetzungen des Satz 2 Abs. 1 des § 151 GewO. als Selbsttäter haftet. Ihm stehen als „Gewerbetreibende" im Sinne des Gesetzes gleich die gesetzlichen Vertreter juristischer Personen, speziell der Vorstand einer Aktiengesellschaft, der Geschäftsführer einer G. m. b. H. Sind mehrere Inhaber vorhanden, so wird zu prüfen sein, wessen Ressort die in Frage stehende Tätigkeit unterstand. Dieser Inhaber wird verantwortlich zu machen sein. Unter Umständen wird natürlich eine Haftung mehrerer Inhaber in Frage kommen.

h) Alsberg a. a. O. 62. Steht die Ehefrau dem Geschäft in Abwesenheit ihres zum Heeresdienst eingezogenen Ehemannes vor, so wird man ein Verhältnis im Sinne des § 151 Abs. 1 Satz 1 GewO. als begründet annehmen müssen, das zudem mit Rücksicht auf die eigenartige Lagerung des Falles in der Regel eine Mithaftung des Ehemannes gemäß § 151 Abs. 1 Satz 2 GewO. ausschließt. Liegt dagegen nicht der Fall vor, daß der Ehemann eingezogen ist, und hat die Ehefrau nur für wenige Stunden die Vertretung ihres Mannes im Geschäft übernommen, so wird zu unterscheiden sein, ob diese Vertretung eine Ausnahme darstellt, oder mit Rücksicht auf Art und Umfang des Geschäfts zu einer regelmäßigen Einrichtung geworden ist. Im ersteren Fall wird man ein Verhältnis im Sinne des § 151 Abs. 1 Satz 1 GewO. verneinen, im zweiten Fall bejahen müssen. Die Verneinung dieses Verhältnisses schließt eine Haftung der Ehefrau jedenfalls insoweit aus, als die Nichtachtung einer Verwaltungsanordnung, z. B. einer Höchstpreisfestsetzung, in Frage steht, über die sich zu unterrichten vielleicht ein Geschäftsleiter, nicht aber ein vorübergehend angestellter Gehilfe verpflichtet war. Liegt dagegen ein solcher beachtlicher Rechtsirrtum nicht vor, hat vielmehr die Ehefrau böswillig gehandelt, und z. B. einem nachforschenden Beamten in Kenntnis der bestehenden Rechtspflicht absichtlich Vorräte verheimlicht, für die Höchstpreise festgesetzt sind, so dürfte kaum ein durchgreifendes Bedenken bestehen, sie auf Grund des § 6 Ziffer 5 HPG. zur Verantwortung zu ziehen.

i) Alsberg a. a. O. 63. Da nach der ständigen — die sogenannte objektive Teilnahmetheorie ablehnenden — Rechtsprechung des RG. vom Mittäter nicht das Setzen einer Tatbestandshandlung verlangt wird, kann der Gewerbetreibende, auch ohne daß er bei einem die Höchstpreise überschreitenden Verkaufe eines Angestellten mitgewirkt hat, schon dann als Mittäter angesehen werden, wenn der Angestellte durch die Anwesenheit des Chefs in höherem Maße zur Ausführung der gemeinsam geplanten Höchstpreisüberschreitung angeregt wurde. Sogar von seiner Anwesenheit im Augenblick der Ausführung darf abgesehen werden, vorausgesetzt, daß der Angestellte einen gemeinschaftlich gefaßten Plan zur Ausführung bringt, z. B. der Filialleiter entsprechend den Veredungen mit seinem Chef für bestimmte Gegenstände einen übermäßigen Preis fordert.

k) RG. III, LeipzZ. 16 1106, SächsA. 16 351. Der Angekl. ist mit Recht für das von seinem Prokuristen geschlossene Geschäft als Täter verantwortlich gemacht. Er hat sich mit dem Prokuristen darüber besprochen, daß „derartige" Geschäfte, d. h. unter der Maske des Kommissionsgeschäfts auftretende Eigengeschäfte in H. gemacht würden und sich damit einverstanden erklärt, daß solche auch von seinem Hause gemacht würden. Darauf, ob er von dem Abschluß gerade dieses einzelnen Geschäfts und von dessen Bedingungen gewußt hat, kommt es nicht an. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Strafdrohung des HPG. sich nur gegen den Unternehmer als Täter richtet oder auch gegen seinen Vertreter und Gehilfen. Im ersten Falle haftete der Angekl. ohne weiteres und wird er durch § 151 Abs. 1 GewO. nicht entlastet, da er sich bei Billigung derartiger Geschäfte im vorhinein nicht auf die Unkenntnis des einzelnen Geschäfts berufen kann; im zweiten Fall ist er mit Rücksicht auf die Vereinbarung mit dem Prokuristen als Täter mit diesem verantwortlich.

5. Beihilfe (zu vgl. Bd. 2, 166).

a) Alsberg a. a. O. 64. Fehlt dem Angestellten wegen Unkenntnis der Höchstpreisfestsetzung der Wille, diese Vorschrift zu übertreten, so ist eine strafbare Beihilfe nicht möglich. Von einer strafbaren Beihilfe kann aber auch dann keine Rede sein, wenn etwa nur der Angestellte, nicht aber auch der Chef die mißachtete Verwaltungsanordnung gekannt hat, oder wenn die Schuld des Gewerbetreibenden lediglich darin zu finden ist, daß er bei Erfüllung seiner Aufsichtspflicht mangelnde Sorgfalt an den Tag gelegt hat. In solchem Falle kann man nicht im Sinne des § 49 StGB. davon reden, daß der Angestellte Kenntnis von der deliktischen Willensrichtung des Chefs gehabt habe, denn diese Willensrichtung fehlte, weil der Wille des Gewerbetreibenden infolge Nichtkenntnis eines wesentlichen Tatbestandsmerkmals nicht auf die Verwirklichung des strafbaren Tatbestandes gerichtet war.

b) Alsberg a. a. O. 66. Als zuweitgehend muß es bezeichnet werden, wenn in einem Urteil des Bayerischen Obersten Landesgerichts v. 2. Dezember 1915 (in Bd. 2, 166) sogar ein nicht an Höchstpreise gebundener Zwischenhändler als Gehilfe zur Überschreitung der Höchstpreise durch seine Abnehmer verantwortlich gemacht ist, weil er durch seine Lieferung und Preisbestimmung die Bedingung für eine demnächst von dem Wiederverkäufer zu begehende Überforderung seines Kunden setze.

6. Die strafbare Handlung.

(Zu vgl. die Erläuterungen a bis s in Bd. 2, 167.)

a) Zu § 6 Nr. 1.

α. RG. I, JW. 16 1131, LeipzZ. 16 1014, Recht 16 396 Nr. 717. Für den Höchstpreis ist nicht der Ort des Vertragschlusses, sondern der vom Erfüllungsort des BGB. möglicherweise abweichende Ablieferungsort, der Ort, an dem die Ware aus der Hand des Verkäufers in die des Käufers übergehen soll, der Käufer sie zu übernehmen hat, maßgebend (Ausnahmevorschrift in § 5 Abs. 2 ButterpreisVO. v. 22. Oktober 1915).

β. RG. I, Recht 16 137 Nr. 243. Kaufverträge, die von einer Genossenschaft mit Mitgliedern der Körperschaft abgeschlossen werden, unterscheiden sich nicht von anderen. Die Genossenschaft darf daher in ihren Verkaufsstellen die HP. nicht um deswillen überschreiten, weil dem kaufenden Genossen aus der Geschäftsführung ein Gewinnanteil zufließt oder weil dem kaufenden Mitglied alsbald ein Gewinnanteil unter dem Namen „Sparrabatt" gutgeschrieben und dadurch ein Ausgleich mit der Überschreitung herbeigeführt wird.

γ. RG. I, SächsA. 16 233. Da eine Überschreitung des Höchstpreises schon durch die Vereinbarung eines höheren als des zulässigen Preises erfolgt, kommt es darauf nicht an, daß infolge des vertragswidrigen Verhaltens eines Vertragsteiles oder sonstiger Umstände die Erfüllung des Vertrages, namentlich die Zahlung des Preises unterbleibt.

δ. RG. I, LeipzZ. 16 873, Recht 16 344 Nr. 551. Der Senat hat wiederholt entschieden, daß der Begriff „Überschreiten der festgesetzten Höchstpreise" (§ 4 des Ges. v. 4. Aug. 1914, § 6 Nr. 1 v. 17. Dezember 1914) nicht bloß den Abschluß von Kaufverträgen, sondern auch deren Erfüllung umfaßt (Urt. v. 14. Juni 1915 I 323/15; 24. Juni 1915 I 293/15, JW. 15 1269; 21. Oktober 1915 I 326/15; zu vgl. Bd. 2, 168 n, o, p). Durch die neueste Fassung des Ges. v. 23. März 1916 ist hieran nichts geändert worden.

ε. RG. I, JW. 16 1131 Nr. 25. Das angefochtene Urteil hat nur geprüft, ob der Kaufvertrag im Banne von St. abgeschlossen ist. Der Begriff Überschreiten der festgesetzten Höchstpreise im Sinne des Gesetzes v. 4. August 1914 § 4 bzw. 17. Dezember 1914 § 6[1] umfaßt aber nicht bloß den Abschluß von Kaufverträgen, sondern auch die Erfüllung (Übergabe, Abnahme, Zahlung). Recht 16 397 Nr. 722, SächsA. 16 349; ebenso: RG. II, Recht 16 397 Nr. 723.

ζ. Alsberg a. a. O. 27. Können mangels Eingreifen zivilrechtlicher Vorschrift die früher vereinbarten Preise gefordert werden, so erscheint es an sich nicht strafbar, wenn bei Erfüllung eines Vertrages die für diese Zeit festgesetzten Höchstpreise nicht innegehalten

werden; vorausgesetzt nur, daß der Vertrag zur Zeit seines Abschlusses mit den Höchstpreisvorschriften im Einklang stand. Indes ist eine Lieferung, durch die Höchstpreise verletzt werden, die zur Zeit der Vertragserfüllung bestehen, als das Gesetz verletzend und deshalb strafbar anzusehen, wenn die den Höchstpreisvorschriften zuwiderlaufende Vertragserfüllung in einem Zeitpunkt verabredet war, in dem eine dieser Preisbestimmung widersprechende Verordnung bereits verkündigt war, oder wenn auch nur die Parteien in Hinblick auf eine zu erwartende Höchstpreisfestsetzung und gerade mit der Absicht ihrer Ignorierung ihre Preisvereinbarung getroffen haben. Keinem Bedenken kann es dagegen unterliegen, Verträge über Gegenstände, für die ein Höchstpreis in einem verkündeten Gesetz bereits festgelegt ist, vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes unter Nichtachtung der in diesem Gesetz bestimmten Höchstpreise zu erfüllen.

η. RG. IV, LeipzZ. 16 1291 Nr. 3. Die BRBO. über die Höchstpreise für Petroleum usw. v. 8. Juli 1915 bestimmt, daß der Preis für je 100 kg Reingewicht Petroleum (= 125 l) bei Verkäufen von 100 kg oder mehr 30 M., also 24 Pf. für das Liter, nicht übersteigen darf und daß daneben, wenn der Verkäufer die Versendung nach einem anderen Orte übernimmt, nur Ersatz der baren Auslagen und für die käufliche Überlassung von Holzfässern eine Vergütung von 4,50 M. für je 100 kg Reingewicht gefordert werden kann (§ 1 Abs. 1, 2, 4 Nr. 1 § 2). Nach § 1 Abs. 2 gilt der Preis für Lieferung von einem deutschen Lager oder von der deutschen Grenze ab. Bei Lieferung von einem ausländischen Orte ab hat hiernach der Verkäufer die Kosten der Versendung bis zur deutschen Grenze selbst zu tragen. Wenn daher das Anrollen vom Tank in Budapest bis zum Bahnhof dort erfolgte, so durfte der Angekl. hierfür überhaupt nichts fordern, und wenn er die Fracht für die ganze Strecke Budapest—Königsberg berechnet, so war auch dies hinsichtlich des auf die Teilstrecke Budapest—Deutsche Grenze entfallenden Betrags unzulässig.

ϑ. Deutsche TagesZ. 16 Nr. 573. Warenumsatzstempel und Höchstpreise. In gewerblichen Kreisen besteht weitgehende Unsicherheit darüber, ob der Warenumsatzstempel den festgesetzten Höchstpreisen zugeschlagen werden darf. Da sich das Gesetz hierüber nicht ausspricht, steht die endgültige Entscheidung den Gerichten zu. Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, besteht dort die Auffassung, daß Höchstpreise in unüberschreitbarer Höhe bindend festgesetzt sind und daß es daher nicht angeht, sie durch einen Zuschlag im Betrage des gesetzlichen Warenumsatzstempels zu erhöhen. Das gilt auch für den Fall, im den durch die Übergangsvorschrift des Artikels V Abs. 3 des Warenumsatzstempelgesetzes für Lieferungen aus vor dem 1. Oktober 1916 geschlossenen Verträgen dem Abnehmer die Verpflichtung auferlegt ist, dem Lieferer einen Zuschlag zum Preise in Höhe der entfallenden Steuer zu leisten.

b) § 6 Nr. 2.

α. RG. III, JW. 16 1131 Nr. 23. Auch das Fordern höherer Preise „freibleibend" ist strafbar, da zum Fordern oder Anbieten begrifflich nicht die Gebundenheit des Fordernden oder Anbietenden gehört.

β. Alsberg a. a. O. 24. Schon wer für Waren, die er zum Kauf anbietet, höhere Preise fordert als nach § 1 des HPG. für diese Waren zulässig ist, macht sich einer Überschreitung des Gesetzes schuldig.

γ. RG. I, Recht 16 344, Nr. 552, SächsA. 16 349. Die Aufforderung oder das Erbieten muß dem anderen erkennbar den Willen des Täters zum Ausdruck bringen, daß der andere einen Vertrag abschließe, durch den die HP. überschritten werden, und das ist begrifflich nur möglich, wenn der andere aus der Erklärung ersieht oder ersehen kann, zu welchem Preise er abschließen soll oder doch, daß er einen höheren Preis als den HP. bewilligen oder erhalten soll (Die Inaussichtstellung „großer Vorteile" bedarf in diesem Sinne der Aufklärung).

δ. Alsberg a. a. O. 29. Ist das Erbieten an eine bestimmte Person gerichtet so ist es gleichgültig, wie sich der, an den diese Kundgebung gerichtet ist, zu ihr stellt. Ins-

besondere kommt es auch nicht darauf an, ob er sich der Bedeutung des an ihn gerichteten Verlangens bewußt geworden ist. Daß er sich ihrer bewußt werde, braucht auch der Auffordernde nicht im Sinne zu haben. Die Fassung des Gesetzes ist eine so weitgehende, daß nicht wie z. B. bei einer Aufforderung gemäß § 9b BelZustG. verlangt werden kann, daß der Auffordernde seinerseits darauf abzielt, den schuldhaft strafbaren Willen zur Gesetzesübertretung hervorzurufen. Es bedarf also auch bezüglich des Auffordernden keiner Feststellung des inneren Tatbestandes nach dieser Richtung.

ε. Alsberg a. a. O. 28. Dadurch, daß die Aufforderung zum Abschluß eines solchen Vertrages unter Strafe gestellt wird, wird nicht nur der Verkäufer bestraft, der von einem bestimmten individuellen Kauflustigen einen höheren Preis als den zulässigen fordert, sondern schon derjenige, der sich allgemein an das kauflustige Publikum wendet. Eine Aufforderung an unbestimmt wie viele, nicht individuell erkennbare Personen ist, wie schon das RG. für den analogen Fall des § 49a StGB. entschieden hat, auch hier genügend. Wer den Willen erklärt, über einen der Art und Gattung nach bezeichneten Gegenstand einen in seiner allgemeinen Gestaltung bestimmten Vertrag abzuschließen, der gegen die Höchstpreisvorschriften verstoßen würde, macht sich je nachdem einer strafbaren Aufforderung oder eines strafbaren Erbietens im Sinne des § 6 Nr 2 HPG. schuldig. Erforderlich ist lediglich eine solche nach außen erkennbar gemachte Absicht, weshalb insbesondere auch ein Feilhalten an einer dem Publikum zugänglichen, zum Verkauf bestimmten Stelle genügt, wenn die objektive Erklärung einer Bereitwilligkeit zum Verstoß gegen die Höchstpreisfestsetzung festzustellen ist. Der Gesetzestatbestand kann dementsprechend auch durch ein Inserat verwirklicht werden, in welchem unter Nichtbeachtung der Höchstpreise Waren zum Verkauf angeboten werden.

ζ. RG. IV, Recht 16 499 Nr. 949. Werden hektographierte Vertragsangebote versandt, worin höhere als die Höchstpreise gefordert werden, so ist die Überschreitung der Höchstpreise vollendet; ausschließlich der Inhalt des schriftlichen Angebots ist für die Frage, ob mehr als der Höchstpreis gefordert ist, entscheidend.

§ 6 Nr. 3.

α. RG. V, DJZ. 16 537. Die Aufforderung, „16 Zentner Hafer am . . . in guter gesunder und handelsfähiger Ware an das Proviantamt zu . . . zu liefern" erfüllt nicht den gesetzlichen Tatbestand, denn die Aufforderung muß auf Verkauf zum festgesetzten Höchstpreis gerichtet sein; ebenso RG. V, SächsA. 16 343.

β. Alsberg a. a. O. 31. Hat der Kleinhändler von dem Großhändler Gattungsware gekauft, der sie in großen Quantitäten auf seinen Speichern oder sonstwo aufbewahrt, so wird man im Sinne des HPG. nicht davon sprechen können, daß der Kleinhändler Besitzer gemäß § 2 HPG. sei. Besitzer im Sinne des § 2 HPG. ist ferner nur der, der zugleich Eigentümer ist. Andernfalls hätte das Gesetz (§ 2 Abs. 1 HPG.) nicht die Vorschrift treffen können, daß das Eigentum an den Dritten übergeht, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht.

γ. Alsberg a. a. O. 32. Das Gesetz stellt zwar für den Fall, daß eine Aufforderung zum Verkauf erlassen ist, nur das „Nichtnachkommen" gegenüber dieser Aufforderung unter Strafe, d. h. ein Unterlassen. Selbstverständlich wird aber der Tatbestand auch dadurch erfüllt, daß der Besitzer die ihm auferlegte Verpflichtung dadurch unmöglich macht, daß er nach der an ihn ergangenen Aufforderung die Gegenstände beiseite schafft, beschädigt oder zerstört.

δ. Alsberg a. a. O. 31. Es genügt zum Begriff des Beiseiteschaffens, wenn der Berechtigte auch nur zeitweilig und vorübergehend gehindert wird, die Erlangung der Gegenstände zu erreichen. Werden daher durch eine auf die örtliche Verwahrung dieser Gegenstände bezügliche Handlung ihrer Erlangung durch den Dritten wesentliche Erschwerungen bereitet, so ist unbedenklich ein Beiseiteschaffen im Sinne dieser Vorschrift anzunehmen. In subjektiver Beziehung ist dementsprechend beim Täter ein auf rechts-

widrige Vereitlung oder Beeinträchtigung des durch die Aufforderung bezweckten Zustandes gerichteter Wille erforderlich.

ε. Alsberg a. a. O. 33. Zweifelhaft mag sein, ob auf Grund der Vorschrift des HPG. auch Erhebungen über im Privatgebrauch befindliche Vorräte zulässig sind. Die Frage dürfte zu verneinen sein, da sich das HPG. seiner ganzen Tendenz nach auf den Handel mit Höchstpreisgegenständen beschränkt.

7. Verschleierung der Höchstpreisüberschreitung.

(Erläuterung a bis f in Bd. 2, 168, 169.)

g) RG. I, JW. 16 341. Angemessen und geboten war es, wenn das Gericht bei der Feststellung, daß Gegenstand der Kaufverträge Gerste gebildet habe, auf die Verteidigung der Angeklagten einging, die behauptet hatten, daß nicht Gerste, sondern Malz, das erst für die Verkäufer und zu deren Eigentum von den Käufern hätte fertiggestellt werden sollen, also eine künftige Sache, für die ein Höchstpreis nicht bestand, Gegenstand des Handels gewesen sei. Diese Verteidigung ist in den Urteilsgründen schlüssig dahin widerlegt, daß in Wahrheit bestimmte Mengen Gerste und nicht aber Mengen Malz verkauft und gekauft worden seien, durch die schriftlich niedergelegten Vereinbarungen anscheinend gegenteiligen Inhalts nur zur Umgehung des Gesetzes, und um die Vertragsteile vor Strafe zu schützen, der wahre Vertragsgegenstand verhüllt und durch falsche Angaben verdeckt worden sei.

h) RG. V, BayRpflZ. 16 181. Kein Rechtsirrtum war es, daß das LG. einen Verstoß gegen das HPG. auch darin sah, daß der Angekl. als Verkäufer, abgesehen von dem übermäßigen Preise für die verkauften Nickelanoden, die Käufer noch zwang, ihm nicht verlangte Nickelsalze zu hohem Preise abzukaufen. Die Überschreitung der HP. kann sehr wohl auch im Bedingen derartiger Nebenvorteile für den Verkäufer bestehen. Es liegt nahe, daß die Verkäufer versuchen, auf solchem Wege die HPVorschrift zu umgehen und die Zuwiderhandlung zu verschleiern. Das Gesetz muß dann nach seinem Wortlaut, Sinn und Zweck auch auf solche Machenschaften angewendet werden. Der äußerliche Umstand, daß etwa über beide Waren ungeachtet des inneren Zusammenhanges besondere Kaufverträge abgeschlossen werden, bildet dagegen kein Hindernis.

i) RG. IV, JW. 16 1131 Nr. 28, Recht 16 396 Nr. 720, SächsA. 16 345. Über Transportkosten unter Benutzung anderer Transportmittel als der Eisenbahn oder eines Wasserfahrzeuges ist in § 1 Abs. 3 BO. v. 28. Oktober 1915 keine Vorschrift gegeben. Die Vereinbarung einer besonderen Vergütung für die Beförderung mit eigenem Fuhrwerk ist daher zulässig, nur darf der Höchstpreis nicht durch Vereinbarung übermäßig hoher Transportkosten umgangen werden.

k) DJZ. 16 908, JW. 16 1208, Recht 16 556 Nr. 1086 (BayObLG.). Die Überschreitung des Höchstpreises kann auch darin liegen, daß der Verkäufer sich Nebenvorteile ausbedingt und hierdurch eine Erhöhung seines Nutzens erreicht Gleichgültig ist, ob eine geldwerte Nebenleistung vereinbart wird, durch deren Hinzurechnung der für die verkaufte Ware vorgeschriebene Höchstpreis überstiegen wird oder ob die Überschreitung des Höchstpreises durch besondere Kaufverträge über andere Waren bewirkt wird, deren Abschluß der Verkäufer als Bedingung für die Abgabe der von dem Käufer benötigten Ware zu dem dafür geltenden Höchstpreise gesetzt hat. Beide Wege dienen zur Verschleierung der Überschreitung des Höchstpreises und stehen deshalb der Bestrafung des Täters nicht entgegen. Dabei ist gleichgültig, ob die den Gegenstand des weiteren Kaufvertrags bildende Ware höchstpreisfrei ist oder für sie gleichfalls ein Höchstpreis besteht und ob dieser Höchstpreis eingehalten wird. Maßgebend kann nur sein, ob der vom Täter an der nebenbei verkauften Ware gemachte Gewinn eine Überschreitung des Höchstpreises bei dem von dem Käufer über den Gegenstand seines Bedarfs abgeschlossenen Geschäfte darstellt.

l) LeipzZ. 16 1136. Wenn nichts anderes bestimmt ist, muß der Verkäufer zu dem HP. dasselbe liefern, was vor Festsetzung des HP. für den damals üblichen Preis geliefert zu werden pflegte. Wenn also vor der erfolgten HPFestsetzung für den Milchhandel eine

Anfuhrvergütung nicht üblich war, die Großhändler ihren Abnehmern die Milch vielmehr stets für einen Einheitspreis geliefert haben, der sowohl als Entgelt für die Anfuhr als auch für die etwaige Leihe der Kannen und Gefäße mitenthielt, so stellt nach der HPFestsetzung das Verlangen einer Anfuhrvergütung durch Zuschlag auf den HP. eine HPÜberschreitung dar.

m) LeipzZ. **16** 1320 (BayObLG. StS.). Der Höchstpreis für eine Ware kann auch dadurch überschritten werden, daß der Verkäufer die Ware nur abgibt, wenn der Käufer ihm gleichzeitig andere Waren abnimmt.

II. Innerer Tatbestand.

1. Vorsatz.

(Erläuterung a, b in Bd. 2, 169.)

c) RG. IV, Recht **16** 396 Nr. 716, SächsA. **16** 351. Ein allgemeiner Vorsatz, Zuwiderhandlungen gegen das HPG. zu begehen oder es darauf ankommen zu lassen, mit Höchstpreisfestsetzungen, die der Täter nicht kennt, in Widerspruch zu geraten, reicht nicht aus, um die Annahme einer Fortsetzungstat zu begründen. Der Vorsatz muß vielmehr auf eine einzige, ihrem Umfang nach im voraus geplante und nur nach und nach durch zeitlich getrennte Einzelhandlungen auszuführende Straftat gerichtet sein. Ist ein Teil der Höchstpreisüberschreitungen schon begangen, ehe die Höchstpreise festgesetzt waren, die durch spätere Handlungen überschritten wurden, so können diese beiden Gruppen von Handlungen nicht Bestandteile derselben Fortsetzungstat sein.

(Abschnitt 2 in Bd. 2, 169.)

3. Genügt Fahrlässigkeit?

a) Bejahend (zu vgl. Bd. 2, 169).

Schmidt, DStrafrZ. **16** 167. Durch die VO. v. 23. März 1916 ist entschieden, daß auch fahrlässige Verletzung des HPG. strafbar ist, da die VO. für das vorsätzliche Zuwiderhandeln besondere Strafbestimmungen getroffen hat; im Ergebnis ebenso Alsberg a. a. O. 72.

b) Verneinend zu vgl. Bd. 2, 170.

4. Einzelne Fälle der Fahrlässigkeit.

(Erläuterung a bis d in Bd. 2, 170f.)

e) Alsberg a. a. O. 88/89. Will der Gewerbetreibende seine Gewerbepflicht sorgfältig und gewissenhaft erfüllen, so ist er genötigt, sich darüber auf dem laufenden zu halten, ob und welche Höchstpreise für seine Waren, insbesondere soweit sie zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gehören, festgesetzt sind. Wo ihm Zweifel auftauchen, wird man von ihm verlangen dürfen, daß er sich bei der zuständigen Behörde Aufschluß verschafft.

Dabei sind die allgemeinen Verkehrsanforderungen zu berücksichtigen. Es geht insbesondere nicht an, ihn für verpflichtet zu halten, täglich die Zeitung nach amtlichen Anordnungen zu durchsuchen. Deshalb darf man auch nicht einem Gewerbetreibenden, der eine bestimmte Anordnung nicht kennt, schon wegen dieser Unkenntnis Fahrlässigkeit zur Last legen. Insbesondere sind bei einer objektiv gegebenen Höchstpreisüberschreitung stets die Verhältnisse zu beachten, unter denen die Höchstpreisfestsetzung erfolgte. Hat ein Kaufmann sich etwa gleichbleibend in derselben hinreichend vorsichtigen Weise Kenntnis von Höchstpreisfestsetzungen verschafft und versagt einmal diese Methode, weil ausnahmsweise die Behörde einen ganz neuen Weg eingeschlagen hat, um Höchstpreise bekanntzugeben, so wird die Feststellung eines Verschuldens des Gewerbetreibenden kaum angängig sein.

Zu berücksichtigen sind auch die Fähigkeiten des einzelnen und der Gesamtumfang der von ihm zu leistenden Arbeit.

f) Alsberg a. a. O. 88. Unter Umständen kann dem Gewerbetreibenden schon als eine fahrlässige Höchstpreisüberschreitung zur Last fallen, wenn ein Angestellter deshalb

einem Kunden einen höheren Preis abfordert, weil entgegen polizeilichen Vorschriften nicht an jedem der feilgehaltenen Gegenstände der Verkaufspreis angebracht ist.

g) Alsberg a. a. O. 91. Der Kreis der Pflichten eines Angestellten ist nicht so weit erstreckt, wie der des selbständigen Gewerbetreibenden. Deshalb kann es ihn auch unter Umständen exkulpieren, wenn er der Anweisung seines Chefs entsprechend gehandelt hat, ohne noch besonders zu prüfen, ob er sich nicht damit in Widerspruch zu den von den Kriegswucherbestimmungen an ihn gestellten Anforderungen setze. Wenn auch die Berufung auf die dem Angestellten obliegende Gehorsamspflicht ihn nicht schlechthin entschuldigt, so muß dieser Umstand doch bei der Entscheidung des Einzelfalls unbedingt mit in die Wagschale geworfen werden.

5. Bewußtsein der Rechtswidrigkeit (zu vgl. Bd. 2, 171).

Häußler, SächsRpflA. 16 261. Der Täter muß mit der Verwirklichung des strafbaren Tatbestandes auch dessen Verwerflichkeit im gekennzeichneten Sinne und die daraus sich ergebende Strafwürdigkeit, die sich bei den Tatbeständen des Strafgesetzbuches aus ihnen zumeist als selbstverständlich, bei gewissen Tatbeständen des Sonderrechts allerdings meist erst aus dem Verbote ergibt, kennen. Sonst ist keine Schuld vorhanden, die Zurechnung ausgeschlossen. Auch außerhalb der Strafrechtsanwendung wird niemand für sein Tun verantwortlich gemacht, wenn nicht die Überzeugung begründet ist, daß er einer erkannten Pflicht zuwidergehandelt hat. Ohne Erkenntnis der Pflichtwidrigkeit seines Tuns ist niemand in der Lage, sein Verhalten nach der erkannten Pflicht einzurichten. Ohne Kenntnis der durch Gesetz dem Staatsbürger auferlegten Pflicht, gleichviel auf welchem Wege, ob durch Kenntnis des Gesetzes selbst oder sonst, sie vermittelt wird, fällt die Möglichkeit, eine sachlich vorhandene Zuwiderhandlung gegen das Gesetz, das lediglich aus dem Kreise allgemein pflichtwidriger Tatbestände bestimmte zur Aufrechterhaltung des Gemeinschaftslebens im Wege des Rechts als der Gemeinschaftsregelung mit Strafe bedroht, dem Täter auf Rechnung zu setzen.

6. Irrtum.

(Erläuterung 1 bis 4 und 5 a bis e in Bd. 2, 171, 172.)

f) Lobe, Rechtsirrtum, LeipzZ. 16 641ff., 718ff., 723 wendet sich gegen die verschiedenartige Beurteilung des Strafrechtsirrtums in der Rechtsprechung des RG. (zu vgl. in Bd. 2, 172d) und verlangt, daß unterschiedslos das Bewußtsein oder die verschuldete Unkenntnis vom Verbotensein der Handlung zur allgemeinen Voraussetzung ihrer Strafbarkeit gemacht werde.

g) Eingabe der Ältesten der Kaufmannschaft in Berlin an den Reichskanzler v. 7. Juni 1916.

Bereits in Friedenszeiten haben wir in unserer Eingabe an den Staatssekretär des Reichsjustizamts v. 4. Februar 1911 auf Mißstände im geltenden Strafrecht hingewiesen, die Handel und Gewerbe besonders beschweren. Die zahllosen strafrechtlichen Vorschriften zusammen mit der herrschenden Lehre, daß Irrtum über das Strafgesetz nicht von Strafe befreit, wurden von uns als die Ursachen der Beschwerden bezeichnet. Wir konnten uns dabei auf Gewährsmänner berufen, die, wie z. B. Felisch, erklärten: Wenn man das Glück hat, unbestraft geblieben zu sein, so muß man ehrlicherweise eingestehen, daß dies auf einem Zufall beruhe. Der Abgeordnete Werner hat ausgesprochen, daß jeder von uns alltäglich, ohne es zu wissen, gegen irgendeine Verordnung verstößt. Ein anderer hochangesehener Schriftsteller, Rosenberg, hat dargelegt, daß die Strafe den Menschen befällt wie ein Naturereignis, wie Schnee und Regen oder ein Ungewitter. Wenn solche Urteile schon für den Frieden galten, so sind sie jetzt im Kriege in einer Weise bestätigt worden, daß es nicht mehr gestattet ist, die Beseitigung der Übelstände bis zum neuen Strafgesetzbuch aufzuschieben.

Zwei Umstände haben im Kriege zu einer Vervielfachung der Klagen geführt. Einmal die Zahl der ergangenen Verordnungen. Das Reichsgesetzblatt, das nur einen kleinen

Teil der strafrechtlichen Vorschriften enthält, weist allein seit Kriegsausbruch etwa 800 Verordnungen und Gesetze auf, ungefähr soviel, wie sonst in fünf Jahren veröffentlicht sind. Nimmt man die Verordnungen der Generalkommandos, der Polizeibehörden und der Kommunen hinzu, so ergeben sich geradezu phantastische Zahlen der Gesetzesproduktion. Kein Verständiger kann ernstlich das Verlangen stellen, daß jedermann alle diese Vorschriften kennt oder, daß sie ihm in jedem Augenblick gegenwärtig und zugänglich sind. In der Tat wird aber diese Anforderung gestellt, wenn die Gerichte und vor allem das Reichsgericht den Satz aufstellen, daß Unkenntnis des Strafgesetzes nicht vor Strafe schützt.

Noch ein zweiter Grund aber macht die Zustände des geltenden Rechts völlig unerträglich. Kriegsgesetze und Kriegsverordnungen werden oft mit größter Beschleunigung ohne genügende Vorbereitung und Vorberatung erlassen. Sie entbehren der eingehenden Begründung, die im Frieden fast jedes Gesetz erhält. Es ist daher kein Wunder, wenn die Anforderungen der Verordnungen mit den Lebensverhältnissen nicht im Einklang stehen, daher zum Widerspruch gegenüber dem Wortlaut herausfordern und den Beteiligten unverständlich erscheinen; wenn die Verordnungen an inneren Widersprüchen leiden, unklar sind und die verschiedenartigsten Auslegungen zulassen. Die Mannigfaltigkeit der Zweifel wird aber nach der Ansicht, daß Irrtum über das Strafgesetz von Strafe nicht befreit, allein den Beteiligten statt dem Gesetz zur Last gelegt. Denn je nachdem sich die Gerichte oder vielleicht gar das eine mit der Sache beschäftigte Gericht der einen oder der anderen der vielen möglichen Anschauungen anschließt, wird der Gewerbetreibende bestraft oder freigesprochen. Man kann daher den geltenden Rechtszustand dahin formulieren, daß derjenige straffrei bleibt, der zufällig die Rechtsansichten des später mit der Sache beschäftigten Richters trifft, und daß bestraft wird, wer sie verfehlt hat. Mit Recht bezeichnet Reichsgerichtsrat Lobe Rechtsanschauungen dieser Art geradezu als barbarisch (LeipzZ. 16, 649) und kein Staat, der darauf hält, daß die Strafe wirksam bleiben muß, kann diesen Zustand noch länger aufrecht erhalten, der auch die anständigsten Gewerbetreibenden mit schimpflicher Strafe bedroht und sie in ihrer nützlichen Tätigkeit lähmt.

Besonders der Metallhandel hat zu leiden. Einmal deswegen, weil die Verordnung v. 10. Dezember 1914, die die Höchstpreise für Metalle festgestellt hat, ganz besonders unklar gefaßt ist und den allerverschiedensten Auslegungen den weitesten Spielraum läßt. Dann aber kommt noch folgendes in Betracht. Das Reichsgericht unterscheidet den Irrtum über das Strafgesetz vom Irrtum über andere Gesetze. Der Irrtum über andere Gesetze wird entschuldigt. Demzufolge müssen die Gerichte prüfen, welche gesetzlichen Bestimmungen als Strafgesetze anzusehen sind und welche nicht. Dabei wird nun die merkwürdige Unterscheidung gemacht: wenn die Strafe in demselben Gesetz angedroht wird, in dem die Höchstpreise festgestellt werden, dann gelten die Festsetzungen der Höchstpreise als Strafgesetz. Ein Irrtum bei ihrer Auslegung wird nicht berücksichtigt. Werden aber die Höchstpreise festgesetzt, ohne daß gleichzeitig Strafe angedroht wird, und wegen der Strafe auf die schon früher erlassene allgemeine Höchstpreisverordnung Bezug genommen, so ist ein Irrtum in der Auslegung entschuldbar. Dieser Unterschied wird niemanden einleuchten. Er steht zu dem Rechtsbewußtsein des Volkes im stärksten Gegensatz. Gerade beim Metallhandel ist aber der Bundesrat derart verfahren, daß er zugleich mit der Festsetzung der Höchstpreise besondere Strafen angedroht hat; daß also hier, wo die Auslegung ganz besonders schwierig ist, jeder Irrtum mit Gefängnis bedroht ist.

Es liegt uns fern, Personen zu schützen, die in voller Kenntnis des Gesetzes und seiner richtigen Auslegung zuwiderhandeln. Aber gerade deshalb, weil das Gesetz denen, die wissentlich die Gesetze verletzen, diejenigen gleichstellt, die das Gesetz befolgt zu haben glaubten und sich darin geirrt hatten, ist die Abhilfe um so dringender. Die gutgläubigen und anständigen Kaufleute wünschen sich nicht in der Gesellschaft der wissentlichen Gesetzesverletzer zu befinden. Sie laufen jedoch gegenwärtig Gefahr, der gleichen Beurteilung und allgemeinen Verachtung anheimzufallen, wie diejenigen, die ihre Strafe verdienen.

Eine solche Wirkung läßt sich schon heute in der Art der Revisionen feststellen, denen

die Metallhändler unterworfen sind, wobei die Revisoren teilweise mit einer Schärfe vorgehen, die nur verständlich ist, wenn sie bei jedem ohne Ausnahme strafbare Handlungen voraussetzen. Wir gestatten uns, besonders auf die Gefahr hinzuweisen, daß sich die ehrenhaften Firmen von Geschäften zurückziehen, die sie schuldlos in Strafe bringen können, und daß sie den skrupellosen Elementen, die weniger Ehre und guten Ruf zu verlieren haben, das Feld überlassen. Und dies gilt nicht nur vom Metallhandel, sondern auch von manchen anderen Geschäftszweigen. Daß dabei die Interessen des Staates und die der Kriegführung Schaden leiden, brauchen wir nicht hervorzuheben.

Wir bitten, auf Grund des § 3 ErmG. v. 4. August 1914 so bald als möglich für die Dauer des Krieges eine Verordnung herbeizuführen,

daß Unkenntnis oder Irrtum über die Auslegung von Strafgesetzen dem tatsächlichen Irrtum gleichsteht.

h) Der Ausschuß des Deutschen Handelstages hat in einer Verhandlung vom August 1916 dem Verlangen nach Straffreiheit bei Rechtsirrtum widersprochen, dagegen empfohlen, von einer Bestrafung abzusehen, wenn sich der Täter in einem entschuldbaren Irrtum über das Bestehen oder die Auslegung der Kriegsgesetze oder Kriegsverordnungen befunden hat; zustimmend Bovensiepen, Deutsche TagesZ. Nr. 572.

i) Koffka, DJZ. 16 711 tritt dem Wunsch der Ältesten der Kaufmannschaft bei, soweit es sich um Strafnormen der Kriegsverordnungen handelt.

k) RG. III, JW. 16 1131 Nr. 23, LeipzZ. 16 934, Recht 16 397 Nr. 721, SächsA. 16 347. Die Höchstpreisfestsetzungen im Sinne des Reichsgesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914/17. Dezember 1914 stellen nach der Rechtsprechung des RG. selbständige Verwaltungsmaßnahmen außerhalb des Strafgesetzes dar, die der Täter kennen muß, soll er wegen vorsätzlichen Überschreitens der Höchstpreise bestraft werden. Allein die BRBO. v. 10. Dezember 1914 über Höchstpreise für Kupfer usw. ist nicht auf Grund jenes Reichsgesetzes ergangen, sondern fußt in § 3 des Reichsgesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen v. 4. August 1914. Sie ist ein abgeschlossenes Gesetz, dessen Einzelbestimmungen unter sich ein untrennbares Ganzes bilden. Ein Irrtum über § 9 dieser BRBO. ist daher Irrtum über das Strafgesetz und unbeachtlich.

l) ebenso wie Bd. 2, Nr. 5d. RG. III, LeipzZ. 16 598; RG. IV, DJZ. 16 440; LeipzZ. 16 826 (Hamburg).

m) DJZ. 16 821 (KG. FS.). Der § 1 der RKBek. v. 14. Febr. 1916 zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und Schweinefleisch, RGBl. 99 (zu vgl. Bd. 2, 298) enthält im § 1 die Festsetzung von Höchstpreisen für den Verkauf von Schlachtschweinen, § 8 bestimmt, daß die in dieser VO. und auf Grund derselben festgesetzten Preise i. S. des Höchstpreisges. sind; § 13 enthält Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen verschiedene in dieser VO. enthaltenen Bestimmungen, nicht aber für eine Zuwiderhandlung gegen § 1 der VO. Es handelt sich deshalb, soweit eine solche Zuwiderhandlung in Frage kommt, um ein Blankett-Strafgesetz; d. h. eine Bestrafung hat nicht stattzufinden auf Grund dieser VO. allein, sondern nur in Verb. mit dem Höchstpreisges. Die Eigentümlichkeit des Blankett-Strafges. besteht darin, daß es nur eine Strafdrohung, aber keine Norm enthält, also nicht gleichzeitig eine Handlung unter Strafandrohung verbietet, sondern die Strafe nur gegen die Zuwiderhandlung androht, welche gegen eine vor anderer Seite gesetzte oder zu setzende Norm erfolgt. In solchem Fall ist die Norm nicht Teil des Strafgesetzes, sondern ein außerstrafrechtlicher Rechtssatz. Dies ergibt sich daraus, daß in solchem Fall die die Strafandrohung und die Norm, also den Tatbestand enthaltenden Gesetze auf zwei ganz verschiedenen Rechtsquellen beruhen können. Das eine kann Reichsgesetz, das andere Landesgesetz sein; Gesetze aber, die aus zwei verschiedenen Rechtsquellen fließen, sind nicht ein und dasselbe Gesetz. Sie ergänzen sich nur gegenseitig, wie denn auch die Aufhebung des einen Gesetzes nicht notwendig die Aufhebung des anderen zur Folge hat. Auch der Umstand, daß die VO. v. 14. Februar 1916 auf Grund des ErmG. v. 4. August 1914 erlassen ist, und daß sich in § 13 zugleich eine Strafandrohung befindet, ist unerheblich. Denn die Strafandrohung des § 13 der VO. bedroht nicht die Überschreitung der in § 1 festgesetzten Höchstpreise,

sondern Zuwiderhandlungen gegen andere in dieser VO. enthaltene Bestimmungen mit Strafe. Die Überschreitung der Höchstpreise ist also nicht auf Grund dieses § 13, sondern nur nach § 6 des Höchstpreisges. v. 4. August 1914 strafbar. Für die Zuwiderhandlung ist die VO. v. 14. Februar 1916 deshalb nicht Strafrechtsvorschrift, sondern, wie mit dem RG. anzunehmen, nur Verwaltungsvorschrift; ein entschuldbarer Irrtum über eine solche ist aber nach der Rechtsprechung des RG., von der abzuweichen der Senat keinen Anlaß findet, beachtlich (DJZ. 16, 728). Auch § 8 der VO. macht diese nicht zum Strafgesetz; denn dieser bestimmt nur, daß die in dieser VO. festgesetzten Preise i. S. des Höchstpreisges. Höchstpreise sind, enthält aber keine selbständige Strafandrohung. In der Annahme des LG., daß der Irrtum des Angekl. entschuldbar, ist eine Rechtsverletzung im vorliegenden Falle nicht zu sehen.

n) Alsberg a. a. O. 79. Da Verwaltungsanordnungen, von denen die Norm abhängig ist, um wirksam zu werden, nicht Bestandteile der Norm und deshalb erst recht nicht des Strafgesetzes sind, so ist ein Irrtum über sie naturgemäß als ein außerstrafrechtlicher zu betrachten. Deshalb ist eben ein Irrtum über eine in einer Verwaltungsanordnung enthaltene Höchstpreisfestsetzung als ein Irrtum über einen Tatumstand im Sinne des § 59 StGB. anzusehen.

o) Alsberg a. a. O. 83. Bei dem Tatbestand der Ziffer 1 des § 6 HPG. gehören die Begriffe „Höchstpreis" und „Überschreitung" zum Strafgesetz, nicht aber der jeweilige Betrag eines Höchstpreises und die einzelne Warenart, für die er festgesetzt ist. Ein Irrtum über die bezeichneten Begriffe liegt aber nur vor, wenn der Täter als Nichthöchstpreis ansieht, was Höchstpreis ist, oder wenn er einen Vorgang nicht als Überschreitung auffaßt, obwohl ihm diese Bedeutung zukommt.

p) Häußler, SächsA. 16 259. Die Auffassung des RG., die Anordnungen auch im Falle der Strafrechtsanwendung als außerhalb des Strafrechts stehende Verwaltungsmaßnahmen zu behandeln und darauf die Anwendbarkeit des § 59 StGB. zu gründen, muß abgelehnt werden. Für den Fall der Strafrechtsanwendung sind sie Tatbestände zur Strafdrohung der Strafsatzung. Aus beiden setzt sich das Strafgesetz zusammen. Bei ihm findet wie in jedem anderen Falle einer Zuwiderhandlung gegen ein Strafgesetz der § 59 StGB. bei echtem Tatumstandsirrtum Anwendung. Nicht aber darf die Verwaltungsanordnung, die nur verwaltungsrechtlich Verwaltungsanordnung ist, als Gegenstand des nicht strafrechtlichen Rechtsirrtums in ihrer Gesamtheit den Tatumständen des § 59 StGB. bei strafrechtlicher Beurteilung ihrer Übertretung gleichgestellt werden.

q) RG. I, LeipzZ. 16 1291 Nr. 2. Für die Bestrafung des Angekl., der die Höchstpreise vorsätzlich überschritten hat, ist es unerheblich, wenn auch von anderen, und wären es sogar staatliche Behörden, die Höchstpreise überschritten worden sind. Hat der Angekl., die Höchstpreise kennend, deswegen geglaubt, sie straflos überschreiten zu können, so würde er sich in einem Irrtum über die Strafbarkeit seines Tuns befunden haben, der ihn nicht straflos machen könnte.

III. Änderung des Strafgesetzes nach der Straftat.

(Zu vgl. Bd. 1, 760.)

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 2, 172f.)

4. Hagemann, GoltdA. 62 305ff. § 2 Abs. 2 StGB. ist für die Straftaten, die unter das HPG. fallen, ohne Bedeutung, da es sich um ein Ausnahmegesetz für eine Ausnahmezeit handelt. Ist der HP. vor der Aburteilung aufgehoben, so ist eine Verurteilung ausgeschlossen.

5. Alsberg a. a. O. 111. Eine Anwendung des § 2 Abs. 2 StGB. als Folge der Erhöhung oder des Wegfalls einer Höchstpreisfestsetzung muß als ausgeschlossen betrachtet werden.

6. Alsberg a. a. O. 112. Einer Aburteilung auf Grund eines mit der Beseitigung des Ausnahmezustands aufgehobenen Kriegswuchergesetzes kann nicht der Einwand aus

§ 2 Abs. 2 StGB. entgegengesetzt werden. Ein solcher Einwand wäre aber auch nicht gerechtfertigt, wenn sich die Gesetzgebung zu einem allmählichen Abbau der Kriegswuchergesetze entschließen und so der Fall praktisch werden würde, daß zur Zeit einer Aburteilung ein Kriegswuchergesetz bereits derart geändert ist, daß es auf den früher begangenen Fall nicht mehr anwendbar wäre. Da eine solche Gesetzesmilderung auf den veränderten tatsächlichen Verhältnissen beruhen würde, wäre sie nicht zu berücksichtigen. Dagegen wäre allerdings auf Grund des § 2 Abs. 2 eine Gesetzesänderung zu berücksichtigen, die auf einer Änderung der Rechtsanschauung beruht. Als ein solcher Fall ließe sich etwa der denken, daß das HPG. durch eine Novelle ausdrücklich auf Handlungen der Verkäufer beschränkt würde.

7. Peschke, DStrafrZ. 16 404. Bei Überschreitungen der alten MetallhöchstpreisVO. v. 10. Dezember 1914 ist Irrtum über den Inhalt der HPFestsetzung unerheblicher Strafrechtsirrtum weil die VO. die Strafen selbständig festsetzt, bei Überschreitungen der neuen MetallhöchstpreisVO. v. 31. Juli 1916 dagegen ist jener Irrtum beachtlich, weil sie ohne selbständige Strafsfestsetzung auf Grund des HPG. erlassen ist. Insofern ist die neue VO. die mildere i. S. des § 2 Abs. 2 StGB. Der entschuldbare Irrtum über die VO. v. 10. Dezember 1914 macht also nunmehr straffrei.

8. Dauerhandlung (zu vgl. 4 in Bd. 2, 173).

a) RG. II, JW. 16 1131 Nr. 26, Recht 16 396 Nr. 714. Die Angeklagten, welche Metallgußteile zu liefern hatten, haben das erforderliche Metall von verschiedenen Firmen während eines halben Jahres bezogen und Preise bewilligt, welche die Höchstpreise überstiegen. Die Annahme nur einer fortgesetzten Höchstpreisüberschreitung ist unbedenklich, da die ganze Handlungsweise nach den hier gegebenen Verhältnissen auf einem einheitlichen Vorsatz beruhte, nicht nur auf einem allgemeinen Entschluß, bei gegebener Gelegenheit auch über den Höchstpreis einzukaufen. Die Angeklagten hatten sich zu großen Lieferungen in bestimmten Zeiträumen verpflichtet, konnten das Metall von ihren Lieferanten zu den gesetzlichen Höchstpreisen nicht erhalten und entschlossen sich daher, diesen die verlangten Mehrpreise so lange zu bewilligen, als das Metall zu Höchstpreisen von ihnen nicht zu erlangen war. Die einzelnen Abschlüsse waren nur Ausflüsse des Gesamtvorsatzes.

b) RG. II, JW. 16 1131 Nr. 27, LeipzZ. 16 1126, Recht 16 396 Nr. 715. Was das LG. für erwiesen erklärt, besagt kaum mehr, als daß der Angeklagte bereits bei der ersten Höchstpreisüberschreitung im Februar 1915 entschlossen war, das Vergehen bei späteren Einkäufen zu wiederholen. Dies reicht aber nicht aus, einen Fortsetzungszusammenhang im Rechtssinne darzutun.

Hierzu:

Preußische Ausführungsanweisungen

a) v. 23. Dezember 1914 (HMBl. 15, 3) in Bd. 1, 789.

b) v. 31. Mai 1916 (HMBl. 232.).

I. Zur Festsetzung des Übernahmepreises für Gegenstände des Kriegsbedarfs oder Gegenstände, die bei der Herstellung oder dem Betriebe von Kriegsbedarfsartikeln zur Verwendung gelangen können, sind, wenn für sie Höchstpreise zur Zeit der auf Grund des § 2 des Gesetzes, betr. Höchstpreise, in der Fassung v. 17. Dezember 1914 (RGBl. 516) erfolgten Enteignung bestanden, die Regierungspräsidenten zuständig, in deren Bezirk sich die enteigneten Gegenstände zur Zeit der Enteignung befanden, für den Landespolizeibezirk Berlin tritt an die Stelle des Regierungspräsidenten der Polizeipräsident in Berlin.

Das gleiche gilt, wenn die Enteignung auf Grund der Bek. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf v. 24. Juni 1915, 9. Oktober 1915 und 25. November 1915 (RGBl. 357, 645 und 778) angeordnet ist und zur Zeit der Enteignung Höchstpreise bestanden haben.

II. Die Festsetzung des Übernahmepreises und die Ermittlung des Empfangsberechtigten erfolgt nur in Streitfällen.

III. Die Entscheidung erfolgt im Beschlußverfahren ohne mündliche Verhandlung; doch kann mündliche Verhandlung angeordnet werden.

IV. Vor der Entscheidung sind die Beteiligten zu hören. Als beteiligt gelten: die Behörde, welche das Eigentum übertragen hat, die Person, auf welche das Eigentum übertragen worden ist; der bisherige Eigentümer und sonstige dinglich Berechtigte. Als beteiligt können auch andere Personen zugelassen werden, welche ein berechtigtes Interesse an der Festsetzung des Übernahmepreises dartun.

V. Wird die Beeidigung eines Zeugen oder Sachverständigen für erforderlich erachtet, so ist auf Grund des § 38 der Verordnung v. 2. Januar 1849 (GS. 2) die Rechtshilfe der Gerichte in Anspruch zu nehmen.

VI. Über jede Verhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen.

VII. Den beteiligten Behörden steht das Recht zur Akteneinsicht zu.

VIII. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Reiche zur Last, soweit sie nicht einem Beteiligten auferlegt werden.

IX. Die festsetzende Behörde veranlaßt die Überweisung des festgesetzten Übernahmepreises an die Empfangsberechtigten binnen 2 Wochen nach Festsetzung. Die Regelung der Überweisung an Angehörige feindlicher Staaten bleibt vorbehalten. Bei Zweifel über die Person des Empfangsberechtigten kann die Hinterlegung bei der Reichsbank angeordnet werden.

-> Über die auf Grund des Höchstpreisgesetzes festgesetzten Höchstpreise und die Vorbereitung der Festsetzung durch die Preisprüfungsstellen wird in Buch E berichtet. <-

2. Bekanntmachung, betr. Einwirkung von Höchstpreisen auf laufende Verträge. Vom 11. November 1915. (RGBl. 758.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 173ff.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 2, 177.

Spitzauer, Höchstpreise und deren Einwirkung auf laufende Verträge. BayRpflZ. 16 195.

§ 1.

(Erläuterung 1 bis 7 in Bd. 2, 178.)

8. § 13 der Bekanntmachung über künstliche Düngemittel. Vom 11. Januar 1916.

Lieferungsverträge, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung [12. Januar 1916] zu höheren als den darin festgesetzten Höchstpreisen abgeschlossen sind, gelten mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung als zum Höchstpreis abgeschlossen, soweit die Lieferung zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgt ist. Ein vor dem Inkrafttreten der Verordnung gezahlter, den Höchstpreis übersteigender Preis kann nicht zurückgefordert werden.

9. Spitzauer a. a. O. 197. § 1 findet keine Anwendung auf Verträge, die vor dem Inkrafttreten der VO. zu höheren als den festgesetzten Höchstpreisen abgeschlossen sind, denn diese sind nach § 134 BGB. nichtig.

10. Spitzauer a. a. O. 197. War ein den nachträglich festgesetzten Höchstpreis übersteigender Kaufpreis vereinbart und nach dem Inkrafttreten der VO. Lieferung und Bezahlung zu diesem Preise erfolgt, so muß dem Käufer ein Rückforderungsrecht, aber nur gemäß §§ 812ff. BGB. zugestanden werden.

11. Bendix, ZVersWiss. 16 267ff. Auf Versicherungsverträge findet § 1 keine Anwendung. Liegt also bei Abweichung des der Versicherung zugrunde gelegten Vertragspreises vom Höchstpreis Überversicherung vor, so bleibt nur die Möglichkeit der Herabsetzung der Prämien für die künftigen Versicherungsperioden (§ 51 VVG.).

12. Goldmann, JW. 16 829. Unter Lieferung im Sinne der Verordnung ist die „Andienung" der Ware zu verstehen, so z. B. genügt Vorlegung der Frachtbriefduplikate.

13. Goldmann, JW. 16 829. Der Abs. 2 des § 1 VO., der die Rückforderung eines vorher bezahlten, die Höchstpreise übersteigenden Preises ausschließt, kann sich nur beziehen auf eine Zahlung, die vor dem 11. November 1915 geleistet worden ist, und zwar für eine spätere Lieferung, für die infolge der Verordnung die niedrigeren Höchstpreise maßgebend wurden.

14. Biensfeldt, JW. 16 1173. Die Einrichtung eines Schiedsgerichts für unterschiedslos alle aus Lieferungen der Zentralgesellschaften sich ergebende Streitigkeiten wäre äußerst erwünscht.

§ 2.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 2, 178.)

4. Bendix, ZVersWiss. 16 268. Besteht zwischen den Vertragsparteien eine Vereinbarung, nach welcher im Verhältnis untereinander eine von ihnen die Versicherungsprämie zu bezahlen hat, so kann unter der Voraussetzung des § 1 das Schiedsgericht angerufen werden.

5. Goldmann, JW. 16 829. Bei Anrufung des ordentlichen Gerichts kann nicht die Einrede des schiedsgerichtlichen Verfahrens erhoben werden, weil das Schiedsgericht ja nicht den vor dem ordentlichen Gericht anhängigen Streit zu entscheiden, sondern die Vertragsbedingungen festzusetzen hat. Das ordentliche Gericht muß, wenn auch das Schiedsgericht angerufen ist, allerdings aussetzen, da seine Entscheidung von der Festsetzung der Bedingungen abhängig ist.

Erlaß des Preuß. Staatsministeriums vom 2. Juni 1916.

(HMBl. 171.)

Auf Grund der Allerh. Erm. des Staatsministeriums zur selbständigen Erledigung von Regierungsgeschäften v. 16. August 1914 wird der Stempel zu Schiedssprüchen und Vergleichen, die in dem Verfahren vor den Schiedsgerichten für Streitigkeiten über die Einwirkung von Höchstpreisen auf laufende Verträge (VO. des Bundesrats v. 11. November 1915 RGBl. 758) ausgestellt werden, erlassen.

3. Bekanntmachung über die Ausdehnung der Bekanntmachung vom 11. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 758) auf Verträge über die Lieferung von Steinkohlen und Braunkohlen. Vom 13. April 1916. (RGBl. 274.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Soweit auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) Höchstpreise für den Verkauf von Steinkohlen, Braunkohlen und der aus solchen hergestellten Brennstoffe (Koks, Briketts) durch den Erzeuger oder Großhändler festgesetzt werden, finden auf die vor dem Inkrafttreten der Höchstpreise zu höheren Preisen abgeschlossenen Verträge über die Lieferung dieser Gegenstände die Vorschriften der Bekanntmachung vom 11. November 1915 (Reichs Gesetzbl. S. 758) entsprechende Anwendung.

Dabei tritt überall, wo die Bekanntmachung vom 11. November 1915 auf den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens verweist, an dessen Stelle der Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung.

§ 2. Diese Verordnung tritt am Tage der Verkündung [14. 4.] in Kraft.

(Verordnung 4 als 3 in Bd. 2, 180.)

5. Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung. Vom 23. Juli 1915 (RGBl. 467), mit den Änderungen der Bekanntmachungen vom 22. August, 23. September 1915 und 23. März 1916. (RGBl. 15 514, 603; 16 183.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 182ff.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 2, 186.

Alsberg, Kriegswucherstrafrecht. — Ebermayer, Kriegswucher, GruchotsBeitr. 60 193ff. — Hoegel, Die Bekämpfung des Kriegswuchers in Österreich. DStrafZ. 16 285. — Kronecker, Die neuen Änderungen der Preiswucherverordnung. ZStW. 16 703. — Lobe, Übermäßiger Gewinn i. S. von § 5 Nr. 1 VO. v. 23. Juli 1915/23. März 1916. — Szczesny-Neumann, Die Bekämpfung des Wuchers mit Lebensmitteln (2). 1916.

§ 5.

Bekanntmachung über die Änderung ... und der Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung v. 23. März 1916 (RGBl. 183).

Der Bundesrat hat ... folgende Verordnung erlassen:

Artikel I. ...

Artikel II.

§§ 5 und 6 der Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung vom $\frac{\text{23. Juli}}{\text{22. August}}$ 1915, ergänzt durch § 7 der Verordnung vom 23. September 1915 (RGBl. S. 467, 514, 603), erhalten folgende Fassung:

„§ 5. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe sowie für Gegenstände des Kriegsbedarfs Preise fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Marktlage, einen übermäßigen Gewinn enthalten, oder wer solche Preise sich oder einem anderen gewähren oder versprechen läßt;
2. wer Gegenstände der unter Nr. 1 bezeichneten Art, die von ihm zur Veräußerung erzeugt oder erworben sind, zurückhält, um durch ihre Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen;
3. wer, um den Preis für Gegenstände der unter Nr. 1 bezeichneten Art zu steigern, Vorräte vernichtet, ihre Erzeugung oder den Handel mit ihnen einschränkt oder andere unlautere Machenschaften vornimmt;
4. wer an einer Verabredung oder Verbindung teilnimmt, die eine Handlung der in Nr. 1 bis 3 bezeichneten Art zum Zwecke hat;
5. wer zu Handlungen der in Nr. 1 bis 3 bezeichneten Art auffordert, anreizt oder sich zu Handlungen solcher Art erbietet, soweit nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist.

Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen Nr. 1 ist die Geldstrafe mindestens auf das Doppelte des übermäßigen Gewinns zu bemessen, der erzielt worden ist oder erzielt werden sollte; übersteigt der Mindestbetrag zehntausend Mark, so ist auf ihn zu erkennen. Im Falle mildernder Umstände kann die Geldstrafe bis auf die Hälfte des Mindestbetrags ermäßigt werden.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht. Neben Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Neben der Strafe kann ferner angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist.

§ 6. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Die Vorschriften der §§ 1 bis 4 finden keine Anwendung, soweit Höchstpreise bestehen. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Artikel III.

Diese Verordnung tritt am 1. April 1916 in Kraft.

Die strafbaren Tatbestände.

Inhaltsübersicht.

I. Nr. 1. Der Wucherpreis II 187, III 176.
1. Der äußere Tatbestand II 187, III 176.
Bemerkungen a bis h II 187.
i) Gegenstände des täglichen Bedarfs III 176.
k) Gegenstände des Kriegsbedarfs III 177.
l) Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse III 177.
α. Marktlage III 177.
β. Betriebs- und Gestehungskosten III 181.
γ. Reingewinn III 185.
δ. Verhältnis zum Friedenspreis III 186.
ε. Ausnutzung der Kriegsnot III 187.
ζ. Vergleich mit Preisen anderer Händler III 188.
η. Berücksichtigung der Höchstpreise III 188.
ϑ. Ersatzware III 189.
m) Fordern des Preises III 189.
n) Käufer, Vermittler III 189.
2. Der innere Tatbestand II 189, III 189.
3. Bürgerlichrechtliche Wirkungen II 189.
4. Verhältnis zum allgemeinen Strafrecht III 190.
II. Nr. 2. Die Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs II 190, III 190.
III. Nr. 3. Unlautere Machenschaften II 191, III 191.
1. Der äußere Tatbestand II 191, III 191.
2. Der innere Tatbestand II 191, III 191.
3. Bürgerlichrechtliche Wirkungen II 191.
IV. Die Teilnahme an verbotenen Preiskartellen II 191, III 191.
V. Die Aufforderung und das Erbieten zu Wucherhandlungen III 192.
VI. Die Einziehung der Vorräte II 192.
VII. Gesetzvorschlag für die Friedenszeit II 192.

I. Nr. 1. Der Wucherpreis.

1. Der äußere Tatbestand.

(Erläuterung a bis h in Bd. 2, 187ff.)

i) Gegenstände des täglichen Bedarfs.

α. RG. IV, JW. 16 1133, LeipzZ. 16 1004, Recht 16 398 Nr. 727, SächsA. 16 354. Unter § 5 Nr. 1 fallen nicht nur Nahrungs-, sondern auch Genußmittel, wenn sie Gegenstände des täglichen Bedarfs sind. Das sind sie schon, wenn in der Gesamtheit des Volkes täglich ein Bedürfnis nach ihnen vorliegen kann. Auch feiner zubereitete Nahrungs- und Genußmittel, die vorwiegend in begüterten Kreisen begehrt werden, gehören hierher. Reiche dürfen ebensowenig wie Arme bewuchert werden. Nur ausnahmsweise genossene Leckerbissen (als eigentliche Luxusartikel) gehören nicht zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs.

β. JW. 16 918, LeipzZ. 16 824 (BayObLG.). In Bayern ist im allgemeinen das Bier als Gegenstand des täglichen Bedarfs anzusehen, soweit es sich um das einheimische oder das eingeführte gewöhnliche Schankbier, nicht um Luxusbier wie echtes Pilsener Bier oder Starkbier handelt. → Siehe aber auch LG. Ostrowo in Bd. 1, 752 und Alsberg a. a. O. 16[3]. Eine Unterscheidung zwischen den Lebensbedürfnissen der einfachen Bevölkerung und denjenigen bessergestellter Kreise dürfte kaum i. S. der Kriegswuchergesetze liegen. ←

γ. Alsberg a. a. O. 16. Gegenstände des täglichen Bedarfs sind nicht nur Gegenstände des häuslichen Bedarfs. Der Begriff des „täglichen Bedarfs" ist nicht identisch mit dem des „hauswirtschaftlichen Verbrauchs" im Sinne des § 370 Nr. 5 StGB., wenngleich er in mehrfacher Beziehung mit ihm zusammenfällt. Man wird so keinen Unterschied machen dürfen, ob z. B. Heiz- und Leuchtstoffe einem Privatmann oder einem Fabrikanten geliefert werden. Auch wird man keinen Unterschied machen dürfen, ob der betreffende

Gegenstand unmittelbar oder mittelbar dem bezeichneten Zwecke dient. Schließlich wäre es auch zu eng, wenn man lediglich die Gegenstände, die für die Versorgung der Bevölkerung absolut unentbehrlich sind, als im § 1 HPG. gemeint ansehen wollte und deshalb von Nahrungsmitteln als unter diese Vorschrift fallend nur die Volksnahrungsmittel, nicht auch die Luxusgenußmittel ansehen wollte.

δ. NorddAllgZtg. v. 15. Juli 1916 Nr. 194 1. Ausg. Zu der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung v. 23. Juli 1915 § 1 waren Zweifel geäußert worden, ob dieser Paragraph dahin zu verstehen ist, daß sämtliche Lebensmittel darunter fallen, also z. B. auch Kaviar, Tee aller Art, Mayonnaise, Lorbeerblätter, Pfeffer, Kuchenbackmehl usw., oder ob nur Lebensmittel des täglichen Bedarfs, wie Butter, Eier, Mehl darunter fallen. Im Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Reichsjustizamts hat nach den „Mitteilungen der Reichsprüfungsstelle" der Staatssekretär des Innern den Begriff „Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungs- und Futtermittel aller Art" dahin ausgelegt, daß unter die Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung alle Nahrungsmittel fallen. Der Wortlaut „Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungsmittel" ist nicht dahin zu verstehen, daß durch die Einordnung unter die Gegenstände des täglichen Bedarfs der Kreis der in Betracht kommenden Nahrungsmittel eingeschränkt werde; die Fassung soll vielmehr besagen, daß Nahrungsmittel allgemein zu diesen Gegenständen gerechnet werden sollen. Von diesem Standpunkte aus sind Kaviar, Tee aller Art, Mayonnaise, Lorbeerblätter, Pfeffer, Kuchenbackmehl als Nahrungsmittel im Sinne der Verordnung anzusehen.

k) Gegenstände des Kriegsbedarfs.

α. Alsberg a. a. O. 16. Es ist nicht schlechthin alles, was zur Herstellung von Kriegsbedarf dient, aus den „Gegenständen des täglichen Bedarfs" auszuscheiden. Brennmaterial kann man nicht deshalb die Eigenschaft eines zum täglichen Bedarf dienenden Gegenstandes absprechen, weil es im speziellen Falle für eine mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigte Fabrik bestimmt ist.

β. Alsberg a. a. O. 35. Daß zu den Gegenständen des Kriegsbedarfs auch Waffen und Munition gehören, bedarf keiner weiteren Ausführung. Man wird aber wohl auch zu den Gegenständen des Kriegsbedarfs die Gegenstände zu rechnen haben, die zur Herstellung von Kriegsbedarfsartikeln dienen, wie Werkzeugmaschinen u. a.

l) Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse.

α. Marktlage.

αα. RG. III, RGStr. 49 398, LeipzZ. 167 37, Recht 16 196 Nr. 411. „Marktlage" und „Marktpreis" sind nicht dasselbe. Die „Marktlage" berücksichtigen, bedeutet nicht, der Händler dürfe mit dem Marktpreis gehen, ihm folgen und die eigenen Preise danach richten. Denn dabei würde gerade das eintreten, was verhütet werden soll ... Dem übermäßigen Gewinn des einzelnen steht nicht der Marktpreis der Ware, sondern der gewöhnliche Gewinn gegenüber, wie er auch sonst beim Verkauf von gewissen in der VO. genannten Gegenständen üblich und angemessen ist, um den Handel damit nutzbringend zu gestalten, ein Gewinn, der durch die gesamten Verhältnisse, insbesondere die Marktlage gerechtfertigt wird, also sachlich begründet ist. Nur diese läßt die VO. zu. Sie ist gerade dazu bestimmt, der Meinung entgegenzutreten, als dürfe der Kaufmann beim Handel mit Gegenständen der dort genannten Art die gleichen Preise nehmen wie andere und so jedweden Nutzen einheimsen, der sich irgend erzielen lasse. Es wird untersagt, die Preise nach Belieben in die Höhe zu schrauben und die vorteilhafte Marktlage und die Not des Krieges zu Geldgewinn auszunutzen, die in gewöhnlichen Zeitläuften dem Kaufmann in der Regel aus der Ware nicht zugeflossen wären und in den Verhältnissen keine Stütze finden. Den im Preis enthaltenen übermäßigen Gewinn verbietet die VO. Auch in einem dem Marktpreis entsprechenden Preis kann daher für den einzelnen Verkäufer ein übermäßiger Gewinn stecken. Aus dem Inhalt und Grund der VO. folgt indessen, daß Verluste, die ein Kauf-

mann bei anderen von ihm geführten Waren, selbst bei anderen gleicher Gattung befürchtet, auf die Preisgestaltung der im Einzelfall feilgebotenen oder verkauften Gegenstände der in § 5 Nr. 1 genannten Art keinen Einfluß haben dürfen.

ββ. RG. IV, RGStr. 49 435, DJZ. 16 538, LeipzZ. 16 592, Recht 16 242 Nr. 511. Marktlage ist nicht gleichbedeutend mit Marktpreis. Daß der Marktpreis schlechthin maßgebend sein solle, sagt § 5 Nr. 1 nicht. Beruht der Marktpreis schon auf einer Notmarktlage, die durch Machenschaften hervorgerufen worden ist, so ist er für die Frage, ob im Preise übermäßiger Gewinn enthalten sei, nicht entscheidend. Die vom Gesetz gewollte richtige Berücksichtigung einer solchen Marktlage fordert sogar ein Hinuntergehen unter den Marktpreis. → Zu vgl. auch Pink in Bd. 2, 188d. ←

γγ. RG. I, LeipzZ. 16 874. Den Tatbestand des § 5 Nr. 1 hält das LG. für gegeben, weil der Preis von 22 Pf. „ein nach der Marktlage ungerechtfertigt hoher gewesen sei und einen übermäßig hohen Gewinn enthalten habe". Bei diesem Satze ist nicht berücksichtigt, daß nach der eben bez. Vorschrift die „gesamten Verhältnisse" zu berücksichtigen sind und die Marktlage nur beispielsweise angeführt ist. Allerdings gibt an anderen Stellen das Urteil über den Wirtschaftsbetrieb des Angekl. einigen Aufschluß, aber der Zusammenhang läßt erkennen, daß eine Prüfung der „gesamten Verhältnisse" i. S. der BRVO. nicht stattgefunden hat. Überdies fehlt es auch an einer Äußerung darüber, in welchen Grenzen das LG. den Gewinn als einen nicht übermäßigen erachtet haben würde.

δδ. RG. III, LeipzZ. 16 942, Recht 16 398 Nr. 726, SächsA. 16 354. Die Marktlage kann örtlich für die Wirtschaftsgebiete verschieden sein, regelmäßig entscheidet die am Ort der gewerblichen Niederlassung des Verkäufers bestehende. Für die Frage, ob ein übermäßiger Gewinn gefordert oder erzielt ist, kommt eine andere Marktlage als die regelmäßige maßgebende auch dann nicht in Frage, wenn nach einer Bestimmung des vor dem Kriege geschlossenen Lieferungsvertrages der Preis der Ware um einen bestimmten Betrag hinter dem örtlichen Marktpreis zurückbleiben soll (hinter der Festsetzung des Wochenpreises des Berliner Buttermarkts); eine solche private Vereinbarung vermag, auch wenn sie der Verordnung zeitlich vorausgegangen ist, das in dieser enthaltene öffentliche Recht, also auch die Bestimmung über die Merkmale des Übermaßes am Gewinn, nicht abzuändern.

εε. SächsOLG. 37 189ff. (Dresden III). Die vom Gesetz erforderte Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse ist im wesentlichen Tatfrage. Das angefochtene Urteil ist in rechtsirrtumfreier Weise in eine Erörterung der Gesamtheit der Verhältnisse eingetreten. Es gibt Erwägungen über die Marktlage, die es als Notmarktlage kennzeichnet und über den Marktpreis, der infolge der durch Preistreibereien erlangten Höhe keinen zulässigen Maßstab abgeben kann. Indem die Vorinstanz unter den hervorgehobenen besonderen Umständen die Marktlage und den Marktpreis als nicht sachlich begründet und deshalb als einflußlos erachtet, legt sie rechtlich bedenkenfrei das maßgebende Gewicht auf die Gestehungskosten und bewegt sich bei deren Bemessung auf wesentlich tatsächlichem Gebiet .. Die nebenhergehende vergleichsweise Heranziehung der Höchstpreisfestsetzungen zu einem Anhalt für die Überprüfung der Gestehungskosten ist rechtlich nicht unstatthaft, da sie nur dazu benutzt werden soll, um aus den Höchstpreisfestsetzungen für eine kurz vor ihrer Bekanntmachung zurückliegende Zeit eine Schlußfolgerung für die Angemessenheit oder das Übermaß der damals geforderten Preise zu ziehen.

ζζ. Lobe a. a. O. 23. Beruht die Marktlage selbst auf unlauterer Preistreiberei und sonstigen unlauteren Machenschaften, auf Umständen, die als gerecht für die Preisbildung im Kriege nach der BVO. nicht anzuerkennen sind, so ist auch diese Besonderheit der Marktlage, die sie als eine Notmarktlage erkennen läßt, zu berücksichtigen. Dann ist aber ein Heruntergehen unter den allgemeinen Marktpreis geboten.

ηη. Moses, DJZ. 16 808. Das Verhältnis, in dem der geforderte Preis zum Marktpreis steht, ist zu prüfen. Der Kaufmann wird seinen Preis dem Marktpreis bis zu einem gewissen Grade annähern müssen oder dürfen. Hat er teuer eingekauft, so daß er beim Verkauf den Marktpreis überschreiten muß, so muß er mit Rücksicht hierauf seinen Gewinn

in möglichst engen Grenzen halten. Andererseits aber ist ein hoher Marktpreis als verdiensterhöhender Faktor in Rechnung zu stellen. Denn auch in Kriegszeiten, und nicht zum wenigsten in ihnen, verdient die Geschicklichkeit, mit der der Kaufmann einen besonders billigen Einkauf zustande bringt, eine Belohnung.

ββ. Alsberg a. a. O. 38. Die Marktlage berücksichtigen heißt: den Handelswert der Leistung in Betracht ziehen. Derartiges vom Richter zu verlangen, entspricht auch durchaus den bisherigen wucherrechtlichen Anschauungen, die gerade in dem Mißverhältnis des Verkehrswertes der Leistung zu der vom Bewucherten geforderten Gegenleistung das wesentliche Charakteristikum des Wuchers erblickten. Nicht ohne Bedenken darf aber einem Gesetzesausdruck, der sich klar und deutlich an bisher feststehende Rechtsanschauungen anlehnt, eine völlig veränderte Bedeutung beigelegt werden. Dieses Bedenken muß sich noch erhöhen, wenn man in Betracht zieht, daß bei der vom RG. gewollten Auslegung der ausdrückliche Hinweis des Gesetzes auf die besonders zu berücksichtigende Marktlage geradezu jedes verständigen Sinnes entkleidet wird. Denn daß damit etwa auf den Preis verwiesen werden sollte, der dem Markt zugrunde lag, als der Verkäufer seinen Einkauf tätigte, ist, ganz abgesehen davon, daß damit die Gesetzesfassung als eine äußerst unsorgfältige erscheinen müßte, um so weniger anzunehmen, als es, wenn die zur Verkaufszeit geltende Marktlage für die Verwertung der Übermäßigkeit des Gewinns ausscheiden soll, sicherlich nicht darauf ankommen kann, ob und wie der Einkaufspreis von der damals geltenden Marktlage abwich.

γγ. Alsberg a. a. O. 39. Wo auf die Marktlage durch unlautere Manipulationen eingewirkt ist, braucht allerdings die Rechtsprechung die Marktlage nicht als einen vom Gesetz empfohlenen Maßstab einer gerechten Preisbewertung gelten lassen. Ganz anders liegen aber die Dinge, wenn der geltende Marktpreis in normaler Weise durch eine Verteuerung der Ware, vielleicht infolge eines notwendig gewordenen Bezugs aus dem Ausland entstanden ist. Zieht hier der Kaufmann daraus Nutzen, daß er sich beizeiten eingedeckt hat — wobei er vielleicht gar ein wucherrechtlich sehr wohl zu beachtendes Risiko einging —, so tut er nichts, was ehrbaren kaufmännischen Anschauungen widerspräche, zumal darin ein gerechtfertigter Ausgleich dafür liegen kann, daß auch für ihn das Angebot der betreffenden Ware aufhört oder seine Absatzmöglichkeiten sich verringert haben. Die Anschauungen des reellen Kaufmannsstandes dürfen aber, da jedes Wuchergesetz zugleich ein Sittengesetz ist, für die Beurteilung des wucherischen Charakters eines Geschäfts nicht außer Betracht bleiben.

δδ. Alsberg a. a. O. 40. In der Praxis läßt sich ein Grundsatz, wie ihn das RG. aufstellt, kaum durchführen. Soll man vom Kaufmann verlangen, daß er aus verschiedenen Käufen herrührende gleichartige Ware säuberlich voneinander scheide und den einen Teil zu diesem, einen anderen Teil zu jenem Preise verkaufe? Soll er Verkäufe aus alten Beständen vielleicht zu einem Preise vornehmen, der unter dem Preise liegt, zu dem er sich momentan für die Zukunft eindeckt? Und wie soll die Rechtsanwendung zu einer sicheren Beurteilung der Frage gelangen können, ob die Ware aus dieser oder jener Lieferung herrührt? Genau wie das HPG. eine Unifizierung der Preise anstrebt, muß das auch für die PreisSteigVO. gelten. Und wenn das HPG. nicht danach fragt, ob bei einer Höchstpreisfestsetzung einem Verkäufer, der sich vor der Höchstpreisfestsetzung bereits eingedeckt hat, überhaupt ein Gewinn bleibt, darf die PreisSteigVO. nicht danach fragen, ob für den *einen* Kaufmann auf Grund rechtzeitiger Vorsorge ein höherer Gewinn bleibt als für den *anderen*. Wo die Marktlage das normale Produkt der Kriegswirtschaftsverhältnisse ist, darf sie — das besagt der klare Wortlaut der PreisSteigVO. — für den Kaufmann Maßstab seiner Preisbemessung sein.

εε. Alsberg a. a. O. 42. Konnte ein Kaufmann nur unvorteilhafter als seine Konkurrenz einkaufen, so kann nicht schon darin, daß er ausnahmsweise den Marktpreis überschreitet, in seinem Verhalten eine verbotene Preissteigerung erblickt werden. Wäre eine so begründete Marktpreisüberschreitung allerdings darauf zurückzuführen, daß dem betreffenden Händler die genügende Sachkenntnis fehlt, oder lägen andere Umstände vor,

die seine Unzuverlässigkeit im Handelsverkehr erwiesen, so würde eine behördliche Untersagung des Handelsbetriebes auf Grund der Bek. v. 23. September 1915 (RGBl. 603) zu erwägen sein.

μμ. Alsberg a. a. O. 41. Nach dem in der Sitzung des Ausschusses des Deutschen Handelstages v. 10. und 11. Februar 1916 erstatteten Bericht haben sich alle Handelskammern, die sich bis dahin zu der Frage geäußert hatten, dahin ausgesprochen, daß es nur eine sichere Grenze für den Begriff des Wuchers gebe, nämlich den Marktpreis (s. Deutscher Handelstag, Mitteilungen an die Mitglieder, 56. Jahrgang Nr. 5 S. 26).

νν. RG. III, Recht **16** 544 Nr. 1006. Bedroht ist nicht das Fordern eines übermäßigen Preises, sondern das Erzielen eines übermäßigen Gewinnes unter Ausbeutung der durch den Krieg geschaffenen allgemeinen Notlage. Daher kommt es für die vorgeschriebene „Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Marktlage", nicht entscheidend darauf an, ob der Marktpreis eingehalten ist; entscheidend ist, ob der im Einzelfall verlangte Preis dem Fordernden einen übermäßigen Gewinn verschafft, d. h. einen solchen, der das gewöhnliche, zur nutzbringenden Gestaltung des betriebenen Gewerbes übliche und angemessene Maß erheblich übersteigt. Ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Einzelfalles treten die Höchstpreisfestsetzungen der allgemeinen Preissteigerung, die im Kriege eingetreten ist, entgegen; durch sie wird die Veräußerung zu höheren Preisen als den festgesetzten überhaupt untersagt. Dagegen will die Preiswucherverordnung einer Preissteigerung, die aus wucherischen Machenschaften einzelner zu befürchten ist, dadurch vorbeugen, daß die Erzielung übermäßiger Gewinne aus wucherischer Ausbeutung der Kriegsnotlage verboten wird. Richtet sich aber das Verbot nicht gegen den Preis, sondern gegen den Gewinn, der durch den Preisansatz in übermäßiger Höhe erstrebt wird, so kann sich der Gewerbetreibende, der billig eingekauft hat, schon dadurch einen übermäßigen Gewinn verschaffen und sich strafbar machen, daß er zu dem bestehenden allgemeinen Marktpreis verkauft (RGStr. 49, 398); andererseits aber darf der Gewerbetreibende, der beim Einkauf einen zu hohen Preis hat zahlen müssen, straflos den allgemeinen Marktpreis überschreiten, wenn er bei Festsetzung seines Verkaufspreises, also bei seinen Aufschlägen zum Einkaufspreis für Unkostenersatz und Unternehmer- und Geschäftsgewinn innerhalb der Grenzen des Üblichen und Angemessenen bleibt; es müßte denn sein, daß er selbst die Höhe des Einkaufspreises durch verbotene Machenschaften mit verschuldet hat. Daher ist überall der Einwand des Angeklagten beachtlich, daß er trotz Überschreitung der Marktpreise einen übermäßigen Gewinn nicht erzielt habe, weil er nicht billiger als geschehen hätte einkaufen können.

ξξ. Fuld, Dtsch. Hand.-Korr. **16** 8. Auch solche Verkaufspreise, welche der Marktlage an sich entsprechen, können einen übermäßigen Gewinn im Sinne der Verordnung darstellen, sofern die Höhe des Gewinnes mit der Kriegsnot in ursächlichem Zusammenhange steht und eine Ausbeutung der Notlage der Verbraucher bedeutet, denn dieser Ausbeutung vorbeugend entgegenzutreten, ist der Zweck der ganzen Verordnung.

οο. Beschl. des Ausschusses des Deutschen Handelstages v. 28. Okt. 1916. (Deutsche Tagesztg. 16 Nr. 553):

„Der Ausschuß des Deutschen Handelstags spricht sich von neuem dahin aus, daß ein Preis niemals als unzulässig und strafbar angesehen werden dürfte, wenn er sich in den Grenzen des Marktpreises hält, sofern dieser Marktpreis als wirklicher Marktpreis gelten kann und einen auf hinreichend breiter Grundlage gewonnenen Ausgleich von Angebot und Nachfrage darstellt.

Eine Beurteilung der Angemessenheit vorwiegend auf der Grundlage der Gestehungskosten widerspricht kaufmännischen Gewohnheiten und Bedürfnissen. Insoweit von amtlichen Stellen gleichwohl auch weiterhin während des Krieges an einer solchen Beurteilung festgehalten werden sollte, ist zum wenigsten die Einhaltung folgender Richtlinien zu fordern:

Dem Kaufmann muß gestattet werden, bei Verschiedenheit der Herstellungskosten oder der Einstandspreise für Waren gleicher Art von Durchschnittsbeträgen auszugehen.

Die Geschäftsunkosten dürfen nach Maßgabe ihrer jetzigen tatsächlichen Höhe und im Verhältnis zur jetzigen Größe des Umsatzes zugeschlagen werden.

Zu den Geschäftsunkosten gehört auch der Leihzins des im Geschäfte angelegten fremden und eine dem Geldmarkt entsprechende Verzinsung des eigenen Kapitals sowie eine angemessene Risikoprämie.

Im übrigen ist dem Kaufmann ein reiner Nutzen zuzubilligen, für dessen Bemessung weder der Grundsatz des ziffernmäßig gleichen Stücknutzens wie im Frieden noch die Forderung eines prozentual gleichen Zuschlags einen allgemein anwendbaren Maßstab bildet. Der angemessene Gewinn bestimmt sich vielmehr nach den gesamten Verhältnissen des Einzelfalles und ist jedenfalls in solcher Höhe anzusetzen, daß er eine auch in Beziehung zum Umsatz ausreichende Vergütung für die Tätigkeit des Unternehmers umschließt.

Die Entscheidung darüber, ob der Kaufmann sich mit seiner Preisforderung in den Grenzen dieser Richtlinien gehalten hat, darf, soweit nicht die vorgesehenen Schiedsgerichte hierüber zu entscheiden haben, nicht ohne Anhörung der zuständigen Handelskammer erfolgen. Ohne solche Anhörung sollte, abgesehen von dem schiedsgerichtlichen Verfahren, auch keinerlei Vorverfahren wegen übermäßigen Gewinns eingeleitet werden.

Wird im gerichtlichen Hauptverfahren gegen einen Angeklagten wegen übermäßiger Preissteigerung verhandelt, so ist dabei die Öffentlichkeit insoweit auszuschließen, wie es zur Wahrung von Geschäftsgeheimnissen notwendig ist. Die Gerichte sind hierzu gesetzlich zu ermächtigen und zu verpflichten."

β. Betriebs- und Gestehungskosten.

aa. RG. IV, DJZ. **16** 634, LeipzZ. **16** 800, SächsA. **16** 235. Verlangt man vom Verkäufer, daß er bei höherem Marktpreise gleichwohl unter diesem verkaufe, wenn seine Herstellungskosten niedriger sind und der Marktpreis solchenfalls einen übermäßigen Gewinn bringen würde, so muß man andererseits auch zu seinen Gunsten die bei dem einzelnen Verkäufer vorliegenden besonderen höheren Herstellungskosten bei Bemessung des Gewinnes berücksichtigen. Erreichen die tatsächlich aufgewendeten Herstellungskosten den erzielten Kaufpreis, so kann von einem Handelsgewinn, wie ihn § 5 VO. v. 23. Juli 1915 im Auge hat, regelmäßig keine Rede sein. Offen bleibt, inwieweit etwa unsachgemäße oder unredliche Steigerung der Gestehungskosten zu berücksichtigen ist.

ββ. RG. III, Recht **16** 455 Nr. 879, JW. **16** 1205, LeipzZ. **16** 1171. Ein Gewerbetreibender, der beim Einkauf der Ware einen unverhältnismäßig hohen Preis hat zahlen müssen, kann, ohne sich nach § 5 strafbar zu machen, beim Weiterverkauf den allgemeinen Marktpreis überschreiten, sofern er sich bei seinen Aufschlägen zum Einkaufspreis für Unkostenersatz und Unternehmergewinn innerhalb der Grenzen des Üblichen und Angemessenen hält.

γγ. RG. IV, DJZ. **16** 633, JW. **16** 1205[37]. Die Frage, ob in einem Verkaufspreise ein Gewinn im Sinne von § 5 Nr. 1 der VO. enthalten ist, läßt sich nicht überall nach einheitlichen Grundsätzen feststellen, vielmehr ist zu unterscheiden zwischen dem Handelsverkauf von Waren im Betrieb eines gewerblichen Unternehmens, bei dem die Erzielung eines Unternehmergewinnes bezweckt wird, und einem im bürgerlichen Verkehr vorgenommenen Verkauf, der ebensogut die bloße Versilberung der Waren wie einen Vermögensgewinn zum Ziele haben kann. Kommt ein im Handelsverkehr vorgenommener Verkauf eines gewerblichen Erzeugnisses in Frage, so ist Gewinn im Sinne von § 5 Nr. 1 der Unternehmergewinn, und er bestimmt sich nach den hierfür maßgebenden Grundsätzen. Andernfalls bedeutet Gewinn jeden Zuwachs an Vermögenswerten aus dem Verkauf und beurteilt sich nach der hierfür geltenden Verkehrsauffassung. Es kann hier unerörtert bleiben, wie sich der Unternehmergewinn bei einem Erwerbsunternehmen berechnet, da A. die Jagd nicht zu Erwerbszwecken gepachtet hat, sondern lediglich zu seinem Vergnügen ausübt. Werden die aus einem derartigen, nicht gewerblichen Unternehmen gewonnenen Erzeugnisse veräußert, so ist für die Frage, ob die Veräußerung einen Gewinn brachte, allein ent-

scheidend das Verhältnis des Verkaufspreises zu dem den Erzeugnissen beiwohnenden Verkehrswerte. Die gewonnenen Erzeugnisse haben das Vermögen des Eigentümers schlechthin um so viel vermehrt, als ihr Vermögenswert beträgt, ganz unabhängig davon, wie hoch etwa die Herstellungskosten für den einzelnen Gegenstand oder die Unterhaltungskosten für das ganze Unternehmen, in dem sie gewonnen sind, sich belaufen haben. Denn alle diese Kosten waren nicht Aufwendungen, die ein Erwerbsmittel zur Erzielung eines die Aufwendung überschießenden Erlöses als Gewinn bestrafen, sondern Aufwendungen aus dem Bestand oder den Erträgnissen des Vermögens, die ohne Rücksicht auf die Gewinnung jener Erzeugnisse gemacht wurden und deshalb das Vermögen zunächst abschließend verminderten. Dann bedeuten aber die etwa gewonnenen Erträgnisse auch einen selbständigen, neuen Vermögenszuwachs, der sich in seiner Höhe allein danach bestimmt, wie überhaupt Vermögensgegenstände bewertet werden, d. h. eben nach dem Verkehrswert. Stehen die vorausgegangenen Aufwendungen nicht mit den Erträgnissen in beabsichtigtem Zusammenhang und nicht im Verhältnis vom Mittel zum Zweck, so können sie bei der Frage, ob die Erlangung der Erträgnisse einen Gewinn bedeutet, auch nicht in Rechnung gestellt werden. Denn die Erzeugnisse werden solchenfalls nicht aus diesen Aufwendungen „gewonnen". Die Hasen sind zwar ein Ertrag der Jagd, aber kein Ertrag der für die Jagd aufgewendeten Pacht. Da diese nicht als Mittel der Erzielung eines Jagdwildes als Handelsgegenstandes aufgewendet wurde, so ist das erlegte Wild auch kein Erfolg dieser aufgewendeten Gütermenge, es fehlt die hierzu nötige Rückbeziehung. Hiernach enthält der Verkauf von Gegenständen, die Vermögensbestandteile der Verkäufer auf die geschilderte Art geworden sind, einen Gewinn nur dann, wenn ihr erzielter Verkaufspreis den allgemeinen Verkehrswert übersteigt, und der Gewinn ist übermäßig im Sinne der VO. dann, wenn er den Verkehrswert sehr erheblich und unangemessen übersteigt. Mit Recht hat deshalb die Strafkammer den Einwand des A., die von ihm aufgewendeten Jagdpachtzinsen seien bei der Berechnung des Gewinnes aus dem Verkauf der Hasen zugrunde zu legen, zurückgewiesen. Die Jagdpacht kommt hier, wo es sich nicht um ein gewerbliches Unternehmen handelt, überhaupt nicht in Betracht. Wenn die Strafkammer den Verkehrswert der von A. erlegten und in sein Eigentum gekommenen Hasen nun danach bemißt, wie bei regelrechter Marktlage ihr Verkaufspreis gewesen wäre, so hat sie dabei einen zutreffenden Maßstab angelegt; übereinstimmend Lobe a. a. O. 13ff., 29.

δδ. LeipzZ. **16** 824 (BayObLG.). Ob der Gewinn des Verkäufers übermäßig ist, hängt nicht nur von den Gestehungskosten, sondern auch von seinen gesamten Betriebskosten ab.

εε. RG. IV, JW. **16** 1205, Recht **16** 344 Nr. 553. Für die Preisbemessung ist nicht ausschließlich die Marktlage maßgebend, sondern es sind daneben auch die persönlichen Verhältnisse des Verkäufers und sonstige Umstände, namentlich die tatsächlich von ihm aufgewendeten Gestehungskosten zu berücksichtigen. Wie deshalb einerseits verlangt werden kann, daß der Verkäufer bei höherem Marktpreis, falls ihm dieser einen übermäßigen Gewinn bringen würde, unter dem Marktpreis verkauft, so müssen andererseits auch die bei dem einzelnen Verkäufer vorliegenden besonderen Herstellungs- oder sonstigen Gestehungskosten bei Bemessung des Gewinnes und Verkaufspreises berücksichtigt werden. Übersteigt der Verkaufspreis die tatsächlich aufgewendeten Kosten nicht, so kann von einem Handelsgewinn im Sinne des § 5 regelmäßig keine Rede sein.

Hierzu Anmerkung der Schriftleitung: Die Entscheidung scheint die Berücksichtigung des individuellen Konjunkturgewinnes zu fordern. Wer also durch verständige und glückliche Ausnutzung der Konjunktur beim Einkauf oder bei der Fabrikation sich eine für ihn billige Ware verschafft, soll gehalten sein, sie unter Verzicht auf den hierbei erzielten Gewinn zu veräußern und darf den Preis nicht fordern, den der Durchschnitt der Erwerbsgenossen fordern darf, weil er der allgemeinen Marktlage und den Verhältnissen, wie sie durchschnittlich beim Einkauf und bei der Herstellung entstehen, entspricht. Das ist wohl unvereinbar mit der Auffassung, die der Bestimmung zugrunde liegt, daß da, wo HP. bestehen, jeder bis zu deren Grenze beim Einkauf gehen darf, gleichviel ob er mehr oder

weniger glücklich beim Einkauf war. Sollten nicht auch die „gesamten Verhältnisse", die der Richter neben der Marktlage zu erforschen und zu berücksichtigen hat, rein objektiv danach zu beurteilen sein, wie sie allgemein die Preislage nach wirtschaftlichen Grundsätzen beeinflussen?

ζζ. Lobe a. a. O. 9. Die Berücksichtigung sowohl der Gestehungskosten als der Betriebsunkosten unterliegt nach Sinn und Zweck der BRV. einer Beschränkung. Bedeutet die Gewährung hoher Anschaffungskosten etwa eine Teilnahme an einer Preistreiberei oder übermäßigen Preisforderung oder liegt sonst eine unlautere Machenschaft dabei vor, um absichtlich die Preise in die Höhe zu treiben, so sind derart aufgewendete Anschaffungskosten nicht in voller Höhe in Rechnung zu stellen. Wer aber nichts weiter tut, als die geforderten Preise des Großhandels notgedrungen bezahlt, darf diese Preise auch seiner Berechnung des Verkaufspreises zugrunde legen. Nur wenn er freilich mit der Bezahlung an den Großhändler selber eine Überschreitung des Höchstpreises dieser angeschafften Ware begeht, darf er den jenen Höchstpreis überschreitenden vollen Anschaffungspreis nicht als Gestehungspreis einsetzen, sondern nur den Höchstpreis. Und ebensowenig sind Betriebsunkosten, die aus Unerfahrenheit, besonderer Liebhaberei u. dgl. das gewöhnliche bei gleichartigen Betrieben übliche Maß überschreiten, der Berücksichtigung wert.

ηη. JW. 16 1420 Nr. 3 (BayObLG.). Bei gewerblichen Unternehmungen wird in der Regel der durch den Verkauf einer Ware erzielte Gewinn und ein etwaiges Übermaß desselben unter Zugrundelegung der Gestehungskosten der Ware und der Betriebskosten berechnet werden können und müssen. Bei Betrieben aber, die nicht nach den Grundsätzen eines reinen Erwerbsgeschäftes geführt werden, bei denen die Gütererzeugung zunächst für den Bedarf des Betriebsinhabers und seiner Familie erfolgt und nur der seiner Menge nach wechselnde Überschuß veräußert wird, kann eine solche Rechnung nicht aufgestellt werden, bei ihnen kann die Frage, ob durch den Verkauf einer selbsterzeugten Ware ein übermäßiger Gewinn erzielt wurde, nur durch Vergleichung des Kaufpreises mit dem normalen Verkaufswert, dem Verkehrswert der Ware, beantwortet werden. Ein Selbstkostenpreis für die Ware kann in solchen Betrieben nicht festgestellt, der Kaufpreis muß nach dem Marktpreis berechnet werden.

θθ. Lobe a. a. O. 9. Eine Verminderung des Umsatzes anderer Waren und eine dadurch erfolgte Erhöhung des Anteils an den allgemeinen Betriebsunkosten darf bei Berechnung der Betriebsunkosten, die auf die in § 5 BO. genannten Gegenstände entfallen, nicht in Ansatz gebracht werden; ebenso RG. IV, LeipzZ. 16 1298.

γ. Reingewinn.

αα. RG. IV, LeipzZ. 16 1096, Recht 16 455 Nr. 878. Auf den sog. Bruttogewinn, den übrigens das LG. unrichtig in dem Überschuß des Verkaufspreises über den Einkaufspreis erblickt, kommt es nicht an, sondern allein auf den Reingewinn. Dieser ist zu finden aus der Summe des Einkaufspreises der Ware oder ihrer Erzeugungskosten, der besonderen Betriebsunkosten für sie und der entfallenden Anteile an den allg. Betriebsunkosten einerseits und dem Überschuß des Verkaufspreises über diese Summe andererseits. Hierbei sind überall die tatsächlich im Kriege aufgewendeten Beträge einzusetzen. Der hiernach gefundene Reingewinn im Kriege ist sodann mit dem Reingewinn in Vergleich zu setzen, den der Angekl. in Friedenszeiten bei normaler Marktlage als angemessenen gezogen hat. Insoweit er diesen Friedensreingewinn übersteigt, ist er übermäßig.

ββ. RG. IV, JW. 16 1132 Nr. 30, Recht 16 398 Nr. 725. Falls für die Beurteilung des Gewinnes dahin, ob er übermäßig sei, an dem Friedensgewinn ein Maßstab fehlt, ist nach freiem richterlichem Ermessen festzustellen, ob er als übermäßig anzusehen ist oder nicht. Dabei sind aber die Einwände des Angeklagten in bezug auf Kapitalaufwand und Risiko nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Der Reingewinn hat, bevor er zur Kapitalbildung verwendet werden kann, was seine vornehmste Aufgabe ist, noch andere Aufgaben zu erfüllen, nämlich den Unternehmerlohn, den Kapitalzins und die Risikoprämie zu decken. Erst nachdem dies geschehen ist, kann er zur Kapitalbildung

verwendet werden, nur insoweit kann auch die Frage auftauchen, ob er als übermäßig zu beurteilen ist. Ein Reingewinn, der nicht höher ist, als daß er Unternehmerlohn, Kapitalzins und Risikoprämie deckt, sofern diese sich in angemessenen Grenzen halten, ist niemals übermäßig. Zwar nicht für die Frage, ob ein Reingewinn vorhanden ist, wohl aber für die Frage, ob die Höhe des Reingewinns übermäßig groß ist, kommt daher allerdings in Betracht, ob der Angeklagte für das in das Unternehmen gesteckte Kapital, wenn er es anderweit angelegt hätte, mehr oder weniger Zinsen erhalten würde, und ob er gezwungen ist, statt dieser Anlegung es in größerem Umfange als sonst in seinem Unternehmen zu verwenden. Ebenso kann der Umstand, daß das Unternehmen im Kriege geführt wird, eine größere Gefahr des Verlustes bedeuten und deshalb eine höhere Risikoprämie beanspruchen.

yy. RG. IV, JW. 16 1132 Nr. 30, Recht 16 398 Nr. 725. Selbstverständlich kommen bei Berechnung des Reingewinnes auch die tatsächlich im Kriege vom Angeklagten aufgewendeten Gestehungskosten und die Betriebsunkosten in Betracht. Es ist verfehlt, wenn die Strafkammer solche nur insoweit berücksichtigen will, wie sie „für Artikel gleicher oder ähnlicher Art in der Zeit kurz vor Beginn des Krieges" aufzuwenden notwendig waren. Nur insoweit etwa die Zahlung der Preise für die Anschaffung der Waren aus einer Beteiligung an einer Preistreiberei des Großhändlers oder sonst auf unlauteren Machenschaften beruhte, würde ein solcher Preis nicht bei Berechnung des angemessenen Reingewinns Berücksichtigung verdienen. Dasselbe würde gelten, wenn der Angeklagte dabei als Käufer für eine Zutat zu seiner Ware einen Höchstpreis überschritt, da sich nach der Rechtsprechung des RG. die Festsetzung der Höchstpreise auch gegen den Käufer richtet, ein vom Recht gemißbilligter Kaufpreis aber nicht zur Grundlage für die Berechnung eines Reingewinns gemacht werden darf.

Hierzu Alsberg, JW. 16 1133. Danach könnte sich der Händler durch einen Weiterverkauf nicht nur einer erneuten Höchstpreisüberschreitung (soweit die Höchstpreisfestsetzung noch bestünde und jedenfalls dem Abnehmer gegenüber Gültigkeit hätte), sondern auch eines Preiswuchers schuldig machen, selbst wenn er beim Weiterverkauf gar keinen oder einen nur unverhältnismäßig geringen Gewinn zöge. Dem dürfte aber schon der Umstand entgegenstehen, daß das Haupttatbestandsmerkmal des Preiswuchers gerade der „übermäßige" Gewinn ist. Ein übermäßiger Gewinn kann aber nur auf einer realen, nicht aber auch auf einer fiktiven Grundlage beruhen.

δδ. RG. IV, JW. 16 1131, Recht 16 345 Nr. 554. Die Strafkammer geht von einem unrichtigen Begriff des Rohgewinnes aus, wenn sie den Einkaufspreis des Reises mit seinem Verkaufspreis — abzüglich des Rabatts — vergleicht und den Überschuß als Rohgewinn bezeichnet. Unter Ertrag oder „Gewinn" im allgemeinen Sinne, d. h. das, was aus einem Gut bei seiner wirtschaftlichen Verwertung „gewonnen" wird, wird volkswirtschaftlich der Erfolg an Güterverschaffung verstanden, der durch Verwertung anderer Güter, sei es Sachgüter, Rechte oder Arbeit erzielt wird. Die Größe des Ertrages ohne Rücksicht auf die zu seiner Erzielung gemachten Aufwendungen ist der Rohertrag (Bruttoertrag). Ihm steht der Reinertrag (Nettoertrag) gegenüber, der aus dem Überschuß des Wertes des Rohertrags über den Wert der Aufwendungen besteht. Den Rohertrag aus einem Verkaufe von Waren bildet daher immer der erzielte volle Kaufpreis, denn er ist der Erfolg, der aus der Veräußerung der Ware erzielt wird. Er beträgt im vorliegenden Falle also nicht 9 Pf., sondern 30 Pf. Die vom LG. seiner Betrachtung zugrunde gelegten 9 Pf. sind aber auch nicht der Reinertrag (Reingewinn). Denn die zur Erzielung des Rohertrags von 30 Pf. erforderlichen Aufwendungen des Angeklagten bestanden nicht, wovon die Strafkammer irrtümlich ausgeht, nur in den 19 Pf. Anschaffungskosten für das Pfund Reis, sondern es ist diesen hinzuzurechnen der auf diese Ware fallende Anteil an den allgemeinen Betriebsunkosten des Geschäfts (Miete für den Geschäftsraum, Löhne für die Angestellten, Unterhalt der Betriebsmittel, Reklame usw.). Auch diese Aufwendungen sind ebenso wie die reinen Anschaffungskosten der Ware nötig, um diese an den Verbraucher abzugeben und von ihm dafür den Kaufpreis als den Rohertrag

der Ware zu erlangen. Erst nach Abzug dieser gesamten Kosten ergibt sich dann die Höhe des Reingewinns aus dem Verkauf der einzelnen Ware, der in Gemeinschaft mit den Reingewinnen aus anderen Waren zusammengenommen den gesamten Unternehmergewinn des Gewerbetreibenden aus dem ganzen Geschäfte darstellt. Für die Frage, ob bei einem Handelskauf ein Gewinn im Sinne von § 5 Nr. 1 der BRVO. v. 23. Juli 1915 vorliegt, ist aber nur entscheidend, ob ein Unternehmergewinn in dem dargelegten Sinne, d. h. ein Reinertrag, Reingewinn vorhanden ist oder nicht. Es hätte daher nicht nur der Feststellung der Anschaffungskosten für das Pfund Reis, sondern auch der Feststellung des Anteils, den sein Vertrieb im Geschäfte des Angeklagten an den allgemeinen Geschäftsunkosten nimmt, bedurft, um den Gewinn zu ermitteln, den der Angeklagte aus einem Verkaufe erzielt, und zwar sind, wenn der gegenwärtig gezogene Gewinn festgestellt werden soll, wie der gegenwärtig volle Anschaffungswert des Reises auch die gegenwärtig für den Geschäftsbetrieb aufzuwendenden allgemeinen Unkosten zugrunde zu legen, sofern nicht besondere Umstände dem entgegenstehen, wie eigene Beteiligung an der Preistreiberei des Großhändlers bei dem Erwerb der Gegenstände von ihm, unwirtschaftliche und außer Verhältnis zum Gewinn stehende Aufwendung von Betriebsunkosten, auf unlauteren Machenschaften beruhende Gestehungs- und Betriebsunkosten u. dgl., für deren Vorliegen jedoch kein Anhalt gegeben ist.

εε. Lobe a. a. O. 7. „Gewinn" im weiteren Sinne ist alles, was aus einem wirtschaftlichen Gut bei seiner Verwertung „gewonnen" wird und bedeutet soviel wie „Ertrag". Unter „Rohgewinn" wäre also höchstens der volle Kaufpreis (Bruttogewinn) zu verstehen. Ihm steht der Reingewinn, Reinertrag (Nettogewinn) gegenüber, der aus dem Überschuß des Rohertrags über die gesamten hierfür erforderlichen Aufwendungen besteht. Zu diesen Aufwendungen gehören aber nicht nur die Gestehungskosten, sondern auch die besonderen Betriebsunkosten, die die Herbeischaffung und die Bereitstellung der einzelnen Ware notwendig machen, und die auf sie zu verrechnenden Anteile der allgemeinen Betriebsunkosten des ganzen gewerblichen Unternehmens. Erst nach Abzug dieser sämtlichen Kosten ergibt sich ein Reingewinn.

ζζ. Lobe a. a. O. 13. Kommt für die Preisbildung kein Reingewinn an der einzelnen Ware in Betracht, vielmehr für alle Waren gemeinsam nur der Reingewinn aus dem ganzen Unternehmen, so ist folgendes zu beachten. Der Verkaufspreis auch dieser Art Waren bildet einen Bestandteil des Rohertrags aus dem ganzen Unternehmen, seine Höhe beeinflußt daher auch den Rohertrag. In diesem aber ist, sofern er die Unkosten des ganzen Unternehmens übersteigt, der Reingewinn aus dem Überschuß zu ersehen und an diesem nimmt dann als mitwirkende Ursache auch der Verkaufspreis jener Waren Anteil. Die ziffermäßige Höhe des Einflusses auf den Reingewinn läßt sich jedoch nicht bestimmen, denn es ist der Grad der mitwirkenden Ursache, die der Verkaufspreis dieser Ware neben denen anderer abgibt, nicht festzustellen. Nur so viel läßt sich sagen, daß in demselben Verhältnisse, in dem der Verkaufspreis wächst, auch der Anteil am Gesamtgewinn, der in ihm steckt, sich vergrößert.

ηη. Lobe a. a. O. 17. Ein Gewinn, der nur Unternehmerlohn, Kapitalzins und Risikoprämie deckt und noch nicht zur Kapitalbildung reicht, kann niemals schon als übermäßig hoch bezeichnet werden.

ϑϑ. Lobe a. a. O. 27. Enthält der Verkaufspreis der einzelnen Ware keinen eigenen Gewinn an dieser unmittelbar, so beeinflußt er doch die Höhe des Gesamtreingewinns dadurch, daß der Rohertrag um ebensoviel wächst, als der Verkaufspreis der Einzelware steigt. Durch dieses Anwachsen des Rohertrags erhöht sich naturgemäß auch der Gesamtreingewinn aus dem ganzen Unternehmen um ebensoviel. Es ist daher die Anordnung der Vorschrift von § 5 Nr. 1 der VO. auch hier zulässig, da in dem Verkaufspreis jedenfalls mittelbar der Anteil am Gesamtreingewinn steckt. Beträgt bei einem Verkaufspreis p der Einzelware der Rohertrag des ganzen Unternehmens c und der gesamte Reingewinn daraus r, so wächst bei einem Verkaufspreise von p + n sowohl der Rohertrag c als der gesamte Reinertrag r um n, letzterer ist also nunmehr r + n. Die

Steigerung des Reinertrags entspricht der Steigerung des Verkaufspreises. Es ist also nur erforderlich, den angemessenen Verkaufspreis p zu ermitteln, um beurteilen zu können, ob der geforderte Kaufpreis ihn übermäßig übersteigt und damit in gleicher Höhe einen übermäßigen größeren Reingewinn bringt. Diese übermäßige Steigerung ist völlig unabhängig davon, ob der gesteigerte Reingewinn des ganzen Unternehmens etwa selbst in seiner Gesamtheit übermäßig ist. Daß der Gesamtreingewinn übermäßig sei, ist nicht erforderlich. Die Feststellung des angemessenen Einzelverkaufspreises kann nun nicht, wie sonst, mit Hilfe der Gestehungs- und Betriebsunkosten, sondern nur mit Hilfe der preistreibenden Kräfte gefunden werden, die allein für diese Preise von Einfluß sind. Im allgemeinen ist ihr Ergebnis der Marktpreis und Verkehrspreis, wobei selbstverständlich auch hier ein künstlich durch Preistreiberei und unlautere Machenschaften gesteigerter Marktpreis nicht als gerechter Maßstab genommen werden darf. Jedenfalls aber ist bei allen solchen Waren, bei denen Gestehungskosten und Betriebsunkosten in dem geschilderten Sinne keine preisbildenden Kräfte darstellen, dem Marktpreis eine weit größere Beachtung für die Frage der Angemessenheit zu schenken und ein ihn erheblich übersteigender Verkaufspreis als übermäßig hoch zu erachten.

δ. Verhältnis zum Friedenspreis.

aa. RG. IV, JW. 16 1203[24], Recht 16 499 Nr. 954. Für die Frage, ob der Gewinn übermäßig hoch ist, kommt nur in Betracht, ob und um wieviel er den im Frieden gezogenen Reingewinn übersteigt.

ββ. RG. IV, JW. 16 1132, Recht 16 345 Nr. 354. Der Zweck der Verordnung v. 23. Juli 1915 geht dahin, für Gegenstände des täglichen Bedarfs einen möglichst niedrigen Verkaufspreis aufrechtzuerhalten, um das gemeinsame Durchhalten während des Krieges zu ermöglichen. Es soll deshalb nur die Preissteigerung stattfinden, die durch die allgemeine Lage geboten ist. Dagegen soll der Unternehmer weder die Kriegsnot zum Nachteil der Verbraucher für sich ausnutzen, um einen Gewinn zu erzielen, den er ohne den Krieg nicht gezogen haben würde, noch soll er den ihn aus der Kriegsnot treffenden Schaden durch Preisaufschläge auf die Verbraucher abwälzen dürfen. Im allgemeinen wird daher das Spannungsverhältnis zwischen dem Reingewinn vor dem Kriege und dem Reingewinn in dem Kriege einen Maßstab dafür abgeben können, ob ein übermäßiger Gewinn vorhanden ist. Voraussetzung hierbei ist jedoch, daß schon der im Frieden gezogene Reingewinn nicht übermäßig hoch ist. Wenn dies der Fall ist, würde auch der Fortbezug eines solchen Gewinnes, selbst wenn gegen die Friedenspreise keine Steigerung eintreten würde, nicht erlaubt sein.

γγ. Lobe a. a. O. 17. Der Krieg darf nicht die Ursache werden für die Erhöhung des Reingewinns über einen angemessenen Reingewinn im Frieden. Es ist deshalb der im Kriege gezogene Reingewinn mit dem im Frieden erzielten zu vergleichen. Soweit er ihn übersteigt, ist er übermäßig hoch im Sinne der VO. Selbstverständlich kommt hier überall in Vergleich nicht der Gesamtreingewinn des ganzen Unternehmens, sondern der für die einzelne Ware, die ein Gegenstand des täglichen Bedarfs ist, entfallende Anteil am Reingewinn. Der Reingewinn ist hierbei nach seinem wirklichen Geldbetrag zu nehmen, nicht etwa nach seinem auf die Gestehungs- und Betriebskosten bezogenen Prozentsatze, wie üblicherweise seine Berechnung erfolgt. Zuweilen findet sich bei dem Gewerbetreibenden die Meinung, wer im Frieden einen Nutzen von 20% fordern dürfe, könne auch im Kriege 20% nehmen. Dabei läßt der Gewerbetreibende aber außer acht, daß er im Frieden diese 20% von einem viel niedrigeren Betrage der Gestehungskosten samt Betriebsunkosten berechnet, als im Kriege. Kommt eine Ware im Frieden durch ihre Anschaffungskosten zuzüglich des auf sie fallenden Anteils an Betriebsunkosten auf 10 M., so bedeutet ein Gewinn von 20% 2 M., kommt dieselbe Ware aber wegen der höheren Anschaffungs- und Betriebsunkosten auf 20 M. zu stehen, so bedeutet ein Gewinn von 20% 4 M. Das ist aber eben nicht der gleiche, sondern der doppelte Reingewinn im Kriege gegenüber dem im Frieden.

δδ. Lobe a. a. O. 18. Der schon im Frieden nach den Anschauungen des Verkehrs übermäßig hohe Reingewinn ist, obwohl er im Frieden erlaubt ist, im Kriege unerlaubt, wenn er aus Gegenständen des täglichen Bedarfs gezogen wird, und deshalb auf ein angemessenes Maß einzuschränken.

εε. Lobe a. a. O. 24. Der bloße Umstand, daß der Reingewinn im Kriege den nicht übersteigt, der bei den durch Trusts und Ringe geschützten Waren auch im Frieden galt, reicht nicht schon aus, seine Angemessenheit zu erweisen.

ζζ. Alsberg a. a. O. 44. Wenn auch nicht zugegeben werden kann, daß im Kriege ein wesentlich höherer Gewinn als im Frieden berechtigt sei, so darf man doch auf der anderen Seite nicht verlangen, daß eine Branche, die etwa vor Ausbruch des Krieges besonders gedrückt war und ohne erhebliche Gewinnchancen gearbeitet hat, sich auch während des Krieges mit einem Gewinn begnüge, der im kaufmännischen Leben unter dem üblichen liegt. Hat der Kriegszustand anormale Verhältnisse beseitigt, so kann es nicht für unsittlich erachtet werden, wenn ohne Rücksicht auf den anormalen Grund der Gesundung der Händler die Gelegenheit, einen angemessenen, wenn auch größeren Nutzen als in Friedenszeiten zu erlangen, wahrnimmt.

ηη. Alsberg a. a. O. 43. Die allgemeine Teuerung und die damit verbundene Erhöhung des geschäftlichen Spesenetats können, weil die Verordnung eine Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse zuläßt, insoweit berücksichtigt werden, als sie nach einem verständigen Verteilungsmaßstab auf den Warenkreis entfallen, zu dem der gehandelte Gegenstand gehört.

ε. Ausnutzung der Kriegsnot.

αα. RG. I, JW. 16 1205[26], LeipzZ. 16 1235, Recht 16 456 Nr. 880, SächsA. 16 352. Ein Gewinn kann dann nicht als ein übermäßiger bezeichnet werden, wenn er auf Umstände zurückzuführen ist, die in keinem Zusammenhang mit der Kriegsnot oder der durch sie geschaffenen Konjunktur stehen, sich auf die Person des Unternehmers und etwa noch seines Rechtsvorgängers beschränken und auf die Preisbildung der Allgemeinheit und dem Verbraucher gegenüber ohne Einfluß sind (besonders billiger Einkauf etwa infolge Schenkung, Betrug oder unlauterer Machenschaften).

ββ. RG. IV, JW. 16 1203[24], Recht 16 499 Nr. 954. Eine Berechtigung zur Erzielung eines höheren Gewinns kann nicht daraus hergeleitet werden, daß im Kriege das Angebot geringer, die Nachfrage größer geworden ist. Durch diese Verringerung des Wettbewerbes, der sonst die Preisstellung in angemessenen Grenzen hält, wird die Erhöhung der Verkaufspreise nur ermöglicht, aber die VO. will gerade verhüten, daß die durch die Warenknappheit und die Verringerung des Angebots geschaffene Möglichkeit zur Preissteigerung von den Verkäufern ausgebeutet wird; ebenso RG. IV, LeipzZ. 16 1298.

γγ. Lobe a. a. O. 20. Jede lediglich auf die anwachsende Knappheit der Vorräte und die Ausschaltung der Konkurrenz zurückzuführende Preissteigerung und Erhöhung des Reingewinns, wie er zu Friedenszeiten bei Bestehen der Konkurrenz üblich war, ist übermäßig.

δδ. RG. IV, JW. 16 1131, Recht 16 345 Nr. 554. Was der Angeklagte sonst noch vorgeschützt hat, läuft darauf hinaus, daß er meint, seine durch die Kriegslage erlittenen Vermögensverluste durch verminderte Einnahmen im allgemeinen und bei dem Reis insbesondere auf die Verbraucher abwälzen zu können. Diesem im Frieden an sich zulässigen und durch Angebot und Nachfrage von selbst geregelten Verfahren will eben die Verordnung entgegentreten. Die Kriegsnot soll von allen gemeinsam getragen werden. Ein durch verminderten Umsatz verringerter Unternehmergewinn aus dem ganzen Geschäftsunternehmen darf deshalb nicht dadurch wettgemacht werden, daß aus dem verminderten Rohertrag ein prozentual erhöhter Reinertrag gewonnen wird.

εε. RG. IV, LeipzZ. 16 1096. Verfehlt ist das Vorbringen, daß jetzt die ganze Lebenshaltung teurer sei. Das hieße die allgemeine Not, die der Krieg bringt, auf die

Verbraucher abwälzen. Ist schon die Erhöhung des Verkaufspreises eine die Verbraucher treffende schwere Last, so soll diese doch nicht noch einseitig dadurch gesteigert werden, daß der Unternehmer die Notlage benutzt, um an den einzelnen der in der VO. genannten Gegenständen einen höheren Gewinn zu erzielen als im Frieden, um dadurch seinen höheren Lebensaufwand zu decken.

ζζ. RG. IV, LeipzZ. **16** 672, Recht **16** 242 Nr. 509, 510, SächsA. **16** 181, 235. Auch zum Ausgleich früherer geschäftlicher Einbußen infolge des durch den Krieg gebrachten allgemeinen wirtschaftlichen Notstandes darf nicht auf Kosten der Verbraucher aus den einzelnen Geschäften ein übermäßiger Gewinn gesucht werden; übereinstimmend Lobe a. a. O. 10, 22.

ζ. Vergleich mit Preisen anderer Händler.

αα. RG. IV, JW. **16** 1203[24], Recht **16** 499 Nr. 954. Der Umstand, daß allgemein auch von anderen Verkäufern gleich hohe Preise gefordert werden und die hierin hervortretende Preissteigerung an bestimmten Stellen (Schlachthöfen) in den Preisnotierungen festgestellt ist, kommt für die Beurteilung der Höhe des vom einzelnen gezogenen Gewinns nicht in Betracht; denn wenn solche Preise überhaupt durch eine ungerechtfertigte Preissteigerung entstanden sind, so bleibt für jeden Einzelfall die Möglichkeit bestehen, daß der Verkäufer die Marktlage ausnutzt, um für sich einen übermäßigen Gewinn zu erzielen.

ββ. RG. IV, LeipzZ. **16** 672, SächsA. **16** 235. Es kommt nicht darauf entscheidend an, ob auch andere Mehlhändler einen gleich hohen oder gar höheren Preis gefordert haben, sofern dieser unter Berücksichtigung der Marktlage einen übermäßig hohen Gewinn bringt.

η. Berücksichtigung der Höchstpreise.

αα. RG. IV, LeipzZ. **16** 1096. Wie die Einhaltung der Höchstpreise an sich nicht ausschließt, daß in ihnen ein übermäßiger Gewinn steckt, so muß andererseits eine Überschreitung der Höchstpreise nicht notwendig zugleich einen übermäßigen Gewinn enthalten. Der Einwand, der Einkauf sei nur unter Höchstpreisüberschreitung möglich gewesen, ist jedoch unbeachtlich; ein Gestehungspreis, der den Höchstpreis überschreitet, darf nicht zur Grundlage für die Berechnung des Reingewinns gemacht werden.

ββ. Menne, DStrafrZ. **16** 166. Die gesetzlich zugelassenen Höchstpreise sind nicht Wuchergrenze. Um so weniger schützt die Innehaltung der Marktpreise vor Wucherbestrafung, wenn die Ware erheblich niedriger eingekauft war. Das ist auch die Auffassung der Reichsprüfungsstelle und zahlreicher anderer Preisprüfungsstellen.

γγ. Lobe a. a. O. 24/25. Einen gewissen Anhalt vermögen zuweilen die Höchstpreise zu geben für die Beurteilung, ob in ihnen ein übermäßiger Gewinn enthalten sei. Unbedingt maßgebend sind aber auch sie nicht. Es ist möglich, daß der Höchstpreis den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht wird und zu niedrig angesetzt worden ist. Dann kann wohl eine strafbare Überschreitung der zwingenden Vorschriften der Höchstpreisanordnungen vorliegen, es gleichwohl aber an einem übermäßigen Gewinn dabei fehlen. Und selbst wenn die Höchstpreisfestsetzung angemessen ist, kann doch die Überschreitung des Höchstpreises so gering sein, daß der dadurch erzielte Mehrgewinn zwar unerlaubt ist, aber noch nicht gerade übermäßig, d. h. den zulässigen Gewinn erheblich überschreitend erscheint. Endlich ist es auch möglich, daß die Höchstpreise zu hoch angesetzt sind.

δδ. Lobe a. a. O. 25. Für die Frage des widerrechtlichen Bewußtseins und Vorsatzes wird der Einklang mit dem Höchstpreise meist von Bedeutung sein und es wird weder Vorsatz noch Fahrlässigkeit vorliegen, wenn jemand den Höchstpreis einhält. Aber durchweg ist dies nicht anzuerkennen. Denn die Höchstpreise wollen nur für die beste Ware gelten, wenngleich sie leider tatsächlich als Einheitspreis wirken. Es ist deshalb recht wohl möglich, daß für die vom Gewerbetreibenden hergestellte und vertriebene Ware wegen ihrer Minderwertigkeit der Höchstpreis gar nicht gelten will und in ihm jedenfalls auch für das Bewußtsein des Gewerbetreibenden ein übermäßiger Gewinn steckt. Dann deckt ihn die Einhaltung des Höchstpreises nicht.

ϑ. Ersatzware.

RG. IV, LeipzZ. **16** 1005, Recht **16** 345 Nr. 555. Bei Erörterung der Frage, ob in dem Preis für Ersatzwaren ein übermäßiger Gewinn enthalten ist, ist ein Vergleich mit einem vor dem Kriege aus den zu ersetzenden Waren gezogenen Gewinn nicht zulässig; übereinstimmend Lobe a. a. O. 24.

m) Fordern des Preises.

α. RG. IV, Recht **16** 456 Nr. 881. Als Preisforderungen im Sinne des § 5 sind nicht ohne weiteres auch Preisankündigungen anzusehen; es ist vielmehr Sache des Einzelfalles, festzustellen, ob der Verkäufer die angekündigten Preise auch tatsächlich fordert. Nur wenn die Ankündigung in einem Aushang erfolgt, der von der Preisprüfungsstelle angeordnet ist, greift die gesetzliche Gleichstellung von Ankündigen und Fordern Platz (BRVO. v. 25. September 1915 über die Errichtung von Preisprüfungsstellen usw., RGBl. 607, § 5 Abs. 1).

β. SächsOLG. **37** 189ff. (Dresden III). „Fordern" und „Sichgewährenlassen" sind nach der VO. gleichwertige Tatbestandsmerkmale. Der Angekl. ist deshalb nicht beschwert, wenn statt „Fordern" irrtümlich „Sichgewährenlassen" angenommen sein sollte.

n) Käufer, Vermittler.

αα. DJZ. **16** 641, LeipzZ. **16** 824 (BayObLG.). Der Käufer, der dem Verkäufer einen übermäßigen Preis gewährt oder verspricht, unterliegt als notwendiger Teilnehmer, zu dessen Schutz die Strafvorschrift erlassen ist, dieser nicht, mag er Verbraucher oder Händler sein. Dieses gilt aber nicht ohne weiteres, wenn er den Verkäufer anstiftet, von ihm den übermäßigen Preis zu verlangen.

ββ. JW. **16** 1029 (BayObLG.). Die Aufstellung der Revision, daß die gesetzlichen Maßnahmen zur Verhinderung übermäßiger Gewinnerzielung an Gegenständen des täglichen Bedarfs hauptsächlich gegen die Händler, besonders die Zwischenhändler, gerichtet sind, ist wohl nur in dem Sinne richtig, daß sie vielfach Händler treffen; dem Zwecke des Gesetzes genügt aber, daß der Händler getroffen wird, wenn er übermäßige Preise fordert usw., sohin als Verkäufer auftritt. Demnach kann weder aus dem Wortlaut noch aus dem Zwecke der Bestimmung entnommen werden, daß auch das Gewähren geforderter Preise strafbar sein soll, auch nicht als Beihilfe. Ob unter Umständen Anstiftung vorliegen kann, bleibt offen.

γγ. Alsberg a. a. O. 36. § 5[1] trifft auch den Vermittler. Für ausgeschlossen muß es erachtet werden, die Strafvorschrift auch gegen den übervorteilten Abnehmer zur Anwendung zu bringen. Denn die den Preiswucher unter Strafe stellende Gesetzesbestimmung strebt gerade den Schutz des kaufenden Publikums an. Strafvorschriften, die dem Schutz bestimmter Personen dienen sollen, können aber auf diese selbst in der Regel keine Anwendung finden. Wenn für den Tatbestand der Höchstpreisüberschreitung eine andere Entscheidung zu treffen ist, so muß berücksichtigt werden, daß da, wo Höchstpreise festgesetzt sind, der Käufer der Preisbemessung des Verkäufers nicht willenlos ausgeliefert ist.

2. Der innere Tatbestand.

(Erläuterung a, b in Bd. 2, 189.)

c) RG. IV, Recht **16** 456 Nr. 882. Die BRVO. v. 23. Juli 1915 ist ein selbständiges Strafgesetz. Unkenntnis dieses Gesetzes schützt nicht vor Strafe, auch dann nicht, wenn sie als unverschuldet gelten kann.

d) Alsberg a. a. O. 85. Bei der übermäßigen Preisforderung gemäß § 5 Ziffer 1 PreisSteigVO. wäre ein Versehen in der Kalkulation, das den Täter dazu führen würde, einen Preis zu fordern, der ihm einen übermäßigen Gewinn einbrächte, ihm zweifellos als ein außerstrafrechtlicher Irrtum zugute zu halten. Ein Irrtum darüber, ob ein Gewinn als ein nicht übermäßiger anzusehen ist, wäre dagegen als Irrtum über den Strafrechtssatz aufzufassen.

c) RG. III, Recht 16 544 Nr. 1007. Grundsätzlich ist im Falle des § 5 Nr. 1 nicht ausgeschlossen, daß sich die strafrechtliche Verantwortlichkeit der in einem Geschäftsbetrieb tätigen Hilfspersonen, die im Einverständnis mit dem Geschäftsinhaber zwecks übermäßiger Gewinnerzielung verkaufen, nach den Vorschriften über Mittäterschaft bemißt, während der Regelfall sein wird, daß die Bestimmungen über Beihilfe Platz greifen. So kann die im Geschäft tätige Ehefrau dann Mittäterin sein, wenn sie den Willen hat, daß der erzielte Gewinn auch ihr selbst zugute kommt. Die Verantwortlichkeit des Geschäftsinhabers als Täter ist nicht davon abhängig, daß er in jedem Einzelfall um den Kaufabschluß gewußt hat, sie besteht auch dann, wenn die Gewerbegehilfen mit seiner Billigung oder nach seiner Festsetzung die Preise fordern, in denen der übermäßige Gewinn enthalten ist.

(Abschnitt 3 in Bd. 1, 189.)

4. Verhältnis zum allgemeinen Strafrecht.

a) RG. I, Recht 16 456 Nr. 883. Das Vergehen gegen § 5 kann mit Betrug in Tateinheit zusammentreffen. Dieses ist angenommen in einem Fall, in dem Eier, die von einer Bezugsgesellschaft geliefert und nach deren Festsetzung zu einem billigen Preis zu verkaufen waren, unter der falschen Vorspiegelung, die Eier der Bezugsgesellschaft seien ausverkauft, zu einem erheblich höheren Preise abgesetzt wurden. Die Übermäßigkeit des erzielten Gewinnes konnte hier nicht aus der Lage des örtlichen Eiermarktes hergeleitet werden, denn der Verkaufspreis war unabhängig davon bestimmt, die Ware durch die maßgebende Festsetzung der freien Preisbildung entzogen. Trotz dieser Ausschaltung der Marktlage konnte die Preisfestsetzung, die für den Verkäufer infolge vertraglicher Bindung maßgebend war, zu den Verhältnissen zählen, die für die Gewinnerzielung und die Höhe des Gewinnes in Betracht kommen. Weil dem Verkäufer innerhalb der Festsetzung des Verkaufspreises ein angemessener Verdienst zugebilligt war, bedeutete es einen übermäßigen Gewinn, wenn er erheblich mehr für sich in Anspruch nahm. Der betrügerisch verursachte Vermögensschaden ist darin gefunden, daß die Eier den Käufern zu einem geringeren Preis hätten geliefert werden müssen.

b) Alsberg a. a. O. 100, 103. Es dürfte im allgemeinen die Anwendung des § 302e auf den typischen Fall des Kriegswuchers der PreisSteigVO. erheblichen Bedenken unterliegen. Die den Sachwucher ausmachenden wucherischen Geschäftsabschlüsse müssen zustande gekommen sein unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit des Bewucherten. Schon diese Voraussetzungen sind beim Preiswucher meist nicht einwandfrei festzustellen. Außerdem wird man aber gerade mit Rücksicht auf die Dehnbarkeit der im § 302e StGB. enthaltenen Rechtsbegriffe die historisch mit diesem Delikt verbundene Anschauung, die den Sachwucher den Kreditwuchergeschäften zuweist, nicht aus den Augen lassen dürfen. Sonst gelangt man zu einer übermäßigen Erstreckung gerade desjenigen allgemeinen Wuchertatbestandes, den einzuengen aus sozialpolitischen und dem Charakter dieser Strafvorschrift zu entnehmenden Gründen dem Rechtsempfinden und dementsprechend der Gesetzgebung geboten erscheint. Eine Rechtsprechung, der ein so auf den Spezialfall zugeschnittener Tatbestand zur Verfügung steht, wie der Tatbestand des Preiswuchers im Sinne des § 5 Ziffer 1 PreisSteigVO. sollte deshalb nicht ohne zwingenden Grund daneben die Vorschriften über den Sachwucher zur Anwendung bringen.

II. Nr. 2. Die Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 190.)

3. Alsberg a. a. O. 46. Das Zurückhalten kann sowohl darin gefunden werden, daß die Ware den Blicken Kauflustiger entzogen, also in diesem Sinne verheimlicht wird, wie auch darin, daß das Überlassen der Ware Kauflustigen unter irgendwelchen Ausreden verweigert wird. Auch darin wird man schon ein Zurückhalten finden müssen, daß die Abgabe der Ware an die Bedingung geknüpft wird, daß der Kauflustige zugleich eine andere von ihm nicht begehrte Ware abnimmt. Ob ein bestimmtes Verfahren als ein

Zurückhalten im Sinne der PreisSteigVO. zu deuten ist, ist häufig nur unter Berücksichtigung der in dem betreffenden Handelszweig sonst üblichen Usancen zu entscheiden.

4. Alsberg a. a. O. 46. Nur das Zurückhalten, das der Erzielung übermäßigen Gewinns dienen soll, wird mit Strafe bedroht. Straflos ist ein Zurückhalten, das der Kaufmann zu dem Zweck vornimmt, für den Lebensunterhalt seiner Familie und seiner Angestellten Vorsorge zu treffen. Straflos ist auch ein Zurückhalten, durch das der Kaufmann einem Einhamstern des Publikums vorbeugen will, und durch das er eine angemessene Verteilung seiner Vorräte zu erreichen anstrebt. Der Tatbestand des § 5 Ziffer 2 wird auch dann nicht erfüllt, wenn der Kaufmann in Zeiten des Knappwerdens bestimmter Vorräte für seine festen Kunden reserviert und sie nicht sog. Laufkundschaft abläßt.

III. Nr. 3 Unlautere Machenschaften.

1. Der äußere Tatbestand.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 191.)

3. Alsberg a. a. O. 47. Eine strafbare Einschränkung des Handels mit den bezeichneten Gegenständen setzt — und insofern geht der Tatbestand über den des § 5 Ziffer 2 hinaus — nicht voraus, daß die Gegenstände von dem Täter bereits erzeugt oder erworben sind. Strafbar kann sich also auf Grund dieses Tatbestandes auch der Kaufmann machen, der mit Rücksicht auf behördliche Beschränkungen der Gewinnchancen böswillig die Versorgung der Bevölkerung unterläßt, indem er dabei die Absicht verfolgt, eine Heraufsetzung der gedrückten Preise zu erzielen. Als Einschränkung des Handels im Sinne dieser Vorschrift wird es auch anzusehen sein, wenn der Täter Handlungen vornimmt, durch die er es anderen, sonst an dem betreffenden Handelszweig beteiligten Personen unmöglich macht, ihrerseits weiter Ware auf den Markt zu bringen, indem er z. B. gewaltsam Zusammenkäufe einzelner Warenkategorien vornimmt.

4. Alsberg a. a. O. 49. Ein Verhalten, das sonst im Konkurrenzkampf als zulässig erachtet worden ist, kann unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen mit Rücksicht auf die höheren Interessen der Allgemeinheit, nicht nur anderer Handelskreise, als unlauter angesehen werden. Auch der Zweck, zu dem die in Frage stehende Machenschaft erfolgt, kann zu seiner Charakterisierung verwertet werden. Ein Verhalten, das isoliert betrachtet lauter erscheint, kann dadurch zu einem unlauteren werden, daß es in der Absicht erfolgt, die Preise der Gegenstände, die zur Versorgung der Allgemeinheit dienen, zu steigern.

2. Der innere Tatbestand (zu vgl. Bd. 2, 191).

a) Alsberg a. a. O. 49. Auch wer Machenschaften der bezeichneten Art vornimmt, um dritten Personen die Gelegenheit zu geben, zu höheren Preisen zu verkaufen, macht sich im Sinne dieser Vorschrift strafbar. Nicht dürfte man es indes für genügend erachten, wenn die Machenschaften lediglich den Zweck haben, die gegenwärtigen wenn auch übermäßigen Preise zu halten. Eine solche Absicht ist nicht gleichbedeutend mit der Absicht der Steigerung der Preise.

b) Alsberg a. a. O. 49. Unlautere Machenschaften sind selbst dann strafbar, wenn sie lediglich dazu führen sollen, die Gewinnverhältnisse von der Stufe des Unzureichenden auf die Stufe des Zureichenden zu bringen. Es wird nicht erfordert, daß in der höheren Preisstufe ein übermäßiger Gewinn enthalten ist.

IV. Nr. 4. Die Teilnahme an verbotenen Preiskartellen.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 191, 192.)

3. Alsberg a. a. O. 50. Teilnahme ist hier offensichtlich nicht im technischen Sinne der §§ 47ff. StGB. gemeint. Das Gesetz hat, wenn es hier von Teilnahme spricht, eine wirtschaftliche Zugehörigkeit im Auge. Das darf allerdings nicht dazu führen, das Kartellmitglied schon deshalb für strafbar zu erachten, weil das Kartell als solches Handlungen der

bezeichneten Art vornimmt. Der Kartellbeschluß, der gegen die PreisSteigVO. verstößt, macht nur diejenigen Kartellmitglieder strafbar, die an dem Zustandekommen dieses Beschlusses beteiligt gewesen sind, oder sich ihm nach seinem Zustandekommen unterwerfen.

4. Alsberg a. a. O. 94. Die Teilnahme am Preissteigerungskomplott gemäß § 5 Ziffer 4 PreisSteigVO. enthält nicht schon in seinem Tatbestand die Delikte der vorangehenden drei Ziffern. Es ist deshalb durchaus möglich, daß Bestrafung desselben Täters wegen Teilnahme an einem Preissteigerungskomplott stattfindet, und daß ihm im Zusammenhang damit — in der Regel realkonkurrierend — Preiswucher gemäß § 5 Ziffer 1 PreisSteigVO. gegenüber seinen Kunden zum Vorwurf gemacht wird.

V. Nr. 5. Die Aufforderung und das Erbieten zu Wucherhandlungen.

1. Alsberg a. a. O. 50. Man kann davon ausgehen, daß vorliegend unter Anreizen nichts anderes verstanden ist, als das StGB. unter Anreizen versteht. Danach ist unter Anreizen eine dem Auffordern im wesentlichen gleichartige Tätigkeit zu verstehen, nur daß beim Anreizen die Tat, zu der der andere bestimmt werden soll, nicht ausdrücklich genannt wird. Mit der Strafandrohung gegen das Anreizen soll gerade die versteckte indirekte Einwirkung auf die Leidenschaften und Sinne getroffen werden. Ein Anreizen wird unter Umständen schon in Mitteilungen gefunden werden können, die dem Adressaten vor Augen führen und vor Augen führen sollen, daß er durch eine Zurückhaltung seiner Ware eine Steigerung der Marktpreise herbeiführen kann.

2. Alsberg a. a. O. 51. Als Täter kann unbedenklich auch derjenige in Betracht kommen, der einen zu teuer bewerteten Gegenstand für sich zu erwerben anstrebt. In dieser Beziehung kann insbesondere der Fall praktisch werden, daß ein Einkäufer durch Überbieten seiner Konkurrenz sich den vorzugsweisen Bezug einer bestimmten Ware zu sichern sucht.

§ 6.

(Zu vgl. Bd. 2, 192.)

1. RG. IV, Recht 16 345 Nr. 556. Da die VO. nicht anwendbar ist, soweit Höchstpreise festgesetzt sind und da dies für den Großhandel mit Kartoffeln zutrifft (Bek. v. 28. Oktober 1915, RGBl. 709), so kommt es für die Anwendbarkeit der VO. auf den Verkauf von Kartoffeln darauf an, ob Groß- oder Kleinhandel in Frage steht. Dabei kann aber ein Preisangebot, das sich auf eine Mengeeinheit bezieht, die nach § 9 Bek. v. 25. Oktober 1915 als Gegenstand des Großhandels gilt, doch so zu verstehen sein, daß die einheitliche Menge nur als Summe der Teilmengen, die an eine größere Anzahl von Käufern veräußert werden sollen, genannt ist; dann handelt es sich um eine Anzahl von Kleinhandelsgeschäften und § 5 der PreisSteigVO. findet Anwendung.

2. Menne, DStrZ. 16 165. Nach Auffassung der Reichsprüfst., der Preisprüfst. Berlin und anderer Preisprüfst. kommt es darauf an, ob für den betr. Handelszweig HP. bestehen, so daß z. B. die Festsetzung von HP. für Erzeuger und Kleinhandel die Bestrafung des Großhändlers nicht ausschließt, der an HP. nicht gebunden ist.

6. Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel. Vom 23. September 1915. (RGBl. 603.)

Wortlaut, Begründung und Erläuterungen in Bd. 2, 192.

1. Wassermann, JW. 16 1259. In welcher Form das Handelsgewerbe betrieben wird, spielt keine Rolle. Wem also in bestimmten Handelszweigen der Handel untersagt ist, der kann in diesen Zweigen auch nicht als Kommissionär, Makler oder Agent tätig sein. Dies ergibt sich durchaus einwandfrei, wenn man sich § 1 I HGB. vor Augen hält („Kaufmann im Sinne dieses Gesetzes ist, wer ein Handelsgewerbe betreibt") und sich vergegen-

wärtigt, daß gemäß Ziff. 6 und 7 dieser Bestimmung auch die oben erwähnten Tätigkeiten als Handelsgewerbe anzusehen sind.

Da nach der Rechtsprechung des RG. (JW. 1902, 42) der Handlungsgehilfe, Prokurist, Vorsteher einer AG. (GruchotsBeitr. 34 1213) keine Kaufleute im Sinne des § 1 HGB. sind, weil sie kein Handelsgewerbe betreiben, sondern in einem fremden Handelsgewerbe tätig sind, so enthält die Untersagung des Handelsbetriebs einerseits nicht das Verbot für einen selbständigen Kaufmann, der in solcher Stellung sich befindet, in einem fremden Handelsbetriebe als Angestellter tätig zu sein; andererseits kann sie, wenn sie sich an die Adresse eines Angestellten richtet, nur die Bedeutung haben, daß dem betreffenden Angestellten untersagt ist, den fraglichen Handelszweig nunmehr als selbständiger Gewerbetreibender aufzunehmen. Nicht ist dagegen dem Angestellten untersagt, in einem anderen Handelsbetrieb, wenn sich dieser auch auf die untersagten Zweige erstreckt, als Angestellter tätig zu sein. Ein anderes Ergebnis wäre widersinnig. Es würde den Angestellten vielfach jeglicher Möglichkeit des Erwerbs berauben. Dem Zweck des Gesetzes wird vollständig dadurch genügt, daß jeder Kaufmann, der einen solchen Angestellten in sein Geschäft aufnimmt, schon die nötigen Vorsichtsmaßregeln treffen wird, daß der Angestellte nunmehr auf dem Boden des Gesetzes verbleibt, da er sonst befürchten muß, daß ihm selbst der Handelsbetrieb untersagt wird.

2. Wassermann, JW. 16 1259. Auch juristischen Personen kann der Handelsbetrieb untersagt werden. Dies hat die Rechtsprechung zu § 35 GewO. ausdrücklich ausgesprochen, die unbedenklich herangezogen werden kann.

3. Wassermann, JW. 16 1260. Es fragt sich, ob sich auch derjenige strafbar macht, der mit einer Person, welcher der Handelsbetrieb untersagt ist, Geschäfte abschließt, die sie nur eingehen kann, wenn sie der Untersagung zuwiderhandelt. Der Umstand, daß § 5 ein sogenanntes „Sondervergehen" unter Strafe stellt, d. h. ein Vergehen, bei dem sich die zugrunde liegende Norm nur an bestimmte Personen richtet (hier an die Person, welcher der Handelsbetrieb untersagt ist), würde einer Bestrafung einer Teilnahmehandlung nicht unbedingt im Wege stehen. Die Bejahung der Frage ist indessen bedenklich, weil im Abschluß eines Geschäfts nicht eine — an sich mögliche — Teilnahme am verbotenen Betrieb gefunden werden kann. Nicht der Abschluß des einzelnen Geschäfts ist strafbar — wenn dies vereinzelt bleibt, ist es auch auf Seiten des Normadressaten nicht strafbar —, weil dann ja kein Handelsbetrieb vorliegt. Sondern der Handelsbetrieb ist strafbar und dazu leistet z. B. der Angestellte Beihilfe, der die Bücher führt, die Kundschaft besucht usw., nicht aber der Abnehmer oder der Lieferant desjenigen, dem der Handel untersagt ist.

4. Wassermann, JW. 16 1259. Die Untersagung des Handels mit Gegenständen des Kriegsbedarfs, insbesondere mit Häuten und Fellen entspricht nicht den Erfordernissen des Gesetzes. Es kann im vorliegenden Falle nicht von einer „Bezeichnung des Handelsbetriebs", ganz gewiß aber nicht von einer „genauen Bezeichnung des Handelsbetriebs" gesprochen werden.

5. Wassermann, JW. 16 1260. Dem Erfordernis des Gesetzes, daß die Tatsachen pflichtgemäß zu prüfen sind, dürfte nicht genügt sein, wenn der Polizeipräsident von Berlin ohne jede weitere Begründung „auf Anordnung des Generalkommandos" die Untersagung des Handelsbetriebs ausspricht.

6. Wassermann, JW. 16 1260. Die Untersagung trifft den Gewerbebetrieb in seiner Gesamtheit, und er darf daher nach der Untersagung auch im Umherziehen nicht ausgeübt und ein Wandergewerbeschein hierfür darf nicht ausgestellt werden, ebenso die Rechtsprechung zu § 35 GewO., Entsch. des PrOVG. v. 7. Nov. 1904 (Reger 26, 27, GArch. 4 426, Entsch. 46 355) und Entsch. des BayVGH. v. 7. Februar 1907 (Reger 27, 372). Auch die Ausübung im Marktverkehr ist unzulässig (vgl. Landmann-Rohmer, die Anm. 3 lit. b zu § 64).

7. Jacusiel, Berl. Tagebl. 1916 Nr. 563 HandZtg. Das mit einem im Sinne der VO. versehenen Kaufmann geschlossene Geschäft bleibt gültig.

7. Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung. Vom 25. September 1915 (RGBl. 607) mit den Aenderungen vom 4. November 1915 und 5. Juni 1916. (RGBl. 728, 439.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

I. Errichtung von Preisprüfungsstellen.

§ 1. Zur Schaffung von Unterlagen für die Preisregelung der Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs und zur Unterstützung der zuständigen Stellen bei der Überwachung des Verkehrs mit diesen Gegenständen werden Preisprüfungsstellen errichtet.

§ 2. Gemeinden mit mehr als zehntausend Einwohnern sind verpflichtet, andere Gemeinden sowie Kommunalverbände sind berechtigt, Preisprüfungsstellen zu errichten. Die Landeszentralbehörden können die Errichtung von Preisprüfungsstellen auch in Gemeinden, die nicht mehr als zehntausend Einwohner haben, anordnen. Die Errichtung einer Preisprüfungsstelle für den Kommunalverband entbindet die dem Kommunalverband angehörigen Gemeinden von der im Satz 1 bezeichneten Verpflichtung.

Kommunalverbände, Gemeinden und Gutsbezirke können sich zur gemeinsamen Errichtung einer Prüfungsstelle vereinigen.

Die Landeszentralbehörden sind befugt, Kommunalverbände, Gemeinden und Gutsbezirke zur gemeinsamen Errichtung einer Preisprüfungsstelle zusammenzuschließen.

§ 3. Die Preisprüfungsstellen bestehen aus einem Vorsitzenden und einer angemessenen Zahl von Mitgliedern.

Der Vorsitzende wird im Falle des § 2 Abs. 1 vom Vorstand der Gemeinde oder des Kommunalverbandes ernannt, im Falle des § 2 Abs. 2 von den Vorständen der beteiligten Kommunalverbände, Gemeinden und Gutsbezirke gewählt oder, sofern eine Einigung nicht erfolgt sowie im Falle des § 2 Abs. 3, von der höheren Verwaltungsbehörde ernannt. Der Vorsitzende bedarf der Bestätigung der höheren Verwaltungsbehörde, soweit er nicht von ihr ernannt oder Inhaber eines Staats- oder Gemeindeamts ist.

Für den Vorsitzenden können ein oder mehrere Stellvertreter berufen werden. Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

Die Mitglieder sind vom Vorstand der Gemeinde oder des Kommunalverbandes, in den Fällen des § 2 Abs. 2 und 3 von den Vorständen der beteiligten Kommunalverbände, Gemeinden und Gutsbezirke zu berufen, und zwar zur einen Hälfte aus dem Kreise der Warenerzeuger, der Großhändler und der Kleinhändler, zur anderen Hälfte aus unbeteiligten Sachverständigen und Verbrauchern.

Die näheren Bestimmungen über Zusammensetzung und Verfahren erlassen die Landeszentralbehörden; sie können bei schon bestehenden Einrichtungen, die den Preisprüfungsstellen entsprechen, bestimmen, daß in den Fällen des Abs. 4 die Berufung in einer anderen als der dort vorgeschriebenen Weise erfolgt.

§ 4. Die Preisprüfungsstellen haben die Aufgabe:

1. aus ihrer Kenntnis der Marktverhältnisse auf der Grundlage der Erzeugungs-, Verarbeitungs- und sonstigen Gestehungskosten die den örtlichen Verhältnissen angemessenen Preise zu ermitteln,
2. die zuständigen Stellen bei der Überwachung des Handels mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs sowie bei der Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Höchstpreise und über die Regelung des Verkehrs mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs zu unterstützen,

3. Gutachten über die Angemessenheit von Preisen für Gerichte und Verwaltungsbehörden abzugeben,
4. die zuständigen Stellen bei der Aufklärung der Bevölkerung über die Preisentwicklung und deren Ursachen zu unterstützen.

§ 5. Die Preisprüfungsstellen können bestimmen, daß, wer bestimmte Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs im Kleinhandel feilhält, verpflichtet ist, ein Verzeichnis in seinem Verkaufsraum oder an seinem Vertriebsstand anzubringen, aus dem der genaue Verkaufspreis der Waren im einzelnen sowie ein etwa vorgeschriebener Höchstpreis ersichtlich ist. Die Preisankündigung im Verzeichnis gilt als Preisforderung im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 1 der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 (RGBl. S. 467).

Die angekündigten Preise dürfen nicht überschritten werden. Die Abgabe der im Kleinverkauf üblichen Mengen an Verbraucher zu dem angekündigten Preise gegen Barzahlung darf nicht verweigert werden.

Die Preisprüfungsstellen erlassen die näheren Vorschriften. Sie sind befugt, Ausnahmen zu gestatten.

Die Bekanntmachung über den Aushang von Preisen in Verkaufsräumen des Kleinhandels vom 24. Juni 1915 (RGBl. S. 353) und die auf Grund dieser Bekanntmachung erlassenen Anordnungen bleiben unberührt.

§ 6. Die Preisprüfungsstellen sind befugt, mit anderen Preisprüfungsstellen in gegenseitigen Nachrichtenaustausch über Zufuhr, Bestand und Preise der Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs zu treten.

Sie sind ferner befugt, innerhalb ihres Bezirkes

1. von jedermann über alle Tatsachen Auskunft zu verlangen, die für die Preisbildung von Wichtigkeit sind, insbesondere über den Bestand, die Zufuhr und die Preise von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs Erhebungen anzustellen,
2. Räume, in denen Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs hergestellt, gelagert oder feilgehalten werden, zu betreten und daselbst Besichtigungen vorzunehmen,
3. mit Zustimmung der zuständigen Behörde die Vorlage von Schlußscheinen, Rechnungen, Frachtbriefen, Konnossementen, Lagerscheinen, Ladescheinen und sonstigen im Handelsverkehr üblichen Schriftstücken und Büchern, soweit sie sich auf den Ein- oder Verkauf von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs beziehen, zu fordern und darin Einsicht zu nehmen.

Die Befugnisse aus Abs. 2 können durch Beauftragte ausgeübt werden.

§ 7. Der Vorsitzende der Preisprüfungsstelle sowie dessen Stellvertreter sind befugt, Zeugen und Sachverständige, die im Bezirke der Preisprüfungsstelle wohnen oder sich aufhalten, eidlich zu vernehmen. Die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über den Zeugenbeweis und über den Beweis durch Sachverständige finden entsprechende Anwendung. Die Zeugen und Sachverständigen erhalten Gebühren nach Maßgabe der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige (RGBl. 1898 S. 689, 1914 S. 214). Über Beschwerden gegen die Entscheidungen des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

§ 8. Die Preisprüfungsstellen sind befugt, Preisprüfungsstellen, Gerichte und andere Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit um Vernehmungen von Zeugen und Sachverständigen zu ersuchen. Auf die von den Gerichten zu leistende Rechtshilfe finden die Vorschriften des 13. Titels des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechende Anwendung.

§ 9. Die Vorsitzenden, Stellvertreter, Mitglieder und Beauftragten der Preisprüfungsstellen sind, vorbehaltlich der dienstlichen Berichterstattung und der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten, verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäfts-

verhältnisse, welche durch die Ausübung ihrer Befugnisse zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu enthalten. Sie sind hierauf von der nach § 3 zu ihrer Berufung bestimmten Stelle zu vereidigen.

§ 10. Die Errichtung von Preisprüfungsstellen für größere Bezirke bleibt den Landeszentralbehörden überlassen.

Die §§ 6 bis 9 finden Anwendung.

§ 11. Für das Reichsgebiet wird eine Preisprüfungsstelle mit dem Sitze in Berlin errichtet. Sie besteht aus einem Vorstand und einem Beirat. Der Reichskanzler ernennt den Vorstand und die Mitglieder des Beirats; er führt die Aufsicht und erläßt die näheren Bestimmungen.

Der Preisprüfungsstelle für das Reich liegt ob:

1. den Reichskanzler in allen die Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs betreffenden Fragen, namentlich über die Preisverhältnisse, zu beraten,
2. soweit zur Erreichung dieses Zweckes erforderlich, mit den anderen Preisprüfungsstellen sowie mit den zur Bestimmung der Höchstpreise berufenen Stellen in Verbindung zu treten, deren Arbeitsergebnisse zu sammeln sowie überhaupt sich über Zufuhr, Bestand und Preise von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs im Reiche fortlaufend zu unterrichten,
3. wichtige Ergebnisse dieser ihrer Ermittlungen anderen Preisprüfungsstellen zugänglich zu machen.

Der Vorstand hat die im § 6 Abs. 2 Nr. 1 und § 8 bezeichneten Befugnisse. Auf ihn und die Mitglieder des Beirats findet § 9 Anwendung.

II. Versorgungsregelung.

Abschn. II. Fssg. v. 4. Nov. 1915, iKr. seit 5. Nov. 1915 (RGBl. 728), § 16 Abs. 2 eingefügt durch VO. v. 5. Juni 1916, iKr. seit 6. Juni 1916 (RGBl. 439).

§ 12. Zur Durchführung der Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs zu angemessenen Preisen können die Gemeinden mit Zustimmung der Landeszentralbehörden oder der von ihnen bestimmten Behörden

1. für die Erzeuger und Hersteller solcher Gegenstände sowie für die Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirkes Vorschriften hinsichtlich des Betriebs, insbesondere des Absatzes, des Erwerbes, der Preise und der Buchführung, erlassen,
2. unter Ausschluß des Handels und Gewerbes die Versorgung selbst übernehmen,
3. in Verträge über Lieferung solcher Gegenstände eintreten,
4. die ausschließliche Versorgung gemeinnützigen Einrichtungen oder bestimmten Handel- und Gewerbetreibenden übertragen und dabei über den Betrieb, insbesondere den Weiterverkauf und die Preise, Bestimmungen treffen,
5. Vorschriften zur Regelung des Verbrauchs erlassen.

§ 13. Mit Zustimmung der Landeszentralbehörden oder von ihnen bestimmten Behörden können die Gemeinden für ihre Bezirke anordnen,

1. daß, wer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs in Gewahrsam hat, die vorhandenen Mengen getrennt nach Arten und Eigentümern unter Nennung der letzteren binnen einer zu bestimmenden Frist anzeigt;
2. daß Handel- und Gewerbetreibende verpflichtet sind,
   a) binnen einer zu bestimmenden Frist Auskunft über die Verträge zu geben, kraft deren sie Lieferung von Gegenständen der von einer Maßnahme nach § 12 betroffenen Art verlangen können;

b) ihre Vorräte der Gemeinde auf Verlangen käuflich zu überlassen;
c) der Gemeinde die Benutzung der Betriebsmittel gegen Entgelt zu gestatten.

§ 14. Erfolgt die Überlassung ihrer Vorräte (§ 13 Nr. 2b) nicht freiwillig, so kann das Eigentum daran der Gemeinde durch Beschluß der zuständigen Behörde übertragen werden. Das Eigentum geht über, sobald der Beschluß dem Besitzer zugeht.

Der Übernahmepreis wird, falls eine Einigung mit dem Besitzer nicht zustandekommt, unter Berücksichtigung des Einkaufs-, Herstellungs- oder Erzeugungspreises und der Güte und Verwertbarkeit der Gegenstände von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Preisprüfungsstelle endgültig festgesetzt. Bestehende Höchstpreise dürfen dabei nicht überschritten werden.

Das nach der Vorschrift des § 13 Nr. 2c zu gewährende Entgelt wird im Streitfall von der höheren Verwaltungsbehörde endgültig festgesetzt.

§ 15. Die Befugnisse, die in diesem Abschnitt den Gemeinden übertragen sind, stehen auch Kommunalverbänden sowie Vereinigungen von Kommunalverbänden, Gemeinden und Gutsbezirken zu.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können Kommunalverbände, Gemeinden und Gutsbezirke zur Regelung der Versorgung mit bestimmten Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs anhalten; sie können sie ferner für die Zwecke der Versorgungsregelung vereinigen und ihnen die Befugnisse aus den §§ 12 bis 14 ganz oder teilweise übertragen.

Die Landeszentralbehörden können die Versorgung der Bevölkerung ihres Bezirkes oder eines Teiles ihres Bezirkes selbst regeln; die §§ 12 bis 14 finden entsprechende Anwendung.

Soweit nach Abs. 1 oder 2 die Versorgung für einen größeren Bezirk geregelt wird, ruhen die Befugnisse der zu dem Bezirke gehörenden Gemeinden und Kommunalverbände.

§ 15a. Die Landeszentralbehörden können anordnen, daß die in diesem Abschnitt den Gemeinden und Kommunalverbänden übertragenen Befugnisse anstatt durch die Gemeinden und Kommunalverbände durch deren Vorstand wahrgenommen werden.

§ 15b. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden sind befugt, für die Zwecke der Versorgungsregelung in bestimmten Bezirken Erzeuger und Hersteller von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs und Vereinigungen von ihnen zur Regelung des Absatzes und der Preise, Händler sowie Vereinigungen von ihnen zur Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der Preise, auch ohne ihre Zustimmung, zu Verbänden zu vereinigen.

Die Rechtsverhältnisse der Verbände werden durch die Satzung bestimmt.

Die Satzung wird von der Landeszentralbehörde oder der von ihr bestimmten Behörde erlassen. Die Verbände entstehen mit dem Erlasse der Satzung; sie sind rechtsfähig.

§ 16. Die Landeszentralbehörde hat vor Erteilung der Zustimmung zu einer Anordnung gemäß § 13 Nr. 2b oder vor Erlaß einer Anordnung gemäß § 13 Nr. 2b oder § 15b dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, im Interesse der Gesamtversorgung des Reichsgebiets Einspruch zu erheben. Macht der Reichskanzler von dieser Befugnis Gebrauch, so ist die Zustimmung zu versagen oder von Erlaß der Anordnung abzusehen.

Gleiches gilt für eine Anordnung gemäß § 1 Nr. 1, die ein Ausfuhrverbot oder eine Ausfuhrbeschränkung enthält, oder die in ihrer Wirkung einem Ausfuhrverbot oder einer Ausfuhrbeschränkung gleichkommen kann. Bestehende Anordnungen dieser Art sind dem Reichskanzler nachträglich vorzulegen und auf sein Verlangen

aufzuheben. Der Reichskanzler hat, bevor er das Verlangen stellt, mit der beteiligten Landesregierung sich ins Benehmen zu setzen.

III. Strafbestimmungen.

§ 17. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft:

1. wer die ihm nach § 6 Abs. 2 Nr. 1 obliegende Auskunft wissentlich unvollständig oder unrichtig erstattet oder den Vorschriften des § 6 Abs. 2 Nr. 2 und 3 zuwider den Eintritt in die Räume, die Besichtigung, die Vorlage der Geschäftsaufzeichnungen oder die Einsicht in sie verweigert;
2. wer den auf Grund des § 12 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt;
3. wer die ihm nach § 13 obliegende Anzeige oder Auskunft nicht innerhalb der gesetzten Frist erstattet oder wer wissentlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht;
4. wer den von den Landeszentralbehörden erlassenen Ausführungsvorschriften zuwiderhandelt.

§ 18. Wer der Vorschrift des § 9 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Verwertung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen sich nicht enthält, wird mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark oder mit Gefängnis zu drei Monaten bestraft; die Verfolgung tritt nur auf Antrag des Unternehmers ein.

§ 19. Wer den auf Grund des § 5 Abs. 1 und 3 erlassenen Vorschriften oder den Vorschriften des § 5 Abs. 2 zuwiderhandelt, wird, sofern nicht andere Vorschriften schwerere Strafen androhen, mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen bestraft.

IV. Schlußbestimmungen.

§ 20. Die Befugnisse gemäß § 6 Abs. 2, §§ 12 und 13 greifen nicht Platz gegenüber dem Reiche, den Bundesstaaten, Elsaß-Lothringen, Gemeinden und Kommunalverbänden, der Reichsgetreidestelle, der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. sowie den den Kriegsministerien oder dem Reichs-Marineamt unterstellten Gesellschaften, Verbänden und Abrechnungsstellen.

Die Überlassung der Vorräte (§ 13 Abs. 1 Nr. 2b) kann nicht verlangt werden, soweit die Vorräte zur Erfüllung von Verträgen mit den vorgenannten Stellen bestimmt sind.

§ 21. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Sie bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde, zuständige Behörde, Kommunalverband, Gemeinde, Vorstand des Kommunalverbandes und Gemeindevorstand im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 22. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den in dieser Verordnung begründeten Verpflichtungen zulassen.

§ 23. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [27. 9.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

8. Bekanntmachung, betr. den Übergang der Geschäfte der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise auf das Kriegsernährungsamt. Vom 1. September 1916. (RGBl. 997.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die durch § 11 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsreglung vom 25. September 1915 (RGBl.

S. 607) für das Reichsgebiet errichtete Preisprüfungsstelle wird aufgehoben. Ihre Aufgaben und Befugnisse gehen auf das Kriegsernährungsamt über.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem 1. September 1916 in Kraft.

Der Reichskanzler trifft die zur Überleitung erforderlichen Anordnungen.

Hierzu:

Preußische Ausführungsvorschriften.

1. Allgemeine Ausführungsvorschriften.

a) Vom 6. Oktober 1915, i. Fassg. vom 10. November 1915 (HMBl. 258, 364).

I.

Die durch den Krieg veranlaßte Verteuerung und Knappheit mancher Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs hat für weite Kreise zu einer Erschwerung der Lebenshaltung geführt, die Abhilfemaßnahmen erheischt. Die Verordnung sieht solche Maßnahmen nach zwei Richtungen hin vor. Zunächst sollen, um unmittelbar einer unberechtigten Preisverteuerung durch behördliche Einwirkung begegnen zu können, Preisprüfungsstellen errichtet werden, die die Unterlagen für die Preisregelung zu schaffen und die Behörden bei der Überwachung des Lebensmittelverkehrs zu unterstützen haben. Sodann gewährt sie, um die Verteilung der Lebensmittel zu angemessenen Preisen zu ermöglichen, den dazu berufenen Stellen weitgehende Machtvollkommenheiten. Die Preisprüfungsstellen haben ferner die Aufgabe, die Bevölkerung über unvermeidliche Preissteigerungen und Beschaffungsschwierigkeiten aufzuklären und die das Staatswohl schädigenden Meinungsgegensätze zwischen Erzeugern, Händlern und Verbrauchern zu überbrücken.

Zu den Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs im Sinne der Verordnung gehören in erster Linie die Lebensmittel, daneben aber auch andere Gegenstände, die zur Lebenshaltung benötigt werden, z. B. Heiz- und Leuchtmittel, Seife, Kleidungsstücke u. dgl. Andererseits umfaßt der Begriff in Abweichung von dem in verschiedenen Kriegsverordnungen des Bundesrats vorkommenden Begriffe: „Gegenstände des täglichen Bedarfs" nicht die Futtermittel.

II.

Gemäß § 21 der Verordnung wird zu deren Ausführung im einzelnen hiermit folgendes bestimmt:

Zu § 2. Kommunalverbände im Sinne der Verordnung sind die Landkreise.

Die Kommunalaufsichtsbehörden wollen auch ihrerseits prüfen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse, die gemeinsame Errichtung einer Preisprüfungsstelle durch Kreise, Gemeinden oder Gutsbezirke wünschenswert erscheinen lassen und danach die erforderlichen Verhandlungen einleiten.

Zu § 3. Bereits bestehende Lebensmittelausschüsse oder ähnliche Einrichtungen können die Aufgaben der Preisprüfungsstellen übernehmen, sofern sie den Vorschriften der Verordnung genügen oder ihnen angepaßt werden. Einer durch besondere Verhältnisse veranlaßten örtlichen und sachlichen Arbeitsteilung in Unterausschüsse, Kommissionen u. dgl. stehen keine Bedenken entgegen. Wenn in einer Gemeinde zur Berufung in die Preisprüfungsstelle geeignete Warenerzeuger oder Großhändler nicht vorhanden sind, so kann von der Berufung abgesehen werden, sofern die eine Hälfte der Mitglieder aus Kreisen entnommen wird, die für die Preisbildung auf Grund ihrer Mitwirkung beim Absatz der Ware besondere Sachkenntnis der Preisbildung besitzen.

Zu § 4. Die unter Nr. 4 vorgesehenen zuständigen Stellen sind insbesondere die Vorstände der Gemeinden und Kreise, welche die Preisprüfungsstellen errichtet haben.

Zu § 5. Wegen der auf Grund der Verordnung v. 24. Juni 1915 (RGBl. 353) erlassenen Anordnungen ergeht besondere Verfügung.

Zu § 6 Abs. 2. Nr. 3. Zuständige Behörden sind die Landräte und die Gemeindevorstände in Städten mit mehr als 10000 Einwohnern.

Zu § 12. → Geändert durch die Vfg. v. 10. Juni 1916, HMBl. 167 (unten 3b) ←
Die hier vorgesehene Zustimmung der Landeszentralbehörden übertragen wir den Regierungspräsidenten, für Berlin dem Oberpräsidenten, jedoch mit der Maßgabe, daß in den Fällen unter Nr. 2 und 4 diese Behörden verpflichtet sind, dem Minister für Handel und Gewerbe vor Erteilung der Zustimmung zu berichten. In diesem Bericht ist darzulegen, aus welchen Gründen dem Beschluß der Gemeinde zugestimmt werden soll. Trifft binnen 3 Tagen nach Absendung des Berichts keine andere Weisung bei der Behörde ein, so kann sie die Zustimmung erteilen.

Die gegenüber der früheren Fassung des § 12 vorgenommenen Abänderungen und Zusätze werden den Gemeinden die Durchführung ihrer Aufgaben bei Versorgung der Bevölkerung mit einzelnen Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs erleichtern.

Die Bestimmung unter Nr. 5 gibt die rechtliche Grundlage für die weitere Ausgestaltung der Verbrauchsregelung nach dem Vorbilde der Brotkarte.

Zu § 13. Die hier vorgesehene Zustimmung der Landeszentralbehörden übertragen wir den Regierungspräsidenten und für die Stadt Berlin dem Oberpräsidenten mit Ausnahme des unter Nr. 2b vorgesehenen Falles. In diesem Falle ist dem Minister für Handel und Gewerbe zu berichten. Abschrift der Berichte zu §§ 12 und 13 ist dem Minister des Innern einzureichen.

Zu den Gewerbetreibenden im Sinne dieser Verordnung gehören auch die Molkereien.

Zu § 14 Abs. 1. Zuständige Behörde ist in Stadtkreisen der Gemeindevorstand, in Landkreisen der Landrat.

Zu § 15. Die Ausführungsbestimmungen zu den §§ 12 und 13 finden sinngemäße Anwendung. Die Befugnis der Zentralbehörden aus Abs. 2 übertragen wir den Regierungspräsidenten, für Berlin dem Oberpräsidenten. Die zuständige Behörde aus § 14 Abs. 1 bestimmt der Regierungspräsident und, sofern die Stadt Berlin beteiligt ist, der Oberpräsident.

Zu § 15a. Die in Abschnitt II (Versorgungsregelung) den Gemeinden und Kommunalverbänden übertragenen Befugnisse können durch deren Vorstand ausgeübt werden.

Zu § 15b. Die durch die Satzung innerhalb der Verbände geschaffenen besonderen Rechtsverhältnisse sind nötigenfalls durch Festsetzung von Vertragsstrafen zu schützen. Die Befugnis der Landeszentralbehörden aus Abs. 3 übertragen wir den Regierungspräsidenten, für Berlin dem Oberpräsidenten.

b) Vom 19. Juli 1916 (HMBl. 233).

Auf Grund des Art. 1 der Bek. v. 6. d. Mts. (RGBl. 673) zur Ergänzung der BO. v. 25. Sept., 4. Nov. 1915 (RGBl. 607, 728) ermächtigen wir die Oberpräsidenten und die Regierungspräsidenten, die zur Versorgung der Bevölkerung ihrer Provinz oder ihres Regierungsbezirks bzw. von Teilen ihrer Provinz oder ihres Regierungsbezirks erforderlichen Anordnungen zu treffen. Soweit eine einheitliche Gestaltung der Vorschriften zweckmäßig und nach den örtlichen Verhältnissen durchführbar erscheint, wird künftig von dieser Befugnis Gebrauch zu machen sein.

Die Anordnungen der Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten können auch bestehende Anordnungen der Kommunalverbände außer Kraft setzen, um die vielfach dringend notwendige Vereinheitlichung der Bestimmungen über den Verkehr mit Lebensmitteln usw. herbeizuführen. In diesem Falle ist unter Anhörung der beteiligten Kommunalverbände zu prüfen, wieweit ein Bedürfnis für eine Sonderregelung besteht.

Anordnungen, welche unter den § 16 der BO. (ergänzt durch die BO. v. 5. Juni d. Js., RGBl. 439) fallen, sind entsprechend unserem Erlaß v. 10. Juni d. Js. (HMBl. 167) vor ihrer Veröffentlichung uns vorzulegen, es sei denn, daß es sich um Verkehrsbeschränkungen für Gegenstände handelt, für die eine Gemeinbewirtschaftung und Rationierung von Reichs wegen, wie z. B. bei Kartoffeln und Fleisch, vorgeschrieben ist und für die bisher schon Verkehrsbeschränkungen innerhalb Ihres Bezirkes bestanden haben, so daß es sich lediglich um eine Vereinheitlichung der Bestimmungen handelt

2. Über die Zusammensetzung der Prüfungsstellen.

a) Vom 6. November 1915 (HMBl. 363), betrifft die Heranziehung von Angehörigen der Heeresverwaltung auf Vorschlag der stellvertretenden Intendantur des stellvertretenden Generalkommandos.

b) Vom 20. März 1916 (HMBl. 80), betrifft die Berücksichtigung der Interessen des Kleinhandels durch Heranziehung von Vertretern des Kleinhandels nach Anhörung von Kleinhandelsorganisationen.

3. Über Ausfuhrverbote und Ausfuhrbeschränkungen.

a) Vom 18. Mai 1915 (HMBl. 155).

Die Anordnung der Gemeinden und Kommunalverbände auf Grund der §§ 12ff. a. a. O. sind an die Genehmigung Euer usw. gebunden. Wir ersuchen Sie [die Reg.-Pr.], solche Anordnungen nur in einem Umfange zuzulassen, welcher unter allen Umständen jede Beeinträchtigung der allgemeinen Lebensmittelversorgung ausschließt. Ausfuhrverbote für Gegenstände des täglichen Bedarfs, die nicht der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, werden hiernach allgemein untersagt werden müssen. Bei den von Reichs wegen bewirtschafteten Gegenständen wird durch die Zentralstellen ein Ausgleich zwischen den einzelnen Landesteilen herbeigeführt. Bei den von den Gemeinden oder Kommunalverbänden ihrerseits freiwillig in Gemeinbewirtschaftung übernommenen Gegenständen liegt dagegen jederzeit die Gefahr vor, daß Anordnungen, die ursprünglich gerechtfertigt gewesen sein mögen, infolge der Verschiebung der Marktverhältnisse sich zu einer ungerechtfertigten Absperrung des produzierenden Landesteils auswachsen. Sie wollen daher nicht nur feststellen, ob in Ihrem Bezirk etwa Ausfuhrbeschränkungen ohne Ihre Zustimmung erlassen sind, sondern auch die mit Ihrer Zustimmung erlassenen einer Nachprüfung unterziehen. Soweit die Gemeinden und Kommunalverbände, um den Preistreibereien bisher in ihrem Bezirke fremder Händler entgegenzuwirken, eine Regelung haben eintreten lassen, muß fortlaufend geprüft werden, ob nicht die so geschaffenen Verhältnisse zu Mißständen für die allgemeine Lebensmittelversorgung zu führen geeignet sind. Hierbei sind die Marktverhältnisse in den Hauptverbrauchszentren des Reichs und die bisherigen wirtschaftlichen Beziehungen Ihres Bezirks zu diesen Zentren zu berücksichtigen. Die besonderen Machtvollkommenheiten, die die Verordnung v. 25. Sept./4. Nov. 1915 den Gemeinden und Kommunalverbänden übertragen hat, sind lediglich dazu erteilt, die Gemeinden in die Lage zu versetzen, ungerechtfertigten Preistreibereien entgegenzutreten. Sie sind aber nicht dazu gegeben, um einzelnen Landesteilen während des Krieges eine wirtschaftlich günstigere Lage auf Kosten der übrigen zu sichern. Sollten trotzdem derartige Bestrebungen in einzelnen Gemeinden oder Kommunalverbänden sich geltend machen, so ist darauf hinzuweisen, daß das Reich gerade im Kriege seine Eigenschaft als einheitliches Wirtschaftsgebiet bewähren muß und daß unter den heutigen Verhältnissen niemand Anspruch auf eine auch nur annähernd den Friedensgewohnheiten entsprechende Versorgung erheben darf.

b) Vom 10. Juni 1916 (HMBl. 167).

Eure usw. ersuchen wir, unter Hinweis auf die Verordnung über Ausfuhrverbote vom 5. d. Mts. (RGBl. 439), uns bis zum 25. d. Mts. alle Anordnungen aus Ihrem Bezirk, die gemäß § 12 Nr. 1 der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung v. 25. Sept., 4. Nov. 1915 (RGBl. 607, 728) erlassen sind und die ein Ausfuhrverbot oder eine Ausfuhrbeschränkung enthalten, oder die in ihrer Wirkung einem Ausfuhrverbot oder einer Ausfuhreinschränkung gleichkommen können, in vier Abdrucken vorzulegen, und zwar zwei dem Handelsminister und je einen dem Minister des Innern und dem Minister für Landwirtschaft. In Ihrem Begleitbericht ist auszuführen, aus welchem Grunde die einzelnen Anordnungen aufrecht erhalten werden sollen. Wir verweisen wegen der für die Vorprüfung maßgebenden Grundsätze auf die Ausführungen in unserem Erlaß v. 18. v. Mts. (HMBl. 155).

Für künftig bestimmen wir in Abänderung unserer Ausführungsanweisung v. 10. Nov. v. Js. (HMBl. 364), daß alle Anordnungen gemäß § 12 Nr. 1 der Verordnung v. 25. Sept., 4. Nov. v. Js., die ein Ausfuhrverbot oder eine Ausfuhrbeschränkung enthalten, oder die in ihrer Wirkung einem Ausfuhrverbot oder einer Ausfuhrbeschränkung gleichkommen können, der Zustimmung der Landeszentralbehörde bedürfen. Sie sind daher dem Handelsminister mit Bericht in zweifacher Ausfertigung vorzulegen. Eine Abschrift der Anordnung und des Berichts ist dem Minister des Innern und dem Minister für Landwirtschaft einzureichen.

4. Bildung größerer Bezirke und Verbände.

a) Preisprüfungsstelle für Ostpreußen (Vfg. v. 2. Nov. 1915, HMBl. 369).

1. Gemäß § 10 Bek. v. 25. Sept. 1915 (RGBl. 607) wird für die Provinz Ostpreußen eine Provinzial-Preisprüfungsstelle mit dem Sitze in Königsberg errichtet.
2. Die Berufung der Mitglieder erfolgt durch den Oberpräsidenten, der den Vorsitzenden und einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende ernennt.

   Die Mitglieder der Provinzial-Preisprüfungsstelle erhalten Fahrkosten und Tagegelder nach den für die Mitglieder der Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen geltenden, soweit sie Beamte sind, nach den ihnen gemäß ihrer Dienststellung zustehenden Sätzen.
3. Der Provinzial-Preisprüfungsstelle liegt die gutachtliche Äußerung über die ihr von den zuständigen Behörden und Stellen unterbreiteten, die Preisbildung und die Versorgung mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs in der Provinz betreffenden Fragen ob. Auf ihre Befugnisse und die Dienstobliegenheiten ihrer Mitglieder finden die §§ 6 bis 9 der Bek. v. 25. Sept. 1915 (RGBl. 607) Anwendung.
4. Der Oberpräsident erläßt die Geschäftsordnung für die Provinzial-Preisprüfungsstelle.

b) Die Viehhandelsverbände.

a. Vfg. v. 19. Januar 1916 (LMBl. 33) mit der Änderung v. 3. Februar 1916 (LMBl. 55).

§ 1. Zur Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der Preise von lebendem Vieh wird für jede Provinz, für die Provinz Hessen-Nassau für jeden Regierungsbezirk ein rechtsfähiger Verband gebildet.

Der Oberpräsident in Potsdam ist befugt, die Provinz Brandenburg oder Teile von ihr mit der Stadt Berlin für die Durchführung dieser Anordnung zu einem besonderen Verbande zusammenzuschließen.

§ 2. Dem Verbande gehören an:

1. alle Viehhändler, die im Verbandsbezirk ihre gewerbliche Niederlassung und bereits vor dem 1. Juli 1914 Viehhandel im Hauptberuf betrieben haben. Falls sie binnen einer in der Satzung zu bestimmenden Frist dem Verbandsvorstande gegenüber die Erklärung abgeben, daß sie auf die Ausübung des Gewerbebetriebs verzichten, erlischt die Mitgliedschaft;
2. die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die den Handel oder den Kommissionshandelt mit Vieh betreiben und ihren Sitz im Verbandsbezirke haben.

Auf Antrag können Mitglieder des Verbandes werden:

3. Fleischer, die im Verbandsbezirke vom Landwirt oder Mäster Vieh kaufen wollen;
4. Viehhändler und landwirtschaftliche Genossenschaften, die, ohne im Verbandsbezirk eine gewerbliche Niederlassung oder ihren Sitz zu haben, im Verbandsbezirke Vieh kaufen oder Kommissionshandel mit Vieh betreiben wollen.
5. Viehhändler, die im Verbandsbezirk ihre gewerbliche Niederlassung haben, jedoch vor dem 1. Juli 1914 Viehhandel im Hauptberuf nicht betrieben haben.

6. Landwirtschaftliche Vereinigungen (Zuchtgenossenschaften, Zuchtviehverbände), die ihren Sitz im Verbandsbezirke haben.

§ 3. Der Ankauf von Vieh vom Landwirt oder Mäster zur Schlachtung,
der Ankauf von Vieh zum Weiterverkauf,
der kommissionsweise Handel mit Vieh

ist in den Verbandsbezirken außer dem Verbande selbst nur den Verbandsmitgliedern, die von dem Vorstand eine Ausweiskarte erhalten haben, gestattet.

Der nicht gewerbsmäßige Ankauf von Vieh vom Landwirt oder Mäster zur Schlachtung für den eigenen Bedarf, soweit er sich im örtlichen Verkehr ohne Versand auf der Eisenbahn abwickelt, bedingt nicht die Mitgliedschaft zum Verbande.

§ 4. Rinder, Schafe und Schweine werden auf Eisenbahnen, Kleinbahnen und Wasserstraßen zur Beförderung nur angenommen, wenn der Versender

entweder sich als Mitglied des für die Versandstelle gebildeten Verbandes ausweist,

oder eine Bescheinigung dieses Verbandes vorlegt, daß der Versand für dessen Rechnung erfolgt,

oder eine Bescheinigung der Polizeibehörde des Versandorts vorlegt, daß der Versand gestattet ist.

Die Ortspolizeibehörde darf diese Bescheinigung nur ausstellen, wenn es sich um einen Versand von Vieh aus einem landwirtschaftlichen Betrieb an einen anderen landwirtschaftlichen Betrieb handelt. Die Regierungspräsidenten sind befugt, auch in anderen Fällen aus wichtigen Gründen die Versendungserlaubnis zu erteilen.

§ 5. Als Vieh im Sinne dieser Anordnung gelten Rinder, Schafe und Schweine. Durch die Satzung kann der Handel mit Kälbern unter 150 kg und mit Ferkeln und Läuferschweinen im Gewicht unter 50 kg für das Stück von dieser Anordnung ausgeschlossen werden.

§ 6. Die Satzung des Verbandes wird von dem Oberpräsidenten, in den Regierungsbezirken Cassel und Wiesbaden vom Regierungspräsidenten erlassen.

§ 7. Wer entgegen der Vorschrift des § 3 dieser Anordnung unbefugt in einem Verbandsbezirke Vieh kauft, oder kommissionsweise Handel mit Vieh treibt, desgleichen

wer an eine nach dieser Vorschrift nicht berechtigte Person Vieh verkauft oder zum kommissionsweisen Verkauf abgibt, sowie

wer den sonstigen Vorschriften dieser Anordnung oder der nach § 6 erlassenen Satzung zuwider handelt, wird nach § 17 der Verordnung zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung v. 25. Sept. 1915 (RGBl. 607) mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

§ 8. Diese Anordnung tritt am 15. Februar 1916 in Kraft.

β. Vfg. vom 15. Februar 1916 (LMBl. 63).

§ 1. Die durch die Anordnung der Landeszentralbehörden v. 19. Januar 1916 gebildeten Provinzial- und Bezirksverbände zur Regelung der Beschaffung des Absatzes und der Preise von lebendem Vieh werden zu einem rechtsfähigen Gesamtverbande zusammengeschlossen. Auf der gleichen Rechtsgrundlage gebildete Viehhandelsverbände deutscher Bundesstaaten können in den Gesamtverband aufgenommen werden.

§ 2. Der Gesamtverband hat den Zweck, die Tätigkeit der ihm angeschlossenen Verbände bei der Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der Preise von lebendem Vieh (Rindvieh, Schafen und Schweinen) zu überwachen.

Er ist insbesondere befugt:

1. Richtlinien für die satzungsmäßige Tätigkeit der ihm angeschlossenen Verbände aufzustellen,
2. die ihm angeschlossenen Verbände zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen.

Die angeschlossenen Verbände sind verpflichtet, den Anordnungen des Gesamtverbandes Folge zu leisten.

§ 3. Die Satzung des Gesamtverbandes wird von den Landeszentralbehörden erlassen.

§ 4. Diese Anordnung tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

(Muster gemäß Vfg. vom 4. Oktober 1916, LMBl. 260).

Satzung

für den Viehhandelsverband (Geschäftsabteilung der Provinzialfleischstelle in .....).

§ 1. Zur Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der Preise von lebendem Vieh (Rindern, Kälbern, Schafen und Schweinen) ist auf Grund der Verordnung des Bundesrats zur Ergänzung der Bek. über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und der Versorgungsregelung v. 25. Sept. 1915 (RGBl. 607 und v. 4. Nov. 1915 (RGBl. 728), sowie der Bek. über Fleischversorgung v. 27. März 1916 (RGBl. 199) für den Umfang ..... ein Verband gebildet.

Der Verband führt den Namen ..... Viehhandelsverband; er ist rechtsfähig und hat seinen Sitz in der Stadt .....

§ 2. Der Verband bildet nach § 3 Abs. 2 der Verordnung v. 22. August 1916 die Geschäftsabteilung der Provinzialfleischstelle; er hat nach § 2 Abs. 3 der Anordnung der Landeszentral-Behörden v. 15. Februar 1916 den Anordnungen des Landesfleischamts (Zentral-Viehhandelsverband) Folge zu leisten.

§ 3. Der Verband verfolgt nur gemeinnützige Zwecke.

§ 4. Aufgabe des Verbandes ist die Überwachung und Regelung der Beschaffung des Absatzes von Schlacht-, Zucht- und Nutzvieh im Verbandsbezirk.

Zur Beschaffung gehören auch Maßnahmen zur Hebung und Wiederherstellung der Viehzucht und Viehhaltung. Solche Maßnahmen müssen jedoch durch Vermittlung der Landwirtschaftskammern oder im Einverständnis mit denselben getroffen werden.

Im einzelnen kann der Verband

a) Bestimmungen über den An- und Verkauf von Schlachtvieh, Zucht- und Nutzvieh treffen, insbesondere bestimmen, daß lebendes Vieh nur an den Verband oder zu dessen Verfügung zu verkaufen oder zu liefern ist;

b) die Preise, wie die beim Ankauf und Verkauf zulässigen Aufschläge zu diesen Preisen festsetzen;

c) den Ankauf und Verkauf von lebendem Vieh für eigene Rechnung oder kommissionsweise übernehmen;

d) die Höhe der von ihm in Anspruch zu nehmenden Vergütungen und Aufschläge beim An- und Verkauf von Vieh bestimmen;

e) von jedem, den Bestimmungen der Satzungen unterliegenden Ankaufe von Zucht- und Nutzvieh im Verbandsbezirk eine Abgabe bis zu ½ von 100 des Rechnungsbetrages, beim Kommissionshandel mit Vieh bis zu ½ von 100 des dem Verkäufer zustehenden Rechnungsbetrages von den Mitgliedern des Verbandes erheben;

f) in bestehende Vieh-Lieferungsverträge eintreten;

g) Versicherungen für solche Schäden übernehmen, die durch die Haftung für Hauptmängel, durch Eintreten anderer Mängel oder durch Transporte u. dgl., entstehen.

§ 5. Mitglieder des Verbandes sind: alle Viehhändler, landwirtschaftliche Genossenschaften und Vereinigungen und Fleischer, die am 1. Sept. 1916 Mitglieder des Verbandes und im Besitze der Ausweiskarte gewesen und noch sind.

§ 6. Auf Antrag können Mitglieder des Verbandes werden:

1. Viehhändler, die im Verbandsbezirk ihre gewerbliche Niederlassung haben;
2. Viehhändler und landwirtschaftliche Genossenschaften, die, ohne im Verbandsbezirke eine gewerbliche Niederlassung oder ihren Sitz zu haben, im Verbandsbezirk Vieh kaufen oder Kommissionshandel mit Vieh betreiben wollen;
3. Fleischer, die im Verbandsbezirke Vieh vom Landwirt oder Mäster zur Schlachtung für das eigene Geschäft kaufen wollen;

4. landwirtschaftliche Vereinigungen (Zuchtgenossenschaften, Zuchtverbände), Einrichtungen der Landwirtschaftskammer und Genossenschaften, die ihren Sitz im Verbandsbezirke haben.

§ 7. Die Mitglieder des Verbandes erhalten vom Vorstande eine Ausweiskarte. Genossenschaften und Vereinigungen im Sinne des § 6 erhalten für die von ihnen bezeichneten Personen Ausweiskarten. Sofern für eine Genossenschaft mehrere Personen Ausweiskarten erhalten sollen, sind neben der Hauptausweiskarte für den Hauptvertreter Nebenkarten auf die übrigen Personen auszustellen. Händler, die Aufkäufer beschäftigen, haben für diese auf den Namen lautende Nebenkarten zu beantragen.

Die Ausweiskarten sind von den Verbandsmitgliedern bei jedem ihnen nach § 9 vorbehaltenen Viehhandelsgeschäft ohne Aufforderung vorzulegen.

§ 8. Die Erteilung von Ausweiskarten kann aus wichtigen Gründen versagt werden. Über die Erteilung entscheidet der Vorstand.

Der Vorstand kann einem Mitgliede die Ausweiskarte (§ 5) entziehen, wenn Gründe vorliegen, die seine Unzuverlässigkeit ergeben oder wenn das Mitglied den Bestimmungen dieser Satzung oder den nach § 4 erlassenen Anordnungen des Vorstandes zuwiderhandelt.

Die Ausweiskarte kann außerdem vom Vorstande zurückgenommen werden, wenn sich nachträglich Umstände ergeben, welche die Versagung der Erlaubnis rechtfertigen würden. Im Falle der Zurücknahme der Ausweiskarte kann den Beteiligten die gezahlte Gebühr zurückerstattet werden.

Mit der Entziehung oder Zurücknahme der Ausweiskarte verliert das Mitglied das Recht zum Handel mit Vieh im Verbandsbezirk.

Über Beschwerden wegen Versagung, Entziehung oder Zurücknahme von Ausweiskarten entscheidet der $\frac{\text{Oberpräsident}}{\text{Regierungspräsident}}$ endgültig.

Wird einem Mitgliede die Ausweiskarte entzogen oder wird sie zurückgenommen, so werden damit gleichzeitig die für seine Aufkäufer ausgestellten Nebenkarten ungültig.

Die Entziehung der Karte kann in den für die Bekanntmachungen des Vorstandes bestimmten Blättern in den Kreisblättern der Kreise, wo das bisherige Mitglied tätig gewesen ist, auf Kosten des Mitgliedes veröffentlicht werden.

Für die Ausstellung der Ausweiskarte ist an den Verband eine Gebühr zu zahlen, die nach Beschluß des Vorstandes eine einmalige oder jährliche sein kann. Die Gebühren werden vom Vorstand unter Zustimmung der Provinzialfleischstelle festgesetzt.

Der Vorstand ist befugt, Mitgliedern auf ihren Antrag den Austritt zu gestatten und über die ganze oder teilweise Rückzahlung der Mitgliedskartengebühren (Abs. 9) Bestimmungen zu treffen.

§ 9. Der Ankauf von Vieh beim Landwirt oder Mäster zur Schlachtung und zum Weiterverkauf sowie der kommissionsweise Handel mit Vieh im Verbandsbezirk ist außer dem Verbande selbst nur den Verbandsmitgliedern, die von dem Vorstande eine Ausweiskarte erhalten haben, gestattet.

Die Ausweiskarte gibt keinen Anspruch auf die Ausübung des Handels, falls der Verband oder mit Zustimmung der Provinzialfleischstelle die Kommunalverbände mit Rücksicht auf die nach § 9 der Bundesratsverordnung über die Fleischversorgung vom 27. März 1915 (RGBl.) erforderlich werdenden Umlagen einschränkende Anordnungen getroffen haben.

Der nicht gewerbsmäßige Ankauf von Vieh bei dem Landwirt oder Mäster für den eigenen Bedarf, soweit er sich im örtlichen Verkehr ohne Versand auf der Eisenbahn abwickelt, hat nicht die Mitgliedschaft beim Verbande zur Voraussetzung *).

---

*) Für den Fall eines nicht gewerbsmäßigen Ankaufs von Vieh durch einen Landwirt bei einem Landwirt ist zu einem Transport auf der Eisenbahn eine Bescheinigung der Polizeibehörde des Versandortes erforderlich, daß der Versand gestattet ist. Nach der Anordnung der zuständigen Herren Ressortminister vom 19. Januar 1916 — I A I e 613 —

Der Vorstand kann bestimmen, daß es zum ausschließlichen Handel mit Ferkeln und Läuferschweinen im Gewicht unter 30 kg für das Stück der Lösung einer Ausweiskarte nicht bedarf.

§ 10. Organ des Verbandes ist der Vorstand.

Mit Zustimmung des Oberpräsidenten / Regierungspräsidenten kann als zweites Organ ein Beirat gebildet werden.

§ 11. Der Vorstand führt die Geschäfte des Verbandes unter Leitung des Vorsitzenden. Der Vorstand erläßt die nach § 4 erforderlichen Anordnungen. Die von dem Vorstande nach § 11 Abs. 2 der bisherigen Satzung erlassenen Anordnungen bleiben in Kraft.

§ 12. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und mindestens 6 Mitgliedern.

Für den Vorsitzenden werden ein oder mehrere Stellvertreter ernannt. Für die Mitglieder werden gleichfalls Stellvertreter bestellt.

Der Vorsitzende, die Stellvertreter des Vorsitzenden, die Mitglieder und deren Stellvertreter ernennt auf Widerruf der Oberpräsident. / Regierungspräsident. Von den Mitgliedern werden mindestens zwei von den Handelskammern aus der Zahl der in der Provinz / Reg.-Bez. ..... ansässigen Viehhändler und mindestens zwei von der Landwirtschaftskammer vorgeschlagen. Das gleiche gilt für die stellvertretenden Mitglieder.

Der Vorsitzende, die Mitglieder und die Stellvertreter der Mitglieder sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten Ersatz ihrer Barauslagen oder an deren Stelle Pauschsätze.

Der Vorstand tritt auf Berufung des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters zusammen. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter mindestens zwei Mitglieder oder deren Stellvertreter anwesend sind.

Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters den Ausschlag.

Der Vorstand weist sich aus durch eine Bescheinigung des Oberpräsidenten der Provinz über seine Zusammensetzung.

Der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter führt die laufenden Geschäfte des Vorstandes. Er vertritt den Vorstand nach außen, verhandelt in dessen Namen mit Behörden und Privatpersonen, führt den Schriftwechsel und zeichnet alle Schriftstücke im Namen des Vorstandes. Er kann in den laufenden Geschäften einen Angestellten mit der Zeichnung von Schriftstücken beauftragen; aus dessen Zeichnung muß das Auftragsverhältnis und seine Stellung ersichtlich sein.

Urkunden und Rechtsgeschäfte, welche den Verband gegen Dritte verbinden sollen, ebenso Vollmachten müssen vom Vorsitzenden oder einem seiner Stellvertreter und einem Mitgliede des Vorstandes unterzeichnet sein.

§ 13. (Gilt nur, wenn ein Beirat nach § 10 gebildet wird.)

Der Beirat besteht aus mindestens sechs Mitgliedern. Die Mitglieder werden vom Oberpräsidenten / Regierungspräsidenten ernannt, und zwar je zwei auf Vorschlag der Handelskammern und Landwirtschaftskammer.

Der Beirat wird vom Vorstande nach Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich berufen; es ist ihm ein Jahresbericht und der Geschäftsabschluß vorzulegen.

§ 14. Die Einnahmen des Verbandes müssen nach Deckung der Verwaltungskosten, zu denen auch die Kosten der Geschäftsführung der Provinzialfleischstelle / Bez.-Fleischstelle gehören, und nach

---

soll die Ortspolizeibehörde diese Bescheinigung in der Regel ausstellen, wenn es sich um einen Versand von Vieh aus einem landwirtschaftlichen Betriebe an einen anderen landwirtschaftlichen Betrieb handelt.

Abzug der vom Landesfleischamt vorgeschriebenen Rücklagen zur Hebung und Wiederherstellung der Viehzucht und Viehhaltung (§ 4 Abs. 2) Verwendung finden.

Dem Landesfleischamt (Zentral-Viehhandelsverband) ist zu dem gleichen Zwecke, namentlich für Verbände, die in Ermangelung eigener Mittel an der Erfüllung dieser Aufgaben zurückstehen müssen, von dem bei Jahresabschluß sich ergebenden bilanzmäßigen Umsatz bis zu eins vom Tausend zu überweisen. Die Höhe der Sätze wird vom Landesfleischamt nach Anhörung der Verbandsvorsitzenden festgesetzt.

§ 15. Der Vorstand ist nach den von dem Landesfleischamt aufgestellten Richtlinien befugt, zur Förderung der Viehzucht im Einvernehmen mit der Provinzialfleischstelle einmalige Aufwendungen zu machen und Darlehen zu gewähren.

Er bedarf hierzu der Genehmigung des Oberpräsidenten. Sofern die Zuwendungen und Darlehen den Betrag von 50000 M. übersteigen, ist dem Landesfleischamt von der Bewilligung Kenntnis zu geben.

§ 16. Das Geschäftsjahr des Verbandes ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr umfaßt die Zeit bis zum 31. Dezember 1916.

§ 17. Der Vorstand hat binnen zwei Monaten nach Beendigung eines jeden Geschäftsjahres die Jahresrechnung aufzustellen. Die Prüfung und Abnahme erfolgt durch das Landesfleischamt (Zentral-Viehhandelsverband).

§ 18. Zu Änderungen dieser Satzung ist nach Anhörung des Vorstandes der $\frac{\text{Oberpräsident}}{\text{Regierungspräsident}}$ der Provinz unter Zustimmung des Landesfleischamts befugt.

§ 19. Die Bekanntmachungen des Vorstandes erfolgen in den Bezirksamtsblättern des Verbandsbezirks und in dem Amtsblatt der Landwirtschaftskammer.

§ 20. Der Verband wird durch Anordnung der Landeszentralbehörden aufgelöst. Die Liquidation und Legung der Schlußrechnung erfolgt durch den Vorstand, die Prüfung der Schlußrechnung durch den $\frac{\text{Oberpräsidenten}}{\text{Regierungspräsidenten}}$.

Über die Verwendung eines nach Deckung der Verbindlichkeiten etwa sich ergebenden Überschusses beschließt nach Anhörung der $\frac{\text{Provinzial}}{\text{Bezirks}}$ fleischstelle zu Zwecken der Förderung der Viehzucht und Viehhaltung der Oberpräsident der Provinz.

5. Verkehr mit Marmeladen.

(Vfg. vom 29. Dezember 1915, HMBl. 16, 3.)

Auf Grund der §§ 12 und 15 der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung v. 25. Sept./4. Nov. 1915 (RGBl. 607 und 728ff.) bestimme ich:

I. Marmeladen dürfen zum Verkaufe nur feilgeboten werden, wenn sie in einer für den Käufer leicht erkennbaren Weise einen Vermerk auf der Verpackung tragen, aus der sich ergibt, welche Sorte (I—V der Bek. des Herrn Reichskanzlers v. 14. Dezember 1915, RGBl. 817) den Inhalt der Verpackung bildet. Ferner muß auf der Verpackung in leicht erkennbarer Weise das Gewicht angegeben sein, und zwar entsprechend den Festsetzungen des Herrn Reichskanzlers in der Bek. v. 14. Dezember 1915 unter II bei Verpackungen in Fässern oder in sonstigen Gefäßen über 15 kg das Reingewicht (Nettogewicht), bei anderen Verpackungen das Rohgewicht (Brutto für Netto).

II. Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung v. 25. September 1915 (RGBl. 607ff.) bestraft.

III. Diese Anordnung tritt am 15. Januar 1916 in Kraft.

Literatur.

Bitzdamm, Die Preisprüfungsstellen im Rahmen der Kriegswirtschaft, RuWirtsch. 16 212.

DJZ. 16 905, GesuRecht 17 618 (KG. FS.). Das Verbot der Abgabeverweigerung bezweckt eine tunlichst gleichmäßige Befriedigung der Verbraucher aus den z. Z. knappen Vorräten des notwendigen Lebensbedarfs. Es will verhindern, daß die Händler ihre guten Geschäftskunden vor anderen bevorzugen, indem sie für jene die Waren zurücklegen und ihnen die Mühe des Einkaufs unter einer großen Menge von Verbrauchern ersparen. Eine solche Bevorzugung soll vermieden werden; daher wird nicht die Verweigerung des Kaufabschlusses über die Gegenstände verboten, sondern die der Abgabe von Waren. Nicht der Kaufvertrag, sondern die Übergabe, der dingliche Teil des Geschäfts, fällt unter die Vorschrift. Deshalb kommt es nicht darauf an, ob ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Händler und seinen alten Geschäftskunden vorliegt, vielmehr, ob die Übergabe der Ware an die Kunden bereits erfolgt ist oder nicht. Solange die Gegenstände sich noch in dem Geschäftsbetrieb des Händlers befinden, unterliegen sie der Best. im § 5 Abs. 2. Ein Vertrag, durch den er sich zur käuflichen Übergabe der Ware an bestimmte Personen verpflichtet hat, entbindet den Händler nicht von der öffentlich-rechtlichen Verpflichtung der Abgabe an den Verbraucher. Gerät er durch die Erfüllung dieser Verpflichtung außerstand, das Abkommen mit seinen Geschäftskunden einzuhalten, so hat er die zivilrechtlichen Folgen zu tragen; keinesfalls kann er sich der ihm nach der Bek. v. 26. Sept. 1915 obliegenden Verpflichtung durch einen Hinweis auf einen abgeschlossenen Kaufvertrag entziehen. Nimmt er dies irrtümlich an, so irrt er über das Strafgesetz.

9. Verordnung des Reichskanzlers über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels. Vom 24. Juni 1916 (RGBl. 581) mit der Änderung vom 29. Juli 1916. (RGBl. 861.)

Auf Grund der Bekanntmachung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (RGBl. S. 401) wird folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Der Handel mit Lebens- und Futtermitteln ist vom 1. August 1916 ab nur solchen Personen gestattet, denen eine Erlaubnis zum Betriebe dieses Handels erteilt worden ist. Dies gilt auch für Personen, die bereits vor diesem Zeitpunkt Handel mit Lebens- oder Futtermitteln getrieben haben.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf

1. den Verkauf selbstgewonnener Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht, der Jagd und Fischerei;
2. Kleinhandelsbetriebe, in denen Lebens- oder Futtermittel nur unmittelbar an Verbraucher abgesetzt werden;
3. Personen, die nach anderen während des Krieges erlassenen Vorschriften bereits eine Erlaubnis zum Handel mit Lebens- oder Futtermitteln erhalten haben, in den Grenzen der erteilten Erlaubnis;
4. Behörden und andere Stellen, denen amtlich die Beschaffung und Verteilung von Lebens- und Futtermitteln übertragen ist, auf letztere in den Grenzen der Übertragung.

§ 2. Als Lebens- und Futtermittel im Sinne dieser Verordnung gelten auch Erzeugnisse, aus denen Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden.

§ 3. Die Erlaubnis wird auf Antrag erteilt. Sie kann zeitlich, örtlich und sachlich begrenzt werden. Wird sie örtlich unbegrenzt erteilt, so wirkt sie für das Reichsgebiet. Vorschriften, nach denen die Ausübung des Handels mit bestimmten Lebens- oder Futtermitteln in einzelnen Teilen des Reichs anderweitigen Beschränkungen unterliegt, bleiben unberührt.

Sie kann versagt werden, wenn Bedenken volkswirtschaftlicher Art oder per-

sönliche oder sonstige Gründe der Erteilung entgegenstehen, oder wenn der Antragsteller vor dem 1. August 1914 mit Lebens- oder Futtermitteln nicht gehandelt hat.

§ 4. Die Erlaubnis kann von der Stelle, die zu ihrer Erteilung zuständig ist, zurückgenommen werden, wenn sich nachträglich Umstände ergeben, die die Versagung der Erlaubnis rechtfertigen würden.

In den Fällen des § 1 Abs. 2 Nr. 2 und 3 kann der Handel in solchen Fällen untersagt werden.

§ 5. Gegen die Versagung und die Zurücknahme der Erlaubnis sowie gegen die Untersagung des Handels ist nur Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 6. Zur Erteilung und Entziehung der Erlaubnis sowie zur Untersagung des Handels sind durch die Landeszentralbehörden besondere Stellen zu errichten, denen Vertreter des Handels angehören müssen. Den Vorsitz hat ein Beamter zu führen. Vor der Bestellung der Vertreter des Handels sollen die amtlichen Handelsvertretungen gehört werden.

Die Landeszentralbehörden bestimmen, welche Behörden zur Entscheidung über die Beschwerde zuständig sind.

Ist der Vorsitzende der zunächst entscheidenden Stelle mit der Entscheidung nicht einverstanden, so kann er die Entscheidung der Beschwerdebehörde herbeiführen. Die zur Entscheidung berufenen Stellen und Behörden können die Vorlegung der Handelsbücher sowie anderer Beweismittel über die geschäftliche Tätigkeit des Antragstellers verlangen.

Die Landeszentralbehörden bestimmen das Nähere über die Zusammensetzung der Stellen und das Verfahren.

§ 7. Örtlich zuständig zur Entscheidung ist die Stelle, in deren Bezirk die Hauptniederlassung des Handelsbetriebs, der gegründet werden soll, liegt. Fehlt es an einer inländischen Hauptniederlassung, so bestimmt die Landeszentralbehörde des Bundesstaats, in dem der Handel betrieben wird, oder betrieben werden soll, die zuständige Stelle.

§ 8. Wird die Erlaubnis versagt oder zurückgenommen, oder wird der Handel untersagt, so hat der Kommunalverband, in dessen Bezirk sich die Hauptniederlassung und in Ermangelung einer inländischen Hauptniederlassung eine Zweigniederlassung befindet, die Vorräte an Lebens- und Futtermitteln zu übernehmen und auf Rechnung und Kosten des Händlers zu verwerten. Ist Beschwerde (§ 5) eingelegt, so ist mit der Übernahme nach Möglichkeit bis zur Entscheidung über die Beschwerde zu warten.

Über Streitigkeiten, die sich aus der Übernahme und Verwertung zwischen den Beteiligten ergeben, entscheidet endgültig die von den Landeszentralbehörden bestimmte Behörde.

Die Landeszentralbehörden können die dem Kommunalverbande nach Abs. 1 obliegende Verpflichtung auf eine andere Stelle übertragen.

§ 9. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer ohne die erforderliche Erlaubnis oder entgegen einer nach § 4 Abs. 2 erfolgten Untersagung mit Lebens- oder Futtermitteln Handel treibt.

§ 10. Auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen finden die Vorschriften in den §§ 1 bis 9 keine Anwendung.

Der Wandergewerbeschein, die Legitimationskarte und dergleichen (Titel II und III der Reichsgewerbeordnung) sind aber zu entziehen oder zu versagen, wenn bei demjenigen, für den sie beantragt oder erteilt sind, Umstände vorliegen, welche die Versagung der Erlaubnis nach § 3 Abs. 2 rechtfertigen würden.

§ 11. Wer den Preis für Lebens- oder Futtermittel durch unlautere Machen-

schaften, insbesondere Kettenhandel, steigert, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 12. Es ist verboten, in periodischen Druckschriften oder in sonstigen Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind,

1. ohne vorherige Genehmigung der Polizeibehörde des Ortes der gewerblichen Niederlassung oder, in Ermangelung einer solchen, des Wohnorts des Anzeigenden sich zum Erwerbe von Lebens- oder Futtermitteln zu erbieten oder zur Abgabe von Preisangeboten auf sie aufzufordern;
2. bei Ankündigungen über Erwerb oder Veräußerung von Lebens- oder Futtermitteln oder über die Vermittlung solcher Geschäfte Angaben zu machen, die geeignet sind, einen Irrtum über die geschäftlichen Verhältnisse des Anzeigenden oder die Menge der ihm zur Verfügung stehenden Vorräte und über den Anlaß oder Zweck des Ankaufs, Verkaufs oder der Vermittlung zu erwecken.

Das Verbot im Abs. 1 Nr. 1 findet keine Anwendung auf Behörden. Die Landeszentralbehörden können die Erteilung der Genehmigung einer anderen Behörde als der Ortspolizeibehörde übertragen.

Die Verleger periodisch erscheinender Druckschriften sind verpflichtet, die Unterlagen für die erscheinenden Anzeigen über Lebens- und Futtermittel auf die Dauer von mindestens drei Monaten vom Tage des Erscheinens ab aufzubewahren. Eine Prüfungspflicht dahin, ob die Anzeigen dem Verbot im Abs. 1 zuwiderlaufen, liegt den Verlegern sowie den bei der Herstellung und Verbreitung der Druckschriften tätigen Personen nicht ob.

§ 13. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den Vorschriften im § 12 Abs. 1, Abs. 3 Satz 1 zuwiderhandelt.

Werden in den Fällen des § 12 Abs. 1 Nr. 2 die Angaben in einem geschäftlichen Betriebe von einem Angestellten oder Beauftragten gemacht, so ist der Inhaber oder Leiter des Betriebs neben dem Angestellten oder Beauftragten strafbar, wenn die Handlung mit seinem Wissen geschah.

§ 13a. Personen, die den Antrag auf Erteilung der Erlaubnis zur Fortführung ihres Handels mit Lebens- und Futtermitteln vor dem 1. August 1916 gestellt haben, auf ihren Antrag aber noch nicht beschieden sind, dürfen bis zur Entscheidung über ihren Antrag spätestens jedoch bis zum 1. September 1916 den Handel ohne die im § 1 vorgeschriebene Erlaubnis weiter betreiben.

§ 14. Die Verordnung tritt mit dem 28. Juni 1916 in Kraft.

Begründung. (D. R. IX 10.)

Maßgebend waren folgende Erwägungen: Der Kettenhandel verschiebt die Ware von Hand zu Hand. Er hält sie zeitweise dem Verbrauche vor und treibt ihren Preis in die Höhe ohne Rücksicht auf die Gestehungskosten, den vielleicht im Augenblick vorliegenden Bedarf und die Verderblichkeit der Ware nur zur Erzielung eines müheloſen Gewinns. Besonders lebhaft hat er sich auf dem Gebiete des Lebens- und Futtermittelhandels betätigt. Die große Zahl der täglichen Anzeigen, in denen Preisangebote gefordert und Lebensmittel in oft erstaunlichen Mengen zu Höchstpreisen angeboten werden, gab allein schon einen Blick in dem Unfang dieses Schiebehandels. Personen, die sich früher nie mit dem Handel befaßt haben, Firmen, die sich früher ganz anderen Handelszweigen widmeten, hatten sich auf dieses Geschäft gestürzt. Bei dem großen volkswirtschaftlichen Schaden, den der Kettenhandel zeitigt, bei der Erbitterung, die er auslösen muß, bei dem unverantwortlich hohen Gewinn, den er erzielt, waren einschneidende Maßnahmen geboten. Demgemäß ist der Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 1. September 1916 ab nur mit ausdrücklicher Genehmigung zulässig. Die

Erlaubnis kann aus allgemeinen, volkswirtschaftlichen wie aus persönlichen und aus anderen Gründen versagt werden. Ausgenommen von der Genehmigungspflicht sind die Land- und Forstwirte, Obst- und Viehzüchter, Jäger und Fischer, Kleinhandelsbetriebe, welche Lebens- und Futtermittel unmittelbar an Verbraucher absetzen, ferner Behörden und Kriegsgesellschaften sowie Personen, denen auf Grund anderweitiger kriegsrechtlicher Bestimmungen die Erlaubnis zum Handel erteilt ist. Die Steigerung des Preises für Lebens- und Futtermittel durch unlautere Machenschaften, insbesondere Kettenhandel, ist schlechthin unter Strafe gestellt. Zur Beseitigung des Kettenhandels sind ferner Bestimmungen über Zeitungsanzeigen, betreffend Lebens- und Futtermittel, gegeben. Es ist ohne vorherige Genehmigung verboten, in periodischen Druckschriften oder in sonstigen für einen größeren Personenkreis bestimmten Mitteilungen Anzeigen zum Erwerb von Lebens- und Futtermitteln oder zur Aufforderung von Preisangeboten auf solche zu erlassen. Bei Ankündigung über Erwerb und Veräußerung oder Vermittlung von Geschäften in Lebens- und Futtermitteln dürfen Angaben, welche geeignet sind, einen Irrtum über geschäftliche Verhältnisse des Anzeigenden, über Anlaß und Zweck des Ankaufs, Verkaufs oder der Vermittlung zu erwecken, nicht gemacht werden.

Hierzu:

Preußische Ausführungsbestimmungen vom 29. Juni 1916.

(PrMBl. 205.)

Auf Grund der §§ 6, 7, 8 Abs. 2, § 12 Abs. 2 der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels v. 24. Juni 1916 (RGBl. 581) wird zur Ausführung dieser Verordnung folgendes bestimmt:

Zu §§ 3, 4, 6.

1. Zur Entscheidung über die Erteilung und Entziehung der Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln sowie zur Untersagung des Handels in den Fällen des § 1 Abs. 2 Nr. 2 und 3 werden in Stadtkreisen bei der Ortspolizeibehörde, im übrigen bei dem Landrat, in den Hohenzollernschen Landen bei dem Oberamtmann besondere Stellen errichtet. Für den Landespolizeibezirk Berlin wird die Stelle bei dem Polizeipräsidenten in Berlin gebildet.

Die Mitglieder der Stelle werden von der Behörde ernannt, bei der die Stelle errichtet wird. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende müssen unmittelbare oder mittelbare Staatsbeamte sein. In den Landkreisen führt der Landrat, in den Hohenzollernschen Landen der Oberamtmann den Vorsitz.

Die Stellen entscheiden einschließlich des Vorsitzenden in der Besetzung von 4 Mitgliedern, von denen 2 Vertreter des Handels sein sollen.

Die Mitglieder der Stelle, die nicht Beamte sind, werden vom Vorsitzenden durch Handschlag an Eides Statt auf getreue Pflichterfüllung verpflichtet. Sie erhalten Reisekosten und Tagegelder nach den Sätzen, die für die Mitglieder der Einkommensteuer-Veranlagungskommission festgesetzt sind.

Die durch das Verfahren entstehenden Kosten sind Kosten der Landespolizei.

2. Der Antrag auf Erteilung der Erlaubnis ist schriftlich einzureichen. Es ist darin anzugeben, ob und seit wann der Antragsteller eine im Handelsregister eingetragene Firma besitzt, ob und mit welchen Lebensmitteln und Futtermitteln er vor dem 1. August 1914 gehandelt hat, ob er wegen Zuwiderhandlung gegen die Höchstpreisverordnungen, gegen die Verordnungen über Vorratserhebungen v. 2. Februar und 3. September 1915 (RGBl. 54, 549) und die Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung v. 23. Juli 1915 (RGBl. 467) bestraft ist und ob ein Verfahren wegen Untersagung des Handelsbetriebes auf Grund der Verordnung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel v. 23. Sept. 1915 (RGBl. 603) gegen ihn geschwebt hat. Ist dem Antragsteller auf Grund dieser Verordnung

der Handelsbetrieb untersagt gewesen, so kann der Antrag auf Erteilung der Erlaubnis von ihm nur gestellt werden, nachdem die Wiederaufnahme des Handelsbetriebs gemäß § 2 Abs. 3 der Verordnung v. 23. Sept. 1915 gestattet worden ist.

In dem Antrag ist ferner anzugeben, für welche Zeit, für welches Gebiet und für welche Lebens- und Futtermittel die Erlaubnis erteilt werden soll. Wird die Erteilung der Erlaubnis für einen Handelsbetrieb beantragt, der sich vor dem 1. August 1914 nicht oder nicht in dem zu gestattenden Umfang auf den Handel mit Lebens- und Futtermitteln erstreckt hat, so ist das volkswirtschaftliche Bedürfnis eingehend zu begründen.

Dem Antrag ist die Gebühr für die Entscheidung (Ziff. 6) beizufügen.

3. Die Stelle oder ihr Vorsitzender hat zur Vorbereitung der zu treffenden Entscheidung die für erforderlich erachteten Erhebungen anzustellen. Sie kann jederzeit die Vorlegung der Handelsbücher sowie eine Auskunft über die Persönlichkeit der Angestellten des Antragstellers verlangen. Vor der Zurücknahme einer Erlaubnis (§ 4 Abs. 1) oder vor der Untersagung des Handels (§ 4 Abs. 2) ist dem Beteiligten Gelegenheit zur Geltendmachung etwaiger Einwendungen zu geben.

Die Stelle bestimmt darüber, ob einer Entscheidung eine mündliche Verhandlung mit dem Beteiligten vorausgehen soll.

Bei der Abstimmung entscheidet Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

4. Der § 3 Abs. 2 der Verordnung läßt der Stelle für die Entscheidung der Frage, welche Gründe für die Versagung und die Entziehung der Erlaubnis sowie für die Untersagung eines Handels der im § 1 Abs. 2 Nr. 2 und 3 bezeichneten Art in Frage kommen, den durch die Sachlage gebotenen Spielraum. Für die richtige Durchführung des Verfahrens ist hervorzuheben, daß mit der Versagung oder der Ausschließung ein persönlicher Makel nicht verbunden zu sein braucht. Neben den Versagungsgründen, die in der Person des Unternehmers und der Beschaffenheit der Unternehmung liegen, — z. B. Unzuverlässigkeit, Mangel an Sachkenntnis, Mangel an den für einen ordnungsmäßigen Handelsbetrieb erforderlichen Einrichtungen oder dem nötigen Betriebskapital — kann die Versagung der Zulassung oder die fernere Nichtzulassung eines Betriebs auch auf Bedenken volkswirtschaftlicher Art gegründet werden. Solche können unter den gegenwärtigen Verhältnissen namentlich daraus hergeleitet werden, daß für den in Rede stehenden Handelsbetrieb kein Bedürfnis vorliegt. Erweist sich eine Einschränkung der Zahl der Händler als nötig, so sind entsprechend dem Hinweis im § 3 Abs. 2 der Verordnung in erster Linie diejenigen Personen auszuschließen, die erst nach dem 1. August 1914 den Handel mit Lebens- oder Futtermitteln aufgenommen haben.

Die Erlaubnis kann zeitlich, örtlich und sachlich begrenzt werden. Es ist ferner zulässig, die Erteilung von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig zu machen. Dies wird sich für die Fälle empfehlen, in denen eine dauernde Überwachung des zu gestattenden Handelsbetriebs erwünscht ist, etwa um einer ungesunden Preisentwicklung oder einer Irreführung des Publikums entgegenzuwirken. Bedingungen dieser Art können z. B. sein die Verpflichtung, Bücher zu führen, die über Herkunft und Verbleib der Ware, Einkaufs- und Verkaufspreise Auskunft geben, die Entlassung von Angestellten, die sich als unzuverlässig im Handel erwiesen haben, der Nichtgebrauch einer Phantasiefirma oder einer Firmenbezeichnung, die geeignet ist, über Art und Umfang des Geschäftsbetriebs im Publikum Irrtum zu erregen.

Werden die Bedingungen nicht erfüllt, so ist die erteilte Erlaubnis gemäß § 4 der Verordnung zu entziehen.

5. Dem Handeltreibenden ist eine Erlaubniskarte nach beiliegendem Muster auszuhändigen. In der Karte ist der Name des Handeltreibenden, oder wenn ihm der Handelsbetrieb unter einer Firma gestattet wird, diese genau zu bezeichnen.

6. Die Entscheidung ist gebührenpflichtig. Die Gebühr beträgt für Handelsbetriebe, die gemäß §§ 6, 8 des Gewerbesteuergesetzes v. 24. Juni 1891 (GS. S. 205) zur Gewerbesteuerklasse I veranlagt sind, 50 M., für die der Gewerbesteuerklasse II 30 M., der Gewerbe-

steuerklasse III 10 M. Für Betriebe der Gewerbesteuerklasse IV und die gemäß §§ 5, 7 des Gesetzes von der Gewerbesteuer befreiten Betriebe ergeht die Entscheidung gebührenfrei.

Zu § 5.

Über die Beschwerde entscheidet endgültig der Regierungspräsident, in dessen Bezirk die zur Erteilung der Erlaubnis zuständige Stelle ihren Sitz hat, soweit der Landespolizeibezirk Berlin in Betracht kommt, der Oberpräsident.

Zu § 7.

Fehlt es an einer inländischen Hauptniederlassung, so bestimmt, wenn die Erlaubnis für ein die Grenzen eines Regierungsbezirks nicht überschreitendes Gebiet nachgesucht wird, der Regierungspräsident die zuständige Stelle; im übrigen ist die bei dem Polizeipräsidenten in Berlin errichtete Stelle zuständig.

Zu § 8.

Über Streitigkeiten, die sich aus der Übernahme und Verwertung zwischen den Beteiligten ergeben, entscheidet endgültig der Regierungspräsident, in dessen Bezirk sich die zu übernehmenden und zu verwertenden Lebensmittelvorräte befinden.

Zu § 12.

Zur Erteilung der im § 12 Abs. 1 Ziff. 1 vorgesehenen Genehmigung ist an Stelle der Ortspolizeibehörde in den Orten, in denen eine Preisprüfungsstelle errichtet ist, diese zuständig.

Abdrucke für die nachgeordneten Behörden und die Ortspolizeibehörden sind beigefügt.

Anlage.

Erlaubnisschein
für den
Handel mit Lebens- und Futtermitteln.

Dem (Der) ..... (Name der Firma) .....
ist gemäß der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels v. 24. Juni 1916 (RGBl. 581) die Erlaubnis erteilt worden,
..... (Zeitangabe: bis auf weiteres; bis zum ....)
in (im) ..... (Gebietsbezeichnung) .....
den Handel mit folgenden Lebens (Futter) mitteln .....

.....

zu betreiben.

Die Erlaubnis kann jederzeit wieder entzogen werden.

....., den 1916.

Der Vorsitzende
der zur Entscheidung über die Erteilung und Entziehung der Erlaubnis sowie über die Untersagung des Handels errichteten Stelle.

Literatur.

Ergang, Die Bekämpfung des Schiebertums und des Kettenhandels. GesuR. 17 555. — Hirsch und Falck, Der Kettenhandel als Kriegserscheinung (Beiträge zur Kriegswirtschaft H. 3).

1. Eingabe der Handelskammer Berlin an den Handelsminister vom 12. Juli 1916. Die Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels hat als eine durch den Krieg gebotene und für den Krieg geschaffene Maßnahme volles Verständnis auch in denjenigen Kreisen des Handels gefunden, die durch sie einer Erlaubnispflicht unterworfen werden. Hingegen wird in allen beteiligten Kreisen der durchaus gerechtfertigte dringende Wunsch gehegt, daß einige durch die Fassung der Verordnung entstandene Zweifel rechtzeitig beseitigt werden, damit nicht über den Zweck der Verordnung hinaus die geschäftliche Tätigkeit des rechtmäßigen Handels bedroht wird.

Es handelt sich dabei namentlich um zweierlei:

a) Die Verordnung führt in § 1 eine Erlaubnispflicht für den Handel mit Lebens- und Futtermitteln ein.

Die Begriffe „Lebens- und Futtermittel" sind unklar.

In der Friedensgesetzgebung ist, soweit uns bekannt, der Begriff „Lebensmittel" nur vereinzelt vorgekommen. Das Strafgesetzbuch spricht in § 370 Ziff. 5 (Mundraub) von „Nahrungs- oder Genußmitteln". Derselben Ausdrucksweise bedient sich das Gesetz, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen, v. 14. Mai 1879. In der Rechtswissenschaft und in der Rechtsprechung herrscht die Auffassung, daß unter „Nahrungsmittel" alle Gegenstände fallen, welche zur Ernährung des menschlichen Körpers dienen, „Genußmittel" hingegen diejenigen sind, welche zwar dem Körper zugeführt und genossen werden, aber nicht zur Ernährung bestimmt sind. Der Begriff „Lebensmittel" findet sich im Strafgesetzbuch in § 329 (Vertragsbruch hinsichtlich Lieferungsverträgen mit Behörden über Lebensmittel zur Abwendung oder Beseitigung eines Notstandes). Die überwiegende Ansicht geht dahin, daß hier unter „Lebensmitteln" nur „Nahrungsmittel" zu verstehen sind.

Wir halten es für möglich, daß in der Verordnung v. 24. Juni 1916 der Begriff „Lebensmittel" weiter zu verstehen ist als der oben gekennzeichnete Begriff „Nahrungsmittel". Andererseits erscheint es aber ausgeschlossen, daß er etwa alle Nahrungs- und Genußmittel umfaßt. Denn zu den Genußmitteln gehören viele — wie Zigarren und Tabake —, auf die sich die Verordnung ihrem Zwecke nach offenbar nicht bezieht. Es würde auch weder im allgemeinen Interesse liegen, noch aus dem Gesichtspunkte der Inanspruchnahme der Behörden angezeigt sein, wollte man alle Genußmittel in den Wirkungsbereich der Verordnung hineinziehen. Eine solche Hineinziehung ist indessen durchaus denkbar, wenn die Entscheidung der Rechtsprechung überlassen wird, ohne ihr irgendeinen Anhalt zu gewähren.

Wie aber auch die Verordnung gemeint sein möge, in jedem Falle müssen die Handelskreise wissen, woran sie sind. Sie haben weniger Interesse daran, wie der Begriff ausgelegt wird, als vielmehr daran, daß überhaupt eine Klarstellung erfolgt, die tunlichst allen im guten Glauben begangenen Zuwiderhandlungen vorbeugt. Denn der gute Glaube würde, als Rechtsirrtum, sie nicht vor Strafverfolgung und Verurteilung bewahren. Selbst die Verurteilung zu einer niedrigen Geldstrafe und sogar die Freisprechung von einer Anklage ist für den Kaufmann, zumal in jetziger Zeit, eine schwere Schädigung.

Nicht minder unklar ist der Begriff „Futtermittel". In der Kriegszeit werden viele Erzeugnisse, die früher niemals zur Verfütterung benutzt wurden, als Futtermittel verwendet, und fast täglich kommen neue hinzu, so daß der Händler oft nicht zu wissen braucht, ob die ihm verkaufte Ware ein Futtermittel ist.

In noch höherem Maße gilt dasselbe von den in § 2 der Verordnung genannten „Erzeugnissen, aus denen Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden". Bei dem Erfindungsfleiß unserer Ersatzindustrie lassen sich hierunter Stoffe begreifen, an die der Gesetzgeber sicherlich nicht gedacht hat.

Wir verkennen nicht die großen Schwierigkeiten, die einer Feststellung der erwähnten Begriffe entgegenstehen. In Würdigkeiten dieser Schwierigkeiten dürfte auch in den von

Eurer Exzellenz erlassenen Ausführungsbestimmungen auf den Versuch einer derartigen Feststellung verzichtet worden sein.

Sollten der Bundesrat und Eure Exzellenz daher eine Feststellung im Verordnungswege nicht beabsichtigen, so gestatten wir uns anzuregen, daß eine Stelle errichtet werde, die den Interessen und ihren Vertretungen in Zweifelsfällen Auskünfte erteilt. Die Auskunft brauchte für die erteilende Stelle nicht bindend zu sein, könnte vielmehr jederzeit für den Empfänger verbindlich abgeändert werden; es würde genügen, wenn sie demjenigen, der sich bis zu der etwaigen Änderung auf die stützt, die Gewähr böte, daß er nicht vom Strafrichter verfolgt wird. Dieses Ziel wäre wohl durch eine Anweisung an die Strafverfolgungsbehörde erreichbar. Wir bitten in Erwägung zu ziehen, ob für die Erteilung dieser Auskünfte vielleicht die von den Landeszentralbehörden zur Erteilung und Entziehung der Erlaubnis, sowie zur Untersagung des Handels geeigneten Stellen geeignet wären. Für deren Eignung spricht der Umstand, daß sie ohnehin bei allen Anträgen auf Erlaubniserteilung sich über das Vorhandensein der Voraussetzungen schlüssig zu machen haben werden. Die Erteilung allgemeiner Auskünfte über bestimmte Lebensmittel würde für sie also keine Mehrarbeit, sondern im Gegenteil eine Entlastung bedeuten.

b) Die Verordnung enthält in § 11 eine Strafandrohung für die Preissteigerung von Lebens- und Futtermitteln „durch unlautere Machenschaften, insbesondere Kettenhandel".

Der neue Begriff „Kettenhandel" ist nicht näher umgrenzt. Wir sehen ein, daß die Umgrenzung schwierig, vielleicht unmöglich ist. Indem die Verordnung den Kettenhandel als ein Beispiel unlauterer Machenschaften aufführt, läßt sie indessen unseres Erachtens klar genug erkennen, daß der anständige und wirtschaftlich berechtigte Zwischenhandel nicht davon betroffen werden soll.

Allein es ist damit zu rechnen, daß nicht alle Strafverfolgungsbehörden und Gerichte den Unterschied zwischen dem erlaubten Zwischenhandel und dem verbotenen Kettenhandel zutreffend würdigen werden, zumal in einer Zeit, in der die öffentliche Meinung aus mancherlei Ursachen geneigt ist, den Zwischenhandel anzufeinden.

Aus diesem Grunde befürworten wir, daß die Strafverfolgungsbehörden veranlaßt werden, vor Erhebung der Anklage wegen Kettenhandels das Gutachten einer geeigneten Stelle darüber einzuholen, ob Kettenhandel in Frage kommt. Welche Stelle das sein soll, dürfen wir dem Ermessen Eurer Exzellenz überlassen; wichtig wäre hierbei lediglich, daß in ihr berufene Vertreter des Kaufmannsstandes mitwirken.

2. Hierauf ist folgender Bescheid des Handelsministers v. 18. Juli 1916 (Nr. II b 8435, Abs. 1, 2, auch HMBl. 16, 232) ergangen:

Um im Interesse der Handelskreise die Beseitigung von Zweifeln darüber zu ermöglichen, welche Gegenstände als „Lebens-, Futtermittel oder Erzeugnis, aus dem Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden" im Sinne der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels v. 29. Juni 1916 (RGBl. 581) anzusehen sind, habe ich die zur Erteilung und Entziehung der Erlaubnis sowie zur Versagung des Handels errichteten Stellen angewiesen, auf Anfragen Auskunft zu erteilen. Die erteilte Auskunft ist für die Stelle nicht bindend und kann jederzeit abgeändert werden. Sie wird jedoch den Empfänger bis zum Widerruf vor strafrechtlicher Verfolgung schützen, wenn er es, gestützt auf die Auskunft, unterlassen hat, die Erteilung der Erlaubnis zum Handel mit Lebens- oder Futtermitteln einzuholen.

Die Handelsvertretung ersuche ich, die beteiligten Kreise hierauf aufmerksam zu machen.

Was die in dem Bericht der Handelskammer v. 12. Juli d. J. berührte Frage über die Auslegung des Begriffs des „Kettenhandels" anlangt, so hat der Herr Justizminister die Strafverfolgungsbehörden angewiesen, vor der Erhebung einer Anklage wegen strafbaren Kettenhandels ein Gutachten von der bei dem hiesigen Polizeipräsidenten zu errichtenden Zentralstelle zur Bekämpfung des Wuchers einzuholen.

3. HMBl. 16 264. Als Lebensmittel i. S. der VO. v. 24. Juni 1916 (RGBl. 581)

sind nach einer Mitteilung des Herrn Präs. des KrEA. Wein, Spirituosen, Bier, Kaffee und Tee, nicht dagegen Tabak anzusehen.

4. NorddAllgZtg. v. 19. Juli 1916 Nr. 198 1. Ausg. (Aus den „Mitteilungen des Kriegsernährungsamts"). In der Presse, vor allem auch in der Handelswelt, hat die Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels im großen ganzen Zustimmung gefunden. Ganz begreiflich, denn die Verordnung erstrebt ja doch nur dasjenige, was der reelle Handel schon längst wünschte: die Beseitigung der Auswüchse und der unreellen Elemente aus dem Lebensmittelverkehr. Nur nach einer Richtung sind gegen die Verordnung Bedenken erhoben worden und Besorgnisse aufgetaucht: gegen die fehlende Begriffsbestimmung in § 11. Hier werden bekanntlich Preistreibereien durch „unlautere Machenschaften, insbesondere Kettenhandel" unter Strafe gestellt, ohne daß im übrigen angegeben wird, was unlautere Machenschaften und Kettenhandel sind. Während der Begriff der unlauteren Machenschaften in der Handelswelt keinen Anlaß zu Bedenken gegeben hat, knüpfen reichliche Bedenken an den Begriff des Kettenhandels an. Dadurch, daß dieser Begriff nicht fest umschrieben, andererseits aber auch der Öffentlichkeit nicht geläufig sei, da er ein Ergebnis der kriegswirtschaftlichen Verhältnisse sei, würde der Willkür seitens der Aufsichtsbehörden Tür und Tor geöffnet.

Wenn von einer genauen Bestimmung des Begriffes „Kettenhandel" in der Verordnung Abstand genommen wurde, so geschah das aus besonderen Gründen. Der leitende Zweck der Verordnung ist der, jene Verkehrserscheinungen zu treffen und zu unterbinden, die die Ware verteuern und meistens auch dem Verbrauch unnötig vorenthalten, indem sie sie von Hand zu Hand wandern lassen. Die sozial unerwünschten, als Kettenhandel zuerst von der Öffentlichkeit bezeichneten Erscheinungen sind aber der mannigfachsten Art: hätte man objektive Kriterien festgelegt, so war die Gefahr vorhanden, daß Umgehungsformen gefunden wurden, die die Zwecke der Verordnung verletzten, ohne als Kettenhandel nach der Begriffsbestimmung des Gesetzes faßbar zu sein. So war es geboten, den wechselvollen Gestaltungen Rechnung zu tragen, den Begriff, wie ihn Handelswelt und Volksmund geprägt haben und verstehen, ohne streng juristische Fassung zu lassen, eben um die Möglichkeit weitgehendster Wahrung der durch die Verordnung bezielten Zwecke zu haben.

Die Festlegung objektiver Kriterien hätte gerade für den legitimen Handel Bedenken gehabt; hätte man — wie das ein großes Handelsblatt vorschlägt — bestimmt, die Ware dürfe bis zum Verbraucher höchstens drei Hände durchlaufen, Erzeuger, Großhandel Kleinhandel, so wäre damit dem Zweck der Verordnung nicht ausreichend gedient gewesen, vielfach würde das Durchlaufen durch diese drei Handelsstellen schon Kettenhandel bedeuten müssen, während an anderen Stellen vielleicht mehr Zwischenhände wirklich nötig sind. Auch der Vorschlag, den Kettenhandel dadurch zu vernichten, daß man zwischen Erzeugerpreis und Verbrauchspreis eine ganz bestimmte schmale Spannung läßt, dürfte kaum befriedigt haben; man müßte dann alle Lebens- und Futtermittel unter Erzeuger- und Verbraucherhöchstpreise stellen; ganz abgesehen von der Frage der Bewährung der Höchstpreise hat dieser Vorschlag das gegen sich, daß eine generelle Spannung in Einzelfällen keine ausreichende Entschädigung ist, in anderen Fällen wiederum unverhältnismäßig groß ist und darum doch keine Ausschaltung überflüssiger Zwischenhandelsglieder bewirkt. Gegen eine gesetzliche Festlegung der beiden hier besprochenen Lösungen würde sich mit aller Bestimmtheit der Sturm der Besorgnisse seitens des legitimen Handels, andererseits die Fülle der Umgehungsformen erhoben haben.

Im übrigen wird die Beunruhigung der Handelskreise über die fehlende Begriffsbestimmung des Kettenhandels durch die Lage auf dem Lebens- und Futtermittelmarkt wesentlich gegenstandslos gemacht. Tatsächlich braucht der Warenbesitzer sich heute die Abnehmer nicht mühsam zu suchen, es gibt eine stets aufnahmewillige Abnehmerschicht, die lohnende Preise bietet: und das sind die großen Massen der Verbraucher, bzw. der an den letzten Verbraucher verkaufenden Händler. Wendet sich der Warenbesitzer an diese Abnehmer, oder doch an solche Personen, die die Waren sofort in Verbrauch führen, dann vermeidet er einerseits die Gefahr, verbotenen Kettenhandel zu treiben, andererseits leitet

er die Ware auf den Weg, der nach den volkswirtschaftlich und sozial leitenden Gesichtspunkten der Verordnung unbedingt erwünscht ist.

5. GenossBl. 16 436. Der freie Ausschuß der deutschen Genossenschaftsverbände hat sich am 15. August 1916 dahin schlüssig gemacht, daß eingetragene Genossenschaften, seien es landwirtschaftliche oder Konsumgenossenschaften, sofern sie nur unmittelbar an die Verbraucher Lebens- und Futtermittel abgeben, gemäß § 1 Ziff. 2 der VO. v. 24. Juni 1916 (RGBl. 581) der Konzessionspflicht nicht unterliegen.

6. Falck a. a. O. 39. Der Erlaubnis bedürfen nicht nur Eigenhändler, sondern auch Kommissionäre, Agenten, Makler, Provisionsreisende, dagegen nicht Angestellte. Unter dem Erlaubniszwang stehen ferner auch Personen, die Rohstoffe zu Lebens- oder Futtermitteln verarbeiten (z. B. Konservenfabriken, Brauereien), da zwar nicht die Fabrikation, wohl aber der Absatz an die Erlaubnis gebunden ist.

7. Falck a. a. O. 39. Auch juristische Personen bedürfen der Genehmigung. Die Erlaubnis ist außerdem auch der vertretungsberechtigten natürlichen Person zu erteilen

8. Falck a. a. O. 38. Zu den Lebensmitteln gehören auch Genußmittel (z. B. Austern, Schaumweine) sowie diätetische Nährpräparate (Somatose, Sanatogen, Lebertran usw.). Unter die Bek. fallen ferner auch Zusatzmittel (Suppenwürfel, Natron, Saccharin, Gewürze) und Ersatzmittel (Kaffeeersatz, Kunsthonig).

9. Falck a. a. O. 40. „Verbraucher" ist der Gegensatz zu „Verarbeiter". Verbraucher sind Schankwirtschaften und Arbeiterkantinen, welche der Beköstigung an Ort und Stelle dienen, dagegen nicht Bäckereien, Brauereien, auch nicht Gemeindeverwaltungen, gewerbliche Unternehmungen.

10. Falck a. a. O. 41. Der behördliche Auftrag zum Ankauf von Lebens- und Futtermitteln befreit den Händler wie z. B. den Aufkäufer einer Intendantur oder einer Stadtgemeinde nicht von dem Erlaubniszwang (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 findet nicht Anwendung).

11. Falck a. a. O. 45. Ein ausgeschlossener Händler darf irgendwelche Handelsgeschäfte auf dem Gebiet des Lebens- und Futtermittelhandels nicht mehr abschließen und auch nicht mehr erfüllen. Gleichwohl wird es nach Lage des Einzelfalls nicht für unbedingt ausgeschlossen anzusehen sein, daß ein bereits vorher eingegangenes Geschäft noch nach der Ausschließung zur Abwicklung kommt, wenn z. B. bei einer umfangreichen Lieferung der überwiegende Teil zur Ablieferung gelangt und nur noch ein verschwindender Rest zur Absendung gebracht werden muß. Die Zulässigkeit einer solchen Abwicklung wird nur unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles beurteilt werden können. Keinesfalls aber dürfen nach Ausschließung Geschäfte zur Abwicklung kommen, welche in Kenntnis oder zur Umgehung des drohenden Handelsverbots abgeschlossen worden sind.

12. Falck a. a. O. 54. § 12 Bek. setzt die Absicht der Preissteigerung nicht voraus. Auch der fahrlässige Kettenhandel ist strafbar. Zur Bestrafung des Täters reicht aus, daß er durch Vernachlässigung der ihm beim Handel mit Lebens- und Futtermitteln obliegenden, aus alter Friedenszeit überkommenen oder ihm während des Krieges neu auferlegten Berufspflichten, ein überflüssiges oder gar schädliches Glied der Handelskette schafft.

13. Falck a. a. O. 56ff. Als Erscheinungen des Kettenhandels kommen insbesondere in Betracht: Geschäfte für gemeinsame Rechnung, die Finanzierung von Lebens- und Futtermittelgeschäften gegen Zahlung einer verhältnismäßig hohen Provision von jedem Warenumsatz, der Wiederaufkauf und dem Detailhandel, Geschäfte der Kriegshandelsvermittler, namentlich auch Differenzgeschäfte, der Leerkauf, insbesondere der sog. Telephonhandel. Ein Anzeichen für Kettenhandel gibt oft auch das Versenden abgeschriebener Preislisten großer Unternehmungen unter Erhöhung der darin angegebenen Preise als eigenes Angebot; zu vgl. hierzu auch die wirtschaftlichen Ausführungen von Hirsch a. a. O.

10. Verordnung des Reichskanzlers über den Handel mit Sämereien. Vom 15. November 1916. (RGBl. 1277.)

Auf Grund der Bekanntmachung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (RGBl. S. 401) wird verordnet:

§ 1. Der Handel mit Klee-, Gras-, Futterrüben- und Futterkräutersamen ist nur solchen Personen gestattet, denen eine besondere Erlaubnis zum Betriebe dieses Handels erteilt worden ist. Personen, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits Handel mit solchen Sämereien treiben, dürfen ihren Handel bis zum 1. Dezember 1916 und, wenn sie bis zu diesem Tage den Antrag auf Erteilung der Erlaubnis gestellt haben, bis zur Entscheidung über den Antrag ohne Erlaubnis fortführen.

Die Vorschrift im Abs. 1 Satz 1 findet keine Anwendung auf

1. Personen, die ausschließlich Sämereien verkaufen, die in der eigenen Wirtschaft gezüchtet sind;
2. Behörden, denen die Beschaffung und Verteilung von Sämereien übertragen ist;
3. Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, die Sämereien ausschließlich im Kleinverkauf in Mengen bis zu 50 Kilogramm an Verbraucher absetzen.

§ 2. Die Vorschriften im § 3, § 4 Abs. 1, §§ 5 bis 10 der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels vom 24. Juni 1916 (RGBl. S. 581, 674) finden entsprechende Anwendung.

Die Erteilung der Erlaubnis ist davon abhängig zu machen, daß der die Erlaubnis Nachsuchende beim Ein- und Verkauf der Sämereien bestimmte Bedingungen und Preise einhält; die Erlaubnis ist zurückzunehmen, wenn dieser Verpflichtung zuwidergehandelt wird.

§ 3. Der durch diese Verordnung vorgeschriebenen Erlaubnis bedürfen auch solche Personen, denen eine Erlaubnis zum Handel auf Grund der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels vom 24. Juni 1916 (RGBl. S. 581) erteilt worden ist.

§ 4. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen; er kann Übergangsvorschriften erlassen.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [17. 11.] in Kraft.

11. Bekanntmachung über die äußere Kennzeichnung von Waren. Vom 18. Mai 1916. (RGBl. 380.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Der Reichskanzler kann anordnen, daß bei Gegenständen des täglichen Bedarfs Packungen oder Behältnisse, in denen sie an den Verbraucher abgegeben werden, mit bestimmten Angaben zu versehen sind; er kann insbesondere Angaben über die Person dessen, der sie in den Verkehr bringt, die Zeit der Herstellung, den Inhalt nach Art und nach Zahl, Maß oder Gewicht sowie über den Kleinverkaufspreis vorschreiben. Er kann anordnen, daß die Angaben auf dem Gegenstande selbst anzubringen sind.

Der Reichskanzler bestimmt die Gegenstände, auf die die Vorschrift im Abs. 1 Anwendung findet, und erläßt die näheren Bestimmungen. Er bestimmt insbesondere, von wem und in welcher Weise die Angaben zu machen sind.

§ 2. Der Preis für Gegenstände des täglichen Bedarfs, die zum Weiterverkauf unter Festsetzung eines Kleinverkaufspreises geliefert worden sind, darf nachträglich nicht erhöht werden. Auf entgegenstehende Abreden können sich die Beteiligten nicht berufen, auch wenn die Abreden vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung getroffen sind.

§ 3. Die Beamten der Polizei und die von der Polizeibehörde beauftragten Sachverständigen sind befugt, in die Betriebsräume, in denen Waren der von den Anordnungen nach § 1 betroffenen Art hergestellt, verpackt, aufbewahrt, feilgehalten oder verkauft werden, jederzeit einzutreten, daselbst Besichtigungen vor-

zunehmen, Geschäftsaufzeichnungen einzusehen und nach ihrer Auswahl Proben zur Untersuchung gegen Empfangsbestätigung zu entnehmen.

Die Unternehmer sowie die von ihnen bestellten Betriebsleiter und Aufsichtspersonen sind verpflichtet, den Beamten der Polizei und den Sachverständigen Auskunft über das Verfahren bei Herstellung der Erzeugnisse und über die zur Verarbeitung gelangenden Stoffe, insbesondere auch über deren Menge und Herkunft, zu erteilen.

§ 4. Die Sachverständigen sind, vorbehaltlich der dienstlichen Berichterstattung und der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten, verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, welche durch die Aufsicht zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu enthalten. Sie sind hierauf zu vereidigen.

§ 5. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer den nach § 1 getroffenen Bestimmungen zuwider Waren ohne die vorgeschriebenen Angaben feilhält, verkauft oder sonst in Verkehr bringt;
2. wer Waren mit Angaben der nach § 1 vorgeschriebenen Art versieht, die der Wahrheit nicht entsprechen;
3. wer wissentlich Waren, die mit unrichtigen Angaben der nach § 1 vorgeschriebenen Art versehen sind, feilhält, verkauft oder sonst in Verkehr bringt;
4. wer die Waren zu einem höheren als dem gemäß den nach § 1 getroffenen Bestimmungen angegebenen Preise abgibt, die Preisangabe unkenntlich macht oder der Vorschrift im § 2 zuwider den Preis erhöht;
5. wer der Vorschrift des § 3 Abs. 2 zuwiderhandelt;
6. wer der Vorschrift des § 4 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Verwertung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen sich nicht enthält.

Im Falle der Nr. 6 tritt die Verfolgung nur auf Antrag des Unternehmers ein.

Wird in den Fällen der Nr. 1 bis 4 auf Strafe erkannt, so kann angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist.

In den Fällen der Nrn. 1 bis 4 kann neben der Strafe auf Einziehung der Waren erkannt werden, die nicht mit den vorgeschriebenen Angaben oder mit unrichtigen Angaben versehen sind oder bei denen die Preisangabe unkenntlich gemacht ist oder der Preis erhöht ist, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht. Ist die Verfolgung oder die Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [19. 5.] in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Hierzu:

a) Bekanntmachung des Reichskanzlers über die äußere Kennzeichnung von Waren. Vom 26. Mai 1916. (RGBl. 422) mit der Änderung durch die Bekanntmachung vom 11. Juni 1916. (RGBl. 505.)

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 18. Mai 1916 (RGBl. S. 380) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Die Bestimmungen dieser Anweisung finden Anwendung auf

1. Konserven von Fleisch oder unter Zusatz von Fleisch, die durch Erhitzung haltbar gemacht sind, soweit ihre Herstellung zugelassen wird;

2. Gemüsekonserven, Obstkonserven aller Art, Fischkonserven, Milch- und Sahnekonserven;
3. diätetische Nährmittel, Fleischextrakt und dessen Ersatzmittel, Fleischbrühewürfel und sonstige Suppenwürfel, Kaffee-, Tee- und Kakaoersatzmittel sowie Kaffeemischungen;
4. Marmeladen, Obstmus, Kunsthonig und sonstige Fettersatzstoffe zum Brotaufstrich;
5. Käse;
6. Schokoladen, Schokolade- und Kakaopulver aller Art, Zwieback und Keks.

§ 2. Waren der im § 1 bezeichneten Art, die in Packungen oder Behältnissen an den Verbraucher abgegeben werden sollen, müssen auf der Packung oder dem Behältnis in einer für den Käufer leicht erkennbaren Weise und in deutscher Sprache folgende Angaben enthalten:

1. den Namen oder die Firma und den Ort der gewerblichen Hauptniederlassung desjenigen, der die Ware herstellt; bringt ein anderer als der Hersteller die Ware in der Verpackung unter seinem Namen oder seiner Firma in den Verkehr, so ist statt dessen Name oder Firma und Niederlassungsort dieser Person anzugeben;
2. die Zeit der Herstellung oder Füllung nach Monat und Jahr;
3. den Inhalt nach handelsüblicher Bezeichnung und nach deutschem Maße oder Gewicht oder nach Anzahl; bei Fleisch- oder fleischhaltigen Konserven, ausgenommen Geflügelkonserven, muß das in der fertigen Ware vorhandene Mindestgewicht des knochenfreien Fleisches (einschließlich Fettes), oder Speckes (einschließlich Fettes), bei Geflügelkonserven das in der fertigen Ware vorhandene Mindestgewicht des knochenhaltigen Fleisches (einschließlich Fettes), bei Gemüse- und Obstkonserven das zur Zeit der Füllung vorhandene Mindestgewicht des Gemüses oder Obstes ohne die der Konserve zugesetzte Flüssigkeit angegeben werden. Bei Konserven von Sardinen, Heringen oder dergleichen Fischen genügt an Stelle des Gewichts die Zahl der eingefüllten Fische, sofern diese im Durchschnitt der mittleren Größe der in Betracht kommenden Art entsprechen;
4. den Kleinverkaufspreis in deutscher Währung.

§ 3. Die im § 2 vorgeschriebenen Angaben sind vom Hersteller oder, falls ein anderer die Ware in der Verpackung unter seinem Namen oder seiner Firma in den Verkehr bringt, von diesem anzubringen.

Die Angaben sind anzubringen, bevor der Verpflichtete die Ware weitergibt.

§ 4. Die Beseitigung oder Unkenntlichmachung einer Preisangabe, z. B. durch Überklebezettel, ist verboten.

§ 5. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf Waren, die vor dem 1. Juni 1916 hergestellt und in Packungen oder Behältnisse eingefüllt sind, insoweit Anwendung, als sich die Waren noch im Besitze des Herstellers oder derjenigen Person, die sie unter ihrem Namen oder ihrer Firma in den Verkehr bringt, befinden; doch genügt an Stelle der Angabe nach § 2 Nr. 2 der Vermerk: „Hergestellt vor dem 1. Juni 1916" und an Stelle der Angaben nach Nr. 3 die Angabe des Inhalts nach handelsüblicher Bezeichnung und nach deutschem Maße oder Gewicht oder nach Anzahl. Sie gelten nicht für Waren, die aus dem Ausland in Originalpackungen eingeführt sind oder werden. Solche Waren sind vor der Abgabe an den Verbraucher auf der Packung als Auslandsware zu kennzeichnen.

Für die äußere Bezeichnung der von den Heeresverwaltungen oder der Marineverwaltung in Auftrag gegebenen Waren gelten die von diesen Stellen vorgeschriebenen besonderen Bestimmungen.

§ 6. Zuwiderhandlungen sind nach § 5 der Verordnung des Bundesrats über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 18. Mai 1916 (RGBl. S. 380) mit

Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark oder mit einer dieser Strafen strafbar.

§ 7. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 15. Juni 1916 in Kraft.

b) Bekanntmachung des Reichskanzlers über die äußere Kennzeichnung von Waren. Vom 25. August 1916. (RGBl. 962.)

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 18. Mai 1916 (RGBl. S. 380) wird folgendes bestimmt:

Die Bekanntmachung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 26. Mai 1916 (RGBl. S. 422) findet auch Anwendung auf Pudding- und Backpulver sowie alle ähnlichen für die menschliche Nahrung bestimmten Pulver.

Diese Bestimmung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung [26. 8.] in Kraft.

c) Bekanntmachung des Reichskanzlers über die äußere Kennzeichnung von Waren. Vom 11. Oktober 1916. (RGBl. 1156.)

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 18. Mai 1916 (RGBl. 380) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Soda, Seife und sonstige Waschmittel, die in Packungen an den Verbraucher abgegeben werden sollen, müssen auf der Packung in einer für den Käufer leicht erkennbaren Weise und in deutscher Sprache folgende Angaben enthalten:

1. den Namen oder die Firma und den Ort der gewerblichen Hauptniederlassung desjenigen, der die Ware herstellt; bringt ein anderer als der Hersteller die Ware in der Packung unter seinem Namen oder seiner Firma in den Verkehr, so ist statt dessen Name oder Firma und Niederlassungsort dieser Person anzugeben;
2. den Zeitpunkt der Füllung, nach Monat und Jahr;
3. den Inhalt nach handelsüblicher Bezeichnung und Gewicht;
4. den Kleinverkaufspreis in deutscher Währung.

§ 2. Die im § 1 vorgeschriebenen Angaben sind vom Hersteller oder, falls ein anderer die Ware in der Packung unter seinem Namen oder seiner Firma in den Verkehr bringt, von diesem anzubringen.

Die Angaben sind anzubringen, bevor der Verpflichtete die Ware weitergibt.

§ 3. Die Beseitigung oder Unkenntlichmachung einer Preisangabe, z. B. durch Überklebezettel, ist verboten.

§ 4. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf Waren, die bis zum Tage der Verkündung hergestellt und in Packungen eingefüllt sind, nur insoweit Anwendung, als sich die Waren noch im Gewahrsam des Herstellers oder derjenigen Person befinden, die sie unter ihrem Namen oder ihrer Firma in den Verkehr bringt; an Stelle der Angabe des Zeitpunktes der Füllung genügt der Vermerk: „Gefüllt vor dem 1. November 1916".

Die Bestimmungen gelten nicht für Waren, die aus dem Ausland in Originalpackungen eingeführt sind oder werden. Solche Waren sind vor der Abgabe an den Verbraucher auf der Packung als Auslandsware zu kennzeichnen.

Für die äußere Bezeichnung der von der Heeresverwaltung oder der Marineverwaltung in Auftrag gegebenen Waren gelten die von diesen Stellen vorgeschriebenen besonderen Bestimmungen.

§ 5. Zuwiderhandlungen sind nach § 5 der Verordnung des Bundesrats über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 18. Mai 1916 (RGBl. 380) mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark oder mit einer dieser Strafen strafbar.

§ 6. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. November 1916 in Kraft

Begründung.

1. D. R. IX 8. In ausgedehntem Maße fand eine Übervorteilung der Bevölkerung durch den Verkauf verschiedener Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs statt, die in verschlossener Packung oder in festen Behältnissen abgesetzt zu werden pflegen. Durch allerhand Einlagen in die Umhüllung wurde der Käufer über Gewicht oder Maß des Inhalts getäuscht. Der Wert der Ware, deren Besichtigung und Prüfung dem Käufer durch die Umhüllung entzogen ist, entsprach oft nicht annähernd dem geforderten Preise. Lagernde Waren aus billiger eingekauften Beständen wurden mit den gesteigerten Herstellungskosten neuer Waren im Preise hinaufgesetzt. Eine Handhabe zum Einschreiten fehlte trotz Feststellung einer Übervorteilung beim Verkaufe, weil insbesondere der Hersteller, der Zeitpunkt der Herstellung sowie Zahl, Gewicht und Maß der Ware bei der Herstellung oder Füllung nicht festzustellen waren. Zur Beseitigung dieser Übelstände wurde durch die Bek. v. 18. Mai 1916 angeordnet, daß bei Gegenständen des täglichen Bedarfs nach näherer Anweisung des Reichskanzlers verschlossene Packungen oder Behältnisse, in denen sie an den Verbraucher abgegeben werden, mit Angaben über die Person des Herstellers, die Zeit der Herstellung, den Inhalt sowie den Kleinverkaufspreis zu versehen sind. Durch die Bek. v. 26. Mai 1916 ist der Kreis der von einer solchen Verpflichtung zur Anbringung bestimmter Angaben auf der Umhüllung betroffenen Waren näher begrenzt und das Nähere bezüglich des Inhaltes der Angaben geregelt. Durch die Bek. v. 25. August 1916 ist demnächst der Kreis dieser Waren noch erweitert. Für bereits hergestellte und in Packungen eingefüllte Waren sieht die Bek. v. 11. Juni 1916 einige Erleichterungen für die Übergangszeit vor.

Hersteller von sogenannten Markenartikeln oder dergleichen Waren pflegen häufig die Preise auch für die noch lagernden Bestände, und zwar auch wenn diese sich schon beim Wiederverkäufer befinden, zu erhöhen, sobald eine Erhöhung für später hergestellte Ware durch Steigerung der Gestehungskosten bedingt ist. Der Wiederverkäufer wird vom Hersteller angewiesen, den Verkaufspreis auch für die billiger eingekaufte Ware zu erhöhen, wozu er meist sogenannte Überklebezettel vom Hersteller erhält. In solchen Fällen kann unter Umständen der Hersteller wegen Preissteigerung zur Verantwortung gezogen werden, nicht aber der Wiederverkäufer, der den materiellen Nutzen der Preissteigerung hat, da er sich auf seine vertragliche Verpflichtung zur Forderung des vom Hersteller vorgeschriebenen Preises und auf die Rechtsnachteile des Verrufs, der ihm von seiten des Herstellerverbandes droht, berufen kann. Um in Zukunft auch hier einwandfreie Unterlagen für eine strafrechtliche Verfolgung der Preistreiberei zu schaffen, enthält die oben erwähnte Bundesratsverordnung v. 18. Mai 1916 über die äußere Kennzeichnung von Waren auch ein Verbot nachträglicher Preiserhöhung und entzieht dem Wiederverkäufer die Möglichkeit einer Berufung auf seine Zwangslage.

2. NorddAllgZtg. v. 19. Mai 1916 Nr. 138 2. Ausg. Eine Bekanntmachung des Bundesrats v. 18. Mai ermächtigt den Reichskanzler, anzuordnen, daß bei Gegenständen des täglichen Gebrauchs Packungen oder Behältnisse, in denen sie an den Verbraucher abgegeben werden, mit bestimmten, Herkunft und Inhalt kennzeichnenden Angaben zu versehen sind. Insbesondere können Angaben vorgeschrieben werden über die Person dessen, der die Ware in den Verkehr bringt, die Zeit der Herstellung, den Inhalt nach Art und nach Zahl, Maß oder Gewicht, den Kleinverkaufspreis. Den Kreis der so zu kennzeichnenden Waren bestimmt der Reichskanzler. Durch die gleiche Verordnung ist es — auch wenn entgegengesetzte Abreden vorliegen — verboten, den Preis für Gegenstände des täglichen Bedarfs, die zum Weiterverkauf unter Festsetzung eines Kleinverkaufspreises geliefert worden sind, nachträglich zu erhöhen. Die Übertretung der Vorschriften der Verordnung ist mit Geldstrafe bis zu 1500 M. und Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit einer dieser Strafen bedroht.

Anlaß zu diesem Eingriffe haben bekannte Mißstände im Kleinverkehr mit notwendigen Bedarfsgegenständen gegeben. Soweit diese in Packungen verabfolgt werden —

eine genaue Prüfung der Menge und Güte vor dem Ankaufe also unmöglich ist —, steht der Inhalt der Packungen zu dem geforderten Preise oft in starkem Mißverhältnis. Recht häufig sind solche Fälle beispielsweise bei Konserven. Die Verfolgung der Übervorteilung nach den bestehenden Verordnungen ist durch das Fehlen kennzeichnender Angaben sehr erschwert. — Die Preiserhöhung auf Lager befindlicher, zu früheren, billigeren Preisen eingekaufter Waren ist, auch wenn neu erzeugte Waren gleicher Art teurer werden, durch nichts gerechtfertigt, wird aber leider ziemlich allgemein geübt; dem Händler werden von den Produzenten zu diesem Behufe oft sogenannte „Überklebezettel" zur Verfügung gestellt. Nach der neuen Verordnung ist solche Preissteigerung unter allen Umständen verboten und strafbar.

12. Bekanntmachung gegen irreführende Bezeichnung von Nahrungs- und Genußmitteln. Vom 26. Juni 1916.

(RGBl. 588.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Wer Nahrungs- oder Genußmittel unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung oder Angabe anbietet, feilhält, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht.

Wird auf Strafe erkannt, so kann angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntgemacht wird. Die Art der Bekanntmachung wird im Urteil bestimmt.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem 3. Juli 1916 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Begründung. (D. N. IX 10.)

Auf dem Lebensmittelmarkte sind im Laufe des Krieges fortgesetzt neue Erzeugnisse aufgetaucht, die weder „nachgemachte" noch „verfälschte" Lebensmittel im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes sind, die aber unter irreführenden Angaben über ihren Nähr-, Genuß- oder Gebrauchswert in den verschiedensten Formen angekündigt und vertrieben werden. Sie fanden bei der Bevölkerung als Ersatz für manche gewohnten Nahrungsmittel leicht Eingang, auch zu unverhältnismäßig hohen Preisen, wurden aber im Gebrauch oder Verbrauch bald als minderwertig erkannt und haben Anlaß zu bitteren Klagen, auch in Volksvertretung und Presse, gegeben. Als Liebesgaben in das Feld gesandt, haben solche Kriegserzeugnisse mit Recht Entrüstung hervorgerufen und in weiten Kreisen das Verlangen nach wirksamem Schutze gegen diese Art der Täuschung und Ausbeutung geweckt, der mit Hilfe der bestehenden Gesetze nicht genügend beizukommen ist. Das Nahrungsmittelgesetz insbesondere versagt, weil es, abgesehen von den Fällen seines § 10 Nr. 2, dem Verkäufer in der Wahl der Angaben oder Bezeichnungen, unter denen er das Erzeugnis empfiehlt oder vertreibt, keine Schranken setzt. Diese schon im Frieden empfundene Lücke hat in Übereinstimmung mit dem Standpunkt, den der Reichs-Gesundheitsrat in der Sache eingenommen hat, die Bek. v. 26. Juni 1916, die in Anlehnung an § 10 Nr. 2, §§ 11, 15, 16 des Gesetzes v. 14. Mai 1879 (RGBl. 145) denjenigen mit Strafe bedroht, welcher Nahrungs- oder Genußmittel unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung oder Angabe anbietet, feilhält, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt. Die Vorschrift trifft damit alle Arten von Bezeichnungen und Angaben, gedruckte und mündliche, mögen sie öffentlich oder im Einzelverkehr auftreten, und erstreckt sich außer dem Verkaufen, Feilhalten und dem sonstigen Inverkehr-

bringen auf Angebote aller Art, sowohl solche von Person zu Person, mündliche und schriftliche, als auch öffentliche, besonders die Ankündigungen in Zeitungen und in Anschlägen.

13. Bekanntmachung über Zeitungsanzeigen vom 16. Dezember 1915. (RGBl. 827.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Anzeigen, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungs- und Futtermittel aller Art, sowie rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, Düngemittel oder Gegenstände des Kriegsbedarfs angeboten werden, oder in denen zur Abgabe von Angeboten über solche Gegenstände aufgefordert wird, dürfen in periodischen Druckschriften nur mit Angabe des Namens oder der Firma sowie der Wohnung oder der Geschäftsstelle des Anzeigenden zum Abdruck gebracht werden.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können Ausnahmen zulassen.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem 18. Dezember 1915 in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Begründung. (D. R. VIII 6.)

Im Rahmen der Bestrebungen zur Bekämpfung übermäßiger Preistreibereien erforderte auch das Zeitungsanzeigenwesen Aufmerksamkeit. In der Tagespresse sind in den vergangenen Monaten häufig Anzeigen erschienen, in denen große Mengen von Nahrungsmitteln oder sonstigen Gegenständen des notwendigen Bedarfs zum Verkauf angeboten werden. Die Vermutung lag nahe, daß es sich bei diesen Angeboten um Mengen handelte, die in wucherischer Absicht zurückgehalten waren und nun auf den Markt gebracht wurden, oder aber, daß hinter den Angeboten keine wirkliche Ware stand, sondern daß es sich lediglich um Machenschaften handelte, die Preistreibereien zum Ziele hatten. Um es den Polizeiorganen zu ermöglichen, derartige Tatbestände mit den Mitteln der Bundesratsverordnung gegen übermäßige Preistreibereien zu verfolgen, ist durch die Bek. v. 16. Dezember 1915 (RGBl. 827) bestimmt worden, daß in Zeitungsanzeigen, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs oder des Kriegsbedarfs angeboten werden, oder in denen zur Abgabe von Angeboten solcher Gegenstände aufgefordert wird, Name und Wohnort des Anzeigenden angegeben werden müssen. Um Härten zu vermeiden, ist eine Ausnahmebefugnis für die Landeszentralbehörden und die von ihnen bestimmten Stellen vorgesehen worden.

14. Das Kriegswucheramt.

(Preuß. Verfügung vom 1. August 1916, LMBl. 207.)

1. Organisation des Kriegswucheramts.

Bei dem Königlichen Polizeipräsidium in Berlin wird eine Abteilung unter der Bezeichnung „Kriegswucheramt" errichtet. Geschäfte der örtlichen Polizeiverwaltung in Berlin sind dem Kriegswucheramt nicht zu übertragen.

Das Kriegswucheramt besteht aus einem höheren Verwaltungsbeamten als ständigen Vertreter des Polizeipräsidenten in der Leitung der Geschäfte und der erforderlichen Zahl von Mitgliedern und Hilfsarbeitern. Als Mitglieder oder Hilfsarbeiter sollen neben höheren Verwaltungsbeamten und Beamten der Staatsanwaltschaft Sachverständige aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen bestellt

werden. Die Bestellungen erfolgen durch den Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Justizminister.

Außerdem wird dem Kriegswucheramt ein beratender Ausschuß beigegeben, in den Vertreter des Handels, der Landwirtschaft, der Industrie, des Handwerks und der Verbraucher sowie im öffentlichen Leben stehende Männer durch den Minister des Innern berufen werden. Der beratende Ausschuß wird vom Polizeipräsidenten zu periodischen Sitzungen versammelt. Den Vorsitz in den Sitzungen führt der Polizeipräsident oder der ständige Vertreter des Polizeipräsidenten in der Leitung der Geschäfte des Kriegswucheramts. Den Ministern der Justiz, für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und des Innern, dem Kriegsminister, sowie dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts ist von Ort, Tag und Stunde der Sitzungen des beratenden Ausschusses unter Bezeichnung der Beratungsgegenstände rechtzeitig Anzeige zu erstatten, damit sie sich durch Entsendung von Vertretern an den Sitzungen beteiligen können.

Dem beratenden Ausschuß ist über allgemeine Wahrnehmungen aus der Tätigkeit des Kriegswucheramts Auskunft zu geben und Gelegenheit zu Anregungen und gutachtlichen Äußerungen zu bieten.

2. Aufgaben des Kriegswucheramts.

Das Kriegswucheramt hat die Aufgabe, die Bekämpfung des Wuchers und sonstiger unlauterer Gebarungen im Verkehr mit Gegenständen des täglichen Bedarfs für das Gebiet des Preußischen Staates einheitlich zu leiten und möglichst wirksam zu gestalten.

Zu diesem Zweck hat es insbesondere:

a) Die örtlichen Polizeibehörden sowie die Behörden der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung des Wuchers und sonstiger unlauterer Gebarungen nach gleichmäßigen Grundsätzen anzuregen und auf Einzelfälle, die zu seiner Kenntnis gelangen, aufmerksam zu machen.

b) Den Austausch der Erfahrungen in der Bekämpfung des Wuchers und sonstiger unlauterer Gebarungen unter den örtlichen Polizeibehörden und den Behörden der Staatsanwaltschaft zu fördern.

c) Die örtlichen Polizeibehörden bei der Aufklärung wichtiger oder schwieriger Fälle auch ohne besonderen Antrag durch Entsendung von Beamten zu unterstützen.

d) Die Tageszeitungen und periodischen Druckschriften auf wucherische oder sonstige unlautere Geschäftsanzeigen zu überwachen und nötigenfalls die örtlichen Polizeibehörden zum Einschreiten zu veranlassen.

e) Auf Erfordern den örtlichen Polizeibehörden, den Behörden der Staatsanwaltschaft und den Gerichten Gutachten zu erstatten und Auskunft zu erteilen. Die örtlichen Polizeibehörden sollen jedoch nur in besonders schwierigen oder wichtigen Fällen das Kriegswucheramt angehen, damit keine Überbürdung des Amts mit Einzelfragen eintritt.

f) Beamte der örtlichen Polizeibehörden durch Veranstaltung praktischer Unterrichtskurse in der Verfolgung des Wuchers und sonstiger unlauterer Gebarungen auszubilden.

g) Kurzgefaßte Zusammenstellungen des wesentlichen Inhalts der Vorschriften über die Bekämpfung des Wuchers und sonstiger unlauterer Gebarungen für den Gebrauch der Polizeibeamten im Außendienst herauszugeben.

h) Die Bevölkerung durch Veröffentlichungen in der Tagespresse über die Bekämpfung des Wuchers und sonstiger unlauterer Gebarungen aufzuklären.

3. Begrenzung der sachlichen Zuständigkeit des Kriegswucheramts.

Die sachliche Zuständigkeit des Kriegswucheramts erstreckt sich auf die Bekämpfung des Wuchers und sonstiger unlauterer Gebarungen in jeder Form, jedoch nur, soweit sie im Verkehr mit Gegenständen des täglichen Bedarfs vorkommen. Gegenstände des täglichen Bedarfs sind insbesondere: Lebens- und Futtermittel aller Art, rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, Waschmittel sowie Kleidung einschließlich Schuhwerk.

In diesem Rahmen hat das Kriegswucheramt die einheitliche und wirksame Verfolgung namentlich folgender Mißstände, und zwar sowohl in strafrechtlicher wie in polizeilicher Hinsicht zu sichern: Überschreitungen der Höchstpreise und übermäßige Preissteigerungen, Zurückhaltung von Waren, Ausübung des Handels durch unzuverlässige Personen, Nichtanbringung von Preisanschlägen in Verkaufsräumen des Kleinhandels und Überschreitung der in den Anschlägen verzeichneten Preise, Zuwiderhandlungen gegen die Bekanntmachungen vom 18. Mai/26. Mai/11. Juni 1916 über die äußere Kennzeichnung der Waren (RGBl. 380/420/505), die Verordnung vom 24. Juni 1916 über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels (RGBl. 581), die Bekanntmachung vom 26. Juni 1916 gegen irreführende Bezeichnung von Nahrungs- und Genußmitteln (RGBl. 588) und die Bekanntmachung vom gleichen Tage über fetthaltige Zubereitungen (RGBl. 589).

4. Verhältnis des Kriegswucheramts zu den örtlichen Polizeibehörden und den Preisprüfungsstellen.

Die ausschließliche Zuständigkeit der örtlichen Polizeibehörden zur Vornahme polizeilicher Amtshandlungen in ihrem Bezirk wird durch die Errichtung des Kriegswucheramts nicht berührt. Die Beamten des Kriegswucheramts können polizeiliche Amtshandlungen nur durch die örtlichen Polizeibehörden vornehmen.

Die örtlichen Polizeibehörden bleiben für die nachdrückliche Bekämpfung des Wuchers und sonstiger unlauterer Gebarungen in ihrem Bezirk nach wie vor allein verantwortlich. Die Schaffung des Kriegswucheramts entlastet sie von dieser Verantwortung nicht.

Das Kriegswucheramt kann an die örtlichen Polizeibehörden Ersuchen richten und Auskunft von ihnen erfordern. Die örtlichen Polizeibehörden haben dem Ersuchen Folge zu geben und die verlangte Auskunft zu erteilen.

Das Kriegswucheramt soll sich mit der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise in enger Fühlung halten und auch auf ein Zusammenarbeiten der örtlichen Polizeibehörden mit den Preisprüfungsstellen hinwirken. Es kann die Preisprüfungsstellen in geeigneten Fällen um Aufklärung des Sachverhalts und um gutachtliche Äußerung ersuchen. Die Preisprüfungsstellen haben diesem Ersuchen zu entsprechen.

5. Beginn und Ende der Tätigkeit des Kriegswucheramts.

Das Kriegswucheramt nimmt seine Tätigkeit am 15. August 1916 auf. Die Lage der Diensträume sowie die Brief- und Telegrammadresse werden noch mitgeteilt werden.

Die Auflösung des Kriegswucheramts wird vom Minister des Innern, im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Justizminister, verfügt.

Abdrucke dieses Erlasses für die Polizeipräsidenten (außer Berlin) und Polizeidirektoren sowie die Polizeiverwaltungen der Stadtkreise, die Landräte (Oberamtmänner) und Gemeindevorstände der Stadtkreise sind beigefügt.

15. Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren. Vom 30. März 1916. (RGBl. 214) mit der Aenderung vom 14. September 1916. (RGBl. 1022.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Web-, Wirk- und Strickwaren dürfen zu keinem höheren Preise verkauft werden als dem, den der Verkäufer bei Gegenständen und Verkäufen gleicher oder ähnlicher Art innerhalb der Kriegszeit vor dem 1. Februar 1916 zuletzt nachweislich erzielt oder als Verkaufspreis festgesetzt hat. Fehlt es an einem solchen Preise oder sind die Gestehungskosten zuzüglich Unkosten und angemessenen Gewinns höher als dieser Preis, so sind die Gestehungskosten zuzüglich Unkosten und angemessenen Gewinns maßgebend.

Diese Vorschriften finden Anwendung auf Web-, Wirk- und Strickwaren, gleichgültig aus welchen Spinnstoffen sie hergestellt sind, sowie auf die aus ihnen gefertigten Erzeugnisse. Sie gelten nicht für Gegenstände dieser Art, soweit sie auf Grund der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (RGBl. S. 357) nebst den Erweitungsbekanntmachungen vom 9. Oktober 1915 (RGBl. S. 645) und vom 25. November 1915 (RGBl. S. 778) beschlagnahmt sind und Preisbeschränkungen unterliegen.

§ 2. Der Käufer kann, wenn er glaubt, daß der vereinbarte Preis die Grenze des § 1 Abs. 1 überschreitet oder, obwohl er sich in diesen Grenzen hält, unangemessen hoch ist, binnen zwei Wochen nach Abschluß des Kaufvertrags Feststellung des Preises durch ein Schiedsgericht beantragen.

Das Schiedsgericht setzt unter Ausschluß des Rechtswegs den angemessenen Preis fest; seine Entscheidung ist endgültig; sie erfolgt gebühren- und stempelfrei.

Ergibt sich der Verdacht einer strafbaren Überteuerung durch den Verkäufer, so hat der Vorsitzende des Schiedsgerichts der zuständigen Staatsanwaltschaft Mitteilung zu machen.

§ 3. Das Schiedsgericht ist befugt, auf Anrufen der Beteiligten vor Abschluß des Kaufvertrags bei der Ermittlung des angemessenen Preises mitzuwirken.

§ 3a. Auf Antrag der zuständigen Behörde [Preußen, Vfg. v. 5. Okt. 16, IMBl. 288 die Landräte, in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörden, soweit es sich um Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs handelt, die Preisprüfungsstellen] prüft das Schiedsgericht die Angemessenheit der in einzelnen Geschäftsbetrieben für bestimmte Waren erzielten Preise nach. Ergibt sich dabei, daß der erzielte Preis die Grenzen des § 1 Abs. 1 überschreitet oder, obwohl er sich in diesen Grenzen hält, unangemessen hoch ist, so hat das Schiedsgericht von dem Inhaber des Geschäftsbetriebs zugunsten des Reichs einen Betrag einzuziehen, der dem Überpreis aller in dem Geschäftsbetrieb in den Verkehr gebrachten Waren der betreffenden Art entspricht. Die Nachprüfung soll auf eine mehr als drei Monate zurückliegende Zeit nicht erstreckt werden. Die Vorschrift des § 2 Abs. 3 findet Anwendung.

§ 4. Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen über die Errichtung, Zuständigkeit und Zusammensetzung des Schiedsgerichts sowie über das Verfahren und setzt allgemeine Richtlinien fest, welche die Schiedsgerichte bei ihrer Entscheidung zu beachten haben.

Er kann Ausnahmen von der Vorschrift des § 1 Abs. 1 zulassen.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem 1. April 1916 in Kraft. Die Frist zur Anrufung des Schiesdgerichts (§ 2 Abs. 1) läuft nicht vor dem 1. Mai 1916 ab. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens der Verordnung.

Hierzu:

a) Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers über die nach der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 30. März 1916 (RGBl. 213) **zu errichtenden Schiedsgerichte. Vom 30. März 1916.** (RGBl. 216) **mit der Aenderung vom 14. September 1916.** (RGBl. 1023.)

§ 1. Bei jeder amtlichen Handelsvertretung wird für ihren Bezirk ein Schiedsgericht gebildet. In Bezirken, in denen mehrere Vertretungen des Handels vorhanden sind, bestimmt die Landeszentralbehörde, bei welcher von ihnen das Schiedsgericht zu bilden ist. Die Landeszentralbehörde kann bestimmen, daß für die Bezirke mehrerer Handelsvertretungen nur ein Schiedsgericht gebildet wird.

Orte, die zu keinem Handelsvertretungsbezirke gehören, werden nach näherer Bestimmung der Landeszentralbehörde dem Schiedsgerichte der nächsten Handelsvertretung zugewiesen.

Soweit Bundesstaaten amtliche Handelsvertretungen nicht haben, bestimmt die Landeszentralbehörde die amtlichen Stellen, bei denen das Schiedsgericht gebildet wird, sowie den Bezirk des Schiedsgerichts.

§ 2. Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden und Beisitzern. Ihr Amt ist ein Ehrenamt. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden durch die Landeszentralbehörde oder die von ihr bestimmte Verwaltungsbehörde, die Beisitzer, soweit sie gewerblichen Kreisen angehören, durch die Handelsvertretung, im übrigen durch den Vorsitzenden des Schiedsgerichts ernannt. Die Handelsvertretung bestellt einen oder mehrere Schriftführer.

Die Mitglieder und Schriftführer sind vor ihrem Amtsantritte durch Handschlag an Eides Statt zu treuer und gewissenhafter Führung ihres Amtes zu verpflichten. Sie sind zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Die Verpflichtung des Vorsitzenden und seines Stellvertreters erfolgt durch die höhere Verwaltungsbehörde, die Verpflichtung der übrigen Mitglieder und der Schriftführer durch den Vorsitzenden des Schiedsgerichts.

In den Fällen des § 1 Abs. 3 finden diese Bestimmungen entsprechende Anwendung.

§ 3. Das Schiedsgericht entscheidet in einer Besetzung von einem Vorsitzenden und vier Beisitzern.

Sind Handwerker bei dem Verfahren beteiligt, so sollen mindestens zwei Beisitzer Handwerkerkreisen entnommen werden. Die Ernennung dieser Beisitzer erfolgt im Benehmen mit der Handwerkskammer.

Zwei Beisitzer sollen Käuferkreisen angehören.

§ 4. Zuständig ist das Schiedsgericht des Bezirkes, in dem der Verkäufer seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. In Ermangelung eines solchen ist der allgemeine Gerichtsstand des Käufers maßgebend.

§ 5. Der Antrag auf schiedsgerichtliche Entscheidung ist schriftlich oder zu Protokoll des Schriftführers des Schiedsgerichts zu stellen. Er soll unter Darlegung der Sachlage und Angabe der Beweismittel kurz begründet werden; der Antragsteller soll die ihm zugänglichen Beweisurkunden, insbesondere Vertragsurkunden und Briefe, beifügen.

§ 6. Das Schiedsgericht verhandelt und entscheidet in nichtöffentlicher Sitzung. Der Vorsitzende kann anordnen, daß eine mündliche Verhandlung mit den Beteiligten stattfindet.

Die Beteiligten sind vor der Entscheidung zu hören. Es ist ihnen gestattet, den Verhandlungen beizuwohnen. Der Vorsitzende kann ihr Erscheinen anordnen.

Beteiligte im Sinne dieser Bestimmungen sind die Vertragsparteien. Der Vorsitzende kann andere Personen, die ein rechtliches Interesse an der Entscheidung haben, als Beteiligte zulassen.

§ 7. Die Beteiligten sind von Ort und Zeit der Sitzung zu benachrichtigen. Wird mündliche Verhandlung angeordnet, so sind sie zu dieser zu laden.

Die Ladung erfolgt durch eingeschriebenen Brief und, wenn der Wohnort des Beteiligten nicht bekannt ist oder die schriftliche Verständigung mit ihm während des Krieges erschwert oder zeitraubend ist, durch öffentliche Bekanntmachung mittels einmaliger Einrückung in den Reichsanzeiger. Der Vorsitzende kann eine andere Art der Ladung anordnen.

Die Beteiligten können sich in der mündlichen Verhandlung durch eine mit schriftlicher Vollmacht versehene Person vertreten lassen; sind sie oder ihre Vertreter trotz rechtzeitiger Ladung nicht erschienen, so wird gleichwohl in der Sache verhandelt und entschieden.

§ 8. Das Schiedsgericht kann den Beteiligten aufgeben, binnen einer bestimmten Frist Tatsachen zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts anzugeben und Beweismittel, insbesondere Urkunden, vorzulegen oder Zeugen zu stellen.

Bei Versäumung der Frist kann das Schiedsgericht nach Lage der Sache ohne Berücksichtigung der nicht beigebrachten Beweismittel entscheiden.

§ 9. Das Schiedsgericht kann auf Antrag oder von Amts wegen Beweise erheben, insbesondere Zeugen und Sachverständige uneidlich vernehmen.

Auf die Erledigung des Zeugen- und Sachverständigenbeweises finden die Vorschriften der Zivilprozeßordnung mit der Maßgabe Anwendung, daß eine Vereidigung durch das Schiedsgericht nicht stattfindet. Die Zeugen und Sachverständigen erhalten Gebühren nach Maßgabe der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige (RGBl. 1898 S. 689; 1914 S. 214).

§ 10. Die Befugnisse aus den §§ 8, 9 stehen außerhalb der Sitzungen dem Vorsitzenden zu.

§ 11. Zu den Verhandlungen wird ein Schriftführer zugezogen.

Über die Verhandlungen wird eine Niederschrift aufgenommen, die von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist. Sie soll Ort und Tag der Verhandlung, die Bezeichnung der mitwirkenden Personen und der Beteiligten sowie das Ergebnis der Verhandlung enthalten. Sie soll den anwesenden Beteiligten vorgelesen oder zur Durchsicht vorgelegt werden.

§ 12. Die Entscheidung erfolgt durch Beschluß. Der Beschluß enthält die Namen der Mitglieder des Schiedsgerichts, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, und ist von dem Vorsitzenden zu unterschreiben.

§ 13. Die Beschlüsse (§ 12) sind von dem Schriftführer auszufertigen; er bescheinigt die Übereinstimmung mit der Urschrift.

Die Beschlüsse sind den Beteiligten, soweit sie nicht in deren Gegenwart verkündet sind, in der im § 7 Abs. 2 vorgeschriebenen Weise mitzuteilen.

§ 14. Für das Verfahren werden Gebühren und Stempel nicht erhoben.

Das Schiedsgericht bestimmt, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat, und setzt die Höhe der Auslagen fest.

Die Parteien haben keinen Anspruch auf Erstattung ihrer Auslagen.

§ 15. Die Beitreibung der zugunsten des Reichs einzuziehenden Beträge sowie der festgesetzten Auslagen erfolgt auf Ersuchen des Vorsitzenden des Schiedsgerichts nach den landesgesetzlichen Vorschriften über die Beitreibung öffentlicher Abgaben.

b) Verfügung des preuß. Handelsministers vom 31. März 1916. (HMBl. 85.)

Im Anschluß an die Ausführungsbestimmungen des Herrn Reichskanzlers vom 30. März 1916 über die nach der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 30. März 1916 zu errichtenden Schiedsgerichte (RGBl. 216/129) ordne ich das Folgende an:

1. Die Bildung der Schiedsgerichte ist alsbald einzuleiten; sie hat bis spätestens zum 25. April d. Js. zu erfolgen.

   Die Errichtung der Schiedsgerichte ist von den Handelsvertretungen in dem für ihre amtlichen Mitteilungen bestimmten Blatte zu veröffentlichen.
2. Die Zuweisung der zu keinem Handelsvertretungsbezirke gehörenden Orte zu dem Schiedsgerichte der nächsten Handelsvertretung sowie die Bestimmung darüber, ob für die Bezirke mehrerer Handelsvertretungen nur ein Schiedsgericht zu bilden ist, wird den Oberpräsidenten, für den Regierungsbezirk Sigmaringen dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz übertragen.
3. Die Ernennung und Verpflichtung des Vorsitzenden des Schiedsgerichts und seines Stellvertreters erfolgt durch den Regierungspräsidenten, in Berlin durch den Oberpräsidenten.

   Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sollen die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienste besitzen.
4. Für Berlin und diejenigen Gemeinden in der Umgebung Berlins, die nicht nur einer Handelskammer, sondern auch der Korporation der Berliner Kaufmannschaft zugehören, ist das Schiedsgericht bei den örtlich zuständigen Handelskammern (Berlin und Potsdam, Sitz Berlin) zu errichten.

c) Richtlinien für die auf Grund der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 30. März 1916 (RGBl. 214) errichteten Schiedsgerichte (§ 4 Abs. I der Bekanntmachung). Vom 13. April 1916. (ZBl. 82.)

1. Die mit der Kriegsdauer wachsende Knappheit an Textil-Rohstoffen und die dadurch notwendig gewordenen Maßnahmen der Heeresverwaltung zur Sicherstellung und Streckung der vorhandenen Vorräte haben zu Preissteigerungen in Textilwaren geführt, welche stellenweise wucherischen Charakter angenommen hatten. Die Festsetzung von Höchstpreisen für Erzeugnisse der Textilindustrie erscheint kein geeignetes Mittel, Preistreibereien zu bekämpfen, da die in Betracht kommenden Waren zu mannigfaltig sind. Deshalb ist im § 1 Abs. 1 der Verordnung eine allgemeine Preisbegrenzung in anderer Weise vorgesehen.

Den Schiedsgerichten liegt es ob, dafür zu sorgen, daß die im § 1 Abs. 1 gesteckten Grenzen nicht überschritten werden (§ 2 Abs. 1 der Verordnung, erster Fall). Die Verordnung ermächtigt und verpflichtet sie aber, auch darüber hinaus, zu prüfen, ob ein Preis, der sich innerhalb der Grenzen des § 1 Abs. 1 hält, gleichwohl unangemessen ist (§ 2 Abs. 1 der Verordnung, zweiter Fall). Neben der nachprüfenden Tätigkeit ist den Schiedsgerichten im § 3 die Aufgabe zugewiesen, die Parteien auch vor Abschluß des Kaufes bei Ermittlung des angemessenen Preises zu beraten; es wird ihre Sache sein, gerade diese Tätigkeit möglichst auszubauen.

Für die Zusammensetzung des Schiedsgerichts war die Besonderheit der ihnen übertragenen Aufgaben maßgebend. Die Berufung von Beisitzern aus den Kreisen des Gewerbes und Handwerkes soll gewährleisten, daß im Rahmen der Verordnung und der Richtlinien die vielgestaltigen Handelsgebräuche, wie überhaupt

die Anschauungen von Treu und Glauben im Handel und Verkehr, und insbesondere auch diejenigen Gesichtspunkte zur Geltung kommen, welche in den betreffenden Gewerbszweigen hinsichtlich der Einstandsberechnung, Kalkulation und Preisstellung üblich sind.

II. Die Vorschriften der Verordnung gelten gleichermaßen für Verkäufe des herstellenden und weiterverarbeitenden Fabrikanten, wie des Groß- und Kleinhändlers.

1. Nach § 1 Abs. 1 der Bekanntmachung darf regelmäßig kein höherer Preis gefordert werden als der, den der Verkäufer bei Gegenständen ähnlicher oder gleicher Art und bei Verkäufen ähnlicher oder gleicher Art, innerhalb der Kriegszeit vor dem 1. Februar 1916 erzielt oder als Verkaufspreis festgesetzt hat, und zwar ist der Preis maßgebend, der zwischen dem 1. August 1914 und dem 1. Februar 1916 zuletzt nachweislich gegolten hat.

Häufig wird ein bestimmter Preis für den Gegenstand, der verkauft wird, sich nicht ermitteln lassen. In diesem Falle ist, wenn ein Preis für ähnliche Gegenstände bestand, dieser zugrunde zu legen. Der Ausdruck „Verkäufe ähnlicher Art" besagt, daß die verschiedenen Preise im Groß- und Kleinhandel Berücksichtigung finden sollen. Der Nachweis für das Vorliegen der in Betracht kommenden Voraussetzungen liegt überall dem Verkäufer ob. Sollte der Preis in Vorkenntnis der am 1. Februar 1916 von den Militärbehörden erlassenen Bekanntmachung — Nr. WM 562/1. 16. K.R.A. —, betreffend Preisbeschränkungen für Web-, Wirk- und Strickwaren, zur Umgehung der Verordnung festgesetzt sein, so würde das Gericht zu prüfen haben, ob nicht der Preis unangemessen hoch und deshalb nach § 2 Abs. 1 (zweiter Fall) herabzusetzen ist.

2. Der letzterzielte oder letztfestgesetzte Preis ist ausnahmsweise in folgenden beiden Fällen nicht maßgebend:

a) wenn für Gegenstände und Verkäufe gleicher oder ähnlicher Art in der Zeit vom 1. August 1914 bis 1. Februar 1916 ein Preis nicht nachweislich erzielt oder festgesetzt wurde, oder

b) wenn die Gestehungskosten zuzüglich Unkosten und angemessenen Gewinns höher sind als der vor dem 1. Februar 1916 innerhalb der Kriegszeit bei Gegenständen und Verkäufen gleicher oder ähnlicher Art nachweislich erzielte oder vereinbarte Preis.

In diesen beiden Fällen ist derjenige Preis maßgebend, welcher den Gestehungskosten zuzüglich Unkosten und angemessenem Gewinn entspricht.

3. Die Gestehungskosten sind naturgemäß verschieden, je nachdem es sich um einen Verkauf durch den Hersteller oder einen Weiterveräußerer handelt. Im ersteren Falle wird regelmäßig von den Herstellungskosten, im letzteren vom Einkaufspreis auszugehen sein. Neben den Herstellungskosten werden außerdem die Generalunkosten und etwaige besondere Kosten zu berücksichtigen sein.

4. Als angemessener Gewinn ist grundsätzlich derjenige anzusehen, der auch in Friedenszeiten für gleiche Waren und unter sonst gleichen Verhältnissen erzielt worden ist. Diesem Gesichtspunkt wird nicht schon dadurch Rechnung getragen, daß ermittelt wird, in welchem Verhältnis in der Regel der Gewinn und die Selbstkosten bei den im Frieden erzielten Preisen zueinander stehen, und daß dann diesem Verhältnis entsprechend Gewinnzuschläge zu den durch den Krieg gesteigerten Selbstkosten gemacht werden. Dies würde zu einem mit den erhöhten Selbstkosten selbsttätig wachsenden Gewinne führen. Der Friedensgewinn ist vielmehr zahlenmäßig zu ermitteln; nur dieser Betrag darf, ohne Rücksicht auf die Höhe der Gestehungskosten und Unkosten, als angemessener Gewinn gewährt werden. Wo die Verhältnisse jedoch besonders geartet sind, kann das Gericht diesen Verhältnissen durch abweichende Festsetzung des Preises nach oben wie nach unten Rechnung tragen.

5. In allen Fällen ist zu beachten, daß der Verkäufer keinen Anspruch darauf hat, unter allen Umständen den im § 1 Abs. 1 bezeichneten äußersten Preis zu erzielen. Preise, die ihm einen unverhältnismäßig hohen Gewinn lassen würden, müssen im allgemeinen Interesse auf ein angemessenes Maß herabgesetzt werden, auch da, wo es sich nicht um einen Verstoß gegen die Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 (RGBl. S. 467) handelt. Der § 2 Abs. 1 (zweiter Fall) der Verordnung, welcher dem Schiedsgerichte die Befugnis hierzu gibt, wird daneben auch in solchen Fällen zur Anwendung zu bringen sein, wo der Verkäufer dem Käufer einen Preis abverlangt, der zwar seinen Gestehungskosten entspricht, der aber dadurch hochgeschraubt ist, daß der Verkäufer dem eigenen Lieferanten, z. B. auf Grund besonderer Abrede, einen übermäßigen, den Marktverhältnissen nicht entsprechenden Preis bezahlt hat. In diesen Fällen würden als Gestehungskosten des Käufers diejenigen des Verkäufers bzw. seiner Vorhand zuzüglich seiner Unkosten und eines angemessenen Gewinns einzusetzen sein.

III. Von der Aufnahme besonderer Strafbestimmungen ist abgesehen worden. Doch hat das Gericht, wie insbesondere auch durch die Vorschrift des § 2 Abs. 3 der Verordnung zum Ausdruck kommt, sein Augenmerk darauf zu richten, ob der Verkäufer sich einer strafbaren Überteuerung schuldig gemacht hat. In dieser Beziehung kommen besonders in Betracht die Bekanntmachungen:

a) gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 (RGBl. S. 467),
b) betreffend Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, vom 23. September 1915 (RGBl. S. 603),
c) über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September und 4. November 1915 (RGBl. S. 607 und 728).

Wenn aber Anzeichen auf eine Überteuerung hindeuten, ohne daß geradezu eine strafbare Handlung vorliegt, so ist es Sache des Vorsitzenden des Schiedsgerichts, die örtlichen Preisprüfungsstellen auf den Mißstand hinzuweisen.

Begründung.

1. (D. R. IX 105.)

Die mit der Kriegsdauer wachsende Knappheit an Textilrohstoffen und die dadurch notwendig gewordenen Maßnahmen der Heeresverwaltung zur Sicherstellung und Streckung der vorhandenen Vorräte führten Anfang dieses Jahres zu Preissteigerungen in Textilwaren, welche stellenweise wucherischen Charakter annahmen. Es wurde daher eine gesetzliche Preisregelung für Web-, Wirk- und Strickwaren und die aus ihnen hergestellten Erzeugnisse erforderlich. Die Festsetzung von Höchstpreisen für Erzeugnisse der Textilindustrie stellten sich als kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung von Preistreibereien dar, da die in Betracht kommenden Waren zu mannigfaltig sind. Vielmehr erschien eine allgemeine Preisbegrenzung angezeigt und ausreichend. Sie ist endgültig erfolgt durch die auf Grund des § 3 des sogenannten ErmG. ergangene Bek. v. 30. März 1916. Der Grundsatz der Verordnung, daß Web-, Wirk- und Strickwaren zu keinem höheren Preise verkauft werden dürfen als zu dem, welchen der Verkäufer bei Gegenständen und Verkäufen gleicher oder ähnlicher Art innerhalb der Kriegszeit vor dem 1. Februar 1916 zuletzt nachweislich erzielt oder als Verkaufspreis festgesetzt hat (§ 1 Satz 1), verhindert Preistreibereien in den genannten Waren in Herstellung, Verarbeitung und Handel. Andererseits stand der Rücksichtnahme auf die hierdurch gewahrten Interessen der Verbraucher die Notwendigkeit gegenüber, eine volkswirtschaftlich bedenkliche Schmälerung schutzbedürftiger Interessen der beteiligten gewerblichen Kreise und der von ihnen wirtschaftlich Abhängigen zu vermeiden. Diesem Gesichtspunkte ist durch die Bestimmung Rechnung getragen worden, daß da, wo die Gestehungskosten zuzüglich Unkosten und angemessenen Gewinns höher sind als der im § 1 Satz 1 festgelegte Preis, sie an seiner Stelle maßgebend sind.

Den Käufern ist durch die Verordnung die Möglichkeit gegeben, eine Preisminderung und einen zivilrechtlichen Anspruch gegen den Verkäufer zu erzielen. Die Geltendmachung des zivilrechtlichen Anspruchs erfolgt vor einem Schiedsgericht. Die Errichtung, Zuständigkeit und Zusammensetzung der Schiedsgerichte sowie das Verfahren sind geregelt durch die Ausführungsbestimmungen v. 30. März 1916. Bei ihren Entscheidungen sind die Schiedsgerichte an die vom Reichskanzler festgesetzten allgemeinen Richtlinien gebunden. Diese sind unter dem 13. April 1916 erlassen.

Von besonderen Strafbestimmungen ist abgesehen worden. Jedoch hat der Vorsitzende des Schiedsgerichts bei Verdacht einer strafbaren Überteuerung der Staatsanwaltschaft beziehungsweise der Preisprüfungsstelle Mitteilung zu machen.

2. (D. N. IX 108.)

Bei Erlaß der Verordnung über Preisbeschränkungen v. 30. März 1916 wurde angenommen, daß dem preisregelnden Zwecke der Verordnung Genüge geschieht durch die dem Käufer gebotene Möglichkeit, eine Preisminderung und einen zivilrechtlichen Anspruch gegen den Verkäufer durch ein Schiedsgericht zu erzielen. Es hat sich jedoch ergeben, daß der angestrebte Zweck nicht in vollem Umfang erreicht wird, da der Käufer von dem ihm zustehenden Rechte selten Gebrauch macht. Als wirksames Mittel zur Beschränkung der die allgemeinen Interessen schädigenden Überteuerung hat sich dagegen eine behördliche Nachprüfung der Preise auf ihre Angemessenheit nach den erlassenen Bestimmungen erwiesen. Es erschien daher zweckmäßig, daß den Behörden bei Vermuten einer Überteuerung die Möglichkeit gegeben wird, bei den auf Grund der Bek. v. 30. März 1916 errichteten Schiedsgerichten eine Nachprüfung der für bestimmte Waren vom Verkäufer erzielten Preise herbeizuführen. Diesem Zwecke entspricht die auf Grund des § 3 des sog. ErmG. ergangene Bek. v. 14. September 1916.

---

1. NorddAllgZtg. v. 18. Juli 1916 Nr. 197 1. Ausg. Durch die Verordnung des Bundesrats über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren v. 30. März 1916 (RGBl. 214) § 1 ist vorgeschrieben, daß Web-, Wirk- und Strickwaren grundsätzlich zu keinem höheren Preise verkauft werden dürfen als dem, den der Verkäufer bei Gegenständen und Verkäufen gleicher oder ähnlicher Art innerhalb der Kriegszeit vor dem 1. Februar 1916 zuletzt erzielt oder festgesetzt hat. Nur ausnahmsweise, wenn es an einem solchen Preise fehlt oder die Gestehungskosten zuzüglich Unkosten und angemessenen Gewinns höher sind als dieser Preis, sind die Gestehungskosten zuzüglich Unkosten und angemessenen Gewinns maßgebend. Der Verkäufer, der diese Vorschriften nicht beachtet, setzt sich der Bestrafung wegen übermäßiger Preissteigerung nach der Bundesratsverordnung gegen übermäßige Preissteigerung v. 23. Juli 1915 — RGBl. 467 — aus (Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 10000 M. oder eine dieser Strafen, außerdem Einziehung der Vorräte). Es kann auch auf Grund der Bundesratsverordnung v. 23. September 1915, betr. Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel (RGBl. 603) der Handel mit Web-, Wirk- und Strickwaren untersagt werden.

Es ist beobachtet worden, daß die Vorschriften der Verordnung v. 30. März 1916 nicht genügend beachtet werden. Es hat vielfach eine Preisgestaltung Platz gegriffen, die zu übermäßigen Gewinnen für die Fabrikanten und Händler führt. Das Oberkommando in den Marken sieht sich deshalb genötigt, um insbesondere der minderbemittelten Bevölkerung die Deckung ihres Bedarfs an Kleidung und Wäsche zu angemessenen Preisen dauernd zu gewährleisten, die Preisgestaltung für Web-, Wirk- und Strickwaren ganz besonders zu beobachten und bei den einzelnen Beteiligten laufend zu prüfen. Ungerechtfertigte Preissteigerungen werden im allgemeinen Interesse strafrechtlich verfolgt werden.

Wenn in der Verordnung v. 30. März 1916, § 1, von „angemessenem Gewinn" gesprochen wird, so ist damit nicht etwa ein prozentualer Zuschlag zu den Selbstkosten (Herstellungskosten oder Einkaufspreis zuzüglich der Generalunkosten und etwaiger besonderer Kosten) zu demselben Prozentsatz wie im Frieden gemeint. Diese in den Kreisen der Her-

steller und Händler vielfach verbreitete Ansicht ist irrig. Sie würde zu einem mit den erhöhten Selbstkosten selbsttätig wachsenden Gewinne führen und eine ungerechtfertigte Ausbeutung der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse zugunsten einzelner, zum Schaden der Allgemeinheit bedeuten. Als angemessener Gewinn ist vielmehr grundsätzlich nur derjenige anzusehen, der auch in Friedenszeiten für gleiche Waren und unter sonst gleichen Verhältnissen erzielt worden ist. Dieser Friedensgewinn ist zahlenmäßig festzustellen. Nur dieser zahlenmäßig festgestellte Betrag darf, ohne Rücksicht auf die Höhe der Gestehungskosten und der Unkosten, als angemessener Gewinn zugeschlagen werden. Wenn z. B. die Herstellungskosten einer Ware zuzüglich allgemeiner Unkosten im Frieden 4 M. betrugen und der Hersteller 1 M. = 25% als seinen Gewinn aufschlug, so darf er, wenn die Herstellungskosten der gleichen Ware zuzüglich allgemeiner Unkosten jetzt 8 M. betragen, nicht etwa 25% = 2 M. als seinen Gewinn aufschlagen, sondern er darf nur 1 M. als angemessenen Gewinn betrachten, d. h. er darf die Ware nicht für 10 M., sondern muß sie für 9 M. verkaufen.

Nach den vorstehenden Grundsätzen wird das Oberkommando bei den Prüfungen, ob die Preisbeschränkung eingehalten ist, verfahren. Von den gleichen Grundsätzen gehen die Richtlinien aus, die der Herr Reichskanzler für die gemäß der Verordnung v. 30. März 1916 einzurichtenden Schiedsgerichte v. 13. April 1916 erlassen hat (veröffentlicht im „Reichsanzeiger" Nr. 91 v. 15. April 1916).

2. HMBl. 16 203. Aus Anlaß von Anfragen aus Interessentenkreisen macht der Herr Reichskanzler (Reichsamt des Innern) darauf aufmerksam, daß die Vorschriften der Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 30. März 1916 (RGBl. 214) auch für Waren gelten, die ganz oder teilweise aus Zellstoff- oder Papiergarnen hergestellt sind.

16. Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Seilerwaren. Vom 21. Juni 1916. (RGBl. 545.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Vorschriften der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 30. März 1916 (RGBl. S. 214), finden auf Seilerwaren, gleichgültig aus welchen Spinnstoffen sie hergestellt sind, sowie auf die aus ihnen gefertigten Erzeugnisse Anwendung.

§ 2. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [22. 6.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens der Verordnung.

17. Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung. Vom 10. Juni 1916. (RGBl. 463.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Zur Sicherstellung des Bedarfs der bürgerlichen Bevölkerung an Web-, Wirk- und Strickwaren sowie den aus ihnen gefertigten Erzeugnissen wird eine Reichsstelle für bürgerliche Kleidung (Reichsbekleidungsstelle) errichtet.

§ 2. Die Reichsbekleidungsstelle hat die Aufgabe:

1. den Vorrat an den im § 1 bezeichneten Gegenständen, soweit sie nicht von der Heeres- und Marineverwaltung beansprucht werden, zu verwalten, insbesondere für gleichmäßige Verteilung und sparsamen Verbrauch Sorge zu tragen;
2. den Behörden, öffentlichen und privaten Krankenanstalten und solchen anderen Anstalten, deren Bedarf nach Anordnung des Reichskanzlers oder der Landeszentralbehörden von der Reichsbekleidungsstelle gedeckt werden soll, die im § 1 bezeichneten Gegenstände zu beschaffen;

3. die Versorgung der Behörden mit Uniformstoffen für die bürgerlichen Beamten zu regeln;
4. die Herstellung und den Vertrieb von Ersatzstoffen zu fördern.

§ 3. Die Reichsbekleidungsstelle gliedert sich in eine Verwaltungsabteilung und eine Geschäftsabteilung.

§ 4. Die Verwaltungsabteilung ist eine Behörde, die dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) unterstellt ist. Sie besteht aus einem Vorstand und einem Beirat. Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden, einem oder mehreren stellvertretenden Vorsitzenden und einer vom Reichskanzler zu bestimmenden Anzahl von Mitgliedern. Der Reichskanzler ernennt den Vorsitzenden, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Mitglieder.

§ 5. Der Beirat besteht aus dem Vorsitzenden des Vorstandes der Reichsbekleidungsstelle als Vorsitzenden, fünf Königlich Preußischen Regierungsvertretern und je einem Königlich Bayerischen, Königlich Sächsischen, Königlich Württembergischen, Großherzoglich Badischen, Großherzoglich Sächsischen und Elsaß-Lothringischen Regierungsvertreter. Außerdem gehören ihm an der Vorsitzende des nach § 16 zu bildenden Ausschusses, zwei Vertreter des Deutschen Städtetags, je ein Vertreter des Deutschen Handelstags, des Deutschen Landwirtschaftsrats, des Kriegsausschusses für die deutsche Industrie, des Handwerks, der Verbraucher und drei weitere Vertreter; der Reichskanzler ernennt die Vertreter und ihre Stellvertreter sowie einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

§ 6. Der Beirat soll über grundsätzliche Fragen, insbesondere über die Durchführung der Bezugsüberwachung, gehört werden.

§ 7.*) Gewerbetreibende, die mit den im § 1 bezeichneten Gegenständen Großhandel treiben oder Bekleidungsstücke im Großbetriebe herstellen, dürfen nur an solche Abnehmer Waren liefern, mit denen sie bereits vor dem 1. Mai 1916 in dauernder Geschäftsverbindung gestanden haben. Die Reichsbekleidungsstelle kann bei Verträgen, die vor dem 1. Mai 1916 abgeschlossen worden sind, auf Antrag die Erfüllung auch dann gestatten, wenn eine dauernde Geschäftsverbindung nicht besteht.

Die gewerbsmäßige Herstellung von Bekleidungsstücken darf nur auf Bestellung und nur dann vorgenommen werden, wenn der Gewerbetreibende von seinem Kunden einen festen Auftrag schriftlich erhalten hat, in dem Stückzahl und Preis für jeden Gegenstand angegeben sind; diese Vorschrift findet auf die Maßschneiderei und auf Musterkollektionen keine Anwendung.

§ 8. Jeder Gewerbetreibende, der Kleinhandel mit den im § 1 bezeichneten Gegenständen betreibt, hat unverzüglich eine Inventur über die in seinem Besitze befindlichen Waren aufzunehmen. Hierbei sind die derzeitigen Kleinhandelsverkaufspreise unter Zugrundelegung der Preise einzusetzen, die den in der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 30. März 1916 (RGBl. S. 214) vorgeschriebenen Preisen entsprechen.

Die Inventur haben auch diejenigen Gewerbetreibenden aufzunehmen, die neben dem Kleinhandel gleichzeitig Großhandel oder Maßschneiderei oder beides betreiben.

Vor Abschluß der Inventur dürfen in ihr aufzunehmende Waren nicht veräußert werden. Nach Abschluß der Inventur dürfen von jeder Art der aufgenommenen Waren bis 1. August 1916 höchstens 20 vom Hundert, nach den in der Inventur eingesetzten Preisen berechnet, veräußert werden.

Wer neben dem Kleinhandel gleichzeitig Großhandel oder Maßschneiderei oder beides betreibt, darf außer diesen 20 vom Hundert unbeschadet der Vor-

*) Hierbei sind die im Nachtrag mitgeteilten Bestimmungen der RBSt. zu beachten.

schriften des § 7 noch so viel veräußern, als er im Großhandel absetzt und so viel verarbeiten, als er zur Maßschneiderei benötigt.

Die Buchführung ist so einzurichten, daß eine Nachprüfung der vorgeschriebenen Inventuren und der stattgehabten Verkäufe möglich ist.

Die Reichsbekleidungsstelle kann Bestimmungen über die Verpflichtung zur Aufstellung weiterer Inventuren und über eine allgemeine Bestandsaufnahme erlassen. Sie kann dabei den Gewerbetreibenden weitere Einschränkungen für den Absatz ihrer Waren und weitere Verpflichtungen über die Buchführung und dergleichen auferlegen.

§ 9. Der Verkauf der im § 1 bezeichneten Gegenstände an die Verbraucher ist allen Personen verboten, die nicht gewerbsmäßig Kleinhandel mit diesen Gegenständen betreiben.

§ 10. Als Kleinhandel im Sinne dieser Verordnung gilt der Verkauf an den Verbraucher.

§ 11. Vom 1. August 1916 ab dürfen Gewerbetreibende im Kleinhandel und in der Maßschneiderei die im § 1 bezeichneten Gegenstände nur gegen Bezugsschein an die Verbraucher veräußern.

Der Bezugsschein wird dem Verbraucher nur im Bedarfsfall und nur auf Antrag erteilt. Der Antragsteller muß die Notwendigkeit der Anschaffung auf Verlangen dartun. Von diesem Verlangen kann Abstand genommen werden, wenn die Vermutung für die Notwendigkeit spricht. Die Reichsbekleidungsstelle hat die Fälle zu bestimmen, in denen diese Vermutung als gegeben angesehen werden kann, und auch sonst Grundsätze aufzustellen, nach denen die Notwendigkeit der Anschaffung beurteilt wird.

§ 12. Die Ausfertigung des Bezugsscheins erfolgt durch die zuständige Behörde des Wohnorts des Antragstellers, die hierüber Listen zu führen hat. Der Bezugsschein ist nicht übertragbar. Er gibt kein Recht auf Lieferung der Ware, deren Bedarf bescheinigt ist.

Für die Bezugsscheine und die Listen ist ein einheitliches, von der Reichsbekleidungsstelle aufzustellendes Muster zu verwenden.

§ 13. Die Gewerbetreibenden haben die empfangenen Bezugsscheine durch deutlichen Vermerk ungültig zu machen (Lochen und dergleichen), die ungültigen Scheine zu sammeln und am 1. jedes Monats an die zuständige Behörde des Wohnorts des Verkäufers abzuliefern.

§ 14. Die Beauftragten der Reichsbekleidungsstelle und die von den Landeszentralbehörden und Kommunalverbänden mit der Überwachung der Vorschriften in §§ 7 bis 13 betrauten Personen sind befugt, in die Räume der dieser Verordnung unterstehenden Betriebe einzutreten, die Warenlager und die übrigen Geschäftseinrichtungen zu besichtigen, Auskunft einzuholen und die Geschäftsaufzeichnungen einzusehen. Sie sind verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die hierbei zu ihrer Kenntnis kommen, vorbehaltlich der dienstlichen Berichterstattung und der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten Verschwiegenheit zu beobachten.

§ 15. Die zuständige Behörde kann Betriebe schließen, deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der Pflichten, die ihnen durch diese Verordnung und die zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen auferlegt sind, unzuverlässig zeigen.

Gegen diese Verfügung ist Beschwerde zulässig. Über die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 16. Die Deckung des Bedarfs der im § 2 Nummer 2 aufgeführten Behörden und Anstalten erfolgt in der Weise, daß die von der Landeszentralbehörde vorgeprüften Bedarfsanzeigen der Reichsbekleidungsstelle überwiesen und einem aus sieben Mitgliedern bestehenden Ausschuß behufs Feststellung des zu überweisenden Anteils vorgelegt werden, worauf dann die Reichsbekleidungsstelle die Bezugs-

bescheinigung der Feststellung entsprechend ausstellt. Das Nähere, insbesondere auch die Zusammensetzung des Ausschusses, bestimmt der Reichskanzler.

§ 17. Die Vorschriften dieser Verordnung finden keine Anwendung

1. auf die von den Heeresverwaltungen und der Marineverwaltung beschlagnahmten Gegenstände während der Dauer der Beschlagnahme;
2. auf den Erwerb von Gegenständen seitens der Heeresverwaltungen und der Marineverwaltung.

§ 18. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als zuständige Behörde im Sinne der §§ 12, 13 sowie des § 15 und als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne des § 15 anzusehen ist. Sie oder die von ihnen bezeichneten Behörden erlassen die näheren Bestimmungen zur Ausführung und Überwachung der Einhaltung der Vorschriften der §§ 7 bis 13; soweit dies nicht geschieht, haben die Kommunalverbände die Ausführung und Überwachung der Vorschriften der §§ 7 bis 13 selbständig zu regeln und die notwendigen Einrichtungen zu treffen.

§ 19. Der Reichskanzler erläßt die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung, soweit dies nicht den Landeszentralbehörden, der Reichsbekleidungsstelle oder den Kommunalverbänden überlassen ist. Er kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 20. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark wird bestraft:

1. wer den Vorschriften der §§ 7, 8, 9, 11 Abs. 1, § 12 Abs. 1 Satz 2 und § 13 oder den zu diesen Vorschriften erlassenen Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers, der Landeszentralbehörden oder der von ihnen bezeichneten Behörden, der Reichsbekleidungsstelle oder der Kommunalverbände zuwiderhandelt;
2. wer der Vorschrift des § 14 zuwider den Eintritt in die Räume, die Besichtigung oder die Einsicht in die Geschäftsaufzeichnungen verweigert;
3. wer eine nach § 14 von ihm erforderte Auskunft nicht erteilt oder wissentlich unwahre oder unvollständige Angaben macht;
4. wer den Vorschriften des § 14 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet.

Im Falle der Nummer 4 tritt die Verfolgung nur auf Antrag des Unternehmers ein.

Bei Zuwiderhandlungen gegen § 7 können neben der Strafe die Waren, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 21. Die Verordnung tritt mit dem 13. Juni 1916 in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Hierzu:

a) **Bekanntmachung des Reichskanzlers über Bezugsscheine — Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916** (RGBl. 463). **Vom 31. Oktober 1916.** (RGBl. 1218.)

Auf Grund der §§ 11, 19 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (RGBl. 463) bringe ich folgendes zur öffentlichen Kenntnis:

§ 1. Die Bekanntmachung, betreffend die von der Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung ausgeschlossenen Gegenstände, vom 10. Juni 1916 (RGBl. 468) nebst den hierzu erlassenen Bekanntmachungen vom 13. Juli 1916 (RGBl. 693), 7. August 1916 (RGBl. 924),

21. August 1916 (RGBl. 938) und 9. September 1916 (RGBl. 1009) werden aufgehoben.

§ 2. Die Vorschriften der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (RGBl. 463) mit Ausnahme der §§ 7, 8 Abs. 6, §§ 10, 14, 15 und 20 finden auf die im nachstehenden Verzeichnis A (Freiliste) aufgeführten Gegenstände keine Anwendung. Als Kleinhandelspreise gelten die nach der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 30. März 1916 (RGBl. 214) zulässigen Preise.

Den Krankenanstalten und Krankenkassen mit eigener Verbandstoffniederlage ist es verboten, auf Grund von Nr. 16 des nachstehenden Verzeichnisses A Verbandstoffe ohne Bezugsschein zu erwerben. Die Ausstellung von Bezugsscheinen für sie erfolgt durch die Reichsbekleidungsstelle Abteilung B für Anstaltsversorgung auf dem im § 16 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 vorgeschriebenen Wege. Die Reichsbekleidungsstelle ist berechtigt, an Stelle einer Erteilung von Bezugsscheinen die unmittelbare Lieferung von Verbandstoffen zu veranlassen.

Verzeichnis A (Freiliste).

1. Stoffe aus Natur- oder Kunstseide.
2. Halbseidene Stoffe, sofern Kette oder Schuß ausschließlich aus Natur- oder Kunstseide besteht.
3. Alle Gegenstände, die abgesehen von Futter und Zutaten ausschließlich aus den unter Nummer 1 und 2 genannten Stoffen hergestellt sind. Für Strümpfe und Handschuhe gelten jedoch die Bestimmungen unter Nummer 4.
4. Strümpfe aus Natur- oder Kunstseide. Halbseidene Strümpfe; darunter sind nur solche zu verstehen, die nach der Fläche mindestens zur Hälfte aus Natur- oder Kunstseide bestehen. Baumwollene Damen-, Knaben-, und Mädchenstrümpfe, von denen das Dutzendpaar weniger als 450 Gramm wiegt. Baumwollene Herrensocken, von denen das Dutzendpaar weniger als 350 Gramm wiegt. Baumwollene Kindersocken bis zur Größe 8, von denen das Dutzendpaar weniger als 250 Gramm wiegt. Für durchbrochen gemusterte Strümpfe ist diese Grenze in jedem Falle um je 50 Gramm weniger anzunehmen.
   Baumwollene Füßlinge (Ersatzfüße).
   Seidene und halbseidene Handschuhe. Solche baumwollene gewirkte leichte Sommerhandschuhe, die ausschließlich aus 80er einfach oder feinerem Garn hergestellt sind. Dagegen sind alle ganz oder teilweise gefütterten oder doppelgearbeiteten oder geklebten baumwollenen Stoffhandschuhe bezugsscheinpflichtig.
5. Bänder, Kordeln, Schnüre und Litzen. Schnürsenkel, Hosenträger und Strumpfbänder. Gürtel aus Gummiband
6. Spitzen und Besatzstickereien.
   Wäschestickereien und bemusterte oder bestickte Tülle, sämtlich nur bis zu einer Breite von 30 Zentimetern. Tapisseriewaren, Posamentierwaren für Möbel- und Kleiderbesatz, Taschen mit oder ohne Bügel, Lampenschirme.
   Canevas und glatte Kongreßstoffe sind bezugsscheinpflichtig.
7. Mützen, Hauben, Hüte und Schleier.
8. Schirme und Schirmhüllen

9. Teppiche, Läuferstoffe, ungefütterte Bettüberdecken und abgepaßte farbige Tischdecken.
   Matratzen und fertiggefüllte Inletts, Polsterwaren.
   Steppdecken sind bezugsscheinpflichtig.
10. Möbelstoffe mit Ausnahme der Futterstoffe zu Möbeln und Vorhängen. Gemusterte Wandbespannstoffe, Gobelins und Gobelinstoffe.
11. Gardinen und Vorhänge, beide, soweit sie abgepaßt gewebt sind.
    Gemusterte Tüll- und Mullgardinen meterweise.
13. Velvets (baumwollene Sammete) und solche halbseidene Sammete, die nicht unter Nummer 2 fallen.
14. Baumwollene Stickereistoffe, baumwollene gewebte oder gewirkte Spitzenstoffe und baumwollene glatt oder gemustert gewebte undichte Kleiderstoffe.
15. Baumwollene bedruckte undichte Kleiderstoffe.
15a. Wachstuch.
15b. Alle Gegenstände, die abgesehen von Futter und Zutaten ausschließlich aus den unter Nummer 13, 14, 15 und 15a genannten Stoffen hergestellt sind.
16. Verbandstoffe und Damenbinden.
    Orthopädische Bandagen.
17. Konfektionierte genähte Weißwaren (ungewaschen), insbesondere Bäffchen, Rüschen, Halskrausen, Jabots.
19. Fertige Fracks, Uniformbesatz.
    Militäruniformen, Militärausrüstungsgegenstände (d. h. nur für Militärpersonen verwendbare Gegenstände), Wickelgamaschen.
21. Mit Pelz gefütterte oder überzogene Kleidungsstücke.
    Imitierte Pelzgarnituren aus baumwollenem oder wollenem Plüsch, Krimmer oder Astrachan.
23. Fertige Säuglingsbekleidung für Kinder bis zu einem Jahre.
    Gummiunterlagen für Säuglinge.
24. Korsette, soweit sie am 31. Oktober 1916 fertiggestellt waren.
26. Gemusterte weiße Tischzeuge, soweit sie abgepaßt gewebt sind.
27. Reise- und Schlafdecken, sofern der Kleinhandelspreis 50 Mark für das Stück übersteigt.
28. Kragen und Manschetten, Vorstecker und Einsätze, Krawatten.
29. Taschentücher, sofern sie der Fläche nach zu einem Drittel oder mehr aus Spitzen bestehen.
31. Schuhwaren.
35. Gummimäntel und gummierte Badeartikel. Der Gummierung steht Ersatzgummierung gleich.
36 Spielwaren aus Web-, Wirk- und Strickwaren, soweit die dazu erforderlichen Stoffe am 2. September 1916 bereits zugeschnitten waren.
37. Gegenstände, deren Kleinhandelspreis nicht mehr als 1 Mark für das Stück beträgt, mit Ausnahme von Strümpfen, Handschuhen, Taschentüchern und Scheuertüchern. Für Stoffe gilt jedoch die Bestimmung unter Nummer 38. Von diesen Gegenständen darf zu gleicher Zeit an dieselbe Person nicht mehr als je 1 Stück derselben Ware veräußert werden.
38. Stoffe bis zu Längen von 30 Zentimetern, sowohl Reste wie vom Stück geschnitten, sofern der Kleinhandelspreis für diesen Stoffrest oder dieses abgeschnittene Stoffstück nicht mehr als 1 Mark beträgt. Von diesen Stoffresten oder abgeschnittenen Stoffstücken darf zu gleicher Zeit an dieselbe Person nicht mehr als je 1 Stück derselben Ware veräußert werden.

In Fällen, in denen Rabatt auf die Preise gewährt wird, sind die Preise nach Abzug des Rabatts maßgebend

Alle nach dem 31. Oktober 1916 fertiggestellten Korsette müssen vor der Fertigstellung auf der Innenseite am unteren Rande den deutlich sichtbaren unauswaschbaren Stempel: **Nach dem 31. Oktober 1916 fertiggestellt** erhalten. Sofort nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung haben sämtliche Fabrikations-, Großhandels- und Kleinhandelsbetriebe, in denen Korsette auf Lager sind, eine Aufnahme zu machen, in der die bei ihnen lagernden Korsette stück- oder dutzendweise einzutragen sind. Das Aufnahmeverzeichnis ist mit Datum und Unterschrift des Inhabers abzuschließen, sorgsam aufzubewahren und den Überwachungspersonen auf Verlangen vorzulegen. Vor Abschluß dieses Aufnahmeverzeichnisses ist der Verkauf von Korsetten verboten. Jedes verkaufte Korsett ist von dem Aufnahmeverzeichnis abzuschreiben.

§ 3.*) Bezugsscheine für die in nachstehendem Verzeichnis (B) aufgeführten Gegenstände können ohne Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung erteilt werden, wenn der Antragsteller durch Vorlegung einer Abgabebescheinigung einer der von der Reichsbekleidungsstelle zu bestimmenden Annahmestellen nachweist, daß er dieser ein entsprechendes gleichartiges von ihm getragenes, noch gebrauchsfähiges Oberkleidungsstück entgeltlich oder unentgeltlich überlassen hat.

Auf einem derartigen Bezugsschein muß das Oberkleidungsstück nach dem Wortlaut des nachstehenden Verzeichnisses B mit der dort aufgeführten Preisgrenze angegeben sein. Gewerbetreibende dürfen im Kleinhandel und in der Maßschneiderei gegen derartige Bezugsscheine nur solche in nachstehendem Verzeichnis B aufgeführte Oberkleidungsstücke veräußern, deren Kleinhandelspreis die dort aufgeführten Preisgrenzen übersteigt.

Das Nähere, insbesondere die Beschränkung der Stückzahl, für die derartige Bezugsscheine ausgestellt werden können, bestimmt die Reichsbekleidungsstelle.

Als Kleinhandelspreise gelten die nach der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 30. März 1916 (RGBl. 214) zulässigen Preise.

Verzeichnis B (Bezugsschein gegen Abgabebescheinigung).

1. Fertige Herrenoberkleidung, sofern der Kleinhandelspreis
   - für den Rock- und Gehrockanzug . . . . . 150 Mark,
   - „ den Sack- und Sportanzug . . . . . 130 „
   - „ den Rock- und Gehrock . . . . . 100 „
   - „ die Sackjacke . . . . . 75 „
   - „ die Weste . . . . . 25 „
   - „ das Beinkleid . . . . . 35 „
   - „ den Winterüberzieher . . . . . 160 „
   - „ den Sommerüberzieher . . . . . 130 „ übersteigt.
2. Fertige Damenoberkleidung, sofern der Kleinhandelspreis
   - für den Damenmantel . . . . . 130 Mark,
   - „ den Backfischmantel . . . . . 110 „
   - „ das Jackenkleid . . . . . 160 „
   - „ das Waschkleid . . . . . 75 „
   - „ die wollene Bluse . . . . . 40 „
   - „ die Waschbluse . . . . . 30 „
   - „ den wollenen Morgenrock . . . . . 60 „
   - „ den Waschmorgenrock . . . . . 40 „
   - „ das garnierte wollene Kleid . . . . . 225 „
   - „ den Kleiderrock . . . . . 55 „ übersteigt.

*) Hierbei sind die im Nachtrag mitgeteilten Bestimmungen der RBSt. zu beachten.

3. Fertige Mädchenoberkleidung für das schulpflichtige Alter und fertige Kinderoberkleidung für das Alter bis zu 6 Jahren, sofern der Kleinhandelspreis

für den Mantel	75	Mark,
„ das wollene Kleid	50	„
„ das Waschkleid	30	„

übersteigt.

4. Die nach Maß anzufertigende, in Nummer 1, 2 und 3 aufgeführte Herren-, Damen-, Mädchen- und Kinderoberkleidung, die beiden letzteren für das unter Nummer 3 genannte Alter, sofern die unter Nummer 1, 2 und 3 angegebenen Preisgrenzen überschritten werden.

Die Bestimmungen des vorstehenden Verzeichnisses B für wollene Oberkleidung gelten auch für Oberkleidung aus Stoffen, die aus Mischungen von Wolle mit anderen Spinnstoffen, insbesondere mit Baumwolle hergestellt sind.

In Fällen, in denen Rabatt auf die Preise gewährt wird, sind die Preise nach Abzug des Rabatts maßgebend.

§ 4. An Schneider, Schneiderinnen und Wandergewerbetreibende (Hausierer, Marktreisende, Kleinhandelsreisende) dürfen Waren, die sie für sich im eigenen Namen erwerben, um sie verarbeitet oder unverarbeitet weiter zu veräußern, ohne Bezugsschein geliefert werden; Lieferungen an sie sind aber der Beschränkung des § 7 Abs. 1 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 unterworfen.

Sie haben ein Einkaufsbuch einzurichten, sorgsam aufzubewahren und während ihres Gewerbebetriebs ständig bei sich zu führen, in das der Verkäufer die an die Schneider, Schneiderinnen oder Wandergewerbetreibenden abzugebenden Waren, soweit sie der Bezugsscheinregelung unterworfen sind, unter Angabe von Stückzahl, Maß, Preis und Verkaufstag einzutragen hat. Dem Verkäufer ist verboten, vor Eintragung in das Einkaufsbuch die Ware an die Schneider, Schneiderinnen oder Wandergewerbetreibenden auszuhändigen.

Das Einkaufsbuch ist den mit der Überwachung der Vorschriften im § 11 der Bekanntmachung vom 10. Juni 1916 betrauten Behörden und Personen jederzeit auf Verlangen vorzulegen und auszuhändigen.

Die Schneider, Schreiderinnen und Wandergewerbetreibenden dürfen bezugsscheinpflichtige Waren nur gegen Bezugsschein an die Verbraucher veräußern. Das Einkaufsbuch dient zur Überwachung dieser Verpflichtung.

Die Reichsbekleidungsstelle und nach deren näheren Anweisungen die amtlichen Handels-, Handwerks- und Gewerbevertretungen können Ausnahmen von der Bestimmung des Abs. 2 dieses Paragraphen zulassen.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 2 bis 4 dieser Bekanntmachung werden nach § 20 Nummer 1 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 bestraft. Auch kann nach § 15 letzterer Bekanntmachung die zuständige Behörde die betreffenden Betriebe schließen, beziehentlich die Fortsetzung des betreffenden Wandergewerbes untersagen.

§ 6. Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft. Gegenstände, die bisher bezugsscheinfrei waren, aber durch diese Bekanntmachung bezugsscheinpflichtig werden, dürfen noch bis zum 30. November 1916 ohne Bezugsschein an die Verbraucher ausgehändigt werden, wenn sie auf Grund einer Bestellung des Verbrauchers bereits am 31. Oktober 1916 in Arbeit genommen waren.

b) Ausführungs-Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle zu §§ 11 und 12 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung. Vom 31. Oktober 1916.

Unter Aufhebung der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 3. Juli 1916 (Reichsanz. Nr. 157) zur Ausführung des § 11 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung wird nach Gehör des Beirats der Reichsbekleidungsstelle folgendes bestimmt:

§ 1. Allgemeines.

1. In Zukunft kann nur die Deckung des notwendigsten Bedarfs jedes Einzelnen an Oberkleidung, Strümpfen, Leibwäsche und sonstiger Unterkleidung, sowie des notwendigsten Bedarfs an Web-, Wirk- und Strickwaren für Hauswirtschaft, Handels-, Gewerbe- und Industriebetriebe durch Ausstellung eines Bezugsscheins gestattet werden. Es wird daher auf die im Besitz des Antragstellers befindlichen Vorräte sorgfältig Rücksicht zu nehmen sein.

2. Soweit der Antrag in Vertretung oder im Auftrage eines Verbrauchers gestellt wird, kann in der Regel von Erörterung des Vertretungs- oder Auftragsverhältnisses abgesehen werden.

3. Den Behörden, öffentlichen und privaten Krankenanstalten und solchen anderen Anstalten, deren Bedarf nach Anordnung des Reichskanzlers oder der Landeszentralbehörden von der Reichsbekleidungsstelle gedeckt werden soll, dürfen Bezugsscheine nur von der Reichsbekleidungsstelle, nicht durch andere Stellen ausgefertigt werden.

4. Bezugsscheine dürfen nur die auf Grund von § 18 der Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 durch besondere Verfügungen damit beauftragten Behörden und die Reichsbekleidungsstelle ausstellen. Alle anderen Behörden, auch Militärbehörden, sind zur Ausstellung von Bezugsscheinen nicht berechtigt.

§ 2. Besonderes über die Vermutung der Notwendigkeit der Anschaffung.

Die Vermutung der Notwendigkeit der Anschaffung von gewissen Kleidungs- und Wäschestücken kann angenommen werden:

a) bei Gründung eines Haushaltes (§ 3),
b) für Wöchnerinnen und Säuglinge (§ 4),
c) bei Krankheiten und Todesfällen (§ 5).

§ 3. Gründung eines Haushaltes.

Es kann während des Krieges nicht als angemessen erachtet werden, daß bei Gründung eines Haushaltes die Aussteuer in der üblichen oft auf ein Menschenalter berechneten Menge beschafft wird. Der junge Hausstand muß sich vielmehr während des Krieges mit einer wesentlich geringeren Menge an Wäsche und Kleidungsstücken begnügen. Vorratsbeschaffung ist also auch in diesem Falle ausgeschlossen, und es dürfen Bezugsscheine nur für solche Gegenstände und nur in dem Umfange gegeben werden, wie sie in dem neuen Hausstande für das erste Jahr gebraucht werden.

§ 4. Wöchnerinnen und Säuglinge.

Nach § 2 Nummer 23 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über Bezugsscheine vom 31. Oktober 1916 kann fertige Säuglingsbekleidung ohne Bezugsschein gekauft werden. Bezüglich der Säuglingswäsche und der Wäsche- und Kleidungs-

stücke, die für die Wöchnerinnen erforderlich sind, kann die Notwendigkeit der Anschaffung in angemessenem Umfange ohne weitere Erörterung als gegeben angesehen werden.

Für Kinder von 1—14 Jahren kann eine besondere Vermutung der Notwendigkeit der Anschaffung nicht mehr zugestanden werden.

§ 5. Krankheiten und Todesfälle.

Bei schweren Krankheiten, die einen besonders starken Verbrauch von Wäsche für den Kranken zur Folge haben, kann auf Grund ärztlicher Bescheinigung ein besonderer über das sonst übliche Maß hinausgehender Bezug von Wäschestücken bewilligt werden.

In Trauerfällen kann zwar ohne weiteren Nachweis der Notwendigkeit für neue Oberkleidung ein Bezugsschein auf Trauerkleidung gewährt werden, jedoch in keinem Falle mehr als für 2 vollständige Oberbekleidungen.

§ 6. Besondere Kleidung für kirchliche Feiern und beim Eintritt in einen Beruf.

a) Für die bei der Konfirmation beziehentlich der ersten heiligen Kommunion übliche Festkleidung kann die Bescheinigung zwar ohne besonderen Nachweis des Bedürfnisses für ein Stück jedes der in Betracht kommenden Kleidungsstücke erteilt werden; es darf jedoch von den zuständigen Stellen erwartet werden, daß sie während der Dauer des Krieges auch ihrerseits auf die Einhaltung größter Sparsamkeit und darauf hinwirken, daß von Beschaffung besonderer Kleidung für diese Zwecke möglichst Abstand genommen wird.

b) Beim Eintritt in einen Beruf kann von Erörterung des Bedürfnisses nur bezüglich der erforderlichen Arbeitskleidung abgesehen werden.

§ 7.*) Erleichterung der Beschaffung des Bezugsscheins für neue Oberkleidung bei Abgabe getragener Stücke.

Nach § 3 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über Bezugsscheine vom 31. Oktober 1916 soll von der Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung neuer Herren-, Damen-, Mädchen- oder Kinderoberkleidung abgesehen werden, wenn der Antragsteller durch Vorlegung einer Abgabebescheinigung einer der von der Reichsbekleidungsstelle zu bestimmenden Annahmestellen nachweist, daß er dieser ein entsprechendes gleichartiges von ihm getragenes gebrauchsfähiges Kleidungsstück entgeltlich oder unentgeltlich überlassen hat. Derartige Bezugsscheine dürfen jedoch für dieselbe zu versorgende Person bis Ende 1917 nur erteilt werden:

a) bei Herrenoberkleidung bis zu 2 Überziehern und 2 vollständigen Anzügen. Dabei gelten der einzelne Rock (bzw. Jacke), die einzelne Weste und das einzelne Beinkleid als Teile eines vollständigen Anzuges;

b) bei Damenoberkleidung bis zu 2 Mänteln, 3 Kleidern, 2 Morgenröcken und 2 Waschblusen. Dabei gelten die einzelne Bluse und der einzelne Kleiderrock als Teile eines Kleides;

c) bei Mädchen- oder Kinderoberkleidung bis zu 2 Mänteln und 3 Kleidern.

Auf einem derartigen Bezugsschein ist das dem abgegebenen entsprechende gleichartige Oberkleidungsstück nach dem Wortlaut des Verzeichnisses B im § 3 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über Bezugsscheine vom 31. Oktober mit der dort aufgeführten Preisgrenze anzugeben. Hierzu ist nur der Bezugsscheinvordruck C zu verwenden, den die Kommunalverbände von der Reichsbekleidungsstelle Verwaltungsabteilung unentgeltlich beziehen können.

Die Abgabebescheinigung lautet auf den Namen des bisherigen Trägers des Oberkleidungsstücks. Sie ist nicht übertragbar. Sie ist von der Ausfertigungsstelle gegen Auslieferung des Bezugsscheines abzunehmen und zu vernichten. Die Ab-

*) Hierbei sind die im Nachtrag mitgeteilten Bestimmungen der RBSt. zu beachten.

gabe des Bezugsscheines ist in der Personalliste mit dem Vermerk „Gegen Abgabebescheinigung" unter Beifügung des Namens des bisherigen Trägers einzutragen.

Bis zur Bestimmung von Abnahmestellen durch die Reichsbekleidungsstelle können Kommunalverbände oder Gemeinden Oberkleidung vorläufig für die Reichsbekleidungsstelle mit deren Genehmigung annehmen. Die erforderlichen Vordrucke können von der Reichsbekleidungsstelle Verwaltungsabteilung unentgeltlich bezogen werden.

§ 8. Besondere Vorschriften über Bezugsscheine für Strümpfe, Leibwäsche und sonstige Unterkleidung.

Für Strümpfe, Leibwäsche und sonstige Unterkleidung aller Art ist vor Erteilung des Bezugsscheines der Nachweis des Bedürfnisses in jedem Fall zu fordern und unter Berücksichtigung der bei dem zu Versorgenden vorhandenen Vorräte besonders sorgfältig zu prüfen.

§ 9. Lieferung von Arbeitskleidung durch gewerbliche Betriebe und ihnen angegliederte Wohlfahrtseinrichtungen.

An die Leitung von gewerblichen Betrieben oder ihnen angegliederten Wohlfahrtseinrichtungen, die ihren Arbeitern oder Angestellten Arbeitskleidung entgeltlich oder unentgeltlich liefern, kann die Bescheinigung unter Berücksichtigung der Beschäftigungsart und der Beschäftigungsdauer während des Krieges, jedoch mit Einhaltung der notwendigen Sparsamkeit nach Prüfung des Bedürfnisses ausgestellt werden, soweit nicht für solche Betriebe die Vorschriften in § 2 Ziffer 2 und § 16 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 gelten.

Diese Arbeitskleidung darf nicht an in diesen Betrieben beschäftigte Kriegsgefangene geliefert werden. Für die Beschaffung der Web-, Wirk- und Strickwaren, die zur Unterbringung und Bekleidung der Kriegsgefangenen dienen, sorgt die Militärverwaltung.

§ 10. Beschaffung für Militärpersonen und Kriegsgefangene.

1. Inbetreff der Beschaffung von Strümpfen, Wäsche und sonstigem Unterzeug für Militärpersonen gilt folgendes:

a) Unteroffiziere (ausgenommen die in Ziffer b bezeichneten Klassen) und Mannschaften werden dienstlich hinreichend mit Unterzeug versorgt, so daß in der Regel ein Bedüfnis zur eigenen Beschaffung nicht vorliegt. Wo dies im einzelnen doch behauptet wird, bedarf es hierzu einer Bescheinigung des nächsten Disziplinarvorgesetzten des betreffenden Unteroffiziers und Gemeinen. Bei erstmaliger oder Wiedereinstellung von Unteroffizieren oder Gemeinen ist, da diese Leute bei ihrem Truppenteil vollkommen eingekleidet werden, die Bedürfnisfrage grundsätzlich zu verneinen.

b) Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere, Beamte der Militär- und Marineverwaltung, Beamtenstellvertreter, Musikmeister, Unterärzte, Unterveterinäre, Deckoffiziere, Zeugfeldwebel, Feuerwerks- und Festungsbau-Feldwebel, Offiziersstellvertreter, Oberfeuerwerker, Feuerwerker, Unterzahlmeister, Unterinspektoren und sonstige Gehalt empfangende Unteroffiziere, die sich ihr Unterzeug selbst zu besorgen haben, haben sich gleichfalls, wie unter a) angegeben, die Notwendigkeit der Anschaffung von ihrem nächsten Disziplinarvorgesetzten bescheinigen zu lassen.

c) Die unter a) und b) erwähnte Bescheinigung des Disziplinarvorgesetzten kann unter Verwendung des Bezugsscheinvordrucks B durch Ausfüllung und Stempelung des linken unteren Teils des Bezugsscheines erfolgen. Die Ausfertigung der Bezugsscheine erfolgt nur durch eine auf Grund von § 12 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 bestellte bürgerliche Bezugsscheins-Ausfertigungsstelle, wenn die unter a) und b) erwähnte

Bescheinigung des Disziplinarvorgesetzten vorgelegt wird. Sie kann aber in Abweichung von § 12 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 nicht nur durch die Ausfertigungsstelle des Wohnorts der Militärperson, sondern durch jede Ausfertigungsstelle im Deutschen Reiche erfolgen; in diesem Falle hat die ausfertigende Stelle der Ausfertigungsstelle des Wohnorts Mitteilung von der Ausfertigung des Bezugsscheins zu machen. Postkartenvordrucke Nr. 125 hierzu können Behörden von der Reichsbekleidungsstelle Verwaltungsabteilung unentgeltlich beziehen. Die Eintragung in die Personalliste erfolgt nur von der zuständigen Ausfertigungsbehörde des Wohnorts, die Eintragungen in die Warenliste nur von der Behörde, die den Bezugsschein ausgefertigt hat.

d) In Fällen, in denen eine Bescheinigung des Disziplinarvorgesetzten nicht rechtzeitig beigebracht werden kann, z. B während eines Urlaubs nach dem Wohnort, gilt der für die Zivilbevölkerung vorgeschriebene Weg, d. h. Prüfung und Ausfertigung erfolgt nur durch die Behörde des Wohnorts nach Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung.

e) Militärpersonen im Sinne dieser Bekanntmachung sind auch diejenigen Angehörigen verbündeter Heere, die sich aus dienstlicher Veranlassung im Inlande aufhalten.

2. Für mehrere Militärpersonen oder ganze Truppenteile dürfen Bezugsscheine nicht ausgestellt werden. Dies gilt auch für Liebesgaben.

3. Für Bekleidung, die von den Angehörigen an Gefangene in feindliche Länder geschickt werden soll, ist durch Befragen bzw. durch Einforderung einer glaubhaften Versicherung des Antragstellers, von Briefen des Gefangenen usw. die erforderliche Unterlage für die Ausstellung eines Bezugsscheines zu beschaffen.

4. Für in Deutschland untergebrachte Kriegsgefangene feindlicher Länder, die dem Unteroffizier- beziehentlich Gemeinenstand angehören, sind Bezugsscheine nicht auszustellen. Für kriegsgefangene Offiziere und Beamte im Offiziersrang können zwar Bezugsscheine durch die nach §§ 12 und 18 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 für den Bezirk des Gefangenenlagers bestellte zuständige Bezugsscheins-Ausfertigungsstelle ausgefertigt werden, jedoch nur dann, wenn die unbedingte Notwendigkeit der Beschaffung durch den Kommandanten des Gefangenenlagers bescheinigt ist.

5. Militäruniformen, Uniformbesatz, Militärausrüstungsgegenstände und Wickelgamaschen unterliegen nach § 2 Nummer 19 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über Bezugsscheine vom 31. Oktober 1916 nicht der Bezugsscheinpflicht.

6. Kantinen innerhalb des Deutschen Reichs, sowohl verpachtete wie die von den Truppen selbst bewirtschafteten, sind den Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 unterworfen und dürfen bezugsscheinpflichtige Waren nur gegen Bezugsschein veräußern.

§ 11. Ausfertigung des Bezugsscheines in dringlichen Fällen.

Nicht nur die zuständige Ausfertigungsbehörde des Wohnorts des Antragstellers, sondern jede Ausfertigungsbehörde im Deutschen Reiche ist zur Ausfertigung eines Bezugsscheines ermächtigt in folgenden Fällen plötzlichen dringenden Bedarfs, falls die rechtzeitige Beschaffung eines Bezugsscheines bei der Behörde des Wohnortes nicht mehr möglich ist:

a) bei plötzlicher Erkrankung oder bei plötzlichem Witterungswechsel im Falle bestehender Krankheit, wenn durch ein ärztliches Zeugnis nachgewiesen wird, daß die Gesundung bei Nichterhalt des gewünschten Gegenstandes gefährdet ist;

b) bei Verlust oder Beschädigung eines Bekleidungsstückes, die den weiteren

Gebrauch ausschließt, wenn ein sofortiger Ersatz unbedingt erforderlich, aber nicht vorhanden ist;

c) bei Todesfällen bezüglich der Trauer- und Totenkleidung und Sargausstattung.

Die Voraussetzungen unter b und c sind glaubhaft darzutun. In allen diesen Fällen darf nur das unbedingt Notwendigste zugebilligt werden.

Die ausfertigende Behörde hat an die zuständige Ausfertigungsbehörde des Wohnortes Mitteilung von der Ausfertigung des Bezugsscheines zu machen. Postkartenvordrucke Nr. 125 hierzu können die Kommunalverbände von der Reichsbekleidungsstelle Verwaltungsabteilung unentgeltlich beziehen. Die Eintragung in die Personalliste erfolgt nur von der zuständigen Ausfertigungsbehörde des Wohnortes, die Eintragung in die Warenliste nur von der Behörde des Aufenthaltsorts, die den Bezugsschein ausgefertigt hat.

§ 12. Ausfertigung des Bezugsscheines für deutsche Schiffer und Flößer.

Den deutschen See- und Binnenschiffern und Flößern können die zuständigen Ausfertigungsbehörden des Wohnortes auf Antrag eine Personalkarte ausstellen, die mit Datum der Ausstellung und Stempel zu versehen ist. Gegen Vorlegung dieser Personalkarte ist jede Ausfertigungsbehörde im Deutschen Reich ermächtigt, Bezugsscheine für den Inhaber und dessen mitfahrende Angehörigen auszustellen. Diese Ausstellung ist auf der Personalkarte zu vermerken.

Die ausfertigende Behörde hat an die zuständige Ausfertigungsbehörde des Wohnortes Mitteilung von der Ausfertigung des Bezugsscheines zwecks Eintragung in der dort zu führenden Personalliste zu machen. Postkartenvordrucke Nr. 125 hierzu können die Kommunalverbände von der Reichsbekleidungsstelle Verwaltungsabteilung unentgeltlich beziehen. Die Eintragung in die Warenliste erfolgt nur von der Behörde, die den Bezugsschein ausgefertigt hat.

Die erstmalig ausgestellte Personalkarte hat die Nr. 1 zu tragen. Ist sie voll ausgefüllt, kann der Inhaber gegen ihre Vorlegung bei der zuständigen Ausfertigungsbehörde seines Wohnortes eine weitere Personalkarte beantragen, die die Nr. 2 erhält usw.

Der Antragsteller hat die sämtlichen ihm ausgehändigten Personalkarten sorgfältig aufzubewahren und sie bei jedem Antrag auf Ausfertigung eines Bezugsscheins zur Prüfung vorzulegen.

§ 13. Militärische Beschlagnahmen und Veräußerungsbeschränkungen.

Die von den Militärbefehlshabern veröffentlichten Beschlagnahmen und Veräußerungsbeschränkungen werden durch die Bestimmungen der Reichsbekleidungsstelle nicht berührt.

§ 14. Strafbestimmungen.

Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen und Verbote in § 7 Absatz 3 Satz 2 und § 9 Absatz 2 Satz 1 dieser Bekanntmachung unterliegen der Strafandrohung des § 20 Nummer 1 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916; auch kann die zuständige Behörde nach § 15 dieser Bundesratsverordnung die betreffenden Betriebe schließen beziehentlich die Fortsetzung des betreffenden Wandergewerbes untersagen.

§ 15. Ausnahmebewilligung.

Zu der für die §§ 10 bis 12 dieser Bekanntmachung erforderlichen Ausnahmebewilligung von § 12 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 ist die Reichsbekleidungsstelle durch Verfügung des Reichskanzlers vom 19. Oktober 1916 ermächtigt worden.

§ 16. Inkrafttreten.

Die Bestimmung in § 10 Ziffer 1c tritt am 1. Dezember 1916 in Kraft. Bis dahin kann die Ausfertigung der Bezugsscheine für Militärpersonen sowohl nach dieser Bestimmung wie nach der bisherigen Bestimmung des § 8 der aufgehobenen Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 3. Juli 1916 erfolgen.

Die übrigen Bestimmungen der vorstehenden Bekanntmachung treten sofort in Kraft.

Begründung. (D. A. IX 106.)

Die zunehmende Erschwerung der Einfuhr von Textilrohstoffen und Textilerzeugnissen sowie die zur Sicherstellung des Heeresbedarfs erfolgten Beschlagnahmen von Textilien machten es erforderlich, die Versorgung der bürgerlichen Bevölkerung mit Web-, Wirk- und Strickwaren und deren Erzeugnissen auch bei längerer Dauer des Krieges sicherzustellen. Zugleich war es notwendig, auch für die erste Zeit nach dem Friedensschluß Vorsorge zu treffen, da der vorhandene Vorrat bis zur Wiedereröffnung der Handelswege für die Rohstoffe ausreichen muß und bei der Rückkehr der Heeresangehörigen in die bürgerlichen Berufe mit einem plötzlich einsetzenden starken Bedarfe zu rechnen sein wird.

Eine ausreichende Sicherstellung ließ sich nur durch eine einheitliche und planmäßige Bewirtschaftung der für die bürgerliche Bevölkerung verfügbar bleibenden Bestände für das gesamte Reichsgebiet verwirklichen. Es ist deshalb auf Grund des § 3 des sog. ErmG. durch die Bek. v. 10. Juni 1916 eine der Aufsicht des Reichskanzlers unterstellte Behörde mit der Bezeichnung „Reichsstelle für die bürgerliche Bekleidung (Reichsbekleidungsstelle)" errichtet worden, der die Aufgabe zufällt, mit den vorhandenen und noch herzustellenden sowie aus dem Ausland einzuführenden Textilien sparsam zu wirtschaften und sie der Bevölkerung zu angemessenen Preisen zuzuführen.

Die Errichtung der Reichsbekleidungsstelle lehnt sich an die bewährten gleichen Einrichtungen ähnlicher Reichsstellen an. Sie gliedert sich in eine Verwaltungs- und Geschäftsabteilung. Die Verwaltungsabteilung besteht aus dem Vorstand, dem die Leitung der Geschäfte und der Erlaß der erforderlichen Anordnungen obliegt, und dem aus Sachverständigen gebildeten Beirat, der über grundsätzliche Fragen, insbesondere über die Durchführung der Bezugsüberwachung, gehört werden soll. Die Geschäftsabteilung, als welche die bereits bestehende Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft unter der Firma „Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft, Geschäftsabteilung der Reichsbekleidungsstelle" umgebildet worden ist, hat vor allem die Bewirtschaftung und Verteilung der aus den besetzten Gebieten stammenden Web-, Wirk- und Strickwaren zur Aufgabe. Die Verteilung erfolgt unter Benutzung der bestehenden Wege des Handels; jedoch wird durch einen von der Reichsbekleidungsstelle vorgeschriebenen Groß- und Kleinverkaufspreis, der den Groß- und Kleinhändlern einen angemessenen Verdienst läßt, verhindert, daß durch unnötige Zwischenhandelsgeschäfte die Preise unangemessen in die Höhe getrieben werden.

Um die unbedingt gebotene Einschränkung des Verbrauchs herbeizuführen, ist neben Bestimmungen gegen den Kettenhandel und übermäßige Lagerarbeit die Abgabe der Web-, Wirk- und Strickwaren an den Verbraucher nur gegen besonderen Bezugsschein zugelassen. Die Einführung von Bezugsscheinen ist erfolgt, weil nur durch eine Beschränkung des Verbrauchs beim Übergange vom Kleinhandel an den Verbraucher die erforderliche Sparsamkeit erzielt werden kann. Da es bei der großen Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse unmöglich ist, Grundsätze für den Bedarf des einzelnen aufzustellen, mußte der Bezugsschein auf den wirklich vorhandenen Bedarf des Einzelfalles abgestellt und dieser vor jedesmaliger Ausstellung nachgeprüft werden. Die Ausgestaltung der in der Verordnung bezüglich der Bezugsscheine gegebenen Vorschriften ist den Landeszentralbehörden vorbehalten, damit die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Teilen des Reichs berücksichtigt werden können. Über die Grundsätze der Prüfung der Not-

wendigkeit einer Anschaffung, welche die Voraussetzung der Ausstellung eines Bezugsscheins ist, hat die Reichsbekleidungsstelle nähere Bestimmungen erlassen (ZBl. 172).

Auf Grund des § 19 der bezeichneten Verordnung v. 10. Juni 1916 über die Regelung des Verkehrs hat der Reichskanzler die Bek. v. 10. Juni 1916 (RGBl. 468) erlassen, in der die Gegenstände bezeichnet werden, auf die sich die Verordnung nicht erstreckt. Es sind dies solche Erzeugnisse, deren Bewirtschaftung nicht als unbedingt notwendig anzusehen ist, teils weil sie wegen ihrer Hochwertigkeit nur einem kleinen Kreise der Bevölkerung zugängig sind, teils weil ihre Unterwerfung unter die Bestimmungen der Verordnung nur eine wesentliche Einschränkung ihrer Herstellung und damit der Arbeitsgelegenheit herbeiführen würde, ohne daß damit die Sicherung der Bedarfsdeckung an unbedingt benötigten Stoffen gefördert werden würde. Die Freiliste ist mehrfach geändert worden.

Die Reichsbekleidungsstelle sorgt ferner für den Bedarf der Behörden und Anstalten an Web-, Wirk- und Strickwaren und für den Bedarf der Behörden an Uniformstoffen.

c) Preußische Ausführungsanweisung vom 6. Juli 1916.

(HMBl. 249.)

Auf Grund des § 18 der Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren wird für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (RGBl. S. 463) folgendes bestimmt:

1. Die Befugnis zu bestimmen, wer als zuständige Behörde im Sinne der §§ 12 und 13 anzusehen ist, wird den Regierungspräsidenten (für den Stadtbezirk Berlin dem Oberpräsidenten) mit dem Recht weiterer Delegation an die Kommunalverbände übertragen (s. nachfolgende Ziffer 4).
2. Als zuständige Behörde im Sinne des § 15 bestimmen wir
   für die Städte über 10000 Einwohner die Ortspolizeibehörde,
   für den Landespolizeibezirk Berlin den Polizeipräsidenten zu Berlin,
   im übrigen den Landrat und in den Hohenzollernschen Landen den Oberamtmann, und
3. (als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne des § 15 den Regierungspräsidenten (im Landespolizeibezirk Berlin den Oberpräsidenten).
4. Die weiteren Bestimmungen zur Ausführung und Überwachung der Einhaltung der Vorschriften der §§ 7 bis 13 werden von den Regierungspräsidenten (für den Stadtbezirk Berlin von dem Oberpräsidenten) unter Berücksichtigung der von der Reichsbekleidungsstelle gemachten „Vorschläge, betr. Ausführungsbestimmungen über die Bezugsscheine" und der gemäß § 11 der Bundesratsverordnung von ihr aufgestellten Grundsätze: „Bekanntmachung zur Ausführung des § 11 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 usw." erlassen. Machen die Regierungspräsidenten (für Berlin der Oberpräsident) von dieser Befugnis nicht Gebrauch, so sind die Kommunalverbände von ihnen besonders anzuweisen, die Ausführung und Überwachung der Vorschriften der §§ 7 bis 13 in diesem Sinne selbständig zu regeln und die notwendigen Einrichtungen zu treffen.
5. Bei Erlaß von Ausführungsbestimmungen seitens der Regierungspräsidenten (für Berlin des Oberpräsidenten) bzw. bei der selbständigen Regelung im Sinne der obigen Ziffer 4 seitens der Kommunalverbände ist die Führung der in den „Vorschlägen, betr. Ausführungsbestimmungen über die Bezugsscheine" vorgesehenen Listen in der dort vorgeschlagenen Weise sicherzustellen. Es ist Vorsorge zu treffen, daß die monatlichen Zusammenstellungen über die erteilten Bezugsscheine (monatliches Endergebis der

Warenliste) bei den Regierungspräsidenten (für Berlin dem Oberpräsidenten) bestimmt bis zum 5. jeden Monats eingehen.

6. Die Regierungspräsidenten (für Berlin der Oberpräsident) haben die monatlichen Zusammenstellungen zusammenzufassen und das Ergebnis auf dem vorgesehenen Vordruck alsbald nach dem 5. jeden Monats der Reichsbekleidungsstelle anzuzeigen. Für den Monat Juli 1916 bedarf es keiner besonderen Anzeige; sie kann zusammen mit der Anzeige für den August 1916 erfolgen.
7. Der Bedarf an Vordrucken (§ 12 Abs. 2) ist unter Benutzung der von der Reichsbekleidungsstelle ausgegebenen Bestellscheine von den Kommunalverbänden unmittelbar bei dieser, Berlin W 56, Markgrafenstraße Nr. 42, so rechtzeitig anzufordern, daß die Erteilung vonBezugsscheinen schon vor dem 1. August 1916 erfolgen kann. Die Warenliste mit Anleitung ist nur zur einmaligen Ausgabe an die listenführenden Stellen als dauerndes Muster bestimmt. Die Listenführung selbst erfolgt auf lose auszugebenden Listenblättern. Soweit die Regierungspräsidenten (für Berlin der Oberpräsident) solche Vordrucke gebrauchen, sind sie ebenfalls von der Reichsbekleidungsstelle unmittelbar anzufordern.
8. Die unter IV Abs. 2 der „Vorschläge, betr. Ausführungsbestimmungen über die Bezugsscheine" der Landeszentralbehörde zugewiesene Befugnis wird auf die Regierungspräsidenten (für den Stadtbezirk Berlin den Oberpräsidenten) übertragen, denen die weitere Übertragung auf die Kommunalverbände im Sinne der obigen Ziffer 4 gestattet ist.
9. Als Kommunalverbände im Sinne der Verordnung gelten die Stadt- und Landkreise.
10. Die Beschwerde gegen die Verfügung der Schließung eines Betriebes (§ 15) ist binnen einer Woche vom Tage der Zustellung des Bescheids an die zuständige Stelle zu richten.

18. Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren. Vom 28. September 1916. (RGBl. 1077.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Schuhwaren dürfen zu keinem höheren Preise verkauft werden als dem, der sich aus der Zusammenrechnung der Gestehungskosten, eines angemessenen Anteils der allgemeinen Unkosten und eines angemessenen Gewinns ergibt. Für die Preisberechnung sind die von der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise (§ 9) aufgestellten Richtsätze maßgebend.

Schuhwaren im Sinne der Verordnung sind solche, die ganz oder zum Teil aus Leder, Strick-, Web- oder Wirkwaren, Filz oder filzartigen Stoffen bestehen.

§ 2. Lieferungsverträge über Schuhwaren, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung zu höheren als den nach § 1 zulässigen Preisen abgeschlossen sind, gelten als zu diesen Preisen abgeschlossen, soweit die Lieferung nicht vor dem Inkrafttreten der Verordnung erfolgt ist.

§ 3. Schuhwaren dürfen vom Großhändler nur an Kleinhändler, vom Kleinhändler nur an Verbraucher abgesetzt werden.

§ 4. Schuhwaren müssen auf der Ware selbst oder auf einem mit dieser fest verbundenen, aus dauerhaftem Material hergestellten Begleitschein in einer für den Käufer leicht erkennbaren Weise folgende Angaben enthalten:

1. den Namen oder die Firma und den Ort der gewerblichen Hauptniederlassung desjenigen, der die Ware hergestellt hat; an Stelle der Angabe des Namens oder der Firma und des Niederlassungsortes kann als Kennzeichnung eine Nummer treten;

2. den Kleinverkaufspreis in deutscher Währung;
3. den Monat und das Jahr, in denen die Angaben angebracht worden sind.

Die Vorschriften des Abs. 1 finden keine Anwendung auf Schuhwaren, die auf Bestellung des Verbrauchers handwerksmäßig nach Maß angefertigt werden.

§ 5. Die im § 4 vorgeschriebenen Angaben sind vom Hersteller oder, falls die Ware aus dem Ausland eingeführt wird, von demjenigen anzubringen, der die Ware im Inland im eigenen oder fremden Namen in den Verkehr bringt. Die Angaben sind anzubringen, bevor der Verpflichtete die Ware weitergibt.

Bei Waren, die zur Zeit des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung bereits im Besitz eines Händlers sich befinden, sind nur die im § 4 Abs. 1 Nr. 2, 3 verlangten Angaben von diesem anzubringen.

Soweit der zur Auszeichnung Verpflichtete an Stelle der Angaben seines Namens oder der Firma und des Niederlassungsorts eine Nummer anbringen will, hat er bei der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise (§ 9) die Zuteilung dieser Nummer zu beantragen. Er darf sich nur der zugeteilten Nummer bedienen.

§ 6. Der Käufer von Schuhwaren kann, wenn er glaubt, daß der ihm berechnete Preis oder der ausgezeichnete Kleinverkaufspreis die Grenzen des § 1 überschreitet, binnen zwei Wochen nach Abschluß des Kaufvertrags Festsetzung des Preises durch ein Schiedsgericht beantragen.

Das Schiedsgericht prüft auch auf Anrufen der zuständigen Behörde [Preußen, Vfg. v. 5. Okt. 1916, JMBl. 288 die Landräte, in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörden, sowie ferner soweit es sich um Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs handelt, die Preisprüfungsstellen] die Preise nach und bestimmt die nach § 1 in Verbindung mit den von der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise (§ 9) aufgestellten Richtsätzen angemessenen Preise. Ist der für eine bestimmte Art von Schuhwaren festgesetzte Preis niedriger als der ausgezeichnete, so hat das Schiedsgericht zugunsten des Reichs von dem zur Auszeichnung Verpflichteten einen Betrag einzuziehen, der dem Überpreis aller von dem Verpflichteten mit der beanstandeten Preisauszeichnung in den letzten drei Monaten in den Verkehr gebrachten Schuhwaren der betreffenden Art entspricht.

§ 7. Ergibt die Prüfung durch das Schiedsgericht den Verdacht einer strafbaren Überteuerung, so hat der Vorsitzende des Schiedsgerichts außerdem der zuständigen Staatsanwaltschaft Mitteilung zu machen.

§ 8. Das Schiedsgericht entscheidet unter Ausschluß des Rechtswegs. Seine Entscheidung ist endgültig; sie erfolgt gebühren- und stempelfrei.

§ 9. Der Reichskanzler ernennt eine Gutachterkommission für Schuhwarenpreise, der es obliegt, allgemeine Richtsätze für die Bestimmung der Verkaufspreise festzusetzen, insbesondere Grundsätze für die Berechnung der Gestehungskosten, des angemessenen Anteils an den allgemeinen Unkosten und des angemessenen Gewinns aufzustellen. Die Gutachterkommission hat auch auf Ersuchen des Schiedsgerichts oder der zuständigen Behörde [Preußen, Vfg. v. 5. Okt. 1916, JMBl. 288 außer den zu § 6 Abs. 2 erwähnten Behörden die Gerichte und Staatsanwaltschaften] sich über die Angemessenheit der Preise im Einzelfalle gutachtlich zu äußern. Sie hat eine Liste der gemäß § 5 Abs. 3 zugeteilten Nummern zu führen und dem Schiedsgerichte die Nummern der zur Auszeichnung Verpflichteten seines Bezirkes mitzuteilen.

§ 10. Veranstaltungen, die eine besondere Beschleunigung des Verkaufs von Schuhwaren bezwecken, sind verboten.

Als verboten gelten insbesondere die Ankündigung und die Abhaltung von Ausverkäufen und Teilausverkäufen, Inventur- und Saisonverkäufen, Festverkäufen, Serien- und Restewochen oder -tagen, Propaganda- und Reklamewochen oder -tagen und von ähnlichen Sonderverkäufen sowie die Ankündigung von Verkäufen zu herabgesetzten Preisen oder Inventurpreisen.

§ 11. Bedeutet die Durchführung des Verbots (§ 10) bei Todesfällen, Geschäftsauflösungen und Konkursen eine besondere Härte, so kann die Ortspolizeibehörde auf Antrag Ausnahmen zulassen. Die Landeszentralbehörde kann an Stelle der Ortspolizeibehörde eine andere Behörde für zuständig erklären.

§ 12. Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen über die Errichtung, die Zuständigkeit, die Zusammensetzung und das Verfahren des Schiedsgerichts sowie über die Errichtung, die Zuständigkeit und die Zusammensetzung der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise.

§ 13. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen. Er kann die Preise für Ausbesserungen an Schuhwaren regeln.

§ 14. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird bestraft:

1. wer den Bestimmungen der §§ 3, 10 zuwiderhandelt;
2. wer Schuhwaren ohne die nach §§ 4, 5 vorgeschriebene Auszeichnung verkauft, feilhält oder sonst in den Verkehr bringt;
3. wer bei der nach §§ 4, 5 vorgeschriebenen Auszeichnung unrichtige Angaben macht, oder eine andere als die ihm zugeteilte Nummer verwendet, oder wer Schuhwaren verkauft, feilhält oder sonst in den Verkehr bringt, wissend, daß die Auszeichnung unrichtige Angaben oder eine falsche Nummer enthält, oder daß die ausgezeichnete Preisangabe erhöht oder unkenntlich gemacht ist;
4. wer Schuhwaren zu einem höheren als dem ausgezeichneten Preise verkauft oder feilhält;
5. wer, nachdem für eine bestimmte Art der von ihm in den Verkehr gebrachten Schuhwaren von dem Schiedsgericht ein angemessener Preis festgesetzt ist, Waren gleicher Art mit einem höheren Kleinhandelspreis auszeichnet und mit dieser Auszeichnung verkauft, feilhält oder sonst in den Verkehr bringt.

Bei vorsätzlicher Zuwiderhandlung können neben der Strafe die Waren eingezogen werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 15. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [29. 9.], hinsichtlich des § 14 mit dem dritten Tage nach der Verkündung, hinsichtlich des §§ 4, 5 mit dem 25. Oktober 1916 in Kraft. Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens bestimmt der Reichskanzler.

Hierzu:

Bekanntmachung des Reichskanzlers, betr. Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1915 (RGBl. S. 1077). **Vom 28. September 1916.** (RGBl. 1080.)

Auf Grund des § 9 der Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1916 (RGBl. S. 1077) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Bei jeder amtlichen Handelsvertretung wird für ihren Bezirk ein Schiedsgericht gebildet. In Bezirken, in denen mehrere Vertretungen des Handels vorhanden sind, bestimmt die Landeszentralbehörde, bei welcher von ihnen das Schiedsgericht zu bilden ist. Die Landeszentralbehörde kann bestimmen, daß für die Bezirke mehrerer Handelsvertretungen nur ein Schiedsgericht zu bilden ist.

Orte, die zu keinem Handelsvertretungsbezirke gehören, werden nach Bestimmung der Landeszentralbehörde dem Schiedsgerichte der nächsten Handelsvertretung zugewiesen.

Soweit Bundesstaaten amtliche Handelsvertretungen nicht haben, bestimmt die Landeszentralbehörde die amtlichen Stellen, bei denen das Schiedsgericht gebildet wird sowie den Bezirk des Schiedsgerichts.

§ 2. Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden und Beisitzern. Ihr Amt ist ein Ehrenamt. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden durch die Landeszentralbehörde oder die von ihr bestimmte Verwaltungsbehörde, die Beisitzer, soweit sie gewerblichen Kreisen angehören, durch die Handelsvertretung, im übrigen durch den Vorsitzenden des Schiedsgerichts ernannt. Die Handelsvertretung bestellt einen oder mehrere Schriftführer.

Die Mitglieder und Schriftführer sind vor ihrem Amtseintritt durch Handschlag an Eidesstatt zu treuer und gewissenhafter Führung ihres Amtes zu verpflichten. Sie sind zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Die Verpflichtung des Vorsitzenden und seines Stellvertreters erfolgt durch die höhere Verwaltungsbehörde, die Verpflichtung der übrigen Mitglieder und der Schriftführer durch den Vorsitzenden des Schiedsgerichts.

In Fällen des § 1 Abs. 3 findet diese Bestimmung entsprechende Anwendung.

§ 3. Das Schiedsgericht entscheidet in einer Besetzung von einem Vorsitzenden und vier Beisitzern, von denen je einer ein Schuhwarenhersteller und ein Schuhwarenhändler, die beiden übrigen Verbraucher sein sollen. Wird der von einem Handwerker berechnete Preis angegriffen, so soll der Hersteller den Handwerkerkreisen entnommen sein.

§ 4. Zuständig ist das Schiedsgericht des Bezirkes, in dem der zur Auszeichnung des Kleinverkaufspreises Verpflichtete, oder falls nicht der ausgezeichnete, sondern der berechnete Preis angegriffen wird, der Verkäufer seinen Wohnort bzw. den Ort seiner gewerblichen Niederlassung hat.

§ 5. Der Antrag auf schiedsgerichtliche Entscheidung ist schriftlich oder zu Protokoll des Schriftführers eines Schiedsgerichts zu stellen. Er soll unter Darlegung der Sachlage und Angabe der Beweismittel kurz begründet werden; der Antragsteller soll die ihm zugänglichen Beweisurkunden beifügen.

§ 6. Das Schiedsgericht verhandelt und entscheidet in nicht öffentlicher Sitzung. Der Vorsitzende kann anordnen, daß eine mündliche Verhandlung mit den Beteiligten stattfindet.

Die Beteiligten sind vor der Entscheidung zu hören. Es ist ihnen gestattet, den Verhandlungen beizuwohnen. Der Vorsitzende kann ihr Erscheinen anordnen.

Beteiligte im Sinne dieser Bestimmung sind der Käufer, der zur Auszeichnung Verpflichtete sowie die antragstellende Behörde. Der Vorsitzende kann andere Personen, die ein rechtliches Interesse an der Entscheidung haben, als Beteiligte zulassen.

§ 7. Die Beteiligten sind von Ort und Zeit der Sitzung zu benachrichtigen. Wird mündliche Verhandlung angeordnet, so sind sie zu dieser zu laden.

Die Ladung geschieht durch eingeschriebenen Brief und, wenn der Wohnort der Beteiligten nicht bekannt ist oder die schriftliche Verständigung mit ihnen während des Krieges erschwert oder zeitraubend ist, mittels einmaliger Einrückung in den Reichsanzeiger. Der Vorsitzende kann eine andere Art der Ladung anordnen.

Die Beteiligten können sich in der mündlichen Verhandlung durch eine mit schriftlicher Vollmacht versehene Person vertreten lassen. Sind sie oder ihre Stellvertreter trotz rechtzeitiger Ladung nicht erschienen, so wird gleichwohl in der Sache verhandelt und entschieden.

§ 8. Das Schiedsgericht kann den Beteiligten aufgeben, binnen einer bestimmten Frist Tatsachen zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts anzugeben und Beweismittel, insbesondere Urkunden vorzulegen oder Zeugen zu stellen.

Bei Versäumung der Frist kann das Schiedsgericht nach Lage der Sache ohne Berücksichtigung der nicht beigebrachten Beweismittel entscheiden.

§ 9. Das Schiedsgericht kann auf Antrag oder von Amts wegen Beweise erheben, insbesondere Zeugen und Sachverständige vernehmen sowie Gutachten der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise einfordern.

Auf die Erledigung des Zeugen- und Sachverständigenbeweises finden die Vorschriften der Zivilprozeßordnung mit der Maßgabe Anwendung, daß eine Vereidigung durch das Schiedsgericht nicht stattfindet. Die Zeugen und Sachverständigen erhalten Gebühren nach Maßgabe der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige (RGBl. 1898 S. 689, 1914 S. 214).

§ 10. Die Befugnisse aus den §§ 8, 9 stehen außerhalb der Sitzungen dem Vorsitzenden zu.

§ 11. Zu den Verhandlungen wird ein Schriftführer zugezogen.

Über die Verhandlung wird eine Niederschrift aufgenommen, die von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist. Sie soll Ort und Tag der Verhandlung, die Bezeichnung der mitwirkenden Personen und der Beteiligten, sowie das Ergebnis der Verhandlung enthalten. Sie soll den anwesenden Beteiligten vorgelesen oder zur Durchsicht vorgelegt werden.

§ 12. Die Entscheidung erfolgt durch Beschluß. Der Beschluß enthält die Namen der Mitglieder des Schiedsgerichts, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben.

§ 13. Die Beschlüsse (§ 12) sind von dem Schriftführer auszufertigen; er bescheinigt die Übereinstimmung mit der Urschrift.

Die Beschlüsse sind den Beteiligten, soweit sie nicht in deren Gegenwart verkündet sind, in der im § 7 Abs. 2 vorgeschriebenen Weise mitzuteilen.

§ 14. Für das Verfahren werden Gebühren und Stempel nicht erhoben. Das Schiedsgericht bestimmt, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat, und setzt die Höhe der Auslagen fest. Die Beitreibung der Auslagen sowie der etwa auf Grund des § 6 der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1916 (RGBl. S. 1077) einzuziehenden Beträge erfolgt auf Ersuchen des Schiedsgerichts nach den landesgesetzlichen Vorschriften über die Beitreibung öffentlicher Abgaben.

Die Beteiligten haben keinen Anspruch auf Erstattung ihrer Auslagen.

§ 15. Die Gutachterkommission für Schuhwarenpreise wird im Anschluß an die Kontrollstelle für freigegebenes Leder in Berlin errichtet. Sie wird gebildet aus Vertretern der verschiedenen Kreise der Schuhwarenhersteller, aus Schuhwarenhändlern und aus Verbrauchern. Die Mitglieder sowie der Vorsitzende werden vom Reichskanzler ernannt. Ihr Amt ist ein Ehrenamt.

Die Gutachterkommission untersteht der Aufsicht des Reichskanzlers.

§ 16. Die Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung [29. 9.] in Kraft.

→ In Preußen finden nach der Vfg. vom 30. September 1916 (HMBl. 339) auf die Bildung der Schiedsgerichte und ihrer Bezirke sowie die Ernennung, Verpflichtung und Befähigung der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreter die Ziff. 1 bis 4 des Erlasses vom 31. März 1916, HMBl. 85 [15b] entsprechende Anwendung. ←

19. Bekanntmachung über untaugliches Schuhwerk. Vom 21. Juni 1916 (RGBl. 541) mit der Änderung vom 19. Oktober 1916. (RGBl. 1172, i. Kr. seit 20. Oktober 1916.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Ledernes Straßenschuhwerk, dessen Absatz oder Laufsohle ganz oder teilweise, oder dessen Brandsohle oder Hinterkappe ganz oder zum größeren Teil aus Pappe oder aus einem anderen Stoffe besteht, der nicht geeignet ist, Leder

zu ersetzen, darf gewerbsmäßig nicht hergestellt, feilgehalten, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht werden. Das gleiche gilt für ledernes Straßenschuhwerk, dessen Absatz im oberen (Lauf-) Teil aus einem anderen Stoffe als Leder besteht.

Besteht die Laufsohle ganz oder teilweise aus einem Stoffe, der geeignet ist, Leder zu ersetzen, so muß sie mit einer entsprechenden Bezeichnung versehen sein.

Absätze mit Gummibeschlag und Sohlen aus Gummi, Balata oder Holz werden durch die Vorschriften des Abs. 1 Satz 2 und des Abs. 2 nicht betroffen.

§ 2. Der Reichskanzler erläßt die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung; er bezeichnet insbesondere die Stoffe, die geeignet sind, Leder zu ersetzen.

§ 3. Die Beamten der Polizei und die von ihr beauftragten Sachverständigen sind befugt, in die Betriebsräume, wo Schuhwerk hergestellt, gelagert, verpackt, aufbewahrt oder feilgehalten wird, jederzeit einzutreten, daselbst Besichtigungen vorzunehmen, Geschäftsaufzeichnungen einzusehen und nach ihrer Auswahl Proben zur Untersuchung gegen Empfangsbestätigung zu entnehmen.

Die Unternehmer der im Abs. 1 bezeichneten Betriebe sowie die von ihnen bestellten Betriebsleiter und Aufsichtspersonen sind verpflichtet, den Beamten der Polizei und den Sachverständigen Auskunft über das Verfahren bei Herstellung der Erzeugnisse und über die zur Verarbeitung gelangenden Stoffe, insbesondere über deren Menge und Herkunft zu erteilen.

§ 4. Die Sachverständigen sind, vorbehaltlich der dienstlichen Berichterstattung und der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten, verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die durch die Aufsicht zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu enthalten. Sie sind hierauf zu vereidigen.

§ 5. Die Unternehmer haben einen Abdruck dieser Verordnung und der nach § 2 erlassenen Bestimmungen in ihren Betriebsräumen auszuhängen.

§ 6. Wer lederes Straßenschuhwerk zum Weiterverkauf an einen anderen abgegeben hat, ist verpflichtet, diesem auf Verlangen Auskunft über die für den Absatz, die Laufsohle, die Brandsohle und die Hinterkappe verwendeten Stoffe zu erteilen.

§ 7. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer den Vorschriften des § 1 Abs. 1 oder den nach § 2 erlassenen Bestimmungen zuwider Schuhwerk herstellt, feilhält, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt;
2. wer Schuhwerk ohne die im § 1 Abs. 2 oder im § 9 Abs. 2 Halbsatz 2 oder in den nach § 2 erlassenen Bestimmungen vorgeschriebene Bezeichnung oder mit einer unrichtigen Bezeichnung solcher Art gewerbsmäßig feilhält, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt;
3. wer vorsätzlich die ihm nach § 3 Abs. 2 oder § 6 obliegende Auskunft nicht erteilt oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht;
4. wer den im § 5 vorgeschriebenen Aushang unterläßt oder den darüber nach § 2 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;
5. wer den Vorschriften des § 4 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Verwertung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen sich nicht enthält.

Im Falle der Nr. 5 tritt die Verfolgung nur auf Antrag des Unternehmers ein.

In den Fällen der Nr. 1, 2 kann neben der Strafe auf Einziehung der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht. Ist die Verfolgung oder die Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.

Wird in den Fällen der Nr. 1, 2 auf Strafe erkannt, so kann angeordnet werden,

daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntgemacht wird. Die Art der Bekanntmachung ist im Urteil zu bestimmen.

§ 8. Die zuständige Behörde kann Betriebe schließen, deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der Pflichten unzuverlässig zeigen, die ihnen durch diese Verordnung oder die nach § 2 erlassenen Bestimmungen auferlegt sind.

Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig. Über die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Die Beschwerde bewirkt keinen Aufschub.

Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als zuständige Behörde und als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Vorschrift anzusehen ist.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem 10. Juli 1916 in Kraft.

Schuhwerk, das nachweislich vor dem 10. Juli 1916 hergestellt ist und den Vorschriften des § 1 Abs. 1 nicht entspricht, darf bis auf weiteres in den Verkehr gebracht werden, wenn es mit einer entsprechenden Bezeichnung versehen ist.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt, mit dem die Verordnung außer Kraft tritt.

Hierzu:

a) Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers zu der Verordnung über untaugliches Schuhwerk. Vom 22. Juni 1916. (RGBl. 543) **mit den Änderungen vom 19. Oktober 1916** (RGBl. 1173, i. Kr. seit 20. Oktober 1916.)

Auf Grund des § 2 der Verordnung des Bundesrats über untaugliches Schuhwerk vom 21. Juni 1916 (RGBl. 541) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Die Vorschriften der Verordnung sind auf Schuhwerk anzuwenden, das zum Gebrauch auf der Straße, beim Wandern, auf der Jagd und dergleichen bestimmt ist und das in der Hauptsache aus Leder zu bestehen pflegt, ohne Unterschied, ob es für Männer, Frauen oder Kinder bestimmt ist. Dazu gehören auch Lederschuhe mit Stoffeinsätzen sowie Lackstiefel und Lackschuhe.

Zeug- und Leinenschuhe, Strand-, Tennis-, Turn-, Kletterschuhe und dergleichen fallen nicht unter die Vorschriften der Verordnung, auch nicht gewendetes Schuhwerk, Tanz- und Hausschuhe, Pantoffel und dergleichen. Dasselbe gilt für gestiftete Spangenschuhe und Sandalen und für Schuhe, bei denen die Laufsohle und der Absatz aus Holz bestehen (Kriegsschuhe), auch solche mit aufgelegten Lederflecken.

§ 2. Doppelsohlen sind als Laufsohlen im Sinne des § 1 Abs. 1 der Verordnung anzusehen.

Die Vorschriften des § 1 Abs. 1 der Verordnung gelten auch für Absätze, die mit Metallbeschlag versehen sind.

Die Stärke (Höhe), in welcher der Absatz aus Leder bestehen muß, wird auf 1 Zentimeter von der Lauffläche an festgesetzt. Bei Holzabsätzen genügt eine Stärke von 3 Millimetern.

§ 3. Das Verbot des § 1 Abs. 1 der Verordnung gilt für Pappe jeder Art, auch für gehärtete, gepreßte, gewalzte oder in anderer Weise bearbeitete Pappe und ohne Rücksicht auf die Benennung oder auf die bei der Herstellung verwendeten Zusatzstoffe.

§ 4. Die Bezeichnung der Stoffe, die geeignet sind, Leder zu ersetzen, erfolgt durch Bekanntmachung im Zentralblatt für das Deutsche Reich.

§ 5. Die im § 1 Abs. 2 der Verordnung vorgeschriebene Bezeichnung ist von dem Hersteller anzubringen. Sie besteht in den Worten „Laufsohle nicht aus Leder".

Die im § 9 Abs. 2 Halbsatz 2 der Verordnung vorgeschriebene Bezeichnung

ist von demjenigen (Hersteller oder Händler) anzubringen, in dessen Besitze sich die Ware befindet. Sie muß für die Laufsohle die an Stelle von Leder verwendeten Stoffe angeben, für den Absatz genügt der Vermerk „Nicht ausschließlich aus Leder oder zugelassenen Ersatzstoffen", für die übrigen Schuhteile der Vermerk: „Nicht überwiegend aus Leder oder zugelassenen Ersatzstoffen".

Die Bezeichnung muß in deutscher Sprache abgefaßt, deutlich, dauerhaft und leicht lesbar sein. Sie ist auf einem aus festem Stoffe (Pappe oder dergleichen) bestehenden Zettel von der Form eines rechtwinkligen Vierecks mit gleichen, je 5 Zentimeter langen Seiten aufzudrucken. Der bedruckte Zettel ist an jedem Schuh oder Stiefel dauerhaft zu befestigen.

Das Feilhalten und Verkaufen von Schuhwerk ohne die erforderlichen Zettel ist unzulässig.

§ 6. Der nach § 5 der Verordnung auszuhängende Abdruck ist in großer, deutlicher Schrift herzustellen. Der Aushang muß in die Augen fallen und so angebracht sein, daß er von jedermann leicht gelesen werden kann.

§ 7. Mit dem Inkrafttreten der Verordnung unterliegt auch Schuhwerk, das in der Herstellung begriffen ist, dem Verbote des § 1 Abs. 1; die Fertigstellung angefangener Gegenstände, ohne Rücksicht auf die Vorschriften des § 1 Abs. 1 der Verordnung, ist nur noch bis zum 8. Juli 1916 zulässig. Alsdann noch unfertige Schuhe und Stiefel sind nicht als vorher hergestellt im Sinne des § 9 Abs. 2 Halbsatz 1 anzusehen und sind, wenn sie den Anforderungen des § 1 Abs. 1 der Verordnung nicht entsprechen, vom Verkehr ausgeschlossen.

b) Preußische Ausführungsanweisung vom 27. Juni 1916 (HMBl. 204).

Auf Grund des § 8 Abs. 3 der Bundesratsverordnung über untaugliches Schuhwerk wird bestimmt:

Für die Schließung von Betrieben, deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der Pflichten unzuverlässig zeigen, die ihnen durch die Verordnung oder die nach § 2 erlassenen Bestimmungen des Reichskanzlers auferlegt sind, ist zuständig:

in Städten über 10000 Einwohner die Ortspolizeibehörde,
im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident zu Berlin,
im übrigen der Landrat und in den Hohenzollernschen Landen der Oberamtmann.

Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne der Verordnung ist der Regierungspräsident, für Berlin der Oberpräsident. Die Beschwerde (§ 8 Abs. 2) ist innerhalb einer Woche vom Tage der Eröffnung des Bescheides bei der höheren Verwaltungsbehörde anzubringen.

Begründung. (D. R. IX 116.)

Während früher Schuhe und Stiefel, die dauerhaft und widerstandsfähig sein sollten, durchweg aus Leder angefertigt wurden, haben sich in neuerer Zeit Kunsterzeugnisse eingebürgert, die besonders von den Schuhfabriken verwendet werden, um für verschiedene Teile des Schuhzeugs das Leder zu ersetzen. Es gibt derartige Ersatzstoffe, die sich bewährt haben und deren Verwendung für bestimmte Zwecke keinem Bedenken unterliegt. Unter den heutigen Verhältnissen, wo das Leder knapp geworden und im Preise stark gestiegen ist, kann die Heranziehung dieser Stoffe als Mittel, Leder zu ersparen und den Preis der Fertigware niedriger zu halten, nur begrüßt werden. Es hat sich jedoch während des Krieges die Unsitte herausgebildet, daß Stoffe, die für gewisse Teile einwandfrei sind, zur Herstellung anderer Teile benutzt werden, für die sie völlig ungeeignet sind, und daß für Schuhteile, die unter allen Umständen aus Leder bestehen müssen, untaugliche Stoffe verwendet werden. Dadurch wird die Brauchbarkeit der Schuhe wesentlich herabgemindert, oft vollkommen in Frage gestellt. Äußerlich kann der Käufer die Minderwertigkeit nicht erkennen, er muß einen Preis zahlen, der dem geringen Wert der Ware nicht entspricht, und diese selbst zerreißt oder zerfällt schon nach kurzem Gebrauche. In beträchtlichem Umfang sind Stiefel mit Sohlen aus Pappe

angefertigt worden, die schon bei geringer Beanspruchung, namentlich bei nassem Wetter, versagen.

Über den Mißstand, der bereits die Preisprüfungsstellen beschäftigt hat, ist nicht nur von den Verbrauchern geklagt, sondern auch von den Händlern, die von den Fabrikanten über die Untauglichkeit der Erzeugnisse nicht aufgeklärt sind, ihrerseits aber von dem in seinen berechtigten Erwartungen getäuschten Abnehmer in Anspruch genommen werden. Die Verfolgung wegen Betrugs stößt auf Beweisschwierigkeiten und versagt leicht, wenn der Beschuldigte sich auf seine Überzeugung von der Dauerhaftigkeit des Erzeugnisses, auf die etwa günstige Preisstellung oder auch auf die bestehende Ledernot oder dergleichen beruft. Um die Allgemeinheit durchgreifend vor Übervorteilung durch die mangelhaften Machwerke zu schützen, reichen die bestehenden Gesetze nicht aus. Vielmehr erscheinen vorbeugende Maßnahmen erforderlich. Ein wirksames Vorgehen in diesem Sinne ist auch deshalb unerläßlich, weil die weitere Fabrikation von schlechtem Schuhzeug der bezeichneten Art zu einer Verschwendung von Leder führt, die in der jetzigen Zeit nicht geduldet werden kann. Offenbar wird, wenn ein Schuh infolge der Verwendung von Pappe oder dergleichen sich ungebührlich schnell abnutzt und weggeworfen werden muß, das im Schuh enthaltene Leder nicht so ausgenutzt, wie es sonst möglich wäre, es kommt ohne wirtschaftliche Rechtfertigung in Abgang, und dadurch wird der Verbrauch neuer Schuhe und damit einer weiteren Menge Leder notwendig, der andernfalls hinausgeschoben werden könnte. Die Menge der in Betracht kommenden Schuhwaren ist so groß, daß es sich um erhebliche Ledervorräte handelt, die hier erspart werden können und müssen. Durch die Bek. v. 21. Juni 1916 (RGBl. 541) ist daher derartiges mangelhaftes Schuhwerk für die Zukunft verboten und im öffentlichen Interesse vom Verkehr ausgeschlossen worden. Das Verbot bezieht sich nur auf Schuhwaren, die zum Gebrauch auf der Straße bestimmt sind und in der Hauptsache aus Leder zu bestehen pflegen. Bei diesen sind es vier Teile, für die ein Bedürfnis nach Schutz gegen die Verwendung von Pappe und dergleichen besteht. Sie ist für den Absatz und die Laufsohle schlechthin unzulässig, für die Brandsohle und die Hinterkappe nur als Verstärkung des Leders, das den überwiegenden Bestandteil bilden muß, statthaft; in jedem Falle muß der Absatz an der Laufseite aus Leder bestehen. Dem Reichskanzler ist vorbehalten, die näheren Bestimmungen zu treffen, um den Kreis der Schuhwaren, die der Verordnung unterliegen, genauer zu umgrenzen und dergleichen. Von dem Reichskanzler sollen auch die Stoffe bezeichnet werden, die geeignet sind, Leder zu ersetzen. Sie werden dadurch einheitlich und rechtsverbindlich festgestellt, so daß ein Ermessen der Gerichte und ein Streit der Sachverständigen im einzelnen Falle ausgeschlossen wird. Soweit der Reichskanzler die angeblichen Ersatzstoffe nicht anerkannt hat, haben sie als ungeeignet zu gelten. Gewisse Übergangsvorschriften sind getroffen, um die beteiligten Fabrikanten und Händler vor unbilligen Härten zu bewahren. Insbesondere ist Vorsorge getroffen, daß nicht mit dem Inkrafttreten des Verkehrsverbots die großen Vorräte, die noch bei den Fabrikanten lagern oder sich im Besitze des Schuhhandels befinden, wirtschaftlich verloren gehen. Der Umstand, daß die neuen gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllt sind, schließt daher die beim Inkrafttreten der Verordnung vorhandenen, als fertige Ware vorliegenden Erzeugnisse vorläufig noch nicht vom Verkehr aus. Bei der Bemessung der Dauer dieser Schonzeit war einerseits zu berücksichtigen, daß sie geräumig genug sein muß, um den Beteiligten den Absatz zu ermöglichen und namentlich die zahlreichen kleineren Schuhhandlungen tunlichst vor dem Schaden zu bewahren, der sie treffen muß, wenn sie mit einer beträchtlichen Menge plötzlich unverkäuflich gewordener Ware sitzen bleiben. Andererseits entspricht es der Wichtigkeit der Sachlage, auf der die Verordnung beruht, daß diese bald zur vollen Wirkung kommt, und daß der Anreiz für gewissenlose Personen, neugemachte untaugliche Stiefel als angeblich schon früher hergestellt gewesene nachzuschieben, soviel als möglich abgeschwächt wird. Die Übergangszeit ist deshalb auf die Zeit bis zum 31. März 1917 festgesetzt und für die im allgemeinen wirtschaftlich stärkeren Fabrikanten und Großhändler

um fünf Monate kürzer bemessen. Können demgemäß die undauerhaften Waren nicht mit einem Schlage vom Markte entfernt werden, so sollen sie doch nicht länger unter Verschweigung oder Unterdrückung des Umstandes, daß sie den neu vorgeschriebenen Anforderungen nicht entsprechen, den Käufern dargeboten werden. Deshalb ist die Bezeichnungspflicht für sie vorgeschrieben. Damit den Beteiligten, namentlich den kleinen Händlern, die Möglichkeit blieb, die erforderlichen Feststellungen über die an Stelle von Leder verwendeten Stoffe zu treffen, ist diese Verpflichtung erst einen Monat nach dem Inkrafttreten der Verordnung wirksam geworden.

Die Wirkung der ganzen Maßnahme darf freilich nicht überschätzt werden. Sie bietet keine Sicherheit für eine in jeder Beziehung vollkommene Beschaffenheit der Schuhwaren. Die Güte und Dauerhaftigkeit eines Stiefels hängt auch von der Art und Stärke des Leders und von vielen anderen Umständen ab, die der gesetzlichen Regelung nicht unterworfen worden sind. Der Bundesrat ist nur einem einzelnen Übelstand, der sich besonders fühlbar gemacht hatte, entgegengetreten. Deshalb wird auch niemand dadurch, daß die Vorschriften der Verordnung vom 21. Juni 1916 erfüllt sind, ohne weiteres von der Verantwortung befreit, wenn die Ware berechtigten Ansprüchen des Käufers nicht entspricht. — In Anwendung des § 2 der Bek. sind die Ausführungsbestimmungen v. 22. Juni 1916 (RGBl. 543) erlassen worden. — Durch die Bek., betr. Lederersatz für Schuhwerk, vom 13. Sept. 1916 (ZBl. 285) ist mitgeteilt, inwieweit bisher geeignete Lederersatzstoffe zugelassen sind.

20. Bekanntmachung über den Wochenmarktverkehr vom 2. März 1915. (RGBl. 125.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 738, Erläuterungen in Bd. 2, 294.

DJZ. 16 346, LeipzZ. 16 563 (KG.). Es wird erneut ausgesprochen, es könne auf Grund der Bek. bestimmt werden, daß gewerbsmäßige Aufkäufer den Marktplatz eine Stunde nach der für den Marktbeginn festgesetzten Zeit betreten dürfen.

E. Gewerbliches Eigentum.

I. Bekanntmachung, betr. vorübergehende Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts. Vom 10. September 1914. (RGBl. 403.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 461—464.

§ 2.

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen Fristversäumung.

I. Welche Fristen kommen in Betracht?

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 1, 463; 6, 7 in Bd. 2, 196.)

8. DJZ. 16 443 (PatentA.). Unter Berufung auf § 2 der BRVO. wurde erst nach Erteilung des Patents Einspruch eingelegt. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wurde versagt, da § 2 nur solche Fristen treffe, deren Ablauf unmittelbar eine Rechtsveränderung nach sich ziehe (Vorbescheidfrist, Beschwerdefrist, Fristen zur Zahlung der Jahresgebühren). Die Wiedereinsetzung würde überdies nach erteiltem Patent zu unerträglicher Rechtsunsicherheit führen. Sämtliche in der Kriegszeit erteilten Patente liefen Gefahr, innerhalb eines Jahres (ZPO. § 234 Abs. 3) nach der Einspruchsfrist noch nachträglich wieder aufgehoben zu werden. Der beteiligten Industrie bleibe nur mehr die Nichtigkeitsklage offen.

II. Verhinderung der Fristeinhaltung (zu vgl. Bd. 1, 463).

DJZ. 16 443 (PatentA.). Der Einspruch gegen eine bekanntgemachte Patentanmeldung war erst nach Ablauf der zweimonatigen Einspruchsfrist (§ 24 PatG.) eingegangen

und die Fristversäumnis mit dem Kriegszustande begründet worden. Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Fristversäumung wurde in beiden Instanzen (Anmelde- und Beschwerdeabteilung) abgelehnt § 2 der BRBO. fordere, daß jemand durch den Krieg verhindert gewesen sein müsse, eine Frist innezuhalten, deren Ablauf einen Rechtsnachteil zur Folge habe. Die Einspruchsfrist laufe gegenüber der Allgemeinheit, nicht gegen einen einzelnen. Der Einsprecher verteidige nicht ein ihm zustehendes Recht, sondern sei Sprecher der Allgemeinheit, die durch den Fristablauf keinen Rechtsnachteil erleide.

§ 3.

Anwendung auf Ausländer (zu vgl. Bd. 1, 464; 2 196).

1. Die Gegenseitigkeit ist im Sinne des § 3 verbürgt 6. laut Bek. v. 5 Oktober 1916 (RGBl. 1144) mit den Niederlanden.

2. DJZ. 16 540 (PatentA.). Die in § 2 vorgesehene Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kann zugunsten ausländischer Staatsangehöriger nach § 3 das. nur dann Anwendung finden, wenn in diesen Staaten nach einer im RGBl. enthaltenen Bek. den deutschen Reichsangehörigen gleichartige Erleichterungen gewährt werden. Selbst wenn in einem ausländischen Staate die Gegenseitigkeitsverbürgung bereits bestehen würde, muß dieser Umstand so lange unberücksichtigt bleiben, als nicht eine entsprechende Bek. im RGBl. erfolgt ist. Dem Patentamt steht eine Prüfung dahin, ob im Auslande gleichartige Bestimmungen erlassen sind, nicht zu, und das vom Beschwerdeführer gemachte Anerbieten, diesen Nachweis zu erbringen, ist rechtlich unbeachtlich, da eine Bek. i. S. des § 3 bez. seines Staates unstreitig nicht erfolgt ist.

(Abschnitt II, III in Bd. 1, 464 ff.)

IV. Verwertung von Patenten im nichtfeindlichen Ausland.

Erlaß des Auswärtigen Amts

(Mitteil. für Handel, Industrie und Landw. 1916. Nr. 71. S. 9).

Gegen die Verwertung der für militärische Zwecke nicht verwendbaren Patente im nichtfeindlichen Ausland während des Krieges bestehen keine Bedenken. Wer dort Fabrikanten wirbt, die seine Erfindungen ausführen und Lizenzen von ihm nehmen oder die Patente kaufen, übt eine wirtschaftliche Betätigung, die er nach dem fremden Patentrecht unter Umständen zu leisten gehalten ist, um die Patente nicht einzubüßen.

Auf der anderen Seite ist der deutsche Besitzer ausländischer Patente nicht von der Pflicht befreit, bei deren Verwertung alles zu vermeiden, was zu einer Förderung der feindlichen Machtmittel beitragen und auch nur mittelbar den Feinden Vorschub leisten kann. Nicht nur der § 80 des Strafgesetzbuchs gegen Landesverrat, sondern auch das Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 (RGBl. 195) legen ihm Schranken auf, und er wird mit besonderer Vorsicht sich vergewissern und dafür sorgen müssen, daß die Ausführung seiner Patente im nichtfeindlichen Ausland nicht etwa den feindlichen Staaten zugute kommt. Die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen auf die einzelnen Fälle ist Sache der Gerichte. Es lassen sich daher seitens der Verwaltungsbehörden keine maßgebenden allgemeinen Regeln über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen aufstellen; doch kann folgendes zur Erwägung gestellt werden.

Gegenstände, die für die Landesverteidigung erheblich sind, können leicht, wenn sie im Ausland hergestellt und verkauft werden, von dort in feindliche Länder gelangen und zum Nachteil des Reichs benutzt werden; mit Sicherheit kann das der deutsche Patentinhaber auch durch vertragsmäßige Bindung seines nichtfeindlichen Lizenznehmers nicht verhindern. Insoweit wird er deshalb der Verwertung von Patenten sich enthalten müssen. Da aber eine scharfe Grenze

zwischen solchen Gegenständen und denjenigen, bei denen eine auch nur mittelbare oder gelegentliche Verwendung für Kriegszwecke ausgeschlossen ist, kaum gezogen werden kann, so ist es überhaupt geraten, während des Krieges regelmäßig auf die Verwertung im Ausland zu verzichten und sie nur dann zu betreiben, wenn die Erfindung auf einem völlig neutralen, für die Kriegführung unzweifelhaft unerheblichen Gebiete liegt.

Das Königlich Preußische Kriegsministerium ist bereit, auf Antrag im einzelnen Falle die Unschädlichkeit der Ausführung im nichtfeindlichen Ausland zu prüfen. Es wird daher empfohlen, für jede Erfindung, die in einem nichtfeindlichen Lande verwertet werden soll, bei dem Reichsamt des Innern die Genehmigung nachzusuchen; dieses Amt wird die Genehmigung im Falle der Zustimmung des Kriegsministeriums in der Regel erteilen.

V. Bekanntmachung über Erleichterungen im Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechte. Vom 13. April 1916. (RGBl. 278.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Im § 2 der Verordnung, betreffend vorübergehende Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts, vom 10. September 1914 (RGBl. S. 403) wird Satz 2 gestrichen und folgender Absatz 2 angefügt:

> Die Wiedereinsetzung muß innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach dem Wegfall des Hindernisses beantragt werden. Der Reichskanzler bestimmt, von welchem Zeitpunkt an der Antrag nicht mehr zulässig ist. Im übrigen sind die Bestimmungen der §§ 236ff. der Zivilprozeßordnung entsprechend anzuwenden.

§ 2. Die Bekanntmachung der Patentanmeldung kann nach Ablauf der im § 4 Abs. 1 der Verordnung, betreffend weitere Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent- und Gebrauchsmusterrechts, vom 31. März 1915 (RGBl. S. 212) vorgesehenen Zeit weiter ausgesetzt werden. Der Reichskanzler bestimmt, bis zu welchem Zeitpunkt die Aussetzung dauert.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [14. 4.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Begründung. (D. R. IX 212.)

Die durch die Verordnung v. 10. September 1914 (RGBl. 403) gegen Fristversäumnis auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts zugelassene Wiedereinsetzung in den vorigen Stand war zufolge des § 234 Abs 3 der Zivilprozeßordnung, dessen entsprechende Anwendung vorgeschrieben war, davon abhängig, daß sie vor Ablauf eines Jahres seit dem Ende der versäumten Frist beantragt wurde. Diese Beschränkung konnte bei der langen Dauer des Krieges nicht aufrecht gehalten werden. In vielen Fällen dauert das die Fristversäumnis veranlassende Hindernis länger als ein Jahr, und es ist unbillig, daß alsdann die Möglichkeit der Wiedereinsetzung ausgeschlossen ist. Ebenso erwies sich die Zeit von einem Jahre, um welche die gesetzliche Frist für die Aussetzung von Patentanmeldungen durch § 4 Abs. 1 der Verordnung v. 31. März 1915 (RGBl. 212) verlängert worden war, als unzureichend. Nach beiden Richtungen trifft daher die auf Grund des § 3 des sog. ErmG. ergangene Bek. v. 13. April 1916 Vorsorge. Nach § 1 ist der Satz 2 des § 2 der Verordnung v. 10. September 1914 durch einen besonderen Absatz ersetzt, in dem die sachlich unverändert bleibende Vorschrift, daß die Wiedereinsetzung innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach dem Wegfall des Hindernisses beantragt werden muß, durch Einschaltung der hervorgehobenen Worte formal ergänzt und dadurch von der Heranziehung

der Zivilprozeßordnung zur erschöpfenden Feststellung ihres Sinnes befreit ist, die Bestimmungen der Zivilprozeßordnung aber, die entsprechend anzuwenden sind, auf die §§ 236 ff. beschränkt werden, so daß sowohl der Abs. 3 des § 234 als auch der übrige für das patentamtliche Verfahren praktisch entbehrliche Inhalt der §§ 233 bis 235 ausscheidet. Dem Bedürfnis, daß bei Eintritt friedlicher Zustände der Anwendbarkeit des außerordentlichen Rechtsbehelfs wieder ein Ende gesetzt werden muß, ist dadurch genügt, daß der Reichskanzler ermächtigt ist, zu bestimmen, von welchem Zeitpunkt an der Antrag nicht mehr zulässig ist. Nach § 2 kann die Bekanntmachung der Patentanmeldung nach Ablauf des Jahres, für das sie gemäß der Verordnung v. 31. März 1915 ausgesetzt worden ist, bis zu einem Zeitpunkt, dessen allgemeine Bestimmung ebenfalls dem Reichskanzler vorbehalten ist, weiter ausgesetzt werden.

VI. Bekanntmachung, betr. die Verlängerung der im Artikel 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen vom 7. Mai 1915. (RGBl. 272.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 466, 467.

Diese Verordnung ist geändert durch die

Bekanntmachung, betr. die verlängerten Prioritätsfristen. Vom 8. April 1916. (RGBl. 259.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

Im § 1 Abs. 1 der Verordnung, betreffend die Verlängerung der im Artikel 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen, vom 7. Mai 1915 (RGBl. S. 272) werden die Worte „längstens aber bis zum 30. Juni 1916" gestrichen.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [11. 4.] in Kraft.

Zu der VO. vom 7. Mai 1915 sind weiter ergangen:

1. Bekanntmachung, betr. die Prioritätsfristen in Spanien. Vom 14. Juni 1916. (RGBl. 524.)

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats, betreffend die Verlängerung der im Artikel 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen, vom 7. Mai 1915 (RGBl. S. 272) wird hierdurch bekanntgemacht, daß in Spanien für Patente die bezeichneten Fristen, soweit sie nicht am 31. Juli 1914 abgelaufen sind, bis zu einem Zeitpunkt, der nach Beendigung des Krieges festgesetzt werden wird, zugunsten der deutschen Reichsangehörigen verlängert sind.

2. Bekanntmachung, betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Norwegen. Vom 18. August 1916. (RGBl. 949.)

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats, betreffend die Verlängerung der im Artikel 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen, vom 7. Mai 1915 (RGBl. S. 272) wird hierdurch bekannt gemacht, daß in Norwegen für Patente die bezeichneten Fristen, soweit sie nicht am 29. Juli 1914 abgelaufen sind, bis zum 31. Dezember 1916 zugunsten der deutschen Reichsangehörigen verlängert sind; darüber hinaus sind weitere Verlängerungen höchstens um je sechs Monate, vorbehalten.

3. Bekanntmachung, betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Dänemark. Vom 8. September 1916. (RGBl. 1007.)

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats, betreffend die Verlängerung der im Artikel 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen, vom 7. Mai 1915 (RGBl. S. 272) und im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. Februar 1916 (RGBl. S. 89) wird hierdurch bekanntgemacht, daß in Dänemark die Prioritätsfristen zugunsten der deutschen Reichsangehörigen weiter bis zum 1. Januar 1917 verlängert worden sind.

D. Finanzgesetze.

Übersicht.

Einleitung.

I. Gesetz, betr. die Reichskassenscheine und die Banknoten, v. 4. August 1914 (RGBl. 347) . . . .

II. Gesetz, betr. die Ausgabe von Reichskassenscheinen und Reichsbanknoten zu 10 Mark, v. 22. März 1915 (RGBl. 179) . . . .

III. Gesetz, betr. Änderung des Münzgesetzes, v. 4. August 1914 (RGBl. 326) .

IV. Bek. ,betr. die Ausprägung von Fünfpfennigstücken aus Eisen, v. 26. August 1915 (RGBl. 541) . . . .

*V. Bek., betr. die Ausprägung von Zehnpfennigstücken aus Eisen, v. 22. Dezember 1915 (RGBl. 844) 265

*VI. Bek., betr. die Prägung von Zehn- und Fünfpfennigstücken aus Eisen, v. 11. Mai 1916 (RGBl. 379) 267

VII. Bek., betr. die Prägung von Einpfennigstücken aus Aluminium, v. 23. November 1916 (RGBl. 1301) 267

*VIII. Bek., betr. Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Gold, v. 13. November 1915 (RGBl. 763) . . . .

*IX. Bek., betr. Verbot der Ausfuhr von Goldwaren, v. 13. Juli 1916 (RGBl. 695) 268

*X. Bek. zum Schutze eiserner Gedenkstücke der Reichsbank, v. 3. August 1916 (RGBl. 883) 269

XI. Gesetz, betr. Änderung des Bankgesetzes, v. 4. August 1914 (RGBl. 327)

XII. Gesetz, betr. die Ergänzung der Reichsschuldenordnung, v. 4. August 1914 (RGBl. 325) . . . .

XIII. Darlehnskassengesetz v. 4. August 1914 (RGBl. 340) . . . .

Hierzu:

Bek. über den Gesamtbetrag der Dahrlehnskassenscheine v. 11. November 1914 (RGBl. 475) . . . .

Bek., betr. die Ausstellung von Darlehnskassenscheinen auf Beträge von 2 und 1 Mark, v. 31. August 1914 (RGBl. 393) . . . .

XIV. Andere Maßnahmen zur Kreditbeschaffung.

*1. Sachkredit 271

a) Grundkredit 271

b) Anderweiter Sachkredit . . . .

2. Personalkredit . . . .

XV. Bek. über das Verbot des Handels mit in England abgestempelten Wertpapieren v. 19. Novembe 1914 (RGBl. 477), ergänzt durch die Bek. v. 4. November 1915 (RGBl. 731) . . . .

XVI. Bek. über Erlaß und Vergütung von Abgaben v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 687) . . . .

*XVII. Bek über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln, v. 20. Januar 1916 (RGBl. 49) 271

Hierzu:

Bek. des Reichskanzlers, betr. den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln, v. 22. Januar 1916 (RGBl. 53) 271

XVIII. Verordnung über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände, v. 25. Februar 1916 (RGBl 111) 278

Hierzu:

*a) Ausführungsvorschrift des Reichskanzlers v. 22. Juli 1916 (Reichsanzeiger Nr. 171) 278

*b) Bek. des Reichskanzlers wegen Einfuhr von Tabak, v. 25. Februar 1916 (RGBl. 92) 278
XIX. Bek., betr. den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland, v. 16. März 1916 (RGBl. 171) 278
Hierzu:
Bek. des Reichskanzlers betr. Ausnahmen von dieser Verordnung, v. 23. März und 17. April 1916 (RGBl. 195, 288) 279
*XX. Bek. über die Anmeldung von Wertpapieren, v. 23. August 1916 (RGBl. 952) 281
Hierzu:
Bek. des Reichskanzlers über denselben Gegenstand, v. 23. August und 28. Oktober 1916 (RGBl. 953, 1209) 282
*XXI. Bek. über die Bestätigung von Schecks durch die Reichsbank, v. 31. August 1916 (RGBl. 985) 285
*XXII. Weitere Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs im Verwaltungswege 292
*XXIII. Kriegssteuergesetze.
*1. Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne, v. 24. Dezember 1915 (RGBl. 837) 295
Hierzu:
a) Ausführungsbestimmungen des Bundesrats v. 27. Januar 1916 (ZBl. 27) . . . . . .
b) Preußische Ausführungsvorschriften v. 11. Februar 1916 307
2. Gesetz über die Kriegsabgaben der Reichsbank, v. 24. Dezember 1915 (RGBl. 840) . . . . . .
*3. Kriegssteuergesetz v. 21. Juni 1916 (RGBl. 561) 310
Hierzu:
*a) Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 30. Nov. 1916 Nachtrag
*b) Preußische Ausführungsvorschriften vom 1. Dezember 1916 Nachtrag
*4. Gesetz über die Festsetzung von Kursen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere v. 9. November 1916 (RGBl. 1269) 465
*5. Gesetz über einen Warenumsatzstempel v. 26. Juni 1916 (RGBl. 639) . 465
Hierzu:
a) Bek. über Befreiungen vom Warenumsatzstempel v. 14. November 1916 (RGBl. 1274) 486
b) Bek. des Reichskanzlers v. 8. September 1916 (ZBl. 247) 487
nebst
α. Bestimmungen über den Ersatz des Steuerwerts der . . . Scheckvordrucke und Scheckstempelmarken 487
β. Änderungen d. Ausführungsbestimmungen z. Reichsstempelgesetz 489
c) Grundsätze zur Auslegung des Warenumsatzstempelgesetzes v. 19. Oktober 1916 (Reichsanz. Nr. 251) 503
d) Preußische Ausführungsverordnung v. 9. Oktober 1916 (GS. 133) . 509
e) Allgemeine Verfügung des Finanzministers, btr. Änderung der Preußischen Ausführungsvorschriften zum Reichsstempelgesetz v. 1. November 1916 (ZollZBl. 16 Beil. zu Nr. 45, S. 31) 511
*6. Frachturkundenstempelgesetz v. 17. Juni 1916 (RGBl. 555) 520
Hierzu:
a) Grundsätze zur Auslegung des Reichsstempelgesetzes v. 13. Juli 1916 (Auszug) 527
b) Änderungen der Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz v. 13. Juli 1916 (ZBl. 177) 530
*7. Gesetz über Erhöhung der Tabakabgaben v. 12. Juni 1916 (RGBl. 507) 537
Hierzu:
Ausführungsbestimmungen des Bundesrats v. 30. Juni 1916 (ZBl. 166) 546

*8. Gesetz, betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe, v. 21. Juni 1916 (RGBl. 577) . . . 550
Hierzu:
a) Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 12. Juli 1916 (RGBl. 740) 557
b) Bek., betr. Änderung der Telegraphenordnung v. 16. Juni 1904, v. 12. Juli 1916 (RGBl. 741) 558
*XXIV. Bek. über die steuerliche Behandlung von Biersendungen an die Truppen, v. 13. April 1916 (RGBl. 275) 559
XXV. Abgabefreiheit von Liebesgaben 559
*XXVI. Stempelfreiheit staatlicher und kommunaler Kriegswechsel 559
*XXVII. Kriegskontrollgesetz, v. 5. Juli 1916 (RGBl. 691) 560
*XXVIII. Erleichterung der Zeichnung von Kriegsanleihe 561
1. Kgl. Verordnung, betr. den Erwerb von Reichskriegsanleihe für Stiftungen, standesherrliche Hausgüter, Familienfideikommisse, Lehen und Stammgüter, v. 14. September 1916 (GS. 121) 561
2. Kgl. Verordnung über die Beleihung landschaftlicher (ritterschaftlicher) Fonds bei der Darlehnskasse des Reichs, v. 18. September 1916 (GS. 125) 564

Gesetze I bis III in Bd. 1, 468ff.; IV in Bd. 2, 200.

V. Bekanntmachung, betr. die Ausprägung von Zehnpfennigstücken aus Eisen. Vom 22. Dezember 1915. (RGBl. 844.)

Wortlaut in Bd. 2, 201.

Begründung. (D. R. VIII 86.)

Die Knappheit an kleinen Zahlungsmitteln, besonders an Nickel- und Kupfermünzen, hatte sich in gesteigertem Maße geltend gemacht. Der hauptsächliche Grund dieser Knappheit ist darin zu erblicken, daß namhafte Beträge an Nickel- und Kupfermünzen in die besetzten Gebiete von Belgien, Frankreich und Rußland abgeflossen sind und dort im Zahlungsverkehr festgehalten werden. Die Reichsbank verfügte am 30. November 1915 an Zehnpfennigstücken nur über einen Bestand von 188000 M., an Fünfpfennigstücken nur über einen solchen von 193000 M. (einschließlich von Fünfpfennigstücken aus Eisen). Bei dieser ganz unzureichenden Ausstattung war sie völlig außerstande, dem durch den Krieg gewachsenen Verkehrsbedürfnis nach kleinen Münzen gerecht zu werden. Um einigermaßen Abhilfe zu schaffen, ist auf Grund der dem Reichskanzler vom Bundesrat erteilten Ermächtigung durch die Bek. v. 26. August 1915 (RGBl. 541) das Fünfpfennigstück aus Eisen eingeführt worden. 5 Millionen Mark in solchen Fünfpfennigstücken sind zur Ausprägung vergeben worden. Mannigfache technische Schwierigkeiten, die anfänglich bei der Herstellung und Verprägung der Plättchen zu überwinden waren, hatten zunächst die Versorgung des Verkehrs mit Fünfpfennigstücken etwas verlangsamt. Nach dieser Richtung ist jedoch eine wesentliche Besserung eingetreten, da die mit der Plättchenherstellung betrauten Firmen jetzt auf die Lieferung prägefähiger Plättchen eingerichtet sind. Es hatte sich aber gezeigt, daß der Verkehr auch der Vermehrung der Zehnpfennigstücke dringend bedurfte. Das Zehnpfennigstück bildet unter den kleinen Zahlungsmitteln die Hauptmünze. Aus diesem Grunde ist auch eine verhältnismäßig große Zahl an Zehnpfennigstücken in die besetzten feindlichen Gebiete abgeströmt. Die Vermehrung der Fünfpfennigstücke genügte nach den inzwischen gemachten Erfahrungen allein nicht, die Bedürfnisse des Verkehrs in vollem Umfang zu befriedigen. Der Einführung eiserner Zehnpfennigstücke standen zunächst Bedenken entgegen, die sich aus Rücksichten auf den Kassenbetrieb und den Automatenverkehr herleiteten. Der Kassenverkehr läßt die Gleichheit im Gewicht mit

dem geltenden Zehnpfennigstück als erwünscht erscheinen, weil der Inhalt der Geldbeutel vielfach nicht durch Zählen der Stücke, sondern durch Verwiegen ermittelt wird. Diesem Erfordernis entspricht ein in den Abmessungen des geltenden Zehnpfennigstücks hergestelltes eisernes Zehnpfennigstück nicht, weil das spezifische Gewicht des Eisens wesentlich geringer ist als dasjenige von Nickel und Kupfer. Aus diesem Grunde würde das eiserne Zehnpfennigstück im Gewicht des geltenden Zehnpfennigstücks wegen zu großer Dicke für den Automatenverkehr nicht verwendbar sein. Auch kam in Betracht, daß viele Automaten magnetische Vorrichtungen besitzen, die der Verwendung eiserner Münzen hinderlich sind. Diesen Bedenken konnte indessen angesichts des im allgemeinen Zahlungsverkehr hervorgetretenen starken Bedarfs gerade nach Zehnpfennigstücken eine ausschlaggebende Bedeutung nicht beigelegt werden. Dieser Bedarf hatte sich vielfach zu Notständen entwickelt, die z. B. zur aushilfsweisen Verwendung von Briefmarken und anderen Wertzeichen geführt hatten. Namentlich wurde der Zahlungsverkehr in den Warenhäusern durch den Mangel an Zehnpfennigstücken in empfindliche Mitleidenschaft gezogen. Auch verlangte gerade der Automatenbetrieb eine reichlichere Zufuhr von Zehnpfennigstücken, damit die Automaten ihre wichtige wirtschaftliche Zweckbestimmung in vollem Umfang erfüllen könnten. Soweit die Automaten keine magnetischen Vorrichtungen enthalten, ist das eiserne Zehnpfennigstück in den Abmessungen des geltenden Zehnpfennigstücks, trotz des Gewichtsunterschieds, der sich auf rund 0,4 g stellt, verwendbar. Der magnetischen Vorrichtung entbehren hauptsächlich die Automaten, welche mehr allgemein wirtschaftlichen Zwecken dienen, wie Gas- und Warenautomaten. Die magnetischen Vorrichtungen finden sich mehr bei den Automaten, die den Verkauf von Wertzeichen (Brief- und Fahrkarten) vermitteln sollen, wie bei den Post- und Eisenbahnverwaltungen.

Die Einführung des Zehnpfennigstücks aus Eisen bedingt hiernach, daß diese Vorrichtungen aus den Automaten entfernt werden, was ohne allzu große Weiterungen möglich ist, sowie daß der bankmäßige Kassenverkehr die Nachteile einer im Gewichte leichteren Münze auf sich nimmt. Diesen Nachteilen kann durch eine ausgedehntere Anwendung von Zählmaschinen begegnet werden. Demgegenüber müssen die Interessen des allgemeinen Zahlungsverkehrs als überwiegend angesehen werden, da aus einem Mangel an kleinen Münzen schwere Zahlungsstockungen und weitreichende Schädigungen wirtschaftlicher Interessen zu besorgen sind. Sollten diese schädlichen Folgen abgewendet werden, so bedurfte es der Einführung auch eines eisernen Zehnpfennigstücks, das mit einem Durchmesser von 21 mm herzustellen war und wegen des geringeren spezifischen Gewichts des Eisens ein Gewicht von rund 3,6 g bei einer Stärke von 1,3 mm erhalten mußte. Das geltende Zehnpfennigstück wiegt 4 g.

Da die Ausgabe von Zehnpfennigstücken aus Eisen nur durch die Verhältnisse des Krieges hervorgerufen ist, so sind sie wie die Fünfpfennigstücke aus Eisen innerhalb einer bestimmten, auf zwei Jahre zu bemessenden Frist nach dem Friedensschluß außer Kurs zu setzen. Da es hiernach später einer Aussonderung der eisernen Zehnpfennigstücke bedarf, so sind im Gepräge einige Änderungen vorgenommen worden, welche diese Aussonderung erleichtern sollen. Für diesen Zweck hat die Schriftseite eine ähnliche Gestaltung erfahren wie bei dem eisernen Fünfpfennigstück, so daß über der Zahl „10" die Umschrift „Deutsches Reich" und unter dieser Zahl das Wort „Pfennig" mit der Jahreszahl angebracht werden. Die Adlerseite hat statt der Schnureinfassung am Rande einen Perlenkreis erhalten; dieser wird noch dadurch als Unterscheidungsmerkmal gehoben, daß der Reichsadler in etwas kleineren Abmessungen gehalten wird. Auf diese Weise tritt der Perlenkreis zwischen Adler und Münzrand sichtbarer in die äußere Erscheinung. Bei solcher Ausstattung konnte von einem gerippten Rande abgesehen werden, was sich um so mehr empfahl, als dieser beim eisernen Fünfpfennigstück prägetechnische Schwierigkeiten bereitet hat. Das Prägemetall besteht wie beim eisernen Fünfpfennigstück aus weichem Siemens-Martin-Flußeisen mit einem möglichst geringen Kohlenstoffgehalte.

Angesichts der großen Bedeutung des Zehnpfennigstücks im Kleinverkehre ist die Prägemenge auf zehn Millionen Mark bemessen worden, die nach Maßgabe des Bedarfs auszumünzen sind. Die Prägungen sollen, da es sich um die Befriedigung eines außerordentlichen Bedarfs handelt, außerhalb der im § 8 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (RGBl. 507) für die Nickel- und Kupfermünzen bestimmten Grenze (2,50 M. für den Kopf der Bevölkerung) vorgenommen werden. Im übrigen kommen die für die geltenden Zehnpfennigstücke erlassenen Vorschriften auf die Zehnpfennigstücke aus Eisen sinngemäß zu Anwendung.

Die Einführung von Zehnpfennigstücken aus Eisen auf Grund des § 3 ErmG. rechtfertigt sich aus den gleichen Erwägungen wie bei den Fünfpfennigstücken aus Eisen.

VI. Bekanntmachung, betr. die Prägung von Zehn- und Fünfpfennigstücken aus Eisen. Vom 11. Mai 1916. (RGBl. 379.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, außerhalb des im § 8 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (RGBl. S. 507) für die Ausprägung von Nickel- und Kupfermünzen bestimmten Grenze weitere Zehn- und Fünfpfennigstücke aus Eisen bis zur Höhe von je fünf Millionen Mark herstellen zu lassen.

§ 2. Auf diese Prägungen finden die Bestimmungen der Verordnungen vom 22. Dezember 1915 (RGBl. S. 844) und vom 26. August 1915 (RGBl. S. 541) mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die Prägegebühr für die Zehnpfennigstücke aus Eisen auf 3½ vom Hundert und für die Fünfpfennigstücke aus Eisen auf 7 vom Hundert des ausgeprägten Nennwerts festgesetzt wird. Diese Prägegebühr gilt auch für die auf Grund der vorerwähnten Verordnungen hergestellten Stücke.

Begründung. (D. R. IX 157.)

An Scheidemünzen (Silber, Nickel, Kupfer, Eisen) befanden sich in den Kassen der Reichsbank auch in der Berichtszeit trotz der fortgesetzten Ausprägungen stets nur verhältnismäßig niedrige Summen. Der Bestand betrug Ende Februar 43,8 Mill. M., stieg bis zum 25. März auf 46,5 Mill. M., um dann allmählich unter kleinen Schwankungen bis auf 25,3 Mill. M. Ende August zu sinken. Der Mangel, der besonders an Nickelmünzen gegen Ende des Vorjahres hervorgetreten war, durfte als beseitigt gelten, nachdem die Bundesratsverordnung v. 22. Dezember 1915 (RGBl. 844) auch die Ausprägung von Zehnpfennigstücken aus Eisen angeordnet hatte und diese Münzen in den ersten Monaten des Jahres 1916 dem Verkehr in erheblichen Beträgen zur Verfügung gestellt werden konnten. Durch die auf Grund des § 3 des sogenannten ErmG. ergangene Bek. v. 11. Mai 1916 wurde der Reichskanzler ermächtigt, außerhalb der in § 8 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (RGBl. 507) für die Ausprägung von Nickel- und Kupfermünzen bestimmten Grenze weitere Zehn- und Fünfpfennigstücke aus Eisen bis zur Höhe von je 5 Mill. M. herstellen zu lassen. Damit wurde die Summe der auszugebenden Eisenmünzen, deren Einziehung spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß zu erfolgen hat, auf 25 Mill. M. erweitert.

VII. Bekanntmachung, betr. die Prägung von Einpfennigstücken aus Aluminium. Vom 23. November 1916. (RGBl. 1301.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, außerhalb der im § 8 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (RGBl. 507) für die Ausprägung von Nickel- und Kupfer-

münzen bestimmten Grenze Einpfennigstücke aus Aluminium bis zur Höhe von zwei Millionen Mark herstellen zu lassen. Im übrigen finden auf diese Münzen die für die Einpfennigstücke aus Kupfer geltenden Vorschriften mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß der Durchmesser 16 Millimeter betragen soll und aus einem Kilogramm 1250 Stücke auszubringen sind.

§ 2. Die Einpfennigstücke aus Aluminium sind spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß außer Kurs zu setzen.

Die hierzu erforderlichen Bestimmungen erläßt der Bundesrat.

(VO. VIII als VI in Bd. 2, 201.)

IX. Bekanntmachung, betr. Verbot der Ausfuhr von Goldwaren. Vom 13. Juli 1916. (RGBl. 695).

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Ausfuhr von Waren, die ganz oder teilweise aus Gold hergestellt oder auf mechanischem Wege mit Gold belegt sind, ist verboten. Waren, die lediglich vergoldet sind, fallen nicht unter dieses Verbot.

§ 2. Wer es unternimmt, dem Verbote des § 1 zuwider Goldwaren aus dem Reichsgebiet auszuführen, wird, sofern nicht nach anderen Strafgesetzen eine höhere Strafe angedroht ist, mit Geldstrafe in Höhe des doppelten Wertes der Gegenstände, in bezug auf welche die strafbare Handlung verübt ist, jedoch mindestens in Höhe von dreißig Mark, bestraft.

In dem Urteil sind die Gegenstände, in bezug auf welche die strafbare Handlung verübt ist, einzuziehen, sofern sie dem Täter oder einem Teilnehmer gehören. § 42 des Strafgesetzbuchs und § 155 des Vereinszollgesetzes finden Anwendung.

§ 3. Der Reichskanzler wird ermächtigt, von dem Verbote des § 1 Ausnahmen zuzulassen.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [14. 7.], die Vorschrift des § 2 jedoch erst mit dem 20. Juli 1916 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt, wann diese Verordnung außer Kraft tritt.

Begründung. (D. R. IX 185.)

Die bei Erlaß des Ausfuhrverbots für Gold v. 13. November 1915 bestehende Hoffnung, daß es infolge der von der Reichsbank bei Zuteilung des Goldes an die Industrie getroffenen Maßnahmen gelingen würde, eine Einschränkung der Inanspruchnahme ihres Goldfonds durch die Goldwarenindustrie herbeizuführen, hat sich nicht erfüllt. Die Goldentnahme hat sich, obwohl die Herstellung von Goldwaren im ganzen gegen die Zeit vor dem Kriege erheblich gesunken ist, von 1,1 Mill. M. im Monat April 1915 auf 2,2 Mill. M. im März 1916 gehoben, was sich daraus erklärt, daß die Reichsbank jetzt nahezu die einzige Goldquelle für die Industrie geworden ist, während diese früher ihren Bedarf zum großen Teile durch Münzgold aus dem Verkehr oder durch Bezug aus den Scheideanstalten deckte. Es erschien deshalb nötig, um den Goldbestand der Reichsbank zu schützen, den Goldverbrauch der Industrie weiter einzudämmen. Sollte dies geschehen, ohne dadurch die Goldwarenindustrie zur Einstellung der Betriebe oder zur Arbeiterentlassung in größerem Maßstabe zu zwingen, so mußte sie veranlaßt werden, sich mehr auf die Herstellung von Fassonware einzustellen und die Fabrikation von Goldsachen, welche nur geringe Arbeit erheischen und einen nur mäßigen Arbeitslohn abwerfen, also nur eine verhältnismäßig geringe Fasson oder aber ein gewisses Gewicht — bei Meterketten mehr als 24 g auf 1 m, bei allen anderen Gegenständen mehr als 36 g — haben, während der Kriegszeit überhaupt fallen zu lassen. Durch Unterbindung der Ausfuhr solcher Artikel, die einen hohen Goldwert und eine geringe Fasson haben und verhältnismäßig schwer sind, in erster Linie schwerer goldener Ketten, Etuis und Damentaschen, da diese in der Hauptsache für das Ausland gearbeitet werden, wird auch die Herstellung solcher Waren wesentlich eingeschränkt, da die Nachfrage

danach im Inland nur gering ist und die Fabrikation lediglich für das Inland nicht mehr lohnend ist. Das bedeutet schon eine merkliche Verringerung der Inanspruchnahme des Goldbestandes der Reichsbank.

Auf der anderen Seite kann es aber im Interesse der Valuta nur erwünscht sein, daß diejenigen Goldwaren, gegen deren Herstellung zur Aufrechterhaltung der Betriebe an sich nichts einzuwenden ist, nach Möglichkeit ausgeführt werden, sofern dadurch als Ersatz für das der Industrie zur Verarbeitung hergegebene Gold wertvolle, insbesondere holländische, schweizerische und nordische Valuten eingebracht werden. Zu diesen tunlichst auszuführenden Artikel würden auch diejenigen schweren Goldwaren von mehr als 56 g gehören, die infolge von Besetzung mit Edelsteinen eine Fassion von über 60 v. H. haben.

Es war daher geboten, der Anregung des Reichsbankdirektoriums entsprechend, ein Ausfuhrverbot auf Waren, die ganz oder teilweise aus Gold hergestellt oder auf mechanischem Wege mit Gold belegt sind, mit Ausnahme der nur vergoldeten Waren, zu erlassen. Dies ist durch die auf Grund des § 3 des sog. ErmG. ergangene Bek. v. 13. Juli 1916 geschehen. Um die Regelung der Ausfuhr nach den oben erwähnten Gesichtspunkten praktisch zu ermöglichen, sind die Zollbehörden auf Grund des § 3 der Bekanntmachung durch Ausführungsbestimmungen allgemein dahin angewiesen worden, daß sie die Ausfuhr von dem Ausfuhrverbot unterliegenden Goldwaren zulassen, wenn die Originalfaktura eine dahingehende Bescheinigung der Vorstände der Reichsbanknebenstellen Pforzheim, Hanau und Schwäbisch-Gmünd trägt, wobei die erstere für Ausfuhranträge für das ganze Deutsche Reich mit Ausnahme der Bezirke Hanau und Schwäbisch-Gmünd, die beiden letzteren für ihre Bezirke zuständig sind. Um den Übergang und den Reiseverkehr nicht zu erschweren, weiterhin sind die Zollstellen auf Grund des § 3 ermächtigt, in solchen Fällen Ausnahmen vom Ausfuhrverbote zuzulassen.

X. Bekanntmachung zum Schutze eiserner Gedenkstücke der Reichsbank. Vom 3. August 1916. (RGBl. 883.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Eiserne Gegenstände, die im Auftrag der Reichsbank hergestellt werden, um den Einlieferern von Goldsachen als Gedenkstücke verliehen zu werden, dürfen nicht vervielfältigt oder nachgebildet werden; über sie oder ihre Nachbildungen darf nicht durch Rechtsgeschäft verfügt, sie dürfen nicht in den Verkehr gebracht oder feilgehalten werden. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen. Gestattet sind unentgeltliche Verfügungen zugunsten von Familienangehörigen sowie Verfügungen von Todes wegen.

Abbildung und Beschreibung der Gedenkstücke werden durch das Reichsbankdirektorium im Reichsanzeiger veröffentlicht.

§ 2. Die Vervielfältigung und Nachbildung ist auch dann verboten,

1. wenn sie nur zum eigenen Gebrauch oder nur in einem einzigen Stücke bewirkt wird;
2. wenn ein anderer Stoff als Eisen verwendet wird;
3. wenn ein anderes Verfahren angewendet wird als das, durch welches das Urbild hervorgebracht worden ist; die Wiedergabe durch Abbildung ist jedoch erlaubt;
4. wenn die räumlichen Abmessungen oder die Farben andere sind als diejenigen des Urbildes;
5. wenn eine Nachbildung des Urbildes als Vorbild gedient hat.

§ 3. Abbildungen der Gedenkstücke sowie die auf den Stücken angebrachten Sinnsprüche dürfen zur Ausstattung von Waren nicht benutzt werden.

§ 4. Warenzeichen, die eine Darstellung eines Gedenkstücks der im § 1 be-

zeichneten Art oder eine Wiedergabe des auf einem Stücke angebrachten Sinnspruchs enthalten, dürfen ohne Zustimmung des Reichsbankdirektoriums nicht in die Zeichenrolle eingetragen werden.

§ 5. Die Anwendung der Vorschriften dieser Verordnung wird durch Abweichungen nicht ausgeschlossen, sofern ungeachtet dieser Abweichungen die Gefahr einer Verwechslung vorliegt.

§ 6. Die Befugnis, über Gegenstände, die nachweislich vor der im § 1 Abs. 2 bezeichneten Veröffentlichung hergestellt sind, zu verfügen, sie in den Verkehr zu bringen oder feilzuhalten, wird durch die Vorschriften dieser Verordnung nicht berührt.

§ 7. Wer den Vorschriften der §§ 1 bis 3 vorsätzlich zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer den Vorschriften der §§ 1 bis 3 fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag des Reichsbankdirektoriums ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände, auf welche sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 8. Die gewerblichen Sachverständigenvereine (§ 14 des Gesetzes, betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen, vom 11. Januar 1876 [RGBl. S. 11]) sind verpflichtet, auf Erfordern der Gerichte und der Staatsanwaltschaften Gutachten über die an sie gerichteten Fragen abzugeben.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [4. 8.] in Kraft.

Begründung. (D. R. IX 148.)

Die dank der hingebenden patriotischen Betätigung weitester Kreise der Bevölkerung, dank der Aufklärungsarbeit der deutschen Presse und dem praktischen Wirken von Kirche und Schule der Reichsbank zufließenden Goldbeträge bestanden nach wie vor überwiegend aus deutschen Goldmünzen, von denen offenbar noch recht erhebliche Summen im Verkehr vorhanden sind. Neuerdings ist zwecks Verstärkung des Goldschatzes der Reichsbank auch der Ankauf von Goldsachen allgemein organisiert worden. Zur Förderung dieser Sammlungen haben sich zunächst in der Rheinprovinz, anschließend in den anderen preußischen Provinzen und deutschen Bundesstaaten Ehrenausschüsse aus angesehenen Männern und Frauen gebildet. Die Reichsbank hat allen Grund, die so eingeleiteten Bestrebungen auf jede Weise zu fördern und zu unterstützen. In größeren Städten sind Goldankaufsstellen, an kleineren Plätzen und auf dem platten Lande Goldankaufshilfsstellen errichtet worden. In der Hand sachverständiger Goldschmiede liegt die Abschätzung der eingelieferten Schmuckstücke, für die der Goldwert vergütet wird, so daß für die Ankaufsstelle weder ein Gewinn noch ein Verlust entsteht.

Es ist Sorge getragen, daß sich der Ankauf der Goldsachen nicht in den Formen eines rein geschäftsmäßigen Verkehrs abspielt. Den Einlieferern wird nach Auszahlung des Gegenwertes mit einem Dankeswort eines Ehrenausschußmitgliedes ein Gedenkblatt überreicht, bei Gegenständen im Ankaufswert von mindestens 5 M. außerdem eine künstlerisch ausgestattete eiserne Gedenkmünze ausgehändigt.

Für die Veräußerer goldener Uhrketten stehen als Gedenkstücke an die Kriegszeit Uhrketten aus Eisen gegen Erstattung des Selbstkostenpreises zur Verfügung. Von dem Ankauf ausgeschlossen sind Trauringe, sofern es sich nicht um diejenigen Verstorbener handelt. Um zu verhindern, daß Goldsachen, denen ein Kunst- oder Kulturwert innewohnt, eingeschmolzen werden, werden die Goldankaufsstellen durch einen geschulten Kunstsachverständigen beraten.

Die Goldankaufsstellen übernehmen daneben auftragsweise den Verkauf von

hochwertigen Juwelen (Perlen, Diamanten, Smaragden, Rubinen, Saphiren) aus deutschem Besitz an das neutrale Ausland, da solche Verkäufe in gleicher Weise zur Verstärkung des Goldschatzes der Reichsbank beitragen, indem sie Guthaben im Auslande schaffen und Goldsendungen der Bank entbehrlich machen.

Um hinsichtlich des Ankaufs von Goldsachen irgendwelchen Machenschaften des feindlichen Auslandes von vornherein entgegenzutreten, wurde unter dem 13. Juli 1916 die Ausfuhr von Waren, die ganz oder teilweise aus Gold hergestellt oder auf mechanischem Wege mit Gold belegt, sind verboten (RGBl. 695). Durch diese Bek. erfuhr das am 13. November 1915 erlassene Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Gold (RGBl. 763) eine notwendige Ergänzung. Ferner wurden Maßnahmen getroffen, die verhindern sollen, daß im Inlande private Aufkäufer die Reichsbank beim Erwerb alter Goldsachen überbieten und dadurch das Ergebnis der Goldsammlung beeinträchtigen.

Um den eisernen Gedenkstücken, die die Reichsbank neben dem Gelderſatz des Wertes den Ablieferern goldener Schmuck- und Gebrauchsgegenstände gewährt, ihren ideellen Wert zu erhalten und sie als bleibendes Erinnerungszeichen vor Entwertung durch Nachahmung und Handel zu schützen, ist auf Grund des § 3 des sog. ErmG. eine besondere Bek. v. 3. August 1916 ergangen. Die Verordnung verbietet grundsätzlich jede Vervielfältigung und Nachbildung, auch dann, wenn die Nachbildung Abweichungen von dem Vorbild aufweist, sofern ungeachtet dieser Abweichungen die Gefahr einer Verwechslung vorliegt. Weiter wird auch die Nachbildung zum eigenen Gebrauch oder auch nur in einem Stück oder auch unter Benutzung eines anderen Stoffes als Eisen oder eines anderen Verfahrens, anderer Abmessungen und anderer Farben verboten. Gestattet bleibt die Wiedergabe der eisernen Gedenkstücke im Wege der Abbildung; diese Abbildung darf jedoch nicht zur Warenausstattung benutzt werden. Das Verbot gilt auch für die Sinnsprüche, mit denen die Gedenkstücke versehen werden. Der Handel mit solchen Gedenkstücken wird, um sie als persönliche Erinnerungen dem Einlieferer von Goldsachen und seiner Familie zu erhalten, völlig ausgeschlossen, ebenso jede rechtsgeschäftliche Verfügung außer zugunsten von Familienangehörigen oder für den Todesfall. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und mit Geld oder mit einer dieser Strafen geahndet.

(Gesetze XI bis XIII als IV bis VI in Bd. 1, 477fff.)

XIV. Andere Maßnahmen zur Kreditbeschaffung.

1. Sachkredit.

a) Grundkredit zu vgl. Bd. 1, 518ff.; 2, 202ff.

→ Die Bekanntmachung über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden vom 8. Juni 1916 (RGBl. 454) ist mit Rücksicht auf ihren inneren Zusammenhang mit der ZahlungsfristenBO. in Buch B eingestellt. ←

Unterabschnitt 1b und 2 in Bd. 1, 522ff.

Verordnungen XV, XVI als XI, XII in Bd. 2, 232.

XVII. Bekanntmachung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln. Vom 20. Januar 1916. (RGBl. 49.)

Hierzu:

Bekanntmachung des Reichskanzlers, betr. den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln. Vom 22. Januar 1916. (RGBl. 53.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 233ff.

Literatur.

Scharfenberger, Die Regelung des Handels mit ausländischen Zahlungsmitteln. Gruchots Beitr. 60 586ff.

§ 1.

1. Scharfenberger a. a. O. 587. Unter „Geldsorten" hat man die in einem Staate umlaufenden kursfähigen Metallmünzen sowie das vom Staate ausgegebene Papiergeld zu verstehen, unter „Noten" die von der Notenbank eines Landes ausgegebenen Papiergeldzeichen.

Als „Auszahlung" stellt sich das unbeschränkte Verfügungsrecht über eine fällige Forderung dar, die von ihrem Entstehungsgrund losgelöst ist; die „Auszahlung" unterscheidet sich von dem Begriff „Guthaben", der im § 1 Abs. 2 neben Auszahlung aufgeführt ist insofern, als das Guthaben die aus einem bestimmten Geschäfte herrührende Forderung ist, die vor allem noch nicht fällig zu sein braucht.

2. Scharfenberger a. a. O. 589. Nach der Fassung „Guthaben im Auslande" braucht die Währung, auf die das Guthaben lautet, nicht die des Landes zu sein, in dem sich das Guthaben befindet. Das Guthaben kann vielmehr auf jede andere fremde Währung oder auch auf Markwährung lauten.

Unzulässig ist daher nach Abs. 2 ohne Zuhilfenahme einer der bevorrechtigten Personen und Firmen die Verfügung über ein auf eine ausländische Währung lautendes Guthaben im Auslande zum Zwecke des Erwerbs nicht nur von Zahlungsmitteln in einer anderen ausländischen Währung, sondern auch von Zahlungsmitteln in Markwährung, ebenso die Umwandlung eines Guthabens ausländischer Währung in ein auf eine andere Währung lautendes Guthaben, sowie die Verfügung über Markguthaben an ausländischen Plätzen zur Gewinnung von ausländischen Zahlungsmitteln.

So ist der Ankauf ausländischer Zahlungsmittel, die z. B. ein Geschäftsmann zur Bezahlung seiner im Ausland in ausländischer Währung gekauften Waren benötigt, unter Verwendung deutscher Markguthaben im Ausland nach § 1 Abs. 2 unzulässig, wenn der Ankauf nicht durch eine der bevorrechtigten Personen und Firmen vorgenommen wird.

Ebenso dürfte die Erteilung eines Auftrages zur Einziehung von Auslandswechseln mit der Maßgabe, daß der einzuziehende Wechselbetrag Zug um Zug in Mark nach Deutschland zu remittieren ist, sich als ein nach Abs. 2 unzulässiges Geschäft bezeichnen lassen; denn eine solche Markremittierung nach Deutschland hat eine Gutschrift des eingezogenen Wechselbetrages in der fremden Währung und dessen Umrechnung in Markwährung zur Voraussetzung, so daß also das Geschäft für den deutschen Auftraggeber sich als Erwerb von Zahlungsmitteln in anderer Währung darstellt, der nur bei einer der bevorrechtigten Personen und Firmen vorgenommen werden darf. Nicht anders ist der Verkauf von ausländischen Wertpapieren an einer ausländischen Börse oder die direkte Versendung von ausländischen Zinsscheinen zu beurteilen, wenn ein solches Geschäft mit dem gleichzeitigen Auftrage vorgenommen wird, nach Ausführung des Verkaufs den Gegenwert in Reichsmark anzuschaffen oder nach Deutschland zu remittieren.

Ein Verstoß gegen den Abs. 2 würde zweifellos auch dann vorliegen, wenn man sich den Gegenwert von ausländischen Wechseln, verlosten Wertpapieren, fälligen Zinsscheinen usw., die zum Einzug nach dem Auslande gesandt worden sind, in einer anderen ausländischen Währung oder in Markwährung überweisen ließe.

Die Verfügung über ausländische Guthaben zum Zwecke der Tilgung eigener in der gleichen Währung zu erfüllender Verbindlichkeiten ist weder nach Abs. 1 noch nach Abs. 2 einer Beschränkung unterworfen. Ebenso ist es zulässig, daß eine nicht bevorrechtigte Person oder Firma im Betrieb ihres Handelsgewerbes auf Grund ihres Guthabens im Auslande sich die der Währung entsprechenden ausländischen Noten in Natur nach Deutschland schicken läßt. Auch dagegen dürfte nichts einzuwenden sein, daß Auslandswechsel, die über Mark lauten, von dem Eigentümer nach dem Auslande mit der Bestimmung versandt werden, sie Zug um Zug einzuziehen und den Gegenwert in Mark nach Deutschland zu remittieren, sofern der ausländische Schuldner tatsächlich in Markwährung und nicht in seiner Landeswährung leistet, so daß zu der verlangten Markremittierung nicht erst eine Umrechnung erforderlich ist. Andererseits bestehen ebensowenig Bedenken dagegen, solche Wechsel mit dem Auftrage zum Einzug ins Ausland zu geben, den Erlös in der betreffenden Landeswährung

dem Konto des Einsenders gutzuschreiben. Denn dadurch werden ausländische Guthaben geschaffen, was vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nur wünschenswert sein kann. Ist aber einmal der Erlös aus dem Markwechsel in fremder Währung gutgeschrieben, dann darf natürlich eine Markremittierung nach Deutschland nur durch Vermittlung einer der bevorrechtigten Personen und Firmen erfolgen. Das gleiche gilt von den durch Warenverkauf nach dem Auslande entstandenen Guthaben, die nicht für eigene Rechnung verwendet werden können oder in anderer Währung als derjenigen, auf die sie lauten, Verwendung finden sollen.

3. Scharfenberger a. a. O. 591 Unter „anderer Währung" im Sinne des § 1 Abs. 2 ist nicht nur eine andere fremde Währung, sondern jede Währung zu verstehen, die nicht mit derjenigen übereinstimmt, auf die das Guthaben lautet. Die Tatsache, daß der Verkehr es versucht hat, die Vermittlung der bevorrechtigten Banken für den Devisenhandel mit den drei nordischen Ländern Dänemark, Norwegen und Schweden auszuschalten mit der Begründung, daß infolge des Bestehens des Skandinavischen Münzvereins die Beschränkung des Abs. 2 auf den Devisenverkehr mit diesen Ländern überhaupt nicht Anwendung finden könne, gibt Veranlassung, den Abs. 2 § 1 nach dieser Richtung einer besonderen Würdigung zu unterziehen.

Der an sich mehrdeutige Ausdruck Währung bedeutet in Abs. 2 § 1 nicht das auf einer bestimmten Rechnungseinheit beruhende Geldsystem eines Landes als solches, er ist vielmehr in dem Sinne von „Valuta" gebraucht und bezeichnet die Währung eines Landes in ihrem Wertverhältnis zu der eines bestimmten anderen Landes. Der Ausdruck „in anderer Währung" ist gleichbedeutend mit „in der Valuta eines anderen Landes".

Diese Auslegung ist in erster Linie geboten mit Rücksicht auf den wirtschaftlichen Zweck des § 1 Abs. 2, der dahingeht, eine Verschiebung von Guthaben aus einem Lande in ein anderes unter gleichzeitiger Umwandlung ohne Mitwirkung der bevorrechtigten Personen und Firmen hintanzuhalten. Dieser Zweck würde aber nicht erreicht werden, wenn aus der Tatsache, daß verschiedene Staaten das gleiche Geld- und Währungssystem haben, also der gleichen Münz- und Rechnungseinheit als Wertmesser sich bedienen, eine Einheit der Währung dieser Staaten im Sinne der Verordnung hergeleitet würde. Selbst dann, wenn mehrere Staaten ihre Währungssysteme durch Staatsverträge in weitgehendem Maße auf gemeinschaftliche Grundlage gestellt haben, wie dies bei den zum Lateinischen Münzbund vereinigten Staaten der Fall ist, oder wie es sich aus den Bestimmungen des von Dänemark, Schweden und Norwegen abgeschlossenen Skandinavischen Münzvereins ergibt, muß für jeden dieser Staaten eine eigene Währung im Sinne der Verordnung angenommen werden.

Vorstehende Auslegung wird dadurch unterstützt, daß in der Denkschrift mehrfach der Ausdruck „Auslandsvaluta" in bezug auf die Zahlungsmittel in ausländischer Währung gebraucht wird.

Ferner sprechen für diese Auffassung die Handelsgewohnheiten beim Zahlungsverkehr von Land zu Land. Für diesen Verkehr galten schon in Friedenszeiten die Währungen Belgiens, Frankreichs, der Schweiz oder Italiens, welche Länder dem Lateinischen Münzbund angehören, keinesfalls als eine Währung und werden erst recht nicht während des Krieges als eine Währung angesehen und gewertet, wie z. B. die Kurse für französische oder italienische Devisen in der Schweiz zur Genüge zeigen.

Ebenso wird auch das Kronenwährungssystem der drei nordischen Länder im internationalen Zahlungsverkehr nicht als eine Währung behandelt [ebenso v. Dassel, Recht 16 412]. In Friedenszeiten wurde für die dänische Krone etwa 1‰, für die norwegische etwa ½‰ weniger gezahlt als für die schwedische Krone. Seit die Schwedische Reichsbank sich von der Verpflichtung, Gold zur festgelegten Parität zu kaufen, hat befreien lassen, zahlt sie niedrigere Preise für Gold als die Notenbanken der beiden anderen nordischen Länder. Daraus ergibt sich auch für die Kriegszeit eine höhere Bewertung der schwedischen Krone gegenüber der dänischen und norwegischen Krone. Will man Guthaben in den nordischen Ländern durch Goldsendungen erwerben, so muß man für den Erwerb von 100

dänischen oder norwegischen Kronen 113 M. in Gold hergeben, während für den Erwerb von 100 schwedischen Kronen etwa 114 M., also 1% mehr erforderlich sind.

Schließlich ergibt sich die Richtigkeit der hier vertretenen Auffassung auch aus der praktischen Handhabung der Feststellung und Veröffentlichung der Kurse für die nordischen Länder seitens der amtlichen deutschen Stellen. Es wird nämlich nicht schlechthin ein Kurs für Devisen „auf die nordischen Länder" notiert, es sind vielmehr für „Christiania", „Kopenhagen" und „Stockholm" getrennte Notierungen angeordnet. Die täglich veröffentlichten Kurse auf diese Plätze weichen zwar häufig nur geringfügig, zuweilen gar nicht voneinander ab, aber selbst, wenn sie immer gleich wären, müßte man schon aus der Anordnung einer besonderen Kursfeststellung für jedes der drei Länder den Schluß ziehen, daß ihre Währungen als verschiedene im Sinne der Verordnung zu betrachten sind. Übrigens ist in der Denkschrift ausdrücklich erwähnt, daß für die Auszahlungen auf Dänemark, Schweden und Norwegen besondere Kurse festgestellt werden.

Nach diesen Ausführungen dürfte z. B. die Verfügung über dänische oder norwegische Guthaben zum Zwecke des Erwerbs von schwedischen Guthaben oder Zahlungsmitteln nur für zulässig erachtet werden, sofern der Erwerb bei einer der bevorrechtigten Personen und Firmen erfolgt. Es müßte also das dänische oder norwegische Guthaben hier zum Verkauf gestellt und gleichzeitig Auftrag zum Ankauf schwedischer Valuta gegeben werden. Selbst dann, wenn über das dänische oder norwegischen Guthaben zum Zwecke der Deckung einer Schuld in Schweden verfügt werden würde, müßte das Geschäft durch eine der bevorrechtigten Personen und Firmen vorgenommen werden, denn für die Anwendung des § 1 Abs. 2 der Verordnung kann es nicht darauf ankommen, zu welchem Zwecke jemand ausländische Zahlungsmittel erwirbt. Entscheidend ist vielmehr, ob unter Verfügung über ein Guthaben im Auslande ein Zahlungsmittel in anderer Währung erworben wird. Ist dies der Fall, so wird die Anwendbarkeit der Verordnung nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Erwerb zur Deckung einer Schuld erfolgt. Die Deckung einer Schuld in der Währung eines bestimmten Landes hat aber das Vorhandensein eines Guthabens oder von Zahlungsmitteln in der Währung dieses Landes zur Voraussetzung. Guthaben oder Zahlungsmittel in dänischen oder norwegischen Kronen, mit denen die Deckung einer Schuld in diesen Währungen wohl bewirkt werden darf, können daher zur Deckung einer Schuld in schwedischen Kronen erst nach einer Umrechnung in dieser Währung verwendet werden, so daß also ein Erwerb von schwedischen Kronen unter gleichzeitiger Verfügung über das Guthaben in dänischen oder norwegischen Kronen vorliegen würde. Ein solcher Erwerb würde sich aber, wenn er nicht bei einer der bevorrechtigten Personen und Firmen erfolgt, als eine Zuwiderhandlung gegen § 1 Abs. 2 der Verordnung darstellen.

4. Scharfenberger a. a. O. 595. Bei der Abwicklung der mit der Wertpapierarbitrage zusammenhängenden Metageschäfte kommt es für die Anwendbarkeit des § 1 der Verordnung darauf an, ob der deutsche oder der ausländische Metist der ablösende Teil bei dem Geschäft ist. Wenn der ausländische Metist seine in Deutschland bestehende Schuld durch Ankauf von Markauszahlung im Auslande deckt oder über sein in Deutschland bestehendes Guthaben durch den Verkauf von Mark im Auslande verfügt, können die Bestimmungen der Verordnung keine Anwendung finden, denn die Verordnung erstreckt sich nicht auf Ausländer und ihre Geschäfte. Vollzieht sich aber der Ausgleich in der Form, daß der deutsche Metist seine Schuld oder sein Guthaben im Auslande durch Verkauf ausländischer Valuta in Deutschland glattstellt, so greifen die Bestimmungen der Verordnung Platz, d. h. es darf der Verkauf oder Ankauf nur durch eine der bevorrechtigten Personen und Firmen vorgenommen werden. Ebenso fällt die Abwicklung von Wertpapierarbitragegeschäften für alleinige Rechnung eines Deutschen (also nicht Metageschäfte) im Auslande unter die Bestimmung der Verordnung.

5. Scharfenberger a. a. O. 595. Stehen nichtbevorrechtigte deutsche Personen oder Firmen mit Ausländern in Geschäftsverbindung, so können gegenseitige Forderungen im Buchungswege verrechnet werden, ohne daß hierzu eine der bevorrechtigten Personen und Firmen in Anspruch genommen zu werden braucht. Die Verordnung greift hier deshalb

nicht Platz, weil durch die Gutschrift einer deutschen Forderung im Auslande ein Guthaben geschaffen wird, was zulässig ist. Andererseits darf über das Auslandsguthaben für eigene Rechnung verfügt werden, so daß auch gegen eine Belastung auf dem Konto im Auslande Bedenken nicht bestehen. Voraussetzung ist dabei aber, daß es sich immer um die gleiche Währung handelt, weil sonst die Vorschriften des § 1 Abs. 2 zur Anwendung kommen müßten.

In demselben Sinne sind auch Geschäfte zu beurteilen, die den Eintausch von ausländischen Wertpapieren gegen verloste Wertpapiere der gleichen Währung zum Gegenstande haben. Ergibt sich bei der Abrechnung ein Überschuß für den Deutschen, so unterliegt die Verfügung darüber den Beschränkungen des § 1 Abs. 2.

6. Scharfenberger a. a. O. 599. Die Ausnahmebestimmung in Art. 1 Bek. v. 22. Jan. 1916 hat lediglich den baren Umwechslungsverkehr im Auge. Aus den Worten „gegen Hingabe" muß gefolgert werden, daß nur ein Austausch zwischen deutschen Geldsorten und Noten und zwischen ausländischen Geldsorten und Noten Zug um Zug gestattet sein soll.

Es muß als unzulässig erachtet werden, daß an Stelle der im Tafelverkehr erfolgenden Einwechslung Zug um Zug seitens der Geldwechslergeschäfte ausländische Geldsorten und Noten abgegeben oder in Erledigung eines schriftlichen Auftrags versandt werden, bei denen nicht eine Barzahlung in deutschen Geldsorten und Noten erfolgt, sondern der Kaufpreis der ausländischen Geldsorten und Noten über Konto belastet werden soll.

Ferner ist es mit der Ausnahmebestimmung des Artikel 1 nicht zu vereinbaren, daß an Stelle von ausländischen Geldsorten und Noten, die nicht immer vorrätig sind, unter Verfügung über ein vorhandenes Guthaben im Ausland von dem Geldwechslergeschäft ausgestellte, auf das Ausland gezogene Schecks gleicher Währung abgegeben oder verkauft werden, selbst dann nicht, wenn sich die Beträge innerhalb der festgelegten Grenze von tausend Mark halten. Vielmehr würde darin eine nach § 1 der Verordnung nicht erlaubte Verfügung über Guthaben im Auslande zu erblicken sein. Derartige Geschäfte können nicht mehr als Umwechslungsgeschafte angesprochen werden und dürfen nur unter Inanspruchnahme einer der bevorrechtigten Personen und Firmen vorgenommen werden.

Die Auslegung dieser Ausnahmebestimmungen dahin, daß auch für den Handel zwischen den nichtbevorrechtigten Bankfirmen der Art. 1 der Bekanntmachung Anwendung finden darf, kann nicht für zutreffend erachtet werden. Es dürften vielmehr die Beschränkungen des § 1 der Verordnung für diesen Handel in vollem Umfange Platz greifen.

§ 5.

1. Scharfenberger a. a. O. 604. Die Zulassung zum direkten Devisenhandel stellt sich als ein Handelsprivileg dar, das der Reichskanzler verleihen und jederzeit wieder zurücknehmen kann (vgl. §§ 1 und 2 der Verordnung). Die bevorrechtigten Personen und Firmen haben vor Erteilung dieses Handelsprivilegs weitgehende Verpflichtungen in bezug auf ihre Tätigkeit als Devisenhändler übernehmen müssen und sich zu genauer Befolgung durch schriftliche Erklärung gegenüber der Reichsbank bereit erklärt. Doch ist damit selbstverständlich nicht ein Vertragsverhältnis geschaffen, das nach Zivilgrundsätzen zu beurteilen ist mit der Wirkung, daß das Recht zum Devisenhandel den bevorrechtigten Personen und Firmen so lange zusteht, als sie die einmal übernommenen Verpflichtungen erfüllen. Die Rechtslage ist vielmehr dahin aufzufassen, daß die Zulassung zwar die Übernahme der geforderten Verpflichtungen voraussetzt, die Erfüllung der Verpflichtungen aber keinen Anspruch darauf begründet, daß die Zulassung nicht widerrufen werde Überdies hat sich die Reichsbank das Recht vorbehalten, die Bestimmungen, die den Inhalt der seitens der bevorrechtigten Personen und Firmen übernommenen Verpflichtungen darstellen, jederzeit nach ihrem Ermessen abzuändern. Eine Bank, die sich den abgeänderten Zulassungsbedingungen nicht unterwerfen sollte, würde aus der Liste der zugelassenen Banken gestrichen werden müssen, wie es auch selbstverständlich ist, daß die Bank, die die übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt, mit der Entziehung des Privilegs rechnen muß.

2. Verpflichtungen der zugelassenen Firmen. (DR. VIII 82).

Die Zulassung zum Devisenhandel ist nicht bedingungslos erfolgt, vielmehr von der Übernahme weitgehender Verpflichtungen abhängig gemacht. Die Innehaltung der dieserhalb getroffenen Abmachungen wird dauernd von der Reichsbank kontrolliert, die sich auch das Recht vorbehalten hat, die Bestimmungen, wenn es der Verkehr erfordert, abzuändern. In der Hauptsache wurde folgendes vereinbart:

Devisen-Differenz-Geschäfte jeder Art sollen ausgeschlossen bleiben. Es dürfen weder nach dem Auslande noch nach dem Inlande Devisen angeboten werden.

Die Befriedigung der Nachfrage des Auslandes nach Devisen soll möglichst auf Fälle beschränkt werden, wo durch das Geschäft neue Auslandsguthaben entstehen, die dann der deutschen Wareneinfuhr nutzbar gemacht werden können.

Devisen dürfen ohne Zustimmung der Reichsbank nur abgegeben werden, wenn sie zur Bezahlung eingeführter oder binnen einer gewissen Frist einzuführender, für den Inlandsbedarf unumgänglich nötiger Waren dienen. Die Reichsbank ist befugt, bestimmte Waren zu bezeichnen, für deren Bezahlung Devisen nicht abgegeben werden dürfen, sie macht von dieser Befugnis zwecks möglichster Einschränkung überflüssiger Importe Gebrauch. Der Besteller hat eine schriftliche Erklärung abzugeben, aus der hervorgeht, welche Waren nach Art und Menge mit der Auslandsvaluta bezahlt werden sollen, und daß es sich um Waren handelt, deren Einfuhr entweder schon erfolgt ist oder binnen einer gewissen Frist erfolgen soll. Die Reichsbank hat das Recht, die betreffenden Belege (Fakturen, Frachtbriefe usw.) zur Prüfung nachträglich einzufordern. Auf diese Weise soll die Verwertung der Devisenbestände für wirtschaftlich notwendige Zwecke sichergestellt werden.

3. Scharfenberger a. a. O. 606. Der Revers nimmt auf die Strafbestimmungen des § 6 Ab. 2 Ziff. 1 Bezug. Er hat folgenden Wortlaut:

„Die Valuta dient zur Bezahlung von (genaue Bezeichnung der Waren):

sind vor kurzem eingeführt.

Die Waren sollen binnen 4 Wochen zwecks alsbaldiger Einfuhr auf den Weg gebracht werden (nicht zutreffendes ist durchzustreichen).

Es ist mir (uns) bekannt, daß die Reichsbank das Recht hat, die betreffenden Belege (Fakturen, Frachtbriefe usw. zwecks Prüfung nachträglich einzufordern, und daß, wenn die Belege nicht vorgelegt werden können, oder wenn sie nicht den Anforderungen entsprechen, nach Wahl der Reichsbank entweder die Valuta zum Abgabekurs zurückzuliefern oder die Differenz zu zahlen ist, die zwischen dem Abgabekurswert und dem Kurswert desjenigen Tages besteht, an dem das Geschäft aufgehoben wird."

Anmerkung: Wer zum Zwecke des Erwerbes von Auszahlungen, Schecks usw. über den Inhalt und Zweck des Geschäfts unrichtige Angaben macht, ist nach der Bundesratsverordnung vom 20. Januar 1916 strafbar.

§ 6.

1. Scharfenberger a. a. O. 602. Diese Strafbestimmungen erstrecken sich zweifellos auch auf Zuwiderhandlungen gegen die Ausnahmevorschriften der auf Grund des § 5 erlassenen Bekanntmachung des Reichskanzlers, da sie als ein Bestandteil der Verordnung zu betrachten ist.

2. Scharfenberger a. a. O. 602. Falls die ausländische Niederlassung lediglich eine Agentur der deutschen Firma ist, die nur Geschäfte zwischen der Firma in Deutschland und den ausländischen Kunden vermittelt, greifen die Bestimmungen der Verordnung, somit auch die Strafbestimmungen Platz. Stellt sich jedoch die ausländische Niederlassung als ein selbständiges Unternehmen dar, das nach ausländischem Recht zu beurteilen ist, so finden die Vorschriften der Verordnung auf ihre Devisengeschäfte keine Anwendung.

Umgekehrt dürfen Angestellte ausländischer Firmen in Deutschland (Agenturen) unter dem Namen der ausländischen Firma — das Vorhandensein einer Vollmacht dazu ist vorausgesetzt — Devisengeschäfte der im § 1 der Verordnung bezeichneten Art ohne Zu-

Inanspruchnahme einer der bevorrechtigten Personen und Firmen vornehmen. Sie machen sich dadurch nicht strafbar.

Dagegen sind nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen über den Geltungsbereich eines Gesetzes inländische Firmen auch dann, wenn deren sämtliche Inhaber Ausländer sind, ebenso Zweigniederlassungen ausländischer Firmen in Deutschland, die selbständig und nach deutschem Recht zu beurteilen sind, den Beschränkungen der Verordnung unterworfen.

Wenn bei einem Devisengeschäft, durch das die Bestimmungen der Verordnung verletzt werden, beide Vertragsteile Deutsche sind, müssen beide zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden, sofern sich ergibt, daß beide ein Verschulden trifft. Ebenso dürfte die Auslegung der Ausnahmevorschrift des Art. 1 Ziff. 2 der Bekanntmachung, daß sie beide Teile, sowohl die Firma, die die ausländischen Geldsorten und Noten abgibt, wie auch den Abnehmer bindet, die richtige sein. Wenn daher eine Privatperson an einem Tage bei verschiedenen Geldwechslern ausländische Geldsorten und Noten gegen Hingabe deutscher Geldsorten und Noten im Gesamtbetrage von mehr als tausend Mark einwechselt, macht sie sich nach § 6 der Verordnung strafbar.

Ergebnisse der Neuregelung. (DR. VIII 84).

Es läßt sich nicht verkennen, daß die Neuordnung in das bisherige Devisengeschäft und damit in das geschäftliche Leben überhaupt tief eingreift. Ohne einen solchen Eingriff ist jedoch das Ziel, das gesamte Devisengeschäft unter Ausschaltung der Spekulation lediglich den wirtschaftlichen Bedürfnissen unseres Vaterlandes dienstbar zu machen, nicht zu erreichen. Daß es sich auf dem eingeschlagenen Wege erreichen läßt, steht zu hoffen. Dafür spricht die Entwicklung der Berliner Devisenkurse in der Zeit vom 7. bis zum 14. Januar. In den ersten Januartagen waren die Kurse sprunghaft gestiegen. Am 7. erreichten sie, wie oben erwähnt, ihren Höhepunkt. An dem gleichen Tage — noch während der Börsenzeit — verbreitete sich aber das Gerücht, daß Maßnahmen zur Regelung des Devisenhandels getroffen werden würden. Alsbald schlug die Kursbewegung um. Die Kurse sanken ebenso sprunghaft, wie sie vorher gestiegen waren, und in der Zeit vom 7. bis zum 14. verlor beispielsweise die Devise Holland nicht weniger als 18, die Devise Schweden nicht weniger als 11 und die Devise New York nicht weniger als 20 Punkte. Ein solches plötzliches Sinken, und zwar fast aller wichtigsten Devisenkurse, wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die vorhergehende Kurssteigerung wesentlich auf spekulativen Tendenzen beruht hätte. Die Spekulanten fürchteten eben, von den bevorstehenden Maßnahmen getroffen zu werden und suchten deshalb ihre Haisseengagements nach Möglichkeit zu lösen.

Am 28. Januar d. J. wurden zum ersten Male Devisengeschäfte zu den neuen Bedingungen abgeschlossen und Kurse amtlich notiert. In den ersten der Neuregelung folgenden Tagen gingen die Kurse, die seit dem 14. Januar wieder langsam gestiegen waren, im allgemeinen um einige Punkte zurück. In dieser Kursbewegung kam deutlich zum Ausdruck, daß die Spekulation sich von ihrem Material völlig befreite; es erscheint nunmehr die Erwartung berechtigt, daß Kursschwankungen, die nicht in der legitimen Nachfrage und dem legitimen Angebot von Devisen begründet sind, für die Zukunft ausgeschaltet bleiben. Der anfängliche Rückgang der für die Wareneinfuhr namentlich in Frage kommenden Devisen (Holland, nordische Plätze, Schweiz) hängt wohl auch damit zusammen, daß seitens der Interessenten zunächst eine gewisse Zurückhaltung geübt wurde; sie wollten erst übersehen, wie sich der Markt nach der Neuordnung gestalten werde. Sehr bald setzte aber eine rege Nachfrage, insbesondere nach nordischen Devisen, ein. Selbstverständlich ist auch am Markte des legitimen Geschäfts, das gegenwärtig allein in Frage steht, Angebot und Nachfrage für die Kursgestaltung ausschlaggebend. So hat sich dementsprechend bei den nordischen Valuten gegen die Notierungen vom 28. Januar bis zum 29. Februar eine Steigerung von $5^1/_4$ v. H. für Schweden, $6^3/_8$ v. H. für Norwegen und $6\frac{1}{2}$ v. H. für Dänemark ergeben. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß die Steigerung noch erheblich größer gewesen wäre, wenn nicht die Abgabe der Devisen sich auf das unbedingt nötige beschränkt hätte, und wenn nicht die täglichen Kursfestsetzungen unter Kontrolle genommen worden wären. Übrigens darf

nicht unbemerkt bleiben, daß bei den Kursfestsetzungen die Marknotierung an den neutralen Auslandsmärkten in Berücksichtigung gezogen werden muß, und daß also die Bewegung der Marknotierungen sich in gewissem Umfange auch in den Bewegungen der hiesigen Notierungen widerspiegelt.

Die seit dem 28. Januar erfolgende Veröffentlichung der Kurse hat sich in jeder Beziehung bewährt; durch sie ist weiten Kreisen von Interessenten die Möglichkeit gegeben worden, ihre Kalkulationen bei der Wareneinfuhr und Warenausfuhr auf eine Grundlage zu stellen, die so zuverlässig ist, wie sie nach Lage der Verhältnisse überhaupt sein kann.

Heymann, Der Devisenmarkt, GenossBl. 16 272 erörtert die Wirkungen der BRVO. Die zur Einschränkung der Einfuhr und zur Förderung der Ausfuhr getroffenen Maßnahmen haben sich durchaus bewährt. Namentlich in der letzten Zeit (→ der Aufsatz ist Anfang Mai veröffentlicht ←) haben die Preise für ausländische Zahlungsmittel eine erfreuliche Ermäßigung erfahren, insbesondere gilt das für die Devisen Holland und New York. Auch die starken Kursschwankungen, denen die ausländischen Zahlungsmittel vor der jetzigen Regelung unterworfen waren, sind durch die Neuordnung beseitigt worden.

XVIII. Verordnung über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände. Vom 25. Februar 1916. (RGBl. 111.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 533.

Hierzu:

a) Ausführungsvorschrift des Reichskanzlers vom 22. Juli 1916.

(Reichsanzeiger Nr. 171.)

Auf Grund des § 1 der Verordnung über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände vom 25. Februar 1916 (RGBl. S. 111) bestimme ich folgendes:

Der Einfuhr von Gegenständen, deren Einfuhr über die Grenzen des Deutschen Reiches auf Grund der bezeichneten Verordnung vom 25. Februar 1916 verboten ist, wird die Durchfuhr solcher Gegenstände über die Grenzen des Deutschen Reichs nach den mit diesem zollgeeinten Gebieten gleichgestellt.

b) Bekanntmachung des Reichskanzlers wegen Einfuhr von Tabak. Vom 7. August 1916. (RGBl. 921.)

Auf Grund der Verordnung über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände vom 25. Februar 1915 (RGBl. S. 111) bestimme ich:

§ 1. Die Einfuhr von Tabak und Tabakerzeugnissen über die Grenzen des Deutschen Reichs wird bis auf weiteres verboten. Dies gilt nicht für orientalischen und ihm gleichartigen Tabak.

§ 2. Die Vorschriften der Bekanntmachung vom 26. Februar 1916 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 49 vom 26. Februar 1916) finden auf die Einfuhr von Tabak und Tabakerzeugnissen keine Anwendung.

§ 3. Die Hauptzollämter und die von ihnen zu bestimmenden Zollstellen werden ermächtigt, die Einfuhr in folgenden Fällen zu gestatten:

1. für Tabak und Tabakerzeugnisse, die nach Ausweis der Begleitpapiere vor dem 7. August 1916 im Ausland zur Beförderung nach Deutschland mit der Bahn oder im Postverkehr aufgegeben worden sind;
2. für überseeischen Rohtabak, der vor dem 7. August 1916 in Europa eingetroffen und von einer in Deutschland ansässigen Firma gekauft ist. Diese Voraussetzungen sind durch eine Bescheinigung des für den Absendeort zuständigen deutschen Konsuls nachzuweisen;

3. für Tabak und Tabakerzeugnisse, soweit sie als Verzehrungsgegenstände von Reisenden und Fuhrleuten zollfrei sind.

§ 4. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [8. 8.] in Kraft.

XIX. Bekanntmachung, betr. den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland. Vom 16. März 1916. (RGBl. 171.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Zahlungen nach dem Ausland im Wege der Nachnahme sind verboten.

§ 2. Bei Eisenbahngütersendungen nach dem Ausland muß die Fracht in Überweisung gestellt werden.

Eisenbahngütersendungen aus dem Ausland werden nur übernommen, wenn die Fracht im Ausland gezahlt wird.

§ 3. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem 1. April 1916 in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt, wann und inwieweit diese Verordnung außer Kraft tritt.

Hierzu:

1. Bekanntmachung des Reichskanzlers, betr. Ausnahmen von der Verordnung, betr. den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland, vom 16. März 1916. (RGBl. 171.) Vom 23. März 1916. (RGBl. 195.)

Auf Grund des § 3 der Verordnung, betreffend den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland, vom 16. März 1916 (RGBl. S. 171) wird folgendes bestimmt:

Art. 1. Die Vorschriften der Verordnung, betreffend den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland, vom 16. März 1916 finden keine Anwendung, auf den Verkehr mit Österreich-Ungarn und den darüber hinaus gelegenen Ländern, Luxemburg und den von den deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten des feindlichen Auslandes.

Art. 2. § 1 der Verordnung findet keine Anwendung auf den Postnachnahmeverkehr, auf die Einziehungen der Vorfrachten und Barauslagen der Eisenbahn sowie auf Nachnahmebeträge und Barvorschüsse unter zehn Mark.

Art. 3. Diese Bekanntmachung tritt am 1. April 1916 in Kraft.

2. Bekanntmachung des Reichskanzlers über Ausnahmen von der Verordnung, betr. den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland, vom 16. März 1916 (RGBl. S. 171). Vom 17. April 1916. (RGBl. 288.)

Auf Grund des § 3 der Verordnung, betreffend den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland, vom 16. März 1916 (RGBl. S. 171) wird folgendes bestimmt:

Der § 1 der Verordnung findet keine Anwendung auf den See- und Binnenschiffahrtsverkehr.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [19. 4.] in Kraft.

Begründung. (D. R. IX 186.)

Die auf Grund der Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln v. 20. Januar 1916 (RGBl. 49) getroffene Regelung macht die Erlangung von

Devisen von dem Nachweis abhängig, daß dieselben zur Einfuhr von Waren verwendet werden, welche für die deutsche Volkswirtschaft im Kriege unentbehrlich sind. Zur Umgehung dieser Bestimmungen wurde vielfach die Einfuhr gegen Nachnahme bewirkt. In diesem Falle entzieht sich der Käufer der sonst ausgeübten Kontrolle der Reichsbank. Abgesehen von einer erheblichen allgemeinen Steigerung des internationalen Nachnahmeverkehrs war in neuerer Zeit besonders auch beobachtet worden, daß der Nachnahmebetrag, den der inländische Besteller der Ware gegen sich nehmen läßt, den Wert der bezogenen Ware um ein Vielfaches überstieg. Der Käufer gewann dadurch zugleich ein Guthaben im Ausland, daß ihm eine weitere unkontrollierte Einfuhr ermöglichte. Solchen Mißbräuchen tritt die auf Grund des § 5 des sog. ErmG. ergangene Bek. v. 16. März 1916 entgegen, indem § 1 dieser Verordnung Zahlungen nach dem Ausland im Wege der Nachnahme verbietet.

Durch Bek. v. 23. März 1916 hat der Reichskanzler auf Grund der ihm in § 3 der Verordnung v. 16. März 1916 erteilten Ermächtigung den Verkehr mit Österreich-Ungarn und den darüber hinaus gelegenen Ländern, Luxemburg und den von den deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten des feindlichen Auslands von den Vorschriften der Verordnung ausgenommen. Auch ist bis auf weiteres der Postnachnahmeverkehr von den Vorschriften der Verordnung ausgenommen worden, für deren Abstellung bisher ein Bedürfnis sich nicht ergeben hat. Endlich sind die Einziehung der Vorfrachten und Barauslagen der Eisenbahn und Nachnahmebeträge und Barvorschüsse unter 10 M. von der Regelung freigelassen, um die Nachnahme des üblichen Rollgeldes zu ermöglichen.

Nach einer weiteren Bek. v. 17. April 1916 findet das Verbot der Nachnahmezahlung nach dem Ausland auch auf den See- und Binnenschiffahrtsverkehr keine Anwendung.

Zugunsten der Valuta wird darauf hinzuwirken versucht, daß der ausländische Empfänger von Warensendungen aus dem Inland den Kaufpreis dafür in ausländischer Währung bezahlt, welche alsdann dem inländischen Bedarfe zugute kommt. Um auch die Fracht für Eisenbahngütersendungen nach dem Ausland zur Beschaffung ausländischer Guthaben heranzuziehen, mußte der Gepflogenheit, daß der inländische Verkäufer die Fracht verauslagt und dem ausländischen Empfänger alsdann den verauslagten Mark-Betrag in Rechnung stellt, entgegengetreten werden. Es erschien daher ferner geboten, durch gesetzliche Regelung die Vorausbezahlung der Gütersendungen nach dem Ausland auszuschließen und den Überweisungszwang einzuführen (§ 2 Abs. 1 der Verordnung v. 16. März 1916). Weiter war es zur Stärkung unserer Auslandguthaben erwünscht, auch bei der Eisenbahnbeförderung vom Ausland Frachtzahlung im Ausland vorzuschreiben, wodurch den deutschen Eisenbahnen Guthaben gegenüber den ausländischen Bahnen erwachsen, die sie dem Reiche zur Verfügung stellen können (§ 2 Abs. 2 der Verordnung). Auch von dieser Regelung sind durch die Bek. des Reichskanzlers v. 23. März 1916 die obengenannten Länder ausgenommen worden. Soweit die Einfuhr von Lebensmitteln in Frage steht, ist seitens der Eisenbahnverwaltungen durch tarifarische Verbilligungen und Erleichterungen einer aus dem Frankaturzwang möglicherweise sich ergebenden Frachtverteuerung entgegengewirkt worden.

1. Reindl, Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Auslande während des Krieges, Recht 16 371. Die VO. ist rechtsgültig. Das Intern. Frachtübereink. hat für das Gebiet des Deutschen Reiches die Wirkung eines Reichsgesetzes (RGZ. 40, 109, 112; 57, 144 und EisenbE. Bd. 21 S. 47). Das in Art. 1e Abs. 1 und Art. 13 Abs. 1 des Übereink. dem Absender eingeräumte Recht ist also ein gesetzliches Recht desselben. Dieses gesetzliche Recht für die Dauer des Krieges zu beschränken, ist aber der Bundesrat auf Grund der ihm in § 3 des ErmG. erteilten Ermächtigung befugt gewesen, weil es sich um eine Maßnahme zur Abwendung wirtschaftlicher Schädigung handelt.

2. Reindl, Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Auslande während des Krieges,

Recht 16 371. Die VO. v. 16. März 1916 steht mit Artikel 12 Abs. 1 und Art. 13 Abs. 1 des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr nicht im Einklang, wonach dem Absender das Recht eingeräumt ist, die Fracht entweder bei der Aufgabe zu berichtigen oder sie dem Empfänger anzuweisen, und wonach es ferner dem Absender gestattet ist, das Gut bis zur Höhe seines Wertes mit Nachnahme nach Eingang zu belasten. Da nach Art. 5 Abs. 1 des Intern. Frachtübereink. jede dem Übereink. unterliegende Bahn verpflichtet ist, nach den Festsetzungen und unter den Bedingungen des Übereink. die Beförderung von Gütern im intern. Verkehr zu übernehmen, sofern sich der Absender den Anordnungen des Übereink. unterwirft, die Beförderung mit den regelmäßigen Transportmitteln möglich ist und nicht Umstände, welche als höhere Gewalt zu betrachten sind, die Beförderung verhindern, und da nach Abs. 4 des Art. 5 jede Zuwiderhandlung gegen diese in Art. 5 aufgestellte Transportpflicht den Anspruch auf Ersatz des dadurch entstandenen Schadens begründet, so ist die Frage aufgeworfen worden, ob sich die deutschen Eisenbahnen schadensersatzpflichtig machen, wenn sie auf Grund der VO. vom 16. März 1916 die Annahme von Sendungen verweigern.

Die Frage ist zu verneinen. Denn die Eisenbahnen können sich zur Ablehnung der Übernahme der Sendungen in den von der VO. betroffenen Fällen auf die Bestimmung in Art. 5 Abs. 1 Ziff. 3 des Intern. Frachtübereink. berufen, wonach die Verpflichtung der Eisenbahn zur Übernahme und Beförderung des Gutes entfällt, wenn Umstände, welche als höhere Gewalt zu betrachten sind, die Beförderung verhindern. Als höhere Gewalt ist aber das in der VO. enthaltene gesetzliche Verbot zu erachten (vgl. Rosenthal, Internationales Frachtrecht 200 Buchst. e). Ob ein solches Verbot sich auf den Gegenstand der Sendung selbst bezieht, wie z. B. bei Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten, oder wie hier, nur auf die Modalitäten der Beförderung, ist für das Vorliegen einer höheren Gewalt, die der Beförderung entgegensteht, gleichgültig.

XX. Bekanntmachung über die Anmeldung von Wertpapieren. Vom 23. August 1916. (RGBl. 952.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Nach Maßgabe der vom Reichskanzler zu erlassenden Vorschriften sind anzumelden.

1. die Wertpapiere, die sich im Ausland befinden, soweit sie natürlichen oder juristischen Personen gehören, die im Inland ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt oder ihren Sitz haben,
2. die im Inland befindlichen Wertpapiere, aus denen ein im Ausland ansässiger Schuldner haftet oder durch die eine Beteiligung an einem im Ausland ansässigen Unternehmen verbrieft wird, einschließlich der Zeugnisse über Beteiligungen an ausländischen Aktiengesellschaften.

§ 2. Auf Erfordern der vom Reichskanzler mit der Entgegennahme der Anmeldungen beauftragten Stellen ist jedermann verpflichtet, binnen einer von der Anmeldestelle festzusetzenden Frist eine Erklärung darüber abzugeben, ob bei ihm die Voraussetzungen der Anmeldepflicht vorliegen, sowie eine abgegebene Erklärung oder Anmeldung durch nähere Auskünfte zu ergänzen.

§ 3. Die mit der Entgegennahme oder Bearbeitung der Anmeldung befaßten Personen sind verpflichtet, über die aus Anlaß der Anmeldung zu ihrer Kenntnis gelangten Verhältnisse Verschwiegenheit zu beobachten.

§ 4. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 5. Mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten wird bestraft,

1. wer vorsätzlich den gemäß § 1 ergehenden Anordnungen des Reichskanzlers

über die Anmeldung oder einer gemäß § 2 ergehenden Aufforderung nicht oder nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nachkommt,
2. wer bei der Anmeldung oder bei einer nach § 2 abzugebenden Erklärung oder Auskunft wissentlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht,
3. wer den Vorschriften des § 3 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet.

In dem Falle der Nr. 3 tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein.

§ 6. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [25. 8.] in Kraft.

Hierzu:

Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Anmeldung von Wertpapieren. Vom 23. August 1916. (RGBl. 953.)

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Anmeldung von Wertpapieren vom 23. August 1916 (RGBl. S. 952) wird folgendes bestimmt:

Art. 1. Unter den im § 1 der Verordnung bezeichneten Voraussetzungen sind anzumelden:

1. Aktien, Kuxe, Interimsscheine und andere Wertpapiere, durch die eine Beteiligung an einem Unternehmen verbrieft wird, einschließlich der Zeugnisse über die Beteiligung an ausländischen Aktiengesellschaften,
2. auf den Inhaber lautende oder durch Indossament übertragbare Schuldverschreibungen oder vertretbare andere Wertpapiere.

Ausgenommen von der Anmeldepflicht sind: Erneuerungsscheine (Talons), Zins- und Gewinnanteilscheine, Banknoten und Papiergeld, Wechsel und Schecks.

Nicht anzumelden sind ferner Wertpapiere, die einer auf Grund des Darlehnskassengesetzes vom 4. August 1914 (RGBl. S. 340) errichteten Darlehnskasse verpfändet sind.

Art. 2. Zur Anmeldung verpflichtet ist, sofern die Wertpapiere einem inländischen Kaufmann im Betriebe seines Handelsgewerbes oder einer inländischen Sparkasse oder Kreditanstalt unverschlossen zur Verwahrung oder als Pfand übergeben sind, derjenige, der sie im Gewahrsam hat oder zum Zwecke der Verwahrung oder Verpfändung ins Ausland weitergegeben hat, im übrigen der Eigentümer oder in dessen Verhinderung sein Vertreter.

Die Anmeldung kann unterbleiben, wenn feststeht, daß das Wertpapier einem Ausländer gehört, der nicht Angehöriger eines feindlichen Staates ist.

Art. 3. Die Anmeldung hat nach Maßgabe des beigefügten Anmeldebogens bei der Reichsbankhauptstelle, Reichsbankstelle oder Reichsbanknebenstelle, in deren Bezirk der Anmeldepflichtige seinen Wohnsitz, dauernden Aufenthalt oder Sitz hat, in Berlin bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere zu erfolgen.

Art. 4. Maßgebend für die Anmeldung ist der Stand am 30. September 1916.

Art. 5. Die Anmeldung hat bis zum 31. Oktober 1916*) zu erfolgen; dem Anmeldepflichtigen kann auf seinen Antrag von der Anmeldestelle eine Nachfrist gewährt werden.

Art. 6. Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [25. 8.] in Kraft.

Anmeldebogen.

Gemäß der Verordnung über die Anmeldung von Wertpapieren vom 23. August 1916 (RGBl. S. 952) und den hierzu vom Reichskanzler erlassenen Aus-

---

*) Durch Bek. v. 28. Oktober 1916 (RGBl. 1209) ist die Frist bis zum 15. November 1916 erstreckt.

führungsbestimmungen vom 23. August 1916 (RGBl. S. 953) melde ich die umstehend verzeichneten Wertpapiere an.

(Datum) (Unterschrift)

Anleitung zur Ausfüllung*)

1. Der Anmeldung unterliegen:
   a) inländische Wertpapiere, jedoch nur, wenn sie im Ausland verwahrt werden,
   b) ausländische Wertpapiere, gleichviel ob sie im In- oder Auslande sich befinden. Ausländische Wertpapiere sind solche, aus denen ein im (feindlichen oder neutralen) Ausland ansässiger Schuldner, insbesondere auch ein ausländischer Staat haftet, oder durch die — wie bei Aktien und dergleichen — ein Beteiligungsrecht an einem ausländischen (feindlichen oder neutralen) Unternehmen verbrieft wird.

   Anmeldepflichtige Wertpapiere sind:
   1. Aktien, Kuxe, Interimsscheine und andere Wertpapiere, durch die eine Beteiligung an einem Unternehmen verbrieft wird, einschließlich der Zeugnisse (Zertifikate) über die Beteiligung an ausländischen Aktiengesellschaften (shares, certificates, wie sie namentlich bei den Goldminengesellschaften üblich sind),
   2. auf den Inhaber lautende oder durch Indossament übertragbare Schuldverschreibungen oder vertretbare andere Wertpapiere.

   Ausgenommen von der Anmeldepflicht sind: Erneuerungsscheine (Talons), Zins- und Gewinnanteilscheine, Banknoten und Papiergeld, Wechsel und Schecks. Nicht anzumelden sind ferner Wertpapiere, die einer auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 340) errichteten Darlehnskasse verpfändet sind.

   Wertpapiere, die sich im Ausland befinden, sind nur insoweit anzumelden, als sie natürlichen oder juristischen Personen gehören, die im Inland ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt oder ihren Sitz haben.

   Nicht angemeldet zu werden brauchen Wertpapiere, von denen feststeht, daß sie einem Ausländer gehören, der nicht Angehöriger eines feindlichen Staates ist.
3. Die Erklärung ist nach dem Stande vom 30. September 1916 auszufüllen und bis zum 31. Oktober 1916†) der Reichsbankhauptstelle, Reichsbankstelle oder Reichsbanknebenstelle, in deren Bezirk der Anmeldepflichtige seinen Wohnsitz, dauernden Aufenthalt oder Sitz hat, in Berlin dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere einzureichen.
4. Wertpapiere, die einem inländischen Kaufmann im Betriebe seines Handelsgewerbes (also etwa einer Bank, Kreditgenossenschaft, einem Bankier) oder einer inländischen Sparkasse oder Kreditanstalt unverschlossen zur Verwahrung oder als Pfand übergeben sind, sind nicht vom Eigentümer, sondern von demjenigen, der sie im Gewahrsam hat oder zum Zwecke der Verwahrung oder Verpfändung in das Ausland weitergegeben hat, anzumelden.

   Im übrigen ist zur Anmeldung verpflichtet der Eigentümer oder in seiner Verhinderung sein Vertreter (insbesondere also bei eigenem Gewahrsam, bei Aufbewahrung in verschlossenem Depot oder Schrankfach [Safe] sowie bei Aufbewahrung im Ausland).

   Ist jemand (z. B. eine Bank) zur Anmeldung sowohl eigener, wie fremder Wertpapiere verpflichtet, so hat er die eigenen und fremden Wertpapiere derselben Gattung in einer Summe anzugeben.

   Hat das anmeldepflichtige Unternehmen mehrere Niederlassungen, so erfolgt die Anmeldung durch die Hauptniederlassung.
5. Anmeldebogen sind durch die Reichsbank zu beziehen.

Für jedes Land, in dem die Wertpapiere ausgestellt oder zahlbar sind, ist ein besonderer Bogen (eventuell Einlagebogen) zu benutzen; bei verschiedenen Sorten von Wertpapieren ist folgende Gruppierung einzuhalten:

1. Staats- und Kommunalanleihen, 2. Eisenbahnanleihen, 3. sonstige festverzinsliche Wertpapiere, 4. Aktien, Genußscheine, Kuxe und dergleichen.

---

*) Nach § 5 der Verordnung vom 23. August 1916 wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft,
   a) wer vorsätzlich den Anordnungen des Reichskanzlers über die Anmeldung nicht oder nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nachkommt,
   b) wer bei der Anmeldung wissentlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht.

†) Nach RGBl. 1209: 15. November 1916.

Name des Landes:

Zinsfuß (fällt bei Aktien und dergleichen fort)	Bezeichnung der Wertpapiere	Währung (ℳ, Fr., £, hfl., Kr. usw.)	Ausländische, in Deutschland selbst befindliche Wertpapiere (diese Spalte bleibt bei den Anmeldebogen für Deutschland frei)	Ausländische oder inländische im Ausland (in ausländischem Bankdepot usw.) befindliche Wertpapiere	
			Nennwert	Nennwert	Verwahrungsort
1	2	3	4	5	6

Datum: ..... Unterschrift:

Wohnung: ....

Mustereintrag für die Ausfüllung der Anmeldebogen, wobei jedoch bemerkt wird, daß für jedes Land ein besonderer Bogen (eventuell Einlagebogen) zu benutzen ist; bei verschiedenen Sorten von Wertpapieren ist folgende Gruppierung einzuhalten;

1. Staats- und Kommunalanleihen, 2. Eisenbahnanleihen, 3. sonstige festverzinsliche Wertpapiere, 4. Aktien, Genußscheine, Kuxe und dergleichen.

Name des Landes:

Zinsfuß (fällt bei Aktien und dergleichen fort)	Bezeichnung der Wertpapiere	Währung (ℳ, Fr., £, hfl., Kr. usw.)	Ausländische, in Deutschland selbst befindliche Wertpapiere (diese Spalte bleibt bei den Anmeldebogen für Deutschland frei)	Ausländische oder inländische im Ausland (in ausländischem Bankdepot usw.) befindliche Wertpapiere	
			Nennwert	Nennwert	Verwahrungsort
1	2	3	4	5	6
Beispiel von Eintragungen auf dem Bogen für Deutschland:					
3	*Preußische Consols*	*ℳ*	*—*	*35 000,00*	*London*
5	*Reichsanleihe . . .*	*ℳ*	*—*	*17 500,00*	*Basel*
3½	*Casseler Stadtanleihe*	*ℳ*	*—*	*20 000,00*	*Paris*
4	*Preuß. Zentralboden-Credit-Pfandbriefe*	*ℳ*		*23 200,00*	*desgleichen*
—	*Harpener Bergwerks-Aktien . .*	*ℳ*		*15 000.00*	*desgleichen*
Beispiel von Eintragungen auf dem Bogen für Rußland:					
4	*Russische Staatsanleihe von 1880. .*	*Rbl.*	*1 250,00*	*—*	*–*
4½	*Russische steuerfreie Staatsanleihe von 1909 . . . . . .*	*ℳ*	*13 500,00*		*—*
4	*Russ. cons. Eisenbahn-Anl. von 1889, I. Serie . .*	*ℳ*	*20 604,00*	*—*	*—*
5	*Russ. Prämienanl. 1864 . . . . . .*	*Rbl.*	*—*	*1 200,00*	*Amsterdam*
4½	*Wladikawska Eisenbahn-Obl. 1909 .*	*ℳ*		*10 000,00*	*Moskau*
—	*Aktien der Moskauer Wollenweberei . .*	*Rbl.*	*2 000.00*	*–*	
—	*Aktien der Azow-Don-Commerzbank*	*Rbl.*	*25 000,00*	*—*	*—*
Beispiel von Eintragungen auf dem Bogen für Großbritannien:					
	Shares der South West Afr. Comp.	*£*	*500,00*	*—*	*—*
	Shares certificates der New Coch Gold Mines	*£*	*500,00*	*1 250,00*	*London*

Begründung. (D. N. IX 171.)

Für unsere gesamte Handelspolitik, nicht zum wenigsten für die Devisenpolitik, ist eine möglichst genaue Kenntnis des vorhandenen Besitzes an ausländischen Wertpapieren unentbehrlich. Es handelt sich hierbei einerseits um die im Inlande befindlichen Wertpapiere, aus denen ein ausländischer Schuldner haftet, sowie um Aktien und Anteilscheine an ausländischen Unternehmungen, andererseits aber auch um den ganzen im Auslande befindlichen deutschen Besitz an Wertpapieren. Durch die auf Grund des § 3 des sog. ErmG. ergangene Bek. v. 23. August 1916 ist daher die Aufnahme des Bestandes der in Frage kommenden Papiere angeordnet und, um ein praktisch verwertbares Ergebnis einer solchen Bestandsaufnahme zu sichern, eine mit Strafzwang ausgestattete Anmeldepflicht festgesetzt worden. Der gesetzlichen Anmeldepflicht steht die Schweigepflicht der mit Entgegennahme und Bearbeitung der Anmeldung befaßten Personen gegenüber, insbesondere ist eine Verwendung des angemeldeten Ziffernmaterials zu steuerlichen Zwecken ausgeschlossen.

Durch eine Bek. v. 23. August 1916 hat der Reichskanzler zu der oben genannten Bundesratsverordnung Ausführungsvorschriften erlassen, denen ein bestimmtes Anmeldeformular beigegeben ist. Die Anmeldungen erfolgen bei den Reichsbankhauptstellen, Reichsbankstellen oder Reichsbanknebenstellen, in deren Bezirk der Anmeldepflichtige seinen Wohnsitz, dauernden Aufenthalt oder Sitz hat, in Berlin bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere. Während für die Anmeldung der Stand des 30. September 1916 maßgebend ist, läuft die Frist für die Einreichung der Anmeldebogen bis zum 31. Oktober 1916.

Literatur.

Bestandsaufnahme ausländischer Wertpapiere, GenossBl. 16 456. — Die Anmeldung von Wertpapieren nach der BRVO. v. 23. August 1916, BankA. 16 457.

NorddAllgZtg. v. 1. September 1916 Nr. 242 1. Ausg. Nach der Bundesratsverordnung über die Anmeldung von Wertpapieren v. 23. August 1916 und der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom gleichen Tage sind anzumelden: Wertpapiere, die sich im Ausland befinden, und Wertpapiere, aus denen ein im Ausland ansässiger Schuldner haftet oder durch die eine Beteiligung an ausländischen Unternehmungen verbrieft wird. Es sind dem Vernehmen nach Zweifel aufgetaucht über den Begriff: „im Ausland" und „ausländisch", insbesondere wurde, da an einer Stelle der auf dem Anmeldebogen aufgedruckten „Anleitung zur Anmeldung" sich der erklärende Zusatz findet „im (feindlichen oder neutralen) Ausland", die Frage aufgeworfen, ob etwa das uns verbündete Ausland und ferner die von uns besetzten Gebiete im Sinne der Anmeldevorschriften anders behandelt werden sollten wie das übrige Ausland. Diese Frage ist zu verneinen. In der Verordnung und der Reichskanzlerbekanntmachung ist vom „Ausland" schlechthin die Rede. Für diesen Begriff bedarf es hier keiner besonderen Auslegung, die Reichsgrenzen sind maßgebend. Es sollte mit der oben erwähnten Bemerkung bei der „Anleitung zur Ausfüllung des Anmeldebogens" lediglich ausdrücklich hervorgehoben werden, daß nicht etwa eine Beschränkung auf Papiere des feindlichen Auslands in Frage kommt.

XXI. Bekanntmachung über die Bestätigung von Schecks durch die Reichsbank. Vom 31. August 1916. (RGBl. 985.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

Art. 1. Versieht die Reichsbank einen auf sie gezogenen Scheck mit einem Bestätigungsvermerke, so wird sie hierdurch dem Inhaber zur Einlösung verpflichtet; für die Einlösung haftet sie auch dem Aussteller und den Indossanten.

Die Verpflichtung aus der Bestätigung erlischt, wenn der Scheck nicht innerhalb der Vorlegungsfrist (§ 11 des Scheckgesetzes vom 11. März 1908 — RGBl. S. 71 —)

zur Zahlung vorgelegt wird. Hinsichtlich des Nachweises der Vorlegung finden die Vorschriften des § 16 des Scheckgesetzes Anwendung.

Der Anspruch aus der Bestätigung verjährt in zwei Jahren vom Ablauf der Vorlegungsfrist an.

Für einen bestätigten Scheck, auf dem eine Unterschrift gefälscht ist, gelten die Vorschriften des § 23, für die gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen auf Grund der Bestätigung die Vorschriften des § 28 des Scheckgesetzes entsprechend.

Die Reichsbank ist nur nach vorheriger Deckung befugt, Schecks mit einem Bestätigungsvermerke zu versehen.

Art. 2. Die Bestätigung begründet nicht die Verpflichtung zur Entrichtung des Wechselstempels oder einer landesgesetzlichen Abgabe.

Art. 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [1. 9.] in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Begründung. (D. R. IX 161.)

Die täglichen Bestände an Giroguthaben stellen sich in der Berichtszeit stets bemerkenswert hoch. Wieder wurde der am 31. Juli 1914 verzeichnete Bestand von 1258 Mill. M. an keinem Ausweistage unterschritten. Der wöchentliche Durchschnittsbestand betrug für das Halbjahr März bis August 1916 rund 2200 Mill. M., das sind rund 425 Mill. M. mehr als im Durchschnitt der entsprechenden Zeit des Vorjahres und rund 1100 Mill. M. mehr, als der in Friedenszeiten je erreichte höchste Girobestand betragen hatte. Der niedrigste Stand wurde am 15. Mai 1916 mit 1511 Mill. M. ausgewiesen, der höchste am 31. März mit 4358 Mill. M., da, wie es auch gelegentlich der früheren Kriegsanleihen der Fall gewesen war, im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die Bezahlung der vierten Kriegsanleihe den Giroguthaben bei der Reichsbank — in der letzten Märzwoche — 1654 Mill. M. neu zugeführt wurden. Diese Erhöhung auf 4358 Mill M. war um so bemerkenswerter, als die Besitzer von Reichsschatzanweisungen, wie es zugelassen war, diese zur Bezahlung von Kriegsanleihe in großem Umfange auch der Reichsschuldenverwaltung unmittelbar in Zahlung gaben, d. h. ohne sich zunächst durch Diskontierung Guthaben bei der Reichsbank zu verschaffen.

Seit Ausbruch des Krieges hat der Notenumlauf eine im allgemeinen steigende Richtung genommen. Es erschien geboten, dieser Entwicklung nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Die Frage der weiteren Ausgestaltung und Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs gewann daher eine immer größere Bedeutung, und zwar nicht nur für die gegenwärtige Kriegszeit, sondern vor allen Dingen auch für die Zeit nach dem Kriege, da ohne Zweifel die normale Bewertung unserer Währung im Auslande schneller wieder hergestellt werden wird, je rascher der Notenumlauf der Reichsbank, deren Stand in der ganzen Welt als Gradmesser der wirtschaftlichen Lage Deutschlands gilt, in normale Grenzen zurückgeführt und somit das Deckungsverhältnis der Noten durch den Barvorrat günstiger gestaltet werden kann.

Für dieses Ziel haben sich erfreulicherweise Tagespresse und Fachzeitschriften in zahlreichen belehrenden Artikeln mit merklichem Erfolge eingesetzt. Im Verfolg dieser Bestrebungen hat auch die Reichsbank eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die teils innerhalb ihres Geschäftsbereichs durch Änderung ihrer Dienstbestimmungen, teils nach außen durch Einwirkung auf die am Geldverkehr besonders stark beteiligten Berufsstände in der Richtung der Förderung und Erleichterung des bargeldlosen Zahlungsausgleichs zu wirken geeignet sind.

Vor allem hat sie mit dem 1. Juli 1916 sämtliche selbständigen Bankanstalten an den Postscheckverkehr durch Eröffnung von Konten angeschlossen, um eine möglichst enge Verbindung zwischen dem Postscheck- und dem Reichsbankgiroverkehr zu schaffen. Im Anschluß hieran sind, um zu einer möglichst weitgehenden Ausnutzung dieser Verbindung durch Verbilligung der einzelnen Übertragungsgeschäfte anzuregen, die Ge-

bührensätze der Reichsbank im Postscheckverkehr sehr erheblich ermäßigt worden. Desgleichen ist von ihr, um die hin und wieder im Scheckverkehr aufgetretenen Widerstände gegen Annahme von Schecks tunlichst auszuschalten, eine Neuregelung der Bestimmungen über die Gebührenerhebung bei Einziehung von Auftragspapieren dahingehend vorgenommen worden, daß im Reichsbankverkehr Gebühren auf Einziehung von Reichsbankschecks, falls der eingezogene Betrag nicht zur Barauszahlung oder Barversendung gelangt, überhaupt nicht mehr erhoben werden, und die Gebührensätze für Einziehung anderer Auftragspapiere auf ein Mindestmaß herabgesetzt sind.

In diesem Zusammenhang ist eine kürzlich getroffene Einrichtung besonders zu erörtern, die zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und zur Einschränkung des Notenumlaufs nicht unwesentlich beitragen wird, falls von ihr, wie anzunehmen ist, in weitem Maße Gebrauch gemacht wird. In vielen Fällen wurde der Scheck in seiner bisherigen Gestaltung deshalb nicht als ausreichender Ersatz für eine Barzahlung angesehen, weil der Zahlungsempfänger bei Entgegennahme des Schecks nicht die Gewißheit besitzt, daß der Scheck durch den Bezogenen eingelöst werden wird. In Frage kommen hierbei insbesondere solche Fälle, in denen Zahlungen Zug um Zug gegen eine Gegenleistung, namentlich im Grundstücks- und Hypothekenverkehr, zu leisten sind. Hierbei handelt es sich meist um größere Zahlungen, und die durch sie veranlaßte beträchtliche Steigerung des Notenumlaufs der Reichsbank ist um so mißlicher, als sie in der Hauptsache, insbesondere bei Hypothekenregulierungen, zu den Quartalsschlüssen einzutreten pflegt, an denen der von der Reichsbank durch Notenausgabe zu befriedigende Zahlungsmittelbedarf aus einer Reihe von anderen Gründen gewaltig anschwillt.

Zur Ausfüllung der erwähnten Lücke ist die Reichsbank durch die auf Grund des § 3 des sog. ErmG. erlassene Bek. v. 31. August 1916 ermächtigt worden, auf sie gezogene Schecks mit einem Bestätigungsvermerk zu versehen, durch den sie sich dem Scheckinhaber scheckrechtlich zur Einlösung verpflichtet. Die Haftung aus diesem Vermerk ist jedoch auf die Dauer der Vorlegungsfrist (§ 11 des Scheckgesetzes), also für alle im Inland ausgestellten Schecks, auf zehn Tage beschränkt. Die Befristung der scheckrechtlichen Haftung führt dazu, daß der Scheck seinem Endziel, der Einlösungsstelle, innerhalb der Frist zustrebt; das in der Begründung zum Scheckgesetz gegen die Annahme wie gegen die Zertifizierung erhobene Bedenken, der Scheck würde unnötig lange, gleich dem Papiergeld, herumwandern, ist also bei dieser Regelung beseitigt. Der an sich selbstverständliche Grundsatz, daß solche scheckrechtlichen Verpflichtungen nur nach vorheriger Deckung eingegangen werden dürfen, ist in Anlehnung an die Vorschrift in § 13 Nr. 5 des Bankgesetzes v. 14. März 1875 (RGBl. 177) im Schlußabsatz des Artikels 1 ausdrücklich ausgesprochen. Hiernach kann die Sicherheit des Notenausgabegeschäfts durch die Scheckbestätigung in keiner Weise gefährdet werden; zugleich wird durch das Erfordernis der vorherigen Deckung der Schaffung eines dem Papiergeld ähnlichen Wertpapiers ohne Unterlage vorgebeugt. Zur Gewinnung der Deckung ist die neue Einrichtung an den Giroverkehr in der Weise angegliedert, daß Schecks (Bar- und Verrechnungsschecks) Auf Antrag eines Girokontoinhaber durch die Reichsbank bestätigt werden, und zwar nur dann, wenn er ein zur Einlösung des Schecks ausreichendes, frei verfügbares Guthaben bei der Reichsbank besitzt. Da bei der Bestätigung des Schecks ein der Scheckſumme entsprechender Teil des Giroguthabens von dem Girokonto des Kunden mit der Wirkung abgebucht wird, daß das Guthaben in dieser Höhe getilgt wird, steht der Reichsbank die zur Einlösung des Schecks erforderliche Deckung einwandfrei zur Verfügung. Trotz dieser Verbindung mit dem Girosystem der Reichsbank wird die neue Maßnahme auch außerhalb des Kundenkreises der Reichsbank Bedeutung gewinnen, da die an den Giroverkehr der Reichsbank angeschlossenen Banken, Bankiers und Kreditinstitute auch solchen ihrer Kunden, die selbst kein Girokonto bei der Reichsbank besitzen, derartige von der Reichsbank bestätigte Schecks auf Wunsch überlassen können.

Zu den einzelnen Vorschriften der Bundesratsverordnung ist noch zu bemerken, daß der Artikel 1 im ersten Absatz die skripturrechtliche Wirkung des Bestätigungsvermerks

festlegt. Die Reichsbank wird danach durch die Bestätigung selbständiger Schuldner aus dem Scheck. Sie kann als solcher dem Inhaber nur die im § 18 Abs. 2 des Scheckgesetzes bezeichneten Einwendungen entgegensetzen. Der Grundsatz, daß der Scheck innerhalb der ordentlichen Vorlegungsfrist der Reichsbank zur Zahlung vorgelegt werden muß, ist im zweiten Absatz ausgesprochen. Zur Sicherung der Reichsbank gegen unklare Ansprüche nach dem Ablauf der Vorlegungsfrist ist dabei bestimmt, daß die rechtzeitige Vorlegung nur auf formale Weise — durch Bescheinigung oder Protest — nachgewiesen werden kann, ebenso wie dies für die Regreßansprüche vorgeschrieben ist (Satz 2 des Abs. 2). Das der Reichsbank dem Aussteller gegenüber zustehende Recht, auch nach dem Ablauf der Vorlegungsfrist, wenn ihr kein Widerruf zugegangen ist, Zahlungen zu leisten (§ 13 Abs. 2 des Scheckgesetzes) wird durch diese Vorschriften nicht berührt. Die Vorlegung muß, wie sich aus den §§ 11, 12 des Scheckgesetzes ergibt, bei der am Zahlungsorte bestehenden Reichsbankanstalt oder durch Einreichung des Schecks bei einer örtlich zuständigen Abrechnungsstelle erfolgen. Beschränkungen, welche die Reichsbank in ihrer Erklärung, insbesondere über die Geschäftsstunden, in denen sie zur Einlösung bereit ist, aufnimmt, sind nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen als wirksam zu erachten Die Verjährungsfrist ist im Anschluß an die für den Giroverkehr der Reichsbank geltenden Vorschriften auf 2 Jahre festgesetzt (Abs. 3). In Abs. 4 sind sodann zwei Vorschriften des Scheckgesetzes, deren Anwendung auf Ansprüche gegen den Bezogenen nach ihrem Wortlaut zweifelhaft sein könnte, ausdrücklich für entsprechend anwendbar erklärt.

Der Artikel 2 der Verordnung bestimmt, daß der Scheck durch die Bestätigung weder der Wechselstempelabgabe noch einer landesgesetzlichen Abgabe, z. B. aus dem Gesichtspunkt der Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen, unterworfen wird, da die Befreiung von diesen Abgaben für die praktische Anwendung des Bestätigungsvermerks ausschlaggebend ist.

Angesichts der Kürze der seit dem Inkrafttreten der Bundesratsverordnung verflossenen Zeit liegen ausreichende Erfahrungen über die Bewährung der neuen Maßregel noch nicht vor; es darf jedoch gehofft werden, daß sie ebenso wie die in England und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bestehende ähnliche Einrichtung der sogenannten certified checks dazu führen wird, daß in erheblichem Umfange Zahlungen im Wege der Scheckbegebung auch in solchen Fällen vermittelt werden, in denen bisher aus den angegebenen Gründen der Ersatz der Barzahlungen durch Schecks nicht angängig erschien.

Abgesehen von den für den Geschäftsbereich der Reichsbank unmittelbar getroffenen Maßnahmen hat die Bank nach außen mittelbar für die Verbesserung der deutschen Zahlungssitten dadurch zu wirken gesucht, daß sie die Banken zu einer Ermäßigung der Gebührensätze bewogen und an sämtliche Behörden, Handels- Handwerker-, Gewerbe-, Landwirtschaftskammern und zahlreiche sonstige Verbände unter Beifügung von Merkblättern Rundschreiben gerichtet hat, in denen die Wichtigkeit des bargeldlosen Zahlungsverkehrs vor Augen geführt und eine wirksame Unterstützung der genannten Bestrebungen durch rege Werbetätigkeit bei den einzelnen Interessenten nahegelegt wird. Das Muster eines solchen Merkblattes ist im folgenden abgedruckt:

Merkblatt für den Scheck- und Überweisungsverkehr.

Wozu dient ein Scheck- oder Überweisungskonto?

Es dient zur Ersparung von Bargeld und ermöglicht seinem Inhaber, trotzdem jederzeit Zahlungen aus seinem Guthaben zu leisten.

Wer kann sich ein Scheck oder Überweisungskonto anlegen?

Jeder, der irgendwie mit Geld zu wirtschaften hat, der Kaufmann, der Gewerbetreibende, der Landwirt, der Beamte, der Handwerker, der Privatmann.

Wo kann ich mir ein Scheck- oder Überweisungskonto anlegen?

Bei einer Bank, Sparkasse, Kreditgenossenschaft und bei der Post.

Warum empfiehlt es sich, sich ein Scheck- oder Überweisungskonto anzulegen?

1. Weil das Geld vor Diebstahl und Feuersgefahr geschützt ist.
2. Weil man jederzeit ohne große Mühe und Zeitverlust über sein Guthaben verfügen kann.
3. Weil man in der Regel noch Zinsen für das sonst nutzlos zu Hause liegende Geld erhalten kann.
4. Weil sich jede Zahlung, die durch Scheck oder Überweisung geleistet ist, noch nach vielen Jahren durch Einsicht in die Bücher der das Konto führenden Anstalt nachweisen läßt und Rechtsnachteile, wie sie häufig durch das Verlorengehen von Quittungen entstehen, vermieden werden.
5. Weil man bei entsprechender Benutzung des Kontos zur Verminderung des Barmittelumlaufs beiträgt und so dem vaterländischen Interesse dient.

Wie lege ich mir ein Scheck- oder Überweisungskonto an?

Ich zahle meine baren Einnahmen bei einer Bank, Sparkasse, Kreditgenossenschaft oder der Post ein und weise jeden, der an mich Zahlungen zu leisten hat, an, das Geld nicht an mich, sondern an meine Bankverbindung abzuführen. Die Post würde auf Grund eines einmaligen Antrags sämtliche eingehenden Postanweisungen ohne weiteres auf das Konto des Empfängers überweisen.

Wie verfüge ich über meine Guthaben auf Scheck- oder Überweisungskonto?

1. Ich beauftrage die Sparkasse oder Bank, aus meinem Guthaben an meinen Gläubiger einen bestimmten Betrag zu überweisen, oder
2. ich schreibe einen Scheck aus und übergebe diesen anstatt des baren Geldes meinem Gläubiger (z. B. dem Kaufmann für gelieferten Kunstdünger, dem Maschinenfabrikanten für Maschinen).
3. Ich hebe im Falle eigenen Geldbedarfs Bargeld in den von mir gewünschten Sorten mittels Schecks oder Quittung ab.

Wie kann ich mich davor schützen, daß ein durch Brief nach außerhalb gesandter Scheck bei Verlust des Briefes in unrechte Hände kommt, die damit Mißbrauch treiben könnten?

Indem ich auf die Vorderseite des Schecks den Vermerk „Nur zur Verrechnung" schreibe. Ein solcher Scheck darf von der das Konto führenden Bank an den Überbringer nicht bar ausgezahlt, sondern muß durch Verrechnung — in der Regel durch Gutschrift auf dem Konto des Scheckinhabers — beglichen werden. Auf diese Weise ist jederzeit der letzte Scheckinhaber festzustellen.

Beispiele aus dem geschäftlichen Verkehr unter Anwendung von Überweisung und Scheck.

Gottlieb Schulze in Eichwalde hat ein Scheckkonto bei der Neustädter Bank in Neustadt.

Erstes Beispiel.

Es ist Lohntag. Schulze hat 30 Arbeiter zu entlohnen, die ihren Lohn in bestimmten Geldsorten wünschen. Er selbst muß bis zum Abend im Betriebe tätig sein, kann daher nicht persönlich zur Bank gehen. Er beauftragt einen seiner Angestellten, das Geld zu erheben. Der Scheck, den er diesem mitgibt, lautet folgendermaßen:

Scheck-Nr. B. 2650. 600,50 M.

Die Neustädter Bank, Neustadt, wolle zahlen gegen diesen Scheck aus meinem Guthaben die Summe von

Sechshundert Mark 50 Pfennig

an ..... mich ..... oder Überbringer.

Eichwalde, den 1. August 1916. (Unterschrift)

Gottlieb Schulze.

Zweites Beispiel.

Schulze hat der Firma Hermann Müller, Maschinenfabrik in Berlin, für gelieferte Maschinen 4240,75 M. zu zahlen. Die Firma hat Konto bei der Kreditbank in X.

a) Schulze schreibt an die Neustädter Bank in Neustadt folgenden Brief:

An die

Neustädter Bank

Neustadt.

Ich ersuche Sie ergebenst, der Kreditbank in X. für Rechnung des Herrn Hermann Müller, Berlin, zu Lasten meines Scheckkontos

Viertausendzweihundertvierzig Mark 75 Pfennig

zu vergüten.

Eichwalde, den 1. August 1916. (Unterschrift)

Gottlieb Schulze.

oder:

b) Schulze schickt der Firma Hermann Müller in Berlin in einfach frankiertem Briefe folgenden mit dem Vermerk „nur zur Verrechnung" versehenen Scheck:

Scheck-Nr. B. 2651. 4240,75 M.

Die Neustädter Bank, Neustadt, wolle zahlen gegen diesen Scheck aus meinem Guthaben die Summe von

Viertausendzweihundertvierzig Mark 75 Pfennig

an ..... Herrn Hermann Müller in Berlin oder Überbringer.

Nur zur Verrechnung

Eichwalde, den 1. August 1916. (Unterschrift)

Gottlieb Schulze.

Literatur.

Zur BRBO. über die Bestätigung von Schecks durch die Reichsbank. BankA. 16 456. — Erleichterung des Scheckverkehrs. GesuR. 17 572. — Wetzlar, Der bestätigte Scheck. GenossBl. 16 466.

1. GesuR. 17 572, BankA. 16 456. Mit der durch die Reichsbank auf den Scheck gesetzten Verpflichtungserklärung wird jedem Erwerber des Schecks die Gewißheit gegeben, daß der Scheck bei Vorzeigung innerhalb der Vorlegungsfrist durch die Reichsbank eingelöst wird. Der Empfänger eines solchen Schecks darf ihn daher wie ein gesetzliches Zahlungsmittel bewerten, und gleich einem solchen in Zahlung nehmen. Die Einrichtung lehnt sich an den Giroverkehr der Reichsbank an und soll dem mit der Unterhaltung von Giroguthaben der Reichsbank verbundenen Zweck, Zahlungen ohne Bewegung baren Geldes auszuführen, in vollkommener Weise, als dies bisher möglich war, Rechnung tragen. Wird von ihr in größerem Umfang Gebrauch gemacht, so wird der Notenumlauf der Reichsbank, was dringend erwünscht erscheint, eine erhebliche Einschränkung erfahren. Übrigens kann die Einrichtung auch über den Kreis der Girokunden der Reichsbank hinaus Bedeutung gewinnen, da die Privatbanken und sonstigen Kreditinstitute

auch solchen ihrer Kunden, die kein Girokonto bei der Reichsbank besitzen, in geeigneten Fällen derartige bestätigte Reichsbankschecks auf Wunsch überlassen können. Im besonderen sind derartige Schecks geeignet, beim Ausgleich größerer zur Zeit der Quartalsabschlüsse im Hypotheken- und Grundstücksgeschäfte zu leistender Zahlungen die Barzahlung zu ersetzen. Die Verwendung der fraglichen Schecks bei allen solchen Zahlungsvorgängen kann nicht dringend genug empfohlen werden. Sie bringt nicht nur den Vorteil, daß sie sowohl für den Zahlenden wie den Zahlungsempfänger das Zahlungsgeschäft äußerst einfach gestaltet, indem sie die für beide Teile gleich lästige, zeitraubende und mit der Gefahr des Verlustes verbundene Bargeldbewegung ausschaltet, sondern es wird durch sie vor allem wegen der damit erzielten Ersparnis an Umlaufsmitteln die Kriegsbereitschaft der Reichsbank wesentlich gestärkt und so das Wohl des Vaterlandes kräftig gefördert.

2. Wetzlar a. a. O. 467. Die Wirkung wird nur zum Teil die gewünschte sein, solange man den im § 2 ScheckG. als Bezogenen Zugelassenen nicht das Bestätigungsrecht gibt und solange man nicht verbietet, daß bestätigte Schecks in bar ausgezahlt werden. Es muß gefordert werden, daß die VO. nach dieser Richtung hin ergänzt werde. → Eine solche Ergänzung ist nach BankA. 16 457 vom Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes in einer Eingabe v. 9. September 1916 beantragt. ←

3. GenossBl. 16 541. Der „Freie Ausschuß" hat den Bundesrat um den Erlaß einer weiteren Verordnung etwa folgenden Inhalts gebeten: „Die Artikel 1 und 2 der Bundesratsbekanntmachung vom 31. August 1916 finden auch auf Bestätigungsvermerke Anwendung, welche eine Anstalt, Genossenschaft oder Firma der in § 2 des Scheckgesetzes bezeichneten Art auf einen auf sie gezogenen Scheck setzt."

Allgemeine Verfügung des Preuß. Justizministers vom 26. September 1916 über die Annahme von Schecks an Zahlungs Statt und über den Scheckstempel. (JMBl. 263.)

1. Nach der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 31. August 1916 (RGBl. S. 985) ist die Reichsbank ermächtigt worden, auf Antrag eines Girokontoinhabers von diesem auf sie gezogene weiße (Bar- oder Verrechnungs-) Schecks mit einem Bestätigungsvermerk zu versehen, durch den sie sich zur Einlösung des Schecks innerhalb der gesetzlichen zehntägigen Vorlegungsfrist verpflichtet. Die mit einem derartigen Verpflichtungsvermerk von den Reichsbankanstalten versehenen Schecks können, da sie jedem Erwerber die Gewißheit ihrer Einlösung bei Vorlegung innerhalb der Vorlegungsfrist durch die Reichsbank gehen, innerhalb dieser Frist ebenso wie gesetzliche Zahlmittel in Zahlung genommen werden. Sie sind daher, abweichend von der Bestimmung unter Nr. 4 der Allgemeinen Verfügung vom 20. Juni 1910 (JMBl. S. 217) über die Annahme von Schecks bei den Kassen der Justizverwaltung von den dem Reichsbankgiroverkehr angeschlossenen Kassen an Zahlungs Statt anzunehmen. Schon bei ihrer Hingabe ist die zu tilgende Forderung als bezahlt anzusehen, die Einnahme ist wie jede Bareinnahme endgültig zu verbuchen und es ist über den Empfang ordnungsmäßig zu quittieren. Auch diese Schecks sind, wenn sie nicht schon als Verrechnungsschecks vorgelegt werden, von den bezeichneten Kassen in der Regel zu kreuzen. Für ihre fristzeitige Vorlage bei der Reichsbank sind die in Nr. 15 der vorbezeichneten Allgemeinen Verfügung genannten Kassenbeamten verantwortlich. Schecks, deren rechtzeitige Vorlage bei der Reichsbank den Kassen voraussichtlich nicht mehr möglich ist, sind von ihnen nicht anzunehmen.

2. Nachdem die Stempelabgabe für Schecks mit dem 1. Oktober d. J. weggefallen ist (Art. I des Gesetzes vom 26. Juni 1916 — RGBl. S. 639) —, haben die Allgemeine Verfügung vom 5. Oktober 1909 (JMBl. S. 339), ferner die Nr. 5

der Allgemeinen Verfügung vom 20. Juni 1910 (FMBl. S. 217) und die Nr. 15 der Allgemeinen Bestimmungen über den Reichsbankgiro- und Scheckverkehr vom 23. August 1913 (FMBl. S. 320) vom 1. Oktober d. J. ab ihre Bedeutung verloren.

→ Entsprechende Verfügungen sind auch für die anderen Verwaltungszweige ergangen. ←

XXII. Weitere Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs im Verwaltungswege.

1. Rundschreiben des Reichsbankdirektoriums v. 12. Juni 1915 (MBl. 141). Der Notenumlauf der Reichsbank hat bekanntlich seit Kriegsausbruch infolge des außerordentlich erhöhten Zahlungsmittelbedarfs eine gewaltige Steigerung erfahren. Demzufolge ist, da die Zunahme des Barvorrats trotz des unausgesetzten Zuflusses von Gold naturgemäß nicht in gleichem Maße erfolgen konnte, eine erhebliche Verschlechterung des Deckungsverhältnisses der Noten durch den Barvorrat eingetreten. Eine erhebliche Verschlechterung hintanzuhalten, liegt aber nicht allein im Interesse der Reichsbank, sondern auch — vom wirtschaftlichen wie vom politischen Standpunkte aus — im dringendsten Interesse des Reichs. Es gewinnt daher die Frage der weiteren Ausgestaltung und Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zum Zwecke der Einschränkung des Barmittelumlaufs eine immer größere Bedeutung, und zwar nicht nur für die jetzige Kriegszeit, sondern vor allen Dingen auch für die Zeit nach dem Kriege, da ohne Zweifel die normale Bewertung unserer Währung im Auslande um so schneller wieder hergestellt werden wird, je rascher der Notenumlauf in normale Grenzen zurückgeführt und somit das Deckungsverhältnis der Noten durch den Barvorrat wieder günstig gestaltet wird. Für dieses Ziel haben sich erfreulicherweise Tagespresse und Fachzeitschriften in zahlreichen belehrenden Artikeln mit merklichem Erfolge eingesetzt. Eine besondere wirksame Unterstützung würden die Bestrebungen in dieser überaus bedeutsamen Frage aber erfahren, wenn vor allem auch die Interessenvertretungen der am Geldverkehr besonders stark beteiligten Berufsstände unter Hinweis auf die dem einzelnen auch auf dem Gebiete des Zahlungsverkehrs obliegenden vaterländischen Pflichten ständig und mit Nachdruck ihren Einfluß auf die einzelnen Mitglieder ihrer Organisation in der Richtung der tunlichsten Einschränkung des Barzahlungsverkehrs geltend machen.

Die Erreichung dieses Zieles würde im besonderen dadurch gefördert werden, daß von allen denjenigen Mitgliedern, welche bereits Bankkonten unterhalten, jede Möglichkeit, Zahlungsvorgänge auf dem bargeldlosen Überweisungswege von Konto zu Konto zu erledigen unbedingt ausgenutzt wird. Des weiteren hätten alle anderen, soweit sie Zahlungen in irgendwie nennenswertem Umfange zu leisten oder zu empfangen haben, sich alsbald ein Konto (Reichsbankgiro-, Postscheck-, Bank- oder Sparkassenkonto) errichten zu lassen, sich seiner bei allen Zahlungen — sei es durch Ausschreibung einer Übertragungsanweisung von Konto zu Konto oder auch durch Ausschreibung von Schecks — zu bedienen und durch Aufdruck auf Briefbogen, Rechnungen usw. auch andere auf die Benutzung dieses Kontos für Zahlungszwecke hinzuweisen.

Auf diese Weise würde die wünschenswerte Erweiterung des Kreises der Kontoinhaber erreicht und damit zugleich die Grundlage für eine möglichst umfangreiche Anwendung des bargeldlosen Übertragungsverfahrens geschaffen werden. Mit der möglichst allgemeinen Einbürgerung dieses Verfahrens wird aber ohne allen Zweifel eine sehr erhebliche Ersparnis an Umlaufsmitteln zu erzielen sein, die in der augenblicklichen Kriegszeit besonders nottut, die aber auch in den kommenden Friedenszeiten durch ihre erziehliche Wirkung in der Richtung der Verbesserung der deutschen Zahlungssitten und durch ihre günstige Einwirkung auf die baldige Wiederherstellung des vollen Wertes unserer Valuta von unschätzbarem Nutzen sein wird.

Angesichts der außerordentlichen Bedeutung des Gegenstandes dürfen wir unter Beifügung eines für die erforderliche Aufklärungstätigkeit als Anhalt geeigneten, die Vorteile des Bankkontos für den einzelnen in anschaulicher Weise schildernden Merkblattes die

dringende Bitte aussprechen, durch rege Werbetätigkeit im Sinne der vorstehenden Ausführungen auf die einzelnen, Ihrem Wirkungskreise zugehörigen Interessenten einwirken zu wollen.

Auf Wunsch steht eine beliebige Anzahl von Abdrücken des Merkblattes zur Verfügung; gegebenenfalls bitten wir sie unter Benutzung des anliegenden Vordrucks bis zum 1. Juli anfordern zu wollen.

2. NorddAllgZtg. v. 8. Juni 1916 Nr. 158 2. Ausg. Ein gemeinsamer Erlaß des Finanzministers und des Ministers des Innern an die nachgeordneten Behörden weist darauf hin, daß infolge des außerordentlich gesteigerten Zahlungsmittelbedarfs die Frage der weiteren Ausgestaltung und Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zum Zweck der Einschränkung des Barmittelumlaufs eine immer größere Bedeutung gewinnt.

Für dieses Ziel haben sich, so heißt es weiter, erfreulicherweise Tagespresse und Fachzeitschriften in zahlreichen belehrenden Artikeln mit merklichem Erfolge eingesetzt. Eine besonders wirksame Unterstützung würden die Bestrebungen in dieser überaus bedeutsamen Frage aber erfahren, wenn vor allen Dingen auch die Staats- und Selbstverwaltungsbehörden alles daran setzten, daß jede Möglichkeit, auf dem Gebiete der Verwaltung vorkommende Zahlungsvorgänge auf bargeldlosem Wege zu erledigen, unbedingt ausgenutzt wird. Um diesem Ziele möglichst nahezukommen, sind bereits die an Reichsbankplätzen befindlichen staatlichen Kassen an den Reichsbankgiroverkehr angeschlossen, und es ist nunmehr von dem Finanzminister die Eröffnung eines Reichsbankgirokontos auch für alle nicht an Reichsbankplätzen befindlichen königlichen Kreiskassen angeordnet worden. Ferner sind bereits sämtliche staatliche Kassen, für die ein Bedürfnis besteht, an den Postscheckverkehr angeschlossen. Diese Bedürfnisfrage sei erneut zu prüfen, wegen etwaigen Anschlusses weiterer Kassen des dortigen Geschäftsbereichs das Erforderliche zu veranlassen und von dem Geschehenen wegen Bestellung der Stammeinlage durch die Generalstaatskasse Anzeige zu erstatten. Die an den Reichsbankgiroverkehr oder Postscheckverkehr angeschlossenen Kassen sind ferner darauf hinzuweisen, daß sie die von ihnen ausgehenden Schriftstücke mit dem Aufdruck „Reichsbankgirokonto" oder „Postscheckkonto — Ort — Nr." versehen. Auch solle in geeigneter Weise auf die als Zahlungsempfänger mit den Behörden in Verbindung stehenden Kreise erneut im Sinne der Verringerung des Barmittelumlaufs ständig und mit Nachdruck eingewirkt werden, um so durch Erweiterung des Kreises der Kontoinhaber die Grundlagen für eine möglichst umfangreiche Anwendung des bargeldlosen Übertragungsverfahrens schaffen zu helfen. — Die Kommunalaufsichtsbehörden hätten den Selbstverwaltungsbehörden nahezulegen, den gekennzeichneten Bestrebungen in gleichem Sinne ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

3. NorddAllgZtg. v. 30. Juni 1916 Nr. 179 2. Ausg. In der in diesen Tagen abgehaltenen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank hat der Reichsbankpräsident von neuem auf die hohe Bedeutung des bargeldsolen Zahlungsverkehrs hingewiesen. Inzwischen ist von der Reichsbank dafür gesorgt worden, daß weiteste Kreise über den allgemein-wirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Nutzen des Scheck- und Überweisungsverkehrs aufgeklärt werden. Die Reichsbank hat aber vor allem auch praktisch in der Richtung einer Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs gewirkt, wie sich aus nachstehenden Änderungen der Gebührenordnung bei der Einziehung von Auftragspapieren und der Gebühren im Postscheckverkehr der Bankanstalten ergibt.

Einziehung von Auftragspapieren.

1. Alle Reichsbankschecks sind von jetzt ab gebührenfrei einzuziehen, und zwar auch dann, wenn sie der Bankanstalt, auf die sie gezogen sind, durch die Post innerhalb des deutschen Reichsgebietes direkt vom Scheckinhaber zur Einlösung zugehen. Voraussetzung für die Gebührenfreiheit ist aber in jedem Fall, daß der eingezogene Betrag nicht zur Barauszahlung oder Barversendung kommt; anderenfalls ist wie bisher eine Gebühr von $^1/_6\,^0/_{00}$

mindestens 30 Pf. zu erheben. Die gleiche Gebühr ist zu berechnen bei Einziehung der vom Auslande eingehenden Reichsbankschecks.

2. Bezüglich der Gebührenerhebung bei Einziehung von Abrechnungsschecks und von bei der Reichsbank domizilierten Auftragswechseln bleibt es bei den bisherigen Sätzen.

3. Für die Einziehung anderer Auftragspapiere ist ½ ‰ (früher 1 ‰), mindestens 50 Pf. be Beträgen bis zu 10000 M., von dem darüber hinausgehenden Betrage ⅕ ‰ zu erheben.

4. Für Einziehung der aus anderen Geschäftsbezirken eingehenden Auftragspapiere wird die zu erhebende Gebühr auf 1 ‰ (früher 2 ‰), mindestens 50 Pf. ermäßigt.

Postscheckverkehr.

Die bisher geltenden Bestimmungen über die Erhebung von Gebühren im Postscheckverkehr der Bankanstalten werden wie folgt abgeändert:

1. Bei den durch Zahlkarten eingehenden Beträgen zur Gutschrift auf das Konto eines Girokunden sind die der Bankanstalt vom Postscheckamt in Rechnung gestellten Gebühren (5 Pf. bei Beträgen bis zu 25 M., darüber hinaus 10 Pf.) dem Girokontoinhaber nicht mehr weiter zu berechnen.

2. Bei allen durch Postscheckkonto zur Gutschrift auf Girokonto eingehenden Beträgen ist bei der Gutschrift lediglich eine Gebühr von $^1/_{20}$ ‰, und zwar 5 Pf. für jedes angefangene Tausend, mindestens 10 Pf. (bisher $^1/_{10}$ ‰, mindestens 30 Pf.) zu kürzen.

3. Auf Wiederauszahlungen im Postscheckverkehr wird eine Gebühr von $^1/_{10}$ ‰, auf 5 Pf. nach oben abgerundet, mindestens 10 Pf. (bisher $^1/_5$ ‰ mindestens 50 Pf.); auf Überweisungen an andere Postscheckkontoinhaber — unabhängig von der Höhe des Betrages — eine solche von 10 Pf. für jede Überweisung erhoben.

Es kommt danach die Berechnung der Gebühren teilweise ganz in Wegfall, zum Teil treten erhebliche Ermäßigungen ein. Als wichtigste unter den neuen Vorschriften dürfte die anzusehen sein, daß bei allen durch Postscheckkonto zur Gutschrift auf Girokonto eingehenden Beträgen die Gebühr nur noch mit $^1/_{20}$ ‰ (statt bisher $^1/_{10}$ ‰) berechnet wird. Für die Reichsbank ergibt sich zwar aus dieser Ermäßigung ein unmittelbarer Nachteil, weil sie selbst eine Postgebühr in Höhe von $^1/_{10}$ ‰ tragen muß; die Reichsbank hat sich trotzdem zu der Ermäßigung der Gebühr bereit gefunden, weil sie annimmt, daß in vielen Fällen die Inhaber von Postscheckkonten in der Folge die ihnen auf Postscheckkonto gutgeschriebenen Beträge nicht mehr von der Post abholen, sondern, veranlaßt durch die Vergünstigung, auf das Girokonto der Reichsbank übertragen lassen werden. Vom 1. Juli ab werden übrigens für sämtliche Reichsbankhauptstellen und Reichsbankstellen Postscheckkonten eröffnet sein.

4. GenossBl. **16** 467. Eine weitere Maßnahme zur Einbürgerung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ist von den der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers (Berliner Stempelvereinigung) angehörigen Instituten beschlossen worden. Diese sind übereingekommen, vom 1. Oktober 1916 ab im Postscheckverkehr der Kundschaft dieselben Gebühren zu berechnen, die die Reichsbank ihrer Kundschaft in Anrechnung bringt. Damit erfolgt, nachdem bereits vor einiger Zeit eine Herabsetzung der Gebühren vorgenommen worden war, eine neue Ermäßigung. Die jetzigen Gebühren sind die niedrigsten, die je bestanden.

5. Deumer, RuW. **16** 236ff. Die aus nationalpolitischen Gründen gebotene Einschränkung des baren Zahlungsverkehrs könnte auch dadurch wirksam gefördert werden, daß die Ausführung des Teilungsplanes im Zwangsversteigerungsverfahren im Falle der Zahlung des Versteigerungserlöses (§ 117 ZVG.) mittels bargeldlosen Zahlungsverkehrs bewirkt wird. Eine Vermeidung des baren Zahlungsverkehrs ließe sich dadurch erreichen, daß es gesetzlich für zulässig erklärt würde, den Versteigerungserlös *mittels bestätigten Bankschecks* (vgl. Bek. v. 31. August 1916) zu entrichten. Die Zahlung an die Berechtigten könnte dann dadurch ersetzt werden, daß das Vollstreckungsgericht Schecks zugunsten der Berechtigten in Höhe des Auszahlungsbetrages ausschriebe und an die Berechtigten aushändigte. Der amtsgerichtliche Scheck wäre auf die Reichsbank auszustellen und aus Guthaben der Justizkasse bzw. der Finanzdeputation zu leisten. Ohne Änderung der §§ 49,

117 ZVG. ist aber eine derartige Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs nicht zulässig. Der vorzuschlagenden Gesetzesänderung wäre etwa folgender Wortlaut zu geben:

„In allen Fällen, in denen das Gesetz die Barzahlung verlangt, kann die Zahlung zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs auch mittels bestätigten Bankschecks erfolgen."

Bei § 117 wären außerdem folgende Bestimmungen nachzufügen:

„Sofern der Versteigerungserlös mittels Schecks entrichtet wird, gelten folgende Zahlungsarten: Im Falle des § 117 Abs. 1 erfolgt die Auszahlung durch Hingabe eines vom Vollstreckungsgerichte ausgeschriebenen Schecks, zahlbar bei der Reichsbank. Im Falle des § 117 Abs. 2 Satz 1 erfolgt die Auszahlung des amtsgerichtlichen Schecks durch Übersendung an den Berechtigten, im Falle der Hinterlegung (§ 117 Abs. 2 Satz 3) durch Abführung des amtsgerichtlichen Schecks an die Hinterlegungsstelle zum Zwecke der Hinterlegung des Schecks."

XXIII. Kriegssteuergesetze.

1. Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne. Vom 24. Dezember 1915. (RGBl. 837.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 238ff.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 2, 249.

Buck, Sicherungsgesetz (Anhang zum Kriegssteuergesetz). — Esser. Kriegsgewinnsteuer und Tantieme, JW. 16 704. (Die Kriegsgewinnsteuer ist Anlaß, aber nicht Gegenstand dieses Aufsatzes.) — Hagemann, Privatrechtliches zum Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne, Holdheims Mschr. 16 104. — Korsch, Kriegsgewinnsteuer und Tantieme, JW. 16 790. — Derselbe, Die rechtliche Natur der sog. Gewinnsteuer-Sonderrücklage, JW. 16 628. — Menner, Das Wesen der Kriegsgewinnsteuer-Sonderrücklage, LeipzZ. 16 846. — Mrozek, Direkte Kriegssteuern, 1916. — Norden-Friedländer, Kriegssteuergesetz, 1916. — Samson, Tantieme, Steuerpflicht und Pfändbarkeit der Sonderrücklage, Holdheims Mschr. 16 151. — Sintenis, Finanz- und wirtschaftliche Kriegsgesetze, 1914/1916², 86ff. — Zimmermann, Das Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne, 1916.

§ 1.

Die Sonderrücklage.

I. Wer ist rücklagepflichtig?

(Erläuterung 1 bis 7 in Bd. 2, 249, 250.)

8. Hagemann a. a. O. 104. Frei bleiben die rechtsfähigen Vereine, auch wenn ihr Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, die Gesellschaften des BGB. und die juristischen Personen des öffentlichen Rechts auch wenn sie erwerbender Natur sind.

9. Stier-Somlo KStG. 233. Die Auffassung von Hachenburg (in Bd. 2, 250) S. 13, daß die Liquidation einer Gesellschaft nicht zur Besteuerung des Reingewinns führen dürfe, der nicht aus dem Erwerbsgeschäft herrühre, sondern z. B. aus Verkauf von Gebäude und Einrichtung, wodurch die zweite Liquidationsbilanz einen den durchschnittlichen früheren Geschäftsgewinn übersteigenden Gewinn enthalte, ist nicht zutreffend. Der Vergleich mit dem steuerpflichtigen Einkommen, zu dem der Mehrerlös an Grundstücken in der Liquidation in der Tat nicht gehört, ist abwegig, da Kriegsgewinnsteuer eine Vermögenszuwachssteuer ist und die „Voraussetzung der erwerbenden Gesellschaft" in dieser Form nicht besteht; wie Hachenburg: Norden-Friedländer a. a. O. 120.

10. Mrozek a. a. O. 20. Die nachträgliche Nichtigkeitserklärung befreit die Gesellschaft nicht von der Rücklagepflicht, weil die für nichtig erklärte Gesellschaft als Liquidationsgesellschaft weiterbesteht (vgl. OVG. in StaatsStS. 16, 420).

II. Die Bildung der Sonderrücklage.

1. Allgemeines.

(Erläuterung a bis c in Bd. 2, 250.)

d) Sintenis a. a. O. 88, 89. Eine Ausnahme für sog. Schachtelgesellschaften ist nicht vorgesehen. Somit muß jede der Schachtelgesellschaften den Mehrgewinn in Gemäßheit des Ges. für sich getrennt berechnen und in Höhe von 50% zurücklegen. Indessen sind privatrechtliche Abmachungen zwischen den beiden Gesellschaften zulässig, wonach die Überschüsse des einen Unternehmens dem anderen direkt zufließen; sei es als Entgelt für die geführte Verwaltung, sei es auf Grund einer Interessengemeinschaft.

e) Beispiele für die Berechnung der Rücklage einer GmbH. gibt Wilm GmbHZ. 16 34.

2. Verteilung des Gewinns.

(Erläuterung a bis c in Bd. 2, 250.)

d) Sintenis a. a. O. 92. Die Verteilung hat stattgefunden, sobald das verfassungsmäßig berufene Organ über die Verwendung der Gewinne Beschluß gefaßt hat. Belanglos ist, ob der Beschluß bereits ausgeführt ist.

e) Sintenis a. a. O. 90. Aus § 1 Abs. 2 ergibt sich, daß eine Gesellschaft, die den ganzen Gewinn des bereits abgelaufenen Kriegsgeschäftsjahres ausgeschüttet hat, in den folgenden Jahren aber keinen Mehrgewinn erzielt, von der Rücklagepflicht nicht betroffen wird.

3. Rückstellungen.

(Erläuterung a, b in Bd 2, 251.)

c) Mrozek a. a. O. 22. Bei den „freiwilligen Rückstellungen" kommen nur Rückstellungen aus dem Gewinn in Frage. Betriebskosten, die aus dem Reservefonds gedeckt sind, vermindern den Gewinn. Dasselbe gilt von den notwendigen Abschreibungen, welche aus einem Reservefonds gedeckt sind. Deshalb sind die Zuweisungen von einem bereits bestehenden Reservefonds zur Auffüllung in Höhe der zu jenen Zwecken in dem Bilanzjahr gemachten Entnahmen keine Rückstellungen aus dem Gewinn (OVG. in StaatsSt. 14, 257), zu vgl. auch § 5 AusfBest.

d) Mrozek a. a. O. 22. Zu den freiwilligen Rückstellungen aus dem Jahresgewinn gehören auch Gewinnvorträge auf neue Rechnung der künftigen Geschäftsjahres (OVG. StaatsSt. 5, 209).

4. Rücklagen für gemeinnützige und Wohlfahrtszwecke.

(Erläuterung a bis c in Bd. 2, 251.)

d) Mrozek a. a. O. 28. Für die Abzugsfähigkeit vom Geschäftsgewinne genügt es bereits, daß die dauernde Verwendung zu gemeinnützigen Zwecken, welche Wohlfahrtszwecke mit umfassen, gesichert ist. Dazu bedarf es also nicht des Ausscheidens des betreffenden Gewinnteils aus dem Vermögen der Gesellschaft, vielmehr bezieht sich die Bestimmung im Abs. 3 unter Umständen auch auf Rückstellungen, die im Vermögen der Gesellschaft verbleiben. Aber der Fonds muß für die Zukunft der freien Verfügung der Gesellschaft und dem Zugriffe der Gläubiger entzogen sein. Dazu reichen bloße Satzungsbestimmungen, daß der Fonds in bestimmter Weise zu verwenden sei, nicht aus. Dagegen würde die dauernde Verwendung des Fonds zu gemeinnützigen Zwecken gesichert sein: wenn die Gesellschaft in einem gerichtlichen oder notariellen Vertrage mit der Gemeinde ihres Sitzes sich verpflichtet hat, den Fonds in der satzungsmäßigen Weise zu verwenden, und außerdem zur Sicherheit für die Gemeinde und die Angestellten entweder eine Hypothek auf ihrem inländischen Grundbesitze bestellt oder Wertpapiere in entsprechender Höhe hinterlegt. Es würde sich dann um einen Vertrag zugunsten Dritter, der Angestellten, handeln (§ 328 BGB.), und die Verpfändung oder Hinterlegung würde für die Gemeinde und die Angestellten für den Fall des Konkurses über das Gesellschaftsvermögen ein Absonderungsrecht begründen (§ 233 BGB., § 48 der KO.).

c) Morzek a. a. O. 29. Insoweit die Überweisung in einen Pensionsfonds erforderlich ist, um die für die Gesellschaft gegenüber den Angestellten usw. schon jetzt auf Grund vertragsmäßiger Verpflichtung zur Entstehung gelangte Belastung in der Bilanz richtig zu bewerten, handelt es sich überhaupt nicht um eine Rückstellung aus dem Gewinne, sondern um eine Schuld, die unter die Passiven einzustellen gewesen wäre und aus diesem Grunde den Gewinn verringert (vgl. OVG. in StaatsSt. S. 5 362; 8 255).

§ 2.

Kriegsgeschäftsjahre.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 2, 251, 252.)

4. Sintenis a. a. O. 95. Die Ansicht von Hachenburg (in Bd. 2, 252), daß für die Kriegsgeschäftsjahre stets ein Zeitraum von zusammen 36 Monaten vorausgesetzt sei, findet im Gesetz keine Stütze. Gegen mißbräuchliche Verlegung der Geschäftsjahre müßte nötigenfalls gesetzlich eingeschritten werden; ebenso wie Hachenburg: Norden-Friedländer a. a. O. 107, Stier-Somlo KStG. 240, ähnlich wie Hachenburg auch Buck a. a. O. 100.

§ 3.

Geschäftsgewinn.

1. Allgemeines.

(Erläuterung a bis f in Bd 2, 252, 253.)

g) Sintenis a. a. O. 98. Durch § 3 ist die Gesellschaft in ihrer Bilanzierungsfreiheit nicht gehindert. Nur der Steuerbehörde gegenüber gilt die Bilanz nicht, sofern sie von § 3 abweicht.

h) Mrozek a. a. O. 36. Weil nicht die steuerrechtlichen, sondern allein die handelsrechtlichen Vorschriften für die Berechnung des Bilanzgewinns maßgebend sind, so müssen hierbei auch alle Ausgaben, welche nach den Steuergesetzen der Bundesstaaten den steuerpflichtigen Gewinn nich tmindern, berücksichtwerden; insbesondere sind deshalb auch alle in- und ausländischen, persönlichen und sachlichen Staats- und Kommunalsteuern für sämtliche Gesellschaften abzugsfähige Betriebskosten.

i) Mrozek a. a. O. 36. Der Bilanzgewinn soll nach den gesetzlichen Vorschriften berechnet werden. Diese sind verschieden, je nachdem für die Bilanzaufstellung nur der § 40 HGB. oder außerdem die Sondervorschriften im § 261 HGB. für die Bilanzen der AG. und KomG. a. A. und der § 42 GmbHG., zur Anwendung kommen. Diese Sondervorschriften bestimmen nämlich insbesondere, daß der Betrag des im Gesellschaftsvertrage bestimmten Stamm- oder Gundkapitals unter die Passiven aufzunehmen, und daß der aus der Vergleichung sämtlicher Aktiva und Passiva sich ergebende Gewinn oder Verlust am Schlusse der Bilanz besonders anzugeben ist. Da hiernach das Grund- oder Stammkapital, auch wenn es zum Teil verloren gegangen ist, immer mit dem vollen statutenmäßigen Betrag einzusetzen ist, so kann ein Bilanzgewinn, d. i. ein aus der Vergleichung sämtlicher Aktiven und Passiven sich ergebender Gewinn erst erscheinen, nachdem ein früherer Verlust, zu dessen Deckung keine Reserven mehr vorhanden waren (vgl. OVG. in StaatsSt. S. 16 247), wieder vollständig eingeholt ist. Hierüber herrschte auch Einverständnis in der Reichstagskommission (KomB. 25). Ob der Verlust am Stamm- oder Grundkapital erst im Vorjahr oder schon früher eingetreten war und sich später nur verändert, vergrößert oder verringert hatte, kann keinen Unterschied machen. Denn das Ergebnis des Vergleichs der Aktiven und Passiven wird nur dann einen Bilanzgewinn darstellen, wenn das Grund- oder Stammkapital vollständig wieder hergestellt ist, und nur der bilanzmäßig ausgewiesene Gewinn soll, abgesehen von zu hohen Abschreibungen, für die Kriegssteuer und die Sonderrücklage hierfür als „Geschäftsgewinn" gelten. Dem steht auch nicht entgegen, daß eine solche Berücksichtigung früherer, mehrere Jahre zurückliegender Verluste das wirtschaftliche Jahresergebnis nicht richtig zur Darstellung bringt.

Denn dem wirtschaftlichen Begriffe des Jahresergebnisses entspricht es ebensowenig, wenn man von dem Geschäftsergebnisse des Jahres auch nur eine im letzten Vorjahr entstandene Unterbilanz in Abzug bringt. Auf diese Weise sind jene Gesellschaften besser gestellt als die anderen Erwerbsgesellschaften, welche Verluste vom Kapitalkonto abzusetzen haben und in die spätere Bilanz nur das verringerte Kapitalkonto als Passivposten einsetzen dürfen.

k) Bauers Z. 16 194. Die Auslegung des § 2 Abs. 1 Satz 5 AusfBest. darf nicht dazu führen, einen dem klaren Inhalt des Ges. zuwiderlaufenden Rechtszustand zu rechtfertigen. Mit Sinn und Wortlaut des Ges. läßt es sich nicht vereinbaren, die Kriegsgewinnrücklage in der Bilanz nicht als besonderen Reservepostten auszuweisen, sondern sie derart zu unterdrücken, daß sie in einem anderen Bilanzposten verschwindet, wodurch sich dann noch andere Abschlußziffern nach der falschen Seite verändern müssen. Unzulässig ist es z. B., die Rücklage unter die Kreditoren zu bringen, was notwendigerweise zu einer Verkürzung des Reingewinnbetrages führt. Die Rücklage ist noch keine Schuld der Gesellschaft. Angesichts des § 2 Abs. 1 Satz 5 AusfBest. kann jedoch eine Bestrafung wegen Bilanzverschleierung nicht in Frage kommen, da die Absicht nicht auf Verschleierung des Vermögensstandes, sondern auf praktische Verwertung der sich aus den AusfBest. ergebenden Rechte gerichtet war. Eine zivilrechtliche Haftung kommt nicht in Betracht, wenn die Generalversammlung den Abschluß mit der versteckten Gewinnrücklage genehmigt hat.

l) Rücklage und Tantieme.

α. Sintenis a. a. O. 114. Die Rücklage bleibt bei der Berechnung der Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder und regelmäßig auch für die Vorstandsmitglieder außer Betracht.

β. Menner a. a. O. 854 (vgl. BerlTBl. v. 8. März 1916). Die Frage, ob die in der Sonderrücklage befindlichen Beträge tantiemepflichtig sind, ist angesichts der §§ 237, 245 HGB. zu verneinen. Diese Vorschriften verlangen lediglich, daß eine Rücklage besteht, daß aus dem Geschäftsgewinn des betr. Wirtschaftsjahres ein Betrag nicht an die Gesellschafter verteilt, sondern für gewisse (gesetzliche oder freiwillig gewählte) Zwecke im Interesse der Gesellschaft zurückgelegt worden ist; ebenso Hachenburg, FrankfZtg. v. 9. Februar 1916 Abendausg., Norden, BerlTBl. v. 6. März 1916.

γ. Walb a. a. O. 51, 54. Die Aufsichtsratstantieme basiert auf der Superdividende, sie scheidet also bei der Berechnung der Rücklage zunächst aus. Wird später die nicht verbrauchte Rücklage dem Gewinn wieder zugeführt, so muß man darin eine richtige Jahreseinnahme erblicken und soweit sie sich in der Dividende äußert, ist sie tantiemepflichtig. Bei der Vorstandstantieme taucht die Frage auf, ob die Tantieme als Unkostenteil anzusehen ist. Diese Frage ist zu bejahen. Die Tantieme ist ohne Abzug der Rücklage festzustellen. Alsdann wird der Mehrgewinn und die Rücklage selbst errechnet.

δ. Mrozek a. a. O. 38. Die Tantiemen des Vorstandes und des Aufsichtsrats sind abzugsfähige Betriebskosten (OVG. in StaatsfS. 15 112); über die Abzugsfähigkeit der Vergütung des Geschäftsführers einer GmbH. s. das. 40ff.

ε. Samson, Kriegsgewinnsteuer und Tantiemeberechnung, LeipzZ. 16 661. Die Sonderrücklage ist als abzugspflichtige Rücklage i. S. der §§ 237, 245 HGB. aufzufassen, ähnlich wie die Talon-Steuerreserve. Die Tantieme ist also erst nach Abzug der Sonderrücklage zu berechnen. Das gilt auch für die Berechnung der Tantieme des Vorstandes einer AKomG., ferner als nachgiebiges Recht für den Aufsichtsrat einer GmbH. und mangels anderer Vereinbarung auch für die Geschäftsführer einer GmbH. und die Vorstandsmitglieder einer EG.; ebenso HoldheimsMSchr. 16 152.

ζ. Stier-Somlo a. a. O. 261. Die Sonderrücklage ist keine Rücklage i. S. des § 237 HGB. sondern ein Passivum, wie jede gegen die Gesellschaft gerichtete Forderung. Es kommt also auf § 237 für die Entscheidung der Frage, ob die Sonderrücklage tantiemepflichtig ist, überhaupt nicht an, sondern auf die Eigenart der Tantieme. Es fragt sich,

ob sie eine feste Last ist oder erst ganz oder teilweise aus dem Bilanzgewinn gewährt wird. Ist die Vorstandstantieme eine feste Last, weil sie durch das Gesellschaftsstatut bestimmt wird und unabhängig von dem Beschluß der Generalversammlung ist, so gehört sie zu den Geschäftsunkosten, ist also vorweg abzuziehen, bevor sich ein Gewinn ergibt. Die Vergütung ist also nicht erst von dem Gewinnbetrage zu berechnen, der sich nach Kürzung der Rücklagen, also auch der Kriegssteuer als Reingewinn ergibt, sondern vorher. Die Bestimmung über die Tantieme des Vorstandes wird eine feste Last betreffen, wenn ein Beschluß der Generalversammlung nur die Bedeutung eines formellen Anerkenntnisses haben kann, an dem Rechte des Vorstandes aber infolge seines Vertrages nicht zu zweifeln ist. Bei der Bildung der Rücklage kann auf diese Tantieme, die von vornherein feststeht, die also nicht zur Verfügung der Gesellschaft, sondern nur zu der des Vorstandes steht, nicht zurückgegriffen werden, eben weil sie kein „Gewinn" der Gesellschaft ist. Ist dagegen die Vorstandsvergütung nicht als feste Last anzusehen, wird sie vielmehr aus dem Bilanzgewinn gewährt, wie er sich nach erfolgter Vornahme aller Abschreibungen und Rücklagen ergibt, dann ist die Vorstandsvergütung in den Geschäftsgewinn einzurechnen. Für die Aufsichtsratsvergütung (§ 245 HGB.) liegt die Sache ebenso.

η. Norden-Friedländer a. a. O. 101ff. Die Rücklage ist nicht tantiemepflichtig. Die §§ 237 und 245 HGB. sind durchaus anwendbar.

ϑ. Korsch, JW. 16 631. Eine Rücklage i. S. der §§ 237, 245 HGB. wird nicht gemacht, vielmehr verwandelt sich ein Teil des Vermögens, der zwar nicht verteilt, aber auch nicht für Gesellschaftszwecke reserviert wird, kraft Gesetzes in einen fremden oder dinglich belasteten Kapitalstock. Der Gesellschaft liegt eine Rechtspflicht, augenblicklich eine solche zur Ansammlung, später diejenige zur Herauszahlung, ob, sie kann sich diesem Anspruche nicht entziehen und begibt sich daher ebenso dieses Teils ihres Vermögens, als wenn sie ihn zur Verteilung brächte. Also liegt auch im Sinne des HGB. ein Reservefonds nicht vor, und damit wird die Gewinnsteueransammlung tantiemepflichtig.

ι. Korsch, JW. 16 790, 794. Eine Rücklage im Sinne des Gesetzes ist gemäß allgemeiner Begriffsbestimmung und angesichts des Sinnes der §§ 237 und 245 HGB. nur dann und insoweit vorhanden, als es sich um eine Vermögensvermehrung der Gesellschaft handelt. Diese Vermögensvermehrung muß auf der freien Entschließung der Gesellschaft beruhen und unterliegt auch hinsichtlich der Verwendung lediglich deren freier Bestimmung. Eine Ausnahme macht nur der handelsgesetzliche Zwangsreservefonds, der gebildet und zur Deckung bilanzmäßiger Verluste angesammelt werden muß. Im übrigen sind Kapitalansammlungen mit rechtlich oder wirtschaftlich gebundener, also meist unwiderruflicher, rechtlich oder wirtschaftlich im Bilanzjahr begründeter Zweckbestimmung nicht als Rücklagen anzusehen, da sie Vermögensverminderungen sind und der freien Verfügungsgewalt der Gesellschaft nicht unterstehen. Hierzu gehört auch die Kriegsgewinnsteuersonderrücklage. Sie ist eine aus dem Reingewinn resultierende und daraus zu entnehmende Antizipation, die als Teil dieses Reingewinnes dessen tantiemerechtliches Schicksal teilt.

κ. Hirschfeld, Tantieme und Kriegssteuerrücklage, LeipzZ. 16 867 (zu vgl. Leitfaden RückIG. 14, Leitfaden KStG. 50, BerlTBl. v. 6. u. 8. März 1916 und Handelsztg. Die Sonderrücklage ist tantiemepflichtig. Unter Hinweis auf §§ 237 und 245 HGB. ist für AG. behauptet worden, daß die Sonderrücklage nicht tantiemepflichtig sei. Dem kann nicht beigetreten werden. Wie schon das OLG. Dresden (HoldheimsMschr. 9 282) ausgeführt hat, ergibt die Entstehungsgeschichte dieser Gesetzesstellen, daß dort unter „Rücklage" derjenige Teil des Reingewinnes zu verstehen ist, der zu dem Zwecke nicht verteilt sondern zurückbehalten wird, „um die Gesellschaft in ihren wirtschaftlichen Grundlagen zu kräftigen". Aus dieser Erwägung heraus ist dann dort entschieden, daß Rücklage i. S. des § 237 HGB. solche Reservefonds nicht sind, die zum Zweck der Amortisation der Aktien aus dem Reingewinn gebildet werden, weil dieser Fonds einen Teil des Reingewinns lediglich vorübergehend von der Verteilung ausschließt. (Ebenso Staub 15 zu § 237). Um nichts anderes als etwas nur Vorübergehendes handelt es sich bei der Sonderrück-

lage, sie trägt ihrem Wesen nach einen ganz anderen Charakter als der, an den man bei Abfassung der §§ 237, 245 HGB. gedacht hatte. Somit ist es auch verfehlt, die neue Rücklage mit der im HGB. erwähnten rechtlich gleichzustellen und schematisch Paragraphen auf einen Fall anzuwenden, auf den sie nur dem Wortlaute, nicht dem Sinn nach passen. Die §§ 237, 245 HGB. sind Bilanzvorschriften, die §§ 1 (Abs. 1), 4 des SicherungsG. v. 24. Dezember 1915 sind dagegen feststehend keine Bilanzvorschriften. Die Sonderrücklage darf also nicht eher ermittelt werden, als bis die Bilanzgewinne (unter Anwendung der §§ 237, 245) sowohl der Kriegs- wie der Friedensjahre feststehen. Stehen aber erst die Bilanzgewinne fest, dann ist die Berechnung und Kürzung der Tantieme bereits erfolgt. Dagegen erfolgt Berechnung des Mehrgewinns und Bildung der Sonderrücklage erst nach Feststellung aller Bilanzgewinne, durch Subtraktion und Halbierung. Hieraus folgt erstens einmal, daß bei der Berechnung des Mehrgewinns und der Bildung der Sonderrücklage für die Anwendung der §§ 237, 245 HGB. überhaupt kein Raum mehr ist. Sodann ergibt sich daraus ein neuer Beweis, daß die Rücklage des SicherungsG. ganz etwas Wesensverschiedenes ist von der Rücklage, deren das HGB. gedenkt; ebenso im Ergebnis Rosendorff, BankA. 16 391, gegen die Ausführungen von Hirschfeld: Norden BerlTBl. v. 6. März 1916, HandelsZtg., Menner das. v. 8. März 1916, Norden-Friedländer a. a. O. 100.

λ. Sondermann, DJZ. 16 433. Der Kriegsgewinnsteuerrücklage ist ein anderer Charakter aufgeprägt, als ihn die Rücklage i. S. der §§ 237 und 245 HGB. hat. Letztere ist nur deshalb bei der Tantiemeberechnung abzuziehen, weil ohnedies von einem Reingewinn nicht gesprochen werden kann; ein wirklicher Reingewinn ist nur in der Weise festzustellen, daß die notwendigen Kürzungen vorgenommen werden. Durch das neue Gesetz wird dagegen nun auch ein Teil des bereits auf dieser Grundlage festzustellenden Reingewinns beschlagnahmt.

Daraus ergibt sich, daß die Kriegsgewinnsteuerrücklage den Begriff der abzugspflichtigen Rücklage nicht erfüllt. Wenngleich die gleichlautende Bezeichnung beider Begriffe auf den ersten Blick eine gegenteilige Ansicht aufkommen lassen könnte, zwingen innere Gründe dazu, daß die Kriegsgewinnsteuerrücklage der Tantiemeberechnung unterliegt, da sie in ihrem Wesen mit der abzugspflichtigen Rücklage nichts gemein hat.

Die gegenteilige Ansicht würde zu großen Härten führen. Es würde eine Benachteiligung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder eintreten, die schon mit Rücksicht auf die durch die Kriegsverhältnisse bedingte erhöhte Arbeitsleistung und weil die erhöhten Gewinne vielfach mit auf eine besonders umsichtige und tatkräftige Geschäftsleitung der Verwaltungsorgane zurückzuführen sind, nicht gerechtfertigt erscheint.

μ. Zimmermann a. a. O. 9. Nach Ansicht von Hachenburg sind die an die Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte der Gesellschaften gezahlten Tantiemen vom Geschäftsgewinn in Abzug zu bringen. Diese Ansicht dürfte bezüglich der Tantiemen der Vorstandsmitglieder zutreffen, weil die Tantiemen einen Teil der den Vorstandsmitgliedern aus ihrem Dienstverhältnis zukommenden Vergütung bilden. Dagegen werden die Tantiemen der Aufsichtsratsmitglieder einen Teil des Geschäftsgewinns ausmachen. Was die Aufsichtsräte außer den Tagesspesen erhalten, ist Gewinnanteil, den sie als Mitglieder der Gesellschaft für ihre im Interesse der Gesellschaft ausgeübte Kontrolltätigkeit im voraus beziehen; ebenso Moesle Anm. 8 zu § 3. Stellt man sich nicht auf den Standpunkt der Gesellschaft, sondern auf den der Gesellschafter, so wird man freilich nach den Ausführungen des Reichsschatzsekretärs die Hachenburgsche Ansicht für richtig halten können, weil die Tantieme nicht nach der Kapitalbeteiligung der Aufsichtsratsmitglieder berechnet wird.

2. Stille Reserven.

(Erläuterung a bis c in Bd. 2, 253, 254.)

d) Mrozek a. a. O. 45. Bei der Ausmittlung des Bilanzgewinns dürfen einerseits keine Rückstellungen aus diesem in Abzug kommen; andererseits ist ein Bilanzgewinn erst vorhanden, wenn alle Reservefonds, welche im vorangegangenen Geschäftsjahre vorhanden

waren, also auch die nach § 1 dieses Gesetzes gebildete Sonderrücklage, als zum Kapitalkonto der Gesellschaft gehörig auf der Passivseite Berücksichtigung gefunden haben (§ 262 HGB.; § 42 Nr. 4 GmbHG. und § 7 Nr. 4 GenossG). Hierbei macht es keinen Unterschied, ob es sich um buchmäßig nachgewiesene Reservekonten handelt oder um verschleierte, sog. stille Reserven; denn beide sind wirtschaftlich dasselbe, nämlich bereits vorhandenes, aus den Gewinnen früherer Jahre angesammeltes Vermögen.

e) Hagemann a. a. O. 105. Stille Reserven für Delkredere-, Bürgschafts- und Prozeßkonto darf die Gesellschaft nur nach ihrem wahren Wert und nicht nach zu vorsichtiger auf jeden Fall sichergehender Kalkulation einstellen.

3. Abschreibungen.

(Erläuterung a bis b in Bd. 2, 254, 255.)

c) Hagemann a. a. O. 105. Die Möglichkeit, infolge Generalversammlungsbeschluß aus wirtschaftlichen Gründen erhöhte Abschreibungen vorzunehmen ist ausgeschlossen.

d) Sintenis a. a. O. 99. Für die während der Kriegsgeschäftsjahre aufzustellenden Bilanzen ergeben sich Besonderheiten aus den durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnissen. Es werden sich in sehr vielen Fällen erhöhte Abschreibungen als notwendig erweisen. Namentlich kommen folgende Gesichtspunkte in Betracht: Anlagekonten, die durch den Kriegsbetrieb einer verstärkten Abnutzung unterliegen, sind entsprechend niedriger zu bewerten. Bei der Einstellung der Vorräte in die Bilanz ist zu beachten, daß die Verteuerung aller Löhne, Rohstoffe und Materialien ein gewaltiges Anschwellen der Gestehungskosten zur Folge gehabt hat. Bei den Außenständen und den Beteiligungen im feindlichen Ausland ist die Wertminderung zum Ausdruck zu bringen.

e) Mrozek a. a. O. 54. Bei der Prüfung der Abschreibungen ist von dem nach handelsrechtlichen Grundsätzen für jeden Vermögensgegenstand in der Bilanz anzusetzenden Werte, d. h. von dem objektiven Verkaufswert unter der Voraussetzung des Fortbestandes des Gewerbebetriebs, bei Beginn jedes Geschäftsjahrs auszugehen und diesem der in gleicher Weise ermittelte Wert am Schlusse des Geschäftsjahrs gegenüberzustellen. Der Unterschied zwischen beiden Werten bildet das Maß der zulässigen Abschreibung, und ein sie übersteigender Betrag gilt als eine außerordentliche Abschreibung, welche der unmittelbaren Zuführung zu einem Reservefonds gleichsteht (OVG. in StaatsSt. **15** 270).

f) Mrozek a. a. O. 56. Entspricht die Abschreibung keiner der gesetzlichen Bewertungsvorschriften, so muß von dem buchmäßigen Werte ganz abgesehen und zunächst die Bilanz in der Weise berichtigt werden, daß an Stelle des nicht zutreffenden Buchwerts der nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs anzusetzende Wert bei Beginn des Jahres und der in gleicher Weise zu berechnende Wert am Ende des Jahres gegenübergestellt werden. Der anzusetzende Wert ist dann, wenn bisher immer nur der Anschaffungs- oder Herstellungswert abzüglich der Abnutzung angesetzt war, der sich aus dieser Berechnung ergebende, wenn aber in einem früheren Jahre die Anlagegegenstände bereits einmal auf den wirklichen Wert abgeschrieben waren, immer nur dieser in dem maßgebenden Zeitpunkte (OVG. in StaatsSt. **10**, 301 ff.).

§ 5.

Durchschnittlicher Geschäftsgewinn.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 2, 255, 256.)

4. Zimmermann a. a. O. 16. Für den Fall, daß die Gesellschaft während des in Betracht kommenden Friedenszeitraumes in eine andere Gesellschaft der in § 1 bezeichneten Art, z. B. aus einer Aktiengesellschaft in eine Gesellschaft m. b. H. umgewandelt worden ist, wird entsprechend den Ausführungen im KommB. S. 26 nach § 9 der Ausf.-Best. der Friedensgewinn der Gesellschaft in ihrer früheren Form mitberücksichtigt. Es wird angenommen, daß es sich bei einer Umwandlung nur um eine Änderung der Gesellschaftsform handelt, die alte Gesellschaft also in der neuen Form weiterbesteht. Es gilt dies indessen nur, wenn eine Gesellschaft der in § 1 bezeichneten Art in eine andere

Gesellschaft umgewandelt worden ist, nicht aber wenn an Stelle einer offenen Handelsgesellschaft eine G. m. b. H. gegründet worden ist. Die gegenteilige Ansicht von Hachenburg JW. 15 21 steht nicht im Einklang mit dem Grundgedanken des Gesetzes, das sich nur mit bestimmten Gesellschaften befaßt, auch nicht mit § 9 Abs. 1 der AusfBest.

Es muß also der Geschäftsgewinn der offenen Handelsgesellschaft, die in eine G. m. b. H. umgewandelt worden ist, außer Betracht bleiben und darf nur der Durchschnittsgewinn der G. m. b. H. aus der Friedenszeit oder der etwa höhere Mindestgewinn in Höhe von 5 Prozent des Stammkapitals als Friedensnormalgewinn angenommen werden.

§ 6.

Ausländische Gesellschaften (zu vgl. Bd. 2, 256.)

Mrozek a. a. O. 78. Eine englische, als company limited by shares gebildete Gesellschaft ist im Sinne des deutschen Rechtes als Aktiengesellschaft zu behandeln (OVG. in StaatsftS. 2 249; 3 163); ebenso die auf Grund des Gesetzes des Staates Illinois, betr. Gesellschaften, v. 18. April 1872 gegründeten Gesellschaften (das. 16 95).

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika steht bei Aktiengesellschaften die Festsetzung der Jahresdividende in der Regel den Direktoren zu, falls nicht durch Gesetze der Einzelstaaten diese Befugnis der Direktoren eingeschränkt oder eine anderweite Regelung durch Statut zugelassen ist (das. 16 263). Das ist wichtig für die Frage, ob der Gewinn aus einem beim Inkrafttreten dieses Gesetzes abgelaufenen Kriegsgeschäftsjahre bereits verteilt war (§ 1 Abs. 2).

§ 7.

Befreiungen (zu vgl. Bd. 2, 256).

1. Norden-Friedländer a. a. O. 87. Die kriegswirtschaftlichen Gesellschaften fallen nicht unter § 7; sie sind nach einer Erklärung des Reichsschatzsekretärs (KB.) nicht ausschließlich gemeinnützige Gesellschaften. Eine Rücklage werden sie indessen auch nicht zu bilden haben, weil sie nach ihren Statuten verpflichtet sind oder verpflichtet werden sollen, alles was sie über 50% des Kapitals hinaus verdienen, an die Reichskasse abzuführen.

2. Sintenis a. a. O. 112. Bei den kriegswirtschaftlichen Gesellschaften wird sich aus dem Inhalt der Satzung ergeben, ob sie ausschließlich gemeinnützige Gesellschaften sind. Meist dürfte dies zutreffen (KB. 27) → s. hingegen Rheinstrom in Bd. 2, 256. ←

3. Mrozek a. a. O. 82. Ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolgt eine Gesellschaft, wenn

a. ihre Einkünfte nach der Satzung ausschließlich zu bestimmten, aus dieser erkennbaren Zwecken jener Art verwendet werden müssen, also auch nicht teilweise durch Beschluß der Gesellschafter zu anderen Zwecken verwendet werden können,

b. die Einkünfte auch tatsächlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Eine ausschließliche Verwendung zu gemeinnützigen Zwecken liegt insbesondere dann nicht vor, wenn die Zuweisung von Teilen des jährlichen Reingewinns zu einem Reservefonds, gleichviel welchen Zwecken er dient, nach der Satzung zugelassen ist und tatsächlich erfolgt (OVG. in StaatsftS. 14 314).

§ 8.

Die Sperre.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 256, 257.)

3. Mrozek a. a. O. 20. Die Sonderrücklage ist ein gesetzlicher Reservefonds wie der den AG. und KomAG. durch § 262, 320 HGB. vorgeschriebene gesetzlichen Reservefonds. Von diesem unterscheidet sich die Sonderrücklage nur dadurch, daß ihr nach dem Sperrgesetze vornehmlich bestimmte Aktiva gegenüberstehen sollen, weil sie getrennt von dem sonstigen Vermögen zu verwalten und in Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs

oder eines Bundesstaats anzulegen ist (§ 8 Abs. 1). Eine gleiche oder ähnliche Vorschrift ist in der Öffentlichkeit schon wiederholt auch für den gesetzlichen Reservefonds der AG. gefordert worden. Insoweit sich aber bei der Aufstellung der Bilanz für das zweite oder dritte Kriegsjahr ein Kursverlust an jenen Anlagewerten ergibt, steht auch der Sonderrücklage die Gesamtheit der übrigen Aktiven gegenüber. Mit dem gesetzlichen Reservefonds der AG. hat die Sonderrücklage es gemein, daß sie durch den Verlust in einem späteren Kriegsjahre sich in sich selbst verzehrt, und zwar noch vor dem gesetzlichen Reservefonds; ja schon ein „Mindergewinn" in einem späteren Kriegsjahr verringert ohne weiteres zu einem entsprechenden Teile auch die Sonderrücklage (§ 8 Abs. 4). Als echte Reserve unterliegt die Sonderrücklage der Einkommen- und Gewerbesteuer. Als solche kommt sie auch für die Berechnung der Tantieme des Vorstandes und des Aufsichtsrats der AG. nach §§ 237, 245 HGB. in Betracht.

4. Mrozek a. a. O. 19. Die Sonderrücklage bleibt dauernd im Vermögen der Gesellschaft.

5. Korsch a. a. O. 628. Indem das Gesetz der Verflüchtigung der aus den Gesellschaftsanteilen erwachsenden Gewinne vorbeugen und diese Gewinne bei ihrer eigentlichen Erzeugungsstätte erfassen will, übt es einen Akt hoheitsrechtlichen Zwanges aus. Es wird ganz einfach kraft der Hoheitsgewalt des Staates bestimmt, daß ein gewisses Höchstkapital aus dem Vermögen der Gesellschaft auszuscheiden hat und der freien Verfügung der Gesellschaft entzogen werden soll. Dadurch ist jedenfalls das eine klar: das wichtigste Recht und die entscheidende Befugnis, wie sie der Begriff des Eigentums und der animus domini mit sich bringen, ist hier für die Gesellschaft aufgehoben.

Auch die Entstehungsgeschichte des Gesetzes beweist, eine wie wesentliche Bedeutung man dieser gesetzlichen Verfügungsbeschränkung beigelegt hat. Während nämlich eine solche Bestimmung im Regierungsentwurfe nicht bestand und dementsprechend der Staatssekretär des Reichsschatzamts in der Kommission die Anschauung vertrat, daß die beteiligte Gesellschaft die bezüglichen Werte z. B. lombardieren dürfe, war man in der Kommission anderer, die Rechtslage vollkommen ändernder Ansicht. Die Verfügungsfreiheit wurde beseitigt, und an deren Stelle die Unfreiheit in den Dispositionen gesetzt, mit der Maßgabe, daß auch über Zuwiderhandlungen dieser Art die Strafbestimmung schwebt.

Damit ist eine Rechtslage geschaffen, die mit dem Eigentum nichts mehr zu tun hat. Der Herrschaftswille und die Herrschaftsmöglichkeit ist der Gesellschaft entzogen, und an ihre Stelle tritt der Fiskus. Mit anderen Worten, die Reichsgewalt hat, wie in so vielen anderen Fällen, auch hier für Kriegszwecke eine Enteignung vorgenommen und kraft Verfügung von hoher Hand ein zivilrechtliches Verhältnis gemäß § 868 BGB. geschaffen. Der Fiskus ist demnach nunmehr Eigentümer geworden und ihm gegenüber die Gesellschaft nur auf Zeit zum unmittelbaren Besitz der Papiere als deren Fremdbesitzerin berechtigt.

Die Gesellschaft ist lediglich Verwahrerin und Nutznießerin hinsichtlich des ein Fremdvermögen darstellenden Kapitals. Das Eigentum des Fiskus ist andererseits mit gewissen Auflagen belastet, u. a. derjenigen, den durch die künftige Steuerforderung nicht in Anspruch zu nehmenden Teil des Sondervermögens und im Falle eines Mindergewinnes in einem Kriegsgeschäftsjahre gegenüber dem Durchschnitt der Friedensjahre bei der endgültigen Auseinandersetzung einen gewissen Teil des Sondervermögens an die Gesellschaft zurückzuerstatten (§ 8 Abs. 4).

6. Hachenburg, JW. 16 632. Ob man mit Korsch den Reichsfiskus sofort für den Eigentümer der Sonderrücklage hält oder nur einen Anspruch desselben darauf anerkennt, ist wirtschaftlich unerheblich. Die Reichsanleihe, aus welcher die Rücklage gebildet ist, gehört nicht mehr zum Vermögen der Gesellschaft. Man kann nun aber einen Eigentumsübergang doch nur dann annehmen, wenn hierzu das Gesetz selbst eine Grundlage bietet. Hieran fehlt es. Daher bleibt nichts anderes übrig, als den Fiskus lediglich als Gläubiger anzusehen. Freilich nicht als Gläubiger auf Zahlung einer bestimmten Summe. Das ist er heute noch nicht. Er ist aber Gläubiger insofern, als ihm ein Anspruch aus Ausfolgung der

Stücke zusteht, genau so wie der Käufer die von ihm gekaufte ihm noch nicht übergebene Sache zu fordern hat.

7. Menner a. a. O. 849. Die Sonderrücklage steht im Eigentum der Gesellschaft, nicht des Reichsfiskus. Man kann aber auch nicht davon reden, daß wenigstens ein Anspruch des Reiches auf Übereignung dieses gesetzlichen Spezialreservefonds begründet ist, oder, wie Hachenburg (JW. 16 632) sagt, ein Anspruch auf Ausfolgung der (die Sonderrücklage ausmachenden Wertpapier-)Stücke. Denn diese — jetzt erst eine Erwartung (spes) bildende — Forderung wird frühestens in dem Zeitpunkt entstehen, wo das Kriegs(gewinn)steuergesetz in Kraft tritt, wobei freilich eine gewisse rückwirkende Kraft für dieses bestimmt werden könnte. Vorerst besteht jedoch nur eine sehr große Wahrscheinlichkeit, daß ein solcher Anspruch des Reichssteuerfiskus auf Aushändigung der die Sonderrücklage bildenden Wertpapiere ins Leben treten wird. Da mithin der Steueranspruch des Reiches noch nicht einmal dem Grunde nach entstanden ist, ist insoweit für die Gesellschaften auch noch kein Steuerpassivum gegeben.

8. Hagemann a. a. O. 105. Die zurückgelegten Werte bleiben im Eigentum der Gesellschaft. Die Sonderrücklage gehört zu den unechten Reserven. Der gemäß § 8 Abs. 4 aus der Sonderrücklage entnommene Betrag unterliegt der Pfändung. Im übrigen sind Pfändung und Verpfändung der Sonderrücklage und der Wertpapiere, in denen sie angelegt ist, ausgeschlossen.

9. Menner a. a. O. 851. Die Sonderrücklage ist, weil echte Reserve, bei der Aufstellung der Bilanz unter die Passiva, wenn auch nicht notwendig ausgeschieden für sich allein, sondern in anderen Reservefonds oder Passivposten mitenthalten, aufzunehmen (§ 261 Nr. 5 HGB). Die zur Bildung der Reserve angeschafften und zurückgelegten Schuldverschreibungen des Reiches oder eines Bundesstaates dürfen dagegen mit den übrigen Wertpapieren der Gesellschaft unter die Aktiva der Bilanz (Effektenkonto) eingerechnet werden. Wenn schon diejenigen Vermögensgegenstände (z. B. Warenvorräte, gegenwärtige und zukünftige Außenstände), die sicherungsweise einem anderen übereignet oder abgetreten wurden, noch in der Bilanz des Veräußerers erscheinen dürfen, ja müssen — wenn auch mit irgendwelchem Hinweis auf das fiduziarische Rechtsgeschäft —, so müssen erst recht die Effekten, in denen die gesetzliche Sonderrücklage angelegt ist, unter die Aktiva der Gesellschaft aufgenommen werden.

10. Menner a. a. O. 851. Ist in anderen Reichs- oder Landesgesetzen, sei es privat- oder öffentlichrechtlichen Inhalts, von Reserven, Rücklagen, Reservefonds, wirklichen Reservekontenbeträgen usw. die Rede, so fallen Sonderrücklagen darunter, wenn nicht etwa besondere innere Gründe mit Rücksicht gerade auf den eigenartigen Zweck dieser Reserven dies verbieten.

11. Samson, HoldheimsMSchr. 16 153. Die Sonderrücklage unterliegt nicht der Pfändung.

12. Sintenis a. a. O. 115/116. Die Sonderrücklage kann nicht gepfändet werden; ebenso Norden-Friedländer a. a. O. 139. Im Falle des Konkurses besteht kein Aussonderungsrecht.

13. Hagemann a. a. O. 106. Wird nach Ablauf der drei Kriegsgeschäftsjahre aus später entstandenen Ursachen vor Einziehung der Steuer der Konkurs eröffnet, so fällt die Sonderrücklage nicht in die Masse, sie wird vielmehr zur abgesonderten Befriedigung des Reiches hinterlegt. Die künftigen Steuerforderungen als bevorrechtigte Forderungen zu behandeln, widerspricht dem Gesetz, das dem Reich gerade bestimmte Werte für seine Steuern sichern will und ist auch nicht angängig, da meist diese Steuern noch gar nicht nach ihrer Höhe feststehen. Sind diese später einmal zur Hebung gekommen, so kommt der Rest der Sonderrücklagen der von der Steuer nicht mehr beanspruchten wird, der Masse zugute und kann nachträglich an die Konkursgläubiger verteilt werden.

14. Korsch, JW. 16 630. Um eine Rücklage oder einen Reservefonds handelt es sich nicht, auch nicht um eine besondere Unterart dieses Gesamtgattungsbegriffs. Zwar wird auch dieser Vermögensteil von der Verteilung unter die Aktionäre ausgeschlossen, und

insofern teilt er rein äußerlich das Schicksal von Reservefonds, aber im Gegensatz zu diesen, die den Zwecken der Gesellschaft auch fürderhin dienen und die innere Kraft des Unternehmens stärken sollen, wird diese sog. Sonderrücklage der Mitarbeit bei den Gesellschaftszwecken in der Hauptsache entzogen und sie ist dazu bestimmt, eines Tages das Gesellschaftsvermögen ganz zu verlassen, oder vielmehr sie hat das Gesellschaftsvermögen rechtlich bereits verlassen, sobald die Bilanz festgestellt ist. Dementsprechend wären diese Werte nicht anders denn als Kommissions- oder mit Eigentumsvorbehalt belastetes Gut zu betrachten. Insoweit tritt dann allerdings, obzwar nur buch- und bilanztechnisch, der Fiskus als Berechtigter (Kreditor) in Erscheinung. Hieraus folgt, daß die Sonderrücklage nicht der Einkommensteuer unterliegt.

15. Rücklage und Einkommensteuer.

a) PrFinanzminister, GenossBl. 16 311 . . . erwidere ich ergebenst, daß ich die Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen angewiesen habe, bei solchen eingetragenen Genossenschaften von der Einreichung der Geschäftsberichte und weiterer Unterlagen, abzusehen, bei denen sich aus den vorzulegenden Bilanzen ohne weiteres ergibt, daß die Voraussetzungen für die Bildung einer Sonderrücklage nach den Vorschriften des Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne nicht gegeben sind.

b) Sintenis a. a. O. 114. Ob die Rücklage der Einkommensteuer unterliegt, richtet sich nach dem einzelstaatlichen Steuergesetz. Für Preußen ist die Frage nach § 15 Abs. 1 EinkStG. zu bejahen.

c) Samson, HoldheimsMSchr. 16 152. DieSonderrücklage ist einkommensteuerfrei; infolge der Entziehung der Verfügungsgewalt über die Rücklage kann in dieser nicht mehr eine Vermögensmehrung im steuerrechtlichen Sinne gefunden werden; ebenso BauersZ. 16 263.

d) Zimmermann a. a. O. 4. Die Sonderrücklage stellt keineswegs einen der Gesellschaft schon durch das Gesetz weggenommenen Teil des Überschusses oder eine schon entstandene Steuerschuld dar, sondern sie wird nur gesperrt zugunsten eines Steueranspruchs, der erst auf Grund des künftigen Kriegsgewinnsteuergesetzes möglicherweise entstehen wird. Erst mit der späteren Hingabe der angeschafften Schuldverschreibungen an Zahlungsstatt scheidet der bisherige Überschußanteil aus dem Vermögen der Gesellschaft aus. Wird die Kriegsgewinnsteuer später auf solche Weise bezahlt, so wird sich in diesem Jahr der Überschuß um den bezahlten Betrag niedriger berechnen, gleichviel, ob die Zahlung aus Betriebsmitteln erfolgt oder auf Reservekonto gebucht wird. Wird der bezahlte Betrag an der unter den Reservekonten auf der Passivseite der letzten Bilanz erscheinenden Sonderrücklage abgeschrieben, so mindern sich für dieses Geschäftsjahr infolgedessen die steuerbaren Zuweisungen zum Reservevermögen. Denn wenn in einem und demselben Jahr bei einer zu den Reservefonds zählenden Passivposition Zuschreibungen, bei einer anderen solchen Position Abschreibungen erfolgen, bilden nur die um die Abschreibungen geminderten Zuschreibungen einkommensteuerpflichtige Zuweisungen zum Reservevermögen der Gesellschaft. Die Abschreibung der Sonderrückstellung wegen der Bezahlung der Kriegsgewinnsteuer wird hiernach bei derjenigen Einkommensteuerveranlagung berücksichtigt, welcher die die Abschreibung aufweisende Bilanz zugrunde liegt. Würde schon wegen der Bildung der Sonderrücklage ein Abzug an dem steuerbaren Einkommen der Gesellschaft gemacht, so würde die Kriegsgewinnsteuer bei der Besteuerung der Gesellschaft zweimal zum Abzug zugelassen.

e) Keil, Die Sonderrücklage für Kriegsgewinnsteuer bei der Veranlagung zur Einkommensteuer, PrVerwBl. 37 392. Die Sonderrücklage unterliegt der Einkommensteuer (ausführliche Beweisführung für die GmbH. und die AG.); ebenso Stier-Somlo (2) 108, Blum, Kriegsgewinnsteuer und AG., ArchSozWiss. 41 794, SteuerA. v. 13. März 16, Renner LeipzZ. 16 853.

f) Norden BerlTBl. 2. Oktober 16 Nr. 541 Abensdausg. Es kommt darauf an, ob

die Steuerrücklage den Charakter eines Reservefonds im Sinne des § 15 des EinkSteuerG. trägt. Ihre Eigenschaft als Rücklage gemäß § 237 und § 245 HGB. steht außer Zweifel. Dagegen kann die Sonderrücklage, oder genauer die Rückstellung des Betrages, der für die demnächst fällig werdende Steuer beansprucht wird, nicht als Vermögensmehrung angesehen werden; diese aber hat der Gesetzgeber mit den Bestimmungen des § 15 treffen wollen. Das OVG. hat freilich im Jahre 1893 dahin entschieden, „daß die bilanzmäßige Rücklage eines Geldbetrages aus den Überschüssen einer AG. zur Deckung einer demnächst zu erwartenden besonderen Ausgabe als Bildung eines Reservefonds gelte". Einwandfrei ist diese Ansicht aber nicht, und es können sich eigenartige Komplikationen ergeben, wenn eine kriegssteuerpflichtige Gesellschaft von dem ihr in § 31 Abs. 4 des KStG. eingeräumten Recht Gebrauch macht und Vorauszahlungen auf die noch nicht veranlagte Abgabe leistet. Da solche Vorausbezahlungen unmittelbar zu Lasten des Jahresgewinnes gehen könnten und dementsprechend die Rücklage niedriger zu dotieren wäre, oder auch völlig ausfiele, so würde hier die Veranlagung zur EinkSteuer ganz oder teilweise in Fortfall kommen, bei der etwaigen Zurückstellung des vorausbezahlten Betrages hingegen nicht. Auf der anderen Seite muß zugegeben werden, daß es nicht etwa angängig wäre, die ganze Kriegssteuerrücklage als steuerfrei zu erklären; denn sie ist in vielen Fällen höher als das wirkliche Steuererfordernis.

Dem Sinne des § 15 würde es jedenfalls mehr entsprechen, wenn der Betrag, der als Kriegssteuer zu zahlen ist, gleichviel ob er unmittelbar zu Lasten des Gewinnes verbucht ist oder der Rücklage entnommen wird, von der Staats- und Kommunaleinkommensteuer sowie der Gewerbesteuer freigestellt wäre.

Anders als bei der AG. und den ihr im § 1 des preußischen EinkSteuerG. gleichgestellten juristischen Personen liegen die Dinge für die G. m. b. H. Ihr steuerpflichtiges Einkommen wird nicht nach den Grundsätzen für die übrigen steuerpflichtigen nichtphysischen Personen berechnet, sondern als Eink. der G. m. b. H. gilt der erzielte Geschäftsgewinn. Dieser aber wird nach den Vorschriften festgestellt, die für die Ermittlung des Eink. aus Handel und Gewerbe physischer Personen gelten. Da die letzteren nicht die Berechtigung zum Abzug der Kriegssteuerabgabe haben, müssen auch die Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Ausgaben für die Kriegssteuer ihrem einkommensteuerpflichtigen Gewinn hinzurechnen. Das heißt, es wird das, was das Reich fortgesteuert hat, von den Bundesstaaten noch einmal versteuert. Das ist eine Härte, die besonders dann beseitigt zu werden verdient, wenn die Steuerbehörden die Kriegssteuerrücklagen der Aktiengesellschaften freilassen; aM. hinsichtlich der GmbH.: GmbHGZ. 16 14.

g) Buck a. a. O. 121. Hachenburg gründet seine Ansicht darauf, daß die Sonderrücklage in Wirklichkeit nicht mehr der Gesellschaft, sondern dem Reiche gehöre, daß sie also lediglich eine vorweggenommene Schuld an das Reich sei. Wenn man aber berücksichtigt, daß die Rücklage lediglich zu Sicherungszwecken geschaffen ist und daß sich überhaupt erst später herausstellt, ob und in welcher Höhe ein entsprechender Steuerbetrag an das Reich zu zahlen ist, so muß man zum wenigsten für Preußen anerkennen, daß sie der staatlichen Einkommensteuer unterworfen ist, zumal das Oberverwaltungsgericht im Gegensatz zu den ursprünglichen Anordnungen des Finanzministers sogar die Rückstellungen für die Talonsteuer als einkommensteuerpflichtig erklärt hat (OVG. 16 252, s. a. Bankarchiv 13 363).

16. Über die Frage der Tantiemepflichtigkeit s. 1 l zu § 3.

§ 9.

Die persönliche Haftung des Vorstandes.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 2, 257.)

4. Sintenis a. a. O. 120. Gefährdung liegt nicht schon dann vor, wenn die Rücklage nicht richtig berechnet oder gebildet ist, sondern nur dann, wenn die Gesellschaft später zur Aufbringung der richtig berechneten Steuer nicht mehr in der Lage ist.

5. Stier-Somlo, KStG. 285. 50 v. H. des Mehrgewinns werden fast niemals

erreicht, so daß die Sonderrücklage des § 1 RücklagenG. nicht ganz in Anspruch genommen wird. Dies ist auch bei der Anwendung des § 9 des letzteren zu beachten, weil natürlich eine Gefährdung der Steuer nicht vorliegen kann, wenn sie nicht 50 v. H. beträgt, die steuerpflichtige Gesellschaft aber einen niedrigeren ihrer Steuerpflicht entsprechenden Betrag in die Rücklage abgeführt hat; ähnlich Walb, Kriegssteuern und Bilanzen (2) 7.

6. Zimmermann a. a. O. 24. Es ist die Frage aufgeworfen worden, wie sich diese Strafvorschrift zu den im Kriegsgewinnsteuergesetz erscheinenden Strafbestimmungen, die sich auf Hinterziehung der Steuer beziehen, verhält, ob etwa Gesetzes- oder Idealkonkurrenz besteht. Da das Kriegsgewinnsteuergesetz und seine Strafvorschriften nur auf das nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes von den Gesellschaftsleitern beobachtete Verhalten Anwendung findet, hat die Frage für die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes schon vollendeten Zuwiderhandlungen gegen das gegenwärtige Gesetz keine praktische Bedeutung. Bei späteren Verfehlungen der Gesellschaftsleiter wird eine Idealkonkurrenz der beiden Gesetze regelmäßig nicht anzunehmen sein, weil die durch die beiden Gesetze auferlegten Verpflichtungen zu verschiedenen Zeiten zu erfüllen sind und verschiedenartige Handlungen vorgeschrieben sind. Aus diesem Grund wird auch die Annahme einer Gesetzeskonkurrenz ausgeschlossen sein.

(Ausführungsbestimmungen des Bundesrats in Bd. 2, 258.)

Preußische Ausführungsvorschriften vom 11. Februar 1916 zum Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne.

Inländische Gesellschaften.

Art. 1. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften und andere Bergbau treibende Vereinigungen, letztere, falls sie die Rechte juristischer Personen haben, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und eingetragene Genossenschaften sind, sofern sie im Deutschen Reich ihren Sitz haben, verpflichtet, dem Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission desjenigen Bezirkes, in dem sie ihren Sitz haben, bis zum 1. Juni 1916

1. die Geschäftsberichte und Jahresabschlüsse nebst den Gewinn- und Verlustrechnungen der Friedensgeschäftsjahre und der Kriegsgeschäftsjahre sowie die darauf bezüglichen Beschlüsse der Generalversammlungen und
2. eine Berechnung ihres Mehrgewinns einzureichen und
3. die Bildung der gesetzlichen Sonderrücklage, soweit sie nicht ohne weiteres aus den eingereichten Bilanzen oder Jahresabschlüssen ersichtlich ist, nachzuweisen (§ 2 Bund-A.).

Eine Berechnung des Mehrgewinns ist in allen Fällen einzureichen, also auch dann, wenn die Höhe der Sonderrücklage ohne weiteres aus der Bilanz hervorgeht.

Für diejenigen Kriegsgeschäftsjahre, für welche bis zu dem oben festgesetzten Termin Abschlüsse noch nicht vorliegen, sind die vorstehenden Bedingungen spätestens 4 Wochen nach Feststellung des Abschlusses zu erfüllen.

Die Einreichung von Geschäftsberichten und Generalversammlungsbeschlüssen ist nur zu fordern, soweit deren Aufstellung gesetzlich vorgeschrieben ist.

Die Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen können eine Verlängerung der Fristen bewilligen.

Von der Einreichung der Geschäftsberichte usw. kann abgesehen werden, wenn solche schon behufs Veranlagung zur Einkommensteuer eingereicht sind.

Ausländische Gesellschaften.

Art. 2. Gleiche Verpflichtungen (Art. 1) liegen den ausländischen Gesellschaften ob, die Geschäftsbetriebe im Inland unterhalten. Sie haben die Einreichung in demjenigen Bundesstaate zu bewirken, auf den der größte Teil ihres inländischen Gewerbebetriebs entfällt. Ergeben sich in einem Einzelfalle Zweifel, welcher

Bundesstaat hiernach in Betracht kommt, so ist behufs Einholung einer Entscheidung des Bundesrats durch Vermittlung des Vorsitzenden der Berufungskommission an den Finanzminister zu berichten (§ 6 des Gesetzes, § 2 Bund-A.).

Als Ausland gelten auch die deutschen Schutzgebiete.

Sonstige juristische Personen.

Art. 3. Nach § 10 des Gesetzes ist der Bundesrat ermächtigt, die Vorschriften des Gesetzes auf andere juristische Personen des bürgerlichen Rechts als die im § 1 des Gesetzes bezeichneten auszudehnen. Bis zum 1. Juni 1916 hat der Vorsitzende der Berufungskommission dem Finanzminister zu berichten, ob und welche juristische Personen seines Bezirkes hierfür in Betracht kommen.

In Frage kommen nur juristische Personen des bürgerlichen Rechts, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, dagegen nicht juristische Personen des öffentlichen Rechts.

Befreiungen.

Art. 4. Gemäß § 7 des Gesetzes sind inländische Gesellschaften, die nach der Entscheidung des Bundesrats ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen, von der Verpflichtung zur Bildung einer Sonderrücklage befreit. Darauf gerichtete Anträge sind mit gutachtlichen Äußerungen des Vorsitzenden der Veranlagungskommission und des Vorsitzenden der Berufungskommission dem Finanzminister zur Herbeiführung der Entscheidung des Bundesrats einzeln vorzulegen. Die Vorlage hat zu unterbleiben, wenn sich ohne weiteres übersehen läßt, daß ein Mehrgewinn im Sinne des Gesetzes nicht vorliegt.

Listenführung, öffentliche Aufforderung.

Art. 5. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission fertigt alsbald ein Verzeichnis aller in seinem Bezirk vorhandenen nichtphysischen Personen an, welche den Vorschriften des Gesetzes unterliegen. Das Verzeichnis hat besondere Spalten für

die Firma,
den Ort des Gewerbebetriebes und den Sitz der Gesellschaft,
den Tag des Eingangs der Abschlüsse usw.

zu enthalten sowie eine weitere Spalte, in der stattgehabte Erörterungen, festgesetzte Strafen, Angaben, ob die Gesellschaft als gemeinnützige anerkannt ist, und andere notwendige Vermerke aufzunehmen sind.

Der Vorsitzende übersendet jeder dieser Gesellschaften durch die Post — als Drucksache — einen Abdruck der vom Finanzminister im Reichs- und Staatsanzeiger veröffentlichten Bekanntmachung vom 11. Februar 1916.

Wegen der Aufforderung der im Art. 3 bezeichneten Personen ergeht besondere Bestimmung.

Wiederholte Aufforderung zur Einreichung der Abschlüsse unter Strafandrohung.

Art. 6. Bleibt eine Gesellschaft mit der Einreichung der Abschlüsse usw. im Verzuge, so hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission den verantwortlichen Leiter der Gesellschaft unter Androhung einer angemessenen Geldstrafe (§ 2 Abs. Bund-A.) aufzufordern, binnen einer Frist von 14 Tagen seinen Verpflichtungen zu genügen. Bleibt diese Aufforderung fruchtlos, so ist die Strafe festzusetzen und die Aufforderung mit erneuter Strafandrohung zu wiederholen.

Verwaltungsstrafverfahren.

Art. 7. Die Geldstrafen des Art. 6 sind Zwangsstrafen, die so lange zu wiederholen sind, bis der Betroffene seinen Verpflichtungen nachkommt. Ausgesprochene

Strafen können ganz oder teilweise zurückgenommen werden. Die Ausfertigungen dieser Straffestsetzungsverfügungen unterliegen nicht der Stempelpflicht.

Die Androhung und Festsetzung der Geldstrafen erfolgen durch die Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen. Gegen deren Entscheidungen steht den Betroffenen innerhalb 14 Tagen die Beschwerde an die Vorsitzenden der Einkommensteuer-Berufungskommissionen offen. Gegen die Entscheidungen der Vorsitzenden der Berufungskommissionen ist innerhalb 14 Tagen die Beschwerde an den Finanzminister zulässig.

Die Erhebung, Kontrolle und Berechnung der Strafen und Kosten hat nach Anleitung der Anweisung vom 16. März 1895 und der Verfügung vom 2. April 1904 — II. 59 — (bei Tit. 8 des Etats von der Verwaltung der direkten Steuern) zu erfolgen.

Prüfung der Abschlüsse.

Art. 8. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission unterzieht die Abschlüsse (Bilanzen usw.) einer eingehenden Prüfung dahin, ob der Geschäftsgewinn nach den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger kaufmännischer Buchführung (§ 3 des Gesetzes) ermittelt worden und die Bildung der Sonderrücklage den Vorschriften des Gesetzes entsprechend erfolgt ist.

Unter den gesetzlichen Vorschriften im Sinne des § 3 des Gesetzes sind nicht steuerrechtliche Vorschriften, sondern die bürgerlich-rechtlichen (handelsrechtlichen) Vorschriften zu verstehen.

Insbesondere bedarf es der Prüfung, ob die gemachten Abschreibungen lediglich einen angemessenen Ausgleich für eingetretene Wertverminderungen darstellen oder nicht darüber hinaus als Rücklagen anzusehen sind, die dem Geschäftsgewinne zuzusetzen sind. Soweit stille Rücklagen aus früheren Jahren in einem Kriegsgeschäftsjahre realisiert werden, bilden sie Gewinne dieses Kriegsgeschäftsjahrs.

Fehlende Unterlagen sind von der Gesellschaft einzufordern, auftauchende Bedenken durch Verhandlung mit dem Leiter der Gesellschaft aufzuklären.

Strafen gegen Zuwiderhandlungen.

Stellt sich heraus, daß eine Gesellschaft den Vorschriften des Gesetzes über die Bildung oder Verwaltung der Sonderrücklage vorsätzlich oder fahrlässig zuwidergehandelt und dadurch die Erhebung der Kriegsgewinnsteuer gefährdet hat, so sind die entstandenen Verhandlungen - - durch Vermittlung des Vorsitzenden der Berufungskommission — an die Staatsanwaltschaft zur Einleitung des Strafverfahrens abzugeben (§ 9 des Gesetzes).

Überwachung des Verfahrens.

Art. 9. Der Vorsitzende der Berufungskommission hat die ihm obliegende Überwachung der Amtstätigkeit des Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission auf dem Gebiete der Staatssteuerveranlagung auch auf die Ausführung des vorliegenden Gesetzes zu erstrecken.

Er ist befugt, die dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission in diesen Vorschriften zugewiesenen Obliegenheiten für einzelne Bezirke oder einzelne Gesellschaften ganz oder teilweise selbst zu übernehmen.

Verrechnung der Kosten.

Art. 10. Die Kosten für die Beschaffung der Formulare sind bei Tit. 19 (Abschnitt Nr. 3) des Etats von der Verwaltung der direkten Steuern, sonstige Kosten bei Tit. 29 (Abschnitt Nr. 6) ebenda zu verrechnen.

(Gesetz 2 in Bd. 2, 260)

3. Kriegssteuergesetz. Vom 21. Juni 1916. (RGBl. 561.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Steuerpflicht der Einzelpersonen.

§ 1. Die im § 11 des Besitzsteuergesetzes vom 3. Juli 1913 (Reichs-Gesetzbl. S. 524 bezeichneten Personen, deren Vermögen am 31. Dezember 1916 gegen den Stand zu Beginn des Veranlagungszeitraums einen Zuwachs (§ 2) oder keine Verminderung um mindestens zehn vom Hundert erfahren hat, haben zugunsten des Reichs eine außerordentliche Kriegsabgabe zu entrichten.

§ 2. Abgabepflichtiger Vermögenszuwachs im Sinne dieses Gesetzes ist vorbehaltlich der in den §§ 3 bis 7 dieses Gesetzes vorgesehenen Abweichungen der nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes festgestellte Vermögenszuwachs.

§ 3. Von dem nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes für den 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögen sind abzuziehen:

1. der Betrag des Vermögens, das nachweislich im Veranlagungszeitraume durch Erbanfall, durch Lehen-, Fideikommiß- oder Stammgutanfall, infolge Vermächtnisses oder auf andere Weise aus dem Nachlaß eines Verstorbenen von Todes wegen erworben ist. Als Erwerb aus dem Nachlaß gilt auch die Abfindung für die Ausschlagung einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses;
2. der Betrag einer nachweislich im Veranlagungszeitraum erfolgten Kapitalauszahlung aus einer Versicherung nach Absetzung des bei der Wehrbeitragsveranlagung festgestellten oder des auf den Anfang der Veranlagungszeitraums festzustellenden Kapitalwerts der betreffenden Versicherung;
3. der Betrag des Vermögens, der nachweislich im Veranlagungszeitraume durch Schenkung oder durch eine sonstige ohne entsprechende Gegenleistung erhaltene Zuwendung (Vermögensübergabe) erworben ist, soweit es sich um Zuwendungen im Einzelbetrage von wenigstens eintausend Mark handelt und nicht ein gesetzlicher Anspruch auf die Zuwendung bestand;
4. Vermögensbeträge, die nachweislich aus der Veräußerung ausländischen Grund- und Betriebsvermögens oder sonstiger Gegenstände herrühren, die zu Beginn des Veranlagungszeitraums zum nichtsteuerbaren Vermögen des Steuerpflichtigen gehört haben. Das gleiche gilt für solche zum ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen gehörige Gegenstände, die während des Veranlagungszeitraums ins Inland verbracht worden sind.

Der Abzug nach Abs. 1 Nr. 1 ist für den entsprechenden Anteil an dem Betrage des Nachlaßvermögens ausgeschlossen, der abgabepflichtiger Vermögenszuwachs des Erblassers gewesen wäre, wenn der Erblasser auf den Zeitpunkt seines Todes zu der Abgabe zu veranlagen gewesen sein würde.

§ 4. Dem nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes für den 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögen sind hinzuzurechnen die Beträge, die der Steuerpflichtige im Veranlagungszeitraume zu Schenkungen oder sonstigen Vermögensübergaben (§ 3 Nr. 3) verwendet hat. Von der Hinzurechnung ausgenommen sind fortlaufende Zuwendungen zum Zwecke des standesgemäßen Unterhalts oder der Ausbildung des Bedachten, Zuwendungen, die auf Grund eines gesetzlichen Anspruchs des Bedachten gemacht worden sind, Pensionen und ähnliche Zuwendungen, die ohne rechtliche Verpflichtung früheren Angestellten und Bediensteten gewährt werden, übliche Gelegenheitsgeschenke, Zuwendungen zu kirchlichen, mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken und, sofern nicht die Absicht der Abgabeersparung anzunehmen ist, Zuwendungen im Werte von nicht mehr als eintausend Mark.

Der Bedachte haftet für den Abgabebetrag, der auf den ihm zugeflossenen

Teil des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses verhältnismäßig entfällt. Der Steuerpflichtige kann von dem Bedachten Ersatz dieses Abgabebetrags verlangen.

§ 5. Dem nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes für den 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögen sind ferner hinzuzurechnen Beträge, die im Veranlagungszeitraum in ausländischem Grund- oder Betriebsvermögen (§ 5 des Besitzsteuergesetzes) angelegt worden sind, sowie Beträge, die im Veranlagungszeitraume zum Erwerbe von Gegenständen aus edlem Metall, von Edelsteinen oder Perlen, von Kunst-, Schmuck- und Luxusgegenständen sowie von Sammlungen aller Art aufgewendet worden sind, sofern der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand fünfhundert Mark und darüber oder für mehrere gleichartige oder zusammengehörige Gegenstände eintausend Mark und darüber beträgt.

Außer in den Fällen des § 4 findet die Hinzurechnung nur statt, wenn die im Abs. 1 bezeichneten Gegenstände am Ende des Veranlagungszeitraums noch im Besitze des Steuerpflichtigen sind. Ist die Anlage in ausländischem Grund- oder Betriebsvermögen erfolgt, so verringert sich die Hinzurechnung um den Betrag einer nachweislich eingetretenen erheblichen Wertminderung.

Die Vorschrift im Abs. 1 findet keine Anwendung auf den Erwerb von Kunstwerken lebender oder seit dem 1. Januar 1909 verstorbener deutscher sowie im Deutschen Reiche wohnender Künstler.

§ 6. Bei Feststellung des Vermögensstandes am Ende des Veranlagungszeitraums (§ 1) dürfen Grundstücke, die der Steuerpflichtige erst nach dem 1. August 1914 erworben hat, zu keinem geringeren Werte als dem Betrage der Gestehungskosten angesetzt werden. Von diesen sind die durch Verschlechterung entstandenen Wertminderungen abzuziehen.

§ 7. Die Abrundung auf volle Tausende (§ 28 Abs. 3 des Besitzsteuergesetzes) erfolgt erst nach Berücksichtigung der Abzüge und Hinzurechnungen gemäß den §§ 3 bis 5 dieses Gesetzes.

§ 8. Die Abgabe vom Zuwachs wird nur erhoben, wenn der nach diesem Gesetze festgestellte Vermögenszuwachs den Betrag von dreitausend Mark und das Vermögen am 31. Dezember 1916 den Gesamtwert von zehntausend Mark übersteigt.

Beträgt das Vermögen am 31. Dezember 1916 nicht mehr als fünfzehntausend Mark, so unterliegt der nach Abs. 1 abgabepflichtige Vermögenszuwachs nur insoweit der Abgabe, als durch ihn ein Vermögensbetrag von zehntausend Mark überschritten wird.

§ 9. Die Abgabe beträgt:

1. von dem Vermögenszuwachs

für die	ersten	10000	Mark	des	Vermögenszuwachses	. .	5	v.	Hundert,
„ „	nächsten	angefangenen	oder	vollen	10000	Mark	10	„	„
„ „	„	„	„	„	10000	„	15	„	„
„ „	„	„	„	„	20000	„	20	„	„
„ „	„	„	„	„	50000	„	25	„	„
„ „	„	„	„	„	100000	„	30	„	„
„ „	„	„	„	„	200000	„	35	„	„
„ „	„	„	„	„	300000	„	40	„	„
„ „	„	„	„	„	300000	„	45	„	„
„ „	weiteren	Beträge	. . . . .				50	„	„ ;

2. von dem nach dem Besitzsteuergesetze für den 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögen, insoweit es neunzig vom Hundert des für den Beginn des Veranlagungszeitraums festgestellten Vermögens übersteigt und insoweit es weder der Besitzsteuer noch der Abgabe nach Nr. 1 unterliegt . . . . . 1 vom Hundert.

Von der Abgabe nach Nr. 2 sind befreit Vermögen, die zwanzigtausend Mark nicht übersteigen. Abgabebeträge unter zehn Mark werden nicht erhoben.

§ 10. Bei Steuerpflichtigen, die Gesellschafter einer inländischen Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind, bleibt derjenige Abgabebetrag (§ 9 Nr. 1) zur Hälfte unerhoben, der verhältnismäßig auf den Vermögenszuwachs in Höhe des der Beteiligung entsprechenden Betrags des abgabepflichtigen Mehrgewinns der Gesellschaft entfällt. Der unerhoben bleibende Abgabebetrag darf jedoch nicht höher sein als der verhältnismäßige Betrag der Gesellschaftsabgabe.

Abs. 1 findet nur Anwendung

1. auf Gesellschafter, die Geschäftsanteile in Höhe von mindestens der Hälfte des Stammkapitals besitzen, sowie auf Gesellschafter, die zueinander im Verhältnis von Ehegatten, von Verwandten in gerader Linie, von Geschwistern oder Erben von Geschwistern stehen und zusammen Geschäftsanteile in Höhe von mindestens der Hälfte des Stammkapitals besitzen, in beiden Fällen vorausgesetzt, daß während der ganzen Dauer der Kriegsgeschäftsjahre das eingezahlte Stammkapital der Gesellschaft dreihunderttausend Mark nicht überstiegen hat,
2. auf Gesellschafter, die vor dem 1. August 1914 als Geschäftsführer oder Prokuristen der Gesellschaft bestellt waren und aus dieser Stellung bis zum Schlusse des letzten Kriegsgeschäftsjahrs nicht ausgeschieden sind, es sei denn infolge Ablebens oder Krankheit, sowie auf Gesellschafter, die Ehegatten oder Erben solcher Personen sind, wenn diese Gesellschafter in beiden Fällen allein oder zusammen Geschäftsanteile in Höhe von mindestens der Hälfte des Stammkapitals besitzen.

§ 11. Der Inhaber eines Lehens, Fideikommisses oder Stammguts ist berechtigt, den Betrag der Abgabe, der auf eine Vermehrung des Lehens-, Fideikommiß- oder Stammgutvermögens entfällt, aus diesem Vermögen zu entnehmen und zu diesem Zwecke über das Vermögen selbständig zu verfügen. Ist eine Aufsichtsbehörde vorhanden, so ist ihre Genehmigung zu der Verfügung erforderlich.

§ 12. Die Pflicht zur Entrichtung der nach diesem Gesetze geschuldeten Abgabe entfällt nicht dadurch, daß ein Steuerpflichtiger vor dem 1. Januar 1917 seinen inländischen Wohnsitz oder Aufenthalt aufgibt.

Hat die Aufgabe des inländischen Wohnsitzes oder Aufenthalts den Wegfall der Steuerpflicht nach dem Besitzsteuergesetze zur Folge, so ist der der außerordentlichen Abgabe unterliegende Vermögenszuwachs mit der Maßgabe festzustellen, daß der Veranlagungszeitraum statt mit dem 31. Dezember 1916 mit dem Zeitpunkt der Aufgabe des inländischen Wohnsitzes oder Aufenthalts abläuft.

Der Steuerpflichtige hat vor Verlegung seines Wohnsitzes oder Aufenthalts in das Ausland für die geschuldete Abgabe Sicherheit zu leisten. Die Steuerbehörde bestimmt den Betrag der Sicherheit und ist berechtigt, diesen Betrag nach den für die Einziehung öffentlicher Abgaben geltenden Vorschriften beizutreiben. Das gleiche gilt, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß der Steuerpflichtige auf andere Weise, insbesondere durch Verbringung von Vermögen ins Ausland, die Erhebung der Abgabe gefährdet.

Erschwert oder vereitelt ein im Ausland sich aufhaltender Steuerpflichtiger die Veranlagung der außerordentlichen Abgabe dadurch, daß er eine Steuererklärung nicht rechtzeitig abgibt, so kann sein im Inland befindliches Vermögen mit Beschlag belegt werden.

Im Sinne der Abs. 3 und 4 gelten die deutschen Schutzgebiete als Inland.

Steuerpflicht der Gesellschaften.

§ 13. Inländische Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften und andere Bergbau treibende Vereinigungen, letztere, sofern

sie die Rechte juristischer Personen haben, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und eingetragene Genossenschaften haben von dem nach den Vorschriften der §§ 14 bis 18 festgestellten Mehrgewinn eine außerordentliche Kriegsabgabe zu entrichten.

§ 14. Als Mehrgewinn (§ 13) gilt der Unterschied zwischen dem durchschnittlichen früheren Geschäftsgewinne (§§ 16, 17) und dem jeweils in einem Kriegsgeschäftsjahr (§ 15) erzielten Geschäftsgewinne (§ 16).

Die Unterschiedsbeträge werden auf volle Tausende nach unten abgerundet. Beträge unter fünftausend Mark bleiben außer Betracht.

Bleibt der Geschäftsgewinn eines Kriegsgeschäftsjahrs hinter dem durchschnittlichen früheren Geschäftsgewinne zurück, so darf der Mindergewinn mit dem Mehrgewinn anderer Kriegsgeschäftsjahre ausgeglichen werden.

§ 15. Als Kriegsgeschäftsjahre (§ 14) gelten die drei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahre, deren erstes noch den Monat August 1914 mitumfaßt oder bei einer später gegründeten Gesellschaft mitumfassen würde, wenn sie damals schon bestanden hätte.

§ 16. Geschäftsgewinn (§§ 14, 17) ist der in einem Geschäftsjahr erzielte, nach den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger kaufmännischer Buchführung berechnete Bilanzgewinn. Abschreibungen sind insoweit zu berücksichtigen, als sie einen angemessenen Ausgleich der Wertverminderung darstellen.

Bei Kommanditgesellschaften auf Aktien bleiben diejenigen Gewinnbeträge, welche auf die von den persönlich haftenden Gesellschaftern nicht auf das Grundkapital gemachten Einlagen entfallen, außer Ansatz.

§ 17. Der durchschnittliche frühere Geschäftsgewinn (§ 14) ist nach den Ergebnissen der fünf den Kriegsgeschäftsjahren vorangegangenen Geschäftsjahre oder, wenn eine Gesellschaft noch nicht solange besteht, nach den Ergebnissen der kürzeren Zeit, für welche Jahresabschlüsse vorliegen, zu berechnen. Besteht eine Gesellschaft schon fünf Jahre, so haben für die Berechnung des Durchschnittsgewinns die beiden Geschäftsjahre mit den besten und den schlechtesten Geschäftsergebnissen auszuscheiden.

Hat innerhalb der fünf den Kriegsgeschäftsjahren vorangegangenen Geschäftsjahre eine Vermehrung des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals stattgefunden, so wird dem Geschäftsgewinne für die vor der Vermehrung liegende Zeit ein Betrag von sechs vom Hundert jährlich des der Gesellschaft durch die Neueinzahlungen tatsächlich zugeflossenen Kapitalbetrags zugerechnet.

Als früherer Durchschnittsgewinn wird mindestens ein Betrag von sechs vom Hundert des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals angenommen zuzüglich des Mehrbetrags, der zur Verteilung einer etwaigen höheren festen Vorzugsdividende für bevorrechtigte Aktien notwendig gewesen wäre. Das Grundkapital einer Bergwerkschaft oder einer Bergbau treibenden Vereinigung ist aus dem Erwerbspreis und den Anlage- und Erweiterungskosten abzüglich des durch Schuldaufnahme gedeckten Aufwandes hierfür zu berechnen. An Stelle des Grundkapitals tritt bei eingetragenen Genossenschaften die Summe der eingezahlten Geschäftsanteile der Genossen.

Der im Abs. 3 vorgesehene Betrag wird als Mindestbetrag auch zugrunde gelegt, wenn ein volles Geschäftsjahr vor den Kriegsgeschäftsjahren nicht vorliegt. In diesem Falle werden jedoch für Aktien oder Anteile, die zu einem den Nennwert übersteigenden Preise ausgegeben worden sind, die sechs Hundertstel von dem Kapitale berechnet, das der Gesellschaft als Einzahlung auf ihre Aktien oder Anteile tatsächlich zugeflossen ist.

Hat sich das eingezahlte Grund- oder Stammkapital einer Gesellschaft während der Kriegsgeschäftsjahre vermehrt, so ist für die Zeit nach der Vermehrung dem durchschnittlichen früheren Geschäftsgewinn ein Betrag von sechs vom Hun-

dert jährlich des der Gesellschaft durch die Neueinzahlungen tatsächlich zugeflossenen Kapitalbetrags hinzuzurechnen.

§ 18. Gesellschaften, die mehr als ein Fünftel aller Aktien oder Anteile einer anderen Gesellschaft der im § 13 bezeichneten Art besitzen, dürfen von dem Geschäftsgewinn eines Kriegsgeschäftsjahrs die Mehreinnahme aus diesen Aktien oder Anteilen absetzen.

Als Mehreinnahme (Abs. 1) gilt der anteilige Betrag, der von der anderen Gesellschaft (Tochtergesellschaft) über den Durchschnitt der nach § 17 Abs. 1 in Betracht kommenden Jahre hinaus oder, wenn die Gesellschaft noch kein volles Jahr vor den Kriegsgeschäftsjahren bestanden hat, über eine fünfprozentige Dividende oder Ausbeute hinaus in einem Kriegsgeschäftsjahr als Dividende oder Ausbeute verteilt worden ist.

§ 19. Die Abgabe beträgt für inländische Gesellschaften,

wenn der Mehrgewinn im Jahresdurchschnitt 2 vom Hundert des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge nicht übersteigt, 10 vom Hundert des Mehrgewinns,

wenn er 2 vom Hundert, aber nicht 5 vom Hundert übersteigt . . . . . 15 „

wenn er 5 vom Hundert, aber nicht 10 vom Hundert übersteigt . . . . . 20 „

wenn er 10 vom Hundert, aber nicht 15 vom Hundert übersteigt . . . . . 25 „ „ „ „

wenn er 15 vom Hundert übersteigt . . . 30 „ „ „ „

Die nach Abs. 1 festzusetzende Abgabe erhöht sich,

wenn der durchschnittliche Geschäftsgewinn in den Kriegsgeschäftsjahren 8 vom Hundert, aber nicht 10 vom Hundert des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge übersteigt, um 10 vom Hundert ihres Betrags,

wenn er 10 vom Hundert, aber nicht 15 vom Hundert übersteigt, um . . . . . 20 „

wenn er 15 vom Hundert, aber nicht 20 vom Hundert übersteigt, um . . . . . 30 „

wenn er 20 vom Hundert, aber nicht 25 vom Hundert übersteigt, um . . . . . 40 „ „ „ „

wenn er 25 vom Hundert übersteigt, um . . 50 „ „ „ „

Hat sich das eingezahlte Grund- oder Stammkapital einer Gesellschaft während der Kriegsgeschäftsjahre vermehrt, so ist der Berechnung der Abgabe ein den Zeitraum, innerhalb dessen die Gesellschaft mit dem veränderten Grund- oder Stammkapitale bestanden hat, berücksichtigender Durchschnittsbetrag des Grund- oder Stammkapitals zugrunde zu legen.

Die zu zahlende Abgabe soll den Betrag nicht übersteigen, der sich bei Anwendung der nächstniedrigen Steuerstufe ergeben würde, zuzüglich desjenigen Betrags des Mehrgewinns, durch den sich die Anwendung des gesetzlichen Satzes ergeben hat.

Die Abgabe wird insoweit nicht erhoben, als sie den Abgabebetrag, der bei Anwendung der Vorschrift des § 21 zu berechnen wäre, übersteigt.

§ 20. Gesellschaften der im § 13 bezeichneten Art, die ihren Sitz im Ausland haben, aber im Inland einen Geschäftsbetrieb unterhalten (ausländische Gesellschaften), haben die Abgabe von dem auf den inländischen Geschäftsbetrieb entfallenden Mehrgewinne zu entrichten. Die Grundsätze, die bei einer bundesstaatlichen Einkommensteuerveranlagung für die Ausscheidung des auf den inländischen Geschäftsbetrieb entfallenden Teiles des steuerbaren Gesamteinkommens

maßgebend waren, sind auch bei der Berechnung des auf den inländischen Betrieb entfallenden Teiles des Mehrgewinns anzuwenden. Wo eine Einkommensteuer nicht eingeführt ist, hat die Landesregierung entsprechende Vorschriften zu erlassen.

§ 21. Die Abgabe beträgt für ausländische Gesellschaften bei einem Mehrgewinn im Jahresdurchschnitt von

		nicht mehr als	20000	Mark	10	vom	Hundert	des	Mehrgewinns,
mehr als	20000	bis zu	40000	„	12	„	„	„	„
„ „	40000	„ „	60000	„	14	„	„	„	„
„ „	60000	„ „	80000	„	16	„	„	„	„
„ „	80000	„ „	100000	„	18	„	„	„	„
„ „	100000	„ „	120000	„	20	„	„	„	„
„ „	120000	„ „	140000	„	22	„	„	„	„
„ „	140000	„ „	160000	„	24	„	„	„	„
„ „	160000	„ „	180000	„	26	„	„	„	„
„ „	180000	„ „	200000	„	28	„	„	„	„
„ „	200000	„ „	250000	„	30	„	„	„	„
„ „	250000	„ „	500000	„	40	„	„	„	„
„ „	500000	.....			45	„	„	„	„

§ 19 Abs. 4 findet Anwendung.

§ 22. Die Abgabe wird von den Gesellschaften insoweit nicht erhoben, als sie verhältnismäßig auf Gewinnbeträge entfällt, die zu ausschließlich gemeinnützigen Zwecken bestimmt worden sind und deren dauernde Verwendung zu solchen Zwecken gesichert ist. Ob die Voraussetzungen des Satzes 1 vorliegen, wird nach näherer Bestimmung des Bundesrats im Verwaltungsweg entschieden.

Die Abgabe wird ferner auch insoweit nicht erhoben, als sie den Betrag der nach den Vorschriften des Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne vom 24. Dezember 1915 zu bildenden Sonderrücklage übersteigt.

Abs. 2 gilt insoweit nicht, als bei der Bildung der Sonderrücklage Abschreibungen, die gemäß § 3 Satz 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 als Bestandteil des Geschäftsgewinns eines Kriegsgeschäftsjahrs anzusehen waren, unberücksichtigt geblieben sind.

§ 23. Die Abgabe ist nach näherer Bestimmung des Bundesrats auch von den anderen juristischen Personen zu entrichten, auf die der Bundesrat die Vorschriften des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 ausgedehnt hat.

§ 24. Der Reichskanzler kann zum Zwecke der Vermeidung einer Doppelbesteuerung durch das Reich und durch außerdeutsche Staaten mit Zustimmung des Bundesrats Anordnungen treffen, die von den gesetzlichen Vorschriften über die Feststellung des abgabepflichtigen Mehrgewinns abweichen.

Gemeinsame Vorschriften.

§ 25. Die Veranlagung und Erhebung der Kriegsabgabe erfolgt durch die für die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer zuständigen Behörden.

Soweit dieses Gesetz nichts anderes vorschreibt, gelten die Vorschriften des Besitzsteuergesetzes über die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer entsprechend für die Veranlagung der Kriegsabgabe.

Der Bundesrat bestimmt die für die Veranlagung und Erhebung der Kriegsabgabe der Bundesfürsten zuständigen Behörden.

§ 26. Außer den zur Abgabe einer Besitzsteuererklärung Verpflichteten haben alle Einzelpersonen, deren Vermögen sich seit dem 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1916 um mehr als dreitausend Mark auf mindestens elftausend Mark erhöht hat, eine Steuererklärung abzugeben. Die Steuererklärung zum Zwecke der

Veranlagung der Kriegsabgabe kann mit der Besitzsteuererklärung verbunden werden. Die Steuererklärung hat nach näherer Bestimmung des Bundesrats die für die Feststellung des der außerordentlichen Kriegsabgabe unterliegenden Vermögenszuwachses erforderlichen Angaben zu enthalten.

Die Vorstände, persönlich haftenden Gesellschafter, Repräsentanten, Geschäftsführer oder Liquidatoren der pflichtigen Gesellschaften (§ 13), bei ausländischen Gesellschaften (§ 20) die Vorsteher der inländischen Niederlassungen sowie die Vertreter der vom Bundesrate für pflichtig erklärten juristischen Personen (§ 23) sind verpflichtet, der Steuerbehörde eine Kriegssteuererklärung einzureichen, welche nach näherer Bestimmung des Bundesrats die für die Feststellung des abgabepflichtigen Mehrgewinns erforderlichen Angaben zu enthalten hat.

§ 27. Die Veranlagung der Abgabe erfolgt bei Einzelpersonen gleichzeitig mit der Veranlagung der Besitzsteuer, soweit nicht im Falle des § 12 eine frühere Veranlagung möglich ist.

§ 28. Die Kriegsabgabe der Gesellschaften (§§ 13, 20) und anderer juristischer Personen (§ 23) wird nach dem Gesamtergebnisse der beiden ersten Kriegsgeschäftsjahre vorläufig und nach dem Gesamtergebnis aller Kriegsgeschäftsjahre endgültig festgesetzt.

Nach Entrichtung der vorläufig festgesetzten Abgabe steht dem Pflichtigen über den zur Zahlung nicht verwendeten Teil der nach den Vorschriften des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 gebildeten Sonderrücklage die freie Verfügung zu.

§ 29. Der Betrag der geschuldeten Abgabe wird dem Steuerpflichtigen von der Veranlagungsbehörde durch einen Bescheid mitgeteilt. Der Bescheid enthält eine Belehrung über die zulässigen Rechtsmittel und eine Anweisung zur Entrichtung der Abgabe innerhalb der gesetzlichen Zahlungsfrist.

Dem Steuerpflichtigen sind die Berechnungsgrundlagen der angeforderten Abgabe mitzuteilen und die Punkte zu bezeichnen, in welchen von der Steuererklärung abgewichen worden ist.

Enthält der Bescheid nur eine vorläufige Festsetzung der Abgabe, so ist in ihm auf die spätere endgültige Festsetzung hinzuweisen.

§ 30. Gegen den endgültigen Bescheid sind die gleichen Rechtsmittel zulässig wie gegen den Besitzsteuerbescheid; der Beurteilung der Rechtsmittelbehörden unterliegt auch der vorläufige Bescheid.

§ 31. Die Kriegsabgabe der Einzelpersonen ist zu einem Drittel binnen drei Monaten nach Zustellung des Bescheids zu entrichten. Das zweite Drittel ist bis zum 1. November 1917, das letzte Drittel bis zum 1. März 1918 zu entrichten.

Die vorläufig festgesetzte Kriegsabgabe der Gesellschaften und anderer juristischer Personen ist binnen drei Monaten nach Zustellung des vorläufigen Bescheids, der Rest der Abgabe binnen drei Monaten nach Zustellung des endgültigen Bescheids zu entrichten. Ist die endgültig festgesetzte Abgabe niedriger als die vorläufig festgesetzte (§ 28 Abs. 1), so ist der zuviel erhobene Betrag dem Steuerpflichtigen zu erstatten.

Vom 1. Juli 1917 ab sind die bis dahin noch nicht gezahlten Abgabebeträge mit fünf vom Hundert jährlich zu verzinsen.

Der Steuerpflichtige ist berechtigt, Vorauszahlungen auf die noch nicht veranlagte Abgabe zu leisten. Von dem im voraus gezahlten Betrage sind fünf vom Hundert Jahreszinsen vom Tage der Einzahlung bis zum 1. Juli 1917 oder bis zu dem früheren gesetzlichen Fälligkeitstag auf Verlangen des Steuerpflichtigen zu dessen Gunsten zu berechnen.

Die auf Grund rechtskräftiger Entscheidung zu erstattenden Beträge sind mit fünf vom Hundert für das Jahr zu verzinsen.

§ 32. Bei Entrichtung der Abgabe werden die fünfprozentigen Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihen

des Deutschen Reichs zum Nennbetrag und die viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen dieser Kriegsanleihen zu einem vom Reichskanzler festzusetzenden und bekanntzumachenden Kurse an Zahlungs Statt angenommen.

§ 33. Wer als Abgabepflichtiger oder als Vertreter eines Abgabepflichtigen wissentlich der Steuerbehörde unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die geeignet sind, eine Verkürzung der Abgabe herbeizuführen, wird mit einer Geldstrafe bis zum fünffachen Betrage der gefährdeten Abgabe bestraft.

§ 34. In den Fällen des § 33 kann neben der Geldstrafe auf Gefängnis bis zu einem Jahre und neben der Gefängnisstrafe auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden, wenn die unrichtigen oder unvollständigen Angaben in der Absicht, die Abgabe zu hinterziehen, gemacht worden sind, und wenn der Abgabebetrag, der durch die unrichtigen oder unvollständigen Angaben gefährdet worden ist, mindestens fünfhundert Mark ausmacht oder wenn der Abgabepflichtige oder der Vertreter des Abgabepflichtigen Vermögen vom Inland ins Ausland verbracht hat in der Absicht, dieses Vermögen der Steuerbehörde zu verheimlichen.

Bei einer Steuergefährdung der im Abs. 1 bezeichneten Art kann im Urteil angeordnet werden, daß die Bestrafung auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekanntzumachen ist.

Besteht der Verdacht, daß eine Steuergefährdung der im Abs. 1 bezeichneten Art vorliegt, so hat die Steuerbehörde die Sache an die zuständige Staatsanwaltschaft abzugeben. Ist der Steuerpflichtige abwesend (§ 318 der Strafprozeßordnung), so kann gegen ihn nach Maßgabe der §§ 320 bis 326 der Strafprozeßordnung verhandelt werden. Findet die Staatsanwaltschaft in einer an sie abgegebenen Sache, daß der Verdacht nicht hinreichend begründet ist, so kann sie die Sache zur weiteren Erledigung im Verwaltungsstrafverfahren an die Verwaltungsbehörde abgeben.

§ 35. Die Vorschriften der §§ 78 bis 83 des Besitzsteuergesetzes finden entsprechende Anwendung.

§ 36. Der Bundesrat kann zur Vermeidung besonderer Härten auf Antrag eines Steuerpflichtigen einzelne außerordentliche Vermögensanfälle von der Abgabe befreien oder eine anderweite Berechnung des Vermögenszuwachses oder Mehrgewinns bewilligen.

Schlußvorschriften.

§ 37. Die Bundesstaaten erhalten für die Veranlagung und Erhebung der Abgabe eine Entschädigung von ½ vom Hundert ihrer Roheinnahme.

§ 38. Die Einnahme aus der Kriegsabgabe ist ausschließlich zur Abminderung der Reichsschuld zu verwenden, soweit sie nicht nach dem Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1916 (Kapitel 17b der Einnahmen des ordentlichen Etats) zum Ausgleich des Ausfalls bei anderen Einnahmekapiteln erforderlich ist.

§ 39. Im § 20 des Besitzsteuergesetzes werden die Worte „mit der Maßgabe, daß Abweichungen . . . zu berücksichtigen sind" gestrichen.

Dem § 20 des Besitzsteuergesetzes wird als Satz 2 hinzugefügt:

„Ist im Wege des aus Billigkeitsrücksichten gewährten gänzlichen oder teilweisen Erlasses des rechtskräftig veranlagten Wehrbeitrags das Vermögen anderweit ermittelt, so ist das anderweit ermittelte Vermögen maßgebend."

Dem § 21 Abs. 1 des Besitzsteuergesetzes wird als Satz 2 hinzugefügt:

„§ 20 Satz 2 gilt entsprechend."

Im § 30 Abs. 2 Satz 2 des Besitzsteuergesetzes wird das Wort „Abnutzung" ersetzt durch „Verschlechterung".

Im § 77 Abs. 3 des Besitzsteuergesetzes wird hinter Satz 1 folgender Satz eingeschaltet:

„Ist der Steuerpflichtige abwesend (§ 318 der Strafprozeßordnung), so kann gegen ihn nach Maßgabe der §§ 320 bis 326 der Strafprozeßordnung verhandelt werden."

In dem folgenden Satze werden die Worte „dieser Verdacht" ersetzt durch die Worte „der Verdacht".

§ 40. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erläßt der Bundesrat. Urkundlich usw.

A. Begründung.

I. Allgemeines.

Das gewaltigste Völkerringen, das die Weltgeschichte jemals gesehen, ist nicht nur in weit höherem Maße als frühere Kriege eine schwere Belastungsprobe der ganzen Volkswirtschaft, es hat auch eine tiefgreifende Umwälzung und Umschichtung in der Vermögensverteilung zur unvermeidbaren Folge. Während selbst festgegründeter und alter Wohlstand vielfach jäh zusammenstürzt oder doch erhebliche Einbuße erleidet, sind andere Volkskreise imstande, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, zum Teil sogar große Vermögen neu zu erwerben. Wenn man damit zusammenhält die Tatsache, daß die Vergrößerung bestehender und die Bildung neuer Vermögen Hand in Hand geht mit einer Erschwerung der Lebenshaltung für den größten Teil des deutschen Volkes, so erscheint die Sonderbesteuerung der Personen und Unternehmungen, die aus der während der Kriegszeit sich vollziehenden großen Wertverschiebung mit einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage hervorgehen, als eine unabweisbare Forderung des sozialen Gewissens, das zu doppelter Empfindlichkeit geschärft werden mußte in einer Zeit, die so ungeheure Opfer an Gut und Blut erheischt und von Millionen der Volksgenossen die höchste persönliche Hingabe an das Vaterland fordert.

Das Verlangen nach einer ausgiebigen Besteuerung der „Kriegsgewinne" ist bald nach Ausbruch des Krieges in der Öffentlichkeit erhoben worden. Den ersten Anlaß zu dieser Forderung gaben zunächst die in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen hohen Gewinne einzelner Lieferanten für Heeres- und Marinebedarf. Eine Besteuerung der Kriegsgewinne im engeren Sinne scheitert indes an der Unmöglichkeit einer Abgrenzung des Begriffs Kriegsgewinn. Der Kreis der Personen und Unternehmungen, denen die Kriegsverhältnisse einen erhöhten Gewinn ermöglicht oder zugeführt haben, ist keineswegs auf die Lieferanten von Gegenständen des Kriegsbedarfs beschränkt, er erstreckt sich vielmehr auf alle Personen und Betriebe, die aus den durch den Krieg herbeigeführten oder beeinflußten besonderen Verhältnissen der volkswirtschaftlichen Gütererzeugung und des Güterumsatzes unmittelbar oder mittelbar Nutzen zu ziehen in der Lage waren. Es ist nun aber im Einzelfalle schlechterdings unausführbar, Gewinne daraufhin zu untersuchen, ob und inwieweit sie unter gewöhnlichen Friedensverhältnissen zu erzielen gewesen wären, und zum Zwecke der Besteuerung den Teil des erzielten Gewinns auszuscheiden, der auf der Kriegskonjunktur im weitesten Sinne beruht. Aus Gründen der steuerlichen Gerechtigkeit wie im Interesse der finanziellen Ergiebigkeit der Steuer ist es geboten, die Besteuerung nicht auf bestimmte Erwerbsvorgänge zu beschränken, bei denen der Zusammenhang mit der Kriegskonjunktur ohne weiteres festzustellen ist.

Die hiernach gebotene Allgemeinheit der Besteuerung muß bestimmend sein für die Art ihrer Verwirklichung. Kriegsgewinne können auch ohne jede eigene Tätigkeit, durch den bloßen Besitz gewisser Vermögensgegenstände, z. B. inländischer oder ausländischer Industriepapiere, erzielt werden. An solchen Gewinnen kann der Gesetzgeber nicht vorbeigehen, wenn die Gewinne von Unternehmern in Industrie und Landwirtschaft, die volkswirtschaftlich verdienstvolle Arbeit und recht eigentlich Kriegshilfe geleistet haben, besteuert werden sollen.

Zu der Forderung der Allgemeinheit der Gewinnbesteuerung tritt als Gebot

der Billigkeit, daß auch etwaige Verluste des Steuerpflichtigen ausgleichende Berücksichtigung finden.

Eine Besteuerung der Kriegsgewinne, die den erwähnten Anforderungen Rechnung tragen will, muß notwendigerweise an die Entwicklung des Vermögens oder Einkommens während der Kriegsjahre anknüpfen. Eine Anlehnung an bestehende Steuern ist deshalb geboten, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen vor dem Kriege zum Vergleiche heranzuziehen sind, und aus diesem Grunde die Veranlagung der Kriegsgewinnsteuer auf früheren Steuerveranlagungen aufbauen muß.

Die Besteuerung der Kriegsgewinne in der Form der Vermögensbesteuerung führt zur Vermögenszuwachssteuer, die Besteuerung der Kriegsgewinne in der Form der Einkommensbesteuerung weist auf eine Sonderbesteuerung der Einkommensvermehrung (Steuer auf das Mehreinkommen). In beiden Formen der Besteuerung können die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen, die in seiner Vermögenslage oder in seinen Einkommensbezügen in die Erscheinung treten, in der denkbar höchsten Vollkommenheit berücksichtigt werden, in der Weise, daß die Steuer nur diejenigen, aber auch alle diejenigen erfaßt, die während des Krieges und trotz des Krieges in der Lage gewesen sind, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich zu verbessern. Eine solche Steuer entspricht durchaus den Anforderungen, die vom Standpunkt einer gesunden und gerechten Steuerpolitik an sie zu stellen sind. Sie ist eine Steuer, aufgebaut auf dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit, nur berücksichtigt sie nicht die Leistungsfähigkeit schlechthin, sondern die während und trotz des Krieges gesteigerte Leistungsfähigkeit.

Die Kriegsgewinnbesteuerung soll dem Reiche nutzbar gemacht werden. Der Anspruch des Reichs auf diese Einnahmequelle ist wohl allgemein anerkannt.

Soll das Reich der Träger des Steueranspruchs sein, so entscheidet sich damit praktisch auch die Frage nach der Art der Durchführung der Kriegsgewinnbesteuerung. Durch das WehrbeitragG. und das BesitzsteuerG. (VermögenszuwachssteuerG.) sind die Wege gewiesen. Die Steuer wird zweckmäßigerweise für die Einzelpersonen als eine besondere Abgabe auf den Vermögenszuwachs auszugestalten sein. Für die Besteuerung der Gesellschaften hat das Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne v. 24. Dez. 1915 (RGBl. 837) die Grundlagen geschaffen.

A. Steuerpflicht der Einzelpersonen.

Für die Einzelpersonen stellt sich die Kriegsgewinnsteuer dar als eine besondere Abgabe auf den in der Zeit v. 1. Jan. 1914 bis zum 31. Dez. 1916 entstandenen Vermögenszuwachs (Kriegsvermögenszuwachssteuer).

a) Gegenstand der Abgabe ist grundsätzlich der nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes festgestellte Vermögenszuwachs.

Von diesem Vermögenszuwachs ist jedoch abzuziehen das Vermögen, das durch Erbanfall oder durch einen sonstigen Erwerb von Todes wegen von einem Verstorbenen an dessen Erben oder andere Berechtigte übergegangen ist, es sei denn, daß es sich um Vermögen handelt, mit dem der Verstorbene selbst kriegsgewinnsteuerpflichtig gewesen wäre, wenn er auf den Zeitpunkt seines Todes zu der Abgabe zu veranlagen gewesen sein würde (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 des Entw.). Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, daß für die Besteuerung der Erbschaften andere Erwägungen maßgebend sind und sein müssen als für die Besteuerung der Kriegsgewinne.

Den Erbanfällen stellt der Entw. gleich Kapitalsauszahlungen aus einer Versicherung (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 des Entw.), Schenkungen und sonstige Vermögensübergaben unter Lebenden (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 des Entw.) und das nur steuerlich, nicht wirtschaftlich als Vermögenszuwachs in Erscheinung tretende Vermögen, das aus der Umwandlung

nichtsteuerbaren Vermögens in steuerbares Vermögen herrührt (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 des Entw.).

Allerdings können noch andere außerordentliche Vermögensanfälle vorkommen, deren Einbeziehung unter die Kriegsgewinnsteuer ebenso wie bei den im § 3 des Entw. ausgeführten Erwerbsfällen eine nicht gerechtfertigte Härte bedeutet. Die Verhältnisse werden im Einzelfall aber sehr verschieden liegen, so daß sie sich der gesetzlichen Regelung im einzelnen entziehen. Auch wird die Beurteilung des Einzelfalls oft schwierig sein. Im Interesse einer einheitlichen, gleichmäßigen und gerechten Veranlagung zu der Kriegsgewinnsteuer, die in ihren Sätzen weit über das gewöhnliche Ausmaß anderer öffentlicher Abgaben hinausgeht, wird einer einzigen zentralen Stelle die Befugnis zu erteilen sein, andere außerordentliche Vermögensanfälle von der besonderen Abgabe zu befreien. Der § 41 des Entw. sieht daher eine solche Ermächtigung des Bundesrats vor.

Der Absetzung des durch eine Schenkung oder eine sonstige Vermögensübergabe erworbenen Vermögens von dem Vermögen des Bedachten entspricht die im § 4 des Entw. angeordnete Zurechnung dieses Vermögens zum Vermögen des Zuwendenden. Diese Regelung erweist sich als notwendig, um etwaigen Versuchen entgegenzutreten, durch Vermögensübertragungen an Kinder oder andere dem Steuerpflichtigen nahestehende Personen die Steuer ganz oder teilweise zu ersparen.

Die gleichen Erwägungen liegen der Vorschrift des § 5 des Entw. zugrunde. Ohne eine solche Vorschrift wäre zu befürchten, daß durch den Erwerb von Gegenständen, die nach dem BesitzsteuerG. nicht zum steuerbaren Vermögen gehören, erhebliche Vermögensbeträge der Kriegsgewinnbesteuerung entzogen würden. § 6 des Entw. enthält sodann noch eine Sondervorschrift für die Vermögensbewertung. Damit sind die Abweichungen von den Vorschriften des BesitzsteuerG. über die Feststellung des Vermögenszuwachses erschöpft.

Es ist danach mit voller Absicht das Erfordernis preisgegeben, daß der abgabepflichtige Vermögenszuwachs mit dem Kriege und der durch ihn geschaffenen günstigen Konjunktur in einem ursächlichen Zusammenhange stehen müsse. Es genügt, daß der Vermögenszuwachs trotz des Krieges innerhalb des Veranlagungszeitraums (§ 1 des Entw., § 18 des BesitzsteuerG.) entstanden ist. Auf diese Weise werden nicht nur die Gewinne aus unmittelbaren und mittelbaren Kriegslieferungen sowie die mit einer sonstigen, durch den Krieg geschaffenen günstigen Konjunktur zusammenhängenden Gewinne getroffen, sondern es wird auch darüber hinaus die Forderung verwirklicht, daß jeder, der in dieser die Vermögensverhältnisse des weitaus größten Teiles des deutschen Volkes beeinträchtigenden Kriegszeit in der Lage ist, sein Vermögen zu vermehren, einen ansehnlichen Teil dieses Zuwachses dem Vaterlande zu opfern verpflichtet ist. (Vgl. Begr. zum Entw. eines Ges. über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne RTDrucks. 14/15 Nr. 149 S. 5.)

b) Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse des Steuerpflichtigen. Eine Vermögenszuwachssteuer steht in einem engeren Zusammenhange mit der Einkbesteuerung als die Vermögenssteuer, da ein Hauptteil des Vermögenszuwachses aus nichtverbrauchtem Eink. besteht. Da der durch Erbanfall und ähnliche Erwerbsfälle entstandene Vermögenszuwachs ausscheidet, und da ferner eine Wertsteigerung von Vermögensgegenständen selbst infolge des Krieges nur in Ausnahmefällen stattfinden wird, so wird der der Kriegsgewinnsteuer unterliegende Vermögenszuwachs in der Hauptsache nur nichtverbrauchtes Eink. sein. Gleichwohl erweist sich eine weitere Berücksichtigung der Einkverhältnisse eines Steuerpflichtigen für eine feinere und gerechtere Ausgestaltung der Steuer als notwendig.

Demjenigen, der bei gleichgebliebenem, vielleicht sogar bei vermindertem Eink. durch Sparsamkeit sein Vermögen vermehrt hat, wird zwar eine in mäßigen Grenzen sich haltende besondere Abgabe wohl zugemutet werden können, eben weil er trotz der Kriegszeit doch noch in der Lage war, sein Vermögen zu vermehren. Aber man wird nicht bestreiten können, daß demjenigen ein größeres Opfer zugunsten der Allgemeinheit

angesonnen werden darf, der ein Vermögen neu erwerben oder ein vorhandenes vermehren konnte, weil seine Verdienstmöglichkeiten während der Kriegszeit bessere geworden sind, sein Eink. sich vergrößert hat. Die Berechtigung dieses Gesichtspunkts kommt auch in der Tatsache zum Ausdruck, daß die bisher in anderen Staaten getroffenen oder eingeleiteten Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne durchweg in erster Linie von der Einksteigerung während der Kriegszeit ausgehen. In Würdigung der besonderen Bedeutung, welche neben der Gestaltung des Vermögens der Entwicklung des Eink. während der Kriegszeit zukommt, ist bereits in der Begründung zum Entw. eines Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne für die endgültige Steuervorlage in Aussicht gestellt worden, daß auch die Veränderungen in den Einkverhältnissen des Steuerpflichtigen während des Krieges in der Weise berücksichtigt werden sollen, daß der Teil des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses, dem ein bestimmtes Mehreink. gegenübersteht, mit einem erhöhten Abgabensatze belegt wird.

Demzufolge setzt der Entw. im § 9 zunächst einen nach der Höhe des Vermögenszuwachses im Wege der Durchstaffelung abgestuften Steuersatz für den abgabepflichtigen Vermögenszuwachs schlechthin fest und sieht im § 10 die Erhebung des doppelten Satzes für den Vermögenszuwachs in Höhe des Mehreink. vor. Als Mehreink. gilt nach § 11 des Entw. der Unterschied zwischen dem gemäß §§ 12 bis 14, § 18, § 19 Abs. 2 zu berechnenden Friedenseink. und dem gemäß §§ 15 bis 18, 19 Abs. 1 festgestellten Kriegseink. Gegenstand der Steuer bleibt zwar nach wie vor der Vermögenszuwachs, so daß das Mehreink. nicht berücksichtigt wird, wenn und soweit ein Vermögenszuwachs nicht vorhanden ist. Wenn und soweit aber der Vermögenszuwachs auf einer Erhöhung des Eink. beruht, wird dieser letzteren, für die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen während und unter Einwirkung des Krieges erheblichen Tatsache ein weitgehender Einfluß auf die Höhe des Steuersatzes eingeräumt.

Dieses kombinierte System hat gegenüber einer eigentlichen und alleinigen Steuer auf das Mehreink. allerdings den Nachteil, daß das verbrauchte Mehreink. freibleibt. Dieser Mangel wird aber durch mehrfache Vorzüge, welche die im Entw. vorgesehene Regelung hat, aufgewogen. Eine ausschließliche Besteuerung des Mehreink. an Stelle der Besteuerung des Vermögenszuwachses müßte sich ebenfalls auf die landesrechtlichen Einksteuerveranlagungen stützen. Die Abweichungen der einzelstaatlichen Einksteuergesetze fallen bei der gewählten Regelung nicht so sehr ins Gewicht, da beim Vorhandensein eines Vermögenszuwachses wenigstens die einfachen Sätze erhoben werden, während bei der bloßen Besteuerung des Mehreink. infolge jener Abweichungen bei gleichen Verhältnissen in einem Bundesstaat eine Steuerpflicht, in einem anderen Bundesstaate völlige Steuerfreiheit sich ergeben könnte. Die Berücksichtigung des Mehreink. kann sodann auf höhere Eink. beschränkt bleiben, während bei einer alleinigen Besteuerung des Mehreink. auch schon kleinere Eink. mitherangezogen werden müßten. Die Regelung des Entw. nimmt Rücksicht auf die Verteuerung der Lebenshaltung während der Kriegszeit, da das nur den Bedarf deckende Eink. nicht zur Vermögensbildung führt; eine bloße Besteuerung des Mehreink. könnte nicht in gleicher Weise auf den erhöhten Lebensbedarf Rücksicht nehmen. Bei der alleinigen Besteuerung des Mehreink. würde der Steuerpflichtige härter getroffen werden, der zufällig vor dem Kriege vorübergehend geringere Einnahmen gehabt hat als derjenige, bei dem vielleicht ebenfalls rein zufällig besonders günstige Verhältnisse vorlagen. Der Vermehrung des Eink. können ferner Verluste an Vermögen gegenüberstehen, die den Vorteil der Einksteigerung mehr als ausgleichen, so daß die Anknüpfung der Kriegsgewinnsteuer an die bloße Tatsache der Einksteigerung Steuerpflichtige schwer belasten könnte, deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in der Endwirkung nicht erhöht, sondern verringert worden ist. Durch die vorgeschlagene Regelung werden derartige unvermeidbare Härten zu einem großen Teil ausgeglichen. Die Forderung der Allgemeinheit der Steuer ist endlich bei der Besteuerung der Kriegsgewinne in der Form der Vermögenszuwachssteuer besser

gewahrt als bei der Besteuerung der Kriegsgewinne lediglich in der Form der Steuer auf das Mehreink.

c) Der Entw. sieht eine Abstufung der Steuersätze nach der Höhe des Vermögenszuwachses sowie nach Vorhandensein und Höhe eines Mehreink. vor. Eine weitere unterschiedliche Behandlung nach der Herkunft des Vermögenszuwachses, eine qualitative Staffelung in der Weise, daß übermäßig hohe Gewinne, oder mühelos und ohne größeres Risiko erzielte Gewinne entsprechend schärfer zur Steuer herangezogen würden, scheitert an der Unmöglichkeit, objektive Merkmale zu finden, nach denen eine solche Unterscheidung gerecht und ohne unerträgliche Härten durchgeführt werden könnte. Ein Urteil über die sittliche Berechtigung erzielter Gewinne abzugeben, ist die Steuerbehörde weder berufen noch in der Lage. Die Kriegsgewinnsteuer findet ihre Berechtigung in der besonderen Leistungsfähigkeit der von ihr erfaßten Personen. Ein irgendwie gearteter Strafcharakter muß ihr auch in der Ausgestaltung im einzelnen durchaus ferngehalten werden. Soll eine unberechtigte und sittlich verwerfliche Bereicherung als solche getroffen werden, so könnte es sich nicht um eine finanz- und steuerpolitische, sondern nur um eine rechtspolizeiliche Maßnahme handeln.

B. Besteuerung der Gesellschaften.

Die Kriegsgewinnbesteuerung der Gesellschaften ist vorbereitet und in ihren Richtlinien bestimmt durch das Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne v. 24. Dez. 1915. Daß sie nicht ohne weiteres an den Vermögenszuwachs anknüpfen kann, ist in der Begründung zu diesem Ges. näher erörtert.

Gegenstand der Kriegsgewinnsteuer der Gesellschaften ist nach dem vorliegenden Entw. der in den Kriegsgeschäftsjahren (§ 2 des Ges. v. 24. Dez. 1915) erzielte Mehrgewinn (§ 4 a. a. O.). Gegenstand der Abgabe (Mehrgewinnsteuer) ist nicht die nach den Vorschriften des Ges. v. 24. Dez. 1915 gebildete Sonderrücklage, jedoch ist die Höhe der gesetzlichen Sonderrücklage insofern von Bedeutung, als die zu entrichtende Steuer den Betrag der Sonderrücklage nicht übersteigen soll (§ 27 des Entw.). Bei der gleichzeitigen Besteuerung der Gesellschaften und der Einzelpersonen wird eine Doppelbesteuerung im wirtschaftlichen Sinne nicht vermieden. Vermieden wird sie nur insoweit, als die Gewinne der Gesellschaften sich verflüchtigen und in der Hand des Gesellschafters zu keinem abgabepflichtigen Vermögenszuwachse führen. Gemildert wird die Doppelbesteuerung ferner dadurch, daß die Mehrgewinne der Gesellschaften nicht immer auch ein Mehreink. des Gesellschafters zur Folge haben, ferner auch dadurch, daß die Kriegsgewinnbesteuerung der Gesellschaften sich unter Umständen in einem niedrigeren Kurse der Aktien usw. ausdrückt. Immerhin wird die tatsächlich vorhandene Doppelbesteuerung im wirtschaftlichen Sinne bei der Festsetzung der Steuersätze für die Einzelpersonen sowohl wie für die Gesellschaften nicht unbeachtet bleiben dürfen. Bei G. m. b. H. fällt die Doppelbesteuerung besonders schwer ins Gewicht, da die Stellung der an einer G. m. b. H. beteiligten Personen sich vielfach wirtschaftlich nicht wesentlich unterscheidet von der Stellung eines Einzelunternehmers oder von Mitunternehmern. Deshalb ist im § 17 des Entw. auf die besonderen Verhältnisse der G. m. b. H. in der Weise eine weitergehende Rücksicht genommen, daß der Gesellschafter seine Mehreinnahme aus dem Geschäftsanteil von dem Kriegseink. (§ 15 des Entw.) absetzen kann, so daß er zwar seinen Vermögenszuwachs unter allen Umständen versteuern muß, aber nur mit den einfachen Sätzen des § 9 und nicht mit den doppelten Sätzen des § 10. Eine völlige Beseitigung jeder Doppelbesteuerung ist auch bei G. m. b. H. nicht tunlich, da die Gesellschaftsbesteuerung auf einer ganz anderen Grundlage aufgebaut ist, als die Besteuerung der Einzelpersonen.

II. Im einzelnen.

Zu § 1 des Entw.[1]) § 1 des Entw. regelt zunächst die persönliche Steuerpflicht, indem er alle der Besitzsteuer unterliegenden Personen auch der Kriegsgewinnsteuerpflicht unterwirft. Diese Regelung legt sich schon aus dem Grunde nahe, weil die Kriegsgewinnbesteuerung der Einzelpersonen auf dem BesitzsteuerG. aufgebaut ist. Hinsichtlich der Ausländer ist der Kreis der pflichtigen Personen im BesitzsteuerG. weitergezogen als im WehrbeitragG. Zu den „Lasten, welche zu Kriegszwecken oder infolge anderer außergewöhnlicher Umstände auferlegt werden" im Sinne der in zahlreichen Handelsverträgen des Deutschen Reichs enthaltenen Bestimmungen gehört die Kriegsgewinnsteuer nicht. (Vgl. Amtliche Mitteilungen über die Zuwachssteuer usw. 1914 S. 199.) Es wird genügen, hier darauf hinzuweisen, daß eine ähnliche Abgabe auch in neutralen Staaten, z. B. Dänemark, Schweden und Norwegen erhoben wird.

Die besondere Abgabe (Kriegsvermögenszuwachssteuer) ist neben der Besitzsteuer zu entrichten. Die Besitzsteuer bleibt also neben der Kriegsgewinnsteuer bestehen. Der besitzsteuerpflichtige Vermögenszuwachs ist auf alle Fälle festzustellen, denn er bildet nach § 2 des Entw. die Grundlage für die Berechnung desjenigen Vermögenszuwachses, von dem die besondere Abgabe (Kriegsvermögenszuwachssteuer) erhoben wird. Der Besitzsteuer unterliegen demnach insbesondere auch die im § 3 des Entw. aufgeführten Vermögenszuwachsbeträge, die der Kriegsgewinnsteuer nicht unterliegen. Bei den verhältnismäßig niedrigen Sätzen der Besitzsteuer erscheint es nicht geboten und im Interesse der Vereinfachung des Veranlagungsgeschäfts ist es unerwünscht, den der besonderen Abgabe unterliegenden Teil des Vermögenszuwachses für die Besitzbesteuerung auszuschalten.

Zu § 2 des Entw. (unverändert; nur hieß es statt §§ 3 bis 7: §§ 3 bis 6). Nach § 2 des Entw. hat die Ermittlung des der besonderen Abgabe unterliegenden Vermögenszuwachses von dem nach den Vorschriften des BesitzsteuerG. festgestellten Vermögenszuwachs auszugehen. Hieraus ergibt sich ohne weiteres die Berücksichtigung etwaiger Vermögensverluste sowie die Möglichkeit des Ausgleichs von Härten durch die Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Kriegszeit. Nach § 29 des BesitzsteuerG. ist bei der Feststellung des Vermögens der gemeine Wert (Verkaufswert) seiner einzelnen Bestandteile zugrunde zu legen, sofern das Gesetz nichts anderes vorschreibt. Bei der Ermittlung des gemeinen Wertes, den ein Vermögensteil am Ende des Veranlagungszeitraums hat, sind die durch den Krieg herbeigeführten besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse wie die gesamte Marktlage gebührend zu berücksichtigen. Insbesondere ist bei der Bewertung des gewerblichen Betriebsvermögens den Einwirkungen der Kriegszeit sowie den mit der Überführung in die Friedenswirtschaft zusammenhängenden Veränderungen der Rentabilität des Unternehmens Rechnung zu tragen. Das gleiche gilt auch für landwirtschaftliche Betriebe und bei der Schätzung des gemeinen Wertes von Grundstücken. Nach § 30 des BesitzsteuerG. tritt bei Grundstücken auf Antrag des Steuerpflichtigen an die Stelle des gemeinen Wertes der Betrag der Gestehungskosten. Nach § 33 des BesitzsteuerG. gilt für Grundstücke, die der Steuerpflichtige bereits an dem für die Veranlagung des Wehrbeitrags maßgebenden Stichtag besessen hat, der bei der Veranlagung des Wehrbeitrags festgestellte Wert, also unter Umständen der Ertragswert am 31. Dez. 1913 als Betrag der bis dahin entstandenen Gestehungskosten. Von den Gestehungskosten sind nach § 30 Abs. 2 Satz 2 des BesitzsteuerG. die durch Abnutzung entstandenen Wertminderungen abzuziehen. Bei der Anwendung dieser Vorschrift wird den außergewöhnlichen Verhältnissen der Kriegszeit ebenfalls Rechnung zu tragen sein.

Zu § 3 des Entw. Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2[2]). Abzugsfähig ist der Betrag des

[1]) § 1 des Entwurfs lautete: Die in § 11 des Besitzsteuergesetzes v. 3. Juli 1913 (RGBl. S. 524) bezeichneten Personen haben von dem in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1916 entstandenen Vermögenszuwachs (§ 2) zugunsten des Reichs eine besondere Abgabe (Kriegsvermögenszuwachssteuer) zu entrichten.

[2]) Der Eingang des Abs. 1 lautete im Entwurf: „Von dem nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes festgestellten Vermögenszuwachs . . . . ."; sonst unverändert.

Vermögens, das aus dem Nachlaß eines Verstorbenen von Todes wegen erworben ist. Hierunter fällt nicht der Erbschaftskauf (§§ 2371 ff. BGB.). Ein nicht geltend gemachter Anspruch auf den Pflichtteil kommt bei der Feststellung des Vermögens nach dem BesitzsteuerG. nicht in Betracht, ebensowenig daher für die Absetzung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1. Die Anwendbarkeit der Vorschrift in Nr. 1 setzt voraus, daß der Erbfall eingetreten ist. Ein Erwerb im Sinne des § 2 Nr. 1 des ErbschaftssteuerG. oder eine Abfindung für einen Erbverzicht (§§ 2346, 2352 BGB.) fällt unter Abs. 1 Nr. 3, nicht unter die Nr. 1.

Maßgebend ist der Wert des Vermögens zur Zeit des Anfalls. Abzugsfähig ist nur der Betrag, um den der Erbe usw. durch den Erbanfall usw. wirklich bereichert ist, also der um die geschuldete Erbschaftssteuer gekürzte Wert des Erwerbes. Nachlaßgegenstände, die nicht zum steuerbaren Vermögen gehören, bleiben unberücksichtigt, es sei denn, daß die Abzugsfähigkeit nach Abs. 1 Nr. 4 begründet ist.

Die Bedeutung und Tragweite der Vorschrift des Abs. 2 ergibt sich aus folgendem Beispiel:

A ist mit einem Vermögen von 200000 M. zum Wehrbeitrage veranlagt worden. Er stirbt am 1. Juli 1916 und hinterläßt ein steuerbares Vermögen von 500000 M. Er wird von 2 Kindern zu gleichen Teilen beerbt. Eine dritte Person N. ist mit einem Vermächtnisse von 50000 M. bedacht worden. Zur Zeit des Todes war ein abgabepflichtiger Vermögenszuwachs von 300000 M. bei einem Gesamtvermögen von 500000 Mark vorhanden; $^3/_5$ des Nachlaßvermögens sind somit abgabepflichtig. Jeder der beiden Erben darf daher nur $^2/_5$ des ererbten Vermögens, also $\frac{2 \cdot 225000 \text{ M.}}{5} = 90000$ M. abziehen. N. hat nach Abzug von 7200 M. Erschaftssteuer erhalten 42800 M. Hiervon kann er ebenfalls $^2/_5 = 17120$ M. abziehen.

Abs. 1 Nr. 2 (unverändert). Die Kapitalsauszahlung ist zu kürzen um den Betrag, mit dem der Wert der Versicherung in der Vermögensfeststellung für den Anfang des Veranlagungszeitraums angesetzt ist.

Abs. 1 Nr. 3[1]). Unter den Begriff der „ohne entsprechende Gegenleistung aus dem Vermögen eines anderen gemachten Zuwendungen (Vermögensübergaben)" gehören auch Gutsüberlassungen von Eltern an Kinder. Zuwendungen von Gegenständen, die nicht zum steuerbaren Vermögen gehören, fallen weder unter § 3 Abs. 1 Nr. 3 noch unter § 4 des Entw., wohl aber können sie unter den Voraussetzungen des § 5 des Entw. dem Vermögen des Zuwendenden hinzugerechnet werden. Für die Wertermittlung gilt das zu Nr. 1 Gesagte.

Abs. 1 Nr. 4 (unverändert). Durch die Vorschrift des Nr. 4 soll der fiktive Vermögenszuwachs, der aus der bloßen Umwandlung nichtsteuerbaren Vermögens in steuerbares Vermögen herrührt, von der Kriegsvermögenszuwachssteuer befreit werden.

Eine Umwandlung von nichtsteuerbarem Vermögen in steuerbares Vermögen ist auch in der Weise denkbar, daß ein ausländisches Unternehmen oder Teile davon in eine Aktiengesellschaft eingebracht werden, da die den Gegenwert bildenden Aktien zum steuerbaren Kapitalvermögen gehören.

Zu § 4 des Entw.[2]). Vgl. die Begründung zu § 3 Abs. 1 Nr. 3. Der Ausdruck „fortlaufende Zuwendungen" soll kein Gegensatz zu einmaligen Zuwendungen bedeuten, so daß nicht etwa zu prüfen ist, ob solche Zuwendungen in der Vergangenheit regelmäßig gewährt worden sind, oder ob die Weitergewährung in der Zukunft in Aussicht steht. Es sollen nur solche Zuwendungen nicht unter den § 4 Abs. 1 Satz 2 fallen, die wegen ihrer Höhe nicht mehr als laufende Ausgaben des Zuwendenden angesehen werden können.

Der Abgabebetrag, der auf den dem Bedachten zugeflossenen Teil des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses entfällt, ist gemäß § 4 Abs. 2 nach dem auf den Gesamt-

[1]) Die Schlußworte „. . . und nicht ein gesetzlicher Anspruch . . ." fehlten im Entwurf.

[2]) Im Abs. 1 Satz 2 des Entwurfs fehlten die Worte: „Zuwendungen, die auf Grund eines gesetzlichen Anspruchs des Bedachten gemacht worden sind."

zuwachs entfallenden Durchschnittssteuersatze zu berechnen, da die Abgabe zwar nach den einzelnen Staffelbeträgen (§§ 9 und 10) errechnet wird, aber als einheitlicher Betrag den ganzen Vermögenszuwachs trifft.

Zu § 5 des Entw.[1]). Der Vorschrift im § 5 des Entw. steht gegenüber die Vorschrift im § 5 Abs. 1 Nr. 4. Die Hinzurechnung nach § 5 ist von einer laufenden Besteuerung der hier aufgeführten Vermögensgegenstände in der Art einer Vermögenssteuer wohl zu unterscheiden. Hinzuzurechnen ist auch nicht der Wert, den diese Gegenstände am Ende des Veranlagungszeitraums haben, sondern der für ihre Anschaffung aufgewendete Betrag. Kunst-, Schmuck- und Luxusgegenstände sind keine voneinander scharf abgegrenzten Begriffe. Nicht unter § 5 fallen Gebrauchsgegenstände. Die Beurteilung, ob es sich im Einzelfall um einen Kunst-, Schmuck- oder Luxusgegenstand oder um einen Gebrauchsgegenstand handelt, wird zwar Schwierigkeiten bereiten, die Preisgrenze von eintausend Mark wird jedoch die Anwendung der Vorschrift erheblich erleichtern.

Zu § 6 des Entw.[2]). Durch die Vorschrift im § 6 des Entw. soll erreicht werden, daß Grundstücke, insbesondere herrschaftliche Besitzungen, die ein Steuerpflichtiger nach Ausbruch des Krieges vielleicht zu einem hohen Liebhaberpreis erworben hat, auch mit dem Betrag angesetzt werden, den der Steuerpflichtige für den Erwerb aufgewendet hat.

Zu §§ 7 und 8 des Entw.[3]). Es erscheint gerechtfertigt, für die Kriegsgewinnsteuer (Kriegsvermögenszuwachssteuer) die steuerfreie Grenze des Vermögenszuwachses und des Vermögens erheblich niedriger zu setzen als dies im Besitzsteuergesetze (§§ 12 und 13) geschehen ist.

Zu §§ 9 und 10 des Entw.[4]). Vgl. die Ausführungen in dem allgemeinen Teil der Begründung. Die Höhe der Belastung ist aus nachstehender Darstellung zu ersehen.

---

[1]) § 5 des Entwurfs lautete: Dem nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes für den 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögen sind ferner hinzuzurechnen, Beträge, die im Veranlagungszeitraum in ausländischem Grund- oder Betriebsvermögen (§ 5 des Besitzsteuergesetzes) angelegt worden sind, sowie Beträge, die im Veranlagungszeitraume zum Erwerbe von Gegenständen aus edlem Metall, von Edelsteinen oder Perlen sowie von Kunst-, Schmuck- und Luxusgegenständen aufgewendet worden sind, sofern der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand oder für mehrere zusammengehörige Gegenstände eintausend Mark und darüber beträgt.

Außer in den Fällen des § 4 findet die Hinzurechnung nur statt, wenn die im Abs. 1 bezeichneten Gegenstände am Ende des Veranlagungszeitraums noch im Besitze des Steuerpflichtigen sind. Ist die Anlage in ausländischem Grund- oder Betriebsvermögen in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis 1. August 1914 erfolgt, so verringert sich die Hinzurechnung um den Betrag einer nachweislich nach dem 1. August 1914 eingetretenen erheblichen Wertminderung.

Die Vorschrift im Abs. 1 findet keine Anwendung auf den Erwerb von Kunstwerken lebender oder seit dem 1. Januar 1910 verstorbener deutscher Künstler sowie im Deutschen Reiche wohnender Künstler.

[2]) Der Eingang des Satz 2 lautete im Entwurf: „Von den Gestehungskosten sind . . ."

[3]) Diese Paragraphen lauteten:

§ 7. Die Abgabe wird nur erhoben, wenn der nach diesem Gesetze festgestellte Vermögenszuwachs den Betrag von dreitausend Mark übersteigt.

§ 8. Vermögen, die den Gesamtwert von sechstausend Mark nicht übersteigen, unterliegen der Abgabe nicht.

Beträgt das Vermögen am Ende des Veranlagungszeitraums nicht mehr als neuntausend Mark, so unterliegt der nach § 7 abgabepflichtige Vermögenszuwachs nur insoweit der Abgabe, als durch ihn ein Vermögensbetrag von sechstausend Mark überschritten wird.

[4]) Diese Paragraphen lauteten:

§ 9. Die Abgabe beträgt:

für die ersten 20000 Mark des Vermögenszuwachses	5	vom Hundert,
„ „ nächsten angefangenen oder vollen 30000 Mark ...	6	„ „
„ „ „ „ „ „ 50000 „ ...	8	„ „
„ „ „ „ „ „ 100000 „ ...	10	„ „
„ „ „ „ „ „ 300000 „ ...	15	„ „
„ „ „ „ „ „ 500000 „ ...	20	„ „
„ „ weiteren Beträge	25	„ „

§ 10. Hat der Steuerpflichtige ein nach den §§ 11 bis 19 berechnetes Mehreinkommen gehabt, so wird von dem Vermögenszuwachs in Höhe dieses Mehreinkommens das Zweifache der im § 9 bestimmten Sätze erhoben. Unterliegt hiernach der Vermögenszuwachs zum Teil dem einfachen, zum Teil dem zweifachen Abgabensatze, so sind die doppelten Sätze von den höheren Staffelbeträgen zu berechnen.

Höhe des Steuerbetrags bei einem Vermögenszuwachs von			im Falle des § 10 des Gesetzes bei einem Mehreinkommen in Höhe des Betrags in Spalte 1	
ℳ	v. H.	ℳ	v. H.	ℳ
1	2	3	4	5
3 000	5	150	10	300
4 000	5	200	10	400
5 000	5	250	10	500
6 000	5	300	10	600
7 000	5	350	10	700
8 000	5	400	10	800
9 000	5	450	10	900
10 000	5	500	10	1 000
11 000	5	550	10	1 100
12 000	5	600	10	1 200
13 000	5	650	10	1 300
14 000	5	700	10	1 400
15 000	5	750	10	1 500
16 000	5	800	10	1 600
17 000	5	850	10	1 700
18 000	5	900	10	1 800
19 000	5	950	10	1 900
20 000	5	1 000	10	2 000
21 000	5,05	1 060	10,1	2 120
22 000	5,09	1 120	10,18	2 240
23 000	5,13	1 180	10,26	2 360
24 000	5,17	1 240	10,34	2 480
25 000	5,20	1 300	10,40	2 600
30 000	5,33	1 600	10,66	3 200
35 000	5,43	1 900	10,86	3 800
40 000	5,50	2 200	11,0	4 400
45 000	5,55	2 500	11,10	5 000
50 000	5,60	2 800	11,20	5 600
60 000	6,0	3 600	12,0	7 200
70 000	6,86	4 400	12,56	8 800
80 000	6,50	5 200	13,0	10 400
90 000	6,66	6 000	13,52	12 000
100 000	6,80	6 800	13,60	13 600
107 000	7,01	7 500	14,02	15 000
110 000	7,09	7 800	14,18	15 600
120 000	7,33	8 800	14 66	17 600
130 000	7,54	9 800	15,08	19 600
140 000	7,71	10 800	15,42	21 600
150 000	7,87	11 800	15,74	23 600
160 000	8,0	12 800	16,0	25 600
170 000	8,12	13 800	16,24	27 600
180 000	8,22	14 800	16,44	29 600
190 000	8,31	15 800	16,62	31 600
200 000	8,40	16 800	16,80	33 600
205 000	8,56	17 550	17,12	35 100
210 000	8,71	18 300	17,42	36 600
220 000	9,0	19 800	18,0	39 600
240 000	9,50	22 800	19,0	45 600
250 000	9,72	24 300	19,44	48 600
265 000	10,20	26 550	20,40	53 100
300 000	10,60	31 800	21,20	63 600
330 000	11,0	36 300	22,0	72 600

Höhe des Steuerbetrags bei einem Vermögenszuwachs von			im Falle des § 10 des Gesetzes bei einem Mehreinkommen in Höhe des Betrags in Spalte 1	
ℳ	v. H.	ℳ	v. H.	ℳ
1	2	3	4	5
350 000	11,25	39 300	22,46	78 600
380 000	11,53	43 800	23,06	87 600
400 000	11,70	46 800	23,40	93 600
450 000	12,07	54 300	24,14	108 600
500 000	12,36	61 800	24,72	123 600
510 000	12,51	63 800	25,02	127 600
550 000	13,05	71 800	26,10	143 600
590 000	13,53	79 800	27,06	159 600
600 000	13,65	81 800	27 26	163 600
640 000	14,03	89 800	28,06	179 600
650 000	14,12	91 800	28,24	183 600
695 000	14,50	100 800	29,0	201 600
700 000	14,64	101 800	29,08	203 600
750 000	14,90	111 800	29,80	223 600
760 000	15,0	113 800	30,0	227 600
800 000	15,22	121 800	30,44	243 600
850 000	15,50	131 800	31,0	263 600
900 000	15,76	141 800	31,52	283 600
950 000	15,98	151 800	31,96	303 600
1 000 000	16,18	161 800	32, 36	323 600
1 040 000	16,61	171 800	33,02	343 600
1 100 000	16,98	186 800	33,96	373 600
1 175 000	17,50	205 550	35,0	411 100
1 200 000	17,65	211 800	35,30	423 600
1 250 000	18,0	224 300	36,0	448 600
1 300 000	18,21	236 800	36,42	473 600
1 350 000	18,47	249 300	36,94	498 600
1 400 000	18,70	261 800	37,40	523 600
1 480 000	19,01	281 800	38,02	563 600
1 500 000	19,12	286 800	38,24	573 600
1 600 000	19,49	311 800	38,98	623 600
1 700 000	19,81	336 800	39,62	673 600
1 750 000	19,95	349 300	39,90	698 600
1 800 000	20,10	361 800	40,20	723 600
1 900 000	20,36	386 800	40,72	773 600
1 960 000	20,50	401 800	41,0	803 600
2 000 000	20,59	411 800	41,18	823 600
2 200 000	20,99	461 800	41,98	923 600
2 500 000	21,47	536 800	42,94	1 073 600
2 550 000	21,64	549 300	43,08	1 098 600
3 000 000	22,06	661 800	44,12	1 323 600
3 500 000	22,48	786 800	44,96	1 573 600
3 600 000	22,55	811 800	45,10	1 623 600
4 000 000	22,80	911 800	45,60	1 823 600
4 500 000	23,04	1 036 800	46,08	2 073 600
5 000 000	23,24	1 161 800	46,48	2 323 600
6 000 000	23,53	1 411 800	47,06	2 823 600
7 000 000	23,74	1 661 800	47,48	3 323 600
8 000 000	23,89	1 911 800	47,78	3 823 600
9 000 000	24,02	2 161 800	48,01	4 323 600
10 000 000	24,12	2 411 800	48,24	4 823 600

§ 10 Satz 2 des Entw. findet Anwendung in den Fällen, in denen der Vermögenszuwachs höher ist als das Mehreink. Dann bewegen sich die Steuersätze je nach dem Verhältnis des Mehreink. zu dem Vermögenszuwachs zwischen dem Mindestbetrag nach § 9 und dem Höchstbetrage nach § 10 Satz 1. Beträgt z. B. der Vermögenszuwachs 250000 M. und das Mehreinkommen 100000 M., so ergibt sich folgende Berechnung:

Es wird erhoben für:

20000 M.	des Vermögenszuwachses	5 v. H.	=	1000 M.,
30000 „	„ „	6 „	=	1800 „
50000 „	„ „	8 „	=	4000 „
50000 „	„ „	10 „	=	5000 „
150000 M.				
50000 M.	„	2 × 10 „	=	10000 „
50000 „	„	2 × 15 „	=	15000 „
100000 M.			im ganzen	36800 M.
250000 M.				

Zu §§ 11 bis 19 des Entw.[1]). Als Mehreink. gilt nach § 11 des Entw. der Unterschied zwischen dem Friedenseink. (§§ 12 bis 14, § 18, § 19 Abs. 2 des Entw.) und dem Kriegseink. (§§ 15 bis 18, § 19 Abs. 1 des Entw.).

---

[1]) Diese Paragraphen lauteten:

§ 11. Als Mehreinkommen (§ 10) gilt der Unterschied zwischen dem gemäß §§ 12 bis 14, § 18, § 19 Abs. 2 zu berechnenden Friedenseinkommen und dem gemäß §§ 15 bis 18, § 19 Abs. 1 festgestellten Kriegseinkommen.

Der Unterschiedsbetrag wird auf volle Tausende nach unten abgerundet.

Unterschiedsbeträge von dreitausend Mark und darunter gelten nicht als Mehreinkommen im Sinne des § 10.

§ 12. Das Friedenseinkommen berechnet sich nach einem der Zahl der späteren Jahresveranlagungen (§ 15) entsprechenden Vielfachen des Jahreseinkommens vor dem Kriege.

§ 13. Als Jahreseinkommen vor dem Kriege (§ 12) gilt das steuerpflichtige Jahreseinkommen, mit dem der Abgabepflichtige bei der letzten allgemeinen landesgesetzlichen Jahresveranlagung auf Grund der Einkommensverhältnisse, wie sie vor Ausbruch des Krieges bestanden, zur Einkommensteuer veranlagt worden ist.

Welche Einkommensteuerveranlagung nach Abs. 1 maßgebend ist, bestimmt die oberste Landesfinanzbehörde im Einverständnisse mit dem Reichskanzler.

Wenn eine rechtskräftige Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens nicht stattfindet, so gilt als festgestellt das niedrigste Einkommen der Steuerstufe, in welcher der Steuerpflichtige zur Einkommensteuer endgültig veranlagt ist.

Eine im Rechtsmittelverfahren durch Neu- oder Nachveranlagung oder im Verwaltungswege herbeigeführte Berichtigung der maßgebenden landesgesetzlichen Jahresveranlagung ist zu berücksichtigen.

§ 14. Als Jahreseinkommen vor dem Kriege wird ein Betrag von zehntausend Mark angenommen, wenn das veranlagte steuerpflichtige Einkommen (§ 13) niedriger war.

Ein Jahreseinkommen von zehntausend Mark wird ferner angenommen, wenn der Steuerpflichtige bei der nach § 13 maßgebenden Steuerveranlagung zu einer Einkommensteuer nicht veranlagt gewesen ist. Hat jedoch der Steuerpflichtige bei Eintritt der Steuerpflicht nachweislich ein Vermögen besessen, das bei Annahme einer Verzinsung von 5 vom Hundert einen höheren Jahresertrag abwerfen würde, so wird dieser höhere Jahresertrag als Jahreseinkommen angesehen.

Hat der Steuerpflichtige nach dem für die Friedensveranlagung (§ 13) maßgebenden Stichtag Vermögen durch einen der im § 3 Nr. 1 und 2 bezeichneten Anfälle erworben, so kann er verlangen, daß dem in der Friedensveranlagung festgestellten Einkommen ein Betrag hinzugerechnet wird, der einer jährlichen Verzinsung von 5 vom Hundert dieses Vermögens entspricht. Die Hinzurechnung erfolgt für soviel Jahre, als Kriegsveranlagungen (§ 15) vorliegen, in denen die Erträge dieses Vermögens berücksichtigt sind.

§ 15. Als Kriegseinkommen gilt die Summe der Jahreseinkommen, mit denen der Steuerpflichtige nach der letzten Friedensveranlagung (§ 13) bei drei zusammenhängenden Jahresveranlagungen zur Landeseinkommensteuer veranlagt worden ist oder veranlagt wird.

Welche Einkommensteuerveranlagungen nach Abs. 1 maßgebend sind, bestimmt die oberste Landesfinanzbehörde im Einverständnisse mit dem Reichskanzler. Diese oder die von ihr bezeichnete Behörde kann anordnen, daß der Feststellung des Kriegseinkommens andere Jahresveranlagungen oder das Mehrfache einer Jahresveranlagung zugrunde gelegt werden, wenn hierdurch die Einkommensverhältnisse eines Steuerpflichtigen während der Kriegszeit zutreffender berücksichtigt werden.

Maßgebend soll stets die landesrechtliche Einksteuerveranlagung sein. Dieser Grundsatz wird, abgesehen von den Vorschriften der §§ 14 und 18 des Entw., die die landesrechtliche Einksteuerveranlagung an sich unberührt lassen, nur durchbrochen von den Vorschriften der §§ 16 und 17. Die Abstellung auf die landesgesetzlichen Einksteuerveranlagungen ist aus steuertechnischen und grundsätzlichen Erwägungen geboten.

Daß die Einkvermehrung in einem unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenhange mit dem Kriege steht, ist ebensowenig wie beim Vermögenszuwachs erforderlich. Die Berücksichtigung des Mehreink. nach § 10 entfällt auch nicht durch den Nachweis, daß ein solcher Zusammenhang offensichtlich nicht vorliegt. In Fällen, in denen jedoch die Erhebung des doppelten Satzes wegen einer mit dem Kriege in keinem Zusammenhange stehenden, rein zufälligen Einkvermehrung zu einer unbilligen Härte führen würde, kann der Bundesrat gemäß § 41 des Entw. das nach dem Gesetze sich ergebende Mehreink. ganz oder teilweise unberücksichtigt lassen. Vgl. hierzu auch unten die Begr. zu § 15.

Der Berechnung des Mehreink. sollen nach dem Entw. nur Jahresveranlagungen zugrunde gelegt werden (§ 12, § 13 Abs. 1, § 15 Abs. 1). Die im Laufe des Steuerjahrs erfolgenden Zu- und Abgangsstellungen bleiben außer Betracht. Die Berichtigung einer Veranlagung im Rechtsmittelverfahren ist selbstverständlich zu berücksichtigen. Das gleiche wird von einer Berichtigung im Verwaltungswege gelten müssen (zu vergleichen § 45 Abs. 4 der Ausführungsbest. zum WehrbeitragG.), sofern es sich um die Beseitigung von Fehlern der Veranlagung handelt, die bei ordnungsmäßiger Veranlagung selbst hätten vermieden werden müssen.

Das Friedenseinkommen berechnet sich gemäß § 12 des Entw. nach einem der Zahl der späteren Jahresveranlagungen (§ 15) entsprechenden Vielfachen des Jahreseinkommens vor dem Kriege (§§ 13 und 14). Ist der Steuerpflichtige bei allen drei Kriegsveranlagungen (§ 15) zur Einksteuer veranlagt worden, so gilt als Friedenseink. das Dreifache des Jahreseink. vor dem Kriege (§§ 13, 14), ist er erst später steuerpflichtig geworden oder ist die Steuerpflicht später weggefallen und ist er deshalb nur bei zwei Kriegsveranlagungen (§ 15) zur Einksteuer veranlagt worden, so gilt als Friedenseink. das Zweifache des Jahreseink. vor dem Kriege (§§ 13, 14).

---

§ 13 Abs. 3 und 4 finden für die Feststellung des Kriegseinkommens Anwendung.

§ 16. Dem Kriegseinkommen sind hinzuzurechnen alle Erträge aus einer Erwerbstätigkeit, die dem Steuerpflichtigen in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1916 zugeflossen, nach Landesrecht aber dem steuerpflichtigen Einkommen nicht zugezählt worden sind, weil sie nicht aus einer an dem landesrechtlich maßgebenden Zeitpunkt vorhandenen Einkommensquelle herrührten. Ist an die Stelle dieser Erwerbstätigkeit eine andere Einkommensquelle getreten, so findet die Hinzurechnung nur insoweit statt, als die Erträge der weggefallenen Einkommensquelle die der neuen übersteigen.

Bei der Feststellung des Einkommens der Offiziere, Sanitäts- und Veterinäroffiziere sowie der oberen Militärbeamten ist deren Diensteinkommen in Höhe der Friedensbezüge zu berücksichtigen.

§ 17. Von dem Kriegseinkommen ist auf Antrag abzusetzen das Einkommen, das nachweislich als Mehreinnahme aus Geschäftsanteilen einer inländischen Gesellschaft mit beschränkter Haftung herrührt. Als Mehreinnahme gilt der auf den Steuerpflichtigen entfallende anteilige Betrag, der von der Gesellschaft über den Durchschnitt der nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne vom 24. Dezember 1915 in Betracht kommenden Jahre hinaus oder, falls die Gesellschaft noch kein volles Jahr vor den Kriegsgeschäftsjahren bestanden hat, über eine fünfprozentige Dividende hinaus in einem Kriegsgeschäftsjahr als Gewinn verteilt worden ist, soweit dieser anteilige Betrag bei den für die Berechnung des Kriegseinkommens nach § 15 Ab., 1 maßgebenden Jahresveranlagungen mit zur Besteuerung herangezogen wird.

Die Absetzung ist ausgeschlossen, wenn bei Beginn des Veranlagungszeitraums das Stammkapital der Gesellschaft eine Million Mark und darüber betragen hat oder wenn zu irgendeinem Zeitpunkt während des Veranlagungszeitraums mehr als sechs Gesellschafter vorhanden waren.

§ 18. Ist nach § 14 des Besitzsteuergesetzes das Vermögen der Ehegatten zusammenzurechnen, so ist für die Ermittlung des Mehreinkommens das Einkommen der Ehegatten auch dann zusammenzurechnen, wenn sie nach Landesrecht selbständig zur Einkommensteuer veranlagt sind.

§ 19. Wo eine Einkommensteuer noch nicht eingeführt ist, trifft die Landesregierung Bestimmungen über die Ermittlung des Kriegseinkommens.

Als Jahreseinkommen vor dem Kriege gilt im Falle des Abs. 1 das bei der Veranlagung des Wehrbeitrags festgestellte Einkommen, soweit nicht ein anderes Jahreseinkommen gemäß § 14 anzunehmen ist.

Als veranlagt im Sinne des § 14 Abs. 2 und des § 15 Abs. 1 des Entw. gilt auch, wer freizustellen war.

Welche Jahresveranlagungen für die Berechnung des Mehreink. maßgebend sind, hat unter Beachtung der Vorschrift im § 13 Abs. 1 und § 15 Abs. 1 die oberste Landesfinanzbehörde im Einverständnisse mit dem Reichskanzler zu bestimmen (§ 13 Abs. 2, § 15 Abs. 2). Die Vorschrift hat ihren Grund darin, daß die Einksteuerveranlagung in den einzelnen Bundesstaaten zu verschiedenen Zeiten stattfindet und die Ermittlung des Eink. sich auf verschiedene Zeiträume erstreckt. Eine Verschiedenheit findet auch in den einzelnen Bundesstaaten selbst statt. Während z. B. in Preußen die Einksteuerveranlagungen für 1915, 1916, 1917 in der Regel als Kriegsveranlagungen gelten dürfen, kann z. B. bei Gewerbetreibenden, die Handelsbücher führen, die Einksteuerveranlagung für 1915 erst das Einkommen der Jahre 1911, 1912, 1913 berücksichtigen, die Veranlagung für 1916 das Eink. der Jahre 1912, 1913, 1914, die Veranlagung für 1917 das Eink. der Jahre 1913, 1914, 1915 und erst die Veranlagung für 1918 das Eink. der Jahre 1914, 1915, 1916. Wenn daher in Preußen die Veranlagungen für 1915, 1916, 1917 allgemein als Kriegsveranlagungen voraussichtlich bestimmt werden, kann es im Einzelfalle doch geboten sein, bei einem Steuerpflichtigen die Veranlagungen 1916, 1917, und 1918 als Kriegsveranlggungen zugrunde zu legen. Wo ferner nach Landesrecht für die Feststellung des steuerpflichtigen Eink. der Durchschnitt der Erträge mehrerer Jahre maßgebend ist, können die tatsächlichen Einkverhältnisse eines Steuerpflichtigen zutreffender berücksichtigt werden, wenn als Kriegseinkommen nicht die Summe der einzelnen Jahresveranlagungen gilt, sondern das entsprechende Vielfache nur einer Jahresveranlagung, z. B. das Dreifache der Jahresveranlagung 1918, die den Durchschnitt des Eink. der Jahre 1914, 1915 und 1916 enthält. Deshalb ist im § 15 Abs. 2 Satz 2 vorgesehen, daß der Feststellung des Kriegseink. nicht die allgemein bestimmten Kriegsveranlagungen, sondern drei andere Jahresveranlagungen oder das Mehrfache einer Jahresveranlagung zugrunde gelegt werden können. Durch diese Regelung soll nach Möglichkeit eine gleichmäßige Behandlung der Steuerpflichtigen im ganzen Reiche bei Festhaltung an der landesgesetzlichen Veranlagung erreicht werden.

Daß im ganzen drei Jahresveranlagungen als Kriegsveranlagungen berücksichtigt werden (§ 15 Abs. 1), entspricht dem dreijährigen Veranlagungszeitraume für die Feststellung des Vermögenszuwachses.

Zu § 13 Abs. 3 und § 15 Abs. 3 ist zu vergleichen § 31 Abs. 1 Satz 2 des WehrbeitragG. In Bundesstaaten, in denen eine rechtskräftige Feststellung des Eink. stattfindet, ist die Fiktion, daß als festgestellt das niedrigste Eink. der Steuerstufe gelten soll, in welcher der Steuerpflichtige zur Einksteuer endgültig veranlagt ist, entbehrlich.

Der Feststellung des Friedenseink. wird nur eine Jahresveranlagung zugrunde gelegt (§ 13 Abs. 1). Die Zugrundelegung des Durchschnittsergebnisses mehrerer Jahresveranlagungen dürfte zu einem gerechteren Ergebnis nicht führen. Es ist hierbei zu beachten, daß in vielen Fällen bei der landesrechtlichen Jahresveranlagung das Eink. berücksichtigt wird, das der Steuerpflichtige im Durchschnitt mehrerer Jahre gehabt hat. Würde die Zugrundelegung der nach § 13 maßgebenden Jahresveranlagung zu einer besonderen Härte führen, weil ungewöhnliche Verhältnisse vorlagen, so ist Abhilfe gemäß § 41 des Entw. möglich.

Daß nur das Eink., das einen bestimmten Mindestbetrag übersteigt, als Mehreink. berücksichtigt wird, erscheint sachlich gerechtfertigt und hat außerdem eine wesentliche Vereinfachung des Veranlagungsgeschäfts zur Folge. Als Mindestbetrag dürfte der Betrag von zehntausend Mark angemessen sein.

Die Bedeutung des § 14 Abs. 2 und 3 erhellt aus folgenden Beispielen:

1. A ist im Jahre 1914 (maßgebende Friedensveranlagung) mit einem Eink. von 5000 M. veranlagt. Er erbt im Laufe des Jahres 1914 nach dem maßgebenden Stichtag ein elterliches Vermögen von 500000 M. Er ist weiter

veranlagt im Jahre 1915 zu einem Eink. von 40000 M., 1916 zu einem Eink. von 45000 M., 1917 zu einem Eink. von 35000 M.

Friedenseink.: 5000 M. + (5 v. H. von 500000 M. =) 25000 M. 30000 M. × 3 = **90000 M.**;

Kriegseink.: 40000 M. + 45000 M. + 35000 M. = **120000 M.**;

Mehreink.: **30000 M.**

2. B ist Ausländer und erst im Jahre 1915 vom Ausland ins Inland zugezogen, er besitzt bei seiner Niederlassung im Inland ein Vermögen von 300000 M. 1916 wird er veranlagt mit einem Eink. von 40000 M., 1917 mit einem Eink. von 45000 M.

Friedenseink.: 5 v. H. von 300000 M. = 15000 M. × 2 = **30000 M.**;

Kriegseink.: 40000 M. + 45000 M. = **85000 M.**;

Mehreink.: **55000 M.**

3. C ist im Jahre 1914 zu einem Eink. von 5000 M. veranlagt, 1915 zu einem Eink. von 12000 M., 1916 zu einem Eink. von 30000 M., 1917 zu einem Eink. von 32000 M., er hat im Jahre 1915 nach dem für die Veranlagung für 1915 maßgebenden Stichtag ein elterliches Vermögen von 200000 M. geerbt.

Friedenseink.: 1 × 10000 M.,
2 × (5000 M. + [5 v. H. von 200000 M. =] 10000 M. =) 15000 M. = 30000 M., zusammen **40000 M.**;

Kriegseink.: 1915: 12000 M., 1916: 30000 M., 1917: 32000 M., zusammen **74000 M.**;

Mehreink.: **34000 M.**

Die Vorschrift im § 16 Abs. 1 des Entw. bezweckt, alle Erträge aus einer auf Gewinn gerichteten Tätigkeit, die seit Ausbruch des Krieges bis zum 31. Dezember 1916 erzielt sind, bei der landesrechtlichen Einkommensteuerveranlagung aber infolge der sogenannten Quellentheorie nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt worden sind, insbesondere Gelegenheitsgewinne, in das festzustellende Kriegseink. einzubeziehen. Die Vorschrift des § 16 Abs. 2 erschien erforderlich, um einer ungleichmäßigen Behandlung der Offiziere usw. in den einzelnen Bundesstaaten vorzubeugen, da wegen der Vergünstigung des § 46 Abs. 2 des ReichsmilitärG. v. 2. Mai 1874 (RGBl. 58) in einzelnen Bundesstaaten, z. B. in Preußen, für die Dauer der Mobilmachung die auf die Militärbezüge entfallende Einkommensteuer zwar unerhoben bleibt, aber das Diensteinkommen in Höhe der Friedensbezüge mitveranlagt wird, wogegen in anderen Bundesstaaten die Militärbezüge bei Feststellung des Eink. ganz unberücksichtigt bleiben. Wo dies der Fall ist, würden ohne die Vorschrift des Abs. 2 unter Umständen Einkvermehrungen aus anderen Einkquellen, z. B. aus Aktienbesitz, nicht als Mehreink. in die Erscheinung treten, da sie durch das nur in der Friedensveranlagung enthaltene Diensteink. aufgewogen werden könnten.

Zu § 17 des Entw. vgl. die Ausführung in dem allgemeinen Teile der Begründung. Vorschriften wie die des § 71 Abs. 1 des PreußischenEinkommensteuerG., wonach der Teil der veranlagten Einkommensteuer, welcher auf Gewinnanteile von G. m. b. H. entfällt, außer Hebung gesetzt werden soll, haben nicht zur Folge, daß solche Einkteile von dem nach §§ 13 und 15 des Entw. maßgebenden Eink. abgezogen werden dürfen.

Beispiel für die Anwendung des § 17:

A ist beteiligt an einer G. m. b. H., die an Gewinn verteilt hat für das Geschäftsjahr 1909: 10000 M., 1910: 25000 M., 1911: 30000 M., 1912: 40000 M., 1913: 35000 M. Der durchschnittlich verteilte Gewinn (nach dem Ergebnis der Jahre 1910, 1911, 1913) beträgt 30000 M. Die Gesellschaft verteilt in dem Kriegsgeschäftsjahr 1914: 60000 M., 1915: 80000 M., 1916: 60000 M. Von diesem Gewinne stehen dem A in den Jahren 1914 und 1915 je die Hälfte, 1916 zwei Drittel zu.

Im Jahre 1914 (maßgebende Friedensveranlagung) ist A mit einem Eink. von 25000 M. veranlagt, im Jahre 1915 mit einem Eink. von 28000 M., 1916 mit einem

Eink. von 45000 M., 1917 mit einem Eink. von 50000 M., 1918 mit einem Eink. von 48000 M. In dem veranlagten Eink. für 1915 ist der Gewinnanteil aus dem Geschäftsjahr 1913, in dem veranlagten Eink. für 1916 der Gewinnanteil aus dem Geschäftsjahr 1914, in dem veranlagten Eink. für 1917 der Gewinnanteil aus dem Geschäftsjahr 1915, in dem veranlagten Eink. für 1918 der Gewinnanteil aus dem Geschäftsjahr 1916 enthalten. Gemäß § 15 Abs. 2 Satz 2 werden die Veranlagungen für 1916, 1917, 1918 zugrunde gelegt. Es dürfen abgezogen werden

von dem Eink. für 1916 — 45000 M. — die Hälfte des verteilten Mehrgewinns von (60000 M. — 30000 M. =) 30000 M. = 15000 M.;

von dem Eink. für 1917 — 50000 M. — die Hälfte des verteilten Mehrgewinns von (80000 M. — 30000 M. =) 50000 M. = 25000 M.;

von dem Eink. für 1918 — 48000 M. — zwei Drittel des verteilten Mehrgewinns von (60000 M. — 30000 M. =) 30000 M. = 20000 M.

Friedenseink.:

25000 M. × 3 = **75000 M.**

Kriegseink.:

1916: 45000 M. — 15000 M. = 30000 M.,
1917: 50000 M. — 25000 M. = 25000 M.,
1918: 48000 M. — 20000 M. = 28000 M.,
zusammen **88000 M.**

Mehreink.: **8000 M.** (statt 68000 M.).

Die Vorschrift im § 20 des Entw.[1]) enthält gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung der Kriegsgewinnsteuern bei Einzelpersonen. Die Beschlagnahme (Abs. 4) erfolgt nicht zur Sicherung der Abgabenforderung, sondern als Zwangsmaßregel, um den Steuerpflichtigen zur Erfüllung seiner öffentlichrechtlichen Erklärungspflicht anzuhalten. Sie entspricht daher der Vermögensbeschlagnahme der §§ 332 fff. der Strafprozeßordnung und hat die gleichen Wirkungen wie diese.

Zu §§ 21 bis 29 des Entw.[2])[3]) Gegenstand der Kriegsgewinnsteuer ist bei den inländischen Gesellschaften der im § 1 des SicherungsG. bezeichneten Art der nach den

---

[1]) Gleichlautend mit § 12 Ges.

[2]) Die §§ 21 bis 27 des Entwurfs lauteten:

§ 21. Die im § 1 des Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne vom 24. Dezember 1915 aufgeführten inländischen Gesellschaften haben von dem nach den Vorschriften des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 und der §§ 22, 23 dieses Gesetzes festgestellten Mehrgewinn eine Abgabe (Mehrgewinnsteuer) zu entrichten.

§ 22. Für die Feststellung des steuerpflichtigen Mehrgewinns wird der durchschnittliche frühere Geschäftsgewinn mit der Maßgabe berechnet, daß an Stelle von fünf Hundertsteln (§ 5 Abs. 2 bis 5 des Gesetzes vom 24. Dezember 1915) sechs Hundertstel zugrunde gelegt werden.

§ 23. Gesellschaften, die mehr als ein Fünftel aller Aktien oder Anteile einer anderen Gesellschaft der im § 1 Abs. 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 bezeichneten Art besitzen, dürfen von dem Geschäftsgewinn eines Kriegsgeschäftsjahrs die Mehreinnahme aus diesen Aktien oder Anteilen absetzen.

Als Mehreinnahme (Abs. 1) gilt der anteilige Betrag, der von der anderen Gesellschaft (Tochtergesellschaft) über den Durchschnitt der nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 in Betracht kommenden Jahre hinaus oder, wenn die Gesellschaft noch kein volles Jahr vor den Kriegsgeschäftsjahren bestanden hat, über eine fünfprozentige Dividende oder Ausbeute hinaus in einem Kriegsgeschäftsjahr als Dividende oder Ausbeute verteilt worden ist.

Bei Kommanditgesellschaften auf Aktien bleiben diejenigen Gewinnbeträge, welche auf die von den persönlich haftenden Gesellschaftern nicht auf das Grundkapital gemachten Einlagen entfallen, außer Ansatz.

§ 24. Die Abgabe beträgt für inländische Gesellschaften,

wenn der Mehrgewinn im Jahresdurchschnitt 2 vom Hundert des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge nicht übersteigt ..... 10 vom Hundert des Mehrgewinns,

wenn er	2	vom Hundert,	aber nicht	4	vom Hundert	übersteigt	12	„	„	„	„
„	„	4	„	„	„	„	6	„	„	„	14	„	„	„	„
„	„	6	„	„	„	„	8	„	„	„	16	„	„	„	„
„	„	8	„	„	„	„	10	„	„	„	18	„	„	„	„

Vorschriften in § 1 Abs. 1 und 3, §§ 2 bis 5, § 8 Abs. 4 des SicherungsG., die noch durch die §§ 22 und 23 des Entw. ergänzt werden, festgestellte Mehrgewinn; vgl. hierzu auch § 7, § 9 Abs. 1 und 2, § 10 der Ausführungsbest. des Bundesrats zum SicherungsG. (ZBl. 27).

Die Anrechnung einer nur fünfprozentigen Verzinsung gemäß § 5 Abs. 2 bis 5 des SicherungsG. ist vielfach als eine Härte empfunden worden. Eine gewisse Berechtigung ist den vorgebrachten Einwendungen nicht abzusprechen, da bei Annahme einer fünfprozentigen Verzinsung im Sinne des § 5 des SicherungsG. nicht auch die Verteilung einer Dividende in dieser Höhe möglich ist. Deshalb erhöht § 22 des Entw. die fünfprozentige Verzinsung auf eine sechsprozentige.

Die Vorschrift im § 23 Abs. 1 und 2 des Entw. will eine Doppelbesteuerung bei sogenannten Schachtelgesellschaften beseitigen und damit die Absicht verwirklichen, welche auch die zum Entw. eines Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne gestellten Anträge Nr. 121 und 147, 1 der KommDrucks. verfolgten. Daß bei KomAG. diejenigen Gewinnbeträge, welche auf die von den persönlich haftenden Gesellschaftern nicht auf das Grundkapital gemachten Einlagen entfallen, von dem steuerpflichtigen Mehrgewinn ausgeschieden werden und ausschließlich für die Besteuerung des persönlich haftenden Gesellschafters selbst in Betracht kommen, wie es § 23 Abs. 3 des Entw. vorsieht, ist in der rechtlichen und wirtschaftlichen Natur derartiger Einlagen begründet. Weitere Vorschriften über die Ermittlung des Mehrgewinns, insbesondere auch über die Feststellung des Friedensgewinns (§ 5 des SicherungsG.), waren nicht veranlaßt. Es ist erforderlich und ausreichend, etwa hervortretende

---

wenn er 10 vom Hundert, aber nicht 12 vom Hundert übersteigt 20 vom Hundert des Mehrgewinns
" " 12 " " " " 14 " " " 22 " " " "
" " 14 " " " " 16 " " " 24 " " " "
" " 16 " " " " 18 " " " 26 " " " "
" " 18 " " " " 20 " " " 28 " " " "
" " 20 " " übersteigt ..... 30 " " " "

Die nach Abs. 1 festzusetzende Abgabe erhöht sich,

wenn der durchschnittliche Geschäftsgewinn in den Kriegsgeschäftsjahren 10 vom Hundert, aber nicht 15 vom Hundert des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs ausgewiesenen wirklichen Reservefondsbeträge übersteigt,

um 10 vom Hundert ihres Betrags,

wenn er 15 vom Hundert, aber nicht 20 vom Hundert übersteigt, um 20 " " " "
" " 20 " " " " 25 " " " " 30 " " " "
" " 25 " " " " 30 " " " " 40 " " " "
" " 30 " " übersteigt, um ..... 50 " " " "

Hat sich das eingezahlte Grund- oder Stammkapital einer Gesellschaft während der Kriegsgeschäftsjahre vermehrt, so ist der Berechnung der Abgabe ein den Zeitraum, innerhalb dessen die Gesellschaft mit dem veränderten Grund- oder Stammkapitale bestanden hat, berücksichtigender Durchschnittsbetrag des Grund- oder Stammkapitals zugrunde zu legen.

§ 25. Ausländische Gesellschaften der im § 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 bezeichneten Art haben die Abgabe von dem nach Maßgabe des § 6 Abs. 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 festgestellten Mehrgewinne zu entrichten.

§ 26. Die Abgabe beträgt für ausländische Gesellschaften bei einem Mehrgewinne

von nicht mehr als 50000 Mark 10 vom Hundert des Mehrgewinns,
mehr als 50000 Mark bis zu 100000 " 15 " " " "
" " 100000 " " " 200000 " 20 " " " "
" " 200000 " " " 300000 " 25 " " " "
" " 300000 " " " 500000 " 30 " " " "
" " 500000 " " " 1000000 " 35 " " " "
" " 1000000 " " " 2000000 " 40 " " " "
" " 2000000 " ..... 45 " " " "

§ 27. Die Abgabe wird von den Gesellschaften insoweit nicht erhoben, als sie den Betrag der nach den Vorschriften des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 zu bildenden Sonderrücklage übersteigt.

Abs. 1 gilt insoweit nicht, als bei der Bildung der Sonderrücklage Abschreibungen, die gemäß § 3 Satz 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 als Bestandteil des Geschäftsgewinns eines Kriegsgeschäftsjahrs anzusehen waren, unberücksichtigt geblieben sind.

[3]) §§ 28, 29 Entw. gleichlautend mit §§ 23, 24 Ges.

Härten im Wege des § 41 des Entw. zu beseitigen; vgl. hierzu § 9 Abs. 5 der Ausführungsbest. des Bundesrats zum SicherungsG. Das gilt auch hinsichtlich der Heranziehung der in den Kriegsgeschäftsjahren realisierten stillen Reserven aus Friedensjahren zur Kriegsgewinnsteuer.

Die Kriegsgewinnsteuer ist bei inländischen Gesellschaften abgestuft einmal nach dem Verhältnis des Mehrgewinns zum eingezahlten Grund- oder Stammkapitale zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs vorhandenen offenen (echten) Reserven — vgl. § 11 Abs. 1 Nr. 1 des WehrbeitragG. — und weiter noch nach dem Verhältnis des ganzen Gewinns zu diesem Kapital. Eine solche Abstufung der Steuer ist jedenfalls eine gerechtere und den Verhältnissen der Gesellschaften angemessenere als die Abstufung nur nach der Höhe des Mehrgewinns.

Die Höhe der Steuersätze ist aus der nachstehenden Übersicht zu entnehmen.

Steuerbeträge für je 1000 ℳ Mehrgewinn

wenn der Mehrgewinn im Jahresdurchschnitte vom Grund- oder Stammkapital usw. beträgt v. H.	bei einem Grundsteuersatz von Prozenten des Mehrgewinns	wenn der durchschnittliche Geschäftsgewinn eines Kriegsgeschäftsjahrs im Verhältnis zum eingezahlten Grund- oder Stammkapital usw. beträgt.					
		bis 10 v. H. (Steuersatz = Spalte 2)	über 10 bis 15 v. H. (Steuersatz = Spalte 2 + 10 v. H. = 1,1fach)	über 15 bis 20 v. H. (Steuersatz = Spalte 2 + 20 v. H. = 1,2fach)	über 20 bis 25 v. H. (Steuersatz = Spalte 2 + 30 v. H. = 1,3fach)	über 25 bis 30 v. H. (Steuersatz = Spalte 2 + 40 v. H. = 1,4fach)	über 30 v. H. (Steuersatz = Spalte 2 + 50 v. H. = 1,5fach)
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
1	2	3	4	5	6	7	8
weniger als 2	10	100	110	120	130	140	150
über 2 bis 4	12	120	132	144	156	168	180
„ 4 „ 6	14	140	154	168	182	196	210
„ 6 „ 8	16	160	176	192	208	224	240
„ 8 „ 10	18	180	198	216	234	252	270
„ 10 „ 12	20	200	220	240	260	280	300
„ 12 „ 14	22	220	242	264	286	308	330
„ 14 „ 16	24	240	264	288	312	336	360
„ 16 „ 18	26	260	286	312	338	364	390
„ 18 „ 20	28	280	308	336	364	392	420
20	30	300	330	360	390	420	450

Bei ausländischen Gesellschaften der im § 1 des SicherungsG. bezeichneten Art ist Gegenstand der Steuer der nach § 6 Abs. 1 dieses Gesetzes festgestellte, also der auf den inländischen Geschäftsbetrieb entfallende Mehrgewinn. Bei ausländischen Gesellschaften ist die Abstufung der Steuer nach dem Verhältnis des Mehrgewinns und Gewinns zum Gesellschaftskapitale schwer durchführbar, § 26 des Entw. begnügt sich daher mit einer Staffelung nach der Höhe des Mehrgewinns.

Nach § 27 des Entw. ist an Kriegsgewinnsteuer nicht mehr zu zahlen als die gemäß den Vorschriften des SicherungsG. zu bildende Sonderrücklage beträgt. Haben also Gesellschaften wegen der Vorschrift des § 1 Abs. 2 des SicherungsG. eine Rücklage nicht im vollen Betrage der Hälfte des Mehrgewinns aller Kriegsgeschäftsjahre zu bilden, so wird die Steuer nicht etwa von der gesetzlichen Sonderrücklage berechnet, sondern von dem festgestellten Mehrgewinn und es kann jedenfalls die Sonderrücklage ganz in Anspruch genommen werden. Die Vorschrift des § 27 Abs. 2 ist geboten, weil die Legung stiller Reserven durch übermäßige Abschreibungen nicht als freiwillige Rückstellung im Sinne des § 1 Abs. 2 des SicherungsG. anzusehen sein wird.

Da die unter § 7 des SicherungsG. fallenden Gesellschaften keine Sonderrücklage zu bilden haben, sind sie auch von der Entrichtung der Kriegsgewinnsteuer befreit.

Über die Steuerpflicht anderer juristischer Personen, auf die der Bundesrat die

Vorschriften des SicherungsG. gemäß § 10 Abs. 1 a. a. O. ausgedehnt hat, soll der Bundesrat nähere Bestimmungen treffen (§ 28 des Entw.). Solche Bestimmungen sind schon deshalb erforderlich, weil die Staffelung der Steuer nach dem Verhältnis des Mehrgewinns und des ganzen Gewinns zum Gesellschaftskapitale nicht ohne weiteres auf andere juristische Personen paßt.

Zu § 29 des Entw. ist zu vergleichen § 11 Abs. 2 des BesitzsteuerG.

Zu §§ 30 bis 37 des Entw.[1][2][3][4][5]. Daß die Veranlagung und Erhebung der Kriegsvermögenszuwachssteuer der Einzelpersonen und der Mehrgewinnsteuer der Gesellschaften den für die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer zuständigen Behörden zu übertragen ist, ergibt sich als selbstverständliche Folge der Ausgestaltung der Steuer.

Im § 30 Abs. 2 des Entw. werden die Vorschriften des BesitzsteuerG. über die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer auch für die Veranlagung und Erhebung der Kriegsvermögenszuwachssteuer und der Mehrgewinnsteuer für entsprechend anwendbar erklärt. Veranlagung und Erhebung ist im weitesten Sinne verstanden, so daß zu den entsprechend geltenden Veranlagungs- und Erhebungsvorschriften z. B. auch die Verjährungsvorschrift des § 75 des BesitzsteuerG. gehört. Hinsichtlich der Steuererklärung gelten neben dem § 31 des Entw. auch die Vorschriften in § 52 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3, §§ 53 und 54 des BesitzsteuerG. entsprechend.

In den §§ 32 bis 35 des Entw. ist eine vorläufige und eine endgültige Festsetzung sowohl der Kriegsvermögenszuwachssteuer der Einzelpersonen als der Mehrgewinnsteuer der Gesellschaften vorgesehen. Eine vorläufige Festsetzung der Kriegsvermögens-

---

[1]) Die §§ 30, 31 des Entwurfs lauteten:

§ 30. Die Veranlagung und Erhebung der Kriegsgewinnsteuer (Kriegsvermögenszuwachs- und Mehrgewinnsteuer) erfolgt durch die für die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer zuständigen Behörden.

Soweit dieses Gesetz nichts anderes vorschreibt, gelten die Vorschriften des Besitzsteuergesetzes über die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer entsprechend für die Veranlagung der Kriegsgewinnsteuer.

§ 31. Außer den zur Abgabe einer Besitzsteuererklärung Verpflichteten haben alle Einzelpersonen deren Vermögen sich seit dem 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1916 um mehr als dreitausend Mark auf mindestens siebentausend Mark erhöht hat, eine Steuererklärung abzugeben. Die Steuererklärung zum Zwecke der Veranlagung der Kriegsvermögenszuwachssteuer kann mit der Besitzsteuererklärung verbunden werden. Die Steuererklärung hat nach näherer Bestimmung des Bundesrats die für die Feststellung des der besonderen Abgabe unterliegenden Vermögenszuwachses sowie die zur Berechnung des Mehreinkommens (§§ 10 bis 19) erforderlichen Angaben zu enthalten. Der Steuerpflichtige ist insbesondere verpflichtet, etwaige Einkünfte anzugeben, die dem nach Landesrecht steuerpflichtigen Einkommen gemäß § 16 hinzuzurechnen sind.

Die Vorstände, persönlich haftenden Gesellschafter, Repräsentanten, Geschäftsführer oder Liquidatoren der pflichtigen Gesellschaften (§ 21), bei ausländischen Gesellschaften (§ 25) die Vorsteher der inländischen Niederlassungen sowie die Vertreter der vom Bundesrate für pflichtig erklärten juristischen Personen (§ 28) sind verpflichtet, der Steuerbehörde eine Kriegsgewinnsteuererklärung einzureichen, welche nach näherer Bestimmung des Bundesrats die für die Feststellung des abgabepflichtigen Mehrgewinns erforderlichen Angaben zu enthalten hat.

[2]) § 32 Abs. 1 Entw. gleichlautend mit § 27 Ges., § 32 Abs. 2 des Entwurfs lautete:

Kann die Feststellung des gesamten Mehreinkommens nicht gleichzeitig mit der Feststellung des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses erfolgen, so ist die Abgabe insoweit vorläufig festzusetzen, als es nach den bereits feststellbaren Berechnungsgrundlagen möglich ist.

[3]) Das zweite Wort des § 33 hieß im Entwurf „Kriegsgewinnsteuer".

[4]) §§ 34, 35 Entw. gleichlautend mit §§ 29, 30 Ges., § 37 Entw. gleichlautend mit § 32 Ges.

[5]) § 36 des Entwurfs lautete:

Die Abgabe ist binnen drei Monaten nach Zustellung des Bescheids zu entrichten. Wird ein vorläufiger und ein endgültiger Bescheid erteilt, so ist die vorläufig festgestellte Abgabe binnen drei Monaten nach Zustellung des vorläufigen, der Rest der Abgabe binnen drei Monaten nach Zustellung des endgültigen Bescheids zu entrichten.

Ist die endgültig festgesetzte Abgabe niedriger als die vorläufig festgesetzte (§ 32 Abs. 2, § 33 Abs. 1), so ist der zuviel erhobene Betrag dem Steuerpflichtigen zu erstatten.

Der Steuerpflichtige ist berechtigt, Vorauszahlungen auf die noch nicht veranlagte Abgabe zu leisten. Von dem im voraus gezahlten Betrage sind fünf vom Hundert Jahreszinsen vom Tage der Einzahlung bis zum gesetzlichen Fälligkeitstage auf Verlangen des Steuerpflichtigen zu dessen Gunsten zu berechnen.

zuwachssteuer ist dann veranlaßt, wenn für die Feststellung des gesamten Mehreink. noch die Veranlagung für ein späteres Steuerjahr (1918) maßgebend ist (vgl. § 15 Abs. 2 des Entw.). In diesen Fällen kann die Kriegsvermögenszuwachssteuer wenigstens vorläufig in der Weise festgesetzt werden, daß von dem abgabepflichtigen Vermögenszuwachs die einfachen Sätze (§ 9 des Entw.) berechnet werden und für die Verdoppelung der Sätze (§ 10 des Entw.) das Mehreink. zunächst nur auf Grund der vorliegenden (zwei) Kriegsveranlagungen festgestellt wird.

Die vorläufige Festsetzung der Kriegsgewinnsteuer liegt wegen der Vorschrift im § 33 Abs. 2 des Entw. auch im Interesse der Gesellschaften selbst. Bei der vorläufigen Festsetzung ist das Gesamtergebnis der beiden ersten, bei der endgültigen Festsetzung das Gesamtergebnis aller Kriegsgeschäftsjahre zu berücksichtigen (§ 21 des Entw., § 8 Abs. 4 des SicherungsG., § 10 der Ausführungsbest. zum SicherungsG.).

Gegen den vorläufigen Bescheid sollen nach § 35 des Entw. keine Rechtsmittel gegeben sein, er ist deshalb auch nicht der Rechtskraft fähig.

Zu den §§ 38 bis 40 des Entw.[1]). Im § 76 des BesitzsteuerG. ist die Steuergefährdung mit einer Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrage der gefährdeten Steuer bedroht. Im § 38 des Entw. ist mit Rücksicht auf die ungleich höheren Steuersätze des Entw. als Höchstbetrag der Geldstrafe das Fünffache der gefährdeten Abgabe vorgesehen. In schwereren Fällen der Steuergefährdung ist im § 77 des BesitzsteuerG. (§ 57 des WehrbeitragG.) neben der Geldstrafe auch Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten und öffentliche Bekanntmachung des Urteils angedroht. § 39 des Entw. bringt eine in dem besonderen Charakter der Kriegsgewinnsteuer begründete weitere Verschärfung, indem er das Höchstmaß der Gefängnisstrafe auf ein Jahr erhöht und neben der Gefängnisstrafe und der öffentlichen Bekanntmachung des Urteils die Zulässigkeit der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte in das Steuerstrafrecht einführt.

Zu § 41 des Entw.[2]). Auf die Bedeutung des § 41 des Entw. ist bereits mehrfach hingewiesen worden. Durch die dem Bundesrat in § 41 übertragene Zuständigkeit wird dessen allgemeine Befugnis zum Erlasse von Reichsabgaben aus Billigkeitsgründen nicht berührt.

Zu § 43 des Entw.[3]). Im § 20 des BesitzsteuerG. sind die Worte „mit der Maßgabe, daß Abweichungen ..... zu berücksichtigen sind" eingefügt worden, weil nicht zu übersehen war, ob nicht schließlich bei der endgültigen Fassung des WehrbeitragG. und des BesitzsteuerG. doch noch Abweichungen bestehen bleiben würden, so daß das nach dem WehrbeitragG. festgestellte Vermögen unter Umständen nicht als Wert des steuerbaren Vermögens am 1. Januar 1914 für die spätere Besitzsteuerveranlagung hätte gelten können. Solche erhebliche Unstimmigkeiten zwischen den Vorschriften des WehrbeitragG. und des BesitzsteuerG. bestehen aber nicht, insbesondere ist hinsichtlich der Bewertungsvorschriften für Grundstücke der Ausgleich durch den § 33 des BesitzsteuerG. getroffen. Nachdem in dieser Beziehung Zweifel entstanden sind (zu vergleichen Amtliche Mitteilungen über die Zuwachssteuer usw. 1914 S. 17), empfiehlt sich die Streichung dieser Worte.

Anläßlich der Behandlung von Gesuchen um Erlaß oder Ermäßigung eines rechtskräftig veranlagten Wehrbeitrags aus Billigkeitsgründen sind Zweifel entstanden, ob trotz des Erlasses oder der Ermäßigung des Wehrbeitrags das rechtskräftig festgestellte Vermögen der späteren Besitzsteuerveranlagung zugrunde zu legen sei und nicht das nachträglich ermittelte Vermögen, dessen Stand für den Erlaß oder die Ermäßigung des Wehrbeitrags maßgebend war. Durch § 43 Abs. 2 und 3 des Entw. soll eine sichere Rechtsgrundlage geschaffen werden, ohne die der Gewährung eines Erlasses oder einer

---

[1]) Gleichlautend mit den §§ 33 bis 35 des Ges.

[2]) Der § 41 des Entw. entspricht dem § 36 des Ges. Hinter „Vermögenszuwachses" standen die Worte „des Mehreinkommens".

[3]) Der § 43 des Entw. entspricht dem § 39 des Ges. Der Abs. 4 („Im § 30 Abs. 2 Satz 2 .....") fehlte im Entwurf.

Ermäßigung des rechtskräftig veranlagten Wehrbeitrags oder später der rechtskräftig veranlagten Besitzsteuer erhebliche grundsätzliche Bedenken entgegenstünden.

B) Bericht der Reichstagskommission (Drucks. Nr. 320).

Vorbemerkung.

Als die Kommission am 10. April 16 die Beratung des Entwurfs eines KriegsgewinnsteuerG. (RTDrucks. 14/16 Nr. 223) begann, lagen bereits zwei Anträge vor, die darauf abzielten, die Erhebung einer neuen Rate des Wehrbeitrags in das Gesetz hineinzuarbeiten (KomDrucks. Nr. 233 und 234,3 — Art. III —). Zur Begründung des Antrags auf Nr. 233 führte ein Abg. aus, man verstehe im Volke nicht, daß sehr viele große Vermögen, die zwar nicht im Kriege entstanden oder vermehrt worden sind, aber doch in ihrer Substanz erhalten blieben, jetzt von einer Steuer verschont bleiben sollen. Die außerordentlich hohen Lasten, die der Krieg mit sich bringe, könnten in der Zukunft aus Monopolen und indirekten Steuern allein nicht gedeckt werden, vielmehr müßten nach dem Kriege auch hohe Steuern auf Vermögen und Einkommen für das Reich nutzbar gemacht werden. Darauf ziele aber der vorgelegte Antrag noch nicht ab, er sei vielmehr nur ein Provisorium, da die allgemeine Regelung des Reichssteuerwesens noch vorbehalten bleiben müsse. Die Erhebung einer weiteren Wehrbeitragsrate von Einzelpersonen solle als Abs. 2 im § 1 Entw. festgesetzt werden; anschließend daran dann die Wehrbeitragspflicht der Gesellschaften in § 21. Was bereits von der Kriegsgewinnsteuer erfaßt werde, solle durch den Wehrbeitrag nicht noch einmal belastet werden, so daß eine Doppelbesteuerung insofern ausgeschlossen sei. Da am Schlusse des Jahres 1916 auf Grund des BesitzsteuerG. eine neue Veranlagung vorgenommen werde, so stünden der sonst gewiß schwer durchführbaren Erhebung des Wehrbeitrags — man solle nur an die starken Verschiebungen in den Vermögensverhältnissen unseres Volkes denken — keine ernsthaften Hindernisse im Wege.

Zu dem Antrag auf Nr. 234,3 — Art. III — führte ein Abg. nach Darlegung ähnlicher Erwägungen noch begründend aus, daß er sich formal als eine Ergänzung des vorgelegten Entw. darstelle.

Der Vorsitzende des Ausschusses bat, zunächst den Auftrag des Plenums auszuführen, nämlich den vorgelegten Entw. eines KriegsgewinnsteuerG. zu beraten und von der Einfügung neuer Steuern abzusehen. Die Erörterung von Vorschlägen, wie Wiedererhebung des Wehrbeitrags oder Ergänzung der Vorlage durch Ausgestaltung des ErbschaftssteuerG. (Antrag Nr. 234,3 — Art. II —) möge man am Ende der Beratungen vornehmen.

Nach einer kurzen Erörterung beschloß der Ausschuß, die Erweiterungsanträge erst nach Abschluß der Beratungen über den vorgelegten Regierungsentwurf zu behandeln und die Beschlüsse dann zusammen zu veröffentlichen, dies namentlich deshalb, weil manchen Fraktionen die Ausgestaltung der Besitzsteuern für die Haltung zu den Verkehrs- und Tabaksteuern maßgebend sei.

Erste Lesung.

Steuerpflicht der Einzelpersonen.

§ 1. Der Gesetzentwurf befaßt sich zunächst mit der Steuerpflicht der Einzelpersonen und umgrenzt in § 1 den Kreis der pflichtigen Einzelpersonen unter Berufung auf § 11 des BesitzsteuerG. v. 3. Juli 13. Dort heißt es, daß steuerpflichtig sind:

I. mit dem Zuwachs an dem gesamten steuerbaren Vermögen:
   1. die Angehörigen des Deutschen Reichs, mit Ausnahme derer, die sich seit länger als zwei Jahren dauernd im Ausland aufhalten, ohne einen Wohnsitz in einem deutschen Bundesstaate zu haben,
   2. Ausländer, wenn sie im Deutschen Reiche einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt haben;

II. mit dem Zuwachs an dem inländischen Grund- und Betriebsvermögen:
alle natürlichen Personen ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt.

Diese Personen haben von dem in der Zeit vom 1. Jan. 14 bis zum 31. Dez. 16 entstandenen Vermögenszuwachs zugunsten des Reichs eine „Kriegsvermögenszuwachssteuer" benannte außerordentliche Abgabe zu entrichten.

Der Paragraph wurde in der Kom. nicht angefochten und zunächst unverändert ohne Erörterung angenommen.

§ 2. Auch der § 2, der den Begriff des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses im Sinne dieses Ges. definiert, beruft sich auf die Vorschriften des BesitzsteuerG. über die Feststellung des Vermögenszuwachses unter Vorbehalt der in den §§ 3 bis 6 des Entw. vorgesehenen Abweichungen davon.

Zu diesem Paragraphen lag ein Ergänzungsantrag auf Nr. 231 der KommDrucks. vor, am Schluß hinzuzusetzen:

Der Kurswert der an einer deutschen Börse gehandelten Wertpapiere (§ 34 des BesitzsteuerG. v. 3. Juli 13) ist nach dem Durchschnitt des Verkaufswerts, den diese im Monat Dezember 16 gehabt haben, vom Bundesrat nach Anhörung der Börsenausschüsse festzusetzen.

Für Forderungen in ausländischer Währung ist der Kurswert nach dem Stande vom 31. Dez. 16 maßgebend.

Bei Aktien ohne Börsenkurs, Kuxen, Anteilen an einer Bergwerksgesellschaft oder bei Anteilen einer G. m. b. H. ist der Wert gemäß § 35 des BesitzsteuerG. v. 3. Juli 13 anzusetzen.

Zur Begründung dieses Antrags ging ein Abg. von der Frage aus, wie der Vermögenszuwachs nach den Vorschriften des BesitzsteuerG. festgestellt werden solle. § 34 des BesitzsteuerG. enthalte die Bestimmung, daß die Kurse v. 31. Dez. 16 für Wertpapiere eingesetzt werden. Gegenwärtig habe man aber gar keine Börsenkurse und werde sie voraussichtlich auch am 31. Dez. d. J. nicht haben. Um zu vermeiden, daß durch Zufälligkeiten ganz falsche Kurse eingesetzt würden, schlage er daher vor, dem Bundesrat die Befugnis zu geben, nach Anhörung der Börsenausschüsse den Kurswert der an einer deutschen Börse gehandelten Wertpapiere nach dem Durchschnitt des Verkaufswerts im Dez. 16 festzusetzen.

Der zweite Absatz des Antrags befasse sich mit dem Problem der ausländischen Valuten und fordere, daß für Forderungen in ausländischer Währung der Kurswert nach dem Stande v. 31. Dez. 16 maßgebend sein soll. Da die ausländischen Valuten jeden Tag festgesetzt würden, so solle man im Gesetz vorschreiben, daß die amtlichen Valutensätze zur Anwendung kommen, weil man ja allgemein wisse, daß die jetzigen Währungskurse nicht mehr den Bestimmungen des WechselstempelG. entsprächen, die früher immer als Grundlage der Umrechnung genommen wurden. Die österreichische Währung sei z. B. jetzt um 25 v. H. niedriger, die holländische um 40 v. H. höher.

Der dritte Absatz des Antrags regele nach den bisherigen Bestimmungen die Abschätzung der Aktien ohne Börsenkurs und ähnlicher Papiere.

Dieser Begründung hielt der Staatssekretär des Reichsschatzamts entgegen:

Zunächst wolle er formell bemerken, daß, wenn Vorschriften, wie sie der Antrag im Auge habe, in den Entw. aufgenommen werden sollten, die geeignete Stelle nach seiner Ansicht nicht der § 2 sei, sondern, da es sich um Bewertungsvorschriften handle, eher der § 6, der die einzige Bewertungsvorschrift des Entw. enthalte; noch besser aber würden sie wohl in den § 43 des Entw. einzuarbeiten sein, da das, was der Antrag wolle, doch auch für die auf den 31. Dez. 16 vorzunehmende Feststellung des besitzsteuerpflichtigen Vermögenszuwachses gelten solle.

Was nun das Materielle der Sache anlange, so enthalte, soweit er sehen könne, nur Abs. 1 eine Änderung der Grundsätze des BesitzsteuerG., während die Abs. 2 und 3 nur bestätigten, was bei Anwendung der Grundsätze des BesitzsteuerG., die ja hier Platz greifen, ohnedies eintreten müsse. Die Forderungen seien nach § 36 des Besitz-

steuerG. unter Umständen mit einem vom Nennwert abweichenden Werte einzustellen, den sie am 31. Dez. 16 haben. Die Forderungen mit ausländischer Valuta seien danach gleichfalls einzustellen mit dem Werte, den sie am 31. Dez. 16 haben, und dieser Wert berechne sich in deutschem Gelde selbstverständlich nach dem Kurse der betreffenden ausländischen Valuta am 31. Dez. 16. Insofern sei nichts Neues in dem Abs. 2 des Antrags enthalten, er sei nur eine Konsequenz der bereits im BesitzsteuerG. enthaltenen Vorschriften.

Was den Abs. 3 anlange, so werde hier neben der im § 2 des Entw. enthaltenen allgemeinen Verweisung auf die Vorschriften des BesitzsteuerG. noch eine einzelne Vorschrift dieses Ges. ausdrücklich für anwendbar erklärt. Nun könne man ja sagen: superfluum non nocet. Aber bei einem solchen Ges., das überall da, wo nicht eine Abänderung besonders vorgesehen sei, an das BesitzsteuerG. sich anlehne, würde er allerdings gewisse formelle Bedenken tragen, die Bestätigung der Anwendung der Grundsätze des BesitzsteuerG. im einzelnen Falle ausdrücklich auszusprechen. Er glaube, man müsse daran festhalten, daß nur dann weitere Bestimmungen in den Entw. aufzunehmen seien, wenn ein Verfahren eingeschlagen werden solle, das mit den Vorschriften des BesitzsteuerG. nicht im Einklang stehe, daß aber auf die Aufnahme von Vorschriften zu verzichten sei, sobald diese lediglich im Einklang mit dem im BesitzsteuerG. vorgeschriebenen Verfahren stehen.

Wie gesagt, enthalte der Abs. 1 eine materielle Änderung der Vorschriften des BesitzsteuerG. Denn nach diesem sei der Stand am 31. Dez. zugrunde zu legen, während nach dem Antrag zugrunde gelegt werden solle der Durchschnitt des Verkaufswerts, den die betreffenden Vermögensanlagen im Laufe des Dez. 16 haben. Was zweckmäßiger sei, darüber könne man gewiß streiten. Er möchte aber zunächst folgendes sagen: Wir machen jetzt dieses Gesetz in Unkenntnis der Tatsache, ob am 31. Dez. 16 oder überhaupt im Dez. die Börsen wieder offen sein werden und ob offizielle Kurse notiert werden. Wir haben selbstverständlich überlegt, wie wir uns zu dieser Frage, die heute noch offen ist, zu stellen haben, und haben uns dazu entschieden, zunächst einmal abzuwarten und die Frage in diesem Ges. nicht zu klären. Wenn der Verlauf der Dinge dazu führt, daß wir im Laufe dieses Jahres noch zum Frieden kommen werden und die Börsen im Dez. wieder offen sein werden, dann wird nach den Grundsätzen des § 34, des BesitzsteuerG. verfahren werden können. Wenn das nicht der Fall sein sollte, werden wir gezwungen sein, irgendwelche ergänzenden Maßnahmen zu treffen. Wenn im Monat Nov. oder am Ende d. J., wenn der Reichstag wieder zusammentritt, sich herausgestellt haben sollte, daß die Anwendung der Grundsätze des § 34 des BesitzsteuerG. auf Grund der Tatsache, daß die Börse noch nicht wieder eröffnet ist, unmöglich wird, so stehen wir vor der Notwendigkeit, Anordnungen zu treffen, wie mangels offizieller Notierungen verfahren werden soll. Er möchte die Frage stellen, ob es zweckmäßig sei, der Regelung jetzt schon vorzugreifen. Es sei eine Frage zweiter Ordnung, ob statt des Wertes am 31. Dez. 16 der Durchschnitt des Verkaufswerts im Monat Dez. zugrunde gelegt werden sollte.

Zu den nun einsetzenden Erörterungen stellte ein Mitglied den Geschäftsordnungs-Antrag, die Beratung des § 6 und des § 2 zu verbinden. Die Komm. war damit einverstanden. Die so erweiterte Erörterung ergriff dann verschiedene Gegenstände, die der Bericht sachlich auseinanderzuhalten sucht. Es waren das neben dem eigentlichen Inhalt des Antrags Nr. 231 und seiner formalen Stellung im Gesetz: 1. die Frage der Börseneröffnung, 2. die Frage der unterschiedlichen Bewertung der Grundstücke nach der Zeit ihres Erwerbs, und 3. die Frage der einheitlichen Bewertung von Aktien eines Unternehmens durch verschiedene Veranlagungsbehörden. Bei der Frage der Börseneröffnung spielte dann noch eine Nebenfrage mit hinein, nämlich ob am 31. Dez. 1913 die Kurse gewisser Wertpapiere absichtlich geworfen worden waren und ob ähnliche Manöver bei zukünftigen Abschätzungen zu erwarten ständen.

Bevor der Bericht sich den Einzelheiten zuwendet, sei hier nach einer Darlegung

des Staatssekretärs des Reichsschatzamts ein Überblick über den Aufbau der ersten Paragraphen des Gesetzentw. gegeben. Danach bestimmt § 1 zunächst die Personen, die überhaupt zur Kriegsvermögenszuwachssteuer herangezogen werden; dann sagt § 2, welches der abgabepflichtige Vermögenszuwachs ist. Es ist nämlich der im BesitzsteuerG. definierte, vorbehaltlich der Abweichungen, die im Entw. festgesetzt sind. Diese Abweichungen werden in den folgenden Paragraphen einzeln aufgeführt. So sind in § 3 Bestimmungen darüber enthalten, welcher Vermögenszuwachs von der besonderen Abgabe des Entw. befreit ist. In den §§ 4 und 5 sind umgekehrt Bestimmungen darüber enthalten, welche Beträge dem Vermögen eines Steuerpflichtigen zuzurechnen sind, so daß durch die Hinzurechnung ein Vermögenszuwachs sich ergeben kann, der zwar nicht der Besitzsteuer, dagegen aber der Kriegsvermögenszuwachssteuer unterliegt. Dann trifft § 6 Bestimmungen über die Bewertung von Grundstücken, die in Abweichung und Ergänzung des BesitzsteuerG. Platz greifen sollen.

Was nun zunächst das Schicksal des Antrags Nr. 231 anlangt, so führte ein Abg. aus, daß der Antrag in Wirklichkeit zu § 6 der Vorlage gehöre. Abs. 3 sei aber überhaupt überflüssig, weil der darin behandelte Tatbestand schon im BesitzsteuerG. geregelt sei. In den Bewertungsvorschriften des BesitzsteuerG. jetzt eine Änderung eintreten zu lassen, habe Bedenken. Schwierigkeiten könnten kaum entstehen, weil wenn die Börsen am Stichtage noch nicht eröffnet seien, alle Bestimmungen des BesitzsteuerG., die neben dem § 34 bestehen, Anwendung finden würden. Man dürfe auch nicht übersehen, daß nur für den dritten Teil aller in Deutschland existierenden Aktien Börsennotierung bestehe. Für Staats- und Kommunalpapiere sei allerdings sehr erwünscht, Börsennotierungen zu haben. Er und seine politischen Freunde sähen keine Veranlassung, den Antrag Nr. 231 anzunehmen.

Der Vertreter einer anderen Fraktion legte dar, man werde wohl am besten besondere Vorschriften über die Veranlagung treffen, ohne Rücksicht auf Börseneröffnung oder nicht. Aber, da man zurzeit die Verhältnisse gar nicht übersehen könne, müsse man abwarten und solle im Herbst dieses Jahres die Erfahrungen noch einmal sichten.

Während ein anderer Abg. diesen Ausführungen zustimmte, bemerkte der Antragst., Abs. 3 seines Antrags sei allerdings überflüssig, Abs. 1 aber durchaus notwendig. Wenn man ihn heute nicht annehmen wolle, werde man später ein besonderes Ges. machen müssen. Der Zweck seines Antrags sei nur, zu verhindern, daß gutgläubige Leute Schaden erleiden könnten, weil das Ges. unklare Bestimmungen enthalte. Ges. müßten gleich so gestaltet werden, wie sie ausgeführt werden sollten. In diesem Falle sei das besonders notwendig, weil es sich um große Abgaben, unter Umständen von 40 bis 50 v. H. handle. In Ansehung der Strafbestimmungen für unrichtige Angaben könne es geradezu zu einer Konfiskation des Vermögens kommen. Daher seien richtige Grundlagen für die Deklaration unbedingt notwendig. Ohne besonderen Anhalt könne kein Steuerpflichtiger sich zurecht finden. Er brauche nur auf die Aktien eines bekannten Erdöl-Unternehmens hinzuweisen: der letzte Kurs vor dem Kriege sei 114 gewesen, heute stände das Papier weit über 300, gelte also das Dreifache; welcher Kurs solle nun maßgebend sein? Da der einzelne Kapitalist, der ja überhaupt kaum imstande sei, den Stand seines Vermögens genau anzugeben, dies jedenfalls unter heutigen Umständen nicht könne, so solle der Bundesrat die Vollmacht haben, einen Normalkurs mit Hilfe der Börsenvorstände festzusetzen. Sei das geschehen, dann wisse jeder, wie er seine Deklaration zu gestalten habe. Auch für die ausländischen Valuten müßten sichere Unterlagen geschaffen werden, und ein Hinweis des Staatssekretärs auf § 36 des BesitzsteuerG. genüge da nicht.

Einem besonderen Bedenken gegen den Antrag Nr. 231 K.-D. gab ein Abg. Ausdruck, indem er bemerkte, daß die „Frisierung" der Kurse von Wertpapieren erleichtert werde, wenn jetzt schon bestimmte Grundsätze für die Wertbemessung festgelegt würden. An einer solchen Frisierung hätten die Beteiligten aber ein Interesse,

um die Spannung in der Wertbemessung zwischen dem 31. Dez. 13 und dem 31. Dez. 16 und damit zugleich auch den Steuerbetrag herabzudrücken. Es sei daher empfehlenswert, nach dem Vorschlag des Staatssekretärs des Reichsschatzamts zu verfahren, d. h. die Sache einstweilen ruhen zu lassen.

Dieser Meinung schloß sich ein anderer Abg. an, der von der Meinung ausging, der Antrag Nr. 231 K.-D. habe eine der schwierigsten und wichtigsten Fragen des ganzen Ges. angeschnitten; an sich sei er berechtigt, weil er sich bemühe, Rechtssicherheit zu schaffen. Da man aber heute die Verhältnisse nicht übersehen könne, bleibe nichts übrig, als die Entscheidung bis zum Herbst hinauszuschieben.

Einer ähnlichen Auffassung gab der Vertreter einer anderen Fraktion Ausdruck, indem er sich grundsätzlich mit dem Antrag Nr. 231 einverstanden erklärte, aber gleichfalls aus der Debatte den Schluß zog, daß zurzeit eine befriedigende Regelung der Frage nicht erfolgen könne.

Nach dieser Aussprache zog der Antragst. zu Nr. 231 K.-D. seinen Antrag in der ersten Lesung mit dem Bemerken zurück, es bleibe nunmehr bei den Bestimmungen der §§ 34 und 35 des BesitzsteuerG. Auf die weitere Bemerkung, somit könne jeder Besitzer von Wertpapieren, soweit keine Börsenkurse beständen, seine Wertpapiere nach freiem Ermessen einschätzen, entgegnete der Staatssekretär des Reichsschatzamts, daß das eine irrige Auffassung sei: Die Bestimmungen des § 35 des BesitzsteuerG. gingen nicht dahin, daß jeder seinen Aktienbesitz bewerten könne wie er wolle, sondern es sei ausdrücklich Vorsorge getroffen, daß im Streitfall die Steuerbehörde nach Anhörung der zuständigen Handelsvertretung die Festsetzung des Werts vorzunehmen habe. Die im Antrag Nr. 231 dem Bundesrat entgegengebrachte Vollmacht sei an sich sehr dankenswert und werde von den verbündeten Regierungen nicht abgelehnt, die im Gegenteil prinzipiell sie als durchaus erwünscht betrachteten, denn es sei sicherlich zu begrüßen, wenn sich an Stelle der verschiedenartig differenzierten Bewertungen von Wertpapieren eine Möglichkeit finden ließe, eine einheitliche Bewertung durch den Bundesrat herbeizuführen. Zweifel beständen nur darüber, ob die Materie gegenwärtig geregelt werden könne, oder ob man die Entwicklung abwarten solle. Vermutlich würden die verbündeten Regierungen im Nov. an den Reichstag herantreten, um die schwierige Frage in einem Zusatz zum Gesetz zu regeln.

Von den in dieser Erörterung behandelten Einzelfragen sei zunächst hervorgehoben die Frage der Börsen-Eröffnung.

Ein Abg. fragte, ob es Zweck habe, die offiziellen Börsennotierungen immer noch weiter hinauszuschieben. Kein anderes kriegführendes Land habe die Notierungen so stark eingeschränkt wie Deutschland; sogar in Österreich und in Frankreich würden Kurse notiert. Das Unangenehmste, was Deutschland während dieses Krieges auf finanziellem Gebiete durchzumachen habe, sei die Verschlechterung der Valuta. Diese sei aber überhaupt nicht zu verheimlichen, würde vielmehr sogar amtlich bekanntgemacht. Welcher Grund liege deshalb noch vor, die Bewertung der börsengängigen Wertpapiere durch offizielle Kursnotierungen weiterhin zu verhindern? In weiten Kreisen des Handels und der Industrie herrsche darüber eine starke Verstimmung, weil man notorisch einen ganz anderen Preis bezahlen müsse, wenn man Effekten kaufen wolle, als wenn man sie verkaufe. In Wirklichkeit sei die Unterdrückung der Börsennotierungen nur ein Geschenk an die kleinen Bankiers. Nicht einmal die Großbanken hätten erheblichen Vorteil davon.

Ein Parteifreund des Antragst. stimmte den Ausführungen über die Notwendigkeit einer Wiedereröffnung der Börsen zu; andere Abg. äußerten sich zu dieser Frage nicht.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts wies darauf hin, daß bei der Entscheidung der Frage, ob es zweckmäßig sei, die Börse wieder zu eröffnen — eine Frage, die man in diesem Augenblick lieber nicht erörtern solle — ganz andere und viel stärkere Momente in Betracht kämen als die Steuerfrage.

Eine andere Frage, die hineinspielte, berührte ein Abg., indem er sagte, man wisse aus früheren Erfahrungen, daß die Börsennotierungen am 31. Dez. 13 mit bestimmten Absichten künstlich beeinflußt worden seien. Er müsse deshalb an die verbündeten Regierungen die Anfrage richten, ob sie in der Lage seien, darüber Auskunft zu geben und, falls die Frage bejaht werde, ob sie in der Lage seien, einer etwaigen Wiederholung solcher Manöver entgegenzutreten.

Auf diese Bemerkung entgegente der Staatssekretär des Reichsschatzamts: Was die Frage des Kurses am 31. Dez. 13 anlange, so habe er damals noch nicht die Ehre gehabt, Vertreter der verbündeten Regierungen zu sein. Er sei aber auf einem Platze gestanden, wo er die angeschnittene Frage vielleicht noch besser habe beobachten können, wie er es vom Reichsschatzamt aus hätte tun können. Die Frage habe ihn begreiflicherweise interessiert und er habe die Dinge genau beobachtet. Er habe dabei nicht den Eindruck gewonnen, daß irgendeine nennenswerte Beeinflussung des Börsenkurses stattgefunden habe. Die Kurse könnten nur durch größere Manipulationen beeinträchtigt werden; wenn ein einzelner Privatmann verkaufen wolle, so sei das nicht von Einfluß. Diejenigen, die denkbarerweise in der Lage wären, solche Manipulationen vorzunehmen, das seien die großen Kapitalassoziationen, die großen Banken, und gerade bei diesen bestehe ein viel größeres Interesse nach der anderen Seite, nämlich für die Bilanz die Effekten mit möglichst günstigem Kurse einsetzen zu können. An sich, wenn die Banken nämlich das eigene Interesse im Auge haben, haben sie eher ein Interesse daran, daß die Kurse am Bilanztage, dem 31. Dez., günstig sind, und er glaube, daß das ein ausreichendes Gegengewicht sei gegen etwaige unlautere Manipulationen, die im Interesse der Steuerersparnis nach anderer Richtung gehen könnten.

Endlich machte ein Abg. noch auf den Umstand aufmerksam, daß im Jahre 1916 auf keinen Fall Kursnotierungen vom 31. Dez. zu erwarten seien, weil dieser Tag ein Sonntag sei. Der Staatssekretär wies darauf hin, daß das von keinem materiellen Einfluß auf die Wertbemessung von Papieren sei und daß es angebracht sei, um die Übereinstimmung mit dem BesitzsteuerG. auch in diesem Punkte aufrecht zu erhalten, von einer Änderung des Datums abzusehen.

Im Anschluß an diese Darlegungen wurde noch näher erörtert, wie es mit der Wertbemessung von Papieren zu halten sei, wenn nicht vor dem 31. Dez. 16 eine besondere Regelung erfolgt und die Börse eröffnet sei. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts hatte ausgeführt, daß ein Unterschied bestehe zwischen Aktien, die ohne Börsenkurs seien, weil sie an der Börse nicht gehandelt werden, und zwischen Aktien, die nur auf Grund besonderer Umstände am 31. Dez. nicht notiert seien, obwohl sie zur Börsennotiz zugelassen seien. Es sei bei der Veranlagung des Wehrbeitrags in der Praxis doch so verfahren worden, daß für Aktien, die an sich offiziell notiert werden, aber am 31. Dez. 13 aus irgendeinem Grunde nicht notiert waren, der letzte Kurs, der überhaupt vor dem 31. Dez. notiert wurde, im allgemeinen als maßgebender Wert angesetzt worden sei. Da würde es allerdings die äußerste Konsequenz dieser Praxis sein, wie sie bei der Veranlagung zum Wehrbeitrag gehandhabt worden sei, daß für die Feststellung des Vermögens am 31. Dez. 16 auf die Notierungen vom Juli 14 zurückgegangen würde, weil das ja die letzten Börsennotierungen gewesen seien. Ein Abg. fragte mit Bezug auf diese Bemerkung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts, ob dann für die Veranlagung der Besitzsteuer und der Kriegsvermögenszuwachssteuer grundsätzlich auf den Kurs vom 31. Juli 14 zurückgegriffen werden dürfe.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erwiderte darauf, er habe keineswegs den Grundsatz proklamiert, man solle, wenn bis zum 31. Dez. 16 keine offiziellen Kurse notiert seien, mit dem Börsenkurs auf den Juli 14 zurückgreifen; er habe nur gesagt, daß bei dem Wehrbeitrag so verfahren worden sei, daß man mangels einer Notiz am 31. Dez. 13 auf die letztmalig vorher erfolgte Notierung zurückgegriffen habe, und daß man, wenn man daraus die äußerste Konsequenz ziehen wolle, auch hier dazu

kommen könne, auf den Juli 14 zurückzugreifen, was er aber angesichts der tatsächlichen Verhältnisse natürlich nicht für richtig halten würde.

Einheitliche Bewertung gleichartiger Papiere. Im Zusammenhang mit der Bewertung von Effekten an einem bestimmten Stichtag steht die Frage der Vereinheitlichung der Schätzungen bei den verschiedenen Steuerveranlagungsbehörden.

Ein Abg. wies darauf hin, es sei sehr unliebsam empfunden worden, daß die verschiedenen Steuerkommissionen über den Wert von zur Besteuerung kommenden Aktien eines und desselben Unternehmens ganz verschiedene Meinung gehabt hätten. Es handle sich dabei sowohl um Aktien ohne offizielle Notierung, wie um solche mit Notierung an verschiedenen Börsen. Er frage daher, ob es nicht möglich sei, bei den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz Vorsorge für eine einheitliche Besteuerung zu treffen. Nach seiner Ansicht müsse die Wertfestsetzung am Sitz der Gesellschaft erfolgen und dann für alle Einschätzungen gültig sein. Der Staatssekretär gab zu, daß die angeschnittene Frage in der Tat wichtig sei; auch er betrachte es als keinen normalen Zustand, wenn auf Grund des § 35 des BesitzsteuerG. eine lokale Steuerbehörde den Kurs eines Papiers auf etwa 160, eine andere auf 150 oder gar auf 120 festgestellt habe. Die Frage solle geprüft werden, ob sich durch die Ausführungsbestimmungen eine Einheitlichkeit in der Veranlagung erzielen lasse.

An einer anderen Stelle, aber im sachlichen Zusammenhang mit dieser Materie, äußerte sich der Staatssekretär des Reichsschatzamts zu der Frage der möglichst einheitlichen Bewertung von Effekten noch, wie folgt:

Bei Abs. 1 des Antrags Nr. 231 sei zweierlei zu unterscheiden, und zwar erstens die Frage: Soll statt des 31. Dez. — einerlei, ob die Börsen geöffnet sind oder nicht — generell der Durchschnittswert des Monats Dezember zugrunde gelegt werden? Die zweite Frage sei, ob der Bundesrat nach Anhörung der Börsenausschüsse für das ganze Reich für die verschiedenen Kategorien von Wertpapieren, die hier in Frage kommen, einheitliche Kurse festsetzen solle. Am 31. Dez. 13 seien, worauf der Antragst. mit Recht hingewiesen habe, die Kurse, die zugrunde gelegt wurden, nicht durchweg einheitlich gewesen. In Berlin z. B. sei die Notierung der Berliner Börse maßgebend gewesen, da habe also auch in den Publikationen der Banken ein Unterschied nicht vorhanden sein können. Aber es habe kleine Abweichungen bei den Notierungen an den verschiedenen Börsen in verschiedenen Orten gegeben. Frankfurt habe eine andere Notierung als Berlin, München wieder eine andere, Hamburg wiederum eine andere. Aber die Unterschiede hätten doch nicht irgendwie erheblich sein können, denn die Börsen stehen fortgesetzt in telephonischer Verbindung und die entstehenden Differenzen werden stets sofort ausgeglichen. Er habe schon zugesagt, daß die Frage geprüft werden solle, ob nicht eine völlige Vereinheitlichung möglich sei. Diese Vereinheitlichung sei allerdings in viel höherem Maße als für die Papiere mit Börsenkursen notwendig für die Papiere, die keinen Börsenkurs haben, die nicht offiziell gehandelt werden. Da liege die Sache so, daß größere Differenzen vorkommen könnten, aber nicht deshalb, weil wir kein einheitliches Verfahren für das ganze Reich haben, weil wir kein einheitliches Steuersystem haben. Auch innerhalb Preußens, wo wir ja ein derartiges einheitliches Steuersystem haben, seien damals bei der Vermögenssteuer die Bewertungen verschieden ausgefallen. Es werden eben bei Papieren, die keine Börsenkurse haben, von verschiedenen Behörden Bewertungen vorgenommen, und diese können sehr wohl voneinander abweichen.

Im Zusammenhang damit seien auch noch die Ausführungen des Staatssekretärs über die ausländische Valuta angeführt. Er erklärte, daß hier die Vorschriften des Wechselstempelgesetzes allerdings kaum angewendet werden könnten, denn die dort ausgesprochene Bewertung beziehe sich nur auf die Frage der Verstempelung und Konsequenzen auf andere Gesetze, bei denen nicht ausdrücklich auf das WechselstempelG. Bezug genommen sei, könnten daraus nicht gezogen werden. Hier müsse eben § 36 des BesitzsteuerG. eingreifen, wonach „andere Kapitalforderungen und Schulden mit dem

Nennwert anzusetzen sind, sofern nicht besondere Umstände die Veranlagung nach einem vom Nennwert abweichenden höheren oder geringeren Wert begründen". Der Nennwert könne nur in deutsches Geld übersetzt werden und zwar auf Grund der Devisenkurse, wie sie am Stichtag effektiv notiert würden.

§ 2 des Entwurfs wurde unverändert angenommen.

Die Erörterungen über die Bewertung der Grundstücke finden sich unten zu § 6.

§ 3. Der § 3 des Entw. bestimmt, was von dem nach den Vorschriften des BesitzsteuerG. festgestellten Vermögenszuwachs abzugsfähig ist.

Bei der Erörterung wurden verschiedene Punkte gestreift. Zunächst regte ein Abg. an, eine aus dem BesitzsteuerG. sich ergebende Härte abzustellen. Beim WehrbeitragG. sei das im Ausland befindliche Grund- und Betriebsvermögen nicht mit in Rechnung gestellt worden. Damit habe man den Kaufleuten einen Gefallen tun wollen. Wenn nun aber jemand dieses Vermögen nach Deutschland ziehe, so sei er genötigt, es nach den Sätzen des BesitzsteuerG. zu versteuern. Die Steuersätze seien aber höher als die des WehrbeitragG., und jemand, der nach diesen Vorschriften zwar den Wehrbeitrag vermieden habe, aber eine Zuwachssteuer zahlen müsse, komme sozusagen vom Regen in die Traufe; deshalb müßte diese Härte gelegentlich gemildert werden.

Ein anderer Abg. legte dar, daß doch auch die mit Erbanfällen, Nacherbschaft und Vorerbschaft, zusammenhängenden Verhältnisse bei dieser Gelegenheit klargestellt werden müßten. Jedenfalls müsse festgestellt werden, wie es mit Zuwendungen, die auf Grund gesetzlicher Verpflichtung erfolgen, nach § 3 Nr. 3 zu halten sei. Solle der zu einer Leistung Verpflichtete etwa nach § 4 des Entw. auch noch Steuern von einer Leistung zahlen? Der Sinn der vorgeschlagenen Vorschrift sei doch offensichtlich der, Verschleierungen vorzubeugen. In den von ihm dargelegten Fällen handele es sich aber nicht um Verschleierungen, sondern um Leistungen auf Grund rechtlicher Verpflichtung.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erkannte an, daß in dem einen oder anderen Falle Härten vorkommen könnten; da man aber vor allem dafür sorgen müsse, daß nicht durch Schenkungen usw. große Vermögensteile der Versteuerung entzogen würden, sei es sehr schwer, für alle Möglichkeiten eine Vorkehrung zu treffen. Eine generelle Regelung müsse doch wohl erfolgen, die allerdings die vorhin erwähnten Fälle der Zuwendungen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung mitumfasse.

Ein anderer Abg. stimmte dem Staatssekretär darin bei, daß es gefährlich sei, das Gesetz zu durchlöchern, weil dadurch das finanzielle Ergebnis stark vermindert werden könne. Er fragte aber an, ob die Abfindungen, die für die Aufgabe bestehender Rechte gezahlt worden sind, nicht abzugsfähig gemacht werden könnten.

Auch dagegen hatte der Staatssekretär Bedenken und legte dar, daß man das nicht im Wege einer generellen Regelung machen könne. Wenn Rechte veräußert und dafür große Beträge vereinnahmt würden, so sei das ein regelrechter Vermögenszuwachs, der nach den Vorschriften dieses Entw. steuerpflichtig sei. Allerdings gäbe es bei Abfindungen Fälle, bei denen eine gewisse Härte unverkennbar sei. Auch ihm persönlich seien derartige Fälle bekannt geworden. Es gäbe keine Möglichkeit, sie im Ges. selbst zu regeln, und man müsse deshalb mittels des sehr weit gefaßten Härteparagraphen die etwa entstehenden Unbilligkeiten zu vermeiden oder zu mildern suchen.

Auf die Bemerkung eines Abg., daß im Entw. offensichtlich die Ausstattungen unter die Schenkungen gebracht worden seien, wohin sie nicht gehörten, legte ein Vertreter der verbündeten Regierungen ausführlich dar, was in § 3 Nr. 3 unter „Schenkung" und unter den Worten „oder durch eine sonstige, ohne entsprechende Gegenleistung erhaltene Zuwendung" zu verstehen sei. Während unter „Schenkung" die Schenkung im Sinne des BGB. zu verstehen sei, sollten unter dem zweiten Begriff, der ein wirtschaftlicher sei, in weitestem Sinne alle Vermögensübergaben unter

Lebenden verstanden werden, z. B. Gutsüberlassungen, Ausstattungen, Abfindungen für Erbverzicht, Zuwendungen unter Lebenden, die auf den Pflichtteil angerechnet werden sollen, also auch Zuwendungen, die unter § 2 des ErbschaftssteuerG. fallen. Die Veranlagung der Kriegsgewinnsteuer solle so erfolgen, wie wenn derartige Vermögensverschiebungen nicht erfolgt wären. Trotzdem halte er es, wie eingewendet worden sei, nicht für inkonsequent, wenn in § 4 die fortlaufenden Zuwendungen herausgenommen seien. Dort handle es sich nicht um Vermögensverschiebungen, sondern um Reichnisse, die, wie die sonstigen laufenden Ausgaben, aus dem Einkommen, den laufenden Einnahmen bestritten werden.

Im Anschluß an diese Darlegungen hob ein Abg. hervor, daß man zweierlei auseinanderhalten müsse: Schenkungen, durch die der Zweck des Ges. vereitelt werden solle, und Zuwendungen, die zwar „ohne entsprechende Gegenleistung" gemacht worden seien, zu denen aber eine gesetzliche Verpflichtung bestehe. Um diese Unterscheidung klar hervorzuheben, schlage er vor:

Die Kommission wolle beschließen:

in § 3 Nr. 3 am Schlusse die Worte zuzufügen:

„und nicht eine gesetzlicher Anspruch auf die Zuwendung bestand."

Nachdem ein Abg. eingewandt hatte, die Fassung dieses Antrags sei noch zu eng, weil z. B. für die Ausstattung keine gesetzliche Verpflichtung, wohl aber eine moralische Verpflichtung vorliege und weil auch Fälle von Alimentation hier in Frage ommen könnten, die er vielleicht in der zweiten Lesung durch einen besonderen Antrag erfassen werde, erklärte der Staatssekretär des Reichsschatzamts, daß man die Tragweite der angestrebten Unterscheidung nicht überschätzen möge, denn das Vermögen werde doch an einer Stelle erfaßt: wenn es nicht bei dem Schenkenden erfaßt werde, so bei dem Beschenkten. Der Schenkende werde regelmäßig der Wohlhabendere sein und einen höheren Steuersatz zu zahlen haben. Es liege im fiskalischen Interesse, daß es möglichst bei dem Schenkenden erfaßt werde, weil es entsprechend mehr bringe.

Was die Ausstattung oder Mitgift betreffe, so falle sie ohnedies nicht unter die erwähnte Anregung, weil ja eine gesetzliche Verpflichtung nicht vorliege. Soweit anderseits die Aussteuer, zu deren Gewährung eine gesetzliche Pflicht bestehe, in Möbeln, Wäsche und dergleichen erfolge, falle sie nicht unter das Gesetz. Möbel und dergleichen unterliegen nicht dem Besitzsteuergesetz und der besonderen Abgabe. Sie würden ausscheiden. Er würde vorschlagen, es bei der Fassung der Vorlage bewenden zu lassen. Von allen Einschränkungen sei ihm die sympathischste die, welche die Einschränkung auf den gesetzlichen Anspruch zurückschraube.

Eine besondere Frage stellte ein Abg. noch: Ob die Mitgift, die ein ausländischer Vater seiner nach Deutschland heiratenden Tochter gibt, in Deutschland als Vermögenszuwachs versteuert werden müsse? Der Staatssekretär bejahte diese Frage für das BesitzsteuerG.

Endlich wurde noch die Frage der Versteuerung von Erbanfällen gestreift. Ein Abg. wies darauf hin, daß man schon bei der Generaldebatte im Plenum zum Ausdruck gebracht habe, Erbanfälle könnten nicht gleich den übrigen Vermögenszuwüchsen behandelt werden. Wenn sie überhaupt in den Rahmen des vorgelegten Gesetzes einbegriffen werden sollten, dann müßten sie natürlich anders gefaßt werden. Das hätten er und seine Freunde durch den Antrag Nr. 234 K.-D. zum Ausdruck gebracht. Jedenfalls wünschten sie nicht, daß die Erbanfälle von der Besteuerung ganz ausgenommen seien. Aber es erübrige sich, auf die Materie an dieser Stelle einzugehen, da er sich vorbehalte, am Schlusse der ersten Lesung darauf zurückzukommen.

Mit dem oben erwähnten Ergänzungsantrag wurde dann § 3 angenommen.

§ 4, der bestimmt, welche Beträge dem nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes für den 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögen hinzuzurechnen sind, wurde mit dem, der Änderung des § 3 entsprechenden, Zusatz angenommen, daß

eingefügt wird im Abs. 1 hinter dem Worte „Bedachten": „Zuwendungen, die auf Grund eines gesetzlichen Anspruchs des Bedachten gemacht worden sind."

§ 5, der ebenfalls von Hinzurechnungen zum steuerbaren Vermögen handelt, umfaßt zwei verschiedene Dinge: 1. Beträge, die im Veranlagungszeitraum in ausländischem Grund- oder Betriebsvermögen (§ 5 des BesitzsteuerG.) angelegt worden sind; 2. Beträge, die im Veranlagungszeitraum zum Erwerb von Gegenständen aus edlem Metall, von Edelsteinen oder Perlen sowie von Kunst-, Schmuck- und Luxus-gegenständen aufgewendet worden sind. Wenn die Anlage in ausländischem Grund- oder Betriebsvermögen (in der Zeit vom 1. Jan. 1914 bis 1. Aug. 1914) erfolgt ist, so verringert sich die Hinzurechnung um den Betrag einer nachweislich (nach dem 1. Aug. 1914) eingetretenen erheblichen Wertminderung. Bei Kunstgegenständen, Juwelen usw. findet die Hinzurechnung nur statt, wenn die Gegenstände außer in den Fällen des § 4 (Schenkung) am Ende des Veranlagungszeitraums noch im Besitz des Steuerpflichtigen sind.

Die Erörterung zerfiel nach dieser Sacheinteilung des Paragraphen in zwei Teile, von denen der eine sich auf die ausländischen Grund- und Betriebsvermögen, der andere auf die Kunstgegenstände, Juwelen usw. bezog.

ad 1. Ein Abg. machte darauf aufmerksam, daß man beim Wehrbeitrag diejenigen Vermögensbeträge freigelassen habe, welche deutsche Kaufleute in ausländischem Grund- und Betriebsvermögen angelegt haben. Dasselbe sei auch beim BesitzsteuerG. geschehen. Bei der jetzigen Vorlage habe man dagegen Bestimmungen getroffen, daß deutsche Kaufleute solche Kapitalsanlagen bei der Feststellung ihres Vermögens anrechnen müßten. Das halte er, soweit es sich um die Feststellung der Höhe des Vermögens handle, für bedenklich. Freilich schränke Abs. 2 des § 5 diese Bedenken etwas ein. Die Bestimmungen reichten aber doch nicht aus. Denn man könne die Anlage eines Vermögens z. B. in überseeischen Plantagen oder Faktoreien nicht der Anlegung eines Vermögens in Luxus- und Kunstgegenständen gleichstellen. Bei den außerordentlich unsicheren Verhältnissen habe vielleicht ein Hamburgischer Kaufmann noch nach dem 1. Jan. 1914 Gelder im Ausland angelegt, von denen er infolge des Kriegs viel verloren habe. Nun sollten Wertminderungen, die vor dem 1. Aug. 1914 eingetreten sind, nicht berücksichtigt werden. Das könne er als billig nicht anerkennen. Andererseits seien auch Kaufleute vielfach nicht in der Lage gewesen, ihre Geschäfte am 1. Aug. 1914 sofort abzubrechen. Daher sollte die Beschränkung hinsichtlich des Zeitpunkts der Anlage (1. Jan. bis 1. Aug. 1914) wegfallen und es sollte auch die Wertminderung, die schon vor dem 1. Aug. 1914 eingetreten sei, berücksichtigt werden. Er stelle daher den Antrag, in § 5 Abs. 2 die Worte: „in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis 1. Aug. 1914" und die Worte: „nach dem 1. Aug. 1914" zu streichen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts machte dazu die folgenden Ausführungen:

Er möchte den Eindruck gar nicht aufkommen lassen, als ob durch diese Bestimmung irgendeine Benachteiligung der Kaufleute, die im Ausland Anlagen haben, beabsichtigt gewesen sei. Was getroffen werden sollte, sei die Kapitaltransferierung zu einer Zeit, wo das Risiko, das der Krieg geschaffen habe, schon vor aller Augen gestanden sei, und es sich in der Endwirkung nur darum handeln konnte, daß Vermögen, die in Deutschland verdient seien, der Kriegsgewinnsteuer entzogen werden. Das sollte unter allen Umständen ausgeschlossen werden. Er gebe zu, daß in einzelnen Fällen Härten entstehen, und würde einen entscheidenden Wert nicht darauf legen, daß die zeitliche Beschränkung vom 1. Aug. aufrecht erhalten werde. Er glaube, daß die Fälle, die hier in Frage kommen, relativ unbedeutend seien. Wir waren von dem Ausland in den ersten Augusttagen 1914 schon ausgeschlossen. Es würde sich um Länder handeln wie Italien, von dem wir damals nicht wußten, daß es in die Reihen unserer Feinde eintreten würde; dort bestanden große deutsche Interessen und vielleicht sei nachträg-

lich noch Kapital hingegeben. Außer Italien kämen vermutlich nur noch einzelne Kolonien in Betracht, wo vielleicht noch Kapitalsüberführungen vollzogen worden seien.

Der Antrag auf Streichung der zeitlichen Beschränkungen in Abs. 2 Satz 2 des § 5 wurde angenommen.

ad 2. Die Erörterung wandte sich nunmehr der Anrechnungspflicht von Beträgen zu, die zum Erwerb von Kunstgegenständen, Juwelen usw. aufgewendet worden sind.

Dazu lagen folgende Anträge vor:

Nr. 240. Die Kommission wolle beschließen:

im § 5 Abs. 1 Zeile 6 hinter „Luxusgegenständen" einzuschalten die Worte: „Sammlungen aller Art".

Nr. 244. Die Kommission wolle beschließen:

im § 5 Abs. 1 den letzten Satz wie folgt zu fassen:

„sofern der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand oder für mehrere zusammengehörige Gegenstände eintausend Mark, bei Edelsteinen oder Perlen fünfhundert Mark für das Stück und darüber beträgt."

Nr. 245. Die Kommission wolle beschließen:

im § 5 Abs. 1 Zeile 6 hinter dem Wort „Kunst-," einzuschalten: „Kunstgewerbe-".

Nr. 247. Die Kommission wolle beschließen:

1. im § 5 Abs. 1 vorletzte Zeile nach „mehrere" einzufügen die Worte: „gleichartige oder".

Die Komm. war in dem Bestreben einmütig, die Möglichkeiten der Steuerhinterziehung auf dem Wege der Anschaffung von kostbaren Gegenständen zu vermindern, wenn nicht ganz aus der Welt zu schaffen. Es seien zunächst die aus der Mitte der Komm. gegebenen Anregungen zusammengestellt:

Ein Abg. bemerkte, er sei vollständig damit einverstanden, daß in Abs. 1 des § 5 gesagt werde, dem Vermögen seien Beträge hinzuzurechnen, die zum Erwerb von Gegenständen aus edlem Metall, von Edelsteinen oder Perlen sowie von Kunst-, Schmuck- und Luxusgegenständen aufgewendet worden seien, sofern der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand oder für mehrere zusammengehörige Gegenstände 1000 M. und darüber betrage. Er habe aber doch Bedenken, ob die Preisgrenze richtig gezogen und ob der Begriff der Luxusgegenstände usw. genügend klar gemacht sei. Die Begründung des Entw. gebe zu, daß Möbel nicht unter diese Bestimmung fallen sollten. Für die Gerichte sei aber die Begründung nicht maßgebend und er bitte deshalb um Auskunft, ob vielleicht ein Zusatz, der die Sache kläre, angebracht sei.

Ein anderer Abg. erklärte es für zweifellos, daß die flüssigen Bestimmungen in dem Paragraphen zu großen Unzuträglichkeiten führen würden. Er bat deshalb den Staatssekretär, in den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz stark zu unterstreichen, daß diejenigen von der Besteuerung getroffen werden sollen, die ihr Vermögen in wertvollen Gegenständen angelegt haben, um es der Besteuerung zu entziehen. Es müsse gerade dieses subjektive Moment in die Sache hineingetragen werden.

Ein dritter Abg. machte darauf aufmerksam, daß es sehr schwer sei, eine scharfe Grenze zwischen Gebrauchs- und Luxusgegenständen zu ziehen. Das werde dahin führen, daß große Beträge für Gebrauchsgegenstände aufgewendet würden. Er wisse, daß Zimmereinrichtungen für 10000 Mk. und mehr angeschafft worden seien. Solche „Gebrauchsgegenstände" sollten auch getroffen werden, denn es sei kein Zweifel daran möglich, daß bedeutende Kriegsgewinne auf diese Weise versteckt würden. Wenn man diesen Gedanken zu Ende denke, dann stehe man vor der Frage, ob es überhaupt richtig sei, dem ganzen Gesetz den Vermögenszuwachs zugrunde zu legen und ob es nicht vielmehr zweckmäßiger wäre, auf den Einkommenszuwachs zuzukommen. Aber darüber werde noch an einer späteren Stelle zu reden sein. Vielleicht müsse die Lösung der Frage der zweiten Lesung vorbehalten bleiben.

Derselbe Abg. kam später noch einmal auf diesen Gedanken zurück und wies

auf den Unterschied der Auffassungen hin: Der Entw. wolle nur verhüten, daß jemand Werte in Kunstgegenständen anlege, um sie später wieder zu veräußern und sie so der Steuer zu entziehen; seine Freunde erblickten aber im § 5 eine Erweiterung des im BesitzsteuerG. gebrauchten Vermögensbegriffs. Für das Gerechtigkeitsgefühl sei es unerträglich, wenn Gesetzesbestimmungen möglich machten, daß jemand, der ein Vermögen von 10000 M. habe und ein Vermögen von 20000 M. hinzuerwerbe, hiervon 20 v. H. abgeben müsse, während ein Millionär viel höhere Werte in Kunstgegenständen anlegen und dadurch von der Steuer freibleiben könne. Es bleibe da immer wieder der Gedanke verlockend, nicht den Vermögenszuwachs, sondern die Einkommensvermehrung heranzuziehen, überdies aber sei es notwendig, den Begriff der Kunstgegenstände, die der Steuer unterliegen, weiter auszudehnen, als die Vorlage tue.

Ein Abg. vermißte in der Aufzählung des § 5 ganz allgemein die Sammlungen, in denen auch erhebliche Summen stecken könnten. So sei in einer Zeitung darauf hingewiesen worden, daß erhebliche Mittel in Briefmarkensammlungen angelegt worden seien.

Ein anderer Abg. verwies darauf, daß nicht nur Briefmarkensammlungen, von denen es doch zweifelhaft sei, ob sie als Luxusgegenstände angesehen werden können, in Frage kommen, sondern daß es sich auch um bibliographische, paläontologische Sammlungen und dergleichen handeln könne. Dies seien wissenschaftliche Sammlungen und an sich keine Luxusgegenstände; und doch könne der Besitzer solcher Sammlungen sie nach Beendigung des Krieges mit Gewinn loszuschlagen versuchen. Es habe deshalb große Bedenken, daß man Sammlungen aus dem § 5 auslasse und diese Lücke solle der Antrag Nr. 240 K.-D. ausfüllen.

Zur Begründung des Antrags Nr. 244 führte ein Abg. aus, nach seiner Kenntnis der Dinge seien erhebliche Beträge von Kriegsgewinnen besonders in Juwelen angelegt worden; er zweifle, ob es richtig sei, die Juwelen unter die Wertgrenze von eintausend Mark für das Stück zu stellen.

Von anderer Seite wurde darauf aufmerksam gemacht, daß zweifellos manche Leute durch allerhand Ankäufe ihr Vermögen der Besteuerung entziehen wollten. Daher sei es bedenklich, daß man ein vieldeutiges Fremdwort wie „Luxus" in das Gesetz hineinbringe. Die Definitionen dieses Wortes seien ganz verschieden. Aber auch sonstige Schwierigkeiten tauchten noch auf; so sei es fraglich, ob Gegenstände mit Altertumswert, in denen während des Kriegs ein schwunghafter Handel getrieben worden sei, auch wirklich zu den Kunstgegenständen gerechnet werden müßten; ferner tauchten Zweifel auf, ob Porzellansammlungen als Kunstgegenstände oder als Gebrauchsgegenstände angesehen werden würden. Je enger man die Grenzen fasse, um so größere Schwierigkeiten entstünden. Er halte deshalb für richtig, Gebrauchsgegenstände, wenn sie einen bestimmten Wert überschritten, in die Besteuerung mit hineinzuziehen.

Diesen Bestrebungen, die Definitionen in § 5 immer enger zu fassen, trat ein anderer Abg. mit dem Bemerken entgegen, die Steuerbehörden müßten bei der Beurteilung eine gewisse Freiheit haben. Gebrauchs- und Luxusgegenstände könne man nicht nach objektiven Merkmalen unterscheiden, sondern man müsse darauf sehen, wie die Gegenstände bei dem einzelnen Besitzer, im Rahmen des einzelnen Haushalts wirkten. Sammlungen seien nach seiner Auffassung Luxusgegenstände, so daß sich der Antrag Nr. 240 K.-D. erübrige. Dagegen halte er eine Ergänzung der Bestimmungen des Entw. über Edelsteine und Perlen deshalb für nötig, weil die jetzt gezogene Wertgrenze von 1000 M. zu hoch sei. Kaufe jemand bei verschiedenen Juwelenhändlern 100 einzelne Perlen zu je 900 M., so könne er nach den jetzigen Bestimmungen des Entw. eine Perlenkette zum Anschaffungswert von 90000 M. hinterher zusammenstellen, nämlich aus nicht zueinander gehörenden Perlen, und damit dies Geld der Besteuerung entziehen. Es sei daher nötig, den § 5 Abs. 1 letzten Satz durch den Antrag Nr. 244 K.-D. zu ergänzen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts führte zu diesen Bedenken, Anregungen und Anträgen aus:

Es sei zuzugestehen, daß der Begriff „Luxusgegenstand" ein sehr flüssiger sei und daß es deshalb erwünscht und notwendig sei, in den Ausführungsbestimmungen dem Begriff „Luxusgegenstand" eine nähere Erläuterung zu geben. Allerdings können die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats, da es sich nicht um Rechtsverordnungen handelt, vor den Gerichten angefochten werden. Aber wenn wir die Absicht haben, durch die Ausführungsbestimmungen eine liberale Handhabung der Vorschrift sicher zu stellen, eine Regelung also zugunsten der Steuerpflichtigen zu treffen, so werden die Steuerpflichtigen sie nicht anfechten und die Steuerbehörden werden an die Anweisungen des Bundesrats gehalten sein. Infolgedessen dürften die Bedenken des Abg. hinsichtlich der Ausführungsbestimmungen, die die Sache hier regeln sollen, hinfällig sein. Sie würden bestehen, wenn wir die Absicht hätten, sehr streng zu definieren und die Grenzlinie zwischen „Luxus-" und „Gebrauchsgegenständen" im rein fiskalischen Interesse zu verrücken. Dann würde der Steuerpflichtige einen Prozeß führen können, daß es Luxusgegenstände nicht sind, sondern Gebrauchsgegenstände. Bei den Abgrenzungen der an sich flüssigen Begriffe dürfe man die der Vorschrift zugrunde liegende Absicht nicht aus dem Auge lassen, und diese Absicht sei aus der Mitte der Komm. zutreffend klargestellt worden. Die Bestimmung sollte verhindern, daß durch meist ganz überflüssige Anlagen in solchen Dingen große Beträge, die sonst unter die Kriegsgewinnsteuer fallen, der Kriegsgewinnsteuer entzogen werden. Im übrigen glaube er, daß durch die Wertgrenze von tausend Mark immerhin einiger Schutz gegen eine übertrieben fiskalische Auslegung gegeben und andererseits auch die Aufgabe der Steuerbehörde erleichtert sei. Tische, Stühle, überhaupt Möbel scheiden aus. Die Wohnungseinrichtung als solche, soweit nicht einzelne Stücke Kunstgegenstände sind, müsse außer Betracht bleiben, wolle man sich nicht von den Grundgedanken der Vorschrift völlig entfernen. Er fürchte auch nicht, daß die Kriegsgewinnsteuer dazu führen solle, daß sich jemand Möbel und sonstige Wohnungseinrichtungssachen über seinen Bedarf hinaus anschaffe. Solche Dinge können immer nur mit Verlust wieder abgestoßen werden. Hier liege die Gefahr der Hinterziehung nicht vor, die man bekämpfen müsse.

Allerdings werde man natürlich nicht verhindern können, daß der eine oder andere, dem seine Kriegsgewinne in den Kopf gestiegen seien, diese Gewinne in unsinniger Weise verausgabe, und es werde schwer sein, das auf diese Weise verausgabte Geld zur Besteuerung heranzuziehen. Aber es handle sich hier doch nur um Ausnahmefälle. Wenn von dem übermütig gewordenen Militärhandwerker gesprochen worden sei, der 50000 oder gar 80000 M. für seine Wohnungseinrichtung ausgegeben habe, so werden hiervon wohl eine Reihe von Luxusgegenständen unter die Besteuerung fallen. Er möchte jedenfalls befürworten, es bei der Fassung zu belassen. Er sehe auch keinen anderen Weg; denn sonst komme man mit der Durchführung dieses Ges. bestimmt in die Brüche.

Der Abg., der in dem § 5 eine Erweiterung des Vermögensbegriffs in Abweichung vom Besitzsteuerg. erblicke, habe seines Erachtens doch bei seinen Ausführungen den Sinn, den die ganze Bestimmung haben solle, nicht vor Augen gehabt; denn was man treffen wolle und in erster Linie treffen müsse, seien die Fälle, in denen Kunstgegenstände und ähnliche Dinge erworben werden, nicht weil der Käufer sie behalten, sondern weil er sie später wieder verkaufen wolle, oder weil nach dieser Richtung mindestens eine Eventualabsicht bei ihm bestehe oder zu vermuten sei. Das gelte vor allen Dingen für alte Kunstwerke, für Bilder von alten Meistern, die im Kunsthandel einen einigermaßen feststehenden Wert haben. Es solle eben verhindert werden, daß solche Dinge gekauft werden, um das Geld der Kriegsgewinnsteuer zu entziehen und nachher, wenn die Kriegsgewinnsteuer erhoben ist, wieder verkauft werden.

Was als zusammengehörig anzusehen sei, könne im Einzelfall allerdings zweifelhaft sein. Unstreitig handele es sich z. B. bei einem Meißner Porzellanservice, das einen großen Kunstwert repräsentieren könne, um zusammengehörige Gegenstände, so daß der Preis für das Service als solches maßgebend und es gleichgültig sei, wenn der Preis der einzelnen Tassen oder Teller unter 1000 M. betrage. Auch mehrere Perlen oder Edelsteine würden in den meisten Fällen als zusammengehörig anzusehen sein. Um hier Zweifel auszuschließen, habe er keine Bedenken dagegen geltend zu machen, wenn statt „zusammengehörige" Gegenstände gesagt werde „gleichartige oder zusammengehörige Gegenstände".

Was nun die Sammlungen anbelangt, so werde eine Sammlung von gebrauchten Briefmarken, die keine Gebrauchsgegenstände mehr seien, doch wohl noch zu den Luxusgegenständen zu zählen sein. Die einzelnen Briefmarken gehören auch zweifellos zusammen. Es sei aus einer Zeitung einiges über derartige Briefmarkensammlungen vorgelesen worden. Auch er habe Zusendungen bekommen, wonach Briefmarkensammlungen für 40000 bis 50000 M. verkauft und gekauft worden sind. Eine derartige Sammlung sei nach seiner Meinung ein Luxusgegenstand. Die einzelne Briefmarke ist nicht mehr als 1000 M. wert, aber die Sammlung gehöre zusammen, und derartige Erwerbungen fallen unter das KriegsgewinnsteuerG.

Der Fall sodann, daß in technischen, wissenschaftlichen und ähnlichen Sammlungen große Vermögensteile angelegt werden, um die Kriegsgewinne auf diese Weise der Besteuerung zu entziehen, komme wohl praktisch nicht vor. Was wolle man denn durch die Kriegsgewinnsteuer fassen? Das Reich werde, wenn der Krieg bis in die Hälfte dieses Jahres hineindauere, rund 50 Milliarden Mark ausgegeben haben. Alles, was übrig bleibe, wenn man von diesen 50 Milliarden Mark das abziehe, was unserer Volkswirtschaft an produktiven Werten, an Waren und Rohstoffbeständen und sonstwie verloren gegangen sei, müsse irgendwie in der Form von Vermögenszuwachs in Erscheinung treten. Ein Teil dieses Vermögenszuwachses habe sich natürlich in so kleine Teile zersplittert, daß er von dieser Steuer nicht erfaßt werden könne, aber ein großer Teil balle sich zu großen Summen zusammen. Diesen Teil der Kriegsgewinne wolle man mit dem KriegsgewinnsteuerG. fassen. Die Sammlungen, von denen der Abg. gesprochen habe, seien aber hierfür von so geringer Bedeutung, repräsentierten eine so geringe Summe, daß es sich nicht verlohnen werde, daraufhin eine Änderung des Gesetzes vorzunehmen, am wenigsten eine so grundstürzende Änderung, wie sei ein anderer Abg. mit der Anlehnung an den Einkommenszuwachs statt an den Vermögenszuwachs im Auge habe.

Zu der grundlegenden Frage des Aufbaues der Steuer auf der Einkommensvermehrung statt auf dem Vermögenszuwachs führte der Staatssekretär des Reichsschatzamts an dieser Stelle gelegentlich der Beratung des § 5 noch weiter aus:

Er habe aus der Debatte den Eindruck gewonnen, daß eine Einigkeit über das erstrebte Ziel nicht bestehe. Es kommen bei diesem Paragraphen zwei ganz verschiedene Zwecke in Frage. Einmal nämlich der Zweck, der Verwendung des Eink. nachzuspüren, einerlei, ob es verwendet werde, um die Kriegsgewinnsteuer zu hinterziehen oder nicht, und zweitens der Zweck, die Möglichkeit auszuschließen, daß in größerem Umfang eine absichtliche Hinterziehung der Kriegsgewinnsteuer stattfinde. Im ersteren Falle müsse man sich darum kümmern, wie jemand sein Eink. verwende, ob er mehr Geld ausgebe, als seiner ganzen bisherigen sozialen Stellung usw. entspreche, ob er etwa aus dem, was er verdient habe, übermäßige Geschenke mache und wie er sich sonst verhalte. Dann dürfte man aber hierbei nicht stehen bleiben, sondern müsse auch jeden Luxuskonsum, z. B. den Champagner- und Austernverbrauch kontrollieren. Damit gelange man allerdings dazu, an das Mehreink. anzuknüpfen. Wolle man dem Vermögenszuwachs alles zurechnen, was jemand über seine sozialen Bedürfnisse hinaus verbraucht habe, dann komme man allerdings notwendig auf das Einkprinzip zu. Nun bernhe aber

dieser Gesetzentw. grundsätzlich auf dem Prinzip des Vermögenszuwachses. Wolle man daran festhalten, dann könne die Absicht nur die sein, den zweiten Zweck zu erreichen. Dazu möchte er bemerken: Es werde wohl niemand solche unsinnige Ausgaben machen, nur um die Steuer zu ersparen, namentlich soweit die geringeren Steuerstufen in Frage kommen, in denen die Steuer vielleicht 10 bis 20 vom Hundert, nach den weitestgehenden Anträgen nur etwa 15 bis 25 vom Hundert betrage. Der Fall, der hier getroffen werden solle, sei ein ganz anderer, nämlich der ihm als häufig vorkommend bezeichnete, daß jemand Kunstwerke von einem bestimmten feststehenden Werte kaufe, nicht etwa weil er ein Kunstfreund sei, sondern weil ihm der Kunsthändler gesagt habe: das Gemälde koste soundsoviel, und wenn er das Bild kaufe, dann stehe er ihm dafür ein, daß er es nach einigen Jahren mit hohem Gewinn wieder verkaufen könne und dann brauche er außerdem keine Kriegsgewinnsteuer mehr zu bezahlen. Dieser Eindruck werde wohl auch bestätigt, wenn man Kunst- und ähnliche Auktionen verfolge. Das solle hier ausgeschlossen werden, und deshalb sei auch die Grenze von 1000 M. gewählt worden. Wenn jemand nur einzelne geringwertige Gegenstände kaufe, so sei hier nichts zu holen. Nach alledem möchte er, da der Entw. sich nun einmal auf der Grundlage des Vermögenszuwachses aufbaue, vorschlagen, daß man sich bei dem § 5 auf den bezeichneten zweiten Zweck beschränke. Mit allem anderen komme man sonst in die Brüche. Ein Beweis hierfür sei auch der Antrag, der das Kunsthandwerk einbeziehen wolle. Warum wolle man dann nicht auch das Handwerk einbeziehen. Die Unterscheidung zwischen Kunsthandwerk und Handwerk sei noch viel schwieriger als die Unterscheidung zwischen Kunsthandwerk und Kunst. Schließlich müsse man auch, um eine Schädigung des Kunsthandwerks zu vermeiden, den Absatz 3 auch auf das Kunsthandwerk ausdehnen. Er bitte also wiederholt, es bei der jetzigen Fassung zu belassen.

Angenommen wurde der erste Absatz des § 5 danach in der Form, daß eine dreifache Erweiterung oder Verschärfung der Vorlage stattfand: a) sollen Sammlungen aller Art unter denselben Bedingungen wie Kunst- und Luxusgegenstände dem am 31. Dez. 16 festgestellten Vermögen hinzugerechnet werden; b) soll diese Anrechnung geschehen, sofern der Anschaffungswert für den einzelnen Gegenstand 500 M. und darüber (statt 1000 M.) beträgt und c) soll die Anrechnungspflicht nicht nur auf zusammengehörige, sondern auf gleichartige oder zusammengehörige Gegenstände der erwähnten Art sich beziehen.

Die Gestaltung des Abs. 2 § 5 ist bereits oben behandelt worden.

Abs. 3 des § 5 in der Vorlage bestimmte, daß die Vorschrift im Abs. 1 keine Anwendung auf den Erwerb von Kunstwerken lebender oder seit dem 1. Jan. 10 verstorbener deutscher Künstler sowie im Deutschen Reiche wohnender Künstler finden soll. Die Bestimmung ist hineingenommen worden, nachdem die Künstler sich sehr lebhaft gerührt hatten.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts legte dar, daß eine sehr schwere Schädigung der lebenden Künstler durch den Krieg einwandfrei nachgewiesen worden sei. Man habe daher dem Ersuchen, einer neuen Schädigung durch die Bestimmungen des § 5 entgegenzutreten, entsprechen müssen. Wenn man nun nicht nur die heute lebenden Künstler, sondern auch die noch nicht lange verstorbenen schützen wolle, dann müsse man einen bestimmten Termin festsetzen; an sich sei es gleichgültig, ob man dafür den 1. Jan. 10 oder 09 oder ein anderes Datum wähle: um gewisse Härten komme man auf keinen Fall herum. Die den deutschen Künstlern gewährte Erleichterung habe man solchen Künstlern, die zwar nicht Reichsdeutsche sind, aber im Deutschen Reiche ihre ganze Tätigkeit ausüben und hier ihre künstlerische Heimat haben, nicht vorenthalten können. Es handle sich da vornehmlich um Künstler österreichischer, schwedischer, norwegischer und schweizerischer Nationalität, während Künstler feindlicher Nationalität gegenwärtig nicht in Deutschland lebten. Um alle Zweifelsfragen auszu-

scheiden, empfehle sich vielleicht, vor dem Worte wohnender noch das Wort „dauernd" einzuschieben.

Aus der Mitte der Komm. wurden Bedenken gegen die vorgeschlagene Bestimmung laut. Einmal bezweifelte man, ob das erstrebte Ziel einer Besserstellung der notleidenden lebenden Künstler erreicht werde, und sodann verwies man auf eine in der letzten Zeit zu beobachtende Spekulation mit Bildern lebender Künstler. Wolle man im übrigen hohe Steuererträge haben, dann spielten die im § 5 Abs. 3 ausgenommenen Wertgegenstände schon eine erhebliche Rolle.

Ein Abg. beantragte, als den maßgebenden Todestag den 1. Jan. 09 zu setzen. Gerade im Jahre 09 seien namhafte deutsche Künstler gestorben, deren Hinterbliebene keineswegs in günstiger finanzieller Lage seien.

Absatz 3 des Entw. wurde schließlich in erster Lesung abgelehnt.

§ 6 der Vorlage bestimmt, daß bei der Feststellung des Vermögensbestands am Ende des Veranlagungszeitraums Grundstücke, die der Steuerpflichtige erst nach dem 1. Aug. 14 erworben hat, zu keinem geringeren Wert als dem Betrag der Gestehungskosten angesetzt werden dürfen. In einem zweiten Absatz war dem hinzugefügt worden: Von den Gestehungskosten sind die durch Verschlechterung entstandenen Wertminderungen abzuziehen.

Die Erörterung dieser Vorschriften und der mit ihnen zusammenhängenden Fragen fand, wie bereits bemerkt, geschäftsordnungsmäßig beim § 2 statt, soll aber der größeren Übersichtlichkeit wegen hier dargestellt werden.

Die ratio der Vorschrift ist klar: Es soll verhindert werden, daß Steuerpflichtige, die sich aus Kriegsgewinnen oder anderen Vermögens- oder Einkommenszuwüchsen während der Kriegszeit Luxusgüter, vielleicht zu Phantasiepreisen, Landhäuser und dergleichen gekauft haben, bei der Vermögensfeststellung am 31. Dez. 16 diesen Erwerb etwa nach dem weit geringeren Ertragswert oder dem gemeinen Wert anrechnen, um dadurch Steuern zu hinterziehen. Wenn so grundsätzlich die Gestehungskosten angerechnet werden müssen, so dient der zweite Absatz hinwiederum dazu, offenbare Härten vermeidbar zu machen: von den Gestehungskosten dürfen die durch Verschlechterung entstandenen Wertminderungen abgezogen werden, eine Vorschrift, die namentlich dort von Bedeutung werden kann, wo es sich nicht um Luxusgüter und Villen handelt, sondern um Grundstückserwerbe aus ganz anderen und häufig für den Käufer wenig angenehmen Motiven.

Die Reichsgesetzgebung hat sich zuletzt beim Gesetz über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und beim BesitzsteuerG. mit der Wertbestimmung von Grundstücken befaßt. § 16 des WehrbeitragG. und § 29 des BesitzsteuerG. lauten gleich: „Bei der Feststellung des Vermögens ist der gemeine Wert (Verkaufswert) seiner einzelnen Bestandteile zugrunde zu legen, sofern das Ges. nichts anderes vorschreibt." Das WehrbeitragG. enthält dann weiter in § 17 die Bestimmung, daß bei Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken sowie bei bebauten Grundstücken, die Wohnzwecken oder gewerblichen Zwecken dienen, der Ertragswert (an Stelle des gemeinen Werts) zugrunde gelegt wird. Das BesitzsteuerG. bestimmt in seinem § 30, daß bei Grundstücken auf Antrag des Steuerpflichtigen an die Stelle des gemeinen Werts der Betrag der nachgewiesenen oder glaubhaft gemachten Gestehungskosten tritt; von den Gestehungskosten sind die durch Abnutzung entstandenen Wertminderungen abzuziehen. Nur beim Erwerbe von Todes wegen, im Wege der Erbteilung, bei Gutsüberlassungen sowie beim Erwerb auf Grund einer ohne entsprechende Gegenleistung erfolgten Zuwendung unter Lebenden tritt an die Stelle des Erwerbspreises, soweit es sich um land- oder forstwirtschaftliche Grundstücke oder um Grundstücke handelt, die Wohnzwecken oder gewerblichen Zwecken dienen, der Ertragswert oder der gemeine Wert zur Zeit des Erwerbes. Und endlich bestimmt § 33 des BesitzsteuerG.: „Hat der Erwerb vor dem 1. Januar 1914 stattgefunden, so gilt der bei der Veranlagung des Wehrbeitrags festgestellte Wert eines Grundstücks

als Betrag der bis dahin entstandenen Gestehungskosten." Bei land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken wird der Wertermittlung auf Grund des WehrbeitragG. in der Regel der Ertragswert zugrunde gelegt sein.

Faßt man die in den verschiedenen Gesetzen und Vorlagen enthaltenen Zeitbestimmungen ins Auge, so kann man drei Arten von Grundstücken unterscheiden: 1. solche, deren Erwerb vor dem 1. Januar 14 stattgefunden hat; 2. solche, die nach dem 1. Aug. 14 erworben wurden; und 3. solche, deren Erwerb in die Zeitlücke zwischen dem 1. Jan. und 31. Juli 14 fiel.

Die erste Bemerkung aus der Mitte der Komm. heraus zu dem Gegenstand des § 6 ging von der Tatsache der allgemeinen Erhöhung der Lebensmittelpreise aus und folgerte daraus eine Wertsteigerung landwirtschaftlicher Grundstücke, die berücksichtigt werden müsse. Das geschehe nicht, wenn nach dem BesitzsteuerG. jedermann verlangen könne, daß der Wert seines Grundstücks nach den Gestehungskosten berechnet werde. Auf die an diese allgemeinen Bemerkungen geknüpfte besondere Frage, was alles unter die Gestehungskosten falle, entgegnete der Staatssekretär des Reichsschatzamts:

Der Begriff der Gestehungskosten sei in § 30 des BesitzsteuerG. umschrieben. Es heiße in diesem Paragraphen:

> Zu den Gestehungskosten sind zu rechnen der Gesamtwert der Gegenleistungen beim Erwerb (Erwerbspreis), sonstige Anschaffungskosten sowie alle auf das Grundstück gemachten besonderen Aufwendungen während der Besitzzeit.

Es verstehe sich demnach von selbst, daß die Provisionen und Abgaben, die bei dem Kauf zu zahlen waren, mit hineingehören.

Im Anschluß hieran äußerte sich der Staatssekretär zunächst über die allgemeine Bedeutung des § 6:

Der § 6 beziehe sich nur auf die Grundstücke, die nach dem 1. August 1914 erworben sind. Man habe die Beobachtung gemacht, daß ein Teil von eigentlichen Kriegsgewinnen zum Ankauf von Luxusgegenständen und dergleichen, auch zum Ankauf von Gütern usw. angelegt worden sind. Man wollte verhindern, daß diejenigen, die nach dem 1. Aug. 14 aus ihrem Kriegsgewinn solche Grundstücke zu Liebhaberpreisen gekauft haben, nachher die Deklaration des Wertes nach einem anderen Maßstabe vornehmen. Es sei das derselbe Grundsatz, wie er auch bei der Anschaffung von Perlen, Edelsteinen, von Schmuck usw. Anwendung finden solle. Auch hier solle nicht geschätzt werden, sondern es solle der Gestehungspreis maßgebend sein.

Im übrigen richte sich die Bewertung der Grundstücke genau wie alles übrige in diesem Gesetz — wo nicht besondere Ausnahmen vorgesehen seien — nach den Vorschriften des BesitzsteuerG.

Eine Regierungskommissar macht die folgenden Ausführungen:

Nach § 29 des BesitzsteuerG. sei zunächst der gemeine Wert, den die Grundstücke an den maßgebenden Stichtagen — also demnächst am 31. Dez. 16 — haben, zugrunde zu legen. Nach § 30 des BesitzsteuerG. habe aber der Steuerpflichtige das Recht, zu verlangen, daß an Stelle des gemeines Wertes die Gestehungskosten zugrunde gelegt werden. § 33 des BesitzsteuerG. schreibe ferner vor:

> Für die Grundstücke, die vor dem 1. Januar 1914 erworben worden sind, gilt der bei der Veranlagung des Wehrbeitrags zugrunde gelegte Wert als Betrag der bis dahin — also bis zum 1. Januar 1914 — entstandenen Gestehungskosten,

so daß hier also nur noch die in der Zeit vom 1. Jan. 14 bis 31. Jan. 16 gemachten besonderen Aufwendungen hinzuzurechnen wären.

Das sei die Rechtslage auf Grund des BesitzsteuerG., die auch hier natürlich maßgebend sei. Demnach habe ein Grundstücksbesitzer das Recht, nach dem Besitz-

steuerG. und der Vorlage zu beantragen, daß sein Grundbesitz am 31. Dez. 16 nach den Gestehungskosten, also, wenn er diesen Grundbesitz schon vor dem 1. Jan. 14 besessen habe, nach dem Werte veranschlagt werde, mit dem er zum Wehrbeitrag veranlagt worden ist.

Die Erörterung betraf zwei verschiedene Gegenstände: 1. die Bewertung von Grundstücken bei der Veranlagung am 31. Dez. 16 und das Verhältnis dieser Vorlage zu dem Besitzsteuer- und WehrbeitragG., sodann 2. die Spezialfrage, was in Abs. 2 des § 6 der Vorlage unter dem Begriff der „Verschlechterung" zu verstehen sei. Es seien zunächst die auf den ersten Gegenstand sich beziehenden Äußerungen der KommMitgl. zusammengestellt:

ad 1. Die Bestimmung im § 6, daß Grundstücke zu keinem geringeren Wert als dem Betrag der Gestehungskosten angesetzt werden dürften, könne, so führte ein Abg. aus, bedenkliche Folgen haben. Man müsse auch beachten, daß die Erwerbung von Grundstücken in anderer Weise als durch Kauf erfolgen könne. Mithin lägen die schwersten Bedenken vor, den Satz ohne weiteres anzunehmen, man müsse vielmehr eine Sicherung schaffen, daß, wo eine Wertminderung stattgefunden habe, der wirkliche Wert des Grundstücks zu ermitteln sei. Wer freilich ein Luxusgut gekauft habe, dürfe es nicht zum landwirtschaftlichen Wert einsetzen.

Ein anderer Abg. wies darauf hin, das BesitzsteuerG. schaffe mit der Einsetzung der Gestehungskosten ein Privilegium für den Eigentümer. § 6 der Vorlage stelle ihn im Gegensatz dazu schlechter. Im übrigen sei die Definition des Begriffs „Gestehungskosten" nicht feststehend; sie müsse hier wohl im weitesten Sinne wirtschaftlich genommen werden, also auch Hypothekenregulierungskosten, Abstandsgelder usw. umfassen.

Wiederum ein anderer Abg. ging von der Tatsache aus, daß die frühere Gesetzgebung und die Vorlage nunmehr zur Unterscheidung von drei Arten von Grundstücken nötigten. Für die, die nach dem 1. Aug. 14 erworben seien, müßten mindestens die Gestehungskosten zugrunde gelegt werden; für diejenigen, die zwischen 1. Jan. und 1. Aug. 14 erworben seien, habe der Besitzer die Wahl zwischen dem gemeinen Wert und den tatsächlichen Gestehungskosten; endlich für diejenigen, die vor dem 1. Jan. 14 erworben seien, gelte nach § 33 des BesitzsteuerG. der bei der Veranlagung zum Wehrbeitrag festgestellte Wert als Betrag der Gestehungskosten. Was nun die landwirtschaftlichen Grundstücke angehe, so spiele die durch Steigerung der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse vermutete Werterhöhung bei der Berechnung nach den Gestehungskosten begrifflich überhaupt keine Rolle. Aber auch in den übrigen Fällen habe die durch den Krieg hervorgerufene vorübergehende Steigerung der Produktenpreise keinen Einfluß auf den Wert landwirtschaftlicher Grundstücke. Die bisher vorliegenden Erfahrungen hätten sogar vielfach einen Preisrückgang ergeben. Bei der Regelung der Grundstückswertverhältnisse müsse im übrigen beachtet werden, daß viele Grundstücke nach dem 1. Aug. 14 im Wege der Zwangsversteigerung erworben seien; vielleicht sei erwägenswert, diesem Umstand durch eine Bestimmung im § 6 insofern Rechnung zu tragen, daß man seine Anwendung auf die Fälle freiwilligen Erwerbs beschränke.

Der Meinung, daß der Wert landwirtschaftlicher Grundstücke trotz der Preissteigerung der Produkte, die mit dem Krieg vorübergehend verbunden sei, nicht gestiegen sei, schloß sich ein anderer Abg. an. Freilich sei die richtige Einschätzung der Grundstücke eine schwierige Sache. An sich sei die Grundstücksfrage für die nach dem 1. Aug. 14 erworbenen Grundstücke im § 6 klar und einwandfrei geregelt. Schwieriger sei die Sache schon bei denen, die vor dem 1. Jan. 14 erworben seien. Bei ihrer Veranlagung könne der Besitzer nach §§ 30 und 33 des BesitzsteuerG. verlangen, daß bei der Feststellung des Vermögensstands von der Wehrbeitrags-Veranlagung ausgegangen werde. Aber das Korrektiv, das darin liege, daß der Besitzer zwischen dem gemeinen Wert und den Gestehungskosten wählen könne, müsse versagen. Denn es werde sehr

schwer, wenn nicht gar unmöglich sein, zum 31. Dez. 16 einen gemeinen Wert für landwirtschaftliche Grundstücke mit einiger Sicherheit festzustellen. Der gemeine Wert werde bekanntlich durch einen Vergleich der Kaufpreise ähnlicher Grundstücke ermittelt. Während der Kriegszeit fehle es aber an normalen, zum Vergleich geeigneten Verkäufen. Daher werde eine Veranlagung nach dem gemeinen Wert in der Regel versagen. Nach dem WehrbeitragG. sei ja auch regelmäßig nach dem Ertragswert veranlagt worden, so daß dann also ein Vergleich zwischen dem gemeinen Wert und dem Ertragswert gezogen werden müsse. Demgemäß müsse ein Modus gefunden werden, wie bei Zugrundelegung der Gestehungskosten eine Berücksichtigung der Rückgänge des Werts des unbeweglichen und beweglichen, lebenden und toten Inventars, des Ackerwerts infolge mangelhafter Düngung usw. sichergestellt werde.

Ein anderer Abg. wies darauf hin, es seien noch nicht alle Schwierigkeiten für solche Leute ausgeräumt, die durch Erbschaft Grundstücke erworben haben.

Ein Abg. zog aus den bisherigen Erörterungen die Lehre, daß sich besondere Schwierigkeiten, Werterhöhungen oder Wertminderungen der Grundstücke zu berücksichtigen, für diejenigen Grundstücke ergäben, die vor dem 1. Jan. 14 erworben seien. Es müsse aber ein Weg gefunden werden, solche Veränderungen zu berücksichtigen, weil man doch unmöglich einfach davon absehen könne. Diese Ansicht suchte der Staatssekretär des Reichsschatzamts dadurch zu zerstreuen, daß er ausführte:

Der § 30 des BesitzsteuerG. enthalte eine ganz allgemeine Definition der Gestehungskosten, und dieser § 30 finde auch auf den § 33, wie auf alle anderen Paragraphen, in denen von Gestehungskosten die Rede sei, Anwendung. Es gelte also für die Grundstücke, die vor dem 1. Jan. 14 erworben worden seien, der § 30 Abs. 1, so daß die Gestehungskosten nur auf Antrag zugrunde zu legen seien. Werden aber die Gestehungskosten, die sich nach § 33 berechnen, zugrunde gelegt, so sei auch § 30 Abs. 2 Satz 2 anwendbar.

In bezug auf die Berücksichtigung einer eventuellen Wertsteigerung sei doch wohl daran festzuhalten, daß bei den Grundstücken nur der realisierte Mehrwert zugrunde gelegt werden könne, im Gegensatz zu den mobilen Werten, wo man ja den Tageskurs zugrunde lege. Es bestehe doch ein großer Unterschied zwischen mobilem und immobilem Besitz. Die Veräußerung eines Grundstücks sei eine viel schwierigere Sache als die Veräußerung eines Wertpapiers. Beim Papier sei ein einigermaßen brauchbarer Gradmesser im Börsenkurse vorhanden, während es bei Grundstücken — städtischen, industriellen und landwirtschaftlichen — zu den größten Schwierigkeiten führen würde, wenn man dabei den theoretischen Wertzuwachs mitberücksichtigen wollte. Die in der Theorie vorhandene Wertsteigerung helfe dem Grundstücksbesitzer sehr wenig, wenn er nicht verkaufen wolle oder könne. Man werde da also wohl bei den wohlerwogenen Grundsätzen des BesitzsteuerG. bleiben müssen.

Im übrigen lassen sich die Ausführungen des Staatssekretärs des Reichsschatzamts zu dieser Grundstücksfrage in der folgenden Weise zusammenfassen:

Der Besitzer eines Grundstücks habe das Recht, bei der Deklaration für den 31. Dez. 16 nach dem BesitzsteuerG. zugrunde zu legen die Gestehungskosten oder den gemeinen Wert. Wenn der gemeine Wert niedriger sei als die Gestehungskosten, so könne und dürfe er also den gemeinen Wert zugrunde legen. Davon sei in § 6 eine Ausnahme gemacht, nicht für das BesitzsteuerG. als solches, sondern lediglich für die Kriegsgewinnsteuer, die hier in Frage komme, und zwar eine Ausnahme nur für diejenigen Grundstücke, die nach dem 1. Aug. 14 erworben sind. Bei diesen Erwerbungen wird es sich in der Tat in der Hauptsache um Spekulationen oder um Hinterziehungsversuche handeln oder um den Erwerb von Luxusgrundstücken durch reichgewordene Leute. Bei diesen Erwerbungen nach dem 1. Aug. 14 solle zugrunde gelegt werden nicht etwa der hinter den Gestehungskosten zurückbleibende gemeine Wert, sondern es sollen ausschließlich die Gestehungskosten als Grundlage dienen.

Das sei eine Abänderung gegenüber den Grundsätzen, die im übrigen gelten und in ihrer Totalität auch für die Kriegsgewinnsteuer aufrecht erhalten werden.

In Fällen, in denen Grundstücke nach dem 1. August erworben worden sind und also nicht auf Antrag, sondern kraft gesetzlicher Vorschrift die Gestehungskosten und nicht der gemeine Wert zugrunde zu legen seien, gelte die Einschränkung im Abs. 2 des § 6, in dem es heiße:

> Von den Gestehungskosten sind die durch Verschlechterung entstandenen Wertminderungen abzuziehen.

Nehme man einmal das Beispiel, es habe jemand in Ostpreußen nach Kriegsausbruch, aber vor dem zweiten Russeneinfall ein Grundstück gekauft, so finde zunächst die Bewertung nach den Gestehungskosten statt. Wenn aber durch den zweiten Einfall der Russen dieses Grundstück beschädigt worden sei, wenn also eine materielle Verschlechterung eingetreten sei, so dürfe diese Wertverminderung von den Gestehungskosten abgezogen werden. Das gleiche gelte natürlich auch für Grundstücke, die vor dem 1. Aug. 14 erworben wurden, soweit der Versteuerung der Gestehungspreis überhaupt zugrunde gelegt wird, und zwar sowohl hinsichtlich der Besitzsteuer als auch der besonderen Kriegsabgabe.

Wenn man alle diese Bestimmungen zusammenhalte, so werde man zugeben müssen, daß diese Regelung die Interessen des Fiskus wahrnimmt und auch im Hinblick auf die beteiligten Steuerzahler als billig zu bezeichnen ist.

Mit dem Begriff „Verschlechterung" sei jede materielle Verschlechterung gemeint, eine Verschlechterung, die durch Beschädigung infolge der Kriegsereignisse, Brand usw., durch Abnahme des Inventars, aber auch durch Abnutzung, mangelhafte Bestellung hervorgerufen sein könne. Allerdings sei eine materielle Verschlechterung vorausgesetzt, so daß ein Minderwert, der lediglich durch die allgemeine Konjunktureinwirkung des Krieges bei unveränderter Substanz entstanden sei, nicht in Berücksichtigung gezogen werde.

Bei Grundstücken, die vor dem 1. Aug. erworben worden sind, könnten nach Wahl des Eigentümers entweder die Gestehungskosten oder der gemeine Wert zugrunde gelegt werden. Er gebe zu, daß die Festsetzung des gemeinen Werts vor allen Dingen in dieser Kriegszeit ganz besonders schwierig sein werde. Er gebe ferner zu, daß der § 30 Abs. 2 Satz 2 des BesitzsteuerG. etwas eng gefaßt sein mag; denn es heiße da:

> „Von den Gestehungskosten sind die durch Abnutzung entstandenen Wertminderungen abzuziehen."

Daß man die Absicht habe, hierbei nicht etwa engherzig zu verfahren, sei in der Begr. zum Ausdruck gebracht worden. Auf Seite 18 heiße es oben im ersten Absatz:

> „Von den Gestehungskosten sind nach § 30 Abs. 2 Satz 2 des Besitzsteuergesetzes die durch Abnutzung entstandenen Wertminderungen abzuziehen. Bei der Anwendung dieser Vorschrift wird den außergewöhnlichen Verhältnissen der Kriegszeit ebenfalls Rechnung zu tragen sein."

Ohne ein gewisses liberum arbitrium für die Steuerbehörde könne das ganze Gesetz überhaupt nicht durchgeführt werden; denn ebenso wie bei den Grundstücken werde man bei zahlreichen anderen Objekten vor der Frage stehen; wie ist die Sache zu bewerten. Es sei in der Beg. zum Ausdruck gebracht worden, daß man gerade in dieser schweren und ungewissen Zeit des Kriegs nicht die allerstrengste Anwendung des Gesetzes machen werde, sondern daß dafür gesorgt werden solle, daß eine vollständige Würdigung aller Verhältnisse eintreten solle. Bei dem Erwerb nach dem 1. Aug. 14 müßten nach § 6 Abs. 1 der Vorlage die Gestehungskosten zugrunde gelegt werden und von diesen Gestehungskosten dürfe nach dem Wortlaut des § 6 Abs. 2 der Vorlage jede infolge einer Verschlechterung eingetretene Wertminderung abgezogen werden. Die Einwendungen des Abg. hinsichtlich der

Frage der Berücksichtigung von Wertminderungen seien infolgedessen für die Erwerbungen nach dem 1. Aug. befriedigend und in zweifelsfreier Weise gelöst. Die Ausführungen des Abg. bezogen sich — wenn er ihn richtig verstanden habe, und es werde dies von ihm bestätigt — auf die Fälle, in denen Grundstücke nicht erst nach dem 1. Aug. erworben worden seien. Da sei allerdings die Fassung des BesitzsteuerG. eng, denn in diesem Falle sollen von den Gestehungskosten nur die durch „Abnutzung" entstandenen „Wertminderungen" abgezogen werden. Aber gerade auf diesen § 30 Abs. 2 Satz 2 des BesitzsteuerG. beziehe sich in der Begr., Seite 18, die Bemerkung, daß den außergewöhnlichen Verhältnissen der Kriegszeit Rechnung getragen werden solle. Es handle sich also darum, ob diese Bemerkung in der Begr. genügt, oder ob eine Änderung des BesitzsteuerG. hierfür notwendig gehalten werde.

Zu § 6 Abs. 2 wurden zunächst folgende Anträge gestellt:

Nr. 227. Die Kommission wolle beschließen:

im § 6 Abs. 2 hinter dem Worte „Verschlechterung" einzuschalten: „oder infolge des Kriegs".

und

Nr. 238. Die Kommission wolle beschließen:

im § 6 Abs. 2 hinter dem Worte „Verschlechterung" einzufügen die Worte: „und Abnutzung".

Zur Begründung des Antrags Nr. 238 führte ein Abg. aus, der Unterschied falle auf, daß nach dem BesitzsteuerG. die durch „Abnutzung" entstandenen Wertverminderungen abzuziehen seien, während der Entw. von „Verschlechterung" spreche. Es müsse klargestellt werden, ob bei dieser Abweichung eine bestimmte Absicht obgewaltet habe, und er könne hinzufügen, daß in Industriekreisen die Berücksichtigung der Abnutzung dringend und mit Recht gewünscht werde.

Zur Begründung des Antrags Nr. 237 führte ein Abg. aus, der Antrag Nr. 238, hinter „Verschlechterung" noch weiter zu sagen: „und Abnutzung", sei überflüssig, da der § 30 des BesitzsteuerG. aufrecht erhalten bleiben solle. Dagegen sei es wichtig, so wie Antrag Nr. 237 wolle, eine nachweisbar durch den Krieg eingetretene Wertminderung bei der Ermittlung der Gestehungskosten zu berücksichtigen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erklärte, daß Abnutzung in der Verschlechterung, als dem weiteren Begriff, enthalten sei. Infolgedessen sei eine Abänderung des Abs. 2 des Paragraphen, der sich im übrigen nur auf die im Abs. 1 geregelten Verhältnisse beziehe, an sich nicht notwendig. Wolle man aber gemäß Antrag Nr. 237 die Worte „infolge des Krieges" einfügen, dann solle man wenigstens noch das Wort „nachweislich" hinzufügen, um nicht gar zu vage Begriffe zu schaffen.

Gegen die Darlegung, daß „Verschlechterung" der weitere Begriff sei und die Abnutzung in sich schließe, wandte sich der Antragst. zu Nr. 238; auf alle Fälle müsse zwischen dem BesitzsteuerG. und dieser Vorlage auch in diesem Punkte Übereinstimmung herbeigeführt werden, und er behalte sich vor, zu § 43 zu beantragen, daß in § 30 des BesitzsteuerG. das Wort „Verschlechterung" aufgenommen werde. Gegen den Antrag Nr. 237 beständen große Bedenken, weil durch seine Annahme in das Ges. ein Kausalzusammenhang mit dem Kriege hineingebracht werde, der bisher glücklich vermieden sei.

Der Staatssekretär erklärte sich damit einverstanden, daß in § 30 Abs. 2 Satz 2 des Besitzsteuergesetzes das Wort „Abnutzung" durch „Verschlechterung" ersetzt wird.

Die Bedenken, daß durch Antrag Nr. 237 in die Steuervorlage ein neues Moment, nämlich das eines ursächlichen Zusammenhangs mit dem Kriege hineingebracht werde, teilte ein auch anderer Abg., dem im übrigen erwünscht erschien, 1. im Bericht ausdrücklich festzustellen, daß die Verschlechterung auch die Abnutzung umfasse, und 2., daß in § 30 Abs. 2 Satz 2 des BesitzsteuerG. das Wort „Verschlechte-

rung" an Stelle von „Abnutzung" gesetzt werden solle. Diesen Darlegungen, soweit sie sich auf die Vermeidung des Kausalzusammenhanges zwischen Krieg und Vermögenserwerb oder Vermögensminderung beziehen, trat der Staatssekretär des Reichsschatzamts bei. Ebenso stimmte ihm ein Abg. zu, während hingegen der Antragst. zu Nr. 237 ausführte, daß gerade die von ihm beantragte Bestimmung notwendig sei, solle der städtische Grundbesitz, der infolge des Kriegs eine Wertverminderung erfahren habe, geschützt werden.

Nachdem der Staatssekretär des Reichsschatzamts namens der verbündeten Regierungen die Auffassung bekräftigt hatte, daß der Begriff der Verschlechterung die Abnutzung mitumfasse, wurde der Antrag Nr. 238 zurückgezogen. Der Antrag Nr. 237 wurde abgelehnt.

§ 6 wurde, abgesehen von der redaktionellen Änderung, daß Absatz 2 als Satz 2 dem ersten Satz angegliedert wurde, unverändert angenommen. Aus redaktionellen Gründen wurde das Wort „diesen" an Stelle der beiden Worte „Den Gestehungskosten" gesetzt.

§ 7 setzt die untere Grenze des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses fest, indem er bestimmt: Die Abgabe wird nur erhoben, wenn der nach diesem Gesetz festgestellte Vermögenszuwachs den Betrag von dreitausend Mark übersteigt. Drei Anträge wurden der Kommission dazu unterbreitet: Nr. 235, 1, Nr. 248, 1 und Nr. 246, 1.

Nr. 235, 1. Die Kommission wolle beschließen:
im § 7 statt „dreitausend" zu setzen „zehntausend".

Nr. 246, 1. Die Kommission wolle beschließen:
im § 7 statt „dreitausend" zu setzen „eintausend".

Nr. 248, 1. Die Kommission wolle beschließen:
im § 7 statt „dreitausend" zu setzen „sechstausend".

In diesen Anträgen drücken sich zwei verschiedene Tendenzen aus: Nr. 235 und 248 wollen die Grenze des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses nach oben verschieben, Nr. 246 sie dagegen nach unten verrücken.

Zunächst wurde Nr. 235 durch den Antragst. damit begründet, daß sich der vorgeschlagene Satz von 10000 statt 3000 M. an die Bestimmungen des BesitzsteuerG. anlehne. Bei jeder Besteuerung des Vermögenszuwachses spiele der Gedanke mit, daß es sich um müheloses Gewinn handle. Diese Vermutung wachse, je größer der Zuwachs sei. Aber bei kleineren Beträgen treffe sie doch kaum zu. Und da es die Absicht der Vorlage sei, einen Vermögenszuwachs, der aus Arbeit und Ersparnis herstamme, von der Steuer nach Möglichkeit freizulassen, so empfehle sich, die Sätze des BesitzsteuerG. zu wählen, um so mehr, als die Vorlage wesentlich höhere Steuersätze enthalte.

In seiner Erwiderung hierauf führte der Staatssekretär des Reichsschatzamts aus:

Man sei bewußt und mit Absicht von den Sätzen des BesitzsteuerG. abgewichen, denn bei der Kriegsvermögenszuwachssteuer handle es sich um andere Erwägungen, als sie bei der Besitzsteuer vorgeschwebt haben. Dort habe man mit Absicht die kleinen Vermögen und den aus geringerem Einkommen hervorgegangenen Vermögenszuwachs unter allen Umständen herauslassen wollen. Bei dieser Vorlage wolle man die zahlreichen Vermögensverschiebungen, die während des Kriegs eingetreten seien, heranziehen, nicht nur aus fiskalischen Gründen, sondern aus Gründen der allgemeinen Steuergerechtigkeit. Die Vermögensverschiebungen, die während des Krieges eingetreten seien, erstrecken sich nicht nur auf die Schichten mit einem Vermögen von über 20000 M. und auf Vermögensverschiebungen von über 10000 M., sondern diese Verschiebungen gehen, was an sich erfreulich sei, viel tiefer. An der Vermögensumwälzung während des Krieges haben auch breite Schichten der mittleren, sogar der unteren Klassen der Bevölkerung in großem Umfang teilgenommen. Er glaube

also, aus fiskalischen und allgemeinen Gründen müsse man mit der Freigrenze herabgehen. Ob man soweit heruntergehen sollte, wie es der Antrag auf Nr. 246, I verlange, sei ihm sehr zweifelhaft. Ob die 3000 M. das Richtige treffen, oder ob man tiefer oder höher gehen solle, darüber lasse sich reden. Er wolle aber doch auf das eine aufmerksam machen, daß sich die 3000 M. auf einen dreijährigen Zeitraum beziehen. Es werde also jeder getroffen, der auf das Jahr gerechnet einen Vermögenszuwachs von 1000 M. gehabt habe. Diesen Umstand dürfe man nicht aus dem Auge lassen.

Für den ebenfalls die Freigrenze des Vermögenszuwachses nach oben verschiebenden Antrag Nr. 248 führte der Antragst. aus: Man dürfe den Ausgangspunkt der Kriegsgewinnbesteuerung nicht aus den Augen verlieren; was man ursprünglich treffen wollte, seien die Gewinne der Spekulanten und Kriegslieferanten gewesen. Aus guten Gründen sei die Vorlage viel weiter gegangen. Aber man müsse sich vor Übertreibung hüten und dürfe nicht eine allzu weitgehende, vielleicht gar eine mittelstandsfeindliche Belastung des Volkes durch die Kriegsgewinnsteuer herbeiführen. Namentlich dürfe man es nicht zu einer Besteuerung von Ersparnissen kommen lassen, die entweder auf außergewöhnliche Einschränkungen oder gar auf traurige Anlässe, z. B. den Tod eines Familienmitgliedes im Felde, zurückzuführen seien. Die Regierungsvorlage gehe da nicht einmal weit genug, vom Antrag Nr. 246 ganz zu schweigen. Das Richtigste sei daher, wie im Antrag Nr. 248 vorgeschlagen werde, statt 3000 M. 6000 M. zu setzen.

Diesen Ausführungen schloß sich ein anderer Abg. an, dem ebenfalls die Sätze der Regierungsvorlage noch zu niedrig erschienen. Die Schwankungen in der Schätzung von Vermögen und die Schwierigkeit, den Wert eines Vermögens bis auf 1000 M. genau festzustellen, seien so groß, daß man gut tue, eine ganze Reihe von Veranlagungsarbeiten durch eine höher gezogene Grenze abzuschneiden. Aus solchen rein praktischen Erwägungen heraus könne er für den Antrag Nr. 246 nicht stimmen, empfehle dagegen Nr. 248. An einer späteren Stelle wies derf. Abg. noch darauf hin, wenn man von Veranlagungsschwierigkeiten, die oft unterschätzt würden, spreche, so dürfe man dabei nicht nur an die Mehrarbeit der Behörden, sondern müsse vor allem auch an die Schwierigkeiten und Belästigungen für die Steuerpflichtigen selber denken.

Was nun den Antrag Nr. 246 anlangt, so legte sein Urheber dar, die Kriegsgewinnsteuer dürfe mit der Besitzsteuer nicht verglichen werden, denn es sei ein großer Unterschied, ob jemand im Frieden in der Lage sei, sein Vermögen zu vermehren, oder in der schweren Zeit des Kriegs. Wolle man die Untergrenze des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses gar noch bis auf etwa 10000 M. in die Höhe setzen, so würde man 80 v. H. der Bevölkerung, die Kriegsgewinne gemacht habe, von der Steuer freilassen. In Wirklichkeit sollten aber alle, die während des Kriegs einen Vermögenszuwachs zu verzeichnen hätten, zu der Kriegsgewinnsteuer herangezogen werden. Auch Handwerker, die teilweise während des Kriegs ausgezeichnete Geschäfte gemacht hätten, und Arbeiter nähme er hiervon nicht aus. Deshalb müsse die Besteuerung unter allen Umständen bereits bei einem Gewinn von 1000 M. anfangen.

Den vorhin schon erwähnten Ausführungen des Staatssekretärs des Reichsschatzamts gegen diesen Antrag fügte der Königlich preußische Generaldirektor der direkten Steuern noch das Folgende hinzu:

Er gebe dem Antragst. ohne weiteres zu, daß, wenn man den Gedanken des Gesetzes in recht vollkommener und ausgiebiger Weise verwirklichen wolle, es richtig sei, dem Antrag stattzugeben; denn ebenso wie man den großen Vermögenszuwachs fasse, so müsse man sich bemühen, auch den kleinen zu fassen.

Aber er möchte bitten, auch eine andere Seite der Frage zu bedenken, nämlich, ob es den Veranlagungsbehörden möglich sein werde, diesen kleinen Vermögenszuwachs festzustellen. Das sei eine wichtige Frage. Er könne aus der Praxis heraus versichern, daß es bei den minderbemittelten Steuerpflichtigen außerordentlich schwierig sei, die Höhe des Vermögens festzustellen, und daß es eine geradezu unlös-

bare Aufgabe sein werde, bei solchen Pflichtigen festzustellen, ob sich das Vermögen innerhalb 3 Jahren um 1000 M. oder um etwas mehr oder weniger erhöht habe. Man denke an die überaus zahlreichen Betriebe der Handwerker, der Gewerbetreibenden, der Landwirte, die keine Bücher führten. Wie solle die Veranlagungsbehörde feststellen, ob das Vermögen des Betriebsinhabers um 1000 M., um 900 M. oder um 1200 M. größer geworden sei? Bei diesen Zensiten sei man auf Schätzungen angewiesen, und keine Veranlagungskommission werde imstande sein, solche niedrigen Differenzbeträge zutreffend zu schätzen.

Er glaube, aus diesen Gründen werde man dem an sich richtigen Gedanken des Antragst. keine Folge geben können. Er möchte bemerken, daß man von dem vorbezeichneten Standpunkt aus schon die Grenze der Vorlage von 3000 M. sehr niedrig bemessen habe.

Er möchte noch eines hinzufügen: je niedriger man die Grenze setze, um so größer werde die Zahl der Pflichtigen und um so größer werde die Arbeit der Veranlagungsbehörde sein. Auch aus diesem Grunde werde es richtig sein, die Summe nicht allzu niedrig zu bemessen, denn je größer der Kreis der Zensiten werde, um so weniger seien die Veranlagungsbehörden in der Lage, die Arbeiten einigermaßen befriedigend und zutreffend auszuführen.

Vertreter einer anderen Partei als der der Antragst. führten aus, sie ständen grundsätzlich auf dem Standpunkt des Antrags Nr. 246 und wollten ebenfalls, daß jeder, der während des Kriegs sein Vermögen habe vermehren können, zur Steuer herangezogen werde. Nur aus der Erwägung heraus, daß die Schwierigkeiten der Veranlagung mit jeder Herabsetzung der Sätze wüchsen, hätten sie bisher von einem eigenen Antrag abgesehen. Sie würden aber wenigstens in der ersten Lesung für Antrag Nr. 246 stimmen, dagegen die anderen Anträge ablehnen, weil dadurch das Erträgnis der Steuer erheblich vermindert werde. Es komme weniger darauf an, daß die großen Vermögenszuwüchse scharf herangenommen würden, als darauf, daß auch die mittleren nicht frei blieben. Weiter führte ein Parteifreund dieses Redners aus, er könne nicht anerkennen, daß die Schwierigkeiten der Veranlagung unüberwindlich seien. Seinen Freunden komme es gerade darauf an, für das Reich ganz allgemein die Grundlage direkter Besteuerung zu schaffen. Wenn auch seine Freunde Bedenken gehabt hätten, die kleinen Bauern und Handwerker in die Gewinnbesteuerung einzubeziehen, so seien sie doch bereit, diese Bedenken zurückzustellen. Seine Partei wolle ja auch die kleinen Leute von indirekten Steuern freilassen, und das erreiche man am sichersten, wenn man den Bedarf des Reichs durch direkte Steuern decke.

Die Wortführer einer anderen Partei erklärten, daß sie bei aller Anerkennung der von dem Generalsteuerdirektor dargelegten Schwierigkeiten doch für den Antrag Nr. 246 stimmen würden. Nach dem BesitzsteuerG. werde das Vermögen auf den 31. Dez. 16 festgestellt. Die Zahlen habe man also. Bei den kleinen Vermögen gehe der Entw. bei der Veranlagung auch bis auf 7000 M. herunter, die festgestellt werden müßten. Da werde auch die Durchführung des Antrags Nr. 246 keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten. Solche seien vielmehr erst bei § 8 zu befürchten.

Gegen die Erklärungen der Regierungsvertreter und einige Einwendungen aus der Mitte der Komm. legten der Antragst. zu Nr. 246 und einer seiner Parteifreunde noch folgendes dar: Die Berechtigung des Hinweises auf die Schwierigkeiten der Veranlagung wolle er nicht bestreiten. Aber man müsse infolge der Not der Zeit zu Reformen auf diesem Gebiete kommen und mit den Steuern auch die kleinen Vermögen und Vermögenszuwüchse erfassen. Man habe gegen ihn eingewendet, geringe Vermögenszuwüchse seien vielfach durch Ersparnisse bei der Lebenshaltung entstanden. Dem könne er nicht zustimmen. Wo kein höherer Verdienst vorhanden sei, hätten auch keine Ersparnisse gemacht werden können. Im übrigen aber ständen seine Freunde auf dem Standpunkt, daß auch Leute mit kleinem Einkommen eine Steuer zahlen müßten. Zu dem Gedanken werde man geradezu gedrängt, wenn man sich die

Verhältnisse der heimkehrenden Krieger vor Augen führe: die fänden vielfach eine zerbrochene Existenz vor und brauchten Jahre, um wieder in geordnete Zustände zu kommen. Für diese Männer sei es selbstverständlich, daß diejenigen, die während des Kriegs in der Heimat ihrem Beruf weiter hätten nachgehen können, zum Ausgleich wenigstens an den Kriegssteuern mittrügen. Der andere Redner dieser Partei begrüßte den Antrag Nr. 246 mit besonderer Genugtuung als den besten, der zum Entwurf gestellt worden sei. Die meisten Deutschen könnten zufrieden sein, wenn sie ohne Verminderung ihres Vermögens aus dem Kriege herauskämen. Ja es gäbe auch viele, die fleißig gearbeitet und trotzdem am Ende des Kriegs ein geringeres Vermögen hätten als vorher. Daher sei es gerecht, alle Einkommen, die über die notwendige Lebenshaltung hinausgehen, zu der Kriegsgewinnsteuer heranzuziehen, und es rechtfertige sich die Tausend-Mark-Grenze. Die Ausführungen der Regierungsvertreter träfen den Grundgedanken des Antrags Nr. 246 nicht, auch werde es bei § 7 nach dem vorgeschlagenen Verfahren keine Mehrarbeit geben, sondern höchstens bei § 8.

Nachdem dann Antrag Nr. 235, 1 K.-D. und Antrag Nr. 248, 1 K.-D. abgelehnt waren, wurde Antrag Nr. 246, 1 und mit dieser Änderung § 7 des Entw. angenommen.

§ 8 bestimmt, daß Vermögen im Gesamtwert von weniger als 6000 M. der Abgabe nicht unterliegen sollen. Die daran anschließende Bestimmung, daß bei Vermögen bis zu 9000 M. der Vermögenszuwachs nur insoweit der Abgabe unterliegt, als durch ihn ein Vermögensbetrag von 6000 M. überschritten wird, war nach Annahme des Antrags Nr. 246, 1 zu § 7 gegenstandslos geworden.

Die zum § 8 gestellten Anträge

Nr. **246**, 2.
im § 8:
a) im Abs. 1 statt „sechstausend" zu setzen „dreitausend",
b) im Abs. 2 Zeile 2 statt „neuntausend" zu setzen „sechstausend"
und in Zeile 3 statt „sechstausend" zu setzen „dreitausend",

Nr. **248**, 2.
im § 8:
a) im Abs. 1 statt „sechstausend" zu setzen „zehntausend",
b) im Abs. 2 Zeile 2 statt „neuntausend" zu setzen „sechszehntausend"
und in Zeile 3 statt „sechstausend" zu setzen „zehntausend",

und

Nr. **235**, 2.
im § 8:
a) im Abs. 1 statt „sechstausend" zu setzen „zwanzigtausend",
b) im Abs. 2 Zeile 2 statt „neuntausend" zu setzen „dreißigtausend"
und in Zeile 3 statt „sechstausend" zu setzen „zwanzigtausend",

wurden zurückgezogen.

Es blieb noch Antrag **243**, 1 K.-D.:
im § 8 Abs. 1 und 2 die Zahl „sechstausend" je durch „zehntausend", die Zahl „neuntausend" durch „dreizehntausend" zu ersetzen.

Der Antragst. wünschte, daß das Mindestvermögen, das von der Steuerpflicht unter allen Umständen frei bleiben soll, auf 10000 M. heraufgesetzt werde, und zwar aus dem Bestreben heraus, die Bildung kleiner Vermögen zu fördern. Nur in der Erwartung, daß diese Vermögensgrenze auf 10000 M. hinaufgesetzt werde, hätten seine Freunde für Antrag Nr. 246, 1 zu § 7 gestimmt. Nach der Annahme jenes Antrags müsse nun auch im Abs. 2 die Zahl 9000 durch 11000 M. ersetzt werden.

Nach Ablehnung des Antrags Nr. 243, 1 K.-D. wurde § 8 Abs. 1 der Vorlage unverändert angenommen, § 8 Abs. 2 gestrichen.

§ 9 der Vorlage enthält die Steuerstaffel für die Besteuerung des Vermögenszuwachses von Einzelpersonen. Die Abgabe sollte danach für die ersten 20000 M. des

Vermögenszuwachses 5 v. H. betragen und alsdann — durchgestaffelt — auf 6, 8, 10, 15, 20 und 25 v. H. in den Stufen 30000, 50000, 100000, 300000, 500000 M. und mehr steigen. In engster Verbindung mit dieser Vorschrift steht die des § 10 der Vorlage, der folgendes bestimmt: „Hat der Steuerpflichtige ein Mehreinkommen gehabt, so wird von dem Vermögenszuwachs in Höhe dieses Mehreink. das Zweifache der eben angeführten Sätze erhoben." Wir haben es also mit einer qualifizierten Vermögenszuwachssteuer zu tun. Warum die verbündeten Regierungen zu dem kombinierten System gegriffen haben, ist auf Seite 14 und 15 der Begründung der Vorlage geschildert worden. Zum Verständnis der Ausschuß-Verhandlungen sei ausdrücklich auf jene Ausführungen verwiesen.

Die Erörterung über §§ 9 und 10 und sodann auch über die folgenden Paragraphen, die von der Feststellung des Mehreink. handeln, wurde wegen des sachlichen Zusammenhangs der Vorschriften verbunden.

Zu §§ 9ff. sind folgende Anträge gestellt worden:

Nr. 232, 1. Die Kommission wolle beschließen:

§ 9 erhält folgende Fassung:

Die Abgabe beträgt:

für die ersten	10000	Mark	des	Vermögenszuwachses	10	vom	Hundert,
„ „ nächsten	10000	„	„	„	15	„	„
„ „ „	50000	„	„	„	20	„	„
„ „ „	50000	„	„	„	25	„	„
„ „ „	100000	„	„	„	30	„	„
„ „ „	300000	„	„	„	32½	„	„
„ „ weiteren Beträge				. . . . .	35	„	„

Nr. 241. Die Kommission wolle beschließen:

1. den § 9 wie folgt zu fassen:

§ 9.

Die Abgabe beträgt:

für die ersten	20000	Mark	des	Vermögenszuwachses . .	5	vom	Hundert,
„ „ nächsten angefangenen oder vollen				30000 Mark	6	„	„
„ „ „ „ „ „				50000 „	8	„	„
„ „ „ „ „ „				100000 „	10	„	„
„ „ „ „ „ „				300000 „	15	„	„
„ „ „ „ „ „				500000 „	20	„	„
„ „ weiteren Beträge				. . . . .	25	„	„

2. den § 10 wie folgt zu fassen:

§ 10.

Hat der Steuerpflichtige in den drei Jahren 1914, 1915, 1916 zusammengerechnet ein nach den §§ 11, 12, 13 zu berechnendes Mehreinkommen gehabt, so wird von diesem, unabhängig von der in § 9 bestimmten Abgabe, eine weitere Abgabe erhoben.

Die Abgabe beträgt:

für die ersten	20000	Mark	des	Mehreinkommens	5	vom	Hundert,
„ „ nächsten angefangenen oder vollen				30000 Mark	6	„	„
„ „ „ „ „ „				50000 „	8	„	„
„ „ „ „ „ „				100000 „	10	„	„
„ „ „ „ „ „				300000 „	15	„	„
„ „ „ „ „ „				500000 „	20	„	„
„ „ weiteren Beträge				. . . . .	25	„	„

Einkommen, welche in den drei Jahren 1914, 1915, 1916 zusammengerechnet den Betrag von 15000 Mark nicht übersteigen, und Mehreinkommen, welche den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigen, unterliegen der Abgabe nicht.

3. § 11 wie folgt zu fassen:

§ 11.

Als Mehreinkommen gilt der Unterschied zwischen dem Einkommen, welches der Steuerpflichtige in den drei Jahren 1914, 1915, 1916 zusammengerechnet, im Vergleich zu dem Einkommen, welches er in den drei Jahren 1911, 1912, 1913 zusammengerechnet gehabt hat.

Der Unterschiedsbetrag wird auf volle Tausend nach unten abgerundet.

4. § 12 wie folgt zu fassen:

§ 12.

Ist nach § 14 des BesitzsteuerG. das Vermögen der Ehegatten zusammenzurechnen, so ist für die Ermittlung des Mehreinkommens das Einkommen der Ehegatten auch dann zusammenzurechnen, wenn sie nach Landesrecht selbständig zur Einkommensteuer veranlagt werden.

5. § 13 wie folgt zu fassen:

§ 13.

Wo eine Einkommensteuer nicht eingeführt ist, gilt als Einkommen der Jahre 1911, 1912, 1913 das Dreifache des bei der Veranlagung des Wehrbeitrags festgestellten Einkommens. Ist ein solches Einkommen nicht festgestellt, so gilt als Einkommen der Jahre 1911, 1912, 1913 zusammengerechnet der Betrag von 15000 Mark.

6. die §§ 14 bis 19 zu streichen.

Nr. **243**, 2:

den § 9 wie folgt zu fassen:

§ 9.

Die Abgabe beträgt:

für die ersten	10000	Mark	des	Vermögenszuwachses	.	.	5	vom	Hundert,	
„ „ nächsten angefangenen oder vollen						20000	Mark	6	„	„
„ „	„		„	„		30000	„	8	„	„
„ „	„		„	„		40000	„	10	„	„
„ „	„		„	„		100000	„	15	„	„
„ „	„		„	„		300000	„	20	„	„
„ „ weiteren Beträge	.	.	.	.	.	.	.	25	„	„

Nr. **249**. Die Kommission wolle beschließen:

den § 10 wie folgt zu fassen:

§ 10.

Hat der Steuerpflichtige ein nach den §§ 11 bis 19 berechnetes Mehreinkommen gehabt, so wird von diesem Mehreinkommen eine weitere Abgabe unter Zugrundelegung der Sätze des § 9 erhoben.

Die Erörterung drehte sich in der Hauptsache um die Frage, ob der geplanten Steuer in erster Linie der Vermögenszuwachs und nur nebenbei für die Staffelung der Steuer die Einkmehrung zugrunde gelegt werden solle, oder ob man von der während der Kriegszeit erzielten Einkommenserhöhung als einem selbständigen Gegenstand der Abgabe ausgehen solle, gleichgültig also, ob sie zu einer Vermögensvermehrung geführt habe oder nicht.

Ein Abg. wies darauf hin, daß die KriegsgewinnsteuerG. der fremden Staaten zumeist das Einkommen erfaßten. Offenbar habe die Reichsregierung mit Rücksicht auf den bundesstaatlichen Charakter unseres Reichs und mit Rücksicht auf andere Schwierigkeiten nicht den gleichen Weg eingeschlagen, vielmehr eine Verkuppelung von Eink. und Vermögen als Steuerobjekt empfohlen, die indessen seine politischen Freunde nicht für richtig hielten. Lese man die Seiten 14 und 15 der Begr. durch, so finde man, daß dort Bedenken gegen das von der Regierung vorgeschlagene System geradezu gehäuft seien. Übrigens bringe die Kombinierung von Eink. und Vermögenszuwachs sicherlich nicht soviel Geld, wie man hoffe. Daher sei es besser, ein vereinfachtes System

der Steuer zugrunde zu legen und zunächst vom Eink. auszugehen. Das während des Krieges erzielte Mehreinkommen solle der Steuer unterworfen werden, unbekümmert darum, was damit geschehen sei. In der Regierungsvorlage komme der Gedanke so wenig zum Ausdruck, daß danach sogar das gesamte Mehreink. von der Steuer freibleibe, wenn es nicht zu einem Vermögenszuwachs geführt habe. Bei seinem Vorschlag bekomme das Reich dann doch wenigstens etwas von dem Mehreink. Der Antrag seiner Parteifreunde unter Nr. 241, 3 zu § 11 bringe eine erhebliche Änderung der Vorlage; denn nach dieser werde die Besteuerung des Mehreink. in den einzelnen Bundesstaaten sehr verschieden wirken, weil viele, z. B. auch Preußen, bei gewerblichen Eink. auf 3 Jahre zurückveranlagten, was zur Folge habe, daß zunächst nur die Jahre 1912 bis 1915 berücksichtigt würden; danach könne ein Mann während des Krieges ein großes Eink. gehabt haben und trotzdem nicht unter die Verschärfung des § 10 fallen, weil der Veranlagungszeitraum für den Fiskus ungünstig gewählt sei. Antrag Nr. 241, 3 regle die Sache aufs beste: er gehe von der Feststellung des Friedenseink. aus und sage dann, daß das Eink. von 1914, 1915 und 1916 diesem gegenübergestellt werden solle, so daß jede Steigerung während des Krieges voll zur Geltung komme. Auf diese Weise vermeide man die Verschiedenheiten der Veranlagung in den Einzelstaaten. Nur dadurch komme man zu klaren Verhältnissen, daß man alles, was während der drei Kriegsjahre tatsächlich eingenommen worden ist, auch als Kriegseinnahme feststelle, unbekümmert um die Quelle, aus der es geflossen ist (z. B. aus Provisionen usw.) und unbekümmert darum, ob es zur Vermögensvermehrung beigetragen habe oder nicht. Dieser Kriegseinnahme stelle man die Friedenseinnahme der drei Vorjahre gegenüber und habe dann in der Differenz das Mehreink., bei dem ausdrücklich unbeachtet bleiben solle, ob und wie es verbraucht ist. Dann zahle jeder, der einen Zuwachs an Vermögen gehabt habe, nach § 9; derjenige, der ein Mehreink. erzielt habe, bezahle seine Steuer ohne Rücksicht auf Vermögenszuwachs. Gewiß werde man große Schwierigkeiten bei der Vermögens- und Einkermittlung zu überwinden haben und das auch gegen seinen Antrag ins Feld führen. Er bestreite aber, daß diese Schwierigkeiten größer seien als die, die sich bei der Durchführung der Regierungsvorlage herausstellen würden. Jedenfalls könne das nicht durchgreifen gegen die Vorteile des Antrags: erheblich größere Klarheit und Einfachheit des Ges., erheblich höherer Ertrag der Steuer; weit größere Anlehnung des neuen Ges. an die Steuerges. der Einzelstaaten.

Die nach diesen Darlegungen einsetzende Erörterung läßt sich sachlich in verschiedene Teile zerlegen, die im Bericht möglichst auseinander gehalten werden sollen: 1. Die grundsätzliche Auseinandersetzung der Parteien über die Frage, ob das in der Regierungsvorlage vorwaltende Steuerprinzip aufrechterhalten bleiben oder durch das eben geschilderte ersetzt beziehungsweise ergänzt werden solle; 2. sodann die Ausführungen über praktische Schwierigkeiten, die der Antrag mit sich bringen werde. Diese letzten Ausführungen schließen sich eng den Darlegungen der Regierungsvertreter an, die sich sowohl auf das Prinzip wie auf seine Durchführbarkeit beziehen. Damit ist die Reihenfolge in der Darstellung gegeben, und wir beginnen mit den grundsätzlichen Äußerungen der Parteien-Vertreter zum Vorschlag.

ad 1. Der erste Abg., der aus der Mitte der Komm. das Wort nahm, erklärte sich ganz mit dem Grundgedanken des Antrags Nr. 241 und damit, daß aus dem Ges. herausgeholt werden solle, was irgend möglich sei, einverstanden, hegte aber doch Zweifel, ob der Vorschlag den richtigen Weg dazu darstelle. Seine Freunde hätten bei der Prüfung der Vorlage die Überzeugung gewonnen, daß es zweckmäßiger sei, einfach die Abgabensätze des Entw. zu erhöhen. Bei der Erwägung der Frage, ob man von der Einkvermehrung oder von dem Vermögenszuwachs bei der Besteuerung ausgehen solle, habe man in der Vorlage der Regierung den richtigeren Weg erblickt. Sie treffe sehr wohl auch die eigentlichen Kriegsgewinne, wenn auch nicht mit genügend hohen Steuersätzen; namentlich müsse man die mittleren und unteren Stufen stärker fassen.

Der Vertreter einer anderen Partei begründete den Antrag Nr. 249 K.-D., der ebenfalls die von der Regierung gemachte Verknüpfung zwischen den §§ 9 und 10 lösen und eine besondere Steuer auf das Mehreink. legen wolle. Es geschehe das, weil der Regierungsentw. von dem Grundgedanken einer Kriegsgewinnsteuer erheblich abgewichen sei. Nur der § 10 der Vorlage habe darauf zurückgegriffen. Ihm erscheine es ein unerträglicher Widerspruch, daß gerade diejenigen Kriegsgewinne, die besonders getroffen werden sollten, nämlich die Kriegsgewinne, die inzwischen wieder verbraucht wurden, nach der Regierungsvorlage steuerfrei bleiben. Wolle man das verbrauchte Mehreink. freilassen, so würde die Vorlage unzweifelhaft viel von den Sympathien einbüßen, die ihr entgegengebracht seien, und schon aus diesem politischen Gesichtspunkt müsse man versuchen, auch die Mehreink. zu erfassen. Von dem Antrag Nr. 241 K.-D. unterscheide sich sein Vorschlag dadurch, daß er die Feststellung des Mehreink. nach dem Vorschlag der Regierungsvorlage aufrechterhalten wolle und daß das Mindesteink. von 10000 M. nicht angefochten werde. Der Einwand, daß der Antrag die Grenze der bisherigen Gesetzgebung überschreite, sei unzutreffend, denn er baue sich auf dem Wehrbeitrag auf. Von dem Wehrbeitrag aus sei man dazu übergegangen, die in der Folge eintretenden Vermögensverschiebungen durch das BesitzsteuerG. zu erfassen. Diesen Gedanken habe die Regierungsvorlage weiter ausgesponnen. Und sein Antrag arbeite, wie er glaube, die bisherige Entwicklung noch klarer heraus. Dabei tauchten allerdings formale Bedenken auf, aber man dürfe sie nicht allzu scharf betonen, und über die vielen inneren Schwierigkeiten des Ges. komme man nicht hinweg, wenn man sich nicht entschließe, das Mehreink. als solches zu besteuern. Denn nicht dürfe vergessen werden, daß die Besteuerung des Vermögenszuwachses als solchen sehr viele Härten enthalte. Gerade in der Kriegszeit hätten sich viele Familien, vielleicht im Interesse ihrer kriegsverletzten Söhne, bemüht, durch Sparsamkeit für die Zukunft zu sorgen; aus technischen Gründen könne man sie natürlich nicht steuerfrei lassen, selbst wenn sie die Vermögensvermehrung lediglich durch Sparsamkeit hervorgebracht hätten; aber man müsse ihnen die Genugtuung geben, daß auch die anderen Leistungsfähigen, namentlich diejenigen, die während des Krieges ihr Eink. stark aus Gewinnen vermehren konnten, zur Steuer herangezogen werden. Deshalb hätten sich seine politischen Freunde entschlossen, auf das Mehreink. zurückzugreifen.

Ein anderer Abg. schloß sich im wesentlichen diesen Darlegungen an: Grundsätzlich könne der Staatssekretär des Reichsschatzamts nichts dagegen einwenden, daß das Mehreink. zur Steuer herangezogen werde. Die Vorlage besteuere lediglich das unverbrauchte Eink. und lasse das verbrauchte frei; wenn man aber das Eink. überhaupt berücksichtige, dann sei es zweckmäßig, das gesamte Eink. heranzuziehen. Nun könne man freilich sagen, daß dem erhöhten Eink. auch Verluste während der Kriegszeit gegenüberstehen könnten. Aber auf dem Gebiete der Industrie käme die Frage der Verluste gar nicht in Betracht, denn in industriellen Betrieben würden die Verluste in der Bilanz berücksichtigt. Bei Privatpersonen könne es natürlich anders sein und es sei dort denkbar, daß je nach dem Veranlagungszeitraum etwaige Verluste zunächst nicht gegen das erhöhte Eink. aufgerechnet werden könnten. Stünden somit seine Freunde den beiden Anträgen Nr. 241 und 249 K.-D. freundlich gegenüber, so könnten sie doch im Augenblick nicht entscheiden, welcher von beiden besser sei. Am zweckmäßigsten sei vielleicht die Einsetzung einer Unterkommission zur genaueren Prüfung dieser Sachlage.

Ein Abg. wies darauf hin, daß der Gedanke, das Mehreink. zur Kriegsgewinnsteuer heranzuziehen, in der Literatur mehrfach behandelt worden sei. Er habe auf den ersten Augenblick etwas ungemein Bestechendes, und deshalb hätten auch seine Freunde versucht, diesem Gedanken in einem Antrag Form zu verleihen. Sie seien dann aber doch davon abgekommen, weil es bei den einzelstaatlichen Steuerverhältnissen außerordentlich schwierig sei, die Einkfeststellung der drei Kriegsjahre und der drei vorhergehenden Jahre vorzunehmen. Um nicht dem Vorwurf der technischen Unausführbarkeit ihrer Vorschläge zu begegnen, hätten sich seine Freunde deshalb

damit beschieden, generell auf den Boden der Vorlage zu treten und nur ihre Sätze zu erhöhen. Aber diese Entstehungsgeschichte ihrer eigenen Anträge beweise, daß sie grundsätzlich dem Gedanken der Antragsteller durchaus freundlich gesinnt seien. Die dagegen vorgebrachten Einwendungen könnten sie nicht als durchgreifend anerkennen. Unzweifelhaft sei es etwas Absonderliches, wenn man ein bereits verbrauchtes Eink. noch nachträglich versteuern wolle. In vielen Fällen werde das Einkommen zwar verschwunden sein, aber der Steuerpflichtige sei leistungsfähig genug geblieben, um die Steuer zu zahlen. Es könnten freilich auch Fälle von Härte vorkommen, aber Unstimmigkeiten würden wohl mit einem Härteparagraphen aus dem Wege zu räumen sein. Überhaupt werde in normalen Fällen das Eink. nicht verschwunden sein, und dann laufe die Besteuerung auf das hinaus, was die Regierung vorgesehen habe, nur mit dem Unterschied, daß die Methode doch rationeller sei. Ohne in der Lage zu sein, alle Konsequenzen der Anträge bereits zu überschauen, würden seine Freunde zunächst dafür stimmen, allerdings unter der Voraussetzung, daß nicht etwa weniger an Ertrag aus der Steuer herauskomme. In diesem Falle käme nur eine Verschärfung der vorgeschlagenen Skala in Betracht.

Zur Klarstellung wies der Vorsitzende der Kommission darauf hin, es handle sich darum, Mehreink. zu fassen, welches in dem Vermögenszuwachs nicht oder nicht mehr vorhanden sei. Daß es erfaßt werden müsse, darin sei sich die Mehrheit der Komm. einig, es frage sich nur, ob es möglich sei, diesen Gedanken auf dem Boden der Vorlage zu verwirklichen. Wenn man gegen die Anträge Nr. 241 und 249 einwende, sie seien die Anfänge einer Reichseinksteuer, so treffe das tatsächlich nicht zu, denn es handle sich um eine einmalige Abgabe von Kriegsgewinnen, und Kriegsgewinne gäbe es eben in Friedenszeiten nicht.

Den in diesen Worten bereits angedeuteten Bedenken gab ein anderer Abg. lebhaften Ausdruck. Man wolle mit den Anträgen einen Fehler korrigieren, der dem Gesetze nun einmal anhafte und der seine Freunde seinerzeit bewogen habe, das BesitzsteuerG. abzulehnen, nämlich den Fehler, daß die Zuwachssteuer eine Ersparnissteuer sei. Aber diesen Fehler könne man nicht korrigieren, ohne daß man immer weiter auf dem Wege zu einer Reichseinksteuer komme. Und das wollten seine politischen Freunde nicht, denn sie hielten es für falsch, daß man immer wieder versuche, die Anfänge zur Reichs-Vermögens- und Einksteuer, die man einmal gemacht habe, systematisch auszubauen. Eink- und Vermögensbesteuerung stünde den Einzelstaaten zu und denen dürfe der Boden nicht unter den Füßen weggezogen werden. Die Anträge wollten das Eink. auch besteuern, soweit es durch Vermögensverluste kompensiert worden sei. Das könne man vielleicht bei einer mäßigen und sofort in demselben Jahre erhobenen Einksteuer tun, nicht aber bei einer Steuer mit so erheblichen Sätzen, die auf drei Jahre zurückgreifen. Es gebe sicher in der Kriegszeit Fälle von Mehreink., denen ein starker Verlust von Vermögen, ja ein Verlust bis dicht an den Rand des Bankerotts entgegenstände, und bei denen es höchst ungerecht wäre, nun noch nach den Vorschlägen 20 bis 25 v. H. wegzusteuern.

Der Vertreter einer anderen Gruppe sagte noch in dieser grundsätzlichen Erörterung, daß er den Anträgen zustimme, und polemisierte dann gegen die eben erörterten Ausführungen mit dem Hinweis darauf, die Freunde des Redners hätten sich gegen eine partielle Einksteuer, wie die Tantiemensteuer, nicht gewandt, offenbar weil sie nicht die Landwirtschaft treffe. Davon zu reden, daß die Landwirtschaft durch den Krieg geschädigt sei, gehe nicht an, da sie jetzt hohe Preise und vermutlich auch noch lange Zeit nach dem Kriege hohe Preise haben werde.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts führte zu den Anträgen Nr. 241 und 249 aus: Die Vorlage möge auf den ersten Blick vielleicht etwas kompliziert erscheinen, aber wenn man sich etwas Mühe gebe, in den Geist des Ges. einzudringen, so erscheine die Lösung, die gefunden sei, doch sehr einfach.

Der prinzipielle Unterschied zwischen der Regierungsvorlage und den Anträgen

Nr. 241 und 249 liege darin, daß die Regierungsvorlage eine reine Vermögenszuwachssteuer, eine Kriegsvermögenszuwachssteuer vorsehe, und daß sie das Eink. nur insoweit heranziehe, als es sich darum handle, die Sätze eventuell anders zu gestalten. Die ganze Besteuerung sei und bleibe von Anfang an begrenzt auf den Vermögenszuwachs. Daraus ergebe sich natürlich, daß, wenn ein Einkzuwachs vorhanden sei, der insgesamt größer sei als der Vermögenszuwachs, der Einkzuwachs nicht voll erfaßt werde. Die Abänderungsanträge Nr. 241 und 249 schaffen eine Vermögenszuwachssteuer und daneben unabhängig davon eine Einkzuwachssteuer.

Für solches Vorgehen sprächen — wie er ohne weiteres zugebe — manche Momente, die man selbstverständlich auch geprüft habe, aber es sprächen doch auch sehr erhebliche Bedenken dagegen.

Er möchte zunächst erwähnen, daß die Bezugnahme auf die Ges. der ausländischen Staaten doch nur einen bedingten Wert haben könne. Die Steuerverhältnisse in diesen Staaten könnten mit den unseren schon wegen der staatsrechtlichen Struktur des Reichs nicht verglichen werden. Es handle sich dort um Einheitsstaaten und nicht um Bundesstaaten, wie das bei uns der Fall sei, um Bundesstaaten, bei denen eine in gewissen Grenzen vorhandene Steuerhoheit die Voraussetzung ihrer staatlichen Selbständigkeit sei.

Man hätte sich in der Vorlage auf den Boden dessen gestellt, was im Reiche bereits Rechtens sei, und woran man während der Kriegszeit jedenfalls nichts Prinzipielles ändern wolle. Solange man den Vermögenszuwachs als solchen zur Grundlage der Besteuerung nehme, sei die unbedingte Anlehnung an das BesitzsteuerG. gegeben. Sobald man sich auf den Boden der Anträge Nr. 241, 249 stelle, gehe man über diesen Rahmen sehr erheblich hinaus, man verlasse die Grenzen, die bisher für die Steuergesetzgebung des Reichs gesteckt waren. Das sei ein Schritt von grundsätzlicher Tragweite und auch von sehr erheblicher Rückwirkung auf die Steuerverfassung der Einzelstaaten.

Die Bezugnahme auf die fremden Staaten ziehe aber auch aus einem anderen Grunde nicht. In keinem der anderen Staaten sei der Kreis der Steuersubjekte so weit gezogen wie bei uns. Die einzige Grenze bei uns sei die quantitative: wie groß ist das Vermögen des Mannes, wie groß ist sein Vermögenszuwachs? Alle übrigen Gesichtspunkte, ob es sich um einen Gewerbetreibenden, um einen Landwirt, um einen Vermittler oder sonst jemand handelt, scheiden bei uns aus. Diese Allgemeinheit der Steuer sei auch nicht entfernt in einem der anderen Staaten verwirklicht.

Die selbständige steuerliche Erfassung des Mehreink. neben der Besteuerung des Vermögenszuwachses könne auch zu ganz außerordentlichen Härten führen. Man solle einmal einen ganz krassen Fall nehmen — er gebe zu, es sei ein Ausnahmefall: jemand, der im Elsaß oder in Ostpreußen in dem zeitweise vom Feinde okkupierten Gebiet ansässig, habe dort ein ansehnliches Vermögen verloren; der Mann habe sich dann nach einer anderen Beschäftigung umgesehen und durch diese Beschäftigung ein Mehreink. erzielt; aber das, was er da mehr verdient habe, soll noch nicht einmal den zehnten Teil des Vermögens, das er verloren habe, ausmachen. In diesem Falle liege in Wirklichkeit gegen früher keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage vor, und trotzdem solle der Mann nach den Anträgen Nr. 241, 249 zur Kriegsgewinnsteuer herangezogen werden. Wenn dieser Fall auch als Ausnahmefall angesehen werden könne, so gebe es doch eine ganze Anzahl von anderen Fällen, bei denen die Dinge im Prinzip ebenso lägen. Es gebe eine Reihe von Leuten, die vielleicht während des Kriegs durch angestrengtere Tätigkeit im Interesse der Kriegführung in der Lage waren, ihr Einkommen vorübergehend zu steigern, die aber in ihrem Vermögen in sehr viel größerem Umfang eine dauernde Einbuße erlitten hätten. Er frage, ob es da gerechtfertigt sei, daß man diese unter das doppelte Messer nehme?

Der Grundsatz der Vorlage sei dagegen, daß man jeden treffen wolle, der während des Kriegs in der Lage war, seine Vermögensverhältnisse in der Gesamtheit zu

verbessern. In dem Falle, in dem ein Eink.zuwachs durch eine dauernde Vermögensschädigung aufgezehrt werde, sei eben während des Kriegs keine Verbesserung im Gesamtresultat eingetreten, sondern eventuell eine Verschlechterung. Damit falle aber die ratio der Besteuerung nach seiner Ansicht weg.

Wenn man überhaupt bei dem Prinzip der Vorlage bleiben und auf diesem Boden eine so allgemeine Besteuerung durchführen wolle, dann halte er es für undenkbar, neben der Vermögenszuwachssteuer und ganz unabhängig von ihr, ganz unabhängig davon, ob nicht eine erhebliche Vermögensverminderung eingetreten sei, eine Eink.zuwachssteuer zu schaffen. Eine derartige Regelung werde auch in die Verhältnisse unserer industriellen Betriebe erheblich eingreifen. Es sei gar keine Frage, daß manche Industrie — er exemplifiziere nicht zum erstenmal gerade auf die Textilindustrie — unter sehr sprunghaften Verhältnissen während der Kriegszeit gestanden habe. Bei der Textilindurstie sei im ersten und zweiten Geschäfisjahr während des Kriegs gut verdient worden, im dritten Geschäftsjahr von dem einen oder anderen Unternehmen auch noch, von der Mehrheit jedoch nicht. Wenn nun auch angesichts der Tatsache, daß die Textilindustrie ihre Bestände zu sehr guten Preisen liquidieren und realisieren konnte, die Textilindustrie mit ganz erheblichen Beträgen unter die Vermögenszuwachssteuer fallen werde, so werde es doch vielfach vorkommen, daß trotz anfänglichen guten Verdienstes ein Unternehmen am Ende des Kriegs nicht besser, vielleicht sogar schlechter stehe als zu Beginn desselben. Er erinnere an die starke Abnutzung der Maschinen und an die schweren Wirkungen, die durch das Stillegen des Betriebs herbeigeführt werden und sich auch nach dem Kriege noch zeigen würden. Es könne also sehr wohl vorkommen und werde in zahlreichen Fällen vorkommen, daß zwar ein Eink.zuwachs während des Kriegs vorhanden sei, daß aber im großen und ganzen eine Vermögensminderung vorliege. Diese Bedenken schienen ihm in der Tat für die wirtschaftlichen Wirkungen des Gesetzes von der allergrößten Tragweite zu sein.

Was sodann die technische Durchführung anbelange, so sehe der Antrag Nr. 241 allerdings viel einfacher aus als die Regierungsvorlage. Aber diese Einfachheit, sei nur Schein; denn der Antrag habe die Konsequenz, daß jetzt während des Kriegs behufs Erhebung der Kriegsgewinnsteuer wieder neue Steuerveranlagungen gemacht werden müßten. Es müßte grundsätzlich das Eink. eines jeden Steuerpflichtigen für drei Friedensjahre und drei Kriegsjahre, also für sechs volle Jahre neu veranlagt werden. Wolle man nicht ein vollständiges EinksteuerG. in den Entw. hineinarbeiten — was eine offensichtliche Unmöglichkeit sei —, so bleiben als einzige Grundlagen die einzelstaatlichen Steuergesetze mit all ihren Verschiedenheiten, auf die man sehr wohl Rücksicht nehmen müsse. Eink. sei kein Begriff, der von vornherein genau und klar abgegrenzt sei, sondern sei das, was die Steuergesetze der einzelnen Staaten als Eink. bezeichnen.

Auch der § 16 der Vorlage bedeute keine Durchbrechung des Prinzips, auch er habe die landesrechtliche Einksteuerveranlagung und den landesgesetzlichen Einkbegriff zur Voraussetzung. Man habe im § 16 nur vorgesehen, daß für alle diejenigen Einkteile, die aus besonderen Gründen — die wichtigsten Fälle hängen mit der sogenannten Quellentheorie zusammen — nicht unter die landesgesetzliche Besteuerung fielen, nachträgliche Festsetzungen stattfinden könnten. Das sei aber nur für einen ganz kleinen Bruchteil der sämtlichen Steuersubjekte möglich. Er möchte einen ganz krassen Fall nehmen: es hat sich jemand im Jahre 1914 als Vermittler aufgetan oder in seinem Geschäft infolge des Krieges glänzende Geschäfte gemacht und ein erhebliches Vermögen verdient; nun ziehe er sich vor Beginn des Steuerjahrs 1915 in das Privatleben zurück. In diesem Falle sei die Einkquelle in Wegfall gekommen. Der Mann brauche nach dem preußischen Steuergesetz die Einnahme des Jahres 1914 nicht als Eink. für das nächste Jahr zu deklarieren, sondern das mutmaßliche Eink. des Jahrs 1915, das tatsächliche Eink. des Jahrs 1914 werde nicht veranlagt.

Das sei der Hauptfall, der in § 16 herangeholt werden solle, aber nicht der einzige

Fall. Alle diejenigen, die ein Eink. haben und aus irgendwelchen gesetzlichen Gründen nicht unter die Einkbesteuerung des betreffenden Staates fallen, müßten diesen Teil ihres Eink. nachträglich angeben. Natürlich werde der krasse Fall, den er vorhin erwähnte, nur ganz selten vorkommen. Aber auch wenn man diesen krassen Fall nicht nehme, sondern die häufigeren Fälle, so werde doch nur eine ganz kleine Anzahl von Steuerpflichtigen überhaupt in die Lage kommen, nach dem § 16 behandelt zu werden und nachträgliche Angaben machen zu müssen.

Bei einer von der einzelstaatlichen Einkſteuerveranlagung losgelösten Erfassung des Eink. würde er schon unabhängig von der Kriegszeit, aber natürlich erst recht mit Rücksicht auf die Kriegszeit, die technische Durchführung dieser Steuer für vollständig unmöglich halten. Es lägen in der Erfassung des Eink. wegen der Verschiedenartigkeit der einzelstaatlichen Besteuerung allerdings gewisse Unebenheiten und Härten; aber das sei ein Grund dafür, daß man eben das Einkommen (Mehreink.) nicht zur Grundlage mache, sondern daß man die Steuer einheitlich in erster Linie nach dem festzustellenden Vermögenszuwachs aufbaue und den Einkzuwachs erst subsidiär heranziehe. Das sei der Vorschlag, den der Entw. mache, und dieser Vorschlag sei wohl erwogen und begründet. Er warne deshalb auf das dringendste davor, den Boden der vorgelegten Anträge zu betreten.

Das, was man auf Grund eines so allgemein wirkenden Ges. vernünftigerweise und ohne schwere wirtschaftliche Schädigungen nicht nur des einzelnen, sondern auch der Gesamtheit erfassen könnte, sei doch das wirtschaftliche Endergebnis der Kriegszeit oder vielmehr des dreijährigen Veranlagungszeitraums. Dieser finanzielle Endeffekt könne sich aus den verschiedenartigsten Faktoren zusammensetzen. Wenn der Endeffekt ein Vermögenszuwachs sei, so könne dieser Vermögenszuwachs entstanden sein, obwohl das Eink. des Zensiten gleichgeblieben oder sogar zurückgegangen sei. Wer schon ein sehr hohes Eink. gehabt habe, könne auch bei einer Verminderung seines Eink. während des Kriegs einen Vermögenszuwachs erfahren haben. Eine Vermehrung des Vermögens, eine Vermehrung der Leistungsfähigkeit, eine Vermehrung der gesamten finanziellen Kraft sei natürlich qualifiziert möglich und wahrscheinlich in den Fällen, in denen es dem Steuerpflichtigen gelungen ist, während der drei Kriegsjahre sein Eink. zu verbessern. Wenn jemand im Kriege seine Vermögensverhältnisse verbessert habe, eben weil er eine Einkzunahme erfahren habe, so liege darin eine gewisse moralische Berechtigung für die Heranziehung dieses Mehreink.

Dieses Mehreink. habe sich, nicht kompensiert durch andere Verluste, zu einem Vermögenszuwachs verdichtet. Der Schlußeffekt sei, daß der Mann am Ende der drei Jahre finanziell günstiger dastehe als am Anfange. Aber auf der anderen Seite sei der Effekt, daß der Zensit finanziell ungünstiger dastehe, auch dann möglich, wenn sich die Einkverhältnisse günstig gestaltet haben. Wenn ein Vermögensverlust eingetreten und wenn die Vermögensminderung größer sei, nicht nur als der Einkzuwachs, sondern auch größer als das nichtverbrauchte Eink., so sei der Effekt, daß der Mann weniger steuerkräftig und weniger finanziell leistungsfähig ist, daß er also in toto im Laufe dieser drei Jahre seine Vermögensverhältnisse trotz der Steigerung seines Eink. nicht verbessert hat. In einem solchen Falle sei die Heranziehung zu solchen Sätzen, wie sie in den Anträgen vorgeschlagen werden, vernünftigerweise gar nicht mehr möglich und gerechtfertigt.

Ein Abg. habe von dem Falle des Bankerotts gesprochen und bemerkt, da sei dann überhaupt nichts mehr zu holen. Auf solche Fälle komme es auch nicht an. Er befürchte aber, daß eine Reihe von Leuten, die auf der Grenze stehen, auf diese Weise zum Konkurs gebracht werden könnten. Wenn die finanzielle Situation eines Steuerpflichtigen sich verschlechtert habe, so könne eine nachträgliche 20prozentige Versteuerung eines nicht mehr vorhandenen Eink. vielleicht gerade den Ausschlag geben. Deswegen befürchte er, daß man bei selbständiger Erfassung des Mehreink. eine Reihe von wirtschaftlichen Existenzen direkt in Gefahr bringen könnte. Das seien Befürch-

tungen, die angesichts der Struktur des ganzen Gesetzes, angesichts der Allgemeinheit, mit der in diesem Gesetz die Steuerpflichtigen erfaßt werden, durchaus nicht von der Hand gewiesen werden können.

Aus allen diesen Gründen müsse er also von den Anträgen Nr. 241 und 249 für die Durchführung der Steuer wie für das Wirtschaftsleben ganz schwere Gefahren befürchten.

In steuertechnischer Beziehung führte ein Regierungskommissar noch folgendes weiter aus:

Der Antrag auf Nr. 241 wolle ganz andere Wege gehen als die Regierungsvorlage. Er wolle das Mehreink. selbständig für die Zwecke dieses Gesetzes und unabhängig von der einzelstaatlichen Einksteuerveranlagung ermitteln, während der Entwurf grundsätzlich auf der landesrechtlichen Einksteuerveranlagung aufgebaut sei. „Mehreink." sei nach dem Entw. der Unterschied zwischen dem „Friedenseink." und dem „Kriegseink." Für die Ermittelung des Friedenseink. und des Kriegseink. werden immer landesrechtliche Einksteuerveranlagungen zugrunde gelegt, die ihrerseits, wenn sie rechtskräftig seien, für die Veranlagung der Kriegsgewinnsteuer maßgebend sein würden, ohne daß sie nochmals der Nachprüfung in dem mit der Zustellung des Kriegsgewinnsteuerbescheids eröffneten Rechtsmittelverfahren unterlägen. Für die Feststellung des Friedenseink. solle nur eine landesrechtliche Jahresveranlagung maßgebend sein. Für die Feststellung des Kriegseink. kämen drei Jahresveranlagungen in Betracht. Als Friedenseink. solle das entsprechende Vielfache der Kriegsjahresveranlagungen gelten. Welche Jahresveranlagung für die Feststellung des Friedenseink. maßgebend sein solle, solle die oberste Landesfinanzbehörde im Einverständnis mit dem Reichskanzler bestimmen. Er nehme an, in Preußen werde regelmäßig die Einksteuerveranlagung maßgebend sein, die für das Steuerjahr 1914 Gültigkeit habe, die also das Eink., das der Steuerpflichtige im Jahre 1913 bezogen habe, oder den Durchschnitt des Eink. in drei vorangegangenen Jahren berücksichtige. An sich wäre es auf der Grundlage des Entw. sehr wohl möglich, statt einer Jahresveranlagung drei landesrechtliche Jahresveranlagungen zu nehmen und den Durchschnitt zu ziehen.

Nehme man beispielsweise an, im Jahre 1914 sei jemand zu einem Eink. von 20000 M. veranlagt worden, so sei das die maßgebende Friedensveranlagung. Dieser Friedensveranlagung werden gegenübergestellt die Kriegsveranlagungen. Welche landesrechtlichen Jahresveranlagungen als Kriegsveranlagungen gelten sollen, bestimme wieder die oberste Finanzbehörde im Einverständnis mit dem Reichskanzler. Das scheine etwas kompliziert zu sein, aber diese Regelung sei notwendig, um die Verschiedenheiten der einzelstaatlichen EinksteuerG. zu überbrücken und um eine tunlichst gleichmäßige Heranziehung der Steuerpflichtigen im Reiche zu bewirken. In Preußen würden voraussichtlich die Einksteuerveranlagungen für 1915, 1916, 1917 allgemein als Kriegsveranlagungen bestimmt. Sei nun beispielsweise der Steuerpflichtige, der 1914 zu 20000 M. veranlagt worden ist, im Jahre 1915 zu 30000 M., im Jahre 1916 zu 20000 M. und im Jahre 1917 wieder zu 30000 M. veranlagt worden, so würden diese drei Eink. zusammengezählt und es würde damit das entsprechende Vielfache der Friedensveranlagung verglichen; das Friedenseink. betrage also 3×20000 M. $= 60000$ M., das Kriegseinkommen $30000 + 20000 + 30000 = 80000$ M., das Mehreink. mithin 20000 M. Im § 12 werde nicht gesagt, als Friedenseink. gilt das Dreifache der maßgebenden Jahresveranlagung vor dem Kriege, sondern das der Zahl der Kriegsveranlagungen entsprechende Vielfache; denn es sei sehr wohl möglich, daß jemand erst im zweiten oder dritten Kriegsjahr einksteuerpflichtig werde. Es werde also die Friedensveranlagung mit der Zahl der Kriegsveranlagungen multipliziert.

Nun seien für die Feststellung des Friedenseink. in § 14 noch einige weitere Vorschriften vorgesehen und zwar zunächst einmal hinsichtlich eines Mindesteink.

Wenn das tatsächliche Eink. unter 10000 M. sei, so werde man, wenn drei Kriegsveranlagungen vorlägen, mindestens von 30000 M. Friedenseink. ausgehen. Wenn sodann eine Einksteuerveranlagung vor den Kriegsveranlagungen überhaupt nicht vorgelegen habe, weil die Steuerpflicht erst später eingetreten sei, dann solle dieses Mindesteink. ebenfalls zugrundegelegt werden; wenn also in einem solchen Falle zwei Kriegseinkveranlagungen vorhanden seien, sollten 20000 M., bei drei Kriegseinkveranlagungen 30000 M. zugrunde gelegt werden.

Daneben seien im § 14 Abs. 2 Satz 2 und Ab. 3 dann weitere Bestimmungen vorgesehen, die ebenfalls notwendig seien. Es werde hier berücksichtigt, daß jemand schon bei Eintritt der Steuerpflicht ein hohes Vermögen als Einkquelle habe. Es komme z. B. jemand aus dem Ausland ins Inland mit einem Vermögen von 1 Million Mark. In diesem Falle solle eine 5prozentige Verzinsung dieses Vermögens als Friedenseink. zugrunde gelegt werden, also 50000 M. beziehungsweise das der Zahl der Kriegsveranlagungen entsprechende Vielfache dieser Summe. Ähnliches solle nach Abs. 3 auch gelten, wenn jemand ein Vermögen erbe, wenn aber dieses Vermögen bei der Friedensveranlagung noch nicht als Einkquelle berücksichtigt war. Wenn z. B. ein Sohn, der nicht zur Einksteuer veranlagt war, von seinem Vater im Laufe des Jahres 1914 das väterliche Vermögen geerbt habe, dann werde er erst im Jahre 1915 — also erst bei der ersten Kriegsveranlagung — mit den Erträgnissen aus seinem elterlichen Vermögen veranlagt. Zum Ausgleich sollen ebenfalls 5 Prozent dieses Vermögens, das er geerbt habe, als fiktive Friedensveranlagung zugrunde gelegt werden.

Das seien Bestimmungen, die absolut notwendig wären. Wenn diese Bestimmungen nicht in das Gesetz hineinkommen werden, so werde das zu ungeheuerlichen Konsequenzen führen. Nach dem Antrag auf Nr. 241 würde z. B., wenn ein Kind seine Eltern während der Kriegszeit beerbe, der Ertrag aus dem ererbten Vermögen über den Betrag des Mindesteink. hinaus ganz als Mehreink. gelten.

Das Wesentliche des Entw. sei, daß einmal vermieden werden Bestimmungen über den Begriff des Eink., daß vielmehr von der landesrechtlichen Einksteuerveranlagung ausgegangen sei und daß die rechtskräftigen Landeseinksteuerveranlagungen ohne weiteres auch für die Feststellung des Mehreinkommens im Sinne des Ges. maßgebend seien. Es scheine auch ganz ausgeschlossen zu sein, für die Jahre 1911, 1912, 1913, 1914 und 1915 nachträglich noch im Jahre 1917 eine Einksteuerveranlagung vorzunehmen. Das sei einfach eine absolute Unmöglichkeit.

Außerdem sei es — und das lasse der Antrag auf Nr. 241 auch vermissen — notwendig, einen Begriff des Eink. festzusetzen. Die Regelung müßte alle die Bestimmungen vorsehen, welche die landesrechtlichen Einksteuergesetze über die Feststellung des steuerpflichtigen Eink. enthalten. Wenn man das nicht wolle, dann müsse man ebenfalls wieder auf die Landeseinksteuergesetze zurückgreifen, und dann müsse man die Abweichungen, welche die einzelnen Landeseinksteuergesetze aufweisen auch wieder mit in Kauf nehmen. Wolle man das aber tun, so müsse man auch die rechtskräftige Veranlagung ohne die Möglichkeit einer Nachprüfung im Rechtsmittelweg übernehmen. Denn sonst müsse man auf Grund dieser LandeseinksteuerG. noch einmal nachträglich für die Jahre 1911, 1912, 1913, 1914, 1915 veranlagen. Dann bitte er auch zu bedenken, daß jemand nicht nur in einem einzigen Bundesstaat steuerpflichtig sein könne, sondern auch in mehreren, dann müsse wiederum nachträglich für die Jahre 1911, 1912, 1913, 1914, 1915 in den verschiedenen Bundesstaaten auf Grund verschiedener EinksteuerG. neu veranlagt werden. Das werde eine absolute Unmöglichkeit sein und werde auch eine Arbeit verursachen, die nicht zu bewältigen sei. Es gebe doch viele Steuerpflichtige, die keine Bücher führen, und in diesem Falle lasse sich gar nicht feststellen, welches Eink. der Betreffende etwa im Jahre 1911 gehabt habe. Auch werden alle die für die Landesbesteuerung schon entschiedenen Streitfälle wieder neu aufgerollt oder eine nicht angefochtene landesrecht-

liche Veranlagung, die übernommen werde, nachträglich angefochten werden können, wenn man nicht von der landesrechtlichen Einksteuerveranlagung unbedingt absehen wolle. Man müsse in diesem Falle dem Steuerpflichtigen wieder alle Rechtsmittel für die Feststellung seines Eink. eröffnen. Damit stelle man aber Veranlagungs- und Rechtsmittelbehörden vor unlösbare Aufgaben. Andererseits könne auch der Steuerpflichtige in die Lage kommen, gegen eine zu seinen Ungunsten erfolgte Abweichung von früheren landesrechtlichen Veranlagungen sich wehren zu müssen. Wie solle er hierzu in der Lage sein? Schon bei Eink. aus Kapitalvermögen werde es vielfach ausgeschlossen sein, daß ein Steuerpflichtiger — wenn er keine Bücher führt — noch den Beweis dafür liefern kann, was er wirklich im Jahre 1911 an Eink. gehabt habe.

Man werde also wohl aus zwingenden Gründen auf der Grundlage des Entw. stehen bleiben müssen, nämlich die landesrechtliche Einksteuerveranlagung als solche — wie es beim Wehrbeitrag geschehen sei — zu übernehmen. Er gebe zu, daß da einige Ungleichheiten mit in Kauf genommen werden müßten. Er behaupte aber, daß das auch geschehen müßte, wenn man auf den Boden des Antrags auf Nr. 241 trete; denn man könne doch jetzt nicht rechtliche Normen für die Feststellung des Eink. neu aufstellen und diese Normen dann rückwärts auf 6 Jahre anwenden.

Der Versuch, diese Ungleichheiten, die aus der Verschiedenheit der einzelnen LandessteuerG. entstehen, nach Möglichkeit auszuräumen, habe zu Vorschriften geführt, die, wie er zugebe, kompliziert aussähen und nicht ohne weiteres für den Steuerpflichtigen verständlich seien. Es sei aber zu beachten, daß dem Steuerpflichtigen besondere Aufgaben nicht erwachsen. Es werde ja die landesrechtliche Einksteuerveranlagung übernommen, neue Pflichten werden ihm nicht auferlegt, er habe auch nicht bei der Feststellung des Mehreink. mitzuwirken, abgesehen von § 16. Das alles mache die Behörde; er selbst habe nur mitzuwirken bei der Veranlagung der Landeseinksteuer.

Die Vorschriften, welche die Verschiedenheiten ausräumen sollen, die aus den Besonderheiten der einzelnen Einksteuergesetze hervorgehen, seien folgende: Einmal habe man davon abgesehen, die Jahresveranlagung für 1914 als Friedensveranlagung zu wählen; vielmehr sei der obersten Landesfinanzbehörde unter Zustimmung des Reichskanzlers das Recht beigelegt worden, eine bestimmte Veranlagung als Friedensveranlagung zu wählen. Sie habe zu prüfen, welche Veranlagung die Einkverhältnisse der Zensiten unmittelbar vor dem Krieg am zutreffendsten berücksichtige. Es scheine nicht möglich, allgemein die Veranlagung für das Rechnungsjahr 1914 zu bestimmen. Bekanntlich erstrecke sich das Steuerjahr in den verschiedenen Bundesstaaten über ganz verschiedene Zeiträume. Dann sei auch der Zeitraum, für welchen die Einkermittlung stattfinde, in den einzelnen Staaten sehr verschieden.

Die gleichen Gesichtspunkte kämen nun auch für die Ermittlung des Kriegseink. in Betracht. Man habe nur gesagt, es müssen 3 zusammenhängende Jahre sein, entsprechend den Kriegsjahren 1914, 1915 und 1916, ohne daß aber vorgeschrieben sei, es müssen 3 unmittelbar auf die Friedensveranlagung folgende Jahre sein. Man könne auch nicht einfach bestimmen, die Veranlagung für die Rechnungsjahre 1915, 1916 und 1917 solle als Kriegsveranlagung gelten, denn es gebe Bundesstaaten, in denen die Einksteuerveranlagung stark nachhinke, in denen die Veranlagung für 1915 z. B. erst die Einkverhältnisse von 1913 berücksichtige bzw. bei einer Durchschnittsberechnung erst die Jahre 1911, 1912 und 1913. Unter Umständen könne die oberste Landesfinanzbehörde genötigt sein, die Veranlagung für die Steuerjahre 1916, 1917 und 1918 als Kriegsveranlagungen zu bestimmen.

In der Tat könne es sich unter Umständen als unmöglich herausstellen, schon bei der Veranlagung im Jahre 1917 das gesamte Mehreink. festzustellen, so daß man eventuell noch die Veranlagung für 1918 abwarten müsse. Das müsse man aber in Kauf nehmen, denn man gewinne damit etwas viel Wichtigeres, daß näm-

lich die Einkverhältnisse der Steuerpflichtigen im Kriege auch im Rahmen dieser Vorlage auf Grund der landesrechtlichen Einksteuerveranlagungen möglichst zutreffend und gleichmäßig berücksichtigt werden.

Vor allem sei ja noch Rücksicht zu nehmen auf die Verschiedenheiten der einzelnen Landesgesetzgebungen hinsichtlich der Durchschnittsberechnung. In einigen Bundesstaaten werde das Eink. der Steuerpflichtigen, die Handelsbücher führen, nach dreijährigem Durchschnitt berechnet, in anderen nicht. Es sei sehr wohl möglich, daß in einem Bundesstaat zwar normalerweise die Einksteuerveranlagungen für die Steuerjahre 1915, 1916 und 1917 zugrunde gelegt werden könnten. Aber in einzelnen Fällen könne das — insbesondere bei Gewerbetreibenden — zu einem unzutreffenden Ergebnis führen, wenn nämlich die Veranlagung nur die Ergebnisse der Geschäftsjahre berücksichtige, über die bei Abgabe der Steuererklärung die Bilanz abgeschlossen vorliege. Unter Umständen könne bei der Veranlagung für das Jahr 1917 erst die Bilanz für 1915 zugrunde gelegt werden. Das spiele schon eine Rolle, wenn das Einkommen eines Jahres veranlagt werde, eine noch größere aber, wenn nach dreijährigem Durchschnitt veranlagt werde. Es werde dann z. B. für 1917 das Eink. zugrunde gelegt, wie es sich ergebe auf Grund der Bilanzjahre 1915, 1914 und 1913. Bei der letzten Kriegsveranlagung würde demnach erst das Eink. dieser Jahre berücksichtigt werden und das Jahr 1916 ganz herausfallen, dagegen noch ein volles Friedensjahr berücksichtigt werden. Für solche Fälle müsse man unbedingt die Veranlagung für 1918 abwarten, denn sie allein berücksichtige das Eink., das der Steuerpflichtige tatsächlich in den Jahren 1914, 1915 und 1916 gehabt habe.

Aber auch das werde noch nicht immer genügen. Denn, wenn in einigen Bundesstaaten nach Durchschnitten gerechnet werde, in anderen nicht, so können auch daraus wieder Verschiedenheiten resultieren. Deswegen habe man vorgesehen, daß die Behörde das Recht haben solle, unter Umständen von einem Zusammenzählen dreier aufeinanderfolgender Veranlagungen abzusehen und dafür das Dreifache einer Veranlagung zu nehmen, z. B. die Veranlagung für 1918, die den Durchschnitt der Jahre 1914, 1915, 1916 zugrunde legt und kein Friedensjahr mehr enthalte, sondern nur Kriegsjahre berücksichtige.

Er wiederhole: Die Kompliziertheit, die den Vorschriften anscheinend innewohne, war diktiert durch das Bestreben, indem man die landesrechtliche Einksteuerveranlagung zum Ausgangspunkt nahm, möglichst die Verschiedenheiten auszuräumen, die aus der verschiedenartigen Gestaltung der landesrechtlichen Steuergesetze entspringen, und so ein möglichst gerechtes Ergebnis sicherzustellen.

Die weiter folgenden Erwiderungen aus dem Ausschuß bezogen sich auf die sachlichen Bedenken, die gegen die selbständige Erfassung des Einkzuwachses neben der Erfassung des Vermögenszuwachses geltend gemacht wurden, ferner auf die von den Regierungsvertretern mehrfach hervorgehobenen Veranlagungsschwierigkeiten und drittens auf die Frage, ob die Anträge Nr. 241 und 249 K.-D. einen Schritt weiter auf dem Wege zu direkten Reichssteuern darstellten oder nicht.

Ein Abg., der dem Antrag Nr. 249 nahesteht, führte aus, der Einwand, daß die Steuer unter Umständen von einem Eink. bezahlt werden müsse, das bereits ausgegeben sei, lasse sich gegen jede Einksteuer geltend machen; in Preußen und anderswo werde das Eink. vielfach nach dem Stande des Vorjahrs veranlagt, und da ereigne es sich oft, daß jemand eine hohe Einksteuer in einem Jahre zu zahlen habe, in dem er tatsächlich ein geringes Eink. habe. Die Einwendung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts, daß Vermögensverluste neben einer Einkvermehrung einhergehen könnten, sei gewiß richtig, indessen seien das doch wohl nur Ausnahmefälle, die durch den Härteparagraphen beseitigt werden könnten. Er behalte sich indessen vor, gegebenenfalls in der zweiten Lesung durch einen Zusatzantrag dem Bedenken der Regierungsver-

treter Rechnung zu tragen. Andere technische Einwände, die gegen seinen Vorschlag gemacht worden seien, könne er nicht als berechtigt ansehen, so namentlich den, daß der Aufbau des Gesetzes nach seinem Antrag Schwierigkeiten für die Durchführung mit sich bringe. Der Antrag Nr. 249 greife tatsächlich nicht tief in die Vorlage ein, und wenn die Regierung meine, mit ihrem Entw. durchkommen zu können, so müsse das auch bei seinem Antrag möglich sein.

Ein anderer Abg. wies darauf hin, die von einem KommMitglied geäußerte Meinung, es müsse in der Bilanz zum Ausdruck kommen, wenn einem Mehreinkommen gleichzeitig ein Vermögensverlust gegenüberstehe, treffe nur dort zu, wo kaufmännische Bücher geführt würden, nicht aber z. B. bei der Landwirtschaft, die auch zum Teil große Verluste gehabt habe. Man könne deshalb die Befürchtungen des Reichsschatzsekretärs nicht als unberechtigt ansehen.

Ein dritter Abg. meinte, die Schwierigkeiten der Veranlagung seien allerdings bei den aus der Komm. gestellten Anträgen größer als bei der Vorlage; wenn der Staatssekretär aber gemeint habe, die Anträge bedeuteten eine Härte, weil sie eine mit der Einkvermehrung einhergehende Vermögensminderung nicht berücksichtigten, so sei zu beachten, daß, wo erhebliche Steuersätze gezahlt werden müßten, es sich um so riesige Einkvermehrung handle, daß der Betrag wohl zu tragen sei. Eine Härte könne allerdings daraus entstehen, daß jemand aus großen Mehreinnahmen große Summen für Kriegswohlfahrtszwecke ausgegeben habe und nun doch noch hohe Steuern bezahlen solle. Dadurch, daß die Vorlage der Feststellung des Friedenseink. nur eine Jahresveranlagung zugrunde lege, entstünden übrigens ebenfalls vielfach Härten, die beseitigt werden sollten. Das werde geschehen durch Annahme des Antrags:

Nr. 243, 3. Die Kommission wolle beschließen:

dem § 13 Abs. 1 folgenden Zusatz zu geben:

„Auf Antrag ist der Durchschnitt der drei letzten Jahreseinkommen vor dem Kriege anzusetzen, soweit der Friedensveranlagung nicht bereits ein mehrjähriger Durchschnitt zugrunde gelegt ist."

Der Bemerkung, daß in der Festsetzung des Eink. in vielen Fällen schon etwaige Vermögensminderungen ihren Ausgleich finden würden, trat der Staatssekretär des Reichsschatzamts mit folgenden Ausführungen entgegen: Es scheine die Meinung zu herrschen, daß auch bei privaten gewerblichen Betrieben das Bilanzprinzip für die Steuer maßgebend sei. Das sei aber nicht der Fall. Wenn ein Privatunternehmer, der für seinen Betrieb nicht die Gesellschaftsform gewählt habe, etwa einen Teil seiner Reserven in Wertpapieren angelegt und an diesen Papieren einen Kursrückgang erlitten habe, so dürfe er den Kursrückgang nicht absetzen. Handelte es sich dagegen um eine Gesellschaft, so würde der Wertrückgang der Papiere in der Bilanz zum Ausdruck kommen. Also: wenn beim Privatmann, der in derselben Weise wie eine Gesellschaft seine Reserven in rasch zu realisierenden Wertpapieren angelegt hat, ein Kursrückgang der Papiere eintritt, so ist das eine Vermögensminderung, die nicht vom Eink. abgesetzt werden darf; das seien doch Fälle, die für einen großen Teil der Industrie, soweit sie nicht in Gesellschaften organisiert ist, ebenso aber auch für die Landwirtschaft von Bedeutung seien. Dem — in diesen Fällen nicht in Anwendung kommenden — Bilanzprinzip habe die Regierungsvorlage sozusagen das Substanzprinzip entgegengesetzt. Beim Wehrbeitrag war die Belastung auch nicht gering; aber sie war immerhin auf drei Jahre verteilt, und die Fälle wären gewiß selten gewesen, wo Beitragspflichtige zur Bezahlung des Wehrbeitrags die Substanz ihres Vermögens angreifen mußten, der Wehrbeitrag sei vielmehr sicherlich fast ausnahmslos aus dem Eink. der drei Jahre entnommen worden. So solle es nach dem Willen der verbündeten Regierungen auch bei dieser Kriegsgewinnsteuer sein: das Stammvermögen soll unter allen Umständen erhalten bleiben. Und wenn man diesen Grundgedanken verwirklichen wolle, dann dürfe man über die in der Vorlage vorgesehenen

Sätze nicht hinausgehen, ohne Gefahr zu laufen, daß in eine vielleicht sogar bereits verminderte Vermögenssubstanz eingegriffen werden müsse. Das könne man eben nur vermeiden, wenn man als Objekt der Besteuerung den Vermögenszuwachs innerhalb der drei Kriegsjahre betrachte. Sei die Vermögensmehrung eine Folge der Eink.steigerung, so sei eine stärkere Belastung nur gerecht und billig: aber mit dem Prinzip der reinen Einkbesteuerung darüber hinaus erfasse man auch Fälle, wo keine Vermögensvermehrung eingetreten sei, ja wo die Steuer sogar aus einer verminderten Vermögenssubstanz bezahlt werden müsse.

Ein Abg. erwiderte darauf, seine Freunde gingen von dem Gedanken aus, daß jeder, der während des Krieges einen Gewinn gemacht habe, auch zur Steuer herangezogen werden müsse; einen Gewinn sähen sie auch schon darin, daß jemand durch Mehreinnahmen seine in der Kriegszeit etwa entstandenen Verluste habe vermindern können. Und daher müsse auch das Mehreink. unabhängig vom Vermögenszuwachs besteuert werden, denn sonst würden weite Kreise von der Vermögensbesteuerung freibleiben, die einwandfrei nachweisen könnten, daß sie trotz einem großen Mehreink. keinen Vermögenszuwachs gehabt hätten. In diesen Erwägungen sei die Grundlage für die Anträge Nr. 241 und 249 gegeben. Der Unterschied zwischen den beiden Anträgen sei rein technisch; es komme namentlich auch darauf an, daß die Erhebung der Steuer auf das Mehreink. nicht erst im Jahre 1918 erfolge.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts trat der vom Vorredner geäußerten Meinung, es sei schon eine Verbesserung der Lage eines Mannes, wenn durch ein Mehreink. Vermögensverluste zum Teil wettgemacht oder vermindert seien, entgegen. Gewiß lasse sich gegen die allgemeine Richtigkeit der These nichts einwenden, aber minus 4 plus 3 bleibe doch immer minus 1; bei einer solchen Gestaltung der Dinge sei eben kein Vermögenszuwachs vorhanden. Freilich stehe jemand, der neben Vermögensverlusten eine Einkvermehrung gehabt habe, günstiger da, als wenn er auch kein Mehreink. zu verzeichnen gehabt hätte; aber im Endeffekt stehe er am 31. Dez. 16 schlechter als am 31. Dez. 13. Woraus solle er denn nun die Steuer bezahlen? Aus dem Vermögenszuwachs könne er sie nicht bezahlen, denn er habe keinen, also müsse er sie aus der Vermögenssubstanz bezahlen, und zwar in diesem Falle aus einer verminderten Substanz. Das widerstreite dem Grundprinzip der Regierungsvorlage, wonach nur ein am Schlusse des Jahrs 1916 effektiv vorhandener Vermögenszuwachs besteuert werden solle. Die Vorlage besteuere eben den Einkzuwachs als solchen nicht, sondern lasse nur die Erwägung, ob ein Vermögenszuwachs ganz oder teilweise aus Einkzuwachs entstanden sei, bei der Entscheidung, ob und in welcher Höhe der Vermögenszuwachs besteuert werden solle, mit maßgebend sein. Nach der Vorlage trete nie eine Steuer ein, wenn kein Vermögenszuwachs da sei; dieses Prinzip werde aber in einem ganz wesentlichen Punkte durch die Anträge durchbrochen, also stünden die Anträge grundsätzlich auf einem anderen Boden als die Regierungsvorlage. Dazu komme aber noch etwas anderes:

Die Frage der Einkbesteuerung, die so furchtbar einfach aussehe, gewinne doch eine ganz andere Bedeutung durch die Rückwirkung. Heute haben wir 1916 und stehen also bereits im dritten der drei in Betracht kommenden Jahre. Niemand habe bisher geahnt, daß ein Einkzuwachs, auch wenn er nicht einmal zu einem Vermögenszuwachs geführt habe, mit so hohen Sätzen belegt werden solle. Er fürchte, man bringe damit die Vermögensverhältnisse einer nicht unbedeutenden Anzahl von Personen bedenklich in Unordnung, wenn man eine so hohe Besteuerung nachträglich eintreten lassen wolle, und bitte zu bedenken, was für tiefgehende Umstürzungen das für einen großen Teil wirtschaftlich wertvoller Existenzen, die man erhalten wolle, im Gefolge haben könne. Man nehme einmal die großen Schichten, die nicht im Erwerbsleben stehen, wie z. B. Beamte, die zu einem höheren Eink. aufgestiegen sind, die aber vielleicht deswegen größere Aufwendungen machen müßten. Hier trete auch ein Einkzuwachs in die Erscheinung, der aber vielleicht ganz ausgegeben worden sei, und zwar nicht aus

Verschwendungssucht, sondern wegen der ganz anders gewordenen Umwelt — um einen deutschen Ausdruck für Milieu zu gebrauchen —, in der sie sich bewegen müssen, und es sei doch hart und unbillig, ihnen, obwohl kein Vermögenszuwachs vorliege, eine so erhebliche Steuer aufzuerlegen. Was die technische Seite der Frage anlange, so glaube er zu der Erklärung berechtigt zu sein, daß die Vorlage in dieser Beziehung gründlich durchgearbeitet sei.

Ein Hauptbedenken gegen die Vorlage sei daraus hergeleitet worden, daß die Veranlagung und Erhebung erst im Jahre 1918 erfolgen könne. Zunächst sei, was die Gesellschaften anbelange, vorgesehen, daß bereits nach Abschluß des zweiten Kriegsgeschäftsjahrs eine vorläufige Veranlagung der Steuer erfolgen solle. Was die Einzelpersonen anbelange, so scheiden diejenigen aus, die keine Handelsbücher führen. In Betracht kommen nur diejenigen Personen, bei denen die Einkftenerveranlagung auf Grund der zur Zeit der Deklaration vorliegenden Bilanzen erfolge. Er gebe zu, daß nicht wenige Fälle und unter ihnen steuerlich sehr ertragreiche Fälle in Betracht kommen, in denen noch die Einksteuerveranlagung für 1918 abgewartet werden müsse. Für diese Fälle ist der § 32 der Vorlage von Bedeutung, der laute:

> Kann die Feststellung des gesamten Mehreinkommens nicht gleichzeitig mit der Feststellung des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses erfolgen, so ist die Abgabe insoweit vorläufig festzusetzen, als es nach den bereits feststellbaren Berechnungsgrundlagen möglich ist.

Das heiße also, die einfache Steuer auf den Vermögenszuwachs erleide keinen Aufschub, und soweit die bereits vorliegenden Einksteuerveranlagungen ein Mehreink. ergeben, könne auch der Zuschlag gleichfalls gehoben werden. Es trete also ein Hinausschieben nur für einen bescheidenen Bruchteil ein.

Auf die technischen Fragen wolle er sich nicht weiter einlassen, weil die Entscheidung, über das Prinzip ihm wichtiger sei als die Steuertechnik; aber soweit er die Wirkung der Anträge auch nach ihrer technischen Seite hin übersehen könne, müsse er in ihnen eine ernstliche Gefährdung des Zustandekommens des ganzen Gesetzes erblicken.

Im Anschluß an diese Äußerungen des Staatssekretärs des Reichsschatzamts legte ein Abg. dar, weil er in den Anträgen Nr. 241 und 249 eine starke Abweichung von dem Grundgedanken der Vorlage erblicke, könne er nicht dafür stimmen. Er gäbe auch zu bedenken, daß dem preußischen Landtag ein Gesetzentw. vorliege, der eine erhebliche Erhöhung der Einksteuer bringe; das dürfe man bei der Ausgestaltung dieser Vorlage nicht übersehen, namentlich, da materiell nicht daran zu zweifeln sei, daß die Anträge in die Substanz des Vermögens eingriffen.

Einen veranlagungstechnischen Einwand erhob ein anderer Abg., indem er darauf hinwies, daß nach § 13 Abs. 2 die oberste Landesfinanzbehörde im Einverständnis mit dem Reichskanzler zu bestimmen habe, welche Einksteuerveranlagung für die Kriegsbesteuerung maßgebend sei. Es sei schon richtiger, eine Liste dieser maßgebenden landesstaatlichen Veranlagungen in das Gesetz selbst aufzunehmen, zumal doch wohl eine solche Liste im Bundesrat vorhanden sei.

Auf diese Anregung erwiderte der Staatssekretär:

Eine solche Liste, wie sie der Abg. wünsche, liege nicht vor. Bei der Beratung im Bundesrat seien ja die bundesstaatlichen Vertreter über die Lage der Steuergesetzgebung in ihrem Heimatstaat orientiert. Im übrigen seien auch innerhalb desselben Bundesstaats die Veranlagungsgrundsätze für die einzelnen Steuerpflichtigen verschieden. In Preußen z. B. werde für bestimmte Gruppen von Steuerpflichtigen bei der Veranlagung das Ergebnis eines Jahrs, bei anderen der Durchschnitt dreier Jahre zugrunde gelegt und es könne vorkommen, daß die Veranlagung für 1917 den Durchschnitt der Jahre 1914, 1915 und 1916 berücksichtige, bei anderen Steuerpflichtigen erst den Durchschnitt der Jahre 1913, 1914, 1915. Es sei unmöglich, alle Einzelheiten in das Gesetz hineinzuschreiben. Es müßte Sache der Ausführung sein, den Grundgedanken der Vorlage zu verwirklichen: Es sollen diejenigen Einkveranlagungen

gelten, die materiell das zutreffendste Bild geben. Es müsse genügen, diesen Grundsatz im Ges. festzulegen. Das übrige könne den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats und den Anordnungen der obersten Landesfinanzbehörden überlassen bleiben.

Ein Abg. führte dazu aus, der Antrag Nr. 241, 3 zu § 11:

> Als Mehreinkommen gilt der Unterschied zwischen dem Einkommen, welches der Steuerpflichtige in den drei Jahren 1914, 1915, 1916 zusammengerechnet, im Vergleich zu dem Einkommen, welches er in den drei Jahren 1911, 1912, 1913 zusammengerechnet gehabt hat.
>
> Der Unterschiedsbetrag wird auf volle Tausend nach unten abgerundet.

wolle aus der Veranlagung des einzelnen Zensiten die Eink. von 1914, 1915 und 1916 herausnehmen. Das bedeute ein Zurückgehen bis in alle Einzelheiten einer längst abgeschlossenen Veranlagung, was er für unmöglich ansehe. Die Regierungsvorlage wolle die rechtskräftig festgesetzten Eink. zugrunde legen und gestatte eine Verschiedenheit nur in der Wahl der Jahre, welche in Frage kämen. Auch dabei entstünden leicht Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten, wie er anerkenne. Aber einen Ausweg daraus gebe es nicht, denn das Vorhaben führe eben zu Schwierigkeiten, die sich nicht ganz beseitigen ließen, sobald das Reich an die Besteuerung des Eink. herangehe. Wenn man ausgeführt habe, daß er von seinem Standpunkt aus auch die Regierungsvorlage ablehnen müsse, so sei das an sich richtig; er habe es aber, wie die Stimmung nun einmal sei, zunächst für aussichtslos gehalten, den Eingriff in die Einkverhältnisse, wie er auch durch die Regierungsvorlage geschehe, zu beseitigen. Indessen sei in den Kreisen seiner Freunde diese Frage stark erwogen worden, und die Zustimmung zur Regierungsvorlage bedeute von ihrem Standpunkt aus schon ein weites Entgegenkommen. Daraus ergäbe sich die Stellung zu den vorgelegten Anträgen und zu den Ausführungen, die dazu gemacht worden seien. Zutreffend sei, was der Staatssekretär über die Wirkung der Veranlagung des Eink. auch in solchen Fällen gesagt habe, wo das Eink. durch Vermögensverluste kompensiert sei. Nehme man ein Eink. von 100000 M., so betrage in Preußen der Steuersatz nach dem Gesetz zuzüglich der geltenden Zuschläge zunächst 5 Prozent; durch eine Vorlage im preußischen Abghaus, die zurzeit beraten werde, werde der Satz auf 8 Prozent erhöht; dazu komme noch die Kommunalbesteuerung, die jetzt in Berlin 6,4 Prozent des Eink. ausmache. Das Eink. werde also in diesem Falle im nächsten Jahre mit 14,4 Prozent belastet. Nach den Vorschlägen aus dem Ausschusse solle noch eine Steuer von 6,6 Prozent dazu kommen, selbst wenn dem vermehrten Eink. ein Vermögensverlust gegenüberstehe. Eine solche Belastung gehe ihm aber zu weit.

Auf den Wunsch, noch einige Erläuterungen darüber zu geben, ob die Anträge namentlich soweit sie sich auf die Veranlagung beziehen, in der Praxis durchführbar seien, legte der Königlich Preußische Generaldirektor der direkten Steuern das Folgende dar:

Er habe sich bemüht, den Ausführungen des Wortführers des Antrags zu Nr. 241 genau zu folgen, und sei zu dem Ergebnisse gekommen, daß es unmöglich sei, den von ihm empfohlenen Weg zu betreten. In Preußen und ebenso in anderen Bundesstaaten unterscheide man bei der Veranlagung des Eink. das Eink. aus den einzelnen Quellen, und für jede einzelne Quelle gelten abweichende Bestimmungen hinsichtlich des Zeitraums, dessen Ergebnis für die Veranlagung maßgebend sei. Für das Eink. aus Kapitalvermögen z. B. sei maßgebend das Ergebnis des letzten Kalenderjahrs, aber auch nicht immer, sondern es werde gefragt, welche Wertpapiere der Pflichtige ein Jahr und länger habe und welche Wertpapiere er sich erst im Laufe des letzten Kalenderjahrs gekauft habe. Diese zweiten werden nach dem Ergebnis des Steuerjahrs veranlagt. Das Eink. aus Grundvermögen habe der Hausbesitzer zu deklarieren nach dem Ergebnis des letzten Kalenderjahrs. Das Einkommen aus der Landwirtschaft sei zu deklarieren nach dem Ergebnis des letzten Wirtschaftsjahrs, wenn aber Bücher geführt werden, nach dem Ergebnis der drei letzten Jahre. Habe der Pflichtige das Gut noch

nicht drei Jahre, sondern erst zwei Jahre oder ein Jahr im Besitz, so sei auch bei Buchführung nicht das Ergebnis dreier Jahre, sondern nur zweier Jahre oder eines Jahres maßgebend. Fast auf jeden Steuerpflichtigen treffe also zu, daß er nicht einheitlich nach dem Durchschnitt der drei letzten Jahre oder nach dem Ergebnis eines Jahrs veranlagt werde, sondern mit einem Teile seines Eink. nach dem Ergebnis eines Jahrs, mit anderen Teilen nach dem Durchschnitt dreier oder zweier Jahre. Nun wisse er nicht, wie es bei solchem Rechtszustand möglich sein solle, nach dem Antrag Nr. 241 zu verfahren. Es trete hinzu, daß der Steuerpflichtige von der Veranlagungsbehörde weiter nichts mitgeteilt erhalte, als das Ergebnis der Veranlagung. Lediglich mit diesem Ergebnis erkläre sich der Steuerpflichtige einverstanden, wenn er kein Rechtsmittel einlege. Er erkläre sich aber durchaus nicht einverstanden mit den einzelnen Zahlen, auf denen sich die Veranlagung aufbaue. Wolle man diese einzelnen Zahlen gegen den Steuerpflichtigen verwerten, so müsse man sie dem Steuerpflichtigen zunächst mitteilen und ihm dagegen Rechtsmittel geben. Wie das aber das Verfahren erschweren würde, brauche er nicht näher auszuführen.

Diesen Ausführungen trat ein Abg. mit der Bemerkung entgegen, man habe in der Erörterung die Schwierigkeiten stärker aufgebauscht, als sie in der Sache selbst lägen. Die vorgeschlagene Einkbesteuerung sei nicht so schwer durchführbar, wie man zuletzt hingestellt habe, denn man müsse bedenken, daß auch die Vorlage das Mehreink. als besondere Steuerquelle ansehe und darauf eine Verschärfung der Steuersätze begründe. Was die Veranlagung im einzelnen angehe, so hätten die Verfasser des Antrags Nr. 241 zu § 11 gewiß mit der Erwägung recht, daß man nicht immer genau das ganze Kriegseink. erfasse, wenn man die rechtskräftige einzelstaatliche Veranlagung für gewisse Jahre als maßgebend ansehe; die technischen Schwierigkeiten würden aber bei Annahme des Antrags sehr groß sein. Daher würden sich seine Freunde mit der Annahme des Antrags Nr. 249 begnügen, der sich mit der Veranlagung an die Regierungsvorlage eng anschließt. Das Friedenseink. solle hiernach aus dem Dreifachen des Eink. des letzten Friedensjahrs berechnet werden. Hierin könne natürlich auch eine Härte liegen und man werde dem Steuerpflichtigen das Recht einräumen müssen, die letzten drei Jahre als maßgebend anzusehen. Das sei der Zweck des Antrags Nr. 243, 3, dem Steuerpflichtigen ein solches Wahlrecht zu geben. Damit sei zunächst die Grundlage für das geschaffen, was als Friedenseink. zu betrachten sei. Für das Kriegseink. habe man die Regierungsvorlage, die wohl am besten die Schwierigkeiten überwunden habe. Ein Zurückgreifen auf landesrechtliche Normen lasse sich nicht vermeiden, man habe sich dazu auch bereits beim Wehrbeitrag entschlossen. Zu der Regierung und zu den ausführenden Organen dürfe man das Vertrauen haben, daß sie die richtigen Jahre für eine gerechte Besteuerung heraussuchen werden. Wenn nun der Staatssekretär des Reichsschatzamts gemeint habe, durch die vorgeschlagenen Verschärfungen der Vorlage werde man in der Mehrzahl der Fälle Leute treffen, die mit ihrem Vermögen Schiffbruch gelitten hätten, so sei das doch wohl eine Übertreibung, und er vergesse dabei, daß man nur Leute besteuern wolle, die ein Mehreink. haben, wobei noch dazu 10000 M. Jahreseinnahme unberücksichtigt blieben. Erst von dem Überschuß über diese 10000 M. solle eine Steuer erhoben werden. Und weil es sich um eine leichte Übertreibung handle, so falle wohl auch die Erklärung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts, daß durch Annahme der Anträge Nr. 241 und 249 die ganze Vorlage gefährdet werde, eine Ausführung, der der Staatssekretär sofort mit der Erklärung entgegentrat, er lege großen Wert darauf, daß man auf allen Seiten den Ernst seiner Mitteilung, er halte durch die Annahme der Anträge das Zustandekommen des Gesetzes für ernstlich gefährdet, recht sehr beachte.

Ein Mitglied des Ausschusses warnte nachdrücklich vor Übertreibungen. Bei dem Entw. handle es sich in der Tat um sehr niedrige Steuersätze. In Preußen habe man bisher eine Einksteuer von rund 5 Prozent gehabt, dazu Kommunalsteuern, so daß alles zusammen einen Betrag von 13 Prozent ergeben habe. Das seien ganz

andere Ziffern, als die dieser Vorlage, bei der es sich um verhältnismäßig sehr geringe Steuersätze handle. Man dürfe auch nicht vor den in der Praxis auch heute schon recht häufigen Fällen zurückschrecken, daß jemand trotz einer Vermögensminderung Eink.-steuer zu bezahlen habe. Eine solche Einkverminderung sei in vielen Fällen nur scheinbar. Auf wirkliche Schwierigkeiten stoße man erst, wenn man die Veranlagung ins Auge fasse. Jeder, der sich um die Dinge gekümmert habe, wisse doch, welche außerordentlichen Unterschiede bei der Veranlagung vorkämen, und wie oft die Veranlagung in einem schreienden Widerspruch zum wirklichen Eink. stehe. Daher sei notwendig, in diesem Gesetz gerechte Grundsätze zur Geltung zu bringen. Wenn deshalb gegen die vorgeschlagenen geringen Steuersätze Widerspruch erhoben werde, während doch ursprünglich der Wunsch des Reichstags gewesen sei, bis zu 50 Prozent zu gehen, so sei ihm das unverständlich, namentlich auch im Hinblick auf die Engländer, die jetzt 50 Prozent ihres Mehreink. opferten; da könnten wahrlich in Deutschland bei den schweren Zeiten, die das Vaterland durchzumachen habe, die steuerpflichtigen Leute nicht klagen.

In bezug auf die Erwähnung der englischen Steuerverhältnisse legte der Staatssekretär des Reichsschatzamts dar, England habe allerdings durchweg 50 Prozent von dem erzielten Mehrgewinn als Kriegsgewinnsteuer weggenommen, ja neuerdings spreche man sogar von 60 Prozent, aber die englische Kriegsgewinnsteuer sei ausdrücklich auf Gewerbebetriebe beschränkt, während die deutsche Vorlage jeden Vermögenszuwachs zu erfassen suche, möge er einem Gewerbebetriebe oder einer anderen Quelle entstammen.

Die wiederholte Erklärung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts, die Anträge Nr. 241 und 249 gefährdeten die Vorlage, bewogen einen dem Antrag Nr. 249 nahestehenden Abg. zu einer nochmaligen längeren Darstellung der Gedanken, von denen seine Freunde bei dem Antrag ausgegangen seien. Er könne nicht anerkennen, daß ihr Antrag eine grundstürzende Änderung an der Vorlage vorgenommen habe, denn auch für diese bilde die Quelle das vermehrte Eink., welches auch sie bereits zum Steuerobjekt ausersehen habe. Es sei auch nicht unbillig, auf jemanden zurückzugreifen, der seinen Einkzuwachs schon verbraucht habe; darauf nähmen auch die bisherigen Einksteuern keine Rücksicht. Wer z. B. 100000 M. Mehreink. gehabt und ausgegeben habe, der könne später auch noch 6800 M. Reichssteuern beschaffen. Man solle doch nicht, wie die Regierungsvorlage, die Verschwender bevorzugen und Sparer belasten. Nun sei der Einwand, man dürfe nicht mit der Steuer in die Substanz des Vermögens eingreifen, zweifellos von Bedeutung. Namentlich bei der Industrie komme es ja häufig vor, daß ein Mehreink. mit einer gleichzeitigen Verminderung der Vermögenssubstanz verbunden sei. Er habe sich darüber durch Rücksprache mit Industriellen Klarheit zu schaffen versucht und folgendes festgestellt: In der Industrie gäbe es eine Gruppe, die große Gewinne gemacht und demnach ohne weiteres besteuert werde; die zweite Gruppe habe keine Gewinne gemacht und bleibe deswegen steuerfrei; bei einer dritten Gruppe hätten sich die Gewinne durch den Verlust infolge Verhinderung der Ausfuhr ausgeglichen, diese kämen für die Steuer ebenfalls nicht in Betracht. Es blieben mithin lediglich die Fälle, daß jemand während des Kriegs die Möglichkeit gehabt habe, sich auf neue Geschäfte zu verlegen, somit auf der einen Seite zu verdienen, während er auf der anderen verloren habe. Ihm sei gesagt worden, daß es sich da nur um sehr wenige Fälle handeln könne. Kämen sie wirklich vor, dann habe man den Härteparagraphen und könne auch durch besondere Bestimmungen verhüten, daß jemand durch das Gesetz zum Vermögensverfall gebracht werde. Demnach könne man sehr wohl die erwähnten Anträge annehmen.

Ein der Partei des Vorredners angehöriger Abg. sagte, daß ihm die Darlegungen des Generalsteuerdirektors unwiderleglich erschienen. Im übrigen aber sei eine große sachliche Differenz eigentlich gar nicht vorhanden. Man hätte grundsätzlich wohl das Eink. aus der Vorlage ganz herauslassen können; nachdem aber die Regierung es selbst in Betracht gezogen habe, müsse auch erlaubt sein, in der Einkbesteuerung einen Schritt

über die Regierungsvorlage hinaus zu tun, und wenn dagegen eingewendet werde, auf diese Weise werde man häufig die Steuer aus der Vermögenssubstanz nehmen müssen, weil von dem Mehreink. nichts mehr vorhanden sei, so sei auch das nicht durchschlagend, denn es liege im Prinzip der Einksteuer, daß sie immer erst von einem längst vergangenen Eink. erhoben werde.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts ging auf die Darlegung, daß ja die Regierungsvorlage selbst das Mehreink. berücksichtige, mit den Worten ein, die verbündeten Regierungen hätten damit einem Wunsche der Volksvertretung Rechnung tragen wollen, denn bei der Beratung des Sperrgesetzes sei von fast allen Seiten die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht möglich sei, in irgendeiner Weise zu unterscheiden, ob der Gewinn im Zusammenhang mit dem Kriege stehe oder nicht. Die einzige Form, die eine solche Unterscheidung ermögliche, sei eben die Unterscheidung des Vermögenszuwachses nach seiner Entstehung, ob ohne Einksteigerung oder mit Einksteigerung, gewesen. Wenn nun neue Wünsche aus der Erfüllung der gegebenen Anregungen erwüchsen, so zeige das, wie gefährlich es für die verbündeten Regierungen sei, Anregungen aus der Mitte des Reichstags stattzugeben.

Ein Abg. sagte mit Bezug auf die Bemerkung des Staatssekretärs, durch die Annahme der Anträge Nr. 241 und 249 werde das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet, in einem solchen Falle müsse auch die Regierung die Folgen tragen. Sachlich sei jedenfalls kein Grund für das Scheitern des Versuchs gegeben, denn auch bei der Wehrvorlage habe man das Eink. zur Besteuerung herangezogen. Habe damals ein Notstand vorgelegen, so heute ein noch viel größerer. In dieser schweren Zeit dürfe die Regierung nicht mit dem Bedenken kommen, daß durch die Anträge die einzelstaatliche Finanzhoheit beeinträchtigt werden könne. Manche Einwände des Reichsschatzsekretärs erkenne er als theoretisch berechtigt an, aber es liege im Wesen des Notgesetzes, daß es Härten mit sich bringe. Aus allen diesen Gründen möge doch die Regierung dem Beschlusse der großen Mehrheit der Komm. beitreten. Der Staatssekretär erwiderte darauf, schließlich werde man sich ja über das Ges. einigen müssen, aber es sei seine Pflicht, die Grenze zu bezeichnen, über die hinaus die Einigung gefährdet werde.

Ein Mitglied der Komm. warf noch einmal die Frage auf, ob es nicht aus praktischen und technischen Erwägungen richtig sei, zu prüfen, wie man die ganze Einkbesteuerung aus der Vorlage herausbringen und dafür die Sätze auf das Vermögen erhöhen könne. Die Heranziehung des Eink. in der Vorlage solle den Zweck haben, diejenigen Fälle schwächer zu treffen, bei denen der Vermögenszuwachs nicht auf Vermehrung des Eink. beruhe. Das sei ganz berechtigt, spiele aber doch nur bei den kleineren Vermögenszuwächsen eine Rolle, denn bloße Ersparnisse würden selten eine größere Höhe als etwa 20000 M. in drei Jahren erreichen. Neben den Ersparnissen kämen doch nur Lotterie- und Konjunkturgewinne in Betracht, bei denen die Differenzierung nicht am Platze sei. Überhaupt werde das Ziel der Differenzierung nur unvollkommen erreicht. Auf der anderen Seite stieße nun aber der Wunsch der Antragsteller, auch solche Einkvermehrungen zu treffen, die nicht zu einem Vermögenszuwachs geführt hätten, auf anscheinend unüberwindliche Schwierigkeiten. Deshalb seine Anregung. Würden dann die §§ 10 bis 19 der Vorlage gestrichen, so würde damit eine ungeheuer große Arbeit bei der Veranlagung wegfallen. Es sei also jetzt nur zu prüfen, welche Sätze für die Vermögensbesteuerung in Frage kämen, um beim Wegfall der §§ 10 bis 19 den gleichen Steuerertrag zu sichern.

Der Bericht muß nun noch kurz erwähnen, was die Aussprache über die Frage der Reichseinksteuer zutage gefördert hat. Der Antragst. zu Antrag Nr. 249 bestritt die Berechtigung der Behauptung, sein Antrag sei der erste Schritt zur Reichseinksteuer, denn es unterliege keinem Zweifel, daß in seinem Antrag weniger enthalten sei als im WehrbeitragG. Damals wurde das Eink. als solches von Reichs-

wegen besteuert, nach seinem Antrag nur der Einkzuwachs. Und in beiden Fällen handle es sich nur um eine einmalige, nicht um eine dauernde Steuer.

Gerade entgegengesetzt sah ein anderer Abg. in den Anträgen einen Schritt zur Reichseinkfteuer; der Trost, daß es sich nur um eine einmalige Maßnahme handle, verfange bei ihm nicht. Im übrigen könne er nicht einmal grundsätzlich zugeben, daß die Einkfteuer die gerechteste Steuer sei; auch sie habe ihre große Mängel.

Ein anderer Abg. meinte, die Ausführungen vom Regierungstisch hätten so recht gezeigt, wie sehr es uns in Deutschland an einer gemeinsamen Veranlagung von Vermögen und Eink. fehle. Die Freunde seines Vorredners hätten nicht immer gegen die Besteuerung des Eink. durch das Reich so schwere Bedenken gehabt. Er erinnere an die Tantiemesteuer, die doch eine partielle Einkfteuer sei, der sie seinerzeit zugestimmt hätten.

Ein dem Antrag Nr. 241 nahestehender Abg. erklärte es für abwegig, daß eine prinzipielle Erörterung über Reichseinkfteuer gepflogen werde. Der Antrag seiner Partei stehe grundsätzlich auf dem Boden der Vorlage, und seine Freunde wollten damit weder eine Reichseinkfteuer noch eine Reichsvermögensteuer, sondern eine Kriegsgewinnsteuer, aber eine wirksame, schaffen.

Ein anderer Abg. war durch diese Darlegung nicht überzeugt, sondern erklärte, in den Anträgen in der Tat einen neuen Schritt zur Einkfteuer erblicken zu müssen.

Ein Abg. von der Gruppe, die den Antrag Nr. 249 eingebracht hatte, war ebenfalls der Meinung, die letzten Differenzen im Ausschuß selbst und zwischen der Mehrheit des Ausschusses und der Regierung lägen auf staatsrechtlichem Gebiet, und er müsse sagen, daß man von dem Weg, den man einmal beschritten habe, nicht wieder abgehen könne.

Darauf erwiderte einer der Wortführer für Antrag Nr. 241, es wiederholten sich jetzt dieselben Szenen wie früher beim BesitzsteuerG. Alle Behauptungen, es handle sich um eine Reichseinkfteuer seien Übertreibungen, so auch die unten mitgeteilten Ausführungen des Vertreters der Bayerischen Regierung. Man übersehe eben immer, daß die Anträge sich nur auf das Mehreink. bezögen. Das sei aber wesentlich. Ebensowenig wie das Vermögen besteuert werde, wenn man den Vermögenszuwachs zum Steuerobjekt mache, ebensowenig liege eine Besteuerung des Eink. vor, wenn das Mehreink. besteuert werde. In keinem von beiden Fällen liege ein Eingriff in die einzelstaatliche Steuergesetzgebung vor.

Wie eben erwähnt, legte der Vertreter der Königlich Bayerischen Regierung gegen die Schaffung einer Reichseinkfteuer Verwahrung mit folgenden Ausführungen ein:

Die grundsätzlichen Bedenken, die gegen die Anträge Nr. 241 und 249 bereits geltend gemacht worden seien, möchte er vom bayerischen Standpunkt aus dick unterstreichen. Die Bayerische Regierung halte es direkt für eine Existenzfrage, daß weitere Eingriffe des Reichs in das Gebiet der direkten Besteuerung nicht stattfänden. Sie befürchte von einem Zugriff des Reichs auf die direkten Steuern, daß er, wenn er auch zunächst nur in bescheidenem Maße erfolgen würde, doch unausbleiblich allmählich immer weiter ausgebaut würde; die Folge würde eine Kommunalisierung und Mediatisierung der Bundesstaaten sein. Je mehr man sich zum Beweise dafür, daß es sich nicht mehr um eine grundsätzliche Frage handle, auf die schon vorhandenen Ansätze von direkten Reichssteuern berufe, desto mehr zeige sich, wie sehr es geboten sei, von jedem weiteren Schritt in dieser Richtung abzusehen.

Im übrigen möchte er auch die Bedenken, die gegen die Anträge vom steuerlichen Standpunkt erhoben worden seien, vollständig teilen. Eine Einkfteuer — um eine solche würde es sich hier handeln — solle grundsätzlich vom Eink. bestritten werden. Nun wollen aber die Anträge Eink. rückwirkend besteuern ohne Rücksicht darauf, ob es noch vorhanden sei oder nicht, und ohne daß der Pflichtige, der ja eine derartige nachträgliche Besteuerung nicht habe voraussehen können, auf sie bei der Bemessung

seiner Ausgaben habe Rücksicht nehmen können. Es werde dem entgegengehalten werden: es werde ja vielfach auch die gewöhnliche Einksteuer für das laufende Jahr nach Maßgabe des Eink. von verflossenen Jahren erhoben ohne Rücksicht darauf, ob dieses Eink. dem Pflichtigen noch zur Verfügung stehe. Das sei richtig; aber in diesem Falle habe der Pflichtige Kenntnis von der Steuer, die ihm bevorstehe, und er sei in der Lage, seine Ausgaben nach ihr einzurichten. Hier solle aber nach drei Jahren eine Steuer eingeführt werden für Einkverhältnisse, die 1914 und 1915 bestanden haben. Die Folge werde in vielen Fällen sein, daß das Eink., aus dem die Steuer bezahlt werden solle, nicht mehr vorhanden sei. Nun werde das Eink. zum Teil verbraucht und zum Teil zur Kapitalsbildung verwandt. Der erstere Teil sei der wesentlich größere. Der Teil des Eink., der sich in Vermögen umwandle, trete hinter jenem erheblich zurück. Man könne niemandem einen Vorwurf machen, wenn er sein Eink. vollständig verbrauche, solange er von einer darauf lastenden Steuer keine Kenntnis habe. Die Steuer würde aber direkt eine Strafe für denjenigen sein, der in den beiden ersten Kriegsjahren sein Eink. vollständig verbraucht habe. Eine solche Strafe wäre um so unbilliger, als in vielen Fällen einem höheren Eink. ein notwendiger höherer Verbrauch gegenüberstehe. Er erinnere an die Gehaltsmehrungen der Beamten infolge von Beförderungen, auf die der Staatssekretär des Reichsschatzamts schon hingewiesen habe. Andere Beamte hätten im Kriege eine auswärtige Verwendung und mit Rücksicht darauf Zulagen erhalten; diese Zulagen würden aber meist zum größten Teil dadurch aufgezehrt sein, daß der Beamte zwei Haushaltungen führen mußte. Ein anderer Fall sei ihm erinnerlich, in dem ein Ordenspater Bischof wurde. Er habe vorher kein Eink. gehabt und nun das Eink. seiner neuen Stellung bezogen. Er habe sich eine Wohnungseinrichtung anschaffen müssen und werde einen erheblichen Teil seines Eink. auf Jahre hinaus dazu verwenden, um diese Schuld abzubürden. Es werde wohl niemand geben, der bezweifle, daß es in allen diesen Fällen eine Unbilligkeit wäre, für verbrauchtes Mehreink. nachträglich eine Steuer zu erheben, die noch dazu so hoch sei, daß sie in den untersten Stufen bereits die höchste Stufe der Landeseinksteuergesetze erreiche.

§ 10 wurde dann in der Fassung des Antrags Nr. 249 der Komm.-Drucks. angenommen.

Nachdem in § 10 gemäß diesem Beschluß die besondere Besteuerung des Mehreink. (Mehreinksteuer) statuiert worden war, wandte sich der Ausschuß der in § 9 enthaltenen Steuerskala, die oben bereits beschrieben wurde, zu. Die dazu vorgelegten Anträge sind ebenfalls oben bereits angeführt worden.

Zur Begr. des Antrags Nr. 232, 1 K.-D. wies ein Abg. darauf hin, die Vorlage habe im Volke eine Enttäuschung hervorgerufen, denn nach dem Sperrgesetze habe man nicht erwartet, daß die Besteuerung der Kriegsgewinne mit 5 Prozent beginnen und schon mit etwa 44,8 Prozent im Höchstfall aufhören werde. Der Gedanke, daß nicht nur die eigentlichen Kriegsgewinne zu besteuern seien, sondern daß jeder an den Lasten des Reichs mitzutragen habe, der in der heutigen Zeit sein Vermögen vermehren konnte, habe sich im Volke tief eingewurzelt. Wenn man nun auch nicht bis zu einer Konfiskation der Kriegsgewinne gehen könne, die in der Literatur bekanntlich gefordert worden sei, so müsse man doch auf einer Erhöhung der Sätze bestehen. Grundsätzlich sei er durchaus geneigt, von den Kriegsgewinnen einen so großen Teil freizulassen, daß die wirtschaftlichen Unternehmungen nach dem Kriege ihre Umschaltung auf die spätere Friedensarbeit vollziehen könnten; nur glaube er, daß der dazu notwendige Bruchteil der Kriegsgewinne von der Regierung überschätzt worden sei. Wenn man von der Höhe der Steuer spreche, so dürfe man den Blick vor den ausländischen Verhältnissen nicht verschließen. Die englische und die französische Kriegsgewinnbesteuerung enthielten bedeutend höhere Sätze; das sei beachtenswert, selbst wenn man zugebe, daß es sich in England nur um die Besteuerung der gewerblichen Gewinne handle. Aus allen diesen Gründen hätten seine politischen Freunde den Antrag Nr. 232, 1 eingebracht,

wobei sie voraussetzten, daß die Verdoppelung, die in der Vorlage vorgesehen sei, auch bei ihren Sätzen bestehen bleibe. Noch weiter nach oben zu steigern, nütze nichts, weil es verhältnismäßig wenig einbringe. Wolle man wirklich größere Steuerbeträge herausholen, dann müsse man schon in den unteren Stufen höhere Prozente nehmen, weil dort die Masse des Vermögenszuwachses stecke. Auch seien diejenigen, die man gerade am liebsten mit der Kriegsgewinnsteuer erfassen wolle, nicht in den allerhöchsten Steuerstufen zu suchen. Endlich dürfe man nicht übersehen, daß es sich bei der Kriegsgewinnsteuer um eine außerordentliche Maßnahme in außerordentlicher Zeit handle; da könne man anders vorgehen, als es vielleicht bei einer dauernden Vermögenszuwachssteuer oder Vermögenssteuer gerechtfertigt wäre.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts faßte die Argumente für den Standpunkt der Regierung in dieser Frage in folgende Ausführungen zusammen:

Jede Staffel werde mehr oder weniger willkürlich gegriffen sein müssen. Irgendein Prinzip, aus dem man Steuersätze ableiten könnte, gebe es überhaupt nicht. Über alles, was willkürlich gegriffen sei, könne man natürlich verschiedener Ansicht sein. Immerhin gebe es bei dem mehr oder weniger willkürlichen Zugriff doch einige Grundsätze, die beachtet werden müssen. Davon möchte er den einen voranstellen, der auch in den Ausführungen des Vorredners angeklungen habe: man wird mit dem höchsten Steuersatze über eine gewisse Grenze nicht hinausgehen können. In England sei die geltende Kriegsgewinnsteuer auf 50 v. H. des Mehrgewinns festgesetzt. In England sei die Steuer nicht gestaffelt, sondern es greife der angegebene Einheitssatz für die kleinsten wie für die größten Gewinne Platz. Das sei ein Prinzip, das nach unserer Auffassung in Steuerdingen nicht nachzuahmen sei. Man habe in Deutschland aus guten Gründen bei allen SteuerG., die das Eink. usw. erfassen, gestaffelt, weil eben die Leistungsfähigkeit wächst mit der Größe des Eink. Diesen Grundsatz habe man auch bei der Vorlage verwirklichen wollen. Es frage sich nun, bis zu welchem Höchstsatz eine solche Staffelung gehen könne, und da müsse er sagen, daß die Annäherung an die 30 Prozent das Maximum dessen darstelle, was wirtschaftlich noch erträglich sei. 50 Prozent seien in England allerdings der Einheitssatz für die großen und kleinen Gewinne, aber in England sei die Sondersteuer auf ganz bestimmte Kreise beschränkt, es würden nur gewerbliche Eink. von ihr betroffen. Er habe bereits mehrfach erwähnt, daß der Kreis der Steuerpflichtigen in keinem anderen Auslandsstaate so weit gezogen sei, wie bei uns, und das müsse auch bei der Ausgestaltung der Steuersätze berücksichtigt werden. Außerdem komme in England dazu, daß jede Doppelbesteuerung ausgeschlossen sei, wogegen bei uns in den Einkommensteuergesetzen fast aller Bundesstaaten, ebenso wie bei dieser Vorlage, die Doppelbesteuerung nicht vermieden sei. Es werde durch die Einkommensteuer von dem Einkommen der Gesellschaften ein Teil weggenommen und das verbliebene Einkommen noch einmal bei dem Gesellschafter belastet. Das gebe, wenn die Sätze hoch seien, eine beträchtliche Gesamtbelastung. Er möchte einmal bitten, die Grenzfälle, von denen er zunächst sprechen wolle, sich zu überlegen. Wir kommen in der Vorlage auf annähernd 50 Prozent, nicht ganz, weil wir durchstaffeln und daher einen niedrigeren Durchschnittssatz haben. Indes komme man zu einer ganz erheblich höheren Gesamtbelastung. Man nehme, wenn man extreme Fälle ins Auge fassen wolle, beispielsweise eine Gesellschaft, die einen Mehrgewinn von 10 Millionen Mark erzielt hat. Von dem Mehrgewinne werden 45 Prozent weggenommen. Es bleiben also 55 Prozent. Von diesen 55 Prozent werden annähernd 50 Prozent dem Aktionär weggesteuert, wenn er einen großen Vermögenszuwachs hat. Es blieben also 28 Prozent oder rund 30 Prozent, d. h. die Kriegsgewinnsteuer betrage etwa 70 Prozent. Aber damit sei die Sache noch nicht erschöpft, denn von dem Mehrgewinne seien auch die gewöhnlichen Staats- und Kommunalsteuern zu bezahlen, von der Gesellschaft und von dem Aktionär. Wenn man hier die Grenzfälle durchrechne, komme man auf Belastungsziffern, die über die 70 Prozent beträchtlich hinausgehen. Es seien das allerdings Grenzfälle, die aber vorkommen können und vorkommen. Das lege uns eine gewisse

Vorsicht auf. Was die Besteuerung durch Staat und Kommunen betreffe, so sei der Unterschied gegen England der, daß dort Einkommensteuerzuschläge für die Kommunen überhaupt nicht erhoben werden. Die Kommunen erheben in England die Land- und Hausteuer und eine beschränkte Gewerbesteuer. Die Haus- und Mietsteuer der Kommunen drücken, was eine nicht zu bestreitende Tatsache sei, sehr stark nach unten. Wenn man die deutschen und die englischen Verhältnisse vergleichen wolle, so müsse man bei der deutschen Besteuerung alles ins Auge fassen, was Staat, Gemeinde, Gemeindeverbände und Kirchengemeinden an Einkommensteuer erheben, und diese gesamte Besteuerung mit den englischen Sätzen vergleichen, dann aber werde man finden, daß die Sätze in England und Deutschland trotz der hohen Kriegszuschläge in England gar nicht viel auseinandergehen. Das gelte auch für die Besteuerung der Kriegsgewinne. Der britische Schatzkanzler habe ausgerechnet, daß der Höchstsatz, mit dem der Steuerpflichtige betroffen werden könne, sich auf 66 bis 67 Prozent belaufe. Das seien Sätze, die nach unserem System, wenn die Höchstsätze zur Anwendung kommen, noch überschritten werden, wenn man nämlich hinzurechne die Doppelbesteuerung der Gesellschaften sowie die staatliche und kommunale Besteuerung, die bei uns ebenfalls die Mehrgewinne erfasse. Die verbündeten Regierungen seien wohl mit allen Parteien in dem Bestreben einig, einen sehr erheblichen Teil der Gewinne, die einer großen Anzahl von Unternehmern und Privatpersonen aus der Kriegskonjunktur, um sich einmal kurz so auszudrücken, zugeflossen seien, wieder der Allgemeinheit zuzuführen. Mit dieser Wegnahme für die Allgemeinheit könne man aber nicht so weit gehen, daß dadurch die Grundlage und die Leistungsfähigkeit der Betriebe, um die es sich hier handle, beeinträchtigt werde. Denn diese Betriebe werden bei dem Übergang in die Friedenswirtschaft und bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau, der auch in großem Umfang bei uns notwendig sein werde, eine recht schwere Aufgabe zu bewältigen haben. Es liege nicht nur im Interesse des Unternehmers, sondern auch der Arbeiterschaft und des ganzen deutschen Volkes, daß der Bogen hier nicht überspannt werde.

Zur Begründung des Antrags Nr. 243, 2 K.-D. schloß sich dem ersten Redner ein Mitglied des Ausschusses insofern an, als er anerkannte, daß man in der Bevölkerung eine höhere Besteuerung der Kriegsgewinne wünsche und erwartet habe. Seine Freunde hätten sich indessen bei dem Sperrgesetz unter Ablehnung weitergehender Anträge mit einem Satz von 50 Prozent begnügt und seien der Meinung, was für die Gesellschaften gelte, müsse auch für die Einzelpersonen Geltung haben. Wenn man berücksichtige, daß der Mehrgewinn auch von der Einkommensteuer erfaßt werde, so komme man bei Kriegsgewinnsteuersätzen von 50 Prozent auf nahezu 70 Prozent. Das könne man gewiß nicht für niedrig erachten, und daher sei es richtig, sich mit der von der Regierung angenommenen Höchstgrenze zu begnügen. Erheblich höhere Beträge könnten aber bei den mittleren Stufen herausgeholt werden. Bei diesen, die doch an sich keine niedrigen Gewinne darstellten, habe man in der Tat nach dem Sperrgesetz eine erheblich höhere Besteuerung erwartet. Wolle man mit seinen Freunden den Vermögenszuwachs in der Höhe zwischen 100000 bis 700000 M. höher treffen, dann empfehle sich der Antrag Nr. 243, 2.

Für die Sätze der Regierungsvorlage trat ein Mitglied des Ausschusses mit der Warnung ein, man dürfe den Bogen nicht überspannen und müsse grundsätzlich daran festhalten, daß auch die Kriegsgewinnsteuer nur eine Steuer sein solle. Man dürfe daher nicht bis zu 70 und mehr Prozenten gehen, um so weniger, als eine Reihe von Härten unvermeidbar seien, namentlich in den unteren Stufen des Vermögenszuwachses, bei denen es sich vielfach durchaus nicht um Kriegsgewinne handle. So pflegten z. B. Kaufleute und Angehörige freier Berufe jährliche Rücklagen zu machen, die nichts anderes bedeuten, als wie die Pension für Beamte; an sich bedeuteten derartige geringe Kapitalansammlungen keineswegs eine Verbesserung der wirtschaftlichen Stellung. Deshalb könne er auch den Antrag Nr. 232, 1 der eigentlich nur die unteren Stufen erheblich schärfer anfasse, in den oberen aber beinahe der Regierungs-

vorlage gleiche, nicht annehmen. Man dürfe nicht übersehen, daß auch diejenigen, die Kriegsgewinne gemacht haben, von einem Umschwung der Konjunktur nach dem Kriege bedroht seien. Vielfach handle es sich ja um „falsche" Kriegsgewinne, d. h. um scheinbare Gewinne, die nur aus dem Verbrauch alter Rohmaterialien herrührten, wobei man noch nicht wissen könne, zu welchen Preisen die Rohstoffe nach dem Kriege wieder zu beschaffen seien.

Zur Verteidigung des angegriffenen Antrags Nr. 232 führte ein Abg. aus, seine Freunde hätten bei seiner Abfassung nicht wissen können, daß die Steuer schon bei einem Vermögenszuwachs von 1000 M. beginne. Deshalb seien sie bereit, bei den niedrigsten Stufen ihren Vorschlag abzuändern. Auf eine Bemerkung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts müsse er erwidern, daß es selbstverständlich für unser Erwerbsleben keine erfreuliche Erscheinung sei, daß das Reich mit der Steuergesetzgebung in die Kapitalsbildung so scharf eingreifen müsse. Ohne den Krieg hätte man keine Veranlassung gehabt, solche Steuervorschläge zu machen. Jetzt sei aber die Hauptpflicht, das nötige Geld aufzubringen. Und da dürfe man nicht nur immer auf die Höhe der Kriegsgewinnsteuer blicken, sondern müsse sich überlegen, wie denn anders die großen Beträge zu beschaffen seien; er glaube, daß eine starke Kriegssteuer den Verbrauchs- und Verkehrssteuern entschieden vorzuziehen sei. Von diesem Gesichtspunkt aus müsse man auch an die Staffelung der Kriegsgewinnsteuer herantreten und sich dabei von allen theoretischen Bedenken freimachen, weil nun einmal Not am Manne sei. Wolle man sich ein Bild von der nach den verschiedenen Skalen möglichen Höchstbelastung machen, so stoße man auf die Schwierigkeiten, die aus der Verschiedenheit der Staats- und Kommunalsteuern erwüchsen. Die nötige Rücksicht auf die Einzelstaaten und Kommunen ließen auch seine Freunde keineswegs außer acht und man werde von diesem Gesichtspunkt aus auch dazu kommen, im endgültigen Gesetz zu sagen, daß das, was der Reichsbesteuerung unterliege, nicht auch noch der Staats- und Kommunalbesteuerung unterliegen solle. Dann würde die Sache für beide Teile wesentlich vereinfacht werden. Die vom Staatssekretär des Reichsschatzamts vorgeführten Grenzfälle mit 70 Prozent Gesamtbelastung aus der Kriegsgewinnsteuer würden, wenn sie überhaupt vorkämen, außerordentlich selten sein und voraussetzen, daß nicht nur Gesellschaften einen außerordentlich hohen Kriegsgewinn gemacht hätten, sondern daß auch noch die Gesellschafter in die höchsten Stufen der Besteuerung für Einzelpersonen fielen. Wenn man darauf hingewiesen habe, daß der Antrag Nr. 232 die sogenannten „kleinen Leute" zu scharf herannehme, so müsse er das bestreiten. Es sei gar nicht ausgemacht, daß mäßige Kriegsgewinne gerade bei kleinen Leuten anzutreffen seien. Vielleicht sei es aber gut, in der zweiten Lesung zu prüfen, ob man nicht den Steuersatz nach der Höhe des Vermögenszuwachses und nach dem Verhältnis dieses Zuwachses zu dem bereits vorhandenen Vermögen festsetzen könne. Behandle man übrigens die Kriegsgewinne der niederen Stufen glimpflich, so komme das auch den größten Kriegsgewinnen zugute, da ja durchgestaffelt werde. Zum Schluß sei noch der Einwand zu bedenken, daß das gewerbliche Leben eine Umstellung aus den Kriegsverhältnissen in die kommenden Friedensverhältnisse durchzumachen habe, und daß die jetzigen Gewinne zum Teil aus dem Verbrauch von Rohstofflagern herrührten. Wolle man das in der angedeuteten Weise berücksichtigen, dann könne man überhaupt nicht zu einer Kriegsgewinnsteuer gelangen. Aber der ganze Hinweis sei verfehlt, denn offensichtlich müßten sich doch nicht nur diejenigen Betriebe, die während der Kriegszeit Gewinne zu verzeichnen gehabt hätten, umstellen, sondern auch diejenigen, die stillgelegen haben oder mit Schaden zu arbeiten gezwungen gewesen seien. Für ihn sei der Gedanke entscheidend, daß eine wie immer gestaltete Kriegsgewinnsteuer besser sei, als Verkehrssteuern und Verbrauchssteuern.

Im Anschluß an diese letzte Bemerkung legte der Staatssekretär des Reichsschatzamts dar, er halte für ganz ausgeschlossen, daß die Kriegsgewinnsteuer mit höheren Sätzen die Verkehrs- und Verbrauchssteuern überflüssig machen könne, denn bei dem

enormen Bedarf liege die Grenze der Besteuerung nur in der wirtschaftlich gebotenen Rücksicht auf unsere Zukunft. Und diese Rücksicht vereinige sich sehr wohl mit den vorgeschlagenen Verkehrs- und Verbrauchssteuern, zu denen nach dem Friedensschlusse noch einige und erheblich höhere hinzutreten würden. Die Lasten seien außerordentlich groß und es komme nur darauf an, sie aus den verschiedenen leistungsfähigen Quellen zu decken. Wir müßten das Maximum des Ertrags so zu erzielen wissen, daß die Grundlagen des Wirtschaftslebens am wenigsten geschädigt würden. Von diesem Gesichtspunkt aus seien die Steuervorlagen als eine Gesamtheit in ihrer Vereinigung zu beurteilen, und daher sei nicht daran zu denken, daß durch eine Ausgestaltung der Kriegsgewinnsteuer die Verkehrs- und Verbrauchssteuern überflüssig gemacht würden. Ein Vergleich zwischen den Sätzen der Regierungsvorlage und denen der Anträge Nr. 232 und 243 ergäbe im übrigen folgendes Bild, wobei er immer den doppelten Satz nehme, als ob der Vermögenszuwachs durch das Mehreink. voll gedeckt sei: Bei einem Vermögenszuwachs bis 10000 M. wird erhoben nach der Regierungsvorlage 10 v. H., nach dem Antrag Nr. 243 10 v. H., nach dem Antrag Nr. 232 20 v. H.; bei 20000 M. Vermögenszuwachs nach der Regierungsvorlage 10 v. H., nach dem Antrag Nr. 243 11 v. H., nach dem Antrag Nr. 232 25 v. H.; bei 100000 M. Vermögenszuwachs nach der Regierungsvorlage 13,6 v. H., nach dem Antrag Nr. 243 16,2 v. H., nach dem Antrag Nr. 232 42 v. H.; bei 200000 M. Vermögenszuwachs nach der Regierungsvorlage 16,8 v. H., nach dem Antrag Nr. 243 23,1 v. H., nach dem Antrag Nr. 232 51 v. H.; bei 500000 M. Vermögenszuwachs nach der Regierungsvorlage 24,72 v. H., nach dem Antrag Nr. 243 33,2 v. H., nach dem Antrag Nr. 232 59,4 v. H.; bei 1000000 M. Vermögenszuwachs nach der Regierungsvorlage 32,36 v. H., nach dem Antrag Nr. 243 41,62 v. H., nach dem Antrag Nr. 232 64,7 v. H.

Indem er den Ausführungen des Staatssekretärs des Reichsschatzamts über den voraussichtlichen Bedarf des Reichs zustimmte, bemerkte ein Abg., man solle den Ertrag der Kriegsgewinnsteuer nicht zur Balanzierung des ordentlichen Etats verwenden, sondern vielmehr zur Entlastung des außerordentlichen Etats, d. h. zur Schuldentilgung gebrauchen. Er behalte sich einen dahinzielenden Antrag vor. Man möge den Ertrag der Kriegsgewinnsteuer noch so hoch einschätzen, etwa auf 3 Milliarden Mark, so dürfe man doch diese Einnahmen nicht nur verwenden, um den laufenden Etat ins Gleichgewicht zu bringen. Damit sei aber auch gesagt, daß man durch einen Überschuß bei der Kriegsgewinnbesteuerung andere Steuern nicht entbehrlich machen könne. An und für sich, wenn man es nur mit einer reinen Kriegsgewinnbesteuerung zu tun hätte, rechtfertigten sich die schärfsten Sätze. Aber hier dürfe man die Allgemeinheit der Besteuerung nicht außer acht lassen: getroffen würden auch viele Vermögenszuwüchse, die keine Kriegsgewinne enthielten. Die Hinweise auf die neuen Steuergesetze in neutralen Staaten zur Begründung des einen oder anderen Vorschlags seien unzulässig, weil sich die Verhältnisse nicht vergleichen ließen; über die Wirkung der verschiedenen Vorschläge in den Grenzfällen hätte man auch zunächst noch kein sicheres Urteil, sondern müsse darüber vergleichende Berechnungen erbitten. Eine Frage von Bedeutung sei, ob man die Kriegsgewinnsteuer bei der Veranlagung der Landessteuern abzugsfähig mache oder nicht. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß sie nicht abzugsfähig sei. Wolle man daran festhalten, dann dürfe man kaum über die Sätze der Vorlage hinausgehen. Andererseits, wenn man die Skala erheblich verschärfe, müßte man sie abzugsfähig machen. In der ersten Lesung empfehle sich wohl, den Antrag Nr. 243 anzunehmen.

Über die Höhe der wahrscheinlichen Belastung durch die Kriegsgewinnsteuer und der tatsächlichen Belastung durch die einzelstaatlichen Einksteuern führte der Staatssekretär des Reichsschatzamts das Folgende aus:

Man müsse berücksichtigen, daß während des Krieges in allen Einzelstaaten entweder Erhöhungen der direkten Steuern eingeführt worden seien oder noch eingeführt werden sollen. In Preußen liegen die Verhältnisse so, daß ein Privatmann mit 100000 M.

Einkommen 18,3 Prozent an Staats- und Kommunalsteuern zahle, wenn man bei der Kommunalsteuer rund 200 Prozent Zuschlag rechne, was im Durchschnitt hinter der Wirklichkeit noch zurückbleibe. Bei den AG. gehe die Steuererhöhung nach der preußischen Vorlage und zwar schon bei solchen Gesellschaften, die 100000 M. Eink. haben, bis auf 10,4 Prozent, 100000 M. Eink. sei aber bei AG. kein sehr großes Eink. Das seien Vorbelastungen, die unter allen Umständen mit in Rücksicht genommen werden müßten. Wenn man das tue, verschiebe sich das Resultat, das der Vorredner ausgerechnet habe, noch nach oben. Die Gesellschaft, die ihre Bilanz im Kriegsjahr mache, müsse von ihrem Gewinn die staatliche und kommunale Einksteuer zahlen; was sie später an Kriegsgewinnsteuer zu entrichten habe, bleibe hierbei außer Betracht. Der Aktionär, der seine Dividende bekommen habe, müsse von dem Betrag der Dividende und von seinem Besitz an Aktien die staatliche und kommunale Vermögens- und Einksteuer tragen. Beim Aktionär gehe alles, was er bei der Gesellschaft gezahlt und was er selbst an Steuern entrichtet habe, vom Eink. und Vermögen herunter. Hier liege eine nicht unbeachtliche Konsequenz, welche die Besteuerung des Mehreink. angehe. Auf der Grundlage der Regierungsvorlage verhalte es sich folgendermaßen: Am 31. Dez. 16 werde festgestellt, wie groß das Vermögen des Steuerpflichtigen ist. Wenn er die Staats- und Kommunalsteuern nicht bezahlt hätte, wäre sein Vermögen entsprechend größer; die Kriegsgewinnsteuer werde nur erhoben von dem, was übrig bleibt. Soweit sich die Kriegsgewinnsteuer also an den Vermögenszuwachs halte, wie es die Vorlage vorsehe, seien die während der drei Jahre 1913/1916 gezahlten Staats- und Kommunalsteuern gewissermaßen automatisch abzugsfähig. Soweit das Mehreink. zugrunde gelegt werde, sei eine solche Abzugsfähigkeit nicht gegeben. Bei den Gesellschaften dagegen, bei denen das Bilanzprinzip gelte, treten die Kommunal- und Staatssteuern in die Erscheinung als Ausgaben. Bei den Einzelpersonen werde der auf den 31. Dezember 1916 festzustellende Vermögenszuwachs besteuert; das, was die Einzelpersonen aber an Kriegsgewinnsteuer später zu zahlen haben, dürfen sie für die Staats- und Kommunalsteuern nicht abrechnen. Es werde hier in der Tat in den Einzelstaaten noch einmal besteuert, was durch das Reich weggesteuert werde. Die Dinge liegen also sehr kompliziert. Die Rechnung werde durch mancherlei Umstände noch erheblich erschwert und für die Steuerpflichtigen verschlechtert. Man könne nun ja eine Reihe von formularmäßigen Beisp. aufstellen. Aber alle solche Beispiele haben nur einen bedingten Wert. Das eine stehe aber fest, daß wir bei den höheren Stufen auf Sätze kommen, die nicht mehr steigerungsfähig seien. Denn sonst könne der Fall eintreten, daß die 100 Prozent verschwinden oder sogar überschritten werden. Bei der Vorlage sei das nicht der Fall, wohl aber bei den vorgeschlagenen Erhöhungen; jedenfalls würde eine so starke Anspannung der Besteuerung eine erhebliche Schwächung unserer Volkswirtschaft bedeuten.

Jetzt nähre der Krieg den Krieg. Es komme aber der Friede, und nach dem Friedensschluß müsse die Umschaltung auf die Friedensverhältnisse eintreten. Dann sei kein Reich und kein Staat da, der lohnende Aufträge erteile, sondern jeder einzelne müsse wieder seine Kundschaft zusammensuchen im In- und Ausland. Man müsse daher dafür sorgen, daß wir in dieser schwierigen Zeit nicht blutleer seien, und man dürfe nicht aus lediglich fiskalischen Gesichtspunkten die Friedenswirtschaft ruinieren. Die Vorlage sei in dem weiten Rahmen der Steuersätze nach oben gegangen, so weit man habe gehen können. Dieser Rahmen dürfe aber nicht überschritten werden, und er möchte dringend bitten, darauf zu verzichten, im Maximum über die Regierungsvorlage hinwegzugehen.

Ein Abg. meinte daraufhin, daß die Grenzfälle doch außerordentlich selten seien. Zu erwägen sei, ob man nicht die Bezahlung der Steuer in Raten vorsehen könne, weil es eine erhebliche Erleichterung bedeuten könne, daß der Zahlungspflichtige nicht auf einmal das Ganze bezahlen müsse. Ferner sei namentlich in den unteren Stufen ein gewisser Schematismus der Vorlage nicht zu verkennen, den man allerdings nur schwer werde herausbringen können, denn es sei doch wirklich etwas anderes, ob es

sich um die normale Rücklage eines Arztes, um Ansparung zum Kapitalbesitz oder um Kriegsgewinne handle.

Zur Unterstützung der Regierungsvorlage führte ein Abg. aus, man dürfe nicht übersehen, daß in Landwirtschaft und Gewerbe heute mehr oder weniger Raubbau getrieben werde, und daß die Besitzer später viel Geld gebrauchten, um ihre Betriebe wieder in die Höhe zu bringen. Daher sei vor übertriebenen hohen Steuersätzen zu warnen. Ein anderer Abg. sagte zur Empfehlung des Antrags Nr. 243, daß dieser sich gerade von Übertreibungen fernhalte und durchaus leistungsfähige Kreise treffe. Ein dem Antrag Nr. 232 nahestehender Abg. schloß sich diesen Darlegungen an und fügte hinzu, man solle doch nicht außer acht lassen, wenn man von der Belastung des Eink. durch staatliche und kommunale Steuern spreche, daß es sich da um ganz verschiedene Steuerobjekte handle: dort um das ganze Eink. und Vermögen, hier nur um das Mehreink. oder den Vermögenszuwachs oder um beides. Es könne dahingestellt bleiben, ob Kriegsgewinne an sich berechtigt seien; jedenfalls sei eine hohe Kriegsgewinnsteuer berechtigt, und die Befürchtung sei nichtig, daß durch Annahme des Antrags Nr. 232 die Kraft der Industrie, nach dem Krieg sich wieder auf Friedensverhältnisse umzustellen, gebrochen werde.

Ein Abg. meinte, 80 v. H. aller gewerblichen Betriebe befänden sich in einer nicht gebesserten Lage; da müsse man dafür Sorge tragen, daß mindestens der Rest kapitalkräftig bleibe. Die Berufung auf höhere Steuern im Ausland sei zum Teil irreführend.

Auf die Frage, ob es ratsam sei, indirekte Steuern und Verkehrssteuern dem Volke auzuerlegen, durch die doch auch Betriebe mit geringem oder gar keinem Überschuß getroffen würden, während man gleichzeitig an den niedrigen Sätzen der Regierungsvorlage für Besteuerung der Kriegsgewinne festhalte, ging ein anderer Abg. nochmals ein, der auf die politischen Folgen solcher Beschlüsse hinwies und nachdrücklich den Antrag Nr. 232 empfahl. Während ein Abg. meinte, es sei kein Zweifel, daß nach der Lage der Gesetzgebung ein Abzug der Kriegsgewinnsteuer von dem zur Landeseinkstener zu veranlagenden Eink. nicht gestattet sei, vertrat einer seiner Parteifreunde den entgegengesetzten Standpunkt. Die Sache selbst wurde auf später vertagt.

Antrag Nr. 232, 1 K.-D. wurde abgelehnt, § 9 dann in der Fassung des Antrags Nr. 243, 2 K.-D. angenommen.

Im § 11 wurde in Konsequenz des Beschlusses zu § 7 Abs. 3 gestrichen.

§ 12 wurde unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen.

Zu § 13 lag der Antrag auf

Nr. 243, 3. Die Kommission wolle beschließen:

dem § 13 Abs. 1 folgenden Zusatz zu geben:

„Auf Antrag ist der Durchschnitt der drei letzten Jahreseinkommen vor dem Kriege anzusetzen, soweit der Friedensveranlagung nicht bereits ein mehrjähriger Durchschnitt zugrunde gelegt ist.

vor. Dazu bemerkte der Königlich Preußische Generaldirektor der direkten Steuern das Folgende:

Es sei ihm zweifelhaft, ob der Antrag eine Verbesserung des Ges. bedeute. Zunächst möchte er verweisen auf das, was er bereits gesagt habe, daß bei den einzelstaatlichen Veranlagungen der Steuerpflichtige häufig nicht mit seinem ganzen Eink. nach ein- und demselben Durchschnitt, sondern mit den einzelnen Teilen seines Eink. nach verschiedenen Zeitabschnitten veranlagt werde. Wie es in solchen Fällen gehalten werden solle, sei in dem Antrag nicht gesagt; wenn man ihn nicht dahin verstehen wolle, sei der Antrag des Steuerpflichtigen stets dann zulässig, wenn eine Durchschnittsberechnung bei irgendeinem Teile des Eink. zugrunde gelegt sei.

Er möchte ferner auf folgendes aufmerksam machen. Gewiß falle es auf, daß in der Vorlage der verbündeten Regierungen bei dem Kriegseink. das Ergebnis dreier Veranlagungen, bei dem Friedenseink. aber das Dreifache der letzten Eink-

steuerveranlagung berücksichtigt werden solle, daß nicht auch in diesem Falle die drei letzten Veranlagungsjahre, jede Veranlagung einmal gerechnet, angenommen werden. Wenn die Vorlage so aufgebaut sei, habe dies aber seinen guten Grund. Es beruhe darauf, daß erfahrungsgemäß die Veranlagung des letzten Jahres die wirtschaftlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen vor dem Kriege am zutreffendsten zum Ausdruck bringe. Wir haben bekanntlich nicht nur zu tun mit Steuerpflichtigen, bei denen die Einkquellen in der maßgebenden Reihe von Jahren unverändert dieselben geblieben seien, sondern auch mit solchen, bei denen diese Quellen erhebliche Veränderungen aufweisen. Er wolle einen Fall herausgreifen, der ziemlich häufig sei. Ein Gutsbesitzer oder Gewerbetreibender habe sein Gut oder sein Geschäft verkauft, und, während er früher ein Jahreseink. von 10000 M. hatte, habe er jetzt ein solches von nur 3000 M. an Zinsen. Wenn dieser Pflichtige als ein solcher Rentner in die Kriegszeit hineinkommt, würde er nach dem Antrag mit dem Durchschnitt der letzten drei Jahre auf ein Friedenseink. von 23000 M. kommen. Das würde der Wahrheit und den wirtschaftlichen Verhältnissen aber in keiner Weise entsprechen.

Für die Fälle des unveränderten Fortbestehens der Einkquellen möchte er hinzufügen, daß der Antrag nur solchen Pflichtigen zugute komme, die in dem letzten Jahre ein niedriges Eink. gehabt haben und in dem zweit- und drittletzten Jahre ein höheres. Das werde aber im allgemeinen nur bei solchen Pflichtigen vorkommen, die Buchführung haben. Diese werden aber, wenigstens in Preußen, stets nach dem Durchschnitt von drei Jahren veranlagt. Bei solchen Pflichtigen, die keine Buchführung haben, bei den kleineren Landwirten, den kleineren Gewerbetreibenden, kommen, wie allgemein bekannt sei, erhebliche Abweichungen in den einzelnen Jahren weniger vor, sie werden meist von Jahr zu Jahr mit demselben Betrag eingeschätzt.

Seines Erachtens bedeute hiernach der Antrag keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Vorlage.

Ein Abg. hielt den Antrag Nr. 243, 3 nach preußischen Verhältnissen für undurchführbar. Das Eink. könne nur nach der rechtskräftigen Veranlagung herangezogen werden, denn es sei unmöglich, die einzelnen Veranlagungen in allen ihren Unterlagen nachzuprüfen.

Ein anderer Abg. bemerkte, daß für die Reichsgesetzgebung nicht nur preußische Verhältnisse maßgebend sein könnten. Wenn in Preußen nach der Quellentheorie das Eink. aus Gewerbe und Landwirtschaft nach dem dreijährigen Durchschnitt eingesetzt werde, so legten in einer Reihe von Bundesstaaten die SteuerG. bei der Steuerveranlagung von Gewerbebetrieben die jährlichen Bilanzen zugrunde. Gerade diese Verschiedenheiten abzuschaffen, sei der Zweck des Antrags. Ein dem Antrag Nr. 243, 3 nahestehender Abg. fügte ergänzend hinzu, daß nur auf Antrag der Durchschnitt der drei letzten Jahreseink. anzusetzen sei. Der Antrag Nr. 243, 3 U.-D. wurde abgelehnt und § 13 danach unverändert angenommen.

§ 14. Der erste Abs. des § 14 fügt in die Konstruktion des Ges. zur Erleichterung des Veranlagungsgeschäfts eine fingierte Einkgrenze von 10000 M. ein. Die Absätze 2 und 3 regeln im Zusammenhang damit besondere Fälle, in denen eine Friedensveranlagung nicht vorliegt oder in denen Vermögen nach der Friedensveranlagung angefallen ist.

Es lagen zu dem Paragraphen die Anträge vor:

Nr. 232, 2. Die Kommission wolle beschließen:

in § 14 Abs. 1 und 2 werden die Worte „zehntausend Mark" in „fünftausend Mark" abgeändert.

Nr. 252, 2. Die Kommission wolle beschließen:

im § 14:

a) im Abs. 1 statt „zehntausend" zu setzen „dreitausend",

b) im Abs. 2 statt „zehntausend" zu setzen „dreitausend" und den zweiten Satz „Hat jedoch . . . bis . . . angesehen." zu streichen.

Zur Begr. von Nr. 252 führte ein Abg. aus, daß bei der hohen Grenze von 10000 M. eine großer Teil derer, die während des Kriegs viel Geld verdient hätten, von der Kriegsgewinnsteuer freiblieben. Ähnlich sprach sich der Wortführer für Antrag Nr. 232 aus. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts verhielt sich gegen eine Herabsetzung der Einkgrenze, mit der eine gewisse Demokratisierung der ganzen Vorlage verbunden sei, nicht grundsätzlich ablehnend, behielt sich aber Erwägungen über die Änderung der Grenze vor.

Ein Mitglied des Ausschusses äußerte Bedenken gegen die beiden Anträge, weil schon die früheren Beschlüsse des Ausschusses eine nicht unerhebliche Verschärfung der Vorlage gebracht hätten, und weil es nicht angehe, jemanden, der 3000 M. Eink. habe und in den drei Kriegsjahren 1000 M. Mehreink. dazu erworben, schon der Kriegsgewinnsteuer zu unterwerfen. Ihm trat ein anderes Mitglied des Ausschusses entgegen, der nochmals darauf hinwies, daß in Preußen jeder, der ein Eink. von 3000 M. habe, deklarieren müsse. Es sei auch falsch, Kriegsgehälter von 6000 bis 7000 M. von der Kriegsbesteuerung freizulassen, wie es nach der Regierungsvorlage geschehen müsse. Eine endgültige Stellnng zu dem einzusetzenden Mindestbetrag müsse bis zur zweiten Lesung aufgespart bleiben. Wenn man die Grenze auf 3000 M. festsetze, so sagte ein anderer Abg., dann würde man auch noch alle Beamten treffen, die durch Dienstaltersvorrückung während des Krieges in eine höhere Gehaltsstufe gekommen seien. Das könne doch nicht in der Absicht des Ausschusses liegen.

Es wurde nun zunächst Antrag Nr. 252, 2a K.-D. angenommen.

Zu dem Antrag Nr. 252, 2b führte ein Regierungskommissar aus, § 14 Abs. 2 Satz 2 habe den Fall im Auge, daß ein Steuerpflichtiger erstmals in den Kriegsjahren steuerpflichtig werde, daß er also früher noch nicht steuerpflichtig war, z. B. wenn ein Ausländer aus dem Ausland ins Inland verziehe und hier mit einem Betriebskapital von 1000000 M. einen Gewerbebetrieb eröffne. Ohne die Vorschrift in Abs. 2 Satz 2 würde ein solcher Steuerpflichtiger mit Null Mark Friedenseink. bzw. nach Satz 1 nur mit dem Mindesteink. angesetzt werden müssen. Jetzt werde er mit einer 5prozentigen Verzinsung seines Kapitals angesetzt, und alles, was er mehr verdiene, sei Mehrgewinn. Auf die Frage eines Abg., ob Abs. 2 Satz 2 in allen Fällen Bedeutung habe, in denen das Vermögen eine geringere Rente bringe, erwiderte er, es handle sich nur um die Fälle, in denen eine Veranlagung früher nicht stattgefunden habe, weil eine Steuerpflicht nicht bestand und deshalb auch nicht festgestellt sei, wie hoch sich das Vermögen verzinst habe. Daher müsse man hier einen Pauschalsatz zugrunde legen. Der Ausdruck Steuerpflicht im Sinne des § 13 Abs. 2 Satz 2 sei im Sinne der subjektiven Steuerpflicht zu verstehen. Auf die Frage eines andern Abg., ob Abs. 2 Satz 2 nicht in allen Fällen Platz greife, in denen jemand kein Eink. in steuerpflichtiger Höhe gehabt habe, entgegnet der Regierungskommissar, er bitte zu beachten, daß § 14 Abs. 1 von den Personen spreche, die bereits steuerpflichtig und veranlagt seien. Unter Veranlagung sei auch eine Freistellung zu verstehen. Das sei in der Begründung Seite 22 zum Ausdruck gekommen. Der Abs. 2 spreche nur von Personen, die nicht zu veranlagen waren, weil sie nicht unter die Steuerpflicht gefallen seien. In dem Falle, in dem ein Terrain keine Erträge abwerfe, sei der Besitzer des Terrains subjektiv steuerpflichtig. Er habe zwar kein Eink. in steuerpflichtiger Höhe, er falle aber gleichwohl unter Abs. 1. Derjenige, der vom Ansland ins Inland verziehe und erst infolge seiner Niederlassung im Inland steuerpflichtig werde, falle unter Abs. 2.

§ 15. Die §§ 15 und 16 betreffen Feststellung des Kriegseinkommens. Als Kriegseink. gilt nach § 15 die Summe der Jahreseink., mit denen der Steuerpflichtige nach der letzten Friedensveranlagung bei drei zusammenhängenden Jahresveranlagungen zur Landeseinkstener veranlagt worden ist oder veranlagt wird. Als Kriegs-

eink. kann auch das Dreifache einer Kriegsveranlagung zugrunde gelegt werden. Zum § 15 lag unter Nr. 252, 3 ein Antrag vor, im § 15 Abs. 1 folgenden Satz einzufügen: „Die Veranlagung für das Jahr 1917 hat das Eink. für das Jahr 1916 zu umfassen." Die Absicht dieses Antrags war, zu ermöglichen, daß die gesamte Kriegsbesteuerung, soweit sie in dieser Vorlage behandelt wird, im Jahre 1917 restlos erledigt wird, nicht erst, wie dies bei völliger Anlehnung an die einzelstaatlichen Steuerveranlagungen möglich wäre, unter Umständen erst im Jahre 1918.

Zu dem Vorschlag führte zunächst der Königlich Preußische Generaldirektor der direkten Steuern aus:

So, wie der Antrag gestellt sei, werde er kaum angenommen werden können. Man habe in Preußen die Veranlagung nach dem letzten Jahre bei Gewerbetreibenden und Landwirten, die keine Bücher führen, und nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre bei denen, die Bücher führen. Die Abgabe der Steuererklärungen finde in Preußen statt in der Zeit vom 4. bis 20. Jan. Da das zu dieser Zeit vorangegangene Kalenderjahr bereits abgelaufen sei, so komme, um bei 1917 zu bleiben, für 1917 in der Regel in Betracht der Durchschnitt der Jahre 1916, 1915, 1914. Wenn zur Zeit der Abgabe der Deklaration in der Zeit vom 4. bis 20. Jan. das letzte Geschäftsjahr des Steuerpflichtigen noch nicht abgeschlossen sei, so könne der Steuerpflichtige Frist beantragen. Solche Frist werde gern bewilligt, allerdings nicht über den 1. März hinaus. Wenn bis zum 1. März der Jahresabschluß erfolge, so kommen wiederum für die Veranlagung die drei Jahre 1914, 1915, 1916 in Betracht. Nur wenn der Steuerpflichtige bis zum 1. März mit dem Abschlusse noch nicht fertig sei oder wenn er keine Frist beantragen wolle, kämen in die Durchschnittsberechnung nicht hinein die Jahre 1916, 1915, 1914, sondern die Jahre 1915, 1914, 1913. Diese Fälle — und es seien verhältnismäßig nur wenige — sollen durch die Befugnis, die § 15 Abs. 2 Satz 2 der Vorlage der obersten Landesfinanzbehörde gebe, geregelt werden.

So, wie der Antrag wolle, die Sache zu ordnen, gehe aus folgenden Gründen nicht an. Es stehe in dem Antrage, die Veranlagung für 1917 habe das Eink. für das Jahre 1916 zu umfassen. Was bedeuten nun aber die Worte: das Jahr 1916? Bekanntlich schließen nicht alle Steuerpflichtigen mit dem Kalenderjahr ab. Gerade große Gewerbebetriebe haben ihren Abschluß am 1. Apr., am 1. Juli und am 1. Okt. Den Antragstellern werde ferner bekannt sein, daß die Landwirte sämtlich die Bücher für die Zeit vom 1. Juli bis 30. Juni führen. Ferner komme auch hier wieder in Betracht, daß fast jeder Steuerpflichtige nicht eine, sondern mehrere Einkquellen habe, und daß seine Veranlagung bei einzelnen dieser Quellen nach dem Ergebnisse eines Jahres, bei anderen aber nach einem zweijährigen oder dreijährigen Durchschnitt stattfinde. In allen diesen Fällen komme man in Verlegenheit, ob oder inwieweit der gestellte Antrag Anwendung finden solle.

Der wichtigste Einwand sei schließlich folgender: Wenn ein Pflichtiger für 1915 nach dem Durchschnitt der Jahre 1911/12/13 und für 1916 nach dem Durchschnitt der Jahre 1912/13/14 veranlagt worden sei, so werde, wenn man dem Antrage folge, für 1917 die Veranlagung nach dem Durchschnitt der Jahre 1914, 1915, 1916 maßgebend sein müssen. Damit werde aber das gleichmäßige Fortschreiten der Durchschnittsberechnung gestört werden und das Resultat, das dabei herauskomme, werde sicherlich unbefriedigend sein.

Diese Bemerkungen ergänzte ein Regierungskommissar, indem er weiter ausführte:

In einigen Bundesstaaten beginne das Veranlagungsgeschäft für das neue Steuerjahr schon im Okt. oder Nov. vorher. Diese Staaten seien im allgemeinen hinsichtlich der Einkermittlung gegenüber Preußen um ein Jahr zurück; da können die Bilanzen für ein Geschäftsjahr, das mit dem 31. Dez. 16 abschließe, bei der Steuerveranlagung für 1917 noch nicht vorliegen, sie können vielfach noch nicht vorliegen, solange das Veranlagungsgeschäft schwebe. In der Tendenz stimme der Antrag mit

der Regierungsvorlage vollständig überein. Der Weg, den der Antrag gehen wolle, verbiete sich auch um deswillen, weil man durch das Reichsgesetz eine Änderung der landesrechtlichen Einksteuerveranlagung nicht vorschreiben könne. Für die anderen Jahre solle zugrunde gelegt werden das landesrechtlich veranlagte Eink. Nun müsse für dieses eine (letzte) Jahr, wenn dem Antrag stattgegeben werde, nicht das landesrechtliche Eink., sondern ein anderes Eink. zugrunde gelegt werden, dagegen für die beiden früheren Jahre die vorangegangenen zwei landesrechtlichen Einkveranlagungen, die vielfach nur das Eink. bis zum Jahre 1914 einschließlich berücksichtigen. Es werde dann gerade das Eink. im Jahre 1915 für die Einkfeststellung ausfallen. Diese Konsequenz sei unmöglich und auf der anderen Seite werde das praktische Ergebnis nicht sehr groß sein. Denn man habe eine vorläufige Festsetzung der Steuer vorgesehen. Da könne zunächst der Vermögenszuwachs veranlagt und damit die Vermögenszuwachssteuer mit den einfachen Sätzen festgesetzt werden, darüber hinaus aber auch eine Festsetzung nach den doppelten Sätzen oder nach den in erster Lesung gefaßten Beschlüssen eine Festsetzung der Steuer vom Mehreink. insoweit vorläufig erfolgen, als sich ein Mehreink. nach den vorliegenden zwei Kriegsveranlagungen ergebe, so daß später bei der Nachveranlagung nur noch das Mehreink., das entstehe durch Hereinbeziehung des letzten Jahres, zu berücksichtigen sei. Es werde also ein verhältnismäßig geringer Teil sein, was hinterher noch gezahlt werde. Eine erhebliche Schädigung des Reichs werde nicht eintreten. Auf der anderen Seite würden die Mehrkosten, die den Bundesstaaten im Falle der Annahme des Antrags durch die Erschwerung des Veranlagungsgeschäfts erwachsen würden, nicht unbeträchtlich sein, so daß das angestrebte Ziel sich wirklich nicht lohne.

Der Antragst. zu Nr. 252,3 behielt sich seine endgültige Stellung für die zweite Lesung vor und zog für die erste seinen Antrag zurück. § 15 wurde danach unverändert angenommen.

§ 16. Hinzugerechnet werden dem Kriegseink. alle Erträge aus einer Erwerbstätigkeit, die dem Steuerpflichtigen in der Kriegszeit zugeflossen, aber nach Landesrecht dem steuerpflichtigen Eink. nicht zugezählt worden sind. Dabei erhebt sich die Frage, wie es mit dem erhöhten Eink. von Offizieren, Sanitäts- und Veterinär-Offizieren sowie von oberen Militärbeamten gehalten werden soll. Die Vorlage bestimmt, daß bei der Feststellung des Eink. der genannten Personen ihr Diensteink. in Höhe der Friedensbezüge zu berücksichtigen ist. Dazu lag Antrag Nr. 255 K.-D. vor, die Worte „in Höhe der Friedensbezüge" zu streichen.

Von der Erwägung ausgehend, daß der Antrag Nr. 255 die Besteuerung der erhöhten Einnahmen von Offizieren usw. während der Kriegszeit bezwecke und erreiche, trat die überwiegende Mehrheit des Ausschusses dafür ein. Die Gründe waren im wesentlichen, daß zum mindesten kein Grund vorliege, das Kriegseink. der Offiziere von der Gewinnsteuer freizulassen, zumal die Offiziere eine erhebliche Erhöhung ihres Eink. für eine unvorhergesehen lange Zeit genossen hätten; sodann, daß niemand im Lande eine solche Freilassung verstehen werde, nachdem namentlich die extremen Fälle der Gehaltserhöhung nach der KriegsbesoldungsG. mehrfach Gegenstand öffentlicher Erörterung gewesen seien und nachdem grundsätzlich die Kriegsgewinnsteuer nicht nur eigentliche oder gar bloß unlautere Gewinne treffen solle. Es wurde aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß selbstverständlich bei einer solchen Besteuerung Härten vermieden werden müssen; sei z. B. ein Offizier zum Krüppel geschossen und habe sich etwas erspart, so dürfe er natürlich damit nicht zur Kriegsgewinnsteuer herangezogen werden, sondern dann müsse der Härteparagraph zur Anwendung kommen. Auch die Bestimmungen des neuen KapitalabfindungsG. machten vielleicht eine besondere Fassung notwendig. Tatsächlich wurde noch hervorgehoben, daß sich § 46 Abs. 2 des Militärgesetzes nur so auslegen lasse, daß das Eink. der Angehörigen des Soldatenstandes nicht zu den Landessteuern herangezogen werde; es sei danach mangels einer besonderen Bestimmung ohne weiteres der Kriegsgewinnbesteuerung unterworfen.

Die Minderheit des Ausschusses trat diesen Darlegungen namentlich mit dem Hinweis darauf entgegen, daß Kriegsbesoldung nicht einem Kriegsgewinn gleichzustellen sei, denn sie solle lediglich ein Äquivalent für alle Aufwendungen bieten, die ein Offizier im Felde zu machen habe. Mindestens ein Teil der Kriegsbesoldung sei als Dienstaufwandsentschädigung anzusehen und als solche zweifellos bei der Steuerdeklaration abzugsfähig. Es liege auch ein gewisser Widersinn darin, daß der Staat im Kriege den Offizieren aus guten Gründen höhere Bezüge gebe und ihnen nachher mit Hilfe eines SteuerG. einen Teil dieser Bezüge wieder abnähme.

Der Vertreter des Königlich Preußischen Kriegsministeriums verwies zunächst auf den Abs. 2 des § 46 des ReichsmilitärG., der lautet:

> „Jedoch ist das Militäreinkommen der Personen des Unteroffiziers- und Gemeinenstandes sowie für den Fall einer Mobilmachung das Militäreinkommen aller Angehörigen des aktiven Heeres bei der Veranlagung beziehungsweise Erhebung der Staatssteuern außer Betracht zu lassen."

Man habe also nach dem großen Kriege von 1870/71 eine Bestimmung getroffen, die zugunsten der Angehörigen des aktiven Heeres ausfallen sollte. Wenn jetzt die vorgeschlagene Änderung beschlossen würde, so würde der bestehende Rechtszustand zuungunsten der Personen des aktiven Heeres, hier der Offiziere und Militärbeamten, geändert. Man sei aber doch bei allen Maßnahmen, die für die Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene während der Dauer des Kriegs getroffen worden seien, immer von dem Grundgedanken ausgegangen, zugunsten der Betreffenden etwas zu schaffen. Er glaubte, wenn man jetzt zu dieser Änderung käme, würde das draußen vom Offizierkorps und von den Beamten doch mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen werden. Er möchte dringend bitten, von der Änderung Abstand zu nehmen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes nahm wegen der Bedeutung der Vorschrift zunächst Bezug auf Seite 24 der Begr. und führte weiter aus:

Es handle sich um die Vergünstigung nach § 46 Abs. 2 des ReichsmilitärG. v. 2. Juni 1874, wonach grundsätzlich den Offizieren und Militärbeamten während der Mobilmachung Steuerfreiheit zustehe. Dies geschehe z. B. in Preußen in der Weise, daß die Einkſteuer von den Dienstbezügen unerhoben bleibe, daß aber an sich das Diensteink. und zwar in Höhe der Friedensbezüge mitveranlagt werde, wogegen in anderen Bundesstaaten die Militärbezüge bei Feststellung des Eink. ganz unberücksichtigt bleiben. Wo dies der Fall sei, werde unter Umständen das nur in der Friedensveranlagung, nicht aber in der Kriegsveranlagung berücksichtigte Diensteink. ein sonstiges Mehreink. während der Kriegsjahre kompensieren können. Er glaube, das gebe doch den Schlüssel zu dem, was man gemeint habe. Nehme man einen Offizier in Preußen und einen anderen Offizier in einem Bundesstaate, der anders verfährt. Der Offizier in Preußen habe 6000 M. Diensteink. gehabt und er habe außerdem 10000 M. aus einem Privatvermögen gehabt, zusammen 16000 M. Er würde, wenn sich die Bezüge aus Privatvermögen während der Kriegszeit verdoppelt haben, während der Kriegszeit veranlagt werden mit 20000 M. Eink. aus dem Privatvermögen und 6000 M. Diensteink. aus den militärischen Bezügen, zusammen also mit 26000 M. Die Steuer, die auf das Diensteink. von 6000 M. entfalle, werde veranlagt, aber nicht erhoben. Es ergebe sich aber auf Grund der Veranlagung ein Mehreink. in der richtigen Höhe von 10000 M. und dieses Mehreink. werde erfaßt. In anderen Bundesstaaten werden die 6000 M. Diensteink. während des Kriegs überhaupt nicht veranlagt. Der Mann habe ein veranlagtes Friedenseink. inklusive Privateink. gehabt von 16000 M.; im Kriege, wo das Offizierseink. nicht veranlagt werde, werde er nur mit den 20000 M. Privateink. veranlagt, so daß sich nur eine Einksteigerung von 4000 M. ergebe. Im Abs. 2 des § 16 sei gesagt: Bei der Feststellung des Eink. der Offiziere, Sanitäts- und Veterinäroffiziere, sowie der oberen Militärbeamten sei deren Kriegseink. in Höhe der Friedensbezüge zu berücksichtigen, nämlich zu berücksichtigen auch dort, wo eine Veranlagung dieses

Militäreink. im Gegensatze zu Preußen nicht stattfinde. Dadurch werde also für eine gleichmäßige Behandlung im ganzen Reichsgebiet gesorgt.

Beabsichtigt sei gewesen — und daran halte er fest —, daß die Vermehrung des Eink., soweit sie aus den Kriegszulagen entspringt, nicht unter diese Bestimmung falle. Daß die Kriegszulage ganz steuerfrei bleibe, stimme deshalb nicht, weil Ausgangspunkt der ganzen Besteuerung der Vermögenszuwachs sei; soweit aber ein Teil der erhöhten Kriegsbezüge von dem Offizier draußen nicht verbraucht werde, unterliege der dadurch entstandene Vermögenszuwachs der Steuer. Den erhöhten Bezügen stehen aber gerade auch bei hohen Offizieren nicht geringe Aufwendungen gegenüber. Es gebe doch viele Offiziere, die große Aufwendungen für ihre Mannschaften machen, nicht für sich. Er kenne eine Menge, die alle möglichen Dinge hinausschicken lassen für die Mannschaften. Es seien Herren dabei, die eine sehr freigiebige Hand hätten in diesen Dingen. Es sollen also die höheren Bezüge, soweit sie zur Vermehrung des Vermögens geführt haben, unter die Steuer fallen, allerdings nach dem einfachen Satze, nicht mit dem doppelten Satze, und es sollen die Bezüge, die verbraucht worden seien, nicht nachträglich einer Steuer unterworfen werden. Das werde aufs äußerste seinen Empfindungen widerstreben, die wohl allgemein geteilt werden. Nach dem geltenden Rechte sei den Offizieren die Steuerfreiheit zugesagt und jetzt sollen auf der anderen Seite die Mehrbezüge für sehr erhebliche Mehrleistungen im Interesse des Vaterlandes durch die Kriegsgewinnsteuer erfaßt werden, und nicht einfach, sondern mit dem doppelten Satze und auch dann, wenn die Mehrbezüge verbraucht seien. Dagegen müsse er doch nachdrücklich Widerspruch erheben.

Hinsichtlich der nach dem KapitalabfindungsG. zu gewährenden Bezüge verwies ein Regierungskommissar auf den § 16 des BesitzsteuerG. Dieser lautet:

> Von dem nach den Vorschriften dieses Gesetzes festgestellten Vermögenszuwachs ist abzuziehen der Betrag einer Kapitalabfindung, die als Entschädigung für den durch Körperverletzung herbeigeführten gänzlichen oder teilweisen Verlust der Erwerbsfähigkeit bezahlt worden oder zu zahlen ist.

Die nach dem KapitalabfindungsG. geleisteten Zahlungen würden ausnahmslos unter den § 16 des BesitzsteuerG. fallen. Derartige Abfindungen seien gar nicht besitzsteuerpflichtig, also auch nicht kriegsgewinnsteuerpflichtig.

Der Antrag Nr. 255 K.-D. wurde angenommen, § 16 im übrigen unverändert gelassen.

Es bleibt darauf hinzuweisen, daß durch diesen Beschluß die angeregte Frage nicht restlos beantwortet worden ist. Ein Abg. stellte das mit der Bemerkung fest, der Staatssekretär des Reichsschatzamts habe gesagt, wenn die Worte „im Frieden" gestrichen würden, an der Wirkung des § 46 Abs. 2 des MilitärG. nichts geändert werde. Auf seine Anfrage, ob der gewünschte Zustand durch Annahme des Antrags Nr. 255 sichergestellt sei, erklärte der Staatssekretär, er könne im Augenblick nicht übersehen, wie die Gerichte im Zweifelsfall entscheiden würden.

§ 17 der Vorlage hat den Zweck, die Doppelbesteuerung von G. m. b. H. und Gesellschaftern zu mildern. Solche Gesellschaften sind anderen, etwa den A. oder KomAG. ihrem Wesen nach nicht gleichzusetzen. Während es sich bei AG. usw. in erster Linie um Kapitalszusammenschluß handelt, sind die G. m. b. H. in erster Linie Gemeinschaften von Personen. Häufig arbeiten auch die Anteilseigner einer G. m. b. H. persönlich in dem Betrieb. Wollte man nun bei der G. m. b. H. wie bei einer AG. zunächst das Erträgnis der Gesellschaft der Kriegsgewinnsteuer unterwerfen, dann noch einmal die Mehreinnahmen der Gesellschafter, so würde man in vielen Fällen zu einer ungerechten Besteuerung kommen. Daher bestimmt § 17 der Vorlage, daß von dem Kriegseink. auf Antrag das Eink., welches nachweislich als Mehreinnahme aus Geschäftsanteilen einer inländischen G. m. b. H. herrührt, abzusetzen ist. Eine solche Absetzung soll nur ausgeschlossen sein, wenn das Stammkapital der Gesellschaft bei Beginn der Veranlagungs-

zeit eine Million Mark und darüber betragen hat, oder wenn zu irgendeinem Zeitpunkt während des Veranlagungszeitraums mehr als sechs Gesellschafter vorhanden waren. In dem Paragraphen lagen zwei Anträge vor:

Nr. 247, 2. Die Kommission wolle beschließen:

den § 17 wie folgt zu fassen:

§ 17.

Rührt das Kriegseinkommen ganz oder zum Teil aus Geschäftsanteilen einer inländischen G. m. b. H. her, so ist von der Abgabe auf Antrag der Teil der Abgabe der G. m. b. H. abzusetzen, der nachweislich auf die Geschäftsanteile des Steuerpflichtigen entfällt.

Nr. 258, 1. Die Kommission wolle beschließen:

im § 17 dem Abs. 2 den Satz hinzuzufügen:

Hat sich in dieser Zeit die Zahl der Gesellschafter durch Übergang der Anteile im Wege des Erbgangs auf Ehegatten und Abkömmlinge vermehrt, so werden diese nur als ein Gesellschafter gezählt.

Der Antragst. zu Nr. 247, 2 legte dar, daß die Vorlage zwar die größten Härten bei der Doppelbesteuerung beseitige, aber neue Unstimmigkeiten zu schaffen geeignet sei, denn die Wirkung des § 17 wäre die, daß die Gesellschafter einer G. m. b. H. unter Umständen bessergestellt würden, als Privatpersonen. Die Bevorzugung könne volle 15 Prozent ausmachen. Der Antrag Nr. 247, 2 räume die Schwierigkeiten aus dem Wege, denen man mit einer anderen Formulierung nicht beikommen werde, falls man sich nicht entschlösse, die Abgabe der G. m. b. H. von der Abgabe der Gesellschafter abzugsfähig zu machen. Man könne vielleicht auch daran denken, die G. m. b. H. als solche überhaupt nicht zu besteuern, um die Schwierigkeiten zu beseitigen. Er möchte aber so weit nicht gehen. Denn für den Fall, daß der Anteilseigner gar nicht unter die Kriegsgewinnsteuer falle, würde wenigstens sein Anteil bei der G. m. b. H. noch besteuert werden. Dadurch werde man der Tatsache gerecht, daß das assoziierte Kapital leistungsfähiger als das private sei.

Der Antragst. zu Nr. 253, 1 erklärte als den Zweck seines Antrags, die Begünstigung, die die Vorlage zum besten kleiner Gesellschaften enthalte, noch dahin auszudehnen, daß, wenn sich die Zahl der Gesellschafter durch Übergang der Anteile im Wege des Erbgangs auf Ehegatten und Abkömmlinge vermehrt habe, diese nur als ein Gesellschafter gezählt werden sollten.

Ein Abg. wies darauf hin, daß die Rechtsform der G. m. b. H. häufig nicht gerade zu den lautersten Zwecken angewendet werde. Indessen dürfe man diese unsoliden Gründungen nicht in den Vordergrund stellen. Eine Abänderung der Regierungsvorlage erscheine ihm geboten, weil sonst manche große Härte entstehen werde. Familiengründungen mit mehr als sechs Gesellschaftern würden dann vielleicht gar besteuert, als ob sie Aktiengesellschaften seien. Für den Fall der Annahme des Antrags Nr. 253, 1 halte er für zweckmäßig, die Worte „in dieser Zeit" zu streichen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts machte folgende Ausführungen:

Es sei richtig, in Preußen könne jeder Steuerpflichtige den auf sein Gesellschaftseink. entfallenden Steuerbetrag abziehen. Man sei mit Absicht von diesem Verfahren abgewichen, weil doch G. m. b. H. und G. m. b. H. etwas sehr Verschiedenes sei. Es gebe G. m. b. H., die reine Familiengesellschaften seien, und auch solche, in denen die Gesellschafter die Hauptgeschäftsführer seien. Das werde bei den großen G. m. b. H. allerdings sehr viel weniger der Fall sein, als bei den kleinen. Einem solchen Falle werde Rechnung getragen durch die Begrenzung. Dagegen gebe es doch auch ganz große G. m. b. H., die nur, weil sie früher als solche gegründet worden seien, diese Gesellschaftsform behalten haben. Er erinnere an Siemens-Schuckert, Kathreiner usw. Diese Gesellschaften sind wirtschaftlich eigentlich dasselbe wie AG., und er sehe nicht ein, warum nun in dem einen Falle die Doppelbesteuerung eintreten solle und in dem anderen

Falle ausgeschlossen sein solle. Er gebe zu, daß diese Unstimmigkeit in Preußen bereits bestehe.

Der Antrag Nr. 247, 2 gehe aber noch weiter als das preußische Gesetz. Denn wenn die G. m. b. H. die Hälfte ihres Gewinns in Reserve gestellt habe, so werde bei der Gesellschaft auch die Reservestellung mit versteuert. Wenn der Anteilseigner sage: er habe den zehnten Teil der Anteile und er ziehe den von der Gesellschaft versteuerten Anteil ab, dann ziehe er viel mehr ab, als er in Preußen abziehen dürfe. In Preußen dürfe der Betreffende nur abziehen, was er als Dividende bekommen habe. Hier ziehe er etwas ab, was sich nicht nur auf die Dividende beziehe, sondern auch auf die Reservestellung.

Unter Auslassung der Worte „in dieser Zeit" wurde Antrag Nr. 253, 1 K.-D. zu Abs. 2 des § 17 angenommen.

§ 17 blieb im übrigen unverändert, und damit war Antrag Nr. 247, 2 K.-D. erledigt.

Die §§ 18, 19 und 20 wurden unverändert angenommen.

Nur bei § 19 entspann sich im Anschluß an Antrag Nr. 253, 2 K.-D. eine kurze Erörterung. Der Antrag wünschte hinter das Wort „Landesregierung" im § 19 die Worte einzufügen: „im Einverständnis mit dem Reichskanzler". Da ein Bedürfnis dazu nicht anerkannt wurde, so wurde der Antrag abgelehnt.

Steuerpflicht der Gesellschaften.

Die Besteuerung von Gesellschaften muß wesentlich von der der Einzelpersonen verschieden sein, weil sie als ihren Gegenstand nur die Gewinnmehrung, nicht den Vermögenszuwachs (den zu erzielen gar nicht der Zweck einer Gesellschaft ist) erfassen kann. Das SicherungsG. vom 24. Dez. 15 diente dem Zweck, die nach dem endgültigen Gesetz über die Besteuerung von Kriegsgewinnen zu erwartenden Steuerbeträge sicherzustellen.

§ 21 der Vorlage greift auf das SicherungsG. zurück, indem er bestimmt, daß die im Gesetz vom 24. Dez. 15 aufgeführten inländischen Gesellschaften eine Abgabe von dem nach den Vorschriften des genannten Gesetzes festgestellten Mehrgewinn zu entrichten haben.

Es sei gleich hier die Bemerkung eingeschoben, daß nach einer Anregung aus der Mitte des Ausschusses, der der Staatssekretär des Reichsschatzamtes zustimmte, die sich auf die Definition des Mehrgewinns, der Kriegsgeschäftsjahre, des Geschäftsgewinns und des durchschnittlichen früheren Geschäftsgewinns beziehen, zur größeren Übersichtlichkeit in die Vorlage eingearbeitet werden sollen.

Nach dem Aufbau des Entw. kann eine Gesellschaft nur dann der Steuerpflicht unterliegen, wenn sie in der Kriegszeit einen höheren Gewinn als in den letzten Friedensjahren zu verzeichnen hatte. Gegen diesen Grundsatz wandte sich Antrag Nr. 242 K.-D., der folgenden Wortlaut hat:

Nr. 242. Die Kommission wolle beschließen:

1. den § 21 wie folgt zu fassen:

§ 21.

Die im § 1 des Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne aufgeführten inländischen Gesellschaften haben von dem nach den Vorschriften des § 1 Abs. 3 und der §§ 2 und 3 des vorbezeichneten Gesetzes festgestellten Gewinn der Kriegsgeschäftsjahre, soweit solcher 8 vom Hundert des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge übersteigt, eine Abgabe zu entrichten.

2. den § 22 zu streichen.

3. den § 24 wie folgt zu fassen:

§ 24.

Die Abgabe beträgt für inländische Gesellschaften,

wenn der Mehrgewinn (§ 21) im Jahresdurchschnitt der drei Kriegsgeschäftsjahre 2 v. H. nicht übersteigt . . . . . 10 v. H. des Mehrgewinns,

wenn er	2	v. H.,	aber	nicht	4	v. H.	übersteigt	12	„	„	„	„
„ „	4	„ „	„	„	6	„ „	„	14	„	„	„	„
„ „	6	„ „	„	„	8	„ „	„	16	„	„	„	„
„ „	8	„ „	„	„	10	„ „	„	18	„	„	„	„
„ „	10	„ „	„	„	12	„ „	„	20	„	„	„	„
„ „	12	„ „	„	„	14	„ „	„	22	„	„	„	„
„ „	14	„ „	„	„	16	„ „	„	24	„	„	„	„
„ „	16	„ „	„	„	18	„ „	„	26	„	„	„	„
„ „	18	„ „	„	„	20	„ „	„	28	„	„	„	„
„ „	20	„ „	„	„	22	„ „	„	30	„	„	„	„
„ „	22	„ „	„	„	24	„ „	„	32	„	„	„	„
„ „	24	„ „	„	„	26	„ „	„	34	„	„	„	„
„ „	26	„ „	„	„	28	„ „	„	36	„	„	„	„
„ „	28	„ „	„	„	30	„ „	„	38	„	„	„	„
„ „	30	„ „	übersteigt					40	„	„	„	„

Hat sich das eingezahlte Grund- oder Stammkapital einer Gesellschaft während der Kriegsgeschäftsjahre vermehrt, so ist der Berechnung der Abgabe ein den Zeitraum, innerhalb dessen die Gesellschaft mit dem veränderten Grund- oder Stammkapital, zuzüglich der auf die Reservekonten eingezahlten Beträge, bestanden hat, berücksichtigender Durchschnittsbetrag des letzteren zugrunde zu legen.

4. § 25 wie folgt zu fassen:

§ 25.

Ausländische Gesellschaften der im § 1 bezeichneten Art, die ihren Sitz im Ausland, aber im Inland einen Geschäftsbetrieb haben, zahlen von dem auf den letzteren entfallenden, nach § 6 des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 festzustellenden Gesamtgewinn eine Abgabe gemäß § 26.

5. § 26 wie folgt zu fassen:

§ 26.

Die Abgabe für ausländische Gesellschaften beträgt bei einem Gewinn:

von	nicht mehr	als	50000	Mark				5	vom	Hundert,
„	mehr	als	50000	Mark	bis	zu	100000	Mark	10	„	„
„	„	„	100000	„	„	„	200000	„	15	„	„
„	„	„	200000	„	„	„	500000	„	20	„	„
„	„	„	500000	„	„	„	1000000	„	25	„	„
„	„	„	1000000	„	. . . . .				30	„	„

Die Besteuerung kann nach den Vorschriften des § 24 stattfinden, wenn das im Inland arbeitende Kapital der Gesellschaft mit Sicherheit festzustellen ist.

6. § 27 zu streichen.

Zu seiner Begr. führte ein Abg. aus, seine politischen Freunde schlügen eine ganz andere Grundlage für die Besteuerung vor, als die in der Regierungsvorlage enthaltene, weil sie es nicht für richtig erachten könnten, daß Gesellschaften, die schon vor dem Kriege hohe Gewinne, aber im Kriege keine höheren gemacht haben, von der Kriegsgewinnsteuer ganz freibleiben sollten. Auf diese Unstimmigkeit in dem Aufbau der Kriegsgewinnsteuer habe er schon beim SicherungsG. aufmerksam gemacht. Wolle man die Ungerechtigkeit vermeiden, gerade die bestfundierten und kapitalkräftigsten Gesellschaften von der Kriegsgewinnsteuer ganz freizulassen, dann müsse man von dem

Aktienkapital und dem Reservefonds ausgehen, einen Durchschnittsgewinn für steuerfrei erklären und alles, was über den Durchschnittsgewinn hinausgehe, zum Gegenstand der Besteuerung machen. Wenn man dabei 8 Prozent des eingezahlten Grund- und Stammkapitals und der Reserven freilasse, so beweise man ein weitgehendes Entgegenkommen. Leute, die Papiere zu hohem Kurse gekauft hätten, könnten nach dem Vorschlag bis zu einer Dividende von 16 Prozent und mehr steuerfrei bleiben. Die finanzielle Wirkung des Vorschlags sei sicherlich sehr günstig, zumal wenn man im § 24 noch ein wenig über die von der Regierung vorgeschlagenen Sätze hinausgehe. Eine günstige finanzielle Wirkung sei auch zu erwarten, wenn man Vorsorge dafür treffe, daß man die ausländischen Gesellschaften nicht, wie es in der Regierungsvorlage unzweifelhaft geschehe, günstiger als die inländischen stelle. An einer späteren Stelle der Erörterung führte derf. Abg. zur Ergänzung dieser Ausführungen und zur Widerlegung einiger Einwendungen noch aus, er habe die Anregung zu einem solchen Aufbau des Ges. bereits bei der Beratung des SicherungsG. gegeben. Man müsse scharf darauf achten, daß in dem Antrag Nr. 242 nichts von Dividenden stehe, sondern daß die Gewinne versteuert werden sollten, soweit sie eine gewisse Mindestgrenze übersteigen. Wo man diese Grenze ansetzen wolle, ob bei 8 Prozent oder bei 7 oder 6 Prozent, das sei eine Frage des Urteils; er sei bereit, erheblich niedriger zu gehen. Gewiß werde die Besteuerung der Gesellschaften nach diesem Antrag kräftiger ausfallen, als nach dem Regierungsvorschlag, es sei aber zu bedenken, daß die Gesellschaften mit einer Steuer bis zu 50 Prozent gerechnet hätten, an die die Regierungsvorlage bei weitem nicht herankäme. Und wenn man darauf hinweise, daß die Gesellschaften, die keinen Mehrgewinn, aber einen hohen Gewinn wie in Friedenszeiten gemacht hätten, keine Rücklagen nach dem Sperrgesetz hinter sich hätten, so sei darauf zu entgegnen, daß es sich dabei doch nur um die stärksten Gesellschaften handle, die, namentlich wenn man Ratenzahlung zulasse, leicht auch die ihnen nach seinem Vorschlag obliegende Steuer entrichten könnten.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts führte zu dem Antrag Nr. 242 das Folgende aus:

Der Antrag Nr. 242 sei eine vollständige Umstürzung des Prinzips sowohl dieses Ges. wie des SicherungsG. Dann hätte man sich die ganze Mühe mit dem SicherungsG. überhaupt sparen können. Er wisse auch gar nicht einmal, ob der Antrag den anderen Wunsch erfüllen werde, daß er mehr Geld bringe. Das sei doch eine Frage, die sehr genau geprüft werden müsse. Es gebe gar nicht so sehr viele Gesellschaften, die 8 Prozent auf Kapital plus Reservefonds als Gewinn erzielen. Die Deutsche Bank habe beispielsweise 250 Millionen Mark Kapital und 180 Millionen Mark Reserven. Das heiße also Kapital plus Reserven werden einem Kurse von 172 entsprechen. Dann werde eine Dividende von 8 Prozent auf Kapital plus Reserven eine Dividende von 13,8 Prozent auf das Kapital ausmachen, die Deutsche Bank habe aber nie mehr als 12½ Prozent Dividende gegeben. Die Deutsche Bank wäre also kaum oder jedenfalls nicht erheblich in der Friedenszeit über 8 Prozent hinausgekommen. Nun habe aber die Deutsche Bank immer ganz besonders sorgfältig gewirtschaftet. Er glaube, wenn man die Verhältnisse der einzelnen Gesellschaften ansehe, so werde man zu dem Resultat kommen, daß eine ganze Reihe von Gesellschaften, die berechtigterweise unter die Vorschriften der Vorlage fallen, bei dem Vorschlag keine Steuer zahlen. Und wenn man weiter berücksichtige, daß es sich hier um eine Kriegsgewinnbesteuerung handle und daß das Kursniveau, das vor dem Kriege vorhanden war, schließlich maßgebend war für einen großen Teil der Aktionäre dieser Gesellschaften, die ihre Aktien gekauft haben, so sei es gar nicht möglich, daß man eine solche Konstruktion mache. Das wäre denkbar, wenn der Kurs im allgemeinen dem Kapital zuzüglich der offenen Reserven entspräche.

Das sei aber nicht der Fall und darum halte er diesen Weg nicht für gangbar. Was die ausländischen Gesellschaften betreffe, so seien die in der Presse berechneten

Beispiele willkürlich konstruierte Fälle. Bei den ausländischen Gesellschaften fehle uns das Kriterium, das für die inländischen Gesellschaften da sei. Wenn man glaube, bei den ausländischen Gesellschaften etwas schärfer zufassen zu können, so werde sich das wohl machen lassen. Aber daß wir alle Arbeiten beim SicherungsG. und alle Dispositionen, die daraufhin von den Gesellschaften getroffen sind, über den Haufen werfen und ein ganz neues Prinzip einführen sollten, halte er nicht für einen gangbaren Weg.

Die Erörterung im Schoße des Ausschusses beschäftigte sich in erster Linie mit dem Grundgedanken des Antrags. Ein Abg. sagte, er könne seine Zustimmung nicht geben, weil Antrag Nr. 242 die Grundsätze der Regierungsvorlage vollständig verlasse und zu einer reinen Einksteuer durch das Reich führe. Ein anderer Abg. schloß sich diesen Ausführungen an und erklärte für seine Freunde, daß sie gegen den Antrag stimmen würden, weil er eine direkte Einksteuer ohne Rücksicht auf Kriegsgewinn darstelle. Andere Abg. billigten zwar den Grundgedanken des Antrags Nr. 242, nahmen auch keinen Anstand an der darin enthaltenen Besteuerung des Eink. ohne Rücksicht auf Kriegsgewinn, hegten aber doch formale Bedenken, so weit von der Grundlage der Regierungsvorlage abzuweichen, ohne daß man die finanzielle Tragweite dabei übersehen könnte. Wolle man das Ziel des Antrags erreichen, so sei es vielleicht richtiger, den Wehrbeitrag noch einmal zu erheben.

Ein Abg., der dem Grundgedanken des Antrags Nr. 242 zustimmte, machte darauf aufmerksam, ein solcher Gedanke, die alten kapitalkräftigen, während der Kriegszeit mit gleichen Gewinnen wie im Frieden arbeitenden Gesellschaften der Steuer zu unterwerfen, sei aus den Kreisen der Industrie vielfach zustimmend erörtert worden. Aber am besten erreiche man das wohl in der Tat durch nochmalige Erhebung des Wehrbeitrags. Dieser müsse aber, so fügte dem ein Parteifreund des Vorredners zu, für sich besonders behandelt werden. Ein anderer Abg. bezeichnete die Ausführungen im Anschluß an Antrag Nr. 242 geradezu als einen „Schrei nach dem Wehrbeitrag".

Auf die sachlichen Schwierigkeiten des Antrags Nr. 242 wies ein Abg. nachdrücklich hin, indem er darauf aufmerksam machte, es sei viel leichter, den Mehrgewinn einer Gesellschaft, verglichen mit dem der Friedenszeit, festzustellen, als den Gewinn an sich. Die Reservefondspolitik dieser einzelnen Gesellschaften sei ganz verschieden, und es sei schwer, da Ungleichheiten und Härten zu vermeiden. Übrigens dürfe man nicht übersehen, daß der Antrag zwar eine Art Einksteuer bringe, aber doch nur eine solche auf eine einzige Quelle des Eink.; seine Parteifreunde seien dem Gedanken einer Reichseinksteuer nicht abgeneigt, wohl aber dem einer partiellen Reichseinksteuer. Ein anderer Abg. machte darauf aufmerksam, daß der Antrag namentlich bei G. m. b. H. zu großen Ungerechtigkeiten führen könne, weil bei ihnen oft einem sehr geringen Gesellschaftskapital ein verhältnismäßig hoher Gewinn gegenüberstehe, so daß schon unter Umständen bei 10000 M. Gewinn — vielleicht wesentlich Arbeitsertrag der Gesellschafter — eine Besteuerung mit vollen 40 Prozent nach dem Antrag Nr. 242 herauskommen könne. Auf die Schwierigkeit, die daraus erwüchse, daß nach dem Antrag zwar Gesellschaften von der Steuer betroffen, Privatfirmen, die in derselben Lage seien, aber freiblieben, machte noch ein anderer Abg. aufmerksam.

Der Antrag Nr. 242 wurde daraufhin zurückgezogen. § 21 wurde unverändert angenommen.

§ 22 der Vorlage enthält eine Abweichung von einer Vorschrift des SicherungsG. indem er bestimmt, daß bei der Feststellung des steuerpflichtigen Mehrgewinns der durchschnittliche frühere Geschäftsgewinn mit der Maßgabe berechnet werden soll, daß an Stelle von 5 Prozent 6 Prozent zugrunde gelegt werden.

Zu dieser Vorschrift waren eine Reihe von Anträgen eingebracht worden. Antrag Nr. 232, 3 verlangt die Streichung des ganzen Paragraphen (so daß es also bei den Vorschriften des SicherungsG. bleiben müßte).

Für den Fall der Ablehnung des Antrags Nr. 242 war auf Nr. 252, 4 beantragt worden:

§ 22 wie folgt zu fassen:

§ 22.

Für die Feststellung des steuerpflichtigen Mehrgewinns wird der durchschnittliche frühere Geschäftsgewinn mit der Maßgabe berechnet, daß für die Berechnung die drei den Kriegsgeschäftsjahren vorangegangenen Geschäftsjahre maßgebend sind und daß an Stelle von fünf Hundertsteln (§ 5 Abs. 2 bis 5 des Gesetzes vom 24. Dezember 1915) sechs Hundertstel zugrunde gelegt werden.

Andere sachliche Ergänzungen des Paragraphen waren das Ziel der Anträge

Nr. 250:

dem § 22 hinzuzufügen:

Die Gesellschaft ist berechtigt, an Stelle des durchschnittlichen früheren Geschäftsgewinns den des letzten Geschäftsjahrs zugrunde zu legen.

Nr. 254:

im § 22 als Abs. 2 einzufügen:

Ist eine Gesellschaft, welche noch nicht ein volles Geschäftsjahr vor den Kriegsgeschäftsjahren zurückgelegt hatte, aus der Umwandlung eines Privatbetriebs entstanden, so ist auf Antrag der vor der Umwandlung erzielte durchschnittliche Geschäftsgewinn zugrunde zu legen.

und

Nr. 236:

dem § 22 folgenden Zusatz zu geben:

Bei eingetragenen Genossenschaften tritt an Stelle des Grundkapitals die Gesamtsumme der eingezahlten Geschäftsguthaben der Genossen.

Der Begründer für den Antrag Nr. 250 legte dar: Die Kriegsgewinnsteuer habe in der Regel an das letzte Geschäftsjahr anzuknüpfen. Nach dem Sicherungsgesetz würde der Durchschnitt der letzten fünf Jahre zugrunde gelegt; das könne aber zu ungerechten Ergebnissen führen, wenn eine Gesellschaft sprunghaft, aber nicht ungesund gewachsen sei. Der Antrag Nr. 254 gäbe gewissen Besorgnissen der Geschäftswelt Ausdruck, ohne doch das Ziel zu erreichen, denn es sei ein juristisch nicht verwertbarer Ausdruck, wenn man sage, daß ein Privatbetrieb in eine Gesellschaft umgewandelt sei. Das bestritt der Antragst. zu Nr. 254: Er habe den Fall im Auge gehabt, daß eine Einzelfirma oder eine offene Handelsgesellschaft in eine G. m. b. H. oder in eine AG. umgeformt werde. Sei das geschehen, so ergäben sich bestimmte Härten, die er beseitigen wolle, indem er einem solchen Betriebe gestatte, das Durchschnittsergebnis der früheren Betriebsform bei der Steuerberechnung so zu verwerten, als ob es sich dabei um das Gesellschaftserträgnis gehandelt habe. Ein anderer Abg. erwiderte darauf, vielleicht tue man am besten, derartige Unstimmigkeiten mit dem Härteparagraphen zu regeln. Seine Freunde seien zu der Überzeugung gekommen, daß man bei der Feststellung des steuerpflichtigen Mehrgewinns wieder auf die drei dem Kriegsgeschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahre zurückgreifen müsse, so wie es im Entwurf des SicherungsG. vorgeschlagen gewesen sei. Auch bei der Feststellung des Mehreink. habe man am dreijährigen Durchschnitt festgehalten.

Nach einer kurzen Begr. des Antrags Nr. 256 und nach einer Anfrage, warum der Entwurf 6 Prozent an Stelle der im SicherungsG. vorgesehenen 5 Prozent in die Vorschrift eingefügt habe, legte der Staatssekretär des Reichsschatzamts die Stellung der Reichsleitung zu den einzelnen Anträgen wie folgt dar:

Er gebe ohne weiteres zu, daß es eine Reihe von Fällen gebe, in denen es eine Härte sei, wenn ein mehrjähriger Durchschnitt zugrunde gelegt werden solle, insbesondere treffe dies zu für die Fälle, auf die der Begründer zu Antrag Nr. 250 hingewiesen habe, wo eine Gesellschaft sich sprunghaft entwickelt habe, der spätere Erfolg aber die Frucht

einer intensiven Vorbereitungstätigkeit sei. Solche Fälle wolle der Antrag Nr. 250 beseitigen. Es erscheine zweifelhaft, ob es notwendig sei, für solche Fälle, die doch im großen ganzen Ausnahmefälle seien, im Gesetz eine besondere Regelung vorzusehen. Er mache in dieser Beziehung aufmerksam auf den § 9 der Ausführungsbest. zum SicherungsG., wo es in Abs. 3 heiße: Würde die Anwendung der Vorschriften des § 5 des Ges. in einem einzelnen Falle zu einer besonderen Härte führen, so könne der Reichskanzler vorbehaltlich der späteren Beschlußfassung des Bundesrats eine anderweitige Festsetzung des durchschnittlichen früheren Geschäftsgewinns auf Antrag der pflichtigen Gesellschaft vorläufig genehmigen. Derartige Anträge sind dem Reichskanzler durch Vermittlung der obersten Landesfinanzbehörde vorzulegen.

Hier sei schon vorgesehen, daß in einzelnen Fällen, wenn Härten vorlägen, abgewichen werden könne. Er würde nicht anstehen, es als eine Härte anzusehen, wenn bei einer solchen Gesellschaft, wo eine derartige sprunghafte Entwicklung stattgefunden habe, nicht der Durchschnitt zugrunde gelegt werde, sondern die Gewinnbasis unmittelbar vor dem Kriege.

Was den Antrag Nr. 252, 4 anlange, so könne er im Augenblick die volle Tragweite des Antrags nicht übersehen. Jedenfalls sei man bei Beratung des Sicherungsgesetzes davon ausgegangen, eine ganze Reihe von Betrieben — die Textilbetriebe und die Zuckerfabriken — zu berücksichtigen. Er möchte doch raten, es bei der getroffenen Regelung zu belassen, wonach man fünf Jahre nehme und das günstigste und das ungünstigste Geschäftsjahr auszuscheiden habe. Im allgemeinen werde dadurch ein zutreffendes Bild erzielt werden, und wo Ausnahmen vorlägen, sei der § 9 Abs. 3 der Ausführungsbest. zum SicherungsG. und der Härteparagraph dieser Vorlage da, um die Möglichkeit einer anderen Festsetzung zu geben.

Der Antrag Nr. 254 scheine ihm nicht gut annehmbar. Eine „Gesellschaft, die aus der Umwandlung eines Privatbetriebs entstanden sei", besage eigentlich gar nichts. Die ganze Buchhaltung des Privatmanns sei absolut verschieden von der der Gesellschaft. Wenn man sich solche Gründungen ansehe, so werde dies und jenes Vermögensobjekt ausgeschieden, so daß selten die Identität des Vermögens vorhanden sei. Die Umwandlung einer G. m. b. H. in eine AG sei etwas ganz anderes. Deshalb scheine ihm die Grundlage für den Antrag zu fehlen. Im übrigen treffe aber auch hier das zu, was in dem § 9 Abs. 3 der Ausführungsbest. zu dem SicherungsG. ausgeführt sei; wenn wirklich eine Härte vorliege, könne der Reichskanzler vorbehaltlich der späteren Genehmigung des Bundesrats einstweilen eine andere Berechnung für den Friedensgewinn vorsehen. Im einzelnen werde es so liegen, wie er das schon beim SicherungsG. dargestellt habe. Man werde, wie dies schon in Rücksicht auf das StempelG. nötig sei, zu fragen haben: wie groß ist der effektive Wert des eingebrachten Kapitals? Die Aktien werden nicht verstempelt nach ihrem Nominalwert, sondern nach ihrem Gegenwert, und insbesondere müsse die Verstempelung in richtiger Bewertung des eingebrachten Vermögens stattfinden. Von der so bewerteten Einbringung werden die 6 Prozent berechnet. Die gelten als Grundlage; das, was darüber an Geschäftsgewinn erzielt werde, gelte als Kriegsgewinn. Wenn jemand ein Vermögen im Werte von 1 Million M. einbringe und sich Aktien im Nennwert von nur 500000 oder 600000 M. geben lasse — das geschehe mitunter —, dann wäre es eine Härte, wenn man 6 Prozent nur von diesen 500000 oder 600000 M. berechnete. Das geschehe aber nicht, sondern die 6 Prozent seien zu berechnen von dem Wert des eingebrachten Objekts, also von 1 Million M. Wenn man sich das überlege, werde man finden, daß die Fälle von Härten hier selten seien.

Der Antrag Nr. 236 sei nicht ohne weiteres verständlich. Er nehme aber an, daß der Antrag weiter gehen wolle als das SicherungsG., daß auch die Darlehen, die eventuell von den Genossen gegeben seien, unter „Geschäftsguthaben" fallen sollen.

Was endlich den Antrag Nr. 232, 3 anlange, so möchte er sich gegen die Streichung des § 22 aussprechen. Er habe schon bei der Beratung des SicherungsG. darauf auf-

merksam gemacht, daß England als Minimalreinertrag 6 Prozent festsetze. England habe im allgemeinen niedrigere Zinssätze als wir, wenigstens im Frieden. Er habe schon gesagt, daß man in das SicherungsG. 5 Prozent hineingeschrieben habe, um einen weiten Rahmen zu haben. Nun halte er im Gegensatz zum Vorredner für das Kapital das in industriellen Unternehmungen investiert sei, einen Satz von 6 Prozent nicht für zu hoch.

Man habe heute fünfprozentige Reichsanleihe ausgegeben zu einem Kurse von 98½ und komme zu einer effektiven Verzinsung von über 5 Prozent. Demgegenüber erscheine es ihm als eine Unbilligkeit, dem Kapital, das in industriellen Unternehmungen investiert sei, nur einen Satz von 5 Prozent zuzubilligen. Die 6 Prozent scheinen ihm nach Lage des gesamten Kapitalmarkts durchaus gerechtfertigt zu sein.

Angenommen wurden die Anträge Nr. 236 und 252, 4.

Die Anträge Nr. 250, 254 wurden abgelehnt und der so gestaltete § 22 dann angenommen.

Zu § 23 lag zunächst folgender Antrag vor:

Nr. 252, 5:

den § 23 Abs. 3 wie folgt zu fassen:

> Bei Kommanditgesellschaften auf Aktien bleiben die Gewinnerträge, welche den persönlich haftenden Gesellschaftern nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrags zufallen, jedoch nur insoweit es sich nicht um Erträge aus Teilen des Grundkapitals der Gesellschaft handelt, außer Ansatz.

Im Laufe der Erörterung wurde noch folgender, nicht gedruckter Antrag eingebracht:

Die Kommission wolle beschließen:

1. in § 23 Abs. 1 nach „besitzen" fortzufahren, wie folgt: „dürfen den auf diese Aktien oder Anteile nachweislich entfallenden Teil der Abgabe der Gesellschaft von ihrer eigenen Abgabe in Abzug bringen";
2. § 23 Abs. 2 zu streichen.

§ 23 Abs. 1 und 2 behandeln die sogenannten Schachtelgesellschaften. Es kann bei den komplizierten Verhältnissen zwischen Muttergesellschaft und Tochtergesellschaft zu einer mehrfachen Doppelbesteuerung kommen. Die darin liegende Härte suchen der Entw. im Abs. 1 und 2 und der zu ihm gestellte Antrag nach Möglichkeit zu beseitigen. Abs. 3 will eine Härte beseitigen, welche die Besteuerung der Einzelpersonen und der Gesellschaften für die persönlich haftenden Gesellschafter einer KomAG. enthalten kann.

Gegen den Abänderungsantrag zu Abs. 1 und 2 nahm der Staatssekretär des Reichsschatzamts mit folgenden Ausführungen Stellung:

Er habe gegen den Antrag Bedenken. Er führe — in welchem Umfange, lasse sich im Augenblick nicht feststellen — zu einer wesentlichen Begünstigung der Gesellschaften. Die meisten Gesellschaften stellten doch ansehnliche Reserven. Wenn man hier die von der Gesellschaft auf ihren gesamten Mehrgewinn gezahlten Steuern anteilig auf die einzelnen Aktien repartieren wolle, so gestatte man der anderen Gesellschaft, von ihrer Mehreinnahme nicht nur das abzuziehen, was sie aus der Beteiligung an der betreffenden Gesellschaft gegenüber den Friedensjahren mehr erhalten habe, sondern man lasse darüber hinaus auch noch den Betrag anrechnen, der anteilig an Steuern auf die Reservedotierung dieser Gesellschaft entfalle. Dazu liege doch gewiß keine Veranlassung vor. Er gebe zu, daß in einem anderen Falle eine Begünstigung der Gesellschaften eintreten könne, wenn man es beim Wortlaut der Vorlage belasse, nämlich wenn die Muttergesellschaft in eine höhere Steuerstufe falle als die Tochtergesellschaft. Dann könne es sein, daß das, was abgezogen werde, von der Tochtergesellschaft mit niedrigeren Sätzen zu versteuern sei, als es bei der Muttergesellschaft zu versteuern gewesen wäre. Das lasse sich aber vielleicht in einer

anderen Form vermeiden. Man werde bis zur zweiten Lesung wohl eine Lösung dieser Schwierigkeit finden, indem man etwa sage:

„Jedoch darf die Abgabe, die die Gesellschaft bezahlt, nicht geringer sein als diejenige Abgabe, welche die Gesellschaft auf Grund ihres gesamten Mehrgewinns zu bezahlen hätte, abzüglich desjenigen Teils der von der Tochtergesellschaft zu entrichtenden Abgabe, welcher dem ihr auf Grund ihrer Beteiligung zugeflossenen Anteil an dem Mehrgewinne der Tochtergesellschaft entspricht".

Bezüglich des Antrags Nr. 252, 5 bemerkte der Staatssekretär des Reichsschatzamts, daß die Vorschrift in § 22 Abs. 5 des Entw. dem § 15 Abs. 2 des preußischen Einkftenergesetzes nachgebildet sei Der Antrag auf Nr. 252, 5 bringe keine sachliche Änderung der Vorlage, was auch der Königlich Preußische Generaldirektor der direkten Steuern bestätigte.

Die Anträge wurden zurückgezogen und der Paragraph unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen.

§ 24 der Vorlage enthält die Steuerskala für inländische Gesellschaften, §§ 25 und 26 regeln die Steuerpflicht der ausländischen Gesellschaften. Bei inländischen Gesellschaften, bei denen man nicht nur die Höhe des Grund- oder Stammkapitals, sondern auch die Reserve-Konten kennt, stuft die Vorlage die Steuersätze ab nach dem Verhältnis des Mehrgewinns und des Gesamtgewinns zu dem in der Gesellschaft arbeitenden Kapital (Grund- oder Stammkapital plus offene Reserven). Bei ausländischen Gesellschaften ist dieser Maßstab nicht anwendbar, denn hier handelt es sich hauptsächlich um Filialbetriebe von im Ausland arbeitenden Gesellschaften, bei denen der inländische Geschäftsgewinn nicht für sich allein in ein Verhältnis zur Höhe des Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der Reserven gesetzt werden kann. Deshalb geht die Vorlage bei der Besteuerung ausländischer Gesellschaften von der absoluten Höhe des Mehrgewinns aus. Bei inländischen Gesellschaften sollten von einem Mehrgewinn von 2 Prozent des eingezahlten Kapitals und der Reserven 10 Prozent an Steuern entrichtet werden, von einem Mehrgewinn bis 4 Prozent 12 Prozent usw., so daß bei einem 20 Prozent übersteigenden Mehrgewinn 30 Prozent des Mehrgewinns an Steuern abzugeben wären. Diese Abgaben sollten sich dann aber noch erhöhen, wenn der durchschnittliche Geschäftsgewinn in den Kriegsgeschäftsjahren 10 Prozent beträgt oder übersteigt, und zwar sollte dann als Steuerbetrag bei Gewinnen zwischen 10 und 15 Prozent nochmals $^1/_{10}$ des Steuerbetrags mehr erhoben werden, ansteigend bis auf die Hälfte des Steuerbetrags, wenn der Gewinn 30 Prozent übersteigt. Bei ausländischen Gesellschaften sollten bei einem Mehrgewinn bis 50000 Mark 10 v. H. des Mehrgewinns erhoben werden, ansteigend bis auf 45 v. H. des Mehrgewinns bei einem Mehrgewinn von mehr als zwei Millionen Mark.

Zu den §§ 24 bis 26 wurden zunächst folgende Anträge gestellt:

Nr. 232, 4. Die Kommission wolle beschließen:

§ 24 erhält nachstehende Fassung:

Die Abgabe beträgt für inländische Gesellschaften:

wenn der Mehrgewinn im Jahresdurchschnitt 2 v. H. des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge nicht übersteigt	20 v. H. des Mehrgewinns.
wenn er 2 v. H., aber nicht 4 v. H. übersteigt	21 „ „ „ „
„ „ 4 „ „ „ „ 6 „ „ „	22 „ „ „ „
„ „ 6 „ „ „ „ 8 „ „ „	23 „ „ „ „
„ „ 8 „ „ „ „ 10 „ „ „	24 „ „ „ „
„ „ 10 „ „ „ „ 12 „ „ „	25 „ „ „ „

wenn er 12 v. H., aber nicht 14 v. H. übersteigt 26 v. H. des Mehrgewinns,
" " 14 " " " " 16 " " " 27 " " " "
" " 16 " " " " 18 " " " 28 " " " "
" " 18 " " " " 20 " " " 29 " " " "
" " 20 " " übersteigt . . . . . 30 " " " "

Die nach Abs. 1 festzusetzende Abgabe erhöht sich,
wenn der durchschnittliche Geschäftsgewinn in den Kriegsgeschäftsjahren 10 v. H., aber nicht 15 v. H. des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge übersteigt, um . . 30 v. H. ihres Betrags,
wenn er 15 v. H., aber nicht 20 v. H. übersteigt, um 35 " " " "
" " 20 " " " " 25 " " " " 40 " " " "
" " 25 " " " " 30 " " " " 45 " " " "
" " 30 " " übersteigt, um . . . . . 50 " " " "

Hat sich das eingezahlte Grund- oder Stammkapital einer Gesellschaft während der Kriegsgeschäftsjahre vermehrt, so ist der Berechnung der Abgabe ein den Zeitraum, innerhalb dessen die Gesellschaft mit dem veränderten Grund- oder Stammkapitale bestanden hat, berücksichtigender Durchschnittsbetrag zugrunde zu legen.

Nr. 251. Die Kommission wolle beschließen:

1. im § 24 Abs. 1 statt „Gesellschaften" zu setzen:
„Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften und andere Bergbau treibende Vereinigungen, soweit sie die Rechte juristischer Personen haben,"
2. im § 26 hinter „beträgt für" zu setzen:
„inländische Gesellschaften mit beschränkter Haftung und eingetragene Genossenschaften, sowie".

Nr. 252, 6 u. 7.

Eventualantrag für den Fall der unveränderten Annahme des § 26.

6. im § 24 hinzuzufügen:
Soweit die nach Abs. 1 bis 3 zu berechnende Abgabe diejenige Abgabe, welche von ausländischen Gesellschaften (§ 26) für einen gleichen Mehrgewinnbetrag zu entrichten ist, übersteigt, wird solche nicht erhoben.

Eventualantrag für den Fall der Ablehnung des Antrags Nr. 242.

7. § 24 zu streichen, dagegen
im § 26 hinter „beträgt für" zu setzen:
„inländische und".

Nr. 257. Die Kommission wolle beschließen:

1. im § 24 statt „inländische Gesellschaften" zu setzen:
„Gesellschaften mit Ausnahme der in § 26 aufgeführten".
2. im Antrag Nr. 251 Ziffer 2 hinter „Genossenschaften" einzufügen:
„wenn das eingezahlte Stammkapital oder die Summe der Geschäftsguthaben 1000000 Mark nicht übersteigen".
3. im § 26 als letzten Absatz hinzuzufügen:
Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Kapital 300000 Mark nicht übersteigt und bei denen sich mehr als die Hälfte der Anteile in den Händen von in dem Betrieb tätigen Gesellschaftern befindet, wird die Abgabe nur zur Hälfte erhoben.

Nr. 258. Die Kommission wolle beschließen:

im § 24 einleitend zu sagen:
Die Abgabe beträgt für inländische Gesellschaften mit Ausnahme der Gesellschaften mit beschränkter Haftung . . . . .
und am Schlusse zuzufügen:

Die Abgabe beträgt für Gesellschaften mit beschränkter Haftung, wenn der Mehrgewinn 20000 Mark des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs ausgewiesenen wirklichen Reservekonten nicht übersteigt . . . . 10 v. H. des Mehrgewinns,

wenn er	20000	aber	nicht	40000	Mark	übersteigt	12	„	„	„	„
„ „	40000	„	„	60000	„	„	14	„	„	„	„
„ „	60000	„	„	80000	„	„	16	„	„	„	„
„ „	80000	„	„	100000	„	„	18	„	„	„	„
„ „	100000	„	„	120000	„	„	20	„	„	„	„
„ „	120000	„	„	140000	„	„	22	„	„	„	„
„ „	140000	„	„	160000	„	„	24	„	„	„	„
„ „	160000	„	„	180000	„	„	26	„	„	„	„
„ „	180000	„	„	200000	„	„	28	„	„	„	„
„ „	200000	„	„	250000	„	„	30	„	„	„	„
„ „	250000	„	„	500000	„	„	40	„	„	„	„
„ „	500000	Mark	übersteigt	. . . . .			45	„	„	„	„

Nr. 260. Die Kommission wolle beschließen:

im § 24 als Abs. 3 einzufügen:

Bei Berggewerkschaften, bei denen ein Erwerbspreis nicht vorliegt, ist an Stelle des Grundkapitals der bei der Einschätzung des betreffenden Bergwerks zum Wehrbeitrag (Reichsgesetz vom 3. Juli 1913) angenommene Wert zu setzen.

Nr. 261. Die Kommission wolle beschließen:

den § 26 folgendermaßen zu fassen:

§ 26.

Die Abgabe beträgt für ausländische Gesellschaften bei einem Mehrgewinne

von nicht mehr als	50000	Mark	. . .				10	v. H.	des	Mehrgewinns,	
mehr als	50000	bis zu	150000	Mark			20	„	„	„	„
„ „	150000	„	„	250000	„		30	„	„	„	„
„ „	250000	„	„	500000	„		40	„	„	„	„
„ „	500000	Mark	. . . . .				45	„	„	„	„

In diesen Anträgen treten verschiedene Tendenzen, die sich nachher auch in der Beratung bemerkbar machten, deutlich hervor. Einmal soll vermieden werden, daß ausländische Gesellschaften bei der Besteuerung günstiger stehen können, als unter denselben Verhältnissen arbeitende inländische Gesellschaften. Dann soll zwischen den verschiedenen Arten der inländischen Gesellschaften unterschieden werden können.

Was zunächst die verschiedene Behandlung verschiedener inländischer Gesellschaftsformen anlangt, so führte ein Abg. zum Antrag Nr. 257, 3 aus: Wenn man die G. m. b. H. unterschiedslos gleich den anderen Gesellschaften nach dem Verhältnis des Mehrgewinns und Gesamtgewinns zum Stammkapital plus Reserven zur Steuer heranziehe, dann würde darin eine besondere Härte liegen, weil es sich dabei fast regelmäßig um Gesellschaften mit geringem Kapital handle. Stehe er somit dem Grundgedanken der Anträge sympathisch gegenüber, so gingen ihm doch die Anträge Nr. 251 und Nr. 258 zu weit. Man treffe vielleicht den richtigen Mittelweg, wenn man nach seinem Vorschlag die G. m. b. H. aus dem § 24 des Entw. herauslasse, sofern das Geschäftskapital nicht eine Million Mark übersteige.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts stimmte dem Vorredner darin bei, daß nach seinem Urteil etwa bei Gesellschaften mit einer Million Kapital die Grenze zu ziehen sei.

Den Antrag Nr. 258 erläuterte einer der Antragst. dahin, er sei so gemeint, daß bei einer G. m. b. H. jeweils diejenige Abgabe das Höchstmaß der Besteuerung bilden solle, welche AG. nach § 24 zu zahlen hätten.

Zu Antrag Nr. 251 führte der Antragst. aus, bei reinen Personalgemeinschaften

wie den Genossenschaften könne unmöglich das eingezahlte Kapital maßgebend sein, sondern man müsse auf die Haftsumme zurückgreifen. Es sei deshalb falsch, alle juristischen Personen in diesem Gesetz unterschiedslos zu behandeln, und es sei am zweckmäßigsten, bei § 24 diejenigen Gesellschaften ausdrücklich aufzuführen, welche nach dem dort aufgestellten Schema besteuert werden sollten, während man die inländischen G. m. b. H. und die eingetr. Genossenschaften dem § 26 unterstelle.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erklärte, daß auch nach seiner Meinung die Genossenschaften ähnlich behandelt werden müßten wie die G. m. b. H., sofern man für diese eine Sonderstellung schaffen wolle.

Eine andere für Genossenschaften besonders bedeutungsvolle Frage stellte ein Abg.: Ob nämlich bei Genossenschaften, deren Gewinn zum Teil zur Rückzahlung auf die bezogenen Waren bestimmt sei, nur derjenige Teil des Reingewinns zur Steuer in Betracht komme, der als Kapitalgewinn anzusehen sei.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts beantwortete diese Anfrage mit dem Hinweis auf seine Ausführungen beim SicherungsG. Er habe damals zugesagt, daß man unterscheiden wolle, ob der verteilte Gewinn pro rata des eingezahlten Kapitals berechnet oder ob er nach einem ganz anderen Maßstab verteilt wird. In § 7 der Ausführungsbest. zum SicherungsG. heiße es: „Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung und eingetragenen Genossenschaften, die ausschließlich der gemeinschaftlichen Verwertung von Erzeugnissen der Gesellschafter oder Genossen oder dem gemeinschaftlichen Einkauf von Waren für die Gesellschafter oder Genossen dienen, gilt als Geschäftsgewinn im Sinne des Gesetzes nicht derjenige Teil des Reingewinns, der als Entgelt für die von Gesellschaftern oder Genossen eingelieferten Erzeugnisse oder als Rückvergütung auf den Kaufpreis der von den Gesellschaftern oder Genossen bezogenen Waren anzusehen ist." Diese Bestimmung finde auch Anwendung auf das endgültige Kriegsgewinnsteuergesetz.

Ein Abg. gab zu erwägen, ob es nicht am zweckmäßigsten sei, die G. m. b. H. aus § 24 herauszunehmen und sie in § 26 mit dem ausländischen Gesellschaften gemeinsam zu behandeln. In diesem Falle müsse man die anderen juristischen Personen des § 28 hinzunehmen. Allerdings müßten dann auch in § 26 die Steuersätze im Sinne der vorgelegten Anträge erhöht werden.

Zu dem Antrag Nr. 260 K.-D. führte der Antragst. aus, daß es bei Berggewerkschaften kein eingezahltes Grundkapital gäbe. Es sei deshalb im SicherungsG. bestimmt worden, daß der Erwerbspreis und die aufgewendeten Kosten an die Stelle des Grundkapitals treten sollten. Aber bei vielen Berggesellschaften gäbe es auch keinen Erwerbspreis. Um aus den Schwierigkeiten herauszukommen, schlage sein Antrag vor, den Wert solcher Gewerkschaften auf Grund des Wehrbeitrags festzulegen. Nun habe man ihm eingewendet, daß die Veranlagung zum Wehrbeitrag auch nicht immer stattgefunden habe. Aus Rücksicht auf diesen Einwand ziehe er einstweilen den Antrag zurück, behalte sich aber vor, in der zweiten Lesung auf die Sache zurückzukommen.

Über die Besteuerung der ausländischen Gesellschaften führte der Staatssekretär des Reichsschatzamts aus:

Im Gegensatz zu den inländischen Gesellschaften habe man bei den ausländischen Gesellschaften keine Relation zum Kapital gewählt, sondern nur den absoluten Mehrgewinn, weil die ausländischen Gesellschaften meist das Schwergewicht ihrer Tätigkeit im Ausland haben und im Inland nur einen Filialbetrieb unterhalten. Es fehle uns an der Möglichkeit, den Gewinn dieser Filialbetriebe irgendwie in rationeller Weise in ein Verhältnis zum Kapital des Gesamtgeschäfts zu setzen. Man finde deshalb keine Unterlage für eine Vergleichung der Besteuerung der ausländischen Gesellschaften mit der Besteuerung der inländischen Gesellschaften. Wenn man das hier vorgeschlagene Prinzip für die G. m. b. H. und die Genossenschaften einführe, sei die Möglichkeit einer Vergleichung gegeben. Aus dieser Vergleichsmöglichkeit folgten aber gewisse Konsequenzen. Ausländische Gesellschaften heiße ja nicht un-

bedingt feindliche Gesellschaften, sondern darunter fallen auch neutrale Gesellschaften in größerem Umfang. Deshalb würde er große Bedenken tragen, die ausländischen Gesellschaften mit höheren Sätzen heranzuziehen, als man es bei den inländischen tue. Es werde sich vielmehr empfehlen, auf die ausländischen Gesellschaften dieselben Sätze anzuwenden, wie sie für die G. m. b. H. und die Genossenschaften vorgesehen seien. Es entfalle dann allerdings für die ausländischen Gesellschaften die Anwendung der Klausel des Antrags Nr. 258, daß die Steuer unter keinen Umständen mehr betragen solle, als die Steuer nach dem Berechnungsmodus des § 24. Die theoretische Gleichstellung könne also, wenn es sich um größere Niederlassungen ausländischer Gesellschaften handele, allerdings zu einer praktischen Schlechterstellung führen, aber darüber könne man wohl hier wegkommen, man bliebe immerhin in den Grenzen, die uns durch internationale Rücksichten auferlegt werden.

Im Anschluß daran führte ein Abg. aus, der Staatssekretär habe mit Recht darauf hingewiesen, daß unter ausländischen Gesellschaften nicht nur solche feindlicher Länder, sondern auch neutraler zu verstehen seien. Das sei ein Grund, mit der Besteuerung eine gewisse Zurückhaltung zu üben. Aber es gehe doch nicht an, solche Gesellschaften günstiger zu stellen als deutsche. Er habe den Eindruck, daß das tatsächlich der Fall sei, denn obschon man es nur mit Teilbetrieben ausländischer Gesellschaften in Deutschland zu tun habe, setze der Höchstsatz der Steuer erst bei einem Mehrgewinn von 2 Millionen Mark ein. Hier sei man im Streben, nicht ungerecht zu sein, wohl zu weit gegangen. Ein anderer Abg. schloß sich für seine politischen Freunde und seine Person den Bemerkungen über die günstigere Stellung ausländischer Gesellschaften an. Die Vorlage habe tatsächlich zur Folge, daß kleinere inländische Gesellschaften ungünstiger behandelt würden als die ausländischen Gesellschaften. Deshalb habe er den Antrag Nr. 256, 6 K.-D. gestellt. Man könne die Sache auch noch anders machen und Härten vermeiden, indem man sage — wie im Antrag Nr. 243, 5 zu § 26 —, daß die Besteuerung der ausländischen Gesellschaften nach den Vorschriften des § 24 stattfinden könne, wenn das im Inland arbeitende Kapital der Gesellschaft sicher festzustellen sei.

Diese Erörterung gab dem Staatssekretär des Reichsschatzamts Veranlassung, die Frage aufzuwerfen, ob man nicht durch Vereinfachung und Vereinheitlichung der Vorschriften dahin kommen könne, daß keine inländische Gesellschaft, einerlei ob AG. oder G. m. b. H., schlechter stehe als bei gleichen Bedingungen eine ausländische Gesellschaft. Eine solche Lösung könne man am besten in einem einzigen Paragraphen erreichen, es würden dann alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Das Ergebnis dieser Anregung war die Einbringung des Antrags Nr. 262:

Nr. 262. Die Kommission wolle beschließen:

1. § 24 zu streichen:
2. § 26 wie folgt zu fassen:

§ 26.

Die Abgabe beträgt bei einem Mehrgewinn bis zu 20000 Mark 10 v. H. des Mehrgewinns,

von mehr als	20000	bis zu	40000	Mark	12	„	„	„	„
„ „ „	40000	„ „	60000	„	14	„	„	„	„
„ „ „	60000	„ „	80000	„	16	„	„	„	„
„ „ „	80000	„ „	100000	„	18	„	„	„	„
„ „ „	100000	„ „	120000	„	20	„	„	„	„
„ „ „	120000	„ „	140000	„	22	„	„	„	„
„ „ „	140000	„ „	160000	„	24	„	„	„	„
„ „ „	160000	„ „	180000	„	26	„	„	„	„
„ „ „	180000	„ „	200000	„	28	„	„	„	„
„ „ „	200000	„ „	250000	„	30	„	„	„	„
„ „ „	250000	„ „	500000	„	40	„	„	„	„
„ „ „	500000	Mark			45	„	„	„	„

Die Abgabe darf jedoch bei inländischen Gesellschaften den Betrag nicht übersteigen, der nach den Vorschriften in Abs. 3 bis 5 berechnet ist.

Die Abgabe beträgt,

wenn der Mehrgewinn im Jahresdurchschnitt 2 v. H. des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge nicht übersteigt													10	v. H. des Mehrgewinns,
wenn er	2	v. H.,	aber	nicht		4	v. H.		übersteigt				12	„ „ „ „
„ „	4	„ „	„	„		6	„ „		„				14	„ „ „ „
„ „	6	„ „	„	„		8	„ „		„				16	„ „ „ „
„ „	8	„ „	„	„		10	„ „		„				18	„ „ „ „
„ „	10	„ „	„	„		12	„ „		„				20	„ „ „ „
„ „	12	„ „	„	„		14	„ „		„				22	„ „ „ „
„ „	14	„ „	„	„		16	„ „		„				24	„ „ „ „
„ „	16	„ „	„	„		18	„ „		„				26	„ „ „ „
„ „	18	„ „	„	„		20	„ „		„				28	„ „ „ „
„ „	20	„ „	übersteigt										30	„ „ „ „

Die nach Abs. 3 festzusetzende Abgabe erhöht sich,

wenn der durchschnittliche Geschäftsgewinn in den Kriegsgeschäftsjahren 10 v. H., aber nicht 15 v. H. des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge übersteigt, um . .													10	v. H. ihres Betrags,
wenn er	15	v. H.,	aber	nicht		20	v. H.		übersteigt,			um	20	„ „ „ „
„ „	20	„	„	„		25	„ „		„			„	30	„ „ „ „
„ „	25	„ „	„	„		30	„ „		„			„	40	„ „ „ „
„ „	30	„ „	übersteigt, um										50	„ „ „ „

Hat sich das eingezahlte Grund- oder Stammkapital einer Gesellschaft während der Kriegsgeschäftsjahre vermehrt, so ist der Berechnung der Abgabe ein den Zeitraum, innerhalb dessen die Gesellschaft mit dem veränderten Grund- oder Stammkapitale bestanden hat, berücksichtigender Durchschnittsbetrag des Grund- oder Stammkapitals zugrunde zu legen.

Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Kapital 300000 Mark nicht übersteigt und bei denen sich mehr als die Hälfte der Anteile in den Händen von in dem Betrieb tätigen Gesellschaftern befindet, wird die Abgabe nur zur Hälfte erhoben.

Bevor sein Schicksal erörtert wird, ist noch darauf aufmerksam zu machen, daß die verschiedenen Anträge auf Verschärfung der Steuerskalen, ohne daß es zu grundsätzlichen Erörterungen gekommen wäre, verschieden beurteilt wurden.

Zum Antrag Nr. 262 führte ein Abg. aus, man wolle die nach § 26 bisher nur für ausländische Gesellschaften vorgesehene Besteuerung nach dem Maßstabe der Höhe des Mehrgewinns grundsätzlich für alle Gesellschaften durchführen, aber mit den höheren Sätzen, wie sie Antrag Nr. 258 enthalte. Diese Besteuerung solle jedoch in jedem Falle ihre Höchstgrenze in den Prozentsätzen nach § 24 finden. Allerdings müsse man dabei nicht außer acht lassen, daß diese Ausnahme eigentlich nur Gesellschaften mit hohem Aktienkapital zugute komme. In der zweiten Lesung müsse man etwaige Unstimmigkeiten noch zu beseitigen trachten. Auch ein anderer Abg. war durch die Fassung des Antrags Nr 262 nicht ganz befriedigt und meinte, es sei vielleicht besser grundsätzlich die Sätze des § 24 bestehen zu lassen und nur auf Antrag des Steuerpflichtigen die andere Skala zugrunde zu legen. Ein Parteifreund des ersten Redners machte darauf aufmerksam, Gesellschaften mit großem Aktienkapital hätten vielfach auch sehr viele kleine Aktionäre, die geschädigt würden, wenn man die Steuer lediglich nach dem

Mehrgewinn berechne und nicht ein gewisses Wahlrecht lasse; deshalb könne man auf die Staffel nach § 24 nicht verzichten.

Nach Ablehnung des Antrags Nr. 232 wurde darauf Antrag Nr. 262 K.-D. angenommen. Damit waren §§ 24 und 26 erledigt. § 25 blieb unverändert, ebenso die §§ 27, 28 und 29.

Gemeinsame Vorschriften.

Zu § 30 lag ein Antrag auf Nr. 232, 5 K.-D. vor, wonach der Bundesrat die für die Veranlagung und Erhebung der Kriegsvermögenszuwachssteuer der Bundesfürsten zuständigen Behörden zu bestimmen haben soll. Ein Antragst. führte dazu aus, eine gleiche Bestimmung sei im WehrbeitragG. enthalten, beim Besitzsteuergesetz in zweiter Lesung angenommen, in dritter leider abgelehnt. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts gab die Erklärung ab, daß die Bundesfürsten sich bereit erklärt haben, sich an der nach diesem Gesetze zur Erhebung gelangenden außerordentlichen Abgabe zu beteiligen, so daß er der Aufnahme einer solchen Bestimmung in das Gesetz nach dem Vorgang beim Wehrbeitrag nicht widersprechen wolle. Dabei hielten die verbündeten Regierungen ihren grundsätzlichen Standpunkt in der Frage der Steuerpflicht der Bundesfürsten aufrecht.

Der Antrag Nr. 232, 5 wurde angenommen. Im übrigen wurde § 30 ebenso wie die §§ 31, 32, 33, 34, 35 ohne sachliche Änderung angenommen. Die redaktionellen Änderungen sind die Folge der an anderen Stellen gefaßten Beschlüsse.

§ 36. Ein Antragst. begründete den Antrag Nr. 259 K.-D., wonach die Abgabe in drei gleichmäßigen Raten innerhalb von zwölf Monaten zu bezahlen sei.

Ein Abg. begrüßte den Grundgedanken dieses Antrags, machte aber darauf aufmerksam, daß beim Wehrbeitrag auch heute noch Streitfälle nicht geregelt seien. In einem ihm bekannten Falle hätten sich bis jetzt Steuerbehörde und Zensit über die Veranlagung eines Grundbesitzes nicht einigen können. Deshalb werde es richtig sein, im Ges. einen Zeitpunkt festzusetzen, von dem aus die Abgabe mit 5 Prozent zu verzinsen sei. Umgekehrt müßten dann natürlich auch Steuerbeträge, die auf Grund rechtskräftiger Entscheidung zurückzuerstatten seien, von der Behörde mit 5 Prozent verzinst werden. Dem entsprechend wurde beantragt:

Nr. 264. Die Kommission wolle beschließen:
dem § 36 als zweiten Absatz einzufügen:
Soweit die Abgabe nicht bis zum 1. Juli 1917 bezahlt ist, ist sie von diesem Tage ab mit 5 vom Hundert jährlich zu verzinsen.

und

Nr. 263. Die Kommission wolle beschließen:
dem § 36 folgenden Absatz hinzuzufügen:
Die auf Grund rechtskräftiger Entscheidung zu erstattenden Beträge sind mit 5 vom Hundert für das Jahr zu verzinsen.

Die Anträge Nr. 259, 263 und 264 wurden angenommen. Entsprechend dem Antrag Nr. 263 war auch der Abs. 3 — jetzt Abs. 4 — redaktionell zu ändern.

Bei § 37 wurde die Frage gestreift, ob bei der Zahlung der Kriegsgewinnsteuer durch Kriegsanleihe die Coupons zugunsten der Steuerzahler gerechnet werden. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts wies darauf hin, daß das in den Ausführungsbest. geregelt werde; selbstverständlich würden die Stückzinsen berücksichtigt und für die Zeit nach dem 1. Juli 1917 würden sich immer die Stückzinsen der 5prozentigen Anleihe ganz von selbst mit den im § 36 beschlossenen Zinsen kompensieren. §§ 37 und 38 wurden unverändert angenommen.

§§ 39 und 40 wurden unverändert angenommen. Bei § 39 fragte ein Abg. an, ob auf Grund des WehrbeitragG. Urteile ergangen seien, in denen auf Aberken-

rung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt sei, eine Frage, die die Regierung mangels Material nicht beantworten konnte.

Bei § 41 äußerte ein Abg. Bedenken, ob nicht der Härteparagraph durch die Einfügung des Wortes „einzelne" eine zu enge Fassung erhalten habe und ob es nicht richtiger sei, dieses Wort zu streichen. Ein anderer Abg. machte darauf aufmerksam, daß, wenn man alles mit dem Härteparagraphen erreichen wolle, was in der Erörterung des Entw. auf ihn abgeschoben sei, nicht nur das Wort „einzelne" gestrichen werden müsse, sondern die Worte „einzelne außerordentliche Vermögensanfälle". Ein anderer Abg. fragte an, ob man für die Anwendung des Härteparagraphen einen Sachverständigen-Beirat aus den Kreisen der Industrie und der Landwirtschaft heranzuziehen gedenke. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erwiderte darauf, daß gegebenenfalls natürlich auf sachverständige Gutachten zurückgegriffen werden solle. Er werde auch sein Möglichstes tun, daß die an den Bundesrat gelangenden Gesuche mit tunlichster Beschleunigung erledigt werden.

Nachdem noch von anderer Seite darauf aufmerksam gemacht worden war, es sei keineswegs unbedenklich, die Fassung des Härteparagraphen allzu frei zu gestalten, wurde der § 41 nach der Vorlage vorbehaltlich redaktioneller Änderungen unverändert angenommen.

§ 42 wurde ebenfalls unverändert angenommen.

In § 43 wurde zunächst gemäß dem Antrag Nr. 239 zwischen Abs. 3 und 4 als neuer Abs. eingefügt, wonach im § 30 Abs. 2 Satz 2 des BesitzsteuerG. das Wort „Abnutzung" durch „Verschlechterung" ersetzt werden soll.

Zu dem Antrag Nr. 265:

im § 43 nach Abs. 3 einzuschieben:

Dem § 49 des Besitzsteuergesetzes wird folgender Absatz hinzugefügt:

Der Vorsitz in den Besitzsteuerämtern ist nicht Beamten der allgemeinen Landesverwaltung, sondern besonderen finanz- und steuertechnisch ausgebildeten Beamten im Hauptamt zu übertragen

entspann sich eine längere Erörterung. Einer der Antragst. wies in der Begr. darauf hin, daß die Komm. bereits bei der Beratung des BesitzsteuerG. in einer Resolution die Anstellung besonderer finanz- und steuertechnisch ausgebildeter Beamten im Hauptamt für die Besitzsteuerämter gefordert habe. Auch im preußischen Abghaus sei ein gleichartiger Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Die Berechtigung, den Antrag für das Reich zu stellen, ergebe sich aus dem Umstand, daß bei den hohen Sätzen der Kriegsgewinnsteuer eine gleichmäßige und gerechte Veranlagung unbedingt notwendig sei. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts machte dagegen geltend, es gehe nicht an, durch ein Reichsgesetz in die Organisation der einzelstaatlichen Steuerveranlagung und Steuererhebung einzugreifen. Das Reich müsse sich nun einmal an die einzelstaatlichen Steuerapparate anlehnen, könne namentlich eine eigene Bureaukratie nicht für ein Gelegenheitsgesetz schaffen.

Ein Abg. bestritt, daß verfassungsrechtliche Hindernisse dem Antrag im Wege ständen. Solle das Gesetz nach gleichen Grundsätzen überall durchgeführt werden, so bleibe nichts anderes übrig, als was der Antrag vorgeschlagen habe. Im Anschluß daran erinnerte einer der Antragst. daran, bei der Gerichtsorganisation habe das Reich auch in den bureaukratischen Aufbau der einzelstaatlichen Justizverwaltung eingegriffen. Gegen diese staatsrechtlichen Ausführungen erklärte der Staatssekretär des Reichsschatzamts, wenn auch grundsätzlich anzuerkennen sei, daß Reichsrecht vor Landesrecht gehe, so müsse man doch die berechtigten Sphären der Einzelstaaten beachten. Der Königlich Preußische Generaldirektor der direkten Steuern führte aus:

Da bei dem Antrag speziell an preußische Verhältnisse gedacht sei, möchte er sich gestatten, mit einigen Worten hierzu Stellung zu nehmen. In Preußen seien die Veranlagungskomm. in den Stadtkreisen zum Teil den Vorsitze des Oberbürger-

meisters oder eines anderen städtischen Beamten, zum Teil dem Vorsitz eines im Hauptamte tätigen Kommissars, also eines Staatsbeamten, der das Referendar- und Gerichtsassessorexamen gemacht habe, unterstellt. In den Landkreisen seien sie teilweise unter dem Vorsitz des Landrats tätig, teilweise auch wieder unter dem Vorsitz eines hauptamtlichen Kommissars. Nun sei man bekanntlich darüber verschiedener Meinung, ob die Kommissionen unter einem hauptamtlichen Kommissar besser arbeiten als die unter anderem Vorsitz stehenden. Auf diese Frage möchte er hier nicht eingehen. Aber das scheine ihm doch unmöglich, nunmehr bei Gelegenheit des zur Beratung stehenden Gesetzes vom Reiche aus Preußen zu zwingen, alle Veranlagungskommissionen unter hauptamtliche Kommissare zu stellen. Die erste Voraussetzung würde doch sein, daß in Preußen für die notwendigen Stellen die etatsmäßigen Mittel vorhanden seien. Diese Mittel müßten vom preußischen Landtag selbstverständlich erst bewilligt werden, und über ihn könne man hier doch nicht ohne weiteres hinweggehen. Nehme man an, der preußische Landtag bewillige die Mittel nicht, was mache die preußische Regierung dann? Dann werden die preußischen Veranlagungsbehörden bei der Kriegsgewinn- und Besitzsteuer-Veranlagung überhaupt nicht mitwirken können. Einen anderen Ausweg gebe es, glaube er, nicht.

Die Frage, ob in Preußen hauptamtliche Kommissare in verstärktem Maße einzusetzen seien, sei in der letzten preußischen Landtagssession ausgiebig erörtert worden, und bei dieser Gelegenheit habe der preußische Herr Finanzminister dargelegt, weshalb davon Abstand genommen werde, für das laufende Jahr neue Stellen dafür vorzusehen. Er habe hervorgehoben, daß die notwendige Sparsamkeit während des Krieges es in sämtlichen Ressorts unmöglich gemacht habe, jetzt neue Beamtenstellen zu schaffen, und daß auch die Verwaltung der direkten Steuern von diesem Grundsatze nicht habe freigelassen werden können.

Hauptsächlich aber hat der Herr Finanzminister darauf hingewiesen, daß es völlig unmöglich sein werde, während der Kriegsdauer solche Stellen neu zu schaffen und zu besetzen, weil dazu die geeigneten Beamten fehlen. Man habe in Preußen gegenwärtig so wenige, nicht im Felde stehende Gerichtsassessoren, daß der Herr Justizminister gar nicht in der Lage sei, Beamte in weiterem Umfang an die Verwaltung der direkten Steuern abzugeben, und er wüßte nicht, wo man sonst die erforderlichen Beamten hernehmen sollte. Das sei nicht nur jetzt unmöglich, sondern es werde auch noch einige Zeit nach dem Friedensschluß unmöglich sein.

Der Vorredner hat sich allerdings darauf berufen, die Veranlagung der Kriegsgewinnsteuer solle ja erst nach dem Friedensschluß erfolgen. Selbst wenn dies zuträfe, werde aber an der Sachlage nichts geändert, denn einmal müssen die Vorbereitungen für die Veranlagung schon während des Krieges getroffen werden, und außerdem werde es, wie er schon gesagt habe, auch in den ersten Jahren nach Beendigung des Krieges unmöglich sein, Beamte in genügender Zahl zu finden.

Weiter bitte er folgendes zu erwägen: Das Reich könne den Einzelstaaten äußerstenfalls doch nur vorschreiben, solche hauptamtlichen Kommissare für die Veranlagung der Kriegsgewinnsteuer und der Besitzsteuer einzusetzen. Nun werde die Kriegsgewinnsteuer nur einmal veranlagt, die Besitzsteuer werde nur alle drei Jahre veranlagt. Wie soll Preußen nun für Steuern, die nur einmal oder nur alle drei Jahre veranlagt werden, hauptamtliche Kommissare schaffen? Solle man etwa so viel Besitzsteuerveranlagungskommissionen unter einen Beamten stellen, daß er für drei Jahre voll beschäftigt sei? Das läge schwerlich im Interesse der Steuerpflichtigen. Preußen könne aber durch das Reich in keinem Falle verwehrt werden, seine Eink.- und Ergänzungssteuer unter den bisherigen Vorsitzenden nach wie vor veranlagen zu lassen. Werde aber die Veranlagung der Kriegsgewinn- und Besitzsteuer einereits und der Eink.- und Ergänzungssteuer andererseits verschiedenen Behörden übertragen, so gehe der enge Zusammenhang, der zwischen der einzelstaatlichen Eink.- und Vermögenssteuer und den genannten Reichssteuern bestehe, ganz

lich verloren. Das sei aber sehr zum Nachteil der Sache, wenn überhaupt noch durchführbar. Die angeführten Gründe machen es meines Dafürhaltens unmöglich, dem Antrage Folge zu geben.

Ein Abg. meinte, der Antrag wolle auf indirekte Weise erreichen, was in Preußen bisher direkt nicht gelungen sei, nämlich den Landrat von der Steuerveranlagung auszuschalten und ihn durch einen Steuerkommissar zu ersetzen. Beim BesitzsteuerG. habe man diese Frage eingehend verhandelt und damals für zweckmäßig erachtet, die Veranlagung in die Hände der einzelstaatlichen Behörden zu legen. Es sei kein Grund, davon jetzt abzugehen. Der Antragst. erwiderte darauf, er wisse sich von irgendwelcher Feindseligkeit gegen die preußischen Landräte durchaus frei, denen würde vielmehr mit seinem Antrag ein Gefallen getan. Und der Einwand, daß es dahin kommen könne, die Kriegsgewinnsteuer durch besondere Kommissare, die einzelstaatliche Einksteuer aber durch andere Behörden veranlagen zu lassen, sei hinfällig. Unerschüttert bleibe seine Überzeugung und Behauptung, daß alles getan werden müsse, um eine gerechte Veranlagung bei der Kriegsgewinnsteuer zu gewährleisten. Diesen Ausführungen schloß sich der Vertreter einer anderen Partei durchaus an, indem er namentlich darauf hinwies, daß die durch das BesitzsteuerG. geschaffenen Besitzsteuerämter schon den Keim einer selbständigen Organisation bedeuteten. Ein anderer Abg. stellte sich ganz auf den Boden des Antrags und meinte, Preußen werde die Sache nicht daran scheitern lassen, daß man den Antrag annähme. Eine genaue Veranlagung sei besonders deshalb nötig, weil bei den hohen Sätzen des KriegsgewinnsteuerG. die Verdächtigungen, daß jemand zu gering eingeschätzt worden sei, besonders zahlreich werden würden. Ein anderer Abg. meinte zwar auch, daß im südlichen Deutschland durch die besonderen Steuerämter strenger veranlagt werde als in Preußen, er könne aber doch dem Antrag nicht zustimmen. Die Ansicht, daß in Süddeutschland im allgemeinen schärfer veranlagt werde, blieb nicht ohne Widerspruch aus der Kommission. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts nahm noch das Wort zu folgenden Darlegungen:

Die Sache sei mindestens in dem einen Punkte, den der Begründer des Antrags Nr. 265 jetzt berührt habe, durchaus einfach. Selbstverständlich stehe dem Reiche das Recht zu, für die Steuern, die es erheben wolle, eine eigene Organisation zu schaffen. Dann müsse es dafür aber auch Reichsbeamte anstellen und bezahlen. Der andere Weg sei der, daß das Reich sich der einzelstaatlichen Organisation bedienen wolle. Das habe zur Voraussetzung, daß Reich und Einzelstaaten hierüber einig seien. Was aber das Reich nicht könne, das sei, den Einzelstaaten vorzuschreiben: ihr habt eine Organisation für die Steuerveranlagung und Erhebung, dieser Organisation will ich mich für meine Zwecke bedienen, aber nun müßt ihr auch diese Organisation so und so ausgestalten. Ein solches Verlangen können und werden die Einzelstaaten sich nicht gefallen lassen. Man habe demnach die Wahl, ob man beschließen wolle, das Reich solle für dieses Gesetz, das nur eine einmalige Veranlagung erfordere, und etwa noch für das BesitzsteuerG., bei dem nur alle drei Jahre die Veranlagung notwendig werde, eine eigene Organisation schaffen, erhalten und bezahlen, oder ob es sich der Organisationen der Einzelstaaten hierfür bedienen wolle. Er würde den ersteren Weg für eine überflüssige Neuschaffung von Behörden halten und darin eine ganz unnötige Geldausgabe sehen. In jedem Falle halte er es für ganz undenkbar, den Einzelstaaten vorzuschreiben, ihre Steuerorgane, nur weil sie dieselben dem Reiche für seine Steuerzwecke mit zur Verfügung stellen, in der Weise zu gestalten, wie es hier gefordert werde.

Auch was er im weiteren Fortgang der Diskussion gehört habe, könne ihn an seiner vorher gekennzeichneten Auffassung nicht irre machen. Die Berufung auf die Gerichtsverfassung sei nicht beweiskräftig. Es lägen da ganz andere Verhältnisse vor als hier, wo die Einzelstaaten ihre Behördenorganisationen geschaffen haben,

die mit der Wahrnehmung ihrer Steuerveranlagung und -Erhebung betraut sind, und wo wir uns dieser Organisation für unsere Zwecke mit bedienen wollen.

Was die berechtigte Sphäre der Einzelstaaten anlange, so sei ja richtig, daß infolge der Weiterentwicklung der Dinge diese Sphäre in dem und jenem Punkte eine Verschiebung erfahren habe. Wenn aber irgendwo eine berechtigte Interessensphäre der Einzelstaaten vorliege, so sei es doch hier vor allem angesichts des enormen Interesses, das die Einzelstaaten an ihrer eigenen Steuerveranlagung und Erhebung haben. Nachdem die Einzelstaaten diese Organisation in einer Art geschaffen und eingerichtet haben, von der sie glauben müssen, daß sie ihren besonderen Verhältnissen am besten entspreche, halte er es für ein Unding, wenn das Reich nun kommen und sagen wollte: wegen einer gelegentlich notwendig werdenden Mitbenutzung eurer Einrichtung für Reichszwecke bin ich genötigt, euch vorzuschreiben, daß ihr eure, in der Hauptsache für eure eigenen Staatszwecke bestimmte Organisation nach meinen Vorschriften gestaltet.

Auch dadurch könne er an seiner Auffassung nicht irre gemacht werden, daß der Vorredner hier gewissermaßen als Wohltäter für die Landräte aufgetreten sei. Wenn man das Bedürfnis habe, die Landräte zu entlasten, so sei das ja dankenswert; aber die Budgetkommission des Reichstags sei dafür wohl nicht die richtige Stelle. Gerade diese Motivierung, die man gegeben habe, beweise deutlich, daß es sich dabei nicht um Reichssache, sondern um eine Landesangelegenheit handle, in die man nicht eingreifen dürfe.

Nun sei behauptet worden, das Reich könne sich ja ohne weiteres eine eigene Organisation schaffen. Das sei gar nicht so ohne weiteres möglich. Der Aufbau einer solchen Organisation erfordere viel Zeit und einen großen Beamtenapparat, und schließlich werde das doch nur darauf hinauslaufen, den vorhandenen Beamtenapparat der Einzelstaaten einfach zu verdoppeln.

Wenn aber ein Vorredner glaube, daß das halbe Prozent von den Roheinnahmen, das den Einzelstaaten als Entschädigung gewährt werden solle, auf diese eine so große Wirkung ausüben werde, dann bitte er, sich nur einmal auszurechnen, was wirklich davon auf die Einzelstaaten entfalle. Er glaube, man irre, wenn man annehme, daß die Einzelstaaten nur wegen der hier vorgesehenen Entlohnung einen solchen Eingriff in ihre Steuerorganisation hinnehmen werden.

Der Antrag Nr. 265 K.-D. wurde angenommen und mit dieser und der bereits erwähnten Änderung dann der ganze § 43.

§ 44 wurde ohne Erörterung angenommen.

Die Überschrift wurde gemäß dem Antrag Nr. 234, I geändert in: „Entwurf eines Kriegssteuergesetzes".

→ Der Bericht betr. die Anträge auf Besteuerung der Erbschaften und Erhebung des Wehrbeitrages ist mit Rücksicht auf den Verlauf der Beratungen gegenwärtig ohne Bedeutung und deshalb hier nicht mit abgedruckt. ←

Zweite Lesung.

Da einige der Beschlüsse, die der Ausschuß in erster Lesung gefaßt hatte — Besteuerung des Mehreink., auch wenn es nicht zur Vermögensvermehrung geführt hat, Wiedererhebung eines Drittels des Wehrbeitrags —, von den Vertretern der verbündeten Regierungen als unannehmbar erklärt worden waren, verhandelten die Vertreter einer Reihe von Parteien mit denen der verbündeten Regierungen nicht offiziell über eine Vereinbarung; das Ergebnis findet sich in dem Antrag Nr. 326 der K.-D. mit folgendem Wortlaut:

Nr. 326. Die Kommission wolle beschließen:

1. den § 1 wie folgt zu fassen:

§ 1.

Die im § 11 des Besitzsteuergesetzes vom 3. Juli 1913 (RGBl. S. 524) be-

zeichneten Personen, deren Vermögen am 31. Dezember 1916 gegen den Stand zu Beginn des Veranlagungszeitraums einen Zuwachs (§ 2) oder keine Verminderung um mindestens zehn vom Hundert erfahren hat, haben zugunsten des Reichs eine außerordentliche Kriegsabgabe zu entrichten.

2. den § 3 am Anfang wie folgt zu fassen:

Von dem nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes für den 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögen sind abzuziehen:

1. der Betrag . . . . usw.

3. den § 5 Abs. 3 der Regierungsvorlage mit der Abänderung wieder herzustellen, daß statt „1. Januar 1910" gesetzt wird „1. Januar 1909".

4. a) als § 6a einfügen:

§ 6a.

Die Abrundung auf volle Tausende (§ 28 Abs. 3 des Besitzsteuergesetzes) erfolgt erst nach Berücksichtigung der Abzüge und Hinzurechnungen gemäß den §§ 3 bis 5 dieses Gesetzes.

b) im § 2 statt „6" zu setzen „6a".

5. a) den § 7 w e folgt zu fassen·

Die Abgabe vom Zuwachs wird nur erhoben, wenn der nach diesem Gesetz festgestellte Vermögenszuwachs den Betrag von dreitausend Mark und das Vermögen am 31. Dezember 1916 den Gesamtwert von zehntausend Mark übersteigt.

Beträgt das Vermögen am 31. Dezember 1916 nicht mehr als fünfzehntausend Mark, so unterliegt der nach Abs. 1 abgabepflichtige Vermögenszuwachs nur insoweit der Abgabe, als durch ihn ein Vermögensbetrag von zehntausend Mark überschritten wird.

b) den § 8 zu streichen (inhaltlich nach § 7 übernommen).

6. den § 9 wie folgt zu fassen:

Die Abgabe beträgt:

1. von dem Vermögenszuwachs

für die ersten	10000	Mark	des	Vermögenszuwachses	. .	5	vom	Hundert,	
„ „ nächsten angefangenen oder vollen						10000	Mark	10	„ „
„ „ „ „ „ „						10000	„	15	„ „
„ „ „ „ „ „						20000	„	20	„ „
„ „ „ „ „ „						50000	„	25	„ „
„ „ „ „ „ „						100000	„	30	„ „
„ „ „ „ „ „						200000	„	35	„ „
„ „ „ „ „ „						300000	„	40	„ „
„ „ „ „ „ „						500000	„	45	„ „
„ „ weiteren Beträge								50	„ „

2. von dem nach dem Besitzsteuergesetze für den 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögen, insoweit es neunzig vom Hundert des für den Beginn des Veranlagungszeitraums festgestellten Vermögens übersteigt und weder der Besitzsteuer noch der Abgabe nach Nr. 1 unterliegt, 1 vom Hundert.

Von der Abgabe nach Nr. 2 sind befreit Vermögen, die zwanzigtausend Mark nicht übersteigen. Abgabebeträge unter 10 Mark werden nicht erhoben.

7. als § 9a einzufügen:

§ 9a.

Der Inhaber eines Lehens, Fideikommisses oder Stammguts ist berechtigt, den Betrag der Abgabe, der auf eine Vermehrung des Lehens-, Fideikommiß- oder Stammgutvermögens entfällt, aus diesem Vermögen zu entnehmen und zu diesem Zweck über das Vermögen selbständig zu verfügen. Ist eine Aufsichtsbehörde vorhanden, so ist ihre Genehmigung zu der Verfügung erforderlich.

8. die §§ 10 bis 19 zu streichen.
9. den § 21 wie folgt zu fassen:

Inländische Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften und andere Bergbau treibende Vereinigungen, letztere, sofern sie die Rechte juristischer Personen haben, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und eingetragene Genossenschaften haben von dem nach den Vorschriften der §§ 21a bis 23 festgestellten Mehrgewinn eine außerordentliche Kriegsabgabe zu entrichten.

10. hinter § 21 folgende Paragraphen einzuschalten:

§ 21a.

Als Mehrgewinn (§ 21) gilt der Unterschied zwischen dem durchschnittlichen früheren Geschäftsgewinne (§§ 21c, 21d) und dem jeweils in einem Kriegsgeschäftsjahr (§ 21b) erzielten Geschäftsgewinne (§ 21c).

Die Unterschiedsbeträge werden auf volle Tausende nach unten abgerundet. Beträge unter fünftausend Mark bleiben außer Betracht.

Bleibt der Geschäftsgewinn eines Kriegsgeschäftsjahrs hinter dem durchschnittlichen früheren Geschäftsgewinne zurück, so darf der Mindergewinn mit dem Mehrgewinn anderer Kriegsgeschäftsjahre ausgeglichen werden.

§ 21b.

Als Kriegsgeschäftsjahre (§ 21a) gelten die drei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahre, deren erstes noch den Monat August 1914 mitumfaßt oder bei einer später gegründeten Gesellschaft mitumfassen würde, wenn sie damals schon bestanden hätte.

§ 21c.

Geschäftsgewinn (§§ 21a, 21d) ist der in einem Geschäftsjahr erzielte, nach den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger kaufmännischer Buchführung berechnete Bilanzgewinn. Abschreibungen sind insoweit zu berücksichtigen, als sie einen angemessenen Ausgleich der Wertverminderung darstellen.

Bei Kommanditgesellschaften auf Aktien bleiben diejenigen Gewinnbeträge, welche auf die von den persönlich haftenden Gesellschaftern nicht auf das Grundkapital gemachten Einlagen entfallen, außer Ansatz.

§ 21d.

Der durchschnittliche frühere Geschäftsgewinn (§ 21a) ist nach den Ergebnissen der fünf den Kriegsgeschäftsjahren vorangegangenen Geschäftsjahre oder, wenn eine Gesellschaft noch nicht solange besteht, nach den Ergebnissen der kürzeren Zeit, für welche Jahresabschlüsse vorliegen, zu berechnen. Besteht eine Gesellschaft schon fünf Jahre, so haben für die Berechnung des Durchschnittsgewinns die beiden Geschäftsjahre mit den besten und den schlechtesten Geschäftsergebnissen auszuscheiden.

Hat innerhalb der fünf den Kriegsgeschäftsjahren vorangegangenen Geschäftsjahre eine Vermehrung des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals stattgefunden, so wird dem Geschäftsgewinne für die vor der Vermehrung liegende Zeit ein Betrag von sechs vom Hundert jährlich des der Gesellschaft durch die Neueinzahlungen tatsächlich zugeflossenen Kapitalbetrags zugerechnet.

Als früherer Durchschnittsgewinn wird mindestens ein Betrag von sechs vom Hundert des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals angenommen zuzüglich des Mehrbetrags, der zur Verteilung einer etwaigen höheren festen Vorzugsdividende für bevorrechtigte Aktien notwendig gewesen wäre. Das Grundkapital einer Berggewerkschaft oder einer Bergbau treibenden Vereinigung ist aus dem Erwerbspreis und den Anlage- und Erweiterungskosten abzüglich des durch Schuldaufnahme gedeckten Aufwandes hierfür zu berechnen.

An Stelle des Grundkapitals tritt bei eingetragenen Genossenschaften die Summe der eingezahlten Geschäftsanteile der Genossen.

Der im Abs. 3 vorgesehene Betrag wird als Mindestbetrag auch zugrunde gelegt, wenn ein volles Geschäftsjahr vor den Kriegsgeschäftsjahren nicht vorliegt. In diesem Falle werden jedoch für Aktien oder Anteile, die zu einem den Nennwert übersteigenden Preise ausgegeben worden sind, die sechs Hundertstel von dem Kapital berechnet, das der Gesellschaft als Einzahlung auf ihre Aktien oder Anteile tatsächlich zugeflossen ist.

Hat sich das eingezahlte Grund- oder Stammkapital einer Gesellschaft während der Kriegsgeschäftsjahre vermehrt, so ist für die Zeit nach der Vermehrung dem durchschnittlichen früheren Geschäftsgewinn ein Betrag von sechs vom Hundert jährlich des der Gesellschaft durch die Neueinzahlungen tatsächlich zugeflossenen Kapitalbetrags hinzuzurechnen.

11. den § 22 zu streichen (vgl. § 21d).

12. im § 23 den Abs. 3 zu streichen (vgl. § 21c Abs. 2).

13. den § 24 der Regierungsvorlage in folgender Fassung wiederherzustellen:

Die Abgabe beträgt für inländische Gesellschaften,

wenn der Mehrgewinn im Jahresdurchschnitt													
2 v. H. des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge nicht übersteigt												10	v. H. des Mehrgewinns,
wenn er	2	v. H.,	aber nicht	5	v. H.	übersteigt						15	„ „ „ „
„	„	5	„ „	„	„	„	10	„	„	„		20	„ „ „ „
„	„	10	„ „	„	„	„	15	„		„		25	„ „ „ „
„	„	15	„ „	übersteigt,								30	„ „ „ „

Die nach Abs 1 festzusetzende Abgabe erhöht sich,

wenn der durchschnittliche Geschäftsgewinn in den Kriegsgeschäftsjahren 8 v. H., aber nicht 10 v. H. des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge übersteigt, um													10 v. H. ihres Betrags,
wenn er	10	v. H.,	aber nicht	15	v. H.	übersteigt,	um					20	„ „ „ „
„	„	15	„ „	„	„	„	„	20	„	„	„	„	30 „ „ „ „
„	„	20	„ „	„	„	„	„	25	„	„	„	„	40 „ „ „ „
„	„	25	„ „	übersteigt,	um								50 „ „ „ „

Hat sich das eingezahlte Grund- oder Stammkapital einer Gesellschaft während der Kriegsgeschäftsjahre vermehrt, so ist der Berechnung der Abgabe ein den Zeitraum, innerhalb dessen die Gesellschaft mit dem veränderten Grund- oder Stammkapitale bestanden hat, berücksichtigender Durchschnittsbetrag des Grund- oder Stammkapitals zugrunde zu legen.

Die zu zahlende Abgabe soll den Betrag nicht übersteigen, der sich bei Anwendung der nächstniedrigen Steuerstufe ergeben würde zuzüglich desjenigen Betrags des Mehrgewinns, durch den sich die Anwendung des gesetzlichen Satzes ergeben hat.

Die Abgabe wird insoweit nicht erhoben, als sie den Abgabebetrag, der bei Anwendung der Vorschrift des § 26 zu berechnen wäre, übersteigt.

14. als § 24a einzufügen:

§ 24a.

Inländische Gesellschaften mit beschränkter Haftung haben nur die Hälfte der nach § 24 festzusetzenden Abgabe zu entrichten, wenn während der ganzen Dauer der Kriegsgeschäftsjahre das eingezahlte Stammkapital dreihunderttausend Mark nicht überstiegen hat und Geschäftsanteile in Höhe von min-

destens der Hälfte des Stammkapitals sich im Besitze von Personen befunden haben, die zueinander im Verhältnis von Ehegatten, von Verwandten in gerader Linie, von Geschwistern oder von Ehegatten oder Erben von Geschwistern stehen.

Das gleiche gilt, wenn Geschäftsanteile in Höhe von mindestens der Hälfte des Stammkapitals im Besitze von Personen oder der Ehegatten oder Erben von Personen sind, die vor dem 1. August 1914 als Geschäftsführer oder Prokuristen der Gesellschaft bestellt waren und aus dieser Stellung bis zum Schlusse des letzten Kriegsgeschäftsjahrs nicht aus einem anderen Grunde als infolge ihres Ablebens ausgeschieden sind.

15. den § 25 wie folgt zu fassen:

Gesellschaften der im § 21 bezeichneten Art, die ihren Sitz im Ausland haben, aber im Inland einen Geschäftsbetrieb unterhalten (ausländische Gesellschaften), haben die Abgabe von dem auf den inländischen Geschäftsbetrieb entfallenden Mehrgewinne zu entrichten. Die Grundsätze, die bei einer bundesstaatlichen Einkommensteuerveranlagung für die Ausscheidung des auf den inländischen Geschäftsbetrieb entfallenden Teiles des steuerbaren Gesamteinkommens maßgebend waren, sind auch bei der Berechnung des auf den inländischen Betrieb entfallenden Teiles des Mehrgewinns anzuwenden. Wo eine Einkommensteuer nicht eingeführt ist, hat die Landesregierung entsprechende Vorschriften zu erlassen.

16. a) den § 26 am Anfang wie folgt zu fassen:

Die Abgabe beträgt für ausländische Gesellschaften bei einem Mehrgewinn im Jahresdurchschnitt

von nicht mehr als 20000 Mark . . .
10 vom Hundert,
usw.

b) Abs. 2 bis 6 zu streichen.

c) als neuen Absatz hinzuzufügen:

§ 24 Abs. 4 findet Anwendung.

17. den § 27 Abs. 1 wie folgt zu fassen:

Die Abgabe wird von den Gesellschaften insoweit nicht erhoben, als sie den Betrag der nach den Vorschriften des Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne vom 24. Dezember 1915 zu bildenden Sonderrücklage übersteigt.

18. im § 30 statt „Kriegssteuer (Kriegsvermögenszuwachs-, Mehreinkommen- und Mehrgewinnsteuer)" im Abs. 1 und statt „Kriegssteuer" im Abs. 2 sowie statt „Kriegsvermögenszuwachssteuer" im Abs. 3 zu setzen „Kriegsabgabe".

19. im § 31 Abs. 1:

statt „eintausend" zu setzen „dreitausend", statt „siebentausend" zu setzen „elftausend", statt „Kriegsvermögenszuwachssteuer" zu setzen „Kriegsabgabe", statt „besonderen Abgabe" zu setzen „außerordentlichen Kriegsabgabe", ferner die Worte „sowie die zur Berechnung des Mehreinkommens (§§ 10 bis 19)" sowie den letzten Satz des Abs. 1 zu streichen.

20. im § 32 den Abs. 2 zu streichen.

21. den § 32a zu streichen.

22. im § 33 Abs. 1 statt „Mehrgewinnsteuer" zu setzen „Kriegsabgabe".

23. a) den § 36 Abs. 1 und 3 als Abs. 1 und 2 wie folgt zu fassen:

Die Kriegsabgabe der Einzelpersonen ist zu einem Drittel binnen drei Monaten nach Zustellung des Bescheides zu entrichten. Das zweite Drittel ist bis zum 1. November 1917, das letzte Drittel bis zum 1. März 1918 zu entrichten.

Die vorläufig festgesetzte Kriegsabgabe der Gesellschaften und anderer

juristischer Personen ist binnen drei Monaten nach Zustellung des vorläufigen Bescheids, der Rest der Abgabe binnen drei Monaten nach Zustellung des endgültigen Bescheids zu entrichten. Ist die endgültig .... (usw. wie Abs. 3 unter Streichung des Zitats § 32 Abs. 2 in der Klammer);

b) dem Abs. 2 — nunmehr Abs. 5 — folgende Fassung zu geben:

Vom 1. Juli 1917 ab sind die bis dahin noch nicht gezahlten Abgabebeträge mit fünf vom Hundert jährlich zu verzinsen.

24. im § 41 die Worte „des Mehreinkommens" zu streichen.

25. als § 42a einzufügen:

§ 42a.

Die Einnahme aus der Kriegsabgabe ist ausschließlich zur Abminderung der Reichsschuld zu verwenden, soweit sie nicht nach dem Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1916 (Kapitel 17b der Einnahmen des ordentlichen Etats) zum Ausgleich des Ausfalls bei anderen Einnahmekapiteln erforderlich ist.

26. im § 43 den Abs. 5 wieder zu streichen.

In der 77. Sitzung des Ausschusses vom 22. Mai 1916 begannen die Verhandlungen zunächst mit einer allgemeinen Aussprache. Namens seiner Partei gab ein Abg. folgende Erklärung ab:

„Meine politischen Freunde stehen sämtlich auf dem grundsätzlichen Standpunkte, daß das Reich nicht in die Steuergebiete eingreifen darf, die den Bundesstaaten und den Gemeinden vorbehalten sind und vorbehalten bleiben sollen. Darin stimmen sie vollkommen überein mit der Reichsregierung, mit den verbündeten Regierungen und mit den einzelstaatlichen Finanzverwaltungen, die bis in die letzten Tage hinein derselben Überzeugung unzweideutig und entschieden Ausdruck gegeben haben. Meine politischen Freunde hätten deshalb weder einer Wiederholung des Wehrbeitrags, noch einer allgemeinen Besteuerung der Vermögen, die während des Krieges keinen Zuwachs erfahren haben, zustimmen können. Nun läßt sich gar nicht bestreiten, daß auch gegen die Art, wie nach der jetzigen Fassung des KriegssteuerG. die Vermögen, insbesondere diejenigen, welche keinen Zuwachs erfahren haben zur Steuer herangezogen werden sollen, von unserem grundsätzlichen Standpunkt aus sehr schwere und tiefgehende Bedenken erhoben werden müssen. Für einige meiner politischen Freunde sind diese Bedenken unüberwindlich, so daß sie nicht in der Lage sind, dem Gesetzentw. in seiner jetzigen Fassung, insbesondere der Heranziehung der gleichgebliebenen oder zurückgegangenen Vermögen, zuzustimmen. Dem ursprünglichen Entw. der verbündeten Regierungen hätten sie zugestimmt, obwohl auch er grundsätzlich einen Eingriff in die Steuerrechte der Bundesstaaten bedeutet. Da aber gegen den Widerspruch der Konservativen durch das BesitzsteuerG. vom Jahre 1913 das Reich den Vermögenszuwachs dauernd für sich in Anspruch genommen hat, wäre eine besondere Heranziehung des Vermögenszuwachses während des Krieges, ganz abgesehen von der innerlichen Berechtigung der Besteuerung der Kriegsgewinne im engeren Sinne — auch für die Minderheit meiner politischen Freunde erträglich gewesen. Wären die verbündeten Regierungen auf dem Standpunkte ihres Entw. stehen geblieben, so würde die gesamte konservative Fraktion alle Bedenken beiseite gestellt und dem Entwurfe zugestimmt haben. Nach unserer Überzeugung lag für die verbündeten Regierungen keine zwingende und ausreichende Veranlassung vor, ihren Standpunkt preiszugeben, da wohl keine Partei die Verantwortung für das Scheitern dieses Entw. hätte übernehmen können.

Wenn sich die überwiegende Mehrheit meiner politischen Freunde trotz der Bedenken, die sie mit der Minderheit hegt, entschlossen hat, für den Entw. in seiner jetzigen Ausgestaltung, also auch für die Besteuerung der gleichgebliebenen und nur um 10 v. H. zurückgegangenen Vermögen, zu stimmen, so ist ihr dieser Entschluß nicht leicht geworden; er wurde aber dadurch erleichtert, daß die neue Steuer ausdrücklich

als eine außerordentliche Kriegsabgabe bezeichnet wird und daß sie als solche im Frieden nicht wiederholt werden kann. Dazu kommt, daß die Zustimmung zu dem abgeänderten Gesetzentw. die Annahme der anderen Steuergesetze in einer zweckmäßigen Ausgestaltung nach menschlicher Voraussicht zu sichern scheint. Bestimmend für unseren Entschluß war der lebhafte und selbstverständliche Wunsch, dem Reiche möglichst bald und ohne schwere Kämpfe zwischen den bürgerlichen Parteien die Mittel zu gewähren, deren es bedarf, und einen falschen Eindruck im Ausland zu vermeiden, der vielleicht durch solche Kämpfe und durch eine Verzögerung der Entscheidung hätte hervorgerufen werden können.

Meine politischen Freunde, die mit mir dem Entw. zustimmen, verwahren sich gegen die Annahme, daß sie durch diese Zustimmung ihren grundsätzlichen Standpunkt für die Zukunft preisgegeben hätten. Mit den Vertretern der verbündeten Regierungen erwarten sie bestimmt und unbedingt, daß es sich jetzt tatsächlich nur um eine einmalige Kriegsabgabe handeln dürfe, daß den Bundesstaaten nach wie vor das ganze Gebiet der direkten Steuer vorbehalten und daß dies der letzte Eingriff des Reichs in die Steuerrechte der Bundesstaaten bleiben müsse. Aus den angedeuteten Gründen und in dieser Erwartung werden meine politischen Freunde in ihrer überwiegenden Mehrheit für den Entwurf stimmen."

Ein Vertreter der Kommissionsminderheit führte aus, daß er seiner Partei vorbehalten müsse, zu der auf Drucksache Nr. 326 abgedruckten Vereinbarung endgültig Stellung zu nehmen; seine Freunde seien bei den Besprechungen nicht zugegen gewesen, und wenn es auch das unzweifelhafte Recht anderer Parteien sei, so wie geschehen, zu verfahren, so sei es auch seiner Freunde Recht und Pflicht, ihre eigene wohlerwogene Ansicht im Gegensatz dazu zu vertreten. Das von der Regierung ursprünglich vorgelegte Steuerprogramm werde durch den Antrag Nr. 326 in seinem Kern geändert, noch mehr aber die Beschlüsse des Ausschusses in erster Lesung. Schon beim § 1 zeige sich das darin, daß die beschlossene Erhebung des Wehrbeitragsdrittels wieder ausgeschieden worden sei. Um nicht das wirkliche Vermögen einer Besteuerung zu unterwerfen, setze man an deren Stelle die Besteuerung eines fiktiven Vermögenszuwachses. Offenbar sei diese tiefgehende Veränderung eine Folge des Widerstands der verbündeten Regierungen. Er beklage das Zurückweichen anderer Parteien vor diesem Widerstand, weil er darin die Preisgabe des stärksten Rechts des Reichstags, des Steuerbewilligungsrechts, erblicke. Bei anderer Gelegenheit habe sich der Reichstag nicht so rasch einem „Unannehmbar" der verbündeten Regierungen gefügt. Und er könne nicht glauben, daß die Ablehnung des Gesetzes durch die verbündeten Regierungen zu befürchten gewesen sei, handle es sich doch nur um eine bescheidene Besteuerung des Besitzes für die Verteidigung des Vaterlandes. Der Kanzler habe in einer seiner Reden gesagt: „Wir geben willig alles für das Vaterland hin." Da könnten die verbündeten Regierungen das Kriegssteuergesetz, so wie es der Ausschuß zunächst beschlossen habe, nicht deshalb scheitern lassen, weil eine Abgabe von höchstens 5 vom Tausend vom Vermögen erhoben werden solle. Wenn er das ganze Steuerwerk überblicke, erscheine ihm das Ansinnen, der Reichstag solle die Beschlüsse seines Ausschusses vollständig umstoßen, noch ungeheuerlicher. Die Bedenken, die seine Freunde schon vor Monaten gegen die vorgeschlagenen Steuern erhoben hätten, seien inzwischen noch verstärkt, denn die vermehrten Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Durchhaltens für unser Volk ließen eine Verteuerung des Verkehrs und Verbrauchs durch neue Steuern untunlich erscheinen. Die Vereinbarung zwischen anderen Parteien und den verbündeten Regierungen begnügten sich aber nicht mit der ursprünglich geplanten Verbrauchsbelastung, sondern gingen darüber noch erheblich hinaus. Unter Ausschaltung der eigentlichen Kriegssteuer rechne man jetzt mit Erträgnissen von 800 Millionen Mark, von denen nur 200 Millionen auf die fingierte Vermögenssteuer entfielen. Diese letzte Schätzung dünke ihn freilich viel zu hoch, denn nach seiner Ansicht werde die Steuer vom fingierten Vermögenszuwachs nicht einmal 100 Millionen Mark bringen, es würden also 700 Mil-

lionen Mark vom Verkehr und Verbrauch erwartet. Der Ertrag aus einer nach der Vereinbarung (Nr. 326) gestalteten Steuer werde deshalb gering sein, weil man da, wo die Belastung der Vermögen wirklich etwas einbringe, hinter den Sätzen des Wehrbeitrags weit zurückbleibe.

Von einem Vermögen von 5 Millionen Mark würde ein Wehrbeitragsdrittel 19033 M. betragen. Dieses Vermögen würde, wenn es unverändert bleibe und nach dem Kompromißantrag mit 1 pro Tausend belastet werde, 5000 M. zu tragen haben. Selbst bei einem Vermögen von 200000 M. würde die vorgesehene Steuer geringer sein als eine Wehrbeitragsrate. Diese würde 250 M. ausmachen, während nach dem Antrag von dem Vermögen, wenn es unverändert geblieben sei, 200 M. als Steuer zu erheben seien. Aus diesen Beispielen ergebe sich, daß mindestens 700 Millionen Mark an Verkehrs- und Verbrauchssteuern, von denen die Umsatzsteuer die allerbösartigste und verderblichste sei, der Bevölkerung aufgebürdet werden. Das Volk sehe hilfesuchend zur Gesetzgebung und Regierung empor und erwarte eine ausreichende Organisation der Lebensmittelversorgung und eine Eindämmung des Lebensmittelwuchers. Sollte die Hilfe, die die Bevölkerung von der Gesetzgebung erwartet, nun darin bestehen, daß der Verbrauch und der Verkehr mit 700 Millionen neuen Steuern belastet werde? In normalen Zeiten würde dies helle Empörung in der Bevölkerung hervorrufen. Wenn dies heute nicht zum Ausdruck komme, so liege es daran, daß die freie Betätigung des politischen Lebens unterbunden sei. Man habe sich aber zu überlegen, was für ein Gefühl im Volke hervorgerufen werde, wenn man auf den hilfesuchenden Blick mit Verkehrs- und Verbrauchssteuern in solchem Umfang antworte. Die eigentliche Kriegsgewinnsteuer habe insofern eine erhebliche Umgestaltung erfahren, als die Besteuerung des Mehreink. herausgefallen sei. Dafür solle von dem Vermögenszuwachs ein höherer Steuersatz erhoben werden, als nach dem Regierungsentw. Er leugne nicht, daß bei dieser Änderung des Tarifs ein höherer Ertrag des KriegsgewinnsteuerG. erzielt werde, aber auch der jetzt vorliegende Tarif mit einem Steuersatz von 5, 8, 10 Prozent sei keine wirkliche Kriegsgewinnsteuer. Ferner: Was werde bei der Kriegsgewinnsteuer an tatsächlichen Kriegsgewinnen versteckt werden, die bei diesem Verfahren der Besteuerung entzogen werden? Wieviel werde von dem wirklichen Gewinn verbraucht oder in nicht faßbaren Luxus- und Verbrauchsgegenständen angelegt werden? Dazu komme, daß durch die Praktiken großer Gesellschaften, indem sie die Kriegsgewinne nicht an die Aktionäre in vollem Umfang ausschütten, große Summen der Kriegsgewinnsteuer entzogen werden. Es liege also eine weitgehende Schonung der wirklichen Kriegsgewinne und der gleichbleibenden großen Vermögen vor. Man werde in der Bevölkerung sich sagen, wenn die Steuer so gestaltet werde: zunächst räubern gewissenlose Subjekte, für die der Krieg die Gelegenheit zu verstecktem Raube ist, die Masse der Besitzlosen aus, dann legen sie ihre Gewinne in Kriegskrediten an und schließlich stellen sich Regierung und Reichstag, wenn es sich darum handelt, die Zinsen für die Kriegsanleihen aufzubringen, schützend vor die, die die Bevölkerung ausgesogen haben. Die Wirkung dieser Stimmung würden die Kompromißparteien später erfahren, aber seine Hauptsorge sei, daß diese Art der Steuergesetzgebung zermürbend auf die Volksmassen wirke, die zusammenhalten und durchhalten wollen, bis der Kampf fürs Vaterland beendet ist. Diese Art würde viele, die bisher schon furchtbar unter den Verhältnissen gelitten haben, schwankend machen in dem Entschlusse, bis zu einem guten Ende mitzukämpfen. In dem Volke werde die Verzweiflung Platz greifen, wenn es sehe, daß es keinen Schutz finde bei den Stellen, auf die es seine Hoffnung gesetzt habe. Dem deutschen Volke und Vaterlande würde man nicht besser dienen können, als wenn man diese Wirkung der Steuergesetzgebung vermeide. Er appelliere daher an die Mehrheit, von den Verbrauchs- und Verkehrssteuern wenigstens einen beträchtlichen Teil abzustreichen und nicht den Ertrag noch über den Entwurf hinaus zu steigern. Er bitte die Mehrheit, sich zu überlegen, welche Wirkung dies auf das Volk haben werde.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts gab hierauf folgende Erklärung ab:

Er habe mit Absicht zunächst einen Vertreter der Rechten und dann einen der Linken sprechen lassen, ehe er hier namens der verbündeten Regierungen das Wort ergreife. Er möchte feststellen, daß es den verbündeten Regierungen ganz außerordentlich schwer geworden sei, über die Linie, die sie in bezug auf die direkte Besteuerung gezogen hatten, in dem Maße hinauszugehen, wie es mit dem Kompromißantrag geschehe. Die Gründe, die die verbündeten Regierungen zu diesem Schritt bestimmt haben, den doch gerade die Partei des Vorredners als ein Entgegenkommen ansehen müßte, seien bereits von dem Vertreter der Rechten angedeutet worden. Lediglich die Situation, in der das Deutsche Reich sich befindet, der Wunsch, nach innen und außen hin ein Maximum von Geschlossenheit zu erreichen und zu zeigen, lediglich der Wunsch, die Steuervorlagen, die eingebracht worden seien und für nötig gehalten werden, in den sicheren Hafen zu führen, haben die verbündeten Regierungen zu diesem Entgegenkommen veranlaßt. Er bedauere, daß der Vorredner nicht mindestens eine ähnliche Erklärung für seine Fraktion habe abgeben können wie der erste Redner, der erklärt habe, daß seine Fraktion in ihrer überwiegenden Mehrheit sich entschlossen habe, trotz der großen Bedenken, die sie nach derselben Richtung hin hat wie die verbündeten Regierungen, dem Kompromiß zuzustimmen. Er hätte es begrüßt, wenn auch die Partei des Vorredners eine ähnliche Erklärung hätte abgeben können. Die Sache wäre, nicht für die verbündeten Regierungen — die stehen nicht in Frage —, sondern für unser gesamtes Volk dadurch wesentlich erleichtert worden.

Um auf die Sache selbst einzugehen, so sei der Vorredner zunächst von einer falschen Voraussetzung ausgegangen, die teilweise auch in der Presse eine Rolle spiele, daß ein fiktiver Vermögenszuwachs und Gewinn konstruiert worden sei. Das sei nicht der Fall. Er glaube, der § 1 in seinem Wortlaut sei absolut klar. Die Steuer werde erhoben erstens von denjenigen, die einen Vermögenszuwachs erfahren haben zweitens von denjenigen, die keine Verminderung ihres Vermögens um mindestens 10 Prozent erfahren haben. Damit sei festgestellt, daß von einem fiktiven Kriegsgewinn oder etwas ähnlichem gar keine Rede sein könne. Der Grundgedanke des Kompromisses sei vielmehr ein Entgegenkommen gegenüber denjenigen Parteien, die es als für ihre Zustimmung unerläßlich erklärten, daß nicht nur die während des Krieges vermehrten Vermögen, sondern auch die trotz des Krieges annähernd intakt gebliebenen Vermögen herangezogen werden sollen. Man habe diesen Begriff „annähernd intakt geblieben" natürlich nicht so in das Gesetz hineinsetzen können, sondern habe ihn klar definieren müssen, und die Ansicht sei doch wohl begründet, daß eine Vermögensminderung, die über 10 Prozent hinausgeht, das Vermögen nicht mehr annähernd intakt gelassen hat.

Erleichtert sei den verbündeten Regierungen die Zustimmung zu einer solchen Lösung dadurch, daß auch von denjenigen Vertretern wenigstens der bürgerlichen Parteien, die nach dieser Seite hin drängten und sehr bestimmte Wünsche aussprachen und von ihrer Erfüllung die Zustimmung zu der Gesamtheit der Steuervorlagen abhängig machten, ausdrücklich und wiederholt in der Kommission und in privaten Verhandlungen erklärt worden sei, daß sie die Kriegslage, die Zwangslage, in der wir uns alle befinden, nicht benutzen wollten, um auf dem Gebiete der Besteuerung die Grenzsteine zwischen Reich und Einzelstaaten prinzipiell zu verschieben. Der Vorredner scheine für seine Partei solche Wünsche zu hegen. Man werde verstehen, daß die verbündeten Regierungen entschlossen sind, solchen Wünschen sich aufs entschiedenste zu widersetzen. Prinzipielle Streitfragen werde man nach dem Kriege auskämpfen, während des Krieges sei die Zeit nicht dazu angetan. Und lediglich die Erklärung, daß eine solche prinzipielle Verschiebung nicht beabsichtigt sei, habe die Grundlage geliefert, auf der eine Einigung, ein Kompromiß überhaupt möglich gewesen sei.

Der Vorredner habe den Wehrbeitrag in Parallele gestellt zu dem, was jetzt vorgeschlagen sei und wohl beschlossen werden werde. Er sei dabei von der Voraus-

setzung ausgegangen, als ob der Wehrbeitrag bereits etwas Gegebenes sei und demgegenüber nun eine Abschwächung vorgenommen würde.

Diese Darstellung entspreche nicht der Situation, weder für die verbündeten Regierungen noch — dafür habe er ja nicht zu sprechen, aber er dürfe es erwähnen — für den Reichstag. Die verbündeten Regierungen hätten durch ihn aufs Bestimmteste erklärt, daß sie einem Wehrbeitrag unter keinen Umständen zustimmen würden, und wenn der Vorredner sage, die verbündeten Regierungen könnten an einer solchen Haltung nicht die ganze Sache scheitern lassen, so antworte er: auch der Reichstag kann einer solchen Frage wegen nicht die ganze Steuergesetzgebung scheitern lassen; denn der Reichstag bewillige doch das Geld nicht den verbündeten Regierungen, sondern dem Reiche, das das Geld braucht. Auf diesen Boden bitte er die Abgeordneten sich zu stellen.

Was den Reichstag anlange, so glaube er nicht fehlzugehen in seinem Gedächtnis, wenn er daran erinnere, daß einige Herren, deren Votum für die Abstimmung erster Lesung ausschlaggebend war, ausdrücklich erklärt haben, sie stimmten nur deshalb für den Wehrbeitrag, damit überhaupt eine Diskussion in der zweiten Lesung möglich sei. Also auch im Reichstag sei erklärtermaßen in der ersten Lesung der Wehrbeitrag nur vorläufig angenommen worden, um darüber, was etwa zu geschehen habe, überhaupt eine zweite Lesung zu ermöglichen.

Einen Wehrbeitrag, wie er vorgeschlagen worden sei, neben der Kriegsgewinnbesteuerung zu erheben, sei eine glatte Unmöglichkeit. Die verbündeten Regierungen hielten von ihrem Worte zu viel, als daß sie nach den feierlichen Erklärungen, die seinerzeit abgegeben wurden, daß der Wehrbeitrag nur eine einmalige Abgabe sein sollte, sich bestimmen lassen werden, ihn nun weiter zu erheben und schließlich die Konsequenz zu tragen, daß das, was in diesem Jahre geschieht, vielleicht in infinitum fortgesetzt wird. Die verbündeten Regierungen lehnen es ab, ihre Worte in dieser Weise entwerten zu lassen.

Aber nicht nur formell sei der Wehrbeitrag in der gegenwärtigen Situation neben der Kriegsgewinnsteuer nicht möglich, sondern auch materiell. Einmal, weil er gar keine Rücksicht nehme auf die Verschiebungen der Vermögen, die auch nach unten hin eingetreten seien. Man könne angesichts der enormen Vermögensverschiebungen, die der Krieg auch nach unten hin herbeigeführt hat, nicht eine Vermögenssteuer erheben, wie sie der Wehrbeitrag darstellt, der darauf gar keine Rücksicht nimmt. Man solle nur an die großen und wichtigen Gegenden des Deutschen Reichs denken, die besonders stark durch den Krieg betroffen sind. Dort müsse man Erleichterungen eintreten lassen.

Ferner sei der Wehrbeitrag unmöglich, soweit er das Einkommen mit heranzieht. Was sei denn das Einkommen, das bei dem Wehrbeitrag nochmals besteuert werden soll, anderes, wenigstens zum großen Teil, als das, was im Vermögenszuwachs während des Krieges wieder zutage tritt? Dieser Vermögenszuwachs, den man erfasse, beruhe doch auf Einkommen, und wenn man ihn mit Sätzen belaste, die, wenn man Kommunalbesteuerung usw. dazu rechne, die englischen Sätze wenigstens bei den größeren Einkommen erreichen, ja überschreiten, dann könne man diese Einkommen nicht noch einmal im Wege des Wehrbeitrags mit erheblichen Abgaben belasten.

Also formell wie materiell sei der Wehrbeitragsantrag, wie er hier in erster Lesung beschlossen worden sei, eine Unmöglichkeit.

Er glaube, wenn man das in Erwägung ziehe, werde man die mit dem Kompromißantrag gefundene Lösung als billig anerkennen müssen. Man lege eine Steuer nicht nur auf die vermehrten Vermögen, sondern auch auf denjenigen Teil des Vermögens, der über 90 Prozent der früheren Aufnahme erhalten geblieben ist. Man sei dabei von dem Gedanken ausgegangen: die Vermögen, die stärker gelitten haben, wollen wir überhaupt herauslassen, und diejenigen Vermögen, die weniger stark gelitten haben, wollen wir mit einer Abgabe belasten, die nicht die Gesamtheit der Substanz erfaßt, sondern nur denjenigen Vermögensbestandteil, der über 90 Prozent des früheren Ver-

mögens hinaus erhalten geblieben ist. Das sei kein fiktiver Vermögenszuwachs, sondern das heiße einfach sich Rechenschaft ablegen über die Situation, wie sie durch den Krieg für zahlreiche Vermögen herbeigeführt ist. In dieser Beziehung stehe das, was im Wege des Kompromisses nun als Ergänzung der Kriegsgewinnbesteuerung, der Kriegsvermögenszuwachsbesteuerung hinzugefügt werden soll, mit dieser Besteuerung des Kriegsvermögenszuwachses in einem organischen Zusammenhange. Es sei eine Steuer ganz besonderer Art, wie sie bisher nirgends gemacht worden sei, auch nirgends gemacht werden konnte, weil so außerordentliche Verhältnisse, wie sie der Krieg geschaffen habe, überhaupt noch nirgends in der Welt, seitdem man moderne Steuersysteme habe, vorgelegen haben.

Darin liege für die verbündeten Regierungen eine weitere Beruhigung. Weil sie eben die bisherigen Grenzen nicht verschieben lassen wollen, müssen sie Wert darauf legen, daß diese Steuer durchaus den Charakter des Einmaligen und Außerordentlichen trägt. Es sei eine Steuer, die überhaupt nur in Kriegszeiten möglich sei.

Im übrigen scheine ihm der Vorredner den Ertrag, der durch die Kompromißvorschläge auf dem Wege der Kriegsbesteuerung herauskommen werde, doch ganz erheblich zu unterschätzen. Das gelte schon für die Besteuerung des Vermögenszuwachses. Die Sätze seien, auch wenn man sie mit 2 dividiere und dadurch mit der Vorlage vergleichbar mache, doch ganz außerordentlich erhöht worden. Er habe vermißt, daß der Vorredner das mit einer Bewegung des Dankes anerkannt hätte. Und diese Erhöhung sei zustande gekommen, ohne daß seine Partei dabei war, aus der Initiative der bürgerlichen Parteien heraus, und die verbündeten Regierungen werden dem zustimmen. Ferner habe man die Sätze für die Besteuerung des Vermögenszuwachses unter Wegfall der besonderen Berücksichtigung des Mehreinkommens ganz allgemein verdoppelt, und diese Verdoppelung bringe gleichfalls ein erhebliches Plus ein, denn nun falle sofort unter die doppelten Sätze auch derjenige Vermögenszuwachs, dem keine Vermehrung des Eink. entspricht, und ein solcher Vermögenszuwachs bestehe doch in sehr zahlreichen Fällen gerade bei den wohlhabenderen Leuten. Es gebe eine ganze Reihe solcher, deren Eink. sich während des Krieges vermindert hat, und die trotzdem infolge der Sparsamkeit, die sich heute für seinen eigenen Verbrauch jeder selbst auferlege, trotz der sehr bedeutenden freiwilligen Wohltätigkeit, die wohl allgemein bei den Wohlhabenden als Ehrenpflicht gelte, einen Vermögenszuwachs erfahren haben. Diese Leute, die vorher mit dem einfachen Satze getroffen worden wären, fallen jetzt unter die doppelten Sätze, und er sei überzeugt, sie werden es willig tragen. Hiernach stehe er nicht an, den Mehrertrag auf eine Zahl von Millionen zu beziffern, die zweifellos eine dreistellige Zahl sein werde.

Weiter komme nun das eine Prozent von dem, was über 90 Prozent hinaus erhalten worden ist. Es sei ihm sehr interessant, bei den Beratungen mit den Herren Finanzministern der Einzelstaaten sich Rechenschaft davon abzulegen, wie nach den Wahrnehmungen in den Einzelstaaten sich die Vermögen entwickelt haben. Wir sehen doch nicht nur bei den Banken, sondern auch bei den Sparkassen eine geradezu außerordentliche Vermehrung der Einlagen. Seines Wissens haben die Sparkassen beträchtlich über 5 Milliarden an Kriegsanleihen gezeichnet, und zwar nicht nur die Sparkassen, sondern auch deren Einleger, und trotzdem sei der Stand der Sparkasseneinlagen heute beträchtlich höher, etwa gegen 1 Milliarde, als er zu Anfang des Jahres 1914 war, und es seien doch nicht die wohlhabenden und reichen Leute, die diese Vermehrung der Einlagen bei den Sparkassen herbeigeführt haben. Bezüglich der wohlhabenden Leute sprechen die Banken, und da zeige sich dasselbe. Bei der Deutschen Bank z. B. seien die Einlagen und Kreditoren von 1500 und 1800 Millionen vor dem Kriege bis zum letzten 31. Dezember auf ungefähr 2500 Millionen gestiegen, trotzdem auch hier Milliardenbeträge auf die Kriegsanleihen gezeichnet worden seien. Speziell von dem badischen Herrn Finanzminister habe er gehört, daß in Baden die dort jährlich erfolgende Veranlagung der Vermögen nicht etwa eine Abnahme, sondern sogar eine Zunahme ge-

zeigt hat, ihm durchaus nicht überraschend; denn wenn das Reich jetzt die enorme Summe von rund 40 Milliarden für den Krieg ausgegeben hat, und wenn er auf der anderen Seite sich ein Bild machen wolle von dem wirklichen Substanzverlust der Volkswirtschaft, so komme er zu dem Resultat, daß der wirkliche Verlust nicht die Hälfte von dem erreiche, was der Krieg an Ausgaben veranlaßt habe. Alles das habe sich zu Vermögen verdichtet, und zwar nicht nur in den oberen, sondern auch in den unteren Schichten. Gewiß nicht überall gleichmäßig. Hätte diese Vermögensvermehrung sich überall gleichmäßig vollzogen, dann stünde man vor erheblich einfacheren Aufgaben.

Eine Ertragsschätzung vermöge er nicht zu geben, das wäre ein Griff ins Dunkle. Aber er wolle daran erinnern, daß vor dem Kriege das deutsche Volksvermögen einen Betrag von 300 Milliarden erreicht, sogar zweifellos überschritten habe. Rechne man davon das staatliche Vermögen, das hier herausbleibt, das Kommunalvermögen usw. ab, dann komme man wohl auf eine recht erhebliche Summe. Auch wenn man diejenigen Vermögensbestandteile, Mobiliar usw., die nicht der Besteuerung unterliegen, nicht hinzurechne, werde man immerhin in die Nähe von 250 Milliarden, sagen wir, um sicher zu gehen, auf 200 Milliarden kommen.

Nun die Vermögensverminderung! Auch darüber wolle er versuchen sich ein Bild zu machen. Am besten sei sei wohl zu kontrollieren bei den mobilen Vermögen. Von den festverzinslichen Wertpapieren, die er kenne, haben eigentlich nur die dreiprozentigen, deren Anzahl ja relativ nicht zu groß sei, eine Verminderung um über 10 Prozent erfahren. Wenn man die vierprozentigen Kommunalpapiere und die viereinhalbprozentigen Industriepapiere nehme, so bleiben diese wohl innerhalb der Grenze, und wenn man, wie er hoffe, in diesem Jahre mit dem Kriege zu Ende komme, wenn man am 31. Dezember Frieden habe, dann, glaube er, werde nur bei einem relativ kleinen Teile der Vermögen eine Verminderung um mehr als 10 Prozent eingetreten sein. Rechne man dann den vorgeschlagenen Steuersatz auf die vorhandenen Vermögen um, so werde man recht erheblich über die Zahl hinauskommen, die der Vorredner für diese Belastung genannt habe.

Er könne also nach keiner Richtung hin zugeben, daß das, was jetzt hier angeboten sei, gekünstelt und ein Verlegenheitsausweg sei und nichts bringen werde.

Er wiederhole: die verbündeten Regierungen haben sich nur schwer zu dem Kompromiß entschlossen. Aber, nachdem sie es getan haben, werden sie es nach links wie nach rechts vertreten.

Nun nötigten ihn die Ausführungen des Vorredners aber, noch mit einigen Worten auf das andere Gebiet, auf das Gebiet der indirekten Besteuerung einzugehen. Für die verbündeten Regierungen sei die — alles in allem genommen — sehr erhebliche Mehrbelastung auf dem Gebiete der direkten Besteuerung an die Voraussetzung geknüpft gewesen, daß dann auch das Ergebnis der vorgeschlagenen indirekten Steuern diejenige Steigerung erfahre, die durch den Umtausch des Quittungsstempels gegen die Umsatzsteuer nach den Beschlüssen der Steuerkommission herbeigeführt werde. Leider sei diese Vermehrung durchaus nicht so groß, wie der Vorredner annehme. Er sei zu dem Resultat gekommen, daß in Friedenszeiten vielleicht mit einem Ertrage von 250 Millionen zu rechnen sei, vielleicht auch mit 300 Millionen, jetzt in der Kriegszeit und auch in der ersten Zeit nach dem Kriege, wo man mit einer erheblichen Verminderung der Umsätze zu rechnen haben werde, sicher bedeutend weniger. Zweitens werde die Vermehrung, die der Vorredner sehe, nicht in dem Umfang eintreten, weil man bei verschiedenen Abgaben recht erhebliche Abstriche gemacht habe, die allein bei der Reduktion des Stückgutstempels von 15 und 30 auf 10 und 20 Pfennig eine Verminderung um etwa 14 Millionen erwarten lassen; bei der Postverwaltung bedinge die Herabsetzung des Zuschlags für das Telephon von 20 auf 10 Prozent einen erheblichen Ausfall. Also so groß, wie man glaube, werde die Vermehrung auf keinen Fall sein. Und was das laufende Jahr anlange, — nun, man habe länger über die Steuern beraten, als er angenommen hätte, und die Folge sei, daß die Steuern später in Wirk-

samkeit treten, als er gehofft hätte. Rechne man von dem Mehrertrag herunter, was auf die verloren gegangenen drei oder vier Monate entfalle, dann werde man etwa auf den in Aussicht genommenen Betrag von 480 Millionen kommen. Er bedauere das, denn er hätte mehr sehr gut brauchen können.

Er möchte ferner dagegen Widerspruch erheben, wenn der Vorredner die vorgeschlagenen indirekten Steuern als eine unerträgliche und herausfordernde Belastung der breiten Volksschichten hinstelle. Das sei nicht der Fall. Es seien noch niemals indirekte Steuern vorgeschlagen worden, die für die breiten Massen so erträglich seien, wie diese.

Wenn der Vorredner sage, daß die Umsatzsteuer die Minderbemittelten schwer treffe, so sei das nicht richtig, möge diese Steuer abgewälzt werden oder nicht. Da bei großen Umsätzen der verhältnismäßige Gewinn erfahrungsgemäß kleiner ist als bei kleinen Umsätzen, so werden die großen Umsätze schwerer getroffen als die kleinen, im Verhältnis zu dem Gewinn, der aus dem Umsatz erzielt wird. Die Umsatzsteuer als indirekte Steuer verwirkliche ein Ideal, das wirklich einleuchten müßte, da die Umsatzsteuer als ganz allgemeine indirekte Steuer den wohlhabenden und deshalb stärkeren Verbraucher auch entsprechend stärker treffe als den armen Verbraucher. Beim Tabak, Bier und Branntwein könne man behaupten, daß die indirekte Steuer nach unten wirke, aber nicht bei der Umsatzsteuer. Man habe also das Ideal einer indirekten Steuer vom Standpunkt des Vorredners aus.

Das sei keine Dialektik, sondern einfache Tatsache. Insofern bilde die Umsatzsteuer eine gute Ergänzung zur Zuwachsbesteuerung im Reiche. Wenn die Einzelstaaten und Kommunen das Einkommen an der Quelle erfassen, so erfasse das Reich auf der Grundlage dieser beiden Steuern — der Umsatzsteuer und der Vermögenszuwachssteuer — das Einkommen in seiner Verwendung. Soweit es verbraucht wird, werde es durch die Umsatzsteuer getroffen, soweit es nicht verbraucht wird, falle es unter die Vermögenszuwachssteuer. Wenn man die Dinge durchdenke, so müsse man sich mit diesem System doch vielleicht eher abfinden können als mit irgendeiner anderen indirekten Steuer.

Wo liegen ferner beim Postverkehr, beim Frachturkundenstempel die Verzehrsteuern? Nicht einem einzigen Manne im Deutschen Reiche werde durch die Steuern, die hier vorgeschlagen seien, das Brot nur um einen Pfennig verteuert, ebenso nicht die Kartoffel und der Zucker. Alles das sei vollkommen ausgeschlossen. Das einzige, was bleibe, sei der Tabak und die Tabakbelastung. Die Tabaksteuer aber sei erträglich, sie werde ertragen, sie werde ohne Murren ertragen werden, davon sei er überzeugt.

Das sei die Auffassung, wie man sie sich vernünftigerweise über die Gesamtheit des Kompromisses machen müsse, wie es jetzt vorliege. Das sei die Auffassung, die von jedem im Volke, nach seiner festen Überzeugung, begriffen werde. Er habe das Zutrauen zu unserem Volke innerhalb und außerhalb der Schützengräben, daß es verstehe, in welcher Lage sich das Reich befindet. Er habe auch das Zutrauen, daß unser Volk, soweit es Steuern bezahlt, nicht immer nur das Reich sieht, sondern den großen Ausgleich, wie er durch die direkten Steuern in Staat und Kommunen herbeigeführt werde.

Wenn man das alles zusammennehme, werde niemand bestreiten können, daß bei diesen Steuern alles in allem genommen, die direkten Steuern den Löwenanteil tragen, und daß ein großer Teil der indirekten Steuer analog wirkt, wie die Besteuerung auf direktem Gebiet. Das Volk werde diese Auffassung verstehen, und billigen, und er würde es bedauern, wenn der Versuch gemacht würde, das Volk gegen die Steuervorlagen, die hier mit einer großen Majorität beschlossen werden, mobil zu machen.

Ein anderer Abg. sprach die Ansicht aus, die Verhandlungen im Ausschuß hätten keinen rechten Wert mehr, da die hinter der Vereinbarung stehenden Parteien entschlossen seien, daran festzuhalten und wesentliche Abänderungsanträge abzulehnen. Er enthalte sich daher der Kritik und behalte sich auch die Einbringung von Anträgen für die Vollversammlung vor. In den neuen Vorschlägen werde der Besitz sehr schonend

behandelt und die Nutznießer des Kriegs würden nur sanft angefaßt. Während man den Verkehr und Verbrauch dauernd schwer belasten wolle, mute man dem Besitz nur eine einmalige Abgabe zu. Nach seiner Meinung werde das Wort des Staatssekretärs, daß das Steuerzahlen eine patriotische Pflicht sei, bei den Besitzenden nicht wahr gemacht, umgekehrt bei den ärmeren Schichten mit voller Kraft angewendet. Er frage im übrigen, ob die Ansicht bestehe, die Steuervorlagen durch ein Mantelgesetz zu verbinden und als einheitliches Werk zu verabschieden. Der Gedanke verdiene Beachtung, weil dann die Anhänger der Vereinbarung vor dem Lande die ganze Verantwortung zu tragen haben würden.

Der Vertreter einer anderen Gruppe bekämpfte die Ansicht des Staatssekretärs des Reichsschatzamts, daß auch während des Kriegs sich eine deutliche Tendenz der Vermögensvermehrung gezeigt habe; diese Ansicht treffe für bestimmte Kreise des Volks gewiß zu, nicht aber für andere Schichten, z. B. den gewerblichen Mittelstand, die Arbeiter ohne Kriegslöhnung, viele Beamte und Privatbeamte, Pensionäre, besonders Altpensionäre, Witwen und Waisen. Fasse man deren Verhältnisse ins Auge, dann müsse man zur Überzeugung kommen, die jetzt begonnene Besteuerung des gleichbleibenden Vermögens müsse in Zukunft ausgebaut werden. Sei der Wehrbeitrag für jetzt gefallen, so werde er doch hoffentlich nach dem Krieg wiederkommen. Gerade die ihm nahestehenden Kreise seien immer für eine Belastung der starken Schultern eingetreten und bäten, diesen auch in Zukunft aufzuerlegen, was ihnen auferlegt werden könne und müsse. Aus solchen Erwägungen heraus erscheine ihm die Überschrift des Gesetzes, die in erster Lesung beschlossen wurde (Kriegssteuergesetz), unvollständig zu sein; besser sage man: Erstes Kriegssteuergesetz. Von einem besonderen Antrag auf Abänderung der Überschrift sah der Abg. ab.

Zwei Vertreter der nicht an der Vereinbarung beteiligten Minderheit des Ausschusses legten dar: Wenn der Staatssekretär die Meinung vertreten habe, während des Kriegs könnten keine grundsätzlichen Streitfragen entschieden werden, so sei das nur bedingt annehmbar. Auch sachlich seien die Ausführungen des Staatssekretärs gegen die nochmalige Erhebung des Wehrbeitrags, weil dieser nämlich keine Rücksicht auf die während des Kriegs beobachtete Vermögensverschiebung nehme, unhaltbar, denn der Ausschuß habe ausdrücklich beschlossen, den Wehrbeitrag auf Grund einer neuen Veranlagung Ende 1916 zu erheben. Der Vorschlag, einen fingierten Vermögenszuwachs zu besteuern, wobei man von der willkürlichen Annahme ausgehe, daß alle Vermögen sich während des Kriegs normalerweise um 10 v. H. vermindert hätten, stehe mit Ausführungen des Staatssekretärs, daß während des Kriegs, die Vermögensbildung eine steigende Tendenz gezeigt habe, in Widerspruch und könne nicht vor der Wiedererhebung des Wehrbeitrags bevorzugt werden. Im übrigen sei die vorgeschlagene Fassung des § 9 (Nr. 326, 6 Abs. 2) nicht klar; man solle mindestens das Wort „insoweit" vor dem letzten Teil des Satzes noch einmal wiederholen. Wenn der Staatssekretär des Reichsschatzamts ausgeführt habe, daß die verbündeten Regierungen ihre Zustimmung zu einer Vermehrung der direkten Steuern nur unter der Bedingung einer gleichzeitigen Vermehrung der indirekten Steuern gegeben hätten, so übersehe er dabei, daß diese Bedingung nur scheinbar gerecht sei: die indirekten Steuern würden nämlich als dauernde Lasten auf Verkehr und Verbrauch ruhen, während die direkten nur einmal erhoben werden sollten. Bedauerlich sei auch die Ausschaltung der ursprünglich geplanten und dann im Ausschuß noch weiter ausgearbeiteten Doppelbesteuerung, sofern es sich um Vermögensgewinn aus vermehrtem Einkommen handle; gerade diese Doppelbesteuerung, ein sehr gesunder Gedanke des Entwurfs, habe die Erfassung der eigentlichen Kriegsgewinne gewährleistet. Diese falle jetzt leider fort. Einer seiner Parteifreunde fügte dem noch hinzu, von Steuergesetzen, wie sie nach der Vereinbarung gestaltet würden, könne man keine Geschlossenheit im Volke erwarten, im Gegenteil seien sie geeignet, das Vertrauen schwer zu erschüttern, weil die neuen Steuern zum Teil schikanös seien, namentlich aber weil sie reiche Leute — die von ihrem Luxusver-

brauch steuern sollten — auch nicht annähernd so hart anfaßten, wie den armen Mann, der von seinem notwendigen Verbrauch zinsen müsse. Jede solche indirekte Steuer, besonders die geplante Umsatzsteuer, wirke mit einer Steigerung nach unten. Was die grundsätzliche Frage der Machtverteilung in Steuersachen angehe, so müsse nach seiner Ansicht darin die Volksvertretung der ausschlaggebende Faktor sein. Gerade in diesem Umkreis müsse das Parlament sein natürliches Übergewicht in der Weise gebrauchen, daß es als die Vertretung der Steuerzahler die letzte Entscheidung treffe. Seine Freunde hätten nicht die Absicht gehabt, die „Grenzsteine des Besteuerungsrechts" bei dieser Gelegenheit zu verschieben; aber die Annahme sei falsch, daß man die direkten Steuern den Einzelstaaten und Gemeinden überlasse, nur die indirekten dem Reiche vorbehalten müsse. Solche Grenzabsteckung kenne die Verfassung nicht. Selbstverständlich müßten auch Einzelstaaten und Gemeinden ihre Steuern haben, daraus folge jedoch nicht, daß das Reich nicht in das Gebiet der direkten Steuern eingreifen dürfe, weder in der Verfassung noch in irgendeinem „Prinzip" sei das festgelegt. Würden sich die verbündeten Regierungen an eine solche Vorstellung der Steuerverteilung anklammern, so würden sie damit doch den notwendigen und natürlichen Gang der Entwicklung nicht für alle Zeiten aufhalten können. Auch die Wiedererhebung des Wehrbeitrags habe zunächst keine grundsätzliche Bedeutung, denn es handle sich um eine bereits bestehende Steuer, die wieder oder weiter zu erheben kein Hindernis bestehe, auch nicht eine Bindung der verbündeten Regierungen. Eine solche Bindung, selbst wenn sie formel bestünde, was er bestreite, könne unter gänzlich veränderten Verhältnissen keine Kraft behalten.

Die sachlichen Ausführungen des Staatssekretärs gegen den Wehrbeitrag seien unhaltbar. Eine Verschiebung der Vermögen solle danach in einer so ausgedehnter Weise vorgekommen sein, daß man den Wehrbeitrag nicht erneut erheben könne. Demgegenüber weise er nochmals darauf hin, daß der Wehrbeitrag ja nach der neuen Bestandsaufnahme des Vermögens am Schluß dieses Jahres erhoben werden sollte. Dabei würde ja allen Verschiebungen Rechnung getragen. Der Staatssekretär habe aber auch später ausgeführt, daß im allgemeinen geradezu von einem Vermögenszuwachs gesprochen werden könne. Damit habe der Staatssekretär selbst das ganze Fundament seiner Ausführungen zusammengeschlagen. Richtig sei, daß das Vermögen sich sehr ungleichmäßig vermehrt habe, große Gewinne großen Verlusten gegenüber ständen, aber darauf würde ja bei der nächsten Veranlagung Rücksicht genommen werden. Diese Ungleichmäßigkeit bedeute aber zugleich auch die schärfste Verurteilung einer indirekten Besteuerung, die nach Ungleichheit nicht frage.

Diese Punkte mögen genügen, um seine Ausführungen zu begründen. Im Plenum werden seine politischen Freunde noch mehr zu sagen haben.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erwiderte hierauf:

Er möchte ein Mißverständnis richtig stellen, das dem Vorredner untergelaufen sei. Wenn er ausgeführt habe, daß die Vermögen im ganzen nicht abgenommen, sondern eher zugenommen haben, so seien darin auch die großen Vermögenszuwüchse enthalten, die an einzelnen Stellen entstanden seien. Wenn man übrigens annehme, daß nur in einzelnen Ausnahmefällen die Vermögen sich vermindert haben, so spreche das dafür, daß diese verminderten Vermögen ohne allzu große Schädigung des Fiskus von der Steuer ausgenommen werden können.

Was die Titeländerung betreffe, so habe er gewisse Bedenken. Man könnte aus der Bezeichnung „Erstes Kriegssteuergesetz" schließen, daß man den Wunsch habe, daß der Krieg noch lange dauern möge.

Die Diskussion wird geschlossen.

Antrag Nr. 326 Ziffer 1 der Kommissions-Drucksachen wird angenommen.

Zu § 2 hatte ein Abg. folgenden Antrag eingebracht:

Nr. 327. Die Kommission wolle beschließen:

dem § 2 des Kriegssteuergesetzes folgende Abs. 2 und 3 hinzuzufügen:

Der Wert der Aktien, Kuxe, Anteile an einer Bergwerksgesellschaft sowie einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung wird am Sitze der Gesellschaft von dem Vorstand festgesetzt. Der Wert ist im „Reichsanzeiger" bekanntzumachen.

Wird der von dem Vorstand festgesetzte Wert von der Steuerbehörde beanstandet und infolge des Beanstandung der Wert rechtskräftig anderweit festgesetzt, so ist auch dieser Wert im „Reichsanzeiger" bekanntzumachen.

Zur Begründung dieses Antrags führte der Antragst. aus, § 35 des WehrbeitragG. bestimme, daß die Landesregierungen die Stellen zu bezeichnen haben, die den Wehrbeitrag veranlagen und festsetzen sollen. Da ausnahmslos dazu die lokalen Steuerbehörden bestellt worden seien und da das gleiche sich bei der Besitzsteuer und der Kriegssteuer wiederhole, so müßten sich mindestens 700 Steuerbehörden mit dem Gegenstand befassen. Dadurch entstehe nicht nur eine Fülle von unnützer Arbeit, sondern auch die Gefahr ungleichmäßiger Bewertung von Industriepapieren, was angesichts des Umstandes, daß der Besitz von Aktien und von Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der Bevölkerung weit verbreitet sei, erhebliche Unzuträglichkeiten mit sich bringe. Nach den Bestimmungen des WehrbeitragG. und des BesitzsteuerG. sei bei Aktien ohne Börsenkurs, bei Kuxen usw. der Verkaufspreis der Veranlagung zugrunde zu legen; wo ein solcher Wert nicht ermittelt werden könne, solle ihn die Steuerbehörde feststellen. Jeder Sachkenner wisse, daß das für Steuerbehörden, die sich nicht am Sitz der Gesellschaft befinden, eine unmögliche Aufgabe sei. Bei Aktien mit Börsenkurs bestimme § 18 des WehrbeitragG. und § 34 des BesitzsteuerG., daß sie nach der Börsennotiz zur Steuer veranlagt werden. Auch diese Vorschrift sei nicht einwandfrei, weil sich der Kurs nicht immer nach dem inneren Wert der Papiere, sondern nach dem zufälligen Angebot und der Nachfrage richte. Überdies seien die Notierungsgrundsätze an den verschiedenen Börsen verschieden. Aus alledem ergebe sich eine ganz ungleichmäßige Behandlung der Wertpapiere, was auch der Staatssekretär des Reichsschatzamts anerkannt habe. Wenn er indessen gemeint habe, man könne die Regelung den Ausführungsbestimmungen oder einem späteren Gesetze vorbehalten, so sei das kaum zu vertreten, denn der Umfang der Besteuerung könne nur durch das Gesetz selbst festgesetzt werden. An diesem Grundsatz müsse man um so mehr festhalten, weil unzweifelhaft die Banken oft ein Interesse daran hätten, daß die Kurse zu einer gegebenen Zeit sich höher oder niedriger gestalten. Da man nicht wisse, wann die Börsen wieder geöffnet würden, und da man bei der Veranlagung des Wehrbeitrags beim Fehlen eines Börsenkurses am 31. Dezember 1913 von dem zuletzt notierten Kurs ausgegangen sei, so habe man im Ausschuß daraus den Schluß gezogen, auch bei der Kriegssteuer müsse unter Umständen der zuletzt notierte Kurs zugrunde gelegt werden. Zwar habe der Staatssekretär des Reichsschatzamts dagegen Widerspruch erhoben, aber nicht angegeben, welcher Kurs nun wirklich zugrunde gelegt werden müsse. Daß darüber weitgehende Meinungsverschiedenheiten bestünden, ergebe eine Entscheidung des OLG. Stettin, wonach Aktien, die einem Fideikommißfonds noch in der letzten Zeit zugeführt worden seien, nach dem letzten offizieller Börsenkurs vom Juli 1914 eingestellt werden mußten. Die Vertröstung darauf, daß die Börsenausschüsse von den Steuerbehörden bei der Bewertung der Aktien usw. gehört werden sollten, ziehe nicht, denn es gebe solche Ausschüsse im Kriege nicht. Und ebensowenig könne er sich mit der Verweisung auf das Eingreifen des Bundesrats befriedigt erklären, weil dort die Entscheidung schließlich in die Hände weniger Referenten gelegt werde. Somit sei es notwendig, schon in diesem Gesetz entsprechende Vorsorge zu treffen, wie sie der Antrag Nr. 327 K.-D. vorsehe.

Der Vertreter einer anderen Partei stimmte dem Grundgedanken des Antrags zu, hielt ihn aber nicht für praktisch. Nur eine Änderung des BesitzsteuerG. könne eine gründliche Klärung der Sache bringen. Da die Regierung durch die Ausführungsbest. notwendige Abhilfe schaffen könne, halte er ein Notgesetz für unnötig.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erwiderte auf diese Ausführungen: Er fürchte, daß auf dem Boden des Antrags Nr. 327 die Sache sich nicht regeln lasse, obwohl er durchaus anerkenne, daß gewisse Härten und Schwierigkeiten entstehen könnten. Aber einmal möchte er darauf aufmerksam machen, daß so, wie das Gesetz heute gehe und stehe, eine Änderung gegenüber der bisherigen Praxis überhaupt nicht vorgesehen sei und daß jede Änderung auch nach rückwärts ihre Wirkung ausüben müsse. Der Vermögenszuwachs ergebe sich durch die Vergleichung des für den 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögens mit dem für einen früheren Zeitpunkt festgestellten Vermögen. Es gehe nun doch nicht an, daß die beiden Vermögen, die miteinander verglichen werden sollten, nach verschiedenen Grundsätzen ermittelt werden. Unter Umständen müßte also für drei Jahre zurück nach dem anderen Modus, den der Antrag Nr. 327 vorschlage, nachträglich die Feststellung des Wertes der einzelnen Aktien und Gesellschaftsanteile am 31. Dezember 1913 vorgenommen werden und das würde doch eine große Verwirrung zur Folge haben. Diese Verwirrung würde um so größer werden, wenn der Antrag Nr. 327 den Bewertungsmaßstab nur für die Kriegssteuer ändere, während es für das BesitzsteuerG. beim alten bleibe. Denn dieses werde durch seinen Antrag nicht geändert. Auch die VermögenssteuerG. der Einzelstaaten, insbesondere das preußische ErgänzungssteuerG., haben dieselben Bewertungsgrundsätze wie das BesitzsteuerG. Er fürchte, es werde der Antrag erhebliche Unzuträglichkeiten hervorrufen. Außerdem glaube er, daß sich heute noch gar nicht übersehen lasse, wie die Dinge am 31. Dez. 16 ständen. Er habe in der ersten Lesung erklärt, wenn man bis dahin Frieden habe und die Börsen wieder eröffnet seien, so sehe er eigentlich einen genügenden Grund für die Abweichung von den bisherigen Normen nicht ein. Es werde auf alle Fälle so verfahren, wie es das BesitzsteuerG. und die einzelstaatlichen VermögenssteuerG. vorschreiben. Bei denjenigen Papieren, die einen Börsenkurs haben, werde also der Kurswert zugrunde gelegt, genau so wie bei Waren der Wert, den sie auf dem Markte haben. Der Antragsteller meine, im Kurswerte komme nicht immer zum Ausdruck der wirkliche Wert, den kenne nur der Gesellschaftsleiter. Er gebe zu, daß dieser einen klareren Blick haben möge wie die Börse. Aber er möchte bestreiten, daß die Unzuträglichkeiten, die aus der Differenz zwischen der Bewertung des Geschäftsleiters und dem Börsenkurse oder aus der Abweichung des Börsenkurses vom wirklichen Werte hervorgehen könnten, sehr erheblich und allgemeiner Natur seien. Wenn jemand glaube, daß der Börsenkurs für die Papiere, die er besitze, zu hoch sei, habe er die Möglichkeit, den Kurswert an der Börse zu realisieren, im allgemeinen wenigstens, wenn nicht besondere Verhältnisse vorlägen, so daß da von selbst die Korrektur herbeigeführt werden könne. Jedenfalls könne man nicht sagen, daß das Gesetz wichtige Punkte, die einer Regelung bedürfen, in der Schwebe lasse. Man belasse es vielmehr heute nur bei den für den Wehrbeitrag, die Besitzsteuer und die einzelstaatlichen Vermögenssteuern geltenden Normen in der Überzeugung, daß man, ehe man an eine Änderung herangehe, abwarten müsse, wie die Verhältnisse sich entwickeln. Trete keine Änderung ein, so werde dieses Gesetz keine lex imperfecta sein, sondern das Ges. sei in sich vollkommen geschlossen. Wenn keine Änderung vorgenommen werde, geschehe die Veranlagung genau nach den Vorschriften des BesitzsteuerG. Lediglich dann, wenn bis zum 31. Dez. 16 Verhältnisse bestehen sollten oder man im Herbste voraussehen sollte, daß die Anwendung des BesitzsteuerG. sich nicht ermöglichen lasse, werde man notgedrungen zu einer weiteren Regelung greifen müssen. Er möchte bitten, diese Gesichtspunkte in Erwägung zu ziehen und sich davon zu überzeugen, daß die beantragte Vorschrift ohne große Unzuträglichkeiten nicht in den Entwurf aufgenommen werden könne.

Der Antragsteller zu Nr. 327 zog darauf den Antrag zurück.

Der § 2 wurde mit der aus dem Antrag Nr. 326, 4 b sich ergebenden Änderung angenommen.

§ 8. Bei der Erörterung zu § 3 kam ein Abg. noch einmal auf die Frage der steuerlichen Behandlung des ausländischen Grund- und Betriebsvermögens zurück. Beim

WehrbeitragG. und beim BesitzsteuerG. sei das im Ausland angelegte Grund- und Betriebsvermögen dem steuerbaren Vermögen nicht zugerechnet worden. Aus dieser Erleichterung könne jetzt, wo viele Kaufleute genötigt seien, ihre Unternehmungen in feindlichen Ländern zu liquidieren, eine große Härte entstehen. Denn obschon sie starke Verluste an ihrem Besitz zu verzeichnen hätten, müßten sie dennoch das aus dem Ausland hereingebrachte Vermögen in Deutschland als Vermögenszuwachs versteuern. Die Absicht des Reichstags sei das nicht gewesen, und er wünsche, daß der Bundesrat im Wege der Ausführungsbest. auch ohne Änderung des BesitzsteuerG. solche Härten beseitige. Mindestens müßten erleichternde Bestimmungen für die Kriegszeit und die Zeit kurz nach dem Kriege getroffen werden.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erwiderte folgendes:

Eine Zusage in dem allgemeinen Umfange, wie sie der Abg. wünsche, könne er allerdings nicht geben. Man habe mehrere Fälle zu unterscheiden. Einmal den Fall, daß jemand einen Vermögenszuwachs dadurch erlangt habe, daß er ausländisches Grund- oder Betriebsvermögen in das Inland hereingebracht habe. Hier bestimme der Entw., daß ein solcher Vermögenszuwachs der Kriegssteuer nicht unterliegen solle. Damit sei also, was die Kriegssteuer anbelange, durch eine gesetzliche Regelung den berechtigten Interessen der Beteiligten Rechnung getragen. Allerdings unterliege ein solcher Zuwachs auch der Besitzsteuer. Nun könne es noch weiter vorkommen, daß jemand ausländisches Vermögen nur zum Teil habe retten und in das Inland verbringen können, einen erheblichen Teil dieses Vermögens aber verloren habe. Soweit dieses Vermögen durch Verbringung ins Inland gerettet worden sei, könne es als besitzsteuerpflichtiger Zuwachs erscheinen. Aber auch ohne Verbringung von ausländischem Grund- und Betriebsvermögen ins Inland könne das steuerbare Vermögen sich vermehrt haben oder doch intakt geblieben sein und es würden die Verluste, die an dem im Ausland und auch in den deutschen Schutzgebieten befindlichen Vermögen eingetreten sind, nach Lage des Gesetzes nicht berücksichtigt werden können.

Der Bundesrat könne nicht allgemein anordnen, daß ein Vermögenszuwachs, welcher nach dem Gesetze der Besitzsteuer unterliege, steuerfrei bleiben solle, denn eine solche Anordnung würde eine Änderung des Gesetzes bedeuten. Dazu sei der Bundesrat aber nicht befugt und mit einem solchen Schritte würde sich auch der Reichstag nicht einverstanden erklären können. Er gäbe aber zu, daß in einzelnen Fällen die Besitzsteuerpflicht für ein Vermögen, das vom Ausland ins Inland gerettet worden sei, oder die Nichtberücksichtigung von Verlusten, die jemand an seinem ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen erlitten habe, insbesondere gerade im Hinblick auf die Kriegsverhältnisse zu einer Härte führen könnte. Wenn im Einzelfalle erhebliche Härten anzuerkennen seien, da wolle er die Zusage geben, daß die Reichsfinanzverwaltung beim Bundesrat für die Beseitigung solcher Härten im Wege des Billigkeitserlasses eintreten würde. Mehr könne er nicht zusagen, aber diese Zusage werde wohl auch genügen.

Nachdem am Schlusse der ersten Lesung der auf einen Ausbau der Erbschaftssteuer abzielende Antrag Nr. 234, 3 abgelehnt worden war, wurde der Gedanke, die Erbschaften, soweit es sich nicht um solche der nächsten Angehörigen handelt, der Kriegssteuer zu unterwerfen, durch den Antrag Nr. 330 K.-D. aufgegriffen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Nr. 330: Die Kommission wolle beschließen:

im § 3 Abs. 1 Ziff. 1 nach den Worten „erworben ist" anzufügen: „ , soweit ein solcher Vermögensbetrag an Abkömmlinge ersten und zweiten Grades, an Ehegatten, leibliche Eltern, sowie voll- und halbbürtige Geschwister fällt".

Die Vertreter der antragstellenden Partei führten aus, der Antrag Nr. 330 trage dem in der ersten Lesung bei der Beratung des Antrags Nr. 234, 3 geäußerten Bedenken, man könne in ein Gesetz über eine einmalige Abgabe keine dauernde Steuer einfügen, Rechnung. Der Antrag Nr. 330 wolle den Vermögenszuwachs auch in den zahlreichen Fällen besteuern, in denen er infolge des Krieges ganz unerwartet

gekommen sei. Wie in der ersten Lesung, so halte die Partei auch jetzt an dem Gedanken fest, daß der Nachlaß von Männern, die im Felde für ihr Vaterland gestorben seien, der Kriegssteuer nicht unterworfen werden solle, wenn er an nahe Verwandte falle. Es gäbe aber auch andere Erbschaftsfälle, bei denen man mit Fug sagen könne, daß sie ganz überraschender Gewinn seien. Solche Erbschaftsfälle müßten besteuert werden, und das Reich habe nur jetzt die Möglichkeit, den Gedanken auch auszuführen, da einem ErbschaftssteuerG. eine rückwirkende Kraft nicht beigelegt werden könne. Ein anderer Antragst. ergänzte diese Ausführungen, indem er darlegte, die im Entw. vorgesehene Ausnahme habe nur dort eine Berechtigung, wo der Krieg in den engsten Familienkreis Trauer gebracht habe. Man dürfe aber nicht übersehen, daß es auch lachende Kriegserben gebe, und deshalb passe der Antrag sehr wohl in das Gefüge des Gesetzes. Die sachlichen Ausführungen dagegen träfen nicht zu, denn gewisse Härten könnten sich auch aus der Besteuerung des sonstigen Kriegsgewinns ergeben. Die als Schreckbild angeführten Höchstsätze der Besteuerung kommen ja nur in ganz wenigen Fällen in Frage, in der Regel nur da, wo die Regierungsvorlagen von 1908 und 1913 über das Erbrecht des Reichs die vollständige Konfiskation der Nachlässe vorgesehen hätten, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß kein Testament vorlag. In den meisten Fällen werde aber auch bei den Kriegserbschaften für die entfernten Verwandten kein Testament vorgesehen sein. Der Antrag sei daher sachlich gerechtfertigt und werde durch einen Hinweis auf englische Steuerverhältnisse wirkungsvoll unterstützt.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts machte folgende Ausführungen: Man könne die Steuerpflicht nicht danach abstufen und einrichten, ob jemand lacht oder weint. Die Kommission habe in der ersten Lesung den Erbschaftssteuerantrag abgelehnt, nun solle er wieder auf einem Umweg in den Entwurf hineingebracht werden. Allerdings wolle man die näheren Verwandten ausnehmen. Er dürfe aber doch darauf aufmerksam machen, daß die Erbschaften der entfernteren Verwandten jetzt schon mit ganz erheblichen Steuern getroffen werden. Das ReichserbschaftssteuerG. gelange zu Sätzen bis zu 30 Prozent. Einschließlich der Besitzsteuer komme man zu einem Höchstsatz von 32,05 Prozent. Außerdem erheben manche Einzelstaaten noch Zuschläge. Wenn hierzu noch die Kriegssteuer mit den vorgesehenen hohen Sätzen trete, so würde das für viele Fälle eine Konfiskation fast der ganzen Erbschaft bedeuten. Abgesehen von allen grundsätzlichen Erwägungen, wolle er sich darauf beschränken, auf die volkswirtschaftlichen Schädigungen hinzuweisen, die gerade auch während des Krieges mit einer solchen Konfiskation verbunden sein würden. Man dürfe hierbei nicht allein die Personen im Auge haben, sondern auch die Betriebseinheiten, die wirtschaftlich eine große Rolle spielen. Solche Betriebseinheiten jetzt während des Krieges zu zerstören, müßte von verderblichen Folgen für die gesamte Volkswirtschaft sein.

§ 3 wurde unverändert in der Fassung der ersten Lesung angenommen.

§ 4 wurde ebenfalls unverändert in der Fassung der ersten Lesung angenommen.

§ 5. Antrag Nr. 326, 3 forderte mit einer Datumsänderung die Wiederherstellung des Abs. 3 der Regierungsvorlage (Künstlerparagraph). Ein Abg. machte darauf aufmerksam, daß in letzter Zeit Bilder lebender Künstler tatsächlich mit der Absicht der Steuerhinterziehung angekauft worden seien. Bei aller Sympathie mit dem Grundgedanken des Entw. und des Antrags Nr. 326, 3 sei doch zu erwägen, ob es nicht möglich sei, noch vor der endgültigen Gestaltung des Ges. Vorsorge gegen den Mißbrauch der Bestimmung zu treffen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts meinte, daß es kaum möglich sei, wenn man den Grundgedanken des Abs. 3 wirksam werden lassen wolle, eine solche Bestimmung gegen den Mißbrauch zu finden.

Mit der Änderung, daß im § 5 Abs. 3 das Wort „Künstler" hinter dem Worte „deutscher" gestrichen wurde, wurde alsdann § 5 gemäß Antrag Nr. 326, 3 angenommen.

Ebenso wurden § 6 und gemäß dem Antrag Nr. 326, 4 § 6a angenommen.

§ 7. Bei der Beratung des § 7 und des dazu gehörenden Antrags Nr. 326, 5 bedauerte ein Abg., daß die Grenze des steuerpflichtigen Vermögens mit 10000 M. so sehr hoch angesetzt sei. Es würden dadurch eine Menge von durchaus leistungsfähigen Zensiten von der Steuer ganz frei bleiben und überdies ergebe sich der unerwünschte Zustand, daß bei dem Überschreiten der vorgesehenen Vermögensgrenzen die Besteuerung sofort mit kräftigen Sätzen einsetze, so daß ein Zensit, der vielleicht nur einen um 1000 M. höheren Zuwachs habe als ein anderer, der innerhalb der Grenzen bleibe, wegen dieser Differenz von nur 1000 M. hoch belastet werde, während der andere frei bleibe oder nur eine verhältnismäßig viel geringere Abgabe zu zahlen habe. Auch andere Abg. wiesen auf diesen Zustand hin, und der Staatssekretär gab zu, daß gewisse Unebenheiten vorhanden, aber, wenn man zur Schonung kleinerer Vermögen derartige Grenzen ziehe, unvermeidlich seien.

Antrag Nr. 326, 5 wurde angenommen. Damit fiel § 8 der Vorlage.

§ 9. Zu § 9 lag der Antrag Nr. 328 K.-D. mit folgendem Wortlaut vor:

Nr. 328. Die Kommission wolle beschließen:

§ 9.

Die Abgabe beträgt in Hundertteilen des Vermögenszuwachses:

	Wenn das Vermögen am Beginn des Veranlagungszeitraums betrug:									
	weniger als 50000 ℳ	50000 bis 100000 ℳ	100000 bis 200000 ℳ	200000 bis 300000 ℳ	300000 bis 400000 ℳ	400000 bis 500000 ℳ	500000 bis 700000 ℳ	700000 bis 1 000 000 ℳ	1 000 000 bis 2 000 000 ℳ	mehr als 2 000 000 ℳ
von den ersten 10000 ℳ der Vermögenszuwachses	5	10	15	20	25	30	35	40	45	50
von den nächsten angefangenen oder vollen 10000 ℳ . .	10	15	20	25	30	35	40	45	50	50
von den nächsten angefangenen oder vollen 10000 ℳ . .	15	20	25	30	35	40	45	50	50	50
von den nächsten angefangenen oder vollen 20000 ℳ . .	20	25	30	35	40	45	50	50	50	50
von den nächsten angefangenen oder vollen 50000 ℳ . .	25	30	35	40	45	50	50	50	50	50
von den nächsten angefangenen oder vollen 100000 ℳ . .	30	35	40	45	50	50	50	50	50	50
von den nächsten angefangenen oder vollen 200000 ℳ . .	35	40	45	50	50	50	50	50	50	50
von den nächsten angefangenen oder vollen 300000 ℳ . .	40	45	50	50	50	50	50	50	50	50
von den nächsten angefangenen oder vollen 300000 ℳ . .	45	50	50	50	50	50	50	50	50	50
von den weiteren Beträgen	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50

Der Antrag will für die Besteuerung des Vermögenszuwachses nicht nur die absolute Höhe des Zuwachses, sondern auch sein Verhältnis zu dem Vermögen berücksichtigen, das der Zensit am Beginn des Veranlagungszeitraums bereits besaß.

Eine ähnliche Tendenz hat der von denselben Antragst. herrührende Antrag Nr. 331, 2 zu § 9 Nr. 2 mit folgendem Wortlaut:

Nr. 331, 2: Die Kommission wolle beschließen:

in dem Antrag Nr. 326 zu § 9 unter Ziffer 2 statt „1 vom Hundert" zu setzen.

1 vom Hundert, sofern das Vermögen am 31. Dezember 1913 weniger als 100000 Mark betrug,

1½ vom Hundert, sofern das Vermögen am 31. Dezember 1913 weniger als 100000 bis 200000 Mark betrug,

2 vom Hundert, sofern das Vermögen am 31. Dezember 1913 weniger als 200000 bis 500000 Mark betrug,

2½ vom Hundert, sofern das Vermögen am 31. Dezember 1913 weniger als 500000 bis 1000000 Mark betrug,

3 vom Hundert, sofern das Vermögen am 31. Dezember 1913 weniger als 1000000 bis 2000000 Mark betrug,

3½ vom Hundert, sofern das Vermögen am 31. Dezember 1913 weniger als 2000000 bis 5000000 Mark betrug,

4 vom Hundert, sofern das Vermögen am 31. Dezember 1913 mehr als 5000000 Mark betrug.

Zur Begründung führte der Antragst. aus, daß der Vereinbarungsantrag Nr. 326, 6 die besondere Besteuerung des Mehreink. sowohl in der Form des ursprünglichen Entwurfs wie auch in der ersten Lesung austilge. Seine Freunde bedauerten das. Da indessen eine Wiederherstellung des ursprünglichen Gedankens aussichtslos sei, so stellten sie sich auf den Boden des Vereinbarungsantrags, wünschten aber, bei der Steigerung der Steuersätze den Vermögensstand des Zensiten berücksichtigt zu sehen. Die innere Berechtigung ihres Vorschlags sei ganz unangreifbar. Dasselbe gelte von ihrem Antrag Nr. 331. Antrag Nr. 326 beschränke sich darauf, eine Abgabe von solchen Vermögen zu erheben, die während des Krieges nicht um 10 Prozent oder mehr abgenommen hätten. Gestalte man eine solche Abgabe ganz gleichmäßig aus, dann wirke sie mit einer Progression nach unten. Das sei um so unerträglicher, als im übrigen die Komm. und die verbündeten Regierungen sich schützend vor den Besitz stellten. Die vorgeschlagenen Verbesserungen schafften wenigstens einigen Ungerechtigkeiten Abhilfe und seien schon aus dem Grunde empfehlenswert, weil alle Besitzenden nie vergessen sollten, welche Opfer das ganze Volk, namentlich aber auch die breiten Massen, bringen müßten, um den Besitz vor Schmälerung und Zerstörung zu bewahren.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erwiderte darauf, er halte eine progressive Vermögenssteuer, wie sie die beiden Anträge darstellten, für bedenklich. Dem ursprünglichen Gedanken einer Steuer auf die Kriegsgewinne im engeren Sinne würde es näherliegen, wenn umgekehrt die Abgabe vom Vermögenszuwachs nach dem Verhältnisse des Zuwachses zum Stammvermögen abgestuft werden würde. Das habe man aber abgelehnt, und es treffe doch wohl die Regierungsvorlage die richtige Mitte.

Die Anträge Nr. 328 und Nr. 331 wurden abgelehnt.

Im Antrag Nr. 326, 6 Ziffer 2 Abs. 1 wurden hinter dem Worte „und" die Worte eingefügt „insoweit es". Mit dieser Änderung wurde § 9 in der Fassung des Antrags Nr. 326, 6 angenommen.

Von § 9a bis §§ 44 wurde der Entw. mit den aus der Annahme des Antrags Nr. 326, 7 bis 26 sich ergebenden Änderungen angenommen. Lediglich redaktionell waren außerdem noch im § 23 die Verweisungen auf das SicherungsG. zu ersetzen durch die Verweisungen auf § 21 und auf § 21d Abs. 1 der Vorlage. Der Gedanke, der dem in 1. Lesung angenommenen Antrag Nr. 263 zugrunde liegt, wurde in der Form einer Resolution aufgegriffen — Nr. 329 K.-D. — mit folgendem Wortlaut:

> den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den Bundesstaaten darauf hinzuwirken, daß der Vorsitz in den Steuerämtern finanz- und steuertechnisch besonders vorgebildeten Beamten im Hauptamt übertragen wird.

Der Ausschuß stimmte dieser Resolution zu.

Literatur.

Umfassende Übersicht bei Hausmann, BankA. 15 216ff. Daran anschließend sind hervorzuheben: Bing, Das Kriegssteuergesetz nach den Beschlüssen der Haushaltkommission des Reichstages in erster Lesung, JW. 16 716. — Buck, Kommentar zum Kriegssteuergesetz, 1916. — Crecelius, Der Kriegsgewinnsteuerentwurf, GenossBl. 16 197. — Derselbe, Die neuen Steuern, GenossBl. 16 423ff., 448ff. — Dove, Zum Entwurf eines Kriegsvermögenszuwachssteuergesetzes, BankA. 15 210. — v. Eheberg, Die Kriegsfinanzen, 1916. — Flechtheim, Die stillen Reserven und der Entwurf eines Kriegsgewinnsteuergesetzes, BankA. 15 243. — Freymuth, Kriegsrecht und Kriegssteuern, 1916. — Hallbauer, Zivilrechtliche Fragen aus dem Gebiet der Kriegssteuergesetzgebung, JW. 16 1240. — Heilbrunn, Die Reichssteuern nach Besitzsteuergesetz und Kriegssteuergesetz, HoldheimsMSchr. 16 157ff. — Hirschfeld, Leitfaden zum Kriegssteuergesetz, 1916. — Hoeniger, Zur Technik des Kriegsgewinnsteuergesetzentwurfs, DNotV. 16 253. — Koppe-Barnhagen, Kriegssteuergesetz (2) 1916. — Lindemann, Kriegsgewinnsteuer, Recht 16 131. — Derselbe, Zur Veranlagung der Besitzsteuer und außerordentlichen Kriegsabgabe, PrVerwBl. 38 1. — Marcuse, Das Kriegssteuergesetz, JW. 16 1150ff. — Merkel, Kriegssteuergesetz, 1916. — Moll, Der Entwurf eines Kriegsgewinnsteuergesetzes, PrVerwBl. 37 359, 430. — Moesle, Die außerordentliche Kriegsabgabe, DJZ. 16 748ff. — Mrozek, Direkte Kriegssteuern, 1916. — Norden-Friedländer, Kriegssteuergesetz, 1916. — Rheinstrom-Blum, Kriegssteuergesetz, 1916. — Sintenis, Zum Entwurf des Kriegsgewinnsteuergesetzes, BankA. 15 229. — Derselbe, Die Bewertung des Kapitalvermögens zum Zwecke der Besitz- und Kriegssteuer-Veranlagung, BankA. 16 81. — Stier-Somlo, Kriegssteuergesetz, 1916. — Strutz, Die Besteuerung der Kriegsgewinne, 1916. — Walb, Kriegssteuern und Bilanzen (2) 1916. — Waldecker, Besitz- und Kriegssteuer für Einzelpersonen, GesuR. 17 673. — Weinbach, Die neuen Reichssteuern des Jahres 1916, PrVerwBl. 37 627ff., 645ff. — Wilm, Kriegssteuergesetz, 1916. — Frhr. v. Zedlitz und Neukirch, Die Kriegssteuer, Am Grund und Boden, 1916, 89ff. — Zimmermann, Kriegssteuergesetz, 1916.

Steuerpflicht der Einzelpersonen.

§ 1.

Subjektive Steuerpflicht.

1. Stier-Somlo a. a. O. 39. Erfaßt werden sollte der Vermögenszuwachs, der während des Krieges erreicht wurde, nicht nur der, der durch den Krieg entstanden ist. Hierbei mußte es ferner ununterschieden bleiben, ob Kriegsgewinne durch mühsame Erwerbsarbeit oder auch ohne jede eigene Tätigkeit erzielt waren, so durch den bloßen Besitz gewisser Vermögensgegenstände, z. B. inländischer oder ausländischer Industriepapiere. Mit Recht hat die Reichsregierung betont, es könne an solchen Gewinnen der Gesetzgeber nicht vorbeigehen, wenn die Gewinne von Unternehmern in Industrie- und Landwirtschaft, die volkswirtschaftlich verdienstvolle Arbeit und recht eigentlich Kriegshilfe geleistet haben, besteuert werden sollen.

2. Stier-Somlo a. a. O. 40. Nach der Regelung des Gesetzes ist nicht mehr die während und trotz des Krieges gesteigerte Leistungsfähigkeit in Frage, sondern die Leistungsfähigkeit des Besitzes überhaupt, mag er sich auch vermindert haben; er wird ergriffen, wenn er 90 v. H. des für den Beginn des Veranlagungszeitraumes festgestellten Vermögens übersteigt (§ 9 Nr. 2).

3. Stier-Somlo a. a. O. 49. Der § 11 BesitzStG. enthält nicht nur die Angabe der steuerpflichtigen Einzelpersonen, sondern auch eine Antwort darauf, womit sie steuerpflichtig sind, also den Umfang der subjektiven Steuerpflicht. Die Angehörigen des Deutschen Reichs sowie die Ausländer, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes einen dauernden Aufenthalt haben, sind unbedingt abgabepflichtig „mit dem Zuwachs an dem gesamten steuerbaren Vermögen". Da aber nicht nur der Vermögenszuwachs, sondern nach §§ 1, 9 Nr. 2 auch das nicht gewachsene Vermögen, insoweit es 90 v. H. des für den Beginn des Veranlagungszeitraums festgestellten Vermögens übersteigt und insoweit es weder der Besitzsteuer noch der durch Vermögenszuwachs bedingten außerordentlichen Kriegsabgabe unterliegt, ist auch dieses um nicht mehr als 10 v. H. verminderte ganze Vermögen abgabepflichtig.

4. Stier-Somlo a. a. O. 52. Da § 1 KStG. nur auf „die im § 11 BesitzStG. be-

zeichneten Personen" Bezug nimmt, ist anzunehmen, daß Abs. 2 des § 11 BesitzStG., wonach der Reichskanzler zum Zwecke der Vermeidung einer Doppelbesteuerung oder der Anwendung eines Vergeltungsrechts gegenüber außerdeutschen Staaten mit Zustimmung des Bundesrats Anordnungen treffen kann, die von den Vorschriften über die Steuerpflicht der Reichsangehörigen und derjenigen Ausländer, die im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt haben und auch vom § 5 BesitzStG. abweichen, keine Geltung hat.

5. Mrozek a. a. O. 114. Das Erleben des Stichtags begründet für die im § 1 aufgeführten Personen, ihre Abgabepflicht und ihre Abgabeschuld in dem durch das Kriegssteuergesetz vorgeschriebenen Umfange. Die Abgabeschuld wird also nicht erst durch die Veranlagung begründet, vielmehr wirkt diese nur deklaratorisch, nicht konstitutiv. Nur die Zahlungspflicht des von ihr Betroffenen tritt erst mit der Fälligkeit der Schuld ein, das ist keinesfalls vor der Zustellung des Veranlagungsschreibens an den zur Zahlung Verpflichteten (§ 31; vgl. auch Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern Heft 47, 12). Stirbt der Steuerpflichtige, so geht seine Abgabeschuld, mag sie nach obigem bereits durch Veranlagungsbeschluß festgestellt sein oder nicht, als Nachlaßverbindlichkeit auf die Erben über; die Zuständigkeit der Veranlagungskommission wird durch den Tod des Abgabepflichtigen nicht berührt (OVG. 24. März 1916).

Objektive Steuerpflicht.

§ 2.

Grundsatz.

1. Stier-Somlo a. a. O. 56. Die Verweisung auf §§ 3 bis 7 ist nicht vollständig, da § 39 den § 20 BesitzStG. geändert hat.

2. Stier-Somlo a. a. O. 57. Dem Wortlaut des § 2 würde es entsprechen, daß nur der „Feststellung des Vermögenszuwachses, Veranlagungs- und Erhebungszeitraum" überschriebene Abschnitt des BesitzStG. in Frage käme, also dessen §§ 18—24, diese aber vollständig. Dies kann aber nicht richtig sein, weil diese letzterwähnten Vorschriften zum Teil von anderen Voraussetzungen ausgehen, als das KStG., insbesondere nicht nur die Zeit vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1916, nicht nur eine einmalige außerordentliche Kriegsabgabe betreffen, sondern darüber hinaus einen Veranlagungszeitraum von je drei Jahren vorsehen; es können also die §§ 18—24 nicht restlos in Frage kommen. Es geht aber Sintenis, BankA. 16 229 andererseits zu weit, der jene Vorschriften überhaupt nicht unter den für das KStG. maßgebenden anführt. Es wäre unzutreffend, jene Bestimmungen außer Anwendung zu lassen, wenn auch bei ihrer Anwendung besondere Vorsicht geboten ist. Es wäre aber auch nicht zutreffend, anzunehmen, daß nur jene im BesitzStG. enthaltenen Vorschriften über die „Feststellung des Vermögenszuwachses" auch für das KStG. in Betracht kommen; denn diese Vorschriften betreffen die Feststellung desjenigen Vermögenszuwachses, der in den vorhergehenden Bestimmungen (insbesondere §§ 2—11 BesitzStG.) geregelt ist, und dort sind auch die Begriffe des Grund-, Betriebs- und Kapitalvermögens mit verschiedenen Besonderheiten umrissen. Das KStG. sagt über die Vermögensarten überhaupt nichts, kann also nur die des BesitzStG. meinen. Diejenigen Rechtssätze des letzteren, die durch abweichende oder widersprechende im KStG. ersetzt worden sind, kommen natürlich für letzteres nicht in Frage; jedoch ist gesetzlich nicht klargestellt, welche der übrigen Rechtssätze Geltung haben. Irgendwie hängen sie doch mit der „Feststellung des Vermögenszuwachses", dessen Besteuerung nach beiden Gesetzen vorgeschrieben ist, notwendigerweise zusammen. Es wird daher bei jeder einzelnen Vorschrift des BesitzStG., die in Frage kommen könnte, geprüft werden müssen, ob ihre unmittelbare oder „entsprechende" Anwendung im Sinne des KStG. liegt. Diese Prüfung ergibt: Nicht anwendbar sind die §§ 1, 5, 11 Abs. 2, 12, 13, 15, 24, 25—27 (S. 61, 52, 115, 180). Anwendbar sind die §§ 2—4, 6—10, 11 Abs. 1, 14—23 (S. 61ff., 100, 108, 112, 113, 114, 115). Entsprechend anwendbar sind die §§ 28—47 (S. 115ff.).

3. Über die Erstattungspflicht der Ehegatten gegeneinander (§ 14 BesitzStG.) ist zu vgl. Hallbauer JW. 16 1240 und zum Teil abweichend Friedmann das. 1403.

§ 3.

Abzüge.

I. Abs. 1 Nr. 1.

1. Buck a. a. O. 36, Koppe-Varnhagen a. a. O. 73, Rheinstrom-Blum a. a. O. 11, Weinbach, PrVerwBl. 37 629, Zimmermann a. a. O. 14. Nicht abzugsfähig ist der Erwerb durch Erbschaftskauf.

2. Mrozek a. a. O. 132. Der Erbschaftskauf ist ein Vertrag, durch den der Erbe die ihm angefallene Erbschaft verkauft (§ 2371 BGB.). Der Erbschaftskäufer darf also keinen Abzug geltend machen; aber der Erbe, der die Erbschaft verkauft hat, muß sich zwar den Kaufpreis anrechnen, darf aber den Betrag des ererbten Vermögens in Abzug bringen, er steht also ebenso da, als wenn er nicht die angefallene Erbschaft, sondern die hierzugehörigen Gegenstände usw. veräußert hätte.

3. Zimmermann a. a. O. 13. Das Gesetz sieht davon ab, den Erwerb von Todes wegen in ähnlicher Weise, wie es im Erbschaftssteuergesetz geschehen ist, scharf abzugrenzen; es führt nur die hauptsächlichen Arten solchen Erwerbes an und bestimmt, daß der „auf andere Weise" erfolgende Erwerb ebenfalls der Begünstigung teilhaftig sein soll. Zu letzteren Erwerbungen gehört insbesondere der auf Grund eines Erbvergleichs dem Pflichtigen zugekommene Vermögenserwerb und zwar gleichviel, ob ihm die im Vergleich zuerkannten oder zugesagten Vermögensstücke unmittelbar aus dem Nachlaß oder aus dem Vermögen einer anderen beim Vergleich beteiligten Person zugeteilt werden. Auch der letztere Erwerb ist wirtschaftlich ein Erwerb aus dem Nachlaß, da er nur zur Ausgleichung des Mehrempfangs des anderen Teils aus dem Nachlaß dient.

4. Rheinstrom-Blum a. a. O. 11. Die Anwendbarkeit der Nr. 1 setzt voraus, daß der Erbfall eingetreten ist. Ein Erwerb i. S. des § 2 Nr. 1 ErbschaftssteuerG. oder eine Abfindung für einen Erbverzicht (§§ 2346, 2352 BGB.) fällt unter Abs. 1 Nr. 3, nicht unter Nr. 1.

5. Stier-Somlo a. a. O. 65. Der Vorerbe ist für die Gegenstände der Vorerbschaft nach dem BesitzStG. abgabepflichtig, nicht aber nach dem KStG. (§ 3 Abs. 1 Nr. 1).

6. Hirschfeld, LeitfKStG. 26. Der Vorerbe ist Eigentümer der Erbschaft; er ist daher für die Gegenstände der Vorerbschaft beitragspflichtig und kann die Kriegsabgabe aus der Erbschaft entnehmen, da die Kriegssteuer als eine außerordentliche Last anzusehen ist, welche auf dem Stammwert der Erbschaftsgegenstände ruht.

7. Rheinstrom-Blum a. a. O. 11, Mrozek a. a. O. 133. Ein nicht geltend gemachter Anspruch auf den Pflichtteil kommt nicht in Betracht.

8. Stier-Somlo a. a. O. 171. Abzugsfähig ist infolge der Geltung des § 16 BesitzStG. auch der Betrag einer Kapitalabfindung, die als Entschädigung für den durch Körperverletzung herbeigeführten gänzlichen oder teilweisen Verlust der Erwerbsfähigkeit gezahlt worden ist oder zu zahlen ist. Da Renten beim Verlust der Erwerbsfähigkeit nicht zum Kapitalvermögen gehören (vgl. § 6 Ziffer 5 und §7 BesitzStG.), sollten auch die an deren Stelle tretenden Kapitalabfindungen steuerlich nicht ungünstiger behandelt werden. In Frage kommen werden nun hauptsächlich Entschädigungen, die auf Grund des HaftpflichtG. vom 7. Juni 1871, des AutomobilhaftpflichtG. vom 3. Mai 1909, des UnfallversicherungsG. für Beamte vom 18. Juni 1901 gezahlt werden. Keine Bedeutung haben, da Vermögenszuwachs in einer der Steuer unterliegenden Höhe nicht in Frage kommen wird, die Fälle der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911, insbesondere die in den §§ 616 bis 618 (auch Art. 62 EGRVO.) geregelten. Es handelt sich hier um Abfindung bei Renten um 20 Prozent oder weniger der Vollrente und um Abfindung von Ausländern. Gar nicht kommen in Betracht die Abfindungen nach der Krankenversicherung bei Aufgabe des inländischen Aufenthalts durch einen Versicherten und bei Wochenhilfe (§§ 216 bis 218 RVO.), weil es sich hier nicht um eine Entschädigung handelt, die als Ersatz für eine durch Körperverletzung entstandene Erwerbsunfähigkeit gewährt wird, ganz abgesehen davon, daß in der Krankenversicherung der Begriff der Erwerbsunfähigkeit unbekannt, vielmehr nur der der Arbeitsunfähigkeit gesetzlich festgelegt ist. (§ 182 Ziff. 2 a. a. O.)

II. Abs. 1 Nr. 2.

1. Norden-Friedländer a. a. O. 41. In Betracht kommen hier hauptsächlich Fälligkeiten aus der Lebens- und Volksversicherung, wobei es keinen Unterschied macht, ob der Versicherungsnehmer selbst durch die Fälligkeit einer auf den Erlebensfall abgeschlossenen Versicherung die Kapitalsauszahlung empfängt oder ob die versicherte Summe durch das Ableben des Versicherungsnehmers fällig und an einen dritten ausgezahlt worden ist.

2. Zimmermann a. a. O. 15. Die Bestimmung der Nr. 2 findet nicht bloß dann Anwendung, wenn der Steuerpflichtige als Versicherungsnehmer bei Eintritt des Erlebensfalls das Kapital erhält, sondern auch dann, wenn er auf Grund der von einem anderen abgeschlossenen Lebensversicherung das mit dessen Tod fällig gewordene Kapital erhält. In letzterem Fall ist aber der Betrag, der bei Feststellung des Vermögens des Versicherungsnehmers als Wert des Versicherungsanspruchs nach § 20 WehrbeitragG. eingestellt worden ist, nicht in Abzug zu bringen; das ausgezahlte Versicherungskapital ist für den Steuerpflichtigen reiner zufälliger Vermögenszuwachs.

3. Koppe-Varnhagen a. a. O. 74. Die Vorschrift trifft nicht zu, wenn der Versicherungsfall im Falle eines Verkaufs der Versicherung für den Käufer eintritt.

4. Buck a. a. O. 39. Nicht nur die Lebensversicherung sondern auch die reinen Kapitalversicherungen kommen in Betracht. Ob die Versicherungsanstalt eine öffentliche oder private ist, ist gleichgültig; ebenso ist gleichgütig, ob eine Pflicht zur Versicherung (Versicherungszwang) bestand oder nicht (freiwillige Versicherung, Zusatzversicherung). In Betracht kommen nur Personalversicherungen, nicht Sachversicherungen. Mithin ist eine ausgezahlte Versicherung, die etwa (wegen Überversicherung) über den wahren Wert der versicherten Gegenstände (Feuerversicherung) hinausgeht, in vollem Umfange steuerbarer Vermögenszuwachs.

5. Zimmermann a. a. 15. In Frage könnte kommen, ob auch die Auszahlungen bei Eintritt eines Unfallversicherungsfalles unter Nr. 2 zu rechnen seien, da die Faisung des Gesetzes allgemein die Kapitalauszahlungen aus einer Versicherung zum Abzug zuläßt und auch bei Unfallversicherungen Kapitalauszahlungen erfolgen, vergl. auch § 180 des VVG. Man wird die Frage zu verneinen haben, weil in Nr. 2, wie aus der beigefügten Einschränkung hervorgeht, unterstellt ist, daß der Versicherungsanspruch, der mit der Kapitalauszahlung befriedigt wird, Bestandteil des steuerbaren Vermögens war, Ansprüche aus der Unfallversicherung aber nach § 5 Nr. 6 des WehrbeitragG. und § 6 Nr. 6 des BesitzStG. nicht zum steuerbaren Vermögen gehören.

III. Abs. 1 Nr. 3.

1. Stier-Somlo a. a. O. 172. Keine Schenkung liegt vor, wenn jemand zum Vorteil eines anderen einen Vermögenserwerb unterläßt oder auf ein angefallenes, noch nicht endgültig erworbenes Recht verzichtet (§ 517 BGB.). Solche Fälle sind nicht kriegssteuerpflichtig, weil eine „Vermögensübergabe" nicht vorliegt; wohl aber handelt es sich hier um eine „ohne entsprechende Gegenleistung aus dem Vermögen eines anderen gemachte Zuwendung". Zu denken ist an diejenigen Fälle, in denen zwar eine Bereicherung statt findet, aber von Unentgeltlichkeit nicht gesprochen werden kann. Insbesondere kommen auch die in der Landwirtschaft herkömmlichen Gutsüberlassungen von Eltern an Kinder in Frage, bei denen gewisse Gegenleistungen an die Eltern üblich sind. Hierher gehören auch Ausstattungen, Abfindungen für Erbverzicht, Zuwendungen unter Lebenden, die auf den Pflichtteil angerechnet werden sollen, also auch Zuwendungen, die unter § 2 des ErbschStG. fallen. Verzicht auf ein Pachtrecht gegen eine jährliche Abstandssumme ist Hingabe von Vermögenswerten (OVG. 8 300). Die Veranlagung der Kriegssteuer soll so erfolgen, wie wenn derartige Vermögensverschiebungen nicht erfolgt wären. Im Gegensatz zu § 3 Nr. 3 handelt es sich in § 4 nicht um Vermögensverschiebungen, sondern um laufende Zuwendungen, die, wie die sonstigen laufenden Ausgaben, aus dem Einkommen, den laufenden Einnahmen bestritten werden. Abfindungen, die für die Aufgabe bestehender Rechte gezahlt

worden sind, können nicht allgemein als abzugsfähig angesehen werden. Werden Rechte veräußert und dafür große Beträge vereinnahmt, so ist das ein regelrechter kriegssteuerpflichtiger Vermögenszuwachs. Bei Härten und Unbilligkeiten kann eine Milderung gemäß § 36 Platz greifen.

2. Stier-Somlo a. a. O. 173. Die Ausstattung oder Mitgift fällt nicht unter diese Bestimmung, weil eine gesetzliche Verpflichtung zu ihr nicht vorliegt. Soweit die Aussteuer zu deren Gewährung eine gesetzliche Pflicht besteht, in Möbeln, Wäsche und dergleichen erfolgt, fällt sie auch nicht unter das Gesetz (KommVer. 12 und BesitzStG. § 7), wohl aber sonst. Eine Mitgift, die ein ausländischer Vater seiner nach Deutschland heiratenden Tochter gibt, muß in Deutschland als Vermögenszuwachs nach dem BesitzStG. versteuert werden. KommVer. a. a. O. In Betracht kommen aber immer nur Gegenstände, die zum steuerbaren Vermögen gehören. So können aber dem Vermögen des Zuwendenden dann hinzugerechnet werden, wenn es sich um ausländische Grundstücke und Unternehmungen oder bestimmte Kostbarkeiten handelt; ebenso Norden-Friedländer a. a. O. 44, Koppe-Varnhagen a. a. O. 79, Rheinstrom-Blum a. a. O. 12.

3. Marcuse a. a. O. 1153 Bei einem sog. negotium mixtum cum donatione liegt eine Schenkung vor, insoweit die Leistung den Gegenwert übersteigt. Dies ergibt der Wortlaut „ohne entsprechende Gegenleistung". Ein geringes Übersteigen einer Leistung bleibt natürlich außer Betracht.

IV. Abs. 1 Nr. 4.

1. Norden-Friedländer a. a. O. 47. Die vom Gesetzgeber vorgesehene Nichtberücksichtigung des ausländischen Grund- und Betriebsvermögens war als Entlastung für den Steuerpflichtigen gedacht. Sie kann aber auch eine starke Belastung bedeuten, wenn im Veranlagungszeitraum eine Wertminderung des ausländischen Grund- und Betriebsvermögens eingetreten ist. Dem Geschäftsinhaber wird hier nur übrig bleiben, auf Grund des § 36 KStG. beim Bundesrat um Erlaß (oder Stundung bis zur Klärung) der Steuer einzukommen.

2. Stier-Somlo a. a. O. 174. Es sind mehrere Fälle zu unterscheiden:

a) Ein Vermögenszuwachs ist dadurch entstanden, daß jemand sein gesamtes ausländisches Grund- oder Betriebsvermögen in das Inland hereingebracht hat. Dies ist der Kriegssteuer nicht unterworfen (§ 3 Nr. 4), wohl aber der Zuwachs der Besitzsteuer;

b) jemand hat ausländisches Vermögen zum Teil retten und in das Inland verbringen können, hat aber einen erheblichen Teil dieses Vermögens verloren. Dann kann durch Verbringung dieses Vermögens ins Inland es als besitzsteuerpflichtiger, nicht aber als kriegsabgabepflichtiger Zuwachs in Frage kommen;

c) hat sich das steuerbare Vermögen zwar teilweise vermehrt, teilweise aber dadurch vermindert, daß ausländisches oder in den Schutzgebieten befindliches Grund- und Betriebsvermögen nicht ins Inland gebracht werden konnte und verloren gegangen ist, so kann dieser Verlust nicht berücksichtigt werden; denn abzugsfähig sind nur solche zum ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen gehörige Gegenstände, die während des Veranlagungszeitraums ins Inland verbracht worden sind, während bezüglich der nicht ins Inland verbrachten sowohl die Abgabepflicht wie auch die Abzugsfähigkeit ausgeschlossen ist.

Zusätze.

§ 4.

Schenkungen usw.

1. Zimmermann a. a. O. 22. Zweifelhaft ist, ob die Zuschüsse des Steuerpflichtigen an Pensionskassen, die die Rechte einer juristischen Person besitzen oder einem von den Arbeitern gebildeten nicht rechtsfähigen Verein gehören, zu den Zuwendungen im Sinne des Satzes 2 zu rechnen sind, weil sie nicht unmittelbar an frühere Angestellte oder Bedienstete des Steuerpflichtigen gemacht und nicht wohl zu den Zuwendungen zu gemeinnützigen Zwecken zu rechnen sind. Spricht auch der Zweck der Bestimmung für die Freilassung solcher

Zuwendungen von der Kriegsgewinnsteuer, so wird die Bestimmung des zweiten Satzes als eine Ausnahmevorschrift doch nicht über den Wortlaut hinaus ausgelegt werden dürfen. Der Bundesrat wird in solchen Fällen nach § 36 eine Entschließung zu treffen haben.

2. Mrozek a. a. O. 144. Das Reich kann den Anteil an der Abgabe des Geschenkgebers nur einmal erheben, entweder von diesem oder von dem Bedachten. Gegenstand der Haftung des Bedachten ist ein verhältnismäßiger Teil der Abgabe des Schenkers. Deshalb ist die Veranlagung des Schenkers zur gesamten Abgabe die erste Voraussetzung für die Haftung des Bedachten. Die Veranlagung des Schenkers muß ferner dem Bedachten zugestellt werden, weil dieser an der zutreffenden Veranlagung des Geschenkgebers ein Interesse hat und sie deshalb kraft eigenen Rechtes im ordentlichen Rechtsmittelweg anfechten kann. Die Berechnung des Anteils an der Abgabe des Schenkers ist Verwaltungssache; der Bedachte kann die Berechnung anfechten. Gegen den seinen Widerspruch abweisenden Bescheid der Steuerbehörde steht dem Bedachten entweder die Beschwerde bei der Regierung oder innerhalb einer Ausschlußfrist von einem Monate nach der Zustellung die gerichtliche Klage zu (§ 3 der Verordnung, betr. das Verwaltungszwangsverfahren v. 15. Nov. 99 [GS. 545] und 18. März 04 [GS. 36]).

3. Mrozek a. a. O. 145. Der „dem Bedachten zugeflossene Teil" kann kleiner sein als der betreffende Vermögenszuwachs; denn dem Bedachten „fließt nur zu", was ihm nach Abzug aller Unkosten aus der Zuwendung verblieben ist, während der Geschenkgeber sich den ganzen zur Schenkung usw. verwendeten Betrag anrechnen muß (§ 4 Abs. 1 Satz 1).

4. Rheinstrom-Blum a. a. O. 15 Abs. 2 Satz 2 ist eine rein zivilrechtliche Bestimmung; der hier geschaffene Ersatzanspruch ist im Wege der Klage vor den ordentlichen Gerichten geltend zu machen, fällig mit dem Augenblicke der durch den Schenker erfolgten Bezahlung und verjährt in 30 Jahren (§ 195 BGB.).

5. Hallbauer a. a. O 1242. Selbstverständlich kann der Ersatzanspruch rechtsgeschäftlich z. B. durch eine Erklärung bei der Schenkung ausgeschlossen werden; dadurch kann aber dem Steueranspruche des Fiskus an den Beschenkten kein Eintrag getan werden.

Dieser Ersatzanspruch ist zivilrechtlicher Natur und, da nötig, bei den Zivilgerichten geltend zu machen. Doch ist selbstverständlich, daß die Entscheidung der Steuerbehörde, soweit sie die den Schenker treffenden Zuwachssteuer feststellt, für das Zivilgericht bindend ist. Ebenso wird für das Zivilgericht eine Feststellung der Steuerbehörde maßgebend sein, die sich auf den den Nehmer nach § 4 Abs. 2 Satz 1 betreffenden Abgabenbetrag bezieht. Dagegen unterliegen alle übrigen Streitpunkte (Erlaßbehauptungen, Stundungen, Gegenansprüche u. dgl.) der freien Entscheidung der Zivilbehörde.

6. Hallbauer a. a. O. 1242. Beispiel: 1. A. hat ein Ursprungsvermögen (am 1. Jan. 14) von 100000 M., ein Schlußvermögen (am 31. Dez. 16) von 200000 M. Dazu kommt eine im Jahre 1915 vollzogene Schenkung an den B. von 100000 M. Sie ist beim B. nicht zu versteuern. Immerhin ist sie dem Schlußvermögen des A. zuzurechnen, das dadurch auf 300000 M. steigt. Hier liegt ein steuerpflichtiger Zuwachs von 200000 M. vor, der zur Hälfte auf die Schenkung entfällt. A. hat also, wenn er von der Steuerbehörde auf die ganze Kriegs(zuwachs)steuer in Anspruch genommen wird, einen Ersatzanspruch, der in der Hälfte des von der Gesamtzuwachssumme zu gewährenden Steuerbetrags besteht. (Ebenso Rheinstrom-Blum a. a. O. 14, 15, sowie die Begr. des Entw.).

Bei einem Zuwachse von 200000 M. beträgt die Steuer 49500 M., der fragliche Anspruch beträgt also 24750 M.

2. A. besitzt am 1. Jan. 14 ein Ursprungsvermögen von 50000 M., am 31. Dez. 16 ein Schlußvermögen von 40000 M. Dazu kommt aber noch eine im Jahre 1916 zugunsten des B. vollzogene Schenkung von 10000 M. Dadurch steigt das Schlußvermögen auf 50000 M. Zuwachssteuer im Sinne von § 9 Ziff. 1 ist nicht zu entrichten, da kein Zuwachs vorliegt. Dagegen liegt ein Fall von § 9 Ziff. 2 vor, da das Vermögen am Schlusse immerhin mehr beträgt als $^9/_{10}$ des Ursprungsvermögens, nämlich 5000 M. mehr. Der Schenker hat also eine Steuer von 50 M. zu entrichten. Diese kann er voll ersetzt verlangen, da sie lediglich auf dem geschenkten Betrage beruht.

§ 5.

Ausländische Grundstücke, Edelmetall usw.

I. Ausländische Grundstücke.

1. Rheinstrom-Bluma. a. O. 16. Liegt ein Grundstück im Ausland, so ist die Frage nach dem Eigentum und dem Umfang des Zubehörs nach dem ausländischen Recht zu beantworten. Der Umfang des Zubehörs zu einem ausländischen Grundstück bemißt sich auch dann nach ausländischem Recht, wenn die Fahrnis sich im Inlande befindet. Grundvermögen sind auch jene Rechte, auf die nach dem bürgerlichen Recht des Auslandes die für Grundstücke geltenden Vorschriften Anwendung finden. Im übrigen aber gehören Rechte an Grundstücken nicht zum ausländischen Grundvermögen i. S. des § 5.

2. Stier-Somlo a. a. O. 180. Auch Anlagen in ausländischen Kapitalvermögen sind anzurechnen. Dies ist nicht besonders hervorgehoben worden, da es sich nach dem BesitzStG. § 5 von selbst versteht. Deshalb ist jede ausländische Anlage, die im Veranlagungszeitraum gemacht wurde, am 31. Dezember 1916 dem Vermögen hinzuzurechnen.

II. Edelmetalle usw.

1. Stier-Somlo a. a. O. 183. Die Frage, was zum Edelmetall, zu Edelsteinen oder Perlen zu rechnen ist, bleibt sachverständiger Schätzung und der Beurteilung der Steuerbehörden überlassen. Wertvolle Nachahmungen von Edelsteinen, z. B. böhmische Gläser, sind nicht zu Edelsteinen zu rechnen, wohl aber als Schmuck- und Luxusgegenstände bei einem Anschaffungspreis von 500 Mark und mehr kriegsabgabepflichtig. Das vor dem Wort „Metall" stehende Wort „Edel" bezieht sich nicht auf „Perlen", so daß auch unechte Perlen beim Überschreiten jener Preisgrenze abgabepflichtig sind.

Ob ein Gegenstand zur Kunst, zum Kunstgewerbe oder zum Kunsthandwerk zu zählen ist, ist Tatfrage. Die Abgabepflicht tritt jedenfalls ein, wenn der Luxuszweck, sowohl nach allgemeiner Anschauung wie nach der gesellschaftlichen Stellung des Eigentümers angenommen werden, die Eigenschaft als bloßer Gebrauchsgegenstand verneint werden muß, und wenn außerdem einerseits die Überflüssigkeit der Anlage, andererseits die Absicht festgestellt werden kann, Geldbeträge durch solche Anschaffungen der Kriegsabgabe zu entziehen. Wenn auch die Wohnungseinrichtung als solche abgabefrei bleibt, so insbesondere künstlerische Mäntel für Heizkörper, Beleuchtungsapparate, Sitz- und Schlafgelegenheiten, so können doch einzelne, zum Schmuck des Hauses in der Kriegszeit angeschaffte Kostbarkeiten, wie z. B. alte Ulmer oder Tiroler Truhen, gestickte Gobelins, seltene Uhren, beim Vorliegen der erwähnten Voraussetzungen abgabepflichtig werden. Steht z. B. andererseits fest, daß in oder an dem Hause, dessen Plan schon vor dem Jahre 1914 endgültig festlag, wertvolle marmorne Werke der Bildhauerkunst angebracht werden sollten, diese auch angefertigt und während des Krieges dem Haus eingefügt worden sind, so ist, da die Absicht einer Steuerhinterziehung gänzlich ausgeschlossen erscheint, eine Kriegsabgabe nicht zu erheben. Man muß, da das Gesetz Kunstgegenstände neben Luxusgegenständen anführt, annehmen, daß Kunstgegenstände auch dann abgabepflichtig sind, wenn sie im Verhältnis zu den sonstigen Einnahmen oder zu dem Vermögen des Erstehers nicht als luxuriös angesehen werden können; der Anschaffungspreis über 500 M. wird meist einen guten Anhaltspunkt geben. Zweifelhaft kann sein, ob Kunstwerke, die jemand aus beruflichem Interesse oder Bedürfnis, z. B. als Kunstgelehrter, Museumsdirektor, für sich angeschafft hat, abgabepflichtig sind. Die Frage ist zu verneinen, weil die Absicht, durch die Anschaffung Steuer zu hinterziehen, fehlt. Aus demselben Grunde sind auch die Anschaffungen von öffentlichen Sammlungen, z. B. städtischen Museen, gemeinnützigen Stiftungen, Hochschulen usw., kriegsabgabefrei, ferner Kunstwerke, die mit Zustimmung der zuständigen Behörde an einem öffentlichen Orte dauernd zur Aufstellung gelangen, so insbesondere Grabdenkmäler oder Erbbegräbnissen auf Friedhöfe oder Urnenhainen.

Ob bei Schmuckgegenständen jene Steuerhinterziehungsabsicht vorhanden ist, wird nach freiem Ermessen zu entscheiden sein, jedenfalls ist auch hier der luxuriöse Charakter nicht Bedingung der Abgabepflicht.

Gebrauchsgegenstände können objektiv Luxus sein, ohne es subjektiv sein zu müssen, z. B. ein wertvoller Flügel oder eine teure Geige, die für den eigenen Bedarf des Künstlers bestimmt ist. Eine Kriegsabgabepflicht auch von solchen Gebrauchsgegenständen besteht nicht.

2. Norden-Friedländer a. a. O. 52. Dem Vermögenszuwachs hinzuzurechnen ist nach § 5 der wirklich für die Anschaffung aufgewendete Betrag, nicht der vielleicht davon abweichende Wert des Angeschafften zu irgendeinem Zeitpunkt; ebenso Rheinstrom-Blum a. a. O. 20.

3. Norden-Friedländer a. a. O. 54. Gehören die Gegenstände nach dem allgemeinen Urteil und den üblichen Anschauungen des Publikums zusammen und erreichen bei mehreren Erwerbungen den Preis von 1000 M. oder überschreiten sie ihn, so tritt die Hinzurechnungspflicht, also die Steuerbarkeit des Kaufpreises der gesamten angeschafften Gegenstände ein, auch wenn der Preis für die einzelnen nach und nach angeschafften Stücke den Betrag von 500 Mark nicht erreicht.

4. Marcuse a. a. O. 1153. Ob „zusammengehörige Gegenstände" und „Sachgesamtheiten" identisch sein sollen, darf einigermaßen zweifelhaft erscheinen, da die Sammlungen, allerdings erst infolge eines Beschlusses der Reichstagskommission, noch neben den „zusammengehörigen Gegenständen" aufgezählt sind. Es erscheint angebracht, unter zusammengehörigen Gegenständen etwa zwei Ohrringe, zwei oder mehrere Pendants, wie Nachbildungen von Michelangelos Medicäern, zwei zusammenpassende Miniaturen zu verstehen und Sachgesamtheiten als einen Gegenstand aufzufassen.

5. Stier-Somlo a. a. O. 185. Unter „Sammlungen" fallen Sammlungen von Briefmarken, Mineralien, Tieren (lebenden oder ausgestopften), Sammlungen von Gegenständen völkerkundlicher oder geschichtlicher oder technischer Bedeutung, von kostbaren Büchern, seltenen Drucken, wertvollen Autographien.

6. Norden-Friedländer a. a. O. 54. Bibliotheken gehören nicht zu den Sammlungen.

§ 6.

Wertansatz der Grundstücke.

1. Mrozek a. a. O. 155. Zu den Gestehungskosten sind zu rechnen der Gesamtwert der Gegenleistungen beim Erwerb (Erwerbspreis), sonstige Anschaffungskosten sowie alle auf das Grundstück gemachten besonderen Aufwendungen während der Besitzzeit, soweit sie nicht zu den laufenden Wirtschaftsausgaben gehören und soweit die durch die Aufwendungen hergestellten Bauten und Verbesserungen noch vorhanden sind (§ 30 der Besitzsteuergesetzes). Auch Provisionen und Abgaben, die bei dem Kaufe zu zahlen sind, gehören zu den Gestehungskosten; (KomB. 21).

2. Mrozek a. a. O. 155. Diese Wertverminderungen gehen weiter als solche durch bloße Abnutzung, sie können insbesondere auch am Grund und Boden eintreten.

3. Buck a. a. O. 55. Nicht in Betracht gezogen werden dürfen Minderwerte, die lediglich durch die allgemeine Konjunktur hervorgerufen worden sind. Nur solche Minderwerte stehen in Frage, die durch äußere Verschlechterung (Zerstörung, Zerfall) entstanden sind.

§ 7.

Abrundung.

Zimmermann a. a. O. 29. Wenn auch § 6 nicht angezogen ist, wird die Abrundung auf volle Tausend doch auch dann stattzufinden haben, wenn nach dem 1. August 1914 erworbene Grundstücke mit einem höheren Wert, als er für die Besitzsteuer angenommen wird, veranlagt werden. Die Verweisung auf § 6 ist nur unterblieben, weil nach der Fassung dieser Bestimmung der Unterschied den höheren Gestehungskosten und den Verkehrswert des Grundstücks nicht hinzugerechnet, das Grundstück vielmehr mit den höheren Gestehungskosten veranlagt wird.

§ 8.

Objektive Steuerfreiheit.

Norden-Friedländer a. a. O. 59. Die Gegenüberstellung der Vermögen an den beiden Steuerstichtagen hat nach dem wirklichen Betrage zu erfolgen. Die in § 28 Abs. 3 BesitzStG. vorgesehene Abrundung ist nur Veranlagungsvorschrift und hat hier außer Betracht zu bleiben.

§ 9.

Steuertarif.

I. Für die Zuwachssteuer.

Norden-Friedländer a. a. O. 62. Der § 9 muß so verstanden werden, daß jeder Steuerpflichtige, also nicht nur der überhaupt nur 10000 M. Vermögenszuwachs hat, sondern auch der, der 20000 M., 30000 M., 50000 M. usw. Vermögenszuwachs hat, die ersten 10000 M. mit 5, die nächsten 10000 M. mit 10 v. H. usw. versteuern muß. Nach diesem Grundsatz der Durchstaffelung ergibt ein Vermögenszuwachs von 100000 M. eine Kriegsabgabe nicht etwa von 30000 M. (30 v. H.) sondern nur von 19500; ebenso Walb a. a. O. 18 und das gesamte Schrifttum.

II. Für die Steuer vom nicht veränderten Vermögen.

1. Stier-Somlo a. a. O. 204. Man muß folgendermaßen verfahren: Das Vermögen ist mit dem Stichtag des 31. Dezember 1916 zur Besitzsteuer zu veranlagen und dann gegenüberzustellen dem zum Wehrbeitrag veranlagten oder festgestellten (§ 47 Abs. 1 WBG.) oder dem sonstwie (§ 22 BesitzStG.) für den Beginn des Veranlagungszeitraums festgestellten Vermögen; übersteigt dieser Betrag jenen um 90 v. H., so bildet die Differenz — nach Abzug des von der Besitzsteuer bzw. der Kriegsabgabe nach Nr. 1 des § 9 betroffenen Zuwachses — den Gegenstand der Besteuerung nach Nr. 2. Die Worte „insoweit es" stellen klar, daß nach Nr. 2 die Abgabe nur bis zu der Höhe erhoben wird, bei der die Besitz- bzw. die Kriegsabgabe nach Nr. 1 beginnt.

2. Norden-Friedländer a. a. O. 64. Beispiel: Das Vermögen des A. betrug am 31. Dezember 1913 300000 M., am 31. Dezember 1916 beläuft sich das Vermögen auf 390000 M. A. hat, wie hier angenommen sei, im Veranlagungszeitraum aus einer Erbschaft 100000 M. erhalten. Nach dem BesitzStG. beläuft sich der Vermögenszuwachs auf 90000 M., nach dem KStG. hingegen ergibt sich ein Vermögensminderung um 10000 M., denn laut § 3 Nr. 1 KStG. sind von dem nach den Vorschriften des BesitzStG. festgestellten Vermögen u. a. Erbschaftsbeträge abzuziehen. A. würde mithin nach dem BesitzStG. mit 90000 M. steuerpflichtig werden. Was die Frage der Heranziehung zur Kriegsabgabe betrifft, so kommt eine solche nach § 9 Nr. 1 nicht in Betracht, denn im steuerlichen Sinne ist eine Vermögensminderung eingetreten. Dagegen erfolgt eine Kriegsbesteuerung nach § 9 Abs. 1 Nr. 2. Die Abgabe beläuft sich auf 1 v. H. des Betrages um den der am 31. Dezember 1916 festgestellte Vermögensbetrag über 90% des am 31. Dezember 1913 ermittelten hinausgeht. Es sind also neben der Besitzsteuer 300 M. Kriegsabgabe zu zahlen.

3. Norden-Friedländer a. a. O. 66. Nicht in allen Fällen ist der Betrag, von dem die Abgabe nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 zu zahlen ist, in vollem Umfang eine fiktive Vermögensvermehrung, es kann sich zum Teil um wirklichen Vermögenszuwachs handeln, der aber nicht unter § 9 Abs. 1 Nr. 1 fällt, weil er 3000 M. nicht übersteigt. Hat sich ein Vermögen von 360000 M. auf 362000 M. erhöht, so findet Nr. 1 keine Anwendung. In steuerlichem Sinne (Nr. 2) beträgt die Vermögensvermehrung 38000 M. (Unterschied zwischen 362000 und 360000—36000 =) 324000 M. Hierin sind 36000 M. fiktive und 2000 M. wirkliche Vermögensvermehrung. Die Abgabe beträgt 380 M.

4. Norden-Friedländer a. a. O. 67. Ist ein steuerpflichtiger Vermögenszuwachs eingetreten, so wird meistens neben der Abgabe vom Zuwachs (Nr. 1), die Abgabe vom unverändert gebliebenen Vermögen (Nr. 2) und schließlich die Besitzsteuer zu zahlen sein.

Beispiel: Vermögen am 31. Dezember 1913: 400000 M., am 31. Dezember 1916: 500000 M. Abgabe nach Nr. 1 19500 M. (berechnet von dem Zuwachs v. 10000 M. der auch besitzsteuerpflichtig ist). Dazu kommen 1 v. H. von 40000 M., denn das i. S. des Ges. unverändert gebliebene Vermögen beträgt 400000 M. und übersteigt nach der Fiktion der Nr. 2 das Vermögen am 31. Dezember 1913 um 40000 M.

§ 10.

Beteiligung an einer G. m. b. H.

I. Grundsatz.

1. Stier-Somlo a. a. O. 209. Die Vorschrift bezieht sich zunächst auf Steuerpflichtige, die Gesellschafter einer inländischen G. m. b. H. sind. (§§ 19, 21.) Sie bezieht sich ferner auf inländische Gesellschaften dann nicht mehr, wenn während der ganzen Dauer der Kriegsgeschäftsjahre das eingezahlte Stammkapital der Gesellschaft dreihunderttausend Mark überstiegen hat. Da das eingezahlte Stammkapital mindestens ein Viertel des nominellen ausmachen muß, scheiden regelmäßig Gesellschaften mit einem Stammkapital von 1200000 M. ohne weiteres aus der Vorzugsbehandlung des § 10 aus. Das trifft aber auch zu auf solche Gesellschaften mit geringeerem Stammkapital, bei denen infolge höherer Einzahlungen als 25 v. H. des Stammkapitals die eingezahlte Summe dreihunderttausend Mark beträgt. Hatte also z. B. eine Gesellschaft mit einem nominellen Stammkapital von 400000 M. zwecks Gewinnung von Betriebsmitteln zur Einrichtung der Kriegswirtschaft (z. B. Umbauten, neuen Maschienn) die restliche Hälfte des noch nicht eingezahlten Stammkapitals eingefordert, so ist ihr durch diese damalige Maßnahme die Begünstigung des § 10 verloren gegangen. Hätte dagegen die gleiche Gesellschaft es statt dieser Volleinzahlung bei der Hälfte belassen und sich die fehlenden 200000 M. durch Kredit beschafft, eventuell sogar durch Darlehen ihrer eigenen Gesellschafter, so würde sie aus § 10 KStG. bevorzugt sein. Vgl. Hirschfeld (Vossische Zeitung vom 23. Mai 1916, Morgenausgabe Nr. 262), der mit Recht betont, daß die lieber mit Kredit als mit Volleinzahlung arbeitende Gesellschaft gegenüber der auf Einschränkung des Kredits und Schaffung einer starken Kreditbasis hindrängenden Unternehmung steuerlich begünstigt wird, so daß auf Solidität eine Strafe gesetzt wird.

2. Stier-Somlo a. a. O. 210. Der Sinn dürfte folgender sein: Die Gesellschafter einer G. m. b. H. der hier fraglichen Art haben nicht von ihrem Vermögenszuwachs den ihrer Beteiligung entsprechenden Betrag des abgabepflichtigen Mehrgewinns der Gesellschaft abzusetzen, sondern sie haben zunächst ihre Kriegsabgabe wie jede andere Einzelperson zu berechnen. Von dem so berechneten Betrag der Abgabe bleibt ein Teil „zur Hälfte unerhoben". Welcher Teil dies ist, bestimmt sich nach dem Mehrgewinn der Gesellschaft. Hat diese einen Mehrgewinn erzielt, dann hat der Gesellschafter auch mehr von seiner Gesellschaft als Jahresgewinn ausbezahlt erhalten. Einen Vermögenszuwachs braucht diese Auszahlung jedoch für den Gesellschafter noch nicht darzustellen, denn es kann z. B. infolge erhöhter Ausgaben oder anderweitiger Mindereinnahme der Mehrbezug aus der Gesellschaftsbeteiligung nicht zur Kapitalbildung geführt haben. Andererseits kann der Vermögenszuwachs beim Gesellschafter größer sein als sein gesellschaftlicher Gewinnanteil betrug. Der Gesellschafter muß von seinem gesamten Vermögenszuwachs nunmehr so viel abziehen, wie in den Kriegsgeschäftsjahren seiner G. m. b. H. als deren Mehrgewinn (also nicht Gesamtgewinn) auf seinen Anteil entfällt, und berechnet von dieser kleineren Summe die meistenteils natürlich auch kleinere Abgabe genau so, wie jede andere Einzelperson von diesem verkleinerten Vermögenszuwachs die Kriegsabgabe berechnen müßte. Von der höheren und der niederen Ziffer wird die Differenz berechnet und dann nochmals halbiert. Dann hat der Gesellschafter in der Regel den „zur Hälfte unerhobenen" Abgabebetrag. Nun bestimmt aber Abs. 1 Satz 2, daß der unerhoben bleibende Abgabebetrag nicht höher sein darf als der verhältnismäßige Betrag der Gesellschaftsabgabe. Es muß daher der Gesellschafter auch noch feststellen, ob der Teilbetrag der von seiner Gesellschaft zu zahlenden

Kriegssteuer, welcher seinem Anteil entspricht, nicht etwa niedriger ist als der Abzug, den er selbst sich zu machen erlaubt hat. In diesem Falle hätte er diese letztere Differenz zu viel abgezogen und müßte seine Kriegsabgabe wieder um die Differenz erhöhen. (Hirschfeld, G. m. b. H. und Doppelbesteuerung, Voss. Ztg. v. 10. Juni 1916, Morgenausgabe Nr. 295.)

3. Mrozek a. a. O. 176. Veranlagt wird die Abgabe vom Vermögenszuwachs in voller Höhe, nur die Erhebung der Abgabe wird beschränkt. Eines Antrags des Steuerpflichtigen bedarf es nicht, vielmehr erfolgt die teilweise Außerhebungsetzung der Abgabe von Amts wegen, sobald die Veranlagungsbehörde von den Tatsachen, welche die Anwendung des § 10 bedingen, überzeugende Kenntnis erhält. Es liegt deshalb im eigenen Interesse des Steuerpflichtigen, der Steuerbehörde jene Kenntnis zu verschaffen, insbesondere also auch auf Erfordern den Tatbestand, der für sie die Anwendung des § 10 bedingt, nachzuweisen.

4. Marcuse a. a. O. 1155. Eine gewisse Unstimmigkeit besteht darin, daß die Milderung stets in Höhe der abgabepflichtigen Mehrgewinne, also auch in Höhe der nicht verteilten Gewinnanteile zulässig ist, obwohl diese zu einem Vermögenszuwachs überhaupt nicht geführt haben.

5. Buck a. a. O. 73. Eine Außerhebungsetzung hat selbst dann zu erfolgen, wenn die Gesellschafter nichts aus der G. m. b. H. erhalten diese vielmehr ihren Gewinn voll in Reserve gestellt oder auf neuer Rechnung vorgetragen hat. Auf den Grund der Vermögensvermehrung kommt es eben im KStG. nicht an. Außerdem erhöht sich der Wert des Geschäftsanteils durch die Stärkung der Reserven der G. m. b. H.

II. Anwendungsgebiet.

1. Familiengesellschaften.

a) Stier-Somlo a. a. O. 211, Rheinstrom-Blum a. a. O. 37. Nicht zu dem Stammkapital gehören Nachschüsse und Darlehne der Gesellschafter, auch wenn diese der Gesellschaft kraft Gesellschaftsvertrages gegeben werden.

b) Norden Friedländer a. a. O. 74. Das Schwergewicht liegt auf dem Wort „zueinander". Daraus folgt, daß, die sonstigen Voraussetzungen als gegeben angenommen, Ehegatten, Vater und Sohn (nicht Schwiegervater und Schwiegersohn; ebenso Stier-Somlo a. a. O. 211) zusammen als bevorrechtigt gelten, ebenso zwei Brüder und schließlich die Erben von jedem der Brüder. Nicht dagegen die Erben des einen Bruders zusammen mit dem anderen Bruder.

c) Hirschfeld, Leitf. KStG. 64. Die Steuervergünstigung für Familiengesellschaften findet dann schon keine Anwendung mehr, wenn während der ganzen Dauer der Kriegsgeschäftsjahre das eingezahlte Stammkapitals 300000 M. zu irgendeinem Zeitpunkt überstiegen hat. Da das eingezahlte Kapital mindestens ein Viertel des nominellen ausmachen muß, scheiden regelmäßig Gesellschaften mit einem Stammkapital von mehr als 1200000 M. ohne weiteres für die bevorzugte Steuerbehandlung der Gesellschafter aus. Es scheiden aber auch solche Gesellschaften mit geringerem Stammkapital aus, bei denen infolge höherer Einzahlungen als 25 v. H. des Stammkapitals die eingezahlte Summe 300000 M. übersteigt. Hatte also z. B. eine Gesellschaft mit einem nominellen Stammkapital von 400000 M. zwecks Gewinnung von Betriebsmitteln zur Einrichtung der Kriegswirtschaft die restliche Hälfte des noch nicht eingezahlten Stammkapitals eingefordert, so ist durch diese damalige Maßnahme die jetzige Steuerbevorzugung der Gesellschafter verloren gegangen. Hätte also z. B. eine Gesellschaft mit einem nominellen Stammkapital von 400000 M. zwecks Gewinnung von Betriebsmitteln zur Einrichtung der Kriegswirtschaft die restliche Hälfte des noch nicht eingezahlten Stammkapitals eingefordert, so ist durch diese damalige Maßnahme die jetzige Steuerbevorzugung der Gesellschafter verloren gegangen. Hätte dagegen die gleiche Gesellschaft statt dieser Volleinzahlung es bei der Hälfte belassen und die fehlenden 200000 M. durch Kredit sich beschafft, eventuell sogar durch Darlehen ihrer eigenen Gesellschafter, so wäre die bevorzugte Stellung den Gesellschaftern noch nicht ver-

loren gegangen. Die lieber mit Kredit als mit Volleinzahlung arbeitende Gesellschaft wird gegenüber der auf Einschränkung des Kredits und Schaffung einer starken Kreditbasis hindrängenden Unternehmung steuerlich begünstigt. Es wird also auf Solidität eine Strafe gesetzt! Hierzu kommt, daß bei den Kapitalien, welche die Industrie verbraucht, nur die sinkende Bedeutung der Hunderttausend-Zahlen infolge allseitiger Teuerung es wohl nur verhältnismäßig wenig Gesellschaften, die für die Kriegsabgabe in Betracht kommen, geben wird, bei denen die Vergünstigung eintreten kann. In den meisten Fällen ist der Mehrbedarf an Betriebsmitteln nicht durch fremdes Geld sondern durch Volleinzahlung oder Erhöhung gedeckt worden.

d) Norden-Friedländer a. a. O. 74. Testamentserben stehen den gesetzlichen Erben gleich; ebenso Stier-Somlo a. a. O. 211, Rheinstrom-Blum a. a. O. 37.

e) Mrozek a. a. O. 181. Erbeserben stehen den Erben nicht gleich.

2. Geschäftsführer und Prokuristen.

a) Mrozek a. a. O. 181. Weist ein Steuerpflichtiger, auf welchen die sonstigen Voraussetzungen des § 10 zutreffen, nach, daß seine Geschäftsanteile zusammen mit den anderer ebenso gearteter Mitglieder die erforderliche Höhe erreichen, so wird die Steuerbehörde auch bei jenen anderen Mitgliedern die Außerhebungsetzung von Amts wegen in die Wege zu leiten haben, weil es eines Antrags hierauf nicht bedarf.

Bei Erben von Geschäftsführern oder Prokuristen, welche die Voraussetzungen des Abs. 2 Nr. 2 erfüllt haben, müssen auch solche Geschäftsanteile mitzählen, welche nicht durch Erbanfall auf sie übergegangen sind. Das Gesetz verlangt nur, daß sie Erben jener Geschäftsführer oder Prokuristen geworden sind und Geschäftsanteile in der erforderlichen Höhe besitzen, und zwar entweder allein oder zusammen mit den übrigen Erben und Ehegatten, die gleichfalls in Betracht kommen, oder zusammen sowohl mit diesen Personen wie auch mit den lebenden Geschäftsführern und Prokuristen, die Gesellschafter sind, oder nur zusammen mit den letzteren.

b) Norden-Friedländer a. a. O. 76. Der im Handelsregister eingetragene stellvertretende Geschäftsführer ist gleichfalls bevorrechtigt, ebenso der Gesamtprokurist.

§ 11.

Lehn, Fideikommiß, Stammgut.

Rheinstrom-Blum a. a. O. 38. Ist ein Lehns- usw. Inhaber außer mit gebundenem auch mit freiem (Allodial-) Vermögen veranlagt, so wird, wenn sich beide Vermögen vermehrt haben, der Durchschnittsprozentsatz der Zuwachsabgabe verrechnet und ausgeschieden. Für den auf das Lehn usw. entfallenden Teil der Abgabe gilt dann § 11; ebenso Stier-Somlo a. a. O. 212.

§ 12.

Aufgabe von Wohnsitz oder Aufenthalt.

1. Stier-Somlo a. a. O. 214. Vorausgesetzt ist die Pflicht zur Entrichtung der außerordentlichen Kriegsabgabe (§ 1). Diese Verpflichtung beginnt aber nicht erst mit der Veranlagung (§§ 25 ff.), sondern schon, den steuerpflichtigen Vermögenszuwachs im Sinne des § 2 vorausgesetzt, 14 Tage nach der am 25. Juni 1916 erfolgten Ausgabe des Reichsgesetzblatts, also, am 10. Juli 1916. Bei einer anderen Auffassung würde die im Abs. 3 vorgesehene Sicherheitsleistung unpraktisch bleiben und den Zweck der Vorschrift in allen Fällen vereiteln, in denen nicht bereits nach Abs. 2 eine frühere als die normale Veranlagung möglich ist (s. § 27).

2. Stier-Somlo a. a. O. 214, 43. Der Begriff des Wohnsitzes ist hier im Sinne des öffentlichen Rechts, insbesondere des DoppelsteuerG. vom 22. März 1909 (RGBl. 332) zu nehmen, wonach der Ort in Betracht kommt, in welchem der Deutsche eine Wohnung unter Umständen inne hat, die auf die Absicht der dauernden Beibehaltung einer solchen schließen lassen. Dies ergibt sich schon daraus, daß die Veranlagung und Erhebung der Kriegs-

abgabe durch die für die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer zuständigen Behörden, nämlich die bundesstaatlichen erfolgt (§ 30 Abs. 1). Nicht maßgebend ist der Wohnsitzbegriff des § 7 BGB., der das Merkmal des Mittelpunktes geschäftlicher und wirtschaftlicher Tätigkeit kennt; ebenso Rheinstrom-Blum a. a. O. 40.

3. Stier-Somlo a. a. O. 214. Für die Frage wer steuerpflichtig ist, muß auch berücksichtigt werden, daß die §§ 14 und 17 BesitzStG. auch für das KStG. gelten. Wenn also z. B. Ehegatten, deren Vermögen nach § 14 BesitzStG. zusammenzurechnen ist, der Staatskasse als Gesamtschuldner der Steuer verpflichtet sind, so wird, wenn die Ehefrau etwa aus gesundheitlichen Rücksichten ihren Aufenthalt vielleicht für ein Jahr in das Ausland verlegt, eine Sicherheitsleistung nicht in Frage kommen, wenn der das Vermögen beider Ehegatten verwaltende Ehemann in Deutschland verbleibt.

4. Stier-Somlo a. a. O. 214. Neben der Aufgabe des Wohnsitzes kommt nach Abs. 1 auch die Aufgabe des Aufenthalts in Betracht; daß es sich um eine dauernde Aufgabe handeln muß, wird nicht gesagt; daß die Pflicht zur Entrichtung der Kriegsabgabe bei vorübergehendem Aufenthalt im Ausland erst recht fortbesteht, versteht sich von selbst; nur fragt es sich, ob in solchem Fall eine Sicherheitsleistung verlangt werden kann, z. B. wenn jemand aus gesundheitlichen Rücksichten mehrere Monate nach der Schweiz geht. Abs. 3 Satz 1 spricht nicht notwendigerweise hierfür, weil dort von der „Verlegung des Wohnsitzes oder Aufenthalts" die Rede ist, Verlegung aber doch wohl nicht die Absicht eines nur vorübergehenden Aufenthaltswechsels miterfaßt.

5. Mrozek a. a. O. 185. Über die Art und Dauer des „Aufenthalts" als Vorbedingung der Zulässigkeit der Besteuerung fehlt es an gesetzlichen Bestimmungen. Man wird aber eine gewisse Stetigkeit und Dauer des Aufenthalts an demselben Orte oder wenigstens in dem Gebiete des Deutschen Reichs als notwendige Vorbedingung für die Zulässigkeit der Besteuerung verlangen müssen (OVG. in StaatsStS. 6 21). Aufenthalt und körperliche Anwesenheit brauchen nicht zusammenzufallen. Voraussetzung für die Annahme, daß eine zeitweilige körperliche Abwesenheit den an dem Orte einmal begründeten Aufenthalt nicht unterbrochen hat, ist indessen, daß bei ihr der Wille bestand, der Entfernung ungeachtet dort regelmäßig zu verweilen (OVG. 62 399).

6. Stier-Somlo a. a. O. 216. Eine Gefährdung, die dadurch erfolgt, daß der Steuerpflichtige sein großes durch den Krieg erworbenes Mehreinkommen durch unverhältnismäßigen oder unsinnigen Aufwand verpraßt, so daß schließlich am 1. Januar 1917 oder am Tage der Aufgabe seines inländischen Wohnsitzes oder Aufenthalts kein steuerpflichtiger Zuwachs an Vermögen vorhanden ist, kann nicht in Frage kommen, weil die Mehreinkommensbesteuerung, im Gegensatze zum Entw., nicht Gesetz geworden ist und nur der am Stichtage wirklich vorhandene Vermögenszuwachs zugrunde gelegt werden kann (a. M. Buck, Steuergefährdung durch Verzug ins Ausland, Vermögensverschleppung und Verschwendung, Kölnische Zeitung vom 9. April 1916 Nr. 368).

7. Buck a. a. O. 80. Unter „Verbringen des Vermögens ins Ausland" fällt nicht nur das tatsächliche Hinüberbringen (z. B. durch Überweisung, Scheck, Depotverschleppung), sondern auch die Anlage in solchen Werten, die dem Zugriff von Deutschland aus entzogen sind oder bei denen der Zugriff von Deutschland aus erheblich erschwert ist, also z. B. Kauf ausländischer Grundstücke, Erwerb ausländischer Geschäfte usw. oder Erwerb von Forderungen, die ohne Mühe nur im Ausland realisiert werden können (z. B. weil Schuldner der Forderung im Ausland wohnt und daher der Deutschen Gerichtsbarkeit nicht untersteht) Beschaffung von Wechseln auf das Ausland usw., soweit nicht im Betrieb des Pflichtigen solches allgemein üblich ist.

8. Norden-Friedländer a. a. O. 84. Außer dem Fall der Vermögensverschleppung ins Ausland sind auch noch andere Fälle der Gefährdung der künftigen Abgabe denkbar, so z. B. die Vergeudung des Vermögens durch Übernahme sinnloser oder unbegründeter geschäftlicher Risiken, Bürgschaften u. dgl. Ob auch die Verschwendung im allgemeinen durch luxuriöse Ausgaben u. dgl. hierher zu zählen ist, also als „Beitreibungsgefährdung" zu gelten hat, erscheint zweifelhaft.

Steuerpflicht der Gesellschaften.

§ 13.

Subjektive Steuerpflicht.

1. Stier-Somlo a. a. O. 220. Die Auflösung einer Gesellschaft hat selbstverständlich den Wegfall der Steuerpflicht hinsichtlich der bis dahin erzielten Mehrgewinne nicht zur Folge. → S. auch Bd. 2, 250 Erl. 7 zu § 1 RücklagenG. ←

2. Norden-Friedländer a. a. O. 21 Anm. 1. Das Ges. schließt die Gewerkschaften älteren Rechts nicht aus. Der Zusatz: „sofern sie die Rechte juristischer Personen haben" bezieht sich, wie aus dem Wort „letztere" hervorgeht, nur auf „andere bergbautreibende Vereinigungen"; Bergwerksgesellschaften, die nach Landesrecht als Gewerkschaften anzusehen sind, fallen unter allen Umständen unter das Gesetz; ebenso Stier-Somlo a. a. O. 222, Mrozek a. a. O. 10. → Zu vgl. auch Bd. 2, 249. ←

3. Stier-Somlo a. a. O. 227. Für die Besteuerung ist es gleichgültig, ob das Betätigungsfeld der Erwerbsgesellschaft das Ausland, insbesondere das von Deutschland im Kriege besetzte Ausland ist, mag es sich um dortige Betriebe von Handelsgeschäften oder um Urproduktion (Landwirtschaft, Bergbau) oder um industrielle Werke handeln. Durch die Erhebung des inländischen Sitzes der juristischen Person zum entscheidenden Merkmale fallen auch die Zweifel fort, die sonst für die im Ausland erworbenen Gewinne sowie in den Fällen entstehen müßten, in denen zwar eine Erwerbsgesellschaft der in dem RücklagenG. fraglichen Art in Deutschland begründet wurde und auch hier ihren Sitz hat, aber hauptsächlich auf den besetzten feindlichen Gebieten werbend arbeitet, so daß die etwa in Deutschland befindlichen Betriebe einen nur kleinen Teil des Gesamtbetriebs ausmachen. Es kann auch der Fall eintreten, daß die im Ausland erfolgenden Erwerbstätigkeiten einer juristischen Gesellschaft eine Ausstrahlung der im Deutschen Reiche vor sich gehenden Betätigung darstellen. Die Frage des inländischen Betriebssitzes ist also grundsätzlich entscheidend. Bei inländischen Gesellschaften sind also auch die Gewinne ausländischer Niederlassungen mit zu berücksichtigen; ebenso Norden-Friedländer a. a. O. 108.

4. Stier-Somlo a. a. O. 227. Die Stadt- und Landgemeinden, Kreise, Provinzen, westfälischen Ämter, rheinischen Landbürgermeistereien, Zweckverbände, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften sind nicht steuerpflichtig. Jedoch wird man zu beachten haben, daß Stadt- und Landgemeinden und sonstige kommunale Verbände mittelbar sehr wohl von der Kriegssteuer ergriffen werden, soweit sie sich nämlich an handelsrechtlichen steuerpflichtigen Erwerbsgesellschaften beteiligt haben, z. B. indem sie durch Ankauf sämtlicher Geschäftsanteile oder eines großen Teiles einen Einfluß auf die Geschäftsführung gesichert haben.

§ 14.

Mehrgewinn.

1. Norden-Friedländer a. a. O. 94, Stier-Somlo a. a. O. 236, Koppe-Barnhagen a. a. O. 134, Rheinstrom-Blum a. a. O. 52. Der Geschäftsgewinn ist erst nach Tilgung einer von früher übernommenen Unterbilanz (Verlustvortrag) zu ermitteln.

2. Stier-Somlo a. a. O. 237. Der Gewinnvortrag ist bei der Feststellung des Geschäftsgewinns jedes einzelnen Jahres vorweg abzuziehen, da er nicht aus diesem Geschäftsjahr, sondern aus einem früheren Zeitabschnitt stammt; ebenso Norden-Friedländer a. a. O. 96.

§ 16.

Geschäftsgewinn.

1. Buck a. a. O. 103. Erzielt ist der Geschäftsgewinn erst, wenn das buchmäßig errechnete Ergebnis von den maßgeblichen Organen der Gesellschaften genehmigt ist. Nicht genehmigte Abschlüsse sind nur Entwürfe des Vorstandes und bleiben außer Betracht.

2. Buck a. a. O. 108. 1. Indem das Gesetz den Ausdruck „Bilanzgewinn" gebraucht,

geht es als selbstverständlich davon aus, daß Grundlage der Berechnung die Bilanz der Gesellschaft bilden soll.

Damit ist nicht gesagt, daß sie unverändert der Steuerbemessung zugrunde gelegt werden darf oder muß, sondern es ist vor allem zum Ausdruck gebracht, daß nicht von vornherein ohne jede Rücksicht auf das Bilanzergebnis eine ganz neue Rechnung aufgemacht werden soll. Zu einer solchen wäre die Steuerbehörde auch gar nicht in der Lage, da sie sich, sofern die Buchführung ordentlich ist, nur an die Buchführung der Gesellschaft halten kann, wenn sie das Geschäftsergebnis ermitteln will.

Ferner ist durch § 16 zum Ausdruck gebracht, daß steuerpflichtig nicht einfach der Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben ist, sondern daß gleichzeitig der Stand des Vermögens der Gesellschaft, wie er sich aus der Vergleichung der Aktiva und Passiva ergibt, maßgeblich ist. Nicht der Reinertrag schlechthin, sondern der Reinertrag, beeinflußt durch die Veränderungen im Vermögensstand der Gesellschaften, ist also maßgeblich. Denn jede kaufmännische Bilanz beruht auf der Vergleichung des Vermögensbestandes zu Anfang und Ende eines Jahres (Vermögensbilanz).

3. Buck a. a. O. 109. 2. Bilanzgewinn in des Gesetzes Sinne ist nur derjenige Geschäftsgewinn, der auf Grund der geführten Geschäftsbücher von den zuständigen Organen der Gesellschaft (Generalversammlung, Gesellschafterversammlung, Genossenversammlung) genehmigt ist. Nicht genehmigte Bilanzen sind nichts weiter als Entwürfe, kommen also nicht in Betracht.

Für die Richtigkeit der von der Generalversammlung genehmigten Bilanzen spricht allerdings die Vermutung (OVG. 7 326, 14 244). Solange eine Berichtigung der Bilanz durch die Gesellschafterversammlung (Generalversammlung) nicht stattgefunden hat, muß die Gesellschaft den bilanzmäßigen Gewinn gegen sich gelten lassen (OVG. 4 218, 11 262, 8 200). Sie kann aber offenbare Fehler in einer neuen Generalversammlung berichtigen lassen (OVG. 11 260).

Ferner kann die Generalversammlung die Entwürfe des Vorstandes umstoßen und eine andere Gewinnverteilung beschließen oder von einer solchen ganz absehen. Das ist vielfach unmittelbar vor Ausbruch des Krieges geschehen. Derartige Änderungen sind natürlich auch für die Steuerbehörde verbindlich.

4. Buck a. a. O. 127. Der Zweck der Abschreibungen ist der, diejenige Wertminderung zum Ausdruck zu bringen, welche die betreffenden Gegenstände in dem betreffenden Jahre erlitten haben. Wenn in früheren Jahren zu wenig abgeschrieben worden ist, so kann das keinesfalls in der Weise nachgeholt werden, daß ein günstiges Geschäftsjahr dazu benutzt wird, um in ihm auf einmal alles abzuschreiben, was in früheren Jahren versäumt war abzuschreiben. Das ist kaufmännisch zwar richtig und empfehlenswert, aber steuerlich unzulässig. Dagegen ist es zulässig, Abschreibungen, die in früheren Jahren nicht gemacht worden sind, nachträglich in den Bilanzen derjenigen Jahre zu machen, in denen sie hätten gemacht werden müssen, dementsprechend die früheren Bilanzen zu korrigieren, dies der Steuerbehörde mitzuteilen und den Nachweis zu führen, daß in früheren Jahren tatsächlich zu wenig abgeschrieben worden ist. Es fragt sich nur, ob dies nachträgliche Berichtigen früherer Bilanzen der Gesellschaft (Friedensbilanzen) ihr irgendwelche steuerliche Vorteile bringt. Wenn sie nachträglich an den früheren Bilanzen mehr Abschreibung macht, als sie in der Bilanz seinerzeit selbst für nötig erachtet hatte, so drückt sie damit den Gewinn der Friedensgeschäftsjahre noch mehr herab und vergrößert die Spannung zum Geschäftsgewinn der Kriegsjahre und damit auch ihren Kriegsgewinn. Umgekehrt, wenn die Gesellschaft behauptet, früher zuviel abgeschrieben zu haben, setzt sie sich unter allen Umständen der Gefahr einer Nachveranlagung wegen früherer Einkommensteuerhinterziehung aus.

5. Zimmermann a. a. O. 12. Dem Zweck der Bilanzen der Aktiengesellschaften usw. als Gewinnverteilungsbilanzen entspricht es, daß die Abschreibungen nur in Höhe der im Bilanzjahr eingetretenen Wertminderungen vorgenommen werden. In gleicher Weise sollen auch nach § 3 Satz 2 RücklagenG. zur Ermittlung der in den einzelnen Kriegsgeschäftsjahren erzielten Mehrgewinne nur der Wertminderung entsprechende Abschrei-

bungen zugelassen werden. Weitergehende außerordentliche Abschreibungen, durch welche die in früheren Jahren vorgenommenen zu niederen Abschreibungen ausgeglichen und die Bewertungen der Maschinen usw. richtiggestellt werden sollen, sind zu beanstanden. Die Ausgleichung kann nur in der Weise erfolgen, daß die Bilanzen der Jahre, in denen die Abschreibungen unrichtig erfolgten, richtiggestellt werden. Solche Berichtigungen der für die Friedensjahre aufgestellten Bilanzen hätten aber zur Folge, daß sich der für diese Jahre berechnete Gewinn und damit auch der Durchschnittsgewinn ermäßigte und so der Unterschied zwischen dem Durchschnittsgewinn und dem Geschäftsgewinn der Kriegsjahre, also der Mehrgewinn erhöhte. Das an sich zulässige Rückwärtsrevidieren der Bilanzen wird deshalb nicht immer angebracht sein.

6. Stier-Somlo a. a. O. 251, 252. Die von den Gesellschaften gezahlten Einkommensteuerbeträge gehören, wie jede andere Art von aus der Geschäftskasse gezahlten Steuern (z. B. Tantiemesteuern OVG. 13 79) zu den — von den Werbungskosten zu unterscheidenden — Geschäftsunkosten und können daher bei Ermittlung des Geschäftsgewinns nicht angerechnet werden. Eine Unterscheidung, wie sie §§ 15, 16 PrEinkStG. für G. m. b. H. und andere juristische Personen macht, findet hier nicht statt.

7. Stier-Somlo a. a. O. 254. Abschreibungen sind insoweit zu berücksichtigen, als sie einen angemessenen Ausgleich der Wertverminderung darstellen. Es heißt nicht: Abschreibungen dürfen insoweit berücksichtigt werden. Es könnte vorkommen, daß die Gefährdung der Kriegsgewinnsteuer nicht durch zu große Abschreibungen erfolgt — die bleiben in der Gesellschaft —, sondern dadurch, daß zunächst keine genügenden Abschreibungen gemacht werden. Wenn aus Nachlässigkeit oder grober Fahrlässigkeit nicht einmal die notwendigen Abschreibungen gemacht werden, um dadurch zunächst einmal ohne Rücksicht auf das weitere eine hohe Dividende zu erzielen und den Kurs der Aktien zu Spekulationszwecken in die Höhe zu treiben, und dann dadurch die Steuer gefährdet wird, dann kann der Betreffende nach den Strafbestimmungen gefaßt werden.

8. Stier-Somlo a. a. O. 256 (unter Abweichung seiner in Bd. 2, 254 mitgeteilten, mit den Ausführungen des Reichsschatzsekretärs sowie von Buck a. a. O. 137, Sintenis, BankA. 16 133, Norden-Friedländer a. a. O. 109, Rheinstrom-Blum a. a. O. 55 und Hirschfeld, LeitfKStG. 61ff. übereinstimmenden früheren Ansicht). Der Bilanzgewinn der Friedensjahre darf in der Weise berichtigt werden, daß Abschreibungen oder Erneuerungskonti, die das erforderliche Maß überschreiten, für die Kriegssteuer so zu behandeln sind, als ob die fraglichen Aktiven mit ihrem wahren Wert angegeben, und die eine angemessene Verminderung überschreitende Abschreibung in eine allgemeine Reserve verwandelt worden wäre. Es muß für das einzelne Konto der Vortrag aus dem Friedensjahr berichtigt werden auf den wahren, den Grundsätzen des § 8 der Vorschr. zum RücklagenG. entsprechenden Wert. Wenn z. B. der Wert von Maschinen beim Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahres 100000 M. betrug, die stets auf eine Mark abgeschrieben worden waren, und sie im Kriege zu 150000 M. verkauft werden, dann ist für die Berechnung der Kriegssteuer die Bilanz so zu behandeln, als ob das Maschinenkonto am 1. Januar 1914 100000 M. betragen hätte. Zu besteuern blieb also nur 50000 M. Das gleiche gilt, wenn die Maschinen enteignet oder vernichtet werden und dafür die Versicherungssumme gezahlt wird; dasselbe bei Effekten, Beteiligungen, Forderungen. Letztere, die zweifelhaft waren, sind in Friedensjahren abgeschrieben worden, und sie gehen jetzt in den Kriegsgeschäftsjahren ein. Man wird sie nicht der Kriegsgewinnsteuer unterwerfen können, sondern wird die Friedensbilanz erst in der bezeichneten Weise berichtigen dürfen. Stellt sich dann noch ein „Mehrgewinn" heraus, so ist er kriegssteuerpflichtig. Richtig ist daher die von Oswald (FrankfZ., Erstes Morgenbl. v. 30. Nov. 1915) ausgesprochene Ansicht, daß, wer vor dem Kriege gewohnt gewesen sei, auf seine Aktiven mehr, als die „Wertminderung" unbedingt nötig machte, abzuschreiben, entgegen dem § 3 RücklagenG., § 16 KStG. das Recht haben müsse, dieselben Beträge in den Kriegsjahren von neuem abzuschreiben, weil nur so die früheren und späteren Jahresgewinne vergleichbare Größen bilden. Grundsätzlich stimmt überein: Hachenburg, JW. 16 15; derselbe im Abendbl. der FrankfZ. v. 29. Febr. 1916 gegen

Roesle, RücklagenG. 27f. und Sintenis, BankA. 16 133. Vgl. endlich Flechtheim, BankA. 16 243ff., der hervorhebt, in der Praxis werde die nachträgliche Geltendmachung solcher stillen Reserven zur Erhöhung der Bilanzen für die Friedensgeschäftsjahre auf Schwierigkeiten stoßen, wenn diese angeblichen stillen Reserven bei der Einkommensteuerveranlagung nicht als steuerpflichtige Überschüsse behandelt worden sind. Da als Vergleichsmaßstab nur der Durchschnitt dreier Friedensgeschäftsjahre in Betracht komme, sei ohne weiteres klar, daß eine in einem dieser Jahre gebildete stille Reserve diesen Durchschnitt nur zu einem Drittel erhöht; ebenso Koppe-Varnhagen a. a. O. 121.

9. Mrozek a. a. O. 47. Der Gewinn aus der Realisierung der stillen Reserven soll nach den Äußerungen des Reichsschatzsekretärs zu dem Bilanzgewinne des Geschäftsjahrs gehören, in welchem die Realisierung erfolgt ist. Dem kann nicht beigestimmt werden. Die Sache liegt nicht anders, als wenn ein buchmäßiges Reservekonto dadurch aufgelöst und dem Gewinne zugerechnet worden wäre, daß es unter den Passiven keine Aufnahme mehr gefunden hat. Eine solche Bilanz würde den gesetzlichen Vorschriften widersprechen, der Bilanzgewinn würde nicht den wirklichen Geschäftsgewinn ergeben, sondern um den Betrag des bisherigen Reservekontos der stillen Reserven gelten; der Gewinn aus der Realisierung muß vom Bilanzgewinn abgesetzt werden, damit der wirkliche Geschäftsgewinn zum Ausdrucke kommt. An dieser Auffassung hat auch das preußische Oberverwaltungsgericht in ständiger Rechtsprechung festgehalten (zu vgl. OVG. in StaatsSt. 13 268).

10. Zimmermann a. a. O. 48. Es wird darauf ankommen, ob die Veräußerung des Gegenstands, durch welche die stille Reserve realisiert, der buchmäßige Gewinn erzielt worden ist, zu dem Geschäftsbetrieb zu rechnen ist. Ist die Veräußerung des Gegenstands ein Ausfluß des Geschäftsbetriebs, so ist auch der über den Buchwert des Gegenstands erzielte Erlös als Geschäftsgewinn zu betrachten, wennschon er auf die jahrelangen hohen Abschreibungen zurückzuführen ist. Ist aber die Veräußerung des Gegenstands durch außergewöhnliche Umstände veranlaßt, z. B. ein Grundstück enteignet worden, so wird der realisierte Gewinn wie der Agiogewinn nicht zum Geschäftsgewinn zu zählen sein.

11. Stier-Somlo a. a. O. 257. Hat eine Aktiengesellschaft gemäß § 261 HGB. Unterbewertungen vorgenommen und wird der Gegenstand während des Krieges mit Buchgewinn veräußert, so ist zu unterscheiden. War der wirkliche Wert schon vor den Kriegsgeschäftsjahren vorhanden und kam er (aus gesetzlichem Zwange) nur buchtechnisch und bilanzmäßig nicht zum Ausdruck, dann wird dieser Gewinn schon früher erzielt sein. Wenn er buchmäßig erst jetzt infolge der Veräußerung hervortritt, so kann er doch nur als Gewinn der Friedensjahre angesehen werden. Ist die Unterbewertung dagegen nur eine scheinbare gewesen, hätte der vorausgesetzte Mehrwert bei etwaiger Realisierung während der Friedensjahre nicht für den entsprechenden Preis umgesetzt werden können, und hat erst während der Kriegsgeschäftsjahre sich die Möglichkeit eines Mehrwerts herausgestellt, worauf es auch tatsächlich realisiert worden ist, so kann die Kriegssteuerpflicht kaum zweifelhaft sein.

12. Stier-Somlo a. a. O. 258. Den Grundsatz, daß es entscheidend ist, wann der Gewinn gemacht wird, nicht wann er in die Erscheinung tritt, findet Hachenburg mit Recht im § 6 der Ausfbest. zum RücklageG. niedergelegt, wonach die Vorschriften des § 3 Satz 1 und 2 das. sowohl für die Feststellung des Geschäftsgewinns der Kriegsgeschäftsjahre als auch der Friedensgeschäftsjahre gelten. Danach sei der formale Abschluß einer Bilanz für die Gesellschaft nicht bindend, die Möglichkeit des Nachweises versteckter Reserven und damit zugleich auch jede andere Aufdeckung des wahren Sachverhalts gegeben. Diesen Grundsatz will Hachenburg aber auch auf andere „gleichgeartete Fälle" ausdehnen. Die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften (§ 261 HGB., vgl. auch § 42 GmbHG.) zwingen abweichend vom § 40 HGB. die Gesellschaft zu gewissen Unterbewertungen. Gewisse Vermögenswerte dürfen höchstens zu ihrem Anschaffungs- oder Herstellungspreis eingesetzt werden, mag auch ihr wirklicher Wert erheblich gestiegen sein. Dadurch entstehen gleichfalls stille Reserven, die nur nicht den Charakter der Freiwilligkeit haben. Ein bei ihrer Realisierung entstehender Buchgewinn sei ebenfalls nicht als Kriegsgewinn zu be-

zeichnen. Grundstücke z. B., die billig gekauft waren, deren Wert sich verzehnfacht hatte, die aber nach § 261 HGB. am 31. Dez. 1913 nur mit ihrem Anschaffungspreis aufgenommen werden durften, wurden zur Kriegszeit über ihren Buchwert verkauft. Wenn Hachenburg diesen Gewinn nicht als Kriegsgewinn gelten lassen will, so hält Flechtheim, BankA. 16 243ff. dies zwar der Billigkeit entsprechend, doch hat er in rechtlicher Beziehung Bedenken. Die Gleichartigkeit der Fälle sei doch nur eine beschränkte. § 3 Satz 2 RücklagenG., § 16 Abs. 1, Satz 2 KStG. wollen, daß die Bilanzen so korrigiert werden, wie sie bei Beschränkung auf die gesetzlich gebotenen Abschreibungen gelautet hätten, also gesetzlich lauten durften. Hachenburg dagegen will die Bilanzen so korrigieren, wie sie gesetzlich nicht hätten aufgestellt werden dürfen. Man wird mit Flechtheim sagen müssen: das geht jedenfalls über den unmittelbaren Inhalt des § 3 RücklagenG. bzw. § 16 KStG. hinaus. Es bestehen auch praktische Bedenken, vgl. Flechtheim a. a. O.

13. Buck a. a. O. 113. Wiederholt ist es vorgekommen, daß der Gewinn früherer Jahre, welcher in stillen Reserven versteckt lag und deshalb auch nicht zur Versteuerung gelangt ist, in der Weise zur Ausschüttung gelangt ist, daß das Grundkapital erhöht worden ist und den Aktionären die neuen Aktien kostenlos zur Verfügung gestellt worden sind. Ein in dieser Weise zur Verteilung gekommener Gewinn ist steuerpflichtig in dem Jahre, in dem aus den angesammelten Mitteln die Erhöhung des Aktienkapitals vorgenommen ist. Es kommt nicht darauf an, aus welchen Mitteln, für welche Zeit und unter welchen Umständen die Dividenden gezahlt werden (OVG. 12 69, 14 68ff., 15 70). Gewinn sind alle Beträge, die die Gesellschafter einer G. m. b. H. oder Aktionäre einer Aktiengesellschaft unbeschadet der Stammeinlage (Aktienkapital) erhalten. Es handelt sich in solchen Fällen lediglich um eine Aufrechnung (OVG. 4 67) des Anspruchs auf Gewinnanteil gegen den Anspruch auf Einzahlung auf das zu erhöhende Aktienkapital (Stammkapital). Im übrigen vgl. hierzu § 17 Abs. 2, wonach im Falle einer Erhöhung des Grundkapitals die 6% nur von demjenigen Betrage berechnet werden, der der Gesellschaft durch Einzahlungen tatsächlich zugeflossen ist.

14. Koppe-Varnhagen a. a. O. 123. Aus § 16 Abs. 1 Satz 2 folgt namentlich auch, daß soweit ein Rücklagenkonto angemessene Beträge ansammelt, welche für die Überleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft erforderlich sind, Kriegssteuer nicht zu entrichten ist.

15. Norden-Friedländer a. a. O. 110ff. (unter Anführung eines Aufsatzes von Mrozek i. Berl. Tagebl.). Will eine Gesellschaft die früher deklarierten stillen Reserven nachträglich zu dem Zweck in die Erscheinung treten lassen, daß der Friedensgewinn, höher als aus der Bilanz ersichtlich, nachgewiesen wird, so muß sie sich die Frage vorlegen, ob sie nicht mit der Einkommensteuerbehörde in Konflikt gerät; einmal dadurch, daß diese Behörde die nachträgliche Versteuerung des damals nicht ausgewiesenen Einkommenteiles verlangt, dann aber auch insofern, als die Einksteuerbehörde die Strafverfolgung veranlassen könnte. Hierbei ist folgendes zu erwägen. Mit dem Vorbringen, die Abschreibungen in einem Friedensgeschäftsjahr hätten sich nachträglich als zu hoch herausgestellt, wird die Gesellschaft nicht gehört (vgl. OVG. in StaatsStS. 2 41, 7 363, 11 263, 14 353). Wird aber geltend gemacht, die Abschreibungen seien s. Z. bewußt zu hoch angegeben, so liegt darin gleichzeitig das Geständnis absichtlicher Steuerhinterziehung. Zum Schutz gegen Strafe muß also die Steuererklärung berichtigt und die Nachsteuer innerhalb der Frist des § 72 EinkStG. entrichtet werden. Dabei ist zu beachten, daß bei der für die Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens maßgebenden Durchschnittsberechnung die Berichtigung aller Steuererklärungen erfolgen müßte, in denen das betreffende Jahr in der Durchschnittsberechnung vorkommt (zu vgl. RG. 45, 393). Die Berichtigung muß durch dieselben Personen erfolgen, die die falsche Erklärung abgegeben haben. Die Nachsteuer für die Einkommensteuer kann geringer sein als die Kriegsabgabe, welche bei Geltendmachung der stillen Reserve erspart werden kann, so daß das Eingeständnis der Steuerhinterziehung der Gesellschaft zum Vorteil gereicht. Dieser Umstand sowie der weitere, daß die Täter sich die Straffreiheit sichern können, wird aber die Veranlagungsbehörden dahin führen, solches

Eingeständnis früherer Verfehlungen mit Vorsicht aufzunehmen und sie stets daraufhin zu prüfen, ob sie der Wahrheit entsprechen und nicht etwa gerade für die Kriegsabgabe eine falsche Angabe enthalten, während die früheren Erklärungen für die Einkommensteuer richtig waren; siehe hierzu auch Koppe-Varnhagen a. a. O. 118ff., Rheinstrom-Blum a. a. O. 51.

16. Liebmann, DJZ. 16 1066. Bei der Bewertung von Vermögenswerten im feindlichen Ausland kommt zu der Erwägung, ob die Aktiven noch bestehen oder durch die Zerstörung oder Verschleuderung im feindlichen Ausland dauernd dem Inländer entwendet worden sind, noch die Frage, ob nicht durch die von dem Reiche ausgehenden Vergeltungsmaßnahmen ganz oder teilweise ein Ersatz eintreten wird oder ob nach dem Friedensschluß auf eine anderweitige Entschädigung gerechnet werden kann. Dies sind Gesichtspunkte, die bei der Bilanzaufnahme große Schwierigkeiten bereiten werden. Werden die nach objektiv zutreffender Erwägung als verloren anzunehmenden Gegenstände abgeschrieben oder bei starker Entwertung niedrig eingesetzt, so muß die Kriegsbilanz einen großen Verlust erbringen; er wird auch nicht vermindert, weil die Bewertung der letzten Bilanzen aufrecht erhalten und eine Rückstellung vorgenommen wird. Wollte man aber die Bewertung nach den Grundsätzen der früheren Bilanzen vornehmen, so wird die Steuer möglicherweise angesichts der unbekannten Entwertung zu Unrecht erhoben, und nach dem Friedensschluß ergibt sich ein Verlust, der für die Zukunft des Unternehmens schädlich sein kann. Besondere Schwierigkeiten wird auch noch die Bewertung ausländischer Forderungen, soweit sie als einbringlich anzusehen sind, im Hinblick auf die derzeitige Verschlechterung der deutschen Valuta bereiten; wenn sie in der Bilanz zu dem gegenwärtigen hohen Kurse der ausländischen Währung eingesetzt werden, ergibt sich unter Umständen ein Bilanzgewinn, der sich bei einem Sinken des Kurses nach dem Friedensschluß in einen empfindlichen Verlust verwandeln kann.

17. Liebmann, DJZ. 16 1067. Schulden bei Gläubigern im feindlichen Ausland sind in einer arbitrageähnlichen Berechnung über das neutrale Ausland zu bewerten. Der Kurs der holländischen oder amerikanischen Valuta ist bekannt; auch der Kurs der englischen Valuta in Holland oder New York läßt sich feststellen. Der deutsche Schuldner eines Engländers erscheint daher befugt, die Schuld zu dem Betrag einzustellen, wie er nach der Umrechnung der englischen Valuta in holländischer oder amerikanischer Währung und wie dieser nach dem deutschen Kurse sich ergibt. Wenn es sich nach dem Frieden, sobald Stundung ihr Ende erreicht hat, herausstellt, daß der dann zu zahlende Betrag höher oder niedriger ist, wird dadurch kein anderes Ergebnis herbeigeführt als es in Friedenszeiten sich darstellt, wenn eine Valutaveränderung zwischen dem Bilanztage und dem Zahlungstage eintritt.

18. Liebmann, DJZ. 16 1068. Zinsen können für die Forderungen der feindlichen Ausländer auf die Dauer der Stundung nicht gefordert werden (§ 2 VO. v. 30. September 1914) d. h. es entsteht kein Anspruch der ausländischen Gläubiger. Sie dürfen daher auch nicht in die Bilanz eingestellt werden, und der Hinweis darauf, daß ihre Zahlung nach dem Frieden möglicherweise doch erfolgen könnte, berechtigt dazu nicht.

§ 17.

Der durchschnittliche frühere Geschäftsgewinn.

I Abs. 1.

1. Stier-Somlo a. a. O. 264. Gehalt, Provision usw. des Geschäftsführers einer G. m. b. H., der diese Tätigkeit in seiner Eigenschaft als Gesellschafter ausübt, ist nicht Betriebsausgabe der Gesellschaft, sondern Teil des von ihr erzielten Gewinns. Dies ist auch bei Berechnung der Rücklage zur Kriegssteuer maßgebend. Es muß aber auch zugunsten der Gesellschaften bei Berechnung des früheren durchschnittlichen Geschäftsgewinns eine Anrechnung der Bezüge der auf Grund gesellschaftlicher Verpflichtung tätigen Geschäftsführer erfolgen.

2. Stier-Somlo a. a. O. 264. Um die Ausscheidung des schlechtesten Geschäfts-

jahrs bewirken zu können, muß der Gewinn zunächst für alle fünf vollen Geschäftsjahre nach den Vorschriften des KStG. festgestellt werden, bei Kapitalvermehrungen ist Abs. 2 zu beachten. Hat z. B. eine Gesellschaft im Geschäftsjahre 1909 ein Geschäftsjahr von nur zehn Monaten gehabt, so kommen für die Durchschnittsberechnung nur die vier Jahre 1910—1913 in Frage, und zwar scheidet hier kein Jahr aus, sondern es ist der Durchschnitt nach vier Jahren zu bilden. So richtig Koppe-Varnhagen a. a. O. 133, wo auch betont wird, daß, da § 1 RücklageG. die offene Handelsgesellschaft nicht steuerpflichtig macht, deren Gewinn, wenn sie in eine andere Gesellschaftsform umgewandelt ist, nicht bei Berechnung des Friedensgewinns mit zu berücksichtigen ist.

II Abs. 2.

1. Norden-Friedländer a. a. O. 119, Stier-Somlo a. a. O. 265, Buck a. a. O. 152. Auf Fusionen finden gemäß § 9 Abs. 2 AusfbstzRücklageG., soweit sie mit einer Kapitalvermehrung der aufnehmenden Gesellschaft verbunden sind, die Vorschriften des § 17 Abs. 2 bis 5 KStG. über Vermehrungen des Grund- oder Stammkapitals entsprechende Anwendung.

2. Rheinstrom-Blum a. a. O. 61, Stier-Somlo a. a. O. 265. Vermehrung ist nicht nur die Erhöhung des Grund- oder Stammkapitals, sondern auch die Einholung geschuldeter Einlagen.

III Abs. 3.

1. Stier-Somlo a. a. O. 267. Insbesondere bei kleineren G. m. b. H. tritt häufig der Fall ein, daß die wenigen Gesellschafter, die zugleich auf Grund gesellschaftlicher Verpflichtung Geschäftsführer sind, auch in schlechten Geschäftsjahren der Gesellschaftskasse Gehälter, die solche nicht sind, entnehmen. Hierdurch entsteht dann eine Unterbilanz, die bei Leistung nur der wirklichen Betriebsausgaben nicht aufgetreten wäre. Man wird daher in solchen Fällen die entnommenen Beträge zum Ausgleich des Verlustvortrags heranziehen müssen, und zwar nicht nur für die Friedens-, sondern auch für die Kriegsgeschäftsjahre. Geschieht dies nicht, so würden bei einem großen Teil der zahlreichen G. m. b. H., die nur wenige zugleich geschäftsführende Gesellschafter haben, die Geschäftsführerbezüge in den gewinnreichen Kriegsgeschäftsjahren derart erhöht werden, daß trotz der besseren Geschäftslage bilanzmäßig ein Verlustvortrag verbleibt. Es ist nicht etwa zu befürchten, daß dadurch auch eine Nachprüfung der viele Jahre zurückliegenden Bilanzen notwendig wird und so übergroße Weiterungen für die Gesellschaften und die Steuerbehörden entstehen, denn die Prüfung und gegebenenfalls steuerliche Berichtigung der Bilanzen braucht sich nur soweit zurück zu erstrecken, bis der Verlustvortrag, mit welchem die Gesellschaft in das Kriegsgeschäftsjahr eintritt, abgedeckt ist. Dies wird aber wohl immer schon eintreten durch Zurechnung der in den letzten fünf Friedensjahren erfolgten Entnahmen, die wegen Ermittlung des früheren Geschäftsgewinns bereits festgestellt werden müssen. Petermann, SteuerA. 16 185f.

2. Stier-Somlo a. a. O. 268. Bei der Ermittlung des Durchschnittsgewinns der fünf Vorjahre ergibt sich ein Fehlbetrag, z. B. weist eine Gesellschaft mit 10 Mill. M. Kapital in den letzten der fünf Vorjahre eine Unterbilanz von 2 Mill. M. aus, dann beträgt der Mindestbetrag des früheren Durchschnittsgewinns gemäß Abs. 3 sechs vom Hundert, von 10 Mill. also 600000 M. Vermag die Gesellschaft im ersten Kriegsgeschäftsjahre die Unterbilanz bis auf 600000 M. zu tilgen, so würde der Überschuß dieses Jahres sich auf 1400000 M. stellen und somit den Mindestgewinn um 800000 M. übersteigen. Man wird zugeben müssen, daß trotzdem in dem fraglichen Kriegsgeschäftsjahr ein „Geschäftsgewinn" nicht erzielt ist. Denn solange eine Unterbilanz ausgewiesen wird, kann von einem Bilanzgewinn nicht die Rede sein, der vielmehr erst vorliegt, wenn sich ein Überschuß der Aktiva über die Passiva in der Bilanz ergibt (zu vgl. Sintenis, BankA. 15 90).

3. Kann, wenn eine Unterbilanz des letzten Friedensjahres durch Kürzung des Reservefonds beseitigt ist, ein entsprechender Teil des Gewinns aus dem

ersten Kriegsgeschäftsjahr zur Auffüllung der angegriffenen Reserven verwendet werden, ohne daß er als Geschäftsgewinn i. S. des KStG. erscheint?

a) Bejahend.

Stier-Somlo a. a. O. 268, weil ein Mehrgewinn i. S. des § 4 RücklageG., § 14 KStG. erst anzunehmen ist, wenn der Überschuß der Aktiva über die Passiva den gemäß § 5 Abs. 3 RücklageG., § 17 Abs. 3 KStG. ermittelten Mindestgewinn übersteigt. — Wenn das letzte der Vorjahre mit einem Fehlbetrag abschloß, der aus vorhandenen Reserven gedeckt werden konnte, so liegt nur ein scheinbarer Mehrgewinn vor, wenn die Gesellschaft ihn ganz oder teilweise zur Wiederherstellung der gekürzten Reserven verwendet. Dieser „Mehrgewinn" kann nicht besteuert werden; ebenso Sintenis, BankA. 15 90, Zimmermann a. a. O. 60.

b) Verneinend.

α. Moesle a. a. O. 42. Es erscheint unzulässig, den Fehlbetrag eines Friedensgeschäftsjahres, der nicht zur Unterbilanz geführt hat, vom Geschäftsgewinn eines Kriegsgeschäftsjahres abzusetzen. So weit geht die Rücksichtnahme auf die innere Kräftigung der Gesellschaften denn doch nicht, daß das Gesetz ihnen gestattete, nicht nur eine Unterbilanz zu beseitigen, sondern auch frühere, zur Deckung eines Fehlbetrages verwendete Reserven wieder auffüllen zu lassen, bevor überhaupt von einem Mehrgewinn die Rede sein könnte; zustimmend Buck a. a. O. 163.

β. Koppe-Varnhagen a. a. O. 135. Die Gewinnbeträge des Kriegsjahres, die zur Auffüllung der Reserven des Vorjahres — aus welchen der Verlust gedeckt wurde — verwandt sind, gehören zum steuerpflichtigen Mehrgewinn. Bei Erlaß des KStG. war das letzte in Frage kommende Friedensgeschäftsjahr in allen Fällen abgeschlossen, eine etwaige Verlustdeckung durch Entnahme von Beträgen aus dem Reservefonds, oder gegebenenfalls aus anderen Rücklagen, war bereits erfolgt. Das KStG. gestattet zwar (§ 16 Abs. 3) eine Rückberichtigung von Bilanzen in gewisser Beziehung, dahin gehört aber der vorstehende Fall nicht. Ist daher ein Verlust einmal durch Reserven gedeckt, dann kann nachträglich nicht für die Mehrgewinnberechnung so gefolgert werden, daß ein Teil des Gewinns aus dem ersten Kriegsgeschäftsjahr in Abzug gebracht werden könnte, weil zur Ausgleichung der Unterbilanz eine Reserve benutzt sei.

c) Vermittelnd.

Rheinstrom-Blum a. a. O. 63. Hat eine Gesellschaft vor dem Kriege mit Unterbilanz gearbeitet, so ist Mehrgewinn nur das, was sie über 6 v. H. des Grund- oder Stammkapitals hinaus verdient. Die allgemein als Mindestgewinn zugebilligten 6 v. H. umfassen also tatsächlich nicht nur die hinter 6 v. H. zurückbleibenden Mehrgewinne, sondern auch darüber hinaus alle Verluste. Bei dieser Regelung werden diejenigen Gesellschaften, die in den Friedensgeschäftsjahren saniert wurden, gegenüber denjenigen benachteiligt, die ihre Unterbilanz unter Unberührtlassung der ursprünglichen Kapitalshöhe in die Kriegsgeschäftsjahre vorgetragen haben. Bei letzteren ist ein Geschäftsgewinn überhaupt erst nach Deckung des Verlustvortrages vorhanden, und dieser um den Verlustvortrag bereits gekürzte Gewinn komme als Mehrgewinn nur insoweit in Betracht, als er 6 v. H. des unberührt gebliebenen Grund- oder Stammkapitals übersteigt. Bei den kurz vor Kriegsausbruch sanierten Gesellschaften dagegen ist der Mehrgewinn der volle rechnungsmäßig ermittelte Gechäftsgewinn, soweit er 6 v. H. des herabgesetzten Grund- oder Stammkapitals übersteigt. Hier wird in zahlreichen Fällen durch § 36 KStG. abgeholfen werden müssen.

IV zu Abs. 4.

1. Stier-Somlo a. a. O. 271, Rheinstrom-Blum a. a. O. 59. Bei der Umwandlung einer G. m. b. H. in eine AG. sind nach §9 Abs. 1 AusfBestzRücklageG. die Ergebnisse der Gesellschaft in der Form der G. m. b. H. mitzuberücksichtigen. Das ist auch auf die während des Krieges gegründeten Gesellschaften anzuwenden, bei denen also auch nicht ein Teil des Geschäftsjahres in die Friedenszeit hineinreicht.

2. Moesle a. a. O. 25. Zum Geschäftsgewinn gehört nicht der Agiogewinn (RG. 46, 262); ebenso Stier-Somlo a. a. O. 270, Koppe-Varnhagen a. a. O. 138.

3. Weinbach a. a. O. 647. Daß bei Neugründungen für die zu konstruierende Dividende der letzten Friedensjahre eine nur 5- und nicht wie sonst im Gesetz eine 6prozentige Dividende unterstellt wird, scheint auf einem Versehen zu beruhen.

V zu Abs. 5.

1. Sintenis, Finanz- und wirtschaftspolitische Kriegsgesetze² 106. Fusionen kommen vielfach in der Weise zustande, daß eine Gesellschaft mit hohem Aufgeld das gesamte Vermögen einer anderen Gesellschaft gegen Ausgabe von Aktien zum Nennwert erwirbt, um anderweitige Buchwerte zu erhalten. Hier ist der Ausgabebetrag der Aktien nur scheinbar auf den Nennwert festgesetzt, in Wahrheit ist der Gesellschaft ein erheblich höherer Vermögenswert zugeflossen. Demgemäß wird auch der Aktienstempel nach ständiger Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht von dem Nennwerte, sondern von dem inneren Werte der jungen Aktien berechnet. Das gleiche muß für die Hinzurechnung von Zinsen gemäß § 5 Abs. 2 und 5 RücklageG. gelten; zustimmend für § 17 KStG. Stier-Somlo a. a. O. 272. Die Feststellungen, die die Stempelbehörde anläßlich der Erhebung des Aktienstempels getroffen hat, geben in der Tat eine geeignete Grundlage für die Errechnung des der Gesellschaft durch die Verschmelzung tatsächlich zugeflossenen Kapitalbetrages.

2. Stier-Somlo a. a. O. 273. Kapitalsherabsetzungen werden weder für die Friedens- noch für die Kriegsgeschäftsjahre berücksichtigt. Wenn durch Zusammenlegung von Aktien usw. Buchgewinne erzielt werden, gelten diese nicht als Geschäftsgewinn i. S. des KStG. Vgl. OVG. 7319 und 16251. Übereinstimmend Koppe-Varnhagen a. a. O. 139.

§ 18.

Tochtergesellschaften.

1. Rheinstrom-Blum a. a. O. 71. Die Beifügung der Bezeichnung Tochtergesellschaft für die andere Gesellschaft ist zum Zweck der kürzeren Ausdrucksweise am Platze, sachlich aber ist die Bezeichnung zu eng, denn es handelt sich bei den sog. Schachtelgesellschaften keineswegs immer bloß um Mutter- und Tochtergesellschaften, also solche zwei Gesellschaften, deren eine von der anderen gegründet worden ist. Der Besitz einer Gesellschaft an Aktien oder Anteilen einer anderen Gesellschaft kann auf den verschiedensten Ursachen beruhen, wie z. B. Sicherung maßgebenden Einflusses bei der anderen Gesellschaft, Ausschaltung der Konkurrenz der anderen Gesellschaft, Vorbereitung der Fusion mit der anderen Gesellschaft usw. Zahlreich sind auch, namentlich in der Elektrizitätsindustrie, im Kleinbahnwesen usw. die Fälle, wo Gesellschaften eigens zu dem Zwecke gegründet worden sind, um Aktien oder Anteile einer Reihe anderer bereits bestehender Gesellschaften in Besitz zu nehmen, sog. holding companies, Finanztrusts, vg. Blum, Die steuerliche Ausnutzung der AG. in Deutschland 114ff.

2. Rheinstrom-Blum a. a. O. 72. Das Gesetz spricht nur von Dividenden oder Ausbeute. Man darf wohl annehmen, daß dieser Begriff im weitesten Sinne zu verstehen ist und jede Ausschüttung der Tochtergesellschaften an ihre Aktionäre aus dem Geschäftsgewinn eines Jahres darunter fällt, in welcher Form sie auch immer erfolgt, z. B. Verteilung eines besonderen Bonus neben der eigentlichen Dividende. Auch das bei Bezug junger Aktien der Tochtergesellschaft durch die Muttergesellschaft erzielte Agio wird noch als Dividende oder Ausbeute und daher Mehreinnahme i. S. des § 18 Abs. 2 zu erachten sein.

3. Marcuse a. a. O. 1155. Die Bestimmung des § 18 ist nicht ohne Mängel. Zunächst wird ein Besitz von 20 v. H. aller Anteile gefordert; soll dies bedeuten: 1/5 der Zahl der Anteile, auch wenn diese über verschiedene Beträge lauten, so daß 20 v. H. der Aktien vielleicht 5 v. H. des Kapitals entsprechen? Nach dem Wortlaut scheint die Zahl der Aktien maßgebend zu sein; → so Rheinstrom-Blum a. a. O. 68 ←. Nirgends ist sodann gesagt, wann der Besitz nachgewiesen werden muß; nach dem Wortlaut des Gesetzes scheint der

Zeitpunkt der jeweiligen Dividendenausschüttung der Tochtergesellschaft maßgebend zu sein. Da ferner die Dividende der Tochtergesellschaft meist erst im folgenden Jahre von der Muttergesellschaft verrechnet wird, entsteht eine Inkonsequenz, denn im ersten Kriegsjahre verrechnet die Muttergesellschaft die Dividende des letzten Friedensjahres der Tochtergesellschaft und erst im zweiten Kriegsjahre der Muttergesellschaft tritt eine Kriegsbilanz der Tochtergesellschaft in die Erscheinung. Da indessen die Vorschrift ohnehin eine Billigkeitsvorschrift ist, kann man sich hiermit abfinden (Sintenis, BankA. 15 233). Natürlich ist abzugsfähig der Anteil der verteilten Dividende, nicht der Anteil am gesamten Geschäftsgewinn.

4. Mrozek a. a. O. 200. „Verteilt" kann die Dividende oder Ausbeute erst nach Ablauf des betreffenden Geschäftsjahres werden. Deshalb wird die „im" ersten Kriegsjahre der Tochtergesellschaft verteilte Dividende noch aus einem Friedensgewinne herrühren, und die aus dem Kriegsgewinne des dritten Kriegsgeschäftsjahrs der Tochtergesellschaft verteilte Dividende wird erst im ersten auf die Kriegsjahre folgenden Geschäftsjahre der Muttergesellschaft zu einem etwaigen Mehrgewinne führen und dann überhaupt nicht mehr für die Kriegssteuer vom Geschäftsgewinn abgesetzt werden können. Eine Doppelbesteuerung des Kriegsgewinns der Tochtergesellschaft wird aber gleichwohl vermieden, weil der von dieser im dritten Kriegsgeschäftsjahr erzielte Kriegsgewinn nur noch bei ihr zur Besteuerung gelangt. Daß die Muttergesellschaft bei der Besteuerung des Ergebnisses ihres ersten Kriegsgeschäftsjahrs bereits eine Erleichterung erfährt, rechtfertigt sich daraus, daß sie eine etwaige Mehreinnahme an Dividende nicht aus dem Kriegs-, sondern aus einem Friedensgewinn ihrer Tochtergesellschaft zugeteilt erhalten hat.

§ 19.

Steuertarif.

1. Norden-Friedländer a. a. O. 131. Zur Ermittlung der Steuer inländischer Gesellschaften müssen in jedem Fall drei voneinander getrennte Berechnungen angestellt werden:

a) Der Steuerbetrag ist zu verrechnen, wie er sich auf Grund des § 19 Abs. 1 und 2 ergibt.

b) Demnächst ist der Betrag zu ermitteln, der sich bei Anwendung der nächst niedrigen Steuerstufe geben würde, zuzüglich des Betrages des Mehrgewinnes, um den dieser die für Anwendung der niedrigeren Steuerstufe maßgebende Grenze überschreitet (§ 19 Abs. 4).

c) Endlich ist festzustellen, ob die sonach ermittelte Abgabe die für ausländische Gesellschaften vorgesehenen Sätze übersteigt (§ 19 Abs. 5).

2. Stier-Somlo a. a. O. 283. Durch den Grundsatz, den Mehrgewinn zum Grundkapital in Beziehung zu setzen, werden Gesellschaften mit hohem Grundkapital weniger betroffen als solche, die ihre Betriebsmittel auf andere Weise, z. B. durch Ausgabe von Schuldverschreibungen, Aufnahme von Hypotheken oder Bankkrediten, aufgebracht haben. Zwar wird die Verzinsung für alle diese Schulden in der Bilanz vom Gewinn abgesetzt, es vermindert sich also auch der zu versteuernde Betrag. Aber die Zinsleistungen sind bei gut rentierenden Unternehmungen geringer als der mit Hilfe der Schulden erzielte Gewinn, und daher entsteht für die Gesellschaften mit großen Schulden ein Nachteil. Namentlich ist für die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die häufig mit dem gesetzlichen Mindestkapital gegründet werden, eine solche Befürchtung angebracht. Die Gesellschafter gewähren der Gesellschaft m. b. H. vielfach einen im Vergleich zum Kapital umfangreichen Kredit, der die eigentlichen Betriebsmittel darstellt. Die Erhebung der Kriegssteuer in der in Abs. 1 bezeichneten Form ist auch geeignet, die Gesellschaften zur Erhöhung ihres Stammkapitals anzuregen, weil das dritte Kriegsgeschäftsjahr bei einer größeren Zahl von Gesellschaften erst am 30. Juni 1917 abläuft und die Vermehrung des Grundkapitals zu einer Steuerermäßigung führen kann. Aber solche Kapitalerhöhungen stellen eine Gefahr für das Unternehmen dar, weil das hohe Kapital in Jahren schlechter Konjunktur nicht mehr verzinst werden kann.

3. Stier-Somlo a. a. O. 284. Wirkliche Reserven sind nur solche Bilanzposten, die ausweislich der Bilanz eine Kapitalansammlung über den Betrag des Grundkapitals hinaus darzustellen bestimmt sind (z. B. der gesetzliche Reservefonds, freiwillige Reservefonds, Dividendenausgleichsfonds, Rückstellungen für künftige, möglicherweise eintretende Verluste oder Ausgaben), dagegen u. a. nicht Posten, die einen Ausgleich für die Verminderung von Vermögensgegenständen der Gesellschaft darstellen sollen (z. B. Erneuerungsfonds), oder die zur Deckung bereits begründeter Verpflichtungen eingestellt sind (z. B. Talonsteuerreserven, Reserven für den Fall des ungünstigen Ausgangs eines anhängigen oder bevorstehenden Rechtsstreits), bei Versicherungsgesellschaften die Rücklagen für die Versicherungssummen und für die den Versicherten selbst als sog. Dividende zurückzugewährenden Prämienüberschüsse. AusfBest. z. WBG. zu § 48 Abs. 1. Der Gewinnvortrag ist kein Reservekonto. Das Wort ist in § 11 WBG. dem Begriff der Reservekontenbeträge gegenübergestellt, kann also nicht mit ihm zusammenfallen. Fonds für Wohlfahrtszwecke gehören nicht zu den wirklichen Reservekontenbeträgen, weil sie nicht zur Kapitalansammlung über den Betrag des Grundkapitals hinaus bestimmt sind; ebenso Norden-Friedländer a. a. O. 126, Koppe-Varnhagen a. a. O. 145, Mrozek a. a. O. 202ff.; a. M. hinsichtlich des Gewinnvortrags Rheinstrom-Blum a. a. O. 81, Hirschfeld, LeitfKStG. 55, Buck a. a. O. 183.

4. Stier-Somlo a. a. O. 286. Als Vermehrung gilt der nominelle Betrag der Erhöhung des Grund- oder Stammkapitals. Dadurch werden zwei Gesellschaften von der Steuer verschieden erfaßt, wenn die eine z. B. 3 Mill. M. neue Aktien während der Kriegszeit zu pari ausgegeben hat, während sich die andere ebenfalls 3 Mill. neues Betriebskapital durch Emission von 1 Mill. M. neuer Aktien zu 300 v. H. beschafft hat. Es ist also nicht das tatsächlich neu zugeflossene Kapital maßgebend (anders § 17 Abs. 2); ebenso Rheinstrom-Blum a. a. O. 83.

5. Hirschfeld, LeitfKStG. 57. Ist durch die Erhöhung des Grund- oder Stammkapitals während der Kriegsgeschäftsjahre ein Agio hereingekommen, wodurch sich die Reserven um dies Agio vermehrt haben, so scheint es nur ein offenbares Versehen des Gesetzes zu sein, daß diese neue Reserve bei der Erhöhung nicht ebenfalls erwähnt ist. Es hat keinen inneren Sinn, wenn man die bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahres ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge zum Geschäftskapital hinzurechnet, bei nachträglichen Erhöhungen gebildete Reserven, die doch nur als Folge der Erhöhung zustande kommen, anders zu behandeln. Dieser Fall hängt mit den Reserven, welche im Laufe der Kriegsgeschäftsjahre aus deren Gewinn genommen werden, im Wesen gar nicht zusammen; denn die aus dem Geschäftsgewinn gebildeten Reserven sind zunächst zur Verteilung oder sonstigen Verfügung stehender Gewinne, nicht Betriebskapital, dagegen hat das Agio von vornherein den Charakter als Geschäftskapital, nicht als zur Verteilung stehender Gewinn.

6. Mrozek a. a. O. 206, 207. Die zu zahlende Abgabe (Abs. 4) bedeutet dasselbe wie die „geschuldete Abgabe" im § 29. Es handelt sich um die Einschränkung des Tarifs und deshalb um einen Bestandteil von ihm. Die Nichtbeachtung der Vorschrift führt zur Veranlagung eines falschen Abgabesatzes und kann daher nur im Wege der ordentlichen Rechtsmittel angefochten werden. Die in der Nichtanwendung des Abs. 4 liegende Rechtsverletzung kann auch noch mit der Beschwerde geltend gemacht werden.

7. Mrozek a. a. O. 207. Die Abgabe wird veranlagt ohne Rücksicht auf den Tarif für ausländische Gesellschaften (§ 21), nur ihre Erhebung ist eingeschränkt. Wird die Vorschrift nicht beachtet, so hat der Steuerpflichtige im Verwaltungswege die Steuerbehörde anzurufen; der Rechtsmittelweg ist hierfür nicht gegeben.

§ 20.

Ausländische Gesellschaften.

1. Stier-Somlo a. a. O. 291, Buck a. a. O. 178, Norden-Friedländer a. a. O. 138. Die deutschen Schutzgebiete sind Ausland.

2. Norden-Friedländer a. a. O. 135. Nur wirkliche Zweigniederlassungen sind

kriegssteuerpflichtig, nicht auch ausländische Gesellschaften, die im Inlande nur Zahlstellen (Kassen), Vertreter, Kommissionäre, Agenten oder Agenturen haben (wie z. B. häufig ausländische Versicherungsgesellschaften und Hypothekenbanken).

3. Marcuse a. a. O. 1155. „Geschäftsbetrieb im Inlande" ist nicht identisch mit Unterhaltung einer inländischen Zweigniederlassung. Weder wird eine gewisse Selbständigkeit des inländischen Zweigbetriebes, noch die Widmung besonderen Geschäftskapitals gefordert. Ein Geschäftsbetrieb liegt dann vor, wenn die ausländische Gesellschaft von einem im Inlande gelegenen örtlichen Mittelpunkt aus Geschäfte betreibt und deckt sich mit der den Steuergesetzen und auch dem Reichsdoppelsteuergesetz geläufigen Begriff der inländischen Betriebsstätte. Ein Geschäftsbetrieb im Inlande liegt nicht vor, wenn eine ausländische Gesellschaft durch Reisende Orders aufnimmt und die bestellten Waren vom Ausland aus versendet, wohl aber dann, wenn sie im Inlande ein Lager unterhält, von dem aus ein Beauftragter nach Anweisung der Zentrale Ware dem deutschen Besteller zuteilt.

4. Buck a. a. O. 190. Unterhaltung eines Geschäftsbetriebes i. S. des § 6 ist wohl im allgemeinen gleichbedeutend mit gewerblicher Niederlassung i. S. der EinkSteuerG. der Bundesstaaten.

§ 22.

Außerhebungstellung.

1. Norden-Friedländer a. a. O. 151. Unter gemeinnützigen Zwecken sind auch Wohlfahrtseinrichtungen für die Angestellten und Arbeiter der Gesellschaft zu verstehen. Eine Wohlfahrtsrücklage fällt aber nicht allgemein, sondern nur dann unter Abs. 1, wenn sie das Merkmal der Ausschließlichkeit und Sicherstellung des Verwendungszwecks trägt.

2. Mrozek a. a. O. 217. Es handelt sich ebenso wie im Abs. 1 um eine Hebungsvorschrift, deren Beachtung nur mittels Beschwerde im Verwaltungsweg erzwungen werden kann. Zu einem Schutze des Steuerpflichtigen durch die ordentlichen Rechtsmittel liegt hier auch kein Anlaß vor. Maßgebend für die Berechnung der Sonderrücklage und die des kriegssteuerpflichtigen Mehrgewinns sind dieselben wirtschaftlichen Tatsachen; nur rechnungsmäßig werden sie verschieden verwertet (§§ 1, 5 und 6 RücklagenG. und §§ 17 und 18 KStG.). Die Feststellung jener Tatsachen für die Kriegssteuer im Veranlagungs- und im Rechtsmittelverfahren muß deshalb auch für die der Verwaltung übertragene Prüfung der Frage, ob die Sonderrücklage vorschriftsmäßig gebildet ist, maßgebend sein. Der Verwaltungsbehörde bleiben demnach keine die Höhe der Steuer beeinflussenden Erwägungen, sondern lediglich Berechnungen auf Grund festgestellter Tatsachen. Die Richtigstellung reiner Berechnungen wird aber im Verwaltungswege schneller erreicht als im ordentlichen Rechtsmittelwege, so daß hier der Ausschluß des letzteren dem Steuerpflichtigen nur zum Vorteile gereicht.

3. Mrozek a. a. O. 219. Eine dahingehende Feststellung wird die Steuerbehörde nicht einseitig im Verwaltungswege treffen dürfen. Sie enthält inhaltlich nichts anderes als die Feststellung, daß auch für die Kriegssteuer der Mehrgewinn unzutreffend berechnet ist, also eine „Neuveranlagung" i. S. des § 25 Abs. 2 KStG. und des § 73 des BesitzsteuerG. Eine solche Neuveranlagung darf nur auf Grund neuer Tatsachen oder Beweismittel und nur durch das zuständige Veranlagungsorgan erfolgen und ist im ordentlichen Rechtsmittelweg anfechtbar. Im Veranlagungsbescheide (§ 29 KStG.) verbietet sich hiernach die fragliche Feststellung von selbst. Sollte aber die Steuerbehörde nachträglich im Verwaltungsweg eine solche Feststellung treffen, so könnte diese von dem Steuerpflichtigen als eine von unzuständiger Stelle erfolgte „Neuveranlagung" mittels der ordentlichen Rechtsmittel angefochten werden.

§ 24.

Doppelbesteuerung.

Stier-Somlo a. a. O. 299. Während nach § 11 Abs. 2 BesitzStG. der Reichs-

kanzler auch zum Zwecke der Anwendung eines Vergeltungsrechts gegenüber außerdeutschen Staaten von den Vorschriften des Gesetzes abweichende Anordnungen treffen kann, gewährt ihm § 24 dieses Recht nur zum Zwecke der Vermeidung einer Doppelbesteuerung. Hieraus folgt nach Rheinstrom-Blum a. a. O. 93, daß, wenn deutsche Gesellschaften mit ausländischen Niederlassungen durch eine ausländische Kriegssteuergesetzgebung nach ungünstigeren Regeln behandelt werden als ausländische Gesellschaften mit inländischen Niederlassungen durch die deutsche Kriegssteuer, der Reichskanzler nicht befugt ist, durch Verschärfung der Bestimmungen des Gesetzes Vergeltung zu üben. Es ist aber zu beachten, daß diese ungünstigere Behandlung solcher Gesellschaften, die auch in Deutschland kriegssteuerpflichtig sind, den Fall der Doppelbesteuerung im Sinne des § 24 begründet und ferner, daß ein allgemein völkerrechtliches Vergeltungsrecht nicht erst der juristischen Stütze eines Spezialgesetzes bedarf. Dies wird besonders auf die mit dem Deutschen Reich im Krieg befindlichen Staaten zutreffen.

§ 25.

Veranlagung.

Stier-Somlo a. a. O. 304. Obwohl BesitzStG. und KStG. Reichssteuern geschaffen haben, steht der aus ihnen entstehende Anspruch dem Bundesstaate zu, dessen Kasse, nicht der Reichsfiskus gegenüber dem Steuerpflichtigen berechtigt ist (§ 75 BesitzStG., § 34 WBG., § 54 ErbschStG.). Rückerstattungsansprüche richten sich also gegen den Fiskus des Bundesstaats. Die Steuerveranlagung erfolgt für das gesamte nach BesitzStG. und KStG. steuerbare Vermögen durch die Behörde eines Bundesstaates, auch wenn der Steuerpflichtige noch in anderen Bundesstaaten Vermögen, besonders Grund- und Betriebsvermögen besitzt. Übereinstimmend Rheinstrom, BesitzStG. 193.

§ 26.

Steuererklärung.

1. Stier-Somlo a. a. O. 311ff., 323. Für die KSt. gelten entsprechend die §§ 52 bis 64 BesitzStG. mit Ausnahme der §§ 52 Abs. 1, der durch § 26 KStG. ersetzt ist, und §§ 61, 62, die sich auf die Feststellung von Nachlaßmassen beziehen und für die KSt. bedeutungslos sind, da nach dem KStG. die Erbschaftsbesteuerung ausgeschlossen ist.

2. Mrozek a. a. O. 228. Die Steuererklärung zum Zwecke der Veranlagung der Kriegsabgabe kann mit der Besitzsteuererklärung verbunden werden. Wer also eine Besitzsteuererklärung abgibt, braucht nicht die dort gemachten Angaben in der Kriegssteuererklärung zu wiederholen, sondern kann an jene anknüpfen, so daß er in der Kriegssteuererklärung nur die anderweite Berechnung des Vermögens auf Grund der für die Kriegssteuer gemäß §§ 3—6 zu bewirkenden Zu- und Abrechnungen bei dem in der Besitzsteuererklärung berechneten Vermögenszuwachse zur Darstellung bringt. Ob die beiden Steuererklärungen auf demselben Blatte Papier oder getrennt niedergeschrieben sind, ist ohne Belang. Nur muß die Versicherung am Schlusse, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht seien, in jeder Steuererklärung enthalten sein oder durch einen entsprechenden Zusatz erkennen lassen, daß sie sich auf beide Steuererklärungen bezieht.

Wer keine Besitzsteuererklärung abzugeben hat, muß in der Kriegssteuererklärung gemäß § 53 des Besitzsteuergesetzes zunächst seine Vermögensverhältnisse am Anfang und am Ende des für ihn maßgebenden Veranlagungszeitraums klarlegen und zu diesem Zwecke nach näherer Bestimmung des Bundesrats, die für die Besitzsteuer ergehen wird, das gesamte besitzsteuerbare Vermögen getrennt nach seinen einzelnen Bestandteilen unter Angabe ihres Wertes angeben. Denn dieses besitzsteuerpflichtige Vermögen ist nach § 3 des Kriegssteuergesetzes der Ausgangspunkt für die Berechnung des kriegssteuerpflichtigen Vermögens. Erst daran knüpfen sich die Zu- und Abrechnungen gemäß §§ 3—6 a. a. O. für die Kriegsabgabe. Soweit die Vermögenswerte sich nicht aus dem Nenn- oder Kurswert oder dem Betrage der geleisteten Zahlungen ergeben, kann der Steuerpflichtige sich auf die tatsächlichen Mitteilungen beschränken, die er behufs Schätzung des Wertes bei-

zubringen vermag (§ 53 Abs. 2 BesitzsteuerG.), d. h. der Steuerpflichtige braucht solche Werte nicht selbst zu schätzen, sondern nur kenntlich zu machen und kann die Schätzung der Kommission überlassen. Ein Nachteil entsteht ihm hierdurch nicht, weil er eine Schätzung, die ihm nicht zutreffend erscheint, immer noch im Rechtsmittelweg anfechten kann, mit der Beschwerde, allerdings nur noch wegen wesentlicher Verfahrensmängel oder eines aus der Begründung der Schätzung erkennbaren Rechtsirrtums.

3. Mrozek a. a. O. 230. Die wiederholte Abgabe einer Steuererklärung, nämlich einmal für die „vorläufige" Veranlagung und das andere Mal für die „endgültige" Veranlagung (§ 28) ist im Gesetze nicht vorgesehen. Deshalb wird die Steuererklärung nur für die „endgültige" Veranlagung gefordert werden dürfen.

§ 28.

Festsetzung der Kriegsabgabe.

1. Mrozek a. a. O. 235. Aus dem Wesen der „vorläufigen" Veranlagung folgt, daß diese nicht einzutreten braucht, wenn sich die Veranlagung so verzögert hat, daß bereits die Ergebnisse aller drei Kriegsgeschäftsjahre feststehen und deshalb sogleich die endgültige Veranlagung erfolgen kann. Es folgt ferner daraus, daß, soweit die endgültige Abgabe in Betracht kommt, die vorläufig festgestellte Abgabe nicht etwa für die Bilanz über das letzte Kriegsgeschäftsjahr als Schuldposten oder, wenn sie bereits entrichtet ist, als zu den Betriebskosten gehörig in Betracht kommen und so den Bilanzgewinn mindern kann; denn sonst würde die endgültige Abgabe den Mehrgewinn nicht vollständig erfassen. Aus demselben Grunde kann auch die bestimmbare endgültige Abgabe nicht als Schuldposten für die Bilanz des letzten Kriegsgeschäftsjahrs in Betracht kommen.

2. Mrozek a. a. O. 237. Über die Befugnisse der Gesellschaft hinsichtlich der Sonderrücklage nach Entrichtung der vorläufig festgesetzten Abgabe ist folgendes hervorzuheben:

a) Bis zum Betrage der vorläufig veranlagten Abgabe hört jede Gebundenheit der Sonderrücklage auf; die Rücklage wird insoweit eine freiwillige Rücklage, über welche die zuständigen Gesellschaftsorgane beliebig verfügen können. Die Gesellschaft kann also die Sonderrücklage zu anderen Zwecken bestimmen und braucht dann nicht mehr die für die Sonderrücklage vorgeschriebenen Wertpapiere in ihrem Besitze zu behalten, sondern kann diese verpfänden oder veräußern. Sie kann aber auch die Sonderrücklage ganz oder teilweise auflösen und zur Verteilung unter ihre Mitglieder bringen.

b) Soweit die Rücklage den Betrag der vorläufig veranlagten Abgabe übersteigt, bleibt sie gebunden. Sie muß also auch weiterhin getrennt von dem sonstigen Vermögen verwaltet werden und in Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaats angelegt bleiben. Die Gesellschaft darf aber diese Wertpapiere verpfänden und sich dadurch neue Mittel schaffen, die sie im Betriebe verwenden kann. Erst die Entrichtung der endgültig veranlagten Abgabe hebt auch für den Rest der Sonderrücklage jede Gebundenheit auf und macht sie einer freiwilligen Rücklage gleich.

3. Stier-Somlo a. a. O. 330. Es ist kein Grund dafür zu erbringen, daß die Sonderrücklage bis zu 50 v. H. aufrechterhalten werden soll, nachdem bereits feststeht, daß ein niedrigerer Betrag an Steuer zu zahlen ist. Gesellschaftsorgane, die den für die Steuer nicht beanspruchten Teil der Rücklage bereits früher auflösen, sind weder zivilrechtlich, noch strafrechtlich haftbar. Übereinstimmend Sintenis, BankA. 16 324.

§ 29.

Erteilung des Steuerbescheides.

1. Stier-Somlo a. a. O. 331. Der § 65 BesitzStG. gilt nicht für die Kriegsbesteuerung, vielmehr ist in diesem eine Unterscheidung zwischen Veranlagungs- und Feststellungsbescheid vorgesehen, weil es sich um eine periodisch von drei zu drei Jahren zur Erhebung kommende Steuer handelt, so daß auch bei einer jetzigen Nichtveranlagung das Vermögen festgestellt werden muß, das als Grundlage für die Veranlagung der späteren Jahre anzunehmen ist, vorausgesetzt, daß es 20000 M. übersteigt. § 29 KStG. tritt also an die Stelle des § 65 BesitzStG. hinsichtlich der Kriegssteuer.

2. Mrozek a. a. O. 240. Die „Berechnungsgrundlagen" müssen folgendes ersichtlich machen:

a) bei Einzelpersonen:
den Stand des Vermögens bei Beginn des Veranlagungszeitraums, den am Ende jenes Zeitraums und den sich hieraus ergebenden Vermögenszuwachs, die Anwendung des Tarifs § 9 Nr. 1 sowie bei Gesellschaftern einer inländischen Gesellschaft m. b. H. gegebenenfalls (§ 10) die für den unerhobenen Teil der Abgabe maßgebende Verhältnisrechnung,

oder
das bei Beginn des Veranlagungszeitraums festgestellte Vermögen, den neunzig vom Hundert daran ausmachenden Betrag, das nach dem Besitzsteuergesetze für das Ende des Veranlagungszeitraums festgestellte Vermögen und den danach abgabepflichtigen Betrag des Vermögens;

b) bei inländischen Gesellschaften:
den durchschnittlichen früheren Geschäftsgewinn, den in jedem Kriegsgeschäftsjahr erzielten Geschäftsgewinn, die sich hiernach ergebenden Mehr- oder Mindergewinne, die Summe sowie den Jahresdurchschnitt der Mehrgewinne, das eingezahlte Grund- oder Stammkapital zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge, bei einer Vermehrung des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals auch die Durchschnittsrechnung für das maßgebende Grund- oder Stammkapital, die Darstellung des prozentualen Verhältnisses einerseits des durchschnittlichen Mehrgewinns, andererseits des durchschnittlichen Geschäftsgewinns zu dem für die Anwendung des Tarifs maßgebenden Betrage des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals usw., des sich hiernach ergebenden einfachen sowie des erhöhten Tarifsatzes, die hiervon für die Hebung auf Grund der Bestimmungen im § 19 Abs. 4 und 5 und im § 22 Abs. 1 und 2 bewirkten Kürzungen sowie die diesen zugrunde liegenden Berechnungen;

c) bei ausländischen Gesellschaften:
den durchschnittlichen früheren Geschäftsgewinn, den in jedem Kriegsgeschäftsjahr erzielten Geschäftsgewinn, die sich hiernach ergebenden Mehr- oder Mindergewinne, die Summe sowie den Jahresdurchschnitt der Mehrgewinne, den für die Berechnung der tarifmäßigen Abgabe zugrunde gelegten Prozentsatz vom Mehrgewinne, den sich hiernach ergebenden tarifmäßigen Betrag der Abgabe, die hiervon für die Hebung auf Grund der Vorschriften im § 19 Abs. 4 und im § 22 bewirkten Kürzungen sowie die diesen zugrunde liegenden Berechnungen.

§ 30.

Rechtsmittel.

1. Mrozek a. a. O. 242. Der vorläufige Bescheid (§ 28 Abs. 1) ist für sich allein überhaupt nicht im Rechtsmittelweg anfechtbar. Einwendungen werden in der Kriegssteuererklärung erhoben werden können.

2. Zimmermann a. a. O. 78. Die hauptsächlichste Bedeutung der Bestimmung liegt in der Betonung, daß gegen den endgültigen Bescheid die gleichen Rechtsmittel wie gegen den Besitzsteuerbescheid gegeben sind; daraus ergibt sich, daß der vorläufige Bescheid als eine einstweilige Maßnahme nicht mit den ordentlichen Rechtsmitteln anfechtbar ist. Wohl aber wird dem Steuerpflichtigen auch gegen Willkürlichkeiten bei dem vorläufigen Bescheid durch die Aufsichtsbehörde Schutz gegeben werden müssen; daher wird die Verwaltungsbeschwerde nicht ausgeschlossen sein. Da nur der endgültige Bescheid eine Festsetzung der vom Steuerpflichtigen zu entrichtenden Kriegsabgabe enthält, genügt die Beschwerde gegen diesen Entscheid bzw. die weiter zugelassene Klage. Soweit der endgültige Bescheid auf den vorläufigen Bescheid aufgebaut ist, müssen naturgemäß auch die Feststellungen im vorläufigen Bescheid als Bestandteile des endgültigen Bescheids angesehen und bei der Entscheidung über das Rechtsmittel berücksichtigt werden.

3. Mrozek a. a. O. 242. Der Bescheid muß unter Umständen zwei Abgabebeträge enthalten, nämlich den tarifmäßigen, „geschuldeten" Abgabebetrag und den „angeforderten", geringeren Abgabebetrag, der sich aus den im Verwaltungswege gemäß § 10, § 19 Abs. 4 und 5 und § 22 für die Abgabeerhebung zu bewirkenden Kürzungen an der tarifmäßigen Abgabe ergibt. Da die Steuererhebung reine Verwaltungssache ist, so kann auch nur die Festsetzung der tarifmäßigen Abgabe den Gegenstand des ordentlichen Rechtsmittelverfahrens bilden, während die Berichtigung und Vornahme der Kürzungen durch entsprechende Abgangstellung im Verwaltungswege zu erfolgen hat.

Die Inhebungsetzung irrtümlich nicht „angeforderter" Abgabebeträge ist keine Neuveranlagung im Sinne des § 25 Abs. 2 dieses Gesetzes und des § 73 des BesitzStG. (OVG. in StaatsStS. 16 334, 340).

§ 31.

Entrichtung der Abgabe.

1. Stier-Somlo a. a. O. 337. Die §§ 71 bis 74 BesitzStG. finden auf die Kriegssteuer nicht Anwendung; a. M. hinsichtlich der §§ 72 bis 74 Norden-Friedländer a. a. O. 171 und hinsichtlich des § 74 Koppe-Varnhagen 188.

2. Mrozek a. a. O. 245. Nach dem Eintritt der Fälligkeit wird hinsichtlich des fälligen Betrages der Antrag auf Verzinsung nicht mehr wirksam gestellt werden können (§ 813 BGB.).

3. Mrozek a. a. O. 245. Die im Verwaltungsweg getroffenen Entscheidungen über die Kürzung des tarifmäßigen Abgabebetrages für die Hebung werden den „rechtskräftigen Entscheidungen" gleichzuachten sein.

4. Stier-Somlo a. a. O. 336. Die Verzinsung der Abgabe mit 5 v. H. v. 1. Juli 1917 setzt nicht voraus, daß der Veranlagungsbescheid bis zu diesem Tage zugestellt ist. Eine Verzinsung hat auch stattzufinden und die etwaigen Zinsen müssen erstattet werden, wenn die Steuer nach dem Ergebnis des dritten Kriegsjahres ermäßigt wird oder ganz wegfällt.

§ 32.

Entrichtung durch Kriegsanleihe.

1. Rheinstrom-Blum a. a. O. 104. Wenn der Steuerpflichtige bei der vorläufigen Veranlagung einen zu hohen Steuerbetrag in Kriegsanleihen entrichtet hat, so ist er berechtigt, bei der endgültigen Veranlagung vom Fiskus die Rückerstattung des zuviel erhobenen Betrages in Kriegsanleihen der gleichen Gattung, wie er bei der vorläufigen Entrichtung in Zahlung gegeben hatte, zu fordern.

2. Norden-Friedländer a. a. O. 174. Neben dem Nennwert oder Kurswert werden dem Einreicher auch Stückzinsen anzurechnen sein, die sich unter Umständen mit den nach § 31 Abs. 3 geschuldeten Zinsen ausgleichen.

Strafbestimmungen.

§ 33.

1. Mrozek a. a. O. 248. Für die Anwendbarkeit des § 33 ist nach Wortlaut und Bedeutung des Gesetzes allein entscheidend, ob der Steuerpflichtige seine Angaben wider besseres Wissen gemacht hat. Auch wissentlich falsche Schätzungsangaben können zur Bestrafung führen, sei es, daß nach Lage des Falles eine Schätzung nur vorgespiegelt, sei es, daß bewußt falsch geschätzt wurde (vgl. RGStr. 40, 311).

2. Norden-Friedländer a. a. O. 175. Der wissentlich falschen Erklärung wird der Regel nach gleichzustellen sein eine aufs Geratewohl und unter Außerachtlassung jeder Sorgfalt abgegebene Steuererklärung, bei der der Steuerpflichtige sich sagen muß, daß sie leicht Unrichtigkeiten enthalten kann.

3. Mrozek a. a. O. 247. Hat der Steuerpflichtige die Angabe eines ihm bekannten abgabepflichtigen Betrags in der Steuererklärung unterlassen, weil er ihn nicht für steuerpflichtig hielt und glaubte, daß die Kenntnis seines Bestehens auf seiten der Steuerbehörde

ihn von der Angabe in der Steuererklärung befreie, so irrt er im Strafrecht und ist nicht straflos (RGZ. 33 C 13).

4. Mrozek a. a. O. 247. Tatsächlicher Irrtum schließt die „Wissentlichkeit" aus. War der Pflichtige von der Richtigkeit der von ihm unterschriebenen, von einem Vertreter aufgestellten Steuererklärung überzeugt, und hat er die Nichteinstellung eines abgabepflichtigen Betrags lediglich übersehen, so sind ihm tatsächliche Verhältnisse unbekannt gewesen. Eine Unachtsamkeit oder Fahrlässigkeit genügt noch nicht, um die Annahme eines Eventualdolus und damit die Strafbarkeit des Abgabepflichtigen nach § 38 zu begründen. Ein Eventualdolus darf angenommen werden, wenn der Steuerpflichtige mit der Möglichkeit einer unrichtigen Aufstellung seitens des Vertreters gerechnet, diese aber gleichwohl in seinen Willen aufgenommen und vollzogen hat (vgl. RG. v. 3. Febr. 1898 in Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern 35 38.).

5. Mrozek a. a. O. 248. Als Steuerbehörde hat hier auch der Bundesrat zu gelten, wenn er vom Steuerpflichtigen auf Grund des § 36 angerufen wird.

6. Rheinstrom-Blum a. a. O. 108, Stier-Somlo a. a. O. 341. Angaben in der Rechtsmittelinstanz kommen hier nicht in Frage.

7. Mrozek a. a. O. 248. Nur wenn der Steuerpflichtige die falschen Angaben der Steuerbehörde unmittelbar für die Festsetzung der Kriegsgewinnsteuer gemacht hat, ist § 33 anwendbar, andernfalls kommt nur § 76 BesitzStG. in Frage.

8. Mrozek a. a. O. 249. Für die Feststellung, ob die Angaben geeignet sind, eine Verkürzung der Abgabe herbeizuführen, muß die Gesamtheit der vom Steuerpflichtigen in seiner Erklärung niedergelegten Angaben als Ausgangspunkt genommen werden. Diese Angaben müssen, soweit sie wissentlich falsch sind, entsprechend berichtigt, soweit sie dagegen nicht wissentlich unrichtig sind, zugunsten des Erklärenden in Ansatz gebracht werden. Betrifft daher die wissentliche Unrichtigkeit nur einen der verschiedenen Beträge, während andere zwar auch unrichtig, aber nicht wissentlich falsch angeführt sind, so müssen die wissentlich unrichtigen Angaben, gleichviel ob sie zu hoch oder zu niedrig sind, richtiggestellt, die übrigen aber mindestens in der aus der Erklärung hervorgehenden Höhe angesetzt werden. Der so ermittelte Betrag ist dann mit dem in Wahrheit abgabenpflichtigen Betrage zu vergleichen, und so ist festzustellen, ob die in Betracht kommenden wissentlich unrichtigen Angaben des Steuerpflichtigen zu einem Abgabebetrage führen, der hinter dem rechtsbegründeten zurückbleibt oder nicht. Im ersteren Falle liegt das „Geeignetsein" im Sinne des § 33 vor, im letzteren nicht. Dementsprechend hat im ersteren Falle Bestrafung einzutreten, im anderen nicht (vgl. RGStr. 46 241).

9. Stier-Somlo a. a. O. 341. Zur Verkürzung der Abgabe geeignet sind Angaben dann nicht, wenn die wirklichen Verhältnisse der Behörde bekannt sind und nicht anzunehmen ist, daß die Angaben gemacht werden, um die Wirkung der Amtsbekanntheit durch Täuschung zu erschüttern.

10. Rheinstrom-Blum a. a. O. 109, Stier-Somlo a. a. O. 342. Angaben sind straffrei, wenn sie zwar unrichtig, aber ohne Einfluß auf den Beitragssatz sind.

11. Ebermayer, LeipzZ. 16 1215, 1219. Zur Bestrafung aus § 33 KStG. ist mehr nicht nötig, als die Feststellung, daß wissentlich (vorsätzlich oder mit Eventualdolus) unrichtige oder unvollkommene Angaben gemacht wurden und daß diese (objektiv) geeignet waren, zur Steuerverkürzung zu führen, es ist also nicht nur dann zu strafen, wenn erwiesen ist, daß der Angekl. wissentlich unrichtige oder unvollkommene Angaben gemacht und gleichzeitig gewußt oder doch mit der Möglichkeit gerechnet hat, die Angaben seien zur Steuerverkürzung geeignet, sondern schon dann, wenn die wissentlich gemachten falschen Angaben nur an sich zur Verkürzung der Steuer geeignet war, aber nicht festgestellt werden kann, daß der Angekl. sich dieses Geeignetseins bewußt war (§ 34), andererseits aber auch eine Feststellung dahin nicht getroffen werden kann, daß dem Angekl. das Bewußtsein des Geeignetseins und damit die Hinterziehungsabsicht fehlte (§ 35 i. Verb. mit § 78 BesitzStG.).

12. Mrozek a. a. O. 248. Die Beihilfe zu einer Hinterziehung ist strafbar, wenn diese

ein Vergehen i. S. des StGB. darstellt, d. i. wenn der Höchstbetrag der angedrohten Strafe, der fünffache Betrag der gefährdeten Abgabe, mehr als 150 M. beträgt (§§ 49, 1 Abs. 2 StGB. RGStr. 42 398).

13. Mrozek a. a. O. 249. Bis zum fünffachen Betrage der gefährdeten Abgabe, d. h. der Abgabe, soweit sie gefährdet war. Dieser Betrag wird dargestellt durch den Unterschied zwischen dem Betrage der rechtlich begründeten Abgabe und dem der Abgabe, welche festzusetzen gewesen wäre, wenn überall den wissentlich falschen Angaben des Steuerpflichtigen hätte gefolgt werden müssen.

14. Rheinstrom-Blum a. a. O. 110. Eine Strafumwandlung ist, da § 84 BesitzStG. nicht zu den durch § 35 für entsprechend anwendbar erklärten Vorschriften gehört, möglich (§ 28 StGB.).

15. Zimmermann a. a. O. 81. Durch unrichtige Angaben des am Schluß des Veranlagungszeitraums vorhandenen Vermögens, die eine zu niedrige Feststellung des Vermögenszuwachses zur Folge haben können, wird sowohl die Besitzsteuer als auch die Kriegsgewinnsteuer gefährdet. Da insoweit Tateinheit vorliegt, frägt es sich, ob § 73 StGB. die Erkennung einer Strafe nach § 33 des Kriegsabgabegesetzes neben einer Strafe nach § 76 des BesitzStG. ausschließt. Es kann wohl dahingestellt bleiben, ob die im RGStr. 47 10ff. vertretene Ansicht richtig ist. (In dem dort entschiedenen Fall wurde durch die eine Tat die auf den Grundstücksumsatz gelegte Landessteuer und die daneben erhobene Reichsstempelabgabe verkürzt.) Besteht die auf die Hinterziehung gesetzte Strafe in einem Vielfachen der verkürzten Steuer, so wird im Fall, daß durch die unrichtige oder unvollständige Steuererklärung mehrere an denselben Vorgang oder Gegenstand geknüpfte Abgaben hinterzogen werden, die Erkennung einer dem Vielfachen der mehreren Steuerbeträge gleichkommende Strafe ebenso zulässig sein, als wenn die verschiedenen Steuern als eine einheitliche Abgabe erhoben würden. In letzterem Fall würde die Erkennung des Vielfachen der erhöhten Abgabe zweifellos nicht zu beanstanden sein. In ähnlichem Sinne hat sich auch das Reichsgericht in der Entscheidung RGStr. 23 4 ausgesprochen. Man wird daher auch bei dem Verhältnis der Kriegsgewinnsteuer zur Besitzsteuer für zulässig halten, daß die Strafe nach § 33 neben derjenigen des § 76 des BesitzsteuerG. unverkürzt ausgesprochen wird, wenn durch eine und dieselbe Steuererklärung der Vermögenszuwachs unrichtig angegeben worden ist. Dagegen wird § 73 StGB. Platz greifen, soweit es sich um Verfehlungen handelt, die nach § 34 des KStG. und § 77 des BesitzStG. zu ahnden sind. Hier wirft sich nur die Frage auf, ob die neben der Gefängnisstrafe zu erkennende Geldstrafe nur nach § 33 des KStG. bzw. nach § 76 des BesitzStG. oder nach beiden Gesetzen zusammen auszusprechen ist. Da § 34 des gegenwärtigen Gesetzes und § 77 des BesitzStG. an der Geldstrafe, die jedenfalls begründet ist, nichts ändern, diese vielmehr nur verschärfen will, wird die Geldstrafe nach beiden Gesetzen zu berechnen sein.

§ 34.

1. Mrozek a. a. O. 251. Für den Tatbestand des § 34 genügt es, daß der Abgabepflichtige die Höhe des verschwiegenen Gegenstandes der Besteuerung gekannt hat; nur soweit diese Kenntnis reicht, ist der Steuerpflichtige für sein Tun verantwortlich (§ 59 StGB.) Dagegen ist die Kenntnis von der Höhe der gefährdeten Abgabe ohne Belang; ein Irrtum in dieser Beziehung betrifft das Strafrecht.

2. Mrozek a. a. O. 252. Besteht der Verdacht, daß eine Steuergefährdung der im Abs. 1 bezeichneten Art vorliegt, so hat die Steuerbehörde die Sache an die zuständige Staatsanwaltschaft abzugeben. Ob jener Verdacht besteht, entscheidet die Steuerbehörde nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen. Gelangt sie zur Bejahung der Frage, so darf sie nicht noch weiter darüber befinden, ob der Fall danach angetan ist, die schwereren Strafen des § 34 zur Anwendung zu bringen, vielmehr gebührt diese Entscheidung allein dem erkennenden Gerichte. Wenn also ein Steuerpflichtiger der Steuerbehörde der schwereren Straftat verdächtig erscheint, so darf sie sich unter keinen Umständen von vornherein mit dem Verwaltungsstrafverfahren begnügen, sondern muß die Sache an die Staatsanwaltschaft ab-

geben; nur wenn diese die Sache an die Steuerbehörde zurückgibt mit der Begründung, daß der Verdacht einer Straftat gegen § 34 nicht hinreichend begründet sei, darf das Verwaltungsstrafverfahren zur Anwendung kommen, in welchem aber nur die im § 33 bestimmte Geldstrafe festgesetzt werden kann.

3. Mrozek a. a. O. 253. Hält die Staatsanwaltschaft den Steuerpflichtigen einer Straftat nach § 34 für hinreichend verdächtig, so muß sie die Anklage auch dann erheben, wenn sie im gegebenen Falle eine Strafverschärfung nicht für angezeigt hält; dieser Auffassung kann sie nur bei ihrem Antrag in der Hauptverhandlung Ausdruck geben.

4. Stier-Somlo a. a. O. 345. Durch die Ablehnung der Staatsanwaltschaft kommt die Steuerbehörde in die Lage, die Sache durch verwaltungsrechtlichen Strafbescheid zu erledigen (§§ 459 ff. StPO.). Will sich jedoch die Steuerbehörde bei der Ablehnung nicht beruhigen, so kann sie ihrerseits öffentliche Anklage erheben (§ 464 StPO.). Übereinstimmend Rheinstrom-Blum a. a. O. 113f., Mrozek a. a. O. 253.

§ 35.

1. Mrozek a. a. O. 254. Der Vorschrift des § 78 BesitzStG. entspricht es, daß die Bestrafung nach § 33 KStG. nicht eintritt, wenn die wissentlich unrichtigen oder unvollständigen Angaben nicht in der Absicht der Steuerhinterziehung gemacht sind; der Steuerpflichtige verfällt dann nur einer Ordnungsstrafe bis zu fünfhundert Mark.

Für das Merkmal der Wissentlichkeit genügt es, daß dem Steuerpflichtigen die einschlagenden tatsächlichen Verhältnisse bekannt sind. Nach dieser Richtung kommt es, was für die Ordnungsstrafe von Bedeutung ist, auf einen Irrtum des Steuerpflichtigen über den Umfang der Steuerpflicht nicht an. Das Gesetz geht dabei von einer dem Steuerpflichtigen obliegenden Pflicht der Erkundung und der Einholung von Belehrung aus (RGStr. 46 251). Eine andere Auffassung hat der preußische Finanzminister. Danach soll ausnahmsweise auch ein Rechtsirrtum als entschuldbar angesehen werden, wenn es sich nämlich um zweifelhafte und schwierige Rechtsfragen handelt, deren zutreffende Beurteilung dem Pflichtigen billigerweise nicht angesonnen werden kann. Es liegt dann ein Steuervergehen überhaupt nicht vor (Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern 53 43).

Anders liegt das Rechtsverhältnis bezüglich der Absicht der Steuerhinterziehung. In dieser Hinsicht ist jeder Irrtum des Steuerpflichtigen beachtlich, sei er ein tatsächlicher, sei er ein Rechtsirrtum. Soweit ein solcher Irrtum vorhanden ist, kann daher von einer Absicht der Steuerhinterziehung nicht die Rede sein (RGStr. 46 251).

2. Norden-Friedländer a. a. O. 181, Stier-Somlo a. a. O. 347. Auch § 51 BesitzStG. findet Anwendung; a. M. Koppe-Varnhagen a. a. O. 200.

§ 36.

Härteparagraph.

1. Norden-Friedländer a. a. O. 182. Der Gesetzgeber mag unter anderem daran gedacht haben, daß der Steuerpflichtige sein Vermögen in schwer realisierbaren und in absehbarer Zeit vielleicht überhaupt nicht in Geld umsetzbaren Werten angelegt hat. Auch solche Fälle gehören hierher, in denen Geschäfte, die bereits lange vor dem Kriege eingeleitet worden sind, erst während des Krieges zum Abschluß kamen. Ferner können befristete und bedingte Vermögensanfälle, bei denen durch Ablauf der Frist oder Eintritt der Bedingung zufällig der Vermögenszuwachs während des Krieges erfolgt ist, hierher gerechnet worden. In manchen Fällen wird man auch die Zahlung der Kriegssteuer in voller Höhe bei solchen Unternehmungen als besondere Härte auffassen können, bei denen frühere Geschäftsjahre starke Verluste gebracht haben und erst die Kriegszeit eine finanzielle Erholung ermöglichte. Auch Verluste an ausländischem nicht steuerbarem Vermögen können hier Berücksichtigung finden.

2. Stier-Somlo a. a. O. 349. Der Begriff „besondere Härten" ermangelt einer festen Abgrenzung. Bloße Unbequemlichkeit für den Steuerpflichtigen ist darunter nicht einbegriffen, vielmehr ist daran gedacht, daß das Gesetz sich von dem Zusammenhange

zwischen Krieg und Kriegsgewinn, der im Entw. maßgebend war, schließlich ganz losgemacht hatte, und daß es deshalb nicht wird vermieden werden können, die außerordentlich hohe Steuer auch auf Gegenstände zu legen, für die sie von vornherein weder bestimmt noch berechnet war; z. B. ist hier der Fall ins Auge zu fassen, daß deutsche Kaufleute ihre im Ausland befindlichen Grund- und Betriebsvermögen während des Krieges unter großen Verlusten teilweise realisiert und in das Inland eingebracht haben.

4. Gesetz über die Festsetzung von Kursen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere. Vom 9. November 1916. (RGBl. 1269.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Der Bundesrat kann für die Veranlagung der Besitzsteuer und der Kriegssteuer die Kurse der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere auf den 31. Dezember 1916 festsetzen. Diese Kurse treten an die Stelle der Börsenkurse (§ 34 des Besitzsteuergesetzes).

§ 2. Der Reichskanzler ist ermächtigt, die Kurse vorläufig nach Anhörung der Börsenvorstände festzusetzen und die vorläufig festgesetzten Kurse bekanntzumachen. Weicht die endgültige Festsetzung durch den Bundesrat von der vorläufigen Festsetzung ab, so ist die Abweichung bis spätestens zum 15. Januar 1917 bekanntzumachen.

Urkundlich usw.

NorddAllgZtg. v. 7. November 1916 Nr. 309 1. Ausg. Bei der erheblichen Bedeutung zuverlässiger Angaben über den Verkaufswert zum Börsenhandel nicht zugelassener Wertpapiere für die demnächstige Kriegssteuerveranlagung hat die beim Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes bestehende Ständige Kommission für Angelegenheiten des Handels in amtlich nicht notierten Werten es den zuständigen Behörden gegenüber übernommen, mit Unterstützung der ihr nahestehenden örtlichen Organisationen, insbesondere der Vereinigung der am Handel mit Kuxen und amtlich nicht notierten Werten beteiligten Bankgeschäfte Rheinlands und Westfalens, die erforderlichen Ermittlungen zum Zwecke der Auskunftserteilung an Behörden, Bankfirmen und sonstige Interessenten zu veranstalten. Die Ermittlungen werden sich nicht nur auf Aktien, Kuxe und sonstige Anteile, sondern auch auf festverzinsliche Schuldverschreibungen erstrecken, da auch für deren Veranlagung nach zutreffender, von maßgebender Stelle gebilligter Auslegung des § 36 des Besitzsteuergesetzes nicht der Nennwert, sondern der Verkaufswert maßgebend ist.

5. Gesetz über einen Warenumsatzstempel. Vom 26. Juni 1916. (RGBl. 639.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Art. I. 1. Die §§ 76 bis 83 und die Tarifnummer 10 des Reichsstempelgesetzes vom 3. Juli 1913 (Reichs-Gesetzbl. S. 639) werden aufgehoben.

Für die bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Händen der Steuerpflichtigen vorhandenen ungebrauchten gestempelten Scheckvordrucke und Scheckstempelmarken wird nach näherer Bestimmung des Bundesrats Ersatz des Steuerwerts gewährt.

2. Im § 111 Abs. 2 des Reichsstempelgesetzes wird die Zahl „81" gestrichen.

3. § 116 Abs. 2 Satz 2 und § 117 Abs. 2 des Reichsstempelgesetzes werden gestrichen.

Art. II. Im Tarif zum Reichsstempelgesetze werden hinter Nr. 9 folgende Vorschriften eingestellt:

1	2	3				4
	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	vom Tausend	ℳ	₰	Berechnung der Stempelabgabe
	Warenumsätze					
10.	Anmeldungen der Gewerbetreibenden (§ 76) über bezahlte Warenlieferungen		1			des Gesamtbetrags der Zahlungen in Abstufungen von 10 Pfennig für je volle 100 Mark. Ausländische Werte sind nach den Vorschriften über die Erhebung des Wechselstempels umzurechnen.
	Zusätze 1. Als Bezahlung der Lieferung gilt jede Leistung des Gegenwerts, auch wenn sie nicht durch Barzahlung erfolgt. Bei Tauschgeschäften gilt jede der beiden Leistungen als Bezahlung der anderen. 2. Als Warenlieferung gilt die entgeltliche Übertragung beweglicher Sachen auch dann, wenn sie ohne vorgängige Bestellung erfolgt. Als Warenlieferung gilt auch die Lieferung von Gas, elektrischem Strome und Leitungswasser. Als Waren gelten nicht Forderungen, Urheber- und ähnliche Rechte, Wertpapiere, Wechsel, Schecks, Banknoten, Papiergeld, Geldsorten und amtliche Wertzeichen, auch nicht Grundstücke und den Grundstücken gleichgestellte Rechte. 3. Den Warenlieferungen stehen Lieferungen aus Werkverträgen gleich, wenn der Unternehmer das Werk aus von ihm zu beschaffenden Stoffen herzustellen verpflichtet ist und es sich hierbei nicht bloß um Zutaten oder Nebensachen handelt. 4. Wird bei Abwicklung mehrerer Kauf- oder Anschaffungsgeschäfte, die zwischen verschiedenen Personen über dieselben Waren oder über Waren gleicher Art abgeschlossen sind, die Ware nur einmal in Natur übertragen, so gilt dies nur als Warenlieferung desjenigen, der die Ware in Natur überträgt. 5. Wird die Ware durch Konnossement, Ladeschein oder Lagerschein übertragen, so gilt nur die Übertragung durch den ersten inländischen Inhaber des Papiers als Warenlieferung. Befreit sind 1. Lieferungen von Gold in Barren; 2. Lieferungen von ausländischen zollpflichtigen Waren aus dem Zollausland oder aus dem gebundenen Verkehre des Zollinlandes sowie von ausländischen zollfreien Waren nach näherer Bestimmung des Bundesrats; 3. Lieferungen im Inland bezogener Waren in das Ausland; 4. Lieferungen von Gas, elektrischem Strome und Leitungswasser durch Reich, Staaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände.					

Art. III. Hinter dem § 75 des Reichsstempelgesetzes werden folgende Vorschriften eingestellt:

IX. Warenumsätze.

(Tarifnummer 10.)

§ 76. Wer im Inland ein stehendes Gewerbe betreibt, hat der Steuerstelle am Schlusse des Kalenderjahrs binnen dreißig Tagen den Gesamtbetrag der Zahlungen anzumelden, die er im Laufe des Jahres für die im Betriebe seiner inländischen Niederlassung gelieferten Waren erhalten hat. Hat der Betrieb nicht bis zum Jahresschlusse bestanden, so hat die Anmeldung binnen gleicher Frist bei Beendigung des Betriebs zu erfolgen. Von später eingehenden Zahlungen ist die Abgabe nach § 83a zu entrichten. Nach näherer Bestimmung des Bundesrats kann die Frist von dreißig Tagen auf Antrag verlängert werden.

Als Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerkbetrieb. Dem Betrieb eines stehenden Gewerbes steht der Gewerbebetrieb im Umherziehen und der Wanderlagerbetrieb gleich, wenn der Gewerbetreibende im Inland wohnt und die Waren im Inland abgesetzt sind. Die Gewerbsmäßigkeit einer Unternehmung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß sie von einer öffentlichen Körperschaft oder daß sie von einem Verein, einer Gesellschaft oder einer Genossenschaft, die nur an die eigenen Mitglieder liefern, betrieben wird.

Für die Anmeldungen kann ein besonderes Muster vorgeschrieben werden.

§ 77. Mit der Anmeldung ist die Abgabe gleichzeitig bei der Steuerstelle bar einzuzahlen.

Hat in einem Jahre der Gesamtbetrag der Zahlungen zweihunderttausend Mark überstiegen, so sind auf die für das folgende Kalenderjahr fällig werdende Steuer nach näherer Bestimmung des Bundesrats vierteljährlich abschlägige Zahlungen zu leisten.

Der Bundesrat kann vorschreiben, daß die Abgabe durch Verwendung von Stempelzeichen zu den einzureichenden Anmeldungen zu entrichten ist.

Die Abgabepflicht tritt mit dem Ablauf des Zeitraums, für den die Abgabe zu entrichten ist, ohne Rücksicht auf die Anmeldung ein.

§ 78. Beläuft sich der Gesamtbetrag der Zahlungen (§ 76) auf nicht mehr als dreitausend Mark, so besteht eine Verpflichtung zur Anmeldung und eine Abgabepflicht nicht.

§ 79. Ist der Betriebsinhaber nicht imstande, den tatsächlichen Gesamtbetrag der Zahlungen anzugeben, weil für seinen Betrieb eine geregelte Buchführung nicht stattfindet und ihm auch sonstige Unterlagen für die genaue Berechnung des Gesamtbetrags fehlen, so hat er unter Versicherung dieser Tatsachen den von ihm geschätzten Gesamtbetrag der Zahlungen anzugeben und danach die Steuer zu entrichten.

Trägt die Steuerstelle Bedenken, den geschätzten Betrag als richtig anzunehmen, und führen die Verhandlungen mit dem Steuerpflichtigen nicht zu einer Einigung, so ist sie berechtigt, ihrerseits eine Schätzung vorzunehmen und danach die Steuer zu erheben, sofern sie dem Steuerpflichtigen binnen drei Monaten nach Einreichung der Anmeldung von deren Beanstandung Kenntnis gibt. Der Steuerpflichtige ist zur Auskunft über die für die Schätzung erheblichen tatsächlichen Verhältnisse und zur Vorlegung der hierauf sich beziehenden Schriftstücke verpflichtet.

§ 80. Über die von ihr vorgenommene Schätzung (§ 79) hat die Steuerstelle dem Steuerpflichtigen einen Bescheid zu erteilen. Gegen den Bescheid ist nur die Verwaltungsbeschwerde zulässig.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 81. Der Steuerpflichtige ist berechtigt, an Stelle der in dem Steuerzeitraum (§ 76 Abs. 1) erfolgten Zahlungen in der Anmeldung den Gesamtbetrag des Ent-

gelts für die in seinem Betriebe während dieses Zeitraums erfolgten Lieferungen ohne Rücksicht auf die Bezahlung anzugeben und danach die Steuer zu entrichten. Ist von diesem Rechte einmal Gebrauch gemacht, so kann er hiervon nur mit Genehmigung der Direktivbehörde und unter den von dieser festzusetzenden Bedingungen für einen folgenden Steuerzeitraum abweichen.

§ 82. Die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sind verpflichtet, den Behörden für die Erhebung der nach vorstehenden Vorschriften zu entrichtenden Abgabe auf Ersuchen aus Büchern Akten, Urkunden usw. Auskunft über die den Warenumsatz der Steuerpflichtigen betreffenden Verhältnisse zu erteilen oder Einsicht in solche Bücher, Akten, Urkunden usw. zu gestatten, die einen Aufschluß hierüber zu geben vermögen.

§ 83. Die im § 76 bezeichneten Gewerbetreibenden haben ihre Bücher und die in ihrem Gewerbebetrieb empfangenen Empfangsbekenntnisse fünf Jahre lang, vom Schlusse des Jahres ab, in welchem die Abgabe entrichtet ist, aufzubewahren.

§ 83a. Wird für eine Warenlieferung im Betrage von mehr als einhundert Mark, die nicht im Betrieb eines inländischen Gewerbes (§ 76) erfolgt, im Inland Zahlung geleistet, so hat der Empfänger der Zahlung binnen zwei Wochen ein schriftliches Empfangsbekenntnis zu erteilen und mit eins vom Tausend des Betrags der Zahlung zu versteuern.

Die Vorschriften der Tarifnummer 10 finden entsprechende Anwendung. Befreit sind Zahlungen für Waren, die im Wege der Zwangsvollstreckung übertragen werden. Bei Teilzahlungen ist ein versteuertes Empfangsbekenntnis über den Gesamtbetrag der bezahlten Schuld bei der letzten Teilzahlung zu erteilen.

Ist die Entrichtung der Abgabe von dem Empfänger der Zahlung unterlassen worden, so ist die Abgabe vom Empfänger des Empfangsbekenntnisses binnen zwei Wochen nach dem Tage des Empfanges und jedenfalls vor der weiteren Aushändigung des Empfangsbekenntnisses zu entrichten.

Unterbleibt die Ausstellung des Empfangsbekenntnisses, obgleich eine Verpflichtung dazu bestand, so tritt die Steuerpflicht mit der Zahlung ein.

§ 83b. Die Verpflichtung zur Abgabenentrichtung im Falle des § 83a wird erfüllt durch Verwendung von Vordrucken, die vor dem Gebrauche vorschriftsmäßig abgestempelt sind, oder von Stempelmarken nach näherer Anordnung des Bundesrats.

Dem Bundesrate steht die Bestimmung darüber zu, ob und unter welchen Voraussetzungen die Abgabe ohne Verwendung von Stempelzeichen entrichtet werden kann.

§ 83c. Wer den §§ 76, 77, 79 Abs. 1, 81, 83a zuwiderhandelt oder über die empfangenen Zahlungen oder Lieferungen (§ 81) wissentlich unrichtige Angaben macht, hat eine Geldstrafe verwirkt, welche dem zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommt. Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von einhundertfünzig Mark bis dreißigtausend Mark ein.

Wer der Vorschrift des § 83 zuwiderhandelt, ist mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark zu bestrafen.

§ 83d. Werden Empfangsbekenntnisse gerichtlich oder notariell aufgenommen, so wird für sie durch die im § 83a angeordnete Stempelabgabe die Erhebung der in den Landesgesetzen für gerichtliche oder notarielle Aufnahmen und Beglaubigungen etwa vorgeschriebenen Abgaben nicht ausgeschlossen.

Art. IV. I. Im § 110 Satz 1 des Reichsstempelgesetzes sind vor den Worten „der Rechtsweg" die Worte einzuschalten: „soweit sich aus § 80 nichts anderes ergibt".

II. Im § 111 Abs. 2 des Reichsstempelgesetzes wird hinter die Zahl „75" eingeschaltet: „83c Abs. 1".

III. Dem § 115 Abs. 1 des Reichsstempelgesetzes werden folgende Vorschriften hinzugefügt:

Die Erhebung der in den §§ 76 bis 81 angeordneten Abgabe kann von der Landesregierung den Gemeindebehörden gegen Vergütung übertragen werden. Die Vergütung hat der Bundesstaat aus der ihm nach § 122 Abs. 1 zustehenden Erhebungs- und Verwaltungskostenvergütung zu gewähren. Die Landesregierung erläßt die zur Regelung des Geschäftsverkehrs mit der Gemeindebehörde und den Steuerbehörden erforderlichen besonderen Bestimmungen."

IV. 1. An die Stelle des aufgehobenen § 116 Abs. 2 Satz 2 des Reichsstempelgesetzes tritt folgende Vorschrift: „Inwieweit die im § 76 bezeichneten Personen und Gesellschaften der Prüfung in bezug auf die Abgabenentrichtung nach Tarifnummer 10 und nach §§ 76 ff. unterliegen, bestimmt der Bundesrat."

2. „Im § 116 Abs. 4 wird das Wort „Geschäft" durch das Wort „Rechtsvorgänge" ersetzt.

V. Im § 122 Abs. 1 des Reichsstempelgesetzes werden am Schlusse die Worte „aus der Reichskasse gewährt" durch die Worte ersetzt:

„und von der jährlichen Einnahme, welche durch bare Einzahlung der in Tarifnummer 10 angeordneten Abgabe gemäß §§ 76 bis 81 erzielt wird, der Betrag von zehn vom Hundert aus der Reichskasse gewährt."

Art. V. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1916 in Kraft.

Die in den §§ 76 bis 81 des Reichsstempelgesetzes in der Fassung dieses Gesetzes angeordnete Abgabe ist erstmalig für die in die Zeit vom Inkrafttreten dieses Gesetzes bis zum 31. Dezember 1916 fallenden Zahlungen zu entrichten.

Sind für Lieferungen aus Verträgen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossen sind, Zahlungen nach diesem Zeitpunkt zu leisten, so ist der Abnehmer mangels abweichender Vereinbarung verpflichtet, dem Lieferer einen Zuschlag zum Preise in Höhe der auf diese Zahlungen entfallenden Steuer zu leisten. Dieser Preiszuschlag bildet keinen Grund zur Vertragsaufhebung.

Urkundlich usw.

Vorbemerkung.

Stier-Somlo a. a. O. 22. Ein aus dem Schoße der Kommission hervorgegangener Antrag Nr. 19, der den Art. I des Entw. im wesentlichen unberührt ließ, Art. II und III abänderte, wollte Quittungen über Zahlungen für verkaufte oder gelieferte Waren mit einer Stempelabgabe belegen, an Stelle der festen Sätze des Regierungsentwurfs eine prozentuale Belastung des Umsatzes, und zwar mit 1 v. Tausend, setzen, berechnet vom Werte des Gegenstandes, und zwar in Abstufungen von 10 Pf. für je 100 M. oder einen Bruchteil dieses Betrages, bei Quittungen über 1000 M. in Abstufungen von 1 M. für je 1000 M. oder einen Bruchteil dieses Betrages. Nach eingehender Beratung wurde Antrag Nr. 19 in der veränderten Form der Drucksache Nr. 20 neu eingebracht und dazu waren Verbesserungsanträge gestellt; Art. II und III der Vorlage wurden abgelehnt. In der zweiten Kommissionslesung hat dann ein Antrag Nr. 37 ein vollständiges Gesetz „über einen Warenumsatzstempel" gebracht, dessen Fassung dem jetzigen Gesetzestexte im wesentlichen zugrunde liegt. Der Quittungsstempel ist nur in bescheidenem Umfange stehen geblieben (Art. III § 83a). Hiervon abgesehen, scheiden alle die Regierungsvorlage betreffenden auf den Quittungsstempel bezüglichen Erwägungen und Rechtsfragen aus. In Frage steht hiernach mit jener Ausnahme nur der Warenumsatzstempel.

Bericht der Reichstagskommission. (Drucks. Nr. 321, zweite Lesung.)

Eingegangen war der Antrag Nr. 37. Zur Begründung dieses Antrags führte zunächst der Referent der Komm. folgendes aus: Der Antrag sei das Ergebnis einer sehr eingehenden Vorbesprechung unter Mitwirkung des Reichsschatzamts. Er stelle eine grundsätzlich erzielte Einigung einer Mehrheit der Komm. dar. Die Beratung im einzelnen sei selbstverständlich und ausdrücklich der ganzen Komm. vorbe-

halten worden. Der Unterschied von den Beschlüssen der ersten Lesung bestehe namentlich darin, daß letztere das Gewand des Quittungs St., der auf Einzelquittungen zu verwenden sei, aufrecht erhalten habe; Einzelquittungen seien aber nach den Beschlüssen der ersten Lesung — und zwar unter dem Drucke des Quittungszwanges — nur auszustellen gewesen: bei Lieferungen eines Privatmanns oder bei Lieferungen eines Gewerbetreibenden außerhalb seines Gewerbebetriebs, allenthalben jedoch nur, wenn der Betrag 50 M. überstieg; der Schwerpunkt aber habe auf den Bestimmungen in § 79 (nach den Beschlüssen erster Lesung) gelegen, der die Gewerbetreibenden von der Verpflichtung zur Ausstellung einer Quittung im Einzelfall entband und ihnen gestattete, die Steuer in Form eines Jahrespauschale zu entrichten. Es sei klar, daß hiernach der Quittungs St. nebst Quittungszwang nur eine Art von Atrappe, wie man sich ausdrückte, gewesen war. Nunmehr habe man ausweislich des Antrags Nr. 37 das Gesetz anders aufgebaut, die Hauptsache, nämlich das Pauschale, an die Spitze gestellt, die Einzelquittung erscheine nur am Ende, sozusagen als Ausnahmefall. Ob die Quittung überhaupt beibehalten werden sollte, sei Gegenstand sehr eingehender Erörterungen in der Vorbesprechung gewesen. Man habe diese Frage schließlich bejaht aus dem namentlich von einer Seite sehr lebhaft vertretenen Wunsche heraus, um auf diese Weise auch den sogenannten Schleichhandel, d. h. den zwar wiederholten, eventuell gewohnheitsmäßigen, aber doch nicht gewerbsmäßigen Absatz von Waren zu treffen und so zu verhüten, daß diese gefährliche Konkurrenz der kleineren Gewerbetreibenden zu deren Schaden steuerfrei bleibe. Freilich habe man, wie § 83 a in Antrag Nr. 37 zeige, die untere Grenze für die Einzelquittungen auf mehr als 100 M. festgesetzt, wodurch allerdings das Gebiet der Einzelquittungen noch enger geworden sein dürfte, als es nach den Beschlüssen erster Lesung wohl der Fall gewesen wäre. Hervorzuheben sei, daß das Wort „Quittung" in § 83 a vermieden und — im Anschluß an das BGB. — durch „schriftliches Empfangsbekenntnis" ersetzt worden sei. Soweit hiernach noch von Einzelquittungen die Rede sei, müsse natürlich auch der Quittungszwang bestehen bleiben.

Was nun das Pauschale anlange, so sei von vornherein zu bemerken — was übrigens auch für die Fälle der Einzelquittung gelte —: Nach der neuen Gestaltung, die die Steuer durch Antrag Nr. 37 erhalten solle, sei sie nicht schon an die Lieferung gebunden, sondern, an die Bezahlung. Die Steuer bleibe also immer so lange aufgeschoben, bis Zahlung erfolgt, und wenn eine Zahlung überhaupt nicht eingeht, — die Forderung also „ausfällt" —, dann sei keine Steuer zu bezahlen. Endlich: das Gewand des Stempelgesetzes sei trotzdem aufrechterhalten und zwar dadurch, daß nach der neuen Fassung der Tarifstelle 10 besteuert werden sollen: die „Jahresaufstellungen der Gewerbetreibenden (§ 76) über bezahlte Warenlieferungen". Man knüpfe damit an die Form der Tantiemensteuer an.

Indem der Referent sodann zur Besprechung einiger Einzelheiten des Antrags Nr. 37 überging, bemerkte er: Da jede Stempelgesetzgebung große Schwierigkeiten und Gefahren in sich berge und für den Antrag Nr. 37 keine „Begründung" wie sonst bei Regierungsentwürfen vorliege, sei es wohl richtig, einige wichtige Gedanken hier festzulegen. Er bitte um Bestätigung von seiten der Herren Regierungsvertreter, daß folgende Annahmen richtig seien.

1. Tarifstelle 10, Zusatz 2, Satz 1 sei so zu verstehen: Eine Warenlieferung im Sinne des Gesetzes liege auch dann vor, wenn die Übertragung ohne vorgängige Bestellung erfolge; so in den Fällen, wo, wie beim Kauf im Verkaufsladen, Kaufgeschäft und Übergabe der Ware unmittelbar zusammenfallen, namentlich aber bei Zusendung und Annahme unbestellter Waren. Darauf, daß zwischen dem Liefernden und dem Empfänger Vertragsbeziehungen bestehen, komme es überhaupt nicht an. Der Liefernde sei steuerpflichtig auch dann, wenn er auf Bestellung eines anderen an einen Dritten geliefert habe, der gänzlich außerhalb des Vertragsverhältnisses zwischen dem Besteller und dem Liefernden stehe.

2. Zu Tarifstelle 10 Zusatz 5: Hierdurch sollen die Fälle des Werklieferungsvertrags getroffen werden. Wegen dieses Begriffs sei auf das Bürgerliche Recht zu verweisen. Ob es sich im einzelnen Falle bloß um Zutaten oder Nebensachen handle, entscheide sich ebenfalls nach bürgerlichem Rechte, dem diese Unterscheidung nicht fremd sei. Auf Einzelheiten solle hier absichtlich nicht eingegangen werden. Nur das eine könne festgestellt werden, daß bei der Lieferung eines Kunstwerkes, sei es eines Gemäldes, sei es eines Bildwerkes, die Leinwand, die Farbe oder der Stein als Nebensachen anzusehen seien. Damit freilich müsse man sich bescheiden, daß die Fälle des reinen Werkvertrags von der Steuer nicht ergriffen werden.

Zu Tarifstelle 10, Zusätze 4 und 5 war inzwischen der Antrag Nr. 40[1]) eingegangen, der den beiden Zusätzen eine neue Fassung geben will. Der Referent fuhr im Anschlusse hieran fort:

3. Zu Tarifstelle 10, Zusatz 4: Hierdurch werde beabsichtigt, den Zwischenhandel insofern zu begünstigen, als nur diejenige Lieferung von der Steuer ergriffen werden solle, welche in Natur erfolge. Also würden die Zwischengeschäfte, bei denen eine Übertragung der Ware in Natur überhaupt nicht in Frage komme, freibleiben. Ob eine Übertragung der Ware in Natur stattfinde, entscheide sich nach bürgerlichem Rechte. Man dürfe aber aussprechen, daß die Fälle der Übergabe durch brevi manu traditio, durch constitutum possessorium und durch Abtretung des Herausgabeanspruchs Fälle der Übertragung „in Natur" seien.

4. Zu Tarifstelle 10 Ziffer 5: Hierdurch solle zum Ausdruck gelangen, daß bei Übertragung der Ware durch Transportpapiere oder Lagerscheine nur die erste Übertragung als Warenlieferung im Steuersinne gelten solle. Es sei hierbei gleichgültig, ob mehrere Käufe oder Anschaffungsgeschäfte vorliegen. Die Übertragung der Ware durch die bezeichneten Papiere nach der ersten Übertragung bis zum schließlichen Empfang der Ware selbst sollte also frei bleiben. Es sei dies derselbe Gedanke, der in Zusatz 4 zum Ausdruck komme.

Schließlich bemerkte der Referent, daß in § 83d versehentlich das Wort „Quittung" stehen geblieben sei, und ebenso, wie man erst später entdeckt habe, in § 83. In beiden Fällen sei das Wort „Quittungen" durch „Empfangsbekenntnisse" zu ersetzen (vgl. Antrag Nr. 41[2]) Nr. 1 und Antrag Nr. 47)[3]).

Weitere in § 83d notwendige Änderungen redaktioneller Natur ergeben sich ebenfalls aus Antrag Nr. 41 Nr. 1. Antrag Nr. 41 Nr. 2 will nur klarstellen, daß außer natürlichen Personen auch juristische Personen in Gesellschaftsform in Betracht kommen. Antrag Nr. 41 Nr. 3 will nur der Deutlichkeit halber darauf hinweisen, daß abweichende Vereinbarungen zulässig sind.

Ein Regierungsvertreter bestätigte ausdrücklich die Annahme des Referenten, insbesondere seine Ausführungen darüber, in welchem Falle in Tarifstelle 10 Zusatz 4 eine Übertragung „in Natur" angenommen werden könne. Er bitte aber seinerseits den Referenten, zu bestätigen, daß, wo die Befreiungsvorschrift 2 zutreffe, also solange sich die Ware im Auslande oder unter Zollkontrolle befinde, auch die im Inland erfolgende Übertragung der über diese Ware ausgestellten Papiere der in Zusatz 5 erwähnten Art von der Steuer frei bleibe.

Der Referent bestätigte letztere Annahme ausdrücklich und bemerkte, die Befreiungsvorschriften wirkten allgemein und zwar auch dann, wenn im Umfang der Befreiungsvorschriften einer der besonderen, in den Zusätzen behandelten Vorgänge zutreffe.

. . . . . .

Ein viertes KommMitgl. führte aus, für ihn sei wesentlich, daß die Einzelquittung bis zu einem Betrage von 100 M. ausgeschaltet sei. Er stelle fest, daß nach dem Wortlaut des Antrags Nr. 37 sogenannte Einzelquittungen nur von einem Privatmann auszustellen seien, und daß diejenigen Gewerbetreibenden, deren Umsatz sich im Sinne von § 78 auf nicht mehr als 3000 M. im Jahre belaufe, überhaupt frei seien, also auch keine Einzelquittung zu verstempeln hätten.

Der Referent erklärte letzteres für zutreffend. Er stelle fest, daß Gewerbetreibende, deren Umsatz 3000 M. nicht übersteige, nicht etwa dann steuerpflichtig seien, wenn sie im Einzelfalle Zahlung über eine Warenlieferung im Betrage von mehr als 100 M. erhalten. Sogenannte Einzelquittungen seien also von Gewerbetreibenden nur zu versteuern, wenn die Warenlieferung gemacht werde

a) außerhalb des Gewerbebetriebs des Liefernden,

b) von einem ausländischen Gewerbetreibenden,

c) nach Beendigung des Betriebs.

Gegen diese Feststellung wurde von keiner Seite Widerspruch erhoben.

Ein KommMitgl. stellte an die Regierungsvertreter die Frage, ob ihnen bekannt sei, daß in Braunschweig die Gemeinden seit 1904 berechtigt seien, Warenhäuser usw. mit einer Umsatzsteuer bis 2% zu belegen. Wie solle es werden, wenn hierzu noch die Reichssteuer hinzukomme?

Der Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt erwiderte: Es sei selbstverständlich nicht mehr möglich gewesen, mit den Landesregierungen darüber in Verbindung zu treten, wie sie es mit ähnlichen bei ihnen schon bestehenden Steuern halten wollten. Es sei Sache der Landesregierungen, Abhilfe durch Staatsmaßnahmen zu treffen, falls etwa die Belastung durch den Hinzutritt der Reichssteuer zu groß werde. Von Reichs wegen könne in dieser Richtung nichts geschehen.

Ein Mitglied der Komm. warf die Frage auf, wie es zu halten sei, wenn ein Gewerbetreibender eine Zahlung auf Warenlieferung im Betrage von mehr als 100 M. empfange und zu dieser Zeit noch nicht feststehe, ob er einen Jahresumsatz von 3000 M. überschreiten werde.

Der Referent erwiderte: Diese Frage könne nicht praktisch werden. Der betreffende Gewerbetreibende habe in keinem Falle eine Einzelquittung zu verstempeln. Entweder mache der Gesamtbetrag der Zahlungen, die bei ihm eingingen, nicht mehr als 3000 M. aus: dann habe er überhaupt nichts zu versteuern. Oder der Gesamtbetrag belaufe sich auf mehr als 3000 M.: dann habe er keine Einzelquittungen zu verstempeln, sondern bezahle das Pauschale.

Der Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt bestätigte dies.

Dasselbe KommMitgl. wünschte die Lieferungen von Gas, Wasser und elektrischem Strom, die von seiten der Gemeinden und anderer öffentlicher Korporationen erfolgten, von der Steuer freizulassen. Er fürchte, daß die Gemeinden die Steuer auf den Konsumenten abwälzen könnten, indem sie die Gelegenheit ergriffen, die Preise zu erhöhen.

Der Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt verwies demgegenüber darauf, daß die Entschädigung, die die Gemeinden nach Artikel IV unter III und V erhalten sollten, sehr reichlich bemessen seien und eine etwaige Steuerpflicht deckten.

Dem wurde von verschiedenen Seiten widersprochen. Es sei übrigens keineswegs anzunehmen, daß alle derartigen Betriebe der Gemeinden sich gut rentierten. Es liege im Interesse der Kultur, die Gemeinden in diesen Beziehungen möglichst frei zu stellen. Der Gedanke der Gemeinnützigkeit müsse hier den Ausschlag geben.

Von anderer Seite wurde entgegnet, daß die Gemeinden auch sonst vom Stempelverkehr nicht frei seien, auch der Einkommensbesteuerung unterlägen und vielfach den Betrieb derartiger Anstalten auf sogenannte gemischte Werke übertrügen, die sicher nicht steuerfrei gelassen werden könnten. Wenn man sich auf den Standpunkt der Nicht-Abwälzung stelle, müsse man die angeregte Befreiung der Gemeinden ablehnen.

Es wurden hierzu die Anträge Nr. 43 [4]) und 44 [5]) gestellt. Bei einer grundsätzlichen Abstimmung wurde zunächst mit 13 gegen 10 Stimmen beschlossen, die Gemeinden usw. bei Lieferung der bezeichneten Gegenstände steuerfrei zu lassen.

Hierauf wurde beschlossen und zwar einstimmig, eine vierte Befreiungsvorschrift aufzunehmen, folgenden Inhalts:

4. Lieferungen von Gas, elektrischem Strom und Leitungswasser durch Reich, Staaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände.

Dasselbe KommMitgl. fragt nach dem Sinne der Befreiungsvorschrift Nr. 1.

Der Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt erwiderte: Die Befreiungsvorschrift solle der Neigung entgegentreten, Goldmünzen zu verarbeiten, anstatt ungemünztes Gold aufzukaufen.

Ein weiteres KommMitgl. stellte die Frage, ob die Befreiungsvorschrift Nr. 2 auch für Lieferungen aus Privatteilungslägern, soweit sie unter amtlicher Kontrolle stünden, gelten. Vom Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt wurde dies bejaht.

Ein Mitglied der Komm. stellte fest, daß sich Tarifstelle 10 und damit die ganze Steuerpflicht überhaupt nur auf wirkliche Warenlieferungsgeschäfte beziehe, nicht aber auf den Vorschuß- und Darlehnsverkehr (Lombard- und Diskontgeschäfte).

Ein Regierungsvertreter bejahte dies. Die Steuer setze die Erfüllung entgeltlicher Veräußerungsgeschäfte voraus, bei denen die Lieferung an den Empfänger das wirtschaftliche Endresultat sei.

Der Referent stimmte zu und nahm auch seinerseits an, daß der Vorschuß- und Darlehnsverkehr außerhalb des Gesetzes bleibe. Auch Sicherungsübereignungen würden seines Erachtens nicht getroffen.

Der Referent wurde gebeten, diese Erklärungen, gegen die sich ein Widerspruch nicht erhob, in den Bericht aufzunehmen.

Ein weiteres KommMitgl. warf die Frage auf, ob die Zwangsversteigerungen durch den Gerichtsvollzieher, sowie die Veräußerungen durch den Pfandgläubiger und ähnliche Fälle ebenfalls Lieferungen im Sinne des Gesetzes seien.

Erwidert wurde vom Referenten: Die Veräußerungen durch den Pfandgläubiger und ähnliche Fälle würden seines Erachtens allerdings von der Steuer erfaßt. Was die Veräußerungen durch den Gerichtsvollzieher anlange, so sei zunächst festzustellen, daß der Gerichtsvollzieher kein Gewerbetreibender sei, daß also bei ihm nur Einzelquittungen im Betrage von über 100 M. in Betracht kämen. Es empfehle sich allerdings, diese Fälle von der Steuerpflicht auszunehmen.

Hierauf wurde Antrag Nr. 46 gestellt[7]).

Im Anschluß hieran wurde vom Referenten widerspruchslos festgestellt, daß die Zahlungen auf Warenlieferungen im Liquidationsverfahren oder im Konkurse steuerpflichtig seien, da Liquidation und Konkurs im Steuersinn nur die Fortsetzung des Gewerbetriebs seien.

Ein Mitgl. der Komm. stellte den Antrag Nr. 45 [6]), der damit begründet wurde, daß der Steuerpflichtige nicht veranlaßt werden sollte, seinerseits den Gesamtbetrag der Zahlungen anzugeben. Vielmehr sei es Sache der Behörde, ihrerseits eine Einschätzung vorzunehmen.

Nachdem jedoch erwidert worden war, daß dies gerade zu einer erhöhten Belästigung des Steuerpflichtigen führen würde, da ihn die Steuerbehörde selbstverständlich vor der Einschätzung über den Gesamtbetrag und die Natur seines Gewerbebetriebs befragen müsse, wurde Antrag Nr. 45 wieder zurückgezogen.

Bei der Abstimmung wurde zunächst Artikel I des Antrags Nr. 37 mit Mehrheit angenommen.

Hierauf ging man zur Abstimmung zu Artikel II in Antrag Nr. 37 über. Tarif-

stelle 10 nebst den Zusätzen 1 bis 5 — die Zusätze 4 und 5 jedoch in der Fassung des Antrags Nr. 40[1]) — wird mit Mehrheit angenommen. Desgleichen die Befreiungsvorschriften 1, 2 und 3, sowie die neue Befreiungsvorschrift 4, betreffend die Lieferung von Gas, Strom und Wasser aus Gemeindebetrieben usw.

Zu Artikel III in Antrag Nr. 37 wurden die Anträge Nr. 42[2]) gestellt und damit begründet, daß befürchtet werde, der Gebrauch des Wortes „Aufstellung" könne dazu führen, daß die Steuerbehörde die Gewerbebetriebe zu detaillierten Angaben veranlasse und sie auf diese Weise belästige. Es müsse aber jede Belästigung durch dieses Gesetz möglichst vermieden werden.

Diesen Ausführungen wurde von verschiedenen Seiten beigepflichtet, übrigens darauf hingewiesen, daß nach § 76 nur der Gesamtbetrag der Zahlungen nachzuweisen sei.

Hierauf wurden die Anträge Nr. 42[3]) mit großer Mehrheit angenommen.

Der Referent wurde ermächtigt, das Wort „Aufstellung" überall durch „Anmeldung" zu ersetzen, wo dies in dem Antrage Nr. 42[3]) noch übersehen sein sollte.

Hierauf wurden die §§ 76, 77, 78, 79, 80, 81 und 82 mit Mehrheit angenommen.

Zu § 83 wurde Antrag Nr. 47[8]) angenommen und der Referent bei dieser Gelegenheit ermächtigt, das Wort „Quittung" überall durch „Empfangsbekenntnis" zu ersetzen, wo dies etwa noch übersehen sein sollte.

Zu § 83a wurde zunächst Antrag Nr. 46[7]) mit Mehrheit angenommen und sodann der verbesserte § 83a ebenfalls mit Mehrheit.

Angenommen wurden ferner §§ 83b und 83c, nachdem im letzteren auf Zeile 3 der dort irrtümlich angeführte § 81a ersetzt worden war durch „§ 81".

Zu § 83d wurden zunächst die Anträge Nr. 41, 1[2]) und sodann § 83d selbst mit Mehrheit angenommen.

Zu Artikel IV im Antrag Nr. 37 wurde zunächst Antrag Nr. 41, 2[2]) angenommen und sodann Artikel IV im ganzen.

Hierauf entspann sich eine Debatte über das Inkrafttreten des Gesetzes. Zunächst wurde Antrag Nr. 48[9]) gestellt, wonach das Gesetz am 1. Jan. 17 in Kraft treten solle. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß die gesamten bewilligten Steuern ja viel mehr Geld einbrächten, als von seiten der verbündeten Regierungen ursprünglich verlangt worden sei. Das hier beratene Gesetz stelle an die Gemeinden große Anforderungen. Die damit auf den Verkehr gelegte Last solle man dadurch erleichtern, daß man das Inkrafttreten des Gesetzes möglichst hinausschiebe. Auch sei zu wünschen, daß die Geltung des Gesetzes mit einem vollen Kalenderjahr anfange.

Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern — früher Schatzsekretär — wies darauf hin, daß diese Verschiebung einen Ausfall von 50 bis 60 Millionen bedeute. Diese Differenz sei doch zu groß und könne durch die technischen Schwierigkeiten der Einführung des Gesetzes, die an sich nicht bestritten werden sollten, nicht aufgewogen werden. Er bitte, das Gesetz wenigstens zum 1. Oktober 1916 in Kraft treten zu lassen.

Ein Mitgl. der Komm. unterstützte letztere Anregung. Man werde dann bei der Beratung des nächsten Etats schon einen gewissen Überblick haben, wie das Gesetz wirke.

Antrag Nr. 48[9]) wurde hierauf mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Sodann wurde einstimmig beschlossen, daß das Gesetz am 1. Okt. 16 in Kraft treten solle. Artikel V Abs. 1 ist entsprechend zu ändern.

Widerspruchslos stellte der Referent fest, daß hiernach die Gewerbetreibenden erstmalig im Jan. 17 „anzumelden" hätten. Die Anmeldung habe sich aber nach Artikel V Abs. 2 nur auf die vom 1. Okt. 16 ab eingegangenen steuerpflichtigen Zahlungen zu erstrecken, die gemäß § 76 nur in ihrem Gesamtbetrage anzugeben seien. Bei der Frage, ob die Steuergrenze von mehr als 3000 M. erreicht sei, sei das ganze Jahr 1916 rückwärts zugrunde zu legen.

Hierauf wurde Antrag Nr. 41, 3[2]) und sodann — mit den beschlossenen Verbesserungen — der ganze Artikel V im Antrag Nr. 37 mit Mehrheit angenommen.

Endlich wurde Antrag Nr. 49[10]) gestellt, wonach die Geltung des Gesetzes entsprechend den Beschlüssen erster Lesung befristet werden solle. Nach kurzer Aussprache wurde dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Anmerkungen.

[1]) Nr. 40. Die Kommission wolle beschließen:
Ziffer 4 und 5 der Zusätze wie folgt zu fassen:
4. Wird bei Abwicklung mehrerer Kauf- oder Anschaffungsgeschäfte, die zwischen verschiedenen Personen über dieselben Waren oder über Waren gleicher Art abgeschlossen sind, die Ware nur einmal in Natur übertragen, so gilt dies nur als Warenlieferung desjenigen, der die Ware in Natur überträgt.
5. Wird die Ware durch Konnossement, Ladeschein oder Lagerschein übertragen, so gilt nur die Übertragung durch den ersten inländischen Inhaber des Papiers als Warenlieferung.

[2]) Nr. 41. Die Kommission wolle beschließen:
1. in § 83d das Wort „Quittungen" durch „Empfangsbekenntnisse" zu ersetzen, ferner hinter den Worten „durch die" einzuschalten „im § 83a angeordnete", endlich die Worte „der Tarifnummer 10" zu streichen;
2. im Artikel IV unter Ziffer IV hinter „Personen" einzufügen „und Gesellschaften";
3. im Artikel V letzten Absatz hinter „der Abnehmer" einzuschalten „mangels abweichender Vereinbarung".

[3]) Nr. 42. Die Kommission wolle beschließen:
1. im § 76:
a) Zeile 3 die Worte „eine Aufstellung über" zu streichen,
b) Teile 4 statt „einzureichen" zu setzen „anzumelden";
2. im § 77 Zeile 1 die Worte „Einreichung der Aufstellung" durch „Anmeldung" zu ersetzen;
3. im § 79 Zeile 6 die Worte „in der Aufstellung" zu streichen;
4. in Tarifnummer 10 anstatt „Jahresaufstellungen" zu setzen „Anmeldungen".

[4]) Nr. 43. Die Kommission wolle beschließen:
im Artikel II unter „Befreit sind" als Ziffer 4 hinzuzufügen:
4. Lieferungen aus Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben.

[5]) Nr. 44. Die Kommission wolle beschließen:
im Antrag Cohen (Reuß) (Nr. 43) nach „Lieferungen" einzufügen die Worte:
„von Gas, elektrischem Strom und Leitungswasser".

[6]) Nr. 45. Die Kommission wolle beschließen:
den § 79 zu fassen wie folgt:
§ 79. Findet in einem Betriebe eine geregelte Buchführung nicht statt, so kann die Steuerbehörde eine Abschätzung des zu zahlenden Abgabenbetrages anordnen. Der Steuerpflichtige ist zur Auskunft über die für die Schätzung erheblichen tatsächlichen Verhältnisse verpflichtet.

[7]) Nr. 46. Die Kommission wolle beschließen:
im § 83a Abs. 2 nach Satz 1 einzufügen:
„Befreit sind Zahlungen für Waren, die im Wege der Zwangsvollstreckung übertragen werden."

[8]) Nr. 47. Die Kommission wolle beschließen:
im § 83 das Wort „Quittungen" zu ersetzen durch „Empfangsbekenntnisse".

[9]) Nr. 48. Die Kommission wolle beschließen:
im Artikel V die Abs. 1 und 2 zu ersetzen durch folgende Bestimmung:
„Das Gesetz tritt am 1. Januar 1917 in Kraft."

[10]) Nr. 49. Die Kommission wolle beschließen:
zu Artikel V:
Die Aufhebung des Warenumsatzstempels hat spätestens nach Ablauf des zweiten Rechnungsjahres nach Friedensschluß zu erfolgen, wenn der Reichstag sie fordert.

Literatur.

Bernstein, Der Gesetzentw. über den Quittungsstempel, BankA. 15 235. — Elster, Der neue Warenumsatzstempel, DtschHandKorr. 16 14. — Derselbe, LeipzZ. 16 1416 — Hirschfeld, Die Warenumsatzsteuer, 1916. — Koppe-Varnhagen, Gesetz über einen Warenumsatzstempel (4) 1916. — Kloß, Warenumsatzstempelgesetz 1916. — Lindemann, Die Besteuerung der Warenumsätze, JW. 16 1062. — Gesetz über einen Warenumsatzstempel 1916. — Popitz, Das Verfahren bei der Erhebung des Warenumsatzstempels und die Mitwirkung der Gemeinden und Kreise, PrVerwBl. 38 65 ff., 83 ff. — Rheinstrom, Ges. über einen Warenumsatzstempel, 1916. — Rohde, Die Gemeinden und der Warenumsatzstempel, PrVerwBl. 38 141. — Stier-Somlo, Gesetz über den Warenumsatzstempel (2) 1916. — Weinbach, Die neuen Reichssteuern des Jahres 1916, PrVerwBl. 37 663. — Zahlreiche wertvolle Aufsätze in den GenossBl.

Art. II.

Zusatz 1.

1. Lindemann, JW. 16 1063. Als Bezahlung der Lieferung gilt jede Leistung des Gegenwerts, auch wenn sie nicht durch Barzahlung erfolgt (Zusatz 1 Satz 1 zu Tarifnummer 10), z. B. Tilgung der Warenschuld durch Aufrechnung, Banküberweisung, Übergabe des kaufmännischen Verpflichtungsscheins, einer Skontration, Überweisung auf Girokonto, Kontokorrentrechnung, Erledigung im Clearing, Übernahme einer Schuldverbindlichkeit, Abverdienen des Kaufpreises, Leistung an Zahlungs Statt, Hingabe von Wechseln oder Schecks auch nur zahlungshalber, nicht bloß an Zahlungs Statt. Allerdings hat im letzteren Falle der Gläubiger mit der Entgegennahme des Wechsels oder Schecks den Gegenstand für die Warenlieferung noch nicht erhalten, die Warenschuld besteht vorerst weiter neben der neuen Verbindlichkeit, und sie erlischt erst, wenn der Gläubiger aus dem Wechsel oder Scheck Befriedigung erhält. Erst in diesem Zeitpunkt steht fest, daß der übergebene Wechsel oder Scheck in der Tat den Gegenwert für die Warenlieferung bildet; dieser Zeitpunkt ist für die Steuerpflicht maßgebend; zustimmend Stier-Somlo a. a. O. 33, Koppe-Varnhagen a. a. O. 34ff., Rheinstrom, a. a. O. 12, a. M. Weinbach a. a. O. 663.

2. Hirschfeld a. a. O. 25. Kapitalzahlungen zwecks Gewährung oder Rückzahlung von Darlehen sind nicht umsatzsteuerpflichtig, ebensowenig Zahlungen für Arbeitsleistungen, z. B. Veredlungsprozesse. Hat also z. B. ein Seidenindustrieller einen Posten Seide zum Färben fortgegeben, so ist die Zahlung für dieses Färben nicht umsatzsteuerpflichtig. Hierbei kann es keinen Unterschied machen, ob der Färber verpflichtet ist, genau dieselbe ihm gelieferte Seide nach der Färbung zurückzugeben, oder ob er berechtigt ist, andere der roh empfangenen Seide gleichartige gefärbt zurückzugeben; denn die Zahlung erfolgt das eine wie das andere Mal nur für das Färben, nicht für die Ware, sie ist auch beide Male gleich hoch; ebenso Koppe-Varnhagen a. a. O. 31.

3. Hirschfeld a. a. O. 26. Eine Zahlung für gelieferte Waren liegt auch dann vor, wenn der Käufer den Kaufpreis nicht an den Verkäufer zahlt, sondern an einen Dritten, dem der Kaufpreis vom Verkäufer abgetreten worden ist; a. M. Weinbach, PrVerwBl. 37 664.

4. Hirschfeld a. a. O. 26. Da die Zahlung nur dann und soweit steuerpflichtig ist, als sie für eine gelieferte Ware erfolgt, so sind beispielsweise die Kosten der Übersendung in Abzug zu bringen, welche ja übrigens auch mangels anderweitiger Vereinbarung für gewöhnlich vom Käufer und nicht vom Verkäufer zu tragen sind (§ 448 BGB.). Erst recht sind daher Zahlungen für Aufstellung von Maschinen u. dgl. nicht steuerpflichtig. Nicht anders verhält es sich mit Futterkosten beim Verkauf von Tieren, Kosten einer Untersuchung, notwendigen Aufwendungen, die der Verkäufer nach dem Übergang der Gefahr jedoch vor Übergabe der verkauften Sache noch gemacht hat (§ 450 BGB.) u. dgl. m. Ebenfalls der Frachturkundenstempel, der Versicherungsstempel und die Versicherungsprämie gehören nicht zum steuerpflichtigen Zahlungsbetrage. In vielen Fällen ist es üblich, daß Geschäfte die Kosten der Übersendung der Ware, auch ihrer vorläufigen Aufbewahrung, manchmal sogar die Kosten der Aufstellung, Montage u. dgl. nicht besonders in Rechnung stellen, sondern in den Verkaufspreis derartige Unkosten bereits hineinkalkuliert haben. Alsdann ist der Geschäftsinhaber berechtigt, von dem Gesamtbetrage des Entgelts oder der Zahlung für die gelieferten Waren denjenigen Teil in Abzug zu bringen, den er auf das Konto derartiger von ihm stillschweigend getragener Nebenunkosten buchen muß, denn es ist, nur diejenige Zahlung steuerpflichtig, welche den Gegenwert für die Ware darstellt. Nicht anders liegt es, wenn der Kaufpreis gestundet und infolgedessen höher berechnet wurde, als er bei Barzahlung betragen hätte. Dieser Fall liegt namentlich stets dann vor, wenn ein Skontoabzug für sofortige Zahlung gewährt wird; die Zahlung für die Ware ist hier stets nur der um das Skonto gekürzte Betrag, denn der überschießende Teil der Zahlung ist nicht für die Ware, sondern für den Kredit. Der An-

meldende ist berechtigt, von der Zahlung denjenigen Teil in Abzug zu bringen, den er als auf den Kredit und nicht auf die Ware entfallend ausscheiden muß. Es stellt jedoch diejenige Zahlung, in voller Höhe einen steuerpflichtigen Betrag dar, welche für eine Ware erfolgt, die nur unter Anwendung von Arbeit hergestellt werden konnte. Die Zahlung für einen nach Maß gefertigten Anzug, zu dem der Schneider den Stoff mitgeliefert hat, muß also in ganzer Höhe versteuert werden, obwohl ein Teil der Zahlung nicht auf das Material, sondern auf die Arbeit entfällt; im wesentlichen ebenso Koppe-Varnhagen a. a. O. 37.

5. Koppe-Varnhagen a. a. O. 28. Ein Umsatz i. S. des Ges. liegt auch in dem Verkauf unter Eigentumsvorbehalt, wenn nur im wirtschaftlichen Ergebnis die Ware vom Lieferer endgültig an den Abnehmer weitergegeben und von diesem bezahlt wird.

6. Koppe-Varnhagen a. a. O. 34. Mietbücherei und Möbelleihe sind kein steuerpflichtiger Umsatz, können es aber nachträglich durch Umwandlung in ein Kaufgeschäft werden. Gewährung von frei Brand und Licht an Angestellte ist Naturallohn, nicht Kaufgegenstand, deshalb steuerfrei.

7. Koppe-Varnhagen a. a. O. 35. Entnahme für den Gebrauch im eigenen Haushalt ist steuerfrei.

8. Koppe-Varnhagen a. a. O. 36. Bei Teilzahlungen ist der Gegenwert erst mit der letzten Teilzahlung eingegangen. Bis dahin ist die Steuerpflicht aufgeschoben.

9. Koppe-Varnhagen a. a. O. 38. Das Geldwechselgeschäft ist zwar ein Tauschhandel, aber nicht steuerpflichtig, da Geld nicht als Ware anzusehen ist und das Geld nicht selbst Gegenstand eines Kaufes i. S. des Ges. sein kann.

10. Rheinstrom a. a. O. 15. Im Falle der Wandlung ist der Stempel zurückzuerstatten. Die Rücklieferung auf Grund der Wandlung ist nicht stempelpflichtiger Umsatz.

Zusatz 2.

1. Lindemann a. a. O. 1063, Stier-Somlo a. a. O. 35. Aus der Vorschrift, daß auch die Lieferung von Gas, elektrischem Strom und Leitungswasser als Warenlieferung gilt, darf man nicht die Folgerung ziehen, daß andere flüssige oder gasförmige Stoffe außer Leitungswasser und Gas keine Waren seien. Die ausdrückliche Hervorhebung von Gas und Leitungswasser ist offenbar deshalb erfolgt, weil die Lieferung dieser Stoffe regelmäßig nicht in abgeschlossenen Gefäßen, sondern durch dauernde Zuleitung erfolgt. Es sind auch sehr wohl Fälle möglich, in denen die Zuleitung anderer flüssiger oder gasförmiger Stoffe als Leitungswasser und Gas ebenfalls durch eine dauernde Röhrenleitung erfolgt, z. B. die Zuleitung von Sole oder Druckluft.

2. Lindemann a. a. O. 1063, Stier-Somlo a. a. O. 35. Forderungen, Urheber- und ähnliche Rechte und Grundstücke hätten auch ohne die Feststellung des Gesetzes als Waren nicht gelten können. Dagegen sind Gegenstände aufgeführt, die, wie z. B. amtliche Wertzeichen, an sich unzweifelhaft Waren sind, die aber nicht dafür gelten sollen; die Aufführung anderer Gegenstände ist zum Ausschluß von Zweifeln zweckmäßig. Jedoch wäre die Folgerung unzulässig, daß alle in Zusatz 2 Satz 3 nicht ausgeschlossenen Rechte Waren sind. Anteilsrechte an einer offenen Handelsgesellschaft, Geschäftsanteile einer G. m. b. H. Aktienbezugsrechte eines Aktionärs, Rechte aus einem Vertragsangebot sind keine Waren, wenngleich man sie weder als Forderungen noch als Urheber- oder ähnliche Rechte anzusehen hat. Ebensowenig können als Waren gelten gewisse Güter, die weder körperliche Sachen noch Rechte sind, aber gleichwohl im heutigen Verkehrsleben eine nicht unbeträchtliche Rolle spielen, wie z. B. im Handelsgewerbe die Kundschaft (RG. 63 57, JW. 06 305), eine ärztliche Praxis. Wird ein Grundstück mit Zubehör veräußert, ohne daß — was indessen regelmäßig geschieht, um den hohen Immobilienstempel zu vermeiden — für den beweglichen Beilaß ein besonderer Preis angegeben ist, so muß noch bei der Zahlung eine Trennung des Entgelts für die beweglichen Sachen erfolgen, denn durch den Umstand, daß sie als Zubehör eines Grundstücks veräußert sind, wird die Tatsache, daß es sich um die Lieferung beweglicher körperlicher Sachen gegen Entgelt handelt, nicht beseitigt.

3. Stier-Somlo a. a. O. 36. Keine Waren sind Lotterielose, Theaterbilletts, Zeitungsinserate, wohl aber Zeitungsabonnements, gleichviel ob die Lieferung durch Zeitungsspediteure oder die Post erfolgt; nicht wiederum die seitens der Gasthäuser gewährte Unterkunft durch Bereitstellen von Betten, wohl aber die gelieferten Speisen und Getränke (KommVer. 5). Die Entnahme von Speisen und Getränken in Wirtschaften und Cafés ist stets steuerpflichtig, ebenso aus einem Automaten.

4. Stier-Somlo a. a. O. 36. Der Vorschuß- und Darlehnsverkehr (Lombard- und Diskontgeschäfte) enthält keine Warenlieferungsgeschäfte, fällt daher nicht unter die Steuerpflicht der Tarifstelle 10, ebenso nicht Sicherungsübereignungen. Veräußerungen durch Pfandgläubiger und ähnliche Fälle sind auch „Warenlieferungen"; Zwangsversteigerungen durch den Gerichtsvollzieher sind anders zu beurteilen, weil der Gerichtsvollzieher kein Gewerbetreibender ist; an sich würden bei ihm Einzelquittungen im Betrage von über 100 M. in Betracht kommen. Doch bestimmt § 83c Abs. 1 Satz 2, daß befreit sind Zahlungen für Waren, die im Wege der Zwangsvollstreckung übertragen werden. Nicht befreit sind Zahlungen auf Warenlieferungen im Liquidationsverfahren oder im Konkurse, weil Liquidation und Konkurs im steuerlichen Sinne nur die Fortsetzung des Gewerbebetriebes sind.

5. Hirschfeld a. a. O. 17. Die Entnahme von Speisen und Getränken in Restaurants, Cafés u. dgl. ist stets steuerpflichtig. Die Beherbergung in Hotels, Pensionen u. dgl. ist nicht steuerpflichtig, wohl aber die Verabreichung von Speisen und Getränken. Da der Automat Waren verabfolgt, sind die durch den Automat bewerkstelligten Umsätze steuerpflichtige Warenlieferungen.

6. Rheinstrom a. a. O. Nicht befreit ist der Umsatz in Briefmarken, zwischen Sammlern, Briefmarkengeschäften usw.

Zusatz 3.

1. Lindemann a. a. O. 1063. Im allgemeinen wird die Zahlung für Lieferung beweglicher Sachen, die mit einem Grundstück zu verbinden sind, steuerfrei sein, da Werkvertrag vorliegt (z. B. Lieferung der Türen, Treppen, Fenster, Stabläden für einen Neubau mit der Verpflichtung, sie einzufügen; Lieferung von Tapeten und Ölfarbe mit der Verpflichtung, das Bekleben der Wände und das Streichen der Fußböden zu besorgen). Nur wenn es sich um die Lieferung fabrikmäßig hergestellter Waren handelt, bei denen die zur Einfügung in ein Grundstück zu entwickelnde Tätigkeit nach der Verkehrsanschauung völlig nebensächlich ist (z. B. Waschkessel, Kochherde), wird die Steuer zu entrichten sein. Was den Fall der gemeinschaftlichen locatio conductio irregularis betrifft, so wird hier die Gestaltung der einzelnen Verhältnisse entscheiden. Namentlich in der Heimindustrie kommen Vertragsverhältnisse vor, bei denen der Besteller zwar den Stoff liefert (z. B. Garn zu Geweben), dem Unternehmer aber gestattet ist, statt des gelieferten Stoffs anderen gleichwertigen bei den von ihm zu liefernden Werk zu verwenden. Handelt es sich nur um eine dem Unternehmer eingeräumte alternative Berechtigung, so daß der Stoff im Eigentume des Bestellers bleibt, bis der Unternehmer von seiner Befugnis Gebrauch macht, so liegt reiner Werkvertrag vor, und die auf Grund des Vertrages erfolgenden Zahlungen sind steuerfrei. Sind die Vertragsparteien dagegen von vornherein darüber einig, daß nicht der gelieferte Stoff, sondern anderer Stoff Verwendung finden soll, so liegt ein Werklieferungsvertrag vor, bei dem der Besteller das Entgelt zum Teil durch den gelieferten Stoff im voraus entrichtet hat, so daß also auch der Wert des gelieferten Stoffes bei den in die Anmeldung aufzunehmenden Zahlungen zu berücksichtigen ist; zustimmend Stier-Somlo a. a. O. 37, Koppe-Varnhagen a. a. O. 46.

2. Hirschfeld a. a. O. 26. Nach der Ansicht von Lindemann würden Betriebe, die wie z. B. Färbereien, Müllereien, Heimindustrie usw. nur Werkleistungen vollbringen, dagegen sich mit Warenumsatz überhaupt nicht befassen, eine Warenumsatzsteuer zu entrichten haben. Bedenkt man, daß z. B. das Entgelt für das Mahlen von Getreide nur einen geringen Teil des Wertes der Ware ausmacht, dann müßte der Müller nicht allein von dem

kleinen Betrage des Entgelts für seine Tätigkeit, der als Arbeitsleistung steuerfrei bleiben muß, sondern sogar noch dazu von dem viel höheren Betrage des Wertes der vermahlenen Ware Umsatzsteuer zahlen; dieses Ergebnis wäre aber praktisch unannehmbar.

3. Stier-Somlo a. a. O. 38. Die Bezahlung eines Anzuges beim Schneider ist stempelpflichtig, wenn dieser den Stoff liefert. Wird der Stoff nur teilweise geliefert, z. B. bei einem Sofa der wertvolle Bezug, bei einer Garnitur Ledermöbel das Leder, dann muß nicht das ganze Entgelt versteuert werden, sondern nur der verhältnismäßige Anteil. Zweifelnd Weinbach a. a. O. 664.

4. Lindemann a. a. O. 1064. Bei Lieferung eines Kunstwerkes, sei es eines Gemäldes, sei es eines Bildwerkes, sind die Leinwand, die Farbe oder der Stein als Nebensache anzusehen (KommB. 11). Die nach dem bürgerlichen Rechte streitige Frage, welche Gegenstände bei der Beurteilung, ob es sich nur um Beschaffung von Zutaten oder sonstigen Nebensachen handelt, in Vergleich zu stellen sind, entscheidet das vorliegende Gesetz dahin, es müsse verglichen werden der vom Unternehmer zu liefernde Stoff mit seiner gesamten Arbeitsleistung, nicht dagegen, wie dies sonst meistens geschieht, die Sache, an der die Arbeiten anzubringen sind (das Arbeitssubstrat), mit dem, was der Unternehmer ausgeführt hat. (Vgl. Oertmann, BGB. 3. u. 4. Aufl. § 651 Anm. 2); denn ein Arbeitssubstrat ist in dem in der Reichstagskommission erörterten Falle überhaupt nicht vorhanden. Damit wird die zweifelhafte Frage sachgemäß entschieden, ob die Lieferung von Photographien gegen Entgelt Warenlieferung im Sinne des Gesetzes ist. Da die Herstellung der photographischen Platte die Hauptsache ist und daneben Wert und Bedeutung des Stoffes der dem Besteller gelieferten Abzüge zurücktreten, liegt steuerfreier Werkvertrag vor. Dagegen wird man im allgemeinen davon ausgehen, daß bei bloßen Ausbesserungsarbeiten nur Zutaten beschafft werden; z. B. unterliegen die Zahlungen für Arbeiten eines Flickschusters, der das Leder zu Sohlen und Absätzen der ihm zur Ausbesserung übergebenen Schuhe liefert, nicht der Steuer. Auch nicht die vom Arzt oder Zahnarzt etwa gelieferten Arzneien; die Füllungsmasse beim Zahnplombieren ist gegenüber den Hauptleistungen des Arztes und Zahnarztes bloße Nebensache; das gleiche gilt aber nicht für künstliche Gliedmaßen und Gebisse. Handelt es sich um Leistungen aus einem Werklieferungsvertrage, so findet eine Trennung des Entgelts für die Arbeit von dem Entgelt für den gelieferten Stoff bei der Besteuerung nicht statt; die gesamte Leistung ist als „Warenlieferung" im Sinne des Gesetzes anzusehen; ebenso im wesentlichen Koppe-Varnhagen a. a. O. 45.

5. Hirschfeld a. a. O. 27. Sehr häufig wird es sich ereignen, daß die Zahlung in einer einheitlichen Summe erfolgt und nur ein Teil der Zahlung für Warenlieferung gilt, während der übrige Teil aus anderem Grunde geschieht. Hier muß man natürlich trennen und unter Umständen zur Schätzung zurückgreifen, falls es an Anhaltspunkten z. B. ausgeworfenen Ansatzpreisen, fehlt. Ist z. B. in einem Hotel für Zimmer und Verpflegung einfach ein einheitlicher Preis ausgemacht worden, so bedarf es der Trennung, wieviel auf die Beherbergung und wieviel auf die Verpflegung entfällt; oder ist ein Grundstück mit Zubehör veräußert worden, ohne daß für das Zubehör ein besonderer Preis in Ansatz gekommen war, so hat zwecks Ermittlung der Höhe des steuerpflichtigen Warenumsatzes eine Ermittlung des Preises für die beweglichen Sachen stattzufinden.

6. Lindemann JW. 16 1388. Da das Gesetz die Lieferung aus Werkvertrag, also die Gesamtleistung des Unternehmers, der Warenlieferung schlechthin gleichstellt, wird immer der Gesamtbetrag der Zahlung für die Herstellung des Werks der Steuerberechnung zugrunde zu legen sein, auch dann, wenn für den zu beschaffenden Stoff und für die gelieferte Arbeit besondere Preise veranschlagt waren.

Zusatz 4.

1. Stier-Somlo a. a. O. 39. Durch den Zus. 4 zu TarifNr. 10 wurde beabsichtigt, den Zwischenhandel insofern zu begünstigen, als nur diejenige Lieferung von der Steuer ergriffen werden soll, welche in Natur erfolgt. Also würden die Zwischengeschäfte, bei denen eine Übertragung der Ware in Natur überhaupt nicht in Frage kommt, freibleiben.

Ob eine Übertragung der Ware in Natur stattfindet, entscheidet sich nach bürgerlichem Recht. Jedoch sind die Fälle der Übergabe durch brevi manu traditio, durch constitutum possessorium und durch Abtretung des Herausgabeanspruchs Fälle der Übertragung „in Natur" (KommB. 12); ebenso Koppe-Varnhagen a. a. O. 27.

2. Hirschfeld a. a. O. 21, JW. 16 1262. Der kurze Sinn dieser Gesetzesbestimmung ist der: Nur wenn eine Warenübertragung in Natur erfolgt, tritt die Steuerpflicht ein. Handelt es sich nur um ein einziges Umsatzgeschäft, so erfolgt auch stets — abgesehen von dem Fall, daß der Erwerber die Ware bereits im unmittelbaren Besitze hat — die Warenlieferung in Natur, wenn nicht sogleich, so doch einmal später, wenn auch vielleicht erst nach langer Zeit. Die Worte im Gesetz:

> „Wird bei Abwicklung mehrerer Kauf- oder Anschaffungsgeschäfte die zwischen verschiedenen Personen über dieselben Waren oder über Waren gleicher Art abgeschlossen sind . . ."

sind vollständig überflüssig, weil sie nichts weiter ausdrücken als eine bloße Selbstverständlichkeit. Ja, die vorstehenden Worte sind sogar vollständig sinnverwirrend. Liegen nämlich noch keine mehreren Geschäfte, sondern liegt erst ein einziges Anschaffungsgeschäft vor, ohne daß bis jetzt die Ware in Natur übertragen worden ist, so ist es noch ganz in der Schwebe, ob diesen ersten Kauf- oder Anschaffungsgeschäfte noch weitere folgen werden oder ob es das einzige bleibt. Man wird aber nicht behaupten können, daß die Steuerpflicht schon vorliegt so lange, ohne daß die Übertragung der Ware in Natur bereits erfolgt wäre, erst ein einziges Kauf- oder Anschaffungsgeschäft getätigt wurde, daß die Steuerpflicht dann wieder fortfalle, sobald dem ersten Umsatzgeschäfte ein weiteres (oder weitere) folgt. Und wenn nur bei einer Übertragung in Natur der Steuerfall gegeben ist, so kann ferner die Unterscheidung, ob die mehreren zur Abwicklung gelangenden Kauf- oder Anschaffungsgeschäfte über dieselben oder über Waren gleicher Art abgeschlossen wurden, gar nicht aufkommen.

Wenn das Gesetz ausdrücklich allein an den Warenumsatz in Natur die Steuerpflicht anknüpft, so ist damit dem Gewerbetreibenden gestattet, wenn er es ermöglichen kann, seine Umsatzgeschäfte so zu tätigen, daß ein Umsatz der Ware in Natur ausschaltet. Der Gewerbetreibende darf also die Warenlieferung in Natur zu vermeiden suchen, denn das Gesetz gestattet ihm dies ausdrücklich. Nicht der Eigentumswechsel allein begründet die Steuerpflicht, es muß noch ein zweiter sinnfälliger Vorgang hinzukommen, die Übertragung der Ware in Natur, damit die Steuer fällig wird.

3. Hirschfeld a. a. O. 22, JW. 16 1263. Folgende drei Fälle stellen keine steuerpflichtigen Warenlieferungen dar:

1. Der Eigentümer tritt dem Erwerber den Anspruch auf Herausgabe der Sache ab, die sich im Besitze eines Dritten befindet (Fall des § 931 BGB.).
2. Der Eigentümer behält den Besitz der Sache und vereinbart mit dem Erwerber ein Rechtsverhältnis, vermöge dessen der Erwerber den mittelbaren Besitz erlangt, z. B. Leihe, Miete, Verwahrung (Fall des Besitzkonstituts § 930 BGB.).
3. Der Erwerber war bereits im Besitze der Sache (Fall der traditio brevi manu § 929 Satz 2 BGB.).

4. Hirschfeld a. a. O. 24. Warenübertragung in Natur ist, wenn man dem natürlichen Sinn des klaren Wortlauts, wie ihn der Sprachgebrauch ergibt, keine Gewalt antut, nur dann gegeben, wenn eine tatsächliche Übergabe, kein Ersatz derselben, geschieht. In den meisten Fällen wird man eine Raumveränderung der Ware selbst, eine Bewegung von Ort zu Ort, verlangen müssen. Geschieht die Übergabe sinnfällig, nur durch ein symbolisches Zeichen, z. B. durch Übergabe der Schlüssel zu dem verschlossenen Raume, in dem die Ware allein aufbewahrt wird, so muß man von Fall zu Fall sorgfältig prüfen, ob eine tatsächliche Übergabe erfolgt oder nur ein Ersatz derselben, z. B. Abtretung des Herausgabeanspruchs, Begründung eines Besitzkonstituts (siehe vorher) o. dgl. vorliegt. In ganz seltenen Fällen, z. B. beim Verkauf von gefälltem Holz im Walde, wird es an jedweden sinnfällig wahrnehmbaren Zeichen der Übertragung fehlen; in den meisten Fällen

wird jedoch auch hier, z. B. durch Aufstellung von Tafeln mit dem Namen des Erwerbers oder Bestellung eines Hüters, irgendein Vorgang sich abspielen, der die Übergabe in Natur erkennen läßt.

5. Kloß JW. 16 1405. Beim Kettengeschäft stellt jede Art der Übereignung der Ware nach BGB. §§ 929 bis 931 deren Übertragung in Natur im Sinne des Zusatzes 4 zu Tarif-Nr. 10 dar. Wenn in dem KB. S. 12 dasselbe vom Berichterstatter unter Zustimmung eines Vertreters der verbündeten Regierungen ausgeführt worden ist, so ist das um so mehr zu begrüßen, als diese Feststellung im KB. ganz geflissentlich, wie ebenfalls der KB. S. 11 hervorhebt, in der Absicht geschehen ist, klarzustellen, was sich die beiden gesetzgebenden Faktoren bei der Abfassung der in Rede stehenden Bestimmung gedacht haben. Notwendig zur Gesetzesauslegung ist aber im vorliegenden Falle ein derartiges Zurückgehen auf den KB. nicht, da das Gesetz selbst den Sinn der allerdings nicht sehr glücklich gefaßten Vorschrift des Zusatzes 4 deutlich erkennen läßt.

6. Koppe-Varnhagen a. a. O. 47. Bloße Abrechnungsstellen unterliegen nur insoweit der Stempelpflicht, als die Kasseneingänge sich auf Warenlieferungen in Natur beziehen. Dieser Fall tritt vielfach bei Tochtergesellschaften mit einheitlicher Abrechnungsstelle bei der Obergesellschaft ein. Die Warenlieferungen geschehen in Natur fast ausschließlich durch die selbständig stempelpflichtigen Tochtergesellschaften und zwar durch Abruf der Verrechnungsstelle; für letztere tritt daher die Stempelpflicht nur ein, soweit sie selbst in Natur überträgt.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den von einer oder mehreren Firmen errichteten selbständigen Verkaufs-, Werkbureaus, Verteilungsstellen u. dgl.

Auch die Veräußerungen durch ein Syndikat gehören hierher. Bei syndizierten Firmen verkauft der erste Erzeuger die Waren an das Syndikat, dieses an den Großhändler, der Großhändler vielfach erst wieder an den Kleinhändler und dieser an den Konsumenten, während der erste Erzeuger allein direkt an den Großhändler oder vielfach auch an den Konsumenten in Natur überträgt.

7. Koppe-Varnhagen a. a. O. 48. Bei der Einlagerung durch Zwischenhändler, Kommissionäre usw. wird zwar meist eine Übertragung in Natur, aber nicht immer ein Lieferungsgeschäft im Sinne des Gesetzes vorliegen. Der Einzelfall muß entscheiden.

Zusatz 5.

Stier-Somlo a. a O. 40. Durch Zusatz 5 soll zum Ausdruck kommen, daß bei Übertragung der Ware durch Transportpapiere oder Lagerscheine nur die erste Übertragung als Warenlieferung im Steuersinne gelten soll. Es ist hierbei gleichgültig, ob mehrere Käufe oder Anschaffungsgeschäfte vorliegen. Die Übertragung der Ware durch die bezeichneten Papiere nach der ersten Übertragung bis zum schließlichen Empfang der Ware selbst soll also frei bleiben. Es ist dies derselbe Gedanke, der im Zusatz 4 zum Ausdruck kommt. Wo die Befreiungsvorschrift 2 zutrifft, also solange sich die Ware im Auslande oder unter Zollkontrolle befindet, bleibt auch die im Inlande erfolgende Übertragung der über diese Ware ausgestellten Papiere der in Zusatz 5 erwähnten Art von der Steuer frei (KommB. 12).

Befreiungsvorschriften.

1. Stier-Somlo a. a. O. 41. Durch die Befreiungsvorschrift 2 soll vermieden werden, daß das deutsche Zwischenhandelsgeschäft mit ausländischen Waren an den ausländischen Importeur übergeht, der ja um den Betrag des Umsatzstempels billiger würde liefern können. Daß es sich um Importgeschäfte handelt, soll durch die Vorschrift sichergestellt werden, wonach die Lieferung aus dem Zollausland oder dem gebundenen Verkehr des Zollinlands erfolgt sein muß. Der Wortlaut könnte dahin aufgefaßt werden, als wenn sich die Vorschrift nur auf zollpflichtige Waren bezöge. Bei zollfreien Waren trifft aber die jetzige Voraussetzung nicht zu, weil sie bei der Einfuhr sofort in den freien Verkehr übergehen, die Lieferung also aus dem freien inländischen Verkehr erfolgt. Der Import ausländischer zollfreier Waren bedarf aber genau der gleichen Begünstigung, wobei namentlich

an Baumwolle, Wolle, Jute u. dgl. zu denken ist. Nun ist die ausländische Ware ihrer Natur nach nicht immer ohne weiteres von inländischer gleichartiger Ware zu unterscheiden. Deshalb muß bei der Lieferung ausländischer zollfreier Waren Vorsorge getroffen werden, daß es sich bei dem Umsatz tatsächlich um ausländische Waren gehandelt hat. Deshalb ist dem Bundesrat hier ein gewisses Bestimmungsrecht eingeräumt worden. Er soll bestimmen können, daß Lieferungen von ausländischen zollfreien Waren umsatzsteuerfrei zu bleiben haben, wenn sie aus deutschen Seehafenplätzen oder inländischen Lagern erfolgen, die diesen gleichgestellt sind. Die Freilassung wird unter der nötigen Kontrolle schließlich auch in anderen Fällen erfolgen können. Die Befreiung für ausländische zollfreie Waren fällt dann fort, wenn die Waren vor der Lieferung eine Veränderung erfahren haben, infolge deren sie bei der Einfuhr zollpflichtig gewesen sein würden, ihr Umsatz im freien Verkehr also der Umsatzsteuerpflicht gleichfalls unterlegen hätte. RTD. 1403B, C, D. Vgl. § 158 der AusfBest. in der Fassung v. 8. September 1916.

2. Stier-Somlo a. a. O. 42. Unter Lieferungen im Inland bezogener Waren in das Ausland (3) fällt die Lieferung an eine im Inland bestehende Zweigniederlassung eines ausländischen Unternehmers oder eine inländische Vertretung, die nur zum Ankauf von Waren und Ablieferung in das Ausland bestimmt ist. Ebenso, wenn Ausländer auf der Reise im Inland Waren aufkaufen und ins Ausland mitnehmen oder wenn inländische Reisende für eine ausländische Firma tätig sind, weil hier der entgeltliche Warenumsatz vollzogen wird; zu vgl. auch Weinbach a. a. O. 664.

3. Koppe-Varnhagen a. a. O. 51. Als Zollausland gelten auch die Schutz- und Okkupationsgebiete, nicht aber Luxemburg. Es ist jedoch nur der Umsatz aus dem Zollausland ins Inland frei, also gewissermaßen nur das Grenzgeschäft; alle späteren Umsätze sind steuerpflichtig, wenn die übrigen Voraussetzungen des Ges. vorliegen.

4. Koppe-Varnhagen a. a. O. 52. Nach dem Wortlaut scheint nur der Exporthändler, nicht der Exportfabrikant befreit. Versteht man aber die Vorschrift so, daß schlechthin gemeint sind die Waren, welche das Ausland im Inland bezieht, so sind beide befreit. Im Interesse des Auslandwettbewerbs ist dieses Ergebnis befriedigender. — Gegen die Zulässigkeit dieser Auslegung Elster, LeipzZ. 16 1420

5. Koppe-Varnhagen a. a. O. 53, Popitz a. a. O. 85. Auf sog. gemischtwirtschaftliche Unternehmungen bezieht sich Befreiung 4 nicht.

Art. III.

§ 76.

1. Stier-Somlo a. a. O. 30. Gewerbe ist eine gleichmäßig fortgesetzte, auf Erwerb und Gewinnerzielung gerichtete, selbständige, berufsmäßige und erlaubte praktische Tätigkeit, zu der (nach Abs. 2 Satz 1) auch die Land- und Forstwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und der Gartenbau sowie der Bergwerkbetrieb gehört. Es ist daher nicht der Gewerbebegriff der GewO., andererseits auch nicht der des einzelstaatlichen Gewerberechts maßgebend; vielmehr ist das Wort Gewerbe im vorliegenden § 76 in dem eingangs bezeichneten weitesten Sinne zu nehmen, wobei auch die Ausdehnung des Begriffs im Sinne des WarenumsatzstempelG. maßgebend ist. Andererseits fallen auch hier nicht unter den Begriff des Gewerbes gesetzlich verbotene oder beschränkte Erwerbstätigkeiten, wie Kuppelei, Hehlerei, unerlaubtes Kartenspiel, Wucher, Unzucht (§§ 180, 259, 260, 284, 302d, 361 Ziff. 6 StrGB.). Dagegen hört eine an sich erlaubte Tätigkeit nicht schon deshalb auf, ein Gewerbebetrieb zu sein, weil bei Ausübung dieses Gewerbes (z. B. Handel mit Lotterielosen einer verbotenen Lotterie, Erwerb von Sachen durch Hehlerei) unerlaubte Handlungen begangen werden. OVG. 35 334. Vorausgesetzt ist jedesmal die Gewerbsmäßigkeit einer Unternehmung. Sie wird nach § 76 Abs. 2 Satz 3 nicht dadurch ausgeschlossen, daß sie von einer öffentlichen Körperschaft oder daß sie von einem Verein, einer Gesellschaft oder einer Genossenschaft, die nur an die eigenen Mitglieder liefern, betrieben wird. Es sind also auch steuerpflichtig die Umsätze der städtischen und ländlichen Konsumvereine, der Beamteneinkaufsvereine usw.

2. Hirschfeld a. a. O. 10. Ein Unterschied zwischen Voll- und Minderkaufleuten

besteht nicht. Auch während der Liquidation und des Konkurses findet ein Gewerbebetrieb statt, die Steuerpflicht wird also hier nicht ausgeschlossen.

3. Hirschfeld a. a. O. 10. Nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Gesellschaften, ohne und mit Rechtspersönlichkeit, sind anmeldungspflichtig, z. B. offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Auch wird die Gewerbsmäßigkeit einer Unternehmung nicht dadurch ausgeschlossen, daß sie von einer öffentlichen Körperschaft, z. B. einer Gemeinde betrieben wird. Selbst wenn ein Verein, eine Gesellschaft oder eine Genossenschaft nur an die eigenen Mitglieder die Waren abgibt, tritt dennoch die Anmelde- und Steuerpflicht ein; Konsum- und Beamtenwirtschaftsvereine sind danach steuerpflichtig.

4. Hirschfeld a. a. O. 11. Da die Gewerbsmäßigkeit eine auf Gewinn zielende Tätigkeit voraussetzt, werden z. B. Gemeinden, welche lediglich infolge der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen zum Umsatze von Waren gekommen sind und auf Gewinn nicht ausgehen, oder andere Organisationen, welche aus dem Warenumsatz keinen Gewinn erzielen wollen, keine Warenumsatzsteuer zu zahlen brauchen; ebenso Koppe-Varnhagen a. a. O. 56.

5. Stier-Somlo a. a. O. 32. Es handelt sich stets um die Stempelpflicht eines im Inland betriebenen stehenden Gewerbes. Maßgebend ist demnach die Reichsgrenze. Deutsche Schutzgebiete sind in diesem Sinne Ausland. Auch die von Deutschland während des gegenwärtigen Krieges besetzten Gebiete sind Ausland. Der erste Satz des Abs. 1 § 76 spricht auch von den „im Betriebe seiner inländischen Niederlassung gelieferten Waren". Hieraus ergibt sich, daß eine inländische Niederlassung eines ausländischen (Haupt-) Betriebes als ein im Deutschen Reich betriebenes „stehendes Gewerbe" angesehen werden muß, wenn der Ausdruck natürlich auch den Sinn hat, daß die Stempelpflicht die sämtlichen inländischen Betriebe eines Gewerbetreibenden trifft, seine sämtlichen „inländischen Niederlassungen". Handelt es sich um Warenlieferungen, die nicht im Betriebe eines inländischen Gewerbes erfolgt sind, stehen Lieferungen eines Nichtgewerbetreibenden, eines ausländischen Gewerbetreibenden oder eines inländischen Gewerbetreibenden außerhalb seines Gewerbebetriebes in Frage, so ist der Quittungsstempel zu entrichten.

6. NorddAllgZ. v. 19. August 1916 Nr. 229 1. Ausg. Am 1. Oktober d. J. tritt das Gesetz über den Warenumsatzstempel, v. 26. Juni 1916, in Kraft. Nach ihm ist der Warenumsatzstempel erstmalig für die in die Zeit vom Inkrafttreten dieses Gesetzes bis zum 31. Dezember 1916 fallenden Zahlungen zu entrichten. Bei diesem klaren Wortlaut der gesetzlichen Vorschrift ist es nicht recht verständlich, wie in manchen Zuschriften Zweifel daran geäußert werden können, daß der Abgabe erstmalig alle Zahlungen unterliegen, die der Inhaber eines stehenden Gewerbes in der Zeit v. 1. Oktober bis zum 31. Dez. 1916 für die aus seinen inländischen Niederlassungen gelieferten Waren erhält, ganz gleichgültig ob die Zahlungen für Waren geleistet werden, die vor oder nach dem 1. Oktober 1916 geliefert sind. Entscheidend für die Abgabepflicht ist allein der Umstand, daß die Zahlung unter der Herrschaft des Warenumsatzsteuerstempelgesetzes, also nach dem 1. Oktober 1916 geleistet wird. Auf Bestellung und Lieferung kommt es nicht an.

Die Richtigkeit dieser Auslegung ergibt sich auch aus dem in § 81 des Reichsstempelgesetzes dem Steuerpflichtigen eingeräumten Wahlrecht, an Stelle der in dem Steuerzeitraum empfangenen Zahlungen den Gesamtbetrag des Entgelts für die in seinem inländischen Betrieb während dieses Zeitraums erfolgten Lieferungen ohne Rücksicht auf die Bezahlung zur Besteuerung anzumelden. Wird von diesem Wahlrecht Gebrauch gemacht, so wird der Steuerpflichtige alsbald mit den Lieferungen vom 1. Oktober 1916 ab zur Abgabe herangezogen, ganz gleichgültig, wann die Lieferungen in Auftrag gegeben oder bezahlt sind. Das eingeräumte Wahlrecht bezweckt nichts anderes, als die Möglichkeit zu schaffen, an Stelle der Zahlung die Lieferung zu setzen. Wird von ihr Gebrauch gemacht, so kommt es lediglich auf den Zeitpunkt der Lieferung an; Zahlung und Auftrag spielen dann keine Rolle. Damit würde es nicht im Einklang stehen, wollte man bei Besteuerung

der Zahlungen vom 1. Oktober ab eingehende Zahlungen aus dem Grunde freilassen, weil sie vor diesem Zeitpunkt ausgeführte Lieferungen betreffen. Der Eintritt der Stempelpflicht für die Zahlungen würde dadurch in den meisten Fällen um Monate hinausgeschoben werden, da in einem Gewerbebetrieb für die Bezahlung von Warenlieferungen erfahrungsmäßig fast immer Fristen bewilligt werden.

Ganz unzweifelhaft folgt die Richtigkeit der hier vertretenen Auffassung auch aus § 83a des Gesetzes, wonach die außerhalb des gewerblichen Warenumsatzes nach dem 30. September 1916 auszustellenden Einzelempfangsbekenntnisse über Zahlungen für Warenlieferungen im Betrage von mehr als 100 M. abgabepflichtig sind ohne Rücksicht darauf, wann die Lieferung erfolgt ist. Die Umsatzsteuer ist ihrer Natur nach nichts anderes als die durch § 83a eingeführte Quittungssteuer. Sie ist nur gewählt, um die im gewerblichen Betriebe mit den Einzelquittungen verbundenen Belästigungen zu vermeiden.

7. Hirschfeld a. a. O. 10. Natürlich müssen nur solche Zahlungen angemeldet werden, welche für nach dem 1. Oktober erfolgte Warenlieferungen bestimmt sind. Denn vor dem 1. Oktober hat das Steuergesetz noch nicht gegolten und können daher solche Umsätze, deren wesentlichstes Element, die Lieferung, schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes erfüllt worden ist, nicht deshalb zur Steuer herangezogen werden, weil das andere Element, die Bezahlung, in den Steuerzeitraum fällt. Es ist jedoch für die Frage, ob die Steuergrenze von mehr als 3000 M. erreicht ist, das ganze Jahr 1916 rückwärts zugrunde zu legen, oder das letzte Vierteljahr mit 4 zu multiplizieren, je nach dem, was dem Steuerpflichtigen günstiger ist, da eine gesetzliche Regelung fehlt. Zu vgl. noch die Ausführungen dess. Verf. LeipzZ. 16 1421.

8. Weinbach, PrVerwBl. 37 663. Sind Zahlungen für Lieferungen im Lieferungsjahre nicht eingegangen, so sind sie im Jahre des Eingangs zu versteuern; zustimmend Stier-Somlo a. a. O. 33.

9. Stier-Somlo a. a. O. 34. Da es auf die Zahlung und nicht auf den Eigentumsübergang ankommt, hindert der Eigentumsvorbehalt die Steuer nicht. Wenn Käufer nicht an den Verkäufer, sondern an einen Dritten zahlen soll, dann kann die Leistung eines Gegenwerts vorliegen, in dem der Käufer die Schuld des Verkäufers tilgt. Es braucht sich aber nicht um eine Schuldentilgung zu handeln, sondern es kann durch die Zahlung an einen Dritten erst eine Verpflichtung zwischen diesem und dem Verkäufer begründet werden. Der Verkäufer will dem Dritten ein Darlehen gewähren; er überweist ihm den Kaufpreis, den der Käufer unmittelbar an ihn zahlt. Hier wird keine Steuerpflicht bestehen. Ebenso Weinbach a. a. O. 664; aM. Koppe-Varnhagen a. a. O. 27.

10. Stier-Somlo a. a. O. 40. Zu dem Gesamtbetrage gehören die Kosten der Übersendung der Ware, Montagekosten bei Maschinen, Erneuerungs-, Aufstellungskosten, Futterkosten beim Verkauf von Tieren, die Prozeßkosten, die Käufer übernimmt, Kosten einer Tieruntersuchung beim Tierkauf nur dann, wenn eine einheitliche Zahlung erfolgt. Dasselbe gilt für Verzugs- und sonstige Zinsen, ein etwaiges Entgelt für Gewährung einer Stundung des Preises, für eine Lagerung der Waren, mit den zu ersetzenden Aufwendungen für eine verkaufte Sache (§ 450 BGB.), für den Frachturkundenstempel, den Versicherungsstempel, die Versicherungsprämie, den Zuschlag des Versteigerers, der sein Entgelt für die Vornahme der Versteigerung findet. Ebenso Weinbach a. a. O. 664.

11. Lindemann JW. 16 1388. Die Annahme, daß bei Teilzahlungen stets die Steuerpflicht bis nach Eingang der letzten Teilzahlung aufgeschoben sei, ist nicht zutreffend; soweit ein Gewerbetreibender im Steuerzeitraum Teilzahlungen für im Betriebe seiner inländischen Niederlassung gelieferte Waren erhalten hat, muß er diese in die Anmeldung nach § 76 des Gesetzes aufnehmen; die Vorschrift des § 83a Abs. 2 Satz 2, daß bei Teilzahlungen ein versteuertes Empfangsbekenntnis über den Gesamtbetrag der bezahlten Schuld bei der letzten Teilzahlung zu erteilen ist, bezieht sich nur auf Einzelquittungen und hat für die Pauschalabgabe keine Bedeutung.

12. Oppenheimer JW. 16 1399. Im Falle der Abtretung trifft die Umsatzstempelpflicht den Zedenten. Ob der neue Gläubiger für diese Zahlung Umsatzstempel oder Quit-

tungsstempel zu zahlen hat, hängt davon ab, ob er die Forderung innerhalb seines Gewerbebetriebes erworben hat.

13. Rheinstrom a. a. O. 31 f. In den umsatzstempelpflichtigen „Gesamtbetrag der Zahlungen" muß die erhaltene Vergütung des Umsatzstempels der erfolgten Einzellieferungen eingerechnet werden.

14. Koppe-Varnhagen a. a. O. 58. Innerhalb der vorgeschriebenen Frist muß die Anmeldung bei der Steuerbehörde eingehen. § 193 BGB. ist anzuwenden.

§ 77.

Koppe-Varnhagen a. a. O. 66. Der Warenumsatzstempel ist bei Berechnung des einkommen- und gewerbesteuerpflichtigen Ertrages abzuziehen.

§ 79.

1. Stier-Somlo a. a. O. 46. Die Steuerbehörde hat nicht das Recht, von dem, der seine Anmeldung ordnungsmäßig erstattet, detaillierte Angaben zu verlangen und seine Buchführung nachzuprüfen, falls nicht etwa Anhalt dafür gegeben ist, daß die von dem Steuerpflichtigen gemachte Angabe unrichtig ist (RTD. 1405B). Unzulässig wäre es, detaillierte Angaben etwa zum Zwecke statistischer Erhebungen zu verlangen.

2. Stier-Somlo a. a. O. 47. Der Wortlaut des Gesetzes könnte infolge des Wortes „weil" den Anschein erwecken, daß dieses Verfahren nur dann zulässig ist, wenn die Unfähigkeit zur Angabe des Gesamtbetrages durch fehlende Buchführung und sonstige Unterlagen begründet ist. Dies dürfte aber nicht richtig sein; die Schätzung ist daher auch dann erlaubt, wenn der Betriebsinhaber aus anderen Gründen zur Angabe des tatsächlichen Gesamtbetrages der Zahlungen nicht imstande ist, z. B. wegen der Unmöglichkeit, die Geschäftsbücher zu erlangen oder zu benutzen, wenn sie z. B. infolge Krieges, Diebstahls, teilweiser Zerstörung durch Feuer, offenbar nicht ganz richtige Führung durch eine beauftragte Person zur Unterlage der Berechnung nicht geeignet sind. Umgekehrt ist die Voraussetzung des Schätzungsrechtes immer, daß der Betriebsinhaber zu der Angabe nicht imstande ist, also nicht dann, wenn er dies nur aus Bequemlichkeit, Schwierigkeit einer vollständigen Übersicht unterläßt. Zweifelhaft kann die Frage sein, wenn zwar Bücher oder andere Unterlagen vorhanden sind, aber Krankheit, körperliche Gebrechen, z. B. Blindheit, hinderlich sind und eine Ersatzperson nicht vorhanden ist, z. B. bei einem kleinen Milchgeschäft, einer Vorkosthandlung usw. Die Regeln des zweiten Absatzes gewähren in solchen Fällen ausreichende Handhaben. Eine Pflicht zu Aufzeichnungen besteht ebensowenig wie ein Buchführungszwang, soweit letzterer nicht schon durch das Handelsgesetzbuch begründet ist.

§ 80.

Popitz a. a. O. 70. Was die im § 80 genannte Verwaltungsbeschwerde anlangt, so sagen weder das Gesetz — abgesehen davon, daß sie keine aufschiebende Wirkung habe — noch die Ausführungsbest. etwas Näheres über diesen Rechtsbehelf; aus dem Satz der Ausführungsbest., daß die Steuerstelle befugt ist, der Beschwerde abzuhelfen, ist zu entnehmen, daß sie jedenfalls auch bei der Steuerstelle angebracht werden kann. Über Frist und Instanzenzug läßt sich auch im sonstigen Stempelrecht nichts finden. Es handelt sich also um eine fristlose Aufsichtsbeschwerde, deren Instanzen nach dem Behördenaufbau Oberzolldirektion und Finanzminister sind. Eine zeitliche Grenze kann nur in § 109 Abs. 3 des ReichsStG. gefunden werden, nach dem die Stempelabgaben in fünf Jahren verjähren. Dieser Instanzenzug ist also noch weniger für eine Abgabe, wie die vorliegende, geeignet, als der doch wenigstens befristete Rechtsweg. Im übrigen ist diese Verwaltungsbeschwerde auch stets außerhalb des Schätzungsverfahrens neben dem Rechtsweg zulässig. Das führt dazu, daß jemand, dessen Klage im ordentlichen Rechtswege rechtskräftig abgewiesen ist, in derselben Sache noch die Verwaltungsbeschwerde erheben kann. Diese kann trotz des abweisenden Urteils zum Ziele führen, z. B. wenn sich die Rechtsprechung in der Frage inzwischen geändert hat. Das Stempelrecht kennt also die im sonstigen Steuer-

recht stets festgehaltene Unanfechtbarkeit einer Veranlagung nach Erledigung der Rechtsmittel nicht.

§ 82.

Koppe-Varnhagen a. a. O. 79. Ob die Bücher usw. einen Aufschluß geben können, entscheidet die um Beistand angegangene Behörde. Die Veranlagungsbehörde muß sich deshalb zufrieden geben, wenn die angegangene Behörde erklärt, daß ihre Bücher usw. den nötigen Aufschluß nicht geben können.

§ 83.

Koppe-Varnhagen a. a. O. 80. Ob die Bücher zur Grundlage für die Berechnung gedient haben, ist gleichgültig. Sie sind samt und sonders aufzubewahren. Auf die in § 79 genannten Unterlagen bezieht sich die Aufbewahrungspflicht nicht.

§ 83a.

1. Hirschfeld a. a. O. 8. Von Gewerbetreibenden sind Einzelquittungen nur dann auszustellen und zu versteuern, wenn die Warenlieferung außerhalb des Gewerbebetriebs oder von einem ausländischen Gewerbetreibenden gemacht worden ist. Namentlich folgt, daß ein inländischer Gewerbetreibender innerhalb seines inländischen Gewerbebetriebs niemals Quittungen zwecks Versteuerung auszustellen verpflichtet ist, selbst dann nicht wenn sich der Gesamtbetrag seiner Zahlungen für Warenlieferungen auf nicht mehr als 3000 M. beläuft; ein solcher Gewerbetreibender, dessen Warenumsatz 3000 M. nicht übersteigt, zahlt sonach überhaupt keine Warenumsatzsteuer, weder in Form eines Anmeldestempels noch eines Quittungsstempels, was z. B. wohl häufig bei Zahnärzten, Zimmervermieterinnen usw. zutreffen wird.

2. Hirschfeld a. a. O. 18. Sind Waren im Wege der Zwangsvollstreckung übertragen worden, so liegt kraft ausdrücklicher Gesetzesvorschrift kein steuerpflichtiger Vorgang vor. Der Gerichtsvollzieher hat also in solchem Falle eine Quittung aus steuerlichen Gründen nicht auszustellen. Da er auch kein Gewerbetreibender ist, kommt auch der Anmeldungsstempel für ihn nicht in Betracht. Damit ist nicht gesagt, daß der Gerichtsvollzieher niemals verpflichtet sei, aus steuerlichen Gründen Quittung zu erteilen. Wenn nämlich der Gerichtsvollzieher außerhalb der Zwangsvollstreckung Waren veräußert, z. B. im Wege einfacher öffentlicher Versteigerung, muß er eine Quittung ausstellen, denn es liegt alsdann eine Warenlieferung im steuerlichen Sinne vor.

3. Koppe-Varnhagen a. a. O. 90. Auch die Warenlieferung auf Grund einer Enteignung ist steuerpflichtig.

4. Lindemann JW. 16 1388. Zu weit geht die Auffassung von Koppe-Varnhagen, die im Falle der Versteuerung von Einzelquittungen eine subsidiäre Haftung des Zahlenden für die Steuer auch dann annehmen, wenn die Ausstellung eines Empfangsbekenntnisses dem Gesetz zuwider unterblieben ist; denn die subsidiäre Haftung ist im § 83a Abs. 3 nur dem „Empfänger des Empfangsbekenntnisses" auferlegt.

§ 83c.

Koppe-Varnhagen a. a. O. 95; Rheinstrom a. a. O. 42. Aus dem Wort „hinterzogen" folgt die Straflosigkeit des Versuchs.

Hierzu:

a) Bekanntmachung über Befreiungen vom Warenumsatzstempel. Vom 14. November 1916. (RGBl. 1274.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Der Warenumsatzstempel wird nicht erhoben bei solchen Warenlieferungen, die während der Dauer der Kriegswirtschaft von Bundesstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbänden zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln bewirkt werden, sofern die Waren von den Bundesstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbänden nicht im eigenen Betrieb erzeugt worden sind.

Mit Zustimmung des Reichskanzlers können von den obersten Landesfinanzbehörden den Gemeindeverbänden solche Lebensmittelversorgungsgesellschaften (Bezirkszentralen) gleichgestellt werden, die unter Beteiligung von Gemeinden oder Gemeindeverbänden zur Versorgung ihrer Bevölkerung mit Lebensmitteln errichtet sind.

§ 2. Die Abgabe nach § 83a des Reichsstempelgesetzes wird nicht erhoben bei der Bezahlung von Goldsachen und Kostbarkeiten durch die zwecks Verstärkung des Goldschatzes der Reichsbank eingerichteten Goldankaufsstellen; die Ausstellung eines schriftlichen Empfangsbekenntnisses über die geleistete Zahlung ist nicht erforderlich.

Popitz, a. a. O. 85. Die verteilten Kartoffeln, das verteilte Mehl unterliegen dem Warenumsatzstempel nicht, wohl aber die in eigenen Wurstfabriken hergestellte Wurst oder die selbst fabrizierte Margarine. Als Gemeindeverbände werden auch die besonders gearteten Zweckverbände zu gelten haben, die sich in den Kriegswirtschaftsordnungen finden: z. B. der Zusammenschluß mehrerer Kommunalverbände zu einem gemeinsamen Versorgungsgebiet für Getreide und Mehl. Vgl. § 61 BO. v. 29. Juni 1916 (RGBl. 613) und PrAusfAnw. v. 24. Juli 1916 (HMBl. 273) zu § 1. Weiter z. B. BO. über Fleischverbrauch v. 21. August 1916 (RGBl. 941) § 3 Abs. 2, Erlaß btr. Verkehr mit Zucker v. 14. April 1916 (HMBl. 102) A Abs. 1 S. 2. — Die auf Grund der BO. v. 4. November 1915 (RGBl. 728) gegründeten Verbände von Erzeugern und Verbrauchern (z. B. die Viehhandelsverbände) sind selbstverständlich keine Gemeindeverbände in diesem Sinne.

b) Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 8. September 1916.

(ZBl. 247 ff.)

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 7. September 1916 beschlossen:

I. 1. Die als **Anlage 1** beigefügten Bestimmungen über den Ersatz des Steuerwerts der beim Inkrafttreten des Gesetzes über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916 in den Händen der Steuerpflichtigen vorhandenen ungebrauchten gestempelten Scheckvordrucke und Scheckstempelmarken und

2. die als **Anlage 2** beigefügten Änderungen der Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz in der Fassung des Gesetzes über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916

werden genehmigt und mit dem 1. Oktober 1916 in Kraft gesetzt.

Anträgen auf Stempelerstattung nach Maßgabe der Bestimmungen der Anlage 1 ist auch bereits vor dem 1. Oktober 1916 Folge zu geben.

II. Es ist gestattet, nach dem 30. September 1916 Scheckstempelmarken zur Entrichtung des Wechselstempels zu verwenden. Die Verwendung und Entwertung der Marken hat nach den für die Verwendung und Entwertung der Wechselstempelmarken bestehenden Vorschriften zu erfolgen. Der Verwendungsvermerk kann an einer beliebigen Stelle der Marken niedergeschrieben werden.

Anlage 1.

Bestimmungen über den Ersatz des Steuerwerts der beim Inkrafttreten des Gesetzes über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 639) in den Händen der Steuerpflichtigen vorhandenen ungebrauchten gestempelten Scheckvordrucke und Scheckstempelmarken.

Gemäß Artikel I Nr. 1 Abs. 2 des Gesetzes vom 26. Juni 1916 über einen Warenumsatzstempel werden für den Ersatz des Steuerwerts der beim Inkrafttreten dieses

Gesetzes in den Händen der Steuerpflichtigen vorhandenen ungebrauchten Scheckstempelmarken und gestempelten Scheckvordrucke folgende Bestimmungen getroffen:

A. 1. Ersatz wird nur geleistet, wenn er bis spätestens Ende März 1917 bei einer zuständigen Stelle beantragt wird. Später eingehende Anträge bleiben unberücksichtigt.

2. Der Antrag auf Ersatz des Steuerwerts von Marken ist schriftlich oder mündlich bei einer bisher zum Vertriebe von Scheckstempelmarken zuständigen Amtsstelle unter Überreichung der Marken zu stellen. Der Ersatz wird, nachdem die Stelle festgestellt hat, daß die Marken echt und ungebraucht sind, ohne weitere Anweisung in Höhe des Nennwerts der Marken geleistet. Die Amtsstelle kann verlangen, daß die Marken, soweit sie nicht in unangebrochenen Bogen zu 100 Stück vorgelegt werden, in Reihen von je 10 Stück unmittelbar nebeneinander und gegebenenfalls in Bogen von je 100 Stück zu je 10 solcher unmittelbar untereinandergeordneten Reihen auf Papierbogen aufgeklebt, überschießende Stücke aber lose überreicht werden, ferner daß jeder Papierbogen mit dem Firmenstempel oder dem Namen des Antragstellers gekennzeichnet werde.

Die gegen Ersatz des Steuerwerts zurückgenommenen und die bei den Amtsstellen vorhandenen Scheckstempelmarken sind bei den Amtsstellen in Gegenwart von zwei Beamten, von denen einer tunlichst ein oberer Beamter sein soll, zu vernichten, soweit sie nicht zur Verwendung als Wechselstempelmarken weitervertrieben werden.

3. Die zu gestempelten Scheckvordrucken in teilweise oder gänzlich unverbrauchten Scheckbüchern entrichtete Abgabe wird nur auf schriftlichen Antrag derjenigen Bank, Kasse usw., welche das Scheckbuch hat abstempeln lassen, erstattet. Die Erstattung ist unter Vorlegung der Scheckbücher bei derjenigen Steuerstelle zu beantragen, bei welcher die Stempelabgabe entrichtet ist. Erstattung wird nur geleistet, wenn kein Zweifel darüber besteht, daß die Vordrucke einen echten Stempelaufdruck tragen und noch nicht gebraucht sind sowie daß die Abgabe von den abgestempelten Vordrucken entrichtet und noch nicht erstattet ist. Der Steuerstelle steht das Recht zu, die Vorlegung der Steuerquittung über die Entrichtung der Abgabe zu verlangen. In dem Antrag sind die überreichten Scheckbücher nach der Nummerfolge geordnet unter Angabe der Nummerbezeichnung, der in ihnen enthaltenen Zahl ungebrauchter Vordrucke und deren Steuerwerts aufzuführen. Mit Zustimmung der Steuerstelle kann von der Ordnung nach der Nummerfolge und Angabe der Nummerbezeichnung abgesehen werden, wenn die Bücher nach der Anzahl der in ihnen enthaltenen Vordrucke in Bündel geordnet vorgelegt und dementsprechend in dem Antrag unter Angabe ihrer Anzahl, der Stückzahl der Vordrucke und des Steuerwerts gesondert aufgeführt werden. Der Antrag ist von der Steuerstelle zu prüfen und nach Beseitigung etwaiger Anstände mit einer Bescheinigung darüber zu versehen, daß der Erstattung der Abgabe Bedenken nicht entgegenstehen und welcher Steuersumme die vorgelegten und nicht zu beanstandenden Vordrucke entsprechen. Diese Bescheinigung ist von dem Kassenprüfungsbeamten oder von einem mit der Kassenführung nicht betrauten oberen Beamten mitvollziehen.

Der so begutachtete Erstattungsantrag ist ohne die Scheckbücher an die für die Erstattung von Scheckstempeln bisher zuständige Direktivbehörde weiterzugeben. Die obersten Landesfinanzbehörden können die Entscheidung über den Antrag auf Behörden übertragen, die den Direktivbehörden untergeordnet sind. Der Antrag ist nach den allgemeinen Bestimmungen über Stempelerstattungen weiterzubehandeln. Die Erstattung ist von einem Mindestbetrage des Steuerwerts der eingelieferten Vordrucke nicht abhängig.

Die Scheckbücher können nach Ersatz des Steuerwerts auf Antrag zurückgegeben werden, nachdem die Stempelerstattung auf jedem einzelnen Vordruck handschriftlich oder durch Aufdruck, Stanzung, Lochung usw. gegebenenfalls auf Kosten und Gefahr des Antragstellers derart erkennbar gemacht ist, daß eine wiederholte Erstattung der Stempelabgabe ausgeschlossen wird. Anilinfarbenaufdrucke dürfen zu dem bezeichneten Zwecke nicht verwendet werden.

Soweit eine Rückgabe der Scheckbücher nicht stattfindet, sind die Bücher nachdem die Vordrucke durch Zerschneiden oder dergleichen unverwendbar gemacht sind, einzustampfen oder sonst zu vernichten.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auf von den Banken, Kassen usw. lose eingereichte gestempelte ungebrauchte Vordrucke entsprechende Anwendung.

B. Für die nach den Bestimmungen unter A 2 vernichteten Stempelmarken werden den Landesregierungen die an die Reichsdruckerei entrichteten Herstellungskosten vom Reiche vergütet.

Die Herstellungskosten sind in Anlage 7 zu den vierteljährlichen Reichssteuerübersichte zu berechnen und in letzteren als besondere Verwaltungskosten, getrennt von den gewöhnlichen, in Ansatz zu bringen.

Anlage 2.

Aenderungen der Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz in der Fassung des Gesetzes über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 639).

I. Der Abschnitt X §§ 158 bis 164 wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

X. Warenumsätze.

Zur Tarifnummer 10 Befreiung 2.

1. Abgabenbefreiung für ausländische zollfreie Waren.

§ 158. (1) Lieferungen ausländischer zollfreier Waren sind von der Abgabe befreit, wenn die Waren aus dem Zollausland oder aus dem gebundenen Verkehre des Zollinlandes geliefert werden. Bei vom Ausland eingehenden zollfreien Wa en, die sich zur Zeit der Veräußerung auf dem Wege nach ihrem ersten inländischen Bestimmungsorte befinden, wird die Befreiung nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Veräußerung nach erfolgter zollfreier Abfertigung geschieht.

(2) Nach einem deutschen Seehafenplatz aus dem Ausland eingegangene zollfreie Waren sind von der Abgabe ferner befreit, wenn die Lieferung aus dem Einfuhr-Seehafenplatz erfolgt. Die Befreiung fällt weg, wenn die Ware vor ihrer Lieferung durch Bearbeitung oder Verarbeitung eine Beschaffenheit erhalten hat, die sie bei ihrer Einfuhr zollpflichtig gemacht haben würde, oder wenn die Lieferung aus einem Kleinhandelsbetrieb erfolgt.

(3) Als Seehafenplatz, nach dem die Ware aus dem Ausland eingegangen ist, ist der Seehafenplatz anzusehen, von dem aus die Ware erstmalig geliefert wird.

(4) Auf Antrag kann die oberste Landesfinanzbehörde den deutschen Seehafenplätzen im Sinne des Abs. 2 andere inländische Lager unter der Bedingung gleichstellen, daß die Ware ohne andere Zwischenlagerung als in einem Zollager oder im Einfuhr-Seehafenplatz und ohne daß ein Zwischenumsatz stattgefunden hat, aus dem Ausland nach dem Lager gebracht und die Festhaltung der ausländischen Eigenschaft der Ware bei der Aufnahme und während der Lagerung sichergestellt wird. Abs. 2 Satz 2 gilt auch hier.

Zu §§ 76 bis 83d des Gesetzes.

2. Steuerstellen und Direktivbehörden.

§ 159. Die zur Erhebung der Abgabe von Warenumsätzen nach § 1 Abs. 1 von den Bundesregierungen bestimmten Stellen (Steuerstellen) und ihre Oberbehörden (Direktivbehörden) sowie die nach § 115 Abs. 1 letzter Satz des Gesetzes getroffenen Bestimmungen sind dem Reichskanzler (Reichsschatzamt) mitzuteilen.

3. Anmeldung.

§ 160. (1) Zu der im § 76 des Gesetzes vorgeschriebenen Anmeldung sind amtliche Vordrucke zu verwenden. Als Anleitung für einen solchen Vordruck dient **Muster 29 a.**

(2) Die Anmeldung hat von juristischen Personen bei der Steuerstelle zu erfolgen, in deren Bezirk sie ihren Sitz haben. Bei Firmen, die im Handelsregister eingetragen sind, Gesellschaften und Vereinen des bürgerlichen Rechtes, soweit sie nicht juristische Personen sind, ist der Ort der Niederlassung, bei mehreren Niederlassungen der Ort der Hauptniederlassung maßgebend. Im übrigen ist die Steuerstelle des Wohnorts des Steuerpflichtigen zuständig. Die zuständige Steuerstelle wird für staatliche Betriebe durch die oberste Landesfinanzbehörde des Bundesstaats, der den Betrieb führt, für Reichsbetriebe im Einvernehmen mit dem Reichskanzler (Reichsschatzamt) durch die oberste Landesfinanzbehörde des Bundesstaats, in dem der Betrieb geführt wird, bestimmt.

(3) Befindet sich der Sitz des Unternehmens oder der Hauptniederlassung im Ausland oder hat der Steuerpflichtige im Inland keinen Wohnsitz, so ist der Ort des Betriebs maßgebend. Das gleiche gilt, wenn der Steuerpflichtige mehrere Wohnsitze im Inland hat oder wenn der Betrieb mehreren Personen mit verschiedenem Wohnsitz gehört. Sind in diesen Fällen mehrere Betriebe an verschiedenen Orten vorhanden, so kann auf Antrag die einheitliche Anmeldung bei einer der Steuerstellen gestattet werden. Über den Antrag entscheidet die oberste Landesfinanzbehörde und, wenn die Steuerstellen verschiedenen Bundesstaaten angehören, der Bundesrat.

(4) Bestehen zwischen mehreren Bundesstaaten Meinungsverschiedenheiten über ihre Zuständigkeit, so bestimmt auf Anrufen eines dieser Bundesstaaten der Bundesrat den für die Erhebung der Steuer zuständigen Staat.

(5) Die Landesregierung kann bestimmen, daß die Anmeldung auch mündlich bei der Steuerstelle erfolgen kann. In diesem Falle ist der Vordruck von dieser den Angaben des Steuerpflichtigen entsprechend auszufüllen und von dem Steuerpflichtigen und dem Beamten der Steuerstelle zu unterschreiben.

(6) Die Anmeldung ist innerhalb der gesetzlichen Frist einzureichen. Eine Verlängerung der Anmeldefrist ist nur in Fällen besonderen Bedürfnisses zulässig. Der Antrag ist in jedem Falle bei der Steuerstelle zu stellen. Verlängerungen von nicht mehr als einem Monat kann diese selbständig bewilligen, in anderen Fällen ist die Entscheidung der Direktivbehörde einzuholen.

4. Öffentlicher Hinweis auf die Anmeldungspflicht.

§ 161. Zwischen dem 8. und 15. Dezember jedes Jahres haben die Steuerstellen oder ihre Oberbehörde unter Angabe der Hebebezirke die Steuerpflichtigen zur Anmeldung ihres steuerpflichtigen Umsatzes und zur Entrichtung der Abgabe durch öffentliche Bekanntmachung in den für amtliche Bekanntmachungen der unteren Verwaltungsbehörden bestimmten Tageszeitungen aufzufordern. Die oberste Landesfinanzbehörde kann anordnen, daß die Aufforderung außerdem in sonst ortsüblicher Weise bekannt gemacht wird. In der Aufforderung ist anzugeben, wo Vordrucke zu Anmeldungen zur Abgabe an Steuerpflichtige bereitgehalten werden. Als Anleitung für eine solche Bekanntmachung dient **Muster 29 b.**

5. Zustellung von Anmeldungsvordrucken.

§ 162. Die oberste Landesfinanzbehörde kann bestimmen, daß im Laufe des Dezember die Steuerstellen den in die Steuerrolle (§ 163) eingetragenen Umsatzsteuerpflichtigen einen Anmeldungsvordruck kostenfrei zuzustellen haben.

6. Steuerrolle.

§ 163. (1) Bei jeder Steuerstelle ist über die in ihrem Bezirk ansässigen Personen und Gesellschaften, welche nach Art und Umfang ihres Gewerbebetriebs für die Entrichtung der Abgabe in Betracht kommen, eine Steuerrolle zu führen. Die Steuerrolle dient zur Überwachung der Anmeldungen und der Entrichtung der Abgabe.

(2) Die Landesregierungen werden die Behörden, welche über die für die Entrichtung der Abgabe vermutlich in Betracht kommenden Personen und Gesellschaften Auskunft geben können, unter Hinweis auf § 82 des Gesetzes anweisen, den für ihren Bezirk zuständigen Steuerstellen Listen über diese Personen und Gesellschaften bis spätestens Ende November, erstmalig bis Ende November 1916, zu übersenden. Für die folgenden Jahre brauchen sich diese Listen nur auf Zu- und Abgänge an solchen Personen und Gesellschaften gegen das Vorjahr zu erstrecken.

(3) Die nach der Buchstabenfolge der Namen, nach örtlichen Bezirken, Erwerbsgruppen oder nach anderen zweckmäßigen Gesichtspunkten zu ordnende Steuerrolle kann in Form einer Liste oder in Form einer Blatt- (Karten-) Sammlung von Einzelblättern für jeden Steuerpflichtigen geführt werden. Die Rolle ist in einer auf eine Reihe von Jahren ausreichenden Weise anzulegen.

(4) In der Rolle erhält jeder Steuerpflichtige eine Ordnungsnummer. Die Rolle muß die für die Umsatzstempelentrichtung wichtigen Tatsachen, soweit sie der Stelle bekannt werden, insbesondere also enthalten: Name und Wohnort des Steuerpflichtigen, bei Gesellschaften Bezeichnung und Sitz der Firma, gegebenenfalls unter Angabe der vorhandenen Zweiggeschäfte, Art des Gewerbebetriebs, besondere Spalten, welche für eine Reihe von Jahren die Eintragung ermöglichen für Steuerjahr, Tag der Erinnerung (§ 164b Abs. 2), Tag des Eingangs der Anmeldung, Nummer des Anmeldungsbuchs, Nummer des Einnahmebuchs, Betrag der entrichteten Abgabe. In der Bemerkungsspalte sind die Fälle, in denen der Steuerpflichtige bei Versteuerung nach der Lieferung gewählt hat (§ 81 des Gesetzes) und besondere für die Gewinnung eines Urteils über den Umsatz des Steuerpflichtigen wichtige Umstände (Geschäftsberechtsangaben, Gutachten von Sachverständigen usw.) festzuhalten.

(5) Zur schnellen und leichten Ermittelung der Steuerpflichtigen in der Steuerrolle ist eine nach der Folge der Anfangsbuchstaben der Namen geordnete Namensliste, welche die Ordnungsnummer jedes Steuerpflichtigen ergibt, anzulegen und laufend zu führen.

(6) Abweichungen von den Bestimmungen der Abs. 3 bis 5 können von der Landesregierung zugelassen werden.

§ 164. (1) Die Steuerrolle ist von den Steuerstellen nach Eingang der ihnen nach § 163 Abs. 2 zu übersendenden Listen auf Grund der darin enthaltenen Angaben baldmöglichst anzulegen. Außerdem sind die der Steuerstelle aus eigener Wissenschaft bekannten oder auf anderem Wege bekannt gewordenen Gewerbetreibenden, welche für die Entrichtung der Abgabe sonst noch in Betracht kommen, in die Steuerrolle einzutragen.

(2) Die Steuerrolle ist unter Berücksichtigung der eingehenden Anmeldungen und der Zu- und Abgänge richtigzustellen und durch fortgesetzte Nachtragung der in ihr nachzuweisenden Angaben laufend zu erhalten. Die Nachtragungen sind vorzunehmen, sobald die einzutragenden Ergebnisse feststehen.

(3) Auf jeder erledigten Anmeldung ist von dem mit der Führung der Steuerrolle beauftragten Beamten die richtige Eintragung in die Steuerrolle zu vermerken.

7. Abgabenerhebung.

§ 164a. (1) Die Steuerstelle prüft die eingehenden Anmeldungen auf richtige und vollständige Ausfüllung des Vordrucks, insbesondere auch auf das Vorhandensein der Unterschrift des Anmeldungspflichtigen, trägt nach Beseitigung etwaiger Anstände die Anmeldung in das Anmeldungsbuch B (§ 228 Abs. 2) ein, stellt den Abgabebetrag fest und vereinnahmt ihn. Dem Steuerpflichtigen ist über die Zahlung ein Empfangsbekenntnis zu erteilen, bei Entrichtung der Abgabe durch die Post oder durch Banküberweisung jedoch nur auf Verlangen. Als Anleitung für das Empfangsbekenntnis dient das **Muster 29c**.

(2) Die Anmeldung wird nach ihrer Erledigung (§§ 164c, 164d) Beleg zum Anmeldungsbuche.

§ 164b. (1) Der rechtzeitige Eingang der Anmeldungen ist von der Steuerstelle nach der Steuerrolle (§ 163) zu überwachen.

(2) Ist bis zum Ablauf der Anmeldungsfrist bei der Steuerstelle weder eine Anmeldung noch eine Benachrichtigung, daß eine Steuerpflicht nicht in Betracht komme, eingegangen, so ist der Gewerbetreibende unter Hinweis auf die §§ 76, 83c des Gesetzes an die Einreichung der Anmeldung binnen einer auf zwei Wochen zu bemessenden Frist mit dem Ersuchen zu erinnern, für den Fall, daß er sich zur Einreichung einer Anmeldung nicht für verpflichtet erachte, die Gründe hierfür binnen der gleichen Frist mitzuteilen.

§ 164c. (1) Nachdem die Abgabe auf Grund der Anmeldung erhoben worden ist, hat die Steuerstelle an der Hand der Steuerrolle und unter Berücksichtigung aller anderen ihr etwa bekannten Tatsachen oder Unterlagen, insbesondere auch unter Würdigung der etwa von dem Anmeldenden selbst gegebenen weiteren Erläuterungen (Nr. 6 der Anleitung zu Muster 29a) zu prüfen, ob die Anmeldung hinsichtlich der angemeldeten Höhe des Umsatzes glaubhaft erscheint. Liegen hiernach gegen die Richtigkeit einer Anmeldung keine Bedenken vor, so ist dies auf der Anmeldung unter Namensbeischrift zu vermerken.

(2) Hat ein Gewerbetreibender erklärt, daß er einen steuerpflichtigen Umsatz nicht habe, so ist diese Erklärung nach Abs. 1 zu prüfen. Ist anzunehmen, daß für ihn voraussichtlich dauernd ein steuerpflichtiger Umsatz nicht in Frage kommt, so ist die Eintragung in der Steuerrolle mit Genehmigung des Kassenprüfungsbeamten oder eines anderen mit der Kassenführung nicht betrauten, von der Landesregierung bestimmten Beamten zu löschen.

§ 164d. (1) Ist bis zum Ablauf der nach § 164b in der Erinnerung gestellten Frist eine Anmeldung oder eine Erklärung, daß ein steuerpflichtiger Umsatz nicht vorliegt, nicht eingegangen, oder hat die Steuerstelle gegen die Richtigkeit einer eingereichten Anmeldung oder Erklärung Zweifel, so ist die Abgabepflicht an der Hand der für die Veranlagung des Gewerbetreibenden zu den direkten Staats- oder Gemeindesteuern vorhandenen Unterlagen zu prüfen. Zu diesem Zwecke hat die Steuerstelle, falls sie nicht selbst zu dieser Veranlagung zuständig oder sonst zu der Nachprüfung ohne weiteres imstande ist, die zuständige Stelle unter Mitteilung des Sachverhalts, gegebenenfalls auch unter Beifügung einer Abschrift der vorliegenden Anmeldung oder Erklärung und unter Darlegung der Gründe für ihre Zweifel an deren Richtigkeit um eine Äußerung zu ersuchen.

(2) Ergibt sich, daß ein steuerpflichtiger Umsatz gar nicht oder unrichtig angemeldet ist, so ist über die Einleitung des Strafverfahrens Entschließung zu fassen.

(3) Soweit genügende Unterlagen für eine anderweite Steuerfestsetzung gegeben sind, hat die Steuerstelle die Abgabe dementsprechend festzusetzen und den

nachzuerhebenden Betrag von dem Steuerpflichtigen unter Mitteilung der Steuerfestsetzung und ihrer Grundlagen einzuziehen.

(4) Haben die Ermittlungen zwar ergeben, daß ein steuerpflichtiger Umsatz vom Steuerpflichtigen gar nicht oder zu niedrig angegeben ist, reichen aber die Unterlagen zur Festsetzung des wirklichen Umsatzes oder zur Einleitung eines Strafverfahrens nicht aus, so hat die Steuerstelle die Verhandlungen an den für die Stempelprüfung hinsichtlich des Umsatzstempels bestellten Prüfungsbeamten (§ 216 Abs. 2) zur Ermittelung der zu entrichtenden Abgabe im Wege der örtlichen Nachprüfung abzugeben. Nach dem Ergebnis dieser Prüfung ist das Erforderliche wegen Nachbringung der Stempelabgabe und gegebenenfalls wegen Einleitung des Strafverfahrens zu veranlassen.

8. Abschlagszahlungen.

§ 164e. (1) Alle Steuerpflichtigen, bei denen in einem Jahre der Gesamtbetrag der Zahlungen oder der Lieferungen (§ 81 des Gesetzes) nach dem Ergebnis der Steuerfestsetzung 200000 Mark überstiegen hat, haben auf die Abgabe für das folgende Jahr nach Ablauf des ersten, zweiten und dritten Viertels des Kalenderjahrs während der ersten zehn Tage der Monate April, Juli und Oktober unaufgefordert eine Abschlagszahlung in Höhe von je 20 v. H. der für das vorhergehende Jahr festgesetzten Abgabe, auf volle Mark nach unten abgerundet, zu leisten. Ist das Gewerbe nicht während des ganzen Vorjahres betrieben worden, so gilt der Umsatz während der Betriebszeit als Jahresumsatz. Für das Steuerjahr 1917 ist für die Verpflichtung zur Entrichtung der Abschlagszahlungen und deren Bemessung der Gesamtbetrag der Zahlungen oder Lieferungen im ganzen Kalenderjahr 1916 maßgebend. Die Abschlagszahlungen sind in der Anmeldung der mit dem Schlusse des Jahres fälligen Abgabe aufzuführen und bei der Festsetzung der Abgabe auf diese anzurechnen. Ein hiernach etwa zuviel gezahlter Betrag ist zurückzuzahlen.

(2) Der Steuerpflichtige ist auf die Verpflichtung zur Leistung von Abschlagszahlungen unter Angabe des Betrags der Abschlagszahlung und der Zahlungsfristen schriftlich hinzuweisen.

(3) Der rechtzeitige Eingang der Abschlagszahlungen ist durch eine nach Anleitung des **Musters 29d** von der Steuerstelle für jedes Steuerjahr zu führende Überwachungsliste sicherzustellen. Diese ist mit dem Anmeldungs- und dem Einnahmebuche zur Buchführung einzureichen.

(4) Die Spalten 1 bis 6 der Überwachungsliste sind gleichzeitig mit dem im Abs. 2 angeordneten Hinweis an den Zahlungspflichtigen, die Spalten 7 bis 9 bei der Zahlung der Abschlagssumme auszufüllen.

(5) Geht eine Abschlagszahlung nicht rechtzeitig ein, so ist das zu ihrer Einziehung Veranlaßte in der Bemerkungsspalte der Überwachungsliste zu vermerken.

(6) Die Abschlagszahlungen sind in das Anmeldungsbuch einzutragen.

9. Schätzungsverfahren.

§ 164f. (1) Hat der Steuerpflichtige den Gesamtjahresbetrag der Zahlungen oder Lieferungen nur schätzungsweise angemeldet, so hat die Steuerstelle nach den §§ 164a, 164c und gegebenenfalls 164d Abs. 1, 2 zu verfahren.

(2) Ergibt die Nachprüfung Anlaß zur Annahme eines höheren Betrags, so hat die Steuerstelle, sofern nicht Anlaß zur Einleitung des Strafverfahrens gegeben ist, vor anderweiter Festsetzung der Abgabe den Steuerpflichtigen unter Mitteilung der für die Annahme eines höheren Betrags sprechenden Gründe zu einer Äußerung, gegebenenfalls auch unter Hinweis auf § 79 Abs. 2 letzter Satz des Gesetzes zur Auskunft über die für die Schätzung erheblichen tatsächlichen Verhältnisse und zur Vorlegung der sich hierauf beziehenden Schriftstücke aufzufordern. Erkennt der Steuer-

pflichtige die Beanstandung der Steuerstelle ganz oder zum Teil an und erklärt er sich mit der Versteuerung eines bestimmten höheren Schätzungsbetrags als des ursprünglich von ihm angegebenen Betrags einverstanden, so ist die Steuerstelle, sofern der Betrag unter Berücksichtigung der Unterlagen und der Äußerung des Gewerbetreibenden annehmbar erscheint, berechtigt, sich auf dieser Grundlage mit dem Steuerpflichtigen zu einigen und den danach noch zu entrichtenden Betrag nachzuerheben.

(3) Führen die Verhandlungen nicht zu einer Einigung, so hat die Steuerstelle ihrerseits die Schätzung des steuerpflichtigen Umsatzes vorzunehmen und dem Steuerpflichtigen einen die Grundlagen der Schätzung enthaltenden Schätzungsbescheid mit der Aufforderung zu erteilen, den danach sich ergebenden Mehrbetrag an Steuer binnen zehn Tagen einzuzahlen. Mit dem Bescheid ist unter dem Hinweis, daß nach § 80 des Gesetzes gegen diesen nur die Verwaltungsbeschwerde zulässig ist, deren Einlegung aber auf die Entrichtung der angeforderten Steuer keine aufschiebende Wirkung habe, eine Belehrung des Steuerpflichtigen über das ihm zustehende Rechtsmittel zu verbinden.

(4) Die Steuerstelle ist befugt, der gegen den Bescheid erhobenen Beschwerde, die Beschwerdebehörde der gegen ihren Bescheid erhobenen weiteren Beschwerde abzuhelfen.

10. Nacherhebung.

§ 164g. (1) Gibt die weitere Prüfung (§ 164d, § 164f) zu einer Nacherhebung Anlaß, so ist der nacherhobene Betrag unter einer besonderen Nummer des Anmeldungsbuchs mit Angabe des Grundes der Zahlung einzutragen. In Spalte 2 ist in Fällen dieser Art der Tag der Nacherhebung einzutragen. Gleichzeitig ist in dem Anmeldungsbuche bei der erstmaligen Zahlung in der Bemerkungsspalte auf den neuen Eintrag hinzuweisen.

(2) Die Unterlagen für die Nacherhebung bilden Belege zum Anmeldungsbuche.

11. Wechsel in der Versteuerungsart.

§ 164h. (1) Will ein Steuerpflichtiger von der Abgabenentrichtung auf der Grundlage des § 81 des Gesetzes zur Versteuerung nach § 76 des Gesetzes übergehen, so hat er unter Darlegung der Gründe für den beabsichtigten Wechsel und unter Angabe, ob die Änderung dauernd oder nur für einen bestimmten Zeitraum begehrt wird, die Genehmigung der Direktivbehörde zu beantragen.

(2) Die Genehmigung ist nur zu erteilen unter der Bedingung, daß der Steuerpflichtige bei einem etwaigen späteren erneuten Übergange zur Besteuerung der Lieferungen neben der Abgabe von den Lieferungen die Abgabe für diejenigen Zahlungen zu entrichten hat, welche noch für Lieferungen aus demjenigen Steuerzeitraum eingehen, währenddessen nach der Zahlung erfolgte.

(3) Der Betrag der nachträglich zu versteuernden Zahlungen ist in den Jahresanmeldungen außer dem Gesamtbetrage der zu versteuernden Lieferungen besonders aufzuführen.

12. Trennung der Verwaltungs- und Erhebungsbefugnisse.

§ 164i. Wo die mit der Verwaltung der Abgabe von Warenumsätzen betrauten Steuerstellen nicht zugleich Hebestellen sind, ordnet die Landesregierung im Einvernehmen mit dem Reichskanzler (Reichsschatzamt) die hiernach notwendigen Änderungen des Verfahren an.

13. Stempelzeichen.

§ 164k. (1) Die Abgabe aus § 83a des Gesetzes wird durch Verwendung von Stempelmarken entrichtet. Die Stempelmarken werden zum Nennwert von 10,

20, 50 Pfennig, 1, 2 und 10 Mark ausgegeben. Ein Verkauf amtlich gestempelter Vordrucke zu Empfangsbekenntnissen findet nicht statt.

(2) Die Marken sind 18,5 mm hoch und 22,5 mm breit. Das obere Feld der Pfennigwerte enthält auf dunklem Grunde in weiß hervortretender deutscher Schrift die Bezeichnung „Waren-Umsatzstempel". Von den drei mittleren Feldern tragen die beiden äußeren die Wertbezeichnungen ebenfalls weiß auf dunklem Grunde, das Mittelfeld zeigt den Reichsadler. Das untere Feld mit guillochiertem Grunde enthält den Vordruck für die Entwertung durch Eintragung von Tag, Monat und Jahr auf der dazu vorgezeichneten Linie. Die Markwerte unterscheiden sich von den Pfennigwerten dadurch, daß unter Anwendung einer zweiten Farbe auch das obere Feld mit einer Guilloche unterdruckt ist, so daß hier sowie im untersten Felde die Schrift dunkel auf hellem Grunde steht. Die Marken zu 10 Pfennig sind hellkarmin, diejenigen zu 20 Pfennig hellblau, zu 50 Pfennig grauviolett, zu 1 Mark grün mit rotbraunem Unterdruck, zu 2 Mark gelbbraun mit grünem Unterdruck, zu 10 Mark rotbraun mit grünem Unterdruck.

(3) Der Vertrieb der Stempelmarken erfolgt durch die Postanstalten. Stempelmarken zum Werte von 10, 20 und 50 Pfennig werden bei allen Postämtern und bei denjenigen sonstigen Poststellen, bei welchen sich ein Bedürfnis hierfür herausstellt, verkauft. Die Verkaufsstellen für Stempelmarken von höherem Werte werden nach den örtlichen Verhältnissen bestimmt und zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

14. Verwendung der Stempelzeichen.

§ 1641. (1) Die Stempelmarken sind auf der Vorder- oder Rückseite der Urkunde an einer beliebigen freien Stelle aufzukleben und zu entwerten.

(2) Die Entwertung der Stempelmarken ist in der Art vorzunehmen, daß Tag, Monat und Jahr der Verwendung der Marke auf dieser an der im Vordruck dafür vorgesehenen Stelle in deutlichen Schriftzeichen ohne jede Auskratzung, Durchstreichung oder Überschreibung mit Tinte niedergeschrieben oder aufgedruckt werden. Allgemein übliche und verständliche Abkürzungen sind zulässig. Im Falle der Entwertung durch Aufdruck braucht der Vermerk nicht an der im Vordruck bezeichneten Stelle zu stehen, muß aber vollständig auf jede einzelne Marke gesetzt werden. Die Hinzufügung des Namens oder der Firma des Verwendenden ist zulässig.

II. Der Abschnitt XIII der Ausführungsbestimmungen wird geändert, wie folgt:

1. Der § 210 wird geändert, wie folgt:

a) im Abs. 1 werden vor den Worten „von den Amtsstellen" die Worte eingefügt „soweit nicht im Abs. 8 etwas anderes bestimmt ist";

b) im Abs. 3 Satz 1 in der Fassung der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 13. Juli 1916 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 177) werden die Worte „oder Scheckvordrucke" sowie Satz 2 gestrichen;

c) hinter Abs. 7 wird folgende Bestimmung als Abs. 8 eingefügt:

(8) „Der Ersatz verdorbener Stempelmarken zur Entrichtung der Abgabe nach § 83a des Gesetzes findet bei den mit deren Vertriebe beauftragten Postanstalten nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§ 12 bis 14 der Ausführungsbestimmungen zum Wechselstempelgesetze vom 15. Juli 1909 statt."

2. Im § 211 Abs. 1 in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 1916 werden die Worte „oder Schecks oder Quittungen" und die Worte „oder Scheckstempelmarken" und der Abs. 2 gestrichen.

3. § 212 wird gestrichen.

4. Im § 216 Abs. 2 sind die Worte „übertragen werden (besondere Prüfungsbeamte)" zu ersetzen durch die Worte „oder der mit der Erhebung der Abgabe beauftragten anderen Verwaltung übertragen werden (besondere Prüfungsbeamte)".

5. Hinter § 218 werden als § 218a folgende Bestimmungen eingefügt:

§ 218a. „(1) Personen und Gesellschaften, für welche eine Abgabepflicht nur nach Tarifnummer 10 besteht, unterliegen regelmäßigen, innerhalb gewisser Fristen zu wiederholenden Stempelprüfungen nicht.

(2) In Einzelfällen ist die Abgabenentrichtung nach Tarifnummer 10 bei den vorstehend genannten Personen und Gesellschaften einer genauen Nachprüfung zu unterziehen, wenn der Prüfungsbeamte von der Steuerstelle § 164d Abs. 4 um Vornahme einer Stempelprüfung ersucht oder von einer vorgesetzten Behörde mit einer solchen Prüfung beauftragt wird."

6. Im § 220 Abs. 1 Satz 1 ist die Ziffer 10 zu streichen und im Satz 2 statt der Worte „der Tarifnummern 4, 10" zu setzen „der Tarifnummer 4".

7. Im § 223 Abs. 5 ist die Ziffer 10 zu ersetzen durch die Worte „und in § 83a des Gesetzes".

III. Abschnitt XIV wird geändert, wie folgt:

1. a) Im § 227 Abs. 1 sind im ersten Satze die Worte „oder gemäß § 16 Abs. 1 des Gesetzes gestundeten" zu streichen und die Worte „dieser Art ein besonderes Einnahmebuch" zu ersetzen durch: „aus Tarifnummer 1 bis 9, 11, 12 ein Einnahmebuch A".

b) Daselbst ist vor Abs. 2, der die Nummer 3 erhält, folgender Abs. 2 einzuschalten:

„(2) Über die Einnahmen aus Tarifnummer 10 ist ein besonderes Einnahmebuch B zu führen, dessen Einrichtung die oberste Landesfinanzbehörde bestimmt. Das anliegende **Muster 39a** dient als Vorbild."

2. a) Im § 228 ist im Satz 1 hinter „Einnahmebuch" und hinter „Anmeldungsbuch" der Buchstabe „A" einzuschalten. Daselbst wird „Abs. 2" in „Abs. 3" geändert.

b) Daselbst ist folgender Abs. 2 anzufügen:

„(2) Als Vor- und Gegenbuch zum Einnahmebuche B ist von den zur Erhebung der Abgabe aus Tarifnummer 10 zuständigen Steuerstellen ein Anmeldungsbuch B zu führen, für welches das **Muster 40a** als Vorbild dient. In dieses sind alle zur Entrichtung der Abgabe vorgeschriebenen Anmeldungen einzutragen. Soweit eine Anmeldung nicht eingereicht ist, ist an deren Stelle die Steuerfestsetzungsbescheinigung der Steuerstelle unter Angabe dieses Sachverhalts in der Bemerkungsspalte einzutragen."

3. Der Eingang des § 233 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Die in den §§ 227, 228 mit A bezeichneten Bücher werden nach Ablauf jedes Vierteljahres, das Einnahmebuch B nach Ablauf des Rechnungsjahrs das Anmeldungsbuch B und die Überwachungsliste Muster 29d nach Ablauf des Kalenderjahrs abgeschlossen usw."

4. a) Im § 234 Abs. 1 werden im Satz 2 hinter den Worten „obersten Landesfinanzbehörden" die Worte eingeschaltet: „oder obersten Postbehörden",

b) daselbst wird unter entsprechender Nummeränderung der folgenden Absätze hinter Abs. 2 folgender Abs. 3 eingeschaltet:

„(3) Die Herstellungskosten für die nach Bayern und Württemberg gelieferten Stempelmarken zur Entrichtung des Warenumsatzstempels werden nach den Vorschriften im Abs. 2 angefordert und beglichen. Die Herstellungskosten für die den Bezugstellen der Reichspostverwaltung gelieferten Umsatzstempelmarken kommen auf die den übrigen Bundesstaaten nach § 122 des Reichsstempelgesetzes zustehende Vergütung für die Erhebungs- und Verwaltungskosten in Anrechnung und werden am Schlusse jeden Rechnungsjahrs vom Ausschuß des Bundesrats für Rechnungswesen auf die einzelnen Staaten nach dem Verhältnis der in ihrem Gebiet im Lauf des Rechnungsjahrs abgesetzten Mengen verteilt. Zu diesem Zwecke sind dem Ausschuß des Bundesrats für Rechnungswesen (zu Händen des

Kaiserlichen Zoll- und Steuer-Rechnungsbureaus) bis spätestens zum 1. Mai jedes Jahres von der Reichsdruckerei die mit den quittierten Lieferscheinen belegte Rechnung über die Herstellungskosten der im abgelaufenen Rechnungsjahr den Bezugstellen der Reichspostverwaltung gelieferten Umsatzstempelmarken und von der Reichspostverwaltung eine Nachweisung der in den Gebieten der einzelnen Staaten im abgelaufenen Rechnungsjahr abgesetzten Markenmengen einzureichen."

5. Im § 238 hat die erste Klammer zu lauten: „(§§ 210, 211)". Hinter „Anmeldungsbuch" ist einzufügen „A".

6. Im § 240 sind die Worte „von 2 v. H." zu streichen.

7. Im § 242 Abs. 2 sind die Ziffern 212 und 10 zu streichen. Hinter Ziffer „12" ist einzufügen „und des § 83a des Gesetzes".

IV. An den Mustern treten folgende Änderungen ein:

1. Im Muster 38 wird

a) die Anleitung unter Nr. 5 wie folgt gefaßt: „Bei den Eintragungen unter Abteilung F bleiben die Spalten 1, 2, unter Abteilung H die Spalten 1 bis 3 unausgefüllt."

b) Daselbst wird auf Seite 2 die Abteilung B wie folgt gefaßt:

„B. Stellen, welche hinsichtlich der Entrichtung der Abgabe nach Tarifnummer 4 der Beaufsichtigung unterliegen:

a) nach Tarifnummer 4a;

b) nach Tarifnummer 4b."

Daselbst wird auf Seite 2 hinter Abteilung E unter Änderung der Buchstabenbezeichnung der folgenden Abteilungen eingeschaltet:

„F. Stellen, welche hinsichtlich der Abgabe nach Tarifnummer 10 und §§ 76 ff. des Gesetzes einer Prüfung unterworfen worden sind."

2. a) Muster 39 erhält die Benennung „Einnahmebuch A".

b) In demselben Muster fällt Spalte 31 unter entsprechender Nummeränderung der folgenden Spalten weg.

c) Die Überschrift der Spalte 37 hat zu lauten: „Insgesamt nach Nr. 1 bis 9, 11, 12 des Tarifs (Summe der Spalten 9, 18, 19, 22, 26 bis 30, 35 und 36)".

3. a) Muster 40 erhält die Benennung: „Anmeldungsbuch A".

b) Daselbst ist in der Anleitung unter 1i die Ziffer „4" zu streichen.

Muster 29a.

(Ausführungsbestimmungen § 160.)

Eingegangen, den ...ten..... 19....
Nr. ..... der Steuerrolle.
Nr. ..... des Anmeldungsbuchs.
Nr. ..... des Einnahmebuchs.
(Amtsstempelabdruck.)

Anmeldung
zur Entrichtung des Warenumsatzstempels.

Anleitung.

1. Die Anmeldung hat von juristischen Personen bei der Steuerstelle zu erfolgen, in deren Bezirk sie ihren Sitz haben. Bei Firmen, die im Handelsregister eingetragen sind, Gesellschaften und Vereinen des bürgerlichen Rechtes, soweit sie nicht juristische Personen sind, ist der Ort der Niederlassung, bei mehreren Niederlassungen der Ort der Hauptniederlassung maßgebend. Im übrigen ist die Steuerstelle des Wohnorts des Steuerpflichtigen zuständig. Befindet sich der Sitz des Unternehmens oder der Hauptniederlassung im Ausland oder hat der Steuerpflichtige im Inland keinen Wohnsitz, so ist der Ort des Betriebs

maßgebend. Das gleiche gilt, wenn der Steuerpflichtige mehrere Wohnsitze im Inland hat oder wenn der Betrieb mehreren Personen mit verschiedenem Wohnsitz gehört.

2. Der Vordruck unter 3b ist auszufüllen, wenn das Gewerbe nicht während des ganzen Kalenderjahres betrieben worden ist.

3. Der Betrag des Umsatzes ist:

entweder unter Zugrundelegung des Betrags der im Laufe des unter 3 des Vordrucks angegebenen Zeitraums eingegangenen Zahlungen unter 4a,

oder unter Zugrundelegung der im Laufe dieses Zeitraums bewirkten Lieferungen unter 4b des Vordrucks

anzumelden.

Ist von dem Rechte, den Umsatz nach 4b anzumelden, einmal Gebrauch gemacht worden, so darf hiervon nach § 81 des Reichsstempelgesetzes nur mit Genehmigung der Direktivbehörde und unter der von dieser festzusetzenden Bedingung für einen folgenden Steuerzeitraum abgewichen werden.

4. Der Vordruck unter 4c ist nur auszufüllen, wenn entsprechend der abzugebenden Versicherung eine genaue Berechnung des Umsatzes nicht möglich ist.

5. Der Vordruck zu 5 ist nur dann auszufüllen, wenn gemäß § 77 des Gesetzes Abschlagszahlungen geleistet worden sind.

6. Dem Anmeldenden steht es frei, unter 6 oder auf besonderer Beilage über die Ermittlung des unter 4a oder 4b angemeldeten Gesamtumsatzes oder über das Schätzungsverfahren, auf welchem die Angabe unter 4c beruht, nähere Erläuterungen zu geben. Dies empfiehlt sich namentlich, wenn der angemeldete Jahresumsatz in auffälliger Weise von demjenigen des Vorjahres abweicht oder auf Schätzung beruht.

7. Nicht unterschriebene Anmeldungen gelten als nicht eingereicht.

Der Einreichung einer Anmeldung bedarf es nicht, wenn der Jahresbetrag der Zahlungen oder, falls die Versteuerung auf der Grundlage S. 2 unter 4b gewählt wird, der Jahresbetrag der Lieferungen nicht mehr als 3000 ℳ beträgt. Zur Vermeidung von Erinnerungen wird ersucht, in diesem Falle der Steuerstelle eine die Nichteinreichung einer Anmeldung begründende Mitteilung zu machen.

Anmeldung

de... (Vor- und Zuname; bei Gesellschaften, Genossenschaften, Vereinen die Firma)
.....
in (s. Anleitung unter 1) .....

1. Art des Gewerbebetriebs:.....
2. Für den Betrieb bestehen im Inland Zweigniederlassungen in (nötigenfalls auf besonderer Beilage anzugeben):.....
   .....
3. Das Gewerbe ist betrieben worden:
   a) während des Kalenderjahres 19...
   b) während des Zeitraums vom ...ten ..... bis einschließlich den ...ten ..... 19...
4. Umsatz:
   a) Der Gesamtbetrag der Zahlungen, die während des unter 3 angegebenen Zeitraums für die im vorstehenden Betrieb einschließlich der inländischen Zweigniederlassungen gelieferten Waren eingegangen sind, beläuft sich auf .....ℳ,
      *) davon entfallen auf den Zeitraum vom 1. Oktober bis Ende Dezember 1916 .....ℳ,
   b) der Gesamtbetrag der während des unter 3 angegebenen Zeitraums im vorstehenden Betrieb einschließlich der inländischen Zweigniederlassungen erfolgten Lieferungen beläuft sich auf .....ℳ,
      *) davon entfallen auf den Zeitraum vom 1. Oktober bis Ende Dezember 1916 .....ℳ,

*) Dieser Zusatz ist nur in den Vordruck für das Steuerjahr 1916 aufzunehmen.

Zu streichen, falls Anmeldung a oder b erfolgt, s. Anleitung Nr. 3.

c) Ich versichere, nicht imstande zu sein, den tatsächlichen Gesamtbetrag der Zahlungen anzugeben, die ich während des unter 3 angegebenen Zeitraums für die im vorstehenden Betrieb einschließlich der inländischen Zweigniederlassungen gelieferten Waren erhalten habe, weil für meinen Betrieb eine geregelte Buchführung nicht stattfindet und mir auch sonstige Unterlagen für die genaue Berechnung des Gesamtbetrags fehlen. Ich schätze den Gesamtbetrag der Zahlungen auf ..... ℳ,

*) davon entfallen auf den Zeitraum vom 1. Oktober bis Ende Dezember 1916 ..... ℳ.

5. Auf die zu entrichtende Abgabe ist abschlägig bezahlt worden
am ...ten ..... 19... ..... ℳ,
am ...ten ..... 19... ..... ℳ,
am ...ten ..... 19... ..... ℳ.

6. Bemerkungen:

Es wird versichert, daß die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

(Ort)....., den ...ten ..... 19...

(Eigenhändige Unterschrift des Gewerbetreibenden.)

Steuerfestsetzung.

Nach der Anmeldung beläuft sich der steuerpflichtige Gesamtbetrag der Zahlungen — Lieferungen — de... (Name, Firma)..... zu..... für das Kriegsjahr 19... — für den Zeitraum vom..... bis ..... 19... — auf ..... ℳ.

Nach dem Steuersatze vom 1 v. T. ist hiervon zu erheben an Stempelabgabe..... ℳ .... Pf.

Nichtzutreffendes ist zu streichen.

Hierauf sind abschlägig entrichtet für das:

1. Vierteljahr laut Nr..... des Einnahmebuchs .... ℳ
2. „ „ „ .... „ „ .... ℳ
3. „ „ „ .... „ „ .... ℳ

zusammen .... ℳ

Somit bleiben zu entrichten ..... ℳ .... Pf.
Somit sind zu erstatten ..... ℳ .... Pf.

Der nach vorstehender Steuerfestsetzung zu entrichtende Betrag ist im Einnahmebuch unter Nr..... nachgewiesen.

....., den ...ten ..... 19...

(Amtsbezeichnung)

(Amtsstempelabdruck)

(Unterschriften)

Empfangsbekenntnis des Steuerpflichtigen.

Den nach vorstehender Steuerfestsetzung zuviel entrichteten Steuerbetrag habe ich mit ..... ℳ ...Pf.., in Worten..... ℳ .... Pf., zurückerhalten.

....., den ...ten ..... 19...

(Unterschrift) .....

Muster 29 b.

(Ausführungsbestimmungen § 161.)

Bekanntmachung,

betreffend die Entrichtung des Warenumsatzstempels für das Kalenderjahr 19...

Auf Grund des § 161 der Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz werden die zur Entrichtung der Abgabe vom Warenumsatze verpflichteten gewerbebetreibenden Personen und Gesellschaften in (Angabe des Steuerbezirks) ..... aufgefordert*), den steuerpflichtigen Jahresbetrag ihres Warenumsatzes für das Kalenderjahr 19... bis spätestens zum Ende des Monats Januar 19... der unterzeichneten Steuerstelle schriftlich oder mündlich anzumelden und die Abgabe gleichzeitig mit der Anmeldung einzuzahlen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerkbetrieb.

Beläuft sich der Jahresumsatz auf nicht mehr als 3000 ℳ, so besteht eine Verpflichtung zur Anmeldung und eine Abgabepflicht nicht.

Wer der ihm obliegenden Anmeldungsverpflichtung zuwiderhandelt oder über die empfangenen Zahlungen oder Lieferungen wissentlich unrichtige Angaben macht, hat eine Geldstrafe verwirkt, welche dem zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommt. Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 150 ℳ bis 30000 ℳ ein.

Zur Erstattung der schriftlichen Anmeldung sind Vordrucke zu verwenden. Sie können bei der unterzeichneten Steuerstelle kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung des Umsatzes verpflichtet, auch wenn ihnen Anmeldungsvordrucke nicht zugegangen sind.

....., den ...ten ..... 19...

(Bezeichnung der Steuerstelle).....

(Unterschrift) .....

*) In der Bekanntmachung für das Steuerjahr 1916 haben die folgenden Worte bis „Kalenderjahr 19..." zu lauten: „den gesamten Betrag ihres Warenumsatzes im Kalenderjahr 1916 sowie den steuerpflichtigen Betrag ihres Warenumsatzes im vierten Viertel des Kalenderjahres 1916."

Muster 29 c.

(Ausführungsbestimmungen § 164a.)

Nr. .... der Steuerrolle.
Nr. .... des Anmeldebuchs.
Nr. .... des Einnahmebuchs.

Empfangsbekenntnis der Steuerstelle.

Nichtzutreffendes ist zu streichen.

Der nach der Anmeldung des/der ..... in .....
für das Kalenderjahr 19.. zu entrichtende Warenumsatzstempel ist mit ..... Mark .. Pf. in Worten ..... Mark ..... Pf. gezahlt und im Einnahmebuch unter Nr. ..... nachgewiesen.

Auf die Abgabe für das folgende Kalenderjahr sind vierteljährliche Abschlagszahlungen in Höhe von je 20 v. H. des vorstehend festgestellten Jahressteuerbetrages*) mit .... Mark innerhalb der ersten zehn Tage des Monats April, Juli und Oktober zu leisten.

..... den ...ten ..... 19..

(Amtsbezeichnung)

(Amtsstempelabdruck)

(Unterschriften)

*) In dem Vordruck für das Steuerjahr 1916 muß es heißen: „des nach dem Gesamtbetrag der Zahlungen — Lieferungen — im Kalenderjahr 1916 berechneten Jahressteuerbetrags".

Muster 29 d.

(Ausführungsbestimmungen § 164c).

Überwachungsliste

de... (Bezeichnung der Steuerstelle) ..... zu ..... über die auf Warenumsatzstempel vierteljährlich zu leistenden Abschlagszahlungen für das Kalenderjahr 19...

Diese Liste enthält .... Blätter, *welche von einer mit dem Siegel des Unterzeichneten belegten Schnur durchzogen sind.*

Geführt von

....., den...ten .....19.... (Name) .....

(Name) ..... (Dienststellung).....

(Dienststellung) .....

Anleitung.

1. Diese Liste wird für das Kalenderjahr geführt und ist gleichzeitig mit dem Anmeldungsbuche B zur Buchprüfung einzureichen.
2. Alle beim Abschluß der Liste noch nicht endgültig erledigten Eintragungen sind unter Beibehaltung ihrer Nummern in die Überwachungsliste für das folgende Jahr zu übertragen. Die Richtigkeit der Übertragung ist von den Kassenprüfungsbeamten oder von einem anderen mit der Kassenführung nicht betrauten, von der Landesregierung bestimmten Beamten in der alten und in der neuen Überwachungsliste zu bescheinigen.
3. Die Verwendung von Schnur und Siegel ist nicht erforderlich, wenn es sich um festgebundene Bücher mit fortlaufenden Blattzahlen handelt.

Laufende Nr.	Nr. der Steuerrolle	Des zur Leistung von Abschlagszahlungen Verpflichteten: a) Name, b) Firma	Gewerbe	Wohnung (Straße, Nr.)	Betrag der vierteljährlich zu leistenden Abschlagszahlung ℳ	Als Abschlagszahlung ist gezahlt: am	der Betrag von ℳ	Des Einnahmebuchs B: für das Rechnungsjahr	Nr.	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9		10

Muster 39 a.

(Ausführungsbestimmungen § 227.)

Einnahmebuch B

de...

(Bezeichnung der Steuerstelle)..... zu .....

über das Aufkommen an Warenumsatzstempel

für das

Rechnungsjahr 19....

Dieses Buch enthält .... Blätter, *welche von einer mit dem Siegel des Unterzeichneten belegten Schnur durchzogen sind.*

Geführt von

....., den ...ten.....19.... (Name) .....

(Name) ..... (Dienststellung).....

(Dienststellung) .....

Anleitung.

1. Das Einnahmebuch ist am Schlusse des Monats März abzuschließen.
2. Die Verwendung von Schnur und Siegel ist nicht erforderlich, wenn es sich um festgebundene Bücher mit fortlaufenden Blattzahlen handelt.

Laufende Nr.	Tag der Erhebung	Des Anmeldungsbuchs B		Des Einzahlenden			Betrag der erhobenen Abgabe ℳ	Bemerkungen
		für das Kalenderjahr	Nr.	Name (Firma)	Gewerbe	Wohnort		
1	2	3		4	5	6	7	8

Muster 40 a.

(Ausführungsbestimmungen § 228.)

Anmeldungsbuch B

de... (Bezeichnung der Steuerstelle)..... zu .....
über die Erhebung des Warenumsatzstempels
für das
Kalenderjahr 19...

Dieses Buch enthält .... Blätter,
welche von einer mit dem Siegel des Unterzeichneten belegten Schnur durchzogen sind.

Geführt von

....., den ...ten ..... 19.... (Name).....
(Name) ..... (Dienststellung).....
(Dienststellung) .....

Anleitung.

1. In das Anmeldungsbuch sind alle Anmeldungen, auf Grund deren keine Abgabenerhebung erfolgt, und soweit Anmeldungen nicht abgegeben werden, die Steuerfestsetzungsbescheinigungen einzutragen.
2. Dieses Buch wird für das Kalenderjahr geführt.
3. Alle beim Abschluß des Buches noch nicht endgültig erledigten Eintragungen sind unter Beibehaltung ihrer Nummern in das Anmeldungsbuch für das folgende Jahr zu übertragen. Die Richtigkeit der Übertragung ist von dem Kassenprüfungsbeamten oder von einem anderen mit der Kassenführung nicht betrauten, von der Landesregierung bestimmten Beamten im alten und im neuen Anmeldungsbuche zu bescheinigen.
4. Das Anmeldungsbuch ist nebst Belegen und mit der Überwachungsliste nach Ablauf des Monats März des folgenden Kalenderjahrs zusammen mit dem abgeschlossenen Einnahmebuch B zur Prüfung einzureichen.
5. Die Verwendung von Schnur und Siegel ist nicht erforderlich, wenn es sich um festgebundene Bücher mit fortlaufenden Blattzahlen handelt.

Laufende Nr.	Tag der Anmeldung oder Nacherhebung	Nr. der Steuerrolle	Des Anmeldungspflichtigen			Betrag der erhobenen Abgabe ℳ	Zeitraum, für den die Abgabe entrichtet ist	Der Betrag Sp. 7 ist nachgewiesen im Einnahmebuche B		Bemerkungen
			Name (Firma)	Gewerbe	Wohnort			für das Rechnungsjahr	unter Nr.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9		10

b) Grundsätze zur Auslegung des Warenumsatzstempels vom 19. Oktober 1916. (Reichsanzeiger Nr. 251.)

(Hierzu: Aufsätze von Hirschfeld, VossZtg. Nr. 562 (Morgenausgabe) und Elster, BerlTgbl. Nr. 572 (Abendausgabe); derselbe, LeipzZ. 16 1416ff. (gegen die Verwischung des Unterschiedes zwischen Werk- und Werklieferungsvertrag).)

→ Über die Erhebung der Abgabe bei Warenumsätzen, die durch Vermittlung von Verkaufsvereinigungen (Syndikaten) getätigt werden, Grundsätze aufzustellen, ist abgesehen worden, weil bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse die Entscheidung nur von Fall zu Fall wird getroffen werden können. Im allgemeinen werden die über die Behandlung des Kommissionsgeschäfts aufgestellten Grundsätze entsprechende Anwendung zu finden haben. ←

I. (1) Als Waren im Sinne des Gesetzes gelten nicht:

1. Forderungen einschließlich der Urkunden, die als Ausweis für die Geltendmachung von Forderungsrechten dienen, wie Fahrkarten, Eintrittskarten, Rabattsparmarken, Lotterielose;
2. Urheber- und ähnliche Rechte;
3. Wertpapiere;
4. Wechsel, Schecks, Banknoten, Papiergeld, Geldsorten;
5. amtlich ausgegebene Wertzeichen mit Ausnahme der außer Gebrauch gesetzten oder entwerteten oder sonst zu Sammelzwecken dienenden Wertzeichen;
6. Grundstücke und Berechtigungen, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des Bürgerlichen Rechts gelten. See- und Binnenschiffe gehören zu den Waren im Sinne des Gesetzes.

(2) Als eine Lieferung von Waren ist u. a. anzusehen:

1. die Lieferung von Gas, Elektrizität und Leitungswasser. Dies gilt auch von der Lieferung von gewöhnlichem Wasser und von Bädern durch Zufuhr ins Haus sowie von der Lieferung jeder Art gasförmiger Körper in Umschließungen oder durch Zuleitung;
2. die Lieferung von Zeitungen, Zeitschriften und Zeitungskorrespondenzen die Lieferung von Plakaten durch öffentlichen Anschlag oder Aushang, nicht dagegen die Aufnahme von Anzeigen in Zeitungen oder Zeitschriften;
3. die Lieferung von Photographien und sonstigen Vervielfältigungen auch dann, wenn der zu vervielfältigende Gegenstand vom Unternehmer auf Bestellung des Beziehers hergestellt war;
4. die Lieferung von Waren, die noch ungetrennte Erzeugnisse oder Bestandteile einer beweglichen oder unbeweglichen Sache des Veräußerers sind (z. B. anstehendes Holz eines Waldes, ungeerntete Bodenfrüchte, auf Abbruch verkaufte Baulichkeiten, die Schafschur einer Schafherde).

II. (1) Unter Lieferung ist die zur Erfüllung eines entgeltlichen Warenumsatzgeschäfts erfolgende Übergabe der Waren zu verstehen. Lieferung ist auch die Verabreichung von Nahrungs- und Genußmitteln in Gast- und Schankwirtschaften, Speisewirtschaften und Pensionen, in Kaffeehäusern, Konditoreien usw., nicht auch im eigenen Haushalt auf Grund eines Dienst-, Arbeits- oder Lehrvertrags. Die Sachleistung aus einem Kaufgeschäft ist Lieferung auch dann, wenn es sich nicht um eine Leistung auf vorgängige Bestellung handelt, sondern wie z. B. beim Barverkauf im offenen Ladengeschäft oder wie beim Warenvertriebe durch Automaten Leistung und Gegenleistung ohne vorgängige Bestellung Zug um Zug geschehen. Die Übergabe versteigerter Waren in einem Zwangsvollstreckungsverfahren gilt nicht als Warenlieferung im Sinne des Gesetzes.

(2) Übergabe ist auch die sogenannte symbolische Übergabe, z. B. durch Aushändigung der Schlüssel des Lagerraums, bei Seeschiffen auch die Einigung über den Eigentumsübergang (vgl. Handelsgesetzbuch § 474).

(3) Sofern der Erwerber bereits im Besitze der Ware ist, steht der Übergabe der Ware die Einigung gleich, daß das Eigentum übergehen soll.

(4) Ist der Veräußerer im Besitze der Ware, so ist die Übergabe auch damit bewirkt, daß zwischen dem Veräußerer und dem Erwerber ein Rechtsverhältnis vereinbart wird, vermöge dessen der Erwerber den mittelbaren Besitz erlangt.

(5) Ist die Ware im Besitz eines Dritten und ist der Veräußerer Eigentümer, so ist die Übergabe auch damit bewirkt, daß der Veräußerer dem Erwerber den Anspruch auf Herausgabe der Sache abtritt. Die Übertragung eines Lieferscheins gilt im Zweifel nicht als Abtretung des Herausgabeanspruchs.

(6) Sofern bei Lieferungen aus Werkverträgen, wie z. B. bei einer Einfügung von Bestandteilen in eine dem Besteller gehörige Sache, keine Übergabe stattfindet, tritt an die Stelle der Übergabe die Abnahme des Werkes.

III. (1) Werden Waren durch Vermittlung eines Kommissionärs (§§ 383, 406 des Handelsgesetzbuchs in der Weise umgesetzt, daß der Kommissionär die Ware in Natur übertragen erhält und sie weiter übergibt, so gilt sowohl das Geschäft zwischen dem Kommissionär und dem Dritten als auch das Geschäft zwischen dem Kommissionär und dem Kommittenten als entgeltliches Warenumsatzgeschäft im Sinne des Grundsatzes II Abs. 1.

(2) Werden bei einem Kommissionsgeschäfte die Waren nur einmal in Natur übergeben, so gilt dies nur als Warenlieferung desjenigen, der die Ware in Natur überträgt.

IV. (1) Leistungen aus Werkverträgen unterliegen dem Warenumsatzstempel nicht, wenn Gegenstand des Werkvertrags, wie z. B. bei musikalischen Darbietungen, lediglich ein durch Arbeit oder Dienstleistung herbeizuführender Erfolg ist. Werden bei der Arbeits- oder Dienstleistung vom Unternehmer zu beschaffende Stoffe verbraucht, wie Verbandzeug und Heilmittel bei ärztlichen Operationen, Füllmasse bei Zahnplombierungen, Chemikalien bei der Bleicherei, Seife oder Benzin bei der Wäscherei oder der chemischen Reinigung, Gas und Elektrizität bei öffentlichen Lichtreklamen, so gilt die Nebenleistung nicht als Warenlieferung.

(2) Bildet den Gegenstand des Werkvertrags die Herstellung, Veränderung oder Ausbesserung von Sachen, so liegt eine der Warenlieferung gleichzustellende Lieferung vor, wenn die Sachen vom Unternehmer aus oder mit von ihm zu beschaffenden Stoffen herzustellen, zu ändern oder auszubessern sind und es sich hierbei nicht bloß um Zutaten oder Nebensachen handelt.

(3) Unter die Herstellung von Sachen, die als Lieferung aus Werkverträgen anzusehen ist, fällt die Herstellung von Sachen auch dann, wenn in Ausführung des Werkvertrags die hergestellte Sache mit dem Grund und Boden als wesentlicher Bestandteil fest verbunden wird. Dem Umsatzstempel unterliegen hiernach z. B. die vertragsmäßige Errichtung von Gebäuden oder Brücken, der Bau von Wasser- oder Gasleitungen, Überlandzentralen und Talsperren. Dem Umsatzstempel unterliegen gleichfalls die Lieferungen bei Neu- und Umbauten, wie z. B. des Zimmerwerks, der Türen, Fenster und Schlösser, der Öfen, der Parkettfußböden.

(4) Ob sich der vom Unternehmer zur Ausführung des Werkes zu beschaffende Stoff als Zutat oder Nebensache darstellt, richtet sich nach seinem Verhältnis zu dem übernommenen Werke. Ist der Stoff hiernach nicht als Nebensache anzusehen, so wird er es auch nicht dadurch, daß das aus oder mit ihm hergestellte Werk mit dem Grund und Boden oder mit einer anderen beweglichen Sache als wesentlicher Bestandteil verbunden wird und im Verhältnis zum Grund und Boden oder zu der anderen Sache als Nebensache anzusehen ist. Hiernach sind z. B. beim Einbau von durch den Unternehmer hergestellten Maschinenersatzteilen in eine

Maschine des Bestellers oder von durch ihn hergestellten Karosserien in Kraftwagen des Bestellers die Ersatzteile und die Karosserien nicht als Nebensachen anzusehen.

(5) Als Zutaten und Nebensachen gelten insbesondere Stoffe, die, wie Nähzwirn, Borden, Futterstoffe, Heftel, Knöpfe bei der Schneiderei, zur Durchführung des Arbeitsganges erforderlich sind, und Stoffe, die zur Zurüstung des Gegenstandes dienen, wie die Appreturmasse zur Appretur der Waren, Farbstoffe und Lacke zum Färben, Anstreichen, Lackieren und Bedrucken der Gegenstände, Metalle und Metallegierungen zur Vergoldung, Versilberung, Verzinnung, Verzinkung usw. Wird der zur Zurüstung verwendete Gegenstand, wie z. B. Straußenfedern beim Aufputz von Damenhüten, nicht wesentlicher Bestandteil der herzustellenden Sache, so ist die Verwendung als Warenlieferung anzusehen, wenn der Gegenstand nach der Lösung aus der Verbindung noch als selbständige Ware zu dienen geeignet wäre.

(6) Als Nebensachen gelten bei einem Kunstwerk (Gemälde, Bildwerk) die Leinwand, die Farben, der Marmor, die Bronze usw., die der Künstler zur Herstellung des Werkes beschafft hat.

V. (1) Wird mit einer Warenlieferung eine andere Leistung, insbesondere die Einräumung der Benutzung gewisser Einrichtungen, verbunden und steht die andere Leistung (z. B. die Auslegung von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern usw. oder die Darbietung von Konzerten in Kaffeehäusern und Schankwirtschaften, die leihweise Aufstellung von Meßapparaten oder die leihweise Lieferung von Gebrauchseinrichtungen bei der Lieferung von Gas, elektrischem Strom oder Wasser) zur Warenlieferung im Verhältnis der Nebenleistung zur Hauptleistung, so ist der vereinbarte Gesamtbetrag der Zahlung der Steuerberechnung zugrunde zu legen, sofern nicht zwischen den Beteiligten eine besondere Vergütung für die andere Leistung oder für die Warenlieferung ohne die andere Leistung vereinbart ist. Sind für eine Warenlieferung, je nach dem mit ihr die andere Leistung verbunden ist oder nicht, besondere Tarife festgesetzt, so gilt in Höhe des Unterschieds der Preise eine besondere Vergütung für die andere Leistung vereinbart.

(2) Stehen die Warenlieferung und die andere Leistung nicht im Verhältnis von Hauptleistung zu Nebenleistung, wird z. B. Beherbergung und Beköstigung an Hotel- oder Sommergäste zu einem bestimmten einheitlichen Pensionssatz gewährt, so ist der Steuerpflichtige berechtigt, für die Steuerberechnung von dem Gesamtbetrage der Zahlungen für beide Leistungen einen angemessenen Betrag als Entgelt für die andere Leistung in Abzug zu bringen, sofern die letztere nur gegen eine Vergütung zu erwarten war. Steht die Warenlieferung zu der anderen Leistung im Verhältnis der Nebenleistung zur Hauptleistung, so bleibt sie für die Erhebung der Abgabe außer Betracht.

(3) Bei Lieferungen aus Werkverträgen, die den Warenlieferungen gleichzustellen sind, ist der Gesamtbetrag der Zahlung für die Herstellung des Werkes auch dann der Steuerberechnung zugrunde zu legen, wenn für den zu beschaffenden Stoff und für die geleistete Arbeit besondere Preise veranschlagt waren.

(4) Wird die Lieferung aus einem Werkvertrage mit einer anderen Leistung verbunden, die nicht in einer steuerpflichtigen Warenlieferung oder Werklieferung besteht, so finden die Absätze 1, 2 Anwendung.

VI. (1) Als Entgelt für die Warenlieferung oder die Werklieferung gilt die Gesamtheit der Leistungen, die der Empfänger zur Erlangung der Lieferung zu bewirken verpflichtet ist. Vgl. aber Grundsatz VIII Abs. 3.

(2) Hat der Steuerpflichtige von der gelieferten Ware Zoll oder eine Verbrauchsabgabe entrichtet, so kann er den Betrag der Abgabe für die Steuerberechnung auch dann nicht in Abzug bringen, wenn er die Abgabe dem Abnehmer gesondert in Rechnung gestellt hat. Vermittlergebühren können gleichfalls nicht abgezogen werden.

(3) Die Kosten der Übersendung, Versicherung usw. der Ware können weder von dem vereinbarten Warenpreise abgezogen werden, wenn die Ware frei von

diesen Kosten zu liefern war, noch sind sie den Warenpreisen hinzuzuschlagen, wenn der Abnehmer die Kosten zu tragen hatte.

(4) Ist die Warenumschließung in den Lieferungspreis mit eingerechnet, so kann ein Abzug für sie auch dann nicht gemacht werden, wenn der Warenlieferer sich verpflichtet hat, die Umschließung gegen Gewährung einer bestimmten Vergütung zurückzunehmen.

(5) Ist in den Lieferungspreis bei Gewährung eines Zahlungsziels eine Verzinsung der Lieferungsschuld eingerechnet, so unterliegt der volle Lieferungspreis der Besteuerung. Ist dem Abnehmer die Gewährung eines Skontoabzugs für den Fall der Zahlung innerhalb bestimmter Frist zugestanden, so ist der wirklich gezahlte Betrag maßgebend. Ebenso sind Abzüge am Kaufpreis, die als Rabatt, auch in der Form der Gewährung von Rabattsparmarken, oder als Folge nicht ordnungsmäßiger Lieferung gewährt werden, zu berücksichtigen. Verzugszinsen sind außer Betracht zu lassen.

VII. (1) Als Bezahlung der Lieferung gilt jede Leistung des Gegenwerts, auch wenn sie nicht durch Barzahlung erfolgt. Hiernach ist als Bezahlung insbesondere anzusehen:

1. die Tilgung der Schuld durch Geldzahlung und die Überweisung des Geldbetrags durch die Post oder eine Bank;
2. die Hingabe von Wechseln, Schecks und sonstigen Anweisungen oder Verpflichtungsscheinen, sofern sie an Zahlungs Statt gegeben werden, sowie die Einlösung dieser Papiere, sofern sie nur zahlungshalber gegeben waren;
3. die Aufrechnung gegen eine andere Schuld und die Verrechnung im Kontokorrentverkehr;
4. bei Tauschgeschäften jede der beiden Leistungen als Bezahlung der anderen. Bei Hingabe an Zahlungs Statt ist das Geschäft als Tauschgeschäft zu behandeln.

(2) Der Bezahlung der Lieferung stehen die Leistungen gleich, die der Lieferer auf dem Wege der Abtretung oder der sonstigen Verwertung der Forderung erhält.

VIII. Zum Zusatz 4 der Tarifnummer 10.

(1) Unter Übertragung der Ware in Natur im Sinne des Zusatzes 4 der Tarifnummer 10 ist die Übergabe der Ware gemäß den Grundsätzen unter II zu verstehen.

(2) Eine wiederholte Lieferung in Natur findet nicht statt, und es ist der Umsatzstempel nur einmal zu entrichten:

1. wenn der Käufer einer bestimmten Ware (nicht vertretbaren Sache, ausgeschiedenen Warenmenge), bevor ihm der Verkäufer das Eigentum daran verschafft hatte, seinen Anspruch aus dem Kaufvertrage bei der Weiterveräußerung an seinen Käufer abtritt und dieser vom ursprünglichen Verkäufer in Erfüllung des abgetretenen Anspruchs die Sache geliefert erhält;
2. wenn mehrere Kauf- und Anschaffungsgeschäfte über Warenmengen gleicher Art, z. B. im Warenterminhandel, in der Weise abgewickelt werden, daß der Verkäufer aus dem einen Geschäfte zur Erfüllung seiner Lieferungsverbindlichkeiten seinem Käufer den Anspruch abtritt, der ihm als Käuer aus einem anderen Geschäfte gegen seinen Verkäufer zusteht, und der letztere zur Erfüllung dieses Anspruchs die Ware an den letzten Käufer übergibt;
3. wenn zur Abwicklung der Lieferungsverbindlichkeiten aus mehreren Kauf- und Anschaffungsgeschäften über Warenmengen gleicher Art zwischen den Beteiligten im Wege des Skontierungsverfahrens abgerechnet wird und die hierbei nicht ausgeglichenen Lieferungsverbind-

lichkeiten von denjenigen, die noch zu liefern haben, an diejenigen, denen noch zu liefern ist, durch Übergabe der Ware erledigt werden.

(3) In den vorstehend zu 1 bis 3 bezeichneten Fällen hat derjenige, der die Waren in Natur überträgt, den Umsatzstempel vom Betrage der Bezahlung zu entrichten, die er aus dem von ihm abgeschlossenen Geschäft erhalten hat; ist die Lieferung aus diesem Geschäft stempelfrei, so kommt eine Abgabe überhaupt nicht zur Erhebung. Das gleiche gilt für Kommissionsgeschäfte im Falle des Grundsatzes III Abs. 2.

IX. Zum Zusatz 5 der Tarifnummer 10.

(1) Eine Übertragung der Ware durch Lagerschein im Sinne des Zusatzes 5 zu Tarifnummer 10 kommt nach § 363 Abs. 2, § 424 HGB. nur bei Order-Lagerscheinen der staatlich zur Ausstellung solcher Urkunden ermächtigten Anstalten in Betracht.

(2) Befindet sich eine ausländische zollpflichtige Ware, über die mittels Konnossements, Ladescheins oder Lagerscheins verfügt ist, zur Zeit der Übertragung des Warenpapiers durch den ersten inländischen Inhaber im Zollausland oder im gebundenen Verkehre des Zollinlandes, so ist auch die Übertragung durch den ersten inländischen Inhaber des Papiers vom Umsatzstempel befreit. Das gleiche gilt für ausländische zollfreie Waren, wenn sie sich zu dem bezeichneten Zeitpunkt in dem inländischen Einfuhrseehafenplatz oder auf einem inländischen Lager befinden, von dem aus ihre Lieferung nach § 158 der Ausführungsbestimmungen umsatzstempelfrei ist.

X. Zur Befreiungsvorschrift 2 der Tarifnummer 10.

(1) Unter Lieferung aus dem gebundenen Verkehr des Zollinlandes ist auch die Lieferung aus Privatlagern ohne amtlichen Mitverschluß oder aus fortlaufenden Konten zu verstehen.

(2) Die Befreiungsvorschrift 2 der Tarifnummer 10 für die Lieferung ausländischer zollpflichtiger Waren aus dem Ausland oder aus dem gebundenen Verkehr des Zollinlandes greift nicht Platz, wenn die Ware vor ihrer Lieferung in den freien Verkehr des Zollinlandes in einem Zollausschlußgebiet oder, während sie sich im gebundenen Verkehre des Zollinlandes befindet, eine Verarbeitung oder eine solche Bearbeitung erfahren hat, die über den Zweck der Sortierung, Reinigung oder Erhaltung hinausgeht.

(3) Die Befreiung vom Umsatzstempel gilt nicht für ausländische zollpflichtige Waren, die nach der Verzollung auf ein inländisches Lager verbracht und von hier aus abgesetzt werden. Dagegen wird die Befreiung nicht dadurch ausgeschlossen, daß eine zur Zeit der Veräußerung noch nicht verzollte Ware vor der Lieferung verzollt wird.

(4) Die Befreiung für ausländische zollfreie Waren gilt, wenn die hierfür in § 158 der Ausführungsbestimmungen vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt sind, für alle ausländischen Waren, für welche zur Zeit ihrer Einführung ins Zollinland nach dem autonomen oder vertragsmäßigen Zolltarif oder auf Grund besonderer gesetzlicher Bestimmungen Befreiung vom Eingangszolle besteht. Sie gilt ferner für die aus dem freien Verkehr der Zollanschlüsse gelieferten Waren.

(5) Sind Waren nur unter zollamtlicher Kontrolle ihrer Verwendung zollfrei, so sind sie wie zollpflichtige Waren zu behandeln, d. h. sie sind von dem Umsatzstempel nur befreit, wenn sie aus dem Zollausland oder dem gebundenen Verkehr des Zollinlandes geliefert werden.

(6) Die Unterweser-Seehäfen und die Unterelbe-Seehäfen sind im Sinne des § 158 der Ausführungsbestimmungen als je ein Einfuhrseehafenplatz anzusehen.

XI. Zur Befreiungsvorschrift 3 der Tarifnummer 10.

Auf Lieferungen nach dem Ausland durch den Hersteller der Waren ist die

Befreiungsvorschrift nicht anwendbar. Im übrigen gilt sie ohne Unterschied für im Inland erzeugte und für verzollte oder zollfreie ausländische Waren, sofern sie vom Ausführenden im Inland bezogen sind.

XII. Zur Befreiungsvorschrift 4 der Tarifnummer 10.

Werden die Gas-, Elektrizitäts- oder Wasserwerke von einer privaten Gesellschaft betrieben, so gilt die Befreiungsvorschrift auch dann nicht, wenn Reich, Bundesstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände als Gesellschafter oder in anderer Weise an ihnen beteiligt sind.

Zu § 76 des Gesetzes.

XIII. (1) Ein Gewerbebetrieb im Sinne des Gesetzes ist jede auf Erzielung von Einnahmen aus Warenumsätzen gerichtete geschäftliche Tätigkeit.

(2) Unternehmungen, welche ausschließlich wohltätige Zwecke verfolgen, gelten nicht als Gewerbebetriebe.

XIV. (1) Wird ein Geschäftsbetrieb als Ganzes veräußert, so gilt der Grundsatz VII Abs. 2; der Erwerber hat Zahlungen, die nach Übergang des Geschäfts bei ihm für Lieferungen aus der Zeit vor dem Übergang eingehen, nicht als Zahlungen für in seinem Betriebe gelieferte Waren zu versteuern.

(2) Im Falle der Liquidation oder der Eröffnung des Konkurses gilt der Betrieb im Sinne des § 76 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes für die Dauer des Liquidationsverfahrens oder Konkursverfahrens als fortbestehend.

XV. Die Anmeldung hat den Gesamtbetrag der Zahlungen (vgl. oben VI, VII) zu umfassen, die der Gewerbetreibende im Laufe des Kalenderjahrs für die im Betriebe seiner inländischen Niederlassung gelieferten Waren erhalten hat. Gleichgültig ist, ob die Lieferung, für die die Zahlung geleistet wird, in demselben Kalenderjahr oder früher erfolgt ist oder im Falle der Vorauszahlung noch aussteht und ob die Zahlung im Inland oder im Ausland, z. B. auf ausländisches Bankkonto, erfolgt ist. Sind zur Begleichung des Lieferungpreises Wechsel oder Schecks nicht an Zahlungs Statt, sondern zahlungshalber gegeben, so ist der Zahlungsbetrag in dem Kalenderjahr in Rechnung zu stellen, in welchem die Wechsel oder Schecks eingelöst worden sind. Ist der Zahlungsbetrag in einem Kassenführungsverkehre gutgeschrieben worden, so ist der Tag maßgebend, mit dem der Betrag als gutgeschrieben gilt.

XVI. Zu § 77 des Gesetzes.

Unter der Bareinzahlung im Sinne des § 77 Abs. 1 des Gesetzes ist lediglich die Zahlung im Gegensatze zur Entrichtung der Abgabe durch Stempelmarken verstanden. Es ist mithin zulässig, die Abgabe auch im Postverkehr oder durch Banküberweisung oder bestätigten Scheck einzuzahlen.

XVII. Zu § 81 des Gesetzes.

(1) Macht der Steuerpflichtige von dem nach § 81 zugelassenen Recht Gebrauch, den Gesamtbetrag des Entgelts für die in seinem Betriebe während des Steuerzeitraums erfolgten Lieferungen der Stempelentrichtung zugrunde zu legen, so wird die Abgabe von diesem Gesamtbetrag ohne Rücksicht darauf geschuldet, ob und wann Zahlung für die Lieferung eingeht.

(2) Was als Entgelt für die Warenlieferung anzusehen ist, bestimmt sich nach den Grundsätzen unter VI. Ist dem Abnehmer ein Skontoabzug für den Fall der Zahlung innerhalb bestimmter Frist zugestanden, so ist der vereinbarte Kaufpreis ohne den Skontoabzug maßgebend, falls nicht die Zahlung innerhalb des Steuerzeitraums erfolgt ist.

Zu § 83a und § 83b des Gesetzes.

XVIII. Als Zahlungen für Warenlieferungen, die nicht im Betrieb eines inländischen Gewerbes erfolgen, kommen insbesondere in Betracht:

1. Zahlungen an Nichtgewerbetreibende oder an Gewerbetreibende für Warenlieferungen außerhalb eines Gewerbebetriebs. Hierher gehören insbesondere: Veräußerungen beweglicher Sachen von Nichtgewerbetreibenden, gleichviel ob die Veräußerung im Wege des freiwilligen Verkaufs oder im Wege der freiwilligen Versteigerung erfolgt, u. a. also Veräußerungen von gebrauchten Gegenständen oder Altmaterialien durch Privatpersonen, Behörden usw., insbesondere auch von Pfand- und Erbschaftsgegenständen. Als außerhalb des Gewerbebetriebes erfolgt ist auch die Veräußerung eines gewerblichen Betriebs im ganzen anzusehen. Bei Veräußerung von Grundstücken, insbesondere landwirtschaftlichen Gütern unterliegt die Mitveräußerung des Zubehörs, insbesondere des Inventars, der Stempelpflicht. Als nicht unter § 76 Abs. 2 fallend, sondern hierher gehörig ist auch der Verkauf des Ertrags der Jagd zu rechnen;
2. Zahlungen an ausländische Gewerbetreibende, die im Inland kein stehendes Gewerbe betreiben;
3. Zahlungen, die nach Beendigung eines Gewerbebetriebs für Warenlieferungen aus diesem an den bisherigen Inhaber geleistet werden.

XIX. Eine Zahlung gilt als im Inland erfolgt, wenn der Geldbetrag oder ein an Zahlungs Statt gegebener Wechsel oder Scheck im Inland ausgehändigt oder der Geldbetrag bei einem inländischen Kassenhalter gutgeschrieben wird.

XX. Übergangsfälle

Die Steuerpflicht für Zahlungen, die nach dem 30. September 1916 geleistet werden, wird nicht dadurch berührt, daß sie für vor dem 1. Oktober 1916 gelieferte Waren erfolgt sind.

c) Preußische Verordnung zur Ausführung des Reichsgesetzes über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916 (RGBl. S. 639). Vom 9. Oktober 1916. (GesS. 133.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., verordnen auf Grund des Artikel 63 der Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850 (Gesetzsamml. S. 17) und auf Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt:

§ 1. Der Warenumsatzstempel (Tarifnummer 10, §§ 76 bis 83 des Reichsstempelgesetzes in der Fassung des Gesetzes über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916 — ReichsGesetzbl. S. 639 —) wird

1. in den Stadtgemeinden durch den Gemeindevorstand,
2. in den Landgemeinden und in den Gutsbezirken durch den Kreisausschuß verwaltet und erhoben.

Für Stadtgemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern hat die Verwaltung und Erhebung auf ihren Antrag durch den Kreisausschuß zu erfolgen.

Auf Antrag von Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern ist die Verwaltung und Erhebung durch den Kreisausschuß dem Gemeindevorstande zu überweisen.

Für die Bevölkerungszahl ist das Ergebnis der jeweilig letzten Volkszählung maßgebend.

§ 2. Direktivbehörden sind die Oberzolldirektionen.

§ 3. Die Abgabe ist, falls sie von dem Kreisausschusse erhoben wird, an die Kreiskommunalkasse, in anderen Fällen an die Gemeindekasse zu zahlen. Der dem Reiche und dem Staate zustehende Betrag ist nach Bestimmung des Finanzministers abzuführen.

§ 4. Von dem nach § 122 des Reichsstempelgesetzes in der Fassung des Gesetzes über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 639) aus der Reichskasse gewährten Betrage von 10 vom Hundert der Abgabe erhalten:

1. der Staat 2 vom Hundert;
2. die Kreise und Gemeinden nach Maßgabe des § 5 8 vom Hundert.

§ 5. Von den im § 4 Nr. 2 bezeichneten 8 vom Hundert erhalten die gemäß § 1 mit der Verwaltung und Erhebung der Abgabe betrauten Kreise oder Gemeinden 2 vom Hundert.

Die Verteilung der übrigen 6 vom Hundert erfolgt unter die Gemeinden, in denen ein Gewerbebetrieb im Sinne des § 76 des Reichsstempelgesetzes stattfindet, nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Der Verteilung wird der Ertrag, und wenn ein solcher nicht erzielt ist, das Anlage- und Betriebskapital des abgabepflichtigen Gewerbebetriebes zugrunde gelegt.

   Der Ertrag wird unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetzsamml. S. 205) und der §§ 32 Abs. 2, 47, 48 und 48a des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 152) ermittelt und auf die Gemeinden verteilt. Auf die Feststellung des Anlage- und Betriebskapitals findet der § 23 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 sinngemäße Anwendung.
2. Abgabebeträge unter 100 Mark und die bei der Verteilung nach Nr. 1 im einzelnen Falle sich ergebenden Teilbeträge unter 5 Mark verbleiben den mit der Verwaltung und Erhebung betrauten Kreisen oder Gemeinden.
3. Würde nach der Vorschrift unter Nr. 1 ein Gutsbezirk beteiligt sein, so erhält den auf ihn entfallenden Betrag der Kreis.
4. Über die Verteilung beschließt auf den Antrag einer beteiligten Gemeinde oder eines beteiligten Kreises (vergleiche Nr. 3) der Kreisausschuß und, wenn ein Kreis, die Stadt Berlin oder eine andere Stadtgemeinde in Betracht kommen, der Bezirksausschuß nach Anhörung sämtlicher Beteiligten.

Gegen den Beschluß des Kreisausschusses steht den beteiligten Kreisen und Gemeinden die Beschwerde an den Bezirksausschuß zu. Gegen den in erster Instanz ergehenden Beschluß des Bezirksausschusses geht die Beschwerde an den Provinzialrat. Ist im Falle der Beteiligung der Stadt Berlin der dortige Bezirksausschuß für zuständig erklärt worden (Abs. 4), so ist die Beschwerde bei dem Minister des Innern einzulegen, der einen Provinzialrat für die Beschlußfassung bestimmt.

Die örtliche Zuständigkeit der Beschlußbehörden erster Instanz bestimmt sich nach § 71 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetzes.

§ 6. In den Hohenzollernschen Landen tritt an die Stelle des Kreises der Amtsverband, an die Stelle des Kreisausschusses der Amtsausschuß.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Oktober 1916 in Kraft.

Urkundlich usw.

Literatur.

Popitz, Das Verfahren bei der Erhebung des Warenumsatzstempels und die Mitwirkung der Gemeinden und Kreise, PrVerwBl. 38 65 ff., 83 ff.

§ 1.

1. Popitz a. a. O. 66. Die NotBO. erklärt in Übereinstimmung mit dem AG. zum WertzuwachsStG. die Gemeindevorstände und die Kreisausschüsse, also die kommunalen Organe, nicht die Gemeindevorsteher als Ortsobrigkeiten oder die Landräte als Staatsbeamte für zuständig. Daraus ist zu schließen, daß ebenso, wie das für die Zuwachssteuer vom OVG. wiederholt entschieden worden ist, zwar bei den Kreisausschüssen der Vorsitzende allein die Veranlagung als ein zur laufenden Verwaltung gehörendes Geschäft vornehmen kann, in Städten mit Magistratsverfassung aber der Magistrat selbst Beschluß fassen muß,

sofern es sich um eine Entscheidung, z. B. über die Festsetzung der Abgabe entgegen den Angaben des Pflichtigen, handelt. In der Praxis wird diese Beschlußfassung des Kollegiums allerdings im allgemeinen einen rein formalen Charakter haben. Tatsächlich wird das Erhebungsgeschäft einem Dezernenten und dem ihm beigegebenen Bureau obliegen, die laufenden Geschäfte werden im allgemeinen mittlere Beamte zu besorgen haben.

2. Popitz a. a. O. 68. Die NotVO. macht bei der grundsätzlichen Übertragung des Erhebungsgeschäfts an die Gemeinden und Kreise keine Ausnahme. Das führt allerdings bei Gemeindebetrieben — z. B. einem Gemeindeforst, einem Rieselgut — zu dem ungewöhnlichen Ergebnis, daß die Gemeinde von ihrem eigenen Gemeindevorstand zu veranlagen ist.

§ 5.

1. Popitz a. a. O. 84. Aus der Rechtsprechung des OVG. zum GewStG. ergibt sich, daß zwar der Gemeinde der Leitung eine bevorzugte Beteiligung eingeräumt werden kann, daß aber bei einem örtlichen Auseinanderfallen von Produktion, Fabrikation einerseits und kaufmännischem Vertrieb und Verkauf der Produkte und Fabrikate andererseits die Gemeinde der Produktion und Fabrikation, obgleich in ihr der Ertrag nicht realisiert wird, sondern nur zu seiner Erzielung die Grundlagen geschaffen werden, nicht leer auszugehen hat: es ist in solchen Fällen ein einheitlicher Betrieb anzunehmen, dessen Ertrag nur im ganzen berechnet werden kann, und die Verteilung unter Anwendung geeigneter Aushilfsmittel, etwa der gezahlten Gehälter und Löhne, vorzunehmen. Alles dies gilt auch für die Verteilung der Vergütung: die NotVO. weist noch besonders auf diese möglichen Verteilungsmethoden hin, indem sie neben dem § 32 Abs. 2 auch die in erster Linie für die Verteilung der Gemeindeeinkommensteuer maßgebenden §§ 47, 48 und 48a KAG. für anwendbar erklärt.

2. Popitz a. a. O. 84. Der Antrag ist nicht befristet, kann es auch nicht sein, da die beteiligten Gemeinden und Kreise nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt von der Erhebung einer Abgabe von einem Gewerbebetrieb, an dem sie interessiert sind, Kenntnis erhalten. Daraus ergibt sich auch, daß ein Verteilungsbeschluß infolge eines späteren Antrags einer am Verfahren nicht beteiligt gewesenen Gemeinde durch einen neuen Beschluß wieder umgestoßen werden kann: doch wird man bei dem Charakter des Beschlußverfahrens als eines rechtlich geordneten wohl insofern eine Rechtskraft des ersten Beschlusses annehmen müssen, als — wie es im § 74 KAG. für das Verfahren bei Verteilung der Gemeindeeinkommensteuer bestimmt ist — das bereits festgesetzte Anteilsverhältnis der an dem ersten abgeschlossenen Verfahren beteiligten Gemeinden unverändert bleiben muß. Im übrigen wird es Sache der Beschlußbehörde sein, derartige nachträgliche Beschlüsse möglichst unnötig zu machen, indem sie bei Eingehen eines Antrags von Amts wegen — etwa durch Befragen des Gewerbetreibenden und der interessierten Behörden, z. B. des Gewerbesteuerausschusses, — feststellt, welche Gemeinden Betriebsorte des Unternehmens sind, und diese dann zum Verfahren zuzieht; sie ist hierzu berechtigt, da nach § 5 Nr. 4 der NotVO. der Beschluß nach Anhörung sämtlicher Beteiligten ergehen soll.

c) Allgemeine Verfügung des Finanzministers, betr. Änderung der Preußischen Ausführungsvorschriften*) zum Reichsstempelgesetz.

(ZollZBl. 16 Beil. zu Nr. 45 S. 31.)

In Ergänzung der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Reichsstempelgesetze werden im Einverständnis mit dem Herrn Minister des Innern und der Oberrechnungskammer die Preußischen Ausführungsvorschriften zum Reichsstempelgesetze wie folgt geändert:

1. In Nr. 3 ist im Abs. 1 in Zeile 2 hinter 1A einzufügen: „10", im Abs. 3 Satz 2

*) ZollZBl. 1913 S. 379, ZollZBl. 1916 S. 143.

zu streichen „von Scheckstempelmarken und", ferner einzufügen im Abs. 5 hinter 1A „10" und hinter 4ff. „32aff.".

II. Hinter Nr. 32 sind folgende Bestimmungen einzufügen:

Zu § 159.

Verwaltung und Erhebung des Warenumsatzstempels.

32a. (1) Der Warenumsatzstempel (Tarifnummer 10, §§ 76 bis 83 des Gesetzes) wird nach den Bestimmungen der Königlichen Verordnung v. 9. Oktober 1916 (GS. 133) durch die Gemeindevorstände und Kreisausschüsse als Warenumsatz-Steuerstellen verwaltet und erhoben. Übertragen die Kreise die Verwaltung an Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern oder übernehmen sie die Verwaltung für Städte mit weniger als 2000 Einwohnern, so haben sie der Oberzolldirektion unverzüglich Anzeige zu erstatten. Die Oberzolldirektion gibt hiervon dem Stempelsteueramte Kenntnis. Letzteres fügt dem Reichsstempel-Jahresberichte für 1916 ein Verzeichnis der im Bezirke gelegenen Warenumsatz-Steuerstellen bei und gibt in den späteren Jahresberichten etwaige Veränderungen an.

(2) Die Abgabe ist an die Kasse der Steuerstelle (Gemeindekasse, Kreiskommunalkasse) zu zahlen. Die zuständigen Kassen und ihre Bezirke sind öffentlich bekannt zu machen. Ein Abdruck der Bekanntmachung ist der Oberzolldirektion einzureichen.

(3) Allmonatlich sind die bei den Kassen der Steuerstellen eingezahlten Beträge an Warenumsatzstempel nach Abzug der Zurückzahlungen und des Anteils der Gemeinden und Kreise an der Vergütung für die Verwaltung und Erhebung der Steuer (vgl. § 4 der Königlichen Verordnung v. 9. Oktober 1916) an die Bezirks-Zollkasse abzuführen. Dabei ist dieser Kasse eine Benachrichtigung nach dem beiliegenden Muster in doppelter Ausfertigung zu übersenden. Der Benachrichtigung sind eine Zusammenstellung der Zurückzahlungen und die für den rechnungsmäßigen Nachweis erforderlichen Belege beizufügen. Vordrucke zu den Benachrichtigungen werden von den Zollkassen an die Steuerstellen unentgeltlich abgegeben. Wenn Abgaben nicht eingegangen sind, ist Fehlanzeige zu erstatten.

Muster A.

(4) Die Zollkasse vereinnahmt den Monatsgesamtbetrag (einschließlich des Betrages, für den Belege über Zurückzahlungen statt baren Geldes und über die angerechnete Verwaltungskostenvergütung abgeliefert werden) nach Eintragung in das Anmeldungsbuch A im Reichsstempel-Einnahmebuche A. Sie bestätigt den Empfang auf der einen Ausfertigung der Benachrichtigung und nimmt die zweite Ausfertigung oder die Fehlanzeige als Beleg zum Anmeldungsbuche. Die zurückgezahlten Beträge und die angerechnete Verwaltungskostenvergütung sind als Auftragszahlung für Rechnung der Oberzollkasse zu verausgaben. Der Führer des Anmeldungsbuchs hat darüber zu wachen, daß für jede im Hebebezirke der Zollkasse zur Erhebung des Warenumsatzstempels befugte Kasse Benachrichtigung oder Fehlanzeige eingeht. Die mit der Buchprüfung beauftragten Beamten der Oberzolldirektion haben darauf zu achten, daß die von den Kassen der Warenumsatz-Steuerstellen abgeführten Beträge und die Fehlanzeigen in den Büchern der Zollkassen richtig und vollständig nachgewiesen sind. Die Beamten haben zu diesem Zwecke ein Verzeichnis der zu den einzelnen Hebebezirken gehörigen Warenumsatz-Steuerstellen und der von diesen mit der Erhebung der Abgabe beauftragten Kassen anzulegen und fortlaufend zu berichtigen.

(5) Bei der Oberzollkasse sind die Belege über Zurückzahlungen und über Verwaltungskostenvergütungen — soweit dies noch nicht geschehen — vor der Buchung mit der Bescheinigung der rechnerischen Feststellung zu versehen. Bei Bedenken oder Anständen sind die Beträge zunächst vorschußweise zu verausgaben.

Zu § 160.

Anmeldung.

32b. (1) Die Vordrucke zu den Anmeldungen sind bei den Steuerstellen und deren Kassen, tunlichst auch bei den zum Bezirke der Steuerstelle gehörigen Gemeinden zur un-

entgeltlichen Abholung bereit zu halten, auf Antrag auch dem Steuerpflichtigen kostenfrei zu übersenden. Soweit nicht Abschlagszahlungen geleistet sind, können statt der Vordrucke Muster 29a entsprechend vereinfachte Vordrucke verwendet werden.

(2) Die Anmeldung hat bei der Kasse der zuständigen Steuerstelle zu erfolgen (Nr. 32a Abs. 2).

(3) Die für die Erhebung des Warenumsatzstempels von Betrieben des Reichs und des Staats zuständigen Stellen werden besonders bestimmt werden.

(4) Die Anmeldung kann auch mündlich bei der Steuerstelle nach Maßgabe des § 160 Abs. 5 Satz 2 erfolgen. Die Bestimmung wegen der Einzahlung der Abgabe an die Kassen bleibt unberührt.

Zu § 161.

Öffentlicher Hinweis auf die Anmeldungspflicht.

32c. Die öffentliche Aufforderung zur Anmeldung des Warenumsatzstempels ist unter Angabe der zur Entgegennahme der Anmeldungen zuständigen Kasse und ihres Bezirks von der Steuerstelle zu erlassen. In der Aufforderung ist darauf hinzuweisen, daß Anmeldungsvordrucke an den zu bezeichnenden Stellen zur unentgeltlichen Abholung bereitgehalten und den Steuerpflichtigen auf ihren Antrag kostenfrei übersandt werden, sowie daß eine Zustellung von Vordrucken ohne Antrag nicht erfolgt (vgl. jedoch Nr. 32d). Die Bekanntmachung hat ferner den Hinweis zu enthalten, daß es sich für Betriebsinhaber, deren Warenumsatz nicht erheblich hinter 3000 M. zurückbleibt, zur Vermeidung von Erinnerungen empfiehlt, eine die Nichteinrechnung einer Anmeldung begründende Mitteilung zu machen. Die Steuerstelle kann die Aufforderung auch in sonst ortsüblicher Weise, insbesondere durch Aushang in den zum Bezirke gehörigen Gemeinden, bekanntmachen.

Zu § 162.

Zustellung von Anmeldungsvordrucken.

32d. Es bleibt dem Ermessen der Steuerstellen überlassen, vor Ablauf der Anmeldungsfrist dem Steuerpflichtigen einen Anmeldungsvordruck zu übersenden und dementsprechend die Bekanntmachung (Muster 29b) zu fassen.

Zu § 163.

Steuerrolle, Namensliste.

32e. (1) Die Aufstellung und Ergänzung der Steuerrollen erfolgt auf Grund der bei den Steuerstellen selbst vorhandenen Unterlagen und Kenntnisse. Dabei sind auch die Kenntnisse zu verwerten, welche die Beamten der Steuerstellen in anderer Eigenschaft, insbesondere als Vorsitzende der Voreinschätzungs- oder Einkommensteuerveranlagungskommissionen und der Gewerbesteuerausschüsse erlangt haben. Die Mitwirkung der Einkommensteuerveranlagungskommissionen wird durch besondere Anweisung geregelt.

(2) In welcher Form die Steuerrolle anzulegen ist, bleibt dem Ermessen der Steuerstelle überlassen. Die Rolle muß indes die in dem anliegenden Muster vorgesehenen, auf Grund der erledigten Anmeldungen vorzunehmenden Eintragungen enthalten. Muster

(3) Jeder Steuerpflichtige ist in der Steuerrolle und der Namensliste mit übereinstimmender Ordnungsnummer zu versehen. Wird die Steuerrolle in der Form einer Liste geführt, so gilt als Ordnungsnummer das Blatt der Steuerrolle, wird sie in der Form einer Blatt- (Karten-) Sammlung geführt, so wird die Ordnungsnummer durch die laufende Nummer der Abteilung des Namensliste — in Verbindung mit dem Buchstaben dieser Abteilung — gebildet, unter der die Eintragung in die Namensliste erfolgt ist, z. B. B. 24.

(4) Die Namensliste ist mit einer Anzahl Spalten zu versehen mit der Überschrift „Die Anmeldung (Muster 29a) ist eingegangen für

1916	1917" usw.
am	am

Diese Spalten sind unter Beifügung des Namenszuges des eintragenden Beamten auf Grund der mit dem Vereinnahmungszeugnis versehenen Anmeldung auszufüllen. Es ist dafür zu sorgen, daß die Anmeldungen alsbald nach Buchung der Abgabe den die Steuerrolle und die Namensliste führenden Beamten vorgelegt werden. Bei einer Löschung in der Steuerrolle ist die entsprechende Eintragung in der Namensliste zu streichen und unter Namensbeischrift zu vermerken „Gelöscht am . . . . .".

Zu § 164a.

Abgabenerhebung.

32f. (1) Die Anmeldungen sind auf richtige und vollständige Ausfüllung des Vordrucks, insbesondere auch auf die Richtigkeit der angegebenen Abschlagszahlungen und auf das Vorhandensein der Unterschrift des Anmeldungspflichtigen zu prüfen und nach Beseitigung etwaiger Anstände in das Anmeldungsbuch einzutragen. Der fällige Abgabebetrag ist zu berechnen und zu vereinnahmen.

(2) Wird die Abgabe nicht gleichzeitig mit der Anmeldung eingezahlt, so ist die Anmeldung — unter Erläuterung des Sachverhalts in der Bemerkungsspalte — in das Anmeldungsbuch einzutragen. Die Spalten 7 bis 9 sind dabei vorläufig nicht auszufüllen. Der Eingang der Abgabe ist zu überwachen.

(3) In Spalte 3 des Anmeldungsbuchs ist die Nummer der Steuerrolle einzutragen, sobald die Anmeldung mit dem Erledigungsvermerke (§ 164c Abs. 1 Schlußsatz und Nr. 32h Abs. 1) als Beleg zum Anmeldungsbuche genommen wird.

(4) Ergibt sich aus der Anmeldung, daß auf die Abgabe für das folgende Kalenderjahr Abschlagszahlungen zu leisten sind, so ist dem Steuerpflichtigen in allen Fällen ein Empfangsbekenntnis, das einen Hinweis auf die Abschlagszahlungen enthält (Muster 29c) zu erteilen. Soweit Abschlagszahlungen nicht zu leisten sind, kann das Empfangsbekenntnis entsprechend vereinfacht werden. Ist die Erteilung des Empfangsbekenntnisses von einem Antrage nicht abhängig, so erfolgt die Übersendung kostenfrei.

Zu § 164b.

32g. (1) Zur Überwachung des rechtzeitigen Eingangs der Anmeldung dient neben der Steuerrolle die Namensliste (vgl. Nr. 32e Abs. 4).

(2) Als Anleitung für das nach § 164b Abs. 2 zu erlassende Schreiben dient das beiliegende Muster. Muster C.

Zu § 164c.

32h. (1) Dem Vermerk über die Erledigung der Anmeldung (§ 164c Abs. 1 Schlußsatz) ist die Nummer der Steuerrolle hinzuzufügen.

(2) Wird es erforderlich, mit der in § 164c Abs. 2 vorgesehenen Löschungsgenehmigung einen anderen Beamten als den Kassenprüfungsbeamten zu betrauen, so bedarf dessen Bestimmung der Bestätigung durch die Oberzolldirektion.

Zu § 164d.

32i. Die Steuerstelle hat Anträge auf Einleitung des Strafverfahrens an das Hauptzollamt des Bezirks zu richten.

Zu § 164e.

Abschlagszahlungen.

32k. (1) Einer schriftlichen Anmeldung der Abschlagszahlungen bedarf es nicht. Die Richtigkeit der eingezahlten Beträge ist auf Grund der Überwachungsliste zu prüfen.

(2) Übersteigen die Abschlagszahlungen den fällig gewordenen Abgabebetrag, so ist der zuviel gezahlte Betrag auf Anweisung der Steuerstelle zurückzuzahlen, sobald die Anmeldung mit dem Erledigungsvermerke versehen ist. Als Anleitung für die Erstattungsberechnung dient das beiliegende Muster. Muster D.

(3) Als Hinweis auf die Verpflichtung zur Leistung von Abschlagszahlungen genügt die Übersendung des Empfangsbekenntnisses (vgl. § 164a und Nr. 32f Abs. 4).

(4) Bei Eingang der Abmeldung (Muster 29a) ist die Nummer des Anmeldungsbuches, unter der die Anmeldung eingetragen ist, in der Bemerkungsspalte der Überwachungsliste bei den Eintragungen über die Abschlagszahlungen zu vermerken.

(5) Die Spalte 2 der Überwachungsliste ist auszufüllen, sobald die Anmeldung, auf Grund deren die Eintragung erfolgt ist, als Beleg zum Anmeldungsbuche genommen wird.

Zu § 164g.

Nacherhebung.

321. Die Vorschrift in Nr. 32f Abs. 2 ist sinngemäß anzuwenden.

III. Der Nr. 54 ist folgender Absatz anzufügen:

(3) Die — abgesehen von Nr. 32k Abs. 2 beantragten — Erstattungen an Warenumsatzstempel (Tarifnummer 10, §§ 76 bis 83 des Gesetzes) sind in üblicher Weise rechnungsmäßig zu begründen, festzustellen und von der Oberzolldirektion auf diejenige Steuerstelle zur Rückzahlung anzuweisen, die den Abgabebetrag im Einnahmebuch über das Aufkommen an Warenumsatzstempel (Reichsstempel-Einnahmebuch B) nachgewiesen hat. Unter sinngemäßer Anwendung dieser Bestimmungen sind Herauszahlungen aus Anlaß der Buch- oder Rechnungsprüfung durch besondere Verfügung der Oberzolldirektion zur Zahlung anzuweisen. Die Steuerstelle hat den zurückgezahlten Betrag zusammen mit den nach Nr. 32k Abs. 2 erstatteten Beträgen bei der nächsten Ablieferung der Zollkasse anzurechnen. Die Abgabebeträge (Satz 1 bis 3) sind von der Oberzollkasse als Herauszahlungen beim Warenumsatzstempel zu verrechnen und in der Teilrechnung I nachzuweisen. Die auf Grund des § 83a des Gesetzes unter Verwendung von Stempelzeichen entrichteten, zur Rückzahlung kommenden Abgabebeträge sind vom Stempelsteueramt und derartige Herauszahlungen aus Anlaß der Buch- oder Rechnungsprüfung von der Oberzolldirektion auf die Oberzollkasse zur Verrechnung bei den vermischten Ausgaben (Kap. 7 Tit. 18 Abschnitt a) anzuweisen.

IV. a) In Nr. 55 Abs. 2 wird der Satz 2 gestrichen. Im Satz 3 sind die Worte „Ebenso sind die Oberzolldirektionen befugt" zu ersetzen durch die Worte „Die Oberzolldirektionen sind befugt".

b) Als Abs. 3 daselbst ist folgende Bestimmung einzufügen:

„(3) Jede zur Verwaltung des Warenumsatzstempels zuständige Steuerstelle hat einen Beamten, der tunlichst ein Oberbeamter sein soll, als besonderen Prüfungsbeamten zur Überwachung der richtigen Erhebung dieses Stempels zu bestellen. Die Bestellung bedarf der Bestätigung der Oberzolldirektion. Dem Prüfungsbeamten liegt neben den in § 164d Abs. 4 vorgesehenen Geschäften auch die Prüfung und probeweise Vergleichung der Steuerrolle und der Namensliste mit dem Einnahmebuche und der Überwachungsliste ob".

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4. In Zeile 2 ist an Stelle der Worte „im Abs. 2" zu setzen „in Abs. 2 und 3".

d) Der Abs. 4 wird Abs. 5.

V. In Nr. 57 Abs. 1 ist folgende Bestimmung anzufügen: „Fehlbeträge nach Tarifnummer 10, §§ 76 bis 83 des Gesetzes sind bei der Steuerstelle im Anmeldungsbuche und im Einnahmebuche über das Aufkommen an Warenumsatzstempel (Muster 40a und 39a) des laufenden Rechnungsjahres nachzuweisen.

Als Abs. 3 ist folgender Satz einzufügen:

„(3) Die nach Nr. 55 Abs. 3 bestellten besonderen Prüfungsbeamten haben

ihre Prüfungsaufzeichnungen der Steuerstelle zur weiteren Veranlassung mit zuteilen."

Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4.

VI. Der Nr. 58 ist folgender Satz anzufügen:

„Die nach Nr. 55 Abs. 3 bestellten besonderen Prüfungsbeamten legen etwaige Anträge auf Einleitung des Strafverfahrens der Steuerstelle zur weiteren Veranlassung vor".

VII. In Nr. 59 ist dem Abs. 4 folgende Vorschrift anzufügen:

„Die nach Nr. 55 Abs. 3 bestellten besonderen Prüfungsbeamten haben alsbald nach Schluß jedes Rechnungsjahres dem Vorstande des Stempelsteueramts einen kurzen Jahresbericht zu erstatten, der die in dem anliegenden Muster vorgesehenen Angaben zu enthalten hat."

Muster F.

VIII. In Nr. 60 Abs. 1 ist in Zeile 2 hinter Einnahmebuche und vor I und II, in Zeile 3 vor I und in Zeile 4 vor II einzufügen „A".

Ebenso ist im Abs. 2 in Zeile 1 vor I und in Zeile 2 vor II einzuschalten „A". Als Abs. 3 ist folgende Bestimmung anzufügen:

„(3) Das Einnahmebuch über das Aufkommen an Warenumsatzstempel ist nach dem dem § 227 beigefügten Muster 39a zu führen. Der Steuerstelle bleibt es unbenommen, das Muster den örtlichen Bedürfnissen entsprechend zu ergänzen. Wegen der Übernahme der Einnahme in das von der Zollkasse zu führende Einnahmebuch A II vgl. Nr. 32a Abs. 4".

IX. In Nr. 61 ist im Abs. 1 in der vorletzten Zeile hinter Einnahmebuchs einzuschalten „A".

X. Der Nr. 63 ist als erster Satz folgende Vorschrift voranzustellen:

„Den Zeitpunkt der Einreichung der von den Gemeinden (Kreisen) über die Erhebung des Warenumsatzstempels geführten Einnahmebücher, Anmeldungsbücher und Überwachungslisten bestimmt die Oberzolldirektion."

In der bisherigen Zeile 1 ist hinter Einnahmebüchern einzuschalten „A".

Am Schlusse ist folgender Satz anzufügen:

„Wegen der Prüfung der für die Verwaltung und Erhebung des Warenumsatzstempels gezahlten Verwaltungskostenvergütung vgl. Nr. 65 Abs. 3".

XI. In Nr. 65 Zeile 1 ist das Wort „ausschließlich" zu streichen und am Schlusse folgender Satz anzufügen:

„Wegen der Verrechnung der zurückgezahlten Warenumsatzstempelbeträge vgl. Nr. 54 Abs. 3."

Ferner werden als Absätze 2 und 3 folgende Bestimmungen angefügt:

„(2) Die den Gemeinden (Kreisen) von ihrer Rohsolleinnahme gewährte Vergütung für die Verwaltung und Erhebung des Warenumsatzstempels ist von der Oberzollkasse auf Grund der monatlichen Quittungen bei den Geschäftsbedürfnissen (Kap. 7 Tit. 9 Abschn. i VII) zu verrechnen. Die Gemeinden (Kreise) haben der Zollkasse am Schlusse des Rechnungsjahres eine Hauptquittung über den Jahresbetrag nach anliegendem Muster zu übersenden.

Muster F.

(3) Die Zollkassen, die Warenumsatzstempel vereinnahmen, haben zum Reichsstempel-Einnahmebuch A eine Nachweisung zu führen, aus der hervorgeht, welche Beträge an Rohsolleinnahme von den Gemeinden (Kreisen) monatlich abgeführt sind (Muster A unter B) und welche Beträge an Verwaltungskostenvergütung dafür zurückbehalten sind (Muster A unter C). Die Beträge sind am Schlusse des Vierteljahres für jede Gemeinde (jeden Kreis) aufzurechnen und in den ersten drei Vierteljahren des Rechnungsjahres in je einer Summe in die Nachweisung für das nächste Vierteljahr zu übertragen. Diese Nachweisung ist bei der Oberzolldirektion mit den Einnahmebüchern zu ver-

gleichen und dort zu den Akten zu nehmen. Sie dient demnächst zur Prüfung der in der Jahresrechnung der Oberzollkasse nachgewiesenen Ausgabe der an die Gemeinden (Kreise) gezahlten Verwaltungskostenvergütungen. Die Nachweisung ist auch dann zu prüfen, wenn von der Prüfung des Einnahmebuches abgesehen wird. In der Abnahmeverhandlung zur Teilrechnung V ist die Übereinstimmung der Nachweisungen mit den Einnahmebüchern und den Angaben in der Rechnung zu bestätigen. Unstimmigkeiten sind zu erörtern — vgl. § 67 Abs. 10 der Rechn. O. —."

XII. In Nr. 66 ist im Abs. 1 Zeile 4 die Zahl „10" zu streichen und hinter der Zahl 12 einzufügen „und des § 83a des Gesetzes".

XIII. Das Muster zu Nr. 49 erhält die Bezeichnung „Muster G".

Muster A.

(Pr. A. V. z. R. St. G. Nr. 32a.)

Rechnungsjahr .....

...., den ..... 19..

(Bezeichnung der Steuerstelle)

Benachrichtigung.

A. In der Gemeinde*) / dem Kreise ..... sind an Warenumsatzstempel im Monat ..... 19... aufgekommen nach dem Einnahmebuche der .....kasse ..... M. ..... Pf.

" ..... " ..... „ ..... „

usw. zusammen ..... M. ..... Pf.

in Buchstaben .....

.....

B. Hiervon ab Zurückzahlungen nach de... anliegenden Zusammenstellung..... der gleichfalls beigefügten Erstattungsberechnungen . . . . M. ..... Pf.

Bleibt Rohsolleinnahme ..... M. ..... Pf.

C. Davon ab laut anliegender Quittung die anteilige Verwaltungskostenvergütung von 8 v. H. der Rohsolleinnahme mit . . . . „ ..... „

Bleiben ..... M. ..... Pf.

Die Abführung dieses Betrages erfolgt in bar — mit Postanweisung — im Giroverkehr — im Postscheckverkehr*).

An
die Königliche Zollkasse
in
.....

Empfangsbescheinigung.

Den vorstehend unter A angegebenen Gesamtbetrag von ..... M. ..... Pf.
in Buchstaben .....
Warenumsatzstempel hat die unterzeichnete Zollkasse unter gleichzeitiger Anrechnung von zusammen .....M. ..... Pf. Zurückzahlungen (vorst. zu B) und .....M. ..... Pf. Vergütungsanteil (vorst. zu C) von der Gemeinde — dem Kreise ..... erhalten und unter Nr. ..... des Reichsstempel-Einnahmebuchs A II vereinnahmt.

....., den ..... 19.....

Königliche Zollkasse.

(Amtsstempelabdruck.) (Unterschriften.)

*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

Muster B.

Nr. ..... (Pr. A. V. z. R. St. G. Nr. 32c.)

Name und Wohnort des Steuerpflichtigen (Bezeichnung und Sitz der Firma usw.): .....
.....
Für den Betrieb bestehen im Inlande Zweigniederlassungen in: .....
.....
Art des Gewerbebetriebes: .....
.....
Die Versteuerung erfolgt nach dem Gesamtbetrage der $\frac{\text{Zahlungen}}{\text{Lieferungen}}$.
Angabe wichtiger Umstände für die Gewinnung eines Urteils über den Umsatz (Geschäftsberichtsangaben, Gutachten von Sachverständigen usw.): .....
.....
.....

An Warenumsatzstempel (einschließlich der Abschlagszahlungen) sind entrichtet:

Für das Kalenderjahr	M.	Pf.	am	Nummern des Einnahmebuchs	Bemerkungen (insbesondere Tag der Erinnerung und Angabe über Zurückzahlungen)

Muster C.

(Pr. A. V. z. R. St. G. Nr. 32g.)

....., den ..... 19...

Nr. .....

Unter Hinweis auf die nachstehend abgedruckten §§ 76 und 83c des Reichsstempelgesetzes in der Fassung des Warenumsatzstempelgesetzes vom 26. Juni 1916 werden Sie hiermit an die Einreichung der Anmeldung Ihres Warenumsatzes und Entrichtung der darauf ruhenden Abgabe binnen 2 Wochen erinnert. Die Anmeldung hat unter Verwendung des anliegenden Vordrucks zu erfolgen.

Sollten Sie sich zur Einreichung einer Anmeldung nicht für verpflichtet erachten, so wollen Sie die Gründe hierfür binnen der gleichen Frist mitteilen.

§ 76.

Wer im Inland ein stehendes Gewerbe betreibt, hat der Steuerstelle am Schlusse des Kalenderjahrs binnen 30 Tagen den Gesamtbetrag der Zahlungen anzumelden, die er im Laufe des Jahres für die im Betriebe seiner inländischen Niederlassung gelieferten Waren erhalten hat. Hat der Betrieb nicht bis zum Jahresschlusse bestanden, so hat die Anmeldung binnen gleicher Frist bei Beendigung des Betriebs zu erfolgen. Von später eingehenden Zahlungen ist die Abgabe nach § 83a zu entrichten.

Als Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerksbetrieb. Dem Betrieb eines stehenden Gewerbes steht der Gewerbebetrieb im Umherziehen und der Wanderlagerbetrieb gleich, wenn der Gewerbetreibende im Inland wohnt und die Waren im Inland abgesetzt sind. Die Gewerbsmäßigkeit einer Unternehmung wird nicht dadurch ausge-

schlossen, daß sie von einer öffentlichen Körperschaft oder daß sie von einem Verein, einer Gesellschaft oder einer Genossenschaft, die nur an die eigenen Mitglieder liefern, betrieben wird.

Für die Anmeldungen kann ein besonderes Muster vorgeschrieben werden.

§ 83c.

Wer den §§ 76, 77, 79 Abs. 1, 81, 83a zuwiderhandelt oder über die empfangenen Zahlungen oder Lieferungen (§ 81) wissentlich unrichtige Angaben macht, hat eine Geldstrafe verwirkt, welche dem zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommt. Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von einhundertfünfzig Mark bis dreißigtausend Mark ein.

Muster D.

(Pr. A. V. z. R. St. G. Nr. 32k.)

...., den ..... 19....

(Bezeichnung der Steuerstelle)

Nr. .....

De.....

.....

hat für den steuerpflichtigen Gesamtbetrag der $\frac{\text{Zahlungen}}{\text{Lieferungen}}$ im Betriebe $\frac{\text{seines}}{\text{ihres}}$

Gewerbes für das Kalenderjahr 19.... von ..... M.

an Stempelabgabe zu 1 v. T. ..... M. .. Pf.

zu entrichten. Hierauf sind abschlägig bezahlt für das

1. Vierteljahr laut Nr. ... des Einnahmebuchs für 19... .... M.

2. „ „ „ ... „ „ „ 19... .... M.

3. „ „ „ ... „ „ „ 19... .... M.

zusammen . . .... M. .. Pf.

Somit sind zu erstatten . . .... M. .. Pf.,

in Worten: .....

Die Zurückzahlung dieses Betrages ist bei Nr. .... des Einnahmebuchs über das Aufkommen an Warenumsatzstempel vermerkt worden. Ein auf diese Erstattung sich beziehender früherer Vermerk war an den Vereinnahmungsstellen nicht vorhanden.

.....

(Unterschrift)

Die Richtigkeit bescheinigt:

Der Kassenprüfungsbeamte

.....

Obige ..... M. .... Pf.,

in Worten: .....

habe ich zurückerhalten.

....., den ..... 19....

.....

Muster E.

(Pr. A. V. z. R. St. G. Nr. 59.)

Jahresbericht
des
besonderen Prüfungsbeamten für den Warenumsatzstempel
in .....

für das Rechnungsjahr 19....

Zahl der im Berichtsjahr einer Prüfung unterzogenen Stellen:
Zahl der Erinnerungen:
Zahl der Strafanträge der Steuerstelle:
Betrag der nachgeforderten Reichsstempelabgabe: . . . . M. .... Pf.
An Nachforderungen aus Vorjahren sind rückständig: . . . . „ .... „
Insgesamt nachzubringen ..... M. .... Pf.

Davon erledigt
durch Einzahlung . . . . . M. .... Pf.
als ungerechtfertigt fallen gelassen . . .. „ .... „
zusammen: ..... „ .... „

Am Schlusse des Rechnungsjahrs blieben ..... M. .... Pf. rückständig.

Muster F.

(Pr. A. V. z. R. St. G. Nr. 65.)

Hauptquittung.

Im Rechnungsjahre 19.... beträgt unsere Rohsolleinnahme an Warenumsatzstempel ..... M. Für die Verwaltung und Erhebung dieser Abgabe haben wir an Verwaltungskostenvergütung den Betrag von ..... M., in Worten:..... ..... aus der Staatskasse erhalten.

....., den ..... 19....

(Amtsstempelabdruck.) (Unterschriften.)

---

6. Frachturkundenstempelgesetz. Vom 17. Juni 1916. (RGBl. 555.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Art. I. Nummer 6 des Tarifs zum Reichsstempelgesetze vom 3. Juli 1913 (Reichs-Gesetzbl. S. 639) wird, wie folgt, geändert:

1. Tarifnummer 6d erhält in Spalte 2, 3 folgende Fassung:

d) Frachturkunden im Eisenbahnverkehr über	
1. Frachtstückgut und Expreßgut	10 Pfennig,
2. Eilstückgut	20 „
3. Frachtgut in Wagenladungen	
bei einem Frachtbetrage von nicht mehr als 25 Mark	1 Mark,
bei höheren Beträgen	2 „

4. Eilgut in Wagenladungen
bei einem Frachtbetrage von nicht mehr als 25 Mark . . . . . 1 Mark 50 Pfennig,
bei höheren Beträgen . . . . . 3 „
Die Steuersätze für Wagenladungen ermäßigen sich auf die Hälfte, wenn das Ladegewicht des gestellten Wagens weniger als 10 Tonnen beträgt;

2. Die Vorschriften in Spalte 4 (Berechnung der Stempelabgabe) zur Tarifnummer 6a bis d erhalten folgende Fassung:
von der einzelnen Urkunde; falls diese jedoch über die Ladung mehrerer Schiffsgefäße oder Eisenbahnwagen lautet, von jeder Schiffs- oder Eisenbahnwagenladung.
Stellt die Eisenbahnverwaltung statt eines Wagens mehrere zur Verfügung, so sind diese mehreren Wagen einer Eisenbahnwagenladung gleichzuachten.
Werden für dieselbe Sendung mehrere Urkunden (weitere Ausfertigungen, Duplikate, Abschriften) ausgestellt, so ist die Abgabe nur einmal zu entrichten.

3. Hinter Tarifnummer 6d wird folgende neue Nummer 6e eingestellt:

e) Urkunden über die einzelnen Sendungen im Eisenbahn Sammelladungsverkehre der Spediteure (§ 413 Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs) . . . . . 5 Pfennig	von der einzelnen Urkunde. Werden für dieselbe Sendung mehrere Urkunden (weitere Ausfertigungen, Duplikate, Abschriften) ausgestellt, so ist die Abgabe nur einmal zu entrichten.

4. Hinter Tarifnummer 6e werden in Spalte 2 folgende Vorschriften eingestellt:

Zusatz.

Zu den Frachturkunden im Sinne der Tarifnummer 6d gehören auch die Frachturkunden über die Beförderung von lebenden Tieren. Was als Frachtstückgut, Expreßgut und Eilstückgut sowie als Frachtgut und Eilgut in Wagenladungen im Sinne dieses Tarifs gilt, bestimmt der Bundesrat. Er trifft auch die nähere Anordnung über die Anwendung des Tarifs auf den vereinigten Eisenbahn- und Schiffsverkehr.

Befreit sind:

1. Urkunden über Sendungen, welche nach den gesetzlichen oder Verwaltungsvorschriften frachtfrei zu befördern sind;
2. Urkunden über die Beförderung von Milch, soweit sie nicht in Wagenladungen erfolgt;
3. von der in Tarifnummer 6e angeordneten Abgabe Urkunden über solche Einzelsendungen der dort bezeichneten Art, die auf dem Wege vom Aufgabeorte bis zum Bestimmungsorte zum Teil im Eisenbahnstückgutverkehre befördert werden.

Art. II. Der Abschnitt V des Reichsstempelgesetzes wird geändert, wie folgt:

I. Im § 43 erhält Abs. 2 folgende Fassung:
Im Eisenbahnverkehr ist für die Entrichtung der Abgabe der Frachtführer verantwortlich. Er ist berechtigt, nach seiner Wahl den Betrag der Stempelabgabe vom Absender oder Empfänger einzuziehen. Bei im Inland aufgegebenen Sendungen kann er vom Absender die Einlieferung der Frachtbriefe mit aufgeklebten Stempelmarken verlangen sofern zu den Frachtbriefen nicht Vordrucke mit eingedrucktem Stempel verwendet sind.

II. Dem § 44 wird am Schlusse folgender Absatz hinzugefügt:

Soweit in dem in Tarifnummer 6e bezeichneten Güterbeförderungsverkehr Urkunden der im Tarife bezeichneten Art nicht ausgestellt werden, ist die Abgabe nach näherer Bestimmung des Bundesrats von der Sendung selbst zu entrichten. Der Bundesrat kann die Entrichtung der Abgabe in anderer Weise als zu der Urkunde auch noch in anderen Fällen anordnen.

III. Im § 45 Abs. 1 werden die Worte „Urkunde der bezeichneten Art" ersetzt durch die Worte „Urkunde der in Tarifnummer 6a, b, c bezeichneten Art".

Art. III. Bei Lieferungsverträgen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossen sind, aber über diesen Zeitpunkt hinaus laufen, haben die Vertragschließenden soweit nicht ein anderes vereinbart ist, das durch dieses festgelegte Mehr an Frachtkosten gemeinsam zu tragen. Dieses Mehr an Frachtkosten bildet keinen Grund zur Vertragsaufhebung.

Art. IV. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes wird durch Kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesrats bestimmt.*)

Urkundlich usw.

Begründung.

Im allgemeinen.

Die durch die lange Kriegsdauer geschaffenen außerordentlichen Verhältnisse nötigen dazu, auf dem Gebiete der Verkehrsbesteuerung neben der Einführung einer Reichsabgabe vom Post- und Telegraphenverkehr und der Einführung eines Quittungs St. auf eine Steigerung der Einnahmen aus dem Frachturkunden St. Bedacht zu nehmen.

Der finanzielle Ertrag des Frachturkunden St. fließt nach Lage der Sache zum weitaus überwiegenden Teile aus dem Eisenbahnverkehre. Nur auf ihn ist in dem Entw. auch die Erhöhung und Erweiterung der Stempelabgabe abgestellt. Es versteht sich, daß auf die Dauer eine einseitige Mehrbelastung des Eisenbahnverkehrs gegen den Frachtverkehr auf den Wasserstraßen weder der steuerlichen Gerechtigkeit entsprechen würde noch auch nach den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden für den ersteren auf die Dauer erträglich wäre. Trotzdem wird man in den gegenwärtigen Zeitverhältnissen, in denen der Krieg ein Daniederliegen der Schiffahrt herbeigeführt hat, nicht an eine weitere Belastung der Schiffahrt, als sie der gegenwärtige niedrige Schiffsfrachturkunden St. enthält, denken können.

Die Erhebung des Eisenbahnfrachturkunden St. hat sich bisher auf Frachturkunden über ganze Eisenbahnwagenladungen beschränkt. Den künftig erforderlichen finanziellen Mehrertrag nur aus einer Erhöhung des Wagenladungs St. erzielen zu wollen, würde weder möglich sein, noch wäre eine solche einseitige Belastung billig, da gerade der Stückgutverkehr in weitem Umfang hochwertige Güter in sich schließt, deren Beförderung bei den an sich niedrigen Stückguttarifen der Eisenbahn sehr wohl eine mäßige Abgabe zu tragen vermag. Eine entsprechende Belastung des verwandten Eisenbahnstückgutverkehrs erscheint ferner auch durch die Höherbelastung des Postpaketverkehrs erfordert, wenn nicht Verschiebungen in der Wahl der Beförderungsanstalten eintreten sollen, die nicht der Erfolg der verstärkten steuerlichen Belastung sein dürfen und auch verkehrstechnisch nicht erwünscht wären. Allerdings kann ein Stückgut St. im Eisenbahnverkehre nur ein gleichmäßiger Feststempel und, da er als solcher auch die Versendung von Stückgütern als Einzelposten und auf kurze Entfernungen berücksichtigen muß, nur niedrig gehalten sein. Seine absolut niedrige Bemessung wird ihn dafür aber auch für den kleinen Gewerbetreibenden erträglich erscheinen lassen, zumal nicht daran gezweifelt zu werden braucht, daß dieser wohl in der Lage sein werde, ihn wieder abzuwälzen. Es ist für alle in Vorschlag gebrachten Verkehrsabgaben in Rücksicht zu

*) Durch KaisVO. v. 11. Juli 1916 (RGBl. 739) ist dieser Zeitpunkt auf den 1. August 1916 bestimmt.

ziehen, daß ihre Einführung in eine Zeit fällt, in der infolge der Umgestaltung der Wirtschaftsverhältnisse durch den Krieg die Preisbildung aller Gegenstände in Fluß gebracht ist und es eben hierbei ermöglicht werden wird, die neuen Lasten bei der Preisgestaltung zum Ausdruck zu bringen. Für die Dauer des Krieges wird es erwünscht sein, die Beförderung von Milch im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit diesem Nahrungsmittel mit der Stempelabgabe nicht zu belasten. Es ist beabsichtigt, hierfür auf dem durch § 3 Abs. 1 des Gesetzes vom 4. August 1914 über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. (RGBl. 327) gewiesenen Wege der Bundesratsverordnung Fürsorge zu treffen.

Die Höherbelastung des Postpaketverkehrs und die Einführung des Stückgutstempels im Eisenbahnverkehr lassen es geboten erscheinen, auch die Beförderung von Gütern, die Privatbeförderungsanstalten und Spediteure zur Versendung annehmen und sammeln, um sie zusammen mit den Gütern anderer Versender auf Grund eines für eigene Rechnung über eine Sammelladung geschlossenen Frachtvertrags als Eisenbahnwagenladung zu versenden, einem besonderen Stempel zu unterwerfen. Es wäre andernfalls zu befürchten, daß die Erhöhung der Beförderungsgebühren und Abgaben im Post- und Eisenbahnverkehr eine verstärkte Abwanderung des Paket- und sonstigen Stückgutverkehrs in den Sammelladungsverkehr zur Folge haben würde, die, ohne nennenswerten Vorteil für die Versender, zu beträchtlichen Einnahmeausfällen für die Reichskasse führen müßte. Nach § 413 Abs. 2 des HGB. hat der Spediteur, wenn er Güter in der bezeichneten Weise zur Versendung bringt, dem Versender gegenüber ausschließlich die Rechte und Pflichten eines Frachtführers. Das Geschäft gilt zwischen ihnen als Frachtgeschäft, gleichviel ob eine Einigung über einen bestimmten Satz der Beförderungskosten stattgefunden hat oder nicht (vgl. Denkschr. z. HGB., RTDrucks. 95/97 Bd. 6 Nr. 632, KB., das. 7 Nr. 735). Es soll daher, falls über dieses Geschäft zwischen Privatbeförderungsanstalt oder Spediteur und Versender eine Frachturkunde ausgestellt ist, von dieser, andernfalls von der Sendung selbst die in Tarifn. 6 e bezeichnete Abgabe erhoben werden.

Die Entwicklung zum modernen Großbetriebe hat in den großen Industriemittelpunkten des Reichs, insbesondere in Rheinland und Westfalen, in Schlesien und Lothringen, dahin geführt, daß sich die großen Bergbau- und industriellen Unternehmungen für ihren Bedarf eigene Eisenbahnen von zum Teil beträchtlicher Länge gebaut haben, um die von ihnen benötigten oder von ihnen erzeugten Güter nach und von ihren Betriebsanlagen oder zwischen räumlich auseinander gelegenen Betriebsanlagen befördern zu können, insbesondere auch, um zur Beförderung dieser Güter auf dem billigeren Wasserweg Anschluß an einen privaten oder öffentlichen Hafen zu gewinnen. Da die steuerliche Belastung der für ihre Güterbeförderung auf die öffentlichen Eisenbahnen angewiesenen gewerblichen Betriebe durch die neue Abgabe erheblich ist, muß befürchtet werden, daß die Vorteile, die die bezeichneten Großunternehmungen dadurch haben, daß ihnen die Steuer erspart bleibt, zu ihren Gunsten eine Verschiebung der Wettbewerbsbedingungen herbeiführen. Diese Folge einer Steuer, die zur Abbürdung der Kriegslasten in der Form einer Abgabe von der Güterbewegung möglichst alle Volksteile gleichmäßig treffen will, muß vermieden werden. Der Entwurf schlägt daher für die Beförderung eigener Güter auf nichtöffentlichen Eisenbahnen der Unternehmer die Einführung einer nach der Menge der beförderten Tonnen zu entrichtenden Abgabe von 3 Pfennig für die Tonne vor. Dem Reichsstempelgesetz sind derartige aus dem Rahmen des Urkunden St. heraustretende Ersatzgaben schon bisher nicht fremd gewesen. Es darf in dieser Hinsicht verwiesen werden auf die im § 6 des früheren Reichsstempelgesetzes als Ersatz für den Aktienstempel vorgeschriebene gewesene Abgabe von Aktienneugründungen und Kapitalerhöhungen bei AG., die keine Aktienurkunden ausgeben, und im geltenden Reichsstempelgesetz auf die im § 17 angeordnete Ersatzabgabe für den Talonstempel gegenüber AG., die keine Gewinn-

anteilscheine ausgeben, sowie auf den als Ersatz für die Grundwechselabgabe nach § 95 bestehenden Fideikommißstempel.

Der Mehrertrag aus der Erhöhung und Erweiterung des Eisenbahnfrachturkundenstempels ist nach der Anlage [nicht mit abgedruckt] auf rund 80 Millionen Mark anzunehmen.

Im einzelnen.

Zu Artikel I, 1, 2 (Tarifnummer 6d)[1]).

Der Tarif bezeichnet als den Gegenstand der Besteuerung die Frachturkunden ohne nähere Bezeichnung der im Eisenbahnverkehre vorkommenden Frachtpapiere. Hiernach sind nicht, wie das RG. (Bd. 80, 58) aus der bisherigen Gegenstandsbezeichnung „Frachtbriefe im Eisenbahnverkehr" in Spalte 2 der Tarifn. 6d gefolgert hatte, nur diejenigen Eisenbahnfrachturkunden der Besteuerung unterworfen, die wie die eigentlichen Frachtbriefe von dem Absender ausgestellt sind, sondern auch diejenigen, die wie die Beförderungsscheine und wie die Abfertigungsscheine für Sonderzüge usw. von der Eisenbahnverwaltung ausgestellt werden.

Entsprechend den oben gegebenen Darlegungen unterscheidet der Tarif für den Eisenbahnverkehr zwischen Frachturkunden über Stückgut und solchen über Wagenladungen, hat aber in jeder dieser Gruppen besondere Sätze vorgesehen, je nachdem es sich um gewöhnliches Frachtgut oder Eilgut handelt. Was unter den vorangegebenen Bezeichnungen einschließlich des Expreßguts zu verstehen ist, soll nach Zusatz 2 des Tarifs der Bundesrat bestimmen, der sich hierbei in Übereinstimmung mit den Vorschriften der EisenbVerkO. und den für die deutschen Eisenbahnen maßgebenden Bestimmungen für den Güterverkehr halten wird. Von der Versteuerung nicht betroffen sind die Urkunden über die Beförderung des Reisegepäcks (Abschn. IV der EisenbVerkO.), da der Gepäckverkehr ein Zubehör des Personenverkehrs ist und dessen Besteuerung nicht Gegenstand des vorliegenden Gesetzes ist.

Wenn schon, um den Charakter der Abgabe als eines Feststempels zu wahren und die glatte Abwicklung des Güterverkehrs nicht mit umständlichen Steuerformalitäten zu belasten, die Abgabe ohne Rücksicht auf die Art des beförderten Gutes und die Beförderungslänge möglichst nach einem einheitlichen Satze zu bemessen war, erschien es doch zur Erzielung des nötigen Steuerertrags angängig, wenigstens noch eine steuerliche Unterscheidung danach zu treffen, ob es sich bei der Beförderung um gewöhnliches Frachtgut oder um Eilgut handelt. Die Frachturkunden für gewöhnliches Frachtgut nnd für Eilgut unterscheiden sich nach den für sie vorgeschriebenen Mustern (Anl. D, E zu § 55 der EisenbVerkO.) schon rein äußerlich in sinnfälliger Weise voneinander. Ein höherer Stempel für Eilgut rechtfertigt sich wegen der schnelleren Beförderung und der erheblich größeren Leistungen der Eisenbahn und da auch die Frachtsätze für Eilgut im allgemeinen höher sind als die für Frachtgut. Eine andere Behandlung erheischt jedoch das Expreßgut (§§ 40ff. der EisenbVerkO.), das nur dem Stempelsatze für Frachtgut unterworfen werden kann. Es handelt sich hier um einen nur beschränkten Verkehr geringer Gewichtsmengen auf kurze Beförderungsstrecken, der insbesondere im Bereiche der süddeutschen Eisenbahnverwaltungen schon bisher statt der Post die Eisenbahn benutzt hat und deshalb nicht stärker belastet werden darf als im Durchschnitt der Postverkehr.

Für die Bemessung des Wagenladungsstempels schlägt der Entw. vor, zwar mit Rücksicht auf die hier besonders ins Gewicht fallenden Frachtunterschiede die bisherige Unterscheidung danach, ob der Frachtbetrag mehr oder nicht mehr als 25 M. beträgt, beizubehalten, dagegen die Unterscheidung nach dem Ladegewichte des Wagens wenigstens insoweit fallen zu lassen, als es sich um Wagen mit einem Ladegewichte von 10 t und mehr handelt. Bei wörtlicher Auslegung des jetzigen Tarifs würde, wenn eine

[1]) Zu 1 sind die Sätze von 15 und 30 Pfg. auf 10 und 20 Pfg. herabgesetzt; sonst unverändert.

Wagenladungssendung infolge ihres Umfanges sowohl einen Wagen von höherem Ladegewicht als 10 t als auch eine Fracht von über 25 M. bedingte, ein und dasselbe steuerliche Moment eine zweimalige Steigerung des Steuersatzes zur Folge haben. Die Verwaltungsübung hat daher den Tarif dahin ausgelegt, daß unter einem Frachtbetrage von mehr oder nicht mehr als 25 M. der Frachtbetrag für 10 t zu verstehen sei. Bei dieser Berechnungsweise ergeben sich aber wiederum für die Abfertigung nicht unerhebliche Umständlichkeiten bei der Stempelberechnung. Für die ordnungsmäßige Erledigung des Verkehrs muß aber auf eine möglichst einfache Gestaltung des Stempeltarifs Wert gelegt werden.

Bedacht genommen werden muß nur auf den Kleinbahnbetrieb, bei dem in großem Umfang nur Wagen mit einem Ladegewichte zwischen 5 und 10 t eingestellt sind. Hier soll durch die Vorschrift geholfen werden, daß sich die Steuersätze auf die Hälfte ermäßigen, wenn das Ladegewicht des gestellten Wagens weniger als 10 t beträgt. Die bisher in der Berechnung Spalte 4 zu Tarifn. 6 enthaltene Vorschrift, wonach je zwei Schmalspurwagen, die auf ein Frachtpapier abgefertigt sind, als eine Eisenbahnwagenladung zu rechnen sind, erledigt sich mit jener Ermäßigungsvorschrift insoweit, als diese Wagen ein Ladegewicht zwischen 5 und 10 t haben. Soweit im Schmalspurbetriebe Wagen von 10 t und darüber im Gebrauche sind, wird man für eine Ermäßigung des Stempels gegenüber dem Normalspurbetrieb eine Berechtigung nicht anerkennen können. Wagen unter 5 t aber sind im Schmalspurbetriebe nur noch so ausnahmsweise in Dienst gestellt, daß sich für sie füglich eine besondere Regelung erübrigt.

Zu Artikel I, 3 (Tarifnummer 6e)[2]).

Die Sätze der Abgabe sind wesentlich niedriger gehalten als die Eisenbahnstückgutsätze und als die neue Abgabe im Postpaket-Fernverkehr, da die Beförderungsanstalt oder der Spediteur demnächst noch den Wagenladungsstempel von der Sammelladung zu entrichten haben.

Zu Artikel I, 4 (Zusätze)[3]).

Den in Zusatz 1 ausgesprochenen Grundsatz, daß den Frachturkunden die an ihre Stelle tretenden Einlieferungs- und sonstigen Empfangsbescheinigungen gleichzustellen sind, hat die Verwaltungsübung (zu vgl. IV, 15 der vom Bundesrat aufgestellten „Grundsätze zur Auslegung des Reichsstempelgesetzes") schon bisher für den Schiffsfrachturkundenstempel als eine erleichternde Bestimmung in dem Sinne aufgestellt, daß, insoweit als nach § 44 des Gesetzes eine Verpflichtung zur Ausstellung von Frachtur-

---

[1]) Im Entw. lautete der Text links der Klammer:
Frachturkunden über die einzelnen Sendungen im Eisenbahn-Sammelladungsverkehr der Spediteure (§ 415 Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs)
bei einem Frachtbetrage von nicht mehr als 50 Pfennig . . . . . 5 Pfennig,
bei höheren Beträgen . . . . . 10 „

[2]) Text im Entw.:
Hinter Tarifnummer 6 c werden in Spalte 2 folgende Vorschriften eingestellt:

Zusätze

1. Den Frachturkunden stehen die an ihre Stelle tretenden Einlieferungs- und sonstigen Empfangsbescheinigungen gleich.
2. Zu den Frachturkunden im Sinne der Tarifnummer 6d gehören auch die Frachturkunden über die Beförderung von lebenden Tieren. Was als Frachtstückgut, Expreßgut und Eilstückgut sowie als Frachtgut und Eilgut in Wagenladungen im Sinne dieses Tarifs gilt, bestimmt der Bundesrat. Er trifft auch die nähere Anordnung über die Anwendung des Tarifs auf den vereinigten Eisenbahn- und Schiffsverkehr.

Befreit sind:
Urkunden über Sendungen, welche nach den gesetzlichen oder Verwaltungsvorschriften frachtfrei zu befördern sind.

kunden besteht, es auch zulässig sein soll, statt der Frachtbriefe ähnliche Urkunden (Teilempfangsscheine oder dgl.) auszustellen. In diesem Sinne wird im Hinblick auf den neuen Zusatz 3 zu § 44 des Reichsstempelgesetzes (vgl. Artikel II, II) der Grundsatz nunmehr auch für den in Tarifnummer 6c bezeichneten Verkehr Anwendung zu finden haben.

Zum Zusatz 2. In welcher Weise auf Grund des Tarifs im vereinigten Eisenbahn- und Schiffsverkehr die Besteuerung durchzuführen ist, wird bei der Besonderheit der in Betracht kommenden Verhältnisse wie bisher der Bestimmung des Bundesrats zu überlassen sein.

Zu Artikel II (Gesetz).

Zu Nr. I (Zu § 43 Abs. 2.)[4]. Für die Entrichtung der Abgabe im Eisenbahnverkehr hat es bei dem schon bisher bestehenden Verfahren zu verbleiben, wonach die Einziehung des Stempels durch die Eisenbahnverwaltung zu erfolgen hat. Nach dem neuen Satz 3 des § 43 Abs. 2 soll die Eisenbahnverwaltung zur Entlastung der Güterabfertigung vom Absender die Auflieferung der Güter mit Frachtbriefen fordern dürfen, die auf bereits mit dem Reichsstempel versehenen Vordrucken ausgestellt sind.

Zu Nr. II (Zum § 44 Abs. 3.)[5]. Während im Privatbeförderungsgeschäft vom Versender regelmäßig eine Frachturkunde jetzt schon ausgestellt wird, ist dies für die Einzelsendungen im gewöhnlichen Sammelladungsverkehre seitens der Versender nicht der Fall, indem hier der Regel nach nur der Spediteur der Eisenbahn gegenüber über die Sammelladung einen Frachtbrief aushändigt. Im Verkehre des Spediteurs mit seinen Kunden die Ausstellung einer Urkunde vorzuschreiben, würde auch die Abwicklung des Speditionsgeschäfts außerordentlich erschweren. Auch wird der Spediteur bei Abholung des Gutes vom Versender häufig selbst noch nicht wissen, ob er das Gut in Sammelladung weitergehen lassen wird. Es ist daher vorgeschrieben, daß, soweit in dem in Tarifnummer 6a bezeichneten Güterverkehre keine Frachturkunde ausgestellt ist, die Abgabe nach näherer Bestimmung des Bundesrats von der Sendung selbst zu entrichten ist. Hierbei könnte für die Entrichtung der Abgabe z. B. vorgesehen werden, daß der Stempel zu Beförderungsverzeichnissen, die die Einzelsendungen der Sammelladung zu enthalten haben, zu verwenden oder daß die Abgabe im Wege der Abrechnung des Spediteurs mit der Steuerbehörde zu entrichten ist.

Nr. III. Die rein redaktionelle Änderung des § 45 Abs. 1 ist infolge der unter II angeordneten Einschiebung eines neuen Absatzes in § 44 erforderlich.

Zu Nr. IV (Beförderung von Gütern auf nicht öffentlichen eigenen Eisenbahnen). . . .[6])

Zum Artikel III[7]).

Da es für die Durchführung des Gesetzes, insbesondere zur Beschaffung der Stempelwertzeichen, für die Verwaltung noch gewisser Vorbereitungen bedarf, die eine im voraus nicht bestimmte Zeit beanspruchen werden, empfiehlt es sich, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes durch Kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesrats zu bestimmen.

---

[4]) Satz 3 lautete im Entw.:
Bei im Inland aufgegebenen Sendungen kann er vom Absender die Ausstellung der Frachtbriefe auf mit dem Reichsstempel versehenen Vordrucken fordern.

[5]) Satz 2 war im Entw. nicht vorgesehen.

[6]) Ausgefallen.

[7]) Entspricht dem Art. IV Ges.; Art. III Ges. ist neu eingestellt.

Hierzu:

a) Grundsätze zur Auslegung des Reichsstempelgesetzes vom 13. Juli 1916. (Auszug.)

IV. Frachturkunden.

Zu den §§ 43 bis 51 des Gesetzes und zur Tarifnummer 6 in der Fassung des Frachturkundenstempels v. 17. Juni 1916 (RGBl. 555).

1. Schiffsverkehr. Steuerpflichtiger Seeverkehr.

1. (1) Ausländische Flußhäfen mit unmittelbarem Seeverkehre sind im Sinne der Bestimmungen des Gesetzes und des Tarifs als Seehäfen anzusehen. Im übrigen sind unter Häfen im Sinne dieser Bestimmungen auch alle dem Schiffsverkehre dienenden Lösch- und Ladeplätze zu verstehen.

(2) Der in der Tarifnummer 6b bezeichneten Abgabe unterliegen die Urkunden über Sendungen zwischen inländischen Seehäfen oder Häfen an inländischen Wasserstraßen einerseits und ausländischen Seehäfen der Nord- und Ostsee andererseits, einschließlich der norwegischen Häfen und der englischen und französischen Häfen im Kanal; zu den letzteren sind sämtliche Häfen an der Nordküste Frankreichs und an der Südküste Englands zu rechnen.

Reinraumgehalt von Schiffen.

2. Der Reinraumgehalt eines Schiffes ist in Übereinstimmung mit der Angabe der Vermessungsurkunde anzunehmen und nötigenfalls in die im Gesetz und Tarif angegebenen Maßstäbe umzurechnen. Hierbei sind 70,6 Registertons und bei nach Gewichtstonnen geeichten Schiffen 150 t 200 cbm gleichzuachten. Soweit in dem unter Tarifnummer 6c fallenden Schiffsverkehre die Vermessung nach dem Reinraumgehalte geschieht, sind im Sinne der Tarifbestimmung 200 cbm 150 t und im Sinne des § 44 Abs. 1 des Gesetzes 333⅓ cbm 250 t gleichzuachten.

Einlieferungsscheine.

3. Einlieferungsscheine, die dem Ablader über den Empfang der Güter erteilt werden, unterliegen der Abgabe nach Tarifnummer 6c nicht, wenn neben ihnen über dieselbe Sendung eine versteuerte Frachturkunde (Ladeschein usw.) ausgestellt wird.

Zwischenfrachturkunden.

4. Werden im Güterverkehr über einen Umladehafen neben dem sog. Durchkonnossement (Durchfrachtbriefe) noch Zwischenfrachturkunden von oder nach dem Umladehafen ausgestellt, so sind beim Vorhandensein der sonstigen Voraussetzungen auch die letzteren Frachturkunden stempelpflichtig, wenn sie aus irgendeinem Grunde im Inland ausgestellt oder bei der Empfangnahme oder Ablieferung der Güter verwendet werden.

Besteuerung nicht voll beladener Schiffe.

5. (1) Die Stempelabgabe für ganze Schiffsladungen ist auch dann zu entrichten, wenn das Schiffsgefäß nicht voll beladen ist, die Fracht aber nach ganzer Schiffsladung berechnet wird. Geringfügige Beiladungen berühren die Stempelpflichtigkeit nicht.

(2) Die Stempelabgabe für ganze Schiffsladungen ist ferner dann zu entrichten, wenn bei nicht voll ausgenutzter Ladefähigkeit ein einheitlicher Beförderungsvertrag über den ganzen Schiffsinhalt vorliegt und die Fracht nicht nach ganzer Schiffsladung, sondern nach dem Gewicht und Raumgehalt oder nach der Stückzahl der verladenen Waren berechnet wird.

(4) Bei inländischen und ausländischen Binnenschiffsfrachturkunden der Tarifnummer 6c ist der Zeitpunkt ihrer Ausstellung für die Entscheidung der Frage, ob sie über die Ladung eines ganzen Schiffsgefäßes lauten, maßgebend. Zu diesen

Urkunden ist daher die Stempelabgabe selbst dann zu entrichten, wenn der Flußlauf nach seinen natürlichen Wasserverhältnissen stromabwärts allmählich größeren Tiefgang des Schiffes zuläßt, und schon bei der ersten Abladung feststeht oder die regelmäßigen Verkehrsverhältnisse des Schiffahrtwegs derart sind, daß auf der Weiterfahrt an bestimmten Orten zur ursprünglichen Befrachtung Zuladungen erfolgen, die nicht als unerhebliche Beiladungen anzusehen sind.

Frachtbetrag.

6. Unter dem Frachtbetrag im Sinne der Tarifnummer 6 ist der volle Betrag der Fracht zu verstehen. Bei der Beförderung von und nach ausländischen Orten ist mithin der Teil der Fracht mit inbegriffen, der auf die ausländische Beförderungsstrecke entfällt. Im übrigen ist bei der Berechnung nur die einer Fracht unter Ausschluß aller Nebengebühren, abgesehen von Schlepplohn (Tarifnummer 6c Abs. 2) zu berücksichtigen.

Beförderung eigener Waren in eigenen Schiffen.

7. Bei der Beförderung eigener Waren in eigenen Wasserfahrzeugen greifen in bezug auf die Stempelerhebung die nachstehenden Grundsätze Platz:

1. Vom Ausland eingehende Sendungen.
   Eine Stempelpflicht liegt nicht vor, falls
   a) der Reeder zur Zeit der Abladung bereits Eigentümer der Ware und zugleich Empfänger derselben ist, und
   b) die von ihm etwa ausgestellten Konnossemente nicht an dritte Personen (Ablader, Bankier, Käufer) zur Geltendmachung von Rechten an der Ware ausgehändigt werden.
2. Vom Inland nach dem Ausland ausgehende Sendungen.
   Die über diese Sendungen ausgestellten Konnossemente sind stets stempelpflichtig. Die Ausstellung von Konnossementen für die Zwecke der Versteuerung ist jedoch nicht erforderlich, falls der Reeder zugleich Eigentümer, Ablader und Empfänger der Ware ist.
3. Sendungen von einem Ort des Inlandes nach einem anderen Orte des Inlandes.
   Eine Stempelpflicht liegt nicht vor, falls
   a) der Reeder zugleich Ablader und Empfänger der Ware ist, und
   b) die von ihm ausgestellten Konnossemente (Ladescheine) nicht an dritte Personen (Bankier, Käufer) zur Geltendmachung von Rechten an der Ware ausgehändigt werden.

Ausstellung, Aushändigung und Aufbewahrung von Frachturkunden.

8. In den Fällen der Tarifnummer 6a, b und, soweit eine Verpflichtung zur Ausstellung von Frachturkunden besteht, auch im Falle der Tarifnummer 6c ist es zulässig, statt der Konnossemente oder Frachtbriefe andere ähnliche Urkunden (Parcel- oder Teilempfangsscheine u. dgl.) auszustellen und zu versteuern.

2. Eisenbahnverkehr. Verkehr mit dem Ausland.

9. (1) Im Verkehre der im Ausland gelegenen Stationen deutscher Eisenbahnverwaltungen unter sich und mit ausländischen Stationen ist der Frachturkundenstempel nicht zu erheben.

(2) Im Verkehre von und nach Deutschland sind diese Stationen für die Verwendung des Stempels als Inlandsstationen anzusehen.

(3) Der Frachturkundenstempel ist für solche Sendungen nicht zu erheben, die bei den auf deutschem Gebiete gelegenen Stationen einer ausländischen Bahnverwaltung mit ausländischen Binnenfrachtbriefen nach dem Ausland aufgegeben

werden oder von da eingehen, ferner für solche Sendungen, die zwischen zwei auf deutschem Gebiete gelegenen Stationen ausländischer Bahnverwaltungen über im Ausland gelegene Bahnstrecken abgefertigt werden. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob der Absender oder Empfänger im Ausland oder Inland wohnt. Die vorstehenden Grundsätze finden keine Anwendung, wenn der bezeichnete Verkehr nach der besonderen Lage der Verkehrsverhältnisse nicht als ein rein ausländischer Eisenbahnverkehr angesehen werden kann. Ob diese Voraussetzung zutrifft, wird von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Reichskanzler (Reichsschatzamt) entschieden.

Stempelpflichtige Frachturkunden.

10. Stempelpflichtig sind alle über den Beförderungsvorgang ausgefertigten Beförderungspapiere, also nicht nur Frachtbriefe, sondern auch Beförderungsscheine, Abfertigungsscheine, Brotversandscheine, Eisenbahnpaketadressen, Überführscheine oder andere Begleitpapiere bei Sendungen zwischen mehreren Stationen desselben Ortes oder mehreren Ladestellen derselben Station, sog. Stations-, Orts- oder Platzsendungen.

Berechnung des Stempels.

11. (1) Werden für eine Sendung statt eines Wagens mehrere gestellt und wird die Fracht nach besonderer Vorschrift wie für einen Wagen berechnet, so ist der Stempel nur für einen Wagen zu berechnen. Dies gilt auch für ein zusammengehörendes Wagenpaar, z. B. Schemel- oder Kuppelwagen, dagegen nicht, wenn der Absender mehrere Wagen benutzen muß, weil ihm ein Wagen von der geforderten Größe oder von dem geforderten Ladegewichte nicht gestellt werden kann und die Fracht für jeden Wagen getrennt zu berechnen ist.

(2) Bei Sonderzügen ist für jeden einzelnen Güter- oder Gepäckwagen der Wagenladungsstempel getrennt zu berechnen. Der für die Stempelberechnung maßgebende Frachtbetrag ist zu ermitteln, indem die Gebühr für die Lokomotiven durch die Wagenzahl geteilt und dieser Betrag zu der Gebühr für jeden einzelnen Wagen zugerechnet wird. Ist die Mindestgebühr zu berechnen, so ist sie ebenfalls durch die Wagenzahl zu teilen. Befinden sich im Zuge auch Personenwagen, so wird bei der Verteilung jeder Personenwagen für zwei Wagen gerechnet. Für die Personenwagen ist kein Frachturkundenstempel zu berechnen. Bei Abfertigung des Sonderzugs auf Abfertigungsschein oder Eilfrachtbrief ist der Stempel für Eilgut, bei Abfertigung auf gewöhnlichen Frachtbrief der Stempel für Frachtgut zu verwenden.

(3) Wird eine Sendung, für die nur eine Frachturkunde ausgestellt ist, auf einem Teile des Weges nur in einem Wagen, auf einem anderen Teile in mehreren Wagen befördert, z. B. beim Übergange von oder auf Kleinbahnen, so ist der Stempel nur für einen Wagen zu berechnen.

(4) Wird eine Sendung mit einer neuen Frachturkunde weitergesandt, so ist sie als neu aufgegeben zu behandeln. Dies gilt auch von Reexpeditionssendungen.

(5) Für die Berechnung des Wagenladungsstempels ist die wirklich berechnete Fracht auf Eisenbahn oder Kleinbahn maßgebend, im Verkehre mit dem Ausland oder, wenn die Beförderung teils auf Eisenbahn, teils auf Kleinbahn — auch Schmalspurbahnen — stattfindet, für den ganzen in der Frachturkunde angegebenen Beförderungsweg. Unter Fracht sind die Gebühren für die Beförderung des Gutes zwischen Aufgabe- und Bestimmungsstation — auch Kleinbahnstationen — zu verstehen, also z. B. auch Zuschlags- und Anstoßfrachten, dagegen nicht Frachtzuschläge (§ 60 der Eisenbahnverkehrsordnung), Nebengebühren, Schutzwagengebühren, Rangiergebühren, Anschlußfrachten usw.

3. Sammelladungsverkehr.

12. Die Annahme eines Eisenbahn-Sammelladungsverkehrs der Spediteure im Sinne der Tarifnummer 6c wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Spediteur die Versendung von Gütern verschiedener Versender vom Aufgabeorte nach dem Bestimmungsorte zusammen auf einen Frachtbrief ausschließlich im Eisenbahnstückgutverkehre bewirkt.

b) Änderungen der Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetze. (ZBl. 177.)

I. Abschnitt VI der Ausführungsbestimmungen wird geändert wie folgt:

VI. Frachturkunden.

Zur Tarifnummer 6 und zu den §§ 43 bis 51 des Gesetzes in der Fassung des Frachturkundenstempelgesetzes vom 17. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 555).

1. Begriffliche Unterscheidung der Gütersendungen.

§ 92. (1) Sendungen, die mit Eilfrachtbrief aufgeliefert werden, sind als Eilgut Sendungen, die mit gewöhnlichem Frachtbrief aufgeliefert werden, als Frachtgut zu behandeln.

(2) Sendungen, die mit Eisenbahnpaketadresse aufgegeben werden, sind als Expreßgut zu behandeln.

(3) Als Fracht- und Eilstückgut gelten solche Sendungen, für die die Fracht nach den Stückgutsätzen, als Fracht- und Eilgut in Wagenladungen solche Sendungen, für die die Fracht nach den Wagenladungssätzen berechnet ist.

(4) Fahrzeuge, für die Kilometerfracht für die Achse oder den Wagen berechnet wird, gelten als Fracht- oder Eilgut in Wagenladungen.

(5) Lebende Tiere gelten als Eilstückgut, wenn sie zu Stücksätzen abgefertigt werden, als Eilgut in Wagenladungen, wenn sie zu Ladungssätzen abgefertigt werden oder für die Beförderung bestimmungsgemäß ein ganzer Wagen zur ausschließlichen Benutzung gestellt wird.

(6) Leichensendungen, für die Kilometerfracht berechnet wird, gelten als Eilgut in Wagenladungen.

2. Stempelberechnung im gebrochenen Verkehr und im vereinigten Eisenbahn- und Schiffsverkehre.

§ 92a. (1) Geht eine als Eisenbahnwagenladung verfrachtete Sendung infolge Umladung als Seefrachtgut auf dieselbe Frachturkunde weiter oder umgekehrt, so ist die Abgabe nach dem Steuersatze für diejenige Beförderungsweise zu berechnen, welche den höheren Stempelbetrag ergibt.

(2) Im deutschen Levanteverkehr über $\frac{\text{Bremen}}{\text{Hamburg}}$ seewärts nach Hafenplätzen der Levante und im deutschen Ostafrikaverkehr über Hamburg ist der Frachtbrief nach Tarifnummer 6d, das Konnossement nach Tarifnummer 6a zu versteuern.

(3) Die Befreiung unter 1 der Tarifnummer 6 greift auch dann Platz, wenn die Frachtfreiheit nur für die Beförderung auf der Eisenbahnstrecke gilt.

3. Stempelzeichen.

§ 92b. (1) Zur Entrichtung der in Tarifnummer 6 bezeichneten Abgabe dienen Stempelmarken zu 5, 10, 20, 25, 30, 40, 50, 75 Pfennig, 1, 1½, 2, 3, 5 und 10 Mark, gestempelte Vordrucke für Eisenbahnfrachtbriefe zu 10 und 20 Pfennig und gestempelte Vordrucke für Eisenbahnpaketadressen zu 10 Pfennig.

(2) Die Marken haben eine Länge von 38 und eine Breite von 20 Millimeter. Sämtliche Wertarten zeigen in einem von einem Perlenrand umgebenen Kreise

einen bei den Markwerten nach links, bei den Pfennigwerten nach rechts sehenden Merkurkopf, die Aufschrift „DEUTSCHES REICH", „FRACHTSTEMPEL", die Wertbezeichnung und auf guillochiertem Grunde am unteren Rande den Vordruck „den" für den Tag der Verwendung. Die Marken zu 5 Pfennig sind schokoladenbraun diejenigen zu 10 Pfennig rot, zu 20 Pfennig blau, zu 25 Pfennig orange, zu 30 Pfennig braun, zu 40 Pfennig schiefergrau, zu 50 Pfennig violett, zu 75 Pfennig grün, zu 1 Mark grün und rot, zu 1½ Mark rotbraun und hellviolett, zu 2 Mark blau und gelb, zu 3 Mark braungrün und hellgrüngrau, zu 5 Mark rot und orange, zu 10 Mark violett und grau.

(3) Die gestempelten Vordrucke für Frachtbriefe und Eisenbahnpaketadressen sind mit einem schwarzen Stempelaufdruck von der im § 93 Abs. 2 bezeichneten Art versehen.

4. Verkauf der Stempelzeichen.

§ 92c. (1) Die Stempelmarken werden durch die von den Landesregierungen hierzu bestimmten Amtsstellen verkauft. Die Landesaufsichtsbehörden bestimmen außerdem die Dienststellen der Eisenbahnen und Kleinbahnen, welche Stempelmarken und gestempelte Vordrucke verkaufen, und die von ihnen zu verkaufenden Wertarten. Beim Verkaufe von gestempelten Vordrucken kann neben dem Betrage des Stempels für die Herstellung und Lieferung der Vordrucke ein besonderes Entgelt verlangt werden.

(2) Die Dienststellen der Eisenbahnen und Kleinbahnen haben die Stempelmarken von Verkaufsstellen des Bundesstaats zu beziehen, in dessen Gebiete sie gelegen sind. Den beteiligten Bundesstaaten bleibt es unbenommen, anderweite Vereinbarung untereinander zu treffen; die Vereinbarung ist dem Reichskanzler (Reichsschatzamt) mitzuteilen.

5. Eiserner Bestand der Eisenbahndienststellen

§ 92d. (1) Für die im § 92c Abs. 1 bezeichneten Dienststellen der Eisenbahnen und Kleinbahnen sind erstmalig als eiserner Bestand in Höhe eines Monatsbedarfs ohne Entrichtung des Gegenwerts Frachtstempelmarken zu überweisen und für den Verkauf durch diese Stellen bestimmte Vordrucke abzustempeln. Für Kleinbahnen kann die Begünstigung an die Bestellung von Sicherheit geknüpft werden. Die näheren Bestimmungen über die Abstempelung trifft die oberste Landesfinanzbehörde.

(2) Die den Eisenbahndienststellen als eiserner Bestand gelieferten Stempelmarken sind in der Anlage 7 zu den vierteljährlichen Reichssteuerübersichten mit als Bestand nachzuweisen. Der Stempelwertbetrag der ohne Entrichtung der Stempelabgabe als eiserner Bestand abgestempelten Vordrucke ist ebendaselbst in der Bemerkungsspalte anzugeben.

(3) Die zur Ergänzung des eisernen Bestandes erforderlichen Stempelmarken haben die Dienststellen jeweilig gegen Vergütung des Steuerwerts unmittelbar von den im § 92c Abs. 1 Satz 1 bezeichneten Amtsstellen zu beziehen.

6. Entwertung der Stempelmarken.

§ 92e. (1) Die Entwertung der Marken erfolgt außerhalb des Eisenbahnverkehrs in der Weise, daß auf jeder Marke Tag, Monat und Jahr der Verwendung entsprechend den Bestimmungen im § 61 eingetragen werden. Die Marke darf außerdem mit einem fünfeckigen Sterne dergestalt durchlocht werden, daß der Stern den Kopf der Marke trifft, die wesentlichen Merkmale der Marke und insbesondere den Entwertungsvermerk aber unverletzt läßt.

(2) Im Eisenbahnverkehre sind die Stempelmarken ausschließlich durch die Eisenbahndienststellen zu entwerten. Die Entwertung erfolgt mit dem Tagesstempel

der Versand- oder Empfangsstation. Zu der Abstempelung ist eine die Beseitigung des Stempelaufdrucks möglichst ausschließende Farbe zu verwenden. Ist nach den Vorschriften der Eisenbahnverwaltung bei im Inland aufgegebenen Sendungen die Stempelabgabe vom Absender einzuziehen und hat dieser zu den Frachtbriefen nicht Vordrucke mit eingedrucktem Stempel verwendet, so hat er die Stempelmarken im erforderlichen Betrag auf den Frachtbriefen unentwertet vor der Auflieferung aufzukleben. Bei Stückgut- und Expreßgutsendungen soll die Marke an der für den Stempel der Versandstation bestimmten Stelle aufgeklebt werden.

7. Abstempelung von Privatvordrucken durch Steuerstellen.

§ 93. (1) Auf Antrag können von den Steuerstellen Vordrucke zu Schiffsfrachturkunden der in Tarifnummer 6a, b bezeichneten Art mit einem Stempelaufdruck im Wertbetrage von 10 Pfennig und 1 Mark sowie Vordrucke zu Eisenbahnfrachtbriefen mit einem Stempelaufdruck im Wertbetrage von 10 Pfennig und 20 Pfennig und zu Eisenbahnpaketadressen mit einem Stempelaufdruck im Wertbetrage von 10 Pfennig versehen werden. Vordrucke zu Schiffsfrachturkunden werden nur insoweit, als dies bisher zulässig war, Vordrucke zu Eisenbahnfrachtbriefen und Eisenbahnpaketadressen nur in Mengen von mindestens 1000 Stück abgestempelt. Die Frachtbriefe sind so gefalzt und geordnet vorzulegen, daß sie ohne weitere Vorbereitung abgestempelt werden können.

(2) Die Druckstempel für die Abstempelung haben eine ausgezackte Form. In der Mitte befindet sich ein Kreis mit einem Merkurkopf im Umriß. Bei dem Stempel zu 1 Mark blickt der Kopf nach links, bei demjenigen zu 10 und 20 Pfennig nach rechts wie bei den gleichwertigen Marken. Über dem Merkurkopf befindet sich die Kaiserkrone, darunter die Aufschrift „DEUTSCHER FRACHTSTEMPEL“ und die Unterscheidungsnummer, zu beiden Seiten die Wertbezeichnung. Die Größe des Stempels zu 1 Mark beträgt 38, diejenige des Stempels zu 10 und 20 Pfennig 25 Millimeter in der Höhe. Der Aufdruck geschieht mit schwarzer Stempelfarbe.

(3) Auf den Eisenbahnfrachtbriefen und Eisenbahnpaketadressen ist der Stempel mittels Maschine in dem für den Stempel der Versandstation bestimmten Raume, und zwar rechts oben, aufzudrucken.

(4) Die Anmeldung zur Abstempelung erfolgt unter Benutzung des Musters 16 in doppelter Ausfertigung. Mit der Anmeldung ist der Abgabebetrag gleichzeitig einzuzahlen.

8. Abstempelung durch Privatdruckereien.

§ 93a. (1) Die Bestimmungen des § 47 Abs. 2 sind auf die Abstempelung von Vordrucken für Eisenbahnfrachtbriefe mit dem Stempelaufdruck im Wertbetrage von 10 und 20 Pfennig und für Eisenbahnpaketadressen mit dem Stempelaufdruck im Wertbetrage von 10 Pfennig durch zuverlässige Privatdruckereien, die sich mit der Herstellung von Eisenbahnfrachtbriefen und Eisenbahnpaketadressen befassen, entsprechend anzuwenden. Die Abstempelung ist nur zulässig, wenn die Vordrucke die Angabe der Firma der Druckerei und eine Reihenbezeichnung enthalten, die die Gesamtzahl der gleichzeitig bedruckten Stücke ersehen läßt (z. B. Druckerei von Anton Schmidt in Cöln, Reihe D Nr. 5001 bis 10000). Der Aufdruck geschieht mit schwarzer Stempelfarbe.

(2) Die Abstempelung ist bei der Steuerstelle zu beantragen, in deren Bezirke die Druckerei liegt. In der nach dem Muster 16 in doppelter Ausfertigung einzureichenden Anmeldung sind in den Spalten 4 bis 6 die Frachtbriefe und Paketadressen getrennt nach dem Steuersatz und unter Angabe der Reihenbezeichnung sowie der fortlaufenden Nummern aufzuführen. Mit der Anmeldung ist der Abgabebetrag gleichzeitig einzuzahlen.

(3) Die Bestimmung im § 93 Abs. 3 findet Anwendung.

§ 93b. Über die Aufdruckung des Reichsstempels auf Frachtbriefe und Eisenbahnpaketadressen, die in eigenen Druckereien der Eisenbahnverwaltungen des Reichs und der Bundesstaaten hergestellt werden, durch diese Druckereien und die Abführung der Stempelabgabe Bestimmungen zu treffen, bleibt der obersten Landesfinanzbehörde unter Zustimmung des Reichskanzlers (Reichsschatzamt) vorbehalten.

9. Nachträgliche Steuerentrichtung ohne Markenverwendung.

§ 94. (1) Bei Militärgut- und Militärtiersendungen, deren Beförderungskosten gestundet werden, ist die Abgabe ohne Verwendung von Stempelzeichen zu entrichten. Mit Zustimmung des Reichskanzlers (Reichsschatzamt) kann, wenn die Gebühren für zu stundende Militärsendungen auf Grund der Militäreisenbahnordnung pauschaliert sind, für diese Sendungen auch eine Pauschalierung des Frachturkundenstempels durch die oberste Landesfinanzbehörde angeordnet werden.

(2) Die Stempelbeträge werden nachträglich berechnet. Die Abrechnungsstellen (Verkehrskontrollen) der Eisenbahnverwaltungen, teilen den zahlenden Militärstellen die Stempelabgaben mit und benachrichtigen gleichzeitig von deren Gesamtbetrag die von der obersten Landesfinanzbehörde zur Vereinnahmung der Stempelabgaben bestimmte Steuerstelle. Die zahlenden Militärstellen übersenden darauf dieser Steuerstelle ihrerseits eine Nachweisung über die im Abrechnungszeitraume fällig gewordene Abgabe in zweifacher Ausfertigung nach Maßgabe des Musters 19a und führen gleichzeitig den Betrag der Abgabe an die Steuerstelle ab.

(3) Die Steuerstelle hat den Abgabebetrag im Einnahmebuche zu vereinnahmen, die Benachrichtigungen der Verkehrskontrollen und die eine Ausfertigung der Nachweisung als Beleg zum Anmeldungsbuche zu nehmen, die andere mit Empfangsbekenntnis zurückzusenden.

10. Eisenbahn-Sammelladungsverkehr der Spediteure.

§ 94a. (1) Die Abgabe von den Einzelsendungen, die im Eisenbahn-Sammelladungsverkehre der Spediteure befördert werden (Tarifnummer 6c), ist bei vom Ausland eingehenden Sendungen vom Empfänger der Sammelladung, bei im Inland aufgegebenen Sendungen von dem Spediteur zu entrichten, der die Sammelladung bildet. Enthält eine Eisenbahn-Sammalladung Sammelgut verschiedener Spediteure, so ist jeder zur Entrichtung drr Abgabe für die von ihm in die Sammelladung gegebenen Sendungen verpflichtet.

(2) Die Abgabe ist durch Verwendung von Frachturkundenstempelmarken zu der Urkunde (Bordereau, Avis und dergleichen) zu entrichten, durch die dem Empfänger des Sammelguts die Verfügungsanweisung über dieses erteilt wird (Sammelgutüberweisung). In der Sammelgutüberweisung desjenigen Spediteurs, der die Eisenbahn-Sammelladung bildet, ist das Sammelgut anderer Spediteure als solches ersichtlich zu machen.

(3) Die Stempelmarken sind bei vom Ausland eingehenden Sammelladungen binnen einer Woche nach Empfang der Sammelgutüberweisung, spätestens jedoch vor Aushändigung des Gutes, zu der Urkunde selbst, bei im Inland aufgegebenen Sendungen binnen einer Woche nach Absendung der Sammelgutüberweisung zu einer Abschrift oder einem Abdruck zu verwenden, die vom Aussteller zurückbehalten sind. Die Urkunden sind der Zeitfolge nach geordnet während der Dauer von fünf Jahren aufzubewahren.

§ 94b. Ist eine Urkunde der im § 94a bezeichneten Art nicht erteilt, so ist die Abgabe von den daselbst im Abs. 1 bezeichneten Personen bei vom Ausland eingehenden Sammelladungen binnen der im Abs. 3 Satz 1 daselbst abgegebenen Frist, bei im Inland aufgegebenen Sendungen binnen einer Woche nach der Abfertigung der Sammelladung durch Verwendung von Frachturkundenstempelmarken zu einer

von ihnen zu bewirkenden Ausstellung zu entrichten, in welcher die in der Sammelladung vereinigten Einzelsendungen nach Art, Zahl und Bezeichnung, Versendungs- und Bestimmungsort sowie Absender und Empfänger einzeln aufzuführen sind. Der letzte Satz des § 94a Abs. 3 gilt auch hier.

§ 94c. (1) Gehen im Eisenbahnstückgutverkehr abgefertigte Einzelsendungen während der Beförderung nach ihrem Bestimmungsort in den Eisenbahn-Sammelladungsverkehr über, so sind in den in §§ 94a, 94b bezeichneten Urkunden (Sammelgutüberweisung, Aufstellung) die die Stempelfreiheit nach der Befreiung 3 zu Tarifnummer 6e begründenden Umstände anzugeben und die stempelfreien Posten mit dem Vermerke „stempelfrei" zu versehen.

(2) Werden in eine Sammelladung Einzelsendungen aufgenommen, die nach einem über den Bestimmungsort der Sammelladung hinausliegenden Ort bestimmt sind, und für die sich Stempelfreiheit nicht bereits nach Abs. 1 ergibt, so darf ihre Besteuerung in der Urkunde nur unterbleiben, wenn der Aussteller in dieser unter Angabe des Empfängers und des Bestimmungsorts der Einzelsendung bescheinigt, daß die Einzelsendung vom Bestimmungsorte der Sammelladung im Eisenbahnstückgutverkehre weiterbefördert wird. Geht die Einzelsendung vom Bestimmungsorte der Sammelladung statt im Eisenbahnstückgutverkehr im Sammelladungsverkehre weiter, so hat der die neue Sammelladung bildende Spediteur die Versteuerung zu bewirken. Unterbleibt aus anderen Gründen die Weiterversendung im Eisenbahnstückgutverkehre, so hat der Aussteller der Urkunde die Nachversteuerung binnen einer Woche, nachdem er Kenntnis hiervon erhalten hat, zu bewirken.

11. Ausstellung und Aushändigung von Frachturkunden.

§ 95. (1) Von mehreren über denselben Frachtvertrag lautenden Urkunden (weitere Ausfertigungen, Duplikate, Abschriften) ist nur eine stempelpflichtig. Im Seefrachtverkehr ist bei im Inland ausgestellten Urkunden diejenige Abschrift oder Ausfertigung stempelpflichtig, welche der Ablader dem Reeder aushändigt, bei im Ausland ausgestellten Urkunden diejenige Ausfertigung, welche der Empfänger bei der Ablieferung der Sendung ausgehändigt erhält (Frachtbrief), oder die von ihm behufs Auslieferung der Sendung vorgelegt wird (Konnossement).

(2) Statt an den Reeder kann die Aushändigung der Urkunde auch an dessen Vertreter erfolgen.

(3) Statt der Abschrift oder Ausfertigung der Frachturkunde kann in den Fällen der Tarifnummer 6a, b auch ein Auszug daraus ausgehändigt werden, sofern dieser mindestens den Namen des Schiffes, des Schiffers, Abladers und Empfängers, den Abladungs- und Löschungshafen, den Ort und Tag der Ausstellung sowie Menge und Merkzeichen der zur Versendung gelangenden Güter und eine allgemeine Bezeichnung des Inhalts enthält.

§ 96. Erfolgt die Beförderung von Gütern zum Teil im Landverkehre, zum Teil im Schiffsverkehre, so ist, soweit für letzteren die Ausstellung einer Frachturkunde der im Tarif bezeichneten Art vorgeschrieben ist, eine solche spätestens vor der Abladung der Güter auszuhändigen.

12. Aufbewahrung von Frachturkunden.

§ 97. Die Aufbewahrung der abgabepflichtigen Schriftstücke (§ 46 des Gesetzes) liegt bei inländischen Seefrachturkunden dem Reeder oder dessen Vertreter, bei ausländischen Urkunden dieser Art demjenigen ob, welchem sie bei Ablieferung oder Empfangnahme der Sendung ausgehändigt werden. Nach näherer Bestimmung der Direktivbehörde kann auch bei ausländischen Seefrachturkunden die Aufbewahrung durch den Reeder oder dessen Vertreter zugelassen werden.

§ 98. (1) Im Schiffsverkehre der in Tarifnummer 6c bezeichneten Art ist bei im Inland ausgestellten Ladescheinen der Frachturkundenstempel zu einer Aus-

fertigung oder Abschrift des Ladescheins zu verwenden, die von dem zur Aufbewahrung der Urkunde Verpflichteten zurückzubehalten und, falls er nicht selbst der Aussteller ist, ihm auszuhändigen ist.

(2) Zur Aufbewahrung der zu versteuernden Ausfertigung oder Abschrift des Ladescheins ist verpflichtet,

1. wenn der Frachtführer eine ständige Geschäftsniederlassung im Inland hat dieser; andernfalls
2. wenn der Frachtvertrag durch einen gewerbsmäßigen Vermittler (Prokureur, genossenschaftliche Vereinigung von Schiffern usw.) abgeschlossen ist, der Vermittler;
3. in den übrigen Fällen der Absender der Sendung.

(3) Sind bei Vermittelung eines Frachtvertrags ein Prokureur und eine Genossenschaft der zu 2 genannten Art beteiligt, so liegt die Pflicht zur Aufbewahrung der Urkunde der Genossenschaft ob.

§ 99. (1) Bei im Ausland ausgestellten Ladescheinen liegt die Verpflichtung zur Aufbewahrung, wenn der Frachtführer eine ständige Geschäftsniederlassung im Inland hat und der Ladeschein bei Ablieferung der Sendung dem Frachtführer auszuhändigen ist, diesem, andernfalls dem Empfänger der Sendung ob.

(2) Ist hiernach der Empfänger zur Aufbewahrung verpflichtet und ist der Ladeschein von ihm bei Empfangnahme der Sendung dem Frachtführer auszuhändigen, so hat er die Stempelabgabe zu einer zurückzubehaltenden Abschrift des Ladescheins zu verwenden.

§ 100. (1) Die Aufbewahrung der Ausfertigung oder Abschrift des Ladescheins, zu welchem die Stempelabgabe zu entrichten ist, hat, sofern die Urkunde im Inland ausgestellt ist, an dem Orte zu erfolgen, an welchem die Beförderung beginnt; sofern sie im Ausland ausgestellt ist, an dem Orte, an welchem die Beförderung endigt.

(2) Hat der Aufbewahrungspflichtige an dem Orte, an dem hiernach die Urkunde aufzubewahren ist, weder einen Wohnsitz noch eine Geschäftsniederlassung, so ist die Aufbewahrung bei der diesem Orte nächstgelegenen Geschäftsniederlassung und in Ermangelung einer solchen am Wohnsitz des Aufbewahrungspflichtigen zu bewirken.

§ 101. Die obersten Landesfinanzbehörden sind ermächtigt, Abweichungen von den Bestimmungen der §§ 98, 99 anzuordnen, sofern andere Einrichtungen bestehen, nach denen die Prüfung der Stempelentrichtung an dem im § 100 bestimmten Orte zuverlässig erfolgen kann.

§ 102. Die Schriftstücke, von welchen die Abgabe nach Tarifnummer 6a, b, c zu entrichten ist, sind der Zeitfolge nach geordnet während der Dauer eines Jahres aufzubewahren.

§ 103. Ist der Stempel zu einer von mehreren Ausfertigungen des Ladescheins oder zu einer Abschrift des Ladescheins verwendet, so soll zu den übrigen Ausfertigungen oder zur Urschrift ein vom Stempelpflichtigen mit seinem Namen zu versehender Vermerk über den verwendeten Stempelbetrag gebracht werden.

13. Stempelerlaß aus Billigkeitsrücksichten.

§ 104. (1) Die Direktivbehörden sind ermächtigt, auf Antrag Erlaß des Frachturkundenstempels zu gewähren, wenn infolge von Fällen höherer Gewalt (Ausfuhrverbot, Mobilmachung, Kriegsausbruch und dergleichen), infolge von Betriebsunfällen oder infolge von Versehen des Frachtführers oder seiner Angestellten die Beförderung auf die ursprüngliche Frachturkunde nachweislich überhaupt nicht oder nicht nach Maßgabe der Frachturkunde ausgeführt, und wenn infolge hiervon auf die Frachturkunde eine Fracht nicht erhoben oder die erhobene Fracht erstattet worden ist.

(2) Im Falle der Ausstellung einer neuen oder einer weiteren Frachturkunde

ist die Stempelabgabe für diejenige Frachturkunde zu erlassen, welche frachtfrei gestellt worden ist.

(3) Ist die Freistellung von der Fracht nur zum Teil erfolgt, so ist die Stempelabgabe bis auf den der ermäßigten Fracht entsprechenden Betrag zu erlassen.

(4) Wird in anderen als den vorbezeichneten Fällen nachträglich die Fracht von der Eisenbahn geändert, so ist der Frachturkundenstempel gleichfalls entsprechend der geänderten Fracht zu berechnen.

II. Abschnitt XIII der Ausführungsbestimmungen wird geändert, wie folgt:

1. a) Dem § 210 Abs. 1 werden folgende Bestimmungen als Satz 3, 4 hinzugefügt:

Verdorbene Frachturkundenstempelzeichen und Frachturkundenstempelmarken, mit denen demnächst verdorbene Frachturkunden versehen sind, werden auch von den im § 92c Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Dienststellen der vom Reiche und den Bundesstaaten betriebenen Eisenbahnen unter den angegebenen Voraussetzungen unentgeltlich ersetzt. Die ersetzten Stempelzeichen sind den Dienststellen gegen Einlieferung von der Steuerstelle durch Gewährung von Stempelmarken im entsprechenden Betrage zu vergüten.

b) Im § 210 Abs. 2 werden hinter dem Worte „Bezirkes" die Worte „oder bei der Eisenbahndienststelle" eingefügt.

c) Im § 210 Abs. 3 werden vor dem Worte „Scheckvordrucke" die Worte eingefügt „Frachturkundenvordrucke oder".

d) Im § 210 Abs. 4 wird folgende Bestimmung als Satz 2 eingestellt:

„Bei der Verabfolgung von Frachturkundenvordrucken kann ein Entgelt entsprechend dem § 92c Abs. 1 Satz 3 gefordert werden."

2. Im § 211 Abs. 1 werden vor dem Worte „Schecks" die Worte eingefügt: „Frachturkunden oder" und vor dem Worte „Scheckstempelmarken" die Worte „Frachturkundenstempelmarken oder".

3. § 220 Abs. 3 ist, wie folgt, zu fassen:

Bei privaten Verkehrsanstalten, die den Fahrkartenstempel im Abrechnungsverfahren abführen, ist die Entrichtung des Fahrkartenstempels mindestens alle zwei Jahre, die des Frachturkundenstempels alle drei bis fünf Jahre nachzuprüfen. Letzteres gilt auch für private Verkehrsanstalten, die sich ausschließlich mit der Beförderung von Gütern befassen. Bei privaten Verkehrsanstalten, die nicht zum Abrechnungsverfahren zugelassen sind, ist die Entrichtung sowohl des Fahrkartenstempels wie des Frachturkundenstempels mindestens einmal jährlich nachzuprüfen. Für die Prüfung des Frachturkundenstempels im Schiffsverkehre kann die Direktivbehörde auf Antrag die Prüfungsfrist in allen Fällen bis auf fünf Jahre verlängern. In diesem Falle muß sich der Antragstellec schriftlich verpflichten, die Frachturkunden während eines der verlängerten Prüfungsfrist entsprechenden Zeitraums aufzubewahren und zur Prüfung vorzulegen. Der Antrag ist abzulehnen, wenn durch die Fristverlängerung das Prüfungsgeschäft ungebührlich erschwert werden würde. Bei Spediteuren ist die Entrichtung des Frachturkundenstempels mindestens alle drei Jahre nachzuprüfen. Von einer regelmäßigen Nachprüfung kann mit Genehmigung der Direktivbehörde bei Spediteuren abgesehen werden, in deren Geschäftsbetrieb kein oder nur ein unerheblicher Sammelladungsverkehr stattfindet.

4. Im § 223 Abs. 5 ist die Ziffer 6 hinter der Ziffer 4 zu streichen und hinter der Ziffer 1A einzufügen.

III. In Abschnitt XV der Ausführungsbestimmungen ist im § 242 Abs. 2 hinter „§ 67" einzufügen: „§ 104".

IV. 1. Hinter Muster 19 wird anliegendes Muster 19a eingefügt[1]).
2. Im Muster 38 ist unter „D" hinzuzufügen:
„d) nach Tarifnummer 6c."
3. In der Anleitung zu Muster 40 ist
a) unter 1i2 das Wort „Seefrachturkunden" zu ändern in „Frachturkunden",
b) hinter „m" einzufügen:
„mm) Nachweisung zur Entrichtung gestundeter Frachtstempel — Muster 19a —;".

Literatur.

Loed, Frachturkundenstempelgesetz, 1916. — Stier-Somlo, Frachturkundenstempelgesetz, 1916. — Weinbach, Die neuen Reichssteuern des Jahres 1916, PrVerwBl. 37 660.

Uberstädt, DJSchHandKorr. 16 11. Es empfiehlt sich, das Gesetz dahin abzuändern, daß man die Kosten des Frachturkundenstempels den Absendern auferlegt. Wenn man noch ein weiteres zur besseren Kontrolle tun will, könnte man jedem Frachtführer auftragen, keine Frachtbriefe zur weiteren Erledigung anzunehmen, die nicht den Frachtstempel tragen. Der Weg wäre dann wenigstens klar für ihn vorgeschrieben. Er wäre aus einer unangenehmen Zwickmühle befreit. Jetzt weiß er nicht, von wem er den Stempel fordern soll, vom Absender oder vom Empfänger.

7. Gesetz über Erhöhung der Tabakabgaben. Vom 12. Juni 1916.
(RGBl. 507.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Art. I. Das Tabaksteuergesetz vom 15. Juli 1909 (RGBl. S. 793) wird, wie folgt, geändert:

1. An die Stelle des § 1 treten die nachstehenden Vorschriften:

§ 1. Zoll.

An Zoll ist zu erheben für 1 Doppelzentner:

1. Tabakblätter, unbearbeitet oder nur gegoren (fermentiert) oder über Rauch getrocknet, auch in Büscheln, Bündeln oder Puppen	130 Mark,
2. Tabakerzeugnisse:	
a) Tabakrippen und Tabakstengel, auch mit Tabakbrühe behandelt (gebeizt)	85 „
b) Tabaklaugen, auch gemischt mit Tabakbrühe	100 „
Anmerkung: Nach näherer Bestimmung des Bundesrats können Tabaklaugen, die zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen bestimmt sind, zollfrei abgelassen werden.	
c) Tabakblätter, bearbeitet (ganz oder teilweise entrippt, auch mit Tabakbrühe behandelt [gebeizt] usw.); Abfälle von bearbeiteten Tabakblättern und Abfälle von Tabakerzeugnissen, auch gemischt mit Abfällen von Rohtabak (Scraps)	280 „
d) Karotten (Mangotes), Stangen und Rollen, zur Herstellung von Schnupftabak	300 „

[1]) Nicht mit abgedruckt.

e) Schnupftabak, Kautabak, Pfeifentabak in Rollen oder Platten, Tabakmehl, Tabakstaub; Papier aus Stengeln oder Rippen von Tabakblättern . . . . . 600 Mark,
f) geschnittener Rauchtabak . . . . . 1100 „
g) Zigarren . . . . . 700 „
h) Zigaretten . . . . . 1500 „

Anmerkung: Für Zigarettenpapier aus Stengeln oder Rippen von Tabakblättern mit Ausnahme des zur gewerblichen Verarbeitung bestimmten, ferner für feingeschnittenen Tabak und für Zigaretten sind neben dem Eingangszolle die inneren Abgaben zu erheben.

2. § 2 Abs. 1 Satz 1 wird, wie folgt, geändert:
Tabakblätter, unbearbeitet und bearbeitet (§ 1 Ziffer 1 und 2c), unterliegen außer dem vorgeschriebenen Zolle einem Zollzuschlage von fünfundsechzig vom Hundert des Wertes.

3. § 2 Abs. 3 erhält folgenden Zusatz:
Der Zollzuschlag kann auf Antrag gegen Sicherheitsleistung für eine Frist bis zu sechs Monaten gestundet werden.

4. § 9 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
Zigarren unterliegen außer dem vorgeschriebenen Zolle einem gleichzeitig mit diesem zu entrichtenden Zollzuschlage von fünfundsechzig vom Hundert des Wertes.

5. An die Stelle von § 9 Abs. 5 Satz 1 tritt folgende Vorschrift:
Für die im Reiseverkehr eingebrachten Zigarren beträgt der Zollzuschlag 1700 Mark für einen Doppelzentner.

6. § 11 Abs. 2 wird, wie folgt, geändert:
Die Steuer wird vom Gewichte des Tabaks in gegorenem (fermentiertem) oder getrocknetem, verarbeitungsreifem Zustand erhoben und beträgt für einen Doppelzentner
Tabakblätter . . . . . 70 Mark,
Tabakblätter, welche zur Herstellung von Tabakerzeugnissen verwendet werden, auf die das Zigarettensteuergesetz vom 3. Juni 1906 Anwendung findet, und Grumpen . . . . 45 „

7. Im § 25 Abs. 3 wird nach dem zweiten Satze folgende Vorschrift eingefügt:
Nach näherer Bestimmung des Bundesrats kann von der Erhebung der Tabaksteuer auch dann abgesehen werden, wenn der Tabak zur Herstellung von Tabaklauge verarbeitet und die gewonnene Lauge entweder über die Zollgrenze ausgeführt oder zur Verwendung bei der Herstellung menschlicher Genußmittel unbrauchbar gemacht oder zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen verwendet wird.

8. § 33 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
Die Steuer beträgt für einen Geviertmeter der mit Tabak bepflanzten Fläche 7 Pfennig, im ganzen aber mindestens 70 Pfennig.

Art. II. Das Zigarettensteuergesetz vom 3. Juni 1906 (RGBl. S. 631) wird, wie folgt, geändert:

1. Im § 2 Abs. 1 wird Ziffer 2a aufgehoben; in Ziffer 2b ist statt „5 bis 10 Mark" zu setzen: „8 bis 10 Mark".
2. Im § 2 Abs. 3 Satz 1 ist statt „3 Mark" und im § 5 Abs. 3 Satz 1 statt „drei Mark" zu setzen: „acht Mark".
3. Im § 2 Abs. 3 wird als Satz 2 eingefügt:
Der Bundesrat ist ermächtigt, diese Preisgrenze bis auf fünf Mark herabzusetzen.

Art. III. Kriegsaufschlag für zigarettensteuerpflichtige Erzeugnisse.

Für zigarettensteuerpflichtige Erzeugnisse werden neben der Zigarettensteuer (§ 2 des Zigarettensteuergesetzes vom 3. Juni 1906 und Artikel IIIa des Gesetzes wegen Änderung des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909) folgende Kriegsaufschläge erhoben:

1. für Zigaretten im Kleinverkaufspreise

bis zu 1½			Pfennig das Stück . . .		3	Mark	für	1000	Stück,
über 1½	bis	2½	Pfennig das Stück		5	„	„	1000	„
„ 2½	„	3½	„	„ „	7	„	„	1000	„
„ 3½	„	5	„	„ „	12	„	„	1000	„
„ 5	„	7	„	„ „	18	„	„	1000	„
„ 7	Pfennig das Stück				25	„	„	1000	„

2. für Zigarettentabak im Kleinverkaufspreis

über 8	bis	10	Mark das Kilogramm		3	Mark	für	ein	Kilogramm
„ 10	„	20	„	„ „	5	„	„	„	„
„ 20	„	30	„	„ „	8	„	„	„	„
„ 30	Mark das Kilogramm . . .				12	„	„	„	„

3. für Zigarettenpapier, mit Ausnahme des zur gewerblichen Verarbeitung bestimmten, 6 Mark für 1000 Zigarettenhüllen.

Der Bundesrat ist ermächtigt, die Preisgrenze von 8 Mark in Ziffer 2 bis auf 5 Mark herabzusetzen.

Betriebe, die in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 31. Dezember 1916 mehr Zigaretten versteuert haben als in der Zeit vom 1. Oktober 1915 bis zum 31. März 1916, haben, soweit die Mehrversteuerung 15 vom Hundert überschreitet, für die mehr versteuerte Menge einen erhöhten Kriegsaufschlag zu entrichten. Der erhöhte Kriegsaufschlag beträgt bei einer Mehrversteuerung von über 15 bis 20 vom Hundert das Zweifache, bei einer Mehrversteuerung von über 20 bis 25 vom Hundert das Dreifache und bei einer Mehrversteuerung von über 25 vom Hundert das Vierfache des vom Betrieb im Kontingentsabschnitt durchschnittlich gezahlten Kriegsaufschlags.

Der Bundesrat kann zur Vermeidung von Härten für einzelne Betriebe die zum einfachen Kriegsaufschlage zu versteuernden Mengen anderweitig festsetzen.

Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1916 bestimmt der Bundesrat, für welche Mengen der einfache Kriegsaufschlag zu entrichten ist. Die darüber hinaus versteuerten Mengen unterliegen dem erhöhten Kriegsaufschlage nach vorstehenden Sätzen.

Bei der Berechnung der Zigarettensteuer (§ 2 Abs. 1 Ziffer 1 und 2 des Zigarettensteuergesetzes vom 3. Juni 1906 und Artikel IIIa des Gesetzes wegen Änderung des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909) bleibt der Kriegsaufschlag außer Betracht. Die Höchstgrenzen der Steuerklassen, dürfen bei Abgabe von Zigaretten oder Zigarettentabak an Verbraucher um den Kriegsaufschlag überschritten werden, ohne daß dadurch ein Übergang in eine höhere Steuerklasse herbeigeführt wird; dabei können Pfennigbruchteile des Kriegsaufschlags auf volle Pfennige nach oben abgerundet werden.

Der Kriegsaufschlag ist gleichzeitig mit der Zigarettensteuer zu entrichten. Die näheren Bestimmungen trifft der Bundesrat.

Für die Erhebung und Verwaltung des Kriegsaufschlags wird den Bundesstaaten keine besondere Vergütung gewährt.

Der Kriegsaufschlag kann ohne Sicherheitsleistung für eine Frist bis zu drei Monaten gestundet werden.

Im übrigen gelten die Vorschriften des Zigarettensteuergesetzes, insbesondere die Strafvorschriften, auch für den Kriegsaufschlag.

Art. IV. Übergangsvorschriften.

1. Die nach dem 15. Mai 1916 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes verzollten und versteuerten Tabakblätter unterliegen der Nachverzollung und Nachversteuerung. Für die in der gleichen Zeit von Händlern verzollten Zigarren und Zigaretten wird ein Nachzoll erhoben.

2. Für die am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes im Besitz oder Gewahrsam von Herstellern und Händlern befindlichen versteuerten Vorräte an Zigaretten, Zigarettentabaken und Zigarettenhüllen wird der Kriegsaufschlag nacherhoben. Sofern der nachzuerhebende Kriegsaufschlag mehr als 100 Mark beträgt, kann er auf Antrag für eine Frist von drei Monaten gestundet werden.

3. Hersteller und Händler haben die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes in ihrem Besitz oder Gewahrsam befindlichen versteuerten Vorräte an Zigaretten, Zigarettentabaken und Zigarettenhüllen innerhalb der zu bestimmenden Frist dem zuständigen Steueramt anzumelden.

4. Die näheren Bestimmungen über die Nachverzollung und Nachversteuerung trifft der Reichskanzler. Der Reichskanzler kann Ausnahmen zulassen.

5. Die Strafvorschriften des Vereinszollgesetzes, des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909 und des Zigarettensteuergesetzes vom 3. Juni 1906 finden auf die Nachverzollung und Nachversteuerung Anwendung.

6. Soweit beim Inkrafttreten des Gesetzes Verträge über Lieferung von Tabakblättern, Tabakerzeugnissen sowie von Zigarettenpapier durch Händler oder Hersteller bestehen, ist der Abnehmer verpflichtet, dem Händler oder Hersteller einen Zuschlag zu dem vereinbarten Preise in dem Betrage zu zahlen, um den sich für den Händler oder Hersteller die Abgabenbelastung der Waren erhöht hat.

Die Vorschrift findet keine Anwendung, wenn ausdrückliche Vertragsbestimmungen entgegenstehen.

Art. V. Die mehr als ein Jahr im Tabakgewerbe und den durch dieses mitbeschäftigen Gewerben beschäftigt gewesenen Hausgewerbetreibenden und Arbeiter, welche nachgewiesenermaßen infolge dieses Gesetzes innerhalb des ersten Jahres nach dessen Inkrafttreten entweder vorübergehend oder für längere Zeit arbeitslos werden, ohne anderweit entsprechende Beschäftigung zu finden, oder wegen notwendig gewordenen Berufswechsels oder wegen Einschränkung des Betriebs geschädigt werden, erhalten Unterstützungen bis zu einem Zeitraum von einem halben Jahre. Zu diesem Zwecke werden den Einzelstaaten die erforderlichen Mittel, dem festgestellten Bedürfnis entsprechend, überwiesen.

Die näheren Vorschriften über Umfang und Bedingungen der Zuwendungen erläßt der Bundesrat, jedoch mit der Maßgabe, daß die Unterstützung im Falle eingetretener Arbeitslosigkeit nicht weniger betragen darf als drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes.

Art. VI. Dieses Gesetz, mit Ausnahme der Vorschriften im Artikel I Ziffer 2 und im Artikel II, tritt am 1. Juli 1916 in Kraft.

Die Vorschrift im Artikel I Ziffer 2 wird durch Verordnung des Bundesrats unter entsprechender Regelung der Nachverzollung in Kraft gesetzt, jedoch nicht früher, als bis in einem Kalendervierteljahre der der Verzollung von Tabakblättern zugrunde gelegte Wert durchschnittlich weniger als 180 Mark für einen Doppelzentner betragen haben wird.

Die Vorschrift im Artikel II tritt am 1. Juni 1916 in Kraft.

Urkundlich usw.

Literatur.

Stier-Somlo, Gesetz über die Erhöhung der Tabakabgaben, 1916. — Weinbach, Die neuen Reichssteuern des Jahres 1916, PrVerw.Bl. 37 661.

Begründung.

1. Im allgemeinen.

Zur Gewinnung der für die Abgleichung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1916 notwendigen Mehreinnahmen eignet sich die Erhöhung der Tabakabgaben in besonderem Maße. Der Tabak ist ein entbehrliches Genußmittel, auf dessen Besteuerungsfähigkeit die verbündeten Regierungen bereits in früheren Vorlagen nachdrücklich hingewiesen haben (RTDrucks. 05/06 Anl. 2 zu Nr. 10; 07/09 Nr. 994). Die Besteuerungsfähigkeit des Tabaks kann auch mit der durch das Gesetz wegen Änderung des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909 herbeigeführten Mehrbelastung nicht als erschöpft angesehen werden, namentlich nicht, wenn es sich wie jetzt um die Deckung von Fehlbeträgen handelt, die durch den Krieg entstanden sind. Auch das Tabakgewerbe hat sich der Notwendigkeit einer Erhöhung der Tabakabgaben im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht verschlossen.

Nach der Statistik (Viertes Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs Jahrgang 1914 S. 124, s. auch Anlage 1)[1]) hat im Jahre 1912 im Deutschen Reiche der Ertrag der Abgaben von Tabak 182609510 M. oder 2,73 M. auf den Kopf der Bevölkerung betragen. Demgegenüber belief sich bereits im Jahre 1906 die Belastung mit Tabakabgaben auf den Kopf der Bevölkerung in Österreich auf 4,95 M., in Spanien auf 6,16 M., in Italien auf 4,37 M., in Frankreich auf 7,68 M., in den Vereinigten Staaten von Amerika auf 3,87 M. und in Großbritannien und Irland auf 6,28 M. (zu vgl. Abschnitt D der Anl. 24 zur RTDrucks. 07/09 Nr. 994). Der Gesamtaufwand der Bevölkerung des Deutschen Reichs für Tabakgenuß im Jahre 1912 kann mit rund 1 Milliarde Mark veranschlagt werden; hiervon beträgt der Ertrag der Tabakabgaben im genannten Jahre rund 18 v. H. Dagegen hat bereits im Jahre 1906 das Verhältnis zur Belastung durch staatliche Tabakabgaben zum Aufwand der Bevölkerung für Tabakgenuß sich berechnet in Österreich auf 65 v. H., in Spanien auf 70 v. H., in Italien auf 79 v. H., in Frankreich auf 82 v. H., in den Vereinigten Staaten von Amerika auf 22,5 v. H. und in Großbritannien und Irland auf rund 59 v. H. (zu vgl. Anl. 25 das.).

Der vorliegende Entw. will eine Mehrung der Einnahmen aus dem Tabak erreichen durch Erhöhung der bestehenden Abgaben auf Rohtabak und Tabakerzeugnisse sowie durch die Erhebung eines Kriegsaufschlags zur Zigarettensteuer.

Was die erstere Maßnahme anlangt, so glaubten die verbündeten Regierungen zurzeit eine Änderung der gegenwärtigen Besteuerungsart für den Rohtabak nicht in Vorschlag bringen zu sollen, um den beteiligten Betrieben, die sich erst im Jahre 1909 in die Einführung des Wertzollzuschlags finden mußten, einen Übergang in neue Verhältnisse während des Krieges zu ersparen.

Mit der vorgeschlagenen Bemessung der Zoll- und Steuersätze für Rohtabak soll zur Förderung des heimischen Tabakbaues der Zollschutz für den inländischen Tabak verstärkt werden. Die Erhöhung des Zollschutzes für den inländischen Tabak durch das Gesetz vom 15. Juli 1909 hat den Bedürfnissen des deutschen Tabakbaues nicht genügt. Der Anteil der inländischen Erzeugung am Gesamttabakverbrauche des deutschen Zollgebiets hat in den Jahren 1906 bis 1909 25,9 v. H., in den Jahren 1910 bis 1913 dagegen nur 23,9 v. H. betragen. Der mittlere Preis für 1 dz trockner, dachreifer inländischer Tabakblätter ist zwar im Jahre 1910 etwas gestiegen, von da ab aber wieder ständig gesunken (s. Anlage 2).[2]) Auch die während des Krieges gemachten Erfahrungen drängen dazu, auf tunlichste Begünstigung der heimischen Rohstofferzeugung künftig in erhöhtem Maße Bedacht zu nehmen. Der Tabakbau bildet überdies ein wertvolles Glied in der Fruchtfolge, fällt ausschließlich dem Kleinbetriebe zu und bietet vielen, namentlich schwächeren Händen Beschäftigung. Die vorgeschlagene Begünstigung des inländischen Tabaks würde ferner den für den Massenverbrauch hauptsächlich in Be-

[1]) Nicht mit abgedruckt.
[2]) Nicht mit abgedruckt.

tracht kommenden billigeren Zigarren, soweit zu deren Herstellung inländischer Rohtabak mitverwendet wird, sowie dem aus inländischem Tabak hergestellten billigen Rauchtabak zugute kommen. Eine Übererzeugung auf ungeeigneten Böden wird von der vorgeschlagenen Ausdehnung des Zollschutzes für den inländischen Tabak nicht befürchtet.

Eine Preiserhöhung, die für den Raucher unerschwinglich wäre und eine dauernde Schädigung des Tabakgewerbes herbeiführen würde, ist nach den Ausführungen Sachverständiger bei der vorgeschlagenen Abgabenerhöhung nicht zu erwarten. Es werden auch fernerhin wohlfeile Zigarren geliefert werden können, insbesondere wird die Herstellung der für die westfälischen Betriebe wichtigen 10-Pf.-Zigarre aus rein überseeischen Tabaken auch künftig möglich sein. Der billige Rauchtabak wird wegen der verhältnismäßig geringeren Erhöhung der Tabaksteuer und der Belassung des bisherigen Zollsatzes für Tabakrippen nur eine mäßige Mehrbelastung erfahren. Die Kautabakherstellung ist durch die Belassung des bisherigen Zollsatzes für Tabaklaugen begünstigt und für die zur Herstellung gewisser Schnupftabake Verwendung findenden Karotten (Mangotes) soll der Zoll verhältnismäßig weniger erhöht werden als für den Rohtabak. Die vorgeschlagene Abgabenerhöhung nimmt hiernach auf den Tabakgenuß der minderbemittelten Bevölkerung die gebührende Rücksicht; sie dürfte deshalb einen größeren Verbrauchsrückgang und damit eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit im Tabakgewerbe nicht verursachen.

Ein Mehrertrag aus der Zigarette kann durch Erhöhung der bestehenden Steuer oder durch eine Änderung der jetzigen Besteuerungsart, etwa in Form eines Monopols, gewonnen werden. Die Einführung eines Zigarettenmonopols ist in der Kriegszeit untunlich.

Eine bloße Erhöhung der geltenden Zigarettensteuersätze erscheint nicht empfehlenswert. Der Hersteller würde sich hierbei vielfach genötigt sehen, zur Abwälzung des Mehrbetrags der Steuer auf den Verbraucher entweder den Preis so zu erhöhen, daß der Übergang in eine höhere Steuerklasse die Folge ist, oder die Art seiner Erzeugnisse zu ändern. Eine solche Umwälzung in den bestehenden Betriebsverhältnissen hätte namentlich für die mittleren und kleinen Zigarettenhersteller Schwierigkeiten zur Folge, die bei der jetzt bestehenden Knappheit an Arbeitskräften besonders ins Gewicht fallen würden; letzteres gilt auch für die Hilfsgewerbe der Zigarettenbetriebe, z. B. für die Herstellungsbetriebe von Packungen. Schließlich muß von Vorschriften, die eine Änderung der Beschaffenheit der bisherigen Steuerzeichen oder etwa eine Einführung neuer Steuerzeichen nötig machen, nach Möglichkeit abgesehen werden, weil Maßnahmen dieser Art einen längeren Zeitaufwand für technische Vorbereitungen erfordern. Die Einführung eines besonderen Kriegsaufschlags, der noch den Vorteil einer leichten und klar erkenntlichen Abwälzung der Mehrbelastung bietet, wird auch von der Mehrheit des Zigarettengewerbes einer bloßen Erhöhung der bestehenden Steuersätze vorgezogen.

Entsprechend den Wünschen des beteiligten Gewerbes soll eine Nachverzollung und Nachversteuerung der Tabakblätter und eine Nacherhebung des Kriegsaufschlags für zigarettensteuerpflichtige Erzeugnisse erfolgen, weil von dieser eine Erleichterung für die Durchführung einer allgemeinen Abwälzung der Mehrbelastung auf den Verbrauch erwartet wird.

Der Reinertrag aus den vorgeschlagenen Tabakzoll- und Tabaksteuersätzen berechnet sich nach den Grundlagen der Anlage 6 [1]) auf 209600000 M., d. i. um 72600000 M. mehr, als sich auf diesen Grundlagen der Ertrag nach den geltenden Sätzen berechnen würde. Aus dem Kriegsaufschlage zur Zigarettensteuer kann nach der Ertragsberechnung eine Einnahme von rund 87000000 M. erwartet werden. Die voraussichtliche Gesamtmehreinnahme aus dem vorliegenden Entwurfe würde hiernach 159600000 M. betragen.

[1]) Nicht mit abgedruckt.

2. Im einzelnen.

Zu Artikel I Ziffer 1 (unverändert).

Für unbearbeitete Tabakblätter soll der geltende Gewichtszoll von 85 M. um rund 53 v. H. auf 130 M. für 1 dz erhöht werden.

Von einer Erhöhung des Zollsatzes für Tabakrippen ist entsprechend einem Wunsche der inländischen Rauchtabakhersteller abgesehen worden, weil die Rippen bei ihrem geringen Werte auch mit dem bestehenden Zolle ausreichend belastet sind. Diese Maßnahme nützt dem heimischen Tabakbau, insofern als sich dessen schwere Jahrgänge unter Beimischung von ausländischen Rippen besser zur Herstellung von Rauchtabak verwenden lassen.

Für Tabaklaugen ist mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Kautabakherstellung eine Erhöhung des Zollsatzes ebenfalls nicht vorgesehen. Die zollfreie Ablassung von Tabaklaugen, die zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen bestimmt sind, ist im Verfolge der Resolution des Reichstags vom 10. März 1911 — Drucks. 09/11 Nr. 819, StenBer. 265, 5494 — schon jetzt vom Bundesrat unter gewissen Voraussetzungen zugelassen worden. Die Benutzung der gegebenen Gelegenheit zu einer entsprechenden Ergänzung des Zolltarifs empfiehlt sich.

Die Mehrbelastung des Rohtabaks erfordert eine Steigerung der Zollsätze der Tabakerzeugnisse, um die heimischen Hersteller gegen den ausländischen Wettbewerb zu schützen. Zu diesem Zweck soll der Zollsatz für bearbeitete Tabakblätter um 55 v. H., für Karotten um 43 v. H., für geschnittenen Rauchtabak um 57 v. H. erhöht und für Kau- und Schnupftabak verdoppelt werden.

Für Zigarren ist eine Zollerhöhung auf 700 M., für Zigaretten eine solche auf 1500 M. für 1 dz in Aussicht genommen. Die Einfuhr billiger Zigarren hat in den letzten Jahren wieder zugenommen, sie würde durch die vorgeschlagene Zollerhöhung wesentlich erschwert werden. Die Abschwächung des ausländischen Wettbewerbes wird dem heimischen Gewerbe zugute kommen.

Zu Art. I Ziff. 2 (unverändert).

Der derzeitige Zollzuschlag für unbearbeitete und bearbeitete Tabakblätter, die nicht zur Herstellung zigarettensteuerpflichtiger Erzeugnisse verwendet werden, soll von 40 v. H. des Wertes um 62,5 v. H., d. i. auf 65 v. H., und damit verhältnismäßig mehr erhöht werden als der Gewichtszoll. Hierdurch wird die durch das geltende Gesetz angebahnte Anpassung der Tabakbesteuerung an die Leistungsfähigkeit des Verbrauchers verstärkt.

Zu Art. I Ziff. 3 und 4 (jetzt Ziff. 4, 5; Ziff. 3 Ges. neu eingestellt).

Für ausländische Zigarren soll neben der im Artikel I Ziffer 1 vorgesehenen erheblichen Gewichtszollerhöhung die gleiche Erhöhung des Wertzolls eintreten wie für Tabakblätter. Dadurch werden die wertvollen ausländischen Zigarren, die überwiegend Gegenstand des verfeinerten Lebensgenusses sind, getroffen. Diese können jedoch die vorgeschlagene erhöhte Belastung tragen; es wäre nicht gerechtfertigt, für sie den Wertzollzuschlag nicht zu erhöhen oder in geringerem Maße als für den Rohtabak. Die Einfuhr billiger Zigarren wird schon durch den erhöhten Gewichtszoll künftig sehr eingeschränkt.

Zu Art. I Ziff. 5 (jetzt Ziff. 6. Der Satz für Tabakblätter ist von 75 M. auf 70 M. herabgesetzt).

Die Spannung zwischen den Sätzen der Steuer auf inländischen Tabak und des Zolles auf ausländischen Rohtabak wird, wie bereits im allgemeinen Teil der Begründung bemerkt ist, im Entwurfe wesentlich erweitert. Sie hat nach dem Gesetze betreffend die Besteuerung des Tabaks vom 16. Juli 1879 bei einem Gewichtszoll von 85 M. und einer Inlandssteuer von 45 M. 40 M. für 1 dz betragen. Durch das Gesetz vom

15. Juli 1909 ist sie erhöht worden. Geht man davon aus, daß der Preis der für den Wettbewerb mit den inländischen Tabaken hauptsächlich in Betracht kommenden ausländischen Tabake 55 M. für 1 dz beträgt, so ist derartiger Tabak nach dem gegenwärtigen Gesetze bei einem Gewichtszoll von 85 M. für 1 dz und einem Wertzollzuschlage von 40 v. H. mit $85 + \frac{(40 \times 55}{100} =) 22 = 107$ M. für 1 dz belastet gegenüber dem regelmäßigen Inlandssteuersatze von 57 M. für 1 dz. Unter der vorerwähnten Voraussetzung ist daher zurzeit der Unterschied zwischen Tabakzoll und -steuer 50 M. für 1 dz und das Verhältnis der Inlandssteuer zum Tabakzoll 53:100. Der Entwurf sieht für ausländischen Rohtabak einen Gewichtszoll von 130 M. für 1 dz und einen Zollzuschlag von 65 v. H. des Wertes, für inländischen Rohtabak dagegen nur eine Steuer von 75 M. für 1 dz vor. Für 1 dz ausländischen Rohtabak im Werte von 55 M. würde sich hiernach künftig eine Belastung von $130 + \frac{(55 \times 65}{100} =) 35{,}75 = 165{,}75$ M., mithin für den inländischen Tabak eine Erhöhung des Zollschutzes von 50 auf 90,75 M. für 1 dz ergeben, und es würde das Verhältnis zwischen Inlandssteuer und Zoll 45:100 betragen.

Für inländische Tabakblätter, die zur Herstellung von zigarettensteuerpflichtigen Erzeugnissen verwendet werden, soll eine Erhöhung der Tabaksteuer nicht eintreten. Für Grumpen soll wegen ihres geringen Wertes und ihrer beschränkten Verwendbarkeit von einer Steuerhöhung abgesehen werden.

Zu Art. I Ziff. 6 (jetzt Ziff. 7).

Die Vorschrift entspricht der Regelung, die der Bundesrat im § 55 Abs. 3 und 4 der Tabaksteuerordnung für die Verarbeitung unversteuerten Tabaks zu Tabaklaugen einstweilen im Verwaltungswege getroffen hat.

Zu Art. I Ziff. 7 (jetzt 8. Im Entwurf hieß es statt 7: „7,5" und statt 70: „75").

Die Erhöhung der Flächensteuersätze ist im Verhältnis zur Erhöhung der Gewichtssteuersätze geboten.

Zu Art. II (Ziff. 1 Halbs. 2 und Ziff. 3 neu eingestellt. In Ziff. 2 hieß es statt acht Mark: „fünf Mark").

Die Erhöhung der Abgaben für Rohtabak erfordert eine Hinaufsetzung der im Zigarettensteuergesetze für den zigarettensteuerfreien Feinschnittabak festgelegten Preisgrenze. Demgemäß sieht der Entwurf die Hinaufsetzung der Grenze von 3,50 M. auf 5 M. und damit die Beseitigung der Steuerklasse 2a des Zigarettensteuergesetzes vor.

Zu Art. III[1]).

Die Sätze des Kriegsaufschlags für Zigaretten sind im Anschluß an die bestehenden Steuerklassen bemessen. Sie betragen für die unteren drei Steuerklassen 20 v. H., für die oberen drei Klassen etwa 25 v. H. der Höchstgrenze des Kleinverkaufspreises. Darin liegt eine verhältnismäßige Besserstellung des Massenverbrauchs der wohlfeilen Zigaretten. Zur Hintanhaltung der Selbstherstellung von Zigaretten durch die Raucher müssen auch der Zigarettentabak und insbesondere die Zigarettenhüllen dem Kriegsaufschlag unterworfen werden.

Das weitere Entstehen neuer Betriebe, wozu die Absatzverhältnisse während

---

[1]) In Ziff. 2 Zeile 2 hieß es statt 5 bis 10: „5 bis 10". Statt Abs. 2 bis 5 hatte der Entwurf folgende Vorschrift:

Für zigarettensteuerpflichtige Erzeugnisse von Betrieben, die erst nach dem 30. September 1915 steueramtlich angemeldet worden sind, wird der Kriegsaufschlag im dreifachen Betrag erhoben.

Der vorletzte Abs. lautete:

Gegen Sicherheitsbestellung kann der Kriegsaufschlag für eine Frist von drei Monaten gestundet werden.

der Kriegszeit Anreiz bieten können, erscheint mit Rücksicht auf die vorhandenen Betriebe unerwünscht.

Die Vorschrift, daß der Verkäufer den Kriegsaufschlag über die Höchstgrenzen der Steuerklassen hinaus vom Verbraucher fordern kann, ohne daß dadurch ein Übergang in die nächsthöhere Steuerklasse stattfindet, bietet dem beteiligten Gewerbe die Möglichkeit der Abwälzung des Kriegsaufschlags auf Grund der bestehenden Herstellungs- und Absatzverhältnisse. Der Hersteller kann den Kriegsaufschlag dem Händler gesondert in Rechnung stellen und dieser ihn vom Verbraucher einziehen.

Die zugelassene Abrundung von Pfennigbruchteilen auf volle Pfennige nach oben soll es dem Verkäufer ermöglichen, den Kriegsaufschlag für die einzelnen Packungen, oder beim Einzelverkaufe für die gesamte Menge der auf einmal abgegebenen unverpackten Zigaretten, in vollen Pfennigen vom Käufer zu fordern.

Die Erhebung des Kriegsaufschlags muß tunlichst einfach gestaltet werden und sich an die bestehende Form der Erhebung der Zigarettensteuer anschließen. Es ist daher in Aussicht genommen, den Kriegsaufschlag durch eine entsprechende Erhöhung des Verkaufspreises der Steuerzeichen zu erheben und dies durch einen Aufdruck auf dem Zeichen kenntlich zu machen. Von der Einführung einer besonderen Kriegsaufschlagmarke wird abzusehen sein, weil deren Anbringung auf den Packungen den Zigarettenherstellern große Schwierigkeiten sowie Kosten bereiten würde und auch die Anfertigung solcher Marken einer schnellen Einführung der Neuerung hinderlich wäre.

Von der Festsetzung einer Verwaltungskostenvergütung an die Bundesstaaten ist abgesehen worden, weil ihnen durch die Erhebung und Verwaltung des Kriegsaufschlags kein nennenswerter Mehraufwand an Beamtenkräften erwächst.

Abweichend von der Vorschrift über die an sich reichlich bemessene sechsmonatige Stundung der Zigarettensteuer ist für den Kriegsaufschlag nur eine dreimonatige Stundung vorgesehen, damit die Mehreinnahmen möglichst bald dem Reiche zufließen.

Die für die Zigarettensteuer bestehenden sonstigen Vorschriften, insbesondere die Strafvorschriften, müssen auf den Kriegsaufschlag ausgedehnt werden.

Zu Art. IV Ziff. 1[1]).

Die Sätze von 45 M. und 25 v. H. für unbearbeitete ausländische Tabakblätter, die nicht zur Herstellung zigarettensteuerpflichtiger Erzeugnisse verwendet werden, entsprechen dem Unterschiede zwischen den gegenwärtigen und den künftigen Gewichts- und Wertzollsätzen.

Zur Erleichterung der Nachverzollung sollen, wie im Artikel II Ziffer 2 des Gesetzes vom 15. Juli 1909, die nur geschnittenen und die entrippten ausländischen, zollzuschlagpflichtigen Tabakblätter nach dem Durchschnittswerte von 67,5 M. für 100 kg

---

[1]) Fassung des Entw.:

1. Beim Inkrafttreten des Gesetzes im freien Verkehre befindliche Tabakblätter mit Ausnahme von solchen inländischen, die zur Herstellung zigarettensteuerpflichtiger Erzeugnisse verwendet werden, und mit Ausnahme der Grumpen unterliegen der Nachverzollung oder Nachversteuerung nach folgenden Sätzen für einen Doppelzentner:

a) ausländische, soweit sie nicht zur Herstellung zigarettensteuerpflichtiger Erzeugnisse verwendet werden,
unbearbeitete . . . . . 45 Mark,
außerdem einem Zollzuschlage von 25 vom Hundert des beim Übergang in den freien Verkehr festgestellten Wertes,
nur geschnittene . . . . . 62 „
entrippte . . . . . 83 „ ;

b) ausländische, soweit sie zur Herstellung zigarettensteuerpflichtiger Erzeugnisse verwendet werden,
unbearbeitete oder nur geschnittene . . . . . 45 Mark,
entrippte . . . . . 60 „ ;

c) inländische
unbearbeitete oder nur geschnittene . . . . . 18 Mark,
entrippte . . . . . 24 „ .

nachverzollt werden. Hieraus $\frac{(67{,}5 \times 25}{100}$ = 17 M.) und aus der Gewichtszollerhöhung von 45 M. ergibt sich der Satz von 62 M. Ferner ist, ebenso wie für die Nachverzollung im Jahre 1909, angenommen worden, daß 100 kg entrippter Tabakblätter mindestens 133,3 kg unentrippter Tabakblätter entsprechen. Hieraus berechnet sich der Satz für erstere, soweit sie zollzuschlagpflichtig sind, auf $\frac{133{,}3 \times 62}{100}$ = 82,6 oder rund 83 M. Für die zur Herstellung zigarettensteuerpflichtiger Erzeugnisse verwendeten ausländischen Tabakblätter kommt, da sie wie bisher nur dem Gewichtszoll, nicht aber auch dem Wertzollzuschlag unterliegen, lediglich die Nacherhebung des Gewichtszollunterschiedes in Betracht. Dieser beträgt für die unbearbeiteten oder nur geschnittenen Tabakblätter 45 M., für die entrippten nach dem vorerwähnten Gewichtsverhältnis $\frac{133{,}3 + 45}{100}$ = 59,9 oder rund 60 M. für 1 dz. Die Sätze für die Nachversteuerung des inländischen Tabaks entsprechen dem Unterschiede zwischen dem gegenwärtigen und dem künftigen Steuersatze, wobei auch hier für 100 kg entrippte Tabakblätter 133,3 kg unentrippte Tabakblätter angenommen sind.

Zu Art. IV Ziff. 2, 4 (fortgefallen).
Zu Art. IV Ziff. 7 (jetzt Ziff. 6).

Die Vorschrift will auch für die in ihr bezeichneten Fälle die Abwälzung der im Entwurfe vorgesehenen Abgabenerhöhung sicherstellen.

Hierzu:

Ausführungsbestimmungen zu Artikel V des Gesetzes vom 12. Juni 1916 über Erhöhung der Tabakabgaben. (RGBl. 507.)

(Unterstützung geschädigter Arbeiter im Tabakgewerbe und den durch dieses mitbeschäftigten Gewerben.)

(ZBl. 166.)

§ 1. Unterstützungsberechtigte.

(1) Zum Tabakgewerbe im Sinne der Gesetzesvorschrift gehören Betriebe, die Tabakerzeugnisse (§ 1 Ziff. 2 des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909) und Zigarettenhüllen herstellen.

(2) Als Arbeiter des Tabakgewerbes gelten auch Werkmeister und die Arbeiter, die in einem der Bearbeitung oder Verarbeitung von Tabak gewidmeten Betriebe mit Kistenmachen, Kistenkleben oder mit ähnlichen, mit der Tabakverarbeitung oder mit der versandfähigen Herrichtung der Tabakerzeugnisse unmittelbar zusammenhängenden, für den Betrieb erforderlichen Hilfsarbeiten beschäftigt gewesen sind.

(3) Hausgewerbetreibende sind nur dann unterstützungsberechtigt, wenn sie gegen Lohn beschäftigt waren, nicht aber wenn sie als selbständige Gewerbetreibende auf eigene Rechnung Tabakerzeugnisse oder Zigarettenhüllen hergestellt haben.

(4) Zu den durch das Tabakgewerbe mitbeschäftigten Gewerben gehören Betriebe, die Zigarrenformen, Zigarrenkisten (unmittelbare Umschließungen für Zigarren, nicht Versandkisten) sowie sonstige Umschließungen von Tabakerzeugnissen (Blech-, Pappschachteln usw.) und deren Ausstattungen herstellen. In Betrieben, die sich nicht ausschließlich mit der Herstellung derartiger Erzeugnisse befassen, beschäftigt gewesene Arbeiter sind nur dann unterstützungsberechtigt, wenn sie sich ständig oder hauptsächlich mit der Herstellung derartiger Erzeugnisse befaßt haben.

§ 2. Anmeldung.

(1) Hausgewerbetreibende und Arbeiter (auch im Inland wohnende Angehörige nicht feindlicher Staaten) des Tabakgewerbes und der durch dieses mitbeschäftigten

Gewerbe, die Anspruch auf Unterstützung erheben, haben ihre Gesuche bei dem zuständigen Hauptamt[1]) schriftlich oder zu Protokoll einzureichen. Die Gesuche müssen enthalten:

a) Vor- und Zunamen, Alter, Familienverhältnisse (ob ledig oder verheiratet, Zahl der unversorgten Kinder) und Wohnsitz des Gesuchstellers;

b) Art der Beschäftigung in den letzten 14 Monaten vor dem 1. Juli 1916 sowie Name und Wohnort des oder der Arbeitgeber dieser Zeit;

c) Angabe des im Vorjahr (1. Mai 1915 bis 30. April 1916) verdienten Lohnes und der Zahl der Tage, an denen die Arbeit geleistet worden ist;

d) bei Arbeitslosigkeit Angabe des Grundes der Entlassung aus dem letzten Arbeitsverhältnis, bei Verdienstschädigung deren Anlaß, Art und Umfang;

e) Angabe, was als Nachweis dafür vorgebracht werden kann, daß die Arbeitslosigkeit oder die Verdienstschädigung infolge des Gesetzes über Erhöhung der Tabakabgaben vom 12. Juni 1916 eingetreten ist;

f) sofern der Verdienstentgang nicht auf der Einrichtung regelmäßiger Feierschichten beruht, welche Schritte zur Wiedererlangung eines Arbeitsverdienstes oder zur Erhöhung des geschmälerten Arbeitsverdienstes unternommen worden sind.

(2) Hausgewerbetreibende, die Hilfspersonen beschäftigt haben, müssen dies in ihren Gesuchen unter namentlicher Aufführung der Hilfspersonen und unter Angabe der an diese gezahlten Lohnbeträge (Abs. 1c) sowie, falls Unterstützung für sie in Anspruch genommen wird, unter Angabe der hierfür in Betracht kommenden Voraussetzungen vermerken.

(3) Die Angaben in dem Unterstützungsgesuch sind durch Bescheinigungen der Arbeitgeber, Ortsbehörden usw. ordnungsmäßig zu belegen.

(4) Die Hauptämter sind berechtigt, Unterstützungsanträge von nicht zur Familie des Hausgewerbetreibenden gehörigen Hilfspersonen unmittelbar anzunehmen und zu erledigen.

§ 3. Voraussetzungen für die Bewilligung der Unterstützung.

Die Voraussetzungen für die Bewilligung von Unterstützung sind folgende:

a) die Verdienstlosigkeit oder Verdienstschädigung muß in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 30. Juni 1917 eingetreten sein;

b) der Gesuchsteller muß unmittelbar vor dem 1. Juli 1916 ununterbrochen mehr als 300 Arbeitstage in einer zur Unterstützung berechtigenden Beschäftigung verbracht haben. Als eine die Unterstützung ausschließende Unterbrechung der Beschäftigung ist nicht anzusehen das Ruhen der Arbeit während der Sonn- und Feiertage, ferner wegen Wochenbetts und vorübergehender Erkrankung, wegen Erfüllung der Militärpflicht oder vorübergehender unverschuldeter Arbeitslosigkeit. Auch das Ruhen der Arbeit aus anderer Ursache soll nicht als eine Unterbrechung der Beschäftigung angesehen werden, doch darf in diesem Falle die Zahl der ausgefallenen Arbeitstage in der Regel nicht mehr als 50 betragen. Die Zeit, in der die Arbeit aus vorstehenden Gründen geruht hat, ist bei der Berechnung der Mindestzahl von 300 Arbeitstagen nicht zu berücksichtigen;

c) die Verdienstlosigkeit oder Verdienstschädigung muß nachgewiesenermaßen als unmittelbare Folge des Gesetzes eingetreten sein;

d) dem Gesuchsteller muß es unmöglich gewesen sein, eine geeignete Beschäftigung gleicher oder anderer Art oder an anderer Arbeitsstelle zu finden;

e) für den Gesuchsteller dürfen bei einem etwaigen Übergang zu einer anderen geringer bezahlten Beschäftigung (Berufswechsel) nicht besondere Beweggründe maßgebend gewesen sein.

---

[1]) Haupt-Zoll- und Steuerämter.

§ 4. Gründe für Nichtbewilligung.

(1) Nichtunterstützungsberechtigt ist:

a) wer aus einem der im § 123 der Gewerbeordnung bezeichneten Gründe entlassen wurde. Treten diese Voraussetzungen ein, wenn die Unterstützung bereits anerkannt ist, so ist ihre Zahlung einzustellen:

b) wer aus anderen als den im § 124 der Gewerbeordnung bezeichneten Gründen die Arbeit verläßt oder aufkündigt, obwohl er einen Lohn von wenigstens drei Vierteilen des im Durchschnitt des Vorjahrs bezogenen Lohnes (§ 6 Abs. 1) verdient oder obwohl im Falle einer etwa bereits bestehenden Unterstützung der Betrag der letzteren (§ 6 Abs. 3) zusammen mit dem jedesmal verdienten Lohne drei Vierteilen des im Durchschnitt des Vorjahres verdienten Lohnes gleichkommt;

(c) wer eine ihm nachgewiesene geeignete Beschäftigung anderer Art oder an anderer Arbeitsstelle, durch die er, sei es mit dem nach § 6 Abs. 3 festgesetzten Unterstützungsbetrage, sei es ohne diesen, drei Vierteile des im Durchschnitt des Vorjahrs aus einer zur Unterstützung berechtigenden Beschäftigung bezogenen Lohnes (§ 6 Abs 1) verdient, ohne zureichenden Grund ablehnt. Als zureichender Grund für die Ablehnung gilt die für die Erlangung der Arbeit etwa erforderliche Übersiedelung des Antragstellers und seiner Familie nicht, wenn die durch die Übersiedelung entstehenden Kosten vergütet werden (§ 8) und durch die Übersiedelung nicht sonst erhebliche Nachteile entstehen. Dagegen ist der Besitz eines eigenen Hauses oder eines selbst bewirtschafteten Grundstücks am bisherigen Beschäftigungsort oder Wohnort als ausreichender Grund für die Ablehnung einer die Übersiedelung erfordernden Beschäftigung anzusehen. Als ausreichender Grund hierfür gilt auch, wenn der Antragsteller für Eltern oder Schwiegereltern die Verwaltung eines diesen gehörigen Hauses oder die Bewirtschaftung eines diesen gehörigen oder von ihnen gepachteten Grundstücks führt, ferner, wenn eine Ehefrau oder eine bei ihren Eltern wohnende Tochter eine die Übersiedelung erfordernde Beschäftigung ablehnt;

d) wer ohne zureichenden Grund verabsäumt, sich um die Erlangung einer an seinem Wohnort oder in dessen Nähe gebotenen und geeigneten Arbeit, auch einer solchen außerhalb des Tabakgewerbes, zu bewerben;

e) wer einen Minderverdienst erleidet, ohne daß in dem Betrieb, in dem er schäftigt ist, eine Betriebseinschränkung eingetreten ist.

(2) Entstehen Zweifel darüber, ob die für die Nichtannahme der nachgewiesenen Beschäftigung geltend gemachten Gründe als zureichend anzusehen sind oder ob die nachgewiesene Beschäftigung für den Gesuchsteller geeignet erscheint, so ist der Gewerbeaufsichtsbeamte, geeignetenfalls unter Zuziehung von Vertrauensmännern aus der Arbeiterschaft, zu hören.

(3) Der Unterstützungsanspruch geht nicht verloren, wenn der Arbeiter die ihm nachgewiesene Beschäftigung in einem anderen Berufszweig lediglich wegen Fehlens körperlicher Eignung nach kurzer Zeit wieder ausgeben muß.

§ 5 Prüfung der Unterstützungsgesuche.

(1) Die Gesuche sind vom Hauptamt einer sorgfältigen aber auch tunlichst beschleunigten Prüfung daraufhin zu unterziehen, ob die Voraussetzungen für die Gewährung der Unterstützung (§ 3) vorliegen und nicht die Unterstützung aus einem der in § 4 genannten Gründe abzulehnen ist. Die Frage, ob die Arbeitslosigkeit infolge des Gesetzes über Erhöhung der Tabakabgaben eingetreten ist, muß namentlich dann besonders eingehend geprüft werden, wenn es sich um Arbeiter in einem durch das Tabakgewerbe mitbeschäftigten Gewerbe handelt.

(2) Das Hauptamt soll sich tunlichst bei der Prüfung der Frage, ob für den Gesuchsteller anderweite Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, die Mitwirkung der etwa vorhandenen Arbeitsnachweise sichern.

§ 6. Festsetzung des Unterstützungsbetrags.

1) Wird der Anspruch auf Unterstützung als begründet erkannt, so ist aus dem Gesamtbetrage des im Vorjahr durch eine zur Unterstützung berechtigende Beschäftigung verdienten Lohnes und der Zahl der Tage, an denen Arbeit geleistet ist, der durchschnittlich im Vorjahre verdiente Tagelohn zu berechnen.

(2) Für die Festsetzung der Unterstützung des Hausgewerbetreibenden sind die an die Hilfspersonen gezahlten Lohnbeträge von dem Gesamtlohn, den der Hausgewerbetreibende vom Fabrikanten erhalten hat, in Abzug zu bringen, soweit nicht auch die Hilfspersonen selbst unterstützungsberechtigt sind.

(3) Die zu gewährende Unterstützung ist für die Zeit der Arbeitslosigkeit auf drei Vierteile des im Vorjahr durchschnittlich verdienten Tagelohns, für die Zeit der Verdienstschädigung auf den Betrag festzusetzen, um den der tatsächlich verdiente Tagelohn hinter drei Vierteilen des im Vorjahr durchschnittlich bezogenen Tagelohns zurückbleibt.

(4) Ausnahmsweise kann im Falle besonderer Bedürftigkeit die Unterstützung auf den vollen Betrag des früheren Durchschnittslohns erhöht werden.

(5) Verdient ein Arbeiter während der Zeit einer Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe oder in einem durch dieses mitbeschäftigten Gewerbe bei einem anderen Berufe mehr als die Unterstützung betragen würde, so wird dieser Mehrverdienst von einer späteren Unterstützung nicht abgezogen.

(6) Dem Unterstützungsempfänger wird vom Hauptamt auf Verlangen eine Bescheinigung über die festgesetzte Unterstützung für die Dauer von höchstens zwei Monaten ausgestellt. Bei längerer Beschäftigungslosigkeit ist, wenn die Voraussetzungen für eine Unterstützung noch vorliegen, die Gültigkeit der Bescheinigung auf Antrag vom Hauptamt zu verlängern.

§ 7. Zurückweisung der Unterstützungsgesuche.

Den zurückgewiesenen Gesuchstellern hat das Hauptamt die Gründe für die Ablehnung ihrer Gesuche schriftlich mitzuteilen. Gegen den Bescheid ist Beschwerde an die Direktivbehörde zulässig. In dem Bescheid ist die Behörde zu bezeichnen, bei welcher die Beschwerde eingelegt werden kann. Die Beschwerde muß binnen einer Frist von zwei Wochen von der Zustellung des Bescheids ab eingelegt werden. Die Direktivbehörde kann auch ihrerseits Vertrauensmänner aus der Arbeiterschaft gutachtlich hören; sie entscheidet endgültig.

§ 8. Unterstützung für Umzugskosten.

Erwachsen dem Arbeiter durch den Wechsel der Beschäftigung oder des Beschäftigungsorts besondere Unkosten (zu vergleichen § 4 Abs. 1c), so kann ihm eine Unterstützung bis zur Höhe dieser Unkosten, die er bei dem zuständigen Hauptamt nachzuweisen hat, gewährt werden.

§ 9. Auszahlung der Unterstützung.

Die Auszahlung der Unterstützungen erfolgt nachträglich und wöchentlich; die Direktivbehörde kann die Auszahlung in längeren Zeitabschnitten, die tunlichst zwei Wochen nicht überschreiten sollen, anordnen.

§ 10. Nachweis über Versuche zur Erlangung von Arbeit usw. während der Dauer der Unterstützung.

Der Unterstützungsempfänger hat bei Auszahlung der Unterstützung auf Erfordern Angaben über seine in der Zwischenzeit angestellten Bemühungen zur Erlangung geeigneter Arbeit oder zur Erhöhung seines geminderten Verdienstes zu machen und die Richtigkeit die Angaben nachzuweisen. Zur Feststellung, ob die Voraus-

setzungen für eine Unterstützung noch vorliegen, kann die Behörde sich der Mitwirkung etwa vorhandener Arbeiterverbände bedienen.

§ 11. Mitwirkung der Reichsbevollmächtigten.

Die Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern und die Stationskontrolleure sind befugt, die Zulässigkeit und die Angemessenheit der bewilligten Unterstützungen nachzuprüfen.

§ 12. Ermächtigung anderer Behörden als der Hauptämter zur Vorprüfung der Unterstützungsgesuche.

Die Landeszentralbehörden sind ermächtigt, an Stelle der Hauptämter oder neben diesen andere Behörden mit der Entgegennahme und Vorprüfung der Unterstützungsgesuche zu beauftragen. Die damit beauftragten Behörden sind verpflichtet, den Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern sowie den Stationskontrolleuren, im Falle von Nachprüfungen nach § 11 auf Verlangen unmittelbar Auskunft zu erteilen.

§ 13. Öffentlich-rechtliche Wirkung der Unterstützungen.

Eine gemäß Artikel V des Gesetzes gewährte Unterstützung ist, soweit in Reichsgesetzen oder in Landesgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, als Armenunterstützung nicht anzusehen.

8. Gesetz, betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe. Vom 21. Juni 1916.

(RGBl. 577.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Die in der nachfolgenden Zusammenstellung bezeichneten Reichsabgaben werden neben den Post- und Telegraphengebühren erhoben.

§ 2. Die Vorschriften über die Entrichtung, Erhebung, Beitreibung und Hinterziehung der Post- und Telegraphengebühren gelten auch für die Reichsabgaben.

§ 3. Der Reichskanzler wird ermächtigt, an Stelle der Einzelabrechnungen über die Reichsabgaben eine vereinfachte Abrechnung, insbesondere die Zahlung von Pauschbeträgen für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung anzuordnen und mit den Regierungen von Bayern und Württemberg zu vereinbaren.

Für die Dauer der Erhebung der Reichsabgabe werden die von Bayern und Württemberg entsprechend dem Überschusse der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung jährlich zu zahlenden Ausgleichungsbeträge nach dem Verhältnis der Gebühreneinnahme von Bayern und Württemberg zu der des Reichs berechnet. Weichen die Gebührensätze in Bayern und Württemberg von denen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung ab, so wird die Gebühreneinnahme für die Berechnung entsprechend richtig gestellt. Als Gebühreneinnahme im Sinne dieser Vorschriften gelten die Postbeförderungs-, die Telegramm- und Fernsprechgebühren, die Zeitungsgebühren und die Einnahme aus dem Postscheckverkehre.

§ 4. Der Reichskanzler kann mit Zustimmung des Bundesrats die Reichsabgaben ermäßigen oder aufheben. Die Aufhebung der Reichsabgaben hat aber spätestens nach Ablauf des zweiten Rechnungsjahrs nach Friedensschluß zu erfolgen, wenn es der Reichstag verlangt.

§ 5. Der Zeitpunkt, mit dem das Gesetz in Kraft tritt, wird durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats festgesetzt*).

Urkundlich usw.

Zusammenstellung der Reichsabgaben im Post- und Telegraphenverkehr.

Lfde. Nr.	Gegenstand	Als Reichsabgabe wird ein Zuschlag zu den Post- und Telegraphengebühren erhoben in Höhe von	
1.	Briefe		
	a) im Orts- und Nachbarortsverkehr	2½ Pf.	von jeder Sendung
	b) im sonstigen Verkehr	5 „	
2.	Postkarten	2½ „	
3.	Pakete		
	I. bis zum Gewichte von 5 Kilogramm		
	a) auf Entfernungen bis 75 Kilometer einschließlich	5 „	
	b) auf alle weiteren Entfernungen	10 „	
	II. beim Gewicht über 5 Kilogramm		
	a) auf Entfernungen bis 75 Kilometer einschließlich	10 „	
	b) auf alle weiteren Entfernungen	20 „	
4.	Briefe mit Wertangabe		
	a) auf Entfernungen bis 75 Kilometer einschließlich .	5 „	
	b) auf alle weiteren Entfernungen	10 „	
5.	Postauftragsbriefe	5 „	
6.	Telegramme	2 „	von jedem Worte, mindestens 10 Pf. von jedem Telegramm
7.	Rohrpostbriefe und Rohrpostkarten	5 „	von jeder Sendung
8.	Anschlüsse an ein Orts-, Vororts- oder Bezirksfernsprechnetz	10 v. H.	von jeder Pausch- od. Grundgebühr
9.	Ortsgespräche von Teilnehmeranschlüssen gegen Grundgebühr, Gespräche im Vorortsverkehr, im Bezirksverkehr und im Fernverkehr	10 v. H.	von der Gebühr für jedes Gespräch
10.	Fernsprech-Nebenanschlüsse	10 v. H.	von der Gebühr für jeden Nebenanschluß

Anmerkungen:

I. Ermäßigungen. Zu Nr. 9. Für dringende Gespräche ist die Reichsabgabe nur in Höhe der Abgabe für nicht dringende Gespräche zu erheben.

II. Befreiungen.

Von der Reichsabgabe sind frei:

a) (Zu § 1) Sendungen, die an Angehörige des Heeres und der Marine gerichtet sind oder von ihnen herrühren, wenn sie Porto- oder Gebührenvergünstigungen genießen.

b) (Zu § 1) Sendungen im Verkehr mit dem Auslande, soweit Verträge mit anderen Staaten entgegenstehen.

c) (Zu Nr. 3) Gewöhnliche Pakete, die nur Zeitungen oder Zeitschriften enthalten, wenn die Zeitungen oder Zeitschriften vom Verleger an andere Zeitungsverleger oder an Personen verschickt werden, die sich nicht gewerbsmäßig mit dem Vertriebe dieser Zeitungen oder Zeitschriften befassen. Die Postanstalten sind berechtigt, zum Zwecke der Prüfung des Paketinhalts die Öffnung der Pakete an Amtsstelle zu verlangen oder selbst vor unehmen. Die näheren Bestimmungen werden durch die Postordnung erlassen.

*) Durch KaisVO. v. 21. Juni 1916 (RGBl. 580) ist dieser Zeitpunkt auf den 1. August 1916 bestimmt.

d) (Zu Nr. 6) Pressetelegramme, das sind an Zeitungen, Zeitschriften oder Nachrichtenbureaus gerichtete Telegramme in offener Sprache, wenn ihr Inhalt aus politischen, Handels- oder anderen Nachrichten von allgemeiner Bedeutung besteht, die zur Veröffentlichung in Zeitungen und Zeitschriften bestimmt sind. Die näheren Bestimmungen werden durch die Telegraphenordnung erlassen.

III. Übergangsvorschriften.

a) (Zu Nr. 1b) Bei Briefen, die nach den bisherigen Vorschriften freigemacht sind, wird in den ersten beiden Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nur die Reichsabgabe, nicht das gesetzliche Zuschlagporto von 10 Pfennig nacherhoben.

b) (Zu Nr. 8 und 10) Jeder Teilnehmer ist in den ersten beiden Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes berechtigt, seinen Anschluß mit einmonatiger Frist zu kündigen.

Begründung.

Im allgemeinen.

Bei der zwingenden Notwendigkeit, zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushaltsplan für 1916 neue Einnahmen bereitzustellen, kann neben der Erschließung neuer Einnahmequellen durch die gleichzeitig vorgeschlagenen steuerlichen Maßnahmen auch von einer Steigerung des Ertrags aus dem Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr nicht abgesehen werden. Zu diesem Zwecke soll eine Kriegsabgabe als Zuschlag zu gewissen Gruppen von Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren erhoben werden. Eine grundsätzliche Umgestaltung der geltenden Gebührenordnungen für Postsendungen, Telegramme usw. kann nicht in Frage kommen, weil dazu zeitraubende Ermittelungen und Beratungen mit Vertretern von Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Handwerk notwendig wären. Gebührenzuschläge bieten auch den Vorteil, daß sie, sobald sich nach dem Kriege die Einnahmen des Reichs durchgreifend bessern, zum Teil oder ganz aufgehoben werden können, ohne daß die Gebühren selbst neu festgesetzt werden müssen. Die Zuschläge in Form einer Reichsabgabe zu erheben, empfiehlt sich schon aus dem Grunde, weil auf diese Weise die Mehreinnahmen, die von den drei deutschen Postverwaltungen aus den Zuschlägen erzielt werden, unverkürzt, d. h. ohne Rücksicht auf die von diesen Verwaltungen zu bestreitenden Ausgaben, der Reichskasse zufließen.

Der Eigenschaft als Reichsabgabe entsprechend sind in den Gesetzentw. auch die Zuschläge zu solchen Gebühren aufgenommen worden, die nicht gesetzlich, sondern durch Verordnung festgesetzt sind. Die Vorschriften über die Festsetzung der Post- und Telegraphengebühren durch Verordnung (Artikel 48 und 52 der RVerfassg., § 50 PostG. v. 28. Okt. 71, RGBl. 347, § 7 TelegraphenG. v. 6. April 92, RGBl. 467, und § 10 der FernsprechgebO. v. 20. Dez. 99, RGBl. 711) werden durch die Einführung der Reichsabgabe nicht berührt, ebensowenig die verfassungsrechtliche Sonderstellung der Königreiche Bayern und Württemberg.

Von dem Gesetzentw. wird der Verkehr mit dem Auslande nicht betroffen, soweit er durch Verträge geregelt ist, nach denen die Erhebung von Zuschlägen oder Gebühren neben den in den Verträgen festgesetzten Gebühren nicht zulässig ist. Dieser Erwägung trägt die Anmerkung II zur „Zusammenstellung der Reichsabgaben" Rechnung. Solche einschränkenden Bestimmungen enthalten Artikel 12 Ziffer 3 des Weltpostvertr. v. 26. Mai 06 (RGBl. 07, 593), Art. 3 Ziff. 4 des Übereink., betr. den Postanweisungsdienst, vom 26. Mai 06 (RGBl. 07, 656), Art. 11 Ziff. 1 des Vertrags, betr. den Austausch von Postpaketen, v. 26. Mai 06 (RGBl. 07, 672), Art. 5 Ziff. 1 des Übereink., betr. den Postauftragsdienst, vom 26. Mai 06 (RGBl. 07, 700), Art. 10 des Internationalen Telegraphenvertr., abgeschlossen zu St. Petersburg am 10./22. Juli 1875 (Amtsbl. der deutschen Reichs-Telegraphen-Verwaltung, 243).

Im besonderen.

I. Zum Gesetze.

Zu § 1. Dadurch, daß die Reichsabgabe die Form von Zuschlägen zu den Gebühren erhält, erfaßt sie alle dafür in Betracht kommenden Sendungen usw., für die Gebühren zu entrichten sind. Ihr unterliegen auch die Sendungen, für die auf Grund des § 11 Ges., betr. die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes, vom 5. Juni 69 (BGBl. S. 141), mit Staatsbehörden ein Abkommen dahin getroffen ist, daß die Behörden an Stelle der Porto- und Gebührenbeträge für die einzelnen Sendungen Abfindungssummen an die Postkasse zahlen und ihre Sendungen mit dem Vermerk „Frei laut Ablösung" o. ä. versehen. Dagegen bleiben gebührenfreie Sendungen usw. abgabenfrei, weil die Forderung eines Zuschlags zur Voraussetzung hat, daß überhaupt eine Gebühr erhoben wird. Hiernach bleiben auch alle portofreien Feldpostsendungen von der Reichsabgabe befreit. Darüber hinaus erscheint es durch die tatsächlichen Verhältnisse geboten, auch den sonstigen Post- und Telegraphenverkehr der Angehörigen des Heeres und der Marine, soweit er nach den geltenden Vorschriften ermäßigten Gebühren unterliegt, von der Reichsagbabe frei zu lassen. Wenn für diesen Verkehr weitgehende Portovergünstigungen (Anlage 1) bewilligt worden sind, so ist dies in der Absicht geschehen, den Brief- und Päckchenverkehr zwischen unseren Kriegern und ihren Angehörigen, Verwandten und Bekannten in der Heimat nach Möglichkeit zu erleichtern. Anmerkung I [jetzt IIa] zur „Zusammenstellung der Reichsabgaben" bringt daher zum Ausdruck, daß von der Reichsabgabe alle Sendungen befreit sein sollen, die an Angehörige des Heeres und der Marine gerichtet sind oder von ihnen herrühren und nach den bisherigen Vorschriften Porto- und Gebührenvergünstigungen genießen.

Zu § 2. Rechtlich würde es der Natur der Reichsabgabe am meisten entsprechen, besondere Stempelmarken einzuführen und diese neben den Postmarken auf die Sendungen kleben zu lassen. Dies würde jedoch eine nicht zu rechtfertigende Erschwerung des Postverkehrs bedeuten. Für die Entrichtung der Reichsabgabe sollen daher, soweit die Benutzung von Marken in Betracht kommt, Postmarken verwendet werden. Zu diesem Zwecke ist die Ausgabe neuer Postmarken zu den Werten von 2, 4, 7 und 15 Pf. in Aussicht genommen. Es wird damit die Möglichkeit gegeben, die Sendungen, für die die Zuschläge 1, 2 oder 5 Pf. betragen, in den meisten Fällen durch Verwendung einer einzigen Marke freizumachen.

Gegenüber dem Absender oder Empfänger usw. soll die Abgabe überhaupt völlig wie ein Post- oder Telegraphengebühr behandelt werden. Sie ist also von dem zu entrichten, der zur Zahlung der Post- oder Telegraphengebühr verpflichtet ist. Z. B. sind einfache Briefe im Fernverkehr nach dem Gesetzentw. vom Absender mit einer 15-Pf.-Marke freizumachen. Ein solcher nur mit einer 10-Pf.-Marke beklebter Brief wäre demnach nicht genügend freigemacht, so daß für ihn neben dem fehlenden Porto von 5 Pf. das gesetzliche Zuschlagporto von 10 Pf. zu erheben wäre (Art. 1 Ges. v. 20. Dez. 99, RGBl. 715; § 10 der Bay. PostO. v. 27. März 1900, GVBl. 227; § 7 der Württemb. PostO. v. 21. Mai 1900, RegBl. 369). Da in den ersten Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes die Zahl der Briefe, die aus Unkenntnis oder versehentlich ohne Verrechnung der Reichsabgabe aufgeliefert werden, voraussichtlich groß sein wird, ist es zur Fernhaltung einer empfindlichen Schädigung der Absender oder Empfänger angemessen, während einer gewissen Übergangszeit von der Erhebung des Zuschlagsportos von 10 Pf. abzusehen. Dieser Erwägung trägt die Anmerkung III [jetzt IIIa] zur „Zusammenstellung der Reichsabgaben" Rechnung. Die Verschmelzung der Reichsabgabe mit den Post- und Telegraphengebühren erheischt es, die Vorschriften über die Beitreibung der Post- usw. Gebühren (§ 25 des PostG. v. 28. Okt. 71, RGBl. 347, und § 8 der FernsprechgebO. v. 20. Dez. 99, RGBl. 711) und die Vorschriften über

die Hinterziehung von Postgebühren (§§ 27 ff. PostG. v. 28. Okt. 71) auch auf die Reichsabgabe anzuwenden.

Zu § 3. Da nach den Erläuterungen zu § 2 die Reichsabgaben zusammen mit den geltenden Post- und Telegraphengebühren erhoben werden sollen, fließen die aus der Abgabe herrührenden Einnahmen zunächst zusammen mit den Einnahmen aus den Post- und Telegraphengebühren und ungetrennt von diesen in die Kassen der drei deutschen Postverwaltungen. Es ist daher notwendig, festzustellen, welcher Teil der Einnahmen auf die Reichsabgabe entfällt, damit dieser Betrag aus den Posteinnahmen geschieden und an die Reichskasse abgeführt werde. Für die Reichs-Postverwaltung ist diese Aussonderung auch erforderlich, um festzustellen, wie hoch sich ihre Betriebsüberschüsse nach Abzug der Reichsabgaben belaufen, da von der Höhe dieser Überschüsse die Berechnung der von den Königreichen Bayern und Württemberg wegen ihrer verfassungsrechtlichen Sonderstellung (Art. 52 Abs. 4 RVerfassg.) zur Reichskasse zu zahlenden Ausgleichungsbeträge abhängt. Um für die Aussonderung der Reichsabgabe aus den Einnahmen der drei Postverwaltungen umständliche Feststellungen und Einzelberechnungen zu vermeiden, soll der § 3 die Festsetzung von Pauschalbeträgen ermöglichen. Welche Einnahmen die drei deutschen Postverwaltungen im Rechnungsjahr 1913 erzielt haben, ergibt die Anlage 2.[1])

Anläßlich der durch den Gesetzentw. angeordneten Erhebung einer Reichsabgabe ist geltend gemacht worden, daß die bisherige matrikularmäßige Berechnung des von Bayern und Württemberg zu zahlenden Ausgleichungsbetrags (vgl. Kapitel 19 Titel 1 der Einnahmen des Etats der Allgemeinen Finanzverwaltung — Anlage XVII des Reichshaushaltsetats) für sie eine unbillige Belastung bedeute, da ihre Einnahmen aus dem Post- und Telegraphenwesen auf den Kopf der Bevölkerung erheblich niedriger seien als die im Reichspostgebiet, und dieses Verhältnis sich infolge der Einwirkung der Reichsabgabe auf den Verkehrsumfang künftig voraussichtlich noch ungünstiger gestalten werde. Eine Änderung der bisherigen Berechnung sei um so mehr geboten, als von einer genauen Feststellung des auf die Reichsabgabe entfallenden Anteils der Roheinnahme der Reichs-Postverwaltung abgesehen werden müsse. Es ist daher angeregt worden, die Ausgleichungsbeträge unter Zugrundelegung der Bruttoeinnahmen der beteiligten Postverwaltungen zu berechnen. Da eine solche Berechnung den durch die Reichsabgabe geschaffenen Verhältnissen mehr gerecht wird als die bisher auf Grund der Reichsverfassung Artikel 52 Abs. 4 und Artikel 70 erfolgte matrikularmäßige Berechnung ist im Abs. 2 des § 3 die Berechnung nach Maßgabe der beiderseitigen Bruttoeinkommen vorgesehen worden. Diese Berechnung hat, wenn das Reich bei ihr nicht zu Schaden kommen soll, zur Voraussetzung, daß im Falle einer Abweichung in den Tarifen die Einwirkung dieser Abweichung auf die Einnahme ausgeglichen und diese entsprechend berichtigt wird (Satz 2 des Abs. 2). Bei Feststellung des Teilungsmaßstabs empfiehlt es sich aus Rücksichten der Vereinfachung, nur die großen, bei allen Verwaltungen annähernd gleichmäßig vorhandenen Einnahmezweige, d. h. die Postbeförderungs-, Telegramm- und Fernsprechgebühren, die Zeitungsgebühren und die Einnahmen aus dem Postscheckverkehre zugrunde zu legen (Abs. 2 Schlußsatz). Diese machen bei jeder Postverwaltung bei weitem den Hauptteil der Einnahme aus; bei der Reichs-Postverwaltung betrugen sie im Jahre 1913 795 Millionen Mark bei einer Gesamteinnahme von 853 Millionen Mark. Da die anderweitige Berechnung des Ausgleichungsbetrags durch die Erhebung der Reichsabgabe veranlaßt ist, ist sie für die Dauer dieser Erhebung vorgesehen.

Zu § 4 [Satz 2 neu eingestellt]. Die Vorschrift soll eine Handhabe bieten, die Abgaben später, ohne den Weg der Gesetzgebung beschreiten zu müssen, aufzuheben oder zu ermäßigen.

---

[1]) Nicht mit abgedruckt.

II. Zur Zusammenstellung der Zuschläge zu den Post- und Telegraphengebühren.

Zu Nr. 1 bis 6 der Zusammenstellung.

Wie bereits erwähnt, ist eine Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur in der Form von Zuschlägen zu den Gebühren möglich. Es läge nahe, für diese Zuschläge einen einheitlichen, dem Geldbedarfe des Reichs entsprechenden Verhältnis- (Prozent-) Satz der geltenden Gebühren festzusetzen, der alle Gebühren gleichmäßig verteuerte, so daß es zur Durchführung der Gebührenerhöhung nur nötig wäre, die Briefmarken mit dem Aufdruck des bruchteilmäßigen Zuschlags zu versehen. So bestechend dieser Gedanke vielleicht auf den ersten Blick erscheint, so ergeben sich bei näherer Prüfung doch große, nicht zu überwindende Schwierigkeiten: Die Gebührensätze, die jetzt in weitestem Maße unserem Münzwesen angepaßt sind, würden außerordentlich bunt nnd unübersichtlich, mithin unbrauchbar werden; auf viele Gebührensätze würden nur Pfennigbruchteile entfallen, deren Aufrundung die gesamte Gebührenordnung des gleichmäßigen Aufbaues, des innern Zusammenhanges berauben würde; der vollständige Übergang aus der Zehnerrechnung zur Pfennigrechnung würde den Postschalterverkehr außerordentlich erschweren, namentlich auch bei dem Mangel an Kupfergeld. Überdies würden bei einer solchen Regelung, bei der alle Gebührengattungen mit Zuschlägen belegt würden, manche Versendungsgegenstände doppelt und dreifach von der Reichsabgabe getroffen werden; eine mit Nachnahme belastete, durch Eilboten zu bestellende Sendung mit Wertangabe würde sogar viermal von der Reichsabgabe erfaßt werden. Zur Vermeidung dieser Unzuträglichkeiten sind nur verhältnismäßig wenige Gruppen von Versendungsgegenständen zur Belastung mit der Reichsabgabe ausgewählt worden, und zwar die größten Gruppen, deren Ertrag für die Aufbringung der erforderlichen Mittel von Bedeutung ist und es ermöglicht, von der Belastung vieler kleiner Gruppen abzusehen. Die Höhe der Abgabe ist nach dem Bedarf und soweit als möglich nach der Belastungsfähigkeit der Sendungen abgestuft worden. In erster Linie mußte der Brief, der die überwiegende Masse der Postversendungsgegenstände darstellt (47,18 v. H. aller Briefpostsendungen, vgl. Anlage 3 [1]), für die Reichsabgabe herangezogen werden. Seine Besteuerung im Fernverkehr mit 5 Pf., die einer Verteuerung bei einfachem Gewicht um 50 v. H., beim Doppelbrief um 25 v. H. entspricht, ist verhältnismäßig hoch, sie hat sich aber nicht vermeiden lassen. Durch einen Zuschlag von nur 2 oder 3 Pf. würde das Bedürfnis der Reichskasse nicht gedeckt werden, selbst wenn eine große Menge anderer Gebühren verteuert würde, die so frei gelassen werden können. Gerade bei diesem verbreitetsten Versendungsgegenstande würden überdies alle Nachteile des Verlassens der Zehnerrechnung am schlimmsten in die Erscheinung treten.

Für Briefe im Orts- und Nachbarortsverkehr ist — entsprechend dem Verhältnis des Portos für diese Briefe zum Porto für Briefe im Fernverkehr — ein auf 2 Pf. abgerundeter Zuschlag in Aussicht genommen.

Derselbe Zuschlag (2 Pf.) wird vorgeschlagen für die zweitstärkste Gruppe von Postsendungen, die Postkarten (27,09 v. H. aller Briefpostsendungen, vgl. Anl. 3 [1]).

Von den Drucksachen . . . [fortgefallen].

Für Pakete auf Entfernungen über 75 km soll der Zuschlag bis 5 kg 10 Pf. und über 5 kg 20 Pf., für Wertbriefe 10 Pf. betragen. Für den Nahverkehr (bis 75 km) ist ein geringerer Satz (für Pakete bis 5 kg 5 Pf., über 5 kg 10 Pf., für Wertbriefe 5 Pf.) in Aussicht genommen. Die Belastung des Postpaketverkehrs steht im Einklange mit der Besteuerung des Eisenbahngüterverkehrs durch Einführung eines Frachturkundenstempels auch für Stückgut.

---

[1]) Nicht mit abgedruckt.

Die Abgabe für Postauftragsbriefe entspricht dem Zuschlage für Briefe im Fernverkehr.

Zu Nr. 7 und 8 der Zusammenstellung [fortgefallen].

Zu Nr. 9 [jetzt 6] der Zusammenstellung.

Für die Erfassung der Telegrammgebühren bieten sich zwei Wege: entweder die Erhöhung der Gebühr für das einzelne Wort oder die Berechnung eines festen Zuschlags für jedes Telegramm. Da es sich um eine Kriegssteuer handelt, verdient die Erhebung eines festen Zuschlags schon deshalb den Vorzug, weil sie einfacher ist, und weil bei jedem Telegramm ohne Rücksicht auf die Wortzahl gewisse Arbeiten zu verrichten sind, die sich am besten durch einen festen Zuschlag abgelten lassen. Übrigens würde eine Erhöhung der Wortgebühr von 3 auf 4 Pf. bei den Stadttelegrammen und von 5 auf 7 Pf. bei den übrigen Telegrammen kaum einen höheren Ertrag ergeben als die Festsetzung der gewählten festen Zuschläge von 15 und 25 Pf. für das Telegramm.

Für die beim Eisenbahntelegraphen aufgelieferten, nicht den Eisenbahndienst betreffenden Telegramme ist die Reichsabgabe ebenfalls zu entrichten. Die Abgabe ist zum vollen Betrage an das Reich abzuführen.

Zu Nr. 10 [jetzt 7] der Zusammenstellung.

Ähnlich wie für Briefe und Postkarten im Orts- und Nachbarortsverkehre ist auch für die Rohrpostbriefe und Rohrpostkarten ein gleichmäßiger Zuschlag in Aussicht genommen, der mit 5 Pf. für angemessen zu erachten ist.

Zu Nr. 11 bis 13 [jetzt 8 bis 10] der Zusammenstellung.

Im Fernsprechwesen sollen die Pauschgebühren, Grundgebühren und Ortsgesprächsgebühren der Fernsprechanschlüsse, die Gebühren für Fernsprechnebenstellen, die Pauschgebühren und Gesprächsgebühren im Vororts- und Bezirksverkehr sowie die Gesprächsgebühren im Fernverkehr mit einem Zuschlag von 20 v. H. belegt werden. Die minder wichtigen und für das geldliche Ergebnis nur wenig in Betracht kommenden anderen Gebühren sollen frei bleiben.

Zu Anmerkung IV [jetzt IIIb].

Die Bestimmung über die vorzeitige Kündigung der Fernsprechanschlüsse soll solchen Teilnehmern zugute kommen, die nach der Einführung der Reichsabgabe nicht mehr den vollen Nutzen von ihrem Fernsprechanschluß erwarten.

Anlage 1.

[Die Anl. 2 bis 4 sind hier nicht mit abgedruckt.]

Übersicht der für Feldpostsendungen in Privatangelegenheiten der Angehörigen des Heeres und der Kaiserlichen Marine geltenden Portovergünstigungen.

1. **Portofrei** werden befördert:
   a) **gewöhnliche Briefe** bis zum Gewichte von 50 g,
   b) **Postkarten**,
   c) **Geldbriefe** bis zum Gewichte von 50 g nnd mit Wertangabe bis zu 150 M. und
   d) **Postanweisungen** vom Felde.
2. **Portoermäßigungen:**
   Das Porto beträgt für
   a) **gewöhnliche Briefe:**
      über 50 g bis 250 g nach und vom Felde . . . . . 10 Pf.,
      „ 250 g „ 500 g „ dem Felde . . . . . 20 „.

Die Postanstalten dürfen über die Überschreitung der Gewichtsgrenze von 250 g und 500 g bis zu 10 v. H. des Höchstgewichts hinwegsehen.

b) **Geldbriefe:**

über 50 g bis 250 g und bis 300 M. Wertangabe . . . . . 20 Pf.,
„ 50 g „ 250 g „ mit über 300 bis 1500 M. Wertangabe 40 „ .

c) **Postanweisungen** nach dem Felde über Beträge bis zu 100 M. 10 „ .

d) **Pakete** nach dem Felde im Einzelgewicht bis 10 kg 5 Pf. für jedes Kilogramm, mindestens . . . . . 25 „ .

3. **Allgemeines:**

Sendungen, die rein gewerbliche Interessen der Absender oder der Empfänger betreffen, haben auf Portovergünstigung keinen Anspruch und unterliegen daher dem gewöhnlichen, tarifmäßigen Porto. Das Porto muß stets vorausbezahlt werden. Unfrankierte oder unzureichend frankierte portopflichtige Sendungen werden nicht abgesandt.

Pakete befördert die Postverwaltung nur bis zu dem zuständigen Militär-Paketdepot. Von da ab übernimmt die Milltärverwaltung die Weiterbeförderung bis zu den Truppenteilen.

Einschreibesendungen, Postaufträge, Briefe mit Zustellungsurkunde und **Postnachnahmesendungen** sind von der Beförderung durch die Feldpost **ausgeschlossen.**

Literatur.

Stier-Somlo, Das Gesetz, betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe vom 21. Juni 1916. — Weinbach, Die neuen Reichssteuern des Jahres 1916, PrVerwBl. 37 662.

Die vielfach erörterte Frage, ob die Reichsabgabe durch den Pauschsatz des § 76 RAGebO. abgegolten wird (zu vgl. JW. 16 464, 656, 1012, 1357; BayRpflZ. 16 290; DRAZ. 16 135; PostMonSchr. 16 53) ist durch das Gesetz v. 8. November 1916, RGBl. 1263 [abgedr. in Abtl. K] erledigt worden.

Hierzu:

a) Bekanntmachung, betr. Änderung der Postordnung vom 20. März 1916. Vom 12. Juli 1916. (RGBl. 740.)

Auf Grund des § 50 des Gesetzes über das Postwesen vom 28. Oktober 1871 (RGBl. S. 347) und des Gesetzes, betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe, vom 21. Juni 1916 (RGBl. S. 577) wird die Postordnung vom 20. März 1900 wie folgt ergänzt und geändert.

1. Im § 16 „Verschluß der gewöhnlichen und einzuschreibenden Pakete sowie der Sendungen mit Wertangabe" erhält die Überschrift den Zusatz:

Kennzeichnung der von der Reichsabgabe (Gesetz vom 21. Juni 1916) befreiten Pakete.

Am Schlusse des Abs. 1 ist einzuschalten:

Von der Reichsabgabe (Gesetz vom 21. Juni 1916) befreite Pakete, enthaltend Zeitungen oder Zeitschriften, dürfen nicht durch Lacksiegel, Siegelmarken oder Prägedruck verschlossen sein. Sie müssen über der Aufschrift einen weißen Zettel mit der groß bedruckten Bezeichnung „Zeitungen, Zeitschriften" tragen. Der gleiche Vermerk muß auf der Paketkarte angebracht sein. Die Postanstalten sind berechtigt, die Öffnung der so gekennzeichneten Pakete zur Prüfung des Inhalts an Amtsstelle zu verlangen oder selbst vorzunehmen.

2. Im § 18 „Postaufträge zur Einziehung von Geldbeträgen und zur Einholung von Wechselakzepten" ist im letzten Satze des Abs. XII statt „400" zu setzen:

800.

3. Im § 37 „Gebühren für Briefe im Orts- und Nachbarortsverkehr" ist im Abs. I statt „im Nichtfrankierungsfalle . . . 10" zu setzen:
   im Nichtfrankierungsfalle das Doppelte.
4. In demselben § (37) erhält der Abs. IV folgenden Wortlaut:
   IV Für unzureichend frankierte Briefe wird dem Empfänger das Doppelte des Fehlbetrags angesetzt, nötigenfalls unter Abrundung auf eine durch 5 teilbare Pfennigsumme aufwärts.
5. Im § 39 „An wen die Bestellung geschehen muß" ist im 1. Satze des Abs. VII beidemal statt „400" zu setzen:
   800
6. Im § 45 „Behandlung unbestellbarer Postsendungen am Bestimmungsorte" ist im letzten Satze des Abs. II das Wort „Porto" zu streichen. In demselben § (45) ist im Abs. IV statt „des Portos" zu setzen:
   der Gebühr.
7. Im § 48 „Nachlieferung von Zeitungen" ist im 1. Satze statt „ist" zu setzen:
   sind,
   die Worte „das Porto von" sind zu streichen.
   Im 2. Satze ist statt „Das gleiche Porto" zu setzen:
   Derselbe Betrag.
8. Im § 49 „Verkauf von Postwertzeichen" ist im Abs. I als 2. Satz einzuschalten: Postwertzeichen, deren Nennwert auf Bruchpfennige lautet, werden in Mengen durch 2 teilbar, sei es desselben Nennwerts oder verschiedener Nennwerte, auf ausdrückliches Verlangen jedoch auch einzeln unter Abrundung des Nennwerts auf volle Pfennige aufwärts abgegeben.

Übergangsvorschrift.

Bei Briefen im Orts- und Nachbarortsverkehre, die nach den bisherigen Vorschriften frankiert sind, wird in den Monaten August und September 1916 nur der Betrag von 3 Pfennig nacherhoben. Dasselbe gilt für Postkarten, die nach den bisherigen Vorschriften frankiert sind.

Vorstehende Änderungen treten am 1. August 1916 in Kraft.

b) Bekanntmachung, betr. Änderung der Telegraphenordnung vom 16. Juni 1904. Vom 12. Juli 1916. (RGBl. 741.)

Die Telegraphenordnung vom 16. Juni 1914 wird wie folgt geändert.

1. Im § 7 fällt der Abs. V (Abrundung der Telegrammgebühr auf einen durch 5 teilbaren Pfennigbetrag) weg.
2. Im § 10 „Telegramme mit Vergleichung" ist als letzter Absatz einzuschalten:
   III. Bei der Berechnung der Gebühren sich ergebende Bruchpfennige sind auf volle Pfennige aufwärts abzurunden.
3. Zwischen § 15 und 16 ist als neuer Paragraph einzuschalten:

Pressetelegramme.

§ 15a) Von der Reichsabgabe (Gesetz vom 21. Juni 1916, RGBl. S. 577) befreite Pressetelegramme (d. s. an Zeitungen, Zeitschriften oder Nachrichtenbureaus gerichtete Telegramme in offener Sprache, deren Inhalt aus politischen, Handels- oder anderen Nachrichten von allgemeiner Bedeutung besteht, die zur Veröffentlichung in den Zeitungen und Zeitschriften bestimmt sind) müssen vom Absender im Eingang durch das gebührenfreie Wort „Presse" gekennzeichnet sein.

XXIV. Bekanntmachung über die steuerliche Behandlung von Biersendungen an die Truppen. Vom 13. April 1916.

(RGBl. 275.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

I. Wird Bier, das im Auftrag der Heeresverwaltung an die Truppen geliefert wird, als Militärgut aus einem Brausteuergebiet in ein anderes befördert, so gilt die Versendung nicht als Ausfuhr und der Übertritt in das andere Brausteuergebiet nicht als Einfuhr.

II. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [11. 4.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

XXV. Abgabefreiheit von Liebesgaben.

1. ZBl. 14 578. Der Bundesrat hat in der Sitzung v. 5. November d. Js. beschlossen, unter Aufhebung der Beschlüsse v. 8. und 14. August (ZBl. 465 u. 465) aus Billigkeitsgründen zu genehmigen:

Zoll- oder steuerpflichtige Waren, die deutschen Truppen, den Ritterorden für die freiwillige Kriegskrankenpflege oder den Vereinigungen vom Roten Kreuz gespendet werden, werden frei von Zöllen und Verbrauchsabgaben abgelassen, soweit von einer der zur Empfangnahme und Verteilung der Spenden bestimmten Stellen die Übernahme bescheinigt wird. Unter den gleichen Voraussetzungen wird für Waren des freien Verkehrs, die nach den bestehenden Bestimmungen im Falle der Ausfuhr oder der Aufnahme in ein Zollager Anspruch auf Zoll- oder Steuervergütung haben, diese Vergütung gewährt. Die Übernahmebescheinigung steht hinsichtlich der Gewährung eines Zoll- oder Steuererlasses oder einer Zoll- oder Steuervergütung der Ausfuhr oder der Aufnahme in ein Zollager gleich.

2. ZBl. 15 473. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung v. 18. November 1915 beschlossen:

Die obersten Landesfinanzbehörden werden ermächtigt, die im Bundesratsbeschlusse v. 5. November 1914 — Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 578 — für als Liebesgaben gespendete zoll- und steuerpflichtige Waren vorgesehene Abgabenbefreiung oder Abgabenvergütung aus Billigkeitsgründen in Fällen zu genehmigen, in denen die Waren versehentlich oder aus entschuldbaren Gründen nicht den bestehenden Bestimmungen entsprechend abgefertigt oder dem freien Verkehre statt dem gebundenen Verkehr entnommen worden sind.

In dem von der Direktivbehörde über die Bewilligung zu erstattenden Bericht ist anzugeben, ob der beigeordnete Reichsbevollmächtigte für Zölle und Steuern mit dem Erlaß oder der Vergütung auf gemeinschaftliche Rechnung sich einverstanden erklärt hat.

XXVI. Stempelfreiheit staatlicher und kommunaler Kriegswechsel. Bekanntmachung vom 6. Mai 1916. (ZBl. 110.)

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 18 April d. J. beschlossen:

1. Wechsel, welche von deutschen Bundesstaaten oder von Lieferungsverbänden (Gemeinden oder Gemeindeverbänden) zur Aufbringung der Mittel für die Familienunterstützungen der zum Kriegsdienst einberufenen Mannschaften oder von Gemeinden zur Beschaffung von Dauerwaren ausgestellt oder akzeptiert werden, bleiben von den Wechselstempelabgaben befreit, sofern sie vom Aussteller oder Akzeptanten unmittelbar bei der Reichsbank diskontiert werden, auch das Vorhandensein der Voraussetzungen dieses Beschlusses von der den Bundesstaat, die Gemeinde oder den Gemeindeverband bei der Ausstellung oder Akzeptierung des Wechsels vertretenden Behörde auf diesem selbst bescheinigt ist.

Das gleiche gilt von Wechseln der vorbezeichneten Art, die, ohne im Verkehr gewesen zu sein, durch Vermittlung einer amtlichen Stelle bei der Reichsbank zum Diskont eingereicht werden.

Der Stempel ist zu entrichten, wenn ein Wechsel von der Reichsbank weiterbegeben wird.

2. Die Steuerdirektivbehörden werden ermächtigt, auf Antrag die Stempel zu erstatten, die seit Kriegsbeginn zu vor der Bekanntmachung dieses Beschlusses ausgestellten Wechseln der in Ziffer 1 bezeichneten Art verwendet wurden, und zwar auch dann, wenn der Erstattungsantrag erst nach Ablauf der Erstattungsfrist von einem Jahre (§ 10 AusfBest. zum WSt.) gestellt wird oder der Wechsel vor der Bekanntmachung des Beschlusses bei einer Privatbank diskontiert worden ist und nachgewiesen wird, daß er von der Bank, die das Darlehen gewährt hat, bis zur Einlösung an keine andere Stelle als die Reichsbank weiterbegeben wurde.

Der Erstattung steht in diesen Fällen nicht entgegen, daß der Wechsel einen Vermerk über das Vorhandensein der Voraussetzungen dieses Beschlusses nicht enthält.

XXVII. Kriegskontrollgesetz. Vom 5. Juli 1916. (RGBl. 691.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Der Rechnungshof wird ermächtigt, für die Rechnungslegung über Einnahmen und Ausgaben des Reichs und der Schutzgebiete bis zum Schlusse des Rechnungsjahrs, in dem der Krieg beendet wird, Erleichterungen anzuordnen oder auch von der Legung einzelner Rechnungen ganz abzusehen.

Der Rechnungshof wird ferner ermächtigt, die Prüfung der Rechnungen über diese Einnahmen und Ausgaben nach seinem Ermessen zu beschränken oder sie an seiner Stelle einzelnen Mitgliedern des Rechnungshofs oder den Verwaltungsbehörden zu übertragen und hierbei eine vereinfachte Prüfung zu gestatten. Auch kann die Mitwirkung von kaufmännischen oder anderen Sachverständigen bei der Rechnungsprüfung zugelassen werden.

§ 2. Dem Bundesrat und dem Reichstag ist alljährlich eine vom Rechnungshof aufgestellte Übersicht über die von ihm gemäß § 1 getroffenen Maßnahmen vorzulegen.

Urkundlich usw.

Begründung.

Infolge des Krieges sind, wie der Rechnungshof bereits in dem Nachtrag zum Vorberichte zu seinen Bemerkungen über die Reichshaushaltsrechnung 1910 dargelegt hat, vielen Behörden geschulte Beamtenkräfte ohne genügenden Ersatz genommen worden, trotzdem den Behörden neue und dringende Aufgaben erwuchsen. Unter diesen Umständen haben die Behörden, die Rechnung zu legen haben, die Rechnungsarbeiten nicht in der vorgeschriebenen Weise und rechtzeitig erledigen können und zahlreiche Rechnungen aus der Friedenszeit verspätet und manche noch gar nicht dem Rechnungshofe zur Prüfung vorgelegt. Eine Reihe von Rechnungen aus dem Auslandsdienst und den Schutzgebieten sind noch nicht eingegangen, und es ist zweifelhaft, ob dies überhaupt noch der Fall sein wird, da sie vielleicht verloren gegangen sind. Ihre nochmalige Aufstellung würde dann nicht möglich sein. Auch beim Rechnungshof ist die Geschäftslage infolge der Abgabe von sechs vortragenden Räten und zwei Dritteilen der Revisionsbeamten schwierig geworden. Die Mehrzahl der Beamten ist der Militär- und Marineverwaltung überlassen und wird dort meist in wichtigen Stellen verwendet. Ersatz durch Hilfsarbeiter ist nicht zu beschaffen, und die Zurückberufung abgegebener

Beamter wird mit Rücksicht auf den dringlichen und schwierigen Dienstbetrieb der genannten Verwaltungen nur allmählich stattfinden können. Während hiernach das Leistungsmaß des Rechnungshofs stark herabgemindert ist und dies noch lange bleiben wird, sind die ihm obliegenden Arbeiten durch die Kriegsrechnungen des Heeres (einschließlich des bayerischen) und die Rechnungen der Zivilverwaltungen in den besetzten Gebieten außerordentlich vermehrt worden. Sie würden selbst bei vollem Personalstand nicht in der bisherigen Weise bewältigt werden können. Welches Personal und welchen Zeitraum die vorschriftsmäßige Prüfung der Kriegsrechnungen beanspruchen würde, dafür bietet die Tatsache einen Anhalt, daß die Prüfung der Rechnungen aus dem Kriege 1870/71 trotz Verwendung vieler Hilfskräfte einen Zeitraum von rund zehn Jahren erfordert hat. Wenn daher die Abwicklung des Rechnungswesens aus dem jetzigen Kriege sich nicht auf Jahrzehnte erstrecken und nicht unverhältnismäßige Kosten verursachen soll, so werden wesentliche Vereinfachungen über die bereits durch das Reichskontrollgesetz vom 4. April 1915 zugelassenen Erleichterungen hinaus nicht zu umgehen sein.

NorddAllgZtg. v. 31. Mai 1916 Nr. 150 2. Ausg. Als entsprechende Maßnahmen können schon jetzt angeführt werden: Verzicht auf die formelle Rechnungsaufstellung und statt ihrer Rechnungslegung durch die geführten Nebenbücher (Manuale), Einschränkung der vorgeschriebenen Bescheinigungen und Nachweisungen, Verzicht auf die formelle und die rechnerische Abnahme von Rechnungen durch die Verwaltungsbehörden, Auswahl der zu prüfenden Rechnungen oder Teile von Rechnungen nach Umfang und Bedeutung der bei ihnen erfahrungsmäßig vorkommenden Erinnerungen, Vornahme von Stichproben, Beschränkung der Erinnerungen auf Verstöße von finanzieller oder sonstiger Erheblichkeit, Vereinfachungen in der Behandlung von Fondsverwechslungen.

XXVIII. Erleichterung der Zeichnung von Kriegsanleihe.

1. Preuß. Verordnung, betr. den Erwerb von Reichskriegsanleihe für Stiftungen, standesherrliche Hausgüter, Familienfideikommisse, Lehen und Stammgüter. Vom 14. September 1916. (GesS. 121.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., verordnen auf Grund des Artikels 63 der Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850 (Gesetzsamml. S. 17) und auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt:

§ 1. Der Vorstand einer Stiftung sowie der Inhaber eines standesherrlichen Hausguts, Familienfideikommisses, Lehens oder Stammguts oder die sonst zur Verwaltung eines der vorgenannten Vermögen berufenen Personen oder Stellen sind mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde befugt, für dieses Vermögen Kriegsanleihe des Deutschen Reichs (Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen) zu erwerben. Die Aufsichtsbehörde kann sie zu diesem Zwecke ermächtigen, die erforderlichen Verpflichtungserklärungen abzugeben, über die zu dem Vermögen gehörenden Kapitalien (Gelder, Forderungen, Wertpapiere usw.) zu verfügen und die sonstigen zu dem Vermögen gehörenden Gegenstände zu verpfänden oder zu belasten.

§ 2. Die Genehmigung (Ermächtigung) der Aufsichtsbehörde kann unter Bedingungen oder Auflagen erteilt werden; sie kann auch nachträglich erfolgen.

§ 3. Fehlt eine Aufsichtsbehörde oder ist ungewiß, welche Behörde zur Aufsicht berufen ist, so gilt als Aufsichtsbehörde im Sinne dieser Verordnung bei Stiftungen die höhere Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk die Stiftung ihren Sitz hat oder die Verwaltung der Stiftung geführt, wird im übrigen das Oberlandesgericht, in dessen Bezirk das Vermögen des standesherrlichen Hausguts, Familienfidei-

kommisses, Lehens oder Stammguts seinem Hauptbestande nach oder der Gegenstand, über den verfügt werden soll, sich befindet.

§ 4. Ist die Genehmigung (Ermächtigung) von einem Gericht oder einer höheren Verwaltungsbehörde oder einer ihnen übergeordneten Behörde erteilt, so kann nicht geltend gemacht werden, daß die Person oder Stelle, welcher die Genehmigung erteilt ist, zu der Verfügung über das Vermögen nicht befugt gewesen sei oder daß die genehmigende Behörde für die Genehmigung nicht zuständig gewesen sei.

§ 5. Die Entscheidung der Aufsichtsbehörde ist unanfechtbar. Gebühren und Auslagen werden dafür nicht erhoben.

§ 6. Durch diese Verordnung wird die Befugnis der im § 1 genannten Personen oder Stellen zur Verwendung des Vermögens auf Grund anderer Vorschriften nicht berührt.

§ 7. Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung [16. 9.] in Kraft. Das Staatsministerium wird ermächtigt, den Zeitpunkt zu bestimmen, zu welchem die Verordnung außer Kraft tritt.

Mit der Ausführung der Verordnung werden die zuständigen Minister beauftragt.

Urkundlich usw.

Hierzu:

Merkblatt über den Erwerb von Reichskriegsanleihe für Stiftungen.

(JMBl. 16 245.)

In den Satzungen von Stiftungen finden sich häufig besondere Bestimmungen, durch welche die Befugnis des Vorstandes zur Anlegung von Stiftungsvermögen oder zu sonstigen Verfügungen über das Stiftungsvermögen beschränkt wird; derartige Bestimmungen können im Einzelfalle der Zeichnung der Kriegsanleihe im Wege stehen oder auch Zweifel hervorrufen, ob und inwieweit der Vorstand befugt ist, Kriegsanleihe für die Stiftung zu zeichnen. Zur Behebung dieser Zweifel und Bedenken dient die nachstehend abgedruckte Königliche Verordnung; sie weist den Weg, auf welchem die Stiftungen sich auch in den genannten Fällen an der Anleihezeichnung beteiligen können.

Die Verordnung bezieht sich auf alle rechtsfähigen Stiftungen — Familienstiftungen und andere Stiftungen —, gleichviel ob sie vor oder nach dem 1. Januar 1900 errichtet sind. Nach der Verordnung ist der Vorstand der Stiftung oder die sonst zur Verwaltung des Stiftungsvermögens berufene Person oder Stelle berechtigt, auf Grund der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, ohne daß es der satzungsmäßig etwa vorgeschriebenen Mitwirkung anderer Personen (Beirat) oder Behörden bedarf, in der von der Verordnung näher bestimmten Weise zu verfügen. Alle entgegenstehenden satzungsmäßigen Bestimmungen, welche den Stiftungsvorstand oder den Verwalter des Stiftungsvermögens in der Anlegung beschränken, sei es, daß sie eine Verfügung überhaupt ausschließen oder eine bestimmte Art der Anlegung vorschreiben, sind durch die Verordnung für den Erwerb von Kriegsanleihe außer Kraft gesetzt; von derartigen Bestimmungen dürfen der Vorstand und die Verwalter des Stiftungsvermögens zum Zwecke des Erwerbes von Kriegsanleihe mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde abweichen, ohne sich dadurch verantwortlich zu machen.

Beim Anleiheerwerbe sind der Stiftungsvorstand und die Verwalter nicht auf die Verwendung bereiter Geldmittel beschränkt, vielmehr können sie zwecks Beschaffung des für die Kriegsanleihe gezeichneten Betrags beispielsweise auch vorhandene Wertpapiere veräußern, Darlehen für die Stiftung aufnehmen, zur Sicherheit für diese Darlehen Wertpapiere, Reichs- und Staatsschuldbuchforderungen usw. verpfänden und den Grundbesitz der Stiftung mit Hypotheken oder Grundschulden be-

lasten; nur die Veräußerung von Grundstücken oder von beweglichen Sachen, die nicht zu den Kapitalien gehören (z. B. Inventarstücke), ist nach der Verordnung nicht zulässig.

Die Aufnahme von Darlehen gegen Verpfändung (Lombardierung) von Wertpapieren oder Schuldbuchforderungen kann namentlich bei den Darlehnskassen des Reichs erfolgen. Diese berechnen für Darlehen, die zum Zwecke der Einzahlung auf Kriegsanleihe entnommen werden, einen Vorzugszinssatz von 5¼ v. H. Der Unterschied zwischen diesem Zinssatz und der Verzinsung, welche die Kriegsanleihe bietet, ist hiernach nur geringfügig. Eine Kündigung des Darlehens seitens der Darlehnskasse zu ungelegener Zeit ist nicht zu befürchten. Die Darlehnskassen werden für die Verlängerung des Darlehens das größte Entgegenkommen zeigen und überdies aller menschlichen Voraussicht nach noch mehrere Jahre (4 bis 5) nach dem Friedensschluß in Tätigkeit bleiben, um für eine leichte, vorteilhafte Kreditgewährung durch Verpfändung auch von Kriegsanleihen Gelegenheit zu bieten.

Die Genehmigung (Ermächtigung) ist bei der Aufsichtsbehörde zu beantragen; Aufsichtsbehörde ist bei Familienstiftungen das Amtsgericht, sofern nicht die Stiftungsaufsicht dem Landgericht oder Oberlandesgericht übertragen ist, bei anderen Stiftungen in der Regel und, falls nichts anderes bestimmt ist, der Regierungspräsident (in Berlin der Polizeipräsident). Die Entscheidung über den Antrag ist kostenfrei.

Falls die Zeit nicht ausreicht, die Genehmigung und Ermächtigung vor der Zeichnung nachzusuchen, kann sie auch noch nachträglich beantragt und erteilt werden. In diesem Falle muß der Vorstand oder Verwalter des Vermögens — um nicht aus der Zeichnung selbst zu haften — in der Zeichnungserklärung unzweideutig zum Ausdrucke bringen, daß er „für die Stiftung vorbehaltlich der noch einzuholenden Genehmigung der Aufsichtsbehörde (Verordnung vom 14. September 1916)" zeichne.

Der Antrag an die Aufsichtsbehörde muß den Anleihebetrag oder falls dieser noch nicht sicher bestimmt werden kann, den Höchstbetrag, der für die Stiftung gezeichnet werden soll, angeben und die Vermögensgegenstände, über die zum Zwecke des Erwerbs der Kriegsanleihe verfügt werden soll, sowie die Verfügung, die getroffen werden soll, möglichst genau bezeichnen. Der Antrag ist, soweit erforderlich, durch Darlegung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, soweit sie nicht bei der Aufsichtsbehörde als bekannt vorausgesetzt werden können, zu begründen.

Der Antrag an die Aufsichtsbehörde kann danach beispielsweise folgende Form haben:

> „Als Vorstand der ..... Stiftung mit dem Sitze in .... beabsichtigen wir von der 5. Kriegsanleihe 5% Deutsche Reichsanleihe für die Stiftung bis zum Höchstbetrage von 50000 M. zu zeichnen.
>
> Wir beantragen, den Erwerb der Kriegsanleihe für die Stiftung zu genehmigen und uns zu ermächtigen, zur Beschaffung der erforderlichen Mittel
>
> 1. die in dem anliegenden Verzeichnis aufgeführten Wertpapiere im Nennwerte von 25000 M. zu veräußern,
> 2. die nach dem anliegenden Reichsbankdepotschein Nr. .... hinterlegten Wertpapiere im Nennwerte von 40000 M. bei einer Darlehnskasse des Reichs zu verpfänden und bis zur Höhe des daraufhin von der Darlehnskasse zu erteilenden Darlehens den Beleihungsantrag für die Stiftung zu stellen."

Die Verordnung ist dazu bestimmt, die Zeichnung von Kriegsanleihe zu erleichtern; die Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist also nicht erforderlich, wenn der Vorstand der Stiftung nach der Satzung zur Zeichnung von Kriegsanleihe und zu den erforderlichen Maßnahmen unbeschränkt befugt ist.

2. Preuß. Verordnung über die Beleihung landschaftlicher (ritterschaftlicher) Fonds bei den Darlehnskassen des Reichs.] Vom 18. September 1916. (GesS. 125.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., verordnen auf Grund des Artikel 63 der Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850 (Gesetzsamml. S. 17) und auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt:

§ 1. Die Direktionen der öffentlichen landschaftlichen (ritterschaftlichen) Kreditanstalten sind befugt, die Bestände der eigenen Fonds der Anstalten sowie der von den Anstalten oder von deren Organen verwalteten Sicherheits-, Reserve- und Tilgungsfonds zur Anschaffung von Anleihen des Reichs oder der Bundesstaaten zu verwenden und zu diesem Zwecke die Wertpapierbestände der Fonds bei den Darlehnskassen des Reichs zu verpfänden.

Sie sind ferner befugt, zu einer Verpfändung gemäß vorstehender Bestimmung an Stelle für die Tilgungsfonds beschaffter und vernichteter Pfandbriefe neue Pfandbriefe oder Zwischenscheine zu diesen auszugeben, soweit die Pfandbriefe (Zwischenscheine) durch Hypothekenforderungen der Anstalten vorschriftsmäßig gedeckt sind.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung [21. 9.] in Kraft.

Urkundlich usw.

E. Kriegs-Wirtschaft.

(Beschaffung und Verwertung der Rohstoffe, Nahrungs-, Futter- und Gebrauchsmittel, Höchst- und Grundpreise.)

Der Bericht über die Kriegs-Wirtschaft für die Zeit von Mitte des Jahres 1915 bis zur Gegenwart erscheint als besonderer, vierter Band des Kriegsbuches in den ersten Monaten des Jahres 1917.

F. Beschaffung und Verteilung der Arbeitskräfte. Arbeiterschutz. — Kriegswohlfahrtspflege. — Kriegsschädenersatz, Wiederaufbau Ostpreußens.

Übersicht.

*I. Arbeitsnachweise 571
1. Die Reichszentrale der Arbeitsnachweise . . . . .
*2. Bek. über Arbeitsnachweise v. 14. Juni 1916 (RGBl. 519) . . . 571
II. Bek. über die Beschäftigung von Gefangenen mit Außenarbeit, v. 4. März 1915 (RGBl. 130). . . . . .
III. Linderung der Arbeitslosigkeit 571
*1. Der Ausschuß für Konfektionsnotarbeit 571
2. Maßnahmen öffentlicher Verwaltungen . . . . . .
a) der Post- und Telegraphenverwaltung . . . . . .
b) der Heeresverwaltung . . . . . .
3. Vereinfachtes Enteignungsverfahren in Preußen 572
a) Preußische Verordnung, betr. ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen, v. 11. September 1914 (GS. 159), mit den Änderungen der Verordnung v. 27. März 1915 (GS. 57). . . . . .
*b) Erlasse des Staatsministeriums 572
c) Ausführungsbestimmungen . . . . . .
4. Außerkraftsetzung von Betriebsvorschriften. 572
a) Gesetz, betr. Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter, v. 4. August 1914 (RGBl. 333) . . . . . .
b) Verordnungen des Bundesrats auf Grund der Gewerbeordnung .
α. Bek., betr. die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen, in denen Thomasschlacke gemahlen oder Thomasschlackenmehl gelagert wird, v. 21. Oktober 1914 (RGBl. 445) . . . . . .
β. Bek., betr. den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie, 572
αα. v. 21. Oktober 1914 (RGBl. 446) . . . . . .
ββ. v. 29. Oktober 1915 (RGBl. 721) . . . . . .
*γγ. v. 23. November 1916 (RGBl. 1287) 572
γ. Bek., betr. die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten, v. 11. November 1914 (RGBl. 474) . . . . . .
c) Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten . . . . . .
5. Maßnahmen für die Textilarbeiter . . . . . .
a) Übersicht . . . . . .
b) Bek., betr. die Einschränkung der Arbeitszeit in Spinnereien, Webereien, Wirkereien usw., v. 7. November 1915 (RGBl. 733) . . . .
*6. Maßnahmen für die Schuhwarenarbeiter 572
Bek., betr. die Einschränkung der Arbeitszeit in Betrieben, in denen Schuhwaren hergestellt werden, v. 14. Juni 1916 (RGBl. 519) . . 572
IV. Arbeiter- und Angestelltenversicherung. 575
1. Allgemeines 575

a) Gesetz, betr. die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, v. 4. August 1914 (RGBl. 34) 575
Hierzu die Bekanntmachungen über denselben Gegenstand
α. v. 4. September 1914 (RGBl. 395) . . . . . .
β. v. 12. August 1915 (RGBl. 497) . . . . . .
*γ. v. 18. April 1916 (RGBl. 321) 575
b) Sicherstellung der ärztlichen Behandlung . . . . . .
c) Bek., betr. Festsetzung der Ortslöhne, vom 4. September 1914 (RGBl. 396), 19. August 1915 (RGBl. 511) und 3. Juli 1916 (RGBl. 658) 575
d) Bek. über die Anrechnung militärischer Dienstleistungen in der Arbeiterversicherung, v. 26. November 1914 (RGBl. 485) . . . . . .
2. Krankenversicherung 576
*a) Gesetz, betr. Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung, v. 4. August 1914 (RGBl. 334), ergänzt durch die Bek. v. 26. November 1914 (RGBl. 485) und § 1 der Bek. über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges, v. 28. Januar 1915 (RGBl. 49) 576
*b) Gesetz, betr. Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen, v. 4. August 1914 (RGBl. 337) 577
*c) Bek., betr. § 214 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung, v. 14. Juni 1916 (RGBl. 516) 578
*d) Bek., betr. Krankenversicherung bei Ersatzkassen, v. 5. Juli 1916 (RGBl. 655) 579
*e) Bek. über Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung v. 16. November 1916 (RGBl. 1279) 581
*f) Bek. betr. Krankenversicherung von Ausländern während des Krieges v. 2. November 1916 (RGBl. 1247) 582
*3. Unfall-, Invaliden-, Hinterbliebenenversicherung 583
a) Gemeinsames . . . . . .
b) Unfallversicherung . . . . . .
c) Invaliden-, Hinterbliebenenversicherung . . . . . .
*d) Bek., betr. Außerkraftsetzung von Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Unfallversicherung v. 14. Juni 1916 (RGBl. 515) . 583
*e) Bek. über Antragsrechte in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung v. 12. Mai 1916 (RGBl. 371) 585
*f) Bek. über die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, v. 23. Dezember 1915 (RGBl. 845) 588
*g) Bek. betr. Verjährung rückständiger Beiträge nach § 29 der Reichsversicherungsordnung v. 2. Dezember 1916 (RGBl. 1341). Nachtrag
*h) Keine Rentenminderung aus Anlaß von Erntehilfe. 591
4. Angestelltenversicherung 591
*a) Maßnahmen im Dienste der Kriegsfürsorge 591
b) Bek., betr. Anrechnung militärischer Dienstleistungen in der Angestelltenversicherung, v. 18. März 1915 (RGBl. 181) . . . . . .
*c) Bek., betr. die Angestelltenversicherung während des Krieges, v. 26. August 1915 (RGBl. 531) 591
*d) Bek., betr. die Durchführung des § 392 Abs. 3 Nr. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte zugunsten berufsunfähiger Kriegsteilnehmer, v. 14. Juni 1916 (RGBl. 517) 593
*e) Bek., betr. Abkürzung der Wartezeit in der Angestelltenversicherung v. 9. Dezember 1915 (RGBl. 815). 593
*f) Bek., betr. die Beitragserstattung nach § 398 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, v. 11. Mai 1916 (RGBl. 370) 593

*g) Bek., betr. Erstattung von Beiträgen zur Angestelltenversicherung an berufsunfähige Kriegsteilnehmer, v. 26. Mai 1916 (RGBl. 425) 595
*h) Bek. über Versicherungspflicht von Angestellten für Beschäftigungen während des Krieges, v. 30. September 1916 (RGBl. 1097) . . . 596
*i) Bek., betr. die Ausführung des § 8 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, v. 4. Mai 1916 (RGBl. 364) 597
*5. Privatversicherung 598
V. Kriegswohlfahrtspflege 598
1. Versorgung mit Ärzten, Apothekern usw. . . . . .
*2. Verwendung von Reichsmitteln für die Kriegswohlfahrtspflege . . . 598
*3. Preußisches Gesetz über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände, v. 1. Mai 1916 (GS. 49) . . 600
*4. Fürsorge für Kriegsinvaliden 601
a) Maßnahmen des Reichs. . . . . .
b) Maßnahmen in Preußen 601
α. Ministerialerlaß v. 10. Mai 1915 (HMBl. 144) . . . . . .
β. Ministerialerlaß v. 8. September 1915 (HMBl. 232). . . . .
*γ. Ministerialerlaß v. 29. August 1916 (MBl. 188) 601
*5. Gesetz über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung (Kapitalabfindungsgesetz), v. 3. Juli 1916 (RGBl. 680) 609
Hierzu:
a) Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung (Kapitalabfindungsgesetz), v. 8. Juli 1916 (RGBl. 684) 614
b) Anweisung des Preuß. Kriegsministeriums v. 26. Juli 1916 617
c) Preußische Ausführungsanweisung v. 29. September 1916 (LMBl. 266) 619
*6. Bek. über die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege, v. 22. Juli 1915 (RGBl. 449). . . . . .
Hierzu:
Preußische Ausführungsbestimmungen v. 22. Juli 1915 (MBl. 115)
*7. Wochenhilfe 622
a) Die Vorschriften . . . . . .
α. Bek., betr. Wochenhilfe während des Krieges, v. 3. Dezember 1914 (RGBl. 492) . . . . . .
β. Bek. über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges, v. 28. Januar 1915 (RGBl. 49) . . . . . .
γ. Bek., betr. Ausdehnung der Wochenhilfe während des Krieges, v. 23. April 1915 (RGBl. 257) . . . . . .
b) Erläuterungen 623
α. Zu Bekanntmachung a α 623
β. Zu Bekanntmachung a β 627
γ. Zu Bekanntmachung a γ 627
8. Bek., betr. den Ausschank und Verkauf von Branntwein oder Spiritus, v. 26. März 1915 (RGBl. 183) 629
9. Gesetz über die Kriegsversorgung von Zivilbeamten, v. 4. August 1914 (RGBl. 735) . . . . . .
*10. Familienunterstützung 629
a) Gesetz zur Änderung des Gesetzes, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, v. 28. Februar 1888 (RGBl. 59), v. 4. August 1914 (RGBl. 332) 629
b) Ges. (betr. denselben Gegenstand) v. 30. September 1915 (RGBl. 629) 630
c) Bek., betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, v. 21. Januar 1916 (RGBl. 55) 631

Hierzu:
Preuß. Ausführungsverfügung v. 30. Januar 1916 (MBl. 38) . . 635
d) Bek. betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften v. 3. Dezember 1916 (RGBl. 1323) . . . . Nachtrag
e) Bek., betr. Einwirkung der Fürsorge für Angehörige von Kriegsteilnehmern auf deren Unterstützungswohnsitz, v. 13. November 1915 (RGBl. 764) 639
11. Bek. über die Zahlung von Brandentschädigungen in der preußischen Provinz Ostpreußen und dem Kreise Rosenberg in Westpreußen v. 13. Oktober 1914 (RGBl. 431) . . . . . .
12. Gesetz, betr. den Schutz von Berufstrachten und Berufsabzeichen für Betätigung in der Krankenpflege, v. 7. September 1915 (RGBl. 561) .
*VI. Kriegsschädenersatz 640
*1. Kriegsschäden im Ausland 640
Anordnung des Reichskanzlers, betr. das Verfahren vor der Reichsentschädigungskommission, v. 25. April 1915 (Reichsanz. Nr. 96) . . . 640
Hierzu:
Preuß. Allgemeine Verfügung über die der Reichsentschädigungskommission zu leistende Rechtshilfe, v. 1. Juni 1915 (JMBl. 110) . . .
*2. Kriegsschäden im Inland . . . . . .
a) Allerhöchster Erlaß, betr. Einsetzung einer Kriegshilfskommission für die Provinz Ostpreußen, v. 24. September 1914 . . . . . .
b) Staatsministerialbeschluß (über denselben Gegenstand) v. 29. September 1914 . . . . . .
c) Anweisung des preußischen Staatsministeriums über die vorläufige Ermittlung von Kriegsschäden und die Gewährung einer staatlichen Vorentschädigung in den durch den Krieg unmittelbar berührten Landesteilen, v. 18. Januar 1915 (MBl. 143). . . . . .
d) Ministerialverfügung (über denselben Gegenstand) v. 20. August 1915 (MBl. 149) . . . . . .
e) Königliche Verordnung über die Befugnis der Kriegsausschüsse in der Provinz Ostpreußen zur eidlichen Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, v. 28. Juli 1915 (GS. 121) . . . . . .
Hierzu:
Allgemeine Verfügung, betr. die Rechtshilfeersuchen der Kriegsausschüsse in Ostpreußen, v. 7. August 1915. (JMBl. 186) . . . . .
*f) Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete v. 3. Juli 1916 (RGBl. 675) 644
Hierzu:
α. Bek., betr. das Verfahren zur Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete, v. 19. September 1916 (RGBl. 1053) 685
β. Bek., betr. Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet v. 28. Sept. 1916 mit der Ergänzung v. 17. November 1916 (ZBl. 289, 400). 691
γ. Preuß. Ausführungsanweisung v. 24. Oktober 1916 (MBl. 247) Nachtrag
* VII. 1. Wiederaufbau Ostpreußens 701
Verordnung, betr. die Umlegung von Grundstücken in der Provinz Ostpreußen, v. 11. Dezember 1915 (GS. 172) 701
*2. Verordnung über die Sicherstellung der zum Wiederaufbau im Kriege zerstörter Gebäude gewährten Staatsdarlehen, v. 1. Mai 1916 (GS. 45) 701
Hierzu:
Ausführungsbestimmungen v. 9. Mai 1916 (LMBl. 131) 702

I. Arbeitsnachweise.

(Abschnitt 1 in Bd. 1, 797.)

2. Bekanntmachung über Arbeitsnachweise. Vom 14. Juni 1916.

(RGBl. 519.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bezeichneten Behörden können Gemeinden oder Gemeindeverbände verpflichten, öffentliche unparteiische Arbeitsnachweise zu errichten und auszubauen sowie zu den Kosten solcher von anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden errichteten Arbeitsnachweise beizutragen; sie können Anordnungen über die Einrichtung und den Betrieb solcher Arbeitsnachweise treffen.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [16. 6.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Begründung. (D. A. IX 222.)

In Verfolgung des in der Denkschrift vom 27. November 1915 über Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises (Reichstagsdrucksachen Nr. 151 S. 32) hervorgehobenen Zieles, das Deutsche Reich mit einem lückenlosen engmaschigen Netze öffentlicher unparteiischer Arbeitsnachweise zu überziehen, sind durch die auf Grund des § 3 des sogenannten ErmG. ergangene Bek. vom 14. Juni 1916 den zuständigen Landeszentralbehörden oder den von ihnen bezeichneten Behörden besondere Befugnisse erteilt worden. Sie können hiernach Gemeinden oder Gemeindeverbände verpflichten, öffentliche unparteiische Arbeitsnachweise zu errichten und auszubauen sowie zu den Kosten solcher von anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden errichteten Arbeitsnachweisen beizutragen; auch können die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bezeichneten Behörden Anordnungen über die Einrichtung und den Betrieb solcher Arbeitsnachweise treffen.

Wenn auch die Neuerrichtung öffentlicher Arbeitsnachweise in letzter Zeit ersichtlich große Fortschritte gemacht hat, so sind doch noch vielfach selbst gewerbereiche Orte und Bezirke vorhanden, die noch keinen oder keinen genügend wirksamen Arbeitsnachweis eingerichtet haben. Die neuen Bestimmungen sollen dazu dienen, die zum Teil auf die Kostenfrage, zum Teil auf sachlich nicht begründete Befürchtungen in wirtschaftlicher Beziehung und auf eine nicht ausreichende Würdigung des Arbeitsnachweises zurückzuführenden Widerstände einzelner Gemeinden zu überwinden.

Die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise, ihr Ausbau, ihre Einrichtungen und ihr Betrieb soll durch Anwendung der den Behörden erteilten Befugnisse so gefördert werden, daß die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweiswesens bis zum Friedensschluß möglichst zum Abschluß gebracht werden kann.

Dem vom Reichstage in seiner Resolution vom 20. März 1915 (RTDrucks. Nr. 36 unter IIb I, StenB. 12/3124) mit in erster Reihe befürwortetem Wunsche, Maßnahmen zur Herstellung eines Netzes von öffentlichen unparteiischen Arbeitsnachweisen für das Deutsche Reich zu treffen, ist durch den Erlaß der bezeichneten Bek. Rechnung getragen worden.

Literatur.

Wölbing, Der Arbeitsnachweis im Kriege, Pr.VerwBl. 38 2.

(Abschnitt II in Bd. 1, 800.)

III. Linderung der Arbeitslosigkeit.

1. Der Ausschuß für Konfektionsnotarbeit.

(Zu vgl. Bd. 1, 801; 2, 302.)

DA. IX 234. Der Ausschuß für Konfektions-Notarbeit, der am 9. September 1916 auf eine zweijährige ununterbrochene Wirksamkeit zurückblicken konnte, hat es mit Rücksicht auf die Notlage, in der sich die Heimarbeiterinnen des Konfektionsgewerbes Groß-Berlins

auch jetzt noch vielfach befinden, für erforderlich erachtet, seine Tätigkeit weiter fortzusetzen. Wenngleich es aus verschiedenen, hier nicht näher zu erörternden Gründen immer schwieriger wird, Arbeitsaufträge zu erhalten, ist er doch verhältnismäßig gut beschäftigt in das dritte Jahr seines Bestehens wie des Krieges eingetreten. Auftraggeber ist für ihn jetzt nur noch die Heeresverwaltung. Der Ausschuß beschäftigt zurzeit 1629 Arbeiterinnen, davon 1142 mit Näharbeiten und 487 mit Strickarbeiten sowie 93 teils kaufmännische, teils gewerbliche Angestellte. An Löhnen hat er seit dem Beginne seines Bestehens bis zum 1. Sept. 1916, also in rund 2 Jahren, 2198512 M. an Heimarbeiterinnen gezahlt. Die Angestellten des Ausschusses haben in demselben Zeitraum 290747 M. an Löhnen und Gehältern bezogen. Die Krankenkassenbeiträge, die der Ausschuß für seine Heimarbeiterinnen ohne jeden Abzug leistet, belaufen sich bisher auf 59611 M. Außerdem sind zu freiwilligen Unterstützungen von Heimarbeiterinnen und Angestellten sowie für andere soziale Zwecke 6153 M. verausgabt worden.

(Abschnitt 2 in Bd. 1, 801.)

3. Vereinfachtes Enteignungsverfahren.

a) Verordnung, betr. ein vereinfachtes Enteignungsverfahren usw. Vom 11. September 1914. (GesS. 159 in Bd. 1, 803.)

b) Hierzu sind seit dem 2. Januar 1916 (zu vgl. Bd. 2, 302) noch folgende Erlasse des Staatsministeriums ergangen: v. 24. Januar, 7., 18., 25. März, 5., 17., 18. April, 2. Mai, 3., 5., 6., 24., 30. Juni, 11., 24. Juli, 19. August, 4, 12,. 21., 30. September, 9., 15., 28. Oktober 1916. (GS. 6, 11, 37, 38, 43, 44, 48, 102, 103, 107, 111, 114, 116, 117, 118, 123, 127, 130, 135, 137, 139).

4. Außerkraftsetzung von Betriebsvorschriften.

(Unterabschnitt a und bα in Bd. 1, 808ff.).

β) Bekanntmachungen, betr. den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie.

αα. v. 21. Oktober 1914 (RGBl. 446) in Bd. 1, 809.
ββ. v. 29. Oktober 1915 (RGBl. 721) in Bd. 2, 302.
γγ. v. 23. November 1916 (RGBl. 1287).

Auf Grund der §§ 120f, 139b der Gewerbeordnung hat der Bundesrat folgende Bestimmung erlassen:

Unter Aufhebung der Bestimmung v. 29. Oktober 1915 (RGBl. 721) wird der § 7 der Bekanntmachung v. 4. Mai 1914, betreffend den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie (RGBl. 118) wie folgt geändert:

§ 7. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. Dezember 1917 in Kraft und an Stelle der Bekanntmachung v. 19. Dezember 1908 (RGBl. 650).

Die auf Grund des § 3 der Bekanntmachung v. 19. Dezember 1908 gestatteten Ausnahmen bleiben, wenn ihre Dauer nicht auf einen kürzeren Zeitpunkt beschränkt ist, bis zum 30. November 1917 in Geltung, treten aber am 1. Dezember 1917 sämtlich außer Kraft.

(Abschnitt 5 in Bd. 2, 302ff.)

6.*) Bekanntmachung, betr. die Einschränkung der Arbeitszeit in Betrieben, in denen Schuhwaren hergestellt werden. Vom 14. Juni 1916. (RGBl. 519.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Für gewerbliche Betriebe, in denen Schuhwaren mit ledernen Unterböden

*) Durch Bek. v. 6. Dezember 1916 (RGBl. 1342) mit dem 15. Dezember 1916 außer Kraft gesetzt.

irgendwelcher Art hergestellt werden, gelten — sofern die Zahl der gewerblichen Arbeiter einschließlich der Hausarbeiter (Hausgewerbetreibende, Heimarbeiter und dergleichen) mindestens vier beträgt — die nachstehenden Bestimmungen:

a) Die Arbeitszeit in den Werkstätten oder Fabriken darf für den einzelnen Arbeiter und den Betrieb in der Woche 40 Stunden ausschließlich der Pausen nicht überschreiten.

b) Den Hausarbeitern darf wöchentlich höchstens sieben Zehntel derjenigen Arbeitsmenge zugeteilt werden, welche ihnen durchschnittlich wöchentlich in der Zeit vom 1. Oktober 1915 bis zum 31. Mai 1916 zugeteilt worden ist; jedenfalls darf ihnen aber nur so viel Arbeit zugeteilt werden, daß sie — nach den am 1. Juni geltenden Lohnsätzen berechnet — sieben Zehntel des von ihnen in den angegebenen acht Monaten erzielten Durchschnittsverdienstes erreichen können. Wenn es nicht möglich ist, die Menge der von den Hausarbeitern in der Zeit vom 1. Oktober 1915 bis 31. Mai 1916 gefertigten Arbeit oder des von ihnen erzielten Arbeitsverdienstes festzustellen, so darf ihnen nicht mehr Arbeit gegeben werden, als nötig ist, damit ihr Verdienst den Ortslohn (ortsüblichen Tagelohn) erreichen kann.

Eine Überschreitung dieser Arbeitsverdienste ist nur insoweit zulässig, als sie nicht durch Zuteilung einer größeren Arbeitsmenge, sondern durch Erhöhung der Lohnsätze oder durch andere Zuwendungen seitens des Arbeitgebers herbeigeführt wird.

c) Personen, die in den Werkstätten oder Fabriken beschäftigt werden, darf Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebs nicht übertragen oder für Rechnung Dritter überwiesen werden.

d) Wird die Arbeit gegen Stücklohn oder Stundenlohn ausgeführt, so dürfen die Lohnsätze nicht geringer als die am 1. Juni 1916 gezahlten sein. Wird die Arbeit gegen einen nicht in Stundenlohn bestehenden Zeitlohn (Wochenlohn, Tagelohn) ausgeführt, so dürfen die Löhne nur im Verhältnis zu der tatsächlich eintretenden Verkürzung der Arbeitszeit und keinesfalls um mehr als drei Zehntel gegenüber dem Stande am 1. Juni 1916 gekürzt werden.

§ 2. Die Vorschriften des § 1 finden Anwendung auf alle mit der Anfertigung, Bearbeitung und Ausbesserung der Schuhwaren sowie mit dem Einrichten, dem Ausgeben und Abnehmen der Arbeit beschäftigten Personen.

Sie finden dagegen keine Anwendung

1. auf die handelsgewerbliche Tätigkeit,
2. auf die Bewachung der Betriebsanlagen, auf Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung, durch welche der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebs bedingt ist, sowie auf Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme des vollen werktägigen Betriebs abhängig ist,
3. auf Arbeiten, welche zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen erforderlich sind,
4. auf die Beaufsichtigung des Betriebs,
5. auf die Zu- und Abfuhr von Gütern und Brennstoffen und auf das Ent- und Beladen von Eisenbahnwagen.

§ 3. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen dazu ermächtigten Behörden können für ihren Bezirk oder für Teile desselben bestimmen, wie die zugelassene Arbeitszeit auf die einzelnen Werktage zu verteilen ist. Sie können ferner auf Antrag Ausnahmen von den Vorschriften im § 1 im öffentlichen Interesse zulassen.

§ 4. Die Arbeitgeber der im § 1 bezeichneten Betriebe sind verpflichtet, dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten oder den sonst von den Landeszentralbehörden dafür bestimmten Stellen Einsicht in die Lohnlisten und sonstigen Bücher soweit

zu gestatten, als nötig ist, um die Durchführung der Bestimmungen im § 1 zu überwachen.

§ 5. In den Betriebsräumen der im § 1 bezeichneten Betriebe ist an der Innenseite jeder Ausgangstür ein Anschlag anzubringen, der in deutlich lesbarer Schrift den Wortlaut dieser Verordnung wiedergibt.

§ 6. Mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten werden Gewerbetreibende bestraft, die den Vorschriften dieser Verordnung oder den auf Grund des § 3 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandeln.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [16. 6.] in Kraft. Sie findet keine Anwendung auf Schuhwarenbetriebe, welche unter die Bekanntmachung der Generalkommandos über die Regelung der Arbeit in den Web-, Wirk- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbezweigen fallen.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens der Verordnung.*)

Begründung. (D. R. IX 115.)

Die Knappheit der zurzeit verfügbaren Vorräte an Bodenleder ließ es erwünscht erscheinen, besondere Maßnahmen zu treffen, um die Aufrechterhaltung und gleichmäßige Fortführung der Betriebe zur Herstellung von Schuhwaren mit ledernen Unterböden für möglichst lange Zeit, wenn auch in beschränktem Umfange, zu sichern und der Entlassung von Arbeitern in größerem Umfange infolge beschleunigter Aufarbeitung der den Betrieben zugewiesenen Vorräte vorzubeugen. Infolgedessen hat der Bundesrat auf Grund des § 3 des sog. ErmächtigungsG. beschlossen, die Arbeitszeit in den Schuhwarenbetrieben in ähnlicher Weise, wiedies bereits früher für die Textilindustrie geschehen ist, zu beschränken.

Die Bestimmungen finden auf alle Betriebe Anwendung, in denen mindestens vier gewerbliche Arbeiter einschließlich der Hausarbeiter beschäftigt werden. Sie beschränken die Arbeitszeit der in den Betrieben beschäftigten Personen auf wöchentlich höchstens 40 Stunden, das bedeutet eine Einschränkung gegenüber der üblichen Arbeitszeit auf fast sieben Zehntel. Ferner ist bestimmt, daß den in der Schuhware industrie in großer Zahl beschäftigten Hausarbeitern in Zukunft nur soviel Arbeit zugeteilt werden darf, als nötig ist, um sieben Zehntel des bisherigen Arbeitsverdienstes erzielen zu können, und daß an die in den Werkstätten oder Betrieben beschäftigten Personen Hausarbeit nicht mehr übertragen werden darf.

Nach dem Vorbilde der Bekanntmachung, betreffend die Einschränkung der Arbeitszeit in Spinnereien, Webereien, Wirkereien usw., vom 7. November 1915 (RGBl. 733) sind gewisse Arbeiten, besonders solche, von denen die Wiederaufnahme des vollen werktägigen Betriebes abhängig ist, ferner die handelsgewerbliche Tätigkeit sowie die Zu- und Abfuhr von Gütern und Brennstoffen usw. von den einschränkenden Bestimmungen ausgenommen worden.

Die Genehmigung von Ausnahmen sowie die Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Werktage ist den Landeszentralbehörden oder den von ihnen dazu ermächtigten Behörden überlassen worden.

Neben den Bestimmungen über Strafen, das In- und Außerkrafttreten sowie über ihre Nichtanwendung auf Schuhwarenbetriebe, die bereits unter die Bekanntmachung der Generalkommandos vom 4. April 1916 über die Regelung der Arbeit in den Web-, Wirk- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbezweigen fallen, enthält die Bekanntmachung vom 14. Juni 1916 Bestimmungen über die Überwachung ihrer Ausführung.

→ Über Unterstützung notleidender Arbeiter in der Schuhwarenindustrie siehe unten 599. ←

*) Zu vergl. die Anm. * auf Seite 572.

IV. Arbeiter- und Angestelltenversicherung.

1. Allgemeines.

a) Gesetz betr. die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung vom 4. August 1914 (RGBl. 34).

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 811.

Hierzu die Bekanntmachungen über denselben Gegenstand

α. vom 4. September 1914 (RGBl. 395) in Bd. 1, 812.

β. vom 12. August 1915 (RGBl. 497) in Bd. 2, 305.

γ) **Bekanntmachung, betr. die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung. Vom 18. April 1916.** (RGBl. 321.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

Der im § 1 der Bekanntmachung, betreffend die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, vom 12. August 1915 (RGBl. S. 497) bestimmte Zeitpunkt, bis zu welchem die Amtsdauer der Vertreter der Unternehmer oder anderen Arbeitgeber und der Versicherten bei Versicherungsbehörden und Versicherungsträgern sowie der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts und der Landesversicherungsämter längstens erstreckt worden ist, wird auf den 31. Dezember 1917 festgesetzt.

Begründung. (D. R. XI 223.)

Nach der Bek., betreffend die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, vom 12. August 1915 (RGBl. 497) ist die Frist, innerhalb welcher die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Wahlen durchzuführen sind, bis spätestens zum 31. Dezember 1916 verlängert. Diese Frist reicht nicht aus, da die in der Denkschrift und im 5. Nachtrag dargelegten Verhältnisse infolge der langen Dauer des Krieges zurzeit noch unverändert fortdauern. Deshalb hat der Bundesrat auf Grund des § 3 des sog. ErmG. die Wirksamkeit oben erwähnter Bek. vom 12. August 1915 in der Weise ausgedehnt, daß an die Stelle des 31. Dezember 1916 der 31. Dezember 1917 tritt.

(Abschnitt b in Bd. 1, 812.)

c) Festsetzung der Ortslöhne (zu vgl. Bd. 1, 813; 2, 306).

Bekanntmachung, betr. Festsetzung der Ortslöhne. Vom 3. Juli 1916. (RGBl. 658.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

Die Frist, für welche die erstmalige Festsetzung der Ortslöhne im ganzen Reiche gilt (§ 151 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung), wird bis zum Schlusse des Kalenderjahrs verlängert, das dem Jahre folgt, in welchem der gegenwärtige Krieg beendet ist.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [7. 7.] in Kraft.

Begründung. (D. R. IX 223.)

Die Frist, für welche die erstmalige Festsetzung der Ortslöhne im ganzen Reiche gilt (§ 151 Abs. 1 RVO.), ist während des Krieges mehrfach verlängert worden, zuletzt bis zum 31. Dezember 1916 (zu vgl. Bek. vom 4. September 1914 und 19. August 1915, RGBl. 14, 396, 15, 511). Die in der Denkschrift hierzu dargelegten außerordentlichen Verhältnisse dauern noch an. Es fehlt auch jetzt noch an einer geeigneten Grundlage, auf welcher die Ortslöhne für einen längeren Zeitraum neu festgesetzt werden können.

Deshalb war eine weitere Verlängerung der Frist geboten. Dies ist auf Grund des § 3 des sog. ErmG. geschehen durch die Bek. vom 5. Juli 1916 (RGBl. 658). Die Frist endet danach am Schlusse des Kalenderjahres, das dem Jahre folgt, in welchem der Krieg beendet ist.

2. Krankenversicherung.

a) Gesetz, betr. Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung vom 4. August 1914 (RGBl. 334) ergänzt durch die Bekanntmachung vom 26. November 1914 (RGBl. 485) und § 1 der Bekanntmachung über Krankenversicherung und Wochenhilfe vom 28. Januar 1915 (RGBl. 49).

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 814, 815.

§ 1.

Gleichstellung des Aufenthalts im Auslande mit dem im Inlande.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 306, 307.)

3. Kullmann, JW. 16 474 wendet sich dagegen, daß § 214 RVO. nicht auch Anwendung finden soll auf Versicherte, die im Ausland vor dem Feind erkranken oder verwundet werden und befürwortet nötigenfalls den Erlaß einer BRVO., die diesen Zustand beseitigt.

4. Stier-Somlo, Die Ausländer in der Sozialversicherung, ZVersWiss. 16 124 ff., 285 ff.

§ 2.

Ruhen der Wartezeit.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 1, 816, 817.)

3. Satz 3 (zu vgl. Bd. 1, 817.)

v. Schelhorn, ArbVersorg. 16 538. § 2 Satz 3 will sagen, daß der Fristenlauf während des Kriegsdienstes nicht unter allen Umständen ruht, sondern daß er natürlich fortläuft und daß der Kriegsteilnehmer die Wartezeit auch während des Krieges zurücklegen kann, wenn er Kassenmitglied bleibt.

§ 3.

Wiedereintritt.

§ 1. Bekanntmachung über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges vom 28. Januar 1915. (RGBl. 49.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 817.

→ Der Abdruck des § 1 Bek. v. 28. 1. 15 in Bd. 1, 814 wird dahin richtig gestellt, daß mit „Die Kasse . . .“ (Zeile 4 v. unten) ein neuer Absatz beginnt. Dieser Abs. 2 ist durch § 1 Bek. v. 16. Nov. 1916, RGBl. 1299, (e) aufgehoben. ←

(Erläuterung 1 in Bd. 1, 817.)

2. Recht auf Wiedereintritt. Kann der Wiedereintritt auch vor Beginn des Fristlaufs erfolgen? (zu vgl. Bd. 1, 818).

1. v. Schelhorn, ArbVersorg. 16 533. Der Wortlaut des § 3 ließe die Deutung zu daß jeder Kriegsteilnehmer zum Wiedereintritt in die KrankenVers. berechtigt, dessen Mitgliedschaft nur überhaupt nach § 314 Abs. 1 RVO. erloschen ist. Das Erlöschen könnte also auch schon geraume Zeit vor dem Kriege eingetreten sein. Aus dem Zusammenhang muß jedoch geschlossen werden, daß nur Nachteile für die Kriegsteilnehmer beseitigt werden sollten, die mit dem Kriege im ursächlichen Zusammenhang stehen. Ihre Mitgliedschaft

muß hiernach während der Zeit des Kriegsdienstes erloschen sein; wenigstens der letzte maßgebende Zahltag oder der Schluß der Vierwochenfrist des § 314 Abs. 1 wird in diese Zeit fallen müssen.

2. AmtlN. 16 424, ArbVersorg. 16 325 (V.VA.). § 1 Bek. bezieht sich nur auf diejenigen ehemaligen KT., die nach Abs. 1 das. freiwillig wieder in die Krankenkasse eingetreten sind, nicht auch auf solche, welche durch Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung Pflichtmitglieder einer Krankenkasse geworden sind.

3. Was heißt: „Rückkehr in die Heimat"?

(Erläuterung a bis c in Bd. 1, 818; d in Bd. 2, 307.)

c) v. Schelhorn, ArbVersorg. 16 534. „Rückkehr in die Heimat" heißt „Möglichkeit der Wiederaufnahme des bürgerlichen Lebens".

4. Was heißt: „Wiedereintritt in die Krankenversicherung"?

(Erläuterung a bis c in Bd. 1, 818.)

d) v. Schelhorn, ArbVersorg. 16 533 „in die Krankenversicherung", heißt „in die frühere Krankenkasse".

e) v. Schelhorn, ArbVersorg. 16 531. Wer von dem Recht des § 313 Abs. 1 Satz 2 RVO. Gebrauch macht, bleibt in der gewählten niedrigeren Lohnklasse, solange er nicht wieder in eine versicherungspflichtige Beschäftigung mit entsprechend höherem Entgelt eintritt; er kann höchstens noch weiter herabgehen bis zur niedrigsten Lohnstufe. Dies muß auch für Kriegsteilnehmer gelten. § 3 KG. v. 4. August 1914 und § 1 Bek. v. 28. Jan. 1915 haben hieran nichts geändert.

5. Erklärung des Wiedereintritts.

(Erläuterung a bis c in Bd. 1, 819.)

d) v. Schelhorn, ArbVersorg. 16 537. Die Leistungspflicht der Kasse beginnt erst mit der Neuanmeldung, nicht etwa rückwirkend mit dem Tage des Ausscheidens (gegen ZBldRVers. 16 240).

(Abschnitt 6 in Bd. 1, 819.)

7. Zu Abs. 2 Satz 2 VO.

v. Schelhorn, ArbVersorg. 16 536. Die Vorschriften des Abs. 2 Satz 2 Bek. v. 28. Jan. 1915 steht im Widerspruch nicht nur mit § 3 KrankVAnwEhGes. v. 4. Aug. 1914, sondern mit gewissen, sich aus § 313 Abs. 2 Satz 2 RVO. ergebenden Einschränkungen auch mit § 313 RVO., dessen Ergänzung sie eigentlich bildet. Für ihre Erlassung war nur die Rücksichtnahme auf die Krankenkassen und ihre mögliche Belastung maßgebend. Sie stellt die vor dem Kriege Pflichtversicherten ungünstiger als das frühere freiwillige Kassenmitglied. Dies kann Erbitterung hervorrufen. Es ist nur zu hoffen, daß die Kassen, wenn irgend möglich, von dieser Vorschrift keinen Gebrauch machen, so daß sie höchstens einen leider nicht ganz zu vermeidenden Notschutz für Kassen in besonders bedrängten Verhältnissen bilden wird.

b) Gesetz, betr. Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen. Vom 4. August 1914. (RGBl. 337.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 819—822.

§ 1.

Festsetzung der Leistungen und Beiträge.

(Abschnitt I in Bd. 1, 822.)

II. Verfügung von Ausnahmen (Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 1, 823; 4 in Bd. 2, 307).

5. Haumann, MfAV. 16 347. Das VA. kann die Gewährung der höheren Leistung nicht verfügen, ohne daß die Satzung geändert oder ergänzt wird (abw. ArbVersorg. 16 47).

§ 3.

Keine hausgewerbliche Krankenversicherung während des Krieges.
(Erläuterung 1 bis 6 in Bd. 1, 823; 7, 8 in Bd. 2, 307.)

9. AmtlN. 16 373, MfAV. 16 189 (RVA.). Von Hausgewerbetreibenden beschäftigte Werkstattarbeiter sind nach dem Inkrafttreten des Ges. v. 4. August 1914 gemäß § 165 Abs. 1 Nr. 1 RVO. regelmäßig bei der zuständigen Ortskrankenkasse versichert.

10. MfAV. 16 503 (RVA.). Hausgewerbetreibende haben nach § 3 Abs. 1 Ges. v. 4. August 1914 nicht das Recht, sich gemäß § 313 RVO. weiterzuversichern.

c) Bekanntmachung, betr. § 214 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung. Vom 14. Juni 1916. (RGBl. 516.);

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Dem Aufenthalt im Ausland im Sinne des § 214 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung gilt nicht gleich ein Aufenthalt im Ausland, der durch Einberufung zu Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Diensten für das Reich oder eine ihm verbündete Macht verursacht ist.

Dies gilt auch für die entsprechenden Bestimmungen in den Satzungen der Ersatzkassen (§ 503ff. der Reichsversicherungsordnung).

Einer Satzungsänderung auf Grund dieser Vorschrift bedarf es für die Kassen nicht.

§ 2. Die Vorschrift des § 1 tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft. Die Verjährungsfrist des § 223 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung beginnt frühestens mit dem Tage der Verkündung [16. 6.]. Für Krankheitsfälle mit höchstens einwöchiger, drei Monate vor dem Verkündungstage wieder behobener Arbeitsunfähigkeit sind Kassenleistungen nicht zu gewähren.

Ansprüche über die das Feststellungsverfahren am Tage der Verkündung dieser Verordnung schwebt, unterliegen deren Vorschriften. Ihre Nichtanwendung gilt, soweit Revision nach § 1695 der Reichsversicherungsordnung zulässig ist, auch dann als Revisionsgrund, wenn das Oberversicherungsamt sie noch nicht anwenden konnte.

Sind Ansprüche, die nach den Vorschriften dieser Verordnung begründet sind, nach dem 31. Juli 1914 rechtskräftig abgelehnt worden, so hat die Krankenkasse auf Antrag des Berechtigten einen neuen Bescheid zu erteilen.

Begründung. (D. N. IX 223.)

Nachdem das Reichsversicherungsamt durch höchstinstanzliche Entscheidung dem § 214 der Reichsversicherungsordnung die Auslegung gegeben hat, daß unter einem Ausscheiden aus der Kassenmitgliedschaft „wegen Erwerbslosigkeit" auch das Ausscheiden wegen Eintritts in den Heeresdienst zu verstehen sei, ist im Interesse der Kriegsteilnehmer eine Änderung des Abs. 3 des genannten Paragraphen erforderlich geworden. Denn nach ihm fällt die den Erwerbslosen zustehende Vergünstigung einer zeitweisen Fortwirkung ihrer Krankenversicherung über die Dauer der Kassenmitgliedschaft hinaus beim Aufenthalt im Auslande weg. Daraus ergab sich eine sachlich unberechtigte unterschiedliche Behandlung der Kriegsteilnehmer je nach dem rein zufälligen Umstande, ob ihre Verletzung oder Erkrankung diesseits oder jenseits der deutschen Grenze eintrat. Deshalb ist in Übereinstimmung mit einem Wunsche des Reichstags auf Grund des § 3 des sogenannten Ermächtigungsgesetzes durch die Bek. vom 14. Juni 1916 ein Aufenthalt im Auslande, der durch Einberufung zu Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Diensten für das Reich oder eine ihm verbündete Macht verursacht ist, als einem Aufenthalt im Auslande im Sinne des § 214 Abs. 3 a. a. O. nicht gleichstehend erklärt worden. Aus Billigkeitsgründen ist dieser Maßnahme im allgemeinen rückwirkende Kraft für die Zeit seit Kriegsbeginn beigelegt worden.

Literatur.

Hoffmann, Krankenversicherung und Kriegsteilnehmer, MfAV. 16 487 ff. (Übersicht).

Baum, JW. 16 1010. Auch die Dienstleistung in der österreichisch-ungarischen, türkischen und bulgarischen Armee ist nicht als Aufenthalt im Ausland anzusehen.

d) Bekanntmachung, betr. Krankenversicherung bei Ersatzkassen. Vom 5. Juli 1916. (RGBl. 655.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Bestimmt die Satzung einer Ersatzkasse (§ 503 ff. der Reichsversicherungsordnung), daß bei Diensteintritt in das Heer oder die Marine die Mitgliedschaft von selbst oder auf Anordnung eines Kassenorgans erlischt, ruht oder nur unter Minderung der Kassenleistungen oder Erhöhung der Beiträge fortbesteht, so haben Personen, die während des gegenwärtigen Krieges dem Reiche oder einer ihm verbündeten Macht Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste leisten, gleichwohl vorbehaltlich des § 3, Anspruch auf Fortsetzung ihrer vollberechtigten Mitgliedschaft. Der Anspruch wird durch Antrag beim Vorstand der Ersatzkasse geltend gemacht.

Voraussetzung ist, daß der Antragsteller

1. bis mindestens zum Diensteintritte Mitglied der Ersatzkasse war und
2. beim Diensteintritte nach §§ 313, 314 der Reichsversicherungsordnung berechtigt war, Mitglied einer Krankenkasse oder knappschaftlichen Krankenkasse zu bleiben.

§ 2. Wer dem zur freiwilligen Versicherung oder Weiterversicherung bei einer Krankenkasse nach der Reichsversicherungsordnung berechtigten Personenkreis angehört, genügt der Voraussetzung des § 1 Abs. 2 Nr. 2 auch dadurch, daß er bis zum Diensteintritte mindestens ein Jahr hindurch ununterbrochen einer Ersatzkasse oder teils einer Kranken-, teils einer Ersatzkasse angehört hat.

Für die Zeit vor der inzwischen erfolgten Zulassung einer Hilfskasse als Ersatzkasse gilt die Mitgliedschaft bei ihr derjenigen bei einer Ersatzkasse gleich.

§ 3. Der Vorstand der Ersatzkasse kann die hiernach Berechtigten bis zu ihrer Rückkehr in die Heimat auf eine niedrigere Mitgliederklasse beschränken. Gehörten sie bis zum Diensteintritte zu den auf Grund der Reichsversicherung versicherungspflichtigen Personen, so gilt § 507 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung entsprechend mit der Maßgabe, daß als Krankenkasse des Versicherten diejenige gilt, welcher er vor dem Diensteintritte zuletzt angehört hat.

Im übrigen gilt der Wiedereintritt in die Mitgliedschaft nicht als neuer Beitritt.

§ 4. Der Antrag nach § 1 Abs. 1 ist nur binnen drei Wochen nach dem Diensteintritt oder falls der letztere bereits vor der Verkündung dieser Vorschriften erfolgt ist, binnen drei Monaten nach dem Verkündungstage zulässig.

Er wirkt vom Eingang der ersten satzungsmäßigen Beitragszahlung bei der Ersatzkasse ab.

§ 5.*) Der Antragsteller muß auf Verlangen der Ersatzkasse sich einer ärztlichen Untersuchung unterwerfen; diese wird von der Ersatzkasse veranlaßt. Ist der Antragsteller beim Eingang der ersten Beitragszahlung (§ 4) bereits erkrankt, so hat er für diese Krankheit keinen Anspruch auf Kassenleistungen nach § 1.

§ 6. Die Versicherung nach § 1 erlischt, wenn für den Berechtigten zweimal nacheinander am Zahltag die Beiträge nicht entrichtet und seit dem ersten dieser Tage mindestens vier Wochen vergangen sind.

§ 7. Ausgeschiedene Mitglieder von Ersatzkassen, welche die im § 1 bezeichneten Dienste geleistet haben und den Voraussetzungen des Abs. 2 daselbst genügen, sind nach der Rückkehr in die Heimat auf Antrag in ihre Ersatzkasse wieder aufzunehmen.

*) § 5 ist aufgehoben durch § 1 Bek. v. 16. November 1916, RGBl. 1279 (e).

Ihr Wiedereintritt in die Mitgliedschaft gilt nicht als neuer Beitritt.

§ 8. Der Antrag ist nur binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat zulässig.

Für Personen, die vor der Verkündung dieser Vorschrift zurückgekehrt sind, beginnt die sechswöchige Frist mit dem Verkündungstage. Gewährte ihnen die Satzung ihrer Ersatzkasse für den Wiedereintritt unter sonst gleichen oder günstigeren Bedingungen bereits eine mindestens dreiwöchige Frist, so läuft für sie keine neue Frist.

§ 9.*) Für den Wiedereintritt gilt § 5 entsprechend.

Der Antrag wirkt vom Eingang beim Vorstand der Ersatzkasse ab.

§ 10. Soweit Satzungsbestimmungen einer Ersatzkasse diesen Vorschriften entgegenstehen, haben sie den danach Berechtigten gegenüber keine Wirkung. Einer Satzungsänderung auf Grund dieser Vorschriften bedarf es nicht.

Satzungsbestimmungen, die für die Versicherten günstiger sind, bleiben, vorbehaltlich der Vorschrift des § 6, unberührt.

§ 11. Hat die Satzung einer Ersatzkasse eine Wartezeit für Leistungen bestimmt, so ruht während der Leistung der Dienste (§ 1) der Fristenlauf für die Angehörigen des im Eingang des § 2 bezeichneten Personenkreises.

Ist die Wartezeit erfüllt, so bedarf es nicht der Zurücklegung einer neuen Wartezeit. Die Zeit, für welche die Beiträge weiter gezahlt werden, wird auf die Wartezeit angerechnet.

§ 12. Diese Vorschriften treten mit dem Tage der Verkündung [7. 7.] in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Tag des Außerkrafttretens.

Begründung. (D. R. IX 224.)

Bei den reichsgesetzlichen Krankenkassen ist durch das Gesetz vom 4. August 1914 (RGBl. 334) und § 1 der Bekanntmachung vom 28. Januar 1915 (RGBl. 49) dafür Sorge getragen worden, daß den Mitgliedern durch die Leistung von Kriegs-, Sanitäts- und ähnlichen Diensten im gegenwärtigen Kriege keine Nachteile für ihre Anwartschaften aus der Krankenversicherung entstehen. Dagegen fehlte es bisher an ähnlichen Vorschriften für die Ersatzkassen, soweit diese an Stelle der Krankenkassen als Träger der Krankenversicherung benutzt werden. Demgemäß bestanden noch die von den Satzungen vieler dieser Ersatzkassen getroffenen Bestimmungen zu Recht, wonach beim Eintritt in den Militärdienst die Mitgliedschaft erlischt, ruht oder doch nur zu beschränkten Kassenleistungen, z. B. nur zum Bezuge von Sterbegeld, berechtigt. Auch das Recht zum Wiedereintritt in die Versicherung nach Beendigung des Kriegsdienstes war nicht in entsprechender Weise, wie bei den Krankenkassen, gewährleistet. Dieser Umstand schädigte nicht nur die am Kriege teilnehmenden Mitglieder, sondern bedrohte auch die Krankenkassen mit erheblichem Nachteil. Denn diese sind ihrerseits gezwungen, den betreffenden früheren Mitgliedern der Ersatzkassen mit ihrem infolge der Kriegsteilnahme oft schwer erschütterten Gesundheitszustande und der dadurch erhöhten Erkrankungsgefahr nach der Heimkehr die Aufnahme in die Versicherung auch dann zu gewähren, wenn die Beiträge dieser Mitglieder vorher nur den Ersatzkassen zugute gekommen waren.

Diese Lücke der Gesetzgebung ist auf Grund des § 3 des sogenannten Ermächtigungsgesetzes durch die Bek. vom 5. Juli 1916 ausgefüllt worden. Es wird darin zunächst der hier in Betracht kommenden Gruppe von Ersatzkassenmitgliedern das Recht beigelegt, während der Dauer des Kriegsdienstes entgegen hindernden Satzungsbestimmungen die Mitgliedschaft mit vollen Rechten fortzusetzen oder wieder aufzunehmen. Für die Antragstellung ist eine Frist von drei Wochen nach dem Diensteintritt, sofern dieser aber bereits vor dem Inkrafttreten der Bekanntmachung, dem 7. Juli 1916, erfolgt war, von drei Monaten nach letzterem Tage vorgesehen. Sodann wird für die

*) § 9 Abs. 1 ist aufgehoben durch § 1 Bek. v. 16. November 1916, RGBl. 1279 (e).

Zeit nach Beendigung des Kriegsdienstes und Rückkehr in die Heimat den ausgeschiedenen Mitgliedern aller Ersatzkassen das Recht zur Wiederaufnahme der alten Versicherung bei der Ersatzkasse ebenso gegeben, wie es ihnen gegenüber ihrer gesetzlichen Krankenkasse zusteht. Die Frist für die Antragstellung läuft hier von der Rückkehr in die Heimat an und beträgt sechs Wochen. Wer schon vor dem 7. Juli 1916 zurückgekehrt ist und nicht schon eine nach der Satzung seiner Ersatzkasse gegebene mindestens dreiwöchige Frist hatte benutzen können, kann den Antrag binnen sechs Wochen nach dem 7. Juli stellen.

Für Erkrankungen, die bei der Antragstellung schon eingetreten sind, wird die Leistungspflicht der Kasse ebenso beschränkt, wie es nach § 1 der Bekanntmachung vom 28. Januar 1915 der Fall ist.

Endlich übernimmt die neue Bekanntmachung für die Ersatzkassen auch die Vorschriften, die § 2 des erwähnten Gesetzes vom 4. August 1914 bei einer satzungsmäßig vorgesehenen Wartezeit für Mehrleistungen der Krankenkasse zugunsten der Versicherten getroffen hat.

Literatur.

Hoffmann, Krankenversicherung und Kriegsteilnehmer, MfAV. 16 489 (Übersicht). — Derselbe, Kriegsteilnehmer und Ersatzkassen. DJZ. 16 802 (desgl.). — Reiser, Die BRVO. v. 5. Juli 1916, Ortskrankenkasse 16 569 (desgl.). — Schricker, Die Krankenversicherung der Kriegsteilnehmer bei Ersatzkassen, ArbVersorg. 16 673.

e) Bekanntmachung über Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung. Vom 16. November 1916. (RGBl. 1279.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Bekanntmachung erlassen:

§ 1. § 1 Abs. 2 der Bekanntmachung über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges v. 28. Januar 1915 (RGBl. 49) sowie §§ 5, 9 Abs. 1 der Bekanntmachung, betreffend Krankenversicherung bei Ersatzkassen, v. 5. Juli 1916 (RGBl. 655) werden aufgehoben.

§ 2. Bei Anwendung des § 214 Abs. 1 und des § 313 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung ist die Zeit militärischer, Sanitäts- und ähnlicher Dienste, die während des gegenwärtigen Krieges dem Reiches oder einer ihm verbündeten Macht geleistet worden sind, auf die Zeit vor dem Ausscheiden aus der Versicherung nicht anzurechnen.

Das gleiche gilt für die Dauer der Erwerbslosigkeit bis zu sechs Wochen, die in die ersten sechs Wochen nach der Rückkehr aus solchen Diensten in die Heimat fällt.

§ 3. Diese Vorschrift tritt mit dem Tage ihrer Verkündung [17. 11.] in Kraft.

Begründung.

(NorddAllgZtg. v. 19. Nov. 16, Nr. 321, 1. Ausg.)

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 16. d. Mts. eine Bek. erlassen, welche die nach den bisher geltenden Bestimmungen bestehende Ungleichheit in der Behandlung von Kriegsteilnehmern bei freiwilligem Wiedereintritt in die Versicherung beseitigt. Fortan haben sämtliche Kriegsteilnehmer auch für Krankheiten, die beim Wiedereintritt in die Versicherung bereits bestanden, den Anspruch auf die Kassenleistungen. Weiterhin sorgt die Bek. dafür, daß auch denjenigen Kriegsteilnehmern, die nach Rückkehr in die Heimat zunächst wieder versicherungspflichtig arbeiten, dann aber bald aus der Versicherung ausscheiden, kein Nachteil aus der Kriegsdienstzeit erwächst, indem diese nicht zu ihren ungunsten auf die in den §§ 214 und 313 der RVO. vorgesehenen Zeiträume angesetzt werden soll. Schließlich berücksichtigt hierbei die Bek. auch den Umstand, daß der Versicherte vielleicht nicht sogleich nach der Rückkehr Arbeit findet. Sie bestimmt deshalb, daß eine bis zu 6 Wochen unmittelbar nach der Rückkehr bemessene Zeit, während der kein Versicherungsverhältnis besteht, ebensowenig zu ungunsten des Kriegsteilnehmers in Ansatz gebracht werden darf, wie die Zeit des Kriegsdienstes selbst.

f) Bekanntmachung, betr. Krankenversicherung von Ausländern während des Krieges. Vom 2. November 1916. (RGBl. 1247.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Diejenigen seit Beginn des gegenwärtigen Krieges in Deutschland befindlichen Angehörigen feindlicher Staaten, welche als solche durch Anordnung deutscher Behörden in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt und deshalb als unfreie Personen nicht nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung versicherungspflichtig oder versicherungsberechtigt sind, werden diesen Vorschriften unterstellt.

Für sie gelten auch das Gesetz, betreffend Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen, v. 4. August 1914 (RGBl. 337) und § 2 der Bekanntmachung, betreffend Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges, v. 28. Januar 1915 (RGBl. 49).

§ 2. Diese Vorschrift tritt am 20. November 1916 in Kraft.

Begründung.

(NorddAllgZtg. v. 4. November 1916 Nr. 306 1. Ausg.)

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 2. d. Mts. eine Verordnung über die Krankenversicherung von Ausländern während des Krieges erlassen.

Die neue VO. unterwirft nunmehr die polnischen Saisonarbeiter russischer Staatsangehörigkeit, die bei Kriegsausbruch in deutschen Betrieben beschäftigt, dann aber aus militärischen Gründen an der Rückkehr in die Heimat verhindert und in der Wahl des Aufenthalts und der Arbeitsstelle in mehrfacher Hinsicht beschränkt wurden, den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung.

Lediglich Gründe der Zweckmäßigkeit und der Rücksichtnahme auf einheimische Interessen waren für die Neuregelung bestimmend. Mehrfach hat das Reichsversicherungsamt entschieden, daß die bei Kriegsausbruch festgehaltenen Ausländer wegen ihrer fehlenden Freizügigkeit von der Versicherung ausgeschlossen seien. Beim Fehlen einer Versicherungsfürsorge mußte deshalb bisher die Kosten für solche wider ihren Willen in Deutschland festgehaltenen Arbeiter feindlicher Staatsangehörigkeit, wenn sie erkrankten, der Arbeitgeber oder der Armenverband tragen. Die Mängel dieses Rechtszustandes ließ die lange Kriegsdauer in steigendem Maße hervortreten. Es erschien deshalb erforderlich, die für Arbeitgeber und Armenverbände recht empfindliche Last auf die Krankenkassen zu übertragen. Die Krankenkassen ihrerseits trifft diese Last in geringem Umfang. Sie werden durch die ihren Leistungen entsprechenden Beiträge, von denen der Arbeiter zwei Drittel zu tragen hat, entschädigt. Auch bedeuten die neuen Versicherten nach Alter und Gesundheitszustand im allgemeinen kein hohes Risiko für den Versicherungsträger. Die gleichmäßige Belastung mit der Krankenversicherung schützt ferner deutsche Arbeiter gegen etwaige Bevorzugung des billigeren ausländischen Arbeiters beim Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt.

Erwägungen der Zweckmäßigkeit waren es auch, die zu einer Aufhebung der unterschiedlichen Behandlung der bei Kriegsausbruch zurückgehaltenen ausländischen Arbeiter einerseits und der im besetzten Gebiet während des Krieges angeworbenen und freiwillig zur Arbeit nach Deutschland gekommenen ausländischen Arbeiter andererseits hinsichtlich der Krankenversicherung führen mußten. Denn während jene bisher wegen ihrer Aufenthalts- und Arbeitsbeschränkungen von der Versicherung ausgeschlossen waren, unterlagen diese der Versicherungspflicht, obwohl auch für sie erhebliche Aufenthaltsbeschränkungen und Meldepflichten bestehen, die ihre grundsätzlich anerkannte Freizügigkeit in nicht geringem Grade beeinträchtigen. Der äußerliche Umstand, daß die eine Gruppe von Arbeitern vor Kriegsbeginn, die andere Gruppe erst nach Kriegsausbruch in eine inländische Arbeitstätigkeit eingetreten ist, reichte zur Rechtfertigung einer verschiedenen Behandlung hinsichtlich der Krankenversicherung auf die Dauer nicht aus.

In die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung werden die bei Kriegsausbruch zurückgehaltenen feindlichen Staatsangehörigen schon im Hinblick auf die lange Wartezeit, die sie meist nicht erfüllen können, nach wie vor nicht einbezogen. Auch erschien es nicht angezeigt, den weiblichen Angehörigen feindlicher Staaten die Wohltaten der Kriegswochenhilfe zuzusprechen, die ihren Grund lediglich in der Sicherung und Kräftigung des durch die Kriegsverluste gefährdeten Nachwuchses hat.

Die neue VO. tritt am 20. November d. J. in Kraft. Sie gilt nicht nur für die russisch-polnischen Arbeiter, sondern für die Angehörigen aller feindlichen Staaten, die schon bei Kriegsbeginn in Deutschland beschäftigt waren. Dabei ist unter „Kriegsbeginn" der Beginn des Krieges je mit demjenigen Staate zu verstehen, welchem der Beschäftigte angehört, da für ihn dieser Zeitpunkt auch für den Beginn der ihm auferlegten Freiheitsbeschränkungen maßgebend ist.

3. Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Der Bericht [in Bd. 1, 826ff.; 2, 307] ist ergänzt durch Mitteilungen in DR. VIII 112, IX 235.

(Abschnitt a bis c in Bd. 1, 825ff.)

d) Bekanntmachung, betr. Außerkraftsetzung von Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Unfallversicherung. Vom 14. Juni 1916. (RGBl. 515.)

Der Bundesrat . . . hat folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Vorschrift im § 596 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung über den Ausschluß des Anspruchs auf Unfallrente für Hinterbliebene eines Ausländers, die sich zur Zeit des Unfalls nicht gewöhnlich im Inland aufhalten, und die entsprechende Vorschrift im § 950 werden zugunsten von Hinterbliebenen solcher Ausländer, welche vor ihrer Beschäftigung im Inland ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt im gegenwärtigen Gebiete des Generalgouvernements Warschau oder der k. und k. Militärverwaltung in Polen hatten, für ihre Rentenansprüche auf Grund von Unfällen aus der Zeit seit dem 1. Mai 1916 für die Fälle außer Kraft gesetzt, in denen die Hinterbliebenen zur Zeit des Unfalls ihren gewöhnlichen Aufenthalt innerhalb des bezeichneten russischen Gebiets hatten.

§ 2. Die Vorschrift im § 615 Abs. 1 Ziffer 3 der Reichsversicherungsordnung über das Ruhen der Unfallrenten von Ausländern, solange sie sich freiwillig gewöhnlich im Ausland aufhalten, und die entsprechende Vorschrift im § 955 werden zugunsten von Ausländern, die vor ihrer Beschäftigung im Inland ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt im gegenwärtigen Gebiete des Generalgouvernements Warschau oder der k. und k. Militärverwaltung in Polen hatten, für ihre Rentenansprüche auf Grund von Unfällen aus der Zeit seit dem 1. Mai 1916 für die Dauer ihres gewöhnlichen Aufenthalts innerhalb des bezeichneten russischen Gebiets außer Kraft gesetzt. Dies gilt auch für Rentenansprüche von Hinterbliebenen dieser Ausländer aus solchen Unfällen für die Dauer des gewöhnlichen Aufenthalts der Hinterbliebenen innerhalb des bezeichneten russischen Gebiets.

§ 3. Das Rentenbezugsrecht nach § 2 hängt davon ab, daß der Rentenberechtigte, solange er sich in dem bezeichneten russischen Gebiet aufhält, die Ausführungsbestimmungen befolgt, die das Reichsversicherungsamt auf Grund des § 615 Abs. 1 Ziffer 2 der Reichsversicherungsordnung über Mitteilung des Aufenthalts und über Vorstellung bei einer deutschen Behörde für Inländer, die sich im Ausland aufhalten, getroffen hat oder noch trifft.

§ 4. Der Reichskanzler kann die Vorschriften dieser Verordnung auch auf weitere unter deutscher oder österreichisch-ungarischer Verwaltung stehende Gebiete feindlicher Staaten entsprechend für anwendbar erklären.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juni 1916 an in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt, wann und in welchem Umfang diese Verordnung außer Kraft tritt.

Begründung. (D. R. IX 225.)

Nach der Reichsversicherungsordnung unterliegen ausländische Arbeiter in bezug auf die Gewährung der Leistungen aus der Unfallversicherung gewissen Einschränkungen. Hinterbliebene eines Ausländers, soweit sie sich zur Zeit des Unfalls nicht gewöhnlich im Inland aufhalten, haben überhaupt keinen Anspruch auf Hinterbliebenenrente, nnd auch für den Verletzten selbst ruht die Unfallrente, solange er sich „gewöhnlich im Ausland aufhält". Ausnahmen gelten bisher, soweit Rußland in Betracht kam, nur für einzelne russische Grenzortschaften. Diese Ausnahmen bezogen sich jedoch nicht auf die Hinterbliebenenrente.

Infolge des Kriegszustandes ist das deutsche Wirtschaftsleben noch mehr als früher auf die Heranziehung ausländischer, insbesondere russisch-polnischer, Arbeiter angewiesen, deren Anwerbung aber bisher häufig gerade deshalb auf Schwierigkeiten stieß, weil der ausländische Arbeiter die Leistungen der Versicherung, wie gesagt, nur in beschränktem Maße genoß.

Um hier geeignete Abhilfe zu schaffen, hat der Bundesrat auf Grund des § 3 des sogenannten Ermächtigungsgesetzes besondere erleichternde Bestimmungen mit Wirkung vom 1. Juni 1916 erlassen.

Danach werden zugunsten von Arbeitern, die aus dem Gebiet des gegenwärtigen General-Gouvernements Warschau oder aus den von Österreich-Ungarn verwalteter Gebieten der k. u. k. Militärverwaltung in Polen zur Arbeit nach Deutschland herüberkommen, sowie zugunsten ihrer Hinterbliebenen jene Einschränkungen in bezug auf alle Unfälle, die sich seit dem 1. Mai 1916 ereignet haben, für die bezeichneten russisch-polnischen Gebiete außer Kraft gesetzt. Es steht also den Hinterbliebenen eines solchen russisch-polnischen Arbeiters, die zur Zeit des Unfalls in dem bezeichneten russisch-polnischen Gebiet ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten, nunmehr ebenso wie Hinterbliebenen von Inländern ein Anspruch auf die Hinterbliebenenrente zu, und ferner soll auch das Ruhen der Rente für solche Arbeiter selbst, wie für ihre Hinterbliebenen für die Dauer ihres gewöhnlichen Aufenthalts innerhalb dieses Gebietes wegfallen. Der Rentenbezug soll auch fortdauern, wenn in der militärischen Besetzung der Verwaltung oder in der staats- oder völkerrechtlichen Lage Russisch-Polens oder einzelner Teile dieses Gebietes Änderungen eintreten. In bezug auf Mitteilung des Aufenthaltsorts usw. gelten für diese Ausländer dieselben Vorschriften wie für rentenberechtigte Inländer, die sich im Ausland aufhalten.

Der Reichskanzler ist ermächtigt, diese Vorschriften auch auf weitere unter deutscher oder österreich-ungarischer Verwaltung stehende feindliche Gebiete für anwendbar zu erklären. Ihm ist auch die Bestimmung überlassen, wann und in welchem Umfang die Verordnung außer Kraft treten soll, wodurch er in der Lage ist, die Verordnung mit Rücksicht auf den Zweck, für welchen sie erlassen ist, auch bei ihrer Wiederaufhebung doch für die Unfälle, welche in die Geltungsdauer der Verordnung fallen, weiter wirksam zu erhalten, so daß in diesem Fall die ausländischen Arbeiter und ihre Hinterbliebenen ihre Renten aus solchen in die Geltungsdauer der Verordnung fallenden Unfällen weiter beziehen würden, solange sie in den bezeichneten russisch-polnischen Gebieten ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Literatur.

Wuermeling, Leistung deutscher Unfallrenten nach Russisch-Polen, MfAV. 16 448 ff.

1. Wuermeling a. a. O. 452. Das Gebiet von Russisch-Polen ist i. S. der VO. als einheitlich anzusehen, so daß z. B. ein Arbeiter, der vor seiner Beschäftigung in Deutsch-

land etwa in dem einen russisch-polnischen Orte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte und dann als Verletzter in einem anderen Orte in Russisch-Polen seinen gewöhnlichen Aufenthalt nimmt, den Voraussetzungen der VO. entspricht, und zwar gleichgültig, ob er sich im deutschen oder im österreichisch-ungarischen Verwaltungsgebiete von Russisch-Polen aufhält und auch dann, wenn er später seinen gewöhnlichen Aufenthalt weiter verlegt, solange er nur überhaupt in Russisch-Polen bleibt. Im Falle der Verlegung seines gewöhnlichen Aufenthalts aus Russisch-Polen lebt sein Anspruch auf Rentenbezug wieder auf, wenn er nach Russisch-Polen zum gewöhnlichen Aufenthalt zurückkehrt.

2. Wuermeling a. a. O. 453. Die VO. trifft nicht auf solche Arbeiter aus Russisch-Polen zu, die nicht von dort nach Deutschland herübergekommen, sondern in Russisch-Polen selbst geblieben sind und dort in einer „Ausstrahlung" eines dort tätigen deutschen Betriebs Arbeit nehmen und darin einen Unfall erleiden.

3. Wuermeling a. a. O. 453. Die VO. findet auch auf die vor dem 1. Mai 1916 aus Russisch-Polen nach Deutschland herübergekommenen Arbeiter Anwendung.

e) Bekanntmachung über Antragsrechte in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Vom 12. Mai 1916. (RGBl. 371.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Wenn der Versicherte als Angehöriger der bewaffneten Macht des Deutschen Reichs oder eines mit ihm verbündeten oder befreundeten Staates an dem gegenwärtigen Kriege teilgenommen hat (§ 15 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) und vor der Feststellung seines Todes während des Krieges vermißt gewesen ist, gilt der Berechtigte im Sinne des § 1253 der Reichsversicherungsordnung als verhindert, den Antrag rechtzeitig zu stellen.

Das Hindernis gilt als weggefallen

1. mit dem Schlusse des Kalenderjahrs, das dem Jahre folgt, in dem der Krieg beendet ist,
2. wenn aber vorher
   a) der Tod des Versicherten in das Sterberegister eingetragen wird, mit dem Tage dieser Eintragung,
   b) der Versicherte für tot erklärt wird, mit dem Tage, an dem das die Todeserklärung aussprechende Urteil ergeht.

Kommen beide Tage der Nr. 2 in Frage, so ist der frühere maßgebend.

Das Vorstehende gilt entsprechend für Versicherte, die nicht zur bewaffneten Macht gehören, wenn sie sich bei ihr aufgehalten haben oder ihr gefolgt sind, oder wenn sie in die Gewalt des Feindes geraten sind.

§ 2. Unter den Voraussetzungen des § 1 Abs. 1, 4 beginnt die Ausschlußfrist für den Antrag auf Witwengeld nach § 1300 der Reichsversicherungsordnung mit dem im § 1 Abs. 2, 3 bestimmten Zeitpunkt.

Ist eine Witwe innerhalb der letzten drei Monate der vorstehend oder der im § 1300 der Reichsversicherungsordnung vorgeschriebenen Frist infolge von Kriegsverhältnissen verhindert gewesen, den Anspruch auf das Witwengeld geltend zu machen, so gilt der Anspruch als rechtzeitig erhoben, wenn er vor dem Ablauf von drei Monaten nach dem Wegfall des Hindernisses geltend gemacht worden ist.

§ 3. Stirbt ein Versicherter oder ein zum Bezug einer Hinterbliebenenrente oder eines Witwengeldes Berechtigter, ohne seinen Anspruch erhoben zu haben, und ist er an der Erhebung durch Kriegsverhältnisse verhindert gewesen, so ist zur Geltendmachung des Anspruchs und zum Bezuge der auf die Zeit bis zum Todestag entfallenden Beträge nacheinander berechtigt der Ehegatte, die Kinder, der Vater, die Mutter, die Geschwister, wenn sie mit dem Berechtigten zur Zeit seines Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft.

Ansprüche, über die das Feststellungsverfahren am Tage der Verkündung dieser Verordnung [13. 5.] schwebt, unterliegen deren Vorschriften. Ihre Nichtanwendung gilt auch dann als Revisionsgrund, wenn das Oberversicherungsamt sie noch nicht anwenden konnte.

Sind Ansprüche nach dem 31. Juli 1914 abgelehnt worden, so hat sie die Versicherungsanstalt, soweit nicht Abs. 2 Platz greift, nach den Vorschriften dieser Verordnung zu prüfen. Führt diese Prüfung zu einem dem Berechtigten günstigeren Ergebnis oder wird es von dem Berechtigten verlangt, so ist ihm ein neuer Bescheid zu erteilen.

Begründung. (D. R. IX 226.)

Eine auf Grund des § 5 des sogenannten ErmG. ergangene Bek. vom 12. Mai 1916 will, zum Teil gemäß Wünschen des Reichstags (Seite 644 C, 649 B, C, 650 A der StenB., Sitzung vom 15. Januar 1916), Hindernisse aus dem Wege räumen, welche der Verwirklichung von Ansprüchen aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung infolge von Kriegsumständen entgegenstehen oder entgegenstehen könnten.

Nach § 1300 der Reichsversicherungsordnung verfällt der Anspruch auf Witwengeld mit dem Ablauf eines Jahres seit dem Tode des versicherten Ehemannes. Wenn der Tod eines zunächst nur vermißten Kriegsteilnehmers nachträglich für einen weit, insbesondere einen über ein Jahr vor dem Antrage zurückliegenden Zeitpunkt festgestellt, wenn im Falle der Todeserklärung oder unter Anwendung der §§ 1265, 1266 der Reichsversicherungsordnung der Tod auf einen längst verflossenen Tag angenommen wird, entstehen Zweifel, ob die Jahresfrist etwa von dem nunmehr festgestellten oder unterstellten Zeitpunkte des Todes gerechnet werden muß, so daß die Frist bereits ganz oder zu einem großen Teile verstrichen sein würde, wenn der Anspruch erhoben wird.

Laut § 1253 a. a. O. wird keine Rente länger als auf ein Jahr rückwärts, vom Eingange des Antrages gerechnet, gewährt, sofern nicht der Berechtigte durch Verhältnisse, die außerhalb seines Willens liegen, verhindert worden ist, den Antrag rechtzeitig zu stellen. In Fällen des Vermißtseins ist es an sich möglich, Witwen- oder Waisenrente schon innerhalb eines Jahres nach dem letzten Lebenszeichen für den Fall des Todes zu beantragen, womit eine Verkürzung des Anspruchs gemäß § 1253 ausgeschlossen wäre. Wird also der Antrag, weil noch auf Rückkehr gehofft wird, weiter hinausgeschoben, so könnte vielleicht bezweifelt werden, ob der Rentenberechtigte sich auf eine Verhinderung durch Verhältnisse, die außerhalb seines Willens liegen, zu berufen in der Lage ist. Die Hinterbliebenen zur Vermeidung eines Rechtsverlustes auf den Weg einer baldigen Antragstellung, bevor noch der Tod mit einiger Sicherheit anzunehmen ist, zu verweisen, wäre indessen bedenklich.

In den §§ 1, 2 Abs. 1 der Bekanntmachung wird klargestellt, daß den Hinterbliebenen durch Nichterhebung eines der erwähnten Ansprüche während des Schwebezustandes ein Nachteil nicht erwachsen soll. Dies wird dadurch erreicht, daß bis zu einem bestimmten Zeitpunkt einmal ein Verhindertsein im Sinne des § 1253 anerkannt, und daß ferner der Beginn der Ausschlußfrist des § 1300 auf den gleichen Zeitpunkt verlegt wird. Dieser Zeitpunkt ist der Schluß des Kalenderjahres, das dem Jahre folgt, in dem der Krieg beendet ist, es sei denn, daß vorher entweder der Tod in das Sterberegister eingetragen oder der Vermißte gerichtlich für tot erklärt wird. In diesen letzteren Fällen ist der Tag der Eintragung oder der Tag des Urteils maßgebend.

Hinsichtlich der Umschreibung des Kreises der zu berücksichtigenden Personen schließt sich der § 1 der Bekanntmachung an den § 1 der Bekanntmachung über die Todeserklärung Kriegsverschollener vom 18. April 1916 (RGBl. 296) an.

Neuerdings hat sich gezeigt, daß die durch den Krieg herbeigeführte Ungewißheit über Leben und Sterben Versicherter oder auch aus einer Versicherung mittelbar Berechtigter noch in anderer Weise zu einer unbilligen Verkürzung von Ansprüchen führen

kann. Nach § 1303 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung gehen die verstorbenen Versicherten oder sonstigen Berechtigten aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zustehenden Ansprüche nur dann auf die dort genannten Angehörigen über, wenn sie noch von dem Versicherten oder Berechtigten selbst geltend gemacht worden sind. Wird der Tod eines Kriegsvermißten oder Verschollenen erst nachträglich für einen zurückliegenden Zeitpunkt festgestellt, und ist der aus einem solchen Todesfalle Berechtigte inzwischen verstorben, so ergibt sich, daß zwar alle sonstigen Voraussetzungen des Anspruchs bei Lebzeiten dieses letzteren Berechtigten vorhanden waren, sein Antrag aber nicht mehr beschafft werden kann. Auch in dieser Beziehung sind die aus dem geltenden Gesetze sich ergebenden Folgen, zumal es sich in der Hauptsache um Ansprüche der Angehörigen gefallener Krieger handelt und der Rechtsverlust — wenn man nicht etwa auch hier auf einen bedingten Antrag verweisen will — vielfach gar nicht angewendet werden kann, nicht annehmbar und sicherlich nicht vom Gesetzgeber gewollt. Da angesichts des Wortlauts des § 1303 Abhilfe im Wege der Auslegung allgemein schwer denkbar ist, rechtfertigt es sich, für Fälle der in Rede stehenden Art eine Ausnahme von dem Grundsatze des § 1303 Abs. 1 nachzulassen. Dies ist der eine Zweck des § 5 der Bekanntmachung.

Außer dem Falle des Vermißt- oder Verschollenseins berücksichtigt das geltende Recht auch nicht die Möglichkeit, daß in der Person der gemäß § 1300 oder § 1303 Berechtigten Umstände vorliegen können, welche sie an der Antragstellung hindern, aber keineswegs den Verlust des Anspruchs gerechtfertigt erscheinen lassen. Der Krieg hat hierfür allbekannte Beispiele — Verschleppung in das feindliche Ausland, Absperrung vom Verkehr mit Deutschland, Festhaltung in Sammellagern usw. — gebracht. Es empfiehlt sich, auch einem aus derartigen Hindernissen sich etwa ergebenden Rechtsverluste vorzubeugen. Dies soll für die Fälle des § 1303 durch die allgemeine Fassung des § 5 der Bekanntmachung, für die Fälle des § 1300 durch die besondere Vorschrift des § 2 Abs. 2 der Bekanntmachung erzielt werden. An beiden Stellen ist der allgemeine Ausdruck „Kriegsverhältnisse" gewählt worden, um die Auslegung nicht einzuengen, wenn etwa Hindernisse, die nicht durch „Maßnahmen feindlicher Staaten" (§ 2 der Bek. vom 25. Dezember 1915, RGBl. 845) verursacht sind, vorkommen sollten.

Um ältere Fälle mit zu treffen, müssen die Vorschriften mit Rückwirkung in Kraft treten. Dies besagt § 4 Abs. 1, während die Absätze 2 und 3 die erforderlichen Vorschriften für schwebende und für bereits abgeschlossene Festsetzungsverfahren geben.

Literatur.

Brunn, Eine neue BO. des BR. zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, AfAV. 16 419. — Hanow-Lehmann, Die Kriegsverordnungen zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, 16 ff. — Seelmann, Die Neuregelung der Antragsrechte in der Invalidenversicherung durch die Bek. v. 12. Mai 1916 (RGBl. 371) ArbVers. 16 385.

§ 1.

Brunn a. a. O. 420. Die Versicherungsämter werden bei der Bearbeitung der Fälle, in denen die Feststellung des Todes des Versicherten erst verspätet erfolgt ist, sich mit der sog. abgekürzten Todesurkunde, wie sie in der Regel von den Standesämtern für die Zwecke der Sozialversicherung ausgestellt wird, nicht begnügen können, sondern Ermittlungen darüber anstellen müssen, wann der Sterbefall eingetragen ist.

§ 2.

1. Hanow-Lehmann a. a. O. 20. Es muß eine tatsächliche Verhinderung vorgelegen haben. Sorge um Angehörige, die vor dem Feinde stehen, Nachricht von dem Tode, der Verwundung, Gefangennahme, Sorge um das tägliche Brot, Einberufung von Angehörigen, die der Witwe als Berater hätte dienen können, zum Heeresdienst genügen nicht.

2. Hanow-Lehmann a. a. O. 20. Eine Verhinderung infolge von Kriegsverhältnissen wird auch anzunehmen sein, wenn die Witwe infolge einer falschen Nachricht hoffen konnte, daß der Verstorbene noch am Leben sei; Seelmann a. a. O. 388.

§ 3.

1. Brunn a. a. O. 422. Es genügt, wenn die häusliche Gemeinschaft bestand, bis der Versicherte die Eigenschaft als Kriegsteilnehmer erlangte (AmtlN. 15 432).

2. Brunn a. a. O. 422. Eine Verhinderung durch Kriegsverhältnisse läßt sich dann nicht annehmen, wenn der Versicherte verwundet in ein deutsches Lazarett gebracht ist und dort verstirbt, bevor er einen Rentenantrag gestellt hat. In diesem Falle bestand ja für ihn die Möglichkeit, den Antrag schriftlich bei dem zuständigen Versicherungsamt zu stellen oder eine andere Person damit zu beauftragen.

f) Bekanntmachung über die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Vom 23. Dezember 1915. (RGBl. 845.)

Wortlaut in Bd. 2, 308.

Begründung. (D. N. VIII 107.)

Durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen ist die ordnungsmäßige Beitragsentrichtung zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in weitem Umfang gestört oder unmöglich gemacht worden, so daß unerachtet der für das Nachentrichten von Beiträgen geltenden Fristen von zwei, ausnahmsweise vier Jahren bei der Pflichtversicherung und von einem Jahre bei der freiwilligen Versicherung (§§ 1442, 1445 RVO.) zahlreiche Anwartschaften gefährdet sind und noch in steigendem Maße gefährdet werden je länger der Krieg dauert. Auf die Notwendigkeit, die damit durch höhere Gewalt oder doch in schwer abzuwendender Weise für zahlreiche Versicherte eingetretenen Nachteile wieder zu beseitigen und weiter drohenden Schädigungen vorzubeugen, ist bereits aus Reichstagskreisen, von wirtschaftlichen Verbänden und auch von einzelnen Versicherten hingewiesen worden. Eine neue Anregung für Vorschläge nach dieser Richtung gab die Bekanntmachung, betreffend die Angestelltenversicherung während des Krieges, vom 26. August 1915 (RGBl. 531). -

Dem hervorgetretenen Bedürfnisse ist durch die auf Grund des § 3 des sogenannten Ermächtigungsgesetzes ergangene Bek. vom 23. Dezember 1915 Rechnung getragen worden.

Die vorerwähnten Anregungen bezogen sich meist allein oder in erster Reihe auf Kriegsteilnehmer. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß nach § 1281 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung die gemäß § 1393 daselbst anrechnungsfähigen militärischen Dienstleistungen auch zur Erhaltung der Anwartschaft dienen. Somit kann ein Kriegsteilnehmer, der seine versicherungspflichtige Arbeit infolge seiner Einberufung oder seines freiwilligen Eintritts unterbrochen hat, durch die pflichtmäßig oder freiwillig geleisteten Kriegsdienste seiner Anwartschaft nicht verlustig gehen; die entsprechenden Wochen zählen sogar bei der Berechnung der Renten — abweichend von dem Versicherungsgesetze für Angestellte — kraft Gesetzes wie Beitragswochen (der Lohnklasse II). Aber die Anrechnung findet freilich nach § 1393 Abs. 2 nur zugunsten von Versicherten statt, „die vorher berufsmäßig nicht nur vorübergehend versicherungspflichtig beschäftigt gewesen sind". Der Kriegsdienst gefährdet also im Hinblick auf die §§ 1280, 1282 der Reichsversicherungsordnung die Anwartschaften derjenigen Personen, die vorher nicht berufsmäßig oder nur vorübergehend versicherungspflichtige Arbeit verrichtet hatten, insbesondere auch, soweit von ihnen die freiwillige Versicherung in der Form der Selbstversicherung, der fortgesetzten Selbstversicherung oder Weiterversicherung betätigt worden war. Man kann von diesen Personen nicht erwarten, daß sie während der Wechselfälle des Kriegsdienstes für die rechtzeitige Entrichtung freiwilliger Beiträge sorgen. Ein Rechtsverlust infolge der Teilnahme an der Verteidigung des Vaterlandes würde sicherlich in weiten Kreisen als Unbilligkeit empfunden

werden, und zwar um so mehr, als die im § 1393 Abs. 2 gezogene Grenze keine scharfe und deutliche ist, also äußerlich sehr ähnliche Tatbestände unter Umständen verschieden beurteilt werden müssen. Nachdem in der Angestelltenversicherung durch die §§ 1 bis 5 der obenerwähnten Bekanntmachung vom 26. August 1915 die Anrechnung der Kriegsdienstzeiten als Beitragszeiten auch bei freiwilliger Versicherung zugestanden worden ist, lag es nahe, in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung den gleichen Schritt zu tun. Damit wird auch hier die Wirkung erzielt, daß niemand durch den Eintritt in den Kriegsdienst seine Anwartschaft verliert. Im Unterschiede von den Fällen des § 1395 Abs. 2 konnten aber hier die Militärdienstzeiten nur als Zeiten freiwilliger Versicherung angerechnet werden. Die Anrechnung setzt im übrigen stets voraus, daß der Kriegsteilnehmer beim Beginne der Kriegsdienste zu den Versicherten gehörte und seine Anwartschaft nicht erloschen war.

Die in österreichisch-ungarischen Diensten zurückgelegten Militärdienstzeiten sind den in der deutschen Wehrmacht zurückgelegten gleichgestellt worden, wie dies bereits in den Bekanntmachungen vom 26. November 1914 (RGBl. 485) und auch im § 1 der Bekanntmachung vom 26. August 1915 für die Angestelltenversicherung geschehen ist. Freiwillige Beiträge, welche für die nunmehr ohne weiteres anrechenbaren Zeiten entrichtet sind, sollen auf Antrag zurückerstattet werden.

Sodann war auf die Erhaltung der Anwartschaften solcher Versicherten Bedacht zu nehmen, die sich beim Ausbruche des Krieges im Auslande, einschließlich der deutschen Kolonien und Schutzgebiete, befanden und infolge feindlicher Maßnahmen, wie Festhaltung als Zivilgefangene, Unterbringung in Sammellagern, Abschneidung des Verkehrs, Zahlungsverbote, an der Wahrung ihrer Rechte gehindert worden sind oder noch werden. Weiter war an feindliche Besetzung deutschen Gebiets sowie auch an Kriegsgefangenschaft zu denken, insofern sie die nachträgliche Beitragsleistung für Zeiten vor dem Militärdienst hindert.

Der zu gewährende Schutz soll darin bestehen, daß der Lauf der gesetzlichen Frist für die Nachbringung von Beiträgen (§§ 1442, 1443, 1444 Abs. 2 a. a. O.) gehemmt und eine Nachfrist gewahrt wird. Zur Vermeidung künstlicher Unterscheidungen war die Nachfrist im Anschluß an § 8 der Bekanntmachung vom 26. August 1915 so geräumig zu bemessen, daß sie für alle in Betracht kommenden Fälle reicht. Die Zeiträume, für die das Hindernis wirkt, werden oft nicht sicher abzugrenzen sein. Es ist Sache der Auslegung, die Vorschriften entgegenkommend anzuwenden, andererseits aber einer mißbräuchlichen Ausnutzung entgegenzutreten; sie wird auch darüber zu befinden haben, inwiefern ein Hindernis schon dann bestand, wenn bei versicherungspflichtiger Tätigkeit nur der zunächst beitragspflichtige Arbeitgeber durch die feindlichen Maßnahmen betroffen war.

Die Nachentrichtung für die während der Behinderung verstrichenen Zeiten sowie für vor ihr liegende Zeiten der Pflichtversicherung, für welche die Beiträge damals noch wirksam geleistet werden konnten, soll im allgemeinen in vollem Umfange zulässig sein. In Betracht kommt für die Zeiten der Behinderung zunächst nur die freiwillige Versicherung, während für die Nachbringung von Pflichtbeiträgen, die auf die Kriegszeit entfallen, die gesetzlichen Fristen noch für lange genügen würden. Die Befugnis zur Nachholung der freiwilligen Versicherung, die im Umfange des zur Erhaltung der Anwartschaft Erforderlichen in Lohnklasse I nur 1,60 oder 3,20 M. jährlich kostet, bietet auch Zivilgefangenen eine ausreichende Möglichkeit zur Wahrung ihrer Rechte. Eine dem § 7 der Bekanntmachung vom 26. August 1915 entsprechende Vorschrift erschien entbehrlich.

Für diejenigen freiwilligen Beiträge, deren Nachbringung beim Eintritt der Behinderung noch zulässig war, empfahl es sich nach den früher mit dem „Nachkleben" gemachten Erfahrungen, die Nachentrichtung nur in den beiden Lohnklassen I und II sowie ferner nur noch so weit zuzulassen, als es zur Abwendung des Verlustes der ganzen Anwartschaft notwendig ist.

Andererseits ist im Rahmen des Notwendigen eine billige Ausnahme von dem Grundsatz des § 1443 der Reichsversicherungsordnung zugestanden worden; auch der Eintritt der Invalidität soll das Nachentrichten freiwilliger Beiträge, soweit sie zur Erhaltung der Anwartschaften nötig sind, nicht ausschließen.

Die Nachentrichtung von Beitragsrückständen für Kriegsteilnehmer aus der Zeit vor ihrer Einberufung ist in entsprechendem Umfange gestattet worden.

Um zu vermeiden, daß die Versicherten bei rückständigen Pflichtbeiträgen mit deren vollem Betrage belastet werden oder die Nachentrichtung, weil sie ihre Mittel übersteigt, ganz unterlassen, war es erforderlich, die Verjährung der Rückstände ebenso weit zu erstrecken wie die Fristen für die Nachleistung von Beiträgen.

Nach § 1420 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung gerät ein Versicherter, dessen Quittungskarte nicht innerhalb von 2 Jahren seit dem Ausstellungstage umgetauscht worden ist, in eine ungünstige Rechtslage, insofern als im Streitfall bewiesen werden muß, daß die Anwartschaft gleichwohl erhalten ist. Die folgerichtige Durchführung der vorstehend erörterten Gesichtspunkte führt dazu, auch hier für die vorerwähnten Fälle die Umtauschfrist zu erstrecken.

Alle diese Vergünstigungen sollen mit Wirkung vom Beginne des Krieges ab gelten.

Literatur.

(Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 2, 309.)

Bracht, Die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, MfAV. 16 85 ff. — Haberland, ZBldReichsvers. 16 450, InvVersicherung 16 58. — Hanow-Lehmann, Kriegsverordnungen zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. — Hoffmann, ArbVersorg. 16 121. — Schricker, InvVersicherung 16 65. — Seelmann, Erläuterungen zur Bek. v. 23. Dezember 1915. — Derselbe, ZBldReichsvers. 16 81.

§ 1.

1. Hanow-Lehmann a. a. O. 6. Auf andere außerdeutsche Dienste als österreichisch-ungarische bezieht die Bek. sich nicht, aM. Bracht a. a. O. 6.

2. Hanow-Lehmann a. a. O. 8. Waren zuletzt vorher nur vorübergehend, also nur vereinzelt gültige Selbstversicherungsbeiträge entrichtet, so gelten die Wochen des Militärdienstes als zur Fortsetzung der Selbstversicherung geleistet. Hierfür spricht der Wortlaut „andernfalls"; ebenso Seelmann Erl. 13, Schricker a. a. O. 60; aM. Bracht a. a. O. 84.

3. Brunn, ArbVersorg. 16 713. Unter Anwartschaft wird die durch Verwendung gültiger Marken begründete Aussicht auf die Leistungen der Invalidenversicherung verstanden, wenn die sonstigen Voraussetzungen, Erfüllung der Wartezeit und Invalidität gegeben sind. Eine Anwartschaft entsteht also schon durch die Verwendung einer einzigen gültigen Marke. Wenn daher nach dem Erlöschen einer Anwartschaft durch Verwendung von Marken im Rahmen des § 1283 RVO. ein neues Versicherungsverhältnis begründet und damit eine neue Anwartschaft eröffnet ist, so wird die Zeit der Kriegsdienstleistung dem Versicherten als Beitragsleistung nach der Bek. angerechnet. Es ist keineswegs erforderlich, daß etwa schon 200 Marken in einer noch aufrecht erhaltenen Anwartschaft nachgewiesen werden.

§ 2.

1. Hanow-Lehmann a. a. O. 9. Auch Kriegsgefangenschaft des Arbeitgebers kann als hindernde Feindesmaßnahme in Betracht kommen (gegen Seelmann Erl. 14, 15).

2. Seelmann Erl. 15. § 2 ist auch dann anzuwenden, wenn der Versicherte selbst gehindert gewesen ist, von dem Rechte des § 1439 RVO. an Stelle des Arbeitgebers die Pflichtbeiträge zu entrichten, Gebrauch zu machen; zustimmend Hanow-Lehmann a. a. O. 9.

§ 4.

Hanow-Lehmann a. a. O. 13. § 4 Bek. gilt auch, wenn beim Eintritt des Hindernisses (§ 2) oder beim Beginn der Dienstleistung (§ 3) die zweijährige Verjährungsfrist des § 29 Abs. 1 RVO., nicht aber die Ausschlußfrist des § 1442 RVO. bereits abgelaufen war.

§ 6.

Hanow-Lehmann a. a. O. 14, Seelmann Erl. 24. Ein Verzicht wird auch dann anzunehmen sein, wenn der Versicherte vor Ablauf der Rückforderungsfrist Anspruch auf Versicherungsleistungen erhebt, ohne den Antrag auf Erstattung gestellt zu haben oder mindestens ihn gleichzeitig zu stellen. Entsprechendes wird auch gelten müssen, wenn die Hinterbliebenen Versicherungsleistungen beantragen, ohne daß ein Antrag auf Erstattung gestellt war oder mindestens gleichzeitig gestellt wird. Die Hinterbliebenenrentenberechtigten können allerdings andere Personen sein als diejenigen, die den Anspruch auf Erstattung der Beiträge haben. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wird man jedoch über dieses Bedenken bei der Geringfügigkeit der zu erstattenden Beiträge und der Schwierigkeit der Erbenermittlung hinwegkommen können.

g) Bekanntmachung, betr. Verjährung rückständiger Beiträge nach § 29 der Reichsversicherungsordnung v. 2. Dezember 1916 (RGBl. 1341) → im Nachtrag mitgeteilt. ←

b) Keine Rentenminderung aus Anlaß von Erntehilfe.

(DN. IX. 228). In zwei Rundschreiben vom 2. und 24. August 1916 hat das Reichsversicherungsamt der Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten sowie den ihm unterstellten gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften empfohlen, die Beteiligung von Rentenempfängern an Erntearbeiten grundsätzlich nicht zum Anlaß von Rentenentziehungen oder Minderungen zu nehmen; es wird damit bezweckt, die Bereitwilligkeit dieser Personen zur Leistung von Erntearbeiten zu fördern, indem man sie von der Besorgnis vor einer möglicherweise eintretenden Entziehung oder Herabsetzung der Rente befreit.

4. Angestelltenversicherung.

a) Maßnahmen im Dienst der Kriegsfürsorge (in Bd. 1, 828): ergänzender Bericht D. N. V, 31; VI, 110.

(Abschnitt b in Bd. 1, 829.)

c) Bekanntmachung, betr. die Angestelltenversicherung während des Krieges. Vom 26. August 1915. (RGBl. 531.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 309ff.

§ 1.

Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 312.

3. MonSchr. f. dtsch. Krankenkassenbeamte **16** 77 (MfAV. **16** 360). Die Anrechnung hört im allgemeinen mit der Entlassung aus dem Militärdienst auf, auch wenn mit einer späteren Wiedereinberufung zu rechnen ist, ebenso im Falle der Beurlaubung zur Beschäftigung in einem Privatbetriebe, es sei denn, daß diese einer Abkommandierung im Dienst gleichkommt.

4. MfAV. **16** 136 (RfA.). Personen, die Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste leisten, sind auch dann beitragsfrei, wenn sie nebenher noch eine an sich versicherungspflichtige Tätigkeit ausüben.

5. ArbVersorg. **16** 592 (OSchGfAngestV.). Kriegsteilnehmer können nach ihrer Einberufung zum Heeresdienst nicht mehr als Angestellte gelten, die gegen Entgelt beschäftigt werden.

6. AngestelltenVers. **16** 200 (RentenAussch. Berlin). Ein Angestellter (Werkmeister),

welcher eingezogen war und von der Militärbehörde zur Wiederaufnahme seiner Tätigkeit beurlaubt ist, ist versicherungspflichtig nach dem AngestVG., da auf ihn weder § 10 Nr. 3 dies. Ges. noch die VO. v. 26. August 1915 Anwendung findet.

7. MfAV. 16 622 (RA.). Ein Kriegsteilnehmer, der auf Reklamation seiner Arbeitgeberin beurlaubt ist und wie vor seiner Einziehung zum Kriegsdienst die Tätigkeit eines Prokuristen bei der Arbeitgeberin ausübt, ist versicherungspflichtig, da er die Tätigkeit als Prokurist nicht „im Dienst" ausübt. Er ist auch nicht von der Beitragspflicht befreit, da die Leistung seiner Dienste bei der Arbeitgeberin nicht als „Kriegs- oder ähnlicher Dienst" angesehen werden kann.

§ 4.

Dittmann, Rückerstattung der Beiträge zur Angestelltenversicherung an Kriegsteilnehmer, ZVersWiss. 16 98, wendet sich gegen die Mitteilung des Direktoriums der RfA. v. 1. Sept. 1915 (AngestV. 15 168), wonach die Beiträge erst nach Beendigung der Kriegsdienstleistung, in der Regel also nach Ablauf des Krieges zurückerstattet werden sollen.

§ 5.

MfAV. 16 316 (RfA.) Soweit § 15 AVG. in Betracht kommt, ist die Anrechnungsfähigkeit von Kriegsdiensten davon abhängig, daß der KT. bereits ein freiwillig Versicherter ist, daß er also die Versicherung tatsächlich bereits freiwillig fortgesetzt hat oder (mit Rücksicht auf § 201 Satz 1), daß er wenigstens seine Absicht, die Versicherung freiwillig fortzusetzen, der RfA. zu erkennen gegeben hat. Daß die sachlichen Voraussetzungen für die Berechtigung zur freiwilligen Weiterversicherung vorliegen, genügt nicht.

§ 7.

MfAV. 16 316 (RfA.). § 7 findet auf einen internierten feindlichen Staatsangehörigen keine Anwendung.

d) Bekanntmachung, betr. die Durchführung des § 392 Abs. 3 Nr. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte zugunsten berufsunfähiger Kriegsteilnehmer. Vom 14. Juni 1916. (RGBl. 517.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Ist nach § 392 Abs. 3 Nr. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte durch einen Vertrag zwischen dem Versicherten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ein Teil der dem Versicherten zustehenden Versicherungsansprüche gegen die Lebensversicherungsunternehmung an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte abgetreten worden, so gehen die Rechte der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte aus einem solchen Vertrag auf Antrag des Versicherten wieder auf ihn über, wenn er

1. im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche oder einem mit ihm verbündeten oder befreundeten Staate Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste geleistet hat,
2. infolge des Krieges berufsunfähig (§ 25 des Versicherungsgesetzes für Angestellte) geworden ist oder noch wird, und
3. der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die von ihr nach § 392 Abs. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte an die Lebensversicherungsunternehmung weitergezahlten Beiträge zuzüglich 3½ vom Hundert Zinsen und Zinseszinsen erstattet hat.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat der Lebensversicherungsunternehmung den Übergang der Ansprüche auf den Versicherten anzuzeigen. Ist die Anzeige der Lebensversicherungsunternehmung zugegangen, so muß dieser gegenüber die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte den Übergang gegen sich gelten lassen, auch wenn er nicht erfolgt oder nicht wirksam ist.

Die durch den Übergang und die Anzeige entstehenden Kosten trägt der Versicherte.

§ 2. Streitigkeiten, die aus Anlaß des § 1 dieser Verordnung zwischen dem Versicherten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte entstehen, entscheidet der Rentenausschuß und auf Berufung das Schiedsgericht endgültig. Für das Verfahren gelten die §§ 229 ff. des Versicherungsgesetzes für Angestellte entsprechend.

Die Instanzen der Angestelltenversicherung sind an die Entscheidungen der obersten Militärbehörde des Kontingents darüber gebunden, ob eine Gesundheitsstörung als eine Dienstbeschädigung und die Dienstbeschädigung als durch den Krieg herbeigeführt anzusehen ist.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft.

Begründung. (D. R. IX 229.)

Nach § 10 der Bek., betreffend die Angestelltenversicherung während des Krieges, vom 26. August 1915 (RGBl. 531) sind die nach § 392 Abs. 3 Nr. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte abgetretenen Versicherungsbeträge, die infolge von Kriegstodesfällen während des gegenwärtigen Krieges fällig geworden sind oder noch werden, an die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer nach Abzug der von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte an die Lebensversicherungsunternehmungen weitergezahlten Beiträge zuzüglich 3½ vom Hundert Zinsen und Zinseszinsen zu erstatten.

Aus Kreisen der Beteiligten ist der Wunsch geäußert, es möchte diese Bestimmung sinngemäß auf diejenigen Kriegsteilnehmer ausgedehnt werden, welche infolge des Krieges berufsunfähig im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte geworden sind oder noch werden. Der Bundesrat hat diesem Wunsche auf Grund des § 3 des sogenannten Ermächtigungsgesetzes durch die Bek. vom 14. Juni 1916 entsprochen.

Literatur.

Laß, Neue Bundesratsverordnungen zur Angestelltenversicherung, MfAV. 16 395 ff.

e) Bekanntmachung, betr. Abkürzung der Wartezeit in der Angestelltenversicherung. Vom 9. Dezember 1915. (RGBl. 815.)

Wortlaut in Bd. 2, 312.

Begründung. (D. R. VIII 109.)

Durch § 15 der Bekanntmachung, betreffend die Angestelltenversicherung während des Kriegs, vom 26. August 1915 (RGBl. 531) ist die im § 395 des Versicherungsgesetzes für Angestellte bestimmte, mit Ende des Jahres 1915 ablaufende Frist, innerhalb welcher eine Abkürzung der Wartezeit zum Bezuge der Leistungen des Gesetzes gestattet werden kann, für Kriegsteilnehmer bis zum Schlusse desjenigen Kalenderjahrs verlängert worden, welches auf das Jahr folgt, in welchem der Krieg beendet ist.

Dem neuerdings aus Kreisen der Beteiligten vielfach geäußerten Wunsche, es möchte die den Kriegsteilnehmern durch § 15 der erwähnten Bekanntmachung gewährte Vergünstigung auf alle Versicherte ausgedehnt werden, hat der Bundesrat auf Grund des § 3 des sogenannten ErmG. durch die Bek. vom 9. Dezember 1915 entsprochen. Dadurch wird weiten Kreisen der Angestellten die Möglichkeit gewährt, sich selbst und ihren Angehörigen vorzeitig einen Anspruch auf die Leistungen der Angestelltenversicherung zu sichern.

f) Bekanntmachung, betr. die Beitragserstattung nach § 398 des Versicherungsgesetzes für Angestellte. Vom 11. Mai 1916. (RGBl. 370.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Wenn der Versicherte als Angehöriger der bewaffneten Macht des Deutschen

Reichs oder eines mit ihm verbündeten oder befreundeten Staates an dem gegenwärtigen Kriege teilgenommen hat (§ 15 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) und vor der Feststellung seines Todes während des Krieges vermißt gewesen ist, so wird die Frist für die Geltendmachung des Erstattungsanspruchs nach § 398 Satz 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, wie folgt berechnet:

Die Frist beginnt

1. mit dem Schlusse des Kalenderjahrs, in welchem der Krieg beendet ist,
2. wenn aber vorher
   a) der Tod des Versicherten in das Sterberegister eingetragen wird, mit dem Tage dieser Eintragung,
   b) der Versicherte für tot erklärt wird, mit dem Tage, an dem das die Todeserklärung aussprechende Urteil ergeht.

Kommen beide Tage der Nr. 2 in Frage, so ist der frühere maßgebend.

Das Vorstehende gilt entsprechend für Versicherte, die nicht zur bewaffneten Macht gehörten, wenn sie sich bei ihr aufgehalten haben oder ihr gefolgt sind oder wenn sie in die Gewalt des Feindes geraten sind.

§ 2. Ist der Berechtigte innerhalb der im § 398 Satz 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte oder der im § 1 dieser Verordnung bestimmten Frist infolge von Kriegsverhältnissen verhindert gewesen, den Erstattungsanspruch geltend zu machen, so gilt der Anspruch als rechtzeitig erhoben, wenn er vor dem Ablauf von drei Monaten nach dem Wegfall des Hindernisses geltend gemacht worden ist.

§ 3. Wird nachgewiesen, daß ein Versicherter, der als verschollen galt, noch lebt, so braucht die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die zu Unrecht erstatteten Beiträge nicht zurückzufordern.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft.

Ansprüche auf Beitragserstattung, über die das Feststellungsverfahren am Tage der Verkündung dieser Verordnung [13. 5.] schwebt, unterliegen den Bestimmungen dieser Verordnung.

Ist nach dem 31. Juli 1914 eine Beitragserstattung wegen Verfalls des Anspruchs nach § 398 Satz 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte rechtskräftig abgelehnt worden, so ist von Amts wegen zu prüfen, ob die Bestimmungen dieser Verordnung für den Berechtigten günstiger sind. Wird diese Frage bejaht oder wird es von dem Berechtigten verlangt, so ist ihm ein neuer Bescheid zu erteilen.

Begründung. (D. R. IX 228.)

Nach § 398 Satz 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte verfällt der Anspruch auf Erstattung von Beiträgen, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Versicherten geltend gemacht wird. Bei der Durchführung dieser Vorschrift sind während des gegenwärtigen Krieges vielfach Schwierigkeiten und Härten hervorgetreten, die von den Beteiligten schwer empfunden wurden. Dies gilt insbesondere für Fälle, in denen Kriegsteilnehmer vor Feststellung ihres Todes vermißt gewesen sind. Es gehört nicht zu den Seltenheiten, daß die Angehörigen solcher Vermißten erst nach Jahr und Tag von dem Tode zuverlässige Kenntnis erhalten. In solchen Fällen bestehen Zweifel, ob die Frist des § 398 Satz 3 schon von dem nunmehr festgestellten oder unterstellten Zeitpunkt des Todes zu berechnen ist.

Den aus Kreisen der Beteiligten geäußerten Wünschen nach Klärung der Rechtslage und Beseitigung entgegenstehender Hindernisse ist durch die auf Grund des § 3 des sogenannten ErmG. ergangene Bek. vom 11. Mai 1916 entsprochen. Danach beginnt die Ausschlußfrist des § 398 Satz 3 erst mit dem Schlusse des Kalenderjahrs, in welchem der Krieg beendet ist, es sei denn, daß vorher entweder der Tod in das Sterberegister eingetragen oder der Vermißte gerichtlich für tot erklärt wird. In diesen Fällen soll der Tag der Eintragung oder der Tag des Urteils maßgebend sein.

Diese Bestimmung gilt auch für solche Personen, welche nicht zu der bewaffneten

Macht gehören, wenn sie sich bei ihr aufgehalten haben oder ihr gefolgt oder in die Gewalt des Feindes geraten sind.

Weiter konnte auch abgesehen von den erwähnten Fällen nach dem geltenden Recht die Vorschrift des § 398 Satz 3 dann ungünstig wirken, wenn die Berechtigten (die Witwen oder die Waisen) infolge der Kriegsverhältnisse, insbesondere infolge von Maßnahmen feindlicher Staaten — z. B. Gefangensetzung im feindlichen Ausland, Verschleppung aus der Heimat, Aussperrung vom Inland — gehindert werden, einen Antrag bei einer deutschen Behörde zu stellen, selbst wenn sie von dem Tode ihres Ehemannes oder Vaters Kenntnis erhalten haben. Für solche Fälle schafft § 2 der neuen Bekanntmachung Abhilfe.

§ 3 der Bekanntmachung sieht vor, daß die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte auf die Rückforderung gezahlter Beiträge verzichten kann, wenn sich später herausstellt, daß ein Versicherter, der als verschollen galt, noch am Leben ist.

Den neuen Bestimmungen ist durch § 4 der Bekanntmachung rückwirkende Kraft beigelegt, um ihre Wohltaten auch auf ältere Fälle auszudehnen, in denen Erstattungsansprüche wegen Versäumung der Frist bereits rechtskräftig abgelehnt sein sollten.

§ 1.

Laß, MfAV. 16 339. Die VO. kommt auch den Hinterbliebenen von solchen Angestellten zugute, welche infolge der Kriegsverhältnisse verschleppt oder im Ausland an unbekanntem Orte festgehalten werden, auch wenn sie nicht Angehörige der bewaffneten Macht gewesen sind.

§ 2.

Laß, MfAV. 16 339. Der Ausdruck „Kriegsverhältnisse" in § 2 ermöglicht es, in der Auslegung der Bestimmung nicht zu engherzig zu verfahren. Dies gilt namentlich für solche Fälle, in denen es zweifelhaft ist, ob es sich um eine eigentliche Maßnahme eines feindlichen Staates handelt.

g) Bekanntmachung, betr. Erstattung von Beiträgen zur Angestelltenversicherung an berufsunfähige Kriegsteilnehmer. Vom 26. Mai 1916. (RGBl. 425.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Den bei der Versicherungsanstalt für Angestellte Versicherten, die im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche oder einem mit ihm verbündeten oder befreundeten Staate Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste geleistet haben und infolge ihrer Teilnahme am Kriege dauernd berufsunfähig (§ 25 Abs. 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte) geworden sind oder werden, ist auf ihren Antrag die Hälfte der für sie an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte entrichteten Pflichtbeiträge zu erstatten. Bei freiwilliger Versicherung werden drei Viertel der eingezahlten Beiträge erstattet.

§ 2. Der Anspruch auf Beitragserstattung verfällt, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach Eintritt der Berufsunfähigkeit geltend gemacht wird. Die Frist beginnt jedoch nicht vor Schluß desjenigen Kalenderjahrs zu laufen, in welchem der Krieg beendet ist.

§ 3. Für das Verfahren gelten die §§ 229ff. des Versicherungsgesetzes für Angestellte.

Die Instanzen der Angestelltenversicherung sind an die Entscheidungen der obersten Militärbehörde des Kontingents darüber gebunden, ob eine Gesundheitsstörung als eine Dienstbeschädigung und die Dienstbeschädigung als durch den Krieg herbeigeführt anzusehen ist.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft.

Begründung. (D. R. IX 229.)

Nach § 206 des Versicherungsgesetzes für Angestellte dürfen freiwillige Beiträge für Angestellte nach Eintritt deren Berufsunfähigkeit (§ 25) nicht mehr entrichtet werden. Danach verlieren die Kriegsteilnehmer, die infolge einer Kriegsbeschädigung berufsunfähig geworden sind, ihre Ansprüche auf die Leistungen der Angestelltenversicherung, wenn sie nicht etwa nach § 395 die Wartezeit zum Bezuge der Leistungen durch Einzahlung der Prämienreserve erfüllt haben sollten. Für den Regelfall ist die gesetzlich vorgeschriebene Wartezeit, die beim Ruhegeld für männliche Versicherte mindestens 120 Beitragsmonate beträgt (§ 48), noch für keinen der versicherten Angestellten erfüllt, da das Gesetz erst am 1. Januar 1913 in Kraft getreten ist. Erst beim Ableben des Versicherten steht der Witwe oder den hinterlassenen Kindern unter 18 Jahren ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für den Versicherten eingezahlten Beiträge zu, wenn der Versicherungsfall innerhalb der ersten 15 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes eintritt (§ 398).

Es sind deshalb aus Kreisen der Beteiligten Wünsche hervorgetreten, es möchte die Rechtslage der berufsunfähig gewordenen Kriegsteilnehmer dadurch verbessert werden, daß ihnen in Anlehnung an die Vorschrift des § 398 nach Feststellung ihrer Berufsunfähigkeit ein Teil der gezahlten Beiträge zurückerstattet wird. Diesen Wünschen hat der Bundesrat auf Grund der § 3 des sogenannten Ermächtigungsgesetzes durch die Bek. vom 26. Mai 1916 entsprochen.

Literatur.

Dersch, Einige Fragen zur Beitragserstattung nach § 398 AVG., MfAV. 16 597 ff. — Laß, Neue Bundesratsverordnungen zur Angestelltenversicherung, MfAV. 16 392 ff.

1. Laß a. a. O. 394. Hat der Versicherte von dem Erstattungsanspruch Gebrauch gemacht, so ist er dadurch mit seinen Rechten aus der Versicherung vollständig abgefunden: zustimmend Dersch a. O. 603.

2. Dersch a. a. O. 603. Auch bei später etwa wieder eintretender Berufsfähigkeit und Wiederaufnahme einer versicherungspflichtigen Tätigkeit kann die andere Hälfte der Pflichtbeiträge (das restliche Viertel freiwilliger Beiträge), bezüglich deren die Anwartschaft an sich durch Eintritt des Versicherungsfalls vor dem Erlöschen bewahrt bleibt, nicht als geleisteter Beitrag wieder in Ansatz kommen. Für § 398 AVG. folgt hieraus, daß die Hinterbliebenen, wenn der Versicherte von dem Erstattungsrecht Gebrauch gemacht hat, keinen Erstattungsanspruch bezüglich des Restes haben.

h) Bekanntmachung über Versicherungspflicht von Angestellten für Beschäftigungen während des Krieges. Vom 30. September 1916.

(RGBl. 1097.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Personen, die vor dem gegenwärtigen Kriege eine an sich nach dem Versicherungsgesetze für Angestellte versicherungspflichtige Tätigkeit nicht ausgeübt haben und auch nach Beendigung des Krieges voraussichtlich nicht ausüben werden, sind hinsichtlich einer nur für die Dauer des Kriegszustandes angenommenen, an sich versicherungspflichtigen Beschäftigung nicht versicherungspflichtig nach dem Versicherungsgesetze für Angestellte.

Sind jedoch für die Dauer der an sich versicherungspflichtigen Beschäftigung Beiträge zur Angestelltenversicherung entrichtet, so dürfen die Leistungen der Angestelltenversicherung nicht aus dem Grunde abgelehnt werden, daß die Beiträge zu Unrecht entrichtet seien.

§ 2. Die Wirkung des § 1 Abs. 1 dieser Verordnung tritt nicht ein, wenn der Beschäftigte binnen einem Monat nach Inkrafttreten dieser Verordnung oder bei

späterem Beginne des Versicherungsverhältnisses binnen einem Monat von diesem Zeitpunkt an seinen entgegenstehenden Willen gegenüber dem Direktorium oder einem anderen Organe der Reichsversicherungsanstalt erklärt. Diese Willenserklärung wirkt jedoch nicht auf die Zeit vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung zurück.

Ersatzkassenmitglieder haben die Willenserklärung innerhalb der Frist bei der Ersatzkasse abzugeben.

§ 3. Streitigkeiten über die Versicherungspflicht, über welche das Verfahren am Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung schwebt, werden nach den Bestimmungen dieser Verordnung entschieden.

Ist vor dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung die Versicherungspflicht einer nach dieser Verordnung versicherungsfreien Person durch rechtskräftige Entscheidung festgestellt worden, so wird diese Feststellung auf Antrag des Versicherten aufgehoben und eine neue Entscheidung erlassen. Der Antrag ist binnen drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung bei der Stelle einzulegen, welche die rechtskräftige Entscheidung erlassen hat. Diese Stelle hat auch die neue Entscheidung zu erlassen. Für das Verfahren gelten die §§ 210 ff. des Versicherungsgesetzes für Angestellte entsprechend.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [2. 10.] und mit Wirkung von Kriegsbeginn an in Kraft.

Begründung.

(NordAllgZtg. v. 30. Sept. 1916, Nr. 271, 1. Ausg.)

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 28. September 1916 eine Verordnung über die Versicherungspflicht von Angestellten für Beschäftigungen während des Krieges erlassen. Nach der neuen Verordnung sind Personen, die eine an sich versicherungspflichtige Tätigkeit aller Wahrscheinlichkeit nach nur während des Krieges ausüben — eine solche vorher nicht ausübten und nachher vermutlich nicht mehr ausüben werden — nicht versicherungspflichtig nach dem Angestelltenversicherungsgesetz. Doch dürfen, wenn Beiträge zur Angestelltenversicherung für die Dauer der an sich versicherungspflichtigen Beschäftigung von solchen Personen tatsächlich entrichtet sind, die Leistungen der Angestelltenversicherung nicht deshalb abgelehnt werden, weil die Beiträge zu Unrecht entrichtet seien. Hierdurch soll einer nachträglichen Schädigung von Personen, die, ohne dazu genötigt zu sein, die verhältnismäßig hohen Beiträge zur Angestelltenversicherung entrichtet haben, vorgebeugt werden. Auch das Heilverfahren gehört zu solchen Leistungen der Angestelltenversicherung. Da die Frage, ob eine Person nach Kriegsende ihre versicherungspflichtige Tätigkeit voraussichtlich fortsetzen wird, nicht selten schwer zu beantworten ist, so macht die Verordnung für eine Frist von einem Monat nach ihrem Inkrafttreten oder nach dem Beginn des Beschäftigungsverhältnisses ihre Wirksamkeit von einer Erklärung des Angestellten gegenüber der Reichsversicherungsanstalt abhängig. Bereits früher getroffene rechtskräftige Entscheidungen, die im Gegensatz zu dieser Verordnung die Frage der Versicherungspflicht eines Angestellten bejaht haben, werden, auf fristmäßigen Antrag des Versicherten bei der in Betracht kommenden Stelle, aufgehoben. Die Verordnung soll auch zugunsten der vor ihrer Verkündung während des Krieges in ein Angestelltenverhältnis getretenen Personen Anwendung finden. Sie enthält deshalb rückwirkende Kraft bis zum Kriegsbeginn.

i) Bekanntmachung, betr. die Ausführung des § 8 des Versicherungsgesetzes für Angestellte. Vom 4. Mai 1916. (RGBl. 364.)

Auf Grund des § 8 des Versicherungsgesetzes für Angestellte (Reichs-Gesetzbl. 1911 S. 989) hat der Bundesrat bestimmt:

Die Bekanntmachung, betreffend die Ausführung des § 8 des Versicherungs-

gesetzes für Angestellte, vom 9. Juli 1913 (Reichs-Gesetzbl. S. 571) erhält folgenden Zusatz:

[Versicherungsfrei bleiben:]

3. Dienstleistungen von Angestellten, die bei Stellenlosigkeit in gemeinnützigen Schreibstuben oder in Verpflegungsstationen oder ähnlichen Wohltätigkeitsanstalten während eines verhältnismäßig geringen Zeitraums des Kalenderjahrs beschäftigt werden, auch wenn eine Geldentschädigung gewährt wird.

1. Laß, MfVA. 16 335. Aus der Fassung der VO. ergibt sich, daß die Befreiung nicht erst auf Antrag eintritt, sondern kraft Gesetzes besteht.

2. Laß a. a. O. 335. Wird nur freier Unterhalt oder neben diesem ein sog. Taschengeld gewährt, so sind die bezeichneten Angestellten ohnehin nach § 7 AVG. versicherungsfrei.

5. Privatversicherung.

Erläuterung 1, 2 in Bd. 1, 830; 3 in Bd. 2, 313.

4. (D. N. IX 230.) Die wirtschaftliche Lage der von Reichs wegen beaufsichtigten privaten Versicherungsunternehmungen wird vom Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung als eine nach wie vor unerschütterte bezeichnet. Daß, wie die Zahlen für das Jahr 1915 zeigen, das Neugeschäft stark beeinträchtigt worden ist, kann nicht überraschen. Ihre Geldflüssigkeit haben die dem Amte unterstehenden Unternehmungen durch ihre starke Beteiligung an den bisherigen Kriegsanleihen dargetan.

In dem Verhältnis der Versicherungsunternehmungen zu ihren Hypothekenschuldnern sind ernstere Schwierigkeiten nicht hervorgetreten. Über die Verlängerung fälliger Kapitalbeträge und das dabei von den Gesellschaften geübte Entgegenkommen ist S. 101 des 6. Nachtrags (Drucksache 147) berichtet worden. Der Zinseingang wird vom Aufsichtsamt dauernd beobachtet. Die Erhebungen lassen zwar eine gewisse Zunahme der Rückstände erkennen; im ganzen aber blieb der Zinseneingang fortgesetzt ein günstiger.

Nach dem Stande vom 1. April 1916 waren die bei englischen und französischen Sachversicherungsgesellschaften noch bestehenden inländischen Versicherungen auf 55625 Versicherungen mit etwas über 655 Mill. M. Versicherungssumme, das sind im Vergleich zu dem Bestande vom 31. Dezember 1913 5,52 v. H., gerechnet nach der Zahl der Policen, und 7,16 v. H., gerechnet nach der Versicherungssumme zusammengeschmolzen. Bei 8 von 22 englischen Unternehmungen war der Versicherungsbestand völlig aufgelöst. Daß diese Zahlen dem wirklichen Sachverhalt insofern nicht ganz entsprechen, als viele Versicherungen nur noch in den Büchern laufen, tatsächlich aber erloschen sind, oder auch nur als zweite Sicherheit neben einem anderweit abgeschlossenen Vertrag aufrechterhalten werden, ist bereits im 5. Nachtrag dargelegt worden.

Durch Urteil vom 11. Juli 1916 hat das Reichsgericht einem deutschen Versicherten das Recht zum Rücktritt gegenüber einer englischen Versicherungsgesellschaft zuerkannt. Zu der Frage, welche Bedeutung hierbei dem Abschluß eines Haftungs- und Überführungsvertrags mit einer deutschen Gesellschaft etwa beizumessen sei, hat der oberste Gerichtshof nicht ausdrücklich Stellung genommen. Die Entscheidung dürfte die Auflösung der noch laufenden Versicherungen beschleunigen.

V. Kriegswohlfahrtspflege.

(Abschnitt 1 in Bd. 1, 830ff.)

2. Verwendung von Reichsmitteln für die Kriegswohlfahrtspflege (zu vgl. Bd. 2, 313ff.).

a) D. N. IX 233. Infolge des Mangels an Textilrohstoffen und der durch die Heeresverwaltung verfügten Beschlagnahmen sind auch die Gewerbebetriebe, welche die Stoffe weiterverarbeiten, insbesondere die Konfektionsindustrie, schwer beeinträchtigt.

und es war zu erwarten, daß mit der Zeit, vornehmlich in größeren Städten, in denen Massenkonfektionsbetriebe sich befinden, zahlreiche Angestellte und Arbeiter beschäftigungslos werden würden. Es ist daher die durch den Bundesratsbeschluß v. 18. November 1915 für die Angestellten und Arbeiter der Textilindustrie vorgesehene Fürsorge auf die Angestellten und Arbeiter der die Stoffe verarbeitenden Betriebe ausgedehnt worden. Dabei ist klargestellt, daß sämtliche der Gewerbegruppe IX K der gewerblichen Betriebsstatistik von 1907 (Statistik des Deutschen Reichs Bd. 222 S. 26) zugehörenden Gewerbezweige in die für die Erwerbslosenfürsorge der Angestellten und Arbeiter der Textilindustrie erlassenen Bestimmungen einbezogen sind.

Neu aufgenommen ist die Fabrikation von Filz. Ferner ist bestimmt, daß neben Arbeitern und Angestellten auch selbständige Gewerbetreibende, die erwerbslos werden, der Erwerbslosenfürsorge teilhaftig werden können.

Es ist sodann eine Ergänzung der Nr. 7b der Bek. v. 18. Dezember 1914 über die Verwendung der Reichsmittel, die zur Unterstützung von Gemeinden oder Gemeindeverbänden auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege bereitgestellt sind (ZBl. für das Deutsche Reich S. 620) vorgenommen. Wie aus mehrfachen Eingaben, aus der Presse und aus den von einzelnen Fürsorgeausschüssen und Fürsorgeeinrichtungen getroffenen Maßnahmen hervorging, wurde die in Nr. 7b a. a. O. getroffene Bestimmung, daß die Erwerbslosenfürsorge nur solchen Ortseinwohnern zu gewähren ist, die sich infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden, nicht immer berücksichtigt. Es waren Vorschriften erlassen, wonach schon bei Verlust eines vollen Tagelohns in der Woche ohne weiteres das Eingreifen der Erwerbslosenfürsorge als notwendig und berechtigt angesehen wurde, und wonach für jede Stunde Lohnausfall Ersatz gewährt wurde, ohne daß das dem Unterstützten verbleibende Gesamteinkommen und die Gelegenheit zur Ausnutzung der freigewordenen Zeit zu anderweitem Lohnerwerbe gebührend in Rücksicht gezogen wurde. Eine solche Regelung war mit den Bestimmungen des Bundesrats nicht vereinbar und mußte das Streben der betreffenden Bevölkerungskreise, sich anderweit eine lohnende Beschäftigung zu suchen, ungünstig beeinflussen; auch wurden Familien, die zwar in bedrängte Lage gekommen waren, deren Ernährer sich aber in der Heimat befand und vielfach Gelegenheit hatte, neben seinem Haupterwerb anderen Verdienst zu finden, durch Verwendung öffentlicher Mittel nicht selten bessergestellt als die Familien der Kriegsteilnehmer, deren Ernährer den Anstrengungen und Gefahren des Krieges ausgesetzt sind. Durch die Änderung der Bestimmungen über die Kriegswohlfahrtspflege v. 13. April 1916 (ZBl. für das Deutsche Reich S. 74) ist daher Nr. 7b der Bek. v. 18. Dezember 1914 dahin ergänzt worden, daß eine bedürftige Lage vorbehaltlich der Bestimmungen unter c und d a. a. O. nur dann anzunehmen ist, wenn die Einnahmen des zu Unterstützenden einschließlich der Einnahmen der in seinem Haushalte lebenden Familienangehörigen infolge gänzlicher oder teilweiser Erwerbslosigkeit derart zurückgegangen sind, daß er nicht mehr imstande ist, damit den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Nach einem weiteren Zusatz zu Nr. 7 sollen die Gemeinden bei etwaigen von ihnen für die Regelung einer Erwerbslosenfürsorge geschaffenen besonderen Fürsorgeausschüssen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zuziehen. Dieser Zusatz entspricht dem vom Reichstag am 14. Januar 1916 angenommenen Antrage des Haushaltsausschusses (Nr. 193 der Drucksachen, II. Session 1914/15. StenB. 642).

b) D. R. IX 234. Da ungeachtet der vorbeugenden Bestimmungen über die Einschränkung der Arbeitszeit mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Schuhwarenindustrie gerechnet werden muß, erschien eine Erwerbslosenfürsorge in größerem Umfange, als sie die bestehenden Bestimmungen ermöglichten, notwendig. Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, die Verwendung der Reichsmittel, die zur Unterstützung von Gemeinden auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege bereitgestellt sind, in ähnlicher Weise, wie dies zugunsten notleidender Textilarbeiter geschehen ist, auf die erwerbslosen Arbeiter der Schuhwarenindustrie auszudehnen. Nach dem Beschluß des Bundesrats wird von dem Gesamtaufwand der Gemeinden oder Gemeindeverbände

für eine Erwerbslosenfürsorge, die für Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende der unter die Bek. v. 14. Juni 1916 fallenden Betriebe eingerichtet wird, v. 1. August 1916 ab die Hälfte auf das Reich übernommen (ZBl. für das Deutsche Reich 1916 S. 195). Von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden sind ferner Lohnzuschüsse vereinbart worden, die den erwerbsbeschränkten Arbeitern von den Arbeitgebern zu leisten sind. Diese Vereinbarungen sind von der Kontrollstelle für freigegebenes Leder in die Bedingungen für die Abgabe von freigegebenem Bodenleder für alle Betriebe, die vier oder mehr Arbeiter beschäftigen, aufgenommen worden. Danach sind für die verschiedenen Arbeiterklassen Verdienstsätze auf eine Stunde festgesetzt, von denen die Inhaber der Betriebe mindestens ein Drittel für jede infolge der Beschränkung der Arbeitszeit ausfallende Stunde zu zahlen haben. Ferner dürfen Arbeiterentlassungen erst dann vorgenommen werden, wenn die Erzeugung des Betriebes unter 50 v. H. der durchschnittlich im Jahre 1915 erzeugten Mengen gesunken ist. Es ist den Gemeinden freigestellt, sich im Wege der Vereinbarung von dem Lohnzuschuß der Arbeitgeber einen Teil zur Deckung des nicht durch Reichs- und Staatsbeihilfen gedeckten Gesamtaufwandes überweisen zu lassen und auch den Arbeitgebern die Auszahlung der Unterstützung zu übertragen. Unter Umständen würden die Gemeinden aus eigenen Mitteln nichts zu leisten haben und nur als Abrechnungsstellen anzusehen sein. Hierdurch ist die Einrichtung der Fürsorge so erleichtert, daß erwartet werden kann, daß die Gemeinden sich der Unterstützungsbedürftigen in großem Umfange annehmen. Für die Fälle, in denen die Angehörigen eines Betriebes in mehreren Gemeinden zerstreut wohnen, ist eine Regelung durch die Gemeindeverbände und durch besondere Abkommen empfohlen worden.

3. Preuß. Gesetz über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände. Vom 1. Mai 1916. (GesS. 49.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtags der Monarchie, was folgt:

§ 1. Der Staatsregierung wird ein weiterer Betrag bis zu 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Erleichterung ihrer Ausgaben für Kriegswohlfahrtszwecke Beihilfen zu gewähren.

§ 2. Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Bereitstellung der nach § 1 erforderlichen Summe Staatsschuldverschreibungen auszugeben. An Stelle der Staatsschuldverschreibungen können vorübergehend Schatzanweisungen ausgegeben werden. Der Fälligkeitstermin ist in den Schatzanweisungen anzugeben.

Der Finanzminister wird ermächtigt, die Mittel zur Einlösung dieser Schatzanweisungen durch Ausgabe von neuen Schatzanweisungen und von Schuldverschreibungen in dem erforderlichen Nennbetrage zu beschaffen. Die Schatzanweisungen können wiederholt ausgegeben werden.

Schatzanweisungen oder Schuldverschreibungen, die zur Einlösung von fällig werdenden Schatzanweisungen bestimmt sind, hat die Hauptverwaltung der Staatsschulden auf Anordnung des Finanzministers 14 Tage vor dem Fälligkeitstermine zur Verfügung zu halten.

Die Verzinsung der neuen Schuldpapiere darf nicht vor dem Zeitpunkte beginnen, mit dem die Verzinsung der einzulösenden Schatzanweisungen aufhört. Wann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Zinsfuße, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Kursen die Schatzanweisungen und die Schuldverschreibungen ausgegeben werden sollen, bestimmt der Finanzminister. Im übrigen kommen wegen der Verwaltung und Tilgung der Anleihe die Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Konsolidation preußischer Staatsanleihen, vom 19. Dezember 1869 (Gesetzsamml. S. 1197), des Gesetzes, betreffend die Tilgung von Staatsschulden, vom 8. März 1897 (Gesetzsamml. S. 43) und des

Gesetzes, betreffend die Bildung eines Ausgleichsfonds für die Eisenbahnverwaltung, vom 3. Mai 1903 (Gesetzsamml. S. 155) zur Anwendung.

§ 3. Die Ausführung dieses Gesetzes liegt dem Minister des Innern und dem Finanzminister ob.

Urkundlich usw.

4. Fürsorge für Kriegsinvaliden.

a) Maßnahmen des Reichs in Bd. 2, 314.

b) Maßnahmen in Preußen.

(Erlasse α, β in Bd. 2, 316 ff.)

γ) Ministerialerlaß vom 29. August 1916. (MBl. 188, HMBl. 341.)

Aus den auf den gemeinschaftlichen Erlaß vom 8. September 1915 erstatteten Berichten sowie aus den von unseren Kommissaren gelegentlich der Bereisung einzelner Provinzen gemachten Beobachtungen haben wir mit Befriedigung entnommen, daß die Fürsorgearbeit an den Kriegsinvaliden überall mit Verständnis und Eifer aufgenommen worden ist und daß die hierbei von uns gezogenen Richtlinien im wesentlichen Berücksichtigung gefunden haben. Wo dies noch nicht in dem erwünschten Maße der Fall ist, werden Bedürfnis und Erfahrung die erforderliche Wirkung ausüben.

I. Organisation.

Insbesondere nehmen wir an, daß die an manchen Orten noch vorhandenen Mängel der Organisation im Laufe der Arbeit werden beseitigt werden. Es muß betont werden, daß die in den früheren Erlassen enthaltenen Ratschläge sich in der Praxis bewährt haben, und es ist zu hoffen, daß sie sich vorbehaltlich der durch die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten Verschiedenheiten allmählich überall durchsetzen werden. Die Personalschwierigkeiten, die sich mit Fortschreiten des Krieges auf allen Gebieten zeigen, werden auch auf dem Gebiete der örtlichen Fürsorgearbeit sich geltend machen. Bei der großen Mannigfaltigkeit der im einzelnen zu prüfenden Fragen ist es ausgeschlossen, den Anforderungen der Praxis für ein großes Staatsgebiet in allen Einzelheiten gemeinsam nachzugehen, vielmehr erscheint weitgehende Dezentralisation und Individualisierung notwendig, wie ja auch erwartet werden kann, daß die den Fürsorgeorganisationen belassene Selbständigkeit die Erfolge der Arbeit weiterhin günstig beeinflussen wird.

In dem Erlaß des mitunterzeichneten Ministers des Innern vom 5. Mai d. J. — III 600. I — ist darauf hingewiesen, wie es wünschenswert ist, alle Kriegswohlfahrtsbestrebungen der verschiedensten Art in der örtlichen Instanz an einer Stelle zu vereinigen. Als besonders geeignet für die Übernahme dieser Aufgabe in den Kreisen und größeren Gemeinden sind dabei die für die Invalidenfürsorge gebildeten Ausschüsse bezeichnet worden. Es soll an dieser Stelle lediglich dem Wunsche Ausdruck gegeben werden, daß der Ausbau der Fürsorgeausschüsse auf diesen Gesichtspunkt Rücksicht nehmen möge und daß die dabei beteiligten Behörden und Organe der Kriegsinvalidenfürsorge sich dessen bewußt sind, welche große und schöne Aufgabe ihnen mit diesem weiten Ausblick gestellt wird.

II. Finanzielles.

Den Grundsatz weitgehender Selbständigkeit der Fürsorgeorganisationen beabsichtigen wir im allgemeinen auch auf finanziellem Gebiet zu befolgen. Aber wenngleich die vom Reiche uns zur Verwaltung und Verteilung überwiesenen Mittel nur zum Teil diejenigen Kosten aufbringen können, welche den Hauptfür-

sorgeorganisationen entstehen, können wir doch nicht darauf verzichten, im Interesse der Herstellung einer gewissen Gleichmäßigkeit einige Gesichtspunkte hervorzuheben, welche nach unserer Ansicht bei Verwendung der Mittel nicht außer acht gelassen werden dürfen. Es erfordert dies schon die ausgleichende Gerechtigkeit, damit nicht diejenigen Fürsorgeorganisationen, welche die geringere Sparsamkeit üben, vor solchen bevorzugt werden, die sich bei der Verwendung der Reichsmittel eine größere Zurückhaltung auferlegen. Als solche Gesichtspunkte nennen wir die folgenden:

1. Es ist notwendig, daß die Hauptfürsorgeorganisationen bei Kapitalaufwendungen größeren Umfanges sich zuvor unserer Zustimmung versichern. Es bezieht sich diese Forderung weniger auf die den einzelnen Invaliden zugute kommenden Kapitalaufwendungen, zumal ja nach dieser Richtung durch die Bundesratsbestimmung und die von uns in dem Erlaß vom 24. Juni 1915 – M. d. J. II e 5038, F. M. I 514 — dazu gegebenen Erläuterungen bereits eine Schranke gezogen ist. Gemeint sind aber insbesondere die größeren Zuwendungen, welche seitens einzelner Organisationen an die bei der Fürsorge mitwirkenden Vereine und Verbände gemacht werden, sowie insbesondere auch Aufwendungen größeren Umfanges zur Errichtung und Erweiterung von Ausbildungsanstalten. Wir wollen eine derartige Verwendung, wie sie hier beispielsweise angeführt ist, keineswegs grundsätzlich mißbilligen, glauben aber um so weniger auf unsere Mitwirkung verzichten zu können, als sich herausgestellt hat, daß die so gemachten Zuwendungen ohne Beanstandung der Fürsorgeorganisationen zum Teil auch anderen Kreisen zugute gekommen sind als lediglich den Invaliden.
2. Vor Verwendung von Reichsmitteln wird sorgfältig zu prüfen sein, ob es sich nicht um Zwecke handelt, zu deren Erfüllung andere Stellen als berufen anzusehen sind. Zu diesen anderen Stellen gehören insbesondere die Heeresverwaltung, die Versicherungsträger, die zur Ausübung der Kriegswohlfahrtspflege, namentlich auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge berufenen Korporationen und Vereine sowie die überall in der Bildung begriffenen Kriegshilfskassen. Diese Anordnung soll nicht ausschließen, daß in dringlichen Fällen im Interesse der Kriegsverletzten ausnahmsweise und vorbehaltlich des Rückgriffs eine Verwendung von Reichsmitteln stattfindet, wenn die in erster Linie zuständigen Stellen dem obwaltenden Bedürfnis rechtzeitig zu genügen nicht bestimmt werden können. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß die Heeresverwaltung in weitgehendem Maße die durch Ausübung der Einzelfürsorge in den Lazaretten (Werkstättenausbildung usw.), entstehenden Kosten trägt. Die Nutzbarmachung der Fachkenntnis der bürgerlichen Behörden, insbesondere der Beamten der staatlichen Gewerbeschulverwaltung, auf deren Mitwirkung nach wie vor entscheidender Wert zu legen ist, wird dadurch nicht berührt. Dies gilt auch von der bisherigen segensreichen Mitarbeit der Provinzialorganisationen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge innerhalb der Lazarette.
3. In erweitertem Maße ist darauf hinzuwirken, daß die aus Anlaß der Fürsorgetätigkeit entstehenden Verwaltungskosten von den Hauptfürsorgeorganisationen selbst getragen und nicht den Reichsmitteln zur Last gelegt werden. Hiernach dürfen die Reichsmittel für die büromäßige Erledigung der Geschäfte der Kriegsinvalidenfürsorge (also Gehälter für die dabei beschäftigten Beamten und Hilfskräfte, Kosten für Miete, Büromaterialien usw.) nicht in Anspruch genommen werden.
4. Alle Aufwendungen aus Reichsmitteln müssen einen besonderen Fürsorgezweck erkennen lassen. Fälle, in denen dies nicht der Fall ist, werden zum Teil schon durch die vorhergehenden Bestimmungen getroffen werden. Es ist aber bei diesem Punkte auch an Unterstützungen gedacht, welche erwerbs-

losen Kriegsbeschädigten schlechthin zuteil werden, ohne daß eine besondere Fürsorgemaßnahme damit Hand in Hand geht. Übrigens ist die Heeresverwaltung bereit, für die aus Anlaß des Krieges mit Rente und Kriegszulage versorgten Personen, wenn es ihnen bei ihrem Körperzustande trotz eifrigster eigener Bemühungen und trotz Eingreifens der Kriegsfürsorgestellen nicht gelingen sollte, ihr früheres Arbeitseinkommen auch nur annähernd zu erreichen, zur Ausgleichung von Härten mit baren Beihilfen einzutreten. Die Anträge sind von den Rentenempfängern selbst bei dem Bezirksfeldwebel zu stellen.

5. Zu diesen allgemeinen Grundsätzen treten noch folgende Einzelpunkte hinzu.

a) Von der Mehrzahl der Fürsorgeorganisationen werden besondere Zeitschriften für die Kriegsinvalidenfürsorge herausgegeben. Es soll hier nicht erörtert werden, inwieweit die dadurch hervorgerufenen Kosten mit dem entstehenden Nutzen sich im Einklang befinden. Insoweit diese Zeitschriften einen allgemeineren und über den Bereich der betreffenden Fürsorgeorganisationen hinausgehenden Zweck verfolgen, kann von uns ein Bedürfnis zur Herausgabe so vieler einzelner Zeitungen nicht anerkannt werden. Wenn andererseits ihr Inhalt die heimatlichen Verhältnisse des Fürsorgebezirks mehr in den Vordergrund rückt, erscheint die Verwendung der Reichsmittel im Hinblick auf die Beschränkung des räumlichen Wirkungskreises nicht angebracht. Es kann sich daher lediglich darum handeln, daß die Reichsmittel für die Herausgabe von Zeitschriften insoweit eine anteilige Verwendung finden, als anerkannt werden kann, daß ungeachtet ihrer Beschränkung auf einen engeren Bezirk doch ein wichtiger Teil der allgemeinen Fürsorgearbeit von ihnen geleistet wird. Dies wird z. B. dort der Fall sein, wo sie der Arbeitsvermittlung dienstbar gemacht werden und ein notwendiges Glied der auf diesem Gebiete ergriffenen Maßnahmen bilden. Im allgemeinen aber dürfen Reichsmittel für Zeitschriften nicht zur Ausgabe gelangen.

b) Mit der Begründung des Reichsausschusses für die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist eine Instanz geschaffen, welche die Hauptfürsorgeorganisationen des ganzen Reichs in sich zusammenschließt und auch ihrerseits für eine gewisse Gleichmäßigkeit der Fürsorgearbeit auf diesem großen Gebiete Sorge trägt. Es muß anerkannt werden, daß der Reichsausschuß in seiner bisherigen Tätigkeit bereits eine fruchtbare Arbeit geleistet, daß er das große Gebiet der Fürsorge für die verletzten und erkrankten Krieger mit Gründlichkeit und Sachkenntnis durchforscht hat und daß die fortlaufende Vermittelung des Ergebnisses seiner Arbeit an seine Mitglieder für diese wertvoll ist. Das schließt naturgemäß nicht aus, daß es den einzelnen Hauptfürsorgeorganisationen überlassen bleibt, die Ergebnisse der Arbeit des Reichsausschusses in Anwendung auf die besonderen Verhältnisse ihres Bezirks in verschiedener Weise nutzbar zu machen, und daß es weniger auf die wortgetreue Befolgung der erteilten Ratschläge und aufgestellten Leitsätze als auf die Anpassung der ihnen zugrunde liegenden Gesichtspunkte an die eigenen Erfahrungen und an die besonderen Verhältnisse des Bezirks und die an der Fürsorgetätigkeit beteiligten Persönlichkeiten ankommt. Können wir somit die Tätigkeit des Reichsausschusses im Interesse der gemeinsamen Ziele nur begrüßen, so darf sie doch von ihm neben der behördlichen Einwirkung, nur in der Weise geleistet werden, daß die Fürsorgeorganisationen dabei als selbständige und insoweit von den staatlichen Behörden unabhängige Gebilde mitwirken. Ist dies aber der Fall, so erscheint es auch nicht angängig, daß die vom Staate zur Verfügung gestellten Reichsmittel von den einzelnen

Hauptfürsorgeorganisationen für Zwecke des Reichsausschusses verwendet werden. Erfreulicherweise ist eine Verbindung zwischen uns und dem Reichsausschuß auf diesem Gebiete der gemeinsamen Arbeit hergestellt. Es würde sich aber nicht vermeiden lassen, daß diese Verbindung sich zu einer dem Verhältnis des Staates zu den Fürsorgeorganisationen nicht entsprechenden staatlichen Einflußnahme auf den Reichsausschuß herausbildete, wenn die Mitwirkung der Hauptfürsorgeorganisationen von den durch den Staat vermittelten finanziellen Leistungen abhängig wäre. Daher dürfen die Hauptfürsorgeorganisationen die auf sie entfallenden Kosten des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge den Reichsmitteln nicht entnehmen.

c) Gegen eine Verwendung der Reichsmittel zu Prämien, welche zur Anspornung des Fleißes der Invaliden in den Werkstätten bezahlt werden, ist regelmäßig nichts einzuwenden. Es ist indessen darauf hinzuweisen, daß diese Prämienzahlung nicht den Charakter einer Lohnzahlung annehmen darf.

III. Berufsberatung.

Die Notwendigkeit unter Verzicht auf allgemein gültige Anordnungen den Fürsorgeausschüssen in den Einzelheiten ihrer Organisation und ihrer Arbeit freie Hand zu lassen, tritt auf dem Gebiete der Berufsberatung, diesem wichtigsten Teil der sozialen Kriegsinvalidenfürsorge, besonders klar zutage. In Bezirken, die eine geringe Belegung mit Verwundeten aufweisen, hat der örtliche Vertrauensmann bisher wenig Gelegenheit gehabt, sich bereits während der Lazarettbehandlung mit der Erteilung von Ratschlägen zu befassen. Je weiter der örtliche Bezirk von gewissen Verkehrsmittelpunkten abliegt und je einseitiger seine wirtschaftliche Gestaltung ist, desto schwieriger wird es sein, Personen zu finden, die sich für die Berufsberatung eignen. Von einer örtlichen Berufsberatung wird in solchen Fällen kaum gesprochen werden können, wohl aber wird verlangt werden müssen, daß überall, wo überhaupt Kriegsbeschädigte sich befinden, Vertrauensleute vorhanden sind, die wenigstens zu einer einfachen Raterteilung befähigt sind. Hierzu ist schließlich noch erforderlich, daß sie die Organisation und die Grundsätze der Kriegsinvalidenfürsorge sowie die wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Bezirks kennen und wirtschaftlich unparteiisch sind. Es ist Aufgabe dieser Vertrauensmänner, dafür sorgen, daß die eingehende Raterteilung baldmöglichst von der nächstübergeordneten Stelle übernommen und ausgeübt wird. In Bezirken, in denen sich viel Gelegenheit zur Betätigung als Vertrauensmann findet und in denen wirtschaftliche Berührungspunkte von einer gewissen Mannigfaltigkeit gegeben sind, wird sich auch der einfachere Vertrauensmann durch die Erfahrung der Praxis allmählich zu einem wohlgeeigneten Berufsberater heranbilden; im übrigen sind hier aber an die Befähigung und die Leistungen des Vertrauensmannes von vornherein größere Anforderungen zu stellen. Verbleibt auch für solche Fälle dem Berufsberater die Pflicht, wenn er sich im Einzelfalle den Aufgaben nicht gewachsen fühlt, an eine übergeordnete Stelle heranzutreten, so muß andererseits von ihm gefordert werden, daß er nur solche Fälle weiter leitet, welche wirklich einer erweiterten Sachkunde bedürfen und bei denen nach Lage der Verhältnisse von dieser Sachkunde ein Vorteil für den Invaliden erwartet werden kann. Letzteres braucht nicht immer der Fall zu sein. So kann z. B. bei Zweifeln über die Eignung des Invaliden für den früheren Beruf sich die Notwendigkeit eines Berufswechsels schon aus den wirtschaftlichen Verhältnissen des in Betracht kommenden Bezirks ergeben. Alsdann kann es zwecklos erscheinen, die höhere Stelle mit der Entscheidung des Zweifels in Anspruch zu nehmen. Aus dem Vorstehenden geht bereits hervor, daß die Dezentralisation auf dem Gebiete der Berufsberatung nur in einem gewissen begrenzten Umfange

ihre Berechtigung hat und daß auf eine ziemlich weitgehende Zentralisation nicht verzichtet werden kann.

Die Zusammenfassung eines weiteren räumlichen Gebietes gestattet es, ergiebigere Erfahrungen zu sammeln und richtigere Gesichtspunkte für ihre nutzbringende Verwendung zu gewinnen. Hier bieten sich auch meist die besseren Hilfsmittel für eine erfolgreiche Ausübung der Berufsberatung. Für den in einem größeren Bezirk wirkenden Berufsberater kann die Aufwendung von Mitteln für die Ergänzung seiner Kenntnisse unter Umständen lohnend erscheinen. Wenn es möglich sein wird, für die Ausübung der Berufsberatung an zentraler Stelle Persönlichkeiten zu gewinnen, die sich ausschließlich dieser Tätigkeit widmen, so wird sich ihre Aufgabe von selbst dahin ausbauen, daß sie sich nicht nur mit den einzelnen an sie herantretenden Fällen befassen, sondern daß sie darüber hinaus auch Anregungen geben und Belehrungen erteilen, die für die örtliche Berufsberatung nutzbar gemacht werden können. Etwaige Aufwendungen für Inventar, Büchereien und dergl. werden sich in solchen Fällen rechtfertigen lassen.

Die Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß auf Sondergebieten der Kriegsinvalidenfürsorge besondere Berufsberatungsstellen entstanden sind, die keine Einrichtungen der offiziellen Fürsorgeorganisationen darstellen, sondern unabhängig von ihnen von Wohltätigkeits- und Interessentenvereinigungen ins Leben gerufen sind. Dies bezieht sich sowohl auf solche Fälle, in denen der Krankheitszustand des Invaliden besonders geartet ist, als auch auf solche, in denen die soziale Stellung der zu versorgenden Personen eine Sonderrücksicht erheischt, und allgemeinen auf solche, in denen die Mitwirkung von Fach- und Berufsgenossen im Interesse einer wirksamen Fürsorge besonders willkommen sein muß. Es sei hier beispielsweise erinnert an Beratungsstellen für blinde und für ertaubte Kriegsteilnehmer, für Mitglieder der Bühnengenossenschaft, an die von dem Deutschen Hilfsbund für kriegsverletzte Offiziere ins Leben gerufene technische Beratungsstelle u. a. Es wird Aufgabe der Fürsorgeorganisationen sein, mit den Trägern dieser Einrichtungen soweit sie als zweckmäßig anzuerkennen sind, in ein gemeinsames Arbeitsverhältnis zu treten, andernfalls aber durch Schaffung eigener Einrichtungen dem vorhandenen Bedürfnis Rechnung zu tragen.

Die Erfahrungen, welche in der Praxis der Berufsberatung gemacht sind, lehren immer wieder, wie wichtig es war, daß von uns von vornherein auf die Neigung der Invaliden zur Vornahme eines Berufswechsels, insbesondere in der Richtung der Erlangung leichterer Posten im öffentlichen Dienst hingewiesen worden ist. Ein solches Abschweifen der Berufsneigungen wird zweifellos durch die falsche Auffassung gefördert, welche weite Kreise der Bevölkerung, und selbst Behörden von dem richtig verstandenen Wohle der Invaliden haben. Leichtere, nicht den Militäranwärtern vorbehaltene Posten (als Boten, Pförtner usw.) werden nur solchen Kriegsbeschädigten zu übertragen sein, die in ihrem Berufe oder auf dem allgemeinen Arbeismarkte nur eine sehr beschränkte Verwendungsmöglichkeit haben. Bei der großen Zahl schwer geschädigter Kriegsverletzter müssen ihnen auch derartige Invalidenposten ausschließlich offen gehalten werden. Nur wenn die Behörden hier mit gutem Beispiel vorangehen, werden die Privatbetriebe diesem Vorbilde auch folgen. Einen Fingerzeig, wenn auch nicht den einzigen, für die Frage, ob jemand Anspruch auf Berücksichtigung bei der Besetzung eines besonders leichten Postens erheben darf, bildet der Anstellungsschein.

In gleicher Richtung geht auch die Befürchtung, daß sich eine Neigung der Invaliden zeigen wird, sich um gewerbepolizeiliche Genehmigungen zu bemühen, die ihnen einen verhältnismäßig leichten Erwerb verheißen und die Ausbildung in einer wirtschaftlich wertvolleren Betätigung nicht lohnend erscheinen lassen. Demgegenüber muß daran festgehalten werden, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Erteilung solcher Genehmigungen auch den Invaliden gegenüber zur Durchführung

gelangen und daß die Genehmigungsbehörden sich von einem Wohlwollen gegen die Invaliden allein und insbesondere unter Außerachtlassung der vernünftigen Fürsorgegrundsätze nicht leiten lassen dürfen. Es wird z. B. bei der Vergebung von Schankkonzessionen nicht angängig sein, darauf eine besondere Rücksicht zu nehmen, daß der Bewerber ein Kriegsteilnehmer ist. In dem gesetzlich geordneten Verfahren ist für die Berücksichtigung gesetzlich nicht vorgesehener Billigkeitsgründe kein Raum. Hierüber wird, wo derartige Neigungen sich zeigen sollten, den Invaliden von vornherein kein Zweifel zu lassen sein. Ähnliches gilt von der Erwerbung des Wandergewerbescheins. Wo insbesondere gesetzlich die Erteilung dieses Scheins von dem Vorhandensein eines Bedürfnisses abhängig ist, was beispielsweise bei dem Hausierbetrieb der Drehorgelspieler der Fall ist, darf der Invalide auf Bejahung der Bedürfnisfrage lediglich aus Billigkeitsgründen nicht rechnen. Aus diesem Grunde halten wir eine Fühlungnahme der mit der Einteilung von gewerblichen Genehmigungen befaßten Behörden mit den Fürsorgeausschüssen für nötig und ordnen eine solche durch die Vermittlung der zuständigen Hauptfürsorgeorganisationen herzustellende Fühlung hierdurch ausdrücklich an.

Immer wieder erscheint es angezeigt, die Notwendigkeit eines verständnisvollen Zusammenwirkens der mit der sozialen Invalidenfürsorge befaßten Stellen mit der Heeresverwaltung hervorzuheben. Die an einigen Orten gemachten Erfahrungen haben erkennen lassen, daß für die Art dieses Zusammenwirkens, namentlich schon im Stadium der Lazarettbehandlung, immer noch nicht überall die geeignete Form gefunden worden ist. Die fortschreitenden Verhältnisse drängen aber insbesondere auch zu einer ständigen Fühlungnahme mit den Ersatztruppenteilen. In weitgehendem Maße sind bei diesen besondere Versorgungsabteilungen eingerichtet worden, die unter Hinübergreifen auf das Gebiet der Berufsberatung, der Arbeitsvermittlung und überhaupt der sozialen Fürsorge bereits einen Teil der Fürsorgearbeit leisten. Nur der richtige Zusammenhang zwischen zivilen und militärischen Fürsorgestellen kann die volle Wirksamkeit dieser Fürsorgetätigkeit verbürgen. Diese Zusammenarbeit würde erschwert werden, unter Umständen würde auch eine nicht im Interesse des Mannes liegende Unterbrechung der Fürsorgetätigkeit eintreten, wenn Kriegsbeschädigte, die in Durchführung des Heimatsprinzips dem Lazarett der Heimat zugeführt sind, nach Entlassung aus dem Lazarett zum Zwecke des Rentenfestsetzungsverfahrens einem entfernt liegenden Ersatztruppenteil überwiesen werden würden. Die mit der Reise des Entlassenen zu seinem Ersatztruppenteile verbundenen Umstände und Aufwendungen würden in diesem Falle nicht zu rechtfertigen sein, es würde aber auch, wie gesagt, die Fühlung mit dem Fürsorgeausschuß verloren gehen oder doch unterbrochen werden. Daher soll in solchen Fällen entweder eine sofortige Beurlaubung aus dem Lazarett in die Heimat erfolgen, oder aber es kommt auch — worauf bereits von der Heeresverwaltung an anderer Stelle hingewiesen ist — die Überweisung an einen nahegelegenen Ersatztruppenteil zwecks Durchführung des Entlassungsverfahrens in Frage. Den Lazaretten kann dagegen, wie dies zum Teil verlangt wurde, die selbständige Durchführung des Verfahrens zur Festsetzung der Versorgungsgebührnisse nicht übertragen werden.

IV. Berufsausbildung.

Ungeachtet der Anerkennung, daß auf dem Gebiete der Berufsausbildung bereits viel geleistet worden ist, müssen wir noch darauf hinweisen, daß die von uns in dem Erlaß vom 8. September 1915 aufgestellten Forderungen noch nicht überall genügende Berücksichtigung gefunden haben. Insbesondere wird es notwendig sein, die Ausbildungsgelegenheiten noch zu vermehren. Zum Teil wird dies geschehen können durch Heranziehung der noch nicht im vollen Maße ausgenutzten öffentlichen Anstalten, zum Teil wird schon ein wesentlicher Fortschritt erreicht sein, wenn die Bereitwilligkeit der Heeresverwaltung zur Ausstattung der Lazarette

mit Werkstätten von den Fürsorgeausschüssen mehr nutzbar gemacht wird als das bisher der Fall ist. An manchen Orten wird ein Vorteil und eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Gelegenheiten durch Ausscheiden überflüssiger Lehrgegenstände erreicht werden können. In der Regel soll die gewerbliche Ausbildung sich auf die gründliche Vorbereitung auf einen bestimmten Beruf richten. Eine Beschränkung der Ausbildung auf die oberflächliche Kenntnis einiger handwerklicher Beschäftigungen kann jedoch in besonderen Fällen Wert haben, namentlich bei ungelernten Arbeitern.

Wie allgemein bei theoretischen Anleitungen, so ist ganz besonders bei Erteilung landwirtschaftlichen Unterrichts sorgfältig zu prüfen, ob der Lehrstoff dem Verständnisse der Hörer angepaßt ist. Vor allem muß Vorsicht bei der Vorbereitung für gehobene Stellungen beobachtet werden. So sehr jedem Kriegsteilnehmer ein seinen Fähigkeiten entsprechendes Aufrücken zu wünschen ist, darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß solche gehobene Stellungen nur in beschränkter Zahl offen stehen und daß die Aussichten für die Unterbringung des zu Versorgenden gefährdet werden, wenn dieser seine Ziele zu weit steckt. Einfachere Leute können theoretische Vorträge doch nur begrenzt aufnehmen und sie sind leicht geneigt, den Wert des Aufgenommenen zu überschätzen. Dagegen empfiehlt es sich auch, die landwirtschaftlichen Kriegsinvaliden, für die eine Fachausbildung nicht in Betracht kommt, über die Vorzüge des Landlebens und der ländlichen Lohnweise aufzuklären, wie dies bereits vielfach mit gutem Erfolge bei dem landwirtschaftlichen Heeresunterricht in der Friedenszeit geschehen ist. Im übrigen wird Vorträgen und anderen Unterhaltungen, die nur geringe Ansprüche an die Mitwirkung und die Willenskraft der Hörer stellen, nur ein beschränkter Raum zugestanden werden können.

Soweit für eine körperliche Betätigung in landwirtschaftlichen Arbeiten Gelegenheit nicht geboten ist, sind auch handwerksmäßige Übungen, die später im landwirtschaftlichen Berufe verwertet werden können, nützlich. Eine Überleitung in den Beruf des Handwerks wird bei der nötigen Vorsicht nicht zu besorgen sein. Ungenügend ausgebildete Kräfte würden auch keinen erwünschten Zuwachs für das Gewerbe darstellen.

In jedem Korpsbezirk sollte mindestens eine Gelegenheit für die Anpassung der Kriegsinvaliden an die landwirtschaftlich körperliche Arbeit im Anschluß an ein mit den erforderlichen orthopädischen Einrichtungen ausgestattetes Lazarett geschaffen werden. Voraussetzung des Erfolges ist allerdings eine sachverständige Anleitung. Wo solche Lehrgänge neu einzuführen sind, werden zweckmäßig die bereits anderweit gewonnenen Erfahrungen auszunutzen sein. Besonders günstige Ergebnisse sind bei dem Reservelazarett Görden bei Brandenburg a. H. erzielt worden. Dort beteiligten sich 89 vom Hundert der landwirtschaftlichen Kriegsinvaliden, für die überhaupt eine körperliche Beschäftigung in Frage kommt, freiwillig an der Ausbildung.

Die Unterbringung der Kriegsinvaliden in privaten landwirtschaftlichen Betrieben wird keine ausreichende Gewähr für sachgemäße Anpassung bieten, wenn nicht gleichzeitig für sachverständige Anleitung gesorgt wird. Sollten sich wirksame Einrichtungen nicht treffen lassen, so wird im Benehmen mit den zuständigen Sanitätsämtern die Unterbringung in einem anderen Korpsbezirk zu erwägen und nötigenfalls die Entscheidung des mitunterzeichneten Kriegsministers durch die Vermittlung der landwirtschaftlichen Verwaltung anzurufen sein.

Schließlich ist Wert darauf zu legen, daß die an den verschiedenen Orten auf diesem Gebiete gewonnenen Erfahrungen regelmäßig ausgetauscht werden.

Der Wettbewerb privater Lehrgänge, wie sie vielfach zum Zwecke der Beschulung Kriegsbeschädigter eingerichtet werden, ist im allgemeinen nur geeignet, die ordnungsmäßige und geregelte Arbeit der Fürsorgeorganisation zu erschweren und zu durchkreuzen. Das Bestreben muß dahin gehen, solche Lehrgänge, die häufig nur auf eine Ausbeutung der Kriegsbeschädigten abzielen, nach Möglichkeit auszuschalten.

V. Arbeitsvermittlung.

Die Arbeitsvermittlung für die Kriegsverletzten hat sich nach den vorliegenden Berichten bisher überall in erfreulicher Weise ohne besondere Schwierigkeiten vollzogen. In dieser Beziehung ist jedoch zu beachten, daß die mancherlei Umstände, die gegenwärtig die Unterbringung der Kriegsverletzten erleichtern, so insbesondere die außerordentlich gesteigerte Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften, nicht in gleicher Weise auch nach Beendigung des Krieges fortdauern werden. Dazu kommt, daß, während zurzeit die Kriegsverletzten vielfach noch in Stellen untergebracht werden, die nur für die Dauer des Krieges oder sonst eine mehr vorübergehende Beschäftigung bieten, nach dem Kriege auf die Vermittlung von Dauerstellen das entscheidende Gewicht zu legen sein wird. Die Arbeiten und Schwierigkeiten der Arbeitsvermittelung werden sich ferner weiter noch erheblich steigern, wenn in größerem Umfange auch solche Personen unterzubringen sein werden, die infolge des Krieges an inneren Leiden erkrankt sind. So dankenswert und erfolgreich bisher die Arbeitsvermittlung durch die Fürsorgeausschüsse gewesen ist, wird daher doch im Hinblick auf die Zeit nach dem Kriege, wenn die regelmäßigen Berufsgeschäfte einen großen Teil der jetzt in den Fürsorgeausschüssen ehrenamtlich tätigen Personen wieder voll in Anspruch nehmen werden, sowie mit Rücksicht auf die Erfahrung, daß die Arbeitsvermittlung für Erwerbsbeschränkte der schwierigste Teil der Arbeitsvermittlung überhaupt ist, überall Fürsorge dahin zu treffen sein, daß die Arbeitsvermittlung für die Kriegsverletzten in der Hauptsache nicht so sehr den ehrenamtlich tätigen Fürsorgeausschüssen zufällt, als vielmehr in enge Verbindung mit dem öffentlichen Arbeitsnachweis gebracht wird. Hierfür spricht auch die Erwägung, daß bei späterem Stellenwechsel des Kriegsverletzten die Frage, ob es sich um Kriegsverletztenvermittlung oder um allgemeine Arbeitsvermittlung handelt, zweifelhaft sein kann und daß eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung in der Regel eine persönliche Fühlungnahme sowohl mit dem Kriegsverletzten als auch mit dem Arbeitgeber voraussetzt. Das dadurch erforderte Maß von Arbeit wird aber mit Aussicht auf Erfolg nur von Vermittlungsstellen geleistet werden können, die damit in erster Linie und berufsmäßig befaßt werden.

Hinsichtlich der Ausgestaltung im einzelnen erscheint es am meisten empfehlenswert, wenn als Mittelpunkt für die Kriegsverletztenvermittlung bei dem provinziellen Arbeitsnachweisverband eine besondere Abteilung gebildet wird. Eine Reihe von Provinzen ist auch bisher schon nach dieser Richtung hin vorgegangen. Diese zentrale Vermittlungsstelle, an die alle Meldungen zu gehen haben, und die diese in geeigneter Weise nutzbar macht, wird sich zweckmäßigerweise in dauernder Fühlung mit allen im Bezirke vorhandenen Arbeitsnachweisen, insbesondere auch der Landwirtschaftskammer und den Arbeitgebervereinigungen zu halten und die unmittelbare Vermittlung wenigstens insoweit zu übernehmen haben, als für einzelne Kreise öffentliche Arbeitsnachweise noch fehlen und diese Kreise nicht durch die Arbeitsnachweiseinrichtungen benachbarter Kreise mitversorgt werden. Im Interesse einer erfolgreichen Tätigkeit ist dabei besonderes Gewicht darauf zu legen, daß die Stelle überall im Bezirk als solche bekannt ist, an die sich Personen, welche Kriegsverletzte einstellen wollen, zu wenden haben. Hierauf wird zweckmäßig durch regelmäßige Hinweise in der Tagespresse und in sonst geeigneter Weise hinzuwirken sein.

Neben diese Zentralstelle werden sodann als örtliche Vermittlungsstellen für die Kriegsverletzten die öffentlichen Arbeitsnachweise zu treten haben. Für die größeren gewerbereichen Gemeinden wird dabei in Erwägung zu ziehen sein, ob zweckmäßig für diese Aufgabe etwa eine besondere Abteilung beim öffentlichen Arbeitsnachweis einzurichten sein wird. Dies wird namentlich dann in Frage kommen, wenn der Arbeitsnachweis zugleich den Mittelpunkt für die Arbeitsvermittlung anderer benachbarter Kreise bildet.

VI. Kapitalabfindung.

Auf dem Gebiete der endgültigen Unterbringung der Kriegsinvaliden ist inzwischen durch das vom Reiche verabschiedete sogenannte Kapitalabfindungsgesetz ein wichtiger Schritt vorwärts getan. Danach können Personen, die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes Anspruch auf Kriegsversorgung haben, zum Erwerb und zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes mit Kapital abgefunden werden. Die Anwendung dieser Vorschrift beschränkt sich nicht auf die ländliche Siedlung, sondern umfaßt auch den Erwerb städtischen Grundbesitzes. An dieser Stelle kann auf die Einzelbestimmungen des Gesetzes nicht näher eingegangen werden, die Fürsorgeausschüsse werden die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats und der preußischen Zentralbehörden aufmerksam zu verfolgen und über den Inhalt insbesondere die Berufsberater zu unterrichten haben. Hier sei nur hervorgehoben, daß den Hauptfürsorgeorganisationen bei der Durchführung des Gesetzes eine wesentliche Mitwirkung eingeräumt werden muß. Es ist nicht angängig, daß die Wohltaten der Kapitalabfindung irgendwie in Widerspruch treten zu den vernünftigen Fürsorgezielen. Wie wir daher den Hauptfürsorgeorganisationen nach dieser Richtung hin die gebührende Stellung bei der Durchführung des Gesetzes zuweisen werden, so müssen wir auf der anderen Seite der Erwartung Ausdruck geben, daß die Bearbeitung der wichtigen Sachen überall mit dem nötigen Verständnis in die Hand genommen werden wird.

5. Gesetz über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung (Kapitalabfindungsgesetz). Vom 3. Juli 1916. (RGBl. 680.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Personen, die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes oder des Militärhinterbliebenengesetzes Anspruch auf Kriegsversorgung haben, können auf ihren Antrag zum Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes nach Maßgabe der folgenden Vorschriften durch Zahlung eines Kapitals abgefunden werden.

Eine Kapitalabfindung kann auch dann gewährt werden, wenn Versorgungsberechtigte zum Erwerb eigenen Grundbesitzes einem gemeinnützigen Bau- oder Siedlungsunternehmen beitreten wollen.

Über den Antrag entscheidet die oberste Militärverwaltungsbehörde.

§ 2. Eine Kapitalabfindung kann bewilligt werden, wenn

1. die Versorgungsberechtigten das 21. Lebensjahr vollendet und das 55. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben; ausnahmsweise kann auch nach dem 55. Lebensjahr eine entsprechende Abfindung gewährt werden,
2. der Versorgungsanspruch anerkannt ist,
3. nach Art des Versorgungsgrundes ein späterer Wegfall der Kriegsversorgung nicht zu erwarten ist,
4. für eine nützliche Verwendung des Geldes Gewähr besteht.

Hält die oberste Militärverwaltungsbehörde eine nützliche Verwendung des Geldes nicht für gewährleistet, so ist dem Antragsteller vor der Entscheidung schriftlich Kenntnis von den Gründen und Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

§ 3. Die Kapitalabfindung kann umfassen:

Die Kriegszulage (§ 14 des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 — RGBl. 1906 S. 593ff. —), die Verstümmelungszulage (§ 13 des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 — RGBl. 1906 S. 593ff. —) und die

Tropenzulage in Höhe der Kriegszulage (§§ 67 und 69 des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 — RGBl. 1906 S. 593 ff. —) sowie die auf Grund des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907 — RGBl. 1907 S. 214 ff. — zustehenden Bezüge für die Witwe eines Feldwebels, Vizefeldwebels, Sergeanten mit der Löhnung eines Vizefeldwebels oder eines Zugführers der freiwilligen Kriegskrankenpflege bis zur Höhe von 300 Mark, für die Witwe eines Sergeanten, Unteroffiziers, Zugführerstellvertreters oder Sektionsführers der freiwilligen Kriegskrankenpflege bis zur Höhe von 250 Mark, für die Witwe eines Gemeinen oder einer jeden anderen Person des Unterpersonals der freiwilligen Kriegskrankenpflege bis zur Höhe von 200 Mark.

Die Abfindung kann auf einen Teilbetrag dieser Versorgungsgebührnisse beschränkt werden.

§ 4. Der Berechnung der Abfindungssumme wird das Lebensjahr zugrunde gelegt, das der Antragsteller in demjenigen Jahre, welches auf den Tag der Antragstellung folgt, vollendet.

Der Anspruch auf die Gebührnisse, an deren Stelle die Kapitalabfindung tritt, erlischt mit dem Ersten des auf die Auszahlung der Abfindungssumme folgenden Monats.

§ 5. Als Abfindungssumme ist unter Berücksichtigung des Lebensalters das aus der nachstehenden Aufstellung ersichtliche Vielfache der Versorgungsgebührnisse zu zahlen, und zwar bei dem

21.	Lebensjahre	das	18½fache,
22.	„	„	18¼ „
23.	„	„	18 „
24.	„	„	17¾ „
25.	„	„	17½ „
26.	„	„	17¼ „
27.	„	„	17 „
28.	„	„	16¾ „
29.	„	„	16½ „
30.	„	„	16¼ „
31.	„	„	16 „
32.	„	„	15¾ „
33.	„	„	15½ „
34.	„	„	15¼ „
35.	„	„	15 „
36.	„	„	14¾ „
37.	„	„	14½ „
38.	„	„	14¼ „
39.	„	„	14 „
40.	„	„	13¾ „
41.	„	„	13½ „
42.	„	„	13¼ „
43.	„	„	13 „
44.	„	„	12¾ „
45.	„	„	12½ „
46.	„	„	12¼ „
47.	„	„	12 „
48.	„	„	11¾ „
49.	„	„	11¼ „
50.	„	„	10¾ „
51.	„	„	10¼ „
52.	„	„	9¾ „

53. Lebensjahre	. . . . .	das	9¼ fache
54. „	. . . . .	„	8¾ „
55. „	. . . . .	„	8¼ „

des Jahresbetrags der betreffenden Bezüge oder eines Teiles derselben.

§ 6. Die bestimmungsgemäße Verwendung des Kapitals ist durch die Form der Auszahlung und in der Regel durch Maßnahmen zur Verhinderung alsbaldiger Weiterveräußerung des Grundstücks oder des an ihm bestehenden Rechtes zu sichern. Zu diesem Zwecke kann die oberste Militärverwaltungsbehörde insbesondere anordnen, daß die Weiterveräußerung und Belastung des auf Grund der Kapitalabfindung erworbenen Grundstücks innerhalb einer Frist von nicht über zwei Jahren nur mit ihrer Genehmigung zulässig ist. Diese Anordnung wird mit der Eintragung in das Grundbuch wirksam. Die Eintragung erfolgt auf Ersuchen der obersten Militärverwaltungsbehörde.

§ 7. Die Abfindungssumme ist auf Erfordern insoweit zurückzuzahlen, als sie nicht innerhalb einer von der obersten Militärverwaltungsbehörde bemessenen Frist bestimmungsgemäß verwendet ist.

§ 8. Wird der Zweck der Kapitalabfindung vereitelt, so ist auf Erfordern der obersten Militärverwaltungsbehörde die Abfindungssumme zurückzuzahlen.

Zur Sicherung der Rückzahlung der Abfindungssumme kann die oberste Militärverwaltungsbehörde die Eintragung einer Sicherungshypothek verlangen.

Die Verpflichtung zur Rückzahlung beschränkt sich auf den Betrag, auf den die Abfindungssumme festzusetzen gewesen wäre, wenn der Abgefundene den Antrag auf Kapitalabfindung im Zeitpunkt der Rückforderung gestellt hätte.

§ 9. Dem Abgefundenen können auf Antrag die durch die Kapitalabfindung erloschenen Gebührnisse gegen Rückzahlung der Abfindungssumme wieder bewilligt werden, wenn er zur Erlangung einer anderen Erwerbsmöglichkeit das Grundstück weiterveräußert oder wenn andere wichtige Gründe vorliegen.

Die Vorschriften des § 8 Abs. 3 findet entsprechende Anwendung; der Berechnung ist der Zeitpunkt der Rückzahlung zugrunde zu legen.

§ 10. Der nach § 4 Abs. 2 erloschene Anspruch lebt mit Wirkung vom Ersten des Monats wieder auf, in dem die Abfindungssumme zurückgezahlt ist.

§ 11. Schließt eine abgefundene Witwe eine weitere Ehe, so ist die Abfindungssumme binnen drei Monaten nach der Eheschließung insoweit zurückzuzahlen, als sie den Gesamtbetrag der bei ihrer Festsetzung berücksichtigten und bis zu ihrer Wiederverheiratung fällig gewesenen Versorgungsgebührnisse übersteigt. Von dem hiernach zurückzuzahlenden Betrag ist der Witwe der dreifache Betrag desjenigen Versorgungsteils zu belassen, welcher der Kapitalabfindung zugrunde gelegt ist.

Zur Sicherung der Rückzahlung kann die Eintragung einer Sicherungshypothek oder eine andere Sicherheit verlangt werden.

Liegen besondere Umstände vor, so kann von der Rückzahlung ganz oder teilweise abgesehen werden.

§ 12. Aus der Bewilligung der Abfindung kann nicht auf Auszahlung geklagt werden.

Innerhalb der im § 7 vorgesehenen Frist ist ein der ausgezahlten Abfindungssumme gleichkommender Betrag an Geld, Wertpapieren und Forderungen der Pfändung nicht unterworfen.

Urkundlich usw.

Begründung.

Das vorliegende Gesetz enthält eine der Maßnahmen, die dazu dienen sollen, die Schäden, die der Krieg den Heeresangehörigen und ihren Hinterbliebenen zugefügt hat, zu mildern; es entspringt dem Gefühle der Dankbarkeit des deutschen Volkes gegen seine mit bewunderungswürdiger Tapferkeit und Ausdauer kämpfenden Truppen.

§ Der Grundsatz der Gewährung fortlaufender Versorgung hat sich allgemein bewährt und soll auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben. Der Krieg hat jedoch Verhältnisse geschaffen, die eine derartige Versorgung als nicht in allen Fällen ausreichend und zweckentsprechend erscheinen lassen. So muß mit Rücksicht auf die Volkswirtschaft und die Gesundheitspflege angestrebt werden, den Kriegsteilnehmern und ihren Witwen die Möglichkeit zu geben, mit Hilfe eines Kapitals sich auf eigener Scholle ansässig zu machen oder vorhandenes Besitztum zu erhalten.

Die Ansiedlung und Seßhaftmachung in diesem Sinne soll nicht nur den Erwerb oder die Gründung landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Betriebe, sondern auch das städtische Heimstättenwesen umfassen. Die ersteren werden vornehmlich für Angehörige landwirtschaftlicher, die letzteren für Angehörige aller Berufe in Betracht kommen. Auf die Besitzform, unter welcher der Abfindungsberechtigte den Grundbesitz erwirbt, kommt es nicht an, vielmehr sollen unter die Bestimmung des § 1 auch die Form des Rentenguts, der Erbpacht und des Erbbaurechts sowie diejenigen Besitzformen fallen, welche für die Befestigung kleinerer landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Besitzungen landesgesetzlich bestehen oder künftig geschaffen werden. Ebenso wird in besonders geeigneten Fällen der Grunderwerb durch Beitritt zu einer gemeinnützigen Bau- oder Wohnungsgenossenschaft als genügend erachtet werden können. Unter Festigung eigenen Grundbesitzes sollen alle Maßregeln verstanden werden, die geeignet sind, einen vorhandenen Besitz und die Gelegenheit zu ländlicher Arbeit nicht nur den zu Versorgenden selbst, sondern auch ihren Angehörigen zu erhalten und zu stärken. Dazu werden zu rechnen sein: die Abstoßung von Schulden oder die sonstige Verbesserung der Schuldverhältnisse, der Aufbau oder die Wiederherstellung von Gebäuden, die Vergrößerung leistungsfähigen Besitzes durch Neuerwerbungen, die Vervollständigung landwirtschaftlichen Inventars usw. Die gleichen Gesichtspunkte kommen auch für die Witwen in Betracht, deren Ehemänner den Tod für das Vaterland erlitten haben. Zahlreiche Witwen gefallener Landwirte, von Kleinbauern und ländlichen Arbeitern, sind ohne Gewährung eines entsprechenden Kapitals zur Entschuldung oder zur Erhaltung des Besitzes nicht mehr imstande und werden gezwungen sein, ihren Besitz aufzugeben.

Der Kreis der für dieses Gesetz in Betracht kommenden Personen bestimmt sich durch das Recht auf Kriegsversorgung nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz v. 1906. Insoweit diese Personen berechtigt sein würden, kommen auch deren Witwen für die Abfindung in Betracht.

Es liegt im Interesse der Versorgungsberechtigten, der Kapitalabfindung nur die Zulagen zugrunde zu legen, damit ihnen bei etwaigem Verluste des Kapitals noch Barmittel für den täglichen Lebensunterhalt zur Verfügung stehen. Aus demselben Grunde wird auch für die Witwen nur die Hälfte der ihnen zustehenden Kriegsversorgungsgebührnisse der Kapitalabfindung zugrunde gelegt.

Die fortlaufende Rente als Kapitalabfindung zu gewähren, ist auch um deswillen nicht vorteilhaft, weil sie auf dem Grade der Erwerbsunfähigkeit beruht und dieser erfahrungsgemäß wesentlichen Schwankungen ausgesetzt ist. Eine Kapitalabfindung an Stelle der Rente würde auch zu einer großen Härte besonders in den Fällen führen, in denen mit fortschreitendem Alter oder nach Art des Leidens eine Verschlimmerung des Körperzustandes höchstwahrscheinlich ist, aber eine Rentenerhöhung wegen der bereits stattgefundenen Kapitalabfindung ausgeschlossen wäre.

Ist aber von vornherin eine wesentliche Besserung bis zur Wiederherstellung völliger Erwerbsfähigkeit zu erwarten, so würde durch Gewährung einer Kapitalabfindung für die nicht durch den Krieg beschädigten Rentenempfänger, die hinsichtlich ihres Anspruchs auf Rente nach denselben Grundsätzen beurteilt werden müssen, eine Benachteiligung entstehen; auch würde die auf Grund der erstmaligen Versorgung berechnete Kapitalabfindung eine große Begünstigung darstellen.

Zu den Vorschriften der einzelnen Paragraphen ist folgendes zu bemerken:

Zu § 1[1]). Aus der Fassung des § 1 ergibt sich, daß die Vorschriften dieses Gesetzes auf die seit dem 1. August 1914 aus dem aktiven Heeresdienst entlassenen Personen sowie die seit jenem Zeitpunkt kriegsversorgungsberechtigt gewordenen Witwen Anwendung finden sollen.

Um eine nützliche Verwendung des Geldes zu gewährleisten, wird die mit der Entscheidung über den Antrag betraute amtliche Stelle alle einschlägigen Verhältnisse vor allem namentlich die persönlichen, Familien- und Vermögensverhältnisse des Antragstellers eingehend zu prüfen haben. Zu diesem Zwecke wird sie die Mitwirkung von sachverständigen Behörden und Organisationen in Anspruch nehmen. Ebenso wird in geeigneten Fällen die Anhörung von Handelskammern, Handwerkskammern, Fachvereinen und ähnlichen Organisationen geboten sein. Die näheren Bestimmungen hierüber, die nach den verschiedenen Verhältnissen in den einzelnen Landesteilen nicht einheitlich durch Gesetz geregelt werden können, sollen durch den Bundesrat getroffen werden. Hierbei wird, soweit landesrechtlich für Heimstätten eine besondere Besitzform besteht oder geschaffen wird, die Frage zu regeln sein, inwieweit die Zahlung der Abfindung vom Nachweis der Errichtung der Heimstätte in dieser Besitzform abhängig zu machen und die Abfindung unmittelbar an eine staatliche Stelle oder ein Siedlungsunternehmen zu zahlen ist.

Zu § 2[2]). In Anlehnung an die Vorschrift des bürgerlichen Rechts ist damit zu rechnen, daß im allgemeinen Personen frühestens mit Vollendung des 21. Lebensjahrs selbst und entscheidend beurteilen können, wie sich ihr späteres Leben gestalten soll. Deshalb ist als Mindestgrenze für die Gewährung der Kapitalabfindung die Vollendung des 21. Lebensjahrs vorgesehen.

Als Höchstgrenze ist der Tag vor Vollendung des 55. Lebensjahrs angenommen, weil die Rentenempfänger, die bis dahin noch nicht selbständig sind, wohl kaum noch eine wesentliche Änderung in ihrer Lebenshaltung durch Erwerb eines Grundbesitzes erstreben werden. Es ist sogar wahrscheinlich, daß in der Regel für den Erwerb schon das 50. Lebensjahr als Grenze in Betracht kommen wird. Da aber darüber hinaus die Festigung des Besitzes wünschenswert sein kann und die Möglichkeit zur Gründung einer Heimstätte nicht ausgeschlossen werden darf, ist die Erreichung des 55. Lebensjahrs als Grenze vorgesehen.

Wegen der Sicherung einer sachgemäßen Prüfung der Gewähr für nützliche Verwendung des Geldes wird auf die Ausführungen zu § 1 verwiesen.

Zu § 3[3])[4]). Die Kriegszulage wird neben einer Tropenzulage nicht gewährt. Da deshalb zahlreiche zur Tropenzulage berechtigte, an dem gegenwärtigen Kriege teilnehmende Personen trotz einer erlittenen Kriegsdienstbeschädigung die Kriegszulage nicht beziehen dürfen, so entspricht es der Billigkeit, auch sie bei der Kapitalabfindung in Höhe der Kriegszulage zu berücksichtigen. Die Abfindung für die Kriegszulage oder Verstümmelungszulage oder für beide Zulagen nebeneinander in vollem Betrage kann leicht über das wirtschaftliche Bedürfnis hinausgehen. Deshalb soll die Beschränkung der Abfindung auf einen Teil der Zulagen im Interesse der Antragsteller zulässig sein. Das gleiche gilt sinngemäß für die Versorgungsgebührnisse der Witwen.

Zu § 5[5]). Für die Bemessung des Abfindungskapitals sind Bestimmungen über

[1]) In Abs. 1 des § 1 Entw. hieß es statt „. . . oder des Militärhinterbliebenengesetzes“: „. . . und des Militärhinterbliebenengesetzes“ und statt: „zur wirtschaftlichen Stärkung“: „zur Festigung“. Abs. 2 fehlte im Entw.

[2]) In Abs. 1 Nr. 1 Entw. fehlte der Halbsatz 2: „ausnahmsweise . . .“. Auch der Abs. 2 war im Entw. nicht vorgesehen.

[3]) unverändert.

[4]) § 4 des Entw. hatte folgenden Abs. 2: Auf die Abfindungssumme sind die in demselben Lebensjahre bezogenen, bei der Abfindung berücksichtigten Versorgungsgebührnisse anzurechnen. Der Abs. 2 Ges. entspricht dem Abs. 1 Satz 2 Entw., der Abs. 1 Ges. dem Abs. 1 Satz 1 Entw. Er lautete dort: Für die Berechnung der Abfindungssumme ist das Lebensjahr maßgebend, das der Antragsteller zur Zeit der Bewilligung der Abfindung vollendet hat.

[5]) Die Sätze sind gegenüber dem Entwurf erhöht.

die Wahrscheinlichkeit, mit der die Antragsteller aus dem Bezuge der Versorgung ausscheiden, und über die Verzinsung zu treffen, die für Beschaffung des Kapitals aufzuwenden ist.

Vom versicherungstechnischen Standpunkt aus handelt es sich bei den abzufindenden Rentenempfängern um besondere und eigenartige Verhältnisse. Wenngleich „Kriegsbeschädigte" in Frage kommen, so soll eine Abfindung doch nur dann eintreten, wenn der Gesundheitszustand der Antragsteller derartig ist, daß ihr vorzeitiges Ableben nicht zu befürchten ist. Für die Berechnung des Abfindungskapitals wird sonach nur eine Tafel in Betracht kommen können, die sich an die Statistik über die durchschnittliche Sterbenswahrscheinlichkeit anlehnt.

Bei der Berechnung ist auch die Verzinsung berücksichtigt, die das Reich gegenwärtig aufwenden muß, um die für die Abfindung nötigen Beträge zu beschaffen.

Zu § 6[1]). Einer besonderen Regelung bedarf der Fall der Wiederverheiratung von Witwen.

Da nach § 30 des Militärhinterbliebenengesetzes v. 1907 das Recht auf den Bezug des Witwen- und Waisengeldes und der Kriegsversorgung im Falle der Wiederverheiratung erlischt, ist für diesen Fall die Rückzahlung des Kapitals auszusprechen und die Möglichkeit seiner Sicherstellung vorzusehen, an der übrigens schon im Interesse der Witwe regelmäßig festzuhalten sein wird.

Es wird Sache der Heeresverwaltung sein, im Einvernehmen mit der Reichsfinanzverwaltung die Bedingungen, unter denen die Rückzahlung erfolgen soll, so zu gestalten, daß nicht gewollte Härten vermieden bleiben und die Wiederverheiratung nicht erschwert wird.

Aus diesem Grunde enthält das Gesetz die Ermächtigung, beim Vorliegen besonderer Umstände von der Rückzahlung des Kapitals ganz oder teilweise abzusehen oder dieselbe zu stunden.

Zu § 7[2]). Da immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die gewährte Abfindungssumme nicht im Sinne des Gesetzes verwendet wird, muß Vorsorge getroffen werden, daß der Reichs-(Militär-)Fiskus sich eine Rückzahlung sichert.

Zu § 8[3]). Die Vorschriften des Abs. 1 und 2 wollen den Versorgungsberechtigten sowohl vor als auch nach Auszahlung der Abfindungssumme vor Zugriffen Dritter schützen. Die Vorschrift des Abs. 3 soll die Durchführung eines Rückforderungsanspruchs in den Fällen der §§ 6 und 7 ermöglichen.

Hierzu:

a) Bekanntmachung, betr. Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung (Kapitalabfindungsgesetz). Vom 8. Juli 1916. (RGBl. 684.)

Auf Grund des Artikel 7 Nr. 2 der Reichsverfassung hat der Bundesrat nachstehende Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über Kapitalabfindung an

---

[1]) Der § 6 Entw. lautete: Schließt eine abgefundene Witwe eine weitere Ehe, so ist die Abfindungssumme binnen 3 Monaten nach der Eheschließung insoweit zurückzuzahlen, als sie den Gesamtbetrag der bei ihrer Festsetzung berücksichtigten und bis zu ihrer Wiederverheiratung fällig gewesenen Versorgungsgebührnisse übersteigt. Zur Sicherung der Rückzahlung kann die Eintragung einer Sicherungshypothek oder einer anderen Sicherheit gefordert werden. Liegen besondere Umstände vor, so kann von der Rückzahlung ganz oder teilweise abgesehen werden. Zu vgl. ist hiermit § 11 Ges.

[2]) unverändert.

[3]) Der § 8 Entw. lautete: Aus der Bewilligung der Abfindung kann nicht auf Auszahlung geklagt werden. Innerhalb der im § 7 vorgesehenen Frist ist ein der ausgezahlten Abfindungssumme gleichkommender Geldbetrag der Pfändung nicht unterworfen, sofern der Schuldner nachweist, daß die Frist noch nicht abgelaufen ist. Wegen des Anspruchs des Militärfiskus auf Rückzahlung einer Kapitalabfindung ist die Pfändung von Versorgungsgebührnissen ohne Beschränkung zulässig, jedoch sind die für das Gnadenvierteljahr an Hinterbliebene zu zahlenden Versorgungsgebührnisse der Pfändung nicht unterworfen. Zu vgl. ist hiermit § 12 Ges.

Stelle von Kriegsversorgung (Kapitalabfindungsgesetz) vom 3. Juli 1916 (RGBl. S. 680) beschlossen:

1. Der Antrag auf Kapitalabfindung.

Der Antrag ist an keine Frist gebunden. Er muß Angaben über das Lebensalter des Versorgungsberechtigten, über die im § 2 Nr. 2 und 3, bei Witwen über die im § 2 Nr. 2 aufgeführten Voraussetzungen, sowie in jedem Falle wenigstens eine allgemeine Angabe über den Verwendungszweck (§ 2 Nr. 4) enthalten.

Der Antrag der Rentenempfänger ist bei dem Bezirksfeldwebel, der Antrag der Witwen bei der Ortspolizeibehörde oder einer anderen von der Landeszentralbehörde bestimmten Amtsstelle anzubringen.

Der Antrag ist, erforderlichenfalls nach den nötigen Ergänzungen, an das Bezirkskommando, für Witwen von Angehörigen der Marine oder der Schutztruppen unmittelbar an die oberste Militärverwaltungsbehörde (Nr. 9) weiterzugeben.

2. Die Prüfung durch die Militärbehörden.

Das Bezirkskommando prüft, ob die Voraussetzungen des § 2 Nr. 1 bis 3 des Gesetzes gegeben sind. Es veranlaßt die Untersuchung des Antragstellers durch einen beamteten Arzt, der sich auch dahin zu äußern hat, ob vom ärztlichen Standpunkt aus Bedenken gegen die Gewährung der Kapitalabfindung bestehen.

Demnächst wird der Antrag unmittelbar dem Generalkommando zur Entscheidung vorgelegt. Erachtet dieses auf Grund selbständiger Nachprüfung die vorstehenden Voraussetzungen des Gesetzes für erfüllt, so bescheidet es den Antragsteller. In dem Bescheid ist anzugeben, bis zu welcher Höhe im Falle nachgewiesener nützlicher Verwendung die Kapitalabfindung gewährt werden könnte. Gleichzeitig ist — soweit möglich — die Stelle zu bezeichnen, an die der Antragsteller sich wegen der weiteren Behandlung des Antrags zu wenden hat (Nr. 3); auch ist auf die Vorschriften der §§ 6 und 8 des Gesetzes hinzuweisen. Abschrift des Bescheids legt das Generalkommando der obersten Militärverwaltungsbehörde vor.

Werden die Voraussetzungen des § 2 Nr. 1 bis 3 des Gesetzes nicht als erfüllt angesehen oder bestehen Bedenken hinsichtlich des Gesundheitszustandes, so teilt das Generalkommando dies dem Antragsteller mit.

In jedem Bescheide des Generalkommandos ist der Antragsteller darauf hinzuweisen, daß er die endgültige Entscheidung der obersten Militärverwaltungsbehörde anrufen kann.

Die Zustellung des Bescheids erfolgt nach den für das Verfahren in sonstigen Versorgungsangelegenheiten gegebenen Bestimmungen.

Für Versorgungsberechtigte, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, erfolgt die Prüfung und Bescheidung durch die oberste Militärverwaltungsbehörde. Das gleiche gilt für Witwen von Angehörigen der Marine oder der Schutztruppen.

3. Die Prüfung durch die von den Landeszentralbehörden bestimmten Stellen.

Auf Grund eines zustimmenden Bescheids wendet sich der Antragsteller an die von der Landeszentralbehörde bestimmte Stelle zur Prüfung der Nützlichkeit der beabsichtigten Verwendung des Kapitals. Die Prüfung erfolgt nach den im Einvernehmen mit den obersten Militärverwaltungsbehörden zu erlassenden Anweisungen der Landeszentralbehörden.

Sie erstreckt sich insbesondere auf die Familien- und Vermögensverhältnisse des Bewerbers, seine persönliche Eignung zu der beabsichtigten Verwendung und auf den zur Erreichung des Verwendungszwecks erforderlichen Geldbetrag.

Bei Abfindungsanträgen von Witwen ist ferner zu prüfen, ob die für die Rückzahlung des Kapitals im Falle der Wiederverheiratung angebotene Sicherheit nach

Art und Umfang ausreichend erscheint oder ob ausnahmsweise von dem Erfordern einer Sicherheitsleistung abgesehen werden kann.

Das Ergebnis ihrer Prüfung teilen die von den Landeszentralbehörden bestimmten Stellen unter Benachrichtigung des Bezirkskommandos unmittelbar der obersten Militärverwaltungsbehörde mit. Sie fügen die erforderlichen Unterlagen bei und äußern sich darüber, ob und welche Maßnahmen zur Sicherung des Zweckes der Abfindung erforderlich erscheinen, insbesondere, ob und für welche Frist die Weiterveräußerung und Belastung des auf Grund der Kapitalabfindung erworbenen Grundstücks zu beschränken ist, sowie ob die Bewilligung der Kapitalabfindung von der Eintragung einer Sicherungshypothek zur Sicherung des Anspruchs auf Rückzahlung abhängig zu machen ist oder aus welchen Gründen von der Eintragung oder den Maßnahmen des § 6 Satz 2 des Gesetzes abgesehen werden kann. Hiernach bescheinigen sie, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Höhe für eine nützliche Verwendung des Kapitals Gewähr besteht; zugleich äußern sie sich darüber, ob die Zahlung an Dritte zu leisten ist.

Handelt es sich um den Antrag der Witwe eines Angehörigen der Marine oder der Schutztruppen, so unterbleibt die Benachrichtigung an das Bezirkskommando.

Wenn es sich um den Erwerb von Grundbesitz durch Beitritt zu einem Bau- oder Siedlungsunternehmen handelt, ist auch eine Bescheinigung der Landeszentralbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle über die Gemeinnützigkeit des Unternehmens beizufügen.

4. Die endgültige Entscheidung.

Die oberste Militärverwaltungsbehörde trifft auf Grund der gemäß Nr. 2 und 3 beschafften Unterlagen, deren Ergänzung im Benehmen mit den Landeszentralbehörden ihr vorbehalten bleibt, die endgültige Entscheidung über die Kapitalabfindung.

Sie setzt im Falle der Bewilligung die Abfindungssumme fest und bescheidet den Antragsteller. Abschrift des Bescheids erhalten das Generalkommando, das Bezirkskommando, die Pensionsregelungsbehörde sowie die mit der Überwachung der Verwendung betraute Stelle (Nr. 6).

Bei Personen, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, ist die Abfindungssumme derart zu bemessen, daß sich das im § 5 des Gesetzes bei dem 55. Lebensjahre festgesetzte Vielfache der Versorgungsgebührnisse (8¼) für jedes fernere Lebensjahr um die Hälfte desjenigen Versorgungsteils, welcher der Kapitalabfindung zugrunde gelegt wird, vermindert.

In dem Bescheid ist der Verwendungszweck der Abfindungssumme und der Empfangsberechtigte zu bezeichnen, eine nach Lage des Einzelfalls zu bestimmende Frist für den Nachweis der bestimmungsgemäßen Verwendung festzusetzen und auf das Rückforderungsrecht des Fiskus, auch für den Fall einer Wiederverheiratung der Witwe (§§ 7, 8, 11 des Gesetzes), hinzuweisen. Auch ist eine gemäß § 6 des Gesetzes bestimmte Frist in den Bescheid aufzunehmen.

Werden zur Sicherung des Zweckes der Abfindung besondere Maßnahmen angeordnet oder wird die Eintragung einer Sicherungshypothek verlangt, so ist dies im Bescheid im einzelnen anzugeben. In dem Bescheid ist darauf hinzuweisen, daß bei Vereitelung des Abfindungszwecks durch Verstoß gegen die von der obersten Militärverwaltungsbehörde angeordneten Maßnahmen die Rechtsfolgen des § 8 eintreten.

Das nach Nr. 9 Abs. 2 an Stelle des Generalkommandos tretende Marine-Stationskommando oder des Kommando der Schutztruppen sowie das Bezirkskommando erhalten keine Abschrift des Bescheids, wenn es sich um den Antrag der Witwe eines Angehörigen der Marine oder der Schutztruppen handelt.

Die Bewilligung der Kapitalabfindung ist unter Angabe der bewilligenden

Behörde, des Tages der Bewilligung, der Höhe der Abfindung und der Höhe der durch die Abfindung erlöschenden Bezüge in dem Militärpaß zu vermerken.

5. Die Auszahlung der Abfindungssumme.

Die Auszahlung der Abfindungssumme erfolgt nach den von den Landeszentralbehörden im Einvernehmen mit den obersten Militärverwaltungsbehörden erlassenen Bestimmungen.

6. Die Überwachung der Verwendung.

Die Ausführung der Entscheidung nach Maßgabe der dem Abgefundenen gemachten Auflagen und die Überwachung der weiteren nützlichen Verwendung ist Sache der von der Landeszentralbehörde bestimmten Stelle. Diese hat der obersten Militärverwaltungsbehörde Mitteilung zu machen, wenn der Zweck der Kapitalabfindung gefährdet oder vereitelt wird, auch hat sie auf Erfordern der obersten Militärverwaltungsbehörde Auskunft zu erteilen.

7. Die Rückforderung der Abfindungssumme.

Über die Rückforderung entscheidet die oberste Militärverwaltungsbehörde.

Liegen die Voraussetzungen der §§ 7, 8 des Gesetzes vor, so ist die Entscheidung über die Rückforderung dem Abgefundenen zuzustellen und gleichzeitig der Pensionsregelungsbehörde mitzuteilen.

Die auf Grund der Rückzahlung wieder fortlaufend zu zahlenden Versorgungsgebührnisse sind vom 1. des Monats ab, in dem die Rückzahlung erfolgt ist, in der dem zurückgezahlten Betrag entsprechenden Höhe zu gewähren. Für die Zeit bis zu diesem Tage sind die Gebührnisse nicht nachzuzahlen.

Auf die Neuregelung der Versorgungsgebührnisse finden die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 19. Juni 1906 (Zentralbl. für das Deutsche Reich S. 662) entsprechende Anwendung.

Schließt eine abgefundene Witwe eine weitere Ehe, so berichtet die Pensionsregelungsbehörde an die oberste Militärverwaltungsbehörde und äußert sich gutachtlich über die angebrachte Art der Rückzahlung der Abfindungssumme sowie darüber, ob nach Abzug der ihr nach § 11 des Gesetzes zu belassenden Beträge besondere Gründe für einen teilweisen oder gänzlichen Verzicht auf die Rückzahlung vorliegen. Die oberste Militärverwaltungsbehörde entscheidet nach Anhörung der in Nr. 6 bezeichneten Stelle im Einvernehmen mit dem Reichsschatzamt, ob und unter welchen Bedingungen die Rückzahlung erfolgen oder unterbleiben soll.

8. Die Wiederbewilligung der erloschenen Gebührnisse.

Über die Wiederbewilligung der erloschenen Gebührnisse im Falle des § 9 des Gesetzes entscheidet die oberste Militärverwaltungsbehörde. Die Bestimmungen der Nr. 7 Abs. 3 und 4 finden Anwendung.

9. Zuständige Behörden.

Als oberste Militärverwaltungsbehörde gilt für das Heer das Kriegsministerium des Kontingents, für die Kaiserliche Marine das Reichs-Marineamt und für die Kaiserlichen Schutztruppen das Reichs-Kolonialamt.

An Stelle der Generalkommandos treten für Marineangehörige die Marine-Stationskommandos, für Schutztruppenangehörige das Kommando der Schutztruppen im Reichs-Kolonialamt.

b) Anweisungen des Preuß. Kriegsministeriums vom 26. Juli 1916. (Abgedr. bei Meier a. a. O. 39.)

Das Gesetz, das nebst den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 8. Juli 1916 in Nr. 154 S. 680 ff. des Reichs-Gesetzblatts (vgl. Erlaß vom 18. Juli 1916 — AVBl. S 295 ff.) veröffentlicht ist, ist am 25. Juli 1916 in Kraft getreten.

Vorbehaltlich des späteren Erlasses einer, das Verfahren im einzelnen regelnden Anweisung wird zur Ausführung des Gesetzes zunächst folgendes bestimmt:

1. Für die Anmeldung des Antrags sind die in Ziffer 39 bis 41 und 44 bis 46 der Pensionierungsvorschrift erlassenen Vorschriften insoweit maßgebend, als die Anträge an die Militärbehörde zu richten sind.

   Zuständig für die Annahme des Antrags (Nr. 1 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats) ist der Bezirksfeldwebel des Bezirkskommandos, dessen Kontrolle der Antragsteller unterliegt, bei Witwen die Ortspolizeibehörde des Wohnorts oder des anläßlich des Krieges gewählten vorübergehenden Aufenthaltorts.
2. Die in Nr. 1 Abs. 1 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats geforderten Angaben (über das Lebensalter usw.) sollen die Prüfung und Feststellung der Verhältnisse erleichtern, sind jedoch amtlich nachzuprüfen, insbesondere sind Jahr und Tag der Geburt einwandfrei festzustellen.
3. Die Prüfung des Antrags kann auch bei solchen Antragstellern eingeleitet werden, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.
4. Bei denjenigen Antragstellern, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, sind die Anträge unter Angabe der besonderen Gründe, die ausnahmsweise die Berücksichtigung gerechtfertigt erscheinen lassen, dem Kriegsministerium vorzulegen.
5. Für die ärztliche Untersuchung ist der beim Bezirkskommando diensttuende Arzt heranzuziehen. Hierzu sind ihm die Versorgungsakten der Rentenempfänger zuzustellen.

   Die ärztliche Untersuchung der Kriegerwittwen kann auf Antrag auch einem anderen beamteten Arzt (Kreisarzt) übertragen werden.

   Über die bei der ärztlichen Untersuchung zu beobachtenden Grundsätze wird von der Medizinal-Abteilung des Kriegsministeriums eine besondere Anweisung erlassen werden.
6. Bei Vorlage des Antrags an das Generalkommando ist die Stellungnahme des Bezirkskommandos zum Ausdruck zu bringen. Außer den Versorgungsakten sind alle Beweisstücke, die für die Prüfung des Antrags nach § 2 Nr. 1 bis 3 des Gesetzes noch erforderlich sind, sowie eine beglaubigte Abschrift der Seite 4 der Rentenliste oder Rentennachliste beizufügen.
7. Dem Bescheide des Generalkommandos ist die vorstehend bezeichnete Abschrift der Seite 4 der Rentenliste oder Rentennachliste beizufügen. Eine Übersendung der Versorgungsakten an die nach Nr. 3 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats in Betracht kommenden Stellen hat in keinem Falle stattzufinden.
8. Die Prüfung der Nützlichkeit der beabsichtigten Verwendung ist in die Hände von Zivilstellen gelegt, die noch von den Landeszentralbehörden bekanntgegeben werden. In Preußen sind bis zur endgültigen Bestimmung dieser Stellen die Antragsteller in dem Bescheide des Generalkommandos wegen Prüfung des beabsichtigten Verwendungszwecks an die Landräte, in Stadtkreisen an die Bürgermeister zu verweisen.

   Das Generalkommando hat dem Antragsteller aufzugeben, sobald er sich für einen bestimmten Verwendungszweck entschieden und die erforderlichen Vertragsunterlagen beschafft hat, diese sowie den Bescheid mit der Abschrift der Seite 4 der Rentenliste oder der Rentennachliste mit dem Prüfungsantrag der Zivilstelle vorzulegen.
9. Das Bezirkskommando reicht nach der gemäß Nr. 3 Abs. 4 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats erfolgenden Benachrichtigung seitens der Prüfungsstelle eine beglaubigte Abschrift des ärztlichen Gutachtens unmittelbar dem Kriegsministerium ein.

Der Zivilstelle ist auf Verlangen durch das Bezirkskommando ebenfalls eine beglaubigte Abschrift des ärztlichen Gutachtens zu übersenden.

10. Alle zur Vorlage an das Kriegsministerium bestimmten Schreiben sind an das Kriegsministerium, Versorgungs- und Justizdepartement zu richten.
11. Den stellvertretenden Generalkommandos wird zur Berechnung der Kapitalbeträge eine Tafel übersandt werden, aus der die Höhe der Kapitalbeträge ersichtlich ist.

c) Preußische Ausführungsanweisung, vom 29. September 1916. (LMBl. 266.)

Auf Grund der Bekanntmachung, betreffend Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung (Kapitalabfindungsgesetz), vom 8. Juli 1916 (RGBl. 684) wird im Einvernehmen mit den obersten Militärverwaltungsbehörden folgende Ausführungsanweisung erlassen:

Zu Nr. 1 der Bekanntmachung.

1. Der Antrag der Witwen auf Kapitalabfindung ist bei der Ortspolizeibehörde des Wohnorts oder, in Ermangelung dieses, des Aufenthaltsorts der Witwe anzubringen.

Außer den in Nr. 1 Abs. 1 der Bekanntmachung vorgeschriebenen Angaben muß der Antrag Namen und Dienstgrad des verstorbenen Ehemannes und Jahr und Tag der Geburt der Witwe enthalten.

Zu Nr. 3 der Bekanntmachung.

2. Als Stelle zur Prüfung der Nützlichkeit der beabsichtigten Verwendung des Abfindungskapitals wird vorbehaltlich der Bestimmungen in Nr. 9 der Landrat (im Regierungsbezirk Sigmaringen der Oberamtmann), in Stadtkreisen der Bürgermeister, desjenigen Kreises (Stadtkreises) bestimmt, in dem der mit zustimmendem Bescheide der Militärbehörde versehene Antragsteller zur Zeit der Anbringung seines Prüfungsgesuchs beim Landrat (Bürgermeister) seinen Wohnort oder, in Ermangelung dieses, seinen Aufenthaltsort hat.

3. Grundlegende Voraussetzung für die Gewährung von Kapitalabfindung ist nach dem Gesetz, daß das Geld zum Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes verwendet werden soll. Die Prüfung hat demgemäß festzustellen, ob diese Voraussetzung vorliegt.

Der Erwerb eigenen Grundbesitzes kann insbesondere darin bestehen, daß der Antragsteller ein ländliches oder städtisches Grundstück aus freier Hand erwirbt oder daß er sich auf einem solchen Grundstücke mit Hilfe eines gemeinnützigen Bau- oder Siedlungsunternehmens ansiedelt. Der Beitritt zu einem Bau- oder Siedlungsunternehmen zu dem Zweck, eine Wohnung zu mieten oder ein Grundstück zu pachten, reicht nicht aus.

In welcher Rechtsform der Grundbesitz erworben werden soll, ist belanglos. Insbesondere ist auch die Form des Rentenguts oder des Erbbaurechts zugelassen.

Daß der zu erwerbende Grundbesitz mit einem Wohnhause versehen ist oder versehen werden soll, ist zwar im Gesetz nicht ausdrücklich ausgesprochen. Da das Gesetz aber, wie sich aus seiner Begründung ergibt, die Seßhaftmachung auf eigener Scholle fördern will, wird das Vorhandensein oder die Errichtung eines Wohnhauses vorausgesetzt werden müssen.

Der Grundbesitz soll zur Befriedigung des eigenen Wohnbedürfnisses oder zur Ausübung des eigenen Geschäftsbetriebes dienen. Die Erbauung oder der Erwerb von hauptsächlich zur Vermietung bestimmten Häusern kann nicht in Betracht kommen.

4. Unter die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes im Sinne des Gesetzes sind insbesondere zu rechnen die Entschuldung oder die sonstige Verbesserung der Schuldverhältnisse des Grundstücks (z. B. die Umwandlung einer kündbaren Hypothek in eine unkündbare Abtragshypothek), der Aufbau oder die Wiederherstellung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, die Vergrößerung leistungsunfähigen oder leistungsschwachen Grundbesitzes durch Zukauf geeigneter Landflächen, die Vervollständigung von landwirtschaftlichem Inventar, die Ausführung von Meliorationen und dergleichen. Entscheidend ist, daß diese Maßnahmen nicht nur nützliche und zweckmäßige Verbesserungen darstellen, sondern daß sie die wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne einer nachhaltigen Stärkung des Grundbesitzes wesentlich beeinflussen.

5. Die Prüfung hat sich darauf zu erstrecken, ob die nützliche Verwendung des Geldes in der Person des Antragstellers gewährleistet ist. Hierfür kommen alle seine persönlichen und wirtschaftlichen (Gesundheits-, Berufs-, Vermögens-, Familien-) Verhältnisse in Betracht. Handelt es sich beispielsweise um den Erwerb landwirtschaftlichen Grundbesitzes, so wird zu untersuchen sein, ob der Antragsteller an sich und, insbesondere bei verminderter körperlicher Leistungsfähigkeit, nach Zahl, Arbeitsfähigkeit und Vorbildung seiner Familienmitglieder, nach seinen Vermögensverhältnissen usw. für den Erwerb eines landwirtschaftlichen Grundstücks überhaupt geeignet und bejahendenfalls, welche Besitzgröße für ihn angemessen ist. Kommt der Erwerb einer Gartenstelle in Frage, deren Ertrag zum Lebensunterhalt des Antragstellers nicht ausreicht, so wird u. a. zu ermitteln sein, ob und inwieweit nebenbei die ländliche, gewerbliche oder Heimarbeit geleistet werden muß und nach den Fähigkeiten des Antragstellers und seiner Angehörigen geleistet werden kann, und welche Aussichten und Gelegenheiten in der betreffenden Gegend hierfür gegeben sind. Dabei wird es von Wert sein, wenn nicht bloß eine, sondern eine gewisse Mannigfaltigkeit von Arbeitsgelegenheiten vorhanden ist.

Die Kenntnis von der Leistungsfähigkeit des Antragstellers in gesundheitlicher Beziehung wird sich in der Regel aus der von der Militärbehörde veranlaßten ärztlichen Untersuchung gewinnen lassen. Gegebenenfalls ist eine beglaubigte Abschrift des bei den Versorgungsakten des Bezirkskommandos befindlichen ärztlichen Gutachtens einzuholen.

Ferner ist zu prüfen, ob das zu erwerbende Grundstück nach seiner Zweckbestimmung eine angemessene Lage, Größe und Beschaffenheit hat, ob der vom Antragsteller zu zahlende Kaufpreis und die sonstigen Kaufbedingungen angemessen, ob die Hypothekenverhältnisse geregelt sind und dergleichen mehr.

6. Mit Rücksicht auf die besonderen Ziele des Gesetzes ist ferner zu prüfen, welche Maßnahmen vorzusehen sind, um einerseits die erstmalige bestimmungsgemäße Verwendung und die dauernde Erhaltung des Verwendungszwecks zu sichern und um andererseits für den Fall der Vereitelung des Zwecks die Rückzahlung der Abfindungssumme sicherzustellen (§§ 6 bis 8 des Gesetzes). Die Rückzahlung ist auch Voraussetzung für das etwaige Wiederaufleben der erloschenen Versorgungsgebührnisse nach § 9 des Gesetzes. Bei Abfindungsanträgen von Witwen ist nach Nr. 3 Abs. 3 der Bekanntmachung zu verfahren. Außer den im Gesetz ausdrücklich genannten Sicherungsmaßregeln (Veräußerungs- und Belastungsverbot, Eintragung einer Sicherungshypothek) können auch andere (z. B. Bürgschaften) in Frage kommen.

Die Antragsteller sind über den Zweck dieser Maßnahmen aufzuklären. Gegebenenfalls ist mit ihnen darüber zu verhandeln, welche der in Betracht kommenden Beschränkungen als ihnen am wenigsten lästig zu wählen sein wird.

Wenn von einer Sicherungsmaßregel abgesehen werden soll, so ist dies besonders zu begründen (§ 6 des Gesetzes).

Schließlich gehört hierher auch die Prüfung der Frage, an wen die Kapital-

abfindung auszuzahlen ist, ob an den abfindungsberechtigten Antragsteller oder, was die Regel sein wird, für seine Rechnung an einen Dritten, z. B. an den Grundstücksverkäufer oder den Hypothekengläubiger, und welche Frist für ihre Verwendung zu gewähren ist.

7. Der Prüfungsstelle bleibt es überlassen, sich die Kenntnis von den Verhältnissen des Antragstellers und des Grundbesitzes zu verschaffen, wie und soweit es ihr erforderlich erscheint. Grundsätzlich ist es Sache des Antragstellers, den Nachweis von der Nützlichkeit der beabsichtigten Verwendung des Abfindungskapitals zu erbringen und zu diesem Zwecke die erforderlichen Unterlagen (z. B. Grundstücksangebote, Kauf- oder Bauverträge, Baupläne, Kostenanschläge, Katasterauszüge, Grundbuchabschriften u. dgl.) vorzulegen. Die Prüfungsstelle wird sich aber hierauf nicht beschränken dürfen, sondern selbsttätig geeignete Ermittelungen anstellen und Erkundigungen einziehen müssen. In dieser Beziehung ist in der Begründung des Gesetzes beispielsweise darauf hingewiesen, daß die Anhörung von Landwirtschaftskammern, Handelskammern, Handwerkerkammern, Fachvereinen und ähnlichen Organisationen in Frage kommen könne.

Es sollen folgende Stellen angehört werden:

a) soweit es sich um eine Ansiedlung durch Rentengutsgründung handelt, in der Regel der Spezialkommissar;

b) soweit es sich um den Erwerb durch Beitritt zu einem gemeinnützigen Bauunternehmen handelt, die provinziellen Vereine für Kleinwohnungswesen oder die Revisionsverbände der Baugenossenschaften;

c) die nach den bestehenden allgemeinen Grundsätzen für den Antragsteller zuständige Fürsorgeorganisation.

Im Falle des Beitritts des Antragstellers zu einem gemeinnützigen Bau- oder Siedlungsunternehmen hat die Prüfungsstelle eine Bescheinigung über die Gemeinnützigkeit des Unternehmens einzuholen. Diese Bescheinigung wird erteilt vom Regierungspräsidenten, soweit es sich um ein gemeinnütziges Bauunternehmen, vom Oberpräsidenten, soweit es sich um ein gemeinnütziges Siedlungsunternehmen handelt.

8. Nach Abschluß seiner Prüfung verfährt der Landrat (Bürgermeister) nach Nr. 3 Abs. 4 der Bekanntmachung. Er erteilt die dort vorgeschriebene Bescheinigung und überreicht sie mit den seiner Prüfung zugrunde liegenden Unterlagen unmittelbar dem Kriegsministerium (Versorgungs- und Justizdepartement), — Reichs-Marineamt, Reichs-Kolonialamt — unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Bezirkskommandos, soweit nicht nach Nr. 3 Abs. 5 der Bekanntmachung hiervon abzusehen ist.

9. Falls der Grundbesitz nicht in dem Kreise (Stadtkreise) liegt, in dem der Antragsteller wohnt oder sich aufhält, hat der Landrat (Bürgermeister) des Wohnorts oder Aufenthaltsorts (Nr. 2), nachdem er die Fürsorgeorganisation gemäß Nr. 7 Abs. 2c gehört hat, den Antrag mit seinem Gutachten über die persönlichen und bisherigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers und mit dem Gutachten der Fürsorgeorganisation an den Landrat (Bürgermeister) der belegenen Sache abzugeben. Dieser übernimmt die weitere Prüfung, insbesondere auch die Anhörung nach Nr. 7 Abs. 2a und b, erteilt die Bescheinigung und verfährt in der Nr. 8 vorgeschriebenen Weise.

Zu Nr. 5 der Bekanntmachung.

10. Die Abfindungssumme ist auf Veranlassung der für den Antragsteller zuständigen Pensionsregelungsbehörde durch die für die Zahlung der Versorgungsgebührnisse bestimmte Kasse an den im Bescheide der obersten Militärverwaltungsbehörde bezeichneten Empfangsberechtigten zu zahlen und der Generalmilitärkasse (für Marine- und Schutztruppen-Angehörige der Reichshauptkasse) in üblicher

Weise aufzurechnen. Ist die Auszahlung nach dem Bescheide an die Erfüllung von Voraussetzungen geknüpft, so muß vor der Zahlung von der mit der Ausführung der Entscheidung beauftragten Stelle (Nr. 11) bescheinigt werden, daß die Zahlung erfolgen kann. Über den Empfang hat der Abfindungsberechtigte Quittung zu leisten, auch wenn die Zahlung an Dritte zu leisten ist.

Mit Zustimmung des Abfindungsberechtigten kann die Abfindungssumme für ihn an eine geeignete Bank oder Sparkasse mit der Maßgabe gezahlt werden, daß er über das Kapital nur mit Einwilligung der mit der Ausführung der Entscheidung beauftragten Stelle verfügen darf. Diese Form der Auszahlung wird sich namentlich dann empfehlen, wenn die Verwendung des Kapitals in Teilbeträgen beabsichtigt ist.

Rentenempfänger haben den mit dem Vermerk über die Bewilligung der Abfindung versehenen Militärpaß der Pensionsregelungsbehörde vorzulegen. Diese hat vor der Zahlung die Übertragung des Vermerks aus dem Militärpaß und zugleich die Eintragung des Zeitpunktes des Erlöschens der abgefundenen Versorgungsgebührnisse in das Pensionsquittungsbuch zu veranlassen.

Zu Nr. 6 der Bekanntmachung.

11. Zur Ausführung der Entscheidung und zur Überwachung der weiteren nützlichen Verwendung wird der Landrat (Bürgermeister) der belegenen Sache bestimmt.

Ergibt sich, daß die von der obersten Militärverwaltungsbehörde festgesetzte Frist zur bestimmungsmäßigen Verwendung (§ 7 des Gesetzes) nicht ausreichend bemessen ist, so hat die Überwachungsstelle eine Verlängerung der Frist anzuregen.

Die Überwachungsstelle hat geeignete Vorkehrungen zu treffen, um sich von einer etwaigen Gefährdung oder Vereitelung des Verwendungszwecks rechtzeitig Kenntnis zu verschaffen. Soweit es sich insbesondere um ländliche Verhältnisse handelt, werden die Gemeinde-(Guts-)vorsteher oder andere geeignete Vertrauensmänner anzuweisen sein, von wichtigen Veränderungen, auffälligen Vorkommnissen u. dgl. dem Landrat Mitteilung zu machen.

12. Über Beobachtungen allgemeiner Natur, die die Landräte (Bürgermeister) bei der Erledigung ihrer Aufgaben zur Ausführung des Kapitalabfindungsgesetzes machen, sowie über etwa sich ergebende Zweifelsfragen grundsätzlicher Art ist im Zivildienstwege an den beteiligten Ressortminister zu berichten.

Literatur.

Herbst, Das Kapitalabfindungsgesetz, DJZ. 16 893, GesuR. 17 625. — Landsberg, Das Kapitalabfindungsgesetz, JW. 16 1322. — Meier, Wie erhalte ich als Kriegsbeschädigter oder als Kriegswitwe eine Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung? 1916.

(Abschnitt 6 als Nr. 5 in Bd. 2, 340 ff.)

7. Wochenhilfe.

a) Die Vorschriften.

α) Bekanntmachung, betr. Wochenhilfe während des Krieges. Vom 3. Dezember 1914. (RGBl. 492.) (In Bd. 1, 833.)

β) Bekanntmachung über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges. Vom 8. Januar 1915. (RGBl. 49.)

(In Bd. 1, 836.)

7) **Bekanntmachung, betr. Ausdehnung der Wochenhilfe während des Krieges. Vom 23. April 1915.** (RGBl. 257.) in Bd. 1, 840.

b) Erläuterungen.

a. Zur Bekanntmachung aα (zu vgl. Bd. 1, 846).

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 1, 846; 2, 346.

Bremer, Kriegswochenhilfe, 1916. — Großmann, Die Voraussetzungen der Kriegswochenhilfe, 1916. — Heinemann, Die Wochenhilfe, Betriebskrankenkasse 16 2 ff., 13 ff. — Hoffmann, Die Kriegswochenhilfe, ZtschrVersW. 16 463 ff. — Jäger, Der Krieg in Verwaltung und Rechtsprechung der deutschen Sozialversicherung, Arbversorg. 16 457 ff., 483 ff., 505 ff.

§ 1.

Wochenhilfe für Kriegerfrauen.

(Abschnitt 1 in Bd. 1, 846, 847.)

2. Ist eheliche Empfängnis notwendig?

a) Verneinend (Erläuterung α bis γ in Bd. 1, 847).

δ. ArbVersorg. 16 344 (KnappschSchiedsG. Breslau). Der Umstand, daß das Kind im Ehebruch erzeugt ist, steht dem Anspruch auf Kriegswochenhilfe noch nicht entgegen.

b) Bejahend zu vgl. Bd. 1, 817.

3. Dienstleistung oder Dienstverhinderung des Ehemannes.

(Erläuterung a bis f in Bd. 1, 847; g bis l in Bd. 2, 346.)

m) AmtlR. 16 348, ArbVersorg. 16 343 (RVA.). Anspruch auf Kriegswochenhilfe besteht nur, wenn die Voraussetzung des Anspruchs während der Wochenzeit erfüllt ist. Das ist nicht der Fall, wenn innerhalb dieser Zeit der Ehemann als nur garnisondienstfähig vorläufig entlassen und, mit den allgemeinen durch die Kriegszeit bedingten Beschränkungen, zur Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit imstande ist.

n) ArbVersorg. 16 449 (OVA. Leipzig). Ist der Ehemann zur Beschäftigung in einem privaten Betriebe kommandiert, so ist er nicht als erwerbstätig anzusehen.

o) NordAllgZtg. v. 16. Mai 1916 Nr. 135 2. Ausg. Bei Auslegung der Bundesratsverordnungen über die Kriegswochenhilfe sind Zweifel darüber entstanden, ob diese Leistungen im Entbindungsfalle auch den Ehefrauen solcher Kriegsteilnehmer zustehen, welche infolge von Krankheit oder Verwundung aus dem Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Dienst ausgeschieden sind, ihre Erwerbsfähigkeit aber zu einem gewissen Teile wiedererlangt haben. Zu dieser Frage hat sich das Reichsamt des Innern auf eine Anfrage — unter Vorbehalt der Entscheidung im Spruchverfahren — wie folgt geäußert: „Die Bundesratsverordnungen über Kriegswochenhilfe gewähren diese auch den Ehefrauen solcher seitheriger Kriegsteilnehmer, welche infolge einer Verwundung oder Erkrankung den Kriegsdienst nicht weiter leisten können, beschränken diesen Kreis aber durch den Ausschluß derjenigen Kriegsteilnehmer der gedachten Art, welche noch imstande sind, eine Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen. Die Absicht der Vorschrift geht offenbar dahin, die Wohltat dieser Wochenhilfe nicht auch solchen Personen zuzuwenden, die selbst wieder für sich und ihre Familie sorgen können, bei denen also der ursprüngliche Grund für die Bereitstellung jener Beihilfe weggefallen ist. Daraus folgt, daß nicht schon jene geringwertige Erwerbstätigkeit oder die Möglichkeit einer solchen das Recht auf die Wochenhilfe ausschließen soll: es muß vielmehr eine Erwerbsfähigkeit vorhanden sein, die zwar der normalen bzw. der früheren des betreffenden Ehemannes nicht gleich oder auch nur sehr nahe zu kommen braucht, die aber immerhin noch für die Möglichkeit ausreicht, den nötigen Lebensunterhalt für die eigene Person und für die Familie zu beschaffen. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, wird sich jeweils nur nach den Umständen des Einzelfalles bestimmen lassen. Die Angabe eines

bestimmten Prozentsatzes der Erwerbsbeschränkung, der für die Gewährung oder Nichtgewährung der Leistung maßgebend zu sein hat, ist daher nicht wohl angängig. Dem freien Ermessen der für die Bewilligung zuständigen Stellen ist hier also ein gewisser Spielraum gelassen. Es dürfte sich empfehlen, hierbei wohlwollend zu verfahren, in Zweifelsfällen es aber doch auf die Entscheidung der im Streitverfahren zuständigen Spruchinstanzen ankommen zu lassen."

p) BayStaatsmdJ., ArbVersorg. 16 774. Eine Wöchnerin, deren Ehemann Kriegs- und ähnliche Dienste geleistet hat aber zur Zeit ihrer Entbindung bereits aus dem Heeresdienst — sei es mit Versorgungsgebührnissen, sei es ohne solche — entlassen und infolge seiner Verwundung oder Erkrankung an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit gehindert ist, hat unter den übrigen Voraussetzungen Anspruch auf die Kriegswochenhilfe, solange diese Verhinderung dauert. Dabei kommt nur eine Erwerbstätigkeit von entsprechendem Belang in Betracht.

q) ArbVersorg. 16 526. Ein Landgendarm leistet nicht „Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste".

r) AmtlN. 16 516, MfAV. 16 434 (RVA.). Die Ehefrau eines dem Reiche zum Kriegsdienst Verpflichteten, der bei Ausbruch des Krieges in Feindesland zurückgehalten ist, hat Anspruch auf Wochenhilfe; ebenso RAJ. v. 10. 3. und 19. 5. 16 (HMBl. 389).

s) RAJ. v. 10. 3. 16 (HMBl. 389). Ehefrauen von Zivilgefangenen im nicht wehrfähigen Alter haben keinen Anspruch auf Wochenhilfe.

t) Erbe, ArbVersorg. 16 664. Wer sich stellen muß, aber als überzählig entlassen wird, leistet auch am Tage seiner Vorstellung nicht Heeresdienst.

u) ArbVersorg. 16 638 (VA. Pirna). Der vor dem Kriege geleistete Heeresdienst ist i. S. des § 1 Ziff. 1 nicht mit zu berücksichtigen.

v) AmtlN. 16 627, ArbVersorg. 16 730. Wie sich aus der Auskunft der Arbeitgeberin des Ehemanns der Wöchnerin ergibt, ist der Ehemann durch seine Dienstleistung bei der freiwilligen Sanitätskolonne nur unerheblich seiner bürgerlichen Tätigkeit entzogen (sechs Arbeitstage). Unter diesen Umständen konnte ein Anspruch auf Wochenhilfe nicht anerkannt werden.

w) AmtlN. 16 628, ArbVersorg. 16 730. Ehefrauen von Berufssoldaten haben einen Anspruch auf Wochenhilfe nur, wenn sie sich freiwillig weiter versichert haben.

x) AmtlN. 16 630, ArbVersorg. 16 731. Entscheidend ist die Möglichkeit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit überhaupt, ob es sich dabei gerade um die bisherige Erwerbstätigkeit handelt, ist unerheblich.

5. Krankenversicherung des Ehemannes.

(Erläuterung a bis f in Bd. 1, 848; g bis k in Bd. 2, 346f.)

l) ArbVersorg. 16 541 (VA. München). Kurze Unterbrechungen der sechswöchigen Kassenzugehörigkeit sind unschädlich.

m) ArbVersorg. 16 455. War der Ehemann im Anfang des Krieges eingezogen, dann entlassen (nicht nur beurlaubt), und ist er demnächst wieder zum Kriegsdienst eingezogen, so genügt es nicht, daß er vor dem ersten Eintritt in den Kriegsdienst während der erforderlichen Zeit gegen Krankheit versichert war, sondern es kommt nur darauf an, ob eine solche Versicherung in der bestimmten Zeit vor dem zweiten Eintritt in den Kriegsdienst bestanden hat.

6. Fortfall der Voraussetzungen (zu vgl. Bd. 1, 848).

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 2, 347.)

4. ArbVersorg. 16 515 (VA. Kiel). Gegen Krause 1, Anm. 2 Abs. 4 zu § 3 VO. v. 3. Dezember 1914, OVA. Düsseldorf, Ortskrankenkasse 15 298 und RAJ. v. 27. Dezember 1915 (in Bd. 2, 347) ist mit Sonderhoff (in Bd. 1, 848) anzunehmen, daß der Anspruch bestehen bleibt, auch wenn später eine der Voraussetzungen wegfällt.

5. ArbVersorg. 16 471 (VA. München). Die Bek. des Reichskanzlers v. 27. De-

zember 1915 (in Bd. 2, 347, Erl. 6, 3) ist nur bei längerem Urlaub und damit längerer Erwerbstätigkeit anwendbar.

§ 3.

Leistungen der Wochenhilfe.

(Abschnitt I in Bd. 1, 849, 850.)

II. Die einzelnen Leistungen.

1. Einmaliger Beitrag zu den Entbindungskosten (§ 3 Ziff. 1).

(Erläuterung a bis c in Bd. 1, 850; d bis f in Bd. 2, 347.)

g) ArbVersorg. **16** 224 (OVA. Liegnitz). Der Entbindungskostenbeitrag soll nur die nachweislichen Kosten der Hebamme, des Arztes sowie der etwa notwendigen Arznei bis zum Höchstbetrage von 25 M. decken (HMBl. **15** 9). Hiergegen Schriftl. der Arb.-Versorg. das. 225. Eines Nachweises bedarf es nicht. Sind weniger als 25 M. aufgewendet, so verbleibt der Mehrbetrag der Wöchnerin. Hat der Armenverband die Entbindungskosten bestritten, so erhält er seine Auslagen. Bleiben diese unter 25 M. zurück, so gebührt der Unterschied der Wöchnerin.

h) AmtlN. **16** 573, MfAV. **16** 503 (RVA.). Eine Wöchnerin, deren Ehemann nach der Entbindung zum Heeresdienst eingezogen worden ist, hat keinen Anspruch auf den Entbindungskostenbeitrag oder die an seine Stelle tretenden Sachleistungen.

2. Hand- und Wochengeld (§ 3 Ziff. 2).

(Erläuterung a bis c in Bd. 1, 850; d in Bd. 2, 347).

e) ArbVersorg. **16** 174 (OVA. Karlsruhe). Bei Berechnung des Ersatzanspruchs (§ 5) ist jede Kalenderwochenleistung für sich zu berechnen und auf Grund dieser Wochenleistung festzustellen, ob der Mindestbetrag von 1 M. täglich in dieser Woche erreicht ist, so daß für den Fall, daß der letzte Tag des Wochengeldbezuges auf einen Sonntag fällt, für den die Kasse satzungsgemäß nichts zu leisten hat, sie demnach 1 M. für diesen Sonntag vorschußweise zu zahlen hat, da sonst der Mindestbetrag von 1 M. für die mit diesem Sonntag beginnende neue Woche nicht erreicht wird (übereinst. mit RVJ. v. 10. Dezember 1914, ArbVersorg. **15** 10 [in Bd. 1, 850], gegen Krause[2] 1, 67; 1 zu § 5); zustimmend RVJ. v. 27. Mai 1916, ArbVersorg. **16** 446 und VA. München das. 447.

f) NorddAllgZtg. v. 13. Oktober 1916 Nr. 284 1. Ausg. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob das nach den Bekanntmachungen des Reichskanzlers vom 3. Dezember 1914 und 28. Januar 1915 zu gewährende Wochengeld von täglich 1 M. für den Sonntag auch dann zu leisten ist, wenn die Wöchnerin für die 6 wöchentlichen Arbeitstage bereits 7 oder mehr Mark von ihrer Krankenkasse erhält. Diese Frage ist, wie sich das Reichsamt des Innern in einem Einzelfalle ausgesprochen hat, zu verneinen. Eine Krankenkasse, die nach ihren Satzungen Wochengeld nur für Werktage, aber in Höhe von mehr als 1 M. zu gewähren verpflichtet ist, kann daher auf Ersatz aus Reichsmitteln nicht rechnen, wenn sie auch für Sonn- und Feiertage Wochengeld in der durch die Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1914 vorgeschriebenen Höhe von 1 M. leistet.

g) Schwerk, ArbVersorg. **16** 577. Auf Antrag der Wöchnerin ist ihr gleich bei der ersten Zahlung das Wochengeld für 2 Wochen vor der Entbindung anzuweisen. Die Kasse darf so auch ohne Antrag verfahren. Stirbt dann die Wöchnerin innerhalb 6 Wochen nach der Entbindung, so hat das Reich der Kasse auch die für die Zeit vor der Entbindung entrichteten Beträge zu erstatten.

§ 4.

Frei Behandlung durch Hebamme und Arzt und freie Arznei statt der Barbeihilfe nach § 3 Ziff. 1 und 3.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 1, 851; 3 in Bd. 2, 348.)

4. HandM. 13. 3. 16, Betriebskrankenk. **16** 102, ArbVersorg. **16** 404. Die zwischen Krankenkassen und Ärzten getroffenen Honorarabmachungen sind auch auf die Tätigkeit

der Ärzte für Kassen im Bereich der Reichswochenhilfe zu beziehen. Ehefrauen, welche statt freier Behandlung bare Beihilfen erhalten, sind nur die niedrigsten Sätze der preuß. GebO. für Ärzte zu berechnen.

5. ArbVersorg. 16 448 (VA. München). Krankenhauspflege schließt jeden Anspruch auf Kriegswochengeld aus.

§ 5.

Eigene Leistungspflicht und Erstattungsanspruch der Kasse gegen das Reich.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 1, 852.)

4. MfAV. 16 191 (RVA.). Die §§ 1799, 1693 RVO. gelten nicht bei Beschwerden gegen Beanstandungen des Versicherungsamts nach § 5 Abs. 3 VO. v. 3. Dezember 1914.

§ 7.

Verfahren (zu vgl. Bd. 1, 852).

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 348)

3. Weitere Erörterungen über den Umfang der entsprechenden Anwendung der RVO. auf die Kriegswochenhilfe bei Jäger, MfAV. 16 491.

4. RPA. v. 18. 12. 15, ArbVersorg. 16 200. Postsendungen von oder an Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, die in Ausführungen der Bek. betr. Wochenhilfe während des Krieges v. 2. Dezember 1914, 28. Januar 1915, 23. April 1915 notwendig werden, sind fortan als portofreie Sendungen in Militär- und Marineangelegenheiten zuzulassen. Die Postsendungen der Krankenkassen im Verkehr mit anderen Stellen als den bezeichneten Behörden sind in jedem Falle portopflichtig, weil die Krankenkassen kein Staats- oder Gemeindebehörden sind.

5. ArbVersorg. 16 659 (RVA.). Nach Artikel 2 des Regulativs über die Portofreiheiten ist zur Anerkennung der Portofreiheit der von den Krankenkassen in Angelegenheiten der Kriegswochenhilfe ausgehenden Postsendungen erforderlich, daß die Sendungen den Vermerk „Heeressache" und den Abdruck eines amtlichen Siegels oder Stempels z. B. des Gemeindevorstehers tragen. Es ist jedoch den Krankenkassen nachgelassen worden, bei Sendungen, die die Vermerke „Heeressache" und „Kriegswochenhilfe" tragen, den Abdruck ihres eigenen — nicht amtlichen — Stempels zu verwenden. Ein weiteres Zugeständnis kann den Krankenkassen nicht gewährt werden. Wenn daher die Krankenkassen ihre Sendungen nicht durch den Gemeindevorsteher abstempeln lassen wollen, muß ihnen anheimgestellt werden, einen eigenen Stempel zu beschaffen und die mit dem Vermerke „Heeressache" und „Kriegswochenhilfe" versehenen Postsendungen mit dem Abdruck ihres eigenen Stempels zu versehen.

§ 8.

Wochenhilfe für Ehefrauen, deren Männer nicht Dienste im Sinne des § 1 Nr. 1 leisten und für unverheiratete Wöchnerinnen.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 1, 853.)

6. KrankenVersicher. 16 78 (OVA. Posen). Wöchnerinnen, die vor ihrer Niederkunft wegen Arbeitslosigkeit aus der Kasse ausgeschieden sind, haben innerhalb der Dreiwochenfrist des § 214 RVO. auch Anspruch auf Stillgeld nach § 8 VO.; zustimmend Krause, das.; hiergegen AmtlN. 16 632, ArbVersorg. 16 732 (RVA.).

7. AmtlN. 16 631, ArbVersorg. 16 731. Zugehörigkeit zu einer Ersatzkasse oder einem sonstigen Versicherungsverein a. G. genügt nicht.

8. Krause, Betriebskrankenk. 16 144. Ausländerinnen aus den vom deutschen Heere besetzten Gebieten haben Ansprüche aus § 8 Bek.

§ 10.

Übergangsvorschriften.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 1, 853, 854; 6, 7 in Bd. 2, 348.)

8. RAF. v. 16. 2. 16, ArbVersorg. **16** 253. „. . . Nachdem das RVA. im Bereich seiner Zuständigkeit entschieden hat, daß das Wochengeld für 57 Tage zu gewähren sei, wird der Rechnungshof des Deutschen Reiches nicht in der Lage sein, Zahlungen des Wochengelds für 57 Tage, soweit Krankenkassen in Betracht kommen, zu beanstanden. Nach diesseitiger Ansicht ist das Stillgeld nur für 84 Tage und bei Mehrlingsgeburten und in einfachem Betrage zu gewähren. Eine andere Entscheidung der berufenen Instanzen dürfte auch hier für den Rechnungshof bindend sein.

β. Zur Bekanntmachung αβ (zu vgl. Bd. 1, 854ff.).

§ 7.

AmtlN. **16** 575, Nach § 7 Abs. 1 Bek. v. 28. Januar 1915 gilt die Befreiung von der Versicherung auf Grund des § 170 RVO. nicht nur diejenige auf Grund der §§ 418, 435 das. der Zeit des Versichertseins i. S. des § 1 Nr. 2 und des § 8 der Bek. v. 3. Dez. 1914 gleich.

γ. Zur Bekanntmachung αγ.

1. Amtliche Erläuterung in Bd. 2, 348.

2. Weitere Erläuterungen.

§§ 1, 2.

Die Berechtigten.

(Erläuterung 1 bis 11 in Bd, 2, 358ff.)

12. Hoffmann, PrVerwBl. **37** 575. Die Worte „das ihr nach dem Dienstantritt verbliebene Gesamteinkommen" werden kaum anders als dahin verstanden werden können, daß lediglich das dem Zurückgebliebenen (Ehefrau und Kinder) zur Verfügung stehende Einkommen berücksichtigt wird und das dem Ehemann in seiner Eigenschaft als Kriegsteilnehmer zufließende Einkommen außer Betracht bleibt, wenngleich hier vielfach ein die Kosten des Unterhalts überschreitender Überschuß erzielt wird.

13. ArbVersorg. **16** 213. Die Vermögensverhältnisse unterhaltspflichtiger Verwandter kommen nicht in Betracht.

14. PreußMdJ. v. 30. 10. 16 (HMBl. 390). Der § 2 Abs. 2 a. a. O. hat in Ziffer 1 alle Fälle im Auge, in denen das Einkommen des Kriegsteilnehmers vor seiner Einziehung nicht mehr als 2500 M. betrug. Ist diese Voraussetzung gegeben, so soll im allgemeinen die Wochenhilfe ohne Rücksicht darauf gewährt werden, ob infolge der Einziehung des Ehemanns zum Kriegsdienst das der Familie verbleibende Einkommen eine Minderung erfahren hat oder nicht. Der Vorbehalt im Eingange des Abs. 2 hat, wie die Begründung der betreffenden Bundesratsvorlage ergibt, namentlich die Fälle des fundierten Einkommens im Auge, bei dem also das Einkommen ganz oder doch zu einem wesentlichen Teile aus Kapitalbesitz oder dgl. stammt. Sind bei einem Einkommen von 2500 M. z. B. 2000 M. Kapitalzinsen so ist ein so erhebliches Kapital vorhanden, daß davon ohne Bedenken auch einmal ein kleiner Teil abgehoben werden kann, ehe öffentliche Hilfe in Anspruch genommen wird. Daneben erwähnt die Begründung den Fall, daß der Familie nach der Einziehung durch Erbschaft, Schenkung oder dgl. nennenswerte Beträge zufallen.

Die Ziffer 2 des angeführten Absatzes bildet nur eine Ergänzung der Ziffer 1, die auf Billigkeitsrücksichten beruht. Sie geht davon aus, daß beispielsweise bei einem Gehalte des Ehemanns von 5000 M., das mit seinem Eintritt in den Kriegsdienst vollständig wegfällt, die Familie weit schlechter gestellt ist, als bei einem Einkommen von 2000 M., das ihr trotz jenes Eintritts ganz oder doch größtenteils verbleibt. Sie hat also vornehmlich die Fälle eines vor dem Kriege mehr als 2500 M. betragenden Einkommens im Auge, das

während des Krieges stark herabgesetzt wird. Infolge des Nebeneinanderbestehens der beiden verschiedenen Voraussetzungen nach Ziffer 1 und 2 können zwar Fälle vorkommen, in denen eine Wöchnerin mit höherem Einkommen die Wochenhilfe bezieht, während diese einer Wöchnerin mit niedrigerem Einkommen versagt werden muß, derartige Ungleichheiten werden sich aber bei einer Abgrenzung nach Durchschnittsverhältnissen für einzelne besondere Fälle nie ganz vermeiden lassen. Vor allem darf nicht außer acht gelassen werden, daß einer Familie mit mehr als 2500 M. Einkommen wohl zugemutet werden kann, für vorauszusehende Bedarfsfälle, wie Entbindungen u. dgl., einen gewissen Notbetrag zurückzulegen, während dies bei einem Jahreseinkommen von weniger als 2500 M. weit weniger zu erwarten ist.

§ 3.

Wochenhilfe für uneheliche Kinder.

(Erläuterung 1 bis 6 in Bd. 2, 359ff.)

7. Amtl.N **16** 354, ArbVersorg. **16** 253, MfAV. **16** 247 (RVA.). Bei Mehrlingsgeburten ist mehrfaches Stillgeld zu zahlen.

8. MdJ. 12. 4. 16, ArbVersorg. **16** 369. „Zu ... der Frage ... ist zu bemerken, daß es unzweifelhaft nicht die Absicht der WochenhilfeBO. war, jede Fehlgeburt der Niederkunft gleich zu behandeln. Die Entscheidung darüber, in welchem Grade Früh- und Totgeburten dem regelrechten Geburtsakte gleichzustellen sind, muß den berufenen Spruchinstanzen verbleiben. Vorbehaltlich einer solchen Entscheidung wird jedoch davon ausgegangen werden können, daß als Entbindung i. S. der vorlieg. Bek. das Gebären eines lebenden Kindes, auch wenn es nicht lebensfähig oder wenn es eine Frühgeburt ist, sowie das Gebären eines ausgetragenen toten Kindes zu gelten hat. Der Abgang der Frucht vor der vollen Reife wird dann als Entbindung aufzufassen sein, wenn das Kind erst unmittelbar vor oder während der Entbindung stirbt. → Zu vgl. auch Bd. 1, 850 Erl. II, 1; Bd. 2 Erl. II 1. ←

§ 4.

Leistungen der Wochenhilfe.

MdJ. 7. 2. 16, ArbVersorg. **16** 231. Die EntschdRVA. v. 20. Sept. 1915, nach der Kriegswochengeld auf Grund des § 3 Nr. 2 Bek. v. 3. Dez. 1914 (RGBl. 492) für 57 Tage zu gewähren ist (in Bd. 2, 348, Erl. 7 zu § 10) findet auf die nach § 4 Bek. v. 23. April 1915 (RGBl. 257) zu zahlende Wochenhilfe keine Anwendung. Die Lieferungsverbände haben daher auch künftig das Wochengeld nur für 56 Tage und das Stillgeld nur für längstens 84 Tage zu gewähren. → Diesen Standpunkt hat der MdJ. hinsichtlich der Wochenhilfe aufgegeben. Die Lieferungsverbände haben nach neuerlicher Weisung die Wochenhilfe in demselben Umfang zu gewähren wie die Krankenkassen nach der EntschdRVA, ArbVersorg. **16** 330. ←

§ 5.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 360.)

3. Heine, JW. **16** 1262. Der Anspruch auf Kriegswochenhilfe aus § 3 der BRBek. v. 3. Dezember 1914 und §§ 4, 6, 7, 8, 10 der BRBek. v. 28. Januar 1915 ist als vererblich nach bürgerlichem Recht anzuerkennen, mag er auch bei Lebzeiten der Berechtigten nicht angemeldet sein. Denn dieser Anspruch ist vermögensrechtlicher Natur, mag seine Grundlage auch öffentlich-rechtlich sein. Er unterscheidet sich in seinem Wesen in nichts von dem Anspruch auf Krankengeld. Nach § 4 der BRBO. v. 3. Dezember 1914 können die Vorstände der Kassen beschließen, statt der baren Beihilfen nach § 6 Nr. 1 und 3 (einmaliger Beitrag zu den Kosten der Entbindung von 25 M. und Beihilfe bis zum Betrag von 10 M. für Hebammendienste und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden) freie Behandlung durch Hebamme und Arzt sowie die erforderliche Arznei bei der Niederkunft und bei Schwangerschaftsbeschwerden zu gewähren. Bei Wöchnerinnen, denen die Kasse diese Behandlung bei der Niederkunft und

bei Schwangerschaftsbeschwerden schon auf Grund ihrer Satzung als Mehrleistung nach der RVO. (vgl. §§ 198, 199a, 205a das.) zu gewähren hat, bewendet es dabei in allen Fällen (§ 4 Abs. 3 der Bek. v. 3. Dezember 1914). Kann die Wöchnerin hiernach nur Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung, nicht Geldleistungen, verlangen, so handelt es sich um einen seiner Natur nach höchst persönlichen Anspruch, der mit dem Tode der Wöchnerin erlischt. Gleichwohl können auch Fälle vorkommen, wo der auf Sachleistungen gerichtete Anspruch sich in einen solchen auf eine Geldleistung umwandelt. In diesen Fällen kann der Anspruch, auch von den Erben geltend gemacht werden. Das ist auch bezüglich der Ansprüche auf Kriegswochenhilfe aus § 4 der BRVO. v. 3. Dezember 1914 anzunehmen.

§§ 16—19.

Einmalige Unterstützung.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 2, 361ff.)

6. BayStaatsmdJ. 7. 12. 15, ArbVersorg. 16 202. Es ist richtig, daß ein im Rechtswege verfolgbarer Anspruch auf die einmalige Unterstützung nicht besteht. Dies entbindet indes die Lieferungsverbände keineswegs von der sozialen Pflicht, sie bei gegebener Voraussetzung zu gewähren.

7. BayStaatsmdJ., ArbVersorg. 16 202. Die Aufwendungen werden den Lieferungsverbänden vierteljährlich vom Reich ersetzt.

8. BayStaatsmdJ., ArbVersorg. 16 202. Zuständig ist der Lieferungsverband, in dessen Bezirk der gewöhnliche Aufenthaltsort der Wöchnerin zur Zeit der Antragstellung liegt.

8. Bekanntmachung, betr. den Ausschank und Verkauf von Branntwein oder Spiritus. Vom 26. März 1915. (RGBl. 183.)

Wortlaut in Bd. 1, 859, Erläuterung in Bd. 2, 363.

1. RG. II, Recht 16 138 Nr. 252. Ist der Verkauf von Branntwein durch die zuständige Behörde untersagt, so trifft das Verbot auch die Verabfolgung durch den Geschäftsführer eines nicht eingetragenen, also nach § 54 BGB. nicht rechtsfähigen, vielmehr der Gesellschaft gleichstehenden Vereins an die Mitglieder gegen Bezahlung, denn ein gewerbsmäßig betriebener Verkauf wird nicht erfordert. Kenntnis der behördlichen Anordnung gehört zum Vorsatz, verschuldete Unkenntnis rechtfertigt Bestrafung wegen Fahrlässigkeit.

2. DJZ. 16 1084 (KG.). Das von dem Regierungspräsidenten in Oppeln auf Grund des § 1 der BO., betr. den Ausschank und Verkauf von Branntwein oder Spiritus, v. 26. März 1915 (RGBl. 183) erlassene Verbot versteht unter Verkauf die Verabfolgung oder Lieferung von Branntwein im Reg.-Bez. Oppeln auf Grund eines Kaufvertrages. Es will verhindern, daß die dort sich aufhaltenden Personen in dem genannten Bezirk, abgesehen von einigen Ausnahmen, Branntwein durch Kauf erlangen. Damit sollen diejenigen Gefahren abgewendet werden, die entstehen könnten, wenn in der jetzigen Kriegszeit die zum großen Teil aus Fabrik- und Bergarbeitern bestehende Bevölkerung des Bezirks in den Besitz von Branntwein gelangt. Der Zweck des Verbots würde vereitelt, wenn die Aushändigung oder Lieferung des Branntweins auf Grund eines außerhalb des Regierungsbezirks Oppeln abgeschlossenen Kaufvertrages an die in diesem Bezirk wohnenden Käufer nicht verboten wären.

(Ges. Nr. 9 als Nr. 5 in Bd. 1, 860.)

10. Familienunterstützung.

a) Gesetz zur Änderung des Gesetzes, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888 (Reichs-Gesetzbl. S. 59). Vom 4. August 1914. (RGBl. 332.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 861, 862.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 1, 862; 2, 363.

Liebrecht, Gesetz, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888 u. 4. August 1914 (3) 1916. — Derselbe, Die BRBO. vom 21. Januar 1916 zum Familienunterstützungsgesetz und die preußischen Ausführungsbestimmungen vom 30. Januar 1916, PrVerwBl. 37 405. — v. Olshausen, Die BRBO. vom 21. Januar 1916 über die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, JW. 16 566. — Pfeiffenberger, Gesetz über die Unterstützung von Familien in den Dienst eingezogener Mannschaften, 1916.

Abschnitt I in Bd. 1, 862; 2, 363.

II. Uneheliche Kinder.

(Unterabschnitt 1 in Bd. 1, 862.)

2. Voraussetzungen des Anspruchs des unehelichen Kindes (zu vgl. Bd. 1, 864; 2, 363).

Preußische Verfügung vom 19. September 1916. (MBl. 225.)

Hervorgetretene Zweifel geben mir Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die nach § 2 Absatz 1c des Familienunterstützungsgesetzes v. 4. August 1914 den unehelichen Kindern zustehende Unterstützung bei nachgewiesener Bedürftigkeit bis zum vollendeten 16. Lebensjahre — dem Zeitpunkt, bis zu dem dem Vater nach § 1708 BGB. die Unterhaltung des Kindes obliegt — zu gewähren ist.

(Abschnitt II bis V in Bd. 1, 862ff.; 2, 363ff.)

VI. Kriegsfürsorge und Armenpflege.

(Erläuterung 1 bis 6 in Bd. 2, 364.)

BAH., Entsch. 50 95, PrVerwBl. 37 743. Gemeinden, welche Reichs- oder Staatsbeihilfe in Anspruch genommen, können Ersatz von dem nach armenrechtlichen Grundsätzen erstattungspflichtigen Armenverband nicht verlangen; hiergegen Markull, PrVerwBl. 37 742ff. Die armenrechtliche Erstattungspflicht wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Unterstützten selbst mit den persönlichen Rechtsfolgen der Armenhilfe verschont bleiben; ihm zustimmend Maier das. 787, gegen ihn Baath das. 786. → Vgl. hierzu PreußMinBsg. v. 23. Juni 1916, MBl. 167. ←

b) Gesetz, betr. Änderung des Gesetzes, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom 28. Februar 1888. (Reichs-Gesetzbl. S. 59.) Vom 30. September 1915. (RGBl. 629.)

Wortlaut in Bd. 2, 365.

Hierzu:

Erlaß des Reichskanzlers (RAJ.) vom 26. Juni 1916. (MBl. 16 157.)

Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 30. September 1915 (RGBl. S. 629) sind die Familien-Unterstützungen grundsätzlich noch drei Monate über den Zeitpunkt hinaus zu gewähren, von dem an den Hinterbliebenen die auf Grund des Gesetzes vom 17. Mai 1907 (RGBl. S. 214) zu zahlenden Hinterbliebenenbezüge zustehen.

Es ist nun in Zweifel gezogen worden, ob in den Fällen, in denen den Hinterbliebenen vermißter Mannschaften gemäß § 34 a. a. O. schon vor deren Todeser-

klärung das gesetzliche Witwen- und Waisengeld oder die Kriegsversorgung bzw. Vorschüsse in deren Höhe gewährt werden, ebenfalls die Zahlung der Familien-Unterstützungen einzustellen ist.

Dies ist zu bejahen. Werden den Angehörigen Verschollener schon vor deren Todeserklärungen Hinterbliebenenbezüge bewilligt, so sind ihnen also die Familien-Unterstützungen in vollem Umfang einschließlich der etwa über die Mindestsätze hinaus gezahlten Beträge nur für den Zeitraum von drei Monaten vom Tage des Bezugs der Hinterbliebenengebührnisse zu belassen, die über drei Monate hinaus etwa gewährten Familien-Unterstützungen aber in vollem Umfang von den Hinterbliebenenbezügen einzubehalten.

Ich darf hiernach die Verständigung der nachgeordneten Behörden ergebenst anheimstellen.

c) Bekanntmachung, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften. Vom 21. Januar 1916.

(RGBl. 55.)*)

Wortlaut in Bd. 2, 366.

Begründung. (D. N. VIII 111.)

Die auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1888 in der Fassung der Gesetze vom 4. August 1914 und 30. September 1915, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, gezahlten Mindestsätze an Familienunterstützungen haben seit September 1915 (siehe Zusammenstellung in der Denkschrift vom 26. November 1915, RTDrucks. Nr. 147 S. 113) eine weitere Erhöhung erfahren. Während in diesem Monat . . . . . 94 117 270,42 M.
an Mindestsätzen auszugeben waren, beliefen sich diese

im Oktober 1915 auf . . . . . 97 179 090,84 „
im November 1915 auf . . . . . 119 960 528,05 „
im Dezember 1915 auf . . . . . 129 006 548,23 „.

Die weitere Steigerung der Beträge ist auf die immer mehr wachsende Zahl der Heerespflichtigen, die Erweiterung des Kreises der unterstützungsberechtigten Personen sowie darauf zurückzuführen, daß infolge der langen Dauer des Krieges und der damit verbundenen Teuerung aller Lebensmittel das Bedürfnis zur Unterstützung bei wohlwollender Prüfung der Anträge in immer weiterem Umfange hat anerkannt werden müssen.

Ein abschließendes Bild über die Leistungen auf dem Gebiete der Kriegsfamilienunterstützung geben die angeführten Beträge selbstverständlich nicht, da sie nur die gewährten Mindestsätze enthalten. Zu den erwähnten Summen treten vielmehr die von den Lieferungsverbänden gegebenen Zuschüsse, über die zahlenmäßige Angaben nicht vorliegen. Daß diese aber sehr erhebliche sind, steht außer Zweifel.

Schon in den ersten Monaten nach Kriegsausbruch ergab sich, daß die Bestimmungen des Familienunterstützungsgesetzes nicht genügend waren, um alle wirtschaftlichen Schädigungen hintanzuhalten, denen zu begegnen das Gesetz bestimmt ist. Insbesondere wurde das Bedürfnis unabweisbar, den Kreis der unterstützungsberechtigten Personen weiter auszudehnen und die Mindestsätze angemessen zu erhöhen. Dies geschah in einer Reihe von Verwaltungsanordnungen, die, dem hervorgetretenen Bedürfnis folgend, von den Bundesregierungen gleichlautend und gleichzeitig erlassen wurden. Bei der großen Zahl der Anordnungen und der dadurch bewirkten Unübersichtlichkeit der geltenden Bestimmungen erschien eine einheitliche Zusammenfassung erforderlich. Es ist daher Grund des § 3 des sogenannten ErmG. die Bek. vom 21. Januar 1916 erlassen. Durch diese ist auch eine gesetzliche Grundlage für die Verpflich-

*) Geändert durch die im Nachtrag mitgeteilte Bek. v. 3. Dez. 1916 (RGBl. 1323).

tungen geschaffen, die den Lieferungsverbänden über das ursprüngliche Gesetz hinaus durch die Verwaltungsanordnungen auferlegt sind.

Die Verordnung des Bundesrats erweitert nochmals den Kreis der unterstützungsberechtigten Personen und setzt die monatlichen Mindestbeträge auf 15 M. für die Ehefrau und auf 7,50 M. für die sonstigen Berechtigten fest. Sie gibt ferner bestimmte Anhaltpunkte für die Beurteilung der Bedürftigkeit und schafft für die Aufsichtsbehörden das Recht zum Erlaß von Anweisungen an die Lieferungsverbände, sowie zur Anordnung der Zahlung von Familienunterstützungen. Sie trifft endlich Bestimmung über die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Lieferungsverbänden.

§ 1.

1. Liebrecht, PrVerwBl. 37 405, Kom. 21. Die Vo. unterläßt es, ausdrücklich zu bestimmen, daß die Familien der Kapitulanten nicht unterstützungsberechtigt sind, weil sie als Verordnung mit Gesetzeskraft Rechtssätze ausspricht und sich dies als Folgerung bereits aus den Worten „in Erfüllung ihrer gesetzlichen aktiven Dienstpflicht" von selbst ergibt; denn die gesetzliche Dienstpflicht beträgt im Frieden nur 2 bzw. 3 Jahre. Ebenso bedurfte es keiner ausdrücklichen Bestimmung, daß zwar Armierungssoldaten Unterstützungsansprüche ihrer Verwandten auslösen, nicht aber die Familien der Armierungsarbeiter unterstützungsbrechtigt sind, da sich auch dies aus bestehendem Recht, nämlich aus § 2 des Kriegsleistungsgesetzes, ergibt, soweit Armierungsarbeiter von der Militärbehörde requiriert worden sind, oder aus den allgemeinen Vorschriften über den Dienstvertrag nach bürgerlichem Recht, soweit sie durch freien Vertrag angenommen wurden. Zustimmend hinsichtlich der Kapitulanten PrVerwBl. 37 792 (BAH.).

2. Liebrecht, PrVerwBl. 37 405, Kom. 22. Sämtliche Freiwilligen auf Kriegsdauer sind in den Kreis der Mannschaften einbezogen, so daß auch hier die noch nicht dem Landsturm angehörigen, also noch nicht Siebzehnjährigen, ihren Verwandten einen Unterstützungsanspruch verschaffen können. Natürlich kommen nur Eltern oder Geschwister, welche von ihnen unterstützt worden waren, oder deren Unterhaltungsbedürfnis erst nach ihrem Eintritt in das Heer hervorgetreten ist, in Frage.

3. Jung, PrVerwBl. 37 454. Durch diese Vorschrift wird für die Ehefrauen dieser Personen ein Anspruch auf Kriegswochenhilfe, vielleicht mit rückwirkender Kraft auf den 23. April 1915, dem Erlaß der letzten der drei Kriegswochenhilfe-Verordnungen, nicht begründet.

4. v. Olshausen, JW. 16 566. Die Bedürftigkeit, die durch die seitens der Lieferungsverbände zu gewährenden Leistungen beseitigt werden soll, ist nicht die armenrechtliche Hilfsbedürftigkeit, sondern diejenige Bedürftigkeit, die durch den Krieg und die Einberufung des Ernährers verursacht worden ist. Wann eine solche Bedürftigkeit anzunehmen ist, mußte der pflichtgemäßen Entscheidung der Lieferungsverbände im einzelnen Falle überlassen werden; die BRBO. konnte nur gewisse objektive Merkmale für diese Bedürftigkeit festlegen.

Hat der in den Dienst Eingetretene mit seiner Familie am Einkommen keinen Ausfall erlitten, so wird im allgemeinen keine Unterstützung gewährt. Es trifft dies insbesondere für Beamte oder Privatangestellte zu, soweit sie ihre Gehälter trotz ihres Eintritts in das Heer in gleicher Weise fortbeziehen. Wenn auch mit der starken Teuerung aller Lebensmittel zu rechnen ist, so darf doch andererseits nicht übersehen werden, daß die Ernährung des Mannes nach erfolgtem Diensteintritt aus den Einkünften der Familie nicht mehr mitzubestreiten ist.

§ 2.

Liebrecht, PrVerwBl. 37 406, Kom. 34. Leitet ein Pflegekind seinen Unterstützungsanspruch bereits von einem natürlichen Verwandten her, so würde, wenn sein Pflegevater einberufen ist, ein Anspruch auf Unterstützung so lange nicht bestehen, als er infolge der Kriegsdienstleistung des Verwandten begründet ist, und würde überhaupt nicht

zur Entstehung gelangen können, wenn es nach dem natürlichen Vater, der gefallen ist, die Waisenrente bezieht (vgl. § 10 Abs. 5 Satz 2 FamUG. und Gesetz v. 30. September 1915). Auch ein Anspruch des Pflegekindes auf Grund der VO nach einem leiblichen Verwandten läßt ebenfalls einen Anspruch nach dem eingezogenen Pflegevater ruhen, beispielsweise, wenn es als elternloses Enkelkind von seinem einberufenen Großvater die Unterstützung herzuleiten vermag. Nach der Satzstellung des § 2 bezieht sich die Bestimmung über das Ruhen des Anspruchs nur auf Pflegeeltern und Pflegekinder. Damit ist selbstverständlich nicht der gleiche Grundsatz für die Verwandten ausgeschaltet. Ihn ausdrücklich in der Verordnung auszusprechen, erübrigte sinngemäße Auslegung des Gesetzes. Natürlich hat ein Kind als elternloser Enkel keinen Unterstützungsanspruch, wenn außer dem Großvater der Bruder einberufen ist, der es unterhalten hat, da insoweit der Anspruch bereits nach dem Gesetz selbst bestand.

§ 3.

1. Liebrecht, PrVerwBl. 37 406. Als Unterstützungsberechtigte werden, soweit der Ehemann eingezogen ist, nicht nur die Ehefrau und die Kinder unter 15 Jahren zu betrachten sein — weil etwa die Kinder über 15 Jahre sich bereits aus ihrem Arbeitsverdienst selbst erhalten — sondern der ganze in einem Haushalt lebende Familienkreis erscheint gemeint, weil nach den gewöhnlichen Lebensverhältnissen aus dem Einkommen aller in ihm Vereinten die Kosten des Haushalts getragen werden und die Trennung des Einkommens der im konkreten Falle Unterstützungsberechtigten von demjenigen der anderen Familienmitglieder meist ein falsches Bild von der wirtschaftlichen Lage der Familie geben würde. Auf die Steuerveranlagung des Haushaltungsvorstandes wird es aber auch dann ankommen, wenn er selbst nicht der Eingezogene ist, beispielsweise also Eltern den Unterstützungsanspruch von ihrem im Haushalt mitlebenden Sohn oder Schwiegereltern von der Einberufung des Schwiegersohnes herleiten. Im letzteren Falle die Steuerveranlagung des in den Dienst Eingetretenen und seiner Familie maßgebend sein zu lassen, während die Schwiegereltern einen getrennten Haushalt führen, wäre widersinnig. Das Jahreseinkommen aus anderen Erkenntnisquellen als aus der Steuerveranlagung festzustellen, wird wie bisher Aufgabe der vorprüfenden Organe der Unterstützungskommissionen bzw. der von der Kommission gemäß § 6 des Gesetzes heranzuziehenden Gemeindebehörde sein.

2. Jung, PrVerwBl. 37 453. Der Lieferungsverband hat in den Fällen selbständiger Feststellung nach denselben Grundsätzen zu verfahren wie sie bei der Steuerveranlagung für die Steuerbehörden durch die bundesstaatlichen Steuergesetze vorgeschrieben sind. So muß ein preußischer Lieferungsverband bei Feststellung des versteuerbaren Reineinkommens die einschlägigen Bestimmungen des EinkStG. i. F. v. 19. Juni 1906 und dabei insbesondere die im § 8 dieses Ges. gestatteten Abzüge beachten. Hat beispielsweise eine Kriegerfrau bei vermindertem Geschäftsbetrieb jährlich 1200 M. Lebensversicherungsprämie zu zahlen, so sind hiervon gemäß § 8, II Ziff. 4 des EinkStG. 600 M. bei der Berechnung des Reineinkommens in Abzug zu bringen. Dabei müssen aber andererseits Gründe, welche unter Umständen, z. B. bei zahlreicher Familie, Verpflichtung zum Unterhalte mittelloser Angehörigen, andauernder Krankheit oder besonderen Unglücksfällen eine Ermäßigung der Steuersätze bewirken (vgl. §§ 19, 20 des preußischen EinkStG.), bei der Feststellung des Jahreseinkommens ausscheiden, da sie eben nur die Bestimmung des Steuersatzes, nicht aber das Jahreseinkommen selbst berühren. A. M. ist anscheinend Liebrecht, PrVerwBl. 37 406, wenn er annimmt, daß „in der in der Steuerveranlagung genannten Summe die Abzüge bereits berücksichtigt seien, welche der Haushaltungsvorstand gemäß §§ 19, 20 des EinkStG. zu machen berechtigt ist". Er übersieht hierbei, daß diese Abzüge nicht das Reineinkommen selbst, sondern nur den auf Grund desselben ermittelten Steuersatz erfassen, auf den es nach dem Wortlaut der Novelle aber nicht ankommt.

3. Liebrecht, PrVerwBl. 37 406. Bei verringertem Fortbezug des Gehalts wird zwar auf den Betrag, der für den Einberufenen selbst im Haushalt aufzuwenden wäre, Rücksicht zu nehmen sein. Doch hat man für den verbleibenden Teil der Familie die wesent-

lich gesteigerten Kosten der Lebenshaltung zu berücksichtigen und danach die Grenze für die Beurteilung der Bedürftigkeit zu ziehen. Die preußischen Ausführungsbestimmungen v. 30. Januar 1916 führen als die Annahme der Bedürftigkeit entkräftende Tatsachen u. a. das Vorhandensein erheblichen Vermögens, die geringe Zahl der Familienmitglieder, das Vorhandensein unterstützungspflichtiger und -fähiger Verwandter an. Mit dem letzten Beispiel verlassen sie jedoch einen Grundsatz, der bisher in der Unterstützungspraxis recht erheblich betont wurde (vgl. MinistErl. v. 3. Februar 1915), daß nämlich die Ablehnung einer Unterstützung unter Hinweis auf die Unterhaltspflicht einer anderen nach Bürgerlichem Recht in Betracht kommenden zur Erfüllung dieser Pflicht aber nicht bereiten Person nicht gerechtfertigt erscheint. Man wird aber auch jetzt nicht etwa, wie in der armenrechtlichen Praxis, von den Kriegerangehörigen verlangen können, daß sie unterhaltspflichtige Verwandte verklagen, sondern nach Lage des Falles zu beurteilen haben, ob der zum Unterhalt Verpflichtete sich ohne rechtlichen Zwang nur unter Hinweis auf seine moralische, neben der gesetzlichen bestehende Verpflichtung zur Gewährung des Unterhalts bereit finden würde.

§ 5.

Liebrecht, PrVerwBl. 37 407, Kom. 47. Der MinErl. v. 9. September 1915 hatte hinsichtlich der von einer Gemeinde nach auswärts in Pflege gegebenen Kinder die gleiche Bestimmung. Trotzdem die VO. nun zwar nicht ausdrücklich von einer Inpflegegabe seitens einer Gemeinde spricht, so wird man nicht fehlgehen, die Bestimmung für die Fälle auszuschließen, in denen die Unterbringung von seiten der Familienmitglieder selbst und nicht im Wege der Armenpflege erfolgte. Es soll jedoch, wie die Ausführungsbestimmungen betonen, nur eine Härte beseitigt werden, welche sich infolge der Auslegung, daß es eine armenrechtliche Anstaltspflege für Kriegerangehörige während des Krieges nicht gibt, ergeben mußte, indem an Stelle des zahlungspflichtigen Armenverbandes der Lieferungsverband des Ortes, in dem die Anstalt liegt, hätte treten müssen. Dergleichen Billigkeitserwägungen entfallen, wenn etwa Kinder von ihren Angehörigen zu Verwandten ohne oder gegen Pflegegeld gegeben waren und der Gemeinde des Unterbringungsortes bislang nicht zur Last fielen. Sie sind nicht als Arme in ihren Bezirk gekommen, und wofern der Aufenthalt nicht nur vorübergehend sein sollte, ist die Berechtigung, einen Unterschied zwischen ihnen und allen anderen an ihrem gewöhnlichen Aufenthaltsort bedürftig werdenden Personen zu machen, nicht einzusehen. Der Lieferungsverband des Verzugsortes ist somit nur zuständig, wenn die Kinder gegen Pflegegeld von der Armenverwaltung untergebracht waren oder nach ihrer Unterbringung trotz inzwischen eingetretener Hilfsbedürftigkeit von dem Armenverband anderwärts belassen wurden.

§ 6.

1. Meyer, PrVerwBl. 37 454. Zweifel entstehen, wenn ein berechtigter dringender Grund zum Aufenthaltswechsel nicht vorliegt und die bisherige Unterstützung auch nicht einmal im armenrechtlichen Sinne „ausreicht". Tritt die Ortsbehörde des neuen Aufenthalts ein, so lehnt der auswärtige Lieferungsverband Erstattung ab unter Hinweis auf § 6, der auswärtige Armenverband mit Rücksicht auf den Grundsatz, daß bei Angehörigen von Kriegsteilnehmern Armenfürsorge nicht geübt werden dürfe. M. empfiehlt eine Verwaltungsanordnung des Inhalts, daß auch bei unberechtigtem Aufenthaltswechsel der Lieferungsverband des früheren Aufenthaltsorts wenigstens den Notbedarf leisten müsse und findet die gesetzliche Grundlage hierfür in §§ 4, 8.

2. Liebrecht, Kom. 52. Der eigentlich verpflichtete Lieferungsverband ist zivilrechtlich gemäß § 679 BGB. zur Rückerstattung verpflichtet.

3. Liebrecht, Kom. 51. Ist der Unterstützungsberechtigte nicht imstande, am Zuzugsorte die Miete zu bezahlen, so kann sich der verpflichtete Lieferungsverband nicht darauf berufen, daß Mietunterstützungen den Hausbesitzern in seinem Gebiet zugute kommen sollen. Da aber nur entsprechende Mietbeihilfe zu zahlen ist, ist sie naturgemäß nach den Verhältnissen am Zuzugsort zu bemessen.

§ 9.

1. Jung, PrVerwBl. 37 454. Bei Anwendung des § 9 muß der § 3, wenn auch in wohlwollendster Auslegung, sinngemäße Anwendung finden, wonach die Bedürftigkeit zu prüfen ist.

2. Sasse, PrVerwBl. 37 458. Nur dann soll die Familienunterstützung neben der Rente weitergezahlt werden, wenn beim Beginn des Anspruchs auf Rente tatsächlich noch Familienunterstützung gezahlt wird. Daraus kann das Recht der Gemeinde hergeleitet werden, in allen Fällen die Weiterzahlung der Familienunterstützung für 3 Monate nach Beginn der Rentenzahlung zu versagen, in denen bereits vor der endgültigen Entlassung aus dem Heeresdienst eine Entlassung zu Arbeitsleistungen erfolgt ist, und zwar auch in den Fällen, in denen tatsächlich aus Mitteln der örtlichen Kriegswohlfahrtspflege geholfen worden ist, für welche Hilfe eine Verpflichtung nicht bestand. Aber auch darüber hinaus dürfte bei der vorgeschriebenen „Fortgewährung der Familienunterstützung auf die Dauer von 3 Monaten" immer geprüft werden müssen, ob die Voraussetzung, also Bedürftigkeit, wie sie in § 3 der Verordnung näher geregelt ist, noch vorliegt.

§ 11.

Liebrecht a. a. O. 408. Der preußische Erlaß v. 9. September 1915 bezeichnet nicht den Tag seines Inkrafttretens, so daß an sich § 5 BO. in Preußen am 1. Oktober 1915 als inkraftgetreten gelten müßte. Immerhin verordnet der Erlaß seine Anwendbarkeit auf die Fälle, in denen die Unterbringung bereits vor dem Kriege erfolgt war. Daraus kann auch ohne nähere Bestimmung seine Wirksamkeit bis auf den 2. August 1914 zurückbezogen werden, und man braucht nicht anzunehmen, daß für ein und denselben Unterstützungsfall die Zuständigkeit des Lieferungsverbandes eine Änderung erfahren hat, wenn der Unterstützungsberechtigte vor dem 1. Oktober 1915 in Anstalt- oder Familienpflege gebracht war. In anderen Bundesstaaten aber, in welchen § 5 erst während des Krieges in Kraft getreten ist, wird man, um einen Wechsel der Zuständigkeit zu vermeiden, für die Anwendung der Bundesratsverordnung entscheiden lassen müssen, ob die Unterbringung vor oder nach dem Tage des Inkrafttretens erfolgt ist, und für den ersteren Fall die bisherige Auslegung des Gesetzes (§ 4), im letzteren Fall den § 5 BO gelten lassen. Auch bei Anwendung des § 4 des Gesetzes wird es jedoch immerhin darauf ankommen, ob der Aufenthalt in der Anstalt nur ein vorübergehender oder, der Veranlassung der Unterbringung entsprechend, ein solcher von unbestimmter Dauer sein sollte.

Hierzu:

Preußische Ausführungsverfügung vom 30. Januar 1916 zur Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften.

(MBl. 38.)

Im Anschluß an den Runderlaß vom 13. Januar 1916 übersende ich den beifolgenden Abdruck der nunmehr erlassenen Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, zur gefälligen Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung. Die gegen den mitgeteilten Entwurf in einigen Punkten abgeänderte Verordnung ist in der Nr. 14 — S. 55/58 — des RGBl. veröffentlicht worden.

Neben einer einheitlichen Zusammenfassung der sämtlichen bisher ergangenen Verwaltungsanordnungen und der Herausgabe erweiternder Bestimmungen, die sich bei der praktischen Anwendung des Familienunterstützungsgesetzes vom 28. Februar 1888/4. August 1914 als notwendig herausgestellt haben, ist einer der Hauptgesichtspunkte für den Erlaß der Verordnung gewesen, Anordnungen zu treffen, die geeignet und ausreichend erscheinen, den immer wieder erhobenen, zum Teil nicht unberechtigten Beschwerden über eine unzulängliche Versorgung der Krieger-

familien den Boden zu entziehen. Daß dieses Ziel nunmehr auch erreicht wird und daß dies geschieht, ist im allgemeinen und militärischen Interesse eine Notwendigkeit — wird im wesentlichen von der Handhabung der Bestimmungen durch die Lieferungsverbände abhängen. Denn trotz der Festlegung gewisser objektiver Merkmale ist bei Prüfung der Bedürftigkeit den Lieferungsverbänden noch ein weiter Spielraum gelassen. An ihnen, vor allen ihren verantwortlichen Leitern, wird es daher liegen, die gegebenen Bestimmungen so anzuwenden, daß den Familien der Kriegsteilnehmer die ihnen zustehende Unterstützung zuteil wird.

Sind auch unberechtigte Anträge unbedingt abzulehnen, so darf doch andererseits nicht mit Engherzigkeit bei Prüfung der Unterstützungsanträge verfahren werden. Wie schon früher wiederholt betont worden ist und es im großen ganzen auch bereits in anerkennenswerter Weise geschieht, ist den Anträgen gegenüber Wohlwollen an den Tag zu legen, zumal bei der langen Dauer des Krieges und der Teuerung aller Lebensmittel früher mit Recht abgelehnte Anräge jetzt für begründet zu erachten sein werden.

Zu den einzelnen Bestimmungen der Bundesratsverordnung wird folgendes bemerkt:

Zu § 1c. Voraussetzung für die Gewährung der Unterstützung ist, daß die Reichsangehörigen an der Rückkehr infolge feindlicher Maßnahmen verhindert sind. Bei der Schwierigkeit dieser Feststellung ist die Bestimmung in weitgehendem Sinne auszulegen.

Zu § 3. Die Bedürftigkeit soll nach Absatz 1 zunächst allgemein als vorhanden angenommen und der Mindestsatz gewährt werden, wenn das Einkommen des in den Dienst Eingetretenen und seiner Familie nach der letzten Steuerveranlagung unter einer gewissen Grenze geblieben ist. Die Einkommensgrenzen sind je nach den Tarifklassen, in welche die einzelnen Orte eingereiht sind, verschieden festgesetzt, und zwar

in Orten der Tarifklasse E auf	. . . . .	1000 M.
„ „ „ Tarifklassen C und D auf	. . . . .	1200 „
„ „ „ „ A „ B „	. . . . .	1500 „

Die Tarifklassen der Orte ergeben sich aus der dem Besoldungsgesetze vom 15 Juli 1909 (RGBl. S. 573) beigefügten Beilage VI. In der Ortsklasseneinteilung seit Erlaß dieses Gesetzes vorgenommene Änderungen sind zu berücksichtigen.

Maßgebend für die Anwendung der Bestimmung im einzelnen Falle ist der Ort, an dem sich der Unterstüungsberechtigte jeweilig aufhält (siehe auch § 6 Abs. 2 der Verordnung.)

Trotzdem können Familien, die ein höheres Einkommen haben, als in den Mindestsätzen festgelegt ist, als bedürftig angesehen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen. Als solche werden z. B. in Frage kommen: Vorhandensein einer teuren, nicht gleich abgebbaren Wohnung, Krankheit in der Familie, größere Zahl von Kindern, Bestehen von Geschäftsschulden, besondere Unkosten bei der Bestellung landwirtschaftlichen Besitzes u. dgl.

In den angegebenen Beträgen von 1000 M., 1200 M. und 1500 M. soll im übrigen nicht etwa ein Existenzminimum festgelegt werden, auf das jede unterstützungsberechtigte Familie gewissermaßen Anspruch hat.

Sollte Absatz 1 des § 3 der Verordnung nun aber die alleinige Grundlage für die Feststellung der Bedürftigkeit bilden, so würde dies zu Ungerechtigkeiten führen, weil darin von der letzten Steuerveranlagung der Familien der Wehrpflichtigen ausgegangen wird, die wohl in den meisten Fällen den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr entspricht, und weil hier keinerlei besondere Verhältnisse (Kinderzahl usw.) berücksichtigt werden.

Es ist daher im Absatz 2 des § 3 bestimmt, daß in den Fällen, in denen die tatsächlichen Einkommensverhältnisse der Unterstützungsberechtigten mit den bei der

Steuerveranlagung angenommenen nicht mehr übereinstimmen oder in denen eine Steuerveranlagung des Wehrpflichtigen einschließlich seiner Familie überhaupt nicht erfolgt ist, das Jahreseinkommen durch den Lieferungsverband selbständig festgestellt und dann dieses Einkommen, bei der Beurteilung der Bedürftigkeit gemäß Absatz 1, zugrunde gelegt werden soll. Dabei ist die Löhnung des Eingezogenen außer Betracht zu lassen.

Hat also z. B. ein in den Dienst Eingetretener 1800 M. versteuert, so daß an sich die Familie nach Absatz 1 des § 3 nicht unterstützungsberechtigt wäre, und wird von dem Lieferungsverbande festgestellt, daß sich das Einkommen der Familie nach dem Diensteintritte des Wehrpflichtigen nur noch auf 1300 M. beläuft, so würde unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des Absatzes 1 in Orten der Tarifklassen A und B die Unterstützung zu gewähren sein, in Orten anderer Tarifklassen dagegen nur, wenn besondere Gründe (siehe den vierten Absatz dieser Ausführungen) vorliegen, die dies gerechtfertigt erscheinen lassen.

Andererseits würde einer Familie, die 1400 M. versteuert hat, also nach Abs. 1 des § 3 in Orten der Tarifklassen A und B unterstützungsberechtigt wäre, die Unterstützung zu versagen sein, wenn durch Annahme lohnender Arbeit seitens der Familienmitglieder oder sonst das Einkommen auf über 1500 M. gestiegen sein sollte, es sei denn auch hier wiederum, daß besondere Gründe die Gewährung der Unterstützung doch rechtfertigen.

Absatz 3 des § 3 faßt einmal die Fälle ins Auge, in denen der in den Dienst Eingetretene mit seiner Familie am Einkommen keinen Ausfall erleidet. Es trifft dies z. B. bei Beamten, Lehrern, Privatangestellten usw. zu, soweit sie ihre Gehälter trotz ihres Eintritts in das Heer in gleicher Weise fortbeziehen. Hier erscheint eine Unterstützung ganz allgemein nicht notwendig, da sich die Einkommensverhältnisse durch den Diensteintritt nicht verschlechtert haben, zumal die Ernährung des Mannes aus den Einkünften der Familie nicht mehr mitzubestreiten ist. Immerhin kann es aber auch hier Fälle geben, in denen die Gewährung der Unterstützung doch angebracht sein wird. Deshalb geben die Worte „in der Regel" dem Lieferungsverbande das Recht, Ausnahmen zu machen und die Unterstützung zuzubilligen, falls das Einkommen nach Lage der Verhältnisse doch nicht als auskömmlich zu erachten ist.

Durch Absatz 3 wird der Lieferungsverband außerdem noch allgemein ermächtigt, Unterstützungsanträge, die an sich gemäß Absatz 1 begründet sein würden, abzulehnen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß eine Unterstützung nicht nötig ist. Diese Bestimmung gibt also den Lieferungsverbänden das Recht, trotz der Bestimmung im Absatz 1 zu individualisieren.

Eine erschöpfende Aufzählung solcher Tatsachen ist nicht möglich. Als solche werden z. B. in Frage kommen: Vorhandensein erheblicheren Vermögens, geringe Zahl der Familienmitglieder (alleinstehende Ehefrauen), das Vorhandensein unterstützungspflichtiger und -fähiger Verwandter usw.

Einige Fälle mögen angeführt werden:

Hat z. B. eine alleinstehende Ehefrau in Orten der Tarifklassen C und D 1150 M. Einkommen, so wird sie auskommen können und die Unterstützung nicht bedürfen, während einer Frau mit 3 Kindern in diesen Orten bei gleichem Einkommen die Unterstützung zuzubilligen sein wird.

Lebt ferner eine Frau bei ihren Eltern oder sonstigen Verwandten oder leben die Eltern eines Eingetretenen bei einem anderen Kinde, so wird die Unterstützung gegenüber einer Frau oder Eltern mit gleichem Einkommen, die allein ihre Wirtschaft führen, versagt werden können. Bei der Prüfung werden auch die Einkommensverhältnisse der Verwandten und ihre dadurch bedingte Unterstützungsfähigkeit wesentlich ins Gewicht zu fallen haben.

Ein Unterschied zwischen Familien mit gleichem Einkommen wird ferner auch dann gemacht werden können, wenn die eine Familie ihr Einkommen lediglich oder

zum größten Teil aus Kapital- oder sonstigem Vermögen hat, die andere Familie aber nur auf Einkommen aus Arbeitsverdienst angewiesen ist.

Sache der Lieferungsverbände wird sein, jeden einzelnen Fall genau zu prüfen. Daß die Anträge nach gewissen gleichmäßigen Grundsätzen beurteilt werden müssen, bedarf keiner weiteren Erwähnung.

Zu § 4. § 4 setzt die jetzt gewährten Mindestsätze endgültig, auch für die Sommermonate, auf 15 M. bzw. 7,50 M. fest und stellt die hier und da angezweifelte Verpflichtung der Lieferungsverbände, über die gesetzlichen Mindestsätze hinaus Zuschüsse zu gewähren, außer Zweifel, sofern die Mindestsätze allein nicht genügen, der Familie den notwendigen Lebensunterhalt zu sichern.

Zu § 5. § 5 bringt eine den Erfordernissen der Billigkeit entsprechende Ausnahme von der allgemeinen Vorschrift des § 4 des Gesetzes, nach der zur Gewährung der Unterstützung der Lieferungsverband verpflichtet ist, in dessen Bezirk der Berechtigte bei Beginn des Unterstützungsbedürfnisses seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte. Es soll damit eine ungerechtfertigte Belastung der Lieferungsverbände, in denen sich Anstalten der gedachten Art befinden, vermieden werden.

Zu § 6. § 6 beugt einer unberechtigten Belastung der Lieferungsverbände bei Aufenthaltswechsel der Unterstützungsberechtigten vor und tritt im Abs. 2 einer unbegründeten Ausnutzung der Bestimmungen des § 3 Abs. 1 seitens der Unterstützungsberechtigten durch Aufenthaltswechsel entgegen.

Im übrigen ist ein nicht aus dringenden Gründen ausgeführter Abzug der Familien von Kriegsteilnehmern vom Lande in die Städte nach Möglichkeit zu verhindern. Ein unmittelbarer Zwang läßt sich zwar nicht ausüben, indessen ist den Familien bei sich bietender Gelegenheit zu raten, von einem Wegzuge nach der Stadt abzusehen. Die Familien werden hierbei darauf aufmerksam zu machen sein, daß sie in der Stadt, sofern berechtigte und dringende Gründe für den Aufenthaltswechsel nicht bestehen, keine höheren Familienunterstützungen erhalten und daß es schwer sei, in der Stadt passende Arbeitsgelegenheit zu finden.

Zu § 7. 1. Den Erlaß allgemeiner Anweisungen behalte ich mir vor.

2. Ein formales Beschwerderecht, welches an Fristen gebunden wäre, bringt auch die neue Verordnung nicht, es verbleibt vielmehr wie bisher bei der Beschwerde im Aufsichtswege. Demgemäß sind die Beschwerden gegen die Entscheidungen der Lieferungsverbände an den Regierungspräsidenten und gegen dessen Entscheidung an den Minister des Innern zu richten.

Der § 7 Abs. 1 ändert das bestehende Recht nur insoweit, als

a) die Aufsichtsbehörden künftighin Anweisungen erlassen können (vgl. indessen Nr. 1 der Bemerkungen zu § 7),

b) die Aufsichtsbehörden in Zukunft auch die Zahlung von Familienunterstützungen in geeigneten Fällen anordnen können,

c) in den Bezirken der Lieferungsverbände, in denen besondere Kommissionen über die Unterstützungsanträge entscheiden, über etwaige Beschwerden die Vertretungen der Lieferungsverbände, d. h. in Landkreisen die Kreisausschüsse und in Stadtkreisen die Magistrate (Oberbürgermeister) zunächst zu befinden haben.

Zu § 9. § 9 bringt die bisherigen Vorschriften mit der durch das Gesetz vom 30. September 1915 geschaffenen Rechtslage in Einklang, indem er die Gleichstellung der Empfänger von Dienstinvalidenrenten und von Hinterbliebenenbezügen in ihrem Anspruch auf Fortgewährung der Familienunterstützung vorschreibt.

Zu § 10. § 10 bildet eine durch die Erweiterung des § 1 des Gesetzes vom 28. Februar 1888/4. August 1914 erforderlich gewordene Ergänzung seines § 11.

Zu § 11. § 11 bestimmt, daß die Vorschriften dieser Verordnung mit dem 1. Januar 1916 in Kraft treten, insoweit sie gegenüber den bisher erlassenen Bestimmungen neue Ansprüche auf Gewährung der Familienunterstützung begründen. Soweit

die Vorschriften dieser Verordnung bereits bestehende Bestimmungen wiedergeben oder ergänzen, sollen sie als mit dem Tage in Kraft getreten gelten, mit dem diese ihnen zugrunde liegenden Bestimmungen wirksam geworden sind.

Schließlich wird noch zur Beseitigung von Zweifeln darauf hingewiesen, daß der Anspruch auf Fortgewährung der Familienunterstützungen nach Maßgabe des Gesetzes vom 30. September 1915 (RGBl. S. 629) nach drei Monaten erlischt, sofern es sich um solche Bewilligungen handelt, die durch das Gesetz vom 27. Juni 1871 (RGBl. S. 275) vorgesehen sind. Maßgebend für diese Auslegung ist die Fassung des § 10 Abs. 5 des Familienunterstützungsgesetzes vom 28. Februar 1888 **vor** dem Inkrafttreten der Novelle vom 30. September 1915, inhalts dessen die Familienunterstützungen nur fortfallen, insoweit Bewilligungen auf Grund des Gesetzes vom 27. Juni 1871 gewährt werden. Wenn in der Novelle die Bezugnahme auf dieses Gesetz durch eine solche auf das Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907 ersetzt worden ist, so bestand nicht die Absicht, hierdurch eine Rechtsänderung herbeizuführen, die gegebenenfalls zu einer Schlechterstellung der Bezugsberechtigten führen könnte.

Demgemäß bringt der Bezug von Kriegswitwen- bzw. Waisengeld für den Empfänger derselben den Anspruch auf Familienunterstützung nach Maßgabe der Novelle vom 30. September 1915 auch dann zum Erlöschen, wenn noch andere Angehörige, deren Heeresdienst an sich einen Unterstützungsanspruch zu begründen vermöchte, im Heere stehen, da das Kriegswitwen- und Waisengeld eine bereits im Gesetze vom 27. Juni 1871 vorgesehene Bewilligung darstellt.

Kriegselterngeld und sonstige Bewilligungen, die das Gesetz vom 27. Juni 1871 nicht kennt, berühren als solche das Recht auf den Fortbezug der Familienunterstützungen nicht. Sie bringen den Anspruch hierauf nur dann zum Erlöschen, wenn sie hoch genug sind, um die Bedürftigkeit zu beheben.

Die Familienunterstützungen sind nur gegenüber denjenigen Bezugsberechtigten einzustellen, die **selbst** Hinterbliebenenbezüge beziehen. An die anderen Angehörigen des Gefallenen (Stiefkinder, Pflegekinder, uneheliche Kinder, Geschwister, Eltern usw.) sind die Unterstützungen bei fortdauernder Bedürftigkeit so lange weiter zu gewähren, bis die Formation, welcher der Verstorbene angehörte, auf den Friedensfuß zurückgeführt oder aufgelöst ist.

d) Bekanntmachung, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften. Vom 3. Dezember 1916. (RGBl. 1323.)

Mitgeteilt im Nachtrag.

e) Bekanntmachung, betr. Einwirkung der Fürsorge für Angehörige von Kriegsteilnehmern auf deren Unterstützungswohnsitz. Vom 13. November 1915. (RGBl. 746.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 368.

1. v. Dassel, Recht 16 248. Die Familienunterstützung kann wegen Vorhandenseins unterhaltspflichtiger Verwandter nicht versagt werden. Soweit landesrechtlich höhere Sätze gewährt werden, steht es jedoch der Landesgesetzgebung frei, sie davon abhängig zu machen, daß zunächst wohlhabende Eltern in Anspruch genommen werden.

2. Jung, PrVerwBl. 37 452. Die Bek. v. 13. November 1915 wirkt nicht nur auf die Unterstützungsfälle, für die die Familienunterstützung erst nach dem 1. Januar 1916 zuständig wird, auch nicht nur auf die Fälle, die nach dem 13. November 1915 zuständig geworden sind, sondern auch auf alle die Fälle, denen durch die Bek. v. 21. Januar 1916 gesetzlich rückwirkende Kraft auf einen früheren, vor dem 13. November liegenden Zeitpunkt gegeben worden ist.

3. Jung, PrVerwBl. 37 453. Für Flüchtlinge ist bereits durch das Unterstützungswohnsitzgesetz Vorsorge getroffen. Nach § 12 dieses Gesetzes beginnt nämlich in den Fällen,

in denen der Aufenthalt unter Umständen begonnen wird, durch welche die Annahme der freien Selbstbestimmung bei der Wahl des Aufenthaltsortes ausgeschlossen wird, der Lauf der einjährigen Frist erst mit dem Tage, an welchem diese Umstände aufgehört haben. Hierher gehört auch der Fall, daß jemand durch Maßregeln der Behörden in der freien Wahl des Aufenthaltsortes tatsächlich behindert war (vgl. auch Wohlers-Krech, Kommentar zum Unterstützungswohnsitzgesetz 1910, S. 25, zu § 12). Daß hierher auch ohne weiteres Kriegsmaßregeln der zuständigen Behörden zu rechnen sind, dürfte wohl unbestritten sein.

VI. Kriegsschädenersatz.

1. Kriegsschäden im Ausland.

Anordnung des Reichskanzlers, betr. das Verfahren vor der Reichsentschädigungskommission. Vom 25. April 1915.

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 96.)

Wortlaut in Bd. 2, 371.

I. Allgemeine Bedeutung.

(Erläuterung 1 bis 7 in Bd. 2, 374f.)

8. LeipzZ. 16 1332 (KG. XXI). Für die der Kommission zur Entscheidung überwiesenen Ansprüche ist der Rechtsweg unzulässig Durch die Anordnung des RK. v. 25. April 1915 sind Ansprüche, wie sie der Kläger erhebt, der REK. zur Entscheidung überwiesen. Allein diese ist kein besonderes Gericht i. S. des § 13 GVG. Es ist damit auch nicht die Zuständigkeit einer Verwaltungsbehörde begründet. Denn die REK. ist nicht eingerichtet auf Grund einer RVorschrift, zu deren Erlaß der RK. ermächtigt war, sondern sie ist auf Grund einer bloßen Anordnung im Verwaltungswege eingesetzt und daher auch nicht, wie es für RVorschriften nach Art. 2 RV. erforderlich wäre, im RGBl. veröffentlicht, sondern nur im RAnz. mitgeteilt worden. Somit ist zu prüfen, ob i. S. des § 13 GVG. eine bürgerl. RStreitigk. vorliegt. Das entscheidet sich nach der Natur der verfolgten Anspruchs (JW. 15 1024[29]). Es kommt darauf an, ob der Anspruch auf einem privatrechtl. Titel oder einer privatrechtl. Grundlage beruht. Denn die Ausübung öffentl. Rechte des Staates kann nicht dadurch dem RWeg zugänglich gemacht werden, daß eine Verletzung behauptet und Schadensersatz gefordert wird (RG. 70 398; 79 429). Der Akt, durch den in das Eigentum der Klägerin eingegriffen worden ist, war ein solcher des Milhoheitsrechtes (Stölzel, Rechtsweg S. 93). Da die Betätigung der obrigkeitl. Gewalt in das Gebiet des öffentl. Rechts gehört, so unterliegt es nicht der Beurteilung der ordentl. Gerichte, ob die Ausübung dieses Hoheitsrechtes statthaft war (RG. 24 36; 79 429). Aber auch der Anspruch auf Vergütung wegen eines solchen Eingriffs in das Privateigentum kann nicht auf einen privatrechtl. Titel gestützt werden. Die Behörde trifft kein Verschulden. Sie handelt in der Kriegsnot und der Schaden, der den Verletzten trifft, unterliegt an sich keiner anderen Beurteilung, als wenn er durch ein Naturereignis hervorgerufen worden wäre (Laband, DJZ 15 441; Staat R. IV, 287). Der Staat kann auch nicht etwa aus dem Gesichtspunkt der Bereicherung in Anspruch genommen werden; denn die durch einen Hoheitsakt hervorgerufene Vermögensverschiebung ist nicht ohne Rechtsgrund bewirkt worden. Der RK. hat nun der Billigkeit insofern Rechnung getragen, als er in der REK. ein besonderes Organ zur Feststellung derartiger Schäden und ihres Ersatzes geschaffen hat. Dabei ist er augenscheinlich davon ausgegangen, daß der ordentliche Rechtsweg für solche Feststellungen nicht zulässig ist (PrKompetKonflGH. v. 14. Juni 1902, DJZ. 02, 584, LG. Thorn v. 19 Juli 1915, OLG. Posen v. 23. Juli 1915, LG. I Berlin v. 4. Nov. 1915, JW. 15 1456ff., 1038, dagegen KG. v. 25. August 1915 das. 1038 und LG. Berlin v. 12. Oktober 1915 das. 1457). Es würde auch zu großen Unzuträglichkeiten und einer dem allgemeinen Interesse widersprechenden übermäßigen Belastung des Fiskus führen, wenn solche Ansprüche nach privatrechtl. Grundsätzen entschädigt werden würden. Ebenso würde es ein wenig befriedigendes

Ergebnis sein, wenn bei Ansprüchen wegen Enteignungen zum Kriegsbedarf im Inlande der Rechtsweg ausgeschlossen wäre, hingegen wegen solcher Maßnahmen in Feindesland die Entscheidung der ordentlichen Gerichte angerufen werden könnte.

II. Besteht ein pfändbarer Rechtsanspruch auf Entschädigung?

1. Bejahend (Erläuterung a bis e in Bd. 2, 375, 376).

f) Heine, LeipzZ. 16 798. Der Auffassung von Katz, daß schon vor Entscheidung der Reichsentschädigungskommission ein Rechtsanspruch auf die Entschädigung besteht, ist beizutreten. Damit steht auch seine Pfändbarkeit fest. Ob der Anspruch öffentlich-rechtlicher Natur und im Rechtsweg verfolgbar ist, ist insofern gleichgültig.

2. Verneinend (Erläuterung a bis d in Bd. 2, 376ff.).

e) Beer, JW. 16 981, 984. In der Anordnung v. 24. April 1915 ist nicht etwa eine ausdrückliche oder stillschweigende Anerkennung irgendeines Entschädigungsanspruches zu erblicken. Zwar spricht die Anordnung von „Ansprüchen", aber die Verwendung dieses im Zivilrecht mit bestimmter Bedeutung gebrauchten Wortes (§ 194 BGB.) ist hier in seinem allgemeinen Sinn erfolgt, nämlich als das zum Zeitwort „ansprechen" gehörige Hauptwort, bedeutet nichts anderes als Begehren, Antrag, Wunsch oder ähnliches, er will nur sagen, daß der Eigentümer durch Anmeldung seines Schadens die öffentlich-rechtliche Voraussetzung für das Offizialverfahren der Kommission schafft. Erst durch den Entschädigungsbeschluß der Kommission kann ein Anspruch zur Entstehung gelangen. Der Beschluß ist ein Verwaltungsakt der vom Reichskanzler eingesetzten Behörde, d. h. ein obrigkeitlicher Ausspruch, der im Einzelfall bestimmt, was Rechtens sein soll und erst mit der „Eröffnung", d. h. mit der Mitteilung an den Beteiligten wirksam wird. Der Beschlagnahmetatbestand hat bis jetzt noch keine gesetzliche Regelung erfahren, aus der ein der Deklaration fähiger objektiv-rechtlicher Ausspruch entstände. Vielmehr ergeht der Entschädigungsbeschluß in Erfüllung, der der Reichsentschädigungskommission lediglich gegenüber dem Reiche obliegenden objektiven Amtspflicht. An bestimmte Voraussetzungen, Feststellung des Eigentümers und seines Schadens, knüpft die Kommission als Willensorgan des Staates den Entschädigungswillen und äußert diesen Willen in Gestalt des Beschlusses. Der Beschluß ist Entschluß! Der Beschluß schafft erst das Rechtsverhältnis. In diesem engsten Sinne ist der Beschluß konstitutiv.

f) Lehmann, Die Kriegsbeschlagnahme, Jena 1916 92. Für eine völkerrechtliche Enteignung aus Gründen militärischer Notwendigkeit durch den Besetzenden fehlt bis heute ein anerkannter Rechtssatz des Völkerrechts oder äußeren Staatsrechts, der einen Entschädigungsanspruch der betroffenen Privatperson gegen den besetzenden Staat begründen würde. Die Haager Konventionen haben bisher nur zur Anerkennung eines Entschädigungsanspruchs des besetzten oder eines neutralen Staates geführt.

g) Lehmann, Die Kriegsbeschlagnahme, Jena 1916 92. Der Satz, daß bei Einziehung von Privateigentum im öffentlichen Interesse eine Entschädigung der betroffenen Privatperson zu erfolgen habe, ist als Postulat aller Kulturrechtsordnungen anzusprechen. Und so ist es durchaus verständlich, daß der deutsche Staat sich dazu entschlossen hat, auch bei einer durch die Kriegsnotwendigkeit bedingten Einziehung von Privateigentum in den von uns besetzten feindlichen Gebieten eine Entschädigungsmöglichkeit vorzusehen.

Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß es sich dabei durchaus um ein freies Entgegenkommen der Reichsregierung handelt, wie schon Beer (in Bd. 2, 376) richtig betont hat.

Die Frage, ob schon vor dem Entschädigungsbeschluß ein Anspruch auf die Entschädigung besteht, ist daher rundweg zu verneinen. Desgl. demgemäß die Frage der Pfändbarkeit des Entschädigungsanspruchs vor dem Beschluß.

h) OLG. Breslau VIII (BreslauAR. 16 62, JW. 16 974) stellt sich durchweg auf den Standpunkt des OLG. Posen (in Bd. 2, 376, 2a).

i) DJZ. 16 740 (LG. Breslau). Das LG. schließt sich unter Aufgabe seiner früheren in 19. T. 377/15 (in Bd. 2, 375, 1d) geäußerten, damals für die Entsch. nicht maßgebend

gewesenen Ansicht dem Standpunkte der Beschwerdeführerin aus den Gründen des Beschl. des OLG. in Posen v. 23. Juli 1915, JMBl. 16 41ff. an: Eine gesetzliche Bestimmung, daß aus einer aus der Staatshoheit des kriegführenden Staates herzuleitenden Kriegshandlung gegenüber dem mittelbar oder unmittelbar hiervon betroffenen Angehörigen des feindlichen Staates für diesen private Rechte gegen den in seine Rechte eingreifenden Staat entstehen können, ist nicht gegeben. Insbes. kann § 75 Einl. ALR. nicht zur Anwendung kommen, da diese Vorschrift nur für das Inland, und zwar für das Gebiet Preußens (RG. 64 186), nicht aber für eine zugunsten des Staates im Auslande vorgenommene Handlung gilt. Ebensowenig entstehen aus Art. 52 des Haager Abk. v. 18. Okt. 1907, das zwar die sofortige oder spätere Leistung einer Vergütung für das in dem besetzten feindlichen Gebiete von den Militärbehörden beschlagnahmte Eigentum vorsieht, für die betroffenen Personen Ansprüche gegen die Militärbehörde des beschlagnahmenden Staates. Nach den Bestimmungen des Abkommens soll nur der eine Staat gegen den anderen aus der Verletzung der dort festgesetzten Normen Rechte herleiten können. Erst wenn die Vereinbarung, was bisher nicht der Fall gewesen ist, die Gestalt eines nationalen Gesetzes angenommen hat, sind daraus für den Staatsbürger Rechte und Pflichten seinem Staate, und zwar auch nur diesem gegenüber entstanden.

(Abschnitt III in Bd. 2, 378.)

IV. Erweiterung der Aufgaben der Reichsentschädigungskommission.

NorddAllgZtg. v. 17. September 1916 Nr. 258, 1. Ausg.

Die Reichsentschädigungskommission hat durch Verordnung des Reichskanzlers vom 25. April 1915 die Aufgabe erhalten, die Eigentümer der während des gegenwärtigen Krieges im feindlichen Auslande im Namen des Reichs beschlagnahmten Güter festzustellen, über die Entschädigungsansprüche der Eigentümer und anderer Berechtigter zu entscheiden und die Zahlung der Entschädigung zu veranlassen.

Als feindliches Ausland im Sinne dieser Aufgabe kommen in Betracht: die von deutschen Truppen besetzten, bzw. unter deutscher Verwaltung stehenden oder ehemals befindlichen Gebietsteile von Nordfrankreich, Belgien und Rußland. Für die sachliche Zuständigkeit scheiden in diesen Gebieten grundsätzlich diejenigen Entschädigungssachen aus, die den Heeresverwaltungen, den Ziviverwaltungsbehörden und Etappeninspektionen zugewiesen sind, insbesondere die zur unmittelbaren Feldversorgung der Truppen erfolgten Beschlagnahmen; doch kann in einzelnen Fällen durch Vereinbarung mit der betreffenden Entschädigungsbehörde auch hierfür die Zuständigkeit der Reichsentschädigungskommission begründet werden.

Die Reichsentschädigungskommission gewährt zurzeit den von der Beschlagnahme Betroffenen in der Regel nur dann eine Entschädigung, wenn sie Angehörige des Deutschen Reiches oder eines verbündeten oder neutralen Staates sind. Angehörige des belgischen Staates erhalten gleichfalls eine Entschädigung, wenn sie im besetzten belgischen Gebiet ihren Wohnsitz haben und beantragen, die Entschädigung in der Form eines gesperrten, nur der Beleihung durch die Société Générale de Belgique zugänglichen Bankguthabens zu gewähren.

Angehörige des russischen Staates können zurzeit bis zu zehn vom Hundert des Wertes in bar erhalten.

In dem unter deutscher Verwaltung stehenden Gebiete Russisch-Polens hat die Aufgabe der Reichsentschädigungskommission neuerdings eine Erweiteruug dahin erfahren, daß bei den dort von der deutschen Heeresverwaltung vorgenommenen freihändigen Ankäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren die Auszahlung der Hälfte des Kaufpreises im Interesse des Gläubigerschutzes der Reichsentschädigungskommission übertragen ist.

Die Reichsentschädigungskommission ist ferner von dem Herrn Reichskanzler zur Sammelstelle für Forderungen bestimmt worden, die deutschen Gläubigern

gegen Schuldner in den besetzten feindlichen Gebieten zustehen, damit diese Forderungen bei der Gewährung von Entschädigungen für Beschlagnahmen und Auszahlung von Kaufgeldern berücksichtigt werden können. Für diese Aufgabe ist bei der Reichsentschädigungskommission eine „Forderungsanmeldestelle" eingerichtet. Zur Vormerkung gelangen hier, der Zuständigkeit der Reichsentschädigungskommission entsprechend, in der Regel nur die fälligen Forderungen gegen solche Schuldner, welche ihren Wohnsitz im besetzten feindlichen Auslande, d. h. im besetzten bzw. deutsch verwalteten Nordfrankreich, Belgien und Rußland haben.

Soweit in diesem Gebiet andere deutsche Behörden Entschädigungen gewähren, sind sie angewiesen, vorher bei der Reichsentschädigungskommission anzufragen, ob Forderungen angemeldet sind.

Ungeeignet zur Anmeldung sind danach regelmäßig diejenigen Forderungen, welche das unter österreichisch-ungarischer Verwaltung stehende Gebiet von Russisch-Polen sowie das Gebiet von Serbien, Montenegro, das nicht besetzte Frankreich und sonstige feindliche oder mit den feindlichen Staaten verbündete Länder (England, Portugal, Japan, Kanada, Italien usw.) betreffen.

Beschleunigung der Anmeldung empfiehlt sich, weil namentlich bei Verwendung des Kaufpreises der jetzt einsetzenden umfangreichen Ankäufe in Russisch-Polen etwaige Forderungen sonst nicht berücksichtigt werden können und auf spätere Berücksichtigung nicht gerechnet werden kann.

Gewähr oder Haftung wird mit der Vormerkung der Anmeldung durch die Reichsentschädigungskommission nicht übernommen. Es handelt sich um eine ohne Verbindlichkeit und unentgeltlich vom Reiche aus Entgegenkommen gebotene Möglichkeit der Schuldeneinziehung. Die Anmeldenden gelten als Beteiligte des etwaigen Entschädigungsverfahrens, haben jedoch ein selbständiges, auf Einleitung des Verfahrens gerichtetes Antragsrecht in der Regel nicht. Regelmäßige Voraussetzung für die Berücksichtigung der Forderung im Entschädigungsverfahren ist, daß der Schuldner, bei dem die Beschlagnahme erfolgt ist, den Entschädigungsantrag bei der Reichsentschädigungskommission stellt. Säumt er damit, so wird der Gläubiger ihn zur Antragstellung zu veranlassen haben.

Bei den von der deutschen Heeresverwaltung in Russisch-Polen getätigten Ankäufen von Web- und Strickwaren erfolgt dagegen die Berücksichtigung vorgemerkter Forderungen ohne weiteres von Amts wegen.

Die Befriedigung der Gläubiger ist in den Fällen, in denen schon jetzt Auszahlung in Frage kommt, regelmäßig nur mit Einwilligung des Schuldners möglich, sofern nicht ein die Forderung betreffendes rechtskräftiges vollstreckbares Urteil vorgelegt werden kann. Bei mangelnder Einwilligung erfolgt Hinterlegung des streitigen Betrages. Bei unzureichender Masse werden mehrere Gläubiger in der Regel verhältnismäßig berücksichtigt.

Da ein Rechtsanspruch auf Entschädigung bzw. Befriedigung weder für den Schuldner noch für den Gläubiger besteht, sind der Reichsentschädigungskommission als angeblichem Drittschuldner zugestellte Arreste und Pfändungen rechtsunwirksam und deshalb zwecklos.

Über das bei Forderungsanmeldungen zu beobachtende Verfahren verhalten sich im einzelnen die von der Reichsentschädigungskommission herausgegebenen Merkblätter I und II. Beide Merkblätter und die darin vorgesehenen Anmeldungsmuster und Vordrucke sind bei der Forderungsanmelde-Registratur der Reichsentschädigungskommission erhältlich. Merkblatt I enthält neben allgemeinen Bestimmungen über Forderungsanmeldungen die Vorschriften über die Ausfüllung des Vordrucks 12a, betreffend Anmeldung von Buch- und Warenforderungen, Merkblatt II die Anweisung zur Ausfüllung des Musters 2a (rote Karte) und der Vordrucke 12b (gelb) und 12c (weiß), betreffend Anmeldung von Wechselforderungen.

Für den Vordruck 12a sind 0,10 M., für Muster 2a und Vordruck 12b und c 0,30 M bar zu entrichten oder porto- und bestellgeldfrei vorher einzusenden.

Eine Rücknahme von einmal verausgabten Vordrucken findet nicht statt.

Zu beachten ist, daß Buch- und Warenforderungen gegen jeden Schuldner einzeln, d. h. unter Verwendung eines besonderen Vordruckstückes, anzumelden sind.

2. Kriegsschäden im Inland.

Literatur.

An erster Stelle ist hervorzuheben die Denkschrift des preuß. Staatsministeriums über die Beseitigung der Kriegsschäden in den vom feindlichen Einfall berührten Landesteilen. Dem Abg.-Hause vorgelegt am 28. Mai 1916, Drucks. Nr. 224 A. — Ferner sind folgende Schriften und Aufsätze zu erwähnen: Beyer, Die Vorentschädigung bei Anwaltskriegsschäden in Ostpreußen, JW. 16 1103. (Können infolge Aktenverlusts Gebührenansprüche nicht geltend gemacht werden, so ist auch dieser Ausfall auf Grund einer Wahrscheinlichkeitsberechnung zu ersetzen. (Vorschläge für die Schadensermittlung.)) — Heilfron, Die Behandlung der Kriegsschäden im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn, JW. 16 730. — v. d. Trenck, Die Grundsätze des Vorentschädigungsrechts für Ost- und Westpreußen, JW. 16 714. — Weck, Kriegsschäden und Kriegsschadenersatz, Charlottenburg 1916. (Dort sind auch die für Elsaß-Lothringen maßgebenden Vorschriften v. 19. März und 1. Mai 1915, ZentrBez.Amtsbl. 77, 138 abgedruckt.) ⇄ Zu vergl. auch S. 699. ←

(Preußische Erlasse und Verfügungen a bis c in Bd 2, 378ff.; zu e inzwischen vom Landtag genehmigt, GS. 10.)

f) Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete. Vom 3. Juli 1916. (RGBl. 675.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Die durch den gegenwärtigen Krieg innerhalb des Reichsgebiets verursachten Beschädigungen an beweglichem und unbeweglichem Eigentum (§ 35 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 — RGBl. S. 129 —) werden nach den Vorschriften dieses Gesetzes festgestellt.

Dies gilt für Beschädigungen, deren Ersatz auf Grund der sonstigen Bestimmungen des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873, des Gesetzes, betreffend die Beschränkungen des Grundeigentums in der Umgebung der Festungen, vom 21. Dezember 1871 (RGBl. S. 459) oder der Verordnung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom $\frac{\text{24. Juni 1915 (RGBl. S. 357)}}{\text{25. November 1915 (RGBl. S. 778)}}$ beansprucht werden kann.

§ 2. Als durch den Krieg verursacht gelten Beschädigungen, die unmittelbar hervorgerufen sind:

1. durch die kriegerischen Unternehmungen deutscher, verbündeter oder feindlicher Streitkräfte;
2. durch Brand oder sonstige Zerstörung, Diebstahl oder Plünderung in den vom Feinde besetzten oder unmittelbar bedrohten Gebieten während der Dauer der Besetzung oder Bedrohung, es sei denn, daß nachgewiesen wird, daß ein Zusammenhang der Entstehung und des Umfanges des Schadens mit dem Kriege nicht vorliegt;
3. durch die Flucht, Abschiebung oder Verschleppung der Bevölkerung oder die Wegschaffung ihrer Habe aus den vom Feinde besetzten oder unmittelbar bedrohten Gebieten.

§ 3. Wenn die Sache zerstört oder abhanden gekommen ist, wird der volle Wert, wenn die Sache beschädigt ist, die Wertminderung festgestellt. Maßgebend

ist der Wert, den die Sache vor dem Kriege hatte. War nachweislich vor dem schädigenden Ereignis infolge Veränderung des Zustandes der Sache eine Veränderung ihres Wertes eingetreten, so ist der veränderte Wert maßgebend. Bei Erwerbungen, die nach Ausbruch des Krieges nachweislich mit höheren Kosten stattgefunden haben, sind diese in angemessener Höhe in Rechnung zu stellen.

Aus Gründen der Billigkeit kann ein angemessener Zuschlag zu dem Friedenswerte festgesetzt werden. Insbesondere soll dies dann geschehen, wenn die erforderliche Ersatzbeschaffung höhere Kosten verursacht. Das Nähere über die Voraussetzungen und die Grundsätze für die Bemessung der Zuschläge bestimmt der Bundesrat.

Der Verlust von Wechseln und Schecks wird nicht festgestellt, der Verlust von anderen Wertpapieren nur, soweit der Geschädigte nicht im Wege des Aufgebots Ersatz erlangen kann. Die Feststellung beschränkt sich auf die Ermittlung der Art und des Nennwerts der Wertpapiere sowie des Zeitpunkts ihres Verlustes.

Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Geschädigten oder seines Vertreters mitgewirkt, so wird der Schaden nur insoweit festgestellt, als er unabhängig von diesem Verschulden eingetreten wäre.

§ 4. In jedem Falle ist festzustellen, ob und inwieweit dem Geschädigten ein Anspruch auf Ersatzleistung, insbesondere aus einem Versicherungsverhältnis, zusteht, sowie ob und inwieweit er bereits Ersatz erhalten hat. Hierbei bleiben Liebesgaben und sonstige in der Absicht der Schenkung gemachte Zuwendungen außer Betracht.

§ 5. Berechtigt, den Antrag auf Feststellung der Beschädigung zu stellen, ist der Geschädigte sowie jeder dinglich Berechtigte. Als Geschädigter gilt der Eigentümer oder wer sonst die Gefahr des zufälligen Unterganges der vernichteten oder beschädigten Sache trägt.

Wer die Reichsangehörigkeit nicht besitzt, bedarf zu der Stellung des Antrags der Genehmigung des Reichskanzlers.

§ 6. Als Feststellungsbehörden werden Ausschüsse, Oberausschüsse und ein Reichsausschuß gebildet, die aus je sieben Mitgliedern, einschließlich des Vorsitzenden, und der gleichen Zahl von stellvertretenden Mitgliedern bestehen.

Von den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der Feststellungsbehörden muß je eines das Amt eines ordentlichen Richters bekleiden. Den Oberausschüssen und dem Reichsausschusse muß ferner ein Verwaltungsrichter oder ein zweiter ordentlicher Richter angehören. In den Ausschüssen tätige Geschädigte dürfen in eigener Sache nicht mitwirken.

Wer einen Schaden im Sinne dieses Gesetzes erlitten hat, kann nicht Mitglied eines Oberausschusses oder des Reichsausschusses sein.

In den Ausschüssen und Oberausschüssen sollen Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, Handwerk und Arbeiterschaft durch Berufsangehörige oder frühere Berufsangehörige vertreten sein.

Die Mitglieder der Ausschüsse und Oberausschüsse werden von den Landeszentralbehörden oder den von ihnen bestimmten Behörden, die Mitglieder des Reichsausschusses von dem Reichskanzler ernannt.

§ 7. Zur Beschlußfähigkeit der Feststellungsbehörden ist einschließlich des Vorsitzenden oder seines Vertreters die Teilnahme von fünf Mitgliedern erforderlich, unter denen sich mindestens ein richterliches Mitglied befinden muß.

Die Beschlüsse der Feststellungsbehörden werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 8. Bei den Feststellungsbehörden werden Vertreter des Reichsinteresses bestellt, die vom Reichskanzler ernannt werden und dessen Anweisungen nachzukommen haben.

§ 9. Der Vorsitzende der Feststellungsbehörde kann einen Vorbescheid erteilen, gegen den dem Antragsteller und dem Vertreter des Reichsinteresses innerhalb einer

Frist von zwei Wochen seit der Zustellung der Einspruch an die Feststellungsbehörde zusteht.

§ 10. Gegen den Bescheid des Ausschusses steht dem Antragsteller und dem Vertreter des Reichsinteresses die Beschwerde an den Oberausschuß zu.

Die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen seit der Zustellung des Bescheids einzulegen.

Gegen den Beschluß des Oberausschusses steht dem Antragsteller und dem Vertreter des Reichsinteresses innerhalb einer Frist von zwei Wochen seit der Zustellung des Bescheids die weitere Beschwerde an den Reichsausschuß zu.

Die weitere Beschwerde kann nur darauf gestützt werden, daß die angefochtene Entscheidung auf der unrichtigen Anwendung oder auf der Nichtanwendung reichsrechtlicher Vorschriften beruhe, oder daß das Verfahren an wesentlichen Mängeln leide.

§ 11. Das Verfahren vor den Feststellungsbehörden ist kosten- und gebührenfrei.

Die im Verfahren vor den Oberausschüssen und dem Reichsausschuß entstehenden baren Auslagen können dem Antragsteller ganz oder teilweise zur Last gelegt werden, soweit sie durch von ihm gestellte als unbegründet zurückgewiesene Beschwerdeanträge verursacht sind.

Soweit dem Antragsteller durch unbegründete Beschwerden des Vertreters des Reichsinteresses notwendige bare Auslagen erwachsen sind, kann deren Erstattung angeordnet werden.

§ 12. Die bei dem Feststellungsverfahren beteiligten Personen sind zur Geheimhaltung der Verhandlungen sowie der zu ihrer Kenntnis gelangten Verhältnisse des Geschädigten verpflichtet.

Wer der Vorschrift des Abs. 1 unbefugt zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag des Geschädigten ein.

§ 13. Die Feststellung der Beschädigung kann versagt werden, wenn der Antragsteller wegen eines Verbrechens oder Vergehens nach §§ 80 bis 93, 140 bis 143 des Strafgesetzbuchs, §§ 57 bis 61, 69 bis 75, 78, 81 bis 83 des Militärstrafgesetzbuchs, §§ 1, 3, 5, 6 des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 (RGBl. S. 195) oder wegen eines in Beziehung auf ein Feststellungsverfahren nach diesem Gesetze begangenen Verbrechens oder Vergehens nach §§ 154 bis 160, 163, 263, 264, 267 bis 273 des Strafgesetzbuchs rechtskräftig verurteilt worden ist, oder wenn die Einleitung oder Durchführung eines solchen Strafverfahrens aus anderen Gründen als wegen Mangels an Beweis nicht erfolgen kann.

§ 14. Der Bundesrat erläßt die näheren Vorschriften über das Verfahren. Er ist befugt, Vorschriften zur Ausführung des Gesetzes zu erlassen, insbesondere Schätzungsgrundsätze aufzustellen.

Soweit der Bundesrat solche Bestimmungen nicht erläßt, können sie von den Landeszentralbehörden erlassen werden.

§ 15. Durch die Feststellung der Beschädigung wird ein Rechtsanspruch nicht begründet.

§ 16. Vorschüsse und Vorentschädigungen, welche die Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen auf Schäden im Sinne dieses Gesetzes ausgezahlt haben oder künftig auszahlen, werden ihnen im Rahmen der nach diesem Gesetze getroffenen Feststellungen vom Reiche erstattet. Der Zeitpunkt der Erstattung wird durch besonderes Gesetz bestimmt.

Im Bedarfsfalle hat das Reich den Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen zur Ermöglichung notwendiger Auszahlungen Vorschüsse zu leisten.

§ 17. Die Landeszentralbehörden sind befugt, den Ausschüssen und Oberausschüssen weitere Befugnisse, insbesondere die Feststellung von Schäden über die Vorschriften dieses Gesetzes hinaus, zu übertragen.

§ 18. Soweit in einem reichs- oder landesrechtlich geordneten Vorentschädigungsverfahren Kriegsschäden bis zum Betrage von eintausendfünfhundert Mark im Wege der Einigung mit dem Geschädigten festgestellt sind oder werden, behält es hierbei sein Bewenden.

§ 19. Soweit Kriegsschäden der in diesem Gesetze bezeichneten Art vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in einem reichs- oder landesrechtlich geordneten Vorentschädigungsverfahren angemeldet sind, gilt dies als Feststellungsantrag im Sinne des § 5 dieses Gesetzes.

§ 20. Die Feststellung der innerhalb der Hoheitsgrenze des Reichs eingetretenen Schädigungen der Seeschiffahrt unterliegt nicht den Vorschriften dieses Gesetzes.

§ 21. Der Ersatz für die durch den Krieg verursachten Beschädigungen an Leib und Leben wird, unbeschadet bestehender gesetzlicher Vorschriften, durch besonderes Reichsgesetz geregelt.

Zur Sicherung des Beweises für Beschädigungen der im Abs. 1 bezeichneten Art hat das Amtsgericht auf Antrag die Einnahme des Augenscheins und die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen anzuordnen, wenn zu besorgen ist, daß das Beweismittel verloren oder die Benutzung desselben erschwert werde. Zuständig ist das Amtsgericht, bei dem der Beschädigte zur Zeit der Beschädigung seinen allgemeinen Gerichtsstand hatte. Auf die Beweisaufnahme finden die Vorschriften über die Beweisaufnahme in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten entsprechende Anwendung. Das Verfahren ist kosten- und gebührenfrei.

Berechtigt, den Antrag zu stellen, ist der Beschädigte sowie jeder, zu dem der Beschädigte zur Zeit der Beschädigung in einem Verhältnis stand, vermöge dessen er diesem gegenüber unterhaltspflichtig war oder unterhaltspflichtig werden konnte.

§ 22. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1916, § 21 Abs. 2, 3 jedoch mit dem Tage der Verkündung [11. 7.] in Kraft.

Urkundlich usw.

1. Begründung.

Im § 55 des Kriegsleistungsgesetzes vom 13. Juni 1873 — RGBl. 129 — ist die Regelung der Entschädigung für die durch den Krieg verursachten Beschädigungen an beweglichem und unbeweglichem Eigentum durch ein jedesmaliges besonderes Reichsgesetz in Aussicht gestellt.

Da der Inhalt eines solchen Entschädigungsgesetzes wesentlich von der Finanzlage des Reichs nach Beendigung des Krieges abhängig ist, kann es erst nach Kriegsende erlassen werden.

Die durch den Einfall der feindlichen Heere in den Grenzgebieten im Osten und Westen des Reichs verursachten umfangreichen Kriegsschäden und die Zerstörungen und Beschädigungen, welche durch feindliche Flugzeuge innerhalb des Reichs veranlaßt worden sind, haben die Regierungen der Bundesstaaten vor die Notwendigkeit gestellt, Maßnahmen zur Beseitigung der in den betroffenen Gebieten entstandenen Schäden zu treffen. Namentlich mußte Preußen, sobald die Möglichkeit dazu vorlag und ein erneuter Einbruch des Feindes im Osten ausgeschlossen erschien, dazu schreiten, die Wiederherstellung der zum großen Teil vernichteten Provinz Ostpreußen in Angriff zu nehmen, um der Not der Bewohner zu steuern und das an sich äußerst produktive Gebiet für die Versorgung des Landes wieder nutzbar zu machen.

Ostpreußen war in diesem Kriege zweimal durch den Einfall des Feindes heimgesucht worden. Der erste Russeneinfall begann am 24. Aug. 14 und endete durch die siegreichen Schlachten bei Tannenberg und an den Masurischen Seen Mitte Sept. 14; er war von verhältnismäßig kurzer Dauer. Der zweite Russeneinfall dauerte über den Winter und wurde erst durch die sogenannte Winterschlacht in Masuren im Febr. 15 beendet. Namentlich während dieses Einfalls der Russen war die Provinz Ostpreußen

das Opfer schrecklicher Verheerungen und Zerstörungen an beweglichem und unbeweglichem Gute. Besonders die im östlichen und südlichen Teile der Provinz befindlichen Ortschaften wurden durch systematische, von Haus zu Haus bewerkstelligte Brandlegung in einen Trümmerhaufen verwandelt, die Einwohner in großer Zahl nach Rußland weggeschleppt und viel kostbares bewegliches Eigentum, insbesondere fast alle landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen, vernichtet oder aus der Provinz weggeführt. Durch die beiden Russeneinfälle wurden zerstört: 24 Städte, 600 Dörfer, ungefähr 300 Güter und 34000 Gebäude; rund 100000 Wohnungen wurden gänzlich und ebenso viele teilweise ausgeplündert. 22 Kirchen, 25 Pfarrhäuser und 133 Schulgebäude wurden zerstört. Der Verlust an Pferden allein beträgt rund 90000 Stück.

Trotzdem war es der Regierung unter Beihilfe der Landwirtschaftskammer gelungen, erhebliche Mengen von Vieh und Pferden nach den westlichen Gebieten und gesicherten Teilen der Provinz abzutransportieren.

Die staatliche Hilfe für die schwer heimgesuchte Provinz setzte bereits während des ersten Einfalls ein.

Die Maßnahmen der Preußischen Regierung beruhen auf dem Allerhöchsten Erlasse vom 27. Aug. 14, in welchem das Preußische Staatsministerium beauftragt wurde, auf den verschiedenen Gebieten der Fürsorge durchgreifende Maßnahmen zu treffen, und auf dem Allerhöchsten Erlasse vom 24. Sept. 14, der anordnete, daß unverzüglich die zur Feststellung der Kriegsschäden erforderlichen Maßnahmen getroffen und mit Hilfe bereitzustellender Mittel den geschädigten Bewohnern der Provinz einstweilen die Führung ihres Haushalts-, Wirtschafts- und Gewerbebetriebs ermöglicht werden sollte. Zur Beratung der Staatsbehörden bei der Erfüllung dieser Aufgabe wurde die Einsetzung einer Kriegshilfskommission für die Provinz Ostpreußen angeordnet.

Nachdem durch Gesetz vom 10. Nov. 14 (PrGS. 173) im Königreich Preußen für 1914 erhebliche Mittel bereitgestellt waren — es wurden in der Begründung als zunächst für die Linderung von Kriegsschäden erforderlich 400 Millionen Mark bezeichnet —, wurde nach Anhörung der Kriegshilfskommission für Ostpreußen mit Erlaß des Königl. Preuß. Staatsministeriums vom 18. Jan. 15 die in der Anlage abgedruckte[1]) „Anweisung über die vorläufige Ermittlung von Kriegsschäden und die Gewährung einer staatlichen Vorentschädigung in den durch den Krieg unmittelbar bedrohten Landesteilen" erlassen.

Zum Zwecke der Ermittlung des Schadens wurden in jedem Kreise sogenannte Kriegshilfsausschüsse unter dem Vorsitz des Landrats oder Bürgermeisters gebildet, deren Mitglieder vom Kreisausschuß — in Stadtkreisen vom Magistrat — gewählt und vom Regierungspräsidenten bestätigt wurden. Sie schätzten die Schäden ab und äußerten sich gutachtlich zu den Anträgen der Geschädigten auf Vorentschädigung.

Die Feststellung der Vorentschädigung erfolgt bis zum Betrage von 5000 M. durch den Landrat, in Stadtkreisen durch den Oberbürgermeister; höhere Beträge setzt der Regierungspräsident fest. Die Abschätzung aller an Gebäuden entstandener Kriegsschäden wurde der Feuersozietät der Provinz Ostpreußen übertragen, ebenso die Abschätzung der Schäden an beweglichen Sachen (Wohnungseinrichtung, Inventar, Getreidevorräte, Vieh usw.) insoweit, als dieselben bei der Feuersozietät versichert waren.

An Vorentschädigungen sind bis 1. März 16 auf 635677 gestellte Anträge im ganzen 427968640 M. ausgezahlt, davon im Regierungsbezirke Gumbinnen 222784711 M., im Regierungsbezirke Königsberg 82102898 M., im Regierungsbezirk Allenstein 123081031 M.

Die Gesamtschäden werden, soweit bisher ersichtlich, auf 1¼ bis 1½ Milliarde Mark geschätzt.

[1]) Die Anweisung ist in Bd. 2, 360ff. abgedruckt. Von einem nochmaligen Abdruck wird deshalb abgesehen.

Während durch die Vorentschädigung, die auf eine spätere endgültige Entschädigung angerechnet werden soll und daher grundsätzlich hinter dem voraussichtlichen Betrage der letzteren zurückbleiben mußte, den zurückgekehrten Bewohnern Ostpreußens die Mittel zur notwendigen Fortführung des Haushalts-, Wirtschafts- und Gewerbebetriebs vom preußischen Staate aus eigenen Mitteln nach freiem Ermessen zur Verfügung gestellt worden sind, soll nunmehr — was sich bei der nicht vorauszusehenden Länge des Krieges immer mehr als dringendes Bedürfnis erweist — dafür Sorge getragen werden, daß, soweit möglich, die Bevölkerung wieder ein dauerndes und gesundheitlich zweckentsprechendes Unterkommen findet, daß die Wiederbesetzung der Wirtschaften mit Vieh durch Bau von Ställen ermöglicht wird, und daß der wichtigste Teil der Ernte durch Unterbringung in Scheunen geborgen werden kann.

In den Reichslanden konnte die Regierung eine systematische Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens noch nicht in Angriff nehmen, da die durch den Krieg verwüsteten Gegenden teilweise noch vom Feinde besetzt oder bedroht sind. Es entfallen zur Zeit noch auf das vom Feinde besetzte Gebiet Ortschaften mit etwa 65000 Einwohnern, das ist 3,4 v. H., auf die geräumten Gegenden Ortschaften mit etwa 48500 Einwohnern, das ist 2,6 v. H. der Bevölkerung. Die Verwaltung hat sich daher darauf beschränkt, nach Möglichkeit die Kriegsschäden zu ermitteln und in besonderen Fällen Vorentschädigungen zu zahlen, wobei das Verfahren und die Grundsätze für Ostpreußen sinngemäß Anwendung finden.

Die bisher in Elsaß-Lothringen entstandenen Kriegsschäden sind sehr bedeutend, können aber ziffernmäßig noch nicht angegeben werden.

Die durch feindliche Flieger heimgesuchten Bundesstaaten (außer Preußen und Elsaß-Lothringen, besonders Baden und Württemberg) beschränkten sich in ähnlicher Weise wie das Reichsland darauf, durch Ermittlungen den Sachschaden festzustellen und zunächst aus Landesfonds, insbesondere soweit es sich um Fortführung wichtiger Betriebe handelt, Vorentschädigungen in beschränktem Umfang zu gewähren.

Bei der langen Dauer des Krieges reicht das System der Vorentschädigungen nicht mehr aus. Es ist jedenfalls in Ostpreußen dringend notwendig, den Geschädigten endgültig den vollen Betrag desjenigen auszuzahlen, was ihnen als Ersatz des erlittenen Schadens gewährt werden soll.

Dazu muß aber die den Schadensersatz auszahlende Landesregierung die Gewißheit haben, daß die von ihr gewährte Entschädigung bei einem etwaigen späteren Ersatze durch das Reich nach allen Richtungen als zutreffend berechnet anerkannt wird, und daß insbesondere das Maß der Entschädigung und die Art der Ermittlung nicht nachträglich vom Reiche angefochten werden kann; daß vielmehr bei späterer, nur teilweiser Übernahme der Schäden durch das Reich es lediglich einer entsprechenden rechnerischen Aussonderung aus den festgestellten Schadensbeträgen bedarf.

Hierzu würde eine bloße Verständigung der beteiligten Bundesstaaten mit der Reichsverwaltung schon deshalb nicht genügen, weil diese ohne Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften das Reich in der angegebenen Richtung nicht verpflichten kann. Es bedarf vielmehr dazu schon jetzt einer gewissen reichsgesetzlichen Regelung, wenn vermieden werden soll — was völlig untunlich wäre —, daß bei dem späteren Ersatze durch das Reich die gesamte Feststellung der Entschädigung einer materiellen Nachprüfung und gegebenenfalls einer Abänderung unterzogen werden muß. Eine gesetzliche Zusage hinsichtlich der späteren Übernahme der Schäden durch das Reich ist zur Zeit bei der ungeheuren finanziellen Belastung des Reichs durch den gegenwärtigen Krieg und angesichts der Unmöglichkeit, ein auch nur einigermaßen zutreffendes Bild über die Finanzlage nach Beendigung des Krieges zu gewinnen, ausgeschlossen. Eine reichsgesetzliche Regelung wird daher im gegenwärtigen Zeitpunkt zwar noch nicht die einem nach Friedensschluß zu erlassenden Gesetze vorzubehaltende Entschädigung seitens des Reichs und deren Umfang, wohl aber den Kreis der gegebenenfalls vom

Reiche als erstattungsfähig anzuerkennenden Schäden und die Art ihrer Feststellung umfassen können.

Die weiteren Maßnahmen wären einstweilen im landesrechtlichen Wege zu treffen.

Demgemäß ist der vorliegende Entwurf eines Reichsgesetzes aufgestellt worden, der sich zur Ermöglichung der einstweilen im Bereiche der Bundesstaaten etwa geplanten weiteren Maßnahmen darauf beschränkt, die grundlegenden Vorschriften über die materielle Abgrenzung der für eine etwaige Erstattung durch das Reich in Betracht kommenden Schäden, über die zu ihrer Feststellung berufenen Organe, über das bei der Feststellung einzuhaltende Verfahren und die dabei anzuwendenden Schätzungsgrundsätze festzulegen, die Vorschriften über die Erstattung der so festgestellten Schäden aber einem späteren Reichsgesetze vorbehält.

Gemäß der im § 35 des Kriegsleistungsgesetzes hinsichtlich der Kriegsschäden vorgesehenen Abgrenzung und mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Gegenstandes erstreckt sich der Gesetzentwurf nur auf die Sachschäden, und zwar auf die innerhalb des Reichsgebiets verursachten. Die Bestimmungen über Schäden an Leib und Leben sollen besonderer gesetzlicher Regelung vorbehalten bleiben, ebenso die unter besonderen Gesichtspunkten zu beurteilenden Schäden der Seeschiffahrt, die Schäden in den Schutzgebieten und andere etwa noch in Betracht kommende Schadenskategorien. Auch die im § 35 des Kriegsleistungsgesetzes in Aussicht gestellte Entschädigung für Leistungen, durch welche einzelne Bezirke, Gemeinden oder Personen außergewöhnlich belastet werden, muß einem späteren Sondergesetze des Reichs vorbehalten bleiben.

Im einzelnen darf folgendes erläuternd bemerkt werden:

Zu § 1[1]). Der Wortlaut im § 1 Abs. 1 schließt sich an § 35 des Kriegsleistungsgesetzes, soweit er von „Kriegsschäden" handelt, an, nur daß hier nicht die Entschädigung, sondern lediglich die Feststellung der Schäden in Frage kommt. Unter beweglichem und unbeweglichem Eigentum sind, wie im Entschädigungsgesetze vom 14. Juni 1871 — Reichs-Gesetzbl. S. 247 —, nur körperliche Gegenstände zu verstehen. Forderungen und Vermögenseinbußen anderer Art fallen nicht unter dieses Gesetz; bezüglich der Wertpapiere ist im § 3 eine besondere Bestimmung getroffen.

Im Abs. 2 werden diejenigen Schadensfälle, für die bereits in anderweiten reichsgesetzlichen Vorschriften eine Regelung erfolgt ist, von der Unterstellung unter das vorliegende Gesetz ausgenommen.

Zu § 2[2]). Nach dem Gesetze von 1871 sollten als durch den Krieg verursacht gelten nur solche Beschädigungen, die seitens der beiden kriegführenden Heere durch Beschießung oder durch Brandlegung zu militärischen Zwecken herbeigeführt sind. Eine Beschränkung auf diese Tatbestände würde den besonderen Verhältnissen des gegenwärtigen Krieges nicht gerecht werden. Der Kreis der für die Feststellung in Betracht kommenden Schäden wird deshalb im § 2 wesentlich weiter gezogen als im Gesetze von 1871. Darüber hinaus kommen Schäden nicht in Betracht.

Nach § 2 Nr. 1 sollen zunächst als durch den Krieg verursacht gelten Beschädigungen, die unmittelbar hervorgerufen sind durch die kriegerischen Unternehmungen deutscher, verbündeter oder feindlicher Streitkräfte. Als kriegerische Unternehmungen sind dabei alle unmittelbar mit der Kriegführung zusammenhängenden militärischen Maßnahmen zu verstehen. Unter die Vorschrift fallen also auch Schäden, die durch feindliche Flieger verursacht worden sind.

Die Vorschrift im § 2 Nr. 2 erstreckt den Begriff der Kriegsschäden auf Schäden, die durch gewisse unerlaubte oder eigenmächtige Handlungen ohne Rücksicht auf den Urheber, sei es von Angehörigen der Streitkräfte, Marodeuren oder der Bevölkerung unter unmittelbarer Einwirkung kriegerischer Ereignisse, verursacht sind. Es wird jedoch namentlich mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer extensiven Auslegung des Be-

[1]) unverändert.
[2]) unverändert.

griffs der vom Feinde unmittelbar bedrohten Gebiete und auf die lange Dauer des Krieges durch eine ausdrückliche Bestimmung Vorkehr dagegen zu treffen sein, daß nicht Schäden, die allein durch Naturereignisse, wie Blitzstrahl, Hochwasser u. dgl., oder auch durch gemeinen Diebstahl entstehen, als Kriegsschäden behandelt und vergütet werden, ohne daß sie irgend etwas mit dem Kriege zu tun haben. Dem Umstand, daß in jenen Gebieten während der feindlichen Bedrohung auch die Abwehr und die Eindämmung solcher Schäden den Beteiligten erschwert, unter Umständen sogar unmöglich gemacht ist, wird insofern Rechnung getragen, als beim Vorliegen dieser Voraussetzung ein Zusammenhang, zum mindesten des Umfanges des Schadens, mit dem Kriege anzuerkennen sein wird. Nur wo keinerlei Zusammenhang mit dem Kriege besteht, soll der Ersatz als Kriegsschaden entfallen. Eine Beweislast trifft den Geschädigten nicht. Das Fehlen des Zusammenhanges muß vielmehr ihm nachgewiesen werden, soweit es nicht klar zutage liegt.

Nach § 2 Nr. 3 sollen ferner die durch die Flucht, Abschiebung oder Verschleppung der Bevölkerung oder die Wegschaffung ihrer Habe verursachten Sachschäden als Kriegsschäden gelten. Hierunter sollen auch Schäden fallen, die durch unerlaubte oder eigenmächtige Handlungen der Flüchtlinge oder durch das von ihnen mitgenommene Vieh verursacht sind, ferner auch Schäden an Grundstücken und zurückgelassenen Gegenständen, sofern sie auf die mangelnde Aufsicht oder Fürsorge während der Abwesenheit der Bevölkerung zurückzuführen sind.

Die Verminderung des Substanzwerts ländlicher Grundstücke infolge der Verschlechterung des Feldinventars muß als unmittelbarer Sachschaden angesehen werden. Im übrigen werden zahlreiche Zweifel darüber bleiben, welche Schäden im einzelnen unter das vorliegende Gesetz fallen. Den Begriff der Kriegsschäden im Gesetze schärfer zu umgrenzen, erscheint nicht möglich. Dies muß vielmehr der Praxis der Feststellungsbehörden überlassen bleiben, wobei insbesondere der Reichsausschuß für eine einheitliche Handhabung des Gesetzes zu sorgen haben wird; daneben soll auch der Bundesrat die Befugnis besitzen, für die Abgrenzung nähere Grundsätze aufzustellen, insbesondere darüber, was als „kriegerische Unternehmungen" anzusehen ist und welche Gebiete als vom Feinde „unmittelbar bedroht" gelten sollen.

Aufwendungen und Auslagen, die den Bundesstaaten oder Gemeinden durch Abschiebung der Bevölkerung und Unterbringung der Geflüchteten entstanden sind, können in diesem Gesetze, das nur Sachschäden betrifft, keine Berücksichtigung finden.

Zu § 3[1]). Hier wird die Höhe des Schadens bestimmt, die der Feststellung zugrunde gelegt werden soll. Bei Vernichtung der Sache wird der volle Wert, bei Beschädigung die Wertminderung festgestellt.

Die Bestimmung des Gesetzes von 1871, nach der der Wert zu dem Zeitpunkt, in dem das schädigende Ereignis eingetreten ist, maßgebend sein soll, konnte nicht übernommen werden. Damals spielten bei der kurzen Dauer des Krieges die Wertsteigerungen während des Krieges nur eine geringe Rolle; Friedenspreis und Wert zur Zeit der Zerstörung deckten sich in den meisten Fällen. Im gegenwärtigen Kriege ist jedoch die Wertsteigerung für die meisten in Frage kommenden Gegenstände eine erhebliche geworden. Sie muß deshalb innerhalb angemessener Grenzen eine Berücksichtigung finden. Andererseits würden bei Ersatz des Wertes zur Zeit der Beschädigung in vielen Fällen rein rechnerische Wertsteigerungen, die als Wirkungen des Krieges bis zum Eintritt des Kriegsschadens erfolgt sind (Konjunkturgewinne), dem Geschädigten zugute kommen. Dies entspricht weder der Billigkeit noch der Absicht dieses Gesetzes, das Aussicht auf Ersatz unmittelbaren Sachschadens, nicht aber auf Vergütung entgangenen Gewinns eröffnen will. Daher soll grundsätzlich der normale Friedenspreis

[1]) Abs. 2 hatte im Entw. folgende Fassung: Sofern der Wert der Sache zur Zeit des schädigenden Ereignisses den Friedenswert überstieg, oder die notwendige Ersatzbeschaffung höhere Kosten erfordert, kann ein angemessener Zuschlag zu dem Friedenswerte festgesetzt werden. Das Nähere über die Voraussetzungen und die Grundsätze für die Bemessung der Zuschläge bestimmt der Bundesrat.

der Bewertung zugrunde gelegt werden. Billigerweise darf indessen der Nachweis, daß die Sache selbst nach dem Kriegsausbruche Zustandsveränderungen erfahren und damit ihren Wert nach oben oder unten verändert hat, nicht ausgeschlossen werden. Beispiele hierfür bilden ein im Juli 1914 im Bau befindlich gewesenes Haus, das im Jahre 1915 vollendet, dann aber verbrannt worden ist, oder ein früher gesunder, im Laufe des Krieges durch Krankheit geschwächter und hierauf durch plündernde Feinde weggetriebener Viehbestand. Hat ferner ein Geschädigter die beschädigte Sache erst während des Krieges zu einem höheren Anschaffungspreis als dem normalen Friedenspreis erworben, so soll dieser nachweislich höhere Anschaffungspreis, soweit er sich in angemessenen Grenzen gehalten hat, als Schadenswert zugrunde gelegt werden. Dabei muß auch geprüft werden, ob der höhere Wert nicht etwa zwischen Beschaffung und Beschädigung durch Umstände, die nicht mit dem Kriege zusammenhängen, wie z. B. Erkrankung beschafften Viehes, sich wieder vermindert hat. Liebhaberwerte und dergleichen Erwägungen rein persönlicher Natur würden nicht zu berücksichtigen sein.

Die weiter im § 3 Abs. 2 vorgesehene Ausnahme von dem bezeichneten Grundsatz geht davon aus, daß eine den Wert der Sache steigernde oder herabmindernde Veränderung ihres Zustandes nicht eingetreten ist und soll die angemessene Berücksichtigung derjenigen Fälle ermöglichen, in denen die Erstattung nur des Friedenswerts wegen der nach Kriegsausbruch eingetretenen Preisgestaltung keine volle Entschädigung bedeutet, ohne daß andererseits die Berücksichtigung der eingetretenen Wertsteigerung zur Zuwendung eines Konjunkturgewinns führt. Diese Ausnahmebestimmung trägt beispielsweise der Tatsache Rechnung, daß der Ersatz für Hausrat, Inventarien oder Baulichkeiten zu den ehemaligen Friedenspreisen schlechterdings nicht wieder beschafft werden kann. Ferner ist bei der Vorschrift an Ernten und Waren gedacht, deren tatsächlicher Wert schon bald nach Kriegsausbruch die Friedenspreise so erheblich überstieg, daß eine Vergütung nur nach diesen zu einer Zeit, in der die allgemeinen Betriebsunkosten sehr erheblich gewachsen sind, in zahlreichen Fällen die Fortführung der Betriebe in Frage zu stellen vermöchte. Die Berücksichtigung dieser Wertsteigerung, insoweit sie als wirtschaftlich notwendig anerkannt wird, soll durch angemessene Zuschläge zu den Friedenswerten erfolgen. Um die bei der Vielgestaltigkeit der möglichen Entschädigungsfälle gebotene Freiheit der Regelung zu gewährleisten, ist in Aussicht genommen, daß die Voraussetzungen und die Grundsätze für die Bemessung der zu gewährenden Zuschläge durch den Bundesrat bestimmt werden.

Im Abs. 3 ist bezüglich der Wertpapiere besondere Bestimmung getroffen worden. Wechsel und Schecks fallen nicht unter dieses Gesetz; ebenso vernichtete oder in Verlust geratene Wertpapiere, welche im Wege des Aufgebotsverfahrens wiederbeschafft werden können. Für die nicht auf diese Weise zurückzuerlangenden Wertpapiere soll sich die Feststellung auf Art und Nennwert sowie Festlegung der Zeit des Verlustes beschränken.

Durch den letzten Absatz des § 3 soll im Falle des Vorliegens eines Verschuldens des Geschädigten bereits bei der Feststellung des Schadens ein billiger Ausgleich zwischen der dem Geschädigten zur Last fallenden Schuld und dem Ersatzanspruche getroffen werden. Für das Verschulden seines gesetzlichen Vertreters, oder eines von ihm durch Rechtsgeschäft bestellten Vertreters hat der Geschädigte wie für sein eigenes einzustehen.

Zu § 4[1]). Im Gegensatze zu dem Entschädigungsgesetze von 1871 hat auch für Schäden, die durch Versicherung gedeckt sind oder für die die Haftung eines Dritten in Frage kommt, eine Feststellung stattzufinden. Maßgebend ist hier der Gedanke, daß über die Ersatzverbindlichkeit der Versicherungsgesellschaften oder des sonst Haftpflichtigen vielfach rechtliche Zweifel bestehen werden, die nicht ohne Anrufung des Rechtswegs sich werden entscheiden lassen. In diesem Falle aber würde bei Unterlassung

[1]) § 4 des Entw. lautete: In jedem Falle ist festzustellen, ob und inwieweit dem Geschädigten ein Anspruch auf Ersatzleistung, insbesondere aus einem Versicherungsverhältnis, zusteht, sowie ob und inwieweit er aus Reichs- oder Landesmitteln bereits Ersatz erhalten hat.

der Feststellung der wirtschaftlich vorsichtigere Versicherte schlechter gestellt sein als der Unversicherte. Es wird deshalb vorzuziehen sein, auch diese Fälle in die Feststellung einzubeziehen, wobei für die spätere Entschädigungsregelung die Abtretung der Rechte aus der Versicherung oder gegen Dritte an das entschädigende Reich oder den entschädigenden Staat Vorbedingung sein würde.

Inwieweit etwa allgemein zur Abgeltung der Verbindlichkeiten, welche Versicherungsgesellschaften gegenüber Kriegsgeschädigten beziehungsweise — nach Abtretung der Rechte aus dem Versicherungsvertrage — gegenüber dem Reiche oder Staate haben, den Versicherungsgesellschaften die Pflicht zur Leistung eines Gesamtbetrags aufzuerlegen wäre, kann späterer Erwägung und Bestimmung vorbehalten bleiben.

Der letzte Halbsatz soll die Fälle berücksichtigen, in denen Geschädigte aus Reichs- oder Landesmitteln namentlich für Inventarstücke bereits Ersatz in Geld oder in Natur erhalten haben.

Zu § 5[1]). Abs. 1 und 2. Für den bereits in der Praxis mehrfach vorliegenden Fall, daß der Eigentümer der geschädigten Sache z. B. wegen Überschuldung, einen Schadensfeststellungsantrag nicht stellt, soll dem dinglich Berechtigten das Antragsrecht auf Feststellung des Schadens gegeben werden, da dieser daran ein wesentliches materielles Interesse haben kann. Als dinglich Berechtigte im Sinne des Entwurfs sind auch diejenigen anzusehen, für die eine Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs auf Einräumung eines Rechtes an dem beschädigten Grundstück im Grundbuch eingetragen ist.

Abs. 3. Nach den Bestimmungen des Entschädigungsgesetzes von 1871 wurde Entschädigung für Immobilien ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit des Geschädigten gewährt; Entschädigung für Mobilien nur solchen Beschädigten, welche zur Zeit der Verkündung des Gesetzes in Deutschland ihren Wohnsitz hatten und sofern sie nicht deutsche Reichsangehörige waren, nur dann, wenn die Regierung ihres Heimatlandes für den gleichen Fall die Gegenseitigkeit zusagte. Eine derartige Regelung ist hier nicht in Aussicht genommen. Die Verhältnisse des Angehörige aller Staaten mehr oder weniger schädigenden Weltkriegs machen solche allgemeine Bestimmungen unmöglich. Es muß bei Feststellungsanträgen von Personen, die die Reichsangehörigkeit nicht besitzen, von Fall zu Fall durch den Reichskanzler (Auswärtiges Amt) eine Prüfung stattfinden, von deren Ergebnis die Genehmigung zur Stellung des Antrags auf Schadensfeststellung abhängt. Dies schließt nicht aus, daß der Reichskanzler wegen gewisser Arten von Fällen, z. B. hinsichtlich der Staatsangehörigen von verbündeten oder befreundeten Staaten, allgemeine Bestimmungen erläßt.

§§ 6 bis 10[2])[3])[4]) betreffen die Organisation der Feststellungsbehörden und die Grundlagen des Verfahrens.

Ausschüsse und Oberausschüsse (für jeden Bundesstaat ist ein Oberausschuß in Aussicht genommen) sind Landesbehörden. Ihre Mitglieder werden von den Landeszentralbehörden bestellt, die Mitglieder des Reichsausschusses, der seinen Sitz in Berlin hat, werden von dem Reichskanzler ernannt.

Die Zusammensetzung der drei Instanzen ist insoweit übereinstimmend geregelt, daß je sieben Mitglieder, darunter der Vorsitzende und ein Richter, in Aussicht genommen sind. Den Oberausschüssen und dem Reichsausschusse soll auch je ein Verwal-

[1]) Abs. 2 unverändert. Statt Abs. 1 hatte § 5 des Entw. folgende Vorschriften: Berechtigt, den Antrag auf Feststellung der Beschädigung zu stellen, ist der Geschädigte. Als solcher gilt der Eigentümer oder wer sonst die Gefahren des zufälligen Unterganges der vernichteten oder beschädigten Sache trägt. Stellt der Geschädigte den Antrag nicht, so können auch die dinglich Berechtigten den Antrag stellen.

[2]) In § 6 Abs. 2 fehlte im Entw. Satz 3. § 6 Abs. 4 hatte im Entw. folgende Fassung: In den Ausschüssen und Oberausschüssen sollen Landwirtschaft, Handel und Gewerbe und Handwerk durch Berufsangehörige vertreten sein.

[3]) In § 7 Abs. 1 sind gegenüber dem Entw. neu eingefügt die Worte „einschließlich des Vorsitzenden oder seines Vertreters".

[4]) §§ 8 bis 10 unverändert.

tungsrichter angehören, oder aber ein zweiter ordentlicher Richter, und zwar sowohl als Mitglied wie als Stellvertreter.

Im übrigen sollen den Ausschüssen und Oberausschüssen Männer der Praxis aus den an den Kriegsschäden beteiligten Berufszweigen, insbesondere mindestens je ein Vertreter von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe und Handwerk angehören.

Es erscheint daher auch nicht tunlich, unter die Zahl von sieben Mitgliedern herunterzugehen. Entscheidung kann bei einer Besetzung mit fünf Mitgliedern erfolgen.

In den Oberausschüssen und dem Reichsausschusse dürfen, um eine streng objektive Entscheidung zu sichern, an Kriegsschäden Beteiligte nicht vertreten sein. Bei den örtlichen Ausschüssen wird sich dies nicht vermeiden lassen, da in einzelnen Bezirken alle für die Mitwirkung in den Ausschüssen geeigneten Personen selbst Schäden erlitten haben.

§ 8 ordnet zwecks gleichmäßiger und angemessener Handhabung des Gesetzes und zur Wahrung der fiskalischen Interessen des Reichs die Zuweisung von „Vertretern des Reichsinteresses" bei den Ausschüssen aller Instanzen an. Sie haben das Recht, die Akten einzusehen, den Sitzungen beizuwohnen, Anträge zu stellen und Beschwerde an den Oberausschuß beziehungsweise den Reichsausschuß einzulegen.

Ihre dienstlichen Anweisungen erhalten sie von dem Reichskanzler.

Das Nähere hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten wird in den Ausführungsbestimmungen zu regeln sein.

§ 9 soll dazu dienen, die Feststellungsbehörden in einfach liegenden Fällen zu entlasten. Falls der Vorbescheid des Vorsitzenden von dem Geschädigten oder dem Vertreter des Reichsinteresses angefochten wird, entscheidet zunächst die Feststellungsbehörde, deren Vorsitzender den Vorbescheid erlassen hat.

§ 10 regelt den Instanzenzug. Die Ermittlung des Sachverhalts liegt den Ausschüssen und Oberausschüssen ob. Die Nachprüfung des Reichsausschusses bleibt auf rechtliche Gesichtspunkte beschränkt.

Zu § 11[1]). Gebühren werden im Verfahren vor den Feststellungsbehörden nicht erhoben.

Einer mißbräuchlichen Inanspruchnahme der Rechtsmittel soll die Vorschrift im Abs. 2 vorbeugen.

Die durch das Verfahren und die Einrichtungen dieses Gesetzes erwachsenden Kosten werden, vorbehaltlich endgültiger Regelung durch das spätere Entschädigungsgesetz, einstweilen in der Weise aufzubringen sein, daß die durch das Verfahren vor dem Reichsausschuß und durch die Zuziehung des Vertreters des Reichsinteresses entstehenden Kosten vom Reiche, die übrigen Kosten von den beteiligten Bundesstaaten getragen werden.

Zu § 12[1]). Die Bestimmung über die Geheimhaltung und über die Bestrafung von Zuwiderhandlungen entspricht den Vorschriften der Steuergesetze.

§ 13[2]) bezweckt Unwürdige, die sich bestimmter Vergehen gegen die Sicherheit des Reichs schuldig gemacht oder versucht haben, auf unlauterem Wege das Feststellungsverfahren zu beeinflussen, auszuschließen.

Soweit die Durchführung eines Strafverfahrens nach Lage der Verhältnisse möglich war, soll die Feststellung nur im Falle erfolgter gerichtlicher Verurteilung versagt werden können. Im übrigen entscheiden die Feststellungsbehörden über das Vorliegen

---

[1]) unverändert.

[2]) Im Entw. fehlten im Abs. 1 Zeile 4 von unten die Zahlen „263. 264, 267 bis 275". Dafür hatte der Entw. noch folgenden Abs. 2 und 3: Die Feststellung der Beschädigung ist ferner zu versagen, wenn der Antragsteller es unternommen hat, durch unlautere Mittel eine unzutreffende Feststellung zu seinen Gunsten herbeizuführen. Wird die Feststellung der Beschädigung nach Abs. 1, 2 versagt, so ist der Schaden auf Antrag eines dinglich Berechtigten festzustellen, sofern nicht auch bei diesem einer der in Abs. 1, 2 bezeichneten Gründe vorliegt. Der dinglich Berechtigte hat sein Recht in Höhe der Entschädigung an den Entschädigenden oder an einen von diesem bezeichneten Dritten abzutreten.

von Ausschließungsgründen. Gegen ihre Entscheidung findet Beschwerde und weitere Beschwerde gemäß § 10 statt.

Dinglich Berechtigte, denen im § 5 ebenfalls ein Antragsrecht auf Schadensfeststellung gegeben ist, sollen für den Fall, daß bei ihnen die vorgesehener Ausschließungsgründe nicht vorliegen, zum Antrag auf Schadensfeststellung zugelassen werden, jedoch ihre Rechte dem Entschädigenden abtreten, damit ihre Befriedigung nicht dem unwürdigen Eigentümer zugute kommt.

Zu § 14[1]). Da im Gesetze nur die Grundzüge des Verfahrens geregelt sind, muß der Bundesrat nähere Vorschriften hierüber erlassen, insbesondere den Feststellungsbehörden die Befugnis erteilen, Eide abzunehmen und die Gerichte um Rechtshilfe zu ersuchen.

Auch sonst werden im Interesse einer angemessenen und gleichmäßigen Handhabung des Gesetzes Ausführungsvorschriften zu erlassen sein. So z. B. wird zu bestimmen sein, was als „besetztes oder bedrohtes Gebiet" anzusehen ist. Notwendig erscheinen ferner feste Schätzungsgrundsätze.

Diese Vorschriften zu erlassen, ist zunächst der Bundesrat berufen; soweit er von seiner Befugnis keinen Gebrauch macht, sollen die Landeszentralbehörden dazu befugt sein.

Zu § 15[2]). Die Gründe, aus denen ein Entschädigungsgesetz erst nach Friedensschluß ergehen kann, sind in der Einleitung der Begründung hervorgehoben.

Zu § 16[3]). Es muß den Bundesstaaten überlassen bleiben, inwieweit sie die Gewährung von Kriegsschadenersatz in weiterem Umfang in Aussicht nehmen wollen, für die Gründe, die auf dem Gebiete der Verbesserung, Verschönerung, der Gesundheitspolizei, der Befestigung des Grundbesitzes usw. liegen, in Frage kommen können. Aus praktischen Gründen dürfen und werden sie sich jedoch vielfach bei Feststellung und Ausmaß der Entschädigungen der vorhandenen Ausschüsse als ihrer Organe bedienen.

Zu § 17[4]). Die Schäden der Seeschiffahrt sollen in gleicher Weise wie im Jahre 1871 durch ein besonderes Gesetz geregelt werden; es müssen daher diejenigen Schiffahrtsschäden, die im Hoheitsgebiete des Reichs eingetreten sind, hier ausdrücklich ausgenommen werden, da sie sonst nach diesem Gesetze zu behandeln sein würden.

Zu § 18[5]). In dem Vorentschädigungsverfahren, insbesondere in Preußen, ist wegen geringerer Schäden eine Abfindung der Geschädigten mit deren Einverständnis bereits in gewissem Umfang erfolgt. Es empfiehlt sich, dies anzuerkennen. Auch ein im Wege der Dienstaufsicht seitens der vorgesetzten Behörden geregeltes Verfahren fällt hierunter.

Ebenso trägt § 19[6]) dem bisher in den einzelnen Bundesstaaten bereits Geschehenen Rechnung und erkennt die dort erfolgten Schadensanmeldungen als Feststellungsanträge im Sinne dieses Gesetzes an.

§ 20[7]) beruht auf gleichen Erwägungen. Durch ihn soll die Sicherheit geschaffen werden, daß die in einem Vorentschädigungsverfahren getroffene Feststellung der Empfangsberechtigten später seitens des Reichs anerkannt wird.

---

[1]) sachlich unverändert.

[2]) Der § 15 des Entw. lautete: In welchem Umfang der Ersatz der nach Maßgabe dieses Gesetzes festgestellten Schäden vom Reiche übernommen werden wird, bestimmt ein späteres Gesetz.

[3]) entspricht dem § 17 des Gesetzes.

[4]) entspricht dem § 20 des Gesetzes.

[5]) unverändert.

[6]) unverändert.

[7]) § 20 des Entw. lautete: Soweit in einem reichs- oder landesrechtlich geordneten Verfahren Vorentschädigungen vorschußweise gezahlt sind oder werden, bleibt die in diesem Verfahren getroffene Feststellung der Empfangsberechtigten für die etwa vom Reiche zu gewährenden Entschädigungen maßgebend.

2. Bericht der Reichstagskommission. (Druckf. Nr. 384.)

§§ 1 und 15. Die Komm. sah von einer Generaldebatte ab und trat bei § 1 in Verbindung mit § 15 in die Erörterung grundsätzlicher Fragen ein. Zu diesen Paragraphen lag der Antrag Nr. 1 Ziffer 1 der KommDruckf. mit folgendem Wortlaut vor:

§ 1 Abs. 1 folgenden Zusatz zu geben:

„und die ermittelten Entschädigungsbeträge binnen Jahresfrist nach Beendigung des Krieges aus Reichsmitteln dem Beschädigten gezahlt oder, soweit ein Bundesstaat oder Elsaß-Lothringen Vorentschädigungen geleistet hat, diesem zu erstatten."

Die Worte „binnen Jahresfrist" wurden später durch einen anderen Antrag ersetzt durch die Worte „binnen drei Jahren". (Antrag Nr. 6.)

Dieser Antrag, der den grundsätzlichen Gedanken neu in die Vorlage einfügt, daß die Entschädigung aus Reichsmitteln in bestimmter Frist zu zahlen sei, gab Veranlassung zur Besprechung der Frage, ob die gesamte Last der Kriegsschäden vom Reiche zu tragen sei. Der Antragst. verlangte insbesondere, daß die im § 15 vorgesehenen Bestimmungen, wonach es einer späteren Auseinandersetzung des Reichs mit den Einzelstaaten vorbehalten sei, in welchem Umfang der Schadenersatz für Kriegsschäden vom Reiche zu tragen sei, schon im § 1 deutlich ausgesprochen werden sollten. Zur Begr. des Antrags wurde weiter vorgebracht, daß das Reich Krieg führe und daß die Oberste Heeresleitung im Namen des Reichs und im Interesse desselben die Entscheidung über die Kriegsoperationen treffe. Aus diesem Grunde müsse auch das Reich die Verpflichtung für die gesamten Schäden gesetzlich festlegen, denn es ergebe sich sonst eine Unsicherheit, wieviel an Vorentschädigungen ausgezahlt werden könne.

Es liege auch im Interesse der übrigen, in diesem Kriege von Kriegsschäden verschont gebliebenen Reichsteile, wenn für spätere Kriege eine Gewißheit bestünde, für den Schaden entschädigt zu werden. Dadurch käme eine große Rechtssicherheit zustande.

Die Aussprache über den Antrag förderte den gemeinsamen Willen aller Kommissionsmitglieder zutage, die Haftpflicht des Reichs für die Kriegsschäden festzulegen. Grundsätzliche Bedenken gegen denselben äußerte nur ein KommMitgl., welches der Meinung war, daß die gesetzgeberische Aktion erschwert sei durch die staatsrechtliche Struktur Deutschlands. Grundsätzlich hafte für die Kriegsschäden der Staat, in dem der Schaden eintritt. In § 15 habe das Reich eine Verpflichtung zur späteren Mittragung des Schadens tatsächlich schon übernommen und nur die Quote noch offen gelassen. Das bedeute doch eigentlich, daß, da preußische Landesteile in erster Linie in Betracht kämen, man dem finanzkräftigsten Bundesstaat einen Teil seiner Schäden abnehme und sie auf das Reich übertrage.

Eine andere Meinung ging dahin, daß das Reich zur Schadenersatzverpflichtung anzuhalten sei, weil nicht alle Bundesstaaten in der Lage seien, ihren Verpflichtungen nachzukommen, besonders nicht Elsaß-Lothringen.

Demgegenüber bat ein Vertreter der verb. Reg., den Antrag Nr. 1 abzulehnen. Im einzelnen führte er aus: In der Begr. zu dem Gesetze sei bereits hervorgehoben, daß es eine außerordentliche Maßnahme sei, der Frage des Ersatzes von Kriegsschäden schon während des Krieges näherzutreten, wo man die Höhe auch nicht annähernd übersehen könne und das Ende des Krieges vielleicht noch in weiter Ferne liege. Nach dem Kriege von 1870/71 sei die Lage anders gestaltet gewesen als heute. Damals war der Kreis der zu ersetzenden Schäden abgeschlossen und es stand eine reichliche Kriegsentschädigung zur Verfügung, heute wisse man noch nicht woher die Mittel nehmen, um die Schäden zu decken. Daß es sich um ganz gewaltige Schadenssummen handeln werde, sei klar. In Ostpreußen würden sie sich auf ungefähr 1¼ bis 1½ Milliarde belaufen. Für Elsaß-Lothringen könne man sie mindestens auf ½ Milliarde ansetzen. Da der Feind noch in einem Teile Elsaß-Lothringens stehe, wachsen dort

die Schäden von Tag zu Tag. Es sei ferner unübersehbar, welche Forderungen außer den im vorliegenden Entw. geregelten später an uns herantreten werden. Es seien noch zahlreiche andere Anwärter da, die Ansprüche erheben und sicherlich von vielen Seiten des Reichstags Unterstützung finden würden. Für die Deutschen im Ausland habe der Reichskommissar schon einen Betrag von mehreren Milliarden ermittelt. Dazu kämen die Schäden der Reedereien, der Deutschen in den Schutzgebieten und andere Schadenskategorien mit großen Summen. Bei der Vorbereitung des Gesetzes wurde darauf hingewiesen, daß wir Ende des Jahres bereits mit einer Belastung von 50 Milliarden Mark werden rechnen müssen, die der Krieg dem Reiche auferlegt. Bei solcher Finanzlage sei größte Vorsicht geboten in der Übernahme von Verpflichtungen, die nicht unbedingt notwendig sind. Das Reich sei gewillt, die Schadensregelung in Angriff zu nehmen. Das beweise die Einbringung der Vorlage. Aber die Reichsverwaltung lehne zurzeit die Übernahme einer bestimmten Ersatzpflicht ab. Sie müsse sich beschränken auf das, was jetzt unbedingt zu geschehen hat. Dazu gehöre noch nicht die durch den Antrag Nr. 1 bezweckte Feststellung, wer den Schaden endgültig zu bezahlen, und des Zeitpunktes, bis zu welchem die Auszahlung zu erfolgen habe, sondern nur die Sicherheit dafür, daß die Schäden überhaupt erstattet werden und in welchem Betrage. Um das zu ermöglichen, müsse die Feststellung der Schäden von Reichs wegen erfolgen. Sie solle geschehen nach der Person der Geschädigten, nach dem Schadensgrunde und nach dem Betrage. Die Feststellung solle nicht nur eine theoretische bleiben. Es bestehe Einverständnis darüber, daß nach der Feststellung auch die Beträge ausgezahlt werden, die auf Grund des Reichsgesetzes festgestellt worden sind. Es sei der Wunsch der Preuß. Regierung, daß die Leute möglichst bald die Mittel in die Hand bekommen, um neu aufbauen zu können. Preußen könne nur zahlen mit Aussicht auf einen gewissen Rückgriff auf das Reich. Dem Reiche aber jetzt eine bestimmte Verpflichtung aufzuerlegen gehe nicht an. Die Auseinandersetzung darüber, wer die Kosten endgültig zu tragen habe, werde in geeignetem Zeitpunkt zunächst zwischen den Bundesregierungen und dem Reiche stattfinden, deren Initiative der Reichstag abwarten möge. Er bitte, den Gesetzentwurf, der nur bei schleuniger Behandlung noch in dieser Tagung verabschiedet werden könne, nicht mit großen Zweifelsfragen zu belasten, die die Sache nur gefährden. Er ersuche um die Zustimmung des Reichstags ohne prinzipielle Änderungen.

Ein anderer Vertreter der verb. Reg. brachte das Bedauern des Staatssekretärs des Reichsschatzamts zum Ausdruck, daß er durch wichtige andere parlamentarische Verhandlungen am persönlichen Erscheinen verhindert sei. Die Reichsfinanzverwaltung habe die schwersten Bedenken gegen den Antrag Nr. 1 und bitte, von einer Verfolgung desselben abzusehen. Man präsentiere hier einen Wechsel, noch dazu mit kurzer Frist, nämlich Jahresfrist, den das Reich zurzeit unmöglich akzeptieren könne. Die Übernahme könne gegenwärtig schon um deswillen nicht erklärt werden, weil es sich im wesentlichen um Auseinandersetzungen handle zwischen dem Reich und den Bundesstaaten. Diese seien durchaus abhängig von der Gestaltung der Finanzlage nach dem Kriege. Ein praktisches Bedürfnis bestehe überdies nicht für eine Übernahmeerklärung im gegenwärtigen Zeitpunkt. Denn was die Auszahlung der festzustellenden Entschädigungsbeträge anlange, so solle damit nicht zugewartet werden, sondern im Wege der einstweiligen Zahlung durch die Bundesstaaten solle dafür Sorge getragen werden, daß alles, was den Leuten nach dem Gesetze zukommt, ihnen alsbald zuteil werde. Mit dieser Maßnahme werde allen praktischen Bedürfnissen Genüge getan. Der Antrag würde zur Aufrollung finanzieller Fragen führen, die im Augenblick schlechterdings nicht beantwortet werden könnten.

Aus der Komm. wurde diesen Bedenken zugestimmt, und eine Anzahl von KommMitgl. schlossen sich den Ausführungen der Regierungsvertreter in dem Sinne an, daß sie es als untunlich bezeichneten, jetzt schon im Gesetze die vollständige Verpflichtung des Reichs festzulegen. Für diese Gruppe der KommMitgl. war das Bedenken

ausschlaggebend, daß mit der Entfernung der Instanz, die zahlen müsse, auch die Schadensanmeldung und der Schadensanspruch wachse.

Von den Freunden des Antrags Nr. 1 wurde noch ausgeführt, daß in Ostpreußen ein ungeheuerer Schaden eingetreten sei, und die Bundesstaaten allein, in diesem Falle Preußen, könnten für diesen Schaden nicht haftbar gemacht werden, da sich doch noch eine Unmenge von anderen Schäden ergeben würde, deren Ausgleichung und Behebung Preußen allein zufalle. Die Verweigerung des Reichs, eine Schadenserfatzpflicht im allgemeinen anzuerkennen, schädige unseren Kredit im Ausland, und wenn wir nach dem Kriege mit 80 Milliarden Lasten zu rechnen hätten, käme es auf diese 2 Milliarden auch nicht mehr an. Das Reich dürfe die Ersatzpflicht nicht von sich abwälzen. Das seien Ehrenschulden, die voll bezahlt werden müßten.

Ein Vertreter der verb. Reg. trat diesen Ausführungen entgegen und erklärte wiederholt, daß das Reich keineswegs die Absicht habe, jedwede Ersatzpflicht dauernd von sich abzuwälzen. Was die Reichsverwaltung ablehnen müsse, sei lediglich die Übernahme einer bestimmten Verpflichtung im gegenwärtigen Augenblicke. Der Antrag Nr. 1 wolle die Abbürdung der gesamten Schäden auf die Reichskasse. Die könne das Reich jetzt nicht übernehmen, ebensowenig aber zurzeit die einer bestimmten Quote der Schäden. Die Unsicherheit der finanziellen Lage verbiete jede bestimmte Verpflichtungserklärung. Aus diesem Grunde sei der § 15 eingefügt, wonach der Umfang der Beteiligung des Reichs einer späteren gesetzlichen Regelung vorbehalten werden solle. Daß das Reich an der Erstattung der Schäden teilnehmen werde, sei damit klar und deutlich ausgesprochen. Die Unsicherheit über den Umfang der Beteiligung des Reichs sei auch im sachlichen Interesse gelegen. Bei der Schadensliquidierung werde sicherlich nicht blöde vorgegangen werden. Mit der Entfernung der entschädigenden Stellen wachsen erfahrungsgemäß die Ansprüche. Falls z. B. die Zahlung einer Entschädigung den Gemeinden obliege, werde ganz anders auf die Ansprüche gedrückt, als wenn der Staat sie zu zahlen habe. Werde in dem Gesetze ausgesprochen, daß das Reich die Schäden bezahle, so würde die ganze Schadensregulierung sicherlich weit kostspieliger werden, als wenn eine Beteiligung der betroffenen Bundesstaaten stattfinde oder auch nur in Frage komme.

Was Elsaß-Lothringen angehe, so werde dort genau nach denselben Grundsätzen verfahren wie in Preußen, die Vorschriften seien nahezu wörtlich auf Elsaß-Lothringen übertragen worden. Dem Umfang nach habe die Vorentschädigung in Elsaß-Lothringen nicht in dem Maße vor sich gehen können wie in Ostpreußen, weil ein Teil des Landes noch vom Feinde besetzt sei. Der Schaden ließe sich dort noch gar nicht übersehen. Wo er festzustellen war, sei sicherlich mit der Vorentschädigung ebenso vorgegangen wie in Preußen. Da Elsaß-Lothringen nicht so finanzkräftig ist wie Preußen, habe es vom Reiche für Zwecke der Vorentschädigungen bereits Vorschüsse bekommen, die sich auf 4 Millionen Mark belaufen.

Wenn eingewendet werde, die Bundesstaaten könnten ja die ganze Schadensfeststellung auch ohne das Reich machen, wenn das Reich keine Verpflichtung übernehmen wolle, so übersehe man, daß das Reich später doch zweifellos zu den Kosten herangezogen werden solle. Das Reich könne aber unmöglich Schadenrechnungen begleichen, auf deren Höhe es keinen Einfluß gehabt habe. Deshalb müssen unter Mitwirkung des Reichs einheitliche Grundsätze für das ganze Reichsgebiet geschaffen werden, nach denen die Schadensfeststellung sich vollzieht, um nachher eine einheitliche Entschädigung durchzuführen. Man solle nicht versuchen, den Kreis der Schäden zu erweitern und dadurch gewissermaßen den Gesetzentwurf zu ergänzen. Die Besorgnis, daß einer oder der andere zu Unrecht leer ausgehen könne, werde er in der späteren Erörterung zerstreuen. Es werde allen berechtigten Ansprüchen Rechnung getragen werden.

Von seiten eines KommMitgl. wurde hervorgehoben, daß Preußen selbständig vorgegangen sei in seinen Landesteilen, und daran die Frage geknüpft, ob dieses

Verfahren nicht auch ferner im Interesse der Sache gelegen sei. Dazu sprach ein Regierungskommissar für das Königlich Preuß. FinMin. dessen Auffassung dahin aus:

Wenn Preußen weiterhin selbständig vorgegangen wäre — was einer der Vorredner erst angeregt habe —, so hätte es die Erledigung der Sache allerdings einfacher gehabt. Die preußische Regierung sei sich aber klar gewesen, daß der Weg einer Sonderregelung ohne Reichstag nicht gangbar war, da bei einer solchen die Gefahr vorgelegen hätte, daß das Reich demnächst sich weigerte, für die ohne seine Mitwirkung durchgeführte Aktion nachträglich mit Reichsmitteln einzutreten, oder die bei den Schadensfeststellungen befolgten Grundsätze verwarf und neue Feststellungen oder die nachträgliche Aussonderung gewisser Schadensbeträge nach anderen Grundsätzen forderte, was zu den größten Schwierigkeiten führen müßte. Preußen habe ein Interesse daran, von den unverbindlichen Vorermittlungen loszukommen. Daher sei ein Reichsgesetz notwendig. In Preußen hätten die Schadensfragen dem Landtag bereits vorgelegen, dann seien sie im Bundesrat besprochen worden, daher die gegenwärtige Vorlage. Die Komm. des Reichstags sei nun die dritte Instanz zur Prüfung der Sache. In Preußen würden mit Zustimmung des Landtags nach Maßgabe des Bedürfnisses für den Wiederaufbau Vorentschädigungen gezahlt, worüber die näheren Bestimmungen in dem der Vorlage beigegebenen Erlaß des Staatsministeriums enthalten seien.

Den Vorwurf, das Reich weigere sich, Ehrenschulden zu bezahlen, und kündige damit gewissermaßen den finanziellen Bankerott an, suchte ein Regierungskommissar vom Reichsschatzamt zu entkräften, mit einem Hinweis auf die Begr. zu dem Gesetz, wo es Seite 7 heißt:

> „Eine gesetzliche Zusage hinsichtlich der späteren Übernahme der Schäden durch das Reich ist zurzeit bei der ungeheuren finanziellen Belastung des Reichs durch den gegenwärtigen Krieg und angesichts der Unmöglichkeit, ein auch nur einigermaßen zutreffendes Bild über die Finanzlage nach Beendigung des Krieges zu gewinnen, ausgeschlossen. Eine reichsgesetzliche Regelung wird daher im gegenwärtigen Zeitpunkt zwar noch nicht die einem nach Friedensschluß zu erlassenden Gesetze vorzubehaltende Entschädigung seitens des Reichs und deren Umfang, wohl aber den Kreis der gegebenenfalls vom Reiche als erstattungsfähig anzuerkennenden Schäden und die Art ihrer Feststellung umfassen können."

Danach denke die Finanzverwaltung nicht daran, sich irgendwelchen Verpflichtungen zu entziehen. Sie beachte nur, daß wir nicht in einem Einheitsstaate, sondern in einem Bundesstaate leben, wo Aufgaben teilweise dem Reiche, teilweise den Einzelstaaten oblägen.

Es lasse sich aber zurzeit schlechterdings nicht übersehen, ob das Reich allein oder auch die Einzelstaaten in Betracht kämen. Deshalb könne gegenwärtig nur ein Feststellungsgesetz erlassen werden und das Ersatzgesetz müsse, wie § 15 ausdrücklich ausspreche, späterer Zeit vorbehalten bleiben. Von der Ablehnung von Ehrenverpflichtungen und Ankündigen eines finanziellen Bankerotts könne somit nicht wohl die Rede sein.

In der grundsätzlichen Erörterung, ob das Gesetz nur ein Feststellungsgesetz sein solle, oder ob nicht vielmehr zugleich die volle Ersatzpflicht des Reichs einzufügen angezeigt erscheine, wurden umfangreiche Ausführungen von Mitgliedern der Komm. vorgetragen. Es kommt vor allem im Gebiete des Königreichs Preußen Ostpreußen in Betracht, das durch die Russengreuel unendlichen Schaden gelitten hat, sodann Elsaß-Lothringen, ferner Gebietsteile von Bayern, nämlich in der Pfalz, sowie von Baden, besonders am Oberrhein, in welchen beiden letzteren durch Fliegerangriffe Schäden zu verzeichnen sind. Ebenso steht es in den westlichen Provinzen Preußens.

Es wurde anerkannt, daß der Staat erfreulich bald eingegriffen habe, sowie daß die private Opferwilligkeit in der Veranstaltung von Sammlungen außerordentlich viel geleistet habe, und es wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit die Ergebnisse privater Sammlungen den Kriegsbeschädigten auf die Staatshilfe angerechnet werden

sollten. Es wurde geklagt darüber, daß besonders im Elsaß die Ermittlung des Schadens außerordentlich langsam vor sich ginge. Das Elend im Elsaß, besonders der Abgeschobenen, sei sehr groß. Bei vorgebrachten Ansprüchen oder bei Bitten um Hilfe gebe es unglaubliche Verzögerungen, indem die Interessenten von einer Behörde an die andere verwiesen werden und wohlhabende Leute durch dieses Verfahren oftmals gezwungen sind, von der Wohltätigkeit Dritter und von Armenunterstützungen zu leben.

Ein Mitglied der Komm. konnte aus seiner privaten Erfahrung verschiedene Beweise und Beispiele derartiger Vorfälle vorbringen.

Ein elsaß-lothringischer und zwei bayerische Abg. unterstützten diese Ausführungen. Dabei wurde besonders noch gesagt, daß es im Elsaß möglich gewesen wäre, in hohem Maße die Schäden festzustellen. Die elsaß-lothringische Bevölkerung habe bei der Langsamkeit des Verfahrens der behördlichen Stellen sich mehr und mehr in den Gedanken hineingelebt, daß man sie als Staatsbürger zweiter Klasse ansehe. Seitdem Preußen begonnen hat, alsbald nach dem Ausbruch des Krieges und dem Einfall der Russen in geradezu vorbildlicher Weise sich um die Hebung der Schäden zu kümmern, sei in Elsaß-Lothringen eine ungeheuere Verbitterung hervorgerufen worden, weil die Bevölkerung dort den Eindruck hatte, daß für sie nichts geschehe. Es könne nicht geleugnet werden, daß auch diese Erfahrungen dazu mitgewirkt haben, die Reichstreue der Bevölkerung und die Reichsfreudigkeit zu mindern. Durch derartige Ungeschicklichkeiten seien unendlich viele ideelle Werte zerstört worden und sei ein Kriegsschaden angerichtet worden, der kaum wieder zu beheben sein dürfte. Es handle sich vor allen Dingen darum, durch die Stützen der inneren Stimmung der Bevölkerung in diesem kritischen Augenblicke des Krieges den Elsaß-Lothringern die Entscheidung ihrer Gesinnungen für die Zukunft zu erleichtern. Bedauerlicherweise hätten auch hier die Militärbehörden nicht immer das richtige Verständnis gezeigt.

Es wurde noch ausgeführt, daß nicht nur Preußen, sondern auch Bayern und Baden an diesen Schäden beteiligt seien, und es wurde darüber geklagt, daß besonders in der Pfalz von seiten der Kreisleitung gar nichts geschehen sei, so daß eine große Beunruhigung und Verstimmung bei der Bevölkerung der geschädigten Orte zu verzeichnen sei.

Von Regierungsseite wurden die persönlichen Erfahrungen der Kommissionsmitglieder durch sachliche Aufschlüsse erweitert, die den Umfang der Schäden sowohl, wie die geleistete Hilfe dartun.

Aus der Komm. war von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert worden, genaues zu erfahren über die bisher erfolgten Entschädigungen in Ostpreußen und in Elsaß-Lothringen. Es wurden darauf folgende Aufschlüsse erteilt:

Über Preußen berichtete ein Regierungskommissar aus dem Königlich Preußischen Ministerium des Innern.

Was zunächst die freiwilligen Sammlungen angehe, so sei das Ministerium nicht in der Lage, genaue Summen zu nennen, die nach Ostpreußen geflossen sind. Sie seien aus allen Gauen des Vaterlandes gekommen und die Arbeit sei im beständigen Flusse gewesen. Eine Abrechnung sei noch nicht gemacht, und abschließende Berichte lägen noch nicht vor. Was aus allen Teilen des Deutschen Reichs gekommen sei, sei nicht weit unter 10 Millionen Mark gewesen. Diese Mittel seien zum größten Teil verbraucht für Zwecke, für welche die staatliche Hilfsaktion nicht eintreten könnte oder nicht eingetreten sei. Am 25. August 1914 wurde der erste Aufruf vom Oberbürgermeister von Königsberg erlassen. Dann folgte der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen, nachher der Deutsche Städtetag, dann der Reichsverband Deutscher Städte unter 25000 Einwohner, die sich alle an dieser Hilfe beteiligten. Wenn nun diese Mittel in verschiedene Hände gelegt gewesen wären, hätte die Gefahr einer Verzettelung bestanden. Infolgedessen sei Mitte September 1914 in Königsberg ein Hauptausschuß gegründet, unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten. Dieser Hauptausschuß habe die Grundsätze für die Verteilung aufgestellt und zehn Sitzungen gehalten. Der Oberbürgermeister von Königsberg, die Regierungspräsidenten und der Landeshauptmann

hätten Dispositionsfonds erhalten. Eine Konkurrenz in der Verwendung der Mittel sei auf diese Weise nicht eingetreten. Man habe Sammelgelder im allgemeinen für solche Zwecke, für welche staatliche Mittel zur Verfügung standen, nicht gegeben.

Über die Verwendungszwecke der freiwilligen Gaben könne im einzelnen folgendes gesagt werden: Es wurde gesorgt für die Hinterbliebenen der Ermordeten. Es wurde Wochenhilfe geleistet für die Frauen der Verschleppten. Es wurden Unterstützungen bewilligt an die Hinterbliebenen von kriegsbeschädigten Zivilpersonen und an diese selbst. Diese Unterstützungen stellen eine Art Rente dar. Weiter wurden Darlehen gegeben. Neben barem Gelde wurde auch mit Naturalien unterstützt. Die Naturaliensammlungen ergaben Kleidungsstücke, Lebensmittel und Vieh. Die Organisation und die Verteilung haben durchaus befriedigt. Dankbar sei die Münchener Ostpreußenhilfe anzuerkennen. Sie habe 500000 M. aufgebracht. Hierfür wurden vorbildliche Wohnungseinrichtungen zu billigem Preise hergestellt, die in Ostpreußen vertrieben werden. Es sind schon etwa 3000 Bestellungen darauf eingegangen. Es wird dadurch der Schund abgeschafft und vorbildlicher Hausrat geschaffen. Dem nationalen Frauendienst, den vaterländischen Frauenvereinen und den katholischen Frauenvereinen seien für ihre Zwecke Mittel zur Verfügung gestellt und die Einrichtung und Unterhaltung von Gemeindepflegestellen bestritten worden. Im allgemeinen sei also gesorgt für Dinge, für die ein Anspruch auf staatiche Entschädigung nicht gegeben sei, und es sei unendlicher Segen mit diesen Mitteln gestiftet worden.

Über das andere, zumeist betroffene, Gebiet Elsaß-Lothringen trug der Vertreter der elsaß-lothr. Reg. folgendes vor: Auf die Anfrage, ob Elsaß-Lothringen aus eigenen Mitteln die im Lande entstandenen Kriegsschäden bezahlen könne, müsse mit einem glatten „Nein" geantwortet werden. Die angegebene Schadenssumme von einer halber Milliarde Mark sei im großen und ganzen richtig. Sie nehme noch fast täglich zu. Der Krieg dauere im Elsaß nun schon bald zwei Jahre, bei den allgemeinen wirtschaftlichen Schädigungen, die ein solcher Zustand der Natur der Sache nach mit sich bringe, sei es ausgeschlossen, daß nach dem Frieden ein Land von noch nicht 2 Millionen Einwohnern Schäden in dieser Höhe aus eigenen Mitteln ersetzen könne. Die Finanzverhältnisse seien schon vor dem Kriege nicht gut gewesen. Seit Ausbruch des Krieges seien die Einnahmen des Landes um die Hälfte gesunken, die Ausgaben dagegen zum Teil noch gestiegen. Für die Unterbringung der Flüchtlinge in Baden, Württemberg, Hessen und Bayern seien allein monatlich rund 500000 M. aufzubringen, d. h. also jährlich 6 Millionen. Elsaß-Lothringen sei während des Krieges und nachher auf das Reich angewiesen.

Bezüglich der Aufbringung der Gelder und der Art der Verrechnung stellte der Vertreter des Ministeriums für Elsaß-Lothringen fest: Von dem Vorschuß von 4 Millionen, den das Reich bisher an Elsaß-Lothringen gegeben habe, seien, wie im Landtag mitgeteilt, bisher 886000 M. verausgabt worden. Die Millionen für Unterbringung der Flüchtlinge würden nicht aus diesem Vorschuß, sondern vom Lande selbst bezahlt und aus laufenden Einnahmen oder, besser gesagt, aus laufenden Schulden durch Schatzanweisungen gedeckt. Von den 4 Millionen Reichsvorschuß werde im wesentlichen nur der Sachschaden bezahlt. Was das Tempo der Entschädigungen angehe, so liege in Elsaß-Lothringen die Sache anders als in Ostpreußen. Dort ist das Land vom Feinde frei, im Elsaß stehe er noch. Es sei daher unmöglich, die Schäden abzuschätzen und Vorentschädigungen zu zahlen. Das sei erst in dem Augenblicke zu machen, wo der Feind vertrieben ist. In der Schätzung von einer halben Milliarde seien die Schäden der noch besetzten Gebiete inbegriffen.

Nach diesen Darlegungen konnte von einem KommMitgl. aus Ostpreußen der Dank ausgesprochen werden für die Hilfe der Regierung, wie ganz besonders an alle diejenigen, die zu diesen Sammlungen im ganzen Reichsgebiete beigetragen haben.

Es wurde zum genaueren Überblick über das, was überhaupt von Reichs wegen geschehen ist, eine Statistik über die gezahlten Vorentschädigungen verlangt. Im ein-

zelnen wurde gegenüber einem Ausspruche eines KommMitgl., das Gesetz sei wertlos, wenn nicht die Ersatzpflicht des Reichs darin ausgesprochen sei, von einem Vertreter der verb. Reg., wie vom Vertreter Preußens Verwahrung eingelegt:

Der Vertreter der verb. Reg. vertrat ihren Standpunkt in folgenden Gedanken: Wenn aus der Komm. ausgesprochen sei, daß das Gesetz ohne Einfügung der Schadensübernahme auf das Reich wertlos sei, so müsse er demgegenüber folgendes erklären: Die Reichsverwaltung habe sich zum Erlaß dieses Gesetzes nicht gedrängt. Das Natürlichste wäre gewesen, die ganze Materie erst in Angriff zu nehmen, wenn sich alles übersehen ließ. Die Reichsverwaltung habe sich dazu verstanden, das Gesetz einzubringen in dem hier begrenzten Umfang, weil dadurch die Interessen der Geschädigten sowohl wie die Interessen der Bundesstaaten gesichert würden, denn einerseits werden dadurch die Schäden nach der Person der Geschädigten und nach den Beträgen endgültig festgestellt, andererseits erhalten die Bundesstaaten eine sichere Grundlage für die spätere Abrechnung mit dem Reiche, das sich zweifellos an der endgültigen Tragung der Kosten beteiligen werde. Was werde geschehen, wenn das Gesetz nicht zur Verabschiedung komme? Es müßte dann bei dem bisherigen Vorentschädigungsverfahren bleiben. Die Unsicherheit über die Höhe des Schadenersatzes dauere fort. Es müßte alles weiterhin den Landesregierungen überlassen bleiben. Ob das eine bessere Lösung sei? Die Regierung sei in beschränktem Umfang zum gesetzlichen Vorgehen in diesem Augenblick entschlossen. Spätere Schritte würden folgen. Das stehe schon in der Begründung und sei wiederholt in den Verhandlungen erklärt worden. Die Regierung müsse sich aber die Disposition darüber vorbehalten, wie die große gesetzgeberische Aufgabe der gesamten Schadensregulierung schrittweise zu lösen sei. Sie könne sich nicht drängen lassen, über das Maß, das sie im Augenblicke für zweckmäßig und durchführbar halte, hinauszugehen. Es genüge und müsse in diesem Augenblicke genügen, die Schäden festzustellen. Es sei eine spätere Sorge, zu bestimmen, wer endgültig bezahle und wie hierbei Reich und Bundesstaaten zu beteiligen seien.

Die Besorgnis, daß späterhin nichts geschehen würde, sei unbegründet. Wenn die Schäden festgestellt seien, würden die Landesregierungen in die Auszahlung eintreten, wie dies in der Begründung ausdrücklich ausgesprochen sei. Die Landesregierungen seien ja gewissermaßen die Kassen, durch die das Reich auszahlt. Zweifellos werden die Beträge zur Auszahlung kommen, welche nach dem im Gesetz zu regelnden Verfahren festgestellt sind. Wir alle wünschen, daß die Beteiligten baldigst zu ihrem Gelde kommen. Worauf gründe sich denn das Mißtrauen hinsichtlich des Verhaltens des Reichs zu Elsaß-Lothringen? Das Reich habe in bereitwilligster Weise die von der Elsaß-Lothringischen Regierung geforderten Vorschußsummen zur Verfügung gestellt. Das geschehe auch weiter. Die Sorge, wie der Staat Elsaß-Lothringen sich später einrichte und später mit dem Reiche auseinandersetze, möge man doch der Regierung überlassen. Daher seien alle darauf abzielenden Anträge abzulehnen.

Die Frage des Umfanges der Beteiligung des Reichs sei nicht entscheidungsreif. Die Anträge, die die alsbaldige Ersatzpflicht des Reichs aufstellen wollen, gehen auseinander, indem der eine diesen, der andere einen anderen Modus verlangt. Die Frage bedürfe vorgängiger Klärung der Finanzlage und weiterer Vorbereitung. Das sei der Standpunkt der Vorlage. Daher verlange sie auch nur die Feststellung der Schäden und zwar einstweilen auch nur der Sachschäden im Reichsgebiet. Man müsse sich hüten, Kategorien einzufügen, die sich erst später regeln lassen, z. B. die Schäden an Leib und Leben. Man müsse sich auch in dieser Beziehung Beschränkung auferlegen. Die Materie im ganzen auf einmal zu erledigen sei unmöglich. Diese Vorlage sei ein erster Schritt, alles Übrige folge. Das Reich werde sich seiner Ehrenpflicht nicht entziehen und mit dieser Versicherung könne die Kommission sich vertrauensvoll begnügen. Er wiederhole, wo Geld fehle, gebe das Reich ohnehin Vorschüsse. Man solle daher alle weitergehenden Wünsche zurückstellen. Das sei das Beste, um das Zustandekommen des Gesetzes zu fördern. Wenn dieses unter Dach und Fach sei, sei für den gegenwärtigen Augenblick

das Notwendige, aber auch Ausreichendes geschehen. Alles Übrige werde Schritt für Schritt in richtiger Reihenfolge sich anschließen. Er bitte, als Abänderungsanträge abzulehnen.

Die KommMigl. waren einig in der Auffassung, daß das Interesse der Bundesstaaten, in deren Gebiet Schädigungen zu verzeichnen seien, sie schon später an das Reich verweisen würde. Eine Übereinstimmung der Meinungen dahin, daß das Gesetz im § 1 das schon festlegen sollte, war nicht zu erzielen. Dieser Gesichtspunkt wurde zu vertreten gesucht durch Antrag Nr. 5:

dem § 1 folgenden Abs. 3 hinzuzufügen:

> Die Bundesstaaten haben die nach diesem Gesetze festgestellten Schäden alsbald zu bezahlen, vorbehaltlich der Auseinandersetzung mit dem Reich. Das Reich hat den Bundesstaaten im Bedürfnisfalle die erforderlichen Vorschüsse zu leisten,

zu dessen Begründung ein Antragst. ausführte, daß er eigentlich doch nichts anderes wolle, als das gesetzlich festlegen, was jetzt schon Praxis sei. Durch die Annahme dieses Antrags werden Elsaß-Lothringen die nötigen Mittel beschafft; auch sei derselbe politisch bei der beginnenden finanzpolitischen Auseinandersetzung zwischen dem Reich und Preußen nicht ohne Bedeutung.

Von den Vertretern der verb. Reg. und des preuß. FinMin. wurde diesem Antrag widersprochen und wurden grundsätzliche Bedenken vorgetragen:

Ein Regierungskommissar aus dem Königlich Preuß. FinMin. führte aus: Wenn immer von dem finanzkräftigen Preußen gesprochen werde, so könne er dies in der gegenwärtigen Zeit nicht unwidersprochen lassen. Preußen habe in den beiden letzten Jahren erhebliche Defizite gehabt und infolgedessen habe die Regierung die Vorlage auf Erhöhung der direkten Steuern im Betrage von 100 Millionen eingebracht. Für die in der Vorlage behandelten Kriegsschäden einzutreten, sei grundsätzlich Sache des Reichs, da dieses den Krieg führe und die Grenzländer im Interesse der Allgemeinheit gelitten hätten. Allerdings sei es auch eine Ehrenpflicht der einzelnen Staaten, für die Schäden einzutreten. Aber selbst wenn das Reich bei späterer Abrechnung die Kriegsschäden der Vorlage übernehme, so gebe es doch noch eine große Anzahl von anderen Schäden, die niemals vom Reiche getragen werden würden, sondern immer noch zu Lasten der Bundesstaaten blieben. So z. B. würden die Summen, die bei Gebäudeschaden nach dem Reichsgesetz übernommen würden, nicht ausreichen, da die tatsächlichen Baukosten viel höher seien; insbesondere fehlten den Leuten die Mittel, um die Differenz zwischen dem Neubauwert und dem zu erstattenden Zeitwert auszugleichen, und da müsse der Einzelstaat ergänzend eingreifen.

Derselbe Kommissar bat dringend, den Antrag Nr. 5 abzulehnen, denn derselbe sei ein krasser Eingriff in die Finanzhoheit der einzelnen Staaten. Dieser sei um so bedenklicher, als er eine Knebelung gerade derjenigen Einzelstaaten bedeute, die besonders unter dem Kriege leiden, und ein Zwang zur Zahlung ausgeübt werden solle, ohne daß die Erstattung durch das Reich feststehe. Aus diesen Gesichtspunkten heraus halte er es für ausgeschlossen, daß eine solche Vorschrift hinsichtlich der Zahlungspflicht der betroffenen Bundesstaaten erlassen werden könne. Er glaube auch nicht, daß der Reichstag die Hand dazu bieten werde, derartig in das Bewilligungsrecht der Einzellandtage einzugreifen. Diese und die Regierungen der Bundesstaaten würden im Interesse ihrer geschädigten Einwohner auch ohne reichsgesetzlichen Zwang die erforderlichen Mittel bereitstellen. In Preußen seien in dieser Beziehung bisher keine Beschwerden hervorgetreten.

Von anderer Seite der Komm. wurde, in dem Bemühen, die Entschädigungspflicht des Reiches festzulegen und den Einzelstaaten die Mittel zur alsbaldigen Befriedigung der Ersatzansprüche flüssig zu machen, beantragt (Nr. 10):

dem § 1 folgenden Absatz 3 hinzuzufügen:

> Das Reich, dem die volle Entschädigungspflicht obliegt, hat den Bundes-

staaten und Elsaß-Lothringen die erforderlichen Vorschüsse für Vorentschädigung der festgestellten Schäden zu leisten.

Demselben Ziele strebte ein weiterer Antrag aus der Komm. zu mit folgendem Vorschlag (Nr. 9):

dem Antrag Nr. 1 folgenden Zusatz zu geben:

Das Reich hat den betreffenden Bundesstaaten oder Elsaß-Lothringen im Bedürfnisfalle die erforderlichen Vorschüsse zu leisten.

In der Begr. wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß es besonders Elsaß-Lothringen nach dem Zeugnis der Landesregierung selbst, unmöglich sei, die beträchtlichen Mittel bereit zu stellen aus eigener Kraft. Hier müsse das Reich eingreifen durch Vorschüsse. Zudem sei doch möglich, daß das Ergebnis des Krieges eine andere staatsrechtliche Struktur der Reichslande bringen könne, wie auch möglicherweise Preußen eine Erschließung neuer Steuerquellen erhalten könnte durch Zuwachs neuer Gebietsteile im Nordosten, in Kurland. Zur Verstärkung der Gründe wurde auch das Kriegsleistungsgesetz vergleichsweise herangezogen. Es müsse auch sichergestellt werden, daß in dem Wiederaufbau des Eigentums in den beschädigten Gebieten keine Verzögerung eintrete. Diesem Bedenken schwinde die Grundlage, wenn das Reich durch Vorschüsse dem Bestreben der Einzelstaaten zu Hilfe komme und die finanzielle Grundlage dafür schaffe.

Vom Vertreter des Königlich Preuß. FinMin. wurde dagegengehalten, daß bei dem angezogenen Kriegsleistungsgesetz die Sache doch anders liege. Das Reich habe da eine Verpflichtung übernommen und habe nur Zahlungsstellen für das ganze Reich eingerichtet. In dem gegenwärtigen Gesetz solle nur ein Feststellungsverfahren bestimmt werden; die Pflicht des Reichs bleibe in suspenso. Es sei außer Zweifel, daß die Staatsregierung in Preußen nicht willens sei, den Wiederaufbau Ostpreußens durch Zurückhaltung der erforderlichen Mittel irgendwie zu verzögern. Die weitere Aussprache hierüber mit dem Landtag stehe zwar noch bevor, jede Besorgnis sei aber hinfällig. Es sei kein Anlaß für den Reichstag, diese Besorgnis zu äußern; der Landtag werde schon die Interessen der preußischen Beschädigten wahren, und damit könne sich der Reichstag beruhigen.

Ein Vertreter der Reichsfinanzverwaltung erweiterte und ergänzte diese Einwände durch verfassungsmäßige Bedenken, besonders gegen Antrag Nr. 5, der in unzweckmäßiger Weise sowohl in das Finanzrecht des Reiches wie der Bundesstaaten eingreife. Er führte weiter aus, was die Vorschüsse beträfe, so sei ein Bedürfnis zu solchen bisher nur in Elsaß-Lothringen hervorgetreten. Dieses habe Vorschüsse bekommen und werde sie auch weiter erhalten. Damit sei dieser Punkt tatsächlich erledigt. Durch das Gesetz die Verpflichtung des Reichs zur Vorschußzahlung auszusprechen, begegne dem Bedenken, daß solches nicht zu den verfassungsmäßigen Aufgaben des Reichs gehöre.

Derselbe Kommissar gab die bestimmte Erklärung ab, daß das Reich Elsaß-Lothringen Vorschüsse gegeben habe und solche weiter gehen werde, soweit dies notwendig sei, um eine gleichmäßige Behandlung der Geschädigten in Elsaß-Lothringen und Ostpreußen sicherzustellen.

Bezüglich der Frage einer Veränderung der Verhältnisse von Elsaß-Lothringen durch den Krieg sprach der nämliche Kommissar der verb. Reg. die Ansicht aus: Die Frage, ob die Interessen der Bundesstaaten durch eine etwaige Änderung der staatsrechtlichen Verhältnisse Elsaß-Lothringens nach dem Kriege eine Verschiebung erfahren würden, sei bisher nicht berührt worden und für die Frage des Gesetzes neu. Sie könne nicht ohne weiteres beantwortet werden und ergebe demgemäß zurzeit nur ein weiteres Moment für die Richtigkeit der Stellungnahme der Reichsleitung, die Frage der endgültigen ganzen oder teilweisen Übernahme der Schäden auf das Reich einem späteren Zeitpunkt vorzubehalten. Das alles könne erst später zur Entscheidung gebracht werden. Er erkläre wiederum, daß das Reich Elsaß-Lothringen helfe und im § 15 seine grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Schadensübernahme anerkenne.

Von einem anderen Bundesratsbevollm. wurde noch dargelegt, er sei der Überzeugung, daß sich das Verfahren so abspiele, wie die Anträge es wollten. Das stehe auch schon in der Begründung. Die Anträge seien aber bedenklich; denn wenn in denselben gefordert werde, daß die Bundesstaaten die Auszahlung der Schäden alsbald vorzunehmen hätten, so verfüge man hier im Reichsgesetz über die Kassen der Bundesstaaten. Dagegen beständen grundsätzliche Bedenken. Als Vertreter der Reichsleitung müsse er Widerspruch dagegen erheben, daß den Bundesstaaten durch Reichsgesetz eine finanzielle Verpflichtung auferlegt werde, deren formelle Festlegung den Landesgesetzen überlassen bleiben müsse. Er bitte, Bestimmungen über die Auszahlung der Schäden nicht in das Gesetz aufzunehmen, und er betone wiederholt, daß dieses nichts weiter sei als ein Gesetz zur Schadensfeststellung. Gäben wir diesen Charakter hier auf, so bestehe die Gefahr, daß auch an anderen Stellen diese Grenze verlassen würde, was z. B. auch bezüglich der Sicherung der Hypothekengläubiger von Bedeutung sei.

Da der Anschauung wiederholt Ausdruck gegeben war, daß die Kriegsschäden der einzelnen Landesteile entstanden seien im Kampfe um den Bestand des Reichs, und daß daher auch ihm die Vergütung zugemessen werden müsse, die in Vorschüssen zu leisten sei an die in ihrer Finanzkraft ungleichen Bundesstaaten, sprach ein Kommissar aus dem Königlich Preuß. FinMin. sich dahin aus: Es sei kein Zweifel, daß das, was über die Provinz Ostpreußen gekommen ist, von dieser Provinz zu leiden gewesen sei im Interesse des Reichs und der sämtlichen Reichsteile. Deshalb sei nach der Vorlage das Reich auch bereit, die Last der Entschädigung mitzuübernehmen. Wenn von einer Seite mit Rücksicht auf Preußen die Auffassung vertreten worden sei, daß die Entschädigung des Reichs von der mangelnden Leistungsfähigkeit der betroffenen Bundesstaaten abhängig gemacht werden solle, so müsse er dem widersprechen; er bitte, von einer Prüfung der Leistungsfähigkeit derselben und von einer hiernach bemessenen Differenzierung abzusehen.

Diese Bedenken, die aus der Komm. und von Regierungsseite ausgesprochen wurden, führten einige KommMitgl. zu der Ansicht, es sei besser, alle einzelnen Bestimmungen über Regelung des Schadensersatzverfahrens gesetzlich festzulegen, wegzulassen, und so stellten sie den Antrag Nr. 7:

in § 1 dem Absatz 1 hinzuzufügen:

Die volle Entschädigungspflicht liegt dem Reiche ob.

Im engen Zusammenhang mit § 1 der Vorlage stand der § 15. Die Erwägung, daß die Einfügung der Schadensersatzpflicht in vollem Umfange des Reichs in § 1, wie ihn die eingebrachten Anträge wollten, den § 15 überflüssig mache, ergab den Antrag Nr. 1 Ziffer 3:

den § 15 zu streichen.

Für den Fall der Ablehnung des Antrags Nr. 7, die volle Entschädigungspflicht dem Reiche aufzuerlegen, brachten die Antragst. den Antrag Nr. 8 ein:

für den Fall der Ablehnung des Antrags Nr. 7 sind dem § 15 folgende Bestimmungen beizufügen:

Den nicht leistungsfähigen Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen leistet das Reich Vorschüsse bis zur vollen Höhe der Entschädigung.

In welchem Umfange das Reich die Entschädigung übernimmt, wird durch besonderes Gesetz festgestellt. Sofern das Reich nicht die Entschädigung in voller Höhe übernimmt, sind die Vorschüsse zurückzuzahlen. Die Rückzahlungspflicht fällt weg, insoweit die Leistungsunfähigkeit bei Erlaß des Gesetzes feststeht.

Die KommMinderheit warnte davor, das Feststellungsgesetz in ein Leistungsgesetz umzuwandeln.

Ein KommMitgl. befürchtete, daß nach den Erklärungen der Regierung zwar

das Reich entschädigungsbereit sei, aber vielleicht doch nicht in vollem Umfange später die Schäden trage.

Da die Ansicht ausgesprochen wurde (es sei bedenklich), die Einfügung einer Frist, innerhalb welcher der Ersatz zu leisten sei, im Gesetz vorzuschreiben, da sich das gar nicht übersehen lasse, zogen die Antragst. die dahinzielenden Anträge Nr. 6 zurück, ebenso die Zeitbestimmung in Antrag Nr. 1.

Bei der Abstimmung wurde zunächst nach prinzipiellen Gesichtspunkten verfahren.

Die Frage: Soll in das Gesetz die Feststellung der Entschädigungspflicht des Reichs aufgenommen werden? wurde durch Mehrheitsbeschluß bejaht, ebenso die zweite Frage: Soll das Reich die volle Entschädigungspflicht übernehmen?

Demzufolge wurde § 1 Abs. 1 des Entw. angenommen. Ferner der Antrag Nr. 7 und der Antrag Nr. 5 unter Weglassung der Worte „vorbehaltlich der Auseinandersetzung mit dem Reich" und „im Bedürfnisfalle".

Abgelehnt wurde der § 15, entsprechend dem Antrage Nr. 1 Ziffer 5. Hierdurch wurde der Antrag Nr. 8 hinfällig.

Die übrigen Anträge wurden zurückgezogen oder durch Antrag Nr. 7 erledigt erklärt.

§ 1 erhielt so folgende Gestalt:

§ 1.

Die durch den gegenwärtigen Krieg innerhalb des Reichsgebiets verursachten Beschädigungen an beweglichem und unbeweglichem Eigentum (§ 35 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 — RGBl. 129 —) werden nach den Vorschriften dieses Gesetzes festgestellt. Die volle Entschädigungspflicht liegt dem Reiche ob.

Dies gilt nicht für Beschädigungen, deren Ersatz auf Grund der sonstigen Bestimmungen des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873, des Gesetzes, betreffend die Beschränkungen des Grundeigentums in der Umgebung der Festungen vom 21. Dez. 1871 (RGBl. 459) oder der Verordnung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom $\frac{\text{24. Juni 1915 (RGBl. 357)}}{\text{25. Nov. 1915 (RGBl. 778)}}$ beansprucht werden kann.

Die Bundesstaaten haben die nach diesem Gesetze festgestellten Schäden alsbald zu bezahlen. Das Reich hat den Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen die erforderlichen Vorschüsse zu leisten.

Bei der Fortführung der Beratung gab ein Vertreter der verb. Reg. die Erklärung ab, daß die Regierung festhalte an ihrem Standpunkt, daß das Gesetz lediglich ein Kriegsschadenfeststellungsgesetz und nicht ein Leistungsgesetz sein solle, wie es durch den nunmehr beschlossenen § 1 vorgesehen sei. Aus der Teilnahme der verbündeten Regierungen an den weiteren Verhandlungen der Komm. dürfe somit kein Schluß auf ihre endgültige Stellungnahme gezogen werden.

§ 2.

Zu § 2 war der Antrag gestellt worden (Nr. 4):

dem § 2 folgende Ziffer 4 hinzuzufügen:

4. durch Maßnahmen der Militärbehörden, wie Schließung von gewerblichen Unternehmungen, Inhaftierungen, Gebietsverweisungen, wenn die Maßnahmen nicht durch Verstöße gegen bestehende Gesetze und Verordnungen begründet waren.

Zur Begr. dieses Antrags wurde vorgetragen, daß sowohl in Polen wie im Gebiete der Reichslande bei Ausbruch des Krieges sich zahlreiche Fälle ereignet hätten, daß man gewerbliche Betriebe einfach schloß, Leute auswies oder sie in Schutzhaft nahm, ihnen den Betrieb ihrer Geschäfte unmöglich machte und sie durch Maßnahmen der Militärbehörden außerordentlich schädigte. Die Einstellung von Druckereibetrieben und

Zeitungsunternehmungen sei mehrfach vorgenommen worden. Solche Schäden müßten ersetzt werden.

Demgegenüber wurde hervorgehoben, daß der Antrag, wie sich aus § 1 ergebe, nur Schäden an körperlichen Sachen treffe, ferner, daß solche Maßnahmen der Militärbehörden auch im Binnenlande getroffen werden mußten, und daß beim Ausbruch des Krieges naturgemäß eine Lähmung fast des gesamten Erwerbslebens von selbst eintreten mußte. Es sei ganz unmöglich, derartige Schäden auf die Reichskasse zu übernehmen. Wenn in dem Antrag verlangt werde, daß erst Verstöße gegen bestehende Gesetze und Verordnungen festgestellt werden müßten, so sei das undurchführbar, denn gerade in den Grenzgebieten sei es im Interesse der Landesverteidigung unbedingt notwendig, ohne Untersuchung zu sofortigen Verhaftungen und Ausweisungen zu schreiten. Bedauerlich sei allerdings, daß erfahrungsgemäß Denunziationen und böswillige falsche Anschuldigungen eine große Rolle spielten. Aber auch das sei eben ein Kriegsschaden, der nicht zu beheben sei. Der Antrag wurde zurückgezogen und § 2 unverändert in der Fassung der Vorlage angenommen.

§ 2a.

Aus der Komm. wurde der Antrag gestellt (Nr. 12, 1 der Druck.), folgenden § 2a einzufügen:

> Aufwendungen von Bundesstaaten oder Elsaß-Lothringen, von Gemeinden oder Gemeindeverbänden für die Abschiebung der Bevölkerung und die Unterbringung der Geflüchteten sind vom Reich zu erstatten.

Dazu wurde der Ergänzungsantrag eingebracht (Nr. 17):

> im Antrag Nr. 12 Ziffer 1 vor das Wort „Aufwendungen" zu setzen das Wort „notwendige"

und ein weiterer Ergänzungsantrag (Nr. 16):

> im Antrag Nr. 12 Ziffer 1 an Stelle der Worte „Abschiebung der Bevölkerung und die Unterbringung der Geflüchteten" zu setzen „für die abgeschobene Bevölkerung".

Es war schon bei Beratung des § 1 von den RegKommissaren erklärt worden, daß Elsaß-Lothringen für die Kosten der Abschiebung und der Unterbringung der Bevölkerung aufgekommen sei und ferner so verfahren werde, und es wurden wiederholt Bedenken ausgesprochen, daß es nicht Aufgabe des Reichs sein könne, für die Unterbringung der Flüchtlinge Sorge zu tragen. Aus der Komm. wurde dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß nicht klar aus dem Antrag zu ersehen sei, ob auch Entschädigungen von Reichs wegen gezahlt werden sollten an diejenigen Gemeinden und Gemeindeverbände, in die die Flüchtlinge abgeschoben wurden und die für deren Aufnahme Sorge getragen hatten. Dabei wurde aus der Pfalz und aus Baden berichtet, daß durch diesen Abzug, Durchzug und Zuzug der Flüchtlinge oft ein sehr umfangreicher Schaden, besonders in Feld und Flur, an Weinbergen und Obst entstanden sei. Die Anträge zu § 2a wurden abgelehnt und somit von der Einfügung dieses Paragraphen abgesehen.

Zu § 3 war aus der Komm. der Antrag gestellt (Nr. 12, 2):

2. den § 3 wie folgt zu fassen:
   a) Satz 1 bis 3 bleiben unverändert,
   b) hinter Satz 3 folgenden Satz 4 einzufügen:
      Bei Vorräten, die zur Verarbeitung oder Verwertung im Wirtschafts- oder Gewerbebetriebe bestimmt waren, ist der Preis zu ersetzen, zu dem sie nachweislich bei ordnungsmäßiger Wirtschaft hätten verwertet werden können.
   c) Satz 5 bleibt unverändert.
   d) Abs. 2 wie folgt abzuändern:
      Sofern der Wert der Sache zur Zeit des schädigenden Ereignisses den Friedenswert überstieg, ist der höhere Wert zu erstatten. Muß zur Fortführung des Haushalts, des Wirtschafts- oder Gewerbebetriebes Ersatz für die zerstörte,

abhanden gekommene oder beschädigte Sache beschafft werden, so sind die tatsächlich aufgewendeten Kosten zu erstatten, soweit die Ersatzbeschaffung zu Preisen erfolgt, die zur Zeit der Ersatzbeschaffung ortsüblich waren. Ist die Beschaffung eines gleichwertigen Ersatzes untunlich oder unwirtschaftlich, so kann die Entschädigung auch ohne Ersatzbeschaffung durch Zahlung des Friedenswertes zuzüglich angemessener Zuschläge erfolgen. Das Nähere über die Voraussetzungen der Ersatzbeschaffung und die Grundsätze für die Ermittlung der ortsüblichen Preise, sowie für die Bemessung der Zuschläge bestimmt der Bundesrat.

Für die Ersatzbeschaffung oder Wiederherstellung öffentlicher Gebäude oder Verkehrsanlagen gelten die Grundsätze des Abs. 2 Satz 2, doch bedarf es nicht des Nachweises der Notwendigkeit.

Ferner der Antrag Nr. 1 Ziffer 2:

im § 3 den Abs. 2 wie folgt zu fassen:

Sofern der Wert der Sache zur Zeit des schädigenden Ereignisses den Friedenswert überstieg, ist der höhere Wert zu erstatten. Muß zur Fortführung des Gewerbes oder des Haushalts Ersatz für die zerstörte, abhanden gekommene oder beschädigte Sache beschafft werden, so sind die tatsächlich aufgewendeten Kosten zu erstatten, soweit die Ersatzbeschaffung zu Preisen erfolgt ist, die zur Zeit der Ersatzbeschaffung ortsüblich waren. Das Nähere über die Voraussetzungen der Ersatzbeschaffung und die Grundsätze für die Ermittlung der ortsüblichen Preise bestimmt der Bundesrat. Das gleiche gilt für öffentliche Gebäude und Verkehrsanlagen, bei denen jedoch die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung stets anzuerkennen ist.

Dieser Antrag war durch den vorhererwähnten (Nr. 12, 2) überholt.

Von anderer Seite wurde gewünscht, im § 3 Abs. 2 Satz 1 für das Wort „kann" das Wort „soll" zu setzen (Nr. 18).

Eine noch größere Freiheit für diese Wertung des Schadens, als in diesem Antrag liegt, suchte der Antrag Nr. 20 zu erreichen:

im § 3 Abs. 2 den Satz 1 wie folgt zu fassen:

Aus Gründen der Billigkeit kann ein angemessener Zuschlag zu dem Friedenswerte festgesetzt werden. Insbesondere soll dies in der Regel dann geschehen, wenn der Wert zur Zeit des schädigenden Ereignisses den Friedenswert überstieg oder die erforderliche Ersatzbeschaffung höhere Kosten verursacht.

In diesem Antrag wurden nachher die Worte „in der Regel" zurückgezogen.

Bei der Aussprache über diese Anträge stellte zunächst ein Abg. die Frage:

1. Ist durch § 2 auch der Sachschaden gedeckt, den die Bewohner der gefährdeten Reichsgebiete durch Armierungsarbeiten erlitten haben?
2. Sind die Schäden inbegriffen, welche die Bewohner, die geflüchtet waren, durch Requisitionen erlitten haben?

Oftmals seien Zettel gegeben worden, die keine Requisitionsscheine waren. Derartige Vorkommnisse wurden berichtet aus Ostpreußen, sowie aus Elsaß-Lothringen. Es wurde auch hingewiesen auf die Beschädigungen, welche die Einwohner von Helgoland durch die Räumung der Insel erlitten hätten.

Der Vertreter der verb. Reg. gab dazu folgende Erklärung ab: Zu der ersten gestellten Frage bemerke er, daß innerhalb der zuständigen Verwaltungsstellen Meinungsverschiedenheit darüber besteht, ob die bezeichneten Schäden nach dem Kriegsleistungsgesetz zu vergüten oder auf das vorliegende Kriegsschadengesetz zu verweisen sind. Es sind Schritte eingeleitet, um diese Meinungsverschiedenheit in einem den Geschädigten günstigen Sinne zum Austrag zu bringen. Sicher ist, daß, wenn die Schäden nicht schon auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes alsbald aus Reichsmitteln zu vergüten sind, sie unbedingt unter die nach § 2 Nr. 1 des vorliegenden Gesetzes festzustellenden und demnächst zu erstattenden Kriegsschäden fallen. Die zweite von dem Herrn Frage-

steller bezeichnete auf Requisitionen beruhende Schadenskategorie fällt, sofern es sich um Requisitionen seitens deutscher Truppen handelt, jedenfalls unter das Kriegsleistungsgesetz.

Derselbe Bundesratskommissar nahm in diesem Zusammenhange Stellung zu früher schon vorgebrachten Anregungen und erklärte das Folgende: Bei dieser Gelegenheit möchte er zu einer Reihe, teils in der Plenarberatung aufgeworfener, teils durch vorliegende Anträge gegebener Fragen bezüglich der Behandlung verschiedener einzelner Schadenskategorien einiges ausführen, um der Besorgnis vorzubeugen, daß bei der engen Begrenzung der in den Gesetzentw. einbezogenen Schäden — im Reichsgebiet durch den Krieg verursachte Sachschäden — gewisse berechtigte Schadensansprüche endgültig ausfallen möchten.

Zunächst die von einem Abg. zur Sprache gebrachten Helgoländer Verhältnisse anlangend, so ist zu unterscheiden: Soweit Grundstücke oder Gebäude von der Marine in Anspruch genommen sind, z. B. zur Unterbringung von Mannschaften, zu Lazarettzwecken, zur Lagerung von Materialien usw., erfolgt Entschädigung nach dem Kriegsleistungsgesetz. Soweit die Grundstücke oder Gebäude nicht von der Marine in Anspruch genommen sind, aber während der Abwesenheit der abgeschobenen Bevölkerung beschädigt werden, erfolgt die Schadensfeststellung und spätere Erstattung gemäß § 2 Nr. 3 des vorliegenden Gesetzentw. Die bloße, ohne Inanspruchnahme seitens der Marine erfolgende, Entziehung der Nutzung ist als ein Teil der besonderen Leistung anzusehen, die die abgeschobene Bevölkerung durch das unfreiwillige Instichlassen ihres Besitzes auf sich nimmt und die nach dem ersten Teil des § 35 des Kriegsleistungsgesetzes noch durch ein besonderes Gesetz zur Vergütung zu bringen ist, ebenso wie die besonderen Leistungen von Gemeinden oder sonstigen öffentlichen Verbänden. Dazu bemerke er, daß auch schon Berufsgenossenschaften wegen des Übermaßes der ihnen durch den Krieg aus der Unfallversicherung erwachsenden Lasten vorstellig geworden sind. Ein solches Gesetz wird jedenfalls noch eingebracht werden. Diesem Gesetze müssen auch die vom Abg. Dr. Haegy in der Plenarberatung erwähnten Unkosten vorbehalten bleiben, die den Abgeschobenen selbst durch ihren Aufenthalt am fremden Orte erwachsen; nicht minder die durch diesen Aufenthalt für die Gemeinden oder Bundesstaaten entstehenden finanziellen Lasten. Bei den Geiseln wird ähnlich wie bei den Fliegerschäden zu unterscheiden sein. Der entstehende Sachschaden fällt unter das vorliegende Gesetz. Schäden an der Gesundheit werden durch das Gesetz über Schäden an Leib und Leben geregelt werden, das in der Begr. des vorliegenden E.ntw. bereits in Aussicht gestellt ist. Für diese Schäden sind übrigens durch die Landesregierungen und zwar zuerst und umfassend von Elsaß-Lothringen im Verwaltungswege Bestimmungen getroffen, die eine vorläufige Fürsorge sicherstellen. Dem zu erwartenden Gesetze muß auch die Regelung der Feststellung solcher Schäden vorbehalten bleiben. Diese nach dem Antrage unter Nr. 3,1 Abs. 2 in dem jetzigen Gesetze zuzulassen, brächte eine höchst unzweckmäßige Teilung des Verfahrens mit sich. Auch erscheint es fraglich, ob die auf die Sachschäden zugeschnittenen Ausschüsse für diese Feststellungen die geeigneten Organe sein würden.

Ein gesetzlicher Ersatzanspruch kann dagegen nicht in Aussicht gestellt werden für Erwerbsschäden. Ob und inwieweit für den Ausgleich von Erwerbsschäden, die unmittelbar durch den feindlichen Einfall entstanden sind, etwa durch Beihilfen, auch in Darlehnsform, zu schaffen sein möchte, muß den zur nächsten Hilfe berufenen Landesregierungen überlassen bleiben. Gerade bei den Erwerbsschäden ist sehr schwer die Grenze zu finden zwichen dem, was noch zu einem erstattungsfähigen Kriegsschaden gerechnet werden kann, und dem, was als allgemeine Kriegslast von jedem einzelnen getragen werden muß. Insbesondere ist hierbei auch zu berücksichtigen, welchen Schaden in dieser Beziehung alle Kriegsteilnehmer auf sich nehmen müssen. Man denke an einen Arzt, der seine Praxis aufgeben muß, einerseits weil er infolge des Einfalls des Feindes seinen Wohnort verlassen muß, andererseits weil er zum Heeresdienst ein-

gezogen ist. Soll man den einen entschädigen, den anderen nicht? Die Einstellung eines Gasthofbetriebs kann z. B. erfolgen wegen Vertreibung aus dem Wohnort infolge des feindlichen Einfalls oder infolge der behördlichen Sperrung der betreffenden Orte (z. B. der Nordseebäder) für das Publikum, oder weil das Publikum sich (z. B. den Ostseebädern) wegen vermeintlicher Gefahren (Flieger) oder Verkehrserschwerungen (Pässe und dergl.) von selbst fernhält. Wo würde eine Entschädigungspflicht beginnen, wo aufhören? Alle Anträge, die auf einen gesetzlichen Erstattungsanspruch bei Erwerbsschäden auch nur in besonderen Fällen abzielen, müssen daher abgelehnt werden. Hier können höchstens freiwillige Beihilfen der Landesregierungen in Frage kommen.

Nach dem Vorstehenden müsse er sich entschieden gegen sämtliche Anträge aussprechen die den Kreis der erstattungsfähigen Schäden für die Regelung durch das vorliegende Gesetz erweitern wollen.

In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Anträge zu § 3 eine Konsequenz der Neugestaltung des § 1 seien, und gesagt, daß die Bestimmungen des § 3 nicht ausreichend seien, insofern der Krieg doch große Preissteigerungen gebracht habe, so daß für den Wiederaufbau von Gebäuden, für die Neubeschaffung von Maschinen, für die Wiedereinrichtung eines Geschäfts erheblichere Aufwendungen notwendig seien als zu Friedenszeiten. Demgegenüber wurde hervorgehoben, daß derartige Anträge mit Bedenken aufgenommen werden müßten, denn es sei unmöglich, Konjunkturgewinne zu garantieren in dem Sinne, daß jemand Beträge in Rechnung setzen könnte, wie sie nach der allgemeinen Preissteigerung im Verlauf des Krieges gezahlt oder erzielt werden könnten. Die Fassung der RegVorlage sei vorzuziehen, da sie mit allen diesen Bedenken aufräume.

Bei der Abstimmung über § 3 wurde der Antrag Nr. 12 abgelehnt und der Antrag Nr. 20 angenommen, womit auch der Antrag Nr. 18 erledigt war. § 3 erhielt dadurch folgende Gestalt:

§ 3.

Wenn die Sache zerstört oder abhanden gekommen ist, wird der volle Wert, wenn die Sache beschädigt ist, die Wertminderung festgestellt. Maßgebend ist der Wert, den die Sache vor dem Kriege hatte. War nachweislich vor dem schädigenden Ereignis infolge Veränderung des Zustandes der Sache eine Veränderung ihres Wertes eingetreten, so ist der veränderte Wert maßgebend. Bei Erwerbungen, die nach Ausbruch des Krieges nachweislich mit höheren Kosten stattgefunden haben, sind diese in angemessener Höhe in Rechnung zu stellen.

Aus Gründen der Billigkeit kann ein angemessener Zuschlag zu dem Friedenswerte festgesetzt werden. Insbesondere soll dies dann geschehen, wenn der Wert zur Zeit des schädigenden Ereignisses den Friedenswert überstieg oder die erforderliche Ersatzbeschaffung höhere Kosten verursacht. Das Nähere über die Voraussetzungen und die Grundsätze für die Bemessung der Zuschläge bestimmt der Bundesrat.

Der Verlust von Wechseln und Schecks wird nicht festgestellt, der Verlust von anderen Wertpapieren nur, soweit der Geschädigte nicht im Wege des Aufgebots Ersatz erlangen kann. Die Feststellung beschränkt sich auf die Ermittlung der Art und des Nennwerts der Wertpapiere sowie des Zeitpunkts ihres Verlustes.

Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Geschädigten oder seines Vertreters mitgewirkt, so wird der Schaden nur insoweit festgestellt, als er unabhängig von diesem Verschulden eingetreten wäre.

§ 8a. Aus der Komm. wurde dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß in dem Gesetz lediglich der Sachschaden ermittelt und die Norm für die Entschädigung durch das Reich gegeben werden sollte. Es sei aber wünschenswert, auch die Schäden an Leib und Leben

in das Gesetz einzubeziehen und insbesondere die Erwerbsschäden und Fluchtkosten. Zur Herbeiführung einer Entschädigung und eines gesetzlichen Anspruchs auf dieselbe für Erwerbsschäden wurde der Antrag Nr. 15 der Drucksachen eingebracht:

folgenden § 3a einzuschalten:

§ 3a.

Nach den Vorschriften dieses Gesetzes werden ferner folgende Schäden festgestellt:

Erwerbsschäden, die durch Verfügungen der Militärbehörden, wie Schließung von gewerblichen Unternehmungen, Inhaftierungen, Gebietsverweisungen, wenn dieselben nicht durch Verstöße gegen bestehende Gesetze und Verordnungen begründet waren, entstanden sind.

und der etwas weitergehende Antrag Nr. 2:

folgenden § 3a einzuschalten:

§ 3a.

Nach den Vorschriften dieses Gesetzes werden ferner folgende Schäden festgestellt:

1. Erwerbsschäden, welche in den vom Feinde besetzten oder unmittelbar bedrohten Gebieten infolge der Besetzung oder Bedrohung oder der mit Rücksicht darauf erlassenen Anordnungen der Behörden, insbesondere durch Flucht, Abschiebung oder Verschleppung der Bevölkerung oder die Wegschaffung ihrer Habe entstanden sind. Allgemeine Erwerbsschäden, die mit dem Kriege, aber nicht mit dem Einbruch feindlicher Truppen oder mit der unmittelbaren Bedrohung durch den Feind zusammenhängen, dürfen nicht berücksichtigt werden.
2. Reisekosten und notwendige Mehrkosten für Verpflegung und Aufenthalt am Zufluchtsort, die geflüchtete oder abgeschobene Zivilpersonen infolge des Einfalls feindlicher Truppen oder der unmittelbaren Bedrohung durch den Feind oder infolge behördlicher Maßnahmen haben aufwenden müssen.

§ 1 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

Bei der Begr. gaben die Antragst. dem Gedanken Ausdruck, daß wohl die Abgrenzung der Erwerbsschäden gewisse Schwierigkeiten haben könne, da oftmals nicht zu unterscheiden sei, was ein entgangener Gewinn oder was ein entstandener Schaden sei. Die Abgrenzung zwischen lucrum cessans und damnum emergens sei sicherlich manchmal schwierig. Die Leute, die ihre Schuldenzinsen weiter zahlen mußten, während ihnen durch den feindlichen Einfall die Erwerbsmöglichkeit genommen sei, hätten effektiven Schaden, nicht etwa nur Schaden aus entgangenem Gewinn zu beklagen. Ferner seien in den vom Feinde besetzten Gebieten neben den Geschäftsleuten auch die freien Berufe, wie Rechtsanwälte und Ärzte, schwer geschädigt.

Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß durch Annahme dieser Anträge jeder Kriegsteilnehmer schlechter gestellt würde als die Einwohner der okkupierten Gebiete, denn auch sie seien aus ihrem Erwerbsleben herausgerissen worden. Viele kleine Geschäftsleute verloren ihre Existenz durch Einberufung, bei Arbeitern sei das ja selbstverständlich die erste Folge der Einberufung, aber auch bei den Angehörigen der freien Berufe sei allenthalben eine schwere Belastung durch den Krieg erfolgt. Ärzte, die eingezogen wurden, mußten ihre Praxis aufgeben, und ihr Militärgehalt kann sie dafür nicht entschädigen. Rechtsanwälte wurden zu Tausenden unter die Fahne gerufen, und manche eben erst ertragreich werdende Praxis ging verloren. Es sei also untunlich, hier von Reichs wegen einzugreifen.

Diese Bedenken wurden auch von den Vertretern der verb. Reg. geteilt in Erweiterung der vorher bereits mitgeteilten Erklärung und dabei besonders noch hervorgehoben, daß es ganz unmöglich sei, eine Feststellung zu treffen, wenn nicht gesagt werde, inwieweit die Entschädigung eintreten solle. Diese Abgrenzungsschwierigkeiten

würden das Verfahren maßlos verzögern, ja sie seien derartig, daß eine Feststellung ganz unmöglich sei.

Von den Antragst. wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Anträge nur eine Gleichstellung der dem feindlichen Einfall ausgesetzten Grenzgebiete mit den Bewohnern der übrigen Reichsteile bezwecke.

Ein Vertreter der Reichsfinanzverwaltung bat, die Anträge abzulehnen. Sie fielen, was die vom Reich begehrte Erstattung der Aufwendungen anlange, welche Gemeinden und Gemeindeverbände für die abgeschobene und geflüchtete Bevölkerung gemacht hätten, unter diejenigen Lasten, deren Übernahme § 35 des Kriegsleistungsgesetzes in seinem ersten Teil einem besonderen Reichsgesetz vorbehalte. Es werde erwogen werden, ein derartiges Gesetz später zu bringen, und deshalb sei es nicht zweckmäßig, einen Teil des Gesetzes jetzt schon durch Einarbeitung dahin zielender Anträge in diese Vorlage vorweg zu nehmen. Es sprächen sonach schon rein praktische Bedenken gegen die Ziffer 1 des Antrags Nr. 12.

Was ferner die Übernahme des Ersatzes von Erwerbsschäden in den vom Feind unmittelbar bedrohten oder besetzten Gebieten im Rahmen des Antrags Nr. 2 angehe, so sei es gegenwärtig jedenfalls völlig ausgeschlossen, diese Kategorie von Schäden im vorliegenden Gesetz zu berücksichtigen, da sich — wie eine eingehende Prüfung bei Vorbereitung des Entw. ergeben habe — hier zahllose Abgrenzungsschwierigkeiten eröffnen die keineswegs durch den Hinweis auf den Ausschluß allgemeiner Erwerbsschwierigkeiten behoben werden könnten. Insbesondere müsse eingehend Vorsorge getroffen werden, daß nicht durch Einbeziehung von Erwerbsschäden in den bedrohten und besetzten Gebieten eine unbillige Benachteiligung der in gleicher oder schlimmerer Weise geschädigten Erwerbsstände der Innenbezirke des Reiches geschaffen werde. Das seien rein praktische Bedenken, die gegen die Anträge sprächen.

Ein anderer Vertreter der verb. Reg. bat, ebenfalls diese Beschwerung des Gesetzes durch derartige Anträge und neue Gesichtspunkte zu unterlassen und sicherte zu, daß späteren Erwägungen die Regelung vorbehalten werden könnte.

Bei der Abstimmung wurden die sämtlichen auf Einfügung eines neuen § 5 zielenden Anträge abgelehnt.

§ 4 wurde in der Fassung der RegVorlage angenommen. Es war der Antrag gestellt worden (Nr. 19): im § 4 hinter „Landesmitteln" einzuschalten die Worte „oder von anderer Seite".

Der Antrag wurde später (Nr. 22) umgeändert dahin:

hinter „Landesmitteln" einzuschalten „oder aus Mitteln einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft".

Es sollte mit diesem Antrag verhindert werden, daß ein Geschädigter doppelten Schadenersatz erhalte. Es wurde aber allseitig betont, daß eine Anrechnung von Liebesgaben nicht bezweckt werde. Die Formulierung stieß auf Bedenken, daher wurden die Anträge zurückgezogen. § 4 blieb dadurch unverändert.

Es wurde ferner gefragt: Nach der Begründung zum Gesetzentwurf ist bei Versicherungen gegen Fliegerschäden bei späterer Entschädigungsregelung die Abtretung der Rechte aus der Versicherung an das entschädigende Reich oder den entschädigenden Staat Vorbedingung.

Wird die Versicherung auch angerechnet, wenn die Versicherunsgesellschaften aus irgendeinem Grunde die Auszählungen nicht leisten?

Ein Vertreter der verb. Reg. erklärte, daß dann die Entschädigung bezahlt würde, wie wenn eine Versicherung nicht stattgefunden hätte. Allerdings habe dann der Versicherte die Prämie unnötig verausgabt und erhalte sie natürlich nicht ersetzt.

§ 5. Aus der Komm. heraus wurden Bedenken erhoben gegen die Fassung des Abs. 2. Stellt der Geschädigte den Antrag nicht, so sollten auch die dinglich Berechtigten den Antrag stellen können, und zwar deshalb, weil es leicht vorkommen könne, daß der Geschädigte selbst verschleppt sei, gestorben oder auf sonst irgendeine Weise,

vielleicht auch durch Unkenntnis nicht in der Lage sein könne, seinen Anspruch rechtzeitig geltend zu machen. Um die Rechte Dritter zu sichern, müsse eine präzise Formulierung hier in das Gesetz eingefügt werden, und so wurde der Antrag gestellt (Nr. 19):

den § 5 Abs. 2 zu fassen:

Als Geschädigte in diesem Sinne gelten auch die dinglich Berechtigten.

Um eine klarere Fassung zu erzielen, wurde dieser Antrag dann umgeändet zu folgendem Wortlaut (Nr. 26):

Antragsberechtigt sind auch dinglich Berechtigte.

Von Regierungsseite wurde dieser Antrag als annehmbar bezeichnet. Die Kommission schloß sich dem Antrag an und änderte den § 5 Abs. 2 dementsprechend.

Die Komm. erwog, daß die ganze Wohltat des Gesetzes für die Kriegsbeschädigten hinfällig sein würde, wenn einem Gläubiger die Möglichkeit gegeben werden könne, die Hand auf die Entschädigung zu egen, dieselbe zu pfänden und so dem Geschädigten die Mittel zu entwinden für die Neugründung seiner Existenz. Diese Bedenken wären hervorgerufen durch die von der Mehrheit der Komm. beschlossene Fassung des § 1, denn an und für sich wäre sie nicht aufgetaucht, wenn das Gesetz ein reines Feststellungsgesetz geblieben wäre. Sie könnte nur bei einem Leistungsgesetz in Frage kommen. Von seiten der verb. Reg. wurde auf diesen Tatbestand hingewiesen, zugleich aber auch erklärt, daß in Konsequenz der gefaßten Beschlüsse die Einarbeitung einer solchen Vorschrift entsprechend wäre.

Aus der Komm. wurde daher der Antrag Nr. 24 gestellt:

dem § 5 als Abs. 3 einzufügen:

„Der Anspruch auf Feststellung und auf die festgestellte Entschädigung ist nicht pfändbar."

Aus der Erwägung heraus, daß der § 5 aber nur die Berechtigung zur Antragstellung ausspreche, wurde der Antrag dann in anderer Formulierung eingebracht und zwar in der Form (Nr. 25), den § 5b einzufügen:

§ 5b.

Ein pfändbarer Anspruch wird durch dieses Gesetz nicht begründet.

Ein Vertreter der verb. Reg. erklärte hierzu:

Auf die Frage eines Abg., ob der § 5 der RegVorlage einen veräußerlichen und pfändbaren Anspruch auf Feststellung dem Geschädigten gewähren solle, sei zu bemerken:

Die Vorlage beabsichtigt keineswegs, einen in den Formen des bürgerlichen Prozeßverfahrens verfolgbaren vermögensrechtlichen Anspruch gegen das Reich oder einen Bundesstaat auf Feststellung des erlittenen Kriegsschadens zu gewähren, der vom Geschädigten veräußert oder belastet oder gepfändet und seinem Gläubiger überwiesen werden könnte. Der Feststellungsantrag des § 5 der Vorlage hat vielmehr ausschließlich als Einrichtung des öffentlichen Rechts zu gelten und entspricht seinem Wesen und seiner Wirkung nach etwa dem Antragsrechte, wie es das Strafgesetzbuch dem durch eine strafbare Handlung Verletzten gibt. Wie dessen Ausübung das strafrechtliche Offizialverfahren in Lauf setzt, so ist der Feststellungsantrag des § 5 der RegVorlage lediglich die öffentlich-rechtliche Voraussetzung und Legitimation für das alsbald nach besonderen Vorschriften noch zu regelnde Verfahren zur Feststellung des angeblich erlittenen Kriegsschadens.

Wenn die Frage aufgeworfen wird, ob der durch die Reichstagskomm. zu § 1 der Vorlage beschlossene Zusatz, daß die volle Entschädigungspflicht dem Reiche obliegt, einen veräußerlichen und pfändbaren Anspruch des Geschädigten gegen das Reich begründe, so sind zunächst die verbündeten Regierungen zur Auslegung dieses Zusatzes nicht berufen. Indessen könnten sie von ihrem Standpunkt aus niemals damit einverstanden sein, daß durch das Gesetz ein der Veräußerung und Pfändung unterliegender, klagbarer Anspruch geschaffen würde, sondern in dem Zusatz nur eine allein auf dem

Gebiete des öffentlichen Rechtes liegende Bestimmung darüber anerkennen, daß ohne Rücksicht auf die Beziehung zum Geschädigten das Zahlungsverhältnis zwischen Bundesstaaten und Reich zu dessen Lasten entschieden wird. Sollte dementgegen durch den KommZusatz die Begründung eines vermögensrechtlichen Anspruchs gegen das Reich für den Geschädigten beabsichtigt sein, so würden die Bedenken der verbündeten Regierungen gegen den Zusatz nur verschärft für sie werden.

Der Vertreter des Reichs-Justizamts schloß sich vom Standpunkt seines Ressorts aus diesen Ausführungen über die rechtliche Natur des Feststellungsantrags und die Bedeutung des beschlossenen Zusatzes an. Er führte aus:

Wie er nur bestätigen könne, deckten sich die letzten Ausführungen mit der Auffassung, von der das RJA. bei Beratung der Vorlage ausgegangen sei. Man müsse sich immer vor Augen halten, daß zur Zeit irgend ein Anspruch auf Ersatz von Kriegsschäden nicht bestehe. Die Vorschrift im § 35 des Kriegsleistungsgesetzes lasse darüber keinen Zweifel, indem sie die Regelung der Ersatzfrage einem jedesmaligen Spezialgesetze des Reichs zuweise. An diesem Rechtszustande habe die Vorlage nichts ändern wollen. Es sei nicht die Absicht gewesen, einen Anspruch des Geschädigten zu begründen und zur Verfolgung eines solches Anspruchs dem Geschädigten ein besonders geartetes Klagerecht, etwa nach dem Vorbilde der Feststellungsklage unserer Zivilprozeßordnung, zu gewähren. Die Vorlage habe lediglich den Zweck verfolgt, im Reichs- und Staatsinteresse mittels eines reichsrechtlich geordneten Verfahrens für die von den Landesregierungen in Aussicht genommenen Leistungen und für eine spätere Ersatzleistung durch das Reich eine gemeinsame Grundlage zu gewinnen. Was insbesondere das Antragsrecht des Geschädigten nach § 4 der Vorlage anlange, so bedeute es nicht ein zum Vermögen des Geschädigten gehörendes Recht, sondern der Antrag sei lediglich eine tatsächliche Voraussetzung des Verfahrens, ohne die eine Feststellung nicht erfolgen könne. Von einer Pfändbarkeit des Antragsrechts könne vom Standpunkt der Vorlage aus unter diesen Umständen nicht die Rede sein. Übrigens sei die Frage, solange man nicht abweichend von der Vorlage einen der Pfändung unterworfenen Anspruch auf Entschädigung zuspreche, nicht von allzu großer Bedeutung. Denn der Gläubiger habe ein Interesse, das Verfahren betreiben zu können, doch eigentlich nur dann, wenn ihm auch der Zugriff auf die später zu gewährende Entschädigung freistehe.

Die Komm. erhob den Antrag Nr. 25 zum Beschluß.

Die Frage der Entschädigung für Schäden an Leib und Leben wünschte Antrag Nr. 3, 1 zu regeln:

folgenden § 5a einzuschalten:

§ 5a.

Die Ersatzleistung für Beschädigungen von Zivilpersonen an Leib und Leben werden durch besonderes Reichsgesetz geregelt.

Die Feststellungsbehörden (§ 6) sind verpflichtet, auf Antrag des Beschädigten, seines Ehegatten, eines Verwandten in auf- oder absteigender Linie oder eines unterhaltsberechtigten geschiedenen Ehegatten oder unehelichen Kindes bei Schäden dieser Art die Beschädigung festzustellen, wenn sie in einem ursächlichen Zusammenhange mit dem Einfall feindlicher Truppen in das Reichsgebiet oder dessen unmittelbarer Bedrohung durch den Feind stehen.

Der Antrag wurde angenommen, ebenso die Resolution (Nr. 3, 2):

der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Ansprüche von Zivilpersonen wegen Kriegsbeschädigung an Leib und Leben geregelt werden.

nachdem der Vertreter der verb. Reg. sich in zustimmendem Sinne ausgesprochen hatte, wie oben mitgeteilt.

§ 6. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Feststellungsbehörden wurden aus der Komm. verschiedene Wünsche geäußert.

Da die RegVorlage vorgesehen hat, daß ein richterliches Mitglied den Ausschüssen angehören müsse, wurde aus der Komm. versucht, dem richterlichen Mitglied größeren Einfluß für die Entscheidung der Ausschüsse zu übertragen und zwar in dem Sinne, daß ihm der Vorsitz eingeräumt werden solle. Das suchte zu erreichen der Antrag Nr. 19, 3a:

im § 6 Abs. 2 nach dem ersten Satz die Worte einzufügen: „In dem Ausschuß erster Instanz führt das richterliche Mitglied den Vorsitz".

Aus der Komm. wurde demgegenüber eingewendet, daß ja wohl richtig sei, daß die Objektivität des Richters das Vertrauen in die Entscheidung der Ausschüsse festige. Andererseits sei aber doch auch erfahrungsgemäß richtig, daß die Landräte absolut vertraut seien mit den Bedürfnissen der Bevölkerung und des Kreises, daß sie ein ausgedehntes Vertrauen genießen und in verschiedenen Angelegenheiten von der Bevölkerung herkommensgemäß zu Rate gezogen würden. Die Landräte hätten auch schon bisher eingegriffen und hätten bis jetzt die ganze Feststellung der Schäden schon geleitet. Nehme man ihnen jetzt diese Sache aus der Hand, so sei das nicht nur für die Bevölkerung unverständlich und eine Minderung des Ansehens der Landräte, sondern es sei auch schädlich, weil dadurch die Durchführung des Gesetzes verzögert werde.

Vom Vertreter der verb. Reg. wurden diese Bedenken unterstützt. Er führte folgendes aus:

Die in dem Antrage Nr. 19, 3a vorgeschlagene zwangsweise Übertragung des Vorsitzes in den Ausschüssen erster Instanz auf das richterliche Mitglied ist äußerst bedenklich, für Preußen wahrscheinlich unannehmbar. Die Objektivität der Entscheidungen ist durch die notwendige Beteiligung eines Richters, auch wenn dieser nur als Mitglied mitwirkt, genügend gesichert; dazu braucht er nicht den Vorsitz zu führen. Der Vorsitz muß in die Hand eines Vertrauensmannes sowohl der Geschädigten wie der Regierung gelegt werden. Der Vorsitzende muß vor allem die einschlägigen Verhältnisse, insbesondere die wirtschaftlichen, genau kennen. Unter diesem Gesichtspunkt ist, wie einer der Herren Vorredner ausführte, in Preußen der Landrat besonders und in erster Linie berufen. Ihn auszuschließen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Auch der Richter kann zum Vorsitzenden geeignet sein, er wird auch durch die Vorlage nicht davon ausgeschlossen. In der Auswahl des Vorsitzenden darf die Landesregierung nicht durch das Gesetz beschränkt werden. Sie muß in der Lage sein, denjenigen dazu zu bestimmen, der in Betracht der Verhältnisse am geeignetsten erscheint. Ich bitte deshalb dringend um Ablehnung des dem widersprechenden Antrags Nr. 19, 3a.

Der Vertreter der verb. Reg. erklärte den Antrag Nr. 19, 3a, durch welchen der Landrat vom Vorsitz im Ausschuß erster Instanz ausgeschlossen werden würde, ausdrücklich für die preußische Regierung als unannehmbar und bat deshalb, im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes nicht auf ihm zu bestehen.

Der Antrag wurde daraufhin abgelehnt.

Die Komm. hatte den Wunsch, den Kreis der Personen zu erweitern, welche zu den Ausschüssen zugezogen werden könnten. Von Regierungsseite wurde zwar bemerkt, daß in den vorgesehenen Kreisen von Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Handwerk doch auch die Arbeiterschaft einbegriffen sei. Es wurde das aber im Gesetze noch ausdrücklich festgelegt durch Annahme des Antrags (Nr. 13), wonach im § 6 Abs. 4 hinter dem Worte „Handwerk" die Worte eingefügt wurden „und Arbeiterschaft".

Da darauf hingewiesen wurde, daß es oftmals wünschenswert erscheinen könnte, wenn neben Berufsangehörigen dieser verschiedenen Erwerbsschichten auch frühere Berufsangehörige nützliche Arbeit leisten könnten, und von Regierungsseite dagegen kein ablehnender Standpunkt eingenommen wurde, stimmte die Komm. auch dem Antrag Nr. 27 zu und beschloß, im § 6 Ab . 4 hinter den Worten „Berufsangehörige" die Worte einzufügen: „oder frühere Berufsangehörige".

Die Komm. war der Meinung, in diesem Paragraphen auch noch eigens aus-

sprechen zu sollen, daß Geschädigte in diesen Ausschüssen nicht mitwirken sollten. Seitens der verb. Reg. wurden diese Bedenken als selbstverständlich erklärt. Zur unzweifelhaften Kennzeichnung dieses Standpunkts wurde dem Abs. 2 des § 6 entsprechend dem Antrag Nr. 11, 1a angefügt: „In den Ausschüssen tätige Geschädigte dürfen in eigener Sache nicht mitwirken."

Der Vertreter der verb. Reg. sagte hierzu: Arbeiter als Mitglieder der Ausschüsse und Oberausschüsse sind keineswegs ausgeschlossen. Die Arbeiterschaft besonders neben der Landwirtschaft, Handel und Gewerbe und dem Handwerk zu nennen, liegt kein Bedürfnis und keine Veranlassung vor. Die Vorlage kennt hier keinen Gegensatz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Auch der Schlossergeselle ist Vertreter des Handwerks, der ländliche Tagelöhner Vertreter der Landwirtschaft. Die niedrigen Kriegsschäden der Arbeiter — es handelt sich ja nur um Sach- nicht um Erwerbsschäden — werden auch in der Regel gemäß § 18 des Entw. im Vorentschädigungsverfahren endgültig erledigt werden und die Ausschüsse selbst selten beschäftigen. Ich empfehle deshalb Ablehnung des Antrags Nr. 13. Gegen die fakultative Zulassung auch ehemaliger Berufsangehöriger habe ich kein Bedenken, da sie, wenn dem Berufe bereits wieder entfremdet, nicht werden ernannt werden.

Der Antrag unter Nr. 11, 1, der ausspricht, daß in den Ausschüssen tätige Geschädigte in eigener Sache nicht mitwirken dürfen, ist unbedenklich und wohl auch ausreichend. Daß, wer einen Schaden erlitten hat, auch dem Ausschuß erster Instanz nicht als Mitglied angehören darf, wird in der Regel praktisch undurchführbar sein. Deshalb sollte von der hierauf abzielenden Ergänzung des Absatz 3 nach dem Antrag Nr. 19, 3b Abstand genommen werden.

Ein weitergehender Antrag Nr. 19, 3b

> „Wer einen Schaden im Sinne dieses Gesetzes erlitten hat, soll nicht Mitglied eines Ausschusses sein, soweit dies nach den örtlichen Verhältnissen durchführbar ist, und darf nicht Mitglied eines Oberausschusses oder des Reichsausschusses sein,"

fand keine Mehrheit in der Kommission.

Um einen Überblick über die Tätigkeit der Ausschüsse gewinnen zu können, wurde folgender Antrag eingebracht

(Nr. 11, 1b):

im § 6 folgenden neuen Absatz anzufügen:

> Über die Tätigkeit der Ausschüsse, Oberausschüsse und des Reichsausschusses, sowie über die ausbezahlten Entschädigungen und die versagten Feststellungen (§ 13) ist dem Reichstag alljährlich zu berichten.

Von Regierungsseite wurde die Vorlage einer solchen alljährlichen Denkschr. als nicht angebracht bezeichnet. Erfahrungsgemäß fänden solche Denkschr. wenig Beachtung, und vor einiger Zeit erst sei auf Wunsch des Reichstags eine große Anzahl von ihm selbst früher geforderter derartiger Jahresberichte abgeschafft worden. Es genüge eine Resolution; in das Gesetz solle man das nicht schreiben.

Der Antrag wurde abgelehnt.

§ 7. Der bei § 6 geäußerte Gedanke, dem Richter ein größeres Gewicht in der Entscheidung der Ausschüsse einzuräumen, wurde von anderer Seite aus der Komm. aufgegriffen und unter Zustimmung der Regierung in das Gesetz eingearbeitet durch Fassung des § 7 in folgender Form (Antrag Nr. 28):

> Zur Beschlußfähigkeit der Feststellungsbehörde ist einschließlich des Vorsitzenden oder seines Vertreters die Teilnahme von fünf Mitgliedern erforderlich, unter denen sich mindestens ein richterliches Mitglied befinden muß.

Im Absatz 2 des § 7 wurde das Wort „Ausschüsse", das lediglich einen Druckfehler darstellt, sinngemäß durch Annahme des Antrags Nr. 29 in „Feststellungsbehörden" umgeändert.

§ 8 wurde unverändert in der Fassung der RegVorlage angenommen.

§ 9. Einige Mitglieder der Komm. wünschten die Berufungsfristen, wie sie in §§ 9 und 10 vorgesehen sind mit zwei Wochen, auf einen Monat ausgedehnt zu sehen, und stellten dazu die Anträge Nr. 30 und Nr. 11, 2. Sie bemerkten dazu in der Begr., daß eine Frist von zwei Wochen zu kurz erscheine, weil es doch leicht der Fall sein könne, daß ein Geschädigter sich sehr weit vom Sitz der Feststellungsbehörde entfernt befinde, so daß es ihm aus verschiedenen Gründen nicht möglich sein könnte, die Frist einzuhalten. Dem wurde entgegengehalten, daß es sich ja doch nur um einen Vorbescheid handle, und daß die Frist beginne zu laufen vom Zeitpunkt der Zustellung an. Es genüge ja doch vollkommen, wenn nach der Zustellung des Bescheids der Geschädigte seine Zustimmung zu der Ablehnungserklärung abgebe. Im Falle der Ablehnung sei die Berufung rechtswirksam, und es bleibe jedem Geschädigten Zeit genug, seine Berufung zu begründen und Beweismittel beizubringen. Von Regierungsseite wurde noch besonders hervorgehoben, was auch schon aus der Kommission ausgesprochen worden war, daß die kürzere Frist im Interesse des Geschädigten liege; denn wenn sie einen Monat betrage, müsse solange die Auszahlung der Gelder unterbleiben. Die Anträge wurden abgelehnt.

§§ 10, 11 und 12 wurden unverändert in der Fassung der Vorlage angenommen.

§ 13. Die Komm. hatte Bedenken gegen die bindende Vorschrift, daß die Feststellung der Beschädigung versagt werden muß, wenn der Antragsteller wegen eines Verbrechens des Hoch- und Landesverrates, des Verrates militärischer Geheimnisse, der Fahnenflucht und des Meineides schuldig befunden wurde.

Besonders wurde betont, daß die erfolgte Verurteilung wegen eines Vergehens des fahrlässigen Falscheides doch oft sehr milde aufgefaßt werden müsse. Man versuchte, die sich ergebenden Härten dadurch zu mildern, daß man die „Mußvorschrift" des § 13 in eine „Kannvorschrift" umwandeln wollte. Dieses Ziel erstrebte der Antrag

Nr. 14:

im § 13 Abs. 1 anstatt „ist zu versagen" zu setzen:

„kann versagt werden".

Nr. 32:

im § 13 Abs. 2 statt „ist ferner zu versagen" zu setzen:

„kann ferner versagt werden".

Zwei KommMitgl. wollten dem § 13 eine ganz veränderte Fassnng geben, indem sie beantragten, § 13 wie folgt zu fassen (Nr. 23):

> Der Versuch eines Geschädigten oder dinglich Berechtigten, durch den Feststellungsbehörden gemachte wissentlich falsche Angaben einen unrechtmäßigen Vermögensvorteil sich zu verschaffen, wird mit Geldstrafe bis zum vierfachen Betrage des erstrebten unrechtmäßigen Vermögensvorteils bestraft. Die Geldstrafe ist auf die Entschädigungssumme anzurechnen.

Zur Entgegnung wurde vorgetragen, daß das eigentlich eine Aufhebung sämtlicher Bestimmungen des Strafgesetzbuchs bedeute, indem z. B. leicht möglich sei, daß jemand sich einen Vermögensvorteil zu schaffen versucht durch eine Urkundenfälschung. Durch die in dem Antrag vorgesehene Buße mit einer Geldstrafe seien die Bestimmungen des StGB. derogiert.

Von Regierungsseite wurde dem Antrag ebenfalls widersprochen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Vertreter des Bundesrats führte zu diesen Anträgen das Folgende aus: Wenn bereits in dem Feststellungsgesetze vorgesehen sei, daß die Feststellung und damit auch später der Ersatz von Schäden unter bestimmten Voraussetzungen zu versagen sei, so sei hierfür die Erwägung maßgebend gewesen, daß man keine mühevollen Feststellungen treffen solle, wo man nicht entschädigen will. Zu bloß statistischen Zwecken werde das Gesetz nicht gemacht.

Sachlich sei man regierungsseitig davon ausgegangen, daß sowohl in den Fällen

schwerer strafrechtlicher Vergehen gegen die Sicherheit des Reichs, wie bei dem Versuche, sich in betrügerischer Weise Vorteile bei Feststellung der Schäden zu verschaffen, der Verlust des Entschädigungsanspruchs gerechtfertigt sei. Die Frage, ob man den Verlust durch eine Mußvorschrift in allen Fällen eintreten lassen wolle, oder ob dieser durch eine Kannvorschrift im Einzelfalle von der freien Entschließung der Feststellungsbehörde abhängig gemacht werden solle, könne verschieden beantwortet werden. Die Regierung sei der Meinung gewesen, daß die strafrechtlichen Fälle des Abs. 1, in welchen eine rechtskräftige gerichtliche Verurteilung vorliege, nicht zu einer Nachprüfung durch die Feststellungsbehörden dahin geeignet seien, ob der Fall Veranlassung gebe, den Feststellungsanspruch zu entziehen oder nicht. In dem Falle des Abs. 2, wo es sich um die Beurteilung der noch offenen Frage handele, ob und in welcher Weise der Antragsteller unlautere Mittel zur Erlangung einer unrechtmäßigen Entschädigung angewendet habe, seien die Feststellungsbehörden wohl zu solcher Entscheidung geeignet und deshalb sei hier die Kannvorschrift eher am Platze. Die Regierungsvorlage habe der Gleichmäßigkeit wegen auch hier die Mußvorschrift gewählt. Es sei aber unbedenklich, wenn sie hier durch eine Kannvorschrift ersetzt werde, während für Abs. 1 die Beibehaltung der Mußvorschrift empfohlen werde. Unschuldige Angehörige des unwürdigen Antragstellers würden allerdings dadurch mitgestraft, müßten das aber über sich ergehen lassen; sie ständen darin anders als die Hypothekengläubiger und sonstige dinglich Berechtigte, für die Abs. 3 eine Sonderbestimmung enthalte.

Der völlige Wegfall des Abs. 2 wäre entschieden zu widerraten. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen selbst habe mit Nachdruck betont, daß durch die Versagung der Entschädigung unlauteren Versuchen zur Erlangung unrechtmäßiger Entschädigung vorgebeugt werden müsse.

Die Bestimmungen des § 13 nach dem Antrage Nr. 23 durch eine nach ihrem Strafmaß noch dazu völlig unsichere Strafbestimmung zu ersetzen, sei nicht angängig. Der Zweck würde dadurch nicht erreicht werden. Für die strafrechtliche Seite der Sache genüge der Betrugsparagraph des StGB.

Da der Komm. der Begriff „unlautere Mittel" im Abs. 2 des § 13 als zu verschwommen erschien, suchte man eine klarere Fassung zu finden durch Antrag

Nr. **33**:

im § 13 den Abs. 2 zu fassen:

> Die Feststellung der Beschädigung kann ferner versagt werden, wenn der Antragsteller es unternommen hat, durch strafbare Handlungen eine unzutreffende Feststellung zu seinen Gunsten herbeizuführen.

Der Antrag

Nr. **34**:

im § 13 dem Abs. 2 folgenden Zusatz zu geben:

> für die Feststellung der Strafbarkeit finden die Bestimmungen des Abs. 1 Anwendung;

wurde abgelehnt.

Von anderer Seite wurde die Streichung des ganzen Absatzes beantragt (Nr. **19**, 4).

Die Komm. beschloß so, der Absatz wurde gestrichen.

§ **14**. Um aufgetauchte Zweifel über die Formulierung des § 14 zu beheben, wurde folgende Fassung vorgeschlagen (Antrag Nr. **31**):

im § 14 den Abs. 1 wie folgt zu fassen:

> Der Bundesrat erläßt die näheren Vorschriften über das Verfahren und die Ausführung des Gesetzes und ist befugt, die Schätzungsgrundsätze in Ausführung dieses Gesetzes festzustellen.

Der Vertreter der verb. Reg. bemerkte dazu: Der Antrag Nr. 31 sei insofern entbehrlich, als auch nach dem Wortlaut der Reg.Vorlage ein berechtigter Zweifel darüber

nicht bestehen könne, daß die Schätzungsgrundsätze zu den AusfVorschriften gehören und als solche sich selbstverständlich im Rahmen der durch das Gesetz festgestellten Normen zu halten hätten und mit diesen nicht in Widerspruch stehen dürften. Immerhin handele es sich bei diesem Antrage nur um eine Redaktionsfrage.

Der Abs. 2, den der Antrag Nr. 21, 1 gestrichen wissen wolle, sei namentlich deshalb notwendig, um den Landeszentralbehörden zum Erlasse der erforderlichen Ergänzungen der Bundesrats-AusfVorschriften die unmittelbare reichsgesetzliche Legitimation, ohne Rücksicht auf das innere Landesrecht, zu geben. Es würde damit z. B. die Frage aus dem Wege geräumt, ob es etwa nach dem Landesrecht einer landesherrlichen Verordnung bedürfe, ob in den Hansestädten die Bürgerschaft mitzuwirken habe, und dergleichen.

Die Einfügung des § 14a verlangte der Antrag:

Nr. 21, 2:

folgenden § 14a zuzufügen:

§ 14a.

Die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Bestimmungen des Bundesrats (§§ 3, 14) sind dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentreten vorzulegen; auf Verlangen des Reichstags treten sie insoweit außer Kraft, als sie Schätzungsgrundsätze oder Zuschläge anordnen, die über die nach diesem Gesetze zulässigen Mindestsätze hinausgehen.

Der Vertreter der verb. Reg. führte aus: Der Antrag Nr. 21, 2 sei auch in der abgekürzten Fassung für die Regierung unannehmbar, insofern er vorsehe, daß die vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu treten hätten. Eine solche Vorschrift widerspreche zunächst dem Verhältnis der beiden gesetzgebenden Körperschaften zueinander. Was der Reichstag sachlich mitbestimmen wolle, möge er direkt in das Gesetz schreiben, was er als AusfVorschrift aber einmal dem Bundesrat überlasse, weil er nicht in der Lage sei, derartige Einzelbest. zu treffen, das müsse dem Bundesrat endgültig überlassen bleiben. Eine nachträgliche Korrektur durch den Reichstag entspreche nicht der Stellung des Bundesrats. Auch würde durch die Möglichkeit der nachträglichen Änderung eine solche Unsicherheit in das Schätzungsverfahren hineingetragen, daß schon aus praktischen Erwägungen eine solche Vorschrift undurchführbar würde.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Zu § 16 wurde beantragt:

Nr. 35:

die Eingangsworte wie folgt zu fassen:

„Der Bundesrat und die Landesbehörden sind befugt".

Von Regierungsseite wurde dagegengehalten: Es müßten den Landeszentralbehörden die Maßnahmen nach Maßgabe des Landesrechts zustehen.

Der Antrag wurde abgelehnt.

§§ 17, 18, 19, 20 und 21 wurden unverändert in der Fassung der RegVorlage angenommen. Anträge wurden dazu nicht gestellt. Ebenso wnrde unverändert angenommen Einleitung und Überschrift.

Im Verlaufe der Beratung gab ein Vertreter des Königlich Preuß. Min. des Innern Aufschluß über die bisher in Preußen erfolgte Entschädigung, wie sie in nachstehender Statistischen Tabelle dargelegt ist. Eine weitergehende Statistik über die auf die einzelnen Erwerbsarten fallenden Auszahlungen, wie sie von einem KommMitgl. gewünscht war, könne nicht gegeben werden, da sie ungeheuere, gegenwärtig unmögliche Arbeit verlange und überdies beim ständigen Fortschreiten der Entschädigungen im Augenblick des Abschlusses bereits wieder unrichtig und überholt sei. Er teilte mit, dem Reichstag gehe die Denkschrift der Königlich Preußischen Regierung zu.

Übersicht über den Stand des

Lfde. Nr.	Kreis	Zahl der gestellten Anträge am 1. Februar 1915	1. Dezember 1915	1. April 1916	1. Mai 1916
					Regierungs
1	Braunsberg	42	205	405	430
2	Preuß. Eylau	934	6 291	8 144	9 391
3	Fischhausen	—	—	—	—
4	Friedland	2 878	9 350	12 117	12 456
5	Gerdauen	4 285	27 683	34 070	35 470
6	Heiligenbeil	10	101	130	133
7	Hellsberg	329	1 950	2 474	2 546
8	Preuß. Holland	—	27	35	35
9	Königsberg Stadt	65	90	146	149
10	„ Land	182	990	1 905	2 104
11	Labiau	3 655	4 500	5 950	6 257
12	Memel	3	11 500	12 256	12 444
13	Mohrungen	—	—	—	—
14	Rastenburg	2 092	6 356	8 094	8 423
15	Wehlau	7 826	19 453	21 777	22 036
		22 306	88 494	107 505	110 874
					Regierungs
16	Angerburg	5 194	25 000	33 400	34 800
17	Darkehmen	1 635	13 500	21 500	23 500
18	Goldap	2 408	50 000	60 200	61 680
19	Gumbinnen	2 086	24 000	31 220	33 276
20	Heydekrug	70	357	533	630
21	Insterburg Stadt	392	11 500	1 740	1 785
22	„ Land	5 700	1 650	14 578	14 865
23	Niederung	198	1 115	1 375	1 435
24	Oletzko	824	34 797	43 156	46 288
25	Pillkallen	5 000	40 000	62 000	66 500
26	Ragnit	849	29 000	37 000	38 439
27	Stallupönen	3 700	30 000	51 450	53 900
28	Tilsit Stadt	148	25 947	420	466
29	„ Land	3 167	395	30 466	36 400
		27 421	287 259	388 838	413 954
					Regierungs
30	Allenstein Stadt	10	109	149	160
31	„ Land	1 014	3 170	5 719	5 875
32	Johannisburg	5 015	21 856	31 829	33 865
33	Lötzen	1 250	17 168	22 261	23 828
34	Lyck	1 905	31 309	39 064	42 177
35	Neidenburg	5 468	14 053	17 960	19 215
36	Ortelsburg	4 620	25 998	33 648	34 819
37	Osterode	1 578	10 257	12 859	13 391
38	Rössel	650	7 052	7 416	7 464
39	Sensburg	1 216	4 911	6 697	7 061
		22 726	136 883	175 631	185 843
					Zusammen
	Regierungsbezirk				
	Königsberg	22 306	88 494	107 505	110 874
	Gumbinnen	27 421	287 259	388 838	413 954
	Allenstein	22 726	136 883	175 631	185 843
	Prov. Ostpreußen	72 453	512 636	671 972	710 671

Vorentschädigungsverfahrens für Kriegsschäden.

Betrag der angewiesenen Vorentschädigung am

1. Februar 1915		1. Dezember 1915		1. April 1916		1. Mai 1916	
M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Bezirk Königsberg.							
57 140	—	508 093	08	554 479	06	564 482	15
890 678	49	4 815 265	19	3 581 792	96	5 753 219	26
—	—	—	—	—	—	—	—
3 076 214	01	11 282 269	54	12 894 934	69	13 340 268	92
4 055 886	67	21 567 952	46	25 406 651	84	26 339 669	39
630	—	298 301	22	469 027	60	498 295	10
198 795	64	859 032	89	1 036 409	87	1 044 128	27
—	—	3 906	26	3 816	26	3 816	26
—	—	107 499	71	367 237	61	385 628	98
84 340	—	678 013	61	938 068	29	884 419	60
1 200 000	—	3 647 956	11	4 162 891	40	4 241 508	57
3 690	—	2 448 145	58	2 919 352	96	3 038 024	06
—	—	—	—	—	—	—	—
1 586 991	34	8 938 148	50	10 847 098	51	11 153 436	49
5 760 500	—	17 341 043	90	19 864 329	57	20 594 832	97
19 914 864	15	72 295 628	95	85 024 070	32	87 841 530	—
Bezirk Gumbinnen.							
1 055 761	56	19 074 440	73	25 363 552	64	26 677 887	85
1 385 000	—	18 209 657	—	22 806 205	—	24 022 259	—
490 297	16	25 099 360	76	34 893 194	08	36 523 331	10
1 079 179	77	20 557 995	—	25 218 066	—	26 396 318	55
19 229	45	124 542	74	211 217	60	253 819	88
276 769	—	7 663 540	52	2 033 024	—	2 087 775	—
992 752	—	1 695 284	—	9 186 974	88	9 647 700	99
94 210	—	892 350	16	1 134 951	78	1 165 724	08
718 240	45	25 546 215	81	32 430 225	79	34 926 607	59
976 409	51	25 724 148	36	31 242 945	79	32 720 274	57
231 179	43	5 268 742	59	6 614 173	62	6 959 495	46
1 740 000	—	26 474 161	58	34 811 466	39	37 767 319	67
29 564	35	10 424 645	89	281 415	99	304 195	99
526 537	36	240 195	56	13 764 046	05	14 579 319	23
9 602 130	35	180 993 080	49	240 183 437	49	254 032 008	86
Bezirk Allenstein.							
7 990	—	109 402	29	156 025	04	255 484	11
125 662	—	815 482	31	942 648	34	1 024 277	10
501 113	—	17 621 890	20	26 751 459	01	29 015 252	25
444 108	61	18 806 629	55	25 161 179	06	26 419 263	78
1 184 267	—	27 818 762	33	33 255 067	82	35 379 510	77
1 392 523	—	11 370 663	59	17 529 802	54	19 140 750	75
1 242 200	—	9 900 879	34	13 124 117	16	13 606 523	51
697 519	—	5 210 282	48	6 303 363	40	6 757 519	40
413 413	34	2 670 603	23	3 165 300	—	3 214 012	37
169 849	—	4 638 344	—	5 661 198	—	6 072 453	—
6 178 546	95	98 862 959	32	132 008 110	17	140 885 027	04
Stellung.							
19 914 864	15	72 295 628	95	85 024 070	32	87 841 530	—
9 602 130	35	180 993 080	49	240 183 437	49	254 032 008	86
6 178 546	95	98 862 939	32	132 008 110	17	140 885 027	04
32 695 641	46	352 151 648	76	457 215 617	98	482 758 565	90

Zweite Lesung.

Die zweite Lesung fand statt am 3. Juni 1916. Es lagen folgende Anträge vor:

Nr. 36:

Die Komm. wolle beschließen:

1. zu § 1 die RegVorlage wieder herzustellen.
   Vgl. jedoch § 15.
2. im § 5 den Abs. 2 wie folgt zu fassen:
   Aus Gründen der Billigkeit kann ein angemessener Zuschlag zu dem Friedenswerte festgesetzt werden. Insbesondere soll dies dann geschehen, wenn die erforderliche Ersatzbeschaffung höhere Kosten verursacht. Das Nähere über die Voraussetzungen und die Grundsätze für die Bemessung der Zuschläge bestimmt der Bundesrat.
3. § 4 wie folgt zu fassen:

§ 4.

   In jedem Falle ist festzustellen, ob und inwieweit dem Geschädigten ein Anspruch auf Ersatzleistung, insbesondere aus einem Versicherungsverhältnis, zusteht, sowie ob und inwieweit er bereits Ersatz erhalten hat. Hierbei bleiben Liebesgaben und sonstige in der Absicht der Schenkung gemachte Zuwendungen außer Betracht.
4. im § 5 den Abs. 1 wie folgt zu fassen:
   Berechtigt, den Antrag auf Feststellung der Beschädigung zu stellen, ist der Geschädigte, sowie jeder dinglich Berechtigte. Als Geschädigter gilt der Eigentümer oder wer sonst die Gefahr des zufälligen Unterganges der vernichteten oder beschädigten Sache trägt.
   Abs. 2 zu streichen.
5. § 5a zu streichen.
   Vgl. § 20b.
6. § 5b zu streichen.
   Vgl. § 14a.
7. im § 6 den Abs. 4 wie folgt zu fassen:
   In den Ausschüssen und Oberausschüssen sollen Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, Handwerk und Arbeiterschaft durch Berufsangehörige oder frühere Berufsangehörige vertreten sein.
8. § 13 wie folgt zu fassen:

§ 13.

   Die Feststellung der Entschädigung kann versagt werden, wenn der Antragsteller wegen eines Verbrechens oder Vergehens nach §§ 80 bis 93, 140 bis 143 des Strafgesetzbuchs, §§ 57 bis 61, 69 bis 75, 78, 81 bis 83 des Militärstrafgesetzbuchs, §§ 1, 3, 5, 6, des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 (RGBl. 195) oder wegen eines in Beziehung auf ein Feststellungsverfahren nach diesem Gesetze begangenen Verbrechens oder Vergehens nach §§ 154 bis 160, 163, 263, 264, 267 bis 273 des Strafgesetzbuchs rechtskräftig verurteilt worden ist, oder wenn die Einleitung oder Durchführung eines solchen Strafverfahrens aus anderen Gründen als wegen Mangels an Beweis nicht erfolgen kann.
9. im § 14 den Abs. 1 wie folgt zu fassen:
   Der Bundesrat erläßt die näheren Vorschriften über das Verfahren. Er ist befugt, Vorschriften zur Ausführung des Gesetzes zu erlassen, insbesondere Schätzungsgrundsätze aufzustellen.
10. als § 14a einzuschieben:

§ 14a.

   Durch die Feststellung der Beschädigung wird ein Rechtsanspruch nicht begründet.
11. § 15 wie folgt zu fassen:

§ 15.

Vorschüsse und Vorentschädigungen, welche die Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen auf Schäden im Sinne dieses Gesetzes ausgezahlt haben oder künftig auszahlen, werden ihnen im Rahmen der nach diesem Gesetze getroffenen Feststellungen vom Reiche erstattet. Der Zeitpunkt der Erstattung wird durch besonderes Gesetz bestimmt.

Im Bedarfsfalle hat das Reich den Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen zur Ermöglichung notwendiger Auszahlungen Vorschüsse zu leisten.

12. § 17 wird § 20a.

13. § 20 zu streichen.

14. als § 20b einzufügen:

§ 20b.

Der Ersatz für die durch den Krieg verursachten Beschädigungen an Leib und Leben wird, unbeschadet bestehender gesetzlicher Vorschriften, durch besonderes Reichsgesetz geregelt.

Zur Sicherung des Beweises für Beschädigungen der im Abs. 1 bezeichneten Art hat das Amtsgericht auf Antrag die Einnahme des Augenscheins und die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen anzuordnen, wenn zu besorgen ist, daß das Beweismittel verloren oder die Benutzung desselben erschwert werde. Zuständig ist das Amtsgericht, bei dem der Beschädigte zur Zeit der Beschädigung seinen allgemeinen Gerichtsstand hatte. Auf die Beweisaufnahme finden die Vorschriften über die Beweisaufnahme in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten entsprechende Anwendung. Das Verfahren ist kosten- und gebührenfrei.

Berechtigt, den Antrag zu stellen, ist der Beschädigte, sowie jeder, zu dem der Beschädigte zur Zeit der Beschädigung in einem Verhältnis stand, vermöge dessen er diesem gegenüber unterhaltspflichtig war oder unterhaltspflichtig werden konnte.

15. § 21 wie folgt zu fassen:

§ 21.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1916, § 20b Abs. 2, 3 jedoch mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der Vertreter der verb. Reg. gab folgende Erklärung ab:

Die Regierung halte grundsätzlich an dem Gedanken fest, daß der vorliegende Gesetzentw. nur der Feststellung der Kriegsschäden zu dienen habe; sie lege deshalb auch entscheidenden Wert darauf, daß der § 1 in der diesem Standpunkt angepaßten ursprünglichen Fassung wiederhergestellt werde. Angesichts des in den KommBeschlüssen mit überwiegender Mehrheit zum Ausdruck gekommenen Wunsches, daß außerhalb des Rahmens des Gesetzes als reinen Feststellungsgesetzes die volle Ersatzpflicht des Reichs in ihm schon jetzt zur Anerkennung gelangen möge, sei die Reichsverwaltung trotz der schweren, bisher geltend gemachten, aus der Unübersehbarkeit der finanziellen Lage beim Kriegsende abgeleiteten grundsätzlichen Bedenken, um das Zustandekommen des Gesetzes zu erleichtern, gewillt, ihrerseits hierin entgegenzukommen und unter gewissen unabweislichen Voraussetzungen bereit, durch eine geeignete Fassung des wiederaufzunehmenden § 15 den Wunsch der Komm. materiell in der Hauptsache zu erfüllen. Dabei müßten folgende Bedingungen erfüllt werden: Zunächst dürfe kein Rechtsanspruch des einzelnen Geschädigten gegen das Reich geschaffen werden, es könne sich vielmehr nur um die Übernahme einer Erstattungspflicht des Reichs gegenüber den vorentschädigenden Bundesstaaten handeln. Dies müsse durch klare bestimmte Fassung der betreffenden Paragraphen sichergestellt werden. Ferner müsse vermieden werden, daß das Reich infolge einer Entschädigungspflicht schon während des Krieges finanziel zu stark in Anspruch genommen werde. Deshalb müsse einerseits der Zeitpunkt, zu

welchem die Erstattung der Vorentschädigungen an die Bundesstaaten zu erfolgen habe, noch vorbehalten bleiben, andererseits die Pflicht zur Gewährung von Vorschüssen sich auf die Fälle wirklichen Bedarfs bei weniger leistungsfähigen Bundesstaaten und auf die sachlich notwendigen Ausgaben beschränken. Fortfallen müsse aus den schon in der ersten Lesung geltend gemachten staatsrechtlichen Bedenken die durch den KommBeschluß den Bundesstaaten auferlegte Verpflichtung zur alsbaldigen Auszahlung der festgestellten Schadensbeträge.

Mit diesen Vorbehalten würde die Reichsverwaltung in der sicheren Erwartung entsprechenden Entgegenkommens der Komm. bei der Erledigung einzelner anderer Zweifelspunkte, insbesondere beim § 3 der Vorlage, geneigt sein, für die Annahme eines entsprechend formulierten Antrags zum § 15 bei den verbündeten Regierungen einzutreten. Über das Vorstehende hinaus könne die Reichsverwaltung auf die Beschlüsse der Komm. zu §§ 1 und 15 nicht eingehen.

Zu § 3 erklärte ein Bundesratskommissar: Durch den KommBeschluß sei im Abs. 2 für die beiden dort vorgesehenen Fälle, nämlich Steigerung des Friedenswertes bis zum Zeitpunkte der Beschädigung und mit höheren Kosten verbundene notwendige Ersatzbeschaffung, die Kannvorschrift, die die Gewährung von Zuschlägen zuläßt, in eine Sollvorschrift umgewandelt. Für den zweiten Fall, die Ersatzbeschaffung, will die Regierung dieser Verschärfung der Bestimmung nicht entgegen sein. Für den ersten Fall erscheint sie ihr aber in hohem Grade bedenklich, weil damit der Grundsatz des Absatz 1, daß nur der Friedenswert zu vergüten ist, in einem Maße verlassen wird, das einer Aufgabe dieses Prinzips beinahe gleichkommt. Während die RegVorlage bei diesem Teil der Bestimmung nur einzelne Ausnahmefälle im Auge hatte, wie z. B. die Vernichtung von Erntevorräten, die seit Kriegsbeginn im Preise wesentlich gestiegen waren, durch die Bestimmung über die Ersatzbeschaffung aber nicht getroffen werden, müsse nach dem KommBeschluß jede aus der Kriegskonjunktur sich ergebende Preissteigerung in Form eines Zuschlags mitvergütet werden. Das entspreche nicht der Billigkeit. Die Regierung sei der Meinung, daß durch den von der Kommission beschlossenen allgemeinen Eingang des Absatzes, wonach aus Billigkeitsgründen ohne bestimmte nähere Voraussetzung Zuschläge bewilligt werden können, dieser Fall, soweit er Berücksichtigung verdiene, schon voll gedeckt werde. Deshalb seien die Worte, welche die Übersteigung des Friedenswertes besonders ins Auge fassen, zu streichen.

Es wurde Übereinstimmung dahin festgestellt, daß die Flucht als solche keinesfalls als „eigenes Verschulden des Geschädigten" im Sinne des Schlußabsatzes des § 3 angesehen werden kann.

Zu § 5 erklärte ein Bundesratskommissar auf Anfrage, daß die Regelung der Frage, wieweit die Entschädigung an den Zwangsverwalter gezahlt werden dürfe, der BundesratsVO. vorbehalten werden müsse.

Zu § 13 war der Antrag gestellt, die Ziffer 140 zu streichen. Der Antrag wurde zurückgezogen. Er wollte die Fahnenflüchtigen früherer Jahrzehnte ausnehmen. Es wurde dem von Regierungsseite widersprochen in folgenden Ausführungen:

Der Antrag, die Vorschrift des § 13 Abs. 1 durch besondere Ausnahmen einzuschränken, sei abzulehnen; er stellt indessen in Aussicht, dem zugrunde liegenden Gedanken durch die AusfVorschriften des Bundesrats in geeigneter Weise Rechnung zu tragen. Eine bestimmte Formulierung könne indessen jetzt noch nicht erfolgen.

Da weiter beantragt war, auch §§ 263 und 264 zu streichen, bemerkte der Bundesratskommissar:

Der beantragten Streichung der §§ 263, 264 trete er unter nochmaligem Hinweis auf die vom Oberpräsidenten und den beteiligten Interessenten in Ostpreußen selbst aufs nachdrücklichste betonte Notwendigkeit, betrügerischen Bereicherungsversuchen durch die Möglichkeit der Entziehung des Schadensanspruchs vorzubeugen, entschieden entgegen.

Die Anträge unter Nr. 36 wurden insgesamt angenommen.

Ebenso Einleitung und Überschrift.

Das Gesetz wurde in der Fassung, die es durch die zweite Lesung erhalten hat, einstimmig angenommen.

Hierzu:

a) **Bekanntmachung, betr. das Verfahren zur Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete. Vom 19. September 1916.**
(RGBl. 1053.)

Der Bundesrat hat auf Grund des § 14 des Gesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete vom 3. Juli 1916 (RGBl. S. 675) folgende Vorschriften über das Verfahren erlassen:

Allgemeine Vorschriften.

I. Feststellungsbehörden.

§ 1. Der Sitz der Ausschüsse und der Oberausschüsse sowie die Abgrenzung ihrer Bezirke und ihre Geschäftsverteilung wird durch die Landeszentralbehörden oder die von diesen bezeichneten Behörden bestimmt.

Der Sitz des Reichsausschusses ist Berlin.

Die Feststellungsbehörden führen die Bezeichnung „Ausschuß (Oberausschuß, Reichsausschuß) zur Feststellung von Kriegsschäden".

§ 2. Die Mitglieder der Feststellungsbehörden werden, sofern sie nicht als Reichs- oder Landesbeamte vereidigt sind, vor der erstmaligen Ausübung ihres Amtes von dem Vorsitzenden durch Handschlag an Eides Statt zu treuer und gewissenhafter Führung ihres Amtes verpflichtet.

§ 3. Ein Mitglied ist von der Ausübung seines Amtes, abgesehen von dem Falle des § 6 des Feststellungsgesetzes, ausgeschlossen,

1. wenn es Ehegatte des Antragstellers oder eines Antragsberechtigten ist oder gewesen ist, oder wenn es mit dem Antragsteller oder einem Antragsberechtigten in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Annahme an Kindes Statt verbunden, in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht;
2. in Sachen, in denen es als Bevollmächtigter des Antragsstellers oder eines Antragsberechtigten bestellt oder als Vertreter eines solchen aufzutreten berechtigt ist oder gewesen ist;
3. in Sachen, in denen es in einem früheren Rechtszug bei der Erlassung der angefochtenen Entscheidung mitgewirkt hat.

§ 4. Örtlich zuständig ist für die Feststellung von Beschädigungen an Grundstücken nebst Zubehör der Ausschuß, in dessen Bezirke das Grundstück belegen ist, für die Feststellung von Beschädigungen an Gegenständen des Hausrats oder Inventars der Ausschuß, in dessen Bezirke der Hausstand oder Betrieb zur Zeit des schädigenden Ereignisses seinen Sitz hatte. Der hiernach zuständige Ausschuß ist auch für die Feststellung von Beschädigungen an allen anderen Gegenständen desselben Geschädigten zuständig.

In Ermangelung einer anderen Zuständigkeit ist der Ausschuß zuständig, in dessen Be irke das schädigende Ereignis eingetreten ist.

§ 5. Erachtet der Vorsitzende den angegangenen Ausschuß für unzuständig, so soll er die Sache dem zuständigen Ausschuß überweisen.

Sind nach § 4 mehrere Ausschüsse zuständig, oder wird die Zuständigkeit von den Vorsitzenden mehrerer Ausschüsse in Anspruch genommen, so entscheidet über die Zuständigkeit endgültig der Vorsitzende der nächsten, diesen Ausschüssen ge-

meinsam übergeordneten Feststellungsbehörde. Das gleiche gilt, wenn die Vorsitzenden mehrerer Ausschüsse, von denen einer ständig ist, ihren Ausschuß für unzuständig halten.

II. Antragsberechtigte.

§ 6. Der Antragsberechtigte kann sich in jeder Lage des Verfahrens eines mit schriftlicher Vollmacht versehenen Bevollmächtigten bedienen.

Der Vorsitzende kann Vertreter oder Beistände, die, ohne Rechtsanwälte zu sein, die Vertretung oder Beistandschaft geschäftsmäßig betreiben, zurückweisen.

Vorsteher von Gemeinden oder anderen öffentlich-rechtlichen Verbänden, die als solche legitimiert sind, bedürfen zur Vertretung ihrer Körperschaften einer besonderen Vollmacht nicht.

§ 7. Jeder Antragsberechtigte kann sich in jeder Lage des Verfahrens diesem durch schriftliche Erklärung anschließen.

Er ist in seinem Vorgehen unabhängig von den anderen Antragsberechtigten.

Die Entscheidung kann gegenüber allen Antragsberechtigten nur einheitlich erfolgen.

III. Verfahren.

§ 8. Das Verfahren zu betreiben, liegt der Feststellungsbehörde ob.

§ 9. Über jede Verhandlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Sie soll Ort und Tag der Verhandlung und die Namen der bei der Verhandlung mitwirkenden Personen sowie das Ergebnis der Verhandlung, insbesondere einer etwaigen Beweisaufnahme, enthalten.

Die Niederschrift soll den Beteiligten, soweit sie diese betrifft, zur Genehmigung vorgelesen oder zur Durchsicht vorgelegt werden. Die Genehmigung der Niederschrift oder der Grund, weshalb sie verweigert ist, soll in der Niederschrift angegeben werden.

Die Niederschrift ist vom Verhandlungsleiter zu unterschreiben.

§ 10. Die Gerichts- und Verwaltungsbehörden haben innerhalb ihrer Zuständigkeit dem Ersuchen der Feststellungsbehörde oder ihres Vorsitzenden um Rechtshilfe zu entsprechen, soweit nicht besondere gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

Die Feststellungsbehörde und ihr Vorsitzender dürfen das am Sitze der Feststellungsbehörde befindliche Amtsgericht um die Herbeiführung von Vernehmungen und Augenscheinseinnahmen nicht ersuchen.

§ 11. Für die Bewirkung der erforderlichen Zustellungen hat der Vorsitzende zu sorgen.

Zustellungen, die eine Frist in Lauf setzen, können durch eingeschriebenen Brief geschehen. Die Zustellung gilt mit dem Tage nach der Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, daß der Zustellungsempfänger nachweist, daß ihm das zuzustellende Schriftstück nicht innerhalb drei Tagen nach der Aufgabe zugegangen ist.

Wer nicht im Inland wohnt, hat einen inländischen Zustellungsbevollmächtigten zu benennen. Solange der Zustellungsbevollmächtigte nicht benannt ist, kann die Zustellung durch zweiwöchigen Aushang in den Geschäftsräumen der Feststellungsbehörde ersetzt werden.

Das gleiche gilt, wenn der Aufenthalt des Zustellungsempfängers unbekannt ist.

Die Zustellung an den Vertreter des Reichsinteresses kann durch Vorlegung der Urschrift des zuzustellenden Schriftstücks erfolgen. Der Tag der Vorlegung ist von dem Vertreter des Reichsinteresses zu bescheinigen. Die Bescheinigung kann durch Vermerk auf der Urschrift erfolgen.

§ 12. Der Antragsberechtigte, der durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle verhindert worden ist, eine Frist einzuhalten, deren Versäumung rechtliche Nachteile zur Folge hat, kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

schriftlich bei der Feststellungsbehörde beantragen, der die Entscheidung über die versäumte Verfahrenshandlung zusteht.

Der Antrag muß enthalten

1. die Angabe der die Wiedereinsetzung begründenden Tatsachen,
2. die Angabe der Mittel für deren Glaubhaftmachung,
3. die Nachholung der versäumten Verfahrenshandlung.

Die Wiedereinsetzung muß innerhalb zwei Wochen nach dem Tage beantragt werden, an dem das Hindernis gehoben ist.

Auf die Entscheidung über die Zulässigkeit des Antrags und auf die Anfechtung der Entscheidung finden die Vorschriften Anwendung, die in diesen Beziehungen für die nachgeholte Verfahrenshandlung gelten.

Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumnis einer Frist im Wiedereinsetzungsverfahren findet nicht statt.

§ 13. Schwebt ein Strafverfahren der im § 13 des Feststellungsgesetzes bezeichneten Art gegen den Antragsteller, so ist das Verfahren durch Beschluß der Feststellungsbehörde oder ihres Vorsitzenden bis zur Erledigung des Strafverfahrens auszusetzen.

§ 14. Die Verfahrenssprache ist deutsch.

Die Vorschriften des § 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes finden entsprechende Anwendung.

§ 15. Dem Antragsteller und dem Vertreter des Reichsinteresses ist auf Verlangen vom Inhalt der im Feststellungsverfahren entstehenden Akten, soweit sie nicht Gutachten von Ausschußmitgliedern enthalten, durch Vorlegung zur Einsichtnahme Kenntnis zu geben.

Der Vorsitzende kann dem Antragsteller die Akteneinsicht aus besonderen Gründen versagen oder beschränken.

B. Besondere Vorschriften.

I. Verfahren vor den Ausschüssen.

§ 16. Der Feststellungsantrag ist schriftlich zu stellen, sofern er nicht nach § 19 des Feststellungsgesetzes als gestellt gilt.

Im Falle des § 19 des Feststellungsgesetzes bestimmt der Vorsitzende den Zeitpunkt der Überleitung des bisherigen Verfahrens in das Feststellungsverfahren. Die Überleitung hat zu erfolgen, sobald der Vertreter des Reichsinteresses oder der Antragsteller es verlangen.

Eine Überleitung hat auch dann zu erfolgen, wenn im bisherigen Verfahren ein Kriegsschaden von 1500 Mark oder weniger festgestellt ist, aber eine Einigung nach § 18 des Feststellungsgesetzes nicht vorliegt.

§ 17. Der Vorsitzende kann von dem Antragsteller zur Begründung des Feststellungsantrags die erforderlichen Aufklärungen, insbesondere die Ausfüllung von Vordrucken verlangen.

§ 18. Der Vorsitzende kann Ermittlungen über den Sachverhalt anstellen, Beweiserhebungen und das persönliche Erscheinen des Geschädigten oder Antragstellers anordnen. Hierbei finden die §§ 29 bis 37 entsprechende Anwendung.

§ 19. Vor Erlaß eines Vorbescheides ist dem Vertreter des Reichsinteresses Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Mehr als ein Vorbescheid über denselben Gegenstand kann nicht erlassen werden.

Der Vorbescheid ist von dem Vorsitzenden zu unterschreiben; im übrigen findet auf ihn § 39 Abs. 2, 4 Anwendung.

§ 20. Der Einspruch gegen den Vorbescheid ist schriftlich bei der Feststellungsbehörde einzulegen.

§ 21. Wird ein Vorbescheid nicht erlassen, oder gegen den erlassenen Vorbescheid Einspruch eingelegt, so überweist der Vorsitzende die Sache dem Ausschuß zur Beschlußfassung oder zur mündlichen Verhandlung.

§ 22. Der Vorsitzende hat Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Ausschuß anzuordnen, wenn der Vertreter des Reichsinteresses oder der Antragsteller es verlangen.

Sie sind zu dem Termine sowie zu allen weiteren mündlichen Verhandlungen zu laden, soweit nicht der Termin in ihrer Anwesenheit verkündet ist.

§ 23. Nach Bedarf kann der Ausschuß mündliche Verhandlungen in der geschädigten Ortschaft abhalten. Hierbei sollen möglichst alle Kriegsschäden der Bewohner gemeinsam erörtert werden. Der Ausschuß kann auch eines seiner Mitglieder mit den Verhandlungen beauftragen.

§ 24. Der Vorsitzende kann vor dem Ausschuß anberaumte Termine verlegen. Die Vertagung einer begonnenen mündlichen Verhandlung bedarf des Beschlusses des Ausschusses.

§ 25. Die mündliche Verhandlung findet in nichtöffentlicher Sitzung statt.

Sie beginnt mit dem Vortrag des Vorsitzenden oder des Berichterstatters.

Hierauf sind der Antragsteller und der Vertreter des Reichsinteresses zum Worte zuzulassen.

§ 26. Der Vorsitzende hat erforderlichenfalls durch Fragen an den Antragsteller auf die Aufklärung des Sachverhalts hinzuwirken; er hat dies jedem anderen Ausschußmitglied nnd dem Vertreter des Reichsinteresses auf Verlangen zu gestatten.

Eine Frage, die der Ausschuß für unsachgemäß erachtet, darf nicht gestellt werden.

§ 27. Ist mündliche Verhandlung nicht angeordnet, so entscheidet der Ausschuß, nachdem dem Vertreter des Reichsinteresses Gelegenheit zur Äußerung gegeben ist.

§ 28. Der Ausschuß kann nach seinem Ermessen eine Beweisaufnahme und jederzeit das persönliche Erscheinen des Geschädigten oder Antragstellers anordnen.

§ 29. Der Ausschuß kann mit der Beweiserhebung ein Mitglied des Ausschusses beauftragen oder nach Maßgabe des § 10 eine andere Behörde um sie ersuchen.

§ 30. Der Ausschuß kann die Augenscheinsnahme beschließen, Zeugen und Sachverständige, auch eidlich, vernehmen und schriftliche Gutachten erfordern sowie vom Geschädigten zur Einsicht und Prüfung die Vorlegung seiner Wirtschaftsbücher oder anderer Unterlagen verlangen, die über bestimmte, für die Abschätzung erhebliche Tatsachen Aufschluß geben können.

§ 31. Vom Beweisaufnahmetermine sind der Vertreter des Reichsinteresses und der Antragsteller zu benachrichtigen. Ihnen ist gestattet, der Beweisaufnahme beizuwohnen.

§ 32. Auf die Beeidigung der Zeugen und Sachverständigen finden die §§ 392, 410 der Zivilprozeßordnung Anwendung.

Sie soll nur dann erfolgen, wenn der Vertreter des Reichsinteresses oder der Antragsteller sie beantragen, oder die Beeidigung zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage erforderlich erscheint.

Die Beeidigung darf nur durch den Vorsitzenden oder ein sonstiges Mitglied des Ausschusses oder ein ersuchtes Gericht erfolgen.

§ 33. In bezug auf die Verpflichtung, sich als Zeuge oder Sachverständiger vernehmen zu lassen, sowie auf die im Falle des Ungehorsams zu verhängenden Strafen finden die Bestimmungen der Zivilprozeßordnung entsprechende Anwendung.

Die hierbei zu treffenden Entscheidungen erfolgen durch den Vorsitzenden.

Gegen die Entscheidung findet binnen zwei Wochen die Beschwerde an den Vorsitzenden des Oberausschusses statt.

Gegen dessen Entscheidung in einer von ihm selbst oder vom Oberausschuß angeordneten Beweisaufnahme ist ein Rechtsmittel nicht gegeben.

§ 34. Dem Vertreter des Reichsinteresses und dem Antragsteller ist auf Verlangen zu gestatten, an die Zeugen und Sachverständigen unmittelbar Fragen zu richten.

Eine Frage, die der Ausschuß für unsachgemäß erachtet, darf nicht gestellt werden.

§ 35. Die Zeugen und Sachverständigen erhalten, soweit sie nicht in demselben Termin als Antragsberechtigte beteiligt sind, Gebühren gemäß der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige (RGBl. 1898, S 689; 1914, S. 214).

§ 36. Soweit für die Angaben des Antragstellers andere genügende Beweismittel nicht beigebracht werden können, darf die Feststellungsbehörde die eidesstattliche Versicherung der Richtigkeit seiner Angaben von ihm verlangen.

§ 37. Die Feststellungsbehörde hat nach ihrer freien, aus dem ganzen Inbegriff der Verhandlungen und Beweise geschöpften Überzeugung zu entscheiden.

§ 38. Bei der Abstimmung des Ausschusses stellt der Vorsitzende die Fragen und sammelt die Stimmen. Bilden sich in bezug auf Summen, über die zu entscheiden ist, mehr als zwei Meinungen, deren keine die Mehrheit für sich hat, so werden die für die größte Summe abgegebenen Stimmen den für die zunächst geringere abgegebenen so lange hinzugerechnet, bis sich eine Mehrheit ergibt.

§ 39. Der Bescheid des Ausschusses enthält die Bezeichnung des Ausschusses und die Namen der Ausschußmitglieder, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, sowie des Antragstellers.

In dem Bescheid ist außer den im Feststellungsgesetze vorgeschriebenen Entscheidungen auch anzugeben, wieviel von dem festgestellten Schadensbetrag auf die einzelnen zerstörten, abhanden gekommenen oder beschädigten Sachen oder Sachgattungen entfällt.

Der Bescheid ist von dem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern zu unterschreiben.

Die Ausfertigung ist mit dem Stempel der Feststellungsbehörde zu versehen und soll die Belehrung über das zulässige Rechtsmittel enthalten. Sie ist dem Vertreter des Reichsinteresses und dem Antragsteller zuzustellen.

II. Verfahren vor den Oberausschüssen.

§ 40. Die Beschwerde gegen den Bescheid des Ausschusses wird schriftlich beim Ausschuß eingelegt.

Die Frist ist auch gewahrt, wenn die Beschwerde beim Oberausschuß eingelegt wurde.

§ 41. Der Vorsitzende des Oberausschusses kann dem Beschwerdeführer zur schriftlichen Rechtfertigung seiner Beschwerde eine Frist von mindestens zwei Wochen bestimmen.

Ist die Beschwerde nicht form- oder fristgerecht eingelegt, oder eine gemäß Abs. 1 gesetzte Frist versäumt, so ist die Beschwerde als unzulässig zu verwerfen.

§ 42. Auf das Verfahren vor den Oberausschüssen finden die Vorschriften über das Verfahren vor den Ausschüssen entsprechende Anwendung, soweit nicht ein anderes bestimmt ist.

§ 43. Die Entscheidung des Ausschusses darf nur insoweit abgeändert werden, als sie mit der Beschwerde angefochten ist.

§ 44. Insoweit die Beschwerde für begründet erachtet wird, hat der Oberausschuß in der Sache anderweitig zu entscheiden.

Leidet das Verfahren an einem wesentlichen Mangel, so kann der Oberausschuß den Bescheid des Ausschusses aufheben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an diesen zurückverweisen.

§ 45. Der Beschluß des Oberausschusses ist zu begründen.

III. Verfahren vor dem Reichsausschuß.

§ 46. Die weitere Beschwerde gegen den Beschluß des Oberausschusses wird schriftlich beim Ausschuß eingelegt.

Die Frist ist auch gewahrt, wenn die weitere Beschwerde beim Oberausschuß oder Reichsausschuß eingelegt wurde.

§ 47. Der Vorsitzende kann dem Antragsteller aufgeben, binnen einer mindestens zweiwöchigen Frist einen bei einem deutschen Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt zu seinem Bevollmächtigten im Verfahren vor dem Reichsausschuß zu ernennen.

Nach fruchtlosem Ablauf der Frist ist die weitere Beschwerde als unzulässig zu verwerfen.

§ 48. Im übrigen finden auf das Verfahren vor dem Reichsausschuß die Vorschriften über das Verfahren vor den Oberausschüssen entsprechende Anwendung, soweit nicht ein anderes bestimmt ist.

§ 49. Insoweit die weitere Beschwerde für begründet erachtet wird, ist die Entscheidung des Oberausschusses aufzuheben und anderweitig zu entscheiden oder, wenn eine Aufklärung des Sachverhalts noch erforderlich ist, die Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung an den Oberausschuß zurückzuverweisen.

Die rechtliche Beurteilung durch den Reichsausschuß ist für das weitere Verfahren bindend.

C. Schlußvorschriften.

§ 50. Der Reichskanzler wird ermächtigt, durch eine allgemeine oder eine nur bestimmte Bezirke oder Personen betreffende Anordnung nach Beendigung des Kriegszustandes Ausschlußfristen zu setzen, binnen welchen der Feststellungsantrag oder Anträge auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gestellt werden müssen.

§ 51. Diese Vorschriften treten mit dem 1. Oktober 1916 in Kraft.

Begründung. (D. R. IX 236.)

Entsprechend dem § 14 des Kriegsschädengesetzes vom 3. Juli 1916 hat der Bundesrat die näheren Vorschriften über das Verfahren erlassen.

Das Verfahren ist so gestaltet worden, daß es die Absichten des Gesetzgebers auf einfachem und sicherem Wege erreicht, also den Schaden in jedem einzelnen Falle so feststellt, wie es den Interessen des Reichs sowohl wie des Geschädigten am besten entspricht. Es bietet demnach die volle Gewähr für die Ermittlung der objektiven Wahrheit, nimmt aber zugleich die Verhandlung mit den Beteiligten zur Grundlage der Entscheidung.

Von diesem grundsätzlichen Gesichtspunkt ausgehend, legt die Bekanntmachung die Betreibung des Verfahrens in die Hand der Feststellungsbehörde und ermächtigt sie, unabhängig von dem Vorbringen des Vertreters des Reichsinteresses oder des Antragstellers, die ihr erforderlich erscheinenden Beweise in freier Auswahl der Mittel zu erheben, verpflichtet sie aber zugleich, vor Fällung einer Feststellungsentscheidung den Vertreter des Reichsinteresses und den Antragsteller auf Verlangen in mündlicher Verhandlung zu deren Anträgen zu hören, ohne daß hierdurch die Verhandlungsmaxime der Zivilprozeßordnung eingeführt würde. Dem Interesse aller Teile an einer einfachen und schleunigen Erledigung des Schadensfalles, insbesondere in weniger umfangreichen Sachen, dient es, wenn die Bekanntmachung gemäß dem Gesetze Sorge trägt, daß im allgemeinen zunächst der Vorsitzende allein in Tätigkeit tritt, indem sie ihm möglichst weitgehende Befugnisse einräumt, und daß der umständlicher arbeitende Ausschuß erst dann eingreift, wenn der Vertreter des Reichsinteresses oder der Antragsteller oder der Vorsitzende selbst es für angebracht halten.

Der allgemeine Teil regelt im Abschnitt I die Zuständigkeit der Feststellungsbe-

hörden, die sich in Ausschüsse, Oberausschüsse sowie den Reichsausschuß gliedern. Im Abschnitt II wird die Vertretung und der Kreis der Antragsberechtigten behandelt, und im Abschnitt III werden die allgemeinen Grundsätze des Verfahrens bei den Feststellungsbehörden aufgestellt. Im besonderen Teil werden die besonderen Vorschriften über das Verfahren vor den Ausschüssen, Oberausschüssen und dem Reichsausschuß behandelt. Durch die Schlußvorschriften wird der Reichskanzler ermächtigt, durch eine Anordnung nach Beendigung des Kriegszustandes Ausschlußfristen zu setzen, binnen welchen der Feststellungsantrag oder Anträge auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gestellt werden müssen. Die Vorschriften treten mit dem 1. Oktober 1916 in Kraft.

β) Bekanntmachung, betr. Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete, vom 28. September 1916 (RGBl. 289) mit der Ergänzung vom 17. November 1916. (RGBl. 400.)

Auf Grund des § 14 des Gesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete vom 3. Juli (RGBl. S. 675) hat der Bundesrat die nachstehenden Ausführungsbestimmungen erlassen.

A. Allgemeine Bestimmungen.

Nr 1. (Zu § 1 Abs. 1.) Die Feststellung des Schadens erfolgt für jede zerstörte, abhanden gekommene oder beschädigte Sache oder Sachgattung besonders, soweit nicht im folgenden abweichende Bestimmungen getroffen sind. Eingebaute Maschinen sind als bewegliche Sachen zu behandeln, auch wenn sie rechtlich wesentliche Bestandteile eines Grundstücks sind; die Landeszentralbehörde kann im Einvernehmen mit dem Reichskanzler für bestimmte Arten von Maschinen hiervon abweichende Bestimmungen treffen.

Verluste an Forderungen und Vermögenseinbußen anderer Art, insbesondere Einnahmeausfälle infolge Behinderung in der Ausübung des Gewerbes oder Berufs sowie Unterhaltskosten während der Flucht fallen nicht unter das Gesetz.

Nr. 2. (Zu § 2.) Kriegerische Unternehmungen im Sinne des § 2 Nr. 1 des Feststellungsgesetzes sind alle unmittelbar mit der Kriegführung zusammenhängenden militärischen Maßnahmen. Hierher gehören insbesondere auch Fliegerangriffe.

Kriegsschaden gemäß § 2 Nr. 2 liegt vor, wenn die dort aufgezählten Ereignisse innerhalb der Zeit der Besetzung oder unmittelbaren Bedrohung eines Gebiets durch den Feind in diesem Gebiete zu einem Sachschaden geführt haben; dabei ist es ohne Belang, ob der Sachschaden durch das Verhalten der Angehörigen der deutschen, verbündeten oder feindlichen Streitkräfte, von Marodeuren oder der geflüchteten oder zurückgebliebenen Bevölkerung verursacht worden ist. Ein innerhalb der Zeit der Besetzung oder unmittelbaren Bedrohung durch den Feind eingetretener Sachschaden ist nur dann nicht als Kriegsschaden gemäß § 2 Nr. 2 anzusehen, wenn er nachweislich auf Ursachen zurückzuführen ist, die mit dem Kriege in keinerlei Zusammenhange stehen, wie z. B. Naturereignisse (Blitzstrahl, Hochwasser) oder gemeiner Diebstahl; dabei ist aber zu prüfen, ob und inwieweit bei solchen Schadensursachen insofern ein Zusammenhang mit dem Kriege vorliegt, als dieser die Abwehr und die Eindämmung des Schadens erschwert oder unmöglich gemacht hat.

Als Kriegsschäden gemäß § 2 Nr. 3 sind auch Schäden anzusehen, die durch unerlaubte oder eigenmächtige Handlungen der Flüchtlinge oder durch das von ihnen mitgenommene Vieh verursacht sind, sowie solche an Grundstücken oder zurückgelassenen Gegenständen eingetretene Schäden, welche auf die mangelnde Aufsicht oder Fürsorge während der Abwesenheit der Flüchtlinge zurückzuführen sind.

Die Landeszentralbehörde kann im Einvernehmen mit dem Reichskanzler

Zeitabschnitte festsetzen, innerhalb deren bestimmte Gebiete im Sinne des § 2 Nr. 2 und 3 als vom Feinde besetzt oder unmittelbar bedroht anzusehen sind, ohne daß es eines weiteren Nachweises bedarf.

Nr. 3. (Zu § 3 Abs. 1.) Festzustellen ist der an der Sache eingetretene Schaden. Auszugehen ist dabei von dem gemeinen Werte, den die Sache vor dem Ausbruch des Krieges unter Berücksichtigung ihres Alters und ihrer Abnutzung hatte (Friedenswert). Ist die Sache zerstört oder abhanden gekommen, so ist der so ermittelte Wert voll in Rechnung zu stellen; ist sie beschädigt, so ist die Verminderung, die der Wert durch die Beschädigung erfahren hat, in Rechnung zu stellen.

An die Stelle des Friedenswerts tritt der Wert zur Zeit des schädigenden Ereignisses, wenn der Wert der Sache sich infolge einer Veränderung an der Sache selbst — z. B. durch Errichtung eines Gebäudes auf dem Grundstück oder durch Erkrankung von Vieh — nach oben oder unten verändert hat. Dagegen kommen Änderungen im Werte, die als allgemeine Wirkungen des Krieges bis zur Zeit des schädigenden Ereignisses erfolgt sind, insbesondere Konjunkturgewinne, nicht in Betracht.

An die Stelle des Friedenswerts tritt der Anschaffungspreis, wenn die Sache erst während des Krieges zu einem Preise angeschafft ist, der den Friedenswert übersteigt; den Nachweis hat der Geschädigte zu erbringen. Soweit der Anschaffungspreis einen Betrag überschreitet, der bei Würdigung der allgemeinen Wirtschaftslage und der Wirtschaftsbedürfnisse des Geschädigten gerechtfertigt wäre, ist er entsprechend niedriger anzusetzen.

Nr. 4. (Zu § 3 Abs. 2.) Die Zuschläge nach § 3 Abs. 2 des Feststellungsgesetzes sind dem Friedenswert oder dem nach Nr. 3 Abs. 2 oder Abs. 3 an seine Stelle tretenden Werte im Rahmen des wirtschaftlich Notwendigen nach Maßgabe der darüber getroffenen Einzelbestimmungen hinzuzusetzen.

Für Luxusgegenstände dürfen Zuschläge nicht festgesetzt werden.

Nr. 5. (Zu § 3 Abs. 1 und 2.) Die nach den Einzelbestimmungen von der Landeszentralbehörde im Einvernehmen mit dem Reichskanzler festgesetzten Normalwerte gelten nur als Anhaltspunkte für die Schätzung und als Höchstgrenze, über die hinaus in der Regel ein Schaden nicht festzustellen ist. Sie sind bei ihrer Anwendung auf ihre Angemessenheit nachzuprüfen.

Nr. 6. (Zu § 3 Abs. 4.) Als Vertreter, für deren Verschulden der Geschädigte wie für sein eigenes einzustehen hat, kommen nur gesetzliche Vertreter und durch Rechtsgeschäft bestellte Vertreter in Betracht. Zu den durch Rechtsgeschäft bestellten Vertretern können insbesondere auch Familienangehörige gehören, die in der Wirtschaft des Geschädigten in dessen Auftrag tätig sind.

Die Flucht als solche gilt nicht als Verschulden im Sinne des § 3 Abs. 4 des Feststellungsgesetzes.

Nr. 6a. (Zu § 4 Satz 1) Ein Anspruch auf Ersatzleistung liegt, soweit es sich nicht um ein Versicherungsverhältnis handelt, dann nicht vor, wenn kraft öffentlichen Rechtes ein anderer als der Eigentümer zu voller oder teilweiser Wiederherstellung der Sache oder zur Aufbringung der dadurch entstehenden Kosten verpflichtet ist, wie dies z. B. in einzelnen Bundesstaaten bei Kirchen- und Schulbauten auf Grund gesetzlicher oder patronatlicher Verpflichtung der Fall ist.

Die Feststellung von Ersatzansprüchen beschränkt sich darauf, ob ein Rechtsverhältnis, das dem Geschädigten einen Anspruch auf Ersatzleistung gewährt, in Frage kommt, welcher Art dieses Rechtsverhältnis ist (z. B. Versicherungsverhältnis, unerlaubte Handlung), wer der Schuldner ist und auf welche Gegenstände der Ersatzanspruch sich bezieht. Soweit es ohne eingehendere Ermittelungen möglich ist, sind auch Umfang und Betrag des Ersatzanspruchs festzustellen. Die Entscheidung von Zweifeln und Streitigkeiten, insbesondere über Grund und Umfang der Ersatzpflicht, gehört nicht in den Rahmen des Feststellungsverfahrens.

Nr. 6b. (Zu § 5 Abs. 1) Zu den Geschädigten im Sinne des § 5 Abs. 1 des Gesetzes gehören auch diejenigen Personen, welche, soweit es sich nicht um ein Versicherungsverhältnis handelt, kraft öffentlichen Rechtes zur vollen oder teilweisen Wiederherstellung der Rechte und zur Aufbringung der dadurch entstehenden Kosten verpflichtet sind (vgl. Nr. 6a Abs. 1).

C. Einzelbestimmungen.

1. Bauschäden.

Nr. 7. Bei der Feststellung von Bauschäden ist von dem Neubauwerte des Gebäudes unter Berücksichtigung der vor Ausbruch des Krieges üblichen Baukostenpreise und Löhne auszugehen; von dem Neubauwert ist ein dem Zustand des Gebäudes vor Eintritt des Schadens, insbesondere seinem Alter und seiner Abnutzung entsprechender Abzug zu machen; außerdem ist der Wert der verwendbaren Baureste nach Berücksichtigung der Abbruchskosten abzuziehen.

Dem so ermittelten Betrage ist im Falle des Wiederaufbaues ein Zuschlag in Höhe des Unterschieds zwischen den Preisen der Baumaterialien einschließlich der Anfuhr und der Löhne zur Zeit des tatsächlichen Wiederaufbaues und den Kosten, die hierfür vor Ausbruch des Krieges hätten aufgewendet werden müssen, hinzuzusetzen. Ein weiterer Zuschlag kann bis zur Höhe der Hälfte des Betrags in Rechnung gestellt werden, um den sich die Baukosten durch baupolizeiliche Vorschriften oder sonstige aus Gründen der Gesundheitspflege oder der Sittlichkeit gestellte behördliche Anforderungen erhöht haben, die gegenüber den entsprechenden Vorschriften und Anforderungen zur Zeit der Errichtung des beschädigten Gebäudes weitergehen.

Nr. 8. Die Feststellung der Zuschläge soll erst erfolgen, nachdem eine Nachweisung über die tatsächlich entstehenden Baukosten vorliegt. Die Art der Nachweisung bestimmt die Landeszentralbehörde im Einvernehmen mit dem Reichskanzler.

Nr. 9. Kosten, die durch Größerbauten entstehen, werden bei der Schadensfeststellung, insbesondere bei der Berechnung der Zuschläge, nicht berücksichtigt. Dabei gelten die folgenden Grundsätze.

Wenn der Neubau den Umfang des zerstörten Baues überschreitet, so ist zu errechnen, welcher Teil der tatsächlich entstandenen Kosten zur Wiederherstellung des Gebäudes in seinem alten Umfang erforderlich gewesen wäre.

Der Umfang bedeutet die Gesamtheit der Nutzungseinheiten. Ihre Berechnung erfolgt im wesentlichen nach Nutzungsfläche und umbautem Raume. Als Überschreitung des Umfanges des zerstörten Gebäudes gilt die Vergrößerung der Nutzungsfläche und des umbauten Raumes und die Anwendung kostspieligerer Bauweise oder Ausstattung als der üblichen, soweit das Mehr nicht durch baupolizeiliche Vorschriften oder sonstige behördliche Anforderungen herbeigeführt ist, die aus Gründen der Gesundheitspflege oder der Sittlichkeit gestellt werden müssen (vgl. wegen der Höhe des Ersatzes Nr. 8 Abs. 2 Satz 2).

Für Neubauten an Stelle zerstörter Wohnungen mit nicht mehr als zwei heizbaren Räumen können nach näherer von der Landeszentralbehörde im Einvernehmen mit dem Reichskanzler getroffener Bestimmung für die neuen Wohnungen solche Maße gewählt werden, die den berechtigten Anforderungen an Kleinwohnungen entsprechen, ohne daß das Mehr als Überschreitung des Umfanges behandelt wird.

Soweit in zerstörten Arbeiterwohnhäusern selbständig benutzt gewesene Oberstuben vorhanden waren, sind sie für die Berechnung des Umfanges nur als halbe Wohnungen zu rechnen.

Im einzelnen sind insbesondere in Betracht zu ziehen:

a) für Wohngebäude:

Zahl der Geschosse, der Wohnungen, der zu ihnen gehörigen Wohnräume; ferner die gesamte Fläche der zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienenden Räume ausschließlich der Läden und Verkaufsräume.

b) für Läden und Lagerräume:

nutzbare Fläche und Höhe der Räume.

Bei den unter a und b genannten Gebäuden ist eine Überschreitung der Geschoßhöhe und der Größe der nicht zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienenden Nebenräume nur insoweit als Überschreitung des Umfanges zu behandeln, als sie über das nach Abs. 3 anzuerkennende Mindestbedürfnis hinausgeht.

c) für Speicher:

Anzahl der Böden, nutzbare Fläche unter Berücksichtigung des Verwendungszwecks.

d) für Ställe:

nutzbare Fläche, für die zugehörigen Böden der umbaute Raum sowie Art der inneren Einrichtung.

e) für Scheunen:

der umbaute Raum.

f) für Remisen und Schuppen.

die bebaute Fläche.

g) für Versammlungsräume:

die Grundfläche unter Anwendung zweckentsprechender Höhen.

h) für gewerbliche Anlagen:

nutzbare Fläche der für den Betrieb selbst bestimmten Räumlichkeiten, Geschoßhöhe dieser Räume, soweit sie zur Aufstellung von Maschinen und Anbringung sonstiger Einrichtungen von Wichtigkeit ist, Art und Zahl eingebauter Maschinen, der Dampfkessel, sonstiger Feuerungen und anderer baulicher Einrichtungen; eine Umfangserweiterung, die nach den maßgebenden gesetzlichen oder polizeilichen Vorschriften notwendig geworden ist, gilt nicht als eine bei der Kostenausscheidung zu berücksichtigende Überschreitung des alten Umfanges.

Nr. 10. Ein Wiederaufbau im Sinne der Nr. 7 Abs. 2 liegt auch vor, wenn mehrere Gebäude an Stelle eines einzelnen oder ein einzelnes an Stelle mehrerer errichtet werden oder Umfangsverschiebungen unter mehreren Gebäuden gleicher Art, z. B. unter den Wirtschaftsgebäuden, stattfinden. In diesen Fällen ist der Gesamtumfang der zerstörten oder beschädigten Gebäude zusammenzurechnen und mit dem Gesamtumfange der neuerrichteten oder wiederhergestellten zu vergleichen.

Die Errichtung von Gebäuden auf einem anderen Grundstück als demjenigen, auf dem die zerstörten oder beschädigten Gebäude standen, gilt als Wiederaufbau im Sinne der Nr. 7 Abs. 2 nur, wenn sie von der Landeszentralbehörde oder der von ihr bezeichneten Landesbehörde genehmigt worden ist.

II. Hausratsschäden.

Nr. 11. Die Feststellung der Schäden am Hausrat hat von dem Grundsatz auszugehen, daß die festgestellte Summe jedenfalls den Betrag erreicht, der zur Wiederbeschaffung des auch bei einfachsten Verhältnissen notwendigen Hausrats erforderlich ist.

Nr. 12. Dem Friedenswerte (Nr. 3 Abs. 1) oder dem nach Nr. 3 Abs. 2 oder 3 an seine Stelle tretenden Werte sind Zuschläge zum Ausgleich des Unterschieds zwischen den niedrigeren Friedenspreisen und den Anschaffungspreisen zur Zeit der Ersatzbeschaffung hinzuzusetzen.

III. Land- und forstwirtschaftliche Schäden.

Nr. 13. Dem Friedenswerte (Nr. 3 Abs. 1) oder dem nach Nr. 3 Abs. 2 oder Abs. 3 an seine Stelle tretenden Werte sind bei totem und lebendem Hofinventar Zuschläge zum Ausgleich zwischen den niedrigeren Friedenspreisen und den Anschaffungspreisen zur Zeit der Ersatzbeschaffung hinzuzusetzen.

Der Berechnung der Zuschläge ist bei lebendem Inventar der Gebrauchswert, ohne Berücksichtigung des Zuchtwerts, zugrunde zu legen.

Nähere Bestimmungen über die Bemessung der Zuschläge kann die Landeszentralbehörde im Einvernehmen mit dem Reichskanzler treffen.

Nr. 14. Wenn Vieh unter dem Zwange des Krieges zur Bergung vor dem Feinde oder infolge einer behördlich angeordneten Räumung binnen 2 Wochen nach der Entfernung vom Standort verkauft worden ist, so ist der Unterschied zwischen dem Friedenswert und dem nachweislich erzielten Kaufpreis als Schaden festzustellen. Doch ist der Kaufpreis auch dann mit einem Viertel des Friedenswerts anzurechnen, wenn er weniger betragen hat.

Nr. 15. Bei Holzungen ist der Schaden nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen zu ermitteln.

Bei einzelnen Bäumen sind der verlorene Holzwert oder die Kosten der Ersatzpflanzung in Ansatz zu bringen. Obstbäume und Beerensträucher sind unter Berücksichtigung der Sorten, des Ertrags und des Alters abzuschätzen.

Seltenheits- und Schönheitswerte, z. B. bei Park- und Gartenanlagen, sind nur zu berücksichtigen, wenn der eingetretene Schaden eine Verminderung des gemeinen Wertes des gesamten Grundstücks zur Folge gehabt hat.

Nr. 16. Für die Schadensfestsetzung an Erntevorräten und an Vieh haben die Landeszentralbehörden im Einvernehmen mit dem Reichskanzler Normalwerte (vgl. Nr. 5) festzusetzen.

Nr. 17. Als Wertminderung der Grundstücke ist auch der Schaden festzustellen, der an dem Feldinventar durch unterlassene oder verspätete Bestellung verursacht ist.

Die Landeszentralbehörde kann im Einvernehmen mit dem Reichskanzler für die in Betracht kommenden Gebiete je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen Normalsätze für die Berechnung dieses Schadens festsetzen.

Nr. 18. Bei Schäden in landwirtschaftlichen Betrieben sollen die für lebendes und totes Hofinventar, Wirtschaftsvorräte, Ernte und Feldinventar getroffenen Einzelfeststellungen zusammen nicht mehr ausmachen als der durch die Tatbestände des § 2 des Feststellungsgesetzes hervorgerufene Minderwert dieser Bestände nebst dem Verlust an Wirtschaftsreinertrag während der in Betracht kommenden Wirtschaftszeitabschnitte. Es soll daher in geeigneten Fällen eine Gegenrechnung, bei der der Gesamtschaden aus zusammenfassenden Gesichtspunkten festgestellt wird, durchgeführt werden. Nach dem Ergebnis der Gegenrechnung sind die Einzelfeststellungen auf ihre Angemessenheit nachzuprüfen.

Die näheren Vorschriften über die Art der Aufstellung der Gegenrechnung erläßt die Landeszentralbehörde im Einvernehmen mit dem Reichskanzler.

IV. Die Schäden in kaufmännischen und gewerblichen Betrieben und in freien Berufen.

Nr. 19. Dem Friedenswerte (Nr. 3 Abs. 1) oder dem nach Nr. 3 Abs. 2 oder Abs. 3 an seine Stelle tretenden Werte sind bei Betriebsmitteln (Ladeneinrichtungen, Maschinen, Handwerksgeräten usw.) Zuschläge zum Ausgleich zwischen den niedrigeren Friedenspreisen und den Anschaffungspreisen zur Zeit der Ersatzbeschaffung hinzuzusetzen.

Nr. 20. Die Landeszentralbehörde und die von dieser bezeichneten Landesbehörden können Preisverzeichnisse aufstellen, die bei der Schadensfeststellung als Anhalt dienen können.

Nr. 21. Bei der Feststellung der Schäden an Warenlagern hat, soweit nicht die Landeszentralbehörde im Einvernehmen mit dem Reichskanzler abweichende Vorschriften erläßt, die in der Anlage gegebene Anleitung als Anhaltspunkt zu dienen.

Anlage.

Anleitung zur Feststellung von Schäden an Warenlagern.

1. Für **Warenlager** bleibt die Einzelbewertung auf die Fälle geringer Brand-, Trümmer- oder Plünderschäden bis zur Höhe von 500 M. beschränkt, sofern der Betriebsinhaber in der Lage ist, die einzelnen abhanden gekommenen Gegenstände nach Art, Menge und Einkaufspreis glaubhaft zu machen; es soll dabei als Entgelt dafür, daß der Umsatz dieser Waren nicht möglich gewesen ist, ein Satz von 7 v. H. des Einkaufspreises zugeschlagen werden.

2. Bei Warenlagerschäden über 500 M. und auch bei denjenigen unter 500 M., bei denen die Einzelbewertung nicht durchführbar ist, muß die Abschätzung buchmäßig, bei größeren Schäden (solchen von mehr als 10000 M.) unter Zuziehung von Sachverständigen erfolgen. Es ist dabei folgendermaßen zu verfahren:

3. Den Ausgangspunkt bildet in allen Fällen der Einkaufswert des Warenlagers bei Beginn des feindlichen Einfalls. Zu scheiden ist zwischen Betrieben, bei denen alle zur Schadensfeststellung notwendigen Bücher und Aufzeichnungen vorhanden sind, und solchen, bei denen diese ganz oder teilweise fehlen.

A. Im Falle des Vorhandenseins aller zur Schadensfeststellung notwendigen Bücher und Aufzeichnungen.

Als Grundlage ist die letzte Inventur anzusehen. Zum Betrage dieser Inventur ist der Wert sämtlicher vom Zeitpunkt der Inventur bis zum feindlichen Einbruch erfolgten Waren-*Eingänge* zuzüglich besonders bezahlter Frachtkosten, Rollgeld, Zölle usw. hinzuzurechnen, und zwar sowohl die von auswärts auf Rechnung bezogenen als auch die am Orte durch tägliche Barkäufe erworbenen Waren; diese sind nötigenfalls schätzungsweise zu ermitteln. Für Gegenstände, die in den geschädigten Betrieben bearbeitet sind, müssen zu dem Einkaufspreis außer den Frachtkosten usw. auch noch die Bearbeitungskosten zugeschlagen werden. In den Rechnungen aufgeführte, aber noch nicht eingegangene Waren sind nicht zu berücksichtigen.

Von der so gewonnenen Summe ist der Einkaufswert sämtlicher vom Zeitpunkt der Inventur bis zum feindlichen Einbruch erfolgten Waren-*Ausgänge* abzuziehen.

Sofern sich die Warenausgänge nicht durch ein Lagerbuch nachweisen lassen, sind sie auf folgendem Wege aus anderen Büchern zu ermitteln:

Es wird die Summe sämtlicher in der fraglichen Zeit erfolgten baren Kassenlösungen für Waren und Warenforderungen festgestellt, zuzüglich derjenigen Warenverkäufe, welche unter Gegenrechnung erfolgt sind, falls deren Verkaufswert nicht in den Kassebuchungen bereits enthalten ist. Hierzu wird die Summe der beim feindlichen Einfall ausstehenden Forderungen für gelieferte Waren zugezählt, und von dem sich ergebenden Betrage wird die Summe der zur Zeit der Inventur vorhanden gewesenen ausstehenden Forderungen für gelieferte Waren abgezogen.

Das Resultat stellt den Verkaufswert der durch Verkauf ausgegangenen Waren dar; dieser ist durch Abzug des Bruttogewinns auf den **Einkaufswert** zu ermäßigen. Der Bruttogewinn ist in folgender Weise buchmäßig festzustellen. Entweder es wird nach den letzten beiden Abschlüssen der durchschnittliche jährliche Bruttogewinn auf den jährlichen Verkaufsumsatz berechnet oder, wenn ordnungsmäßige

Bilanzen nicht gezogen, jedoch zwei Inventuren vorhanden sind, so wird zu der früheren Inventur der gesamte Einkauf bis zur späteren Inventur zugezählt und der Betrag der späteren Inventur davon abgezogen; die hieraus ermittelte Summe wird von dem Verkaufsumsatze des gleichen Zeitraums abgezogen und somit der Bruttogewinn festgestellt; das Verhältnis des Bruttogewinns zum Verkaufsumsatz ergibt den anzunehmenden Bruttogewinn-Prozentsatz. Ist eine derartige buchmäßige Feststellung nicht möglich, so ist die Ermittlung schätzungsweise vorzunehmen; der Bruttogewinn beträgt in der Regel:

bei allen mittleren Kolonialwarengeschäften mit Schank und Restaurant . . . . . etwa 15—20 v. H.,
„ Kolonialwarengeschäften ohne Schank und Restaurant „ 10—12 „
„ Destillationen, Restaurant oder Schank mit Speisewirtschaft . . . . . „ 25—30 „
„ Spezialgeschäften, Kaffee, Konfitüren, Delikatessen . „ 17—20 „
„ Spezialgeschäften, Eisenkurzwaren . . . . . „ 25 „
„ Stabeisen . . . . . „ 10—12 „
„ Eisengeschäften mit Eisenkurzwaren und Stabeisen usw. „ 15 „
„ Manufakturwaren und Kurzwaren . . . . . „ 15—25 „
„ Glas, Emaille- und Porzellanwaren, Drogen . . . „ 20 „
„ Papierwaren . . . . . „ 25 „

Als Waren-Ausgänge sind ferner zu berücksichtigen:

a) der Verlust durch Alter, Mode, Bruch, Leckage, Verderb, Gewichtsschwund, Zugabe beim Kleinverkauf usw. mit ½ bis 2 v. H. von der Summe der letzten Inventur und der Wareneinkäufe, und zwar nach Art der gehandelten Waren und nach Handhabung des Geschäfts. Dieser ganze Abzug darf aber nur gemacht werden, wenn der Gewinn auf Schätzung beruht;
b) der aus dem Warenlager entnommene persönliche Verbrauch des Betriebsinhabers für sich, seine Familie und seine Angestellten sowie für Heizung und Beleuchtung, sofern solcher nicht bereits von dem Betriebsinhaber bezahlt und dadurch in den Kassenlösungen mit zum Ausdruck gekommen ist. Falls sich dieser Verbrauch nicht aus den Büchern (z. B. Haushaltungskonto usw.) feststellen läßt, ist er schätzungsweise anzunehmen, z. B. bei Kolonialwarengeschäften mit 0,50 M. für Tag und Kopf;
c) die sich aus den Konten ergebenden Rücksendungen und Preisnachlässe sowie Skontoabzüge mit Ausnahme des Kassaskonto für Barzahlungen.

Zieht man von der Summe (Inventurlager und Waren-Eingänge) nunmehr die Summe der gesamten Waren-Ausgänge zum Einkaufswert ab, so ergibt sich der Einkaufswert des Warenlagers bei Beginn des feindlichen Einfalls.

Falls eine Inventur fehlt, jedoch Zeitpunkt und Warenlagerwert einer solchen durch das Zeugnis anderer Personen glaubhaft nachgewiesen werden, so können diese Angaben der Berechnung zugrunde gelegt werden, oder es muß durch Berechnung oder Schätzung ein Inventurbestand ermittelt werden, wobei auch die Raumverhältnisse und Betriebsmittel in Betracht zu ziehen sind. Den Inventurbestand lediglich nach Prozenten des Waren-Ein- oder Ausganges schematisch festzustellen, ist keinesfalls immer angängig, weil das Lager je nach der Jahreszeit, den Konjunkturen usw. wesentlichen Schwankungen unterworfen sein kann.

B. Im Falle des teilweisen oder völligen Fehlens der zu den vorstehenden Berechnungen notwendigen Bücher und Aufzeichnungen.

Vorerst hat ein Sachverständiger zu ermitteln, wie oft der Geschädigte sein Warenlager durchschnittlich in einem Jahre umgesetzt hat (Umsetzungszahl). Falls alle Bücher fehlen, so muß dies aus der genauen Durchsicht der Kontoauszüge und

Rechnungsabschriften sämtlicher Lieferanten vom 1. August 1912 bis 1. August 1914 erfolgen. Hierzu ist erforderlich, vorerst die Umsätze der einzelnen Warensorten zu prüfen, um dann zur durchschnittlichen Beurteilung der Umsetzungszahl für ein Jahr zu gelangen. Falls es dem Geschädigten durchaus unmöglich ist, die Kontoauszüge seiner sämtlichen Lieferanten beizubringen, so ist das Fehlende durch sachverständige Schätzung zu ergänzen.

Zur Ermittlung des Warenlagerbestandes und seines Wertes bei Beginn des feindlichen Einfalls ist sodann folgender Weg einzuschlagen:

Zunächst ist der in oben (zu A am Ende) bezeichneter Weise zu ermittelnde Inventurbestand vom 1. August 1912 in Ansatz zu bringen; hierzu ist der Waren-Eingang von außerhalb und durch Barkäufe am Orte in der Zeit vom 1. August 1912 bis 1. August 1914 zuzuzählen. Zu der Summe der Waren-Eingänge von auswärts laut Kontoauszügen ist für besonders bezahlte Frachtkosten, Rollgeld usw. ein Zuschlag von ½ bis 5 v. H. (je nach durchschnittlicher Entfernung vom Verladeorte der Lieferanten und nach Fuhrwerkskosten sowie nach Gewicht und Wert der Ware) zu machen; ferner sind etwa gezahlte Zölle hinzuzurechnen (vgl. oben zu A). Gegebenenfalls sind auch die Bearbeitungskosten hinzuzurechnen.

Von der gewonnenen Summe sind abzusetzen:

a) der Verlust durch Alter, Leckage usw. (wie oben zu A, a);
b) der persönliche Verbrauch im Haushalt (wie oben zu A, b);
c) die aus den Kontoauszügen sich ergebenden Rücksendungen und Preisnachlässe sowie Skontoabzüge mit Ausnahme des Kassaskontos für Barzahlungen;

damit hat man den Umsatz von zwei Jahren zum Einkaufswerte, welcher, durch 2 geteilt, den Jahresumsatz zum Einkaufswert ergibt.

Dieser Umsatz ist durch die vorher ermittelte Umsetzungszahl zu dividieren; das Ergebnis stellt den durchschnittlichen Lagerbestand an neu eingekauften Waren dar. Die Summe hiervon ist als Einkaufswert des Warenlagers am 1. August 1914 anzusehen.

Für die weitere Veränderung des Lagerbestandes bis zum feindlichen Einfall darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß nach Kriegsausbruch mehrfach der Bahnsperre wegen Warenlieferungen ausblieben, dagegen die vorhandenen Warenlager durch stärkere Verkäufe erheblich gelichtet waren.

Sollten nicht alle notwendigen Bücher und Aufzeichnungen fehlen, so ist das Vorhandene entsprechend zu benutzen und das Fehlende an Hand der obigen Anweisungen durch Berechnungen zu ersetzen.

4. Von dem laut A oder B ermittelten Warenlagereinkaufswert ist sodann ein etwaiger Barerlös aus Verkäufen während des feindlichen Einfalls sowie das bei Eintritt geordneter Verhältnisse etwa verbliebene oder vorgefundene Warenlager und der Wert etwa geretteter Waren abzuziehen.

5. Sollte über diesen verbliebenen Bestand von dem Geschädigten seinerzeit keine Inventur aufgenommen sein, so ist der Geschädigte anzuhalten, sofort eine Inventur über sein jetziges Lager aufzunehmen; es muß der verbliebene Bestand alsdann entsprechend den Ausführungen zu A auf dem umgekehrten Wege zurückgerechnet werden.

6. Soweit sich in dem Warenlager bestimmte Waren oder im geschädigten Betriebe hergestellte lieferungsfertige Fabrikate befanden, die bei Eintritt des Schadens fest verkauft und mit ihrem Verkaufspreis gebucht, dem Käufer aber noch nicht übergeben waren, gilt der vereinbarte Verkaufspreis abzüglich der durch die Nichtlieferung ersparten Kosten als Wert dieser Fabrikate, sofern deren Abnahme vom Käufer nicht verweigert werden konnte. Sind diese Waren oder Fabrikate bereits in der Lagerbestandsberechnung zum Einkaufswerte zuzüglich Fracht

und Bearbeitungskosten enthalten, so ist hier nur der Unterschied bis zu dem vereinbarten Verkaufspreis in die Schadensrechnung einzufügen.

7. Insoweit nicht solche festen Verkäufe vorliegen, ist das geschäftliche Ergebnis der Jahre 1914/15 zu berücksichtigen. Da das Warenlager nur zum Friedenseinkaufspreise für die Vergütung in Ansatz kommt, so ist auf die festgestellte Warenlagerentschädigung für solche Lager, die während der Schädigungszeit eine erhebliche Steigerung erfahren hätten, ein je nach Lage des Einzelfalls zu bemessender Zuschlag bis zu 15 v. H. zu gewähren.

8. Bei Waren, welche durch Kriegsbeschädigung eine Wertminderung erfahren haben, ist der geminderte Wert durch Sachverständige zu schätzen; sind die Waren inzwischen verkauft, so ist der erzielte Erlös nachzuweisen und hieraus die Wertminderung festzustellen.

9. Die Kosten der Unterbringung geretteter Waren und die dabei entstandenen Wertverminderungen sind als Kriegsschaden zu behandeln, soweit sie nicht durch eine ausgleichende Verwertung der Waren gedeckt sind.

10. Materialien in Handwerksbetrieben sollen wie Waren behandelt werden. Bei Materialien, die vor ihrer Bearbeitung einer besonders langen Lagerung bedürfen (z. B. in Tischlereien, Stellmachereien, Böttchereien), ist der Wertzuwachs durch Verzinsung des Einkaufswerts zu berücksichtigen, soweit er nicht bereits bei der Inventur berücksichtigt ist.

γ) **Preuß. Ausführungsanweisung vom 24. Oktober 1916.** (MBl. 247.)

Mitgeteilt im Nachtrag.

Literatur.

Hahn, Textausgabe. — Heilfron, Das Reichsgesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete. PrVerwBl. 37 686. (Zu vgl. auch die Ausführungen desselben Verfassers zum Entwurf. das. 545 ff.) — Derselbe, Das Kriegsschadenfeststellungsgesetz, JW. 16 1156. — Derselbe, Neue Richtlinien für die Behandlung der Kriegsschäden, DJZ. 16 1027 (befürwortet den Ersatz des mittelbaren Kriegsschadens). — Derselbe, Die rechtliche Behandlung der Kriegsschäden in Preußen (bisher erschienen Bd. 1, Kriegsschädenersatz nach den Freiheitskriegen). — Laband, Der Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden, DJZ. 16 553. — Lachmann, LeipzZ. 16 1463. — Schäffer, Das Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden, vom 3. Juli 1916, Recht 16 583. — M. Schultzenstein, Das neueste Verwaltungsstreitverfahren, DJZ. 16 1014 (zu vgl. auch VerwA. 25 Heft 1). — S. Schultzenstein, Das erste Kriegsschädengesetz, GeiuR. 17 649. — Weck, Kriegsschäden und Kriegsschadenersatz (behandelt das Reichsgesetz noch nicht). → Zu vgl. auch die Übersicht S. 644. ←

§ 2.

1. Heilfron, JW. 16 1157. Unter § 2 Nr. 1 fallen alle unmittelbar mit der Kriegführung zusammenhängenden militärischen Maßnahmen, z. B. auch die Schäden durch Fliegerbomben, durch das Landen der eigenen Flugzeuge, durch die Marsch- und Kampfbewegungen der Truppen, also vor allem die Flurschäden, aber auch die sehr beträchtlichen Verwüstungen an den Provinzial- und Kommunalwegen, den Eisenbahndämmen usw. Selbstverständlich können auch die Bundesstaaten die Schäden an ihren Staatsbahnen und an sonstigem Staatseigentum zur Feststellung bringen.

2. Heilfron, JW. 16 1157. Durch § 2 Nr. 1 ist § 43 PreußEisenbahnG. v. 3. Nov. 1838 beseitigt, wonach „für Kriegsbeschädigungen und Demolierungen, es mögen solche vom Feinde ausgehen oder im Interesse der Landesverteidigung veranlaßt werden", „die Gesellschaft vom Staat einen Ersatz nicht in Anspruch nehmen" kann, beseitigt.

3. Heilfron, JW. 16 1157. Für die Entscheidung, ob es sich um ein „vom Feinde unmittelbar bedrohtes Gebiet" handelt, werden Auskünfte der Militär- und Verwaltungsbehörden maßgebend sein.

4. Heilfron, JW. 16 1158. Die Vorschrift des § 2 Nr. 3 betrifft u. a. die Sachschäden der Helgoländer und der von einzelnen Nordseeinseln entfernten Bevölkerung sowie die

der Ostpreußen. Dagegen könnten die Bundesstaaten und ihre Kommunen die ihnen durch die Abschiebung verursachten Ausgaben im Rahmen dieses nur Sachschäden regelnden Gesetzes nicht zur Feststellung bringen. Gleichgültig ist dagegen, ob Sachen der Flüchtlinge oder andere Sachen beschädigt und von wem die Schäden angerichtet worden sind. Es ist daher z. B. auch der Feldschaden zu ersetzen, der von den Herden der abgeschobenen Bevölkerung in den neuen Aufenthaltsorten angerichtet worden ist.

§ 3.

1. Heilfron, JW. 16 1158. Ersetzt wird nur der Sachschaden, nicht der Erwerbsschaden. Die von Beyer (JW. 16 1103) aus den preußischen Vorentschädigungsvorschriften hergeleitete Ansicht, daß beim Verlust der Handakten eines Rechtsanwalts der durch diesen Verlust gefährdete Gebührenanspruch zugrunde zu legen sei, trifft jedenfalls für das Reichsgesetz nicht zu.

2. Heilfron, JW. 16 1158. Der Regreßanspruch aus Wechsel und Scheck auf Grund des Aufgebotsverfahrens (zu vgl. RG. 49 132) wird regelmäßig daran scheitern, daß nicht rechtmäßig Protest erhoben ist. Ob § 1 ErmächtigG. hier helfend herangezogen werden kann, ist zweifelhaft.

§ 5.

Heilfron, JW. 16 1158. Antragsberechtigt ist nach § 5 z. B. der Abzahlungskäufer bei Eigentumsvorbehalt, der Hypothekengläubiger oder Nießbraucher, nicht aber der Mieter oder Pächter.

Zum Verfahren.

1. M. Schultzenstein, DJZ. 16 1014. Daß man es zwar mit einem Streitverfahren, indessen nicht mit einem zivilprozessualen zu tun hat, ist ebenso zweifellos, wie daß es kein reines Verwaltungsverfahren ist. Den ordentlichen Rechtsweg hat man unter Berücksichtigung dessen, was sich bei der Behandlung der Kriegsschäden in Preußen anfangs des vorigen Jahrhunderts ergeben hatte, weder vor den ordentlichen Gerichten noch vor an deren Stelle tretenden Sondergerichten einräumen wollen. Andererseits sollte aber doch mehr als ein bloßes Verwaltungsverfahren gewährt werden. Auch seine besondere Form des sog. Beschlußverfahrens, das sich dazu wenig geeignet hätte, weil es seinem Begriff und seinem Wesen nach zu sehr der Bestimmtheit entbehrt, ist nicht gewählt worden. Damit blieb nur ein Verwaltungsstreitverfahren übrig.

2. M. Schultzenstein, DJZ. 16 1019. Eigentümlich ist die Einführung eines Anwaltszwanges dadurch, daß der Vorsitzende des Reichsausschusses dem Antragsteller aufgeben kann, binnen einer Frist einen bei einem deutschen Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt zu seinem Bevollmächtigten im Verfahren vor dem Reichsausschusse zu ernennen, und nach fruchtlosem Ablaufe der Frist die weitere Beschwerde als unzulässig zu verwerfen ist. Von dieser Ermächtigung wird ein sehr vorsichtiger Gebrauch zu machen sein, andernfalls möchte sie gefährlich werden, zumal es keinen Rechtsbehelf dagegen gibt. Hat ein Geschädigter durch den Krieg alles oder fast alles verloren und infolgedessen auch keinen Kredit mehr, so wird er schwer einen Rechtsanwalt finden und die Auflage macht ihn rechtlos. Denn ein Armenrecht gibt es nicht, und zur Ergänzung wäre wenigstens erforderlich gewesen, daß zur vorläufig unentgeltlichen Wahrnehmung der Rechte ein Rechtsanwalt auf Antrag beigeordnet werden könnte. An einer dahingehenden Bestimmung fehlt es aber ebenfalls. Der § 34 der RAO. greift nicht von selbst Platz.

3. M. Schultzenstein DJZ. 16 1019. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens ist nicht zugelassen, mithin nicht zulässig. Es werden aber doch in dem Feststellungsverfahren Fälle vorkommen, wo Entscheidungen erlassen und rechtskräftig werden, die mit so schweren Mängeln behaftet sind, daß es der wahren Gerechtigkeit widerstreiten würde, sie fortbestehen zu lassen, und daher ein Bedürfnis anzuerkennen ist, sie mittels eines engbegrenzten Wiederaufnahmeverfahrens zu beseitigen.

VII. Wiederaufbau Ostpreußens.

1. Verordnung, betr. die Umlegung von Grundstücken in der Provinz Ostpreußen. Vom 11. Dezember 1915. (GS. 172.)

Wortlaut in Bd. 2, 389.

Die Verordnung ist genehmigt durch die beiden Häuser des Landtages laut Bek. v. 8. Juli 1916, GS. 111.

Literatur.

Bericht über die Sitzung der Kriegshilfskommission in Königsberg (Abtl. für Wiederaufbau zerstörter Ortschaften) vom 17. Januar 1916, Wiederaufbau der Provinz Ostpreußen, Heft 8. — Rosenstock, Die Zerstörung und der Wiederaufbau Ostpreußens, PrVerwBl. 38 33.

2. Verordnung über die Sicherstellung der zum Wiederaufbau im Kriege zerstörter Gebäude gewährten Staatsdarlehen. Vom 1. Mai 1916. (GS. 45, genehmigt durch die beiden Häuser des Landtags laut Bekanntmachung vom 13. Juli 1915, GS. 112.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., verordnen auf Grund des Artikel 63 der Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850 (GS. 17) und auf Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt:

§ 1. Für unverzinsliche Tilgungsdarlehen, die der Staat zum Neubau oder zur Wiederherstellung von Gebäuden bewilligt, die bei kriegerischen Maßnahmen während des gegenwärtigen Krieges zerstört oder beschädigt sind, ist im Grundbuch in Höhe des bewilligten Darlehens eine Sicherungshypothek einzutragen. Die Eintragung erfolgt auf Ersuchen der zuständigen Behörde. Gleichzeitig ist bei der Sicherungshypothek ein Vorbehalt des Vorranges vor allen anderen privatrechtlichen Belastungen des Grundstücks unter Hinweis auf diese Verordnung im Grundbuch einzutragen.

Die Vorschriften des Abs. 1 gelten nicht für Gebäude, die in Ausübung eines Rechtes an einem fremden Grundstück errichtet worden sind (§ 95 Abs. 1 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

§ 2. Nach Gewährung des Darlehens hat die zur Anweisung der Kriegsentschädigung oder Vorentschädigung zuständige Behörde zu bescheinigen, ob und inwieweit das bewilligte Darlehen in den Grenzen des genehmigten Bauplans zweckmäßig verwendet ist. Vor Abgabe der Bescheinigung ist das Gutachten des Königlichen Kreisbaubeamten oder des Bezirksarchitekten einzuholen.

Soweit die zweckmäßige Verwendung des Darlehens gemäß Abs. 1 bescheinigt ist, genießt die Sicherungshypothek, solange und soweit sie sich nicht mit dem Eigentum in einer Person vereinigt, den Vorrang vor allen anderen privatrechtlichen Belastungen des Grundstücks. Dies ist auf Ersuchen der zuständigen Behörde im Grundbuch einzutragen.

§ 3. Die Eintragungen der Sicherungshypothek mit dem Rangvorbehalt und des Vorranges erfolgen ohne Vorlegung der über die eingetragenen Hypotheken und Grundschulden ausgefertigten Urkunden. Wird eine solche Urkunde nachträglich vorgelegt, so hat das Grundbuchamt die Eintragung auf ihr zu vermerken.

§ 4. Soweit die Forderung erlischt, verliert die Sicherungshypothek den Vorrang vor den früheren Eintragungen.

§ 5. Die Eintragungen und Löschungen im Grundbuch und die Vermerke auf den Briefen bleiben kostenfrei.

§ 6. Auf Gebäude, die auf Grund eines Erbbaurechts errichtet wurden, finden die Vorschriften der §§ 1 bis 5 entsprechende Anwendung.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung [6. 5.] in Kraft.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, der Justizminister, der Finanzminister und der Minister des Innern erlassen die zur Ausführung der Verordnung erforderlichen Vorschriften.

Urkundlich usw.

Hierzu:

Ausführungsbestimmungen vom 9. Mai 1916. (GMBl. 131.)

I. Vor Bewilligung der Staatsdarlehen sind bei landschaftlich beliehenen Grundstücken die Landschaft, im übrigen nach Möglichkeit auch sonstige Hypotheken- oder Grundschuldgläubiger darüber zu hören, ob durch die Bauausführung der Wert des Grundstücks um den Dahrlensbetrag erhöht wird. Die Anhörung kann unterbleiben, wenn das Darlehen 10% des bei der Ergänzungssteuer-Veranlagung festgestellten Grundstückswertes nicht übersteigt.

II. Zuständige Behörde im Sinne des § 1 Abs. 1 und des § 2 Abs. 1 und 2 ist der Landrat — in Stadtkreisen der Oberbürgermeister — (Nr. 9 Abs. 1 der Anweisung des Staatsministeriums vom 18. Januar 1915).

III. Nach näherer Bestimmung des Oberpräsidenten kann der Landrat (Oberbürgermeister) Abschlagszahlungen auf das Staatsdarlehen anweisen, soweit die zweckmäßige Verwendung gemäß § 2 Abs. 1 der Verordnung nachgewiesen ist.

IV. Bei den Ersuchen um Eintragung der Sicherungshypothek mit dem Rangvorbehalt und des Vorranges sind Vordruckbogen nach folgendem Muster zu verwenden:

A. Dem NN. ist von dem preußischen Staatsfiskus (Finanzverwaltung) zum Neubau und zur Wiederherstellung während des gegenwärtigen Krieges zerstörter und beschädigter Gebäude ein bares Darlehen bis zum Höchstbetrage von .... M. bewilligt, das ausgezahlt werden soll, nachdem die zweckmäßige Verwendung zur Verbesserung des Grundstücks gemäß § 2 Abs. 1 der Königlichen Verordnung vom 1. Mai 1916 (GS. 45) nachgewiesen ist. Das Darlehen ist unverzinslich. Es ist nach Ablauf von fünf Jahren nach einem von dem Finanzminister allgemein festzusetzenden Zeitpunkte jährlich mit 3 v. H. des ursprünglichen Darlehnsbetrages in halbjährigen Raten zum 1. Oktober und 1. April zu tilgen. Das Darlehen wird fällig bei einem Eigentumswechsel, der nicht durch Erbfolge oder ein dieser wirtschaftlich gleichstehendes Rechtsgeschäft (Altenteilsvertrag) erfolgt. In Ausnahmefällen kann das Darlehen dem Erwerber des Grundstücks belassen werden, wenn die Veräußerung wirtschaftlich gerechtfertigt ist. Der Oberpräsident entscheidet hierüber auf Antrag des Grundstückseigentümers. Verbleibt das Grundstück im Eigentume des Geschädigten oder seiner Rechtsnachfolger durch Erbgang oder ein diesem wirtschaftlich gleichstehendes Rechtsgeschäft, so wird ein Viertel des ursprünglichen Darlehnsbetrages nach Ablauf von fünf Jahren, ein weiteres Viertel nach Ablauf von zehn Jahren nach dem vom Finanzminister allgemein festzusetzenden Zeitpunkt erlassen.

Das Königliche Amtsgericht ersuche ich, zur Sicherstellung dieser Forderung in Abteilung III des Grundbuchs .... an bereitester Stelle folgende Eintragung zu machen:

„.... M. Sicherungshypothek für ein unverzinsliches tilgbares Darlehen im Betrage von .... M. für den Preußischen Staat (Finanzverwaltung) unter Bezugnahme auf das Eintragungsersuchen des Landrats .... (Oberbürgermeisters) vom ..... und mit dem Vorbehalte des Vorranges vor allen anderen privatrechtlichen Belastungen des Grundstücks (Artikel 118

des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, § 1 Abs. 1, § 2 Abs. 2 der Königlichen Verordnung vom 1. Mai 1916, GS. 45) eingetragen am . . . . . ".

An das Königliche Amtsgericht in . . . . . .

B. Für den preußischen Staat (Finanzverwaltung) steht in Abteilung III des Grundbuchs . . . . . unter Nr. . . . . eine Sicherungshypothek im Betrage von . . . . . M. eingetragen. Nachdem der . . . . . gemäß § 2 Abs. 1 der Königlichen Verordnung vom 1. Mai 1916 (GS. 45) auf der Anlage bescheinigt hat, daß das staatliche Darlehen in Höhe von . . . . . M. zur Verbesserung des Grundstücks zweckmäßig verwendet worden ist, wird das Königliche Amtsgericht ersucht, bei der vorbezeichneten Sicherungshypothek im Grundbuche folgendes einzutragen:

„Nebenstehende Sicherungshypothek hat, solange und soweit sie sich nicht mit dem Eigentum in einer Person vereinigt, im Betrage von . . . . . M. den Vorrang vor allen anderen privatrechtlichen Belastungen des Grundstücks.

Eingetragen am . . . . . ".

An das Königliche Amtsgericht in . . . . . .

V. Diese Bestimmungen treten gleichzeitig mit der Königlichen Verordnung in Kraft.

G. Vergeltungsmaßregeln.

Übersicht.

Einleitung . . . .
I. Überwachung ausländischer Unternehmungen . . . .
1. Bek., betr. die Überwachung ausländischer Unternehmungen, v. 4. September 1914 (RGBl. 397) . . . .
2. Bek., betr. die Überwachung ausländischer Unternehmungen, v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 447) . . . .
*II. Zwangsverwaltungen. 706
*1. Bek., betr. die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen, v. 26. November 1914 (RGBl. 487) 706
2. Bek., betr. Ergänzung der Vorschriften über die zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen, v. 10. Februar 1916 (RGBl. 89)
3. Bek., betr. Änderungen hinsichtlich der Kapitalbeteiligung an einem Unternehmen, v. 5. Januar 1915 (RGBl. 13) . . . . .
4. Bek., betr. die zwangsweise Verwaltung britischer Unternehmungen, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 556) . . . . .
5. Bek. über die zwangsweise Verwaltung russischer Unternehmungen, v. 4. März 1915 (RGBl. 133) . . . . .
*6. Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Portugal, v. 14. Mai 1916 (RGBl. 375) Art. 3, 4 709
*7. Bek., betr. zwangsweise Verwaltung rumänischer Unternehmungen, v. 28. September 1916 (RGBl. 1099) 710
*8. Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßregeln gegen Italien v. 24. November 1916 (RGBl. 1289) §§ 4, 5 710
*III. Ergänzungsverordnungen zu I und II 710
1. Bek., betr. Ergänzung der Verordnungen über die Überwachung und zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen, v. 24. Juni 1915 (RGBl. 351) . . . . .
*2. Bek., betr. die Überwachung und zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen, v. 24. August 1916 (RGBl. 961) 710
*IV. Bek., betr. Liquidation britischer Unternehmungen, v. 31. Juli 1916 (RGBl. 871) 711
*V. Zahlungsverbote 716
*1. England 716
*a) Bek., betr. Zahlsungverbot gegen England, v. 30. September 1914 (RGBl. 421) 717
b) Bek. des Reichskanzlers v. 13. Oktober 1914, betr. Zahlungen, die zum Erlangen und Erhalten von Patenten usw. erforderlich sind, Reichsanzeiger Nr. 242 (zu vgl. Bd. 1, 903) . . . . .
2. Frankreich . . . . .
a) Bek. des Reichskanzlers, betr. Zahlungsverbot gegen Frankreich, v. 20. Oktober 1914 (RGBl. 443) . . . . .
b) Bek., betr. die Erfüllung von Ansprüchen im Falle zwangsweiser Verwaltung von Grundstücken, v. 26. März 1915 (RGBl. 185) . . . .
*3. Rußland 725
a) Bek. des Reichskanzlers, betr. Zahlungsverbot gegen Rußland, vom 19. November 1914 (RGBl. 479) . . . . .

b) Bek. des Reichskanzlers, betr. Zahlungsverbot gegen Rußland, vom 4. Februar 1915 (RGBl. 69) . . . . . .
*c) Bek., betr. Ausnahme von dem Zahlungsverbote gegen Rußland und von der Sperre feindlichen Vermögens v. 19. April 1916 (RGBl. 312, Nr. 1, 3) 725
*4. Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Portugal, vom 14. Mai 1916 (RGBl. 375) Art. 1, 4 725
*5. Bek., betr. Zahlungsverbot usw. gegen Rumänien, v. 28. August 1916 (RGBl. 971) 726
*6. Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßregeln gegen Italien v. 24. November 1916 (RGBl. 1289) §§ 1, 2, 5 726
7. Bek. des Reichskanzlers, betr. Zahlungsverbot gegen Ägypten und Französisch-Marokko, v. 14. Oktober 1915 (RGBl. 673) . . . . .
8. Einschränkung der Zahlungsverbote . . . . . .
a) Bek. des Reichskanzlers, betr. die Zahlungsverbote gegen England, Frankreich und Rußland, v. 20. Dezember 1914 (RGBl. 550)
b) Bek., betr. die für eine auswärtige Bank im Betrieb einer inländischen Niederlassung entstandenen Ansprüche, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 542) . . . . . .
c) Bek. des Reichskanzlers, betr. Mietzahlung nach dem feindlichen Ausland, v. 20. Oktober 1915 (Reichsanz. Nr. 248) . . . . . .
VI. Stellungnahme zu den feindlichen Versicherungsgesellschaften . . . . . .
*VII. Zur Frage eines Forderungsausgleichs gegenüber dem feindlichen Auslande und der Anmeldung deutscher Forderungen gegen das Ausland 727
*VIII. Anmeldung und Sperre feindlichen Vermögens im Inland 727
1. Bek. über die Anmeldung des im Inland befindlichen feindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten, v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 633) 727
Hierzu:
a) Bek. des Reichskanzlers, betr. Vorschriften über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten, v. 10. Oktober 1915 (RGBl. 653) . . . . . .
b) Bek. des Reichskanzlers, betr. Ausnahmen von der Sperre feindlichen Vermögens, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 707) . . . .
*c) Bek., betr. Ausnahme von dem Zahlungsverbot gegen Rußland und von der Sperre feindlichen Vermögens, v. 19. April 1916 (RGBl. 312) Nr. 2, 3 728
*d) Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Portugal, v. 14. Mai 1916 (RGBl. 375) Art. 2, 4 728
*e) Bek., betr. Zahlungsverbot usw. gegen Rumänien, v. 28. August 1916 (RGBl. 971) Art. 2, 3. 728
*f) Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßrgeln gegen Italien v. 24. November 1916 (RGBl. 1289) §§ 3, 5 729
*2. Bek., betr. Sperre und Anmeldung des Vermögens von landesflüchtigen Personen, v. 23. März 1916 (RGBl. 185) 729
*IX. Bek. über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger, v. 1. Juli 1915 (RGBl. 414) 730
Hierzu:
1. Bestimmungen des Reichskanzlers zur Ausführung dieser Verordnung, v. 2. Juli 1915 (RGBl. 417). . . . . .
*2. Bek. des Reichskanzlers, betr. gewerbliche Schutzrechte von Angehörigen Portugals, v. 23. Juni 1916 (RGBl. 575) 730

*X. Behandlung feindlicher Zollgüter 730
Bek., betr. die Behandlung feindlicher Zollgüter, v. 15. Oktober 1914 (RGBl. 438) 730
Hierzu
a) Bek. des Reichskanzlers über die Außerkraftsetzung der Bek., betr. die Behandlung feindlicher Zollgüter, v. 15. Oktober 1915 (RGBl. 438) hinsichtlich Belgien, v. 4. Januar 1915, RGBl. 2 (zu vergl. Bd. 1, 916)
*b) Bek. des Reichskanzlers über die Außerkraftsetzung der Bek., betr. die Behandlung feindlicher Zollgüter, v. 15. Oktober 1914 (RGBl. 438) hinsichtlich des besetzten Gebiets Rußlands, v. 14. März 1916 (RGBl. 163) 730
XI. Ein- und Durchfuhrverbote für Erzeugnisse feindlicher Länder . . . . .
1. Bek., betr. Ein- uno Durchfuhr von Erzeugnissen feindlicher Länder, vom 11. Februar 1915 (RGBl. 93) . . . . . .
2. Bek. des Reichskanzlers, betr. Ein- und Durchfuhr von Erzeugnissen feindlicher Länder, v. 12. Februar 1915 (RGBl. 93) . . . . . .

(Abschnitt I in Bd. 1, 871ff.; 2, 404ff.)

II. Zwangsverwaltungen.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd 1, 880; 2, 405.

v. M., Reichweite der BRBO. betr. die zwangsweise Verwaltung französischer und englischer Unternehmungen, LeipzZ. 16 379, erörtert die Einklagung von Ansprüchen durch die Zwangsverwaltung bei ausländischen (neutralen) Gerichten. — Nöldeke, Brauchen wir ein Vergeltungsgesetz? LeipzZ. 16 1274ff. — Thiesing, Der Schutz der deutschen Auslandsgläubiger, JW. 16 1438.

1. Bekanntmachung, betr. die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen. Vom 26. November 1914. (RGBl. 487.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 880, 881.

§ 1.

Anordnung der Zwangsverwaltung.

(Erläuterung I in Bd. 1, 882.)

II. Gegenstand der Zwangsverwaltung (zu vgl. Bd. 1, 882ff.

1. Schiedermair, BayRpflZ. 16 213. Die Beschlagnahme umfaßt Bestandteile und Zubehörstücke des Grundstücks, also auch Miet- und Pachtzinsen, jedoch nicht Rückstände. Die Eigentümerhypothek oder -Grundschuld fällt in die Verwaltungsmasse, dasselbe gilt von sog. Surrogationsansprüchen.

2. RG. II, WarnE. 16 101. Die Anwendbarkeit der VO. setzt nicht voraus, daß die ausländische Unternehmung im Inland ansässig ist.

(Abschnitt III in Bd. 1, 884.)

IV. Veräußerungsverbot. — Keine Eintragung ins Grundbuch.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 2, 406.)

5. ElsLothNotZ. 16 1 (Colmar I). Das durch die staatliche Zwangsverwaltung eines Nachlasses begründete Verbot, ihr Gegenstände zu entziehen, wirkt nicht als gesetzliches Verbot einer vor Eintritt dieser Verwaltung geschehenen Erbeinsetzung. Demgemäß kann aus diesem Grunde der auf das Testament gestützte Antrag auf Erteilung eines Erbscheins nicht abgelehnt werden.

6. Mayer, BayRpflZ. 16 349. Die Grundbucheintragung kann im Verwaltungswege angeordnet werden.

§ 2.

Rechtsstellung und Aufgabe des Verwalters.

I. Allgemeines.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 1, 881; 5 bis 10 in Bd. 2, 406ff.)

11. ElsLothNotZ. 16 162 (OStA. Colmar). Ich weise ... darauf hin, daß der politische Zwangsverwalter die Stellung eines gesetzlichen Vertreters des Eigentümers der seiner Verwaltung unterstellten Grundstücke hat und daß daher bei Zwangsvollstreckungen in Grundstücke, die unter politischer Zwangsverwaltung stehen, alle Zustellungen oder Mitteilungen, die nach dem ZVG. an den Schuldner zu geschehen haben, in dessen Vertretung an den politischen Zwangsverwalter zu richten sind.

12. BayNotZ. 16 269, JW. 16 1206, BayRpflZ. 16 154, DJZ. 16 640, LeipzZ. 16 1045, OLG. 32 301, Recht 16 360 Nr. 684, 685 (BayobLG. III). Durch die Anordnung der politischen Zwangsverwaltung eines Grundstücks wird die Zwangsvollstreckung in das Grundstück nicht ausgeschlossen; notwendig ist ein gegen den Verwalter lautender Vollstreckungstitel. Ist irrtümlich auf Grund eines Titels gegen den Eigentümer eine Zwangs-Sicherungshypothek eingetragen, so kommt mit Rücksicht auf § 71 Abs. 2 Satz 1, § 54 GBO. nicht die Löschung der Hypothek, sondern nur die Eintragung eines Widerspruchs in Frage.

13. Schiedermair, BayRpflZ. 16 213. Die Zwangsvollstreckung in das zwangsverwaltete Grundstück ist auch auf Grund eines Titels gegen den Unternehmer zulässig, wenn der dem Titel zugrunde liegende Anspruch trotz der Zwangsverwaltung gegen den Unternehmer zu richten war (z. B. Schadensersatzanspruch wegen Körperverletzung). Gegen betrügliches Zusammenwirken des Unternehmers und seines Gläubigers schützen die Vorschriften über unerlaubte Handlungen.

14. JW. 16 1354, LeipzZ. 16 1326 (Hamburg IV). Der Zwangsverwalter einer in Deutschland ansässigen englischen Firma kann auf Herausgabe eines Betrags klagen, den der Engländer in Erwartung von Zwangsmaßregeln weggegeben hatte.

(Abschnitt II in Bd. 2, 408.)

III. Rechtsstellung des Unternehmers.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 1, 885; 4, 5 in Bd. 2, 409.)

6. Schiedermair, BayRpflZ. 16 213. Im Umfang der Beschlagnahme ist der Unternehmer prozeßunfähig (Abweisung einer Klage auf Bestellung einer Hypothek an dem Grundstück).

7. OLG. 32 295 (KG. VII). Mit der Einrichtung der Zwangsverwaltung über die Gesellschaft m. b. H. trat nach § 2 Bek. v. 26. November 1914 ein Ruhen der Befugnisse der Geschäftsführer ein. Statt ihrer ist der Zwangsverwalter zu allen Rechtshandlungen für das Unternehmen befugt. Er übt also alle Befugnisse der Gesellschafter, der Geschäftsführer, des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlungen aus, letztere auch dann, wenn sonst nach dem Gesetz oder der Satzung ihre Beschlüsse zu ihrer Gültigkeit einer Mehrheit der bei der Beschlußfassung abgegebenen Stimmen bedürfen würde. Zu diesen Befugnissen gehört auch die nach § 46 Nr. 5 G. m. b. HG. der Bestimmung der Gesellschafter unterliegende Befugnis, die Geschäftsführer der Gesellschaft abzurufen (KGJ. 47 113). Die Kündigung, die der Zwangsverwalter den bisherigen Geschäftsführern gegenüber ausgesprochen hat, hatte also die Wirkung, daß diese aus ihrer bisherigen Stellung, und zwar dauernd, entfernt wurden.

8. Recht 16 457 Nr. 887 (KG. Ia). Ist einer ausländischen Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach der BRBek. v. 26. Nov./22. Dez. 1914 ein Zwangsverwalter bestellt, so bleiben die bisher bestellt gewesenen Geschäftsführer im Amte, bis der Ver-

walter, wozu er befugt ist (KGJ. 47 113), sie entläßt. Er ist aber auch in gleicher Weise befugt, neue Geschäftsführer im Rahmen der Satzung zu bestellen, die zwar für die Dauer der Zwangsverwaltung nicht befugt sind, Willenserklärungen für die Gesellschaft nach außen abzugeben, denen aber die auf den inneren Geschäftsbetrieb bezüglichen Befugnisse zustehen. Soweit hiernach die Befugnisse der Geschäftsführer während der Dauer der Zwangsverwaltung ruhen, leben sie mit Beendigung der Verwaltung von selbst wieder auf.

Hierzu a) Heinitz, DJZ. 16 981. Eine Anordnung des Inhalts ist erwünscht, daß die vom Zwangsverwalter für die Gesellschaft bestellten Organe auch nach außen hin zu Rechtshandlungen für das Unternehmen befugt sind.

b) Hachenburg, JW. 16 1427 (zu Nr. 2). Zweifellos hat Dritten gegenüber der Zwangsverwalter ausschließlich das Recht die G. m. b. H. zu vertreten. Er hat sich in den Besitz des Unternehmens zu setzen gleich dem Konkursverwalter. Er schaltet damit die Befugnisse der Organe der Gesellschaft aus. Diese ruhen während der Dauer der Verwaltung. Das trägt aber auch hier nicht weiter, als, wie beim Konkurse, der Zweck dieser Einrichtung erfordert. In das Innenleben der Körperschaft kann und soll die Zwangsverwaltung nicht eingreifen. Das Verhältnis der Gesellschafter zueinander berührt ihn nicht. Wäre wirklich, wie das KG. meint, der Zwangsverwalter auch befugt, die Rechte der Gesellschafterversammlung auszuüben, dann müßte er auch die Gesellschaft durch seinen Beschluß auflösen können. Daß dies nicht der Fall ist, zeigt § 3 ZVV. Nur der Reichskanzler kann im Wege der Vergeltung dies für zulässig erklären. Sowenig wie die Auflösung kann der Zwangsverwalter eine Änderung des Gesellschaftsvertrages beschließen. Er kann das Stammkapital weder erhöhen noch herabsetzen. So wenig wie der Konkursverwalter kann er Nachschüsse einzuziehen beschließen. Das steht auch hier nur den Gesellschaftern selbst zu. Und wie diese Beschlüsse sind ihm auch die übrigen in § 46 GmbHG. aufgezählten entzogen. Es ist nicht angängig, ihm die Genehmigung zur Veräußerung eines Geschäftsanteils zuzuweisen. Die Zwangsverwaltung nimmt den ausländischen Gesellschaftern die Verfügung über das Gesellschaftsvermögen. Nicht aber sind damit die Geschäftsanteile und die daraus fließenden Rechte getroffen. Daher kann auch der Zwangsverwalter nicht an Stelle der bisherigen Geschäftsführer neue ernennen. Zweifellos kann er die vorhandenen entlassen. Gewiß kann ihm die Leitung des gesamten inneren Betriebes nicht allein zugemutet werden. Allein darin ist seine Lage nicht anders, als die jeden Inhabers eines Geschäfts. Er kann beliebig viel Gehilfen bestellen. Er kann ihnen nach außen Handlungsvollmacht und Prokura geben. Etwas anderes als solche Angestellten können die von ihm berufenen Personen nicht sein.

9. JW. 16 350, LeipzZ. 16 414, Recht 16 Nr. 996, RJA. 14 297, SächOLG. 37 204, ZBlFG. 17 99. Die Gesellschafter E. und D. einer wegen englischer StA. des E. unter Zwangsverwaltung gestellten offenen HG. meldeten zur Eintragung in das Handelsregister an, daß E. ausgeschieden sei und das Geschäft unter der bisherigen Firma von D. fortgeführt werde. Der Eintragungsantrag wurde auf Widerspruch des Zwangsverwalters von sämtlichen Instanzen abgelehnt. Wie das LG. mit Recht annimmt, gehört zu den Rechtshandlungen auch die — bei einer offenen Handelsgesellschaft an sich den Gesellschaftern obliegende — Anmeldung einer das Unternehmen betreffenden registerpflichtigen Tatsache zur Eintragung in das Handelsregister. Denn diese Tatsachen beruhen auf Rechtsänderungen, die in Beziehung zu dem Unternehmen stehen, und sind daher ebenso wie ihre Eintragung im Handelsregister (vgl. § 15 HGB.) von rechtlicher Bedeutung, weshalb auch die Anmeldung zur Eintragung solcher Tatsachen eine Rechtshandlung für das Unternehmen im Sinne der BRBek. v. 26. November 1914 ist. Die Folge ist, daß während der Dauer der Zwangsverwaltung die von den Inhabern des Unternehmens bewirkten Anmeldungen keine geeignete Eintragungsgrundlage abgeben, Eintragungen jeder Art auf dem die Firma des Unternehmens betreffenden Registerblatte vielmehr immer nur auf die Anmeldung des Verwalters erfolgen können (vgl. Schlegelberger in GruchotsBeitr. 59 269). Etwas anderes ergibt sich für den zur Entscheidung stehenden Fall auch nicht aus dem vom Beschwerdeführer betonten Umstande, daß Änderungen in der Kapitalbeteiligung

an einem in Zwangsverwaltung befindlichen Unternehmen nicht verboten sind. Denn wenn gemäß der BRBek., betr. Änderungen der Kapitalbeteiligung an einem Unternehmen, v. 5. Januar 1915 solche nach dem 26. November 1914 vorgenommenen Änderungen sogar der Anordnung der Zwangsverwaltung nicht entgegenstehen, so müssen sie um so mehr eine bereits angeordnete Verwaltung unberührt lassen. Die Wirkung eines Abkommens der hier vorliegenden Art beschränkt sich sonach, auch wenn es nicht bloß zum Scheine getroffen ist, auf die inneren Beziehungen zwischen den Vertragschließenden; nach außen kann das Abkommen keine Wirkungen äußern. Trotz dem Abkommen ist E. Gesellschafter mit der gleichen Kapitalbeteiligung geblieben, so daß der auf seinen Geschäftsanteil entfallende Gewinn sowie, im Falle einer Auflösung der Gesellschaft, sein Auseinandersetzungsguthaben nicht an D. abzuführen, sondern für E. bei der Reichsbank zu hinterlegen ist.

10. Hachenburg, JW. 16 350. Die Entscheidung des OLG. Dresden, JW. 16 350 [9] gibt zu erheblichen Bedenken Anlaß. Sie überspannt die zwangsweise Verwaltung und deren Folgen. Unter Zwangsverwaltung gestellt wird das Unternehmen. Es ist gleichgültig, ob es Aktiengesellschaft, G. m. b. H., offene Handelsgesellschaft oder was sonst ist. Innerhalb der Gesellschaft können Änderungen in der Kapitalbeteiligung eintreten. Dies setzt die Bek. des Bundesrats v. 5. Januar 1915 § 1 gerade voraus. Sie bestimmt, daß eine solche nach dem 26. November 1914 eingetretene Verschiebung die Zulässigkeit der Zwangsverwaltung nicht ausschließt. Das gilt auch für die Zeit nach Eintritt der Zwangsverwaltung. Der Verkauf der Geschäftsanteile einer G. m. b. H. ist ebenso zivilrechtlich zulässig geblieben, wie das Ausscheiden eines Gesellschafters einer offenen Handelsgesellschaft. Nur bleibt trotzdem die Berechtigung der Verwaltungsbehörde, die Zwangsverwaltung anzuordnen oder weiter bestehen zu lassen. Für diese öffentlich-rechtliche Maßregel sind die zivilrechtlichen Vorgänge nicht entscheidend. Daher muß auch die Eintragung zum Handelsregister zulässig sein. Sie kann die Möglichkeit bieten, daß die Zwangsverwaltung aufgehoben wird. Diese Möglichkeit darf dem deutschen Gesellschafter nicht verschlossen werden. Nur soweit es sich um „Rechtshandlungen für das Unternehmen" dreht, ist der Verwalter allein befugt. Innere Vorgänge aber sind ihm entzogen. Handelte es sich um eine G. m. b. H., so bedarf die Übertragung des Geschäftsanteils überhaupt nicht eines Eintrages zum Handelsregister. Das zeigt schon, daß bei der offenen Handelsgesellschaft die Vorschrift der Eintragung der Veränderung in der Beteiligung nicht dazu führen darf, das Ausscheiden des Ausländers zu verhindern. Wie soll es denn gehalten werden, wenn durch richterliches Urteil der Ausländer aus der offenen Handelsgesellschaft ausgeschlossen wird? Dann könnte nach der vom OLG. Dresden vertretenen Auffassung der Zwangsverwalter durch seine Weigerung, die Eintragung zu beantragen, die Wirksamkeit eines solchen Urteils in Frage stellen. Beim Todesfalle eines Gesellschafters läge es auch wieder in der Hand des Zwangsverwalters, die vertragsmäßig vorgesehenen Folgen zu verhindern. Man sieht hieraus, daß der Zwangsverwalter einen Einfluß auf die innere Gestaltung drs Gesellschaftsverhältnisses und auf dessen Offenbarmachung im Handelsregister nicht haben kann.

(Bek. 2 in Bd. 2, 410; Bek. 3 bis 5 in Bd. 1. 882ff.)

6. Bekanntmachung, betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Portugal. Vom 14. Mai 1916. (RGBl. 375.)

Im Wege der Vergeltung wird auf Grund . . . und des § 9 der Verordnung, betreffend die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen, vom 26. November 1914 (RGBl. 487) folgendes bestimmt:

Art. 1 . . .

Art. 2 . . .

Art. 3. Die Vorschriften der Verordnung, betreffend die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen, vom 26. November 1914 in der Fassung

der Verordnung vom 10. Februar 1916 (RGBl. 89), werden auch gegenüber portugiesischen Staatsangehörigen für anwendbar erklärt.

Art. 4. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [16. 5.], hinsichtlich der Strafbestimmungen jedoch erst mit dem 20. Mai 1916 in Kraft.

7. Bekanntmachung, betr. zwangsweise Verwaltung rumänischer Unternehmungen. Vom 28. September 1916. (RGBl. 1099.)

Im Wege der Vergeltung wird auf Grund des § 9 der Verordnung, betreffend die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen, vom 26. November 1914 (RGBl. 487) folgendes bestimmt:

Die Vorschriften der Verordnung, betreffend die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen, vom 26. November 1914 in der Fassung der Verordnung vom 10. Februar 1916 (RGBl. 89) werden auch gegenüber rumänischen Staatsangehörigen für anwendbar erklärt.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [4. 10.] in Kraft.

8. Bekanntmachung, betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßregeln gegen Italien v. 24. November 1916. (RGBl. 1289.)

Im Wege der Vergeltung wird auf Grund des . . . ., des . . . . und des § 9 der Verordnung, betreffend die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen, vom 26. November 1914 (RGBl. 487) folgendes bestimmt:

§ 1. . . . .

§ 2. . . . .

§ 3. . . . .

§ 4. Die Vorschriften der Verordnung, betreffend die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen vom 26. November 1914 in der Fassung der Verordnung vom 10. Februar 1916 (RGBl. 89) werden auch gegen italienische Staatsangehörige für anwendbar erklärt.

§ 5. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [24. 11.], hinsichtlich der Strafbestimmungen jedoch erst mit dem 27. November 1916 in Kraft.

III. Ergänzungsverordnungen zu I und II.

(Verordnung 1 in Bd. 2, 410.)

2. Bekanntmachung, betr. die Überwachung und zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen. Vom 24. August 1916. (RGBl. 961.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Zwangsvollstreckungen, Arreste, einstweilige Verfügungen und Konkursanträge gegen das Vermögen, das einer staatlichen Aufsicht oder Verwaltung nach Maßgabe der Verordnungen vom 4. September und 26. November 1914 sowie vom 10. Februar 1916 (RGBl. 1914 S. 397, 487; 1916 S. 89) untersteht, können nur mit Genehmigung der Landeszentralbehörde erfolgen. Soweit nach dem Inkrafttreten der Verordnung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 (RGBl. 633) Zwangsvollstreckungen, Arreste oder einstweilige Verfügungen erfolgt sind, kann die Aufsichtsperson oder der Verwalter mit Genehmigung der Landeszentralbehörde die Aufhebung verlangen.

§ 2. Ist Vermögen nach Maßgabe der Verordnungen vom 26. November 1914 und vom 10. Februar 1916 unter Verwaltung gestellt, so kann der Verwalter ungeachtet der Vorschrift des § 2 der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 (RGBl. 421) die Erfüllung vermögensrechtlicher Ansprüche fordern; die Stundung endet mit dem Ablauf eines Monats nach der Aufforderung zur Leistung.

Endet bei einem Wechsel, bei welchem durch die Stundung gemäß § 4 der Verordnung vom 30. September 1914 die Protesterhebung hinausgeschoben ist, die Stundung auf Grund der Vorschrift des Abs. 1, so bleiben gleichwohl die Protesterhebung und der Rückgriff aus dem Wechsel bis auf weiteres ausgeschlossen. Diese Vorschrift findet auf Schecks entsprechende Anwendung.

§ 3. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [26. 8.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Begründung. (D. R. IX 219.)

Nachdem in den §§ 4 und 5 der Verordnung vom 31. Juli 1916, betreffend die Liquidation britischer Unternehmungen (RGBl. 871) besondere Vorschriften erlassen sind, welche verhindern, daß die Durchführung der Liquidation vereitelt oder beeinträchtigt wird durch Zwangsvollstreckungen, Arreste, einstweilige Verfügungen oder Konkursanträge im Interesse einzelner Gläubiger oder durch Berufung eines Schuldners auf den Stundungseinwand der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, war es aus den gleichen Gründen, welche für diese Regelung der Liquidation maßgebend waren, auch erforderlich, die Vorschriften über die zwangsweise Verwaltung und die staatliche Aufsicht über ausländische Unternehmungen entsprechend zu ergänzen und mit den Vorschriften über die Liquidation britischer Unternehmungen in Einklang zu bringen. Eine unbeschränkte Freiheit in der Verfolgung der einzelnen privaten Interessen ist mit der in erster Linie im öffentlichen Interesse erfolgenden Aufsicht oder Verwaltung nicht vereinbar. Insbesondere hat die Erfahrung gezeigt, daß die Durchführung dieser öffentlichen Interessen durch die von einzelnen Gläubigern veranlaßten gerichtlichen Schritte erheblich beeinträchtigt werden kann. Dem gegenüber war es geboten, in ähnlicher Weise, wie dies bei dem Liquidator geschehen, auch dem staatlichen Verwalter oder der Aufsichtsperson und den Stellen, welche diese Organe mit Weisungen versehen, die Abwägung der privaten und öffentlichen Interessen in weitergehendem Maße anzuvertrauen. Hierzu ist auf Grund des § 3 des sogenannten ErmG. die Bek. vom 24. August 1916 ergangen. Die einzelnen Bestimmungen der Verordnung sind den §§ 4 und 5 der Verordnung vom 31. Juli 1916 angepaßt.

IV. Bekanntmachung, betr. Liquidation britischer Unternehmungen. Vom 31. Juli 1916. (RGBl. 871.)

Der Bundesrat hat ... im Wege der Vergeltung folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Der Reichskanzler kann die Liquidation solcher Unternehmungen, deren Kapital überwiegend britischen Staatsangehörigen zusteht oder die vom britischen Gebiet aus geleitet oder beaufsichtigt werden oder bis zum Kriegsausbruche geleitet oder beaufsichtigt worden sind, sowie die Liquidation der britischen Beteiligung an einem Unternehmen anordnen. Einem Unternehmen im Sinne dieser Verordnung stehen Niederlassungen eines Unternehmens, Nachlaßmassen und Grundstücke gleich.

Die Entscheidung des Reichskanzlers, daß die Voraussetzungen für die Anordnung der Liquidation gegeben sind, ist endgültig.

§ 2. Die Liquidation ist nach den von der Landeszentralbehörde im Benehmen mit dem Reichskanzler erlassenen allgemeinen und besonderen Weisungen durch einen von der Landeszentralbehörde ernannten Liquidator durchzuführen.

§ 3. Der für ein Unternehmen bestellte Liquidator hat sich in den Besitz des Unternehmens zu setzen. Er ist zu allen Rechtshandlungen für das Unternehmen befugt. Er kann das Unternehmen als Ganzes veräußern.

Die Befugnisse des Inhabers des Unternehmens sowie die Befugnisse anderer Personen zu Rechtshandlungen für das Unternehmen ruhen. Das gleiche gilt von den Befugnissen aller Organe.

Ist das Unternehmen in das Handelsregister eingetragen, so hat der Liquidator die Anordnung der Liquidation sowie ihre Aufhebung zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden.

Ist für die britische Beteiligung an einem Unternehmen ein Liquidator bestellt, so übt er alle Rechte des britischen Beteiligten aus; er ist insbesondere auch befugt, die Beteiligung an das Unternehmen oder an Dritte zu veräußern. Handelt es sich um die Beteiligung an einer offenen Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung, so kann der Liquidator die Gesellschaft ohne Einhaltung einer Frist kündigen.

Ist das Recht der Beteiligung in einer Urkunde verbrieft, so kann der Reichskanzler bestimmen, daß das Unternehmen an Stelle der von dem Liquidator für kraftlos zu erklärenden Urkunde eine neue Urkunde über die Beteiligung auszustellen hat.

§ 4. Der Liquidator kann ungeachtet der Vorschrift des § 2 der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 (RGBl. 421) die Erfüllung vermögensrechtlicher Ansprüche fordern; die Stundung endet mit dem Ablauf eines Monats nach der Aufforderung zur Leistung.

Endet bei einem Wechsel, bei welchem durch die Stundung gemäß § 4 der Verordnung vom 30. September 1914 die Protesterhebung hinausgeschoben ist, die Stundung auf Grund der Vorschrift des Abs. 1, so bleiben gleichwohl die Protesterhebung und der Rückgriff aus dem Wechsel bis auf weiteres ausgeschlossen. Diese Vorschrift findet auf Schecks entsprechende Anwendung.

§ 5. Für das der Liquidation unterstehende Vermögen gelten die im § 8 der Verordnung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 (RGBl. 633) bezeichneten Verfügungsbeschränkungen nicht.

Zwangsvollstreckungen, Arreste, einstweilige Verfügungen und Konkursanträge können nur mit Genehmigung der Landeszentralbehörde erfolgen. Soweit nach dem Inkrafttreten der Verordnung vom 7. Oktober 1915 Zwangsvollstreckungen, Arreste oder einstweilige Verfügungen erfolgt sind, kann der Liquidator mit Genehmigung der Landeszentralbehörde die Aufhebung verlangen.

§ 6. Ist ein Unternehmen oder eine Beteiligung an einem Unternehmen unter Liquidation gestellt, so sind die Leiter und Angestellten verpflichtet, dem Liquidator auf Erfordern Auskunft über die Geschäftsangelegenheiten des Unternehmens, insbesondere über die beteiligten feindlichen Staatsangehörigen, zu geben. Dies gilt auch dann, wenn die Beschäftigung bei dem Unternehmen nach dem 30. Juli 1914 ein Ende genommen hat.

Wer die Auskunft vorsätzlich nicht erteilt, oder wissentlich unwahre Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

§ 7. Die Kosten der Liquidation sind aus dem Liquidationserlöse zu decken. Der Erlös ist, soweit er auf britische Staatsangehörige entfällt, zu hinterlegen. Die Landeszentralbehörde kann an im Inland wohnende britische Beteiligte die Auszahlung der für den Unterhalt erforderlichen Beträge gestatten.

§ 8. Wer vorsätzlich einem gemäß dieser Verordnung bestellten Liquidator Gegenstände ganz oder teilweise entzieht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

§ 9. Auf Versicherungsunternehmungen, die dem Aufsichtsamte für Privatversicherung unterstehen, finden die Vorschriften dieser Verordnung mit der Maßgabe Anwendung, daß die Durchführung der Liquidation nach den vom Reichskanzler erlassenen Anordnungen erfolgt.

§ 10. Wegen der von dem Liquidator in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seiner Obliegenheiten vorgenommenen Handlungen oder Unterlassungen können Schadenersatzansprüche des Inhabers des Unternehmens oder eines an dem Unternehmen Beteiligten nur mit Genehmigung der Landeszentralbehörde geltend gemacht werden. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn eine schuldhafte Pflichtverletzung vorliegt. Soweit die Genehmigung nicht erteilt ist, ist der Rechtsweg unzulässig.

§ 11. Der Reichskanzler kann die ihm nach dieser Verordnung zustehenden Befugnisse ganz oder teilweise einem Reichskommissar übertragen.

§ 12. Als britisches Gebiet im Sinne dieser Verordnung gelten Großbritannien und Irland sowie, mit Ausnahme Kanadas und der Südafrikanischen Union, die britischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen; als britische Staatsangehörige gelten die Angehörigen dieser Länder sowie die nach britischem Rechte begründeten juristischen Personen.

Der Reichskanzler kann im Wege der Vergeltung die Vorschriften dieser Verordnung auch auf andere feindliche Länder für anwendbar erklären.

§ 13. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [1. 8.] in Kraft.

Hierzu:

Eine Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 24. September 1916 (Reichsanzeiger Nr. 229).

Auf Grund der Verordnung, betreffend Liquidation britischer Unternehmungen, vom 31. Juli 1916 (RGBl. 871) habe ich den . . . zum Reichskommissar für die Liquidation britischer Unternehmungen ernannt. Der Reichskommissar ist dem Reichsamt des Innern unterstellt. Dem Reichskommissar habe ich die nach § 2 der Verordnung dem Reichskanzler zustehenden Befugnisse übertragen. Die Entscheidung über die Anordnung einer Liquidation behalte ich mir vor.

Die Geschäftsräume des Reichskommissars für die Liquidation britischer Unternehmungen befinden sich in Berlin W 9, Leipziger Str. 2.

Begründung. (D. N. IX 215.)

Unterm 27. Oktober 1914 hat die Britische Regierung ohne irgendwelchen Anlaß, ja ohne Vorgang und Beispiel in der Geschichte der Kriegsführung überhaupt, in Hongkong eine Verordnung erlassen „the Alien Enemies (Winding up) Ordinance, 1914", die die zwangsweise Liquidierung der von Deutschen oder für deutsche Rechnung betriebenen Unternehmungen und der persönlichen Angelegenheiten deutscher Staatsbürger einführt. Der Liquidator tritt völlig an Stelle des Eigentümers und hat dessen Vermögen nach einem summarischen Konkursverfahren zu veräußern und zu verteilen. Der Liquidator erhält eine hohe prozentuale Entschädigung. Die Regierung erklärt, im übrigen sich in seine Geschäftsführung „nicht mehr als nötig" einmischen zu wollen.

Tatsächlich wurden alsbald die gesamten blühenden deutschen Unternehmungen in Hongkong auf die brutalste Weise und unter uneingeschränkter Willkür der Liquidatoren vernichtet und zugunsten der nächstbesten britischen Konkurrenten verschleudert.

Ebenfalls noch im Jahre 1914 ist dann gegen die deutschen Unternehmungen in den Straits Settlements das gleiche Verfahren angeordnet worden wie in Hongkong. Um jede Willkür der Liquidatoren, ja selbst eine absichtliche Bereicherung des Liquidators aus dem ihm anvertrauten Vermögen zu verdecken, hat hier die Regierung so-

gar angeordnet, daß die Bücher, Papiere, Rechnungen und Urkunden der feindlichen Ausländer und die des Liquidators nach näherer Anweisung des Gouverneurs „zu vernichten oder in anderer Weise zu behandeln" sind.

Alsbald ist auch in anderen britischen Kolonien die Liquidation nach dem Muster des in Hongkong und den Straits Settlements eingeführten Verfahrens angeordnet und durchgeführt worden. So in Trinidad und Tabago, in Nigeria, Sanzibar, Britisch Ostafrika, Ceylon, sodann in Indien, wo Hunderte von deutschen Firmen den Liquidatoren übergeben wurden, ferner in Australien, Ägypten, neuestens auch in Südafrika sowie in einigen der deutschen Kolonien, deren sich England bemächtigt hat.

Wenngleich diese Maßnahmen, die in entfernten Weltteilen britische Willkür gegen deutsche Privatrechte ergriffen hat, auf Weisung der Britischen Regierung in London ergangen sind, ist doch in England selbst bis zu Beginn dieses Jahres die Regierung vor derartigen Maßnahmen zurückgeschreckt, wohl in der Erwägung, daß eine derartige brutale Plünderung fremden Vermögens ihrem Ansehen und ihrem Kredit in der Welt doch mehr schaden könnte, als die Bereicherung aus dem fremden Vermögen ihr nützen würden.

Diese Erwägungen haben indessen bei der britischen Regierung auf die Dauer nicht die Oberhand behalten, vielmehr hielt sie es, nachdem die planmäßige Vergewaltigung der Rechte feindlicher Privatpersonen wie ja auch neutraler Staatsangehöriger einen gewissen Punkt erreicht hatte, für konsequent und nützlich, sich nunmehr auch an dem in England selbst befindlichen deutschen Vermögen in ähnlicher Weise zu vergreifen, wie dies in Hongkong, den Straits Settlements und anderen britischen Kolonien schon längst geschehen war. Die Aussicht auf den aus einem solchen Plünderungszug gegen fremdes Privatvermögen zu erhoffenden Gewinn hat den Ausschlag gegeben und mächtiger gewirkt als die Rücksicht auf den in Friedenszeiten sorgsam gehüteten guten Ruf und Kredit Englands als Verwalters und Bankiers von Vermögen aus aller Welt.

Unterm 27. Januar 1916 ist ein britisches Gesetz ergangen als „Abänderungsgesetz, betreffend den Handel mit dem Feind 1916", welches die Auflösung aller Unternehmungen mit überwiegend deutscher Beteiligung oder mit deutscher Leitung und die Enteignung alles sonstigen den Engländern begehrenswert erscheinenden deutschen Besitzes vorsieht.

Es war der Britischen Regierung bekannt, daß — trotz der Liquidation deutschen Eigentums in den britischen Kolonien — bis dahin noch kein britisches oder überhaupt feindliches Unternehmen oder Vermögen in Deutschland liquidiert oder enteignet war. Und auch nach Erlaß des britischen Gesetzes vom 27. Januar 1916 hat Deutschland zunächst gezögert, Vergeltungsmaßnahmen dieser Art zu treffen, vielmehr noch abgewartet, ob und in welcher Weise England dieses Gesetz verwirklichen würde, um danach die eigenen Maßnahmen einzurichten. Tatsächlich ist die Anwendung des Liquidationsgesetzes in England eine überaus rasche, ja überstürzte, und, soweit sich bei der sorgfältigen Unterbindung genauerer Nachrichten beurteilen läßt, jedenfalls in einem Teil der Fälle an Willkür, Brutalität und zynischer Verachtung aller Rücksichten auf Privatrechte den Plünderungen in Hongkong und den Straits Settlements durchaus ebenbürtig.

Über mehr als 300 deutsche Firmen ist bis Mitte August 1916 die Liquidation verhängt worden. Die Veräußerung aller Werte der zu liquidierenden Firmen erfolgt in der Regel mit der größten Beschleunigung und vielfach unter Beiseitelassung aller Gebräuche und Rücksichten eines ordentlichen geschäftlichen Verfahrens. So ist es gekommen, daß wertvolle Unternehmungen — und es handelt sich vielfach um außerordentlich hohe Werte, um moderne Großbetriebe mit allen Einrichtungen — dem ersten Besten, der sich zu diesem unsauberen Geschäft hergeben wollte, zu Schleuderpreisen angeboten wurden. In einem Falle wurde den deutschen Aktionären einer britischen Gesellschaft der „freiwillige" Verkauf ihres Aktienbesitzes zu 50 v. H. des Börsenwertes angesonnen, mit dem Bemerken, daß bei einer Zwangsliquidation ein so „gün-

stiges" Erhebnis nicht zu erwarten sei. In einem anderen Falle wurden Pfundaktien, die einen hohen Kurswert besaßen, für 10 Schilling weggegeben. Der willkürlichen Bereicherung, insbesondere der Liquidatoren selbst, ist Tür und Tor geöffnet.

Zu diesem Raubzug gegen deutsche Unternehmungen in England trat in neuester Zeit auch noch ein Griff in die Effektendepots, die bei deutschen Banken in London liegen. Es galt, sich aus deutschem Privatbesitz diejenigen Mengen von Effekten, insbesondere von amerikanischen Werten, zu verschaffen, deren man zur Unterlage und Finanzierung der in Amerika aufzunehmenden Riesenanleihe bedurfte. England hat auch diesen Eingriff ohne Scheu vollzogen und ohne Rücksicht darauf, daß vor aller Welt dargetan wurde, daß die Sicherheit der Bankdepots in London nicht mehr existiert.

Erst, nachdem die Tatsache einer in großem Umfang vorgenommenen rücksichtslosen Liquidation der deutschen Firmen und des deutschen Privateigentums im Britischen Reiche zweifelsfrei festgestellt war, hat die Deutsche Regierung Vergeltungsmaßnahmen für unerläßlich erachtet. Demgemäß hat der Bundesrat in der auf Grund des § 3 des sogenannten ErmG. ergangenen Bek. vom 31. Juli 1916 die entsprechende Gegenmaßnahme ergriffen, und in gleicher Weise wird nunmehr auch in Belgien gegen britische Unternehmungen und britischen Besitz vorgegangen.

Die Verordnung vom 31. Juli 1916 schließt sich im allgemeinen dem britischen Gesetze vom 27. Januar 1916 an. Ein grundlegender Unterschied jedoch ist hervorzuheben:

Während das britische Gesetz die Regierung grundsätzlich verpflichtet, die Liquidierung feindlicher Unternehmungen anzuordnen, wird in der Bundesratsverordnung die Entscheidung darüber, ob ein britisches Unternehmen zu liquidieren ist, dem Reichskanzler anheimgestellt. Die deutsche Volkswirtschaft ist stark genug, um die freie Betätigung ausländischen Unternehmungsgeistes im Inland zu ertragen. Während englische Wirtschaftskreise auf der Suche nach den Ursachen des Rückganges und nach den Mitteln zum Wiederaufbau ihrer Vormachtstellung keinen besseren Plan ausfindig machen konnten, als die gewaltsame Ausplünderung und Vernichtung der in friedlicher deutscher Arbeit geschaffenen Werte, kommen für Deutschland solche Gesichtspunkte des Handelsneides nicht in Betracht. Die Reichsleitung wird die Waffe, mit der sie der Bundesrat versehen hat, nur zu den Zwecken gebrauchen, für die sie bestimmt ist. Dies gilt insbesondere auch hinsichtlich der Art der Durchführung der Liquidationsmaßnahmen, deren Bestimmung im einzelnen dem Ermessen der zuständigen obersten Behörden überlassen ist. Es wird den beteiligten Engländern Gelegenheit gegeben werden, bei ihrer Regierung dahin zu wirken, daß für die Handhabung des englischen Gesetzes nicht die Böswilligkeit der Ausführungsorgane und der Eigennutz der Wettbewerber den Ausschlag geben; gelingt ihnen das, so werden auch ihre Interessen in Deutschland bei der Auflösung ihrer Unternehmungen eine angemessene Berücksichtigung erfahren. Sollte sich freilich die Britische Regierung auch in dieser Hinsicht der Stimme der Vernunft und der Billigkeit weiterhin verschließen, so werden die britischen Unternehmungen und der britische Besitz in Deutschland und Belgien die ganze Schärfe eines entsprechenden Vorgehens zu fühlen haben.

Über die einzelnen Vorschriften der Verordnung ist noch folgendes zu bemerken: Die Organisation der Liquidierung schließt sich an die der Zwangsverwaltung und der Staatsaufsicht über feindliche Unternehmungen im wesentlichen an, jedoch mit der Maßgabe, daß die Anordnung der Liquidierung von Reichs wegen erfolgt, und daß auch bei der Durchführung dem Reichskanzler eine unmittelbare Mitwirkung zusteht. Die erforderlichen Anordnungen sollen dem Liquidator, sei es als allgemeine Richtschnur, sei es als besondere Anweisung für den Einzelfall, erteilt werden. Die Vorschriften über die Liquidation nach dem Handelsgesetzbuch sind demgemäß nicht ohne weiteres anwendbar.

Die Befugnisse des Liquidators sind denen des Zwangsverwalters ähnlich gestaltet. Besondere Bedeutung kommt der Befugnis zu, ein britisches Unternehmen

als Ganzes oder die britische Beteiligung an einem Unternehmen zu veräußern oder eine Gesellschaft, woran eine britische Beteiligung besteht, zu kündigen. Die Übertragung der Beteiligung ist nicht davon abhängig, daß die Urkunde, in der die Beteiligung verbrieft ist, z. B. die Aktie, übertragen wird. Befindet sich die Aktie, die feststehendermaßen einem britischen Staatsangehörigen zusteht, im Ausland, so kann der Reichskanzler bestimmen, daß der Liquidator die Aktie für kraftlos erklärt, und daß das Unternehmen eine neue Aktie auszustellen hat. Die näheren Vorschriften bleiben den zu erlassenden Weisungen vorbehalten.

Mit der Einsetzung eines Liquidators muß die Freiheit der Verfolgung einzelner privater Interessen wesentlich eingeschränkt werden. Für den Liquidator ist die nachdrückliche und gleichmäßige Berücksichtigung und Befriedigung der Interessen der deutschen Beteiligten, Gläubiger, Schuldner, Angestellten usw. des Unternehmens eine der wichtigsten Aufgaben. Es sind daher nähere Bestimmungen zur Beseitigung des Stundungseinwandes sowie über Zwangsvollstreckungen, Arreste, einstweilige Verfügungen nnd Konkursanträge gegen das der Liquidierung unterstehende Vermögen getroffen.

Die Kosten der Liquidierung sind aus dem Erlöse zu decken. Im übrigen ist bezüglich des Erlöses nur bestimmt, daß der auf britische Beteiligte entfallende Anteil zu hinterlegen ist, die Landeszentralbehörde jedoch Ausnahmen zulassen kann. Was als Erlös anzusehen ist, in welcher Weise und nach welchen Grundsätzen er zu verteilen oder sonst zu behandeln ist, in welcher Weise die Hinterlegung zu erfolgen hat, alle diese wie auch die sonstigen bei der Liquidierung hervortretenden Fragen bleiben der auf Grund der Verordnung zu erlassenden Regelung, d. h. den allgemeinen und einzelnen Weisungen an die Liquidatoren vorbehalten.

Als britisches Gebiet im Sinne dieser Verordnung gelten Großbritannien und Irland, sowie mit Ausnahme Kanadas und der Südafrikanischen Union, die britischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen; als britische Staatsangehörige gelten die Angehörigen dieser Länder sowie die nach britischem Rechte begründeten juristischen Personen.

Der Reichskanzler kann im Wege der Vergeltung die Vorschriften dieser Verordnung auch auf andere feindliche Länder für anwendbar erklären.

V. Zahlungsverbote.

1. Bekanntmachung, betr. Zahlungsverbot gegen England. Vom 30. September 1914. (RGBl. 421.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 887ff.

§ 1.

Das Zahlungsverbot.

Inhaltsübersicht.

I. Verboten ist die Zahlung usw. nach Großbritannien und Irland, oder den britischen Kolonien und Besitzungen I, 893, II 412, III 717.
1. Das Verbotsgebiet I 895.
2. Territoriale Bedeutung I 893, III 717.
3. Zahlung an eine Erbenmehrheit I 894.
4. Verboten ist die mittelbare Zahlung nach Großbritannien usw. I 894, III 717.
a) Zahlungen auf dem Umwege über das neutrale Ausland I 894.
b) Ist auch die Leistung an den deutschen Agenten verboten, der im Auftrage im Verbotsgebiet ansässiger Gläubiger Forderungen einzieht?
α. Bejahend I 894.
β. Verneinend I 894.
γ. Vermittelnd II 412, III 717.
c) Honorierung von Schecks ausländischer Schuldner und Guthaben feindlicher Banken bei inländischen Banken I 894.
d) Liegt eine mittelbare Zahlung vor? I 895, II 412, III 718.
II. Zahlungsleistung I 895, II 413, III 720.
1. Begriff der Zahlung I 895, II 413, III 720.
2. Bare Zahlung I 895.
3. Zahlung in Wechseln und Schecks I 895.
4. Zahlung durch Überweisung I 896, II 413.
5. Zahlung in sonstiger Weise I 896, III 720.

a) Gehört hierher auch die Hingabe an Zahlungs Statt? I 896.
α. Bejahend I 896.
β. Verneinend I 896.
b) Gehört die Abtretung hierher? I 896.
α. Bejahend I 896.
β. Verneinend I 896.
c) Gehört die Aufrechnung hierher? I 896, III 000.
α. Bejahend I 896.
β. Verneinend I 896, III 720.
III. Abführung und Überweisung von Geld und Wertpapieren I 896.
1. Allgemeines I 896.
2. Geld I 896.
3. Wertpapiere I 896.
IV. Verboten ist die Zahlung und die Abführung oder Überweisung. — Nicht verboten sind:
1. Die Annahme I 897.
2. Die Geldausgabe I 897.
3. Bloße Sicherungen I 897.
4. Die Arrestpfändung I 897.
5. Die Anmeldung im Konkurs I 897.
6. Die Abschließung neuer Verträge und die Erfüllung durch Warenlieferung I 897.
V. Sind verbotene Zahlungen usw. nichtig? I 897.
1. Bejahend I 897.
2. Verneinend I 897.
VI. Ist die Rückforderung statthaft? I 897.
VII. Ausnahmen von dem Verbot I 897.

I. Verboten ist die Zahlung nach Großbritannien und Irland oder den britischen Kolonien und Besitzungen.

(Abschnitt 1 in Bd. 1, 893.)

2. Territoriale Bedeutung.

(Erläuterung a, b in Bd. 1, 893, 894.)

c) LeipzZ. 16 562, OLG. 32 294, Recht 16 200 Nr. 432 (Hamburg II). Der Einwand des Bekl., wenn der Wechsel der Kl. von einer russischen Firma in Zahlung gegeben sei, so würde dessen Bezahlung durch den Bekl. eine mittelbare Zahlung an die russische Firma sein, deren Schuld durch die Einlösung des Wechsels getilgt würde, ist verfehlt. Mit Einlösung des Wechsels bei der Kl. würde die Bekl. auch, wenn die Kl. den Wechsel von einer in Rußland ansässigen Firma erhalten hat, nicht, auch nicht mittelbar, an die russische Firma oder nach Rußland, sondern lediglich für die russische Firma an die im Inland ansässige Kl. zahlen. Im Inlande verbleibende Zahlungen, durch welche im Ausland ansässige Personen von Schulden gegenüber Inländern befreit werden, sind nicht verboten.

d) RG. IV, RGStr. 49 437, SächsA. 16 390. Das Zahlungsverbot setzt nicht voraus, daß die Befriedigung des Gläubigers aus Mitteln erfolge, die sich im Inland befinden. Es verbietet jede Zahlung „nach" dem feindlichen Ausland, auch solche, die der in Deutschland befindliche und damit dem deutschen Gesetz Unterworfene aus Mitteln herbeiführt, die ihm im Ausland zur Verfügung stehen, die er mit dem Umweg über das feindliche Ausland bewirkt. Auch durch solche Zahlungen wird die wirtschaftliche Stärkung des feindlichen Staates, die das Gesetz unterbinden will, herbeigeführt, und zwar selbst da, wo das ausländische Vermögen dem Zugriff des Gläubigers offensteht. Denn die freiwillige Zahlung schneidet mindestens den mit einer Prozeßführung verbundenen Zeitverlust für die Befriedigung ab.

e) SächsA. 16 398 (Dresden I). Das Zahlungsverbot hat rein territoriale Bedeutung. Mit bereits im Ausland befindlichen Werten kann der deutsche Schuldner, der im feindlichen Ausland eine Handelsniederlassung hat, die dort entstandenen Verbindlichkeiten tilgen.

(Abschnitt 3 in Bd. 1, 894.)

4. Mittelbare Zahlung.

(Unterabschnitt a in Bd. 1, 894.)

b) Verbot der Zahlung an inländische Agenten usw.?

α. Bejahend, β. verneinend zu vgl. Bd. 1, 895.

γ. Vermittelnd (zu vgl. Bd. 2, 412).

DJZ. 16 909, JW. 16 349, OLG. 32 292 (Hamburg IV). Wenn die offiziösen in der NorddAllgZ. v. 1. Oktober 1914 erschienenen Erläuterungen zum Zahlungsverbot gegen

England unter Hinweis darauf, daß § 5 VO. die Anwendung der vorangehenden Paragraphen auf Ansprüche von im Inland unterhaltenen Niederlassungen der in § 2 bezeichneten Personen ausschließe, betonen, daß Zahlungen an bloße Agenten, die im Auftrage von in England wohnenden Gläubigern Forderungen einzuziehen suchen, schlechthin unter das Verbot des § 1 fallen, und demnach durch § 1 nicht nur den Agenten selbst für behindert erachten, nach England Zahlung zu leisten, sondern schon den Schuldner für verpflichtet ansehen, die Zahlung an den inländischen Agenten zu verweigern, weil schon hierin eine „mittelbare" Zahlung nach England zu erblicken sein würde, so findet diese Auffassung in der Verordnung selbst keine Stütze, solange nicht auch Grund zu der Annahme besteht, daß der Agent die Zahlung während der Geltung des Verbots nach England abführen werde. Ebensowenig kann der Ansicht beigetreten werden, daß Zahlungen an den inländischen Agenten niemals unter § 1 fallen, weil von dem Zahlenden unterstellt werden dürfe, daß der Agent seinerseits nicht der Verordnung zuwiderhandeln werde, wie dies von Bendix, Bürgerliches Kriegssonderrecht 124, und von dem Schiedsgericht der Hamburger Handelskammer HansGZ. 15 Hptbl. 72, [in Bd. 1, 895] angenommen wird. Eine „mittelbare" Zahlung nach England liegt dann vor, wenn entweder die Zahlung über eine im neutralen Ausland ansässige Person geht oder von dem in Deutschland ansässigen Agenten unmittelbar oder über das neutrale Ausland nach England weitergeleitet wird. Eine Zahlung an den inländischen Agenten kann danach als strafbarer Versuch eines nach §§ 1 und 6 zu bestrafenden Vergehens oder als strafbare Teilnahme (Beihilfe oder Anstiftung) an einem solchen aufzufassen sein, wozu es genügen würde, daß der Zahlende die Möglichkeit, daß die Zahlung während der Geltungszeit des Zahlungsverbots nach England weitergeht, in seinen Willen mit aufnimmt; sie muß aber nicht unter allen Umständen grundsätzlich so aufgefaßt werden, wie Dalberg dies DJZ. 14 1262 annimmt. Damit Zahlungen an den Agenten unter das Verbot fallen, muß für den Zahlenden Grund zu der Annahme vorliegen, daß der Agent die Zahlung in verbotener Weise weiterleiten werde (zu vgl. Sieskind, Prozeßrechtlicher Schutz der Kriegszeit Anm. 20 a. E. zu § 2 VO.) Ein gewisser Verdacht, eine gewisse tatsächliche Vermutung für solche Annahme mag in der Regel gerechtfertigt sein, bedarf aber im Streitfalle der Feststellung unter eingehender Prüfung der Verhältnisse. Der ohne Zweifel stark ausgeprägte, polizeiliche, und zwar präventivpolizeiliche Charakter des Verbots geht nicht so weit, daß für eine solche Behandlung eines bestimmten Falles kein Raum wäre; zustimmend: Menner, JW. 16 349.

(Unterabschnitt c in Bd. 1, 894.)

d) Liegt eine mittelbare Zahlung vor?

(Erläuterung α, β in Bd. 1, 895; γ, δ in Bd. 2, 412.)

ε. Recht 16 200 Nr. 433 (Stuttgart I). Der Schuldners eines Engländers darf an einen als Verkaufskommissionär den Engländer vertretenden Deutschen zahlen, der die Zahlung dazu verwendet, sich selbst für seine Forderung gegen den Engländer bezahlt zu machen. Auch wenn die (deutsche) Klägerin die Zahlung als bloße Kommissionärin für Rechnung ihrer englischen Firma einzunehmen hatte, handelte es sich im gegebenen Fall nicht um eine mittelbare Zahlung nach England. Es ist nach den Umständen ausgeschlossen, daß die Zahlung durch Vermittlung der Klägerin weiter nach England gelangen könnte. Die Klägerin will durch die an sie gemachten Zahlungen sich selbst für eine ihr gegen Engländer zustehende Forderung befriedigen, weil sie auf andere Weise keine Möglichkeit hat, von der englischen Firma Befriedigung zu erhalten. Die Zahlung kommt also nicht der englischen Firma zugute.

ζ. OLG. 32 294 (Marienwerder FS.). Daß der Kläger (Russe) seinen Wohnsitz in Deutschland hat, steht zwar der Anwendbarkeit der VO. v. 7. August 1914 entgegen, entrückt aber den geltend gemachten Zahlungsanspruch nicht grundsätzlich dem Zahlungsverbot gegen Rußland (VO. v. 19. November 1914 Art. 1). Vielmehr kann auch die Zahlung an einen im Inlande wohnenden Russen unter besonderen Umständen als eine mittelbare

Zahlung nach dem verbotenen Ausland erscheinen, wenn nämlich die Gefahr eines Abfließens des Geldes dorthin zufolge bestimmter Tatsachen im Einzelfalle naheliegend erscheint.

η. RG. IV, RGSt. 49 437, JW. 16 1283, SächsA. 16 390. Die vom BR. erlassenen Zahlungsverbote sind wirtschaftliche Vergeltungsmaßregeln gegenüber ähnlichen Maßnahmen, die seitens der feindlichen Staaten zur Bekämpfung und Erschöpfung der wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands ergriffen worden sind und bezwecken eine günstigere Gestaltung der wirtschaftlichen Lage des feindlichen Auslandes zu verhüten. Schon hiernach sind sie *nicht einschränkend auszulegen ... Dementsprechend muß aber jede einschlägige Handlung, die zur Vereitelung jenes Zweckes zu führen vermag, als dem Verbot unterfallend erachtet werden.*

ϑ. RG. IV, RGSt. 49 437, JW. 16 1283, LeipzZ. 16 591, Recht 16 242 Nr. 513, SächsA. 16 390. Der Versuch einer mittelbaren Zahlung nach Frankreich liegt vor, wenn ein Deutscher, der im neutralen Ausland ein Geschäft betreibt, aber sich gegenwärtig im Inland aufhält, von dort aus die Anweisung erteilt, aus Geschäftsmitteln Geld zur Tilgung einer Schuld an den in Paris wohnenden Gläubiger zu senden.

Hierzu:

ι. Liszt, JW. 16 1282. Die Entscheidung stellt alles darauf ab, ob es sich um eine eigene Schuld des Auftraggebers handelt oder nicht. Weist A. den B. an, eine Schuld des A. zu zahlen, so ist das mittelbare Zahlung durch A.; fordert A. dagegen den B. auf, seine, des B. Schuld zu zahlen, so ist die Strafbarkeit des A. bedingt durch die Strafbarkeit des B. Dieser Unterscheidung wird zuzustimmen sein. Sie beweist aber, daß das Zahlungsverbot nicht alle Fälle trifft, in denen eine Zahlung nach dem feindlichen Ausland geht und so eine wirtschaftliche Stärkung des feindlichen Staates herbeiführt; denn sonst müßte auch in dem zweiten der oben angeführten Fälle der Deutsche A. sich strafbar machen. Die Ausführungen, die jede einschränkende Auslegung des Zahlungsverbotes ablehnen, gehen also jedenfalls zu weit. Es kommt hinzu, daß die §§ 2 bis 5 des Zahlungsverbots gegen England v. 30. September 1914 bei der Auslegung des § 1 auch dann nicht außer acht gelassen werden dürfen, wenn sie zu einer einschränkenden Anwendung dieses Paragraphen führen sollten. Das ist der Gedanke, den *Friedmann*, DJZ. 15 699 und RGSt. 49 286 in seinen Erwägungen nicht hinreichend gewürdigt hat. Zinslose Stundung, Befreiung durch Hinterlegung usw. kann das Deutsche Reich selbstverständlich nur bezüglich solcher Ansprüche anordnen, die seiner Gesetzgebung und Rechtsprechung unterstehen. Jene Anordnungen aber stehen in unlöslichem Zusammenhang mit dem Zahlungsverbot. Allerdings geht § 1 über den § 2 insoweit hinaus, als er auch Zahlungen verbietet, die nicht Erfüllung eines bestehenden Anspruchs sind. Aber vermögensrechtliche Ansprüche, die nach § 2 nicht als gestundet gelten oder deren Betrag nicht nach § 3 hinterlegt werden kann, fallen auch nicht unter § 1. Die Verpflichtungen der New Yorker Firma gegenüber ihrem Pariser Gläubiger entziehen sich der deutschen Gesetzgebung; ihre Erfüllung ist daher auch keine Verletzung des deutschen Zahlungsverbots. Anders wäre es, wenn zum Zweck der Erfüllung Geld oder Wertpapiere aus Deutschland nach Frankreich „abgeführt" oder „überwiesen" würden; aber davon ist in dem entschiedenen Fall keine Rede.

κ. RG. II, Recht 16 360 Nr. 682. Ansprüche einer deutschen Bank aus einer Vintulation russischer Ware fallen nicht unter das Zahlungsverbot. Der Anspruch der Bank auf den Kaufpreis der bei ihr lagernden, einem Kaufhaus in Rußland gehörigen und für dieses verkauften Ware wird solchenfalls kraft eigenen Rechts erhoben.

λ. RG. V, DJZ. 16 817, JW. 16 1130 Nr. 21, Recht 16 346 Nr. 558, SächsA. 16 389. Der Angeklagte hat an Händler im neutralen Ausland den Kaufpreis englischer und französischer Waren bezahlt. Die Händler haben die gezahlten Beträge oder doch ihren Wert mit Wissen des Angeklagten dazu benutzt, um die auf seine Warenbestellung hin im feindlichen Auslande gefertigten Waren den dortigen Fabrikanten zu bezahlen. Eine strafbare Verbotsübertretung, mittelbare Zahlung an das feindliche Ausland, liegt hierin nicht. Zahlung ist Willenserklärung. Es mußte daher nachgewiesen werden, daß der Angeklagte

den Willen gehabt hat, mit der zu Händen der neutralen Kaufleute bewirkten Zahlung die englischen und französischen Warenhersteller zu befriedigen, und daß er diesen Willen auch erklärt hat. Nur ein solcher Wille konnte die neutralen Händler zu Vermittlern und seine Zahlung zu einer mittelbar nach dem Ausland geleisteten machen.

II. Zahlungsleistung.

1. Begriff der Zahlung.

(Erläuterung a bis c in Bd. 1, 895; d bis e in Bd. 2, 413.)

f) ArbVersorg. 16 156 (RVA.). Die Auszahlung der Entschädigung ist unstatthaft, wenn nach den Umständen des Falles die Annahme begründet ist, daß das Erhaltene demnächst in das Gebiet eines vom Zahlungsverbot betroffenen Staates überführt werden würde. Etwaige Zweifel und Streitigkeiten berühren aber lediglich die Zwangsvollstreckung aus den festgestellten Entschädigungsansprüchen und sind daher nicht im Spruchverfahren, sondern im Aufsichtswege, gegebenenfalls im Beschlußverfahren, zu erledigen.

(Unterabschnitt 2 bis 4 in Bd. 1, 895f.; 2, 413.)

5. Zahlung in sonstiger Weise.

(Unterabschnitt a, b in Bd. 1, 896.)

c) Gehört die Aufrechnung hierher?

α. Bejahend zu vgl. Bd. 1, 896.

β. Verneinend (zu vgl. Bd. 1, 896).

PosMonSchr. 16 59 (PosenV). Die Aufrechnung fällt nicht unter das Zahlungsverbot.

§ 2.

Stundung — Aufhebung der Verzugsfolgen.

Inhaltsübersicht.

I. Der Anspruch bleibt bestehen I 898.
II. Die Stundung I 898, III 720.
1. Gegenstand der Stundung. Die Stundung betrifft:
a) Schon entstandene oder noch entstehende vermögensrechtliche Ansprüche I 898.
b) die dem deutschen Recht unterstehen I 898.
c) Ohne Rücksicht auf die Regelung der gerichtlichen Zuständigkeit I 898.
2. Folgen der Stundung I 898, III 720.
III. Die Aufhebung der Verzugsfolgen I 899.
IV. Geltendmachung und Berücksichtigung der Stundung und Verzugsbeseitigung I 899, II 413.
1. Hat das Gericht die Stundung von Amts wegen zu berücksichtigen? I 899, II 413.
a) Bejahend I 900.
b) Verneinend I 900.
2. Verweigerung der Zahlung an Inländer I 900.
3. Geltendmachung in der Zwangsvollstreckung I 900.
V. Wirkung gegen Rechtsnachfolger I 900, II 413, III 721.
1. Ist der Indossatar als Rechtsnachfolger anzusehen? I 900, III 721.
a) Bejahend I 900, III 721.
b) Verneinend I 900.
2. Mehrfache Rechtsnachfolge I 900.
3. Der Erwerb eines Erstattungsanspruchs I 900.
4. Der Pfändungspfandgläubiger I 900, II 414, III 722.
5. Beweislast I 901.
VI. Verhältnis des § 2 zu § 1 I 900.

(Abschnitt I in Bd. 1, 898.)

II. Die Stundung.

(Unterabschnitt 1 in Bd. 1, 898.)

2. Folgen der Stundung.

(Erläuterung a bis e in Bd. 1, 898.)

f) LeipzZ. 16 959, SächsA. 16 123 (Dresden VIII). Die Rückgabe einer vor dem Erlasse der VO. zur Abwendung der Zwangsvollstreckung aus einem vorläufig vollstred-

baren Urteile geleisteten Sicherheit kann auf Grund der BO. v. 30. September 1914 nicht verlangt werden. Der gegenteilige Standpunkt des Bell. beruht auf einer Erwägung, die mit § 109 Abs. 1 der ZPO. nichts zu tun hat. Er geht davon aus, daß er, wenn das Urteil gegen ihn während des Zahlungsverbots ergangen wäre, keinen Anlaß zur Leistung der Sicherheit gehabt hätte, weil er wegen des Zahlungsverbots trotz der vorl. Vollstreckbarkeit des Urteils eine Vollstreckung nicht zu befürchten brauchte und er möchte sich diese Vorteile des Zahlungsverbots noch nachträglich zunutze machen. Nachdem aber vor dem Ausbruche des Krieges gesetzmäßig Rechte der Klägerin an der Sicherheit begründet worden waren, bemißt sich die Frage, ob die Veranlassung für die Sicherheitsleistung weggefallen ist, lediglich aus der Person der Klägerin in der Weise, daß entscheidend ist, ob eine Fortdauer der Sicherheit zur Verhütung ihrer Gefährdung notwendig ist.

g) Tischbein, JW. 16 1100. Der stundungsähnliche Zustand des § 2 BRBek. wirkt nur gegenüber vermögensrechtlichen Ansprüchen der im feindlichen Auslande ansässigen Gläubiger, nicht aber auch gegen Rechte anderer Personen, die sich etwa aus demselben Rechtsverhältnis ergeben. Zum Beispiel tritt bei einer Gesamtgläubigerschaft nach § 428 BGB., an der ein im feindlichen Auslande ansässiger Gesamtgläubiger beteiligt ist, der stundungsähnliche Zustand nicht auch denjenigen Gläubigern gegenüber ein, die ihren Wohnsitz bzw. Sitz im neutralen Auslande oder im Inlande haben. Ihnen gegenüber können sich Schuldner und Bürge also nicht auf den stundungsähnlichen Zustand berufen. Soweit Rechte solcher Gläubiger in Frage stehen, tritt ungehemmt die Fälligkeit ein mit der Verzugsfolge des § 767 BGB. Der Bürge kann also insoweit, wenn er den Gläubiger durch Erfüllung befriedigt hat (Hinterlegung nach § 3 würde hier nicht schuldbefreiend wirken) seinerseits gegen den Schuldner vorgehen. Er kann auch eventuell die Befreiungsklage nach § 775 Ziff. 1 oder 3 BGB. durchführen.

h) Tischbein, JW. 16 1101. Soweit vermögensrechtliche Ansprüche der im feindlichen Auslande ansässigen Gläubiger in Frage kommen, wirkt der stundungsähnliche Zustand ebenso wie für, so auch gegen den Bürgen. Er kann sich nicht etwa einerseits dem ausländischen Gläubiger gegenüber auf den stundungsähnlichen Zustand berufen, andererseits aber gegen den Schuldner die Befreiungsklage nach § 775 Ziff. 3 BGB. anstrengen mit der Begründung, soweit seine Rechte in Betracht kämen, habe der Schuldner als im Verzug befindlich zu gelten. Ebensowenig kann er hier, wenn er erfüllt oder nach § 3 BRBek. hinterlegt hat, vom Schuldner sogleich Erstattung verlangen. Es fehlt an der Fälligkeit des Anspruchs. Deshalb droht dem Bürgen aber insoweit auch keine Gefahr aus § 767 BGB. Mit der Befreiungsklage nach § 775 Ziff. 1 kann der Bürge natürlich gegebenenfalls vorgehen; denn diese ist ja an Fälligkeit und Verzug nicht gebunden.

i) DJZ. 16 351 (Karlsruhe II). Die Bestimmung des Kaufvertrages: „Jede aus diesem Kontrakt entstehende Reklamation, die auf gütlichem Wege nicht geordnet werden kann, ist durch Arbitrage der Bremer Baumwollenbörse zu entscheiden", begründet für den von einer in England niedergelassenen Handelsgesellschaft auf Zahlung des unstreitig geschuldeten Preises der Mitte Juli gelieferten Ware verklagten Käufer nicht die Einrede des § 274 Ziff. 3 ZPO.; denn seine Zahlungsverweigerung gründet sich nicht auf den von der Verkäuferin vollständig erfüllten Vertrag, sondern berührt diesen als solchen und die daraus hervorgegangenen Rechte und Pflichten der Vertragsparteien nur insofern, als im öffentlichen Interesse und zum Schutze der inländischen Volkswirtschaft Zahlungen nach England, gemäß jener Bekanntmachung, verboten worden sind.

(Abschnitt III, IV in Bd. 1, 899; 2, 413.)

V. Wirkung gegen Rechtsnachfolger.

1. Ist der Indossatar als Rechtsnachfolger anzusehen?

α. Bejahend (Erläuterung α bis γ in Bd. 1, 900).

δ. RG. I, WarnE. 16 290. § 2 BO. betrifft auch die Übertragung durch Indossament. Vorausgesetzt wird jedoch, daß durch das Indossament ein Wechsel des Gläubigers statt-

findet. Liegt ein solcher Wechsel, obwohl ein anderer den Anspruch geltend macht, nicht vor, was beim versteckten Prokuraindossament zutrifft, so versagt die Regel des § 2 Abs. 1 und es verbleibt bei der Stundung aus § 2 Abs. 1, nämlich bei der gegen den Machtgeber des Prokuraindossatars begründeten Einrede; ebenso RG. I, DJZ. 16 991, JW. 16 1277, LeipzZ. 16 1232, Recht 16 551 Nr. 1050.

ε. JW. 16 349 (Hamburg IV). Unter Erwerb ist hier, ähnlich wie unter Rechtsnachfolge in § 3 der Bek. v. 7. August 1914 über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Auslande ihren Wohnsitz haben, jede Nachfolge im weitesten Sinne zu verstehen, so daß darunter, abgesehen von Übertragungen kraft Gesetzes, jeder rechtsgeschäftliche Erwerb, insbesondere auch der durch Indossament, fällt, ohne daß es darauf ankäme, ob der Erwerb zu eigenem Rechte oder nur zum Zwecke des Einziehens für Rechnung des Veräußerers erfolgt ist (vgl. hierzu die Bedenken von Mennet, das.).

(Abschnitt 2, 3 in Bd. 1, 900.)

4. Der Pfändungspfandgläubiger.

JW. 16 1291, LeipzZ. 16 1324 (Hamburg V). Sowohl die Worte Rechtsnachfolge wie Erwerb sind vieldeutig. Der Auslegung der Kriegsverordnungen wird man nur dann gerecht, wenn man ihren Zweck und ihre Bedeutung für die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse ins Auge faßt. Diese sind, daß die inländischen Schuldner ausländischer Gläubiger nicht nach dem Auslande Zahlung zu leisten verpflichtet seien, und daß keinerlei Geld oder sonstige Zahlungsmittel nach dem feindlichen Ausland abfließen sollen. Ebenso wie das Ausland Deutschland gegenüber Moratorien und Zahlungsverbote erlassen hat, so kann es nicht zugelassen werden, daß deutsche Schuldner während des Krieges genötigt sein sollen, Forderungen des Auslands zu begleichen und noch weniger, daß Zahlungsmittel aller Art, sei es mittelbar oder unmittelbar, dem feindlichen Ausland zukommen. Weil aber jeder rechtsgeschäftliche Erwerb einer Auslandsforderung die naheliegende Besorgnis aufkommen läßt, daß auf einem Umwege doch dem Auslande die Beitreibung einer solchen Forderung zugute kommt, so sind die Vorschriften über die Unmöglichkeit der Geltendmachung und die Stundung auch auf die Rechtsnachfolger und Erwerber ausgedehnt. Darüber hinaus wäre die Anwendung der Verordnungen zwecklos und unbillig. Weshalb es einem inländischen Gläubiger nicht freistehen sollte, sich aus einem im Inland greifbaren Vermögensobjekt seines ausländischen Schuldners, wenn dies in einer Forderung besteht, im Wege der Zwangsvollstreckung zu befriedigen, wäre nicht einzusehen — vgl. auch RJA., in Güthe-Schlegelberger, Bd. II S. 412 —. Denn in diesem Falle erfolgt der Übergang der Forderung auf den neuen Gläubiger gegen den Willen des bisherigen Gläubigers, wenn nicht etwa, was nach der Regel nicht anzunehmen ist, ein geheimes Einverständnis zwischen dem Zwangsvollstreckungsgläubiger und seinem Schuldner besteht. Eine Rechtsnachfolge oder ein Erwerb im Sinne der Verordnung liegt auch um deswillen nicht vor, weil der Zwangsvollstreckungsgläubiger, der eine ihm überwiesene Forderung geltendmacht, kraft eigenen Rechts handelt, nicht „aus der Person des Schuldners" — vgl. Stein, ZPO. 10. Aufl. S. 665 — auf Grund öffentlich-rechtlicher Befugung.

§ 3.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 414.)

3. Tischbein, JW. 16 1100. Dem Bürgen steht es frei, bei Eintritt der Fälligkeit sich und den Schuldner durch Hinterlegung der geschuldeten Summe bei der Reichsbank für Rechnung des Gläubigers gemäß § 3 BRBek. von der Verbindlichkeit dem Gläubiger gegenüber zu befreien und dann seinerseits gegen den Schuldner vorzugehen. Er kann aber auch die Befreiungsklage durchführen, sobald deren Voraussetzungen vorliegen, und kann, wenn seine Befreiung nicht praktisch anders zu erreichen ist, auch verlangen, daß der Schuldner die zu zahlende Summe gemäß § 3 für den Gläubiger hinterlegt.

4. DJZ. 16 643 (Karlsruhe II). Schuldbefreiung gemäß § 3 BO. durch Hinterlegung des geschuldeten Betrages bei der Reichsbank tritt auch dann ein, wenn der auf

Zahlung eines Warenkaufpreises verklagte Schuldner im Rechtsstreit nicht nachweisen kann, daß seine jetzt erfolgende Zahlung an den in Deutschland wohnhaften englischen Gläubiger auf dem Umweg über das neutrale Ausland abfließen würde (Erlaß des preuß. HandMin. v. 6. August 1915, JW. 15 1036), immerhin aber zur Zeit der Hinterlegung die Befürchtung einer solchen Stärkung der englischen Volkswirtschaft auf Kosten der deutschen gerechtfertigt war, die nach jetziger Sachlage nicht bloß in der Bek. über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten v. 7. und 10. September 1915 (RGBl. 633, 653) hinfällig geworden ist. Wegen dieses damals noch begründeten Verdachts hätte sich der Schuldner durch die Zahlung an den Kläger der Gefahr schwerer Bestrafung nach § 6 VO. v. 30. September 1914 ausgesetzt, wenn auch nur der Versuch gemacht worden wäre, das Geld nach England abzuführen oder zu überweisen. Die Unsicherheit darüber, ob der Bekl. aus dem in der Person des Gläubigers liegenden Grund an ihn zahlen durfte, führt in rechtsähnlicher Anwendung des § 372 Satz 2 BGB. dazu, die Zulässigkeit der Hinterlegung gemäß § 3 VO. zu bejahen. Eine abweichende Beurteilung rechtfertigt auch nicht die Heranziehung der Bek. v. 20. Dezember 1914 (RGBl. 550), da sie Zahlungen nach England ohne besondere Erlaubnis des Reichskanzlers auch an deutsche Inhaber oder Teilhaber eines im Feindesland ansässigen Unternehmers nur dann erlaubt, wenn diese anläßlich des Krieges das feindliche Ausland verlassen haben.

§ 5.

Ausnahmen für inländische Niederlassungen.

(Zu vgl. Bd. 1, 902; 2, 414.)

1. HansGZ. 16 HBl. 224 (Hamburg III). Die VO. v. 22. Dezember 1914 (in Bd. 1, 909) bezieht sich nicht auf eine im neutralen Ausland befindliche juristische Person. Für diese bleibt es bei der allgemeinen Vorschrift, daß Forderungen, die in dem Betrieb einer inländischen Niederlassung entstanden sind, geltend gemacht werden können und zu erfüllen sind. Dagegen, daß durch Zahlungen an die inländische Niederlassung Geld ins feindliche Ausland kommen könnte, schützt das Zahlungsverbot. Es ist aber Sache der inländischen Niederlassung, dafür zu sorgen, daß dieses Verbot nicht übertreten wird. Der Zahlungspflichtige kann die Zahlung nicht deswegen verweigern, weil die Empfänger der Zahlung entgegen dem Zahlungsverbot das Geld möglicherweise nach England remittieren könnten.

2. JW. 16 1291 (Hamburg V). Wenn in der VO. für Ansprüche, die im Betriebe inländischer Zweigniederlassungen von ausländischen Hauptniederlassungen entstanden sind, Ausnahmen von der Regel gemacht sind, so ist dabei der Gedanke der gewesen, diese inländischen Filialen wie Inländer zu behandeln, da kein Grund vorlag, ihren Erwerb und ihre Handelsbeziehungen zu stören; dadurch würde in vielen Fällen der inländische Handel geschädigt sein. Hinsichtlich der Geltendmachung von Forderungen solcher Filialen sind dabei solche Forderungen gemeint, die nicht nur im Betriebe der Filialen entstanden sind, sondern auch daher von diesen Filialen geltend gemacht werden können — vgl. Güthe-Schlegelberger, Kriegsbuch I S. 892 —; Forderungen, die zwar durch den Filialbetrieb erwachsen, aber dann an die Hauptniederlassung übergegangen sind, gehören, wie einleuchtend ist, nicht zu den Ausnahmen.

§ 6.

Strafbestimmungen.

(Erläuterung 1 bis 8 in Bd. 1, 902, 903; 9 bis 10 in Bd. 2, 415.)

11. RG. V, LeipzZ. 16 869, SächsA. 16 389. Wenn auch die VO. betr. Zahlungsverbot „im Wege der Vergeltung erlassen ist", und § 1, für sich allein betrachtet, lediglich eine diesem Zweck dienende wirtschaftliche Maßnahme darstellt, so wird doch in § 6 Abs. 1 Nr. 1 mit Strafe bedroht, „wer wissentlich der Vorschrift des § 1 zuwiderhandelt". Hiernach

und nach dem Zusammenhang der ganzen VO. muß § 6 Abs. 1 Nr. 1 dahin verstanden werden, daß Zahlungen ins Feindesland nur mit Bewilligung des Reichskanzlers erlaubt sonst, gemäß § 1, verboten und im Falle wissentlicher Verbotsübertretung strafbar sind. Daraus folgt, daß eine unrichtige Auslegung der Vorschrift des § 1 als Strafrechtsirrtum anzusehen ist.

12. Mennet, JW. 16 438. Da die Zahlungsverbote ausdrücklich auch jede mittelbare Zahlungsleistung untersagen, so muß die dagegen unternommene strafbare Handlung schon dann als vollendet angesehen werden, wenn die Zahlungsmittel an eine — gleichviel ob im Inland oder im neutralen Ausland befindliche — Mittelsperson weitergegeben werden und zwar mit der ausgesprochenen oder wenigstens aus gewissen tatsächlichen Umständen sich ergebenden Absicht, daß diese Zahlungsmittel ins feindliche Ausland weiterfließen sollen. Dabei wird kein Unterschied zu machen sein, ob die ausgewählte Mittelsperson gegenüber dem bestimmten Geldempfänger gerade rechtlich verpflichtet ist, die erhaltene Geldleistung weiter zu befördern bzw. ob der im Feindesland sich aufhaltende Gläubiger einen gerichtlich verfolgbaren Anspruch gegen den Dritten auf Aushändigung der diesem übermittelten Zahlungsmittel hat (vgl. dazu noch Güthe-Schlegelberger, Kriegsbuch S. 894ff. unter Nr. I, 4, namentlich Buchst. a; s. auch die dortigen weiteren Zitate — und namentlich II, 3; Wassermann-Erlanger, Kriegsgesetze S. 311, II, 313, IV).

13. RG. III, BankA. 15 267, JW. 16 438², LeipzZ. 16 471, SächsA. 16 391. Die Übersendung eines Schecks an eine im neutralen Auslande wohnende Person mit dem Auftrage, diesen einzulösen und den Betrag an einen im feindlichen Auslande wohnenden Gläubiger zu senden, stellt ein vollendetes Vergehen gegen § 6 Nr. 1 VO. dar.

14. RG. IV, RGStr. 49 320, BankA. 15 267, LeipzZ. 16 380, SächsA. 16 388, Recht 16 138 Nr. 254. Eine verbotene mittelbare Zahlung nach Frankreich liegt auch dann vor, wenn der Täter einen in Frankreich ansässigen Dritten beauftragt, zu Lasten des Auftraggebers eine Zahlung an einen in Frankreich lebenden Franzosen zu bewirken.

15. JW. 16 349 (Hamburg IV). Eventualdolus genügt.

16. RG. IV, RGStr. 49 253. § 6 Abs. 1 Nr. 2 VO. findet auch auf ein von dem Militärbefehlshaber erlassenes Ausfuhrverbot Anwendung. Die Bestrafung wird weder nach Wortlaut noch nach Zweck der VO. dadurch ausgeschlossen, daß das feindliche Gebiet, in das die Ausfuhr erfolgt, von den deutschen Truppen besetzt ist.

17. RG. IV, Recht 16 500 Nr. 955. Die versuchte Ausfuhr von Zigaretten in die von deutschen Truppen besetzten russischen Gebiete ist nach § 134 VZollG. als Unternehmen der Konterbande strafbar. Die neben der Konfiskation erwirkte Strafe ist aus § 6 VO. v. 30. September 1914/19. November 1914 zu entnehmen.

18. RG. IV, Recht 16 242 Nr. 512. Der Versuch, Spiritus nach Rußland auszuführen, verletzt das in § 6 Abs. 1 Nr. 2 und § 6 Abs. 2 der Bek. enthaltene Verbot; er ist als Unternehmen der Konterbande gemäß § 134 VZollG. zu bestrafen mit Konfiskation der Ware und daneben mit einer aus den angeführten Gesetzesstellen zu entnehmenden Strafe, die schwerer ist als die im Vereinszollgesetz angedrohte (vgl. „Recht" 15 Nr. 555 und 1161); ebenso RG. IV, SächsA. 16 391.

19. RG. II, LeipzZ. 16 1107, Recht 16 398 Nr. 728. Die Strafandrohung richtet sich nur gegen die wissentlich begangene Zuwiderhandlung. Dazu genügt nicht, daß der Zahlende weiß, daß er nach England zahlt, sondern er muß auch das Verbot des § 1 kennen.

20. DJZ. 16 740, ElsLothZ. 16 (41) 243 (Colmar). Der im Deutschen Reich wohnende Angekl. hat 320 M. als Kaufpreis eines Ochsen nach B. gezahlt, einem Ort in Frankreich, aber in dem z. Z. vom deutschen Heere besetzten und unter deutscher Verwaltung stehenden Gebiete. Es kann dahingestellt bleiben, ob das Zahlungsverbot v. 20. Oktober 1914 dafür überhaupt gilt. Bei gleicher Lage ist für das russische, unter deutscher Verwaltung stehende Gebiet das Zahlungsverbot v. 19. Nov. 1914 durch die Bek. des RK. v. 4. Februar 1915 außer Anwendung gesetzt worden und die Ansicht vertreten, daß diese Bek. „nur einen Zweifel beseitigt, den auch schon eine vernünftige Auslegung zu beheben in der Lage war"

(Wassermann, Kriegsges., S. 332). In der Tat dient das Geld, das in das besetzte Gebiet fließt, weder mittelbar noch unmittelbar zur Verstärkung der feindlichen Macht. Für den vorliegenden Fall braucht diese Rechtsfrage nicht entschieden zu werden, weil der gute Glaube des Angekl., er dürfe seinen Verkäufer bezahlen, nicht bezweifelt werden kann; und nur die „wissentliche" Mißachtung des Verbots ist strafbar (§ 6[1] BRBD. v. 30. September 1914).

§ 7.

I. Einschränkung.

(in Bd. 1, 903; 2, 416.)

II. Ausdehnung.

Die Zahlungsverbote (2. gegen Frankreich in Bd. 1, 904).

3. gegen Rußland.

a/b) Bekanntmachungen des Reichskanzlers, betr. Zahlungsverbot gegen Rußland, v. 19. November 1914 (RGBl. 479) und 4. Februar 1915 (RGBl. 69) in Bd. 1, 907ff.

c) Bekanntmachung, betr. Ausnahme von dem Zahlungsverbote gegen Rußland und von der Sperre feindlichen Vermögens. Vom 19. April 1916. (RGBl. 312.)

Auf Grund des § 7 Abs. 1 der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 (RGBl. 421) und der Bekanntmachung, betreffend Zahlungsverbot gegen Rußland, vom 19. November 1914 (RGBl. 479) sowie . . . wird folgendes bestimmt:

1. Das Verbot, Zahlungen nach Rußland zu leisten und Geld oder Wertpapiere dorthin abzuführen oder zu überweisen (§ 1 Abs. 1 der Verordnung vom 30. September 1914 in Verbindung mit Artikel 1 der Bekanntmachung vom 19. November 1914) findet gegenüber den unter deutscher oder österreichisch-ungarischer Verwaltung stehenden Gebieten Rußlands keine Anwendung.
2. . . .
3. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [20. 4.] in Kraft. Sie tritt an die Stelle der Bekanntmachungen vom 4. Februar 1915, betreffend Zahlungsverbot gegen Rußland (RGBl. 69) und . . .

4. Bekanntmachung, betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Portugal. Vom 14. Mai 1916. (RGBl. 375.)

Im Wege der Vergeltung wird auf Grund des § 7 Abs. 2 der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 (RGBl. 421), des . . . und des . . . folgendes bestimmt:

Art. 1. Die Vorschriften der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 werden auch auf Portugal und die portugiesischen Kolonien für anwendbar erklärt.

Die Anwendung unterliegt folgenden Einschränkungen:

1. Für die Frage, ob die Stundung gegen den Erwerber wirkt oder nicht (§ 2 Abs. 2 der Verordnung), kommt es ohne Rücksicht auf den Wohnsitz oder Sitz des Erwerbers nur darauf an, ob der Erwerb nach dem 9. März 1916 oder vorher stattgefunden hat.
2. Soweit in der Verordnung vom 30. September 1914 auf den Zeitpunkt

ihres Inkrafttretens verwiesen wird, tritt der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung an die Stelle.

Art. 2. . . .

Art. 3. . . .

Art. 4. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [16. 5.], hinsichtlich der Strafbestimmungen jedoch erst mit dem 20. Mai 1916 in Kraft.

5. Bekanntmachung, betr. Zahlungsverbot usw. gegen Rumänien. Vom 28. August 1916. (RGBl. 971.)

Auf Grund des § 7 Abs. 2 der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 (RGBl. 421) und des . . . wird folgendes bestimmt:

Art. 1. Die Vorschriften der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 werden auch auf Rumänien für anwendbar erklärt.

Die Anwendung unterliegt folgenden Einschränkungen:

1. Für die Frage, ob die Stundung gegen den Erwerber wirkt oder nicht (§ 2 Abs. 2 der Verordnung) kommt es ohne Rücksicht auf den Wohnsitz oder Sitz des Erwerbers nur darauf an, ob der Erwerb nach dem 28. August 1916 oder vorher stattgefunden hat.
2. Soweit in der Verordnung vom 30. September 1914 auf den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens verwiesen wird, tritt der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung an die Stelle.

Art. 2. . . .

Art. 3. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [29. 8.] in Kraft.

Hierzu:

Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 17. Oktober 1916, Reichsanz. Nr. 246.

Auf Grund des § 7 Abs. 1 der durch die Bekanntmachung vom 28. August 1916 auf Rumänien erstreckten Verordnung des Bundesrats vom 30. September 1914 (RGBl. 421) werden Zahlungen, die zum Erlangen, Erhalten oder Verlängern des rumänischen Patent- oder Warenzeichenschutzes erforderlich sind, bis auf weiteres zugelassen.

6. Bekanntmachung, betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßregeln gegen Italien. Vom 24. November 1916. (RGBl. 1289.)

Im Wege der Vergeltung wird auf Grund des § 7 Abs. 2 der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 (RGBl. 421), des . . . und des . . . folgendes bestimmt:

§ 1. Zahlungen nach Italien, nach den italienischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen sowie nach den von italienischen Streitkräften besetzten Gebieten mittelbar oder unmittelbar in bar, Wechseln oder Schecks, durch Überweisung oder in sonstiger Weise zu leisten, sowie Geld oder Wertpapiere mittelbar oder unmittelbar nach den bezeichneten Gebieten abzuführen oder zu überweisen, ist verboten, wenn solche Zahlungen, Abführungen oder Überweisungen Handelsgeschäfte im Sinne des Handelsgesetzbuches sind, oder wenn sie erfolgen

1. zur Erfüllung von Geschäften, die für einen Teil oder für beide Teile Handelsgeschäfte im Sinne des Handelsgesetzbuchs sind,
2. zur Einlösung von Wechseln oder Schecks,

3. auf Schuldverschreibungen des Reichs oder eines Bundesstaates, die vor dem 31. Juli 1914 ausgestellt sind.

§ 2. Die Vorschriften des § 1 Abs. 2 sowie der §§ 2 bis 7 der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 finden auch gegenüber den im § 1 bezeichneten Gebieten Anwendung. Die Stundung gilt nur insoweit, als es sich um Ansprüche aus Geschäften oder Wertpapieren der im § 1 Nr. 1 bis 3 der gegenwärtigen Verordnung bezeichneten Art handelt. Für die Frage, ob die Stundung gegen den Erwerber wirkt (§ 2 Abs. 2 der Verordnung), kommt es ohne Rücksicht auf den Wohnsitz oder Sitz des Erwerbers nur darauf an, ob der Erwerb nach dem 30. April 1916 oder vorher stattgefunden hat.

Soweit in der Verordnung vom 30. September 1914 auf den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens verwiesen wird, tritt der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung an die Stelle.

Die Vorschriften des § 6 Nr. 2, 3 der Verordnung finden keine Anwendung

§ 3. . . .

§ 4. . . .

§ 5. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [24. 11.], hinsichtlich der Strafbestimmungen jedoch erst mit dem 27. November 1916 in Kraft.

(Abschnitt VI in Bd. 2, 417.)

VII. Zur Frage eines Forderungsausgleichs gegenüber dem feindlichen Auslande und der Anmeldung deutscher Forderungen gegen das Ausland.

(Zu vgl. Bd. 1, 912; 2, 417ff.)

1. Tetzner, Schutz deutscher Forderungen an feindliche Ausländer, RuWirtsch. 16 143 regt Bestimmungen mit dem Ziele an, daß unter Ausschaltung feindlicher Zahlstellen Deutsche mit befreiender Wirkung an die deutschen Zahlstellen leisten können und ein etwaiger Schaden feindlicher Gläubiger vom Heimatsstaat getragen wird.

2. Meyer, Der Schutz der deutschen Forderungen gegen das feindliche Ausland, BankA. 15 352 wendet sich gegen einen allgemeinen Anmeldungszwang für feindliche Forderungen und gegen die Errichtung internationaler Gerichtshöfe. Er wünscht im Friedensvertrag die Aufhebung aller feindlichen Gesetze und Verfügungen, die ein Sonderrecht zum Nachteil der Deutschen in sich schließen mit rückwirkender Kraft und eine Reichshilfe für leer ausgehende Auslandsgläubiger.

3. Thiesing, Der Schutz der deutschen Auslandsgläubiger JW. 16 1438. Zusammenfassende Ausführungen über die Ausgleichsbestrebungen und ihre geringen Aussichten sowie über die Nützlichkeit der Registrierung der Auslandsaktiva.

VIII. Anmeldung und Sperre feindlichen Vermögens im Inland.

1. Bekanntmachung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten. Vom 7. Oktober 1915. (RGBl. 633.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 424ff.

§ 8.

LeipZ. 16 1149 (LG. Straßburg). Die Löschung einer zugunsten eines Franzosen eingetragenen Hypothek fällt nicht unter § 8.

Hierzu:

(Bekanntmachungen a und b in Bd. 2, 425, 431.)

c) Bekanntmachung, betr. Ausnahme von dem Zahlungsverbote gegen Rußland und von der Sperre feindlichen Vermögens. Vom 19. April 1916. (RGBl. 312.)

Auf Grund des . . . sowie der §§ 8, 10 der Verordnung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 (RGBl. 633) wird folgendes bestimmt:

1. . . .
2. Für natürliche Personen, die in den unter deutscher oder österreichisch-ungarischer Verwaltung stehenden Gebieten Rußlands ihren Wohnsitz und in diesen Gebieten oder im Inland ihren gegenwärtigen Aufenthalt haben, sowie für juristische Personen, die in den genannten Gebieten Rußlands ihren Sitz und ihre gegenwärtige Verwaltung haben, werden folgende Ausnahmen zugelassen:
   1. Die Veräußerung, Abtretung oder Belastung ihres im Inland befindlichen Vermögens zugunsten von Personen der bezeichneten Art oder von Personen, die im Inland ihren Wohnsitz, Sitz oder dauernden Aufenthalt haben, wird gestattet.
   2. Es wird gestattet, Sachen, insbesondere Wertpapiere und Geldstücke, die im Eigentume der bezeichneten Personen stehen, nach den unter deutscher oder österreichisch-ungarischer Verwaltung stehenden Gebieten Rußlands abzuführen.
3. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [20. 4.] in Kraft. Sie tritt an die Stelle der Bekanntmachungen vom . . . . und vom 21. Oktober 1915, betreffend Ausnahme von der Sperre feindlichen Vermögens (RGBl. 707).

d) Bekanntmachung, betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Portugal. Vom 14. Mai 1916. (RGBl. 375.)

Im Wege der Vergeltung wird auf Grund des . . ., des § 4 Abs. 2 der Verordnung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten, vom 7. Oktober 1915 (RGBl. 633) und des . . . folgendes bestimmt:

Art. 1. . . .

Art. 2. Die Vorschriften der Verordnung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 finden insoweit, als sie sich auf die Beschränkung der Verfügung über das indländische Vermögen und das Verbot der Abführung des Eigentums feindlicher Staatsangehöriger beziehen (§§ 5 bis 11, § 13 der Verordnung), auf das Vermögen portugiesischer Staatsangehöriger Anwendung.

Art. 3. . . .

Art. 4. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [16. 5.], hinsichtlich der Strafbestimmungen jedoch erst mit dem 20. Mai 1916 in Kraft.

e) Bekanntmachung, betr. Zahlungsverbot usw. gegen Rumänien. Vom 28. August 1916. (RGBl. 971.)

Auf Grund des . . . und des § 4 Abs. 2 der Verordnung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 (RGBl. 633) wird folgendes bestimmt:

Art. 1. . . .

Art. 2. Die Vorschriften der Verordnung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 finden insoweit, als sie sich auf die Beschränkung der Verfügung über das inländische Vermögen und das Verbot der Abführung des Eigentums feindlicher Staatsangehöriger beziehen (§§ 5 bis 11, § 13 der Verordnung), auf das Vermögen rumänischer Staatsangehöriger Anwendung.

Art. 3. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [29. 8.] in Kraft.

f) Bekanntmachung, betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßregeln gegen Italien vom 24. November 1916. (RGBl. 1289.)

Im Wege der Vergeltung wird auf Grund des . . . ., des § 4 Abs. 2 der Verordnung über die Anmeldungen des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 (RGBl. 633) und des . . . folgendes bestimmt.

§ 1. . . . .

§ 2. . . . .

§ 3. Die Vorschriften der §§ 5 bis 11 und des § 13 der Verordnung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 finden auf das Vermögen italienischer Staatsangehöriger Anwendung.

§ 4. . . . .

§ 5. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [24. 11.], hinsichtlich der Strafbestimmungen jedoch erst mit dem 27. November 1916 in Kraft.

2. Bekanntmachung, betr. Sperre und Anmeldung des Vermögens von landesflüchtigen Personen. Vom 23. März 1916. (RGBl. 185.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

Art. 1. Die Vorschriften der Verordnungen über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 (RGBl. 633) finden auf das Vermögen von Personen, die auf Grund des § 27 Abs. 1 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 (RGBl. 583) der deutschen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt worden sind, mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die Landeszentralbehörden bestimmen, ob und nach welchen Vorschriften das Vermögen anzumelden ist.

Die Landeszentralbehörden können in Einzelfällen die Vorschriften des Abs. 1 auch auf das Vermögen im Ausland sich aufhaltender Deutschen für anwendbar erklären, welche einer vom Kaiser angeordneten Aufforderung zur Rückkehr keine Folge geleistet haben. Die Anordnung kann zurückgenommen werden.

Art. 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [24. 3.] in Kraft.

Soweit in der Verordnung vom 7. Oktober 1915 auf den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens verwiesen wird, tritt der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung an die Stelle.

Begründung. (D. N. IX 214.)

Nach § 27 Abs. 1 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes kann ein Deutscher, der sich im Ausland aufhält, seiner Staatsangehörigkeit verlustig erklärt werden, wenn er im Falle eines Krieges einer vom Kaiser angeordneten Aufforderung zur Rückkehr

keine Folge leistet. Mit Rücksicht darauf, daß seit der Kaiserlichen Verordnung, betreffend die Rückkehr der Deutschen im Ausland, vom 1. Februar 1916 (RGBl. 85) die Versuche landesflüchtiger Personen sich gemehrt haben, ihr Vermögen angesichts der bevorstehenden Ausbürgerung und vor Einleitung eines Strafverfahrens nach dem Ausland in Sicherheit zu bringen, sind durch die auf Grund des § 5 des sogenannten ErmG. ergangene Bek. vom 23. März 1916 die in der Verordnung vom 7. Oktober 1915 (RGBl. 635) gegen das Vermögen feindlicher Ausländer vorgesehenen Sperrvorschriften auf das Vermögen solcher Personen ausgedehnt, die nach § 27 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes ihrer Staatsangehörigkeit verlustig erklärt worden sind. In Einzelfällen können die Landeszentralbehörden diese Vorschriften auch auf das Vermögen im Ausland sich aufhaltender Personen für anwendbar erklären, welche einer vom Kaiser angeordneten Aufforderung zur Rückkehr keine Folge geleistet haben.

IX. Bekanntmachung über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger. Vom 1. Juli 1915. (RGBl. 414.)

Wortlaut in Bd. 1, 941 ff., Begründung in Bd. 2, 445.

Hierzu:

1. Ausführungsbestimmungen vom 2. Juli 1915 in Bd. 1, 943.

2. Bekanntmachung des Reichskanzlers, betr. gewerbliche Schutzrechte von Angehörigen Portugals. Vom 23. Juni 1916. (RGBl. 575.)

Im Wege der Vergeltung wird auf Grund des § 7 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger vom 1. Juli 1915 (RGBl. 414) folgendes bestimmt:

Art. 1. Die Vorschriften der §§ 1 bis 4 der Verordnung über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger vom 1. Juli 1915 werden auf die Angehörigen Portugals für anwendbar erklärt.

Art. 2. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [26. 6.] in Kraft.

X. Behandlung feindlicher Zollgüter.

Bekanntmachung vom 15. Oktober 1914 (RGBl. 438) in Bd. 1, 915.

Hierzu:

Bekanntmachung über die Außerkraftsetzung der Bekanntmachung, betr. die Behandlung feindlicher Zollgüter, vom 15. Oktober 1914 (RGBl. 438) hinsichtlich des besetzten Gebiets Rußlands. Vom 14. März 1916. (RGBl. 163.)

Auf Grund des § 7 Abs. 4 der Verordnung vom 15. Oktober 1914, betreffend die Behandlung feindlicher Zollgüter, bestimme ich folgendes:

Die Verordnung wird bis auf weiteres hinsichtlich derjenigen Waren außer Kraft gesetzt, welche sich für Rechnung einer natürlichen Person, die in den unter deutscher Verwaltung stehenden Gebieten Rußlands ihren Wohnsitz und gegenwärtigen Aufenthalt hat, oder einer juristischen Person, die dort ihren Sitz und ihre gegenwärtige Verwaltung hat, innerhalb der Reichsgrenze befinden.

Begründung. (D. R. IX 219.)

Die Bekanntmachung, betreffend die Behandlung feindlicher Zollgüter, vom 15. Oktober 1914 (RGBl. 438) war durch die Bekanntmachung vom 4. Januar 1915

(RGBl. 2) bereits für diejenigen Waren außer Kraft gesetzt, die sich innerhalb der Reichsgrenze für Rechnung einer in Belgien ansässigen Person befanden. Durch die Bek. vom 14. März 1916 wurde die gleiche Anordnung für diejenigen Waren getroffen, die sich für Rechnung einer natürlichen Person, die in den unter deutscher Verwaltung stehenden Gebieten Rußlands ihren Wohnsitz und gegenwärtigen Aufenthalt hat, oder einer juristischen Person, die dort ihren Sitz und ihre gegenwärtige Verwaltung hat, innerhalb der Reichsgrenze befinden. Die von der Bekanntmachung vom 4. Januar 1915 abweichende Fassung ist gewählt worden, um — in Übereinstimmung mit der Bekanntmachung, betreffend Ausnahme von der Sperre des feindlichen Vermögens vom 21. Oktober 1915 (RGB. 707; zu vgl. S. 105 des 6. Nachtrags) — zu verhindern, daß solchen Personen die Vorteile der Freigabe zufallen, die zwar in den besetzten Gebieten ihren Wohnsitz oder Sitz haben, aber ihren Aufenthalt oder ihre Verwaltung in das feindliche Ausland verlegt haben.

H. Heeresverſorgung.

Überſicht.

I. Ausfuhr- und Durchfuhrverbote . . . . . .
Bek. v. 31. Juli 1914, betr. das Verbot der Ausfuhr von
1. Tieren und tieriſchen Erzeugniſſen (RGBl. 259 . . . . . .
2. Verpflegungs, Streu- und Futtermitteln (RGBl. 260) . . . . . .
3. Kraftfahrzeugen, Mineralrohölen, Steinkohlenteer und allen aus dieſen hergeſtellten Ölen (RGBl. 260) . . . . . .
4. Waffen, Munition, Pulver und Sprengſtoffen, ſowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfs und von Gegenſtänden, die zur Herſtellung von Kriegsbebedarfsartikeln dienen (RGBl. 265) . . . . . .
5. Eiſenbahnmaterial aller Art, von Telegraphen- und Fernſprechgerät ſowie von Teilen davon, von Luftſchiffergerät aller Art, von Fahrzeugen und Teilen davon (RGBl. 266) . . . . . .
6. Rohſtoffen, die bei der Herſtellung und dem Betrieb von Gegenſtänden des Kriegsbedarfs zur Verwendung gelangen (RGBl. 267) . . . . . .
7. Verband- und Arzneimitteln ſowie von ärztlichen Inſtrumenten und Geräten (RGBl. 268) . . . . . .
8. Bek. v. 31. Juli 1914, betr. das Verbot der Einfuhr und Ausfuhr von Tauben (RGBl. 269) . . . . . .
9. Verordnung über das Verbot der Durchfuhr von Tieren und tieriſchen Erzeugniſſen, v. 25. November 1915 (RGBl. 777). . . . . .
*II. Vorkehrungen der Heeresverwaltung zur Beſchaffung des Heeresbedarfs . . 733
*1. Zentralſtelle zur Beſchaffung der Heeresverpflegung 733
2. Zentralſtelle für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten . . . . . .
3. Kriegs-Rohſtoffabteilung des Kriegsminiſteriums . . . . . .
4. Bekleidungs-Beſchaffungsamt . . . . . .
*III. Bekanntmachung über die Sicherſtellung von Kriegsbedarf v. 24. Juni 1915 (RGBl. 357) 733
Hierzu
1. Bek. zur Änderung dieſer Verordnung v. 9. Oktober und 25. November 1915 (RGBl. 645, 778) . . . . . .
2. Anordnung des Reichskanzlers für das Verfahren vor dem Reichsſchiedsgericht für Kriegsbedarf, v. 22. Juli 1915 (RGBl. 469). . . . . .
*3. Bek., betr. Änderung der Bek. über die Sicherſtellung von Kriegsbedarf, v. 24. Juni 1915 (RGBl. 357), v. 14. September 1916 (RGBl. 1019) 735
*4. Bek. des Reichskanzlers, betr. Änderung der Anordnung für das Verfahren vor dem Reichsſchiedsgericht für Kriegsbedarf, v. 22. Juli 1915 (RGBl. 469) v. 14. September 1916 (RGBl. 1021) 736
IV. Beſchluß des Bundesrats über die Sicherſtellung des Haferbedarfs der Heeresverwaltung, v. 21. Januar 1915 (RGBl. 29) . . . . . .
V. Bek. zur Herbeiführung der beſchleunigten Ablieferung von Gerſte und Hafer, v. 17. Januar 1916 (RGBl. 40) . . . . . .
*VI. Beſchluß des Bundesrats über die Sicherſtellung des Heubedarfs der Heeresverwaltung v. 28. Februar 1916 (RGBl. 126). 737
*VII. Bek. über Lieferung von Heu und Stroh für das Heer, v. 11. Mai 1916 (RGBl. 367). 738

*VIII. Bek. über Lieferung von Heu für das Heer, v. 7. Oktober 1916 (RGBl. 1141) 740
IX. Bek., betr. die Vergütung für Furage und Landlieferungen, v. 24. Mai 1915 (RGBl. 301) . . . . . .
X. 1. Bek., betr. vorübergehende Änderung der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetz, v. 4. Februar 1915 (RGBl. 62) . .
*2. Wiederbelebung der Remontezucht 741
*3. Bek., betr. die Einfuhr von Fohlen, v. 24. Juli 1916 (RGBl. 829) . . . 742
Hierzu
Bek. des Reichskanzlers von demselben Tage (RGBl. 830) 742
XI. Flugzeuge . . . . . .
XII. Zentralstelle für Kriegsbeute . . . . . .

(Abschnitt I in Bd. 1, 919ff.; 2, 450.)

II. Vorkehrungen der Heeresverwaltung zur Beschaffung des Heeresbedarfs.

1. Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung (zu vgl. Bd. 1, 921; 2, 450. Über die Tätigkeit wird weiter berichtet D. N. VIII 64, IX 96.

III. Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf. Vom 24. Juni 1915. (RGBl. 357.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 923ff.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 2, 454.

Beyer, Die Zulässigkeit des Rechtswegs, hinsichtlich der Vergütung und Entschädigung bei Kriegsleistungen, JW. 16 800. — Lehmann, Die Kriegsbeschlagnahme als Mittel der Organisation der Rohstoff- und Lebensmittelversorgung, Jena 1916. — Neukamp, Die Zulässigkeit des Rechtsweges für Ansprüche aus dem Kriegsleistungsgesetz v. 13. Juni 1873 und den auf Grund desselben erlassenen Kriegsverordnungen, JW. 16 626, 711, 805

§ 3.

Verfahren.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 456.)

3. Neukamp a. a. O. 627. Gegen die Enteignung findet der Rechtsweg nicht statt.

4. Neukamp a. a. O. 809. Aus § 18 der Anordnungen des Reichskanzlers v. 22. Juli 1915 (in Bd. 2, 454) ergibt sich, daß das Schiedsgericht sich auf die Festsetzung des Übernahmepreises zu beschränken hat und alle übrigen etwaigen Streitigkeiten im ordentlichen Rechtswege zum Austrag zu bringen sind.

§ 4.

Beschlagnahme.

(Erläuterung 1 bis 6 in Bd. 2, 457.)

7. JW. 16 1098. Bescheid des preußischen Kriegsministeriums v. 26. Juni 1916 auf eine Anfrage des Zentralverbandes des deutschen Großhandels.

„Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das Schreiben v. 8. Juni 1916 ergebenst zu erwidern, daß die Beschlagnahme von Kriegsbedarfsgegenständen im allgemeinen keineswegs unter allen Umständen zur Übernahme der betreffenden Gegenstände durch Kauf oder Enteignung zu führen brauchen und daß ein Rechtsanspruch auf Übernahme nicht besteht. Die Beschlagnahme ist vielmehr lediglich eine Sicherungsmaßnahme, durch

welche der Verbrauch der Gegenstände für andere Zwecke als militärische insoweit verhindert wird, wie es das Heeresinteresse gebietet. In der Tat geht auch nur ein Teil der beschlagnahmten Güter in den Besitz des Heeres über. Und nur bezüglich dieses Teiles kann eine Beschleunigung in der Abnahme und Bezahlung in Frage kommen.

Im einzelnen ist je nach den Rohstoffen, um die es sich handelt, das Verfahren verschieden gestaltet. So ist bei Web- und Wirkwaren angeordnet worden, daß, soweit sie für Heereszwecke ungeeignet sind, die völlige Freigabe unverzüglich erfolgen soll. Das gilt insbesondere von den sogenannten Sommerwaren. Andererseits ist es nicht angängig, sämtliche beschlagnahmten Waren von den Eigentümern zu übernehmen; es ist vielmehr unvermeidlich, daß ein großer Teil der von militärischen Beschlagnahmen betroffenen Güter in Verwahrung der Besitzer verbleibt. Die Vorräte bilden ja gerade die Reserven für die Heeresversorgung bei noch längerer Dauer des Kriegszustandes. Daß dadurch die Besitzer eine Beeinträchtigung erleiden, ist eine Tatsache, die im Interesse des einzelnen zu beklagen, im Interesse der Gesamtheit aber unvermeidlich ist und als ein allgemeiner Kriegsschaden getragen werden muß. Hinsichtlich des Umfanges der Entschädigungsmöglichkeit darf auf § 4 Abs. 2 und 3 der Bek. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf v. 24. Juni 1916 (RGBl. 357) ergebenst verwiesen werden.

Soweit die beschlagnahmten Güter, insbesondere Web und Wirkwaren, übernommen werden, geschieht die Übernahme sowie die Auszahlung des Übernahmepreises mit so großer Beschleunigung, wie sie der Umfang der Geschäfte und die Knappheit des Personals nur irgend zuläßt. Sollte sich die Auszahlung trotzdem ausnahmsweise verzögern, so werden zur Verringerung des Nachteils den Betroffenen Zinsen bewilligt werden. Es ist ferner in Aussicht genommen, in den Fällen, in welchen eine Einigung über den Übernahmepreis nicht sofort zustande kommt und somit das Schiedsgericht für Kriegsbedarf angerufen werden muß, nötigenfalls Teilzahlungen zu bewilligen. Die Heeresverwaltung zahlt danach prompter, als dies im freien Handelsverkehr geschah, in dem langzeitige Stundung vielfach geschäftsüblich war.

Der Anregung, die von Beschlagnahmen betroffenen Güter zu beleihen, vermag das Kriegsministerium zu seinem Bedauern keine Folge zu geben. Abgesehen von der unabsehbaren finanziellen Tragweite und Belastung der Heeresverwaltung mit Geschäften, die an sich nicht der Heeresverwaltung obliegen, erscheint die Beleihung auch deswegen nicht durchführbar, weil die Heeresverwaltung durch die Beschlagnahme noch kein Pfandrecht erwirbt. Dagegen wird in der Regel vom Standpunkt der Sicherstellung des Heeresbedarfs auch nichts dagegen einzuwenden sein, daß der Eigentümer den beschlagnahmten Gegenstand durch die Darlehnskasse beleihen läßt; etwaigen Genehmigungsgesuchen wird in der Regel entsprochen werden können. Das Kriegsministerium ist mit den zuständigen Stellen über die Beleihungsmöglichkeit in Verhandlung getreten.

8. JW. **16** 973, LeipzZ. **16** 1137 (Dresden VI). Die Beschlagnahme von Sachen zu Kriegszwecken schließt die Pfändung der Sachen nicht aus, sondern hindert nur deren öffentliche Versteigerung. Zustimmend Kretzschmar das. 973 gegen Hagelberg, GruchotsBeitr. **60** 86, 88; a. M. Gundlach, JW. **16** 1101 unter Berufung auf Wortlaut und Zweck der VO.; gegen Gundlach Friedländer, JW. **16** 1405, gegen diesen wieder Gundlach das. 1406.

9. Gundlach, JW. **16** 1172. Die Beschlagnahme nach der VO. v. 24. Juni 1915 ist ein durchaus neues Rechtsgebilde. Sie ist ein Akt, der zwar privatrechtliche Wirkungen auslöst, sich aber damit nicht erschöpft. Sie schafft vielmehr in erster Linie ein öffentlichrechtliches Recht für die beschlagnehmende Stelle. Dieses Recht besteht nicht in einer dem Eigentum oder Pfandrecht gleichen oder ähnlichen Befugnis, auch nicht in einem Aneignungsrecht, sondern in dem Recht, negativ zu verbieten, daß die betroffenen Gegenstände verändert oder darüber verfügt werde, und positiv zu verlangen, daß sie verwahrt und pfleglich behandelt werden, sowie darin, Zuwiderhandlungen zu bestrafen. Dieses Recht ist weder an den Besitz der Gegenstände geknüpft, noch hat es dingliche Eigenschaft. Deshalb fallen Zuwiderhandlungen nicht unter § 137 StGB., vielmehr waren besondere

Strafbestimmungen erforderlich. Der Staat ist in der Lage, dies Rechtsverhältnis durch Inbesitznahme oder Enteignung in ein privatrechtliches zu verwandeln. Solange das aber nicht geschieht, wäre es verfehlt, privatrechtliche Begriffe, insbesondere die Vorstellung einer dinglichen Wirkung der Beschlagnahme zur Anwendung zu bringen; zu demselben Ergebnis gelangt Lehmann a. a. O. 7ff.

§ 5.

PreußVfg. v. 26. Oktober 1915 (HMBl. 368). Die Entscheidung über die Entschädigung, die für die Verwahrung und pflegliche Behandlung der von der Beschlagnahme betroffenen Gegenstände und für die durch die Beschlagnahme bewirkte Verfügungsbeschränkung gewährt werden kann, erfolgt durch denjenigen Regierungspräsidenten, in dessen Bezirk sich die Gegenstände bei Anordnung der Beschlagnahme befanden. Im Landespolizeibezirk Berlin entscheidet der Polizeipräsident.

Hierzu (Bek. 1 und 2 in Bd. 2, 450ff.).

3. Bekanntmachung, betr. Änderung der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (RGBl. 357). Vom 14. September 1916. (RGBl. 1010.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

Art. 1. Die Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (RGBl. 357) wird dahin geändert:

1. Im § 2 wird hinter Abs. 2 als Abs. 3 folgende Vorschrift eingestellt:

   Aus dem Übernahmepreise sind die Ansprüche dritter Personen, die auf die enteigneten Gegenstände Aufwendungen gemacht haben, oder denen an diesen Gegenständen ein dingliches Recht oder ein Zurückbehaltungsrecht zustand, vorweg zu befriedigen, soweit solche Ansprüche bis zur Festsetzung des Übernahmepreises bei dem Schiedsgericht angemeldet und glaubhaft gemacht sind.

2. Der § 3 wird durch folgende Vorschrift ersetzt:

   Das Schiedsgericht entscheidet in einer Besetzung von einem Vorsitzenden und vier Beisitzern.

   Ist anzunehmen, daß der festzusetzende Übernahmepreis den Betrag von eintausend Mark nicht übersteigen werde, so genügt die Zuziehung von zwei Beisitzern.

   Der Vorsitzende kann im Einverständnisse mit dem zuständigen Kriegsministerium oder dem Reichsmarineamte bereits vor der Entscheidung des Schiedsgerichts die Überweisung von Abschlagzahlungen veranlassen. Der Gesamtbetrag der Abschlagzahlungen darf den von dem Kriegsministerium oder dem Reichsmarineamt als Friedenspreis bezeichneten Preis nicht übersteigen.

   Der Vorsitzende wird vom Reichskanzler ernannt. Die Beisitzer werden vom Vorsitzenden berufen, und zwar drei auf Vorschlag des Deutschen Handelstags, der vierte auf Vorschlag derjenigen amtlichen Vertretung des Handels, in deren Bezirke sich die Gegenstände ganz oder zum Teil befinden. Im Falle des Abs. 2 kann der Vorsitzende diejenige amtliche Vertretung des Handels um Vorschlag der Beisitzer ersuchen, in deren Bezirke die Sitzung des Schiedsgerichts stattfinden soll.

   Wird zu einer Sitzung des Schiedsgerichts die Zuziehung anderer als der zunächst berufenen Beisitzer erforderlich, so kann der Vorsitzende zur Vermeidung einer Vertagung oder einer erheblichen Verzögerung des Beginns der Sitzung Hilfsbeisitzer zuziehen. Als Hilfsbeisitzer soll nur be-

rufen werden, wer von dem Deutschen Handelstag oder in einem anderen Verfahren vor dem Schiedsgerichte von einer amtlichen Vertretung des Handels als Beisitzer vorgeschlagen worden ist oder wer zum Richteramte befähigt ist.

Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen.

Die Kosten des Schätzungsverfahrens fallen dem Reiche zur Last.

3. Im § 8 wird hinter Abs. 1 folgender Abs. 2 eingestellt:

Die §§ 2 und 3 finden keine Anwendung auf Gegenstände, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung bereits in den von deutschen Truppen besetzten feindlichen Gebieten von Militär- oder Marinebehörden einschließlich der Befehlshaber beschlagnahmt worden sind. Der Beschlagnahme steht es gleich, wenn eine militärische Dienststelle sich in den Gewahrsam der Gegenstände gesetzt oder sonstwie tatsächlich über sie verfügt hat.

Art. 2. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [15. 9.] in Kraft.

4. Bekanntmachung des Reichskanzlers, betr. Änderung der Anordnung für das Verfahren vor dem Reichsschiedsgerichte für Kriegsbedarf vom 22. Juli 1915 (RGBl. 469). Vom 14. September 1916. (RGBl. 1021.)

Die Anordnung für das Verfahren vor dem Reichsschiedsgerichte für Kriegsbedarf vom 22. Juli 1915 (RGBl. 469) wird dahin abgeändert:

1. Der § 2 wird durch folgende Vorschrift ersetzt:

Das Schiedsgericht entscheidet in einer Besetzung von einem Vorsitzenden und vier Beisitzern.

Ist anzunehmen, daß der festzusetzende Übernahmepreis den Betrag von eintausend Mark nicht übersteigen werde, so genügt die Zuziehung von zwei Beisitzern.

Der Vorsitzende kann im Einverständnisse mit dem zuständigen Kriegsministerium oder dem Reichsmarineamte bereits vor der Entscheidung des Schiedsgerichts die Überweisung von Abschlagzahlungen veranlassen. Der Gesamtbetrag der Abschlagzahlungen darf den von dem zuständigen Kriegsministerium oder dem Reichsmarineamt als Friedenspreis bezeichneten Betrag nicht übersteigen.

Der Vorsitzende wird vom Reichskanzler ernannt. Die Beisitzer werden vom Vorsitzenden berufen, und zwar im Falle des Abs. 1 drei aus einer vom Deutschen Handelstag einzuholenden Vorschlagsliste, der vierte auf Vorschlag derjenigen amtlichen Vertretung des Handels, in deren Bezirke sich die Gegenstände ganz oder zum Teil befinden; im Falle des Abs. 2 kann der Vorsitzende diejenige amtliche Vertretung des Handels um Vorschlag der Beisitzer ersuchen, in deren Bezirke die Sitzung des Schiedsgerichts stattfinden soll.

Wird zu einer Sitzung des Schiedsgerichts die Zuziehung anderer als der zunächst berufenen Beisitzer erforderlich, so kann der Vorsitzende zur Vermeidung einer Vertagung oder einer erheblichen Verzögerung des Beginns der Sitzung Hilfsbeisitzer zuziehen. Als Hilfsbeisitzer soll nur berufen werden, wer von dem Deutschen Handelstag oder in einem anderen Verfahren vor dem Schiedsgerichte von einer amtlichen Vertretung des Handels als Beisitzer vorgeschlagen worden ist oder wer zum Richteramte befähigt ist.

2. Der § 5 Abs. 2 wird durch folgende Vorschrift ersetzt:

Vor der Entscheidung sind die Beteiligten zu hören. Als Beteiligte im Sinne dieser Verordnung gelten außer den bisherigen Eigentümern

der enteigneten Gegenstände die dinglich Berechtigten und diejenigen Personen, die auf die Gegenstände Aufwendungen gemacht haben, oder denen an den Gegenständen ein Zurückbehaltungsrecht zugestanden hat. Als Beteiligte gelten ferner das Reichsmarineamt, die Kriegsministerien und diejenigen Militär- und Marinebehörden einschließlich der Befehlshaber, welche Gegenstände des Kriegsbedarfs beschlagnahmt oder über sie verfügt haben.

Begründung. (D. R. IX 146.)

Die Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (RGBl. 357) regelt die im Inlande erfolgte Enteignung von Gegenständen des Kriegsbedarfs. Zur schnelleren und glatteren Erledigung der Entschädigungen für derartige Enteignungen hat sich eine Abänderung dieser Bekanntmachung und der dazu ergangenen Anordnung für das Verfahren vor dem Reichsschiedsgericht für Kriegsbedarf vom 22. Juli 1915 (RGBl. 469) als erforderlich herausgestellt. Diese Änderungen sind erfolgt durch die auf Grund des § 3 des sogenannten ErmG. ergangenen Bek. vom 14. September 1916 (RGBl. 1019, 1021).

Die Änderungen sind folgende:

1. Aus dem Übernahmepreis sind hinfort die Ansprüche dritter Personen, die auf die enteigneten Gegenstände Aufwendungen gemacht haben, oder denen an diesen Gegenständen ein dingliches Recht oder ein Zurückbehaltungsrecht zustand, vorweg zu befriedigen, soweit solche Ansprüche bis zur Festsetzung des Übernahmepreises bei dem Reichsschiedsgericht angemeldet und glaubhaft gemacht worden sind.
2. Das Schiedsgerichtsverfahren ist vereinfacht. Statt der im allgemeinen vorgeschriebenen vier Beisitzer genügen bei Objekten bis zu eintausend Mark zwei. In diesem Falle können beide Beisitzer von der amtlichen Vertretung des Handels vorgeschlagen werden, in deren Bezirk die Sitzung des Schiedsgerichts stattfinden soll. Bei Verhinderung der ordentlichen Schiedsgerichtsbeisitzer kann der Vorsitzende zwecks Verhütung einer Vertagung oder erheblichen Verzögerung Hilfsbeisitzer zuziehen; Hilfsbeisitzer kann sein, wer vom Deutschen Handelstag oder in einem anderen Verfahren vor dem Schiedsgerichte von einer amtlichen Handelsvertretung als Beisitzer vorgeschlagen worden oder wer zum Richteramt befähigt ist. Der Vorsitzende kann ferner im Einverständnisse mit dem zuständigen Kriegsministerium oder dem Reichsmarineamt bereits vor der Entscheidung des Schiedsgerichts Abschlagszahlungen bis zur Höhe eines von den erwähnten Zentralbehörden bezeichneten „Friedenspreises" veranlassen.
3. Um Zweifel über die Zuständigkeit des Reichsschiedsgerichts und der Reichsentschädigungskommission zu beseitigen, ist nunmehr bestimmt, daß die Festsetzung des Übernahmepreises für Gegenstände, die vor ihrer im Inland erfolgten Enteignung in den von deutschen Truppen besetzten feindlichen Gebietsteilen bereits beschlagnahmt worden oder sonst in die Gewalt einer militärischen Dienststelle gekommen sind, nicht durch das Reichsschiedsgericht, sondern durch die Reichsentschädigungskommission zu erfolgen hat. Für Gegenstände, die nach dem Inkrafttreten der Sicherstellungs-Verordnung vom 24. Juni 1915 auf Grund der Vorschriften dieser Verordnung enteignet worden sind, verbleibt es bei der Zuständigkeit des Reichsschiedsgerichts.

(Abschnitt IV, V in Bd. 1, 927; 2, 459.)

VI. Beschluß des Bundesrats über die Sicherstellung des Heubedarfs der Heeresverwaltung. Vom 28. Februar 1916. (RGBl. 126.)

1. Für die Heeresverpflegung sind 250000 Tonnen Wiesenheu sofort sicherzustellen und zur einen Hälfte bis zum 15. März 1916, zur anderen bis zum 31. März 1916 abzuliefern.

2. Die Verteilung des in Ziffer 1 genannten Betrags auf die einzelnen Bundesſtaaten erfolgt unter Zugrundelegung des Ernteergebniſſes des Jahres 1915. Der Reichskanzler teilt jeder Bundesregierung und dem Statthalter in Elſaß-Lothringen die auf ihre Gebiete und auf Elſaß-Lothringen entfallenden Beträge mit.

   Die Unterverteilung innerhalb der Bundesſtaaten und Elſaß-Lothringens erfolgt durch die Landeszentralbehörden.

3. Die Sicherſtellung erfolgt durch die von den Landeszentralbehörden beſtimmten Verwaltungsbehörden innerhalb ihrer Bezirke, ſoweit erforderlich unter Anwendung der Zwangsbeſtimmungen im § 2 des Geſetzes, betreffend Höchſtpreiſe, vom 4. Auguſt 1914 in der Faſſung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (RGBl. 516) in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 21. Januar 1915 (RGBl. 25) und vom 23. September 1915 (RGBl. 603). Die genannten Verwaltungsbehörden veranlaſſen auch die Ablieferung der in ihren Bezirken ſichergeſtellten Vorräte an die Heeresverwaltung.

4. Das Nähere über die Ausführung vorſtehender Beſtimmungen wird vom Reichskanzler, hinſichtlich der Unterverteilung und Aufbringung innerhalb der einzelnen Bundesſtaaten und Elſaß-Lothringens von den Landeszentralbehörden angeordnet.

VII. Bekanntmachung über Lieferung von Heu und Stroh für das Heer. Vom 11. Mai 1916. (RGBl. 367.)

Der Bundesrat hat .... folgende Verordnung erlaſſen:

§ 1. Für die Heeresverwaltung ſind 500000 Tonnen Wieſen- und Kleeheu und 700000 Tonnen Stroh ſofort ſicherzuſtellen und zu den im § 2 genannten Zeitpunkten abzuliefern. In dieſer Bedarfsmenge iſt das Heu enthalten, das auf Grund des Beſchluſſes des Bundesrats über die Sicherſtellung des Heubedarfs der Heeresverwaltung vom 28. Februar 1916 (RGBl. 126) bereits geliefert oder noch zu liefern iſt, ſowie Heu und Stroh, das nach dem 15. März von der Heeresverwaltung beigetrieben worden iſt.

§ 2. Es müſſen abgeliefert ſein:

	Heu Tonnen:	Stroh Tonnen:	
bis zum 15. Mai 1916	250 000	100 000	und weiter
„ „ 25. Mai	50 000	50 000,	
„ „ 5. Juni	50 000	50 000,	
„ „ 15. Juni	50 000	50 000,	
„ „ 25. Juni	50 000	50 000,	
„ „ 5. Juli	50 000	50 000,	
„ „ 15. Juli	—	100 000,	
„ „ 25. Juli	—	100 000,	
„ „ 5. Auguſt	—	100 000,	
„ „ 15. Auguſt	—	50 000,	
zuſammen	500 000	700 000.	

§ 3. Die zu liefernden Mengen werden vom Reichskanzler auf die einzelnen Bundesſtaaten unter Zugrundelegung des Ergebniſſes der auf Grund der Verordnung vom 28. Februar 1916 (RGBl. 127)*) in der Zeit vom 12. bis 15. März 1916

*) Die Bek. über eine Beſtandsaufnahme von Heu und Stroh v. 28. Februar 1916 (RGBl. 127) wird in Bd. 4 abgedruckt.

vorgenommenen Bestandsaufnahme und unter Berücksichtigung der bei der Viehzählung vom 1. Dezember 1915 festgestellten Kopfzahl von Großvieh (Pferden und Rindvieh) verteilt.

Die Unterverteilung auf die Lieferungsverbände innerhalb der Bundesstaaten und Elsaß-Lothringens erfolgt durch die Landeszentralbehörden.

§ 4. Die Verpflichtung zur Sicherstellung der Lieferung und die Ablieferung der sichergestellten Vorräte an die Heeresverwaltung liegt den nach § 17 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 (RGBl. 129) gebildeten Lieferungsverbänden ob. Die Lieferungsverbände können sich zur Beschaffung der von ihnen geforderten Leistungen der Vermittlung der Gemeinden bedienen. Die Vorschriften in den §§ 6 und 7 des genannten Gesetzes finden dabei entsprechende Anwendung. Bei Weigerung oder Säumnis des Lieferungsverbandes oder der Gemeinde ist die von der Landeszentralbehörde bestimmte Behörde berechtigt, die Leistung zwangsweise herbeizuführen. Die Höhe der zu zahlenden Entschädigung bemißt sich nach der Bekanntmachung, betreffend die Vergütung für Furage und Landlieferungen, vom 24. Mai 1915 (RGBl. 301).

Die Lieferungsverbände können verlangen, daß auf die Lieferungen von Heu die auf Grund des Bundesratsbeschlusses über die Sicherstellung des Heubedarfs der Heeresverwaltung vom 28. Februar 1916 (RGBl. 126) gelieferten, sowie die etwa nach dem 15. März 1916 im Wege der Beitreibung in Anspruch genommenen Mengen angerechnet werden. Dies gilt auch von etwa nach dem 15. März 1916 beigetriebenem Stroh.

§ 5. Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung.

§ 6. Die Landeszentralbehörden treffen die erforderlichen Anordnungen über die Unterverteilung und Aufbewahrung der zu liefernden Heu- und Strohmengen innerhalb der einzelnen Bundesstaaten und Elsaß-Lothringens.

§ 7. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [12. 5.] in Kraft.

Begründung. (D. N. IX 88.)

Infolge des schlechten Ausfalls der Heu- und Strohernte im Jahre 1915 stieß im Frühjahr 1916 die Deckung des Heeresbedarfs auf Schwierigkeiten. Der so lange als möglich beibehaltene freihändige Ankauf versagte schließlich, so daß die Ausschreibung der nötigen Mengen auf die Bundesstaaten nach Art einer Landlieferung erfolgen und die Möglichkeit der Beitreibung geschaffen werden mußte. Die Beschlagnahme auf Grund des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 reichte angesichts des eigenen Bedarfs der Landwirte nicht aus. Die Möglichkeit, schärfer zuzugreifen, wurde daher geschaffen durch die Bek. vom 11. Mai 1916.

Die Verordnung läßt eine zwangsweise Inanspruchnahme durch entsprechende Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 zu. Dort sind der zwangsweisen Inanspruchnahme keine Schranken gesetzt. Um allzu große Härten zu vermeiden, bestimmt jedoch die Verordnung, daß die für das Heer zu liefernden Mengen auf die einzelnen Bundesstaaten unter Zugrundelegung des Ergebnisses der Bestandsaufnahme vom 12. bis 15. März 1916 und unter Berücksichtigung der bei der Viehzählung vom 1. Dezember 1915 ermittelten Kopfzahl von Großvieh verteilt werden sollen. Ferner wird bestimmt, daß auf die Lieferung von Heu alles das angerechnet wird, was auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 28. Februar bereits abgeliefert ist, ferner soll die Anrechnung von Heu- und Strohmengen zugelassen werden, die von der Heeresverwaltung nach der Bestandsaufnahme, also nach dem 15. März 1916, im Wege der Beitreibung in Anspruch genommen worden sind.

VIII. Bekanntmachung über Lieferung von Heu für das Heer. Vom 7. Oktober 1916. (RGBl. 1141.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Für das Heer sind insgesamt 1000000 Tonnen Wiesen- und Kleeheu aus der Ernte 1916 sicherzustellen und zu den im § 2 genannten Zeitpunkten abzuliefern.

§ 2. Es müssen abgeliefert sein:

bis zum	31. Oktober 1916	100 000	Tonnen,
„ „	30. November 1916	100 000	„
„ „	31. Dezember 1916	100 000	„
„ „	31. Januar 1917	100 000	„
„ „	28. Februar 1917	100 000	„
„ „	31. März 1917	100 000	„
„ „	30. April 1917	100 000	„
„ „	31. Mai 1917	100 000	„
„ „	30. Juni 1917	100 000	„
„ „	31. Juli 1917	100 000	„
	zusammen	1 000 000	Tonnen.

§ 3. Die zu liefernden Mengen werden vom Reichskanzler auf die einzelnen Bundesstaaten unter Zugrundelegung des Ergebnisses der im Juni 1915 vorgenommenen Anbauerhebung und eines durchschnittlichen Hektarertrags sowie unter Berücksichtigung der bei der Viehzählung am 1. Dezember 1915 festgestellten Kopfzahl von Pferden und Rindvieh verteilt.

Die Unterverteilung auf die Lieferungsverbände innerhalb der Bundesstaaten und Elsaß-Lothringens erfolgt durch die Landeszentralbehörden.

§ 4. Die Verpflichtung zur Sicherstellung der Lieferung und der Ablieferung der sichergestellten Vorräte an die Heeresverwaltung liegt den nach § 17 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 (RGBl. 129) gebildeten Lieferungsverbänden ob. Die Lieferungsverbände können sich zur Beschaffung der von ihnen geforderten Leistungen der Vermittlung der Gemeinden bedienen. Die Vorschriften in den §§ 6 und 7 des genannten Gesetzes finden dabei in folgender Maßgabe entsprechende Anwendung:

1. Bei freihändigem Ankauf durch den Lieferungsverband oder die Gemeinde darf die Vergütung für die Tonne inländisches Heu oder Grummet (Ohmd) nicht übersteigen:
   a) Bei Heu von Kleearten (Luzerne, Esparsette, Rotklee, Gelbklee, Weißklee usw.) von mindestens mittlerer Art und Güte 90 Mark,
   b) bei Wiesen- und Feldheu (Gemisch von Süßgräsern, Kleearten und Futterkräutern) von mindestens mittlerer Art und Güte . . . . . 80 „ .

   Für gepreßtes Heu erhöht sich der Preis um 7 Mark für die Tonne.

   Für Ware von minderer Art und Güte ist ein entsprechend niedrigerer Preis zu zahlen.

   Die Preise erhöhen sich für Heu, das von dem Lieferungsverband oder der Gemeinde in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1917 zu liefern ist, um je 7,50 Mark für die Tonne, für Heu, das in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1917 zu liefern ist, um je 15 Mark für die Tonne.
2. Im Falle der zwangsweisen Herbeiführung der Leistung sind die nach Nr. 1 zu berechnenden Vergütungen um je 10 Mark für die Tonne herabzusetzen.

3. Die in Nr. 1 und 2 bezeichneten Höchstpreise schließen die Kosten der Beförderung bis zur nächsten Verladestelle oder der von der Heeresverwaltung bestimmten näheren Abnahmestelle sowie die Kosten des Einladens daselbst ein.
4. Der Lieferungsverband oder die Gemeinde erhält für Vermittlung und sonstige Unkosten eine Vergütung, die 6 Mark für die Tonne nicht übersteigen darf.

Bei Weigerung oder Säumnis des Lieferungsverbandes oder der Gemeinde ist die von der Landeszentralbehörde bestimmte Behörde berechtigt, die Leistung zwangsweise herbeizuführen.

§ 5. Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen zur Ausführung der Verordnung.

§ 6. Die Landeszentralbehörden treffen die erforderlichen Anordnungen über die Unterverteilung und Aufbewahrung der zu liefernden Heumengen innerhalb der einzelnen Bundesstaaten und Elsaß-Lothringens.

§ 7. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [9. 10.] in Kraft.

Begründung.

NorddAllgZtg. v. 8. Oktober 1916, Nr. 279, 1. Ausg.

Es ist der Heeresverwaltung leider nicht möglich gewesen, ihren Bedarf an Heu aus der neuen Ernte im Wege freihändigen Ankaufs zu decken; vielmehr konnten die militärischen Beschaffungsstellen zu den für sie festgesetzten Preisen nur geringe Mengen Heu erwerben, und schließlich hat der Ankauf fast vollkommen gestockt. Die Besitzer glaubten nämlich, entweder an den für Heu aus der alten Ernte von der Heeresverwaltung gezahlten hohen Preisen festhalten zu können, oder hofften auf spätere noch höhere Preise. Auch manche Händler und private Bedarfsstellen haben sie in dieser Ansicht bestärkt, indem sie vielfach für Heu jeden verlangten Preis zahlten.

Die Heeresverwaltung konnte diesen Preistreibereien nicht folgen. Eine einmalige Erhöhung der von ihr zu zahlenden Preise hätte erfahrungsgemäß bald weitere Preiserhöhungen zur Folge gehabt, die bei der guten Heuernte dieses Jahres in keiner Weise berechtigt gewesen wären.

Es ist daher erforderlich, wiederum auf das in der Vergangenheit bereits bewährte Verfahren der Landlieferungen zurückzugreifen. Ein entsprechender Entwurf einer Verordnung liegt dem Bundesrat vor. Umgelegt werden sollen im ganzen 1 Million Tonnen Heu, die sich auf 10 Monate verteilen. Da dieser Betrag nur einen geringen Bruchteil der gesamten diesjährigen Heuernte darstellt, so ist nicht zu befürchten, daß durch die auszuschreibende Landlieferung eine irgendwie erhebliche Belastung der Besitzer eintreten wird. Die Verteilung soll erfolgen nach der Anbauerhebung, einem durchschnittlichen Hektarertrage und unter Berücksichtigung des Eigenbedarfs, der nach dem vorhandenen Bestande an Großvieh berechnet wird.

Die in dem Entwurf vorgesehene Preisfestsetzung entspricht den zurzeit handelsüblichen Preisen; Zinsverlust und Schwund werden durch eine angemessene Staffelung berücksichtigt. Selbstverständlich bezieht sich die Preisfestsetzung auch auf das Heu, das auf Grund der Verordnung für das Heer beschafft werden muß; eine allgemeine Festsetzung von Höchstpreisen für Heu ist nicht in Aussicht genommen.

(Abschnitt IX als VI in Bd. 1, 928.)

X (1 in Bd. 1, 929). 2. Wiederbelebung der Remontezucht.

D. R. VIII 73. Zur Wiederherstellung der durch den Krieg geschädigten Remontezucht sollen, wie es im Jahre 1915 geschehen ist, im Frühjahr 1916 die in den preußischen Remontedepots vorhandenen ostpreußischen, zur Zucht geeigneten Stuten wiederum an die ostpreußischen Remontezüchter zu Vorzugspreisen abgegeben werden, desgleichen die

bei den preußischen Truppenteilen im Felde befindlichen derartigen Stuten. Die in den Remontedepots außerdem vorhandenen, zur Zucht geeigneten Stuten anderer Herkunft werden den Remontezüchtern in anderen Provinzen usw., und zwar zu den Selbstkosten überlassen.

3. Bekanntmachung, betr. die Einfuhr von Fohlen. Vom 24. Juli 1916. (RGBl. 829.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Fohlen im Alter bis zu zweieinhalb Jahren dürfen über die Grenzen des Deutschen Reichs nicht eingeführt werden.

§ 2. Der Reichskanzler kann von der Vorschrift im § 1 Ausnahmen zulassen und die etwa erforderlichen Sicherungsmaßregeln treffen. Er kann diese Befugnisse einer von ihm zu bezeichnenden Stelle übertragen.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [25. 7.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Hierzu

Bekanntmachung des Reichskanzlers zu dem Einfuhrverbote für Fohlen. Vom 24. Juli 1916. (RGBl. 830.)

Auf Grund von § 2 der Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Fohlen, vom 24. Juli 1916 (RGBl. 829) übertrage ich die daselbst vorgesehenen Befugnisse dem Königlich Preußischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Begründung. (D. R. IX 144.)

Bei der Einfuhr von Fohlen haben sich im vergangenen Jahre vielfach Mißstände gezeigt. Um diese zu verhindern, hat der Bundesrat auf Grund des § 3 des sog. ErmG. ein Einfuhrverbot erlassen, von dem der Reichskanzler oder eine von ihm zu bezeichnende Stelle Ausnahmen zulassen kann.

Der Reichskanzler hat seine Befugnis dem Königlich Preußischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten übertragen, weil dieser bereits mit der Verteilung der von dem Heere abgegebenen kriegsunbrauchbaren Pferde befaßt war.

J. Verkehrsbeschränkungen und Maßnahmen der öffentlichen Betriebsverwaltungen.

Übersicht.

*I. Paßpflicht 743
1. Verordnung, betr. anderweite Regelung der Paßpflicht, v. 16. Dezember 1914 (RGBl. 521) . . . . .
*2. Verordnung, betr. anderweite Regelung der Paßpflicht, v. 21. Juni 1916 RGBl. 599) 743
Hierzu
Bek. des Reichskanzlers, betr. Ausführungsbestimmungen zu der Paßverordnung v. 24. Juni 1916 (RGBl. 601) 744
II. Feldpostverkehr . . . . .
III. Eisenbahnverkehr . . . . .
1. Bek., betr. vorübergehende Änderung der Eisenbahn-Verkehrsordnung (RGBl. 09, 93ff.), v. 10. August 1914 (RGBl. 368). . . . . .
Bek., betr. vorübergehende Änderung der Eisenbahn-Verkehrsordnung (RGBl. 09, 93ff.), v. 24. Oktober 1914 (RGBl. 455) . . . . . .
2. Frachtermäßigungen und Frachtbefreiungen . . . . . .
3. Personenverkehr . . . . . .
IV. Schiffsverkehr 750
1. Bek., betr. Veräußerung von Kauffahrteischiffen an Nichtreichsangehörige, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 685) mit der Änderung v. 17. Februar 1916 (RGBl. 107) 750
2. Bek., betr. Veräußerung von Binnenschiffen an Nichtreichsangehörige, v. 26. Juni 1916 (RGBl. 587) 751
*3. Bek., betr. Beförderung von Gütern zwischen ausländischen Häfen durch deutsche Kauffahrteischiffe, v. 6. Juli 1916 (RGBl. 673) 752

I. Paßpflicht.

(Verordnung 1 in Bd. 1, 932.)

2. Verordnung, betr. anderweite Regelung der Paßpflicht. Vom 21. Juni 1916. (RGBl. 599.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen auf Grund des Gesetzes über das Paßwesen vom 12. Oktober 1867 (BGBl. 33) im Namen des Reichs für das Reichsgebiet, mit Ausnahme Elsaß-Lothringens, was folgt:

§ 1. Wer das Reichsgebiet verläßt oder wer aus dem Ausland in das Reichsgebiet eintritt, ist verpflichtet, sich durch einen Paß über seine Person auszuweisen.

Der Paß bedarf vor dem jedesmaligen Grenzübertritte des Sichtvermerkes der zuständigen deutschen Behörde.

§ 2. Jeder Ausländer, der sich im Reichsgebiet aufhält, ist verpflichtet, sich durch einen Paß über seine Person auszuweisen.

§ 3. Für besondere Fälle kann der Reichskanzler auch andere amtliche Papiere (Paßersatz) als genügenden Ausweis für den Grenzübertritt (§ 1 Abs. 1) oder den Aufenthalt im Reichsgebiet (§ 2) allgemein zulassen oder Befreiung von dem Erfordernisse des Sichtvermerkes (§ 1 Abs. 2) allgemein gewähren.

§ 4. Für Grenzbezirke, insbesondere für den kleinen Grenzverkehr, sowie zum Verkehr auf bestimmten Wasserstraßen können die Militärbefehlshaber (Oberkommandos, stellvertretenden Generalkommandos, Marine-Station-Kommandos) nach Benehmen mit den zuständigen Landesbehörden gewissen Arten von Personen den Grenzübertritt mit anderen Ausweisen als Pässen gestatten oder Befreiung von dem Erfordernisse des Sichtvermerkes gewähren.

§ 5. Im Einzelfalle können der stellvertretende Generalstab der Armee und der Admiralstab der Marine sowie die für den Grenzübertritt zuständigen Militärbefehlshaber Ausnahmen von den Vorschriften des § 1 zulassen.

§ 6. Der Reichskanzler erläßt die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Anordnungen, insbesondere über Form und Inhalt der Pässe und des Sichtvermerkes, über die Voraussetzungen für die Ausstellung der Pässe und des Sichtvermerkes sowie über das bei der Ausstellung des Sichtvermerkes zu beobachtende Verfahren; er bestimmt, inwieweit von dem Erfordernisse des jedesmaligen Sichtvermerkes (§ 1 Abs. 2) Befreiung gewährt werden kann.

Soweit der Reichskanzler Ausführungsanordnungen nicht erläßt, können solche Anordnungen von den Landeszentralbehörden erlassen werden.

§ 7. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten für den Grenzübertritt von und nach den besetzten Gebieten, die an das Reichsgebiet angrenzen, nur insoweit, als nicht besondere Anordnungen der zuständigen Militärbehörden bestehen.

§ 8. Diese Verordnung (Paßverordnung) tritt mit dem 1. August 1916 in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die Verordnung, betreffend anderweite Regelung der Paßpflicht, vom 16. Dezember 1914 (RGBl. 521) außer Kraft.

Urkundlich usw.

Hierzu:

Bekanntmachung des Reichskanzlers, betr. Ausführungsvorschriften zu der Paßverordnung. Vom 24. Juni 1916. (RGBl. 601.)

Auf Grund der mir im § 6 Abs. 1 der Paßverordnung vom 21. Juni 1916 (RGBl. 599) erteilten Ermächtigung bestimme ich hierdurch folgendes:

Ausstellung der Pässe.

Deutsche Pässe.

1. Die bisher erlassenen Vorschriften über die Zuständigkeit der Behörden zur Ausstellung von deutschen Pässen bleiben in Kraft.

2. Pässe sind in der Regel mit Geltung für die Dauer eines Jahres, keinesfalls für längere Dauer auszustellen. Bei Ausstellung des neuen Passes ist der alte Paß einzuziehen.

3. Kinder unter 12 Jahren erhalten keinen Paß. Familienpässe werden künftig nicht mehr ausgestellt; Personen über 12 Jahre bedürfen eines selbständigen Passes. Früher ausgestellte Familienpässe bleiben nur bis zum 30. September 1916 gültig. Kinder unter 12 Jahren, die die Grenze überschreiten, bedürfen eines amtlichen Ausweises über Namen, Alter und Wohnort.

4. Für Pässe dürfen — abgesehen von Ministerialpässen — nur die vom Bundesrate beschlossenen Muster verwendet werden.

5. Deutsche Pässe dürfen nur Personen ausgestellt werden, deren Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaat oder deren unmittelbare Reichs-

angehörigkeit feststeht. Die Staatsangehörigkeit oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit ist in dem Passe zu vermerken; war der Paßinhaber früher staatlos, oder besaß er eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit, so ist auch dies unter Angabe der fremden Staatsangehörigkeit und des Zeitpunkts, zu dem er Deutscher geworden ist, zu vermerken.

6. Deutsche Pässe dürfen nicht ausgestellt werden:

a) wenn der Ausstellung gesetzliche Hindernisse entgegen stehen,

b) wenn der Verdacht besteht, daß der Paß in den Händen des Inhabers eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten würde.

7. Deutsche Pässe müssen mit einer Personalbeschreibung und mit einer Photographie des Paßinhabers aus neuester Zeit, mit dessen eigenhändiger Unterschrift unter der Photographie sowie mit einer amtlichen Bescheinigung darüber versehen sein, daß der Paßinhaber tatsächlich die durch die Photographie dargestellte Person ist und die Unterschrift eigenhändig vollzogen hat. Die Photographie ist auf den Paß aufzukleben und amtlich derart abzustempeln, daß der Stempel etwa zur Hälfte auf der Photographie, zur anderen Hälfte auf dem Papier des Passes angebracht ist.

Die amtliche Bescheinigung muß von der zuständigen deutschen Paß- oder Polizeibehörde oder von dem deutschen Berufskonsul oder Gesandten ausgestellt sein.

Ausländische Pässe.

8. Ausländische Pässe müssen von der zuständigen Behörde ausgestellt sein und die Staatsangehörigkeit — gegebenenfalls auch die frühere Staatsangehörigkeit — des Paßinhabers einwandfrei ergeben.

Die für deutsche Pässe nach Ziffer 3 und nach 7 Abs. 1 geltenden Vorschriften finden auf ausländische Pässe entsprechende Anwendung. Die amtliche Bescheinigung kann außer von der zuständigen ausländischen Behörde oder einer der in Ziffer 7 Abs. 2 genannten deutschen Behörden vom Berufskonsul oder Gesandten des Landes, dem der Paßinhaber angehört, ausgestellt werden. Im Ausland genügt auch die gerichtliche Bescheinigung.

Paßersatz.

9. Soweit die Paßbehörden ermächtigt werden, in besonderen Fällen einen Personalausweis als Paßersatz auszustellen (§ 3 der Paßverordnung), hat die Ausstellung nach anliegendem Muster zu erfolgen.

Die von den Militärbefehlshabern bisher getroffenen oder aufrechterhaltenen Anordnungen, wonach für besondere Fälle auch andere amtliche Papiere (Paßersatz) als genügender Ausweis für den Grenzübertritt oder den Aufenthalt im Reichsgebiete zugelassen sind, bleiben in Kraft mit der Wirkung, daß der Paßersatz, soweit der Aufenthalt im Reichsgebiet in Frage kommt, für das ganze Reichsgebiet Geltung hat.

Ausstellung der Sichtvermerke.

10. Für die Ausstellung der Sichtvermerke zuständig (Sichtvermerksbehörden) sind:

a) wenn der Paß zur Ausreise aus dem Reichsgebiete verwendet werden soll, die von den Landeszentralbehörden bestimmten Verwaltungsbehörden und zwar:

bei Paßinhabern, die im Deutschen Reiche einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, die für den Wohnsitz oder Aufenthaltsort zuständige Verwaltungsbehörde, bei Paßinhabern, die im Deutschen Reiche einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt nicht haben, die für den Ort zuständige Verwaltungsbehörde, von dem aus die Ausreise angetreten werden soll;

b) wenn der Paß zur Einreise in das Reichsgebiet verwendet werden soll, der deutsche Berufskonsul oder Gesandte, und zwar:
bei Paßinhabern, die im verbündeten oder neutralen Ausland einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, der für den Wohnsitz oder Aufenthaltsort zuständige Konsul oder Gesandte,
bei Paßinhabern, die im feindlichen Ausland einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben oder die ihre Reise außerhalb Europas angetreten oder auf der Reise ein feindliches oder vom Feinde besetztes Land berührt haben, der Konsul oder Gesandte in dem Lande, von dem aus der Grenzübertritt erfolgen soll,
bei Paßinhabern, die im Ausland einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt nicht haben, der Konsul oder Gesandte in dem Lande, von dem aus die Reise angetreten werden soll.

Ist für einen Paßinhaber, der im Ausland seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat, die Erlangung des Sichtvermerkes von dem für seinen Wohnort zuständigen Konsul oder Gesandten nach Lage der örtlichen Verhältnisse nicht möglich, so kann der Sichtvermerk von dem Konsul oder Gesandten in dem Lande ausgestellt werden, von dem aus die Reise angetreten werden soll. Die Ausstellung ist erst zulässig, nachdem durch Rückfrage bei dem zuständigen Konsul oder Gesandten, oder wenn dies nach Lage der örtlichen Verhältnisse nicht möglich ist, durch geeignete Ermittlungen einwandfrei festgestellt worden ist, daß alle Voraussetzungen für die Ausstellung des Sichtvermerkes erfüllt sind.

11. Die Ausstellung der Sichtvermerke darf nur erfolgen, wenn die Notwendigkeit der Reise (Ein-, Aus- oder Durchreise) ausreichend und einwandfrei dargetan ist und der Zweck der Reise den öffentlichen Interessen nicht zuwiderläuft. Sie muß jedenfalls versagt werden:

a) wenn der Reise gesetzliche Hindernisse entgegenstehen,
b) wenn die Reise eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten würde,
c) wenn durch die Reise allgemeine wirtschaftliche Interessen geschädigt würden,
d) wenn der Verdacht besteht, daß eine Ausreise aus dem Reichsgebiet in der Absicht vorgenommen werden soll, Vermögen der Steuerpflicht zu entziehen.

12. Wehrpflichtigen darf für die Ausreise der Sichtvermerk nur mit Zustimmung des Bezirkskommandos ausgestellt werden, in dessen Kontrolle sie stehen. Soweit für Wehrpflichtige eine solche Kontrolle nicht besteht, ist die Zustimmung desjenigen Bezirkskommandos erforderlich, in dessen Bezirk die Wehrpflichtigen ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben.

13. Ist zur Reise die besondere Erlaubnis einer Militärbehörde erforderlich, so darf der Sichtvermerk nur ausgestellt werden, wenn der Nachweis für die Erteilung der Erlaubnis durch Vorlegung des militärischen Passierscheins beigebracht wird.

14. Für jeden Grenzübertritt ist ein besonderer Sichtvermerk erforderlich.

Beim Vorliegen eines dringenden staatlichen, wirtschaftlichen oder als berechtigt anzuerkennenden anderen Bedürfnisses kann der Sichtvermerk auch zur Rückreise oder zu mehrmaligem Grenzübertritt ausgestellt werden (Rückreise-, Dauersichtvermerk). Der Rückreise- und der Dauersichtvermerk werden in der Regel nur zum Überschreiten derselben Grenzübergangsstelle und nur dann ausgestellt, wenn die völlige Zuverlässigkeit (Unverdächtigkeit) des Paßinhabers feststeht.

15. In dem Sichtvermerke müssen angegeben sein:

a) wenn er zur Ausreise ausgestellt wird:
die deutsche Grenzausgangsstelle,
der Zeitraum, innerhalb dessen die Ausreise erfolgen muß,

das Reiseziel,
der Reisezweck,
die Dauer des Aufenthalts im Ausland;

b) wenn er zur Einreise ausgestellt wird:
die deutsche Grenzeingangsstelle,
der Zeitraum, innerhalb dessen die Einreise erfolgen muß,
das Reiseziel unter Hervorhebung der im Inland zu besuchenden Orte oder Örtlichkeiten,
der Reisezweck,
die Dauer des Aufenthalts im Inland,
und sofern der Paßinhaber keinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Inland hat, in der Regel mindestens zwei Deutsche oder zwei deutsche Firmen, die im Inland aufgesucht werden sollen;

c) wenn der Sichtvermerk zur Durchreise ausgestellt wird:
die deutsche Grenzeingangsstelle,
die deutsche Grenzausgangsstelle,
der Zeitraum, innerhalb dessen die Einreise erfolgen muß,
der für die Durchreise durch das Inland zu wählende Reiseweg,
die für die Durchreise zur Verfügung stehende Zeit,
das Reiseziel,
der Reisezweck;

d) wenn der Sichtvermerk für Hin- und Rückreise oder zu mehrmaligem Grenzübertritt ausgestellt wird (Rückreise-, Dauersichtvermerk):
die deutsche Grenzausgangs- oder Grenzeingangsstelle,
das Reiseziel,
der Zeitpunkt, in dem die Gültigkeit des Sichtvermerkes erlischt,
im Rückreisesichtvermerk außerdem:
der Reisezweck.

16. Der Antrag auf Ausstellung des Sichtvermerkes ist bei der zuständigen Behörde anzubringen.

Mit dem Antrag hat der Paßinhaber vorzulegen:

a) einen gültigen Paß,
b) Nachweise, die den Zweck und die Notwendigkeit der Reise in ausreichender Weise ergeben,
c) nicht aufgezogene Photographien, die der Photographie im Passe entsprechen müssen, und zwar mindestens 3, bei einem Durchreise-, Rückreise- oder Dauersichtvermerke mindestens 4, bei ausnahmsweiser Zubilligung von mehr als einer Grenzübergangsstelle so viel mehr Abzüge als Grenzübergangsstellen über die eine Stelle hinaus zugebilligt werden sollen.

Besondere Bestimmungen für Besatzungen der zwischen deutschen Seehäfen und dem Ausland verkehrenden Kauffahrteischiffe

(Schiffsführer — Kapitäne —, Schiffsoffiziere, Schiffsleute sowie die übrigen auf dem Schiffe angestellten Personen).

17. Zur Ausstellung der Sichtvermerke für die Schiffsbesatzung (Seeschiffersichtvermerk) sind zuständig:

a) wenn der Paß zur Ausreise aus einem deutschen Hafen an Bord eines Schiffes verwendet werden soll, die Sichtvermerksbehörde des Hafenorts, von dem aus der Paßinhaber die Fahrt antritt, oder falls am Hafenort eine solche ihren Sitz nicht hat, die für den Hafenort zuständige Ortspolizeibehörde;

b) wenn der Paß zur Einreise in einen deutschen Hafen an Bord eines Schiffes verwendet werden soll, neben dem sonst zuständigen Berufskonsul oder Gesandten (Ziffer 10b) der deutsche Berufskonsul oder Gesandte in dem Lande, von dem aus der Paßinhaber die Fahrt antritt; einer Rückfrage bei dem sonst zuständigen Konsul oder Gesandten gemäß Ziffer 10b Abs. 2 bedarf es nicht.

Ist die Beschaffung des Sichtvermerkes bei einem deutschen Berufskonsul oder Gesandten für den Paßinhaber besonders erschwert (weite Entfernung vom Sitze des Konsuls oder Gesandten, Kürze der Zeit vor der Abfahrt des Schiffes und dergleichen), so kann der Sichtvermerk bei der nach a) zuständigen Behörde des ersten deutschen Hafenorts, den das Schiff bestimmungsgemäß anläuft, nachgeholt werden.

18. Die Notwendigkeit der Reise gilt als dargetan, wenn die dienstliche Stellung als Schiffsführer oder Schiffsoffizier oder die Anmusterung auf einem zur Fahrt von oder nach deutschen Seehäfen bestimmten Schiffe nachgewiesen wird.

19. Der Seeschiffersichtvermerk wird als Rückreise- oder Dauersichtvermerk ausgestellt, wenn sich ein Bedürfnis hierfür aus der dienstlichen Stellung des Paßinhabers auf dem Schiffe oder aus dem Inhalt des Heuervertrags (Heuerscheins) ergibt.

Die Geltungsdauer des Sichtvermerkes ist dem Bedürfnis entsprechend zu bemessen. Der Sichtvermerk erlischt vor Ablauf seiner Geltungsdauer, wenn der Paßinhaber aufhört, der Besatzung des im Vermerke bezeichneten Schiffes anzugehören.

20. Im Falle der Ausreise aus einem deutschen Hafen kann in einem Rückreisesichtvermerke für die Rückkehr ein anderer deutscher Hafen als der Ausreisehafen angegeben werden. In einem Dauersichtvermerke können mehrere deutsche Häfen als Ausreise- oder Einreisehäfen zugelassen werden.

21. Die örtliche Geltung der Seeschiffersichtvermerke ist auf die darin aufgeführten deutschen Hafenorte beschränkt. Zum Aufsuchen anderer Hafenorte oder zur Vornahme einer Reise in das Reichsgebiet (Binnenreise) berechtigt dieser Sichtvermerk nicht.

22. Im Seeschiffersichtvermerke müssen angegeben sein:

Der Name des Schiffes, auf dem der Paßinhaber fährt, seine dienstliche Stellung auf dem Schiffe,
seine Nummer in der Musterrolle sowie
die deutschen Häfen, die er besuchen darf.

23. Mit dem Antrag auf Ausstellung des Seeschiffersichtvermerkes sind außer dem Passe des Antragstellers und den gemäß Ziffer 18, 19 erforderlichen Nachweisen so viele nicht aufgezogene Photographien des Paßinhabers vorzulegen, wie Hafenorte im Sichtvermerk angegeben werden sollen, und mindestens eine weitere ebensolche Photographie.

24. Trägt der deutsche Berufskonsul oder Gesandte Bedenken, dem Paßinhaber einen Rückreise- oder Dauersichtvermerk auszustellen, so kann er für die Reise nach dem deutschen Einreisehafen einen einfachen Seeschiffersichtvermerk ausstellen, der nur für diesen Hafen gilt. Über die Ausstellung des Sichtvermerkes für die Rückreise oder eines Dauersichtvermerkes befindet alsdann die zuständige inländische Dienststelle.

25. Will der Paßinhaber von dem Einreisehafen aus eine Binnenreise antreten (Ziff. 21 Satz 2), so gilt die Annahme, daß er mit dem Verlassen des Hafenorts die deutsche Grenze überschreitet.

Will der Paßinhaber die Binnenreise unternehmen, um im Inland zu verbleiben, so bedarf er eines Einreisesichtvermerkes nach den allgemeinen Bestimmungen (Ziff. 10ff.). Der Sichtvermerk wird jedoch in diesem Falle von der Sicht-

vermerksbehörde des Hafenorts ausgestellt; hat die Sichtvermerksbehörde ihren Sitz nicht am Hafenorte, so ist für die Reise zu dieser Behörde eine schriftliche Erlaubnis der für den Hafenort zuständigen Ortspolizeibehörde einzuholen; in der Erlaubnis ist der Reisezweck anzugeben. Mit der Ausstellung des Einreisesichtvermerkes verliert der Seeschiffersichtvermerk seine Gültigkeit.

Will der Paßinhaber die Binnenreise nur für eine im voraus bestimmbare Zeit unternehmen, um nach deren Ablauf die Seefahrt auf demselben Schiffe fortzusetzen, so kann, falls die Notwendigkeit der Binnenreise ausreichend begründet wird und Bedenken nicht bestehen, die für den Einreisehafen zuständige Ortspolizeibehörde diese Binnenreise genehmigen. Die Genehmigung ist unter Angabe des Zweckes, des Zieles und der Dauer der Binnenreise von der Polizeibehörde im Passe zu vermerken. Der Genehmigungsvermerk ersetzt den nach den allgemeinen Vorschriften sonst erforderlichen Rückreisesichtvermerk. Kehrt der Paßinhaber nicht rechtzeitig nach dem Hafenorte zur Fortsetzung der Seefahrt zurück oder beachtet er die ihm bei Erteilung der Genehmigung auferlegten Verpflichtungen nicht, so wird der Seeschiffersichtvermerk ungültig.

(Dienststelle) ..... (Ort) ....., den ..... 191.....

Personalausweis Nr. .....

Ausgestellt als Paßersatz für den Aufenthalt im Reichsgebiete.
(Für den Grenzübertritt ist jedesmal ein Sichtvermerk der zuständigen deutschen Stelle erforderlich.)

Familienname: .....
Vorname: .....
Staatsangehörigkeit: ..... { frühere: ..... / bis wann: ..... }
Beruf: .....
.....
Ständiger Wohnsitz mit Adresse: .....
.....
Gegenwärtiger Aufenthaltsort mit Adresse: .....
.....
Geboren am: ..... Alter: ..... Jahre
Geburtsort: .....
Gestalt: ..... Haar: .....
Augen: ..... Gesichtsform: .....
Besondere Kennzeichen: .....
.....
.....

(Raum zum Aufkleben der Photographie des Inhabers aus neuester Zeit.)

Es wird hiermit bescheinigt, daß der Inhaber die durch nebenstehende Photographie dargestellte Person ist und die darunter befindliche Unterschrift eigenhändig vollzogen hat.

Unterschrift des Inhabers:
.....

(Siegel)

Unterschrift:

(Raum für einen etwaigen Abdruck des linken Daumens des Inhabers.)

(Abschnitt II, III in Bd. 1, 934ff.)

IV. Schiffsverkehr.

1. Bekanntmachung, betr. Veräußerung von Kauffahrteischiffen an Nichtreichsangehörige vom 21. Oktober 1915 (RGBl. 685) mit der Änderung durch die Bekanntmachung vom 17. Februar 1916. (RGBl. 107.)

Wortlaut in Bd. 2, 466.

Begründung. (D. N. VIII 96.)

Die Bekanntmachung, betreffend Veräußerung von Kauffahrteischiffen an Nichtreichsangehörige, vom 21. Oktober 1915 (RGBl. 685) verfolgt den Zweck, einerseits dem Überseehandel, der in erster Linie den mit Deutschland im Kriege befindlichen Staaten zugute kommt, jedoch zurzeit mit Mangel an Schiffsraum zu kämpfen hat, keinen weiteren Schiffsraum zuzuführen, und andererseits zu verhindern, daß nach Friedensschluß ein Mangel an deutschem Schiffsraum eintritt. In letzterer Hinsicht wird dieser Zweck durch die Bekanntmachung vom 21. Oktober 1915 nicht ganz erfüllt, da diese nur die Veräußerung und Übereignung von deutschen Kauffahrteischiffen bzw. von für Rechnung eines Reichsangehörigen im Bau befindlichen Schiffen an Nichtreichsangehörige trifft, nicht aber den Abschluß von Miet- oder Frachtverträgen, durch die gleichfalls deutscher Schiffsraum deutschen Interessen entzogen werden kann. Auch hier ist wie bei der Veräußerung deutscher Kauffahrteischiffe zu berücksichtigen, daß der Anreiz zum Abschluß derartiger Verträge durch die trotz ihrer beträchtlichen Höhe immer noch steigenden Frachtraten verstärkt wird. Zwecks Sicherung des für die Zeit alsbald nach Beendigung des Krieges erforderlichen Schiffsraumes war es daher geboten, auf Grund des § 3 des sogenannten ErmG. durch die Bek. vom 17. Februar 1916 die freie Verfügung der deutschen Reederei über ihren Schiffsraum so weit einzuschränken, daß $^2/_3$ der nach dem Kriege noch vorhandenen deutschen Schiffsräume ausschließlich für deutsche Interessen verfügbar bleiben. Schiffe mit einem Bruttoraumgehalt bis zu 500 Registertons bleiben hierbei unberücksichtigt. Verboten sind daher alle die Beförderung von Gütern betreffenden Miet- oder Frachtverträge, die sich auf größere Schiffe beziehen und mehr als den dritten Teil der Leistungsfähigkeit des einzelnen Schiffes in Anspruch nehmen, soweit die Beförderung nicht ausschließlich von oder nach Häfen des Inlandes oder deutscher Schutzgebiete erfolgen soll. In denjenigen Fällen, in denen die Vergebung deutschen Schiffsraumes zugunsten ausländischer Interessen über das zugelassene Maß hinaus dem Reichsinteresse nicht abträglich ist oder es gar fördert, gibt der § 3 der Verordnung vom 21. Oktober 1915 die Möglichkeit, Ausnahmen zu bewilligen, die im Bedürfnisfalle für bestimmte Fahrten auch allgemein erteilt werden können. Eine solche allgemeine Genehmigung ist bereits bis auf weiteres für holländische und belgische Häfen widerruflich erteilt worden.

Da die deutschen Schiffswerften zurzeit stark in Anspruch genommen sind, und das Reichsinteresse es verlangt, daß die noch zur Verfügung stehenden Bauplätze nicht, wie es noch im letzten Jahre in gewissem Umfang der Fall war, ausländischen Bestellern überlassen werden, sondern ausschließlich der deutschen Reederei vorbehalten bleiben, ist die Vorschrift des § 1 Abs. 2 der Verordnung vom 21. Oktober 1915 erweitert worden. Das Verbot des Abs. 1 ist nunmehr auch auf Schiffe ausgedehnt, die für Rechnung eines Nichtreichsangehörigen deutschen Werften zukünftig in Bau gegeben werden. Auch hier hat der Reichskanzler die Möglichkeit, Ausnahmen zu bewilligen.

2. Bekanntmachung, betr. Veräußerung von Binnenschiffen an Nichtreichsangehörige. Vom 26. Juni 1916. (RGBl. 587.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Alle Rechtsgeschäfte, durch die das Eigentum eines zur Schiffahrt auf Flüssen oder sonstigen Binnengewässern bestimmten Schiffes ganz oder teilweise von einem Reichsangehörigen an einen Nichtreichsangehörigen übertragen werden soll, sind verboten.

Das gleiche gilt für Rechtsgeschäfte, durch die das Eigentum von Schiffen, die zur Schiffahrt auf Flüssen oder sonstigen Binnengewässern bestimmt sind und für Rechnung eines Reichsangehörigen gebaut oder für Rechnung eines Nichtreichsangehörigen deutschen Werften in Bau gegeben werden, an Nichtreichsangehörige übertragen werden soll.

Ferner sind für die im Abs. 1 bezeichneten Schiffe, die in ein deutsches Schiffsregister eingetragen sind und eine Tragfähigkeit von mehr als 15000 Kilogramm haben, sowie für die im Abs. 2 bezeichneten Schiffe mit einer solchen Tragfähigkeit verboten:

1. alle die Beförderung von Gütern bezweckenden Miet- oder Frachtverträge, durch die zusammen mehr als der dritte Teil des Nettoraumgehalts oder der Tragfähigkeit eines solchen Schiffes in Anspruch genommen wird, soweit die Beförderung nicht ausschließlich von oder nach Häfen des Inlandes erfolgen soll;
2. alle Verträge, durch die ein solches Schiff einem Nichtreichsangehörigen für einen anderen Zweck als für die Beförderung von Gütern zum Gebrauch überlassen wird.

§ 2. Die Verlegung des Heimatsorts eines Schiffes der im § 1 bezeichneten Art in das Ausland ist verboten.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe bis zu fünfzigtausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft, sofern nicht nach anderen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist. Die Zuwiderhandlung ist auch strafbar, wenn ein Deutscher sie im Ausland begeht.

Der Versuch ist strafbar.

§ 4. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Verboten dieser Verordnung zulassen.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [27.6.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt, wann und in welchem Umfang sie außer Kraft tritt.

Begründung. (D. R. IX 199.)

Durch die Bekanntmachungen vom 21. Oktober 1915 (RGBl. 685) und vom 17. Februar 1916 (RGBl. 107) ist die Veräußerung und Vermietung von deutschen Seeschiffsräumen an Nichtreichsangehörige verboten sowie der Abschluß von Bauverträgen für Rechnung eines Nichtsreichangehörigen praktisch ausgeschlossen. Von dem Erlaß der gleichen Verordnung für Binnenschiffe glaubte man zunächst absehen zu können, da eine Nachfrage des neutralen Auslandes nach deutschem Binnenschiffsraum nicht sonderlich hervorgetreten war, und auch das Ausfuhrverbot vom 31. Juli 1914 (RGBl. 266) eine genügende Handhabe zu bieten schien, um der Abwanderung von deutschem Binnenschiffsraum nach dem Auslande vorzubeugen. Erst in letzter Zeit sind Bestrebungen zutage getreten, auch deutschen Binnenschiffsraum für das Ausland aufzukaufen oder ihn sich durch langdauernde Mietverträge für jetzt oder für die Zeit nach dem Kriege dienstbar zu machen. Auch ist versucht worden, durch Verlegung des Heimatsortes eines Schiffes nach dem Auslande die Ausfuhr zu verdecken. Da auch

für den Fall, daß nach dem Friedensschluß das Ausfuhrverbot aufgehoben wird, Vorsorge getroffen werden mußte, erschien es notwendig, im Verordnungsweg einzugreifen. Durch die auf Grund des § 3 des sogenannten ErmG. erlassene Bek. vom 26. Juni 1916 sind alle Rechtsgeschäfte verboten, durch die das Eigentum an Binnenschiffen ganz oder teilweise von einem Reichsangehörigen an einen Nichtreichsangehörigen übertragen werden soll. Das gleiche gilt für Binnenschiffe, die für Rechnung eines Reichsangehörigen gebaut oder für Rechnung eines Nichtreichsangehörigen zukünftig deutschen Werften in Bau gegeben werden. Das Verbot erstreckt sich nach seiner Fassung im Anschluß an die Rechtsprechung des Reichsgerichts über den Begriff „Binnenschiff" auch auf Schlepper, Prahme, schwimmende Krane, schwimmende Bagger, Baggerkähne, Baggerschuten u. dgl. Im übrigen entscheidet der Sprachgebrauch; kleine Ruderboote z. B. werden nicht als Binnenschiffe angesehen werden können und fallen daher nicht unter die Verordnung.

Um den Schiffsraum für die Beförderung im deutschen Interesse verfügbar zu haben, ist bestimmt, daß bei Schiffen, die in ein deutsches Schiffsregister eingetragen sind und mehr als 15000 kg Tragfähigkeit haben, nur der dritte Teil in Anspruch genommen werden darf, sofern die Beförderung nicht ausschließlich von oder nach Häfen des Inlandes erfolgt; auch die Vermietung an Nichtreichsangehörige zu anderen Zwecken als zur Beförderung ist verboten, um zu verhüten, daß deutscher Binnenschiffsraum etwa als Lagerraum benutzt wird. Zur Verhinderung etwaiger Verschleierungsversuche ist die Verlegung des Heimatortes der Binnenschiffe verboten. Die Zuwiderhandlung ist strafbar, auch wenn ein Deutscher sie im Auslande begeht; strafbar ist auch der Versuch.

Um etwa im Reichsinteresse unbedenkliche Verkäufe, Bauaufträge oder Vermietungen zu ermöglichen, ist dem Reichskanzler die Befugnis vorbehalten, Ausnahmen von den Verboten zuzulassen.

3. Bekanntmachung, betr. Beförderung von Gütern zwischen ausländischen Häfen durch deutsche Kauffahrteischiffe. Vom 6. Juli 1916. (RGBl. 673.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Beförderung von Gütern zwischen Häfen des Auslandes durch deutsche Kauffahrteischiffe ist verboten.

Schiffe, die bereits mit dem Laden begonnen haben, dürfen ihre Reise vollenden.

§ 2. Wer als Reeder oder als Vertreter eines Reeders dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldrafe bis zu fünfzigtausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft, sofern nicht nach anderen Strafgesetzen eine höhre Strafe verwirkt ist; dem Reeder steht gleich, wer ein ihm nicht gehöriges Schiff zum Erwerbe durch die Seefahrt für seine Rechnung verwendet. Die Zuwiderhandlung ist auch strafbar, wenn ein Deutscher sie im Ausland begeht.

Der Versuch ist strafbar.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem 12. Juli 1916 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt, wann und in welchem Umfang sie außer Kraft tritt.

Begründung. (D. R. IX 200.)

Die Verordnung vom 17. Februar 1916 (RGBl. 107) verbietet die Beförderung von Gütern zwischen ausländischen Häfen nur insoweit, als über zusammen mehr als ein Drittel des Schiffsraums verfügt wird. Da der deutsche Schiffsraum gegenwärtig ganz in der Fahrt von oder nach Häfen des Inlandes benötigt wird, erschien es not

wendig, die Beförderung zwischen ausländischen Häfen ganz zu verbieten. Durch die auf Grund des § 3 des sog. ErmG. erlassene Bek. vom 6. Juli 1916 ist daher die Beförderung von Gütern zwischen Häfen des Auslandes durch deutsche Kauffahrteischiffe verboten. Schiffe, die bei Inkrafttreten der Verordnung am 12. August 1916 mit dem Laden begonnen hatten, durften ihre Reise vollenden. Der Reeder, der Vertreter eines Reeders sowie derjenige, der ein ihm nicht gehöriges Schiff zum Erwerb durch die Seefahrt für seine Rechnung verwendet, werden im Zuwiderhandlungsfalle bestraft. Die Zuwiderhandlung ist auch strafbar, wenn ein Deutscher sie im Auslande begeht; strafbar ist auch der Versuch. Es ist in Aussicht genommen, diese Verordnung aufzuheben, sobald die Verhältnisse es gestatten.

K. Entlastung der Gerichte. — Änderung der Kostengesetze. — Angelegenheiten der Rechtsanwaltschaft. — Gnadenerweise aus Anlaß des Krieges.

I. Entlastung der Gerichte.

1. Entlastung der Zivilgerichte.

*1. Bek. zur Entlastung der Gerichte v. 9. September 1915 (RGBl. 562) . . . 755
*2. Bek. über Änderungen der Verordnung zur Entlastung der Gerichte, v. 9. September 1915 (RGBl. 562), v. 18. Mai 1916 (RGBl. 393) 763

2. Entlastung der Strafgerichte.

Bek. zur Entlastung der Strafgerichte v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 631) 775

3. Entlastung der Kriegsgerichte.

*Bek. über das Verfahren vor den außerordentlichen Kriegsgerichten, v. 21. September 1916 (RGBl. 1067) 777

II. Änderung der Kostengesetze.

Gesetz, betr. Änderung des Gerichtskostengesetzes, der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher v. 8. November 1916 (RGBl. 1263) 777

III. Angelegenheiten der Rechtsanwaltschaft.

*Bek., betr. die Stellvertretung von Rechtsanwälten und die Beschlußfähigkeit der Vorstände der Anwaltskammern v. 9. März 1916 (RGBl. 156) 778

IV. Gnadenerweise aus Anlaß des Krieges.

(Preußisches Recht.)

1. Zugunsten der gesamten Bevölkerung.

a) Allerh. Gnadenerlaß v. 4. August 1914 (JMBl. 659) 781
b) Allg. Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses von demselben Tage (JMBl. 660) 782
c) Allerh. Erlaß v. 27. Januar 1916, betr. Löschung von Strafvermerken im Strafregister usw. (JMBl. 14) 782
d) Allg. Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses von demselben Tage (JMBl. 14) 783
e) Allg. Verfügung des Justizministers v. 27. April 1916 über Wiederaufnahme der aus Anlaß des Krieges unterbrochenen Strafvollstreckungen (JMBl. 89) . 784
f) Allg. Verfügung des Justizministers v. 16. Oktober 1916, betr. die aus Anlaß des Krieges unterbrochenen oder ausgesetzten Strafvollstreckungen (JMBl. 284) 784

2. Zugunsten der Kriegsteilnehmer.

a) Allerh. Erlaß v. 1. August 1914, betr. Begnadigung aus Anlaß der gegenwärtigen Mobilmachung (JMBl. 656) 785
b) Allg. Verfügung des Justizministers zur Ausführung des Erlasses v. 2. August 1914 (JMBl. 656) 786
c) Allg. Verfügung des Justizministers v. 5. August 1914, betr. Bewilligung von Strafaufschub und Strafunterbrechung aus Anlaß des gegenwärtigen Kriegszustandes (JMBl. 660) 787
d) Allg. Verfügung des Justizministers v. 26. August 1914, betr. Unterbrechung der Verjährung in Strafsachen gegen Angehörige des deutschen Heeres oder der Kaiserlichen Marine während der Dauer des Kriegszustandes (JMBl. 695) . 787
e) Allerh. Erlaß v. 27. Januar 1915, betr. Niederschlagung gerichtlich noch nicht eingeleiteter Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer (JMBl. 13) 787
f) Allg. Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses von demselben Tage (JMBl. 14) 788
g) Gesetz über die Niederschlagung von Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer v. 4. April 1915 (GS. 71) 790
h) Allerh. Erlaß v. 24. April 1915, betr. Niederschlagung gerichtlich eingeleiteter Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer (JMBl. 83) 790
i) Allg. Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses v. 26. April 1915 (JMBl. 84) 791
k) Allerh. Erlaß v. 27. Januar 1916, betr. Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer und betr. Erlaß von Strafen gegen Kriegsteilnehmer (JMBl. 9) 792
l) Allg. Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses von demselben Tage (JMBl. 10) 793
m) Allg. Verfügung des Justizministers v. 27. Januar 1916 über das Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer (JMBl. 16) 797

---

1. Entlastung der Zivilgerichte.

a) Bekanntmachung zur Entlastung der Gerichte. Vom 9. September 1915. (RGBl. 562.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 462ff.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 2, 469.

Baum, Gerichtsentlastung nach wirtschaftlichen Grundsätzen unter Mitwirkung der Rechtsanwaltschaft, JW. 16 568. — Dörr, Bedeutung der EntlastVO. v. 9. Sept. 1915 für den konsularen und kolonialen Zivilprozeß, LeipzZ. 16 590. — DRAZ. 16 90. Zur Entlastungsverordnung. — Friedleben, Zur Frage des Anwaltszwanges nach der EntlBek., JW. 16 570 (wendet sich gegen Denkhaus, in Bd. 2, 476. Der Streit ist jetzt nach Aufhebung der §§ 1—13 gegenstandslos). — Haber, Nationalcharakter und Gerichtsentlastung, GerH. 16 22. — Heilberg, Übersicht über Rechtsprechung und Schrifttum, JW. 16 1224 ff. — JW. 16 659, Die EntlastungsVO. vor dem Reichstag (Sitzung v. 8. April 1916). — Kallir, Die EntlVO. und die praktischen Erfahrungen, JW. 16 621 (Mitteilung der wichtigsten Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Anwaltsvereins an die Mitglieder der Vertreterversammlung, die Vorstände der örtlichen Anwaltvereine und einzelne Anwälte; zum Teil überholt). — Kaufmann, Zur Bek., betr. die Entlastung der Gerichte, KGBl. 16 30. — Lade, Die Vereinfachung des Zivilprozeßverfahrens infolge des Krieges, GenossBl. 16 244. — Lemberg, Die VO. zur Entlastung der Gerichte v. 9. Sept. 1915 und die deutsche Anwaltschaft, DJZ. 16 482. — Levy, Zur EntlVO., JW. 16 570 (betrifft §§ 3, 5; also gegenstandslos). — v. Meyer, Kriegsgewinn für die Rechtspflege, DJZ. 16 48. — Möhler, Kapitulation oder Mobilmachung? DRAZ. 16

71. — Nürnberg, Gilt § 19 EntlVO. auch im Mahnverfahren? JW. 16 569. — Pink, Eine Kostenfrage in der EntlastVO., JW. 16 472 (betrifft den jetzt aufgehobenen § 5 Abs. 2). — Soldan, Was infolge der EntlastungsVO. alles möglich ist, DRAZ. 16 74. — Derselbe, Mobil gegen die Entlastungsverordnung, das. 43. — Stölzle, Gerichtsentlastungsnovelle und Anwaltsangestellte, DJZ. 16 372. — Warneyer, Die EntlastVO. vom 9. Sept. 1915 in österreichischer Beleuchtung, SächsA. 16 140 (Mitteil. von Meinungsäußerungen in österr. NotZ. und JurBl.). — Wertheimer, Rechtsunsicherheit, DRAZ. 16 73.

Vorbemerkung.

Zur Frage der Gültigkeit der Verordnung. (Zu vgl. auch Bd. 2, 143ff.)

(Erläuterung 1 bis 6 in Bd. 2, 470.)

7. HansGZ. 16 BBl. 204, Recht 16 461 Nr. 913 (Hamburg III). Das Gericht trägt keine Bedenken, die Rechtsgültigkeit der VO. v. 9. September 1915 zu bejahen. Die Entlastung der Gerichte durch Erleichterung oder Vereinfachung des Geschäftsverkehrs ist mit Rücksicht auf die Einberufung zahlreicher Richter und Gerichtsbeamten zur Notwendigkeit geworden. Jede auch nur geringfügige Störung oder Verzögerung der Rechtspflege mußte notwendig nachteilige Rückwirkungen auf das Wirtschaftsleben ausüben. Zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen ist deshalb die VO. ergangen. Sie fällt demgemäß unter das ErmG.

8. Soldan, DRAZ. 16 2. Es ist in der Entlastungsverordnung auch kein Gedanke zum Ausdruck gekommen, der in den durch den Krieg veränderten Verhältnissen entstanden wäre. Es ist lediglich eine alte, im Frieden seither nicht durchsetzbare Programmforderung auf dem Gebiet des Zivilprozesses verwirklicht worden, die mit dem Wirtschaftsleben nicht das geringste zu tun hat. Der Richter hat zu prüfen, ob der Bundesrat oder der Reichstag das ErmG. richtig ausgelegt hat. Wir nehmen es als sicher an, daß alle Richter schadensersatzpflichtig sind und daß das Reichsgericht die Schadensersatzpflicht bejahen wird, wenn ein Bürger durch die Anwendung der Entlastungsverordnung zu Schaden kommt. Und wir müssen in allen Fällen, wo die Richter die Entlastungsverordnung angewandt und einen Schaden verursacht haben, Klagen auf Schadensersatz erheben.

Mahnverfahren vor den Amtsgerichten.

§§ 13, 14.

I. Allgemeine Bedeutung

(zu vgl. Bd. 2, 493).

Dörr, LeipzZ. 16 590. Die Verfahrensvorschriften der §§ 13ff. gelten im ganzen Konsular- und Kolonialzivilprozeß, gleichgültig ob der Einzelrichter oder das Kollegialgericht für die mündliche Verhandlung zuständig ist.

(Abschnitt II bis V in Bd. 2, 493, 494.)

VI. Widerspruch und anschließendes Verfahren.

(zu vgl. Bd. 2, 494).

Volkmar, DJZ. 16 593. Es empfiehlt sich die Vorschrift, daß der Widerspruch begründet werden muß und nicht zu beachten ist, wenn er, wie häufig, mit dauerndem Zahlungsunvermögen des Schuldners gerechtfertigt wird, daß er dagegen als Fristgesuch zu behandeln ist, wenn er nur auf derzeitiges Zahlungsunvermögen gestützt wird. Das jetzige Verfahren, wonach, wenn z. B. der Darlehnsschuldner auf den Zahlungsbefehl Widerspruch mit der Erklärung einlegt, daß er weder jetzt noch in der Zukunft imstande sei, das Geld zurückzuzahlen, dennoch Termin anberaumt werden muß, in dem der Schuldner regelmäßig ausbleibt und Versäumnisurteil gegen ihn ergeht, ist nur zur Verschleppung geeignet.

VII. Terminsbestimmung statt Zurückweisung des Gesuchs.

1. Allgemeines.

Volkmar, DJZ. 16 593. Unbedeutende Abweichungen vom Mahngesuch — z. B. Zinsen ab 1. Januar 1916 statt 31. Dezember 1915, 4% statt 5% Zinsen — sollte man dem Richter im Zahlungsbefehl ohne vorgängige Rückfrage beim Gläubiger gestatten, wenn sie dem Recht entsprechen und ein Minus gegenüber dem Antrage sind. Denn der in Geltung gebliebene § 691 Abs. 2 ZPO., wonach zuvor der Gläubiger gehört und mangels seiner Zustimmung das Gesuch gänzlich zurückgewiesen werden muß, ist in diesen Fällen unzweckmäßig. Er wirkt nur verzögernd und wird in der Praxis häufig und sicher auch im Interesse des Gläubigers, der dann unbehelligt bleibt, unbeachtet gelassen, ohne daß er dagegen widerspricht.

2. Ist nach Abs. 5 auch dann zu verfahren, wenn der Kostenanspruch ganz oder zum Teil unbegründet erscheint

a) Bejahend (Erläuterung α, β in Bd. 2, 494).

γ. Hohmann, JW. 16 652. Für § 691 ZPO. besteht kein Gegensatz zwischen Anspruch und Kosten, vielmehr ist auch der Kostenanspruch ein Anspruch im Sinne dieser Bestimmung. Also ist nicht ein Zahlungsbefehl zu erlassen und der unbegründete Kostenbetrag durch Beschluß abzusetzen, sondern Termin anzuberaumen. Diese Ansicht vertritt auch Trendelenburg (§ 14 Anm. 9). Für das landgerichtliche Zahlungsbefehlsverfahren ist die Anberaumung des Termins in § 2 VO. ausdrücklich vorgeschrieben.

Wird nun im Prozeßverfahren der Kostenanspruch des Gläubigers vom Richter als richtig anerkannt, oder unterliegt der Gläubiger, oder wird die Sache kontradiktorisch, so ist der Kostenpunkt nach den gewöhnlichen Vorschriften zu beurteilen und bietet keine Besonderheiten. Anders jedoch, wenn der Kostenanspruch ganz oder teilweise unbegründet ist und der Schuldner den Anspruch des Gläubigers, soweit er begründet ist, sofort anerkennt, oder wenn er sich im Versäumnisverfahren verurteilen läßt. In diesen Fällen ist zu berücksichtigen, daß der Gläubiger durch seine unbegründete Mehrforderung es verursacht hat, daß der Anspruch statt in dem Mahnverfahren, in dem teureren Prozeßverfahren erledigt wird und daß dem Schuldner nicht zugemutet werden kann, die dadurch entstandenen Mehrkosten zu tragen. Wie unmöglich diese Zumutung ist, zeigt der von Oppenheim in JW. 15 1248 zu V erwähnte Fall, daß die Anberaumung des Termins erfolgt ist, weil der Anwalt des Gläubigers 4 M. Mindestpauschsatz verlangt, während der Richter nur 20% für begründet hält. Die Ansicht Striemers in JW. 15 1464, daß die Mehrkosten nicht erstattungsfähig seien, weil sie nicht zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendig gewesen seien, trifft nicht zu. Das folgt daraus, daß die Frage der Notwendigkeit der Anwaltskosten bei Objekten über 50 M. ja gar nicht geprüft werden darf. Helfen können hier nur §§ 93 und 96 ZPO. Seit das Mahnverfahren obligatorisch ist, wird man auch die Klage als ein Angriffsmittel ansehen können und im Urteil die durch die erfolglose Verursachung dieses Angriffsmittels entstandenen Mehrkosten dem Kläger auferlegen.

b) Verneinend zu vgl. Bd. 2, 494.

3. Breuer, JW. 16 1330. § 14a ist, entsprechend dem Zweck des Gesetzes, auf dem Wege einer ausdehnenden Auslegung auf das gesamte Mahnverfahren zu erstrecken. Das Gegenteil wäre Formalismus; hierzu: Wieluner das. 1467. Diese Tragweite ergibt sich ohne ausdehnende Auslegung aus dem Gesetz selbst.

4. Levy, JW. 16 1330. Die Einschränkung des § 14 Abs. 1 dürfte — bei einer zukünftigen Ausgestaltung der BRAO. — zweckmäßig durch Aufnahme der sog. Verschleppungsklausel zu ergänzen sein, etwa dahin:

> daß auch dann vom Mahnverfahren abzusehen und Termin anzuberaumen ist, wenn glaubhaft gemacht wird, daß das Mahnverfahren vom Beklagten zur Verzögerung des Rechtsstreites gemißbraucht wird.

§§ 15, 16.

Urkunden- und Wechselzahlungsbefehl.

(Zu vgl. Bd. 2, 495.)

Buff, JW. 16 651. Gegen einen Vorbehaltsvollstreckungsbefehl ist der Einspruch nicht zulässig (s. § 9 EntlVO. bzw. § 700 ZPO.). Durch die Einführung des Vorbehaltsvollstreckungsbefehls soll es nämlich ermöglicht werden, eine Sache, die sich zum Urkunden- oder Wechselprozesse nicht eignet, unter Vermeidung dieser Prozeßart in den ordentlichen Prozeß überzuführen. Bei Zulassung des Einspruches würde nun aber die durch den Vorbehaltsvollstreckungsbefehl in den ordentlichen Prozeß überzuführende Sache gemäß § 342 ZPO. in die Lage zurückversetzt, in der sie sich vor Erlassung des Vorbehaltsvollstreckungsbefehls befand, demnach wiederum in das Urkunden- oder Wechselverfahren, ein Ergebnis, das offenbar dem Zwecke des neuen Rechtsinstituts gerade widerspricht. Der Beklagte ist durch die Nichtzulassung des Einspruchs auch nicht beschwert, denn durch seinen beschränkten Widerspruch hat er selbst zu erkennen gegeben, daß er die Sache im ordentlichen Prozesse weiterbetreiben wolle, sonst hätte er unbeschränkten Widerspruch einlegen müssen. Gegen die Zulassung des Einspruchs spricht überdies die Verweisung der Entlastungsverordnung auf § 600 ZPO., wonach der Rechtsstreit im ordentlichen Verfahren anhängig bleiben soll, zu vgl. in Bd. 2, 488, II 3 zu § 11.

§ 18.

Sühneversuch.

Aus dem Schrifttum über das Güteverfahren.

(Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 2, 500.)

Literatur.

Bovenstepen, Das prozeßvorbeugende obligatorische Güteverfahren, RheinZeitschr. f. Ziv.- u. Prozeßrecht 16 239. — Deinhardt, Deutscher Rechtsfriede, Beiträge zur Neubelebung des Güteverfahrens, Leipzig 1916. — Eberhard, Rechtsgüteverfahren und Ersparnis von Richtern und Anwälten, ThürBl. 63 183. — Ehwald, Das Güteverfahren und die Amtsgerichte, DRZ. 16 654. — Mangler, Richter und Güteverfahren, DRAZ. 16 531. — Levin, Die rechtliche Natur und zweckmäßige Gestaltung des Güteverfahrens, RheinZeitschr. f. Ziv.- u. Prozeßrecht 16 207 ff. — Rasch, Die Bewegung zugunsten eines prozeßvorbeugenden Güteverfahrens, RuWirtsch. 16 146. — Werner, Güteverfahren, Anwaltszwang und Anwaltschaft, SächsA. 16 329.

(Erläuterung 1 bis 10 in Bd. 2, 501.)

11. Dörr, LeipzZ. 16 590. Der § 18 gilt für den ganzen Konsular- und Kolonialzivilprozeß, gleichgültig, ob die Sache vor dem Einzelrichter oder vor das Kollegialgericht gehört.

12. Kallee, GewuKfmG. 21 168. § 18 gilt nicht für das Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Seine Anwendung wird durch die (Muß-) Vorschrift des § 41 Abs. 1 GewGG. ausgeschlossen.

§ 19.

Einschränkung der Kostenerstattung.

I. Die Auslegung des § 19.

1. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.

a) Wertberechnung (in Bd. 2, 502).

b) Prüfung der Erstattungsfähigkeit.

(Erläuterung α bis ε in Bd. 2, 502, 503.)

ζ. Kaufmann, RGBl. 16 30. Der durch § 7 RAGebO. begründete Gebührenanspruch der RA. in eigenen Sachen wird durch die Bek. nicht berührt. Die Bek. wendet

sich gegen unnötige Annahme eines Anwalts. Im Falle des § 7 entstehen jedoch die Kosten ohne Willen der Partei kraft Gesetzes (abweichend AG. Berlin-Mitte das. 36).

(Abschnitt c in Bd. 2, 503.)

d) Anwendbarkeit in der Zwangsvollstreckung.

JW. 16 616 (AG. Dresden). § 19 ist auch auf das Zwangsvollstreckungsverfahren anzuwenden; ebenso AG. Schweinfurt das.*; hiergegen Schloß das.*.

e) Übergangsrecht.

(Erläuterung α bis η in Bd. 2, 504, 505.)

9. JW. 16 769 (LG. Neuwied). Der § 19 ist am 1. Oktober 1915 für alle zu diesem Zeitpunkt anhängigen Sachen in Kraft getreten. Natürlich bleibt in jedem Falle zu prüfen, ob nicht nach Abs. 1 des § 91 ZPO. die Zuziehung des Anwalts zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendig war und die Kosten des Anwalts aus diesem Grunde erstattungsfähig sind. Denn § 19 der BRBO. betrifft nur Abs. 2 des § 91 ZPO. (also wie Müller in Bd. 2, 505 ζ). Hiergegen Heine das.

ι) JW. 16 1433 Nr. 2 (LG. Greiz). Die Privatklage ist vor dem 1. Oktober 1915 erhoben, und es ist insbesondere auch die gesamte Tätigkeit, für die dem Verteidiger des Angeklagten die erstattet verlangten Gebühren und Pauschsätze erwachsen sind, vor dem 1. Oktober 1915 geleistet worden. In einem solchen Falle kann der § 19 Ziff. 2 EntlVO. nicht rückwirkend angewendet werden. Sein Zweck war offenbar der, die Parteien von der unnötigen Zuziehung eines Anwalts abzuhalten, um eine gütliche Beilegung nicht durch die Höhe der Kosten zu erschweren. Dieser Zweck konnte aber nicht mehr erreicht werden, wenn die Zuziehung des Anwalts bereits geschehen war; der Gesetzgeber hatte also zweifellos nur die Fälle künftiger Anwaltsannahme im Auge.

2. Privatklagen.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd 2, 505.)

5. DJZ. 16 543 (BayobLG.) Ein Ausspruch über die Frage der Nichterstattungspflicht der dem Privatkläger erwachsenen anwaltschaftlichen Vertretungskosten in dem Urteil ist nirgends vorgeschrieben; diese Frage ist vielmehr, wenn über die Notwendigkeit der Auslagen Streit entsteht, nach § 496 Abs. 2 StPO. in dem Kostenfestsetzungsverfahren zu entscheiden.

6. Die Frage der Anwendbarkeit des § 19 Ziff. 2 auf vor dem 1. Oktober anhängig gemachte Privatklagen (in Bd. 2, 505) ist jetzt ohne praktisches Interesse. Siehe hierzu JW. 16 352, 353; PostMSchr. 16 11.

§ 20.

Einschränkung der Berufung.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 2, 508.)

5. HansGZ. 16 BBl. 204 (Hamburg III). Wenn nach Erledigung des Hauptanspruchs über die Zinsen gestritten wird, so sind nur diese, nicht auch die Kosten des kontradiktorischen Verfahrens als Wert des Streitgegenstandes in Betracht zu ziehen.

6. JW. 16 1222 (LG. Essen). Wird nach Erledigung der Hauptsache über die Kosten gestritten und entschieden, so bilden nur die bis zur Erledigung der Hauptsache entstandenen Kosten den Streitgegenstand. Die durch Verhandlung und Entscheidung über die Kostenpflicht entstandenen Kosten bleiben gemäß § 4 ZPO. außer Betracht.

7. DJZ. 16 548 (LG. I Berlin). Die Entscheidung der Frage, ob durch Verzicht der Klagepartei auf einen Teil der Forderung nach Erlaß eines Urteils, aber vor Einlegung der Berufung, eine Herabminderung des Streitwerts der Berufung auf 50 M. und die Unzulässigkeit des Rechtsmittels nach der BRBO. v. 9. September 1915 herbeigeführt werden kann, hängt von der Würdigung des Zweckes dieser VO. ab. Sie stellt

ein Kriegsnotgesetz dar zum Zwecke einer Entlastung der Gerichte wegen zahlreicher Einberufung von Richtern. Dieser Zweck, der auf eine Verminderung der Berufungen abzielt, erfordert sinngemäß die Anwendung der Vorschrift auch auf den Fall, da nach Teilverzicht vor Einlegung der Berufung zur Zeit der Einlegung der Streitwert des Rechtsmittels in der Tat 50 M. nicht mehr überstiegen hat.

8. JW. 16 976 (Breslau VI). Erledigt sich im Laufe des Prozesses die Hauptforderung, so verlieren die Nebenforderungen ihren Charakter als solche und werden selbständige Forderungen. Dies gilt zunächst für die Zinsen der erledigten Hauptforderung. Diese Zinsen bilden dann den Streitgegenstand. Die Prozeßkosten gelten auch in diesem Falle noch als Nebenforderung, und erst, wenn auch die Zinsforderung erledigt ist, bilden die Prozeßkosten den Streitgegenstand.

9. Kallir a. a. O. 625. Die Ansichten über die Zweckmäßigkeit des Ausschlusses von Berufungen in geringfügigen Sachen sind geteilt.

10. Lemberg a. a. O. 484. In die Wertstufe bis zu 50 M. entfallen fast alle Prozesse, die unsere unbemittelte Bevölkerung überhaupt führt. Macht man für diese Prozesse die Erstattungspflicht bezüglich der Anwaltskosten von einem richterlichen Ermessen abhängig, dessen Ausübung sich nur sehr vereinzelt vorher übersehen läßt, so schließt man praktisch die Mitarbeit der Anwaltschaft in diesen Prozessen aus.

Dies hat für die unbemittelte rechtsuchende Bevölkerung die verhängnisvolle Wirkung, daß sie für die meisten ihrer Prozesse anwaltlichen Schutz und — zufolge gleichzeitiger Einschränkung des Rechtsmittels — die zweite Instanz zugleich verliert, ein Zusammentreffen von folgenschwerer Bedeutung. Für die Anwälte aber, die in den kleinen Prozessen als Berater der Bevölkerung mitwirken, bedeutet die Einschränkung des Wirkungskreises zumeist den Verlust der Klientel, die es dem Anwalt als Unfreundlichkeit deutet, daß er pflichtgemäß von einer Mitwirkung abgesehen hat und ihn deshalb fortan überhaupt nicht mehr zuzieht. Gerade diejenigen Teile der Anwaltschaft aber, die überwiegend die Rechtsstreitigkeiten der kleinen Bevölkerung führen, sind ohnehin diejenigen, die sich auch sonst schon in größter wirtschaftlicher Bedrängnis befinden.

§§ 21, 22.

Einschränkung der Beschwerde.

(Erläuterung 1 bis 7 in Bd. 2, 509, 510.)

8. OLG. 32 296 (Breslau I). Eine Entscheidung, in der statt auf Grund des § 102 ZPO., irrtümlich auf Grund des § 48 GKG. einem Rechtsanwalt eine Gebühr auferlegt ist, fällt nicht unter § 22.

9. JW. 16 513, LeipzZ. 16 485, OLG. 32 295, Recht 16 145 Nr. 309 (München I). Unter § 22 fallen auch Entscheidungen nach § 4 GKG.

10. Recht 16 201 Nr. 440 (München I). Auch Beschwerden des Anwalts in eigenem Namen nach § 12 RAGebO. sind unzulässig, wenn der Gebührenunterschied zugunsten des beschwerdeführenden Anwalts 50 M. nicht übersteigt.

11. OLG. 32 296 (Rostock II). § 22 ist anzuwenden auf die Beschwerde eines Anwalts gegen einen Wertfestsetzungsbeschluß aus § 12 GebO.

12. DJZ. 16 546 (Kiel II). § 22 der EntlastungsVO. bezieht sich auch auf die Gebühren der Zeugen und Sachverständigen.

13. JW. 16 769 (LG. Bochum). § 22 findet auch auf Privatklagen Anwendung; ebenso JW. 16 770 (LG. Saarbrücken) für die Nebenklage, hiergegen Zeller das.

14. HessRspr. 17 55 (LG. Darmstadt). § 22 ist auch auf die Kosten eines Nebenklägers anzuwenden. Der § 22 spricht von „Prozeßkosten" ohne wie in § 20 eine Beschränkung auf vermögensrechtliche Rechtsstreitigkeiten eintreten zu lassen und ohne Strafprozeßkosten auszuschließen. Hierzu kommt, daß die Absicht der VO. dahin ging, die Gerichte von Beschwerden in geringfügigen Sachen zu entlasten und gewiß nicht dahin, solche Kostensachen in Privat- und Nebenklagen hiervon wiederum auszunehmen, zumal gerade in

solchen Sachen die ausgiebigste Rechtsverfolgung auch wegen kleinlicher Dinge die Regel ist.

15. JW. 16 1434 Nr. 3 (LG. Essen). Aus der Unzulässigkeit eines Rechtsmittels in der Hauptsache folgt die Unstatthaftigkeit einer Anfechtung des Kostenpunktes (RG. 57, 311). Dieser Grundsatz gilt auch für den Fall des § 22 EntlVO. v. 9. September 1915/18. Mai 1916. Wäre also, mangels Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache, die Berufung nach § 20 Abs. 1 VO. ausgeschlossen gewesen, so ist auch die sofortige Beschwerde unzulässig, obwohl die Kostensumme 50 M. übersteigt.

§ 23.

Einschränkung des Mündlichkeitsgrundsatzes.

Allgemeines.

1. Kallee, GewuKfmG. 21 170. Da Sonderbestimmungen nicht entgegenstehen, ist § 23 auch auf das Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten anzuwenden.

2. Dörr, LeipzZ. 16 591. § 23 Abs. 1 gilt für alle Konsular- und Kolonialgerichte.

3. Eingabe des Vorstandes der BreslauerAK. an das RJA. BreslauAK. 16 27. Die §§ 23, 24 erschüttern die gesamte Grundlage unseres Zivilprozeßverfahrens. Wenn die Grundlage der Entscheidung nicht mehr die mündliche Verhandlung, wenn das Gerippe des schriftlichen Urteils nicht mehr ein von dem Richter hergestellter Tatbestand ist, sondern wenn das eine wie das andere durch Bezugnahme auf Schriftsätze ersetzt wird, die unter ganz anderen Voraussetzungen als denen der mündlichen Verhandlung hergestellt sind und der dauernden Nachprüfung und Ergänzung durch den Vortrag des Gegners und durch den hörenden Richter nicht unterworfen sind, so versinken alle festen Grundlagen des Zivilprozesses, seiner Verhandlung und Entscheidung in haltlose Unbestimmbarkeit. Was wird aus den Interessen und Rechten der Partei, wenn nicht mehr klar festzustellen ist, was Klagegrund ist, was rechtshängig geworden, was der Entscheidung der höheren Instanz unterbreitet wird, worüber rechtskräftig entschieden ist! Was wird aber auch aus der allgemeinen Rechtssicherheit?

4. Meyer, Schriftliche Entscheidung, Recht 16 162. Es möchte sich empfehlen, statt des ersten Satzes des § 23 der BRVO. folgendes zu bestimmen:

Hat bereits in einem früheren Termine eine mündliche Verhandlung stattgefunden, so kann das Gericht, wenn die Parteien durch Rechtsanwälte vertreten sind und diese zustimmen, ein Urteil oder einen Beweisbeschluß ohne nochmalige mündliche Verhandlung erlassen, wenn es nach dem früher mündlich Verhandelten und dem Ergebnis einer Beweisaufnahme, wie solche zu Protokoll festgestellt ist, den Sach- und Streitstand für hinreichend geklärt erachtet. Es ist zulässig, wenn das mündlich Verhandelte nicht im Gedächtnis aller an der Entscheidung teilnehmenden Richter ist, aus den Akten darüber, was früher vorgetragen ist, sich eine Überzeugung zu verschaffen.

I. Einverständnis der Parteien.

1. Wer kommt als Partei in Betracht? (in Bd. 2, 511).

2. Die Parteien müssen durch Rechtsanwälte vertreten sein (zu vgl. Bd. 2, 511).

Volkmar, DJZ. 16 596. Es ist angezeigt, das Antragsrecht nicht nur den Anwälten, sondern auch sonstigen Parteivertretern und den Parteien selbst zuzugestehen. Denn das Bedenken der Begr. zu § 23 der EntlastungsVO., daß, wo nicht Anwälte mitwirken, eine ausreichende Darstellung des Streitstoffs in den vorbereitenden Schriftsätzen meist fehle, erscheint nicht zutreffend und auch nicht durchschlagend, weil entscheidend sein muß, ob der Sach- und Streitstand schriftlich oder mündlich hinreichend geklärt ist. Außerdem möchte in Anlehnung an § 64 des LandesverwaltungsG. v. 30. Juli 1883 und das dort geregelte Verwaltungsstreitverfahren zu bestimmen sein, daß, wenn beide Parteien durch Anwälte vertreten sind, das Gericht berechtigt ist, am Terminstage bei Schluß der Sitzung

auch ohne Verhandlung und ohne diesbezüglichen Antrag auf Grund der Akten zu entscheiden, falls nicht seitens eines der Anwälte hiergegen Verwahrung eingelegt ist.

II. Welche Verfahrenslage wird vorausgesetzt?

(Abschnitt 1 bis 3 in Bd. 2, 512, 513.)

4. Hinreichende Klärung.

a) Wofür? in Bd. 2, 513.

b) Auf Grund früherer Verhandlung.

Ist die Berücksichtigung neuer Schriftsätze zulässig?

α. Bejahend vgl. zu Bd. 2, 513.

β. Verneinend (Erläuterung αα bis γγ in Bd. 2, 513, 514).

δδ. Predari, GruchotsBeitr. 60 708. Schriftsätze, die zwischen dem eine weitere mündliche Verhandlung nicht für erforderlich erklärenden Beschluß und der Mitteilung der Entscheidung liegen und neues Vorbringen enthalten, dürften nicht anders zu behandeln sein, wie Schriftsätze, die zwischen dem Schlusse der mündlichen Verhandlung und der Verkündung der Entscheidung liegen. Ein Recht auf ihre Berücksichtigung haben die Parteien nicht, aber das Gericht kann aus ihnen den Anlaß zur Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung entnehmen (§ 156 ZPO.).

c) Vor dem ebenso besetzten Gericht.

(Erläuterung α bis γ in Bd. 2, 514.)

δ. KGBl. 16 66, JW. 16 1356 (KG. XIII). Eine Entscheidung ohne mündliche Verhandlung auf Grund des § 23 der EntlastungsVO. v. 9. September 1915 können nur diejenigen Richter erlassen, die an der letzten mündlichen Verhandlung teilgenommen haben.

Urteil.

§§ 24 bis 26.

§ 24.

I. Auslegung des § 24.

(Erläuterung 1 bis 6 in Bd. 516, 517.)

7. Kallee, GewuKfmG. 21 170. § 24 gilt auch für die Urteile der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

8. Dörr, LeipzZ. 16 591. § 24 gilt für alle Konsular- und Kolonialgerichte.

9. Graßhof, DJZ. 16 331. Die Hervorhebung der Anträge (§ 313 Nr. 3 ZPO.) kann durch die Bezugnahme auf die vorbereitenden Schriftsätze nicht ersetzt werden.

10. RG. VI, WarnE. 16 294. Die Rüge des mangelhaften Tatbestandes trifft in bezug auf den mit „Tatbestand" überschriebenen Abschnitt des Urteils zu, denn dieser enthält außer den Anträgen fast nur die Verweisung auf Schriftsätze und auf das erste Urteil, das seinerseits wieder zahlreiche Verweisungen enthält. Dabei handelt es sich um teilweise sehr umfangreiche Schriftsätze, in denen die Parteien ihre Ausführungen entsprechend der jeweiligen Prozeßlage machen und die nicht dazu bestimmt und geeignet sind, den Sach- und Streitstand in der letzten, dem Urteile zugrunde liegenden mündlichen Verhandlung richtig und vollständig wiederzugeben, wie es auch § 24 EntlVO. vorschreibt. Der Vorderrichter hat aber zu Eingang seiner Entscheidungsgründe eine Sachdarstellung gegeben, die im Zusammenhang mit seinen sonstigen Ausführungen und den angezogenen Aktenteilen eine Nachprüfung des Urteils ermöglicht, so daß die Zurückverweisung der Sache zur besseren Aufklärung des Sach- und Streitstands nicht geboten erscheint (JW. 12 249 Nr. 18).

11. Neumann, JW. 16 1329. § 24 VO. ist keine Gesetzesänderung, sondern nur eine im Interesse der Vermeidung überflüssigen Schreibwerks sehr nützliche authentische Interpretation des § 313 Abs. 2 ZPO.

II. Beurteilung des § 24.

(Erläuterung 1 bis 7 in Bd. 2, 517.)

8. Kallir a. a. O. 625. Gegen die Vorschrift über den verkürzten Tatbestand (§ 24), die während der Kriegszeit erträglich sein mag, erheben sich Bedenken. Sie entlastet zwar den ersten Richter oder Referenten, erschwert aber den Richtern und Anwälten der höheren Instanz die Arbeit. Es wird oft zweifelhaft sein, was eigentlich Tatbestand ist, und damit wird die Grundlage für die Einreden der Klageänderung, Rechtshängigkeit und Rechtskraft erschüttert. Ein guter Tatbestand ist das beste Mittel der Selbstkontrolle für den Richter. Werden die Akten vernichtet, so ist später aus dem Urteil der Tatbestand oft nicht zu erkennen. Es ist auch schon vorgekommen, daß der Tatbestand nicht einmal die Parteianträge wiedergab. Die Klage war zum Teil zugesprochen, wegen des „Mehrgeforderten" abgewiesen, dessen Betrag also aus dem Tatbestand nicht erkennbar war. Ein kurzes juristisches Gerippe wird auch im Tatbestand gegeben werden müssen. Für die Partei, für welche das Urteil doch in erster Linie bestimmt ist, bleibt ein Urteil, das in der Hauptsache aus der Anführung der Daten der Schriftsätze und der Aktenstellen besteht, unverständlich.

§ 25.

Kallee, GewuKfmG. 21 170. § 25 gilt auch für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Zuständigkeit.

§ 27.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 2, 518, 519.)

6. Kallee, GewuKfmG. 21 169. Nach § 27 kann das LG. nunmehr die Sache auch an ein Gewerbe- oder Kaufmannsgericht verweisen.

7. OLG. 32 297 (Hamburg III). Keine Verweisung an das zuständige Landgericht durch das Berufungsgericht, wenn das erste Urteil vor dem 1. Oktober 1915 ergangen ist.

8 DJZ. 16 451 (Karlsruhe III). Die Verweisung an das zuständige LG. ist auch noch in der Berufungsinstanz durch unanfechtbaren Beschluß gleichzeitig mit dem die Berufung des Klägers gegen die vor dem 1. Oktober 1915 erfolgte Klageabweisung wegen örtlicher Unzuständigkeit zurückweisenden Urteil möglich. Die Kosten der Berufungsinstanz sind aber dabei dem Kläger aufzuerlegen, und nur die in erster Instanz vor dem zu Unrecht angegangenen LG. erwachsenen Kosten können als Teil der Kosten behandelt werden, welche bei dem im Verweisungsbeschluß bezeichneten LG. erwachsen werden (§ 505 ZPO. Abs. 1 und 2).

9. Volkmar, DJZ. 16 596. Es empfiehlt sich, den § 505 ZPO. und § 27 der EntlastungsVO. v. 9. September 1915 auch auf das Verhältnis der ordentlichen Gerichte zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten auszudehnen, also zu bestimmen, daß das ordentliche Gericht, auch wenn es das Gewerbe- oder Kaufmannsgericht für zuständig erachtet, durch unanfechtbaren und bindenden Beschluß seine Unzuständigkeit und die Verweisung der Sache an das zuständige Gewerbe- oder Kaufmannsgericht auszusprechen hat. Selbstverständlich müßte alsdann das gleiche Verweisungsrecht auch den Kaufmanns- und Gewerbegerichten gegenüber den ordentlichen Gerichten gegeben werden.

b) Bekanntmachung über Änderungen der Verordnung zur Entlastung der Gerichte vom 9. September 1915 (RGBl. 562). Vom 18. Mai 1916. (RGBl. 393.)

Der Bundesrat hat ... folgende Verordnung erlassen:

Art. 1. Die Verordnung zur Entlastung der Gerichte vom 9. September 1915 (RGBl. 562) wird wie folgt geändert:

I. Die §§ 1 bis 12 (Mahnverfahren vor den Landgerichten) werden aufgehoben.

II. Der § 16 Nr. 2 wird gestrichen. Statt dessen wird folgende Vorschrift als § 14a eingefügt:

Die Frist für den Widerspruch wird von dem Gericht in dem Zahlungsbefehle bestimmt; sie ist den Vorschriften über die Einlassungsfrist entsprechend zu bemessen.

III. Der § 19 wird aufgehoben.

IV. Der § 20 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Die Zulässigkeit der Berufung ist, wenn die Berufung ausschließlich einen Anspruch betrifft, der die Zahlung einer Geldsumme zum Gegenstande hat, durch einen den Betrag von fünfzig Mark übersteigenden Wert des Beschwerdegegenstandes bedingt. Als ein Anspruch, welcher die Zahlung einer Geldsumme zum Gegenstande hat, gilt auch der Anspruch aus einer Hypothek, einer Grundschuld oder einer Rentenschuld.

V. Der § 22 erhält folgende Fassung:

Im Falle des § 99 Abs. 3 der Zivilprozeßordnung unterliegt die Entscheidung einer sofortigen Beschwerde nur, wenn die Beschwerdesumme den Betrag von fünfzig Mark übersteigt.

Art. 2. Diese Verordnung tritt mit dem 22. Mai 1916 in Kraft.

Rechtsstreitigkeiten vor den Landgerichten, in denen die Klageschrift vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung eingereicht ist, unterliegen den bisherigen Vorschriften über das Mahnverfahren vor den Landgerichten. Ist im Verfahren vor den Amtsgerichten die Klage oder das Gesuch um Erlaß des Zahlungsbefehls vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung angebracht, so bemißt sich die Frist für den Widerspruch nach den bisherigen Vorschriften.

Die Kostenerstattung auf Grund der vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung verkündeten Entscheidungen richtet sich nach den bisherigen Vorschriften. Das gleiche gilt für die Kostenerstattung auf Grund anderer Entscheidungen, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung ergangen sind.

Die Zulässigkeit der Berufung und der Beschwerde gegen die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung verkündeten Entscheidungen richtet sich nach den bisherigen Vorschriften. Das gleiche gilt für die Zulässigkeit der Beschwerde gegen andere Entscheidungen, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung ergangen sind.

Begründung. (D. R. IX 210.)

Die Verordnung zur Entlastung der Gerichte vom 9. September 1915 (RGBl. 562) hat in den Kreisen der Rechtsanwälte Widerspruch erfahren, der um so lebhafter geäußert wurde, je mehr die Lage der Rechtsanwaltschaft infolge der durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse sich verschlechterte. Die Bedenken, welche von dieser Seite gegen die in der Verordnung enthaltenen Neuerungen erhoben wurden, veranlaßten die Reichs-Justizverwaltung, die in Betracht kommenden Fragen mit einigen Vertretern der Rechtsanwaltschaft zu erörtern, die zu diesem Zwecke von dem Vorstand des Deutschen Anwaltsvereins und von der Vereinigung der Vorstände deutscher Anwaltskammern abgeordnet wurden. Inzwischen hatte auch der Reichstag die Verordnung zum Gegenstande der Verhandlung gemacht und in der Sitzung v. 8. April 1916 (StenBer. 952 ff.) eine Resolution angenommen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

1. alsbald unter Berücksichtigung der in der Zeit der Anwendung gewonnenen Erfahrungen eine Änderung der Entlastungsverordnungen vom 9. September und 7. Oktober 1915 herbeizuführen, insonderheit in der Richtung, daß
   1. die §§ 19, 22 der Verordnung vom 9. September aufgehoben werden,
   2. die Bestimmung des § 20 dieser Verordnung auf Geldforderungen bis zu 50 M. beschränkt wird,

3. die Befugnis zum Erlasse von Strafbefehlen über die bisherigen Grenzen ausgedehnt wird;
2. vor dem Erlasse neuer Verordnungen auf dem Gebiete der Rechtspflege die berufenen Vertretungen der Rechtsanwaltschaft anzuhören.

Die hiernach vom Reichstag beanstandeten Vorschriften konnten gegen dessen Widerspruch nicht aufrechterhalten werden. Andererseits ließ das Ergebnis der Verhandlungen mit der Rechtsanwaltschaft es nicht zweckmäßig erscheinen, sich auf die vom Reichstag gewünschten Änderungen zu beschränken.

Die hiernach auf Grund des § 3 des sogenannten ErmG. erlassene Bek. vom 18. Mai 1916 hebt zunächst die Vorschriften der Verordnung über das Mahnverfahren vor den Landgerichten (§§ 1 bis 12) auf. Gegen die neue Verfahrensart war auch aus Richterkreisen eingewendet worden, daß sie keine wesentliche Entlastung bedeute, andererseits aber Verzögerungen zur Folge habe. Die Ergebnisse des Mahnverfahrens vor den Landgerichten sind zwar nicht ungünstig: in Preußen wurde nach einer vorläufigen Berechnung bei gewöhnlichen Prozessen in 47 v. H., bei Urkunden- und Wechselprozessen in 29 v. H. der Fälle Widerspruch erhoben, während in 31 v. H. der gewöhnlichen Prozesse und 57 v. H. der Urkunden- und Wechselprozesse Vollstreckungsbefehl erging. Immerhin ist die Gesamtzahl der in Betracht kommenden Rechtsstreitigkeiten nicht so groß, daß die Beibehaltung der Verfahrensart im Interesse einer Verminderung der Geschäftslast geboten gewesen wäre.

Im Verfahren vor den Amtsgerichten ist das notwendige Mahnverfahren beibehalten worden. Dies empfahl sich schon deshalb, weil dieses Verfahren namentlich in Ansehung der Gerichtskosten erheblich billiger ist als das Versäumnisverfahren. Die Verordnung hat eine Änderung nur insoweit vorgesehen, als die Frist für den Widerspruch auch im ordentlichen Mahnverfahren beweglich gestaltet ist, wie dies schon bisher für das Urkunden- und Wechsel-Mahnverfahren bestimmt war.

Im übrigen sind die vom Reichstage gewünschten Änderungen vorgenommen worden. Die Einschränkung der Erstattungsfähigkeit von Anwaltskosten in geringfügigen amtsgerichtlichen Streitsachen und im Verfahren auf erhobene Privatklage (§ 19) ist beseitigt. Das Erfordernis einer Berufungssumme von mehr als fünfzig Mark (§ 20) ist auf den Fall beschränkt, daß die Berufung ausschließlich einen Anspruch betrifft, der die Zahlung einer Geldsumme zum Gegenstande hat. Schließlich ist die Beschwerde gegen Entscheidungen in betreff der Prozeßkosten (§ 22) wieder ohne Rücksicht auf den Wert des Beschwerdegegenstandes zugelassen. Nur für den Fall der Beschwerde gegen ein Kostenurteil (§ 99 Abs. 3 der Zivilprozeßordnung) mußte man das Erfordernis einer Beschwerdesumme von mehr als fünfzig Mark beibehalten, um mit dem Falle, in welchem die Anfechtung des Kostenurteils im Wege der Berufung erfolgt, in Übereinstimmung zu bleiben (§ 99 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung).

I. Die Vorstellungen der Rechtsanwaltschaft gegenüber der EntlVO. a. F.

1. Eingabe des Vorstandes des Deutschen Anwaltvereins an den Staatssekretär des Reichsjustizamts. JW. 16 559. Von vielen Rechtsanwälten und örtlichen Anwaltvereinen, auch von Anwaltskammervorständen sind uns Mitteilungen zugegangen, nach denen in den Kreisen der Rechtsanwaltschaft gegen eine Reihe von Bestimmungen der Verordnung ernstliche Bedenken entstanden sind. Die Berechtigung dieser Bedenken wird auch von uns anerkannt.

Da es sich um eine Verordnung für die Dauer des Krieges handelt, so konnte die Frage entstehen, ob es nicht angemessen sei, jede Erörterung bis zum Ende des Krieges hinauszuschieben. Allein schon vor dem Kriege war die wirtschaftliche Lage des Anwaltstandes eine so schwierige geworden, daß wir uns veranlaßt sahen, eine Gebührenerhöhung zu beantragen, und nachdem der Krieg eine schwere wirtschaftliche Bedrängnis weiter Kreise der Rechtsanwaltschaft bewirkt hat, wird es von vielen Berufsgenossen und gerade auch von Angehörigen des Heeres schwer empfunden, wenn jetzt diese Notlage durch eine

Kriegsverordnung verschärft wird. Es fragt sich daher, ob nicht einige Bestimmungen schon während des Krieges abgeändert werden können.

Auch ist vielleicht die Zeit nicht fern, in der seitens des Reichs-Justizamts und der Landesjustizverwaltungen über die praktische Bewährung der Verordnung werden Ermittlungen angestellt werden, bei denen die von uns hervorzuhebenden Gesichtspunkte werden Berücksichtigung finden können.

Endlich handelt es sich auch um grundsätzliche Fragen, in denen wir ein auch nur zeitweises Verlassen des von uns für richtig erachteten Standpunktes nicht glauben stillschweigend hinnehmen zu dürfen.

Eine solche grundsätzliche Bedeutung hat für uns der § 19 der Verordnung. Nach § 91 ZPO. sind die Gebühren und Auslagen des Rechtsanwalts in allen Prozessen zu erstatten, es wird also dort die Anwaltschaft als ein notwendiges Organ der Rechtspflege, die Zuziehung des Rechtsanwalts wird ohne weiteres als zweckentsprechend anerkannt, und die Prüfung der Notwendigkeit der Zuziehung eines Rechtsanwalts bleibt lediglich der Partei überlassen. Im Gegensatz hierzu ist nach § 19 im Verfahren vor den Amtsgerichten bei einem Streitwert bis zu 50 M. und in Privatklagesachen zu prüfen, ob die Zuziehung des Rechtsanwalts zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendig war. Durch diese bedeutsame Abweichung von einem wohlerwogenen Grundprinzip unserer Prozeßordnung wird die Stellung des Rechtsanwalts notwendigerweise herabgedrückt; die Frage, ob seine Zuziehung nicht „überflüssig" war, wird zum ständigen Gegenstande unerfreulicher, sein Ansehen gegenüber der Partei gefährdender Erörterungen. Dazu kommt, daß die Prüfung dieser Frage, für die eine Reihe allgemeiner Gesichtspunkte maßgebend ist, in erster Reihe den Gerichtsschreibern und bezüglich der Kosten der Zwangsvollstreckung den Gerichtsvollziehern obliegt. Für den Rechtsanwalt ist es doppelt beschämend, wenn von diesen Stellen über die Notwendigkeit seiner Zuziehung entschieden wird. Ein vollständiges Urteil darüber, ob ein Rechtsanwalt als Prozeßvertreter zu bestellen war, setzt die genaue Kenntnis des Ganges der Verhandlung, auch die Kenntnis von Tatsachen, die aus den Akten nicht hervorgehen, eine Prüfung der Verhältnisse und Rechtskenntnisse der Parteien und besonders einen Überblick über die Rechtslage voraus.

In vielen Fällen kann die Frage, ob die Rechtslage schwierig genug war, um die Zuziehung eines Rechtsanwalts zu rechtfertigen, ein gründliches Studium der Rechtsfrage erfordern, das dem Gerichtsschreiber nicht zuzumuten ist. Gerade diejenigen Richter aber, die bestrebt sind, die Interessen beider Teile zu wahren, werden geneigt sein, regelmäßig die Zuziehung eines Anwalts als überflüssig zu erachten.

In erster Reihe wird das rechtsuchende Publikum von den neuen Bestimmungen betroffen. Es ist dem natürlichen Rechtsempfinden entsprechend, daß derjenige, der sein gutes Recht verfolgt oder verteidigt, sich ohne die Gefahr einer Kostenlast eines rechtskundigen Vertreters bedienen darf und man ihm nicht noch nach erfolgreicher Durchführung des Rechtsstreits den Beweis dafür aufbürdet, daß er wegen der Schwierigkeit der Rechtslage oder seiner Unabkömmlichkeit veranlaßt gewesen sei, einen Rechtsanwalt zu bestellen.

Die grundsätzlichen Bedenken gegen § 19 fallen für die Rechtsanwaltschaft um so stärker ins Gewicht, als sie sich gegen Strömungen zu wehren hat, die darauf gerichtet sind, die Mängel in dem Wirken der Rechtsanwälte hervorzuheben und Maßregeln zu empfehlen, die den um ihre Existenz kämpfenden Rechtsanwälten die Erhaltung eines lebensfähigen Anwaltstandes erschweren, von Vertretern dieser Richtung aber die Neuerung schon jetzt als ein Erfolg ihrer Bestrebungen und als der Anfang einer weitergehenden Entwicklung begrüßt wird.

Unsere Kritik erledigt sich daher nicht durch den Hinweis auf die Geringfügigkeit der Sachen. Bei der Beurteilung der finanziellen Wirkung darf aber auch nicht der Maßstab eines großstädtischen vielbeschäftigten Anwalts angelegt werden, der zufrieden ist, von der Last kleiner Prozesse befreit zu werden. Denn die Einbuße, welche die in kleinen Städten tätigen Rechtsanwälte erleiden, für welche die in Rede stehenden Prozesse einen sehr großen

Teil ihrer Sachen ausmachen, ist erheblich. Gerade die wirtschaftlich schwächsten Amtsgerichtsanwälte werden durch die Verordnung geschädigt. Außerdem liegt es nahe, daß diejenigen, die sich infolge der neuen Bestimmung daran gewöhnt haben, bei den kleinsten Streitwerten auf die Hilfe der Rechtsanwälte zu verzichten, diese Übung auf größere Objekte ausdehnen werden, und die unerwünschte Zuziehung von Rechtskonsulenten und Winkeladvokaten auf Kosten der Rechtsanwaltschaft wachsen wird. Das Publikum, das während des Krieges sich vom Rechtsanwalt abgewendet und sich dem Rechtskonsulenten zugewendet hat, wird vielfach auch nach Wiederaufhebung der Verordnung den Weg zum Rechtsanwalt nicht zurückfinden.

Aus den zahlreichen Besprechungen in der juristischen Literatur sei nur eine Bemerkung Miltners (LeipzZ. 15 1271) hervorgehoben: „Unausgesprochen kann aber nicht bleiben, daß die VO. sowohl in ihrer Gesamtwirkung, als vermöge einzelner Vorschriften, z. B. des § 19 auf eine Schmälerung der Gebühreneinnahmen der Rechtsanwälte hinauslaufen muß. Es ist zu bedauern, daß in der VO. anscheinend nicht möglich war, auch in Ansehung der Rechtsanwaltsgebühren, den Gesichtspunkt der Abhilfe wirtschaftlicher Schädigung vorwalten zu lassen."

Die deutsche Rechtsanwaltschaft ist sich dessen bewußt, daß sie wie andere Stände Schädigungen, die der Krieg notwendig mit sich bringt, während der Kriegszeit ruhig zu ertragen hat. Sie darf auch darauf hinweisen, daß viele Rechtsanwälte bemüht sind, durch Mitarbeit in Rechtsauskunftsstellen, Einigungsämtern usw. dem notleidenden Teile des Volkes Beistand zu leisten. Hier aber handelt es sich um eine Maßregel, die weder die wirtschaftliche Bedrängnis des Volkes lindert noch den Gerichten eine wesentliche Entlastung verschaffen kann, deren Notwendigkeit übrigens mindestens in großen Teilen des Reichs, wie z. B. in Bayern und Sachsen von maßgebenden Stellen verneint wird. Der Entlastung, die durch leichtere Abschließung eines Vergleichs beim Mangel von Anwaltskosten entstehen kann, steht gegenüber die Erfahrung, daß die Geringfügigkeit der Kosten den Entschluß zur Prozeßführung erleichtert, ferner der Wegfall der vermittelnden Tätigkeit vieler Anwälte und die Tatsache, daß eine Verhandlung ohne Anwälte viel zeitraubender ist, als eine durch Anwälte vorbereitete und unter ihrer Mitwirkung sich vollziehende Verhandlung.

Auch gegen die §§ 20 bis 22 haben wir Bedenken grundsätzlicher Art zu erheben.

Die Ausschließung jedes Rechtsmittels bei kleinen Objekten ist geeignet, das bei ihnen beteiligte rechtsuchende Publikum zu schädigen. Für den Armen bedeutet ein Gegenstand von dem in Rede stehenden Wert unter Umständen so viel wie für andere eine große Summe. Die Rechtsfragen, um die es sich bei kleinen Objekten handelt, können ebenso schwierig und wichtig sein wie bei großen Streitgegenständen. Auch bei den kleinen Objekten gibt es sogenannte typische Fälle, die sich sehr oft wiederholen, und nur oder fast nur bei kleinen Objekten vorkommen.

Die Richter sind selbstverständlich von sehr verschiedener Befähigung, und selbst hervorragende Richter haben nach eigener Erklärung an sich die Erfahrung gemacht, daß sie als Einzelrichter unter Umständen in der Gefahr waren, sich in eigenartige unrichtige Rechtsauffassungen zu verirren.

Es muß die Möglichkeit bestehen bleiben, daß wesentliche Irrtümer in der Rechtsprechung durch eine höhere Instanz ausgeglichen werden. Nach dem Preußischen Gesetz v. 20. März 1854 war für Bagatellsachen ein Rekurs zulässig, wenn ein Rechtsgrundsatz verletzt, gegen die klare Lage der Sache erkannt war, erhebliche Tatsachen unbeachtet gelassen, oder wesentliche Prozeßvorschriften verletzt waren. Ein solches Rechtsmittel könnte ausreichen, um eine Vereinfachung herbeizuführen, ohne die mit der Abschneidung jedes Rechtsmittels verbundene Schädigung mit sich zu bringen; man könnte auch eine noch größere Vereinfachung der Rechtsmittel für möglich halten, aber die in den §§ 20 bis 22 gegebene Verkürzung der Rechte der Parteien, durch die zugleich eine wirtschaftliche Schädigung der Anwälte entsteht, erscheint uns nicht gerechtfertigt. —

Das notwendige Mahnverfahren ist dazu bestimmt, die Geschäftslast der Gerichte

zu erleichtern. Soviel uns bekannt geworden, erfüllt es nach der bisherigen Erfahrung diesen Zweck nicht.

Nach den früheren Verfahren beraumte das Gericht Termin an. Im Termin stellte der Kläger den Antrag und trug mit einigen Worten das Streitverhältnis vor. Das Gericht hatte schon vorher die Schlüssigkeit der Klage geprüft; es stellte die Zustellung fest und erließ gegen den nichterschienenen Beklagten das Versäumnis-Urteil. Kleine Unstimmigkeiten, z. B. im Zinsenpunkte, wurden durch entsprechende Änderungen des Klagantrags erledigt. Wenn in der Klage eine zu ihrer Begründung notwendige Behauptung fehlte, so teilte dies der Richter im Termin dem Anwalt des Klägers mit. Dieser nahm dann regelmäßig von dem Antrag auf Versäumnisurteil Abstand, um durch neue Ladung den Mangel zu beheben. Alles das wurde in wenigen Minuten erledigt. Die nichtstreitigen Sachen belasteten den Verhandlungstermin nur in geringem Umfange.

Nach dem neuen Verfahren muß der Richter die Klage einer Prüfung nach drei Richtungen unterziehen:

1. Handelt es sich um einen mahnfähigen Anspruch?
2. Ist zu erwarten, daß der Beklagte den Anspruch bestreiten und sich auf die Klage einlassen werde?
3. Entspricht die Klage den Vorschriften des § 253 Abs. 2 ZPO.? Ist sie schlüssig begründet, sind die Kosten richtig berechnet?

Ergibt sich bei dem dritten Punkte ein — noch so geringfügiger — Umstand, so hat der Richter den Kläger zu hören. Der Kläger hat sich zu äußern. Beides geschieht schriftlich, ist deshalb umständlich und zeitraubend. Erst wenn alles dies erledigt ist, kann er den Zahlungsbefehl erlassen. Nach Zustellung des Zahlungsbefehls und Ablauf der Widerspruchsfrist erläßt der Gerichtsschreiber den Vollstreckungsbefehl. Seine Prüfung erstreckt sich insbesondere darauf:

1. Ob der Kläger den erforderlichen Antrag in gehöriger Form gestellt hat.
2. Ob der Zahlungsbefehl den Hinweis auf den Anwaltszwang enthält.
3. Ob die Widerspruchsfrist abgelaufen ist.
4. Ob die Frist entsprechend der Entlassungsfrist bemessen war.
5. Ob Widerspruch nicht erhoben ist.
6. Ob die besonderen Kosten des Vollstreckungsbefehls richtig berechnet sind.
7. Ob der Beklagte etwa Kriegsteilnehmer und das Verfahren deshalb unterbrochen ist.

(Trendelenburg, Komm. zur EntlV. § 5 Anm. 1.)

Es liegt auf der Hand, daß dieses Verfahren keinesfalls einfacher ist, als die bisherige Behandlung der Versäumnissachen. Bedeutet in diesen Fällen das notwendige Mahnverfahren keine Entlastung, so tritt eine direkte Mehrbelastung ein in den Fällen, wo der Beklagte Widerspruch erhebt. Der Widerspruch ist überaus bequem und einfach; er bedarf keiner Begründung. Auch die Beklagten, die keine Einwendungen gegen den Anspruch haben, legen in zahlreichen Fällen Widerspruch ein, nur um Zeit zu gewinnen. Für diesen Vorteil nehmen sie gern die entstehenden Mehrkosten in Kauf. Die Erfahrung des Anwalts lehrt, daß im allgemeinen der Widerspruch nur in zwei Gruppen von Fällen ausbleibt: Einmal wenn der Schuldner vollkommen vermögenslos ist, etwa den Offenbarungseid geleistet hat, so daß er die Pfändung nicht zu befürchten braucht und sodann, wenn der Zahlungsbefehl auf Grund Einverständnisses zwischen Gläubiger und Schuldner erwirkt wird.

Im neuen landgerichtlichen Mahnverfahren unterliegt der Widerspruch dem Anwaltszwang. Das hat zur Folge, daß hier die grundlosen Widersprüche etwas seltener sind, sie sind aber auch in diesem Verfahren noch häufig genug. Der erfahrene Schuldner erteilt dem Anwalt erst im letzten Augenblick der Widerspruchsfrist Auftrag, so daß der Anwalt regelmäßig keine Zeit hat nachzuprüfen, ob dem Schuldner begründete Einwendungen zur Seite stehen. Bei dem Wechsel-Zahlungsbefehl ist überdies die Widerspruchsfrist so kurz, daß der Schuldner häufig auch bei gutem Willen außerstande ist, dem Anwalt noch

während dieser Frist ausreichende Information zu erteilen. Nach privaten Berechnungen sind beim Amtsgericht Leipzig die Fälle, in denen Widerspruch erfolgte, ungefähr ebenso zahlreich wie die durch Vollstreckungsbefehl erledigten Fälle, bei dem Königl. Landgericht Leipzig ist das Verhältnis noch ungünstiger.

In allen Fällen, wo zunächst Zahlungsbefehl und alsdann Versäumnisurteil ergeht, erweist sich das Mahnverfahren als ein zweckloser Umweg. Die gesamte bis zum Widerspruch verrichtete Arbeit ist umsonst getan. Das gleiche gilt dann, wenn die Sache nach Einlegung des Widerspruchs streitig wird. Zugleich hat das Mahnverfahren in diesen Fällen eine Verzögerung zur Folge, die nicht selten für den Gläubiger gefährlich wird. Sie beträgt bei dem Landgericht trotz der Kürze der Ladungsfrist (§ 7 d. VO.) etwa eine Woche. Bei dem Amtsgericht tritt eine Verzögerung zumeist sogar in den Fällen ein, die mit Vollstreckungsbefehl endigen. Denn die Widerspruchsfrist im amtsgerichtlichen Verfahren ist starr und beträgt stets eine Woche, während die Einlassungsfrist sich zumeist auf 3 Tage beläuft (ZPO. § 499).

Berechtigt ist das Mahnverfahren nur in den Fällen, wo mit einiger Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden kann, der Schuldner werde nicht Widerspruch erheben. Für diese Fälle reicht aber das bisherige freiwillige Mahnverfahren aus. Den Gläubiger zu zwingen, sich dieses Verfahrens zu bedienen, liegt nicht der geringste Grund vor. Ein solcher Zwang ist im Gegenteil gesetzespolitisch bedenklich, weil er das rechtsuchende Publikum dazu ermuntert, seine Prozeßangelegenheiten — ohne vorherige Besprechung mit einem Anwalt — durch amtsgerichtlichen Zahlungsbefehl zu beginnen. Daher rühren zahlreiche Streitsachen, die unbedacht und unter verkehrter Beurteilung des Streitverhältnisses anhängig gemacht werden. Gerade diese von vornherein falsch angelegten Sachen pflegen den Gerichten besondere Mühe zu verursachen.

Das notwendige Mahnverfahren ist zur vorübergehenden Entlastung der Gerichte ebenso ungeeignet, wie als dauernde Einrichtung.

Der § 23 bietet insofern nichts Neues gegenüber der bisherigen Praxis, als er bezweckt, bei einer in mehreren Terminen verhandelten Sache den überflüssigen Neu-Vortrag des gesamten Streitstoffs in der Schlußverhandlung zu vermeiden. Mit Rücksicht auf die bereits bestehende Praxis ist die entlastende Wirkung des § 23 gering anzuschlagen. Die Bestimmung gibt indessen zu Bedenken Anlaß. Aus der gesetzlichen Anerkennung der Durchbrechung des Mündlichkeitsprinzips kann sich leicht der Anreiz zu weiterer Beschränkung der Terminsarbeit ergeben. Die mit dem Umfange des Aktenmaterials wachsende Neigung, die Voraussetzungen des § 23 für gegeben zu erachten, kann dazu führen, daß nicht immer mit der gebotenen Genauigkeit geprüft wird, ob der Sach- und Streitstand hinreichend geklärt ist. Das Erfordernis der Zustimmung der Prozeßbevollmächtigten ist zudem dazu angetan, Verstimmungen zwischen ihnen und dem Gerichte zu schaffen in Fällen, in denen der Anwalt aus wohlerwogener Rücksicht auf die Interessen seiner Partei dem auf Vermeidung des Sachvortrags gerichteten Wunsche des Gerichts nicht glaubt entsprechen zu können, und dennoch andere als sachliche Beweggründe bei ihm vorausgesetzt werden. Endlich gibt die Vorschrift, daß die Verkündung der Entscheidung durch schriftliche Mitteilung ersetzt wird, zu Zweifeln hinsichtlich ihrer Form und der Wirkung namentlich für Fristen und Rechtsmittel Anlaß.

Der § 24 läßt es zu, während nach § 313 Abs. 2 ZPO. bei der Darstellung des Tatbestandes eine Bezugnahme auf den Inhalt der vorbereitenden Schriftsätze und auf die zum Sitzungsprotokoll erfolgten Feststellungen nicht ausgeschlossen ist, an die Stelle des Tatbestandes jene Bezugnahme zu setzen unter der Voraussetzung, daß Schriftsätze und Feststellungen den Sach- und Streitstand richtig und vollständig wiedergeben. Sicherlich wird damit eine Entlastung des Urteilsverfassers herbeigeführt. Unabweisbar ist aber die Gefahr, daß mit dem Wegfall der Schreibarbeit auch die Gedankenarbeit eingeschränkt wird, die mit der Abfassung des Tatbestandes nach Vorschrift des § 313 Ziff. 3 ZPO. verbunden ist und eine Grundlage nicht nur für die Richtigkeit des Tenors, sondern auch für die Klarheit und Vollständigkeit der Entscheidungsgründe bildet. Ein gemäß § 24 abge-

faßtes Urteil bleibt in der Regel unverständlich für die Partei, die den Inhalt der Schriftsätze nicht übersieht, für den zweitinstanzlichen Anwalt, der die Frage der Berufung zu prüfen hat, und für das Gericht zweiter Instanz. In der Berufungsverhandlung tritt an die Stelle des Tatbestandsvortrags ein Verlesen aller Schriftsätze erster Instanz, so daß der Entlastung des Urteilsverfassers eine Mehrbelastung des Kollegiums der höheren Instanz und der dort tätigen Rechtsanwälte gegenübersteht. Mit der Preisgabe des Tatbestandes entfällt aber auch die Möglichkeit, aus dem Urteile selbst dessen Tragweite zu erkennen, besonders die Grenzen seiner Rechtskraftwirkung. Dabei birgt der § 24 wie jede Vorschrift, die eine ohne sie zu leistende mühsame Arbeit ersparen läßt, die Tendenz in sich, auch dann angewendet zu werden, wenn die Voraussetzung, daß Schriftsätze und Protokollfeststellungen den Sach- und Streitstand richtig und vollständig wiedergeben, nicht erfüllt ist. Ungewißheit bezüglich der tatsächlichen Grundlage des Urteils kann in häufigen Fällen eintreten und zeitraubende Erörterungen, namentlich in der Berufungsinstanz, aber auch vor dem Revisionsgerichte veranlassen.

In Vorstehendem haben wir die unseres Erachtens in Betracht kommenden Hauptgesichtspunkte hervorgehoben.

Wir sind damit beschäftigt, weiteres Material zu sammeln, das sich aus den von den Rechtsanwälten bei der Anwendung der Verordnung gemachten Erfahrungen ergibt, und sind bereit, es seinerzeit dem Reichs-Justizamt zur Verfügung zu stellen.

Wir bitten um Prüfung unserer Ausführungen, besonders bezüglich derjenigen Bestimmungen, gegen die sich unsere grundsätzlichen Bedenken richten.

Wir bitten aber auch um Prüfung der Frage, wann und inwieweit der wirtschaftlich notleidenden Rechtsanwaltschaft auf dem Wege der Gesetzgebung Hilfe gebracht werden kann.

Eine mündliche Aussprache im Reichs-Justizamt dürfte zur Klärung beitragen können. Wenn eine solche Besprechung auch Euer Exzellenz zweckmäßig erscheint, so bitten wir, uns geneigtest zu gestatten, eine Anzahl von Rechtsanwälten zur Teilnahme an der Sitzung in Vorschlag zu bringen.

Endlich gestatten wir uns die Bitte hinzuzufügen, daß zur Vorberatung von Justizgesetzen, besonders von solchen, durch welche die Rechtsanwaltschaft berührt wird, in größerem Umfange als bisher Rechtsanwälte zugezogen werden.

Wenn wir in dieser Vorstellung auch die Wichtigkeit der Wahrung der materiellen Interessen der Rechtsanwaltschaft geltend gemacht haben, so ist dies in der Überzeugung geschehen, daß die Erhaltung eines angesehenen, nicht durch äußere Not herabgedrückten Anwaltstandes auch durch das Interesse der Rechtspflege dringend geboten ist.

2. Die Vertreterversammlung des Deutschen Anwaltvereins, Beschl. v. 16. April 1916 (DJZ. 16 484) spricht bez. der VO. v. 9. September 1915 ihre Überzeugung dahin aus:

1. Soweit die VO. das Ziel einer Entlastung der Gerichte überhaupt erreicht, erreicht es sie nur unter gleichzeitiger schwerer Schädigung der Rechtspflege; dies gilt namentlich für die §§ 1—17, 19—22 und 24 der VO.

2. Die Vorschrift des § 19 der Novelle und der in ihr enthaltene Bruch mit dem Prinzip des § 91 ZPO. führt, auch über das Anwendungsgebiet des § 19 hinaus, zu schweren Erschütterungen des zwischen den Anwälten und ihren Auftraggebern bestehenden Vertrauensverhältnisses und zu einer für den Anwaltstand bedrohlichen Einschränkung des Wirkungskreises der amtsgerichtlichen Anwaltschaft.

3. Vorstellung der Vereinigung der Vorstände deutscher Anwaltskammern betr. die Entlastungsverordnung (KGBl. 16 37, JW. 16 617). Die Versammlung, an der Vertreter der Vorstände der Anwaltskammern in Augsburg, Bamberg, Berlin, Braunschweig, Breslau, Celle, Colmar, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamm, Hamburg, Jena, Kassel, Kiel, Köln, Königsberg, München, Naumburg, Nürnberg, Oldenburg, Posen, Potsdam, Rostock, Stettin, Stuttgart und Zweibrücken teilgenommen haben, hat einmütig ihrem tiefen Bedauern darüber Ausdruck gegeben,

daß die Verordnung ohne vorherige Anhörung von Vertretern der Rechtsanwaltschaft erlassen worden ist. Die Vertrauensmänner der deutschen Anwaltschaft hätten zu einer von Euer Exzellenz gewünschten Mitwirkung jederzeit zur Verfügung gestanden, so daß durch ihre Zuziehung ein Zeitverlust nicht verursacht worden wäre.

Daß die Sachkenntnis, die die Rechtsanwaltschaft in ihrer Berufstätigkeit gerade in Fragen des Prozeßbetriebes gewinnt, bei einer in die Zivilrechtspflege und in die Verhältnisse der Rechtsanwaltschaft selbst so tief eingreifenden Maßnahme nicht ohne Nutzen hätte verwertet werden können, wird durch die in der Handhabung der Verordnung gemachten Erfahrungen bestätigt. Schon jetzt darf behauptet werden, daß die Verordnung das Ziel einer Entlastung der Gerichte nicht erreicht hat und nicht zu erreichen vermag. Statistische Nachweisungen, durch die diese Feststellung zahlenmäßig erhärtet werden könnte, liegen der Natur der Sache nach zurzeit noch nicht vor; sie würden auch nur von zweifelhaftem Werte sein, weil die außerordentlichen Verhältnisse der Gegenwart einen beweiskräftigen Vergleich der seit dem Erlasse der Verordnung eingetretenen Entwicklung und der früheren Verhältnisse unmöglich machen. Gewichtiger als statistisches Material erscheint das Urteil der praktischen Juristen, die im täglichen Rechtsverkehre mit der Anwendung der neuen Bestimmungen befaßt sind und ihre Wirkungen erproben können. Darüber aber herrschte unter den Vertretern der deutschen Anwaltskammervorstände nur eine Stimme, daß namentlich das durch die Verordnung eingeführte notwendige Mahnverfahren nicht eine Erleichterung, sondern in den meisten Fällen eine beträchtliche Erschwerung und Verzögerung des Geschäfts- und Rechtsganges zur Folge hat, ohne doch die erstrebte Sonderung der unstreitigen von den streitigen Prozeßsachen zu erreichen. Die dem Vorsitzenden obliegende, nicht immer einfache Vorprüfung in Verbindung mit der sich anschließenden schriftlichen Erörterung etwaiger Anstände bedeutet für alle Beteiligten einen ungleich größeren Aufwand an Zeit und Arbeit, als ihn die Wahrnehmung eines einzelnen Termins nach den bisherigen Vorschriften erforderte. Ein nutzloser und für den Gläubiger oft mit ernsten Nachteilen verbundener Zeitverlust tritt namentlich in denjenigen Fällen ein, in denen sich das Mahnverfahren infolge von Anständen schließlich als ungangbar erweist oder in denen nach Erhebung des Widerspruchs Versäumnisurteil ergeht.

Viel bedeutsamer aber als diese und andere Mängel technischer Art erscheinen die grundsätzlichen Bedenken, die sich gegen einzelne Vorschriften der Verordnung richten.

Solche Bedenken erheben sich zunächst gegen den Ausschluß jedes Rechtsmittels bei einem Beschwerdegegenstand von nicht mehr als 50 M. Indem diese Neuerung für eine große Zahl von Streitsachen eine der wichtigsten Garantien gegen erstrichterliche Fehlsprüche aufhebt, ist sie zugleich geeignet, das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der amtsgerichtlichen Entscheidungen bei Streitsachen in den unteren Wertstufen überhaupt zu vermindern. Und doch sind Streitsachen dieser Art für die Beteiligten keineswegs immer nur von geringer Bedeutung; das gilt namentlich von den Fällen, in denen (wie in Prozessen über Grunddienstbarkeiten und ähnlichen, in ländlichen Bezirken oft wiederkehrenden Sachen) die Festsetzung des Streitwerts vom richterlichen Ermessen abhängt. Der Hinweis auf die Beschränkung des Rechtsmittels der Berufung gegen Entscheidungen der Kaufmanns- und Gewerbegerichte kann diese Bedenken nicht beseitigen. Denn der Zuständigkeit dieser Gerichte unterliegen nur Streitigkeiten bestimmter Art, für die bei ihnen besondere Sachkenntnis vorausgesetzt werden kann; überdies sind die Meinungen darüber, ob sich die Beschränkung des Rechtsmittels bei den Kaufmanns- und Gewerbegerichten bewährt hat, keineswegs ungeteilt.

Wenn aber die allgemeine Ausschließung von Rechtsmitteln bei Streitsachen der untersten Wertstufen trotz aller Bedenken im Interesse der Entlastung der Gerichte während der Kriegszeit für unvermeidlich erachtet wurde, so glauben wir doch schon jetzt dringend davor warnen zu müssen, sie ohne systematische Neugestaltung unseres Rechtsmittelwesens etwa auch in Zukunft fortbestehen zu lassen.

Mit besonderem Nachdrucke müssen wir uns sodann gegen die Vorschrift des § 19 VO

aussprechen, in der wir einen verhängnisvollen Schritt auf dem Wege zur Einschränkung des Wirkungskreises der Rechtsanwaltschaft und damit zur Verschlechterung der Rechtspflege erblicken. Mit dem Bedürfnis einer Entlastung der Gerichte kann diese Neuerung nicht gerechtfertigt werden. Den wenigen Fällen, in denen die Verringerung der erstattungsfähigen Kosten den Abschluß eines Vergleichs und damit die raschere Erledigung des Rechtsstreits befördern mag, stehen die zahllosen anderen Fälle gegenüber, in denen die Verhandlung mit der ihre Sache selbst führenden Partei zu einer wesentlichen Erschwerung und Verzögerung des Verfahrens führt, ganz zu schweigen von den Prozessen, in denen gerade die an der Verhandlung beteiligten Anwälte mit besserem Erfolg, als es ohne sie geschehen würde, auf eine Beilegung des Streites im Wege des Vergleichs hinwirken. Dagegen hat die neue Bestimmung zur Folge, daß das Rechtsschutzinteresse der Parteien bei den unter die Vorschrift fallenden Angelegenheiten nicht mehr in vollem Umfange gewahrt ist. Sind die Parteien nicht mehr sicher, daß ihnen im Falle ihres Obsiegens die durch Zuziehung eines Anwalts entstehenden Kosten erstattet werden, so werden sie auch in schwierigeren Streitsachen geneigt sein, sich zu ihrem Schaden und oft unter unverhältnismäßig großem Zeitaufwand selbst zu vertreten oder ihre Interessen noch häufiger als es bisher schon der Fall war, dem Winkelkonsulententum anzuvertrauen. Diesen Gefahren gegenüber versagt auch hier der Hinweis auf den geringeren Wert der von der Vorschrift betroffenen Streitgegenstände; denn die Schwierigkeit der Prozeßführung und die Zweckmäßigkeit rechtskundiger Vertretung der Parteien ist nicht vom Streitwert abhängig.

Zu den Schäden, die sich danach aus der neuen Vorschrift für die Rechtspflege unmittelbar ergeben, treten schwere Nachteile, die sie für die Rechtsanwaltschaft — und dadurch mittelbar wiederum für die Rechtspflege — zur Folge hat. Die deutsche Anwaltschaft würde ihr Ansehen und die ihr zukommende Stellung nicht behaupten können, wenn die zuständigen Stellen von Fall zu Fall darüber zu befinden haben sollen, ob die Zuziehung eines Anwalts zur zweckentsprechenden Wahrnehmung der Parteirechte notwendig war oder nicht. Daß es die Würde des Anwaltstandes in besonderem Maße verletzt, wenn diese Entscheidung zunächst nicht einmal dem Richter, sondern dem Gerichtsschreiber und in Zwangsvollstreckungssachen dem Gerichtsvollzieher obliegt, wird keiner näheren Darlegung bedürfen. Die Vorschrift bedeutet aber für einen großen Teil der deutschen Anwaltschaft zugleich eine ernste Bedrohung seiner wirtschaftlichen Existenz. Für jeden Anwalt, der Amtsgerichtssachen in größerer Zahl zu führen hat, muß die Neuerung zu einem beträchtlichen Gebührenausfall führen; und für die nur an kleinen Amtsgerichten zugelassenen Rechtsanwälte würde dieser Ausfall nicht mehr erträglich sein. Liegt es aber im Interesse der Rechtspflege, daß auch am Sitze solcher Gerichte Rechtsanwälte bestehen können, so darf die Gesetzgebung nicht dazu mitwirken, die Grundlagen ihrer Existenz zu vernichten oder zu gefährden. Schon vor dem Kriege war die wirtschaftliche Lage eines großen Teiles der deutschen Anwaltschaft, zumal bei den kleineren Gerichten, überaus ungünstig. Der gesunkene Geldwert, die Verteuerung der Lebenshaltung, die Erhöhung der Aufwendungen für Miete, Gehälter und sächliche Unkosten auf der einen Seite und andererseits die grundsätzliche Aufrechterhaltung von Gebührensätzen, die vor nahezu vierzig Jahren unter ganz anderen Verhältnissen für angemessen erachtet worden sind, haben das durchschnittliche Reineinkommen der deutschen Anwälte so herabgedrückt, daß der weiteren Entwicklung schon damals mit schwerer Sorge entgegengesehen und eine den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung der Gebührensätze als eine unabweisbare Notwendigkeit erkannt wurde. Diese Schwierigkeiten der Lage hat der Krieg naturgemäß noch wesentlich gesteigert. Wie sehr die deutsche Anwaltschaft, auch abgesehen von den Opfern an Gut und Blut, die sie wie alle anderen Berufsstände dem Vaterlande unverdrossen darbringt, unter den Einwirkungen des Krieges zu leiden hat, wird der Justizverwaltung nicht unbekannt geblieben sein; und die deutschen Kammervorstände müssen leider auf Grund ihrer genauen Kenntnis der Verhältnisse bezeugen, daß sich eine große Zahl von Berufsgenossen trotz aller Hilfstätigkeit, die die Anwaltschaft selbst nach ihren Kräften übt, in ernstester Notlage befindet. Dabei verschlimmert sich die Lage von Tag zu Tag. Die wirtschaftlichen

Lasten, die der Krieg für die Gesamtheit des deutschen Volkes auch in weiterer Zukunft nach sich ziehen wird, werden für die Anwaltschaft besonders drückend sein, weil sie auf die gesetzlich festgelegten Gebührensätze angewiesen und deshalb nicht wie andere Berufsstände in der Lage ist, auf die eine oder andere Weise einen Ausgleich dafür zu suchen. In diesem Zusammenhang darf auch auf die in Aussicht stehende Erhöhung der Postgebühren hingewiesen werden.

Daß in solcher Zeit, in der Tausende von deutschen Anwälten im Felde stehen und von den Zurückgebliebenen ein großer Teil mit schwerer Not zu kämpfen hat, eine für ihr Ansehen wie für ihre wirtschaftliche Lage so bedrohliche Vorschrift wie die des § 19 der EntlastungsVO. erlassen werden konnte, hat in der deutschen Anwaltschaft tiefgehende Erregung und Verbitterung hervorgerufen. Ihr Unmut ist noch gesteigert durch die Besorgnis, daß der Erlaß der Vorschrift eine Folge der anwaltfeindlichen Bestrebungen ist, die seit geraumer Zeit — zum Teil unter skrupelloser Irreführung der öffentlichen Meinung und vielfach unter Verunglimpfung des ganzen Standes — auf möglichst weitgehende Ausschaltung der anwaltlichen Tätigkeit aus der Rechtspflege hinarbeiten. Schon haben die Wortführer jener Bestrebungen gerade die nach der Überzeugung der deutschen Anwaltschaft schädlichsten Bestimmungen der Verordnung als einen Triumph ihrer Sache hinzustellen gesucht; und schon fordern sie nicht bloß ihre Beibehaltung für die Zeit nach dem Kriege, sondern ihre immer weitere Ausdehnung. Indem die Vereinigung der Kammervorstände der ernsten Besorgnis Ausdruck gibt, die die deutsche Rechtsanwaltschaft angesichts solcher Vorgänge erfüllt, hält sie sich für verpflichtet, Verwahrung dagegen einzulegen, daß dieser Strömung weiter nachgegeben werde, und zugleich das Verlangen nach möglichst baldiger Wiederaufhebung der hier bekämpften Vorschriften auszusprechen.

Wenn nach dem Kriege die Zeit gekommen sein wird, um an die ihrer Lösung harrenden großen Fragen der Prozeßreform heranzutreten, wird die deutsche Rechtsanwaltschaft ihre Mitwirkung hierzu nach besten Kräften zur Verfügung stellen; und sie wird dabei auch ihre eigenen Interessen nur insoweit vertreten, als sie mit dem Gemeinwohl vereinbar sind. Um so sicherer darf sie aber auch erwarten, daß gesetzgeberische Maßnahmen zur Justizreform in Zukunft nicht mehr getroffen werden, ohne daß ihre berufenen Vertreter rechtzeitig gehört worden sind. Diese Erwartung spricht die Vereinigung der Kammervorstände auch hinsichtlich solcher Reformen aus, die (wie es dem Vernehmen nach in bezug auf die Einführung eines außergerichtlichen Zwangsvergleichsverfahrens der Fall sein soll) noch für die Kriegszeit in Aussicht genommen sind. Sie würde endlich auch Wert darauf legen, daß ihr bei etwaigen statistischen Erhebungen über die Wirkungen der Entlastungsverordnung Gelegenheit gegeben wird, die Fragen zu bezeichnen, die nach ihrer Ansicht hierbei besonders berücksichtigt werden müßten. . . .

4. Eingabe des Vorstandes der Breslauer AK. an das RJA., BreslauAK. 16 27. Das rechtsnotwendige Mahnverfahren ist durchaus nicht das vielfach gesuchte, geeignete Mittel zur Trennung der streitigen Sachen von den lediglich dem gerichtlichen Beitreibungsverfahren zu unterwerfenden Sachen; wohl aber dient es der Verzögerung des Verfahrens, und zwar am meisten gerade in denjenigen Sachen, in denen eine Verzögerung am wenigsten erwünscht ist; es schaltet den beratenden, dem Prozeß vorbeugenden RA. aus; bedeutet dadurch eine Belastung der Gerichte, eine volkswirtschaftliche Schädigung und eine Benachteiligung der Rechtsanwaltschaft zugunsten der rechtsunkundigen und nicht immer gewissenhaften Laienvertreter.

Die Einschränkung der Pflicht der unterliegenden Partei zur Erstattung der Anwaltskosten wird die Bevölkerung, und zwar wiederum am meisten die von kargem Erwerb lebende, minderbemittelte Bevölkerung zu einem für die öffentlichen wie für die privaten Interessen gleich schädlichen Warten auf den Gerichtskorridoren veranlassen. Sie zerstört das Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Anwalt, der sich dem Verdacht aussetzen wird, er wolle dem kleinen Mann nicht helfen, wenn er ihn pflichtmäßig auf die Beschränkung der Erstattungsfähigkeit seiner Kosten hinweist, sie bedroht gerade die Anwaltschaft an den Amtsgerichtssitzen in ihren Existenzbedingungen, während doch dauernd es als erwünscht

bezeichnet wird, den Zudrang der Anwälte von den Großstädten fernzuhalten und sie unterwirft die Anwaltschaft, da der Kostenfestsetzungsbeschluß zunächst, wenn auch vorbehaltlich richterlicher Entscheidung von dem Gerichtsschreiber erlassen wird, einer unwürdigen Kontrolle durch den Gerichtsschreiber.

Die Ausschließung der Rechtsmittel in Sachen von geringerem Wert enthält einen Einbruch in den in unserer Gesetzgebung allgemein vertretenen Grundsatz der Möglichkeit, mindestens eine übergeordnete Instanz anzurufen, eine Möglichkeit, die auch eine Garantie der gewissenhaften Tätigkeit der Behörden enthält.

5. FrankfAnwV. Beschl. v. 23. Febr. 16, JW. 16 375. Die VO. zur Entl. der Gerichte v. 9. September 1915 vermag ihrem Inhalte nach nur zum kleinen Teil den erstrebten Zweck zu erfüllen. Ihre Vorschriften bedeuten aber eine erhebliche Gefährdung der Rechtspflege. Die Bestimmungen über das Mahnverfahren bewirken eine Verzögerung des Rechtsganges zugunsten des zahlungsunwilligen Schuldners; der Ausschluß der Berufung für geringere Objekte und die Einschränkung der Kostenerstattungspflicht schädigt die Rechtsinteressen der Bevölkerung ganz besonders mangels neuer Garantien für zuverlässige Behandlung in erster Instanz. Vor allem aber bewirkt die Verordnung eine weitere schwere, finanzielle Schädigung des deutschen Anwaltstandes, der bereits vor dem Kriege in seinen Einkommensverhältnissen erheblich geschmälert war, und dessen Notlage während des Krieges überall empfunden wird. Es erscheint in hohem Grade bedauerlich, daß an Stelle einer eindringlich erbetenen und unzweifelhaft gebotenen Neuordnung der Gebührenverhältnisse gerade zur jetzigen Zeit durch „wirtschaftliche Maßnahmen" eine neue Beschränkung des Einkommens herbeigeführt worden ist.

6. JW. 16 316. Der Anwaltverein München hat in seiner Sitzung v. 5. Januar 1916 einstimmig folgende Resolution gefaßt: Es ist in hohem Maße zu bedauern, daß die Bundesratsbekanntmachung zur Entlastung der Gerichte v. 9. September 1915 erlassen wurde, ohne den berufenen Vertretern der deutschen Rechtsanwaltschaft Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Die Bestimmungen der Bekanntmachung dürften nicht geeignet sein, eine Entlastung der Gerichte herbeizuführen — zu einer solchen hat auch angesichts der erheblich verringerten Zahl von Rechtsstreitigkeiten ein Bedürfnis nicht bestanden —, sie führen vielmehr zu einer nicht unbeträchtlichen Mehrarbeit und Verzögerung der Rechtsstreitigkeiten. Indem die Bekanntmachung mit dem Grundsatz des § 91 RZPO. in Ansehung der Anwaltskosten bricht, steht sie im Widerspruch mit einer tiefeingewurzelten Rechtsanschauung des deutschen Volkes, gefährdet die Standesinteressen der deutschen Rechtsanwaltschaft und bringt hiermit, wie mit anderen Bestimmungen, eine bedauerliche Schädigung der an und für sich in schwerem Daseinskampfe befindlichen deutschen Rechtsanwaltschaft.

II. Bericht über die Reichstagsverhandlungen (Sitzung vom 8. April 1916)

→ in JW. 16 659. ←

Literatur.

Chuchul, Zur Entlastung der Gerichte, DJZ. 16 621. — Heilberg, Die VO. über Änderung der EntlastungsVO. v. 18. Mai 1916, JW. 16 878. — Mangler, Was können die Landesjustizverwaltungen zur Ergänzung der EntlVO. v. 9. Sept. 1915 tun? ThürBl. 63 81. (Belehrung der Parteien durch geeignete Vordrucke, Bestellung besonderer Güterichter, die sich auch als Schiedsrichter bestellen lassen können.) — Noest, Entwurf zu einer VO. der Bek. zum Zwecke der Entlastung der Gerichte und der wirtschaftlichen Erhaltung des Anwaltsstandes nebst Begründung, JW. 16 1059, 1379 (befürwortet das anwaltliche Mahnverfahren im Anschluß an Schiffer, DJZ. 16 157 ff.). — Soldan, Die Abänderung der EntlastungsVO., DRAZ. 16 106. — Volkmar, Die EntlastungsVO. v. 9. Sept. 1915 u. 18. Mai 1916. Mahnverfahren und Ausblick, DJZ. 16 591.

Kahn, JW. 16 1013. Wenn der Anspruch auf Duldung der Zwangsvollstreckung auch nicht als Anspruch gelten kann, der eine Geldsumme zum Gegenstande hat, so folgt daraus doch noch nicht, daß die Berufung auch dann zulässig ist, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes bei diesem Anspruche 50 M. nicht übersteigt. Gegen eine solche

Annahme spricht die akzessorische Natur dieses Anspruches, der nur zur Ergänzung des Anspruches gegen die Frau gegeben ist, um den Anspruch gegen die Frau durchzusetzen, und der mit dem Anspruche gegen die Frau steht und fällt (RG. 50 53). Es ist aber undenkbar, daß der Gesetzgeber dem Manne, der doch die Zahlung schließlich nur aus dem Frauengute leistet, ein Rechtsmittel gewähren wollte, das er der Frau, der eigentlichen Schuldnerin, versagt hat.

Allgemeine Verfügung des Preuß. Justizministers vom 25. Mai 1916 über die geschäftliche Behandlung der Prozeßsachen nach den Bekanntmachungen zur Entlastung der Gerichte vom 9. September 1915 und 18. Mai 1916 (RGBl. 1915 S. 562; 1916 S. 393).

(JMBl. 120.)

Aus Anlaß der Bekanntmachung vom 18. Mai 1916 über Änderungen der Verordnung zur Entlastung der Gerichte wird folgendes bestimmt:

1. Die auf die geschäftliche Behandlung der Mahnsachen bei den Landgerichten sich beziehenden Bestimmungen in Nr. I 1 bis 5 und IV 9 der Allgemeinen Verfügung vom 14. September 1915 treten für die Rechtsstreitigkeiten, in denen die Klageschrift nach dem 21. Mai 1916 eingereicht ist, außer Kraft.

2. Die für die Hauptübersicht der Geschäfte bei den Landgerichten und für die Zusammenstellungen der Ergebnisse aus diesen Übersichten in der Allgemeinen Verfügung vom 19. Oktober 1915 unter A II Nr. 1 und 3, B II Nr. 1 und C Nr. 2 getroffenen Bestimmungen, sowie die daselbst unter C Nr. 1 gegebenen Vorschriften, soweit sie sich auf die Landgerichte beziehen, gelten nur noch für die in die Hauptübersichten und die Zusammenstellungen für das Jahr 1916 aufzunehmenden Ergebnisse. In diesen Hauptübersichten (unter Buchstabe c. Einzelheiten. Unterabschnitt E. Mahnverfahren) und Zusammenstellungen (in Tabelle 4f) sind außer den Ergebnissen des Mahnverfahrens vor den Landgerichten des Vorjahrs (1915) auch die des Jahres 1916, und zwar diese mit farbiger Tinte, anzugeben.

3. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts hat dem Gläubiger zugleich mit der Benachrichtigung von der Zustellung des Zahlungsbefehls (§ 693 Abs. 4 der Zivilprozeßordnung) die gemäß § 14a der Verordnung zur Entlastung der Gerichte von dem Gerichte bestimmte Frist für den Widerspruch mitzuteilen. Der Vordruck Z. P. Nr. 42d ist zu diesem Zwecke handschriftlich zu ergänzen.

2. Entlastung der Strafgerichte.

(s. hierzu Bd. 1, 744.)

Bekanntmachung zur Entlastung der Strafgerichte. Vom 7. Oktober 1915. (RGBl. 631.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 521ff.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 2, 522.

Bovensiepen, Die Verordnung des Bundesrats zur Entlastung der Strafgerichte vom 7. Okt. 1915, ThürBl. 62 241. — Doerr, Bedeutung der VO. v. 7. Okt. 1915 für den konsularen und kolonialen Strafprozeß, DJZ. 16 1070. — v. Staff, Der Friedenswert der Verordnungen zur Entlastung der Gerichte, RuWirtsch. 16 57.

(Abschnitt I in Bd. 2, 522.)

II. Anwendungsgebiet.

1. Verhältnis zu den außerordentlichen Kriegsgerichten.

(Erläuterung a bis c in Bd. 2, 523.)

d) v. Staff a. a. O. 60. Für das Geltungsgebiet der außerordentlichen Kriegsgerichte gilt das Strafbefehlsverfahren nicht. Es würde auch eine völlige Lahmlegung dieser Gerichte zur Folge haben.

e) Bovensiepen a. a. O. 245. Auf die außerordentlichen Kriegsgerichte ist die VO. nicht anzuwenden. Eine entsprechende Ergänzung ist aber erwünscht.

f) Strupp, LeipzZ. 16 1085. Die Bek. bezieht sich nicht auf die außerordentlichen Kriegsgerichte.

(Abschnitt 2 in Bd. 2, 524.)

3. Verhältnis zum Privatklageverfahren.

Bovensiepen a. a. O. 245. Das amtsgerichtliche Strafverfahren sollte auch für Privatklagesachen eingeführt werden. Nur in besonders wichtigen Fällen, an deren Aufklärung auch die Allgemeinheit ein Interesse hat, dürfte das öffentliche Hauptverfahren stattfinden. — Der Strafbefehl für Privatklagesachen verlangt auch unter Veröffentlichung eines Entwurfs zu einer neuen VO. Frank, DRZ. 16 154.

§ 2.

Doerr, DJZ. 16 1070. Der Antrag des Staatsanwalts (§ 2 VO.) fällt im kolonialen und konsularen Strafbefehlsverfahren weg; der Konsul oder Bezirksrichter kann also ohne Mitwirkung einer Staatsanwaltschaft von Amts wegen alle strafbefehlsfähigen Sachen durch Strafbefehl erledigen. Im Falle der Einspruchseinlegung ist dann nicht mehr das an die Stelle der Strafkammer tretende große Konsular- oder Bezirksgericht mit regelmäßig vier Beisitzern, sondern, wie bei sonstigen Schöffengerichtssachen, das kleine Kollegialgericht mit zwei Beisitzern, oder in den meisten Schutzgebieten der Bezirksrichter als Einzelrichter, also grundsätzlich derselbe Richter für die Hauptverhandlung zuständig, der den Strafbefehl erlassen hat.

§ 3.

Doerr, DJZ. 16 1070. Die BRVO. geht zwar davon aus, daß der Staatsanwalt durch seine Anklageschrift zum Schöffengericht ebenso wie durch seinen Strafbefehlsantrag „die Zuständigkeit des Schöffengerichts begründe". Das ist aber nur eine schiefe Ausdrucksweise, die gerade der Kolonial- und Konsularprozeß, der in diesem Teile des Verfahrens keine Mitwirkung eines Staatsanwalts kennt, ins Licht rückt. Es wäre ein Trugschluß, anzunehmen, mangels Staatsanwalts sei hier eine „Begründung" der Zuständigkeit der kleinen Konsulargerichte oder des Bezirksrichters unmöglich. Nicht der Staatsanwalt ist derjenige, der das Schöffengericht erst zuständig macht, das tut vielmehr die VO. selbst. Der Staatsanwalt wendet sich nur an das neben der Strafkammer wahlweise zuständige Schöffengericht; als Kläger hat er die Wahl zwischen mehreren zuständigen Gerichten, und die angebliche Zuständigkeitsbegründung ist nichts anderes als Ausübung dieses Wahlrechts.

Daraus ergibt sich, daß für sog. Strafkammervergehen (§ 73 Nr. 1 GVG.) in der Konsulargerichtsbarkeit das große oder kleine Konsulargericht, im Kolonialprozeß das große Bezirksgericht oder (regelmäßig) der Bezirksrichter nebeneinander zuständig sind. Während im mutterländischen Prozeß dem Staatsanwalt nach Maßgabe der „Soll"-Vorschrift des § 3 II VO. die Wahl zusteht, an welches Gericht er sich wenden will, trifft hier der Konsul oder der Bezirksrichter die Wahl, ob oder wieviele Beisitzer er zur Hauptverhandlung zuziehen will.

Anhang.

Bovensiepen a. a. O. 249 schlägt vor: Zulassung der Revision gegen Schöffengerichtsurteile nur mit Zustimmung des Berufungsgerichts. Vorlegung an das Reichs-

gericht, falls bei Auslegung einer wirtschaftlichen Anordnung eine BRVO. (§ 3 ErmG.) ein OLG. von der Entscheidung eines anderen OLG. abweichen will. Ausschließung der Berufung in Privatklagesachen (Ausnahme bei Zustimmung des Schöffenrichters). Herabsetzung der Richterzahl bei den LG., OLG. und dem RG., Einschränkung des Legalitätsgrundsatzes.

3. Entlastung der Kriegsgerichte.

Bekanntmachung über das Verfahren vor den außerordentlichen Kriegsgerichten. Vom 21. September 1916. (RGBl. 1067.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Bei Zuwiderhandlungen gegen § 9b des preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (GS. 451) kann, wenn der Kriegszustand vom Kaiser erklärt ist (Art. 68 der Reichsverfassung), das Kriegsgericht auf Antrag des Berichterstatters ohne mündliche Verhandlung die Sache an den ordentlichen Richter verweisen.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [22. 9.] in Kraft.

Literatur.

Fleischmann, Änderung im Verfahren der außerordentlichen Kriegsgerichte, DJZ. 16 1064. — Lorenz, Die Bundesratsverordnung über das Verfahren vor den außerordentlichen Kriegsgerichten vom 21. September 1916, JW. 16 1316.

Fleischmann, DJZ. 16 1064. Zweckmäßiger wäre es gewesen, wenn der Gesetzgeber eine Befassung zweier Gerichte mit dem gleichen Falle überhaupt vermieden und den Erlaß des Strafbefehls dem Vorsitzenden des ao. Kriegsgerichts übertragen hätte; mit einem Einspruche an das ao. Kriegsgericht wäre der Fall dann auch erschöpft gewesen. Dies um so mehr, als über die Verweisung oft erst nach Vornahme von Ermittlungen durch Berichterstatter oder Vorsitzenden des ao. Kriegsgerichts wird befunden werden können. Keineswegs aber ist sie von solchen abhängig. Für eine sachgemäße Entschließung kann schon die Anzeige der Straftat ausreichen; und sie ist noch bis an den Beginn der mündlichen Verhandlung zugelassen; nicht aber wäre darüber hinaus noch ein Grund für das ao. Kriegsgericht gegeben, zugunsten eines anderen Gerichts zurückzutreten. Die Verweisung an „den" ordentlichen Richter bedeutet übrigens nicht die Zuweisung an ein bestimmtes Gericht — das entspräche auch nicht der Stellung des ao. Kriegsgerichts gegenüber den ordentlichen Gerichten —, sondern nur ein Freimachen der Bahn für die ordentliche Gerichtsbarkeit, d. h. Staatsanwaltschaft und Gericht nach allen Regeln des Friedensrechts.

II. Änderungen der Kostengesetze.

Gesetz, betr. Änderungen des Gerichtskostengesetzes, der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher. Vom 8. November 1916. (RGBl. 1263.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Art. I. Das Gerichtskostengesetz wird dahin geändert:

1. Im § 79 werden im Abs. 1 Nr. 2 hinter den Worten „zu entrichtenden Fernsprechgebühren" die Worte „einschließlich der mit diesen Gebühren auf Grund des Gesetzes vom 21. Juni 1916 (RGBl. 577) zu erhebenden Reichsabgabe" eingestellt.

2. Im § 80b werden
a) im Abs. 1 der Satz 2 durch folgende Vorschrift ersetzt:
Der einzelne Pauschsatz beträgt fünfzehn vom Hundert der zum Ansatz gelangenden Gebühr, jedoch mindestens zwanzig Pfennig und höchstens fünfundsiebzig Mark.
b) im Abs. 2 das Wort „fünfzig" durch das Wort „achtzig" und das Wort „einhundert" durch das Wort „einhundertfünfzig" ersetzt.

Art. II. Die Gebührenordnung für Rechtsanwälte wird dahin geändert:
Im § 76 werden
a) im Abs. 1 hinter dem Worte „Sendungen" die Worte „und der mit den Postgebühren auf Grund des Gesetzes vom 21. Juni 1916 (RGBl. 577) zu erhebenden Reichsabgabe" eingestellt;
b) im Abs. 2 die Worte „zwanzig vom Hundert" durch die Worte „dreißig vom Hundert", das Wort „dreißig" durch das Wort „fünfundvierzig", das Wort „fünfzig" durch das Wort „achtzig" und das Wort „zwei" durch das Wort „drei" ersetzt;
c) im Abs. 3 das Wort „vier" durch das Wort „sechs", das Wort „fünfzig" durch das Wort „fünfundsiebzig", das Wort „sechs" durch das Wort „neun" und das Wort „sechzig" durch das Wort „neunzig" ersetzt;
d) im Abs. 5 das Wort „vier" durch das Wort „sechs" ersetzt.

Art. III. Die Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher wird dahin geändert:
Im § 13 erhält die Nr. 2 folgende Fassung:
2. die Post- und Telegraphengebühren einschließlich der mit diesen Gebühren auf Grund des Gesetzes vom 21. Juni 1916 (RGBl. 577) zu erhebenden Reichsabgabe; der einzuziehende Betrag ist nötigenfalls auf volle Pfennig aufwärts abzurunden.

Art. IV. Soweit in Reichsgesetzen oder in Landesgesetzen auf Vorschriften der in den Artikeln I bis III bezeichneten Gesetze verwiesen ist, welche durch dieses Gesetz geändert werden, treten die entsprechenden Vorschriften dieses Gesetzes an ihre Stelle.

Art. V. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auf die vor seinem Inkrafttreten anhängig gewordenen Rechtssachen Anwendung. Dies gilt nicht, soweit die Instanz vor dem Tage des Inkrafttretens beendigt war.

Art. VI. Dieses Gesetz tritt am 16. November 1916 in Kraft.

→ Bericht über die Reichstagsverhandlungen JW. **16** 1409. ←

Literatur.

Drucker, Die Erhöhung der Pauschsätze, JW. **16** 1372 ff. — Eyck, Die Erhöhung der Pauschsätze, DRAZ. **16** 169. — Irmler, Zum Entwurf eines Gesetzes betr. Änderungen des Gerichtskostengesetzes, der Gebührenordnungen für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher, DJZ. 16 1031 ff. — Soldan, Das neue Kostengesetz, DRAZ. 16 178.

III. Angelegenheiten der Rechtsanwaltschaft.

Bekanntmachung, betr. die Stellvertretung von Rechtsanwälten und die Beschlußfähigkeit der Vorstände der Anwaltskammern. Vom 9. März 1916. (RGBl. 156.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Ist ein Rechtsanwalt, für den gemäß § 25 der Rechtsanwaltsordnung ein Stellvertreter bestellt ist, gestorben, so sind Rechtshandlungen, die von dem Stellvertreter oder ihm gegenüber vor der Löschung des Rechtsanwalts vorge-

nommen worden sind, nicht deshalb unwirksam, weil der Rechtsanwalt zur Zeit der Bestellung des Vertreters oder zur Zeit der Vornahme der Rechtshandlung nicht mehr gelebt hat; die im § 244 der Zivilprozeßordnung vorgesehene Unterbrechung des Verfahrens tritt erst mit dem Zeitpunkt der Löschung des Rechtsanwalts ein.

Rechtshandlungen, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung, aber nach dem 31. Juli 1914 vorgenommen worden sind, gelten als wirksam erfolgt, wenn sie bei Anwendung des Abs. 1 wirksam sein würden.

Ist der Rechtsanwalt vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung, aber nach dem 31. Juli 1914 gestorben, so gilt die Unterbrechung des Verfahrens erst in dem Zeitpunkt als eingetreten, in welchem sie bei Anwendung des Abs. 1 eingetreten sein würde.

§ 2. Bei Feststellung der Beschlußfähigkeit des Vorstandes der Anwaltskammern (§ 55 Abs. 1 der Rechtsanwaltsordnung) werden Mitglieder nicht gezählt, die infolge des gegenwärtigen Krieges an der Teilnahme verhindert sind; jedoch ist zur Beschlußfähigkeit die Teilnahme eines Drittels der Mitglieder erforderlich.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [10.3.] in Kraft. Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens bestimmt der Reichskanzler.

Begründung. (D. R. IX 211.)

Die Einberufung zahlreicher Rechtsanwälte zum Waffendienste hat bei der Anwendung einzelner Vorschriften der RAO. zu Schwierigkeiten geführt, die eine gewisse Gefahr für die Sicherheit der Rechtspflege und damit zugleich für den geordneten Gang des Wirtschaftslebens in sich schließen. Zunächst hat es sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen als unzweckmäßig erwiesen, daß eine für einen Rechtsanwalt gemäß § 25 RAO. eingerichtete Stellvertretung mit dem Zeitpunkt endet, in welchem der vertretene Rechtsanwalt stirbt. Weitere Schwierigkeiten haben sich bei Anwendung der Vorschrift des § 55 Abs. 1 RAO. ergeben, wonach zur Beschlußfähigkeit der Vorstände der Anwaltskammern die Teilnahme der Mehrheit der Mitglieder erforderlich ist.

Um den sich hieraus ergebenden Unzuträglichkeiten zu begegnen, hat der Bundesrat auf Grund des § 3 des ErmG. die Bek. vom 9. März 1916 erlassen. Diese Verordnung sieht eine Fortdauer der Vertretungsmacht des Stellvertreters über den Tod des vertretenen Rechtsanwalts hinaus in der Weise vor, daß Rechtshandlungen, die von dem Stellvertreter oder ihm gegenüber vor der Löschung des Rechtsanwalts vorgenommen worden sind, nicht deshalb unwirksam sein sollen, weil der vertretene Rechtsanwalt zur Zeit der Bestellung des Vertreters oder zur Zeit der Vornahme der Rechtshandlung nicht mehr gelebt hat. Die im § 244 ZPO. vorgesehene Unterbrechung des Verfahrens tritt in diesem Falle erst mit der Löschung des vertretenen Rechtsanwalts ein. Dieser Regelung ist rückwirkende Kraft für die Zeit nach dem 31. Juli 1914 beigelegt. Ferner schreibt die Verordnung vor, daß bei Feststellung der Beschlußfähigkeit der Vorstände der Anwaltskammern Mitglieder nicht gezählt werden, die infolge des gegenwärtigen Krieges verhindert sind, an der Beschlußfassung teilzunehmen; doch soll zur Beschlußfähigkeit die Teilnahme von mindestens einem Drittel aller Mitglieder erforderlich sein.

Literatur.

v. Dassel. Zu der Frage des Einflusses des Todes des Vertretenen auf die Vertretungsmacht eines Generalsubstituten eines Rechtsanwalts, Recht 16 210 (zu vgl. auch das. 159). — Friedländer, Die BRBO. betr. Stellvertretung von Rechtsanwälten und die Beschlußfähigkeit der Anwaltskammern, JW. 16 463.

§ 1.

1. Friedländer a. a. O. 402. Ob der Stellvertreter von der Landesjustizverwaltung (bei den Reichsgerichtsanwälten vom Präsidium des Reichsgerichts) oder ob er von dem

verhinderten Rechtsanwalt selbst bestellt wurde, ist belanglos. Die Verordnung findet auf beide Fälle Anwendung.

2. Friedländer a. a. O. 463. Die Vorschrift des § 1 Abs. 1 Halbs. 2 bezieht sich nur auf den Tod des Rechtsanwalts und nicht etwa auf die gleichfalls im § 244 ZPO. geregelte Unterbrechung wegen Unfähigkeit zur Fortführung der Vertretung. Dies geht aus dem ganzen Zusammenhang, unzweifelhaft aber aus § 1 Abs. 3 VO. hervor. Die Bestimmung gilt ferner nur unter der Voraussetzung des § 1 Abs. 1 Halbs. 1, d. h. wenn für den verstorbenen Rechtsanwalt ein Generalsubstitut bestellt ist. Das folgt aus dem Zusammenhang der ersten beiden Halbsätze, aus der Überschrift der Verordnung und dem Zweck des § 244 ZPO.: ist nämlich die Partei im Anwaltsprozesse gar nicht mehr vertreten, so muß in ihrem Interesse ein Stillstand eintreten. Stirbt also der Prozeßbevollmächtigte und nach ihm (aber vor der Löschung) der Generalsubstitut, so tritt mit des letzteren Tode die Unterbrechung ein. Das Entsprechende gilt, wenn der Prozeßbevollmächtigte selbst (ohne Mitwirkung der Landesjustizverwaltung) einen beim gleichen Gerichte zugelassenen Anwalt zum Vertreter bestellt hatte und dieser die Zulassung bei dem Gericht aufgibt; denn damit hört er auf, Generalsubstitut zu sein.

3. Friedländer a. a. O. 463. Mit der Löschung des Vertretenen endigt die Fiktion, ohne Rücksicht darauf, ob und wann die Löschung dem Vertreter oder dem Dritten, der diesem gegenüber eine Rechtshandlung vornahm, bekannt geworden ist.

4. Friedländer a. a. O. 463. Die VO. findet auch Anwendung, wenn ein am Kriege unbeteiligter Rechtsanwalt krankheitshalber in einem nahen Sanatorium weilt und dort verstirbt.

5. Friedländer a. a. O. 463. Auch wenn die Bestellung des Generalsubstituten wegen vorherigen Ablebens des Vertretenen eigentlich nie wirksam geworden ist, gilt sie als richtig erfolgt und begründet die öffentlich-rechtliche Vollmacht für den Toten.

6. Friedländer a. a. O. 463. War der Verstorbene bei mehreren Gerichten zugelassen, so muß die Löschung bei allen Gerichten der Zulassung erfolgt sein, um die Fiktion des Fortlebens zu beendigen. Erfolgt aber die Löschung eines simultan zugelassenen Rechtsanwalts z. B. nur beim Landgerichte, während sie beim Oberlandesgerichte versehentlich unterbleibt, so ist es so anzusehen, als ob der Rechtsanwalt seine Zulassung nur beim Landgerichte aufgegeben, beim Oberlandesgerichte aber beibehalten hätte. Dort kann mithin der Generalsubstitut Prozeßhandlungen, die dem Anwaltszwang im engeren Sinne unterliegen, von der Löschung ab nicht mehr vornehmen, während er es beim Oberlandesgerichte nach wie vor kann und auch sonst, z. B. für außergerichtliche Tätigkeit, Generalsubstitut bleibt.

7. Friedländer a. a. O. 464. Nur die Rechtshandlung muß in die Zeit nach dem 31. Juli 1914 fallen; die Bestellung des Vertreters und der Tod des vertretenen Anwalts können vorher liegen.

§ 2.

Friedländer a. a. O. 464. „Verhindert" ist ein Mitglied, das an einer Abstimmung nicht teilnehmen kann oder dessen Zuziehung mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft wäre. Die Worte „infolge des Krieges" darf man, um dem Zweck der Bestimmung gerecht zu werden, gewiß nicht zu eng auslegen. Es braucht kein Militärdienst zu sein, der das Mitglied von der Teilnahme fernhält. Auch ein Anwalt, der als Richter im okkupierten Gebiet fungiert, fällt sicherlich unter die Bestimmung. Andererseits darf man aber auch den erwähnten Satz nicht soweit auslegen, wie es den Worten nach möglich wäre: „infolge des Krieges" könnte auch ein Anwalt als verhindert gelten, der wegen Einberufung seiner Sozien übermäßig mit Arbeit belastet ist, der zahlreiche Vertretungen zu führen hat, oder gar derjenige, welcher an dem Tage der Vorstandssitzung auswärts einen Vertrag über große Kriegslieferungen zu redigieren hat. Das sind sicherlich keine Kriegsbehinderungen im Sinne der Verordnung. Es kann nur an solche Fälle gedacht sein, in denen der Rechtsanwalt infolge des Krieges entweder eine öffentliche Dienstpflicht zu erfüllen hat oder auf

Grund freien Willens zu öffentlichen Diensten verwendet wird. Man kann hier vielleicht vom Kriegsdienst im weiteren Sinne sprechen. Ob nun im einzelnen Falle infolge eines solchen Kriegsdienstes eine Behinderung anzunehmen ist, das hängt durchaus von den Umständen ab, Bei schriftlicher Abstimmung wird der in der Garnison dienende Landsturmmann meist nicht als verhindert gelten, während er vielleicht zu einer längeren Sitzung nicht erscheinen kann. Die im Felde oder in den okkupierten Gebieten befindlichen Rechtsanwälte werden regelmäßig auch für schriftliche Abstimmung nicht in Betracht kommen. Daß im Kriege gefallene Rechtsanwälte — solange keine Ersatzwahl stattgefunden hat — den verhinderten Vorstandsmitgliedern gleichzuachten, also nicht mitzuzählen sind, darf nach dem Zweck der Bestimmung sicherlich angenommen werden.

III. Gnadenerweise aus Anlaß des Krieges.

(Preußisches Recht.)

1. Zugunsten der gesamten Bevölkerung.

a) Allerhöchster Gnadenerlaß vom 4. August 1914. (JMBl. 659.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw.

wollen angesichts der opferwilligen Vaterlandsliebe, die das gesamte Volk in dem Uns aufgedrängten Kreige beweist, allen denjenigen Personen, welche bis zum heutigen Tage

I. wegen Beleidigung des Landesherrn oder eines Bundesfürsten (§§ 94 bis 10 1RStrGB.), wegen feindlicher Handlungen gegen befreundete Staaten im Sinne der §§ 103 bis 104 RStrGB., wegen Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte (§§ 105 bis 109 RStrGB.), wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt (§§ 110 bis 122 RStrGB., wegen Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung im Sinne der §§ 123 bis 138 RStrGB., wegen Beleidigung in den Fällen der §§ 196, 197 RStrGB., wegen Vergehen im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung, wegen einer mittels der Presse begangenen oder in dem Gesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 (RGBl. 65) oder in dem Vereinsgesetze vom 19. April 1908 (RGBl. 151) unter Strafe gestellten strafbaren Handlung

zu einer Geldstrafe, zu einer Haftstrafe, zu einer Festungshaftstrafe bis zu 2 Jahren einschließlich oder zu einer Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren einschließlich oder

II. wegen Diebstahls oder Unterschlagung (§§ 242 bis 248a RStrGB., § 138 MilStrGB.), wegen Betruges im Sinne des § 264a RStrGB., wegen strfabaren Eigennutzes im Sinne der §§ 288, 289 RStrGB., wegen Entwendung im Sinne des § 370 Ziffer 5 RStrGB. oder wegen einer in dem Gesetz, betreffend den Forstdiebstahl, vom 15. April 1878 (GS. 222) unter Strafe gestellten strafbaren Handlung

zu einer Geldstrafe, zu einer Haftstrafe, zu einer Arreststrafe oder zu einer Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten einschließlich

von Unseren Gerichten rechtskräftig verurteilt worden sind, diese Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, in Gnaden hierdurch einschließlich der noch rückständigen Kosten erlassen, ihnen auch die etwa aberkannten bürgerlichen Ehrenrechte wieder verleihen.

Ist wegen einer und derselben Handlung zugleich auf Grund einer nicht unter diesen Erlaß fallenden Vorschrift auf Strafe erkannt, so ist diese Strafe erlassen, wenn sie aus dem unter diesen Erlaß fallenden Gesetze festgesetzt ist.

Ist in einem Erkenntnis auch wegen einer anderen strafbaren Handlung auf Strafe erkannt, so ist die wegen der unter den gegenwärtigen Erlaß fallenden Handlung eingesetzte Strafe in voller Höhe erlassen.

Ist wegen derselben Tat Geldstrafe neben Freiheitsstrafe erkannt, so ist die Geldstrafe nur dann erlassen, wenn die Freiheitsstrafe unter diesen Erlaß fällt.

Auf die Strafen, die von einem der mit anderen Bundesstaaten gemeinschaftlichen Gerichte erkannt sind, findet dieser Erlaß Anwendung, sofern nach den mit den beteiligten Regierungen getroffenen Vereinbarungen die Ausübung des Begnadigungsrechts in dem betreffenden Falle Uns zusteht.

Unser Staatsministerium hat für die schleunige Bekanntmachung und Ausführung dieses Erlasses Sorge zu tragen.

b) Allgemeine Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses von demselben Tage. (JMBl. 660.)

Der vorstehende Allerhöchste Erlaß wird den Justizbehörden zur Kenntnis gebracht. Die Strafvollstreckungsbehörden haben das zu seiner Ausführung Erforderliche schleunigst zu veranlassen, insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß die in Strafhaft befindlichen begnadigten Personen sofort entlassen werden.

In den Fällen der §§ 74, 79 RStrGB. ist nach der ausdrücklichen Vorschrift des Erlasses die unter ihn fallende Einsatzstrafe in voller Höhe erlassen, sie muß also ganz von der Gesamtstrafe abgerechnet werden; unter Umständen kann das zu dem Ergebnis führen, daß die ganze Gesamtstrafe erlassen ist.

Soweit Härten zutage treten, die sich aus der Beschränkung des Erlasses auf bestimmte Gruppen von Straftaten und auf die bis zur Verkündung des Erlasses rechtskräftig gewordenen Urteile ergeben, sind Einzelgnadenerweise zu befürworten. Die Berichte sind möglichst kurz zu fassen und in Tabellenform zu erstatten.

c) Allerhöchster Erlaß vom 27. Januar 1916, betr. Löschung von Strafvermerken im Strafregister usw. (JMBl. 14.)

Auf den Bericht vom 15. Januar 1916 will Ich in Gnaden genehmigen, daß im Strafregister und in den polizeilichen Listen alle Vermerke über die bis zum 27. Januar 1916 (einschließlich) von preußischen Zivilgerichten oder von Militärgerichten des preußischen Kontingents erkannten, sowie über die bis zu dem bezeichneten Tage durch Verfügung preußischer Polizeibehörden festgesetzten Strafen gelöscht werden, wenn

1. der Bestrafte keine anderen Strafen erhalten hat als Gefängnis bis zu einem Jahre einschließlich oder Festungshaft bis zu einem Jahre einschließlich oder Arrest oder Haft oder Geldstrafe oder Verweis allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen,
2. gegen den Bestraften nach dem 27. Januar 1906 bis zum heutigen Tage nicht wieder auf Strafe wegen eines Verbrechens oder Vergehens gerichtlich erkannt ist.

Auf die Strafen, die von einem der mit anderen Bundesstaaten gemeinschaftlichen Gerichte erkannt sind, findet dieser Erlaß Anwendung, sofern nach den mit den beteiligten Regierungen getroffenen Vereinbarungen die Ausübung des Begnadigungsrechts in dem betreffenden Falle Mir zusteht.

Die Minister der Justiz, des Innern und des Krieges haben die zur Ausführung dieses Erlasses erforderlichen Anordnungen zu treffen.

d) Allgemeine Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses von demselben Tage. (JMBl. 14.)

I.

1. Die Ausführung des Allerhöchsten Erlasses liegt, soweit das Strafregister in Betracht kommt, dem Registerführer ob. Bei Zweifeln hat er die Entscheidung des Ersten Staatsanwalts einzuholen.

2. Es ist nicht erforderlich, daß alle Strafnachrichten und Strafllisten alsbald darauf durchgesehen werden, ob auf ihnen nach den Bestimmungen des Allerhöchsten Erlasses Löschungen vorzunehmen sind, vielmehr genügt es, wenn diese Prüfung für jede Strafnachricht und Strafliste bewirkt wird, sobald das Blatt aus anderem Anlasse gebraucht wird. Spätestens ist mithin jedes Blatt durchzusehen, unmittelbar vor Erteilung einer Auskunft auf Grund dieses Blattes oder bei Gelegenheit der nach Nr. 20 der Allgemeinen Verfügung, betreffend die Einrichtung des Strafregisters usw. vom 7. Juli 1913 — JMBl. S. 267 — alle 2 Jahre vorzunehmenden Durchsicht der Registerfächer. Sobald der Registerführer eine Strafnachricht oder eine Strafliste geprüft hat, hat er dies durch einen kurzen Vermerk in der rechten oberen Ecke des Blattes kenntlich zu machen.

II.

1. Der Allerhöchste Erlaß bezieht sich auf die von preußischen Zivilgerichten, preußischen Polizeibehörden oder Militärgerichten des preußischen Kontingents verhängten Strafen. Falls für die von außerpreußischen Gerichten usw. erkannten Strafen ähnliche Erlasse ergehen sollten, werden besondere Bestimmungen getroffen werden.

2. Ob die Voraussetzungen des Allerhöchsten Erlasses im Einzelfalle vorliegen, ist vom Registerführer lediglich nach dem Inhalte des Strafregisters zu prüfen. Insbesondere ist dafür, wann eine Strafe erkannt ist, das im Strafregister eingetragene Datum maßgebend; sollten bei einem Erkenntnisse mehrere Daten eingetragen sein, so entscheidet das für den Bestraften günstigere. Auch für die Frage, ob eine Person nach dem 27. Januar 1906 bis zum 27. Januar 1916 abermals bestraft ist, kommt es auf den Registerinhalt an; geht aber, bevor die Löschung im Register bewirkt ist, eine Strafnachricht ein, aus der sich ergibt, daß der Bestrafte wegen eines Verbrechens oder Vergehens vor dem 27. Januar 1916 abermals bestraft worden ist, so ist die Löschung der früheren Strafe nicht zulässig.

3. Die Löschung ist auch dann zulässig, wenn durch ein Urteil auf mehrere Strafen nebeneinander erkannt ist, von denen keine die in dem Erlasse bezeichneten Höchstgrenzen übersteigt, z. B. wenn durch ein Urteil 1 Jahr Gefängnis, 6 Wochen Haft und 1000 Mark Geldstrafe verhängt ist. Ist aus dem Register ersichtlich, daß mehrere Strafen zu einer Gesamtstrafe vereinigt sind, so ist der Betrag der Gesamtstrafe maßgebend, z. B. ist Löschung nicht zulässig, wenn jemand nach den Registervermerken zunächst zu 9 Monaten Gefängnis und später zu einer Zusatzstrafe von 6 Monaten Gefängnis verurteilt ist. Im übrigen kommt es lediglich auf die vermerkten Einzelstrafen an.

4. Mit den Hauptstrafen sind alle Nebenstrafen zu löschen, insbesondere auch die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ohne Rücksicht auf die Dauer der Aberkennung. Die Anordnung der öffentlichen Bekanntmachung des Urteils und die Verurteilung zu Wertersatz gelten im Sinne des Erlasses als Nebenstrafe. Mit den Vermerken über Strafen auf Grund des § 361 Ziffer 3 bis 8 des Reichsstrafgesetzbuchs sind auch die Vermerke über die auf Grund des § 362 daselbst erlassenen Beschlüsse der Landespolizeibehörde zu löschen.

5. Jede Löschung ist ausgeschlossen, wenn gegen eine Person eine Strafe vermerkt ist, die wegen ihrer Höhe nicht unter den Erlaß fällt. Auf einer Straf-

liste, die eine Zuchthausstrafe oder eine Gefängnis- oder Festungshaftstrafe von mehr als einem Jahre aufweist, ist mithin keine Löschung zu vermerken. Dabei bleiben Strafvermerke, die infolge eines Wiederaufnahmeverfahrens oder auf Grund eines Einzelgnadenerweises gelöscht sind, außer Betracht. Eine Strafliste, auf der die zulässigen Löschungen eingetragen sind, kann demnach keine anderen ungelöschten Vermerke über Strafen, die von preußischen Behörden verhängt sind, mehr aufweisen, als über Übertretungsstrafen, die nach dem 27. Januar 1906 erkannt sind, oder andere Strafen, die nach dem 26. Januar 1916 erkannt sind.

III.

Die Löschungen werden in derselben Weise vollzogen, wie es für Löschungen auf Grund von Einzelgnadenerweisen in Ziffer 19 der erwähnten Allgemeinen Verfügung vom 7. Juli 1913 vorgeschrieben ist; von der Befugnis, einen Stempel für die Eintragungen zu verwenden, wird ausgiebig Gebrauch zu machen sein. Auch für die Behandlung gelöschter Vermerke bei der Erteilung von Auskünften gelten die Vorschriften dieser Allgemeinen Verfügung (Ziffer 27 in Verbindung mit §§ 17, 17b der Verordnung des Bundesrats vom 17. April 1913 — JMBl. S. 266 —). Von Amts wegen wird die Tatsache der Löschung keiner Stelle, auch nicht der Strafvollstreckungsbehörde oder dem Verurteilten mitgeteilt. Dem Verurteilten ist auf Anfrage Auskunft zu erteilen. Anfragen von Behörden, ob bestimmte Strafen gelöscht seien, sind zu beantworten, auch wenn der anfragenden Behörde nicht das Recht zusteht, über gelöschte Vermerke Auskunft zu erfordern.

e) Allgemeine Verfügung des Justizministers vom 27. April 1916 über Wiederaufnahme der aus Anlaß des Krieges unterbrochenen Strafvollstreckungen. (JMBl. 89.)

Seit Beginn des Krieges sind zahlreiche, zu Gefängnisstrafen verurteilte Personen wegen zeitweiliger Räumung von Gefängnissen oder zur Erledigung dringender Arbeiten oder aus ähnlichen Gründen aus den Gefängnissen entlassen worden, ohne daß sie in das Heer eingestellt worden wären. In solchen Fällen kann es eine unbillige Härte bedeuten, wenn ein Verurteilter zur Verbüßung eines kleinen oder eines im Verhältnisse zu dem bereits verbüßten Strafteil unerheblichen Strafrestes die Strafe wieder antreten müßte. Die Ersten Staatsanwälte haben deshalb — wie es auch bisher schon vielfach geschehen ist — in geeigneten Fällen von Amts wegen vor Wiederaufnahme der Strafvollstreckung über die Frage der Erwirkung eines Gnadenerweises oder einer sonstigen Vergünstigung an mich zu berichten. Soweit die Strafvollstreckung den Amtsgerichten obliegt, haben diese in Fällen, in denen eine Berichterstattung in Frage kommt, die Akten dem Ersten Staatsanwalt vorzulegen.

f) Allgemeine Verfügung des Justizministers vom 16. Oktober 1916, — betr. die aus Anlaß des Krieges unterbrochenen oder ausgesetzten Strafvollstreckungen. (JMBl. 284.)

Durch die allgemeine Verfügung vom 27. April 1916 (JMBl. 89) sind Berichte erfordert worden über die Erwirkung von Gnadenerweisen oder sonstigen Vergünstigungen für solche zu Gefängnisstrafen verurteilten Personen, die seit Kriegsbeginn ohne Einstellung in das Heer aus den Gefängnissen entlassen worden sind, obgleich sie noch einen kleinen oder im Verhältnis zu dem bereits verbüßten Strafteil unerheblichen Strafrest zu verbüßen hatten.

In Erweiterung dieser Verfügung bestimme ich, daß in geeigneten Fällen auch dann an mich zu berichten ist, wenn es sich handelt

a) um solche aus den Gefängnissen entlassenen Strafgefangenen, die noch einen erheblichen Strafrest zu verbüßen haben, oder
b) um Verurteilte, die infolge eines bewilligten Strafausstandes ihre Strafe bisher noch nicht angetreten haben,

sofern Strafunterbrechung oder Strafausstand infolge durch den Krieg eingetretener Verhältnisse bewilligt worden sind und ihre Gesamtdauer zwei Jahre beträgt.

Als geeignet werden die Fälle vorzugsweise dann anzusehen sein, wenn die Strafunterbrechung oder Strafaussetzung mit Rücksicht auf eine Tätigkeit des Verurteilten zu Heereszwecken oder im sonstigen Landesinteresse (z. B. Beschäftigung in Fabriken für Munition oder anderen Heeresbedarf, in landwirtschaftlichen Betrieben, in Bergwerken, im Eisenbahndienst usw.) erfolgt ist und diese Tätigkeit noch fortdauert. Unter dieser Voraussetzung kann auch zugunsten solcher Personen berichtet werden, die noch Zuchthausstrafe zu verbüßen haben, sofern die sonstigen Voraussetzungen dieser Verfügung bei ihnen zutreffen.

Die Berichte sind, je nachdem ein sofortiger Gnadenerweis oder zwecks weiterer Erprobung des Verurteilten eine Strafaussetzung mit Aussicht auf einen künftigen Gnadenerweis gemäß dem Allerhöchsten Erlasse vom 23. Oktober 1895 vorgeschlagen wird, unter Benutzung der dafür bestimmten Formulare und durch Vermittlung der Oberstaatsanwälte einzureichen. Soweit die in Betracht kommenden Fälle nicht schon jetzt bekannt oder alsbald zu ermitteln sind, ist der Bericht zu erstatten, sobald durch Vorlage der Akten im Geschäftsgang oder sonstwie bekannt wird, daß die Voraussetzungen zur Berichterstattung vorliegen. Die Akten sind dem Bericht in jedem Falle beizufügen.

2. Zugunsten der Kriegsteilnehmer.

a) Allerhöchster Erlaß vom 1. August 1914, betr. Begnadigung aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges. (JMBl. 656.)

Ich will allen Personen des aktiven Heeres, der aktiven Marine und der Schutztruppen vom Feldwebel (Wachtmeister oder Deckoffizier) abwärts und allen unteren Militärbeamten des Heeres, der Marine und der Schutztruppen, soweit nicht einem der hohen Bundesfürsten das Begnadigungsrecht zusteht, die gegen sie von Militärbefehlshabern oder von Militärgerichten des Preußischen Kontingents, vom Gouvernementsgericht Ulm, sowie von Preußischen Gerichten und Verwaltungsbehörden verhängten Geld- und Freiheitsstrafen beziehungsweise den noch nicht vollstreckten Teil derselben aus Gnaden erlassen, sofern:

a) die lediglich wegen militärischer Verbrechen oder Vergehen ihnen auferlegten Strafen insgesamt fünf Jahre,
b) die lediglich wegen gemeiner Verbrechen, Vergehen oder Übertretungen ihnen an erster Stelle und an Stelle der Geldstrafen auferlegten Freiheitsstrafen insgesamt ein Jahr,
c) bei dem Zusammentreffen militärischer und gemeiner Verfehlungen die wegen letzterer verhängten oder in Ansatz gebrachten Freiheitsstrafen ein Jahr, die Freiheitsstrafen insgesamt fünf Jahre nicht übersteigen.

Ausgeschlossen von der Begnadigung sollen jedoch diejenigen Personen sein,

1. welche unter der Wirkung von Ehrenstrafen stehen,
2. welche wegen eines mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedrohten Verbrechens oder Vergehens verurteilt sind, auch wenn auf die Ehrenstrafe nicht erkannt ist,
3. welche während der Strafverbüßung, sofern diese bereits begonnen hat,

oder während einer vorausgegangenen Untersuchungshaft sich schlecht geführt haben.

Auf Personen des Beurlaubtenstandes vom Feldwebel (Wachtmeister oder Deckoffizier) abwärts findet vorstehende Order entsprechende Anwendung, sofern sie aus Anlaß der gegenwärtigen Mobilmachung einberufen werden und zur Einstellung gelangen.

Ich beauftrage Sie, für die schleunige Bekanntmachung und Ausführung des Erlasses Sorge zu tragen.

b) Allgemeine Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses vom 2. August 1914. (JMBl. 656.)

Zur Ausführung des vorstehenden Allerhöchsten Erlasses vom 1. August 1914 bestimme ich im Einverständnis mit dem Herrn Kriegsminister Folgendes:

I. Vorläufige Maßregeln des Gefängnisvorstehers.

1. Der Gefängnisvorsteher hat unverzüglich festzustellen, welche von den in Strafhaft befindlichen Gefangenen

a) einer der in dem Allerhöchsten Erlaß bezeichneten Klassen des Beurlaubtenstandes angehören,

b) wegen einer mit dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte nicht bedrohten strafbaren Handlung Freiheitsstrafen von höchstens 1 Jahr verbüßen,

c) nicht unter der Wirkung von Ehrenstrafen stehen,

d) nicht durch schlechte Führung in der Straf- oder Untersuchungshaft die Allerhöchste Gnade verwirkt haben. Geringe Disziplinarstrafen genügen nicht, die Annahme einer schlechten Führung zu begründen.

Die Militärverhältnisse sind erforderlichenfalls durch Vernehmung der Gefangenen oder Anfrage bei der Strafvollstreckungsbehörde zu ermitteln.

2. Die Gefangenen (Ziffer 1) sind sogleich in eine Nachweisung nach dem beigefügten Muster*) aufzunehmen. Diese Nachweisung ist unverzüglich dem für den Gefängnisort zuständigen Bezirkskommando zu übersenden.

3. Auf Grund dieser Nachweisungen teilt das Bezirkskommando jedem Gefängnisvorsteher mit, welchen Truppenteilen und Standorten die Mannschaften zu überweisen sind, und ob deren Abholung durch ein Militärkommando beabsichtigt ist.

4. Nach Eintreffen der Mitteilung (Ziffer 3) ist den Gefangenen der Allerhöchste Gnadenerlaß bekannt zu machen. Es ist ihnen zu eröffnen, daß in Erwartung ihrer Einstellung in das Heer ihre Beurlaubung mit der Auflage erfolgen werde, sich alsbald bei dem ihnen bezeichneten Truppenteil zu melden und, wenn ihre Einstellung nicht erfolgen sollte, ihre Strafe unverzüglich wieder anzutreten. Gleichzeitig sind sie auf die Strafvorschrift des § 88 des MilStrGB. hinzuweisen.

5. Ist vom Bezirkskommando eine Abholung der Gefangenen nicht in Aussicht gestellt, so ist die Entlassung sofort zu bewirken. Ausnahmsweise ist, wenn augenscheinlich Fluchtverdacht besteht, der Gefangene seitens der Gefängnisverwaltung dem betreffenden Truppenteil vorzuführen und, wenn seine Einstellung nicht erfolgt, in das Gefängnis zurückzuführen. Wird die Abholung der Gefangenen beabsichtigt, so ist das Eintreffen des Militärkommandos abzuwarten, dem alsdann die Mannschaften zu übergeben sind.

6. Die Truppenteile werden den Gefängnisvorstehern unverzüglich mitteilen, ob die Einstellung erfolgt ist.

7. Die Entlassung (Abholung) der Gefangenen sowie die Auskunft des Truppenteils bezüglich der Einstellung sind zu den Strafakten anzuzeigen.

8. Gefangene (Ziffer 1), welche wegen Krankheit oder Gebrechen nach dem

*) Hier nicht mit abgedruckt.

Gutachten des Gefängnisarztes unzweifelhaft nicht zur Einstellung gelangen können, sind von dem in Ziffer 2 bis 5 geregelten Verfahren auszuschließen.

Hierüber sowie über die Fälle, in welchen ein Gefangener lediglich wegen schlechter Führung nicht als unter die Ziffer 1 fallend angesehen ist, ist zu den Strafakten Anzeige zu erstatten.

II. Maßnahmen der Strafvollstreckungsbehörde.

1. Die Strafvollstreckungsbehörde hat den Strafvollzug gegen diejenigen Verurteilten, welche im Falle ihrer Einstellung in das Heer unter den Allerhöchsten Gnadenerlaß fallen, einzustellen und erst dann wieder aufzunehmen, wenn die Nichteinstellung endgültig feststeht. Jedoch ist der Strafvollzug gegen Kranke oder gebrechliche Gefangene (I. Ziffer 8 Abs. 1) einstweilen fortzusetzen, bis über deren weitere Behandlung ein Einverständnis mit dem zuständigen Bezirkskommando erzielt ist.

2. Sind die Voraussetzungen des Allerhöchsten Gnadenerlasses vom Gefängnisvorsteher wegen schlechter Führung des Verurteilten für nicht vorliegend erachtet, so ist die Entscheidung des Justizministers einzuholen. Dasselbe gilt, wenn sich Zweifel über die Anwendbarkeit des Allerhöchsten Gnadenerlasses auf einen Einzelfall ergeben.

Die Berichterstattung erfolgt durch den Ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht.

c) Allgemeine Verfügung des Justizministers vom 5. August 1914, betr. Bewilligung von Strafaufschub und Strafunterbrechung aus Anlaß des gegenwärtigen Kriegszustandes. (JMBl. 660.)

Die Strafvollstreckungsbehörden ersuche ich, während der Dauer des Kriegszustandes Gesuche um Strafaufschub oder Strafunterbrechung mit tunlichster Nachsicht zu prüfen. Der Allerhöchste Erlaß vom 1. August d. J. — JMBl. S. 656 — schließt nicht aus, daß auch solchen Verurteilten, die nicht unter ihn fallen, Strafurlaub oder Strafaufschub bewilligt wird, um ihnen den Eintritt in das Heer oder die Marine zu ermöglichen. Insbesondere verdienen auch die Familien, deren Ernährer zu den Fahnen einberufen sind, jedes mit den öffentlichen Interessen nur irgend vereinbare Entgegenkommen.

d) Allgemeine Verfügung des Justizministers vom 26. August 1914, betr. Unterbrechung der Verjährung in Strafsachen gegen Angehörige des Deutschen Heeres und der Kaiserlichen Marine während der Dauer des Kriegszustandes. (JMBl. 695.)

Im Anschluß an die Allgemeine Verfügung vom 27. Dezember 1911, betreffend Unterbrechung strafrechtlicher Verjährung — JMBl. S. 451 — werden die Strafverfolgungs- und Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, in Strafsachen gegen Personen, die zu den Fahnen einberufen sind, mit besonderer Sorgfalt zu prüfen, ob es nach Lage des Einzelfalls im Interesse der Rechtspflege unerläßlich ist, daß von der Befugnis, eine Unterbrechung der Verjährung herbeizuführen Gebrauch gemacht wird.

e) Allerhöchster Erlaß vom 27. Januar 1915, betr Niederschlagung gerichtlich noch nicht eingeleiteter Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer. (JMBl. 13.)

Ich will in Gnaden genehmigen, daß die gerichtlich noch nicht eingeleiteten Untersuchungen gegen Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege niedergeschlagen

werden, soweit sie vor dem heutigen Tage und vor der Einberufung zu den Fahnen begangene

1. Übertretungen oder
2. Vergehen mit Ausnahme derjenigen des Verrats militärischer Geheimnisse oder
3. Verbrechen im Sinne der §§ 243, 244, 264 RStrGB., bei denen der Täter zur Zeit der Tat das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte,

zum Gegenstande haben. Soweit in anderen Fällen die Niederschlagung der Untersuchung angezeigt erscheint, erwarte Ich Einzelvorschläge. Ausgeschlossen von den Gnadenerweisen sind Personen des Soldatenstandes, gegen die wegen begangener Straftaten durch militärgerichtliches Urteil auf Entfernung aus dem Heer oder der Marine oder auf Dienstentlassung erkannt ist oder wird, sowie andere Personen, die mit Rücksicht auf eine Straftat ihre Eigenschaft als Kriegsteilnehmer verloren haben oder verlieren werden. Die Minister der Justiz und des Krieges haben die zur Ausführung dieses Erlasses erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Wegen Niederschlagung bereits gerichtlich eingeleiteter Untersuchungen gegen Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege will Ich der Vorlegung eines Gesetzentwurfs entgegensehen.

f) Allgemeine Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses von demselben Tage. (JMBl. 14.)

I.

1. Kriegsteilnehmer im Sinne des Erlasses sind
   a) alle diejenigen Personen, die dem Deutschen Heer — einschließlich der Schutztruppen — oder der Deutschen Marine zur Zeit der Mobilmachung angehört haben oder seitdem in das Heer oder die Marine eingestellt worden sind, mit Ausnahme derjenigen Rekruten, Kriegsfreiwilligen, Ersatzreservisten und Landsturmpflichtigen, die ohne einem mobilen oder gegen den Feind verwendeten Teile der Land- oder Seemacht oder der Besatzung einer armierten oder in der Armierung begriffenen Festung angehört zu haben, innerhalb einer Frist von 1 Monat seit der Einstellung wieder entlassen werden,
   b) alle diejenigen Personen, die sonst vermöge eines Dienstverhältnisses, Amts oder Berufs zu dem mobilen oder gegen den Feind verwendeten Teile der Land- oder Seemacht oder zu der Besatzung einer armierten oder in der Armierung begriffenen Festung gehören oder gehört haben.
2. Als Zeitpunkt der Einberufung zu den Fahnen gilt der Tag, an dem die Einstellung in das Heer oder die Marine tatsächlich erfolgt ist, oder an dem die sonstige Beschäftigung, welche die Eigenschaft als Kriegsteilnehmer begründet, tatsächlich begonnen hat.
3. Als gerichtlich eingeleitet gilt eine Untersuchung insbesondere,
   a) wenn die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen ist,
   b) wenn gerichtliche Voruntersuchung eröffnet ist,
   c) wenn über einen Antrag auf Erlaß eine Strafbefehls (Forststrafbefehls) oder nach Erlaß eine Strafbefehls (Forststrafbefehls) eine Hauptverhandlung stattgefunden hat,
   d) wenn nach Erlaß einer polizeilichen Strafverfügung oder eines Strafbescheides einer Verwaltungsbehörde zufolge Antrags auf gerichtliche Entscheidung die Akten von der Polizeibehörde oder der anderen Verwaltungsbehörde der Staatsanwaltschaft übersandt sind.
4. Der Erlaß bezieht sich auf alle bei preußischen Strafverfolgungsbehörden anhängigen oder anhängig werdenden, gerichtlich noch nicht eingeleiteten Unter-

suchungen wegen der in den Rahmen des Erlasses fallenden Straftaten ohne Rücksicht darauf, wann die Tat zur Kenntnis der Behörde gekommen ist oder kommen wird. Auf die Untersuchungen, die bei einer mit anderen Bundesstaaten gemeinschaftlichen Strafverfolgungsbehörde anhängig sind oder anhängig werden, findet der Erlaß Anwendung, sofern nach den mit den beteiligten Regierungen getroffenen Vereinbarungen die Ausübung des Begnadigungsrechts in dem betreffenden Falle Seiner Majestät dem König von Preußen zusteht.

II.

1. Sobald feststeht, daß der Erlaß Anwendung findet, hat die Strafverfolgungsbehörde das Verfahren ausdrücklich einzustellen. Da nach den Bestimmungen des Erlasses Personen, die wegen Unwürdigkeit aus dem Heere usw. entfernt worden sind, von dem Gnadenerweise ausgeschlossen bleiben, so kann die Niederschlagung eines Verfahrens erst dann endgültig festgestellt werden, wenn der Beschuldigte aufgehört hat, Kriegsteilnehmer zu sein, ohne daß ein Umstand eingetreten ist, der ihn von der Wohltat des Erlasses ausschlösse. Solange hiernach ungewiß ist, ob Niederschlagung erfolgt oder nicht, bleibt die Vorschrift im Satz 1 der Rundverfügung vom 23. September 1914 — I. 5344 — über das Ruhen des Verfahrens in Kraft. Tritt die Verjährung der Strafverfolgung ein, ehe die Niederschlagung feststeht, so bedarf es einer weiteren Feststellung nicht mehr. Einer Benachrichtigung des Beschuldigten von der erfolgten Niederschlagung bedarf es nur in solchen Fällen, in denen eine Mitteilung über die Erledigung des Verfahrens gesetzlich vorgeschrieben oder sonst aus besonderen Gründen angezeigt erscheint. Ebenso wird sich nur für den Einzelfall entscheiden lassen, ob eine Mitteilung an Verletzte, Antragsteller oder sonst an dem Verfahren beteiligte Personen geboten ist.

2. Bezieht sich ein Strafverfahren auf mehrere Straftaten — desselben Täters oder mehrerer Täter —, von denen nur ein Teil unter den Erlaß fällt, so ist das Verfahren im übrigen fortzusetzen, doch darf dabei auf die von dem Erlasse betroffenen Taten nur insoweit eingegangen werden, als es zur Aufklärung der übrigen unvermeidlich ist. Entsprechendes gilt, wenn wegen einer Tat ein Strafverfahren aus mehreren Strafvorschriften eingeleitet ist. Erachtet es die Strafverfolgungsbehörde zur Vermeidung von Härten für geboten, daß mit Rücksicht auf die Begnadigung eines oder mehrerer Mittäter auch andere Mittäter, die nicht zu den Kriegsteilnehmern gehören, ebenfalls begnadigt werden, so hat sie einen kurzen Formularbericht zu erstatten unter Beifügung der Akten.

3. Wenn es aus Billigkeitsgründen geboten erscheint, einer an einem niedergeschlagenen Verfahren beteiligten Person Auslagen, die sie infolge des Verfahrens aufgewendet hat, aus Staatsmitteln zu erstatten, so ist an mich zu berichten.

4. Rechtshilfeersuchen außerpreußischer Behörden werden durch den Erlaß auch dann nicht berührt, wenn der Ort der begangenen Tat innerhalb Preußens gelegen ist.

III.

Die Strafverfolgungsbehörden haben die noch nicht gerichtlich eingeleiteten Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer wegen Straftaten, die nicht unter den Erlaß fallen, daraufhin zu prüfen, ob Anlaß besteht, ihre Niederschlagung zu befürworten; ein solcher Anlaß ist nur dann zu verneinen, wenn ein Beschuldigter im Hinblick auf seine Persönlichkeit und die Schwere der Tat trotz seiner Teilnahme an dem Kriege eines Allerhöchsten Gnadenerweises nicht würdig, oder wenn aus besonderen Gründen eine Aufklärung des Sachverhalts geboten erscheint. Es ist nicht ausgeschlossen, zur Prüfung dieser Frage Ermittlungen anzustellen, damit der Tatbestand hinreichend übersehen werden kann. Über die hiernach zu prüfenden Untersuchungen haben die Strafverfolgungsbehörden Verzeichnisse aufzustellen und einzureichen, die folgende Spalten enthalten:

1. Lfd. Nr.
2. Name, Wohnort, Stand des Beschuldigten, Alter zur Zeit der Tat, Aktenzeichen.
3. Bezeichnung des verletzten Strafgesetzes und kurze Darstellung des Sachverhalts.
4. Äußerung: — Befürwortung — Nichtbefürwortung — der Niederschlagung und kurze Begründung dieses Antrags.
5. eine offen zu lassende Spalte.

Wird Niederschlagung nicht befürwortet, so ist auch zu prüfen, ob es geboten erscheint, die Entlassung des Beschuldigten aus dem Heere oder der Marine anzuregen. Bejahendenfalls sind in den Verzeichnissen entsprechende Anträge zu stellen.

Einer alsbaldigen Durchsicht sämtlicher Akten bedarf es zur Aufstellung der Verzeichnisse nicht. Wenn die in Betracht kommenden Verfahren gegen Kriegsteilnehmer in den Registern nicht besonders vermerkt sind, genügt es, daß die einzelnen Fälle in die Verzeichnisse aufgenommen werden, sobald die Akten im laufenden Geschäftsgange zur Vorlage gelangen, und daß die Verzeichnisse allmonatlich eingereicht werden. Die Akten sind den Verzeichnissen nicht beizufügen.

Untersuchungen, die erst nach dem heutigen Tage anhängig werden, sind in die Verzeichnisse aufzunehmen, sobald der Sachverhalt hinreichend klar gestellt ist.

IV.

Sollte zugunsten eines Beschuldigten, der zwar nicht zu den Kriegsteilnehmern gehört, aber doch im Interesse der Kriegführung tätig gewesen ist, mit Rücksicht auf diese Tätigkeit die Niederschlagung des Verfahrens angezeigt erscheinen, so hat die Strafverfolgungsbehörde unter Beifügung der Akten an mich zu berichten.

V.

Wenn sich Zweifel über die Anwendbarkeit des Erlasses im Einzelfall ergeben, so ist meine Entscheidung einzuholen.

VI.

Die Amtsanwälte haben ihre Berichte durch die Ersten Staatsanwälte einzureichen.

g) Gesetz über die Niederschlagung von Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer. Vom 4. April 1915. (GS. 71.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtags der Monarchie, was folgt:

Einziger Artikel.

Untersuchungen gegen Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege wegen Handlungen, die vor der Einberufung zu den Fahnen begangen worden sind, können im Wege der Gnade auch dann niedergeschlagen werden, wenn sie bereits gerichtlich eingeleitet sind.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung [9. 4.] in Kraft.

Urkundlich usw.

h) Allerhöchster Erlaß vom 24. April 1915, betr. Niederschlagung gerichtlich eingeleiteter Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer. (JMBl. 83.)

Auf Grund des Gesetzes vom 4. April 1915 über die Niederschlagung von Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer will Ich in Gnaden genehmigen, daß die

gerichtlich bereits eingeleiteten, bis zum heutigen Tage noch nicht rechtskräftig erledigten Untersuchungen gegen Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege niedergeschlagen werden, soweit sie vor dem 27. Januar d. J. und vor der Einberufung zu den Fahnen begangene

1. Übertretungen,
2. Vergehen mit Ausnahme derjenigen des Verrats militärischer Geheimnisse,
3. Verbrechen im Sinne der §§ 243, 244, 264 RStrGB., bei denen der Täter zur Zeit der Tat das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte,

zum Gegenstande haben. Soweit in anderen Fällen die Niederschlagung der Untersuchung angezeigt erscheint, erwarte Ich Einzelvorschläge. Ausgeschlossen von den Gnadenerweisen sind Personen des Soldatenstandes, gegen die wegen begangener Straftaten durch militärgerichtliches Urteil auf Entfernung aus dem Heere oder der Marine oder auf Dienstentlassung erkannt ist oder wird, sowie andere Personen, die mit Rücksicht auf eine Straftat ihre Eigenschaft als Kriegsteilnehmer verloren haben oder verlieren werden.

Der Minister der Justiz und des Krieges haben die zur Ausführung dieses Erlasses erforderlichen Anordnungen zu treffen.

i) Allgemeine Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses vom 26. April 1915. (JMBl. 84.)

Für die Ausführung des vorstehenden Allerhöchsten Erlasses gelten die Bestimmungen der Allgemeinen Verfügung vom 27. Januar d. J. (JMBl. S. 13) in entsprechender Anwendung mit den folgenden Maßgaben:

1. Als Kriegsteilnehmer gelten auch diejenigen Personen, bei denen die Voraussetzungen der erwähnten Allgemeinen Verfügung unter I 1 erst in der Zeit nach dem 27. Januar d. J. eingetreten sind.

2. An die Stelle der Einstellungsverfügung der Strafverfolgungsbehörde tritt deren Antrag auf Einstellung des Verfahrens durch das Gericht.

Nach den Anordnungen der erwähnten Allgemeinen Verfügung unter II 1 kann der Antrag auf Einstellung erst gestellt werden, wenn der Angeschuldigte aufgehört hat, Kriegsteilnehmer zu sein, ohne daß ein Umstand eingetreten ist, der ihn von der Wohltat des Erlasses ausschlösse.

Soweit Strafverfahren, die infolge Einlegung des Rechtsmittels der Revision beim Reichsgericht anhängig sind, in Betracht kommen, wird der Oberreichsanwalt die Akten den Ersten Staatsanwälten zusenden; die Ersten Staatsanwälte haben diejenigen Ermittlungen anzustellen, die erforderlich sind, um beurteilen zu können, ob die Angeschuldigten zu den Kriegsteilnehmern gehören, und haben alsdann unter Rücksendung der Akten an den Oberreichsanwalt über das Ergebnis dieser Ermittlungen zu berichten. Etwaigen Ersuchen des Oberreichsanwalts um weitere Aufklärung ist zu entsprechen.

In Privatklagesachen entscheiden die Gerichte von Amts wegen über die Einstellung des Verfahrens; das gleiche gilt für die bei außerordentlichen Kriegsgerichten anhängigen Untersuchungen.

3. In einem niedergeschlagenen Verfahren bereits erfallene Gerichtskosten — einschließlich der Auslagen — sind unter Erstattung der bereits bezahlten Beträge niederzuschlagen.

4. Soweit Gnadenerweise zur Vermeidung von Härten angezeigt erscheinen zugunsten von Mittätern, die nicht zu den Kriegsteilnehmern gehören, oder zugunsten von Personen, die, ohne Kriegsteilnehmer zu sein, im Interesse der Kriegführung tätig gewesen sind, haben die Ersten Staatsanwälte von Amts wegen zu berichten, nachdem die auf Strafe lautenden Urteile rechtskräftig geworden sind.

5. An die Stelle der Vorschriften unter III der erwähnten Allgemeinen Verfügung treten die nachstehenden Bestimmungen:

Die auf Grund der Rundverfügung vom 23. September 1914 — I. 5344 — eingereichten Verzeichnisse der gerichtlich eingeleiteten Untersuchungen werden den Oberstaatsanwälten von hier aus zugesandt werden. Die Oberstaatsanwälte haben diejenigen Fälle aus diesen Verzeichnissen, die mit Rücksicht auf die Art der Straftat nicht unter den Allerhöchsten Erlaß fallen, daraufhin zu prüfen, ob Anlaß besteht, die Niederschlagung des Verfahrens durch Einzelgnadenerweise zu befürworten. Ein solcher Anlaß ist nur dann zu verneinen, wenn ein Angeschuldigter im Hinblick auf seine Persönlichkeit oder die Schwere der Tat trotz seiner Teilnahme an dem Kriege eines Allerhöchsten Gnadenerweises nicht würdig ist, oder wenn aus besonderen Gründen eine Aufklärung des Sachverhalts geboten erscheint. Es ist nicht ausgeschlossen, zur Prüfung dieser Frage Ermittlungen anzustellen, damit der Tatbestand hinreichend übersehen werden kann. Verneint der Oberstaatsanwalt hiernach einen Anlaß zur Befürwortung eines Gnadenerweises, so sind die Akten mit einer entsprechenden Nachricht an den Ersten Staatsanwalt zurückzusenden; erachtet der Oberstaatsanwalt es in einem solchen Falle für geboten, daß dem Strafverfahren alsbald Fortgang gegeben werde, so hat er die Entlassung des Angeschuldigten aus dem Heere oder der Marine anzuregen. Über diejenigen Untersuchungen, die der Oberstaatsanwalt zur Befürwortung von Einzelgnadenerweisen geeignet hält, hat er Verzeichnisse aufzustellen und einzureichen, die folgende Spalten enthalten:

1. Lfd. Nr.;
2. Name, Wohnort, Stand des Angeschuldigten, Alter zur Zeit der Tat, Aktenzeichen;
3. Bezeichnung des verletzten Strafgesetzes und kurze Darstellung des Sachverhalts;
4. kurze Begründung des Antrags auf Niederschlagung;
5. eine offen zu lassende Spalte,

Es ist zulässig, mehrere Verzeichnisse nacheinander einzureichen.

Werden gerichtlich eingeleitete Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer ermittelt, die noch nicht in eines der Verzeichnisse gemäß der Rundverfügung vom 23. September 1914 aufgenommen sind und die mit Rücksicht auf die Art der Straftat nicht unter den Allerhöchsten Erlaß fallen, so sind die Akten von dem Ersten Staatsanwalt dem Oberstaatsanwalt einzureichen, und dieser hat nach den vorstehenden Bestimmungen zu verfahren; die Ersten Staatsanwälte haben insbesondere die ihnen von dem Oberreichsanwalt übersandten Akten — vgl. oben zu 2 — daraufhin zu prüfen, ob alle Fälle in die Verzeichnisse aufgenommen sind.

k) Allerhöchster Erlaß vom 27. Januar 1916, betr. Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer und betr. Erlaß von Strafen gegen Kriegsteilnehmer. (JMBl. 9.)

I. Ich will Meine Erlasse vom 27. Januar 1915 und 24. April 1915 über die Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer dahin erweitern, daß die bisher noch nicht niedergeschlagenen und noch nicht rechtskräftig erledigten Untersuchungen gegen Personen, die vor dem heutigen Tage die Eigenschaft als Kriegsteilnehmer erlangt haben, wegen der in den erwähnten Erlassen bezeichneten Straftaten niedergeschlagen werden, wenn die Straftaten vor dem heutigen Tage und vor der Einberufung des Täters zu den Fahnen begangen sind.

Auch in diesen Fällen erfolgt die Niederschlagung unter der Bedingung, daß nicht der Täter durch militärgerichtliches Urteil mit Entfernung aus dem Heere oder der Marine oder mit Deinstentlassung bestraft ist oder bestraft werden wird, oder, wenn er keine Person des Soldatenstandes ist, mit Rücksicht auf eine Straftat seine Eigenschaft als Kriegsteilnehmer verloren hat oder verlieren wird.

II. Weiter will Ich den Teilnehmern an dem gegenwärtigen Kriege die vor ihrer Entlassung von den Fahnen durch Urteil oder Strafbefehl eines preußischen Zivilgerichts einschließlich der auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand gebildeten außerordentlichen Kriegsgerichte oder durch Strafverfügung einer preußischen Polizeibehörde oder durch Strafbescheid einer preußischen Verwaltungsbehörde wegen der vor der Einberufung zu den Fahnen begangenen Straftaten bis zum heutigen Tage rechtskräftig erkannten Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt oder erlassen sind, einschließlich der Nebenstrafen und der rückständigen Kosten in Gnaden erlassen, sofern die einzelne Strafe oder ihr noch nicht vollstreckter Teil nur in Verweis, Geldstrafe, Haft, Festungshaft bis zu einem Jahr einschließlich oder Gefängnis bis zu einem Jahr einschließlich allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen besteht. Der Erlaß der Nebenstrafen erstreckt sich indessen nicht auf die nach § 42 Abs. 1 des Militärstrafgesetzbuchs von Rechts wegen eingetretenen militärischen Ehrenstrafen. Die vorstehend bezeichneten Strafen sind auch dann erlassen, wenn sie zu einer Gesamtstrafe vereinigt sind; jedoch tritt in diesem Falle der Straferlaß nur ein, wenn der Gesamtbetrag der Strafe oder sein noch nicht vollstreckter Teil das oben bezeichnete Maß nicht übersteigt.

Auf die Strafen, die von einem der mit anderen Bundesstaaten gemeinschaftlichen Gerichte erkannt sind, findet dieser Erlaß Anwendung, sofern nach den mit den beteiligten Regierungen getroffenen Vereinbarungen die Ausübung des Begnadigungsrechts in dem betreffenden Falle Mir zusteht.

Ausgeschlossen von den Gnadenerweisen bleiben:

1. Personen des Soldatenstandes, gegen die durch gerichtliches Urteil auf Entfernung aus dem Heere der Marine oder auf Dienstentlassung erkannt worden ist oder erkannt werden wird;
2. andere Personen, die mit Rücksicht auf eine Straftat die Eigenschaft als Kriegsteilnehmer verloren haben oder verlieren werden;
3. Personen, die Kriegsteilnehmer geworden sind, obwohl sie die Fähigkeit zum Dienst in dem Deutschen Heere oder der Kaiserlichen Marine gemäß §§ 31, 34 des Reichsstrafgesetzbuchs, §§ 32, 33, 42 des Militärstrafgesetzbuchs verloren hatten; doch will Ich wegen dieser Personen in geeigneten Fällen Einzelvorschlägen auf Erlaß oder Milderung der Strafen entgegensehen.

III. Endlich ermächtige Ich den Justizminister, zugunsten von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen in Strafsachen, die vor preußischen Zivilgerichten geschwebt haben, die Kosten, soweit sie noch nicht erlassen sind, ganz oder teilweise auch unter Rückerstattung bereits gezahlter Beträge niederzuschlagen, und die Befugnis zur Niederschlagung auf andere Justizbehörden zu übertragen.

IV. Die Minister der Justiz, der Finanzen, des Innern und des Krieges haben die zur Ausführung dieses Erlasses erforderlichen Anordnungen zu treffen.

l) Allgemeine Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses von demselben Tage. (JMBl. 10.)

A. Zum Abschnitt I.

I.

I. Der Allerhöchste Erlaß bedeutet gegenüber den Erlassen vom 27. Januar und 24. April 1915 eine Erweiterung insofern als:

1. auch Untersuchungen wegen solcher Straftaten betroffen werden, die nach dem 26. Januar 1915, aber vor dem 27. Januar 1916 begangen sind,
2. auch die Kriegsteilnehmer umfaßt werden, die diese Eigenschaft erst nach dem 27. Januar oder 24. April 1915, aber vor dem 27. Januar 1916 erlangt haben.

Mit den hierdurch erforderlichen Maßgaben gelten für die Ausführung des Erlasses, soweit er auf gerichtlich noch nicht eingeleitete Untersuchungen Anwendung findet, die Bestimmungen der Allgemeinen Verfügung vom 27. Januar 1915 — JMBl. S. 14 — mit Ausnahme derjenigen in Abschnitt III, und soweit gerichtlich bereits eingeleitete Untersuchungen in Betracht kommen, die Bestimmungen der Allgemeinen Verfügung vom 26. April 1915 — JMBl. S. 84 — unter Ziffer 2, 3, 4.

2. Zur Beseitigung aufgetauchter Zweifel bemerke ich folgendes: Wenn ein Kriegsteilnehmer, der von den Fahnen endgültig entlassen ist, nachträglich wieder einberufen wird, so ist bei der Prüfung der Frage, ob eine Straftat vor der Einberufung begangen ist, die zweite Einberufung als eine neue Einberufung anzusehen, so daß z. B. eine Straftat, die nach der Entlassung und vor der zweiten Einstellung begangen ist, unter den Allerhöchsten Erlaß fällt; es ist aber zulässig, den Zeitraum der ersten Einstellung mit zu berücksichtigen bei der Berechnung der in Abschnitt I Ziffer 1 der Allgemeinen Verfügung vom 27. Januar 1915 bezeichneten Frist von 1 Monat, so daß ein Landsturmpflichtiger, der zunächst 3 Wochen und später nochmals 3 Wochen eingestellt wird, als Kriegsteilnehmer anzusehen ist. Die Voraussetzungen für die Annahme der Eigenschaft als Kriegsteilnehmer müssen am 26. Januar 1916 vorgelegen haben. Rekruten, Kriegsfreiwillige, Ersatzreservisten und Landsturmpflichtige gelten aber auch dann als Kriegsteilnehmer, wenn sie zwar am 26. Januar 1916 noch nicht einen Monat lang eingestellt waren, unter Berücksichtigung der späteren Zeit aber im ganzen einen Monat bei den Fahnen bleiben. Bei den unter Ziffer 1b a. a. O. angeführten Personen ist nicht erforderlich, daß sie auf Grund ihrer militärischen Dienstpflicht eingestellt sind, vielmehr genügt ein privatrechtliches Dienstverhältnis, durch das die Zugehörigkeit zur Land- oder Seemacht usw. begründet wird. Als Entlassung von den Fahnen gilt nur eine solche Entlassung, die die Eigenschaft als Kriegsteilnehmer für die Zukunft beseitigt.

II.

Die Strafverfolgungsbehörden haben diejenigen Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer, die nach der Art der zu verfolgenden Straftat nicht unter den Allerhöchsten Erlaß fallen, bei denen aber im übrigen die Voraussetzungen des Erlasses gegeben sind, darauf zu prüfen, ob Anlaß besteht, die Niederschlagung des Verfahrens durch Einzelgnadenerweis zu befürworten. Ein solcher Anlaß ist nur dann zu verneinen, wenn ein Kriegsteilnehmer im Hinblick auf seine Persönlichkeit oder die Schwere der Tat trotz seiner Teilnahme an dem Kriege eines Allerhöchsten Gnadenerweises nicht würdig, oder wenn aus besonderen Gründen eine Aufklärung des Sachverhalts geboten erscheint. Es ist nicht ausgeschlossen, zur Prüfung dieser Frage Ermittlungen anzustellen, damit der Tatbestand hinreichend übersehen werden kann.

Fälle, in denen hiernach die Strafverfolgungsbehörde die Befürwortung eines Gnadenerweises für zulässig erachtet, hat sie in Verzeichnisse einzustellen, die folgende Spalten enthalten:

1. Lfd. Nr.,
2. Name, Stand, Wohnort des Beschuldigten, Alter zur Zeit der Tat, Vorstrafen, Aktenzeichen,
3. Bezeichnung des verletzten Strafgesetzes und kurze Darstellung des Sachverhalts,

4. Prozessuale Lage des Verfahrens,
5. Militärisches Verhältnis des Beschuldigten,
6. Wenn schon ergangen: Datum des Urteils (I., II. Instanz), erkannte Strafe,
7. Kurze Begründung des Antrags auf Niederschlagung,
8. Eine offen zu lassende Spalte.

Die Verzeichnisse sind in Reinschrift unterschriftlich vollzogen, ohne Begleitbericht und ohne Akten unmittelbar an mich zu senden, nur die Amtsanwälte haben die von ihnen aufgestellten Verzeichnisse durch die Ersten Staatsanwälte einzureichen. Es ist zulässig, mehrere Verzeichnisse nacheinander einzureichen.

Hält die Strafverfolgungsbehörde die Befürwortung eines Gnadenerweises nicht für zulässig, so hat sie die für ihre Entscheidung maßgebenden Gründe aktenkundig zu machen. Sie hat auch zu prüfen, ob es geboten ist, die Entlassung des Beschuldigten aus dem Heere oder der Marine anzuregen; bejahendenfalls ist an mich zu berichten.

Diese Bestimmungen gelten auch für solche Fälle, in denen die Voraussetzungen des Erlasses vom 27. Januar oder vom 24. April 1915 vorliegen, die aber bisher nicht in eines der nach den Allgemeinen Verfügungen vom 27. Januar oder vom 24. April 1915 aufzustellenden Verzeichnisse aufgenommen worden sind. Die Einreichung von Verzeichnissen auf Grund dieser Allgemeinen Verfügungen findet nicht mehr statt.

III.

Gegen Kriegsteilnehmer, die endgültig von den Fahnen entlassen sind, ist das Verfahren ohne weiteres fortzusetzen,

1. wenn der Beschuldigte mit Rücksicht auf den Grund der Entlassung nach den Bestimmungen des Allerhöchsten Erlasses von den Gnadenerweisen ausgeschlossen bleiben soll,
2. wenn diese Voraussetzung nicht zutrifft, aber die zu verfolgende Straftat unter keinen der Allerhöchsten Erlasse über die Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer fällt, und die Strafverfolgungsbehörde die Befürwortung der gnadenweisen Niederschlagung nicht für zulässig erachtet oder die Niederschlagung abgelehnt ist.

B. Zum Abschnitt II.

1. Für die Frage, welche Personen als Kriegsteilnehmer anzusehen sind, zu welchem Zeitpunkt die Einberufung zu den Fahnen und die Entlassung von den Fahnen als erfolgt gilt, sind die Bestimmungen der Allgemeinen Verfügung vom 27. Januar 1915 — JMBl. S. 13 — und die zu deren Erläuterung ergangenen Bestimmungen, insbesondere diejenigen im Abschnitt I der vorliegenden Verfügung maßgebend.

2. Voraussetzung für die Anwendung des Allerhöchsten Erlasses ist es ebenso wie bei den Erlassen vom 27. Januar und 24. April 1915, daß die Straftat, auf die das Strafverfahren sich bezieht, vor der Einberufung zu den Fahnen begangen ist; dagegen betrifft der Abschnitt II des jetzigen Erlasses nur rechtskräftig erkannte Strafen, und zwar muß die Rechtskraft des Urteils oder Strafbefehls spätestens mit dem Ablaufe des 27. Januar d. J. eingetreten sein. Dadurch, daß die Rechtskraft erst nach der Einberufung zu den Fahnen eingetreten ist, wird die Anwendung des Allerhöchsten Erlasses nicht ausgeschlossen.

3. Bei der Entscheidung der Frage, ob eine Strafe nach ihrer Höhe unter den Allerhöchsten Erlaß fällt, ist der noch nicht vollstreckte Teil der Strafe maßgebend; wenn z. B. ein Verurteilter zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren verurteilt ist und nach Verbüßung von 2 Jahren und 1 Monat Gefängnis zur Einstellung in das Heer beurlaubt ist, so ist der Strafrest erlassen. Ist durch ein und dasselbe Erkenntnis auf mehrere Strafen erkannt, von denen keine die für ihre Strafart

in dem Erlasse bezeichnete Höchstgrenze übersteigt, so sind alle Strafen erlassen, z. B. sind 1 Jahr Gefängnis, 6 Wochen Haft und 1000 Mark Geldstrafe, die durch ein Urteil verhängt sind, erlassen. Übersteig von den durch ein Urteil erkannten Strafen der noch nicht vollstreckte Teil der einen Strafe die in dem Erlasse bezeichnete Höchstgrenze, so bleibt der Erlaß überhaupt außer Anwendung, so daß bei einem auf 1½ Jahr Gefängnis und 6 Wochen Haft lautenden Urteile keine Strafe erlassen ist, wenn von der Gefängnisstrafe noch nicht 6 Monate vollstreckt sind. Dagegen betrifft der Erlaß die durch ein Urteil verhängten Strafen, die sämtlich innerhalb der Höchstgrenze liegen, auch dann, wenn auf Grund eines anderen Urteils noch Strafen zu vollstrecken sind, die die Höchstgrenze übersteigen; wenn von 2 Urteilen das erste auf 6 Wochen Haft, das zweite auf 1 Jahr Zuchthaus lauten, so ist die erste Strafe erlassen. Bei Gesamtstrafen ist der noch nicht vollstreckte Gesamtbetrag der Strafen entscheidend ohne Rücksicht darauf, ob die Einzelstrafen durch ein oder mehrere Erkenntnisse festgesetzt sind; wenn jemand durch ein Urteil zu 9 Monaten Gefängnis, durch ein zweites Urteil zu einer Zusatzstrafe von 6 Monaten verurteilt ist, so ist nichts erlassen, falls nicht vor dem 27. Januar 1916 3 Monate vollstreckt waren. Ist in einer Gesamtstrafe eine Einsatzstrafe enthalten, die von einem nichtpreußischen Gericht erkannt ist, und liegt die Gesamtstrafe oder ihr noch nicht vollstreckter Teil innerhalb der Höchstgrenzen des Erlasses, so ist von der Strafvollstreckungsbehörde unmittelbar an mich zu berichten.

4. Da nach den Vorschriften des Erlasses Personen, die wegen Unwürdigkeit aus dem Heere usw. entfernt werden, von den Gnadenerweisen ausgeschlossen bleiben sollen, so kann der Erlaß der Strafe erst dann endgültig festgestellt werden, wenn der Verurteilte aufgehört hat, Kriegsteilnehmer zu sein, ohne daß ein Umstand eingetreten wäre, der ihn von der Wohltat des Erlasses ausschlösse. Solange hiernach ungewiß ist, ob der Straferlaß eintritt oder nicht, ist jede auf Strafvollstreckung gerichtete Handlung unzulässig. Eine Benachrichtigung des Verurteilten und eine Mitteilung an das Strafregister erfolgt erst nach der Entlassung des Verurteilten von den Fahnen.

Auch soweit hiernach der Straferlaß vorläufig nur bedingt ist, sind Gnadengesuche, die sich auf die bedingt erlassene Strafe beziehen, als erledigt anzusehen. Etwa erforderte Berichte über die Frage nach der Befürwortung eines Gnadenerweises sind nicht zu erstatten, vielmehr ist nur eine kurze Anzeige über die Sachlage einzureichen. Bedingt erlassene Strafen sind in B-Verzeichnisse nicht einzustellen.

5. Die Strafvollstreckungsbehörden haben schleunigst zu prüfen, ob Verurteilte von dem Allerhöchsten Erlasse betroffen werden, welche die Strafe zurzeit verbüßen; bejahendenfalls ist die Strafvollstreckung sofort zu unterbrechen.

6. Rückständige Kosten sind auch in solchen Fällen erlassen, in denen ein Erlaß der Strafe nicht mehr in Frage kam, weil die Strafe schon ganz vollstreckt oder erlassen war, wenn nur die Strafe ganz unter die Höchstgrenzen des Erlasses fiel. Dieser Kostenerlaß gilt auch zugunsten der Erben des Verurteilten, nicht aber zugunsten solcher Personen, die die Kostenschuld selbstschuldnerisch übernommen haben, z. B. nicht zugunsten desjenigen, der ein mit einer Hypothek für die Kostenschuld belastetes Grundstück unter Anrechnung der Hypothek auf den Kaufpreis gekauft hat.

7. In allen Fällen, in denen ein Kriegsteilnehmer deshalb von den Gnadenerweisen ausgeschlossen bleibt, weil er die Fähigkeit zum Dienst in dem Deutschen Heere oder der Kaiserlichen Marine gemäß §§ 31, 34 des Reichsstrafgesetzbuchs oder §§ 32, 33, 42 des Militärstrafgesetzbuchs verloren hatte, ist über die Frage der Befürwortung eines Einzelgnadenerweises an mich zu berichten; die Berichte sind von der Strafvollstreckungsbehörde unmittelbar an mich nach Formular unter Beifügung der Akten zu erstatten.

8. Wenn sich Zweifel über die Anwendbarkeit des Erlasses im Einzelfall ergeben, so ist meine Entscheidung einzuholen.

Zum Abschnitt III.

Die mir übertragene Befugnis zur Niederschlagung von Kosten zugunsten von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen übertrage ich auf Grund der Allerhöchsten Ermächtigung auf die Landgerichtspräsidenten. Von dieser Befugnis kann insbesondere auch in solchen Strafsachen Gebrauch gemacht werden, die unter den Allerhöchsten Gnadenerlaß vom 1. August 1914 gefallen wären, wenn damals die Strafen noch nicht vollstreckt gewesen wären.

m) Allgemeine Verfügung vom 27. Januar 1916 über Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer. (JMBl. 16.)

I.

Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer wegen der vor der Einberufung zu den Fahnen begangenen Straftaten haben bis auf weiteres zu ruhen, auch wenn sie unter keinen der Allerhöchsten Erlasse über die Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer fallen. Verfahren gegen etwaige Teilnehmer an der Straftat, die nicht zu den Kriegsteilnehmern gehören, sind, soweit tunlich, abzutrennen und fortzuführen. Glaubt eine Strafverfolgungsbehörde, daß die Fortführung eines Strafverfahrens gegen einen Kriegsteilnehmer wegen einer vor der Einberufung zu den Fahnen begangenen Straftat durch die Interessen der Rechtspflege geboten sei, so hat sie meine Entscheidung einzuholen. Vorher sind nur solche Handlungen vorzunehmen, in Ansehung deren Gefahr im Verzuge obwaltet.

Diese Bestimmungen gelten auch zugunsten von Kriegsteilnehmern, die endgültig von den Fahnen wieder entlassen sind. Gegen solche Kriegsteilnehmer sind aber die Strafverfahren ohne weiteres fortzusetzen,

1. wenn der Beschuldigte mit Rücksicht auf den Grund der Entlassung nach den Bestimmungen der Allerhöchsten Erlasse von den Gnadenerweisen ausgeschlossen bleiben soll,
2. wenn diese Voraussetzung nicht zutrifft, aber die zu verfolgende Straftat unter keinen der Allerhöchsten Erlasse über die Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer fällt und die Niederschlagung abgelehnt ist oder die Strafverfolgungsbehörde die Befürwortung der gnadenweisen Niederschlagung nicht für zulässig erachtet, weil der Beschuldigte im Hinblick auf seine Persönlichkeit oder die Schwere der Tat trotz seiner Teilnahme an dem Kriege eines Allerhöchsten Gnadenerweises nicht würdig erscheint.

II.

Vollstreckung von Strafen, die gegen Kriegsteilnehmer wegen der vor der Einberufung zu den Fahnen begangenen Straftaten verhängt sind, ist nur mit meiner Genehmigung zulässig.

Nach endgültiger Entlassung eines Kriegsteilnehmers von den Fahnen gilt für die Vollstreckung einer nicht im Gnadenwege erlassenen Strafe, die wegen einer vor der Einberufung zu den Fahnen begangenen Straftat verhängt ist, folgendes:

1. Die Strafvollstreckung ist ohne weiteres zu betreiben,
   a) wenn die erkannte Strafe oder ihr noch zu vollstreckender Rest nach Art oder Höhe nicht innerhalb der Höchstgrenzen des Allerhöchsten Gnadenerweises vom 27. Januar 1916 über den Erlaß von Strafen gegen Kriegsteilnehmer liegt,

b) wenn der Verurteilte wegen des Grundes der Entlassung von den Fahnen nach den Bestimmungen des bezeichneten Allerhöchsten Erlasses unter II Abs. 3 Nr. 1, 2 von den Gnadenerweisen ausgeschlossen bleiben soll.

2. In allen anderen Fällen hat die Strafvollstreckungsbehörde alsbald ohne Einleitung oder Wiederaufnahme der Strafvollstreckung mit Formularbericht unter Aktenbeifügung meine Entscheidung über die Befürwortung eines Gnadenerweises unmittelbar einzuholen.

III.

Als Kriegsteilnehmer im Sinne dieser Bestimmungen gelten alle Personen, bei denen die Voraussetzungen der Allgemeinen Verfügung vom 27. Januar 1915 — JMBl. S. 14 — unter I, 1 gegeben sind, ohne Rücksicht darauf, ob diese Voraussetzungen vor oder nach dem heutigen Tage eingetreten sind.

IV.

Die Rundverfügungen vom 23. September, 12. November 1914, 22. März, 3. Mai 1915 — I. 5344, 5524, 4250, 4405 — werden aufgehoben.

Literatur.

Cohn, Amnestie für Kriegsteilnehmer, DJZ. 15 81. — Delaquis, Die Löschung von Strafvermerken im Strafregister, ZStW. 16 576. — Falck, Die Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer in Deutschland, ÖstGZ. 16 204. — Derselbe, Zur Frage der Abolition in den Konsulargerichtsbezirken und in den Schutzgebieten, DStrafrZ. 15 248. — Klee, Der Allerhöchste Erlaß vom 24. April 1915 und die Allgemeine Verfügung des Justizministers vom 26. April 1915 betr. Niederschlagung gerichtlich eingeleiteter Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer, JW. 15 624. — Meyer, Gesetzgebung und Krieg, DJZ. 14 1229. — Derselbe, Verjährung und Kriegsteilnehmer, DJZ 15 1077 ff. — Derselbe, Über die Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer, LeipzZ. 16 136. — Derselbe, Über die Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer, ZStW. 16 796 ff.

I. Die von der Niederschlagung betroffenen Personen und Verfahren.

1. BayObLG., BayJMBl. 16 BBl. 227, LeipzZ. 16 1132. Vom Gnadenerlasse sind nicht auszuschließen Personen, die, obschon sie heeresunwürdig waren, aus Versehen zu den Fahnen einberufen wurden und nur wegen der die Heeresunwürdigkeit begründenden früheren Verurteilung die Eigenschaft als Kriegsteilnehmer verloren haben.

2. Meyer, ZStW. 16 800, Falck, AÖVGZ. 16 306. Die Niederschlagungserlasse betreffen auch das Privatklageverfahren.

3. Verfügung des Justizministers v. 15. April 1915 I 4336. Das Gesetz vom 4. April d. Js. (GS. 71) über die Niederschlagung von Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer beschränkt sich nicht auf die Strafsachen, sondern erstreckt sich auf Untersuchungen aller Art, also auch auf Disziplinaruntersuchungen, soweit für diese die aus Art. 49 Abs. 3 der Preußischen Verfassung ersichtliche Einschränkung des Begnadigungsrechts überhaupt Platz greift. Alle Disziplinaruntersuchungen gegen Beamte, die Kriegsteilnehmer im Sinne der Allgemeinen Verfügung v. 27. Januar d. Js. — JMBl. 14 — sind, sind daraufhin zu prüfen, ob die Niederschlagung des Verfahrens mit Rücksicht auf die Teilnahme des Beschuldigten am Kriege befürwortet werden kann; bejahendenfalls ist alsbald an mich zu berichten.

4. Meyer, ZStW. 16 800. Die Niederschlagungserlasse erstrecken sich auf die reinen Strafverfahren, nicht auf Disziplinar- und ehrengerichtliche Verfahren.

5. RG. IV, LeipzZ. 16 1369. Der Angekl. hat vom 18. bis 25. Januar 1915 bei dem Landsturm-Inf.-Bat. K. gedient, welches damals zur Besatzung einer armierten Festung gehörte, und gilt daher als KT. im Sinne des Allerh. Erl. v. 24. April und der allg. Verf. des JustMin. v. 26. April 1915. Er war ferner vom 15. September bis

11. Dezember 1915 in der deutschen Verwaltung für Litauen als Hilfsgendarm angestellt und hat auch dadurch wieder die Eigenschaft eines KT. erlangt, da durch dieses Dienstverhältnis seine Zugehörigkeit zum deutschen Heere begründet wurde. Er hat, ohne daß ein Umstand eingetreten wäre, der ihn von der Wohltat des Allerh. Erl. ausschlösse, aufgehört, KT. zu sein. Von dem Landsturm-Bat. K. ist er wegen dauernder Dienstunfähigkeit wieder entlassen, während seine Entlassung aus der Stellung eines Hilfsgendarmen erfolgte, nachdem bekannt geworden war, daß gegen ihn eine gerichtl. Untersuchung wegen der den Gegenstand seiner jetzigen Verurteilung bildenden, in den Jahren 1912 und 1913 begangenen Straftaten schwebte. Hiernach treffen hinsichtlich des dem Angekl. nach dem Spruche der Geschworenen zur Last fallenden Vergehens des fahrlässigen Falscheides die Voraussetzungen zusammen, unter denen nach dem Allerh. Erl. v. 24. April 1915 die gerichtlich eingeleiteten Untersuchungen niedergeschlagen werden. Da danach ein Anspruch des Staates auf Bestrafung des Angekl. insoweit nicht mehr besteht, war die Strafverfolgung und Verurteilung des Angekl. wegen dieser Tat unzulässig, und hätte schon den Geschworenen eine Frage nach fahrlässigem Falscheide nicht gestellt werden dürfen. Es war daher das Urteil insoweit aufzuheben und auf Einstellung des Verfahrens zu erkennen.

6. JW. 16 1349 (BayObLG.). Vom 17. April 1916 an wurde der Angeklagte zum Technischen Betriebsbataillon J. einberufen. Auf den Antrag des Staatsanwalts verfügte die Strafkammer durch den Beschluß v. 10. Juni 1916 die Einstellung des Verfahrens wegen der bezeichneten Vergehen; sie ging dabei wie der Staatsanwalt von der Ansicht aus, daß das Strafverfahren durch den Allerhöchsten Erlaß v. 7. Januar 1916, die Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer betreffend, niedergeschlagen worden sei. Nachdem in einer anderen Sache durch den Beschluß des Senats v. 25. Mai 1916 (JW. 1916, 1136) ausgesprochen worden war, daß der Gnadenerlaß v. 7. Januar 1916 sich nur auf solche Personen erstrecke, die schon vor dem genannten Tage Kriegsteilnehmer waren, beantragte der Staatsanwalt die Aufhebung des Einstellungsbeschlusses v. 10. Juni 1916. Die Strafkammer entsprach diesem Antrage durch den angefochtenen Beschluß.

Die Beschwerde des Angeklagten ist nicht begründet. Prozessuale Bedenken gegen das Verfahren der Strafkammer bestehen nicht. Der Beschluß v. 10. Juni 1916 stellt eine Entscheidung dar, die der sofortigen Beschwerde nicht unterliegt, die sonach der Rechtskraft nicht fähig, auch durch das Gesetz (vgl. §§ 346, 347 StPO.) einer Anfechtung nicht ausdrücklich entzogen ist. Die Gerichte sind befugt, solche Entscheidungen, auch wenn keine Beschwerde eingelegt ist, auf Antrag zurückzunehmen, falls sie einen Anlaß hierzu finden (vgl. Löwe-Rosenberg, Anm. 5a zu § 348 StPO.). Der Beschluß ist auch gerechtfertigt, weil der Angeklagte nicht unter den Gnadenerlaß v. 7. Januar 1916 fällt; denn aus den Eingangsworten des Erlasses ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß seine Voraussetzungen nur bei solchen Personen zutreffen, die vor dem 7. Januar 1916 Kriegsteilnehmer gewesen sind.

7. RG. V, LeipzZ. 16 1319. Nachdem der Angekl., der im März 1915 als Landsturmpflichtiger in das Heer eingestellt worden war, im Mai 1915 einen Diebstahl verübt hatte, wurde er durch Verfügung des MilGerichts (§ 4 MStGO.) den bürgerlichen Gerichten übergeben und durch Urt. des LG. C. v. 2. August 1915 zu Zuchthaus verurteilt. Diese Verurteilung hatte nach § 31 StrGB. zur Folge, daß der Angekl. zum Dienste im Heer und der Marine dauernd unfähig wurde. Danach finden die Allerh. Gnadenerlasse v. 27. Januar 1915 und 1916 auf die Tat vom September 1914 keine Anwendung.

II. Die sachlichen Wirkungen der Niederschlagung.

1. Meyer, LeipzZ. 16 138. Die Niederschlagung ist persönlicher Strafausschließungsgrund, wirkt nur persönlich und beseitigt nicht die Strafbarkeit der Teilnehmer, die nicht Kriegsteilnehmer sind.

2. Meyer, ZStW. 16 801. Handelt es sich um ein fortgesetztes, gewerbs- oder gewohnheitsmäßiges Delikt, so können die Tathandlungen, die vor der Niederschlagung

liegen, falls die nachher noch fortgesetzte Straftat zur Aburteilung gelangt, nicht zum Gegenstand der Verfolgung und Aburteilung gemacht werden.

3. Meyer, ZStW. 16 801. Die Niederschlagung läßt für den Beleidigungsprozeß den Wahrheitsbeweis offen, weil keine Freisprechung vorliegt.

4. Meyer, ZStW. 16 801. Das objektive Strafverfahren nach § 42 StGB. ist noch möglich (BayobLG., BayJMBl. 16 Beibl. 233, LeipzZ. 16 1132). Dagegen kann eine Buße nicht verlangt werden, weil keine Verurteilung zur Strafe erfolgt (§ 444 StPO.).

5. Meyer, ZStW. 16 802. Die Niederschlagung beseitigt die Möglichkeit, eine Restitutionsklage nach § 580 Abs. 1 ZPO. auf die Straftat zu stützen (zu vgl. § 155 MStGB., BayobLG. im BayJMBl. 16 BBl. 229).

6. Meyer, ZStW. 16 801[22]. Die Niederschlagung bildet kein Hemmnis für die dienststrafrechtliche Verfolgung des Beamten wegen derselben Tat. Hier handelt es sich um die Reinheit der Amtsführung und die wichtigsten Interessen der Staatsverwaltung; dort steht der Verzicht auf das Strafklagerecht und die Sühne für die Straftat in Frage. Das Dienststrafverfahren ist etwas Besonderes neben dem eigentlichen Strafverfahren. Die Frage ist in diesem Sinne auch bei Beratung des bayer. Ges. v. 4. Dezember 1915 erörtert worden (StenBer. Nr. 322 S. 65).

III. Die Verfahrenswirkungen der Niederschlagung.

1. Meyer, ZStW. 16 803. Das Strafverfahren, auch das Privatklageverfahren, ist infolge der Niederschlagung einzustellen. Es muß infolge des eingetretenen Endigungsgrundes, der dem Landesrecht entnommen ist, seine formelle Erledigung finden.

2. Meyer, ZStW. 16 803. Auf den staatlichen Strafanspruch ist im Gnadenwege verzichtet. Das Verfahren ist nicht mehr zulässig. Würde unter Nichtkenntnis oder Nichtbeachtung der Niederschlagung ein Verfahren durchgeführt und auf Strafe erkannt worden sein, so müßte die Strafe entweder im Gnadenwege erlassen oder ihre Vollstreckung nach § 490 StPO. für unzulässig erklärt werden.

3. Klee a. a. O. 625. Das Verfahren ist auch dann niederzuschlagen, wenn sachlich der Antrag auf Außerverfolgungsetzung — nach geführter Voruntersuchung — begründet wäre, oder wenn der in erster Instanz verurteilte Angeklagte Berufung oder Revision mit dem Ziele der Freisprechung eingelegt hat.

4. Meyer, ZStW. 16 804, DJZ. 15 1079ff. Das Gericht entscheidet über die Niederschlagung im Beschlußverfahren ohne Hauptverhandlung auch dann, wenn das Hauptverfahren schon eröffnet war (BayobLG. in DJZ. 16 446 und BayJMBl. 16 BBl. 231). Auch das Reichsgericht entscheidet jetzt (abweichend von RGSt. 33 264) im Beschlußverfahren (BayJMBl. 16 185); ebenso Falck a. a. O. 305.

5. JW. 16 1145 (LG. Leipzig). Für einen Einstellungsbeschluß i. S. des § 503 Abs. 2 StPO. ist kein Raum. Das Gericht kann nur feststellen, daß das weitere Verfahren infolge der Niederschlagung unzulässig geworden ist.

6. Meyer, ZStW. 16 803. Im Schwurgerichtsverfahren hat über den Einwand der Niederschlagung die Richterbank, nicht die Geschworenenbank zu entscheiden.

7. Meyer, LeipzZ. 16 136, BayobLG. in DJZ. 16 446, LeipzZ. 16 1132. Die Kosten sind der Staatskasse, im Privatklageverfahren (einschließlich der dem Angeschuldigten erwachsenen notwendigen Auslagen) dem Privatkläger aufzuerlegen. → Zu vgl. Allg. Vfg. v. 27. Januar 1915 II 3. ←

8. Meyer, ZStW. 16 805. Eine Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft kann im niedergeschlagenen Verfahren nicht von Rechts wegen, sondern nur im Verwaltungswege, d. h. aus Billigkeitsgründen gewährt werden. Die Niederschlagung läßt die Frage nach Schuld oder Unschuld dahingestellt. Die Voraussetzungen des Gesetzes v. 14. Juli 1914 erfordern auch eine andere prozeßrechtliche Erledigung des Verfahrens als bei der Niederschlagung eintritt.

9. LeipzZ. 16 1320 Nr. 5 (BayObLG. StS., Beibl. z. JMBl. S. 250). Der Beschluß, der die Einstellung ausspricht, unterliegt der einfachen Beschwerde und kann vom

Gericht auf Antrag zurückgenommen werden (StS. v. 27. Juli 1916, BeschwReg. 254/16, Beibl. z. JMBl. S. 279). — Bei der Einstellung eines Privatklageverfahrens sind die durch die Privatklage entstandenen Kosten einschl. der notwendigen Auslagen des Privatbeklagten dem Privatkläger auch dann zu überbürden, wenn eine Widerklage anhängig bleibt.

10. RG. IV, JW. 16 1419. Der Erlaß v. 27. Januar 1916 findet auf die Fälle W. insofern Anwendung, als der Angeklagte vor dem 27. Januar 1916 — nämlich am 7. Juli 1915 — Kriegsteilnehmer geworden war, die Taten im März 1915, also vor der Einberufung zu den Fahnen begangen hatte, und weil die Taten ihrer Art nach unter den Erlaß fallen. Denn da in den Erlassen die Taten, auf die sie Anwendung finden sollen, nach rechtlichen Gesichtspunkten bezeichnet sind, ist für ihre Anwendbarkeit derjenige rechtliche Gesichtspunkt entscheidend, unter dem zur Zeit des Erlasses die von dem Kriegsteilnehmer vor seiner Einberufung begangene Tat verfolgt wird. Am 27. Januar 1916 aber war in den Fällen W. gegen den Angeklagten das Hauptverfahren wegen mehrerer Beleidigungen eröffnet, also wegen Vergehen, die nicht den Verrat militärischer Geheimnisse betreffen und demgemäß unter den Erlaß v. 27. Januar 1916 fallen. Damit sind jedoch die Voraussetzungen des Erlasses noch nicht erschöpft, die Niederschlagung der Untersuchung ist vielmehr ausdrücklich an die „Bedingung" geknüpft, daß der Täter — wenn er, wie hier, keine Person des Soldatenstandes ist — nicht mit Rücksicht auf eine Straftat seine Eigenschaft als Kriegsteilnehmer verloren hat „oder verlieren wird". Solange die „Bedingung" noch nicht eingetreten ist, ist auch der Strafanspruch noch nicht erloschen, die Frage der Begnadigung vielmehr noch in der Schwebe. Zweifeln begegnet indessen die Frage, welche Wirkungen die Allerhöchsten Erlasse für diese Zwischenzeit äußern, ob insbesondere das Verfahren zu ruhen hat. Diese Frage braucht jedoch hier nicht entschieden zu werden. Denn auch wenn man annimmt, daß in den Fällen W. das Verfahren gegen den Angeklagten bis zur Entscheidung über Eintritt oder Nichteintritt jener „Bedingung" hätte ruhen müssen, und demnach der Vorinstanz ein Verstoß zur Last fiele, so könnte dieser doch nur dann zur Aufhebung des angefochtenen Urteils führen, wenn der Angeklagte durch ihn beschwert wäre. Das aber ist hier nach der besonderen Lage des Falles zu verneinen. Mit einem solchen Ruhen des Verfahrens könnte nur der Zweck verfolgt sein, daß während der Schwebezeit durch die vorzeitige Fortsetzung des Verfahrens nicht die Möglichkeit der Begnadigung beeinträchtigt oder vereitelt werde. Der Zweck entfällt, sobald feststeht, daß der Angeklagte der Begnadigung überhaupt nicht teilhaftig werden kann. Die Fortsetzung des Verfahrens hat alsdann die Möglichkeit der Begnadigung weder beeinträchtigt noch vereitelt, also den Angeklagten auch nicht beschwert. So aber liegt der Fall hier. Durch die Verwerfung der Revision im Falle K. steht die rechtskräftige Verurteilung des Angeklagten zu Zuchthausstrafe und damit seine dauernde Unfähigkeit zum Dienste im deutschen Heere fest (§ 31 StrGB.). Er hat also seine Eigenschaft als Kriegsteilnehmer mit Rücksicht auf eine Straftat verloren und ist daher nach dem Erlasse vom 27. Januar 1916 zu I Abs. 2 von der Begnadigung ausgeschlossen. Die Fortsetzung des Verfahrens in den Fällen W. hat ihm mithin die Möglichkeit der Begnadigung nicht verschränkt. Es könnte sich vielleicht noch fragen, ob es im Sinne der Erlasse liege, daß ein Kriegsteilnehmer durch ein Verfahren wegen der von den Erlassen betroffenen Straftaten auch nicht einmal nur behelligt werden solle. In den Erlassen ist dies weder ausgesprochen, noch angedeutet. Selbst wenn man aber zugunsten des Angeklagten so weit gehen wollte, dies anzunehmen, so könnte doch im vorliegenden Falle auch dies nicht zur Aufhebung des Urteils führen, weil der insofern durch die Fortsetzung des Verfahrens dem Angeklagten erwachsene Schaden überhaupt nicht heilbar wäre. Denn der Zustand, daß der Angeklagte als Kriegsteilnehmer durch dieses Verfahren unbehelligt bleibe, kann, nachdem er die Eigenschaft als Kriegsteilnehmer verloren hat, nicht wiederhergestellt werden. Die auf die Gnadenerlasse gestützte Revisionsrüge vermag daher auch in den Fällen W. die Aufhebung des Urteils nicht zu begründen.

11. Hierzu: Klee, JW. 16 1418. Ebenso wie es unzweifelhaft ist, daß der Strafanspruch des Staates noch nicht erloschen ist, solange die Bedingung, an welche die Begnadigung geknüpft ist, nicht eingetreten ist, gewähren die Erlasse dem Kriegsteilnehmer auch ein bedingtes Recht auf die Niederschlagung (analog dem aus dem suspensiv bedingten Rechtsgeschäft erwachsenden Anspruch). Dieser Anspruch muß dem Kriegsteilnehmer gesichert werden, wenn anders der Zweck der Erlasse nicht vereitelt werden soll. Die Sicherung kann aber nur dadurch erreicht werden, daß das Verfahren ruht. Dies ist auch die Auffassung der Allgemeinen Verfügung des preußischen Justizministers v. 27. Januar 1916 über Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer (JMBl. 16), die grundsätzlich anordnet, daß Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer wegen der vor der Einberufung zu den Fahnen begangenen Straftaten bis auf weiteres zu ruhen haben. Eine solche Anweisung der Justizverwaltung an die untergeordneten Behörden ist allerdings keine Rechtsnorm (§ 376 StPO.), die Revision kann auf ihre Verletzung nicht gestützt werden. Wie aber das RG. den sich aus Begriff und Wesen des Gnadenrechts ergebenden Satz, daß der Strafanspruch des Staates durch einen Gnadenausspruch erlischt, als Rechtsnorm im Sinne des § 376 StPO. bezeichnet, so dürfte auch der Satz, daß ein bedingt Begnadigter einen Anspruch darauf hat, der Möglichkeit des Erlöschens des ius puniendi nicht beraubt zu werden, als revisible Rechtsnorm anzuerkennen sein.

12. Kuhnt, DStrZ. 16 168. Eine Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft kann (nur) gewährt werden, wenn ein von den Fahnen entlassener Beschuldigter wegen einer vor Einberufung zu den Fahnen begangenen Tat in Untersuchungshaft genommen worden ist, obwohl die Voraussetzungen des Gnadenerlasses sämtlich vorlagen, die Abolition also materiell bereits erfolgt, und formell noch nicht ausgesprochen war, denn dann enthält das Urteil über die Niederschlagung noch eine Entscheidung in der Sache selbst. Da die Abolition ein Verzicht auf Strafanspruch und Strafklagerecht ist (RGSt. 33 205ff., 211), so ist mit ihrem Eintritt die weitere Strafverfolgung unzulässig und hat der Beschuldigte für die nachfolgende Zeit die Stellung einer Person, die keine strafbare Handlung begangen hat.

L. Wiederherstellung vernichteter Standesregister, Grundbücher und Grundbuchblätter. — Verordnungen verschiedenen Inhalts.

Übersicht.

*I. Bek. über die Erneuerung vernichteter Standesregister, v. 25. November 1915 (RGBl. 779) 804
Hierzu:
Ausführungsbestimmungen v. 12. April 1916 (RGBl. 289). 804
II. Verordnung, betr. die Wiederherstellung der durch Brand zerstörten Grundbücher des Amtsgerichts in Nordenburg, v. 19. Januar 1915 (GS. 9) . . .
III. Verordnung, betr. die Wiederherstellung der gelegentlich des russischen Einfalls zerstörten oder abhanden gekommenen Grundbücher der Amtsgerichte in Arys, Bialla, Johannisburg, Lyck, Marggrabowa, Pillkallen und Stallupönen, v. 31. August 1915 (GS. 132) . . . . . .
IV. Verordnung, betr. die Wiederherstellung der gelegentlich des russischen Einfalls zerstörten oder abhanden gekommenen Grundbuchblätter des Amtsgerichts in Wischwill, v. 31. August 1915 (GS. 131) . . . . . .
*V. Beurkundung von Sterbefällen 808
1. Verordnung über die Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen, die im Inland weder einen Wohnsitz gehabt haben, noch dort geboren sind, v. 7. September 1915 (RGBl. 583).. . . . . .
*2. Verordnung über die Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen, v. 18. Mai 1916 (RGBl. 405) 808
Hierzu:
a) Bek. des Reichskanzlers über die Zuständigkeit zur Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen, die im Inland weder einen Wohnsitz gehabt haben, noch dort geboren sind, v. 11. Sept. 1915 (RGBl. 584)
*b) Bek. des Reichskanzlers über die Zuständigkeit zur Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen der Kaiserlichen Marine, die im Inlande weder einen Wohnsitz gehabt haben, noch dort geboren sind, v. 23. Mai 1916 (RGBl. 406). 808
*VI. Anrechnung von Kriegsjahren 809
1. Allerhöchster Erlaß, betr. die Anrechnung der Jahre 1914 und 1915 als Kriegsjahre, v. 7. September 1915 (RGBl. 599) . . . . . .
2. Allerhöchster Erlaß, betr. die Anrechnung des Jahres 1916 als Kriegsjahr, v. 24. Januar 1916 (RGBl. 85) . . . . . .
*3. Allerhöchster Erlaß, betr. die Anrechnung eines Kriegsjahrs für Angehörige des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine, die auf Befehl dem türkisch-italienischen Krieg 1911/12 oder dem Balkankrieg 1912/13 beigewohnt haben, v. 26. Juni 1916 (RGBl. 655) 809
*VII. Kriegs- und Belagerungszustand 809
*1. Gesetz, betr. die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes v. 4. Dezember 1916 (RGBl. 1329) 809
*2. Gesetz über den Kriegszustand v. 4. Dezember 1916 (RGBl. 1331) . . 810
Hierzu:
Ausführungsverordnung v. 4. Dezember 1916 (RGBl. 1332) 1026

I. Bekanntmachung über die Erneuerung vernichteter Standesregister. Vom 25. November 1915, RGBl. 779 (in Bd. 2, 526).

Hierzu:

Bekanntmachung, betr. Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Bundesrats über die Erneuerung vernichteter Standesregister vom 25. November 1915 (RGBl. 779). Vom 12. April 1916. (RGBl. 289.)

Auf Grund des § 4 der Verordnung über die Erneuerung vernichteter Standesregister vom 25. November 1915 (RGBl. 779) wird bestimmt:

Die Vorschriften des Bundesrats zur Ausführung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 25. März 1899 (RGBl. 225) finden entsprechende Anwendung, soweit sich nicht aus den folgenden Vorschriften Abweichungen ergeben:

§ 1. Die neuen Register sind nach den Mustern Ern. A, Ern. B, Ern. C, und zwar das Geburtsregister nach dem Muster Ern. A, das Heiratsregister nach dem Muster Ern. B und das Sterberegister nach dem Muster Ern. C zu führen. Die Muster sind aus den vorhandenen Vordrucken A, B und C durch Vornahme der erforderlichen Streichungen und Zusätze den Anlagen entsprechend herzustellen.

§ 2. Das erneuerte Hauptregister eines Jahres ist in einem besonderen Bande zu führen. Der nach § 14 Abs. 2 des Personenstandsgesetzes vorzunehmende Abschluß des Haupt- und Nebenregisters erfolgt, wenn anzunehmen ist, daß die vernichteten Eintragungen oder die Eintragungen eines Kalenderjahrs wiederhergestellt sind. Den Zeitpunkt des Abschlusses bestimmt auf Vorschlag des Standesbeamten die Aufsichtsbehörde.

§ 3. Gehörten zu der vernichteten Eintragung Ergänzungen oder Berichtigungen, so kann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde die Erneuerung in der Form einer einheitlichen Eintragung unter Berücksichtigung des Inhalts der bezeichneten Vermerke erfolgen.

§ 4. Sind die Persönlichkeiten, deren Geburt, Tod oder Eheschließung in dem vernichteten Register eingetragen war, mit hinreichender Sicherheit festgestellt, so ist die Erneuerung des Registers auch dann zulässig, wenn der Inhalt der früheren Eintragung im übrigen nicht ermittelt werden kann. Stehen Tag und Stunde der Geburt oder des Todes oder der Tag der Eheschließung nicht fest, so sind die für die Bestimmung des Zeitpunkts in Betracht kommenden tatsächlichen Ergebnisse der Ermittlung in die Eintragung aufzunehmen.

§ 5. Wird eine zum Zwecke der Erneuerung einer Eintragung eingereichte Urkunde zurückgegeben, so ist eine vollständige, von dem Standesbeamten beglaubigte Abschrift der Urkunde zurückzubehalten.

§ 6. Die Auszüge aus den erneuerten Standesregistern sind mit folgendem Beglaubigungsvermerke zu versehen:

> Daß vorstehender Auszug mit dem erneuerten Geburts- (Heirats-, Sterbe-) Hauptregister des Standesamts zu .... gleichlautend ist, wird hiermit bestätigt.
>
> ....., am .....
>
> (Siegel) Der Standesbeamte

§ 7. Die Verhandlungen und Urkunden über Ermittlungen, die nicht zur Eintragung geführt haben, sind zu besonderen Sammelakten zu nehmen. In den

Sammelakten ist zu vermerken, aus welchen Gründen die Eintragung unterblieben ist. Über die Ermittlungsverfahren ist ein Verzeichnis zu führen.

§ 8. Ist ein Antrag gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 gestellt, so sind die ihn betreffenden Verhandlungen und Urkunden in die Sammelakten des erneuerten Registers aufzunehmen, sobald die Eintragung erfolgt ist.

Die abgelehnten Anträge sind zu besonderen Sammelakten zu vereinigen. Über sämtliche Anträge ist je ein Verzeichnis nach den Namen der Antragsteller und der Personen, auf deren Personenstand sich der Antrag bezog, zu führen.

§ 9. Die Einsicht in die Akten und Verzeichnisse ist jedem zu gestatten, der ein berechtigtes Interesse glaubhaft macht.

Ern. A.

Nr.

, am 19

Von

Vor*) dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach *wird hiermit beurkundet,* ..... kannt,

wohnhaft in .....

..... Religion, und zeigte an, daß von der

..... Religion,

wohnhaft .....

zu .....

am ..... ten .... des Jahres

tausend neunhundert ..... mittags

um ..... Uhr ein ....

geboren worden *ist* sei und daß das Kind ..... Vornamen

erhalten habe. *hat. Eingetragen nach Vernichtung der ersten Beurkundung mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde.* .....

Vorgelesen, genehmigt und .....

Vorstehend 18 Druckworte gestrichen. .....

Der Standesbeamte.

.....

*) Die gestrichenen Stellen sind durch Unterdrucken starker Linien kenntlich gemacht.

Ern. **B.**

Nr. .....

....., am ..... ten
..... tausend neunhundert

Von *wird hiermit beurkundet, daß*

Vor*) dem unterzeichneten Standesbeamten erschienen heute zum Zweck der Eheschließung:

1. der .....
... .
der Persönlichkeit nach ... .
.... kannt,
Religion, geboren am ... ...ten
... . des Jahres tausend hundert
zu .....
... ..., wohnhaft in ..
....
Sohn de.
..... wohnhaft
in ... .;
2. die
.....
der Persönlichkeit nach .....
. ... kannt,
Religion, geboren am ... ...ten
..... des Jahres tausend hundert
..... zu .....
..., wohnhaft in ....
....
Tochter de.
....
..... wohnhaft
in ..
am .....
tausend .. .. *hundert* .....
vor dem Standesbeamten hierselbst die Ehe geschlossen haben.

bei der Eheschließung

Als Zeugen waren zugezogen und erschienen:

3. d.....
.....
der Persönlichkeit nach .....
.....
..... kannt,
..... Jahre alt, wohnhaft in .....
....:
4. d.....
... .
der Persönlichkeit nach ....
..... kannt.
..... Jahre alt, wohnhaft in ....

*) Die gestrichenen Stellen sind durch Unterdrucken starker Linien kenntlich gemacht.

Der Standesbeamte richtete an die Verlobten einzeln und nacheinander die Frage:

ob sie die Ehe miteinander eingehen wollen.

Die Verlobten bejahten diese Frage und der Standesbeamte sprach hierauf aus,

daß sie kraft des Bürgerlichen Gesetzbuchs nunmehr rechtmäßig verbundene Eheleute seien.

Eingetragen nach Vernichtung der ersten Beurkundung mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde. .....

.....

.....

.....

Vorgelesen, genehmigt und .....

.....

.....

.....

Vorstehend 58 Druckworte gestrichen. .....

Der Standesbeamte.

Ern. C.

Nr.

....., am 19

Von

Vor*) dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach *wird hiermit beurkundet,* .....

..... kannt,

.....

.....

wohnhaft in .....

und zeigte an, daß

..... alt, Religion,

wohnhaft in

geboren zu .....

.....

de .....

zu .....

am ..... ten

des Jahres tausend neunhundert .....

..... mittags um ..... Uhr

*) Die gestrichenen Stellen sind durch Unterdrucken starker Linien kenntlich gemacht.

verstorben sei. *ist. Eingetragen nach Vernichtung der ersten Beurkundung mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde.* .....

Vorgelesen, genehmigt und .....

Vorstehend 16 Druckworte gestrichen. .....

.....

Der Standesbeamte.

(Abschnitt II bis IV in Bd. 2, 527.)

V. Beurkundung von Sterbefällen.

1. Verordnung über die Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen, die im Inland weder einen Wohnsitz gehabt haben, noch dort geboren sind. Vom 7. September 1915. RGBl. 583 (in Bd. 2, 530).

2. Verordnung über die Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen. Vom 18. Mai 1916. (RGBl. 405.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen auf Grund des § 71 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 (RGBl. 23) im Namen des Reichs, was folgt:

Art. I. Im § 13 der Verordnung, betreffend die Verrichtungen der Standesbeamten in bezug auf solche Militärpersonen, welche ihr Standquartier nach eingetretener Mobilmachung verlassen haben, vom 20. Januar 1879 (RGBl. 5) wird folgende Vorschrift als Abs. 3 hinzugefügt:

> Die Beweiskraft des Sterberegisters (§ 15 des Personenstandsgesetzes) wird nicht dadurch berührt, daß die Beurkundung der Sterbefälle durch einen unzuständigen Standesbeamten erfolgt ist.

Art. II. Der § 3 Nr. 1 Abs. 3 der Verordnung, betreffend die Verrichtungen der Standesbeamten in bezug auf solche Militärpersonen der Kaiserlichen Marine, welche ihr Standquartier nicht innerhalb des Deutschen Reichs haben usw., vom 20. Februar 1906 (RGBl. 359) erhält als Satz 2 und 3 folgende Zusätze:

> Ist der Verstorbene auch nicht im Inland geboren, so bestimmt der Reichskanzler den zuständigen Standesbeamten. Die Beweiskraft des Sterberegisters (§ 15 des Personenstandsgesetzes) wird nicht dadurch berührt, daß die Beurkundung der Sterbefälle durch einen unzuständigen Standesbeamten erfolgt ist.

Urkundlich usw.

Hierzu (Bek. a in Bd. 2, 531):

b) Bekanntmachung über die Zuständigkeit zur Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen der Kaiserlichen Marine, die im Inland weder einen Wohnsitz gehabt haben, noch dort geboren sind. Vom 23. Mai 1916. (RGBl. 406.)

Auf Grund des § 2, § 3 Nr. 1 der Verordnung, betreffend die Verrichtungen der Standesbeamten in bezug auf solche Militärpersonen der Kaiserlichen Marine, welche ihr Standquartier nicht innerhalb des Deutschen Reichs haben usw., vom 20. Februar 1906 (RGBl. 359) in der Fassung der Verordnung vom 18. Mai 1916 (RGBl. 405) bestimme ich:

Für die Beurkundung der Sterbefälle

1. solcher Militärpersonen der Kaiserlichen Marine, welche ihr Standquartier nach eingetretener Mobilmachung verlassen haben, sowie
2. aller Militärpersonen, welche sich auf in Dienst gestellten Schiffen oder anderen Fahrzeugen der Kaiserlichen Marine befinden,

ist, wenn der Verstorbene im Inland weder einen Wohnsitz gehabt hat noch dort geboren ist, der Standesbeamte des Königlich Preußischen Standesamts I in Berlin zuständig.

VI. Anrechnung von Kriegsjahren.

(Erlaß 1, 2 in Bd. 2, 531, 532.)

3. Allerhöchster Erlaß, betr. die Anrechnung eines Kriegsjahrs für Angehörige des Reichsheers und der Kaiserlichen Marine, die auf Befehl dem türkisch-italienischen Kriege 1911/12 oder dem Balkankriege 1912/13 beigewohnt haben. Vom 26 Juni 1916. (RGBl. 653.)

Auf Ihren Bericht vom 21. Juni 1916 bestimme Ich auf Grund des § 17 des Offizierpensionsgesetzes vom 31. Mai 1906 und des § 7 des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom gleichen Tage, daß den Angehörigen des Reichsheers und der Kaiserlichen Marine, die auf Befehl dem türkisch-italienischen Kriege in den Jahren 1911/12 oder dem Balkankrieg in den Jahren 1912/13 beigewohnt haben, ein Kriegsjahr anzurechnen ist. Fällt die Anwesenheit auf dem Kriegsschauplatz in mehrere Kalenderjahre, so ist das erste Jahr als Kriegsjahr anzurechnen.

VII. Kriegs- und Belagerungszustand.

1. Gesetz, betr. die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes. Vom 4. Dezember 1916. (RGBl. 1329.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Gegen einen Deutschen ist die Anordnung der Haft oder einer Aufenthaltsbeschränkung durch die vollziehende Gewalt auf Grund des Kriegs- oder Belagerungszustandes nur dann zulässig, wenn sie zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reichs erforderlich ist.

§ 2. Der Haftbefehl ist schriftlich zu erlassen und dem Verhafteten bei der Verhaftung und, falls dies nicht möglich ist, unverzüglich nach der Verhaftung bekannt zu geben; auf Verlangen ist ihm eine Abschrift zu erteilen. Im Haftbefehl sind die der Verhaftung zugrunde liegenden Tatsachen anzugeben.

§ 3. Gegen die Verhaftung steht dem Verhafteten jederzeit das Rechtsmittel der Beschwerde an das Reichsmilitärgericht zu. Bei Zustellung des Haftbefehls ist der Verhaftete hierüber zu belehren. Das Reichsmilitärgericht entscheidet in der Besetzung von vier richterlichen und drei militärischen Mitgliedern.

Das Reichsmilitärgericht kann eine mündliche Verhandlung anordnen und muß dies tun, falls der Verhaftete es beantragt. Es kann den Verhafteten durch einen beauftragten oder ersuchten Richter vernehmen lassen.

§ 4. Der Verhaftete muß spätestens am Tage nach seiner Verhaftung durch einen Richter darüber vernommen werden, ob und welche Einwendungen er gegen seine Verhaftung zu erheben hat.

§ 5. Der Haftbefehl ist aufzuheben, wenn sein Grund oder Zweck hinfällig

geworden oder der Kriegs- oder Belagerungszustand aufgehoben ist, oder wenn 3 Monate nach dem Tage der Verhaftung verflossen sind.

Die Fortdauer der Haft nach Ablauf von je 3 Monaten kann nur auf Grund einer erneuten Sachprüfung und eines neuen Haftbefehls angeordnet werden. Überdies muß, auch wenn eine Beschwerde nicht eingelegt ist, eine Entscheidung des Reichsmilitärgerichts (§ 3) über die Fortdauer der Haft herbeigeführt werden.

§ 6. Auf die Vollstreckung der Haft finden die Vorschriften des § 116 der Strafprozeßordnung entsprechende Anwendung.

§ 7. Der Verhaftete kann jederzeit einen Verteidiger zuziehen. Die Vorschriften der §§ 137 Abs. 2 und 138 der Strafprozeßordnung finden entsprechende Anwendung.

§ 8. Der Amtsrichter, in dessen Bezirk die Verhaftung erfolgt ist oder der Verhaftete sich befindet, kann dem Verhafteten auf Antrag oder von Amts wegen einen Verteidiger bestellen. Die Bestellung muß erfolgen, wenn der Verhaftete sie nach zweiwöchiger Dauer der Haft beantragt; über dieses Antragsrecht ist der Verhaftete bei seiner Vernehmung zu belehren. Die Bestellung ist zurückzunehmen, wenn demnächst ein anderer Verteidiger gewählt wird und dieser die Wahl annimmt.

§ 9. Dem Verteidiger ist die Einsicht der über die Verhaftung erwachsenen Akten zu gestatten. Dem Verhafteten ist schriftlicher und mündlicher Verkehr mit dem Verteidiger gestattet.

§ 10. Der gesetzliche Vertreter des Verhafteten und der Ehemann einer Verhafteten ist als Beistand zuzulassen und auf sein Verlangen zu hören.

§ 11. Die Bestimmungen der §§ 2 bis 5 und 7 bis 10 dieses Gesetzes finden auf die Aufenthaltsbeschränkungen entsprechende Anwendung.

§ 12. Eine auf Grund dieses Gesetzes erlittene Haft kann in einem auf Strafe lautenden Urteil ganz oder teilweise zur Anrechnung gebracht werden.

§ 13. Hebt das Reichsmilitärgericht die Haft oder Aufenthaltsbeschränkung auf, weil die Voraussetzungen ihrer Anordnung oder Aufrechthaltung nicht gegeben waren, so hat es dem Geschädigten einen Entschädigungsanspruch zuzuerkennen.

Das Reichsmilitärgericht kann einen Entschädigungsanspruch auf Antrag auch in anderen Fällen zuerkennen, auch wenn es nicht selbst die Haft oder die Aufenthaltsbeschränkung aufgehoben hat.

Der Anspruch richtet sich, wenn die Anordnung der Haft oder der Aufenthaltsbeschränkung durch einen militärischen Befehlshaber oder einen Reichsbeamten erfolgt ist, gegen das Reich, in anderen Fällen gegen denjenigen Bundesstaat, dessen Beamter die Anordnung getroffen hat. Im übrigen gelten für diesen Anspruch und seine Durchführung die Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 14. Juli 1904. Die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erläßt der Bundesrat.

Urkundlich usw.

2. Gesetz über den Kriegszustand. Vom 4. Dezember 1916.*)

(RGBl. 1331.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Einziger Artikel.

Bis zum Erlaß des in Artikel 68 der Reichsverfassung angekündigten Gesetzes über den Kriegszustand wird gegenüber den Anordnungen der Militärbefehlshaber eine militärische Zentralinstanz als Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle errichtet.

Die näheren Anordnungen ergehen durch Kaiserliche Verordnung.

Vorstehende Bestimmung findet auf das Königreich Bayern keine Anwendung.

Urkundlich usw.

*) Die Ausführungsverordnung von demselben Tage ist S. 1026 abgedruckt.

M. Vaterländischer Hilfsdienst.

Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. Vom 5. Dezember 1916.

(RGBl. 1333.*)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Jeder männliche Deutsche vom vollendeten siebzehnten bis zum vollendeten sechzigsten Lebensjahre ist, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet.

E. I § 1; R. — E. II § 1.; E. III § 1; HA. 818 ff., RT. 844 ff., 862 ff., 886.

§ 2. Als im vaterländischen Hilfsdienst tätig gelten alle Personen, die bei Behörden, behördlichen Einrichtungen, in der Kriegsindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder der Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben, beschäftigt sind, soweit die Zahl dieser Personen das Bedürfnis nicht übersteigt.

Hilfsdienstpflichtige, die vor dem 1. August 1916 in einem land- und forstwirtschaftlichen Betriebe tätig waren, dürfen aus diesem Berufe nicht zum Zwecke der Überweisung in eine andere Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst herausgezogen werden.

E. I § 2 Abs. 1; R. Ziff. 1; E. II § 2.; E. III § 2; HA. 823, 829, 838; RT. 868 ff., 886.

§ 3. Die Leitung des vaterländischen Hilfsdienstes liegt dem beim Königlich Preußischen Kriegsministerium errichteten Kriegsamt ob.

E. I § 2 Abs. 2; R. —; E. II § 3; E. III § 3; HA. 820; RT. 876, 856.

§ 4. Über die Frage, ob und in welchem Umfang die Zahl der bei einer Behörde beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, entscheidet die zuständige Reichs- oder Landeszentralbehörde im Einvernehmen mit dem Kriegsamt. Über die Frage, was als behördliche Einrichtung anzusehen ist, sowie ob und in welchem Umfang die Zahl der bei einer solchen beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, entscheidet das Kriegsamt nach Benehmen mit der zuständigen Reichs- oder Landeszentralbehörde.

Im übrigen entscheiden über die Frage, ob ein Beruf oder Betrieb im Sinne des § 2 Bedeutung hat, sowie ob und in welchem Umfang die Zahl der in einem Beruf, einer Organisation oder einem Betriebe tätigen Personen das Bedürfnis übersteigt, Ausschüsse, die für den Bezirk jedes Stellvertretenden Generalkommandos oder für Teile des Bezirkes zu bilden sind.

E. I —; R. Ziff. 2; E. II § 4; E. III § 4; HA. 839; RT. 876, 886.

§ 5. Jeder Ausschuß (§ 4 Abs. 2) besteht aus einem Offizier als Vorsitzenden, zwei höheren Staatsbeamten, von denen einer der Gewerbeaufsicht angehören soll, sowie aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Den Offizier sowie die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestellt das Kriegsamt, in Bayern,

---

*) **Die Angaben unter den einzelnen §§ bezeichnen die Quellen. E. I = Reg.-Entwurf; R. = Richtlinien; E. II = Im Hauptausschuß beratener Verständigungsentwurf; E. III = Im Reichstag beratener Entwurf; HA. = Verhandlung im Hauptausschuß; RT. = Verhandlung in der Vollversammlung des Reichstages. Die hinter HA. und RT. stehenden Zahlen verweisen auf die Seiten dieses Buches; — ist ein Fehlvermerk.**

Sachsen und Württemberg das Kriegsministerium, dem in diesen Bundesstaaten auch im übrigen der Vollzug des Gesetzes im Einvernehmen mit dem Kriegsamt zukommt. Die höheren Staatsbeamten beruft die Landeszentralbehörde oder die von ihr zu bestimmende Behörde. Erstreckt sich der Bezirk eines Stellvertretenden Generalkommandos auf die Gebiete mehrerer Bundesstaaten, so werden die Beamten von den zuständigen Behörden dieser Bundesstaaten berufen; bei den Entscheidungen des Ausschusses wirken die Beamten des Bundesstaats mit, dem der Betrieb, die Organisation oder der Berufsausübende angehört.

E. I —; R. Ziff. 2; E. II § 4; E. III § 5; HA. 839; RT. 851, 876, 886.

§ 6. Gegen die Entscheidung des Ausschusses (§ 4 Abs. 2) findet Beschwerde an die beim Kriegsamt einzurichtende Zentralstelle statt, die aus zwei Offizieren des Kriegsamts, von denen der eine den Vorsitz führt, zwei vom Reichskanzler ernannten Beamten und einem von der Zentralbehörde des Bundesstaats zu ernennenden Beamten, dem der Betrieb, die Organisation oder der Berufsausübende angehört, sowie je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht; für die Bestellung dieser Vertreter gilt § 5 Satz 2. Werden Marineinteressen berührt, so ist einer der Offiziere vom Reichs-Marineamte zu bestellen. Bei Beschwerden gegen Entscheidungen bayerischer, sächsischer oder württembergischer Ausschüsse ist einer der Offiziere von dem Kriegsministerium des beteiligten Bundesstaats zu bestellen.

E. I —; R. Ziff. 2; E. II § 4; E. III § 6; HA. 840; RT. 852, 876, 886.

§ 7. Die nicht im Sinne des § 2 beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen können jederzeit zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden.

Die Heranziehung erfolgt in der Regel zunächst durch eine Aufforderung zur freiwilligen Meldung, die das Kriegsamt oder eine durch Vermittlung der Landeszentralbehörde zu bestimmende Stelle erläßt. Wird dieser Aufforderung nicht in ausreichendem Maße entsprochen, so wird der einzelne Hilfsdienstpflichtige durch besondere schriftliche Aufforderung eines Ausschusses herangezogen, der in der Regel für jeden Bezirk einer Ersatzkommission zu bilden ist und aus einem Offizier als Vorsitzenden, einem höheren Beamten und je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Für die Bestellung des Offiziers sowie der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gilt § 5 Satz 2; den höheren Beamten beruft die Landeszentralbehörde oder die von ihr zu bestimmende Behörde.

Jeder, dem die besondere schriftliche Aufforderung zugegangen ist, hat bei einer der nach § 2 in Frage kommenden Stellen Arbeit zu suchen. Soweit hierdurch eine Beschäftigung binnen zwei Wochen nach Zustellung der Aufforderung nicht herbeigeführt wird, findet die Überweisung zu einer Beschäftigung durch den Ausschuß statt.

Über Beschwerden gegen die Überweisung entscheidet der bei dem Stellvertretenden Generalkommando gebildete Ausschuß (§ 4 Abs. 2). Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

E. I —; R. Ziff. 5; E. II § 5; E. III § 7; HA. 840; RT. 850, 876, 886.

§ 8. Bei der Überweisung zur Beschäftigung ist auf das Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen; desgleichen ist zu prüfen, ob der in Aussicht gestellte Arbeitslohn dem Beschäftigten und etwa zu versorgenden Angehörigen ausreichenden Unterhalt ermöglicht.

E. I —; R. Ziff. 4; E. II § 6; E. III § 8; HA. 840; RT. 877, 886.

§ 9. Niemand darf einen Hilfsdienstpflichtigen in Beschäftigung nehmen, der bei einer der im § 2 bezeichneten Stellen beschäftigt ist oder in den letzten zwei Wochen beschäftigt gewesen ist, sofern der Hilfsdienstpflichtige nicht eine Bescheinigung seines letzten Arbeitgebers darüber beibringt, daß er die Beschäftigung mit dessen Zustimmung aufgegeben hat.

Weigert sich der Arbeitgeber, die von dem Hilfsdienstpflichtigen beantragte Bescheinigung auszustellen, so steht diesem die Beschwerde an einen Ausschuß zu, der in der Regel für jeden Bezirk einer Ersatzkommission zu bilden ist und aus einem Beauftragten des Kriegsamts als Vorsitzenden sowie aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht. Je zwei dieser Vertreter sind ständig, die übrigen sind aus der Berufsgruppe zu entnehmen, welcher der beteiligte Hilfsdienstpflichtige angehört. Erkennt der Ausschuß nach Untersuchung des Falles an, daß ein wichtiger Grund für das Ausscheiden vorliegt, so stellt er eine Bescheinigung aus, die in ihrer Wirkung die Bescheinigung des Arbeitgebers ersetzt.

Als wichtiger Grund soll insbesondere eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst gelten.

E. I —; R. Hiff. 5; E. II § 7; E. III § 9; HA. 841 f.; RT. 877, 886 ff.

§ 10. Die Anweisung für das Verfahren bei den in § 4 Abs. 2, § 7 Abs. 2, § 9 Abs. 2 bezeichneten Ausschüssen erläßt das Kriegsamt.

Für die Berufung der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in die Ausschüsse (§§ 5, 6, § 7 Abs. 2, § 9 Abs. 2) durch das Kriegsamt sind Vorschlagslisten wirtschaftlicher Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer einzuholen.

Soweit zur Wahrnehmung der Obliegenheiten der in § 9 Abs. 2 bezeichneten Ausschüsse bereits ähnliche Ausschüsse (Kriegsausschüsse usw.) bestehen, können sie mit Zustimmung des Kriegsamts an die Stelle jener Ausschüsse treten.

E. I —; R. —; E. II § 8; E. III § 10; HA. 842; RT. 878, 889.

§ 11. In allen für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betrieben, für die Titel VII der Gewerbeordnung gilt und in denen in der Regel mindestens fünfzig Arbeiter beschäftigt werden, müssen ständige Arbeiterausschüsse bestehen.

Soweit für solche Betriebe ständige Arbeiterausschüsse nach § 134h der Gewerbeordnung oder nach den Berggesetzen nicht bestehen, sind sie zu errichten. Die Mitglieder dieser Arbeiterausschüsse werden von den volljährigen Arbeitern des Betriebs oder der Betriebsabteilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Das Nähere bestimmt die Landeszentralbehörde.

Nach denselben Grundsätzen und mit den gleichen Befugnissen sind in Betrieben der im Abs. 1 bezeichneten Art mit mehr als fünfzig nach dem Versicherungsgesetze für Angestellte versicherungspflichtigen Angestellten besondere Ausschüsse (Angestelltenausschüsse) für diese Angestellten zu errichten.

E. I —; R. —; E. II § 9; E. III § 11; HA. 842, 889; RT. 858, 865, 878 ff., 889.

§ 12. Dem Arbeiterausschusse liegt ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebs und zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern. Er hat Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebseinrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebs und seiner Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen und sich darüber zu äußern.

Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Arbeiterausschusses muß eine Sitzung anberaumt und der beantragte Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werden.

E. I —; R. —; E. II § 10; E. III § 12; HA. —; RT. 878 ff.

§ 13. Kommt in einem Betriebe der im § 11 bezeichneten Art bei Streitigkeiten über die Lohn- oder sonstigen Arbeitsbedingungen eine Einigung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiterausschusse nicht zustande, so kann, wenn nicht beide Teile ein Gewerbegericht, ein Berggewerbegericht, ein Einigungsamt einer Innung oder ein Kaufmannsgericht als Einigungsamt anrufen, von jedem Teile der in § 9 Abs. 2 bezeichnete Ausschuß als Schlichtungsstelle angerufen werden. In diesem Falle finden die §§ 66, 68 bis 73 des Gewerbegerichtsgesetzes entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß ein Schiedsspruch auch dann abzugeben ist, wenn einer der beiden Teile nicht erscheint oder nicht verhandelt, sowie daß Personen, die an der einzelnen Streitsache als Arbeitgeber oder als

Mitglied des Arbeiterausschusses beteiligt gewesen sind, bei dem Schiedsspruch nicht mitwirken dürfen.

Besteht in einem für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betriebe, für den Titel VII der Gewerbeordnung gilt, ein ständiger Arbeiterausschuß weder nach der Gewerbeordnung oder den Berggesetzen noch nach § 11 Abs. 2 oder Abs. 3 dieses Gesetzes, so kann bei Streitigkeiten zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber über die Lohn- oder sonstigen Arbeitsbedingungen der in § 9 Abs. 2 bezeichnete Ausschuß als Schlichtungsstelle angerufen werden; das gleiche gilt für die landwirtschaftlichen Betriebe. Die Bestimmungen des Abs. 1 Satz 2 gelten entsprechend.

Unterwirft sich der Arbeitgeber dem Schiedsspruch nicht, so ist den beteiligten Arbeitnehmern auf ihr Verlangen die zum Aufgeben der Arbeit berechtigende Bescheinigung (§ 9) zu erteilen. Unterwerfen sich die Arbeitnehmer dem Schiedsspruch nicht, so darf ihnen aus der dem Schiedsspruch zugrunde liegenden Veranlassung die Bescheinigung nicht erteilt werden.

E. I —; R. —; E. II § 11; E. III § 13; HA. 843; RT. 865, 889.

§ 14. Den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen darf die Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Vereins- und Versammlungsrechts nicht beschränkt werden.

E. I —; R. —; E. II —; E. III § 13a; HA. 826, 827, 890; RT. 872ff.

§ 15. Für die industriellen Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung sind durch die zuständigen Dienstbehörden Vorschriften im Sinne der §§ 11 bis 13 zu erlassen.

E. I —; R. —; E. II —; E. III § 14; HA. —; RT. 891.

§ 16. Die auf Grund dieses Gesetzes der Landwirtschaft überwiesenen gewerblichen Arbeiter unterliegen nicht den landesgesetzlichen Bestimmungen über das Gesinde.

E. I —; R. —; E. II —; E. III § 14a; HA. —; RT. 882, 894.

§ 17. Die durch öffentliche Bekanntmachung oder unmittelbare Anfrage des Kriegsamts oder der Ausschüsse erforderten Auskünfte über Beschäftigungs- und Arbeitsfragen sowie über Lohn- und Betriebsverhältnisse sind zu erteilen.

Das Kriegsamt ist befugt, den Betrieb durch einen Beauftragten einsehen zu lassen.

E. I —; R. —; E. II § 12; E. III § 15; HA. 843; RT. 882, 894.

§ 18. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen oder mit Haft wird bestraft:

1. wer der auf Grund des § 7 Abs. 3 angeordneten Überweisung zu einer Beschäftigung nicht nachkommt oder sich ohne dringenden Grund beharrlich weigert, die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten;
2. wer der Vorschrift in § 9 Abs. 1 zuwider einen Arbeiter beschäftigt;
3. wer die im § 17 vorgesehene Auskunft innerhalb der festgesetzten Frist nicht erteilt oder bei der Auskunfterteilung wissentlich unwahre oder unvollständige Angaben macht.

E. I —; R. —; E. II § 14; E. III § 16; HA. 843; RT. 882, 894.

§ 19. Der Bundesrat erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen; allgemeine Verordnungen bedürfen der Zustimmung eines vom Reichstag aus seiner Mitte gewählten Ausschusses von fünfzehn Mitgliedern.

Das Kriegsamt ist verpflichtet, den Ausschuß über alle wichtigen Vorgänge auf dem laufenden zu halten, ihm auf Verlangen Auskunft zu geben, seine Vorschläge entgegenzunehmen und vor Erlaß wichtiger Anordnungen allgemeiner Art seine Meinungsäußerung einzuholen.

Der Ausschuß ist zum Zusammentritt während der Unterbrechung der Verhandlungen des Reichstags berechtigt.

Der Bundesrat kann Zuwiderhandlungen gegen die Ausführungsbestimmungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen oder mit Haft bedrohen.

E. I § 3; R. —; E. II § 13; E. III § 17; HA. 827, 830ff., 843; RT. 882, 894.

§ 20. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung [6. 12.] in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens; macht er von dieser Befugnis binnen eines Monats nach Friedensschluß mit den europäischen Großmächten keinen Gebrauch, so tritt das Gesetz außer Kraft.

E. I § 4; R. —; E. II § 15; E. III § 18; HA. 832, 843; RT. 885, 895.

Urkundlich usw.

A. Begründung.*)

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 276.)

Mit unerhörter Zähigkeit und beispiellosem Kräfteeinsatz wird der Krieg von unseren Gegnern weitergeführt zu dem immer wieder verkündeten Zwecke, die staatlichen und wirtschaftlichen Lebens- und Entwicklungsbedingungen des deutschen Volkes zu vernichten. In gewaltiger Menge werden fortgesetzt die Waffen zu diesem Kampfe geschmiedet, nicht bloß von den arbeitenden Männern und Frauen der Verbandsländer, sondern auch in neutralen Staaten.

Trotz aller schon errungenen Erfolge muß das deutsche Volk noch immer weiter dem Ansturm einer Welt von Feinden standhalten, einzig und allein auf die eigene Kraft und den Beistand seiner Verbündeten angewiesen. Um den Sieg zu sichern, ist es geboten, die Kraft des gesamten Volkes in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Die Waffenfähigen verrichten draußen vor dem Feinde immer aufs neue Wunder der Tapferkeit

*) Der Entwurf lautete:

§ 1. Jeder männliche Deutsche vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, ist zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet.

§ 2. Als vaterländischer Hilfsdienst gilt außer dem Dienste bei Behörden und behördlichen Einrichtungen insbesondere die Arbeit in der Kriegsindustrie, in der Landwirtschaft, in der Krankenpflege und in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art sowie in sonstigen Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar von Bedeutung sind.

Die Leitung des vaterländischen Hilfsdienstes liegt dem beim Königlich preußischen Kriegsministerium errichteten Kriegsamt ob.

§ 3. Der Bundesrat erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen. Er kann Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen oder mit Haft bedrohen.

§ 4. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Gleichzeitig mit dem Entwurf sind folgende vom Bundesrat gebilligte **Richtlinien** zur Ausführung des Gesetzes veröffentlicht:

1. Als im vaterländischen Hilfsdienst tätig gelten alle Personen, die bei Behörden und behördlichen Einrichtungen, in der Kriegsindustrie, in der Landwirtschaft, in der Krankenpflege und in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art sowie in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder Volksversorgung unmittelbar von Bedeutung sind, beschäftigt sind, soweit die Zahl dieser Personen das Bedürfnis nicht übersteigt.

2. Über die Frage, ob die Zahl der bei einer Behörde beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, entscheidet die zuständige Reichs- oder Landeszentralbehörde im Einvernehmen mit dem Kriegsamt. Über die Frage, was als behördliche Einrichtung anzusehen ist, und ob die Zahl der bei einer solchen beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, entscheidet das Kriegsamt nach Benehmen mit der zuständigen Reichs- oder Landeszentralbehörde. Im übrigen entscheiden über die Frage, ob ein Beruf oder Betrieb im Sinne von Ziffer 1 von Bedeutung ist, sowie ob und in welchem Umfang die Zahl der in einem Beruf, einer Organisation oder in einem Betriebe tätigen Personen das Bedürfnis übersteigt, Ausschüsse, die für den Bezirk jedes Stellvertretenden Generalkommandos zu bilden sind. Jeder Ausschuß besteht aus einem Offizier als Vorsitzendem, aus zwei höheren Staatsbeamten, von denen einer der Gewerbeaufsicht angehören soll, sowie aus je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; den Offizier bestellt das Kriegsamt, in Bayern, Sachsen und Württemberg das Kriegsministerium, dem in diesen Bundesstaaten auch im übrigen der Vollzug des Gesetzes im Einvernehmen mit dem Kriegsamt zukommt. Die übrigen Ausschußmitglieder bestellt je für ihren Bezirk die Landeszentralbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle. Vor der Entscheidung des Ausschusses soll die beteiligte Gemeindebehörde gehört werden. Werden Marineinteressen

und Ausdauer, und unerschütterlich steht, allen Entbehrungen und beispiellosen Anstrengungen trotzend, der Wall, den Deutschlands Söhne rings um das Vaterland errichtet haben.

Auch die Daheimgebliebenen, Männer wie Frauen, haben sich durch ihre Arbeit im Dienste der Kriegswirtschaft in hohem Maße der Volksgenossen im Felde würdig gezeigt. Sie haben die Kämpfer an der Front dauernd mit allem versorgt, dessen sie für ihr schweres Werk bedürfen. Auch sie können sich hingebender und rastloser Pflichterfüllung rühmen. Aber diese Heimarmee kann noch beträchtlich verstärkt werden, und der Kriegsarbeit fehlt bisher die straffe, einheitliche Zusammenfassung und Regelung, die allein die Leistungen zum Höchstmaß zu steigern vermag und erst den vollen Erfolg verbürgt. Zu diesem Zwecke die gesamte, nicht zum Heeresdienste herangezogene Bevölkerung in der Heimat zu erfassen und die Volkskraft für das große Ziel der Vaterlandsverteidigung zweckdienlich zu verwerten, ist die Aufgabe des durch Allerhöchste Kabinettsorder vom 1. November 1916 ins Leben gerufenen Kriegsamts. Die Vorlage bezweckt, diesem Amte für die Erfüllung seiner Aufgaben auf diesem Gebiete und ebenso den zur Mit-

---

berührt, so ist vor der Entscheidung auf Verlangen der Marine ein von ihr zu bezeichnender Marineoffizier zu hören.

Gegen die Entscheidung des Ausschusses findet Beschwerde bei der beim Kriegsamt einzurichtenden Zentralstelle statt, die aus zwei Offizieren des Kriegsamts, von denen der eine den Vorsitz führt, aus zwei vom Reichskanzler ernannten Beamten und aus einem von demjenigen Bundesstaate zu ernennenden Beamten besteht, dem der Betrieb, die Organisation oder der Berufsausübende angehört. Werden Marineinteressen berührt, so ist einer der Offiziere vom Reichsmarineamt zu bestellen. Bei Beschwerden aus Bayern, Sachsen und Württemberg ist einer der Offiziere von dem betreffenden Kriegsministerium zu bestellen. Das Recht der Beschwerde steht dem Betriebsinhaber, Organisationsleiter oder Berufsausübenden sowie dem Vorsitzenden des Ausschusses zu.

3. Die nicht im Sinne der Ziffer 1 beschäftigten Arbeitskräfte können jederzeit zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden.

Die Heranziehung erfolgt in der Regel zunächst durch eine vom Kriegsamt durch Vermittlung der Landeszentralbehörde oder der von ihr bestimmten Stellen zu erlassende Aufforderung zur freiwilligen Meldung. Soweit dieser Aufforderung nicht in ausreichendem Maße entsprochen wird, erfolgt die Heranziehung durch die schriftliche Aufforderung eines Ausschusses, der in der Regel für jeden Bezirk einer Ersatzkommission zu bilden ist, und aus einem Offizier als Vorsitzendem, aus einem höheren Beamten und aus je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Den Offizier bestellt das Stellvertretende Generalkommando, die übrigen Ausschußmitglieder die Landeszentralbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle. Jeder, dem die Aufforderung zugegangen ist, hat bei einer der nach Ziffer 1 in Frage kommenden Stellen Arbeit zu suchen. Soweit hierdurch eine Beschäftigung binnen zwei Wochen nach Zustellung der Aufforderung nicht herbeigeführt wird, findet die Überweisung zu einer Beschäftigung durch den Ausschuß statt.

Über Beschwerden entscheidet der bei dem Stellvertretenden Generalkommando nach Ziffer 2 gebildete Ausschuß. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

4. Bei der Überweisung zur Beschäftigung ist auf das Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

5. Niemand darf einen Arbeiter in Beschäftigung nehmen, der bei einer der in Ziffer 1 bezeichneten Stellen beschäftigt ist oder in den letzten 14 Tagen beschäftigt gewesen ist, sofern der Arbeiter nicht eine Bescheinigung seines letzten Arbeitgebers darüber beibringt, daß er die Arbeit mit Zustimmung des Arbeitgebers aufgegeben hat. Weigert sich der Arbeitgeber, dem Arbeiter auf Antrag eine entsprechende Bescheinigung auszustellen, so steht dem Arbeiter die Beschwerde an den in Ziffer 3 Abs. 2 erwähnten Ausschuß offen, der in diesen Fällen ohne Zuziehung des höheren Beamten endgültig entscheidet. Der Ausschuß kann nach Untersuchung des Falles, wenn ein wichtiger Grund für das Ausscheiden vorliegt, dem Arbeiter eine Bescheinigung ausstellen, die in ihrer Wirkung die vorerwähnte Bescheinigung des Arbeitgebers ersetzt. Soweit bereits Kriegsausschüsse (Schlichtungsstellen) bestehen, können sie mit Zustimmung des Kriegsamts an die Stelle der Ausschüsse treten.

6. Die durch öffentliche Bekanntmachung oder unmittelbare Anfrage des Kriegsamts oder der Ausschüsse erforderlichen Auskünfte über Beschäftigungs- und Arbeitsfragen sowie über Lohn- und Betriebsverhältnisse sind zu erteilen.

wirkung dabei berufenen sonstigen Behörden für ihre Betätigung die notwendige staatsrechtliche Grundlage zu geben.

Wer irgend arbeiten kann, hat in dieser großen und schweren Zeit kein Recht mehr, müßig zu sein. Durch das Gesetz soll eine gesetzliche Verpflichtung zum vaterländischen Hilfsdienst geschaffen werden. Bisher kann noch jeder, der nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, soweit ihn nicht amtliche oder vertragliche Pflichten binden, frei darüber verfügen, ob, in welchem Umfang und in welcher Art er seine Arbeitskraft verwenden will. Das darf in dem Volkskampf, in dem wir stehen, fortan nicht mehr in gleichem Maße der Fall sein. Auch in der Heimat muß jeder deutsche Mann seine ganze Kraft dort einsetzen, wo das Vaterland sie am nötigsten braucht, und wo er nach seiner körperlichen und geistigen Veranlagung diesem die besten Dienste leisten kann. Für die Bestimmung darüber, welche Arbeiten während der Dauer des Krieges überhaupt fortzuführen und welche von den einzelnen Personen zu verrichten sind, darf nur der Gesichtspunkt ausschlaggebend sein, ob und in welchem Maße eine Arbeit für die Zwecke der Kriegführung und der eng damit zusammenhängenden Volksversorgung von Nutzen ist. Auf solche Weise wird es möglich sein, die Leistungen der für die Kriegführung und Kriegswirtschaft besonders bedeutungsvollen Betriebszweige und Einrichtungen dem Bedarf entsprechend zu steigern und daneben trotzdem eine größere Anzahl für den Heeresdienst geeigneter Personen zu militärischer Verwendung freizumachen. In der Heimat wie in den besetzten Gebieten werden an zahlreichen Stellen wehrpflichtige Deutsche durch hilfsdienstpflichtige ersetzt werden können.

Wie im Heeresdienste, darf bei diesem gesamten Vorgehen keine Rücksicht auf soziale Unterschiede gelten. Für den vaterländischen Dienst, welcher Art er auch sei, kann es nur Staatsbürger, nicht Schichten und Klassen geben.

Bei der Überweisung zu einer Beschäftigung wird, soweit das vaterländische Interesse dies gestattet, auf das Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen gebührende Rücksicht zu nehmen sein. Streitigkeiten, die sich aus der Heranziehung zu einer Tätigkeit oder auch aus dem Wunsche nach einem Wechsel der Arbeitsstelle ergeben, sollen von militärischen Schlichtungsstellen ausgeglichen oder entschieden werden. Diese sollen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleicher Zahl besetzt werden.

Ergeht solchergestalt der Aufruf zu allgemeiner Betätigung im Dienste der Kriegführung, so darf erwartet werden, daß weite Kreise des Volkes an Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit nicht hinter denen werden zurückstehen wollen, die sofort nach Ausbruch des Krieges in Scharen freiwillig zu den Fahnen geeilt sind. Unzweifelhaft fehlt es vielen gegenwärtig nur an der geeigneten Gelegenheit zu freiwilligem Hilfsdienst. Wird dieser Heimatdienst in zielbewußter, zweckdienlicher Weise geregelt, so werden sicherlich so viele freudig sich ihm einordnen, daß ein Zwang, der allerdings als letztes Mittel nicht entbehrt werden kann, nur in verhältnismäßig seltenen Fällen erforderlich werden wird.

Im einzelnen wird folgendes bemerkt:

Der Entwurf will nur für männliche Personen, und zwar, wie § 1 vorsieht, für alle nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufenen vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre, die Pflicht zum vaterländischen Hilfsdienst einführen. Einen gleichen Zwang für Frauen auszusprechen, erscheint entbehrlich, in der Erwägung, daß die im Kriege bisher so bewährte Arbeitskraft der deutschen Frau auch ohne besonderen Antrieb in reichem Maße wird bereitgestellt werden können.

Der § 2 umschreibt, was als vaterländischer Hilfsdienst anzusehen ist.

Die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Bestimmungen wird, wie § 3 vorschreibt, nur der Bundesrat erlassen können, da den unendlich mannigfaltigen und in stetem Wechsel begriffenen Verhältnissen, auf die sich die Durchführung des Gesetzes zu erstrecken hat, nur durch bewegliche, einer Änderung leicht zugängliche Bestimmungen, nicht aber durch starre gesetzliche Vorschriften Rechnung getragen werden kann.

Um das Kriegsamt tunlichst bald mit den erforderlichen Machtmitteln auszustatten,

empfiehlt es sich, das Gesetz mit der Verkündung in Kraft treten zu lassen. Das Außerkrafttreten kann wiederum nur durch den Bundesrat veranlaßt werden, da sich die Dauer des Krieges, für die das Gesetz längstens Bedeutung hat, nicht übersehen läßt.

B. Bericht über die Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstages vom 23. bis 28. November 1916.

(NorddAllgZtg. Nr. 326 bis 331).

Die Verhandlungen leitete der Staatssekretär des Reichsamts des Innern mit längeren grundsätzlichen Ausführungen über Veranlassung und Absichten des Gesetzes ein.

Die verbündeten Regierungen seien sich bewußt, daß die Einführung des vaterländischen Hilfsdienstes für alle nicht zur bewaffneten Macht einberufenen männlichen Deutschen vom 17. bis zum 60. Lebensjahre eine Maßnahme sei, die an Bedeutung alle bisher beschlossenen und ins Werk gesetzten Kriegsmaßnahmen übertreffe.

Die Pflicht zum vaterländischen Hilfsdienst trete der allgemeinen Wehrpflicht zur Seite; neben die Millionen der Wehrpflichtigen träten die Millionen der Hilfsdienstpflichtigen.

Der vaterländische Hilfsdienst sei die Folgerung aus der Tatsache, daß dieser Krieg um unser nationales Dasein und die Zukunft von Reich und Volk gehe, daß er nicht nur ein Krieg zwischen den bewaffneten Streitkräften der kriegführenden Staaten sei, sondern ein Krieg der Volkswirtschaften, ein Krieg der Völker selbst, ein Krieg, in dem das deutsche Volk seine ganze Volkskraft bis zum Letzten einsetzen müsse.

Die Aufgabe des Gesetzes sei die Mobilmachung der Arbeit. Während unmittelbar nach Kriegsausbruch eine ganz außerordentliche Arbeitslosigkeit eintrat, die den Gegenstand einer der schwersten wirtschaftspolitischen Sorgen der ersten Kriegszeit bildete, hätten sich die Verhältnisse seither, wenigstens soweit männliche Arbeitskräfte in Frage kämen, in ihr Gegenteil verkehrt; statt Arbeits- herrsche ausgesprochener Arbeitermangel. Die Knappheit an Arbeitskräften mache sich namentlich fühlbar für den zurzeit allerwichtigsten Teil unserer industriellen Tätigkeit: die Herstellung von Munition und Kriegsmaterial aller Art. Mehr und mehr sei bekanntlich der Krieg ein Munitions- und Artilleriekrieg geworden, in dem der Einfluß der materiellen Hilfsmittel der Maschine immer stärker und entscheidender hervortrete. Die gesteigerten Mengen von Kriegsmaterial, die erzeugt werden müßten, verlangten vor allen Dingen die notwendigen Arbeitskräfte zu ihrer Herstellung; auch die Erhaltung und Erweiterung der Volksversorgung, also der Versorgung der Heimatbevölkerung mit den Gegenständen ihres dringlichsten Bedarfs sei in der Hauptsache eine Frage der Arbeitskräfte. Für die Kriegführung und die Volksversorgung als für die während des Krieges lebenswichtigsten Teile unserer wirtschaftlichen Tätigkeit müßten die Arbeitskräfte unter allen Umständen in ausreichender Zahl verfügbar gemacht werden; diese Beschaffung zu sichern, sei Zweck und Absicht des Gesetzes. Selbstverständlich könne der Zwang allein nicht genügen; ohne Zwang gehe es nicht, aber die freiwillige Pflichterfüllung sei in stärkstem Umfange nötig; sie müsse die Hauptarbeit leisten, und der Zwang müsse als ultima ratio, soweit irgend möglich, im Hintergrund bleiben. Die Durchführung der Hilfsdienstpflicht werde organisatorische Arbeit allergrößten Stils erfordern. Die Zahl der Arbeitsfähigen, die ohne jede Beschäftigung sind, sei heute verhältnismäßig gering; der Schwerpunkt der Durchführung des Gesetzes werde also nicht in der Heranziehung bisher Unbeschäftigter, sondern in der Verschiebung der Arbeitskräfte aus ihren bisherigen Tätigkeiten in andere, für Kriegführung und Volksversorgung wichtigere liegen. Wie es schon jetzt in einzelnen Industriezweigen Betriebe gebe, die aus Mangel an Rohmaterial oder Absatz mit einem geringen Bruchteil der noch heute in ihnen festgehaltenen Arbeitskräfte arbeiteten, so werde es in Zukunft nötig sein, systematisch Arbeitskräfte aus nicht lebenswichtigen Betrieben für solche freizumachen, die für Kriegführung und Volksversorgung unentbehrlich sind. Dabei sei davon abgesehen

worden, eine Arbeitspflicht in der Art, wie sie für männliche Kräfte vorgesehen ist, auch für die Frauen zu begründen. Obwohl das Überangebot weiblicher Kräfte auf dem Arbeitsmarkte stark nachgelassen habe, übersteige die Zahl der arbeitsuchenden Frauen doch immer noch regelmäßig die der vorhandenen offenen Stellen, so daß schon aus der Lage des Arbeitsmarktes heraus eine Zwangsorganisation hier nicht erforderlich erscheine. Trotz des fehlenden Zwanges werde jedoch auch hier planmäßiger als bisher vorgegangen werden müssen; zwar hätten manche Betriebe im Ersatz männlicher Kräfte durch Frauenarbeit die größten Anstrengungen gemacht und Vorbildliches geleistet, im ganzen gäbe es aber auf diesem Gebiete zweifellos noch viel zu tun und zu erreichen.

Der Staatssekretär würdigte dann die außerordentlichen Leistungen, die Deutschlands Industrie und Landwirtschaft in den Kriegsjahren vollbracht haben. Diese Leistungen, die unserer Kriegführung Rückhalt und Stütze gaben, seien im höchsten Grade bewunderungswürdig. Zu berücksichtigen sei bei jedem Vergleich mit unseren Feinden, daß diese nicht nur über ihre eigene Erzeugung verfügten, sondern über die Einfuhr an Kriegsmaterial und Lebensmitteln aller Art, die den Mächten des Vierverbandes aus neutralen Gebieten zufließt. Unsere Industrie habe die Aufgabe, nicht nur das zu leisten, was die eigene Erzeugung der feindlichen Staaten zu leisten vermag, sondern außerdem auch noch die neutrale Zufuhr wett zu machen, und wenn irgend möglich, die Gesamtsumme beider zu überbieten. Dazu solle das Hilfsdienstgesetz die notwendigen rechtlich-organisatorischen Grundlagen geben. Noch ein anderes aber wolle das Gesetz bedeuten: es werde der ganzen Welt ein Beweis sein für die äußerste Entschlossenheit des deutschen Volkes, mit Anspannung aller seiner Kräfte bis zum letzten zu kämpfen. Wiederholt habe Deutschland zu erkennen gegeben, daß es zu einem seine Ehre wahrenden und seine Zukunft sichernden Frieden bereit sei. Unsere Feinde hätten bisher eine solche Bereitschaft nicht gezeigt. Die Einführung des vaterländischen Hilfsdienstes werde unseren Feinden und der ganzen Welt beweisen, daß das deutsche Volk einmütig bis zum letzten Manne zum Durchhalten und zum Sieg entschlossen ist.

Der Chef des Kriegsamts Groener gab hierauf einen Überblick über die militärisch-technischen Anforderungen, denen mit Hilfe des Gesetzes Genüge geleistet werden soll. Er erinnerte hierbei an die großen Anstrengungen des englischen Munitionsministeriums und wies auf die auch für uns vorliegende Notwendigkeit einer sehr erheblichen Steigerung der Herstellung von Kriegsgerät aller Art hin. Er betonte insbesondere die sittliche Pflicht, alle Kräfte gleichmäßig für das Wohl des Ganzen einzusetzen und dem kämpfenden Heere alles zu geben, dessen es für einen Sieg bedarf. Eine andere Rücksicht als die auf dieses Ziel dürfe es jetzt in der Heimat nicht geben. Die Zwecke des Gesetzes seien einmal, Arbeiter für die Munitionsindustrie bereitzustellen, dann Wehrpflichtige, die bisher in Heimatbetrieben unentbehrlich waren, für den Heeresdienst freizumachen, endlich dem neuen Kriegsamt eine feste staatsrechtliche Grundlage für seine Tätigkeit zu geben. Auch der Chef des Kriegsamts gab der Erwartung Ausdruck, daß unsere Feinde an diesem Gesetz unseren äußersten und entschlossensten Siegeswillen erkennen. Das Gesetz sei eine absolut sittliche Ergänzung der allgemeinen Wehrpflicht. Es sei von dem Gebot der Stunde diktiert, für die Kriegszeit bestimmt und trage deshalb einen gänzlich unpolitischen Charakter. Alle Motive, die nicht auf eine siegreiche Durchführung des Krieges abzielten, müßten bei seiner Behandlung ausscheiden. Der Schwerpunkt liege nicht im Gesetze selbst, sondern in seiner Ausführung. Es sei kein gewaltsames Zugreifen beabsichtigt sondern eine organische Entwicklung auf der Grundlage weitestgehender Freiwilligkeit. Von sozialen Unterschieden könne bei der Durchführung natürlich keine Rede sein. Die umfassendste freiwillige Mitarbeit aller Kreise der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer sei unbedingt erforderlich. Der Zwang sei als letztes Mittel unentbehrlich, könne aber der Aufgabe keineswegs allein oder auch nur in der Hauptsache genügen. Der Redner bat, die künftige Arbeit des Kriegsamts nicht durch einschränkende Vorschriften im einzelnen zu erschweren und in ihrem Erfolge zu schmälern, und versprach, daß kein berechtigtes Interesse ohne Not geschädigt werden soll. Das Kriegsamt wolle sowohl mit der

Industrie, wie mit den Arbeitern zu möglichst enger Gemeinschaftsarbeit gelangen. Zu den Einzelheiten der Durchführung führte Generalleutnant Groener dann noch aus, daß die notwendige Einschränkung und Stillegung von Betrieben mit besonderer Vorsicht und ohne Gewaltsamkeit vorgenommen werden solle. Gerade hier müsse engste Zusammenarbeit zwischen der Industrie und dem Kriegsamte gesichert werden. Die Heranziehung der Hilfsdienstpflichtigen aus ihrer alten Beschäftigung solle nur allmählich nach Bedarf erfolgen. Dem Zwange, der unter Umständen ausgeübt werden müsse, stehe ein geregeltes Rechtsverfahren gegenüber, an dem auch die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beteiligt sind. Die Leitung müsse aber in militärischen Händen bleiben, da die Raschheit und Vollständigkeit der Ausführung nicht beeinträchtigt werden dürfe. Am Schlusse unterstrich der Chef des Kriegsamts noch einmal den ethischen Charakter des Gesetzes, das die Willenskraft sowohl der Daheimgebliebenen wie der Kämpfer im Felde stärken und zu höchster vaterländischer Leistung anspannen werde. Neben den rein materiellen Hilfsmitteln sei der Wille des Volkes entscheidend für den Krieg und für den Sieg.

In der Erörterung kam zunächst der Redner des Zentrums zu Wort. Er vermißte in den bisherigen Ausführungen eine zahlenmäßige Aufstellung zur Klärung des Bedarfs. Wie groß sei der Bedarf und wie sei seine Deckung gedacht? Ein Fehler sei es gewesen, nicht von Anfang an die ganze Volkskraft für die Anforderungen des Krieges einzusetzen. Jetzt müsse geprüft werden, ob mit Hilfe des Gesetzes oder allein durch die auch von den Vorrednern betonte Freiwilligkeit die nötigen Kräfte gewonnen werden sollten. Bloße Befehle und bloße Anordnungen auf Grund der Kommandogewalt könnten nicht weit führen, wenn nicht die Freiwilligkeit der Beteiligten, namentlich der Fachleute hinzukomme. Durch Beseitigung des Burschendienstes bei Offizieren, insbesondere in der Heimat, durch Einschränkung der Ordonnanzen durch Ausräumung gewisser Militär- und Zivilbureaus könnten viele Kräfte gespart werden. Auch die Bevölkerung der besetzten Gebiete, für die wir zu sorgen hätten, sei mehr heranzuziehen, zumal unser Volk angestrengt zu arbeiten gezwungen sei. Bei allem Vertrauen zu Exzellenz Groener und dem neuen Kriegsamte müsse die Neueinrichtung von Stellen im ganzen Reiche mit der nötigen Vorsicht gehandhabt werden; dazu nötigten die Erfahrungen mit der Zensur, der Schutzhaft und dergleichen. Der Reichstag verdiene jedenfalls dasselbe Vertrauen, wie es für das neue Amt gewünscht werde. Deshalb müsse verlangt werden, daß der Reichstag sowohl bei Erlaß der Vorschriften wie ihrer Durchführung mitwirke und eine Kontrolle darüber erhalte. Redner schlug vor, die Beratungen nach folgenden Gesichtspunkten einzuteilen:

1. Voraussetzungen der Hilfsdienstpflicht,
2. Arbeitsbedingungen der Dienstpflichtigen,
3. Organisation des Hilfsdienstes,
4. Entschädigungsfragen.

Ein soz. Abg. bedauerte, daß den Fraktionen erst gestern der Inhalt des Gesetzes bekanntgegeben worden sei. Solche Übereilung der Beratung sei um so mehr zu bedauern, als doch die Notwendigkeit gewisser Maßnahmen in der vorgeschlagenen Richtung früher schon hier besprochen worden sei. Ausreichend Zeit zur ruhigen Durchberatung der bedeutsamen Frage müsse gelassen werden, für eine Ermächtigung des Bundesrats zur Festsetzung der Ausführungsbestimmungen sei seine Fraktion nicht zu haben, vielmehr sei auch dies auf dem Wege der Gesetzgebung zu regeln, außerdem seien Sicherungen für die loyale Durchführung der Vorschriften in das Gesetz einzuarbeiten. Die Arbeiter ständen jetzt schon völlig machtlos da. Redner verwies zur Begründung auf einen Zwangserlaß im Bezirk des VII. Armeekorps. Wenn dem Volke die Zwangspflicht auferlegt werde, dürften die Gewinne der Unternehmer nicht freigelassen werden. Vom Volke würden immer mehr Opfer verlangt, von Gegenleistungen wirtschaftlicher und politischer Natur aber sei nichts zu hören. Hier müsse eingegriffen werden, um die Stimmung des Volkes zu heben.

Staatssekretär Dr. Helfferich bestritt, daß in letzteren Punkten nichts geschehen sei. Er ging sodann auf das Belagerungszustandsgesetz und die darauf sich beziehenden Wünsche des Reichstags ein. Änderung des Belagerungszustandes, der Schutzhaft und der Familienunterstützung seien auf dem besten Wege.

Ein Redner der NL. erklärte sich mit dem Zentrumsredner bzw. Art der Behandlung des Gesetzentwurfs einverstanden. Er hätte gewünscht, daß der Reichstag nicht vertagt worden wäre. Mit dem Grundgedanken des Entwurfes sei er einverstanden, auch wünsche er dessen rasche Erledigung. Der Einsatz aller Kräfte würde uns dem Frieden näher bringen als alle möglichen Friedensreden. Hier handle es sich um eine sittliche Ergänzung der Wehrpflicht. Ob nicht später eine Ausdehnung der Dienstpflicht der Frauen nötig werde, sei dahingestellt. Gewisse Rechtsgarantien für loyale Durchführung der Vorschriften müßten gegeben werden, auch für Zusammensetzung der Schiedsgerichte. Die Illusion, daß der Krieg von nur kurzer Dauer sei, habe uns viel geschadet. Jetzt müsse man auf den Boden der Vorlage treten und Versäumtes nachholen.

Ein Fortschrittler sprach seine Überraschung über den vorliegenden Gesetzentwurf und seine Begründung aus. Verblüfft habe ihn insbesondere, daß die ganze Zivilbevölkerung militärischem Zwange unterstellt werden solle. Die verlangte Blankovollmacht in der Richtung sei so weitgehend, wie sie nie zuvor von einem Parlament verlangt worden sei. Eine Berufung auf Unterlassungssünden sei noch lange keine Begründung. Für ein Mantelgesetz, ohne zu wissen, wie es ausgeführt werde, könne er nicht eintreten. Seine Freunde wollten gern mitwirken, dem neuen Kriegsamt die nötige staatsrechtliche Unterlage zu geben. Über Stillegung einer Reihe von Betrieben und Verwendung ihrer Arbeiterschaft bei der Munitionserzeugung lasse sich reden. Verwunderlich sei, daß gewisse Bauten nicht eingestellt würden. Auch auf andere Weise könnten noch Kräfte und Mannschaftsersatz geschaffen werden. Der für die Hilfsdienstpflichtigen vorgesehene Rechtsschutz sei zu gering und müsse auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden. Mit der militärischen Durchführung der Organisation des Hilfsdienstes sei er einverstanden, denn sie garantiere die nötige Raschheit und Unnachsichtlichkeit. Immerhin müßten, um Willkürlichkeiten vorzubeugen, genau umschriebene Ausführungsbestimmungen im Einvernehmen mit dem Reichstag vorbehalten werden. Mit einem Schlage nun Millionen aus ihren Zivilverhältnissen zu reißen, sei nicht angängig; sie müßten wenigstens vorher über den Zeitpunkt der Einberufung zum Hilfsdienst verständigt werden. Über die Bezahlung der Hilfsdienstpflichtigen gebe weder der Entwurf Anhaltspunkte, noch sei bei der mündlichen Begründung ein Wort darüber gesagt worden. Ebensowenig sei über die Behandlung der freiwillig sich Meldenden und über die Ordnung der landwirtschaftlichen Verhältnisse gesprochen worden.

Nachdem Staatssekretär Dr. Helfferich und Exzellenz Groener sich weiter vertraulich geäußert hatten, besprach ein konserv. Redner den Entwurf. Die Ausführungen der Vorredner enthielten etwas Zwingendes, die Organisationskraft der Engländer habe überrascht, und wir müßten ihr durch die Volksorganisation entgegentreten, und zwar rasch und rücksichtslos. Die Friedensreden hätten bei uns lähmend, im feindlichen Ausland aufstachelnd gewirkt. Deshalb sei der kraftvolle Entschluß der Obersten Heeresleitung zum vorliegenden Entwurf als eine notwendige Tat nur lebhaft zu begrüßen. Auf die Bevölkerung der besetzten Gebiete müsse zurückgegriffen und sie zur Arbeit mit herangezogen werden. Die Eingriffe, die der Entwurf vornehme, träfen nicht bloß die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber. Bei der Ausführung müsse dafür gesorgt werden, daß die landwirtschaftliche Erzeugung keinen Schaden leide. Die Unsicherheit über die Zeit der Einziehung zum Heeresdienst wirke hemmend auf die Tätigkeit der Unternehmer. Vielleicht könne das geändert werden. Ob der Reichstag die Ausführungsbestimmungen im einzelnen mitbeschließen solle und könne, lasse er dahingestellt. Bezüglich der Rechtsgarantien könne man zwar materiell in die Einzelheiten eingehen, dann aber würden die Verhandlungen sehr in die Länge gezogen. Die Frage der Beschneidung der Unternehmer-

gewinne sei sehr schwierig und würde viel Zeit in Anspruch nehmen. Ein schneller, wohlerwogener Entschluß sei im Hinblick auf die Gesamtlage am Platze.

Ein Mitglied der Deutschen Fr. verwies darauf, daß der Reichstag längst ein Einschreiten gegen die Vergeudung von Arbeitskräften in Bureaus usw. gefordert, aber bei der Regierung nicht das nötige Gehör gefunden habe. Er sei für rasche Verabschiedung des Gesetzes, aber auch dafür, daß vor Erlaß der Ausführungsbestimmungen der Reichstag gehört werde. Ob die bisherige Organisation der Industrie in allen Dingen richtig sei, wolle er nicht entscheiden. Die Landwirtschaft könne ohne Mitarbeit der Frauen nicht durchkommen. Dagegen gingen manche Frauen im Hinblick auf die Familienunterstützung überhaupt nicht zur Arbeit, sie müßten dazu gezwungen werden. Manche akademisch gebildeten Kreise könnten anderswo erfolgreicher beschäftigt werden als an der Front als Schipper.

Ein anderes Mitglied der NL. verwies auf Reden englischer Minister, die öffentlich im Parlament die Zahl der in der Munitionsindustrie beschäftigten Arbeiter angegeben hätten. Damals schon hätte man dies berücksichtigen und ähnlich vorgehen sollen. Die Motive des Gesetzes seien nicht, wie von sozialdemokratischer Seite gesagt worden sei, die, gewisse soziale Verpflichtungen abzuschieben, vielmehr sei der Entwurf aus der Not der Zeit geboren. Daher erscheine eine lange Beratung aller hier einschlägigen Probleme nicht angezeigt. In den militärischen Bureaus könnten ebensogut weibliche Kräfte beschäftigt werden wie anderwärts. Auf 100 Arbeitsgesuche kämen 135 Frauenangebote. Wenn alle notwendigen Kräfte herangezogen werden sollten, könne er nicht einsehen, warum nicht auch die Frauen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse in das Gesetz einbezogen würden. Lebensbedingungen eines Teiles der Industrie würden bei Ausführung des Gesetzes vielfach unterbunden, während ein anderer Teil blühe und verdiene. Deshalb müsse bei der Stillegung von Fabriken vorsichtig und nur im Benehmen mit den Unternehmern verfahren werden. Die Entschädigungsfrage werde dabei eine Rolle spielen. Für die der Industrie entzogenen Arbeitskräfte solle Ersatz aus den besetzten Gebieten herangezogen werden. Es fehle insbesondere an gelernten Arbeitern in der Werkzeugindustrie. Darauf müsse man in erster Linie sein Augenmerk richten. Als Beisitzer bei den Schiedsämtern könnten sehr wohl die organisierten Arbeitgeber und Arbeiter herangezogen werden. Bei Erlaß der Ausführungsbestimmungen müsse der Reichstag mitsprechen.

Der Kriegsminister betonte, daß es bisher noch in jedem großen Kriege völlig unmöglich gewesen sei, von Anfang an seine weitere Entwicklung in ihren Einzelheiten und in allen ihren strategischen und kriegstechnischen Möglichkeiten zu überblicken. Auch in diesem Kriege, der u.a. eine so ungeheuere früher von den meisten für unmöglich gehaltene Umwälzung, wie die Einführung der Wehrpflicht in England, gebracht habe, sei es nicht anders gewesen. Rein militärische sowohl wie technische oder wirtschaftliche und finanzielle Voraussagen autoritativer Persönlichkeiten hätten sich als irrig erwiesen, weil die Voraussetzungen der Verhältnisse aller Voraussicht trotzten. Es sei deshalb völlig unangebracht, für eine etwa nicht von vornherein erfolgte Anpassung an Bedingungen und Erfordernisse, die nicht vorauszusehen waren, nach Schuldigen zu suchen. Wenn es eine Schuld gäbe, die innerhalb des Zeitraums dieses Krieges oder auch schon vorher liegen könne, so hätten alle mitwirkenden Faktoren an ihr teil. Heute sei aber nicht eine etwaige Schuldfrage zu erörtern, sondern lediglich die des restlosen Kräfteeinsatzes für den Sieg. Nachdem wir erkannt hätten, was not tue, sei es unsere Pflicht, alle Mittel anzuwenden, die die Lage von uns fordere, und unseren unerschütterlich entschlossenen Willen einzusetzen bis zur Entscheidung. Täten wir das, dann hätten wir ein Recht, den endgültigen und dauernden Erfolg zu erringen. Der Kriegsminister erklärte zum Schluß, daß er sich verpflichtet fühle, ausdrücklich zu betonen, daß während des ganzen Krieges kein einziges Zivilressort den Forderungen der Heeresverwaltung jemals auch nur die geringsten Schwierigkeiten in den Weg gelegt habe.

Ein Redner des Zentrums erklärte sich bereit, alles zu tun und zu bewilligen, was

zum Siege der deutschen Fahnen nötig sei. Der vorliegende Entwurf müsse jedoch noch nach verschiedenen Richtungen hin ausgebaut werden. Vor seiner Verabschiedung müsse Gewähr dafür gegeben sein, daß die jetzt schon dem Militär unterstehenden Mannschaften auch zweckmäßig verwendet würden. Mit der Burschenwirtschaft sowie den überflüssigen Ordonnanzen sei aufzuräumen. Werkmeister und Ingenieure an der Front sollten der Industrie zurückgegeben und die zweckmäßige Verwendung auch der Arbeiterschaft gesichert werden. Die Landwirtschaft sei Kriegsindustrie. Jene Arbeitskräfte, die in den letzten drei Monaten darin tätig waren, sollten dabei belassen und nicht anderwärts dienstpflichtig gemacht werden. Eine Reihe von Luxusbetrieben, Kaffee- und Vergnügungslokalen könnten ruhig geschlossen und die hier beschäftigten Arbeitskräfte zweckmäßigere Verwendung finden. Über die Zusammenlegung und Schließung von Betrieben solle man sich mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer verständigen und eine obere Instanz beim Kriegsamt schaffen, die darüber endgültig entscheide. Bei der Arbeitsvergebung solle man den Wohnplätzen der Arbeiter und Geschäftssitzen der Industrie nachgehen. Ohne die Mitwirkung der freien Berufsorganisationen sowohl der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Arbeiter sei das Gesetz nicht durchführbar. Die Arbeit der Leiter und Sekretäre dieser Organisationen müßte deshalb als nationaler Hilfsdienst angesehen und dies im Gesetz ausgesprochen werden. Bei der Ausführung des Gesetzes könnte nicht alles in die Hände von Offizieren gelegt werden. Die Verwaltungsbehörden, die Land und Leute genauer kennen, müßten mehr beteiligt werden. Hinsichtlich der Unternehmergewinne sei es das einfachste, die Preise für die Erzeugnisse herabzudrücken; die Heeresverwaltung habe das in der Hand. Bestimmungen, betreffend Arbeiterausschüsse und Schiedshöfe zur Sicherung der Arbeiterverhältnisse, müßten dem Gesetze eingefügt werden. Das Wichtigste sei bei dem vorliegenden schwer in alle Verhältnisse eingreifenden Gesetze, den Reichstag dauernd mitwirken zu lassen. Er hoffe, daß alle die Anregungen durch gemeinsame Anträge und deren Annahme recht bald erledigt werden könnten.

Gegenüber den Ausführungen des Zentrumsabg. betonte der Kriegsminister, daß es ihm durchaus fern gelegen habe, dem Reichstage oder gar dem deutschen Volke irgendeine Schuld an etwaigen früheren Versäumnissen zuzuschieben. Er würde es für überflüssig und unangebracht halten, noch einmal besonders auf die ungeheuren Leistungen und die außerordentliche bewunderungswürdige Opferwilligkeit des deutschen Volkes besonders hinzuweisen. Darüber gäbe es nirgends auch nur die leiseste Meinungsverschiedenheit. Er sei mit dem Abg. der Ansicht, daß eine etwaige Schuldfrage vollständig aus dem Spiele gelassen werden müsse. Er habe sich nur verpflichtet gefühlt, die Zivilressorts gegen völlig unbegründete Angriffe, die dagegen erhoben würden, zu verteidigen.

Der Staatssekretär d. J. ging auf einige bisher in der Erörterung, namentlich in der Rede des Vertreters des Zentrums vorgebrachte Einzelheiten ein. Er stellte mit Genugtuung fest, daß in der Frage der Notwendigkeit des Gesetzes und der großen organisatorischen Arbeit, die zu seinen Ausführungen erforderlich sei, völlige Übereinstimmung zwischen dem Ausschusse und der Regierung herrsche. Der Staatssekretär trat den Befürchtungen entgegen, daß in nationalem Interesse wichtige und unentbehrliche Betriebe stillgelegt bzw. eingeschränkt werden könnten, weil sie in der Begriffsbestimmung des vaterländischen Hilfsdienstes nicht ausdrücklich genannt sind. Man müsse beachten, daß als Hilfsdienst jede Tätigkeit zu gelten habe, die für Kriegführung oder Volksversorgung unmittelbar oder auch nur mittelbar von Bedeutung sei. Diese Definition eröffne doch einen weiten Spielraum. Was im besonderen die Presse anlange, so wisse die Regierung ganz genau, daß die Aufrechterhaltung auch der mittleren und kleinen Presse während der ganzen Dauer des Krieges eine dringende vaterländische Notwendigkeit sei. Die Regierung hätte ja schon früher besondere Maßnahmen getroffen, um angesichts vorliegender technischer Schwierigkeiten das Weitererscheinen auch der mittleren und kleinen Zeitungen zu gewährleisten. Wenn in der Erörterung auf einzelne Fälle hingewiesen worden sei, wo lokale Funktionäre nur geringes Verständnis für die Notwendigkeit der Erhaltung

der Presse gezeigt hätten, so habe dies keine Bedeutung, da bei der Durchführung des Kriegsdienstgesetzes die lokalen Ausschüsse an einheitliche Weisungen gebunden sein würden, die vom Kriegsministerium bzw. vom Kriegsamte ausgehen. Ähnlich wie mit der Presse verhalte es sich mit den Berufsorganisationen, die Regierung sei sich ganz klar drüber, daß auf deren Mitwirkung für die innere Kriegführung und namentlich auch für die Durchführung des Kriegsdienstgesetzes gar nicht verzichtet werden könne. Das Kriegsamt werde so viel als irgend möglich mit den maßgebenden Organisationen aller Erwerbs- und Berufszweige zusammen zu arbeiten suchen, und zwar nicht nur mit den lokalen Organisationen, sondern vor allem auch mit den die betreffenden Interessen im ganzen Reiche zusammenfassenden Instanzen; jede lokale Zersplitterung der Entscheidung grundsätzlicher Fragen werde vom Kriegsamte verhütet werden. Auf der anderen Seite müßten Einzelprobleme natürlich an Ort und Stelle in genauer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse gelöst werden. Hierbei würden die Ausschüsse, auch wenn dies noch nicht in dem Gesetzentwurf und in den Richtlinien stehe, ganz naturgemäß und notwendig mit den lokalen, den Kreis- und Kommunalbehörden zusammenwirken und auf ihre Hilfe angewiesen sein. Die Einzelheiten der organisatorischen Arbeit würden sich, nachdem die Grundlage geschaffen sei, erst in der Praxis ergeben. Der Apparat werde nicht mit einem Schlage in größter Vollkommenheit dastehen, sondern aus der Erfahrung heraus immer mehr verbessert werden. Es wäre unzweckmäßig, sich in den Organisationsfragen und den Fragen der praktischen Durchführung gleich von vornherein in Einzelheiten festzulegen. Der Staatssekretär besprach dann die Maßnahmen, die getroffen werden können und getroffen werden, um auch die Bevölkerung der besetzten Gebiete innerhalb der durch das Völkerrecht und durch gewisse rein tatsächliche Erwägungen gezogenen Grenzen zur Arbeit in Deutschland heranzuziehen. Er schloß mit der Bitte an den Ausschuß, in der Behandlung der Einzelheiten nicht weiter zu gehen, als dies eben im Interesse der Durchführung des Gesetzes notwendig sei, und Meinungsverschiedenheiten technischer Art angesichts des großen vaterländischen Zieles zurückzustellen.

Der Chef des Kriegsamts Groener erklärte sich mit den Anregungen des Vertreters des Zentrums zur praktischen Durchführung des Gesetzes im ganzen einverstanden. Daß bei der Verwendung und Verwertung des Soldatenmaterials mit größter Sparsamkeit vorgegangen werde, sei selbstverständlich. Facharbeiter würden aus den Besatzungstruppen, aber auch aus der Front in so großem Umfange, wie dies möglich sei, für die Kriegsindustrie beurlaubt. Man sei sich klar darüber, daß die ganze Frage in erster Linie eine Facharbeiterfrage sei. Vorkehrungen, daß der Zuzug polnischer Arbeiter nach Deutschland nicht unterbunden werde, seien getroffen. Auf die Interessen der Landwirtschaft werde bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes besonders Rücksicht zu nehmen sein; sie werde eher Arbeitskräfte empfangen, als solche abzugeben haben. Die Stillegung einzelner Betriebe solle im engen Einvernehmen mit der Fachindustrie und auf Grund ihrer Anregungen und Vorschläge erfolgen. Die volle Einheitlichkeit der Durchführung bei allen lokalen Stellen sei dadurch gewährleistet, daß alle Generalkommandos in den einschlägigen Fragen an die Weisungen des Kriegsministers und damit des Kriegsamts gebunden worden seien. Bei den einzelnen Generalkommandos würden Kriegsamtsstellen eingerichtet werden, die den Generalkommandos angegliedert, aber dem Kriegsamt unmittelbar unterstellt würden. Außerdem würde das Kriegsamt in den Industrierevieren und an allen für die Kriegsindustrie wichtigen Plätzen Vertretungen, zum Teil mit Nebenstellen, einrichten. An diese Vertretungen und an die lokalen Ausschüsse würden die einheitlichen Anweisungen des Kriegsamts hinausgehen. Redner sei sich dessen vollkommen bewußt, daß nur engste, vertrauensvollste Zusammenarbeit mit der Industrie und mit allen Interessentengruppen überhaupt dem Kriegsamt den vollen Erfolg seiner Tätigkeit sichern könne. Auch die Mitwirkung der untersten Zivilbehörden, vor allem der Kommunalbehörden, werde selbstverständlich ständig in Anspruch genommen werden müssen.

Ein Redner der Fortschrp. unterstützte zunächst den Zentrumsredner darin, daß der Reichstag immer alle Anforderungen der Heeresverwaltung bewilligt habe. Der

Anschauung des konservativen Redners, daß Friedensreden bei uns aufstachelnd im Ausland gewirkt hätten, müsse er die Tatsache entgegensetzen, daß die Friedensfreunde im Ausland Zuwachs erhalten hätten. Gegen die Auffassung, daß auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 die Hilfsdienstpflicht hätte verordnet werden können, müsse er Verwahrung einlegen. Der vorliegende Gesetzentwurf würde eine noch nie bewilligte Blankovollmacht mit Abdankung des Reichstags bedeuten. Das Gesetz müsse ausgebaut und die daraufhin zu erlassenden Verordnungen dem Reichstag vorgelegt werden. Über die Rechtssicherheiten für die der Dienstpflicht unterworfene Bevölkerung müßten in das Gesetz selbst grundlegende Bestimmungen aufgenommen werden. Fraglich sei, ob an Stelle der natürlichen freiwilligen Organisationen zur Durchführung des Gesetzes Zwangsorganisationen geschaffen werden sollten. Die Handels- und Gewerbekammern dürften nicht ausgeschaltet werden. Ohne die Monopolstellung Krupps wäre die Rüstungsindustrie besser ausgebaut, die Artillerie-, Waffen- und Munitionserzeugung in anderer Weise möglich geworden. Jetzt müsse manches nachgeholt und die Leistungsfähigkeit dieser Industrie aufs höchste gesteigert werden. Der Arbeitsverschwendung durch „Lebensmittelstehen" müsse in erster Linie zur Freimachung von Arbeitskräften ein Ende gemacht werden. Der Arbeitszwang solle nur dann angeordnet werden, wenn die freiwilligen Meldungen nicht genügten. Bei der Umstellung von Fabrikbetrieben sei vorsichtig zu verfahren, damit nicht der Erzeugung mehr geschadet als genützt werde. Für die Frauen eine Dienstpflicht auszusprechen, bestehe kein Bedürfnis; der Andrang sei so schon groß, und wenn Textilbetriebe zusammengelegt würden, würden viele Tausende von weiblichen Arbeitskräften frei. Die zweckmäßige Bewirtschaftung der Menschenkraft lasse viel zu wünschen übrig. Bureauschreiber seien durch weibliche Kräfte zu ersetzen, unnötige Burschen und Ordonnanzen seien zu beseitigen. Die jüdischen Arbeiter im Osten könnten in größerer Zahl Verwendung finden. Ernsthaft sei zu prüfen, inwieweit der Reichstag bei Ausführung des Gesetzes mitwirken könne. In den einzelnen Teilen des Reiches und in Bezirken der Wahlkreise sollten die Abgeordneten zur Ausführung des Gesetzes herangezogen werden.

Generalleutnant Groener erklärte sich mit dem Vorredner darin einverstanden, daß bei der Ausführung des Gesetzes der Bureaukratismus ausscheiden müsse. Wenn die Abgeordneten zur intensiven Mitwirkung Zeit hätten, begrüße er das. Zur Geschützfabrikation seien nicht nur Krupp und Ehrhardt, sondern auch andere Firmen herangezogen worden. Jüdische Arbeiter würden entsprechend verwandt. Die Umstellung von Industriezweigen und Fabriken solle weitmöglichst auf dem Wege der Freiwilligkeit erreicht werden.

Ein soz. Abg. hielt diese Gelegenheit zur Auslösung einer patriotischen Kundgebung und guten Volksstimmung für verpaßt, weil der Gesetzentwurf nicht in entsprechender Fassung vorgelegt worden sei. Es erwecke den Eindruck, als ob der Entwurf den Unternehmern billige Arbeitskräfte schaffen wolle. Ohne die Mitwirkung der Arbeiter und ihrer Organisationen sei eine entsprechende Erzeugung nicht möglich. Bei den Vorbesprechungen mit den Arbeitervertretern seien deshalb entsprechende Sicherungen verlangt worden, insbesondere dahin, daß durch den Arbeitszwang nicht auch noch der Lohn gedrückt werde. Wie notwendig die Einfügung derartiger Sicherungen sei, bewiesen die Erlasse des Eisenbahnministers Breitenbach, der gegenüber dem deutschen und süddeutschen Eisenbahnverband Verbote ausgesprochen habe. Derartige Äußerungen des Mißtrauens gegenüber den Arbeitern seien nicht am Platze. Die Industrie brächte auch die reklamierten Facharbeiter vielfach in eine Zwangslage. Mit solchen Zuständen könnte sich die Arbeiterschaft nicht abfinden. Entsprechende Sicherungen im Gesetz selbst müßten verlangt werden. Das Reichsamt des Innern als Amt für Sozialpolitik habe hier völlig versagt, ebenso auf dem Gebiete des Ernährungswesens. Das zwinge dazu, nicht eine beliebige Handhabung des Gesetzes zuzulassen, sondern die Regelung der Fragen gesetzlich festzulegen. Die Zivilverwaltungsstellen hätten bisher nicht immer das Richtige getroffen, so daß er eine militärische Organisation zur Durchführung des Arbeitspflichtgesetzes vorziehe.

Auf die Einwände eines sozialdemokratischen Abgeordneten eingehend, appellierte der Staatssekretär d. J. an den Ausschuß, sich des großen Zieles bewußt zu bleiben und die Vorlage von keiner Seite her mit Bestimmungen zu belasten, die für die Durchführung der Hilfsdienstpflicht entbehrlich und für irgendeine andere Seite unannehmbar sind. Er habe wiederholt betont, daß der Zwang Ausnahme und letztes Mittel bleiben solle; aber auch diejenigen, die schließlich einer bestimmten Beschäftigung überwiesen werden müssen, seien ihrem Arbeitgeber oder dem Betriebe, in dem sie zu arbeiten haben, keineswegs rechtlos ausgeliefert. Die Beschwerdeausschüsse, die vorgesehen seien, böten nach ihrer ganzen Zusammensetzung die Gewähr für eine gerechte, auch von sozialpolitischem Verständnisse und Empfinden getragene Entscheidung. Unbegründet seien auch die Besorgnisse wegen eines etwaigen Lohndruckes. Wenn für die den Betrieben zugewiesenen Arbeiter Koalitions- und Organisationsfreiheit verlangt werde, so sei darauf zu erwidern, daß ihnen diese Freiheit selbstverständlich in genau dem gleichen Umfange zustehe, wie allen anderen Arbeitern. Es gehe aber nicht an, wie es von sozialdemokratischer Seite geschehen sei, diese Frage mit der des Streikverzichts der Eisenbahnarbeiterorganisationen zu verquicken. Der Staatssekretär besprach dies letztere Problem sehr eingehend. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und des öffentlichen Wohles müsse von den Eisenbahn-Arbeiterorganisationen allerdings der ausdrückliche, in den Satzungen niedergelegte Verzicht auf den Streik als Kampfmittel verlangt werden. Mit der Frage der Hilfsdienstpflicht und ihrer Durchführung habe jedoch diese ganze Angelegenheit nichts zu tun. Eine gewisse Erschwerung des Arbeitswechsels sei in dem Gesetze vorgesehen und auch unentbehrlich, um für die Produktion schädliche Störungen des Betriebes zu verhüten. Auch hier würden den Arbeitern durch die Beschwerdeausschüsse und ihre Zusammensetzung alle erforderlichen und möglichen Garantien geboten. Von der zwangsweisen Einsetzung besonderer gewählter Arbeiterausschüsse in den Betrieben, wie sie von sozialdemokratischer Seite angeregt wurde, könne angesichts der vorgesehenen öffentlichrechtlichen Beschwerde- und Entscheidungsinstanzen abgesehen werden. Der Staatssekretär schloß mit der wiederholten Mahnung, das Hilfsdienstpflichtgesetz nicht zum Gegenstand parteipolitischer Kämpfe zu machen, sondern es allein vom Standpunkte seiner vaterländischen Notwendigkeit zu betrachten.

Ein Mitglied der soz. Arbeitsgem. beklagte sich darüber, daß der Gesetzentwurf seiner Fraktion erst gestern bekanntgeworden sei. Er müsse dagegen Einspruch erheben, daß die sozialdemokratische und andere Fraktionen von der Regierung bereits früher unterrichtet und mit ihnen verhandelt worden sei. Das entspreche weder den geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen, noch der Würde des Reichstags. Der Gesetzentwurf sei äußerst mangelhaft. Es sei Pflicht, das schwer eingreifende Gesetz nach allen Richtungen hin zu prüfen. Daß der Presse seinerzeit nicht gestattet worden sei, die Rede des englischen Munitionsministers abzudrucken, erachte er als einen schweren Fehler, denn mit der Veröffentlichung dieser Rede hätte das deutsche Volk erfahren, wie sehr der Gegner rüste. Ob der Arbeitszwang als eine unabweisbare Notwendigkeit anzusehen sei, möchte er bezweifeln. Der Krieg könnte durch Friedensverträge beendet werden. Durch die Zwangsarbeit dürfe den Unternehmern nicht in die Hände gearbeitet und ihnen nicht billige Arbeitskräfte zugeführt werden. Mehr als 10% Gewinn solle den Unternehmern keinesfalls belassen werden.

Ein Redner der NL. wünschte, daß alle in das Gesetz vielleicht einschlägige aber nicht direkt dazu gehörige Fragen hier ausgeschaltet würden, damit die Verhandlungen gefördert und schneller beendigt werden könnten. Daß dem Gesetz unterschoben werde, es sei dazu da, den Arbeitgebern billige Arbeitskräfte zuzuführen, sei eine Verleumdung, die auch die Vertreter der Arbeiter hier zurückweisen sollten. Das Streikrecht der Eisenbahner hier anzuschneiden, sei völlig unangebracht, denn darum handle es sich jetzt nicht. Daß dagegen die Arbeitsverhältnisse der Hilfsdienstpflichtigen im Gesetz geregelt werden müßten, erachte er als selbstverständlich. Wie bei Lehrern, Angestellten usw. der Hilfsdienst organisiert und bei Stillegung von Betrieben mit den bisherigen Kriegszulagen der Unter-

nehmer an ihre Arbeiter und Angestellten gehalten und wie die Entschädigungsfrage geregelt werden solle, sei ihm noch völlig unklar. Bei Herausziehung der Frauen und Mädchen aus der Familie entstünden andere, auch sittliche Gefahren. Deshalb stimme er dem Grundgedanken der Vorlage bei, der von der Zwangsarbeit für Frauen absehe. Ein Krebsschaden in unserer Zeit sei das kleinliche Prozessieren. Dem Staatsanwalt solle die Ermächtigung gegeben werden, bei Übertretungen unter Umständen und nach Warnung das Verfahren gegen den Schuldigen einzustellen. Ob die Besetzung der Oberlandesgerichte mit 5 Richtern belassen werden solle, gebe er zu erwägen. Die Erfüllung der gesetzlichen Dienstpflicht könnte vielleicht für Angehörige der Verbündeten im Aufenthaltslande gestattet werden. Das würde ebenfalls eine Erleichterung bedeuten.

Ein Fortschrittler verwies darauf, daß der schnellen Verabschiedung des Gesetzes verschiedene Schwierigkeiten entgegenstünden. Über die hier erörterten, in Frage kommenden Punkte sollte eine Verständigung herbeigeführt werden. Daß die bei der Presse und der Volksversorgung tätigen Personen als in Ausübung des Hilfsdienstes betrachtet werden sollen, lasse die Vorlage nicht klar erkennen. Jedenfalls müsse auch die geistige Versorgung des Volkes gesichert werden. Die Einstellung gewisser Betriebe dürfe nur nach eingehender Prüfung erfolgen, damit das Wirtschaftsleben nicht zu sehr gestört werde. Generalleutnant Groener verdiene Vertrauen, und wenn in seinem Geiste überall gearbeitet werde, so könne man sich beruhigen. Über die Mitwirkung des Reichstags bei der Ausführung des Gesetzes erwarte er Äußerung des Staatssekretärs. Redner besprach sodann die Lage der Unfallberufsgenossenschaften, denen vielleicht finanzielle Hilfe gewährt werden könnte, und betonte, daß die Mitwirkung der kommunalen Selbstverwaltungen bei Ausführung des Kriegshilfsgesetzes nötig sei. Man müsse diesen Verwaltungen aber auch das nötige Personal belassen. Die gegen Staatssekretär Dr. Helfferich gerichteten Vorwürfe müsse er als unberechtigt zurückweisen. Die Verbände der Eisenbahner hätten fast allgemein auf das Streikrecht verzichtet; jedenfalls könne die Frage jetzt nicht zum Austrag gebracht werden. Daß Sicherungen gegen Lohndruck usw. zugunsten der Arbeiter mit aufgenommen würden, erscheine angezeigt. Geklärt müsse noch die Frage werden, ob unter den Wirkungen des Hilfsgesetzes alle Klassen unserer Lehranstalten und Universitäten aufrecht erhalten werden könnten, ob nicht vielmehr eine Reihe von Lehranstalten geschlossen werden müßten. Bei allem sei das Augenmerk darauf zu richten, daß das Gesetz gut durchgeführt und der gute Wille des deutschen Volkes voll aufrecht erhalten werde.

Eingegangen ist ein Antrag Gröber (Zentr.); danach sollen die Ausführungsbestimmungen vom Bundesrat unter Zustimmung des Hauptausschusses erlassen werden und der Hauptausschuß zum Zusammentritt während der Unterbrechung der Verhandlungen des Reichstags berechtigt sein; ferner soll der Zeitpunkt des Außerkrafttretens nicht vom Bundesrat, wie die Vorlage besagt, sondern vom Reichstag bestimmt werden.

Der Chef des Kriegsamts Groener erklärte: Dem Kriegsamt liege nichts ferner, als eine überstürzte und gewaltsame Durchführung der Hilfsdienstpflicht. Die Seelsorge werde selbstverständlich als vaterländischer Hilfsdienst anerkannt werden. Für die Hilfsdienstpflichtigen, auch für die zwangsweise zu einer Beschäftigung Überwiesenen, würden die allgemeinen Gesetze, nicht etwa das Militärrecht maßgebend sein, solange sie nicht zum eigentlichen Heeresgefolge gehörten. Es sei ausgeschlossen, daß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes auf dem von seinen Bestimmungen getroffenen Gebiete einzelne stellvertretende Generalkommandos noch weiter selbständig auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes Sonderverfügungen erlassen könnten, die nicht mit den Richtlinien des Kriegsamts übereinstimmten. Er wolle noch einmal betonen, daß auch nicht die leiseste Absicht vorhanden sei, einen Lohndruck auszuüben oder zuzulassen oder überhaupt die Arbeiterschaft schlechter zu stellen als bisher. Das Gesetz wolle und solle nichts anderes erreichen, als den restlosen Einsatz der Volkskraft in denjenigen Tätigkeiten und Betrieben, in denen ihre Leistung für die Kriegführung und den Sieg unentbehrlich sei. Er bitte den Ausschuß, sich dieses großen und unbedingt notwendigen Zieles des Hilfs-

dienstpflichtgesetzes bei seinen Verhandlungen stets bewußt zu bleiben. Einzelfragen würden, zweckmäßiger als jetzt, in der Spezialdebatte erörtert werden können.

Der Staatssekretär d. J. erklärte, auf Einzelfragen nur so weit eingehen zu wollen, als dies für die Behandlung der großen, grundsätzlichen Gesichtspunkte des Gesetzentwurfs notwendig sei. Wiederholt müsse er hervorheben, daß der Zwang lediglich als ultima ratio im Hintergrunde stehen und die Durchführung der Hilfsdienstpflicht im weitesten Maße auf dem Boden organisierter Freiwilligkeit aufgebaut werden solle. Auch das Arbeitsverhältnis derjenigen Hilfsdienstpflichtigen, die zwangsweise zu einer Beschäftigung überwiesen werden, weil sie eine solche nicht gesucht oder nicht erlangt haben, sei genau so anzusehen, als wäre es in freier Vereinbarung zustande gekommen. Hieraus ergebe sich dann von selbst, daß, wie schon der Chef des Kriegsamts ausgeführt habe, die Militärgesetze auf die im Hilfsdienste tätigen Personen, die nicht zum Heeresgefolge gehören, keine Anwendung fänden. Ebenso sei es nur eine logische Folgerung jener Tatsache, daß der prozessuale Schutz, den die Kriegsteilnehmer genießen, den Hilfsdienstpflichtigen nicht oder doch jedenfalls nicht allgemein zur Seite stehe, und daß die in normaler Weise entlohnte Tätigkeit im Hilfsdienste nur in Ausnahmeverhältnissen einen Anspruch auf eine Kriegsunterstützung der Familienangehörigen begründen könne. Würde anders verfahren, so erhielten die zum Hilfsdienst Überwiesenen starke Sondervorteile vor den in den gleichen Betrieben freiwillig Arbeitenden, die nicht gerechtfertigt wären und zu Beschwerden führen müßten. Wo länger laufende private Arbeitsverträge beständen, würden sie natürlich durch die Aufforderung, sich eine Tätigkeit im Hilfsdienste zu suchen, oder durch die Überweisung zu einer Hilfsdienstbeschäftigung aufgelöst; das öffentlich-rechtliche Gebot gehe dem privaten Vertrage vor. Eine Entschädigung für den aus der Vertragsauflösung entstandenen wirtschaftlichen Nachteil könne hier natürlich ebensowenig in Frage kommen, wie bei militärischer Einberufung. Richtig sei, daß der Zwang bei der Hilfsdienstpflicht unmittelbar für die Arbeit in privaten Unternehmungen ausgeübt werde, und daß aus dieser Tatsache sich gewisse Folgerungen ergeben würden. Er persönlich sei der Ansicht, daß es das Richtige sein werde, diese Folgerungen auf dem Gebiete der Besteuerung der Kriegsgewinne zu suchen. Gegenüber den Einwürfen eines sozialdemokratischen Abgeordneten, daß vom Reichstage eine Blankovollmacht verlangt würde, ohne daß dabei irgendwelche Garantien für die Art der Durchführung gegeben seien, betonte der Staatssekretär, daß die dem Reichstage vorgelegten Richtlinien eine Vereinbarung der verbündeten Regierungen darstellten, zu deren Einhaltung sich deshalb die Reichsleitung verpflichten könne und auch ausdrücklich verpflichten wolle. Es sei ein neuer Vorgang, daß die verbündeten Regierungen sich von vornherein bei Einbringung eines Gesetzes auf bestimmte Richtlinien zur Ausführung eines Gesetzes festgelegt und diese Richtlinien mit dem Entwurfe selbst dem Reichstage übermittelt hätten. Damit sei doch bewiesen, daß die verbündeten Regierungen die Zusammenarbeit mit dem Reichstage im allerstärksten Maße wünschen und anstreben, und daß der Vorwurf, die Regierung wolle die Volksvertretung ausschalten und die gesetzgeberische Arbeit am liebsten nur innerhalb der Zentralbehörden erledigen, vollkommen ungerechtfertigt sei. Er selbst könne für sich in Anspruch nehmen, soweit es seine Zeit irgend gestatte, stets die engste Fühlung sowohl mit den Reichstagsabgeordneten, wie mit Vertretern aller Interessentengruppen gesucht und gehalten zu haben; er sei ständig bemüht, sich durch persönliche Information über die Bedürfnisse und Wünsche in den verschiedensten Gegenden und wirtschaftlichen Kreisen zu unterrichten.

Ein kons. Redner wies nochmals auf die dringende Notwendigkeit hin, das Gesetz als Mittel zur vollen Anspannung der ganzen Volkskraft für den Endsieg zustande zu bringen. Er habe vorgestern nicht, wie im „Vorwärts" mißverständlich berichtet worden sei, gesagt, das Volk fordere eine rücksichtslose Führung. Vielmehr habe er der Meinung Ausdruck gegeben, das Volk wolle eine geschlossene Tat und eine kraftvolle Führung; von Rücksichtslosigkeit habe er in ganz anderem Zusammenhang gesprochen, sie werde, wenn man das Ziel wolle, in Kauf genommen werden müssen. Ausgeschlossen sei es, daß einzelne Richtungen die Beratung dieses Gesetzes und den Zwang zu seinem Zustande-

kommen zur Durchsetzung von Wünschen und Forderungen, die nicht unmittelbar durch dieses Gesetz bedingt seien, zur Aufrollung grundsätzlicher Streitfragen, zur Erzielung von Wirkungen für die Zeit nach dem Kriege benutzten. Er behaupte nicht, daß die Gewerkschaftsführer mit den vorliegenden Vorschlägen einen derartigen Versuch machen wollten, aber in diesen Vorschlägen sei nach seiner Meinung objektiv manches enthalten, was unter diese Kategorie von Forderungen falle. Damit das Gesetz als einmütige, die Opferwilligkeit aller anspornende Tat wirke, werde jede Partei sich bei den Beratungen gewisse Einschränkungen auferlegen müssen. Die Frage, wieweit die Einzelheiten der Durchführung des Gesetzes durch gesetzliche Vorschriften oder Ausführungsverordnungen zu regeln seien, halte er weniger für eine grundsätzliche, als für eine praktische und gesetzestechnische Frage. Gerade in den hier erörterten Dingen, in denen alles im Flusse sei und schnelle Entschlüsse zu fassen seien, müsse dem Bundesrat und dem Kriegsamt eine größere Bewegungsfreiheit als sonst gelassen werden; er sei aber bereit, an der vorgeschlagenen gesetzlichen Regelung mitzuarbeiten. Redner besprach im einzelnen die Frage der Frauenarbeit und der Jugendlichen, dabei regte er an, auch Jugendliche unter 17 Jahren, soweit sie nicht durch Unterricht und Lehre gebunden seien, dem Gesetz zu unterstellen. Für die Exportindustrie und für die Aufrechterhaltung solcher Unternehmungen, deren Betrieb nicht eingestellt werde, müßten Arbeitskräfte belassen werden. Redner widersprach dann entschieden den Angriffen auf die Landwirtschaft. Der Landarbeitermangel sei so groß, daß von einer schlechten Behandlung und einer besonders ungünstigen Lage der Landarbeiter gar nicht die Rede sein könne. Die Löhne auf dem Lande seien in bar und durch den höheren Wert der Naturalien wesentlich, um mindestens 100% durchschnittlich, gestiegen. Den landwirtschaftlichen Betrieben müsse volle Sicherheit geschaffen werden, daß sie die nötigen Arbeitskräfte auch behielten, daß die Arbeiter ihnen auch in den Wintermonaten nicht entzogen würden, daß vor allem die Facharbeiter und Beamten, auch Schmiede, Stellmacher, Monteure ihnen zur Verfügung gestellt, daß reklamierte garnisondienstfähige Personen dieser Art nicht etwa herausgezogen würden, um sie auf Grund des neuen Gesetzes durch andere Kräfte zu ersetzen. Auch die landwirtschaftlichen Maschinen müßten erhalten bleiben. Redner erbat eine Erklärung, die die Erfüllung dieser Wünsche sichere.

Ein Redner des Zentr. bedauerte, daß der Staatssekretär zu den Anträgen auf Arbeiterversicherung noch keine Stellung genommen habe. Wenn das Gesetz zustande gebracht werden solle, müsse hier ein entsprechendes Maß von Entgegenkommen erwartet werden. Der Widerstand der Großindustriellen gegen Arbeiterausschüsse und Schiedshöfe müsse gebrochen werden; ohne diese sei eine Durchführung des Gesetzes kaum denkbar. Das Vorgehen des preußischen Eisenbahnministers halte er für unangebracht, die Erlasse hätten nur Erregung geschaffen, was im Hinblick auf den Ernst der Lage bedenklich sei. Das Maß der Verantwortlichkeit der Arbeiterführer verlange, daß Sicherungen für die Arbeiterverhältnisse geschaffen würden, ohne die der Entwurf nicht Gesetz werden könne.

Ein soz. Abg. kam ebenfalls auf die Streikerlasse des Eisenbahnministers zurück. Der neue Verband des Personals habe erklärt, auf den Streik verzichten zu wollen. Auch die Beiträge seien so gering, daß aus diesen Mitteln ein Streik überhaupt nicht geführt werden könnte. Daß das Vorgehen der Engländer auf erhöhte Munitionsbeschaffung bei uns nicht genügend beachtet worden sei, sei zu bedauern. Die Erfassung der Kriegsgewinne sei nötig, aber es sei nicht leicht, in dieser Hinsicht die Unternehmer zu überwachen. Für alle Fälle müsse dafür gesorgt werden, daß der vorliegende Gesetzentwurf jederzeit vom Reichstag aufgehoben werden könne, wenn die Ausführung des Gesetzes nicht zweckentsprechend sei.

Staatssekretär Dr. Helfferich stellte die Vorlage des englischen Munitionsgesetzes in Übersetzung in Aussicht.

Ein Vertreter des preußischen Eisenbahnministeriums stellte fest, daß maßgebende Stellen Eisenbahnangestellten gegenüber niemals mit dem Schützengraben gedroht hätten. Der Minister habe keinen Anlaß, seine Meinung gegenüber einem Eisenbahnerstreik geheim zu halten; er habe sich wiederholt im Reichstag und preußischen Landtag darüber ausgesprochen und die Gründe seines Verhaltens dargelegt.

Ein Zentrmitgl. wünschte gutes Zusammenwirken des Kriegsamts mit dem Kriegs-Ernährungsamt. Für die Landwirtschaft müsse ebenfalls ein Hilfsdienst eingerichtet werden. Selbst gegen hohen Lohn und gute Kost seien verschiedentlich Arbeitskräfte nicht zu erhalten gewesen. Deswegen sei es auch ungerecht, die Landwirtschaft für nicht rechtzeitige Ablieferung verantwortlich zu machen und sie der Preistreiberei zu bezichtigen. Die kleineren Handwerksbetriebe sollte das Gesetz möglichst unberührt lassen, da ihre ganze Existenz auf dem Spiele stehe. Mindestens solle eine Vertretung des Handwerks dem Kriegsamt beigegeben werden. Ein anderer Zentrumsredner erklärte sich mit den Ausführungen des Staatssekretärs wenig zufrieden. Werde ein Betrieb geschlossen, so habe dessen Inhaber einen Schaden, der andere aber, der weiter arbeiten und seinen Betrieb fortsetzen könne, habe nicht bloß Verdienst, sondern auch Gewinn von Gesetzes wegen. Solch ungleiche Behandlung könne die Gesetzgebung unmöglich zulassen. Die Statuierung der Arbeitspflicht auf der einen Seite und die Zulassung unbeschränkten Gewinnes auf der anderen Seite sei ein unhaltbarer Widerspruch. Die Schadenersatzpflicht sei nach bestimmten Gesichtspunkten zu regeln. Die nationale Hilfspflicht dürfe nicht auf Kosten des soliden Mittelstandes durchgeführt werden. Auch die Arbeiter kämen hier in Betracht. Er habe es für unmöglich gehalten, daß Unternehmer mit der Drohung des Schützengrabens ihre Gewalt mißbraucht und den Lohn gedrückt hätten, und es sei unerhört, den Unternehmern Einberufungsorder in die Hand zu geben. Dem müsse entschieden vorgebeugt werden.

Der Staatssekretär d. J. betonte noch einmal, daß im allgemeinen für die durch die Einberufung zum Hilfsdienste entstandenen wirtschaftlichen Nachteile eine Entschädigung gesetzlich nicht festgelegt werden könne; da sonst die Hilfsdienstpflichtigen vor den zum Heeresdienste Einberufenen bevorzugt würden. Ob es in einzelnen, besonders gelagerten Fällen möglich sein werde, mit Hilfe besonderer Fonds außergewöhnliche Härten zu vermeiden, könne erwogen werden. Der Staatssekretär erneuerte dann seine Versicherung, daß jeder Versuch, das Hilfsdienstgesetz oder die militärische Reklamation zu einem Lohndrucke auszunutzen, nicht nur aufs entschiedenste verurteilt, sondern auch von den Behörden auf das entschiedenste bekämpft werden würde. Die Frage der Gewinnbeschränkung derjenigen Unternehmungen, die durch die Hilfsdienstpflicht neue Arbeitskräfte erhalten, sei außerordentlich schwierig und verwickelt; in England sei eine solche Gewinnbeschränkung bei den vom Munitionsminister kontrollierten Betrieben zwar vorgesehen, allgemein werde aber dort über Mängel der Durchführung geklagt. Er sei, wie er schon vorher angeführt habe, nach reiflicher Überlegung der Ansicht, daß die Lösung des Problems am besten mit Hilfe der Besteuerung gelingen werde. Die Frage werde weiter mit der größten Sorgfalt geprüft und bearbeitet werden; es gehe aber nicht an, die Einführung der Hilfsdienstpflicht mit ihr zu verquicken und hierdurch zu verzögern. Der Staatssekretär ging dann noch auf die Schwierigkeiten ein, die sich in der Praxis bei der Stillegung bzw. Zusammenlegung der Betriebe ergeben würden. Bei größeren Betrieben, namentlich in Industrien, die wie die Textilindustrie ihren Arbeiterstand schon jetzt nur sehr unvollkommen ausnutzen, würde sich mit Hilfe der industriellen Organisationen eine Verständigung über die Stillegung oder Umstellung wohl in den meisten Fällen durch freie Vereinbarung erzielen lassen. Weniger einfach lägen die Verhältnisse bei den mittleren und kleineren Betrieben; hier werde man sich manchmal fragen müssen, ob die wenigen Arbeitskräfte, die aus einem solchen Kleinbetriebe herausgezogen werden können, die Mühe und die Opfer, die mit der Stillegung oder Umstellung verbunden sind, lohnen. Er habe die feste Zuversicht, daß in der praktischen Durchführung für alle diese jetzt grundsätzlich äußerst schwierig erscheinenden Fragen Lösungen gefunden werden würden, die gerecht und zweckmäßig sind, und mit denen sich alle Beteiligten abfinden können.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet.

Ein Zentrumsredner begründete den Antrag, „die Ausführungsbestimmungen vom Bundesrat unter Zustimmung des Hauptausschusses zu erlassen, den Hauptausschuß zum Zusammentritt während der Unterbrechung der Verhandlungen des Reichstags zu ermächtigen und den Zeitpunkt des Außerkrafttretens

nicht vom Bundesrat, wie die Vorlage besagt, sondern vom Reichstage bestimmen zu lassen". Er und seine Freunde hielten die Beteiligung eines Ausschusses des Reichstags an der Ausführung des Hilfsdienstgesetzes für unbedingt geboten. Der gewünschte Ausschuß könne der Haushaltsausschuß selbst oder vielleicht ein fünfzehn Mitglieder starker, besonderer Ausschuß sein.

Der Redner der Soz. Arbeitsgem. erklärte, bei seiner Stellungnahme seine Fraktion nicht binden zu wollen, aber er sei der Meinung, daß der gesamte Reichstag, nicht bloß sein Ausschuß, an der Ausführung des Gesetzes beteiligt werden müsse. — Ein Vertreter der Soz. Fr. trat ebenfalls für dauernde Beteiligung des Reichstags durch einen ständigen Ausschuß bei der Ausführung im Hinblick auf die vielen einschlägigen ungeklärten Fragen ein. Vor Erlaß wichtiger Verordnungen sei der gesamte Reichstag zur Entscheidung darüber zu versammeln. — Ein fortschr. Redner glaubte, daß bei der Ausführung des Gesetzes die Notwendigkeit für eine weitere Reihe von Gesetzen entstehe. Es frage sich, ob bei den Verhältnissen im Kriege auf den normalen Weg der Gesetzgebung zu verzichten sei und der Bundesrat im Wege der Verordnung die notwendigen Anordnungen träfe. Dieser Weg sei schon gewählt, nur daß der Reichstag in bezug auf seine Rechte dabei zu kurz gekommen sei. Hier müsse ein fünfzehngliedriger Ausschuß des Reichstags mit gleichen Rechten zur Mitwirkung zugezogen werden, mit einem Beirat könne man sich nicht begnügen. Verordnungen zum Dienstpflichtgesetz dürften nur mit Zustimmung des vom Reichstag eingesetzten Ausschusses erlassen und dieses Recht müsse im Gesetz festgelegt werden. Gewisse Befugnisse, auch des Bundesrats, könnten dem Kriegsamt übertragen werden, damit ihm die Möglichkeit raschen Handelns gegeben sei. Er schlage vor, in das Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, die etwa ausspricht: das Kriegsamt ist verpflichtet, den Reichstagsausschuß über alle wichtigen Fragen auf dem laufenden zu halten, ihm auf Verlangen Aufschluß zu geben, dessen Vorschläge entgegenzunehmen und vor Erlaß aller wichtigen Verfügungen dessen Meinungsäußerung einzuholen. Dem Ausschuß die Ermächtigung zu geben, daß kein Erlaß des Kriegsamts ohne dessen Zustimmung herausgegeben werde, würde zu weit gehen und die Tätigkeit des Kriegsamts lahmlegen. Deshalb schlage er den bezeichneten Mittelweg vor.

Der Redner der Kons. konnte sich mit seinen Freunden dazu nicht entschließen, die Grenze der Befugnisse zwischen Reichstag und Bundesrat als Organe der Gesetzgebung zu verschieben. Die verfassungsrechtlichen Grenzen des Reichstags und des Bundesrats müßten bleiben. Nach der Verfassung sei der Bundesrat berufen, die Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Die Vorschläge, die darauf hinausgingen, an dessen Stelle einen Reichstagsausschuß zu setzen, seien weder vom rechtlichen noch praktischen Standpunkte aus haltbar. Ihm erscheine es auch zweifelhaft, ob der Reichstag seine Rechte kurzerhand auf einen Ausschuß übertragen könne. Im Grunde wäre er dafür, daß man, wie 1914, durch Ermächtigungsgesetz dem Bundesrat die Ausführung übertrage und den Gesetzentwurf, wie er vorliege, annehme. Er persönlich aber sei bereit, nach einem Wege zu suchen, der dem Reichstage eine weitergehende Mitwirkung ermögliche, etwa in der Weise, daß vor Erlaß allgemeiner Ausführungsbestimmungen ein parlamentarischer Ausschuß zu hören, und wenn er mit Mehrheit die gesetzliche Regelung der betreffenden Materie verlange, der Reichstag dazu berufen sei.

Zu der Frage der Mitwirkung des Reichstags an der Durchführung des Gesetzes, betr. den vaterländischen Hilfsdienst, erklärte der Staatssekretär d. J., sich zunächst nur rein persönlich und unverbindlich aussprechen zu können, da noch keine Stellungnahme der verbündeten Regierungen vorliege. Er gebe zu, daß das Gesetz, so wie es eingebracht wurde, sozusagen ein Mantelgesetz sei, in das der eigentliche Kern seines Inhalts zum großen Teil erst noch durch die Ausführungsbestimmungen hineingearbeitet werden müsse. Mit Rücksicht auf diese Tatsache habe der Bundesrat sich von vornherein auf bestimmte Richtlinien der Ausführungen festgelegt und diese gleichzeitig mit dem Gesetze dem Reichstage übermittelt. In gewöhnlichen Zeiten würde man wohl den Inhalt der späteren wesentlichen Bestimmungen in das Gesetz selber aufgenommen haben. Heute sei dies

jedoch unmöglich, da es notwendig sei, den Gedanken, dem das Gesetz dienen soll, so rasch als es irgend angehe, zu verwirklichen. Der Bundesrat sei unter diesen Umständen gezwungen, weitgehenden Kredit für die Ausführung im einzelnen vom Reichstage zu verlangen. Mit dem konservativen Redner hätte er gewünscht, daß der Entwurf in der Form angenommen worden wäre, wie er von den verbündeten Regierungen vorgelegt wurde. Er sehe aber, daß das Gesetz mit einer erheblich größeren Zahl von Paragraphen aus den Reichstagsverhandlungen hervorgehen, und daß der Inhalt der Richtlinien und vielleicht auch noch anderes zu einem mehr oder minder großen Teile in seine Bestimmungen aufgenommen werden würde. Er habe trotzdem Verständnis für die Wünsche des Reichstags nach Kautelen und nach verstärkter eigener Mitwirkung; denn er erkenne an, daß das vorliegende Gesetz und die in seiner Ausführung noch zu erlassenden Verordnungen die persönliche Freiheit der Staatsbürger in erheblich stärkerem Maße berühre, als etwa die wirtschaftlichen Verordnungen, die der Bundesrat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen habe. Indes müßten sich diese Kautelen doch unter allen Umständen auf diejenigen Ausführungsbestimmungen beschränken, die nach ihrem materiellen Inhalte den Charakter von Gesetzen tragen, die unmittelbar in die persönlichen Rechte der Staatsbürger eingreifen und die in gewöhnlichen Zeiten dem Reichstage in Gesetzesform zur Annahme vorgelegt worden wären. Dies könne keineswegs von allen Ausführungsbestimmungen gelten; das Recht, Ausführungsbestimmungen verwaltungstechnischer Natur ohne Mitwirkung des Reichstags zu erlassen, übe der Bundesrat auch in Friedenszeiten verfassungsgemäß und ständig aus. Er halte es deshalb für vollkommen unmöglich, alle vom Bundesrat zu erlassenden Ausführungsbestimmungen des Gesetzes an die Zustimmung des Reichstags oder eines Reichstagsausschusses zu binden. Wenn er rein persönlich sich überlege, wie die Wünsche des Reichstags nach Kautelen erfüllt werden könnten, so scheine ihm die Anregung des konservativen Redners immerhin beachtenswert, nach der ein zu bildender Reichstagsausschuß vor dem Erlaß von Bundesratsbestimmungen gehört werde mit der Maßgabe, daß bei Ausführungsbestimmungen, die materiell den Charakter von Gesetzen tragen, der Ausschuß die Mitwirkung des Reichstags in den gewöhnlichen Formen der Gesetzgebung verlangen könne. Hierdurch würde vermieden, daß in dem Reichstagsausschuß eine neue gesetzgebende Körperschaft geschaffen wird. Als völlig unmöglich betrachte er es, das Genehmigungsrecht des Ausschusses auch auf die allgemeinen Anweisungen zu erstrecken, die das Kriegsamt erläßt; dies würde ein unmittelbares Zusammenarbeiten einer exekutiven Behörde mit einem Reichstagsausschusse unter Ausschaltung des Bundesrats bedeuten. Er halte die Annahme eines derartigen Vorschlages durch die verbündeten Regierungen für ausgeschlossen und wäre auch persönlich nicht in der Lage, sie zu empfehlen. Bei den allgemeinen Anweisungen des Kriegsamts handle es sich um eine Delegierung des Verordnungsrechts des Bundesrats. Er sei überzeugt, daß da, wo der Bundesrat zum Verzicht auf eigene Verordnungen zugunsten des Kriegsamts bereit sei, auch der Ausschuß des Reichstags sich diesem Verzicht ohne weiteres werde anschließen können. Auch praktisch sei dieser Vorschlag ungangbar, da er die Handlungsfreiheit, die das Kriegsamt unbedingt brauche, einschränke. Der Staatssekretär wandte sich schließlich dagegen, daß die Tätigkeit des parlamentarischen Ernährungsbeirats als unfruchtbar und wertlos bezeichnet werde.

Ein Mitglied der Deutschen Fr. betonte, die Verhältnisse lägen heute anders als zur Zeit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914. Der vorliegende Gesetzentwurf sei unvollkommen und deshalb bei der Ausführung eine Mitwirkung des Reichstags nötig, insbesondere, wenn es sich um Erlaß materiell-rechtlicher Verordnungen handle. Die schwere Verantwortung für die Waffen- und Munitionserzeugung werde kein Mitglied des Reichstags dem Kriegsamt abnehmen wollen; die müsse es ganz tragen; und demnach erscheine die Beteiligung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern angezeigt. Im übrigen solle man ganzes Vertrauen zu der Firma Hindenburg-Ludendorff, per procura Groener, haben.

Der Redner der NV. wünschte im Gesetz auszusprechen, daß die Ausführungsbe-

stimmungen zum Hilfsdienstgesetz der Bundesrat erläßt, und daß allgemeine Verordnungen der Zustimmung eines vom Reichstag gewählten Ausschusses von 15 Mitgliedern bedürften. Der Vorschlag des konservativen Redners habe den Nachteil, daß er zunächst die Mitglieder des betreffenden Ausschusses in eine recht fatale Lage bringe und dauernd Verhandlungen mit dem Reichstag nötig mache. Einen Eingriff in die Verwaltung durch den Reichstag wolle er nicht, weil er die Initiative des Kriegsamts hemmen würde.

Ein Mitglied des Zentr. bedauerte, daß der Ausbau des Gesetzes selbst nicht nach der materiellen Seite hin in Angriff genommen worden sei, dann wäre man über die Frage der Mitwirkung des Reichstags leichter hinweggekommen. Der Vorschlag des konservativen Redners würde zur dauernden Tagung des Reichstags führen. Wollte man das, so möge man im Gesetz festlegen, daß Bundesrat und Reichstag die Ausführungsbestimmungen zu erlassen hätten. Redner sprach sich für die Mitwirkung eines fünfzehngliedrigen Ausschusses aus. Im Hinblick auf die Erfahrungen beim Kriegsernährungsamt müsse er sich gegen einen Beirat aussprechen.

Der Redner der Kons. verteidigte seinen Standpunkt. Er könne nicht einsehen, daß der Eingriff in die persönliche Freiheit durch das vorliegende Gesetz größer sei als die bisherigen Eingriffe in Handelsfreiheit, die Bindung der Landwirtschaft, die Rationierung der Lebensmittel usw. Der Unterschied sei vielleicht nur der, daß es sich zuerst um Verbote, jetzt um Gebote handle. Er gebe dem Vorredner darin recht, daß, je mehr das Gesetz nach der materiellen Seite hin ausgebaut werde, der Reichstag um so weniger bei seiner Ausführung beteiligt zu werden brauche. Die Vorschläge, betreffend Bildung eines Ausschusses liefen auf die Mitwirkung eines Beirats hinaus, der nicht mehr Rechte haben könne, als der beim Kriegsernährungsamt. Einem Recht auf Mitwirkung des Ausschusses bei der Ausführung könne er nicht beistimmen.

Ein soz. Redner wünschte, daß die Befugnisse des Ausschusses gesetzlich umschrieben würden zur Vermeidung von Konflikten. Eine dauernde Information und Mitarbeit des Ausschusses beim Kriegsamt erscheine nötig. Weiter müsse dem Ausschuß ein Einspruchsrecht gegeben werden, damit er ungeeignete Maßnahmen verhindern könne. Es handle sich nicht bloß um die Existenz von Einzelpersonen, sondern auch um ganze Berufsgruppen. Kriegsamt und Ausschuß müßten deshalb dauernd harmonisch zusammen arbeiten.

Ein nl. Mitglied hielt die Schaffung von Sicherungsklauseln im Gesetze für nötig. Im Hinblick auf die Schwierigkeit der Materie und den Mangel an Zeit sei der Ausbau des Gesetzes in ausreichender Weise nicht möglich, auch deshalb nicht, weil die Ausführung selbst erst praktische Erfahrungen zeitige. Der Reichstag habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die nur grundlegenden Bestimmungen des Entwurfs zweckentsprechender ausgebaut würden. Dabei dürfe sich die Mitwirkung des vorgeschlagenen Ausschusses nicht nur auf Rechtsverordnungen beschränken, da diese und Verwaltungsverordnungen ineinander flössen.

Ein Redner der Fortschrp. vertrat nochmals seinen Vorschlag unter Zurückweisung des konservativen Vorschlags. Er wolle keineswegs über den Bundesrat und die Ausführungsbehörden hinweggehen, die dahingehenden Einwände des Staatssekretärs seien nicht zutreffend.

Staatssekretär Dr. Helfferich ging nochmals auf die Rechtsbefugnisse des Reichstags und Bundesrats ein, worauf Redner verschiedener Fraktionen sich weiter über die Art der Beteiligung des Reichstags bei der Ausführung des Gesetzes äußerten.

Hierauf wandte sich Generalleutnant Groener gegen den Vorschlag der Fortschrittspartei, den er in der jetzigen Fassung für unannehmbar halte. Er würde dem Kriegsamt Fesseln anlegen, durch die seine Wirksamkeit in Frage gestellt würde.

Schließlich einigte sich der Ausschuß auf nachstehende Formulierung, die aber als endgültig nicht anzusehen ist:

„Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen allgemeinen Bestimmungen können vom Bundesrat nur mit Zustimmung eines vom Reichstag aus seiner Mitte ge-

wählten Ausschusses von 15 Mitgliedern erlassen werden; allgemeine Verordnungen bedürfen der Zustimmung eines vom Reichstag gewählten Ausschusses von 15 Mitgliedern. Das Kriegsamt ist verpflichtet, den Ausschuß über alle wichtigen Vorgänge auf dem Laufenden zu halten, ihm auf Verlangen Auskunft zu geben, seine Vorschläge entgegenzunehmen und vor Erlassung von wichtigen Anordnungen allgemeiner Art seine Meinungsäußerung einzuholen."

Darauf wurde über den Termin des Inkrafttretens bzw. Außerkraftsetzung des Hilfsdienstgesetzes beraten. Der Entwurf will die Aufhebung des Gesetzes dem Bundesrat, ein Zentrumsvorschlag dem Reichstag überlassen. Von konservativer Seite wurde vorgeschlagen, das Gesetz drei Monate nach Friedensschluß wieder aufzuheben, während die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft automatisch die Aufhebung am 1. Juli 1917 eintreten lassen will.

Der Staatssekretär legte Wert darauf, daß dem Gesetz eine solche Grundlage gegeben werde, daß seine Gültigkeit bis zum Kriegsende gesichert sei. Einseitig die Aufhebung dem Reichstag mit Ausschluß des Bundesrats zu überlassen, sei nach seiner Ansicht nicht angängig.

Ein Zentrumsredner glaubte, daß der Reichstag eine gewisse Macht in der Hand behalten und sich nicht auf Bitten an den Bundesrat verlassen solle.

Man einigte sich dahin, daß das Gesetz nach Ablauf eines Monats nach Friedensschluß aufgehoben werden soll.

Ein Redner des Zentrums wünschte sodann, daß die Entschädigungsfrage für Schäden aus der Still- oder Zusammenlegung von Betrieben im Gesetz geregelt werden solle, und schlug folgenden neuen § 2b vor: Der Reichskanzler wird ermächtigt, behufs Freistellung von Arbeitskräften Betriebe aller Art zu beschränken, zusammenzulegen oder stillzulegen. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen sind in Verbindung mit den Beteiligten tunlichst in freier Verständigung zu treffen. Kommt die Verständigung nicht zustande, so entscheidet endgültig unter Ausschluß des Rechtsweges das Kriegsamt durch einen Ausschuß von fünf Personen, bestehend aus je einem Vertreter des Kriegsamtes, des Reichskanzlers, des beteiligten Bundesstaates, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.

Ein Redner der Soz. erklärte sich mit dieser Regelung einverstanden. Es müsse vorgebeugt werden, daß die Entschädigungspflicht als Mittel zur Bereicherung einzelner diene. Ein Mitglied der Fortschrp. war damit einverstanden, daß die Betriebe zu Kartellen und Syndikaten zusammengeschlossen werden sollten. Diese hätten aber dann auch die Entschädigungspflicht für die stillgelegten Betriebe zu übernehmen. In besonderen Fällen solle mit Reichsmitteln nachgeholfen werden. — Ein nl. Redner wünschte Aufschluß darüber, welche Betriebe und Betriebsarten zusammen- oder stillgelegt werden sollen. Es herrschten in dieser Hinsicht ganz verwirrende Ansichten in Industriekreisen. Dem Zentrumsvorschlag könne er zustimmen. Die Kriegsindustrie solle für die niedergelegte Industrie entschädigen.

Der Staatssekretär verwies auf die durch Anerkennung einer Entschädigungspflicht entstehenden Konsequenzen.

Der fortschr. Redner betonte dagegen, daß er selbst eine derartige Anerkennung der Entschädigungspflicht nicht verlangt habe, während ein Zentrumsredner einen Ausgleich wünschte zwischen dem Schaden, den die Niederlegung seines Betriebes dem einen, und dem Nutzen und dem Gewinn, den die Aufrechterhaltung und Erweiterung seines Betriebes dem anderen bringe. Würde das dem Reich allein zugute kommen, läge die Sache anders. Die Kleingewerbetreibenden, die ihre Betriebe fortsetzen könnten, wären trotzdem nicht in der Lage, die vielen anderen Kleinbetriebe, die stillgelegt würden, zu entschädigen, das müsse durch die Allgemeinheit, das Reich, geschehen. Es dürfe auch nicht dabei bleiben, daß einfach die von der Rüstungsindustrie geforderten Preise vom Reiche bezahlt würden, nachdem der Wettbewerb und die freie Konkurrenz durch das Gesetz ausgeschaltet werde. — Ein kons. Redner hielt die Ausführungen des Vorredners für so überzeugend, daß dagegen nichts einzuwenden sei. Anders liege es mit der Frage

der Durchführung und der Konsequenzen. In zahlreichen anderen Fällen, in welchen infolge des Krieges Schäden ähnlicher Art entstanden seien, müßten dann ebenfalls Entschädigungen gezahlt werden. Ob aber dieses möglich sei, steht in Frage. Bezüglich der Preisfrage sei es Aufgabe des Kriegsministeriums, die Preise so weit als möglich zu drücken. Ein Mittel dazu sei die Zuweisung oder Nichtzuweisung von Arbeitskräften. Die Frage der Kriegsgewinnsteuer dürfe nicht verschwinden.

Staatssekretär Dr. Helfferich meinte, er wäre erfreut, wenn ihm jemand den Weg zeigen würde, wie hier die Entschädigungsfrage gelöst werden könnte, ohne gegenüber denen, die keinen Schadenersatz erhielten, eine Ungerechtigkeit zu begehen. Es handle sich hier um Maßnahmen, die in derselben Richtung gingen wie die Militärpflicht. Weiter äußerte sich der Staatssekretär zur Preisfrage.

Ein soz. Redner glaubte, daß man nicht unbedingt den Vergleich der allgemeinen Wehrpflicht mit der allgemeinen Dienstpflicht ablehnen könne. Es müsse aber gesorgt werden, daß offensichtliche Schäden ausgeglichen würden und nicht einzelne übertriebene Gewinne machten, während andere Schaden erlitten. An dieser Frage sei auch die Arbeiterschaft interessiert. In der Praxis sei die Gewinnbeschränkung allerdings nicht so leicht durchzuführen, weil auf Grund des vorliegenden Gesetzes außerordentliche Kapitalien für Neuanlagen aufgewendet werden müßten. — Der Redner der N. L. besprach die Frage der Kriegsgewinnsteuer und verlangte eine höhere Staffelung. Gewisse Abschreibungen müßten zulässig sein, weil nach dem Kriege neue Ausgaben für die Überführung der Betriebe in die Friedenswirtschaft gemacht werden müßten. Schadenersatzfragen müßten vom volkswirtschaftlichen und nicht vom Rechtsstandpunkte aus gelöst werden. Würde für stillgelegte Betriebe keine Entschädigung gezahlt, so könnten sich diese nach dem Kriege kaum mehr aufschwingen und unsere Konkurrenzmöglichkeit auf dem Weltmarkte in Frage gestellt werden. Man habe auch der Bevölkerung Ostpreußens mit staatlichen Mitteln die Bewirtschaftung ihrer Betriebe wieder ermöglicht und sich nicht auf den Standpunkt gestellt, daß sie aus höheren und vaterländischen Interessen den erwachsenen Schaden selbst und ausschließlich tragen sollten. Durch höhere Kriegsgewinnsteuer, durch Heranziehung der genossenschaftlich organisierten Industrie könnten der niedergelegten Industrie wohl Beihilfen gewährt werden.

Der Vorsitzende faßte das Ergebnis der Beratungen dahin zusammen, daß es unmöglich sei, die Entschädigungsfrage durch eine gesetzliche Formel zu lösen, und zwar im Hinblick auf die Verschiedenartigkeit der Fälle; wo aber Anlaß zur Schadloshaltung vorliege, solle aus Billigkeitsgründen bei Einstellung der Betriebe Entschädigung gewährt werden.

Ein Fortschrittler verwies darauf, daß er von Anfang an eine Pflicht zur Entschädigung abgelehnt und sich auf den vom Vorsitzenden gekennzeichneten Standpunkt gestellt habe. Die freie Preisgestaltung in der Rüstungsindustrie habe zwar große Mißstände gezeitigt, trotzdem müsse er sich gegen Höchstpreise aussprechen, wohl aber empfehle er eine Nachprüfung der Preise durch einen Ausschuß von Sachverständigen. Die Arbeiten sollten zwecks Beseitigung der Zwischengewinne direkt vergeben werden. — Ein Redner des Zentrums wünschte in der Entschädigungsfrage eine zusagende Erklärung dahin, daß bei Zusammenlegung von Betrieben die Entschädigungsfrage durch zu bildende Trusts gelöst werde. Den durch Stillegung geschädigten Kleingewerbetreibenden solle Reichsentschädigung gewährt werden. Der fünfzehngliedrige Ausschuß könne im Einvernehmen mit dem Kriegsamt die Richtlinien dafür aufstellen.

Der Staatssekretär d. J. betonte noch einmal, daß in engster Fühlung mit den beteiligten Interessentenkreisen vorgegangen werden solle. Bei der Beurteilung der Notwendigkeit der Fortführung der Betriebe würden die Gemeindeverwaltungen, die Handelskammern, die industriellen Organisationen usw. selbstverständlich gehört werden; dies werde sich ohne weiteres in der Praxis ergeben und brauche nicht besonders im Gesetze vorgesehen zu werden. Zur Frage der Stillegung und Zusammenlegung der Betriebe führte der Staatssekretär aus, daß weder im Gesetze noch in den Richtlinien von diesen Maßnahmen die Rede sei. Es sei auch weder der Zweck des Gesetzes, Stillegung und Zusammen-

legung von Betrieben zu erzwingen, noch gebe das Gesetz irgendeinem ausführenden Organe das Recht, sie im einzelnen Falle zu dekretieren. Es handle sich vielmehr lediglich um das Herausholen von Arbeitskräften. In sehr vielen Fällen werde es zweifellos möglich sein, Betriebe trotz der Entziehung der hilfsdienstpflichtigen Arbeitskräfte mit Hilfe von jugendlichen und weiblichen Kräften aufrecht zu erhalten. Wo bei größeren Industriebetrieben die Stillegung oder Zusammenlegung nicht vermieden werden könne, werde es in aller Regel gelingen, zu einer freiwilligen, gütlichen, die Interessen aller Beteiligten soweit als möglich wahrenden Vereinbarung zu kommen. Man könne sich dabei an die ständigen und die Kriegsorganisationen der Industrie halten, die mit den militärischen Instanzen in engster Fühlung stehen, und könne durch die Gestaltung der Auftragvergebung einen höchst wirksamen Druck zur Einigung ausüben. Für die Vereinbarungen selbst könnte der von den Vorrednern angedeutete Weg der genossenschaftlichen Gewinnverteilung oder der Vertrustung beschritten werden. Auch dies werde sich naturgemäß aus der Praxis ergeben und könne nicht im Gesetz vorgesehen werden. Wenn es notwendig sei, könne man später Vorschriften darüber in den Ausführungsbestimmungen erlassen, an denen ja der Ausschuß mitwirken würde. Der Fall, daß ganze Industriezweige stillgelegt würden, werde doch wohl nicht so häufig vorkommen. Neben der außerordentlichen Vielgestaltigkeit der kriegswirtschaftlichen Bedürfnisse selbst und der Notwendigkeit, die Grundlagen für die Friedenswirtschaft unversehrt zu erhalten, sei doch zu beachten, daß auch die Exportinteressen bis zu einem gewissen Grade als Kriegsinteressen weiter bestehen. Wo Stillegungen nicht vermieden werden können, werde man versuchen, die vorhandenen Anlagen für andere kriegswirtschaftlich wichtige Erzeugung auszunutzen, — schon um die örtliche Verpflanzung der Arbeiter in möglichst engem Umfange zu halten. Solche Umstellungen würden in außerordentlich vielen Fällen dadurch ermöglicht werden können, daß man die nötigen Werkzeugmaschinen und eine genügende Anzahl von Facharbeitern zum Anlernen der bisher in den umgeschalteten Betrieben tätigen Arbeitskräfte bereitstellt. Was schließlich die ganz kleinen Betriebe anlange, so könne er nur wiederholen, daß man es sich bei ihnen häufig überlegen werde, ob die Stillegung überhaupt lohne, und daß man auf die Herausziehung auch hilfsdienstpflichtiger Personen verzichten werde, wenn die Opfer und Schädigungen zu dem Gewinn an Arbeitskräften in keinem Verhältnisse stehen. Auch hier werde der Reichstagsausschuß bei der praktischen Durchführung mitzuwirken haben. Von der Aufnahme einer Bestimmung über Entschädigungen in das Gesetz bitte er nochmals dringend, abzusehen. Wenn sich wider Erwarten als Folge der Einführung der Hilfsdienstpflicht eine verstärkte Erwerbslosigkeit bei der Arbeiterschaft einzelner Industriezweige zeigen sollte, so verspreche er ausdrücklich, bei den verbündeten Regierungen mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß für diese Arbeiter in ähnlicher Art Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln bewilligt werden, wie dies bisher für die Textil- und die Lederarbeiter geschehen sei.

Ein Mitglied der Deutschen Fr. glaubte, daß die Erklärungen des Generalleutnants Groener und seine Zusicherung, vorsichtig und allmählich bei Stillegung von Betrieben oder Herausziehung von Arbeitskräften vorzugehen, in den Kreisen der Gewerbetreibenden beruhigend wirken würden. Die Kriegsgewinne könnten weniger durch die Preisgestaltung, als durch Gewinnsteuern getroffen werden. Wenn der Ausbau der Fabriken vollzogen und das eingelegte Anlagekapital gesichert sei, dann könnten auch die Preise entsprechend gedrückt werden. Der Staat könne die Preise vorschreiben, sobald er den Fabrikanten das Risiko abnehme. Kleine Handwerksbetriebe seien möglichst zu schonen, insbesondere im Hinblick auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft.

Ein Redner der Soz. Arbeitsgem. war der Ansicht, daß bei Beibehaltung der privatkapitalistischen Betriebsweise die Entschädigungsfrage nicht ausgeschaltet werden könne, das sei nur bei Verstaatlichung der Betriebe möglich. Wenn die Arbeitskraft beschlagnahmt werde, so müsse in richtiger Folgerung auch die Beschlagnahme des Kapitals und der Betriebe erfolgen.

Der Staatssekretär d. J. erhob Einspruch dagegen, daß ein Vertreter der Soz.

Arbeitsgem. einer seiner Äußerungen die Tendenz unterstellt habe, die Interessen des Kapitals den vaterländischen Interessen voranzustellen. Hiervon könne selbstverständlich gar keine Rede sein. Er habe nur ausgeführt, daß man die Industrie zur Beschaffung neuen Kapitals, das ihr zunächst nicht ohne weiteres zur Verfügung stehe, auf dem Wege der Kreditaufnahme oder der Aktienausgabe nicht zwingen könne, wenn man diesem Kapital nicht eine gewisse Rentabilität in Aussicht stelle.

Ein soz. Redner erklärte, nachdem die Mitwirkung eines fünfzehngliedrigen Ausschusses bei Ausführung des Gesetzes gesichert sei, müsse auch die materielle Ausgestaltung der Vorlage durch den Reichstag nicht minder gut erfolgen. In das Gesetz seien Vorschriften über die Stillegung und Zusammenlegung der Betriebe aufzunehmen. Allein den Arbeitszwang für Arbeiter festzulegen, sei nicht angängig. Fraglich sei, ob die Verstaatlichung der Betriebe jetzt möglich sei, wenn nicht, dann müsse die arbeiterrechtliche Frage und die Frage der Kriegsgewinne gelöst werden. — Ein Redner des Zentr. betonte nochmals die Notwendigkeit einer Entschädigung aus Reichsmitteln für die durch das Dienstpflichtgesetz Geschädigten. Jedenfalls müsse ein Ausgleich geschaffen werden zwischen den durch Stillegung ihrer Betriebe Geschädigten und jenen, die durch die Wirkungen des Gesetzes eine Monopolstellung erhielten.

Der Vorsitzende Dr. Spahn bat, die Erörterung über die Entschädigungsfrage nicht weiter auszudehnen, und schlug vor, nach deren Erledigung den inzwischen eingelaufenen neubearbeiteten Gesetzentwurf über den vaterländischen Hilfsdienst zur Grundlage der Erörterungen zu machen.

Ein nl. Redner ersuchte, dafür zu sorgen, daß die noch tätige Exportindustrie erhalten bleibe. Statt des Baues neuer Fabriken und Investierung neuer Kapitalien sollten die vorhandenen stilliegenden Fabriken zum gewünschten Zwecke umgestaltet werden. Die Zusammenziehung großer Massen von Arbeitern mache deren Unterbringung schwierig. Bei Benutzung der alten Fabrikationsstätten fielen diese Schwierigkeiten fort. Die Auffassung, als ob nur die Arbeiter unter Zwang gestellt würden, sei falsch. Das Gesetz träfe ebenso die Fabrikanten und Unternehmer. Er wünsche, daß zum Vertreter der Munitionsindustrie beim Kriegsamt auch ein Vertreter der stillzulegenden und einzuschränkenden Industrie bestellt werde, ebenso ein Vertreter der Gewerkschaften. — Ein Zentrumsredner hielt für nötig, die Frage der Unterstützung der Arbeitslosen bei Aufhören der Rüstungsarbeiten und die Farge der Rückwanderung jetzt schon ins Auge zu fassen. Jene Monopolbetriebe, die sich weigerten, ihre Preise zu ermäßigen, müßten dazu gezwungen werden, zumal sie nur durch Reichsaufträge ihre Stellung sich hätten erringen können.

Der Staatssekretär d. J. erklärte, daß, wenn von einem Abbau der Unterstützungen für die Lederarbeiter die Rede war, nur daran gedacht sei, daß ihnen statt der Unterstützung neue Arbeit mit ausreichendem Verdienst beschafft werde. Ehe nicht für Arbeit und Verdienst dieser Arbeiter gesorgt sei, komme eine Aufhebung der Unterstützungen selbstverständlich nicht in Frage. Der Staatssekretär widerspricht der Behauptung, daß die Arbeiter in dem vorliegenden Gesetze schlechter behandelt würden als die Unternehmer. Das Gesetz kenne keinen Unterschied zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und seine Wirkungen würden sich gerade auf Kreise außerhalb der Arbeiterschaft in besonderem Maße erstrecken, da man ja vor allem und sofort diejenigen heranziehen wolle, die gegenwärtig untätig seien. Es sei auch unzutreffend, von einer Berücksichtigung des Unternehmerinteresses zu sprechen: berücksichtigt würden nur die Interessen der Betriebe, die für die Produktion unentbehrlich sind. An den Betrieben und ihrer Aufrechterhaltung seien aber nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter sehr erheblich interessiert. Zur Frage der späteren Demobilisierung der Hilfsdienstpflichtigen bemerkte der Staatssekretär des Innern, daß sie ebenso wie die wirtschaftliche Seite der Demobilisierung des Heeres ein Problem der Übergangswirtschaft bilden werde. Ob für eine gewisse Übergangszeit nach der Aufhebung der Hilfsdienstpflicht mit einer stärkeren Arbeitslosigkeit zu rechnen sei, werde davon abhängen, wie rasch es uns gelingen werde, uns mit den erforderlichen Mengen ausländischer Rohstoffe zu versehen.

Die Regierung werde natürlich alles tun, um den Übergang zu erleichtern und im Interesse der Arbeiter helfend einzugreifen.

Auch der Chef des Kriegsamts Groener hob hervor, daß dem Kreigsamt der Gedanke an überstürzte und gewaltsame Eingriffe vollkommen fern liege, und daß keineswegs beabsichtigt sei, durch rücksichtslose Durchführung kleine Existenzen zu schädigen. Er bat, die in dieser Beziehung verbreiteten falschen Anschauungen zu widerlegen und für eine zutreffende Beurteilung der Absichten und Folgen des Gesetzes in der Öffentlichkeit zu wirken. Beim Herausziehen der Kräfte werde man langsam vorgehen und vorgehen müssen, da ja auch der Bedarf im Zusammenhange mit der Errichtung neuer Anlagen nur allmählich zunehmen werde. Hierdurch werde auch die nötige Zeit zur Verfügung stehen, um zur Verständigung mit allen beteiligten Gruppen zu gelangen. Auf die gütliche Verständigung und auf die Freiwilligkeit überhaupt lege er das allergrößte Gewicht, weil er sie als unentbehrlich für den Erfolg des Gesetzes betrachte.

Ein Zentrumsredner regte an, jenen Munitionsindustrien, die jetzt dem Reiche hohe Preise abnähmen und auf alle Wünsche, betreffend Abminderung der Preise, mit Beschränkung der Erzeugung drohten, ganz energisch entgegenzutreten. Für die Munitionsarbeiter, die bei Eintritt des Friedens arbeitslos würden, müsse schon heute an Fürsorgemaßregeln gedacht werden.

Hierauf ließ der Ausschuß eine Pause eintreten, die dazu benutzt werden soll, um möglichst eine Verständigung über die Fassung des vom Vorsitzenden bereits erwähnten neubearbeiteten Entwurfs zu erzielen. Der neue Entwurf hat die Richtlinien der Vorlage als Zwangsbestimmungen in das Gesetz hineingearbeitet und regelt die Instanzen und den Instanzenzug.

Nach der Pause setzte der Hauptausschuß die Beratung über den Entwurf betreffend den vaterländischen Hilfsdienst fort, und zwar unter Zugrundelegung des in den Verständigungsverhandlungen ausgearbeiteten neuen Entwurfs.

§ 1 des Entwurfs bestimmt in Übereinstimmung mit der Vorlage: „Jeder männliche Deutsche vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, ist zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet.“ — Der Paragraph blieb unverändert.

§ 2 umgrenzt den Kreis derjenigen Personen, die als im vaterländischen Hilfsdienst tätig zu gelten haben.

Zu diesem und den folgenden Paragraphen forderte ein soz. Redner Sicherung des Arbeitsverhältnisses, Beschwerde- und Schiedsinstanzen und brachte Erweiterungen in Vorschlag. Nicht bloß die dem Titel VII der GewO. unterstellten Betriebe sollten zur Bildung von Arbeiterausschüssen angehalten werden, sondern auch die Staats-, namentlich die Eisenbahnbetriebe. Die besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft seien zu berücksichtigen. Die Arbeiterausschüsse müßten das Recht haben, über Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnis entständen, zu verhandeln. Zur Durchführung des Gesetzes sei weiter die Sicherung des Vereins- und Versammlungsrechts nötig.

Der Staatssekretär d. J. schlug vor, zunächst den § 2 zu behandeln. Dabei ging der Staatssekr. noch einmal auf die Frage ein, welche Betriebe und Berufe als kriegsnotwendig anzuerkennen seien. Er hob hervor, daß es unzweckmäßig wäre, eine Anführung der Hilfsdienstätigkeiten im einzelnen zu versuchen, da doch unter keinen Umständen Vollständigkeit erreicht werden könne. Auf besondere Anfragen erklärte er im Einverständnis mit dem Chef des Kriegsamts, Generalleutnant Groener, nochmals ausdrücklich als kriegsnotwendig: die Berufsorganisationen aller Art, die Presse, die Krankenkassen und alle sonstigen Träger der Sozialversicherung. Ob die Zahl der in einem als notwendig anerkannten Betriebe beschäftigten Arbeitskräfte das erforderliche Maß übersteige, werde natürlich im Einzelfalle entschieden werden müssen.

Zu der neu in den Entw. aufgenommenen Bestimmung, daß Hilfsdienstpflichtige, die vor dem 1. August 1916 in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren, nicht zum Zwecke der Überweisung in eine andere Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienste heraus-

gezogen werden dürfen, bemerkte der Staatssekretär, daß sie keineswegs als Ausnahmegesetz für die Landwirtschaft gedacht sei, sondern mit dem Saisoncharakter des landwirtschaftlichen Betriebs im Zusammenhang stehe. Es solle verhütet werden, daß der Landwirtschaft vorübergehend während des Winters freigewordene Kräfte dauernd entzogen werden. Die Bestimmung schließe nicht aus, daß der einzelne in der Landwirtschaft tätige Arbeiter seine Stellung freiwillig verläßt und in die Industrie übertritt. Er könne zu diesem Zwecke einen Abkehrschein verlangen und, wenn ihm dieser vorenthalten werde, die im Gesetze vorgesehene Beschwerde an einen Ausschuß einreichen.

§ 2 wurde darauf, wie folgt, gefaßt: „Als im vaterländischen Hilfsdienst tätig gelten alle Personen, die bei Behörden und behördlichen Einrichtungen, in der Kriegsindustrie, in der Landwirtschaft, in der Krankenpflege und in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art sowie in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder der Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben, beschäftigt sind, soweit die Zahl dieser Personen das Bedürfnis nicht übersteigt. — Hilfsdienstpflichtige, die vor dem 1. August 1916 in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren, dürfen aus diesem Betriebe nicht zum Zwecke der Überweisung in eine andere Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienste herausgezogen werden."

Zu § 3. „Die Leitung des vaterländischen Hilfsdienstes liegt dem beim Königlich preußischen Kriegsministerium errichteten Kriegsamt ob", wurden keine Bedenken geäußert.

Zu § 4, der die Instanzen behandelt, wünschte ein Mitglied der Deutschen Fr. entsprechende Verwendung der Beamten des Reichskolonialamts, die doch zurzeit wenig zu tun hätten, worauf Staatssekretär Dr. Helfferich erwiderte, die Mehrzahl sei zu den Waffen einberufen. — Ein soz. Redner bemängelte, daß bei dem Kriegsamt als Berufungsinstanz die Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Frage des Betriebsschlusses nicht vorgesehen sei. — Diesem Bedenken wurde in der Fassung des Paragraphen Rechnung getragen.

Auf die Anregung eines soz. Abg., für Vertretung der Gemeindebehörden in den Ausschüssen zu sorgen, die über die kriegswirtschaftliche Notwendigkeit der einzelnen Betriebe entscheiden, erwiderte der Staatssekretär, daß es nicht zweckmäßig wäre, eine solche Bestimmung ins Gesetz aufzunehmen, weil je nach der Lage des Falles auch andere Lokalbehörden, Handelskammern usw. gehört werden müßten, daß aber mit den Gemeindebehörden praktisch aufs engste zusammengearbeitet werden solle und daß sogar erwogen werde, ob man nicht im Wege der Geschäftsanweisung auch den Gemeinden die Aktivlegitimation zur Beschwerde gegen die Entscheidungen der Ausschüsse geben solle.

§ 4 wurde daraufhin wie folgt gefaßt: „Über die Frage, ob die Zahl der bei einer Behörde beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, entscheidet die zuständige Reichs- oder Landeszentralbehörde im Einvernehmen mit dem Kriegsamt. Über die Frage, was als behördliche Einrichtung anzusehen ist, und ob die Zahl der bei einer solchen beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, entscheidet das Kriegsamt nach Benehmen mit der zuständigen Reichs- oder Zentralbehörde. — Im übrigen entscheiden über die Frage, ob ein Beruf oder Betrieb im Sinne von § 2 von Bedeutung ist, sowie ob und in welchem Umfang die Zahl der in einem Beruf, einer Organisation oder in einem Betriebe tätigen Personen das Bedürfnis übersteigt, Ausschüsse, die für den Bezirk jedes stellvertretenden Generalkommandos zu bilden sind. — Jeder Ausschuß besteht aus einem Offizier als Vorsitzenden, aus zwei höheren Staatsbeamten, von denen einer der Gewerbeaufsicht angehören soll, sowie aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer; den Offizier bestellt das Kriegsamt, in Bayern, Sachsen und Württemberg das Kriegsministerium, dem in diesen Bundesstaaten auch im übrigen der Vollzug des Gesetzes im Einvernehmen mit dem Kriegsamt zukommt. Die höheren Staatsbeamten werden je für ihren Bezirk von der Landeszentralbehörde oder der von ihr bestimmten Behörde berufen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestellt das Kriegsamt. — Gegen die Entscheidung des Ausschusses findet Beschwerde bei der beim Kriegsamt einzurichtenden Zentralstelle statt, die

aus zwei Offizieren des Kriegsamts, von denen der eine den Vorsitz führt, aus zwei vom Reichskanzler ernannten Beamten und aus einem von demjenigen Bundesstaate zu ernennenden Beamten besteht, dem der Betrieb, die Organisation oder der Berufsausübende angehört, sowie aus je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Werden Marineinteressen berührt, so ist einer der Offiziere vom Reichsmarineamt zu bestellen. Bei Beschwerden aus Bayern, Sachsen und Württemberg ist einer der Offiziere von dem betreffenden Kriegsministerium zu bestellen."

Bei § 5, Heranziehung der Hilfsdienstpflichtigen, erklärte gegenüber einem Vorschlage der Soz. Arbeitsgem. der Staatssekretär, daß man sich bei Unterbringung der Hilfsdienstpflichtigen der öffentlichen Arbeitsnachweise soweit als möglich bedienen wolle, daß es aber nicht angehe, andere Wege der Arbeitsvermittlung und Arbeitszuweisung im Gesetz selbst auszuschließen.

Gegen das Verlangen, der Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer eine Beschränkung des Entlassungsrechts der Arbeitgeber gegenüberzustellen und die Entlassung etwa an eine Ausschußzustimmung zu binden, äußerte der Staatssekretär Bedenken. Eine solche Regelung würde zwar äußerlich paritätisch erscheinen, könnte aber doch die Interessen des Betriebs und damit die der Kriegswirtschaft ernstlich stören.

Gegenüber einer Anregung von Zentrumsseite bemerkte Generalleutnant Groener, daß zunächst der für die einzelnen Betriebs- und Verwaltungszweige nötige Bedarf festgestellt und dann den Hilfsdienstpflichtigen zur Meldung auf die Stellen bekanntgegeben werde. Wenn sich auf Grund der allgemeinen Aufforderung z. B. für den Ordonnanzdienst, für Schreibgeschäfte, zur Bahnschutzwache usw. nicht genügend Personen meldeten, folge die persönliche Aufforderung durch die Presse.

§ 5 wurde in folgender Fassung angenommen: „Die nicht im Sinne des § 2 beschäftigten Arbeitskräfte können jederzeit zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden. — Die Heranziehung erfolgt in der Regel zunächst durch eine vom Kriegsamt durch Vermittlung der Landeszentralbehörde oder der von ihr bestimmten Behörde zu erlassende Aufforderung zur freiwilligen Meldung. Soweit dieser Aufforderung nicht in ausreichendem Maße entsprochen wird, erfolgt die Heranziehung durch die schriftliche Aufforderung eines Ausschusses, der in der Regel für jeden Bezirk einer Ersatzkommission zu bilden ist und aus einem Offizier als Vorsitzenden, aus einem höheren Beamten und aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Den Offizier und die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestellt das Kriegsamt, den höheren Beamten beruft die Landeszentralbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde. — Jeder, dem die Aufforderung zugegangen ist, hat bei einer der nach § 2 in Frage kommenden Stellen Arbeit zu suchen. Soweit hierdurch eine Beschäftigung binnen zwei Wochen nach Zustellung der Aufforderung nicht herbeigeführt wird, findet die Überweisung zu einer Beschäftigung durch den Ausschuß statt. — Über Beschwerden entscheidet der bei dem Stellvertretenden Generalkommando nach § 4 gebildete Ausschuß. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung."

§ 6. „Bei der Überweisung zur Beschäftigung ist auf das Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen", blieb unverändert.

§ 7 lautet: „Niemand darf einen Arbeiter in Beschäftigung nehmen, der bei einer der im § 2 bezeichneten Stellen beschäftigt ist oder in den letzten vierzehn Tagen beschäftigt gewesen ist, sofern der Arbeiter nicht eine Bescheinigung seines letzten Arbeitgebers darüber beibringt, daß er die Arbeit mit Zustimmung des Arbeitgebers aufgegeben hat. Weigert sich der Arbeitgeber, dem Arbeiter auf Antrag eine entsprechende Bescheinigung auszustellen, so steht dem Arbeiter die Beschwerde an einen Ausschuß offen, der aus einem Offizier als Vorsitzenden und aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht. Von diesen Vertretern sind je zwei ständig, je einer ist aus der Berufsgruppe zu entnehmen, welcher der beteiligte Arbeiter angehört. Der Ausschuß kann nach Untersuchung des Falles,

wenn ein wichtiger Grund für das Ausscheiden vorliegt, dem Arbeiter eine Bescheinigung ausstellen, die in ihrer Wirkung die vorerwähnte Bescheinigung des Arbeitgebers ersetzt."

Hierbei kam es zu längeren Erörterungen über den erlaubten Wechsel der Arbeitsstellen, sowie über die Frage, wann ein Arbeitgeber einen Arbeiter entlassen dürfe, und was als wichtiger Grund zum Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis anzusehen sei.

Gegen einen Antrag des Zentr., die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Gesetze selbst ausdrücklich als einen wichtigen Grund zu bezeichnen, bei dessen Vorliegen der Ablehrschein vom Beschwerdeausschusse erteilt werden müsse, erhob der Staatssekretär lebhaften Widerspruch. Gewiß werde in sehr vielen Fällen der Wunsch des Arbeitnehmers, seine Stelle zu wechseln, um höheren Lohn zu erhalten, als berechtigt anzuerkennen sein; es werde aber Fälle geben, wo der einzelne im Gesamtinteresse der Kriegswirtschaft an dem Platze bleiben müsse, wo er stehe, auch wenn er anderswo mehr verdienen könne. Wenn gesagt werde, daß man niemanden hindern dürfe, vorwärts zu kommen, so müsse man entgegnen, daß unter Umständen die vaterländische Notwendigkeit dem Interesse der einzelnen an einer Verbesserung ihrer materiellen Lage voranstehen könne. Man müsse zum Kriegsamte und zu seinen ausführenden Organen das Vertrauen haben, daß sie die Privatinteressen der einzelnen nicht ohne zwingenden Grund hintansetzen und ihre Aufgaben im Geiste sozialen Verständnisses und sozialer Billigkeit erfüllen werden.

Ein kons. Redner befürchtete von der Annahme des Zentrumsantrages, daß die Arbeitgeber sich gegenseitig die Arbeitskräfte durch Überbietung abjagen würden, so könnte der Zweck des Gesetzes gefährdet werden. Zur Entscheidung in landwirtschaftlichen Verhältnissen wünschte er Zuziehung von Vertretern der Landwirtschaft. — Ein Fortschr. äußerte gleichfalls gegen den Antrag des Zentrums Bedenken, man könne aber vielleicht aussprechen, daß ein wichtiger Grund für den Stellungswechsel gegeben sei, wenn der Hilfsdienstpflichtige seine Kenntnisse besser nutzbar machen könne. — Ein Mitglied des Zentr. erklärte, § 7 bringe die größten Einschränkungen, deshalb müsse zur Sicherung des Arbeitsverhältnisses das Möglichste geschehen. So weit dürfe niemand beschränkt werden, daß er seine Verhältnisse nicht mehr verbessern könnte.

Der Chef des Kriegsamts Groener bat dringend, von der Aufstellung des Prinzips, daß die Möglichkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen unter allen Umständen den Anspruch auf Stellenwechsel begründe, Abstand zu nehmen. Die Produktion dürfe unter keinen Umständen gestört oder beeinträchtigt werden. Man dürfe nicht vergessen, daß das Gesetz nicht allein für die Munitionsindustrie, sondern auch für die Kräfte der Behörden und behördlichen Einrichtungen gelte, deren Arbeiten ebenfalls unbedingt erledigt werden müßten, die aber gar nicht in der Lage seien, so hohe Löhne und Gehälter, wie etwa die Rüstungsindustrie, zu zahlen.

Redner des Zentr. und der Soz. blieben jedoch dabei, die Frage im Gesetze selbst prinzipiell zu lösen. Es dürfe nicht der Eindruck hervorgerufen werden, als ob das Gesetz auf Lohndruck und Lohnhemmungen hinziele. Das würde Verbitterung hervorrufen und produktionshemmend wirken.

Ein anderer Fortschr. war der Ansicht, man nehme dem Gesetz die Grundlagen, wenn man dem Zentrumsantrag stattgebe. Das öffentliche Interesse komme in erster Stelle, dann erst folge das persönliche Interesse. Vielleicht könnte der Antrag so gefaßt werden: „Als wichtiger Grund zum Platzwechsel soll angesehen werden insbesondere die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst, soweit nicht überwiegende Interessen der Landesverteidigung dem entgegenstehen." — Ein Zentrumsredner bezeichnete diese Fassung als ungenügend und so unbestimmt, daß man daraus machen könne, was man wolle. Vor allem sei darauf zu sehen, die Arbeiter willig zu erhalten, wodurch der Erzeugung am meisten gedient sei. — Ein Redner der Nl. wandte sich ebenfalls gegen den Zentrumsantrag, der sogar die Anwendung des Satzes vom wichtigen Grund beschränke, und schlug die Fassung vor: „Bei der Entscheidung der Frage, ob ein wichtiger Grund vorliegt, ist auf den Zweck des vaterländischen Hilfsdienstes Rücksicht zu

nehmen. Als wichtiger Grund soll insbesondere die angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen gelten."

Auch der Staatssekretär d. J. hielt seinen Widerspruch gegen den Zentrumsantrag, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen als wichtigen Grund für die Erlangung des Abkehrscheins ins Gesetz aufzunehmen, aufrecht. Er betonte wiederholt, daß die privaten Interessen der Hilfsdienstpflichtigen bei der praktischen Durchführung in größtmöglichem Umfange berücksichtigt werden sollen. Es müsse aber auch Gewähr vorhanden sein, daß sie dort zurückgestellt werden können, wo dringende allgemeine Interessen dies verlangen. Durch eine einseitig die privaten Interessen unterstreichende Definition des „wichtigen Grundes" für den Beschäftigungswechsel könnte schließlich geradezu der Hauptzweck des Gesetzes vereitelt werden. Die Regierung müsse es als eine Gewissenspflicht betrachten, in das Gesetz nichts aufnehmen zu lassen, was die Verwirklichung der angestrebten Ziele ernstlich beeinträchtigen könnte. Er wiederhole, daß von Lohndruck gar keine Rede sein könne; ein solcher sei auch schon nach der allgemeinen Lage der Verhältnisse nicht zu befürchten.

Eine Einigung konnte im Ausschuß nicht erzielt werden; daher wurde die endgültige Fassung des § 7 der Vollversammlung vorbehalten.

Zu § 8 stellten der Staatssekretär d. J. und der Chef des Kriegsamts in Aussicht, daß die Vorstandslisten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen für die zur Durchführung der Hilfsdienstpflicht zu bildenden Ausschüsse regelmäßig und so weit als irgend möglich berücksichtigt werden sollen. Es sei aber dem Kriegsamte unmöglich, sich unbedingt an diese Listen zu binden und damit die unorganisierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer grundsätzlich von vornherein auszuschließen. Daß die Militärverwaltung mit den Organisationen aufs engste zusammenarbeiten wolle, habe die Praxis bewiesen. Ohne Aufgabe seines prinzipiellen Standpunkts stimmte der Staatssekretär d. J. in dieser Frage einer von soz. Seite vorgeschlagenen Änderung der Fassung der bezüglichen Vorschrift zu.

§ 8 wurde in nachstehender Fassung angenommen: „Die Anweisung für das Verfahren bei den in den §§ 4, 5, 7 bezeichneten Ausschüssen erläßt das Kriegsamt. — Die zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gebildeten Organisationen sind berechtigt, beim Kriegsamt zu seiner Auswahl der in die Ausschüsse zu berufenden Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Vorschlagslisten einzureichen. — Soweit zur Wahrnehmung der Obliegenheiten der im § 7 bezeichneten Ausschüsse bereits ähnliche Ausschüsse (Kriegsausschüsse usw.) bestehen, können sie mit Zustimmung des Kriegsamts an die Stelle jener Ausschüsse treten."

Bei § 9 kam es zu Erörterungen über die Zweckmäßigkeit der Ausschüsse in den Staatsbetrieben und in der Landwirtschaft, sowie über die Durchführung der Verhältniswahl bei der Bestellung der Ausschußmitglieder. Dabei erklärte Staatssekretär Dr. Helfferich, er halte es für zweckmäßig, daß die vorhandenen Ausschüsse, die sich eingearbeitet haben, bestehen bleiben. Die Arbeiterausschüsse sollen lediglich aus gewählten Vertretern der Arbeiter zusammengesetzt werden. Für Angestelltenausschüsse könne er im Rahmen des vorliegenden Gesetzes und seiner Zwecke kein Bedürfnis anerkennen; auch habe die Mehrzahl der Angestellten solche selbst gar nicht verlangt. Die Fassung der Vorschriften über die Arbeiterausschüsse lehne sich an die des Berggesetzes an und trage allen berechtigten Bedürfnissen Rechnung.

§ 9 wurde daraufhin wie folgt gefaßt: „In allen für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betrieben, für welche Titel VII der GewO. gilt, und in denen in der Regel mindestens einhundert Arbeiter beschäftigt werden, müssen ständige Arbeiterausschüsse bestehen. — Soweit für solche Betriebe ständige Arbeiterausschüsse nach § 134h der GewO. oder nach den Berggesetzen nicht bestehen, sind sie zu errichten. Die Mitglieder dieser Arbeiterausschüsse werden von den volljährigen Arbeitern des Betriebes oder der Betriebsabteilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältnisse gewählt. Das Nähere bestimmt die Landeszentralbehörde. — Für die Angestellten sind besondere Angestelltenausschüsse zu errichten."

§ 10 blieb unverändert. Er lautet: „Dem Arbeiterausschuß liegt es ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft zu fördern. Er hat Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebseinrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebs und seiner Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen und sich darüber zu äußern. — Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Arbeiterausschusses muß eine Sitzung anberaumt und der beantragte Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werden."

Zu § 11 wurde auf Zentrumsantrag ein Zusatz angenommen wonach auch in den industriellen Betrieben der Heeres- und Marineverwaltung Arbeiterausschüsse im Sinne dieses Gesetzes zu errichten sind.

Demnach lautet § 11: „Kommt in einem Betriebe der im § 9 bezeichneten Art bei Streitigkeiten über die Lohn- oder sonstigen Arbeitsbedingungen eine Einigung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmerausschuß nicht zustande, so kann der im § 7 bezeichnete Ausschuß von jedem der beiden Teile als Schlichtungsstelle angerufen werden, sofern nicht ein Gewerbegericht oder Berggewerbegericht oder ein Einigungsamt einer Innung als Einigungsamt tätig wird. Für das Verfahren bei der Schlichtungsstelle gelten die §§ 66, 68 bis 73 des Gewerbegerichtsgesetzes entsprechend mit der Maßgabe, daß ein Schiedsspruch auch abzugeben ist, wenn einer der beiden Teile nicht erscheint oder nicht verhandelt. — Besteht in einem für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betriebe, für die Titel VII der GewO. gilt, ein ständiger Ausschuß weder nach der GewO. oder nach den Berggesetzen, noch nach § 9 Abs. 2 dieses Gesetzes, so kann bei Streitigkeiten zwischen der Arbeiterschaft und dem Unternehmer über die Lohn- oder sonstigen Arbeitsbedingungen die Schlichtungsstelle mit gleicher Wirkung angerufen werden. — Unterwirft sich der Arbeitgeber dem Schiedsspruch nicht, so ist den beteiligten Arbeitern auf ihr Verlangen die zum Aufgeben der Arbeit berechtigende Bescheinigung nach § 7 zu erteilen. Unterwirft sich der Arbeiter dem Schiedsspruch nicht, so darf ihm die Bescheinigung aus der dem Schiedsspruch zugrunde liegenden Veranlassung nicht erteilt werden. — Für die industriellen Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung sind durch die zuständigen Dienstbehörden Vorschriften im Sinne der §§ 9, 10, 11 zu erlassen.

Die Schlußbestimmungen blieben im wesentlichen unverändert:

§ 12: „Die durch öffentliche Bekanntmachung oder unmittelbare Anfrage des Kriegsamts oder der Ausschüsse erforderten Auskünfte über Beschäftigungs- und Arbeitsfragen sowie über Lohn- und Betriebsverhältnisse sind zu erteilen. — Das Kriegsamt ist befugt, den Betrieb durch einen Beauftragten einsehen zu lassen und Maßnahmen zu treffen den Betrieb dem Zwecke dieses Gesetzes anzupassen."

§ 13: „Der Bundesrat erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen; allgemeine Verordnungen bedürfen der Zustimmung eines vom Reichstag gewählten Ausschusses von fünfzehn Mitgliedern. — Der Bundesrat kann Zuwiderhandlungen gegen die Ausführungsbestimmungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen oder mit Haft bedrohen."

§ 14: „Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark wird bestraft: 1. wer der auf Grund des § 5 Abs. 3 angeordneten Überweisung zu einer Beschäftigung nicht nachkommt, oder sich ohne wichtigen Grund beharrlich weigert, die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten, 2. wer der Vorschrift im § 7 zuwider einen Arbeiter beschäftigt, 3. wer die in § 12 vorgesehene Auskunft innerhalb der festgesetzten Frist nicht erteilt oder bei der Auskunftserteilung wissentlich unwahre oder unvollständige Angaben macht."

§ 15: „Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens. Hat der Bundesrat von dieser Befugnis drei Monate nach Friedensschluß mit den europäischen Großmächten keinen Gebrauch gemacht, so hat die Außerkraftsetzung des Gesetzes auf Beschluß des Reichstags zu erfolgen."

Dem Verlangen verschiedener Redner entsprechend, erklärte Generalleutnant Groener, das Kriegsamt würde mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß kein Arbeiter ungerecht behandelt wird.

C. Bericht über die Verhandlungen im Reichstag vom 29. November bis 2. Dezember 1916.

(Die Reden des Reichskanzlers, des Staatssekretärs des Innern und des Präsidenten des Kriegsamts sind nach dem Sten. Bericht, die Reden der Abgeordneten nach dem Deutschen Reichsanzeiger Nr. 282 bis 285 wiedergegeben.)

Sitzung vom 29. November 1916.

Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg:

M. H.! Das Gesetz, das Ihnen vorliegt, werden meine Nachbarn, der Herr Staatssekretär des Innern und der Herr Kriegsminister, näher begründen. Mir gestatten Sie nur einige wenige Worte der Einführung.

Der unersättliche Krieg rast weiter. Unsere Feinde wollen es so. Sie feiern diesen Sommer als einen für sie siegreichen. Haben sie etwa ihren Willen durchgesetzt? Unsere Linien sind ungebrochen, und Rumänien, das den großen Umschwung bringen sollte, zahlt seine Buße. Gott hat bis hierher geholfen, er wird weiter helfen. Die fast übermenschlichen Taten unserer Truppen, an die kein Wort des Dankes heranreicht, und das gute Gewissen, daß wir als die ersten und die einzigen bereit waren und bereit sind, den Krieg durch einen unser Dasein und unsere Zukunft sichernden Frieden zu beenden, gibt uns das Recht zu dieser Zuversicht.

Aber wir wollen über diesem Recht unsere Pflicht nicht vergessen. Unsere Feinde wollen den Frieden noch nicht. An Menschenzahl sind sie uns weit überlegen, und fast die ganze Welt liefert ihnen Kriegsmaterial. Was das heißt, das zeigen die Kämpfe an der Somme. Industrie und Organisation werden mit jedem Tage, den der Krieg länger dauert, immer entscheidender für das Ende. Jede Hand, die daheim Geschütze und Geschosse schafft, ersetzt einen Mann, schützt ein junges Leben im Schützengraben. Jede Hand, die daheim feiert, hilft dem Feind. Das ist die Mahnung, die uns jeder Heeresbericht zuruft, die uns in Herz und Gewissen dringt. Die Motive dieses Gesetzes sind nicht am grünen Tische erdacht, sie sind draußen im Trommelfeuer der Fronten geboren.

M. H., wir haben den Grundgedanken des Gesetzes und die Organisation, zu der das Gesetz führt, mit Vertretern der beteiligten Berufskreise, dann mit dem Hauptausschuß dieses hohen Hauses durchgesprochen und beraten. Der hingebenden und gründlichen Tätigkeit des Hauptausschusses verdanken wir die wertvollste Vorarbeit, die uns zu einem baldigen und erfolgreichen Abschluß führen möge. Je tiefer die Arbeit in den Gegenstand eindrang, um so klarer trat die Größe der Aufgabe hervor, die gesamte Volkskraft für die Kriegswirtschaft zu organisieren. Gewaltig sind die Eingriffe in das Wirtschaftsleben. Aber sind sie nicht gering gegen die Gewaltsamkeit dieses Krieges? Die Möglichkeit des Zwanges mußte vorgesehen werden. Eherne Notwendigkeit verlangt eisernen Willen. Die Möglichkeit des Zwanges soll den festen Boden geben, auf dem wir stehen müssen, um hinter den kämpfenden Armeen organisch eine Armee der Arbeit aufzubauen. Gelingen aber kann das Werk nur, wenn es sich darstellt als das Ergebnis nicht des Zwanges, sondern der freien Überzeugung des ganzen Volkes, wenn Industrie und Landwirtschaft, wenn Arbeiter und Unternehmer und vor allem ihre bewährten Organisationen sich ihm freiwillig hingeben und widmen.

Daß dies eintreten wird, auch das dürfen wir mit Zuversicht erwarten, dafür bürgt uns der Sinn, mit dem sich das ganze Volk seit dem ersten Tage auf den Krieg eingestellt hat, dafür bürgen uns die großen Leistungen, die dieser Sinn doch schon bisher hervorgebracht hat. Der Geist, der alle im Lande zu Beginn des Krieges beflügelte, mitzuwirken und mitzuhelfen, wo es auch sei, dieser Geist wird aufs neue aufgerufen, und, meine Herren, jeder unter uns weiß, daß er sich dem Rufe nicht versagen wird. Wenn draußen Hunderte

tausende in der Verteidigung des Vaterlandes verbluten, dann wird der Mann daheim nicht das letzte Opfer gebracht zu haben meinen, wenn er tatenlos die Mühen erträgt, die der Kriegszustand mit sich bringt. Dann wird er es als seine Pflicht vor dem Vaterlande, vor den Kämpfern, vor den gefallenen Helden betrachten, seine Kraft an dem Platze einzusetzen, wo sie für den Kriegszweck am nützlichsten wirkt.

M. H., über die Einzelheiten des Gesetzes mögen die Meinungen auseinandergehen, mag der eine dieses verurteilen, der andere jenes vermissen. Aber dieses Gesetz, für die Kriegszeit geschaffen, soll doch ein Zeugnis dafür sein, daß wir für alle Zeit festhalten wollen den Geist gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Hilfsbereitschaft, der uns in der schwersten Not unseres Volkes zusammengeführt hat, und auf dem allein sich eine Zukunft aufbauen kann, stark nach außen und frei nach innen.

Im Namen der verbündeten Regierungen bitte ich Sie, meine Herren, helfen Sie an dem Werk, das uns neue Kraft bringen und uns damit dem Sieg und dem Frieden zuführen soll.

Pr. Kriegsminister von Stein:

Das vorliegende Gesetz soll unseren schwer kämpfenden Truppen Unterstützung und Stärke bringen. Am meisten betroffen sind die Truppen, denen es bis jetzt nicht vergönnt war, die seelische Erhebung im Kriege zu erleben, die ein siegreiches Gefecht mit folgender Verfolgung mit sich führt, wo man alles das Schwere, die Verluste, die fallenden Freunde hinter sich lassen konnte. Gerade die sind am meisten betroffen, die gebannt an eine Stellung gegen eine Übermacht kämpfen müssen, und neben denen sich alle die Opfer vollziehen durch das Fallen ihrer nächsten Kameraden, ihrer Freunde, mit denen sie gelebt und gekämpft haben. Und dieser Eindruck verwischt sich nicht. Wer als Führer dort draußen mit seinen Truppen gelebt und gefühlt hat, dem ist es etwas außerordentlich Schweres gewesen, wenn er überall und zu jeder Zeit, wo er sich in dem ihm zugewiesenen Raume bewegte, mochte es bei Tage oder bei Nacht sein, mochte er in der Arbeit sein oder sich zur Ruhe anschicken, mußte er in der vorderen Linie sein oder hinten die Einrichtungen beaufsichtigen, immer nur den fast zur Eintönigkeit gewordenen Donner der Geschütze hörte, der nicht eine Sekunde unterbrochen wurde. Natürlich waren es die Geschütze von beiden Seiten. M. H., da konnte man sich das Hirn zermartern: wie willst du helfen —, wenn man sich immer dessen bewußt war: jetzt, wo das Feuer dröhnt, da kostet es manchen deiner Braven das Leben oder die Gesundheit. Und versucht hat man nach bestem Wissen und Gewissen innerhalb der Grenzen, die einem gesetzt waren, durch die gebotenen Mittel zu helfen, diese Mittel zu verstärken und auf ein solches Maß zu bringen, daß das kostbare Blut, das dort fließt, vermindert wird in seinem Verluste; den Zweck hat das Gesetz.

M. H., aber gerade diese Hingebung und diese Selbstentäußerung unserer tapferen Truppen macht es mir als ihrem Vertreter zur besonderen Pflicht, Sie dringend zu bitten, dieses Gesetz, das ihnen Hilfe und Verstärkung bringen soll, anzunehmen.

Ehe ein Gesetz in Wirkung tritt, braucht es eine gewisse Wirkungsdauer. Es wird einige Zeit kosten, ehe sich seine wohltätigen Folgen für unsere Truppen da draußen erkenntlich machen. Und auch alle die, die dort tapfer und mit Selbstverleugnung kämpfen, sehnen sich doch nach diesem Beweise des Willens der Heimat und ihres Volkes, ihnen starke und ausreichende Hilfe zu bringen. Deswegen, meine Herren, weil es ohnehin einige Zeit kosten wird, ehe die Wirkungen des Gesetzes in Kraft treten werden, vereinige ich die Bitte der draußen kämpfenden Truppen, für die ich mit verantwortlich bin, mit meiner eigenen Bitte: nehmen Sie nicht nur das Gesetz an, sondern nehmen Sie es bald an!

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich:

M. H.! Das Gesetz, das die verbündeten Regierungen Ihnen vorgelegt haben, wird mit ehernem Griffel geschrieben. Es ist ein Gesetz des Krieges und ein Gesetz der Not, ein Gesetz des eisernen Willens und — niemand im In- und Auslande zweifelt daran — ein Gesetz der eisernen Tat. Das Gesetz schafft neues Recht für die Heimat, aber hinter seinen Paragraphen rollt der Donner der Sommeschlacht. Heimat und Feldheer reichen sich in

diesem Gesetz die Hand in unauflöslichem Bund zu Kampf und Sieg. Neben die allgemeine Wehrpflicht tritt mit diesem Gesetz die allgemeine Pflicht zum vaterländischen Hilfsdienst, neben die kämpfende Truppe tritt die organisierte Heimarmee.

M. H., wir ziehen mit diesem Gesetz die letzten Folgerungen der Gestaltung dieses ungeheuerlichen Krieges. Nie zuvor hat Kriegsgerät und Munition den Erfolg der Kampfhandlung auch nur annähernd in der Weise bestimmt, wie das jetzt der Fall ist. Deshalb bedarf der Arm des Kämpfers draußen des Armes des Arbeiters in der Heimat. Kanonen, Granaten, Maschinengewehre, Minen, Minenwerfer, Unterseeboote, Torpedos das alles wächst uns nicht auf der flachen Hand, das alles muß geschaffen werden. Das alles heißt Arbeit, Arbeit und noch einmal Arbeit. Unsere heimatliche Erde birgt in ihrem Schoß die Schätze, die wir für die Kriegführung brauchen. Aber diese Schätze müssen gehoben und geformt werden. „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte". Dieses Wort galt vor hundert Jahren dem deutschen Volke, es gilt ihm heute wieder, und es wird ihm gelten in alle Ewigkeit.

M. H., dieser Krieg um unser Dasein und unsere Zukunft ist nicht nur ein Kampf der Waffen, sondern auch ein Kampf der Wirtschaft, nicht nur ein Kampf der bewaffneten Streitkräfte, sondern ein Kampf der ganzen Völker. Die hundertjährigen Bestrebungen edelgesinnter Geister aller Nationen, den Krieg auf die kämpfenden Truppen zu beschränken, seine Schrecken von der nichtkämpfenden friedlichen Bevölkerung fernzuhalten, diese Bestrebungen und alle bisher erzielten Erfolge sind zunichte geworden an der Verachtung allen Völkerrechts, mit der England, die Seele des feindlichen Machtverbandes, seinen Wirtschafts- und Hungerkrieg eingeleitet hat und bis auf den heutigen Tag führt. Und nicht nur gegen uns und unsere Verbündeten, sondern auch gegen die Neutralen, gegen die kleinen neutralen Völker, deren Schutz die Staatsmänner Englands im Munde führen, während ihre Hand sie mit der Unterbindung der notwendigsten Zufuhr, mit Postsperre, mit Handelsspionage, mit dem Boykott der schwarzen Listen schlimmer quält und schädigt, als je ein Feind den Feind gezüchtigt hat.

M. H., in diesem Hunger- und Wirtschaftskrieg stehen wir mit unseren Verbündeten im wesentlichen auf uns allein. Dem Feinde steht die weite Welt offen. Nehmen Sie die Milliarden von Waren, die unsere Gegner heute noch über See einführen. Nehmen Sie, daß England nach den Angaben seines Schatzsekretärs allein in den Vereinigten Staaten wöchentlich für 12 Millionen Pfund Sterling einkauft — das sind mehr als 12 Milliarden Mark im Jahre —, nehmen Sie, daß Frankreichs Einfuhrüberschuß in den ersten zehn Monaten dieses Jahres sich auf nahezu 12 Milliarden Franken beziffert hat! Sie sehen, die halbe Welt arbeitet für unsere Feinde. Sie läßt es sich gut und teuer bezahlen, aber sie steht ihnen zu Diensten. Für uns gibt es keine nennenswerte überseeische Zufuhr, für uns arbeiten keine fremden Hände; wir sind auf unsere eigene Arbeit angewiesen. Was wir für die Kriegsführung und die Volkserhaltung brauchen, müssen wir mit unserer eigenen Arbeit täglich schaffen. Auch hier hilft uns die heimatliche Erde. Wie für die Kriegsführung, so gibt sie uns auch für die Volksernährung das, was wir brauchen; aber sie läßt es sich hart und schwer abringen. Das Wort „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen" ist neue Wahrheit geworden. Auch hier heißt es also: Arbeit, Arbeit und noch einmal Arbeit.

M. H., der Mobilmachung der Arbeit gilt das Gesetz. Wir wollen und müssen aus der Arbeitskraft des deutschen Volkes das Letzte herausholen für Kriegsführung und Selbsterhaltung.

Die Mobilmachung der Arbeit wird mit dem Gesetz nicht begonnen, sondern vollendet. Ich glaube, es ist nicht wenig, was bisher geleistet worden ist, aber es ist jetzt nicht mehr genug. Die deutsche Volkswirtschaft hat sich vom ersten Tag des Krieges an im einigen Zusammenwirken aller Berufsklassen, im Zusammenwirken des werktätigen Volkes mit Behörden auf Krieg und Kriegsbedürfnisse eingestellt. Wir leben jetzt bald seit 2½ Jahren in der Kriegswirtschaft; wir leben in Verhältnissen, die vor 2½ Jahren jeder von uns für undenkbar, für untragbar gehalten hätte. Sie sind heute unser tägliches

Brot. In der Gewöhnung des Tages verliert sich der Blick für das Außergewöhnliche dieser Zeit.

Um Ihnen das vor Augen zu rücken, möchte ich folgendes anführen: Wir haben einen Außenhandel von 23 Milliarden Mark jährlich verloren, eine Einfuhr, die uns die notwendigsten Stoffe für die Volksversorgung und die gewerbliche Arbeit zuführte, eine Ausführung, die Millionen von Händen Arbeit und Verdienst gewährte. Wir haben weiter Millionen und aber Millionen der besten und kräftigsten Arbeiter aus allen Berufen herausgeholt und gegen den Feind gestellt. Seit fast 2½ Jahren erleben wir eine sich fortgesetzt steigernde Einziehung von Arbeitskräften, der gegenüber der stärkste Generalstreik, den sich jemand nur vorstellen kann, ein Kinderspiel ist.

Wenn es gelungen ist, unsere Wirtschaft dieser ungeheuerlichen Verschiebung in ihrer ganzen Grundlage anzupassen, so heißt das gleichzeitig, daß eine Umgruppierung der Arbeitskräfte erfolgt ist, so gewaltig, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Große Berufszweige sehen sich in ihrer Tätigkeit eingeschränkt oder gar stillgelegt. Andere Berufszweige — alles, was für den Krieg arbeitet — entwickeln sich in einem Riesenausmaß. Neue Industrien sind aus der Erde gestampft worden. Es galt, die Arbeitskräfte aus den feiernden Berufen in diejenigen überzuführen, die ihre Kräfte bis zum äußersten anspannen mußten und weiter anspannen müssen. Es galt, Ersatz zu schaffen für die Millionen von Männern, die der Krieg zu den Waffen gerufen hat.

In diesen wenigen Sätzen ist die Größe der Aufgabe, die bisher zu bewältigen war und noch zu bewältigen ist, nicht erschöpft. Es trat von Anfang an eine große Schwierigkeit, eine ernste Sorge mit hinzu, die gebieterisch Rücksicht verlangte. Der Krieg brachte mit einem Schlage eine schwere Stockung in unser ganzes Wirtschaftsleben, eine Stockung, die nur langsam überwunden wurde, während die eigentliche Kriegsarbeit erst allmählich heranwuchs. M. H., ich erinnere Sie an die ersten Kriegstage. Da richtete sich vor uns allen drohend das Gespenst der Arbeitslosigkeit auf. Für uns alle entstand die Frage: wie können wir der Arbeitslosigkeit vorbeugen, wie können wir die Folgen der Arbeitslosigkeit abmindern? Sehr kluge Leute haben damals Vorschläge gemacht, Notstandsarbeiten allergrößten Stils auszuführen, ohne Rücksicht auf den wirtschaftlichen Nutzen, nur um Beschäftigung für die feiernden Arbeitskräfte zu finden und zu schaffen. Die Sorge war nicht unbegründet. Zuerst der Abdruck des ungeheuerlichen Geschehens und der Ungewißheit der Zukunft, dann in einzelnen Industriezweigen der Rohstoffmangel, der inzwischen fortgesetzt gewachsen ist, die Einziehung des leitenden Personals, der Offiziere und Unteroffiziere des wirtschaftlichen Lebens — die Sorge wurde also zur Wahrheit.

Ich gebe Ihnen einige Zahlen:

Von 100 Mitgliedern der Fachverbände waren arbeitslos im Juni 1914 2,5%, im Juli 1914 2,9%, dagegen im August 1914 22,4%. Im September, nachdem der erste Schreck überwunden war, betrug der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit immer noch 15,7%, und erst im Juni 1915 wurden die 2,7%, das Niveau vor dem Kriege, wieder erreicht. Es hat also ein volles Jahr gedauert, bis das Friedensniveau in dem Verhältnis von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage wieder hergestellt worden ist. Dann hat es sich vom Juni 1915 bis Juni 1916 ungefähr auf derselben Höhe gehalten. Seitdem ist es weiter heruntergegangen, bis auf 2% im September.

Die Entwicklung war natürlich sehr verschieden bei den Männern und bei den Frauen. Bei den männlichen Arbeitern stand den auf Arbeitslosigkeit hinwirkenden Tendenzen die Einziehung zahlreicher männlicher Arbeitskräfte gegenüber. Trotzdem ist auch hier zunächst eine starke Arbeitslosigkeit eingetreten. Die Arbeitsnachfrage bei den Arbeitsnachweisen bietet ein Bild dafür. Auf 100 offene Stellen kamen im Juni 1914 bei den männlichen Arbeitern 158 Arbeiter, also ein starker Überschuß des Angebots an Arbeitskräften. Im August 1914 waren es 248 Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen. Der Satz ging dann zurück auf 125 im Januar 1915. Im April 1915 ist der Ausgleich erreicht: 100 Angebote auf 100 offene Stellen; dann im Oktober eine Verminderung bis zu 85

Angeboten auf 100 offene Stellen. Vom Oktober an haben wir dann eine gewisse Stabilität bis zum April 1916, dann eine Verminderung auf 77 im Juli und auf 64 im Oktober.

Bei den weiblichen Arbeitskräften kam erstens keine Einziehung zum Heere in Betracht, zweitens eine Einschränkung und Stillegung gerade solcher Betriebe, in denen weibliche Arbeitskräfte stark beschäftigt waren. Ich erinnere nur an die Textilindustrie usw. Es ist also selbstverständlich, daß bei den weiblichen Arbeitskräften die Entwicklung der Dinge nicht parallel gelaufen ist mit der Entwicklung bei den männlichen Arbeitskräften. Bei den Frauen kamen auf 100 offene Stellen im Juli 1914 99 Angebote, also ein kleines Unterangebot. Nach Kriegsausbruch kamen im August 1914 202 Angebote auf 100 offene Stellen. Dann trat eine Verminderung ein auf 167 Angebote im Juni 1915 und auf 165 im Juli 1915, dann kam eine neue Steigerung auf 182 Angebote im Oktober 1915, die erklärlich ist durch die wachsende Einschränkung in der Textilindustrie. Es folgte ein weiterer Rückgang bis zum April 1916 auf 162 Angebote, der Juli 1916 zeigt 154, schließlich im Oktober 1916 — die letzte Zahl, die uns zur Verfügung steht — waren es noch 135 weibliche Angebote auf 100 offene Stellen.

Sie sehen also, daß bei den weiblichen Arbeitskräften eine schwere Krisis, die der Krieg brachte und die lange anhielt und sich zeitweise verschärfte, heute im wesentlichen überwunden ist. Aber ganz im Gegensatz zu den männlichen Arbeitskräften, wo das Angebot an Arbeitskräften um ein Drittel hinter der Nachfrage zurückbleibt, haben wir bei den weiblichen Arbeitskräften immer noch ein Arbeitsangebot, das die Nachfrage um ein Drittel übersteigt.

Dabei wirkte bei den Frauen als heilsames Gegengewicht gegen die Arbeitslosigkeit die Möglichkeit der Einschiebung in die bisher von Männern besetzten Arbeitsstellen.

Diese Möglichkeit ist bei der Industrie und Landwirtschaft in allerweitestem Umfange verwirklicht worden. Ich habe die Zahlen einer beträchtlichen Anzahl von Betriebskrankenkassen daraufhin zusammenstellen lassen. Danach hat der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte an der Gesamtzahl der Arbeiter vom Juli 1914 bis Juli 1916 sich folgendermaßen erhöht: in der Hüttenindustrie, der Metallbearbeitung, der Maschinenindustrie von 7 auf 19%, in der chemischen Industrie von 7 auf 23%, in der elektrischen Industrie von 24 auf 55%. M. H., das gibt Ihnen ein ungefähres Bild davon, in welchem Umfange der Ersatz männlicher Arbeit durch weibliche Arbeit in den für den Krieg arbeitenden Industrien heute schon durchgeführt ist. Über die Landwirtschaft brauche ich nichts zu sagen. Sie wissen alle, in welchem Maße die Frau, von der kleinen Bauersfrau bis zur großen Gutsherrin, heute schon ihre Arbeitskraft der Landwirtschaft widmet, in welchem Maße heute schon die Frau der Rückhalt und die Stütze unserer landwirtschaftlichen Betriebe ist. Aber auch hier muß ich sagen: wir müssen noch weiter gehen als bisher! Jede Frau, die heute Männerarbeit verrichtet, sei es in der Landwirtschaft oder der Industrie, sei es an der Drehbank oder in der Schreibstube, jede Frau, die heute einen Mann freimacht für das Feld oder für die Schwerarbeit, jede solche Frau ist heute soviel wert, wie der Mann, der draußen im Schützengraben vor dem Feinde steht.

Nun lassen Sie mich zurückgreifen auf die Verhältnisse, wie sie im ersten Abschnitt des Krieges entstanden und sich entwickelten. Diesen Verhältnissen, d. h. der zunächst bestehenden Arbeitslosigkeit, mußten sich alle Maßnahmen der Behörden und des Wirtschaftslebens anpassen. Wir haben, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die, für sich genommen, das Gegenteil einer rationellen Ausnutzung der Arbeitskräfte sind. Es ist den Herren bekannt, daß wir für gewisse Betriebe, namentlich für die Textilindustrie, die Verwendung von arbeitersparenden Maschinen verboten haben, daß wir für gewisse Tage in der Woche die Arbeit untersagt haben, daß wir für die übrigbleibenden Tage die Arbeitszeit gekürzt haben — das alles zum Zweck, um die Arbeit zu „strecken", um für diese Betriebe, die in erster Linie durch die Arbeitslosigkeit betroffen waren namentlich durch den Rohstoffmangel, den Arbeitern nach Möglichkeit die Existenz zu erhalten und zu ermöglichen. Dazu kam dann die Rücksicht auf den künftigen Übergang in die Friedenswirtschaft. Hier handelte es sich darum, diesen Industrien den notwendigen

Stock von Arbeitskräften zu erhalten. Das waren Rücksichten, die wir bisher nehmen konnten, aber heute können diese Rücksichten nicht mehr bestehen. Heute ist Krieg das Losungswort. Heute gibt es nichts anderes als die eine Rücksicht darauf, wie wir unseren Kämpfern draußen an der Front das notwendige Kriegsgerät verschaffen und wie wir in der Heimat die Arbeit besorgen, damit das Volk die nötige Ernährung hat. Heute dreht sich alles um die Frage: wie schaffen wir Munition und wie schaffen wir Proviant?

M. H., ich habe Ihnen vorhin angedeutet, in welchem Maße unsere gesamte Wirtschaft sich bisher diesen großen Aufgaben angepaßt hat. Selbstverständlich haben sich die verbündeten Regierungen genau überlegt, ob man von dem bisherigen System der Freiwilligkeit zu einem System gesetzlichen Zwanges übergehen soll; aber bei gewissenhafter Prüfung haben sich die verbündeten Regierungen überzeugen müssen, daß allein mit den bisherigen Mitteln der Freiwilligkeit die Aufgaben nicht zu lösen sind, die uns die jüngste Entwicklung, die uns namentlich die Verwirklichung des sog. Hindenburgprogramms in bezug auf Munitionserzeugung stellt. Wir sind darauf angewiesen, jeden, der arbeiten kann, mit dem Kopf oder mit der Hand, für das Vaterland mobil zu machen, ob er will oder ob er nicht will. Es darf in dieser Zeit niemand mehr geben, der müßig geht, weil er nicht arbeiten will oder weil er auf Grund seiner Einkommensverhältnisse nicht zu arbeiten braucht. Heute gehört jeder Arm und jeder Kopf dem Vaterlande. M. H., das Gesetz drückt dies in seinem ersten Paragraphen folgendermaßen aus:

> Jeder männliche Deutsche vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, ist zum vaterländischen Hilfsdienst verpflichtet.

Der Begriff des vaterländischen Hilfsdienstes selbst ist umschrieben in § 2 des Gesetzes. Es ist der Dienst bei Behörden und behördlichen Einrichtungen, in der Kriegsindustrie, in der Landwirtschaft, in Betrieben und Beschäftigungen jeder Art, die für die Kriegführung und Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar von Bedeutung sind. M. H., ich unterstreiche die Worte „unmittelbar oder mittelbar", um zu zeigen, daß der Kreis dessen, was wir als vaterländischen Hilfsdienst ansehen und behandeln wollen, sehr weit gezogen ist. Ich möchte auf Grund von zahlreichen Anfragen, die an mich herangetreten sind, gleich hier erklären, daß wir den Begriff der Volksversorgung nicht im engen materiellen Sinne auffassen, sondern daß wir auch geistige Bedürfnisse mit einbegreifen. Wir sehen z. B. auch in der Presse einen für die Kriegführung und Volksversorgung bedeutungsvollen Beruf. Dasselbe gilt von der Geistlichkeit und der Lehrerschaft, dasselbe gilt für die Berufsorganisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die uns in diesem Kriege so vortreffliche Dienste geleistet haben, es gilt für die Organe der sozialen Versicherung und für ähnliche Einrichtungen. Wer in diesem so weit umschriebenen Kreise arbeitet, wird als in der Ausübung seiner Hilfsdienstpflicht tätig angesehen; wer es nicht tut, wird durch das Gesetz angehalten, sich eine solche Tätigkeit zu suchen.

M. H., das Gesetz beschränkt sich auf die Männer. Den Frauen wird eine gesetzliche Verpflichtung nicht auferlegt. Ich will das kurz begründen. Einmal würde die Verwirklichung der allgemeinen Hilfspflicht, die wir den Männern unter Zurückstellung aller anderen Rücksichten auferlegen können, bei den physisch anders organisierten Frauen doch auf gewisse Bedenken und erhebliche Schwierigkeiten stoßen, auf Bedenken, die jedermann ohne weiteres klar werden, wenn er die Sache einmal zu Ende durchdenken will. Dann aber liegt die Frage des Bedürfnisses doch bei den Frauen wesentlich anders als bei den Männern. Ich habe Ihnen vorhin die Zahlen der Arbeitsnachweise vorgeführt. Sie haben daraus ersehen, daß heute bei den Männern auf 100 offene Stellen 64 Arbeitsangebote kommen, bei den Frauen immer noch 135. Beim Manne heißt es also: woher bekomme ich Arbeitskräfte für die Arbeit, die zu verrichten ist? Dagegen heißt es bei der Frau: wie schaffe ich Arbeit für die Frauen, die heute immer noch zu einem großen Teil vergeblich nach Arbeit suchen?

Um die Frage beim Manne zu lösen, dafür haben wir das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst; die Lösung bei der Frau dagegen liegt ausschließlich auf dem Ge-

biete der praktischen Maßnahmen, in der zielbewußten und tatkräftigen Fortsetzung dessen, was bisher schon zum Ersatz der Männerarbeit durch Frauenarbeit geleistet worden ist.

M. H., auch bei den Männern sind wir uns ganz klar darüber, daß wir mit dem Zwange des Gesetzes allein nicht auskommen werden. Dazu gehört noch etwas anderes. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg hat es neulich in einem anderen Zusammenhange ausgesprochen: „Ohne Zwang geht es nicht; aber hinzukommen muß die tatkräftige, von vaterländischem Pflichtgefühl geleitete Pflichterfüllung eines jeden einzelnen." Dieses Wort gilt auch für das vorliegende Gesetz. Deshalb stellen wir auch in der Durchführung des Gesetzes den Zwang nicht an den Anfang, sondern wir stellen den Zwang an das Ende. Jeder, der zum vaterländischen Hilfsdienst aufgerufen wird, soll sich zunächst freiwillig nach Arbeit umsehen, und erst wenn er innerhalb einer bestimmten Zeit keine Arbeit gesucht oder gefunden hat, kann ihm im Bereich des vaterländischen Hilfsdienstes eine Arbeit zugewiesen werden, die er dann annehmen muß.

Aber, m. H., so sehr wir auf die Freiwilligkeit rechnen, und wenn auch jeder einzelne noch so sehr durchdrungen ist von dem, was er dem Vaterlande in den schicksalsschweren Stunden schuldig ist, auch damit reichen wir nicht aus. Wir brauchen außer der Pflicht und dem guten Willen eine ordnende und organisierende Tätigkeit allergrößten Stils, eine Steigerung alles dessen, was bisher auf dem Gebiete der Umstellung unseres Wirtschaftslebens, der Anpassung unserer ganzen Volkswirtschaft auf die Kriegsverhältnisse geleistet worden ist.

Wir wollen uns keiner Täuschung hingeben, als ob die Zahl derjenigen, die heute müßig geht, eine ansehnliche wäre. Sie ist nicht allzu groß. Gewiß, Nichtstuer machen sich da und dort aufdringlich und in einer zu dem Ernste der Zeit nicht passenden Weise breit. Aber die Müßiggänger sind keine Reservearmee, mit der wir unsere wirtschaftlichen Schlachten schlagen können. Wir sind darauf angewiesen, die Arbeitskräfte aus Betätigungen herauszunehmen, die für die Kriegsführung und Volksversorgung von geringerer Wichtigkeit sind, oder auch aus solchen Betrieben, die an und für sich für die Kriegsführung und Volksversorgung notwendig sind, die aber mit Arbeitskräften übersetzt sind. Das letztere gilt z. B. für die Textilindustrie. Aus Gründen der Sozialpolitik, die ich vorhin andeutete, aus Rücksicht auf unsere Zukunft haben wir dort die Maßnahmen getroffen, von denen ich vorher sagte, sie sind das Gegenteil einer rationellen Ausnutzung der Arbeitskräfte. Wir haben ferner durch die Unterstützung von Reich, Einzelstaaten, Kommunen, Unternehmern dazu beigetragen, daß die Arbeiter in diesen Betrieben weit über das Maß hinaus festgehalten würden, das der zu leistenden Arbeit entspricht.

M. H., so berechtigt die Motive des bisherigen Vorgehens sind, die Fortsetzung des bisherigen Systems können wir uns nicht gestatten. Wir werden darauf hinwirken müssen, daß die zu schaffende Arbeit nicht mehr Arbeitskräfte bindet, als zu ihrer Erledigung strikt notwendig ist. Daß wir dabei mit Schonung und Vorsicht vorgehen werden, daß wir nicht daran denken z. B. die Unterstützungen, die bisher für die Textil-, Lederindustrie usw. gewährt worden sind, nun zu entziehen, ehe für die Arbeiter neue Arbeit und neuer Verdienst gefunden ist, ehe für sie eine andere Existenzgrundlage gefunden ist, das glaube ich, versteht sich von selbst. Ich will es aber ausdrücklich hier feststellen, weil doch Besorgnisse über diesen Punkt zu mir gedrungen sind.

Im ganzen Gesetze und in den Richtlinien, die ihm beigegeben sind und die nach Ihrem Wunsche wohl in das Gesetz hineingearbeitet werden, ist keine Rede davon, daß irgendeine Instanz ermächtigt sein soll, die Stillegung oder Zusammenlegung von Betrieben ohne weiteres zu dekretieren. Es handelt sich in dem Gesetz immer nur um die Frage, ob aus einem Betriebe Arbeitskräfte für den vaterländischen Hilfsdienst herausgenommen werden können oder nicht. Darüber sollen die vom Kriegsamt zu schaffenden Ausschüsse entscheiden, natürlich in allerengster Fühlung mit den Interessenten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Aber über die Zusammenlegung und Stillegung von Betrieben soll im gütlichen Einvernehmen entschieden werden. Die Industrien, die heute Reserven für Arbeitskräfte enthalten, die für solche Reserven noch in Betracht kommen,

sind großenteils organisiert und stehen mit dem Kriegsamt, dem Kriegsministerium schon deshalb in engster Fühlung, weil sie heute in der Hauptsache für die Bedürfnisse der Heeresverwaltung arbeiten. Schon allein durch die Auftragserteilung hat also hier die Heeresverwaltung ein Mittel in der Hand, um dort einzuwirken, wo es etwa notwendig werden sollte.

Was nun die kleineren Leute anlangt, die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden, so glaube ich, auch hier ist viel unnötige Besorgnis verbreitet. Das Kriegsamt wird durch die von ihm ressortierenden Stellen im Lande draußen den einzelnen Fall genau ansehen lassen und auch da, wo eine unmittelbare Beziehung zum Krieg und zur Volksversorgung nicht vorliegt, prüfen, ob das, was an einzelnen Arbeitskräften etwa gewonnen wird, im Verhältnis steht zum wirtschaftlichen Schaden, der durch die Zerstörung selbständiger Existenzen angerichtet wird.

Zum Kapitel der schonenden und gleichzeitig rationellen Durchführung des Gesetzes gehört auch ein weiterer Punkt, der wichtig genug ist, um von mir erwähnt zu werden. Es wird in vielen Fällen leichter und einfacher sein, die Arbeit zu den Leuten zu bringen als umgekehrt die Leute zu der Arbeit. Die Erfahrungen, die mit der Umwandlung von Friedensbetrieben in Kriegsbetriebe, z. B. von Spinnereien in Munitionsfabriken, bisher gemacht worden sind, zeigen, was auf diesem Gebiete geschaffen werden kann. Wenn wir die Arbeiter von ihrer Arbeitsstelle, von ihrem Wohnort weg an andere Orte verpflanzen, so haben wir eine Reihe von besonderen Schwierigkeiten zu überwinden. Wir müssen erstens einmal die Arbeiter aus ihren gewohnten Verhältnissen herausnehmen. Das tun sie nicht gern, sie gehen nicht gern heraus. Wir müssen an dem neuen Orte für Unterkunft sorgen, auch ein Problem, das nicht einfach zu lösen ist. Das kostet neue Bauten, kostet Arbeit und Material, und beides ist heute rar und teuer. Wir müssen neue Fabrikgebäude errichten, für die dasselbe gilt, wie für den Bau von Wohnungen. Das alles ersparen wir uns, wenn wir die Arbeiter dort lassen, wo sie sind, und wenn wir die Arbeit zu ihnen bringen. Wir haben den weiteren Vorteil, daß bei solchen Fabriken in der Regel auch größere Kraftanlagen, Wasserkräfte, Dampfkraftanlagen und ähnliche sich befinden, die ohne weiteres in den Dienst einer neuen Kriegsindustrie gestellt werden können. Wir haben den Vorteil, daß die größeren Fabriken über Reparaturwerkstätten und über Facharbeiter verfügen, die einen Grundstock für das bilden, was dort neu zu schaffen ist. Das alles müssen wir in der rationellsten Weise ausnutzen, um dadurch zur ausgiebigsten Verwertung der vorhandenen Arbeitskräfte beizutragen und gleichzeitig die Durchführung des Gesetzes so schonend für die Arbeiter und Unternehmer wie nur irgend möglich zu gestalten.

Aber auch bei aller Schonung und Rücksicht der Durchführung ergeben sich aus dem Gesetze doch notwendig die weitestgehenden Wirkungen. Die Pflicht zur Arbeit im vaterländischen Hilfsdienst bedeutet, auch wenn wir hoffen, daß sie in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle freiwillig übernommen wird, eine wesentliche Beschränkung der persönlichen Freiheit. Die Verpflichtung zur Übernahme einer zugewiesenen Arbeit bedarf ferner zu ihrer Ergänzung einer Erschwerung des Verlassens der Arbeit, des Arbeitswechsels. Nach der Absicht des Entwurfs soll zum Zwecke des Arbeitswechsels dem Arbeitnehmer vom Arbeitgeber ein Abkehrschein ausgestellt werden. Damit werden alle diejenigen, welche heute schon im Bereiche des vaterländischen Hilfsdienstes tätig sind, dem Gesetze unterstellt, sie werden in die große, neu zu schaffende Heimarmee eingereiht.

Diese Beschränkung der persönlichen Freiheit macht einen sorgfältigen Ausbau der zur Durchführung des Gesetzes bestimmten Organisationen nötig. Es kommt viel, um nicht zu sagen, alles darauf an, wie die Ausschüsse, die Organe zusammengesetzt sind, die in diesen Fragen die praktischen Entscheidungen zu treffen haben. Das gilt natürlich ebenso für die Organe, die über die Kriegswichtigkeit der einzelnen Betriebe zu befinden haben, über die Frage, ob aus einem Betriebe Arbeitskräfte herausgenommen werden dürfen oder nicht. Ich hoffe, daß es gelingen wird, diese Organe so zu gestalten, daß sie

ihrer großen und schweren Aufgabe gewachsen sein werden. Ausdrücklich möchte ich hier bestätigen, daß für die zu treffenden Entscheidungen im weitesten Maße die sachkundige Beratung der kommunalen Behörden, der Handels-, Gewerbe-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern und der Berufsorganisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern herangezogen werden soll.

Aber neben den entscheidenden Organen bedarf es eines Systems von Beschwerdeinstanzen, bedarf es eines Rechtsschutzes für diejenigen, die durch Ausführung dieses Gesetzes in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt und in ihrem Vermögen vielleicht geschädigt werden. Solche Beschwerdeinstanzen sind in den von den verbündeten Regierungen gebilligten Richtlinien vorgesehen. Über die Aufnahme des Rechtsschutzes in das Gesetz und über seinen Ausbau werden die verbündeten Regierungen mit sich reden lassen.

M. H., zu den weitergehenden Wünschen, die in der Vorbesprechung des Gesetzentwurfs im Reichshaushaltsausschuß hervorgetreten sind, kann ich in diesem Augenblick namens der verbündeten Regierungen noch keine Stellung nehmen. Ich hoffe aber, daß aus Ihren Beratungen eine Gestaltung des Entwurfs hervorgehen wird, die die Zustimmung der verbündeten Regierungen findet, die die großen Zwecke des Gesetzes sicherstellt und die unvermeidlichen Härten, die ein solcher Eingriff in die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur notwendigen Folge hat, auf ein Mindestmaß einschränkt — ein Entwurf, der schließlich auch die Zustimmung des deutschen Volkes findet, an das er sich mit seinen großen Anforderungen wendet, des deutschen Volkes, das in ernster Zeit nie versagt hat, wenn das Vaterland Hingabe und Opfer von ihm verlangte.

M. H., wenn diese Erwartung sich erfüllt, dann werden wir mit diesem Gesetz ein Gewaltiges zum Siege beitragen.

Und nun, lassen Sie mich Ihren Blick auf das Ganze lenken. Das gewaltige Aufgebot, zu dem das deutsche Volk durch dieses Gesetz aufgerufen wird, geht nicht hervor aus Bedrückung und Kleinmut, wie mancher unserer Gegner es darstellen möchte. Nein, im Gegenteil, die Stimmung, aus der heraus dieses Angebot ergeht, ist die siegesgewisse Kraftanstrengung eines selbstsicheren Volkes, eines Volkes, das in 2½ Jahren unerhörten Ringens gewaltige Schläge ausgeteilt und den Anstürmen der Massen und Maschinen der halben Welt immer und immer wieder siegreich und unbezwungen getrotzt hat.

Und nicht nur unsere braven Truppen haben gesiegt und standgehalten. Nein, auch die Heimarmee, die jetzt in dem neuen Gesetz feste Gestalt gewinnt, hat in den Stürmen des Weltkrieges gute und brave Arbeit getan. Sie hat bisher schon im Wirtschafts- und Hungerkrieg ihren Mann gestanden. Es ist wahr, der Feind hat uns von der Welt abgeschnitten; das hat er erreicht. Aber in der Wirkung hat er sich geirrt. Auf heimischem Boden haben wir uns den Ersatz erarbeitet für alle die Notwendigkeiten und Hilfsmittel, die uns vor dem Krieg die Außenwelt zuführte. Auf uns allein gestellt, haben wir Leistungen vollbracht, die unsere Feinde mit der Gütererzeugung der ganzen Welt nicht zu überwinden vermochten. M. H., ich glaube, es ist keine tote Statistik, es sind lebensvolle Zahlen, die unsere Kohlen- und Eisengewinnung, die Grundlagen unserer Kriegsindustrie, widerspiegeln. Ich darf Ihre Geduld noch einen Augenblick in Anspruch nehmen, um Ihnen diesen Gesamtüberblick über unsere Verhältnisse zu geben.

Unsere Steinkohlenförderung erhielt durch den Kriegsausbruch im ersten Augenblick einen schweren Schlag: von 16½ Millionen Tonnen im Juli 1914 ging sie zurück auf 8½ Millionen Tonnen im August, also auf die Hälfte. Heute ist sie wieder auf 90% der höchsten Friedenserzeugung gestiegen.

Unsere Braunkohlengewinnung ist im Kriege weit über das Höchstmaß der Friedenserzeugung hinausgewachsen.

Unsere Erzeugung an Flußstahl wurde durch den Kriegsausbruch von 1628000 Tonnen im Juli 1914 auf 567000 Tonnen im August geworfen, also um ein Drittel der Friedenserzeugung. Sie steht jetzt wieder auf rund 1400000 Tonnen; das sind 85% der höchsten Friedenserzeugung.

Diese Ergebnisse wurden erreicht — man muß immer wieder daran erinnern —,

während Millionen und Abermillionen der kräftigsten Arbeiter gerade aus diesen Industrien herausgenommen worden sind.

M. H., ich will die ungeheuren Anstrengungen, die England gemacht hat, namentlich im letzten Jahre, nicht einen Augenblick verkleinern. Aber immerhin darf ich daran erinnern, daß Englands Kohlenerzeugung, die in Friedenszeiten stets größer war als die unsrige, für das laufende Jahr kaum irgendwie wesentlich höher sein wird als die Kohlenförderung Deutschlands. Ich darf daran erinnern, daß die Stahlerzeugung Englands, die wir in Friedenszeiten bereits beträchtlich überholt hatten, auch jetzt im Kriege trotz der großen englischen Anstrengungen erheblich hinter unserer Stahlerzeugung zurückbleibt. Dabei arbeitet England ebenso wie seine Bundesgenossen mit Chinesen und Malaien, mit Niggern und mit anderen farbigen Völkerschaften, während uns, außer den Gefangenen, im wesentlichen nur unsere eigene Arbeitskraft zur Verfügung steht.

Aber ich will nicht nur von Zahlen sprechen. Unter dem Druck der Kriegsnotwendigkeiten hat unsere Industrie Fortschritte erzielt, die weit über den Notbehelf hinausgehen, dauernde Errungenschaften, deren volle Entfaltung sich erst im Frieden ausnutzen lassen. In ungeahntem Maße haben wir gelernt, Material und Kraft zu sparen, teures und ausländisches Material durch billiges und inländisches Material zu ersetzen. Die Kräfte unserer Industrie sind in diesem Kriege gewachsen wie niemals in Friedenszeiten innerhalb eines gleich kurzen Zeitraums. In Monaten wurden gewaltige Anlagen geschaffen, für die man in Friedenszeiten Jahre veranschlagt hätte. Die Schule der Binnenwirtschaft, die wir jetzt durchmachen, wird bleibend und dauernd unsere wirtschaftliche Kraft, unsere Selbständigkeit und unsere Weltstellung stärken.

M. H., ich will die Landwirtschaft nicht vergessen. In zwei schweren Jahren hat sie gezeigt, daß sie mit Anspannung aller Kräfte unsere Volksernährung sicherzustellen vermag. Unsere Ernährungsgrundlage für das laufende Erntejahr steht außerhalb jeder Bedrohung durch die Feinde. Trotz der schlechten Kartoffelernte können wir angesichts der guten Ernte an Körnerfrüchten und an Futtermitteln besser, zuversichtlicher und sicherer als im vorigen Jahre in die Zukunft blicken. Wir stehen auch in dieser Beziehung besser und sicherer als vor einem Jahre.

Aber keine Illusionen, weder hier noch draußen im Volke! Wir bleiben knapp. Die sorgfältigste Wirtschaft und peinlichste Sparsamkeit, ja selbst empfindliche Einschränkungen und Entbehrungen sind und bleiben unerläßlich. Ich weiß, es ist ein schlechter Trost, wenn andere gleichfalls leiden. Aber wenn diese anderen unsere Feinde sind, mit denen wir in tödlichem Ringen liegen, dann wird dieser Trost schon etwas besser. In einem Kriege, der die ganze Wirtschaftskraft der Völker gegeneinander ansetzt, ist es keine müßige Frage, wie der andere steht. Genau wie für den Feldherrn das Maß der eigenen Streitkräfte für sein Urteil, für die Entscheidungen, die er zu treffen hat, nicht allein ausschlaggebend sein kann, genau ebenso steht es im Wirtschaftskriege. Gewiß, vom Hunger der anderen ist noch niemand satt geworden. Aber in diesem Wirtschaftskriege ist es für uns nicht gleichgültig zu wissen, ob unsere Feinde im Überfluß schwimmen, oder ob sie darben.

Darum gestatten Sie mir einen ganz kurzen Überblick, einige ganz wenige Zahlen, die diese Verhältnisse beim Feinde beleuchten. Von unseren Gegnern ist England für drei Viertel bis vier Fünftel seines Bedarfs an Brotgetreide bekanntlich auf die überseeische Zufuhr angewiesen. Aber auch Frankreich und Italien haben auf Grund der letzten Ernte einen nicht unerheblichen Ausfall. Das Hauptversorgungsgebiet für unsere Feinde ist der Norden des amerikanischen Kontinents, die Vereinigten Staaten und Kanada; daneben kommen Argentinien, Indien und Australien in Betracht. Rußland scheidet ja erfreulicherweise aus; die Dardanellen haben die anderen nicht aufbrechen können.

Die Ernte in Nordamerika war nun im vorigen Jahre eine Rekordernte von nie gekannter Höhe. Dieses Jahr hat sie einen Absturz von gleichfalls nie bekannter Heftigkeit erlebt. Die Weizenernte der Vereinigten Staaten und Kanadas betrug im Jahre 1915 37½ Millionen Tonnen, im Jahre 1916 nur 21 Millionen Tonnen. Das sind 16

Millionen Tonnen weniger als im vorigen Jahr. Die Gründe sind ja bekannt: schlechte Witterung, Getreidekrankheiten, Mangel an Kalidüngung. Zu dem Ausfall in der Menge kommt noch der Ausfall in der Güte, so daß in Wirklichkeit das Ergebnis für unsere Feinde noch viel ungünstiger ist, als es nach diesen Zahlen den Anschein hat.

M. H., die Vereinigten Staaten und Kanada haben bisher in der Hauptsache die Zufuhr für Westeuropa bestritten, auf die Union und Kanada kamen von der großbritannischen Zufuhr, die uns ja in allererster Linie interessiert, im Jahre 1914/15 nicht weniger als 74%, im Jahre 1915/16 88%. Die diesjährige Ernte macht aber eine Ausfuhr aus der Union so gut wie unmöglich, eine Ausfuhr kann nur stattfinden aus den alten Beständen, die sich rasch erschöpfen. Auch Kanada ist in seiner Exportfähigkeit schwer getroffen. England, Frankreich, Italien brauchen also zu ihrer Versorgung den Rückgriff auf Argentinien, auf Indien und Australien, die zusammen im vorigen Jahre nur 11% der englischen Einfuhr stellten.

In Argentinien sind die Ernteaussichten gleichfalls schlecht, man spricht bereits — ob mit Recht oder Unrecht, kann ich nicht entscheiden — von der Möglichkeit eines Ausfuhrverbots für Getreide aus Argentinien, ein Faktum, das in der Geschichte noch nicht da war. Vor allem aber fällt in Betracht, daß die Zufuhr von Getreide aus diesen Ländern aus Indien, Argentinien und Australien, zwei- bis dreimal so lange dauert wie die Zufuhr aus dem nordamerikanischen Kontinent, daß die Zufuhr aus diesen Ländern infolgedessen in entsprechendem Maße mehr Schiffsraum verlangt.

Das Wichtigste aber ist, daß auch bei günstigem Ausfall der Ernte in Indien und Australien die Länder, die hier in Frage kommen, den Ausfall der Ernte von Nordamerika kaum werden wettmachen können. Sachverständige schätzen, daß aus der neuen Ernte dieser Länder insgesamt 4½—5 Millionen Tonnen zur Verfügung stehen, dazu 2 Millionen Tonnen aus der neuen Ernte der Union und Kanadas, also zusammen 6½—7 Millionen Tonnen Ausfuhrmöglichkeit aus der neuen Welternte, gegenüber einem Einfuhrbedarf von ungefähr 16 Millionen Tonnen für unsere Feinde und die europäischen kleinen Neutralen. Das ist ein Defizit von 9 bis 10 Millionen Tonnen, das aus alten Beständen entnommen werden muß, und so groß sind die alten Bestände nicht entfernt.

Die Wirkung dieser Verhältnisse zeigt sich in der panikartigen Beunruhigung, die die Getreidebörsen nicht nur in England, sondern auch in Nordamerika ergriffen hat. Der Weizenpreis in Chikago ist seit Ende August bis Anfang November von 115 Cents bis auf nahezu zwei Dollars in die Höhe gegangen gegenüber einem Preise von 90 bis 120 Cents im vorigen Jahre. In Argentinien liegen die Verhältnisse ähnlich. In England ist der Weizenpreis heute, wenn ich den gegenwärtigen Kurs zugrunde lege, doppelt so hoch wie in Deutschland, und auch wenn ich den alten Sterlingkurs zugrunde lege, dann steht einem Preise von 260 M. bei uns ein englischer Preis von 370 bis 380 M. gegenüber.

M. H., Sie sehen, daß in diesem Erntejahr der Hunger, den England gegen uns als Bundesgenossen mobil machen wollte, seine dürre Hand gegen unsere Feinde erhebt. Während im vorigen Jahre die anderen schadenfroh und siegesgewiß den Monat und Tag ausrechneten, an dem wir verhungern müßten, haben sie jetzt allen Grund, sich selbst die größte Sorge zu machen. Und unsere wackeren Unterseeboote tun das Ihrige, um diese Sorge für unsere Feinde von Tag zu Tag zu vergrößern. Wenn also unsere eigene Ernte dank der bewundernswerten Leistung unserer Landwirtschaft uns davor bewahrt, aus Hunger kapitulieren zu müssen, so dürfen wir das als einen ganz wichtigen, für uns günstigen Punkt und gegenüber dem Vorjahre günstiger gewordenen Punkt in der Kriegslage ansehen. Der Feind hat seinen Vorsprung, den er auf diesem Gebiete uns gegenüber hatte, für das laufende Erntejahr endgültig verloren.

Ich habe geglaubt, Ihnen diese Ausführungen vortragen zu sollen, um Ihnen die Gesamtlage vor Augen zu rücken. Aus dieser Gesamtlage heraus haben wir den großen Wurf des vaterländischen Hilfsdienstes gewagt, um alle Kräfte für die große Entscheidung in diesem Kriege zusammenzufassen. Aus dieser Lage und aus dem Vertrauen auf das deutsche Volk entnehmen wir unsere Zuversicht.

Das deutsche Volk steht in einer Probe auf Kraft und Moral, wie nie ein Volk in der Weltgeschichte. Wir müssen die Probe bestehen, und wir werden die Probe bestehen. Wir werden sie bestehen, wenn jeder Mann und jede Frau in der Heimat Stunde für Stunde derer gedenken, die draußen im Trommelfeuer der Schützengräben mit ihren Leibern für unsere Zukunft Wacht halten.

M. H., der Herr Reichskanzler hat ausgeführt: kein Wort reicht an die Größe dessen heran, was unseren Truppen draußen zugemutet wird, was unsere Truppen willig dulden und leisten. Andere in ihrer Art vielleicht nicht geringere Opfer und Leistungen werden von unserer Heimat verlangt, Opfer und Leistungen bis zur Selbstentäußerung, bis zum Aufgehen des Einzellebens und des Einzelschicksals in dem höheren Daseinszweck der Gesamtheit. Aber jeder Kampf und jede Arbeit, jedes Opfer und jede Entbehrung wird geheiligt durch den Gedanken, daß wir alle, die wir arbeiten und kämpfen, Grundsteine und Bausteine herbeischaffen für eine bessere und stärkere Zukunft unseres Vaterlandes. In diesem Geiste, m. H., wird das deutsche Volk, das hoffen wir zuversichtlich, das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst aufnehmen und durchführen.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Es handelt sich nicht um ein Zwangsgesetz, nicht um einen Zwang zur Arbeit, das Gesetz will nur alle Arbeit einstellen auf den Krieg, jede männliche Person bis zum 60. Lebensjahr soll mithelfen im Interesse unserer Landesverteidigung durch Umwandlung der Rohprodukte in Munition und Waffen und in Nahrungsmittel für die gesamte Bevölkerung. Das sind die Ziele, die das Gesetz verfolgt. Das Gesetz bezieht sich nur auf die männlichen Personen und in erster Linie auf die Freiwilligkeit, ein zwingendes Bedürfnis, die Frauen einzuziehen, ist nicht vorhanden. Als vaterländischer Hilfsdienst soll von vornherin angesehen werden die Tätigkeit aller Personen bei Behörden und behördlichen Einrichtungen in der Kriegsindustrie, in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in den Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für die Zwecke der Kriegsführung oder der Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar beschäftigt sind, soweit nur die Zahl der beschäftigten Personen das Bedürfnis nicht übersteigt. Der Staatssekretär hat besonders auf die Presse, die Geistlichen und die Lehrer hingewiesen, er sieht deren Tätigkeit als eine solche des vaterländischen Hilfsdienstes an. Ich hoffe, daß auch andere Personenkreise, z. B. die Professoren der Hochschulen nicht außer acht gelassen werden. Bei der Presse dürfen nicht nur die Redakteure in Frage kommen, sondern auch das gesamte technische Personal. Der Land- und Forstwirtschaft dürfen keine Arbeiter entzogen werden. Bei diesem tiefeinschneidenden Gesetz bedürfen wir der Zulassung von Beschwerdeinstanzen. Unnötige Härten müssen vermieden, die individuellen Verhältnisse müssen berücksichtigt werden. Ferner muß eine Schadloshaltung da erfolgen, wo sie nach der Billigkeit im einzelnen Fall angebracht ist. Die Bestimmungen müssen so gefaßt werden, daß jeder weiß, was er für Rechte hat. Wichtig ist die Mitwirkung des Reichstags bei der Durchführung des Gesetzes. Zu diesem Zweck ist der Ausschuß von 15 Mitgliedern bereits zugestanden worden. Diese außergewöhnliche Macht des Bundesrats muß aber nach dem Krieg wieder aufhören.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Sozialdemokratie hat schon in den Vorverhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie dem Grundgedanken der Vorlage zustimmt. Wir erkennen bereitwillig an, daß die harte Notwendigkeit der Tatsachen uns zwingt, trotz unserer Friedenssehnsucht weiter zu kämpfen und weiter durchzuhalten, bis auch die Gegner Deutschlands zu einem Frieden bereit sind, den wir im deutschen Lebensinteresse annehmen können. Dieses Gesetz darf aber nicht etwa einer Kriegsverlängerung dienen. Wenn wir den Zweck des Gesetzes billigen, die vollständige Konzentrierung aller Kräfte auf die Erringung eines für uns annehmbaren Friedens, so wollen wir auch keineswegs, daß unsere Feldgrauen an der Somme den Mangel an Munition mit ihrem Leben und mit unnötigen Opfern bezahlen. Das enthebt uns aber keineswegs der Notwendigkeit sehr ernster Prüfung der Mittel und Wege zu diesem Zwecke. Sonst laufen wir die größte Gefahr, daß das Gesetz nicht zum Heil, sondern zum Unheil Deutschlands ausschlägt. Der Zweck des Gesetzes ist nur dann erreichbar, wenn die Masse des Volkes aus

sich heraus pflichtbereit und opferwillig mitmacht, mit widerwilligen Arbeitern kann die große Arbeit nicht geleistet werden. Was uns die Regierung als Entwurf vorgelegt hat, entspricht nicht diesen Anforderungen. Der Ausschuß hat eine eigene Arbeit hergestellt, die noch nicht ganz fertig ist. Sie ist viel umfangreicher als die Vorlage, denn sie hat sachlichen Inhalt; befriedigend können wir auch diese Arbeit nicht finden, es bleiben sehr große Mängel und ernste Bedenken, wir können daher über unsere endgültige Haltung dazu noch nichts sagen. Wir wünschen nicht, das Gesetz zu verzögern, aber wir wollen es auch nicht überhasten. Es muß eine ordnungsmäßige zweite Beratung erfahren, dabei wird auf die Einzelheiten näher einzugehen Gelegenheit sein. Das Gesetz bedeutet einen ungeheuren Eingriff in die Existenzgrundlage von Millionen. Das persönliche Selbstverfügungsrecht wird für alle erwachsenen Männer unter militärische Befehlsgewalt gestellt; das ist ein Umsturz aller bisherigen Begriffe von staatsbürgerlichem Recht auf persönliche und wirtschaftliche Freiheit. Hier müssen reelle Garantien gegen Mißbrauch in dem Gesetze selbst gegeben werden, bloße Worte und Erklärungen vom Regierungstische genügen nicht. Der neue Vorschlag versucht das ja auch, aber nicht hinreichend in allen Punkten. In erster Linie trifft das Gesetz mit voller Wucht die Lohnarbeiterschaft. Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten hatten die entsprechenden Sicherungsvorschläge ausgearbeitet und haben sie der Kommission vorgelegt; vor dieser Arbeit der Männer der Praxis sollten die verbündeten Regierungen Achtung haben. Wir werden in der zweiten Beratung entsprechende Anträge zu dem neuen Vorschlage einbringen, soweit uns dieser nicht genügend erscheint. Ebenso muß eine ständige Kontrolle und Mitarbeit des Reichstags eingerichtet werden. Gegen eine Mitwirkung des Ausschusses in diesen Fragen liegen verfassungsmäßige Bedenken nicht vor, höchstens gegen das Ermächtigungsgesetz von 1914. Wir haben unsere Rechte preisgegeben, wir müssen sie jetzt zurücknehmen, namentlich bei diesem Gesetz. Es muß eine Kontrollinstanz geschaffen werden, die mitbestimmt und nicht hinterher läuft. Die Kompetenz der vorgeschlagenen Kommission ist allerdings nicht genau umschrieben; es wird auf die Praxis ankommen. Die Frage der Aufhebung des Gesetzes ist auch nicht befriedigend. Es sollte eine feste Frist in das Gesetz aufgenommen werden, so daß die Regierung genötigt wäre, eine Verlängerung des Gesetzes zu beantragen. Die Arbeitersekretariate müßten in dem Gesetz ausdrücklich genannt werden, ihre Aufrechterhaltung ist dringend notwendig im Interesse der Arbeiter. Auf der anderen Seite soll die Landwirtschaft durch einen neuen Vorschlag bevorzugt werden. Der Landwirt ist gegenüber anderen Berufen in einer beneidenswerten Lage, er hat nicht die großen Sorgen städtischer Arbeiter und kleiner Handwerker, vor allem nicht bezüglich der Ernährung. Jetzt gibt ihm der Gesetzentwurf noch einen weiteren Vorzug, indem er ihm Arbeitskräfte zuführt. Gewiß müssen Arbeitskräfte da sein, damit nicht der Boden brach liegt, aber es wäre ein Mißbrauch des Gesetzes, wenn die Landwirte in die Lage versetzt würden, ihren Ertrag ins ungeheure zu vermehren. Dasselbe gilt für alle anderen Betriebe. Die Kriegsgewinnsteuer ist kein ausreichendes Mittel, um die übermäßigen Profite wettzumachen. Dieser Zustand wirkt verbitternd. Es muß eine ausreichende Kontrolle geschaffen werden, daß keine übermäßigen Gewinne erzielt werden. Daneben könnten einzelne Rüstungsindustrien ohne weiteres verstaatlicht werden. Dieser Krieg ist eine Facharbeiterfrage. Der technische Facharbeiter ist für den Krieg von einer Bedeutung, die man früher nicht kannte. Die Arbeiterschaft ist sich dieser ihrer Bedeutung für den Staat bewußt geworden und hat ihre Pflicht getan. Die Erfolge des Krieges verdanken Sie der Tüchtigkeit der Arbeiterschaft. Wie will man ihr da die gleichen staatsbürgerlichen Rechte, die volle Gleichberechtigung vorenthalten! Auch die geistige Berufsarbeiterschaft sollte sich dieser Erkenntnis nicht verschließen. In diesem Geist muß auch an diesem Gesetz gearbeitet werden.

Abg. Bassermann (nl.): Wir begrüßen den Grundgedanken des Gesetzes, die wirtschaftliche Mobilmachung Deutschlands, und treten an sie mit patriotischer Freudigkeit heran. Über die Notwendigkeit des Gesetzes ist kein Wort zu verlieren. In die Hände des Kriegsamts ist die Vollziehung dieses Gesetzes gelegt, ein Beweis großen Vertrauens, den wir ihm damit aussprechen und seinem Leiter. Wir werden vor die Frage gestellt,

wie wir Kautelen schaffen können, um starke Schädigungen zu verhüten und dem Reichstage eine Mitwirkung zu verschaffen. In dem in der Kommission ausgearbeiteten Entwurf finden Sie einen Fünfzehnerausschuß des Reichstages, der dem Reichstage ein Mitbestimmungsrecht geben, aber in die Verwaltung nicht eingreifen soll. Wir gingen dabei von der Voraussetzung aus, daß der dem Kriegsernährungsamt beigegebene parlamentarische Beirat nicht immer Befriedigung ausgelöst hat. Hier ist es anders. In bezug auf die Aufhebung des Gesetzes wollten wir eine bestimmte Frist nicht festlegen, darum haben wir die drei Monate gewählt. Zum Hilfsdienst muß jeder zugezogen werden, wenn das Gesetz nicht verbitternd wirken soll. Die wirtschaftliche, friedliche Arbeiterbewegung sollte mit ihren Wünschen auf völlige Gleichberechtigung mit den übrigen, insbesondere mit den christlichen Arbeiterorganisationen tunlichste Beachtung finden. In den Beiräten wünscht man die Vertretung auch von Angestellten, sowie die Benutzung der sehr gut ausgebauten Stellennachweise der Privatbeamten; ebenso schließe ich mich den Wünschen des Abg. Spahn hinsichtlich der Handwerksvertretungen an. Die Wichtigkeit der Erhaltung der Arbeitskräfte für die schwerarbeitende Landwirtschaft kann gar nicht genug betont werden; von Monat zu Monat wird es schwieriger, auch nur die allernotwendigsten Arbeitskräfte zu erlangen und zu erhalten. Daß der Pressedienst im Redaktions- wie im technischen Personal unter den § 2 des Gesetzes fallen soll, können wir nur billigen. Den vielfachen Bedenken der Arbeiterschaft und ihrem Verlangen nach gesetzlichen Kautelen hat der von der Kommission vereinbarte Gegenentwurf soweit tunlich entgegenzukommen versucht; manche dieser Beschlüsse haben freilich im Kreise meiner politischen Freunde Anstoß erregt. Aber es ist die Auffassung durchgedrungen, daß bei so tiefen Eingriffen in die persönliche Freiheit auch weitgehende Kautelen gegeben werden müssen. So ist die Anerkennung der Berufsvereine ausgesprochen. Mögen also auch gegen Einzelbestimmungen bei diesem oder jenem von uns Bedenken vorhanden sein, so wird daran das Gesetz nicht scheitern. Das Gesetz ist nicht der Ausdruck dessen, daß wir am Ende unserer Kraft angelangt sind, sondern wir wollen damit aussprechen, daß wir willens sind, ungenützte Kräfte in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, es soll der Ausdruck unseres festen Willens sein, den Krieg siegreich zu beendigen. . . . .

Abg. von Payer (fortschr. Volksp.): Die übliche Art der Erledigung eines Gesetzes konnte hier nicht angewendet werden, wir hätten denn Monate dazu gebraucht, und der Zweck des Gesetzes wäre vollständig vereitelt gewesen. Es blieb nur übrig, dem Vorgang vom 4. August 1914 zu folgen, wo wir dem Bundesrat eine Blankovollmacht zu gesetzgeberischen Arbeiten aufgelegt haben. Damals, in der Eile, hat niemand daran gedacht, die Rechte des Reichstags zu wahren, man hat sie mit Bewußtsein dem Bundesrat abgetreten, wohl auch in der Annahme, daß der Krieg nicht jahrelang dauern würde. Heute handelt es sich um eine viel weitergehende Vollmacht; damals war es nur eine wirtschaftliche Vollmacht, die verlangt wurde, heute soll auch die persönliche Freiheit vieler Millionen unter den Militärbefehl gestellt werden. Dabei konnten wir den Reichstag nicht in dem Maße wie damals ausschalten; seine Rechte wie die Rechte des einzelnen, der unter das Gesetz fällt, mußten gewahrt, und es mußte ein Rechtsschutz gewährt werden. Von diesen Gesichtspunkten aus haben wir uns an der Beratung beteiligt. Wenn der Bundesrat allein ohne den Reichstag wichtige Materien regeln soll, dann bleibt nichts übrig als der Weg, ein Ersatzorgan für den Reichstag zu schaffen. Dieses Ersatzorgan ist in Aussicht genommen in der Form des fünfzehngliedrigen Ausschusses. Er wird dem Reichstag verantwortlich sein und nur in seinem Auftrage und nach seinem Willen handeln müssen. Als Rechtsschutz mußte in das Gesetz hineingearbeitet werden, was möglich war. Gewisse Härten und Ungleichheiten waren nicht zu vermeiden, sie müssen aber getragen werden mit Rücksicht auf die Opfer, die unsere Krieger im Felde für uns bringen. Einverstanden sind wir damit, daß die Erfüllung der Aufgaben des Gesetzes zunächst, soweit irgend möglich, auf dem Wege der Freiwilligkeit erfolgt. Es wird an Freiwilligen nicht fehlen. Die Frauen sollten ohne dringende Not nicht unter den gesetzlichen Zwang gestellt werden. Man sollte ihnen die Beunruhigung sparen. Was die Entschädigung betrifft,

so ist ein Ausgleich notwendig, insofern der Nutzen, der einem Betriebe dadurch erwächst, daß ein anderer stillgelegt wird, zur Entschädigung des stillgelegten Betriebs verwandt wird. Opfer bringen müssen eben alle. Die Regierung hat auch uns Opfer gebracht, wir können das mit Stolz und Dankbarkeit sagen. Wir alle bringen Opfer zum Besten des Vaterlandes. Wir werden damit etwas leisten, was noch nie ein Volk auf der Welt geleistet hat. Diese Opfer werden nicht vergeblich sein.

Abg. Graf von Westarp (dkons.): Das Gesetz, vor dessen baldiger Verabschiedung wir stehen, ist entsprungen der Initiative des Höchsten Kriegsherrn, der die Einbringung dieses Gesetzes empfohlen hat, und der Heeresleitung. Von der Unbeugsamkeit und Hartnäckigkeit des Feindes, uns das Rückgrat zu brechen, haben wir uns im Sommer überzeugt. Deshalb ist die Anspannung der ganzen Leistungsfähigkeit unseres Volkes notwendig. Das haben unsere Heerführer erkannt. Das dankt ihnen das Volk. Der Geist der Augustlage von 1914 ist auch heute noch lebendig, doch heute ist das Bewußtsein allgemein, daß keiner das Recht hat, sich seine Beschäftigung auszusuchen, die nicht dem Vaterlande dient. Zu dem Chef des neuen Kriegsamtes haben wir nach seiner ganzen Vergangenheit das Vertrauen, daß er seine Aufgabe mit Umsicht und Energie lösen wird. Das Gesetz stellt sich auf den Boden der Freiwilligkeit; aber ohne Zwang wird es nicht abgehen. Das Gesetz ist ein Korrelat zu der allgemeinen Wehrpflicht. Ohne Opfer an Geld und Gut, ohne Opfer an Einschränkung der persönlichen Handlungsfreiheit wird es nicht abgehen. Rechtsgarantien gegen Willkür und Ausbeutung zu schaffen sind wir ja gewohnt. Auch in diesem Gesetz und in den Anträgen ist dieser Versuch gemacht worden, aber etwas Vollkommenes läßt sich hier nicht schaffen. In dem Vordergrund steht der Zweck des Gesetzes. Wo der Zweck des Gesetzes es fordert, dürfen wir vor Opfern und der persönlichen Freiheit nicht zurückschrecken. Nach unserer Auffassung entspricht die Vorlage den Gesichtspunkten, die hier in Betracht gezogen werden sollten. Auch der Gesichtspunkt der Rechtssicherheit und der Fürsorge ist nicht außer acht gelassen. Es sind uns Richtlinien vorgelegt worden, die diese Rechtsgarantien in Aussicht stellen, und die morgen zu beratenden Anträge werden zeigen, daß sich beides im wesentlichen deckt. So hätten wir im wesentlichen der unveränderten Vorlage zustimmen können. Soweit es sich um die kleineren Existenzen des Mittelstandes und der kleinen Betriebe handelt, besteht bei uns der Wunsch, daß mit möglichster Schonung vorgegangen wird, solange es irgend möglich, um diese Betriebe in ihrem Fortbestehen nicht zu hindern. Um in diese Kreise Beruhigung zu tragen, kann ausgesprochen werden, daß diese Auffassung auch der des Kriegsamtes durchaus entspricht. Die Landwirtschaft ist als notwendiger Kriegsbetrieb anerkannt worden, sie legt aber das größte Gewicht darauf, daß ihr die volle Sicherheit verbürgt wird, daß sie die Arbeitskräfte, die sie braucht, auch erhält oder behält, daß Sicherheit geboten wird auch für die Beschaffung von Facharbeitern, Beamten usw., wie sie in der Landwirtschaft gebraucht werden. Die Mehrheit des Hauses hat nun den Wunsch, weitergehend eine Reihe maßgebender Gesichtspunkte in das Gesetz selbst hineinzuarbeiten. Wir wollen uns davon durchaus nicht ausschließen, sondern wollen dabei mitarbeiten. Die Arbeiterausschüsse erscheinen uns durch die Notwendigkeiten dieses Gesetzes nicht so bedingt zu sein, daß es nötig wäre, sie gegen den Wunsch eines Teiles der Beteiligten bei dieser Gelegenheit einzufügen, und außerdem haben wir Bedenken gegen die Mitwirkung eines Reichsausschusses. Sollten wir mit unserer Auffassung in der zweiten Lesung nicht durchdringen, so würden wir durchaus keinen Anlaß entnehmen können, dem Zustandekommen des Gesetzes in der dritten Lesung Schwierigkeiten zu bereiten. Ich erwarte einen guten moralischen Einfluß von einer schnellen und entschlossenen Beschlußfassung des Reichstags auch für unser Volk in der Heimat. . . . .

Abg. Dr. Arendt (deutsche Fraktion): Namens der deutschen Fraktion habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir, wie auch immer die Einzelbeschlußfassung sich gestalten wird, und welche Bedenken über die Wirkung auch bei uns obwalten mögen, geschlossen und einstimmig für den Entwurf stimmen werden, wie er sich in der zweiten Lesung gestaltet hat. Wir halten es für eine kategorische vaterländische Pflicht, alles zu tun, um

uns den Sieg zu sichern. Deswegen begrüßen wir dieses Gesetz, es wird dem Feinde die Wahnvorstellung aus dem Kopfe bringen, daß er uns vernichten kann. Auch wir bedauern, daß Friedenshoffnungen erweckt werden bei unseren Feinden, daß ein Frieden möglich wäre, der auf der Zertrümmerung des deutschen Volkes beruhte. Englands Stunde hätte auch geschlagen, wenn wir vernichtet würden. Aber ich glaube mit dem Grafen Westarp, daß wir den Krieg bis zum siegreichen Ende führen werden. Diesem Zwecke wird das Gesetz dienen, das wir so schnell wie möglich verabschieden wollen.

Präsident des Kriegsamts Groener: Über die Notwendigkeit des Gesetzes brauche ich nichts zu sagen. Wer lesen kann und wer sehen kann, der liest es jeden Tag und sieht es jeden Tag. Unsere Industrie, die sich in geradezu glänzender Weise auf die Bedürfnisse des Krieges eingestellt hat, gibt uns die Zuversicht, daß wir die Zwecke, die wir mit dem Gesetz verfolgen, unter allen Umständen erreichen werden. Unsere Industrie steht in dem Konkurrenzkampf mit der Industrie der ganzen Welt. Was das heißen will, m. H., das weiß jeder; darüber ist kein Wort zu verlieren. Aber was tun unsere Feinde außer dem, daß sie Waffen und Munition in einer ungeahnten Weise fabrizieren unter Unterstützung der gesamten neutralen Welt? Sie hetzen auch noch die fremden Völker in den Krieg, wo sie irgendwie können. Wir haben es vor kurzem noch erlebt, daß sie durch den Eintritt Rumäniens in den Krieg uns wieder die letzte Kraft herausholen wollten, und daß sie gehofft haben, durch den Eintritt dieser neuen Menschenmassen den Sieg zu erringen. Was haben sie erreicht? Das Gegenteil, dank der glänzenden Leistungen unserer und unserer Verbündeten Truppen. Und so, m. H., soll es den Engländern und der ganzen Gesellschaft gehen.

Aber, m. H., wenn man das große Ziel erreichen will, muß man vorausschauen und muß vorausschauend arbeiten. Das soll mit diesem Gesetz gemacht werden. Über die Ziele des Gesetzes brauche ich mich nicht weiter auszusprechen. Es ist nicht geeignet, nun ganz plötzlich mittels dieses Gesetzes alle möglichen wunderbaren Maßnahmen in die Welt zu setzen, mit einem Schlage alles das zu schaffen, zu erreichen, was wir zum Ziele haben. Es bedarf einer langsamen wohlüberlegten organisatorischen Arbeit und einer organisatorischen Entwicklung der ganzen Sache. So liegt, m. H., nicht im Gesetz die Hauptbedeutung, nicht im Gesetz der Schwerpunkt, sondern in seiner Ausführung. Sie mögen in das Gesetz hineinschreiben, was Sie wollen, es kurz fassen, lapidar, wie wir es vorgeschlagen haben, Sie mögen den Mantel — es ist ja ein Mantelgesetz — mit allen möglichen Zieraten, mit Tressen, Kantillen und allen möglichen anderen Sachen versehen — es nützt Ihnen alles nichts, wenn wir das Gesetz nicht vernünftig ausführen. Denken Sie doch an die Verhandlungen im Reichshaushaltsausschuß, wo Sie mit der größten Überlegung und der größten Umsicht versucht haben, alles zu finden, was die nötige Sicherheit für den Arbeitgeber und Arbeitnehmer schafft, daß ein Rechtsverfahren eingehalten wird! Die Materie ist so außerordentlich schwierig — das wird jeder zugeben —, so außerordentlich vielseitig und so außerordentlich gefährlich, daß wir nichts erreichen, wenn nicht das Kriegsamt und alle die vielen, vielen Organisationen, die geschaffen werden müssen, vernünftig sind und vernünftig arbeiten.

Eine militärische Aushebung ist ja ganz ausgeschlossen; wir denken nicht daran, überhaupt nicht an ein derbes und gewaltsames Zugreifen. Wir brauchen zur Organisation — wie zu jeder Organisation — Freiwilligkeit. Die Herren müssen sich in den Dienst der Sache stellen; wenn man die Leute überhaupt mit dem Kanthaken herauholen soll, ist nichts zu machen; die Leute müssen vom ersten bis zum letzten freiwillig kommen.

Selbstverständlich gehört in allererster Linie, wenn man die Produktion steigern will, dazu die freiwillige Mitarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; es gehört dazu der Unternehmergeist der Arbeitgeber und die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter. Der Zwang steht als ultima ratio dahinter, oder wie Sie es nennen wollen; ich werde später noch ausführen, wie ich mir den Zwang denke.

Für die Ausführung durch das Kriegsamt muß nun die Organisation geschaffen werden. Das ist das Allerwichtigste. Das Kriegsamt hat alle möglichen Aufgaben: es

hat für den Heeresersatz zu sorgen — dazu haben wir unsere militärische Organisation —, es hat für das innige Zusammenarbeiten mit der Industrie eine Organisation zu schaffen, die alle Industrien im ganzen Deutschen Reich mit einem weiten Netz umspannt. Nun kommt die Mobilisierung der Arbeitskräfte und alles, was damit zusammenhängt. Dazu brauchen wir eine Organisation, und diese soll das Gesetz uns geben.

Ich möchte auf einige wenige allgemeine Gesichtspunkte eingehen, um Ihnen ein Bild zu geben, wie ich mir die Tätigkeit denke. Es ist so viel geschrieben worden von der Stillegung von Betrieben. Die Leute fürchten nun, es würde der Befehl kommen: vom 1. Dezember ab machst du deine Bude zu und du deine Bude zu. Das sind alles Phantastereien, das ist vollkommen unmöglich. Ich denke mir dieses Herausziehen der Arbeitskräfte aus den Betrieben so, daß die Betriebe selbst zu uns kommen, sich uns auf Grund freiwilliger Vereinbarung und Verständigung anbieten und zweckmäßige Vorschläge machen. Diese Vorschläge wollen wir genau prüfen und dann die Entscheidung treffen. Auf Grund dieser Entscheidungen gehen die Richtlinien und Anhaltspunkte an unsere Organisationen draußen ins Land hinaus. Damit dort vernünftige Arbeit geleistet wird, müssen auch in diesen Kriegsamtstellen und in diesen Ausschüssen, die draußen zu errichten sind, Leute sitzen, die etwas von der Sache verstehen, die auch wissen, wie wir es meinen, nicht Leute, die sich nicht in unsere Gedanken hineinleben können. Selbstverständlich muß die einzelne Existenz, insbesondere bei dem Mittelstand und den kleinen Betrieben, geschont werden. Wir dürfen nicht mit rauher, unerbittlicher Hand dazwischen fahren, um Existenzen zu vernichten; das ist ja nicht der Zweck des Gesetzes. Auch das Verpflanzen der Arbeiter kann nicht so erfolgen, daß morgen ein Befehl hinausgeht: von Pirmasens gehen soundsoviel Schuster dahin und von Plauen soundsoviel Textilarbeiter dahin. Auch das Verpflanzen kann nur als ultimo ratio in Betracht kommen. Wir werden in erster Linie bestrebt sein müssen, die Arbeit zu den Arbeitern hinzubringen. Das ist zu allermeist eine Maschinenfrage. Gelingt es, die nötigen Werkzeugmaschinen zu schaffen, so können wir das, gelingt das unserer Werkzeugmaschinenindustrie nicht, so müssen wir andere Maßregeln ergreifen, und dann kommt auch das Verpflanzen von Arbeitern in Frage. Dabei spielt die Wohnungsfrage eine besondere Rolle, die Fürsorge für Kinder und andere Wohlfahrtseinrichtungen. Das sind alles Aufgaben, die das Kriegsamt lösen muß in Verbindung mit der allgemeinen Aufgabe, die Industrie mit den nötigen Arbeitskräften zu versehen. Auch das Herausziehen der Hilfsdienstpflichtigen muß erfolgen auf Grund freiwilliger Meldungen, und wir denken wirklich nicht daran, nun einen Künstler aus einem Theater herauszuziehen und irgendwo in einen Betrieb hineinzusetzen, wo er höchstens zur Unterhaltung der Arbeiter dienen kann, wo er aber nicht in der Lage ist, eine Granate zu drehen, oder auch irgendein gelehrtes Haus, das aber furchtbar unpraktisch ist, irgend wohin zu stecken, wo es mit seinen unpraktischen Händen nur schaden kann. Wir beabsichtigen auch nicht eine Registrierung der Hilfsdienstpflichtigen ähnlich wie bei der Aushebung; wir sehen keine Einschreibungen vor. Dazu wären ja viel zu viel Kräfte nötig. Wir würden uns ja eine unendliche Arbeit aufladen. Wenn wir später einmal, nach vielen Monaten, wenn sich die Sache erst eingelebt und weiter entwickelt hat, zu einem derartigen Verfahren kommen werden, so ist das etwas ganz anderes. Von vornherein werden wir aber nicht einfach sagen: Hier sind soundsoviele Hilfsdienstpflichtige, — her damit! — wir stecken dich in irgendeinen Beruf hinein, gleichviel, ob du willst oder nicht!

Eine besondere Aufgabe im Rahmen des Gesetzes wird es sein, wie auch im Laufe der Debatte schon erwähnt ist, Wehrpflichtige freizumachen für ihren eigentlichen Beruf und an Stellen, wo Hilfsdienstpflichtige dasselbe leisten können, Wehrpflichtige aus den Betrieben herauszunehmen und nach vorn zu schicken. Aber da muß ich sofort eine Einschränkung machen: ohne Facharbeiter können wir die ganze Aufgabe nicht lösen.

Nun, m. H., es sind ganz gewaltige Eingriffe in die Volkswirtschaft, die hier eintreten sollen, und mancher scheut davor zurück; denn was es uns ermöglicht hat, den Krieg bisher so glänzend durchzuführen, das ist unsere durch und durch gesunde Volks-

wirtschaft, und diese zu stören und zu schwächen wäre ja geradezu Torheit. Also bei dem ganzen Verfahren muß doch als Ziel vor Augen schweben und muß dauernd beachtet werden das Bestreben, die Volkswirtschaft, die Kriegswirtschaft zu stärken und nicht zu schwächen.

Daß dabei der eine oder der andere Zweig allerdings notleiden wird und Opfer bringen muß, das liegt in der Natur der Dinge; aber insgesamt muß unsere Volkswirtschaft im Kriege gestärkt werden. Wir wissen ja gar nicht, was die Zukunft bringen wird, welche neuen Aufgaben an uns herantreten, welche neuen Schändlichkeiten unsere Feinde ersinnen werden, um uns zu schaden. M. H., deswegen muß die Sache ganz groß angefaßt werden, weil man ja gar nicht weiß, was noch kommt.

Wenn ich die Gesamtwirkung unseres Gesetzes zusammenfasse, m. H., so handelt es sich erstens darum, die materiellen Kräfte zu stärken, vor allem Waffen, Munition, Heeresersatz herbeizuschaffen, und zweitens darum, die moralischen Kräfte zu stärken, die Willenskraft des Volkes zu stärken, und darin — das geht mir aus vielen Zuschriften hervor, die ich aus dem Felde erhalten habe — sehe ich eine ganz besondere Wirkung auch auf das Heer. Das Heer, das draußen kämpft, das Gut und Blut und Leben einsetzt, muß wissen, daß es in der Heimat ein Volk hinter sich stehen hat, das einmütig eintritt, ebenso wie vorn unsere Kämpfer mit Leib und Leben, so in der Heimat mit der Arbeitskraft, zur Erreichung des einen Zieles: zur Erringung des Sieges. So muß das ganze Volk ein Heer darstellen, im harmonischen Verein der Kräfte, wobei keiner widerstreben darf, weder der Mann am Schraubstock und an der Drehbank, noch der Bauer hinter dem Pfluge; keiner darf widerstreben, alle müssen sie mitmachen!

Und was das Gesetz will, m. H.? Die allgemeine Arbeitsgemeinschaft ohne politischen Anstrich!

Nun, m. H., unsere Feldgrauen draußen im Felde stärken jeden Tag ihren Mut im Kampfe in einer Weise, die die Seelenstärke unserer Feldgrauen geradezu bewundern läßt. Diesem Heldenmut gegenüber sollte in der Heimat nicht das bißchen Entschlossenheit gegenüberstehen, das wir von Ihnen verlangen? Es würde ein Verzweifeln an unserem Volke sein, m. H. Eine unbeugsame Entschlossenheit in unserer Heimat zur Arbeit im Dienste des Vaterlandes, das will das Gesetz, und das müssen wir erreichen. Das Gesetz soll das lebendige Gewissen werden von uns allen, von dem Kriegsamt in erster Linie natürlich, aber von dem ganzen deutschen Volke. Nicht ein Zwangsgesetz ist es. Wir machen keine Zwangsarbeit jetzt im Kriege. Es geht um die höchsten Güter unseres Volkes. Also weg mit diesem Begriffe, mit diesem Ausdruck von dem Zwange! Das Gesetz will die höchste Freiheit im höchsten Sinne, im sittlichen Sinne. Es muß jedem einzelnen Deutschen in Kopf und Herz hineingehämmert werden, daß er seinen eigenen Willen unter den Willen des Vaterlandes unterzuordnen hat, und wenn wir das mit diesem Gesetz erreichen, dann haben wir eine Gewähr dafür, daß Deutschlands Zukunft gesichert ist, eine Zukunft, die beruht auf Freiheit, auf Wohlfahrt und auf Gesittung. Es ist also ein sittliches Gesetz und nicht ein Zwangsgesetz. Aus diesem Saale, m. H., muß nun der Geist hinausziehen in die weiten deutschen Lande, der jeden einzelnen Deutschen erfüllen muß, der uns im Kriegsamt in allererster Linie erfüllen muß. Sorgen Sie, daß der richtige Geist hinauszieht! Dann machen Sie mir die Arbeit leicht, m. H.

Abg. Vogtherr (soz. Arbeitsgem.): . . . Wir glauben im Gegensatz zum Grafen Westarp an einen Frieden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt; aber gerade deshalb kommen wir zur Ablehnung des Gesetzes. Die jetzige Situation ist für den Reichstag nicht gerade eine Schmeichelei. Wenn auch im Hauptausschuß keine formellen Abstimmungen stattgefunden haben, so ist doch der Reichstag jetzt vor eine vollendete Tatsache gestellt; es mögen hier Beschlüsse gefaßt werden, für die die Beratung nichts ist als eine äußere Dekoration, der Geschäftsordnung entsprechend. Die heutige Debatte hat sich um einen Gesetzentwurf gedreht, der eigentlich noch gar nicht existiert, um einen ganz anderen, als den, der auf der Tagesordnung steht. Auf die Bürgerlichen haben die zahlreichen Einrichtungen und Einschränkungen der Vorlage nur wenig Eindruck gemacht,

desto mehr und desto härter werden die Arbeiter davon betroffen. Die Umschreibung dessen, was als „Hilfsdienstpflicht" gelten soll, öffnet der Willkür Tür und Tor. Keine Sicherheit besteht gegen gesundheitsgefährliche Bemessung der Arbeitszeit. Hunderttausende von Arbeitern arbeiten nicht nur, sie hungern für das Vaterland. Wer bezahlen kann, hat Fleisch, Fett, Wild, Geflügel, Delikatessen, und die Besitzlosen haben nicht einmal Kartoffeln zu essen. Das weiß das Ausland. Wir vertreten das Recht auf Arbeit. Zur Auffüllung der Fabriken zieht man gelernte Arbeiter aus den besetzten Gebieten und von der Front als Lohndrücker heran. Das Gesetz kann zu politischer Beeinflussung und Korruption mißbraucht werden. Schon jetzt wird die unbequeme Schutzhaft durch Einreihung in einen Schützengraben ersetzt, wie es noch neuerdings gegen einen Arbeiter geschehen ist, der meiner Richtung angehört und sich durch seine Gesinnung bei dem Unternehmer mißliebig gemacht hat. Die Privatindustrie soll ihre Riesengewinne weiter einheimsen, und es soll ihr nur ein Bruchteil in Form der Steuer abgenommen werden. Man sollte vielmehr die Betriebe unter staatliche Aufsicht nehmen und auf Rechnung des Reiches betreiben. Was man uns vorwirft, das tun Sie selbst, indem Sie die Arbeiter kasernieren. Wir lehnen dieses Gesetz ab, und die Arbeiter würden es ziemlich einmütig tun, wenn sie sich nur dazu frei äußern könnten.

Sitzung vom 30. November 1916.

Unter dem Namen des Abg. Dr. Spahn ist der von dem Hauptausschuß vereinbarte erweiterte Entwurf eingebracht.

Der § 1 lautet in beiden Entw. übereinstimmend:

„Jeder männliche Deutsche vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre ist, soweit er nicht zum Dienst in der bewaffneten Macht einberufen ist, zum vaterländischen Hilfsdienste während des Krieges verpflichtet."

Abg. Bauer (Soz.): Meine Partei behält sich ihre endgültige Stellung zum Gesetz bis zur dritten Lesung vor. Mit dem Grundgedanken des § 1 können wir uns einverstanden erklären. Das Gesetz ist nicht, wie von anderer Seite behauptet wird, ein Gesetz der Unfreiheit und des Zwanges. Es führt einen organisierten Rechtsschutz für die Arbeiter herbei, sichert ihnen eine ausreichende Vertretung. Das Streben, vorwärts zu kommen, wird den Arbeitern nicht unterbunden. In erster Linie müssen die Tarifverträge überall beachtet und durchgeführt werden. Wenn das Kriegsamt dies zusichert, so wird das beruhigend wirken.

Abg. Gothein (fortschr. Volksp.): Die Beratung geht unter außerordentlichen Verhältnissen vor sich. Wir haben noch gar keine Zeit gehabt, den neuen Entwurf zu lesen. Es wird eine Pflicht der Selbstbeschränkung sein, möglichst festzuhalten, was nach mühseligen Beratungen in dem Ausschuß zustande gekommen ist. Wir meinen, es wird zweckmäßig sein, die weitere Sicherung den Ausführungsbestimmungen zu überlassen, an denen der 15er-Ausschuß mitzuwirken haben wird. Notwendig ist ein Schutz der Betriebe, denen die Arbeitskräfte entzogen werden. Es muß zuerst mit den Betrieben oder Verbänden verhandelt werden, wieweit es nötig ist, ihnen Arbeitskräfte zu entziehen. Der Weg der Freiwilligkeit ist zunächst ins Auge zu fassen, wenn auch ohne Zwang nicht auszukommen sein wird. Der Zwang könnte ja angedroht werden. Jetzt wird die Möglichkeit sein, auf dem Wege freiwilliger Verständigung zu einer Stillegung mancher Werke zu kommen. Die übrigbleibenden Werke werden dann eine konzentrierte Tätigkeit zu entfalten haben. Dadurch werden große Ersparnisse auch in bezug auf die Eisenbahnbeförderung gemacht werden. Die stillgelegten Betriebe würden eine Entschädigung von dem Zwangssyndikat erhalten können. Im übrigen kann es nicht die Aufgabe dieses Gesetzes sein, alle Schäden einzelner Betriebszweige von Reichs wegen auszugleichen. Bei der Entscheidung über die Einziehung von Arbeitern müssen die Handelskammern usw. gutachtlich gehört werden. Wir werden Ihnen dies in Form einer Resolution vorschlagen. Auch die Gemeinden müssen gehört werden, wenn nicht unberechenbarer Schaden entstehen soll. Es ist in dem Ausschuß angeregt worden, ob es nicht angebracht wäre, eine Entschädigung für die Still-

legung zu gewähren. Die Möglichkeit, diese Schäden auszugleichen, ist aber nicht vorhanden. Wollte man jetzt die stillgelegten Betriebe entschädigen, so würden dies auch diejenigen Personen fordern, die infolge der Einziehung zum Heeresdienst geschädigt worden sind. Während des Krieges müssen wir es ablehnen, eine Pflicht zur Entschädigung zu konstruieren, denn das führt zu unübersehbaren Konsequenzen. Aber einzelne Härten müssen gemildert werden. Allerdings werden die Vorteile einzelner Betriebe durch die Aufträge der Heeresverwaltung und die Beschaffung von Arbeitskräften zum Nachteil anderer erreicht. Deshalb müssen wir die auf Grund dieses Gesetzes erzielten Gewinne für das Reich nutzbar machen, und zwar indem wir sie durch eine Kriegssteuer kräftig anfassen. Vor allem müssen wir die Leistungsfähigkeit der Betriebe anspornen, damit unser Heer vollkommen ausgerüstet wird. Nach dem Kriege wollen wir die geschädigten Betriebe wieder zur Blüte bringen. Wir hoffen, daß dieses Gesetz zum Segen des Vaterlandes und nicht zur Schädigung der gewerblichen und arbeitenden Bevölkerung ausschlägt.

Präsident des Kriegsamts Groener: Auf die Anfrage des Herrn Abg. Bauer habe ich zu erwidern, daß das Kriegsamt darauf hinwirken wird, daß Tarifverträge, wo solche bestehen, von beiden Seiten eingehalten werden.

Zu der Frage der Reklamierten habe ich zu erklären:

Der für die Kriegsindustrie Reklamierte wird grundsätzlich entlassen, damit scheidet er während seiner Zurückstellung aus dem Dienst in der bewaffneten Macht aus und unterliegt den Bestimmungen für den vaterländischen Hilfsdienst. Es ist demnach nicht angängig, aus einem Arbeitswechsel seitens des Reklamierten oder aus einer anderen Streitigkeit über das Arbeitsverhältnis die Veranlassung zur Einziehung zum Waffendienst zu finden.

Solche Streitigkeiten müssen beim Reklamierten ebenso wie bei jedem anderen Arbeiter auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens beseitigt werden. Der Reklamierte erhält also seinen Ablehrschein, sucht sich schleunigst neue Arbeit in seinem Fach, oder wird durch den Schlichtungsausschuß einem Betriebe überwiesen. Entzieht er sich nach dem Urteil dieses Ausschusses böswillig der Arbeit, für die er zurückgestellt ist, so entfällt selbstverständlich die Ursache für seine Reklamation, er wird wieder zum Dienst in der bewaffneten Macht eingezogen. Der Arbeitgeber hat darauf keinerlei Einfluß.

Im übrigen darf selbstverständlich die Einziehung zum Waffendienst lediglich aus militärischen Gründen erfolgen. Die militärische An- und Abmeldung des Reklamierten beim Arbeitswechsel ist den militärischen Bestimmungen entsprechend notwendig, damit die Kontrolle über den Aufenthalt der Wehrpflichtigen nicht verloren geht.

Selbstverständlich wird durch vorstehende Bestimmungen das Recht der Militärverwaltung nicht berührt, in den Betrieben überflüssige und ersetzbare Wehrpflichtige einzuziehen.

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Das vorliegende Gesetz bedeutet eine neue Umstellung unseres gesamten Wirtschaftslebens. Es wirkt einschneidend auf zwei Gruppen der deutschen Industrie und differenziert sie noch mehr als bisher. General Groener versichert uns, daß schonend vorgegangen wird. Die Worte allein würden das Vertrauen nicht rechtfertigen. Aber das Vertrauen der Industrie gilt der Persönlichkeit des Leiters des neuen Amtes, der den Eindruck erweckt hat, daß er von praktischen Gesichtspunkten ausgeht und vom deutschen Wirtschaftswesen so viel erhalten wird, als irgend möglich ist. Im Ausschuß wurde regierungsseitig darauf hingewiesen, daß man die Ausfuhrindustrie schon mit Rücksicht auf die deutsche Valuta schonen würde. Dieser Krieg hat seltsamerweise zum internationalen Tauschhandel geführt, die neutralen Staaten haben weit mehr Einfuhr und Ausfuhr als bisher, sie wollen gar nicht unser Gold, sondern die Hingabe von Waren; also nicht wegen der Valuta wünsche ich die Schonung unserer Ausfuhrindustrie, sondern deshalb, weil in der Ausfuhrtätigkeit Fäden, die auf lange Zeit völlig zerrissen werden können, gar nicht mehr angeknüpft werden können. Unter den größten Schwierigkeiten, die auch im Behörden-Organismus ihren Ursprung haben, haben wir die Warenausfuhr nach neutralen Ländern aufrecht erhalten. Die für die Ausfuhr arbeitenden Industrien gehören nach meiner Meinung mindestens volkswirtschaftlich zum vaterländischen Hilfsdienst. Mir scheint es, ebenso

wie dem Abg. Gothein, daß ein Ausgleich in den Industrien nur von genossenschaftlichen Zwangssyndikaten zu erwarten sein wird. Tief bedauerlich ist es, daß wir auf die Streckung der Arbeit, die seinerzeit das Gegebene war, verzichten müssen, um zur Intensität der Arbeit übergehen zu können. Die neue wirtschaftliche Umstellung wird einer großen Anzahl von Industrien immer mehr Blut entziehen. Wir werden dem Hause eine Resolution zur Annahme unterbreiten, die die Nutzbarmachung von stillgelegten Betrieben für die Munitionsindustrie fordert. Die Verpflanzung der Arbeiter in andere Gegenden und andere Industrien darf nur im äußersten Notfalle erfolgen. Das Kriegsamt sollte zu diesem Zwecke ganz Deutschland bereisen lassen und feststellen lassen, welche stillzulegenden Betriebe sich für die Umwandlung in Munitionsfabriken eignen. In bezug auf die Entschädigung hat heute der Abg. Gothein sich auch, wie gestern der Abg. von Payer, grundsätzlich gegen eine Entschädigungspflicht des Reiches ausgesprochen. Ich bedaure das. Nachdem das Reich heute die staatliche Monopolstellung der Rüstungsindustrie durch dieses Gesetz zu fundamentieren sich angeschickt hat, müssen wir auch über die Heranziehung der Gewinne dieser Industrie uns unterhalten, muß die Möglichkeit geschaffen werden, aus höheren Gewinnen Fonds zu bilden, die zur Ausgleichung von Härten verwendet werden.

Abg. Frhr. von Gamp-Massaunen (deutsche Fraktion): Zweifellos sprechen gewisse Billigkeitsgründe für den Standpunkt, den der Abg. Stresemann bezüglich der Entschädigung vertreten hat. Die Frauenorganisationen haben vielfach den Wunsch geäußert, zur vaterländischen Dienstpflicht zugezogen zu werden. Der Präsident des Kriegsamts hat zu dieser Frage nicht Stellung genommen, nur der Staatssekretär d. J. hat sich darüber ausgelassen und das Bedürfnis in Abrede gestellt. Seine Beweisgründe kann ich nicht als durchschlagend anerkennen, stehe vielmehr auf entgegengesetztem Standpunkte. Bleibt das Gesetz, wie es ist, so behielten die Frauen, die jetzt in der Industrie beschäftigt sind, das Recht, jederzeit die Arbeit niederzulegen; damit werden die Männer doch ganz erheblich schlechter gestellt. Daß die Frauenarbeit billiger ist, darf doch auch nicht übersehen werden. Jetzt sollte man auch die Zeit benutzen, die jugendlichen Arbeiter als Facharbeiter auszubilden; damit würde namentlich dem platten Lande ein großer Dienst geleistet. Von der Pflicht zum vaterländischen Hilfsdienst sollte man die Bürgermeister der kreisfreien Städte, auf denen die ganze Last der Stadtverwaltung liegt, befreien; sie müßten ebenso vom Arbeitsdienst in der Militärverwaltung befreit werden, wo man jetzt unter Umständen akademisch gebildete Männer zu den niedrigsten Dienstleistungen, wie Öfen heizen, Kartoffeln schälen usw., gebraucht.

Abg. Dittmann (soz. Arbeitsgem.): Den grundsätzlich ablehnenden Standpunkt meiner Freunde gegen dieses Arbeitszwangsgesetz hat gestern der Abg. Vogtherr dargelegt. Wir bringen jetzt zur zweiten Lesung eine Anzahl von Anträgen ein, um die Wirkung des Gesetzes tunlichst zu paralysieren, wenn wir auch schließlich das Ganze verwerfen werden. Zu § 1 fordern wir, daß der Hilfsdienst nur bis zum 45. Jahre ausgedehnt wird, analog der Kriegsdienstpflicht. Leute über 45 Jahre sind vielfach in Stellungen, in die sie sich erst langsam hineingearbeitet haben, in die sie im gegenwärtigen Alter niemals hineingekommen wären. Vor dem Kriege hat die rheinisch-westfälische Schwerindustrie Leute über 40 Jahre nur noch ausnahmsweise eingestellt, sehr oft auch ist ihre Arbeitsfähigkeit nur noch eine einseitige; es fehlt ihnen vielfach geistig wie körperlich die Frische und Elastizität, sich in völlig neue Verhältnisse einleben zu können.

Abg. Giesberts (Zentr.): Wir lehnen die soeben vorgeschlagene Beschränkung der Dienstpflicht auf das 45. Jahr ab. Das Gesetz greift tief in das Selbstbestimmungsrecht der Industrie und der Arbeiter ein, ebenso in die Interessensphäre der Lohnarbeiter. Deshalb müssen Garantien geschaffen werden gegen eine Ausbeutung der Arbeiter. Die Einführung der Arbeiterausschüsse, der Schiedsausschüsse, die Einführung des Fünfzehnerausschusses sollen ein Schutz dagegen sein, daß das Gesetz antisozial wirkt. Die Erklärung des Generals Groener über die Reklamierten begrüßen wir. In den Ausführungsbestimmungen wird auch die Versicherung der Dienstpflichtigen zu regeln sein. Bei der Lohnbemessung wird auf die Familienverhältnisse der Betreffenden Rücksicht zu nehmen und

eventuell eine Zulage aus disponiblen Fonds zu zahlen sein. Daß bei diesem tiefen Eingriff in das Wirtschaftsleben Härten entstehen, ist selbstverständlich; sie müssen getragen, aber auch möglichst gemildert werden. Zu diesem Zwecke müssen im Interesse des Mittelstandes bei der Stillegung die Handwerkskammern zugezogen werden. Das Gesetz wird eine starke Zentralisierung, eine Syndizierung, aber auch eine Monopolisierung der Rohstoffe herbeiführen. Man sollte dafür sorgen, daß den Handwerkern, die Arbeiten übernehmen, auch die nötigen Rohstoffe geliefert werden. Ebenso ist es notwendig, daß bei Schließung oder Zusammenlegung von Geschäften des Detailhandels vorher die zuständige Handelskammer bzw. deren Kleinhandelsausschuß zu hören ist. Erfreulich ist, daß vom Regierungstisch erklärt worden ist, daß die Stillegung möglichst auf dem Wege der Freiwilligkeit stattfinden soll. Die Entschädigungsfrage ist ja schwer zu lösen, sie darf aber von der Regierung nicht dilatorisch behandelt und auf die Kriegsgewinnsteuer abgeschoben werden.

Abg. Schiffer-Magdeburg (nl.): Die Erklärung des Generals Groener hat uns befriedigt. Es ist auch anzunehmen, daß die verbündeten Regierungen unserem Kompromißantrage zustimmen. Das Gesetz hat im Volke Begeisterung hervorgerufen, es hat seelisch erfrischend gewirkt. Auf der anderen Seite hat dessen Unklarheit in weiten Kreisen Beunruhigung hervorgerufen. Bei keinem Gesetz trifft wie bei diesem die Erfahrung zu, daß die Hauptsache die Ausführungsbestimmungen sind. Der materielle Stoff wird vorzugsweise in Verordnungen hineinzuarbeiten sein. Sehr viel wird auch ankommen auf die Auswahl der Personen, die das Gesetz auszuführen haben. Der Ton in manchen Kriegsgesellschaften läßt manches zu wünschen übrig. Das Publikum kann verlangen, daß es zuvorkommend behandelt und möglichst rasch abgefertigt wird. Auf die individuellen Verhältnisse, namentlich der östlichen Provinzen, ist besonders Rücksicht zu nehmen. Wenn dies in bezug auf die Landwirtschaft im § 2 geschehen ist, so soll das keine Bevorzugung eines bestimmten Standes bedeuten. Sehr wichtig ist auch die rechtliche Stellung der zum vaterländischen Hilfsdienst Einzuberufenden. Es ist zu erwägen, ob ihnen nicht ein ähnlicher Rechtsschutz zu gewähren ist, wie den zum Kriegsdienst Eingezogenen.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H.! Ich möchte auf verschiedene Punkte, die in der bisherigen Diskussion berührt worden sind, ganz kurz eingehen.

Zunächst muß ich an eine Bemerkung des Herrn Abg. Schiffer anknüpfen. Er hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, die Meinung ausgesprochen, daß die verbündeten Regierungen dem gemeinschaftlichen Antrage der Fraktionen, wie er jetzt vorliegt, bereits zugestimmt hätten. Das ist nicht der Fall und kann auch nicht der Fall sein. Ich kann die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu diesem Antrage, der ja erst heute vormittag verteilt worden ist, unmöglich bereits in der Tasche haben.

Im übrigen darf ich bei dieser Gelegenheit doch auf eines hinweisen. Ich habe in der Kommission wiederholt ausgeführt, daß in bezug auf Rechtsgarantien und Interessenschutz die verbündeten Regierungen von allem Anfang an bereit gewesen sind, die Konsequenzen zu ziehen, die sich aus den Eingriffen des Gesetzes in die persönliche Freiheit und in die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen ergeben. Die wichtigsten Punkte in dieser Beziehung sind erstens die Zuweisung zur Arbeit und zweitens die Erschwerung des Arbeitswechsels. Das sind die Punkte, in denen die Vorlage am stärksten eingreift. Für beide Fälle waren in den Richtlinien, die ja in diesem Antrage in dieses Gesetz hineingearbeitet sind, Beschwerdeinstanzen vorgesehen, die auch im wesentlichen so zusammengesetzt waren, wie es jetzt die Anträge hier in Vorschlag bringen. Aber ich muß doch darauf aufmerksam machen: die Anträge gehen über diese beiden Punkte recht erheblich hinaus, und zwar namentlich in folgendem:

erstens in der Einsetzung der Arbeiterausschüsse, die für sämtliche Betriebe obligatorisch gemacht werden sollen,

zweitens in der Einführung der Schiedsstellen.

Das sind die beiden Punkte, in denen die vorliegenden Anträge ganz wesentliche Modifikationen des bestehenden Zustandes einführen, Modifikationen, die bisher, namentlich auch in den interessierten Kreisen, stark umstritten waren, gegen die bisher starke Wider-

stände bestanden und auch heute noch bestehen. Sie werden also begreifen, daß auch die verbündeten Regierungen die Anträge, wie sie jetzt hier vorliegen, genau werden ansehen und prüfen müssen. Eine Zustimmung kann ich heute noch nicht vorlegen, ich kann aber für meine Person die Hoffnung aussprechen, daß es möglich sein wird, auf der Grundlage der vorliegenden Anträge zu einer Einigung zu kommen.

Nun zu den Bemerkungen des Herrn Abg. Dittmann zu § 1. Der Herr Abg. Dittmann hat hier vorgeschlagen, statt 60 Jahre 45 zu setzen. Es ist bereits gesagt worden, daß damit der ganze Zweck des Gesetzes vereitelt würde. Ich glaube, die Sache ist erledigt.

In der Frauenfrage kann ich dem Herrn Abg. Dittmann ausnahmsweise zustimmen, allerdings nicht in der Begründung. Die Gründe, die wir dafür haben, von einer Heranziehung der Frauen in die gesetzliche Pflicht abzusehen, habe ich gestern gegeben. Der Herr Abg. von Gamp, der leider nicht hier ist, hat geglaubt, in dieser Frage von dem Staatssekretär d. J. an den Chef des Kriegsamts appellieren zu sollen. Ich habe dafür nicht das rechte Verständnis. Es gibt nur eine einheitliche Reichsleitung, und was ich hier spreche, spreche ich namens der Reichsleitung.

Dann hat der Herr Abg. Schiffer den zweiten Absatz des § 2 des gemeinschaftlichen Antrages zur Sprache gebracht, der sich auf die Landwirtschaft bezieht. Der Herr Abg. Schiffer hat bemerkt, daß dieser Absatz auf den ersten Blick nicht ganz verständlich sei; es könne daraus eine Vorzugsstellung für einen bestimmten Erwerbszweig herausgelesen werden. M. H., von einer solchen Vorzugsstellung ist keine Rede. Es soll durch diesen Paragraphen lediglich den besonderen Verhältnissen der Landwirtschaft, die das größte Saisongewerbe ist, das wir haben, Rechnung getragen werden. Die Landwirtschaft braucht bekanntlich im Winter, in dem wir nahezu sind, erheblich weniger Arbeitskräfte als im Frühjahr und im Herbst. Wenn jetzt aus der Landwirtschaft die Arbeitskräfte, die augenblicklich ganz vorübergehend überflüssig sind, herausgeholt werden, dann sind sie nicht da, wenn die Frühjahrsarbeiten anfangen. Diesen Umständen soll Rechnung getragen werden durch die Bestimmung des Absatzes 2, damit nicht etwa auf Grund einer ganz vorübergehenden Übersetzung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Arbeitskräften eine große Schädigung hervorgerufen wird.

Verschiedene Herren haben die Frage der Zuziehung der Landwirtschaftskammern der Handels- und Gewerbekammern, der Handwerkerkammern und ebenso der Gemeindebehörden aufgeworfen bei der Entscheidung über die Frage, ob ein Betrieb als kriegsnotwendig anzusehen ist oder nicht. Ich habe schon gestern erklärt, daß die Heranziehung dieser Instanzen bei den zu treffenden Entscheidungen im weitesten Umfang beabsichtigt ist.

Der Herr Abg. Schiffer hat nun bei der Frage, wo etwa überflüssige Arbeitskräfte herausgeholt werden können, auch auf die Justizverwaltung hingewiesen. Die Ausführungen, die er gemacht hat, haben mich außerordentlich interessiert; das Haus kann überzeugt sein, daß wir die Frage, was hier geschehen kann, um etwa überflüssige Arbeitskräfte herauszuziehen, aufs genaueste prüfen werden. Ich halte die Anregungen für sehr dankenswert.

Dann ist die große Frage des Umschichtungsprozesses, den wir hier vornehmen müssen, von verschiedenen Herren sehr eingehend besprochen worden. Ich wiederhole noch einmal: es ist nicht beabsichtigt, mit diesem Gesetz etwa eine Guillotine, eine Hinrichtungsmaschine für Betriebe aufzustellen. Daran denkt niemand. Weder in den Richtlinien, die der Regierungsvorlage beigefügt sind, noch in dem Entw. und in dem gemeinschaftlichen Antrage steht an irgendeiner Stelle, daß irgendeine Instanz berechtigt sein soll, einen Betrieb ohne weiteres zum Tode zu verurteilen. Durch die vorgesehenen Ausschüsse soll nur ein Urteil darüber ausgesprochen werden, ob ein Betrieb für die Kriegführung und für die Volksversorgung notwendig ist oder nicht, und zwar mit der einzigen Rechtsfolge, ob aus ihm Arbeitskräfte für den vaterländischen Hilfsdienst herausgenommen werden dürfen oder nicht. Eine ganze Anzahl von Betrieben, die nicht für kriegsnotwendig erklärt werden, aus denen also Arbeitskräfte herausgenommen werden dürfen, werden trotzdem weiterbestehen können genau ebenso wie bisher, wo auf Grund der Wehrpflicht

doch aus zahlreichen Betrieben fortgesetzt Arbeitskräfte herausgenommen werden. Einzelne Industrien und Gewerbezweige werden ja ganz besonders getroffen werden. De facto wird es da zu Stillegungen, zu Zusammenlegungen und ähnlichen Maßnahmen in größerem Umfang als bisher kommen. Ich habe gestern schon gesagt, daß wir in diesem Punkte den Weg der freihändigen Vereinbarung mit den Interessenten, soweit irgendwie möglich, betreten wollen. Das Kriegsamt wird in der Lage sein, diese freihändige Verständigung in größtem Umfang herbeizuführen.

Sodann ist die andere wichtige Frage, die Frage der Entschädigung, erörtert worden. Wenn nun z. B. in der Textilindustrie Aufträge, die heute auf eine große Anzahl von Betrieben verteilt werden, im Einvernehmen mit den betreffenden Interessenten, die heute diese Aufträge haben und die zum Teil von diesen Aufträgen nicht leben und sterben können, an einen einzelnen Betrieb übertragen werden, so liegt doch nichts näher, als daß über die Frage, wer die Aufträge bekommen soll, und wie die anderen, die keine Aufträge bekommen, abgefunden werden sollen, eine freihändige Verständigung Platz greift. Das wird gewiß nicht überall möglich sein, namentlich nicht in den unteren Schichten der Wirtschaft, bei den kleinen Gewerbetreibenden und Handwerkern. Aber da können Sie sich an das halten, was gestern der Herr General Groener und ich ausgeführt haben, daß nicht beabsichtigt ist, alles auf den Kopf zu stellen. Das Kriegsamt wird den einzelnen Fall ansehen und da, wo der Schaden, der durch die Stillegung oder Herausholung verursacht wird, den Vorteil überwiegt, auf die Arbeitskraft lieber verzichten. Wir wollen uns ja die großen Reservoire für die Arbeitskräfte erschließen und wollen uns nicht mehr als irgend nötig an die kleinen Existenzen halten.

Bezüglich der Entschädigungsfrage möchte ich auch hier die Bitte aussprechen, wie ich das in der Kommission schon getan habe, die Entschädigungsfrage mit großer Vorsicht zu behandeln. Ich verstehe durchaus den Gedanken, daß es billig erscheint, einen Ausgleich zu suchen dafür, daß durch dieses Gesetz auf der einen Seite durch die Entziehung von Arbeitskräften Betriebe geschädigt werden und auf der anderen Seite durch die Zuführung dieser selben Arbeitskräfte andere Betriebe einen Vorteil haben. Aber, m. H., wir sollten uns hüten, im Bestreben nach diesem Ausgleich, im Streben nach dieser Gerechtigkeit zur größten Ungerechtigkeit zu kommen. Ich verweise auf die Parallele, die hier besteht, zwischen der Wehrpflicht auf der einen Seite und der Hilfsdienstpflicht, die wir durch dieses Gesetz einführen, auf der anderen Seite. Durch die Wehrpflicht ist mancher aus seinem Berufe herausgerissen worden, mancher hat seinen Beruf aufgeben und einstellen müssen, und in sehr zahreichen Fällen hat der Konkurrent, der nicht wehrpflichtig ist, den Vorteil davon gehabt. Der Mann, der der Wehrpflicht unterliegt, steht draußen vor dem Feinde, setzt sein Leben aufs Spiel, hat vielleicht sein Leben verloren, so daß die Familie im Elend zurückgeblieben ist. Dieser Mann oder seine Familie ist schwer geschädigt, und gleichwohl besteht eine Entschädigungspflicht hier bis heute nicht.

Nehmen Sie nun diesen Mann und auf der anderen Seite jemand, der auf Grund des Gesetzes, das wir jetzt schaffen, aus seinem Beruf herausgeholt wird und genau dieselbe Schädigung erfährt wie der Wehrpflichtige, der aber nicht vor den Feind gestellt wird, sondern vielleicht in der Schreibstube sitzt, wo es nicht kalt ist wie im Schützengraben, sondern behaglich warm, der nicht einfach die Löhnung eines Soldaten bekommt, sondern ein anständiges Gehalt bezieht, — entspricht es da der Gerechtigkeit und Billigkeit, daß derjenige eine Entschädigung bekommt, der zwar nach dem Gesetz über die Hilfspflicht herangezogen wird, aber doch so viel besser dran ist als der andere, der durch das Gesetz über die Wehrpflicht herangezogen wird und in den Schützengraben kommt, ohne daß ihm ein Recht auf Entschädigung zusteht? Glauben Sie, daß man das im Volke verstehen würde? Ich halte das für ausgeschlossen. Ich glaube, in diesem Punkte werden wir sehr vorsichtig sein müssen. Die Sache muß genau durchdacht werden und kann jedenfalls, wie ich glaube, nicht im Rahmen dieses Gesetzes entschieden werden.

Ich sehe überhaupt die Möglichkeit eines Ausgleichs, die Möglichkeit, dem berechtigten Volksempfinden Rechnung zu tragen, mehr nach der anderen Seite hin. Es

hat seine große Berechtigung, was namentlich auch der Herr Abg. Dr. Stresemann heute ausgeführt hat: die Hypertrophie der Kriegsindustrie wird durch dieses Gesetz beschleunigt, und die Blutleere der anderen Industrien, die nicht für den Krieg arbeiten oder an Rohstoffmangel leiden, wird durch dieses Gesetz gleichfalls verschlimmert. Die Ungleichheit, die durch den Krieg in alle Verhältnisse hineingetragen worden ist, wird dadurch weiter verstärkt. Das ist bedauerlich, m. H., aber es ist das nicht eine Wirkung dieses Gesetzes, sondern das steht genau auf demselben Brett wie das ganze Gesetz hier selbst, auf dem Brett, daß die Armee Munition braucht. Es ist nicht die Rücksicht auf die Betriebe, die für den Krieg arbeiten, daß wir dieses Gesetz machen, sondern einfach die Rücksicht auf den Bedarf der Armee, und diese Rücksicht muß allem anderen vorangehen. Ungleichheiten, die daraus entstehen, müssen in Kauf genommen werden, und wir können uns höchstens überlegen, ob und wie wir da ausgleichen.

Ich habe bereits in der Kommission ausgeführt: die Frage, wie die besonderen Vorteile, die der Industrie etwa daraus erwachsen, daß ihr auf Grund dieses Gesetzes Arbeitskräfte zugewiesen werden, für die Allgemeinheit gesichert werden können, bedarf der allerernsthaftesten Prüfung. An sich sind ja verschiedene Wege denkbar. Es ist vorgeschlagen worden, daß nachträglich Preisänderungen von abgeschlossenen Verträgen Platz greifen sollen, auch daß weiterhin Lieferungsverträge vom Kriegsministerium abgeschlossen werden sollen mit dem Vorbehalt zugunsten des Staates, nachträglich auf Grund einer Prüfung durch einen Ausschuß oder eine sonstige Instanz einseitig diese Vertragspreise zu ändern. Das ist erstens ein sehr bedenkliches Prinzip. Ferner aber: wenn ich mit einem anderen einen Vertrag schließe und mir das Recht vorbehalte, den Vertrag einseitig abzuändern, dann glaube ich nicht, daß das für den anderen gerade einen besonders großen Antrieb gibt, solche Verträge zu schließen und auf Grund solcher Verträge zu arbeiten. Diesen besonderen Antrieb brauchen wir aber, wir brauchen die volle Kraft und den vollen guten Willen unserer Rüstungsindustrie.

Weiter hat dieses System den anderen Nachteil, daß die Gewinne, die möglicherweise da und dort auf Grund dieses Gesetzes erzielt werden können, oder die Mehrgewinne, die vielleicht daraus resultieren, gar nicht einseitig bei denjenigen Unternehmungen liegen, die Verträge mit dem Kriegsministerium oder mit dem Kriegsamt oder überhaupt mit dem Reich abschließen. An den Granaten und Kanonen allein werden keine Kriegsgewinne erzielt. Ich habe in der Kommission darauf aufmerksam gemacht, daß die Gewinne in anderen Industrien, in den Vorindustrien, möchte ich sagen, die Werkzeugmaschinen, Drehbänke und ähnliches herstellen, vielleicht bedeutend größer sind als die Gewinne, die direkt bei den staatlichen Lieferungen erzielt werden. Bei den letzteren hat das Kriegsministerium doch im Laufe des Krieges ohnehin schon sehr erheblich eingegriffen. Aber alle die Gewinne, die nicht aus Lieferungen an den Staat erzielt werden, lassen Sie frei, wenn Sie den Ausgleich lediglich darin suchen, daß die Verträge mit dem Staat und dem Reich entsprechend modifiziert werden sollen. Aus diesem Grunde heraus habe ich mich schon in der Kommission — es ist das meine persönliche Meinung, die Frage ist im Kreise der verbündeten Regierungen noch nicht weiter geprüft worden — dahin ausgesprochen, daß mir der richtige Ausgleich auf dem Gebiet der allgemeinen Besteuerung der Kriegsgewinne zu liegen scheint. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß man in England, wo das Munitionsgesetz eine Beschränkung der Gewinne für die Munitionsfabriken vorgesehen hat, einen Weg betreten hat, der ungefähr auf dasselbe hinauskommt. Wenn dort vorgeschrieben ist, daß die Gewinne nicht über ein gewisses Maß hinaus die Gewinne der Friedenszeit überschreiten dürfen, so liegt hier derselbe Grundgedanke vor, auf dem unsere Kriegsgewinnbesteuerung beruht. Daß auch hier die Schwierigkeiten sehr groß sind, will ich nur andeuten. Schwierigkeiten sind aber schließlich dazu da, um überwunden zu werden.

Präsident des Kriegsamts Groener: Ich stehe nicht an, hier zu erklären, daß unter den Begriff „behördliche Einrichtungen" insbesondere auch die gesamte Seelsorge fällt, daß also die gesamte Seelsorge im vaterländischen Hilfsdienst sich betätigt. Andererseits müssen aber auch andere Einrichtungen, die wir jetzt im Kriege getroffen haben, unter diesen

Begriff fallen. Ich erinnere nur an die kommunalen Einrichtungen für Ernährungszwecke, für die Verteilung der Lebensmittel. Auch sie sind behördliche Einrichtungen, die unter das Hilfsdienstgesetz fallen. Die Schule fällt auch darunter. Aber selbstverständlich muß man, wenn keine Schüler mehr da sind, den Lehrer wohl oder übel anders beschäftigen. Dafür werden wir ja auch eine ganze Menge von Stellen zur Verfügung haben.

Was die Volksversorgung anbelangt, so ist darunter nicht nur die materielle und leibliche Volksversorgung zu verstehen, sondern natürlich auch die geistige, die juristische oder wie Sie dies alles ausdrücken wollen. Die Presse fällt auch darunter, auch die Provinzialpresse, und zwar nicht nur die Tagespresse, sondern auch die religiöse Presse. — Gewiß, auch die Sonntagspresse und außerdem die Fachpresse. Wir werden die Fachpresse auch ganz besonders für unsere Spezialzwecke benutzen müssen.

Zu dieser Versorgung des Volkes mit allen möglichen Dingen rechne ich zum Beispiel auch die Rechtsanwälte, ohne dazu besonders auffordern zu wollen, jetzt im Kriege recht viele Prozesse anzustrengen. Die Rechtspflege kann aber nicht stillestehen. Also fallen auch die Rechtsanwälte darunter. Die Formel, die wir für § 2 gefunden haben, soll eben die Möglichkeit geben, umfassend diese Begriffe der Volksversorgung und der übrigen Dinge, die für den vaterländischen Hilfsdienst in Betracht kommen, auszulegen und dem Kriegsdienst eine gewisse Freiheit zu geben. — Wegen der technischen Hochschulen habe ich mich schon mit dem Herrn Minister für Unterrichtsangelegenheiten in Verbindung gesetzt. Wir haben in Aussicht genommen, daß die Dozenten in die Betriebe hinausgehen und sich dort praktisch betätigen. Das Kriegsamt braucht solche Leute. Ebenso wollen wir die Studenten in die Betriebe hineinbringen, und ich hoffe, daß wir uns mit dem Kultusministerium und auch den übrigen Bundesregierungen darüber verständigen, daß die Zeit, die die Studierenden draußen in ganz bestimmten Betrieben verbringen, in irgendeiner Weise auf das Studium zur Anrechnung kommt.

In ähnlicher Weise haben wir natürlich auch zu den Universitäten Stellung genommen. Auch das sind behördliche Einrichtungen. Wenn die Studenten sich uns aber anbieten, so nehmen wir sie mit besonderer Befriedigung, weil wir gerade für junge Leute in diesem Alter eine ganze Reihe von Verwendungsmöglichkeiten bei militärischen Behörden haben.

In der Abstimmung wird der Antrag der soz. Arbeitsgem., statt des 60. Jahres zu setzen das 45. Jahr, gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Mitglieder der soz. Fr. abgelehnt, § 1 in der vorliegenden Fassung gegen die Stimmen der soz. Arbeitsgem. angenommen.

Der § 2 lautet nach dem Antrage Spahn:

> Als im vaterländischen Hilfsdienst tätig gelten alle Personen, die bei Behörden, behördlichen Einrichtungen, in der Kriegsindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder der Volksversorgung unmittelbare oder mittelbare Bedeutung haben, beschäftigt sind, soweit die Zahl dieser Personen das Bedürfnis nicht übersteigt.
>
> Hilfsdienstpflichtige, die vor dem 1. August 1916 in einem land- und forstwirtschaftlichen Betriebe tätig waren, dürfen aus diesem Berufe nicht zum Zwecke der Überweisung in eine andere Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst herausgezogen werden.

Von den Abgg. Bernstein u. Gen. (soz. Arbeitsgem.) ist beantragt, auch den „Zeitungsbetrieb" in § 2 aufzuführen, sowie den zweiten Absatz zu streichen.

Abg. Giesberts (Zentr.) glaubt, daß u. a. auch die Krankenkassenverbände unter diesen Paragraphen fallen.

Abg. Bauer (Soz.) wünscht das gleiche für die Arbeitersekretariate.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: Ich will auf diese Frage gleich antworten. — Der Herr Abg. Bauer findet eine Unklarheit darin, daß es im § 2 heißt: Als im vaterländischen Hilfsdienst tätig gelten alle Personen, die bei Behörden, behördlichen Einrichtungen usw. tätig sind. — Er hat gefragt, ob damit das Gesetz in seiner Gesamtheit auf diese Per-

sonen Anwendung finde, also auch auf Frauen und Jugendliche. Das ist nicht der Fall. Im Gesetz ist nur im § 2 von diesen „Personen" die Rede, im übrigen von den „Hilfsdienstpflichtigen", und wo die Bestimmung des Gesetzes in Betracht kommt, die der Herr Abg. Bauer im Auge hat, steht überall, soweit ich es in der Schnelligkeit habe übersehen können, ausdrücklich „Hilfsdienstpflichtige", so daß also die Folgerungen, die der Herr Abg. Bauer befürchtet, nach meiner Ansicht nicht gezogen werden können. Bei der Beratung der einzelnen Paragraphen würde es sich empfehlen, darauf acht zu haben, ob das, was ich hier sage, auch in jedem einzelnen Falle zutrifft.

Was nun die Kriegsnotwendigkeit und die Anerkennung der Organisationen und ihrer Organe, der Krankenkassen, der Krankenkassenverbände, der Berufsorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer anlangt, so habe ich gestern bereits erklärt, daß die verbündeten Regierungen der Ansicht sind, daß diese Organe allerdings für die Volksversorgung und für die Kriegführung bedeutungsvoll sind. Wir haben das ja bezüglich der Arbeiterorganisationen, die Herrn Abg. Bauer besonders interessieren, durch die stetige Fühlung mit ihnen, die wir bisher genommen und gehalten haben, ausdrücklich anerkannt, und diese Anerkennung wird auch in Zukunft aufrechterhalten werden.

Abg. Bassermann (nl.): Wir sind dankbar für die aufklärenden Bemerkungen, die der Generalleutnant Groener über die Tragweite des § 2 gegeben hat. Wir nehmen an, daß unter der „Presse" auch das technische Personal verstanden wird. Das gleiche gilt von den Bemerkungen über die Rechtsanwälte. Die Erklärung über die Krankenkassenvorstände bitten wir noch zu ergänzen durch eine entsprechende Ausführung über die Banken und die Versicherungsgesellschaften. Eine Zwangspflicht für Frauen und für die weibliche Jugend kann in diesem Stadium jedenfalls nicht in Frage kommen; wenn der Gedanke aus der Not der Zeit heraus an uns herantreten sollte, wird er noch näher geprüft werden müssen. Gegen die Heranziehung der sich freiwillig Meldenden kann natürlich nichts eingewendet werden; jedenfalls sollte man weibliche Personen, die sich zur Verfügung stellen, nicht abweisen.

Präsident des Kriegsamts Groener: Banken und Versicherungsanstalten fallen unter den vaterländischen Hilfsdienst. Weibliche Personen, insbesondere auch Studentinnen, wenn sie sich uns anbieten und geeignet erscheinen, sollen uns willkommen sein.

Abg. Schiele (dkons.): Auf den Abs. 2 muß die Landwirtschaft den höchsten Wert legen. Die Produktion der Landwirtschaft ist heute mindestens so wichtig, wie die in den Industrien. Die Landwirtschaft muß vor allem mit Facharbeitern unterstützt werden. Um 10 bis 20 Prozent sind wir mit der Herbstbestellung zurückgeblieben, das muß im Frühjahr nachgeholt werden, mit Menschen und Pferden. Den Gedanken, daß uns im Winter Leute weggenommen werden könnten, müssen wir ablehnen. Es müssen auch Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, damit die Landwirtschaft den erforderlichen Stickstoff für Düngerzwecke im Frühjahr erhalten kann, sonst wäre ein Rückschlag in dem Ernteergebnis von vielleicht 25 Prozent die Folge. Wenn wir Milch und Butter produzieren sollen, müssen wir die geeigneten Kräfte in den Stall bekommen, die das Vieh pflegen. Für die Landwirtschaft überwiegt bei den Frauen nicht das Angebot, sondern die Nachfrage.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: Ich wollte nur wegen des Stickstoffs auf die Anfrage des Herrn Vorredners mitteilen: In bezug auf die Erhöhung der Stickstoffproduktion geschieht alles, was geschehen kann. Sie wissen ja, was im Kriege bereits geleistet worden ist; Zahlen brauche ich Ihnen hier nicht zu nennen. Aber die Landwirtschaft operiert auf diesem Gebiet leider mit einem mächtigen Gegner, der eigentlich unser größter Freund ist. Das ist die Munition. Aber die Herren dürfen überzeugt sein: was irgend geschehen kann, um die Stickstoffproduktion so rasch wie möglich zu steigern, das geschieht.

Abg. Behrens (fortschr. Volksp.): Wie soll es gehalten werden, wenn landwirtschaftliche Saisonarbeiter in einen anderen vaterländischen Hilfsdienst, etwa in einen gewerblichen, übergetreten sind? Es muß jedenfalls vermieden werden, daß für sie eine arbeitslose Zeit entsteht.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: Ich möchte dem Herrn Abg. Behrens auf seine Frage antworten. Nach dem § 2 ist ja nur vorgesehen, daß solche Arbeitskräfte, die am 1. August in der Landwirtschaft tätig waren, nicht auf Grund der Hilfspflicht aus der Landwirtschaft gegen ihren Willen herausgezogen werden dürfen. Freiwillig herausgehen können sie ja heute schon. Da bringt das Ges. keine Neuerung. Wenn sie herausgehen und eine Arbeit in einem anderen Tätigkeitsbereich der Hilfspflicht annehmen, so entsteht allerdings die Schwierigkeit mit dem Abkehrschein. Bisher konnten sie ohne weiteres zurückkehren. In Zukunft brauchen sie den Abkehrschein. Aber ich glaube, wenn die Frühjahrsbestellung kommt und die Arbeiter, die aus der Landwirtschaft herausgegangen sind, dorthin zurückkehren wollen, wird ihnen wegen des Abkehrscheins keine Schwierigkeit in den Weg gelegt werden, auch wenn der Unternehmer das wollte. Ich glaube, das würde doch mit zu dem Begriff des „wichtigen Grundes" gehören; denn die Frühjahrsbestellung ist ein so wichtiger Grund, daß ich mir einen viel wichtigeren kaum denken kann.

Abg. Dittmann (soz. Arbeitsgem.) begründet den Antrag seiner Fraktion, betreffend den Zeitungsbetrieb, und weiter einen Antrag seiner Fraktion, wonach alle industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe des § 2 für Rechnung des Reiches betrieben werden sollen; die bisherigen Unternehmer erhalten einen angemessenen Pachtzins, über den im Wege der Ausführungsbestimmungen eine Regelung getroffen wird. Gehört der Betrieb einer Gesellschaft, für die Aufsichtsräte bestellt sind, so fällt für diese die Tantieme fort.

Abg. Held (nl.): Wenn wir die Landwirtschaft nicht fördern in der ungeheuer schwierigen Lage, in der sie sich befindet, dann sind wir überhaupt am Ende. Es handelt sich keineswegs um die Agrarier, es handelt sich um die mittlere und kleine Landwirtschaft, der schon jetzt fast alle Betriebskräfte fehlen. Die Lieferung des Stickstoffes in genügender Menge ist für die Landwirtschaft und für die nächste Ernte geradezu eine Lebensfrage. Bei der Verteilung der Arbeitskräfte muß die Landwirtschaft der empfangende Teil sein.

Abg. Stadthagen (soz. Arbeitsgem.): Wir beantragen einen neuen § 2, der bestimmt, daß die im vaterländischen Hilfsdienst tätigen Personen nicht den Kriegsgesetzen unterliegen, insbesondere nicht dem Militärstrafgesetzbuch vom 20. Juni 1872. Will man die Hilfsdienstpflichtigen wirksam schützen, so muß man den von uns beantragten § 2b annehmen, der vorsieht, daß diese Personen den ihrer Tätigkeit entsprechenden Bestimmungen des BGB., der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuchs unterliegen.

Abg. Fegter (fortschr. Volksp.): Den in der Landwirtschaft tätigen Frauen gebührt unser Lob und Dank. Die Frauen der Besitzer, Bauern und der Landarbeiter haben sich in diesem Kriege ein großes Verdienst erworben. Die landwirtschaftlichen und sonstigen Kreditgenossenschaften verdienen alle Unterstützung.

Abg. Wurm (soz. Arbeitsgem.): Die Lohnverhältnisse der Hilfsdienstpflichtigen werden in dem Gesetz und den Anträgen überhaupt nicht berührt; die Resolution der soz. Fr. empfiehlt nur eine Berücksichtigung in den Ausführungsbestimmungen. Das genügt nicht. Wir beantragen deshalb in einem § 2c, daß die Hilfsdienstpflichtigen Vergütung erhalten sollen nach den mit der Arbeiter- und Angestelltenorganisation vereinbarten Sätzen unter Berücksichtigung der durch die Teuerung erforderlichen Mehraufwendungen für den Unterhalt. Eine bloße Resolution ist nur ein Schlag ins Wasser.

Abg. Kunert (soz. Arbeitsgem.) befürwortet einen neuen § 2b, der bestimmt, daß Frauen, die in den Betrieben im Sinne des § 2 tätig sind, für gleiche Leistung den gleichen Lohn wie die männlichen Arbeiter oder Angestellten erhalten. Das sei ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Ferner wünscht seine Partei, daß die Hilfsdienstpflichtigen vollständig der Reichsversicherung unterliegen sollen, und daß die tägliche Arbeitszeit dieser Personen höchstens acht Stunden dauern soll, daß das Gesetz vom 4. August 1914, betreffend Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter, außer Kraft tritt, und daß für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren und für Frauen die Nachtarbeit verboten wird.

Abg. Bauer (Soz.): Für einen weitgehenden Schutz der Frauen werden wir stets eintreten und für den betreffenden Antrag stimmen. Den Vorwurf des Abg. Wurm gegen meine Fraktion weise ich zurück. Wir haben uns bemüht, solche Vorschriften, wie er sie

will, in das Gesetz selbst hineinzubringen. Wir haben damit keinen Erfolg gehabt, und darum haben wir zu dem Notbehelf der Resolution gegriffen. Das Gesetz schafft dem Arbeiter jedenfalls eine viel gesichertere Position, als er sie bisher gehabt hat.

Abg. Henke (soz. Arbeitsgem.) befürwortet einen § 2g, der bezweckt, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei oder Religionsgemeinschaft oder gewerkschaftlichen oder sonstigen Organisation für die Zuweisung einer Tätigkeit im vaterländischen Hilfsdienst nicht in Betracht gezogen werden darf. Eine gesetzliche Bestimmung sei auch notwendig, daß das Vereins- und Versammlungsrecht sowie das Koalitionsrecht unbeschränkt für die hilfsdienstlätigen Personen gelten.

Abg. Gothein (fortschr. Volksp.): Das Gesetz bezieht sich nur auf die Männer, nicht auf die Frauen, und wir können hier nicht in das Ges. Bestimmungen über die Frauen aufnehmen. Sie würden sich auch z. B. in der Landwirtschaft gar nicht durchführen lassen. Es handelt sich hier um die Herbeiführung der möglichsten Förderung der Munitionsarbeit und da kann man nicht im Handumdrehen die Nachtarbeit für die Frauen ohne weiteres ausschließen. Im übrigen liegt es mir fern, für eine übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche einzutreten. Eine solche Bestimmung gehört aber nicht in dieses Gesetz, sondern in die Ausführungsbestimmungen, das kann der Fünfzehnerausschuß regeln.

Mit der Beratung wird verbunden ein von den Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragter § 13a:

> Den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen darf die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen über die auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand erlassenen Verordnungen hinaus nicht beschränkt werden.

Abg. Wurm (soz. Arbeitsgem.): Der Fünfzehnerausschuß kann uns hier nicht helfen, die Bestimmung gehört in das Gesetz.

Abg. Landsberg (Soz.): Wir sind zu unserem Antrag, betreffend den § 13a gekommen, weil in dem Ausschuß sämtliche Gewerkschaftsführer einen gleichen Antrag gestellt haben.

Abg. Becker-Arnsberg (Zentr.): Der Antrag der soz. Arbeitsgem. ist ein ungangbarer Weg, denn er will ein Sonderrecht für die Arbeiter schaffen. Der Antrag Albrecht will innerhalb der Schranken des Belagerungszustandes das Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiter sichern. Ich bitte Sie, den Antrag Albrecht anzunehmen.

Abg. Wurm (soz. Arbeitsgem.): Die Fraktion des Vorredners hat ja in dem Ausschuß gegen den Antrag Albrecht gestimmt.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: Ich bin genötigt, ein Wort zu § 13a, der ja mit zur Diskussion steht, zu sagen. Wenn die Auffassung unbedingt sicher zuträfe, der der Herr Abg. Becker Ausdruck gegeben hat, könnte man ja über die Sache hinweggehen. Der Herr Abg. Becker interpretiert so, daß durch die Formulierung des § 13a auf Nr. 535 an den bestehenden Zuständen nichts geändert werden würde. Er ist insbesondere auch der Meinung, daß in bezug auf die umstrittene Frage des Eisenbahnerverbandes auch nichts geändert werden würde gegenüber dem gegenwärtigen Zustand. Ich sage, wenn das so wäre und so unbedingt sicher feststände, dann könnte der Antrag passieren, obgleich oder vielmehr weil er nichts Neues schafft, sondern den bisherigen Zustand unverändert läßt. Das scheint mir aber keineswegs sicher zu sein. Es könnte auch so interpretiert werden, daß — ich will das Kind beim Namen nennen — der Eisenbahnminister verhindert werden soll, dem Eisenbahnerverband gegenüber — auf Grund des Vereinsgesetzes hat jedermann das Recht, dieser Verbindung beizutreten — an seiner bisherigen Praxis festzuhalten, daß die Mitglieder von Vereinen, von Organisationen, die auf das Streikrecht nicht verzichten, in der Eisenbahnverwaltung nicht angestellt werden. Ob das „schrecklich" wäre oder nicht, das ist eine Frage für sich. Ich möchte nur klarstellen, was mit dem Antrag gemeint ist und was die Antragsteller beabsichtigen. Gegenwärtig kann ich nur sagen, daß ich nicht sicher bin, daß die Gerichte so interpretieren würden, wie es der Herr Abg. Becker getan hat.

Abg. Becker-Arnsberg (Zentr.): Zwischen dem Koalitionsrecht und dem Streikrecht der Eisenbahner ist immer unterschieden worden. Ob dieser Unterschied juristisch haltbar ist, ist eine Sache für sich. Immerhin hat eine gesetzliche Bestimmung, wie wir sie wollen, eine moralische Wirkung, sie kann einen gewissen Druck auf die Behörden ausüben. Soll die Arbeitsfreudigkeit erhalten werden, so müssen die Arbeiterführer die Beschwerden der Arbeiter entgegennehmen können. Wenn uns vom Regierungstische gesagt werden würde, daß das, was wir wollen, selbstverständlich sei, daß es durchgeführt werden soll, dann läge die Sache für uns anders. Die Frage des Eisenbahnerstreiks wollen wir nicht damit aufrollen.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H.! In der Sache sind wir vollkommen einig. Ich gebe die Versicherung ab, daß den verbündeten Regierungen bei der Vorlegung dieses Gesetzentwurfs nichts ferner lag, als irgendwie an dem bestehenden Zustande etwas zu ändern und zuungunsten der Arbeiter zu verschlechtern. Dieser Gedanke lag den verbündeten Regierungen durchaus fern. Der einzige Punkt, der mich veranlaßt hat, um das Wort zu bitten, war eben, darauf aufmerksam zu machen, daß eine verschiedene Auslegung hier möglich ist. Die Unklarheit, ob dadurch etwas herbeigeführt werden würde, was auch den Absichten des Herrn Abg. Becker (Arnsberg) fernliegt, besteht in der Tat. Ich wiederhole den Fall: der Eisenbahnminister, und zwar nicht bloß der preußische, sondern sämtliche Eisenbahnminister stehen auf dem auch von dem Herrn Vorredner als berechtigt anerkannten Standpunkt, daß die Eisenbahnverwaltungen nicht in der Lage sind, Leute dauernd anzustellen, die einer Koalition angehören, die auf das Streikrecht nicht verzichtet hat. Nach dem Vereinsgesetz ist jeder Deutsche berechtigt, einem Verein beizutreten. Daraus könnte die Frage entstehen: wenn hier in diesem Gesetz eine neue Bestimmung getroffen wird, daß den im vaterländischen Hilfsdienst Stehenden die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts nicht beschränkt werden kann, wird dann diese Bestimmung nicht die bisherige Auffassung der Eisenbahnverwaltung einfach über den Haufen werfen? Das beabsichtigen Sie nicht, Herr Abg. Becker. — Die Herren Antragsteller scheinen eine solche Wirkung mit dem Paragraphen gleichfalls nicht zu beabsichtigen; sie wollen an anderer Stelle die Eisenbahnangelegenheit zur Sprache bringen. Also der gegebene Ausweg aus der Situation ist, daß die Herren auf ihren Antrag verzichten und sich mit meiner Erklärung, die der Herr General Groener noch ergänzen wird, begnügen, daß unter keinen Umständen bei der Annahme des Gesetzes eine Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechts zuungunsten der Arbeiter eintreten soll.

Präsident des Reichsamts Groener: M. H., ich nehme ganz selbstverständlich an, daß die Arbeiterorganisationen sich rückhaltlos auf den Boden dieses Gesetzes stellen werden, und ebenso selbstverständlich ist es, daß die Führer der Arbeiter in der Lage sein werden, auf die Arbeiter den Einfluß auszuüben, den sie im Sinne dieses Gesetzes auch auszuüben haben. Das ist ihre vaterländische Pflicht, und das Kriegsamt wird in diesem Sinne zusammen mit den Führern der Arbeiter wirken.

Abg. Becker-Arnsberg (Zentr.): Ich habe keine Erklärung verlangt darüber, daß die Lage der Arbeiter nicht verschlechtert werden soll, sondern darüber, was geschehen soll, daß ihre Lage nicht verschlechtert wird. Dieser Antrag bedeutet allerdings nur eine moralische Einwirkung auf die, die das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht anerkennen.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: Ich habe vorhin nicht ohne Absicht gesagt, daß meine Erklärungen durch die des Herrn General Groener ergänzt werden würden. Denn nach dem Gesetz soll die Ausführung des Gesetzes beim Kriegsamt liegen, und Leiter des Kriegsamts bin nicht ich, sondern Herr General Groener. Ich kann mich nur zu den allgemeinen Fragen äußern, zu der Stellung, die die verbündeten Regierungen bisher bei der Beratung des Gesetzes eingenommen haben zu der Frage, die hier aufgeworfen worden ist. Und da kann ich nur bestätigen, daß die Absicht, irgendwie eine Beschränkung des gegenwärtigen Zustandes herbeizuführen, nicht vorgelegen hat. Auch nach der Auffassung des Herrn Abg. Becker ist gar nicht beabsichtigt, neues Recht mit diesem Paragraphen zu schaffen. Also rechtlich bleibt alles so, wie es ist nach Ihrer Absicht und der meinigen. Ich sehe nur

unsere gemeinschaftliche Absicht durch die Aufnahme des neuen Paragraphen im Gesetz gefährdet. Ich weiß auch nicht, wenn Sie auf dem Boden dieser Meinung stehen, daß nichts geändert wird an dem Rechtszustand, wie etwa ein Druck durch diesen Paragraphen anders ausgeübt werden könnte als auf moralischem Wege. Darin sind wir einig. Aber, Herr Abg. Becker, Sie wissen doch auch genau so wie die Herren da drüben (links), in welcher Weise die Regierung im bisherigen Verlauf des Krieges — und ich darf wohl sagen in gesteigertem Maße — mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet hat. Ich glaube also, der Verdacht, daß die Reichsleitung und die verbündeten Regierungen — ich glaube, er liegt Ihnen fern, aber er besteht leider Gottes noch anderswo —, als ob wir an der Zugehörigkeit irgendwelcher Arbeiter an irgendwelchen Gewerkschaften Anstoß nehmen könnten, ist doch durch die bisherige Praxis im Laufe dieses Krieges beseitigt worden. Und wenn meine Erklärung durch das ergänzt worden ist, was Herr General Groener hier gesagt hat, so sollten wir, meine ich, doch über diesen Punkt einverstanden sein.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fortschr. Volksp.): Wir haben mit dem Vereins- und Versammlungsrecht sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Sie dürfen sich über unser Mißtrauen nicht wundern. Gewiß haben wir zu dem Generalleutnant Groener alles Vertrauen, aber wir wissen nicht, wer morgen an seiner Stelle steht. Wir werden für den § 13a stimmen.

Abg. Dr. David (Soz.): Der gute Wille hört auf, wo die Macht der Herren in der Regierung aufhört. Darum ist es notwendig, durch das Gesetz einen moralischen Druck auszuüben.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: Ich habe doch den Eindruck, daß über die Sache noch nicht hinreichend Klarheit besteht. Entweder ist der Paragraph, der hier besteht, ein moralischer Paragraph oder ein juristischer Paragraph. Wenn er ein juristischer Paragraph ist, dann schafft er neues Recht; wenn er ein moralischer Paragraph ist, soll er altem, bestehendem Rechte zur Geltung verhelfen. Der Herr Abg. Becker ist der Ansicht, daß es ein moralischer Paragraph ist; der Herr Abg. Dr. David ist der Ansicht, daß es ein juristischer Paragraph ist. Ich bin auch der Ansicht, daß, wenn Sie das in das Gesetz hineinschreiben, es ein juristischer Paragraph ist und daß mindestens die Frage sehr zweifelhaft ist, ob die Gerichte den Paragraphen nicht so auslegen, wie ich das vorhin ausführte, ob die Gerichte nicht entscheiden: nach dem Vereinsgesetz hat jeder Deutsche das Recht, Vereine zu bilden und Vereinen beizutreten. Ein Verein, der das Streikrecht auf seine Fahne schreibt, ist ein Verein, dem jeder Deutsche beitreten kann. Die preußische Eisenbahnverwaltung und die anderen Eisenbahnverwaltungen haben bisher erklärt, daß sie Leute nicht dauernd anstellen können, die Vereinen angehören, die auf das Streikrecht nicht verzichtet haben. (Zuruf von den Soz.) — Es ist das nicht nur bei der preußischen Eisenbahnverwaltung, sondern es ist bei den anderen genau ebenso, auch in Süddeutschland.

Ich sage also, ich habe die Befürchtung, daß die Auslegung möglich ist, sogar wahrscheinlich ist, nach der durch diesen Paragraphen der Eisenbahnverwaltung das Festhalten an der bisherigen Praxis unmöglich gemacht wird. Wenn diese Gefahr besteht, und wenn die Herren nicht die Absicht haben, ein neues Recht zu schaffen, so scheint es mir doch nur konsequent zu sein, daß Sie den Paragraphen ablehnen. Andernfalls bringen Sie in einem so wichtigen Punkte eine Unklarheit in das Ges. hinein. Ich glaube, das ist etwas, was nicht so ohne weiteres verantwortet werden kann. Ich möchte also dringend bitten, den § 13a abzulehnen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fortschr. Volksp.): Mit dem Streikrecht hat der Paragraph nichts zu tun. Er handelt nur vom Vereins- und Versammlungsrecht. Es soll hier nur über das Vereins- und Versammlungsrecht Klarheit geschaffen werden. Solange die Regierung nicht klar ausspricht, daß das Vereins- und Versammlungsrecht durch das Disziplinarrecht nicht durchbrochen werden darf, kann auf diesen Paragraphen nicht verzichtet werden.

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Die Befürchtung des Staatssekretärs ist doch nur eine theoretische. Die Arbeiterführer haben erklärt, daß die Eisenbahnerorganisationen auf das

Streikrecht verzichtet haben. Das Gesetz spricht außerdem für eine Übergangszeit. Es schafft nicht Recht für alle Zeiten. Deshalb können wir unbedenklich für den Antrag stimmen.

Abg. Landsberg (Soz.): Unser Antrag unterstreicht das, was nach der Erklärung des Staatssekretärs der bestehende Zustand ist. Trotzdem bekämpft der Staatssekretär unseren Antrag!

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Das Vereins- und Versammlungsrecht bleibt nach wie vor geschützt auch für die Personen, die in den vaterländischen Hilfsdienst eintreten. Ist das der Fall, dann sehe ich nicht ein, warum wir diese Materie in das Gesetz überhaupt aufnehmen sollen.

Abg. Haase (soz. Arbeitsgem.): Will man die Arbeiter sichern, so muß man klipp und klar aussprechen, daß das Vereins- und Versammlungsrecht und das Koalitionsrecht unbeschränkt bleiben muß.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (fortschr. Volksp.): Die Erklärung des Generals Groener war so verklausuliert, wie ich sie selten gehört habe. Das genügt nicht.

Abg. Graf Westarp (dkons.): Gesetzgeberisch hat der Paragraph keine Bedeutung, wenn er etwas Selbstverständliches enthält, er ist aber auch nicht klar. Bisher ist der Zustand der, daß das Vereinsgesetz nicht aufhebt die elterliche Gewalt, die Disziplinargewalt. Wollen Sie diesen Zustand mit dem gegenwärtigen Paragraphen aufheben?

Abg. Dr. David (Soz.): Dies Gesetz behandelt die wirtschaftlichen Rechte der Hilfsdienstpflichtigen, und darum ist unser Antrag auch auf diese wirtschaftlichen Rechte der Betroffenen eingestellt. Daß damit die politischen Rechte preisgegeben werden, ist durchaus falsch.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H.! Ich will Ihnen den Verzicht so leicht machen wie nur möglich. Es ist mir gesagt worden, man habe aus meiner Erklärung vorhin nicht mit aller Deutlichkeit herausgehört, daß die Praxis der verbündeten Regierungen gegenüber den Arbeitnehmerorganisationen, wie sie sich bisher betätigt hat, sich auch auf die Zukunft erstrecken wird. Ich glaube, das ausgeführt zu haben; aber ich will jetzt ausdrücklich erklären, daß in dieser Praxis keine Änderung eintreten soll, daß die verbündeten Regierungen nach Annahme dieses Gesetzes so gut wie vorher die Mitarbeit der Arbeitnehmerorganisationen schätzen und wünschen.

Nun, was die Sache anbetrifft, so sehen Sie ja, ich habe recht. Die Herren, die hier gesprochen haben, sind meist Juristen, und die Meinungen gehen auseinander, wie es sehr oft der Fall ist; der eine interpretiert es nach der Richtung hin, daß keine Änderung des bestehenden Rechtszustandes eintritt, der andere interpretiert es dahin, daß die Einschränkung des Vereinsrechts durch das Disziplinarrecht usw. dadurch beseitigt werde. Auch der Herr Abg. Haase ist der Ansicht, daß mit dieser Bestimmung über den bisherigen Rechtszustand hinausgegangen werde. Die Tatsache, daß solche Zweifel bestehen, beweist doch, daß die Herren den Paragraphen besser nicht annehmen. Das ist die einzige Konsequenz, die ich daraus ziehen kann.

Dann noch ein Wort zu der Frage der Eisenbahner. Der Herr Abg. Dr. Stresemann hat ausgeführt — und der Herr Abg. Dr. David gleichfalls —, jetzt während des Krieges sei jede Streikgefahr ausgeschlossen. Das unterschreibe ich; kein Mensch denkt daran. Aber nun nehmen Sie einmal folgenden Zustand. Die Verbände sind da, auch der Verband, der nach Ansicht des Herrn Eisenbahnministers noch nicht einwandfrei auf das Streikrecht verzichtet hat; es gibt ja auch noch andere, die heute oder morgen kommen können. Heute muß nun auf Grund dieses Gesetzes — ich will einmal die radikale Auslegung annehmen — die Eisenbahnverwaltung solche Beamten und Angestellten anstellen. Soll sie diese nun bei Kriegsschluß wieder hinauswerfen? ist das eine erwünschte Folgerung? Ich hoffe, daß es auch im Frieden zu keinem Eisenbahnerstreik kommt; aber immerhin stehe ich auf dem Standpunkt, daß der Herr Eisenbahnminister eine Änderung in seinem bisherigen grundsätzlichen Standpunkt nicht eintreten lassen kann.

M. H., ich wiederhole nochmals: um Ihnen den Verzicht leicht zu machen, gebe ich

die Erklärung ab, daß gar nicht daran gedacht wird, in der Zukunft irgendeine Änderung in dem während des Krieges in erfreulicher Weise hergestellten vertrauensvollen Vernehmen zwischen Reichsleitung und Arbeiterorganisationen irgendwie herbeizuführen.

Abg. Dr. Junck (nl.): Wenn den betreffenden Personen das Vereins- und Versammlungsrecht nicht verkümmert werden soll, dann sollte die Regierung uns dankbar für den Antrag sein. Wir haben aber bisher die Erfahrung gemacht, daß die untergeordneten Organe eine andere Auffassung haben. Daß etwas Selbstverständliches in einem Gesetz ausgesprochen wird, ist gesetzgebrisch nichts Neues. Das Organisationsrecht ist in der GewO. geregelt. Hier haben wir es mit dem Vereins- und Versammlungsrecht zu tun. Bei einem so opferreichen Ges. sollte sich die Regierung im Interesse des Friedens nicht gegen einen solchen Paragraphen wehren.

Abg. Haase (soz. Arbeitsgem.): § 13a hält doch nur einen Teil des Vereins- und Versammlungsrecht aufrecht, denn er spricht nur von wirtschaftlichen Interessen. Das Gesetz ist kein rein wirtschaftliches Gesetz, sondern auch ein politisches.

Abg. Graf Westarp (kons.): Man scheint mit dem Paragraphen nur eine Mahnung zu beabsichtigen. Dazu kann ich mich nicht verstehen. Ich möchte eine andere Formulierung vorschlagen: falsche Anwendung des Gesetzes ist verboten.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) beantragt, dem § 13a hinzuzufügen: was ihnen gesetzlich durch das Vereins- und Versammlungsrecht zusteht.

Abg. Ebert (Soz.) erklärt sich damit einverstanden.

Abg. Ledebour (soz. Arbeitsgem.): Nach diesem Zusatz können wir für den Paragraphen stimmen.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: Soweit ich die Sache im Augenblick übersehen kann, scheint mir der Antrag Spahn die Bedenken, die ich geäußert habe, zu decken. Es wird durch den Antrag zum Ausdruck gebracht, daß an dem bisherigen Rechtszustand nichts geändert werden soll. Nähere Prüfung behalte ich mir vor.

Damit schließt die Besprechung.

§ 2 wird unter Ablehnung des Antrages Bernstein angenommen. Abgelehnt werden auch die von der soz. Arbeitsgem. beantragten weiteren Paragraphen 2a bis 2h.

In bezug auf den Paragraphen 13a wird der Antrag Spahn angenommen und damit der § 13a gegen die Stimmen der Rechten. Damit entfällt der Antrag der soz. Arbeitsgemeinschaft.

Die §§ 3, 4, 5 und 6 werden ohne Debatte angenommen.

§ 7 bestimmt, daß die nicht im Sinne des § 2 beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen jederzeit zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden können, und enthält weiter Vorschriften über die Art der Heranziehung in die zu bildenden Ausschüsse.

Abg. Roßmann (Zentr.): Es muß vermieden werden, daß die Invaliden und Rentenbezieher irgendwie geschädigt werden, wenn sie in den Hilfsdienst eintreten. Es besteht, wie es heißt, die Absicht, ihnen die Pension zu entziehen. Der Präsident des Kriegsamts sollte das nicht dulden und eine klare unzweideutige Erklärung abgeben.

Abg. Behrens (deutsche Fraktion): Dieser Paragraph wirft eine Fülle von versicherungstechnischen Fragen auf, die am besten durch Ausführungsbestimmungen geordnet werden.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: Ich möchte auf die Ausführungen des Herrn Abg. Roßmann antworten, daß bei den Berufsgenossenschaften und Invalidenversicherungsanstalten bereits dafür gesorgt worden ist, daß die von ihnen gewährten Renten nicht entzogen werden, wenn die Rentenberechtigten aus Anlaß des Krieges wieder eine Arbeit aufnehmen. Ich bin gern bereit, bei den Landesregierungen dafür einzutreten, daß bei den Knappschaftskassen in demselben Sinne verfahren wird.

Was ferner die Frage anlangt, die der Herr Abg. Becker berührt hat, so hat der Herr Abg. Becker durchaus recht. Durch den § 7 wird in der Tat in die Versicherungsverhältnisse in weitgehendem Umfange eingegriffen, in einem Umfang, daß sich die Konsequenzen im einzelnen überhaupt noch nicht übersehen lassen. Die Frage muß eingehend

geprüft werden und wird bereits geprüft. Wir wissen auch, daß hier Härten vorliegen, und ich kann sagen, die Tendenz des ursprünglichen Antrags, der gewisse Paragraphen außer Kraft setzen wollte, ist auch mir durchaus erwünscht und sympathisch. Aber auf dem Wege des Antrags Nr. 534 Ziffer 3 § 2f geht es nicht, wie auch der Herr Abg. Becker ausgeführt hat. Ich kann also nur erklären, daß wir die Dinge genau prüfen werden, und daß ich dafür eintreten werde, daß die Härten, die zweifellos hervortreten werden, durch Bundesratsverordnungen aus der Welt geschafft werden.

§ 7 wird angenommen.

§ 8 bestimmt: Bei der Überweisung zur Beschäftigung ist auf das Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit sowie auf die bisherige Tätigkeit der Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

Abg. Jäckel (Soz.) empfiehlt den Zusatz: desgleichen ist zu prüfen, ob der in Aussicht gestellte Arbeitslohn den Beschäftigten und etwa zu versorgenden Angehörigen ausreichenden Unterhalt ermöglicht.

§ 8 wird mit dem Zusatz der Soz. angenommen.

§ 9 lautet:

> Niemand darf einen Hilfsdienstpflichtigen in Beschäftigung nehmen, der bei einer der in § 2 bezeichneten Stellen beschäftigt ist oder in den letzten zwei Wochen beschäftigt gewesen ist, sofern der Hilfsdienstpflichtige nicht eine Bescheinigung seines letzten Arbeitgebers darüber beibringt, daß er die Beschäftigung mit dessen Zustimmung aufgegeben hat.
>
> Weigert sich der Arbeitgeber, die von dem Hilfsdienstpflichtigen beantragte Bescheinigung auszustellen, so steht diesem die Beschwerde an einen Ausschuß zu, der in der Regel für jeden Bezirk eine Ersatzkommission vorsieht, die
>
> aus einem Vorsitzenden sowie aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht. Je zwei dieser Vertreter sind ständig, die übrigen sind aus der Berufsgruppe zu entnehmen, welcher der beteiligte Hilfsdienstpflichtige angehört. Erkennt der Ausschuß nach Untersuchung des Falles an, daß ein wichtiger Grund für das Ausscheiden vorliegt, so stellt er eine Bescheinigung aus, die in ihrer Wirkung die Bescheinigung des Arbeitgebers ersetzt.
>
> Bei der Entscheidung der Frage, ob ein wichtiger Grund vorliegt, ist auf die Bedürfnisse des vaterländischen Hilfsdienstes Rücksicht zu nehmen. Als wichtiger Grund soll insbesondere eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst gelten.

Abg. Gröber (Zentr.): Über den letzten Absatz konnte in dem Ausschuß eine Einigung nicht erzielt werden. Die endgültige Lösung der Frage soll dem Ausschuß vorbehalten werden.

Abg. von Payer (fortschr. Volksp.): Vielleicht könnten die beiden Sätze des letzten Absatzes umgestellt werden.

Abg. Dittmann (soz. Arbeitsgem.): Die Arbeiter können sich mit dem Gesetz nicht einverstanden erklären, solange dieser Paragraph besteht.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H., weder der § 9 noch irgendein anderer Paragraph kann dieses Gesetz zu einem Ausnahmegesetz machen. Das Gesetz ist kein Ausnahmegesetz; es bezieht sich auf alle männlichen Deutschen vom 17. bis zum 60. Lebensjahr, ohne Unterschied des Standes und der Klasse. Von einem Ausnahmegesetz ist also gar keine Rede.

Was den § 9 selbst betrifft, so ist er die Ergänzung für die Arbeitszuweisung. Wenn wir nun auf dem Boden stehen, daß die Erhöhung der Produktion es notwendig macht, unter Umständen auf Grund des vaterländischen Hilfsdienstes jemand eine Arbeit zuzuweisen mit der Wirkung, daß sie angenommen werden muß, so gilt das gleiche Prinzip natürlich auch für den Arbeitswechsel; denn für die Produktion gibt es nichts, was störender ist, als den häufigen Wechsel der Arbeit. Das hat auch die Arbeiterschaft anerkannt. Ich verweise in dieser Beziehung auf die Organisation der Metallindustriellen hier in Berlin,

die von seiten der Arbeitnehmer im Einvernehmen mit den Arbeitgebern geschaffen worden ist und der im wesentlichen der § 9 nachgebildet worden ist. Sie sehen also, daß doch in Arbeiterkreisen die Notwendigkeit von solchen Bestimmungen anerkannt wird.

Was nun die umstrittenen Sätze am Schlusse des § 9 anlangt, so möchte ich nicht eine so lange Diskussion über diesen Punkt heraufbeschwören, wie sie in der Kommission stattgefunden hat. Ich würde es vorziehen und für richtiger halten, wenn der ganze letzte Absatz überhaupt gestrichen würde. Wenn es heißt, daß nur aus „wichtigen Gründen" der Abkehrschein versagt werden kann, so ist das nach meiner Ansicht vollkommen genügend. Dann werden die Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen genügend in Berücksichtigung gezogen werden. Sie müssen in Berücksichtigung gezogen werden; denn ich stehe auf dem Standpunkt, daß der ganze Satz überhaupt nur mit einer zufriedenen Arbeiterschaft durchzuführen ist.

Nun, m. H., gegen den Wunsch, dies ausdrücklich auszusprechen, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse einen wichtigen Grund abgeben sollen, habe ich nur das eine Bedenken, daß, wenn man dies sagt und allein diesen Gesichtspunkt hervorhebt, der Eindruck erweckt werden könnte, als ob damit eine mehr oder weniger erschöpfende Definition gegeben werden sollte. Es steht zwar dabei das Wort „insbesondere", aber immerhin werden die Arbeits- und Lohnverhältnisse so in den Vordergrund geschoben, daß der Gesichtspunkt der allgemeinen Interessen zurücktritt. Dieser Gesichtspunkt ist nicht etwa identisch mit dem Gesichtspunkt des Unternehmers. Ob der Unternehmer verdient oder nicht, ist ganz gleichgültig. (Zwischenruf bei der Soz. Arbeitsgem.). — Jawohl, das ist zur Beurteilung des „wichtigen Grundes" gleichgültig. — Also nicht ein Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kommt hier in Frage, sondern die Möglichkeit, daß in dem einen oder anderen Falle die vaterländischen Interessen, der Zweck dieses Ges., kollidieren mit den Einzelinteressen des Arbeitnehmers. Ich hoffe, daß solche Fälle außerordentlich selten sein werden, und wenn sie eintreten, werden die Instanzen, die hier zu entscheiden haben und die paritätisch zusammengesetzt sind, unparteiisch alle Umstände in Erwägung ziehen. Nur in seltenen Ausnahmefällen halte ich es für denkbar, daß sie zu dem Resultat kommen, daß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse keine ausschlaggebende Rücksicht genommen werden könne. Wenn überhaupt der letzte Absatz zugefügt werden soll, so würde ich der Ansicht sein, daß neben den Einzelinteressen des Arbeitnehmers als wichtiger Grund doch auch der Zweck und die Bedürfnisse des Ges. erwähnt werden. Ob nun nach dem Vorschlage des Herrn Abg. von Payer der eine oder der andere Gesichtspunkt zuerst kommen soll, darauf würde ich meinerseits kein Gewicht legen.

Abg. Bauer (Soz.) erklärt sich für Streichung des ersten Satzes des letzten Absatzes. Das Wort „angemessen" sei allerdings wenig glücklich. Der letzte Satz müsse aber trotzdem aufrechterhalten werden.

In der Abstimmung wird der erste Satz des letzten Absatz abgelehnt, der zweite angenommen.

Bei § 10 bittet Abg. Sachse (Soz.) den Präsidenten des Kriegsamts, dafür zu sorgen, daß die Bergarbeiter bei den Ausschüssen nicht zu kurz kommen.

Der Paragraph wird angenommen.

Die Diskussion über die §§ 11—14 wird vereinigt. Die Paragraphen enthalten Bestimmungen über die zu bildenden Arbeiterausschüsse.

Abg. Giebel (Soz.): Wir glauben, daß die alten Arbeiterausschüsse durch neu zu wählende ersetzt werden müssen, wenn sie Vertrauen bei den Arbeitern haben sollen. Nach § 10 sollen Arbeiterausschüsse in den Betrieben bestehen, in denen in der Regel mindestens 100 Arbeiter beschäftigt werden. Diese Zahl ist viel zu hoch. In der Textilindustrie u. a. wird diese Zahl selten erreicht. Wir beantragen deshalb dafür die Zahl 50 zu setzen. Eigentlich ist auch diese Grenze viel zu hoch. Wir hoffen aber, daß wenigstens unser Vermittlungsvorschlag angenommen wird, nachdem im Ausschuß die Zahl 20 abgelehnt worden ist. Ferner beantragen wir, daß unter den gleichen Voraussetzungen, jedoch bereits bei Beschäftigung von mindestens 20 Angestellten, für die Angestellten besondere Angestellten-

ausschüsse errichtet werden. Nach § 14 sind für die industriellen Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung durch die zuständigen Dienstbehörden Vorschriften im Sinne der §§ 11 bis 13 zu erlassen. Wir beantragen, auch die Eisenbahn aufzunehmen.

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Diese Bestimmungen zeigen den Siegeszug des Organisationsgedankens. In der Industrie bestanden lange erhebliche Bedenken gegen die obligatorische Einführung der Arbeiterausschüsse. Sie wollten nicht das individuelle Verhältnis zwischen ihnen und den Arbeitern dadurch beeinträchtigt wissen. Die Erfahrungen mit den Arbeiterausschüssen haben aber auch vom Standpunkt der Unternehmer Gutes gezeitigt. Der Widerspruch gegen diese Ausschüsse ist weniger in der Mittelindustrie vorhanden, als in der Großindustrie, wo das persönliche Verhältnis zu dem Arbeiter unterbrochen ist. Die Großindustrie sollte sich damit abfinden, wenn wir jetzt den Schritt tun, diese Ausschüsse in das Gesetz aufzunehmen. Dies steht im Zusammenhang mit der ganzen Vorlage. Meine Fraktion hat deshalb diesem Paragraphen zugestimmt. Wert haben wir darauf gelegt, daß die Wahlen zu den Arbeiterausschüssen nach der Verhältniszahl stattfinden. Angestelltenausschüsse schon bei zwanzig Angestellten erscheinen uns doch nicht am Platze und wenig praktisch.

Abg. Nehbel (kons.): Über die Frage, ob ein gesetzlicher Zwang zur Einführung der Arbeiterausschüsse am Platze ist, sind in meiner Partei die Ansichten geteilt. Wir halten aber dies Gesetz nicht für geeignet, solche Ausschüsse einzuführen. Die ganze Frage ist sehr umstritten. Wir können dem § 11 und dem folgenden Paragraphen nicht zustimmen; wir werden sie in ihrer Mehrheit ablehnen. Wir lehnen selbstverständlich auch die sozialdemokratischen Anträge ab.

Abg. Giesberts (Zentr.): Die Bedenken des Vorredners scheinen uns nicht begründet. Das Gesetz bringt doch wesentliche Einschränkungen der Rechte der Arbeiter, gewissenlose Unternehmer können die Löhne herabdrücken, und da ist es ein berechtigtes Äquivalent, den Arbeitern durch die Ausschüsse die Möglichkeit zu geben, sich mit den Unternehmern zu verständigen. Diese Bestimmungen sind eine logische Konsequenz der sozialpolitischen Idee der Februar-Erlasse. Wir haben stets konsequent den Gedanken der Arbeiterausschüsse vertreten, und die Entwicklung der Dinge hat uns im allgemeinen recht gegeben. Der jetzige Zeitpunkt ist besonders geeignet, dem Gedanken eine gesetzgeberische Gestalt zu geben. Über die Zusammensetzung der Ausschüsse sind meine Freunde geteilter Meinung. Ich persönlich bin dafür, schon für 30 Arbeiter Ausschüsse zu bilden. Den Angestelltenausschüssen müßte aber dieselbe Zahl zugrunde gelegt werden. Notwendig sind auch sie.

Abg. Frhr. von Gamp (Rp.): Zahlreiche Betriebe, die mit dem vaterländischen Hilfsdienst nichts zu tun haben, fallen überhaupt nicht unter dies Gesetz. Insofern wirkt das Gesetz disparitätisch. Welche Beziehungen haben denn die Hilfsdienstpflichtigen zu dem Arbeitgeber? Es liegt keine Solidarität der Interessen vor, es fehlt der moralische Grund für ein gedeihliches Zusammenwirken in den Arbeiterausschüssen. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse bei den Angestellten. Es fehlen in zahlreichen Verhältnissen die Voraussetzungen für die Bildung von Angestelltenausschüssen.

Abg. Zubeil (soz. Arbeitsgem.): Um die Arbeiter und Arbeiterinnen zu schützen, ist es nötig, die Zahl der Arbeiter in den Betrieben, für die Arbeiterausschüsse errichtet werden müssen, auf 20 herabzusetzen. Ebenso verlangen wir, daß nicht nur die volljährigen Arbeiter, sondern alle über 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen wahlberechtigt sein sollen. Ferner müssen die Unternehmer oder die Werkleitung gesetzlich gezwungen werden, mit den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gesamtarbeiterschaft, sowie über Beschwerden zu verhandeln. Wir beantragen eine entsprechende Änderung des § 12. Endlich müssen obligatorische Einigungsämter für den Bereich eines jeden Bezirkskommandos errichtet werden. Die Bestimmungen des § 13 des Kompromißantrages genügen uns nicht.

Abg. Landsberg (Soz.): Generalleutnant Groener hat in der Kommission erklärt, daß bei der Bildung der Ausschüsse die Vorschläge der Organisationen Berücksichtigung finden würden. Ich würde wünschen, er wiederholte diese Erklärung hier, es würde damit

ein Bedenken des Kollegen Zubeil schwinden. Der § 13 des Kompromißantrages ist in sich wohl begründet, er gibt aber das Recht der Anrufung der Schlichtungsstelle nur den gewerblichen Arbeitern. Wir fordern die Beseitigung dieser Beschränkung; die Beschränkung auf Titel VII der GewO. muß gestrichen werden.

Abg. Gothein (fortschr. Volksp.): Für uns ist die Annahme der §§ 11 und 13 die unbedingte Voraussetzung für unsere Zustimmung zu dem Ges. Die Zahl 100 ist auch nach unserem Dafürhalten zu hoch; wir sind für die Herabsetzung auf 50 und werden dem bezüglichen Antrag Albrecht zustimmen, lehnen aber den weiteren Antrag Albrecht zu § 11 ab.

Präsident des Kriegsamts Groener: Die Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Organisationen werde ich nach Möglichkeit berücksichtigen; ich muß mir aber vorbehalten, auch andere Personen, die nicht vorgeschlagen sind, zu wählen.

Abg. Behrens (fortschr. Volksp.): Für eine brauchbare Durchführung des Ges. müssen Sicherheiten für die Arbeiterschaft geschaffen werden, die man zweckmäßig in den obligatorischen Arbeiterausschüssen und in den Schlichtungsstellen gefunden hat. Die Einrichtung der Schlichtungsstellen ist nicht nur aus diesem Ges. heraus eine Notwendigkeit, sondern auch für die Zukunft. Große Bedenken erregt auch mir, daß die Landwirtschaft von dieser Einrichtung ausgeschlossen sein soll.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H.! Ich bin gegenüber den verschiedenen Wünschen, die hier geäußert worden sind, und gegenüber den Anregungen, die hier gestellt worden sind, in etwas schwieriger Situation. Ich habe zu Beginn der heutigen Sitzung — das ist nun zwar schon etwas lange her — erklärt, daß die verbündeten Regierungen selbstverständlich noch nicht in der Lage wären, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Ein Teil der Anträge deckt sich ja mit dem, was in den Richtlinien enthalten ist und von den verbündeten Regierungen gebilligt war. Für das ganze Gebiet, auf dem sich die Diskussion über diesen Abschnitt bis zum § 10 usw. bewegt, war meine Situation klar. Hier aber, zu der ganzen Frage der Arbeiterausschüsse, der Schiedsstellen usw., haben die verbündeten Regierungen noch keine Gelegenheit gehabt, Stellung zu nehmen. Ich kann ihrer Haltung und ihrer Stellungnahme auch nicht vorgreifen. Aber das eine kann ich sagen: wenn die verbündeten Regierungen sich entschließen sollten, den Gesetzentwurf mit diesen Einschaltungen anzunehmen, dann würde damit im Sinne derjenigen Herren, die für die Arbeiterausschüsse, Schiedsgerichte, Einigungsämter eintreten, doch ein ganz außerordentlicher Fortschritt erzielt, und es wäre wenigstens für die Dauer des Krieges eine Frage entschieden, die bisher — ich glaube, ich kann sagen: seit Jahrzehnten — streitig gewesen ist und die ohne den Krieg wohl für Jahrzehnte noch streitig geblieben wäre. — Ja, m. H., Sie schütteln mit dem Kopf. Daß sie bisher streitig war, das ist doch zweifellos. (Zuruf.) Sie sind vielleicht in dieser Beziehung Optimist, das mag sein. Jedenfalls liegen hier Probleme vor, die im Wege dieses Ges., das, so groß seine Bedeutung auch ist, doch immerhin ein Gelegenheitsgesetz ist, zum ersten Male entschieden werden sollen, und diese Erwägung wird es den verbündeten Regierungen nicht leicht machen, zuzustimmen. Sie wissen ja auch, daß die Ansichten in Theorie und Praxis über diese Frage geteilt sind. Sie mögen beanspruchen, daß die große Majorität der Sozialpolitiker diese Forderungen vertritt — das gebe ich zu —, es gibt immerhin auch andere. Sie wissen auch, daß innerhalb der Industrie große und gerade für die Munitionserzeugung wichtige Kreise ernste Bedenken gegen diese Einrichtungen geltend machen. Das sind alles Gesichtspunkte, die überlegt werden müssen, nicht aus den Interessen der betreffenden Unternehmer, sondern aus dem Endzweck dieses Ges. heraus, die Munitionsproduktion nach jeder Möglichkeit zu fördern.

M. H., aus diesen Erwägungen heraus möchte ich Sie doch bitten, dieses Schiff nicht über Gebühr zu belasten, keinen Stein hinzuzufügen, der nicht unter allen Umständen notwendig ist. Wenn Sie die Ansichten betrachten, die bisher auf diesem schwierigen und umstrittenen Gebiet gang und gäbe waren — ich kenne die Dinge doch auch einigermaßen, und nicht erst, seitdem ich die Ehre habe, an der Spitze des Reichsamts des Innern zu stehen —, wohin sind denn die Hoffnungen und Erwartungen gegangen? Darauf, daß

solche Einrichtungen für die gewerblichen Arbeiter geschaffen werden. Das ist doch gar keine Frage, das ist der Schwerpunkt in dem Ganzen gewesen, und darauf haben sich im wesentlichen die bisherigen Bestrebungen in diesen Dingen beschränkt. Ich glaube, das ist nicht zu bestreiten. Ich möchte sehr davor warnen, daß hier der Appetit beim Essen oder in diesem Falle vor dem Essen kommt.

Meine Bedenken richten sich vor allen Dingen — das können Sie schon aus meinen bisherigen Worten entnehmen — gegen die Anträge auf Streichung der Bezugnahme auf Titel VII der GewO., der eben die Errichtung von Arbeiterausschüssen und Schiedsstellen auf dieses Gebiet, auf dem für diese Ausschüsse und diese Schiedsstellen bisher in der Hauptsache Propaganda gemacht worden ist, beschränkt. Ich halte es nicht für richtig, diese Einrichtung auf die Landwirtschaft, auf ganz andere Verhältnisse zu übertragen. Ich glaube auch, es wird mit der praktischen Durchführung Schwierigkeiten geben, von denen sich die Herren im Augenblick gar keine Vorstellungen machen. Die Dinge liegen doch dort ganz anders, lassen sich doch mit der Zusammenballung von großen Mengen von Industriearbeitern in einem einzigen konzentrierten Gebiet nicht entfernt vergleichen.

Ich möchte ferner auf das dringendste warnen, die Wahlberechtigung für Ausschüsse etwa auf Minderjährige auszudehnen. Ich möchte auch davor warnen, die Befugnisse der Schlichtungsstellen so zu erweitern, wie es in einem der vorliegenden Anträge in Aussicht genommen ist. Das alles sind Dinge, die, wie ich fürchte, das labile Gleichgewicht, in dem mir die Sache zu hängen scheint, zum Umklappen bringen könnte.

Abg. Hoch (Soz.): Wir haben zur Ausfüllung einer Lücke den folgenden neuen § 14a beantragt: „Der Bundesrat kann Betriebe in den Besitz des Reiches übernehmen oder sie zu einer Betriebsgemeinschaft zusammenschließen und für einzelne Betriebe wie auch für Betriebsgemeinschaften Vorschriften über die Geschäftsführung erlassen, insbesondere über Abschreibungen und über Berechnung und Verteilung des Gewinnes." Während für die Arbeiterschaft die Freiwilligkeit, wenn sie nicht genügt, durch den Zwang ersetzt wird, ist von einem Zwang für die Unternehmer nicht die Rede. Gewiß kann die Reichsleitung auch einen gewissen mittelbaren Zwang auf die Betriebsunternehmer ausüben, aber gerade den größten Betrieben gegenüber versagen diese Zwangsmittel; die Reichsleitung ist ja auf die Einrichtung der Betriebsinhaber angewiesen. Darum unser Antrag, der auch die Anwendung eines unmittelbaren Zwanges gestattet, wobei zuerst die Verstaatlichung in Betracht käme. Der 15er-Ausschuß hat kein Recht, über seine ihm nach diesem Gesetze zustehenden Funktionen hinauszugehen. Daher füllt unser Antrag eine sehr fühlbare Lücke aus. Wir bitten Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Die Herren überschätzen die Macht der großen Herren aus Rheinland und Westfalen und unterschätzen die Macht der Regierung. Die Regierung, die über die Rohstoffe verfügt, hat darin ein praktischeres Machtmittel als alle diese Paragraphen. Unterschätzen Sie auch nicht: der Privatbetrieb arbeitet mit viel geringeren Unkosten als der Staatsbetrieb. Die staatlichen Gruben produzieren und verkaufen Kohlen nicht billiger als die Privatwerke. In bezug auf die Kriegsgewinnsteuer besteht hier bei uns ein einheitlicher Wille. In bezug auf die Angestelltenausschüsse kann ich unseren Antrag nicht zurückziehen, weil er auf einem Fraktionsbeschluß beruht. Über die Zahl können wir uns später verständigen.

Abg. Behrens (wirtsch. Verein.): Wenn der soz. Antrag abgelehnt wird, dann möchte ich bitten, meinen Antrag anzunehmen, daß § 11 wenigstens für die Landwirtschaft gelten soll.

Abg. Hoch (Soz.): Wir wollen die Regierung in die Lage setzen, die Betriebsleiter zu zwingen, den Absichten der Regierung entgegenzukommen, damit sie nicht Riesengewinne erzielen. Daß Verstaatlichung nicht immer ein Fortschritt ist, wissen wir, doch kommt es darauf an, wie die Sache angefaßt wird.

Damit schließt die Besprechung.

In der Abstimmung wird § 11 mit der Modifikation nach dem Antrag Albrecht (Soz.) angenommen, daß die Betriebe, für die ständige Arbeiterausschüsse obligatorisch sind, mindestens 50 Arbeiter beschäftigen. Für den eventuellen Antrag Behrens, betreffend

die landwirtschaftlichen Betriebe, stimmen die beiden sozialdemokratischen Parteien, die Deutsche Fraktion, die Polen, die Elsässer und die Arbeiterabgeordneten der übrigen Parteien. Das Bureau erklärt den Antrag für angenommen. Die Anträge der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft werden abgelehnt.

Abgelehnt wird der Antrag Albrecht zu § 14a. Angenommen wird noch ein Antrag Payer-Stresemann, wonach die im Sinne dieses Gesetzes der Dienstpflicht überwiesenen Arbeiter nicht der Gesindeordnung unterliegen; desgl. § 15.

§ 16 enthält die Strafbestimmungen.

Abg. Sachse (Soz.) vermißt in den Strafbestimmungen eine Strafandrohung für Arbeitgeber, die Arbeiter aussperren.

Präsident des Kriegsamts Groener: Ich darf meine Erklärung in der Kommission dahin ergänzen, daß das Kriegsamt selbstverständlich dahin wirken wird, daß jeder Arbeitgeber, dem vom Ausschuß Arbeiter zugewiesen worden sind, diese auch unter allen Umständen einstellen muß. Eine Ablehnung solcher Arbeitskräfte ist meines Erachtens nach dem Willen des Gesetzes ausgeschlossen, jedoch steht dem Arbeitgeber wie dem Arbeitnehmer das Recht zu, jederzeit das durch das Gesetz vorgesehene Schlichtungsverfahren in Anspruch zu nehmen, sobald Streitigkeiten dieser Art entstehen.

Abg. Stolle (soz. Arbeitsgem.): Es fehlt hier jede Schutzbestimmung für diejenigen, die sich berechtigterweise weigern, die ihnen zugemutete Arbeit zu leisten, wenn sie krank sind usw. Wir lehnen deshalb diesen Paragraphen ab.

Abg. Dove (fortschr. Volksp.): Der Vorredner hat ganz den § 8 übersehen, wonach bei der Überweisung auch auf die Gesundheit und die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen ist.

Der § 16 wird angenommen.

Nach § 17 erläßt der Bundesrat die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Bestimmungen. Allgemeine Verordnungen bedürfen der Zustimmung eines aus der Mitte des Reichstags gestellten Ausschusses von 15 Mitgliedern. Nach dem Antrage der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft soll der Bundesrat unter Zustimmung des Reichstags die Ausführungsbestimmungen erlassen.

Abg. Ebert (Soz.): Wir nehmen an, daß unter den Begriff allgemeiner Verordnungen auch solche fallen, die für einzelne Berufe für das ganze Deutsche Reich herausgegeben werden. Die Mitwirkung dieses Reichstagsausschusses auch bei der Verwaltung halten wir für dringend notwendig. Wir nehmen an, daß er das Recht hat, Auskunft zu verlangen und seinerseits Initiativvorschläge zu machen.

Abg. Graf Westarp (kons.): Meine politischen Freunde können sich nicht dazu entschließen, die Grenzen der Befugnisse des Bundesrats auch bei dieser Gelegenheit einzuschränken. Der Gegensatz zwischen Ausführungsbestimmungen bei allgemeinen Verordnungen ist durchaus nicht klar. Wir wollen vermieden wissen, daß der Ausschuß sich auch in die Verwaltung einmischt. Es soll hier ein neues Parlament geschaffen werden, das sozusagen ein Parlament erster Instanz ist. Auch eine begutachtende Tätigkeit des Ausschusses scheint uns bedenklich bei der Exekutive. Es handelt sich hier um Maßnahmen der militärischen Behörde, die nur getroffen werden können, wenn ihr ein großes Maß von Bewegungsfreiheit gegeben ist. Die vorgeschlagenen Bestimmungen und das Zusammenwirken dieses Ausschusses mit dem Kriegsamt bedingen auch eine Verlangsamung und Verzögerung der Entschließungen, die dem Zwecke des Gesetzes geradezu widerspricht. Man hätte den Weg des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 gehen sollen, den hätten auch wir betreten können. Das Kompromiß hat es aber anders gewollt; wir sehen deshalb von der Stellung von Anträgen ab und lehnen einstimmig den § 17 ab.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: Ich kann auch hier nur meine persönliche Auffassung kundgeben. Nach der Reichsverfassung hat nur der Bundesrat das Recht, Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Der Weg, der jetzt betreten werden soll, ist der, daß aus dem Reichstage heraus ein neuer gesetzgebender Körper geschaffen wird, der an

die Stelle des Reichstages tritt. Dieser Ausschuß hat in der Reichsverfassung keine Grundlage.

Abg. Dittmann (soz. Arbeitsgem.): Das haben wir auch schon vorher gewußt. Wenn aber der Exekutive durch dieses Gesetz eine solche Machtvollkommenheit gegeben wird, dann muß der Reichstag in irgendeiner Form mitwirken, das ist für die Kommission das entscheidende Moment gewesen. Der Ausschuß ist in diesem § 17 keineswegs derart verankert, daß er wirklich zur laufenden Mitwirkung berufen erscheint, und die Erklärung des Staatssekretärs läßt ja schon erkennen, wieweit faktisch von dieser Mitwirkung die Rede sein wird.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: Ich habe pflichtgemäß mich zur Sache geäußert, ich bin gewöhnt, meine Pflicht zu erfüllen. Wenn der Bundesrat den § 17 annimmt, wird er ihn selbstverständlich loyal erfüllen.

Abg. Schiffer (nl.): Ich muß auch meinerseits sehr bedauern, daß der Staatssekretär in diesem Punkte in dieser Stunde noch eine solche Erklärung abgegeben hat. Ohne eine solche Bestimmung wird das Gesetz nicht in die Welt gehen. Auf dem Wege, den der Abg. Dittmann will, geht es nicht; aber eine ausgiebige Mitwirkung des Reichstags ist eine unbedingte Notwendigkeit. Auch der Staatssekretär hat anerkannt, ebenso wie Graf Westarp, daß hier Ausnahmezustände in Frage stehen; es handelt sich hier um allgemeine „Verordnungen", die materiell tatsächlich Gesetze sind, und darum muß eine Mitwirkung des Reichstages stattfinden.

Abg. Stadthagen (soz. Arbeitsgem.): Das Gesetz, mit dem wir es hier zu tun haben, ist nur der Rahmen zu den Gesetzen, die in Gestalt von Ausführungsverordnungen zu erlassen sind. Machen Sie diesen Schritt mit dem 15er-Ausschuß rückgängig und setzen Sie an seine Stelle den Reichstag selbst.

§ 17 wird nach Ablehnung des Antrages Bernstein gegen die Stimmen der Deutschkonservativen angenommen.

Nach § 18 des Antrags Spahn tritt das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens. Macht der Bundesrat von dieser Befugnis binnen einem Monat nach Friedensschluß mit den europäischen Großmächten keinen Gebrauch, so tritt das Gesetz außer Kraft.

Abg. Dittmann (soz. Arbeitsgem.): Ein solches Ausnahmegesetz sollte keinen Augenblick nach Friedensschluß in Kraft bleiben. Wir beantragen, es zum 1. Juli 1917 außer Kraft zu setzen; bei früherem Friedensschluß zu diesem Zeitpunkt; auch soll der Reichstag befugt sein, es schon vorher außer Kraft zu setzen.

Von den Sozialdemokraten ist beantragt, es vor dem 1. Juli 1917 außer Kraft treten zu lassen, falls der Reichstag nicht vorher das Außerkrafttreten beschließt.

§ 18 gelangt nach Ablehnung der Anträge der sozialdemokratischen Fraktionen in der Fassung des Antrages Spahn zur Annahme.

Sitzung vom 2. Dezember 1916.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich:

M. H.! Ich möchte vor allem den beiden Herren Vorrednern danken für die patriotische und weitherzige Auffassung, die sie hier zum Ausdruck gebracht haben. Die Worte der beiden Herren Vorredner werden uns wesentlich helfen, den Zweck dieses Ges. zu erreichen; denn die Kreise, die hinter diesen beiden Herren stehen, sind für die Durchführung dieses Gesetzes von der allerwesentlichsten Bedeutung.

M. H., ich glaube, in jedem Stadium der Beratung, in der Kommission und auch hier im Hause, zum Ausdruck gebracht zu haben, daß ich mir die Durchführung des Gesetzes gar nicht denken kann ohne die freudige und bereitwillige Mitwirkung der deutschen Arbeiterschaft. Das ist der Boden, auf dem wir vor allen Dingen stehen müssen. Die freudige und bereitwillige Mitwirkung der deutschen Arbeiterschaft müssen wir gewinnen, wenn wir aus diesem Ges. das herausholen wollen, was unsere Brüder draußen an der Front, und was schließlich unser Volk in der Heimat braucht. M. H., Sie

dürfen überzeugt sein, daß auch die verbündeten Regierungen auf diesem Boden stehen, daß die Auffassung, die ich hier ausspreche, nicht nur meine persönliche, sondern auch die Auffassung der verbündeten Regierungen ist. Sie dürfen überzeugt sein, daß aus dieser Auffassung heraus die verbündeten Regierungen zu dem Ergebnis ihrer Beratungen Stellung nehmen werden.

M. H., es ist mir dabei ein kleiner Schmerz, daß der Herr Abg. Legien nach all den vielen Tagen, in denen wir zusammen verhandelt haben, in mir etwas zu sehen scheint wie einen bösen Geist, vor dem man warnen muß. M. H., ich sage, das ist mir ein kleiner Schmerz. Ich glaube, daß meine Tätigkeit und meine Mitwirkung bei diesen ganzen Beratungen doch eine etwas bessere Zensur verdient hätte, als sie der Herr Abg. Legien ausgesprochen hat. Ich glaube, mich mit allen meinen Kräften dem Zustandekommen des Gesetzes gewidmet zu haben, und ich glaube von mir sagen zu können, daß ich nicht in einem Punkte einen engherzigen und kleinlichen Widerstand geleistet habe. M. H., ich glaube Sie verkennen die schwere Stellung, die der Vertreter der verbündeten Regierungen hat, namentlich in so wichtigen Materien und in einem Stadium der Beratung wo die verbündeten Regierungen noch nicht in der Lage waren, ihrerseits Stellung zu nehmen. Ich glaube, das verkennen Sie und das beeinträchtigt Ihr Urteil. Jedenfalls bin ich mir bewußt, für das Zustandekommen des Gesetzes mein Bestes beigetragen zu haben, und ich werde weiter tun, was ich kann, um dem Gesetz in einer Form, in der es seinen Zweck erfüllt, zur Annahme zu verhelfen.

Wenn ich in diesem oder jenem Punkt im Laufe der Beratungen wiederholt genötigt war, zu warnen, abzuraten, zu widersprechen, so waren das — ich glaube, ich kann sagen, in jedem einzelnen Falle — Punkte, wo es sich für mich darum handelte, ob der Zweck des Gesetzes beeinträchtigt wird oder nicht. Das allein ist für mich maßgebend gewesen. Sie haben sehr oft Gegensätzlichkeit zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen auch in meiner Stellung gesehen, wo es sich nicht um Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen handelte, sondern einzig und allein um die Frage des großen vaterländischen Gesamtzweckes, den wir mit diesem Gesetz verfolgen. Wir werden ja über einzelne Punkte im Laufe der Beratung noch sprechen, und ich bitte Sie jetzt schon, auch hier alles, was ich sagen werde, und was vielleicht nicht ganz in der Richtung Ihrer Wünsche liegt, von diesem Standpunkte aus zu beurteilen und zu erkennen, daß nicht einseitige Interessen für mich maßgebend sind, sondern einzig und allein der Zweck, mit diesem Gesetz das Höchstmaß der Steigerung unserer nationalen Produktion zu erreichen, das Höchstmaß der Steigerung an Kanonen und Granaten wie auf der anderen Seite an Brot.

M. H., wir stehen in dem schwersten Kriege nach außen, den Deutschland jemals durchgemacht hat, und deswegen brauchen wir mehr als je Frieden und Einheit im Innern. In diesem Sinne ist das ganze Hilfsdienstgesetz gedacht. Sein Hauptzweck ist, wie ich eben erwähnt habe, Steigerung unserer Erzeugung von Kriegsmaterial und alles dessen, was für die Volksversorgung notwendig ist. Aber ein anderes wird, wie ich hoffe, sich daneben einstellen: ich hoffe, daß dies Gesetz, das die Einheit der vaterländischen Hilfsdienstpflicht für alle Deutsche, ohne Unterschied von Klasse und Stand, verkündigt und verwirklicht, einen neuen eisernen Reif um die Gesamtheit des Volkes schmieden wird.

Abg. Haase (soz. Arbeitsgem.): Die Klassenunterschiede bleiben nicht nur bestehen, sondern werden durch das Gesetz noch in hohem Maße verschärft. Die Unternehmer haben in Zukunft nicht mehr nötig, die Erhöhung des Lohnniveaus ausschlaggebend in Betracht zu ziehen, wenn sie Arbeiter heranziehen wollen, denn sie werden ihnen ja vom Kriegsamt zugewiesen. Die Frauenarbeit wird schärfer auf die Löhne drücken, denn die einzige Möglichkeit, das zu verhindern, ist vereitelt worden, indem man unseren Antrag abgelehnt hat, wonach die in den Betrieben einzustellenden Frauen den gleichen Lohn wie die Männer zu erhalten hätten. Die Schutzbestimmungen, die man in das Gesetz hineingearbeitet hat, sind unzureichend und unwirksam. Tausende von Arbeitern in den besetzten Gebieten sind dem Arbeitszwange unterworfen worden; wir fordern die Regierung dringend auf, insbesondere in Belgien diesen Arbeitern die Freiheit wiederzugeben. Aus

Klugheit schon sollte man alsbald dieses Verfahren aufgeben, das auch den Haager Abmachungen, die wir anerkannt haben, widerspricht. Die Erkenntnis, daß in diesem Kampfe es keine Sieger und Besiegte geben wird, dringt immer weiter; selbst der Abg. Scheidemann hat das bereits einräumen müssen. Die Niederlage unseres Volkes will niemand; es kommt aber darauf an, klar zu erkennen, was ist. Die Erwartung, daß es doch noch gelingen werde, den anderen vernichtend zu schlagen, beruht auf ganz falschen Grundlagen. Zur Steigerung der Produktion im eigenen Lande braucht man ein solches Gesetz nicht; geben Sie den Arbeitern reichlich Brot, und die Produktion wird den Vorteil davon haben. Die Verwüstungen des Krieges, seine blutigen Opfer werden letzten Endes für uns die Wegweiser auf dem Wege zum Sozialismus sein.

Abg. Behrens (deutsche Fraktion): Ich protestiere gegen die Ausführungen des Vorredners. Die wirklichen Arbeitervertreter haben vorhin gesprochen, der Abg. Haase repräsentiert nur eine kleine Gruppe. Die deutsche Arbeiterschaft sieht in dem Ges. den Ausdruck des besten Willens, den Krieg durch diese Anspannung der gesamten deutschen Volkskraft seinem raschen und siegreichen Ende entgegenzuführen.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: Ich danke dem Herrn Abg. Behrens, der mir einen großen Teil dessen, was ich auf die Ausführungen des Herrn Abg. Haase zu sagen hätte, abgenommen hat.

Ich habe nur ein Wort hinzuzufügen. Der Herr Abg. Haase hat sich auch mit der Heranziehung der belgischen Arbeitslosen zur Arbeit beschäftigt. Herr Haase hat behauptet, daß diese Heranziehung gegen Menschlichkeit und Völkerrecht verstoße, und hat daraus die üblichen Folgerungen gezogen. M. H., ich stelle fest, daß die Heranziehung der belgischen Arbeitslosen zur Arbeit durchaus innerhalb des Rahmens des Völkerrechts sich bewegt, daß sie zu keiner Arbeit herangezogen werden, zu der sie nach dem Völkerrecht nicht herangezogen werden dürfen. Wir stehen also formell und materiell durchaus auf dem Boden des Völkerrechts und machen von unserem guten Recht Gebrauch. Außerdem aber erfüllen wir, indem wir die belgischen Arbeitslosen zur Arbeit heranziehen, eine Pflicht, eine Pflicht gegenüber unserer kämpfenden Truppe. Im Rücken unserer kämpfenden Truppe brauchen wir Ruhe und Ordnung. Es gibt keinen größeren Feind der Ordnung als den Müßiggang. Wir können es nicht vertragen, und die Truppe draußen kann es nicht vertragen, daß in ihrem Rücken eine müßiggehende, unruhige Bevölkerung sitzt.

Die Heranziehung dieser Arbeiter in den Formen, in denen sie geschieht, kommt aber auch der belgischen Bevölkerung selbst zugute. Wer hat ein Interesse daran, daß der belgische Arbeiter, der im allgemeinen ein braver und fleißiger Arbeiter ist, nun jahraus jahrein, solange dieser Krieg dauert, dasitzt und die Hände in den Schoß legt? Dabei muß der belgische Arbeiter verkommen. Dabei geht seine industrielle Kraft für die Zukunft, für den zukünftigen Wiederaufbau seines Landes allmählich verloren. Daran haben wir kein Interesse daran hat erst recht Belgien kein Interesse, daran hat nur England ein Interesse; und die Geschäfte Englands zu besorgen, das überlassen wir anderen.

Abg. Bauer (Soz.): Die Ausführungen des Abg. Haase lassen jedes Verständnis vermissen für die Lage, in der sich unser Volk befindet. Wenn die Angaben Haases richtig sind, dann schließen wir uns dem Protest gegen die Heranziehung der belgischen Arbeiter an. Im übrigen haben wir uns in den Verhandlungen des Ausschusses bemüht, auch in direkten Verhandlungen mit der Regierung, eine Verbesserung der Lage der belgischen Arbeiter herbeizuführen.

Abg. Dittmann (soz. Arbeitsgem.): Gegenüber dem Staatssekretär möchte ich darauf hinweisen, daß der Generalgouverneur von Bissing der holländischen Regierung versicherte, daß die von Holland nach Belgien zurückkehrenden Arbeiter unter keinen Umständen aus Belgien nach Deutschland transportiert werden würden. Diese zusichernde Erklärung ist nicht gehalten worden. Dem Abg. Bauer bemerke ich, die spätere Zeit wird zeigen, wer ein größeres Verständnis für die Lage des Landes hat. Ich bin fest überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht auf dem Standpunkte des Abg. Bauer, sondern auf dem Haases steht. Daß die organisierte Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, nicht auf dem

Standpunkte Bauers stehen, beweisen die Versammlungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes für Groß-Berlin, die einstimmig in einer Resolution beide sozialdemokratische Fraktionen aufgefordert haben, das Gesetz abzulehnen. In demselben Sinne haben sich Versammlungen der Holzarbeiter und der Schuhmacher ausgesprochen. Ich stelle fest, daß die überwältigende Mehrheit der deutschen Arbeiter auf unserer Seite steht.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H.! Ich bedauere diese Diskussion auf das allertiefste. Diese Diskussion kann nur dazu beitragen, einen Teil des Guten, das wir hier für unsere Soldaten an der Front schaffen wollen, zu zerstören. Ich bedauere es aufs tiefste, daß einem Mann wie dem Generalgouverneur von Bissing hier Wortbruch vorgeworfen ist. Woher hat der Herr Abg. Dittmann seine Kenntnis von dieser angeblichen Zusage? Aus feindlichen Zeitungen, die ihm als Quelle am nächsten stehen, und aus neutralen Zeitungen, die zum Teil die Geschäfte unserer Feinde besorgen! Wenn der Herr Abg. Dittmann diese Dinge auf die Tribüne des Reichstags bringt, dann besorgt auch er, ob er will oder nicht, die Geschäfte unserer Feinde.

Abg. Legien (Soz.): In der Versammlung der Metallarbeiter wurden zwei Resolutionen angenommen, von denen die eine die andere aufhebt. Übrigens wurde in der einen Resolution nicht die bedingungslose Ablehnung des Gesetzes gefordert, sondern nur, wenn gewisse Voraussetzungen nicht erfüllt würden. Diese Beschlüsse sind gefaßt auf Grund des ersten Entwurfs der Regierung. Außerdem ist die Entscheidung der gewerkschaftlichen Organisationen in der Gesamtheit nicht in die Hände einer Generalversammlung eines Berliner Zweigvereins gelegt. Daraus ergibt sich, welcher Wert der Behauptung Dittmanns beizulegen ist.

Abg. Dittmann (soz. Arbeitsgem.): Nach der Erklärung des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes ergänzen sich beide Resolutionen. In dem gleichen Sinne wie Generalgouverneur von Bissing hat sich auch Frhr. von Hüne ausgesprochen.

Damit schließt die Generaldiskussion.

Die Gesamtabstimmung über das ganze Gesetz wird auf Antrag der Mehrheitsparteien eine namentliche sein.

In der Spezialdebatte bemerkt zu § 1:

Abg. Dr. Rießer (nl.): Der Abg. Haase übersieht oder will übersehen, daß dieses Gesetz gerade um die gründliche Mitwirkung der Arbeiter zu erlangen in großem, ja in gewaltigem Umfange staatssozialistische Gedanken verwirklicht hat, die die kühnsten Erwartungen der Arbeiterführer übertreffen. Nicht mit einem Tropfen, sondern mit ganzen Litern staatssozialistischen Öles ist die Vorlage durchtränkt. Zu § 1 speziell möchte ich bemerken, daß hier wie im ganzen Gesetz nach der Überzeugung meiner politischen Freunde besondere Rücksicht auf den Mittelstand nicht genommen worden ist; wir müssen wünschen, daß, soweit möglich, auch der schweren Bedrängnis des mittleren und kleinen Handels- und Gewerbe- und Handwerkerstandes Rechnung getragen wird, daß die mittelständischen Betriebe bei der Durchführung des Gesetzes soweit wie irgend möglich geschont werden; auch für sie muß gelten, daß auf Familienverhältnisse, Wohnort, Alter, Gesundheit Rücksicht zu nehmen ist. Es wird in den Ausführungsbestimmungen diese Rücksicht zu beachten sein, und es müssen bei der Ausführung auch Vertrauensmänner aus der Schicht der mittelständischen Bevölkerung zugezogen werden.

§ 1 wird darauf angenommen, ebenso ohne Debatte §§ 2—8.

§ 9 bestimmt nach den Beschlüssen zweiter Lesung in seinem zweiten Absatz:

„Weigert sich der Arbeitgeber, die von dem Hilfsdienstpflichtigen beantragte Bescheinigung (Abkehrschein) auszustellen, so steht diesem die Beschwerde an einen Ausschuß zu, der in der Regel für jeden Bezirk einer Ersatzkommission zu bilden ist und aus einem Beauftragten des Kriegsamts als Vorsitzenden sowie aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht. Je zwei dieser Vertreter sind ständig, die übrigen sind aus der Berufsgruppe zu entnehmen, welcher der beteiligte Hilfsdienstpflichtige angehört."

Abg. Dr. Rösicke (dkons.): Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse würde dazu führen, daß zur Fällung eines Urteils Leute berufen sind, die keine oder keine genügende Kenntnis von der Sache haben. Landwirtschaft und Industrie sind in ihrer Eigenart so verschieden, daß es undenkbar ist, daß Persönlichkeiten, die lediglich gewerbliche Verhältnisse kennen, auch nur einigermaßen die landwirtschaftlichen Verhältnisse beurteilen können. Wir beantragen deshalb, daß für gewerbliche Betriebe die Vertreter eines gewerblichen, für landwirtschaftliche Betriebe aus landwirtschaftlichen Berufsgruppen zu entnehmen sind.

Abg. Bauer (Soz.): Das Gesetz sieht ja doch vor, daß neben den beiden ständigen Vertretern ein Drittel von jeder Kategorie der Berufsgruppe zu entnehmen ist, der der beteiligte Hilfsdienstpflichtige angehört. Damit werden die Interessen der Landwirtschaft ausreichend gesichert.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: Ich möchte dem hohen Hause empfehlen, dem Antrag auf Nr. 573 der Drucksachen die Zustimmung zu geben. Ich glaube, die Gründe brauche ich nicht länger auszuführen. Der Herr Abg. Dr. Rösicke hat das Nötige gesagt. Wesentlich ist für mich, daß es ohnehin gewisse Schwierigkeiten machen wird, die Schiedsstellen auf die Landwirtschaft auszudehnen, wie das im Gesetzentwurf vorgesehen ist. Die Schwierigkeiten werden erheblich abgemildert — und das halte ich für nötig im Interesse der landwirtschaftlichen Produktion —, wenn Sie dem Antrag auf Nr. 573 die Zustimmung erteilen wollen.

Abg. Gothein (fortschr. Volksp.): Ich bitte dringend, den Antrag abzulehnen, der mit dem Geiste unserer Beschlüsse und auch mit dem Wortlaut des § 9 unvereinbar ist. Wenn der Staatssekretär sich die Mühe nimmt, den Absatz 2 nochmals durchzulesen, wird er sich von der Unmöglichkeit, diesen Antrag anzunehmen, überzeugen.

Abg. Behrens (deutsche Fraktion): Die Folge dieses Antrags würde die Bildung zweier Ausschüsse sein, je eines für gewerbliche und für landwirtschaftliche Betriebe. Ich würde vorschlagen, dem Antrag die Worte „in der Regel" einzuschieben, dann würde man nicht ständig zwei Ausschüsse nebeneinander brauchen, und der Bundesrat hätte mehr Freiheit, die Sache zweckmäßig zu regeln.

Abg. Dr. Rösecke (dkons.): Wir sind mit der Einschaltung der Worte „in der Regel" einverstanden und ebenso mit den weiteren Ausführungen des Vorredners. Dem Abg. Bauer erwidere ich, daß unser Antrag nicht nur auf die landwirtschaftlichen, sondern ebenso auf die gewerblichen Betriebe gerichtet ist; wir haben nur die Absicht, der Sachlichkeit zu dienen.

Abg. Gothein (fortschr. Volksp.): Auch mit dem Zusatz „in der Regel" bleibt der Antrag eine Unmöglichkeit. Es wird nach § 9 in der Regel für jeden Bezirk eine Ersatzkommission, ein Ausschuß gebildet, und nun soll es weiter heißen: „In der Regel sind für gewerbliche Betriebe die Vertreter aus den gewerblichen Berufsgruppen usw. zu entnehmen." Wie soll denn in einem Ausschuß, der zwei ständige Mitglieder hat, so verfahren werden, wie der Antrag will? Das ist unmöglich, dann müßten doch mehrere Ausschüsse gebildet werden.

Abg. Erzberger (Zentr.): Die Bildung zweier Ausschüsse für jeden Bezirk wäre kein Fehler und kein Nachteil, sondern böte gewisse Erleichterungen. Man sollte sich daher hier lieber darüber verständigen, daß das in die Ausführungsbest. kommt, dann kommt der Reichstag auch zur Geltung.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: Ich bitte um Verzeihung. Ich habe den Herrn Abg. Erzberger wegen der Unruhe im Hause nicht richtig verstehen können. Es wird mir eben gesagt, Herr Abg. Erzberger habe um eine Erklärung gebeten, ob auch eventuell ohne diesen Antrag durch die Ausführungsbestimmungen in den Fällen, in denen die Landwirtschaft hervorragend in Betracht komme, den Gesichtspunkten der Herren Antragsteller Rechnung getragen werden könne. Wenn zwischen den verbündeten Regierungen und dem Hause Übereinstimmung besteht, daß der Bundesrat mit dem eventuell einzusetzenden Reichstagsausschuß eine solche Bestimmung erlassen kann, dann halte ich

einen Zweifel daran, daß dies sich ermöglichen läßt, nicht für gegeben; dann wird im Wege der Ausführungsbest. der Zweck der Herren Antragsteller also verwirklicht werden können.

Abg. Dr. Rösicke (dkons.): Nach dieser Erklärung des Staatssekretärs und im Vertrauen darauf ziehen wir den Antrag in der Annahme, daß die Mehrheit zustimmt, zurück.

Abg. Dittmann (soz. Arbeitsgem.): Ich protestiere dagegen, daß auf dem Umwege über die Ausführungsbest. etwas in das Gesetz hineinkommt, was das Gegenteil dessen ist, was die Mehrheit gewollt hat.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H.! Sie haben eben den Protest des Herrn Abg. Dittmann gehört. Das Haus ist also in der Auslegung des Paragraphen nicht einig. Angesichts dieser Tatsache scheint mir, daß Sie, wenn Sie sichergehen wollen, den Antrag besser aufrecht erhalten.

Abg. Dr. Rösicke (dkons.): Da es nunmehr ausgeschlossen ist, die Sache lediglich durch die Ausführungsbest. zu ordnen, bringen wir den Antrag wieder ein.

Abg. Gothein (fortschr. Volksp.): Ich möchte meinem Erstaunen Ausdruck geben darüber, daß der Staatssekretär dieser Erklärung des Abg. Dittmann eine solche Bedeutung beilegt.

Abg. Bauer (Soz.): Ich betone nochmals, daß mir die landwirtschaftlichen Interessen durch den § 9, wie er verlangt, vollkommen gewahrt erscheinen. Wir haben das Vertrauen, daß die landwirtschaftlichen Vertreter auch die gewerblichen Interessen zu wahren verstehen werden.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H.! Wir sprechen hier in aller Ruhe über eine sachliche und technische Angelegenheit. Deswegen ist mir die Entrüstung des Herrn Abg. Gothein nicht ganz verständlich. Ebensowenig wie es mir verständlich ist, wie der Herr Abg. Gothein mich mit dem Herrn Abg. Dittmann für solidarisch erklären kann. Die Sache ist einfach die: Der Bundesrat wird auch zusammen mit dem Reichstagsausschuß das Gesetz, wie es hier vorliegt, nicht abändern können. Das kann er nicht, ich glaube, darüber sind wir alle einig. Wenn also das Gesetz eine Auslegung bekommen sollte, die eine solche Ausführungsbestimmung nicht zuläßt, so ist die Ausführungsbestimmung auch nicht mit Zustimmung des Reichstagsausschusses möglich.

Nun ist es mir doch fraglich, wie die Entscheidung ausfällt, wenn nach den Motiven des Gesetzgebers geforscht wird. Der Widerspruch, den Herr Abg. Dittmann formell erhoben hat, namentlich zusammen mit den Ausführungen des Herrn Abg. Gothein, der vorhin nachzuweisen versucht hat, daß die Bestimmung des Gesetzes eine solche Auslegung gar nicht verträgt, daß sie mit dem Antrage der Konservativen nicht kompatibel ist, läßt mir doch eine spätere Auslegung nicht als ausgeschlossen erscheinen, daß der Wortlaut des Ges. eine solche Ausführungsbest. ausschließt. Ich habe meinerseits gar nicht in dieser Richtung entschieden, sondern habe nur die Meinung zum Ausdruck gebracht — und dazu glaube ich mich den Antragstellern gegenüber verpflichtet —, daß es unter den obwaltenden Umständen sicherer für den Antragsteller ist, wenn er den Antrag nicht zurückzieht. Ich glaube, das war mein Recht und meine Pflicht.

Abg. Dittmann (soz. Arbeitsgem.): Ich habe lediglich formellen Widerspruch eingereicht dagegen, daß durch die Ausführungsbest. etwas angeordnet wird, was dem klaren Wortlaut des Gesetzes widerspricht.

Abg. Gothein (fortschr. Volksp.): Es bleibt durchaus möglich, durch die Ausführungsbestimmungen zwei Ausschüsse einrichten zu lassen. Es ist nicht die Aufgabe des Staatssekretärs, wenn seitens der erdrückenden Mehrheit des Hauses eine Einigung vorhanden und man sich über das klar ist, was man will, auf den Widerspruch des Vertreters einer kleinen Fraktion diesem seine Unterstützung zu leihen und die Einigkeit des Hauses dadurch zu beeinträchtigen.

Abg. Erzberger (Zentr.): Ich kann mich materiell wie formell dem Abg. Gothein anschließen. Nach § 9 besteht kein Zweifel, daß zwei, auch drei und mehrere solcher Ausschüsse gebildet werden können, und, wie für Berlin, gebildet werden müssen. Kommt es in der Praxis dazu, dann müssen sie auch zweckentsprechend ausgebaut werden.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: Die Erklärung, auf die der Herr Abg. Erzberger jetzt entscheidenden Wert legt, kann ich abgeben. Nach meiner Ansicht schließt der Wortlaut des § 9 keineswegs aus, daß der Bundesrat zusammen mit dem zu bildenden Reichstagsausschuß eine solche Bestimmung beschließt, wie sie im Sinne des konservativen Antrages liegt. Ich habe nur, nachdem ich vorhin diese Erklärung abgegeben habe und darauf Widerspruch aus dem Hause dagegen erhoben worden ist, loyal zu sein geglaubt, wenn ich darauf aufmerksam mache, daß darin eine gewisse Gefahr liegen könne. Die Entscheidung darüber, ob diese Gefahr wichtig ist oder nicht, muß ich selbstverständlich dem Hause überlassen. Nach meiner Auffassung jedenfalls genügen die Ausführungsbestimmungen.

Abg. Graf Westarp (dkons.): Ich akzeptiere die Erklärungen, die die Abgg. Erzberger und Gothein sachlich abgegeben haben; aber wir möchten Wert darauf legen, für die Regel das Prinzip festzulegen.

Der Antrag der Deutsch-Konservativen, der jetzt lautet:

„in der Regel sind für gewerbliche Betriebe die Vertreter aus den gewerblichen Berufsgruppen, für landwirtschaftliche Betriebe aus den landwirtschaftlichen Berufsgruppen zu entnehmen"

kommt nunmehr zur Abstimmung. Gegen ihn stimmen die Sozialdemokraten beider Richtungen, die fortschrittliche Volkspartei und die Mehrheit der Nationalliberalen. Das Bureau erklärt den Antrag für abgelehnt.

§ 10, wonach das Kriegsamt die Anweisung für das Verfahren bei den Ausschüssen erläßt, wird ohne Debatte angenommen.

Nach § 11 müssen in allen für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betrieben, für die Titel VII der GewO. gilt, und in denen in der Regel mindestens 50 Arbeiter beschäftigt werden, ständige Arbeiterausschüsse bestehen.

Abg. Stadthagen (soz. Arbeitsgem.): Wir beantragen, die Worte „für die Titel VII der GewO. gilt" zu streichen. Durch diese Worte werden die ländlichen Arbeiter, die schon von dem Koalitionsrecht ausgenommen sind, unter ein ganz besonderes Ausnahmegesetz gestellt. Ich bitte Sie, wenigstens hier die ländlichen Arbeiter mit den übrigen Arbeitern gleichzustellen.

Der Antrag Stadthagen wird abgelehnt und § 11 angenommen; desgl. § 12.

§ 13, der Bestimmungen über die Schlichtung von Lohnstreitigkeiten enthält, bestimmt u. a., daß, wenn in einem für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betriebe, für den Titel VII der GewO. gilt, ein ständiger Arbeiterausschuß nicht besteht, bei Lohnstreitigkeiten der im § 9 bezeichnete Ausschuß als Schlichtungsstelle angerufen werden kann. In der zweiten Lesung ist hierzu der Zusatz gemacht worden, daß das gleiche auch für die landwirtschaftlichen Betriebe gilt.

Ein Antrag Graf Westarp (dkons.) will diesen Zusatz wieder streichen.

Abg. Dr. Rösicke (dkons.): Dieser Zusatz ist auf den Antrag des Abg. Behrens beschlossen worden. Wenn wir ihn beibehalten, so könnten die ländlichen Arbeiter hinter dem Rücken ihrer Arbeitgeber sich an den Ausschuß wenden, ohne vorher ihre Wünsche dem Arbeitgeber vorgetragen zu haben. Die Arbeiten in der Landwirtschaft müssen schnell gemacht werden, weil die höchsten volkswirtschaftlichen Werte auf dem Spiele stehen. Eine Verzögerung in der landwirtschaftlichen Arbeit kann die schwersten Nachteile mit sich bringen. In der Industrie liegen die Verhältnisse ganz anders. Wir können die Verantwortung für die schweren Nachteile, die aus dieser Bestimmung entstehen können, nicht übernehmen, und bitten Sie, im letzten Augenblick den Zusatz wieder zu streichen.

Abg. Brey (Soz.): Wenn wir den Zusatz beibehalten, so haben die ländlichen Arbeiter wenigstens den Schutz, den das Gesetz ihnen geben soll, sie haben dann wenigstens eine Stelle, wo sie ihre Beschwerde unterbringen können. Nehmen Sie den Antrag Westarp aber an, so gefährden Sie gerade die Volksernährung.

Abg. Behrens (deutsche Fraktion): Wir wollen das Vertrauensverhältnis zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern fördern. Daß die Arbeiter hinter dem Rücken des

Arbeitgebers die Schlichtungsstelle anrufen, halte ich für unmöglich; erst muß doch der Arbeiter dem Arbeitgeber vorschlagen, was er will, und wenn sie sich nicht einigen, dann kann der Ausschuß angerufen werden. Wenn das Urteil des Ausschusses dem Kriegsamt vorgelegt wird, wird dieses nicht so unvernünftig sein, es zuzulassen, wenn der Arbeiter nicht erst mit seinem Arbeitgeber verhandelt hat.

Abg. Dr. Rösicke (dkons.): Es ist wohl die Möglichkeit gegeben, daß der Arbeiter hinter dem Rücken des Arbeitgebers sofort an den Ausschuß geht. Dadurch wird zwar der Arbeitgeber nicht geschädigt, aber in dieser Kriegszeit kann die Ernährungsfrage durch solche Streitigkeiten gefährdet werden. Die Landwirtschaft muß einheitliche Arbeitsbedingungen haben, denn wenn irgendwo bessere Arbeitsbedingungen bestehen, spricht sich das herum und der Arbeiter an anderer Stelle will dann dieselben Arbeitsbedingungen haben. Dann wird der Arbeitgeber aber nicht sagen, er könne gehen, sondern er wird sehen, was sich machen läßt.

Abg. Brey (Soz.): Daß die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter die schlechtesten in Deutschland sind, bleibt bestehen, und nun wird noch der Arbeitszwang eingeführt, die Landwirtschaft bekommt Arbeiter überwiesen aus gewerblichen und industriellen Betrieben. Deshalb müssen wir den Arbeitern ein Mindestmaß von Schutz gewähren.

Abg. Stolle (Soz.): Die Befürchtungen des Abg. Rösicke treffen nicht zu. Der Landwirt, der seine Arbeiter gut behandelt, hat keinen Mangel an Arbeitern. Der Antrag des Grafen Westarp würde aber die landwirtschaftlichen Arbeiter vogelfrei machen.

Der Antrag Graf Westarp wird gegen die Stimmen der Deutschkonservativen abgelehnt, der Paragraph bleibt unverändert.

§ 13a lautet:

„Den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen darf die Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Vereins- und Versammlungsrechts nicht beschränkt werden.

Ein Kommissionsantrag Spahn will diesen Paragraphen redaktionell so fassen, daß den im Hilfsdienst beschäftigten Personen das gesetzliche Vereins- und Versammlungsrecht gewahrt wird."

Abg. Bauer (Soz.): Ich bitte Sie dringend, an der ursprünglichen Fassung festzuhalten. Die neu vorgeschlagene Fassung ist auf Anregung des Unterstaatssekretärs Richter gewählt worden. Diese Fassung ist uns bedenklich.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H.! Ich möchte gegenüber den Ausführungen des Herrn Abg. Bauer für die mir unterstellten Beamten eintreten. Es ist ganz selbstverständlich, daß ich, der ich die Verantwortung für die Geschäfte meines Ressorts trage, mich in allen Dingen auf das eingehendste orientiere. Dabei bin ich selbstverständlich auf die Beratung und die Mitwirkung der mir unterstellten Beamten, vor allem der beiden Unterstaatssekretäre, darunter auch des Herrn Unterstaatssekretärs Dr. Richter, angewiesen. Aber die Versicherung kann ich den Herren geben: in dem Sinne, wie der Herr Abg. Bauer meint, werde ich von keinem meiner Beamten beraten. Schließlich habe ich mich auch, wenn ich auch noch nicht ein halbes Jahr an der Spitze meines Ressorts stehe, mit diesen für unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung so wichtigen Dingen immer eingehend beschäftigt, und ich glaube mir auch einiges Urteil in dieser Beziehung zutrauen zu dürfen. Ich glaube, übersehen zu können, ob das, was meine Herren mir raten, gerechtfertigt ist oder nicht, und ich glaube, in allen wesentlichen Dingen eine selbständige Auffassung zu besitzen, die ich auch vertrete.

Im übrigen, m. H., waren wir bei der langen Debatte vorgestern einig darüber, daß im Sinne der Anträge zu § 13a neues Recht hier nicht geschaffen werden soll. Es ist hier zum Ausdruck gebracht worden, daß das bestehende Recht eingeschärft werden soll, und diesem Zweck, der hier allgemein vertreten worden ist, wird durch die neu vorgeschlagene Redaktion besser Rechnung getragen als durch die alte. Ich habe neulich erklärt, daß durch den Zusatz, den der Herr Abg. Dr. Spahn beantragt, mir meine Bedenken beseitigt erscheinen, und ich glaube — es sind fast alle Parteien, die unter dem Antrag stehen — der

Meinung, daß in der Tat, was zum Ausdruck gebracht werden soll, durch die neue Redaktion besser zum Ausdruck gebracht wird als durch die schließlich doch etwas improvisierte Redaktion, die vorgestern angenommen worden ist.

Abg. Henke (soz. Arbeitsgem.): Wir beantragen, daß den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen auch die Ausübung des Koalitionsrechts und des Streikrechts nicht verweigert werden darf. Die Macht der Unternehmer ist in diesem Kriege so konzentriert worden, daß es notwendig ist, auch den Arbeitern erweiterte Rechtsgarantien zu gewähren. Wo die Löhne wirklich erhöht worden sind, da steht die Erhöhung in keinem Verhältnis zu den Wucherpreisen der Nahrungsmittel. Deshalb müssen die Arbeiter das Koalitionsrecht, das Streikrecht haben, um sich gegen das Unternehmertum zu schützen.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Unterstaatssekretär Richter ist bei dieser ganzen Frage unbeteiligt gewesen. Die Änderung, die wir beantragen, ist tatsächlich nur eine redaktionelle.

Abg. Heine (Soz.): Wir fürchten, daß nach der Fassung des Antrages Spahn die Frauen zu kurz kommen. Außerdem fürchten wir, daß, wenn dieser Antrag nur sagt, daß das Vereins- und Versammlungsrecht der Hilfsdienstpflichtigen zu wahren ist, die Ausübung dieses Rechtes nicht ausdrücklich gewahrt ist.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fortschr. Volksp.): Die Befürchtung des Vorredners wegen der Frauen teile ich nicht, denn die Frauen fallen jetzt zweifellos unter das Vereinsgesetz. Da aber Bedenken gegen den Kompromißantrag Spahn erhoben worden sind, so ziehe ich meinerseits meine Unterschrift zurück.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H.! Ich möchte Sie im Gegensatz zu dem Herrn Vorredner bitten, den Antrag nicht zurückzuziehen. (Aha! links.) Ja, Sie haben immer wieder das alte Mißtrauen. Die Redaktion ist in der Tat besser, sehr viel besser ausgeglichen als diejenige, die gestern hier improvisiert worden ist.

Im übrigen darf ich Herrn Abg. Heine erwidern: seine Ausführungen waren mir etwas zu fein; ganz bin ich dabei nicht mitgekommen. Ich halte es doch für selbstverständlich, daß, wenn hier steht, daß das Vereins- und Versammlungsrecht ihnen gewahrt bleibt, dann das Vereins- und Versammlungsrecht doch in dem Umfange gewahrt bleibt, in dem ihnen die Ausübung heute zusteht. Ich glaube: das ist klar.

Abg. Dr. Junck (nl.): Da Zweifel geäußert sind über die Tragweite des Antrages, so ziehe ich auch meinerseits meine Unterschrift unter diesen Antrag zurück.

Präsident: Ich möchte fragen, ob der Antrag aufrechterhalten wird, ich kann nicht übersehen, ob 30 Unterschriften darunter bleiben. Wird der Antrag zurückgezogen? (Widerspruch.) Ich habe eben ausgerechnet, daß nur 24 Unterschriften bleiben.

Abg. Groeber (Zentr.): Ich bitte, von neuem die Unterstützungsfrage zu stellen.

Der Antrag Spahn wird genügend unterstützt.

Der Antrag der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt, ebenso der Kompromißantrag. So ist die Fassung der zweiten Lesung aufrecht erhalten.

§ 14 bestimmt:

> „Für die industriellen Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung sind durch die zuständigen Dienstbehörden Vorschriften im Sinne der §§ 11 bis 13 Arbeiterausschüsse) zu erlassen."

Abg. Legien (Soz.) befürwortet einen Antrag seiner Partei, auch die Staatseisenbahnbetriebe hinzuzufügen.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H., ich muß gegen den Antrag, die Eisenbahnen hier mit einzubeziehen, die allerschwersten Bedenken äußern. Es liegt ja hier noch eine Resolution vor auf Nr. 562, die wohl erst nachher diskutiert werden soll, die aber mit diesem Paragraphen in engstem Zusammenhange steht. Ich bitte daher um Erlaubnis, gleichzeitig über dieses Thema sprechen zu dürfen; der Zusammenhang ist ein ganz unmittelbarer.

In den Betrieben der Staatseisenbahnen bestehen Arbeiterausschüsse für nahezu die Gesamtheit der dort vorhandenen Arbeiter. Nur auf entlegenen Nebenstrecken,

wo technisch eine Bildung von Arbeiterausschüssen nicht möglich ist, bestehen sie nicht. Aber ich glaube, daß wohl vier Fünftel der sämtlichen Arbeiter durch Arbeiterausschüsse vertreten sind. Die Funktionen dieser Arbeiterausschüsse sind in einer Dienstvorschrift geregelt, in der es u. a. heißt, daß der Arbeiterausschuß die Aufgabe hat:

a) Anträge, Wünsche und Beschwerden, die von seinen Mitgliedern vorgebracht werden und die Arbeiter der durch ihn vertretenen Dienststellen oder einzelne Gruppen berühren, bei dem Vorstande des vorgesetzten Amtes durch ihren Dienstvorsteher vorzubringen und sich in Zusammenkünften mit ihm darüber gutachtlich zu äußern;

b) über sonstige, das Arbeitsverhältnis betreffende Fragen, insbesondere über allgemeine Lohnfragen, Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen und andere Einrichtungen, die zum Wohle der Arbeiter und ihrer Angehörigen getroffen werden sollen, auf Anfordern ein Gutachten abzugeben.

Der Herr Eisenbahnminister hat mir versichert, daß die Praxis dieser Arbeiterausschüsse über die Begrenzung, die hier vorgesehen ist, sich bereits hinaus entwickelt hat, und hat mir ferner in einer langen Unterhaltung, die ich gestern mit ihm über diesen Gegenstand hatte, ausdrücklich die Zusicherung gegeben, daß er seinerseits bereit ist und bemüht sein will, die Arbeiterausschüsse in der Richtung, wie es die Resolution vorsieht, weiter auszubauen. Ich glaube, diese Mitteilung ist für Sie wichtig und tut Ihren Wünschen Genüge. Die Schiedsstellen auf die Eisenbahnen zu übertragen, das würde allerdings für die Eisenbahnen eine Instanz schaffen, die außerhalb der ganzen Verwaltung steht. Das müssen wir unter allen Umständen vermeiden; das ist etwas, was mit der unbedingten, präzisen Aufrechterhaltung des Betriebes der Eisenbahnen dem Herrn Eisenbahnminister und auch mir nicht ganz vereinbar erscheint. Eine solche Gefährdung dürfen wir gerade in der jetzigen Zeit unter keinen Umständen heraufbeschwören lassen. Das würde den Zweck des Gesetzes in Frage stellen. Deshalb muß ich hier, so leid es mir tut, sagen, daß, wenn der Antrag, wie er hier gestellt ist, angenommen wird, dann in der Tat das Gesetz gefährdet ist. Dieses Wort habe ich bisher nicht ausgesprochen; in diesem Punkte muß ich es leider tun.

Abg. Ickler (nl.): Die Eisenbahnerausschüsse haben eigentlich nur gutachtliche Befugnisse, deshalb möchte ich Sie dringend bitten, diese Organisation auch auszubauen. Die Ausschüsse müssen auch in Lohnfragen berechtigt sein, Anträge zu stellen. Die Staatsarbeiter haben gewiß in dieser schweren Zeit ihre volle Schuldigkeit getan.

Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich: Ich möchte ausdrücklich sagen, daß die Wünsche, die eben der Herr Vorredner ausgesprochen hat, durch die Mitteilung gedeckt werden, die ich hier auf Grund einer Unterhaltung mit dem Herrn Arbeitsminister machen konnte. Der Herr Arbeitsminister hat in Anerkennung der ganz außerordentlichen Verdienste, die die Eisenbahnarbeiter sich in diesem Kriege, bei diesem Tag und Nacht aufs äußerste angespannten Betriebe erworben haben, die ernstliche Absicht, die Arbeiterausschüsse in der Richtung auszubauen, wie es in der Resolution Ickler zum Ausdruck gebracht ist.

Abg. Giesberts (Zentr.): Sachlich stimme ich mit den Antragstellern überein. Ich verkenne aber nicht die Schwierigkeiten, die sich für die einzelnen Bundesstaaten aus einer reichsgesetzlichen Regelung ergeben können. In diesem Sinne möchte ich Ihnen die Resolution Bassermann empfehlen.

Abg. Henke (soz. Arbeitsgem.): Wenn der preußische Eisenbahnminister sich im Sinne unseres Antrags ausgesprochen haben sollte, dann sehe ich nicht ein, warum unser Antrag nicht angenommen werden könnte.

Abg. Legien (Soz.): Wenn der Eisenbahnminister auf dem Gebiete der Arbeiterausschüsse Wandel schaffen will, dann bestehen doch keine Bedenken gegen diesen Antrag.

In der Abstimmung wird der Antrag der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Gruppen, der Freisinnigen und Polen nach Probe und Gegenprobe auf dem Wege der Auszählung mit 139 gegen 138 Stimmen unter dem lebhaften Beifall der Rechten abgelehnt, § 14 unverändert angenommen.

Abg. Mumm (deutsche Fraktion) beantragt eine neue Bestimmung, durch welche dem Kriegsamt die Ermächtigung gegeben werden soll, in bestimmten Fällen industrielle Unternehmungen in den Betrieb des Reiches, nicht in dessen Besitz überzuführen.

Abg. Giesberts (Zentr.): Ich bitte diesen Antrag anzunehmen, er ist eine Ergänzung zum § 15, der dem Kriegsamt die Befugnis einräumt, den Betrieb durch einen Beauftragten einsehen zu lassen.

Abg. Gothein (fortschr. Volksp.): Meine politischen Freunde werden gegen diesen Antrag stimmen, schon weil seine Fassung nicht klar ist. Ein Druck auf die Betriebe in bezug auf die Preisfestsetzung auszuüben ist nicht nötig, weil die Verwaltung schon ohne Gesetz einen Zwang durch Entziehung von Arbeitern üben kann. Der Antrag ist aber auch gefährlich.

Abg. Dittmann (soz. Arbeitsgem.): Nachdem Sie unseren Antrag wegen der Verstaatlichung der Betriebe abgelehnt haben, so befürchte ich auch, daß von der jetzt eingeräumten Vollmacht nicht ein einziges Mal Gebrauch gemacht wird.

Abg. Groeber (Zentr.): Wir haben gegen den Antrag wesentliche Bedenken. Zunächst soll den Unternehmern ein schwerer Nachteil zugefügt werden, ohne irgendeine Instanz zu schaffen, die objektiv prüft, ob die Maßnahme des Kriegsamts gerechtfertigt ist oder nicht. Man muß doch auch für die Arbeitgeber einen Rechtsschutz verlangen. Sodann ist es bedenklich, daß ihnen der Betrieb ohne jede Entschädigung weggenommen wird. Das widerspricht der Verfassung.

Abg. Hoch (Soz.): Der Antrag ist eine absolut notwendige Ergänzung des Gesetzes.

Abg. Mumm (deutsche Fraktion): Wir haben mit diesem Antrag nur vertreten, was seinerzeit Stöcker vertreten hat. Wir haben die Unternehmerorganisationen, aber keine Arbeitsämter. Hätten wir letztere, dann würde die Durchberatung dieses Gesetzes sich viel einfacher gestaltet haben. Es handelt sich hier nicht um Änderung der Besitzverhältnisse, sondern um eine Kriegsmaßnahme.

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Für das Reich kann ich keinen Vorteil erblicken, daß es jetzt mitten in der wirtschaftlichen Entwicklung sich an die Stelle des Privatunternehmers setzt. Die jahrzehntelange Tradition, die in der Unternehmerschaft sich herausgebildet hat, kann niemand ersetzen. Sie ist ein überaus mächtiger volkswirtschaftlicher Faktor. Wir haben uns noch darüber zu freuen, daß die deutsche Industrie den plötzlich durch den Krieg isolierten Wirtschaftsstaat so durch alle Kämpfe hindurchzuführen verstanden hat. Das Einzelleben von hunderttausend Firmen kann nicht im Handumdrehen durch den Staatsmechanismus ersetzt werden.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H.! Ich bin etwas erstaunt über das außerordentliche Maß von Vertrauen, das die Herren Antragsteller von der linken Seite in diesem Falle dem Bundesrat entgegenbringen. Aber, meine Herren, dieses Vertrauen betrachte ich als ein Danaergeschenk. Die Waffe, die dem Bundesrat in die Hand gegeben werden soll, hat zwei Schneiden. Sie wollen dem Bundesrat das Recht geben, Unternehmungen, die sich dem Zwecke des Gesetzes nicht gefügig zeigen, unter Druck zu setzen. Ich erkenne das durchaus an. Ich erkenne an, daß ein gewisser berechtigter Gedanke dem zugrunde liegt. Aber wenn Sie das Gesetz in seiner Gesamtheit ansehen und die Verhältnisse nehmen, wie sie sich tatsächlich gestaltet haben, so ist die Übertragung einer solchen, weit in die Privatverhältnisse eingreifenden Machtbefugnis auf den Bundesrat nicht notwendig. Das Kriegsamt und das Kriegsministerium haben heute schon Mittel genug, um ihren Willen durchzusetzen gegen eine Unternehmung, wenn es eine solche überhaupt geben sollte, die sich den Zwecken des Gesetzes nicht fügt.

Ich komme wieder auf den Grundzweck des ganzen Ges. zurück: was wir wollen und brauchen, ist die Steigerung der Munitionsproduktion, Anspannung der letzten Kraft, Einsetzen der vollen Persönlichkeit.

M. H., wenn Sie jemand unter das Damoklesschwert setzen, dann schielt er fortwährend danach, und er kann seine Kraft und sein Auge nicht auf das konzentrieren, was er leisten soll. Mit dem Antrag fördern Sie also den Zweck des Gesetzes nicht, Sie beein-

trächtigen den Zweck, Sie beeinträchtigen die großen Leistungen, die wir von der deutschen Industrie, auf Grund ihrer Verdienste in der Vergangenheit, für die Zukunft erwarten.

Abg. Graf Westarp (kons.): Wir können dem Antrage nicht zustimmen, schließen uns vielmehr den Ausführungen der Abgg. Gröber und Stresemann an. Es ist weder eine Rechtsgarantie für die Unternehmer geschaffen, noch der Entschädigungsgedanke, der doch mit jeder Enteignung verknüpft sein muß, nur mit einem Worte angedeutet.

Abg. Hoch (Soz.): Wenn die Inhaber der Monopolbetriebe erklären, daß sie sich den Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht fügen, die hier als unerläßlich bezeichnet worden sind, dann hat die Reichsleitung kein Mittel, sie zu zwingen. Bei dem Antrag Mumm handelt es sich ja auch keineswegs um die Verwandlung aller Betriebe in Staatsbetriebe, sondern diese Umwandlung soll nur im äußersten Notfalle eintreten.

Abg. Dittmann (soz. Arbeitsgem.): Für den Unternehmerschutz kann in diesem Hause manchen Mitgliedern und Parteien gar nicht genug geschehen, während ihnen auch das Wenige, was für den Schutz der Arbeiterinteressen geschehen soll, schon zu viel ist.

Der Antrag Mumm wird gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktionen und einer Minderheit der deutschen Fraktion abgelehnt. — Die §§ 14a, 15, 16 werden ohne Debatte angenommen.

§ 17 besagt:

„Der Bundesrat erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen; allgemeine Verordnungen bedürfen der Zustimmung eines vom Reichstag aus seiner Mitte gewählten Ausschusses von 15 Mitgliedern."

Abg. Ledebour (soz. Arbeitsgem.): Wir wollen, daß der in diesem § 17 vorgesehene Ausschuß durch den Reichstag besetzt wird. Nach der Fassung des § 17 entäußert sich der Reichstag wiederum seiner Mitwirkung. Die Plenarberatungen des Reichstags stehen unter der permanenten Kontrolle der Öffentlichkeit. Diese Kontrolle fehlt den Beratungen des Ausschusses vollständig.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H.! Der Antrag, den eben der Herr Abg. Ledebour vertreten hat, ist selbstverständlich nicht annehmbar, wenn der Zweck des Gesetzes nicht aufgehoben werden soll. Denn, wenn der Reichstag als solcher, d. h. durch Plenarbeschlüsse, bei allen Ausführungsbestimmungen mitzureden hätte, so fürchte ich, der Zeitverlust bei der Feststellung der Ausführungsbestimmungen wäre so groß, daß das Gesetz nicht praktisch werden könnte.

Was den Beschluß zweiter Lesung anbetrifft, so habe ich den Eindruck, daß, was ich vorgestern nacht hier gesagt habe, zwischen der 11. und 12. Stunde, nicht überall so aufgefaßt worden ist, wie es gemeint war. Ich habe nichts abgelehnt; von einem Unannehmbar war gar keine Rede. Im Gegenteil — wenn die Herren das Stenogramm nachlesen werden, werden sie das finden —, ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich Verständnis habe für die Motive, die diesen Antrag, wie er in zweiter Lesung angenommen worden ist, herbeigeführt haben; ich habe es aber für meine selbstverständliche Pflicht gehalten, auf die neue staatsrechtliche Situation, die durch die Annahme dieses Antrags herbeigeführt wird und auf die staatsrechtlichen Bedenken hinzuweisen. Das bin ich den verbündeten Regierungen, die in der Sache noch nicht gesprochen haben, schuldig. Ich muß den verbündeten Regierungen unter allen Umständen gewissermaßen das Protokoll offen halten, und ich muß auch den Bedenken, die in den Kreisen der verbündeten Regierungen bestehen, Ausdruck geben im Wege der Diskussion. Dazu ist ja die Diskussion schließlich da. Im übrigen, m. H., bei dem Zustandekommen dieses Gesetzes muß jedermann Opfer bringen, hier im Hause die einzelnen Fraktionen, draußen im Lande die einzelnen Interessen, und schließlich auch die verbündeten Regierungen. Darüber waren wir uns bei der Einbringung des Gesetzes klar. Das habe ich auch in jedem Stadium der Diskussion immer wieder anerkannt. Auch hier im Hause ist von verschiedenen Seiten geäußert worden, daß, wenn dies und jenes nicht geschieht, die Zustimmung zu dem Gesetze verweigert werden würde, obwohl doch die Notwendigkeit des Zustandekommens des Gesetzes allgemein und überall mit Ausnahme der alleräußersten Linken anerkannt worden ist.

Es handelt sich darum, wie ich neulich sagte, das Schiff nicht zu schwer zu belasten, in das Gesetz nicht Dinge hineinzuschreiben, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Gegenstand stehen und die dazu beitragen können, das Funktionieren des Gesetzes zu beeinträchtigen. M. H., es war einfach meine Pflicht und Schuldigkeit, bei denjenigen Punkten, von denen ich eine Gefährdung der Zwecke des Gesetzes erwarte, darauf hinzuweisen. Das habe ich in den verschiedenen Stadien der Verhandlung getan mit einem Nachdruck, der abgestuft war je nach der Wichtigkeit der Sache. Aber auch vorhin bei der Frage der Eisenbahnen habe ich das Wort „unannehmbar" nicht ausgesprochen. Das möchte ich zur Steuer der Wahrheit gegenüber dem Herrn Abg. Ledebour ausdrücklich betonen. Ich habe von einer Gefährdung des Zweckes des Gesetzes und einer Gefährdung des Zustandekommens des Gesetzes gesprochen, aber das Wort „unannehmbar" ist nicht gefallen. . . .

Abg. Ebert (Soz.): Für uns ist die Vorlage ohne § 17 unannehmbar. Es kommt hier nicht ein Beirat in Frage; der Bundesrat bedarf der Zustimmung dieses Ausschusses. Dieser Ausschuß muß auch ständig bei der Verwaltungsarbeit des Kriegsamts mitarbeiten können; darüber scheint mir nicht genügend Auskunft gegeben worden zu sein.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H.! Ich habe neulich auch in der Spätabendstunde noch eine zweite Erklärung abgegeben, die besagte, daß, wenn der Bundesrat sich entschließen sollte, diese Bestimmung anzunehmen, es selbstverständlich ist, daß er diese Bestimmung in § 17 auch loyal ausführt. Der § 17 sieht eine Mitwirkung des Ausschusses vor —· vom Beirat habe ich nicht gesprochen; wenn es geschehen sein sollte, war es ein lapsus linguae — also eine Mitwirkung des Ausschusses bei allen wichtigen allgemeinen Anordnungen des Kriegsamtes vor. So wie es in § 17 vorgesehen ist, wird selbstverständlich der Bundesrat diese Bestimmung —· ich wiederhole das Wort — loyal ausführen. Ich nehme an, daß diese Erklärung dem Herrn Abg. Ebert genügt.

Abg. Ledebour (soz. Arbeitsgem.): Wir wollen dem Reichstage die gesetzgeberische Befugnis erhalten und nicht einer delegierten Körperschaft übertragen.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H.! Nur ein ganz kurzes Wort. Der Herr Abg. Ledebour hat mir vorgeworfen, ich hätte vorhin geblufft. Nichts liegt mir ferner. Bitte, vergegenwärtigen Sie sich die Situation! Die verbündeten Regierungen hatten eine Stellung überhaupt noch nicht genommen. Ein Unannehmbar habe ich nicht ausgesprochen und konnte ich nicht aussprechen; ich konnte nur zum Ausdruck bringen, wie ich die Sachlage pflichtgemäß ansehen mußte, und dies habe ich getan.

Der Antrag der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wird abgelehnt, § 17 unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Zu § 18 (Zeitpunkt des Außerkrafttretens) befürwortet

Abg. Keil (Soz.): den Antrag, das Gesetz am 1 Juli 1917 außer Kraft treten zu lassen, falls der Reichstag nicht vorher das Außerkrafttreten beschließt. Der Beschluß zweiter Lesung, dieses Notgesetz vorbehaltlos für die Kriegsdauer und noch einen Monat darüber hinaus gelten zu lassen, sei viel zu unbestimmt. Daß der Bundesrat es nicht vor Friedensschluß außer Kraft setzen werde, sei zweifellos. Niemand wisse aber, wie lange der Krieg noch dauere. Der Reichstag habe bei kurzer Befristung des Gesetzes eher die Möglichkeit, Änderungen vorzunehmen, die sich als notwendig herausstellen sollten.

Abg. Ledebour (soz. Arbeitsgem.): Wir unsererseits wollen, daß mit Friedensschluß das Gesetz automatisch außer Kraft tritt, daß darüber nicht erst verhandelt zu werden braucht. Ein solcher Beschluß würde auch eine machtvolle Friedensdemonstration sein.

§ 18 wird unverändert angenommen.

Damit ist die Einzelberatung des Gesetzentwurfs beendet. Auf die Zusammenstellung der heute beschlossenen Änderungen wird verzichtet und sofort zur namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf im ganzen übergegangen.

Das Ergebnis ist die Annahme mit 235 gegen 19 Stimmen; 8 Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten. Die Verkündung des Resultats der Abstimmung wird von der großen Mehrheit mit Beifall begrüßt.

Präsident Dr. Kaempf: Der Beifall, mit dem Sie die Annahme des Gesetzentwurfs,

betreffend den vaterländischen Hilfsdienst begrüßt haben, ist im vollsten Maße gerechtfertigt. Selten ist dem Reichstage ein Gesetzentwurf von so tief einschneidender Bedeutung vorgelegt worden, ein Gesetzentwurf, der eine gleich große Tragweite hatte. Mit der Erhabenheit der Pflichten, die das ganze Volk sich zu übernehmen anschickt, verbündet sich die Entschlossenheit, in diesem uns aufgezwungenen Kampfe unseren Feinden die Spitze zu bieten. Das Ziel des Krieges ist die ungehinderte Entwicklung der geistigen und wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes und unserer Verbündeten. Gott schütze Kaiser und Reich, Gott schütze unser Volksheer, Gott schütze unser Vaterland.

Staatssekretär d. J. Dr. Helfferich: M. H.! Sie haben mit Ihrer Abstimmung, soweit dieses hohe Haus in Betracht kommt, das große Werk vollendet. Der Gesetzentwurf wie er aus Ihren Beratungen hervorgegangen ist, wird dem Bundesrat alsbald vorgelegt werden. Jetzt aber schon glaube ich mich für ermächtigt halten zu dürfen, Ihnen namens der verbündeten Regierungen den wärmsten Dank auszusprechen für die treue, hingebungsvolle und angestrengte Mitarbeit an der Gestaltung dieses Gesetzes.

M. H., was Sie an der Gestaltung dieses Gesetzes geleistet haben in dauernder Arbeit, in Tag- und Nachtsitzungen, im Ausschuß und hier in der Vollversammlung — ich würde sagen, das geht über menschliche Kraft fast hinaus, wenn nicht der Gedanke an unsere Truppen draußen im Felde uns alle veranlassen müßte, uns in tiefster Bescheidenheit vor unseren kämpfenden Brüdern zu beugen. Ich will deshalb keine großen Worte machen. Der Dank, der Ihnen mehr zu Herzen gehen wird als alles, was ich sagen kann, steht in den Herzen unserer Truppen geschrieben, und dieser Dank wird aus dem Herzen unserer braven Soldaten zu Ihnen kommen.

M. H., die verbündeten Regierungen werden das Gesetz durchführen im Geiste der Gemeinschaftsarbeit. Die verbündeten Regierungen wissen, daß die Paragraphen dieses Gesetzes nur durch die freudige und bereitwillige Mitarbeit des ganzen Volkes in allen seinen Schichten und Klassen zu lebendiger Wirkung geführt werden können. Möchten alle die großen Erwartungen, die wir an das Gesetz knüpfen, sich in vollem Maße erfüllen für unsere Feldarmee und unsere Heimatarmee, für das gesamte deutsche Volk und für unser geliebtes Vaterland!

Präsident des Kriegsamts Groener: Meine Herren, als Chef des Kriegsamts spreche ich Ihnen meinen allerwärmsten Dank aus. Das Kriegsamt wird bemüht sein, seine Tätigkeit in einer Weise aufzufassen, die, wie ich hoffe, die Zustimmung des ganzen Volkes finden wird. In der ganz außergewöhnlichen Lage, in der sich das Kriegsamt befindet, ist es nötig, unabhängig von staatsrechtlichen, politischen und sonstigen Bedenken vor allem den gesunden Menschenverstand zu benützen. Auch bin ich Ihrer Zustimmung gewiß, meine Herren, wenn ich unverrückt das eine Ziel im Auge behalte, dem Heere zu dienen.

Das hohe Haus wird nun auseinandergehen, jeder der Herren an seine Stätte. Ein jeder von Ihnen wird mit sich nehmen und im Volke verbreiten den Geist, der in diesen arbeitsreichen Tagen, die hinter uns liegen, uns alle durchglüht hat, und, meine Herren, wenn ab und zu eine Stimme aus fernen Sphären zu uns drang, so nehme ich an, daß diese Stimme dorther stammt, wo eben die Geister wohnen, die verneinen.

Ich darf daran erinnern, wie vor 46 Jahren, insbesondere auch am heutigen 2. Dezember auf den Schlachtfeldern Frankreichs die deutschen Stämme mit Blut und Eisen zusammengeschweißt wurden. Die Saat, die damals in das Herz des deutschen Volkes gelegt wurde, wird heute geerntet. Der Geist unserer Väter ist es, der das hohe Haus bei seinen Beratungen geleitet hat und der, durch das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst aufs neue gestärkt, nunmehr hinausgetragen werden soll in Stadt und Land. Mit Ihrem Beschluß, meine Herren, in dieser heiligen Stunde werden Sie eine neue Saat gelegt haben in das Herz unseres Volkes, nicht nur eine Saat, deren Früchte in dem gegenwärtigen Kriege ums Dasein reifen werden, sondern auch eine Saat, die fortwirken muß über die Dauer dieses Gesetzes hinaus bis in eine ferne Zukunft.

Darin, meine Herren, erblicke ich von meinem Standpunkt aus als Patriot die bedeutsamste Mitwirkung des Reichstags bei diesem Gesetz.

Die Saat reift aber auch schnell, M. H., noch bevor Sie dem Gesetz eigentlich ihre Zustimmung gegeben haben, tritt seine Wirkung da draußen bei unserem Heere hervor. „Der Rücken ist uns sicher gedeckt; nun stehen wir fest auf dem Boden, der nie ins Wanken kommen kann" — so wird mir aus der Front geschrieben. Dankbar, meine Herren, werden die treuen Mitkämpfer in der Heimat vom Heere draußen am Feinde begrüßt. Auch die Wirkung auf unsere Feinde ist bereits deutlich zu erkennen. Sie brauchen nur die französischen und englischen Zeitungen zu lesen, und so wird schon die entschlossene Tat des Reichstagsbeschlusses die englischen Phantasien von Deutschlands Schwäche Lügen strafen. Wieviel mehr noch, wenn aus dieser Tat alle Volkskreise die felsenfeste Überzeugung in sich aufnehmen, daß das deutsche Volk unüberwindlich ist, wenn es nur einig ist! Einigkeit, meine Herren, ist nur möglich, wo Vertrauen ist. Für den Politiker mag mancher Paragraph, der nun in unser Gesetz gekommen ist, ein Ergebnis des gesunden Mißtrauens sein, wie ich in der Zeitung gelesen habe. Für die gesetzgeberische Arbeit, die hinter uns liegt, mag dies ein notwendiges Übel sein. Für mich als Soldat, meine Herren, dem die Ausführung des Gesetzes anvertraut wird, bedeutet es aber die Aufforderung zu fester Entschlossenheit. Und dabei hoffe ich, daß auch der Reichstagsausschuß mit dem Bundesrat einträchtig Hand in Hand gehen wird. Dieser neue Dreibund — Bundesrat, Reichstagsausschuß und Kriegsamt — wird und muß in der Einigkeit dem ganzen Volk mit gutem Beispiel vorangehen. Denn, meine Herren, die Meinungsverschiedenheiten, die auch bei unseren Beratungen, zum Teil in recht ausgiebiger Weise, zutage getreten sind, müssen jetzt, nachdem das Gesetzgeschaffen ist, aufhören. Die Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes wird mit diesem Gesetz proklamiert, und daß der einheitliche Wille des ganzen Volkes zu dieser vaterländischen Arbeit fest bestehen bleibt, muß die erste und dauernde Sorge des Kriegsamts sein, in Verbindung mit Bundesrat und dem Reichstagsausschuß. Meine Herren, daß wir diese Aufgabe erfüllen werden, darüber hege ich gar keinen Zweifel. Ich glaube an das deutsche Volk, ich glaube, daß mitten in allen Meinungsverschiedenheiten feststeht als eherner Fels der absolute Wille zum Siege, und, meine Herren, England der englische Löwe mag seinen Rachen aufsperren, so weit er will, er wird auf Granit beißen.

Hierzu:

1. Bekanntmachung, betr. Übergangsbestimmungen zu den §§ 9 und 10 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst. Vom 21. Dezember 1916. (RGBl. 1410.)

Der Bundesrat hat auf Grund des § 19 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 (RGBl. 1333) mit Zustimmung des vom Reichstag gewählten Ausschusses folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Solange die im § 9 Abs. 2 des Gesetzes vorgesehenen Ausschüsse noch nicht in Tätigkeit treten können, werden deren Obliegenheiten mit gleicher Wirkung durch vorläufige Ausschüsse wahrgenommen, die von den Stellvertretenden Generalkommandos nach Bedarf eingerichtet werden; die Beachtung des § 10 Abs. 2 des Gesetzes ist nicht erforderlich.

§ 2. Soweit zur Wahrnehmung der Obliegenheiten der im § 9 Abs. 2 des Gesetzes bezeichneten Ausschüsse bereits ähnliche Ausschüsse (Kriegsausschüsse usw.) bestehen, können sie mit Zustimmung der Stellvertretenden Generalkommandos, in Bayern des Kriegsministeriums, auch an die Stelle der vorläufigen Ausschüsse treten.

§ 3. Die Anweisung für das Verfahren bei den vorläufigen Ausschüssen erläßt das Kriegsamt.

§ 4. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [22. 12.] in Kraft und am 1. Februar 1917 außer Kraft.

2. Bekanntmachung, betr. Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst. Vom 21. Dezember 1916.

(RGBl. 1411.)

Der Bundesrat hat auf Grund des § 19 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 (RGBl. 1333) mit Zustimmung des vom Reichstag gewählten Ausschusses folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Das Kriegsamt errichtet die nach § 6 des Gesetzes beim Kriegsamt einzurichtende Zentralstelle sowie die nach § 4 Abs. 2, § 7 Abs. 2, § 9 Abs. 2 des Gesetzes zu bildenden Ausschüsse und bestimmt Bezirk und Sitz dieser Ausschüsse. In Bayern, Sachsen und Württemberg bildet das Kriegsministerium im Einvernehmen mit dem Kriegsamt die Ausschüsse und bestimmt ihren Bezirk und Sitz.

§ 2. Für die Offiziere und die Beamten in der Zentralstelle und den Ausschüssen ist mindestens je ein Stellvertreter, für die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in der Zentralstelle und den Ausschüssen sind nach Bedarf Stellvertreter zu bestellen. Für die Bestellung der Stellvertreter gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Bestellung der ordentlichen Mitglieder.

§ 3. Zu Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in der Zentralstelle und den Ausschüssen sowie zu Stellvertretern für sie dürfen nur volljährige männliche Deutsche bestellt werden.

Nicht bestellt werden darf,

1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist,
2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

§ 4. Wer gemäß § 3 zum Vertreter der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer oder zum Stellvertreter eines solchen Vertreters bestellt ist, kann die Übernahme des Amtes nur ablehnen, wenn er

1. das sechzigste Lebensjahr vollendet hat,
2. mehr als vier minderjährige eheliche Kinder hat; Kinder, die ein anderer an Kindes Statt angenommen hat, werden dabei nicht gerechnet,
3. durch Krankheit oder Gebrechen verhindert ist, das Amt ordnungsmäßig zu führen, mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt. Die Vormundschaft oder Pflegschaft über mehrere Geschwister gilt nur als eine; zwei Gegenvormundschaften stehen einer Vormundschaft gleich.

§ 5. Wer die Übernahme des Amtes als Vertreter der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer oder als Stellvertreter eines solchen Vertreters ohne zulässigen Grund ablehnt, kann vom Vorsitzenden der Zentralstelle, wenn er für diese bestellt ist, sonst vom Vorsitzenden des Ausschusses, für den er bestellt ist, mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark bestraft werden.

Ebenso kann bestraft werden, wer sich ohne genügende Entschuldigung nicht rechtzeitig zu den Sitzungen einfindet oder sich seinen Obliegenheiten in anderer Weise entzieht.

Auf Beschwerde entscheidet das Kriegsamt, in Bayern, Sachsen und Württemberg das Kriegsministerium endgültig.

§ 6. Die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in der Zentralstelle und den Ausschüssen verwalten ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt.

Sie erhalten Tagegelder im Betrage von fünfzehn Mark und Ersatz der notwendigen Fahrkosten; bei Eisenbahnfahrten wird der Betrag für die zweite Wagenklasse, bei Benutzung von Schiffen der Betrag für die erste Klasse erstattet.

§ 7. Die Vertreter der Arbeitnehmer haben ihrem Arbeitgeber jede Einberufung zu Sitzungen der Zentralstelle oder der Ausschüsse anzuzeigen. Tun sie es ohne schuldhaftes

Zögern, so gibt das Fernbleiben von der Arbeit dem Arbeitgeber keinen wichtigen Grund, das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu lösen.

§ 8. Den Arbeitgebern und ihren Angestellten ist untersagt, die Vertreter der Arbeitnehmer in der Übernahme oder Ausübung des Ehrenamts (§ 6) zu beschränken oder sie wegen der Übernahme oder der Art der Ausübung des Ehrenamts zu benachteiligen.

Arbeitgeber oder ihre Angestellten, die dagegen verstoßen, werden mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit Haft bestraft.

§ 9. Der Vorsitzende und die übrigen Mitglieder der Zentralstelle und der Ausschüsse sind verpflichtet, über Geschäfts-, Betriebs- und Berufsgeheimnisse, die ihnen in dieser Eigenschaft bekannt werden, Amtsverschwiegenheit zu beobachten.

Mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten wird bestraft, wer der Vorschrift im Abs. 1 zuwider Geheimnisse unbefugt offenbart.

Wer dies tut, um den Inhaber des Geschäfts, Betriebs oder Berufs zu schädigen oder sich oder anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen, oder wer in gleicher Absicht ein Geheimnis der im Abs. 1 bezeichneten Art verwertet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§ 10. Die Behörden und behördlichen Einrichtungen sind verpflichtet, den im Vollzuge des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst an sie ergehenden Ersuchen des Kriegsamts, der Zentralstelle und der Ausschüsse zu entsprechen.

Dies gilt auch für Ersuchen, die von den Königlich Bayerischen, Sächsischen und Württembergischen Kriegsministerien im Vollzuge des Gesetzes gestellt werden.

§ 11. Vor Erlaß der Entscheidung nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes hat der Ausschuß die Gemeindebehörde und nach Lage des Falles die zuständige amtliche Vertretung der Industrie und des Handels, des Handwerks, der Landwirtschaft oder anderer Berufsstände zu hören. In geeigneten Fällen sollen auch Fachvereine und sonstige nichtamtliche wirtschaftliche Verbände gehört werden. Werden Marineinteressen berührt, so ist auf Verlangen des Reichs-Marineamts ein Marineoffizier oder Marinebeamter zu hören.

§ 12. Die nach § 5 verhängten Geldstrafen werden wie Gemeindeabgaben beigetrieben. Einwendungen gegen die Zahlungspflicht haben aufschiebende Wirkung. Dem Beitreibungsverfahren hat ein Mahnverfahren voranzugehen; die Mahngebühr wird, soweit erforderlich, vom Kriegsamt, in Bayern, Sachsen und Württemberg vom Kriegsministerium festgesetzt und wird wie die Geldstrafe beigetrieben.

Die Geldstrafen fließen in die Reichskasse.

§ 13. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [22. 12.] in Kraft.

Literatur.

Baum, Vaterländischer Hilfsdienst und Arbeitsvertrag, JW. 16 1558. — Waldstein, Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst und die Anwaltschaft, das. 1501.

Nachträge.

Abteilung A.

Zu Seite 9. LeipzZ. 16 1449 (Hamburg II). Die Einstellung der ZwVollstr. nach der Aussetzung des Verfahrens ist unwirksam.

Abteilung B.

Zu Seite 108.

Bekanntmachung über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses. Vom 14. Dezember 1916. (RGBl. 1363.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

I. Voraussetzungen und Wirkungen der Geschäftsaufsicht.

§ 1. Wer infolge des Krieges zahlungsunfähig geworden ist, kann bei dem für die Eröffnung des Konkursverfahrens zuständigen Gerichte die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses beantragen. Soweit das Konkursverfahren im Falle der Überschuldung stattfindet, kann der Antrag auch gestellt werden, wenn infolge des Krieges eine Überschuldung eingetreten ist.

Dem Antrag ist stattzugeben, wenn Aussicht besteht, daß die Zahlungsunfähigkeit oder die Überschuldung nach Wegfall der Kriegsverhältnisse behoben oder der Konkurs durch ein Übereinkommen mit den Gläubigern abgewendet werden wird.

§ 2. Während der Dauer der Geschäftsaufsicht wird die Geschäftsführung des Schuldners durch eine oder mehrere Aufsichtspersonen unterstützt und überwacht. Die Aufsichtsperson kann zu diesem Zwecke die erforderlichen Maßnahmen treffen, insbesondere die Geschäftsführung ganz oder teilweise selbst übernehmen oder einer anderen Person übertragen.

§ 3. Der Schuldner ist verpflichtet, der Aufsichtsperson Einsicht in seine Geschäftsbücher und sonstigen Aufzeichnungen zu gewähren und Auskunft über den Stand seines Vermögens und über seine Geschäfte zu geben.

Der Schuldner soll ohne Zustimmung der Aufsichtsperson weder unentgeltliche Verfügungen oder Verfügungen über Grundstücke und Rechte an Grundstücken vornehmen, noch Ansprüche befriedigen oder sicherstellen, noch andere als solche Verbindlichkeiten eingehen, die zur Fortführung des Geschäfts oder zu einer bescheidenen Lebensführung des Schuldners und seiner Familie erforderlich sind.

Auf Antrag der Aufsichtsperson kann das Gericht dem Schuldner besondere Verpflichtungen zur Sicherung der Gläubiger auferlegen.

§ 4. Von dem Verfahren werden vorbehaltlich der im § 13 bestimmten Ausnahmen alle persönlichen Gläubiger betroffen, die einen vermögensrechtlichen Anspruch gegen den Schuldner haben.

§ 5. Die vorhandenen Mittel sind, soweit sie nicht zur Fortführung des Geschäfts und zu einer bescheidenen Lebensführung des Schuldners und seiner Familie erforderlich sind, zur Befriedigung der Gläubiger zu verwenden, auch soweit die Gläubiger von dem Verfahren nicht betroffen werden. Die Reihenfolge der Befriedigung wird von der Aufsichtsperson unter entsprechender Anwendung der Grundsätze der Konkursordnung bestimmt; Abweichungen von diesen Grundsätzen sind nur mit Zustimmung des Gerichts zulässig.

§ 6. Während der Dauer der Geschäftsaufsicht darf das Konkursverfahren über das Vermögen des Schuldners nicht eröffnet werden.

Arreste und Zwangsvollstreckungen in das Vermögen des Schuldners finden zugunsten der Gläubiger, die von dem Verfahren betroffen werden, nicht statt. Zu ihren Gunsten darf in Ansehung der Grundstücke des Schuldners sowie der für den Schuldner eingetragenen Rechte an Grundstücken oder an eingetragenen Rechten eine Vormerkung auf Grund einer einstweiligen Verfügung nicht eingetragen werden; das gleiche gilt von der Eintragung einer Vormerkung in Ansehung eines Schiffspfandrechts.

§ 7. Die Verjährung des Anspruchs eines Gläubigers, der von dem Verfahren betroffen wird, ist während der Dauer der Geschäftsaufsicht gehemmt.

§ 8. Ein Gläubiger, der von dem Verfahren betroffen wird, kann während der Dauer der Geschäftsaufsicht seine Forderung gegen den Schuldner nicht aufrechnen,

1. wenn er dem Schuldner erst nach der Anordnung der Geschäftsaufsicht etwas schuldig geworden ist;
2. wenn er dem Schuldner vor der Anordnung der Geschäftsaufsicht etwas schuldig war und erst nachher seine Forderung erworben hat.

§ 9. Wenn ein gegenseitiger Vertrag zur Zeit der Anordnung der Geschäftsaufsicht von dem Schuldner und von dem anderen Teile noch nicht oder noch nicht vollständig erfüllt ist, so kann der Schuldner mit Ermächtigung des Gerichts die Erfüllung ablehnen. Die Ermächtigung soll nur erteilt werden, wenn die Nichterfüllung des Vertrags zur Erreichung des Zweckes der Geschäftsaufsicht geboten ist und dem anderen Teile keinen unverhältnismäßigen Nachteil bringt.

Lehnt der Schuldner die Erfüllung ab, so kann der andere Teil Schadensersatz wegen Nichterfüllung verlangen.

§ 10. Hatte der Schuldner vor der Anordnung der Geschäftsaufsicht einen Gegenstand gemietet oder gepachtet, so kann er das Miet- oder Pachtverhältnis mit Ermächtigung des Gerichts kündigen. Die Vorschrift des § 9 Abs. 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden. Die Kündigungsfrist ist, falls keine kürzere Frist bedungen war, die gesetzliche.

Kündigt der Schuldner, so kann der andere Teil Ersatz des ihm durch die Aufhebung des Vertrags entstehenden Schadens verlangen. Das dem Vermieter und dem Verpächter nach den §§ 559, 581, 585 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zustehende Pfandrecht kann in Ansehung des Schadensersatzanspruchs nicht geltend gemacht werden.

§ 11. Ein in dem Haushalt, Wirtschaftsbetrieb oder Erwerbsgeschäfte des Schuldners angetretenes Dienstverhältnis kann von dem Schuldner mit Ermächtigung des Gerichts gekündigt werden. Die Vorschrift des § 9 Abs. 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden. Die Kündigungsfrist ist, falls keine kürzere Frist bedungen war, die gesetzliche.

Kündigt der Schuldner, so kann der andere Teil Ersatz des ihm durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens verlangen.

§ 12. Erhebt ein Gläubiger, der von dem Verfahren betroffen wird, während der Dauer der Geschäftsaufsicht Klage auf Leistung, so fallen ihm die Prozeßkosten zur Last, wenn der Schuldner den Anspruch sofort anerkennt. Dies gilt nicht, wenn der Gläubiger bei der Erhebung der Klage die Geschäftsaufsicht nicht kannte oder aus besonderem Grunde an alsbaldiger Erlangung des Urteils ein berechtigtes Interesse hatte.

§ 13. Von dem Verfahren werden nicht betroffen:

1. die Gläubiger, deren Ansprüche auf Rechtshandlungen des Schuldners beruhen, die dieser nach der Anordnung der Geschäftsaufsicht mit Zustimmung der Aufsichtsperson vorgenommen hat oder ohne solche Zustimmung vornehmen durfte;
2. die Gläubiger, deren Ansprüche auf einem gegenseitigen Vertrage beruhen, der zur Zeit der Anordnung der Geschäftsaufsicht von dem Schuldner und von dem anderen Teile noch nicht oder noch nicht vollständig erfüllt war;
3. die Gläubiger, denen im Falle des Konkurses ein Anspruch auf Aussonderung zustehl;

4. die Gläubiger, soweit sie im Falle des Konkurses abgesonderte Befriedigung beanspruchen können;
5. die im § 61 Nr. 1 bis 5 der Konkursordnung bezeichneten und die ihnen gesetzlich gleichgestellten Gläubiger wegen ihrer bevorrechtigten Forderungen, auch soweit sie nach der Anordnung der Geschäftsaufsicht fällig werden;
6. die Staatskasse wegen der gerichtlichen Kosten des Verfahrens sowie die Aufsichtsperson wegen ihrer Ansprüche auf Erstattung von Auslagen und auf Vergütung.

Die unter Nr. 2 bezeichneten Gläubiger werden hinsichtlich der im § 9 Abs. 2, § 10 Abs. 2, § 11 Abs. 2 bezeichneten Ansprüche auf Schadensersatz von dem Verfahren betroffen.

II. Verfahren.

1. Allgemeine Vorschriften.

§ 14. Auf das Verfahren finden, soweit sich aus dieser Verordnung nichts anderes ergibt, die Vorschriften der Zivilprozeßordnung entsprechende Anwendung.

§ 15. Die Entscheidungen können ohne mündliche Verhandlung erfolgen.

§ 16. Das Gericht kann zur Aufklärung aller das Verfahren betreffenden Verhältnisse die erforderlichen Ermittlungen, insbesondere die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen anordnen. Es kann zur Erörterung der Verhältnisse eine Gläubigerversammlung berufen.

§ 17. Bei Zustellungen bedarf es keiner Beglaubigung des zuzustellenden Schriftstücks.

Die Zustellungen an Personen, die sich im Ausland befinden, erfolgen durch Aufgabe zur Post; die Postsendungen sind mit der Bezeichnung „Einschreiben" zu versehen. Zustellungen an Gläubiger, deren Aufenthalt unbekannt ist, finden nicht statt.

Die Vorschriften des Abs. 2 finden keine Anwendung, wenn die Person, der zuzustellen ist, einen im Inland wohnhaften, zur Empfangnahme von Zustellungen befugten Vertreter hat, der dem Gerichte bekannt ist.

§ 18. Öffentliche Bekanntmachungen finden nicht statt.

Das Gericht kann den Gläubigern die Einsicht der Gerichtsakten gestatten und ihnen Abschriften daraus erteilen lassen. Die Einsicht in die Berichte der Aufsichtsperson darf keinem Gläubiger verweigert werden.

§ 19. Die Entscheidungen des Gerichts sind, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, unanfechtbar.

2. Eröffnung des Verfahrens.

§ 20. Mit dem Antrag auf Anordnung der Geschäftsaufsicht hat der Schuldner ein Verzeichnis der Gläubiger unter Angabe ihrer Adressen, eine Übersicht des Vermögensstandes in Form einer Gegenüberstellung der einzeln aufzuführenden Aktiven und Passiven und, sofern er Kaufmann ist, auch die letzte Bilanz einzureichen.

Das Verzeichnis der Gläubiger soll die sämtlichen Gläubiger des Schuldners enthalten, auch die, welche von dem Verfahren nicht betroffen werden, und die, deren Ansprüche der Schuldner bestreitet. Die Gläubiger, die von dem Verfahren nicht betroffen werden, sollen getrennt von den übrigen Gläubigern aufgeführt werden. Bei Forderungen, für die im Falle des Konkurses abgesonderte Befriedigung beansprucht werden kann, soll die Höhe des mutmaßlichen Ausfalls angegeben werden.

In der Vermögensaufstellung sollen sämtliche Vermögensgegenstände des Schuldners unter Angabe des Wertes aufgeführt werden. Bei Forderungen sollen die Schuldner nach Namen und Wohnort, der Forderungsbetrag und der Schuldgrund angegeben, auch die vorhandenen Beweismittel, insbesondere Wechsel und sonstige Urkunden, sowie Nebenrechte, insbesondere Hypotheken, Pfandrechte und Bürgschaften bezeichnet werden.

§ 21. Das Gericht entscheidet über den Antrag nach freiem Ermessen.

Vor der Entscheidung soll es, wenn der Schuldner Handel- oder Gewerbetreibender

oder Landwirt ist, in geeigneten Fällen die zuständige amtliche Vertretung des Handels, Handwerkes (Gewerbes) oder der Landwirtschaft oder einen Sachverständigen hören.

3. Aufsichtsperson und Gläubigerbeirat.

§ 22. Wird die Geschäftsaufsicht angeordnet, so bestellt das Gericht einen oder mehrere Aufsichtspersonen und teilt allen Gläubigern die Anordnung der Geschäftsaufsicht und die Aufsichtsperson mit. Ist der Schuldner Handel- oder Gewerbetreibender oder Landwirt, so ist die Anordnung der Geschäftsaufsicht auch der zuständigen amtlichen Vertretung des Handels, Handwerkes (Gewerbes) oder der Landwirtschaft mitzuteilen. Die Mitteilungen können ohne besondere Form erfolgen.

Der Schuldner und jeder Gläubiger, der von dem Verfahren betroffen wird, können innerhalb drei Wochen nach Bestellung der Aufsichtsperson unter Darlegung der Gründe die Bestellung anderer oder weiterer Aufsichtspersonen beantragen.

§ 23. Der Aufsichtsperson ist über ihre Ernennung eine urkundliche Bescheinigung zu erteilen. Die Bescheinigung ist bei der Beendigung des Amtes dem Gerichte zurückzureichen.

§ 24. Die Aufsichtsperson ist für die Erfüllung der ihr obliegenden Pflichten allen Personen verantwortlich, deren Interessen sie kraft ihres Amtes zu berücksichtigen hat.

§ 25. Die Aufsichtsperson steht unter der Aufsicht des Gerichts.

Das Gericht kann gegen die Aufsichtsperson Ordnungsstrafen bis zu zweihundert Mark festsetzen und sie aus wichtigen Gründen ihres Amtes entlassen. Vor der Entscheidung ist die Aufsichtsperson zu hören.

§ 26. Das Gericht hat die Aufsichtsperson auf ihren Antrag bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in angemessener Weise zu unterstützen.

§ 27. Die Aufsichtsperson hat gegen den Schuldner Anspruch auf Erstattung angemessener barer Auslagen und auf Vergütung.

Die Festsetzung erfolgt durch das Gericht. Gegen den Beschluß findet sofortige Beschwerde statt.

§ 28. Die Aufsichtsperson hat darauf Bedacht zu nehmen, daß der Geschäftsbetrieb des Schuldners tunlichst aufrechterhalten und sein Vermögen nicht geschmälert wird. Sie hat die Ursachen der Zahlungsunfähigkeit oder der Überschuldung zu ermitteln, die geschäftlichen Verhältnisse des Schuldners zu prüfen und dem Gericht unverzüglich zu berichten, sobald sie die erforderliche Übersicht erlangt hat.

Das Gericht bestimmt, in welcher Weise und in welchen Zeiträumen die Aufsichtsperson weitere Berichte zu erstatten hat.

Jeder Bericht soll eine Äußerung darüber enthalten, ob die Voraussetzungen für eine Fortdauer der Geschäftsaufsicht noch vorliegen.

§ 29. In Streitfällen über die Verwendung der vorhandenen Mittel und in Streitfällen, die sich aus Anordnungen der Aufsichtsperson zwischen ihr und dem Schuldner ergeben, sowie bei Meinungsverschiedenheiten mehrerer Aufsichtspersonen entscheidet das Gericht.

§ 30. Das Gericht kann, wenn der Umfang der Geschäfte es erfordert, aus der Zahl der Gläubiger oder ihrer Vertreter einen Gläubigerbeirat bestellen. Es kann die Bestellung zum Mitglied des Beirats widerrufen.

Auf die Mitglieder des Beirats sind die Vorschriften des § 24 entsprechend anzuwenden.

§ 31. Die Mitglieder des Beirats haben die Aufsichtsperson in ihren Obliegenheiten zu unterstützen und zu beraten. Sie können sich von dem Gange der Geschäfte unterrichten, die Bücher und Schriften der Aufsichtsperson und des Schuldners einsehen und den Bestand der Kasse untersuchen. Der Beirat ist berechtigt, von der Aufsichtsperson Auskunft über die Lage der Sache und die Geschäftsführung zu verlangen.

§ 32. Ein Beschluß des Beirats ist gültig, wenn die Mehrheit der Mitglieder an der

Beschlußfassung teilgenommen hat und der Beschluß mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt ist.

1. Zwangsvergleich.

§ 33. Auf Antrag eines Schuldners, der unter Geschäftsaufsicht steht, kann zwischen ihm und seinen Gläubigern ein Zwangsvergleich zur Abwendung des Konkurses geschlossen werden.

An dem Vergleichsverfahren sind nicht beteiligt Gläubiger, die nach § 13 von dem Verfahren nicht betroffen werden, sowie Gläubiger, deren Ansprüche zum Gegenstande haben:

1. Geldstrafen;
2. die im § 3 Abs. 2 der Konkursordnung bezeichneten Unterhaltsleistungen, soweit sie für die Zukunft geltend gemacht werden, es sei denn, daß der Schuldner als Erbe des Verpflichteten haftet;
3. Leistungen aus einer Freigebigkeit des Schuldners;
4. die seit der Eröffnung des Vergleichsverfahrens laufenden Zinsen;
5. die Kosten, die durch die Teilnahme an dem Vergleichsverfahren erwachsen.

§ 34. Der Vergleich muß allen beteiligten Gläubigern gleiche Rechte gewähren. Eine ungleiche Bestimmung der Rechte ist nur mit ausdrücklicher Einwilligung der zurückgesetzten Gläubiger zulässig. Das Gericht kann jedoch eine ungleiche Bestimmung der Rechte zulassen, wenn die Mehrzahl der zurückgesetzten Gläubiger zustimmt und die Gesamtsumme der Forderungen der zustimmenden Gläubiger wenigstens drei Vierteile der Gesamtsumme der Forderungen der zurückgesetzten Gläubiger beträgt.

Jedes andere Abkommen des Schuldners oder anderer Personen mit einzelnen Gläubigern, durch das diese bevorzugt werden sollen, ist nichtig.

§ 35. Der Vergleich kann auf Erlaß oder Stundung oder beides gerichtet sein. Im übrigen darf er nur Bestimmungen enthalten, die der Sicherung seiner Durchführung dienen.

Ist der Schuldner eine eingetragene Genossenschaft, so darf der Vergleich nur auf Stundung, allein oder in Verbindung mit einem Erlasse von Zinsen für die Dauer der Stundung, gerichtet sein.

§ 36. Die Vorschriften der §§ 64 bis 66, 68 bis 70 der Konkursordnung sind entsprechend anzuwenden.

§ 37. Zum Abschluß des Vergleichs ist erforderlich, daß

1. die Mehrzahl der beteiligten Gläubiger dem Vergleiche zustimmt,
2. die Gesamtsumme der Forderungen der zustimmenden Gläubiger wenigstens drei Vierteile der Gesamtsumme der Forderungen der beteiligten Gläubiger beträgt.

§ 38. Soll der Vergleich nur auf Stundung bis zur Dauer von längstens einem Jahre nach der Bestätigung allein oder in Verbindung mit einem Erlasse von Zinsen für die Dauer der Stundung gehen, so genügt es, wenn die nach § 37 Nr. 2 erforderliche Gesamtsumme wenigstens die Hälfte der Gesamtsumme der Forderungen der beteiligten Gläubiger beträgt.

§ 39. Bei der Berechnung der Mehrheiten bleiben die Gläubiger, deren Rechte durch den Vergleich nicht beeinträchtigt werden, außer Betracht.

§ 40. Bei der Berechnung der Mehrheiten bleibt der Ehegatte des Schuldners außer Betracht, wenn er dem Vergleiche zugestimmt hat.

Das gleiche gilt von demjenigen, dem der Ehegatte des Schuldners während der Dauer der Geschäftsaufsicht oder in dem letzten Jahre vorher eine Forderung gegen den Schuldner abgetreten hat, soweit das Stimmrecht auf der abgetretenen Forderung beruht. Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn der Ehegatte zu der Abtretung durch das Gesetz oder durch einen Vertrag verpflichtet war, der früher als ein Jahr vor der Anordnung der Geschäftsaufsicht geschlossen wurde.

§ 41. Mit dem Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens hat der Schuldner vorzulegen:

1. einen bestimmten Vergleichsvorschlag (§§ 34, 35) mit der Angabe, in welcher Weise die Befriedigung der Gläubiger erfolgen sowie ob und in welcher Art ihnen Sicherheit geleistet werden soll,
2. die schriftlichen Erklärungen der zum Abschluß des Vergleichs nach Zahl und Forderungssumme erforderlichen Mehrheit von Gläubigern (§§ 37 bis 40), daß sie der Eröffnung des Vergleichsverfahrens auf der Grundlage des Vorschlags des Schuldners zustimmen,
3. eine den Vorschriften des § 20 entsprechende Aufstellung über die Vermögenslage zur Zeit des Antrags (Vermögensverzeichnis); das Vermögensverzeichnis soll nach Möglichkeit glaubhaft gemacht werden.

Zur Nachholung fehlender Erfordernisse kann das Gericht dem Schuldner vor der Entscheidung über den Antrag eine Frist bewilligen. Es kann zulassen, daß an Stelle eines neuen Vermögensverzeichnisses ein Nachtrag zu der mit dem Antrag auf Anordnung der Geschäftsaufsicht eingereichten Aufstellung vorgelegt wird.

§ 42. Vor der Entscheidung über den Antrag soll die Aufsichtsperson und, wenn ein Gläubigerbeirat bestellt ist, auch dieser gehört werden.

Der Antrag ist zurückzuweisen:

1. wenn Tatsachen vorliegen, welche die Vertrauenswürdigkeit des Schuldners in Frage stellen;
2. wenn den Erfordernissen des § 41 nicht genügt ist.

Gegen den Beschluß, durch den der Antrag zurückgewiesen wird, steht dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu.

§ 43. Bei der Entscheidung der Frage, ob die nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 zur Eröffnung des Vergleichsverfahrens erforderlichen Zustimmungserklärungen vorliegen, sind die Gläubiger bestrittener Forderungen, soweit nicht das Bestreiten offenbar unbegründet ist, und die Gläubiger aufschiebend bedingter Forderungen nicht mitzuzählen; Gläubiger, die abgesonderte Befriedigung beanspruchen können, sind zu dem Betrage mitzuzählen, zu dem sie nach der Angabe im Vermögensverzeichnisse mutmaßlich ausfallen werden.

§ 44. Gibt das Gericht dem Antrag statt, so bestimmt es einen nicht über einen Monat hinauszusetzenden Vergleichstermin.

Der Beschluß ist dem Schuldner, der Aufsichtsperson und allen Gläubigern, auch den im § 33 Abs. 2 bezeichneten, zuzustellen. Den beteiligten Gläubigern ist mit dem Beschlusse der Vergleichsvorschlag des Schuldners mitzuteilen.

§ 45. Die Aufsichtsperson soll vor dem Vergleichstermine, soweit es erforderlich erscheint, mit den Gläubigern verhandeln, insbesondere mit den beteiligten Gläubigern, die der Eröffnung des Vergleichsverfahrens noch nicht zugestimmt haben oder deren Forderungen bestritten sind.

§ 46. In dem Vergleichstermine wird das Stimmrecht der Forderungen, soweit es bestritten wird, festgestellt und über den Vergleichsvorschlag verhandelt und abgestimmt.

§ 47. Die Forderungen der beteiligten Gläubiger werden an der Hand des Verzeichnisses erörtert, der Schuldner hat sich darüber zu erklären.

Soweit gegen eine Forderung weder von dem Schuldner noch von einem beteiligten Gläubiger noch von einer Aufsichtsperson Widerspruch erhoben wird, gilt sie als stimmberechtigt. Soweit widersprochen wird, ist zu erörtern, ob und zu welchem Betrag ein Stimmrecht gewährt wird. In Ermangelung einer Einigung nimmt der Gläubiger, dessen Stimmrecht streitig ist, zunächst an der Abstimmung teil. Stellt sich heraus, daß es für das Ergebnis der Abstimmung auf die bestrittene Stimme ankommt, so entscheidet das Gericht; die Wirkung der Entscheidung beschränkt sich auf die Frage des Stimmrechts.

In gleicher Weise entscheidet das Gericht, ob und zu welchem Betrage Forderungen, für die abgesonderte Befriedigung beansprucht wird, in Ansehung des mutmaßlichen Ausfalls, sowie Forderungen unter aufschiebender Bedingung zum Stimmen berechtigen.

Der Gerichtsschreiber hat nach der Erörterung einer jeden Forderung das Ergebnis in das Verzeichnis der Gläubiger einzutragen. Soweit gegen eine Forderung weder von dem Schuldner noch von einem beteiligten Gläubiger noch von einer Aufsichtsperson Widerspruch erhoben wird, ist zu vermerken, daß die Forderung anerkannt ist.

§ 48. Soweit das Vermögen des Schuldners nicht zu der den Gläubigern angebotenen Befriedigung oder Sicherung ausreicht, hat der Schuldner glaubhaft zu machen, daß die Erfüllung des vorgeschlagenen Vergleichs hinreichend gesichert ist.

Auch der Anteil für aufschiebend bedingte Forderungen ist sicherzustellen, es sei denn, daß die Möglichkeit des Eintritts der Bedingung so entfernt ist, daß die Forderung einen gegenwärtigen Vermögenswert nicht hat. Ob der Anteil für bestrittene Forderungen sicherzustellen ist, bestimmt das Gericht. Bei der Prüfung der Frage, ob das Vermögen ausreicht, sind die Ansprüche der nicht beteiligten Gläubiger mit Ausnahme der im § 33 Abs. 2 Nr. 5 bezeichneten mit zu berücksichtigen.

§ 49. Die Aufsichtsperson hat in dem Termin über die Sachlage zu berichten und sich darüber zu äußern, ob sie den Vergleich und die für die Erfüllung angebotenen Sicherheiten für angemessen erachtet.

§ 50. Das Gericht kann von dem Schuldner die Leistung eines Eides dahin verlangen, daß er nach bestem Wissen sein Vermögen und seine Gläubiger so vollständig angegeben habe, als er dazu imstande sei.

Soweit erforderlich, hat der Schuldner die Vermögensaufstellung und das Gläubigerverzeichnis zu ergänzen. Die Vorschriften der §§ 899 bis 915 der Zivilprozeßordnung finden auf den Eid keine Anwendung.

Von der Abnahme des Eides ist abzusehen, wenn anzunehmen ist, daß es auch im Falle der Eidesleistung zur Einstellung des Vergleichsverfahrens oder zur Verwerfung des Vergleichs kommen wird.

§ 51. Die Zustimmung zu dem Vergleichsvorschlage kann auch durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Gericht erfolgen.

Die schriftliche Erklärung eines Gläubigers, daß er der Eröffnung des Vergleichsverfahrens auf der Grundlage des Vergleichsvorschlags zustimmt, gilt als Zustimmung zu dem Vergleichsvorschlage, wenn der Gläubiger in dem Termine nicht erschienen ist und die Erklärung bis zu dem Termine nicht widerrufen hat.

§ 52. Hält das Gericht oder die Mehrheit der erschienenen stimmberechtigten Gläubiger eine Vertagung zum Zwecke weiterer Verhandlungen oder Ermittlungen oder behufs Stellungnahme zu einer Änderung des Vergleichsvorschlags für erforderlich, so ist ein neuer, nicht über einen Monat hinausgehender Termin zur Fortsetzung der Verhandlung anzuberaumen.

Im übrigen ist eine Vertagung nur zulässig, wenn sie aus besonderen Gründen geboten erscheint.

§ 53. Der angenommene Zwangsvergleich bedarf der Bestätigung des Gerichts.

Das Gericht entscheidet, nachdem es die Gläubiger, den Schuldner, die Aufsichtsperson und den Gläubigerbeirat in dem Vergleichstermin oder einem zu verkündenden Termine gehört hat.

§ 54. Der Vergleich ist zu verwerfen:

1. wenn die für das Verfahren und den Abschluß des Vergleichs gegebenen Vorschriften in einem wesentlichen Punkte nicht beobachtet sind und das Fehlende nicht ergänzt werden kann;
2. wenn der Schuldner in dem Verfahren in erheblichem Maße seine Pflichten verletzt oder den Interessen der Gläubiger zuwidergehandelt hat;
3. wenn die Vermögenslage des Schuldners so verworren ist, daß sie ein Urteil über den Vergleich ohne zeitraubende Ermittlungen nicht ermöglicht;
4. wenn der Vergleich durch Begünstigung eines Gläubigers oder sonst in unlauterer Weise zustande gebracht ist;

5. wenn der Vergleich dem gemeinsamen Interesse der beteiligten Gläubiger widerspricht.

§ 55. Der Vergleich ist zu verwerfen, wenn er den Gläubigern nicht mindestens den fünften Teil ihrer Forderungen gewährt und dieses Ergebnis auf ein unredliches Verhalten des Schuldners zurückzuführen ist. Der Vergleich kann verworfen werden, wenn das gleiche Ergebnis auf ein leichtsinniges Verhalten des Schuldners zurückzuführen ist.

§ 56. Nimmt der Schuldner den Vergleichsvorschlag zurück, so hat das Gericht das Vergleichsverfahren einzustellen. Die Zurücknahme ist nur bis zur Annahme des Vergleichs zulässig.

§ 57. Das Gericht kann bis zur Annahme des Vergleichs das Vergleichsverfahren einstellen, wenn ihm der Verdacht begründet erscheint, daß der Schuldner in erheblichem Maße seine Pflichten verletzt oder den Interessen der Gläubiger zuwiderhandelt, oder wenn mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß es zu einem Vergleichsabschlusse nicht kommen wird.

Das Vergleichsverfahren ist einzustellen, wenn die zur Annahme des Vergleichs erforderlichen Mehrheiten ihm in dem Vergleichstermine nicht zugestimmt haben oder der Schuldner die Leistung des ihm nach § 50 auferlegten Eides verweigert hat.

§ 58. In dem Beschlusse, durch den der Vergleich verworfen oder das Vergleichsverfahren eingestellt wird, hat das Gericht von Amts wegen zugleich über die Aufhebung oder Fortdauer der Geschäftsaufsicht zu beschließen.

§ 59. Der Beschluß, durch den der Vergleich bestätigt oder verworfen wird, ist zu verkünden; der Beschluß, durch den das Vergleichsverfahren eingestellt wird, ist dem Schuldner, der Aufsichtsperson und allen Gläubigern zuzustellen.

Gegen den Beschluß, durch den der Vergleich bestätigt oder verworfen wird, steht dem Schuldner und jedem beteiligten Gläubiger, der stimmberechtigt war oder seine Forderung glaubhaft macht, die sofortige Beschwerde zu; die Beschwerdefrist beginnt mit der Verkündung des Beschlusses. Gegen den Beschluß, durch den das Vergleichsverfahren eingestellt wird, steht dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu.

Die Beschlüsse werden erst mit der Rechtskraft wirksam.

§ 60. Der rechtskräftig bestätigte Vergleich ist wirksam für und gegen alle beteiligten Gläubiger, auch wenn sie in dem Verfahren Erklärungen nicht abgegeben oder gegen den Vergleich gestimmt haben. Unberührt bleiben die Ansprüche der Gläubiger, die in den von dem Schuldner vorgelegten Verzeichnissen nicht aufgeführt sind.

Die Rechte der Gläubiger gegen Mitschuldner und Bürgen des Schuldners sowie die Rechte aus einem für die Forderung bestehenden Pfandrecht, aus einer für sie bestehenden Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld oder aus einer zu ihrer Sicherung eingetragenen Vormerkung werden durch den Vergleich nicht berührt.

§ 61. Aus dem rechtskräftig bestätigten Zwangsvergleich in Verbindung mit einem Auszug aus dem Gläubigerverzeichnis oder seinen Nachträgen findet wegen der darin als anerkannt vermerkten Forderungen beteiligter Gläubiger gegen den Schuldner und die Personen, die in dem Vergleiche für dessen Erfüllung neben dem Schuldner ohne Vorbehalt der Einrede der Vorausklage Verpflichtungen übernommen haben, die Zwangsvollstreckung unter entsprechender Anwendung der §§ 724 bis 793 der Zivilprozeßordnung und des § 164 Abs. 3 der Konkursordnung statt.

§ 62. Gegen die Gläubiger der im § 33 Abs. 2 Nr. 3 bezeichneten Ansprüche ist der durch den Vergleich begründete Erlaß oder die durch ihn gewährte Stundung wirksam. Die im § 33 Abs. 2 Nr. 5 bezeichneten Ansprüche gelten im Falle rechtskräftiger Bestätigung des Vergleichs als erlassen.

§ 63. Eine Klage auf Aufhebung des Vergleichs wegen Nichterfüllung findet nicht statt.

§ 64. Unbeschadet der durch den Vergleich gewährten Rechte kann jeder beteiligte Gläubiger den vergleichsmäßigen Erlaß oder die vergleichsmäßige Stundung seiner Forderung anfechten,

1. wenn der Vergleich durch Betrug zustande gebracht ist,
2. wenn durch die Geltendmachung des Anspruchs eines nach § 60 Abs. 1 Satz 2 durch den Vergleich nicht betroffenen Gläubigers die Rechte der durch den Vergleich betroffenen Gläubiger gefährdet werden.

Im Falle der Nr. 1 ist die Anfechtung nur zulässig, wenn der Gläubiger ohne Verschulden außerstande war, den Anfechtungsgrund in dem Verfahren über den Zwangsvergleich geltend zu machen.

§ 65. Die rechtskräftige Verurteilung des Schuldners wegen betrüglichen Bankerotts oder wegen vorsätzlicher Verletzung der Eidespflicht bei Leistung des ihm nach § 50 auferlegten Eides hebt für alle Gläubiger den durch den Vergleich begründeten Erlaß und die durch ihn gewährte Stundung auf, unbeschadet der ihnen durch den Vergleich gewährten Rechte.

5. Beendigung des Verfahrens.

§ 66. Die Geschäftsaufsicht ist aufzuheben, wenn der Schuldner es beantragt oder wenn ein wichtiger Grund für die Aufhebung vorliegt.

Als ein wichtiger Grund ist es namentlich anzusehen,

1. wenn der Schuldner in erheblichem Maße seine Pflichten verletzt oder den Interessen der Gläubiger zuwiderhandelt;
2. wenn die Voraussetzungen für die Anordnung der Geschäftsaufsicht nachträglich weggefallen sind.

§ 67. Vor der Aufhebung der Geschäftsaufsicht ist der Schuldner zu hören.

Macht der Schuldner glaubhaft, daß er in Vergleichsverhandlungen mit den Gläubigern steht, so darf die Aufhebung auf Grund des § 66 Abs. 2 Nr. 2 erst nach fruchtlosem Ablauf einer dem Schuldner von dem Gerichte zu bestimmenden Frist erfolgen.

§ 68. Gegen den Beschluß, durch den die Geschäftsaufsicht aufgehoben wird, steht dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu. Der Beschluß wird erst mit der Rechtskraft wirksam.

§ 69. Die Geschäftsaufsicht endigt mit der Rechtskraft des Beschlusses, durch den der Zwangsvergleich bestätigt wird.

§ 70. Die rechtskräftige Beendigung der Geschäftsaufsicht ist allen Gläubigern und den Stellen mitzuteilen, denen die Anordnung der Geschäftsaufsicht mitgeteilt worden ist. Die Mitteilungen können ohne besondere Form erfolgen.

III. Schlußvorschriften.

§ 71. Wird im Anschluß an eine Geschäftsaufsicht das Konkursverfahren über das Vermögen des Schuldners eröffnet, so sind im Konkurse die gerichtlichen Kosten der Geschäftsaufsicht und des Vergleichsverfahrens sowie die Gebühren und Auslagen der Aufsichtsperson als Massekosten (§ 58 der Konkursordnung) zu behandeln.

§ 72. Die Vorschriften der §§ 207 bis 211, 213 der Konkursordnung, des § 63 des Gesetzes, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (RGBl. 1898, 846), des § 98, § 100 Abs. 1, 2 des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (RGBl. 1898, 810), sind auf die Geschäftsaufsicht und das Vergleichsverfahren entsprechend anzuwenden. Ein Antragsrecht der Gläubiger wird hierdurch nicht begründet.

In dem Vergleichsverfahren über das Privatvermögen eines persönlich haftenden Gesellschafters einer offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien sind die Gesellschaftsgläubiger, wenn über das Gesellschaftsvermögen das Vergleichsverfahren oder das Konkursverfahren eröffnet ist, nur in Höhe desjenigen Betrags beteiligt, für den sie in diesem Verfahren keine Befriedigung erhalten.

§ 73. Auf die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses über einen Nachlaß sind die Vorschriften der §§ 217, 218, 221, 225 der Konkursordnung entsprechend anzuwenden. Ein Antragsrecht der Gläubiger wird hierdurch nicht begründet.

In Ansehung der Haftung des Erben für die Nachlaßverbindlichkeiten wirkt die Geschäftsaufsicht wie der Nachlaßkonkurs.

Von dem Verfahren werden außer den im § 13 dieser Verordnung bezeichneten Gläubigern auch die Gläubiger der im § 224 der Konkursordnung bezeichneten Ansprüche nicht betroffen.

Ein Zwangsvergleich kann nur auf den Vorschlag aller Erben geschlossen werden. Die Eröffnung des Vergleichsverfahrens kann erst beantragt werden, wenn das Aufgebot der Nachlaßgläubiger erfolgt ist. An dem Vergleichsverfahren sind alle Nachlaßgläubiger mit Ausnahme der im § 226 Abs. 2 und 4 der Konkursordnung bezeichneten beteiligt. Der Zwangsvergleich begrenzt, soweit er nicht ein anderes festsetzt, zugleich den Umfang der persönlichen Haftung des Erben.

Die vorstehenden Bestimmungen finden im Falle der fortgesetzten Gütergemeinschaft auf die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses über das Gesamtgut entsprechende Anwendung. An dem Vergleichsverfahren sind nur die Gesamtgutsgläubiger beteiligt, deren Forderungen schon zur Zeit des Eintritts der fortgesetzten Gütergemeinschaft bestanden.

§ 74. Die Vorschriften dieser Verordnung finden auf Versicherungsunternehmungen, die der Beaufsichtigung nach Maßgabe des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 (RGBl. S. 139) unterliegen, keine Anwendung.

§ 75. Soweit nach den Vorschriften der Konkursordnung oder des Gesetzes, betreffend die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens (RGBl. 1898, 709), die Anfechtbarkeit von Rechtshandlungen davon abhängt, daß sie innerhalb bestimmter Fristen vor der Eröffnung des Konkurses, vor dem Eröffnungsantrag, vor der Zahlungseinstellung oder vor der Anfechtung vorgenommen sind, wird bei der Berechnung der Fristen die Zeit nicht mitgerechnet, während deren die Geschäftsaufsicht besteht.

Die Vorschrift des Abs. 1 findet keine Anwendung, wenn die Rechtshandlung auf Grund des Gesetzes, betreffend die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens, von einem Gläubiger angefochten wird, der von dem Verfahren nicht betroffen war.

§ 76. Hat ein Genosse seinen Austritt aus einer eingetragenen Genossenschaft erklärt oder der Gläubiger eines Genossen dessen Kündigungsrecht ausgeübt, so scheidet der Genosse nicht vor dem Schlusse des Geschäftsjahrs aus, in welchem die Geschäftsaufsicht über die Genossenschaft endigt, oder wenn in einem Zwangsvergleich eine Stundung bewilligt wird, nicht vor dem Schlusse des Geschäftsjahrs, in welchem die Stundung abläuft.

Die Einreichung der Erklärung des Genossen oder des Gläubgiers zur Liste der Genossen ist spätestens sechs Wochen vor dem Ende des Geschäftsjahrs, zu dessen Schlusse der Genosse ausscheidet, oder wenn die Geschäftsaufsicht innerhalb der letzten sechs Wochen dieses Jahres endigt, unverzüglich zu bewirken. Die Eintragung des Jahresschlusses, zu dem der Genosse ausscheidet, in die Liste der Genossen erfolgt erst nach der Beendigung der Geschäftsaufsicht; ist sie bereits geschehen, so ist nachträglich zu vermerken, daß die Geschäftsaufsicht angeordnet ist.

§ 77. Ein Gläubiger, der sich vor dem Schuldner oder andern Personen besondere Vorteile dafür hat gewähren oder versprechen lassen, daß er bei der Abstimmung über den Vergleichsvorschlag in einem gewissen Sinne stimme, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

§ 78. Das amtsgerichtliche Verfahren der Geschäftsaufsicht ist gebührenfrei; auf die Auslegen sind die Vorschriften des fünften und sechsten Abschnitts des Gerichtskostengesetzes entsprechend anzuwenden.

Die Gebühr für das Vergleichsverfahren beträgt, wenn der Vergleichstermin abgehalten wird, fünf Zehnteile, andernfalls zwei Zehnteile der Sätze des § 8 des Gerichts-

kostengesetzes. Die Vorschriften des § 52 des Gerichtskostengesetzes finden entsprechende Anwendung.

Für die Beschwerdeinstanz wird die in den §§ 45, 46 des Gerichtskostengesetzes bestimmte Gebühr besonders erhoben. In den Fällen des § 42 Abs. 3, § 59 Abs. 2, § 68 dieser Verordnung sind die Vorschriften des § 52 des Gerichtskostengesetzes entsprechend anzuwenden.

Pauschsätze werden nicht erhoben, soweit das Verfahren gebührenfrei ist.

§ 79. Für die Tätigkeit im Vergleichsverfahren erhält der Rechtsanwalt sechzehn Zehnteile der Gebühr des § 9 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte. Für die Vertretung in der Beschwerdeinstanz erhält er die im § 41 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte bestimmten Gebühren besonders.

Auf die Wertberechnung finden die Vorschriften des § 59 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte entsprechende Anwendung.

§ 80. Diese Verordnung tritt am 25. Dezember 1916, und zwar hinsichtlich des § 75 mit Wirkung vom 10. August 1914 ab in Kraft; sie tritt an die Stelle der Verordnung, betreffend die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens, vom 8. August 1914 (RGBl. 363).

Eine vor dem Inkrafttreten abgegebene schriftliche Erklärung, in der ein Gläubiger einem Vergleichsvorschlage des Schuldners zugestimmt hat, gilt als Zustimmungserklärung im Sinne des § 41 Abs. 1 Nr. 2 dieser Verordnung.

Der Bundesrat bestimmt, wann und in welchem Umfang die Verordnung außer Kraft tritt.

Begründung.

(Deutscher Reichsanzeiger 1916 Nr. 298.)*)

Um die Schuldner, die infolge des Krieges zahlungsunfähig geworden sind, vor dem Konkurs und den mit ihm verbundenen wirtschaftlichen Schädigungen zu bewahren, ist ihnen durch die VO., betreffend die Anordnung einer GA. zur Abwendung des Konkursverfahrens, vom 8. August 1914 (RGBl. 363), die Möglichkeit eröffnet worden, bei dem für das Konkursverfahren zuständigen Amtsgericht die Anordnung der GA. zu beantragen. Dem Antrag ist stattzugeben, wenn die Behebung der Zahlungsunfähigkeit nach Beendigung des Krieges in Aussicht genommen werden kann. Während der Dauer der Geschäftsaufsicht darf das Konkursverfahren über das Vermögen des Schuldners nicht eröffnet werden, und es sind Arreste und Zwangsvollstreckungen gegen ihn im allgemeinen unzulässig. Die Geschäftsführung des Schuldners wird durch eine oder mehrere vom Gerichte bestellte Aufsichtspersonen überwacht. Um Kreditschädigungen zu vermeiden, finden öffentliche Bekanntmachungen in dem Verfahren nicht statt.

Die segensreichen Wirkungen der VO. würden in Frage gestellt werden, wenn die in ihr vorgesehenen Vergünstigungen mit der Beendigung des Krieges ohne weiteres wegfielen. Zahlreiche unter GA. stehende Schuldner würden dann doch in Konkurs geraten; als Ergebnis bliebe lediglich der Aufschub des wirtschaftlichen Zusammenbruchs auf einen späteren Zeitpunkt. Es muß deshalb darauf Bedacht genommen werden, die unter GA. stehenden Betriebe demnächst in die selbständige Leitung des Inhabers in einer Weise zurückzuführen, die den Weg zu einer dauernden Festigung und Besserung seiner Lage zu bahnen vermag.

Zum Teil läßt sich dem Bedürfnis nach einer schonenden Überleitung in normale Verhältnisse schon dadurch entsprechen, daß den unter GA. stehenden Betrieben nach Beendigung des Kriegszustandes eine angemessene Übergangszeit gewährt wird, innerhalb deren ihnen die Vorteile der Verordnung — Schutz vor Konkurs und vor Zwangsvollstreckung — erhalten bleiben. Dies ist aber nur von Wert, wenn wirklich anzunehmen ist, daß der Schuldner sich demnächst erholen und ohne weiteres zur selbständigen Fort-

*) GA. = Geschäftsaufsicht.

führung seiner bisherigen wirtschaftlichen Existenz wieder imstande sein wird. Vielfach treten indessen schon während Bestehens der GA. die Anzeichen dafür zutage, daß solche Gesundung nicht möglich oder wenigstens nicht wahrscheinlich ist. Für diese Fälle drängt nicht bloß die Rücksicht auf die Privatinteressen von Schuldner und Gläubiger, sondern vor allem auch die Lage unserer wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen darauf hin, daß dem Schuldner die Möglichkeit gewährt werde, die GA. in einer die Eröffnung des Konkurses vermeidenden Weise schon früher abzuwickeln. Als Weg hierfür bietet sich der gerichtliche Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses.

Die Geschäftsaufsicht stellt einen Schwebezustand dar, der den Schuldner in seiner wirtschaftlichen Betätigung einengt, die Gläubiger aber in Ungewißheit über die spätere Einbringlichkeit ihrer Forderungen hält. Die Abwicklung dieses Zustandes gibt dem Schuldner die Möglichkeit, sein wirtschaftliches Dasein auf eine neue Grundlage zu stellen. Auch die Gläubiger werden gegenüber der Unsicherheit ihrer Lage während bestehender GA. es häufig vorziehen, einen Teil ihrer Ansprüche aufzugeben, wenn sie für den Rest alsbald Befriedigung erhalten. Die gegenwärtige Regelung, bei der nicht abzusehen ist, wie lange eine GA. dauern und wie sie ihr Ende erreichen wird, beeinträchtigt auch die Tätigkeit der Aufsichtspersonen. Für ihre Maßnahmen ist es vielfach entscheidend, ob das Ziel der ihnen obliegenden Aufsicht lediglich die Erhaltung des Geschäfts des Schuldners bilden soll, oder ob sie auch mit einer Umgestaltung oder Auflösung rechnen dürfen. In dieser Hinsicht fehlt es für sie bisher an richtunggebenden Vorschriften. Die Möglichkeit, die GA. in einem gerichtlichen Zwangsvergleich aufgehen zu lassen, wird solchen Schwierigkeiten und Zweifeln in den meisten Fällen ein Ende bereiten.

Der Zwangsvergleich ist dem geltenden deutschen Rechte nur als Mittel zur Beendigung des Konkurses bekannt. Aber schon vor Ausbruch des Krieges waren lebhafte, auf die Einführung eines den Konkurs abwendenden Zwangsvergleichs gerichtete Bestrebungen im Gange. Sie hatten den Erfolg, daß der Reichstag im Jahre 1913 beschloß, die verbündeten Regierungen, die bis dahin in der Frage einen ablehnenden Standpunkt eingenommen hatten (zu vgl. Denkschrift des RJA. v. 1. Dezember 1906 [Drucksachen des RT. 11. LegPer. II. Session 1905/07 Nr. 596]), um Vorlage eines Gesetzentwurfs über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses zu ersuchen (StenBer. 1913 S. 3749A). Der Beschluß des Reichstags veranlaßte die Reichsverwaltung, erneut in Erörterungen über die Frage einzutreten. Diese sind durch den Ausbruch des Krieges unterbrochen worden.

Die grundsätzliche Lösung der Frage wird der ordentlichen Gesetzgebung vorzubehalten sein. Sie wird nur nach sorgfältiger Vorbereitung und allseitiger sachlicher Auseinandersetzung mit den im Wesen der Einrichtung wurzelnden Bedenken erfolgen dürfen, wie sie seinerzeit auf dem Grunde des erreichbaren Tatsachenmaterials in der Denkschrift des Reichs-Justizamts erörtert worden sind.

Unbeschadet der grundsätzlichen Lösung erscheint es indessen angängig, den Zwangsvergleich als Mittel zur Beendigung der GA. einzuführen. Das GAverfahren ist in wichtigen Punkten mit dem Konkursverfahren, für das schon das geltende Recht den Zwangsvergleich kennt, erg verwandt. Der Schuldner unterliegt, wenn auch in geringerem Maße als der Gemeinschuldner, von Anordnung der GA. an einer Reihe von Beschränkungen zugunsten seiner Gläubiger. Er muß sich der Aufsicht und bis zu einem gewissen Grade selbst der Leitung dritter Personen unterwerfen. Vor allen hat er diesen vollen Einblick in seine Vermögensverhältnisse zu gewähren. Wesentliche Grundlagen für den Abschluß eines Zwangsvergleichs sind damit gegeben, so daß die Bedenken, die gegen die allgemeine Einführung des außerkonkurslichen Zwangsvergleichs erhoben werden, einem sich an die GA. anschließenden Zwangsvergleich nicht in gleichem Grade im Wege stehen. Er wird auch als natürlicher Abschluß des GAverfahrens von der Öffentlichkeit allgemein verlangt.

Ein grundlegender Unterschied zwischen dem Konkurs- und dem GAverfahren

besteht freilich darin, daß das Konkursverfahren mit öffentlichen Bekanntmachungen sowohl bei der Eröffnung wie auch späterhin verbunden ist, während solche bei der Geschäftsaufsicht nicht stattfinden. Für die Ausgestaltung eines den Konkurs abwendenden Zwangsvergleichs ist es von Bedeutung, ob er ohne Bekanntmachungen geschlossen werden soll, oder ob auch ihm solche vorhergehen müssen. Die Frage der Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit des Vergleichsverfahrens bildet unter den Anhängern der Einrichtung den Gegenstand einer grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit. Die öffentliche Bekanntmachung wird auf der einen Seite im Interesse der Gläubiger für unerläßlich erachtet. Demgegenübersteht die Auffassung, daß der Zwangsvergleich nur dann von Wert sei, wenn dem Schuldner die mit einer solchen verbundene Bloßstellung erspart bleibt. Von einer Erörterung der im allgemeinen für und gegen die Öffentlichkeit des Verfahrens sprechenden Gründe kann jedoch hier abgesehen werden. Denn für eine lediglich im Rahmen der GAVG. zu treffende Maßregel sind die erforderlichen Richtlinien bereits durch die bestehenden Verhältnisse vorgezeichnet. Die bisherigen Vorschriften, welche die öffentliche Bekanntmachung der GA. untersagen, verfolgen das Ziel, im Interesse des Schuldners Kreditschädigungen, wie sie eine amtliche Bekanntmachung der Zahlungsunfähigkeit zur Folge hat, zu vermeiden. Damit würde es nicht vereinbar sein, wenn der Grundsatz der Nichtöffentlichkeit bei der Abwicklung der GA. durchbrochen würde; denn die öffentliche Bloßstellung mit ihren Folgen, die bei der GA. verhütet werden soll, würde den Schuldner dann doch treffen. Der Grundsatz der Nichtöffentlichkeit der GA. nötigt deshalb dazu, auch für den sich daran schließenden Zwangsvergleich von öffentlichen Bekanntmachungen abzusehen.

Freilich muß, wenn dies geschieht, auf anderem Wege für eine sichere Ermittlung sämtlicher Gläubiger gesorgt werden. Diese Ermittlung wird durch die dem Vergleich vorausgehende GA. erleichtert. In Betracht kommt zunächst die Einreichung des Gläubigerverzeichnisses durch den Schuldner und dessen Prüfung durch die Aufsichtsperson an der Hand der Geschäftsbücher und sonstiger Aufzeichnungen des Schuldners. Zur weiteren Sicherung der Gläubiger dient es, daß der Schuldner auf Verlangen des Gerichts die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihm vorgelegten Vermögensaufstellungen, insbesondere des Gläubigerverzeichnisses, beschwören muß. Der Schädigung nicht zugezogener Gläubiger wird schließlich auch dadurch vorgebeugt, daß die Wirkungen des Vergleichs auf die vom Schuldner benannten Gläubiger beschränkt werden. Der Schuldner wird daher regelmäßig an dem Verschweigen einzelner Gläubiger kein Interesse haben, da dies für ihn ohne Nutzen sein und ihn dem Zugriff dieser Gläubiger uneingeschränkt aussetzen würde.

Auch noch in anderen Richtungen hat sich ein Ausbau der Geschäftsaufsicht als notwendig erwiesen. Zur Wahrung der Interessen der Gläubiger haben die bisherigen Vorschriften nicht immer genügt. Es sind Klagen darüber laut geworden, daß GA. vielfach angeordnet worden seien, ohne daß die sachlichen Voraussetzungen für die Anordnung gegeben waren, wie auch nach der Richtung, daß die einmal angeordneten GA. aufrechterhalten geblieben seien, obgleich die Voraussetzungen für die Anordnung nachträglich weggefallen waren. Es ist beobachtet worden, daß die von den Schuldnern eingereichten Vermögensverzeichnisse den Anforderungen, wie sie im Hinblick auf den Zweck der Geschäftsaufsicht an die Richtigkeit und Vollständigkeit gestellt werden müssen, nicht immer entsprochen haben. Die Möglichkeit, die Verzeichnisse einzusehen und Aufschluß über die Vermögenslage des Schuldners und über die für den Fortbestand der GA. erheblichen Umstände zu erlangen, ist den Gläubigern vielfach dadurch geschmälert worden, daß ihnen die Einsicht in die Akten nicht oder nicht in genügendem Umfang gewährt worden ist.

Diesen Unzuträglichkeiten sucht der Entwurf durch eine Reihe von Vorschriften zu steuern. Um zu verhüten, daß GA. ohne genügenden Grund angeordnet werden, sind die Anforderungen an das von dem Schuldner einzureichende Vermögensverzeichnis verschärft; daneben ist dem Gerichte zur Pflicht gemacht, in geeigneten Fällen

einen Sachverständigen oder die zuständige Vertretung des Handels, des Handwerkes oder der Landwirtschaft zu hören. Die Pflichten der Aufsichtsperson sind genauer umgrenzt; insbesondere ist ihr die Pflicht zur sorgfältigen Berichterstattung auferlegt und dafür Sorge getragen, daß sie im Laufe des Verfahrens ständig im Auge behält, ob die Voraussetzungen der GA. noch fortbestehen. Den Gläubigern ist die Akteneinsicht in dem erforderlichen Umfang gewährleistet. Für geeignete Fälle ist ferner die Möglichkeit geschaffen, zur Vertretung der Interessen der Gläubiger einen besonderen Beirat zu bestellen, welcher der Aufsichtsperson stützend und beratend zur Seite zu stehen hat und berechtigt ist, von ihr Auskunft zu verlangen und Kontrolle zu üben.

Daneben sieht der Entwurf eine Reihe weiterer Änderungen und Ergänzungen der bisherigen Verordnung vor, die sich infolge der in der Praxis gemachten Erfahrungen als zweckmäßig erwiesen haben. Hervorzuheben ist namentlich, daß der Entwurf die Aufrechnung, soweit sie den Zwecken der GA. widerspricht, ähnlichen Beschränkungen unterwirft wie im Konkurs, und daß er für geeignete Fälle die Möglichkeit schafft, langfristige Verträge, deren Einhaltung die Zwecke der GA. gefährden würde, mit Ermächtigung des Gerichts vorzeitig zu lösen. Durch Sondervorschriften über die Hemmung der Verjährung und über die Kostenpflicht sucht der Entwurf die gerichtliche Geltendmachung unstreitiger Ansprüche während der Dauer der GA. tunlichst hintanzuhalten. Mit rückwirkender Kraft sind auch Unzuträglichkeiten beseitigt worden, die sich bei der Handhabung der bisherigen Vorschriften für das Anfechtungsrecht der Gläubiger innerhalb und außerhalb des Konkurses ergeben konnten.

Die neue Verordnung tritt an die Stelle der Bek., betr. die Anordnung einer GA. zur Abwendung des Konkursverfahrens, vom 8. August 1914 (RGBl. 363). Sie gliedert sich in drei Abschnitte. Der erste Abschnitt (§§ 1 bis 13) behandelt die materiellen Voraussetzungen und Wirkungen der GA. In dem zweiten Abschnitt (§§ 14 bis 70) ist das Verfahren geregelt. Dieser Abschnitt enthält in fünf Unterabschnitten die allgemeinen Verfahrensbestimmungen (§§ 14 bis 19), die Vorschriften über die Eröffnung des Verfahrens (§§ 20, 21), über die Aufsichtsperson und den Gläubigerbeirat (§§ 22 bis 32), über den Zwangsvergleich (§§ 33 bis 65) und über die Beendigung des Verfahrens (§§ 66 bis 70). Der dritte Abschnitt des Entwurfs (§§ 71 bis 80) faßt Schluß- und Übergangsbestimmungen zusammen.

Zu den einzelnen Vorschriften ist folgendes zu bemerken:

I. Voraussetzungen und Wirkungen der GA.

Der **§ 1** regelt die Voraussetzungen der GA. (zu vgl. § 1, § 3 Abs. 1 der VO. vom 8. August 1914). Daß der Antrag auf Anordnung der GA. nicht nur im Falle der Zahlungsunfähigkeit, sondern auch, soweit Überschuldung Konkursgrund ist, im Falle der Überschuldung gestellt werden kann, entsprach schon einer sinngemäßen Auslegung der bisherigen Bestimmungen. Es ist ferner klargestellt, daß es für den Zeitpunkt, zu dem die Behebung der Zahlungsunfähigkeit in Aussicht genommen werden kann, nicht auf den Friedensschluß, sondern auf den Wegfall der Kriegsverhältnisse, d. h. auf den Zeitpunkt ankommt, von dem an nach Friedensschluß das Wirtschaftsleben sich wieder in geregelten Bahnen bewegen wird.

In Erweiterung der bisherigen Vorschriften ist die Anordnung der GA. zugunsten kriegsbedrängter Schuldner auch dann zugelassen worden, wenn Aussicht auf das Zustandekommen einer den Konkurs abwendenden Einigung zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern besteht, sei es in der privaten Form eines gütlichen Übereinkommens mit den sämtlichen Beteiligten, sei es als Zwangsvergleich nach Maßgabe der §§ 33 ff. In welcher Weise der Schuldner die Aussichten des Zustandekommens einer solchen Einigung dartut, ist Sache des einzelnen Falles. Der Vorlegung schriftlicher Zustimmungserklärungen einer bestimmten Gläubigermehrheit, wie sie für die Eröffnung des Zwangsvergleichsverfahrens erforderlich ist (§ 41 Abs. 1 Nr. 2), bedarf es zur Anordnung der GA. noch nicht. Immerhin wird, wenn die GA. ohne sonstige

Aussicht auf Behebung der Zahlungsunfähigkeit lediglich zu dem Zwecke der Herbeiführung eines konkursabwendenden Zwangsvergleichs beantragt wird, verlangt werden müssen, daß die Aussicht auf ein baldiges Zustandekommen des Vergleichs begründet und naheliegend ist, daß also insbesondere schon ein bestimmter Vergleichsvorschlag vorliegt und daß dieser von einem erheblichen Teile der Gläubiger unterstützt wird. In den Aufgaben der Aufsichtsperson liegt es, die Aussichten des Vergleichs unverzüglich nachzuprüfen und dem Gerichte darüber gemäß § 28 zu berichten. Ergeben sich Zweifel, ob der Schuldner in der Lage sein wird, alsbald einen den Vorschriften des § 41 entsprechenden Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens zu stellen, so wird das Gericht dem Schuldner regelmäßig nach § 67 Abs. 2 eine Frist zu setzen und nach deren fruchtlosem Ablauf die Geschäftsaufsicht aufzuheben haben.

Dadurch, daß ein Gläubiger bereits die Eröffnung des Konkurses beantragt hat, wird der Antrag auf Anordnung der GA. nicht ausgeschlossen. Aus dem Zwecke der GA. ergibt sich, daß zunächst über den Antrag des Schuldners zu entscheiden und dem Konkursantrage nur stattzugeben ist, wenn jener Antrag abgelehnt wird.

Der bisherige § 3 Abs. 2, wonach das Gericht über den Antrag nach freiem Ermessen entscheidet, ist als Verfahrensvorschrift in den § 21 des Entwurfs übernommen.

Die §§ 2 und 3 behandeln die Rechtsstellung des Schuldners gegenüber der Aufsichtsperson und die ihm durch die GA. auferlegten Beschränkungen seiner Bewegungsfreiheit. Im § 2 (zu vgl. § 6 Abs. 1 Satz 1 und 2 der VO. vom 8. August 1914) ist hervorgehoben, daß die Aufsichtsperson nicht nur die Geschäftsführung ganz oder teilweise (z. B. die Kassenführung) auf einen anderen übertragen, sondern auch selbst übernehmen kann. Geschieht dies, so ist der Geschäftsführer befugt, im Rahmen der ihm obliegenden Tätigkeit den Schuldner zu vertreten. Der Umfang der Vertretungsmacht ergibt sich im einzelnen Falle aus dem Zwecke der Maßnahme, der auf die Unterstützung und Überwachung des Schuldners gerichtet ist. Deshalb wird z. B., wenn der Schuldner Kaufmann ist, in dem gesetzlichen Umfang der Handelsvollmacht (§ 54 HGB.) regelmäßig ein zutreffender Maßstab für die Vertretungsmacht zu finden sein.

Die Vorschriften im § 3 Abs. 1, 2 entsprechen dem bisherigen § 7. Im Interesse der Sicherung der Gläubiger ermächtigt die Vorschrift in dem neuen Abs. 3 das Gericht, auf Antrag der Aufsichtsperson dem Schuldner auch noch weitergehende Verpflichtungen als die gesetzlichen aufzuerlegen. Das Gericht kann danach z. B. anordnen, daß der Schuldner auch solche Verbindlichkeiten, die zur Fortführung des Geschäfts erforderlich sind, nur mit Zustimmung der Aufsichtsperson eingehen soll.

Im § 4 ist der Kreis der von dem Verfahren betroffenen Gläubiger umschrieben. Im Gegensatz zu § 3 der KO. kommt es darauf nicht an, ob der Anspruch des Gläubigers schon zur Zeit der Anordnung der GA. begründet war oder erst später entstanden ist. Die Ausnahmen von dem Wirkungskreise der Geschäftsaufsicht ergeben sich aus § 13.

Zu § 5. Die Vorschrift tritt an die Stelle des bisherigen § 8 Satz 1. Daß die vom Verfahren nicht betroffenen Gläubiger, insbesondere die im § 13 Nr. 1 bezeichneten, bei der Befriedigung aus laufenden Mitteln nicht übergangen werden dürfen, bedeutet nur eine Klarstellung.

Über die Reihenfolge der Befriedigung entschied bisher das billige Ermessen der Aufsichtsperson. Um Willkürlichkeiten bei der Ausübung dieses Ermessens vorzubeugen, bestimmt der Entwurf, daß die Aufsichtsperson sich dabei von den Grundsätzen der Konkursordnung leiten lassen soll. Wegen der Befriedigung der bevorzugten Gläubiger (§ 13) kommen insbesondere die §§ 57 bis 59, 61, 62, wegen der Befriedigung der absonderungsberechtigten Gläubiger kommt § 64 der KO. in Betracht; für die vom Verfahren betroffenen Gläubiger gilt die gleichmäßige Befriedigung als Regel.

Abweichungen von diesen Grundsätzen können unter Umständen geboten sein. Sie bedürfen der Zustimmung des Gerichts.

Der § 6 entspricht dem bisherigen § 5 und ist lediglich durch Einfügung einer mit § 14 Abs. 2 der KO. übereinstimmenden Vorschrift ergänzt worden, um auch in-

soweit ein Sondervorgehen einzelner vom Verfahren betroffener Gläubiger mit Sicherheit auszuschließen.

Zu § 7. Während der Dauer des Verfahrens ist die Verjährung der Ansprüche der von dem Verfahren betroffenen Gläubiger gehemmt. Es ist mithin kein Gläubiger genötigt, während des Verfahrens lediglich deshalb Klage zu erheben, um die Verjährung zu unterbrechen. Demgemäß kann sich ein Gläubiger auch nicht auf drohende Verjährung berufen, um ein berechtigtes Interesse an alsbaldiger Erlangung eines Urteils im Sinne des § 12 Satz 2 darzutun.

Zu § 8. Die Aufrechnung wird durch die Anordnung der GA. im allgemeinen nicht beschränkt; im Falle der Eröffnung des Vergleichsverfahrens ist sie, wie aus § 36 des Entwurfs in Verbindung mit § 65 der KO. hervorgeht, auch dann zulässig, wenn die Forderung des Gläubigers zur Zeit der Eröffnung des Vergleichsverfahrens noch nicht fällig war.

Als eine Lücke in der bisherigen Regelung ist es empfunden worden, daß die Aufrechnungsmöglichkeit auch dann bestand, wenn sie zu einer dem Grundsatz der Gleichberechtigung der vom Verfahren betroffenen Gläubiger widersprechenden Bevorzugung führte. Der § 8 sieht in dieser Hinsicht in Anlehnung an § 55 Nr. 1, 2 KO. die nötigen Beschränkungen vor.

Zu §§ 9 bis 11. Gegenseitige Verträge, die zur Zeit der Anordnung der GA. beiderseits noch nicht oder nicht vollständig erfüllt sind, werden durch die GA. nicht berührt. Der Zweck der Geschäftsaufsicht kann es indessen unter Umständen erforderlich machen, solche Verträge schon vorzeitig abzuwickeln. Ein praktisches Bedürfnis hierfür ist bereits im Geltungsbereiche der bisherigen Vorschriften hervorgetreten, und zwar sowohl bei langfristigen Lieferungsverträgen als auch bei Miet-, Pacht- und Dienstverträgen. Namentlich bei Mietverträgen, die für den unter GA. stehenden Mieter infolge seiner veränderten wirtschaftlichen Lage wertlos geworden waren, ist die Unmöglichkeit einer vorzeitigen Lösung als Mißstand empfunden worden; sie hat mehrfach zur Folge gehabt, daß wegen Anschwellens der Mietzinsen die vorhandenen Mittel zum Schaden der Gläubigergesamtheit wie des Schuldners durch das Vermieterpfandrecht aufgezehrt worden sind. Unter der Herrschaft des Entwurfs wird sich das Bedürfnis nach einer vorzeitigen Auflösung von Verträgen auch deshalb fühlbar machen, weil die Verhältnisse, wenn die GA. in ein Vergleichsverfahren zwecks Abwendung des Konkurses aufgeht, eine alsbaldige Abwickelung der schwebenden Beziehungen unter Umständen nicht minder dringend erheischen können als im Konkurse (zu vgl. §§ 17 ff. KO.).

Der Entwurf ermöglicht es deshalb dem Schuldner, gegenseitige Verträge (§ 9), Miet- und Pachtverträge, an denen er als Mieter oder Pächter beteiligt ist (§ 10), sowie Dienstverträge, die in seinem Haushalt, Wirtschaftsbetriebe oder Erwerbsgeschäft angetreten sind (§ 11), unter bestimmten Voraussetzungen vorzeitig zu lösen. Doch soll dies nur ausnahmsweise geschehen. Zur vorzeitigen Lösung bedarf es einer besonderen gerichtlichen Ermächtigung. Diese soll nur erteilt werden, wenn die Lösung zur Erreichung des Zwecks der Geschäftsaufsicht geboten ist und dem Vertragsgegner keinen übermäßigen Nachteil bringt. Vor der Entscheidung hat das Gericht den Gegner selbstverständlich zu hören und gegebenenfalls auf Grund des § 16 Erhebungen anzustellen. Auch die Anhörung der Aufsichtsperson wird wegen der Tragweite der zu treffenden Entschließung regelmäßig geboten sein.

Macht der Schuldner von der Ermächtigung Gebrauch, so steht dem Gegner ein Anspruch auf Ersatz seines Schadens zu. Dieser Anspruch wird — im Gegensatze zu dem Erfüllungsanspruche (vgl. § 13 Abs. 1 Nr. 2) — von dem Verfahren betroffen (§ 13 Abs. 2). Das Pfandrecht des Vermieters und Verpächters kann nach § 10 Abs. 2 in Ansehung des Schadenersatzanspruchs nicht geltend gemacht werden (zu vgl. § 49 Abs. 1 Nr. 2 KO.)

Auch dem Vertragsgegner des Schuldners ein entsprechendes Recht zur vorzeitigen

Lösung des Vertrags zu geben, würde dem Zwecke der GA. widersprechen. Der Gegner hat regelmäßig auch kein Interesse daran, den Vertrag schon wegen der Anordnung der GA. zu lösen; denn er kann nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 ungehindert vollstrecken und besitzt, wenn er Vermieter oder Verpächter ist, auch durch sein Pfandrecht eine Vorzugsstellung (§ 13 Abs. 1 Nr. 4). Ein Interesse an der Lösung des Vertrags entsteht für ihn regelmäßig erst dann, wenn der Schuldner die ihm obliegenden Vertragspflichten nicht erfüllt. In diesem Falle bieten ihm aber schon die gesetzlichen und vertraglichen Rücktritts- und Kündigungsrechte die erforderlichen Handhaben.

Zu § 12. Eine in der Praxis verbreitete Meinung nimmt an, daß der unter Geschäftsaufsicht stehende Schuldner auch bei sofortigem Anerkenntnisse des Anspruchs die Prozeßkosten zu tragen habe, wenn er, sei es auch auf Anweisung der Aufsichtsperson, bei Fälligkeit nicht gezahlt hat. Gestützt auf diese Auffassung haben vielfach Gläubiger mit Erfolg versucht, sich schon während der Geschäftsaufsicht auf Kosten des Schuldners vollstreckbare Schuldtitel wegen anerkannter Forderungen zu verschaffen. Ein gerechtfertigter Anlaß zu solchem Vorgehen, das dem Schuldner erhebliche Kosten verursacht, liegt in der Regel nicht vor, da das Urteil während der Dauer der GA. nicht vollstreckt werden kann. Der Entwurf schreibt deshalb in Erweiterung des § 93 ZPO. vor, daß dem Gläubiger die Prozeßkosten aufzuerlegen sind, wenn er in Kenntnis der GA. klagt und der Schuldner den Anspruch sofort anerkennt. Ausgenommen sind nur die Fälle, in denen der Gläubiger aus besonderem Grunde, z. B. weil der Schuldner den Anspruch zunächst bestritten oder die unter Androhung der Klage ergangene Aufforderung des Gläubigers, die Forderung anzuerkennen, unbeantwortet gelassen hatte, an alsbaldiger Erlangung des Urteils ein berechtigtes Interesse hat. Da „besondere" Gründe vorliegen müssen, kann die in jedem Falle mögliche Erwägung, daß der Schuldner nicht gezahlt habe, und daß die vorsorgliche Beschaffung eines Titels für den Fall der Beendigung der GA. dem Gläubiger stets Vorteile bringe, nicht genügen, um ein berechtigtes Interesse im Sinne der Vorschrift zu begründen.

Zu § 13. Der § 13 zählt die Gläubiger auf, die von dem Verfahren nicht betroffen werden. Diese können in das Vermögen des Schuldners während der Dauer des Verfahrens Arreste und Zwangsvollstreckungen ausbringen (§ 6 Abs. 2). Die Eröffnung des Konkursverfahrens herbeizuführen, ist auch ihnen verwehrt.

Die einzelnen Gruppen enthalten — abgesehen von der in den Bemerkungen §§ 9 bis 11 erwähnten Nr. 2 — gegenüber dem § 9 der bisherigen VO. keine wesentlichen Neuerungen. In Nr. 3 (Aussonderungsberechtigte, bisher § 9 Nr. 2) ist der Hinweis auf den § 43 KO. beseitigt und damit klargestellt, daß auch die in den §§ 44, 46 KO. und im § 392 des Handelsgesetzbuchs vorgesehenen Erweiterungen des Aussonderungsrechts zu berücksichtigen sind. Die Nr. 5 (bisher § 9 Nr. 4) ist um die im § 61 Nr. 4 und 5 KO. bezeichneten Forderungen erweitert worden; bei der längeren Geltungsdauer der VO. kann den Gläubigern dieser privilegierten Konkursforderungen eine weitere Hinatansetzung nicht zugemutet werden. Zur Vermeidung hervorgetretener Zweifel ist weiter klargestellt, daß auch die den bevorrechtigten Konkursforderungen gesetzlich gleichgestellten Ansprüche (vgl. z. B. § 75 e HGB., § 28 Abs. 3 RVO. v. 19. Juli 1911, RGBl. 509, § 227 Abs. 3 des VGfAngest. v. 20. Dez. 1911, RGBl. 989) von dem Verfahren nicht betroffen werden. Die Hinzufügung der Nr. 6 ist, soweit es sich um Gerichtskosten handelt, im Hinblick auf § 78 des Entwurfs erforderlich geworden; die Hervorhebung der Ansprüche der Aufsichtsperson enthält lediglich eine Klarstellung.

II. Verfahren.

1. Allgemeine Vorschriften.

Die **§§ 14 bis 16** enthalten keine sachlichen Neuerungen (zu vgl. § 4 der VO. vom 8. August 1914 in Verbindung mit § 72, § 73 Abs. 1, § 75 KO.). Wie im Konkurse kann das Gericht nach § 16 jede Art von Ermittlungen anstellen; es kann insbesondere Aus-

kunftspersonen formlos hören oder eidlich nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung vernehmen. Auf die schon jetzt bestehende Befugnis des Gerichts, zur Erörterung der Verhältnisse eine Gläubigerversammlung zu berufen, ist im § 16 besonders hingewiesen. Auch mit einzelnen Gläubigern kann das Gericht unterhandeln, etwa soweit es sich um streitige Forderungen oder die Höhe des Ausfalls (§ 47 Abs. 3) handelt, oder zu dem Zwecke, die Gründe ihrer Stellungnahme zu einem Vergleichsvorschlage des Schuldners genauer kennen zu lernen.

Im **§ 17** sind Vereinfachungen für die Zustellungen vorgesehen, die gemäß § 14 in Verbindung mit § 496 Abs. 1 ZPO. von Amts wegen zu erfolgen haben. Einer Beglaubigung des zuzustellenden Schriftstücks bedarf es nicht (zu vgl. § 77 Abs. 1 Satz 2 KO.). Damit das Verfahren durch öffentliche Zustellungen und durch Zustellungen im Auslande nicht verzögert wird, soll die Zustellung von Personen, die sich im Auslande befinden, durch Aufgabe zur Post, und zwar unter „Einschreiben" erfolgen. Mit der Aufgabe zur Post ist die Zustellung als bewirkt anzusehen (§ 175 Abs. 1 Satz 3 ZPO.). An Gläubiger mit unbekanntem Aufenthalt erfolgt überhaupt keine Zustellung. Selbstverständlich unterbleibt sie auch dann, wenn die deutsche Post Einschreibesendungen an den Gläubiger wegen seines Aufenthalts im feindlichen Auslande nicht annimmt. Hat der Ausländer oder der Gläubiger unbekannten Aufenthalts einen inländischen Zustellungsbevollmächtigten, der dem Gerichte bekannt ist, so ist dem Bevollmächtigten zuzustellen.

Der **§ 18** untersagt in Übereinstimmung mit § 4 Abs. 2 Satz 2 der bisherigen VO. öffentliche Bekanntmachungen.

Ob und inwieweit die Gläubiger — auch die vom Verfahren nicht betroffenen — von den Gerichtsakten Einsicht nehmen dürfen, ist dem Ermessen des Gerichts überlassen. Da die Gläubiger ein wohlberechtigtes Interesse haben, einen Einblick in die Vermögenslage des unter GA. stehenden Schuldners zu erlangen, wird die Akteneinsicht nur aus besonderen Gründen zu versagen sein, z. B. wenn im einzelnen Falle die Besorgnis besteht, daß sie dazu mißbraucht wird, um Kenntnis von Geschäftsgeheimnissen, von Bezugsquellen, Kunden und dergleichen zu erlangen. Ein unbedingtes Recht auf Akteneinsicht gewährleistet der Entwurf den Gläubigern, soweit es sich um die Berichte der Aufsichtsperson (§ 28) handelt.

Der **§ 19** übernimmt den Grundsatz der Unanfechtbarkeit der gerichtlichen Entscheidungen (vgl. § 11 der VO. v. 8. August 1914). Die sofortige Beschwerde ist nur in den Fällen des § 27 Abs. 2, des § 42 Abs. 3, der §§ 59, 68 zugelassen. Auch in diesen Fällen gilt der § 19 für die Entscheidung des Beschwerdegerichts; weitere Beschwerde findet also nicht statt.

2. Eröffnung des Verfahrens.

Zu § 20. Die Vorschrift verlangt in Übereinstimmung mit § 2 der bisherigen Verordnung als Unterlage für den Geschäftsaufsichtsantrag die Einreichung eines Gläubigerverzeichnisses und einer Vermögensübersicht. Um zu verhüten, daß die GA. auf Grund unzureichender Unterlagen eröffnet wird, sind über den Inhalt der einzureichenden Aufstellungen nähere Bestimmungen getroffen. Sie ermöglichen zugleich, das Vermögensverzeichnis in geeigneten Fällen auch als Grundlage für das Vergleichsverfahren nutzbar zu machen (§ 41 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 Satz 2).

In dem Verzeichnis der vom Verfahren nicht betroffenen Gläubiger, die nach § 20 Abs. 2 getrennt von den übrigen Gläubigern aufgeführt werden sollen, sind auch etwaige Sicherungsübereignungen des Schuldners zu vermerken.

Zu § 21. Der Abs. 1 der Vorschrift entspricht dem § 3 Abs. 2 der bisherigen Verordnung.

Damit das Gericht für die Entscheidung über den Antrag zuverlässige Unterlagen gewinnt, wird sich oft die Anhörung eines Sachverständigen, unter Umständen auch die Anhörung der zuständigen amtlichen Vertretung des Handels, des Handwer Ge-

werbes) oder der Landwirtschaft (Handels-, Handwerks- oder Landwirtschaftskammern) empfehlen. Der Abs. 2 gibt in dieser Hinsicht die erforderlichen Richtlinien.

3. Aufsichtsperson und Gläubigerbeirat.

Zu § 22. Der Entwurf geht davon aus, daß regelmäßig die Bestellung nur einer Aufsichtsperson genügt. Werden mehrere Aufsichtspersonen bestellt, so hat das Gericht zu bestimmen, ob sie die Aufsicht gemeinschaftlich führen oder ob jede innerhalb eines bestimmten ihr zugewiesenen Geschäftskreises selbständig ist.

Die Anordnung der GA. und die Aufsichtsperson ist allen Gläubigern — auch den im § 13 bezeichneten — mitzuteilen. Außerdem soll die zuständige Vertretung des Handels, Handwerks oder der Landwirtschaft benachrichtigt werden, wenn der Schuldner Handel- oder Gewerbetreibender oder Landwirt ist.

Der Schuldner und jeder von dem Verfahren betroffene Gläubiger ist befugt, innerhalb drei Wochen die Bestellung anderer oder weiterer Aufsichtspersonen zu beantragen. Das Gericht hat diesen Anträgen nachzugeben und die für sie vorgebrachten Gründe einer sachlichen Nachprüfung zu unterziehen. Ergibt sich, daß die Bestellung einer anderen Aufsichtsperson angemessener ist, so ist die zunächst bestellte Aufsichtsperson, auch ohne daß ihr bei wichtige Gründe im Sinne des § 25 vorzuliegen brauchen, zu entlassen.

Die §§ 23 bis 25 enthalten keine sachlichen Neuerungen (zu vgl. § 6 Abs. 2 der VO. v. 8. August 1914 in Verbindung mit § 81 Abs. 2, §§ 82, 83, 84 KO.).

Der § 26 macht dem Gerichte zur Pflicht, die Aufsichtsperson bei Erfüllung ihrer Aufgaben in angemessener Weise, z. B. durch Anstellung von Ermittlungen, Vernehmung des Schuldners, Einberufung einer Gläubigerversammlung, zu unterstützen.

Im § 27 ist gegen die Festsetzung der Vergütung und der Auslagen der Aufsichtsperson das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde zugelassen. Aus dem Festsetzungsbeschlusse findet daher nach § 794 Nr. 3 ZPO. die Zwangsvollstreckung statt.

Im § 28 sind die Aufgaben der Aufsichtsperson genauer umgrenzt. Die Aufsichtsperson hat ins Auge zu fassen, daß der Geschäftsbetrieb des Schuldners tunlichst aufrechterhalten und sein Vermögen nicht geschmälert wird. Sie hat die Ursachen des Vermögensverfalls zu ermitteln und die geschäftlichen Verhältnisse des Schuldners zu prüfen. Dabei ist auch zu untersuchen, ob anfechtbare Geschäfte vorgekommen sind. Über das Ergebnis ihrer Feststellungen hat die Aufsichtsperson dem Gerichte sobald als möglich zu berichten. Weitere Berichte sind im Laufe des Verfahrens nach näherer Bestimmung des Gerichts zu erstatten. Die Aufsichtsperson soll ständig ihr Augenmerk darauf richten, ob die Voraussetzungen für die Anordnung der Geschäftsaufsicht noch fortbestehen. Jeder Bericht soll sich hierüber besonders äußern.

Aus der Überwachungspflicht der Aufsichtsperson ergibt sich, daß sie dem Gericht unverzüglich Anzeige zu machen hat, sobald der Schuldner seinen Verpflichtungen zuwiderhandelt oder die Interessen der Gläubiger verletzt.

Der § 29 überträgt im Anschluß an § 6 Abs. 1 Satz 3, § 8 Satz 2 der bisherigen VO. dem Gerichte die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen der Aufsichtsperson und dem Schuldner sowie von Streitigkeiten über die Verwendung der vorhandenen Mittel. Es ist klargestellt, daß bei Meinungsverschiedenheiten mehrerer Aufsichtspersonen, welche die Verwaltung gemeinschaftlich führen, das Gericht zu entscheiden hat.

Zu §§ 30 bis 32. Die Vorschriften über den Gläubigerbeirat sind neu. Sie sollen bei GA.en von größerem Umfang den Gläubigern eine nachdrücklichere Wahrung ihrer Interessen ermöglichen und zugleich die Aufsichtsperson durch eine unterstützende und beratende Mitwirkung von Gläubigern entlasten. Die Bestellung des Beirats steht im Ermessen des Gerichts; sie soll nur erfolgen, wenn der Umfang der Geschäfte es erfordert. Die Rechte und Pflichten des Beirats sind ähnlich umgrenzt wie die des Gläubigerausschusses im Konkurse (zu vgl. §§ 88 bis 90 KO.). Der Beirat ist nicht befugt,

der Aufsichtsperson bindende Anweisungen zu erteilen. Ein Anspruch auf Vergütung auf oder Erstattung barer Auslagen steht den Mitgliedern des Beirats nicht zu.

4. Zwangsvergleich.

Die §§ 33 bis 40 regeln die Voraussetzungen des Zwangsvergleichs, die §§ 41 bis 59 das Vergleichsverfahren; die §§ 60 bis 65 enthalten Bestimmungen über die Wirksamkeit des Vergleichs.

Die Vorschriften über die Voraussetzungen und Wirkungen des Zwangsvergleichs folgen im wesentlichen der konkursrechtlichen Regelung. Neu ist, daß der Entwurf im Interesse der Gläubiger kleinerer Forderungsbeträge unter gewissen Voraussetzungen eine Bevorzugung einzelner Gläubiger auch dann zuläßt, wenn unter der zurückgesetzten Gläubigern keine Einstimmigkeit zu erzielen ist, und daß er für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften die Möglichkeit eines auf Stundung gerichteten Zwangsvergleichs erschließt.

Bei den Vorschlägen für die Regelung des Verfahrens geht der Entwurf davon aus, daß erfahrungsgemäß schon jetzt von dem Schuldner während der Dauer der GA. vielfach private Vergleichsverhandlungen mit den Gläubigern angebahnt werden. Für eine sachgemäße Abwicklung solcher Verhandlungen bietet die Geschäftsaufsicht besonders günstige Vorbedingungen, da während ihrer Dauer Störungen, wie sie sonst durch Konkursanträge und Zwangsvollstreckungen einzelner Gläubiger verursacht werden, ferngehalten bleiben. Auch in Zukunft wird dem gerichtlichen Vergleichsverfahren regelmäßig der Versuch eines außergerichtlichen Abkommens vorhergehen. Zu jenem wird nur geschritten werden, wenn der Schuldner schon eine Mehrheit der Gläubiger auf seiner Seite hat und es sich nur noch darum handelt, Widerstände einzelner Gläubiger zu überwinden. Die Beschaffung dieser Mehrheit ist Sache des Schuldners, dem dabei die Unterstützung und Fürsprache der Aufsichtsperson zugute kommt. Mit dem Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens sind deshalb die Zustimmungserklärungen der nötigen Gläubigermehrheit beizubringen (§ 41 Abs. 1 Nr. 2). Der Schuldner wird hierzu in Anknüpfung an die außergerichtlichen Verhandlungen ohne weiteres in der Lage sein, falls überhaupt Aussicht auf eine Einigung besteht. Freilich kann und braucht für die Eröffnung des Verfahrens noch nicht verlangt zu werden, daß die erforderliche Mehrheit der Gläubiger sich auf den Vergleichsvorschlag des Schuldners bereits endgültig festlegt. Es genügt, wenn sie sich mit der Eröffnung des Vergleichsverfahrens auf der Grundlage eines bestimmten Vorschlags einverstanden erklärt hat. Der Gläubiger, der eine solche Erklärung abgegeben hat, kann sie im Laufe des Verfahrens mündlich oder schriftlich gegenüber dem Gericht widerrufen. Findet er hierzu keinen Anlaß, so wird die Erklärung als endgültige Zustimmung zu dem Vergleichsvorschlage angesehen (§ 51).

Das Verfahren nimmt nach dem Entwurfe folgenden Gang: Der Schuldner beantragt die Eröffnung des Verfahrens unter Vorlegung des Vergleichsvorschlags, der Zustimmungserklärungen der nötigen Gläubigermehrheit und einer Aufstellung seines Aktiv- und Passivvermögens (§ 41). Nach Anhörung der Aufsichtsperson, gegebenenfalls auch des Gläubigerbeirats, eröffnet das Gericht das Verfahren und beraumt einen Vergleichstermin an (§ 44). In dem Termin wird das Stimmrecht der Forderungen festgestellt und über den Vergleichsvorschlag verhandelt und abgestimmt (§§ 46 ff.). Auf Verlangen des Gerichts hat der Schuldner die Richtigkeit und Vollständigkeit der Vermögensaufstellung zu beschwören (§ 50). Das Gericht entscheidet schließlich, ob der Vergleich zu bestätigen oder zu verwerfen ist (§§ 53 ff.).

Im einzelnen ist zu bemerken:

Der **§ 33** umgrenzt den Kreis der am Vergleichsverfahren beteiligten Personen. Antragsberechtigt ist der unter GA. stehende Schuldner (wegen juristischer Personen vgl. § 72). An dem Vergleichsverfahren nehmen grundsätzlich alle Gläubiger teil, die von der Geschäftsaufsicht betroffen werden (§ 4), auch soweit sie erst nach Eröffnung des

Verfahrens Gläubiger geworden sind. Ausgeschlossen vom Verfahren sind hiernach die im § 13 bezeichneten Gläubiger. Ihre Ansprüche werden von dem Vergleiche nicht berührt.

Ausländische Gläubiger stehen im Vergleichsverfahren den inländischen gleich. Ihre Beteiligung am Verfahren wird durch die Vorschriften der VO. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, vom 7. August 1914 (RGBl. 360) und der dazu ergangenen Nachträge nicht gehindert. Denn die Annahme oder Ablehnung des vom Schuldner ausgehenden Vergleichsvorschlags sowie die Ausübung der sonstigen Gläubigerrechte kann bei dem im Entwurf vorgesehenen Verfahren, in welchem eine Abmeldung von Forderungen durch die Gläubiger — anders als im Konkurse — nicht stattfindet, nicht als gerichtliche Geltendmachung vermögensrechtlicher Ansprüche im Sinne jener Verordnung angesehen werden; eine solche Geltendmachung kommt erst in Betracht, wenn der Zwangsvergleich demnächst vollstreckt werden soll (§ 61). Auch die Gläubiger, die feindlichen Staaten angehören, sind von der Teilnahme am Verfahren nicht ausgeschlossen. Soweit sich bei ihnen im einzelnen Falle Schwierigkeiten daraus ergeben, daß sie mangels einer Erklärung als gegen den Vorschlag stimmend zu zählen sind (§ 37), eröffnet die Verordnung, betreffend Ergänzung der Vorschriften über die zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen, vom 10. Februar 1916 (RGBl. 89) einen Weg zur Abhilfe. Nach den Vorschriften dieser VO. können aus besonderen Gründen Forderungen feindlicher Gläubiger im Wege der Vergeltung mit Zustimmung des Reichskanzlers zwangsweise unter Verwaltung bestellt werden. Geschieht dies, so ist der Verwalter befugt, in Ansehung der Forderung über den Vergleichsvorschlag bindende Erklärungen für den Gläubiger abzugeben.

In Ausnahme von der Regel nehmen aus dem Kreise der Gläubiger, die von der GA. betroffen werden, an dem Vergleichsverfahren diejenigen nicht teil, die nach § 3 Abs. 2, § 63 der Konkursordnung ihre Ansprüche im Konkurse nicht geltend machen können. Familienrechtliche Unterhaltsansprüche des Ehegatten (§§ 1351, 1360, 1361, 1578 bis 1583, 1586), der Verwandten in gerader Linie (§§ 1601 bis 1615), des unehelichen Kindes (§§ 1708 bis 1714 BGB.) und die Ersatzansprüche der unehelichen Mutter (§§ 1715, 1716 a. a. O.) können im Vergleichsverfahren für die Zukunft, d. h. für die Zeit nach der Eröffnung des Vergleichsverfahrens, ebensowenig geltend gemacht werden wie im Konkurse (§ 3 Abs. 2 KO.). Unberücksichtigt bleiben ferner Geldstrafen, Forderungen aus einer Freigebigkeit des Schuldners, die seit der Eröffnung des Vergleichsverfahrens laufenden Zinsen sowie die Kosten, die den einzelnen Gläubigern durch ihre Teilnahme an dem Vergleichsverfahren erwachsen (§ 63 KO.).

Der ausgeschlossene Anspruch wird bei Berechnung der Mehrheiten (§ 37, § 41 Abs. 1 Nr. 2) nicht mitgerechnet und gewährt im Vergleichstermin weder ein Stimmrecht noch ein Recht, das Stimmrecht eines anderen Gläubigers wirksam zu bestreiten (§ 47). Von den Wirkungen des Vergleichs wird der ausgeschlossene Anspruch — mit Ausnahme der im § 62 ausdrücklich bestimmten Sonderfälle — nach allgemeinen Grundsätzen nicht betroffen.

Zu § 34. An der gleichmäßigen Behandlung der beteiligten Gläubiger, wie sie der § 181 KO. für den Zwangsvergleich im Konkurse vorsieht, ist auch für das Vergleichsverfahren grundsätzlich festzuhalten. Bei der Beseitigung von Zahlungsschwierigkeiten im Wege gütlichen Übereinkommens hat sich in der Praxis indessen nicht selten das Bedürfnis geltend gemacht, einzelnen Gläubigern eine Sonderstellung einzuräumen. Es pflegen die Gläubiger kleinerer Forderungsbeträge zu sein, die einen Erlaß oder eine längere Stundung nicht bewilligen wollen und denen dies nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen auch nicht wohl zuzumuten ist. Sie werden daher schon jetzt vielfach mit Zustimmung aller zurücktretenden Gläubiger vorzugsweise befriedigt. Die Bevorzugung, die durch ein derartiges Vorgehen den wirtschaftlich schwächeren Gläubigern zuteil wird, liegt aber regelmäßig auch im Interesse der zurücktretenden Gläubiger,

da auf diese Weise Widerstände gegen den Vergleich ausgeschaltet werden. Aus diesen Erfahrungen des praktischen Lebens heraus ist befürwortet worden, eine vorzugsweise Befriedigung einzelner Gläubiger unter gewissen Voraussetzungen auch dann zu ermöglichen, wenn die Einwilligung der sämtlichen zurückgesetzten Gläubiger nicht zu erzielen ist. Der Entwurf eröffnet die gedachte Möglichkeit. Mit Rücksicht auf die erhebliche Gefahr, daß sie zu unlauteren Machenschaften mißbraucht wird, kann selbstverständlich eine Bevorzugung einzelner Gläubiger nur zugelassen werden, wenn im einzelnen Falle genügende Gewähr dafür besteht, daß die mit der Bevorzugung erstrebten Zwecke einwandfrei sind. Der Entwurf erfordert deshalb nicht nur innerhalb der Gruppe der zurückgesetzten Gläubiger nach Zahl und Forderungssumme dieselbe Mehrheit wie zum Abschluß des Vergleichs, sondern macht die ungleiche Bestimmung der Rechte vor allem auch davon abhängig, daß sie von dem Gerichte besonders zugelassen wird. Nach § 16 des Entwurfs ist das Gericht in der Lage, vor der Entscheidung über die Zulassung die erforderlichen Ermittlungen anzustellen, insbesondere die zurückgesetzten Gläubiger, die der Bevorzugung widersprochen haben, über ihre Gründe zu hören.

Zu § 35. Die Vorschrift beschränkt den zulässigen Vergleichsinhalt auf Erlaß und Stundung, allein oder in Verbindung miteinander. Den praktischen Bedürfnissen wird damit genügt. Durch Erlaß und Stundung entstehen klare Verhältnisse, mit denen sich die Beteiligten abfinden müssen und können. Andere Rechtsformen, wie z. B. die Liquidation des Schuldnervermögens durch die Gläubiger oder durch Treuhänder, Gründung einer Gläubigergesellschaft zwecks Fortführung des Geschäfts des Schuldners, mögen zwar unter Umständen in einem einzelnen, besonders liegenden Falle zweckmäßig sein, muten aber den Gläubigern meist einen Eintritt in schwer übersehbare und mit der Übernahme von Lasten verbundene Rechtsverhältnisse zu. Aus diesem Grunde können sie nicht wohl Gegenstand eines auf Mehrheitsbeschlüsse abgestellten Verfahrens sein. Ein solcher Vergleich darf nicht aufgezwungen werden; er setzt Einstimmigkeit voraus.

In der Natur der Sache liegt es, daß der Vergleich die zu seiner Durchführung erforderlichen Bestimmungen enthalten darf. Wie diese Durchführung erfolgen soll, hängt von den Umständen des einzelnen Falles ab. Der Entwurf nimmt als Regel an, daß der Schuldner nach Bestätigung des Vergleichs einer Beaufsichtigung nicht weiter untersteht. Der Vergleich kann aber ein anderes bestimmen. So mag z. B. bedungen werden, daß der Schuldner sein Vermögen Treuhändern ausantworten soll, damit sie es verwerten und zur Erfüllung der im Vergleichsweg gekürzten Ansprüche verwenden.

Einer Sondervorschrift bedarf es für eingetragene Genossenschaften. Nach § 116 des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, findet bei ihnen im Falle des Konkurses eine Aufhebung des Konkursverfahrens durch Zwangsvergleich nicht statt. Die für dieses Verbot maßgebenden Erwägungen, die auf Grundsätzen der genossenschaftlichen Haftung beruhen (zu vgl. Begr. zu dem Entw. eines Gesetzes, betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Drucks. des RT. 7. Leg.-Per. IV. Session 1888/89 Nr. 28 S. 125), nötigen dazu, an dem Verbot auch für das Vergleichsverfahren festzuhalten, soweit der Wert der Haftpflicht der Genossen durch die Zulassung eines Zwangsvergleichs herabgesetzt werden würde. Ausgeschlossen muß deshalb ein Vergleich bleiben, der den Gläubigern einen Erlaß ihrer Forderungen zumutet. Dagegen ist es zur Verhütung wirtschaftlicher Erschütterungen dringend geboten und mit den Grundsätzen der Haftung der Genossen vereinbar, bei Genossenschaften einen außerkonkurslichen Zwangsvergleich zuzulassen, der lediglich auf — verzinsliche oder zinslose — Stundung geht, im übrigen aber die Haftpflicht der Genossen unverändert weiterbestehen läßt. Der Möglichkeit, daß einzelne Genossen während der Dauer der Stundung ausscheiden und sich so zum Nachteil der Gläubiger von der Haftpflicht befreien, wird durch § 76 des Entwurfs begegnet.

Zu § 36. Daß Rechte, die im Falle des Konkurses ein Absonderungsrecht gewähren würden, von dem Vergleichsverfahren unberührt bleiben, ergibt sich aus den §§ 13, 33 Abs. 2. Soweit neben diesen Rechten eine persönliche Forderung besteht, schließt sich der Entwurf in ihrer Behandlung den Grundsätzen KO. an. Aus der Verweisung auf den § 64 KO. ergibt sich, daß der Gläubiger mit seiner persönlichen Forderung an dem Vergleichsverfahren zwar beteiligt ist, daß er aber ebenso wie im Konkursverfahren in erster Linie auf sein Sonderrecht verwiesen bleibt. Nur für den Betrag, für den er auf abgesonderte Befriedigung verzichtet oder zu dem er ausgefallen ist, kann er Befriedigung nach Maßgabe des Vergleichs verlangen. Wegen des nach dem mutmaßlichen Ausfall sich richtenden Stimmrechts eines solchen Gläubigers ist in den §§ 43, 47 das Nötige angeordnet.

Das Vergleichsverfahren soll wie das Konkursverfahren eine Klärung der Vermögenslage des Schuldners herbeiführen. Daraus folgt die Beteiligung betagter Ansprüche gemäß § 65, auflösend bedingter Ansprüche gemäß § 66, wiederkehrender Hebungen gemäß § 70 KO. Die entsprechende Anwendung des § 68 und des § 69 KO. bedarf keiner besonderen Begründung. Über die Behandlung aufschiebend bedingter Ansprüche ist im § 43, § 47 Abs. 3, § 48 Abs. 2 des Entwurfs Bestimmung getroffen.

Zu § 37. Das zum Abschluß des Vergleichs erforderliche Mehrheitsverhältnis entspricht dem im § 182 Abs. 1 KO. für den Zwangsvergleich erforderten. Die Personenmehrheit ist jedoch nach der Zahl der überhaupt vorhandenen beteiligten Gläubiger, nicht nach der Zahl der im Vergleichstermine (§§ 46 ff.) erschienenen zu berechnen. Deshalb werden auch die Gläubiger, deren Aufenthalt unbekannt ist, mitgezählt, und zwar als gegen den Vergleich stimmend.

Eine gesetzliche Mindestquote sieht der Entwurf nicht vor. Bei der Beurteilung des Vergleichsinhalts bleibt dem Gericht zweckmäßig freie Hand. Ist der Vergleichsvorschlag so beschaffen, daß er zu Bedenken gegen die Vertrauenswürdigkeit des Schuldners Anlaß gibt, oder widerspricht der Vergleich dem gemeinsamen Interesse der Gläubiger, so bieten die §§ 42, 54 und 55 zum Schutze der Gläubiger die erforderlichen Handhaben.

Zu § 38. Eine Erleichterung der Mehrheitserfordernisse kann eintreten, wenn der Schuldner lediglich eine nicht allzu lange Stundung — verzinsliche oder unverzinsliche — erbittet. Hier genügt es, wenn nach Zahl und Forderungssumme die einfache Mehrheit vorliegt.

Zu § 39. Gläubiger, deren Ansprüche durch den Vergleich keinen Abbruch erleiden, haben bei der Berechnung der Mehrheiten auszuscheiden, da sie an dem Vergleich kein Interesse haben. Außer Betracht bleiben insbesondere die sogenannten „kleinen Gläubiger", wenn ihnen der Vergleich zulässigerweise (§ 34 Abs. 1 Satz 3) volle Befriedigung gewähren soll, sowie im Falle eines Stundungsvergleichs die — nach § 36 des Entwurfs in Verbindung mit § 65 der KO. an sich beteiligten — Gläubiger betagter verzinslicher Ansprüche, wenn die Ansprüche erst nach dem Ablauf der vorgeschlagenen Stundungsfrist fällig werden.

Der **§ 40** sieht wegen des Stimmrechts der Ehefrau des Schuldners und ihrer Rechtsnachfolger die gleichen Einschränkungen vor, wie sie für den Zwangsvergleich im Konkurse gelten (§ 183 KO.).

Zu § 41. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens kann schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers gestellt werden (§ 14). Mit dem Antrage hat der Schuldner einen bestimmten Vergleichsvorschlag, die schriftlichen Zustimmungserklärungen der erforderlichen Mehrheit von Gläubigern und ein Vermögensverzeichnis vorzulegen.

Der Vergleichsvorschlag (Abs. 1 Nr. 1) muß den Vorschriften der §§ 34, 35 entsprechen. Er muß ferner angeben, in welcher Weise die Befriedigung der Gläubiger erfolgen sowie ob und in welcher Art ihnen Sicherheit geleistet werden soll (zu vgl. § 174 KO.).

Die Erklärungen der Gläubiger, daß sie der Eröffnung des Vergleichsverfahrens auf der Grundlage des Vergleichsvorschlags zustimmen (Abs. 1 Nr. 2) sind schriftlich abzugeben. Welche Mehrheit nach Zahl und Forderungssumme zum Abschluß des Vergleichs erforderlich ist, ergibt sich aus den §§ 37 bis 40. Soll der Vergleich einzelnen Gläubigern eine Vorzugsstellung gewähren (§ 34), so müssen auch die Zustimmungserklärungen der nach § 34 erforderlichen Mehrheit der zurücktretenden Gläubiger beigebracht werden.

Das Vermögensverzeichnis (Abs. 1 Nr. 3) muß das gesamte Aktiv- und Passivvermögen umfassen. Es muß den Vorschriften des § 20 entsprechen, hat also insbesondere außer der Übersicht des Vermögensstandes in Form einer Gegenüberstellung der einzeln aufzuführenden Aktiven und Passiven auch ein Verzeichnis der Gläubiger zu enthalten. Die Glaubhaftmachung des Vermögensverzeichnisses ist von Wert, weil es die Grundlage des gesamten Vergleichsverfahrens bildet; sie wird dem Schuldner regelmäßig ohne weitere Schwierigkeiten, z. B. mittels der Bescheinigung der Aufsichtsperson oder eines Büchersachverständigen, möglich sein. Im übrigen ergibt die Fassung, daß die Glaubhaftmachung nicht unerläßliches Erfordernis ist; das Gericht bleibt in der Lage, unter Umständen auch von der Glaubhaftmachung abzusehen, wenn sie zu schwierig sein würde.

Werden die Voraussetzungen des § 41 nicht erfüllt, so ist der Antrag zurückzuweisen (§ 42 Abs. 2 Nr. 2). Oft wird es jedoch am Platze sein, vor der Entscheidung dem Schuldner die Ergänzung innerhalb einer angemessenen Frist anheimzustellen. Auch wird das Gericht sich, wenn das mit dem Antrage auf Anordnung der GA. vorgelegte Verzeichnis den Anforderungen des § 20 entspricht und erheblichere Änderungen im Vermögensbestande nicht eingetreten sind, unter Umständen mit einem Nachtrage zu diesem Verzeichnisse begnügen können. Der § 41 Abs. 2 gibt in dieser Hinsicht die nötigen Hinweise.

Zu § 42. Die Zurückweisungsgründe des § 175 KO. lassen sich auf das Vergleichsverfahren zur Abwicklung der GA. nicht wohl übertragen. Sie genügen selbstverständlich auch nicht, um sicherzustellen, daß der außerkonkursliche Zwangsvergleich nur würdigen Schuldner zugute kommt. Der Entwurf sieht deshalb von einer Einzelaufzählung bestimmter Zurückweisungsgründe ab und schreibt statt dessen allgemein vor, daß der Antrag zurückzuweisen ist, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Vertrauenswürdigkeit des Schuldners in Frage stellen. Nicht jedes Bedenken gegen die Persönlichkeit des Schuldners genügt, sondern nur ein solches, das geeignet ist, seine Vertrauenswürdigkeit in bezug auf sein Verhalten gegenüber den Gläubigern in Frage zu stellen; es muß der Verdacht bestehen, daß durch unlautere Machenschaften oder Verschleierungen das Interesse der Gläubiger beeinträchtigt wird. Dieser Verdacht muß sich auf bestimmte Tatsachen gründen, zu deren Feststellung das Gericht die erforderlichen Ermittlungen anzuordnen befugt und im Zweifelfalle verpflichtet ist (§ 16).

Zu § 43. Bei der Eröffnung des Vergleichsverfahrens ist eine Entscheidung über das Stimmrecht bestrittener Forderungen regelmäßig noch nicht möglich. Diese Forderungen sind deshalb bei der Entscheidung der Frage, ob die nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 erforderlichen Zustimmungserklärungen vorliegen, zunächst nicht mitzuzählen, es sei denn, daß das Bestreiten ohne weiteres haltlos ist. Auch bei aufschiebend bedingten Forderungen läßt sich das Stimmrecht erst auf Grund näherer Erörterungen, namentlich über die Aussichten des Eintritts der Bedingung, beurteilen; auch sie bleiben deshalb einstweilen unberücksichtigt.

Das Stimmrecht der absonderungsberechtigten Gläubiger richtet sich, wie im Konkurse (§ 96 KO.) nach dem mutmaßlichen Ausfall (vgl. § 36, § 47 Abs. 3). Seine Höhe soll der Schuldner beziffern (§ 20 Abs. 2 Satz 3, § 41 Abs. 1 Nr. 3) und wenn möglich glaubhaft machen. Die Angabe des Schuldners ist bei der Eröffnung zunächst maßgebend. Später entscheidet im Streitfall das Gericht (§ 47).

Zu § 44. Gibt das Gericht dem Antrag statt, so bestimmt es einen Vergleichstermin. Der Termin soll — entsprechend der Vorschrift im § 179 KO. — nicht über einen Monat hinaus anberaumt werden.

Da die Eröffnung des Verfahrens nicht öffentlich bekanntgemacht wird, so muß

sie nicht bloß dem Schuldner und der Aufsichtsperson, sondern auch den Gläubigern, gleichgültig, ob ihre Ansprüche anerkannt oder bestritten sind, durch Zustellung eröffnet werden. Auch den nicht beteiligten Gläubigern ist (Abs. 2 Satz 2) der Eröffnungsbeschluß zuzustellen, da ihre Interessen mittelbar durch das Vergleichsverfahren berührt werden (zu vgl. § 48 Abs. 2 Satz 2). Gläubigern, die erst später bekannt werden, ist der Beschluß sobald als möglich zuzustellen. Zu diesen Gläubigern gehören auch die, deren Ansprüche erst nach der Eröffnung des Verfahrens entstehen.

Den beteiligten Gläubigern ist auch der Vergleichsvorschlag mitzuteilen. Die Einsicht des Antrags und seiner Anlagen wird ihnen nach § 18 regelmäßig zu gestatten sein.

Zu § 45. Auch während des Vergleichsverfahrens untersteht der Schuldner der Überwachung der Aufsichtsperson. Diese hat daher, wie sich aus § 28 ergibt, die Angaben und alle für den Vergleich in Betracht kommenden Verhältnisse zu prüfen. Die Unterlage bilden die Geschäftsbücher und Geschäftspapiere des Schuldners oder, falls er Bücher nicht geführt hat, die sonst von ihm vorgelegten Urkunden und Nachweise. Die Prüfung wird sich auch auf die Richtigkeit und Vollständigkeit der Vermögensaufstellung und des Gläubigerverzeichnisses, insbesondere darauf zu erstrecken haben, ob und inwieweit bestrittene Forderungen begründet erscheinen. Auch wird zu untersuchen sein, ob anfechtbare Geschäfte vorgekommen sind. Gelingt es nicht, diese im Wege gütlicher Einigung zu beseitigen, so kann dies Anlaß geben, den Vergleich nicht zu bestätigen, weil er dem gemeinsamen Interesse der Gläubiger widerspricht, die sich möglicherweise im Konkurs infolge der Anfechtungsmöglichkeit besser stehen würden. Gegebenenfalls wird das Gericht die Aufsichtsperson bei der Prüfung auf Antrag durch geeignete Maßnahmen, z. B. Ernennung von Sachverständigen zur Bücherprüfung, Verhandlungen mit einzelnen Gläubigern zu unterstützen haben (§ 26).

Außerdem soll die Aufsichtsperson, wie § 45 besonders bestimmt, soweit es erforderlich erscheint, mit den Gläubigern verhandeln. Dabei werden namentlich die Gläubiger in Betracht kommen, die eine zustimmende Erklärung noch nicht abgegeben haben. Auch die Gläubiger bestrittener Ansprüche und die etwaigen Ausfallsgläubiger — diese im Hinblick auf die Ermittlung der mutmaßlichen Höhe ihres Ausfalls — sind von der Aufsichtsperson heranzuziehen. Die nicht beteiligten Gläubiger werden ebenfalls — insbesondere wegen der Frage der Ausführbarkeit des Vergleichs (vgl. § 48 Abs. 2 Satz 3) — unter Umständen nicht übergangen werden dürfen.

Wie die Aufsichtsperson die Verhandlungen mit den Gläubigern führen will, ist ihre Sache. Es kann z. B. genügen, wenn sie ein Rundschreiben erläßt. Aber auch mündliche Erörterungen mögen am Platze sein.

Zu §§ 46—52. Die §§ 46 bis 52 regeln das Verfahren im Vergleichstermin. In ihm wird das Stimmrecht der Forderungen, soweit es bestritten wird, festgestellt und über den Vergleichsvorschlag verhandelt und abgestimmt. Das persönliche Erscheinen des Schuldners oder seines gesetzlichen Vertreters wird als Regel vorausgesetzt, weil der Schuldner im Termin über seine Vermögenslage Auskunft erteilen und auf Verlangen des Gerichts seine Angaben beschwören muß. Regelmäßig stellt daher das Nichterscheinen des Schuldners eine Verletzung der ihm im Verfahren obliegenden Pflichten dar, die gemäß § 57 zur Einstellung des Vergleichsverfahrens führen kann. Ist ausnahmsweise das persönliche Erscheinen des Schuldners, z. B. wegen Krankheit, nicht möglich, so wird dies eine Vertagung auf Grund des § 52 rechtfertigen. Verspricht diese keinen Erfolg, so bleibt die Möglichkeit offen, daß die in den §§ 47, 48 erforderten Erklärungen und Nachweise des Schuldners durch einen Bevollmächtigten abgegeben werden; der im § 50 vorgesehene Eid muß dann in einem besonderen Termine geleistet werden (zu vgl. § 14 des Entwurfs in Verbindung mit §§ 219, 479 Abs. 1 ZPO.).

Zum Zwecke der Feststellung des Stimmrechts werden die Forderungen der beteiligten Gläubiger an der Hand des Gläubigerverzeichnisses erörtert. Das Ergebnis der Erörterung wird von dem Gerichtsschreiber in das Verzeichnis eingetragen. Soweit gegen eine Forderung weder von dem Schuldner noch von einem beteiligten Gläubiger

noch von einer Aufsichtsperson Widerspruch erhoben wird, gilt sie als stimmberechtigt. Soweit widersprochen wird, ist über die Frage des Stimmrechts zu verhandeln. Dabei ist auf das Zustandekommen einer Einigung hinzuwirken. Im Streitfall nimmt der Gläubiger des bestrittenen Anspruchs zunächst an der Abstimmung teil. Das Gericht entscheidet nur, wenn sich herausstellt, daß das Ergebnis der Abstimmung verschieden sein würde, je nachdem die bestrittene Stimme mitgezählt wird oder nicht. Die Wirkung der — nach § 19 unanfechtbaren — Entscheidung beschränkt sich auf die Frage des Stimmrechts; die Frage des materiellen Bestandes der Forderung bleibt unberührt. Gleiche Grundsätze gelten für die Feststellung des Stimmrechts der Ausfallgläubiger und der Gläubiger aufschiebend bedingter Ansprüche.

Forderungen, gegen die von keiner Seite Widerspruch erhoben wird, gelten auch in ihrem rechtlichen Bestande nach Grund und Betrag als vom Schuldner anerkannt. In dem Vermögensverzeichnis ist dies besonders zu vermerken, da wegen dieser Forderungen demnächst aus dem rechtskräftig bestätigten Vergleich in Verbindung mit einem Auszug aus dem Gläubigerverzeichnis die Zwangsvollstreckung stattfindet (§ 61).

Bei den Verhandlungen über den Vergleichsvorschlag hat der Schuldner seine Vermögenslage und den Vergleichsvorschlag darzulegen. Da ein Vergleich, dessen Ausführung nicht gesichert ist, dem gemeinsamen Interesse der Gläubiger widerspricht, ist eine Erörterung der Durchführbarkeit des Vergleichsvorschlags von besonderer Wichtigkeit. Ergibt sich aus dem Vermögensverzeichnis des Schuldners oder den Feststellungen der Aufsichtsperson, daß der Schuldner das, was er in Aussicht stellt, aus eigenem Vermögen nicht leisten kann, so hat der Schuldner glaubhaft zu machen, daß ihm Hilfe von anderer Seite kommt (§ 48 Abs. 1). Die Glaubhaftmachung (zu vgl. § 294 ZPO.) wird oft in der Weise erfolgen, daß der Vergleichsbürge in dem Termine selbst die erforderlichen Erklärungen abgibt und über seine Zahlungsfähigkeit Aufschluß gibt. Bei der Prüfung der Frage, ob das Vermögen des Schuldners ausreicht, sind auch die Ansprüche der am Vergleichsverfahren nicht beteiligten Gläubiger zu berücksichtigen; für sie muß — mit Ausnahme der im § 33 Abs. 2 Nr. 5 bezeichneten Ansprüche auf Kosten — im Vermögen des Schuldners volle Deckung verbleiben. Auch die Quoten für aufschiebend bedingte Forderungen sollen im allgemeinen sichergestellt werden, es sei denn, daß die Forderung wegen zu entfernter Aussicht des Eintritts der Bedingung einen gegenwärtigen Vermögenswert nicht hat. Ob der Anteil für bestrittene Forderungen sicherzustellen ist, soll das Gericht nach billigem Ermessen bestimmen (§ 48 Abs. 2).

Vor der Abstimmung hat die Aufsichtsperson über die für den Vergleich wesentlichen Umstände Bericht zu erstatten und sich über den Vergleichsvorschlag und seine Ausführbarkeit gutachtlich zu äußern (§ 49). Auf Verlangen des Gerichts hat der Schuldner sodann im Termine die Richtigkeit und Vollständigkeit des Vermögensverzeichnisses zu beschwören (§ 50). Der Würdigung des einzelnen Falles bleibt es überlassen, ob die Eidesleistung zu verlangen ist. Die Feststellungen der Aufsichtsperson und die im Vergleichstermine gepflogenen Verhandlungen werden für die Beurteilung dieser Frage regelmäßig die geeigneten Unterlagen gewähren. Der Eid hat sich nicht nur auf das Aktivvermögen des Schuldners, sondern auch auf seine Schulden zu erstrecken. Er bezieht sich auf die Vermögenslage zur Zeit der Eidesleistung. Die ursprünglichen Verzeichnisse hat der Schuldner deshalb entsprechend etwa eingetretener Veränderungen zu ergänzen. Der Eid ist kein Offenbarungseid im Sinne der §§ 899 bis 915 ZPO. Insbesondere kann er nicht erzwungen werden. Wird er nicht geleistet, so wird das Vergleichsverfahren eingestellt (§ 57 Abs. 2). Eine Aufnahme des Schuldners in das Verzeichnis des § 915 ZPO. findet nicht statt. Um unnötige Eide zu verhindern, ist besonders bestimmt, daß von der Abnahme des Eides abzusehen ist, wenn es voraussichtlich doch zur Einstellung des Vergleichsverfahrens oder zur Verwerfung des Vergleichs kommen wird.

Die Abstimmung selbst erfolgt im allgemeinen mündlich. Im Interesse der Vereinfachung ist jedoch vorgesehen, daß ein Gläubiger seine Zustimmung zu dem Vergleich-

vorschlag auch schriftlich gegenüber dem Gericht erklären kann (§ 51 Abs. 1); die Erklärung kann in jeder Lage des Verfahrens bis zur Abstimmung erfolgen. Ein Gläubiger, der sich schriftlich mit der Eröffnung des Vergleichsverfahrens auf der Grundlage des Vergleichsvorschlags einverstanden erklärt hat (§ 41 Abs. 1 Nr. 2), ist dadurch nicht gehindert, in dem Vergleichstermin gegen den Vergleich zu stimmen; er ist auch befugt, seine vorläufige Zustimmung bei dem Gerichte schriftlich zu widerrufen. Unterläßt er beides, so entspricht es der Sachlage, seine vorläufige Erklärung nunmehr als endgültige Zustimmung zu dem Vergleichsvorschlage zu behandeln (§ 51 Abs. 2).

Eine Vertagung des Termins soll nur ausnahmsweise stattfinden (§ 52). Sie erfolgt, wenn sie von dem Gericht oder der Mehrheit der erschienenen stimmberechtigten Gläubiger zum Zwecke weiterer Verhandlungen oder Ermittlungen für erforderlich gehalten wird. Das gleiche gilt, wenn der Schuldner den Vergleichsvorschlag ändert und das Gericht oder die Mehrheit der Gläubiger die Verlegung für erforderlich erachtet, um zu der Änderung Stellung zu nehmen.

Zu §§ 53 bis 55. Die §§ 53 bis 55 behandeln das Bestätigungsverfahren, insbesondere die Gründe, die zu einer Verwerfung des Vergleichs führen.

Die Vorschrift im § 54 Nr. 1 entspricht dem § 186 Nr. 1 KO., beschränkt den Verwerfungsgrund jedoch auf die Verletzung wesentlicher Verfahrensvorschriften. Als Verwerfungsgrund ist ferner der Umstand vorgesehen, daß der Schuldner in dem Verfahren seine durch die Verordnung begründeten Pflichten erheblich verletzt oder sonstwie, z. B. durch Beiseitebringen von Waren, den Interessen der Gläubiger erheblich zuwiderhandelt (Nr. 2). Die Verwerfung erfolgt auch dann, wenn die Vermögenslage des Schuldners so undurchsichtig ist, daß sie ein Urteil über den Vergleich ohne zeitraubende Ermittlungen nicht ermöglicht (Nr. 3). Dies wird namentlich der Fall sein, wenn der Schuldner ordnungsmäßige Geschäftsbücher nicht geführt hat und die vorhandenen Urkunden und Nachweise in Verbindung mit den im Verfahren getroffenen Feststellungen ein klares Bild nicht gewähren oder wenn hinsichtlich der Höhe des mutmaßlichen Ausfalls absonderungsberechtigter Gläubiger in erheblichem Umfange Streit besteht, ohne daß sich dieser alsbald entscheiden läßt. Die Verwerfungsgründe in Nr. 4 und 5 sind die gleichen wie im § 188 der KO. Doch ist davon abgesehen worden, die Verwerfung von dem Antrag eines Gläubigers abhängig zu machen. Im Konkursverfahren liegen die Verhältnisse dadurch, daß dem Schuldner die Verfügung über die Masse nicht mehr zusteht und daß ein Konkursverwalter vorhanden ist, offener und übersichtlicher. Anders steht es bei dem Vergleichsverfahren. Hier muß das Gericht in der Lage sein, bei obwaltenden Bedenken auch von Amts wegen zu prüfen, ob der Vergleich in unlauterer Weise zustande gebracht ist oder dem gemeinsamen Interesse der Gläubiger widerspricht. Dem gemeinsamen Interesse der Gläubiger widerspricht ein Vergleich, z. B. wenn seine Ausführung nicht gesichert ist, oder wenn der Konkurs, etwa beim Vorliegen anfechtbarer Rechtshandlungen des Schuldners, den Gläubigern größere Vorteile bieten würde.

Der § 55 stimmt mit § 187 KO. überein.

Zu §§ 56, 57. Solange der Vergleichsantrag nicht im Termin angenommen ist, steht dem Schuldner — ebenso wie im Konkurse — die Befugnis zu, ihn zurückzuziehen. In diesem Falle ist das Vergleichsverfahren einzustellen (§ 56). Wird der ursprüngliche Vorschlag inhaltlich abgeändert, so eröffnet der § 52 die Möglichkeit, ihn in geeigneten Fällen im Rahmen des schwebenden Verfahrens zur Erledigung zu bringen.

Ergibt sich im Laufe des Vergleichsverfahrens, daß es offensichtlich nicht zum Ziele führen wird, z. B. weil die erforderliche Mehrheit der Gläubiger nicht zu erreichen ist, so bedarf es keiner weiteren Verhandlungen mehr. Das Verfahren muß dann, auch wenn der Vergleichstermin noch nicht abgehalten ist, wegen Aussichtslosigkeit abgebrochen werden können (§ 57 Abs. 1). Ebenso kann das Gericht das Verfahren bis zur Annahme des Vergleichs in jeder Lage einstellen, wenn der Verdacht begründet erscheint, daß der Schuldner in erheblichem Maße seine Pflichten verletzt oder den Interessen

der Gläubiger zuwiderhandelt; die Fortsetzung der Verhandlungen würde auch in diesem Falle oft zwecklos sein, weil ein Vergleich nach § 54 Nr. 2 verworfen werden müßte. Daß die Einstellung anzuordnen ist, wenn die erforderliche Mehrheit von Gläubigern dem Vorschlag in dem Termin nicht zugestimmt oder wenn der Schuldner den Vergleichseid (§ 50) verweigert, ist selbstverständlich.

Zu § 58. Die Gründe, die zu einer Verwerfung des Vergleichs oder zur Einstellung des Vergleichsverfahrens führen, werden vielfach so geartet sein, daß sie zugleich auch zu einer Aufhebung der Geschäftsaufsicht Anlaß geben. Wenn z. B. der Schuldner in erheblichem Maße die ihm obliegenden Pflichten verletzt oder den Interessen der Gläubiger zuwiderhandelt, so zieht das außer der Verwerfung des Vergleichs oder die Einstellung des Vergleichsverfahrens (§ 54 Nr. 2, § 57) stets auch die Aufhebung der GA. nach sich (§ 66 Abs. 2 Nr. 1). Immerhin kann es am Platze sein, die Geschäftsaufsicht auch nach der Einstellung des Vergleichsverfahrens oder Verwerfung des Vergleichs fortbestehen zu lassen, so z. B. wenn die Einstellung nach Zurücknahme oder Ablehnung des Vergleichsvorschlags erfolgt ist und Aussicht besteht, daß auf Grund eines anderen Vergleichsvorschlags eine Einigung erzielt oder die Zahlungsunfähigkeit in anderer Weise behoben werden kann. In jedem Falle ist es angezeigt, bei Verwerfung des Vergleichs oder Einstellung des Vergleichsverfahrens die Frage, ob die GA. aufzuheben ist oder fortzudauern hat, von Amts wegen zu prüfen. Der § 58 macht dies dem Gerichte zur Pflicht.

Zu § 59. Die Vorschriften über die Bekanntmachung des Beschlusses, durch den der Zwangsvergleich bestätigt oder verworfen wird, und über die sofortige Beschwerde, entsprechen den §§ 185, 189 KO. Die Beschwerde ist auch gegen den Beschluß zugelassen, durch den das Vergleichsverfahren eingestellt wird; beschwerdeberechtigt ist hier nur der Schuldner. Daß gegen die Entscheidung des Beschwerdegerichts eine Anfechtung nicht stattfindet (zu vgl. § 189 Abs. 3 KO.), folgt aus § 19 des Entwurfs.

Die Bestimmung des Abs. 3, wonach die Beschlüsse erst mit der Rechtskraft wirksam werden, soll verhüten, daß dem Schuldner die Vergünstigungen der GA. entzogen werden, solange nicht die Bestätigung, Verwerfung oder Einstellung unanfechtbar feststeht. Mit der Rechtskraft des Bestätigungsbeschlusses endigt auch die GA. (§ 69).

Zu § 60. Der Vergleich wirkt für und gegen alle von dem Schuldner benannten Gläubiger. Sie sind im Verfahren berücksichtigt, auch wenn ihr Aufenthalt unbekannt war und Zustellungen an sie nicht erfolgen konnten.

An den Vergleich sind gleicherweise die Gläubiger gebunden, deren Forderungen von dem Schuldner, der Aufsichtsperson oder einem Gläubiger bestritten worden sind. Dies gilt auch insoweit, als das Gericht bei seinen Entscheidungen die Forderung als nicht begründet angesehen hat. Entsprechendes gilt für die Ausfallforderungen der absonderungsberechtigten Gläubiger.

Anders zu behandeln sind die Gläubiger, die in den von dem Schuldner vorgelegten Verzeichnissen nicht aufgeführt sind. Sie können von dem Vergleiche nicht betroffen werden. Daß sie ihre vollen Ansprüche behalten, bildet zugleich einen Antrieb für den Schuldner, alle Gläubiger zu benennen, da ihm sonst der Vergleich keinen dauernden Nutzen bringen kann.

Zu § 61. Nach § 194 KO. erfolgt die Vollstreckung der unbestrittenen Forderungen auf Grund des Zwangsvergleichs und eines Auszugs aus der Tabelle. Der § 61 schließt sich dieser Regelung an. An die Stelle des Auszugs aus der Tabelle tritt ein Auszug aus dem von dem Schuldner eingereichten Gläubigerverzeichnisse oder dessen Ergänzungen. Erforderlich ist, daß es sich um einen Gläubiger handelt, dessen Forderung in dem Verzeichnis als „anerkannt" vermerkt ist. Dieser Vermerk hat nach § 47 Abs. 4 bei den Forderungen zu erfolgen, die in dem Vergleichstermine weder von dem Schuldner noch von einem beteiligten Gläubiger noch von einer Aufsichtsperson

bestritten worden sind. Den Gläubigern der übrigen Forderungen bleibt die Geltendmachung im ordentlichen Verfahren überlassen.

Ausfallgläubiger (§ 36 des Entwurfs in Verbindung mit § 64 KO.) können die Vergleichsrate nur für den Betrag verlangen, zu dem sie auf abgesonderte Befriedigung verzichtet haben oder bei ihr ausgefallen sind. Sie müssen also, wenn sie auf ihr Absonderungsrecht nicht verzichten, zunächst die Pfandhaftung verwirklichen. Ist die persönliche Forderung im Vergleichstermine von keiner Seite bestritten und demzufolge als „anerkannt" vermerkt, so kann diese Verwirklichung gegen den Schuldner — wie im Konkurs auf Grund des Tabellenauszugs — auf Grund des vollstreckbaren Auszugs aus dem Gläubigerverzeichnisse betrieben werden. Soweit der Gläubiger hierbei einen Ausfall erleidet, kann er alsdann die Vergleichsrate beitreiben.

Zu § 62. Aus allgemeinen Grundsätzen ergibt sich, daß Gläubiger, soweit sie am Vergleichsverfahren nicht beteiligt sind, auch den Wirkungen des Vergleichs nicht unterfallen. Aus Billigkeitserwägungen empfiehlt es sich, diesen Grundsatz bei Forderungen aus einer Freigebigkeit des Schuldners (§ 33 Abs. 2 Nr. 3) zu durchbrechen. Solche Forderungen sind vom Verfahren ausgeschlossen, weil sie hinter den Ansprüchen der beteiligten Gläubiger zurückstehen. Es erscheint unbillig, sie voll bestehen zu lassen, wenn besserberechtigte Forderungen verkürzt werden. Der Entwurf läßt demgemäß den Vergleich gegen sie wirken. Bei Geldstrafen ist wegen der Natur des staatlichen Strafanspruchs für entsprechende Erwägungen kein Raum.

Daß die im § 33 Abs. 2 Nr. 5 bezeichneten Kostenansprüche beim Zustandekommen des Vergleichs als erlassen gelten, entspricht regelmäßig dem Parteiwillen.

Zu §§ 63 bis 65. Nach § 63, der dem § 195 KO. entspricht, findet eine Klage auf Aufhebung des Vergleichs wegen Nichterfüllung nicht statt. Ob die Rechte der Gläubiger durch kassatorische Klauseln zu wahren sind, bleibt der Vereinbarung im einzelnen Falle überlassen. Zur Vermeidung von Unbilligkeiten kann es namentlich angezeigt sein, zu vereinbaren, daß der bewilligte Erlaß in Wegfall kommt, wenn der Schuldner vor der Erfüllung des Vergleichs in Konkurs geraten sollte.

Der § 64 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit Abs. 2 sieht entsprechend dem § 196 KO. die Möglichkeit vor, den Vergleich wegen Betrugs anzufechten. Dieser Anfechtungsgrund wird z. B. vorliegen können, wenn der Schuldner arglistig Gläubiger verheimlicht hat, die infolgedessen nach § 60 Abs. 1 Satz 2 ihre vollen Ansprüche behalten. Darüber hinaus müssen die durch den Vergleich gebundenen Gläubiger aber auch dann gegen eine Benachteiligung durch den Zugriff nicht benannter Gläubiger geschützt werden, wenn dem Schuldner der Vorwurf der Arglist nicht gemacht werden kann. Ihnen ist deshalb im § 64 Abs. 1 Nr. 2 die Möglichkeit gegeben, in einem solchen Falle ihre ursprünglichen Forderungen im Wege der Anfechtung wieder aufleben zu lassen. Praktische Bedeutung gewinnt dies namentlich, wenn der neu auftretende Gläubiger den Konkurs des Schuldners herbeiführt. Es würde unbillig sein, wollte man in diesem Konkurs ihn mit seiner vollen Forderung beteiligen, die übrigen Gläubiger aber nur mit ihrer Vergleichsquote zulassen.

Das Anfechtungsrecht aus § 64 Abs. 1 Nr. 2 entfällt, wenn der Vergleichsgläubiger wegen seines vergleichsmäßigen Anspruchs befriedigt ist. Dann sind seine rechtlichen Beziehungen zum Schuldner beendigt.

Der § 65 entspricht dem § 197 KO. Der Verurteilung wegen betrüglichen Bankerotts ist die Verurteilung wegen vorsätzlicher Verletzung der Eidespflicht bei Leistung des Vergleichseides (§ 50) gleichgestellt worden.

5. Beendigung des Verfahrens.

Zu §§ 66 bis 70. Daß die GA. als eine dem Schuldner gewährte Vergünstigung nicht gegen seinen Willen aufrechterhalten werden kann, entspricht der bisherigen Rechtsübung. Die neue Fassung des § 66 stellt dies klar. Daneben ist wie bisher die Aufhebung der GA. beim Vorliegen wichtiger Gründe vorgesehen. Die Aufhebung steht jedoch

in diesem Falle nicht mehr in dem Ermessen des Gerichts (zu vgl. § 10 der VO. v. 8. August 1914), sondern ist dem Gerichte zur Pflicht gemacht worden. Als Beispiele wichtiger Gründe sind die Fälle hervorgehoben, daß der Schuldner in erheblichem Maße seine ihm durch die VO. auferlegten Pflichten verletzt oder den Interessen der Gläubiger zuwiderhandelt, oder daß die Voraussetzungen für die Anordnung der GA. nachträglich wegfallen (§ 66). Selbstverständlich ist die GA. auch dann aufzuheben, wenn sich nachträglich herausstellt, daß es schon bei ihrer Anordnung an den Voraussetzungen für sie fehlte.

Bevor die GA. aus wichtigen Gründen aufgehoben wird, soll das Gericht den Schuldner hören. Schwebende Vergleichsverhandlungen sollen, wenn die Voraussetzungen für die GA. nachträglich weggefallen sind, durch eine unzeitige Aufhebung nicht gestört werden. Deshalb soll das Gericht, wenn der Schuldner solche Verhandlungen angebahnt hat, ihm vor der Aufhebung eine — nach den Umständen länger oder kürzer zu bemessende — Frist setzen, damit er die Verhandlungen fördern und, wenn sich Aussichten für das Zustandekommen eines konkursabwendenden Zwangsvergleichs ergeben, dies geltend machen kann (§ 67).

Gegen die Aufhebung der GA. ist dem Schuldner das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gegeben. Der Aufhebungsbeschluß soll erst mit der Rechtskraft, d. h. nach Ablauf der Beschwerdefrist wirksam werden. Dadurch wird verhindert, daß es zur Konkurseröffnung oder zu Zwangsvollstreckungen kommt, solange noch mit einer Abänderung des Beschlusses in zweiter Instanz gerechnet werden kann (§ 68).

Die GA. hat ihre Aufgabe erfüllt, wenn es zu einem rechtskräftig bestätigten Zwangsvergleiche gekommen ist. Mit der Rechtskraft des Bestätigungsbeschlusses endigt sie deshalb ohne weiteres (§ 69).

Die Beendigung der GA. ist, sobald sie rechtskräftig feststeht, allen Gläubigern — auch den von dem Verfahren nicht betroffenen — und den Stellen mitzuteilen, die nach § 22 von der Anordnung der GA. benachrichtigt worden sind (§ 70).

III. Schlußvorschriften.

Zu § 71. Daß in einem späteren Konkurse die Gebühren und Auslagen der Aufsichtsperson als Massekosten (§ 58 KO.) zu behandeln sind, nimmt die Rechtsprechung des Reichsgerichts bereits für das bisherige Recht an. Das gleiche muß für die gerichtlichen Kosten des Verfahrens gelten.

Dagegen sieht der Entwurf davon ab, auch den im § 13 Abs. 1 Nr. 1 bezeichneten Gläubigern in einem späteren Konkurse die Stellung von Massegläubigern zu geben oder sie sonstwie vor den übrigen Gläubigern zu bevorzugen. Ein praktisches Bedürfnis hierfür kann für die Regel nicht hervortreten, da dem unter Geschäftsaufsicht stehenden Schuldner im allgemeinen größerer Kredit nicht eingeräumt wird. Andererseits würde eine Besserstellung dieser Gläubiger einen Anreiz bieten, dem Schuldner in erheblicherem Umfang zu kreditieren; dies würde bei längerer Dauer der GA. oft zu dem mißlichen Ergebnis führen, daß in dem nachfolgenden Konkurse die Masse durch die Befriedigung der bevorzugten Gläubiger aufgezehrt oder doch stark geschmälert würde.

„Im Anschluß" an eine GA. ist das Konkusverfahren eröffnet, wenn es mit der Geschäftsaufsicht in innerem Zusammenhange steht, namentlich wenn es auf demselben Konkursgrunde beruht, der die GA. veranlaßt hat.

Zu § 72. Die in den §§ 207 bis 211, 213 KO. enthaltenen Vorschriften über den Konkurs von Handelsgesellschaften, juristischen Personen und von Vereinen können im allgemeinen auf die Geschäftsaufsicht und den Zwangsvergleich übertragen werden. Das gleiche gilt von den entsprechenden Bestimmungen des GmbHG. (§ 63) und den GenossG. (§§ 98, 100 Abs. 1, 2). Aus der entsprechenden Anwendung der bezeichneten Vorschriften ergibt sich namentlich, daß die GA. und der Zwangsvergleich auch während der Liquidation so lange zulässig bleibt, als die Verteilung des Vermögens noch nicht vollzogen ist. Zu dem Antrag auf Anordnung der GA. sind — mit Ausnahme der

Gläubiger, deren Antragsrecht zur Vermeidung von Zweifeln ausdrücklich ausgeschlossen ist — alle Personen befugt, welche die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragen können (Vorstandsmitglieder, Liquidatoren, persönlich haftende Gesellschafter), zu dem Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens diejenigen Personen, die im Konkurse zu einem Zwangsvergleichsvorschlage legitimiert sein würden (vgl. § 211 KO.).

§ 72 Abs. 2 regelt im Anschluß an § 212 der KO. den Sonderfall, daß bei einer offenen Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien ein Vergleichsverfahren über das Privatvermögen eines persönlich haftenden Gesellschafters mit einem Vergleichs- oder Konkursverfahren über das Gesellschaftsvermögen zusammentrifft.

Zu § 73. Ob auch zur Abwendung des Nachlaßkonkurses die GA. angeordnet werden kann, ist bisher streitig. Den praktischen Bedürfnissen entspricht es, sie zuzulassen. Namentlich die Rücksicht auf die Hinterlassenschaften von Kriegsteilnehmern gebietet es dringend, die Schäden des Nachlaßkonkurses nach Möglichkeit hintanzuhalten.

Voraussetzung für die Anordnung der GA. ist, daß die Überschuldung des Nachlasses (§ 215 KO.) auf den Krieg zurückzuführen ist und daß Aussicht besteht, sie nach Beendigung der Kriegsverhältnisse zu beheben oder den Nachlaßkonkurs durch ein Übereinkommen mit den Gläubigern abzuwenden (zu vgl. § 1). Antragsberechtigt sind dieselben Personen, die den Nachlaßkonkurs beantragen können (§§ 217, 218 KO.), jedoch unter Ausschluß der Nachlaßgläubiger. Die konkursrechtlichen Vorschriften über die Beschränkungen der Absonderungsrechte, die Unwirksamkeit von Vormerkungen und die Behandlung der Erbenansprüche gegen den Erblasser (§§ 221, 225 KO.) lassen sich auf die GA. entsprechend übertragen. Eine Vorzugsstellung nehmen, abgesehen von den im § 13 des Entwurfs bezeichneten Personen, auch die im § 224 KO. bezeichneten Gläubiger ein.

Nach geltendem Rechte bildet im Falle der Überschuldung des Nachlasses der Nachlaßkonkurs das Mittel zur Durchführung der beschränkten Haftung des Erben (§§ 1975, 2013 BGB.). Um dem Erben dieses Mittel auch dann zu erhalten, wenn er von der Möglichkeit, den Nachlaßkonkurs abzuwenden, Gebrauch macht, ist es notwendig, die GA. hinsichtlich der Wirkungen auf die Erbenhaftung dem Nachlaßkonkurse gleichzustellen (§ 73 Abs. 2). Solange die GA. dauert, beschränkt sich demgemäß die Haftung des Erben für die Nachlaßverbindlichkeiten auf den Nachlaß und kann die Möglichkeit der Haftungsbeschränkung nicht durch Versäumung der Inventarfrist verwirkt werden (zu vgl. §§ 1975, 2000 BGB.).

Der Vergleichsvorschlag muß wie im Konkurse (§ 230 KO.) von allen Erben ausgehen. Da das Vergleichsverfahren der persönlichen Mitwirkung eines mit den Verhältnissen vertrauten Schuldners entbehrt, ist es im Interesse der Gläubiger unerläßlich, eine ordnungsmäßige Feststellung des Schuldenstandes im Wege des Aufgebots vorausgehen zu lassen. Der Entwurf bestimmt deshalb, daß die Eröffnung des Vergleichsverfahrens erst beantragt werden kann, wenn das Aufgebot der Nachlaßgläubiger durchgeführt ist (§§ 1970 ff. BGB., 989 ff. ZPO.). Das Aufgebotsverfahren kann auch während der Dauer der GA. betrieben werden; es setzt voraus, daß der Erbe die Erbschaft angenommen hat und nicht für die Nachlaßverbindlichkeiten unbeschränkt haftet (§ 991 ZPO.). Auf Grund des Ergebnisses des Aufgebots ist das Gläubigerverzeichnis aufzustellen. Am Vergleichsverfahren nehmen alle bekannten Nachlaßgläubiger teil (zu vgl. § 226 Abs. 1 KO.); ausgenommen sind — mit einer unbedeutenden Erweiterung (zu vgl. § 226 Abs. 2 Nr. 1 KO.) — die Gläubiger, die auch im Nachlaßkonkurse vom Zwangsvergleich ausgeschlossen sind (§ 230 Abs. 2 KO.). Der Zwangsvergleich begrenzt, soweit er nichts anderes bestimmt, zugleich die persönliche Haftung des Erben. Der Erbe kann nachträglich die beschränkte Haftung nicht mehr verlieren (zu vgl. § 2000 Satz 3 BGB.). Für unberücksichtigt gebliebene Nachlaßverbindlichkeiten hat er nur noch nach Maßgabe der §§ 1973, 1989 BGB. einzustehen.

Stirbt der Schuldner während der Dauer der GA., so sind die Grundsätze, die für

den Fall des Todes des Gemeinschuldners während des Konkursverfahrens gelten, entsprechend heranzuziehen. Aus ihnen ergibt sich, daß die GA. mit dem Tode des Schuldners nicht ohne weiteres endigt, daß vielmehr die Vorschriften über die Nachlaß-GA., soweit es mit der Besonderheit der Verhältnisse vereinbar ist, Platz greifen. Einen vom Erblasser gemachten, aber von den Gläubigern noch nicht angenommenen Vergleichsvorschlag kann der Erbe aufnehmen. Stirbt der Schuldner erst nach der Annahme des Vergleichsvorschlags, so steht dies der Bestätigung des Vergleichs nicht entgegen.

Auf die GA. zur Abwendung des Konkurses über das Gesamtgut bei der fortgesetzten Gütergemeinschaft sind die Vorschriften des § 73 Abs. 1 bis 4 entsprechend anzuwenden (zu vgl. § 236 KO.). Zu dem Antrag auf Anordnung der GA. und auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens ist nur der überlebende Ehegatte berechtigt. An dem Vergleichsverfahren sind nur die Gesamtgutsgläubiger beteiligt, deren Forderungen schon zur Zeit des Eintritts der fortgesetzten Gütergemeinschaft bestanden.

Zu § 74. Bei Versicherungsunternehmungen, die nach Maßgabe des Ges. über die priv. Vers.-Untern. v. 12. Mai 1901 (RGBl. 139) beaufsichtigt werden, hat ausschließlich die Versicherungsaufsichtsbehörde darüber zu befinden, ob und wann ein Antrag auf Eröffnung des Konkurses am Platze ist (§ 68 des Ges.). In ihre Hand sind auch im wesentlichen die Aufgaben und Befugnisse gelegt, die der Entwurf den Aufsichtspersonen zuweist. Schon unter der Geltung der bisherigen Vorschriften ist deshalb mit Recht angenommen worden, daß ihnen die Absicht ferngelegen hat, in die gesetzliche Sonderregelung für private Versicherungsunternehmungen einzugreifen. Die neue Vorschrift stellt dies außer Zweifel.

Zu § 75. Nach den Vorschriften der KO. hängt die Anfechtbarkeit der vor der Eröffnung des Konkursverfahrens vorgenommenen Rechtshandlungen vielfach davon ab, daß sie innerhalb bestimmter Fristen vor der Konkurseröffnung, dem Eröffnungsantrag oder der Zahlungseinstellung vorgenommen worden sind (§ 30 Nr. 2, § 31 Nr. 2, §§ 32, 33 KO.). Da während der Daner der GA. das Konkursverfahren über das Vermögen des Schuldners nicht eröffnet werden darf (§ 6), kann während dieser Zeit das Anfechtungsrecht nicht ausgeübt werden. Dies kann, wenn die Fristen während der Dauer der GA. ablaufen, zu einem Verluste wohlbegründeter Anfechtungsansprüche führen. Um dieser Unzuträglichkeit zu begegnen, wird schon jetzt aus dem Zwecke der GA. gefolgert, daß ihre Dauer auf den Lauf der Anfechtungsfristen nicht anzurechnen ist. Es empfiehlt sich, den Gegenstand im Sinne dieser Auffassung durch ausdrückliche Vorschrift zu regeln.

Entsprechendes gilt für die Anfechtungsfristen des Gesetzes, betr. die Anfechtung von Rechtshandlungen außerhalb des Konkursverfahrens (RGBl. 1898 S. 709). Da die Anfechtung außerhalb des Konkurses jedoch nicht allen, sondern nur den von dem Verfahren betroffenen Gläubigern verwehrt ist, bedarf es hier einer Erstreckung der Anfechtungsfristen nur zugunsten dieser Gläubiger (§ 75 Abs. 2).

Den Vorschriften des § 75 ist im § 80 rückwirkende Kraft beigelegt worden.

Zu § 76. Bei der GA. über eine eingetragene Genossenschaft können sich für die Gläubiger aus einer Veränderung des Mitgliederbestandes Unbilligkeiten ergeben. Scheiden einzelne Genossen aus einer zahlungsunfähig gewordenen, nicht unter GA. gestellten Genossenschaft aus, so sind die Gläubiger in der Lage, die Wirkungen des Ausscheidens dadurch rückgängig zu machen, daß sie binnen sechs Monaten nach dem Ausscheiden die Eröffnung des Konkursverfahrens und damit die Auflösung der Genossenschaft herbeiführen; in diesem Falle gilt nach § 75 GenossG. das Ausscheiden als nicht erfolgt. Die Möglichkeit, sich so gegen eine Minderung der Haftung zu schützen, wird den Gläubigern durch die Geschäftsaufsicht genommen, weil während ihrer Dauer das Konkursverfahren über das Vermögen der Genossenschaft nicht eröffnet werden darf. Die Genossen können daher während der GA., ohne daß die Gläubiger es zu hindern imstande sind, aus der Genossenschaft und bei längerer Dauer der Geschäftsaufsicht auch

aus der Haft- oder Nachschußpflicht endgültig ausscheiden (zu vgl. §§ 125, 128, 141 des Ges., betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften). Eine solche Schmälerung ihrer Rechte hinzunehmen, kann den Gläubigern nicht zugemutet werden. Es ist billig, wenn die Genossen, denen die Abwendung des Genossenschaftskonkurses mittelbar zugute kommt, in der Genossenschaft verbleiben, solange die GA. oder die in einem Vergleiche bewilligte Stundung (§ 35 Abs. 2) dauert.

Der § 76 bestimmt deshalb, daß die Ausscheidungsgründe der §§ 65, 66, 67 des Ges., betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, frühestens zum Schlusse des Geschäftsjahres wirksam werden, in welchem die GA. oder die Zwangsstundung endigt. Dies gilt auch, wenn der Austritt oder die Aufkündigung schon vor der Anordnung der GA. erklärt, das Ausscheiden aber bei Beginn der GA. noch nicht erfolgt ist. War der Genosse bei der Anordnung der Geschäftsaufsicht bereits wirksam ausgeschieden (§ 70 Abs. 2 des Ges.), so behält es hierbei sein Bewenden.

Wegen der Einreichung der Austrittserklärung zur Liste der Genossen und der Eintragung in die Liste sind im § 76 Abs. 2 des Entwurfs die nötigen Ergänzungen der §§ 69, 70 GenossG. vorgesehen.

Der § 77 entspricht der Strafvorschrift im § 243 KO. Für eine Herübernahme der sonstigen Strafbestimmungen der KO. besteht kein Bedürfnis, da sie gegenüber einem unter GA. stehenden Schuldner mit Rücksicht auf die bei ihm regelmäßig vorliegende Zahlungseinstellung unmittelbare Anwendung finden können.

Die §§ 78 und 79 treffen Bestimmungen über die Gerichts- und Anwaltskosten. Das amtsgerichtliche Verfahren der Geschäftsaufsicht ist wie bisher gebührenfrei. Für das Vergleichsverfahren sind die Gebühren wesentlich niedriger festgesetzt als für ein durch Zwangsvergleich beendetes Konkursverfahren.

Die Anwaltsgebühren für das Vergleichsverfahren entsprechen den Sätzen, die der Rechtsanwalt für die Vertretung im Konkursverfahren in Verbindung mit der Tätigkeit im Zwangsvergleichsverfahren erhält (§§ 55, 56 Nr. 2 der GebO. für RA.). Eine Festsetzung besonderer Anwaltsgebühren für das GA.-verfahren ist im Hinblick auf § 89 der GebO. für RA. nicht erforderlich.

Im § 80 sind die nötigen Schluß- und Übergangsvorschriften getroffen. Die Vorschrift des Abs. 2 soll es ermöglichen, die Ergebnisse der vor dem Inkrafttreten der Verordnung angebahnten privaten Vergleichsverhandlungen unmittelbar in dem gerichtlichen Verfahren zu verwerten. Die vorher abgegebene schriftliche Zustimmungserklärung eines Gläubigers zu einem Vergleichsvorschlage gilt als eine Erklärung im Sinne des § 41 Abs. 1 Nr. 2, daß der Gläubiger mit der Eröffnung des Vergleichsverfahrens auf der Grundlage des Vorschlags einverstanden sei. Sie wird demnächst zur endgültigen Zustimmungserklärung im Sinne des § 51, wenn der Gläubiger, ohne sie widerrufen zu haben, in dem Vergleichstermine nicht erscheint.

Dem Bundesrat ist vorbehalten, nicht nur den Zeitpunkt, sondern auch den Umfang des Außerkrafttretens der VO. zu bestimmen. Damit wird ermöglicht, bei Bestimmung des Außerkrafttretens zuzulassen, daß sich die Abwicklung der dann noch schwebenden GA.en nach den Vorschriften dieser VO. vollzieht.

Abteilung C.

Zu Seite 157. **RG.** I (LeipzZ. 16 1435). Die HPrFestsetzung findet an den Grenzen des Bezirks ihre Schranken, nur die im Bezirk befindlichen Waren werden davon ergriffen und nur so lange, wie sie sich im Bezirk befinden; die im Bezirk gewonnenen oder aufgekauften Waren unterliegen ihr nicht mehr, sobald sie die Grenze des Bezirks überschreiten. Der Händler sowohl wie der Erzeuger der Ware wird durch die HPrFestsetzung nicht gehindert, die Ware aus dem Bezirk, für den der HPr. festgesetzt ist, auszuführen und außerhalb des Bezirks abzusetzen ohne Rücksicht auf den HPr., der bis zur Ausfuhr maßgebend war. Insofern ist die Annahme des LG., die HPrFestsetzung binde alle Einwohner des Bezirks ohne Unterschied, wohin sie die Waren verkauften, nicht richtig

und das hierfür angef. Urt. des erk. Sen. v. 12. Juli 1915 I 375/15 steht ihr nicht zur Seite. Dort ist ausgesprochen, daß die HPrFestsetzung die Verpflichtung begründet, innerhalb des von der Festsetzung betroffenen Bezirks die Ware nicht zu höheren Preisen als dem HPr. abzugeben, gleichgültig ob der Käufer oder Verbraucher der Ware innerhalb oder außerhalb des Bezirks seinen Wohnsitz hat. Das trifft jedoch nicht die hier zu entscheidende Frage, ob der HPr. auch dann einzuhalten ist, wenn die davon betroffene Ware nach außerhalb, nach Orten, wo die HPrFestsetzung nicht gilt, verkauft wird, was keineswegs dasselbe ist, wie Verkauf im Bezirk an einen von auswärts kommenden Käufer. Für diesen Fall hat der erk. Senat in dem Urt. v. 1. Mai 16 I 160/16 angenommen, daß, eben weil bei örtlicher HPrFestsetzung es darauf ankommt, wo die Ware sich befindet, und die HPrFestsetzung die Ware nur so lange ergreift, als sie sich in dem Bezirk befindet, für den der HPr. festgesetzt ist, nicht der Ort des Vertragsschlusses maßgebend ist, den die Beteiligten noch dazu nach Belieben wählen können, auch nicht schlechthin der gesetzliche Erfüllungsort, sondern der davon möglicherweise verschiedene Ort der Ablieferung, der Ort, an dem die Ware aus der Hand des Verkäufers in die des Käufers übergehen soll, der Käufer sie zu übernehmen hat.

Zu Seite 157. LeipzZ. 16 1449 Nr. 2 (Breslau). Die Preuß. AusfBestimmungen zum HPrG. gehen von dem regelmäßigen Begriff des Kleinhandels im Gewerberecht aus. Danach ist unter „Kleinhandel" der Verkauf unmittelbar an den Verbraucher zu verstehen. Der Ausdruck „Verbraucher" ist wirtschaftlich zu verstehen. Nicht jeder ist Verbraucher in diesem Sinne, der eine gekaufte Ware im Rechtssinne verbraucht (§ 92 BGB.). Verbraucher ist also in der Regel nur, wer aus der Ware den in ihrem Verbrauch liegenden wirtschaftl. Nutzen zieht, soweit dieser nicht aus einer Veräußerung der verarbeiteten Ware fließt. Dieser Verbraucher wird auch als „letzter Verbraucher" bezeichnet. An dieser Auffassung des Begriffes „Kleinhandel" wird durch den anderweiten Inhalt einzelner KriegsVO. nichts geändert.

Zu Seite 171. **RG.** III (LeipzZ. 16 1423). BRVO. über Höchstpreise für Kupfer usw. v. 10. Dezember 1914 §§ 1ff. Unkenntnis der Verordnung. Die BRVO. vom 10. Dezember 1914 ist keine verwaltungsrechtliche Anordnung, kein Tatumstand i. S. des § 59 StGB., dessen Unkenntnis den Angeklagten vor Strafe schützen könnte, sondern eine vom BR. auf Grund des § 3 des ErmGes. v. 4. Aug. 1915 getroffene gesetzliche Maßnahme, ein Strafgesetz, auf dessen Unkenntnis sich der Angeklagte nicht berufen kann.

Zu Seite 237.

Bekanntmachung über Bezugsscheine. Vom 8. Dezember 1916. (RGBl. 1345.)

Auf Grund der §§ 11, 19 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (RGBl. 463) wird bestimmt:

Dem § 4 Abs. 2 der Bekanntmachung über Bezugsscheine vom 31. Oktober 1916 (RGBl. 1218) wird folgender Satz hinzugefügt:

> Die Reichsbekleidungsstelle kann nähere Bestimmungen über die Einrichtung, Führung und Aufbewahrung des Einkaufsbuchs erlassen.

Die Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung [11. 12.] in Kraft.

Zu Seite 237.

Ausnahmebewilligungen von § 7 der Bek. des Bundesrats vom 10. Juni 1916.

(abgedr. bei Meier, Die Reichsbekleidungsordnung, Hamburg 1916, S. 25.)

I. Gewerbetreibende, die mit den in § 1 der Verordnung bezeichneten Gegenständen Großhandel treiben oder Bekleidungsstücke im Großbetriebe herstellen, dürfen die in der

Zeit vom 1. Mai 1916 bis einschließlich 12. Juni 1916 abgeschlossenen Lieferungsverträge mit Abnehmern, mit denen sie vor dem 1. Mai 1916 nicht in dauernder Geschäftsverbindung gestanden haben, erfüllen, wenn

1. sie ihr Gewerbe bereits vor dem 1. Mai 1916 betrieben haben,
2. in den der zuständigen amtlichen Handelsvertretung (Handelskammern usw.) vorzulegenden Aufträgen Stückzahl und Preis für jeden Gegenstand angegeben ist,
3. hinsichtlich dieser Aufträge der Verdacht des sog. Kettenhandels ausgeschlossen erscheint,
4. die Gewerbetreibenden über das Vorliegen dieser Voraussetzungen eine Bescheinigung der zuständigen amtlichen Handelsvertretung (Handelskammern usw.) erhalten.

II. Gewerbetreibende, die vor dem 1. August 1914 ausschließlich oder überwiegend Ausfuhrhandel mit den in § 1 der Verordnung bezeichneten Gegenständen betrieben oder Bekleidungsstücke im Großbetrieb für die Ausfuhr hergestellt haben, dürfen Gegenstände der gleichen Art, wie sie vor dem 1. August 1914 gehandelt oder hergestellt haben, auch in Zukunft an Abnehmer liefern, mit denen sie vor dem 1. Mai 1916 nicht in dauernder Geschäftsverbindung gestanden haben, wenn

1. sie die in diesem Ausfuhrbetriebe gehandelten oder hergestellten Waren infolge der Kriegsverhältnisse nach ihren früheren ausländischen Absatzgebieten nicht absetzen können,
2. der Verdacht, daß durch diese Gewerbetreibenden der sog. Kettenhandel unterstützt werde, ausgeschlossen erscheint,
3. die Gewerbetreibenden über das Vorliegen dieser Voraussetzungen eine Bescheinigung der amtlichen Handelsvertretung (Handelskammer usw.) erhalten.

III. Gewerbetreibende, die bereits vor dem 1. August 1914 mit den in § 1 der Verordnung bezeichneten Gegenständen Großhandel betrieben oder Bekleidungsstücke im Großbetriebe hergestellt haben und durch die Kriegsverhältnisse gezwungen worden sind, ihr Geschäft ganz oder teilweise auf eine andere Warenart einzurichten, dürfen auch in Zukunft an Abnehmer liefern, mit denen sie vor dem 1. Mai 1916 nicht in dauernder Geschäftsverbindung gestanden haben, wenn

1. sie ihr Geschäft bereits vor dem 1. Mai 1916 auf eine andere Warenart eingerichtet haben,
2. seitens der Gewerbetreibenden die Unterstützung des sog. Kettenhandels ausgeschlossen erscheint,
3. die Gewerbetreibenden über das Vorliegen dieser Voraussetzungen eine Bescheinigung der amtlichen Handelsvertretung (Handelskammer usw.) erhalten.

IV. Gewerbetreibende, die mit den in § 1 der Verordnung bezeichneten Gegenständen Großhandel treiben oder Bekleidungsstücke im Großbetriebe herstellen, dürfen Waren auch an Kleinhändler und an Verarbeiter der Waren liefern, mit denen sie vor dem 1. Mai 1916 nicht in dauernder Geschäftsverbindung gestanden haben, wenn

a) der Abnehmer bereits vor dem 1. Mai 1916 in § 1 der Verordnung bezeichnete Gegenstände gewerbsmäßig im Kleinhandel veräußert oder gewerbsmäßig verarbeitet hat,
b) hinsichtlich des Abnehmers der Verdacht des sog. Kettenhandels ausgeschlossen erscheint,
c) der Abnehmer gegenüber der für ihn zuständigen amtlichen Handels- oder Gewerbevertretung eidesstattlich versichert, daß er die Ware alsbald nur unmittelbar den Verbrauchern zum Verkauf stellen oder alsbald in seinem Gewerbebetriebe verarbeiten wird,
d) der Abnehmer über das Vorliegen dieser Voraussetzungen eine jederzeit widerrufliche Bescheinigung der für ihn zuständigen amtlichen Handels- oder Gewerbevertretung besitzt.

Diese Bescheinigung ist vom Abnehmer aufzubewahren. Dieser hat eine Abschrift der Bescheinigung vor jeder Lieferung dem Lieferer zu übergeben. Der Lieferer hat diese Abschrift bei seinem Rechnungsdoppel aufzubewahren.

Die Bescheinigung und ihre Abschriften sind der Reichsbekleidungsstelle, den in § 14 der Verordnung bezeichneten Beauftragten der Reichsbekleidungsstelle und sonstigen Überwachungspersonen auf Verlangen vorzulegen oder einzusenden.

Der Abnehmer hat seine Handlungsbücher, oder falls er nicht zur Buchführung verpflichtet ist, besondere Aufzeichnungen über die in Frage kommenden Geschäfte so zu führen, daß eine Nachprüfung darüber möglich ist, ob er die betreffende Ware alsbald nur unmittelbar an die Verbraucher zum Verkauf gestellt oder alsbald in seinem Gewerbebetrieb verarbeitet hat.

Auf Grund von § 20 Ziffer 1 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 — unbeschadet sonstiger Strafbestimmungen — wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15000 Mark bestraft, wer

1. dem Lieferer eine falsche Abschrift der Bescheinigung oder eine Abschrift nach Widerruf der Bescheinigung erteilt,
2. der eidesstattlichen Versicherung zuwider die Waren nicht alsbald nur an die Verbraucher zum Verkauf stellt oder nicht alsbald im eigenen Gewerbebetrieb verarbeitet,
3. die Handlungsbücher oder besonderen Aufzeichnungen so führt, daß eine Nachprüfung der Einhaltung dieser Versicherung nicht möglich ist.

Vordrucke zu den Bescheinigungen werden den amtlichen Handels- und Gewerbevertretungen von der Reichsbekleidungsstelle geliefert.

Falls die amtliche Handels- oder Gewerbevertretung die Bescheinigung erteilt, bedarf es keines Antrages bei der Reichsbekleidungsstelle.

V. § 7 Absatz 2 der Verordnung findet auf das Wirken und Stricken von Bekleidungsstücken keine Anwendung.

Betriebe der Wirkerei und Strickerei, die aus den von ihnen selbst gewirkten oder gestrickten Stoffen Bekleidungsstücke herstellen, dürfen im Laufe je eines Vierteljahres Bekleidungsstücke unter Verwendung von höchstens 25 vom Hundert des Gewichts der am Anfang jedes Vierteljahres in ihrem Besitz befindlichen beschlagnahmefreien Garne ohne Bestellung herstellen. Betriebe, die hiervon Gebrauch machen wollen, haben der Reichsbekleidungsstelle den Zeitpunkt des Beginns des ersten Vierteljahres-Abschnittes und am Beginn jedes Vierteljahres-Abschnittes das Gewicht der in ihrem Besitz befindlichen beschlagnahmefreien Garne anzuzeigen. Sie haben die Buchführung so einzurichten, daß die Einhaltung dieser Bestimmung nachgeprüft werden kann.

Zu Seite 237.

Entscheidungen der Reichsbekleidungsstelle auf Grund § 7 Absatz 1 der Bek. vom 10. Juni 1916.

(Textilwoche 1916, Nr. 29, S. 9.)

1. Gewerbetreibende, die früher Gesellschafter von offenen Handelsgesellschaften waren und hierauf einen eigenen Betrieb errichtet haben, können die Kundschaft, mit denen die offene Handelsgesellschaft bereits vor Austritt des Gesellschafters in Geschäftsverbindung gestanden hat, auch ferner sich ihrer Kundschaft zurechnen. Damit jedoch dem Erfordernis des § 7 nach einer dauernden Geschäftsverbindung vor dem 1. Mai 1916 genügt ist, darf zwischen dem jetzt zu empfangenden Auftrage und der Geschäftsverbindung mit der offenen Handelsgesellschaft keine derartig lange Zeit verstrichen sein, daß von einem Andauern der Geschäftsverbindung nicht mehr gesprochen werden kann.

2. Falls der Abnehmer für einzelne sog. Saisons, höchstens aber für zwei aufeinander folgende, keine Aufträge erteilt hat, ist ein Abbruch der Geschäftsverbindung nicht anzunehmen, falls nicht andere Umstände den Willen für Beendigung der Geschäftsverbindung dartun.

Zu Seite 249.

Bek. der Reichsbekleidungsstelle über Abgabebescheinigungen vom 21. November 1916. (Reichsanzeiger Nr. 276.)

Zur Ausführung des § 3 Abs. 1 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über Bezugsscheine vom 31. Oktober 1916 (RGBl. 1218) und des § 7 Abs. 1 und 4 der Ausführungsbekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 31. Oktober 1916 (Reichsanzeiger Nr. 258) wird folgendes bekanntgemacht:

1. Diejenigen Behörden, die gemäß § 18 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (RGBl. 463) als zuständige Behörden im Sinne des § 15 derselben Bekanntmachung bestimmt worden sind, dürfen Gemeinden und gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen die Genehmigung zur Erteilung von Abgabebescheinigungen geben, falls diese Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen sich diesen Behörden gegenüber zur Einhaltung der nachfolgenden Bedingungen schriftlich verpflichten. Die betreffenden Behörden sind berechtigt, diese Genehmigung zu widerrufen. Von diesem Widerruf ist insbesondere Gebrauch zu machen, wenn die Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Die betreffenden Behörden haben der Reichsbekleidungsstelle, Abteilung E für Ersatzstoffe, Berlin W 56, Markgrafenstraße 42, anzuzeigen, welchen Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen sie diese Genehmigung erteilt oder entzogen haben.

Die den Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen aufzuerlegenden Bedingungen sind folgende:

a) Getragene Kleidungs- oder Wäschestücke dürfen diese Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen nur unentgeltlich erwerben und unentgeltlich nur an die Verbraucher und nur gegen Bezugsschein veräußern, entgeltlich dagegen nur an die demnächst von der Reichsbekleidungsstelle zu bestimmenden Annahmestellen.

b) Sämtliche anderen bezugsscheinpflichtigen Web-, Wirk- und Strickwaren dürfen diese Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen sowohl entgeltlich wie auch unentgeltlich nur gegen Bezeugsschein an die Verbraucher veräußern.

zu a) u. b) Für Behörden, auf welche die Vorschrift in Ziffer 7 der Erläuterung IV der Reichsbekleidungsstelle vom 21. August 1916 Anwendung findet, gilt auch hier die in dieser Vorschrift gewährte Erleichterung. Sie haben aber auch hier die Verpflichtung, jede Abgabe eines bezugsscheinpflichtigen Gegenstandes der für den Abnehmer zuständigen Ausfertigungsstelle von Bezugsscheinen anzuzeigen.

c) Die Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen müssen die Gewähr übernehmen, daß von ihnen lediglich gebrauchsfähige Oberkleidungsstücke gegen Abgabebescheinigung angenommen werden.

d) Die Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen sind verpflichtet, der Reichsbekleidungsstelle auf Anfordern ihren Bestand an getragenen Kleidungs- und Wäschestücken anzugeben und diese bis zu einem Drittel des jeweiligen Bestandes der Reichsbekleidungsstelle gegen Erstattung der Aufwendungen käuflich zu überlassen. Über die gehabten Aufwendungen entscheidet die Reichsbekleidungsstelle endgültig.

2. Die Möglichkeit der entgeltlichen Abgabe von Oberkleidung wird durch eine demnächst erscheinende Bekanntmachung geregelt werden.

3. Alle Anfragen in vorstehender Angelegenheit sind an die Reichsbekleidungsstelle Abteilung E für Ersatzstoffe, Berlin W 56, Markgrafenstraße 42, zu richten. Dort können auch Gemeinden und gemeinnützige Fürsorgevereinigungen, denen die Genehmigung zur Erteilung von Abgabebescheinigungen von der zuständigen Behörde gegeben worden ist, Abgabebescheinigungen bestellen.

Zu Seite 249.

Preuß. Verfügung vom 16. Oktober 1916, betr. Porto für Versendung von Bezugsscheinen für Webwaren usw. (MBl. 245.)

Auf die Versendung von ausgefertigten Bezugsscheinen für Webwaren usw. kann das Portoablösungsverfahren keine Anwendung finden, da es sich hierbei lediglich um Privatangelegenheiten der Gesuchsteller handelt. Werden die ausgefertigten Bezugsscheine vom Landrate den Gemeindevorständen zur Aushändigung an die Empfangberechtigten übersandt, so muß den Gemeindebehörden die Wiedereinziehung des verauslagten Portos überlassen bleiben.

Zu Seite 249.

Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über Einkaufsbücher vom 8. Dezember 1916. (Reichsanzeiger Nr. 294.)

Auf Grund der Ermächtigung des Herrn Reichskanzlers vom 8. Dezember 1916 (RGBl. 1345) in Verbindung mit § 8 Absatz 6 und § 19 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (RGBl. 463) wird hiermit zur Ausführung des § 4 der Bekanntmachung über Bezugsscheine vom 31. Oktober 1916 (RGBl. 1218) folgendes bekanntgemacht:

§ 1. Die Einkaufsbücher sind vor ihrer Ingebrauchnahme von der nach § 13 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (RGBl. 463) zuständigen Behörde des Wohnortes oder Betriebsortes des Schneiders, der Schneiderin oder des Wandergewerbetreibenden auf dem ersten Blatt abzustempeln.

Diese Behörde kann die Führung mehrerer Einkaufsbücher nebeneinander zulassen, falls der Geschäftsverkehr des Schneiders, der Schneiderin oder des Wandergewerbetreibenden mit einer Mehrzahl von Geschäften, insbesondere von auswärtigen Geschäften dies erfordert; in diesem Falle sind die Einkaufsbücher bei dem Stempel mit einer laufenden Nummer zu versehen.

Diese Behörde hat eine Liste zu führen, aus der ersichtlich ist, welchen Schneidern, Schneiderinnen oder Wandergewerbetreibenden Einkaufsbücher abgestempelt sind. Im Falle der Führung mehrerer Einkaufsbücher nebeneinander sind deren laufende Nummern in der Liste zu vermerken.

Falls nicht die Genehmigung zur Führung mehrerer Einkaufsbücher nebeneinander erteilt ist, darf ein neues Einkaufsbuch nur abgestempelt werden, wenn die Notwendigkeit hierzu glaubhaft dargetan wird.

§ 2. Die Einkaufsbücher sind vor der Abstempelung mit fortlaufenden Blattzahlen und auf dem ersten Blatte mit Namen, Firma und Wohnort oder Betriebsort des Schneiders, der Schneiderin oder des Wandergewerbetreibenden zu versehen. Im übrigen ist keine besondere Form vorgeschrieben.

Solange das Einkaufsbuch dem Verkäufer zum Zwecke der Eintragung vorliegen muß, fällt die Verpflichtung des Schneiders, der Schneiderin oder des Wandergewerbetreibenden, das Einkaufsbuch während des Gewerbebetriebs ständig bei sich zu führen, fort.

§ 3. Die Verkäufer dürfen die vorgeschriebene Eintragung nur in vorschriftsmäßig abgestempelte Einkaufsbücher vornehmen.

§ 4. Die nach § 4 Absatz 5 der Bekanntmachung über Bezugsscheine vom 31. Oktober 1916 (RGBl. 1218) zulässige Ausnahmebewilligung von der Führung eines Einkaufsbuchs bedarf der schriftlichen Form und ist widerruflich.

Die schriftliche Ausnahmebewilligung ist dem Verkäufer bei der ersten Bestellung, die auf Grund dieser Ausnahmebewilligung ohne Einkaufsbuch erfolgt, vorzulegen. Sie ist im Falle ihres Widerrufs der Stelle, die sie ausgefertigt hat, zurückzugeben. Von dem Widerrufe hat der Schneider, die Schneiderin oder der Wandergewerbetreibende den

Gewerbetreibenden, von denen er auf Grund dieser Ausnahmebewilligung ohne Einkaufsbuch bezogen hat, vor der nächsten Bestellung oder vor dem nächsten Kaufe Mitteilung zu machen.

§ 5. Erfolgt im Falle des glaubhaft gemachten Verlustes eines Einkaufsbuchs die Abstempelung eines neuen Einkaufsbuchs, so ist bei dem Stempel im Einkaufsbuch und in der Liste die Ungültigkeit des als verloren gemeldeten Einkaufsbuches zu vermerken.

Die Verwendung des als verloren gemeldeten Einkaufsbuchs zum Einkauf ist verboten. Es ist bei der Wiederauffindung sofort an die nach § 1 dieser Bekanntmachung zuständige Behörde abzugeben.

§ 6. Vor Inanspruchnahme des ersten Einkaufsbuchs haben die Schneider, Schneiderinnen und Wandergewerbetreibenden eine Bestandsaufnahme sämtlicher in ihrem Besitze befindlichen bezugsscheinpflichtigen Vorräte an Web-, Wirk- und Strickwaren und den aus ihnen gefertigten Erzeugnissen vorzunehmen. Hierbei sind die einzelnen Längen- und Stückzahlen unter genauer Bezeichnung der Gegenstände und unter Hinzufügung des Namens oder der Firma des Lieferers einzusetzen. Die Bestandsaufnahme ist mit der Versicherung, daß die Angaben der Bestandsaufnahme nach bestem Wissen und Gewissen erfolgt sind, und mit Unterschrift, Wohnort oder Betriebsort und Datum zu versehen. Die Bestandsaufnahme ist der nach § 1 dieser Bekanntmachung zuständigen Behörde zur Abstempelung vorzulegen und wird von dieser Behörde zum Zwecke der Überwachung aufbewahrt. Diese Behörde darf die Abstempelung des ersten Einkaufsbuchs nur vornehmen, wenn ihr die vorschriftsmäßige Bestandsaufnahme zur Abstempelung vorgelegt worden ist.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften in § 3, § 4 Abs. 2, § 5 Abs. 2 dieser Bekanntmachung sowie falsche Angaben in der nach § 6 dieser Bekanntmachung vorgeschriebenen Bestandsaufnahme werden nach § 20 Abs. 1 Nummer 1 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (RGBl. 463) bestraft. Auch haben die Zuwiderhandelnden nach § 15 der angeführten Bekanntmachung die Schließung ihres Betriebs zu gewärtigen.

Zu Seite 249.

Bekanntmachung, betr. Änderung der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (RGBl. 463), vom 23. Dezember 1916 (RGBl. 1417).

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

Art. I. Die Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (RGBl. 463) wird wie folgt geändert: .....

Art. II. Der Reichskanzler wird ermächtigt, den Text der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (RGBl. 463), wie er sich aus dieser Verordnung ergibt, durch das Reichs-Gesetzblatt bekanntzugeben.

Art. III. Die Verordnung tritt mit dem 27. Dezember 1916 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Bekanntmachung der Fassung der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom 10. Juni 1916/23. Dezember 1916. Vom 23. Dezember 1916. (RGBl. 1420.)

Auf Grund von Artikel II der Bekanntmachung vom 23. Dezember 1916 (RGBl. Nr. 289), betreffend Änderung der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 wird die Fas-

fung der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren nachstehend bekannt gemacht.

Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren. Vom 10. Juni 1916/23. Dezember 1916.

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Zur Sicherstellung des Bedarfs der bürgerlichen Bevölkerung an Web-, Wirk- und Strickwaren und den aus ihnen gefertigten Erzeugnissen sowie an Schuhwaren wird eine Reichsstelle für bürgerliche Kleidung (Reichsbekleidungsstelle) errichtet.

Schuhwaren im Sinne der Verordnung sind solche, die ganz oder zum Teil aus Leder, Web-, Wirk- oder Strickwaren, Filz oder filzartigen Stoffen bestehen.

§ 2. Die Reichsbekleidungsstelle hat die Aufgabe:

1. den Vorrat an den im § 1 bezeichneten Gegenständen, soweit sie nicht von der Heeres- und Marineverwaltung beansprucht werden, zu verwalten, insbesondere für gleichmäßige Verteilung und sparsamen Verbrauch Sorge zu tragen;
2. den Behörden, öffentlichen und privaten Krankenanstalten und solchen anderen Anstalten, deren Bedarf nach Anordnung des Reichskanzlers oder der Landeszentralbehörden von der Reichsbekleidungsstelle gedeckt werden soll, die im § 1 bezeichneten Gegenstände zu beschaffen;
3. die Versorgung der Behörden mit Uniformstoffen für die bürgerlichen Beamten zu regeln;
4. die Herstellung und den Vertrieb von Ersatzstoffen zu fördern.

§ 3. Die Reichsbekleidungsstelle gliedert sich in eine Verwaltungsabteilung und eine Geschäftsabteilung.

§ 4. Die Verwaltungsabteilung ist eine Behörde, die dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) unterstellt ist. Sie besteht aus einem Vorstand und einem Beirat. Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden, einem oder mehreren stellvertretenden Vorsitzenden und einer vom Reichskanzler zu bestimmenden Anzahl von Mitgliedern. Der Reichskanzler ernennt den Vorsitzenden, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Mitglieder.

§ 5. Der Beirat besteht aus dem Vorsitzenden des Vorstandes der Reichsbekleidungsstelle als Vorsitzenden, fünf Königlich Preußischen Regierungsvertretern und je einem Königlich Bayerischen, Königlich Sächsischen, Königlich Württembergischen, Großherzoglich Badischen, Großherzoglich Sächsischen und Elsaß-Lothringischen Regierungsvertreter. Außerdem gehören ihm an der Vorsitzende des nach § 16 zu bildenden Ausschusses, zwei Vertreter des Deutschen Städtetags, je ein Vertreter des Deutschen Handelstags, des Deutschen Landwirtschaftsrats, des Kriegsausschusses für die deutsche Industrie, des Handwerkes, der Verbraucher und fünf weitere Vertreter; der Reichskanzler ernennt die Vertreter und ihre Stellvertreter sowie einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

§ 6. Der Beirat soll über grundsätzliche Fragen, insbesondere über die Durchführung der Bezugsüberwachung, gehört werden.

§ 7. Gewerbetreibende, die mit den in § 1 bezeichneten Gegenständen Großhandel treiben oder Bekleidungsstücke im Großbetriebe herstellen, dürfen nur an solche Abnehmer Waren liefern, mit denen sie bereits vor dem 1. Mai 1916 in dauernder Geschäftsverbindung gestanden haben. Die Reichsbekleidungsstelle kann bei Verträgen, die vor dem 1. Mai 1916 abgeschlossen worden sind, auf Antrag die Erfüllung auch dann gestatten, wenn eine dauernde Geschäftsverbindung nicht besteht.

Die gewerbsmäßige Herstellung von Bekleidungsstücken darf nur auf Bestellung und nur dann vorgenommen werden, wenn der Gewerbetreibende von seinem Kunden einen festen Auftrag schriftlich erhalten hat, in dem Stückzahl und Preis für jeden Gegenstand angegeben sind; diese Vorschrift findet auf die Maßschneiderei und auf Musterkollektionen keine Anwendung.

Die Vorschriften des Abs. 1 und 2 finden auf Schuhwaren keine Anwendung.

§ 8. Jeder Gewerbetreibende, der Kleinhandel mit den im § 1 bezeichneten Gegenständen betreibt, hat unverzüglich eine Inventur über die in seinem Besitze befindlichen Waren aufzunehmen. Hierbei sind die derzeitigen Kleinhandelsverkaufspreise unter Zugrundelegung der Preise einzusetzen, die den in der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 30. März 1916 (RGBl. 214) vorgeschriebenen Preisen entsprechen.

Die Inventur haben auch diejenigen Gewerbetreibenden aufzunehmen, die neben dem Kleinhandel gleichzeitig Großhandel oder Maßschneiderei oder beides betreiben.

Vor Abschluß der Inventur dürfen in ihr aufzunehmende Waren nicht veräußert werden. Nach Abschluß der Inventur dürfen von jeder Art der aufgenommenen Waren bis 1. August 1916 höchstens 20 vom Hundert, nach den in der Inventur eingesetzten Preisen berechnet, veräußert werden.

Wer neben dem Kleinhandel gleichzeitig Großhandel oder Maßschneiderei oder beides betreibt, darf außer diesen 20 vom Hundert unbeschadet der Vorschriften des § 7 noch soviel veräußern, als er im Großhandel absetzt und so viel verarbeiten, als er zur Maßschneiderei benötigt.

Die Buchführung ist so einzurichten, daß eine Nachprüfung der vorgeschriebenen Inventuren und der stattgehabten Verkäufe möglich ist.

Die Reichsbekleidungsstelle kann Bestimmungen über die Verpflichtung zur Aufstellung weiterer Inventuren und über eine allgemeine Bestandsaufnahme erlassen. Sie kann dabei den Gewerbetreibenden weitere Einschränkungen für den Absatz ihrer Waren und weitere Verpflichtungen über die Buchführung und dergleichen auferlegen.

Die Vorschriften des Abs. 1 bis 5 finden auf Schuhwaren keine Anwendung.

§ 9. Der Verkauf der im § 1 bezeichneten Gegenstände an die Verbraucher ist allen Personen verboten, die nicht gewerbsmäßig Kleinhandel mit diesen Gegenständen betreiben.

§ 9a. Getragene Kleidungs- und Wäschestücke und getragene Schuhwaren dürfen entgeltlich nur veräußert werden:

1. von den behördlich zugelassenen Personen und Stellen,
2. von anderen Personen an die behördlich zugelassenen Personen und Stellen.

Getragene Kleidungs- und Wäschestücke und getragene Schuhwaren dürfen nur die behördlich zugelassenen Personen und Stellen gewerbsmäßig erwerben.

Die Reichsbekleidungsstelle kann Ausnahmen von diesen Vorschriften zulassen.

Der Reichskanzler kann weitere Bestimmungen über den Verkehr mit den in Abs. 1 bezeichneten Gegenständen erlassen.

§ 10. Als Kleinhandel im Sinne dieser Verordnung gilt der Verkauf an den Verbraucher.

§ 11. Wer mit den im § 1 bezeichneten Gegenständen Gewerbe treibt, darf diese Gegenstände nur gegen einen von der zuständigen Behörde ausgefertigten Bezugsschein an die Verbraucher zu Eigentum oder zur Benutzung überlassen. Die Überlassung zur Benutzung für einen Zeitraum von nicht mehr als drei Tagen darf ohne Bezugsschein erfolgen. Die Reichsbekleidungsstelle kann weitere Ausnahmen von der Vorschrift in Satz 1 zulassen.

Der Gewerbetreibende darf den Preis erst nach Empfang des von der zuständigen Behörde ausgefertigten Bezugsscheins ganz oder teilweise fordern oder annehmen.

Der Bezugsschein wird dem Verbraucher nur im Bedarfsfall und nur auf Antrag erteilt. Der Antragsteller muß die Notwendigkeit der Anschaffung auf Verlangen dartun. Von diesem Verlangen kann Abstand genommen werden, wenn die Vermutung für die Notwendigkeit spricht. Die Reichsbekleidungsstelle hat die Fälle zu bestimmen, in denen diese Vermutung als gegeben angesehen werden kann, und auch sonst Grundsätze aufzustellen, nach denen die Notwendigkeit der Anschaffung beurteilt wird.

§ 11a. Es ist verboten, zu Zwecken des Wettbewerbes in Zeitungsanzeigen oder anderen Bekanntmachungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind,

insbesondere durch Bekanntmachungen im Schaufenster oder in sonstigen Geschäftsräumen, in einer für die Öffentlichkeit erkennbaren Weise auf die Bezugsscheinfreiheit oder die Bezugsscheinregelung hinzuweisen.

§ 12. Die Ausfertigung des Bezugsscheins erfolgt durch die zuständige Behörde des Wohnorts des Antragstellers, die hierüber Listen zu führen hat. Der Bezugsschein ist nicht übertragbar. Er gibt kein Recht auf Lieferung der Ware, deren Bedarf bescheinigt ist.

Die Reichsbekleidungsstelle kann nähere Bestimmungen über das bei Ausfertigung der Bezugsscheine zu beobachtende Verfahren treffen. Für die Bezugsscheine und die Listen sind die von Reichsbekleidungsstelle aufgestellten Muster zu verwenden.

§ 13. Die Gewerbetreibenden haben die empfangenen Bezugsscheine durch deutlichen Vermerk ungültig zu machen (Lochen und dergleichen), die ungültigen Scheine zu sammeln und am 1. jedes Monats an die zuständige Behörde des Wohnorts des Verkäufers abzuliefern.

§ 14. Die Beauftragten der Reichsbekleidungsstelle und die von den Landeszentralbehörden und Kommunalverbänden mit der Überwachung der Vorschriften in §§ 7 bis 13 betrauten Personen sind befugt, in die Räume der dieser Verordnung unterstehenden Betriebe einzutreten, die Warenlager und die übrigen Geschäftseinrichtungen zu besichtigen, Auskunft einzuholen und die Geschäftsaufzeichnungen einzusehen. Sie sind verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die hierbei zu ihrer Kenntnis kommen, vorbehaltlich der dienstlichen Berichterstattung und der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten Verschwiegenheit zu beobachten.

§ 15. Die zuständige Behörde kann Betriebe schließen, deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der Pflichten, die ihnen durch diese Verordnung und die zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen auferlegt sind, unzuverlässig zeigen.

Gegen diese Verfügung ist Beschwerde zulässig. Über die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 16. Die Deckung des Bedarfs der im § 2 Nummer 2 aufgeführten Behörden und Anstalten erfolgt in der Weise, daß die von der Landeszentralbehörde vorgeprüften Bedarfsanzeigen der Reichsbekleidungsstelle überwiesen und einem aus sieben Mitgliedern bestehenden Ausschuß behufs Feststellung des zu überweisenden Anteils vorgelegt werden, worauf dann die Reichsbekleidungsstelle die Bezugsbescheinigung der Feststellung entsprechend ausstellt. Das Nähere, insbesondere auch die Zusammensetzung des Ausschusses, bestimmt der Reichskanzler.

§ 17. Die Vorschriften dieser Verordnung finden keine Anwendung

1. auf die von den Heeresverwaltungen und der Marineverwaltung beschlagnahmten Gegenstände während der Dauer der Beschlagnahme;
2. auf den Erwerb von Gegenständen seitens der Heeresverwaltungen und der Marineverwaltung.

§ 18. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als zuständige Behörde im Sinne der §§ 12, 13 sowie des § 15 und als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne des § 15 anzusehen ist. Sie oder die von ihnen bezeichneten Behörden erlassen die näheren Bestimmungen zur Ausführung und Überwachung der Einhaltung der Vorschriften der §§ 7 bis 9, 10 bis 13; soweit dies nicht geschieht, haben die Kommunalverbände die Ausführung und Überwachung der Vorschriften der §§ 7 bis 9, 10 bis 13 selbständig zu regeln und die notwendigen Einrichtungen zu treffen.

§ 19. Der Reichskanzler erläßt die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung, soweit dies nicht den Landeszentralbehörden, der Reichsbekleidungsstelle oder den Kommunalverbänden überlassen ist. Er kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 20. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark wird bestraft:

1. wer den Vorschriften der §§ 7 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, § 8 Abs. 1 bis 6, § 9, § 9a Abs. 1, 2, § 11 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, § 11a, § 12 Abs. 1 Satz 2 und § 13 oder den zu diesen Vorschriften erlassenen Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers, der Landeszentralbehörden oder der von ihnen bezeichneten Behörden, der Reichsbekleidungsstelle oder der Kommunalverbände zuwiderhandelt;
2. wer der Vorschrift des § 14 zuwider den Eintritt in die Räume, die Besichtigung oder die Einsicht in die Geschäftsaufzeichnungen verweigert;
3. wer eine nach § 14 von ihm erforderte Auskunft nicht erteilt oder wissentlich unwahre oder unvollständige Angaben macht;
4. wer den Vorschriften des § 14 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet;
5. wer den auf Grund des § 9a Abs. 4 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt.

Im Falle der Nummer 4 tritt die Verfolgung nur auf Antrag des Unternehmers ein.

Bei Zuwiderhandlungen gegen § 7 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, § 9a Abs. 1, 2 und § 11a können neben der Strafe die Waren, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 21. Die Verordnung tritt mit dem $\frac{\text{13. Juni 1916}}{\text{27. Dezember 1916}}$ in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Bekanntmachung des Reichskanzlers über Schuhwaren. Vom 23. Dezember 1916. (RGBl. 1426.)

Auf Grund der §§ 1, 19 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom $\frac{\text{10. Juni 1916}}{\text{23. Dezember 1916}}$ (RGBl. S. 463) (Nr. 289) bringe ich folgendes zur öffentlichen Kenntnis:

§ 1. In dem Verzeichnis A (Freiliste) in § 2 der Bekanntmachung über Bezugsscheine vom 31. Oktober 1916 (RGBl. 1218) wird die Nummer 31, Schuhwaren, gestrichen.

§ 2. Bezugsscheine für die im nachstehenden Verzeichnis aufgeführten Luxus-Schuhwaren können ohne Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung erteilt werden, wenn der Antragsteller durch Vorlegung einer Abgabebescheinigung einer der von der Reichsbekleidungsstelle zu bestimmenden Annahmestellen nachweist, daß er dieser ein von ihm getragenes gebrauchsfähiges Paar Schuhe oder Stiefel, deren Unterboden aus Leder besteht, entgeltlich oder unentgeltlich überlassen hat.

Auf einem derartigen Bezugsschein müssen die Luxus-Schuhwaren nach dem Wortlaut des nachstehenden Verzeichnisses angegeben sein. Wer mit Schuhwaren Gewerbe treibt, darf gegen einen derartigen Bezugsschein nur ein Paar der im nachstehenden Verzeichnis aufgeführten Luxus-Schuhwaren an Verbraucher zu Eigentum oder zur Benutzung überlassen.

Das Nähere, insbesondere die Beschränkung der Paarzahl, für die derartige Bezugsscheine ausgestellt werden können, bestimmt die Reichsbekleidungsstelle.

Verzeichnis der Luxus-Schuhwaren.

1. Schuhwaren, deren Schäfte ganz oder zum Teil aus feinfarbigem echten Ziegenleder (Chevreau) oder aus feinfarbigem Kalbleder oder Lackleder (nicht Lacktuch) jeder Art bestehen.

   Dazu gehören nicht Schuhwaren, die nur Lackleder-Vorderkappen haben, sowie Schuhwaren, deren Schäfte aus braunem Ziegenleder (Chevreau) oder braunem Kalbleder, ohne Rücksicht auf die Farbentöne bestehen.
2. Gesellschafts- oder Tanzschuhe aus Lackleder (nicht Lacktuch), Seide, Atlas, Brokat oder Sammet.
3. Hausschuhe oder Pantoffel mit Absätzen von mehr als 3 cm Höhe, deren Schäfte

aus Seide, Atlas, Brokat, Sammet, Lackleder (nicht Lacktuch) oder Wildleder (Sämisch-Leder) bestehen.

4. Reitstiefel, deren Schäfte ganz oder zum Teil aus Lackleder bestehen.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschrift in § 2 Absatz 2 Satz 2 dieser Bekanntmachung werden nach § 20 Nummer 1 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom $\frac{\text{10. Juni 1916}}{\text{23. Dezember 1916}}$ bestraft. Auch kann nach § 15 letzterer Bekanntmachung die zuständige Behörde die betreffenden Betriebe schließen.

§ 4. Diese Bekanntmachung tritt am 27. Dezember 1916 in Kraft.

Schuhwaren, die bisher bezugsscheinfrei waren, aber durch diese Bekanntmachung bezugsscheinpflichtig werden, dürfen noch bis zum 31. Januar 1917 ohne Bezugsschein an die Verbraucher ausgehändigt werden, wenn sie auf Grund einer Bestellung des Verbrauchers bereits am 27. Dezember 1916 in Arbeit genommen waren.

Ausführungs-Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle zu §§ 1, 11 und 12 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916/23. Dezember 1916 über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren. Vom 23. Dezember 1916.

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 302.)

Auf Grund der §§ 11, 12 der Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom $\frac{\text{10. Juni 1916}}{\text{23. Dezember 1916}}$ und § 2 der Bekanntmachung über Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 wird folgendes bestimmt:

Anwendung früherer Bestimmungen auf Schuhwaren.

§ 1. Die Vorschriften der §§ 1 bis 3, § 4 Absatz 2, §§ 6, 8, 9, § 10 Ziffer 1 bis 4, 6, §§ 11 bis 15 der Ausführungs-Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 31. Oktober 1916 zu §§ 11 und 12 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung (Reichsanzeiger Nr. 258) finden auch auf Schuhwaren Anwendung.

Erleichterung der Beschaffung eines Bezugsscheines für Luxus-Schuhwaren bei Abgabe getragener Schuhe oder Stiefel.

§ 2. Nach § 2 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 soll von der Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung von Luxus-Schuhwaren abgesehen werden, wenn der Antragsteller durch Vorlegung einer Abgabebescheinigung einer der von der Reichsbekleidungsstelle zu bestimmenden Annahmestelle nachweist, daß er dieser ein von ihm getragenes gebrauchsfähiges Paar Schuhe oder Stiefel, deren Unterboden aus Leder besteht, entgeltlich oder unentgeltlich überlassen hat. Derartige Bezugsscheine dürfen nur auf ein Paar der im Verzeichnis der Luxus-Schuhwaren im § 2 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 aufgeführten Luxus-Schuhwaren lauten. Für dieselbe zu versorgende Person dürfen bis Ende 1917 nur zwei derartige Bezugsscheine erteilt werden.

Auf einem derartigen Bezugsschein sind die Luxus-Schuhwaren nach dem Wortlaut des Verzeichnisses der Luxus-Schuhwaren im § 2 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 anzugeben. Hierzu ist nur der Bezugsscheinvordruck D (Drucksache 151) zu verwenden, den die Kommunalverbände von der Reichsbekleidungsstelle (Drucksachenversand) unentgeltlich beziehen können.

Die Abgabebescheinigung lautet auf den Namen des bisherigen Trägers der Schuhe oder Stiefel. Sie ist nicht übertragbar. Sie ist von der Ausfertigungsstelle gegen Auslieferung des Bezugsscheins abzunehmen und zu vernichten. Die Abgabe des Bezugs-

scheins ist in die Personalliste mit dem Vermerk „gegen Abgabebescheinigung" unter Beifügung des Namens des bisherigen Trägers einzutragen.

Wäscheverleihgeschäfte.

§ 3. Wer bisher gewerbsmäßig Wäsche vermietet hat (Wäscheverleihgeschäfte), darf die am 27. Dezember 1916 in seinem Besitze befindliche Wäsche auch weiter ohne Bezugsschein vermieten.

Weitere Wäsche darf jedoch für diesen Gewerbebetrieb weder dem Gewerbetreibenden zu Eigentum oder zur Benutzung überlassen noch von ihm zu Eigentum oder zur Benutzung angenommen werden.

Bezugsscheine auf Wäsche für diesen Gewerbebetrieb dürfen nicht ausgestellt werden.

Vermittlung der Bezugsscheine.

§ 4. Vom 15. Januar 1917 ab ist die Einsendung oder Abgabe der Bezugsschein-Vordrucke an die Prüfungsstellen oder Ausfertigungsbehörden durch die Verkäufer oder deren Beauftragte verboten.

Zulässig bleibt diese Einsendung oder Abgabe durch die Verkäufer oder deren Beauftragte, wenn der Antragsteller sich außerhalb des Deutschen Reiches aufhält.

Die Reichsbekleidungsstelle behält sich weitere Ausnahmen für solche Kommunalverbände vor, von denen das in Absatz 1 verbotene Verfahren bereits am 1. November 1916 zugelassen war, wenn der Antrag auf Ausnahme bis zum 6. Januar 1917 bei der Reichsbekleidungsstelle eingeht. In dem Antrag ist eingehend nachzuweisen, durch welche Einrichtungen dem Mißbrauch mit diesem Verfahren und der damit verbundenen Gefährdung des Zweckes, die Vorräte zu strecken, vorgebeugt wird.

Strafbestimmungen.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften in § 2 Absatz 3 Satz 2, § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 1 dieser Bekanntmachung unterliegen der Strafandrohung des § 20 Nummer 1 der Bundesratsverordnung vom $\frac{\text{10. Juni 1916}}{\text{23. Dezember 1916}}$; auch kann die zuständige Behörde nach § 15 derselben Bundesratsverordnung die betreffenden Betriebe schließen.

Inkrafttreten.

§ 6. Diese Bekanntmachung tritt am 27. Dezember 1916 in Kraft.

Bekanntmachung des Reichskanzlers über den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren. Vom 23. Dezember 1916. (RGBl. 1427.)

Auf Grund der §§ 9a, 19 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom $\frac{\text{10. Juni}}{\text{23. Dezember}}$ 1916 $\left(\frac{\text{RGBl. S. 463}}{\text{RGBl. Nr. 289}}\right)$ bringe ich folgendes zur öffentlichen Kenntnis:

§ 1. Die Durchführung des Erwerbs, der Bearbeitung und Veräußerung getragener Kleidungs- und Wäschestücke und getragener Schuhwaren wird den Kommunalverbänden als den nach § 9a zugelassenen Stellen übertragen. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als Kommunalverband anzusehen ist.

Die Kommunalverbände können sich zur Durchführung der ihnen im Abs. 1 übertragenen Aufgaben anderer Personen und Stellen bedienen, die unter Aufsicht und auf Rechnung und Gefahr des Kommunalverbandes handeln.

Die Reichsbekleidungsstelle ist berechtigt, die Durchführung des Erwerbs, der Bearbeitung und Veräußerung getragener Kleidungs- und Wäschestücke und getragene Schuhwaren für einzelne Kommunalverbände auf deren Antrag ganz oder teilweise zu übernehmen.

§ 2. Die Reichsbekleidungsstelle ist berechtigt, Grundsätze über die Ablieferung getragener Kleidungs- und Wäschestücke und getragener Schuhwaren und über deren Erwerb durch die Kommunalverbände aufzustellen; insbesondere kann sie anordnen, daß der Übernahmepreis nach näheren Weisungen der Reichsbekleidungsstelle endgültig durch Sachverständige festgestellt wird, über deren Bestellung die Reichsbekleidungsstelle Bestimmungen treffen kann.

§ 3. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, der Reichsbekleidungsstelle von den getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und den getragenen Schuhwaren zum Selbstkostenpreis käuflich zu überlassen:

a) Den ganzen Bestand der von ihnen erworbenen Uniformstücke,

b) auf Anforderung der Reichsbekleidungsstelle ein Drittel des übrigen noch als Kleidung, Wäsche oder Schuhwerk verwendbaren jeweiligen Bestandes,

c) den ganzen Bestand an den zu b genannten Gegenständen, soweit sie auch nach Wiederinstandsetzung nicht mehr als Kleidung, Wäsche oder Schuhwerk verwendbar sein würden,

d) die bei Wiederinstandsetzung dieser Gegenstände entstehenden Abfälle.

Die Reichsbekleidungsstelle hat den Kommunalverbänden einen angemessenen Übernahmepreis zu zahlen, der den Selbstkostenpreis nicht übersteigen soll. Den Selbstkostenpreis stellt die Reichsbekleidungsstelle endgültig fest.

Bietet die Reichsbekleidungsstelle weniger als den Selbstkostenpreis und ist der Kommunalverband mit dem gebotenenen Preise nicht einverstanden, oder ergeben sich andere Streitigkeiten, so entscheidet endgültig das Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft. Der Kommunalverband hat ohne Rücksicht auf ein etwa schwebendes Verfahren zu liefern, die Reichsbekleidungsstelle vorläufig den von ihr angemessenen erachteten Preis zu zahlen.

§ 4. Die Bestände an getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren, die den Kommunalverbänden bei Außerkrafttreten des § 9a noch verbleiben, hat auf Antrag die Reichsbekleidungsstelle zum Selbstkostenpreis zu übernehmen, wenn der Antrag bei der Reichsbekleidungsstelle innerhalb einer von dieser zu bestimmenden angemessenen Frist eingeht.

Die Vorschriften des § 3 Abs. 2, 3 finden entsprechende Anwendung.

§ 5. Die Reichsbekleidungsstelle hat Ausführungsbestimmungen, Anweisungen und Richtlinien zu erlassen, nach denen die Durchführung der in § 1 bezeichneten Aufgaben der Kommunalverbände zu erfolgen hat. Sie hat die Ausführung der Bestimmungen des § 9a und der vorstehenden Bekanntmachung zu überwachen.

§ 6. Diese Bekanntmachung tritt am 27. Dezember 1916 in Kraft.

Hierzu:

Ausführungsbestimmungen der Reichsbekleidungsstelle. Vom 23. Dezember 1916. (Reichsanzeiger Nr. 302.)

Auf Grund des § 9a der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom $\frac{\text{10. Juni}}{\text{23. Dezember}}$ 1916 $\left(\frac{\text{RGBl. S. 463}}{\text{RGBl. Nr. 289}}\right)$ und der §§ 2 und 5 der Bekanntmachung über den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 wird folgendes bestimmt:

Allgemeines.

§ 1. Die den Kommunalverbänden übertragene Durchführung des Erwerbs, der Bearbeitung und der Veräußerung getragener Kleidungs- und Wäschestücke und getragener Schuhwaren ist durch die Notwendigkeit begründet, den Verbrauch der noch vorhandenen Vorräte an Stoffen und ungebrauchten Bekleidungsstücken in möglichst großem Umfange einzuschränken.

Durch die Wiederverwendung getragener Kleidungs- und Wäschestücke und getragener Schuhwaren soll den breitesten Schichten der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, sich mit gebrauchsfähiger, billiger Bekleidung zu versehen.

Dieser Zweck kann aber nur erreicht werden, wenn die getragenen Stücke zu billigem Preise angekauft werden, bei ihrer Wiederherstellung mit größter Sparsamkeit verfahren und jedes noch irgendwie verwendbare Stück nach Möglichkeit ausgenützt wird.

Zusammenlegung von Kommunalverbänden.

§ 2. Auf Antrag können mehrere Kommunalverbände durch die Landeszentralbehörden zwecks gemeinsamer Durchführung der Bewirtschaftung zu einem Wirtschaftsbezirk verbunden werden. Diese Behörden können in solchen Fällen zugleich die näheren Bestimmungen darüber erlassen, wo Annahmestellen einzurichten sind, wo die Bearbeitung der abgelieferten Stücke und wo deren Verkauf erfolgen soll und wie ferner die gegenseitige Verrechnung der zusammengelegten Kommunalverbände untereinander zu erfolgen hat.

Von jeder solchen Verbindung mehrerer Kommunalverbände zu einem gemeinsamen Wirtschaftsbezirk ist der Reichsbekleidungsstelle sogleich Anzeige zu erstatten. Im Verkehr mit der Reichsbekleidungsstelle tritt der gemeinsame Wirtschaftsbezirk an die Stelle der einzelnen Kommunalverbände.

Ausstellung von Abgabebescheinigungen.

§ 3. Die Kommunalverbände haben die Befugnis, Abgabebescheinigungen zur Erlangung der Bezugsscheine C und D zu erteilen. Sie können diese Befugnis auf die Stellen oder Personen übertragen, deren sie sich zur Durchführung des Erwerbs getragener Kleidungs- und Wäschestücke und getragener Schuhwaren bedienen.

(Bekanntmachung über Bezugsscheine vom 31. Oktober 1916 § 3, Ausführungs-Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 31. Oktober 1916 § 7, Bekanntmachung über Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 § 2, Ausführungs-Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 23. Dezember 1916 § 2).

Verfahren bei der Annahme getragener Kleidungs- und Wäschestücke, Uniformen und Schuhwaren.

§ 4. Grundsätzlich sind nur solche Kleidungs- und Wäschestücke anzunehmen, die sich wieder zu gebrauchsfähigen Sachen, wenn auch unter Zuhilfenahme von Ersatzstücken (Flicken usw.) herrichten lassen. Schuhwaren sind in jeder Beschaffenheit anzunehmen.

Die Annahme der getragenen Kleidungs- und Wäschestücke sowie Schuhwaren erfolgt grundsätzlich gegen Entgelt. Unentgeltlich angebotene Stücke können die Annahmestellen auch ohne Gewährung einer Entschädigung erwerben.

Führung eines Buches über die erworbenen Kleidungs- und Wäschestücke sowie Schuhwaren (Annahmebuch).

§ 5. Die Annahmestellen haben ein Buch zu führen, in das die entgeltlich und unentgeltlich erworbenen Kleidungs- und Wäschestücke, Uniformen und Schuhwaren einzutragen sind. Die Eintragung muß enthalten: die laufende Nummer der Eintragung, den Tag der Annahme, Bezeichnung des abgelieferten Gegenstandes, den festgestellten Preis, Namen und Wohnort des Veräußerers und den Tag des Ausganges.

Die Kommunalverbände können weitere Eintragungen vorschreiben.

Feststellung des Kaufpreises.

§ 6. Die Feststellung des für die abgelieferten Gegenstände zu zahlenden Preises erfolgt im Wege der Abschätzung durch Sachverständige, die von den Kommunalverbänden zu bestellen und darauf zu verpflichten sind, daß sie das ihnen übertragene Amt unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen ausüben wollen.

Der im Wege der Abschätzung festgestellte Preis ist für den Veräußerer und den

Kommunalverband bindend. Die Ablieferer sind hierauf vor der Annahme der von ihnen angebotenen Sachen hinzuweisen.

In jeder Annahmestelle ist durch einen an gut sichtbarer Stelle anzubringenden Aushang darauf hinzuweisen, daß die Feststellung des Preises der abgelieferten Sachen im Wege der Abschätzung durch behördlich bestellte Sachverständige erfolgt, und daß der von diesen Sachverständigen festgestellte Preis für den Veräußerer und den Kommunalverband bindend ist.

Über die Abschätzung der abgelieferten getragenen Uniformen wird die Reichsbekleidungsstelle noch nähere Vorschriften erlassen.

Desinfektion.

§ 7. Alle abgelieferten Kleidungs- und Wäschestücke sowie alle abgelieferten Schuhwaren müssen, bevor sie in Bearbeitung genommen oder bevor sie ohne Bearbeitung den Verkaufsstellen zugeführt werden, desinfiziert werden. Wäschestücke sind in gewaschenem Zustande abzuliefern; sie sind jedoch gleichfalls zu desinfizieren.

Die Desinfektion muß so ausgeführt werden, daß hierdurch die sichere Vernichtung von Ungeziefer und Krankheitskeimen herbeigeführt wird.

Wiederherstellung.

§ 8. Die Bearbeitung der gebrauchsfähigen Kleidungs- und Wäschestücke und Schuhwaren kann von den Kommunalverbänden in besonderen von ihnen eingerichteten Betrieben ausgeführt oder schon bestehenden Betrieben übertragen werden.

Übernimmt der Kommunalverband die Bearbeitung nicht in eigenem Betrieb, so hat er die Pflicht, die Durchführung der Bearbeitung genau zu überwachen und besonders darauf zu achten, daß die Wirtschaftlichkeit des Betriebes hierunter nicht leidet. Er ist weiter zur Einrichtung einer solchen Buchführung verpflichtet, daß er den Verbleib eines jeden Stückes und die darauf verwendeten Unkosten nachweisen kann.

Die erworbenen Uniformstücke sind nicht in Bearbeitung zu nehmen, sondern in unverändertem Zustand an die von der Reichsbekleidungsstelle zu bestimmenden Stellen abzuführen; die Reichsbekleidungsstelle wird hierüber noch nähere Vorschriften erlassen.

Verwertung der nicht mehr verwendbaren Kleidungs- und Wäschestücke, Schuhwaren und Abfälle.

§ 9. Alle nicht mehr verwendbaren Stücke sowie alle bei der Verarbeitung entstehenden Abfälle sind zu sammeln und aufzubewahren. Haben sich größere Mengen hiervon angesammelt, so sind sie, mit Ausnahme der nicht verwendbaren Schuhwaren, an den nächsten, von der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums zugelassenen Lumpensortierbetrieb abzuführen. Ein Verzeichnis der sämtlichen unter Aufsicht der Kriegsrohstoffabteilung stehenden Lumpensortierbetriebe wird den Kommunalverbänden von der Reichsbekleidungsstelle bekanntgegeben werden. Weitere Anweisungen hierüber insbesondere auch über die Berechnung mit den Lumpensortierbetrieben, sowie über die Verwertung nicht mehr verwendbarer Schuhwaren wird die Reichsbekleidungsstelle noch erlassen.

Wiederveräußerung.

§ 10. Die Wiederveräußerung der getragenen Kleidungs- und Wäschestücke und Schuhwaren hat in gesonderten Verkaufsräumen zu erfolgen.

Die Veräußerung eines jeden diesen Verkaufsstellen übergebenen Stückes darf nur gegen Bezugsschein erfolgen, ohne Rücksicht darauf, ob es entgeltlich oder unentgeltlich erworben und ob es einer Bearbeitung unterzogen worden ist oder nicht; ausgenommen hiervon sind solche Stücke, die in nichtgetragenem Zustande der Bezugsscheinspflicht nicht unterliegen würden. Die Veräußerung hat grundsätzlich gegen Entrichtung des festgesetzten Kaufpreises zu erfolgen.

Bei der Festsetzung dieses Kaufpreises dürfen Kommunalverbände und gemeinnützige Fürsorgevereinigungen zu dem durch die Abschätzung an den Annahmestellen fest-

gestellten Preise des betreffenden Stückes nur die sämtlichen ihnen entstandenen Auslagen hinzurechnen.

Übergibt der Kommunalverband den Verkauf einem Privatbetrieb, so hat er einen angemessenen Zuschlag festzusetzen, der dem Verkäufer zur Deckung seiner Unkosten und als Verdienst zugebilligt werden soll. Der Verkäufer darf beim Verkauf den aus Einkaufspreis und vorstehendem Zuschlag bestehenden Verkaufspreis nicht überschreiten.

Führung eines Buches über die veräußerten Kleidungs- und Wäschestücke und Schuhwaren (Abgabebuch).

§ 11. Die Verkaufsstellen haben ein Buch zu führen (Abgabebuch), in das der Verkauf der Stücke einzutragen ist. Die Eintragung muß enthalten: die laufende Nummer der Eintragung, den Tag des Einganges des Stückes bei der Verkaufsstelle, die nähere Bezeichnung des Stückes in Übereinstimmung mit den Warengattungen der Bestandsmeldebogen (vgl. § 13), den Verkaufspreis, den Tag des Ausganges sowie Name und Wohnort des Erwerbers.

Die Kommunalverbände sind berechtigt, weitere Eintragungen vorzuschreiben.

Preiszettel.

§ 12. Jedes zur Veräußerung bestimmte Stück ist mit einem Preiszettel zu versehen, der die Aufschrift trägt „Reichsbekleidungsstelle, behördlich festgesetzter Verkaufspreis". Darunter ist in deutlich lesbarer Schrift der Verkaufspreis und die Nummer, unter der das Stück im Abgabebuch eingetragen ist, anzugeben und das zu verkaufende Stück in Übereinstimmung mit den Warengattungen der Bestandmeldebogen zu bezeichnen (vgl. § 13).

Weitere Zusätze auf dem Preiszettel, insbesondere Angabe des Kommunalverbandes, sind unzulässig.

Die Preiszettel dürfen vor der Veräußerung an den Verbraucher von dem Stück nicht entfernt werden. Sie sind vor der Abgabe des Stückes abzutrennen und sorgfältig aufzubewahren.

Bestandsmeldungen.

§ 13. Um der Reichsbekleidungsstelle eine Übersicht über die vorhandenen Bestände an getragenen verkaufsfertigen Kleidungs- und Wäschestücken und Schuhwaren zu geben und sie in die Möglichkeit zu versetzen, einen Ausgleich in den Beständen verschiedener Bezirke herbeizuführen, haben die Kommunalverbände am 1. eines jeden Monats eine buchmäßige Bestandsaufnahme der zur Veräußerung bereitstehenden Stücke zu machen und den festgestellten Bestand spätestens am 5. Tage nach diesem Termin der Statistischen Abteilung (F) der Reichsbekleidungsstelle auf besonderen, von der Reichsbekleidungsstelle vorgeschriebenen Meldebogen anzuzeigen.

Die 1. Bestandsaufnahme hat am 1. Februar 1917 zu erfolgen.

Die vorgeschriebenen Bestandsmeldebogen sind von der Statistischen Abteilung (F) der Reichsbekleidungsstelle gegen Entgelt zu beziehen.

Buchführung.

§ 14. Die Kommunalverbände haben, abgesehen von dem Annahme- und Abgabebuch, durch Führung geeigneter Verzeichnisse oder Bücher, dafür Sorge zu tragen, daß sie den Verbleib der von ihnen erworbenen Stücke, die durch die Desinfektion, die Verarbeitung und den Verkauf entstandenen Unkosten, sowie den aus dem Verkauf der Stücke und der Abfälle erzielten Gewinn genau nachweisen können.

Ausnahmebestimmungen hinsichtlich des gewerbsmäßigen Altkleiderhandels.

§ 15. Gewerbetreibende, die mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren Großhandel treiben, dürfen die am 27. Dezember 1916 in ihrem

Besitz befindlichen getragenen Kleidungs- und Wäschestücke und Schuhwaren bis zum 31. Januar 1917 an gewerbsmäßige Kleinhändler entgeltlich veräußern.

Gewerbetreibende, die mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren Kleinhandel treiben, dürfen die am 27. Dezember 1916 in ihrem Besitz befindlichen und die auf Grund des vorstehenden Absatzes von ihnen erworbenen getragenen Kleidungs- und Wäschestücke und Schuhwaren bis zum 28. Februar 1917 an Verbraucher entgeltlich veräußern. Die Veräußerung darf nur gegen Bezugsschein erfolgen; ausgenommen hiervon sind solche Stücke, die in nicht getragenem Zustande der Bezugsscheinspflicht nicht unterliegen würden.

Nach Ablauf der in Absatz 1 und 2 festgesetzten Fristen können Groß- und Kleinhändler die dann noch in ihrem Besitz befindlichen getragenen Kleidungs- und Wäschestücke und getragenen Schuhwaren an die von den Kommunalverbänden eingerichteten Annahmestellen veräußern. Die Festsetzung des Kaufpreises erfolgt durch Schätzung gemäß § 6 dieser Ausführungsbestimmungen.

Unbeschränkte örtliche Zuständigkeit der Annahme und Verkaufsstellen.

§ 16. Wer getragene Kleidungs- und Wäschestücke und getragene Schuhwaren veräußern will, ist berechtigt, sie bei jeder auch außerhalb seines Wohnsitzes oder Aufenthaltsortes liegenden Annahmestelle abzuliefern. Die Annahmestellen sind verpflichtet getragene Stücke auch von Personen, die außerhalb des diese Annahmestelle beaufsichtigenden Kommunalverbandes ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt haben, zu dem ordnungsgemäß festgestellten Preis abzunehmen und auf Verlangen die vorgeschriebene Abgabebescheinigung zu erteilen.

Diese Vorschriften finden auf die Verkaufsstellen sinngemäße Anwendung.

Strafbestimmungen.

§ 17. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des § 10 Absatz 4 Satz 2 und des § 12 werden nach § 20 Absatz 1 Nr. 1 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom $\frac{\text{10. Juni}}{\text{23. Dezember}}$ 1916 bestraft. Auch haben die Zuwiderhandelnden nach § 15 derselben Bekanntmachung die Schließung ihrer Betriebe zu gewärtigen.

Inkrafttreten.

§ 18. Diese Bekanntmachung tritt am 27. Dezember 1916 in Kraft.

Richtlinien*) der Reichsbekleidungsstelle für die Durchführung des Erwerbs, der Verarbeitung und Veräußerung getragener Kleidungs- und Wäschestücke, Uniformen und Schuhwaren.

(Mitteilungen der Reichsbekleidungsstelle Nr. 2 S. 12.)

Nach § 5 der Bekanntmachung über den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 hat die Reichsbekleidungsstelle neben den Ausführungsbestimmungen, zu deren Beachtung die Kommunalverbände verpflichtet sind, noch Richtlinien bekannt zu geben. Durch diese Richtlinien sollen den Kommunalverbänden über die Ausführungsbestimmungen hinaus Vorschläge gemacht und Ratschläge erteilt werden, deren sie sich bei Einrichtung und Durchführung des aus dem Erwerb, der Bearbeitung und der Veräußerung getragener Kleidungs- und Wäschestücke, Uniformen und Schuhwaren entstehenden gesamten Betriebes bedienen können. Eine bindende Verpflichtung soll ihnen dagegen durch die Richtlinien nicht auferlegt werden.

I. Allgemeines.

Da die Durchführung des Erwerbs, der Bearbeitung und der Veräußerung getragener Kleidungs- und Wäschestücke, Uniformen und Schuhwaren in erster Linie den

*) Die Anlagen sind hier nicht mit abgedruckt.

Zweck verfolgt, auf diesem Wege für weite Kreise der Bevölkerung gebrauchsfähige und wohlfeile Bekleidung zu gewinnen, so ergibt sich hieraus ohne weiteres, daß die Kommunalverbände die ihnen hiermit gestellten Aufgaben und den daraus sich ergebenden gesamten Betrieb möglichst nach kaufmännischen Gesichtspunkten werden einrichten müssen, wenn der wirtschaftliche Zweck der gesetzlichen Maßnahmen erreicht werden soll. Diese Forderung wird sich um so dringender geltend machen, je größer der als Unternehmer zu betrachtende Kommunalverband ist und um so ausgedehnteren Umfang damit der von ihm eingerichtete Wirtschaftsbetrieb einnehmen wird.

Daraus ergibt sich, vor allem mit Rücksicht auf den herrschenden Mangel an Beamtenpersonal, ohne weiteres die Notwendigkeit, kaufmännische und fachmännische Kreise in möglichst weitem Umfange ehrenamtlich oder gegen Vergütung bei der Durchführung heranzuziehen. Weiter muß es unter Berücksichtigung gerade dieser Umstände besonders empfehlenswert erscheinen, bestehende Fürsorgeeinrichtungen, die sich bereits mit ähnlichen Aufgaben befaßt haben, zu beauftragen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihren Betrieb nötigenfalls den gesetzlichen Vorschriften entsprechend umzugestalten und zu erweitern.

Kleinere Kommunalverbände, besonders solche mit überwiegend ländlicher Bevölkerung, werden zweckmäßig die Zusammenlegung mit benachbarten Kommunalverbänden zu einem gemeinsamen Wirtschaftsbezirk beantragen; nach Möglichkeit werden sie sich einer in erreichbarer Nähe liegenden größeren Stadt anschließen, da anzunehmen ist, daß in dieser die ordnungsgemäße und wirtschaftliche Verarbeitung der abgelieferten Stücke sich wirtschaftlicher durchführen läßt als in kleineren ländlichen Gemeinden.

II. Annahme der getragenen Kleidungs- und Wäschestücke, Uniformen und Schuhwaren.

1. Einrichtung der Annahmestellen.

Die Annahmestellen sollen innerhalb der einzelnen Kommunalverbände in solcher Zahl errichtet werden, daß die Bevölkerung sie ohne allzu großen Zeitverlust erreichen kann. In größeren Städten ist auch zu bedenken, daß bei Vorhandensein nur weniger Annahmestellen die Gefahr zu großen Andranges besteht, wodurch sich die Abfertigung naturgemäß verzögern und der Anreiz zur Ablieferung vermindern würde. Andererseits wird bei der Einrichtung einer zu großen Zahl von Annahmestellen die Gefahr bestehen, daß die Übersicht und die Beaufsichtigung des gesamten Betriebes hierunter leiden könnte.

In größeren Städten sollen die Annahmestellen während des ganzen Tages geöffnet sein; aber auch in kleineren Ortschaften sind die Stunden, in denen sie dem Verkehr geöffnet sind, nicht zu sehr zu beschränken. Die Dienststunden der Annahmestellen sollen öffentlich bekannt gegeben werden. Wenn man ferner berücksichtigt, daß es sich um eine freiwillige, nicht um eine zwangsweise Abgabe von getragenen Kleidungs- und Wäschestücken, Uniformen und Schuhwaren handelt, so wird ein Hinweis darauf angebracht sein, daß das in den Annahmestellen tätige Personal der Bevölkerung in angemessener Weise entgegenkommt.

Zweckmäßig für den ganzen Betrieb wird es stets sein, wenn die Kommunalverbände die Annahmestellen in eigene Verwaltung übernehmen. Die erforderliche Einrichtung der Räumlichkeiten (Kleiderständer, Bügel usw.) wird sich in den meisten Fällen mietweise beschaffen lassen.

Grundsätzliche Bedenken bestehen nicht dagegen, mit der Annahme der getragenen Kleidungs- und Wäschestücke, Uniformen und Schuhwaren Privatbetriebe zu betrauen. Diesen ist dann die Verpflichtung aufzuerlegen, das vorgeschriebene Annahmebuch ordnungsmäßig zu führen und etwa verlangte Abgabebescheinigungen vorschriftsmäßig auszufüllen. Der Entwurf eines Annahmebuches befindet sich unter den gleichzeitig veröffentlichten „Vordrucken mit Erklärungen". Anlage A.

Die solchen Geschäften für ihre Mühewaltung zu gewährende Entschädigung soll im voraus festgesetzt und so bemessen sein, daß dadurch die allgemeinen Unkosten nicht wesentlich erhöht werden.

2. Ankauf.

Die Eröffnung der Annahmestellen soll umgehend öffentlich bekannt gegeben und gleichzeitig das Interesse der Bevölkerung zur Ablieferung in geeigneter Weise geweckt werden. Hinweise in der Ortspresse auf den Zweck der Einrichtung, und daß es vaterländische Pflicht ist, alte nicht durchaus notwendige getragene Kleidung und Wäsche, Uniformen und Schuhwaren abzuliefern, werden angeraten. Es kann zugleich erwähnt werden, daß für die abgelieferten Kleidungsstücke ein angemessenes Entgelt gezahlt wird, da die Feststellung des Preises im Wege der Abschätzung durch sachkundige Personen erfolgt. Wichtig ist außerdem, zugleich bekannt zu geben, daß der auf diese Weise festgestellte Kaufpreis für den Veräußerer und den Kommunalverband bindend ist.

Die Ablieferung von getragenen Sachen durch Beauftragte ist zuzulassen, auch sollten getragene Sachen bei entsprechendem Antrag aus den Wohnungen abgeholt werden. Zusendung durch die Post ist überall zuzulassen.

Ob weiter noch vertrauenswürdige Personen damit beauftragt werden sollen, die Bevölkerung in der Wohnung aufzusuchen und sie dort zur Ablieferung getragener Kleidungs- und Wäschestücke, Uniformen und Schuhwaren zu veranlassen, muß nach Lage der örtlichen Verhältnisse entschieden werden. Hierbei könnte zuverlässigen Personen aus Althändlerkreisen Gelegenheit zum Verdienst geboten werden.

3. Annahme.

Die Anstellung oder Zuziehung fachmännisch geschulter Personen erscheint geboten, damit sofort bei dem Angebot von getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und Schuhwaren festgestellt werden kann, ob sie noch verwendbar sind oder nicht. Um den Verbleib eines Stückes jederzeit feststellen zu können, soll jedes Stück sofort bei der Annahme mit einem dauerhaften Etikett versehen werden; am besten wird ein weißer Stoffstreifen an das Stück genäht, der durch die Desinfektion und die weitere Behandlung nicht abgelöst wird. Auf dem Etikett wird mit unauslöschbarer Tinte die in den nachfolgenden „Vordrucken mit Erklärungen" vorgeschriebene Nummer verzeichnet. Dieser Stoffstreifen ist erst zu entfernen, wenn das Stück zum Verkauf gestellt werden soll und daher mit dem vorgeschriebenen Preiszettel versehen wird.

Die Annahme völlig unbrauchbarer Kleidungs- und Wäschestücke (Lumpen) ist auszuschließen, da die Sammlung von Lumpen durch die von der Kriegsrohstoff-Abteilung des Kriegsministeriums beauftragten Sortierbetriebe erfolgt. Dagegen ist von Schuhwerk jedes noch so abgetragene oder zerrissene Stück anzunehmen, da die Sammlung aller Altlederabfälle im Interesse einer Streckung der vorhandenen Ledervorräte notwendig erscheint.

4. Abgabebescheinigung.

Um die Ausgabe von Abgabebescheinigungen zur Erlangung von Bezugsscheinen C oder D überwachen zu können, ist es unerläßlich, sofort bei Ablieferung der Stücke festzustellen, ob eine Abgabebescheinigung verlangt wird oder nicht. Die verlangten Abgabebescheinigungen sollen ebenfalls sofort ausgefertigt und ausgehändigt werden, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen.

5. Abschätzung.

Mit der Abschätzung dürfen nur sachkundige Personen betraut werden. Da der durch Schätzer festgestellte Preis für beide Parteien bindend ist, sollte die Abschätzung in der Regel nicht durch eine Person sondern durch mehrere gemeinschaftlich erfolgen. In diesem Falle den Schätzern weitere Anweisungen zu geben, muß dem Kommunalverband überlassen bleiben. Zuverlässige Personen aus Althändlerkreisen sollen als Schätzer herangezogen werden. Die Schätzer werden zweckmäßigerweise sämtliche abgelieferten Kleidungs- und Wäschestücke in die drei Klassen „Gut erhalten", „Mittelmäßig erhalten", „Schlecht erhalten" einteilen. Innerhalb dieser Klassen empfiehlt es sich, für die einzelnen Arten von Bekleidungsstücken Höchstpreise festzulegen, an die die Schätzer gebunden sind.

Bei der Bildung dieser Höchstpreise sollen die durch den Krieg hervorgerufenen, meistens unverhältnismäßigen Preissteigerungen nicht berücksichtigt werden, sondern es sollen die zu Friedenszeiten üblich gewesenen Preise zugrunde gelegt werden.

Zu empfehlen ist die sofortige Auszahlung des von dem Schätzer festgestellten Preises, denn ein großer Teil der Bevölkerung wird sich dadurch leichter zur Ablieferung getragener Kleidungs- und Wäschestücke sowie Schuhwaren entschließen.

Wenn sich eine sofortige Auszahlung des festgestellten Preises an der Annahmestelle nicht ausführen läßt, so wird darauf Bedacht zu nehmen sein, daß dem Ablieferer von der Annahmestelle die Kassenstelle und die Zeit der Auszahlung sogleich angegeben werden kann, um ihm unnütze Wege und Zeitversäumnis zu ersparen. Die Ausgestaltung dieses Verfahrens im einzelnen muß den Kommunalverbänden überlassen werden. Der Entwurf von Vordrucken, die hierbei verwendet werden können, ist nebst Erklärung den Richtlinien beigefügt. Anlage C, D und E.

III. Desinfektion.

Die Desinfektion erfolgt zuverlässig durch strömenden Wasserdampf in Dampfapparaten; die Verwendung solcher Apparate wird daher anzustreben sein. Zu berücksichtigen ist dabei, daß besonders empfindliche Kleidungsstücke, Pelze und Ledersachen durch diese Art der Desinfektion leiden. Sie sind daher auf andere Weise, z. B. mittels Formalin zu desinfizieren, und zwar entweder durch Ausbürsten mit 1% Formalinlösung oder mittels der durch Apparate entwickelten Dämpfe von 40% Formalinlösung. Zur Ausführung der Desinfektion oder wenigstens zu ihrer Überwachung sollen die Personen herangezogen werden, die auf Grund der Landesseuchengesetze in der Durchführung der Desinfektion bei übertragbaren Krankheiten ausgebildet und mit ihrer Ausführung betraut sind. (Staatlich geprüfte Desinfektoren.)

IV. Bearbeitung.

Auf diesen Zweig des Betriebes muß besonders Wert gelegt werden, da durch eine sachgemäße Ausführung der Bearbeitung die Zahl der wiederverwendbaren Gegenstände sehr erhöht wird. Die Bearbeitung muß in hierfür geeigneten Betriebsstellen ausgeführt werden. Die Zuziehung fachmännisch ausgebildeter Personen ist hierbei unerläßlich.

1. Kleidungs- und Wäschestücke.

Für die Wiederherstellung der in der abgelieferten Form wieder verwendbaren Stücke ist die Heranziehung von bestehenden Geschäften, Verbänden, Innungen und Heimarbeits-Vereinigungen anzustreben. Die Preise für die Wiederherstellungsarbeiten sind möglichst vorher zu festen Sätzen zu regeln. Zu diesem Zwecke empfiehlt es sich, die wiederherzustellenden Stücke durch sachkundige bestellte Schätzer in Klassen einzuteilen und die Preise für jede Klasse nach der voraussichtlichen Arbeitszeit festzusetzen, wie es in den militärischen Instandsetzungsämtern geschieht. Die Sätze müssen im Einklang mit den ortsüblichen Arbeitslöhnen stehen und können einen kleinen Zuschlag für die Unternehmer (Geschäfte, Verbände usw.), welche für die Ausführung der Arbeiten verantwortlich sind, enthalten.

Für die Bearbeitung der in der abgelieferten Form nicht mehr verwendbaren Stücke kommt sowohl die Errichtung von Betrieben in eigener Verwaltung der Kommunalverbände als auch die Heranziehung gemeinnütziger Fürsorgevereinigungen, die sich schon mit solchen Arbeiten befaßt haben, in Frage.

Eingehende Anweisungen über die Bearbeitung zu geben, ist bei der Mannigfaltigkeit der vorkommenden Fälle nicht möglich. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen in den verschiedenen Teilen des Reiches wird die Reichsbekleidungsstelle in ihren Mitteilungen von Zeit zu Zeit bekannt geben.

Auf das Sammeln aller bei der Wiederherstellung entstehenden Abfälle muß besonders geachtet werden. Insbesondere ist darauf hinzuwirken, daß, wenn die Bearbeitung außerhalb eigener Werkstatt erfolgt, auch die Abfälle wieder mit zurückzuliefern sind.

Sofern Abfälle entstehen, die zu einer später vielleicht notwendig werdenden Ausbesserung des betreffenden Gegenstandes noch verwendet werden können, sollen dieselben dem betreffenden Gegenstand beigefügt werden.

Für die Verwertung der für die Bearbeitung nicht mehr verwendbaren Abfälle wird die Reichsbekleidungsstelle besondere Anweisungen erteilen.

2. Schuhwaren.

Hinsichtlich der Schuhwaren ist ebenso darauf Bedacht zu nehmen, aus den abgelieferten Stücken in möglichst großem Umfange wieder verwendbares Schuhwerk herzustellen. Die für Kleidungs- und Wäschestücke vorstehend gegebenen Ratschläge können auch hier befolgt werden.

Alle nicht wieder herstellbaren Schuhwaren sind an noch zu benennende Stellen abzuliefern. Anweisungen hierüber erläßt die Reichsbekleidungsstelle.

V. Veräußerung.

Bei der Festsetzung der Verkaufspreise ist zu berücksichtigen, daß bei gut erhaltenen Kleidungs- und Wäschestücken sowie Schuhwaren die Aufwendungen für Instandsetzungen in der Regel geringer sein werden, als bei den mittelmäßig und schlecht erhaltenen. Um nun zu vermeiden, daß ein nur schlecht erhaltenes Bekleidungsstück, das weniger dauerhaft sein wird als ein gut erhaltenes, infolge der höheren Kosten der Wiederherstellung ebenso teuer oder gar teurer als ein gut erhaltenes verkauft werden muß, sollen die gesamten Wiederherstellungskosten einer größeren Anzahl von Kleidungsstücken auf diese anteilsmäßig oder so verteilt werden, daß der Preis der sehr gut erhaltenen etwas erhöht, derjenige der minder gut erhaltenen Kleidungsstücke etwas herabgesetzt wird.

Werden mit der Veräußerung Privatbetriebe beauftragt, so lassen sich hierbei auch wieder zuverlässige Personen aus dem Bekleidungsgewerbe und aus Althändlerkreisen verwenden.

In Erwägung zu ziehen ist noch, daß mit dem Verkauf wiederhergestellter Kleidungs- und Wäschestücke sowie Schuhwaren nicht begonnen wird, bevor nicht ein einigermaßen sortiertes Lager vorhanden ist, da sonst die Gefahr besteht, daß die Bevölkerung durch zu geringe Auswahl an Kleidungsstücken die Neigung verliert, ihren Bedarf an getragenen Kleidungs- und Wäschestücken sowie Schuhwaren bei den Verkaufsstellen zu decken.

Auf genaue Führung des Abgabebuches und die Beobachtung der Vorschriften über die Preiszettel ist besonders zu achten. Der Entwurf eines Abgabebuches befindet sich unter den gleichzeitig veröffentlichten Vordrucken mit Erläuterungen. Anlage B.

VI. Bestandsmeldungen.

Da der leichteren Ausführung wegen nur eine buchmäßige Bestandaufnahme vorgeschrieben ist, so ergibt sich hieraus ohne weiteres, daß die Bücher, auch soweit sie sich auf den Nachweis der vorhandenen Bestände beziehen, besonders sorgfältig und übersichtlich geführt werden müssen.

Die Reichsbekleidungsstelle hat das größte Interesse an der genauen Ausfüllung der vorgeschriebenen Meldebogen und ihrer rechtzeitigen Einsendung. In jedem Kommunalverband soll eine zuverlässige Person mit der Erledigung dieser Aufgabe beauftragt werden; bei größeren Betrieben wird dies, wenn Störungen vermieden werden sollen, unerläßlich sein. Über die Form der Bestandsmeldungen ergehen noch nähere Anweisungen.

VII. Abschätzung der von Althändlern angebotenen Bestände.

Sollten die Altkleiderhändler nach Ablauf der ihnen gesetzten Frist die ihnen noch verbliebenen Bestände von getragenen Kleidungsstücken den Annahmestellen zum Ankauf anbieten, so kann den Schätzern Anweisung gegeben werden, von den unter Nr. II der Richtlinien gegebenen Ratschlägen abzuweichen. Es wird zu berücksichtigen sein, daß die Altkleiderhändler die getragenen Kleidungs- und Wäschestücke und Schuhwaren zu dem während des Krieges immer mehr gestiegenen Preise angekauft haben, und es dürfte

daher der Billigkeit entsprechen, der Abschätzung nicht den üblichen Friedenspreis zugrunde zu legen.

VIII.

Über getragene Uniformen werden demnächst besondere Anweisungen bekannt gegeben.

Anweisung betreffend die nicht mehr verwendbaren Kleidungs- und Wäschestücke sowie die bei der Verarbeitung entstehenden Abfälle (Lumpen). (Mitteilung der Reichsbekleidungsstelle Nr. 2 S. 21.)

Auf Grund des § 5 der Bekanntmachung über den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 und des § 9 der Ausführungsbestimmungen der Reichsbekleidungsstelle über getragene Kleidung, Wäsche und Schuhwaren vom gleichen Tage wird bestimmt:

1. Alle nicht mehr verwendbaren Kleidungs- und Wäschestücke sowie alle bei der Verarbeitung entstehenden Lumpen und Stoffabfälle sind sorgfältig zu sammeln, wobei darauf zu achten ist, daß sie möglichst frei von Staub und Schmutz bleiben.

Diese Lumpen und Stoffabfälle sind nach folgenden drei Arten zu sondern:

a) Lumpen aus gestrickter Wolle, weiße und farbige.

b) Weiße Lumpen aller sonstiger Stoffe.

c) Alle übrigen Lumpen und Stoffabfälle.

2. Hat sich eine den Versand lohnende Menge Lumpen angesammelt, so hat die Ablieferung an den nächsten, vom Kriegsministerium K. R. A. beauftragten Lumpensortierbetrieb zu erfolgen. Das erforderliche Verpackungsmaterial stellt der Sortierbetrieb zur Verfügung, bei dem es unter Angabe der vorhandenen Lumpenmengen anzufordern ist.

Ein Verzeichnis sämtlicher von der Kriegsrohstoff-Abteilung des Kgl. Preuß. Kriegsministeriums (Kriegsamtes) beauftragten Lumpensortierbetriebe ist hierunter abgedruckt.

3. Das vor der Absendung für die obigen drei Arten gesondert festzustellende Nettogewicht ist dem Lumpensortierbetrieb gleichzeitig mit der Versandanzeige mitzuteilen. Eine Abschrift dieser Versandanzeige nebst Gewichtsangabe ist am gleichen Tag der Reichsbekleidungsstelle, Abteilung E für Ersatzstoffe, Berlin W 56, Markgrafenstraße 42 einzusenden.

4. Der Versand der Lumpen an den nächsten Sortierbetrieb erfolgt für Rechnung und Gefahr dieses Betriebes. Befindet sich der Sortierbetrieb am gleichen Ort wie die Sammelstelle, so hat der Sortierbetrieb die Kosten für Beifuhren zu bestreiten. Ist Bahnversand von der Sammelstelle zum Sortierbetrieb nötig, so trägt der betreffende Kommunalverband die Kosten für die Beifuhr zur Bahn.

5. Die Reichsbekleidungsstelle übernimmt die Verrechnung mit den beauftragten Sortierbetrieben und vergütet dem ablieferndem Kommunalverbande bei vorschriftsmäßiger Sortierung der Lumpen folgende Preise:

für das kg Lumpen aus gestrickter Wolle	1,40 M.
„ „ „ weiße Lumpen	0,35 „
„ „ „ der übrigen Lumpen	0,20 „

6. Für den Fall von Streitigkeiten zwischen den Sortierbetrieben und dem ablieferndem Kommunalverband (Gewichtsabweichungen, Mängel in der Sortierung usw.) entscheidet nach Prüfung die Reichsbekleidungsstelle. Diese Entscheidung ist für beide Teile endgültig.

Zu Seite 262.

Bekanntmachung, betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Dänemark. Vom 22. Dezember 1916. (RGBl. 1430.)

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats, betreffend die Verlängerung der im Artikel 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerb-

lichen Eigentums vom 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen, vom 7. Mai 1915 (RGBl. 272) und im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. September 1916 (RGBl. 1007) wird hierdurch bekanntgemacht, daß in Dänemark die Prioritätsfristen zugunsten der deutschen Reichsangehörigen weiter bis zum 1. Juli 1917 verlängert worden sind.

Abteilung D.

Zu Seite 311.

Gesetz zur Ergänzung des Kriegssteuergesetzes. Vom 17. Dezember 1916. (RGBl. 1407.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Einziger Paragraph.

Dem § 6 des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 (RGBl. 561) werden folgende Absätze 2 und 3 beigefügt:

Ferner sind noch nicht fällige Ansprüche aus während des Veranlagungszeitraums eingegangenen Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen mit der vollen Summe der eingezahlten Prämien oder Kapitalbeiträge anzusetzen, falls die jährliche Prämienzahlung den Betrag von eintausend Mark oder die einmalige Kapitalzahlung den Betrag von dreitausend Mark übersteigt.

Der vor dem 31. Dezember 1916 auf die Abgabe vorausbezahlte Betrag (§ 31) tritt dem auf 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögen hinzu.

Urkundlich usw.

Zu Seite 465.

Besitzsteuergesetz. Vom 3. Juli 1913. (RGBl. 524.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Steuerpflicht.

§ 1. Von dem Vermögenszuwachs wird für das Reich nach den Vorschriften dieses Gesetzes eine Abgabe (Besitzsteuer) erhoben.

§ 2. Als Vermögen im Sinne des § 1 gilt, soweit das Gesetz nichts anderes vorschreibt, das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden. Es umfaßt:

1. Grundstücke einschließlich des Zubehörs (Grundvermögen);
2. das dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, des Bergbaues oder eines Gewerbes dienende Vermögen (Betriebsvermögen);
3. das gesamte sonstige Vermögen, das nicht Grund- oder Betriebsvermögen ist (Kapitalvermögen).

§ 3. Den Grundstücken (§ 2 Nr. 1) stehen gleiche Berechtigungen, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des bürgerlichen Rechtes gelten.

§ 4. Zum Betriebsvermögen (§ 2 Nr. 2) gehören alle dem Unternehmen gewidmeten Gegenstände.

Das Betriebsvermögen einer offenen Handelsgesellschaft oder einer anderen Erwerbsgesellschaft, bei welcher der Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) des Betriebs anzusehen ist, wird den einzelnen Teilhabern nach dem Verhältnis ihres Anteils zugerechnet.

§ 5. Zum steuerbaren Vermögen gehört nicht das im Ausland befindliche Grund- und Betriebsvermögen.

§ 6. Als Kapitalvermögen (§ 2 Nr. 3) kommen insbesondere, soweit die einzelnen Vermögensgegenstände nicht unter § 2 Nr. 1, § 3 oder unter § 2 Nr. 2, § 4 fallen, in Betracht:

1. selbständige Rechte und Gerechtigkeiten;
2. verzinsliche und unverzinsliche Kapitalforderungen jeder Art;
3. Aktien oder Anteilscheine, Kuxe, Geschäftsguthaben bei Genossenschaften, Geschäftsanteile und andere Gesellschaftseinlagen;

4. bares Geld deutscher Währung, fremde Geldsorten, Banknoten und Kassenscheine, ausgenommen die aus den laufenden Jahreseinkünften vorhandenen Bestände, und Bank- oder sonstige Guthaben, soweit sie zur Bestreitung der laufenden Ausgaben für drei Monate dienen, sowie Gold und Silber in Barren;
5. der Kapitalwert der Rechte auf Renten und andere wiederkehrende Nutzungen und Leistungen, welche dem Berechtigten auf seine Lebenszeit oder auf die Lebenszeit eines anderen, auf unbestimmte Zeit oder auf die Dauer von mindestens zehn Jahren entweder vertragsmäßig als Gegenleistung für die Hingabe von Vermögenswerten oder aus letztwilligen Verfügungen, Schenkungen oder Familienstiftungen oder vermöge hausgesetzlicher Bestimmungen zustehen;
6. noch nicht fällige Ansprüche aus Lebens- und Kapitalversicherungen oder Rentenversicherungen, aus denen der Berechtigte noch nicht in den Rentenbezug eingetreten ist.

§ 7. Die Vorschrift im § 6 Nr. 5 gilt nicht
a) für Ansprüche an Witwen-, Waisen- und Pensionskassen;
b) für Ansprüche aus einer Kranken- oder Unfallversicherung, aus der Reichsversicherung oder der gesetzlichen Versicherung der Angestellten;
c) für Renten und ähnliche Bezüge, die mit Rücksicht auf ein früheres Arbeits- oder Dienstverhältnis gewährt werden.

§ 8. Als steuerbares Vermögen gelten nicht Möbel, Hausrat und andere nicht unter § 6 fallende bewegliche körperliche Gegenstände, sofern sie nicht als Zubehör eines Grundstücks (§ 2 Nr. 1, § 3) oder als Bestandteil eines Betriebsvermögens (§ 2 Nr. 2, § 4) anzusehen sind.

§ 9. Das zu einem Lehen, Fideikommiß oder Stammgut gehörige Vermögen gilt als Vermögen des Inhabers.

§ 10. Von dem Vermögen sind abzuziehen die dinglichen und persönlichen Schulden des Steuerpflichtigen sowie der Wert der dem Steuerpflichtigen obliegenden oder auf einem Lehen, Fideikommiß oder Stammgut ruhenden Leistungen der im § 6 Nr. 5 bezeichneten Art.

Nicht abzugsfähig sind
a) Schulden, die zur Bestreitung der laufenden Haushaltungskosten eingegangen sind (Haushaltungsschulden);
b) Schulden und Lasten, welche in wirtschaftlicher Beziehung zu nicht steuerbaren Vermögensteilen stehen.

Beschränkt sich die Zuwachsbesteuerung auf das inländische Grund- und Betriebsvermögen (§ 11 Nr. II), so sind nur die in einer wirtschaftlichen Beziehung zu diesen Vermögensteilen stehenden Schulden und Lasten abzugsfähig.

§ 11. Steuerpflichtig sind
I. mit dem Zuwachs an dem gesamten steuerbaren Vermögen:
1. die Angehörigen des Deutschen Reichs, mit Ausnahme derer, die sich seit länger als zwei Jahren dauernd im Ausland aufhalten, ohne einen Wohnsitz in einem deutschen Bundesstaate zu haben. Die Ausnahme findet keine Anwendung auf Reichs- und Staatsbeamte, die im Ausland ihren dienstlichen Wohnsitz haben. Wahlkonsuln gelten nicht als Beamte im Sinne dieser Vorschrift;
2. Ausländer, wenn sie im Deutschen Reiche einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt haben;

II. mit dem Zuwachs an dem inländischen Grund- und Betriebsvermögen:
alle natürlichen Personen ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt.

Der Reichskanzler kann zum Zwecke der Vermeidung einer Doppelbesteuerung oder der Anwendung eines Vergeltungsrechts gegenüber außerdeutschen Staaten mit Zustimmung des Bundesrats Anordnungen treffen, die von den Vorschriften in Nr. I und dem § 5 abweichen.

§ 12. Die Abgabe wird nicht erhoben von dem Zuwachs, der den Betrag von zehntausend Mark nicht übersteigt.

§ 13. Vermögen, die den Gesamtwert von zwanzigtausend Mark nicht übersteigen, unterliegen der Zuwachsbesteuerung nicht.

Bei Vermögen über zwanzigtausend Mark, aber nicht über dreißigtausend Mark Gesamtwert, unterliegt der nach § 12 steuerpflichtige Zuwachs nur insofern der Steuer, als durch ihn die steuerfreie Grenze (Abs. 1) überschritten wird.

§ 14. Für die Veranlagung der Besitzsteuer wird das Vermögen der Ehegatten zusammengerechnet, sofern sie nicht dauernd voneinander getrennt leben. Die Ehegatten sind, falls ihr Vermögen hiernach zusammenzurechnen ist, der Staatskasse als Gesamtschuldner der Steuer verpflichtet.

§ 15. Ist ein Ehegatte innerhalb des Veranlagungszeitraums (§§ 18 bis 22) gestorben, so ist der aus dem Erbfall herrührende Zuwachs des überlebenden Ehegatten

insoweit steuerfrei, als das ererbte Vermögen in der Hand des anderen Eheteils oder gemäß § 14 nicht mehr der Zuwachsbesteuerung unterliegen würde.

§ 16. Von dem nach den Vorschriften dieses Gesetzes festgestellten Vermögenszuwachs ist abzuziehen der Betrag einer Kapitalabfindung, die als Entschädigung für den durch Körperverletzung herbeigeführten gänzlichen oder teilweisen Verlust der Erwerbsfähigkeit gezahlt worden oder zu zahlen ist.

§ 17. Steht das der Besteuerung unterliegende Vermögen in Nutznießung, so fällt, wenn nicht rechtsgeschäftlich etwas anderes bestimmt ist, die Besitzsteuer dem Eigentümer zur Last.

Feststellung des Vermögenszuwachses, Veranlagungs- und Erhebungszeitraum.

§ 18. Die Feststellung des Vermögenszuwachses erfolgt erstmals zum 1. April 1917 für den in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1916 entstandenen Zuwachs, späterhin in Zeitabständen von drei zu drei Jahren für den in den vorangegangenen drei Kalenderjahren entstandenen Zuwachs.

§ 19. Als Vermögenszuwachs gilt der Unterschied zwischen dem reinen Werte des steuerbaren Gesamtvermögens am Ende des jeweiligen Veranlagungszeitraums (§ 18) und dem reinen Werte des steuerbaren Gesamtvermögens am Anfang dieses Zeitraums, soweit in den §§ 21, 22 nichts anderes bestimmt ist.

Der Unterschied (Abs. 1) verringert sich um den Betrag, um den die Summe der abzugsfähigen Schulden und Lasten den Gesamtwert des Aktivvermögens des Steuerpflichtigen zu Beginn des maßgebenden Zeitraums übersteigen hat.

§ 20. Als Wert des steuerbaren Vermögens am 1. Januar 1914 gilt das nach dem Wehrbeitragsgesetze festgestellte Vermögen mit der Maßgabe, daß Abweichungen in der Vermögensfeststellung, die sich bei Anwendung der Vorschriften des Besitzsteuergesetzes ergeben hätten, entsprechend zu berücksichtigen sind.

§ 21. War der Steuerpflichtige zu dieser Besitzsteuer veranlagt, so gilt in der Folgezeit als Vermögenszuwachs der Unterschied zwischen dem reinen Werte des steuerbaren Gesamtvermögens am Ende des jeweiligen neuen Veranlagungszeitraums und dem letzten Vermögensstande, der zu einer Steuererhebung geführt hat.

Hat sich bei den früheren Veranlagungen kein steuerpflichtiger Vermögenszuwachs ergeben, so gilt als Vermögenszuwachs der Unterschied zwischen dem reinen Werte des steuerbaren Gesamtvermögens am Ende des jeweiligen neuen Veranlagungszeitraums und dem Vermögensstand an dem ersten für die Steuerpflicht in Betracht kommenden Zeitpunkt.

§ 22. Wird die persönliche Steuerpflicht (§ 11) erst innerhalb eines Veranlagungszeitraums (§ 18) begründet, so erfolgt die erste Feststellung des Vermögens für das zur Zeit des Eintritts der Steuerpflicht vorhandene steuerbare Vermögen des Steuerpflichtigen.

Die Vorschrift des Abs. 1 gilt im Falle der Erweiterung der Steuerpflicht entsprechend für das durch die erweiterte Steuerpflicht neu erfaßte Vermögen des Steuerpflichtigen.

§ 23. Ist die Steuerpflicht nur nach § 11 Nr. II begründet, so werden dem ersten maßgebenden Vermögensstand alle nachweislich aus dem der Besteuerung nicht unterworfenen Vermögen des Steuerpflichtigen gemachten, nicht zu den laufenden Wirtschaftsausgaben zählenden Aufwendungen für steuerpflichtige Vermögensteile hinzugerechnet.

Die Anrechnung nach Abs. 1 erfolgt insoweit nicht, als den Aufwendungen ein Vermögen gegenübersteht, das im maßgebenden Zeitraum der Besteuerung entzogen worden ist.

§ 24. Die Entrichtung der Besitzsteuer verteilt sich auf einen dem Veranlagungszeitraume (§ 18) folgenden, mit dem 1. April beginnenden dreijährigen Zeitraum (Erhebungszeitraum).

Steuersätze.

§ 25. Die Steuer beträgt für den ganzen Erhebungszeitraum (§ 24) bei einem steuerpflichtigen Vermögenszuwachse von

		nicht mehr als	50000	Mark	0,75	vom	Hundert	des	Zuwachses,
mehr als	50000	M. bis zu	100000	„	0,90	„	„	„	„
„ „	100000	„ „ „	300000	„	1,05	„	„	„	„	,
„ „	300000	„ „ „	500000	„	1,20	„	„	„	„	,
„ „	500000	„ „ „	1000000	„	1,35	„	„	„	„	,
„ „	1000000	„			1,50	„	„	„	„	.

Übersteigt der Gesamtwert des steuerbaren Vermögens eines Steuerpflichtigen den trag von

100 000	Mark,	so	erhöht	sich	der	Steuersatz	um	0,1	vom	Hundert	des	Zuwachses.
200 000	"	"	"	"	"	"	"	0,2	"	"	"	"
300 000	"	"	"	"	"	"	"	0,3	"	"	"	"
400 000	"	"	"	"	"	"	"	0,4	"	"	"	"
500 000	"	"	"	"	"	"	"	0,5	"	"	"	"
750 000	"	"	"	"	"	"	"	0,6	"	"	"	"
1 000 000	"	"	"	"	"	"	"	0,7	"	"	"	"
2 000 000	"	"	"	"	"	"	"	0,8	"	"	"	"
5 000 000	"	"	"	"	"	"	"	0,9	"	"	"	"
10 000 000	"	"	"	"	"	"	"	1	"	"	"	"

§ 26. Der Unterschied zwischen der Steuer, die zu zahlen wäre, wenn der Vermögenszuwachs nur die vorangehende, im § 25 Abs. 1 bezeichnete Wertgrenze erreicht hätte, und zwischen der Steuer, die nach dem gesetzlichen Satze berechnet ist, wird nur insoweit erhoben, als er aus der Hälfte des jene Wertgrenze übersteigenden Betrags des Zuwachses gedeckt werden kann.

§ 27. Gewährt der Steuerpflichtige, dessen Vermögen den Betrag von hunderttausend Mark nicht übersteigt, Kindern auf Grund gesetzlicher Verpflichtung (§§ 1601 bis 1615 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) Unterhalt, so ermäßigt sich die Steuer für das dritte und jedes weitere minderjährige Kind um fünf vom Hundert ihres Betrages.

Fällt in den Veranlagungszeitraum der Erwerb einer Erbschaft, so ermäßigt sich, wenn der Erbe ein Abkömmling des Erblassers ist und zur Zeit des Erbfalls das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, und wenn das steuerbare Vermögen den Gesamtwert von fünfzigtausend Mark nicht übersteigt, die Abgabe um einen Betrag, der für jedes bis zur Vollendung des 21. Lebensjahrs fehlende volle Jahr auf fünf vom Hundert der Abgabe berechnet wird. Die Gesamtermäßigung darf fünfzig vom Hundert der Abgabe nicht übersteigen.

Wertermittelung.

§ 28. Für die Steuerpflicht und die Ermittelung der Vermögenswerte ist maßgebend der Stand in den in §§ 18 bis 22 bezeichneten Zeitpunkten.

Für Betriebe, bei denen regelmäßige jährliche Abschlüsse stattfinden, kann der Vermögensfeststellung der Vermögensstand am Schlusse des letzten Wirtschafts- oder Rechnungsjahrs zugrunde gelegt werden.

Bei der Veranlagung der Besitzsteuer wird das Vermögen des Steuerpflichtigen auf volle Tausende nach unten abgerundet.

§ 29. Bei der Feststellung des Vermögens ist der gemeine Wert (Verkaufswert) seiner einzelnen Bestandteile zugrunde zu legen, sofern das Gesetz nichts anderes vorschreibt.

§ 30. Bei Grundstücken tritt auf Antrag des Steuerpflichtigen an die Stelle des gemeinen Wertes der Betrag der nachgewiesenen oder glaubhaft gemachten Gestehungskosten.

Zu den Gestehungskosten sind zu rechnen der Gesamtwert der Gegenleistungen beim Erwerb (Erwerbspreis), sonstige Anschaffungskosten sowie alle auf das Grundstück gemachten besonderen Aufwendungen während der Besitzzeit, soweit sie nicht zu den laufenden Wirtschaftsausgaben gehören und soweit die durch die Aufwendungen hergestellten Bauten und Verbesserungen noch vorhanden sind. Von den Gestehungskosten sind die durch Abnutzung entstandenen Wertminderungen abzuziehen.

§ 31. Beim Erwerbe von Todes wegen im Sinne der §§ 1 bis 4 des Erbschaftssteuergesetzes, beim Erwerb im Wege der Erbteilung, beim Erwerbe von Eltern, Großeltern oder entfernteren Voreltern sowie beim Erwerb auf Grund einer ohne entsprechende Gegenleistung erfolgten Zuwendung unter Lebenden tritt an die Stelle des Erwerbspreises, soweit die Grundstücke dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, oder soweit bebaute Grundstücke Wohnzwecken oder gewerblichen Zwecken zu dienen bestimmt sind und ihre Bebauung und Benutzung der ortsüblichen Bebauung und Benutzung entspricht, der Ertragswert, sonst der gemeine Wert zur Zeit des Erwerbes.

Als Ertragswert gilt bei land- oder forstwirtschaftlichen oder Gärtnereigrundstücken das Fünfundzwanzigfache des Reinertrags, den sie nach ihrer bisherigen wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung mit entlohnten fremden Arbeitskräften nachhaltig gewähren können.

Die der Land- und Forstwirtschaft oder der Gärtnerei dienenden Gebäude und Betriebsmittel werden nicht besonders veranlagt, sondern sind in der Veranlagung des Ertragswerts einbegriffen.

Bei bebauten Grundstücken, die Wohnzwecken oder gewerblichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, gilt als Ertragswert das Fünfundzwanzigfache des Miet- oder Pachtertrags, der in den letzten drei Jahren im Durchschnitt erzielt worden ist oder im Falle der Vermietung oder Verpachtung hätte erzielt werden können, nach Abzug von einem Fünftel für Nebenleistungen und Instandhaltungskosten oder von dem als erforderlich nachgewiesenen höherem Betrag für Nebenleistungen und Instandhaltungskosten ohne Rücksicht darauf, ob die hierzu notwendigen Arbeiten von dem Steuerpflichtigen selbst oder durch entlohnte fremde Arbeitskräfte geleistet worden sind.

In allen Fällen kann der Steuerpflichtige verlangen, daß statt des Ertragswerts der gemeine Wert der Veranlagung zugrunde gelegt wird. Dieses Recht erlischt, wenn es nicht spätestens bis zum Ablauf der mit der Zustellung des Steuer- oder des Feststellungsbescheids eröffneten Rechtsmittelfrist geltend gemacht wird.

§ 32. Die Vorschrift des § 31 findet in anderen Erwerbsfällen entsprechende Anwendung, wenn der vereinbarte Preis um mehr als 10 vom Hundert hinter dem gemeinen Werte zur Zeit des Erwerbes und, sofern bei Grundstücken der Ertragswert zugrunde gelegt werden kann, zugleich auch hinter dem Ertragswert zur Zeit des Erwerbes zurückgeblieben ist.

§ 33. Hat der Erwerb vor dem 1. Januar 1914 stattgefunden, so gilt der bei der Veranlagung des Wehrbeitrags festgestellte Wert eines Grundstücks als Betrag der bis dahin entstandenen Gestehungskosten.

§ 34. Wertpapiere, die in Deutschland einen Börsenkurs haben, sind mit dem Kurswert, Forderungen, die in das Schuldbuch einer öffentlichen Körperschaft eingetragen sind, mit dem Kurswert der entsprechenden Schuldverschreibungen der öffentlichen Körperschaft anzusetzen.

Der Steuerpflichtige ist berechtigt, von dem Werte der mit Dividendenschein gehandelten Wertpapiere (§ 6) den Betrag in Abzug zu bringen, der für die seit Auszahlung des letzten Gewinns abgelaufene Zeit dem letztmalig verteilten Gewinn entspricht.

§ 35. Bei Aktien ohne Börsenkurs, bei Kuxen, Anteilen an einer Bergwerksgesellschaft oder bei Anteilen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist der Verkaufswert der Aktien, Kuxe oder Anteile anzusetzen. Sofern ein solcher nicht zu ermitteln ist, ist der Wert der Aktie, des Kuxes oder des Anteils unter Berücksichtigung des Gesamtvermögens der Gesellschaft oder Gewerkschaft und der in der Vergangenheit erzielten Gewinne nach freiem Ermessen zu schätzen. Hierbei bleiben diejenigen Beträge der Jahresgewinne unberücksichtigt, welche unter Zugrundelegung der ortsüblichen Preise als Entgelt für gelieferte Rohstoffe anzusehen sind. Im Streitfall soll die Steuerbehörde die Schätzung des Wertes durch Sachverständige anordnen, die von der zuständigen Handelsvertretung oder der des nächstbelegenen Bezirkes zu ernennen sind.

§ 36. Andere Kapitalforderungen und Schulden sind mit dem Nennwert anzusetzen, sofern nicht besondere Umstände die Veranschlagung nach einem vom Nennwert abweichenden höheren oder geringeren Werte begründen.

Noch nicht fällige Ansprüche aus Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen kommen mit zwei Dritteln der Summe der eingezahlten Prämien oder Kapitalbeiträge, falls aber der Betrag nachgewiesen wird, für welchen die Versicherungsanstalt die Police zurückkaufen würde, mit diesem Rückkaufswert in Anrechnung.

§ 37. Der Gesamtwert der auf bestimmte Zeit beschränkten Nutzungen oder Leistungen ist unter Abrechnung der Zwischenzinsen durch Zusammenzählung der einzelnen Jahreswerte zu berechnen. Der Gesamtwert darf den zum gesetzlichen Zinssatz kapitalisierten Jahreswert nicht übersteigen.

Immerwährende Nutzungen oder Leistungen sind mit dem Fünfundzwanzigfachen des einjährigen Betrags, Nutzungen oder Leistungen von unbestimmter Dauer vorbehaltlich der Vorschriften der §§ 38, 39 mit dem Zwölfundeinhalbfachen des einjährigen Betrags zu veranschlagen.

§ 38. Der Wert von Renten oder anderen auf die Lebenszeit einer Person beschränkten Nutzungen und Leistungen bestimmt sich nach dem Lebensalter der Person, mit deren Tode das Recht erlischt.

Als Wert wird angenommen bei einem Alter

1.				bis	zu	15	Jahren	das	18	fache,		
2.	von	mehr	als	15	„	„ 25	„	„	17	„		
3.	„	„	„	25	„	„ 35	„	„	16	„		
4.	„	„	„	35	„	„ 45	„	„	14	„		
5.	„	„	„	45	„	„ 55	„	„	12	„		
6.	„	„	„	55	„	„ 65	„	„	8½	„		
7.	„	„	„	65	„	„ 75	„	„	5	„		
8.	„	„	„	75	„	„ 80	„	„	3	„		
9.	„	„	„	80			„	„	2	„	des	

Wertes der einjährigen Nutzung.

Hat jedoch eine nach Abs. 2 bewertete Nutzung oder Leistung im Falle der

Nr. 1	nicht	mehr	als	9	Jahre,
Nr. 2, 3	„	„	„	8	„ ,
Nr. 4	„	„	„	7	„ ,
Nr. 5	„	„	„	6	„ ,
Nr. 6	„	„	„	4	„ ,
Nr. 7 bis 9	nicht	mehr	als	2	Jahre

bestanden, so ist auf Antrag eine Berichtigung der Veranlagung unter Zugrundelegung eines der wirklichen Dauer der Nutzung oder Leistung entsprechenden Kapitalwerts vorzunehmen und die zuviel gezahlte Steuer zu erstatten. In gleicher Weise hat eine Nachveranlagung stattzufinden, wenn die Nutzung oder Leistung den Wert eines Vermögensteils vermindert hat.

§ 39. Hängt die Dauer der Nutzung oder Leistung von der Lebenszeit mehrerer Personen ab, so ist maßgebend das Lebensalter der ältesten Person, wenn das Recht mit dem Tode der zuerst versterbenden Person erlischt, das Lebensalter der jüngsten Person, wenn das Recht mit dem Tode der letztversterbenden Person erlischt.

§ 40. Der einjährige Betrag der Nutzung einer Geldsumme ist zu vier vom Hundert anzunehmen, falls er nicht anderweit feststeht.

§ 41. Vom Kapitalwert unverzinslicher befristeter Forderungen und Schulden kommen für die Zeit bis zu ihrer Fälligkeit vier vom Hundert Jahreszinsen in Abzug.

§ 42. Vermögen, dessen Erwerb von dem Eintritt einer aufschiebenden Bedingung abhängt, bleibt bei der Feststellung unberücksichtigt.

§ 43. Vermögen, das unter einer auflösenden Bedingung erworben ist, wird unbeschadet der Vorschriften über die Berechnung des Kapitalwerts der Nutzungen von unbestimmter Dauer (§ 37 Abs. 2, §§ 38, 39) wie unbedingt erworbenes behandelt.

Tritt die Bedingung ein, so erfolgt auf Antrag eine Berichtigung der früheren Veranlagung entsprechend dem tatsächlichen Werte des Erwerbes.

§ 44. Hängen Lasten, die den Wert des Vermögens vermindern, von dem Eintritt einer aufschiebenden Bedingung ab, so werden sie nicht berücksichtigt.

Tritt die Bedingung ein, so ist auf Antrag die Veranlagung entsprechend zu berichtigen.

Den Lasten, die von einer aufschiebenden Bedingung abhängen, stehen zweifelhafte Lasten gleich.

§ 45. Lasten, deren Fortdauer von einer auflösenden Bedingung abhängt, werden wie unbedingte vom Vermögen abgezogen, soweit nicht deren Kapitalwert nach § 37 Abs. 2, §§ 38, 39 zu berechnen ist. § 38 Abs. 3 Satz 2 findet entsprechende Anwendung.

§ 46. Die Vorschriften der §§ 42 bis 45 gelten auch, wenn der Erwerb oder die Last von einem Ereignis abhängt, das nur hinsichtlich des Zeitpunkts seines Eintritts ungewiß ist.

§ 47. Unbeitreibliche Forderungen bleiben außer Ansatz.

Zuständigkeit für Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer.

§ 48. Für die Verwaltung der Besitzsteuer ist der Bundesstaat zuständig, in welchem der Steuerpflichtige zur Zeit der Veranlagung seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Bei mehrfachem Wohnsitz im Inland ist der dienstliche Wohnsitz vor einem andern Wohnsitz, der Wohnsitz in dem Heimatstaate vor dem Wohnsitz in einem anderen Bundesstaat und, wenn keiner dieser Fälle vorliegt, der Wohnsitz an dem Orte maßgebend, an welchem der Steuerpflichtige sich vorwiegend aufhält.

Steuerpflichtige, welche zur Zeit der Veranlagung im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, sind in dem Bundesstaate zu veranlagen, in welchem sie ihren letzten inländischen Wohnsitz oder Aufenthalt gehabt haben.

Der Bundesrat kann weitere Bestimmungen über die Zuständigkeit der Bundesstaaten zur Verwaltung und Erhebung der Steuer erlassen. Er entscheidet auch auf Anrufen eines Bundesstaats, wenn zwischen mehreren Bundesstaaten Meinungsverschiedenheit über ihre Zuständigkeit herrscht.

§ 49. Die Landesregierung bestimmt die für die Verwaltung der Besitzsteuer zuständigen Behörden (Besitzsteuerämter). Sie bestimmt auch, ob und inwieweit zur Mitwirkung bei der Veranlagung und zur Erhebung der Besitzsteuer Gemeinden oder Gemeindeverbände heranzuziehen sind. Die Besitzsteuerämter unterstehen Oberbehörden und diese der obersten Landesfinanzbehörde.

§ 50. Die Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern haben bei der Ausführung dieses Gesetzes die gleichen Befugnisse und Pflichten, die ihnen hinsichtlich der Zölle und Verbrauchssteuern beigelegt sind.

In den Staaten, in denen die Geschäfte der Oberbehörde für die Besitzsteuer anderen

Behörden als den Zolldirektivbehörden übertragen sind, werden der Umfang und die Art der Tätigkeit der Reichsbevollmächtigten vom Reichskanzler im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesregierungen geregelt.

Unter Zustimmung des Bundesrats kann der Reichskanzler die Wahrnehmung der Geschäfte der Reichsbevollmächtigten für die Besitzsteuer anderen Beamten übertragen.

Dem Reichstag ist alljährlich über die Tätigkeit der Reichsbevollmächtigten, soweit sie sich auf die Ausführung dieses Gesetzes bezieht, Bericht zu erstatten.

Personenstandsaufnahme.

§ 51. Jeder Besitzer eines bewohnten Grundstücks oder dessen Vertreter ist verpflichtet, der mit der Vorbereitung der Veranlagung betrauten Behörde auf deren Verlangen die sämtlichen Bewohner des Grundstücks mit Namen, Berufsstellung, Geburtsort und Geburtstag anzugeben. Die Haushaltungsvorstände haben den Hausbesitzern oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über die zu ihrem Hausstand gehörigen Personen einschließlich der Unter- und Schlafstellenmieter zu erteilen.

Besitzsteuererklärung.

§ 52. Zur Abgabe einer Besitzsteuererklärung sind alle Personen mit einem steuerbaren Vermögen von zwanzigtausend Mark und darüber verpflichtet, wenn sie früher weder zum Wehrbeitrage noch zur Besitzsteuer veranlagt worden sind, sowie alle Personen, deren Vermögen sich seit der Veranlagung zum Wehrbeitrag oder gegenüber dem für eine künftige Veranlagung zur Besitzsteuer als maßgebend festgestellten Vermögensstande (§ 65) um mehr als zehntausend Mark erhöht hat. Der Bundesrat bestimmt die Fristen zur Abgabe der Besitzsteuererklärung.

Die Steuerbehörde ist außerdem berechtigt, von jedem Steuerpflichtigen (§ 11) binnen einer von ihr festzusetzenden Frist, die mindestens zwei Wochen betragen muß, die Abgabe einer Besitzsteuererklärung zu verlangen.

Die Besitzsteuererklärung ist unter der Versicherung zu erstatten, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

§ 53. In der Besitzsteuererklärung hat der Steuerpflichtige seine Vermögensverhältnisse zu den in den §§ 18 bis 22 bezeichneten Zeitpunkten klarzulegen und zu diesem Zwecke nach näherer Bestimmung des Bundesrats das gesamte steuerbare Vermögen getrennt nach seinen einzelnen Bestandteilen unter Angabe ihres Wertes aufzuführen.

Soweit die Vermögenswerte sich nicht aus dem Nenn- oder Kurswert oder dem Betrage der geleisteten Zahlungen ergeben, kann der Steuerpflichtige sich in der Besitzsteuererklärung auf die tatsächlichen Mitteilungen beschränken, die er behufs Schätzung des Wertes beizubringen vermag.

§ 54. Der Steuerpflichtige kann zur Abgabe der Besitzsteuererklärung mit Geldstrafen bis zu fünfhundert Mark angehalten werden.

Dem Steuerpflichtigen, der die ihm nach § 52 obliegende Besitzsteuererklärung nicht rechtzeitig abgibt, kann ein Zuschlag von 5 bis 10 vom Hundert der rechtskräftig festgestellten Besitzsteuer auferlegt werden.

§ 55. Die Veranlagungsbehörde prüft die Angaben in der Besitzsteuererklärung und stellt, gegebenenfalls nach Vornahme der erforderlichen Ermittelungen, die Höhe des steuerbaren Vermögens fest.

§ 56. Die Steuerbehörde kann Zeugen und Sachverständige uneidlich vernehmen. Das Zeugnis oder Gutachten darf nur unter den Voraussetzungen verweigert werden, welche nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung (§§ 383 bis 385, 407, 408) zur Ablehnung eines Zeugnisses oder Gutachtens berechtigen.

Zeugen und Sachverständige können zur Abgabe des Zeugnisses oder Gutachtens mit Geldstrafen bis zu einhundertfünfzig Mark angehalten werden.

§ 57. Der Steuerpflichtige hat auf Erfordern die Höhe seines Vermögens nachzuweisen. Er ist insbesondere verpflichtet, der Steuerbehörde Wirtschafts- oder Geschäftsbücher, Verträge, Schuldverschreibungen, Zinsquittungen, Abrechnungen von Banken oder ähnlichen Unternehmungen und andere Schriftstücke, welche für die Besitzsteuerveranlagung von Bedeutung sind, zur Einsicht und Prüfung vorzulegen.

Die Einsichtnahme und Prüfung der Bücher und Schriftstücke des Steuerpflichtigen soll tunlichst in dessen Wohnung oder Geschäftsräumen erfolgen.

§ 58. Die Vorstände oder Geschäftsführer der im § 35 bezeichneten Gesellschaften, die ihren Sitz im Inland haben oder Vermögen im Inland besitzen, haben dem Steuerpflichtigen die erforderlichen Mitteilungen über den Wert seiner Aktien oder Gesellschaftsanteile zu machen.

Sie sind außerdem verpflichtet, der Steuerbehörde auf Verlangen binnen einer Frist von vier Wochen eine Nachweisung einzureichen, welche enthält:

1. die Höhe des Grundkapitals oder der Stammeinlagen,
2. den Betrag der in den vorausgegangenen drei Jahren jährlich verteilten Gewinne,
3. die tatsächlichen Mitteilungen, die sie zur Schätzung des Wertes der Aktien, Anteile oder Kuxe beizubringen vermögen.

Die Nachweisung ist mit der Versicherung zu versehen, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die Verpflichteten können zur Abgabe der Nachweisung mit Geldstrafen bis zu fünfhundert Mark angehalten werden.

§ 59. Die Vorschriften der §§ 52 bis 54, 57 gelten auch für den gesetzlichen Vertreter des Steuerpflichtigen hinsichtlich des seiner Verwaltung unterliegenden Vermögens.

§ 60. Die Kosten der Ermittelungen fallen dem Steuerpflichtigen zur Last, wenn der endgültig festgestellte Vermögenswert den vom Steuerpflichtigen angegebenen Wert um mehr als ein Drittel übersteigt oder wenn sich seine Angaben in wesentlichen Punkten als unrichtig erweisen oder wenn er trotz ergangener Aufforderung keine oder nur ungenügende Angaben über seine Vermögensverhältnisse gemacht hat.

§ 61. Den Steuerbehörden haben die Standesämter von den eingetretenen Sterbefällen, die Gerichte von den ergangenen Todeserklärungen Mitteilung zu machen.

§ 62. Innerhalb sechs Monaten nach dem Tode eines Steuerpflichtigen kann die Steuerbehörde von den Erben oder, falls ein Testamentsvollstrecker oder ein Nachlaßpfleger bestellt ist, von diesen Personen unter Hinweis auf die Strafvorschrift des § 81 die Vorlage eines Verzeichnisses über das vom Verstorbenen hinterlassene Kapital- und Betriebsvermögen (§ 2 Nr. 2, 3) verlangen.

Das Verzeichnis ist binnen vier Wochen nach Zustellung der Aufforderung der Steuerbehörde einzureichen und mit der Versicherung zu versehen, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die Pflicht zur Einreichung eines Verzeichnisses besteht nicht, wenn auf Grund des Erbschaftssteuergesetzes vom 3. Juni 1906 eine den gesamten Nachlaß umfassende Erbschaftssteuererklärung zu erstatten ist.

Die im Abs. 1 genannten Personen können zur Erfüllung der ihnen hiernach obliegenden Verpflichtung mit Geldstrafen bis zu einhundertfünfzig Mark angehalten werden.

§ 63. Die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sind verpflichtet, den Steuerbehörden auf Ersuchen aus Büchern, Akten, Urkunden usw. Auskunft über die Vermögensverhältnisse des Steuerpflichtigen zu erteilen oder ihnen Einsicht in solche, die Vermögensverhältnisse betreffenden Bücher, Akten, Urkunden usw. zu gestatten.

Den Notaren liegt diese Pflicht nur ob hinsichtlich der einen Nachlaß betreffenden Verhandlungen oder soweit sie durch sonstige Vorschriften begründet ist.

Eine Auskunftspflicht besteht nicht für die Postbehörden, für die Verwaltung der Schuldbücher öffentlicher Körperschaften sowie für die Verwaltung öffentlicher Sparkassen und anderer mit der Verwaltung und Verwahrung fremden Vermögens befaßter öffentlicher Anstalten.

§ 64. Beamte, Angestellte und ehrenamtliche Mitglieder von Behörden, welche im Verfahren zur Veranlagung der Besitzsteuer dienstlich Kenntnis von den Vermögens-, Erwerbs- oder Einkommensverhältnissen eines Steuerpflichtigen erhalten, sind zu ihrer Geheimhaltung verpflichtet. Die Besitzsteuererklärungen sind unter Verschluß aufzubewahren und dürfen ebenso wie die sonstigen Verhandlungen im Veranlagungsverfahren nur zur Kenntnis der durch Eid zu ihrer Geheimhaltung Verpflichteten gelangen. Sie dürfen anderen Behörden nur zum Zwecke der Veranlagung und Erhebung von öffentlichen Abgaben mitgeteilt werden. Bestehen für Landessteuern gleiche oder ähnliche Vorschriften, so steht dies der Mitteilung von Veranlagungsmerkmalen an die Besitzsteuerämter nicht entgegen.

Besitzsteuer- und Feststellungsbescheid.

§ 65. Ergibt die Vergleichung der Vermögensfeststellungen einen steuerpflichtigen Vermögenszuwachs, so erteilt die Veranlagungsbehörde dem Steuerpflichtigen einen Bescheid über den Gesamtbetrag der zu zahlenden Steuer und über die für eine spätere Veranlagung maßgebende Vermögensfeststellung (Steuerbescheid); ergibt sich dagegen kein oder nur ein steuerfreier Vermögenszuwachs, so ist dem Steuerpflichtigen mit einem Vermögen von mehr als zwanzigtausend Mark ein Bescheid über den für eine künftige Veranlagung maßgebenden Vermögensstand zu erteilen, sofern dieser nicht bereits rechtskräftig feststeht (Feststellungsbescheid).

Der Steuer- und der Feststellungsbescheid enthält eine Belehrung über die gegen den Bescheid zulässigen Rechtsmittel, der Steuerbescheid enthält außerdem eine Anweisung zur Entrichtung der Steuer in den gesetzlichen Teilbeträgen zu den bestimmten Zahlungsfristen. Dem Steuerpflichtigen sind die Berechnungsgrundlagen der angeforderten Steuer

mitzuteilen und die Punkte zu bezeichnen, in welchen von der Besitzsteuererklärung abgewichen worden ist.

Rechtsmittel.

§ 66. Die gegen den Steuer- und den Feststellungsbescheid zulässigen Rechtsmittel, die Rechtsmittelfristen und das Rechtsmittelverfahren werden durch die Landesgesetzgebung geregelt. Bis zum Inkrafttreten des Landesgesetzes sind nach näherer Bestimmung der Landesregierung gegen den Steuer- und den Feststellungsbescheid die Rechtsmittel zulässig, welche den Steuerpflichtigen nach Landesrecht gegen die Veranlagung zu einer direkten Staatssteuer zustehen.

Das Rechtsmittelverfahren (Abs. 1) muß derartig geordnet sein, daß der Steuerpflichtige nacheinander mindestens zwei Rechtsmittelinstanzen anrufen kann und daß ihm die Möglichkeit offensteht, entweder die endgültige Entscheidung eines obersten Verwaltungsgerichts oder einer einem obersten Verwaltungsgerichte gesetzlich gleichgeordneten Rechtsinstanz herbeizuführen oder die Klage im ordentlichen Rechtsweg zu erheben.

Wird keine oder eine falsche Rechtsmittelbelehrung erteilt, so wird die Rechtsmittelfrist nicht in Lauf gesetzt, doch ist ein von dem Steuerpflichtigen eingelegtes Rechtsmittel nicht aus diesem Grunde unzulässig.

§ 67. Erfolgt die Veranlagung zur Besitzsteuer durch eine kollegiale Behörde, so stehen die Rechsmittel gegen den Steuerbescheid auch dem Vorsitzenden dieser Behörde zu.

§ 68. Wohnt weder der Steuerpflichtige noch ein Vertreter des Steuerpflichtigen im Inland, so ist der Steuerpflichtige gehalten, eine im Inland wohnende Person zum Empfange der für ihn bestimmten Schriftstücke in Besitzsteuerangelegenheiten zu bevollmächtigen. Ist die Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten unterblieben, so gilt die Zustellung eines Schriftstücks mit der Aufgabe zur Post als bewirkt, selbst wenn die Sendung als unbestellbar zurückkommt.

§ 69. Durch die Einlegung eines Rechtsmittels wird die Erhebung der veranlagten Steuer zu den gesetzlichen Zahlungsfristen nicht aufgehalten. Die auf Grund rechtskräftiger Entscheidung zu erstattenden Steuern sind mit 4 vom Hundert für das Jahr zu verzinsen.

Fälligkeit der Steuer.

§ 70. Der Jahresbetrag der Steuer (§ 24) ist nach näherer Bestimmung der obersten Landesfinanzbehörde in gleichen Halbjahrs- oder Vierteljahrsteilen zu zahlen.

Bleibt der Einzelbetrag der Steuer unter 5 Mark, so ist der Jahresbetrag der Steuer auf einmal zu entrichten.

Die oberste Landesfinanzbehörde bestimmt den Tag, an dem die Einzelbeträge der Steuer fällig werden.

Die Einzelbeträge der Steuer sind auf 10 Pfennig nach oben abzurunden.

Der Steuerpflichtige ist berechtigt, die Steuer für den Rest des ganzen Erhebungszeitraums im voraus zu bezahlen.

§ 71. Würde die Einziehung der Steuer zu den gesetzlichen Zahlungsfristen mit einer erheblichen Härte für den Steuerpflichtigen verbunden sein, so kann die Steuer bis zum Ablauf von drei Jahren gestundet, auch die Entrichtung in Teilbeträgen bis zum Ende des nächsten Erhebungszeitraums (§ 24) gestattet werden.

Die Stundung kann von einer angemessenen Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden.

Die Stundungsbewilligung wird zurückgenommen, wenn die Voraussetzungen hierfür weggefallen sind oder wenn eine nachträglich verlangte Sicherheit nicht geleistet wird.

§ 72. Ist der Steuerpflichtige ein Deutscher, so ist zum Zwecke der Einziehung der Besitzsteuer die Zwangsversteigerung eines Grundstücks ohne seine Zustimmung nicht zulässig.

§ 73. Ist die Veranlagung zu Unrecht unterblieben, so wird dadurch die Pflicht zur Zahlung der Besitzsteuer nicht berührt. Eine Neuveranlagung hat zu erfolgen, wenn nachträglich neue Tatsachen und Beweismittel bekannt werden, die eine höhere Veranlagung des Steuerpflichtigen rechtfertigen.

§ 74. Stirbt der Steuerpflichtige innerhalb eines Erhebungszeitraums oder fällt die Steuerpflicht auf andere Weise weg, so wird dadurch die Verbindlichkeit zur Entrichtung der bei Wegfall der Steuerpflicht noch nicht fälligen Teilbeträge nicht berührt.

Wird im Falle des § 14 die Ehe innerhalb des Erhebungszeitraums aufgelöst oder fällt die Voraussetzung für die Zusammenrechnung des Vermögens weg, so sind die Ehegatten oder deren Erben zur Zahlung der noch nicht fälligen Teilbeträge der Steuer nach dem Verhältnis ihres Anteils an dem steuerpflichtigen Vermögenszuwachs verpflichtet.

Verjährung.

§ 75. Der Anspruch der Staatskasse auf die Besitzsteuer verjährt in vier Jahren. Die Frist beginnt mit dem Schlusse des Jahres, in welchem die Steuerbeträge fällig geworden sind, im Falle der Sicherheitsleistung für die Steuer jedoch nicht vor dem Ablauf des Jahres, in welchem die Sicherheit erlischt.

Strafvorschriften.

§ 76. Wer als Steuerpflichtiger oder als Vertreter eines Steuerpflichtigen wissentlich der Steuerbehörde unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die geeignet sind, eine Verkürzung der Besitzsteuer herbeizuführen, wird mit einer Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrage der gefährdeten Steuer bestraft.

§ 77. In den Fällen des § 76 kann neben der Geldstrafe auf Gefängnis bis zu sechs Monaten erkannt werden, wenn die unrichtigen oder unvollständigen Angaben in der Absicht, die Besitzsteuer zu hinterziehen, gemacht worden sind und wenn der Steuerbetrag der durch die unrichtigen oder unvollständigen Angaben gefährdet worden ist, nicht weniger als 10 vom Hundert der geschuldeten Steuer, mindestens aber dreihundert Mark ausmacht, oder wenn der Steuerpflichtige wegen Besitzsteuerhinterziehung vorbestraft ist.

Bei einer Steuergefährdung der im Abs. 1 bezeichneten Art kann im Urteil angeordnet werden, daß die Bestrafung auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekannt zu machen ist.

Besteht der Verdacht, daß eine Steuergefährdung der im Abs. 1 bezeichneten Art vorliegt, so hat die Steuerbehörde die Sache an die zuständige Staatsanwaltschaft abzugeben. Findet die Staatsanwaltschaft in einer an sie abgegebenen Sache, daß dieser Verdacht nicht hinreichend begründet ist, so kann sie die Sache zur weiteren Erledigung im Verwaltungsstrafverfahren an die Verwaltungsbehörde abgeben.

§ 78. Ist nach den obwaltenden Umständen anzunehmen, daß die unrichtigen oder unvollständigen Angaben, die geeignet sind, eine Verkürzung der Besitzsteuer herbeizuführen, nicht in der Absicht der Steuerhinterziehung gemacht worden sind, so tritt an Stelle der im § 76 vorgesehenen Strafe eine Ordnungsstrafe bis zu fünfhundert Mark.

§ 79. Straffrei bleibt, wer seine unrichtigen oder unvollständigen Angaben, bevor eine Anzeige erstattet oder eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet ist, bei der Steuerbehörde berichtigt oder ergänzt und die gefährdete Steuer, soweit sie bereits fällig gewesen ist, entrichtet.

§ 80. Die Einziehung der Besitzsteuer erfolgt unabhängig von der Bestrafung.

§ 81. Wer in der nach § 58 Abs. 2 einzureichenden Nachweisung oder in dem nach § 62 einzureichenden Verzeichnis wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die geeignet sind, das Steueraufkommen zu gefährden, wird mit einer Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

Straffrei bleibt wer seine unrichtigen oder unvollständigen Angaben, bevor eine Anzeige erstattet oder eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet ist, bei der Steuerbehörde berichtigt oder ergänzt.

§ 82. Beamte, Angestellte und ehrenamtliche Mitglieder von Behörden sowie Sachverständige werden, wenn sie die zu ihrer dienstlichen oder amtlichen Kenntnis gelangten Vermögens-, Erwerbs- oder Einkommensverhältnisse eines Steuerpflichtigen, insbesondere auch den Inhalt einer Besitzsteuererklärung oder der über sie gepflogenen Verhandlungen unbefugt offenbaren, mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Die Strafverfolgung tritt nur ein auf Antrag der obersten Landesfinanzbehörde oder des Steuerpflichtigen, dessen Interesse an der Geheimhaltung verletzt ist.

§ 83. Eine Ordnungsstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark tritt ein bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes oder die zu seiner Ausführung erlassenen Bestimmungen, die im Gesetze mit keiner besonderen Strafe bedroht sind.

§ 84. Die Umwandlung einer nicht beizutreibenden Geldstrafe in eine Freiheitsstrafe findet nicht statt.

Kosten.

§ 85. Das Verfahren in Besitzsteuerangelegenheiten ist vorbehaltlich der Vorschrift des § 60 kosten-, gebühren- und stempelfrei. Für das Rechtsmittel- und Strafverfahren bewendet es bei den sonst geltenden Vorschriften.

Schlußvorschriften.

§ 86. Die Bundesstaaten erhalten für die erste Veranlagung und Erhebung der Steuer zehn, später fünf vom Hundert ihrer Roheinnahme.

§ 87. Nach näherer Bestimmung des Bundesrats kann bis zum Ablauf des Rechnungsjahrs 1919 denjenigen Bundesstaaten, die zur Zeit der Verkündung dieses Gesetzes

die Erbschaften in gerader absteigender Linie besteuern und bis zum Ablauf des Rechnungsjahrs 1916 eine der Mehrbelastung durch die Besitzsteuer angemessene Ermäßigung dieser Steuer einführen, der Ausfall an Erbschaftssteuer bis zum Betrag ihrer Durchschnittseinnahmen in den Rechnungsjahren 1913 bis 1915 aus dem Aufkommen an Besitzsteuer in ihrem Lande ersetzt werden.

Ferner kann in diesen Bundesstaaten unter gleichen Voraussetzungen der Vermögenszuwachs bei der erstmaligen Veranlagung der Besitzsteuer insoweit außer Betracht bleiben, als ein entsprechender Vermögensteil durch Erbgang in gerader absteigender Linie nach dem 31. Dezember 1913 erworben und zur Landessteuer herangezogen ist.

§ 88. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erläßt der Bundesrat.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

a) Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 30. November 1916. (ZBl. Nr. 53, 413.)

a) Zum Besitzsteuergesetz*).

Besitzsteuerämter und Oberbehörden.

§ 1. 1. Die mit der Veranlagung der Besitzsteuer betrauten Behörden (Besitzsteuerämter) und die ihnen übergeordneten Behörden (Oberbehörden) werden von den Landesregierungen bestimmt und öffentlich bekanntgemacht. Ein Verzeichnis der Besitzsteuerämter und Oberbehörden ist unter Angabe ihrer Amtsbezirke dem Reichskanzler zur Veröffentlichung im Zentralblatt für das Deutsche Reich mitzuteilen. Das Gleiche hat mit etwaigen späteren Veränderungen zu geschehen.

2. Die Landesregierung kann die Erhebung der Besitzsteuer anderen Stellen als den Besitzsteuerämtern übertragen. Sie bestimmt auch, ob und inwieweit andere Behörden als Hilfsstellen der Besitzsteuerämter beim Veranlagungsgeschäfte mitzuwirken haben. In diesem Falle sind die zur Regelung des Geschäftsverkehrs erforderlichen besonderen Bestimmungen zu treffen.

3. Befugnisse, die in den nachstehenden Vorschriften den Besitzsteuerämtern übertragen sind, können von der obersten Landesfinanzbehörde im Einverständnisse mit dem Reichskanzler den Oberbehörden übertragen werden.

Zuständigkeit.

§ 2. 1. Für die Zuständigkeit der Bundesstaaten zur Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer sind maßgebend die Wohnsitz- oder Aufenthaltsverhältnisse des Steuerpflichtigen am Ende des jeweiligen Veranlagungszeitraums, erstmals am 31. Dezember 1916. Bei mehrfachem Wohnsitz hat den Vorrang zunächst der dienstliche Wohnsitz, dann der Wohnsitz im Heimatstaate, weiter der Wohnsitz an dem Orte des vorwiegenden Aufenthalts.

2. Hat der Steuerpflichtige erst nach dem im Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt, aber noch vor Beginn des anschließenden Erhebungszeitraums (§ 24 des Gesetzes) im Reiche seinen Wohnsitz begründet oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt genommen, so ist der Bundesrat zuständig, in dem er seinen Wohnsitz begründet oder seinen Aufenthalt genommen hat.

3. Hat der Steuerpflichtige weder am Ende des jeweiligen Veranlagungszeitraums noch vor Beginn des anschließenden Erhebungszeitraums in einem Bundesstaat einen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt, so ist der Bundesstaat zuständig, in welchem er seinen letzten inländischen Wohnsitz oder Aufenthalt gehabt hat. Hat der Steuerpflichtige auch früher keinen inländischen Wohnsitz oder Aufenthalt gehabt, so ist der Bundesstaat zuständig, in dessen Gebiet sich das steuerbare Vermögen befindet, und, wenn das Vermögen sich in mehreren Bundesstaaten befindet, der Bundesstaat, in dessen Gebiet sich der größere Teil des Vermögens befindet.

§ 3. Die Vorschriften über die Zuständigkeit der Bundesstaaten gelten auch entsprechend für die Zuständigkeit der Besitzsteuerämter. Die oberste Landesfinanzbehörde

*) Die Muster sind hier nicht mit abgedruckt.

des für die Veranlagung der Besitzsteuer zuständigen Bundesstaats kann jedoch die Abgrenzung der Zuständigkeit seiner Besitzsteuerämter anderweit regeln.

Ermittlung der steuerpflichtigen Personen und deren Eintragung in die Besitzsteuerliste.

§ 4. 1. Für jeden Veranlagungsbezirk sind die Personen zu ermitteln und in die Besitzsteuerliste einzutragen, die für die Veranlagung zur Besitzsteuer in Frage kommen (§ 5).

2. Die Besitzsteuerliste ist nach Anleitung des Musters 1 einzurichten.

§ 5. In die Besitzsteuerliste sind jedenfalls die Personen aufzunehmen, welche die Voraussetzungen der persönlichen Steuerpflicht erfüllen und von denen zu vermuten ist, daß sie ein Vermögen von mehr als zwanzigtausend Mark haben.

§ 6. 1. In die Besitzsteuerliste eines Veranlagungsbezirkes sind die Personen aufzunehmen, die in diesem Bezirke zu veranlagen sind.

2. Bestehen Zweifel darüber, ob das Besitzsteueramt zur Veranlagung eines Steuerpflichtigen zuständig ist, und können diese Zweifel vor der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe der Besitzsteuererklärungen (§ 14) nicht beseitigt werden, so ist eine solche Person in jedem Veranlagungsbezirke, der für die Veranlagung der Besitzsteuer in Frage kommt, in die Besitzsteuerliste aufzunehmen. Dies gilt, abgesehen von Steuerpflichtigen mit mehrfachem Wohnsitz, insbesondere für solche Personen, die in dem Veranlagungsbezirke Grund- oder Betriebsvermögen besitzen, und die im Inland keinen der Behörde bekannten Wohnsitz oder Aufenthalt haben.

§ 7. Ist dem Besitzsteueramte bekannt oder haben die eingeleiteten Verhandlungen ergeben, daß ein Steuerpflichtiger, der im Veranlagungsbezirke Grund- oder Betriebsvermögen besitzt, in einem anderen Veranlagungsbezirke zur Besitzsteuer zu veranlagen ist, so ist dem zuständigen Besitzsteueramte hiervon unter Mitteilung etwaiger landesrechtlicher Veranlagungsmerkmale Nachricht zu geben. Die Benachrichtigung kann unterbleiben, wenn sie bereits aus Anlaß der Wehrbeitragsveranlagung oder einer Besitzsteuerveranlagung erfolgt und seither eine Besitzänderung oder eine wesentliche Änderung der landesrechtlichen Veranlagungsmerkmale nicht eingetreten ist.

§ 8. Hat eine Person in einem Veranlagungsbezirke Grund- oder Betriebsvermögen, ohne in diesem Veranlagungsbezirke zugleich einen Wohnsitz oder Aufenthalt zu haben, so darf die Aufnahme in die Besitzsteuerliste (§ 6) oder die Benachrichtigung des zuständigen Besitzsteueramts (§ 7) unterbleiben, wenn der Behörde die Vermögensverhältnisse des Inhabers dieses Grund- oder Betriebsvermögens genügend bekannt sind und danach feststeht, daß er ein steuerbares Gesamtvermögen von mehr als zwanzigtausend Mark nicht besitzt.

§ 9. Die näheren Bestimmungen über die Vorbereitung der Veranlagung, insbesondere über die Ermittlung der in die Besitzsteuerliste aufzunehmenden Personen erläßt die oberste Landesfinanzbehörde.

§ 10. Die Besitzsteuerliste wird abgeschlossen, sobald die Veranlagung (§§ 20ff.) in der Hauptsache durchgeführt und ihr Ergebnis darin eingetragen ist. Bis dahin ist sie fortlaufend zu ergänzen und zu berichtigen. Sind Personen zu streichen, so ist der Grund der Streichung in der Bemerkungsspalte ersichtlich zu machen.

§ 11. Personen, deren Steuerpflicht erst nach Abschluß der Besitzsteuerliste festgestellt wird, sowie Personen, die bei Wechsel des Wohnorts dem Besitzsteueramte des neuen Wohnorts zum Zwecke der Erhebung der Besitzsteuer überwiesen werden (§ 65 Abs. 2), sind in eine Zugangsliste aufzunehmen, die ebenso einzurichten ist wie die Besitzsteuerliste.

Besitzsteuererklärung.

§ 12. 1. Als Frist für die Abgabe der Besitzsteuererklärung (§ 52 Abs. 1 des Gesetzes) wird die Zeit vom 2. Januar bis 15. Februar des auf den Veranlagungszeitraum folgenden Jahres bestimmt. Die oberste Landesfinanzbehörde kann einen späteren Anfangs- und früheren Endtermin festsetzen; doch muß die Frist mindestens zwei Wochen betragen. Für

Steuerpflichtige, die Inhaber eines unter § 28 Abs. 2 des Gesetzes fallenden Betriebs sind, und die ihrer Besitzsteuererklärung den Abschluß für den 31. Dezember des letzten Jahres des Veranlagungszeitraums zugrunde legen, kann nach näherer Bestimmung der obersten Landesfinanzbehörde die Frist zur Abgabe der Besitzsteuererklärung bis zum 31. Mai des auf den Veranlagungszeitraum folgenden Jahres verlängert werden.

2. Der Reichskanzler ist ermächtigt, für solche Bundesstaaten, in denen mit Rücksicht auf die Veranlagung zu den direkten Landessteuern die im Abs. 1 bestimmte Frist sich als unzweckmäßig erweisen sollte, eine spätere Frist zu bestimmen, die sich aber nicht über den 31. Mai des auf den Veranlagungszeitraum folgenden Jahres hinaus erstrecken darf.

§ 13. Für die in außereuropäischen Ländern und Gewässern Abwesenden verlängert sich die Frist zur Abgabe der Besitzsteuererklärung bis Ende Juni, für die im europäischen Ausland Abwesenden bis Ende Februar des auf den Veranlagungszeitraum folgenden Jahres.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Besitzsteuererklärung.

§ 14. Mindestens eine Woche vor Beginn der im § 12 bezeichneten Frist erläßt das Besitzsteueramt oder die Oberbehörde in den für amtliche Bekanntmachungen der unteren Verwaltungsbehörden bestimmten Tagesblättern eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Besitzsteuererklärungen. Die oberste Landesfinanzbehörde kann anordnen, daß die Aufforderung außerdem in sonst ortsüblicher Weise bekanntgemacht wird. In dieser Aufforderung, die mit öffentlichen Bekanntmachungen über die Veranlagung von Landessteuern verbunden werden kann, sind die Steuerpflichtigen über ihre Pflicht zur Abgabe einer Besitzsteuererklärung, über die Vorschriften der §§ 76, 77 und 54 des Gesetzes zu belehren.

Besondere Aufforderung zur Abgabe der Besitzsteuererklärung.

§ 15. 1. Gleichzeitig mit der öffentlichen Aufforderung (§ 14) und noch vor Beginn der im § 12 bezeichneten Frist ist den Personen, von denen das Besitzsteueramt annimmt, daß sie zur Abgabe einer Besitzsteuererklärung nach § 52 Abs. 1 des Gesetzes verpflichtet sind, ein Vordruck für diese nebst einem Abdruck der öffentlichen Bekanntmachung zu übersenden; alle anderen in die Besitzsteuerliste aufgenommenen Personen sind gemäß § 52 Abs. 2 des Gesetzes unter Beifügung eines Vordrucks besonders aufzufordern, eine Besitzsteuererklärung binnen der im § 12 bezeichneten oder einer auf mindestens vierzehn Tage zu bemessenden besonderen Frist abzugeben. Die oberste Landesfinanzbehörde kann im Einverständnisse mit dem Reichskanzler ein anderes Verfahren vorschreiben.

2. Ein Steuerpflichtiger, der von mehreren Behörden zur Abgabe einer Besitzsteuererklärung aufgefordert wird, ist nur verpflichtet, einer Behörde die Besitzsteuererklärung abzugeben. Macht er von dieser Möglichkeit Gebrauch, so hat er den anderen Behörden mitzuteilen, daß und welcher Behörde er eine Besitzsteuererklärung abgegeben hat.

§ 16. Das Besitzsteueramt kann einem Steuerpflichtigen, der glaubhaft macht, daß ihm die Abgabe der Besitzsteuererklärung innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht möglich ist, die Frist zur Abgabe der Besitzsteuererklärung angemessen verlängern.

§ 17. 1. Die Besitzsteuererklärung des Ehemanns hat das Vermögen der Ehefrau mitzuumfassen, sofern die Ehegatten nicht dauernd voneinander getrennt leben.

2. Für einen nach Ablauf des Veranlagungszeitraums, aber vor Abgabe der Besitzsteuererklärung verstorbenen Steuerpflichtigen ist die Besitzsteuererklärung, wenn ein ohne Beschränkung der Verwaltungsbefugnis auf einzelne Gegenstände bestellter Testamentsvollstrecker oder ein Nachlaßpfleger die Verwaltung des Nachlasses übernommen hat, von diesen Personen, andernfalls von den Erben abzugeben. Sind mehrere Verpflichtete vorhanden und gibt ein Verpflichteter die Besitzsteuererklärung ab, so werden die anderen dadurch von der Verpflichtung befreit. Hat von mehreren Erben einer dem Besitzsteueramte gegenüber die Erfüllung der den Erben in Ansehung der Besitzsteuer obliegenden Pflichten übernommen, so ist die Aufforderung zur Abgabe der Besitzsteuererklärung nur an ihn, andernfalls nach dem Ermessen des Besitzsteueramts an einen von ihnen zu richten.

§ 18. 1. Die Besitzsteuererklärung ist nach Anleitung des Musters 2 zu gestalten. Bei der erstmaligen Veranlegung der Besitzsteuer ist mit der Besitzsteuererklärung in der Regel die Steuererklärung zum Zwecke der Veranlagung der außerordentlichen Kriegsabgabe zu verbinden (§ 8 der Kriegssteuer-Ausführungsbestimmungen).

2. Vordrucke für die Besitzsteuererklärung sind dem Steuerpflichtigen kostenlos zu verabfolgen.

3. Die oberste Landesfinanzbehörde kann bestimmen, daß die Besitzsteuererklärung auch mündlich bei der Veranlagungsbehörde abgegeben werden kann; der hiernach ausgefüllte Vordruck ist vom Steuerpflichtigen und vom Veranlagungsbeamten zu unterzeichnen.

4. Wenn für Landessteuerzwecke zuverlässige Darstellungen des gesamten im Bundesstaate gelegenen Grundbesitzes der einzelnen Steuerpflichtigen bestehen und fortgeführt werden, kann die Aufführung der einzelnen Grundstücke in der Steuererklärung unterbleiben und ihr Steuerwert im ganzen angegeben werden. Doch muß das in anderen Bundesstaaten gelegene Grundvermögen besonders aufgeführt werden.

§ 19. 1. Die Abgabe der Besitzsteuererklärung ist nötigenfalls durch vorher anzudrohende Geldstrafen bis zu fünfhundert Mark zu erzwingen.

2. Gleichzeitig mit der Straffestsetzung auf Grund des § 54 Abs. 1 des Gesetzes ist dem Säumigen eine angemessene weitere Frist zur Abgabe der Besitzsteuererklärung zu setzen.

3. Die Geldstrafe kann so lange wiederholt werden, bis der Steuerpflichtige seiner Verpflichtung zur Abgabe der Erklärung nachgekommen ist.

4. Durch die fortgesetzte Weigerung des Steuerpflichtigen, eine Besitzsteuererklärung abzugeben, wird seine Veranlagung zur Besitzsteuer auf Grund schätzungsweiser Vermögensfeststellungen nicht gehindert.

5. Von der Auferlegung eines Zuschlags zu der geschuldeten Besitzsteuer (§ 54 Abs. 2 des Gesetzes) bei nicht rechtzeitiger Abgabe der Besitzsteuererklärung soll dann abgesehen werden, wenn die Umstände des Einzelfalls die Versäumnis als entschuldbar erscheinen lassen. Wird die Besitzsteuer im Rechtsmittel- oder Berichtigungsverfahren anderweit festgesetzt, so tritt auch eine entsprechende Erhöhung oder Ermäßigung des Zuschlags ein.

Prüfung der Besitzsteuererklärung.

§ 20. Das Besitzsteueramt hat die Angaben in den Besitzsteuererklärungen auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen.

Feststellung des Vermögenszuwachses.

§ 21. 1. Der Vermögenszuwachs ergibt sich aus der Vergleichung des Vermögensstandes am Ende des Veranlagungszeitraums (Endvermögen) mit dem Vermögensstand am Anfang des Veranlagungszeitraums (Anfangsvermögen).

2. Als Anfang des Veranlagungszeitraums (§ 19 Abs. 1 des Gesetzes) gilt der 1. Januar 1914, wenn der Steuerpflichtige damals schon zu den im § 11 des Gesetzes aufgeführten Personen gehört hat, oder, wenn dies nicht der Fall war, der Zeitpunkt, an dem später die persönliche Steuerpflicht eingetreten ist.

3. Der Vermögensstand an dem im Abs. 2 bezeichneten Zeitpunkt ist als Anfangsvermögen so lange maßgebend, bis eine Besitzsteuer zu veranlagen ist. Ist es zu einer Besitzsteuerveranlagung gekommen, so ist das hierbei festgestellte Endvermögen später wieder so lange als Anfangsvermögen maßgebend, bis erneut eine Besitzsteuer zu veranlagen ist.

4. Ist die persönliche Steuerpflicht in der Folgezeit weggefallen und wird sie später neubegründet, so ist für die weitere Besitzsteuerveranlagung das zur Zeit der Neubegründung der persönlichen Steuerpflicht vorhandene Vermögen als Anfangsvermögen maßgebend.

§ 22. 1. Bei der Besitzsteuerveranlagung ist in der Regel nur das Vermögen des Steuerpflichtigen für das Ende des Veranlagungszeitraums, erstmals für den 31. Dezember 1916 (§ 18 des Gesetzes), neu festzustellen.

2. Das Anfangsvermögen ist nur dann gleichzeitig mit der Ermittlung des Endvermögens nachträglich festzustellen, wenn eine rechtskräftige Feststellung durch Erteilung eines Veranlagungs- oder Feststellungsbescheids gemäß § 47 des Wehrbeitraggesetzes oder später durch Erteilung eines Steuer- oder Feststellungsbescheids gemäß § 65 des Besitzsteuergesetzes nicht stattgefunden hat.

3. Ist im Wege des aus Billigkeitsrücksichten gewährten gänzlichen oder teilweisen Erlasses des rechtskräftig veranlagten Wehrbeitrags oder der rechtskräftig veranlagten Besitzsteuer das Vermögen anderweit ermittelt, so ist nicht das rechtskräftig festgestellte Vermögen, sondern das anderweit ermittelte Vermögen als Anfangsvermögen maßgebend.

§ 23. 1. Wenn das Vermögen am Ende des Veranlagungszeitraums den nach § 28 Abs. 3 des Gesetzes abgerundeten Betrag von dreißigtausend Mark nicht übersteigt, so genügt die Angabe des Steuerpflichtigen, daß die Vermögenszunahme während des Veranlagungszeitraums mehr als zehntausend Mark betragen hat. Eine Feststellung des tatsächlich vorhanden gewesenen Anfangsvermögens ist in diesem Falle nicht erforderlich.

2. Haben zu Beginn des Veranlagungszeitraums die abzugsfähigen Schulden und Lasten den Gesamtwert des Aktivvermögens überstiegen (§ 19 Abs. 2 des Gesetzes), so gilt das für den Schluß des Veranlagungszeitraums festgestellte Reinvermögen als Vermögenszuwachs.

§ 24. 1. War jemand nur gemäß § 10 Nr. II des Wehrbeitraggesetzes beschränkt beitragspflichtig, dagegen schon seit dem 1. Januar 1914 gemäß § 11 Nr. I des Besitzsteuergesetzes unbeschränkt steuerpflichtig, so ist für den 1. Januar 1914 das damals vorhandene steuerbare Vermögen neu festzustellen. Maßgebendes Anfangsvermögen ist in diesem Falle das nachträglich für den 1. Januar 1914 festgestellte Vermögen, es sei denn, daß dieses niedriger ist als das früher festgestellte, gemäß § 10 Nr. II des Wehrbeitraggesetzes beitragspflichtige Vermögen.

2. Entsprechendes gilt, wenn später an Stelle der bisherigen beschränkten persönlichen Steuerpflicht (§ 11 Nr. II des Besitzsteuergesetzes) die unbeschränkte persönliche Steuerpflicht (§ 11 Nr. I des Besitzsteuergesetzes) tritt. Das für den Zeitpunkt des Eintritts der unbeschränkten Steuerpflicht neu festzustellende steuerbare Vermögen gilt dann als Anfangsvermögen, es sei denn, daß dieses niedriger ist als das früher festgestellte, schon von der beschränkten persönlichen Steuerpflicht erfaßte Vermögen.

§ 25. Im Sinne des § 23 Abs. 2 des Gesetzes gilt als der Besteuerung entzogen jedes Vermögen, das auf irgendeine Weise während des Veranlagungszeitraums aus steuerbarem Vermögen in nichtsteuerbares Vermögen umgewandelt worden ist.

§ 26. 1. Ist das Vermögen von Ehegatten gemäß § 14 des Gesetzes für den Schluß des Veranlagungszeitraums zusammenzurechnen, ohne daß die Voraussetzungen der Zusammenrechnung für den Beginn des Veranlagungszeitraums gegeben sind, so ist als Anfangsvermögen maßgebend die Summe des für den Beginn des Veranlagungszeitraums festgestellten oder nachträglich zu ermittelnden Vermögens jedes der beiden Ehegatten.

War dagegen das Vermögen von Ehegatten früher zusammengerechnet worden (§ 13 des Wehrbeitraggesetzes, § 14 des Besitzsteuergesetzes) und sind die Voraussetzungen der Zusammenrechnung für den Schluß des Veranlagungszeitraums nicht mehr gegeben, so ist das Vermögen, das der betreffende Ehegatte bei Beginn des Veranlagungszeitraums besessen hat, nachträglich zu ermitteln und als Anfangsvermögen zugrunde zu legen.

3. Die Ausscheidung der nach §§ 15 und 16 des Gesetzes steuerfreien Zuwachsbeträge hat in der Weise zu erfolgen, daß diese Beträge von dem noch nicht abgerundeten Endvermögen abgezogen werden.

4. Nach § 15 des Gesetzes steuerfrei ist der dem Anteil des überlebenden Ehegatten am Nachlaßvermögen entsprechende Teilbetrag desjenigen Vermögens, das als Anfangsvermögen gegolten hätte, wenn der verstorbene Ehegatte auf den Zeitpunkt seines Todes zur Besitzsteuer zu veranlagen gewesen wäre.

Ermittlung des Vermögenswerts.

§ 27. 1. Der Ermittlung des Vermögenswerts ist, soweit das Gesetz nichts anderes vorschreibt, der gemeine Wert seiner einzelnen Bestandteile an dem für die Vermögensfeststellung maßgebenden Zeitpunkt zu Grunde zu legen.

2. Der gemeine Wert (Verkaufs- oder Verkehrswert) wird durch den Preis bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehre nach der Beschaffenheit des Gegenstandes ohne Rücksicht auf ungewöhnliche oder lediglich persönliche Verhältnisse zu erzielen ist.

3. Ein Vermögensbestandteil, dessen Wert im ganzen zu ermitteln ist, umfaßt alle Gegenstände, die in einem wirtschaftlichen Zusammenhange zueinander stehen.

§ 28. 1. Nach § 28 Abs. 2 des Gesetzes kann der Steuerpflichtige, unbeschadet der Nachprüfung nach § 57 des Gesetzes, verlangen, daß das in einem Betriebe, für welchen regelmäßige jährliche Abschlüsse stattfinden, angelegte Vermögen nach dem Bestand und Werte am Schlusse des letzten Wirtschafts- oder Rechnungsjahrs festgestellt wird. Die seit dem Schlusse des letzten Wirtschafts- oder Rechnungsjahrs bis zum gesetzlichen Stichtag eingetretenen Verschiebungen zwischen dem im Betrieb angelegten Vermögen und dem sonstigen Vermögen des Steuerpflichtigen sind zu berücksichtigen.

2. Die Anwendung des § 28 Abs. 2 des Gesetzes setzt eine ordnungsmäßige Buchführung voraus, ist aber nicht davon abhängig, daß der Steuerpflichtige zur Führung von Handelsbüchern gesetzlich verpflichtet ist.

3. Die Anwendung des § 28 Abs. 2 des Gesetzes darf nicht dazu führen, daß die Besitzsteuerveranlagung nur zwei Jahresabschlüsse erfassen würde.

4. Macht der Steuerpflichtige von dem Rechte nach Abs. 1 Gebrauch, so hat er der Steuererklärung den Abschluß für das letzte Wirtschafts- oder Rechnungsjahr beizufügen.

Bewertung der Grundstücke nach den Gestehungskosten.

§ 29. 1. Grundstücke sind bei der Vermögensfeststellung auf Antrag des Steuerpflichtigen statt mit dem gemeinen Werte mit dem Betrage der nachgewiesenen oder glaubhaft gemachten Gestehungskosten anzusetzen.

2. Der Antrag kann bis zum Ablauf der mit der Zustellung des Steuer- oder des Feststellungsbescheids eröffneten Rechtsmittelfrist gestellt werden. Bei gleichzeitiger Feststellung des Anfangs- und Endvermögens kann der Antrag nicht auf eine Feststellung beschränkt werden.

§ 30. 1. Die Gestehungskosten zerfallen in die Gestehungskosten beim Erwerb und in die weiteren Gestehungskosten während der Besitzzeit.

2. Zu den Gestehungskosten beim Erwerbe sind zu rechnen

1) der Gesamtwert der Gegenleistungen beim Erwerb (Erwerbspreis). Der Wert einer Gegenleistung ist erforderlichenfalls in entsprechender Anwendung der §§ 29, 34ff. des Gesetzes festzusetzen;
2) die sonstigen Anschaffungskosten einschließlich der öffentlichen Abgaben und etwaiger Vermittlergebühren.

3. Zu den weiteren Gestehungskosten zählen alle auf das Grundstück gemachten besonderen Aufwendungen während der Besitzzeit, soweit sie nicht zu den laufenden Wirtschaftsausgaben gehören. Die Zurechnung zu den weiteren Gestehungskosten entfällt für solche Aufwendungen, durch die nicht mehr vorhandene Bauten und Verbesserungen hergestellt worden sind.

4. Von den Gestehungskosten (Abs. 2 und 3) sind die durch Verschlechterung entstandenen Wertverminderungen abzuziehen (§ 30 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes). Als Verschlechterung ist jede Beeinträchtigung des Bestandes und der Beschaffenheit eines Grundstücks anzusehen, so daß auch Wertminderungen infolge Abnutzung, infolge mangelhafter Bodenbestellung oder Verringerung des lebenden und toten Inventars zu berücksichtigen sind. Eine Verschlechterung, die bereits nach Abs. 3 Satz 2 berücksichtigt worden ist, bleibt außer Betracht.

Wehrbeitragswert als Gestehungskosten.

§ 31. Für Grundstücke, die vor dem 1. Januar 1914 erworben worden sind, tritt an die Stelle der Gestehungskosten beim Erwerb und an die Stelle der bis zum 1. Januar 1914 zu berücksichtigenden weiteren Gestehungskosten während der Besitzzeit der bei der Veranlagung des Wehrbeitrags zugrunde gelegte Wert, so daß diesem nur die seit dem 1. Januar 1914 gemachten besonderen Aufwendungen hinzuzurechnen und von ihm die seit dem 1. Januar 1914 durch Verschlechterung etwa entstandenen Wertminderungen abzuziehen sind.

Gemeiner Wert oder Ertragswert zur Zeit des Erwerbes als Gestehungskosten.

§ 32. Für Grundstücke, die seit dem 1. Januar 1914 durch eine der im § 31 Abs. 1 des Gesetzes bezeichneten Erwerbsarten erworben worden sind, tritt an die Stelle der Gestehungskosten beim Erwerbe (§ 30 Abs. 2) der gemeine Wert (Verkaufswert), soweit jedoch die Grundstücke dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, oder soweit bebaute Grundstücke Wohnzwecken oder gewerblichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, und ihre Bebauung und Benutzung der ortsüblichen Bebauung und Benutzung entspricht, der Ertragswert oder auf Antrag des Steuerpflichtigen ebenfalls der gemeine Wert zur Zeit des Erwerbes. Diesem Werte sind die seit dem Erwerbe gemachten besonderen Aufwendungen hinzuzurechnen, und es sind von ihm die etwa seit dem Erwerbe durch Verschlechterung entstandenen Wertminderungen abzuziehen.

§ 33. Für Grundstücke, die seit dem 1. Januar 1914 durch eine nicht unter § 31 Abs. 1 des Gesetzes fallende Erwerbsart zu einem Preise erworben worden sind, der um mehr als 10 vom Hundert hinter dem gemeinen Werte zur Zeit des Erwerbes, und soweit es sich um Grundstücke handelt, die unter der Voraussetzung des § 31 Abs. 2 des Gesetzes mit dem Ertragswert zu bewerten sind, zugleich auch hinter dem Ertragswert zur Zeit des Erwerbes zurückbleibt, tritt an die Stelle der Gestehungskosten beim Erwerbe (§ 30 Abs. 2) ebenfalls der gemeine Wert und bei den unter der Voraussetzung des § 31 Abs. 1 des Gesetzes mit dem Ertragswert zu bewertenden Grundstücken der Ertragswert oder auf Antrag des Steuerpflichtigen der gemeine Wert zur Zeit des Erwerbes. § 32 Satz 2 findet Anwendung.

Ermittlung des Ertragswerts (als Gestehungskosten).

§ 34. 1. Zu den Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind (§ 31 des Gesetzes), sind land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Grundstücke nicht mehr zu rechnen, deren gemeiner Wert schon zur Zeit des Erwerbes durch ihre Lage als Bauland oder als Land zu Verkehrszwecken bestimmt wird, oder bei denen nach den sonstigen Umständen, z. B. nach ihrer Lage und Beschaffenheit, ihrem Erwerbspreis oder ihrer Belastung, anzunehmen ist, daß sie in absehbarer Zeit anderen als land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen werden.

2. Bebaute Grundstücke, die Wohnzwecken oder gewerblichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, können nach dem Ertragswert gemäß § 31 des Gesetzes nur dann bewertet werden, wenn ihre Bebauung und Benutzung zur Zeit des Erwerbes der ortsüblichen Bebauung und Benutzung entspricht. Dies ist dann zu verneinen, wenn die Art der Benutzung und die Höhe der Aufwendungen für die Herstellung und Unterhaltung von baulichen und sonstigen Anlagen erkennen lassen, daß ein Grundstück außergewöhnlichen Zwecken, insbesondere dem Luxus des Besitzers, zu dienen bestimmt ist, oder wenn der gemeine Wert eines Grundstücks durch eine wirtschaftliche Verwertbarkeit bestimmt wird, die eine wesentlich andere Bebauung und Benutzung als die tatsächliche voraussetzt.

a) Bei land- oder forstwirtschaftlichen oder Gärtnereigrundstücken.

§ 35. Bei der Ermittlung des Ertragswerts von land- oder forstwirtschaftlichen oder Gärtnereigrundstücken sind die der Land- oder Forstwirtschaft oder der Gärtnerei einschließlich etwaiger Nebenbetriebe dienenden Gebäude und Betriebsmittel mitzu-

berücksichtigen. Hierbei wird ein angemessener Bestand an lebendem und totem Inventar und an sonstigem Betriebskapitale vorausgesetzt. Ein Mehr- oder Minderwert an Gebäuden und Betriebsmitteln gegenüber einem wirtschaftlich normalen Bestand ist dem Ertragswert hinzu- oder von ihm abzurechnen, insoweit er geeignet ist, den Ertrag zu beeinflussen.

§ 36. 1. Der Berechnung des Ertragswerts bei landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücken ist der Reinertrag zu Grunde zu legen, den ein ordentlicher Unternehmer von den Grundstücken nach ihrer bisherigen wirtschaftlichen Bestimmung bei gemeinüblicher Bewirtschaftung und unter gewöhnlichen Verhältnissen im Durchschnitt einer Reihe von Jahren für ein Wirtschaftsjahr erzielen kann.

2. Bei Grundstücken, bei denen die Ergebnisse des Wirtschaftsbetriebs dem Boden unmittelbar entnommen werden, wie bei Sand-, Lehm-, Tongruben, Stein-, Schiefer-, Kalk- oder Kreidebrüchen, Torfstichen usw., deren Ausbeutung in unmittelbarer Verbindung mit einem land- oder forstwirtschaftlichen oder Gärtnereibetrieb erfolgt, ist die Jahresgewinnung um einen der fortschreitenden Erschöpfung des Bodens entsprechenden Betrag zu kürzen.

3. Sind Grundstücke zu einer wirtschaftlichen Einheit verbunden, so ist der Reinertrag unter Berücksichtigung dieser Zusammengehörigkeit von den Grundstücken als einheitlichem Ganzen zu berechnen.

§ 37. 1. In die zur Ermittlung des Reinertrags vom Rohertrag abzuziehenden Bewirtschaftungskosten sind alle Kosten einzurechnen, die aufzuwenden sind, um mit entlohnten fremden Arbeitskräften den Rohertrag zu erzielen. Ist bei Zugrundelegung der Verhältnisse einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung zur Oberleitung des gesamten Betriebs eine besondere Arbeitskraft für erforderlich zu erachten, so ist bei selbstbewirtschafteten Betrieben der Wert der Tätigkeit des Selbstbewirtschafters vom Rohertrag insoweit in Abzug zu bringen, als diese Tätigkeit des Selbstbewirtschafters eine solche besondere Arbeitskraft ersetzt und der dafür angesetzte Wertbetrag die angemessene Entlohnung einer solchen Arbeitskraft nicht übersteigt.

2. Zum Rohertrag ist auch der Mietwert der vom Eigentümer oder vom Pächter und deren Angehörigen selbst bewohnten oder zur Führung des Haushalts benutzten Gebäude zu rechnen.

3. Was zur Bestreitung des Haushalts des Besitzers aus den Ergebnissen des Wirtschaftsbetriebs zu entnehmen ist, darf aus dem Rohertrage nicht ausgeschieden werden.

§ 38. Bei Forsten (Holzungen) ist, soweit eine ordnungsmäßige Bewirtschaftung auf Grund eines nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen aufgestellten Bewirtschaftungsplans stattgefunden hat und außergewöhnliche, nicht innerhalb der regelmäßigen Nutzung liegende Abtriebe nicht vorgekommen sind, zunächst der Gesamtreinertrag während des vorangegangenen, der Zahl der Jahre der Wirtschaftsperiode entsprechenden Zeitraums zu berechnen. Hierbei sind in Einnahme zu stellen der Erlös für die in dem maßgebenden Zeitraum aus dem regelmäßigen Abtrieb sowie den Zwischen- und Nebennutzungen erzielten Erzeugnisse, in Ausgabe als Bewirtschaftungskosten die Aufwendungen für Aufsicht und Verwaltung, Schlagen, Aufbereitung, Rücken und Flößen der Hölzer, für Aufforstung sowie für Unterhaltung der Baulichkeiten (Forsthäuser, Brücken, Wege usw.). Der Berechnung des Ertragswerts ist der Reinertrag zu Grunde zu legen, der durchschnittlich auf ein Jahr des der Berechnung des Gesamtreinertrags zu Grunde gelegten Zeitraums entfällt. Von der Berechnung des Ertragswerts nach dem wirklichen Reinertrage sind diejenigen Flächen auszuscheiden, auf denen während des maßgebenden Zeitraums Neubeforstungen behufs Erweiterung des Forstbestandes oder Abtriebe behufs Änderung der Kulturart stattgefunden haben.

§ 39. Soweit nicht im § 38 etwas anderes bestimmt ist, ist der Reinertrag schätzungsweise zu ermitteln. Eine Berechnung des Ertragswerts aus dem von den Grundstücken wirklich erzielten Reinertrage findet nicht statt.

b) Bei bebauten Grundstücken, die Wohnzwecken oder gewerblichen Zwecken dienen.

§ 40. Bei bebauten Grundstücken, die Wohnzwecken oder gewerblichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, wird der Berechnung des Ertragswerts der Miet- oder Pachtreinertrag zu Grunde gelegt, der im Durchschnitt der letzten drei Jahre erzielt worden ist oder im Falle der Vermietung oder Verpachtung hätte erzielt werden können. Der Miet- oder Pachtreinertrag ergibt sich aus dem Miet- oder Pachtrohertrage nach Abzug von einem Fünftel des Rohertrags für Nebenleistungen und Instandhaltungskosten oder von dem als erforderlich nachgewiesenen höheren Betrage für Nebenleistungen und Instandhaltungskosten.

§ 41. 1. Ist das Grundstück vermietet oder verpachtet gewesen, so ist der durchschnittliche Jahresmiet- oder -pachtrohertrag aus dem Miet- oder Pachterlöse zu berechnen, der auf Grund der Miet- oder Pachtverträge in den letzten drei Jahren zu erzielen war. Ausfälle an Miet- oder Pachtgeldern infolge Zahlungsunfähigkeit des Schuldners oder aus anderen Gründen dürfen nicht berücksichtigt werden. Soweit das Grundstück zum Teil oder zeitweise nicht vermietet oder nicht verpachtet war, ist für den vom Eigentümer selbst benutzten oder aus einem anderen Grunde unvermietet oder unverpachtet gebliebenen Teil des Grundstücks ein dem Nutzungswerte dieses Teiles und des vermieteten oder verpachteten Teiles entsprechender oder ein dem Zeitraum entsprechender Verhältnisbetrag dem erzielten Miet- oder Pachtpreis zuzurechnen.

2. Ist das Grundstück in den letzten drei Jahren überhaupt nicht oder nur zu einem unwesentlichen Teile oder für einen unwesentlichen Zeitraum vermietet oder verpachtet gewesen, so ist der Miet- oder Pachtertrag nach den ortsüblichen Miet- oder Pachtpreisen für gleiche oder ähnliche Grundstücke zu berechnen.

§ 42. 1. Beansprucht der Steuerpflichtige einen höheren Abzug als ein Fünftel von dem Miet- oder Pachtrohertrage, so hat er den erforderlichen tatsächlichen Aufwand für Nebenleistungen und Instandhaltungskosten nachzuweisen. Soweit für Nebenleistungen und für die Instandhaltung des Grundstücks die eigene Arbeitskraft des Eigentümers oder die seiner Angehörigen in Anspruch genommen worden ist, kann für diese Tätigkeit ein angemessener Betrag angesetzt werden, der aufzuwenden gewesen wäre, wenn die Arbeiten durch entlohnte fremde Arbeitskräfte verrichtet worden wären. Abzugsfähig sind nur die Kosten, die durch die ordnungsmäßige Instandhaltung des Grundstücks notwendig geworden sind, nicht dagegen die Kosten für außergewöhnliche Maßnahmen, für Umbauten, Erweiterungsbauten usw.

2. Ist das Grundstück durch solche außergewöhnliche Maßnahmen, Umbauten, Erweiterungs- oder Neubauten wesentlich geändert worden, so kommt für die Berechnung des Miet- oder Pachtertrags nur der neue Zustand des Grundstücks in Betracht.

§ 43. Im Falle des § 41 Abs. 2 bleiben bei der Berechnung des Ertragswerts für bebaute Grundstücke, die gewerblichen Zwecken dienen, Betriebsmittel, die nicht herkömmlicherweise mit dem Grundstück mitvermietet oder mitverpachtet werden, unberücksichtigt. Diese Betriebsmittel sind besonders mit ihrem gemeinen Werte anzusetzen.

§ 44. Ist im Falle des § 41 Abs. 2 der Grundstückseigentümer zu einer zuverlässigen Angabe des Ertragswerts außerstande und stehen dem Besitzsteueramt ortsübliche Miet- oder Pachtpreise für gleiche oder ähnliche Grundstücke nicht zu Gebote, so ist als Ertragswert der gemeine Wert zu Grunde zu legen.

Benutzung landesrechtlicher Einschätzungen für die Ermittlung des Ertragswerts der Grundstücke.

§ 45. In den Bundesstaaten, in denen eine Einschätzung der Grundstücke nach dem Reinertrag oder dem Nutzungswerte zu steuerlichen Zwecken stattgefunden hat und aktenmäßig festgestellt ist, können als Hilfsmittel bei der Ermittlung der Ertragswerte die landesrechtlichen Einschätzungen benutzt werden, sofern die Beschaffenheit des Grundstücks sich nicht wesentlich geändert hat und entweder anzunehmen ist, daß die landesrechtliche Schätzung

den Ertragsverhältnissen zur Zeit des Erwerbes entspricht, oder ausreichende Anhaltspunkte vorhanden sind, um aus ihnen den Ertragswert zur Zeit des Erwerbes zu ermitteln.

§ 46. 1. Der Steuerpflichtige bleibt an einen gemäß § 30 Abs. 1, § 31 Abs. 5, § 32 des Gesetzes gestellten Antrag gebunden.

2. Wird ein solcher Antrag noch rechtzeitig nach Zustellung des Steuer- oder des Feststellungsbescheids gestellt, so ist die Veranlagung zunächst zu berichtigen. In diesem Falle wird mit der Zustellung des berichtigten Steuer- oder Feststellungsbescheids oder der Mitteilung, daß sich an dem Veranlagungsergebnisse nichts ändere, eine neue Rechtsmittelfrist eröffnet.

Wertermittlung bei dem sonstigen Vermögen.

§ 47. Rechte der im § 6 Nr. 6 des Gesetzes bezeichneten Art sind dem steuerbaren Vermögen dann nicht zuzurechnen, wenn nach Eintritt des Versicherungsfalls § 7 des Gesetzes Anwendung finden würde.

§ 48. 1. Bringt der Steuerpflichtige von dem Werte seiner mit Dividendenschein gehandelten Wertpapiere einen Gewinnbetrag in Abzug (§ 34 Abs. 2 des Gesetzes), so hat er die Wertpapiere, für welche der Abzug begehrt wird, nach Stückzahl oder Nennbetrag und Gattung besonders zu bezeichnen.

2. Auf Wertpapiere, die Bestandteil eines Betriebsvermögens sind, findet die Vorschrift des § 34 Abs. 2 des Gesetzes keine Anwendung.

§ 49. 1. Die behördliche Schätzung des Wertes der im § 35 des Gesetzes bezeichneten Vermögensgegenstände hat durch das Besitzsteueramt zu erfolgen, in dessen Bezirk sich die Leitung des betreffenden inländischen Unternehmens befindet. Ein anderes Besitzsteueramt, das die Wertangabe eines Steuerpflichtigen beanstandet, hat das nach Satz 1 zuständige Besitzsteueramt um Vornahme der Schätzung zu ersuchen.

2. Andere als die im § 35 des Gesetzes bezeichneten Wertpapiere, die keinen Börsenkurs haben, sind ebenfalls mit ihrem Verkaufswert anzusetzen.

§ 50. Der Gesamtwert der auf bestimmte Zeit beschränkten Nutzungen oder Leistungen (§ 37 Abs. 1 des Gesetzes) ist nach der beigefügten Hilfstafel zu ermitteln.

Veranlagung von beschränkt steuerpflichtigen Personen.

§ 51. 1. Bei der Veranlagung von beschränkt steuerpflichtigen Personen (§ 11 Nr. II des Gesetzes) mit ihrem inländischen Grund- und Betriebsvermögen sind nur die in einer wirtschaftlichen Beziehung zu diesen Vermögensteilen stehenden Schulden und Lasten abzugsfähig. Sofern nicht besondere Umstände eine gegenteilige Annahme rechtfertigen, ist eine wirtschaftliche Beziehung zu dem in Grundstücken bestehenden Vermögen anzuerkennen, wenn die Schulden und Lasten auf den betreffenden Grundstücken ruhen.

2. Zu dem nach § 11 Nr. II des Gesetzes steuerpflichtigen inländischen Grund- und Betriebsvermögen gehört außer dem im Gebiete des Deutschen Reichs liegenden Grund- und Gebäudebesitz alles Vermögen, das gewidmet ist der Ausübung eines stehenden Gewerbes in einer innerhalb des Reichsgebiets befindlichen Betriebsstätte (§ 3 Abs. 2 des Doppelsteuergesetzes).

Rechtshilfe.

§ 52. Die Besitzsteuerämter haben sich bei der Veranlagung der Besitzsteuer gegenseitig Rechtshilfe zu leisten. Das gilt insbesondere für die Ermittlung des Wertes des in auswärtigen Veranlagungsbezirken befindlichen Grund- und Betriebsvermögens eines Steuerpflichtigen.

Ermäßigung der Besitzsteuer.

§ 53. Der Anspruch auf eine Ermäßigung der Besitzsteuer gemäß § 27 Abs. 1 des Gesetzes ist nach den Verhältnissen am Ende des Veranlagungszeitraums zu beurteilen.

Berechnung der Besitzsteuer.

§ 54. 1. Nach Abschluß der Ermittlungen über den Vermögensstand des Steuerpflichtigen zu den maßgebenden Zeitpunkten ist die Besitzsteuer zu berechnen und das Ergebnis der Veranlagung in die Besitzsteuerliste einzutragen.

2. Zum Grundvermögen (Spalte 3 der Besitzsteuerliste) sind zu rechnen alle im Inland belegenen Grundstücke eines Steuerpflichtigen einschließlich der unter § 3 des Gesetzes fallenden Berechtigungen, soweit sie nicht dem Betrieb eines Bergbaues oder eines Gewerbes dienen, mit allem Zubehör.

3. Zum Betriebsvermögen (Spalte 4 der Besitzsteuerliste) gehört das gesamte, dem inländischen Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, des Bergbaues oder eines Gewerbes dienende Vermögen eines Steuerpflichtigen. Das dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft auf eigenen selbstbewirtschafteten Grundstücken und zugepachteten Grundstücken dienende Vermögen ist jedoch in Spalte 3, die dem Betriebe des Bergbaues oder eines Gewerbes dienenden Grundstücke und unter § 3 des Gesetzes fallende Berechtigungen sind in Spalte 4 der Besitzsteuerliste nachzuweisen. Der Betrieb der Gärtnerei gilt, je nach dem die Bodenbewirtschaftung überwiegt oder nicht, als landwirtschaftlicher oder als gewerblicher Betrieb.

4. Alles sonstige Vermögen eines Steuerpflichtigen ist als Kapitalvermögen in Spalte 5 der Besitzsteuerliste aufzuführen.

5. Zur Berechnung der Besitzsteuer dient die beigefügte Hilfstafel.

Steuerbescheid.

§ 55. 1. Dem Steuerpflichtigen ist ein Steuerbescheid nach Anleitung des Musters 3 zu erteilen. Er hat zu enthalten

den Betrag der zu zahlenden Besitzsteuer,
die Berechnungsgrundlagen der angeforderten Steuer,
die Höhe des Endvermögens, dessen Feststellung für eine spätere Veranlagung zur Besitzsteuer maßgebend ist,
eine Belehrung über die zulässigen Rechtsmittel unter Angabe der Rechtsmittelfristen und Bezeichnung der Behörden, bei denen die Rechtsmittel einzulegen sind,
die Anweisung zur Entrichtung der Besitzsteuer in den gesetzlichen Teilbeträgen innerhalb der vorgeschriebenen Zahlungsfristen,
einen Hinweis auf die Zulässigkeit der Vorauszahlung der späteren Teilbeträge,
die Bezeichnung der zur Empfangnahme der Zahlung zuständigen Kassenstelle.

2. In dem Steuerbescheid ist anzugeben, in welchen Punkten bei der Feststellung des steuerbaren Vermögens von der Besitzsteuererklärung abgewichen worden ist. Eine Begründung der Abweichungen ist nicht erforderlich.

Feststellungsbescheid.

§ 56. 1. Hat sich kein oder nur ein steuerfreier Vermögenszuwachs ergeben, so ist dem Steuerpflichtigen ein Bescheid über die Feststellung des Anfangsvermögens (§ 21) zu erteilen, falls dieses mehr als zwanzigtausend Mark beträgt und nicht bereits gemäß § 47 des Wehrbeitraggesetzes oder später gemäß § 65 des Besitzsteuergesetzes festgestellt ist.

2. Der Feststellungsbescheid, für den das Muster 4 als Anhalt dient, hat wie der Steuerbescheid eine Belehrung über die zulässigen Rechtsmittel und eine Bezeichnung der Punkte zu enthalten, in welchen bei der Feststellung des Vermögens von der Besitzsteuererklärung abgewichen worden ist.

§ 57. 1. Der Steuerbescheid oder der Feststellungsbescheid ist dem Steuerpflichtigen oder seinem gesetzlichen oder bevollmächtigten Vertreter zuzustellen. Ist der Steuerpflichtige vor Zustellung des Steuerbescheids gestorben, so ist dieser Bescheid, der dann eine Feststellung des für eine künftige Veranlagung zur Besitzsteuer maßgebenden Vermögensstandes nicht mehr zu enthalten hat, den im § 17 Abs. 2 bezeichneten Personen zuzustellen.

2. Die Zustellung hat nach den in dem betreffenden Bundesstaate für amtliche Zustellungen in Landessteuersachen maßgebenden Vorschriften zu erfolgen.

§ 58. Ist den in die Besitzsteuerliste aufgenommenen Personen gemäß § 65 Abs. 1 des Besitzsteuergesetzes weder ein Steuer- noch ein Feststellungsbescheid zu erteilen, so ist gleichwohl das für das Ende des Veranlagungszeitraums ermittelte Vermögen sowie das für eine spätere Besitzsteuerveranlagung in Betracht kommende Anfangsvermögen in der Besitzsteuerliste zu vermerken.

Erhebung.

§ 59. Über die Erhebung der Besitzsteuer ist ein Sollbuch nach Muster 5 für je einen ganzen Erhebungszeitraum (§ 24 des Gesetzes) und ein Einnahmebuch nach Muster 6 für je ein Rechnungsjahr zu führen. Abweichungen in der Führung des Einnahmebuchs sind mit Zustimmung des Reichskanzlers zulässig.

§ 60. 1. Das Besitzsteueramt hat nach der Veranlagung zur Besitzsteuer alsbald auf Grund der festgestellten Besitzsteuerliste für jeden Erhebungsbezirk ein Sollbuch unter Ausfüllung der Spalten 1 bis 4 aufzustellen. Das Sollbuch ist in Spalte 4 aufzurechnen und auf dem Titelblatte mit Feststellungsbescheinigung zu versehen.

2. Die Erhöhung oder Herabsetzung der zum Soll gestellten Besitzsteuer im Rechtsmittel-, Berichtigungs-, Neu- oder Nachveranlagungsverfahren (§ 38 Abs. 3, § 43 Abs. 2, § 44 Abs. 2, § 45 Satz 2, § 66 Abs. 1, § 73 Satz 2 des Gesetzes) kommt in den Spalten 5 und 6 zur Darstellung. Die Inabgangstellung des Sollbetrags infolge Überweisung der Besitzsteuer bei Verlegung des Wohnsitzes des Steuerpflichtigen (§ 64) erfolgt in Spalte 6. Die Ausfüllung dieser Spalten geschieht durch die Hebestelle. Die Spalte 7 (Berichtigtes Soll) ist erst beim Abschluß des Sollbuchs auszufüllen.

3. Das Sollbuch wird am Schlusse des auf den Erhebungszeitraum folgenden Rechnungsjahrs — das Sollbuch für den Erhebungszeitraum 1917 bis 1919 also am 31. März 1921 — durch die Hebestelle in den Spalten 5 ff. aufgerechnet und abgeschlossen. Die nach Spalte 12 verbliebenen Rückstände werden in die Restnachweisung (§ 72) übernommen. Unter dem Abschluß des Sollbuchs ist von einem an der Kassenführung nicht beteiligten Beamten zu bescheinigen, daß die nach Spalte 12 verbliebenen Rückstände sämtlich in die Restnachweisung übertragen worden sind.

§ 61. Die oberste Landesfinanzbehörde kann im Einverständnisse mit dem Reichskanzler anordnen, daß von der Führung eines besonderen Sollbuchs abzusehen ist. In diesem Falle ist die Besitzsteuerliste mit dem Sollbuch durch Aufnahme der Spalten 5 ff. des Sollbuchs zu verbinden.

§ 62. In den Einnahmebüchern für die Rechnungsjahre 1920, 1921 und 1922 sind wegen der Vorschrift des § 86 des Gesetzes je besondere Einnahmespalten für die Einnahmen aus dem Erhebungszeitraum 1917 bis 1919 und die Einnahmen aus dem Erhebungszeitraum 1920 bis 1922 anzulegen.

Stundung, Teilzahlung und Sicherstellung.

§ 63. 1. Stundung oder andere als die gesetzlichen Teilzahlungen kann das Besitzsteueramt auf Antrag bewilligen, wenn die sofortige Einziehung der fälligen Besitzsteuerteilbeträge am Fälligkeitstage mit erheblichen Härten für den Steuerpflichtigen verbunden sein würde, oder soweit im Falle der Anfechtung eines Steuerbescheids das Rechtsmittelverfahren voraussichtlich zu einer Aufhebung oder Herabsetzung der Besitzsteuer führen wird.

2. Die oberste Landesfinanzbehörde kann im Einverständnisse mit dem Reichskanzler die Bewilligung von Stundung oder Teilzahlung der Erhebungsbehörde übertragen.

3. Stundung der Besitzsteuer oder deren Entrichtung in anderen als den gesetzlichen Teilzahlungen darf nur bis zu drei Jahren, von der Fälligkeit des einzelnen gesetzlichen Teilbetrags an gerechnet, bewilligt werden.

4. Stundung oder Bewilligung von Teilzahlungen ist in allen für eine Sicherheitsleistung geeigneten Fällen nur gegen eine solche zulässig. Die Art der Sicherheitsleistung richtet sich nach den landesrechtlichen Bestimmungen. Zur Stundung eines fünfhundert

Mark übersteigenden Betrags oder für länger als sechs Monate nach Fälligkeit der einzelnen Teilbeträge ist die Genehmigung der Oberbehörde oder einer anderen von der obersten Landesfinanzbehörde bestimmten Behörde erforderlich.

5. Die Gewährung von anderen als den gesetzlichen Teilzahlungen ist an die Bedingung zu knüpfen, daß bei dem Ausbleiben auch nur einer Teilzahlung die sofortige Beitreibung der nach der gesetzlichen Vorschrift bis dahin fälligen Besitzsteuerbeträge erfolgen würde.

6. Eine Verzinsung der gestundeten Besitzsteuer findet nicht statt.

7. Stundung und Entrichtung von Teilzahlungen sind durch das Sollbuch und nach dessen Abschluß durch die Restnachweisung (§ 72) zu überwachen.

Überweisung der Besitzsteuer bei Verlegung des Wohnsitzes des Steuerpflichtigen.

§ 64. 1. Verlegt der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz in den Bezirk eines anderen Besitzsteueramts, so hat die Erhebung der Besitzsteuer durch die für den neuen Wohnsitz zuständige Hebestelle zu erfolgen.

2. Die bisherige Hebestelle stellt den noch rückständigen Teil der Besitzsteuer in Spalte 6 des Sollbuchs in Abgang und übersendet ihrem Besitzsteueramt unter Angabe der Wohnsitzänderung einen beglaubigten Auszug aus dem Sollbuch (Spalte 1 bis 11, 14, 15) in zweifacher Ausfertigung.

§ 65. 1. Das bisher zuständige Besitzsteueramt hat die noch nicht gezahlten Besitzsteuerbeträge dem für den neuen Wohnort zuständigen Besitzsteueramt unter Übersendung je eines Auszugs aus der Besitzsteuerliste und aus dem Sollbuch zur Einziehung zu überweisen. Beizufügen sind die den Steuerpflichtigen betreffenden Verhandlungen. Die Überweisung ist in der Bemerkungsspalte der Besitzsteuerliste zu vermerken, und der überwiesene Betrag ist am Schlusse der Besitzsteuerliste in Spalte 16 von dem aufgerechneten Gesamtsteuerbetrag abzusetzen.

2. Das Besitzsteueramt des neuen Wohnorts nimmt die überwiesene Besitzsteuer in eine Zugangsliste zur Besitzsteuerliste (§ 11) auf und übersendet der nunmehr zuständigen Hebestelle den Auszug aus dem Sollbuch unter Angabe der Nummer der Zugangsliste. Die Hebestelle trägt den Besitzsteuerbetrag in das Besitzsteuer-Sollbuch unter einer neuen Abteilung mit der Überschrift „Zugänge an Besitzsteuer" ein. Daß dies geschehen, ist dem Besitzsteueramt unter Angabe der Nummer des Sollbuchs alsbald anzuzeigen. Die Mitteilung des Besitzsteueramts wird Beleg zum Sollbuch.

3. Demnächst bestätigt das Besitzsteueramt (unter Angabe der Nummer seiner Zugangsliste) dem bisherigen Besitzsteueramte die Übernahme der Besitzsteuer. Letzteres teilt der bisherigen Hebestelle die erfolgte Überweisung mit; die Mitteilung wird Beleg zum Sollbuch.

4. Gleichzeitig ist der Steuerpflichtige von der Überweisung mit der Aufforderung in Kenntnis zu setzen, weitere Zahlungen an die neue Hebestelle zu leisten.

5. Für die Überweisung innerhalb eines Bundesstaats kann die oberste Landesfinanzbehörde Abweichendes bestimmen.

Ableben des Steuerpflichtigen.

§ 66. 1. Ist der Steuerpflichtige nach Veranlagung und Insollstellung der Besitzsteuer gestorben, so sind die noch nicht gezahlten Besitzsteuerbeträge nach Fälligkeit von den Erben einzuziehen. Die Hebestelle hat das Ableben des Steuerpflichtigen dem Besitzsteueramt anzuzeigen.

2. War dem Verstorbenen eine Stundung der Besitzsteuer bewilligt worden, so erlischt die Bewilligung mit seinem Ableben.

3. Im Falle des Todes eines Steuerpflichtigen findet eine Überweisung der Besitzsteuer zur Einziehung nicht statt.

§ 67. Die gemäß § 40 des Erbschaftssteuergesetzes, §§ 2, 3 der Erbschaftssteuer-Ausführungsbestimmungen den Erbschaftssteuerämtern einzureichenden Totenlisten und

Mitteilungen über Todeserklärungen werden nach näherer Bestimmung der obersten Landesfinanzbehörde auch den Besitzsteuerämtern so zeitig zur Verfügung gestellt, daß diese innerhalb der im § 62 Abs. 1 des Gesetzes vorgeschriebenen Frist in Fällen, in denen ein besonderer Anlaß hierzu besteht, von den pflichtigen Personen die Einreichung eines Verzeichnisses über das von einem Verstorbenen hinterlassene Kapital- und Betriebsvermögen verlangen können.

Niederschlagung.

§ 68. Zur Niederschlagung von Besitzsteuerbeträgen wegen Uneinbringlichkeit sind nur die Oberbehörden zuständig. Die Niederschlagung darf nur dann erfolgen, wenn keine Aussicht zur Einziehung der geschuldeten Beträge mehr besteht. Die Niederschlagung ist in der Besitzsteuerliste zu vermerken und der Hebestelle mitzuteilen. Die Mitteilung wird Beleg zum Sollbuch.

Anderweite Veranlagung und Erstattung der Besitzsteuer.

§ 69. 1. Gegen einen Nachveranlagungsbescheid auf Grund von § 38 Abs. 3 Satz 2, § 45 Satz 2, § 46 des Gesetzes sowie gegen einen Neuveranlagungsbescheid auf Grund von § 73 Satz 2 des Gesetzes stehen dem Steuerpflichtigen die gleichen Rechtsmittel zu wie gegen den Steuerbescheid. Von einer Nachveranlagung kann, sofern eine solche nicht gleichzeitig für die Kriegssteuer erforderlich wird, abgesehen werden, wenn der nachzufordernde Mehrbetrag an Besitzsteuer den Betrag von dreißig Mark nicht übersteigt.

2. Gegen den Bescheid des Besitzsteueramts, durch den die Veranlagung zu Gunsten des Steuerpflichtigen auf Grund von § 38 Abs. 3 Satz 1, § 43 Abs. 2, § 44 Abs. 2, § 46 des Gesetzes berichtigt wird, oder die auf Grund dieser Vorschriften beantragte Berichtigung der Veranlagung abgelehnt wird, steht dem Steuerpflichtigen nach näherer Bestimmung der obersten Landesfinanzbehörde die Beschwerde im Verwaltungsweg offen.

3. Soweit die Besitzsteuer infolge eines offenbaren Versehens zu Unrecht bezahlt worden ist, hat eine Erstattung auf Antrag des Steuerpflichtigen und, wenn die Überhebung mindestens fünf Mark beträgt, auch von Amts wegen durch die Oberbehörde zu erfolgen.

4. Dem Antrag auf Berichtigung der Veranlagung (Abs. 2) oder Erstattung von Besitzsteuer (Abs. 3) ist nur zu entsprechen, wenn er innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Erhebungszeitraums gestellt worden ist. Wird der Antrag auf Tatsachen gestützt, die erst nach Ablauf des Erhebungszeitraums eingetreten sind, so beginnt die einjährige Frist mit dem Tage, an dem der Antragsteller von diesen Tatsachen Kenntnis erhalten hat.

5. Im übrigen kann eine rechtskräftige Veranlagung zu Gunsten des Steuerpflichtigen nur im Wege des Billigkeitserlasses durch den Bundesrat geändert werden. § 31 Abs. 2 der Kriegssteuer-Ausführungsbestimmungen gilt entsprechend für die erstmalige Veranlagung der Besitzsteuer.

6. Wenn nach Ansicht des Besitzsteueramts die Besteuerung von nachweislich aus der Veräußerung ausländischen Grund- oder Betriebsvermögens herrührenden Vermögensbeträgen oder von solchen zum ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen gehörigen Gegenständen, die während des Veranlagungszeitraums ins Inland verbracht worden sind, eine besondere Härte darstellt, so kann das Besitzsteueramt die Erhebung des Mehrbetrags, der von dem Steuerpflichtigen zu zahlen ist, weil ausländisches Grund- oder Betriebsvermögen vom Wehrbeitrag freigeblieben ist, vorläufig aussetzen und dem Steuerpflichtigen anheimstellen, binnen einem Monat den Erlaß dieses Betrags zu beantragen. Derartige Anträge sind bei dem Besitzsteueramt anzubringen und mit einer gutachtlichen Äußerung der Oberbehörde durch Vermittlung der obersten Landesfinanzbehörde dem Bundesrate vorzulegen.

§ 70. Die nach § 69 Satz 2 des Gesetzes zu vergütenden Zinsen für die auf Grund rechtskräftiger Entscheidung zu erstattenden Beträge sind wie Erstattungen an Besitzsteuer zu Lasten der Reichskasse zu verrechnen.

§ 71. 1. Wird im Rechtsmittel-, Berichtigungs-, Neu- oder Nachveranlagungsverfahren (§ 38 Abs. 3, § 43 Abs. 2, § 44 Abs. 2, § 66 Abs. 1, § 73 Satz 2 des Gesetzes) die Besitzsteuer anderweit veranlagt oder infolge eines offenbaren Versehens zu Unrecht gezahlte Besitzsteuer erstattet oder Besitzsteuer vom Bundesrat aus Billigkeitsgründen erlassen (§ 69 Abs. 3 und 5), so hat das Besitzsteueramt die Eintragungen in den Spalten 3ff. der Besitzsteuerliste (Zugangsliste) mit roter Tinte zu berichtigen.

2. Die Erhöhung oder Herabsetzung der Besitzsteuer (Zugang oder Abgang) ist der Hebestelle behufs Eintragung in die Spalten 5 und 6 des Sollbuchs mitzuteilen. Die Mitteilung wird Beleg zum Sollbuch.

Rückstände von Besitzsteuerbeträgen und Restnachweisung.

§ 72. 1. Sind am Schlusse des auf den Erhebungszeitraum folgenden Jahres beim Abschluß des Sollbuchs die zum Soll gestellten Besitzsteuerbeträge noch nicht oder nicht vollständig zur Hebung gelangt, so sind die Rückstände in die Restnachweisung einzutragen und dort weiter abzuwickeln.

2. Die Restnachweisung wird nach dem Muster 7 geführt. Von einem an der Kassenführung nicht beteiligten Beamten ist auf dem Titelblatte der Restnachweisung zu bescheinigen, daß die beim Abschluß des Sollbuchs rückständig gebliebenen Sollbeträge in die Restnachweisung übertragen worden sind.

3. Einzahlungen auf diese Reste sind im Einnahmebuche zu buchen.

4. Eine Überweisung der in die Restnachweisung übernommenen Beträge findet im Falle des Wegzugs des Steuerpflichtigen in einen anderen Bezirk nicht statt.

Unterbliebene Veranlagung der Besitzsteuer.

§ 73. 1. Besitzsteuern, welche wegen zu Unrecht unterbliebener Veranlagung erst später veranlagt werden, sind in der Zugangsliste zur Besitzsteuerliste und in dem Besitzsteuer-Sollbuche (Zweite Abteilung) oder nach dessen Abschluß in der Restnachweisung nachzuweisen. Die Bestimmungen im § 65 Abs. 2 finden sinngemäße Anwendung.

2. Sind die im § 70 Abs. 1 des Gesetzes vorgesehenen gesetzlichen Zahlungsfristen bereits verstrichen, so ist die Besitzsteuer binnen vier Wochen nach Zustellung des Steuerbescheids zu entrichten.

§ 74. 1. Hinsichtlich des Verwaltungsstrafverfahrens, der Strafmilderung und des Erlasses der Strafe im Gnadenwege sowie hinsichtlich der Strafvollstreckung und der Verjährung der Strafverfolgung kommen, auch für die von der Zollgrenze ausgeschlossenen Gebietsteile, die sich auf Zollstrafen beziehenden Vorschriften mit der Maßgabe zur Anwendung, daß an die Stelle der Hauptzollämter und Zolldirektivbehörden die Besitzsteuerämter und Oberbehörden (§ 49 des Gesetzes) oder andere durch die Landesregierung bestimmte Behörden treten.

2. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Geheimhaltungspflicht (§ 82 des Gesetzes) findet die Strafverfolgung nur im gerichtlichen Verfahren statt.

§ 75. Die festgesetzten Geldstrafen fallen der Staatskasse des Bundesstaats zu, von dessen Behörde die Strafentscheidung getroffen ist.

Aktenführung.

§ 76. Über jeden einzelnen in die Besitzsteuerliste aufgenommenen Steuerpflichtigen sind Akten anzulegen, in welche alle auf die Veranlagung zur Besitzsteuer bezüglichen Mitteilungen, Besitzsteuererklärungen, Anträge und sonstigen Schriftstücke nach der Zeitfolge geordnet aufzunehmen sind. Die Wehrbeitragsakten können als Besitzsteuerakten weitergeführt werden. Die Akten sind derart zu führen, daß sich eine Nachprüfung nach ihrem Inhalt ermöglichen läßt.

Aufbewahrungsfristen.

§ 77. Die Wehrbeitragslisten A, die Besitzsteuerlisten und die Kassenbücher sind nach Abschluß des Veranlagungsverfahrens noch fünfzehn Jahre aufzubewahren. Die Wehr-

beitragsakten der natürlichen Personen und die Besitzsteueraften können nach Ablauf des zehnten, auf den Tod eines Steuerpflichtigen folgenden Jahres ausgeschieden und vernichtet werden.

Prüfungsverfahren.

§ 78. 1. Die Besitzsteuer-Sollbücher, die an deren Stelle getretenen ergänzten Besitzsteuerlisten (§ 61), die Restnachweisungen und die Besitzsteuer-Einnahmebücher nebst den dazugehörigen Belegen sind durch die Oberbehörden nachzuprüfen. Zu diesem Zwecke sind je nach Ablauf des auf einen Erhebungszeitraum folgenden Rechnungsjahrs die Sollbücher und die an deren Stelle getretenen Besitzsteuerlisten für den abgelaufenen Erhebungszeitraum, die Restnachweisungen für den vorvergangenen Erhebungszeitraum und die Einnahmebücher für die letzten vier Rechnungsjahre nebst den dazugehörigen Belegen der Oberbehörde einzureichen. Die oberste Landesfinanzbehörde kann anordnen, daß die Nachprüfung der Bücher und Belege an den Amtssitzen der Besitzsteuerämter und Hebestellen durch abgeordnete Beamte der Oberbehörde stattzufinden hat.

2. Inwieweit sich die Prüfung der Oberbehörde auch auf die einzelnen Veranlagungen zur Besitzsteuer zu erstrecken hat, bestimmt die oberste Landesfinanzbehörde.

3. Die Landesregierung kann die Prüfung anderen Behörden als den nach § 1 Abs. 1 bestimmten Oberbehörden übertragen. Diese Behörden sind unter Angabe ihrer Amtsbezirke dem Reichskanzler mitzuteilen.

Kosten.

§ 79. 1. Das Verfahren in Besitzsteuerangelegenheiten ist, soweit nicht hinsichtlich der Kosten in den §§ 60, 85 des Gesetzes ein anderes bestimmt ist, kosten-, gebühren- und stempelfrei.

2. Zu den Kosten des Verfahrens ist auch die Postgebühr zu rechnen, welcher die Sendungen der Besitzsteuerämter und Hebestellen an die Steuerpflichtigen unterliegen; sie fällt daher den letzteren nicht zur Last. Dagegen haben die Steuerpflichtigen die Postgebühr für die von ihnen an die bezeichneten Behörden zu richtenden Sendungen zu tragen.

Abrechnung über die Besitzsteuer und Aufstellung der Einnahmeübersichten.

§ 80. 1. Über den Ertrag der Besitzsteuer ist von den durch die Landesregierungen bestimmten Kassen mit der Reichshauptkasse nach Maßgabe der „Bestimmungen zur Regelung der Abrechnungen zwischen der Reichshauptkasse und den Landeskassen vom 23. Juni 1910[1])" abzurechnen. Entsprechend den Vorschriften im § 4 dieser Abrechnungsbestimmungen sind ferner besondere monatliche und vierteljährliche Übersichten der Einnahme an Besitzsteuer aufzustellen, aus denen sich das Gesamtaufkommen (die eingezahlten Beträge) an Besitzsteuer einschließlich der Nacherhebungen und abzüglich der Erstattungen (Zurückzahlungen), der Betrag der Vergütung an die Bundesstaaten für die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer (§ 86 des Gesetzes) und bis zum Rechnungsjahr 1919 auch der Betrag der nach § 87 des Gesetzes den Bundesstaaten etwa zu gewährenden Sonderentschädigungen für den Ausfall an Erbschaftssteuer sowie der an die Reichskasse abzuführende Betrag ergeben.

2. Die Übersichten sind den in den Abrechnungsbestimmungen bezeichneten Behörden oder Dienststellen innerhalb der daselbst angegebenen Fristen einzureichen. Statt dessen können die Angaben in die allgemeinen Reichssteuerübersichten aufgenommen werden.

3. Die Oberbehörden für die Besitzsteuer (§ 1) gelten im Sinne der Abrechnungsbestimmungen als Direktivbehörden.

§ 81. Die Landesregierung kann die den Direktivbehörden nach den Abrechnungsbestimmungen übertragenen Geschäfte anderen Behörden als den nach § 1 bestimmten Oberbehörden übertragen. Die Behörden sind unter Angabe ihrer Amtsbezirke dem Reichskanzler (Reichsschatzamt) mitzuteilen.

---

[1]) Zentralbl. für das Deutsche Reich 1910 S. 352.

Übergangsbestimmungen.

§ 82. 1. Der Durchschnittsbetrag, um welchen die Einnahme an Erbschaftssteuer in den im § 87 Abs. 1 des Gesetzes bezeichneten Bundesstaaten in den Rechnungsjahren 1913 bis 1915 niedriger gewesen wäre, wenn die wegen der Besitzsteuer eingeführte Ermäßigung bereits während der Rechnungsjahre 1913 bis 1916 bestanden hätte, wird vom Bundesrate besonders festgesetzt.

2. Die hiernach festgesetzten Durchschnittsbeträge bilden nach Abzug

a) des Unterschieds zwischen der Einnahme, welche die Bundesstaaten noch in den Rechnungsjahren 1917 bis 1919 aus der nicht ermäßigten Besteuerung von vor dem 1. April 1917 eingetretenen Erbfällen gehabt haben, und der Einnahme, welche sie aus diesen Erbfällen gehabt hätten, wenn auf sie bereits die Ermäßigung wegen der Besitzsteuer in Anwendung gekommen wäre,

b) von zehn vom Hundert der nach dieser Kürzung noch verbleibenden Beträge

das Soll der nach § 87 des Gesetzes den Bundesstaaten auf die betreffenden Zeiträume für den Fortfall der Erbschaftssteuer zu gewährenden Vergütungen.

b) Zum Kriegssteuergesetz.*)

Steuerbehörden.

§ 1. Die Veranlagung und Erhebung der außerordentlichen Kriegsabgabe erfolgt durch die mit der Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer betrauten Behörden.

Anwendung der Besitzsteuer-Ausführungsbestimmungen.

§ 2. Die Besitzsteuer-Ausführungsbestimmungen finden für die Veranlagung und Erhebung der außerordentlichen Kriegsabgabe entsprechende Anwendung, soweit sich aus dem Kriegssteuergesetz und den Kriegssteuer-Ausführungsbestimmungen nichts anderes ergibt.

Zuständigkeit.

§ 3. 1. Die Zuständigkeit der Bundesstaaten zur Veranlagung und Erhebung der außerordentlichen Kriegsabgabe der Einzelpersonen regelt sich in der gleichen Weise wie bei der Besitzsteuer.

2. Zur Veranlagung und Erhebung der außerordentlichen Kriegsabgabe inländischer Gesellschaften ist der Bundesstaat zuständig, in dem sie ihren Sitz haben. Zur Veranlagung und Erhebung der außerordentlichen Kriegsabgabe ausländischer Gesellschaften ist der Bundesstaat zuständig, in dessen Gebiet sich der inländische Geschäftsbetrieb befindet, und wenn sich der inländische Geschäftsbetrieb auf mehrere Bundesstaaten erstreckt, der Bundesstaat, auf den der größte Teil des inländischen Geschäftsbetriebs entfällt.

3. In Zweifelsfällen entscheidet der Bundesrat.

Ermittlung der abgabepflichtigen Personen und deren Eintragung in die Kriegssteuerlisten.

§ 4. Vor der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärungen (§ 8) sind für jeden Veranlagungsbezirk die Einzelpersonen und Gesellschaften zu ermitteln, die für die Veranlagung zur außerordentlichen Kriegsabgabe in Frage kommen (§ 6 Abs. 2, § 7 Abs. 1).

§ 5. Nach Anleitung der Muster 1 und 2 sind Kriegssteuerlisten anzulegen. Das Muster 1 ist für die Einzelpersonen (Kriegssteuerliste A), das Muster 2 für die Gesellschaften (Kriegssteuerliste B) bestimmt.

§ 6. 1. Vor der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe der Kriegssteuererklärung ist nur die Kriegssteuerliste B anzulegen.

2. Die Aufnahme einer inländischen oder ausländischen Gesellschaft der im § 13 des Gesetzes bezeichneten Art in die Kriegssteuerliste B darf nur dann unterbleiben, wenn die

*) Von den Mustern sind hier nur Nr. 3 und 4 abgedruckt (Seite 991 bis 999).

Verhältnisse der Gesellschaft dem Besitzsteueramte genügend bekannt sind und danach feststeht, daß sie zu einer Kriegsabgabe nicht zu veranlagen ist. Außerdem sind in die Kriegssteuerliste B die im Bezirke zu veranlagenden anderen juristischen Personen einzutragen, auf die der Bundesrat die Vorschriften des Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Versteuerung der Kriegsgewinne vom 24. Dezember 1915 ausgedehnt hat. Die Befreiung von der Verpflichtung zur Bildung einer Sonderrücklage gemäß § 7 des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 hat auch die Befreiung von der Abgabepflicht zur Folge.

§ 7. 1. Die Einzelpersonen sind zunächst nur in die für die gleichzeitige Besitzsteuerveranlagung aufzustellende Besitzsteuerliste einzutragen. In diese sind jedoch alle Einzelpersonen aufzunehmen, welche die Voraussetzungen der persönlichen Steuerpflicht (§§ 1, 12 des Kriegssteuergesetzes, § 11 des Besitzsteuergesetzes) erfüllen und von denen zu vermuten ist, daß sie ein Vermögen von mehr als zehntausend Mark besitzen. Für die erstmalige Besitzsteuerveranlagung darf die Aufnahme in die Besitzsteuerliste oder die Benachrichtigung des zuständigen Besitzsteueramts nach § 8 der Besitzsteuer-Ausführungsbestimmungen nur unterbleiben, wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, daß der Steuerpflichtige ein steuerbares Gesamtvermögen von mehr als zehntausend Mark nicht besitzt.

2. Die Eintragung der Einzelpersonen in die Kriegssteuerliste A erfolgt erst, wenn sich beim Veranlagungsgeschäft ergibt, daß sie voraussichtlich eine Kriegsabgabe zu entrichten haben werden. Die Eintragung in die Kriegssteuerliste A ist in Spalte 18 der Besitzsteuerliste zu vermerken.

Steuererklärung.

§ 8. Mit der nach § 14 der Besitzsteuer-Ausführungsbestimmungen für die erstmalige Besitzsteuerveranlagung zu erlassenden öffentlichen Aufforderung zur Abgabe der Besitzsteuererklärungen ist die Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärungen der Einzelpersonen zum Zwecke der Veranlagung der außerordentlichen Kriegsabgabe und zur Abgabe der Kriegssteuererklärungen der Gesellschaften zu verbinden. In dieser Aufforderung sind die Steuerpflichtigen über ihre Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung (§ 26 des Gesetzes) und über die Vorschriften der §§ 33 und 34 des Gesetzes zu belehren.

§ 9. Die Einzelpersonen haben die Steuererklärung zum Zwecke der Veranlagung der außerordentlichen Kriegsabgabe nach Anleitung des Musters 3 zu gestalten. Diese Steuererklärung gilt zugleich als Besitzsteuererklärung.

Seite 991

§ 10. 1. Für die Gesellschaften ist die Kriegssteuererklärung nach Anleitung des Musters 4 zu gestalten.

Seite 996

2. Eine die beiden ersten Kriegsgeschäftsjahre umfassende Steuererklärung zum Zwecke der vorläufigen Festsetzung der Kriegsabgabe ist bis zum 31. Januar 1917 abzugeben. Die weitere Steuererklärung zum Zwecke der endgültigen Festsetzung der Kriegsabgabe ist binnen sechs Monaten nach Ablauf des letzten Kriegsgeschäftsjahrs abzugeben. In dieser brauchen die in der ersten Kriegssteuererklärung bereits gemachten Angaben nicht wiederholt zu werden. Die bis zum 31. Januar 1917 abzugebende Kriegssteuererklärung hat sich auf die Ergebnisse aller Kriegsgeschäftsjahre zu erstrecken, wenn sie bis dahin bereits festgestellt sind.

3. Soweit die Geschäftsberichte und Jahresabschlüsse nebst den Gewinn- und Verlustrechnungen der in Betracht kommenden Friedensgeschäftsjahre (§ 17 des Gesetzes) und der Kriegsgeschäftsjahre (§ 15 des Gesetzes) sowie die darauf bezüglichen Beschlüsse der Generalversammlungen nicht bereits gemäß § 2 der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne vom 24. Dezember 1915 dem Besitzsteueramt eingereicht wurden, sind sie der Kriegssteuererklärung beizufügen.

Feststellung des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses.

§ 11. 1. Der Abgabe nach § 9 Nr. 1 des Gesetzes unterliegt der auf den 31. Dezember 1916 oder der auf den gemäß § 12 Abs. 2 des Gesetzes maßgebenden früheren Zeitpunkt festzustellende Vermögenszuwachs.

2. Als Anfangsvermögen gilt das für die erstmalige Besitzsteuerveranlagung in Betracht kommende Anfangsvermögen.

3. Als Endvermögen gilt das nach dem Besitzsteuergesetze, gegebenenfalls jedoch abweichend hiervon gemäß § 6 des Kriegssteuergesetzes für den im Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt festgestellte, aber nicht abgerundete Vermögen, das dann nach Berücksichtigung der Abzüge gemäß § 3 des Kriegssteuergesetzes und der Hinzurechnungen gemäß §§ 4 und 5 des Kriegssteuergesetzes auf volle Tausende nach unten abgerundet wird (§ 7 des Kriegssteuergesetzes).

§ 12. Der nach § 16 des Besitzsteuergesetzes steuerfreie Vermögenszuwachs ist in der gleichen Weise wie bei der Besitzsteuer auch von der Abgabe nach § 9 Nr. 1 des Kriegssteuergesetzes freizulassen, insoweit nicht schon ein Abzug gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 des Kriegssteuergesetzes stattfindet. Dagegen findet § 15 des Besitzsteuergesetzes keine Anwendung. Die Freilassung des aus einem Erbfall herrührenden Vermögenszuwachses erfolgt gemäß § 3 des Kriegssteuergesetzes.

§ 13. 1. Der gemäß § 3 des Gesetzes abzuziehende Betrag ist unter Zugrundelegung des Vermögenswertes zur Zeit des Erwerbes, bei der Umwandlung von nicht steuerbarem Vermögen in steuerbares Vermögen unter Zugrundelegung des Vermögenswerts zur Zeit der Umwandlung zu berechnen.

2. Vermögensgegenstände, die auf eine der im § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 3 des Gesetzes bezeichneten Arten erworben worden und im Endvermögen des Steuerpflichtigen noch enthalten sind, müssen für den Abzug gemäß § 3 des Gesetzes nach den gleichen Grundsätzen bewertet werden wie bei der Feststellung des Endvermögens.

§ 14. 1. Für die Feststellung eines nach § 4 des Gesetzes dem Vermögen des Steuerpflichtigen hinzuzurechnenden Betrags sind die betreffenden Vermögensgegenstände nach den Grundsätzen zu bewerten, die anzuwenden gewesen wären, wenn die Hingabe nicht stattgefunden hätte.

2. Bei Vermögensübergaben (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 und § 4 Abs. 1 des Gesetzes) mindert sich der abzuziehende oder hinzuzurechnende Betrag um den Wert etwaiger Gegenleistungen.

3. Zuwendungen von Gegenständen, die nicht zum steuerbaren Vermögen gehören, fallen weder unter § 3 Abs. 1 Nr. 3 noch unter § 4 des Gesetzes, dagegen sind sie unter den Voraussetzungen des § 5 des Gesetzes dem Vermögen des Zuwendenden hinzuzurechnen.

4. Schenkungen oder sonstige Vermögensübergaben (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes) sind, wenn der Zuwendende während des Veranlagungszeitraums gestorben ist, dem Vermögen der Erben nach § 4 des Gesetzes hinzuzurechnen.

§ 15. 1. Die Anlegung in ausländischem Grund- oder Betriebsvermögen (§ 5 des Gesetzes) kann auch dadurch erfolgen, daß Gegenstände, die bisher zum steuerbaren Vermögen gehörten, durch Verbringung ins Ausland dem ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen zugeführt werden, oder daß auf andere Weise bisher steuerbares Vermögen in nichtsteuerbares ausländisches Grund- oder Betriebsvermögen umgewandelt wird.

2. Ist der Betrag, der in ausländischem Grund- oder Betriebsvermögen angelegt oder zur Anschaffung anderer Gegenstände der im § 5 Abs. 1 des Gesetzes bezeichneten Art verwendet worden ist, nicht in einer Geldsumme ausgedrückt, so ist er nach dem Werte zu berechnen, den die zur Anlegung oder Anschaffung verwendeten Gegenstände gehabt haben.

3. Als erhebliche Wertminderung im Sinne des § 5 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes ist jedenfalls eine zeitweilige, auf vorübergehenden Umständen beruhende Wertminderung nicht anzusehen.

4. In Zweifelsfällen ist bei Beurteilung der Frage, ob es sich um einen Luxusgegenstand handelt oder nicht, entsprechend der mit der Gesetzesvorschrift verfolgten Absicht, denjenigen zu treffen, der sein Vermögen in wertvollen Gegenständen angelegt hat, um es der Besteuerung zu entziehen, dem Umstand Bedeutung beizumessen, daß der Gegenstand wieder ohne erhebliche Verluste veräußert werden kann.

§ 16. Wenn das Vermögen am Ende des Veranlagungszeitraums nach Berücksichtigung eines etwaigen Abzugs gemäß § 3 und der Hinzurechnungen nach §§ 4 und 5

des Gesetzes den abgerundeten Betrag von fünfzehntausend Mark nicht übersteigt (§ 8 Abs. 2 des Gesetzes), so genügt die Angabe des Steuerpflichtigen, daß das Anfangsvermögen den abgerundeten Betrag von zehntausend Mark nicht überschritten und die Vermögenszunahme mehr als dreitausend Mark betragen hat. Eine Feststellung des tatsächlich vorhanden gewesenen Anfangsvermögens ist in diesem Falle nicht erforderlich.

Feststellung des der Abgabe nach § 9 Nr. 2 des Gesetzes unterliegenden Vermögensteils.

§ 17. 1. Die Abgabe nach § 9 Nr. 2 des Kriegssteuergesetzes wird erhoben, wenn das nach dem Besitzsteuergesetz, also ohne Berücksichtigung der in den §§ 3 bis 7 des Kriegssteuergesetzes vorgesehenen Abweichungen, festgestellte Endvermögen mehr als neunzig vom Hundert des maßgebenden Anfangsvermögens (§ 11 Abs. 2) beträgt.

2. Der Abgabe nach § 9 Nr. 2 des Kriegssteuergesetzes unterliegt derjenige Vermögensteil, der sich als Unterschied ergibt zwischen einem Vermögen in Höhe von neunzig vom Hundert des Anfangsvermögens (Abs. 3) und zwischen dem nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes für den 31. Dezember 1916 oder für den nach § 12 Abs. 2 des Kriegssteuergesetzes in Betracht kommenden Zeitpunkt festgestellten Vermögen nach Abzug des in ihm enthaltenen besitzsteuer- oder kriegsabgabepflichtigen Vermögenszuwachses (Abs. 4).

3. Für die Berechnung der Abgabe nach § 9 Nr. 2 ist gegebenenfalls dem maßgebenden, jedoch noch nicht abgerundeten Anfangsvermögen (§ 11 Abs. 2) der nach den §§ 15 und 16 des Besitzsteuergesetzes steuerfreie Vermögenszuwachs hinzuzurechnen. Die Abrundung auf volle Tausende hat dann nach Berücksichtigung dieser Hinzurechnungen zu erfolgen.

4. Von dem Endvermögen (Abs. 2) ist ein der Abgabe nach § 9 Nr. 1 des Kriegssteuergesetzes unterliegender Zuwachsbetrag insoweit nicht abzuziehen, als er sich nur infolge der Hinzurechnungen nach §§ 4 bis 6 des Kriegssteuergesetzes ergibt.

§ 18. Die Abgabe nach § 9 Nr. 1 und die Abgabe nach § 9 Nr. 2 des Kriegssteuergesetzes gilt für die Erhebung der Abgabe (§ 31 des Kriegssteuergesetzes) und für die Auferlegung eines Zuschlags (§ 54 Abs. 2 des Besitzsteuergesetzes, § 25 Abs. 2 des Kriegssteuergesetzes) als einheitlicher Abgabebetrag.

Gefährdung der Abgabeerhebung.

§ 19. 1. Polizeibehörden, die von der Absicht eines Steuerpflichtigen, ins Ausland auszuwandern, oder von Tatsachen, die ihn der Gefährdung der Abgabeerhebung verdächtig machen, Kenntnis erhalten, haben hiervon dem zuständigen Besitzsteueramte Mitteilung zu machen. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieser Vorschrift.

2. Das Besitzsteueramt hat alsbald die erforderlichen Ermittlungen vorzunehmen und, falls ein Anlaß hierzu besteht, die Sicherheitsleistung anzuordnen. Die Sicherheitsleistung ist gemäß § 12 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes zu erzwingen, falls der Steuerpflichtige nicht freiwillig anderweite ausreichende Sicherheit leistet. In welcher Art Sicherheit geleistet werden kann, richtet sich nach den landesrechtlichen Bestimmungen. Gegen die Verfügung steht dem Steuerpflichtigen die Verwaltungsbeschwerde offen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

3. Die Sicherheitsleistung ist in der letzten Spalte der Kriegssteuerliste zu vermerken.

4. Solange die Kaiserliche Verordnung, betreffend anderweite Regelung der Paßpflicht, vom 21. Juni 1916 (RGBl. 599) und die Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend Ausführungsvorschriften zu der Paßverordnung, vom 24. Juni 1916 (RGBl. 601) in Kraft sind, haben die Paßbehörden in den Fällen, in denen nicht einwandfrei feststeht, daß eine Ausreise aus dem Reichsgebiete nicht in der Absicht vorgenommen werden soll, Vermögen der Steuerpflicht zu entziehen, eine Äußerung des zuständigen Besitzsteueramts einzuholen.

Ermittlung des abgabepflichtigen Mehrgewinns.

§ 20. 1. Die Vorschriften des § 16 des Gesetzes gelten für die Feststellung des Geschäftsgewinns der Kriegsgeschäftsjahre und der Friedensgeschäftsjahre. Die in den genehmigten Abschlüssen ausgewiesenen Gewinne haben die Gesellschaften bis zum Nachweis der Unrichtigkeit der Abschlüsse gegen sich gelten zu lassen.

2. Die Anteile der Vorstandsmitglieder oder Geschäftsführer wie der sonstigen Beamten und Angestellten am Jahresgewinn, auf welche diese einen Rechtsanspruch haben, sind als abzugsfähige Betriebskosten anzusehen. Dagegen sind Vergütungen (Tantiemen) der Aufsichtsratsmitglieder, die von der Höhe des Reingewinns und von dessen Feststellung durch die Generalversammlung oder Gesellschafterversammlung abhängig sind, von dem Geschäftsgewinne nicht abzusetzen.

3. Sind Gesellschafter zu Geschäftsführern einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung bestellt, so sind die ihnen zukommenden Gewinnanteile nur insoweit als abzugsfähige Betriebskosten zu behandeln, als sie sich als Entgelt für die auf Grund eines mit der Gesellschaft abgeschlossenen Dienstvertrags ausgeübte Tätigkeit als Geschäftsführer darstellen. Der Umstand, daß die Bestellung der Geschäftsführer im Gesellschaftsvertrage selbst erfolgt ist, schließt die Annahme eines Dienstvertragsverhältnisses nicht aus.

§ 21. 1. Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung und eingetragenen Genossenschaften, die ausschließlich der gemeinschaftlichen Verwertung von Erzeugnissen der Gesellschafter oder Genossen oder dem gemeinschaftlichen Einkauf von Waren für die Gesellschafter oder Genossen dienen, gilt als Geschäftsgewinn im Sinne des Gesetzes nicht derjenige Teil des Reingewinns, der als Entgelt für die von den Gesellschaftern oder Genossen eingelieferten Erzeugnisse oder als Rückvergütung auf den Kaufpreis der von den Gesellschaftern oder Genossen bezogenen Waren anzusehen ist.

2. Ebenso scheidet bei Versicherungsgesellschaften für die Feststellung des Geschäftsgewinns im Sinne des Gesetzes derjenige Teil des Reingewinns aus, der auf die den Versicherten selbst als sogenannte Dividende zurückzugewährenden Prämienüberschüsse entfällt.

§ 22. 1. Die Vorschrift im § 16 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes gilt nicht nur für die Abschreibungen, die durch unmittelbare Einstellung des wirklichen zeitigen Wertes in die Bilanz erfolgen, sondern auch für die Abschreibungen, die durch Ansetzung des ursprünglichen Wertes unter bilanzmäßiger Gegenüberstellung eines besonderen, die Wertverminderung darstellenden Kontos (Erneuerungs-, Delkrederekonto) erfolgen.

2. Inwieweit Abschreibungen einen angemessenen Ausgleich der Wertverminderung darstellen, ist unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des einzelnen Unternehmens, insbesondere auch unter Berücksichtigung der durch den Krieg und durch die spätere Überführung in die Friedenswirtschaft bedingten Veränderungen nach den Grundsätzen eines ordentlichen Kaufmanns zu beurteilen.

§ 23. 1. Bei der Ermittlung des in den einzelnen Friedensjahren erzielten Geschäftsgewinns sind auch die Beträge zu berücksichtigen, die zur Deckung eines aus früheren Jahren herrührenden Verlustes verwendet worden sind. Ist eine Gesellschaft mit einer Unterbilanz in das erste Kriegsgeschäftsjahr eingetreten, so können die zur Beseitigung der Unterbilanz erforderlichen Beträge von dem Geschäftsgewinne der Kriegsgeschäftsjahre abgesetzt werden.

2. Für die Berechnung des in einem Kriegsgeschäftsjahr erzielten Geschäftsgewinns dürfen Vermögensgegenstände, insbesondere Warenvorräte, die in einem Kriegsgeschäftsjahre veräußert worden sind, anstatt mit dem Buchwert der letzten Friedensbilanz, mit dem wirklichen Werte angesetzt werden, den sie zur Zeit der Aufstellung der letzten Friedensbilanz, jedoch zu keinem späteren Zeitpunkt als am 30. Juni 1914 gehabt haben. Es darf somit der Unterschied zwischen dem Buchwert und dem wirklichen Werte von dem Geschäftsgewinne des betreffenden Kriegsgeschäftsjahrs abgesetzt werden. Als Veräußerung im Sinne dieser Vorschrift gilt jedoch nicht die Veräußerung durch Tausch, Fusion oder einen ähnlichen Rechtsvorgang.

§ 24. 1. Ist eine Gesellschaft im Laufe des vor dem ersten Kriegsgeschäftsjahre liegenden Jahres gegründet worden, so wird der im § 17 Abs. 4 des Gesetzes vorgesehene Mindestbetrag als Friedensgewinn nur dann zu Grunde gelegt, wenn der in dem ersten Geschäftsjahr erzielte Geschäftsgewinn auf ein volles Jahr umgerechnet keinen höheren Betrag ergibt. Für die Berechnung des Friedensgewinns gemäß § 17 Abs. 1 des Gesetzes kommen dagegen nur volle Geschäftsjahre in Betracht.

2. Ist zur Fortführung desselben Unternehmens eine Gesellschaft der im § 13 des Gesetzes bezeichneten Art in eine andere Gesellschaft der im § 13 des Gesetzes bezeichneten Art umgewandelt worden, so sind für die Festsetzung des Friedensgewinns die Ergebnisse der Gesellschaft in der früheren Form mitzuberücksichtigen.

3. Auf Fusionen finden, soweit sie mit einer Kapitalvermehrung der aufnehmenden Gesellschaft verbunden sind, die Vorschriften des § 17 Abs. 2 und 5 des Gesetzes über Vermehrungen des Grund- oder Stammkapitals entsprechende Anwendung. Bei der Feststellung des der Gesellschaft tatsächlich zugeflossenen Kapitalbetrags sind Sacheinlagen mit ihrem gemeinen Werte zur Zeit der Fusion anzusetzen.

§ 25. 1. Umfaßt ein Kriegsgeschäftsjahr einen kürzeren Zeitraum als zwölf Monate, so wird für die Berechnung des Mehrgewinns der Gewinn dieses Kriegsgeschäftsjahrs mit einem verhältnismäßigen Teilbetrage des Friedensgewinns verglichen.

2. Die Kriegsgeschäftsjahre einer Gesellschaft, deren erstes Kriegsgeschäftsjahr nicht zugleich ihr erstes Geschäftsjahr war, müssen einen Zeitraum von mindestens 36 Monaten umfassen. Ein bei Ablauf der 36 Monate noch laufendes Geschäftsjahr ist voll zu berücksichtigen, es sei denn, daß für den Zeitpunkt des Ablaufs der 36 Monate ein Geschäftsabschluß gemacht wird.

3. Wird eine Gesellschaft nach dem 1. August 1914, vor Ablauf des Zeitraums, der im Falle ihres Weiterbestehens in die Kriegsgeschäftsjahre hineinfallen würde, aufgelöst, so bleibt die Steuerpflicht für die Zeit bis zur Auflösung der Gesellschaft bestehen.

Wirkliche Reservekontenbeträge.

§ 26. Zu den wirklichen Reservekontenbeträgen (§ 19 des Gesetzes) gehören nur solche Bilanzposten, die ausweislich der Bilanz eine Kapitalsansammlung über den Betrag des Grundkapitals hinaus darzustellen bestimmt sind (z. B. der gesetzliche Reservefonds, freiwillige Reservefonds, Dividendenausgleichsfonds, Rückstellungen für künftige, möglicherweise eintretende Verluste oder Ausgaben), dagegen u. a. nicht Posten, die einen Ausgleich für die Wertminderung von Vermögensgegenständen der Gesellschaft darstellen sollen (z. B. Erneuerungsfonds) oder die zur Deckung bereits begründeter Verpflichtungen eingestellt sind, bei Versicherungsgesellschaften die Rücklagen für die Versicherungssummen und für die den Versicherten selbst als sogenannte Dividende zurückzugewährenden Prämienüberschüsse. Hierbei ist nicht die Benennung des Postens in der Bilanz, sondern seine aus dem Gesetze, der Satzung, den Geschäftsberichten, Generalversammlungsbeschlüssen und anderen Anhaltspunkten zu entnehmende Bestimmung maßgebend.

Berechnung der Abgabe und Eintragung in die Kriegssteuerliste.

§ 27. 1. Nach Abschluß der Ermittlungen über den der Abgabe nach § 9 Nr. 1 des Gesetzes unterliegenden Vermögenszuwachs und des der Abgabe nach § 9 Nr. 2 des Gesetzes unterliegenden Vermögens der Einzelpersonen sowie über den Mehrgewinn der Gesellschaften ist die außerordentliche Kriegsabgabe zu berechnen und das Ergebnis der Veranlagung in die Kriegssteuerliste A und B einzutragen.

2. Zur Berechnung der Abgabe dienen die beigefügten Hilfstafeln.

Kriegssteuerbescheid.

§ 28. 1. Dem Steuerpflichtigen ist ein Kriegssteuerbescheid nach Anleitung der Muster 5, 6 und 6a zu erteilen. Er hat zu enthalten

den Gesamtbetrag der zu zahlenden Kriegsabgabe,

die Berechnungsgrundlagen der angeforderten Abgabe,

eine Belehrung über die zulässigen Rechtsmittel unter Angabe der Rechtsmittelfristen und Bezeichnung der Behörden, bei denen die Rechtsmittel einzulegen sind,

die Anweisung zur Entrichtung der Kriegsabgabe innerhalb der vorgeschriebenen Zahlungsfristen,

einen Hinweis auf die Zulässigkeit der Vorauszahlung der späteren Teilbeträge sowie auf die Verpflichtung zur Verzinsung der bis zum 1. Juli 1917 noch nicht gezahlten Abgabebeträge,

die Bezeichnung der zur Empfangnahme der Zahlung zuständigen Kassenstelle,

eine Belehrung über die Annahme der Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihe des Deutschen Reichs an Zahlungs Statt.

2. Der Bescheid, durch den die Abgabe nur vorläufig festgesetzt wird, enthält statt der Rechtsmittelbelehrung einen Hinweis auf die spätere endgültige Festsetzung und eine Belehrung über die Vorschriften des § 28 Abs. 2, § 30 des Gesetzes.

3. In dem Kriegssteuerbescheid ist anzugeben, in welchen Punkten bei der Feststellung des Vermögenszuwachses, des Vermögens und des Mehrgewinns von der Steuererklärung abgewichen worden ist. Eine Begründung der Abweichungen ist nicht erforderlich.

4. Dem Inhaber eines Lehens-, Fideikommisses oder Stammguts (§ 11 des Gesetzes) ist auf Verlangen der auf eine Vermehrung des Lehens-, Fideikommiß- oder Stammgutvermögens entfallende Betrag der Abgabe mitzuteilen.

Zuschlag.

§ 29. 1. Für die Festsetzung eines Zuschlags gemäß § 54 Abs. 2 des Besitzsteuergesetzes, § 25 Abs. 2 des Kriegssteuergesetzes scheiden die nach § 10, § 19 Abs. 4 und 5, § 21 Abs. 2, § 22 des Kriegssteuergesetzes unerhoben bleibenden Beträge aus.

2. Die aus einer Änderung der Veranlagung der Gesellschaft sich ergebende anderweite Berechnung des nach § 10 des Kriegssteuergesetzes unerhoben bleibenden Betrags der Abgabe des Gesellschafters ist von Amts wegen vorzunehmen.

Freilassung von zu gemeinnützigen Zwecken verwendeten Gewinnbeträgen.

§ 30. 1. Ob die Voraussetzungen des § 22 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes vorliegen, entscheidet die Oberbehörde, wenn die Gewinnbeträge aus dem Eigentume der Gesellschaft ausgeschieden sind. Gegen die Entscheidung der Oberbehörde steht der Gesellschaft binnen vier Wochen die Beschwerde an die oberste Landesfinanzbehörde offen.

2. Sind die Gewinnbeträge im Eigentume der Gesellschaft verblieben, so entscheidet darüber, ob die Voraussetzungen des § 22 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes vorliegen, die oberste Landesfinanzbehörde im Einverständnisse mit dem Reichskanzler und im Falle einer Meinungsverschiedenheit der Bundesrat.

3. Der Antrag auf Freilassung von Gewinnbeträgen gemäß § 22 Abs. 1 des Gesetzes ist binnen einem Monat nach Zustellung des endgültigen Bescheids bei dem zuständigen Besitzsteueramte zu stellen. Wird der Antrag rechtzeitig gestellt, so ist die vorläufige Außerhebungsetzung des entsprechenden Abgabebetrags anzuordnen.

Freistellung außerordentlicher Vermögensanfälle, Bewilligung einer anderweiten Berechnung des Vermögenszuwachses oder Mehrgewinns durch den Bundesrat.

§ 31. 1. Ist nach Ansicht des Besitzsteueramts die Anwendung des § 36 des Gesetzes gerechtfertigt, so kann das Besitzsteueramt die Erhebung des entsprechenden Abgabebetrags vorläufig aussetzen und dem Steuerpflichtigen anheimstellen, binnen einem Monat die Befreiung eines einzelnen außerordentlichen Vermögensanfalls von der Abgabe oder eine anderweite Berechnung des Vermögenszuwachses oder Mehrgewinns beim Bundesrate zu beantragen. Derartige Anträge sind beim Besitzsteueramt anzubringen und mit einer gutachtlichen Äußerung der Oberbehörde durch Vermittlung der obersten Landesfinanz-

behörde dem Bundesrate vorzulegen. Den einzelnen außerordentlichen Vermögensanfällen im Sinne des § 36 des Gesetzes stehen gleich Vermögensbeträge, die nachweislich aus der Veräußerung ausländischen Grund- oder Betriebsvermögens herrühren und solche zum ausländischen Grund- oder Betriebsvermögens gehörige Gegenstände, die während des Veranlagungszeitraums ins Inland verbracht worden sind.

2. Stellt sich heraus, daß im Ausland befindliche Wertpapiere oder Forderungen gegen ausländische Schuldner einen geringeren als den bei der Veranlagung der Kriegssteuer angenommenen Wert gehabt haben, so ist die oberste Landesfinanzbehörde ermächtigt, auf Antrag eine dem nachgewiesenen tatsächlichen Werte entsprechende Berechnung des Vermögenszuwachses oder Mehrgewinns zu bewilligen. Auf Antrag des Steuerpflichtigen ist der aus der Mitberücksichtigung dieser Wertpapiere oder Forderungen sich ergebende Abgabebetrag ohne Sicherheitsleistung zu stunden; ein solcher Antrag kann schon bei Abgabe der Steuererklärung gestellt werden.

Erhebung.

§ 32. Über die Erhebung der Kriegsabgabe werden zwei Bücher geführt, ein Kriegssteuersollbuch und ein Kriegssteuereinnahmebuch. Das Sollbuch umfaßt die Erhebung aller drei Teilbeträge der Kriegsabgabe, das Einnahmebuch den Zeitraum des Rechnungsjahrs.

§ 33. 1. Das Sollbuch ist nach dem Muster 7 zu führen. Durch das Sollbuch ist zugleich der rechtzeitige Eingang der fälligen Teilbeträge der geschuldeten Kriegsabgabe sowie der Ablauf der bewilligten Zahlungsfristen zu überwachen.

2. Das Besitzsteueramt hat nach der Veranlagung auf Grund der festgestellten Kriegssteuerlisten A und B für jeden Erhebungsbezirk ein Sollbuch unter Ausfüllung der Spalten 1 bis 4 aufzustellen; das Sollbuch ist in Spalte 4 aufzurechnen und auf dem Titelblatte mit Feststellungsbescheinigung zu versehen.

3. Die Erhöhung oder Herabsetzung der zum Soll gestellten Kriegsabgabe im Rechtsmittel-, Berichtigungs-, Neu- oder Nachveranlagungsverfahren (§ 38 Abs. 3, § 43 Abs. 2, § 44 Abs. 2, § 66 Abs. 1, § 73 Satz 2 des Besitzsteuergesetzes) kommt in den Spalten 5 und 6 zur Darstellung. Die Inabgangstellung des Sollbetrags infolge Überweisung der Kriegsabgabe bei Verlegung des Wohnsitzes des Steuerpflichtigen erfolgt in Spalte 6. Die Ausfüllung dieser Spalten erfolgt durch die Hebestelle. Die Spalte 7 (Berichtigtes Soll) ist erst beim Abschluß des Sollbuchs auszufüllen.

4. Das Sollbuch wird am 31. März 1919 durch die Hebestelle in den Spalten 5ff. aufgerechnet und abgeschlossen. Die nach Spalte 13 verbliebenen Rückstände werden in die Restnachweisung (§ 43) übernommen. Unter dem Abschluß des Sollbuchs ist von einem an der Kassenführung nicht beteiligten Beamten zu bescheinigen, daß die nach Spalte 13 verbliebenen Rückstände sämtlich in die Restnachweisung übertragen worden sind.

§ 34. Das Einnahmebuch ist nach Muster 8 für je ein Rechnungsjahr zu führen. Abweichungen in der Führung des Einnahmebuchs sind mit Zustimmung des Reichskanzlers zulässig.

2. Der Nachweis der erstatteten oder zurückgezahlten Kriegsabgabebeträge ist in einem Anhang zum Kriegssteuereinnahmebuche zu führen. Muster 9 dient hierfür als Anhalt.

§ 35. In dem bei Bedarf alsbald anzulegenden Einnahmebuche für das Rechnungsjahr 1916 — und, soweit das Sollbuch noch nicht vorliegt, auch in dem Einnahmebuche für das Rechnungsjahr 1917 — sind bei Vorauszahlungen auf noch nicht veranlagte Kriegsabgabe zunächst nur die Spalten 1, 2 und 4 bis 14 auszufüllen. Die Ausfüllung der Spalte 3 erfolgt erst nach Veranlagung der Kriegsabgabe und Aufstellung des Sollbuchs.

Annahme von Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs an Zahlungs Statt.

§ 36. 1. Bei Entrichtung der Abgabe sind nach § 32 des Gesetzes Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen

Reichs an Zahlungs Statt anzunehmen. Fünfprozentige Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen mit Zinsen für die Zeit vom 1. Juli 1917 ab werden zum Nennwert, vierundeinhalbprozentige Schatzanweisungen mit Zinsen vom 1. Juli 1917 ab zum Werte von 96,50 Mark für je 100 Mark Nennwert angenommen. Sind Zinsen für einen nach dem 30. Juni 1917 liegenden Zeitraum bereits erhoben, so vermindert sich der Annahmewert um diesen Zinsenbetrag. Werden Wertpapiere mit Zinsen für einen vor dem 1. Juli 1917 liegenden Zeitraum übergeben oder werden Schuldbuchforderungen mit Zinsen für einen vor dem 1. Juli 1917 liegenden Zeitraum auf das Konto der Reichskasse übertragen, so erhöht sich der Annahmewert um diese Zinsen.

2. Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs können nur insoweit in Zahlung gegeben werden, als der Annahmewert (Abs. 1) den Betrag der geschuldeten Kriegsabgabe nicht übersteigt. Eine bare Herauszahlung auf hingegebene Stücke oder Buchforderungen der Kriegsanleihen findet nicht statt.

3. In dem Annahmewerte der Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs ist die Verzinsung der Abgabe vom 1. Juli 1917 ab (§ 31 Abs. 3 des Gesetzes) berücksichtigt. Der Abgabeschuldner hat daher nur den nicht durch Hingabe von Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs beglichenen Restbetrag vom 1. Juli 1917 ab mit fünf vom Hundert zu verzinsen.

§ 37. 1. Wer bei Entrichtung der Kriegsabgabe Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs hingeben will, hat die Stücke nebst den dazugehörigen Zinsscheinen und Zinserneuerungsscheinen einer der vom Reichskanzler öffentlich bekanntzumachenden Annahmestellen mit einem Antrag nach Muster 10 einzureichen.

2. Wer zur Entrichtung der Kriegsabgabe Schuldbuchforderungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs verwenden will, hat bei der Reichsschuldenverwaltung (Schuldbuchangelegenheit) in Berlin SW 68, Oranienstraße 92/94, einen Antrag auf Übertragung seiner Schuldbuchforderung oder eines entsprechenden auf volle hundert Mark lautenden Teiles derselben auf das Konto der Reichskasse für Kriegsabgabe nach Muster 11 zu stellen. Der Antrag ist von dem Antragsteller zu unterschreiben. Von einer Beglaubigung der Unterschrift wird die Reichsschuldenverwaltung absehen. Der Antrag wird nur berücksichtigt, sofern sich auf dem Konto des Antragstellers keine Beschränkung zu Gunsten Dritter, wie Zinsgenußrechte, Pfandrechte usw., befinden.

3. Vordrucke zu den Anträgen (Abs. 1 und 2) werden den Steuerpflichtigen kostenfrei verabfolgt.

4. Die Übertragung der Reichsschuldbuchforderungen auf das Konto der Reichskasse erfolgt gebührenfrei.

§ 38. 1. Die Annahmestellen für Wertpapiere (§ 37 Abs. 1) berechnen den Annahmewert der ihnen übergebenen Stücke, die Reichsschuldenverwaltung den Annahmewert der auf das Konto der Reichskasse übertragenen Schuldbuchforderungen nach § 36 und stellen den Antragstellern (Einlieferern von Stücken) Bescheinigungen über den Gesamtannahmewert der eingelieferten Stücke oder übertragenen Schuldbuchforderungen nach Muster 12 und 13 aus.

2. Diese Bescheinigungen sind von dem Steuerpflichtigen der Hebestelle zu übergeben, von dieser zu dem darin angegebenen Gesamtannahmewert auf die zu entrichtende Kriegsabgabe in Zahlung zu nehmen und bei den Einnahmeablieferungen als Belege über Zahlungen für Rechnung der Reichshauptkasse aufzurechnen.

§ 39. Die Verzinsung der bei der Reichsschuldenverwaltung auf das Konto der Reichskasse übertragenen Schuldbuchforderungen hört auf.

Vorauszahlung auf noch nicht veranlagte Kriegsabgabe.

§ 40. 1. Der Steuerpflichtige ist berechtigt, Vorauszahlungen auf noch nicht veranlagte Kriegsabgabe zu leisten. Bei Vorauszahlungen werden Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs ebenfalls nach Maßgabe der §§ 36 bis 38 an Zahlungs Statt angenommen. Von dem auf noch nicht veranlagte Kriegsabgabe eingezahlten Betrage, soweit er nicht durch Hingabe von Stücken oder Buchforderungen der Kriegsanleihen erfolgt, sind fünf vom Hundert Jahreszinsen vom Tage der Einzahlung bis zum 1. Juli 1917 oder bis zu dem früheren gesetzlichen Fälligkeitstermin auf Verlangen des Steuerpflichtigen zu dessen Gunsten zu berechnen.

2. Über Beträge, welche ein Steuerpflichtiger vor der Veranlagung der Kriegsabgabe im voraus zahlt, ist eine von zwei Beamten auszustellende Quittung zu erteilen. Ist die Hebestelle nur mit einem Kassenbeamten besetzt und die sofortige Zuziehung eines anderen Beamten nicht angängig, so hat der Kassenbeamte zunächst eine als solche zu bezeichnende vorläufige Bescheinigung zu erteilen. Demnächst ist eine vorschriftsmäßige Quittung zu übersenden. Die oberste Landesfinanzbehörde bestimmt das Nähere.

3. Nach Veranlagung der Kriegsabgabe und deren Insollstellung ist der vorausgezahlte Betrag nebst der etwa gewährten Zinsvergütung auf die festgesetzte Kriegsabgabe unter Ausfüllung der Spalten 8 bis 11 des Sollbuchs anzurechnen. Übersteigt die zu zahlende Kriegsabgabe den vorausgezahlten Betrag, so ist die gezahlte Summe auf die zuerst fälligen Teilbeträge zu verrechnen.

§ 41. Bei Verlegung des Sitzes einer Gesellschaft oder anderen juristischen Person findet eine Überweisung der Kriegsabgabe zur Einziehung nicht statt.

Erstattung von Kriegsabgabe.

§ 42. 1. Die Erstattung von Kriegsabgabe hat bis zu dem Betrage, der bei ihrer Entrichtung bar eingezahlt worden war, in bar, darüber hinaus durch Ausreichung von Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs unter Berechnung des Annahmewerts (§ 36) zu erfolgen, soweit dies nach der Stückelung möglich ist.

2. Zu diesem Zwecke hat die Hebestelle bei der vorgesetzten Oberbehörde die Überweisung der benötigten Stücke unter Angabe des Gesamtbetrags der Herauszahlung, des davon durch Ausreichung von Wertpapieren zu begleichenden Teiles und des Zinsfußes der seinerzeit bei der Bezahlung der Abgabe in Zahlung genommenen Kriegsanleihe in vier Ausfertigungen nach Muster 14 zu beantragen.

3. Die Oberbehörde übersendet alle vier Ausfertigungen dieses Antrags an das Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin SW. 19 mit dem Ersuchen, die Stücke unmittelbar der Hebestelle zuzustellen.

4. Die Reichshauptbank hat aus den bei ihr für die Reichshauptkasse lagernden Beständen die entsprechenden Wertpapiere — und zwar, soweit angängig, solche mit gleichem Zinsfuß wie die seiner Zeit in Zahlung genommene Kriegsanleihe — zu entnehmen und der Hebestelle mit zwei Ausfertigungen des Antrags, auf denen der Nennwert, Zinsfuß, Zinsenlauf und der Annahmewert der Wertpapiere anzugeben ist, unmittelbar zu übersenden. Von den übrigen zwei Ausfertigungen, auf denen ebenfalls Nennwert, Zinsfuß, Zinsenlauf und Annahmewert der übersandten Wertpapiere anzugeben ist, ist eine der Oberbehörde, die andere der Reichshauptkasse zuzustellen.

5. Die Hebestelle hat auf einer der ihr von der Reichshauptbank zugegangenen Ausfertigungen den Empfang der Wertpapiere zu bescheinigen, die Empfangsbescheinigung an das Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere zurückzusenden, die Wertpapiere nebst Zinsscheinen dem Empfangsberechtigten auszuhändigen und den von der Reichshauptbank berechneten Annahmewert auf den zurückzuzahlenden oder zu erstattenden Betrag anzurechnen.

Fortsetzung des Textes auf Seite 1000.

Besitzsteueramt .....

Besitzsteuerliste Nr. .....

Kriegssteuerliste A Nr.

Muster 3.

(Ausführungsbestimmungen § 9.)

Steuererklärung

für die Veranlagung

d ..... (Name und Stand)

in ..... (Wohnort) ..... Straße / Platz Nr. .....

zu der außerordentlichen Kriegsabgabe und zur Besitzsteuer für den Veranlagungszeitraum vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1916.

*) Ich und meine Ehefrau ..... geborene

*) Der von mir — uns — vertretene .....

....

†) Soweit sich die Vermögenswerte nicht aus dem Nenn- oder Kurswert oder dem Betrage der geleisteten Zahlungen ergeben, kann der Steuerpflichtige sich in der Steuererklärung auf die tatsächlichen Mitteilungen beschränken, die er behufs Schätzung des Wertes beizubringen vermag.

besaßen am 31. Dezember 1916**) an eigenem Vermögen und an fideikommissarischem Vermögen

I. Grundvermögen:

A. Grundstücke (Gebäude und Liegenschaften), ausgenommen Grundstücke, die dem Betriebe des Bergbaues oder eines Gewerbes — unten 2B — gewidmet sind. Bei land- oder forstwirtschaftlichen oder Gärtnerei-Grundstücken sind die Betriebsmittel (lebendes und totes Inventar) im Werte mitzuberücksichtigen.

Bezeichnung des Grundstücks oder der Besitzung, Benutzungsart	Gemarkung (Gemeinde, Gutsbezirk)	Straßen-Nr. oder Flur, Parzellen-Nr. oder Flächeninhalt	Vermögenswert †) (siehe nebenstehende Bemerkung) Mark
a)			
b)			
c)			
d)			
e)			
f)			
***)		Seite ...	

Zu 1. Nur Grundstücke (einschließlich der Berechtigungen 1 B), die im Gebiete des Deutschen Reichs liegen, sind steuerpflichtig.

Wirtschaftlich zusammenhängende Grundstücke sind als eine Besitzung aufzuführen.

Hypotheken und Grundschulden sind nicht hier, sondern unter II in Abzug zu bringen.

Wird beantragt, daß bei den vorstehend unter 1A oder umstehend unter 2B aufgeführten Grundstücken anstatt des gemeinen Wertes (Verkaufswerts) die Gestehungskosten zugrunde gelegt werden? .....

Zu den Gestehungskosten sind der Gesamtwert der Gegenleistungen beim Erwerbe (Erwerbspreis), die sonstigen Anschaffungskosten einschließlich der öffentlichen Abgaben und etwaiger Vermittlungsgebühren, alle auf das Grundstück gemachten besonderen Aufwendungen während der Besitzzeit, soweit sie nicht zu den laufenden Wirtschaftsausgaben gehören, zu rechnen. Von den Gestehungskosten abzuziehen sind die durch Verschlechterung entstandenen Wertminderungen (§ 30 Abs. 2 Satz 2 des Besitzsteuergesetzes).

a) Für Grundstücke, die vor dem 1. Januar 1914 erworben sind, gilt der bei der Veranlagung des Wehrbeitrags festgestellte Wert als Betrag der bis dahin entstandenen Gestehungskosten, so daß diesem nur die seit dem 1. Januar 1914 gemachten besonderen Aufwendungen hinzuzurechnen und von ihm die seit dem 1. Januar 1914 durch Verschlechterung etwa entstandenen Wertminderungen abzuziehen sind.

b) Für Grundstücke, die nach dem 31. Dezember 1913 von Todes wegen im Sinne der §§ 1 bis 4 des Erbschaftssteuergesetzes, im Wege der Erbteilung, von Eltern, Großeltern oder entfernteren Voreltern sowie auf Grund einer ohne entsprechende Gegenleistung erfolgten Zuwendung unter Lebenden erworben sind, gilt, soweit die Grundstücke dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken oder soweit bebaute Grundstücke Wohn- oder gewerblichen Zwecken zu dienen bestimmt sind und ihre Bebauung und Benutzung der ortsüblichen Bebauung und Benutzung entspricht, der Ertragswert, sonst der gemeine Wert zur Zeit des Erwerbes als Gestehungskosten beim Erwerbe, so daß diesem Betrage die seit dem Erwerbe gemachten Aufwendungen hinzuzurechnen und von ihm die seit dem Erwerbe durch Verschlechterung etwa entstandenen Wertminderungen abzuziehen sind. An die Stelle des Ertragswerts tritt auf Antrag der gemeine Wert zur Zeit des Erwerbes.

Wird gegebenenfalls ein solcher Antrag gestellt? .....

*) Das nicht Zutreffende ist zu durchstreichen.

**) Maßgebend für die Steuerpflicht und die Ermittlung des Vermögenswerts ist der Stand am 31. Dezember 1916 oder an dem für den Wegfall der Besitzsteuerpflicht maßgebenden früheren Zeitpunkt (§ 12 des Kriegssteuergesetzes). Für Betriebe, bei denen regelmäßige jährliche Abschlüsse stattfinden, kann der Vermögensfeststellung der Vermögensstand am Schlusse des letzten Wirtschafts- oder Rechnungsjahrs zugrunde gelegt werden. Macht der Steuerpflichtige von dieser Möglichkeit Gebrauch, so hat er der Steuererklärung den Abschluß für das letzte Wirtschafts- oder Rechnungsjahr beizufügen.

***) Wo der Raum nicht ausreicht, kann eine besondere Aufstellung beigefügt werden.

	Vermögenswert (siehe die Randbemerkung † auf Seite 1 Mark
Übertrag . . .	

B. Berechtigungen, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des bürgerlichen Rechtes gelten, z. B. Erbbaurecht, Erbpachtrecht, Bergwerkseigentum, soweit nicht in 2B enthalten: .....

.....

.....

Zu 2A und B. Zum steuerbaren Vermögen gehören nicht Betriebsmittel, die dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft oder der Gärtnerei oder des Bergbaues auf ausländischen Grundstücken oder dem Betrieb eines stehenden Gewerbes außerhalb des Deutschen Reichs gewidmet sind.

2. Betriebsvermögen (soweit nicht schon unter 1 enthalten):

A. Betriebskapital, das dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft oder der Gärtnerei auf fremden Grundstücken gewidmet ist:

Bezeichnung der Pachtung	Gemarkung (Gemeinde, Gutsbezirk)	Größe der Pachtung
a)		
b)		
c)		
d)		

Zu 2B. Hier ist auch der Anteil zu berücksichtigen, der dem Steuerpflichtigen als Teilhaber einer offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft an deren Betriebsvermögen zusteht.

B. Vermögen, das dem Betriebe des Bergbaues oder eines Gewerbes gewidmet ist, einschließlich der dem Betriebe dienenden eigenen Gebäude, Grundstücke oder Berechtigungen:

Bezeichnung des Betriebs	Firma	Betriebsstätten	Geschäftsanteil des Steuerpflichtigen
a)			
b)			
c)			
d)			
e)			

3. Kapitalvermögen (gesamtes sonstiges Vermögen außer den unter III aufzuführenden Renten und anderen wiederkehrenden Nutzungen und Leistungen), nämlich:

	Mark
a) Selbständige Rechte und Gerechtigkeiten, soweit sie nicht unter 1B fallen oder als Zubehör eines Grundstücks oder Betriebskapitals unter 1A, 2 schon berücksichtigt sind, z. B. Verlags- oder Patentrechte	
Seite	

Zu 3. Ob ein Kapital in ausländischen oder inländischen Werten angelegt ist, macht keinen Unterschied; auch Aktien einer ausländischen Aktiengesellschaft gehören zum steuerbaren Vermögen. Ebenso ist es belanglos, ob das Kapitalvermögen selbst sich im Inland oder im Ausland befindet.

Wertpapiere, die in Deutschland einen Börsenkurs haben, sind mit ihrem Kurswert, Forderungen, die in das Schuldbuch einer öffentlichen Körperschaft eingetragen sind, mit dem Kurswert der entsprechenden Schuldverschreibungen der öffentlichen Körperschaft, Aktien ohne Börsenkurs, Kuxe, Anteile an einer Bergwerksgesellschaft oder Anteile einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit ihrem Verkaufswert, andere Kapitalforderungen mit ihrem Nennwert anzusetzen, sofern nicht besondere Umstände die Veranschlagung nach einem vom Nennwert abweichenden höheren oder geringeren Werte begründen.

Will der Steuerpflichtige von dem Werte seiner mit Dividendenschein gehandelten Wertpapiere einen Gewinnbetrag in Abzug bringen (§ 34 Abs. 2 des Besitzsteuergesetzes), so hat er die Wertpapiere, für welche der Abzug begehrt wird, nach Stückzahl oder Nennbetrag und Gattung besonders zu bezeichnen.

	Übertrag . . Mark	Vermögenswert (siehe die Randbemerkung † auf Seite 1) Mark
Übertrag . . .		
b) Kapitalforderungen aus Anleihen oder Schuldverschreibungen deutscher oder nichtdeutscher Staaten, Gemeinden, anderer öffentlicher Verbände, Eisenbahn- und Industrieobligationen, Pfandbriefe, Hypotheken, Grundschuldforderungen, sonstige Kapitalforderungen jeder Art, insbesondere Forderungen aus Schuldverschreibungen, Wechseln, Darlehen, Kautionen, Hinterlegungsgelder, Einlagen bei Sparkassen und Banken, Abrechnungs- und Kontokurrentguthaben, ausgenommen Bank- und sonstige Guthaben, die zur Bestreitung der laufenden Ausgaben für drei Monate dienen		
c) Aktien oder Anteilscheine, Kuxe, Geschäftsguthaben bei Genossenschaften, Geschäftsanteile und andere Gesellschaftseinlagen		
d) Bares Geld, Banknoten und Kassenscheine (ausgenommen die aus den laufenden Jahreseinkünften vorhandenen Bestände, soweit sie zur Bestreitung der laufenden Ausgaben für drei Monate dienen), Gold und Silber in Barren .		
e) Noch nicht fällige Ansprüche aus Lebens-, Kapital- oder Rentenversicherungen, zu berechnen mit $^{2}/_{3}$ der Summe der bisher gezahlten Prämien oder Kapitalbeiträge oder mit dem Rückkaufswerte		
Zusammen a—c		
Zusammen I . .		

In dem bei 2 und 3 angegebenen Vermögen sind im Ausland befindliche Wertpapiere und Forderungen an ausländische Schuldner im Gesamtwert von ..... ℳ enthalten.

II. Hiervon sind abzuziehen die Kapitalschulden, soweit sie nicht schon bei Berechnung des Betriebsvermögens zu I, 2A, B berücksichtigt sind.

Zu II. Nicht abzugsfähig sind Schulden, die zur Bestreitung der laufenden Haushaltungskosten eingegangen sind (Haushaltungsschulden), sowie Schulden und Lasten, welche in wirtschaftlicher Beziehung zu nicht steuerbaren Vermögensteilen stehen (Bemerkung zu I, 1; I 2A und B); vgl. auch Seite 1 Anmerkung 1.

	Name des Gläubigers	Wohnort des Gläubigers	Betrag Mark
a)	.....	.....	.....
b)	.....	.....	.....
c)	.....	.....	.....
d)	.....	.....	.....
e)	.....	.....	.....
		Zusammen . .	

Verbleibt (ohne III) ein Reinvermögen von . .

Zu III. Genaue Auskunft über die nebenbezeichneten Punkte ist erforderlich, damit die Steuerpflicht oder Abzugsfähigkeit der Bezüge oder Lasten beurteilt und ihr Kapitalwert vorschriftsmäßig berechnet werden kann.

Ansprüche auf Gehalt, Besoldung, Remuneration u. dgl., die dem Steuerpflichtigen als Entgelt für seine Arbeitstätigkeit zustehen, gehören in keinem Falle hierher. Wegen der Abzugsfähigkeit der unter III fallenden Lasten vgl. die Bemerkung zu II.

III. An Renten und anderen wiederkehrenden Nutzungen und Leistungen habe ich für mich und meine Ehefrau — hat d... von mir — uns — vertretene Steuerpflichtige —

Gegenstand und Rechtsgrund des Anspruchs oder der Verpflichtung:	zu beziehen:	zu entrichten (zu tragen):
	.....	.....
	.....	.....
	.....	.....
Geldwert der einjährigen Hebung oder Leistung (Last):	..... Mark	..... Mark
Name und Wohnort des Verpflichteten:	.....	.....
	.....	.....
Name und Wohnort des Berechtigten:	.....	.....
	.....	.....
Tag, Monat, Jahr, seit welchem der Anspruch oder die Last besteht:	.....	.....
Zeitpunkt oder Ereignis, mit dessen Eintritt der Anspruch oder die Last wegfällt:	.....	.....
Falls die Dauer des Anspruchs oder der Last vom Leben einer oder mehrerer Personen abhängt, Angabe des Namens, der Wohnung sowie Tag, Monat und Jahr der Geburt dieser Personen:	.....	.....
	.....	.....
	.....	.....

IV. a) In dem vorstehend angegebenen Reinvermögen ist Vermögen enthalten, das aus dem Nachlaß meines $\frac{\text{s}}{\text{r}}$ am ... . 191.... verstorbenen $\frac{\text{Ehemanns}}{\text{Ehefrau}}$ herrührt. Das Nachlaßvermögen betrug zur Zeit des Todes ..... ℳ, wovon auf mich entfallen sind ..... ℳ. Das Vermögen des verstorbenen Ehegatten betrug zu Beginn des 1. Januar 1914 oder bei dem nach diesem Zeitpunkt liegenden Eintritt der Steuerpflicht ..... ℳ.

b) In dem vorstehend angegebenen Reinvermögen ist eine Kapitalabfindung von ..... ℳ enthalten, die als Entschädigung für den durch Körperverletzung herbeigeführten gänzlichen oder teilweisen Verlust der Erwerbsfähigkeit am ..... von der ..... gezahlt — noch zu zahlen — ist.

V. Das Anfangsvermögen ist durch Wehrbeitrags-Veranlagungsbescheid — Feststellungsbescheid — de.. (Behörde, die den Bescheid erteilt hat, Nr. der Wehrbeitragsliste) festgestellt worden auf ..... ℳ.*)

VI. Eine besondere Berechnung des steuerbaren Vermögens nach dem Stande bei Beginn des 1. Januar 1914 — bei dem nach diesem Zeitpunkt liegenden späteren Eintritt der Steuerpflicht ..... — liegt bei**).

Zu VII bis X nur für die Kriegsabgabe.

VII. Ich und meine Ehefrau — der von mir — uns — vertretene Steuerpflichtige haben — hat — von dem für den 31. Dezember 1916 angegebenen Reinvermögen im Veranlagungszeitraum

Zu a. Als Erwerb aus dem Nachlaß gilt auch die Abfindung für die Ausschlagung einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses.

a) durch Erbanfall, durch Lehen-, Fideikommiß- oder Stammgutanfall, infolge Vermächtnisses oder auf andere Weise aus dem Nachlaß eines Verstorbenen von Todes wegen erworben

..... ℳ
..... ℳ
..... ℳ
..... ℳ

(Name, Stand, letzter Wohnort und letzte Wohnung sowie Todestag des Erblassers.)

Zusammen ..... ℳ

b) als Kapitalauszahlung aus einer Versicherung erhalten ..... ℳ
(Bezeichnung und Sitz der Gesellschaft.)

*) Wenn dem Steuerpflichtigen nicht mehr bekannt, ist der Ort anzugeben, an dem er zur Zeit der Wehrbeitragserklärung gewohnt hat.

**) Für solche Steuerpflichtige, deren Vermögen bei der Wehrbeitragsveranlagung nicht rechtskräftig festgestellt oder deren Besitzsteuerpflicht erst nach dem 1. Januar 1914 eingetreten ist. Haben bei Beginn des Veranlagungszeitraums die abzugsfähigen Schulden und Lasten den Gesamtwert des Aktivvermögens überstiegen oder hat bei einem Endvermögen von nicht mehr als 15000 ℳ das Anfangsvermögen nicht mehr als 10000 ℳ betragen, so ist eine besondere Berechnung des Vermögens nicht erforderlich, es genügt vielmehr eine bezügliche Angabe des Sachverhalts.

Zu c. Zuwendungen auf Grund eines gesetzlichen Anspruchs sind nicht zu berücksichtigen.

c) durch Schenkung oder durch eine sonstige ohne entsprechende Gegenleistung erhaltene Zuwendung (Vermögensübergabe) im Einzelbetrage von wenigstens eintausend Mark erworben

.M

..... M

.M

..... M

(Name, Stand, Wohnort und Wohnung des Schenkers.)

Zusammen ..... M

d) aus der Veräußerung ausländischen Grund- und Betriebsvermögens oder sonstiger Gegenstände, die zu Beginn des Veranlagungszeitraums zum nichtsteuerbaren Vermögen gehört haben, erzielt

.M

.M

.M

..... M

(Bezeichnung und Verkaufspreis des ausländischen Grund- und Betriebsvermögens und der betreffenden Gegenstände sowie Name, Stand, Wohnort und Wohnung des Erwerbers.)

Zusammen ..... M

e) nachstehende zum ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen gehörig gewesene Gegenstände ins Inland verbracht

.M

.M

.M

..... M

(Bezeichnung und gemeiner Wert der betreffenden Gegenstände.)

Zusammen . M

VIII. Ich und meine Ehefrau — der von mir — uns — vertretene Steuerpflichtige haben — hat — im Veranlagungszeitraum

Zu a. Zuwendungen, die auf Grund eines gesetzlichen Anspruchs des Bedachten gemacht worden sind, bleiben unberücksichtigt.

a) zu Schenkungen oder sonstigen Vermögensübergaben im Werte von mehr als eintausend Mark verwendet

..... M

.M

.M

..... M

(Name, Stand, Wohnort und Wohnung des Bedachten sowie Betrag der Schenkungen od. Vermögensübergaben.)

Zusammen .. .. M

Zu b und c. Außer in den Fällen des § 4 des Kriegssteuergesetzes — VIII a — findet die Anrechnung nur statt, wenn die Gegenstände am 31. Dezember 1916 noch im Besitze des Steuerpflichtigen sind. Ist die Anlage in ausländischem Grund- oder Betriebsvermögen erfolgt, so verringert sich die Anrechnung um den Betrag einer nachweislich eingetretenen erheblichen Wertminderung.

b) in ausländischem Grund- oder Betriebsvermögen angelegt

.. ℳ
.. ℳ
.. ℳ
.. ℳ

(Bezeichnung und Kaufpreis sowie Name, Stand, Wohnort und Wohnung des Veräußerers.)

Zusammen .. ℳ

Zu c. Der Erwerb von Kunstwerken lebender oder seit dem 1. Januar 1909 verstorbener deutscher sowie im Deutschen Reiche wohnender Künstler ist hier nicht zu berücksichtigen.

c) zum Erwerbe von Gegenständen aus edlem Metall, von Edelsteinen oder Perlen, von Kunst-, Schmuck- und Luxusgegenständen sowie von Sammlungen aller Art im Anschaffungswerte von mindestens fünfhundert Mark für den einzelnen Gegenstand oder von mindestens eintausend Mark für mehrere gleichartige oder zusammengehörige Gegenstände verwendet.

.. ℳ
.. ℳ
.. ℳ
.. ℳ

(Bezeichnung und Anschaffungspreis der Gegenstände usw.)

Zusammen .. ℳ

*) IX. Ich und meine Ehefrau — der von mir — uns — vertretene Steuerpflichtige haben hat — nach dem 1. August 1914 die unter I 1A zu ....., I 2B zu ..... aufgeführten Grundstücke erworben, deren Gestehungskosten nach dem Stande am 31. Dezember 1916 betragen

.. ℳ
.. ℳ
.. ℳ
.. ℳ

(Bezeichnung der Grundstücke.)

Zusammen .. ℳ

hiervon ab die durch Verschlechterung entstandenen Wertminderungen.

.. ℳ
.. ℳ
.. ℳ
.. ℳ

.. ℳ

Bleiben .. ℳ

*) Das nicht Zutreffende ist zu durchstreichen.

Zu X. Zwecks Außerhebung-setzung eines Teilbetrags der Kriegsabgabe nur auszufüllen von den Gesellschaftern inländischer Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die

1. Geschäftsanteile in Höhe von mindestens der Hälfte des Stammkapitals besitzen, sowie von Gesellschaftern, die zueinander im Verhältnis von Ehegatten, von Verwandten in gerader Linie, von Geschwistern oder Erben von Geschwistern sieben und zusammen Geschäftsanteile in Höhe von mindestens der Hälfte des Stammkapitals besitzen, in beiden Fällen vorausgesetzt, daß während der ganzen Dauer der Kriegsgeschäftsjahre das eingezahlte Stammkapital der Gesellschaft dreihunderttausend Mark nicht überstiegen hat,
2. vor dem 1. August 1914 als Geschäftsführer oder Prokuristen der Gesellschaft bestellt waren und aus dieser Stellung bis zum Schlusse des letzten Kriegsgeschäftsjahrs nicht ausgeschieden sind, es sei denn infolge Ablebens oder Krankheit, sowie von Gesellschaftern, die Ehegatten oder Erben solcher Personen sind, wenn diese Gesellschafter in beiden Fällen allein oder zusammen Geschäftsanteile in Höhe von mindestens der Hälfte des Stammkapitals besitzen.

X. Am 31. Dezember 1916 war ich — meine Ehefrau — der von mir — uns — vertretene Steuerpflichtige mit ..... ℳ an der inländischen Gesellschaft mit beschränkter Haftung .....
..... (Gesellschaftsfirma und Sitz) beteiligt.

Enthalten in der Steuererklärung unter I 3 c)

Anmerkung.

Von Steuerpflichtigen, deren Vermögen den Betrag von 100000 ℳ nicht übersteigt, welche Kindern auf Grund gesetzlicher Verpflichtung (§§ 1601 bis 1615 BGB.) Unterhalt gewähren und daher gemäß § 27 Abs. 1 des Besitzsteuergesetzes Anspruch auf Ermäßigung der Besitzsteuer haben, sind hier Zahl und Alter der in Betracht kommenden minderjährigen Kinder anzugeben. Ebenso sind die Verhältnisse darzulegen, die einen Anspruch auf Ermäßigung der Besitzsteuer nach § 27 Abs. 2 des Besitzsteuergesetzes begründen.

Ich versichere / Wir versichern hiermit, daß die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

....., den ..... ten ..... 1917.

Steuererklärungen ohne Unterschrift gelten als nicht abgegeben.

.....
(Unterschrift.)

Besitzsteueramt .....

Kriegssteuerliste B Nr. .....

Muster 4.

(Ausführungsbestimmungen § 10.)

Kriegssteuererklärung

für die Veranlagung der .....
(Gesellschaftsfirma)

in .....
(Sitz der Gesellschaft)

zu einer außerordentlichen Kriegsabgabe.

I. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft rechnet vom ..... bis .....

II. Der Geschäfts-(Bilanz-)Gewinn betrug *)

	Mark
a) in den für die Berechnung des Durchschnittsgewinns maßgebenden fünf den Kriegsgeschäftsjahren vorangegangenen Jahren, und zwar	
vom ..... 19.... bis ..... 19....	.....
„ ..... 19.... „ ..... 19....	.....
„ ..... 19.... „ ..... 19....	.....
„ ..... 19.... „ ..... 19....	.....
„ ..... 19.... „ ..... 19....	.....
b) in den Kriegsgeschäftsjahren, deren erstes noch den Monat August 1914 umfaßt, und zwar	
vom ..... 19.... bis ..... 19....	.....
„ ..... 19.... „ ..... 19....	.....
„ ..... 19.... „ ..... 19....	.....

III. Das Grund- oder Stammkapital der Gesellschaft betrug in den Kriegsgeschäftsjahren

	Mark	Davon waren bzw. sind eingezahlt Mark
vom ..... 19.... bis ..... 19....	.....	.....
„ ..... 19.... „ ..... 19....	.....	.....
„ ..... 19.... „ ..... 19....	.....	.....

Bei eingetretenen Veränderungen sind die einzelnen Zeitabschnitte ersichtlich zu machen.

Eine die beiden ersten Kriegsgeschäftsjahre umfassende Steuererklärung zum Zwecke der vorläufigen Festsetzung der Kriegsabgabe ist bis zum

31. Januar 1917

abzugeben. Die weitere Steuererklärung zum Zwecke der endgültigen Festsetzung der Kriegsabgabe ist binnen sechs Monaten nach Ablauf des letzten Kriegsgeschäftsjahrs abzugeben. In dieser brauchen die in der ersten Kriegssteuererklärung bereits gemachten Angaben nicht wiederholt zu werden.

Die Ergebnisse aller Kriegsgeschäftsjahre sind in der bis zum 31. Januar 1917 abzugebenden Steuererklärung anzugeben, wenn sie bis dahin bereits festgestellt sind.

---

*) Soweit die Geschäftsberichte und Jahresabschlüsse nebst den Gewinn und Verlustrechnungen der in Betracht kommenden Friedensjahre (§ 17 des Gesetzes) und der Kriegsgeschäftsjahre (§ 15 des Gesetzes) sowie die darauf bezüglichen Beschlüsse der Generalversammlungen nicht bereits gemäß § 2 der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne vom 24. Dezember 1915 dem Besitzsteueramt eingereicht wurden, sind sie der Kriegssteuererklärung beizufügen.

IV. Bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahrs waren als wirkliche Reservekontenbeträge nachgewiesen:

(Bezeichnung der einzelnen Bilanzposten)	Mark
a)	.....
b)	.....
c)	.....
d)	.....
e)	.....

V. Für die Berechnung der Abgabe kommen nach §§ 17, 18, 20 des Gesetzes noch die nachstehend angeführten Verhältnisse in Betracht:

VI. Von den unter II b angeführten Bilanzgewinnen haben die nachstehend einzeln aufgeführten Beträge zu den näher bezeichneten gemeinnützigen Zwecken Verwendung gefunden und es wird die Freilassung dieser Gewinnbeträge beantragt:

Wir versichern hiermit, daß die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

....., den .....ten ..... 19.....

.....

(Firma und Unterschrift der zur Vertretung der Gesellschaft Berechtigten.)

Steuererklärungen ohne Unterschrift gelten als nicht abgegeben.

Anschluß an den Text auf Seite 990.

6. Der Annahmewert der bei Zurückzahlungen oder Erstattungen ausgereichten, von der Reichshauptbank bezogenen Wertpapiere ist bei den Abrechnungen mit der Reichshauptkasse als „Einnahme für ausgereichte Wertpapiere aus dem Bestande der Reichshauptkasse" abzuliefern.

7. Die nach § 31 Abs. 5 des Gesetzes zu vergütenden Zinsen für die auf Grund rechtskräftiger Entscheidung zu erstattenden Beträge sind nur von dem bar herauszuzahlenden Betrage zu berechnen. Die Zinsen für den durch Ausreichung von Wertpapieren erstatteten Betrag sind in dem Annahmewerte berücksichtigt.

Restnachweisung.

§ 43. 1. Sind am 31. März 1919 beim Abschluß des Sollbuchs die zum Soll gestellten Kriegsabgabebeträge noch nicht oder nicht vollständig zur Hebung gelangt, so sind die Rückstände in eine Restnachweisung einzutragen und dort weiter abzuwickeln.

2. Die Restnachweisung wird nach Muster 15 geführt. Von einem an der Kassenführung nicht beteiligten Beamten ist auf dem Titelblatte zu bescheinigen, daß die beim Abschluß des Sollbuchs rückständig gebliebenen Beträge in die Restnachweisung übertragen worden sind.

3. Einzahlungen auf diese Reste sind im Einnahmebuche zu buchen.

4. Eine Überweisung der in die Restnachweisung übernommenen Beträge findet im Falle des Wegzugs des Steuerpflichtigen in einen anderen Bezirk nicht statt.

Aktenführung.

§ 44. 1. Die über jeden einzelnen in die Kriegssteuerliste A aufgenommenen Steuerpflichtigen geführten Verhandlungen sind mit den vorhandenen Besitzsteuerakten zu vereinigen.

2. Für die abgabepflichtigen Gesellschaften und anderen juristischen Personen sind Akten anzulegen, in welche alle auf die Veranlagung zur Kriegsabgabe bezüglichen Mitteilungen, Steuererklärungen und sonstige Schriftstücke aufzunehmen sind.

Aufbewahrung der Veranlagungsunterlagen.

§ 45. Die Kriegssteuerlisten A und B, die Kriegssteuerakten der Gesellschaften und anderen juristischen Personen sowie die Kassenbücher sind nach Abschluß des Veranlagungsverfahrens noch 15 Jahre aufzubewahren.

Prüfungsverfahren.

§ 46. Die Kriegssteuersollbücher, die Restnachweisungen und die Kriegssteuereinnahmebücher nebst den dazugehörigen Belegen sind durch die Oberbehörden nachzuprüfen. Zu diesem Zwecke sind nach Ablauf des Rechnungsjahrs 1919 die Sollbücher und die Einnahmebücher nebst den dazugehörigen Belegen der Oberbehörde einzureichen. Die Einreichung der Restnachweisung und der hierzu gehörigen Einnahmebücher hat alsbald nach Abwicklung der Reste zu geschehen.

Portofreiheit.

§ 47. Postsendungen der Annahmestellen für Wertpapiere und der Reichsschuldenverwaltung in Kriegssteuerangelegenheiten (§§ 36 bis 38) sind als „Reichsdienstsache" gebühren- und abgabefrei zu befördern. Ausgenommen sind Stadtpostsendungen, d. h. Sendungen an Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirke des Aufgabepostorts.

Verwaltungskostenvergütung.

§ 48. Für die Veranlagung und Erhebung der Kriegsabgabe werden jedem Bundesstaate nach § 37 des Gesetzes $^1/_2$ vom Hundert der in seinem Gebiete zur Verrechnung gekommenen Einnahme vergütet. Die Vergütung ist von der nach Spalte 13 der Einnahmebücher aufgekommenen Gesamteinnahme einschließlich Zinsen und Nacherhebungen nach Abzug der Zurückzahlungen (Spalte 14 des Anhanges zu den Kriegssteuereinnahmebüchern) zu berechnen.

Abrechnung über die Kriegsabgabe und Aufstellung der Einnahmeübersichten.

§ 49. 1. Über den Ertrag der Kriegsabgabe ist von den durch die Landesregierung bestimmten Kassen mit der Reichshauptkasse nach Maßgabe der „Bestimmungen zur Regelung der Abrechnungen zwischen der Reichshauptkasse und den Landeskassen vom 23. Juni 1910)"*) abzurechnen. Entsprechend den Vorschriften im § 4 dieser Abrechnungsbestimmungen sind ferner besondere monatliche und vierteljährliche Übersichten der Einnahme an Kriegsabgabe aufzustellen, aus denen sich das Gesamtaufkommen an Kriegsabgabe einschließlich der Zinsen und Nacherhebungen (Spalte 13 des Einnahmebuchs) nach Abzug der Zurückzahlungen (Spalte 14 des Anhanges zum Einnahmebuche) sowie der Betrag der Vergütung an die Bundesstaaten für die Veranlagung und Erhebung (§ 48) ergeben.

2. Die Übersichten sind den in den Abrechnungsbestimmungen bezeichneten Behörden oder Dienststellen innerhalb der daselbst angegebenen Fristen einzureichen. Statt dessen können die Angaben in die allgemeinen Reichssteuerübersichten aufgenommen werden.

§ 50. Die Landesregierung kann die den Oberbehörden in §§ 42 und 46 übertragenen Geschäfte anderen Behörden als den im § 1 der Besitzsteuer-Ausführungsbestimmungen bestimmten Oberbehörden übertragen. Die Behörden sind unter Angabe ihrer Amtsbezirke dem Reichskanzler mitzuteilen.

Preußische Ausführungsvorschriften**) vom 1. Dezember 1916 zum Besitzsteuergesetz und zum Kriegssteuergesetz sowie zu den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats.

Im folgenden ist zu verstehen:

1. unter BesStG.: das Besitzsteuergesetz,
2. „ KStGes.: das Kriegssteuergesetz,
3. „ BesStBund-A.: die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Besitzsteuergesetz,
4. „ KStBund-A.: die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Kriegssteuergesetz,
5. „ Einkst.-Ges., Ergst.-Ges.: das preußische Einkommensteuergesetz bzw. das Ergänzungssteuergesetz vom 19. Juni 1906,
6. „ Eink.-Anw.: die Ausführungsanweisung zum Einkommensteuergesetz vom 25. Juli 1906.

Behörden und deren Zuständigkeit.

Art. 1.

I. Durch Allerhöchste Verordnung vom 14. Mai 1914 (Gesetzsamml. S. 91) ist folgendes bestimmt:

1. Als die für die Verwaltung der Besitzsteuer zuständigen Behörden (Besitzsteuerämter) werden die Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen bestimmt. Sie unterstehen den Regierungen — und für die Haupt- und Residenzstadt Berlin der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern — als Oberbehörden.
2. Gegen den Steuer- und den Feststellungsbescheid steht die Berufung an die Einkommensteuer-Berufungskommission und gegen deren Entscheidung die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht zu. Auf das Rechtsmittelverfahren finden die Vorschriften der §§ 44, 48 bis 54 des Einkommensteuergesetzes sinngemäße Anwendung.
3. Die Androhung und Festsetzung von Zwangsstrafen (§ 54 Abs. 1, § 56 Abs. 2, § 58 Abs. 4, § 62 Abs. 4 des Besitzsteuergesetzes), die Verhängung von Ordnungs-

*) Zentralblatt für das Deutsche Reich 1910 S. 352.

**) Die Muster sind hier nicht mit abgedruckt.

strafen (§ 83), die Festsetzung von Besitzsteuerzuschlägen (§ 54 Abs. 2), die Festsetzung der von dem Steuerpflichtigen zu erstattenden Kosten (§ 60), die Stundungen und die Genehmigung der Entrichtung der Steuer in Teilbeträgen (§ 71) erfolgen durch die Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen. Gegen deren Entscheidungen steht dem Beitragspflichtigen innerhalb vier Wochen die Beschwerde an den Vorsitzenden der Einkommensteuer-Berufungskommission offen.

4. Insoweit sonst nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes die Regierungen und für die Haupt- und Residenzstadt Berlin die Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern zur Mitwirkung berufen sind, haben diese Behörden auch die gleichartigen Entscheidungen hinsichtlich der Besitzsteuer zu treffen.
5. Die Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke sind verpflichtet, in ihren Bezirken die Einzelerhebung der veranlagten Steuerbeträge sowie deren Abführung an die zuständigen Staatskassen zu bewirken.

II. Oberbehörden im Sinne der Bund-A. sind außer den Königlichen Regierungen, für Berlin der Königlichen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern, gegebenenfalls die Vorsitzenden der Einkommensteuer-Berufungskommissionen.

Art. 2. 1. Nach § 25 des Kriegssteuergesetzes gelten, soweit dieses Gesetz nichts anderes vorschreibt, die Vorschriften des Besitzsteuergesetzes über die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer entsprechend für die Veranlagung der Kriegssteuer.

Ebenso finden nach § 2 der Kriegssteuerausführungsbestimmungen des Bundesrats für die Veranlagung und Erhebung der Kriegssteuer die Besitzsteuerausführungsbestimmungen entsprechende Anwendung, soweit sich aus dem Kriegssteuergesetz und den Kriegssteuerausführungsbestimmungen nichts anderes ergibt.

2. Die nachstehenden Vorschriften beschränken sich darauf, die erstmalige Veranlagung der Besitzsteuer und ihre Erhebung sowie die gleichzeitig stattfindende Kriegssteuerveranlagung und Erhebung gemeinsam zu regeln.

Abweichungen der materiell-rechtlichen Bestimmungen des Besitzsteuergesetzes und des Kriegssteuergesetzes von denen des Ergänzungssteuergesetzes.

Art. 3. Gegenstand der Besteuerung ist der Vermögenszuwachs. Als solcher gilt der Unterschied zwischen dem reinen Werte des steuerbaren Gesamtvermögens am Anfang und am Ende des Veranlagungszeitraums (in der Regel 31. Dezember 1913 und 31. Dezember 1916). Die Berechnung dieses Vermögenszuwachses erfolgt abgesehen von den Abweichungen der §§ 3 bis 7 des Kriegssteuergesetzes nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes. Bei der Berechnung sind die folgenden materiell-rechtlichen Abweichungen von dem Ergänzungssteuergesetze zu beachten:

1. Das Ergänzungssteuergesetz nennt im § 4 I Nr. 1 als Gegenstände des steuerbaren Vermögens neben den Grundstücken Nießbrauchs- und andere selbständige Rechte und Gerechtigkeiten, welche einen in Geld schätzbaren Wert haben. Das Besitzsteuergesetz bestimmt im § 3:

„Den Grundstücken (§ 2 Nr. 1) stehen gleich Berechtigungen, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des bürgerlichen Rechtes gelten"

und führt im § 6 unter dem Kapitalvermögen auf:

„1. selbständige Rechte und Gerechtigkeiten".

2. Nach § 7b des Ergänzungssteuergesetzes umfaßt das steuerbare Kapitalvermögen bares Geld deutscher Währung, fremde Geldsorten, Banknoten und Kassenscheine „mit Ausschluß der aus den laufenden Jahreseinkünften vorhandenen Bestände".

Im § 6 Nr. 4 des Besitzsteuergesetzes sind von der Besteuerung ausgenommen: „die aus den laufenden Jahreseinkünften vorhandenen Bestände und Bank- oder sonstige Guthaben, soweit sie zur Bestreitung der laufenden Ausgaben für drei Monate dienen".

3. Nach § 6 Nr. 5 des Besitzsteuergesetzes ist der Kapitalwert der Rechte auf Renten und andere wiederkehrende Leistungen, welche dem Berechtigten auf seine Lebenszeit, auf die Lebenszeit eines anderen, auf unbestimmte Zeit oder auf die Dauer von mindestens zehn Jahren zustehen, dem Empfänger auch dann anzurechnen und bei dem Geber in Abzug zu bringen, wenn die Leistungen auf Grund einer Schenkung erfolgen. Der Kapitalwert einer auf einem Schenkungsversprechen beruhenden Rente ist also für die Besitzsteuer dem Beschenkten anzurechnen, während bei dem Schenker nach § 10 des Gesetzes entsprechender Abzug stattfindet.

4. Nach § 7c des Besitzsteuergesetzes gehören nicht zum beitragspflichtigen Vermögen Ansprüche auf Renten und ähnliche Bezüge, die mit Rücksicht auf ein früheres Arbeits- oder Dienstverhältnis gewährt werden. Die Fassung ist etwas weiter als diejenige des § 7, Schlußsatz, des Ergänzungssteuergesetzes.

5. Die Bestimmungen über die subjektive Steuerpflicht der physischen Personen entsprechen im wesentlichen den nach § 2 1 des preußischen Ergänzungssteuergesetzes für die Ergänzungssteuerpflicht der physischen Personen maßgebenden Bestimmungen im § 1 des preußischen Einkommensteuergesetzes mit der aus der Natur des Besitzsteuergesetzes als eines Reichsgesetzes sich als selbstverständlich ergebenden Maßgabe, daß die Beitragspflicht sich nicht auf die preußischen Staatsangehörigen beschränkt, sondern sich auf die Reichsangehörigen erstreckt.

Ausländer sind steuerpflichtig, wenn sie im Deutschen Reiche einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt haben.

6. Wie bei dem Ergänzungssteuergesetz erstreckt sich die Steuerpflicht nach dem Besitzsteuergesetz nur auf physische Personen, während das Kriegssteuergesetz auch auf juristische Personen ausgedehnt worden ist. Ihr Kreis ist weiter gezogen, als im Wehrbeitragsgesetz.

7. Die Bestimmung im § 5 Nr. 5 des Ergänzungssteuergesetzes, nach der dem Haushaltungsvorstande dasjenige Vermögen des Haushaltungsangehörigen zuzurechnen ist, an welchem ihm die Nutznießung zusteht, findet sich in dem Besitzsteuergesetze nicht. Insbesondere sind also Vermögen, die minderjährigen Kindern gehören, nicht bei dem Vater oder der Mutter, denen die Nutznießung zusteht, sondern bei den Kindern beitragspflichtig.

8. Abweichend vom Ergänzungssteuergesetze sind die für die Bewertung desjenigen Grundbesitzes, der dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt ist, dieselben Grundsätze maßgebend, wie für das übrige Grundvermögen. Zugrunde zu legen ist der gemeine Wert (Verkaufswert) oder auf Antrag des Steuerpflichtigen der Betrag der nachgewiesenen oder glaubhaft gemachten Gestehungskosten. Soweit bei Bemessung der Gestehungskosten der Ertragswert (§§ 31, 32 des Besitzsteuergesetzes) zu Grunde zu legen ist, decken sich die Bewertungsvorschriften mit den Bestimmungen des § 11 des Ergänzungssteuergesetzes.

9. Abweichend vom Ergänzungssteuergesetze findet sich im § 34 des Besitzsteuergesetzes die Bestimmung, daß bei Wertpapieren, die in Deutschland einen Börsenkurs haben und die mit Dividendenscheinen gehandelt werden, ein Betrag in Abzug gebracht werden darf, der für die seit Auszahlung des letzten Gewinns abgelaufene Zeit dem letztmalig verteilten Gewinn entspricht.

An die Stelle der Börsenkurse (§ 34 des Besitzsteuergesetzes) treten die durch das Gesetz über die Festsetzung von Kursen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere vom 9. November 1916 (RGBl. 1269) festgesetzten Kurse.

10. Wegen Bewertung der auf bestimmte Zeit beschränkten Nutzungen oder Leistungen enthält der § 37 des Besitzsteuergesetzes Vorschriften, die sich mit demjenigen des Ergänzungssteuergesetzes nicht völlig decken.

Ermittelung des Ertragswerts von Grundstücken.

Art. 4. 1. Wird der gemäß § 31 des Besitzsteuergesetzes für die Bewertung maßgebende Ertrag nach den Betriebsergebnissen selbstbewirtschafteter Besitzungen geschätzt,

so ist nach Abs. 2 a. a. O. der Wert der Tätigkeit des Selbstbewirtschafters gemäß § 37 BesStBund-A. in Abzug zu bringen.

2. Wird der Ertragswert selbstbewirtschafteter Betriebe aus Pachtpreisen anderer Besitzungen abgeleitet (§ 37 BesStBund-A.), so darf der Wert der Tätigkeit des Selbstbewirtschafters vom Rohertrage nicht in Abzug gebracht werden, da in den Pachtpreisen der Wert der Arbeit des Pächters nicht enthalten ist.

3. Die Bestimmungen des § 45 BesStBund-A. finden für Preußen bei der Ermittelung des Ertragswerts von Gebäuden keine Anwendung, da bei der letztmaligen Revision der Gebäudesteuer der Nutzungswert der Gebäude aus Mietpreisen abgeleitet ist, die in den Jahren 1898 bis 1907 bedungen worden sind. Auch der Grundsteuer-Reinertrag kann der Ermittelung des Ertragswerts vom Grundbesitz nicht unmittelbar zugrunde gelegt werden, da er den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr entspricht.

Veranlagungsverfahren. Ermittelung der beitragspflichtigen Personen, Aufstellung der Steuerlisten.

Art. 5. 1. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission hat die Besitzsteuerliste und die Kriegssteuerliste A für jede Gemeinde und jeden Gutsbezirk in je einem besonderen Heft anzulegen. Die Kriegssteuerliste B kann für jeden Veranlagungsbezirk in einem gemeinsamen Heft angelegt werden. In diesem Falle hat innerhalb der Liste eine Trennung nach Gemeinden (Gutsbezirken) zu erfolgen.

Die Reihenfolge der Aufzunehmenden ist tunlichst der Reihenfolge in der Staatssteuerliste bzw. Einkommens- und Vermögensnachweisung anzupassen. Unter der Nummer der Besitzsteuerliste ist mit roter Tinte die Nummer der Staatssteuerliste (Eink.- und Verm.-Nachw.) für 1917 einzutragen. Hinter Spalte 2 der Besitzsteuerliste sind noch folgende Unterspalten aufzunehmen:

Sp. 2a. Die erste Aufforderung zur Abgabe der Besitzsteuer- und Kriegssteuererklärung ist zugestellt am:
Sp. 2b. Die Frist ist verlängert bis:
Sp. 2c. Eine zweite Aufforderung mit Strafandrohung ist zugestellt am:
Sp. 2d. Eine Strafverfügung und wiederholte Aufforderung ist zugestellt am:
Sp. 2e. Die Steuererklärung ist eingegangen am:

2. Mit der Aufstellung ist anfangs Dezember zu beginnen.

3. Aufzunehmen sind in die Besitzsteuerliste außer den im § 7 KStBund-A. bezeichneten Personen alle, die nach einem Einkommen von mehr als 9000 M. veranlagt sind, sowie diejenigen, an welche eine besondere Aufforderung ergehen soll.

4. Hinter Spalte 2 der Kriegssteuerliste B sind die Spalten 2b bis 2e der Besitzsteuerliste einzufügen, ferner eine Spalte 2f zur Kontrolle des Eingangs der endgültigen Steuererklärung (§ 10 KStBund-A.).

In die Kriegssteuerliste B sind aufzunehmen alle Gesellschaften und sonstigen juristischen Personen, die der Kriegssteuerpflicht unterliegen (§§ 13, 20, 23 KStGes.).

5. Soweit dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission die Voreinschätzungsarbeiten für das Steuerjahr 1917 noch nicht vorliegen, hat die Aufstellung der Besitzsteuerlisten auf Grund der Steuerlisten für das Jahr 1916 unter Berücksichtigung der Wehrbeitragslisten zu erfolgen. Befinden sich die Staatssteuerlisten für die Zwecke der Voreinschätzung bei den Gemeinden (Gutsbezirken), so sind sie je nach Bedarf auf kurze Zeit zurückzufordern. Alsbald nach dem Eingang der Staatssteuerlisten für 1917 von den Voreinschätzungskommissionen hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission zu prüfen, welche Personen etwa noch in die Besitzsteuerliste aufzunehmen sind.

6. Spalte 9 der Besitzsteuerliste ist auf Grund der Wehrbeitragsliste bzw. der Belege zu der Zugangsliste auszufüllen.

Art. 6. Die Mitteilungen gemäß § 7 BesStBund-A. haben unter Verwendung sinngemäß zu vervollständigender Formulare nach Muster VII zu Artikel 41 II der Eink.-Anw. zu erfolgen.

Aufforderung zur Abgabe der Besitzsteuer- und Kriegssteuererklärung.

Art. 7. 1. Auf Grund des § 12 BesStBund-A. wird für die Einzelpersonen als Frist für die Abgabe der Besitzsteuer- und Kriegssteuererklärung die Zeit vom 4. Januar bis 15. Februar 1917 bestimmt.

Die Gesellschaften und anderen juristischen Personen haben eine Steuererklärung bis zum 31. Januar 1917 abzugeben (§ 10 KStBund-A. und Artikel 10).

2. Ende des Monats Dezember 1916, spätestens am 26., erläßt der Vorsitzende der Veranlagungskommission die öffentlichen Aufforderungen zur Abgabe der Besitzsteuer- und Kriegssteuererklärung (§ 14 BesStBund-A., § 8 KStBund-A.) nach den beigefügten Mustern A und A 1.

3. Gleichzeitig übersendet er allen Personen mit einem Vermögen von mehr als 20000 M., allen Personen mit einem Einkommen von mehr als 9000 M. und den Personen, von denen er annimmt, daß sich ihr Vermögen seit dem 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1916 um mehr als 3000 M. auf mindestens 11000 M. erhöht hat, ein Formular zur Besitzsteuer- und Kriegssteuererklärung nebst einem Abdrucke der öffentlichen Aufforderung nach Muster A als Drucksache.

An die übrigen in die Besitzsteuerliste aufgenommenen Personen ist, sofern anzunehmen ist, daß sie zur Besitzsteuer oder zur Kriegssteuer heranzuziehen sind, eine besondere Aufforderung zu richten, in der Zeit vom 4. Januar bis zum 15. Februar 1917 eine Besitzsteuer- und Kriegssteuererklärung abzugeben.

Die zu den Besitzsteuer- und Kriegssteuererklärungen anzuwendenden Formulare sind durch die Königliche Regierung in Potsdam zu beziehen.

4. Den in die Kriegssteuerliste B aufgenommenen Gesellschaften und anderen juristischen Personen ist ein Formular zur Kriegssteuererklärung nach Muster 4 KStBund-A. nebst einem Abdruck der öffentlichen Aufforderung nach Muster A 1 zu übersenden.

5. Nachträglich ermittelten und den neu in die Steuerpflicht tretenden Personen ist, sobald sie in die Besitzsteuerliste oder die Zugangsliste aufgenommen sind, sogleich eine besondere Aufforderung zur Abgabe einer Erklärung binnen einer Frist von 2 Wochen zuzustellen.

6. Nach § 28 Abs. 2 des Besitzsteuergesetzes kann der Beitragspflichtige, unbeschadet der Nachprüfung nach § 57 des Besitzsteuergesetzes, verlangen, daß das in einem Betriebe, für welchen regelmäßige jährliche Abschlüsse stattfinden, angelegte Vermögen nach dem Bestand und Wert am Schlusse des letzten Wirtschafts- oder Rechnungsjahrs festgestellt wird (vgl. hierzu § 28 BesStBund-A.). Als letztes Wirtschafts- oder Rechnungsjahr (Betriebsjahr) gilt dasjenige, dessen Ergebnis bei Abgabe der Erklärung feststand. Will der Beitragspflichtige seiner Erklärung den noch nicht festgestellten Abschluß vom 31. Dezember 1916 zugrunde legen, so ist ihm eine angemessene, keinesfalls über den 15. April 1917 hinausgehende Frist zu gewähren.

In den übrigen Fällen (§ 16 BesStBund-A.) ist eine Verlängerung der Frist zur Abgabe der Besitzsteuer- und Kriegssteuererklärung in der Regel nicht über den 15. März 1917 hinaus zu bewilligen.

Nochmalige Aufforderung und Straffestsetzung.

Art. 8. 1. Hat jemand, dem nach Artikel 7 eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Besitzsteuer- und Kriegssteuererklärung zugesandt ist, eine solche bis zum 15. Februar 1917 nicht abgegeben, auch keine Fristverlängerung erhalten, so prüft der Vorsitzende der Veranlagungskommission zunächst, ob bestimmte Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß der Betreffende zur Abgabe einer Erklärung auf Grund der öffentlichen Aufforderung verpflichtet war. Zutreffendenfalls erläßt er sogleich eine nochmalige Aufforderung mit angemessener, in der Regel achttägiger Frist.

Ergeben sich Zweifel, ob eine Verpflichtung zur Abgabe der Erklärung auf Grund öffentlicher Aufforderung vorliegt, so ist zunächst eine besondere Aufforderung nach Muster B mit einer Frist von zwei Wochen zu erlassen.

2. Bleibt die nochmalige Aufforderung erfolglos, so hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission gegen den Pflichtigen eine angemessene Geldstrafe festzusetzen und weiterhin gemäß § 19 Abs. 2 BesStBund-A. zu verfahren. (Wegen Einziehung und Verrechnung der Strafen siehe Art. 31.)

3. Gegen Pflichtige, die eine besondere Aufforderung zur Abgabe der Vermögenserklärung bereits erhalten haben, kann nach fruchtlosem Ablauf der Frist unter Wiederholung der Aufforderung sogleich eine Geldstrafe festgesetzt werden.

Prüfung der Vermögenserklärungen.

Art. 9. 1. Ein formelles Verfahren zur Erörterung der Besitzsteuer- und Kriegssteuererklärungen ist nach dem Gesetze nicht vorgeschrieben. Es empfiehlt sich aber, etwaige Bedenken hinsichtlich der Erklärungen dem Beitragspflichtigen mitzuteilen. Diese Mitteilung kann zweckmäßig mit der Erörterung der Steuererklärung bzw. Vermögensanzeige verbunden werden.

2. Ebenso wie die Unterlagen der Veranlagung zur Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer bei der Feststellung der Besitzsteuer und Kriegssteuer benutzt werden müssen, sind in gleicher Weise die bei der Veranlagung zu letzterer gewonnenen Unterlagen insbesondere der Inhalt der Besitzsteuer und Kriegssteuererklärungen, für die Veranlagung zur Einkommensteuer und Ergänzungssteuer nutzbar zu machen.

Vorläufige Festsetzung der Kriegssteuer der Gesellschaften.

Art. 10. Die der Kriegssteuer unterliegenden Gesellschaften haben, soweit Abschlüsse für drei Kriegsgeschäftsjahre (§ 15 KStGes.) noch nicht vorliegen, eine die beiden ersten Kriegsgeschäftsjahre umfassende Steuererklärung zum Zwecke der vorläufigen Festsetzung der Kriegssteuer bis zum 31. Januar 1917 abzugeben. Die weitere Steuererklärung zum Zwecke der endgültigen Festsetzung ist binnen sechs Monaten nach Ablauf des dritten Kriegsgeschäftsjahrs abzugeben. Ihr rechtzeitiger Eingang ist vom Vorsitzenden der Veranlagungskommission zu überwachen.

Festsetzung der Besitzsteuer und der Kriegssteuer.

Art. 11. 1. Soweit die Besitzsteuer- und Kriegssteuererklärungen vorliegen und die darauf Bezug habenden Verhandlungen zum Abschluß gebracht sind, haben die Veranlagungskommissionen über die auf einen Steuerpflichtigen zu veranlagende Einkommensteuer, Ergänzungssteuer, Besitzsteuer und Kriegssteuer in der Regel in einer und derselben Sitzung Beschluß zu fassen.

2. Wird die Aussetzung der Veranlagung hinsichtlich einer Steuerart notwendig, so sind die Ergebnisse weiterer Ermittelungen auch zur Berichtigung der bereits erfolgten Veranlagung anderer Steuerarten zu benutzen.

Steuerpflichtige, die erst nach dem Listenabschluß (Art. 12) veranlagt werden können, sind in die Zugangsliste aufzunehmen.

3. Zur ziffermäßigen Ermittelung der Besitzsteuer und der Kriegssteuer ist ein besonderer Umschlagbogen zu verwenden, auf dem die Einzelberechnung des Vermögens zu erfolgen hat. Diese Einzelberechnung muß auch noch späterhin eine Nachprüfung aller der Festsetzung der Steuern zugrunde liegenden Zahlen ermöglichen. Sie ist mit dem Festsetzungsvermerke des Vorsitzenden zu versehen und muß auf abweichenden Beschlüssen der Veranlagungskommission beruhende Änderungen erkennen lassen.

4. Bei der Festsetzung der Abgabe gemäß § 9 Ziffer 2 des Kriegssteuergesetzes ist, solange eine Erklärung des Pflichtigen nicht vorliegt, zunächst davon auszugehen, daß das festgestellte Anfangsvermögen sich nicht vermindert hat.

5. Die Festsetzung des Zuschlags gemäß § 54 Abs. 2 des Besitzsteuergesetzes durch den Vorsitzenden der Veranlagungskommission hat sich unmittelbar an die Veranlagung anzuschließen.

6. Als Anhalt für die Festsetzung der Besitzsteuer und der Kriegssteuer können die in Anlage I abgedruckten Beispiele dienen.

Abschluß der Steuerlisten.

Art. 12. 1. Nach erfolgter Festsetzung der Besitzsteuer und der Kriegssteuer sind die Spalten 3ff. der Besitzsteuerliste auszufüllen. Personen, deren Vermögen auf weniger als 10000 M. ermittelt ist, sind in der Besitzsteuerliste zu streichen, ebenso diejenigen, bei denen feststeht, daß ihre Veranlagung in einem anderen Veranlagungsbezirk erfolgt.

2. Nicht gestrichen werden dürfen Personen, deren Veranlagung zur Besitzsteuer oder Kriegssteuer ausgesetzt worden ist. Hinsichtlich dieser Personen unterbleibt nach dem Abschlusse der Besitzsteuerliste die Ausfüllung der Spalten 3ff. Sie sind demnächst in die Zugangsliste aufzunehmen; in der Besitzsteuerliste ist auf die Nummer der Zugangsliste hinzuweisen.

3. Alle Pflichtigen, die Kriegsabgabe zu entrichten haben, sind unter Wahrung der Reihenfolge aus der Besitzsteuerliste in die Kriegssteuerliste A zu übertragen, sodann sind die Spalten 3ff. der Kriegssteuerliste auszufüllen.

4. Die Besitzsteuerliste und die Kriegssteuerliste A sind bis zum 15. Juni 1917 abzuschließen. Sie sind in allen in Betracht kommenden Spalten sorgfältig aufzurechnen.

5. Die Ausfüllung der Kriegssteuerliste B erfolgt von Fall zu Fall, sobald die Kriegsabgabe vorläufig oder endgültig festgesetzt werden kann. Ihr Abschluß erfolgt hinsichtlich der vorläufigen Festsetzung wie bei der Liste A, im übrigen, sobald die endgültige Veranlagung aller eingetragenen Pflichtigen erfolgt ist.

Art. 13. Die Endsummen in Spalte 16 der Besitzsteuerliste sowie in Spalte 16 der Kriegssteuerliste A und in Spalte 24 der vorläufig festgesetzten Kriegssteuerliste B müssen mit den auf der Titelseite der Sollbücher festzusetzenden Summen übereinstimmen. Alle Veränderungen an diesen Summen sind durch die Zu- und Abgangslisten derart nachzuweisen, daß daraufhin der Abschluß der Sollbücher nachgeprüft werden kann (vgl. Art. 25 Z. 11, 26 Z. 1, 30 Z. 2).

Steuerbescheide.

Art. 14. 1. Für den Besitzsteuerbescheid sind Formulare nach Anleitung des Muster 3 BesStBund-A., für den Feststellungsbescheid Formulare nach Muster 4 ebenda zu verwenden.

2. Es ist zu beachten, daß Feststellungsbescheide solchen besitzsteuerfrei bleibenden Personen nicht zu erteilen sind, deren für eine künftige Veranlagung zur Besitzsteuer maßgebender Vermögensstand bereits rechtskräftig feststeht (vgl. § 56 Ziff. 1 BesStBund-A.).

3. Der Kriegssteuerbescheid für Einzelpersonen ist nach Anleitung des Muster 5 KStBund-A. auszuferligen.

Der Besitzsteuerbescheid und der Kriegssteuerbescheid sind möglichst miteinander zu verbinden.

4. Für Gesellschaften und sonstige juristische Personen sind Formulare nach Muster 6 bzw. 6a KStBund-A. zu verwenden.

5. Es ist zulässig, in den Mitteilungen über die Berechnung der Steuer und über Abweichungen von der Besitzsteuer- bzw. Kriegssteuererklärung auf vorangegangene Erörterungen hinzuweisen.

6. Die Bescheide können, sofern dadurch keine Verzögerung verursacht wird, zugleich mit den Benachrichtigungsschreiben über die Veranlagung zur Staatseinkommensteuer und zur Ergänzungssteuer zugestellt werden. In diesem Falle ist die Zusammenfassung in einem Umschlage zulässig.

7. Die Zustellung des vorläufigen Bescheides (§ 29 Abs. 3 KStGes., § 28 Ziff. 2 KStBund-A.) hat in jedem Falle sogleich nach erfolgter Festsetzung der Abgabe zu erfolgen.

Sollbuch.

Art. 15. 1. Die Sollbücher sind rechtzeilig vorzubereiten. Sie müssen alsbald nach erfolgter Veranlagung und bei Beginn der Zustellung der Steuerbescheide den Gemeinde-

behörden bzw. Hebestellen wegen der Buchung der eingezahlten Beträge, sowie wegen der Überweisung verzogener Steuerpflichtiger zur Verfügung gestellt werden.

2. Alle Mitteilungen der Veranlagungsbehörde an die Hebestelle über Änderungen der zu erhebenden Steuerbeträge im Rechtsmittelverfahren, über Berichtigungen von Amts wegen, über Ermäßigungen, Niederschlagungen, Erstattungen usw. sind ebenso wie die Sollbücherauszüge über die zugezogenen Pflichtigen von der Hebestelle als Belege zum Sollbuch (der Restnachweisung) nach Nummern geordnet und geheftet sorgfältig aufzubewahren.

3. Die Bescheinigung über die Blatt- oder Seitenzahl auf den Sollbüchern ist von dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission zu erteilen.

Kreisnachweisung.

Art. 16. 1. Nachdem Spalte 4 der Sollbücher aufgerechnet und abgeschlossen ist, fertigt der Vorsitzende der Veranlagungskommission für jeden Kreiskassenbezirk je eine Nachweisung des Sollaufkommens an Besitzsteuer und an Kriegssteuer nach dem Muster D und übersendet sie der Kreiskasse. Die Kreiskasse übernimmt den in Spalte 3 aufgeführten Betrag nachrichtlich in die Spalte 1 der Manuale über die Besitzsteuer und die Kriegssteuer. Die Nachweisungen sind bei der Kreiskasse aufzubewahren und haben später in der im Art. 22 Abs. 2 vorgeschriebenen Weise Verwendung zu finden.

2. Gleichzeitig mit Absendung der Kreisnachweisungen ist der Regierung in je einer Summe anzuzeigen, welche Beträge an Besitzsteuer und an Kriegssteuer für die einzelnen Bezirke festgesetzt sind.

Art. 17. Die Regierung zeigt dem Finanzminister bis zum 15. Juli in je einer Summe an, welche Beträge an Besitzsteuer und an Kriegssteuer in ihrem Bezirk veranlagt worden sind.

Rechtsmittel.

Art. 18. 1. Gegen das Ergebnis der Veranlagung steht dem Beitragspflichtigen, wie auch dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission, die Berufung an die Berufungskommission zu.

Gegen die Entscheidung der letzteren ist dem Beitragspflichtigen und dem Vorsitzenden der Berufungskommission die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht gegeben. Der Vorsitzende der Berufungskommission hat vor deren Einlegung unter Einreichung der Verhandlungen dem Finanzminister zu berichten und dessen Bestimmung einzuholen.

2. Die Vorschriften über das Verfahren bei der Bearbeitung der Berufungen in Einkommensteuer- und Ergänzungssteuersachen finden sinngemäße Anwendung. Beschwerden gegen die Entscheidung der Berufungskommission sind mit allen Verhandlungen dem Oberverwaltungsgericht vorzulegen.

3. Die Bearbeitung der Berufung gegen die Veranlagung zur Besitzsteuer und zur Kriegssteuer kann, wenn angängig, mit der vom Beitragspflichtigen gleichzeitig angebrachten Berufung gegen die Veranlagung zur Ergänzungssteuer verbunden werden. Jede Verzögerung in der Erörterung und Entscheidung der Berufungen im Besitzsteuer- und Kriegssteuerverfahren ist zu vermeiden.

4. Die Ausfertigung der Entscheidung auf Besitzsteuer- und Kriegssteuerberufungen kann verbunden werden. Mit den andere Steuerarten betreffenden Entscheidungen darf sie nicht vereinigt werden. Der gleichzeitigen Zustellung verschiedener Entscheidungen steht dagegen nichts im Wege.

5. Wird die veranlagte Besitzsteuer oder Kriegssteuer im Rechtsmittelverfahren ermäßigt, so veranlaßt der Vorsitzende der Veranlagungskommission unverzüglich die Zustellung der Entscheidung an den Steuerpflichtigen und versieht sofort die Hebestelle mit Nachricht wegen der Erstattung zuviel erhobener Beträge und etwa zu vergütender Zinsen. Gleichzeitig hat der Vorsitzende hinsichtlich der gestundeten Beträge und wegen der erforderlich werdenden Freigabe geleisteter Sicherheiten das Erforderliche zu veranlassen.

6. Die erstatteten Beträge nebst den Zinsen weist der Vorsitzende auf Grund einer von der Hebestelle einzureichenden Berechnung in der Abgangsliste nach. Die Berechnung ist der Hebestelle nach Festsetzung zurückzugeben. Sie dient als Beleg zum Sollbuch.

Erhebung der Besitzsteuer und der Kriegsabgabe, Ablieferung der erhobenen Beträge, Führung der Kassenbücher.

Art. 19. 1. Sobald im Rechnungsjahr 1916 Zahlungen auf die Kriegssteuer angeboten werden, ist von der Hebestelle ein Kriegssteuer-Einnahmebuch (§§ 34, 35 KStBund-A.) anzulegen.

Die Besitzsteuer- und Kriegssteuer-Einnahmebücher für die folgenden Jahre sind rechtzeitig vor Beginn des Rechnungsjahrs einzurichten.

2. Mit anderen Einnahmebüchern (Journalen) der Hebestelle dürfen sie nicht verbunden werden. Sie sind nach Abschluß der Sollbücher zusammen mit diesen an die Veranlagungsbehörde abzuliefern.

In einer einzufügenden Unterspalte kann ein Hinweis auf die erfolgte Übertragung der Tagessumme aus dem Einnahmebuch in das Haupteinnahmebuch (Journal) der Hebestelle aufgenommen werden.

3. Die Bescheinigung über die Blatt- oder Seitenzahl ist vom Gemeinde- (Guts-) Vorstand zu erteilen. Nimmt dieser selbst die Geschäfte des Erhebers wahr, so hat der gesetzliche Vertreter die Bescheinigung zu erteilen.

4. Jede Einzahlung ist sofort, und zwar noch in Gegenwart des Einzahlenden in das Einnahmebuch einzutragen.

5. Die Quittungsleistung der Hebestelle kann auf dem Steuerzettel oder dem Veranlagungsbescheid erfolgen.

6. Gehen bei einer Hebestelle, die nur von einem Beamten verwaltet wird, Vorauszahlungen (§ 40 KStBund-A.) ein, so ist dem Einzahler eine vorläufige Bescheinigung zu erteilen und der Betrag alsbald an die Kreiskasse abzuliefern. Der Rentmeister der Kreiskasse erteilt sodann unter Gegenzeichnung des Kassenrevisors die vorgeschriebene Quittung und übersendet sie portofrei dem Einzahler.

Erhebung und Ablieferung der Steuerbeträge.

Art. 20. 1. Die Besitzsteuer ist in Halbjahrsteilen zu entrichten. Sie wird mit je einem Sechstel des veranlagten Steuersatzes am 10. Juli und 10. Januar der in den Erhebungszeitraum fallenden Rechnungsjahre fällig (§§ 24, 70 BesStGes.).

Jahresbeträge unter 10 M. (§ 70 Abs. 2) sind im Julitermin zu entrichten.

2. Die Fälligkeit der Kriegssteuer richtet sich nach den Vorschriften im § 31 KStGes.

3. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission setzt die Hebestelle davon in Kenntnis, wenn die Zustellung der Steuerbescheide in der Hauptsache beendet ist.

Die Hebestelle hat für den rechtzeitigen Eingang der ihr durch das Sollbuch oder im Wege der Zugangstellung zur Einziehung überwiesenen Beträge Sorge zu tragen.

Ist die Frist zur Entrichtung eines Besitzsteuer- oder Kriegssteuer-Teilbetrags abgelaufen, ohne daß Zahlung erfolgt ist, so hat die Hebestelle den Pflichtigen mit dreitägiger Frist zu mahnen. Nach fruchtlosem Ablauf der Mahnfrist ist zur Zwangsvollstreckung nach den Bestimmungen der Verordnung vom 15. November 1899 und der dazu ergangenen Ausführungsvorschriften zu schreiten (vgl. Art. 90 Nr. 3 der EinkAnw.).

4. Die eingezahlten Beträge sind täglich aus dem Einnahmebuch in das Sollbuch zu übertragen. Die durch Abrundung der Einzelbeträge (§ 70 Abs. 4 BesStGes.) gegen das Soll erwachsenden Mehrbeträge sind außer in Spalte 9 auch in Spalte 5 des Besitzsteuer-Sollbuchs nachzuweisen.

Ebenso sind die gemäß § 31 Abs. 3 KStGes. vereinnahmten Zinsen nicht nur in Spalte 9, sondern auch in Spalte 5 des Kriegssteuer-Sollbuchs nachzuweisen.

5. Am Schluß eines jeden Rechnungsjahrs prüft der Gemeindevorstand, ob Sollbuch und Einnahmebuch übereinstimmen, und bescheinigt nach Beseitigung etwaiger An-

stände diese Übereinstimmung unter dem Abschlusse des Einnahmebuchs. In gleicher Weise hat in den späteren Jahren die Vergleichung der Restnachweisung (§ 72 BesSt., § 43 KSt-Bund-A.) mit dem Einnahmebuche zu erfolgen. Auch in diesem Falle ist die Übereinstimmung von dem Gemeindevorstande zu bescheinigen.

6. Die zur Erhebung gekommenen Beträge hat der Erheber allmonatlich zu den von der Regierung anzuordnenden Terminen mit einem Lieferzettel nach Muster E in doppelter Ausfertigung unter Einbehaltung der vorläufig zu berechnenden Erhebungskosten (Art. 23 Z. 2) an die Kreiskasse abzuliefern. Im Bedarfsfalle sind dem Lieferzettel noch weitere Spalten hinzuzufügen. Die Ablieferungstermine sind so anzuberaumen, daß die eingegangenen Beträge möglichst noch im gleichen Monat von der Kreiskasse zur Ablieferung an die Regierungshauptkasse gebracht werden können.

Art. 21. 1. Die Ablieferungen an die Kreiskasse sind von der Hebestelle am Schlusse der Einnahmebücher unter einem besonderen Abschnitt nachzuweisen und mit den von der Kreiskasse quittierten Lieferzetteln zu belegen.

2. Für den Nachweis zurückgezahlter Kriegssteuerbeträge gelten die Vorschriften in den §§ 33 Z. 3, 34 Z. 2 und 42 KStBund-A.

3. Erstattungen von Besitzsteuerbeträgen sind, solange die Sollbücher bzw. Restnachweisungen nicht abgeschlossen sind, in diesen und in den Einnahmebüchern mit roter Tinte abzusetzen und durch die Anweisung der die Erstattung anordnenden Behörde sowie durch die Quittung des Empfangsberechtigten zu belegen. Kann die Hebestelle die erstatteten Beträge nicht oder nur teilweise aus eingegangenen Steuern decken, so beantragt sie unter Vorlage entsprechend ausgefüllter Lieferzettel die Rückvergütung der verauslagten Beträge.

4. Sind Sollbuch und Restnachweisung bereits abgeschlossen (Art. 25), so ist die Erstattung durch die Kreiskasse zu bewirken. Diese setzt den erstatteten Betrag in ihren Büchern mit roter Tinte ab und stellt ihn in der Abrechnung mit der Regierungshauptkasse ebenfalls mit roter Tinte dar.

5. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission weist die erstatteten Beträge in der Abgangsliste nach (vgl. auch Art. 18 Z. 5ff.).

Art. 22. 1. Die Kreiskasse bucht die eingehenden Beträge in je einer besonderen Spalte ihres Einnahmejournals, führt darüber je ein besonderes Manual nach Muster F und liefert die Beträge mit der Monatsabrechnung unter Anschluß einer Übersicht, welche die zur Aufstellung der Monats- und Vierteljahrsübersichten (Ziffer 5) erforderlichen Angaben enthalten muß, an die Regierungshauptkasse ab.

2. Bis Mitte des Monats April jeden Jahres zeigt die Kreiskasse dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission unter Benutzung der entsprechend vorgerichteten Nachweisungen der zu erhebenden Besitzsteuer und Kriegssteuer (Muster D) an, welche Beträge von den Hebestellen zur Ablieferung gekommen sind.

3. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission prüft auf Grund der über die bewilligten Stundungen zu führenden Kontrolle und der Listen über die vorgekommenen Zu- und Abgänge, ob die Höhe der verbliebenen Reste zu Bedenken Anlaß gibt, zieht erforderlichenfalls von den Hebestellen Nachweisungen und Unterlagen über die einzelnen Restbeträge ein und veranlaßt wegen der Einziehung der nicht gerechtfertigten Reste das weitere.

4. Die Ablieferung an die Reichshauptkasse erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen zur Regelung der Abrechnungen zwischen der Reichshauptkasse und den Landeskassen vom 23. Juni 1910 bzw. § 64 RKO. durch die Regierungshauptkassen bzw. für den Stadtbezirk Berlin durch die Königliche Steuerkasse daselbst (§ 80 BesStBund-A., § 49 KSt-Bund-A.).

5. Die Anweisungen über die an die Reichshauptkasse abzuführenden Beträge erteilen die Königlichen Regierungen bzw. für Berlin die Königliche Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern. Die von diesen Behörden auf Grund der von den Kreiskassen eingegangenen Unterlagen (Art. 22 Z. 1) aufzustellenden Monats- und Vierteljahrsübersichten sind sofort nach Erteilung der Anweisungen an die Regierungshaupt-

lassen (Steuerkasse Berlin) der Geheimen Kalkulatur II des Finanzministeriums einzusenden, von welcher die Hauptübersicht aufgestellt wird.

6. Die Übersichten sind so rechtzeitig abzusenden, daß die Monatsübersichten spätestens am 7., die Vierteljahrsübersichten spätestens am 9. der betreffenden Monate, und eine schließliche Einnahmeübersicht bis zum 1. Juni bei der Geheimen Kalkulatur II eingehen. Durch die Aufklärung von Unstimmigkeiten in einzelnen Übersichten darf die Einsendung der Monats- und Vierteljahrsübersichten nicht aufgehalten werden. Zweifelhafte Beträge sind zunächst wegzulassen und in die Nachweisung für den folgenden Monat aufzunehmen.

Art. 23. 1. Die Entschädigung für die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer und der Kriegsabgabe (§ 86 BesStGes., § 37 KStGes.) ist bei den Ablieferungen an die Reichshauptkasse anzurechnen. Nach der Ablieferung für den Monat März hat die Regierung die Entschädigung für das abgelaufene Rechnungsjahr auf Grund der Vierteljahrsübersicht für das erste bis vierte Viertel im ganzen festzusetzen und bei den neu einzustellenden Titeln 5 bzw. 5a des Etats von der Verwaltung der direkten Steuern verrechnen zu lassen.

2. Die den Gemeinden (Gutsbezirken) zu gewährende Entschädigung, über deren Höhe besondere Bestimmung ergeht, setzt die Regierung auf Grund der von den Kreiskassen zugleich mit der Ablieferung für den Monat März vorzulegenden Nachweisungen der von den einzelnen Gemeinden und Gutsbezirken erhobenen und der erstatteten Beträge Anfang April jeden Jahres fest und veranlaßt die Verausgabung und Verrechnung bei den neu einzustellenden Titeln 18 bzw. 18a des Etats von der Verwaltung der direkten Steuern.

3. Die im Laufe des Jahres durch Abrundung usw. entstandenen Unterschiede sind nach Möglichkeit bei der Ablieferung für den Monat März auszugleichen, damit ein späterer Ausgleich vermieden wird.

Überweisung bei Verlegung des Wohnsitzes.

Art. 24.

I. Verlegt ein Steuerpflichtiger seinen Wohnsitz in den Veranlagungsbezirk eines anderen Bundesstaats, so erfolgt die Überweisung der noch nicht gezahlten Besitzsteuer und Kriegssteuer nach Anleitung des § 65 BesStBund-A.

Die den Auszügen aus den Steuerlisten und den Sollbüchern beizufügenden Verhandlungen (Akten) sollen nur solche Schriftstücke enthalten, die auf die Veranlagung dieser Steuern Bezug haben. In besonderen Fällen sind Auszüge aus den zurückbleibenden Schriftstücken mitzuteilen.

II. Bei Umzügen innerhalb Preußens tritt folgendes Verfahren ein:

1. Die Behörde des Abzugsorts fügt der dem Gemeinde- (Guts-) Vorstande des neuen Wohnorts wegen der Übernahme der Staatssteuern zu übersendenden Mitteilung (Muster XXV a zu Art. 83 EinkAnw.) Auszüge aus den Sollbüchern in je zweifacher Ausfertigung nach Muster G bei. Die Behörde des neuen Wohnorts übernimmt daraufhin den Steuerpflichtigen in die dritte Abteilung ihrer Sollbücher, bescheinigt auf je einer Ausfertigung unter Angabe der Nummern der Sollbücher die Übernahme und sendet sie zugleich mit dem Abgangsbeleg über die Staatssteuer der Behörde des Abzugsorts zurück. Letztere legt die so bescheinigten Auszüge zugleich mit der Staatssteuer-Abgangsliste dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission vor, welcher den Abgang in seine nach Muster H zu führenden Abgangslisten aufnimmt, ihn in den Steuer- oder Zugangslisten vermerkt und dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission des neuen Wohnorts unter Übersendung von Auszügen aus der Besitzsteuerliste, der Kriegssteuerliste (Zugangsliste) und der den Beitragspflichtigen betreffenden Verhandlungen sowie unter Angabe der Nummern der Sollbücher der neuen Hebestelle die noch nicht erhobenen Abgabebeträge überweist. Die bescheinigten Auszüge aus den

Sollbüchern sind nach erfolgter Überweisung der Hebestelle des Abzugsorts zurückzugeben, bei der sie als Belege zu den Sollbüchern aufzubewahren sind.

2. Die Behörde des neuen Wohnorts legt gleichzeitig mit der Staatssteuer-Zugangsliste dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission die zweiten Ausfertigungen aus den Sollbüchern des Abzugsorts vor. Der Vorsitzende nimmt den Zugang in seine Zugangslisten auf, versieht die Auszüge aus den Sollbüchern mit den Nummern der Zugangslisten und gibt sie der Hebestelle zurück, welche sie als Belege zu ihren Sollbüchern aufzubewahren hat.
3. Auf Grund der ihm zugehenden Auszüge aus den Besitzsteuer- und Kriegssteuerlisten hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission die Zugangsstellung der Steuerbeträge zu überwachen. Bei der Prüfung der Staatssteuer-Zu- und -Abgangslisten hat er ferner sein Augenmerk darauf zu richten, daß die Zugänge und Abgänge an Besitzsteuer und Kriegssteuer gewahrt sind, und gegebenenfalls dieserhalb sofort das Notwendige zu veranlassen.

   Hinsichtlich der neu in die Staatssteuerpflicht eintretenden Personen hat sich die Prüfung auch darauf zu erstrecken, ob eine Nachveranlagung zur Besitzsteuer und Kriegssteuer stattzufinden hat.
4. Sofern es die örtlichen Verhältnisse bedingen, kann die Regierung anordnen, daß die bescheinigten Auszüge aus den Sollbüchern dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission nicht einzeln, sondern mit einer möglichst einfach zu gestaltenden Zusammenstellung vorgelegt werden.

Zu- und Abgangslisten.

Art. 25. 1. Alle nach der Aufrechnung der Steuerlisten und der Sollbücher (§ 60 Z. 2 BesSt., § 33 Z. 3 KStBund-A.) vorkommenden Zu- oder Abgänge sind in besonderen Zu- und Abgangslisten nachzuweisen, die gemeindeweise anzulegen sind.

2. Die Zugangslisten sind nach Anleitung der Muster zur Besitzsteuer- bzw. Kriegssteuerliste A zu führen. Hinter der Spalte 17 des Musters sind die nachfolgenden Spalten zuzufügen:

a) Ursache des Zugangs.
b) Der Betrag ist der Hebestelle zur Einziehung überwiesen bzw. von dieser als Zugang nachgewiesen am:
c) Nummer der dritten Abteilung des Sollbuchs.
d) Datum der Mitteilung von der Übernahme des Zugangs an die Veranlagungsbehörde des anderen Bundesstaats.
e) Nummer des Belegs (Auszug aus der Steuerliste usw.).

3. Erfolgt die Aufnahme in die Zugangsliste auf Grund der Vorschrift im § 73 Satz 1 des Besitzsteuergesetzes bzw. § 25 Abs. 2 des Kriegssteuergesetzes, so ist von dem Beitragspflichtigen zunächst eine Vermögenserklärung zu erfordern und im übrigen nach Anleitung der Artikel 9ff. zu verfahren.

4. Bei Zugängen schon veranlagter Steuerpflichtiger bedarf es der Ausfüllung der Spalten 3 bis 15 der Besitzsteuerzugangsliste nicht. Der die betreffenden Angaben enthaltende Auszug aus der Besitzsteuerliste des Abzugsorts wird Beleg zu der Zugangsliste.

5. Ist ein Teil der Steuer bereits entrichtet, so ist in Spalte 16 nur der Betrag nachzuweisen, den der Pflichtige noch zu entrichten hat. In Spalte „Bemerkungen" ist die Höhe des bereits entrichteten Betrags nachrichtlich zu vermerken.

6. Die durch Abrundung erwachsenden Mehreinnahmebeträge (§ 70 Abs. 4 BesStGes. Art. 20 Z. 4) sind am Jahresschluß in einer Summe in die Zugangsliste aufzunehmen.

7. Die vereinnahmten Zinsen (§ 31 Abs. 3 KStGes.) sind am Jahresschluß in einer besonderen Liste zusammenzustellen, die vom Gemeindevorstand auf ihre Richtigkeit zu bescheinigen und vom Vorsitzenden der Veranlagungskommission festzusetzen ist. Die Schlußsumme ist in die Zugangsliste zu übernehmen, die Liste mit den Belegen zur Zugangsliste aufzubewahren.

8. Die Abgangsliste ist nach dem Muster H zu führen.

9. Soweit sich die Aufnahme weiterer Spalten in die Zu- und Abgangslisten notwendig erweist, kann solches von der Regierung angeordnet werden.

10. Die Belege zu den Zu- und Abgangslisten (überwiesene Auszüge aus Steuerlisten anderer Bezirke, Mitteilungen von der erfolgten Übernahme der Steuern, Verfügungen der Regierung wegen Erstattung, Niederschlagung, Nacherhebung, Verhandlungen über die Unbeitreiblichkeit von Steuern usw.) sind, nach der Nummer geordnet, geheftet bei den Zu- und Abgangslisten aufzubewahren.

11. Die Zu- und Abgangslisten sind vierteljährlich abzuschließen. Auf Grund des Abschlusses der Abgangslisten ist die Absetzung des in Abgang gekommenen Betrags in Spalte 16 der Steuerliste in einer Summe vorzunehmen (§ 65 BesStBund-A.). Nach dem Abschlusse der Listen ist der Regierung der Betrag der für das betreffende Vierteljahr festgesetzten Zugänge und der Abgänge, nach Kreiskassenbezirken getrennt, in je einer Summe anzuzeigen.

12. Zugleich mit dem Abschlusse der Sollbücher sind die Zu- und Abgangslisten vollständig abzuschließen. Wegen der dann noch vorkommenden Zu- und Abgänge und der durch die Restnachweisung zu verfolgenden Beträge sind Rest-Zu- und -Abgangslisten zu führen.

Restnachweisung.

Art. 26. 1. Die nach den Vorschriften im § 60 BesStBund-A. und § 33 KStBund-A. am 31. März 1921 bzw. am 31. März 1919 vollständig abzuschließenden Sollbücher und Einnahmebücher sind nebst den zugehörigen Belegen mit den aufgestellten Restnachweisungen bis zum 15. April 1921 bzw. 15. April 1919 dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission vorzulegen, welcher nach Prüfung den Abschluß in den Sollbüchern bescheinigt, auch die vorgeschriebene Bescheinigung auf dem Titelblatt der Restnachweisungen erteilt und letztere alsbald der Hebestelle zurückgibt.

2. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission teilt sodann der Kreiskasse die in die Restnachweisungen der einzelnen Hebestellen übernommenen Beträge unter Benutzung der Nachweisung Muster D (Art. 16) mit und läßt sich in angemessenen Zwischenräumen bis zur gänzlichen Abwicklung der Reste die von den Gemeinden abgelieferten Beträge nachweisen.

3. Sobald sämtliche in den Restnachweisungen verzeichneten Steuern zur Einziehung gelangt sind, sind sie abzuschließen und nebst den zugehörigen Belegen und Einnahmebüchern dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission einzureichen.

Außerhebungsetzung von Kriegssteuerbeträgen.

Art. 27. Über Anträge auf Außerhebungsetzung von Kriegssteuer auf Grund der Bestimmung im § 22 Abs. 1 des Kriegssteuergesetzes (§ 30 KStBund-A.) entscheidet als Oberbehörde der Vorsitzende der Einkommensteuer-Berufungskommission. Beschwerden gegen seine Entscheidung sind mit allen Vorgängen dem Finanzminister vorzulegen.

Anträge aus § 30 Ziffer 2 KStBund-A. sowie Anträge auf Befreiung einzelner außerordentlicher Vermögensanfälle von der Abgabe (§ 36 KStGes., § 31 KStBund-A.) und Anträge aus § 69 Z. 6 BesStBund-A. sind mit gutachtlichen Äußerungen des Vorsitzenden der Veranlagungskommission und des Vorsitzenden der Berufungskommission dem Finanzminister vorzulegen.

Ermäßigung von Besitzsteuerbeträgen.

Art. 28. Die Entscheidung auf die Beschwerde gegen einen Bescheid des Vorsitzenden der Veranlagungskommission auf Grund der Vorschriften im § 38 Abs. 3, § 43 Abs. 2, § 44 Abs. 2, § 46 des Besitzsteuergesetzes (§ 69 Ziffer 2 BesStBund-A.) wird dem Vorsitzenden der Einkommensteuer-Berufungskommission übertragen.

Nachlaßverzeichnisse.

Art. 29. 1. Die Standesämter und die Gerichte haben die gemäß § 61 des Besitzungssteuergesetzes zu machenden Mitteilungen an die Gemeindebehörden (Magistrat, Gemeinde-, Gutsvorstand) des Wohnorts des Verstorbenen zu richten.

2. Der Gemeinde-(Guts-)vorstand verwertet diese Mitteilungen bei Aufstellung der von ihm gemäß Art. 83 Ziff. 6 und 7, Art. 87 Ziff. 1 der Ausführungsanweisung zum Einkommensteuergesetz bzw. dem Erlasse vom 22. März 1913 — II. 1448 — dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission einzureichenden Abgangslisten.

Mit Rücksicht auf die Fristbestimmung im § 62 des Besitzsteuergesetzes hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission dafür Sorge zu tragen, daß die Vorlage der Abgangslisten rechtzeitig erfolgt.

3. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission prüft die Abgangslisten darauf, ob bei den wegen Todesfalls in Abgang gestellten Steuerpflichtigen Anlaß zur Einforderung eines Nachlaßverzeichnisses vorliegt. Von der Befugnis zur Einforderung des Nachlaßverzeichnisses hat er nach pflichtmäßigem Ermessen da Gebrauch zu machen, wo dies nach den Umständen des Falls geboten ist. Unnötige Belästigungen der Steuerpflichtigen sind zu vermeiden.

4. Für die Einforderung des Nachlaßverzeichnisses werden in der Regel nur solche Fälle in Frage kommen, wo der Nachlaß auf Ehegatten oder Kinder des Verstorbenen übergegangen ist, da gemäß § 62 Absatz 3 des Besitzsteuergesetzes die Pflicht zur Einreichung eines Verzeichnisses nicht besteht, wenn auf Grund des Erbschaftssteuergesetzes vom 3. Juni 1906 eine den gesamten Nachlaß umfassende Erbschaftssteuererklärung zu erstatten ist.

Bei den Anordnungen, betreffend die Mitteilung der Akten der Erbschaftssteuerämter an die Veranlagungsbehörden, behält es auch fernerhin sein Bewenden.

5. Zuständig für die Einforderung des Nachlaßverzeichnisses ist das Besitzsteueramt, in dessen Bezirk der Erblasser steuerpflichtig war.

Prüfung des Veranlagungs- und Einziehungsverfahrens.

Art. 30. 1. Der Vorsitzende der Berufungskommission hat bei der ihm obliegenden Überwachung der Amtstätigkeit der Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen auf dem Gebiete der Staatssteuerveranlagung sich auch der Prüfung der Veranlagungen zur Besitzsteuer und zur Kriegsabgabe zu unterziehen und gegebenenfalls für die Nachveranlagung solcher Steuern Sorge zu tragen, deren Veranlagung zu Unrecht unterblieben ist (§ 73 BesStGes., § 33 Z. 3 KStBund-A.).

Er ist befugt, die dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission in diesen Vorschriften zugewiesenen Obliegenheiten für einzelne Bezirke oder einzelne Personen oder Gesellschaften ganz oder teilweise selbst zu übernehmen.

2. Nach Ablauf des Rechnungsjahres 1918 fordert die Regierung von den Veranlagungsbehörden und den Hebestellen alle über die Kriegssteuer geführten Bücher, Listen und Nachweisungen nebst allen Belegen ein und unterwirft sie einer Nachprüfung. In gleicher Weise ist hinsichtlich der Besitzsteuer nach Ablauf des auf den Erhebungszeitraum folgenden Rechnungsjahrs zu verfahren. Über die auf Grund dieser Prüfung anzuordnenden Nacherhebungen hat sie eine besondere Kontrolle zu führen und den Eingang sowie die Ablieferung der festgesetzten Beträge zu überwachen.

3. Die Rest-Zu- und -Abgangslisten, die Restnachweisungen und zugehörigen Einnahmebücher sowie alle dazugehörigen Belege sind der Regierung zum Zwecke der Nachprüfung einzureichen, sobald für eine einzelne Hebestelle die Reste abgewickelt sind.

4. Die Besitzsteuerlisten, die Kriegssteuerlisten und die Zugangslisten nebst den zugehörigen Belegen sind nach stattgehabter Prüfung dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission zurückzugeben und bei diesem aufzubewahren.

Verwaltungsstrafverfahren.

Art. 31. 1. Im Verwaltungsstrafverfahren, welches nach den Vorschriften des Gesetzes, betreffend das Verwaltungsstrafverfahren bei Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze, vom 26. Juli 1897 (GS. 237) zu handhaben ist, entscheiden in den Fällen der § 54 Abs. 1, § 56 Abs. 2, § 58 Abs. 4, § 62 Abs. 4 des Besitzsteuergesetzes an Stelle der Hauptzollämter die Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen und im Beschwerdeverfahren die Vorsitzenden der Berufungskommissionen, in allen übrigen Fällen die Königlichen Regierungen. Der Erlaß vom 17. März 1914 — II. 3445 —, betreffend das Strafverfahren in Wehrbeitragsangelegenheiten, hat sinngemäße Anwendung zu finden.

2. Die Erhebung, Kontrolle und Verrechnung der festzusetzenden Strafen und Kosten hat nach Anleitung der Anweisung vom 16. März 1895 und der Verfügung vom 2. April 1904 — II. 59 — (bei Titel 8 des Etats von der Verwaltung der direkten Steuern) zu erfolgen. Den Regierungen bleibt es überlassen, ihrerseits zu bestimmen, inwieweit die Mitteilung der von dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission festgesetzten Strafen an die Kreiskasse und die Anzeigen an die Regierung (§§ 4, 7 der Anweisung vom 16. März 1895) in jedem einzelnen Falle oder in periodischen Nachweisungen zu erfolgen hat. Im letzteren Falle bedarf es der Aufnahme der Strafverfügungen in die Kontrolle der Regierung (§ 4 letzter Satz a. a. O.) vor der Absendung an den Bestraften nicht.

Kosten, Formulare.

Art. 32. 1. Soweit die Kosten im Ermittelungs- und Rechtsmittelverfahren der Staatskasse zur Last fallen, sind sie bei Titel 26 des Etats von der Verwaltung der direkten Steuern zu verausgaben und unter einem besonderen Abschnitt (Nr. 6) zu verrechnen.

2. Die Formulare für die von den Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen aufzustellenden Listen und Nachweisungen, für die öffentliche Bekanntmachung, die Aufforderungen und Bescheide, für die Zu- und Abgangslisten und die Auszüge aus den Steuerlisten (§ 65 BesStBund-A.) sind auf Kosten der Staatskasse zu beschaffen, ebenso die Formulare für das bei der Kreiskasse zu führende Manual Muster F. Soweit einzelne Formulare von einer bestimmten Druckerei zu beziehen sind, ergehen dieserhalb besondere Vorschriften.

In allen Fällen, wo es tunlich und nichts anderes bestimmt ist, sind die Formulare so herzurichten, daß sie — gegebenenfalls nach Streichung einzelner Worte oder Absätze — sowohl hinsichtlich der Besitzsteuer als auch der Kriegssteuer Anwendung finden können.

Die Kosten für die Beschaffung der Formulare sind bei Titel 19 des Etats von der Verwaltung der direkten Steuern unter einem besonderen Abschnitt (Nr. 3) zu verrechnen.

3. Die Kosten für die anläßlich der Erhebung und Ablieferung der Besitzsteuer und der Kriegssteuer einschließlich des Überweisungs- und Beitreibungsverfahrens von den Hebestellen benötigten Formulare fallen den Gemeinden (Gutsbezirken) zur Last.

Diejenigen Stadtgemeinden, die für die Veranlagung der Besitzsteuer und der Kriegssteuer eine besondere Entschädigung erhalten, haben auch alle übrigen Formulare, einschließlich der Steuererklärungen, auf ihre Kosten zu beschaffen.

Zu Seite 564.

Bekanntmachung über Befreiung von Pfandbriefen der ritterschaftlichen Kreditanstalten in Preußen von der Reichsstempelabgabe. Vom 14. Dezember 1916. (RGBl. 1386.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

I. Pfandbriefe (Zwischenscheine), die von öffentlichen, landschaftlichen (ritterschaftlichen) Kreditanstalten Preußens

a) an Stelle für die Tilgungsfonds beschaffter und vernichteter Pfandbriefe oder

b) für ihre Pfandbriefschuldner als Krediterneuerung oder

c) zur Gewährung eines Pfandbriefdarlehns

ausgegeben werden oder bereits ausgegeben sind, um sie bei einer nach Maßgabe des Darlehnskassengesetzes vom 4. August 1914 (RGBl. 340) errichteten Darlehnskasse des Reichs zwecks Anschaffung von Reichskriegsanleihe zu verpfänden, bleiben von der in Tarifnummer 3 des Reichsstempelgesetzes angeordneten Reichsstempelabgabe und von der Abstempelung unter nachstehenden Bedingungen befreit:

1. Die Befreiung gilt nur, solange die Pfandbriefe (Zwischenscheine) zur Verpfändung bei einer Darlehnskasse der genannten Art verwendet werden.
2. Die Pfandbriefe (Zwischenscheine) sind der Darlehnskasse, für die sie als Sicherheit bestimmt sind, von dem Aussteller unmittelbar zu übersenden. Er haftet für die Reichsstempelabgabe von den unversteuert ausgereichten Stücken für den Fall eines späteren Eintritts der Stempelpflicht. Die Darlehnskasse darf die Pfandbriefe nach Erledigung der Sicherheit nur an den Aussteller zurückgeben. Sie hat für den Fall einer Veräußerung des Pfandes zuvor die Versteuerung und Abstempelung der Stücke zu veranlassen.
3. Die Pfandbriefe (Zwischenscheine) sind nach Erlöschen der Verpfändung bei der Darlehnskasse seitens der Landschaft zu vernichten. Unterbleibt die Vernichtung, so ist die Abgabe spätestens zu entrichten, bevor die Pfandbriefe (Zwischenscheine) veräußert, dem Darlehnsnehmer oder einem Dritten ausgehändigt, verpfändet oder zu einem sonstigen neuen Geschäfte benutzt werden.

II. Die Direktivbehörden erlassen die zur Ausführung dieses Beschlusses, insbesondere auch die zur Sicherung der Verwendung der von den Darlehnskassen zu gewährenden Darlehen für den Erwerb von Reichskriegsanleihe erforderlichen Anordnungen.

Zu Seite 564.

Bekanntmachung über die Stempelpflicht ausländischer Wertpapiere. Vom 14. Dezember 1916. (RGBl. 1387.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Verpflichtung zur Entrichtung der in Tarifnummer 1C und 2b, c des Reichsstempelgesetzes bezeichneten Abgabe tritt für im Ausland befindliche ausländische Wertpapiere inländischer Besitzer, die bis einschließlich 31. März 1917 ins Ausland eingeführt werden, erst dann ein, wenn die Papiere im Inland veräußert, verpfändet oder zum Gegenstand eines anderen Geschäfts unter Lebenden gemacht werden. Als ein Geschäft unter Lebenden in diesem Sinne gilt es nicht, wenn die Wertpapiere lediglich zur Aufbewahrung und Verwaltung übergeben werden.

Die Vergünstigung nach Abs. 1 ist abhängig von der Erfüllung folgender Bedingungen:

a) Die ausländischen Wertpapiere sind von dem Besitzer einer zur Abstempelung von ausländischen Wertpapieren zuständigen Steuerstelle vorzulegen und vorläufig anzumelden.
b) Die vorläufige Anmeldung ist in doppelter Ausfertigung einzureichen und muß enthalten: Gattung (Benennung) und Emittent, Stückzahl, Bezeichnung (Reihe, Buchstabe, Nummer), Ort und Tag der Ausfertigung der Wertpapiere, Nennwert der einzelnen Stücke nach ausländischer und gegebenenfalls nach deutscher Währung und Betrag der darauf erfolgten Einzahlung, Tag der Anmeldung, Wohnort und Unterschrift des Anmeldenden.

§ 2. Die Bestimmungen im § 1 gelten auch für die Besitzer solcher ausländischen Papiere, die für Rechnung eines inländischen Kommittenten von einem inländischen Kommissionär durch ein im Ausland abgeschlossenes Geschäft angeschafft, aber im Ausland in Verwahrung geblieben sind. In diesem Falle ist der Kommissionär zur Anmeldung (§ 1 Abs. 2) mitverpflichtet. Es ist zulässig, daß er die Anmeldung für seinen Kommittenten erstattet; alsdann ist der letztere von der Verpflichtung zur Anmeldung entbunden, sofern der Kommissionär in der Anmeldung angibt, daß er die Anmeldung als Kommissionär und im Auftrag des Kommittenten vornimmt.

§ 3. Die Steuerstelle prüft die Anmeldung auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit durch Vergleichung mit den vorgelegten Wertpapieren und führt nötigenfalls die Ergänzung oder Berichtigung der Anmeldung herbei. Die Anmeldung ist unter einer besonderen Abteilung in das Merkbuch (Muster 41 der Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetze vom 3. Juli 1914) einzutragen und die Nummer der Eintragung auf beiden Ausfertigungen zu vermerken. Die eine Ausfertigung der Anmeldung ist mit einer auf die Ausfertigung gesetzten Bescheinigung über die geschehene vorläufige Anmeldung dem Anmeldenden mit den Papieren zurückzugeben. Der letztere hat über den Rückempfang der Papiere auf der anderen Ausfertigung der Anmeldung zu quittieren.

§ 4. Wer vorläufig angemeldete Wertpapiere veräußert, verpfändet oder zum Gegenstand eines anderen Geschäfts unter Lebenden macht, hat vorher die Wertpapiere gemäß § 11 des Reichsstempelgesetzes zur Versteuerung anzumelden und zu versteuern. Zuwiderhandlungen unterliegen den Vorschriften des § 11 des Reichsstempelgesetzes.

Durch Versteuerung oder Wiederausfuhr in das Ausland vor Eintritt der Steuerpflicht findet der Steueranspruch seine Erledigung.

Die Erledigung des Steueranspruchs ist von der Steuerstelle an der Hand des Merkbuchs zu überwachen.

Zu Seite 564.

Bekanntmachung, betr. Veräußerung von Aktien oder sonstigen Geschäftsanteilen deutscher Seeschiffahrtsgesellschaften ins Ausland. Vom 23. Dezember 1916. (RGBl. 1429.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Rechtsgeschäfte, durch welche Aktien oder sonstige Geschäftsanteile deutscher Seeschiffahrtsgesellschaften ganz oder teilweise von einem Deutschen an Ausländer oder an Deutsche, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt nicht innerhalb des Deutschen Reichs haben, übertragen werden sollen, sind verboten.

Das gleiche gilt von Rechtsgeschäften, durch welche Aktien oder Geschäftsanteile der bezeichneten Art, die im Eigentume von Deutschen stehen, für Rechnung von Ausländern oder von Deutschen, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt nicht innerhalb des Deutschen Reichs haben, erworben werden sollen.

Gesellschaften, die ihren Sitz im Ausland haben, oder deren Kapital zum größeren Teil Ausländern zusteht, stehen den Ausländern im Sinne vorstehender Bestimmungen gleich.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe bis zu fünfzigtausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft, sofern nicht nach anderen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist. Wegen der Zuwiderhandlung kann ein Deutscher auch dann verfolgt werden, wenn er sie im Auslande begangen hat.

Der Versuch ist strafbar.

§ 3. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von dem Verbote des § 1 zulassen.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung [23. 12.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt, wann und in welchem Umfang sie außer Kraft tritt.

Begründung.

(NorddAllgZtg. v. 23. Dezember 1916 Nr. 355 1. Ausg.)

Der Bundesrat hat durch eine Verordnung vom 21. Dezember 1916 sämtliche Rechtsgeschäfte verboten, wodurch Aktien oder sonstige Geschäftsanteile deutscher Seeschiffahrtsgesellschaften ganz oder teilweise an Ausländer oder Deutsche, die nicht innerhalb des Deutschen Reichs ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, übertragen werden sollen.

Ein derartiges Verbot war erforderlich, nachdem bekannt wurde, daß vielfach Aktien deutscher Seeschiffahrtsgesellschaften, insbesondere der Hamburg-Amerika-Linie, für ausländische Rechnung aufgekauft worden sind, um der Gefahr entgegenzutreten, daß das Ausland in unerwünschter Weise auf die Verwaltung und Geschäftsführung der deutschen Seeschiffahrt Einfluß gewinnt. Wenn auch durch die Statuten der beiden größten deutschen Schiffahrtsgesellschaften, der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd in gewissem Umfange durch besonders geschützte Bestimmungen über den Sitz der Gesellschaft und über die Zusammensetzung des Vorstandes und Aufsichtsrats Sorge getragen worden ist, so scheinen diese Vorschriften doch einem starken ausländischen Aktienbesitz gegenüber zur Wahrung des deutschen Interesses in der Verwaltung nicht ausreichend. Außerdem sind ähnliche Bestimmungen in den Satzungen der anderen Schiffahrtsgesellschaften nicht enthalten.

Ein wirksamer Schutz gegen die Bestrebungen des Auslandes wird vielmehr nur durch ein völliges Verbot des Verkaufs von Aktien und Anteilen in nicht reichsdeutschen Besitz erreicht. Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbare Verkäufe durch die Hand von Zwischenpersonen (Strohmännern). Zur Vermeidung von Härten und um die Berücksichtigung besonderer Verhältnisse in einzelnen Fällen zu ermöglichen, kann der Reichskanzler Ausnahmen von dem Verbote zulassen.

Abteilung F.

Zu Seite 582.

Bekanntmachung, betr. Krankenversicherung von Arbeitern im Ausland. Vom 14. Dezember 1916. (RGBl. 1383.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Gegen Krankheit werden versichert Deutsche, die während des gegenwärtigen Krieges in dem von deutschen Truppen besetzten Ausland von deutschen Unternehmern für Zwecke des deutschen Heeres oder der Kaiserlichen Marine beschäftigt werden, wenn sie bei einer gleichen Beschäftigung im Inland der reichsgesetzlichen Krankenversicherung unterliegen würden. Für ihre Berechtigung zur freiwilligen Krankenversicherung gelten die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung entsprechend.

Das gleiche gilt für Angehörige der dem Deutschen Reiche verbündeten sowie der neutralen Staaten, wenn die Beschäftigung außerhalb ihres Heimatstaats stattfindet.

§ 2. Die Beschäftigten gehören, falls für den inländischen Betrieb des Unternehmers eine Betriebskrankenkasse besteht, dieser, und falls für mehrere inländische Betriebe des Unternehmers je besondere Betriebskrankenkassen bestehen, nach Wahl des Unternehmers einer von diesen an.

Im übrigen gehören sie nach näherer Bestimmung der obersten Verwaltungsbehörde des dem Beschäftigungsorte zunächst belegenen inländischen Grenzgebiets einer Ortskrankenkasse dieses Grenzgebiets an. Beschäftigte, die nach der Reichsversicherungsordnung landkassenpflichtig wären, können in gleicher Weise einer Landkrankenkasse zugewiesen werden.

Der Unternehmer kann mit Genehmigung der Heeres- oder Marineverwaltung über die Kassenzugehörigkeit der bei ihm beschäftigten Arbeiter eine Vereinbarung mit einer anderen Krankenkasse abschließen. Gehören die Beschäftigten hiernach oder nach Abs. 1, 2 bereits einer Krankenkasse an, so bedarf es der Zustimmung dieser Kasse. Wird sie versagt, so kann sie auf Antrag des Unternehmers durch das Versicherungsamt der Kasse oder im Falle des § 6 durch die danach zuständige Behörde ergänzt werden. Die Entscheidung ist endgültig.

§ 3. Der Unternehmer kann für die im Ausland Beschäftigten seines Betriebs eine besondere Betriebskrankenkasse errichten. Er bedarf hierzu der Zustimmung der für den

Bereich der Kasse zuständigen deutschen obersten Verwaltungsbehörde oder, wo eine solche nicht besteht, der dort zuständigen deutschen obersten Militärbehörde.

§ 4. Der Grundlohn bestimmt sich nach dem wirklichen Arbeitsverdienste des Versicherten bis sechs Mark für den Arbeitstag (§ 180 Abs. 2, 4 der Reichsversicherungsordnung).

§ 5. Im Ausland gewährt die Heeres- oder Marineverwaltung den Versicherten die Krankenhilfe. Die Krankenkasse hat ihr die Kosten zu erstatten. Dabei gelten drei Achtel des Grundlohns, nach welchem sich das Krankengeld des Versicherten bestimmt, als Ersatz der Kosten für die Krankenpflege. Ist der Versicherte in ein Krankenhaus (Lazarett) aufgenommen, so sind außerdem für den Unterhalt daselbst zwei Achtel des Grundlohns zu vergüten.

Die Krankenkasse hat ferner die Kosten der Überführung in ein inländisches Krankenhaus zu vergüten.

Die Heeres- oder Marineverwaltung kann mit den Kassen etwas anderes vereinbaren.

Streit über den Ersatzanspruch wird, unbeschadet des § 6, im Spruchverfahren nach der Reichsversicherungsordnung entschieden.

§ 6. Wird eine besondere Betriebskrankenkasse errichtet, so trifft die nach § 3 zuständige deutsche oberste Verwaltungs- oder Militärbehörde Bestimmung über die Aufsicht, das Verfahren bei Streitigkeiten und bei Schließung der Kasse sowie über die zulässigen Rechtsmittel. Sie beschließt über die Genehmigung der Satzung und bestimmt zugleich, wann die Kasse ins Leben tritt. Sie kann die Wahl zu den Kassenorganen anders als nach den Grundsätzen der Verhältniswahl regeln; die Wahl muß jedoch geheim sein.

§ 7. Diese Verordnung gilt nicht:

1. für unständig Beschäftigte (§ 441 der Reichsversicherungsordnung),
2. für die bereits nach der Reichsversicherungsordnung im Inland versicherten Personen; die Verpflichtung des Arbeitgebers, nach § 221 der Reichsversicherungsordnung ihnen Krankenhilfe zu gewähren, geht auf die Heeres- oder Marineverwaltung über, wenn diese nach § 5 Abs. 1 auch anderen Beschäftigten des Arbeitgebers Krankenhilfe zu gewähren hat.

§ 8. Die obersten Verwaltungsbehörden für Heer und Marine können bestimmen, wieweit die vorstehenden Vorschriften unter den übrigen Voraussetzungen des § 1 auch für unmittelbare Beschäftigungsverhältnisse zur deutschen Heeres- oder Kaiserlichen Marineverwaltung sowie für Personen zu gelten haben, die in dem nicht von deutschen Truppen besetzten Ausland von deutschen Unternehmern oder Behörden für Zwecke des deutschen Heeres oder der Kaiserlichen Marine oder für gleiche Zwecke einer verbündeten Macht beschäftigt werden.

§ 9. Der Reichskanzler kann auf Antrag der deutschen obersten Verwaltungsbehörde eines von deutschen Truppen besetzten feindlichen Gebiets bestimmen, wieweit unter den übrigen Voraussetzungen des § 1 die Vorschriften der §§ 1 bis 7 auch für Beschäftigungsverhältnisse zu deutschen Unternehmern für Zwecke anderer deutscher Behörden oder für unmittelbare Beschäftigungsverhältnisse zu anderen deutschen Behörden zu gelten haben.

§ 10. Soweit der Erwerb von Rechten davon abhängt, daß eine Versicherung gegen Krankheit von bestimmter Dauer vorangegangen ist, steht die Versicherung nach diesen Vorschriften einer Versicherung auf Grund der Reichsversicherungsordnung gleich.

§ 11. Der Reichskanzler wird ermächtigt, weitere Bestimmungen zur Durchführung dieser Verordnung zu erlassen. Soweit dies nicht geschieht oder diese Verordnung nichts anderes ergibt, sind die Vorschriften und Bestimmungen über die reichsgesetzliche Krankenversicherung sinngemäß anzuwenden.

§ 12. Diese Verordnung tritt am 15. Januar 1917 in Kraft.

Zu Seite 591.

Bekanntmachung, betr. Verjährung rückständiger Beiträge nach § 29 der Reichsversicherungsordnung. Vom 2. Dezember 1916. (RGBl. 1341.)

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (RGBl. 327) folgende Verordnung erlassen:

Die im § 29 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung für die Verjährung des Anspruchs auf Rückstände bestimmte Frist läuft, soweit sie nicht durch § 4 der Bekanntmachung über die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vom 23. Dezember 1915 (RGBl. 845) bereits verlängert ist, nicht vor dem Schlusse des Kalenderjahrs ab, das dem Jahre folgt, in welchem der Krieg beendet ist. Dies gilt nicht für solche Ansprüche auf Rückstände, welche am Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung bereits verjährt sind.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [8. 12.] in Kraft.

Zu Seite 639.

Bekanntmachung, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften. Vom 3. Dezember 1916. (RGBl. 1323.)

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (RGBl. 327) folgende Verordnung, betreffend Abänderung der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 (RGBl. 55), betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, erlassen:

1. Dem § 4 werden als Abs. 2 und 3 folgende Bestimmungen eingefügt:

   Für die Monate November 1916 bis einschließlich April 1917 werden die im Abs. 1 bezeichneten Mindestsätze auf monatlich 20 Mark für die Ehefrauen und auf monatlich 10 Mark für die sonstigen Berechtigten festgesetzt.

   Die Beträge, welche die bisherigen Sätze übersteigen, werden für die Monate November und Dezember 1916 zusammen mit der zweiten Halbmonatsrate im Dezember 1916 ausgezahlt.

2. Folgende Bestimmung tritt als § 12 hinzu:

   Die Familien der aus dem Heeresdienst entlassenen Mannschaften (§ 1 des Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom $\frac{\text{28. Februar 1888}}{\text{4. August 1914}}$ und § 1 der Verordnung) erhalten noch eine Halbmonatsrate nach dem Tage der Entlassung als außerordentliche Unterstützung.

Diese Bestimmung tritt mit Wirkung vom 1. Dezember 1916 in Kraft.

Zu Seite 700.

Preuß. Ausführungsanweisung vom 24. Oktober 1916 zum Reichsgesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete vom 3. Juli 1916, RGBl. 675 (MBl. 247).

1. Auf Grund des § 1 der Vorschriften des Bundesrats, betreffend das Verfahren zur Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete von 19. September 1916 (RGBl. 1053) bestimmen wir, daß folgende Ausschüsse und Oberausschüsse zur Feststellung von Kriegsschäden eingerichtet werden:

1. in der Provinz Ostpreußen:

   a) ein Oberausschuß mit dem Sitz in Königsberg für die Regierungsbezirke

Königsberg und Allenstein und ein Oberausschuß ebenfalls mit dem Sitze in Königsberg für den Regierungsbezirk Gumbinnen. Der Oberausschuß für die Regierungsbezirke Königsberg und Allenstein ist auch zugleich für die Entscheidung von Beschwerden aus der ganzen Provinz Ostpreußen zuständig, die sich gegen Bescheide des Ausschusses zur Feststellung für Kriegsschäden an Eisenbahnen, öffentlichen Wegen und Wasserbauten (Tiefbauausschuß vgl. b) richten;

b) Ausschüsse für den Umfang der gleichnamigen Land- und Stadtkreise in Braunsberg, Pr.Eylau, Fischhausen, Friedland, Gerdauen, Heiligenbeil, Heilsberg, Pr.Holland, Königsberg Land, Königsberg Stadt, Labiau, Memel, Mohrungen, Rastenburg, Wehlau, Angerburg, Darkehmen, Goldap, Gumbinnen, Heydekrug, Insterburg Land, Insterburg Stadt, Heinrichswalde (für den Landkreis Niederung) Marggrabowa (für den Landkreis Oletzko), Pillkallen, Ragnit, Stallupönen, Tilsit Land, Tilsit Stadt, Allenstein Land, Allenstein Stadt, Johannisburg, Lötzen, Neidenburg, Ortelsburg, Osterode, Rössel, Sensburg, je ein Ausschuß für den Landkreis Lyck, abgesehen von der Stadt Lyck, und für die Stadt Lyck; ferner ein Ausschuß zur Feststellung von Kriegsschäden an Eisenbahnen, öffentlichen Wegen und Wasserbauten (Tiefbauausschuß) mit dem Sitze in Königsberg für die ganze Provinz Ostpreußen;

2. in der Provinz Westpreußen:
   a) ein Oberausschuß mit dem Sitze in Marienwerder für den Umfang der ganzen Provinz;
   b) Ausschüsse in Löbau und in Strasburg für den Umfang der gleichnamigen Landkreise, in Marienwerder für den Umfang des Regierungsbezirks Marienwerder mit Ausnahme der Kreise Löbau und Strasburg und in Danzig für den Umfang des Regierungsbezirks Danzig; ferner ein Ausschuß in Marienwerder zur Feststellung von Kriegsschäden an Eisenbahnen, öffentlichen Wegen und Wasserbauten (Tiefbauausschuß) für den Umfang der ganzen Provinz Westpreußen.
3. Ein Ausschuß mit dem Sitze in Düsseldorf für den Umfang des Regierungsbezirks Düsseldorf;
4. ein Ausschuß mit dem Sitze in Trier für den Umfang des Regierungsbezirks Trier;
5. ein Ausschuß mit dem Sitze in Schleswig für den Umfang des Regierungsbezirks Schleswig;
6. ein Ausschuß mit dem Sitze in Berlin für diejenigen Teile der Monarchie, für die nach den Nummern 1—5 keine örtlichen Ausschüsse eingerichtet sind;
7. ein Oberausschuß mit dem Sitze in Berlin zur Entscheidung der Beschwerden gegen Bescheide der Ausschüsse nach Nr. 3—6.

II. Die Ernennung der Mitglieder der Oberausschüsse erfolgt durch den Finanzminister und den Minister des Innern. Bei der Ernennung der richterlichen Mitglieder wirkt außerdem der Justizminister mit.

Die Ernennung der Mitglieder der Ausschüsse erfolgt bei den Ausschüssen zu I 1 und 2 durch die Oberpräsidenten der Provinzen, in denen die Ausschüsse ihren Sitz haben, bei den Ausschüssen zu I, 3, 4 und 5 durch die Regierungspräsidenten, in deren Bezirk die Ausschüsse ihren Sitz haben, und bei dem Ausschusse in Berlin durch den Oberpräsidenten in Potsdam.

III. Die dienstliche Aufsicht über die Geschäftsführung der Oberausschüsse wird von den Oberpräsidenten der Provinzen, in denen die Oberausschüsse ihren Sitz haben, bezüglich des Oberausschusses in Berlin vom Oberpräsidenten in Potsdam geführt.

Die dienstliche Aufsicht über die Geschäftsführung der Ausschüsse wird von den Regierungspräsidenten, in deren Bezirke die Ausschüsse ihren Sitz haben, bezüglich des Ausschusses in Berlin vom Polizeipräsidenten in Berlin geführt.

IV. Die Mitglieder der Oberausschüsse und der Ausschüsse erhalten Reisekosten und Tagegelder nach den in der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Juli 1898 (RGBl. 921) in der Fassung vom 21. Juli 1913 (RGBl. 433) zu § 14 dieses Gesetzes für die Entschädigung der Sachverständigen getroffenen Vorschriften; außerdem werden für die Teilnahme an Sitzungen am Wohnsitze des Mitgliedes Tagegelder in Höhe von 12 M. gewährt.

V. Gemäß § 17 des Reichsgesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden vom 3. Juli 1916 (RGBl. 675) wird den Oberausschüssen und Ausschüssen auch die Feststellung solcher Schäden übertragen, für die der preußische Staat nach den darüber in Preußen erlassenen oder noch ergehenden Bestimmungen über die Vorschriften des Feststellungsgesetzes hinaus, — sei es durch Gewährung von Vorentschädigung, sei es durch Bewilligung von Darlehen — eintritt.

Die hierauf bezüglichen Bescheide der Oberausschüsse sind endgültig.

Die Vertreter des Reichsinteresses werden insoweit mit der Vertretung des Staatsinteresses betraut.

VI. Bis zur Höhe der endgültig festgestellten Schäden können Vorentschädigungen aus preußischen Staatsmitteln gewährt werden. Die Vorentschädigungen haben sich in den Grenzen des wirtschaftlich Gebotenen zu halten.

Ist ein Anspruch auf Ersatzleistung gemäß § 4 des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1916 festgestellt, so muß vor der Gewährung einer Vorentschädigung dieser Anspruch in Höhe des als Vorentschädigung zu zahlenden Betrages an den Staat abgetreten werden. Um einen bereits empfangenen Ersatz ist die Vorentschädigung zu kürzen. Weitere Ausführungsbestimmungen zu § 4 des erwähnten Reichsgesetzes werden noch ergehen.

Für die Feststellung der Höhe der Vorentschädigung bleiben in den Provinzen Ost- und Westpreußen die bisher dazu bestimmten Behörden weiter zuständig. In den anderen Teilen der Monarchie erfolgt die Feststellung der Höhe der Vorentschädigung durch den örtlich zuständigen Regierungspräsidenten, für den Stadtkreis Berlin durch den Oberpräsidenten in Potsdam, die örtliche Zuständigkeit entscheidet sich nach § 4 der Vorschriften des Bundesrats über das Verfahren zur Feststellung von Kriegsschäden.

Vor der Gewährung einer Vorentschädigung für den Verlust von Wertpapieren ist die Genehmigung des Finanzministers und des Ministers des Innern einzuholen. Das gleiche gilt, wenn die Vorentschädigung anderen Personen, als dem Geschädigten — z. B. dinglich Berechtigten — gewährt werden soll, es sei denn, daß die Gewährung der Vorentschädigung an andere Personen sich aus den Bestimmungen der Verordnung, betreffend die Förderung des Wiederaufbaues der durch den Krieg zerstörten Ortschaften in der Provinz Ostpreußen, in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Dezember 1915 (GS. 172) ergibt.

Eine Vorentschädigung ist dann nicht zu gewähren, wenn nach der Feststellung des Schadens Umstände bekannt werden, welche die Versagung der Feststellung nach § 13 des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1916 gerechtfertigt hätten.

Die Anweisung der Vorentschädigung erfolgt durch die Landräte, in Stadtkreisen durch die Oberbürgermeister.

Die Auszahlung der bewilligten Vorentschädigung erfolgt durch die vom Finanzminister zu bestimmenden Zahlstellen.

VII. Für die Vorentschädigungen besteht Verwendungszwang. Die Feststellung und Auszahlung der Vorentschädigung hat nur dann und insoweit zu erfolgen, als feststeht, daß die bewilligten Mittel zur Neubeschaffung oder Wiederherstellung zerstörter, abhanden gekommener oder beschädigter Sachen oder Sachgattungen benutzt werden. Ausnahmen sind nur mit Zustimmung des Finanzministers und des Ministers des Innern zulässig. In der Empfangsbestätigung über die Vorentschädigung hat der Empfangsberechtigte zu versichern, daß er sich verpflichtet, die ihm gewährten Beträge insoweit zurückzuzahlen, als er sie nicht innerhalb einer von den in Nr. VI Absatz 3 bezeichneten Behörden zu bestimmenden angemessenen Frist zu den angegebenen Zwecken verwendet.

Verstößt der Empfänger gegen diese Verpflichtung, so unterliegt die Vorentschädigung der Wiedereinziehung durch den Staat. Die Wiedereinziehung erfolgt im Verwaltungszwangsverfahren. Die Anordnung der Wiedereinziehung steht den in Nr. VI Absatz 3 bezeichneten Behörden zu.

Das gleiche gilt, wenn nach der Auszahlung der Vorentschädigung Umstände bekannt werden, welche die Versagung der Feststellung nach § 13 des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1916 gerechtfertigt hätten.

VIII. Die für die Provinz Ostpreußen und Teile der Provinz Westpreußen bisher erlassenen Vorschriften über das Vorentschädigungsverfahren bleiben unberührt, soweit nicht Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden, der zu seiner Ausführung ergangenen Bundesratsverordnungen oder der gegenwärtigen Anweisung entgegenstehen.

Abteilung G.

Zu Seite 730.

Bekanntmachung, betr. Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen. Vom 16. Dezember 1916. (RGBl. 1396.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

I. Auflösung von Verträgen mit feindlichen Staatsangehörigen aus Gründen der Vergeltung.

§ 1. Der Reichskanzler kann aus Gründen der Vergeltung einen Kauf- oder Lieferungsvertrag, den ein Deutscher mit einem Angehörigen Großbritanniens und Irlands, Italiens oder Frankreichs oder der Kolonien und auswärtigen Besitzungen dieser Staaten geschlossen hat, auf Antrag des Deutschen für aufgelöst erklären.

Die Aufhebungserklärung kann anf einen Teil des Vertrags beschränkt werden.

Soweit der Verkäufer zur Zeit der Stellung des Antrags die ihm in bezug auf die Leistung der verkauften Sachen obliegenden Verpflichtungen schon erfüllt hatte, ist die Aufhebungserklärung ohne Wirkung. Hat der Käufer den Kaufpreis schon gezahlt, so kann er ihn, soweit der Vertrag aufgelöst ist, zurückverlangen.

Die Vorschriften der Abs. 1 bis 3 finden auf Werkverträge sowie auf Frachtverträge, welche die Beförderung von Gütern zur See zum Gegenstande haben, und auf Mietverträge über Seeschiffe entsprechende Anwendung. Sie gelten nicht für Börsentermingeschäfte.

§ 2. Der Reichskanzler kann die Entscheidung durch allgemeine Anordnung oder im einzelnen Falle einer anderen Stelle übertragen und nähere Anordnungen über das Verfahren treffen.

II. Rechtsstreitigkeiten über Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen.

§ 3. Hat ein Deutscher mit einem Angehörigen eines feindlichen Staates einen Vertrag geschlossen, so ist zur Entscheidung von Streitigkeiten über die Einwirkung des Krieges auf die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag auch das Gericht, in dessen Bezirke der Deutsche seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, oder, wenn er im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand hat, das Gericht, in dessen Bezirk er sich dauernd aufhält, zuständig.

§ 4. Liegen bei Streitigkeiten der im § 3 bezeichneten Art für die Zustellung der Klageschrift an den feindlichen Staatsangehörigen die Voraussetzungen der öffentlichen Zustellung vor und erbietet sich der Kläger, eine Mitteilung über den Inhalt der Klage unter Angabe des Gerichts und des Verhandlungstermins in einem neutralen Lande durch eingeschriebenen Brief unter der Adresse des Beklagten zur Post zu geben oder in anderer zweckentsprechender Weise an den Beklagten zu befördern, so kann bei Bewilligung der öffentlichen Zustellung das Gericht anordnen, daß die im § 204 Abs. 2 der Zivilprozeß-

ordnung vorgeschriebene Einrückung nur einmal und nur im Reichsanzeiger zu erfolgen hat. Das gleiche gilt in anderen Fällen, in denen das dem feindlichen Staatsangehörigen zuzustellende Schriftstück eine Ladung enthält.

Der Kläger hat glaubhaft zu machen, daß er die Mitteilung in der im Abs. 1 bezeichneten Weise innerhalb angemessener Zeit zur Post gegeben hat oder daß die Mitteilung dem Beklagten zugegangen ist; andernfalls kann das Gericht die Verhandlung vertagen und anordnen, daß der Beklagte von neuem zu laden ist.

III. Schlußvorschriften.

§ 5. Einem Deutschen im Sinne der vorstehenden Vorschriften stehen juristische Personen oder Handelsgesellschaften anderer Art gleich, die im Inland oder in den Schutzgebieten ihren Sitz haben.

Dem Angehörigen eines feindlichen Staates im Sinne der vorstehenden Vorschriften stehen gleich:

1. natürliche Personen, die in dem feindlichen Staate ihren Wohnsitz oder ihre gewerbliche Hauptniederlassung haben;
2. juristische Personen und Handelsgesellschaften anderer Art, die in dem feindlichen Staate ihren Sitz haben;
3. Handelsgesellschaften anderer Art, die im sonstigen Ausland ihren Sitz haben, wenn an ihnen feindliche Staatsangehörige oder, soweit es sich um die Anwendung des § 1 handelt, Angehörige der dort bezeichneten feindlichen Staaten überwiegend beteiligt sind.

§ 6. Die Vorschriften der §§ 1, 2 können durch Bekanntmachung des Reichskanzlers auf andere als die im § 1 bezeichneten feindlichen Länder für anwendbar erklärt werden.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [18. 12.] in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt, wann und in welchem Umfang sie außer Kraft tritt.

Zu Seite 730.

Bekanntmachung zur Ausführung der Verordnung, betr. Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen, vom 16. Dezember 1916. Vom 17. Dezember 1916. (RGBl. 1398.)

Auf Grund des § 2 der Verordnung des Bundesrats, betreffend Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen, vom 16. Dezember 1916 (RGBl. 1396) wird folgendes bestimmt:

Art. 1. Die Entscheidung über die Auflösung von Verträgen mit feindlichen Staatsangehörigen aus Gründen der Vergeltung wird, unbeschadet der Befugnis des Reichskanzlers zum Erlaß allgemeiner Anordnungen, dem Reichsschiedsgerichte für Kriegswirtschaft übertragen. Die Entscheidung erfolgt durch den Vorsitzenden oder in dessen Vertretung durch ein Mitglied, welches die Befähigung zum Richteramte besitzt.

Art. 2. Der Antrag auf Auflösungserklärung ist schriftlich bei dem Reichsschiedsgerichte für Kriegswirtschaft einzureichen.

Art. 3. In dem Antrag ist der Inhalt des Vertrags darzulegen.

Der Antrag soll ersehen lassen, ob die Auflösungserklärung für den ganzen Vertrag oder nur für einzelne Teile beantragt wird.

Im einzelnen soll der Antrag namentlich angeben:

1. die Vertragsparteien nach Namen, Stand oder Gewerbe, Wohnort und Staatsangehörigkeit;
2. den Zeitpunkt der Schließung des Vertrags;
3. den Gegenstand und den Umfang der Leistungen, auf die sich der Vertrag bezieht, sowie die Höhe des Entgelts;
4. den Zeitpunkt, in welchem der Vertrag zu erfüllen ist oder bei ordnungsmäßiger Erledigung zu erfüllen gewesen wäre;

5. die Abreden, durch welche für den Fall höherer Gewalt, eines Krieges usw. die Erfüllungszeit hinausgeschoben oder in sonstiger Weise Vorsorge getroffen wird; falls derartige Abreden nicht getroffen sind, ist dies ausdrücklich zu vermerken.

Der Antrag soll ferner angeben:

6. inwieweit der Vertrag von der einen oder anderen Seite oder von beiden Seiten schon erfüllt ist;
7. inwieweit und aus welchen Gründen der Vertrag nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen als fortbestehend oder hinfällig angesehen wird oder aus welchen Gründen in dieser Beziehung Zweifel obwalten;
8. die Gründe, die für die Auflösungserklärung geltend gemacht werden.

Art. 4. Ist eine Vertragspartei eine juristische Person, so ist außer ihrem Sitze tunlichst anzugeben, welchen Staaten im wesentlichen die Beteiligten angehören. Ist eine Vertragspartei eine Handelsgesellschaft ohne juristische Persönlichkeit, so ist Name, Wohnort und Staatsangehörigkeit der Mitglieder anzugeben.

Art. 5. Der Antragsteller soll die ihm zugänglichen, auf den Vertrag bezüglichen oder sonst zur Aufklärung des Sachverhältnisses dienlichen Urkunden beifügen.

Art. 6. Das Reichsschiedsgericht kann vor der Entscheidung weitere Ermittlungen anstellen.

Die Entscheidung ist dem Antragsteller mitzuteilen.

Art. 7. Für die Entscheidung wird eine zur Reichskasse fließende Gebühr erhoben.

Die Höhe der Gebühr wird von dem Reichsschiedsgerichte bestimmt. Die Gebühr soll in der Regel nicht weniger als fünfzig Mark und nicht mehr als eintausend Mark betragen. Aus besonderen Gründen kann von der Erhebung einer Gebühr Abstand genommen werden.

Das Reichsschiedsgericht kann den Erlaß der Entscheidung von der Vorauszahlung der Gebühr abhängig machen.

Die Beitreibung der Gebühr erfolgt auf Ersuchen des Reichsschiedsgerichts nach den landesgesetzlichen Vorschriften über die Beitreibung öffentlicher Abgaben.

Zu Seite 730.

Bekanntmachung über die Anmeldung von Auslandsforderungen. Vom 16. Dezember 1916. (RGBl. 1400.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Forderungen gegen Schuldner im feindlichen Ausland sind nach Maßgabe der vom Reichskanzler zu erlassenden Vorschriften anzumelden.

§ 2. Die Landeszentralbehörden bestimmen, bei welchen Stellen die Anmeldungen zu erfolgen haben.

Auf Erfordern dieser Stellen oder des Reichskanzlers ist jedermann verpflichtet, binnen einer festzusetzenden Frist eine Erklärung darüber abzugeben, ob bei ihm die Voraussetzungen der Anmeldepflicht vorliegen sowie eine abgegebene Erklärung oder Anmeldung durch nähere Auskünfte zu ergänzen.

§ 3. Die mit der Entgegennahme oder Bearbeitung der Anmeldungen befaßten Personen sind verpflichtet, über die aus Anlaß der Anmeldung zu ihrer Kenntnis gelangten Verhältnisse Verschwiegenheit zu beobachten.

§ 4. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 5. Mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten wird bestraft:

1. wer vorsätzlich den gemäß § 1 ergehenden Anordnungen des Reichskanzlers über die Anmeldung oder einer gemäß § 2 Abs. 2 ergehenden Aufforderung nicht oder nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nachkommt;

2. wer bei der Anmeldung oder bei einer nach § 2 Abs. 2 abzugebenden Erklärung oder Auskunft wissentlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht;
3. wer den Vorschriften des § 3 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet.

In dem Falle der Nr. 3 tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein.

§ 6. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [18. 12.] in Kraft.

Abteilung K.

Zu Seite 781.

Bekanntmachung über die Verwendung weiblicher Hilfskräfte im Gerichtsschreiberdienste. Vom 14. Dezember 1916. (RGBl. 1362.)

Der Bundesrat hat . . . folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die einstweilige Wahrnehmung von Amtsgeschäften der Gerichtsschreiber kann Frauen übertragen werden.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [15. 12.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Soweit vor dem Inkrafttreten der Verordnung Amtsgeschäfte der Gerichtsschreiber Frauen übertragen worden sind, ist die Übertragung als von Anfang an wirksam anzusehen.

Abteilung L.

Zu Seite 810.

Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den Kriegszustand. Vom 4. Dezember 1916. (RGBl. 1332.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen auf Grund des Gesetzes über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 (RGBl. 1331) im Namen des Reichs, was folgt:

§ 1. Aufsichts- und Beschwerdestelle gegenüber den Anordnungen, die die Militärbefehlshaber auf Grund des in der Verordnung vom 31. Juli 1914 (RGBl. 263) erklärten Kriegszustandes treffen, ist ein Obermilitärbefehlshaber mit dem Sitze in Berlin.

§ 2. Für die Beschwerden an den Obermilitärbefehlshaber gilt folgendes:

1. Die Beschwerde ist zulässig gegen Verfügungen, die im Einzelfall zum Gegenstand haben:
   a) Beschränkungen der persönlichen Freiheit, soweit nicht das Gesetz, betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916, Anwendung findet;
   b) Zensurmaßnahmen gegenüber der Presse, sowie gegenüber den Theatern, Lichtspieltheatern und anderen Schaustellungen;
   c) Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit.
2. Das Beschwerderecht steht dem zu, gegen den die Verfügung des Militärbefehlshabers gerichtet ist.
3. Die Beschwerde wird bei dem Militärbefehlshaber eingelegt, der die Verfügung getroffen hat.

   Erachtet er die Beschwerde für begründet, so hat er ihr abzuhelfen, andernfalls sie sofort dem Obermilitärbefehlshaber vorzulegen.
4. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung, jedoch kann der Vollzug der angefochtenen Verfügung sowohl vom Militärbefehlshaber als auch vom Obermilitärbefehlshaber ausgesetzt werden.
5. Erachtet der Obermilitärbefehlshaber die Beschwerde für begründet, so kann er die erforderliche Verfügung selbst treffen oder dem Militärbefehlshaber übertragen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Weitere Nachträge*).

Abteilung B.

Zu Seite 106:

Durch Bek. v. 4. Januar 1917 (RGBl. 5) ist die Wirksamkeit des sog. Gegenmoratoriums in der Weise weiter ausgedehnt, daß an die Stelle des 31. Januar 1917 der 30. April 1917 tritt.

Zu Seite 125:

Am 4. Januar 1917 (RGBl. 6) ist eine neue Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen erlassen. Sie unterscheidet sich von der Bek. v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1133) dadurch, daß in Abs. 1 Zeile 5 der Fristablauf statt auf den 31. Januar 1917 auf den 30. April 1917 bestimmt ist. Im übrigen stimmt der Wortlaut der beiden Bek. überein.

Abteilung C.

Zu Seite 253:

Die Bek. über untaugliches Schuhwerk v. 21. Juni/19. Oktober 1916 (RGBl. 541, 1172) tritt nach §§ 2, 4 der Ausführungsbestimmungen zur VO. über den Verkehr mit Schuhsohlen usw. v. 4. Januar 1917 (RGBl. 7) von demselben Tage (RGBl. 10) am 25. Januar 1917 außer Kraft. Die genannte VO. nebst den Ausführungsbestimmungen wird im vierten Bande abgedruckt werden.

Abteilung D.

Zu Seite 558:

Preußisches Gesetz, betr. die Ergänzung des Einkommensteuergesetzes. Vom 30. Dezember 1916. (GesS. 17 1.)

§ 1. Abweichend von den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes erfolgt die Veranlagung des gesamten Einkommens einer physischen Person nach dem Ergebnisse des dem Steuerjahre vorangegangenen Kalender- oder Geschäftsjahrs, wenn ihr in diesem Jahre während des gegenwärtigen Krieges aus gewerblicher Tätigkeit oder aus gewinnbringender Beschäftigung oder als stillem Gesellschafter oder als Mitglied einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung Beträge zugeflossen sind, die bei der Veranlagung nicht zur Anrechnung gelangen, weil die Einkommensquelle vor Beginn des Steuerjahrs weggefallen ist oder sich wesentlich geändert hat. Auch Einkünfte aus einer einmaligen Tätigkeit sind hierbei in Anrechnung zu bringen.

Bei dieser Berechnung (Abs. 1) ist bei Quellen, deren Ergebnis nach den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes auf Grund einer Durchschnittsberechnung zum Ansatze gelangt, nicht das Ergebnis des letzten Geschäftsjahrs, sondern die Durchschnittsberechnung maßgebend.

Rührt das Einkommen ganz oder teilweise aus der Beteiligung an einer während des Krieges aufgelösten Gesellschaft mit beschränkter Haftung her, so erstreckt sich die Steuerpflicht auch auf den Anteil an den während des Krieges aufgesammelten Rückstellungen der Gesellschaft. Soweit die aus der aufgelösten Gesellschaft dem Gesellschafter zugeflossenen Beträge bei der Gesellschaft nicht zur Besteuerung gelangt sind, findet eine Außerhebungsetzung der Steuer nach § 71 des Einkommensteuergesetzes nicht statt.

§ 2. Hat sich während des Krieges eine nach § 1 Nr. 4 bis 6 des Einkommensteuergesetzes steuerpflichtige Gesellschaft in eine andere steuerpflichtige Gesellschaft umgewandelt

*) Diese Nachträge sind durch die kurz vor Abschluß des Bandes erschienenen Gesetze erforderlich geworden.

oder haben sich mehrere steuerpflichtige Gesellschaften zu einer neuen Gesellschaft vereinigt, so ist die neu entstehende Gesellschaft von dem Zeitpunkt ihres Entstehens ab steuerpflichtig. Die Veranlagung erfolgt nach dem durchschnittlichen Ergebnisse der drei der Veranlagung unmittelbar vorangegangenen Geschäftsjahre, wenn die übernehmende und die übernommene Gesellschaft zusammen mindestens drei Jahre bestanden haben, andernfalls nach der Dauer der kürzeren Zeit des Bestehens. Soweit in die Durchschnittsberechnung das Ergebnis von Geschäftsjahren einzustellen ist, während deren die übernehmende Gesellschaft noch nicht bestanden hat, gelten die bilanzmäßigen Ergebnisse der übernommenen Gesellschaft als Einkommen der übernehmenden Gesellschaft.

Hat während des Krieges eine schon bestehende steuerpflichtige Gesellschaft eine andere Gesellschaft oder deren Vermögen übernommen, so werden die bilanzmäßigen Ergebnisse, die die übernommene Gesellschaft in den für die Durchschnittsberechnung in Betracht kommenden Jahren erzielt hat, dem Einkommen der übernehmenden Gesellschaft hinzugerechnet.

§ 3. Die vorstehenden Vorschriften (§§ 1 und 2) kommen nur zur Anwendung, wenn das danach berechnete Einkommen das nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes zu veranlagende Einkommen übersteigt.

Die Steuerpflichtigen haben die zu der Veranlagung erforderlichen Angaben zu machen und auf Erfordern nachzuweisen.

§ 1 findet keine Anwendung auf die Dienstbezüge einer der im § 14 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Personen bei deren Ausscheiden aus dem Dienste.

§ 4. Unter Zugrundelegung der Vorschriften der §§ 1, 2 und 3 hat auch die Berichtigung schon stattgefundener Veranlagungen zu erfolgen. Sie hat für diejenigen Steuerjahre zu unterbleiben, für welche die zu erhebende Nachsteuer den Betrag von 100 Mark nicht erreicht.

§ 85 Abs. 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes finden auf die Berichtigungen Anwendung.

§ 5. Die nach § 63 des Einkommensteuergesetzes wegen Wegfalls einer Einkommensquelle zu gewährende Steuerermäßigung ist zu versagen, insoweit durch die Ermäßigung Beträge der im § 1 genannten Art der Besteuerung entgehen würden. Bereits bewilligte Ermäßigungen sind zurückzunehmen.

§ 6. Dem § 62 des Einkommensteuergesetzes tritt als Abs. 2 hinzu: In gleicher Weise ist eine neue Veranlagung vorzunehmen, wenn die Vermehrung des Einkommens dadurch eintritt, daß nach dem Ausscheiden aus dem Militärdienst oder nach der Wiederaufhebung der Kriegsformation

1. Steuerpflichtige aus neu aufgenommener gewerblicher Tätigkeit oder gewinnbringender Beschäftigung Einkommen beziehen oder
2. Offiziere oder Beamte in den Genuß der Friedensbezüge treten.

§ 7. Im § 70 Ziffer 1 des Einkommensteuergesetzes werden die Worte „mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 Mark" durch die Worte „mit einem dem Einkommen von nicht mehr als 3000 Mark entsprechenden Steuersatze" ersetzt.

§ 8. Der Finanzminister kann Ausnahmen bewilligen, wenn durch Anwendung der Vorschriften dieses Gesetzes eine unbillige Härte oder eine mehrfache Heranziehung desselben Einkommens zur Einkommensteuer herbeigeführt wird.

§ 9. Die Gemeinden sind befugt, auch abweichend von den §§ 84 und 85 des Kommunalabgabengesetzes von den gemäß den §§ 4 bis 6 berichtigten Steuersätzen Zuschläge zu erheben oder im Falle des § 36 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes in entsprechender Anwendung der §§ 4 bis 6 Nachveranlagungen vorzunehmen.

Ermäßigungen, die auf Grund des § 8 gewährt werden, sind auch für die kommunale Besteuerung maßgebend; im Falle des § 36 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes haben die Gemeindevorstände die entsprechenden Ermäßigungen vorzunehmen.

§ 10. Der Finanzminister wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich usw.

Wortverzeichnis zu Band 1 bis 3.

(Die halbfetten Ziffern bedeuten den Band, die gewöhnlichen die Seite.)

A.

Abänderung des Zahlungsfristbeschlusses durch das Vollstreckungsgericht 1 256.
Abfälle der Müllerei 1 732.
— der Stärkefabrikation und der Gärungsgewerbe 1 732.
Abfindung für Ausschlagung einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses, Kriegssteuer 3 310.
Abführung von Geld usw. ins Ausland 1 870, 874, 887, 894, 903.
Abgaben, Erlaß 2 232.
Ablehrschein 3 812.
Ablommandierung, Einfluß auf das Kriegsteilnehmerverhältnis 1 82.
Abkürzung der Wartezeit in der Angestelltenversicherung 2 312, 3 593.
Ablauf des 31. Juli 1914, Zahlungsfrist 1 203.
Ablehnung, Anerkenntnisurteil im Falle der A. der Fristbewilligung 1 237.
Einstellung im Falle der A. des Zahlungsfristantrags durch das Prozeßgericht 1 248f.
— Anwaltsgebühr für den Antrag auf A. der Zahlungsfrist 1 261.
— Beseitigung einer Verzugsfolge im Falle der A. einer Zahlungsfrist 1 285, 3 55.
— Beseitigung einer Verzugsfolge durch das Vollstreckungsgericht trotz A. des Prozeß- oder Amtsgerichts 1 234f., 2 76, 3 57.
Ablieferung, beschleunigte von Gerste und Hafer 2 459.
Abrechnungsstelle deutscher Ölmühlen 1 558.
— der Seifen- und Stearinfabrikanten 1 558.
— für Lack- und Farbenfabrikanten 1 558.
— s. auch Kriegsgesellschaften.
Abrundung bei der Kriegssteuer 3 311, 440.
Abschreibungen 2 254, 3 301.
Abtretung der Forderungen an die Kriegskasse aus der Überlassung von Pferden usw. 1 382ff., 3 122.
— A. und Zahlungsverbot 1 896.
— Einwirkung der LohnbschlVO. 2 130.
Abtretungsverbot 2 126, 128.
Abwendbarkeit des Konkursverfahrens 1 332, 2 101.
Abwendung des Konkursverfahrens 1 326ff., 2 97ff., 3 108ff., 900ff.
Abwesenheitspflegschaft im Falle des § 9 des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes 1 135.
— zur Vertretung eines Kriegsteilnehmers 1 139, 449, 2 31.
Abzahlungsgeschäfte, Beseitigung der Verzugsfolgen 1 286.
Abzüge nach dem KStG. 3 435ff.
Ackerbestellung 1 535ff., 2 274ff.
— Sicherung der Ackerbestellung 1 511ff., 2 274.
Agenten, Zahlung an inländische 1 895, 2 412, 3 718.
Agiohandel, Verbot des A. mit Reichsgoldmünzen 1 371f.
Ägypten, Zahlungsverbot 2 416.
Akte, Zulässigkeit der Einstellung für alle A. der Zwangsvollstreckung 1 242ff., 2 68.
Akteneinsicht im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 339, 2 105, 902.
Aktien, s. Seeschiffahrtsgesellschaften.
Aktiengesellschaft, Unterbrechung des Verfahrens 1 40ff.
— bei der Anstaltszwangsverwaltung 1 431.
— Kriegsgewinnsteuer 2 238, 3 312.
Akzeptkredit 1 525.
Altenteiler, Ausgabe von Brotgetreide an sie 1 591.
Altschuldner, Rechtsstellung 3 76.
Aluminium, Höchstpreis 1 782, 2 296.
— Erzeugnisse aus A., Höchstpreis 1 784, 2 298.
— s. Prägung.
Amendierungsrecht des Reichstages 2 145.
Ammoniak, schwefelsaures, Höchstpreis für 1 781, 2 298.
Amtsdauer der Mitglieder von Handwerkskammern 2 533.
Amtsgericht, Verfahren vor dem A. bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 231ff., 2 66, 3 41, 62, 86ff.
— bei Beseitigung von Verzugsfolgen 1 290ff., 2 76, 3 57, 63.
— s. auch Ablehnung.
Amts wegen, von, Prüfung der Kriegsteilnehmereigenschaft v. A. 1 93ff., 2 23.
—, Berücksichtigung des Vollstreckungsverbots während der Geschäftsaufsicht 1 348, 2 113, 3 115.
Anbauverträge 2 287.
Änderung der Höchstpreise nach der Straftat 1 760, 2 172, 3 171.
Anerkenntnis der Forderung bei Zahlungsfristen 1 218, 2 72, 3 87.

Anerkenntnis s. auch die nächsten beiden Worte.
Anerkenntnisforderung aus der Überlassung von Pferden usw. an die Kriegskasse 1 383.
Anerkenntnisschein über Forderungen aus der Überlassung von Pferden usw. gegen die Kriegskasse 1 384.
Anerkenntnisurteil in dem Verfahren vor dem Amtsgericht bei Zahlungsfristen 1 236f., 2 66.
— Anfechtung wegen der Zahlungsfrist 3 63, 91.
— bei Beseitigung einer Verzugsfolge 1 291, 3 63.
—, Gebühren im Falle der Erledigung des Rechtsstreites durch A. 1 273, 2 72, 3 52.
Anfangspunkt der Zahlungsfrist 1 219.
Anfechtbarer Erwerb eines Kriegsteilnehmers, Zwangsvollstreckung 2 29.
Anfechtbarkeit und Geschäftsaufsicht 1 358, 2 120.
Anfechtung gegenüber einem Kriegsteilnehmer 1 16.
— der Entscheidungen im Falle der Unterbrechung des Verfahrens 1 100, 2 24.
— der Entscheidung über den Aussetzungsantrag 1 151, 2 48.
— des Urteils über die Zahlungsfrist 1 225ff.
— des Einstellungsbeschlusses des Vollstreckungsgerichts 1 256f., 2 69.
— des Urteils über die Beseitigung einer Verzugsfolge 1 290.
— der Entscheidung im Falle des § 3 der Bekanntmachung vom 18. August 1914/20. Mai 1915 1 295.
— der Todeserklärung 3 130.
Anfechtungsklage, Zahlungsfrist 2 62.
Anfechtungsrecht nicht bevorrechtigter Gläubiger während der Geschäftsaufsicht 1 346, 2 112.
Angehörige der bewaffneten Macht, Todeserklärung 3 129, 136.
— der Wirtschaft 1 591.
Angestelltenversicherung 1 811ff., 828, 2 305ff., 3 575ff., 591ff.
— Anrechnung militärischer Dienstleistungen in der A. 1 829.
— während des Krieges 2 309.
— Abkürzung der Wartezeit 2 312, 3 593.
Angestellter als Kriegsteilnehmer 1 66.
Anhängigkeit des Rechtsstreits, Unterbrechung des Verfahrens 1 31ff., 2 8, 3 4.
— vor den ordentlichen Gerichten bei Zahlungsfristen 1 188f., 2 59, 3 46, bei Beseitigung von Verzugsfolgen 1 278, 3 55.
Anhörung von Verwandten und anderen Personen vor Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 142.
—des Gläubigers bei Zahlungsfristen 1 214. 252f., 2 65, 69.
Anlegungskosten, Rang bei der Zwangsversteigerung 1 435.
Anlieger-Beiträge, s. Straßenanliegerbeiträge.
Anmeldepflicht s. Anmeldung.
Anmeldung feindlichen Vermögens 2 424ff., 3 727ff.
— von Wertpapieren 3 281.
— von Vermögen Landesflüchtiger 3 729.
— zur Warenumsatzsteuer 3 467, 498, 512.
— von Auslandsforderungen 3 1025.
Anordnung vorläufiger Sicherungsmaßregeln im Falle des Konkurses 1 122.
— vorläufige im Zahlungsfristverfahren 3 58, 63.
— im Verzugsfolgenbeseitigungsverfahren 3 63.
— im Verfahren betr. Einstellung der Zwangsversteigerung 3 96.
—, Erlaß einer einstweiligen A. des Vollstreckungsgerichts 1 295.
— der Geschäftsaufsicht 1 335, 2 102, 3 110, 900.
Anrechnung der Militärdienstzeit 2 308, 3 588.
— von Kriegsjahren 2 531, 3 809.
Anspruch, Unterbrechung des Verfahrens 1 31.
— nicht vermögensrechtlicher 1 140.
— Geltendmachung während der Kriegszeit 1 171ff., 2 56.
— aus § 626 HGB. 1 205.
— wegen Beschädigung der Mietsache 1 206.
— aus einer Hypothek 3 73.
— Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen A. 1 381, 2 126ff., 3 122.
Ansiedlung von Kriegsinvaliden 2 323.
Anstalt, kommunale, als Einigungsamt 1 416.
— gemeinnützige, als Einigungsamt 1 416.
Anstalts-Bediensteter s. Bediensteter.
Anstalts-Zwangsverwaltung 1 424, 413f., 2 154.
Antimon, Höchstpreis 1 782.
Antrag auf Konkurseröffnung, Unzulässigkeit der Stellung durch den Gläubiger 1 122, 2 29.
— auf Bestellung eines Vertreters, Antragsberechtigter 1 141, 2 33, Inhalt 1 141f., 3 17.
— Können Kriegsteilnehmer den A. auf Zahlungsfrist stellen? 1 193, 3 60.
— des Schuldners auf Fristbewilligung 1 216f., 2 64, 3 62.
— Gilt für den A. auf Zahlungsfrist der Grundsatz der Mündlichkeit und der Anwaltszwang? 1 216f.
— Zurücknahme 2 65.
— des Gläubigers auf Erlaß des Anerkenntnisurteils 1 236.
— Würdigung des A. auf Einstellung durch das Vollstreckungsgericht 1 253f.
— Anwaltsgebühr für den Zahlungsfrist-A. 1 261.
— auf Versagung des Zuschlags 3 97.
— auf Anordnung der Geschäftsaufsicht;

wer hat ein Recht zum A.? 1 333, 2 102.
Antragsgrundlagen für das Geschäftsaufsichtsverfahren 1 334.
Antragsrecht in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 3 585.
— nach dem Kriegsschädengesetz 3 686.
Anwalt s. Anwaltsgebühr und Anwaltszwang.
Anwaltsgebühr für den Zahlungsfrist-Antrag 1 261, 3 64.
— für den Streit über die Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 261ff., 3 64.
— im Falle des amtsgerichtlichen Verfahrens 1 268.
— unterliegt nicht der Ermäßigung nach § 6 der Zahlungsfristverordnung 1 274.
— für Beschluß im Mietfortsetzungsstreit 2 131.
Anwaltskammer, Beschlußfähigkeit des Vorstandes 3 778.
Anwaltszwang bei der Aussetzung des Verfahrens gegen einen Kriegsteilnehmer 1 106.
— Gilt er für den Zahlungsfristantrag? 1 216ff.
— Gilt er für den Einstellungsantrag? 1 252.
— bei der Beseitigung von Verzugsfolgen 1 288.
Anwartschaften s. Krankenversicherung.
Anzeige an die Militärbehörde 2 31, 3 16.
Anzeigepflicht für Brotgetreide und Mehl 1 586.
Äpfel, Zollerleichterung 2 276.
Apotheker, Versorgung mit A. 1 830.
Arbeiter s. Unterstützung.
Arbeiterausschuß 3 813.
Arbeiterschutz 1 797, 2 299, 3 567ff.
Arbeiterversicherung 1 811ff., 2 305ff., 3 575ff.
Arbeitskolonne, Kriegsteilnehmerverhältnis 1 90.
Arbeitskräfte, Beschaffung und Verteilung 1 796ff., 2 299ff., 3 567ff.
Arbeitslohn, Anspruch auf ihn 2 46.
Arbeitslosigkeit, Linderung 1 801, 2 302, 3 571.
Arbeitsnachweise 1 797, 3 571.
Arbeitszeit, Einschränkung 2 304, 3 572.
Armenpflege, Verhältnis zur Kriegsfürsorge 2 364.
Armenrecht bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 217.
Armenrechtsgesuch, Aussetzung des Verfahrens 1 24f., 2 5.
Armenzeugnis 2 466, 519.
Armierung einer Festung, Kriegsteilnehmerverhältnis 1 91ff., 2 23, 51, 54, 3 8.
Armierungsbataillon, Kriegsteilnehmerverhältnis 2 19.
Arrest, Unterbrechung des Verfahrens 1 25ff., 2 6, 3 3.
— im Falle des § 1 der Verordnung vom 14. Januar 1915 1 140.
— bei Zahlungsfristen 1 186, 242, 2 59.
Arrest und Gegenmoratorium 1 309, 318, 3 105.
— beschränkte Zulässigkeit von A. während der Geschäftsaufsicht 1 340, 2 107, 112, 3 110, 114.
— und Zahlungsverbot 1 897.
Arresthypothek, Anwendung der HypVO. 3 74.
Art der Zustellung der Klasse 1 37ff., 2 8.
Arzneimittel, Ausfuhrverbot 1 920.
Ärzte als Kriegsteilnehmer 1 83, Versorgung mit A. 1 830.
Ärztliche Behandlung als Leistung der Wochenhilfe 1 850, 2 348, 3 625.
Ärztliche Instrumente und Geräte, Ausfuhrverbot 1 920.
Äthyläther s. Eingangszoll.
Aufenthalt, Aufgabe, Bedeutung für die Kriegssteuer 3 312, 444.
Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes 3 809.
Aufforderung zur Höchstpreisüberschreitung 3 164.
— zum Wucher 3 192.
Aufgebotsfrist 3 129.
Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Todeserklärung 3 129, 143.
Aufhebung der Vollstreckungsmaßregeln 1 223, 2 63, 3 48, 63.
— der Einstellung der Zwangsversteigerung 3 95.
— der Todeserklärung 3 130, 145.
— des Geschäftsaufsichtsverfahrens 1 366, 2 125.
Aufkäufer, Einkaufszeit 2 295.
Aufrechnung und Gegenmoratorium 1 308.
— während der Geschäftsaufsicht 1 350, 2 113, 3 115.
— A. und Zahlungsverbot 1 896, 3 720.
— Einwirkung der LohnbschlVO. 2 130.
Aufrechnungsverbot 2 126, 128.
Aufschnitt, Verabfolgung an fleischlosen Tagen 2 289.
Aufsichtsamt für Privatversicherung 1 870, 881.
Aufsichtsperson bei Anordnung der Geschäftsaufsicht als Kriegsteilnehmer 1 66.
— im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 337ff., 2 104ff., 3 109ff., 900ff., Anfechtungsrecht 1 358, Amtsbeginn 1 338, 3 110, Auskunftsrecht 1 357, 2 120, 3 900, Auskunftspflicht 2 105, Auslagen 1 356, 2 118, 3 117, Auswahl 1 337, 2 104, 3 109, 903, Entlassung 1 357, 2 118, Geltendmachung des Vollstreckungsverbots durch die A. 1 350, Mehrheit 1 337, 2 104, Rechtsstellung 1 352, 3 116, 903, Überwachungspflicht 1 352, 2 115, 903, Unterstützungspflicht 1 352, 2 115, Vergütung 1 356, 2 118, 903, Verwendung der Mittel durch die A. 1 361, 2 121, 3 903; s. auch Geschäftsführung, Zustimmung.
— bei der Schuldnerzwangsverwaltung 1 428f., 2 151ff.
— für eine ausländische Unternehmung,

Rechtsstellung 1 873, 2 405, Aufgaben 1 873, 2 405, Recht auf Gehorsam 1 874, auf Auskunft 1 870, auf Büchereinsicht 1 870, Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wegen ihrer Handlungen und Unterlassungen 1 940.
Ausbleiben, amtsgerichtliches Verfahren beim A. einer der beiden Parteien 1 232ff.
Ausdreschen des Brotgetreides 1 590.
— der Gerste 1 695, des Hafers 1 706.
Auseinandersetzungsbehörden, gilt das KTSchG. im Verfahren vor ihnen? 2 4.
Ausfertigung landgerichtlicher Urteile 2 466.
Ausfuhrverbote 1 919ff., 2 201, 3 197, 201, 268.
Aushang von Preisen in Verkaufsräumen des Kleinhandels 1 739, 2 180.
Auskunftspflicht nach dem Warenumsatzstempel G. 3 468, 485.
Auslagenvorschuß 1 152, 2 49, 103, 3 30.
Ausland, Geltendmachung von Ansprüchen durch Personen, die im A. ihren Wohnsitz haben 1 301ff., 937, 2 82ff., 3 103.
— Bilanzen von Aktiengesellschaften, die dort Vermögen haben 1 442.
— Fälligkeit im A. ausgestellter Wechsel 1 407.
— Lieferung dorthin, Warenumsatzstempel 3 466, 481ff.
— Aufenthalt, Bedeutung für die KrankenV. 2 306, 3 576, 578, 1018.
— s. Einfuhr.
Ausländer 1 279.
— Darf einem A. eine Zahlungsfrist bewilligt werden? 1 189ff., 2 59, 3 81.
— Geschäftsaufsicht über A. 1 330.
— Anwendung der Patenterleichterungsvorschriften auf A. 1 464, 2 196, 3 259.
—, KrankenV. 3 582.
Ausländische Geldsorten 2 233.
Ausländische Gerichte, Kostenentscheidungen 2 533.
Ausländische Gesellschaft, Kriegsgewinnsteuer 2 256, 3 302, 314, 446.
Ausländische Noten 2 233.
Ausländische Unternehmung, s. Überwachung, Vertreter, Aufsichtsperson.
Ausländische Urteile, Vollstreckung ausl. Urt. und Gegenmoratorium 1 319.
Ausländische Ware, Warenumsatzst. 3 481, 508.
Ausländische Wertpapiere, Stempelpflicht 3 1016.
Ausländische Zahlungsmittel 2 233, 3 271.
Ausländisches Grund- und Betriebsvermögen, Kriegssteuer 3 310, 437.
Ausländisches Recht, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 192f.
Auslandsforderungen, Anmeldung 3 1025.
Auslandsverkehr, Frachturkundenstempel 3 528.
Auslandswechsel, Was ist unter einem im A. ausgestellten Wechsel zu verstehen? 1 412.
Auslegungsgrundsätze zum Warenumsatzstempel G, 3 503.
Auslesekosten, Zuschlag zum Kaufpreis 2 169.
Ausmahlen s. Brotgetreide.
Ausnahmen vom Gegenmoratorium 1 321, 2 96.
Ausprägung von Fünfpfennigstücken aus Eisen 2 200, 3 267.
— von Zehnpfennigstücken aus Eisen 2 201, 3 265, 267.
— s. Prägung
Ausschank von Branntwein 1 859, 362.
Ausscheiden aus der Genossenschaft 1 454.
Ausschließung des Verfalles eines Pfandes 1 285f.
Ausschlußfrist gegen einen Kriegsteilnehmer 1 132ff., 3 15.
Ausschlußurteil 3 130.
Ausschuß des Kommunalverbandes zur Durchführung der Brotverkehrsregelung 1 584.
— für Konfektionsnotarbeit 1 801, 2 362, 3 571.
— zur Feststellung von Kriegsschäden 3 645.
— nach dem G. über den Vaterl. Hilfsdienst 3 811, 898.
Außenarbeit s. Gefangene.
Außerhebungstellung der Kriegssteuer 3 447.
Außerkraftsetzung des Vollstreckungsverbots 1 118f.
Außerkrafttreten der Bundesratsverordnungen 2 146.
Außerordentliche Kriegsgerichte 2 523, 3 776.
—, Entlastung 3 777.
Aussetzung des Verfahrens gegen einen Kriegsteilnehmer 1 105ff., 2 25ff., 51, 3 10, 34.
— des Konkursverfahrens gegen einen Kriegsteilnehmer 1 123ff., 2 29ff.
—, Unanwendbarkeit des § 2 der Verordnung vom 14. Januar 1915 auf frühere A. 1 151.
— Wiederaufhebung 2 25, 3 10, 36.
— des Aufgebotsverfahrens 3 130, 144.
Aussetzungsantrag, Stellung des A. durch den nach § 1 VO. v. 14. Januar 1915 bestellten Vertreter 1 150, 2 33, 3 17.
—, Entscheidung über den A. und ihre Anfechtung 1 151, 2 48, 3 28.
Ausstattung, Kriegssteuer 3 437.
Aussteuer (Bekleidungsstücke) 3 242.
Auswärtige Banken, Anwendung des Zahlungsverbots auf a. B. mit inländischen Niederlassungen 1 909.
Auszahlung 3 272.
Auszahlungen, ausländische 2 233.
Automobilkorps, Kaiserliches, Mitglieder als Kriegsteilnehmer 1 82.
— Bayerisches, Mitglieder als Kriegsteilnehmer 1 91.

B.

Backware, Bereitung 1 625, 2 284.
Badeartikel 3 239.

Bäder, Lieferung, Warenumsatzst. 3 503.
Bahnhofskommandant als Kriegsteilnehmer 1 89.
Bandagen 3 239.
Bänder 3 238.
Bankgesetz, Änderung 1 477.
Banknoten 1 470.
— keine Waren 3 466.
Bargeldloser Zahlungsverkehr 3 292 ff.
Baudarlehn aus dem Wohnungsfürsorgefonds 1 527.
Bauholz, Einfuhrerleichterung 2 276.
Baumwoll-Abrechnungsstelle 1 559.
Baumwollgarn-Abrechnungsstelle 1 559.
Bauschäden, Feststellung 3 693.
Bayerisches Kriegszustandsgesetz, Zulässigkeit von Strafbefehlen 2 521.
Beamte, Geschäftsaufsicht über B. 1 330.
— vermißte 3 149.
Bedarf, täglicher s. Gegenstände.
Bedeutung der Aussetzung des Verfahrens 1 123 ff.
— der gerichtlichen Zahlungsfrist 1 179 ff. 2 59.
— der Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 239.
— der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 426 f., 2 149.
Bediensteter einer Anstalt bei der Anstalts-Zwangsverwaltung 1 431 f.
Bedingte Fristbewilligung 3 58, 59, 62, 84 ff.
Bedingter Vorsatz 2 169, 281, 284.
Beförderung eigener Waren in eigenen Schiffen 3 528.
Befreiung s. Hypothekenpfandbrief und Reichsstempelabgabe.
— von der Kriegssteuerrücklagepflicht 3 302.
— nach dem Warenumsatzstempelgesetz 3 466, 481 ff., 486 ff.
Befreundeter Staat 3 129, 136.
Befriedigung, Anwendung des § 2 der Zahlungsfristverordnung in den Fällen der B. ohne gerichtliches Verfahren 1 234. S. im übrigen Reichsstempelabgabe.
Beginn, Ist der B. des 31. Juli 1914 für die Anwendung der Zahlungsfristverordnung maßgebend? 1 203.
— Zulässigkeit der Einstellung schon vor B. der Zwangsvollstreckung? 1 244 ff.
— Zulässigkeit vor B. der Vollstreckung 1 294.
— der Geschäftsaufsicht 3 110.
Beglaubigung s. Handzeichen, Unterschrift, Offizierstellvertreter.
Begnadigung s. Gnadenerweis.
Begriff der offenbaren Unbilligkeit 1 149 f., 2 38.
— der besonderen Kosten 1 151 f., 2 59.
— der Geldforderung 1 193 f.
— der Entstehung der Forderung 1 197 ff., 2 60.
Begründung des Einstellungsbeschlusses 1 256.
Behältnis s. Kennzeichnung.
Behörden, vaterl. Hilfsdienst 3 811.
Behördliche Einrichtungen, vaterl. Hilfsdienst 3 811.
Beihilfe zum Höchstpreisvergehen 2 166, 3 163.
Beiseiteschaffen von Brotgetreide 1 592, 2 281.
— von Gerste 1 697.
— von Hafer 1 707, 2 292.
— von Gegenständen des Kriegsbedarfs 1 924, 2 458.
— als Höchstpreisvergehen 3 165.
Beitragserstattung nach dem AngestVG. 3 593.
Beitragsrückstände einer Berufsgenossenschaft, Zahlungsfrist 1 241.
Bekanntgabe der unter Staatsaufsicht stehenden Firmen 2 405.
Bekanntmachung der Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 338, 2 105.
Beklagter, Zahlungsfrist 1 189 ff., 2 59.
— Kostenschuldner 1 258 f.
Bekleidungsamt, Kriegsteilnehmereigenschaft der Mitglieder? 1 90, 2 18.
Bekleidungs-Beschaffungsamt 1 922.
Belagerungszustand, Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung 3 809.
Belagerungszustandsgesetz, Zulässigkeit von Strafbefehlen 2 521.
Belehrung zu Kriegswohlfahrtszwecken 2 340.
Beleihung landschaftlicher usw. Fonds 3 564.
— von Hypotheken 1 519 ff.
Belgien, Zustellung 1 38.
— Prioritätsfristverlängerung 2 197.
— Beglaubigungen und Legalisationen 2 53.
— Wechsel auf B. 2 234.
— s. Gegenseitigkeit.
Belgische Geldsorten und Noten 2 234.
Belgisches Obst, Anwendung der Vertragszollsätze 1 555.
Beratungsstelle für Kriegsteilnehmer 2 333.
Bergbau treibende Vereinigung, Kriegsgewinnsteuer 2 238 ff., 249, 3 312.
Berggewerkschaft, Kriegsgewinnsteuer 2 238 ff., 3 312.
Berichtigungsverfahren nach § 319 ZPO., Unterbrechung 1 24.
Berlin, Maßnahmen der Stadt B. zur Regelung der Brot- und Mehlversorgung 1 608 ff., 2 282.
Berliner Kriegsbeleihungskasse für nachstellige Hypotheken 1 521.
Berliner Schmierölgesellschaft 1 558.
Berufen auf die Abdingung des Kündigungsrechts 2 134.
Berufsabzeichen der Krankenpflege 2 369.
Berufsausbildung der Kriegsinvaliden 2 323, 328, 3 604.
Berufsberatung für Kriegsinvaliden 2 321, 327, 3 604.
Berufsgenossenschaft s. Beitragsrückstände.
Berufstrachten, der Krankenpflege 2 369.
Berufung gegen die Bewilligung oder Ablehnung einer Zahlungsfrist 1 225 ff.

Berufung gegen die Entscheidung über die Beseitigung einer Verzugsfolge 1 290.
—, Einschränkung 2 465, 508, 3 759.
Berufungsentscheidung im Falle der Bewilligung oder Ablehnung einer Zahlungsfrist 1 227f.
Besatzstickereien 3 238.
Besatzung einer armierten Festung 1 91ff., 2 23, 51, 3 8.
Beschädigung einer Mietsache s. Anspruch.
— von Gegenständen des Kriegsbedarfs 1 924, 2 458.
Beschaffung der Rohstoffe usw. 1 531ff., 2 265ff., 3 565.
Beschäftigungsbeschränkungen, Ausnahmen 1 808.
Bescheidene Lebensführung des Schuldners, Verbindlichkeiten, die dazu erforderlich sind 1 360, 2 121, 3 119, 900.
Beschlagnahme von Brotgetreide und Mehl 1 572ff.
— von Gerste 1 695.
— von Hafer 1 705.
— von Gegenständen des Kriegsbedarfs 1 923, 2 457.
Beschleunigung des Verkaufs von Strick- usw. Waren 2 535.
Beschwerde
gegen die Entscheidung über die Bestellung eines Vertreters 1 145f., 154, 2 34, 3 18,
gegen das Urteil auf Bewilligung oder Ablehnung einer Zahlungsfrist 1 225f., 3 63, 89,
gegen die Entscheidung des Vollstreckungsgerichts 1 256f., sofortige Beschwerde 1 256f., 2 69, 3 63,
im Falle des § 5 des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes 1 118, sofortige B. 1 118,
im Falle der Versagung des Zuschlags 1 131,
im Falle der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 428.
Beschwerde, Einschränkung 2 465, 509, 3 760.
Beschwerdeverfahren, Unterbrechung 1 23.
Beseitigung der Verzugsfolgen 1 275ff., 2 74ff., 3 54ff., 58ff., 60, 63ff., 92.
— vertragsmäßiger Beschränkung des Mietkündigungsrechts 2 132.
Besetzte Gebiete s. Handzeichen, Legalisation, Unterschrift, Urkunde.
—, Nachnahme- und Frachtverkehr 3 279.
Besitzsteuergesetz, Wortlaut 3 955ff.
— Änderung 3 317.
Bestandsaufnahme von Heu und Stroh 2 534.
Bestätigung von Schecks durch die Reichsbank 3 285ff.
— des Zwangsvergleichs 3 906.
Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 136ff., 2 31ff.
— des Schuldners zum Zwangsverwalter 1 427ff., 2 149.
— eines Anstaltsbediensteten zum Zwangsverwalter 1 431f., 2 154.
Bestellung des Gläubigers zum Zwangsverwalter 1 432f., 2 155.
— einer Hypothek 3 74.
Besteuerung der Kriegsgewinne 2 238.
— s. auch Kriegssteuer, Warenumsatzstempel.
— nicht vollbeladener Schiffe 3 527.
Bestimmung des Anfangspunkts und der Dauer der Zahlungsfrist 1 219, 2 65. S. im übrigen Bewilligung und Zahlungsfrist.
Beteiligung an einer GmbH. 3 312, 442, 1027.
Betriebsauflagevergütungen 1 636, 651, 2 285.
Betriebskosten 3 185ff.
Betriebsverwaltungen, Maßnahmen öffentlicher B. 1 932, 2 460.
Betrug, Verhältnis zum Wucher 3 190.
Bettüberdecken 3 239.
Beurlaubtenstand, Angehörige des B. als Kriegsteilnehmer 1 83.
Bevollmächtigter, Höchstpreisüberschreitung 3 161.
Bevorrechtigte Forderungen im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 362, 2 122, 3 120.
Bewegliche Sachen, Miete 2 132.
Beweisaufnahme im Geschäftsaufsichtsverfahren 2 106.
Beweislast im Mietfortsetzungsstreit 2 138.
Beweissicherung trotz Gegenmoratorium 1 308, 2 85.
Beweissicherungsverfahren, Unterbrechung 1 22f., 2 5, 3 3.
Bewilligung einer gerichtlichen Zahlungsfrist
durch das Prozeßgericht 1 172ff., 2 57ff., 3 45ff., 58ff., Bedeutung der B. 1 179ff., Verzicht auf die B. 1 230, 3 46, Kosten der B. 1 258ff., 2 70ff., 3 52ff., 58,
durch das Amtsgericht 1 231ff., 2 66, Kosten der B. 1 268, 2 70ff., 3 52,
bei Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden 1 296ff., 2 77, 3 62ff.
an Kriegsteilnehmer 3 60ff.
Bewußtsein der Rechtswidrigkeit 2 171, 281, 3 168, 189.
Bezahlung der Lieferung 3 466, 476, 506.
Bezeichnung, irreführende 3 223.
Bezugnahme auf Schriftsätze und Protokollfeststellungen statt Tatbestand 2 465, 516ff., 3 762.
Bezugsschein 3 236, 237ff., 933.
— gegen Abgabebescheinigung 3 240, 936.
— für Strümpfe, Leibwäsche und Unterkleidung 3 244.
— an Betriebsleitungen 3 244.
— für Militärpersonen und Kriegsgefangene 3 244.
— Ausfertigung in dringenden Fällen 3 245.
— für deutsche Schiffe und Flößer 3 246.
— Porto für Versendung 3 937.
— Vermittlung 3 944.
Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, GmbH. 1 582, 717, 725, 732, 2 293.

Bienen s. Verbrauchszucker.
Bienenzucht 3 208.
Bier, Wucher 3 176.
Bierbrauereien s. Malz.
Biersendung an Truppen, steuerliche Behandlung 3 559.
Biertreber, Trocknung 2 293.
Bilanzen von Aktiengesellschaften 1 442.
Bilanzgewinne 2 239.
Bildung von Genossenschaften s. Bodenverbesserung.
Binnenschiffe, Veräußerung 3 751.
Binnenschiffer, Versorgung mit Brot und Mehl 1 607.
Birnen, Zollerleichterung 2 276.
Bleifarben und andere Bleiprodukte, Einrichtung und Betrieb von Anlagen zur Herstellung von B. 1 810.
Bleiwaren, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 498.
Bodenverbesserung 1 535 f., 536 ff., 2 274 ff.
Börsenhandel, zugelassene Wertpapiere 3 465.
Börsenmäßige Zeitgeschäfte in Waren, Abwicklung 1 456, 3 154.
Böswilliger Schuldner bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 206.
Bote der Militärverwaltung, Kriegsteilnehmer 1 90.
Brandentschädigung 1 867.
Branntwein, Freigabe von B. zur Versteuerung 1 656, 2 286, 535, Ausschank und Verkauf 1 859, 2 362, 3 629, s. auch Eingangszoll.
— Benutzung von Verbrauchszucker zur Herstellung 2 289.
Branntweinbrennerei 1 636, 2 285.
Branntweinerzeugung, Einschränkung 1 636, 2 286.
Branntweinverkehr, Bekanntmachung über weitere Regelung des B. 1 643, 650, 2 285 ff.
Brasilien s. Gegenseitigkeit.
Braunkohlen, Schiedsgerichtsverfahren 3 174.
Braunkohlenbergbau s. Betriebsgesellschaften.
Brennereibetrieb s. Branntweinverkehr.
Brennereien 1 636, 638, 2 285.
Brennzwecke, Verwendung von Öl und Fett 2 294.
Brief, Beglaubigung und Legalisation 3 42.
Britische Unternehmungen, Zwangsverwaltung 1 886.
Bronze, alte, Höchstpreis 1 782.
Brot s. K-Brot und Verfüttern.
Brotaufstrich s. Fettersatzstoffe.
Brotbücher 1 583.
Brotgetreide, Regelung des Verkehrs mit B. 1 592, 2 278, 283.
— Beschlagnahme 1 572.
Bewirtschaftung 1 577, 2 593.
— Entfernung aus dem Bezirke des Kommunalverbandes 1 573, 578.
— Überschuß 1 578.
— Anzeigepflicht des Kommunalverb. 1539.
Brotgetreide, Selbstwirtschaft des Kommunalverb. 1 579.
— Übernahmepreis für überlassene Vorräte 1 580, 594.
— Verwahrung der Vorräte 1 573, 581.
— Ausmahlen 1 581, 595, 616, 2 283.
— Verbrauchsregelung 1 583, 595.
— s. auch Volksernährung, Verfüttern.
Brotkarte, Ausgabe 1 583, 2 280.
— Rechtsnatur 1 596 ff.
— Aushändigung an abziehende Dienstboten 2 282.
Brückenschutz, Kriegsteilnahmeverhältnis 2 19.
Bucheckern 2 294.
Bücher, keine Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
— Aufbewahrungspflicht nach dem Warenumsatzst G. 3 468.
Bücherrevisor, Zuziehung durch die Aufsichtsperson im Geschäftsaufsichtsverfahren 2 116.
Buchweizen, Höchstpreis 2 298.
— Lieferungsvertrag 2 173.
Bundesrat, Ermächtigung des B. zu wirtschaftlichen Maßnahmen 1 403, 2 143, 3 124.
Bundesratsverordnungen, Rechtsnatur 2 143.
Bürge, Wirkung der Unterbrechung des Verfahrens gegen den Hauptschuldner für den B. 1 103 f., 2 24.
— Wirkung einer dem Hauptschuldner bewilligten Zahlungsfrist für den B. 1 224 f., 2 79, 3 48.
— Wirkung der Beseitigung der Verzugsfolgen für den B. 1 289 f.
— der Geschäftsaufsicht gegen den Hauptschuldner 2 114, 3 116.
— Rechtsstellung nach der HypVO. 3 78.
Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, Unterbrechung des Verfahrens 1 20 ff., 2 3.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186 ff., 2 59, 3 73.
Bürgerlich-rechtliche Forderung, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 241.
Bürgschaft und Geschäftsaufsicht 1 351, 2 114, 3 116.
— Darlehen von Gemeinden oder Sparkassen gegen B. 1 520.
— Übernahme von B. durch den Reichsfiskus 1 528.
Butter, Einfuhr 2 277.
— ist Fett i. S. der SüßigkeitenVO. 2 287, der FleischVO. 2 289.
— Höchstpreis 2 291, 298.
— Lieferungsvertrag 2 173.
— Überlassung 2 291.
— Verwendung zu technischen Zwecken 2 294.
Butterkarte 2 291.
Butterschmalz ist Fett i. S. der Süßigkeiten-VO. 2 287, der FleischVO. 2 289.
— Verwendung zu technischen Zwecken 2 294.

C.

Caffee, Warenumsatzstempel 3 478.
Canevas 3 238.

D.

Damenbinden 3 239.
Damenoberkleidung, fertige 3 240.
Dänemark, Verbürgung paritätischer Gegenseitigkeit 1 464; s. Prioritätsfrist.
Danzig, im Stadtkreise D. zahlbare Domizilwechsel 1 402.
Darlehen für zurückkehrende Kriegsteilnehmer 2 331.
Darlehnskassen 1 487ff., Einrichtung, Geschäftsgang 1 487.
— Beleihungsgrundsätze 1 488.
— Zinssatz 1 491.
— Darlehen an öffentliche Verbände 1 491.
— Beleihung von Pfandbriefen, Erleichterungen 1 492.
— Übersicht über die bestehenden D. 1 493.
— Beleihungsbedingungen, allgemeine 1 497, bei Beleihung von Waren 1 500, von Wertpapieren 1 509, landschaftlicher und ritterschaftlicher Fonds 3 564, Haftung für die Verwahrung der Unterpfänder 1 498.
— s. auch Ware, Wertpapiere, Staatsschuldbuch, Zinsfuß.
— Rechtsnatur 1 510.
Darlehnskassengesetz 1 480ff.
Darlehnskassenschein 1 494ff., Rechtsnatur 1 494.
— Einrechnung in die Bardeckung der Notenbanken 1 495.
— Gesamtbetrag der Darlehnskassenscheine 1 495.
— Einlösung beschädigter oder unbrauchbar gewordener, Vernichtung nicht mehr umlaufsfähiger, Behandlung nachgemachter oder verfälschter D. 1 496.
— Nennbetrag 1 511.
Dauer der Zahlungsfrist 1 219.
Dauerhandlung 2 173, 3 172.
Deutsche Kriegsteilnehmer, Sonderrecht 1 1ff., 2 1ff., 3 1ff.
Deutsche Rohhaut-AG. 1 559.
Deutsche Seeversicherungsgesellschaft 1 558.
Deutscher Brauerbund EB. 1 692, 2 291.
Devisen s. Zahlungsmittel.
Devisen-Differenzgeschäfte 3 276.
Devisenkurs s. Kurs.
Dextrin, Herstellung aus Kartoffeln 1 658.
Diätetische Nährmittel, Kennzeichnung 3 220.
—, Kettenhandel 3 217.
Dienst s. Bedienstete.
Dienstboten, Wochenhilfe für D. 1 856.
Dienstleistung, militärische, Anrechnung in der Arbeiterversicherung 1 813, 2 309, 3 588, in der Angestelltenversicherung 1 829.
Dinglicher Rang öffentlicher Lasten 1 434f., 2 157.
Dinkel s. Brotgetreide.
Diplomat als Kriegsteilnehmer 1 82.
Direktivbehörde 3 509.
Diskontierung von Anerkenntnisscheinen 1 383.
Diskontkredit 1 525.
Diskontsatz der Reichsbank 1 527.
Doppelbesteuerung 3 447.
Dreschzwang 1 620.
Dritter, Klage auf Zahlung an einen D. und das Gegenmoratorium 1 304.
Druckfarbe, Herstellung aus Leinöl 2 535.
Druckschriften, periodische, Anzeige von Lebens- und Futtermitteln 3 210.
Duldungsanspruch bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 197.
Düngemittel, Einfuhr 2 277.
—, Höchstpreise 2 275, 3 173.
Durchfuhr entbehrlicher Gegenstände 3 278.
Durchfuhrverbote 1 917, 919, 2 201, 450.
Durchschnittsbrand der Brennereien 1 636, 638, 643, 652, 2 286.
Durchschnittsgewinn 2 239, 3 301, 313, 451.

E.

Edelmetall, Kriegssteuer 3 311, 439.
Edelstein, Kriegssteuer 3 311, 439.
Ehefrau, Räumungsanspruch 1 68ff.
— Zwangsvollstreckung gegen die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers 1 119, 2 28.
— im Falle des § 9 KTSchG. 1 135.
— Familienunterstützung für die geschiedene E. 1 865.
— s. Witwe.
Ehegatten, Geschäftsaufsicht 1 330.
Ehemann als Kriegsteilnehmer 1 67ff., 2 15, 3 6.
Eheverfahren, Unterbrechung 1 30.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186.
Eigentumsvorbehalt, Warenumsatzst. 3 477.
Einfuhr von Butter 2 277.
— von Futter- und Düngemitteln 2 277.
— von Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Mais, Hülsenfrüchten, Roggen- und Weizenmehl, Roggen-, Weizen- und Gerstenkleie 2 277.
— von Salzheringen 2 277.
— entbehrlicher Gegenstände 2 533, 3 278.
— Warenumsatzst. 3 481.
Einfuhrerleichterungen, vorübergehende 1 543ff., 2 276.
— für Äpfel, Birnen und Quitten 2 276.
— für Bau- und Nutzholz 2 276.
— für Fleisch 1 548.
— für frisches Fett 1 549.
— für Gerbstoffe 2 276.
— für Jutesäcke 1 553.
— für Krabben 2 276.
Einfuhrverbote 1 917, 920, 533.
Eingangszoll für rohen und gereinigten Branntwein in Fässern oder Kesselwagen 1 676.
— für Äthyläther (Schwefeläther) 1 676.
— für Essigäther 1 676.
Eingebrachtes Gut der Frau eines Kriegsteilnehmers, Zwangsvollstreckung 1 119.
Eingedickte Milch 2 288.

Einheitsbrot 1 596.
Einigungsamt 1 414ff., 2 147, 3 127.
— gutachtliche Anhörung vor der Entscheidung nach der HypVO. 3 64, 101.
Einkaufsbuch der Schneider, Schneiderinnen und Wandergewerbetreibenden 3 241, 937.
Einkommensteuer und Sonderrücklage 3 305.
— und Warenumsatzst. 3 485.
— Veranlagung nach dem Ges. v. 30. Dez. 1916, 3 1027.
Einkorn s. Brotgetreide.
Einlieferungsschein 3 527.
Einpfennigstücke s. Prägung.
Einrede, Geltendmachung durch E. i. S. des Gegenmoratoriums 1 308, 2 85.
— **der Vorausklage** bei Unterbrechung des Verfahrens gegen den Hauptschuldner 1 103f., 2 24.
— bei einer dem Hauptschuldner bewilligten Zahlungsfrist 1 224f.
— im Falle der Geschäftsaufsicht über den Hauptschuldner 2 114.
Einsätze 3 239.
Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen 1 381, 2 126ff., 3 122.
— der Arbeitszeit 2 304, 3 572.
— der Kostenerstattung 2 465, 502ff., 3 758.
— des Mündlichkeitsgrundsatzes 2 465, 510ff., 3 761.
— der Rechtsmittel 2 465, 508ff., 3 759ff.
— der Zahlungsverbote 1 903, 2 416.
Einsegnungs- usw. Kleider 3 243.
Einspruch. Ist der E. zum Zwecke der Erlangung einer Zahlungsfrist zulässig? 1 229f.
Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 238ff., 2 67, 3 50, allgemeine Bedeutung 1 239, durch das Vollstreckungsgericht 1 239f., 2 67, Zulässigkeit der E. 1 240ff., 2 68, 3 51, insbesondere Zulässigkeit der E. schon vor Beginn der Zwangsvollstreckung 1 244ff., 3 51, Zulässigkeit einer einstweiligen E. 1 252, 3 51, 63, der Einstellungsbeschluß 1 254ff., 2 69, die Anfechtung dieses Beschlusses 1 256f., 2 69, 3 63.
— Zulässigkeit wiederholter E. nach der HypZFrVO. 2 80, 3 63.
Einstellungsantrag 1 252ff., 2 69.
Einstweilige Verfügung, Unterbrechung des Verfahrens 1 25ff., 2 6, 3 3.
— im Falle des § 1 der Verordnung vom 14. Januar 1915 1 140.
— bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186, 242, 2 57.
— Kosten 1 270, 272.
— e. V. und Gegenmoratorium 1 309, 318, 3 105.
— während der Geschäftsaufsicht 1 314, 2 108, 3 111.
Eintragung in öffentliche Bücher und Register, findet eine solche E. der Geschäftsaufsicht statt? 1 339, 2 105.
Eintrittskarten keine Waren 3 503.
Einwirkung von Höchstpreisen auf laufende Verträge 2 173, 3 173.
— der Familienunterstützung auf den Unterstützungswohnsitz 2 368, 3 639.
Einzelperson, Kriegssteuer 3 310, 433ff.
Eisen s. Ausprägung.
Eisenbahnmaterial, Ausfuhrverbot 1 920.
Eisenbahn-Sammelladungsverkehr der Spediteure 3 533.
Eisenbahnverkehr 1 934, 3 528.
Elbzollgericht, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 189.
Elektrischer Strom, Warenumsatzstempel 3 466, 477, 503.
Elsaß-Lothringen, Wechsel- und Scheckfristen in EL. 1 402, 2 142, 3 125, 1027.
Elterliche Gewalt, Wirkung der e. G. auf die Geschäftsaufsicht 1 343.
— Wirkung der Geschäftsaufsicht auf die e. G. 1 343.
Emer s. Brotgetreide.
Empfangsbekenntnis, Warenumsatzstempel 3 468.
England, Zahlungsverbot gegen E. 1 887ff., 2 411, 3 716ff.
— englische Versicherungsgesellschaften 1 909, 2 417.
— in E. abgestempelte Wertpapiere 1 529, 2 232.
Entbindungskosten, Beitrag zu den E. 1 834, 841, 850, 2 347ff., 3 625.
Enteignung von Brotgetreide und Mehl 1 593.
— von Hafer 1 708.
— von unausgedroschenem Hafer 1 715.
— von Gegenständen des Kriegsbedarfs 2 454.
— von Gegenständen des täglichen Bedarfs 2 182ff.
— Warenlieferung auf Grund einer E. Warenumsatzst. 3 486.
Enteignungsverfahren, vereinfachtes, zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit 1 803ff., 2 302, 3 572.
Entlassung, vorübergehende, eines Kriegsteilnehmers 1 82, 2 18.
Entlastung der Gerichte 2 462ff., 3 755ff.
Entmündigungsverfahren, Unterbrechung 1 30, 2 6.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186.
Entrichtung der Kriegssteuer 3 316, 461.
Entstehung der Forderung vor dem 31. Juli 1914, Zahlungsfrist 1 197ff., 2 60, 64, 3 46ff., 60.
Erbanfall, Kriegssteuer 3 310, 435.
Erben des Mieters, Kündigungsrecht 2 131ff., 136.
Erbenmehrheit und Zahlungsverbot 1 894.
— s. auch Miterben.
Erbieten zu einem Vertrage 2 167.
— zur Höchstpreisüberschreitung 3 163.
— zum Wucher 3 192.
Erdölpech, Verwendung von E. 1 743.
Erfinderrecht eines Kriegsteilnehmers, Vollstreckung 1 112.

„Ergangen", Begr. i. S. des § 31 Entlast.-VO. 2 520.
Ergänzung des Urteils 1 223.
Erhebung der Klage gegen einen Kriegsteilnehmer 1 31ff., 2 8, 3 4.
— der Kriegssteuer 3 458ff.
— der Warenumsatzsteuer 3 469, 490ff., 509, 512.
Erinnerung vor sofortiger Beschwerde 1 253, 2 69.
— Bedarf es ihrer zur Beseitigung der Überpfändung? 2 129, 3 122.
Erkenntnisverfahren, Unterbrechung 1 21f., 2 4.
Erlaß von Vergütungen und Abgaben 2 232.
Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln 3 208ff.
— zum Handel mit Sämereien 3 217.
Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich oder Anerkenntnisurteil, Kosten 1 271ff., 2 71ff., 3 52ff.
Erleichterung der Feststellung des Kriegsteilnehmerverhältnisses 1 99.
Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen 1 393, 2 141, 3 124.
Ermäßigung der Gerichtsgebühren 1 273ff., 2 73, 3 54, 56.
— nicht der Anwaltskosten und der nicht in Gebühren bestehenden Gerichtskosten 1 274, 2 73, 3 54.
— nicht der Stempelabgaben 1 275.
— bezieht sich die E. auf Pauschsätze? 1 274f., 2 73, 3 54.
Ermittlung der Kriegsschäden 2 380ff., 3 640ff.
Ermittlungspflicht des Gerichts im Mietfortsetzungsstreit 2 138.
Ernte, Vorverkauf 1 737, 2 294.
Ernteflächenerhebung 1 937.
Erntehilfe 3 591.
Eröffnung des Geschäftsaufsichtsverfahrens 3 902.
— des Konkurses 1 120ff., 2 29, 3 13.
— der Militär- und Marinetestamente 1 162.
Eröffnungsantrag, Konkurs 1 120, 2 29.
Ersatzbataillon, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 86ff., 2 18, 3 35.
Ersatzkassen, KrankenV. 3 579.
Ersatz-Maschinengewehrkompagnie, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 89.
Ersatzregiment, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 88.
Ersatzstücke, Verpfändung von E., s. Waren.
Ersatzware, Wucherpreis 3 189.
Ersatzzustellung der Klage gegen einen Kriegsteilnehmer 1 37f., 2 8, 37.
Erscheinen vor dem Einigungsamt 1 415, 416f., 422.
Ersteher, Sicherungshypothek gegen ihn, Anwendbarkeit der HypVO. 3 75.
Erster zulässiger Kündigungstermin 2 135.
Erstprodukt 1 676.
Erwerbstätigkeit der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, ihre Förderung 2 334ff.
Erzeuger s. Produzenten.
Essigäther s. Eingangszoll.
Etappenkommandant als Kriegsteilnehmer 1 89.

F.

Fahrkarten keine Waren 3 503.
Fahrlässigkeit. Genügt sie zur Bestrafung nach dem Höchstpreisgesetz? 2 169ff., 3 167ff., nach der BrotVO. 2 281, 284.
Fahrzeug, Abtretung und Pfändung der Forderungen an die Kriegskasse aus der Überlassung von F. 1 382ff.
— Zahlung der Vergütung für die Überlassung von F. 1 385f.
— Ausfuhrverbot 1 920.
Fälligkeit, Hypothekenstundung vor F.? 3 87.
Familien, Unterstützung von F. in den Dienst eingetretener Mannschaften 1 861f., 2 363ff., 3 629ff., 1020.
Familienfideikommiß, Erwerb. von Kriegsanleihen 3 561.
— Kriegssteuer 3 310, 312, 444.
Familiengesellschaft, Kriegssteuer 3 443.
Fassung der Urteilsformel bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 221ff., 3 85.
Feind, die gegen den F. verwendeten Teile der Land- oder Seemacht 1 89ff., 2 19ff., 51, 54, 3 7.
Feindliche Staatsangehörige s. Verträge.
Feindlicher Staat i. S. der Anmeldungs-VO. 2 438.
Feindliches Vermögen, Anmeldung und Sperre 2 424ff., 3 727ff.
Feldpostsendungen, Portobegünstigung 3 556.
Feldpostverkehr 1 934.
Feldproviantamtsinspektor-Stellvertreter als Kriegsteilnehmer 1 88.
Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel 2 192ff., 3 192ff.
Fernsprechgerät, Ausfuhrverbot 1 920.
Fesen s. Brotgetreide.
Festsetzung der Höchstpreise 1 755, 2 162.
— der Kriegsabgabe 3 459.
Feststellung des Kriegsteilnehmerverhältnisses 1 99, 2 23.
— der Unzulässigkeit der Versteigerung 1 114, 2 28.
— von Kriegsschäden 3 640ff., 1020.
Feststellungsbehörden 3 685.
Feststellungsklage bei Beseitigung der Verzugsfolgen 1 280.
— positive, unterfällt sie dem Gegenmoratorium? 1 307.
— negative, unterfällt sie dem Gegenmoratorium? 1 306, 2 85.
Festung, Besatzung 1 91ff., 2 23, 51, 54, 3 8.
Fett 2 291.
— Nichtverabfolgung 2 289.
— Verwendung zur Herstellung von Süßigkeiten und Schokoladen 2 287.
Fettersatzstoffe, Lieferungsvertrag 2 173. Kennzeichnung 3 220.

Fettwaren, Verkauf durch die Gemeinden 1 682.
Feuerversicherung, Gefahrerhöhung 2 309.
Finanzgesetze 1 468ff., 2 199ff., 3 263ff.
Fische, Höchstpreis 2 298.
— Lieferungsvertrag 2 173.
Fischerei 3 208.
Fischindustrie 1 557.
Flachs-Abrechnungsstelle 1 559.
Fleisch, Sicherung der Volksernährung mit F. 1 687, 2 289.
— Begriff 2 289.
— Begr. i. S. der WurstVO. 2 290.
Fleischbrühewürfel, Kennzeichnung 3 220.
Fleischextrakt, Kennzeichnung 3 220.
Fleischkonserven, Herstellungsbeschränkung 2 289.
Fleischlose Tage 2 289.
Fleischwaren, Begriff 2 289.
— Verkauf durch die Gemeinden 1 682.
Flugzeuge 1 930.
Fohlen, Einfuhr 3 742.
Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung, Beseitigung durch den Richter 1 275ff., 2 74, 3 54.
Fordern des Wucherpreises 3 189.
Forderung, nur privatrechtliche, bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 194.
— Übergehen einer F. in eine Geldforderung bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 195ff.
— Entstehung einer F. vor dem 31. Juli 1914 bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 197ff., 2 60, 3 46ff., 60.
— gekündigte F. 1 205.
— Pfändung einer F., Zahlungsfrist 1 243, im Falle des § 5 des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes 1 111.
— Zahlungsfrist für die persönliche F. bei einer Hypothek 3 62, 74, bei einer Grundschuld 3 77.
— Abtretung und Pfändung der F. an die Kriegskasse aus der Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren 1 382ff., 3 122.
— des Höchstpreises 2 167, 3 189.
Forderungen sind nicht Waren 3 466, 477, 503.
Forderungsausgleich gegenüber dem feindlichen Ausland 1 912, 2 417ff., 3 727.
Forstwirtschaft s. Landwirtschaft.
Fortführung des Geschäfts, Verbindlichkeiten, die dazu erforderlich sind 1 360.
— des Kriegsteilnehmers 2 42, 3 21.
Fortführung des Unternehmens durch den politischen Zwangsverwalter 2 408.
Frachtbetrag 3 528.
Frachturkunden 3 528.
Frachturkundenstempel 3 520ff.
Frachtverkehr mit dem Ausland 3 279.
— mit Österreich-Ungarn 3 279.
— mit Luxemburg 3 279.
— mit den besetzten Gebieten 3 279.
— im See- und Binnenschiffahrtsverkehr 3 279.
Frack 3 239.
Frankreich, Zahlungsverbot gegen F. 1 904.
— Verlängerung der Prioritätsfristen 1 937 —; s. auch Gegenseitigkeit.
— Beglaubigungen und Legalisationen 2 53, 3 42.
Französisch-Marokko, Zahlungsverbot 2 416.
Französische Unternehmungen, Zwangsverwaltung 1 880; s. auch Grundstücke.
Freier Beruf, Feststellung von Kriegsschäden 3 695.
Freihändige Veräußerung 2 280.
Freiliste 3 238.
Freiwillige Gerichtsbarkeit, Unterbrechung des Verfahrens 1 21, 2 3.
— und Gegenmoratorium 1 316, 2 89, 3 106.
— in Heer und Marine 1 155, 2 52, 3 39.
Freiwillige Krankenpflege, Familienunterstützung des Unterpersonals 1 862.
Freiwillige Rückstellung 2 239, 251.
Freiwilliger als Kriegsteilnehmer 1 83.
Friedenspreis 3 186.
Frist s. Ausschließfrist, Zahlungsfrist und Verjährungsfrist.
Fristbewilligung s. Zahlungsfrist.
Fristen nach Wechselrecht 1 392, 2 141, 3 125, 1027.
Fuhrlohn, Zuschlag zum Kaufpreis 2 169.
Fünfpfennigstück s. Ausprägung.
Furage 1 928.
Fürsorge für Kriegsinvaliden 2 314ff.
Fusion s. Verschmelzung.
Fußlinge, baumwollene 3 238.
Futterkartoffeln, Höchstpreis 1 774ff., 2298.
Futtermittel, Beschaffung und Verwertung 1 531ff., 2 265ff., 293, 3 565.
— Sicherstellung 1 716.
— zuckerhaltige F. 1 716, 725, 2 293.
— Ausfuhrverbot 1 919.
— Verwahrung 1 718, 727.
— Versicherung 1 718.
— Anzeigepflicht 1 726.
— Übernahmepreis 1 727.
— ausländische 1 728.
— Einfuhr 2 277.
— Handel 3 208.

G.

Gardinen 3 239.
Garneelen s. Salz.
Garnisondienst, Kriegsteilnehmerverhältnis 1 87.
Garnisonort, Gerichtsstand 1 18.
Gartenbau, Erzeugnisse 3 208.
Gartenstadt Staaken-Spandau 1 527.
Gas, Warenumsatzstempel 3 466, 477, 503.
Gebot bei der Zwangsversteigerung 1 130ff. S. im übrigen Mindestgebot.
Gebrauchsmuster s. Patent.
Gebühr s. Anwaltsgebühr, Ermäßigung und Gerichtsgebühr.
Gebühren in Patentsachen, Stundung und Erlaß 1 463.
Gebührenordnung s. Rechtsanw., Änderung 3 777.

Gebührenordnung s. Gerichtsvollz., Änderung 3 777.
Gedenkstücke, eiserne s. Reichsbank.
Gefangene, Beschäftigung mit Außenarbeit 1 800.
Geflügelzucht, Erzeugnisse 3 208.
Gegenmoratorium 1 299, 2 82ff., 3 103ff.
Gegenseitige Verträge s. Vertrag.
Gegenseitigkeit im Verhältnis zu Österreich-Ungarn 1 167ff., 2 54.
— auf dem Gebiete des Patentrechts mit Dänemark, Italien, Norwegen, der Schweiz, Spanien, den Vereinigten Staaten, Belgien, Österreich-Ungarn, Portugal, Frankreich, Schweden, Brasilien, Griechenland 1 464, mit Luxemburg 2 196.
Gegenstand des Rechtsstreits bei Beseitigung von Verzugsfolgen 1 279f., 293f., 2 75, 3 55.
— der Glaubhaftmachung bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 212.
Gegenstand des unbeweglichen Vermögens, Versagung des Zuschlags 1 386f., 2 139.
Gegenstände des Kriegsbedarfs 2 192, 3 177.
— **des täglichen Bedarfs** 2 182ff., 192, 3 176; s. auch Enteignung, Zurückhaltung, Fernhaltung.
Gegner des Kriegsteilnehmers, Kostenerstattung 1 153.
Gehaltsanspruch, Einschränkung der Pfändbarkeit 1 381, 2 126, 3 122.
Geheimer Justizrat, Unterbrechung des Verfahrens? 2 7.
Geheimhaltungspflicht, Verhältnis zur Anmeldepflicht 2 441.
Gehilfen, Anstellung von G. nach Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 165 s. Gewerbegehilfe.
Geisel, Anwendung des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes 1 92,, 2 23, 54.
— Österreichisch-Ungarische G. 1 170.
eldforderung, Zwangsvollstreckung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 109, 2 26.
— vor dem 31. Juli 1914 entstandene G., Zahlungsfrist 1 193ff., 2 60, 3 46ff.
— bei Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 240f., 2 68.
— nicht rechtzeitige Zahlung einer G. 1 275ff., 2 74ff., 3 54.
Geldgeber s. Wechsel.
Geldsorten 3 272.
— sind nicht Waren 3 466, 503.
Geldwechselgeschäfte, Warenumsatzst. 3 477.
Geldwechslergeschäft 2 234.
Geltendmachung von Ansprüchen während der Kriegszeit 1 171ff., 2 56ff., 3 43ff.
— Begriff i. S. des Gegenmoratoriums 1 306, 2 85ff., 3 105.
Geltungsgebiet der Verordnung über die Versagung des Zuschlags 1 388.
Gemeinde, Gewährung von Kredit 1 520ff.
— Übernahme der Brotverkehrsregelung 1 584.
— Errichtung v. Preisprüfungsstellen 3 194.
Gemeinde, Versorgungsregelung 3 196ff.
— Warenumsatzst. 3 466, 486, 508.
Gemeindebehörde, Einigungsamt 1 414, 416.
Gemeindegericht, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 189.
Gemeindeverband, Warenumsatzst. 3 466, 487, 508.
Gemeindevorstand, Mitwirkung bei der Errichtung von Einigungsämtern 1 416, 418.
— Festsetzung von Höchstpreisen 2 163.
Gemeinnützige Anstalt als Einigungsamt 1 416.
Gemeinschaftliche Miete 2 131.
Gemeinschuldner, Konkurseröffnung, wenn der G. Kriegsteilnehmer ist 1 120ff., 2 29, 3 11.
Gemüse, Höchstpreis 2 298, 536.
— Lieferungsvertrag 2 173.
Gemüsebau 2 287.
Gendarm als Kriegsteilnehmer 1 87.
Generalbevollmächtigter bei Aussetzung des Verfahrens 1 105.
Genossenschaften, Revision der eingetragenen 1 453. S. auch Bodenverbesserung, Vertretung, Ausscheiden, Konkursverfahren.
— Geschäftsaufsicht 2 98ff., 116.
— Kriegsgewinnsteuer 3 313.
Genußmittel, Herstellung 2 289.
— Preise 3 176.
— Kettenhandel 3 217.
— irreführende Bezeichnung 3 223.
Gerbstoffe, Einfuhrerleichterung 2 276.
Gerichte, ordentliche, Unterbrechung des Verfahrens 1 30ff., 2 6ff., 3 4ff.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 188, 2 59, 3 45.
— Beseitigung von Verzugsfolgen 1 278, 2 75, 3 54.
— Entlastung 2 462ff., 3 754ff.
Gerichtsgebühr, Ermäßigung 1 273ff., 2 73, 3 54, 64.
— für den Beschluß im Mietfortsetzungsstreit 2 131.
Gerichtskosten s. Gerichtsgebühren — keine Kriegseinstellung der Einziehung 2 26.
Gerichtskostengesetz, Änderung 3 777.
Gerichtsschreiber, Kostenberechnung bei der Zwangsverwaltung 1 433.
— Anweisung zur Entlastungs VO. 2 466ff.
— Wahrnehmung der Geschäfte durch Frauen 3 1026.
Gerichtsstand des Garnisonortes 1 18. S. im übrigen Gericht.
Geringfügige Sachen, Verfahren 2 465, 500ff., 3 758.
Gerste, Regelung des Verkehrs mit G. 1 695, 2 291.
— Beschlagnahme 1 695.
— Anzeigepflicht bei G. 1 696, 700.
— ausländische G. 1 703.
— Erhaltung der Vorräte 1 695.
— Entfernung aus dem Bezirk des Kommunalverbandes 1 696, 699.
— Übernahmepreis für überlassene Vorräte 1 698.

Gerste, Verbrauchsregelung 1 698.
— Höchstpreis 1 765, 2 297.
— beschleunigte Ablieferung 2 459.
— Verschroten 2 292.
Gerstenkleie, Einfuhr 2 277.
Gerstenmalz, Zollerlaß 1 552, 2 291.
Gerstenvorräte, Sicherstellung 1 683, 2 291.
Gesamteigentümer bei der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 427.
Gesamtgläubiger, Verjährung 1 132.
Gesamtgläubigerschaft und Gegenmoratorium 1 304, 2 84.
Gesamtschuldner, Verjährung 1 132.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 223, 3 81.
— Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 254.
Geschäft, Einschränkung oder Aufgabe auf Anordnung der Aufsichtsperson im Geschäftsaufsichtsverfahren 2 116.
— des Kriegsteilnehmers, Fortführung 2 42, 3 21.
Geschäftsanteil bei einer G. m. b. H., Vollstreckung 1 112.
Geschäftsanweisung der Darlehnskassen 1 512ff.
Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens 1 326ff., 2 97ff., 3 103ff., 900ff.
— Verhältnis zu einer Zahlungsfrist 1 208.
— Verhältnis zur Beseitigung von Verzugsfolgen 1 285.
Geschäftsführer, Kriegssteuer 3 444.
Geschäftsführung, Übertragung der G. auf einen anderen im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 353, 2 117.
— Übernahme durch die Aufsichtsperson 1 355, 2 118.
Geschäftsgewinn 2 239, 252, 255, 3 297, 313, 446.
Geschirr, Abtretung und Pfändung der Forderungen an die Kriegskasse 1 382ff., 3 122.
— Zahlung der Vergütung für die Überlassung an die Militärbehörde 1 385ff.
Geschmacksmuster 2 447.
Gesellenausschuß der Handwerkskammer, Amtsdauer ihrer Mitglieder und Ersatzmänner 2 533.
Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, Unterbrechung des Verfahrens 1 46ff., 2 12, 3 21.
— Konkurseröffnung 1 121f., 2 29.
— Warenumsatzsteuer 3 483.
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Unterbrechung des Verfahrens 1 40ff., 2 10ff. S. im übrigen Reichsstempelabgabe.
— Kriegssteuer 2 238ff., 3 313, 442.
— Ladung zur Gesellschaftsversammlung 1 447. S. auch Vertretung, Ausscheiden, Konkursverfahren.
Gesellschaften, Geschäftsaufsicht 1 330, 2 98.
— Kriegssteuerpflicht 3 312, 446ff.
Gesellschafter s. Gesellschaft, Kommanditgesellschaft und offene Handelsgesellschaft.
Gesinde, Lieferung von Brotgetreide an G. 1 591.
Gestehungskosten 3 181ff.
Getragene Kleidungs-Wäschestücke und Schuhwaren 3 944ff.
Getreide, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 490.
— Verträge auf Lieferung von G., Einwirkung der Beschlagnahme 1 589. S. auch Vorratserhebung.
Getreidebrennerei 2 285.
Getreidevorräte, statistische Aufnahme der G. 1 561, 2 277.
Gewerbeaufsichtsbeamte, Jahresberichte 1 811, 2 303.
Gewerbebetrieb i. S. des Warenumsatzstempel G. 3 467, 482.
Gewerbegehilfe, Höchstpreisüberschreitung 2 165, 3 161.
Gewerbegericht, Unterbrechung des Verfahrens 1 31, 3 9.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 188, 3 50.
— Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 240, 3 51.
— Kostenermäßigung 1 270.
— Beseitigung von Verzugsfolgen 1 278, 2 74.
Gewerbetreibender, selbständiger, Höchstpreisüberschreitung 2 165, 3 161.
Gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger 1 941, 2 445, 3 730.
— Reichskommissar für gewerbliche Schutzrechte 1 943.
Gewerblicher Betrieb, Feststellung von Kriegsschaden 3 695.
Gewerblicher Mittelstand, Kredithilfe 1 526.
Gewerblicher Rechtsschutz, Ansprüche aus dem Gebiete des g. R. und das Gegenmoratorium 1 305.
Gewerbliches Eigentum 1 461ff., 2 196ff., 3 258; s. auch Gebühren, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, ausländische Patente.
Gewinnvortrag 2 253.
Glaubhaftmachung des Kriegsteilnehmerverhältnisses 1 110ff.
— im Falle der Zahlungsfrist 1 212ff., 3 48, 58, 62.
Gläubiger, Unzulässigkeit der Konkurseröffnung auf Antrag eines G. 1 112, 2 29, 3 49.
— im Falle der Zahlungsfrist 1 212f., 2 65, Anhörung des G. 1 214, 2 65.
— Amtsgerichtliches Verfahren 1 232ff.
— Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 252ff.
— Beseitigung von Verzugsfolgen, Versäumnisurteil gegen den G. 1 291f.
— Maßnahmen zugunsten des G. 1 382ff., 2 139ff., 3 122ff.
— Bestellung zum Zwangsverwalter 1 432f.
— Kein Recht zum Antrag auf Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 333, 2 102.

Gläubigerausschuß, Mitglieder als Kriegsteilnehmer 1 123.
Gläubigerbeirat 3 903.
Gläubigerschutz 1 382ff., 2 139ff.
Glukose, Herstellung aus Kartoffeln 1 658.
Gnadenerweise aus Anlaß des Kriegs 3 781ff.
Gobelin 3 239.
Gold, Aus- und Durchfuhrverbot 2 201.
— Lieferung, Warenumsatzstempel 3 466.
Goldankaufsstelle, Warenumsatzst. 3 487.
Goldbestand der Reichsbank 1 368f.
Goldklausel, Unverbindlichkeit 1 368ff.
Goldmünzen s. Agiohandel.
Goldwaren, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskasse 1 498.
— Ausfuhrverbot 2 268.
Graupen 1 583.
Grenzgebiete, Sondervorschriften für Fristen 1 402, 2 142, 3 125.
Griechenland s. Gegenseitigkeit.
Grieß 1 583.
Großeisenindustrie, Betrieb der Anlage 1 809, 2 302, 3 572.
Grundbuch, keine Eintragung der Fristbewilligung 3 63, desgl. der Geschäftsaufsicht 1 339, 2 105, desgl. der politischen Zwangsverwaltung 1 884, 2 406, 3 706.
— Wiederherstellung 2 526ff.
Grundbuchblatt, Wiederherstellung 2 526ff.
Grundkredit 1 518f., 2 202ff., 3 271.
Grundpreise 2 265ff., 3 565.
Grundschuld s. Hypothek.
Grundstücke, Verfügungen über G. und Geschäftsaufsicht 1 359.
— Zwangsversteigerung, Versagung des Zuschlags 1 386ff., 2 139.
— Zwangsverwaltung 1 423ff., 2 148.
— Zwangsverwaltung von G. französischer Unternehmungen 1 880.
— sind nicht Waren 3 466, 477, 503.
Grundstückseigentümer als persönliche Schuldner der Hypothek 3 76.
Grundstückslasten, dinglicher Rang 1 434f.
Grundstücksverwaltungskasse in Hamburg 1 521.
Grundstückswert s. Wert.
Grüner Roggen und Weizen, Verfüttern 1 624.
Gummimäntel 3 239.
Gummiunterlagen 3 239.
Gürtel aus Gummiband 3 238.
Gutachten des Einigungsamts 1 415, 417f., 423.
Gütergemeinschaft s. Güterstand.
— **fortgesetzte**, keine Geschäftsaufsicht über das Gesamtgut 1 342.
Güterstand, Wechselwirkung von Geschäftsaufsicht und G. 1 341.
Gütertrennung s. Gütergemeinschaft.
Güteverfahren 2 500, 3 758.
Guthaben 3 272.
— im Ausland 2 233.
— in Belgien 2 234.
Gutsbezirk, Errichtung von Preisprüfungsstellen 3 194.

H.

Häcksel 2 283.
— Höchstpreis 2 293.
Hafer s. Verfüttern.
— Beschlagnahme 1 705.
— Enteignung 1 708.
— Verbrauchsregelung 1 709, 2 292.
— ausländischer 1 711.
— Erhaltung der Vorräte 1 706, 709.
— Entfernung aus dem Kommunalverband 1 706.
— Übernahmepreis bei Enteignung v. H. 1 708.
— Höchstpreis 1 768, 2 297.
— beschleunigte Ablieferung 2 459.
— Einfuhr 2 277.
Haferbedarf der Heeresverwaltung 1 927.
Haferpreis, Erhöhung 1 770.
Haftbefehl s. Verhaftung.
Haftung des Vorsitzenden bei Bestellung eines Vertreters 1 145.
— der Mitglieder des Vorstandes usw. nach dem RücklagenG. 2 240ff., 257, 3 306.
Halberzeugnisse 2 289.
Halbzeug, Zollfreiheit 1 939.
Handel, Berücksichtigung des im Kommunalverband ansässigen H. bei Beschaffung der Brotgetreidemengen 1 578.
— mit in England abgestempelten Wertpapieren 1 529, 2 232.
— mit ausländischen Zahlungsmitteln 2 232ff., 3 271ff.
— s. Fernhaltung.
Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche 1 437.
Handelsgeschäfte 1 456, 2 161, 3 154.
Handelsgesellschaften s. Kommanditgesellschaft und offene Handelsgesellschaft.
— Vertretung und Ausscheiden s. Konkursverfahren.
Handelspolitik 1 437.
Handelsregistereintragungen, Veröffentlichung 1 445.
Handelssachen 1 437, 2 159, 3 151.
Handelsstand 1 439, 2 160, 3 154.
Handelsverträge, Wirkung des Außerkrafttretens 1 437.
Handgeld 3 625.
Händler, Höchstpreise 2 163, 164.
Handlungsbevollmächtigter, Aussetzung des Verfahrens 1 105.
Handschuhe 2 338.
Handwerkskammer, Amtsdauer ihrer Mitglieder? Ersatzmänner 2 533.
Handzeichen, Beglaubigung in den besetzten Gebieten 2 53.
Härteparagraph des KStG. 3 317, 461.
Harz-Abrechnungsstelle 1 558.
Hauben 3 238.
Hauptbeschluß bei Beseitigung einer Verzugsfolge in der Vollstreckungsinstanz 1 295, 2 77.
Hauptforderung und Nebenforderung, Zahlungsfrist 1 205, 3 47.
Hauptintervention, Unterbrechung des Verfahrens 1 120.

Hauptmarktorte, Bestimmung 1 760.
Hauptsache, Anwaltsgebühren 1 261ff.
Hauptschuldner s. Bürge.
Hausbäckerei 2 284.
Hausbesitzer, Kredithilfe 1 418ff., 2 202ff.
Häuseranstrich, Verwendung von Öl und Fett 2 294.
Haushalt, Verbrauch, Warenumsatzst. 3 477, 503.
Hausratsschäden, Feststellung 3 694.
Hebammendienste 1 834, 842, 850, 2 348ff., 3 625.
Heeresversorgung 1 919ff., 2 449, 3 732.
Heeresverwaltung, Maßnahmen 1 802, 2 449, 3 732.
Hefebrennereien 1 644.
Heideländerei, Bodenverbesserung 1 535ff., 2 274ff.
Heilmittel, Herstellung 2 289.
Heimat, Rückkehr in die H. 2 307, 3 577.
Heranziehung zum vaterl. Hilfsdienst 3 812.
Heringe s. Salzheringe.
Herrenoberkleidung, fertige 3 240.
Heu, Höchstpreis 2 298.
— Bedarf der Heeresverwaltung 2 536, 3 737ff.
— Bestandsaufnahme 2 534.
Hilfsdienst, vaterländischer 3 811ff.
Hilfsdienstpflichtige 3 811.
Hilfsstellen von Darlehnskassen, Übersicht über die bestehenden H. 1 493.
Hilfsstoffe 1 732, 2 277.
Hinterbliebene eines Kriegsteilnehmers, Kündigungsfrist 1 420, 2 131ff.
Hinterbliebenenversicherung 1 827, 2 308, 3 585.
Hinterlegung bei der Reichsbank 1 888, 2 414, 3 722.
Hirse, Höchstpreis 2 298.
— Lieferungsvertrag 2 173.
Höchstbetragshypothek, Anwendung der HypVO. 3 74.
Höchstpreise 1 531ff., 746ff., 2 161ff., 265ff., 3 155ff., 565.
— Begriff 1 753, 2 161, 3 156f.
— Bedeutung für das Schuldrecht 1 753, 2 161, 3 157.
— Einwirkung auf laufende Verträge 1 753, 2 161, 3 157, 173, auf neue Verträge 1 753, 2 161, 3 158.
— Bedeutung für die Zwangsvollstreckung 1 753.
— behördliche Eigentumsübertragung nach dem Höchstpreisgesetz 1 754.
— Festsetzung der Höchstpreise 1 755, 2 162, 3 158, durch die Militärbehörde 1 756, 2 162, 3 158.
— Voraussetzung der Wirksamkeit 2 163ff., 3 158ff.
— zeitliche Begrenzung 3 159.
— Strafbestimmungen 2 164ff., 3 160ff.
— Überschreitung 2 164, 3 161ff.
— und Wucherpreis 3 188.
Höchstpreise für Aluminium 1 782, 2 298.
— für Ammoniak 1 782, 2 298.
— für Antimon 1 782.
Höchstpreise für Bronze 1 782.
— für Buchweizen 2 298.
— für Butter 2 298.
— für Düngemittel 2 275.
— für Fische 2 298.
— für Futterkartoffeln 1 778, 2 298.
— für Gemüse 2 298.
— für Gerste 1 765, 2 297.
— für Hafer 1 768, 2 297.
— für Heu 2 298.
— für Hirse 2 298.
— für Käse 2 298.
— für Kleie 1 771, 2 297.
— für Kupfer 1 782, 2 298.
— für Kupfervitriol 1 786.
— für Milch 2 290.
— für Messing 1 782, 2 298.
— für Nickel 1 782, 2 298.
— für Obst 2 298.
— für Obstmus 2 298.
— für Petroleum 1 787, 2 298.
— für Roggen 1 765, 2 297.
— für Rotguß 1 782.
— für Schlachtschweine 2 298.
— für Speisekartoffeln 1 774, 2 298.
— für Weizen 1 765, 2 297.
— für Wild 2 298.
— für Wolle 1 786.
— für Wollwaren 1 786.
— für Zinn 1 782.
Hofverwaltung, Personal, Kriegsteilnehmerverhältnis 2 23.
Höhe s. Anwaltsgebühren und Gerichtsgebühren.
— des Anspruchs, Bedeutung für die Frage nach der offenbaren Unbilligkeit 2 47.
Höhere Gewalt 2 142, 3 125.
Holzvertrieb-Aktiengesellschaft 1 559.
Hosenträger 3 238.
Hotel, Warenumsatzst. 3 478.
Hülsenfrüchte, Einfuhr 2 277.
— Handelsmonopol 2 287.
— Verkehrsregelung 2 287.
Hüte 3 238.
Hypothek, Bewilligung von Zahlungsfristen 1 296ff., 2 77, 3 62ff.
— Anspruch aus einer H. 3 73ff.
— Anspruch auf Löschung einer H. als Gegenstand eines Zahlungsfristverfahrens 1 197.
— Beleihung von H. 1 519ff., keine Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
Hypothekenbank, Anstalts-Zwangsverwaltung 1 431.
— Beleihung von Hypotheken 1 521.
Hypothekeneinigungsamt 1 414ff., 422.
Hypothekengläubiger, Einfluß der Brotgetreide VO. auf ihre Rechte 2 280.
Hypothekenpfandbrief, Stempelbefreiung 1 518ff.

J.

Jagd 3 208.
Immobile Kriegsteilnehmer, Mietkündigungsrecht der Erben 2 133.
Immobile Truppenteile 2 57, 3 32.

Immobiliarkreditkommission 2 202ff.
Importgeschäft, Warenumsatzst. 3 481.
Inhaberschuldverschreibung, Stempelbefreiung 1 524.
Inhalt des Antrags auf Bestellung eines Vertreters 1 141f.
— des Urteils bei Zahlungsfristen 1 218ff., bei Beseitigung von Verzugsfolgen 1 288f., der Berufungsentscheidung bei Zahlungsfristen 1 227f.
— des Einstellungsbeschlusses des Vollstreckungsgerichts 1 254f., 2 69, des Beschwerdegerichts 1 257.
Inland, Begr. i. S. der AnmeldungsVO. 2 439.
Inländische Niederlassung, Sonderstellung im Gebiete der Zahlungsverbote 1 902, im Gebiet des Gegenmoratoriums 1 322, 2 96, 3 107.
Interventionsklage und Gegenmoratorium 1 313, 2 86. S. auch Widerspruchsklage.
— Aussetzung 2 47, 3 26.
Invalidenversicherung 1 827, 2 308, 3 585.
Irrtum. Entschuldigt er die Höchstpreisüberschreitung? 2 171ff., 3 168ff., die Überschreitung der BrotVO.? 2 281.
Italien, Zahlungsverbot 3 726.
— Zwangsverwaltung 3 710.
— Anmeldung und Sperre von Vermögen 3 729.
— Verbürgung patentrechtlicher Gegenseitigkeit 1 464.
Juristische Personen, Unterbrechung des Verfahrens 1 40ff., 2 10ff., 3 4.
— Aussetzung des Verfahrens 3 36.
— Antrag auf Fristbewilligung 3 81.
— Untersagung des Handelsbetriebes 3 193.
— Anstalts-Zwangsverwaltung 1 431, 2 153.
— Geschäftsaufsicht 1 330, 2 98, 116.
Justizbeamte, Todeserklärung 3 149.
Jute-Abrechnungsstelle 1 559.

K.

K-Brot 1 626.
KK-Brot 1 626.
Kaffee 2 289.
Kaffeeersatzmittel, Kennzeichnung 3 220.
Kaffeemischungen, Kennzeichnung 3 220.
Kakao 2 289.
Kakaobutter 2 288.
Kakaoersatzmittel, Kennzeichnung 3 220.
Kakaofett 2 287.
Kakaopulver. Kennzeichnung 3 220.
Kakaoschalen 2 288.
Kälber, Schlachten von K. 1 681.
Kalbinnen, Schlachtverbot 2 288.
Kali, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
KammwollAG. 1 558.
Kanalisationskosten, Rang bei der Zwangsversteigerung 1 435.
Kapitalabfindung 3 609.
Kapitalauszahlung aus einer Versicherung, Kriegssteuer 3 310, 435.
Kapitalbeteiligung, Änderung hinsichtlich der K., Bedeutung für die Zulässigkeit der Zwangsverwaltung 1 882.
Kapitalschulden, Bewilligung der Zahlungsfrist 3 83.
— Ablehnung der Zahlungsfrist 3 62.
— mehrfache Fristbewilligung 3 63.
Kapitalversicherung, Kriegssteuer 3 955.
Kapitulant als Kriegsteilnehmer 1 83.
Kartoffeln s. Vorratserhebung.
— Abgabe von K. 2 534.
— Bereitstellung der K. und K.-Erzeugnisse für die Volksernährung 1 636, 2 285.
— Regelung des Verkehrs mit K. 1 659, 2 285.
— Verarbeitung in den Brennereien 1 651, 2 285.
— Lohnverarbeitung in kleineren Brennereien 1 652, 2 285.
— Lieferungsvertrag 2 173.
Kartoffelflocken 1 657.
— Höchstpreis 1 779.
Kartoffelgehalt des Roggenbrots 1 626.
Kartoffelmehl, Verbot der Verwendung von K. zur Herstellung von Seife 1 633.
Kartoffelpülpe, Trocknung 2 293.
Kartoffelschnitzel 1 657.
— Höchstpreis 1 779.
Kartoffelstärke 1 658.
— Höchstpreis 1 779.
Kartoffelstärkefabrikation, Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der K. 1 657, 2 286, 534.
—, Verbot des Vorverkaufs 1 738.
Kartoffeltrocknerei, Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der K. 1 657, 2 286, 534.
— Verbot des Vorverkaufs 1 738.
Kartoffelwalzmehl 1 657.
— Höchstpreis 1 779.
Käse, Höchstpreis 2 298.
—, Lieferungsvertrag 2 178.
—, Kennzeichnung 3 220.
Kassatorische Klausel, bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 220ff.
— bei Beseitigung von Verzugsfolgen 1 287.
Käufer, Höchstpreisüberschreitung 2 164, 3 161.
— Wucher 3 189.
Kauffahrteischiffe, Veräußerung 2 460, 3 750.
— Beförderung von Gütern 3 752.
Kaufmännische Betriebe, Feststellung der Kriegsschäden 3 695.
Kaufmannsgericht, Unterbrechung des Verfahrens 1 31, 3 9.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 188, 3 50.
—, Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 240, 3 51.
— Kostenermäßigung 1 270.
— Beseitigung der Verzugsfolgen 1 278, 291.
Kautschuk-Abrechnungsstelle 1 559.
Kefs 2 282, 284.
— Kennzeichnung 3 220.

Kennzeichnung von Waren 3 218ff.
Kettenhandel 3 208ff., 215ff.
Kiebitzeier, Gegenstand des Wochenmarktverkehrs 2 295.
Kinder, Zwangsvollstreckung gegen K. von Kriegsteilnehmern 1 119, 2 28.
— Milchgenuß 2 290.
Kindermehl 1 583.
Kindesvermögen, Zwangsvollstreckung 1 119, 2 28.
Klage gegen einen Kriegsteilnehmer, Erhebung 1 31ff., 2 8, 3 4.
— Zustellung 1 37ff., 2 8, 3 37.
— gegen Immobile 3 34.
— Einwirkung der Unterbrechung des Widerklageverfahrens auf das Verfahren zur K. 1 317, 2 91.
— Einwirkung der Unterbrechung des Klageverfahrens auf das Verfahren zur Widerklage 2 93.
— Zulässigkeit neuer Klage nach Anordnung der Geschäftsaufsicht? 1 344, 2 109, 3 112.
Klageabweisung als Folge des Gegenmoratoriums 1 316, 2 91.
Kläger. Ist § 2 KTSchG. auch auf den Kriegsteilnehmer als K. anzuwenden? 1 39f.
— bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 189, 2 59.
— Glaubhaftmachung des Nachteils für den K. bei der Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 212ff.
— Kostenschuldner bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 259.
Klausel s. kassatorische Klausel.
Kleiderstoffe 3 239.
Kleidungsstücke, getragene 3 914.
Kleie, Begriff 1 595.
— Rückgabe an den Kommunalverband oder Selbstversorger 1 582.
— Abgabe durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte 1 582.
— — an die Kommunalverbände 1 582.
— — durch die Kommunalverbände 1 583.
— Höchstpreis 1 771ff., 2 297.
— Vermischen mit anderen Gegenständen 1 773.
Kleinhandel, Begriff 1 753, 2 161.
— s. auch Aushang.
— Höchstpreise 2 163.
— mit Lebens- und Futtermitteln 3 208.
— mit Web-, Wirk- und Strickwaren 3 235.
Kohlenbau, Zwangssyndikat 1 945, 2 296.
Kolonialwaren 2 289.
Kommanditgesellschaft, Unterbrechung des Verfahrens bei Kriegsteilnahme sämtlicher Gesellschafter 1 46ff., 2 12, bei Kriegsteilnahme einiger Gesellschafter 1 48ff., 2 13, bei Auflösung der Gesellschaft 1 61f.
Kommanditgesellschaft a. A., Kriegsgewinnsteuer 2 238ff., 3 312.
Kommissionär, Höchstpreisüberschreitung 2 105.
— Tätigkeit im Devisenhandel 2 233.
Kommunalverband, Einigungsamt 1 414ff.
— Entziehung von Ländereien 1 540ff., 2 274.
— Selbstwirtschaft 1 579ff., 2 279.
— Versorgungsregelung 3 197ff.
— Errichtung von Preisprüfungsstellen 3 194.
Konditorei s. Backware.
Konfektionsnotarbeit s. Ausschuß.
Kongreßstoffe 3 238.
Konkurs, Eröffnung des K. über das Vermögen eines Kriegsteilnehmers 1 120ff., 2 29ff., 3 13ff., eines österreich-ungarischen Kriegsteilnehmers 1 170, 2 55.
— Aussetzung des K. 1 123ff., 170, 2 30.
Konkurseröffnung 1 120ff., 2 29, 3 13.
— Unzulässigkeit nach Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 339, 2 106, 3 110.
Konkursverfahren, Einfluß des Gegenmoratoriums auf das K. 1 314, 319, 2 87.
— Einfluß des Zahlungsverbots auf das K. 1 897.
— Verpflichtung zum Antrag auf Eröffnung des K. über Handelsgesellschaften, Gesellschaften m. b. H. und Genossenschaften 1 441. S. im übrigen Konkurs, Geschäftsaufsicht.
Konkursverwalter, Kriegsteilnehmer 165f., 123.
— Zwangsvollstreckung gegen den Gemeinschuldner 1 110, 2 27.
— Prozeß gegen den Gemeinschuldner, mehrere K. 1 135.
— Zahlungsfrist 1 193.
Konserven, Kennzeichnung 3 219ff.
Konsulargericht, Unterbrechung des Verfahrens 1 31.
Konsulargerichtsbarkeit, Gegenmoratorium 3 106.
Kontingent für Gerste 1 699, 2 292.
— für Malz 2 292.
Kontrollstelle für freigegebenes Leder 2 276.
Konventionen s. Lieferungsbedingungen.
Korbeln 3 238.
Körnerfrucht 1 731.
Korsette 3 239, 240.
Kosten, Begriff der besonderen K. bei Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 151f., 2 49, 3 29, Entscheidung 1 152f., 2 50, 3 31, Erstattung der K. durch den Kriegsteilnehmer 1 153, 2 50, 3 31.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist für die K. des Rechtsstreits 1 259f., bei Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden 1 297. S. auch die folgenden Worte, sowie Anwaltsgebühren und Gerichtsgebühren, Gebühren O.
Kostenentscheidung bei Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 152f., 2 49.
— bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 258ff., 268, 2 70ff., 3 52ff., 58, 64, 102.
— bei Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 268f., 2 70ff., 3 52ff., 64, 102.

Kostenentscheidung, Einwirkung der Geschäftsaufsicht auf die K. 1 344, 2 110, 3 113.
Kostenentscheidungen ausländischer Gerichte 2 533.
Kostenerstattung, Einschränkung 2 465, 502ff., 3 758.
Kostenerstattungsanspruch, Geltendmachung des K. und Gegenmoratorium 1 308, 2 85.
Kostenfestsetzung bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 260f.
Kostenfestsetzungsverfahren, Unterbrechung 1 30.
Kostenschuldner bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 285f., 2 268.
— bei Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 269.
Krabben 1 558, 2 276.
Kraftfahrzeuge, Zulassung von K. zum Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen 1 740.
— Ausfuhrverbot 1 919.
— s. im übrigen Fahrzeug.
Kraftfuttermittel 1 731, 2 293.
— Anzeigepflicht 1 733.
— Überlassungspflicht 1 733.
— Übernahmepreis 1 734.
— ausländische 1 735.
Kraftmehl 1 583.
Kraftwagenführer als Kriegsteilnehmer 1 81.
Kragen 3 239.
Kranke, Milchgenuß 2 290.
Kranke Soldaten mit Heimatsurlaub, Kriegsteilnehmerverhältnis 2 17.
Krankenanstalten, Versorgung mit Verbandstoffen 3 238.
Krankenkassen, Sicherung der Leistungsfähigkeit der K. 1 819ff., 2 307, 3 577.
— Erstattungsanspruch gegen das Reich 1 852.
Krankenpflege, Berufstrachten und Berufsabzeichen 2 369.
— vaterl. Hilfsdienst 3 811.
Krankenpfleger als Kriegsteilnehmer 1 81, 2 17, 133.
Krankenpflegerin als Kriegsteilnehmer 1 81, 2 18, 133.
Krankenversicherung, Erhaltung von Anwartschaften aus der K. 1 814, 2 306, 3 576, 581.
— Wiedereintritt in die K. 1 817, 3 576, 577.
— hausgewerbliche K. 1 823, 2 307, 3 578.
— bei Ersatzkassen 3 579.
— von Ausländern 3 582.
— von Arbeitern im Ausland 3 1018.
Kreditbeschaffung 1 518ff., 2 202, 3 271.
Kreditbrief, Stempelbefreiung 1 524.
Kredithilfe 1 519ff., 2 202ff.
Kreditorganisation 1 519ff.
Krieg, Zusammenhang zwischen K. und Zahlungsschwierigkeit bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 209ff., 2 62, 3 47, bei Beseitigung von Verzugsfolgen 1 283. S. auch die folgenden Worte.
Kriegerfrau, Wochenhilfe 1 816, 2 346, 3 623.
Kriegsabgabe, außerordentliche 3 310, 313.
Kriegsamt 3 811.
Kriegsanleihe, Entrichtung der Kriegssteuer 3 316, 461.
—, Erwerb für Stiftungen usw. 3 561.
Kriegsausschuß nach dem Hilfsdienstgesetz 3 897.
Kriegs-Ausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette 1 558, 2 294.
Kriegsbedarf, Sicherstellung 1 923, 2 450, 3 733.
— Beschlagnahme von Gegenständen des K. 1 923, 2 457, 3 733.
— Verwahrung von Gegenständen des K. 1 924, 2 458.
— s. Gegenstände.
Kriegsbedarfsartikel, Ausfuhrverbot 1 920.
Kriegsbekleidungsamt, Mitglieder als Kriegsteilnehmer 1 92, 2 18.
Kriegsberichterstatter als Kriegsteilnehmer 1 82, 2 133.
Kriegsbesoldung, Kennzeichen der Mobilmachung 1 84, 85, 2 20.
Kriegsbeute s. Zentralstelle.
KriegschemikalienAG. 1 559.
Kriegs-Einkaufs- und Verkaufs-Gesellschaft 1 559.
Kriegsereignis, besonderes 3 129, 141.
Kriegsernährungsamt, Übernahme der Geschäfte der Reichsprüfungsstelle 3 198.
Kriegsgefangene, Anwendung des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes 1 92, 2 23, 54.
— Österreichisch-Ungarische 1 170.
— Gefahrerhöhung durch Beschäftigung von K. 2 309.
Kriegsgefangenenlager, Bewachung von K. als Kriegsteilnehmerverhältnis 1 88, 89, 2 19ff., 133.
Kriegsgeschäftsjahr 2 239, 251, 3 297, 313.
Kriegsgesellschaften 1 558, 2 276.
Kriegs-Getreide-G. m. b. H. 1 586.
Kriegsgewinn, Besteuerung 2 238.
Kriegshilfsausschuß 2 380.
— eidliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen 2 388.
Kriegshilfskommission für Ostpreußen 2 378ff.
Kriegsindustrie, vaterl. Hilfsdienst 3 811.
Kriegsinvaliden, Fürsorge 2 314ff., 3 601.
Kriegsjahr, Anrechnung 2 531, 532, 3 809.
Kriegskartoffelgesellschaft-Ost 2 286.
Kriegskasse, Abtretung und Pfändung der Forderungen an die K. aus der Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren 1 382ff., 3 122.
Kriegskontrollgesetz 3 560.
Kriegskreditbank für Groß-Berlin 1 525.
KriegslederAG. 1 559.
Kriegsmetall-AG. 1 559.
Kriegsnot, Ausnutzung 3 187.
Kriegs-Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums 1 922.

Kriegsschäden im Ausland 2 371 ff., 3 640 ff.
— im Inland 2 378 ff., 3 644 ff.
Kriegsschädenersatz 2 299, 371 ff., 3 640 ff.
Kriegssteuer 3 310 ff.
— Veranlagung und Erhebung 3 315, 458.
— Entrichtung 3 316, 461.
— Strafbestimmungen 3 317, 461.
Kriegssteuergesetze 2 238 ff., 3 295 ff.
Kriegsteilnehmer, Sonderrecht der deutschen K. 1 1 ff., 2 1 ff., 3 1 ff., der österreichisch-ungarischen K. 1 166 ff., 2 54 ff.
— als Kläger 1 39 f.
— Mitglieder juristischer Personen als K. 1 40 ff., 2 10 ff., 40 ff., 3 4, 21.
—, Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft und einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechtes als K. 1 46 ff., 2 10 ff.
— Streitgenossen als K. 1 61 ff., 2 14, 3 5.
— Nebenintervenient als K. 1 63 ff., 2 15, 3 5.
— Streitverkündeter als K. 1 65, 2 15, 3 5.
Konkursverwalter und ähnliche kraft Amtes Handelnde als K. 1 65 f., 3 6.
Angestellte als K. 1 66.
— Vertragspartei als K. 1 66.
— Ehemann als K. 1 67 ff., 2 15, 3 6, Räumungsklage 1 68 ff.
— Zeugen als K. 1 78 ff., 2 15, 3 6.
— die mobilen Teile der Land- oder Seemacht als K. 1 82 ff., 2 18, 3 7.
— die gegen den Feind verwendeten Teile der Land- oder Seemacht als K. 1 89 ff., 2 19 ff., 3 7.
— die Besatzung einer Festung als K. 1 91 f., 2 23, 3 8.
— Kriegsgefangene als K. 1 92, 2 23.
— Geisel als K. 1 92, 2 23.
— Nachweis des Kriegsteilnehmerverhältnisses 1 93 ff., 2 23, 3 8.
Vertreter eines K. 1 105 f., 134 f., 140 f., 2 24, 31 ff., 3 15 ff.
— Zwangsvollstreckung gegen K. 1 108 ff., 2 26, 3 11, 34, gegen Ehefrau und Kinder von K. 1 119, 2 28.
— Konkurs gegen K. 1 120 ff., 2 29, 3 13.
— Aufgebotsverfahren gegen K. 1 3.
— Versäumnisurteil gegen K. 1 128 f.
— Verteilungsverfahren gegen K. 1 129 ff.
— Zwangsversteigerung gegen K. 1 130 ff.
— Zwangsverwaltung gegen K. 1 130 ff.
Verjährung gegen K. 1 132, 3 14.
— Fristen gegen K. 1 132 ff., 3 15.
Unterhaltsklagen gegen K. 2 33, 3 25.
— Vaterschaftsklagen gegen K. 2 33, 3 25.
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 2 53.
— Zahlungsfristen für K. 1 193, 2 59, 3 60 ff., 81.
— Beseitigung von Verzugsfolgen zugunsten von K. 1 279.
— Geschäftsaufsicht über K. 1 330.
— Begriff i. S. der MietkündigungsVO. 2 133.
Kriegsteilnehmer, immobile 2 57, 3 32 ff., 60.
— berufsunfähige, Angestelltenversicherung 3 592, 595.
— Fürsorge für Zurückkehrende 2 331 ff.
— Gnadenerweise 3 785.
Kriegsteilnehmerverhältnis, Nachweis bei Unterbrechung des Verfahrens 1 93 ff., 2 23, 3 8.
— Glaubhaftmachung bei der Zwangsvollstreckung 1 110 f.
Kriegsverschollene, Todeserklärung 3 129 ff.
Kriegswechsel, staatliche und kommunale, Stempelfreiheit 3 559.
Kriegswirtschaft 3 565.
Kriegswirtschaftl. Organisation, vaterl. Hilfsdienst 3 811.
Kriegswirtschafts AG. 1 558.
Kriegswohlfahrtspflege 1 830, 2 299, 3 598.
— Verwendung von Reichsmitteln 1 832, 2 313.
— Regelung 2 340 ff.
Kriegswollbedarf AG. 1 558.
Kriegswucheramt 3 224 ff.
Kriegszeit, Geltendmachung von Ansprüchen 1 171 ff., 2 56, 3 43 ff.
Kriegszustand, Aufhören des K. 1 135.
— Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung 3 809, 1026.
— Gesetz über den K. 3 810.
Kuchen, Begriff 1 625, 2 284.
—, Bereitung von K. 1 596, 2 285.
Kühe, Schlachtverbot 2 289.
Kündigung gegenüber einem Kriegsteilnehmer 1 16, 39.
— Beseitigung von Verzugsfolgen im Falle der K. 1 280, 3 55.
Kündigungserklärung 2 135.
Kündigungsrecht der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern 2 131 ff.
Kunstgegenstand, Kriegssteuer 3 311, 439.
Kunsthonig, Kennzeichnung 3 220.
Kunstspeisefett ist Fett i. S. der SüßigkeitenVO. 2 287, der FleischVO. 2 289.
— Verwendung zu technischen Zwecken 2 294.
Kupfer, Höchstpreis 1 782, 2 298.
— Erzeugnisse aus K., Höchstpreis 1 785, 298.
Kupfervitriol, Höchstpreis 1 785.
Kupferwaren, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskasse 1 498.
Kurs der Devisen 2 126, 233.
— Festsetzung 3 465.
Kurzfristige Wechsel auf das Ausland 2 233.
Küstenschutztruppe, Kriegsteilnehmerverhältnis 1 89, 91, 2 17.
Kutscher als Kriegsteilnehmer 1 81.

L.

Ladung des Gläubigers im amtsgerichtlichen Verfahren 1 232.
Lage, wirtschaftliche, Rechtfertigung der Zahlungsfrist 1 206 ff., 3 58, 62, 79.

Lagerbücher 2 277.
Lampenschirme 3 238.
Länderei s. Bodenverbesserung.
Landesamt für Futtermittel 2 294.
Landesflüchtige, Anmeldung und Sperre von Vermögen 3 729.
Landesverteidigung s. Reichsstempelabgabe.
Landgericht s. Mahnverfahren.
Landmacht, mobile Teile, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 82ff., 2 18, 51, 3 7.
— die gegen den Feind verwendeten Teile der L. 1 89ff., 2 19, 51, 54, 3 7.
Landrat, Festsetzung von Höchstpreisen 2 163, 164.
Landschaftliche Foods, Beleihung 3 564.
Landsturm, Kriegsteilnehmerverhältnis 1 83.
Landsturmersatzbataillon, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 87, 2 18.
Landwirtschaft, Wochenhilfe für in der L. Beschäftigte 1 837, 856.
— Erzeugnisse 3 208.
Land- und Forstwirtschaft, vaterl. Hilfsdienst 3 811.
Land- und forstwirtschaftliche Schäden, Feststellung 3 695.
Landwirtschaftliche Brennerei 2 286.
Landwirtschaftlicher Betrieb, Verwendung von Brotgetreide 1 591.
Lasten, öffentliche, dinglicher Rang 1 434ff., 2 157.
Lateinischer Münzbund 3 273.
Läuferstoffe 3 239.
Lazarettzug, Personal als Kriegsteilnehmer 2 18.
Lebensmittel, Handel 3 208, 214, 217.
Lebensvermutung 3 129, 143.
Lebensversicherung, Auslegung des Vertrages 2 309.
— keine Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
— Kriegssteuer 3 955.
— s. Versicherungsprämie.
Lebensversicherungsvertrag, Beseitigung von Verzugsfolgen 1 499.
Leder 2 294.
— s. Kontrollstelle.
Leeranzeige 2 277.
Legalisation s. Urkunden.
Lehn, Erwerb von Kriegsanleihen 3 561.
— Inhaber, Kriegssteuer 3 312, 444.
Lehnanfall, Kriegssteuer 3 310.
Leimleder 2 535.
Leinengarn-Abrechnungsstelle 1 559.
Leinöl 2 535.
Leistung, künftige, Beseitigung von Verzugsfolgen 1 285.
Leistungsfähigkeit s. Krankenkasse.
Leitungswasser, Warenumsatzstempel 3 466, 477, 503.
Liebesgabe, Abgabenfreiheit 3 559.
Lieferung, Begriff 3 503.
—, Anmeldung 3 468.
Lieferungs- und Zahlungsbedingungen 1 456.
Litzen 3 238.
Lohnanspruch, Einschränkung der Pfändbarkeit 1 381, 2 126, 3 122.
Lombardgeschäft, keine Warenlieferung 3 478.
Longwy, Beglaubigung und Legalisation 3 42.
Löschung s. Hypothek.
Lotterielos, keine Ware 3 477, 503.
Luftschiffergerät, Ausfuhrverbot 1 920.
Luftschiffpersonal, Kriegsteilnehmerverhältnis 1 82.
Lumpen 3 954.
Luxemburg s. Gegenseitigkeit.
— Nachnahme und Frachtverkehr 3 279.
— nicht Zollausland 3 482.
— als Kriegsgebiet 2 531.
Luxus-Schuhe 3 942.

M.

Mahlfähiges Brotgetreide 1 623, 2 283.
Mahllohn 2 582.
Mahlpflicht 1 581.
Mahnung gegenüber einem Kriegsteilnehmer 1 16.
Mahnverfahren, Unterbrechung 1 30, 2 6.
— bei Festsetzung einer Zahlungsfrist 1 173, 186, 187f., 2 63.
— und Gegenmoratorium 1 309, 318.
— während der Geschäftsaufsicht 1 345.
Mahnverfahren vor den Amtsgerichten, 2 264ff., 492ff., 3 756ff.
— Gebühren und Pauschsätze des Rechtsanwalts 2 464, 465, 497ff.
— Geeignetheit des Anspruchs 2 464.
— Klage, Behandlung als Gesuch um Erlaß eines Zahlungsbefehls 2 464.
— Kostenberechnung 2 464, 493.
— Terminsanberaumung 2 464, 494, 3 757.
— Urkunden- und Wechselzahlungsbefehl 2 464, 495, 3 758.
— Vollmacht 2 493.
— Zahlungsbefehl, Inhalt 2 464, Zustellung 2 464.
— Widerspruch 2 494, 3 756.
— Zuständigkeit 2 493.
Mahnverfahren vor den Landgerichten, Anhörung des Klägers 2 462, 479.
— im M. verfolgbarer Anspruch 2 462.
— Anwaltszwang, Durchbrechung? 2 476.
— Berichtigung des Zahlungsbefehls 2 481.
— Einspruch gegen den Vollstreckungsbefehl 2 487.
— Fälligkeit des Anspruchs 2 472.
— Frist für den Erlaß des Zahlungsbefehls 2 462.
— Gerichtskosten 2 463, 489.
— Hinweis auf den Anwaltszwang 2 462, 481.
— Inhalt des Zahlungsbefehls 2 462.
— Kostenberechnung 2 462, 475, 478.
— Ladung nach Widerspruch 2 463, 484.
— Rechtsanwaltsgebühren und -auslagen 2 463, 490.
— Rechtshängigkeit 2 482.
— Terminsbestimmung 2 462.

Mahnverfahren vor den Landgerichten, Unanfechtbarkeit der Entscheidung des Vorsitzenden 2 463.
— Urkunden- und Wechselprozeß 2 463.
— Verbindung mehrerer Ansprüche 2 474.
— Verbindung mehrerer Klagen 2 474.
— Vollstreckungsbefehl, Voraussetzungen 2 463, 485, Inhalt 2 463, 485/6, Anwaltszwang für den Antrag? 2 485, Vollmacht, Vorlegungspflicht? 2 485, Sicherheitsleistung 2 486, Zustellung 2 463, 486, weitere vollstreckbare Ausfertigung 2 486.
— Vorsitzender, Prüfung und Entscheidung 2 462, 475, 477.
— Widerspruch 2 462, teilweiser 2 462, 484, Form 2 462, 483, Rechtzeitigkeit 2 462, 483, Zurücknahme und Verzicht 2 484, Folgen 2 463, 484.
— Widerspruchsfrist 2 462, ihre Verlängerung und Abkürzung 2 480.
— Zahlungsbefehl, Erlaß, Nichterlaß 2 462, 472ff.
— Zustellung im Ausland, hindert ihre Notwendigkeit den Erlaß des Zahlungsbefehls? 2 473.
— Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung, hindert ihre Notwendigkeit den Erlaß des Zahlungsbefehls? 2 473.
— Zustellung des Zahlungsbefehls 2 462, 481.
Mais, Einfuhr 2 277.
Makler, Höchstpreisüberschreitung 2 165.
Malz, Bekanntmachung über M. 1 691, 2 291.
Malzkontingent 2 291.
Malzverwendung, Einschränkung der M. in den Bierbrauereien 1 683, 2 291, ihr Einfluß auf die Bierlieferungsverträge 1 689.
Manschetten 3 239.
Margarine 2 291, 294.
— ist Fett i. S. der SüßigkeitenVO. 2 287.
Marine-Nottestamente 1 160.
Marinetestament, das ordentliche M. 1 158, 2 52, 3 40.
Marketender als Kriegsteilnehmer 1 81, 2 18.
Marktklage 3 177ff.
Marktpreis 3 177ff.
Markwährung 3 272.
Marmelade 3 207, 220.
Marokko, Zahlungsverbot 2 416.
Maßnahmen zugunsten des Gläubigers 1 382ff., 2 139ff., 3 122ff.
— zugunsten des Schuldners 1 172ff., 2 57ff., 3 45ff.
— zugunsten des Gläubigers und des Schuldners 1 392ff., 2 141ff., 3 124ff.
— wirtschaftliche, Ermächtigung des Bundesrats 1 392ff., 2 141ff., 3 124ff.
Matratzen 3 239.
Mehl s. Verfüttern, Vorratserhebung, Volksernährung, Brotgetreide.
— Regelung des Verkehrs mit M. 1 572, 2 278.
Mehl, Verbot der Verwendung von M. zur Herstellung von Seife 1 633, 635.
— s. auch Futtermittel.
Mehlverkehr 1 581.
Mehlverteilungsstellen der Kommunalverbände 1 583.
Mehrgewinn 2 239, 255, 3 313, 446.
Melasse, Verarbeitung 1 716, 2 293.
Melassebrennereien 1 643, 645.
Mengkorn 2 283.
Messing, altes, Höchstpreis 1 782.
— Erzeugnisse aus M., Höchstpreis 1 785, 2 298.
Messingwaren Höhe der Beleihung durch die Darlehnskasse 1 498.
Metzgeschäfte 3 274.
Metallfreigabestelle 2 276.
Metz, Beglaubigung und Legalisation im Gouvernement 3 42.
Metzgerei, Warenumsatzst. 3 477.
Miete, Kündigungsrecht der Witwe und der Erben des infolge seiner Teilnahme am Kriege gestorbenen Mieters 2 131ff.
Mieteinigungsamt 1 414ff.
Mietsache, Anspruch wegen Beschädigung, Bewilligung einer Zahlungsfrist? 1 206.
Mietvertrag bei der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 429.
Mietzahlung nach dem feindlichen Ausland 2 416.
Mietzins, Aussetzung der Klage 2 47, 3 24, 34.
Milch, Höchstpreis 2 290.
— Lieferungsvertrag 2 173.
— Verwendungsbeschränkung 2 290.
— Verwendung zur Herstellung von Süßigkeiten 2 287, 288.
Militärausrüstungsgegenstände 3 239.
Militärbehörde, Anzeige an sie 2 31, 3 16.
— Festsetzung von Höchstpreisen 1 755, 2 162.
Militärdienstzeit, Anrechnung 2 308, 3 809.
Militärperson s. Kriegsteilnehmer
— Beurkundung der Sterbefälle 2 530, 3 808.
Militäruniformen 3 239.
Militärwohnsitz 1 163.
Mindestgebot bei der Versteigerung gepfändeter Sachen 1 372ff.
Mineralrohöl, Ausfuhrverbot 1 919.
Mischfutter 2 283.
Mitbesitz, Verpfändung durch Einräumung des M. s. Waren.
Mitbürgen, Unterbrechung des Verfahrens 1 62.
Miteigentümer bei der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 424.
Miterben als Kriegsteilnehmer 1 61.
Mitteilung, Verbot von M. über Preise von Wertpapieren usw. 1 378ff., 380, 2 126, 3 121.
Mittel der Glaubhaftmachung bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 212.
— Verwendung im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 361, 2 124, 3 900.

Mittelbare Zahlungen ins Ausland 1 894, 2 412, 3 719.
Mitteleuropäische Zeit bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 203.
Mittelstand, gewerblicher, Kredithilfe 1 526.
Möbelleihe, Warenumsatzst. 3 477.
Möbelstoffe 3 239.
Mobile Teile der Land- oder Seemacht 1 82ff., 2 18, 51, 54, 3 7.
Mobilmachung 1 83ff.
Mobilmachungsplan 1 83.
Molkerei, Butterüberlassungspflicht 2 291.
Moorländerei s. Bodenverbesserung.
Moratorium, Unterschied von der Zahlungsfrist 1 179.
Motorboote 2 294.
Motorbootkorps, freiwilliges 1 158.
Multern 2 281.
Mündlichkeit im Falle der Unterbrechung des Verfahrens 1 99.
— für den Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 216f.
— für den Antrag auf Beseitigung einer Verzugsfolge 1 287f.
Mündlichkeitsgrundsatz, Einschränkung 2 465, 510ff., 3 761.
Munition, Ausfuhrverbot 1 920.
Münzgesetz, Änderung 1 475.
Mütter, stillende, Milchgenuß 2 290.
Mützen 3 238.

N.

Nacherhebung des Warenumsatzst. 3 494, 516.
Nachnahmeverkehr mit dem Ausland 3 279.
— im See- und Binnenschiffahrtsverkehr 3 279.
— mit Österreich-Ungarn 3 279.
— mit Luxemburg 3 279.
— mit den besetzten Gebieten 3 279.
Nachlaß, Geschäftsaufsicht über einen N. 1 330, 2 100, 104, 113.
Nachlaßkonkurs, Geschäftsaufsicht zur Abwendung des N. 1 331.
Nachlaßmasse, politische Zwangsverwaltung 2 410.
Nachlaßpfleger bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 193.
Nachlaßsicherung, vorläufige, im Felde 1 160.
Nachlaßverwalter bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 193.
— Unterbrechung des Verfahrens 1 66.
Nachprodukte der Zuckerfabrikation 1 716.
Nachstellige Hypotheken, Beleihung 1 521.
Nachweis des Kriegsteilnehmerverhältnisses 1 93ff., 2 23, 3 8.
Nahrungsmittel, Beschaffung und Verwertung 1 531ff., 2 265ff., 3 565.
— Herstellung 2 289, 294.
— irreführende Bezeichnung 3 223.
Namensliste 3 513.
Natur, Warenübergabe in N. 3 466, 480.
Naturallohn und Warenumsatzst. 3 477, 503.
Nebenforderung, Hauptforderung und N. 1 205, 3 47, 62ff., 83.
Nebenintervenient als Kriegsteilnehmer 1 63ff., 2 15, 3 5.
Nebenintervention und Gegenmoratorium 1 307.
Nebenleistung, Antrag auf Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 141.
— bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 297.
Nebensache 3 505.
Neubegründung, Berechnung des durchschnittlichen Geschäftsgewinns 2 256.
Nichtgewerbetreibende, Geschäftsaufsicht 1 330, 2 98.
Nichtigkeit der Entscheidungen im Falle der Unterbrechung des Verfahrens? 1 100, 2 24, 3 9.
Nichtigkeitsklage, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186.
Nichtrechtsfähige Vereine, Geschäftsaufsicht über sie 1 330, 2 98.
Nichtreichsangehörige, Veräußerung von Kauffahrteischiffen an sie 2 460, 3 750.
Nichtsteuerbares Vermögen, Erlös, Kriegssteuer 3 310.
Nichtzahlung einer Geldforderung, Beseitigung von Verzugsfolgen 1 275ff., 2 75, 3 54.
Nickel, Höchstpreis 1 782.
— Erzeugnisse aus N., Höchstpreis 1 786, 2 298.
Niederlassungen, Ansprüche aus inländischen N. von Auslandbewohnern und das Gegenmoratorium 1 322, 2 96, 3 107.
— inländische und die Zahlungsverbote 2 414, 3 723.
Niederschlagung von Untersuchungen 3 787ff.
— von Strafverfahren 3 792ff.
Norwegen s. Gegenseitigkeit, Prioritätsfrist.
Noten 3 271.
Notfristzeugnis, Erteilung trotz Unterbrechung des Verfahrens 2 24.
Notwendige Streitgenossenschaft, Unterbrechung des Verfahrens 1 61f., 2 14, 3 5.
Nutzholz, Einfuhrerleichterung 2 276.

O.

Oberausschuß zur Feststellung von Kriegsschäden 3 645.
Oberbefehlshaber Ost, Beglaubigung und Legalisation im Befehlsbereich 3 42.
Oberlandesgericht, Geltung der Entlast-VO.? 2 465, 516.
Obermilitärbefehlshaber nach dem Kriegszustandsgesetz 3 1026.
Objektive Steuerpflicht nach dem KStG. 3 434, 441.
Obst, Höchstpreis 2 298, 536.
— Lieferungsvertrag 2 173.

Obstbau, Erzeugnisse 3 208.
Obstbrennereien 1 645.
Obstmus, Höchstpreis 2 298.
— Lieferungsvertrag 2 173.
— Kennzeichnung 3 220.
Offenbare Unbilligkeit 2 38, 3 20, 35.
Offenbarungseid nach der neuen Geschäftsaufsichts VO. 3 906.
Offenbarungseidverfahren, Unterbrechung 1 242f., 2 68, 3 12, 34.
Offene Handelsgesellschaft, Unterbrechung des Verfahrens, bei Kriegsteilnahme sämtlicher Gesellschafter 1 46ff., 2 12ff., bei Kriegsteilnahme einiger Gesellschafter 1 48ff., 2 13, 3 21, bei Auflösung der Gesellschaft 1 60f., bei Kriegsteilnahme österreichisch-ungarischer Kriegsteilnehmer 1 170.
— Geschäftsaufsicht über eine o. H. 1 347, 2 113.
Öffentliche Bücher s. Eintragung.
Öffentliche Lasten, Rang 1 434, 2 157.
— keine Zahlungsfrist 3 77.
Öffentliche Rechte des Schuldners, Einwirkung der Geschäftsaufsicht auf öff. R. 1 361, 2 121.
Offizier, Kriegsteilnehmer 1 82ff.
— à la suite 1 87.
Offizierstellvertreter, Beglaubigungsrecht 2 52, 3 40.
Öl, Verwendung 1 743, 2 294.
— ist Fett i. S. der FleischVO. 2 289.
— tierisches und pflanzliches, Verwendung zur Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade 2 287.
Ölfrüchte, Vorverkauf 1 738, 2 294.
Ölkuchen 1 732.
Ölmehle 1 732.
Ordentliche Gerichte, Begriff 2 6, 3 4ff.
Ordnungsstrafe, Verhängung durch das Einigungsamt 1 415, 417.
Ordnungsstrafverfahren, Unterbrechung 1 24, 2 5.
— Einwirkung der Zwangsverwaltung auf die handelsrechtlichen O. 1 885.
Ortslöhne, Festsetzung der O. 1 813, 3 575.
Ortspolizeibehörde, kein Recht zur Festsetzung von Höchstpreisen 2 163.
Österreich, Prioritätsfristverlängerung 2 197.
Österreich-Ungarn, Sonderrecht der Kriegsteilnehmer 1 1ff., 2 1ff., 54.
— Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die in Öst.-U. ihren Wohnsitz haben 1 321, 2 96.
— Verlängerung der Wechselfristen in Öst.-U. 1 401.
— immobile Österreicher 3 33.
— s. Gegenseitigkeit, Prioritätsfristen.
— Nachnahme und Frachtverkehr 3 279.
Ostpreußen, Wechsel- und Scheckfristen in 1 402, 2 142.
— s. auch Brandentschädigung.
— Kriegshilfskommission 2 378ff.
— Wiederaufbau 2 299, 389.
— Umlegungsverfahren 2 389ff., 3 701.
Ostpreußen, Preisprüfungsstelle 3 202.
Ostpreußische Landgesellschaft 1 559.

P.

Pacht, Kündigung 2 132.
Packung s. Kennzeichnung.
Papiergeld ist nicht Ware 3 466, 503.
Pariser Union 1 466, 3 261.
— Verhältnis zum Gegenmoratorium 1 305.
Partei, im Sinne des § 2 des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes 1 39ff., 2 10ff., 3 4, Ehemann als P. 1 67ff., 2 15, 3 6, Zeugen sind nicht P. 1 78ff., 2 15, 3 6.
— im Falle der Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 189ff., 2 59, im Falle des Ausbleibens einer P. 1 235.
— im Falle der Beseitigung von Verzugsfolgen 1 279ff.
Paßersatz 3 745.
Paßpflicht, Regelung 1 932, 3 743ff.
Patente, Verwertung im nichtfeindlichen Ausland 3 259.
— ausländische 1 903.
Patenterteilungsverfahren, Unanwendbarkeit des KTSchG. 3 3.
Patentrecht, Erleichterungen auf dem Gebiete des P., Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrecht 1 461, 3 258, 260. S. auch gewerbliche Schutzrechte.
Pauschsatz, bezieht sich die Kostenermäßigung auf P.? 1 274f., 2 73, 3 54.
Pelz, mit P. gefütterte, Kleidungsstücke 3 239.
Pelzgarnituren, imitierte 3 231.
Pension, Warenumsatzst. 3 478.
Perlen, Kriegssteuer 3 311.
Person des Vertreters eines Kriegsteilnehmers 1 145, 2 34.
— s. im übrigen juristische Personen.
Personalkredit 1 525ff.
Persönliche Berechtigung zur Mietkündigung 2 135.
Persönliche Forderung der Grundschuld, Zahlungsfrist, Bewilligung 2 79, 3 77.
— der Hypothek, Zahlungsfristbewilligung 2 78, 3 74ff.
Petroleum, Höchstpreise 1 787, 2 298.
— Verteilung der Bestände 1 787, 2 298.
Pfand, Ausschließung des Verfalles eines Pf. 1 285f.
Pfändbarkeit, Einschränkung der Pf. von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen 1 381, 2 126, 3 122.
— des Kriegsschadenersatzanspruchs 2 375, 3 641.
Pfandbriefe der ritterschaftlichen Kreditanstalten, Stempelbefreiung 3 1015.
Pfandrecht, Einfluß einer Zahlungsfrist auf das Pf. 1 186.
Pfandschein 1 497.
Pfändung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 111f.
— von Forderungen, Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 243.
— der Forderungen an die Kriegskasse aus

der Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren 1 382ff., 3 122.
Pfändungsankündigung, Wirkung der Pf. im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 365, 2 124.
Pfändungspfandrechte, Einwirkung der LohnbeschlVO. 2 129.
Pferd, Pfändung der Forderungen aus der Überlassung von Pf. 1 382ff., 3 122.
— Zahlung der Vergütung aus der Überlassung von Pf. 1 385f.
— Haferzulage 2 292.
Pflasterkosten, Rang bei der Zwangsversteigerung 1 435.
Photographien, Warenumsatzst. 3 503.
Polen, Zustellung 2 9.
Polizei, Überwachung der Ausmahlung von Brotgetreide 1 617.
— der Befolgung des Verfütterungsverbots 1 621.
— der Beachtung der Backwarenverordnung 1 627.
— der Befolgung der Seifenverordnung 1 634.
— der Befolgung der Gerstenverordnung 1 700.
Polsterwaren 3 239.
Portugal, Anmeldung und Sperre von Vermögen 3 728.
— Zahlungsverbot 3 705.
— Zwangsverwaltung 3 709.
— gewerbliche Schutzrechte 3 730.
— s. Gegenseitigkeit.
Posamentierwaren 3 238.
Postgebühren s. Reichsabgabe.
Postnachnahmeverkehr mit dem Ausland 3 279.
Postordnung, Bekanntmachungen betreffend Änderungen der P. 1 404, 2 146, 3 126, 557.
Postverkehr, Nichtanwendbarkeit der Devisenvorschriften 2 234.
Postverwaltung, Maßnahmen der P. 1 801.
Prägung von Einpfennigstücken aus Aluminium 3 267.
Prämie des Versicherers 1 17, 2 61.
Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren 3 227ff.
Preise von Wertpapieren, s. Mitteilung.
— anderer Händler 3 188.
Preisermittlung 2 297.
Preiskartelle 2 191, 3 191.
Preisprüfungsstellen 2 297, 3 194.
Preisregelung 2 161, 3 155.
Preissteigerung, übermäßige 2 182ff., 3 175ff.
Preußische Zentralgenossenschaftskasse, Kredithilfe 1 526f.
Prioritätsfristenverlängerung 1 766, 2 196.
— in Frankreich 1 937.
— in Dänemark 2 197, 3 262. 954.
— in der Schweiz 2 197.
— in Belgien 2 197.
— in Österreich 2 197.
— in Spanien 3 261.
— in Norwegen 3 261.
Privatklageverfahren, Kostenerstattung 2 465, 505.
— Vergleich 3 54.
Privatversicherung 1 830, 2 309, 3 598.
Produzenten, Höchstpreise 2 163, 164.
Prokurist, Aussetzung des Verfahrens 1 105.
— Kriegssteuer 3 444.
Prolongationswechsel s. Verlängerungswechsel.
Protestfrist s. Wechsel.
Proviantamt, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 90.
Prozeß s. Rechtsstreit.
Prozeßbevollmächtigter, Zustellung an ihn 2 8.
Prozeßfähigkeit des Schuldners und Geschäftsaufsicht 1 359.
Prozeßführung durch die Schuldner während der Geschäftsaufsicht 3 120.
Prozeßgericht, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 178ff., 2 59ff., 3 48, 62.
— Beseitigung von Verzugsfolgen 1 278ff., 2 75, 3 55ff., 63.
Prozeßverfahren im Falle der Entscheidung über den Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 216ff., 2 63, Verhältnis zu dem amtsgerichtlichen Verfahren 1 173, 237f.
— im Falle der Beseitigung einer Verzugsfolge 1 287ff., 295, 2 77.
Prozeßvergleich, Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 241.
— Kostenermäßigung 1 271ff., 2 71, 3 52.
Prüfung der Rechtsgültigkeit der Bundesratsverordnungen 2 145.
Pulver, Ausfuhrverbot 1 920.
Pumpernickel 2 284.

Q.

Quitten, Zollerleichterung 2 276.
Quittungssteuer 3 468, 486.

R.

Rabattsparmarken, keine Waren 3 503.
Radfahrer als Kriegsteilnehmer 1 81.
Rang öffentlicher Lasten bei der Zwangsversteigerung 1 434f., 2 157.
Räumung des Grundstücks durch den Schuldner bei der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 430.
Räumungsanspruch gegen einen Kriegsteilnehmer und dessen Frau 1 68ff., 2 47, 3 24.
Reallast, Unanwendbarkeit der HypVO. 3 73.
Rechtsanwalt als Vertreter eines Kriegsteilnehmers 1 145.
— s. auch Anwaltszwang, Geheimhaltungspflicht.
— Zustellung an ihn 2 8, 3 37.
— Stellvertretung 3 778.
Rechtsanwalts-GebührenO., Änderung 3 777.
Rechtsauskunftsstelle als Einigungsamt 1 416.

Rechtsfolge s. Verzugsfolge.
Rechtshängigkeit der Klage gegen einen Kriegsteilnehmer 1 31ff., 2 8.
— Zulässigkeit der Einstellung während der R. des Rechtsstreits 1 173, 247f.
— Einwirkung auf den Fristantrag 3 63, 87.
— Einwirkung auf die Beseitigung der Verzugsfolgen 3 63.
Rechtshilfe im Felde 1 78ff., 159, 2 15ff., 3 6.
— gegenüber dem Kriegshilfsausschuß 2 389.
— gegenüber der Reichsentschädigungskommission 2 378.
— gegenüber dem Reichsschiedsgericht für Kriegsbedarf 2 453.
— der Militärgerichtsbehörde 2 15.
— den Preisprüfungsstellen 3 195.
Rechtsmittel in Kriegssteuersachen 3 316, 460.
— s. Berufung, Beschwerde, Einspruch und Revision.
Rechtsnachfolger, Wirkung des Gegenmoratoriums gegen R. 1 323, 3 108.
— der Zahlungsverbote für und gegen R. 1 900, 2 414.
Rechtsnatur des Vertretungsverhältnisses nach der Verordnung vom 14. Januar 1915 1 146ff., 2 36, 3 18
— des Gegenmoratoriums 1 320, 2 94, 3 107.
— s. im übrigen unter Bedeutung.
Rechtsschutz der deutschen Kriegsteilnehmer 1 1ff., 2 1ff., 3 1ff.
— der österreichisch-ungarischen Kriegsteilnehmer 1 160ff., 2 54.
Rechtsstellung des Vertreters eines Kriegsteilnehmers 1 146ff., 2 36, 3 18.
Rechtsstreit gegen einen Kriegsteilnehmer 1 20ff., 140ff., 2 3.
— über die Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186ff.
—, Zulässigkeit der Einstellung während der Rechtshängigkeit d. R. 1 173, 247f.
—, Bewilligung einer Zahlungsfrist für die Kosten d. R. 1 259f.
—, Erledigung des R. durch Vergleich oder Anerkenntnisurteil, Kostenermäßigung 1 271ff., 2 71, 3 52, 64.
— über die Beseitigung einer Verzugsfolge 1 278ff., 293ff., 2 75, 3 55.
Rechtsstreitigkeit s. Rechtsstreit.
Rechtsverhältnis nach ausländischem Recht bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 192f.
Rechtsverwirkung, Beseitigung bei künftiger Leistung 1 285.
Rechtswidrigkeit s. Bewußtsein.
Reich. Lieferung, Warenumsatzstempel 3 466, 508.
— Erstattung von Vorschüssen und Vorentschädigung bei Kriegsschäden 3 645.
Reichsabgabe im Post- und Telegraphenverkehr 3 550ff.
Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge 2 316.
Reichsausschuß zur Feststellung von Kriegsschäden 3 645.
Reichsbank s. Diskontsatz, Goldbestand und Hinterlegung.
— Kriegsabgaben 2 260.
— Schutz eiserner Gedenkstücke 3 269.
— Bestätigung von Schecks 3 285ff.
Reichsbekleidungsstelle 3 234ff., 933ff.
Reichsbodenkasse 1 420.
Reichsentschädigungskommission 2 371, 3 640.
— Erweiterung des Aufgabenkreises 3 642.
Reichsfiskus, Übernahme von Bürgschaften 1 528.
Reichsfuttermittelstelle 1 582, 698, 709, 2 293.
Reichsgericht, Anwendung des Gegenmoratoriums 3 106.
Reichsgetreidestelle 1 575, 2 277.
Reichsgoldmünzen, Verbot des Agiohandels mit R. 1 171f.
Reichskartoffelstelle 2 286.
Reichskassenscheine 1 470.
— Reichsbanknoten zu 10 Mark 1 472.
Reichskommissar für gewerbliche Schutzrechte 1 943.
Reichsprüfungsstelle 2 297, 3 198.
Reichsschiedsgericht für Kriegsbedarf 2 451. 3 736.
Reichsschuldenordnung, Ergänzung 1 478.
Reichsstelle für Kartoffelversorgung 1 659.
Reichsstempelabgabe, für ausländische Wertpapiere 3 1016, Befreiung für die Kreditgesellschaften 1 522, 523.
— für Rohstoffgesellschaften 1 523.
— für Kreditbriefe 1 524.
— für Hypothekenpfandbriefe 1 518ff.
— ritterschaftl. Kreditanstalten 3 1015.
Reichstag, Vetorecht 1 393, 403, 2 141, 143, 3 126.
—, Ermächtigung s. Bundesrat.
Reichsverteilungsstelle 1 599.
Reingewinn 3 183.
Reinraumgehalt von Schiffen 3 527.
Reis, Bekanntmachung über R. 1 664.
Reisedecken 3 239.
Rekrut als Kriegsteilnehmer 1 83.
Rekrutendepot, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 87, 89, 2 18.
Religiöse Handlungen, Backware, die bei ihnen verwendet wird 1 629.
Remontezucht 1 929, 3 741.
Rentenpsychose 2 326.
Rentengüter, gilt das KTSchG. im Rentengutbildungsverfahren? 2 4.
Rentenversicherung, Kriegssteuer 3 955.
Restaurant, Warenumsatzstempel 3 478.
Reste 3 239.
Restitutionsklage, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186.
Revision im Falle der Entscheidung über eine Zahlungsfrist 1 228f.
Revisionsgericht, Geltung der Entlastungs-VO.? 2 465, 516.
Rheinprovinz, Kriegshilfskasse 2 333.

Rheinschiffahrtsgericht, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 189.
Rinder, Schlachtverbot 2 289.
Rinderfett ist Fett i. S. der FleischVO. 2 289.
Ritterschaftliche Fonds, Beleihung 3 564.
Ritterschaftliche Kreditanstalten, Befreiung von der Rechtsstempelabgabe 3 1015.
Roggen, Höchstpreis 1 761 ff., 2 297.
— s. auch Verfüttern und Brotgetreide.
— Einfuhr 2 277.
Roggenbrot, Begriff 1 625.
Roggenkleie, Einfuhr 2 277.
Roggenmehl, Umfang der Ausmahlung des Roggens 1 616.
— Einfuhr 2 277.
Rohbaumwolle, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
Rohhaar-Abrechnungsstelle 1 559.
Rohstoffe, Beschaffung und Verwertung 1 531 ff., 2 265 ff., 3 565.
— zur Herstellung des Kriegsbedarfs, Ausfuhrverbot 1 920.
Rohstoffgesellschaft, Befreiung von der Reichsstempelabgabe 1 523.
Rohzucker, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
— Ablassung von R. zur Branntweinbrennerei unter Ermäßigung der Zuckersteuer 1 646, 2 287.
— Verwendung von R. s. Zucker.
— Verkauf 2 289.
Rohzuckerpreis 2 288.
Rotes Kreuz, Freiwillige des RK. als Kriegsteilnehmer 2 18.
Rotguß, Höchstpreis 1 782.
Rüben, Verarbeitung von R. in Brennereien 1 659.
Rübenpreis 2 288.
Rübensäfte, Verarbeitung von R. in Brennereien 1 659.
Rückforderungsverfahren nach § 717 ZPO. und Gegenmoratorium 2 94.
Rückgabe einer Sicherheit, Unterbrechung des Verfahrens 1 24.
— und Gegenmoratorium 2 85.
Rückgewährsanspruch des Anfechtungsklägers, Zahlungsfrist 2 62.
— nach Ausübung des Rücktrittsrechts, Zahlungsfrist 3 47.
Rücklagen für Wohlfahrtszwecke 2 239, 251, 3 296.
Rücktritt von einem Vertrage gegenüber einem Kriegsteilnehmer 1 16.
Rumänien, Anmeldung und Sperre von Vermögen 3 728.
— Zahlungsverbot 3 726.
— Zwangsverwaltung 3 710.
Russische Unternehmungen, Zwangsverwaltung 1 887.
Rußland, Zahlungsverbot gegen R. 1 907.
— Erlöschen der Wirkung von Patenten, die Angehörigen Rußlands zustehen 1 942.
— dort erzeugtes Bau- und Nutzholz 2 276.
— Wechsel auf R. 2 234.
Rußland, Anmeldung und Sperre von Vermögen 3 728.
— Zollgüter 3 730.

S.

Saatgetreide 2 283.
Saatgut, Verwendung von Brotgetreide als S. 1 574.
— von Gerste als S. 1 696, 699.
— von Hafer als S. 1 707.
Saathafer 2 292.
Saatkartoffel 2 286, 298.
Sachkredit 1 518 ff., 2 202.
Sachverständige, eidliche Vernehmung durch den Kriegshilfsausschuß 2 388.
Sahne, Verwendungsbeschränkung 2 290.
—, Verwendung zur Herstellung von Süßigkeiten 2 287.
Salatkartoffeln 2 298.
Salz, vorübergehende Abgabenfreiheit 1 557.
— abgabenfreie Verwendung zum Einsalzen von Garneelen (Krabben) 1 558.
Salzheringe, Einfuhr 2 277.
Sämereien, Handel 3 217.
Sammlung zu Kriegswohlfahrtszwecken 2 340 ff.
Sammlungen, Kriegssteuer 3 311, 440.
Sanitätskolonne, Führer, Kriegsteilnehmer 1 88.
Sauen, Schlachtverbot 2 289.
Sauerkraut, Lieferungsvertrag 2 173.
Säuglingsbekleidung 3 239, 242.
Schadensersatzanspruch gegenüber einem Kriegsteilnehmer 1 16.
—, Beseitigung durch den Richter 1 286.
Schädigungsrecht des politischen Zwangsverwalters 2 408.
Schätzungsverfahren 3 493.
Schaffett ist Fett i. S. der FleischVO. 2 289.
Scheck, Bestätigung durch die Reichsbank 3 285 ff.
— ist keine Ware 3 466, 503.
— keine Feststellung des Verlusts nach dem KriegsschädenG. 3 645.
— s. Wechsel.
Schecks auf das Ausland 2 233.
Scheckstempelmarke 3 465, 487 ff.
Scheckvordruck 3 465, 487 ff.
Schenkung, Kriegssteuer 3 310, 436 ff.
Schiedsgerichte, Unterbrechung des Verfahrens 1 30 f., 2 6, 3 4.
— Bewilligung von Zahlungsfristen 1 188 f.
— Beseitigung von Verzugsfolgen 1 278.
— Geltung des Gegenmoratoriums für Sch. 1 316, 2 90.
— Geltung der VO. zum Schutz Angeh. immobiler Truppenteile 3 33.
— zur Entscheidung über Streitigkeiten zwischen der Reichsgetreidestelle und einem Kommunalverband 1 581.
— zur Entscheidung über Streitigkeiten zwischen der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung und einem Kommunalverband 1 701, 3 736.

Schiedsgerichte zur Festsetzung des Übernahmepreises für Gegenstände des Kriegsbedarfs 1 923.
Schiedsgerichte für Höchstpreiswirkungen 2 173ff, 3 173ff.
— Ablehnung 2 180.
— Besetzung 2 174, 176.
— Bestellung 2 174, 176.
— Entscheidung 2 176.
— Verfahren 2 175ff.
— Wiederaufnahmeverfahren 2 178.
— für Web-, Wirk- und Strickwaren 3 227ff., Richtlinien für sie 3 230ff.
— für Schuhwaren 3 249ff.
Schiedsrichter, Wegfall durch Kriegsteilnahme 2 7.
Schiedssprüche, Vollstreckung der Sch. und Gegenmoratorium 1 319.
Schifferbrotkarte 1 607.
Schiffsbesatzung 1 836, 842, 854.
Schiffshypothek, Zahlungsfristbewilligung 2 79.
— Unanwendbarkeit der HypVO. 3 73.
Schiffsverkehr 3 527, 750ff.
Schirme, Schirmhüllen 3 238.
Schlachtschweine, Höchstpreis 2 298.
Schlachtverbot 2 289.
Schlachtvieh, vorübergehende Erleichterung der Untersuchungen 1 550.
Schlachtviehhöfe und -märkte, Füttern der Tiere auf S. 1 736.
Schlafdecken 3 239.
Schlagsahne, Verwendungsbeschränkung 2 290.
Schleier 3 238.
Schließung eines Geschäfts 1 585, 598, 2 291.
— eines Betriebes, der Gerste verarbeitet oder verarbeiten läßt 1 702.
Schluß der Versteigerung, keine Einstellung der ZV. nach Schl. 3 98.
Schlüsselgewalt während des Krieges 1 68.
Schmierzwecke, Verwendung von Öl und Fett 2 294.
Schmuckgegenstand, Kriegssteuer 3 311.
Schnüre 3 238.
Schnürsenkel 3 238.
Schöffengericht, Erweiterung der Zuständigkeit 2 521ff.
Schokolade 2 287, 535.
— Begriff 2 288.
— Kennzeichnung 3 220.
Schokoladenpulver, Kennzeichnung 3 220.
Schreiber der Militärverwaltung, Kriegsteilnehmer 1 90.
Schriftliche Mitteilung der Entscheidung 2 465, 512.
Schriftsätze, Berücksichtigung neuer 2 513, 3 762.
— s. Bezugnahme.
Schriftstück, Herausgabe, Aussetzung der Klage 2 47.
Schroten von Brotgetreide 1 621.
Schuhwaren, Preisbeschränkungen 3 249ff
— Lieferungsverträge 3 249.
— Verbot beschleunigten Verkaufs 3 250.
— s. Arbeitszeit.
Schuhwaren, Regelung des Verkehrs 3 938ff.
— bezugsscheinpflichtige 3 938.
— bezugsscheinfreie 3 938.
— getragene 3 944ff.
Schuhwerk, untaugliches 3 253ff.
Schuldner, Maßnahmen zugunsten des S. 1 172ff., 2 57ff., 3 45ff.
— bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 214f., Antrag des S. auf Fristbewilligung 1 216ff.
— Ausbleiben des Schuldners im amtsgerichtlichen Verfahren 1 235.
— Beschränkung des Sch. durch die Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 357, 2 120, 3 111.
— Antrag auf Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 333, 2 102.
— persönlicher Sch. der Hypothek 3 76.
Schuldner-Zwangsverwaltung, allgemeine Bedeutung 1 426f., 2 149.
— Voraussetzung der Bestellung des Schuldners zum Zwangsverwalter 1 427f.
— Wirkungen der S.-Z. 1 428f., 2 152.
Schuldtitel, Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 241f.
Schutzgebiete sind nicht Ausland im Sinne des Gegenmoratoriums 1 303.
— gelten die deutschen Sch. als Ausland im Sinne der Vorschriften über Auslandswechsel? 1 413.
— Bilanzen von Aktiengesellschaften, die Vermögen dort haben 1 442.
Schutzgebietsgericht, Unterbrechung des Verfahrens 1 31.
Schwangerschaftsbeschwerden 1 834, 842, 2 347.
Schweden s. Gegenseitigkeit.
Schwefeläther s. Eingangszoll.
Schwefelwirtschaft 2 295.
Schweine, Zwischenzählung 1 569, 2 277.
— Schlachten 1 681.
Schweinezucht 2 291.
Schweinefett ist Fett i. S. der FleischVO. 2 289.
Schweineschmalz, Verwendung zu technischen Zwecken 2 294.
Schweiz, Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die dort ihren Wohnsitz haben 1 937.
— s. Gegenseitigkeit.
— Prioritätsfristverlängerung 2 197.
Schwer arbeitende Bevölkerung, Zusatzbrotkarte 1 615.
Schwurgericht 2 524.
Seeberufsgenossenschaft 1 836, 842.
Seemacht, mobile Teile 1 82f., 2 18, 51, 3 7.
— die gegen den Feind verwendeten Teile der S. 1 89ff., 2 19, 51, 54, 3 7.
Seerecht, Verjährungsfristen 2 141, 3 123.
Seeschiffahrtsgesellschaften, Verbot der Veräußerung ihrer Aktien ins Ausland 3 1017.
Seeverkehr 3 527.
Seife s. Kartoffelmehl und Mehl.
— Kennzeichnung 3 221.

Seifenherstellung 2 289, 294.
Seilerwaren, Preisbeschränkungen 3 234.
Selbsteintritt des Kommissionärs 2 233.
Selbstversorgung mit Brotgetreide und Mehl 1 574, 2 279.
Selbstwirtschaft der Kommunalverbände 1 579, 2 279.
Sicherheit s. Rückgabe und Sicherheitsleistung.
— des Anspruchs, Bedeutung für die Frage nach der offenbaren Unbilligkeit 2 47.
Sicherheitsarrest, persönlicher, keine Unterbrechung des Verfahrens 1 105.
Sicherheitsleistung bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 213f.
— Forderung des Gläubigers auf S. keine Geldforderung 1 197.
— bei Beseitigung von Verzugsfolgen 1 286, 289.
— mit Wertpapieren 1 376ff.
Sicherstellung von Kriegsbedarf 1 923, 2 450, 536, 3 733.
Sicherung der Ackerbestellung 1 541ff., 2 274ff.
Sicherungshypothek, Anwendbarkeit der HypVO. 3 74.
Sicherungsmaßregel, vorläufige, im Konkursverfahren 1 122.
Sicherungsübereignung, keine geeignete Grundlage für einen Kredit bei der Darlehnskasse 1 498.
Sichtvermerk 3 743ff.
— für Seeschiffer 3 747.
Silberwaren, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskasse 1 498.
Sitzungsprotokoll s. Bezugnahme.
Skandinavischer Münzverein 3 273.
Soda, Kennzeichnung 3 221.
Sondergerichte, Geltung des Gegenmoratoriums für S. 1 316, 3 106.
Sonderrecht der deutschen Kriegsteilnehmer 1 1ff., 2 1ff., 3 1ff.
— der österreichisch-ungarischen Kriegsteilnehmer 1 166ff., 2 54.
Sonderrücklage 2 239ff., 249, 250, 3 295ff., 302ff.
Spanien s. Gegenseitigkeit, Prioritätsfristen.
Sparkasse, Gewährung von Kredit 1 519ff.
— keine Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
— bei der Anstaltszwangsverwaltung 1 431.
Speisekartoffeln, Höchstpreis 1 774ff., 2 298.
—, Versorgungsregelung 2 286.
Spelz s. Brotgetreide.
Sperre feindlichen Vermögens 2 224ff., 3 727ff.
— von Vermögen Landesflüchtiger 3 729.
Spielwaren 3 239.
Spinnereien, Arbeitszeit 2 304.
Spiritus, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
— s. auch Branntwein.
Spitzen 3 238.
Spitzenstoffe 3 239.
Sprengstoffe, Ausfuhrverbot 1 920.
Staaken-Spandau, Gartenstadt 1 527.
Staat, Lieferung, Warenumsatzstempel 3 466, 508.
Staatsanwalt, Aufgaben nach der Straf-GEntVO. 2 521ff.
— Mitwirkung bei der Todeserklärung 3 130, 145.
Staatsdarlehn zum Wiederaufbau im Kriege zerstörter Gebäude, Sicherstellung 3 701.
Staatsschuldbuch, Eintragung des Pfandrechts der Darlehnskasse in das St. 1 508.
Stammgut, Inhaber, Kriegssteuer 3 312, 444.
Stammgüter, Erwerb von Kriegsanleihe 3 561.
Stammgutanfall, Kriegssteuer 3 310.
Standesherrliche Hausgüter, Erwerb von Kriegsanleihe 3 561.
Standesregister, Wiederherstellung 2 526ff., 3 804ff.
Statistische Aufnahme, der Getreidevorräte 1 561, 2 277.
Steinkohlen, Schiedsgerichtsverfahren 3 174.
Steinkohlenbergbau s. Vertriebsgesellschaften.
Steinkohlenteer, Ausfuhrverbot 1 920.
Stellung der Aufsichtsperson bei der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 428f., 2 152.
— s. auch Rechtsstellung.
Stempelabgabe, keine Ermäßigung 1 275.
Stempelbefreiung s. Reichsstempelabgabe.
Stempelfreiheit der Kriegsbeglaubigung 1 165, 3 40.
— der Vergleiche und Schiedssprüche im Höchstpreis-Schiedsgerichtsverfahren 3 174.
Stempelmarken 3 495, 531ff.
Steppdecken 3 239.
Sterbefälle von Militärpersonen, Beurkundung 2 530, 3 808.
Steuer s. Kriegssteuer, Warenumsatzstempel, Frachturkundenstempel, Tabakabgabe, Reichsabgabe.
Steuerbehörde, Auskunftspflicht 1 843.
Steuerbescheid 3 316, 459.
Steuererklärung für die Kriegssteuer 3 316, 498.
Steuerrolle 3 491, 513.
Steuertarif 3 441, 455.
Stickereistoffe 3 239.
Stiftung beider Anstalts-Zwangsverwaltung 1 431.
— Erwerb von Kriegsanleihe 3 561.
Stille Reserven 2 253, 533, 3 300.
Stillgeld 1 834, 842, 850, 2 348ff.
Stimmrecht, Einwirkung der Verpfändung einer Aktie zugunsten der Darlehnskasse auf das St. 1 509.
Stoffabfälle, A.-G. zur Verwertung von St. 1 559.
Stoffe, Natur- oder Kunstseide, halbseidene 3 238.
Strafaufschub 3 787.
Strafbefehl, Zulassung bei Vergehen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen 1 744, 2 296, 521ff.

Strafbestimmungen des Kriegssteuergesetzes 3 317, 461.
Strafgerichte, Entlastung 2 462ff., 3 775.
Strafregister, Löschung von Strafvermerken 3 782.
Strafverfolgung wegen Zuwiderhandlung gegen Vorschriften über Sicherstellung der Volksernährung 1 744, 2 296.
Strafvollstreckung, Unterbrechung und Wiederaufnahme 3 784ff.
Straßenanliegerbeitrag, Rang bei der Zwangsversteigerung 1 435.
Straßenbauinspektion, Kriegsteilnehmerverhältnis 2 19.
Streitgenosse, Unterbrechung des Verfahrens 1 61ff., 2 14, 3 5.
Streitgenossenschaft und Gegenmoratorium 1 318, 2 94.
Streitigkeiten im Geltungsgebiet der V. über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide 1 574, 581, 585.
— im Geltungsgebiet der Malzverordnung 1 693.
— im Geltungsgebiet der V. über den Verkehr mit Gerste 1 697, 698, 699, 701.
— im Geltungsgebiet der V. über den Verkehr mit Hafer 1 707, 709, 711.
— im Geltungsgebiet der Futtermittelverordnungen 1 719, 728, 734, 2 293.
— nach der SüßigkeitenVO. 2 288.
Streitverkündeter, Unterbrechung des Verfahrens 1 65, 2 15, 3 5.
Streitverkündung und Gegenmoratorium 1 307.
Streitwertfestsetzung, Unterbrechung des Verfahrens 1 30.
— zum Zwecke der Berechnung der Anwaltsgebühr 1 265, 266ff.
— im Verzugsbeseitigungsverfahren 2 77.
Streumittel, Ausfuhrverbot 1 919.
Strickwaren, Verbot beschleunigten Verkaufs 2 535.
— Preisbeschränkungen 3 227ff.
— Verkehrsregelung 3 234ff., 928ff.
Stroh, Vorkaufsrecht 2 293.
— Enteignung 2 293.
— Höchstpreis 2 293.
— Preisfestsetzung 2 293.
— Vorratserhebung 2 534.
— Heeresbedarf 3 738.
Strumpfbänder 3 238.
Strümpfe 3 238.
Stundung durch die Zahlungsverbote 1 898, 2 413, 3 720.
— Berücksichtigung von Amts wegen? 1 899.
— Geltendmachung in der Zwangsvollstreckung 1 900.
— s. im übrigen Zahlungsfrist.
Stundungsmöglichkeit, erweiterte, für Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden 1 296ff.
Stundungswirkung der Zahlungsfrist 3 58, 59, 63.
Subjektive Steuerpflicht nach dem KStG. 3 433ff., 446.
Sühneversuch 2 465, 500ff., 3 758.
Suppenwürfel, Kennzeichnung 3 220.
Süßigkeiten 2 287ff.

T.

Tabak, Einfuhrverbot 3 278.
— orientalischer 3 278.
— als Verzehrungsgegenstand 3 279.
Tabakabgabe, Erhöhung 3 537.
Tabakfabrikate s. Zentralstelle.
Tabakgewerbe s. Unterstützung.
Tafeln für Waren, Verpfändung von Sachen durch Aufstellung von T. 1 500.
Tankwagenbetrieb 2 298.
Tantieme, Einfluß der Sonderrücklage auf die Berechnung 2 253, 3 298ff.
Tapioka, Verarbeitung in den Brennereien 1 653.
Tapisserlewaren 3 238.
Tarif s. Reichsstempelabgabe.
Taschen 3 238.
Tatbestand, Bezugnahme auf Schriftsätze 2 465, 516ff., 3 762, Berichtigung 2 465, 518.
Tauben, Ein- und Ausfuhrverbot 1 920.
Tauschgeschäfte, Warenumsatzstempel 3 466.
Tauschmüllerei 2 281.
Tee 2 289.
Teeersatzmittel, Kennzeichnung 3 220.
Teigwaren 1 583.
Teilnahme am Kriege 2 133ff., 3 129, 136.
Teilungsversteigerung, Zulässigkeit gegen einen Kriegsteilnehmer? 1 115, 2 28.
Teilzahlungen, Warenumsatzstempel 3 468, 477, 484, 493.
Telegraphengebühren s. Reichsabgabe.
Telegraphengerät, Ausfuhrverbot 1 920.
Telegraphenordnung, Änderung 3 558.
Telegraphenverwaltung, Maßnahmen der T. 1 801.
Teppiche 3 239.
Terminsanberaumung, Ablehnung mit Rücksicht auf das Gegenmoratorium? 1 320, 2 94.
Testamentsvollstrecker als Kriegsteilnehmer 1 66, 3 6.
— Zwangsvollstreckung in den Nachlaß 1 109f.
— Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist 3 81.
Theaterbillett, keine Ware 3 477.
Tiere und tierische Erzeugnisse, Ausfuhrverbot 1 919, 2 450.
Tierische Produkte und Abfälle 1 732.
Tischzeug 3 239.
Tochtergesellschaft 3 314, 455.
Tod eines Kriegsteilnehmers, Kündigung des Mietvertrags durch die Hinterbliebenen 1 420, 2 131ff.
Todeserklärung, Kriegsverschollener 3 129ff.
— Verfahren 3 129, 143ff.
— Antragsrecht 3 143.
— Nachweis der Voraussetzungen 3 130, 145, 148, 149.
— Aussetzung des Verfahrens 3 130, 144.

Todeserklärung, Urteil 3 129.
— Anfechtung 3 130.
— Aufhebung 3 130, 145.
— von Justizbeamten 3 149.
Topinamburs, Verarbeitung in Brennereien 1 652.
Trinkbranntweinerzeugung, Einschränkung 1 653, 2 286.
Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft m. b. H. 1 658, 2 657ff.
Trockenmilch, ausländische 2 288.
Trockenjahne, ausländische 2 288.
Trocknung des Getreides 2 280.
— von Kartoffelpülpe und Biertrebern 2 293.
Tülle 3 238.

U.

Überbrand der Brennereien 1 637, 652.
Übergang einer Forderung in eine Geldforderung, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 195ff.
Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren an die Militärbehörde 1 382ff., 385f., 3 122.
Übernahmepreis 1 580, 594, 2 183, nach dem Höchstpreisgesetze 1 757.
Überpfändung s. Erinnerung.
Überschreitung des Höchstpreises 2 164, 167, 3 161, 163.
Überschuldung, Geschäftsaufsicht bei Ü.? 1 331, 2 100.
Überschußverbände 1 709.
Übertragung beweglicher Sachen, Warenumsatzstempel 3 466, 503.
— in Natur 3 466, 504, 506.
— durch Konnossement, Ladeschein oder Lagerschein 3 466.
Überwachung ausländischer Unternehmungen 1 869ff., 2 404ff., 3 706, Gegenstand 1 871, 2 404ff., Anordnung 1 872, Nachprüfung der Anordnung. S. auch Aufsichtsperson und Vertreter.
Überweisung einer Forderung eines Kriegsteilnehmers 1 112.
— Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 243.
— ins Ausland 1 870, 894.
— zur Beschäftigung nach dem Hilfsdienstgesetz 3 812.
Umlegung in Ostpreußen 2 389ff., 3 701.
— Ausführung des Verteilungsplans 2 399.
— Baugenehmigung 2 401.
— Bebauungsfähigkeit 2 394.
— Bebauungsplan 2 395.
— Beteiligte 2 402.
— Dienstbarkeiten 2 399.
— Erbbaurecht 2 399.
— Eigenbesitzer 2 402.
— Einleitungsverfügung 2 392.
— Einstellung des Verfahrens 2 407.
— Einwendungen gegen die Umlegung 2 390.
— Einwendungen gegen den Verteilungsplan 2 398.
Umlegung, Enteignungsgesetz, Anwendbarkeit 2 400.
— Erbbauberechtigte 2 402.
— Erlöschen der Eigentumsrechte 2 399.
— Ersuchen an das Grundbuchamt 2 400, 402.
— Festsetzung des Verteilungsplans 2 398.
— Fristen 2 402.
— Geldentschädigung 2 393.
— Grundbucheintragungen 2 406.
— Grunddienstbarkeiten (alte und neue) 2 395.
— Grundschuldgläubiger 2 402.
— Hypothekengläubiger 2 402.
— Karte zum Verteilungsplan 2 397.
— Kosten des Verfahrens 2 401, 402.
— Kriegsteilnehmer 2 402.
— Landzuweisung 2 393.
— Mietverhältnisse 2 399.
— Nachtragsverteilung 2 400.
— Nießbraucher 2 402.
— Offenlegung des Verteilungsplans 2 398.
— öffentliche Bekanntmachung der Überweisungserklärung 2 399.
— Pachtverhältnisse 2 399.
— Reallasten 2 399.
— Rechtsweg gegen den Verteilungsplan 2 398.
— Rentenschuldgläubiger 2 402.
— Straßen und Plätze 2 395.
— Tag der Umlegung 2 399.
— Überweisungserklärung 2 399.
— Umlegungsbeitrag 2 397.
— umlegungsfähige Aufwendungen 2 396.
— Umlegungsgebiet 2 390.
— Umlegungsgrundsätze 2 392ff.
— Umlegungskommission 2 392.
— Umlegungsvermerk 2 392.
— Vereinbarung 2 391.
— Vergütungen 2 394, 396.
— Verhandlung über den Verteilungsplan 2 397.
— Verteilungsplan 2 397.
— Verteilung der öffentlichen Lasten 2 402.
— Vertreter für Kriegsteilnehmer 2 402.
— Vertreter und Verwalter für die Eigentümer 2 396.
— Voraussetzung 2 389.
— Vorbereitungsverfahren 2 389.
— Vorkaufsrecht 2 399.
— vorläufige Zugänge 2 395, 399.
— Wiederkaufsrecht 2 399.
— zu leistende Zahlungen 2 401.
— Zurücknahme des Antrages 2 391.
— Zuschüsse 2 393, 396.
— Zustellungen 2 401.
Umsatz 3 477.
Umwandlung (Novation) 2 123.
Unanfechtbarkeit der Entscheidungen im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 367, 2 125, 3 121.
Unbilligkeit, offenbare 1 142ff., 139ff., 2 34, 39ff., 3 20, 35.
Uneheliche Kinder, Wochenhilfe 1 841, 2 359, 3 628.

Uneheliche Kinder, Familienunterstützung 1 863ff., 2 363, 3 630.
— Armenzeugnisse für sie 2 466, 519.
Unfallversicherung 1 825, 826, 2 308, 3 583ff.
Ungarn s. Österreich-Ungarn.
Uniformbesatz 3 239.
Uniformen, getragene 3 949.
Universität, Anstalts-Zwangsverwaltung 1 431.
Unlautere Machenschaften 2 191, 3 191.
Unmöglichkeit der Erfüllung einer Goldklausel 1 370.
Unpfändbarkeit der Familienunterstützung 2 364.
Unterbilanz der Friedensjahre 3 452.
Unterbrechung des Verfahrens, Voraussetzungen 1 20ff., 2 3, 3 3.
— Wirkungen 1 99ff., 2 24, 3 9ff.
— Verzicht auf die U. 1 104ff.
— als Folge des Gegenmoratoriums 1 317.
Unterhaltsklage gegen Kriegsteilnehmer 2 33, 47, 3 25.
Unterhaltung zu Kriegswohlfahrtszwecken 2 340.
Unternehmer, Rechtsstellung bei der politischen Zwangsverwaltung 1 885, 2 401, 3 707.
Untersagung des Handelsbetriebs 2 192ff.
Unterschrift, Kriegsbeglaubigung 1 164, 2 52, 3 40.
— Stempelfreiheit 1 165, 3 40.
Unterschrift, Beglaubigung in den besetzten Gebieten 2 53, 3 41ff.
Unterstützung s. Familien, Leistungen z. U. von Deutschen und die Zahlungsverbote 1 897.
— geschädigter Arbeiter im Tabakgewerbe 3 546ff.
Unterstützungswohnsitz, Einwirkung der Kriegsfürsorge 2 368
Untersuchungsgebühr für frisches Fett 1 549.
Unverbindlichkeit gewisser Zahlungsvereinbarungen 1 368ff.
Unverhältnismäßiger Nachteil der Fortsetzung des Mietverhältnisses 2 131.
Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung
— Erklärung bei der Fristbewilligung 3 63.
— gegen einen Kriegsteilnehmer 1 108ff., 2 26.
— der Konkurseröffnung gegen einen Kriegsteilnehmer auf Antrag eines Gläubigers 1 122, 2 29.
— der Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer beim Vorhandensein eines anderen Vertreters 1 144, 2 34.
Unzuverlässige Personen s. Fernhalten.
Urheberrechte sind nicht Waren 3 466, 477.
Urkunden, vollstreckbare, Zahlungsfrist 1 241.
— Legalisation in den besetzten Gebieten 2 53, 3 41ff.
Urkundenprozeß, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186.
— Beseitigung einer Verzugsfolge 1 278.
Urkundenzahlungsbefehl 2 464, 495, 3 758.
Urteil über die Bewilligung einer Zahlungsfrist 2 218ff., 3 48, Ergänzung des U. 1 223, Wirkung des U. 1 223ff., 3 48, Rechtsmittel gegen das U. 1 225f., 3 63, U. im amtsgerichtlichen Verfahren 1 232ff.
— über die Beseitigung einer Verzugsfolge 1 288ff., 3 56, 63, Wirkung des U. 1 289f., Anfechtung des U. 1 290, Vollstreckung des U. 1 290, U. im amtsgerichtlichen Verfahren 1 290ff.
— Vorschriften der EntlastungsVO. 2 465, 516ff., 3 762ff.
Urteilsformel bei Entscheidung über eine Zahlungsfrist 1 221ff., 3 85.
— bei Beseitigung einer Verzugsfolge 1 288f., 3 93.

V.

Valuta 3 273.
Vaterländischer Hilfsdienst 3 811.
Vaterschaftsklage gegen Kriegsteilnehmer 2 33, 47, 3 25.
Velvet 3 239.
Veranlagung der Kriegssteuer 3 458.
Veräußerung von Kauffahrteischiffen 2 460, 3 750.
Veräußerungsverbot bei der politischen Zwangsverwaltung 2 406, 3 706.
Verbandmittel, Ausfuhrverbot 1 920.
Verbandstoffe 3 239.
Verbot des Agiohandels mit Reichsgoldmünzen 1 371.
— von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. 1 378ff., 380, 380f., 3 121.
— des Handels mit in England abgestempelten Wertpapieren 1 529, 2 232.
Verbrauchsregelung für Brotgetreide und Mehl 1 593, 2 278ff.
— für Gerste 1 698, 2 291.
— für Hafer 1 709, 2 292.
Verbrauchszucker, Bekanntmachung über V. 1 678, 2 287.
— Verfütterung an Bienen 2 289.
— Verwendung zur Herstellung von Branntwein 2 289.
— Verarbeitung zu Futtermitteln 2 289.
— Verwendung zu technischen Zwecken 2 289.
— s. auch Zucker.
Verbündeter Staat 3 129, 136.
Veredelung 3 476.
Vereine, Geschäftsaufsicht 2 98.
— Unterbrechung des Verfahrens 2 15.
Vereinigte Staaten von Amerika s. Gegenseitigkeit.
Vereinslazarettzug, Personal als Kriegsteilnehmer 2 18.
Vereins- und Versammlungsrecht der Hilfsdienstpflichtigen 3 814.
Verfahren betreffend Rückgabe einer Sicherheit, Unterbrechung 1 24.
— amtsgerichtliches V. s. Amtsgericht.
— vor dem Prozeßgericht, s. Prozeßgericht und Prozeßverfahren.
— s. auch Unterbrechung.

Verfahrenslage, Bedeutung für die Frage der offenbaren Unbilligkeit 2 43, 3 22, 36.
Verfall eines Pfandes, Beseitigung 1 285 f.
Verfallklausel, Beseitigung 1 279 ff.
Verfügen des Vollstreckungsbefehls 2 64.
Verfügung s. einstweilige V.
Verfüttern von Brotgetreide, Mehl und Brot 1 589, 620, 2 283.
— von grünem Roggen und Weizen 1 583.
— von Hafer 1 706.
— von Zucker 2 289.
Vergällung 1 646.
Vergällungspflicht der Brennereien 1 637.
Vergeltungsmaßregeln 1 868 ff., 2 403 ff., 3 704 ff.
Vergleich, Erledigung des Rechtsstreits durch V., Kostenermäßigung 1 271 ff., 2 71, 3 52, 64.
— vor dem Einigungsamt, keine Vollstreckbarkeit 1 422.
— im Privatklageverfahren 3 54.
Vergütung für die Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren an die Militärbehörde 1 385 f., 3 122
— bei der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 431, 2 154, bei der Anstalts-Zwangsverwaltung 1 432.
Vergütungen, Erlaß 2 232.
Verhaftung auf Grund des Kriegszustands 3 809.
Verhalten des Kriegsteilnehmers, Bedeutung für die Beurteilung der offenbaren Unbilligkeit 2 43, 3 23.
Verhältnis des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes zu der Zivilprozeßordnung 1 18, 21.
— zwischen Vertreter und Kriegsteilnehmer 1 148, 2 36, 3 18.
— des amtsgerichtlichen Verfahrens zu einem gleichzeitigen Prozeßverfahren 1 237 f., 2 69.
Verhandlungsgebühr des Anwalts, s. Anwaltsgebühr.
Verheimlichen 2 168.
— von beschlagnahmtem Brotgetreide 2 281.
Verjährung für und gegen einen Kriegsteilnehmer 1 32, 3 14.
— wird die V. durch das Gegenmoratorium gehemmt? 1 321, 2 95.
— Einwirkung der Geschäftsaufsicht auf die V. 1 350.
— Unterbrechung in Strafsachen 3 787.
— rückständiger Beiträge nach der RVO. 3 1020.
Verjährungsfristen, Verlängerung 1 390 ff., 2 140 ff., 3 123.
Verkehrsbeschränkungen 1 932, 2 460, 3 743.
Verkündung, Ersatz durch schriftliche Mitteilung 2 465, 512.
Verlängerung einer Zahlungsfrist 1 223. S. auch Verlängerungsfristen.
Verlängerungswechsel, Zahlungsfrist 1 203, 2 61, 3 47.
Verlustvortrag 3 452.
Vermehrung des Grund- oder Stammkapitals 3 313.
Vermehrungsverträge 2 287.
Vermißt 3 129, 136.
Vermittler, Wucher 3 189.
Vermittlung von Bezugsscheinen 3 944.
Vermögen, Zwangsvollstreckung in das V. eines Kriegsteilnehmers 1 109 f., 2 27, 3 11.
— Verwalter fremden V., Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 193.
— unbewegliches V., Versagung des Zuschlags 1 386 f., 2 139.
— nicht verändertes, Kriegssteuer 3 311, 441.
Vermögensrechtliche Ansprüche, Vertretung von Kriegsteilnehmern 1 148 f., 2 33.
— im Sinne des Gegenmoratoriums 1 304, 2 85.
Vermögenszuwachs 3 310, 441.
Verordnungen des Bundesrats, Rechtsnatur 2 143.
Verpfändungsverbot 2 126, 128.
Verpflegungsmittel, Ausfuhrverbot 1 919.
Verpflichtung zur Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 144.
— zur Zahlung s. Zahlungspflicht.
Versagung des Zuschlags im Falle der Beteiligung eines Kriegsteilnehmers 1 131 ff.
— bei Nichterreichung eines bestimmten Meistgebots 1 386 ff., 2 139, 3 64, 96 ff.
— Antragsrecht 3 97.
— Entscheidung über den Antrag 3 99.
— Anfechtung der Entscheidung 3 100.
— der Feststellung von Kriegsschäden 3 646.
Versäumnisurteil im amtsgerichtlichen Verfahren 1 291 f.
— kein V. auf eine durch das Gegenmoratorium verbotene Klage 1 320, 2 95.
Versäumnisverfahren im amtsgerichtlichen Verfahren 1 232 ff.
— unzulässig im Mietfortsetzungsstreit 2 138.
Verschleierung der Höchstpreisüberschreitung 2 168, 3 166.
Verschmelzung, Berechnung des durchschnittlichen Geschäftsgewinns 2 255, 452.
Verschollenheit des Mieters 1 133.
Verschollenheitsfrist 3 129, 139.
Verschroten von Brotgetreide 2 284.
— von Gerste 2 292.
Versicherung der Getreidevorräte 1 591.
— Kriegssteuer 3 310, 436.
Versicherungsgesellschaften, feindliche 1 909, 2 417.
— Geschäftsaufsicht 2 99.
Versicherungsprämie, Zahlungsfrist 2 61.
Versicherungsunternehmungen, Überwachung ausländischer V. 1 870, Zwangsverwaltung 1 881.
Versorgungsregelung 2 297, 3 196.
Versteigerung des beweglichen Vermögens gegen einen Kriegsteilnehmer 1 112 ff., 2 28, 3 11.
— Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 255.
— des unbeweglichen Vermögens, s. Zwangsversteigerung.

Vertagungsantrag 1 118.
Verteilung der verfügbaren Gerstenvorräte 1 706.
Verteilungsstelle für Gemüse- und Obstkonservendosen aus verzinntem Blech 1 559.
Verteilungsverfahren gegen einen Kriegsteilnehmer 1 116f., 129ff.
— im Falle der Einstellung der Zwangsverwaltung 1 243f.
— Einfluß des Gegenmoratoriums auf das V. 1 313.
Vertrag, Wirkung der Zahlungsfrist auf einen gegenseitigen V. 1 185f.
Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen 3 1023ff.
Vertragspartei, Unterbrechung des Verfahrens 1 66.
Vertragsstrafe, Beseitigung durch den Richter 1 286.
Vertragszollsätze, Anwendung der V. 1 554.
Vertreter eines Kriegsteilnehmers, Aussetzung des Verfahrens 1 105f., 2 24, 3 15.
— Bestellung eines V. für einen Kriegsteilnehmer 1 140ff., 2 31ff., 3 15ff., Rechtsstellung des V. 1 146ff., 2 36ff., 3 18ff., Stellung des Aussetzungsantrags durch den V. 1 150, 3 17, 28, Kosten des V. 1 151ff., 2 49ff., 3 29ff.
— Bestellung eines V zur Entgegennahme der Ladung, zur Gesellschafterversammlung einer G. m. b. H. 1 447ff., Voraussetzungen 1 450, Zuständigkeit 1 450, Antragsrecht 1 451, Inhalt des Antrages 1 451, Prüfung des Antrages 1 452, Auswahl des Vertreters 1 452, Aufhebung der Vertretung 1 453, Rechtsmittel 1 453, Wirksamkeit irrtümlicher Bestellung 1 453.
— Bestellung eines V. für Angestellte oder Leiter eines überwachten ausländischen Unternehmens 1 875ff., Voraussetzungen 1 877, Zuständigkeit und Verfahren 1 877, Vergütung und Auslagen 1 878, Recht auf Auskunft 1 941, Rechtsmittel 1 879, Eintragung 1 879, Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wegen Handlungen oder Unterlassungen des Vertreters 1 940.
— eines Genossen in der Generalversammlung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft 1 454.
Vertrieb von Gegenständen zu Kriegswohlfahrtszwecken 2 340.
Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau 1 945, 2 296.
Vervielfältigungen, Warenumsatzstempel 3 503.
Verwahrung der Militär- und Marinetestamente 1 160.
Verwalter fremden Vermögens, Zahlungsfrist 1 193. S. im übrigen Zwangsverwalter.
Verwaltung des Warenumsatzstempels 3 509, 512.
Verwaltungsbehörde, Zwangsvollstreckung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 108f., 2 26.
Verwaltungsbehörde, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 189.
— Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 240.
Verwaltungsbeschwerde 3 485.
Verwaltungsgericht s. Verwaltungsbehörde.
Verwaltungsgerichtliches Verfahren, keine Anwendung des KTSchG. 2 4.
Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft 2 295.
Verwaltungszwangsverfahren. Zwangsvollstreckung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 108f.
Verwandte eines Kriegsteilnehmers, Anhörung vor Bestellung eines Vertreters 1 142.
— Familienunterstützung für entfernte V. 1 865.
Verwendung gegen den Feind, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 89ff., 2 19, 51, 54, 3 7.
— weiblicher Hilfskräfte im Gerichtsschreiberdienst 3 1026.
Verweisung an ein anderes Landgericht 2 466, 518.
Verwertung der Rohstoffe usw. 1 531ff., 2 278ff., 3 565.
— Zwangsvollstreckung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 112ff.
Verwirkungsabrede, Rechtsfolgen 3 63, 92.
Verzeichnis der Urteile 2 465, 518.
Verzicht auf die Unterbrechung des Verfahrens 1 104f.
— auf die Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 230, 3 82.
— auf die Erweiterung des Mietkündigungsrechts 2 134.
— auf die Hypothek 3 77.
Verzugsfolgen, Beseitigung durch den Richter 1 275ff., 2 74ff., 3 54ff., 58, 60, 63ff.
— Aufhebung der V. durch das Zahlungsverbot 1 899.
Verzugszinsen, Einwirkung der Zahlungsfrist auf die V. 1 181, 183, 186.
Viehfutter 1 551.
Viehhandelsverband 3 202.
Viehseuchengesetz, Änderung der Ausführungsvorschriften zum V. 1 929.
Viehzählung 1 569, 2 277.
Volksernährung, Sicherung der V. 1 535ff., 2 278ff.
Volksversorgung, vaterländischer Hilfsdienst 3 811.
Vollmilch, Verwendungsbeschränkung 2 290.
Vollstreckbare s. Urkunden.
Vollstreckbarer Anspruch, Stundung 3 88.
Vollstreckbarkeit s. Vergleich.
Vollstreckung s. Zwangsvollstreckung.
— von Kostenentscheidungen ausländischer Gerichte 2 533.
Vollstreckungsbefehl, Verfügen 2 64.
— s. Mahnverfahren vor den Landgerichten.
Vollstreckungsgericht, Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 216, 238ff., 2 69.

Vollstreckungsklage und Gegenmoratorium 2 87.
Vollstreckungsklausel, ist die Erteilung der V. während der Geschäftsaufsicht zulässig? 1 345, 2 12.
Vollstreckungsmaßregel, Aufhebung der inzwischen vorgenommenen V. 1 223, 2 63, 3 48, 63.
Vollstreckungsverbot, Außerkraftsetzung des V. 1 118f.
Vollstreckungsverfahren, Zulässigkeit der Einstellung in allen V. 1 240, 2 68.
Vollzugsgrundsätze zur ZwangsverwBek. 2 155.
Vorausklage s. Einrede.
Voraussetzungen der Unterbrechung des Verfahrens gegen einen Kriegsteilnehmer 1 20ff., 2 3ff., 3 3.
— der Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 108ff., 2 29.
— der Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 140ff., 2 31ff., 3 16ff.
— der Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186ff., 2 59, 3 46ff.
— des amtsgerichtlichen Verfahrens 1 231ff. 2 66.
— der Einstellung durch das Vollstreckungsgericht 1 239ff., 2 68.
— der Beseitigung einer Verzugsfolge 1 278ff., 293ff.
— der Bestellung des Schuldners zum Zwangsverwalter 1 427f., 2 149.
— der Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 330ff., 2 98ff., 3 108.
Vorbehaltsgut der Frau eines Kriegsteilnehmers, Zwangsvollstreckung 1 119.
Vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne 2 238ff.
Vorentschädigung für Kriegsschäden 2 380ff.
Vorhänge 3 239.
Vorleistungspflicht, Beseitigung von Verzugsfolgen 1 286.
Vormerkung, Anwendbarkeit der HypVO.? 3 73, 74.
Vormundamt und Geschäftsaufsicht 1 361.
Vormünder als Vertreter eines Kriegsteilnehmers 1 135.
Vorratserhebungen 1 559ff., 2 277.
— über Getreide und Mehl 1 563, 2 277.
— über Kartoffeln 1 567.
— über Heu und Stroh 2 534.
Vorsatz 1 169, 2 169, 3 167.
Vorschlagsrecht einer Anstalt bei der Anstalts-Zwangsverwaltung 1 432.
Vorschußpflicht 2 97.
Vorsitzender des Prozeßgerichts, Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 142ff., 2 34.
Vorstecker 3 239.
Vorverkauf der Ernte des Jahres 1915 und von Zucker 1 737, 2 294.
— von Ölfrüchten 1 738, 2 294.
— von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknereien und Kartoffelstärkefabrikation 1 738.

W.

Wachstuch 3 239.
Waffen, Ausfuhrverbot 1 920.
Wahlen nach dem Gewerbegerichtsgesetz und dem Gesetze, betreffend Kaufmannsgerichte 1 441, 2 160, 3 154.
— nach der Reichsversicherungsordnung 1 811ff., 2 305, 3 575.
Während des Krieges vermißt 3 129, 136f.
Währung 3 273.
Wandbespannstoffe 3 239.
Wandergewerbe 3 209.
— s. auch Einkaufsbuch.
Wandlung gegenüber einem Kriegsteilnehmer 1 16.
Waren, Beleihung durch die Darlehnskasse 1 498ff.
— die bei der Einfuhr zollfrei sind 1 544ff.
— s. Kennzeichnung.
Wareneinfuhr-Gesellschaft 1 558.
Warenlager, Feststellung von Kriegsschäden 3 696.
Warenumsätze 3 466.
Warenumsatzstempel 3 465ff.
— und Höchstpreise 3 164.
Warenzeichen 2 448.
Warenzeichenrecht s. Patentrecht.
Warschau, Beglaubigung und Legalisation im Generalgouvernement 3 42.
Wartezeit, Ruhen der W. 1 816, 3 576.
— Abkürzung 2 312, 3 593.
Wäschestickereien 3 238.
Wäschestücke, getragene 3 944.
Wäscheverleihgeschäfte 3 944.
Waschmittel, Kennzeichnung 3 221.
Webereien, Arbeitszeit 2 304.
Webwaren, Verbot beschleunigten Verkaufs 2 535.
— Preisbeschränkungen 3 227ff.
— Verkehrsregelung 3 234ff., 3 928ff.
Wechsel, Aufhebung der für W.fristen angeordneten Verlängerung 1 401, 2 142.
— s. Fristen.
— keine Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499; s. auch Ausland.
— des Geldgebers, Zahlungsfristbewilligung 2 80.
— s. kurzfristige Wechsel.
— sind nicht Waren 3 466, 503.
— keine Feststellung des Verlusts nach dem Kriegsschädengesetz 3 645.
— in der Versteuerungsart beim Warenumsatzstempel 3 467, 468ff., 944.
Wechselansprüche und das Gegenmoratorium 1 304.
— und die Zahlungsverbote 1 895.
Wechselforderung, Zahlungsfrist 1 203ff., 2 60ff., 3 47.
Wechselklage, Aussetzung 2 48.
Wechselprozeß, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186.
— Beseitigung einer Verzugsfolge 1 278.
Wechselrecht, Verlängerung der Fristen des W. 1 392ff., 2 141, 3 125.
Wechselzahlungsbefehl 2 464, 495, 3 758.

Wechselzinsen 1 401, 413.
Weibliche Hilfskräfte im Gerichtsschreiberdienst 3 1026.
Wein, Zuckerungsfrist 2 276.
Weingesetz, vorübergehende Änderung des W. 1 555, 2 276.
Weizen, Begriff i. S. der Ausmahlverordnung 1 617.
— Höchstpreis für W. 1 761ff., 2 297. S. auch Verfüttern aus Brotgetreide.
—, Einfuhr 2 277.
Weizenbrot, Begriff 1 625.
Weizenkleie, Einfuhr 1 277.
Weizenmehl, Umfang der Ausmahlung des Weizens 1 616.
— Einfuhr 2 277.
Weizenschrot 1 633, 2 284.
Werkstatt, militärische 1 91.
Werkvertrag, Warenumsatzstempel 3 466, 478ff., 504.
Wert des Grundstücks, Ansprüche innerhalb der ersten zwei Drittel des W., Versagung des Zuschlags 1 388f.; innerhalb der ersten drei Viertel, Versagung des Zuschlags 3 64, 96.
Wertansatz der Grundstücke für die Kriegssteuer 3 440.
Wertfestsetzung, Berechnung der Anwaltsgebühren 1 265ff.
— Versagung des Zuschlags 1 388, 2 139, 3 96.
Wertpapiere, Sicherheitsleistung 1 376ff.
— Verbot von Mitteilungen über Preise von W. 1 378ff., 380, 380f., 2 126, 3 121.
— Beleihung durch die Darlehnskasse 1 503.
— in England abgestempelte 1 529, 2 232.
— Anmeldung 3 281ff.
— s. auch Staatsschuldbuch.
— Festsetzung von Kursen 3 465.
— sind nicht Waren 3 466, 503.
— Feststellung des Verlusts nach dem KriegsschädenG. 3 645.
— Stempelpflicht ausländischer 3 1016.
Wertzeichen, amtliche sind nicht Waren 3 466, 503.
Westpreußen, Wechsel- und Scheckfristen 1 402, 2 142.
Wettbewerbsklausel 1 439.
Wickelgamaschen 3 239.
Widerklage, ist sie durch das Gegenmoratorium verboten? 1 307, 3 105.
— Unterbrechung des Verfahrens auf die WKl. als Folge des Gegenmoratoriums 1 317, 2 93. S. auch Klage.
Widerspruch des Vermieters gegen die Mietkündigung 2 131, 137.
Widerspruchsklage im Falle der Beteiligung eines Kriegsteilnehmers 1 119f.
Wiederaufnahmeverfahren, Anwendbarkeit des Gegenmoratoriums auf das W. 1 314.
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Gewährung an Kriegsteilnehmer 2 53, 3 42.
— in Patentsachen 1 463, 2 196, 3 258.
Wiedereintritt in die Krankenversicherung 1 817, 3 576, 577.
Wiederherstellung der Standesregister, Grundbücher und Grundbuchblätter 2 526ff., 3 803ff.
Wild, Höchstpreis 2 298.
— Lieferungsvertrag 2 173.
Wirkereien, Arbeitszeit 2 304.
Wirkungen der Unterbrechung eines Verfahrens gegen einen Kriegsteilnehmer 1 99, 2 24, 3 9.
— einer unzulässigen Versteigerung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 114, 118.
— der Aussetzung des Konkursverfahrens gegen einen Kriegsteilnehmer 1 123ff.
— der Zahlungsfrist 1 179ff., 2 59, 3 46.
— des Urteils auf Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 223ff.
— des Urteils auf Beseitigung einer Verzugsfolge 1 289f.
— der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 428ff., 2 152.
— des Gegenmoratoriums 1 321, 2 95.
Wirkwaren, Verbot beschleunigten Verkaufs 2 535.
— Preisbeschränkungen 3 227ff.
— Verkehrsregelung 3 234ff., 928.ff
Wirtschaftliche Schädigungen, Begriff i. S. des ErmächtigG. 2 143ff., 3 124ff.
Witwe des Mieters, Kündigungsrecht 2 131ff., 136.
Wochengeld 1 834, 841, 2 347ff., 3 625.
— für uneheliche Kinder 1 841, 853, 3 628.
Wochenhilfe während des Krieges 1 817ff., 824, 833ff., 2 346ff., 3 622ff.
Wochenmarktverkehr 1 738, 2 294, 3 258.
Wöchnerin, Wäscheversorgung 3 242.
Wohnsitz s. Ausland.
— **doppelter,** Geltung des Gegenmoratoriums bei doppeltem W. 1 302.
— Aufgabe, Bedeutung für die Kriegssteuer 3 312, 444.
Wohnungsfürsorgefonds des Reichsamts des Innern 1 524.
Wolle, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
—, Höchstpreis 1 786.
Wollwaren, Höchstpreis 1 786.
Wucher s. Preissteigerung.
—, Bekämpfung 3 155.
Wucherpreis 2 187ff., 3 176ff.
Wurstwaren, Herstellungsbeschränkung 2 289.

Z.

Zahlung, Folgen einer nicht rechtzeitigen Z 1 275ff., 2 74ff., 3 54ff., 58, 60, 63, 92.
— einer Vergütung, s. Vergütung.
— Anmeldung 3 467.
— des Warenumsatzstempels 3 467.
Zahlungsbefehl s. Mahnverfahren.
Zahlungsfrist, gerichtliche, allgemeine Bedeutung 1 179ff., 2 57ff., 3 46ff.
— Voraussetzungen der Bewilligung 1 186ff., 2 59ff., 3 46ff., insbesondere einer

vor dem 31. Juli 1914 entstandenen Geldforderung 1 193ff., 2 60ff., 3 46.
Zahlungsfrist, Prozeßverfahren 1 216ff., 2 63, 3 48, Urteil 1 218ff., 2 63, Rechtsmittel 1 225ff. 3 63.
— Verzicht auf die Bewilligung 1 230, 382.
— Amtsgerichtliches Verfahren 1 231ff., 2 65, 3 49.
— Kosten 1 258ff., 268, 2 70ff., 3 52, 58, 102, Anwaltsgebühren 1 261ff., Kostenermäßigung 1 271ff., 2 71, 3 52.
— für Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden 1 296ff., 2 77, 3 62ff.
— für Kriegsteilnehmer 3 60ff.
— Beginn 3 63, 86.
— Verhältnis der Z. zu der Beseitigung von Verzugsfolgen 1 284f., 3 55.
Zahlungsmittel, ausländische 2 233, 3 271.
Zahlungspflicht, Ausspruch bei der Fristbewilligung 3 63.
Zahlungsschwierigkeit, Zusammenhang zwischen Z. und Krieg bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 209ff., 2 62, 3 47, 79.
— bei Beseitigung einer Verzugsfolge 1 285.
Zahlungs Statt, Hingabe an Z. und Zahlungsverbot 1 896.
Zahlungsunfähigkeit, ursächlicher Zusammenhang mit dem Kriege bei der Geschäftsaufsicht 1 332, 2 101.
Zahlungsverbot gegen England 1 887, 2 411, 3 717.
— gegen Frankreich 1 904.
— gegen Rußland 1 907, 3 725.
— gegen Portugal 3 725.
— gegen Rumänien 3 726.
— gegen Italien 3 726.
— Verbotsgebiete 1 893, 904, 907.
— Territoriale Bedeutung 1 893, 3 717.
— Begriff der Zahlungsleistung 1 895, 2 413, 3 720.
— Wirkung des Verstoßes gegen ein Z. 1 897.
Zahlungsvereinbarungen, Unverbindlichkeit gewisser Z. 1 368ff.
Zehnpfennigstück s. Ausprägung.
Zeitliche Beschränkung des Gegenmoratoriums 2 90.
Zeitpunkt des Inkrafttretens des Schutzes österreichisch-ungarischer Kriegsteilnehmer 1 169ff.
Zeitpunkt des Todes bei der Todeserklärung 3 129, 141, 144.
Zeitungsabonnement, Ware 3 478, 503.
Zeitungsanzeigen 2 296, 3 224.
Zeitungsinserat, keine Ware 3 478, 503.
Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. 1 558, 665, 678, 728, 735, 2 277, 291, 294.
Zentral-Genossenschaftskasse, preußische, Gewährung von Kriegskredit 1 526f.
Zentralnachweisebureau 1 163.
Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung 1 696, 699, 700, 701, 703 709, 2 450.
Zentralstelle für Kriegsbeute 1 930.
Zentralstelle für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten 1 922.
Zentralverwahrungsstelle 1 161ff.
Zerstörung von Gegenständen des Kriegsbedarfs 1 924, 2 458.
Zeuge, Ordnungsstrafverfahren, Unterbrechung 1 24, 2 5.
— als Kriegsteilnehmer 1 78ff., 2 15ff., 3 6.
— eidliche Vernehmung durch den Kriegshilfsausschuß 2 388.
Zigarettensteuerpflichtige Erzeugnisse, Kriegsaufschlag 3 539..
Zinkwaren, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 498.
Zinn, Höchstpreis 1 782.
Zinnwaren, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 498.
Zinsanspruch bei Hypotheken und Grundschulden, Zahlungsfrist 1 294, 3 62ff., 90.
— S. auch Verzugszinsen.
Zinsen der Auslandswechsel 1 413.
— kein Anspruch auf Z. während der Stundung durch die Zahlungsverbote 1 899.
Zinsenlauf bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 179.
Zinsfuß für Darlehen der Darlehnskassen 1 510.
Zinsrückstand in der Zwangsversteigerung 1 133f.
Zivilarzt als Kriegsteilnehmer 1 81.
Zivilbeamter als Kriegsteilnehmer 1 83.
— Kriegsversorgung 1 860.
Zivilgerichte, Entlastung 2 462ff., 3 755ff.
Zivilhandwerker als Kriegsteilnehmer 1 81.
Zivilprozeßordnung, Verhältnis zum Kriegsteilnehmerschutzgesetz 1 18, 2 1.
— Aussetzung des Verfahrens gegen immobile Kriegsteilnehmer nach der ZPO. 2 52.
Zivilverwaltung, Präsidenten, Recht zur Beglaubigung und Legalisation 2 53.
Zollerleichterung, vorübergehende, für Viehfutter 1 551.
— Erdbeeren und Fruchtsäfte 1 554.
— frische Küstengewächse 1 555.
Zollerlaß für Gerstenmalz 1 552.
Zollfreie und zollpflichtige Waren, Umsatzstempel 3 466, 482, 489, 507.
Zollgüter, Behandlung feindlicher Z. 1 915, 3 730.
Zuchtbullen, Haferzulage 2 292.
Zucker, Regelung des Verkehrs mit Z. 1 672, 2 287.
— Menge des zum steuerpflichtigen Inlandsverbrauch abzulassenden Z. 1 677.
— Vorverkauf 1 737.
— Verwendung zur Herstellung von Süßigkeiten 2 287, von Schokolade 2 535.
Zuckerbezugsschein 2 288.
Zuckerfabrikation, Verarbeitung von Nachprodukten 1 716.
Zuckerhandel, Maßnahmen auf dem Gebiete des Z. 1 688, 2 287.
Zuckerindustrie, Maßnahmen auf dem Gebiete der Z. 1 668, 2 287.
Zuckerrüben, Anbau 1 729.

Zuckerrüben s. auch Futtermittel.
Zuckerverteilungsstelle 2 288.
Zulässigkeit der Klagerhebung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 31ff., 2 8, 3 4, 34.
— der Ersatzzustellung 1 37f., 2 8, 3 37.
— der Versteigerung (Verwertung) gegen einen Kriegsteilnehmer 1 112ff.
— der Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 206ff., 2 59ff., 3 47.
— der Berufung gegen ein Urteil über die Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 226f.
— der Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 240ff., 2 68, vor Beginn der Zwangsvollstreckung 1 244ff.
— einer einstweiligen Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 252.
— der Beseitigung von Verzugsfolgen 1 280ff., 2 76, im amtsgerichtlichen Verfahren 1 290f., im Vollstreckungsverfahren 1 294f.
Zulassung zum Devisenhandel 3 275.
—, die damit verbundenen Verpflichtungen 3 276.
Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs 2 190, 3 190.
Zurückbehaltungsrecht, Einfluß einer Zahlungsfrist auf das Z. 1 185.
— und Gegenmoratorium 1 308.
— während der Geschäftsaufsicht 1 350.
Zurücknahme des als Widerspruch geltenden Fristantrages 2 65.
Zusammenhang s. Zahlungsschwierigkeit.
— zwischen Tod und Kriegsteilnehmer 2 133ff.
— des Vermißtwerdens mit dem Kriege 3 137.
Zusatzbrotkarte 1 615.
Zuschlag s. Versagung.
Zuschlagsbeschluß, Unzulässigkeit des Z. gegen einen Kriegsteilnehmer 1 116ff.
— S. im übrigen Versagung.
Zuschußverbände 1 710.
Zuständigkeit des Gerichts bei Bestellung eines Vertreters 2 34.
— bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 188f.
— bei Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 239f., 2 67.
— bei Beseitigung einer Verzugsfolge 1 278, 293.
—, Bestimmungen der EntlastungsVO. 2 466, 518, 3 763.
Zustellung der Klage gegen einen Kriegsteilnehmer 1 37ff., 2 8, 3 37.
—, öffentliche 2 9.
— in Polen 2 9.
— an Prozeßbevollmächtigte 2 8.
— an Rechtsanwälte 2 8.
— des Beschlusses auf Einstellung der Zwangsversteigerung 3 64.
Zustimmung der Aufsichtsperson bei der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 429.
Zustimmungsbedürftige Rechtshandlungen im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 359, 2 120, 3 119.
Zutat 3 505.
Zwangshypothek gegen einen Kriegsteilnehmer 1 114f.
— Anwendung der HypVO. 3 74.
Zwangssyndikat im Kohlenbau 1 945, 2 296.
Zwangsversteigerung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 114ff., 2 28, 3 11ff.
— Zinsrückstände in der Zw. 1 133f.
— Einstellung der Zw. 1 243, 3 63ff., 93ff.
— Versagung des Zuschlags bei der Zw. 1 130ff., 386ff., 2 139, 3 64, 96.
Zwangsverwalter, 1. im Vollstreckungsverfahren: Antrag auf Beseitigung einer Verzugsfolge 1 279.
— als Kriegsteilnehmer 1 66.
— im Falle des Konkurses gegen einen Kriegsteilnehmer 1 110.
— Schuldner als Zw. 1 426ff., 2 149, 3 127.
— Anstalt als Zw. 1 431ff., 2 154.
— Gläubiger als Zw. 1 432f., 2 155.
— S. auch Zwangsverwaltung.
2. feindlicher Unternehmungen:
— Rechtsstellung 1 885, 2 406, 3 707.
— Aufgaben 1 884, 2 406, 3 707.
— Recht auf Auskunft 1 941.
— Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wegen Handlungen oder Unterlassungen des Zwangsverwalters 1 940.
Zwangsverwaltung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 114f.
— Einstellung der Zw. 1 243f.
— durch den Schuldner 1 426ff., 3 127ff.
— durch eine Anstalt 1 431f.
— durch den Gläubiger 1 432f.
— französischer Unternehmungen 1 880ff., 2 406ff., 3 706.
— britischer Unternehmungen 1 886.
— russischer Unternehmungen 1 887.
— von Grundstücken s. das.
— S. auch Zwangsverwalter.
Zwangsvollstreckung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 108ff., 2 26ff., 3 10ff., 34.
— gegen Frau und Kinder eines Kriegsteilnehmers 1 119, 2 28.
— Beteiligung eines Kriegsteilnehmers als Berechtigter bei der Zw. 1 130ff.
— Einstellung der Zw. 1 239ff., 2 66ff., 3 51, 63, Kosten 1 268f.
— wird für unzulässig erklärt 3 63.
— Beseitigung von Verzugsfolgen in der Zw. 1 293ff.
— ist die ZV. trotz des Gegenmoratoriums zulässig? 1 310, 2 85.
— Z. und die Zahlungsverbote 1 900.
— beschränkte Zulässigkeit von Z. nach Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 339, 3 110.
— während der Geschäftsaufsicht 1 340, 2 107, 112, 3 110, 114.
— ist die Unzulässigkeit der ZV. von Amts wegen zu berücksichtigen? 1 348, 2 113.
—, ist sie im Urteil auszusprechen? 1 348, 2 113.
—, Geltendmachung des Vollstreckungsverbots durch den Schuldner 1 349, 2 113.

Zwangsvollstreckung, Geltendmachung des Vollstreckungsverbots durch die Aufsichtsperson 1 350.
— durch die bevorrechtigten Gläubiger 1 350.
— Einwirkung der Beschlagnahme auf d. Z. in Brotgetreide 1 588.
— in Gerste 1 695.
— in Hafer 1 706.
— in Gegenständen des Kriegsbedarfs 1924.
— S. im übrigen Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung.

Zwangsvollstreckungsgegenklage und das Gegenmoratorium 1 313, 2 186.
Zweigniederlassungen, unselbständige, Bedeutung des Gegenmoratoriums 1 303.
Zwieback 1 629.
— Kennzeichnung 3 220.
Zwiebeln, Lieferungsvertrag 2 173.
Zwischenbescheid, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 220.
Zwischenfrachturkunden 3 527.
Zwischenhandel, Warenumsatzstempel 3 479.

G. Päh'sche Buchdr. Lippert & Co. G. m. b. H., Naumburg a. d. S.

Verlag von Franz Vahlen in Berlin W 9

Kommentar
zum
Kriegssteuergesetz
vom 21. Juni 1916
und
Besitzsteuergesetz
vom 3. Juli 1913,
sowie zu den
Ergänzungsgesetzen vom 9. November und 17. Dezember 1916
nebst den
Ausführungsbestimmungen des Bundesrats und Preußens
vom 30. November und 1. Dezember 1916.

Von
Professor Dr. iur. Fritz Stier-Somlo.

Mit dem Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne vom 24. Dezember 1915
nebst den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 27. Januar 1916 und Preußens vom 11. Februar 1916.

Zweite Auflage.

1917. Gebunden in Leinen 7 Mark.

Gesetz über einen Warenumsatzstempel
vom 26. Juni 1916
mit den Auslegungsgrundsätzen des Bundesrats und der preußischen Ausführungsverordnung
Gesetz über den Frachturkundenstempel
vom 17. Juni 1916
mit den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats
nebst einem Abdruck des
Gesetzes betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe vom 21. Juni 1916 und des Gesetzes über Erhöhung der Tabakabgaben vom 22. Juni 1916
und der Ausführungsbestimmungen.

Erläutert
von
Professor Dr. iur. Fritz Stier-Somlo.

Zweite Auflage.

1916. Gebunden in Leinen 3 Mark.

Die Bundesratsverordnungen

über

Brotgetreide und Mehl, Hülsenfrüchte, Buchweizen und Hirse, Grünkern, Gerste, Hafer, Kraftfuttermittel und zuckerhaltige Futtermittel, die dazu gehörigen Höchstpreisverordnungen sowie Nebenverordnungen

für 1916

bearbeitet

von

Teil I

Dr. Arthur Oppenheimer

Rechtsanwalt b. Landgericht Düsseldorf, Geschäftsführer der Reichsgetreidestelle Geschäftsabteilung G. m. b. H.

I. Teil 1916. Gebunden 4 M.

Teil II

Dr. Herbert Dorn

Gerichtsassessor, Hilfsarbeiter im Reichsjustizamt.

II. Teil 1916. Gebunden 5 M.

Deutsches und Preußisches

Forstzivilrecht

mit Berücksichtigung der übrigen deutschen Landesrechte und einiger öffentlichrechtlicher Fragen, wie Waffengebrauchsrecht, Forst- und Jagdschutz, Stempelsteuer.

Von

Dr. Karl Dickel,

Gerichtsrat a. D.,

Universitäts- und Forstakademieprofessor der Rechte.

Zweite, völlig umgearbeitete und vermehrte Auflage.

1917. Geheftet 28 M. Gebunden 31 M.

Ende Januar 1917 erscheint:

Das Gesetz

über den

vaterländischen Hilfsdienst

vom 5. Dezember 1916.

Erläutert

von

Max von Schulz,

Magistratsrat,

Erstem Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgericht Berlin.

Preis etwa 2 M.

Verlag von Franz Vahlen in Berlin W 9